**Die Internationale. Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus**

Verlag Neue Kritik Frankfurt/Main 1972

OCR-Texterkennung Max Stirner Archiv Leipzig – 18.02.2023

# Die Internationale. Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus

Begründet von Rosa Luxemburg und Franz Mehring
Herausgegeben von der Zentrale der Kommunistischen. Partei Deutschlands
(Sektion der Kommunistischen Internationale)
Jahrgang 12 / 1929
Zentrale für Zeitungsverlage G. m. b. H., Berlin C 25
Kleine Alexanderstraße 28

OCR-Texterkennung Max Stirner Archiv Leipzig – 18.02.2023

**Die Internationale**
**Jahrgang** 12 ∗ **Berlin, den** 15**. Januar** 1929 ∗ **Heft** 1/2

## Zum zehnten Jahrestage der Partei

Von Werner Hirsch

Am 29., 30. und 31. Dezember 1918 tagte der Gründungsparteitag der KPD. Eine Woche später hatten die Januarkämpfe begonnen. Nach einer weiteren Woche waren die Fuhrer und Begründer der jungen revolutionären Partei ermordet. Der politische Akt jenes Gründungsparteitages – die Loslösung von der USPD, die Konstituierung der selbständigen revolutionären Partei – verdient jene historische Würdigung, die ihm die heutige KPD aus Anlaß ihres zehnjährigen Bestehens zuteil werden ließ. Dieser Akt war ohne Zweifel der entscheidendste historische Wendepunkt in der gesamten Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung seit Jahrzehnten. Dieser Akt stand nicht am Anfang der Geschichte der revolutionären Bewegung, sondern bildete den Abschluß eines Entwicklungsprozesses, der wie wir mit Stolz aussprechen können – zurückreicht bis fast in die Anfänge der sozialistischen Bewegung Deutschlands überhaupt, mindestens jedoch bis in die Periode nach dem Sozialistengesetz. Wenn wir also die Geschichte unserer Partei betrachten, erscheint es notwendig, nicht mit dem Gründungsparteitag im Dezember 1918 zu beginnen, sondern die Vorgeschichte der kommunistischen Bewegung Deutschlands im Rahmen der alten Vorkriegs-Sozialdemokratie weiter zurück zu verfolgen.

### Im Geiste von Marx und Engels

Jene Reichskonferenz des Spartakusbundes, die durch ihren historischen Beschluß zum Gründungsparteitag der KPD wurde, erfüllte ein Vermächtnis, das die Begründer der sozialistischen Bewegung, Marx und Engels, selber der deutschen Arbeiterbewegung und dem internationalen Proletariat hinterlassen hatten. Als in den ersten Jahren des Bismarckschen Sozialistengesetzes der kleinbürgerliche rechte Flügel der damaligen Sozialdemokratie zunächst die gesamte Politik der deutschen Arbeiterpartei mit seiner Feigheit und Jämmerlichkeit überschwemmte und sich dann erst im Kampf gegen die Ausnahmediktatur die klassenrevolutionären proletarischen Gegenkräfte entwickelten, zeigten Marx und Engels mit unzweideutiger Klarheit die Notwendigkeit der Spaltung der sozialdemokratischen Bewegung, das heißt des Bruchs mit der Meute der Spießer und „Heulmeier“ des rechten Flügels, auf. Gleichzeitig rieten sie aus taktischen Gründen dem linken marxistischen Flügel, den Bebel, Kautsky und – damals noch – Eduard Bern-[2]stein, diese Spaltung erst nach der Ueberwindung des Sozialistengesetzes und der Wiedererlangung der Legalität vorzunehmen und die Schuld des Bruchs den rechten, kleinbürgerlichen Elementen zuzuschieben. Für Marx und Engels stand es fest, daß ohne diese Spaltung, ohne diesen Bruch mit dem rechten Flügel die Partei nicht imstande sein werde, ihre historische Mission, ihre revolutionären Aufgaben zu erfüllen. Und wir wissen ja, daß Marx und Engels in jenem Zeitabschnitt der achtziger Jahre mit einer nahe bevorstehenden revolutionären Welle für Europa rechneten.

Fast vier Jahrzehnte hindurch blieb das Vermächtnis von Marx und Engels in der deutschen Arbeiterbewegung ohne Erfüllung. Erst der Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands erfüllte diese Aufgabe, zerschnitt das Band zwischen dem revolutionären, marxistischen Flügel der deutschen Sozialdemokratie und den Verfälschern des Marxismus. Die vorangegangene Spaltung zwischen Mehrheitssozialdemokratie und USPD konnte nur als zeitweiliges Produkt der Kriegsverhältnisse, nicht aber als prinzipielle Scheidung gewertet werden. Es ist keine Frage, daß es besser für die deutsche Arbeiterklasse und die Revolution gewesen wäre, wenn dieser Bruch mit den Renegaten früher erfolgt wäre und das deutsche Proletariat schon beim Eintritt in die Novemberrevolution von 1918 eine, wenn auch kleine, revolutionäre Partei aufgewiesen hätte. Genosse Lenin hat noch im Jahre 1921 in seinem „Brief an die Kommunisten Deutschlands“ als wichtigste Ursache der Niederlage der revolutionären Aufstände bezeichnet, daß „die deutschen Arbeiter zur Zeit der Krise infolge der verspäteten (!) Spaltung, infolge der Stärke der verdammten Tradition der ‚Einheit‘ mit der verräterischen (Scheidemann, Legien, David u. Co.) und charakterlosen (Kautsky, Hilferding u. Co.) Bande von Lakaien des Kapitals keine Partei hatten“.

OCR-Texterkennung Max Stirner Archiv Leipzig – 18.02.2023

## Die „verspätete Spaltung“

Warum diese „Verspätung“ der Spaltung? Die Antwort auf diese Frage werden wir geben müssen, wenn wir die Vorgeschichte und Geschichte unserer Partei ernstlich und ohne Schönfärberei zu analysieren versuchen. Gerade die jüngsten Auseinandersetzungen in der Kommunistischen Partei Deutschlands, der endgültige Abfall einer Gruppe bankrotter Führer, die auch in den zehn Jahren unserer Parteientwicklung nicht verstanden haben, den Schritt vorwärts von ihrer mehr oder weniger linkssozialdemokratischen Ideologie zum Bolschewismus, zur Komintern, zu tun, – gerade diese Erfahrungen zwingen uns, die historische Kritik an der Entstehungsgeschichte unserer Partei viel ernster, vorurteilsloser und kühner durchzuführen, als das in der Vergangenheit geschehen ist. Gerade wenn wir das tun, gerade wenn wir die Schwächen, Mängel und Rückständigkeiten in der Vorgeschichte unserer Partei zu klären suchen, dienen wir wahrhaft den revolutionären Traditionen der Gründer und Vorkämpfer des Kommunismus in Deutschland und verteidigen wir am besten ihr Andenken gegen die Renegaten. Nicht umsonst stürzen diese sich, um ihren heutigen Opportunismus zu beschönigen, nach dem Beispiel Paul Levis, voll Begeisterung auf alle Schwächen, Halbheiten und Rückständigkeiten der revolutionären Vorkämpfer der Vergangenheit.

[3] Warum also die verspätete Spaltung? Jene Gruppe, die im Jahre 1918 zur Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands schritt, war durch ihr Wirken, wie wir erwähnten, schon mit der ersten Periode der Verwurzelung der marxistischen Grundsätze und Lehren im deutschen Proletariat und ihrer Verteidigung gegen alle bürgerlich-kleinbürgerliche Verfälschung aufs engste verbunden. Das Sozialistengesetz hatte durch seine revolutionierende Wirkung einerseits die organisatorische Ausbreitung der revolutionären Partei und ihre Verankerung in den entscheidenden Schichten des deutschen Industrieproletariats bewirkt – vorher wurzelte die Sozialdemokratie vornehmlich in den Elendsgebieten der frühkapitalistischen Produktion – und andererseits ideologisch die besten Teile der Arbeiterschaft zu revolutionärem Klassenbewußtsein erweckt. So standen die letzten Jahre während der Dauer des Ausnahmegesetzes und die Zeit nach dessen Fall im Zeichen der Popularisierung der Lehren von Marx und Engels im deutschen Proletariat und der theoretischen Durchbildung der Arbeiterbewegung. Und schon in dieser Periode, an der Schwelle des letzten Jahrzehnts des vergangenen Jahrhunderts, war es besonders Franz Mehring, der sich um die Popularisierung des Marxismus im deutschen Proletariat die entscheidendsten Verdienste errang. Als dann in den neunziger Jahren die ersten größeren Auseinandersetzungen zwischen dem Marxismus und den Revisionisten in der deutschen Sozialdemokratie einsetzten, als Georg v. Vollmar seine berüchtigten „Eldorado-Reden“ hielt und Eduard Bernstein seine „Voraussetzungen des Sozialismus“ und die Aufgaben der Sozialdemokratie“ schrieb, standen wiederum Franz Mehring und Rosa Luxemburg, die nunmehr in Wort und Schrift auf den Plan trat, in der vordersten Front des Abwehrkampfes gegen alle Bestrebungen zur Revidierung des Marxismus. Rosa Luxemburg schrieb damals ihre Aufsatzreihe gegen Bernstein, die unter dem zusammenfassenden Titel „Sozialreform oder Revolution“ als Buch erschien.

In jener Periode trat jedoch noch keine erhebliche Differenzierung zwischen der Gruppe der späteren Linksradikalen, der Genossen um Mehring und Rosa, und dem Parteivorstand, den Bebel, Singer, Schönlank und Kautsky, ein. Bis zum Jahre 1908 war vielmehr eine weitgehende Uebereinstimmung in allen wesentlichen Fragen zwischen dem offiziellen Zentrum und dem linken Flügel, der Gruppe um Rosa, zu verzeichnen. Auf diese Tatsache, die bei der Behandlung der Vorgeschichte unserer Partei in den vergangenen Jahren vielfach nicht genügend berücksichtigt wurde, müssen wir unsere Aufmerksamkeit richten. Zwar war jene Einheitsfront in dieser Periode zum Teil darauf zurückzuführen, daß bei Bebel und Kautsky damals noch nicht ihre spätere schwächliche und kompromißlerische „Versöhnungspolitik“ des Zentrismus gegenüber den Rechten klar ausgereift war, andererseits aber drückte sich auch darin ein erheblicher Mangel in der Stellungnahme des linken Flügels aus: die Tatsache nämlich, daß sich die Gruppe um Mehring und Rosa die Frage der organisatorischen Abspaltung der Rechten, des Bruchs mit den Revisionisten, nicht in voller Klarheit erfaßte.

Gewiß warf Rosa Luxemburg auf dem Parteitag von Hannover 1899 [4] die Frage des Ausschlusses von Bernstein auf. Auch die erste Ausgabe von „Sozialreform oder Revolution“. die im Jahre 1900 erschien, schloß mit einer ähnlichen Formulierung, die freilich bei der zweiten Ausgabe im Jahre 1908 von Rosa Luxemburg selbst gestrichen wurde.

Nichtsdestoweniger steht fest, daß in keinem Augenblick die Frage des organisatorischen Bruchs, das heißt des Hinauswurfs der Rechten, zu einem wirklich umkämpften Problem zwischen dem linken Flügel und den späteren Zentristen des Parteivorstandes wurde. Der Ernst dieses Problems, seine entscheidende Bedeutung für das Schicksal der deutschen Arbeiterbewegung, wurde unzweifelhaft auch von der Gruppe Mehrings und Rosa Luxemburgs nicht völlig erkannt. Das ist der gewaltige Unterschied in der Entwicklung der sozialistischen Bewegung Deutschlands und Rußlands.

## **Zwei Parteitage im Jahre** 1903

Das Jahr 1903 brachte zwei Parteitage von Parteien der II. Internationale, in denen sich gewissermaßen die ganze weitere Entwicklung der Arbeiterbewegung dieser beiden Länder entschied: den Dresdener Parteitag der deutschen Sozialdemokratie und den Londoner Parteitag der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (RSDAP).

In Dresden, auf dem deutschen Parteitag, die letzte große ideologisch-theoretische Abrechnung mit dem Revisionismus, mit den Vollmar, Bernstein, Wolfgang Heine und Konsorten, in der Bebel noch einmal seinen ganzen revolutionären Feuergeist in vernichtenden Anklagereden gegen die Renegaten des Marxismus aufleuchten ließ. Aber am Schluß des Parteitages: die Annahme einer Resolution, der die Rechten in demagogischer Methode ihre „Zustimmung“ gaben, um in der Partei bleiben und weiter wühlen zu können. Und die Mehrheit des Parteitages duldete diese Taktik, gab sich mit ihrem Scheinsieg zufrieden. Auch Rosa Luxemburg stand ziemlich stark unter dem Einfluß der Illusion, der Revisionismus sei erledigt (Artikel „Geknickte Hoffnungen“ über den Dresdener Parteitag).

Zur gleichen Zeit vollzogen in London die marxistischen Mehrheitler der russischen Sozialdemokratie (Bolschewiki) unter Lenins Führung den organisatorischen Bruch mit den Rechten, mit der Minderheit (den Menschewiki). Leim scheute nicht davor zurück, mit so langjährigen Kampfgefährten und verdienten Autoritäten des russischen Marxismus wie Plechanow usw. zu brechen, und dies in einer Frage, die den meisten untergeordneter Natur erschien und doch zur Kernfrage des revolutionären Kampfes und Sieges wurde: in der Frage der organisatorischen Struktur der Partei!

Wie wenig die Gruppe der deutschen Linken diese bahnbrechende historische Leistung Lenins, diese praktische Erfüllung des Vermächtnisses von Marx und Engels durch die Bolschewiki, zu würdigen vermochte, ergibt sich durch die bloße Tatsache, daß Rosa Luxemburg noch im Juli des Jahres 1914 auf der von der II. Internationale angesetzten „Brüsseler Beratung“ der verschiedenen Fraktionen der russischen [5] Sozialdemokratie für die Vereinigung der Bolschewiki mit den Menschewiki eintrat.

Selbst nach dem Ausbruch des Weltkrieges, nach dem Bankrott der II. Internationale und dem Verrat der deutschen Sozialdemokratie, war die Frage der Spaltung für die deutschen Linksradikalen keineswegs eine Selbstverständlichkeit. Bis zum Jahre 1917 hielt die „Gruppe Internationale“, wie sich der spätere Spartakusbund nannte, an der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei fest, wenn auch nur, um in der Partei die Politik der Mehrheit zu bekämpfen. Als dann in Gotha die Gründung der USPD erfolgte, schloß sich die Spartakusgruppe diesem Teil der Sozialdemokratie an, um in den Reihen der Unabhängigen Sozialdemokratie wirken zu können. Erst nach Ausbruch der Revolution, nach der Etappe der Ebert-Haase-Regierung, in der die USP-Führer den Deckmantel für die Konterrevolution der Mehrheitssozialdemokratie abgaben, rang sich die Spartakusgruppe zur Schaffung der eigenen Partei durch.

## **Warum die verspätete Spaltung?**

Nun wirft sich die Frage auf: Wie kommt es, daß eine Gruppe, die in allen Auseinandersetzungen für die Reinheit der marxistischen Grundsätze einzutreten suchte – wobei auf die gewissen

theoretischen Fehler des Luxemburgismus in der Akkumulationsfrage, der nationalen Frage, der Rolle der Partei, Bauernfrage usw. in diesem Zusammenhang nur hingewiesen sei –, dennoch hinsichtlich der organisatorischen Konsequenzen ihrer politisch-ideologischen Stellungnahme versagte?

Es muß doch als unauslöschliches Verdienst der Linksradikalen unter Führung von Rosa Luxemburg, Franz Mehrung, Karski, Liebknecht, Klara Zetkin, Leo Jogiches, Radek usw. verzeichnet werden, daß sie vom Jahre 1908 an ihren bisherigen Kampf gegen den rechten Flügel der Revisionisten mit der gleichen Schärfe auf den „Sumpf" des Zentrismus mit seiner versöhnlerischen Politik gegenüber den Rechten ausdehnten. Und trotzdem keine entscheidende Agitation für den Bruch mit den Rechten, kein wenn auch, noch so vorsichtiger und auf weiteste Perspektive berechneter Gedanke an die Spaltung, an die Schaffung einer selbständigen, unverfälschten marxistischen Partei?! Ja, nicht einmal jene primitivste Vorarbeit in dieser Richtung, wie sie in der Schaffung einer festen, geschlossenen Fraktion innerhalb der Sozialdemokratie bestanden hätte.

Wir glauben nicht, daß es sich hier um eine bloße organisatorische Frage, um ein bloßes Verkennen der organisatorischen Notwendigkeiten gehandelt hat. Es kann vielmehr keinen Zweifel geben, daß sich in dieser Halbheit und Rückständigkeit der deutschen Linken gegenüber den Bolschewiki eine entscheidende politische Schwäche und Unreife der Gruppe ausdrückt. Und zwar sind es vor allem drei Probleme, die dabei im Vordergrund stehen.

### Die Stellung zum Imperialismus

Zunächst einmal wirkte sich die Tatsache aus, daß die deutschen Linksradikalen, die spätere Spartakusgruppe, über keine richtige Theorie des Imperialismus verfügten und deshalb die [6] sozialökonomische Grundlage der Verbürgerlichung der sozialdemokratischen Bewegung nicht mit allen ihren Konsequenzen erfaßten. Nur so war die Illusion über eine Rettung und Revolutionierung der Sozialdemokratie ohne Spaltung erklärlich. Der Aufstieg des Imperialismus, wie er sich in Deutschland von der Jahrhundertwende, bezw. dem letzten Jahrzehnt des vergangenen Jahrhunderts an vollzog, mußte ja eine – an den Extraprofiten der imperialistischen Bourgeoisie interessierte und durch sie korrumpierte – Arbeiteraristokratie erzeuget und damit den vorher minder gefährlichen, weil auf bloßer ideologischer Abfärbung der kleinbürgerlichen Umwelt beruhenden Rechtstendenzen des Revisionismus und Reformsozialismus eine ökonomische Massenbasis liefern. Wenn man jedoch diese klare Erkenntnis von den ökonomischen Grundlagen der Verbürgerlichung der Sozialdemokratie und ihres inneren Fäulnisprozesses besaß, dann mußte man zwangsläufig das Problem der Spaltung und der Schaffung der eigenen klassenrevolutionären Partei stellen, so wie es die Bolschewiki taten. Das war der eine Punkt.

### Die Stellung zur Revolution

Der zweite politische Grund für das Versagen der deutschen Linken in der Frage der selbständigen revolutionären Partei war ihre unklare Stellung zum Problem der Revolution als der Gegenwartsaufgabe des Proletariats. Es ist ja kein Zufall, daß gerade Lenin und die bolschewistische Partei unmittelbar nach Ausbruch des Weltkrieges die vom marxistischen Standpunkt aus richtige Stellung zu den Problemen des Krieges bezogen, indem sie die Losung der Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg ausgaben, während andererseits auch die besten Elemente der deutschen Arbeiterbewegung sich erst im Herbst 1915 zu einer klaren Losung durchrangen. Damals – Ende 1915 – erst formulierte auch Liebknecht für die erste Zimmerwalder Konferenz (1. bis 8. September 1915) die Parole: „Nicht Burgfrieden, sondern Bürgerkrieg!" In der ganzen Periode vorher, insbesondere in den Auseinandersetzungen der Vorkriegszeit, legten die Linksradikalen zwar in ihrer historischen Betrachtung, in ihrer theoretischen Einsicht über den Weg der Arbeiterklasse zum Sozialismus stets das unzweideutige Bekenntnis zur proletarischen Revolution ab, aber die Vorbereitung dieser Revolution als einer nahen und aktuellen Aufgabe erschien ihnen dennoch nicht annähernd so dringlich, wie den Bolschewiki unter Lenin.

Das ist naturgemäß kein Zufall, wie es kein Zufall ist, daß die Kette der kapitalistischen Klassenherrschaft zuerst gerade in Rußland gesprengt wurde, dort, wo das schwächste Glied in der Kette

vorhanden war. Es lag vielmehr an den besonderen geschichtlichen Bedingungen Rußlands, wo die Revolution schon in den achtziger Jahren für Marx und Engels als Ausgangspunkt einer neuen großen revolutionären Welle auf der Tagesordnung stand, daß gerade dort der Leninismus erwuchs. Gerade die Arbeiterbewegung dieses Landes (mit seinem akuten Problem der bürgerlichen Revolution, mit seiner ungelösten Bauernfrage, bei gleichzeitig hochentwickeltem Klassengegensatz zwischen [7] Kapitalismus und Industrieproletariat in den Industriestädten) war dazu berufen, am fortgeschrittensten, am klarsten die Probleme der Revolution zu stellen und ihre Lösung durchzuführen.

Hätte aber der marxistische Flügel der deutschen Partei die Frage der proletarischen Revolution nicht nur als ein theoretisches Zukunftsproblem, sondern als eine so brennende und unausweichliche Aufgabe des Proletariats angesehen, wie es noch Marx und Engels in den achtziger Jahren taten, so wäre auch für diese Gruppe jene Schlußfolgerung von Marx und Engels – die Erkenntnis von der Notwendigkeit des Bruchs und der Säuberung der Partei –, wie wir sie eingangs kennzeichneten, die logische Konsequenz ihrer Einsicht gewesen. Stellte man die Frage der praktischen Durchführung der proletarischen Revolution, so trat das Erfordernis der reinen, zielklaren, einheitlichen revolutionären Partei zwangsläufig in Erscheinung.

**Proletarische Diktatur, Bauernfrage, Strategie und Taktik**

Diese klare und praktische Stellung zum Problem der Revolution ließen jedoch die Linksradikalen in den gesamten Auseinandersetzungen der Vorkriegszeit vermissen. Schon in den ersten Auseinandersetzungen mit Bernstein, bei denen der „Theoretiker“ des Revisionismus seine Schlußfolgerungen für die Praxis der Sozialdemokratie wesentlich aus historischen Erwägungen über die französische Revolution von 1848 herleitete, wurden seitens der damaligen marxistischen Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie einschließlich Rosa Luxemburg, Klara Zetkin und Mehring diese geschichtlichen Probleme des Klassenkampfes in einer revolutionären Situation, sowie die Fragen der proletarischen Diktatur, gar nicht oder nur sehr nebensächlich beantwortet. Franz Mehring stellt gelegentlich wenigstens andeutungsweise die Frage des bürgerlichen Parlamentarismus in marxistischem Sinne, spricht aus, daß mit einer sozialistischen Mehrheit eines demokratischen Parlaments kein Sieg des Sozialismus zu erzielen sei, daß sich vielmehr der Parlamentarismus erst abwirtschaften müsse, bevor das Proletariat seine Diktatur errichten könne. Hier zeigen sich wenigstens Ansätze der Theorie des Marxismus-Leninismus, die das Proletariat lehrt, daß es nicht einfach den bürgerlichen Staatsapparat übernehmen, sondern ihn zerbrechen muß, um seinen eigenen proletarischen Staatsapparat aufzubauen. Nur, weil Rosa Luxemburg dieses Problem überhaupt nicht in seiner ganzen Schärfe sah, konnte sie, die doch den schärfsten Kampf gegen den parlamentarischen Kretinismus der SPD führte, in der Beurteilung der russischen Revolution vorübergehend zu jenen falschen Schlüssen kommen wie der Ablehnung der Verjagung der Konstituante durch die Bolschewiki, Irrtümer, die sie später selbst einsah und verwarf und die dann Paul Levi in echt leichenschänderischer Manier gegen die Kommunistische Internationale auszubeuten versuchte.

Sowohl diese ungenügende Einsicht in die Probleme der proletarischen Diktatur, wie auch die falsche Stellung zum Bauernproblem bei Rosa Luxemburg und den übrigen Linksradikalen [8] wurzelten naturgemäß darin, daß das Problem der praktischen Durchführung der Revolution von ihnen niemals als eine brennende und aktuelle Aufgabe der Gegenwart angesehen wurde, so daß sie die Frage nach den Bundesgenossen des Proletariats in der Revolution, nach der Taktik und Strategie der proletarischen Partei niemals konkret stellten noch beantworteten.

Wenn nun Paul Frölich in seiner Einleitung zu Rosa Luxemburgs Werken diesen Mangel, diese „Erkenntnisschranke“ Rosas und ihrer Kampfgenossen damit „marxistisch“ zu entschuldigen versucht, daß „die Geschichte sich immer nur Aufgaben stellt, die sie zu lösen vermag“, so ist das nicht nur eine äußerst schiefe Anwendung des Marxschen Satzes, sondern auch ein allzu kleiner Maßstab, den der Epigone des Luxemburgismus an den „Adler“, wie Lenin Rosa nannte, legt. Diese Art, Parteigeschichte zu schreiben, ist wahrlich der historischen Größe und revolutionären

Bedeutung der toten Begründer unserer Partei nicht würdig. Sie haben so leuchtende historische Verdienste aufzuweisen, daß wir ihre Schwächen und Mängel unter Verzicht auf Schönfärberei und Geschichtslügen erkennen und aussprechen können, ohne ihrem Andenken Abbruch zu tun.

Nein: jene „Erkenntnisschranke" durch die die Gruppe der späteren Begründer der KPD an ideologischer Klarheit und praktischer revolutionärer Reife hinter Lenin und den Bolschewiki zurückblieb, bedeutete zugleich in gewissem Sinne einen Schritt rückwärts gegenüber Marx und Engels und jener durchdringenden Klarheit, mit der die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus die Probleme der Revolution zu stellen verstanden. Rosa Luxemburg selbst hat das im letzten Abschnitt ihres Lebens, der zugleich die Vollendung und Krönung ihres Lebenswerkes mit der Gründung der KPD brachte, sehr wohl begriffen. Nicht umsonst wies sie in ihrem politischen Referat auf dem Gründungsparteitag der KPD darauf hin, daß die neue revolutionäre Partei des deutschen Proletariats in gewissem Maß anknüpfe an die beste revolutionäre Vergangenheit des Marxismus, an die Zeit des Kommunistischen Manifestes, an die großen historischen Leistungen von Marx und Engels.

**Die Stellung zur Rolle der Partei**

Die dritte politische Ursache für das Versagen der deutschen Linken in der Frage der Schaffung der revolutionären Partei bis zum Kriege und während des Krieges bestand in der mangelnden Erkenntnis der Genossen um Rosa Luxemburg über den Gang und die Methoden der proletarischen Revolution überhaupt. Es ist klar, daß diese letztere Frage – die Ueberschätzung der Spontaneität der Massen und die Unterschätzung und völlige Verkennung der Rolle der Partei als der organisierenden, bewußten Kraft in der Revolution aufs engste verbunden ist mit der ungenügenden konkreten Beschäftigung mit den Problemen der Revolution überhaupt, die wir als zweiten Punkt aufzählten. Zugleich stand die Vorstellung Rosa Luxemburgs und ihrer Gruppe vom Gange der proletarischen Revolution allzusehr unter dem Einfluß ihrer falschen Theorie des Imperialismus und der Akkumulation. Wenn man die Revolution auf Grund des auto-[9]matischen Zusammenbruchs des Kapitalismus erwartete, mußte man folgerichtig zu einer Spontaneitätstheorie im Sinne Rosas gelangen und die Notwendigkeit der festorganisierten, auf dem Prinzip des Zentralismus aufgebauten revolutionären Partei übersehen.

Andererseits ergab sich aus der Leninschen Theorie des Imperialismus und der Ablehnung der mechanischen Zusammenbruchstheorie durch die Bolschewiki ebenso folgerichtig die Erkenntnis, daß – bei aller Einschätzung der lebendigen, schöpferischen spontanen Kräfte der proletarischen Masse – dennoch der Sieg der Revolution durch die organisierte Aktion des Proletariats unter Führung seines bewußten Kerns, der Kommunistischen Partei, entschieden wird.

So entspringt das mangelnde Verständnis der Gruppe um Rosa Luxemburg und der übrigen späteren Begründer der KPD für die Rolle der Partei, das die bis 1918 „verspätete Spaltung" in Deutschland bewirkte, den allgemeinen theoretischen Fehlern des Luxemburgismus. Dieses mangelnde Verständnis war so eingewurzelt, daß noch auf dem Gründungsparteitag der KPD in dem Referat, das Genosse Eberlein im Auftrag der Spartakuszentrale über die Organisation der Partei hielt, die abwegigen Auffassungen der Spartakusgruppe und ihr vollkommenes Unverständnis für das Wesen der revolutionären Partei und für die Notwendigkeit des eisernen demokratischen Zentralismus zum Ausdruck kamen. Bekanntlich proklamierte der Referent der Zentrale die Autonomie der lokalen Organisationen hinsichtlich ihrer organisatorischen Formen und der politischen Betätigung. Mit anderen Worten: anstelle des bolschewistischen Zentralismus mit seiner eisernen zentralistischen Disziplin, wie ihn die Organisierung und Vorbereitung der Revolution bedingt, eine ganz lockere Verbindung von Gleichgesinnten.

In geradezu klassischer Form drückt sich hier der gewaltige Unterschied zwischen den Bolschewiki und den deutschen Linken aus. Lenin, der schon im Jahre 1903, um des Organisationsprinzips willen, zur Parteispaltung schreitet – auf der anderen Seite die Spartakusgruppe, die noch im Augenblick der Parteigründung 1918 nicht einmal das ABC der zentralistischen Partei und ihrer Notwendigkeit für den Sieg der Revolution erkannt hat!

## Die Selbstverständigung in der Kriegszeit

Die Notwendigkeit einer solchen kritischen Betrachtung der Vorgeschichte unserer Partei ergibt sich zwangsläufig, wenn wir die weitere Entwicklung der Kommunistischen Partei Deutschlands auf dem Wege der Bolschewisierung bis zur Gegenwart, bis zum heutigen Abmarsch der Thalheimer und Frölich, in ihrer historischen Bedingtheit verstehen wollen. Verkörpert doch jene linkssozialdemokratische Opposition innerhalb der Kommunistischen Partei Deutschlands, von der sich die KPD heute befreit, nichts anderes, als alle Schwächen, Mängel und Rückständigkeiten der Linksradikalen der Vorkriegszeit, der späteren Spartakusgruppe, reproduziert auf einer höheren und gefährlicheren Stufe und losgelöst von allen Vorzügen, von allem was [10] an der Spartakusgruppe, an den Linken der Vorkriegs-Sozialdemokratie fortschrittlich, bahnbrechend und revolutionär war.

So wollen wir in aller Nüchternheit aussprechen, daß auch in der Kriegszeit die späteren Gründer der KPD bei all ihrem hinreißenden revolutionären Heroismus, bei all ihrer selbstlosen und aufopfernden Treue zur Sache des Sozialismus und Internationalismus dennoch erst einen mühseligen Prozeß der ideologischen Klärung und Reifung, einen Prozeß der Selbstverständigung durchmachen mußten, bevor der Spartakusbund reif wurde, in der Kommunistischen Partei, in einer Sektion der Kommunistischen Internationale, aufzugehen. Die beiden anderen revolutionären Gruppen, die damals in Deutschland bestanden, die ISD (Internationale Sozialisten Deutschlands), die sich um Julian Borchards Zeitschrift „Die Lichtstrahlen“ gruppierten, und vor allem die Bremer Linksradikalen, die sogenannten IKD (Internationale Kommunisten Deutschlands) unter Führung von Johann Knief, waren – wenn auch die breitere und demonstrativere revolutionäre Massenwirkung von der Gruppe Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs ausging – bisweilen theoretisch klarer und fortgeschrittener als der Spartakusbund. Auf den beiden Internationalen Konferenzen von Zimmerwald (deren zweite in Kienthal, einem anderen Schweizer Ort, fortgeführt wurde und deshalb unter dem Namen Kienthaler Konferenz bekannt ist) standen die Vertreter dieser beiden Gruppen links vom Spartakusbund, der damals noch zwischen der zentristischen Mehrheit und dem linken Flügel schwankte, während sich bereits in diesem linken Flügel von Zimmerwald unter Lenins Führung die Ansätze der kommenden Kommunistischen Internationale herausbildeten.

## Nicht Schönfärberei, sondern geschichtliche Würdigung

Bedeutet nun die Klarstellung dieser Schwächen der Vorkämpfer und Begründer unserer Partei, wie sie die Vorgeschichte der KPD aufweist (zu denen auch Rosa Luxemburgs anfängliche, bald korrigierte falsche Stellung zur russischen Revolution zu zählen wäre) einen Bruch mit der bestehenden Tradition unserer Partei? Bedeutet es, daß unser Enthusiasmus für diese Vorkämpfer, für Karl und Rosa, und ihre Verdienste um die proletarische Sache abgeschwächt werden müßte? Nur kleinmütige Philister und armselige Epigonen könnten dies glauben und damit beweisen, wie unwürdig sie waren, jemals zur Gefolgschaft Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs zu zählen.

Gerade weil wir in kritischer Unbefangenheit und revolutionärer Schärfe, fern von jeglicher Schönfärberei oder Vertuschung die Gründer unserer Partei sehen und bewerten, so, wie sie waren, werden wir ihrem Andenken wahrhaft gerecht. Nur weil wir auch ihre Schwächen aussprechen und daraus lernen, dürfen wir mit Stolz und Genugtuung von all dem Starken, Großen sprechen, das sie geleistet haben.

Mit Stolz und Genugtuung verzeichnen wir die Tatsache, daß es Rosa Luxemburg war, die im Namen der Bolschewistischen Partei und der polnischen Sozialdemokratie auf dem Stuttgarter Internationalen Kongreß der Sozialdemokratie von 1907 die entscheidende Abänderung der Reso-[11]lution zum Kriege einbrachte, durch die revolutionärer Kampf, Bürgerkrieg gegen den imperialistischen Krieg gefordert wurde. Mit Stolz erinnern wir uns daran, daß auf jenem Kongreß der Gen. Lenin, um Rosa Luxemburg einen Platz in der Subkommission des Kongresses, die den Text der Resolution ausarbeitete, zu verschaffen, ihr das eine Mandat für Rußland anbot. So kam es zu jenem symbolischen Vorgang, daß schon im Jahre 1907 in der entscheidenden Kommission des Stuttgarter Kongresses Rosa Luxemburg, ohne Mitglied zu sein, die Vertretung der Partei ausübte, die zur Führerin unserer Kommunistischen Internationale wurde: der Partei der Bolschewiki.

Dieser wahrhaft historische Vorgang, in dem die spätere Entwicklung Rosas zur Begründerin der KPD, der zweitstärksten Sektion der Komintern, gleichsam vorweggenommen wurde, ist um so ehrenvoller, als es sich ja bei jenem Auftrag um die Schicksalsfrage der sozialistischen Bewegung handelte: die Ueberleitung des imperialistischen Krieges in die proletarische Revolution.

Der Weg, den Karl und Rosa, Mehring, Jogiches und die anderen gingen, und der über Irrtümer und Fehler hinführte zur Krönung ihres Kämpferlebens, zum Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands – das ist der erste und entscheidendste Abschnitt auf dem Wege zur Höhe und Klarheit des reinen Marxismus in der Periode des Imperialismus und der Weltrevolution: zum Leninismus!

Unsere Partei, die mit Stolz und Ehrerbietung Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg als ihre Begründer und Vorkämpfer feiert, vollendet das Werk und den Weg ihrer ermordeten Führer, indem sie, wie in den vergangenen zehn Jahren ihres Bestehens, diesen Weg der Bolschewisierung weiter beschreitet, den Weg zu Lenin, den Weg, auf dem sie allein ihre geschichtliche Aufgabe vollbringen kann: die proletarische Revolution, die Errichtung der deutschen Sowjetrepublik!

In den folgenden Heften erscheinen weitere Aufsätze zur Parteigeschichte. Die Redaktion.

*

## Lessings revolutionäre Bedeutung

Von Heinz Neumann

I.

Am 22. Januar 1929 sind 200 Jahre seit der Geburt Gotthold Ephraim Lessings vergangen. Die Arbeiterklasse und ihre kommunistische Vorhut haben das Recht, in Lessing einen Feind jeder Kulturreaktion, einen kühnen und glänzenden Vorkämpfer des menschlichen Fortschritts, einen der besten Vertreter der bürgerlichen Revolution in Deutschland zu feiern.

Die Bourgeoisie begeht geräuschvoll das Lessing-Jubiläum. Sie kündigt eine große 200-Jahr-Feier unter Teilnahme ausländischer Gäste an. Der neue deutsche Imperialismus will seine „zivilisatorische Mission“ beweisen. Lessing soll als Herold der gleichen preußischen Hohenzollernmonarchie verleumdet werden, deren Opfer er während seines ganzen Lebens war. Das „friderizianische Zeitalter“ und der „ruhmreiche“ Siebenjährige Krieg sollen gepriesen [12] werden, mit einem Wort: Lessing-Feier unter den faschistischen Klängen des Fridericus-Marsches.

Der revolutionäre Marxismus hat die Lessing-Legende schon längst zerstört. Franz Mehring, der Mitbegründer unserer Partei, hat in seinem hervorragenden Werk „Die Lessing-Legende – Zur Geschichte und Kritik des preußischen Despotismus und der klassischen Literatur“ mit den Lobredners des deutschen Kapitalismus, den Sybel und Treitschke, und mit den Soldschreibern des Hohenzollernhauses, den Erich Schmidt und Scherer, grausam-gründlich abgerechnet. Mehrings Werk, das Friedrich Engels noch in seinen letzten Lebensjahren mit freudiger Anerkennung begrüßte, zerreißt das spießbürgerliche Lügengewebe, mit dem die deutsche Bourgeoisie den toten Lessing umhüllt hat. Mehring schält die wirkliche Gestalt Lessings aus dem Wust der patriotischen und religiösen Geschichtsfälschung heraus. Sein Buch wird damit zu einem historischen Quellenwerk ersten Ranges. Die Zerstörung der Lessing-Legende wird zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der gesamten bürgerlichen Literaturgeschichte, der Mehring erfolgreich die wissenschaftliche Methode des historischen Materialismus entgegenstellte. An Hand einer tiefgründigen Analyse der ökonomischen und sozialen Verhältnisse Deutschlands und Preußens im 18. Jahrhundert, verfolgt Mehring die Entstehung unserer klassischen Literatur. Er kommt zu dem Schluß:

„Lessing hatte den deutschen Philister ganz und gar ausgezogen; das gibt ihm die einzige Stellung in unserer klassischen Literatur, und insofern war er der verwegenste Revolutionär, den die bürgerliche Welt in Deutschland hervorgebracht hat, bis auf die Börne und Heine, die Marx und Engels, die auch erst im Auslande das werden konnten, was sie geworden sind.“

Ein kurzer Blick auf das Leben und das Werk G. E. Lessings zeigt die vollständige Richtigkeit dieses Urteils.

II.

Lessing war durch seine Herkunft wie durch seine Lebensweise ein Angehöriger der aufkommenden Bourgeoisie im feudalen Deutschland des 18. Jahrhunderts. Sein ganzes Wirken war ein ständiger, unversöhnlicher K a m p f gegen den Despotismus seiner Zeit. Der preußische Absolutismus, den Lessing mit besonderer Leidenschaft bekämpfte, war noch rückständiger und kulturfeindlicher als die Feudalstaaten des Auslandes. Das erklärt sich aus der ökonomischen Zurückgebliebenheit des Landes, aus seiner geschichtlichen Entwicklung seit dem 30jährigen Kriege. Mehring hat ausführlich nachgewiesen, daß der preußische Militärstaat auf andere Weise entstanden ist als der Absolutismus in ökonomisch fortgeschrittenen Ländern: nicht durch die Entwicklung des Warenhandels und der Warenproduktion, nicht durch die Unterstützung, die er den Städten im Kampf gegen den gutsbesitzenden Adel gewährte. sondern in völliger Abhängigkeit von den feudalen Junkern und durch die brutale Niederhaltung der Städte. Dieser Umstand prägte dem Hohenzollernstaat seit dem Ausgang des Mittelalters seinen barbarisch-rückständigen Charakter auf. Lessing, der aus dem fortgeschritteneren Sachsen nach Berlin kam, mußte die beispiellose Erbärmlichkeit der damaligen Verhältnisse besonders kraß empfinden. Er trat in schärfste Opposition zum friderizianischen Regime. Sein Leben war eine Kette von Entbehrungen und Enttäuschungen, von bitterer Not und stolzer Empörung. Lessings Lebensbedingungen im Jahrhundert der entstehenden Bourgeoisie glichen eher dem Hungerdasein des heutigen Proletariats als dem Luxusleben der modernen Kapitalsmagnaten. Dieser große Vorkämpfer des deutschen Bürgertums unterschied sich von anderen, selbst von den besten seiner Zeit- und Klassengenossen, dadurch, daß er stets verschmähte, sich an Fürstenhöfen [13] ein Gnadenbrot zu erwerben. Er wollte niemals der „Sklave eines Amtes“ werden. Während Klopstock als Günstling des dänischen Königs und Winckelmann als Schützling eines römischen Kardinals lebten, während fast alle Künstler und Gelehrten jener Zeit auf der demütigenden Suche nach einer „Bedienung“, d. h. nach einer Anstellung bei einem der zahlreichen deutschen Landesfürsten waren, verbrachte Lessing sein ganzes Leben in Armut und „schauriger Einsamkeit“. Niemand verhöhnte so gründlich und schneidend wie er das „Mäzenatentum“ der aufgeklärten Despoten vom Schlage Friedrichs II. Mit einem deutlichen Hinweis auf die berühmte „Tafelrunde von Sanssouci“ schreibt er in seiner „Ode an Mäzen“:

„Dort der Regent ernährt eine Menge schöner Geister und braucht sie des Abends, wenn er sich von den Sorgen des Staats durch Schwänke erholen will, zu seinen lustigen Räten. Wieviel fehlt ihm, ein Mäzen zu sein.

Nimmermehr werde ich mich fähig fühlen, eine so niedrige Rolle zu spielen, und wenn auch Ordensbänder zu gewinnen stünden.“

Mit wahrhaft revolutionärem Pathos ruft der Derwisch in „Nathan der Weise“ den literarischen Lakaien der Könige zu:

„Ei was! – Es wär’ nicht Geckerei,
Bei Hunderttausenden, die Menschen drücken,
Ausmergeln, plündern, martern, würgen und
Ein Menschenfreund an Einzeln’ scheinen wollen?
Was? Es wäre
Nicht Geckerei, an solchen Geckereien
Die gute Seite dennoch auszuspüren,
Um Antheil dieser guten Seite wegen
An dieser Geckerei zu nehmen?“

Lessing betätigte sich als freier Schriftsteller auf den verschiedensten Gebieten des öffentlichen Lebens. Er war der Reihe nach: Kandidat der Medizin, Magister der freien Künste, Redakteur des „gelehrten Artikels“ in der „Vossischen Zeitung“, subalterner Schreiber bei dem preußischen General Tauentzien, Dramaturg am Hamburger Theater, schlechtbezahlter Bibliothekar in Wolfenbüttel. Sein

Umgang waren nicht Monarchen und hohe Würdenträger, sondern kleine Poeten, wandernde Schauspieler, Soldaten und niedere Offiziere, Juden – kurz die Enterbten und Unterdrückten seiner Epoche. Unstät, hungernd, immer verschuldet, irrte Lessing von Stadt zu Stadt. Er ging von Leipzig nach Berlin, dann nach Breslau, Hamburg, Wolfenbüttel, Wien und wieder nach Wolfenbüttel, wo er schwer krank seine letzten Lebensjahre verbrachte. Mehr als einmal behinderte ihn die friderizianische Zensur, die so viele „rebellische" Schriften durch Henkershand am Berliner Gendarmenmarkt verbrennen ließ. Das Braunschweiger Konsistorium verfolgte ihn mit Beschlagnahmen und Verboten. Als er seinen „Nathan" vollendete, war die Not so groß, daß er über die Subskriptionsliste schrieb, „vielleicht sei das Pferd schon verhungert, ehe der Hafer reif geworden". Allen diesen Bedrängnissen zum Trotz blieb Lessing bis zum letzten Augenblick seines bewundernswerten Lebens der unbeugsame Freiheitskämpfer, der er war. Ueberall, wo er wirkte, an der Universität, in der Berliner Redaktionsstube, im schlesischen Kriegslager, am Theater, in der braunschweigischen Bibliothek, bewies er sein revolutionär-bürgerliches Klassenbewußtsein, seinen Haß gegen die Tyrannen, seine Solidarität mit allen Verfolgten. Franz Mehring, der vor allem die kritische Widerlegung der bürgerlichen Lessinglegenden durchführte, spricht in seinem Buch den Wunsch aus, Lessing möge den zukünftigen Generationen dadurch nähergebracht werden, daß „die strahlende Hoheit seines Lebens und seines Lebenswerks in einer positiven Darstellung widergespiegelt würde". Wir hoffen, daß die siegreiche Arbeiter-[14]klasse, die sich im Besitze aller Kulturmittel befindet, diese unerläßliche Aufgabe möglichst bald erfüllt.

III.

In Lessings Zeiten war die klassische deutsche Nationalliteratur erst im Entstehen. Sie mußte sich als Kampfinstrument der emporsteigenden bürgerlichen Gesellschaft gegen den herrschenden Feudalismus durchsetzen. Dieser bürgerliche Kulturkampf war im Deutschland des 18. Jahrhunderts in dem gleichen Maße schwerer, mühseliger, unentschiedener, wie die ökonomische Entwicklung Mitteleuropas im Vergleich zu der Englands und Frankreichs zurückgeblieben war. Dieses gegenseitige Verhältnis spiegelte sich in dem überragenden Einfluß der ausländischen, besonders der französischen Literatur auf das gesamte deutsche Geistesleben wider. Die Schriften der großen französischen Aufklärer, die den Boden für die Revolution von 1789 vorbereiteten, übten die größte Wirkung auf Lessing aus. Namentlich Montesquieu, La Mettrie, Rousseau und der streitbare Materialist Diderot waren seine Lehrer. Lessings Verhältnis zu Voltaire war ein zwiespältiges. Der Vorkämpfer des deutschen Bürgertums haßte in Voltaire mit gesundem Klasseninstinkt den französischen Hofliteraten Friedrichs II. Er verachtete seine höfische Freigeisterei, die im Kampf gegen die Religion jedesmal dann feige kapitulierte, wenn die Gefahr auftauchte, daß auch die „Kutscher und Köchinnen", d. h. der vierte Stand, zum Kampf gegen die bestehende Ordnung aufmarschieren könnten. Lessing verspottete in seinen literaturkritischen Schriften die pseudoklassischen Tragödien Voltaires, aber er brachte dem großen französischen Philosophen überall dort die stärkste Verehrung entgegen, wo er revolutionär wirkte. Er bewunderte ihn als den historischen und philosophischen Wortführer der Bourgeoisie. Er hat selbst des „Herrn von Voltaire kleinere historische Schriften" ins Deutsche übertragen. Seine kritische Stellung zu Voltaire zeigt sich am klarsten in der Grabschrift, die er ihm nach seinem Tode setzte:

„Der liebe Gott verzeih' aus Gnade
Ihm seine Henriade
Und seine Trauerspiele
Und seiner Versehen viele;
Denn was er sonst ans Licht gebracht,
Das hat er ziemlich gut gemacht."

Viel größer und tiefer war der Einfluß Diderots auf Lessing. Er begrüßte ihn und seine französischen Mitkämpfer, die Enzyklopädisten, mit den begeisterten Worten:

„Sie führen in Gängen voll Nacht zum glänzenden Throne der Wahrheit, wenn Schullehrer in Gängen voll eingebildeten Lichts zum düsteren Throne der Lügen leiten. Gesetzt auch, ein solcher Weltweiser wagt es, Meinungen zu bestreiten, welche wir geheiligt haben, der Schade ist klein. Seine Träume oder Wahrheiten,

wie man sie nennen will, werden der Gesellschaft ebensowenig Schaden tun, als vielen Schaden ihr diejenigen tun, welche die Denkungsart aller Menschen unter das Joch der ihrigen bringen wollen."

In diesem Urteil zeigt sich einerseits, wie weit selbst Lessing, dieser entschiedenste Verfechter der deutschen Aufklärung, noch hinter den französischen Materialisten und ihrem Kampf gegen die „geheiligten Meinungen" zurückblieb, andererseits, wie er alle theoretischen Streitfragen unter dem Gesichtspunkt der „Gesellschaft", d. h. des bürgerlichen Klassenbewußtseins bewertet. Diderot selbst hatte von Lessings Schriften eine hohe Meinung. Seine bürgerlichen Dramen weisen viele verwandte Züge mit Lessings Trauerspielen auf. Diderot machte „Miß Sara Sampson" in Frankreich bekannt. Lessing wiederum übersetzte 1760 das „Theater des Herrn Diderot", den [15] „Natürlichen Sohn" und den „Hausvater", sowie seine Abhandlung über die dramatische Dichtkunst.

## IV.

Lessing bekämpfte den Despotismus nicht nur auf künstlerischem und wissenschaftlichem Gebiet, sondern auch in der Politik. Sein gesamtes geistiges Schaffen trug einen ausgesprochen sozialen und politischen Charakter. In allen seinen Werken finden sich Hinweise auf die brennenden Fragen der Zeit. Er benutzte die Literatur als eine Waffe des Klassenkampfes. In einer seiner Rezensionen schreibt er über die Vorstöße der reaktionären Gutsbesitzer:

„Sollten wir nicht wenigstens in unseren Schriften unaufhörlich gegen diese ungerechten Veränderungen protestieren, anstatt durch schmeichelnde Nachsicht und Entschuldigung der Großen ihre Tathandlungen Recht sprechen."

Zahllos sind die Kundgebungen seiner Empörung gegen den Staat Friedrichs II., als dessen Repräsentanten die heutige Bourgeoisie ihn zu verdächtigen sucht. „Wie kann man auch in Berlin gesund sein? Alles, was man da sieht, muß einem ja die Galle ins Geblüth jagen" – so schreibt er an Ramler. „Was hatt' ich auf der verzweifelten Galeere zu suchen?", so klagt er vor der Abreise aus Berlin in einem Briefe an Gleim. Mehring hat die Stelle aus Lessings Brief an Nicolai zitiert, worin er das friderizianische Preußen mit Recht als das „sklavischste Land von Europa" brandmarkt:

„Sagen Sie mir von Ihrer berlinischen Freiheit zu denken und zu schreiben ja nichts ... Lassen Sie es aber doch einmal einen in Berlin versuchen, über andere Dinge so frei zu schreiben, als Sonnenfeld in Wien geschrieben hat; lassen Sie es ihn versuchen, dem vornehmen Hofpöbel so die Wahrheit zu sagen, als dieser sie ihm gesagt hat; lassen Sie einen in Berlin auftreten, der für die Rechte der Untertanen, der gegen Aussaugung und Despotismus seine Stimme erheben wollte, wie es jetzt sogar in Frankreich und Dänemark geschieht, und sie werden bald die Erfahrung haben, welches Land bis auf den heutigen Tag das sklavischste Land von Europa ist."

„Für die Rechte der Untertanen, gegen Aussaugung und Despotismus" – das ist die politische Losung Lessings. Er feiert in einer unvollendeten Dichtung die Verschwörung des Demokraten Henzi, der für den Versuch eines Aufstandes gegen die Berner Stadtaristokratie hingerichtet wurde.

Lessings revolutionärer Standpunkt zeigt sich auch in seiner Stellung zum Siebenjährigen Kriege, den er als reaktionären Kabinettskrieg, als einen „blutigen Prozeß zwischen unabhängigen Häuptern" verabscheute. In diesem Kampf – den er eine Zeitlang als preußischer Generalsschreiber miterlebte – wurde er nach seinem eigenen Bekenntnis in Leipzig für einen Erzpreußen und in Berlin für einen Erzsachsen gehalten.

Lessing war schon in der Zeit des finstersten Absolutismus ein bewußter Vorkämpfer für die nationale Einigung Deutschlands. Diese Forderung hatte damals ausgesprochen revolutionäre Bedeutung. Immer wieder klagte Lessing über die nationale Zerrissenheit Deutschlands, das von einer Unzahl feudaler Landesfürsten ausgebeutet und mit Füßen getreten wurde.

Lessing litt, wie alle großen Vertreter unserer klassischen Literatur und Philosophie, unter dem qualvollen Widerspruch der Geschichte, der die Vorkämpfer des revolutionären Bürgertums zwang, ihren Freiheitswillen auf die fernsten Höhen der Ideologie zu tragen, anstatt den praktischen Kampf gegen den Despotismus aufzunehmen. Diesem Konflikt hat Lessing in seinem Spartakusfragment einen ebenso erschütternden wie großartigen Ausdruck verliehen: [16]

„Konsul: Ich höre, du philosophierst, Spartakus?

Spartakus: Was ist das: du philosophierst – doch ich erinnere mich – ihr habt den Menschenverstand in die Schule verwiesen, um ihn lächerlich machen zu können – so du nicht willst, daß ich philosophieren soll – Philosophieren – es macht mich lachen – nun gut, wir wollen fechten!“

Durch diesen Dialog klingt der Wille zur Verwirklichung der revolutionären Philosophie, der Aufruf zur Veränderung der Welt, der fast ein Jahrhundert später in der elften Feuerbach-These von Karl Marx seine unsterbliche Fassung erhielt.

V.

Die heutige Bourgeoisie feiert Lessing an seinem 200. Geburtstag vor allem als „deutschen Dichter“. Aber Lessing selbst sagt von sich in der Hamburgischen Dramaturgie, daß er kein Dichter sei. Das ist zum Teil richtig. Seine wirkliche Bedeutung liegt nicht auf künstlerischem, sondern auf sozialem Gebiet. Die Dichtungsformen, die er schuf, das bürgerliche Trauerspiel und die bürgerliche Komödie, im Gegensatz zu den höfischen Tragödien seiner Vorgänger, eröffneten eine neue Etappe im geistigen Befreiungskampf gegen den Feudalismus. An Stelle der Könige, Prinzessinnen und Marschälle stellte Lessing die Gestalten des Bürgertums in den Mittelpunkt seiner Theaterstücke. Man kann sich heute schwer die Wirkung dieser Dichtungen auf Lessings Zeitgenossen vorstellen. Als seine „Miß Sara Sampson“ in Frankfurt a. d. O. zum ersten Male aufgeführt wurde, saßen die Zuhörer, nach einem zeitgenössischen Bericht, 3½ Stunden still wie Statuen und weinten. In der „Emilia Galotti“, die nur der Form nach an einem italienischen Fürstenhof spielt, aber in Wirklichkeit die Schandtaten der deutschen Despoten geißelt, erblickte Goethe den „entscheidenden Schritt zur sittlich erregten Opposition gegen die tyrannische Willkürherrschaft“. „Minna von Barnhelm“, die von den bürgerlichen Lessing-Biographen in eine Verherrlichung des Siebenjährigen Krieges umgefälscht wurde, stellt, wie Mehring unwiderleglich nachweist, eine schneidende Satire auf das friderizianische Regiment dar. In der Kunstform des bürgerlichen Lustspiels verhöhnt hier Lessing die verächtlichen Typen der preußischen Armee: den ausländischen adligen Offizier und den spionierenden Herbergswirt. Er protestiert gegen die blutsaugerischen Kriegskontributionen, die Friedrich II. den besetzten Städten auferlegte. Nicolai jammerte über die „vielen Stiche gegen die preußische Regierung“, die in dieser Komödie enthalten sind. Als die „Minna“ 1708 in Berlin auf die Bühne kam, wurde sie zehnmal hintereinander unter lautem Jubel gespielt.

Wir erwähnten bereits die aufrüttelnde Wirkung, die „Nathan der Weise“ in Lessings Zeitalter hervorrufen mußte. In der Periode der finstersten Feudalherrschaft enthielt dieses Schauspiel viel mehr als den bloßen Appell zur religiösen Toleranz, den die christlichen und jüdischen Kapitalisten heute als wichtigste Tat Lessings hinstellen. „Nathan“ ist, wie alle Lessingschen Dramen, ein zündender Kampfruf gegen den Despotismus.

VI.

Einen besonders breiten Raum nehmen in Lessings Lebenswerk seine literaturkritischen und ästhetischen Schriften ein. Die Eigenart der geschichtlichen Entwicklung wollte es, daß die deutschen Aufklärer gerade in der Aesthetik und der Theologie, diesen entlegensten Stockwerken des ideologischen Ueberbaus der Gesellschaft, ihre sozialen Kämpfe am schärfsten ausfochten. Das deutsche Bürgertum des 18. Jahrhunderts war zu schwach, zu unreif, um den Weg der politischen Revolution, des bewaffneten Aufstandes gegen die Feudalmächte zu beschreiten, wie es, die englische [17] Bourgeoisie im 17. Jahrhundert, der dritte Stand in Frankreich 1789 getan hat. Die bürgerlichen Revolutionäre Deutschlands waren Jakobiner der Ideologie. Die Guillotine, mit der sie die Aristokratie köpften, war – die schöne Literatur. Plechanow hat mit großem Scharfsinn dargestellt, wie die ästhetischen Geschmacksrichtungen einer Epoche jedesmal ihre Erklärung in den gleichzeitigen Gesellschaftszuständen finden. Nur mit Hilfe dieser materialistischen Analyse ist es möglich, die wirkliche Bedeutung von Lessings Beiträgen zur Literaturkritik zu erfassen. Er bekämpfte die Feudalherrschaft, indem er die Ideale, den Geist, die Sitten, die Literaturformen und Kunstregeln der herrschenden Klassen angriff. Sein Haß gegen die Prinzipien der alten Aesthetik war der Haß des jungen Bürgertums gegen den Despotismus. Seine Rebellion gegen die drei heiligen aristotelischen Einheiten, gegen die

verknöcherten Alexandrinerverse der klassischen französischen Tragödie, war die Rebellion der nationalen Bourgeoisie gegen ihre eigene Knebelung durch die regierenden Landesfürsten und ihre französelnden Hofliteraten. Lessings Aufruhr gegen die literarische Knute seiner Zeit war die ideologische Meuterei gegen den Stockprügel Friedrichs II. und seines preußischen Militärstaates.

Die „Hamburgische Dramaturgie", in der Lessing den Versuch macht, eine Lehre der dramatischen Dichtkunst aufzustellen, sagt dem heutigen Leser wenig oder gar nichts. Auch diese Schrift ist nur in ihrer historischen Bedingtheit verständlich. Lessing gebührt das Verdienst, daß er als erster in Deutschland die dichterische Größe Shakespeares erkannt hat. In seinem Kampf gegen die französischen Klassiker, gegen Corneille und Racine, ist er ebenso ungerecht wie sein materialistischer Zeitgenosse Helvetius, den Plechanow in dieser Hinsicht scharf kritisiert hat. Gegenüber der chauvinistischen Legende, Lessing habe „die Franzosen" aus der deutschen Literatur vertrieben, um an ihrer Stelle die ‚.stammverwandten Engländer" einzuführen, schützt ihn schon die Tatsache, daß er der eifrigste Propagandist Diderots in Deutschland war und daß er das bürgerliche französische Lustspiel hoch über das englische gestellt hat.

Noch mehr als Lessings andere Prosaschriften wurde „Laokoon", die Abhandlung „über die Grenzen der Malerei und Poesie", zu einem Hebel des bürgerlichen Kulturkampfes in Deutschland. Der „Laokoon" wurde jahrzehntelang in der klassischen deutschen Literatur umstritten. Er war von gleichem Einfluß auf den jungen Goethe wie „Emilia Galotti" auf die revolutionären Jugenddramen Schillers. Während Goethe und Schiller als Kostgänger der Weimarer Großherzöge endeten, blieb Lessing allerdings bis zum Lebensende seiner Fahne treu.

In der „Dramaturgie" schrieb Lessing die sarkastischen Worte: „über den gutherzigen Einfall, den Deutschen ein Nationaltheater zu verschaffen, da wir Deutschen doch keine Nation sind".

Eine Klage, die bis über die Barrikaden von 1848, hinaus in den Reihen der besten Kämpfer des radikalen deutschen Bürgertums nicht verstummen sollte!

VII.

Je weiter die deutschen Klassiker vom Boden der materiellen Produktivkräfte entfernt waren, desto revolutionärer wirkten sie. In den abstraktesten Bezirken waren sie am radikalsten.

Wenn Lessing in der praktischen Politik ein entschiedener Rebell war, so war er es in der Aesthetik entschiedener, aber in der Theologie am entschiedensten. Von der Jugendzeit bis zu seinen letzten Lebenslagen kämpfte er gegen die protestantische Orthodoxie, gegen das Lutheranertum in allen seinen Spielarten. In seinen theologischen Schriften kommt der bürgerliche Klassenstandpunkt am schärfsten zum Ausdruck. Lessings Kampf [18] gegen alle „offenbarten" Religionen unterschied ihn an sich noch nicht von den anderen Aufklärern seiner Zeit. Seine völlig neue und originelle Stellung zeigt sich in dem Zweifrontenkrieg, den er in allen theologischen Kämpfen ausfocht. Er war nicht ein „Freidenker" im gewöhnlichen, vulgären Sinne des Wortes. Er stand turmhoch über dem berüchtigten „Aufkläricht" von Nicolai und seiner preußenfrommen Berliner Clique. Dadurch, daß Lessing die Religionen nicht nur als eine sinnlose Häufung von Pfaffenbetrug, Aberglauben und Volkstäuschung bekämpfte, sondern sie als notwendige Durchgangsstufen in der Entwicklung des menschlichen Geisteslebens begriff, stand er sogar höher als die französischen Materialisten, die ihn im übrigen an philosophischer Schärfe und Kühnheit überragen. Lessings „vernünftiges Christentum" – so inkonsequent und widerspruchsvoll es noch war – bedeutete den Versuch, einen wissenschaftlichen Standpunkt zu gewinnen. Darum bekämpfte er nicht nur die kirchliche Orthodoxie, sondern auch die hohlen Deklamationen der Nicolai-Schule. Er schrieb in dem Entwurf einer Vorrede zum „Nathan" das klare Bekenntnis: „Nathans Gesinnung gegen alle positive Religion ist von jeher die meinige gewesen." Er begrüßt die Schriften des Aufklärers H. S. Reimarus als einen „Hauptsturm auf die christliche Religion". In seinen Streitschriften gegen den Hamburger Hauptpastor Goetze schreitet er selbst zu diesem revolutionären Sturm gegen das Pfaffentum.

Zugleich wandte sich Lessing gegen die metaphysischen Aufklärer. Er richtet die ganze Schärfe seiner Kritik gegen den Versuch, den alten Dogmen neue Dogmen entgegenzustellen, die Religion

nicht mit wissenschaftlichen, sondern mit scholastischen Methoden zu bekämpfen. Innerhalb des Lagers der Religionsfeinde führte er geradezu den Hauptkampf gegen diese Strömung. Er schreibt in einem seiner theologischen Aufsätze:

„... Je gröber der Irrtum, desto kürzer und gerader der Weg zur Wahrheit. Dahingegen der verfeinerte Irrtum uns auf ewig von der Wahrheit entfernt halten kann, je schwerer uns einleuchtet, daß er Irrtum ist ... wer nur darauf denkt, die Wahrheit unter allerlei Larven und Schminke an den Mann zu bringen, der möchte wohl gern ihr Kuppler sein, nur ihr Liebhaber ist er nie gewesen."

Dieses taktische Prinzip, den „verfeinerten Irrtum" noch schärfer zu bekämpfen als den „groben", der sich selbst entlarvt, haben noch alle grollen Revolutionäre in der Politik wie in der Philosophie, bis zu Marx, bis zu Lenin angewandt.

Mehring hat betont, daß Lessing in seinen Streitschriften gegen die Orthodoxie die reifste, bedeutungsvollste Periode seines Lebens erreicht hat. Seine „Erziehung des Menschengeschlechts", seine „Neue Hypothese über die Evangelisten als bloß menschliche Geschichtsschreiber betrachtet" sind bahnbrechende Leistungen, die unmittelbar den Boden für Kant, Fichte und Hegel schufen. Indem er, dem Beispiel Spinozas folgend, als einer der ersten mit der wissenschaftlichen Bibelkritik begann, wurde Lessing zum Vorläufer der David Strauß und Feuerbach, aus deren Lager Marx und Engels den Uebergang zum dialektischen Materialismus vollzogen.

## VIII.

Der geniale russische Materialist N. G. Tschernyschewsky, den Plechanow mit Recht als den russischen Lessing des 19. Jahrhunderts gefeiert hat, schrieb über seinen deutschen Vorläufer:

„Wenn es in Deutschland vor Kant einen Menschen gab, der von der Natur für die Philosophie begnadet war, so war dies ohne jeden Zweifel Lessing – aber trotzdem schrieb er fast kein einziges Wort im eigentlichen Sinne über die Philosophie. Das lag daran, daß für die reine [19] Philosophie die Zeit noch nicht gekommen war, zum lebendigem Mittelpunkt des deutschen Geisteslebens zu werden, – und Lessing schwieg über die Philosophie – die Köpfe seiner Zeitgenossen waren bereit, die Poesie zu genießen, aber sie waren noch nicht bereit zur Philosophie, – und Lessing schrieb Dramen und redete über die Dichtkunst – für Naturen wie einen Lessing gibt es einen erhabeneren Dienst als den Dienst an der geliebten Wissenschaft, das ist der Dienst an der Entwicklung seines Volkes. Und wenn irgendein „Laokoon" oder irgendeine „Hamburgische Dramaturgie" der Nation zu höherem Nutzen gereicht als ein System der Metaphysik oder eine anthologische Theorie, dann schweigt ein solcher Mensch über die Metaphysik, dann untersucht er eifrig literarische Fragen, wie die „Aeneis" Vergils oder die „Semiramis" Voltaires, von einem absolut wissenschaftlichen Standpunkt aus – kleine und geradezu hohle Gegenstände für einen Geist, der fähig ist, die Grundgesetze des menschlichen Lebens zu durchdenken."

Der revolutionäre Dialektiker Tschernyschewsky, der selbst ein begeisterter Verehrer Lessings war, spricht in diesen geistreichen Sätzen die historische Größe und zugleich die historischen Grenzen Lessings aus. Hätte Lessing sechs Jahrzehnte später gelebt, so wäre er zum Philosophen und zum Lehrer von Marx und Engels geworden. In der schmachvollen Enge seines Zeitalters konnte er nur den Weg für die klassische deutsche Philosophie freimachen, deren Erbe das revolutionäre Proletariat ist. Lessing bezeichnet den höchsten Gipfel der deutschen Aufklärungsperiode und zugleich ihre Ueberwindung, ihre Fortentwicklung zur Philosophie des absoluten Idealismus, aus deren Wolkenhöhen der Funke der materialistischen Dialektik sprang. In seinem Briefe vom 2. Februar 1774 spricht er von der „Scheidewand", die zwischen der Theologie und der Philosophie gezogen wurde. Jenseits von dieser Scheidewand führt der nächste Schritt zu Kants „Kritik der reinen Vernunft".

Lessing schrieb kein einziges philosophisches Werk, aber er hatte eine bestimmte philosophische Weltanschauung, die alle seine Schriften durchdrang. Diese Anschauung war der Spinozismus.

Friedrich Heinrich Jacobi veröffentlichte vier Jahre nach dem Tode seines Freundes Lessing das Buch „Ueber die Lehre des Spinoza in Briefen an den Herrn Moses Mendelssohn". Dort erbringt er den schlüssigen Beweis, daß Lessing ein überzeugter Spinozist war. Allerdings mußte er zu seinen Lebzeiten diese Ueberzeugung verbergen und verschleiern, denn sie war damals gleichbedeutend mit der politischen Aechtung und der polizeilichen Verfolgung. In seinen Gesprächen mit Jacobi sagte

Lessing: „Es gibt keine andere Philosophie als die Philosophie des Spinoza.“ In den entscheidenden Fragen: Einheit alles Seienden, Einheit von Denken und Materie, Gesetzmäßigkeit gegen Willensfreiheit, war Lessing ein Spinozist. Der Spinozismus ist aber, nach dem treffenden Worte Plechanows, nichts anderes als ein theologisch verhüllter Materialismus. „Der Marxismus ist eine Art des Spinozismus.“

Lessings philosophischer Standpunkt war weit fortgeschritten im Vergleich zu den meisten seiner deutschen Zeitgenossen. Gegenüber dem Rationalismus der landläufigen Aufklärer äußerte er zu Jacobi:

„Ich merke, Sie hätten gern Ihren Willen frei. Ich begehre keinen freien Willen ... Es gehört zu den menschlichen Vorurteilen, daß wir den Gedanken als das Erste und Vornehmste betrachten und aus ihm alles herleiten wollen.“

Als Jacobi den idealistischen Standpunkt der Ueberlegenheit des Denkens über das Sein vertritt und sich dabei auf Spinoza beruft, antwortet Lessing:

„Für den Menschen! Er (Spinoza H. N.) war aber weit davon entfernt, unsere Art, nach Absichten zu handeln, für die höchste Methode auszugeben und den Gedanken oben anzusetzen.“

[20] Karl Marx verteidigt im Vorwort zum ersten Bande des „Kapital“ Hegel gegen die zeitgenössischen Vulgärphilosophen; dabei erinnert er an Lessings Kampf für Spinoza, den die Berliner Rationalisten vom Schlage Mendelssohns „als toten Hund behandeln“.

Selbstverständlich wäre es lächerlich, in Lessing einen dialektischen Materialisten im strengen Sinne des Wortes zu erblicken. Er war weder ein konsequenter Materialist, noch ein bewußter Dialektiker. Vor den Lehren der französischen Materialisten ist er stets bis zu einem gewissen Grade zurückgeschreckt. Es gibt jedoch in seinen Schriften einzelne Gedanken, die den Keim nicht nur zum philosophischen, sondern sogar zum historischen Materialismus enthalten. So z. B. wenn er in einer Buchbesprechung der „Vossischen Zeitung“ von 1753 schreibt:

„Eigentlich zu reden hat man keine andere als physikalische Ursachen. Warum die Nationen an Leidenschaften, Talenten und körperlichen Geschicklichkeiten so verschieden sind; denn was man moralische Ursachen nennt, sind nichts als Folgen der physikalischen. Die Erziehung, die Regierungsform, die Religion zu den Ursachen dieser Verschiedenheiten zu machen, zeigt deutlich, daß man es entweder schlecht überlegt hat, oder einer von denjenigen Gelehrten ist, die zum Unglück in Ländern geboren sind, von welchen man vorgibt, daß sie den Wissenschaften weniger günstig als etwa Frankreich und England wären, und also sich selbst Unrecht zu tun glauben, wenn sie den Einfluß des Klimas auf die Fähigkeit des Geistes zugeben wollten.“

Oder wenn er später in seinen „Freimaurergesprächen“ erklärt, daß die Staaten

„ein ganz verschiedenes Klima, folglich ganz verschiedene Bedürfnisse und Befriedigungen, folglich ganz verschiedene Gewohnheiten und Sitten, folglich ganz verschiedene Sittenlehren, folglich ganz verschiedene Religionen“

haben.

Die Theorie von der direkten Einwirkung des klimatischen und geographischen Milieus auf die historische Entwicklung und die gesellschaftlichen Bewußtseinsformen stellt nur eine primitive Stufe des Materialismus dar. Montesquieu und einzelne französische Materialisten haben ähnliche Gedanken schon vor Lessing entwickelt. Die modernen Materialisten wissen, daß die Naturbedingungen nur durch die Vermittlung der Produktivkräfte und der gesellschaftlichen Organisation den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß bestimmen. Aber Lessings Bemerkungen sind bereits eine geniale Vorwegnahme derjenigen Elemente in Hegels Geschichtsphilosophie, in denen der konsequenteste aller Idealisten dem Materialismus am nächsten kommt.

In der Polemik mit irgendeinem reaktionären Superintendenten schrieb Lessing die folgenden Sätze über den philosophischen Begriff der Wahrheit:

„Nicht die Wahrheit, in deren Besitz irgendein Mensch ist oder zu sein vermeine, sondern die aufrichtige Mühe, die er angewandt hat, hinter die Wahrheit zu kommen, macht den Wert des Menschen. Denn nicht

durch den Besitz, sondern durch die Nachforschung der Wahrheit erweitern sich seine Kräfte, worin allein seine immer wachsende Vollkommenheit besteht."

Man darf nicht vergessen, daß diese Idee in einem Zeitalter ausgesprochen wurde, als das dogmatische Denken, die Verfechtung der „ewigen Wahrheiten" nicht nur ins Lager der Reaktion, sondern auch in den Reihen der Aufklärer fast unumschränkt herrschten. Lessings Analyse des Wahrheitsbegriffs ist in ihrem tiefsten Kern dialektisch. Sie weist – trotz ihrer historisch bedingten Unzulänglichkeit – über die Jahrhunderte hinweg eine innere Verwandtschaft mit der materialistischen Erkenntnistheorie auf, mit der Lehre von der [21] relativen und absoluten Wahrheit, wie sie Lenin in seinem „Empiriokritizismus" formuliert hat. Die entwickeltste Form der Lessingschen Idee von der „Nachforschung der Wahrheit" ist Lenins tiefgründige Bemerkung, daß die menschliche Erkenntnis in ihrem Fortschreiten nicht einer geraden Linie, sondern einer Kurve folgt, die sich einer Spirale, d. h. einem System von Kreisen, unendlich annähert.

Anders als durch glänzende Gedankenblitze vermochte Lessing noch nicht in die Philosophie der Zukunft vorzudringen. Seinem Spinozismus fehlt die großartige Vollendung und die wissenschaftliche Folgerichtigkeit, der materialistische Kerngehalt Spinozas. Mehring hat Lessings Platz in der Geschichte der Philosophie richtig bestimmt: „Lessing gelangte bis an die Grenze, die den Idealismus von dem Materialismus trennt; darüber hinauszugehen, gestattete ihm im letzten Grunde die Verkommenheit der deutschen Zustände nicht."

IX.

In Lessings Todesjahr, 1781, erschienen zwei Werke, von denen jedes eine revolutionäre Tat bedeutet. Mit Schillers „Räubers" erstürmte die deutsche Bourgeoisie die Bastille der Literatur, mit Kants „Kritik der reinen Vernunft" die Bastille der Philosophie. Die wirkliche, materielle Zwingburg der Reaktion hat sie niemals erstürmt. Diese Aufgabe blieb und bleibt dem sozialistischen Proletariat vorbehalten.

Wenn die imperialistische Bourgeoisie sich heute rüstet, Lessings 200-Jahr-Feier für ihre reaktionären Zwecke zu mißbrauchen, so antworten wir ihr mit den Worten, die Goethe und Schiller dem jämmerlichen Nicolai entgegenschleuderten:

„Nenne Lessing nur nicht! Der Gute hat vieles gelitten,
und in des Märtyrers Kranz warst du ein schrecklicher Dorn."

Lessing gehört nicht nur als bahnbrechender Kritiker, Gelehrter und Dichter, sondern vor allem als revolutionärer Kämpfer und Befreier dem klassenbewußten Proletariat, das die kühnsten Gedanken der bürgerlichen deutschen Klassiker in das Arsenal seines politischen Kampfes auf genommen hat.

*

## Das Kriegsproblem auf dem VI. Weltkongreß

(*Zum* 3. *Tagesordnungspunkt des Kongresses*)

Von Ernst Schneller

Vorbemerkung: Auf die Tatsache der Kriegskonflikte und Kriegsgefahren wird in diesem Artikel nicht eingegangen, da dies zur allgemeinen Würdigung des Kongresses und der von ihm gegebenen Analyse und Perspektive gehört. Ebenso bleibt die Behandlung des Kriegsproblems auf dem Brüsseler Kongreß der Sozialimperialisten außer Betracht, da darüber schon ein Artikel („Die Internationale", Heft 19, vom 1. Oktober 1928) vorliegt. E. S.

Die Erörterung der Probleme des Krieges und der Aufgaben der Kommunisten und der revolutionären Arbeiterschaft nahm auf dem VI. Weltkongreß einen sehr breiten Raum ein. Das Kriegsproblem ist zum wichtigsten aktuellen Problem der Weltpolitik geworden. So stand es bei jedem Punkte der Tagesordnung im Vordergrund.

Die spezielle Behandlung der Kriegsfragen in einem besonderen Punkte der Tagesordnung war von der Notwendigkeit diktiert, eine Zusammenfassung der Beschlüsse und Erfahrungen der Komintern in den letzten Jahren herbeizuführen, etwa bestehende Unklarheiten auszumerzen und die für jede

Sektion gegebenen besonderen Aufgaben klar zu formulieren. Sechs Referate be-[22]leuchteten die Probleme von den verschiedensten Gesichtspunkten aus. Dabei wurden die Erfahrungen der einzelnen Länder reichlich betont; es wäre vielleicht zweckmäßiger gewesen, die wichtigsten Probleme (Gewerkschaften und Kriegsfrage, Generalstreik, Kriegsdienstverweigerung, Reformismus und Pazifismus, Verhinderung des Krieges, Arbeit in der Armee, Militärforderungen, Verteidigung der Sowjetunion) im Anschluß an ein die Grundsätze behandelndes Referat in zwei oder drei Teilreferaten beleuchten zu lassen. In der Kommission des Kongresses zeigte sich deutlich, daß eine ganze Reihe von Unklarheiten bestanden, die auf dem Plenum kaum zum Ausdruck gekommen waren; vor allem jedoch muß unterstrichen werden, daß – wie Genosse Bucharin im politischen Referat ausführte – in fast allen Sektionen im Kampf gegen die imperialistische Kriegspolitik gewisse Schwächen bestehen, die jedoch im einzelnen noch unzureichend herausgearbeitet wurden. Die Aussprache in der Kommission für Kriegsfragen (mit 70 Teilnehmern) war sehr ausgiebig und zweifellos fruchtbringend. Hoffentlich wird es möglich sein, im Kongreßbericht zum mindesten Auszüge aus diesen Verhandlungen wiederzugeben.

### *Drei Typen von Kriegen*

Größte Klarheit in allen Fragen des Krieges ist einfachste Voraussetzung für richtiges Handeln der Kommunisten gegenüber der Kriegspolitik der Imperialisten. Wir Kommunisten sind nicht gegen jeden Krieg, wir sind nicht Pazifisten; es kommt auf den Klasseninhalt, auf das Klasseninteresse an, das einem Krieg zugrunde liegt.

Imperialisten, Pazifisten, Sozialimperialisten suchen den Klassencharakter des Krieges zu verwischen, indem sie unterscheiden zwischen Angriffs- und Verteidigungskriegen. Im September 1927 beschloß der Völkerbund: „Angriffskriege sind verboten." Auch der Kellogg-Pakt vom August 1928 ist auf dieser Plattform abgeschlossen. Verteidigungskriege sind damit – wie das vor allem im diplomatischen Notenwechsel bei Abschluß des Kellogg-Paktes bestätigt wurde – ausdrücklich sanktioniert. Zur Charakterisierung dieser Eissteilung genügt die Feststellung, daß im August 1914 jede Macht den Nachweis führte, sie sei angegriffen worden, sie führe mithin einen „Verteidigungskrieg".

Vor über 20 Jahren hat Kautsky – als er noch nicht zum Renegaten geworden war – den Nachweis geführt, daß die Einteilung in Angriff- und Verteidigungskriege für die Stellung der revolutionären Arbeiterschaft unbrauchbar, gefährlich und schädlich ist; ein Kolonialvolk im Aufstand gegen die imperialistischen Unterdrücker könne, militärisch gesehen, sehr wohl Angreifer sein (tatsächlich stellte 1905 die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei Vorlegung der Kredite für den Hererokrieg zunächst die Frage des Angreifers!); für die Arbeiterklasse könne kein Zweifel sein, daß solcher Krieg ein gerechter Krieg ist, der unterstützt werden muß.

Welche Einteilung ist vom revolutionären Standpunkt aus zu treffen?

Dem Kongreß lag ein Entwurf vor, der zwei Haupttypen von Kriegen vorsah: reaktionäre Kriege und revolutionäre Kriege. Jeder Haupttypus hatte wieder drei Untertypen:

1. reaktionäre Kriege:

a) Kriege zwischen imperialistischen Staaten,

b) Kriege der Imperialisten gegen nationalrevolutionäre Bewegungen,

c) Kriege der Imperialisten gegen Staaten der proletarischen Diktatur;

2. revolutionäre Kriege:

a) Bewaffneter Aufstand im Bürgerkrieg,

b) Nationalrevolutionärer Krieg gegen Imperialisten,

c) Kriege proletarischer Staaten gegen Imperialisten.

Die Gegenüberstellung der Untertypen zeigt, daß diese Einteilung unhaltbar ist. Denn schließlich gehört danach ein nationalrevolutionärer Krieg in zwei Typen (nämlich 1 b und 2 b), ebenso die

Verteidigung der Sowjetunion [23] (nämlich 1 c und 2 c). Der Grundfehler ist, daß einmal die Frage vom Gesichtspunkt der Haltung der Bourgeoisie (1) und zum andernmal vom Gesichtspunkt der revolutionären Bewegung (2) gestellt wird. Diese Einteilung suchte die Auffassung zu korrigieren, die in den Beschlüssen des VIII. Plenums des EKKI vom Mai 1927 niedergelegt ist, wonach drei Typen zu unterscheiden sind:

a) Kriege der imperialistischen Mächte untereinander,

b) Nationalrevolutionäre Kriege auch der Kolonialvölker gegen den Imperialismus,

c) Kriege der kapitalistischen Gegenrevolution gegen die proletarische Revolution und Staaten der proletarischen Diktatur.

Die Einteilung, die die Klassenfragen schärfstens heraushebt, wurde von der Kriegskommission und dann auch vom Plenum des Kongresses einmütig sanktioniert.

Die Einstellung des Proletariats zu einem Kriege hängt von der gewissenhaften Prüfung seines historischen Charakters ab. „Während das Proletariat in jedem Kriege der Imperialisten gegen diese kämpft und für die Niederlage der eigenen Regierung eintritt, steht es in dem Krieg für die proletarische Revolution oder die nationalrevolutionäre Bewegung in den vordersten Kampfreihen und kämpft mit der größten Entschiedenheit für den Sieg der revolutionären Bewegung.“ (VIII. Plenum.)

Das Proletariat kann also nicht gegen jeden Krieg sein. Das Proletariat kann sich auch der Kriegspolitik gegenüber nicht abwartend verhalten, sondern muß seine speziellen Kampfaufgaben in engster Verbindung mit den aktuellen Aufgaben lösen. So muß gegenwärtig u. ä. der Kampf gegen die imperialistische Kriegspolitik zur Bedrohung der Sowjetunion, der Kampf für die Verteidigung der Sowjetunion in den Vordergrund gestellt werden.

*Unvermeidlichkeit des imperialistischen Krieges – „Verhinderung“ des Krieges*

Die Fragen der Unvermeidlichkeit und der „Verhinderung“ des Krieges spielten in der Vorbereitung des Kongresses eine große Rolle. Heißt es, fatalistisch zu warten, wenn wir die Unvermeidlichkeit des Krieges betonen? Heißt es umgekehrt, die Unvermeidlichkeit bestreiten, wenn wir den Kampf gegen den Krieg führen? Das Problem darf nicht abstrakt gestellt werden (wie uns die Reformisten unterschieben wollen), sondern in Verbindung mit der grundsätzlichen Stellung des Marxismus-Leninismus zur Kriegsfrage.

Der Kapitalismus ist die Ursache der Kriege in der neueren Geschichte. Diese Kriege sind die direkte Folge der Grundlagen des Kapitalismus. Solange also die Bourgeoisie herrscht, sind imperialistische Kriege unvermeidlich, sie können nur „abgeschafft“ werden durch Abschaffung des Kapitalismus, d. h. durch den Sturz der Ausbeuterklasse. Der Kampf der Kommunisten gegen den imperialistischen Krieg und gegen die Kriegsgefahr – den sie unter Aufbietung aller Kräfte führen müssen – zielt nicht auf „Abschaffung des Krieges“ mit den Mitteln der kapitalistischen Welt (Völkerbund, Schiedsgerichte, Sicherheit, „Abrüstung“) ab, sondern auf den Sturz der Bourgeoisie. In diesem Kampfe sammeln sie die Massen um sich, um, wenn sie den Kriegsausbruch nicht verhindern können, diesen Krieg in den Bürgerkrieg zum Sturz der Bourgeoisie umzuwandeln. Die Feststellung der Unvermeidlichkeit und Kampf gegen Krieg und Kriegsgefahr schließen einander also nicht aus, sie stellen die revolutionäre Lösung als einzigen Weg im Interesse der Klasse der Arbeiter und Werktätigen, die im imperialistischen Krieg die größten Opfer zu bringen haben, ganz scharf in den Mittelpunkt der Erörterungen.

*Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg*

Bei Aufbietung aller Kräfte gegen die imperialistische Kriegsgefahr ist doch bei Ueberprüfung der gegenwärtigen Lage die Wahrscheinlichkeit gering, daß die Revolution einem Kriegsausbruch zuvorkommt. Kann diese Fest-[24]stellung Anlaß geben, mit verschränkten Armen auf den Kriegsausbruch zu warten, um dann auf den Kriegsausbruch etwa mit „Generalstreik“ und „Kriegsdienstverweigerung“ zu „antworten“?

Die wichtigste Aufgabe für alle Sektionen der Komintern ist gerade, daß sie imstande sind, im Kampfe gegen die Kriegsvorbereitungen eine solche Massenmobilisierung durchzuführen und sich so stark in den Massen Einfluß zu sichern, daß die Kriegsmaßnahmen, die Einleitung und Durchführung des Krieges – wenn eben nicht unmöglich gemacht – so doch mehr oder minder erschwert werden: die Wirtschaftskämpfe (bewußt gegen die imperialistische Politik, gegen den bürgerlichen Staat, gegen den verräterischen, spalterischen Sozialimperialismus gerichtet) und die revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften stehen an erster Stelle!

Der Hamburger Hafenarbeiterkampf, der Lodzer Textilarbeiter- und Generalstreik, der Ruhrkampf bieten in Fülle Anschauungsmaterial dafür, welche gewaltige Front durch die revolutionäre Kampfführung zu überwinden ist: Unternehmerorganisationen, Staatsapparat, bürgerliche Gesellschaft mit all ihren Einrichtungen (Presse, Radio, Kirche, Schule), faschistische Organisationen und nicht zuletzt die reformistische Bürokratie (gestützt z. T. auf zahlreiche verhetzte Arbeiter) stehen in einer Front gegen die revolutionäre Arbeit. Belagerungszustand, Presseverbote, Polizeiattacken sind noch die Anfangsmethoden für die Niederknüppelung der Arbeiter. Einem breiteren, ernsteren Kampfe gegen die imperialistische Kriegspolitik gegenüber werden Bourgeoisie und Sozialimperialismus ganz ungeheure Schwierigkeiten zu bereiten verstehen – mit dem Ziel, durch Vernichtung der revolutionären Organisation die Rückendeckung der imperialistischen Kriegsfront zu sichern.

*Der Tageskampf*

Jeder bewußte Kampf gegen die imperialistische Kriegspolitik wird darum außer der dauernden Vertretung unserer grundsätzlichen Einstellung folgende Punkte beachten müssen:

a) Klare Aufdeckung der tatsächlichen Kriegspolitik der Bourgeoisie in jeder einzelnen Phase der Entwicklung – vor den Massen bei gleichzeitiger Entlarvung der Manöver der Bourgeoisie zur Verschleierung ihrer Kriegspolitik; eingehende Auseinandersetzung der Schwierigkeit en eines ernsthaften Kampfes gegen den imperialistischen Krieg.

b) Tiefste Verankerung in den Massen (Betrieben, Gewerkschaften, Massenorganisationen), die jede Zerstörung des Masseneinflusses und der revolutionären Arbeit unmöglich macht. Einstellung aller größeren Kämpfe gegen die imperialistische Politik und gegen Kriegspolitik. Im besonderen Konzentration auf kriegswichtige Industrien und Gebiete (Metall, Chemie, Bergbau, Transport).

c) Schärfster Kampf gegen den Pazifismus aller Schattierungen, gegen die Politik des Reformismus, die alle Erfahrungen der letzten 14 Jahre an Schändlichkeit und Verderblichkeit in Zukunft noch weit übertrumpfen wird, unter besonderer Herausarbeitung der Rolle der „linken“ Führer.

d) Populäre Auseinandersetzung der revolutionären Erfahrungen (besonders der Bolschewiki) im Kampf gegen die imperialistische Kriegspolitik zum Beweis für die Richtigkeit der revolutionären Lösung des Kriegsproblems.

Eine besondere Bedeutung bekommt dabei die Arbeit unter der proletarischen Jugend, unter den werktätigen Frauen und auf dem Lande, schließlich die Arbeit in Armee, Flotte und den für sie bestimmten Reserven. Die antimilitaristische Arbeit unter der Jugend muß in Betracht ziehen, daß der proletarischen Jugend von heute die Erfahrungen des Krieges (1914 bis 1918) und der Revolution fehlen, daß sie leichter von Kriegsromantik gefangen werden kann, daß sie unter immer stärkere Zwangsmaßnahmen und ideologische Bindung gestellt wird, daß auf den revolutionären Jugendorganisationen ein besonderer Terror lastet – während andererseits der proletarischen Jugend im Produktionsprozeß eine größere Rolle zugemessen ist als vor 1914. [25] Dieses letztere gilt in noch höherem Maße für die werktätigen Frauen, denen damit für einen künftigen Krieg und für die Umwandlung in den Bürgerkrieg eine weit höhere Bedeutung zukommt als vor zehn Jahren! Erfassung der Arbeiterinnen in Gewerkschaften, gewerkschaftliche Schulung, Heranziehung zu leitenden Betriebs-, Gewerkschafts- und Parteifunktionen, Ausbildung des Delegiertensystems – sind die noch immer der Lösung harrenden einfachsten Aufgaben für die revolutionäre Arbeit zur Gewinnung der proletarischen und werktätigen Frauen. Am wenigsten entwickelt sind in Westeuropa die Methoden der revolutionären Antikriegsarbeit auf dem Lande. Ja, es herrschen z. T. Stimmungen in den Sektionen, als

ob diese Arbeit keine Frucht bringen könne. Diese Ueberreste sozialdemokratischer Traditionen müssen unter allen Umständen ausgemerzt werden. Wenn es allgemein gilt, die Arbeitskämpfe, Steuer- und Zollfragen, Probleme der Wohnungs- und Sozialpolitik im engsten Zusammenhang mit den Kriegsproblemen zu stellen, so ist die Mobilisierung auf dem Lande stärkstens mit den Tagesfragen verknüpft. Gerade die grundsätzlich klare Beweisführung der Zusammenhänge – unter schroffster Frontstellung gegen Pazifismus und Sozialimperialismus – wird stärkste Mobilisierung für Tagesfragen und für den Kampf gegen die imperialistische Kriegspolitik ermöglichen.

Die größte Steigerung der revolutionären Tätigkeit in Armee und Flotte ist die dringendste Aufgabe für die spezielle Arbeit zur Verstärkung des Kampfes gegen die imperialistische Kriegspolitik. Eine ganze Reihe von Teilfragen (besonders der Militärforderungen und des Wehrprogramms) tauchen für die meisten Sektionen auf, die bisher nur geringe oder auch keine Arbeit auf diesem Gebiete leisteten. Die Erfolge der KPF in dieser antimilitaristischen Arbeit beweisen die großen Möglichkeiten, die in dieser Richtung bestehen (wenn auch in anderen Ländern, z. T. auch in Deutschland. große Schwierigkeiten vorhanden sind, die aber keinesfalls die großen Mängel entschuldigen!).

*Generalstreik, Kriegsdienstverweigerung*

Die Aufklärung unter den Massen erfordert nicht nur Aufdeckung der Zusammenhänge der Tagesfragen mit der imperialistischen Kriegspolitik. sondern zugleich eine klare Auseinandersetzung über alle mit der Kriegsfrage zusammenhängenden Probleme.

Die Reformisten verlangten 1922 noch „Beantwortung“ des Kriegsausbruchs mit Generalstreik! Jetzt halten nur einzelne „Linke“ und Pazifisten diese Losung aufrecht. In den Reihen der Arbeiter aber spielt sie noch eine große Rolle. Wir lehnen eine solche „Antwort“ ab. Sind wir gegen den Generalstreik als Kampfmittel? Keineswegs. Nur losgelöst von der Situation und von der Entwicklung des allgemeinen Klassenkampfes, als Schlagwort, lehnen wir diese Losung ab. Aber die aus den Teilkämpfen herauswachsende Massenaktion des Generalstreiks suchen wir als Vorstufe des bewaffneten Aufstandes und als ein wichtiges Stadium zur Verwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg mit allen Kräften herbeizuführen und entfalten alle Massenaktionen in der Richtung gerade auf den Generalstreik. Insbesondere gilt das im Kampf gegen die Bedrohung der Sowjetunion. „Beim Generalstreik selbst nehmen die Kommunisten fest den Kurs auf seine Umwandlung in den bewaffneten Aufstand.“ (VIII. Plenum.)

Auch zur Kriegsdienstverweigerung nehmen wir vom Gesichtspunkt der Massenaktionen Stellung und bekämpfen diese Losung als allgemeine und leitende Parole des Kampfes gegen den Krieg. „Der Boykott des Krieges ist eine dumme Phrase“, so schrieb Lenin 1922. Und das gilt auch heute! Die Kommunisten treten gegen die Illusionen des Boykotts, für die revolutionäre Arbeit in der bürgerlichen Armee (ohne für den Eintritt zu agitieren!) ein.

Ueber dieses Problem gab es eine ernste Auseinandersetzung. Einige Genossen waren der Meinung, daß die Kommunisten im Falle einer Massenbewegung für den Boykott eintreten müßten. Demgegenüber wurde festgelegt, daß die Kommunisten in solchen Fällen der Bewegung durch Aufstellung konkreter Forderungen und Aktionslosungen einen aktiv revolutio-[26]nären Charakter zu geben haben – bei gleichzeitiger Aufzeigung der Unzulänglichkeit des Boykottes, der Notwendigkeit der Umwandlung des Krieges in den Bürgerkrieg und der revolutionären Arbeit in der Armee.

*Rote Armee – Miliz der Werktätigen*

Eingangs wurde die Generallinie: Verteidigung der Sowjetunion, in den Vordergrund des Kampfes gegen die imperialistische Kriegspolitik gestellt. Die Erfahrungen der Panzerkreuzerkampagne haben bestätigt, daß dazu eine ständige gründliche Propaganda für die Verteidigungsmaßnahmen der Sowjetunion, insbesondere für die Rote Armee und in Verbindung damit für die revolutionäre Lösung des Wehrproblems gehört.

Die Verteidigung der Sowjetunion stellt die Klassenfrage der imperialistischen Kriegspolitik in aller Klarheit in den Mittelpunkt. Ebenso erfordert sie, die am krassesten durchgeführten Verwirrungsmanöver der Sozialimperialisten mit aller Eindringlichkeit zu zerstören. Wir Kommunisten sind gegen

den bürgerlichen Staat, das Herrschaftsinstrument der Kapitalsdiktatur, und für den Arbeiterstaat, für die proletarische Diktatur; wir sind gegen die Reichswehr, die weiße Armee, die Armee der nationalen und internationalen Konterrevolution – für die Rote Armee, die Klassenarmee des Proletariats und der Werktätigen, die Armee der Revolution!

Aus dieser Stellung ergibt sich auch die Lösung des Wehrproblems – als Problem der Revolution. Es gibt keine Lösung im Rahmen des bürgerlichen, des demokratischen Staates: unsere Losung, Bewaffnung des Proletariats, Entwaffnung aller bewaffneten Kräfte der Bourgeoisie, ist die Losung des entscheidenden Machtkampfes. Die Losung der Werktätigenmiliz, die wir z. B. in Deutschland aufgestellt haben, ist erst zu verwirklichen, wenn in einer Reihe von Ländern das Proletariat die Macht erobert hat und größere Interventionen nicht zu befürchten sind. Diese Losung ist eine reine Propagandalosung für den Uebergang von der Roten Armee zur endgültigen wirklichen Abrüstung, zur Abschaffung des Krieges – nach dem Sieg der Revolution in den ausschlaggebenden Ländern.

*Die Arbeit der Partei*

Die erste. und wichtigste Aufgabe für die Partei: sie muß sich eine“ großen Ruck geben, um die durch die gegenwärtige Situation gestellten und vom VI. Kongreß formulierten Aufgaben im Kampfe gegen die imperialistische Kriegspolitik, für die Verteidigung der Sowjetunion, zu erfüllen. Dazu gehört: wirkliches Vertrautmachen aller Mitglieder der Partei mit der grundsätzlichen Auffassung der Komintern in den Fragen des Krieges, ständige Vertretung dieser Auffassung unter den breitesten Massen: Aufdeckung der Kriegspolitik, Kriegsvorbereitungsmanöver Verschärfung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie und den Pazifismus; dauerndes Ringen um den Masseneinfluß in Betrieben, Gewerkschaften, Massenorganisationen (unter Hervorhebung der für die Kriegspolitik wichtigsten Gruppen); stärkste Förderung der Einheitsfrontpolitik gegen die Spaltungs- und Niederlagenstrategie der mit den Kapitalisten und dem bürgerlichen Staat verbündeten Arbeiterbürokratie Verschärfung des Kampfes gegen den Faschismus jeder Art; Verbesserung der Arbeit auf dem Lande, unter der proletarischen Jugend. den werktätigen Frauen, in der Armee Herstellung einer größeren Internationalität des Denkens und Handelns in der Unterstützung der Arbeiterkämpfe in anderen Ländern und der nationalrevolutionären Bewegung; wirkliche Vorbereitung der Partei auf die Schwierigkeiten des wirksamen Kampfes gegen die imperialistische Kriegspolitik, auf die Durchsetzung des revolutionären Kampfes unter jeder Bedingung (Illegalität) und mit allen Mitteln!

Eine Fülle von Aufgaben ist gestellt, eine Fülle von Kräften gehört zu ihrer Bewältigung. Die Linksentwicklung lockert die Kräfte! Stellen wir klar. eindeutig, eindringlich die Aufgaben, setzen wir uns rückhaltlos für ihre Erfüllung ein: damit werben wir neue Kräfte, damit fördern wir die Linksentwicklung und verstärken die Front für die Revolution. [27]

*

## Die opportunistischen Autoren der Zeitschrift „Einheit“

Von Erich Auer

Die „Einheit“ ist das Organ der Gruppe Einheit in Deutschland, die sich aus den verschiedenen Arbeiterdelegationen nach der USSR gebildet hat. In dieser Gruppe sollen kommunistische, sozialdemokratische und parteilose Arbeiter zusammenarbeiten gegen die Verleumdungen des ersten Arbeiterstaates, für die internationale Einheit der Arbeiterklasse auf dem Boden des Klassenkampfes. Diese Arbeit wurde durchgeführt im Zusammenhang mit den russischen Gewerkschaften. Bei der Durchführung der gestellten Aufgaben ergibt sich von selbst, daß das. Hauptproblem im Kampf gegen den Reformismus und in der Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter für die revolutionäre Opposition besteht.

Das erforderte eine klare konsequente Stellungnahme zu allen Fragen des Klassenkampfes. Durch Kompromisse und Konzessionen an rückständige Auffassungen wird besonders in einer solchen Gruppe, in der ein sozialdemokratischer Flügel vorhanden ist, nur dieser Flügel gestärkt. Zumindest von den Kommunisten in dieser Gruppe mußte eine solche klare Stellungnahme verlangt werden. Ein

Fehler wurde von der Partei bei der Organisierung dieser Gruppe gemacht, indem von kommunistischer Seite ausgerechnet solche Genossen zu dieser Arbeit kommandiert wurden, die 1923 mit Brandler zusammen gegangen sind und niemals aufgehört haben, seine Anhänger und Vertreter seiner menschewistischen Auffassungen zu sein. Es ist ein großer Irrtum zu glauben, daß ausgerechnet solche Genossen. die nach rechts von der Linie der Komintern abweichen, geeignet seien, sozialdemokratische Arbeiter für den Kommunismus und für die Arbeit der Opposition in den Gewerkschaften zu gewinnen.

Das Resultat der jahrelangen Arbeit der Gruppe Einheit ist nicht eine nennenswerte Stärkung der Oppositionsbewegung, sondern es hat sich in dieser Gruppe ein Block von „linken“ Sozialdemokraten und rechten Kommunisten gebildet, der gegen die Linie der Komintern und gegen die Taktik der Opposition, wie sie auf dem 4. RGI-Kongreß festgelegt wurde, kämpft. Das ist aus der Stellungnahme der „Einheit“ in allen wichtigen Fragen des Klassenkampfes zu ersehen.

### 1. *Die Frage der Einheit und der Kampf gegen den Reformismus*

Eine wichtige Forderung der Opposition, für die sie im internationalen Maßstabe kämpft, ist der Kampf für die Einheit des Proletariats. Diese Einheit vollzieht sich aber nicht im luftleeren Raum, heißt nicht Einheit um jeden Preis, sondern auf der Basis des Klassenkampfes für die Interessen der Arbeiter. In der gegenwärtigen Situation bedeutet das vor allen Dingen ein Kampf gegen die reformistischen Spalter, Sammlung der Unorganisierten in den wirtschaftlichen und politischen Kämpfen des Proletariats. Neben der Stellungnahme der rechten Kommunisten, „Einheit um jeden Preis“, Verzicht auf Streikleitungen der Organisierten mit Unorganisierten zur größtmöglichen Stoßkraft des Gesamtproletariats, wird in der „Einheit“ ein ganz sonderbares Rezept zur Herstellung der Einheit empfohlen. In Nr. 28 der „Einheit“, 1928, heißt es in einem Artikel von Rennewitz (ein linker Sozialdemokrat):

„Sollte es nicht möglich sein, zwischen diesen unzufriedenen Sozialdemokraten und der kommunistischen Opposition eine Brücke zu schlagen, damit sich die Kraft der gesamten Opposition zum notwendigen Kampf gegen den Reformismus vereinigen könnte?

Ich sehe an und für sich keinen vernünftigen Grund, der dies verhindern könnte, glaube aber, daß zweierlei unerläßlich ist, wenn sich eine geschlossene aktionsfähige Opposition in den freien Gewerkschaften herausbilden soll. Fürs erste muß ein Aktionsprogramm geschaffen werden, das so gehalten sein muß, daß es gleicherweise für sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter annehmbar ist und praktisch durchführbar erscheint.“

[28] Das ist die typische Stellungnahme der „linken“ Sozialdemokraten, die den Arbeitern weismachen wollen, die Basis der Einheit liege zwischen Reformismus und Kommunismus. Verschleiert durch diese Art von ‚Einheit“ wird in Wirklichkeit der Kampf gegen den Kommunismus und di~ Taktik der revolutionären Gewerkschaftsopposition geführt. An einer anderen Stelle desselben Artikels kommt das klar zum Ausdruck:

„Mir will es bei solcher Lage scheinen, als ob die Schwäche der Opposition in den freien Gewerkschaften nicht nur auf objektive Ursachen zurückzuführen ist. Ich neige vielmehr zu der Auffassung, daß die Opposition ihre Schwäche größtenteils selbst verschuldet.“

Das Verschulden der Opposition wird dann festgestellt, indem die „herzerfrischende Rede des sächsischen Delegierten Fischer“ auf dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftskongreß in Hamburg verherrlicht wird und die Kritik der „Leipziger Volkszeitung“ am Referat von Nörpel auf dem Verbandstag des Deutschen Verkehrsbundes ebenfalls als „schwache Ansätze zu einer Opposition“ bezeichnet werden, die von der KPD „mit plumper Faust vernichtet werden“. Diese Vernichtung soll geschehen sein durch die Kritik unserer Parteipresse an dem Auftreten und der Schreibweise der „linken“ Sozialdemokraten.

Natürlich gibt es einen Weg für die mit dem Reformismus unzufriedenen Arbeiter, mit den kommunistischen Arbeitern in eine Front zu kommen. Dieser Weg ist der gemeinsame Kampf gegen die Schiedssprüche des sozialdemokratischen Wirtschaftsministers Wissell, ist die Organisierung von

Kampfleitungen in den Betrieben gegen die Niederlagenstrategie der Gewerkschaften usw. Aber gerade davon wollen die sonderbaren Einheitsleute in der „Einheit“ nichts wissen.

Der angeführte Artikel von Bennewitz hatte sozusagen programmatischen Charakter für die Arbeit der Gruppe Einheit. Er blieb von seiten der dort arbeitenden Kommunisten unwidersprochen. Noch eindeutiger, halb menschewistischer ist die Stellungnahme und der Kampf der „Einheit“ gegen die Reformisten. In einer so wichtigen Frage wie der Beurteilung der reformistischen Losung der Wirtschaftsdemokratie schrieb Herr Dr. August Thalheimer in der „Einheit“ acht Artikel. Dort werden den verräterischen Führern der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, die mit dieser. Losung einen Riesenbetrug an der Arbeiterklasse verüben, sozusagen mildernde Umstände zugebilligt. Thalheimer schreibt in Nr. 35 der „Einheit“:

„Sie (die Wirtschaftsdemokratie) ist so nicht nur ein Mittel zur Täuschung des Massen, sondern auch zur Selbsttäuschung derer, die diesen Massenbetrug führen und ausführen.“

Also, Gott vergib den Reformisten, denn sie wissen nicht, was sie tun. Es ist, nebenbei bemerkt, völlig gleichgültig, ob sich die sozialdemokratischen Führer ihrer Verräterei bewußt sind oder nicht. Deshalb bleiben ihre Handlungen und die Ideologie der Wirtschaftsdemokratie doch Maßnahmen im Interesse der Bourgeoisie und müssen danach von der Arbeiterklasse beurteilt werden. Die opportunistische Stellungnahme Thalheimers führt zur Abschwächung des Kampfes gegen die reformistischen Führer.

Eine alte Methode zur Verteidigung des Reformismus wird in der „Einheit“, Nr. 1, von 1929 neu belebt in einem Artikel „Subjektiver und objektiver Verrat“ von Wilhelm Düwell. Es heißt dort:

„Aber unsinnig wäre es, ernsthaft zu glauben, subjektiver Verrat in Permanenz könne jahrzehntelang die politische Haltung einer Partei- oder gewerkschaftlichen Richtung bestimmen. Dazu noch einer Politik, die für jeden, dem die marxistische Dialektik kein Zauberspuk ist, den Stempel der Zwangsläufigkeit ganz deutlich sichtbar werden läßt, was nicht ausschließt, daß sich Leute als große Marxisten aufspielen, die von der Zwangläufigkeit politisch taktischen Verhaltens nichts merken, die nur Formen und Aeußerlichkeiten sehen, Erscheinungsformen ohne zu wanken als subjektiven Verrat rubrizieren und sich dann noch einbilden, radikale revolutionäre Helden zu sein und sind nur Herkulesse der Phrase.“

Die Rolle der Sozialdemokratie ist dadurch bestimmt, daß sie als Ausdruck der arbeiteraristokratischen Schichten fest mit der Bourgeoisie und [29] dem Bestand der kapitalistischen Gesellschaft verbunden ist und die Bourgeoisie immer in den gefährlichsten Situationen reitet. Insofern besteht eine nach Marx festgestellte Zwangsläufigkeit in der Politik des Reformismus. Aber was Düwell will, ist die Verteidigung der Verräterpolitik, die mit den Interessen der Arbeiter, selbst derjenigen, die noch dieser Partei folgen, nicht im Einklang steht, mit dem Argument, daß eine solche Politik notwendig ist, weil sie sich zwangsläufig ergibt. Klar ersieht man dieses Täuschungsmanöver aus folgenden Ausführungen im selben Artikel:

„Durch die Ideologie dieser Massen wird den Führern die Verräterei nicht nur gestattet, sondern auch gebilligt.“

Nichts weiß man also von den Täuschungsmanövern und Schiebungen der Bonzen, die die Stimmung der Arbeiter ignorieren, die die kämpfenden Belegschaften nicht um ihre Meinung befragen, die die Rechte der Mitglieder mißachten. Die Verhetzungsarbeit der Reformisten, ihr Apparat und ihre Presse haben nach dieser Darstellung für diejenigen Arbeiter, die noch unter dem Einfluß der Reformisten stehen und mit ihnen zusammengehen, trotz ihres Verrates keine Bedeutung, sondern:

„Der Reformismus ist bei ihnen (den Massen) kein theoretisch gewonnenes Gut, sondern ein Erleben.“

Also, der Reformismus und seine Verräterpolitik ist nach der Darstellung in der „Einheit“ zwangsläufig. Die Massen billigen ihn, weil sie selbst den Reformismus erleben. So kämpft man nicht gegen den Reformismus, sondern verteidigt ihn. So wird die Politik des permanenten Verrates an den Interessen der Arbeiterklasse, deren wichtigste Massenorganisationen, die Gewerkschaften, noch in wichtigen Ländern von den Reformisten geführt werden, verteidigt.

*II. Die Stellungnahme zur Streikstrategie der Opposition*

In den stattgefundenen großen Wirtschaftskämpfen der letzten Zeit war Gelegenheit, die Stellung der „Einheit“ zu den aktuellen Fragen kennenzulernen. Von vornherein war ein tiefer Pessimismus in der Einschätzung der Lage und in bezug auf die Aussichten des Kampfes vorhanden, in einem Rundschreiben an die Lesergruppen der „Einheit“ wurde Mitte November gesagt:

„Es steht heute schon fest, daß die Niederlage der Arbeiter in diesem Kampf eine Niederlage der gesamten Arbeiterschaft ist.“

Zu einer Zeit, als der Kampf noch im vollen Gange war, wurde also bereits die Niederlage vorausgesagt. Trotzdem dieser Fehler im nächsten Rundschreiben korrigiert wurde, ist es bezeichnend, welche pessimistische Stimmung in dieser Gruppe vorhanden ist in bezug auf die Kampfkraft der Arbeiter.

Ein klassisches Beispiel für den Block linker Sozialdemokraten und rechter Kommunisten im Kampf gegen die Komintern und Profintern ist die Stellungnahme der „Einheit“ zur Frage der Kampfleitungen im Ruhrkampf. Zum erstenmal wurden hier die Beschlüsse des 4. RGI-Kongresses im großen und ganzen richtig in Deutschland angewandt. Ein wütender Kampf aller Feinde des Kommunismus setzte ein. Auch die „Einheit“ war in der Front der Feinde. In Nr. 36 der „Einheit“ beginnt Bennewitz den Kampf gegen die Streikleitungen, in die auch Unorganisierte aufgenommen werden sollen. Er bezeichnet solche Vorschläge „als einen schlechten Dienst an der revolutionären Arbeiterschaft“. Wie er sich die Kampfleitungen vorstellt, geht aus folgendem hervor:

„Der Kampf um die Herstellung der Einheit der Arbeiter in den Wirtschaftskämpfen kann nicht durch die Wahl von Streikleitungen der Unorganisierten geführt werden, sondern muß vom Boden der Eroberung der Gewerkschaften aus unter der Losung ‚Wahl von einheitlichen Streikleitungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter‘ organisiert werden.“

Das kommt praktisch auf die Anerkennung der von den Reformisten eingesetzten Streikleitungen heraus und auf die Billigung der Mißachtung der [30] Unorganisierten, die im Ruhrkampf eine große Rolle spielten. In einem Artikel über dieselbe Frage in Nr. 39 wird eine direkte Gegenaktion gegen die Kampfleitungen geführt:

„Von den Organisierten kann man nach Lage der Dinge aber nicht verlangen, daß sie diese rein zufällig zustandegekommenen Kampfleitungen als gleichberechtigt anerkennen, weil das ja einer Verneinung der Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisationen gleichgekommen wäre, und weil man den Unorganisierten die Ueberflüssigkeit der Gewerkschaftsbewegung augenfällig vordemonstriert hätte.“

Das sind genau dieselben Argumente, wie sie von der verräterischen Gewerkschaftsbürokratie gegen die Tätigkeit der Kommunisten im Ruhrkampf ins Feld geführt wurden. Das ist die konsequente Ablehnung und Kampf gegen die Taktik der Gewerkschaftsopposition, wie sie auf dem RGI-Kongreß festgelegt wurde. Es ist Gewerkschaftskretinismus schlimmster Sorte, weil er unter der Flagge einer Scheinopposition segelt, die die Gewerkschaftsbürokratie direkt unterstützt.

In einer Front mit diesen „linken“ Sozialdemokraten marschieren die rechten Kommunisten. In Nr. 1 von 1929 wird unter dem Titel: „Fehler der Opposition“ ein Artikel von Voßler, der Parteimitglied ist, abgedruckt. wo offen der Kampf gegen die Taktik der Opposition und die Parteipresse aufgenommen wird:

„Man verzeihe den harten Ausdruck, aber nach der Lektüre einiger Artikel im ‚Ruhr-Echo‘ und in der ‚Roten Fahne‘ komme ich zu dem Ergebnis, daß diese Parole (Wahl von Kampfleitungen) wie ein Keil wirkte, der zwischen die Massen der Unorganisierten und der organisierten Gewerkschafter getrieben wurde. Wenn das ‚Ruhr-Echo‘ in dem Bestreben, den rechten Kommunisten eins auszuwischen, triumphiert, daß die Unorganisierten den Ausschluß Severings gefordert hätten, so greift man sich unwillkürlich an den Kopf. Vor lauter Angst vor der rechten Gefahr verlernen unsere Parteigewerkschafter gänzlich das logische Denken. (Näheres hierüber zu sagen, muß ich mir versagen, da die ‚Einheit‘ den Fragen des Sozialismus und der gewerkschaftlichen Einheit und nicht parteipolitischen Auseinandersetzungen zu dienen hat.)“

Höher geht die Demagogie zum Zwecke der Unterstützung des Reformismus nimmer.

*

Aus dem Dargelegten geht klar hervor, wessen Organ die „Einheit“ geworden ist. Unter der Maske der Einheit wird der Kampf gegen die Kommunistische Partei und die Komintern in der Linie der rechten Liquidatoren durchgeführt. Es wird höchste Zeit, daß eine Aenderung in der Schreibweise der „Einheit“ herbeigeführt wird. Die Einheitsbewegung wurde organisiert zur Stärkung des linken Flügels und der revolutionären Opposition und nicht zur Verteidigung des Reformismus. Die Arbeiter, die sich der Bewegung angeschlossen haben, wollen nach links marschieren und nicht nach rechts. Selbstverständlich kann man nicht von jedem sozialdemokratischen Arbeiter, der sich unzufrieden vom Reformismus wegwendet, eine kommunistische Auffassung verlangen. Aber an diese reformistischen und menschewistischen Auffassungen können und dürfen die Kommunisten keine Konzessionen machen. Die rechten Kommunisten in der „Einheit“ haben nicht nur das getan, sondern sie haben selbst solchen Reformismus vertreten, so daß jeder Unterschied zwischen ihnen und den „linken“ Sozialdemokraten verwischt wurde.

Es muß erwähnt werden, daß die „Einheit“ organisiert wurde durch den Generalrat der russischen Gewerkschaften. Lange Zeit hat sich diese Gruppe zur Abwehr der kommunistischen Kritik auf das Einverständnis der russischen Genossen berufen. Es war eine grobe Nachlässigkeit, daß nicht schon früher auch von dieser Stelle mit der Kritik eingesetzt wurde.

Es muß gelingen, die „Einheit“ zu einem Organ zu gestalten, das restlos den Kampf der Opposition gegen den Reformismus unterstützt. Das ist nur möglich im entschlossenen Kampf gegen den Block der Liquidatoren in der „Einheit“. [31]

*

## Unser Verhältnis zur Vergangenheit

Von Rudolf Gerber

I.

Lenin hat uns gelehrt, daß ein richtiges Verhalten einer Partei zu ihren Fehlern der Maßstab für den Ernst der Politik der Partei ist. Ohne schärfste Selbstkritik, ohne rücksichtsloses Lernen von allen Fehlern der Vergangenheit werden wir nie imstande sein, aus den Fehlern die Lehren für die Zukunft zu ziehen. Das ist der Maßstab, mit dem wir an die Geschichte unserer Partei herantreten, das – und keinesfalls ein kritikloses Beschönigen, ein Verwischen ihrer Schwächen – ist wirkliche Treue gegenüber der Vergangenheit unserer Partei. Die Partei ist gewachsen, indem sie Fehler überwand; die Krisen unseres Parteilebens, die dem Nichtbolschewisten als sinnlose Störungen des friedlichen organisatorischen Aufbaus erscheinen, waren und sind nichts anderes als der Prozeß, in dem die bolschewistische Vorhut des deutschen Proletariats entsteht und wächst. Der Vergangenheit der Partei treu sein, heißt diesen Prozeß weiterführen, rücksichtslos mit allen Schwächen der Vergangenheit abrechnen. So und nur so können wir das Große, das Grundlegende an der Vergangenheit der Zukunft dienstbar machen, während es zum Untergange im reformistischen Sumpfe verurteilt wäre, wenn wir die .Schwächen – die, wenn man an ihnen heute festhält, zu Verbrechen werden – beschönigt und deckt.

Darum ist ein klares und eindeutiges Verhältnis der Partei zu ihrer Geschichte die Voraussetzung ihrer richtigen Politik. In einer Partei, die einen so komplizierten Entwicklungsprozeß hat, wie die unsere – wo frühere Mitglieder des Spartakusbundes und der USP, Angehörige der verschiedenen Gruppierungen in den verschiedenen Krisen der Vergangenheit zusammenarbeiten – in einer solchen Partei wird es über verschiedene Perioden der Parteivergangenheit Meinungsverschiedenheiten gehen. Aber Aufgabe der Partei ist es, diese Verschiedenheiten zu überwinden und eine einheitliche Auffassung der Parteigeschichte herauszuarbeiten: nur so können bessere Garantien für eine einheitliche Politik in der Zukunft, die sich doch auf die Lehren der Vergangenheit stützen muß, geschaffen werden. Wir werden aus dem gegenwärtigen Konflikt mit den Liquidatoren und Versöhnlern das meiste lernen, sie am besten überwinden, wir werden den zehnten Jahrestag der Gründung unserer Partei am würdigsten begehen, wenn wir die Geschichte der Partei studieren, aus den Fehlern der Vergangenheit lernend, eine klare Auffassung der Parteigeschichte herausarbeiten und auf die – ihrem Umfange nach sehr breiten – jüngeren Schichten der Parteimitgliedschaft übertragen.

Wenn wir auf die zehnjährige Geschichte der Partei zurückblicken (und wenn wir bis in die Zeiten der Herausbildung des linksradikalen Flügels zurückgreifen, müssen wir noch weiter, fast ein volles Vierteljahrhundert, zurückgehen, etwa bis zum Jahre 1905), wenn wir diese Geschichte mit der Geschichte der ältesten Sektion der Komintern, unserer russischen Bruderpartei, vergleichen, dann finden wir neben Gemeinsamkeiten doch auch eine ganze Reihe spezifischer Momente. Die Geschichte der russischen Partei war ihrem Wesen nach einerseits ein Ringen um das richtige Verhältnis der Partei zu den breiten Massen des Proletariats auch in Perioden eines nicht unmittelbaren revolutionären Aufschwunges – andererseits um das richtige Verhältnis zu den nichtproletarischen Bundesgenossen der Revolution, vor allem den armes und mittleren Bauern. Insbesondere die erstere Frage (die zweite konnte bei der verschiedenen sozialen Struktur unseres Landes nicht die gleiche Rolle spielen wie in Rußland) bildet auch in unserer Partei ein wichtiges Element unserer Entwicklung: aber hinzu kommt eine andere Frage, von der die russische Partei durch ihre Entstehungsgeschichte weitgehend befreit war (oder besser gesagt, die sich in Rußland als Diskussion zwischen zwei getrennten Parteien abspielte, dadurch aber aus dem inneren Leben der bolschewistischen Richtung hinausfiel): nämlich der Kampf um die Rolle der Partei selbst, ein Kampf, der natürlich erst die Grundlagen für alle Auseinandersetzungen über die Taktik der Partei schaffen mußte.

[32] Der grundlegende Unterschied zwischen der russischen und der deutschen Kommunistischen Partei war ihrer Entstehung nach der, daß die russische Partei von vornherein auf einer bolschewistischen Grundlage entstand, die deutsche – so wie alle anderen westeuropäischen Sektionen – auf linksmenschewistischer. Die Geschichte unserer Partei ist ihrem Wesen nach der Prozeß der Verwandlung der linksmenschewistischen in eine bolschewistische Bewegung – ein Prozeß, bei dem die russische Partei der jüngeren Schwester wichtige Dienste leisten, in allen seinen einzelnen Stadien führend den Weg weisen, aber natürlich nicht verhindern konnte, daß dieser Prozeß sich durch eine Reihe schmerzhafter Krisen vollzog. Denn Linksmenschewismus ist nun einmal etwas anderes als Bolschewismus; man kann nicht einfach und ohne weitere Konkretisierung sagen, daß der Bolschewismus die Weiterentwicklung des linken Flügels der Zweiten Internationale ist.

Die verschiedene Kristallisationsform der revolutionären Bewegung war tief begründet in den verschiedenen Bedingungen der russischen und der deutschen Revolution. Das russische Proletariat entwickelte seine Partei zu einem Zeitpunkt, wo vor ihm die aktuelle Aufgabe der Führung der bürgerlich-demokratischen Revolution stand, wo die Lösung dieser aktuellen revolutionären Aufgabe eine feste Organisierung der revolutionären Vorhut, die Schaffung eines disziplinierten Trupps von Berufsrevolutionären erforderte, und wo sich an Hand der Stellung zu diesem organisatorischen Grundproblem der bürgerlichen Revolution auch die Stellung jedes einzelnen zu den Aufgaben des Proletariats in dieser Revolution und zu ihrer Verwandlung in die sozialistische Revolution erweisen mußte. Die russische revolutionäre Vorhut schied sich vom Opportunismus, indem sie den Gedanken ihrer führenden Rolle und der Notwendigkeit ihrer straffen revolutionären Organisation herausarbeitete. Die prinzipielle Klarheit über diese Fragen konnte sie von vornherein auf ihren Entwicklungsweg mitnehmen.

Dagegen hat sich die sozialdemokratische Massenpartei des deutschen Proletariats zu einer Zeit entwickelt, wo die bürgerliche Revolution im wesentlichen abgeschlossen, die proletarische aber noch nicht aktuell war. Da keine akuten revolutionären Probleme standen, mußte die entstehende Partei eine Massenpartei des proletarischen Tageskampfes sein; der Unterschied von Vorhut und Masse konnte nicht wie in Rußland herausgearbeitet werden, das Nebeneinander verschiedener theoretischer Auffassungen über die sozialistische Revolution erschien der Masse der Parteimitglieder und auch der Funktionäre als eine sekundäre Sache, als abstrakte, nur die Zukunft treffende Meinungsverschiedenheit, die die Gemeinsamkeit der Aktion, das Nebeneinanderleben in einer Partei, nicht zu stören brauchte.

Die linksradikale Richtung, die sich nach der ersten russischen Revolution vom Zentrum löste, stand in ihrer Auffassung über die Rolle der Partei notwendig auf dem menschewistischen Boden der Anerkennung der Massenpartei als der Zusammenfassung der proletarischen Aktivität, innerhalb deren verschiedene Richtungen nebeneinander bestehen und miteinander ringen konnten; sie stellte sich

bewußt auf den Standpunkt der Spontaneität der Massenbewegung, leugnete die organisierende und leitende Funktion der proletarischen Vorhut (deren Unterschied in der Funktion der Partei von der der Massen sie gar nicht erkannte) im Klassenkampf. Die ideologische Scheidung vom Zentrismus bestärkte die Linke geradezu in ihrer Auffassung über die Rolle der Partei: in dem Maße, als man die Fehler der Politik der Parteiführung erkannte, suchte man deren Einfluß auf die Massenbewegungen – der naturgemäß ein brennender war – abzubauen, die Selbsttätigkeit der Arbeitermassen als die Sicherung des revolutionären Kurses gegenüber einer entartenden Führung zu verherrlichen. Solange keine aktuellen revolutionären Aufgaben standen, erkannte man nicht, daß dieser Appell an die Massenspontaneität nur einen sehr relativen Wert hatte, zwar gegenüber der zentristischen Führung richtig war, aber zum Verhängnis werden mußte, sobald die Massen vor revolutionären Aufgaben standen, die sie ohne revolutionäre Führung nicht lösen konnten. Immerhin hat der deutsche Linksmenschewismus im Gegensatz zum russischen – Trotzki – (der, auch [33] wenn er in politisch-taktischen Fragen zeitweise mit dem Bolschewismus zusammenging, doch gerade durch seine Auffassungen über die Partei antirevolutionär wirkte und unter den reiferen russischen Bedingungen antirevolutionär wirken mußte) in der Zeit der Loslösung vom Parteizentrum eben durch die Untergrabung der konterrevolutionären Parteiautorität eine objektiv fortschrittliche Rolle gespielt. Dies gilt natürlich nur relativ: eine richtigere Stellung der linksradikalen Gruppe zur Rolle der Partei hätte zur rechtzeitigen Spaltung (sei es auch zunächst einfach in den Formen des verschärften Fraktionskampfes) geführt, hätte den deutschen Arbeitermassen, als sie von den Revisionisten in die Schützengräben geführt, von den Zentristen verlassen wurden, eine revolutionäre Führung gegeben, hätte zum Umschlagen des imperialistischen Krieges auch in Deutschland in den siegreichen Bürgerkrieg geführt.

II.

1904, also unmittelbar im Anschluß an die russische Spaltung zwischen Bolschewisten und Menschewisten, hat Rosa Luxemburg in einem Artikel der „Neuen Zeit“ sich scharf gegen die Leninsche Auffassung gewandt, wonach „der revolutionäre Sozialdemokrat nichts anderes sei als der mit der Organisation des klassenbewußten Proletariats unzertrennlich verbundene Jakobiner“. Sie lehnte die Leninsche Forderung nach einer scharf zentralisierten, auch illegal arbeitenden Partei von Berufsrevolutionären ab, weil der scharfe Zentralismus die Entwicklung des proletarischen Klassenkampfes hemme; denn grundverschieden von den Bedingungen des „verschwörerischen Zentralismus“, wie er in einer bürgerlichen Revolution wohl angebracht sei, seien die Bedingungen der sozialdemokratischen Aktion.

„Diese wächst historisch aus dem elementaren Klassenkampf heraus. Sie bewegt sich dabei in dem dialektischen Widerspruch, daß hier die proletarische Armee sich erst im Kampfe selbst rekrutiert und erst im Kampfe auch über die Aufgaben des Kampfes klar wird. Organisation, Aufklärung und Kampf sind hier nicht getrennte und auch zeitlich gesonderte Momente, wie bei einer blanquistischen Bewegung, sondern sie sind nur verschiedene Seiten desselben Prozesses. Einerseits gibt es – abgesehen von den allgemeinen Grundsätzen des Kampfes – keine fertige, im voraus festgesetzte, detaillierte Kampftaktik, in die die sozialdemokratische Mitgliedschaft von einem Zentralkomitee eingedrillt werden könnte. Andererseits bedingt der die Organisation schaffende Prozeß des Kampfes ein ständiges Fluktuieren der Einflußsphäre der Sozialdemokratie ... Er (der sozialdemokratische Zentralismus) kann nichts anderes sein, als die gebieterische Zusammenfassung des Willens der aufgeklärten und kämpfenden Vorhut der Arbeiterschaft ihren einzelnen Gruppen und Individuen gegenüber; es ist dies sozusagen ein ‚Selbstzentralismus‘ der führenden Schicht des Proletariats, ihre Majoritätsherrschaft innerhalb der eigenen Parteiorganisation.“

Offensichtlich fehlt hier jede Unterscheidung zwischen der revolutionären Vorhut und den klassenbewußten Arbeitermassen: nur in bezug auf die letzteren ist es richtig, daß sich ihre Organisation erst im Prozesse des Kampfes ergibt, daß die Einflußsphäre im Verlaufe des Kampfes schwankt, daß die Taktik nicht von vornherein etwas Gegebenes ist, sondern sich – für die Massen – aus den Erfahrungen des Kampfes ergibt. Es fehlt die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer organisierten Vorhut, die in sich geschlossen ist, ihre feste Organisation und ihre revolutionäre Einsicht in die notwendige Taktik des Kampfes hat, und eben vermittels ihrer Taktik im Prozesse des Kampfes diese Einsicht auf die Massen überträgt, sie in ihrem „Selbstverständigungsprozesse“ führt. Eine solche Vorhut kann ihren Zentralismus nicht als „Selbstzentralismus“ verschiedener Gruppen und

Individuen verstehen, sondern nur als feste Führung der vorgeschrittensten, d. h. allerdings eine bestimmte Kampftaktik verstehenden Elemente. Die Parteidemokratie dieser Vorhut ist eine Sicherung gegen Entartungserscheinungen in der Spitze, ein Mittel zur rascheren und leichteren Ueberwindung vorhandener Fehler – aber keinesfalls eine Spielregel für das Nebeneinanderleben verschiedener geschichtlicher Tendenzen in einer Organisation oder gar für die Uebertragung der revolutionären Einsicht auf zurückgebliebene Schichten während des Kampfes.

Aus der falschen – oder besser gesagt fehlenden – Einschätzung der Rolle der Partei ergeben sich dann naturgemäß falsche Stellungnahmen in organisatorischen Fragen, Verzicht auf den demokratischen Zentralismus, Appell an die Massenspontaneität und damit an die Aktivität der einzelnen [34] Organisationen, die nicht auf Weisungen der Führung warten sollen. In seinem im Auftrage der Zentrale gehaltenen Referat über Organisationsfragen sagte Hugo Eberlein auf dem Gründungsparteitag der KPD, 14 Jahre nach der Abfassung jenes Artikels durch Rosa Luxemburg:

„Die einzelnen Organisationen (der Partei) müssen völlige Autonomie haben. Sie dürfen nicht auf die Parole von oben warten, sondern sie müssen aus eigener Initiative arbeiten. Die Zentrale hat in der Hauptsache die Aufgabe, zusammenzufassen, was draußen vor sich geht, und die politische und geistige Führung zu übernehmen."

Vieles hat die linksradikale (später Spartakus-) Gruppe von den beiden russischen Revolutionen von 1905 und 1917 gelernt – aber nicht das eine, Wesentliche: die bolschewistische Auffassung von der Rolle der Partei als der Führerin der proletarischen Revolution. Und dieser Mangel, die Tatsache, daß – auf Grund des Gegensatzes zur russischen bolschewistischen Partei – in fast eineinhalb Jahrzehnten in dieser wesentlichen Frage so gut wie keine Fortschritte gemacht wurden, hat dazu geführt, daß dem heldenhaften Kampfe des Spartakusbundes in der Kriegs- und Revolutionszeit der letzte Erfolg versagt blieb. Die russische Oktoberrevolution von 1917 wies der deutschen Spartakusgruppe (in so vielen einzelnen Punkten sie auch von ihr unverstanden blieb) doch den Weg zum Kampfe um die proletarische Diktatur, führte in der Konsequenz dieses Kampfes (statt, was richtig gewesen wäre, in seiner Vorbereitungsperiode) zur organisatorischen Spaltung vom Zentrismus. Aber den Schlüssel des Sieges den Bolschewiki, die Rolle der revolutionären Vorhut, hat die linksradikale Gruppe nicht erfaßt. Und so konnte sie zwar in den Grundproblemen der Revolution (eben mit Ausnahme jenes einen) den besten Elementen des deutschen Proletariats den Weg weisen, durch einen heldenhaften Kampf die ideologische Klärung in der Arbeiterbewegung vorbereiten; sie war aber, von den Wellen der Revolution getragen, statt ihnen Bahn brechend, nicht imstande, die Arbeiter auf den von ihr gewiesenen Wegen zum Siege zu führen, und sie konnte nicht verhindern, daß dies einzelnen Trupps der revolutionären Vorhut, ohne einheitliche Führung, von den weißen Garden Noskes hintereinander geschlagen wurden. Als die junge Partei geschlagen, ihrer besten Führer beraubt, in die Illegalität gedrängt wurde, stand vor ihr sogleich das große Problem der nächsten zehn Jahre: die Gewinnung einer richtigen Auffassung über ihre geschichtliche Funktion.

III.

Nach den ersten großen Niederlagen der deutschen Revolution mußte das Nichtverständnis der führenden und organisierenden Rolle der proletarischen Vorhat zur entscheidenden Krise führen: verstand man nicht die Aufgabe der Partei in allen, selbst den kleinsten Klassenkämpfen, so blieb nur die eine Wahl: mit der abebbenden Massenbewegung zurück zum Reformismus – oder auf dem erreichten ideologischen Niveau Versteinerung zum Propagandaklub der proletarischen Diktatur, der – losgelöst von der lebendigen Massenbewegung – ein sektenhaftes Dasein führt. Den zweiten Weg ging die KAP, den ersten ging Paul Levi: beide gingen im Grundes von einer einheitlichen theoretischen Basis aus. Darüber darf man sich nicht durch die Tatsache täuschen lassen, daß dies Thesen des Heidelberger Spaltungsparteitags in der Auffassung der Rolle der Partei einen wesentlichen Fortschritt über den Gründungsparteitag hinaus brachten: die politisch unvorbereitete Abspaltung der oppositionellen Bezirke, der wichtigsten proletarischen Massenorganisationen konnte auf dem Boden der linksmenschewistischen Parteitheorie nicht motiviert werden; die schönen Thesen von Heidelberg dienten einem üblen Zwecke, der mechanischen Unterbrechung des natürlichen Klärungsprozesses

guter revolutionärer Arbeiterelemente. Bekanntlich hat dies Komintern dann – unter dem großen Widerstand der deutschen Parteiführung – eingegriffen und der KAP als „sympathisierenden Organisation“ eine bestimmte Klärungsfrist gewährt, die mit der Trennung der sich immer antibolschewistischer entwickelnden Sektierer von den zur KPD zurückkehrenden Arbeiterelementen endete.

Die Parteimehrheit selbst aber schwankte – eben auf Grund des Unver-[35]ständnisses der Rolle der Partei – im Kapp-Putsch zwischen einerseits sektiererischer Isolierung („Der Kampf zwischen Noske und Kapp geht die Arbeiter nichts an“) von allen nicht unmittelbar um die proletarische Diktatur gehenden Kämpfen und andererseits dem einfachen Mitschwimmen im Stromes des Reformismus (Einschätzung der Regierung von USP und SPD als Zustand, „wo die bürgerliche Demokratie nicht als Diktatur des Kapitals auftreten kann“). So mußte die politisches Führung bei der USP verbleiben und eine glänzende revolutionäre Situation verloren gehen. Sobald die revolutionäre Welle aber – scheinbar endgültig – zurückebbte, vollzogen die Führer der Rechten (die inzwischen aus der USP Verstärkung erlangt hatten) ihres Heimkehr zum Reformismus: insbesondere bei der Spaltung der italienischen sozialistischen Partei suchten sie die Scheidung vom Zentrismus rückgängig zu machen, benutzten die Kritik am „Putschismus“ der Märzaktion als geeignete Gelegenheit, um in einer Situation, wo – nach ihrer falschen Auffassung des Imperialismus – eines neue Periode kapitalistischen Aufschwungs gegeben war, dies nunmehr vom Standpunkte der linksmenschewistischen Parteitheorie überflüssig gewordene Organisation der Vorhat zu liquidieren – und landeten beim Reformismus.

Der zweite Kongreß der Komintern gab der internationalen revolutionären Vorhut dies Klarheit ihrer geschichtlichen Mission, er wies – eben indem er dieses Frage mit rücksichtsloser Klarheit stellte – den besten Elementen und den Massen der USP den Weg zum Kommunismus. Aber wenn auch die Spaltung hier an Hand der 21 Bedingungen, also – so wie einst in Rußland – unmittelbar auf Grund von Differenzen über die Rolle der Partei erfolgte, so konnte sie doch den Niederschlag der alt-sozialdemokratischen Traditionen nicht mit einem Schlages überwinden. Jedoch wäre nichts unrichtiger als eines Betrachtung des linken USP-Flügels als des vorgeschritteneren, dem Bolschewismus näherstehenden Elementes der neuen Partei.

So hat sich denn die Krise einer ihre geschichtliche Rolle nicht verstehenden Partei ein zweites Mal – wenn auch auf höherer Stufe – wiederholt. Die Fehler der Märzaktion, mehr noch die nach ihrer Niederlage in der Polemik gegen den Verrat Levis aufgestellten Offensivtheorien, waren ihrem Wessen nach dies Anwendung mechanisch-technischer Vorstellungen über die Organisierung der Revolution durch eine Partei, die ihre eigene Aufgabe, ihre organisierende und führendes Rolle gegenüber der Massenbewegung noch nicht begriffen hatte, und die darum ihr Verhältnis zu den Massen als einfaches Vorangehen, die Organisierung der Revolution als Organisierung der Parteiaktion unabhängig von der Massenbewegung auffaßte.

Der drittes Kongreß der Komintern wies der Partei den Weg der Einheitsfronttaktik, des Herantretens an die Tageskämpfe der Massen in einer nicht akut revolutionären Periode und rettete sie dadurch vor der nach den Fehlern der Märzaktion akuten Gefahr der Isolierung von den Massen. Aber die Partei, die keine bolschewistische war, konnte das Wesen der Einheitsfronttaktik als einer Methode der Mobilisierung und Organisierung der Massen g e g e n dies reformistischen Führer nicht verstehen: auf der Basis derselben prinzipiellen Unklarheit, dies zu den Fehlern der Märzaktion geführt hatte, liquidierte die Partei mit diesen Fehlern ihre eigenes Führerrolle. Sie übertrug die Aufgabe der Führung der Massenkämpfe auf das schattenhafte Gebilde einer Einheitsfront, dies als Block mit dem Reformismus (der „vom linken Flügel der Bourgeoisie auf den rechten Flügel des Proletariats herüberzuziehen“ wäre) oder zumindest einem Flügel des Reformismus verstanden wurde. Man beschränkte die Aufgabe der Partei – in prinzipieller Wiederholung der Fehler der Märzaktion – auf technische Vorbereitungen, losgelöst von der Massenbewegung; nur daß jetzt die Parteiaktion abhängig gemacht wurde von dem (nicht durch die Partei, sondern eben durch jenes „Einheitsfront“ zu organisierenden) Aufflammen der Massenbewegung, und daß die Partei „bis dahin“ sogar alle Massenbewegungen abbremste. Und da sich die Einheitsfront mit dem Reformismus natürlich als unfähig zur Organisierung der Revolution erwies, gab die Partei mit ihrer eigenen führenden Rolle in der Massenbewegung auch die Revolution preis.

[36] Unter den Schlägen der Seeckt-Diktatur, unter allen Schwierigkeiten der Illegalität verjagte die Partei in einer tiefgreifenden Diskussion die opportunistische Führung, bekannte sich auf dem Frankfurter Parteitage zum ersten Male in ihrer Geschichte klar und eindeutig zur leninistischen Lehre von der Rolle der Partei in der Revolution und als Träger der proletarischen Diktatur. So ernste Mängel, auf die noch einzugehen sein wird, der Frankfurter Partei; tag im einzelnen hatte (auch hier zeigt sich eine Analogie zum Gründungsparteitag der KPD, der eine Reihe schwerer Fehler beging), so hat er doch mit dieser Abrechnung, mit der Errichtung von festen Dämmen gegen den Opportunismus die in einer Periode akut revolutionärer Kämpfe gegründete Partei vor dem Aufgehen im Reformismus während einer Periode der relativen Stabilisierung gerettet.

Das alles darf uns die Augen nicht davor verschließen, daß auch Frankfurt den Kampf um die Klarheit der Partei über ihre Aufgaben wesentlich weitergetragen, aber nicht beendet hat. Die Tatsache, daß sich die Partei über das Wesen der bolschewistischen Einheitsfronttaktik noch nicht klar war, führte dazu, daß sie in der Reaktion auf die Katastrophe von 1923 zunächst das Kind mit dem Bade ausgoß, die Einheitsfronttaktik als solche liquidierte, sich der Massenflucht aus den Gewerkschaften nicht entgegenwarf und so die ernste Gefahr ihrer Isolierung von den Massen heraufbeschwor. Und umgekehrt hat die Unklarheit über das Wesen der bolschewistischen Einheitsfronttaktik, als die Partei nach der Hindenburgwahl eine sprunghafte Korrektur der Fehler versuchte, zu schweren rechten Entgleisungen bei der Anwendung dieser Taktik geführt. Dies Krise, die durch alles diese Fehler entstand, konnte nur durch das Eingreifen der Komintern behoben werden. Aber man darf niemals vergessen, daß alle Auseinandersetzungen, die seit 1924 um eine bolschewistische Taktik der Partei gingen, nur möglich waren auf Grund der prinzipiellen Klärung ihrer geschichtlichen Aufgabe in der vorangegangenen Periode.

Was die Partei in den Jahren seit 1923 gelernt hat, das konnten wir am klarsten erkennen in den letzten Jahren, in der Periode, wo von einer Gruppe versucht wurde, aus der Revision der taktischen Fehler von Frankfurt eine Revision der prinzipiellen Grundlagen zu machen, sich über den Satz des Offenen Briefes von 1925, wonach nicht die Linke bankrott sei, sondern nur eine Führergruppe (und natürlich eine bestimmte Taktik der Linken) hinwegzusetzen, das selbständige Auftreten der Partei in den proletarischen Tageskämpfen zu unterbinden und aus der bolschewistischen Einheitsfronttaktik eine Einheit um jeden Preis zu machen. Die Rolle der Partei sollte zugunsten dieser „Einheit“ der von den Reformisten beherrschten Massenorganisationen, der Einheit mit dem Reformismus gegen die Arbeiter liquidiert werden. Unvermeidlich leben alle linksmenschewistischen Traditionen nochmals auf. Dies falschen Auffassungen über die Rolle der Partei, über ihren Charakter und ihre Organisation, über das Verhältnis der Partei zu den rückständigen Arbeiterschichten werden wieder belebt. Die Anpassung an reformistische Parolen, die heute ein Hineinwachsen in den bürgerlichen Staat bedeuten, wird als „Aufstellung revolutionärer Uebergangslosungen“ verherrlicht. Die „Diktatur von Moskau“, dies Einheit der Komintern, die der deutschen Partei in allen Schwierigkeiten ihres Entwicklungsweges geholfen hat, wird beschimpft. Und wie einst bei Paul Levi, führt das Galvanisieren der Fehler des Spartakusbundes, die Neubelebung der spezifisch linksmenschewistischen Elemente seiner Ideologie zum ideologischen (und in naher Zukunft wohl auch zum organisatorischen) Verwachsen mit dem Reformismus, zur Preisgabe des geschichtlichen Ergebnisses des Kampfes des Spartakusbundes gegen den Zentrismus. Aber die Partei hat gelernt; sie weist in ihrer überwältigenden Mehrheit den Angriff auf die Lehren der Parteigeschichte zurück: indem sie es ablehnt, aus ihrer Vergangenheit einen Fetisch zu machen, indem sie stark genug ist, jenes, die am heute konterrevolutionär gewordenen Linksmenschewismus festhalten, aus ihren Reihen auszuscheiden, kämpft sie um die Früchte eines langen opfervollen Weges, kämpft sie um die Zukunft der deutschen Revolution. [37]

*

Die Internationale. Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus. Band 10 – 33

# „Istpart“ der Komintern.

*Ein Vorschlag zur Organisierung des Studiums der Parteigeschichte*

Von K. S.

Vorbemerkung: „Istpart“ ist die abgekürzte Bezeichnung der Institution zum Studium der Parteigeschichte der KPSU.

Es ist nötig, eine Institution zum Studium der Geschichte der Komintern und ihrer Parteien sowie der Geschichte der mit der Oktoberrevolution begonnenen internationalen Revolution zu schaffen. Es ist nötig, daß unsere Partei anläßlich ihres 10. Jahrestages die erforderlichen Schritte tut, um in ihrem Rahmen diese Arbeit zu beginnen und ihre Organisierung im internationalen Maßstab vorzubereiten.

## I.

In kurzer Zeit werden zehn Jahres seit der Gründung der Komintern vergangen sein. Diese zehn Jahre bedeuten in der Geschichte der Arbeiterbewegung, ja der Weltgeschichte einen historischen Schritt von ungeheurer Bedeutung. Dies zeigt ein Vergleich der gegenwärtigen Komintern, ihrer politischen und organisatorischen Arbeit, mit der II. Internationale vor dem Kriege und gar mit der kläglichen, sogenannten „Sozialistischen Arbeiterinternationale“ der Gegenwart, dies nur eines reformistische Nebeninstitution des Völkerbundes darstellt. Die letzten zehn Jahre haben die internationale proletarische Partei geschaffen!

In diesen zehn Jahren Komintern ist eine ungeheure Summe von revolutionären Erfahrungen angesammelt worden. Nehmen wir nur die letzte Periode in der Geschichte der Komintern seit dem Tode Lenins. Diese Periode hat in allen Parteien schwere Schwankungen nach rechts und nach ultralinks gebracht, aber im Kampfe mit den verschiedenen Abweichungen neue führende Kaders herausgebildet. Es ist eine Tatsache, daß die Komintern in diesen Jahren der „zersetzenden“ Diskussionen sich nicht zersetzt hat, sondern im Gegenteil gereift ist. Die Diskussion mit Trotzki 1923/24 hat dies theoretischen Grundlehren des Leninismus einem breiten Kreis von Kommunisten der ganzen Welt zum Bewußtsein gebracht. Die Diskussion mit dem Oppositionsblock der Jahre 1926/27 hat diese Lehren vertieft.

Dasselbe gilt für die Diskussionen in unserer Partei. Erst in der Diskussion über den Oktober 1923 hat sich dies Partei wirklich von zentristischen Auffassungen gereinigt; sie hat in den folgenden Diskussionen mit den Rechten eine leninistische Kritik ihrer eigenen Vergangenheit (Spartakusbund) gegeben, sie hat die ultralinke Gefahr überwunden und führt jetzt die Diskussion gegen die rechten Liquidatoren und Versöhnler, wobei sie auf der Linie des Leninismus vorwärts schreitet.

Die Komintern und die Parteien haben in den letzten Jahren neue bolschewistische Führerkaders geschaffen, eine neue höhere Stufe der revolutionären Arbeit erstiegen.

Wie aber haben sie diese höhere Stufe erreicht?

Erstens: Die Erfahrungen der russischen Partei, der Bolschewiki, im Fraktionskampf waren eine der wesentlichsten Grundlagen ihrer klaren revolutionären Linie und des Festhaltens dieser Linie in allen schwierigen Situationen. In den letzten Jahren haben alle Parteien der Komintern, denen die Erfahrungen des Kampfes des Leninismus gegen rechte und linke Abweichungen bisher fehlten, dieses Erfahrungen nachgeholt. Man kann mit Recht sagen, daß die Komintern in diesen Jahren eines Periode durchgemacht hat, die gewissermaßen mit der Periode 1906 bis 1912 in der Geschichte der Bolschewiki verglichen werden kann.

An zweiter Stelle stehen die reichen taktischen Erfahrungen. Nehmen wir z. 13. die Einheitsfronttaktik. Dies rechten Fehler der Jahre 1922/23, ultrahinke Fehler der folgenden Jahre, dies neuen Formen der Anwendung dieser Taktik auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung und der Wirt-[38]schaftskämpfe – all dies hat in den verschiedenen Ländern eine große Summe von Erfahrungen ergeben.

Dazu kommen drittens die Lehren der organisatorischen Umstellung der Parteien auf die Basis der Betriebszellen.

OCR-Texterkennung Max Stirner Archiv Leipzig – 18.02.2023

Diese Erfahrungen der Parteigeschichte und der Geschichte der Komintern haben weit mehr als eine bloße historische Bedeutung. In vielen Fragen besitzen die Probleme der Parteigeschichte der letzten Jahre eines unmittelbare politische Bedeutung für die Bestimmung des politischen Kurses, für die innerparteiliche Lage und die Bildung der Führung der Partei. Nehmen wir ein Beispiel: Die Fragen des Jahres 1923 sind für die deutsche Partei heute weit mehr als bloß historische Fragen.

Nun ist aber notwendig, ganz offen auszusprechen: es wurde bis jetzt nichts oder fast nichts zur systematischen Sammlung, Sichtung der Tatsachen und Erfahrungen und zur wissenschaftlichen Verarbeitung der Parteigeschichte getan.

Dies ist erklärlich. Der tägliche Kampf stellt an die schmalen führenden Kaders der Parteien derartig große Anforderungen, daß es ihnen schwer ist, die Arbeit der Sammlung und Sichtung und Auswertung der Parteigeschichte gleichzeitig zu leisten. Die Tagungen der Parteien und der Komintern, die bisher dieses Arbeit geleistet haben, soweit es möglich war, reichen s e l b s t nicht mehr aus. Es bedarf, im Gegenteil einer systematischen V o r a r b e i t, um den Kongressen eine wirklich gründliches Auswertung der historischen Erfahrungen für den politischen Kampf zu ermöglichen.

Sicherlich, wir haben hier und da Versuche der Bearbeitung der Parteigeschichte von einzelnen Genossen. Aber eine systematische, von der Komintern und den Parteien politisch geleitete kollektive Verarbeitung der Parteigeschichte fehlt. Ja, es fehlt auch noch eine systematische Sammlung der Tatsachen. Sogar dies elementarste Vorarbeit – die Aufbewahrung der Dokumentes in Parteiarchiven – wird in vielen Fällen vollkommen vernachlässigt, so daß unschätzbares Material verloren geht.

All diese Versäumnisse kann man – wies gesagt – aus der starken Beanspruchung der Parteien im politischen Kampf erklären, aber man darf sie keineswegs dulden. Man muß vielmehr aus ihnen die Konsequenzen ziehen, daß die Schaffung eines „Istpart“ der Komintern und – um unseres nächste Aufgabe auf diesem Gebiet zu nennen – die Schaffung eines „Istpart“ der KPD, d. h. einer speziellen Institution zum Studium der Parteigeschichte, zu einer unerläßlichen politischen Aufgabe geworden ist.

II.

Als Vorbild einer solchen Institution muß der „Istpart“ der KP der SU dienen. Diese Institution ist eine Abteilung des Sekretariats des ZK neben der Agitpropabteilung, der Orgabteilung usw. Ihre Aufgaben sind folgende:

1. Dies Sammlung und Aufbewahrung der Parteidokumente und Materialien über die Geschichte der Partei und der Oktoberrevolution.

2. Die Organisierung eines systematischen Studiums und einer wissenschaftlichen Bearbeitung der Partei- und Revolutionsgeschichte.

3. Die Herausgabe des periodischen Organs „Proletarische Revolution“ von Sammelbüchern, Monographien zur Parteigeschichte usw.

4. Die allgemeine Leitung der Arbeiten der „Istpart“-Abteilungen bei den Parteikomitees der Gouvernements, Gebiete und der Bundesrepubliken.

5. Die Organisierung und Anleitung von Zirkeln zur Erforschung der Parteigeschichte und der Unterstützungsgruppen des „Istpart“.

6. Die Leitung der Arbeiten des Revolutionsmuseums.

7. Die Durchführung gewisser Aufgaben in Fragen der Parteigeschichte, die ihm vom ZK gestellt werden.

Um alle diese Aufgaben durchzuführen, hält der „Istpart“ auch Verbindung mit einzelnen Parteigenossen, die auf dem Gebiete der Parteigeschichte arbeiten.

Die Struktur des „Istpart“ ist folgende:

Die allgemeine Leitung der Arbeit hat des „Rat des Istpart“, der besteht [39] aus den Leitern der „Istpart“ und den Vertretern der Agitpropabteilung und Presseabteilung des ZK, des Lenin-Instituts,

der Abteilung für Gewerkschaftsgeschichte beim Zentralrat der Gewerkschaften, der Abteilung für Geschichte des Jugendverbandes, des Revolutionsmuseums, der Vereinigung der alten Bolschewiki und einzelnen persönlich vom ZK bestimmten Genossen. Der Rat hat insgesamt 15 Mitglieder.

Die Herausgabe der Literatur, die Ueberprüfung und Ergänzung der Literaturplanes, die Koordinierung der Verlagstätigkeit des „Istpart“ mit der anderer Institutionen und dies Untersuchung spezieller Fragen der Parteigeschichte im Auftrage des ZK – all dies sind Aufgaben des Rats des „Istpart“. Als spezielles Organ für die literarische Arbeit dient die sogenannte „Literaturberatung“, die aus den Vertretern der verschiedenen Redaktionen und Bibliotheken des ZK der Partei besteht.

Der Arbeitsapparat des zentralen „Istpart“ besteht neben einem Sekretariat, das die Durchführung der Beschlüsse des Rates kontrolliert, die Beziehungen mit anderen Organisationen aufrechterhält und die Aufbewahrung der Dokumente überwacht, aus drei Unterabteilungen. Die wissenschaftlich-redaktionelle Unterabteilung hat die Aufgabe, die wissenschaftliche Arbeit zur Untersuchung der Parteigeschichte zu organisieren, sämtliche Veröffentlichungen des „Istpart“ (mit Ausnahme des Journals) zu redigieren, Gutachten über literarische Arbeiten zur Parteigeschichte abzugeben, die Herausgabe der Protokolle der Parteitage und Parteikonferenzen, die Herausgabe populärer Broschüren über die Parteigeschichte, über die Geschichte der Revolution zu besorgen usw. Dieses wissenschaftlich-redaktionelles Unterabteilung besteht aus drei Sektionen, die die drei Perioden der Parteigeschichte – bis 1903, von 1904 bis 1916 und von 1917 bis zur Gegenwart – bearbeiten.

Eine zweite Unterabteilung ist die organisatorisch-instruktive Unterabteilung, deren Aufgabe es ist, die Arbeit der „Istparts“ an den verschiedenen Plätzen des Landes zu leiten, zu kontrollieren und durch Instruktoren in Gang zu bringen, ferner die Arbeit der „Unterstützungsgruppen“ zu leiten. Als dritte Unterabteilung bestehen das Archiv und die Bibliothek. Ferner bildet eine selbständige Unterabteilung die Redaktion des Journals „Proletarische Revolution“.

Die „Istpart“-Abteilungen an den einzelnen Orten sind ebenfalls Abteilungen der entsprechenden Parteikomitees, ihre wissenschaftliche Arbeit aber wird geleitet vom „Istpart“ des ZK. Eine wichtige Aufgabe, die ihnen zufällt, ist die Bildung der mehrfach erwähnten „Unterstützungsgruppen des Istpart“ in den Betrieben, die unter Führung der Parteizellen arbeiten. Durch den Beschluß des ZK vom 22. April 1927 über die wichtigsten Aufgaben des „Istpart“ wurde, um die Arbeit zu verbessern, die Zahl der „Istpart“-Abteilungen an den verschiedenen Plätzen von 86 auf 59 eingeschränkt, wodurch die „Istparts“ an den wichtigsten Orten verstärkt wurden. Besonders wurde in diesem Beschluß auf die Notwendigkeit der Verbesserung der Verbindungen mit den Unterstützungsgruppen in den Betrieben und die Heranziehung junger wissenschaftlicher Kräfte zur Arbeit hingewiesen.

Es erübrigt sich hier, ausführlich von der ungeheuren Bedeutung der vom „Istpart“ bisher geleisteten Arbeit zu sprechen. Die Diskussionen der letzten Jahre haben gezeigt, welche gewaltige Bedeutung das richtige, wissenschaftlich geleitete Studium der Parteigeschichte für die gegenwärtige Bestimmung des Kurses der Partei und die Erziehung der Parteimitgliedschaft besitzt.

## III.

Es ist nun die Frage zu stellen, wie die Kornintern und ihres Parteien, besonders unseres Partei, das Vorbild des „Istpart“ der KP der SU zur Schaffung eigener ähnlicher Institutionen ausnützen sollen. Selbstverständlich kommt eine einfache Kopie nicht in Frage. Es wäre natürlich ein Fehler, entweder einen ebensolchen großen Apparat schaffen zu wollen oder – ganz auf diese Arbeit zu verzichten.

Die Aufgaben eines „Istpart“ der Komintern werden im wesentlichen dieselben sein wie die des „Istpart“ der KP der SU; die Sammlung und Auf-[40]bewahrung des Materials und der Dokumente, dies Leitung der wissenschaftlichen Erforschung der Partei- und Revolutionsgeschichte, die Herausgabe von Sammelbüchern, Monographien, Prüfung von parteigeschichtlichen Werken, eventuell Herausgabe eines periodischen Bulletins und schließlich die Leitung (in Verbindung mit Agitprop) der propagandistischen Kampagnen in Fragen der Partei- und Revolutionsgeschichte.

Organisatorisch freilich müßte sich der „Istpart“ der Komintern in wesentlichen Punkten von seinem Vorbild unterscheiden. Man wird keinen so großen Apparat schaffen, sich mit wenigen Spezialkräften

im Zentrum begnügen, dafür aber einen großen Kreis von freiwilligen und korrespondierenden Mitgliedern zur Mitarbeit heranziehen. Nur in wenigen Parteien wird es vorläufig zweckmäßig sein, schon spezielle „Istpart"-Abteilungen des ZK zu schaffen, und zwar vor allem in jenen Parteien, dies schon große, revolutionäre Kämpfe hinter sich haben oder in solchen Kämpfen stehen.

Auch hier muß das Ziel die Vermeidung jedes Bürokratismus sein. In den übrigen Parteien wird man bloß auf dies Schaffung von Korrespondenten des Komintern-„Istpart" hinarbeiten müssen, vor allem auf die Schaffung von Unterstützungsgruppen zum Studium der Parteigeschichte an jenen Orten und in jenen Betrieben, wo revolutionäre Kämpfe stattgefunden haben.

*

Welche Aufgaben ergeben sich im Rahmen dieses Planes für unsere Partei? Zweifellos ist sie – nach der KPSU – die Partei, die am meisten revolutionäre Erfahrungen gesammelt oder besser: „noch zu sammeln", zu verarbeiten hat. Dies Schaffung eines „Istpart" der KPD wäre daher ein entscheidender Schritt zur Vorbereitung einer solchen internationalen Institution.

Ein Grundsatz müßte uns dabei vor allem leiten: Wenn einmal begonnen, dann darf diese Arbeit nicht eine bürokratische Arbeit von ein paar Bücherwürmern sein, die bloß in Archiven stöbern, sie darf aber auch nicht bei einer formellen Ernennung einer „Kommission" stehen bleiben. Diese Arbeit muß als eine politische Arbeit von der ganzen Partei geleistet werden. D. h. sie muß vom ZK bis hinunter in die Zellen als Aufgabe gestellt werden; nicht nur das ZK, sondern auch die wichtigeren Bezirke müssen entsprechende Kommissionen wählen, in den Betrieben mit revolutionärer Geschichte müssen Unterstützungsgruppen geschaffen werden, den Fragen der Parteigeschichte muß in der Schulungsarbeit, in der Presse und den Zeitschriften der Partei ein größerer Raum als bisher gegeben werden.

Die organisatorischen Details werden sich rasch finden, wenn die Arbeit derart politisch angepaßt und insbesondere mit den aktuellen Fragen der innerparteilichen Auseinandersetzungen, den politischen Aufgaben der Partei verbunden wird.

Gerade der gegenwärtige Moment, da der 10. Jahrestag der Parteigründung mit der endgültigen Abschüttelung der Liquidatoren und der Vorbereitung auf neue revolutionäre Massenkämpfe zusammenfällt, macht die Inangriffnahme dieser Arbeit nötig.

*

## Die Liquidatoren und der Kampf gegen den Militarismus

Von Karl Schmidt

Es ist noch erinnerlich, daß Brandler in seinen „Beiträgen zu einen Aktionsprogramm für Deutschland" (geschrieben Ende 1926, erschienen Kommunistische internationale 1928, Heft 1 und 2) für die allgemeine Wehrpflicht in der Form der Miliz eingetreten ist. Damals hat ihm das ZK geantwortet, daß dies Forderungen seien „für eine breite ‚Einheitsfront', die den größten Teil der deutschen Bourgeoisie mit umfassen wird". Es gab Genossen, die Brandlers [41] Fehler erklärten aus einer nicht genügenden Analyse der neuen Lage in Deutschland, des neuen deutschen Imperialismus usw. Diese gute Meinung, die versöhnlerisches Neigungen zur Folge hatte, ist vollkommen widerlegt. In der gegenwärtigen Debatte treten die rechten Liquidatoren überall mit einer bewußten Verteidigung der damaligen Brandlerschen Losungen der allgemeinen Wehrpflicht und der Miliz auf. Zum Ueberfluß liegt ein Dokument der rechten Fraktion in Breslau vor, das sich ausführlich mit der Verteidigung dieser Losungen beschäftigt. Es ist daher nötig, auch in der Militärfrage, die gegenwärtig eines entscheidendes Frage des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg darstellt, einen scharfen prinzipiellen Kampf gegen die rechten Anschauungen zu führen.

Zu diesem Zweck wollen wir noch einmal auf das erwähntes Brandlersche „Aktionsprogramm" eingehen und nachholen, was damals versäumt wurde zu sagen.

Brandler schrieb damals:

„Mit dem Neuerwachen eines deutschen Imperialismus wird für die deutsche Bourgeoisie auch die Frage der Wiederaufrichtung ihrer durch die Niederlage im Krieg und dem Versailler Vertrag zertrümmerten militärischen Macht aktuell. Es mehren sich im bürgerlichen Lager die Stimmen, die eine Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht fordern. Von einigen Seiten wird die allgemeine Wehrpflicht auch in der Form der Miliz gefordert, so seinerzeit vom General Seeckt und jetzt von der Deutschen demokratischen Partei.“ („KI“. Nr. 2/1928, S. 82.)

Diese Sätze beweisen, daß Brandler sich über die neue Lage in Deutschland seit 1923 in keinerlei Täuschung befunden hat, daß er die Entwicklung des neuen deutschen Imperialismus und seine Aufrüstungsplanes sehr klar sah. Es wirkt darum verblüffend, daß er wenige Zeilen darauf schreibt, die Kommunisten müssen „für dies allgemeines Wehrpflicht“ eintreten:

„Von diesen Interessen des revolutionären Kampfes ausgehend müssen die Kommunisten heute für die allgemeine Wehrpflicht in der Form eintreten, die es den Arbeitern am leichtesten gestattet, die Waffen, die sie in die Hand bekommen, gegen die Bourgeoisie zu kehren. Diese Form ist die Miliz.“

„Wir fordern die Miliz ...“ Also Brandler fordert – und nach seiner Meinung sollte das auch die Kommunistische Partei tun – nach seinen eigenen Worten dasselbe wie die großbourgeoise demokratische Partei und der militärische Exponent des neuen deutschen Imperialismus, General von Seeckt. Diese einfache, fast zynische Gleichsetzung und Solidarisierung mit dem imperialistischen Programm scheint auch im Munde Brandlers auf den ersten Blick widersinnig. Aber ihre Logik wird völlig klar, wenn man sieht, was Brandler unter den einleitenden Worten „diesen Interessen des revolutionären Kampfes“, in deren Namen er dies fordert, versteht. Wir lesen folgendes:

„Die allgemeine Wehrpflicht ist vom proletarischen Klassenstandpunkt aus besser als ein Söldnerheer, weil ein auf der allgemeinen Wehrpflicht beruhendes Heer in Deutschland in seiner Mehrheit aus Arbeitern bestehen muß und durch revolutionäre Propaganda leichter für die Zwecke der Bourgeoisie unbrauchbar gemacht und in ein revolutionäres Kampfinstrument verwandelt werden kann als ein Söldnerheer.“ (Gesperrt von mir. K. S.)

Dies also ist des Pudels Kern: Brandler will die bürgerliche Armee in „ein revolutionäres Kampfinstrument“ verwandeln. Verwandeln? Ja, so heißt es wörtlich.

Erinnern wir uns beiläufig an die Stellung, die Marx und Engels zum bürgerlichen Staat und zur Armee als zu seinem wichtigsten Teil eingenommen haben! Seit der Pariser Kommune wurden sie nicht müde, gegen die Illusionen des „Verwandelns“ des bürgerlichen Staates in einen „Volksstaat“ oder „Zukunftsstaat“ zu kämpfen und die Lehre zu propagieren, daß das Proletariat den bürgerlichen Staat in seiner Revolution zerstören, zerbrechen, dies bürgerlichen Armeen sprengen muß. Gegenwärtig ist der Kampf gegen die Illusion des „Verwandelns“ des bürgerlichen Staates und seiner Armee „im Interesse“ oder gar in Werkzeuge des Proletariats eine entscheidende Frage unseres Kampfes gegen die Sozialdemokratie. Welche Stellung nehmen z. B. die „linken“ Sozialdemokraten ein, die gegen die „Illusionen“ der Rechten über die Republik in Worten kämpfen? Wir [42] zitieren einen Artikel des Austromarxisten Max Adler in der Nr. 23 des „Klassenkampf“. Er schreibt hier:

„Nur eine sozialistische antimilitaristische Aufklärungsarbeit, welche die Gedanken und Gesinnungen des revolutionären Klassenkampfes in alle Schichten des Proletariats trägt, wird und muß schon die Quellzuflüsse erfassen, aus denen die Wehrmacht im Klassenstaate sich immer wieder ergänzt und wird somit die Vorbedingung einer Umgestaltung desselben von innen aus schaffen.“

Worin liegt nun der Unterschied zwischen Brandler und Max Adler? Etwa in der Betonung, man müsse die Waffen gegen die Bourgeoisie kehren? Aber auch Adler gebraucht viele revolutionäre Phrasen. In der Tat ist keinerlei prinzipieller Unterschied vorhanden. Höchstens der, daß Max Adler ein demokratisches Minimalprogramm in der Art der alten II. Internationales entwickelt, während Brandler sogar die Illusion einer Verwandlung der bürgerlichen Armee in ein revolutionäres Kampfinstrument vertritt.

Aber nicht nur dies. Es gibt unter den „linken“ Sozialdemokraten eine Reihe von Leuten, die die Idee einer Reform der Reichswehr, ihrer Verwandlung auch nur in ein zuverlässiges Instrument der Republik ablehnen, die ihr deswegen die Miliz als ein revolutionäres Programm entgegenstellen.

Brandler aber spricht davon, daß die Miliz „leichter“ in ein revolutionäres Kampfinstrument verwandelt werden kann als das Söldnerheer. Er schließt also nicht einmal die Verwandlung des gegenwärtigen Söldnerheeres, der Reichswehr, in ein revolutionäres Kampfinstrument aus. In der Tat, dies ist nicht mehr bloß der Standpunkt der „Linken“, sondern der rechten SPD, eine zarte Umschreibung der Parole der Demokratisierung der Reichswehr! Die schönen Worte vom „Waffen gegen dies Bourgeoisie kehren“ bleiben eben solange gemeingefährliche Phrasen, als man den Standpunkt der Umwandlung der bürgerlichen Armee vertritt, d. h. daß dieses „Kehren der Waffen“ eines Folge der „Umwandlung“ und nicht der Zerstörung der Armee ist. Dasselbe gilt für die „Propaganda für die Soldatenräte und Wahl der Offiziere“ usw., Losungen der Zersetzung der Armee in revolutionärer Situation, die aber Brandler bloß gebraucht, um „das Machtinstrument der Bourgeoisie am leichtesten für unsere Zwecke umzuwandeln“. In diesem Zusammenhang sind solches Losungen ebenso nur eine anderes Form für die Losung der Demokratisierung der Reichswehr wies dies Losung der Produktionskontrolle bei den Rechten in der Tat nur eines anderes Form für die sozialdemokratische Losung der Wirtschaftsdemokratie darstellt.

Fassen wir zusammen: 1. Brandler nimmt 1926 bis 1928 genau so wies 1923 eine prinzipiell falsches, reformistische Stellung zum bürgerlichen Staat ein.

2. Sein Militärprogramm ist daher ein mit revolutionären Phrasen verhülltes sozialdemokratisches Wehrprogramm, das objektiv auf die Unterstützung des neuen deutschen Imperialismus hinausläuft. Es ist lächerlich, wenn der Verfasser zum Schluß bemerkt:

„Natürlich bedeutet das keineswegs, daß wir uns in irgendeiner Form in den Dienst der bürgerlichen militärischen Propaganda stellen. Im Gegenteil, wir müssen eine Einführung der Miliz nach den von Engels bei einer ähnlichen Gelegenheit angeführten Worten des Hildebrand-Liedes richten: Gaben gilt es mit dem Speere zu empfangen, Spitze gegen Spitze.“

Was war diese „ähnliche Gelegenheit“? Es war die Stellung Friedrich Engels im Jahre 1865 zur preußischen Militärfrage im Rahmen der Vorbereitung der demokratischen Revolution in Deutschland! Es ist bezeichnend, daß Brandler gerades diese Engels’sche Broschüre aus der Zeit der demokratischen Revolution und der nationalen Kriege gegen die heutige Politik der Partei in der Zeit der proletarischen Revolution und der imperialistischen Krieges zitiert. Er hat dabei sehr angenehme Vorgänger: Schippel 1898, Bernstein 1914, und nach ihnen die ganze schmutzige Bande des deutschen Sozialchauvinismus. Sollte er wirklich nicht wissen, daß gerade dieses Zitat der beliebteste Trick der Sozialchauvinisten war und ist? Es ist kein Zufall, daß er dies „übersehen“ hat, denn er tritt mit seiner jetzigen Politik selbst in die Fußtapfen des Opportunismus und Revisionismus.

*

[43] Seit Ende 1926 sind zwei Jahre vergangen. Wir sind in die Periode der akuten Kriegsgefahr eingetreten. Der Militarismus in Deutschland hat weitere Fortschritte gemacht. Deutschland ist im Begriff, sich in die Kriegsfront gegen die Sowjetunion einzugliedern.

Man könnte meinen, daß diese Tatsachen den Rechten die Augen geöffnet, sie zum Verzicht auf das Programm Brandlers vom Jahre 1926 veranlaßt hätten. Weit gefehlt! Das oben erwähnte Dokument der Breslauer rechten Fraktion[*)] beweist, daß die Rechten noch heute die Stellung Brandlers nicht nur voll und ganz decken, sondern bis zu einer offen sozialdemokratischen Position fortführen.

In den einleitenden Sätzen wird es als Unterstellung bezeichnet, daß Brandler für die allgemeine Wehrpflicht eintrete. Er sei für die allgemeine Wehrpflicht „in Form der Miliz“. Diese Einwendung wird niemand mehr ernst nehmen, als z. B. die Entschuldigung eines Trunkenbolds: Ich bin nicht für den Alkohol im allgemeinen, sondern für den Alkohol „in der Form des Schnapses“.

Daß sich die Rechten auch gegenwärtig völlig Rechenschaft ablegen über den Charakter des neuen deutschen Imperialismus, die Rolle der allgemeinen Wehrpflicht, zeigen die folgenden Sätze der Einleitung, die wir voll zitieren:

[*)] Sein Titel lautet „Brandlers Aktionsprogramm, die Thälmann-Gruppts und wir“.

„Die zunehmende Aktivität der deutschen Bourgeoisie auf imperialistischem Gebiet wirkt sich auch auf militärischem Gebiet aus. Schon heute besteht ein illegales Aufrüstungssystem, bei dem die Reichswehr nur als Kadertruppe dient. Daraus folgt die Notwendigkeit für die deutsche Bourgeoisie, den Kampf um die Liquidierung der Versauter Entwaffnungsbestimmungen aufzunehmen. Die Rede Müllers auf der Genfer Konferenz war eine Ankündigung der Aufrüstungsbestrebungen der deutschen Bourgeoisie. Die Frage der Abrüstung war lediglich der Deckmantel, unter dem diese Bestrebungen, angekündigt wurden. Das dabei beharrlich verfolgte Ziel ist die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht."

Vollkommen richtig! Es wäre sehr falsch, gegen die brandlerische Milizlosung mit dem Argument zu polemisieren (wie es einige Genossen in der Tat getan haben), die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland sei „illusorisch", die „Miliz bedeute Selbstmord für die Bourgeoisie".

Solche Polemik wäre in der Tat eine gewisse „Rechtfertigung" der Losungen der Rechten. Nein, die Rechten sehen die Tatsachen vollkommen richtig, wenn sie schreiben:

„Diese Tendenz auf allgemeine Militarisierung des Volkes ist vom Standpunkt des kommenden Krieges und dem Gesichtspunkt der Interessen der Bourgeoisie eines jeden Landes eine gebieterische Notwendigkeit."

Um so schamloser aber ist bei dieser klaren Erkenntnis der Lage der Dinge ihre Aufstellung der Losung der allgemeinen Wehrpflicht. Dies grenzt schon an eine offene Unterstützung des deutschen Militarismus.

In der Tat fühlen die Liquidatoren dies. Daher versuchen sie in dem vorliegenden Fraktionsmaterial eine gewisse Verschleierung, geraten aber dabei vom Regen in die Traufe. Unter der Frage: „Wie stellen wir uns zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht?" heißt es:

„Wir treten heute nicht für die allgemeine Wehrpflicht ein, werden aber, wenn die Bourgeoisie diese Frage stellt, dazu keine pazifistische (linke SPD), sondern eine revolutionäre Stellungnahme beziehen. Also in der Form der Miliz, der allgemeinen Volksbewaffnung ..."

Man hat also eine kleines Korrektur an dem Aktionsprogramm Brandlers angebracht. Man will für die allgemeine Wehrpflicht erst dann eintreten, wenn – die Bourgeoisie dies will. Dies Rechten üben damit interessanterweise dieselbe Zurückhaltung, deren sich ebenfalls die SPD befleißigt. Auch dieses behält es sich vor (siehe die prinzipielle Billigung der französischen Militärreform durch Wels im Frühjahr 1927), erst dann mit einem Programm der demokratischen Massenmilitarisierung offen aufzutreten, wenn es im Interesse der Bourgeoisie liegt.

Dieser Versuch eines Rückzuges der rechten Liquidatoren, um ihren Opportunismus zu verhüllen, ist also vorbeigelungen. Denselben Erfolg haben die lächerlichen Versuche, das Eintreten für allgemeine Wehrpflicht und [44] Miliz durch Lenin-Zitate zu rechtfertigen[*]. Lenin soll 1917 diese Forderung aufgestellt haben. Dies ist eine unverschämte Fälschung. Lenin schrieb schon im Oktober 1916:

„Nicht nur das jetzige stehende Heer, sondern auch die jetzige Miliz – selbst in den demokratischsten bürgerlichen Republiken, wie z. B. in der Schweiz – ist eine Bewaffnung der Bourgeoisie gegen das Proletariat. Das ist eine so elementare Wahrheit, daß es wohl kaum notwendig ist, sich hierbei aufzuhalten ...

In der Milizfrage hätten wir bei der Ausarbeitung einer konkreten und praktisch notwendigen Antwort sagen müssen: Wir sind nicht für eine bürgerliche, sondern nur für eine proletarische Miliz. Und deshalb: ‚keinen Pfennig und keinen Mann' nicht nur für das stehende Heer, sondern auch für die bürgerliche Miliz."

Lenin stellte also nicht die Forderung der demokratischen Miliz, d. h. bürgerlichen Miliz, auf, wie die Rechten behaupten, sondern die Losung der proletarischen Miliz, der Bewaffnung des Proletariats, die Losung des Kampfes gegen die demokratische Miliz.

Und im Frühjahr 1917? In dem zitierten Fraktionsmaterial wird eine Stelle des Leninschen dritten „Briefes aus der Ferne" gebracht, den Lenin Anfang 1917 aus Zürich an die „Prawda" schrieb. Es

[*] Anders steht die Frage mit der Berufung auf Radek und die „Linksradikalen" ins Jahre 1912. Es ist an anderer Stelle nachgewiesen worden, daß deren Stellung zur Miliztrage schon damals falsch war. (Siehe K. S., „Die alte II. Internationale und die Miliz", „KI", Nr. 3, 1928.) Die Wiederholung dieses Fehlers 16 Jahre später, nach den Schrecken des imperialistischen Krieges, verleiht ihm eher einen offen revisionistischen Charakter.

wird aber unterschlagen, daß der Titel dieses Briefes lautete: „Ueber die proletarische Miliz!“ Lenin hat auch damals nicht die Forderung der demokratischen Miliz, sondern dies Losung der proletarischen Miliz, des Kampfes gegen die bürgerliche Miliz ausgegeben. Er schreibt:

„Wir werden nicht imstande sein, die neue Regierung mit einem Schlage zu stürzen, oder wir werden, wenn das gelingen sollte (in revolutionären Zeiten erweitern sich die Grenzen des Möglichen tausendfach), nicht imstande sein, die Macht zu behalten, wenn wir der ausgezeichneten Organisation der gesamten russischen Bourgeoisie und der gesamten bürgerlichen Intelligenz nicht eine ebenso ausgezeichnete Organisation des Proletariats entgegensetzen, die die gesamte ungeheure Masse der armen Bevölkerung in Stadt und Land, der Halbproletarier und der kleinen Eigentümer, führt.“

Lenin setzt auseinander, daß eine gewöhnliche Organisation dazu nicht genüge (Gewerkschaften), sondern daß dazu notwendig sind die Sowjets und die proletarisches Miliz. In diesem Sinn also, als „Organisation des Proletariats“, gegen die damalige bürgerliche Miliz, zur Vorbereitung auf den Aufstand, gibt Lenin die Losung der proletarischen Miliz aus.

Aus diesen Zeilen geht vollkommen klar hervor, daß Lenin nicht von der bürgerlichen Regierung eine „Umwandlung“ der bürgerlichen stehenden Armee in eine bürgerliche Miliz, also eine Reform der bürgerlichen Armee forderte, sondern an die proletarischen Massen selbst appellierte, sich zu bewaffnen. Daß damals für diese Parole manchmal das Wort „Volksmiliz“ gebraucht wurde, erklärt sich eben daraus, daß in diesem Momente der russischen Revolution gerade auf die Bewaffnung, die Einbeziehung „der ungeheuren Masse der armen Bevölkerung“, d. h. der Dorfarmut und der Mittelbauern, in die proletarische Miliz unter der Führung des Proletariats, entscheidender Wert gelegt werden mußte. Es war die Zeit des Uebergangs von der demokratischen zur proletarischen Revolution. Der bürgerliche Staatsapparat war zerstört, eine bewaffnete Unterdrückungsgewalt der Bourgeoisie fehlte. Die Losung der proletarischen Miliz in diesem Moment hatte die Aufgabe, das Proletariat und seine Verbündeten zur Organisierung des Aufstandes gegen die Bourgeoisie, zur Schaffung einer selbständigen bewaffneten Macht, anzuleiten.

Wir sehen also hier das gerade Gegenteil: Lenin forderte damals unter der Losung der proletarischen Miliz die Bewaffnung des Proletariats. Die rechten Liquidatoren aber fordern unter der Losung der demokratischen Miliz eine andere, bessere Form der Bewaffnung der Bourgeoisie, und zwar zusammen mit General von Seeckt und der demokratischen Partei. Ihre Linie wird völlig klar aus folgenden Sätzen:

[45] „Wenn die Bedingungen des modernen Krieges. sie (die Bourgeoisie) auf der einen Seite verpflichten, das ganze Volk zu militarisieren und in den Dienst der Verteidigung ihres Vaterlandes zu stellen, und so die Bourgeoisie dem Gedanken einer bürgerlichen Miliz näher kommt, so fordert ihr Klasseninteresse gegenüber dem Proletariat, der Wehrverfassung und der Miliz eine Gestalt zu geben, die der Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft dient. Aber gerade dieser Widerspruch zwischen den imperialistischen Interessen der Bourgeoisie und ihren Klasseninteressen gegenüber dem Proletariat ist der Punkt, von dem wir ausgehen, um unseren proletarischen Standpunkt durchzusetzen und zu propagieren.“

Wir Kommunisten gehen, wie Lenin 1917, um „unseren proletarischen Klassenstandpunkt durchzusetzen“, aus von den Klasseninteressen des Proletariats, ihrem Gegensatz zu den Klasseninteressen der Bourgeoisie. Wir sind so zum schärfsten Kampf gegen den bürgerlichen Militarismus in allen seinen Formen gelangt. Die Liquidatoren machen es anders: Sie gehen aus von dem Gegensatz – nicht zwischen Proletariat und Bourgeoisie, sondern „zwischen den imperialistischen Interessen der Bourgeoisie und ihren Klasseninteressen gegenüber dem Proletariat“. Sie bekämpfen die imperialistische Massenmilitarisierung nicht, sondern sie akzeptieren sie, nicht bloß im Sinne der Anerkennung als objektive Tatsache, sondern sogar als ihre eigene Losung („allgemeine Wehrpflicht in Form der Miliz“). Sie stellen sich also auf den Boden der bürgerlichen Massenmilitarisierung, fordern sie und wollen bloß – indem sie die Bourgeoisie sogar auf diesem Weg weitertreiben – verhindern, daß die Bourgeoisie der Massenmilitarisierung „eine Gestalt gibt, die der Aufrechterhaltung ihrer Klasseninteressen dient“.

Also: Vertretung der „Klasseninteressen des Proletariats“ im Dienste des Imperialismus und des Militarismus.

Diese Stellung ist eindeutig. Sie ist – auch wenn sie mit einer großen Zahl revolutionärer Phrasen begründet und verziert ist – die Stellung des Sozialimperialismus[*]. Es ist bezeichnend, daß der Grundgedanke der kommunistischen Militärpolitik gegenüber der bürgerlichen Armee, dies Ablehnung der „Vaterlandsverteidigung", der Defaitismus, von den Rechten völlig vergessen wurde.

Die Stellung der Kommunisten dagegen hat Lenin in seinem oben zitierten Artikel über die „Abrüstung" folgendermaßen ausgedrückt: „Wir ‚fordern' eines solche Entwicklung nicht (d. h. die Massenmilitarisierung – K. S.), wir ‚unterstützen' sie nicht, sondern wir kämpfen dagegen. Aber wie kämpfen wir?" Selbstverständlich nicht mit den Argumenten der Pazifisten, aber auch nicht mit den Illusionen von einer „wahren und wirklichen Volksmiliz" (siehe das zitierte Material), der Utopie, im Zeitalter des Imperialismus und der proletarischen Revolution, „die Armee mit dem Volke zu verbinden, sie zu einem Teil, ja zum Volke selbst zu machen" (ebendort)[**]. Diese Phrasen, die auf dem Niveau der Milizutopien der demokratischen Kleinbürger der 60er Jahre stehen. sind heute nichts anderes als willkommene Feigenblätter für den reaktionärsten Militarismus, sie atmen den „Geist von 1914".

Wir Kommunisten kämpfen gegen den Militarismus der Bourgeoisie mit der „Sprengung von innen heraus" (Engels) aller bürgerlichen Armeen und Milizen und mit dem Programm der Bewaffnung des Proletariats. Unseres demokratischen Teilforderungen in der Militärfrage dienen nicht der „Demokratisierung", sondern der Zersetzung der bürgerlichen Armeen.

*

Wir haben nachgewiesen, daß die Liquidatoren in der Militärfrage ein im Wesen sozialimperialistisches Programm entwickeln.

Wir müssen daher feststellen: Erstens, daß es sich um eine im Wesen sozialdemokratische Richtung handelt, deren objektive Basis das Hinein-[46]wachsen in den neudeutschen Imperialismus bildet, deren Programm die Elemente des Sozialimperialismus enthält. Zweitens, daß auch im Interesse unserer gegenwärtig zentralen Aufgabe des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg der schärfste propagandistische Kampf gegen diese Richtung und alle Versuche einer „Versöhnung" mit ihr geführt werden muß. Drittens, daß ihre Vertreter keinen Platz in der Kommunistischen Partei haben können, wenn die KPD sich nicht selbst als revolutionäre, leninistische Partei aufgeben will.

*

## Die Plattform des Versöhnlertums

(Schluß)

### 4. *Die Massenpolitik der Partei*

Lz. Die Versöhnler behaupten, daß wir das Problem der Eroberung der SPD-Arbeiter in den Hintergrund rücken, weil wir den Reformismus „unterschätzen". In Wirklichkeit handelt es sich gar nicht um die Frage, ob man die Gewinnung der von den Reformisten beeinflußten Arbeiter für mehr oder weniger wichtig ansieht, sondern vielmehr um die Frage, mit welchen Methoden dieses Arbeiter gewonnen werden sollen. Da wir der Meinung sind, daß dies Radikalisierung der Arbeitermassen der Grundzug der ganzen Entwicklung ist und daher sich auch innerhalb der sozialdemokratischen Partei vor allem auswirkt, halten wir nicht besondere Methoden, die von den Methoden der Gewinnung der übrigen Arbeitermassen wesentlich verschieden sind, für notwendig zur Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter, sondern die Grundmethode zur Gewinnung sowohl der organisierten, der sozialdemokratischen als auch der unorganisierten Arbeitermassen, das ist die Methode der konsequenten, energischen Vertretung der Arbeiterforderungen, der Organisierung des Kampfes für diese Forderungen auch gegen die reformistische Bürokratie. Wer, wie die Rechten es offen tun und wie dies Versöhnler es versteckt andeuten, die Aufgabe der Gewinnung der sozialdemokratischen und der organisierten

[*] Man vergleiche z. B. diese Stellung mit der Stellung Paul Levis in seiner neuen Broschüre „Wehrhaftigkeit und Sozialdemokratie", und man wird dieselbe prinzipielle Einstellung finden.

[**] Man vergleiche diese famose Phrase mit der entsprechenden Stelle des (nach Fertigstellung dieses Artikels erschienenen) offiziellen Wehrprogrammentwurfs der SPD: man findet eine fast wörtliche Uebereinstimmung.

Arbeiter in einem Gegensatz sieht zur Mobilisierung der breiten Massen gegen die reformistische Bürokratie, der kann natürlich nicht eine richtige Taktik in der gegenwärtigen Periode vorschlagen.

Die Plattform der Versöhnler versucht wiederum die „Abweichungen" des Zentralkomitees mit der Methode des sinnentstellenden Zitierens nachzuweisen. Die Plattform zitiert die Rede des Genossen Bucharin, in der es heißt:

„Wir dürfen keinesfalls aufhören, um diese sozialdemokratischen Arbeiter zu kämpfen. Im Gegenteil, je schärfer wir die Frage der schändlichen und verräterischen Rolle der SPD stellen, um so höher müssen wir das Banner der Klasseneinheit der Arbeiterschaft halten, um so energischer müssen wir die Kräfte der Arbeiterschart gegen die Spitzen der SPD mobilisieren, mit um so größerem Geschick müssen wir in jeder Teil- und Tagesfrage, bei jedem Streik, bei jedem Konflikt mit Unternehmern um die SPD-Arbeiter kämpfen."

An dieses Zitat knüpfen die Versöhnler folgende Kritik der Auffassung des Zentralkomitees:

„In der Sprache der Mehrheit des ZK wird diese Aufgabe folgendermaßen formuliert: ‚Diese taktische Wendung (gegen den Reformismus, D. V.) bedeutet keinesfalls den Verzicht auf den Kampf um die SPD-Arbeiter' usw. (Thesen des ZK.) Das Problem der Gewinnung der SPD-Arbeiter wird als eine Art Nebenprodukt des revolutionären Kampfes hingestellt und ist nicht, wie dies die Kongreßbeschlüsse fordern, der Zentralpunkt unseres Kampfes um die Massen."

Der Leser muß den Eindruck gewinnen, daß sich die Resolution auf die negative Formel „keinesfalls Verzicht auf den Kampf um die SPD-Arbeiter" beschränkt, während Genosse Bucharin mit der negativen Formel „keinesfalls aufhören, um dieses sozialdemokratischen Arbeiter zu kämpfen" eine nachdrückliche positive Formulierung verbindet. Nimmt man sich aber dies [47] Mühe, die Thesen des Zentralkomitees nachzulesen, so finden wir an der Stelle, wo die Versöhnler ein bescheidenes „usw." einsetzen, folgenden Satz:

„Gegen die Spaltungsoffensive der Reformisten muß unsere Partei das Banner dem proletarischen Klasseneinheit um so höher halten, je schärfer sie die verräterische holte der Sozialdemokratie entlarvt."

Die Thesen des Zentralkomitees stimmen also völlig überein mit den Ausführungen des Genossen Bucharin. Im übrigen findet sich auch eine ganz ähnliche Formulierung in der politischen Resolution des VI. Kongresses (§ 37).

Im Zusammenhang mit der haltlosen Beschuldigung, daß die Partei die Aufgabe der Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter vergißt, steht die zweite, daß die Partei die Kampfkraft der Unorganisierten „außerordentlich überschätzt". In diesem Vorwurf treffen sich die Versöhnler mit den Sozialdemokraten und den Rechten. Die Sozialdemokratie und die Rechten haben das Schlagwort von den „revolutionären Unorganisierten" erfunden, mit dem sie unsere Taktik zur Mobilisierung der Massen der Unorganisierten verhöhnen wollen. In dieser Frage zeigt sich auch besonders klar, wie der Versuch der Versöhnler, eines Mittelstellung zwischen der bolschewistischen Linie des Zentralkomitees und der opportunistischen Linie der Rechten zu finden, unvermeidlich zu einer Bundesgenossenschaft mit den Rechten führt.

Die Versöhnler wettern gegen die alte „hundertfach widerlegte Theorie, daß der vollkommen unorganisierte, in ‚normalen' Zeiten praktisch indifferente Arbeiter ‚revolutionärer' und deshalb für die Durchführung von Kämpfen von größerer Bedeutung sei als der organisierte reformistische Arbeiter". Unter den gegenwärtigen Bedingungen des Klassenkampfes in Deutschland, wo die Reformisten ihre ganze Sabotage des Klassenkampfes darauf aufbauen, daß sie die Unorganisierten möglichst ohne jede Unterstützung lassen, um die Kampfkraft der ganzen Arbeiterklasse zu schwächen und großen Massenkämpfen auszuweichen, wo die Reformisten unsere Maßnahmen zur Unterstützung der Unorganisierten und zu ihrer Heranziehung bei der Führung der Kämpfe mit allen Mitteln diskreditieren, haben unsere Versöhnler nichts besseres zu tun als die Argumente der Reformisten gegen die Unorganisierten kritiklos zu übernehmen. Es ist vollkommen klar, daß ein Kommunist die Frage, ob die Organisierten oder die Unorganisierten „revolutionärer" sind, nicht allgemein, abstrakt, ohne Rücksicht auf die konkrete Lage stellen kann. In den Gewerkschaften sind nicht nur revolutionäre, klassenbewußte Arbeiter, die als Opposition gegen den Reformismus bei der Organisierung der wirtschaftlichen Kämpfe die

entscheidende Rolle zu spielen berufen sind, nicht nur breite Schichten reformistisch beeinflußter Arbeiter, die für den Klassenkampf gewonnen werden können und gewonnen werden müssen, sondern auch die korrupte Schicht der Arbeiterbürokratie und der Arbeiteraristokratie, die als mehr oder minder bewußte Agenten der imperialistischen Bourgeoisie geschlagen werden muß, wenn die Arbeiter einen erfolgreichen Kampf führen sollen. Andererseits kann man unmöglich die unorganisierten Arbeiter einfach den Indifferenten gleichsetzen. Ein Kommunist muß wissen, daß in einer Reihe der wichtigsten Industriegebiete und dem wichtigsten Industrien die Mehrheit der Arbeiter außerhalb der Organisationen steht, weil die reformistische Gewerkschaftsführung nicht nur nichts getan hat, um die Massen der unqualifizierten Arbeiter in die Gewerkschaften hineinzuziehen, sondern sogar diese Arbeiter bewußt abstößt, weil vielfach auch die Kommunisten noch nicht die notwendige Initiative und Energie entwickelt haben, um diese Arbeiter für die Gewerkschaften zu gewinnen. Ein Kommunist muß wissen, daß gerade die am meisten ausgebeuteten, die materiell am schlechtesten gestellten unqualifizierten Arbeiter, die weiblichen und jugendlichen Arbeiter, am schwersten den Weg in die von den Reformisten geführten Gewerkschaften finden. Nur vom Standpunkt der Arbeiteraristokratie, nur vom Standpunkt des reformistischen Organisations-Fetischismus kann man die Unorganisierten schlechthin als „Indifferente“ abtun. Man muß auch die Tendenz der Entwicklung der Gewerkschaften richtig einschätzen, wie es der VI. Weltkongreß und neuerdings der Genossen [48] Stalin in seiner Rede im Präsidium des EKKI getan haben. Je mehr die Gewerkschaftsbürokratie mit dem imperialistischen Staat verwächst, je mehr sie revolutionäre Arbeiter aus den Gewerkschaften herauswirft, je mehr sie die Betätigung der revolutionären Opposition in den Gewerkschaften drosselt, desto größer wird die revolutionäre Rolle, die die unorganisierten Massen im Kampfe spielen. Das bedeutet keineswegs, daß die Kommunisten wegen der wachsenden Schwierigkeit der Arbeit in den Gewerkschaften geringere Energie auf diese Arbeit verwenden sollen – das Gegenteil ist richtig. Aber das bedeutet, daß immer größeres Gewicht auf die Heranziehung der Unorganisierten zum Kampf gelegt werden muß.

Die Auffassung der Versöhnler stimmt zwar nicht überein mit dem Kommunismus, wohl aber mit der Theorie über das Verhältnis der qualifizierten und unqualifizierten Arbeiter, die Genosse Ewert auf dem VI. Weltkongreß in seinem Korreferat entwickelt hat. Genosse Ewert hat hier auseinandergesetzt, daß die qualifizierten Arbeiter sehr stark revolutionären Ideen zugänglich sind, während „die große Masse der ungelernten Arbeiter – und das ist das Eigentümliche der gegenwärtigen Situation – in einer ganzen Reihe von Industrieländern allein sehr schwer zu bewegen sind, jene großen Massenkämpfe einzuleiten“.

Es ist allgemein bekannt und leicht erklärlich, daß in den proletarischen Parteien und auch in der Kommunistischen Partei die qualifizierten Arbeiter verhältnismäßig eine größere Rolle spielen als die unqualifizierten. Es ist ebenso klar, daß wir als Kommunisten keineswegs die Unqualifizierten gegen die Qualifizierten ausspielen wollen und können. Unser Ziel ist die Mobilisierung der breiten Arbeitermassen, sowohl der qualifizierten als der unqualifizierten, zum einheitlichen Kampf. Aber die Behauptung, daß zu wirklichen Massenkämpfen um ernste Forderungen die qualifizierten Arbeiter leichter zu gewinnen sind als die unqualifizierten, bedeutest ein vollkommenes Verkennen der gegenwärtigen Lage in der Arbeiterbewegung und außerdem eine prinzipielle Abweichung von der leninistischen Theorie der sozialen Wurzel des Reformismus in der Arbeiteraristokratie. Wir Kommunisten müssen gerade bei den schlechten Traditionen, die in der deutschen Arbeiterbewegung auf diesem Gebiete vorherrschen, jeder solchen Tendenz zur Mißachtung der unqualifizierten Arbeiter mit aller Schärfe entgegentreten und den klassenbewußten, qualifizierten Arbeitern klarmachen, daß sie, die infolge ihrer günstigeren Arbeits- und Lebensbedingungen leichter den Weg zur Organisation finden, günstigere Kampfesbedingungen haben, verpflichtet sind, die rückständigen Arbeiterschichten in die Bewegung und in die Organisation hineinzuführen. Die Versöhnler aber begnügen sich, nachdem sie lang und breit haltloses Beschuldigungen über unsere Ueberschätzung der Unorganisierten vorgebracht haben, mit der nichtssagenden Bemerkung:

„Es besteht auch die entgegengesetzte Gefahr: die Unterschätzung der Unorganisierten und der Bedeutung, die ihre Mobilisierung für die Tageskämpfe, die Gewinnung ihres Vertrauens für die Revolution haben.“

Diese Fragestellung kennzeichnet die Art und Weise, wie die Versöhnler ihre formelle Versicherung, daß sie die Hauptgefahr rechts sehen, in der Praxis verwirklichen.

Auf die in diesem Zusammenhang geübte Kritik an der Taktik im Ruhrkampf näher einzugehen, ist nicht notwendig, da darüber an anderer Stelle gesprochen werden soll. Die Versöhnler haben unter dem Druck der Tatsachen, der wirklichen Erfolge unserer Partei im Ruhrgebiet, den größten Teil ihrer Kritik zurücknehmen müssen. In der Resolution, die sie zum Ruhrkampf eingebracht haben, sprechen sie wohl allgemein von einer „falschen Auslegung" der Beschlüsse des VI. Weltkongresses und „schweren taktischen Fehlern", sprechen aber konkret nur davon, daß die Partei die richtige und notwendige Arbeit unter den Unorganisierten „ungenügend mit einer entschiedenen Arbeit unter den organisierten Arbeitern und mit der Arbeit in den lokalen Gewerkschaftsorganisationen" verbunden habe. Ebenso sprechen se von einer „ungenügenden oder Nichtanwendung der Einheitsfronttaktik". Infolgedessen gelangen sie zu dem [49] Schluß, daß es der Partei „nicht in genügendem Maße gelungen sei, die Sabotage der Gewerkschaftsbürokratie in genügendem Umfange zu durchbrechen". Auch die Versammlungs- und Demonstrationskampagne finden unsere Versöhnler „ungenügend". Auch die Mobilisierung der Arbeitermassen gegen die Abwürgung des Kampfes geschah nach derselben Resolution „ungenügend".

Dieses „ungenügende" Kritik ergab sich, wie gesagt, unter dem Zwang der Tatsachen. Im Anfang und im Verlauf des Ruhrkampfes warfen uns unsere Kritiker, und zwar die Rechten und Versöhnler ohne großen Unterschied, vor, daß wir alles das nicht getan hätten, was wir nach der jetzigen Meinung der Versöhnler „ungenügend" getan haben. Wir konnten den Nachweis führen, daß die Arbeit in den Gewerkschaften, unter den organisierten Arbeitern, unter den Betriebsräten usw., die wir nach den Beschuldigungen der oppositionellen Genossen unterlassen hätten, faktisch, soweit unsere Kräfte reichten, durchgeführt wurde. Infolgedessen blieb den Versöhnlern nichts anderes übrig, als die Partei zu beschuldigen, daß sie alles, was sie getan hat, „ungenügend" getan hat. Mit einer solchen Kritik ist die Parteimehrheit vollkommen einverstanden. Alles, was wir tun, ist ungenügend, und der wäre kein Revolutionär, der jemals mit dem Erreichten voll zufrieden wäre. Aber eine neue Methode ist es allerdings, die Partei zu beschuldigen, daß sie eine falsche Taktik angewandt hat, wenn sie alles Notwendige und Mögliche getan, dabei Erfolge erzielt hat, aber noch nicht genügend tun konnte, um alles Schwierigkeiten zu überwinden.

### 6. *Der Kampf gegen die „Offensiv-Philosophie"*

Die Versöhnler haben entdeckt, daß die Mehrheit des Zentralkomitees „immer deutlicher eine neue und keineswegs verbesserte Auflage der Offensivtheorie des Jahres 1921" entwickelt. Das wäre eine sehr schwere, eine sehr ernsthafte Beschuldigung, wenn man nicht annehmen müßte, daß die Versöhnler sie selbst nicht ganz ernst nehmen. Denn was sie zur Begründung einer solchen Beschuldigung anführen, ist doch etwas zu mager. Die ganze Begründung besteht darin, daß unsere Presse, unsere Resolutionen von einer „Gegenoffensive" oder von „Durchbruchskämpfen" gesprochen haben, während die Versöhnler jetzt nur von einem „Abwehrkampf des Proletariats mit bestimmten offensiven Elementen" sprechen wollen. Ueber die Frage, wie man die gegenwärtiges Stufe und die weitere Perspektive der Wirtschaftskämpfe einschätzen muß, ist es notwendig, ernst und sachlich zu diskutieren. Das Geschwätz von einer Offensivtheorie hat mit einer solchen sachlichen Auseinandersetzung nichts gemein. Selbstverständlich wäre es unsinnig, zu behaupten, daß das Proletariat jetzt bereits die Front der imperialistischen Bourgeoisie, der Kapitalsoffensive, durchbrochen hat oder durchbricht. Wohl aber ist es absolut richtig, wenn in unserer Presse gesagt wurde, daß sich gegenwärtig „der Beginn eines Durchbruches durch die ideologischen und organisatorischen Hemmnisse, die die sozialimperialistischen Gewerkschaftsführer zum Schutz der imperialistischen Ausbeuter und zur Verhinderung des proletarischen Klassenkampfes errichtet haben", vollzieht.

Zur richtigen Einschätzung des Charakters der gegenwärtigen Kämpfe darf man zwei Tatsachen nicht vergessen. Erstens, daß die Gewerkschaftsführer in allen Industriezweigen durch den Druck der Massen gezwungen sind, Lohn- und Arbeitszeitforderungen anzumelden. Angesichts der steigenden

Teuerung und der wachsenden Intensität der Arbeit in den Betrieben käme der Verzicht auf solche Forderungen allerdings einer Senkung des Reallohnes gleich. Aber trotzdem ist die Feststellung, daß der Ausgangspunkt der großen Kämpfe in Deutschland in der Regel die Forderungen der Arbeiter sind, wichtig, um zu zeigen, daß die Initiative keineswegs ausschließlich bei den Unternehmern liegt, sondern daß bei der Auslösung der Kämpfe die wachsende Aktivität der Arbeiter eine große Rolle spielt. Zweitens [50] zeigt ein Vergleich der Wirtschaftskämpfe der letzten Wochen und Monate mit den Wirtschaftskämpfen in der ersten Hälfte des Jahres 1928, daß die reformistische Bürokratie nicht mehr, wie beispielsweise bei der Metallarbeiterbewegung in Mitteldeutschland, die Bewegung von Anfang bis zu Ende fest in der Hand hat, sondern daß die reformistischen Manöver in wachsendem Maßes durch die Aktivität der unter unserem Einfluß stehenden Arbeiter zurückgedrängt werden.

Wir haben das größte Interesse daran, diese neuen positiven Momente in den Vordergrund zu stellen, um die Kämpfe zu steigern, um den Kampfesmut der Arbeiter anzustacheln, um die Aufgaben des Kampfes in der gegenwärtigen Periode klar vor der Arbeiterklasse zu stellen. In dem Appell an die Arbeiterklasse, Durchbruchskämpfe gegen die kapitalistische Stabilisierung zu führen, kann man unmöglich eines „neue Offensivtheorie“ entdecken.

Der Sinn der Offensivtheorie von 1921, wie sie besonders Thalheimer und Frölich entwickelten, bestand bekanntlich darin, daß die Partei für sich zur Offensive gegen die Bourgeoisie übergehen sollte, die Massen würden dann schon nachfolgen. Die Offensivtheorie war eine ultralinke Theorie, nicht deshalb, weil sie die Arbeiter zum Angriff gegen das kapitalistisches System aufforderte – eine solche Propaganda werden wir in revolutionären Situationen immer führen –, sondern weil sie nicht die Notwendigkeit der Gewinnung der Massen als Voraussetzung für einen erfolgreichen Angriff auf das kapitalistische System erkannt hatte. Der Parteimehrheit in der gegenwärtigen Situation vorwerfen, daß sie eine „neue und keineswegs verbesserte Auflage der Offensivtheorie“ vertrete, d. h. behaupten, daß die Partei jetzt von der Gefahr putschistischer Unternehmungen, leichtsinnig entfesselter Streiks, von der Gefahr bedroht sei, daß sich die Vorhut durch zu kühnes Voranstürmen von den Massen trennt, bedeutet eine völlige Unterstützung der rechten Liquidatoren.

In der Tat, wenn besonders die Rechten die Beschlüsse des VI. Kongresses ablehnen, dafür aber sich ständig auf die Beschlüsse des III. Kongresses berufen, so bedeutet das, daß diese Genossen der Partei einreden wollen, daß sie jetzt, wie im Jahre 1921, von einer ultralinken Gefahr des Putschismus bedroht sei.

Tatsache aber ist, wie sowohl der IV. Kongreß der RGI als auch bereits die 9. Exekutive der KI festgestellt haben, daß die KPD ebenso wie die anderen Sektionen der Komintern (mit Ausnahme der chinesischen, in der es putschistische Gefahren gab) gegenwärtig der Gefahr ausgesetzt sind, hinter der Masse zurückzubleiben, sich durch zu wenig Aktivität und Energie in der Führung der Kämpfe von den Massen loszulösen. Solche opportunistischen Fehler, wie sie beispielsweise im mitteldeutschen Metallarbeiterkampf vorgekommen sind, wo unsere führenden Gewerkschaftsfunktionäre der reformistischen Kampfführung zustimmten, sind im höchsten Maßes dazu geeignet, die Partei von den kampfwilligen, sich radikalisierenden Massen zu trennen. Auch das Versagen der KP der Tschechoslowakei bei dem sogenannten „Roten Tag“ zeigt, wie eine Kommunistische Partei sich durch opportunistische Fehler von den Massen isolieren kann.

Auch im Ruhrkampf zeigte sich, daß wir zur Durchsetzung einer richtigen Taktik in erster Linie die Hemmnisse überwinden mußten, die aus der Passivität eines Teils der Organisation, aus der Schwäche vor allem führender Genossen in Betrieben und Gewerkschaften gegenüber den Reformisten entstanden. Daß die Versöhnler in einer solchen Situation die Partei vor der „Offensivtheorie“, d. h. vor dem Putschismus retten wollen, das zeigt nur wiederum, daß es sich um eine opportunistische Gruppierung handelt, die eine gewisse Deckung für die rechte Fraktion bedeutet.

### 6. *Der Kampf gegen die rechte Gefahr und das Versöhnlertum*

Dies Versöhnler erheben gegen die Parteimehrheit den Vorwurf, daß sie „die Basis des Kampfes gegen rechts gespalten“ habe, was offenbar heißt, [51] daß die Parteimehrheit die Versöhnler am

Kampf gegen rechts hindert. Diese jedoch rühmen sich, „hundertfach bewiesen zu haben, daß sie den Kampf gegen rechts ernster, bolschewistischer (!) und im Sinne des VI. Weltkongresses führen, als die Mehrheit des ZK“. Das sind starke Behauptungen, aber schwache Argumente. Eine Gruppe, die sich eben der Führung des Genossen Ernst Meyer unterstellt hat, sollte den Mund etwas weniger voll nehmen, wenn vom Kampf gegen rechts die Rede ist. Dies Versöhnler behaupten, daß die Vertreter der Mehrheit „am allerungeeignetsten“ sind, die Rechten wegen deren Vergangenheit wirksam zu bekämpfen, weil die Wortführer der Parteimehrheit in ihrer Vergangenheit rechte und ultralinke Abweichungen gezeigt hätten. Wenn nur solche Genossen berechtigt sind, den Kampf gegen rechts zu führen, die niemals in ihrer Vergangenheit Fehler gemacht haben, dann werden wir niemanden finden, der dazu das Recht hat. Selbst Lenin hat nie von sich behauptet, daß er unfehlbar ist. Das ist eine alberne Fragestellung. Wir sind gezwungen, einen Kampf gegen die Versöhnler zu führen nicht deshalb, weil sie fast durchweg in der Vergangenheit die opportunistische Linie von Brandler vertreten haben, sondern deshalb, weil sie bis zum heutigen Tage die Politik der Versöhnlichkeit gegenüber dem Opportunismus vertreten.

Wir haben bereits genügend nachgewiesen, wie sich die Gruppe der Versöhnler diesen Namen in der Zeit bis zum VI. Weltkongreß redlich verdient hat. Aber noch in den allerletzten Tagen, wo das parteifeindliche, direkt streikbrecherische Verhalten der rechten Liquidatoren die schärfsten Maßnahmen notwendig machte, setzten diese Genossen, die sich rühmen, „einen ernsteren und bolschewistischeren Kampf“ als die Parteimehrheit gegen rechts zu führen, die verhängnisvolle Politik des Schwankens gegenüber der rechten Gefahr fort. In der Sitzung des ZK vom 13. und 14. Dezember, in der die Partei zu entscheidenden Maßnahmen gegen die Rechten schreiten mußte, brachten die Versöhnler jene Erklärung ein, in der es heißt:

„Im Augenblick der Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit der Trennung der Partei von einer ganzen Reihe von Genossen, wie Brandler, Thalheimer, Walcher, Frölich, Enderle, Schreiner, die zu den Gründern des Spartakusbundes gehören, die am 4. August 1914 bei Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg standen, halten wir es für unsere Pflicht, vor der Partei zu erklären: diese Genossen können nicht mit Verrätern à la Levi, Friesland oder Kleinbürgern à la Maslow und Ruth Fischer auf eine Stufe gestellt werden.“

Gehört es zum „ernsten bolschewistischen Kampf gegen rechts“, daß man Verräter gegen den Vorwurf des Verrats in Schutz nimmt? Ist es nicht Verrat an der Partei, wenn unter Walchers Verantwortung bei den Stuttgarter Gemeindewahlen gefälschte Stimmzettel gegen die Partei verbreitet werden? Ist es nicht Parteiverrat, wenn die rechten Liquidatoren in Gewerkschafts- und öffentlichen Versammlungen die Partei und die Komintern angreifen? Ist es nicht Verrat, wenn die Offenbacher Brandler-Gruppe ein Flugblatt „An die Bevölkerung Offenbachs!“ herausgibt, in dem die „revolutionäre“ Forderung der Absetzung des Genossen Thälmann im Vordergrund steht? Und warum soll dieser Verrat besser sein als der Verrat von Levi? Levi begann seinen Weg zur SPD mit der unter Bruch der Parteidisziplin in der Oeffentlichkeit geübten menschewistischen Kritik an der März-Aktion. Aber die März-Aktion enthielt wirklich die schwersten putschistischen Fehler, und die Kritik Levis, obwohl sie vom menschewistischen Standpunkt ausging, enthielt trotzdem einiges Richtige. Der Abmarsch der Brandler- und Thalheimer-Gruppe von der Partei begann nach dem Oktober 1923, nachdem ihre schweren opportunistischen Fehler von der deutschen Partei und der Komintern einmütig verurteilt worden waren. Sie steigern gegenwärtig ihre Angriffe gegen die Partei bis zu offenen Spaltungsmaßnahmen in einer Zeit, wo die Partei im vollen Einverständnis mit der Komintern die Beschlüsse des VI. Weltkongresses erfolgreich anwendet. Sie beschreiten ihren Weg des Verrats im zehnten Jahre des Bestehens der KPD und der Komintern, wo bereits die größten Erfahrungen vorliegen, die beweisen, daß der Bruch mit der Partei, mit der Komintern unvermeidlich zum Versinken in den reformistischen antibolschewistischen Sumpf führt.

[52] Das prinzipienlose Versöhnlertum, das in der Beschönigung und Verteidigung solchen Verrats sich deutlich zeigt, fand schließlich seinen krassesten Ausdruck darin, daß die Versöhnlergruppe bei den Beschlüssen gegen die Brandler-Fraktion sich der Stimme enthielt. Die Parteimehrheit stellte vor die rechten Liquidatoren die Alternative, die eine bolschewistische Partei in ihrem Kampf gegen eine solches Gruppe stellen muß: Bedingungslose Kapitulation oder

Ausschluß aus der Partei. Dies Versöhnler aber, die sich ihres „ernsten, bolschewistischen Kampfes“ rühmen, enthalten sich der Stimme!

Die Versöhnler werfen der Parteimehrheit vor, daß sie gegen die Rechten keinen genügenden ideologischen Kampf führe. Wir haben bereits bemerkt, daß wir alles, was wir tun, ungenügend tun und noch besser tun sollten. Aber wie haben die „ernsten bolschewistischen“ Kämpfer der Versöhnlergruppe den ideologischen Kampf der Partei gegen rechts unterstützt? Man wird in dem ganzen langen Dokument, das wir kritisieren, vergeblich nach einem Absätzchen suchen, das ein sachliches Argument gegen die Rechten enthält. In der zuletzt von dem Genossen Ewert und Meyer abgegebenen Erklärung „zur innerparteilichen Lage“ widmen sie von sechs Seiten, die dem Kampf gegen die Partei dienen, eine Seite ihrer Kritik der rechten Fraktion. Hier entdecken sie, daß die Ideologie der Rechten „zwischen dem Leninismus und dem revolutionären Radikalismus der Vorkriegszeit hin und her schwankt“. Während die Exekutive der Komintern das Brandler-Programm „als ein durchaus typisches Produkt menschewistischer Denkweise“ kennzeichnet, entdecken unsere Versöhnler in der linkssozialdemokratischen Plattform des Brandlerismus ein Mitteldung zwischen dem Leninismus und den Anschauungen, wie sie der linkes Flügel der deutschen Sozialdemokratie in der Vorkriegszeit unter Rosa Luxemburgs Führung vertreten hat. Die Versöhnler scheinen nicht zu begreifen, daß die Plattform Rosa Luxemburgs in der Vorkriegszeit in der deutschen Arbeiterbewegung eine revolutionäre Rolle spielen konnte, daß aber der Versuch, in der gegenwärtigen Zeit dies Traditionen des linken Flügels der SPD der Vorkriegszeit gegen den Leninismus auszuspielen, zu nichts anderem führen kann als zu einem mit radikalen Phrasen ausstaffierten Menschewismus. Den Menschewismus mit linken Phrasen, auch mit Entlehnungen von Rosa Luxemburg, ja selbst mit einzelnen Anleihen bei Lenin, herauszuputzen, das verstehen auch die linken Sozialdemokraten. Die Genossen, die sich rühmen, den Kampf gegen die Rechten „ernster und bolschewistischer“ zu führen als die Mehrheit der KPD (und wohl auch als die Exekutive der Komintern, mit der sie sich in Widerspruch setzen), sollten schon soviel begriffen haben, daß der Leninismus ein einheitliches, geschlossenes System der revolutionären Theorie und Praxis ist, daß eine Mischung des Leninismus mit irgendwelchen unleninistischen und antileninistischen Auffassungen zu keiner revolutionären Ideologie, sondern nur zu einem radikal aufgeputzten Reformismus führen kann. Der Löffel Leninschen Honigs in dem Faß mit Brandlerschem Teer macht noch lange nicht aus dem Teer Honig.

Die bisherigen Taten und Erklärungen der Versöhnler bestätigen nur, daß sie vom Weltkongreß mit Recht als Versöhnler gebrandmarkt wurden. Die Gruppe um Ewert erklärt ständig, daß sie vollinhaltlich auf dem Boden der Beschlüsse des VI. Weltkongresses stehe. Der VI. Weltkongreß fordert von der KPD die Ueberwindung der versöhnlerischen Strömung. Die Genossen Ewert, Meyer usw., die behaupten, keine Versöhnler zu sein, die aber die Beschlüsse des VI. Weltkongresses anerkennen wollen, sind noch bis heute die Antwort schuldig geblieben, wer die Versöhnler in Deutschland sind. Sie haben sich durch die Zustimmung zu den Beschlüssen des VI. Weltkongresses verpflichtet, gegen die Versöhnler zu kämpfen, aber sie wollen der Partei keine Auskunft darüber geben, wen nach ihrer Meinung der VI. Weltkongreß mit der Bezeichnung „Versöhnler“ treffen wollte.

[53] Die Versöhnler behaupten, daß die Parteimehrheit nur gegen dies Angehörigen der rechten Fraktion oder der versöhnlerischen Gruppe kämpfe, während die „größten opportunistischen Schweinereien“ geduldet werden, wenn ihre Träger zur Parteimehrheit gehören. Das ist eine unerhörte Beschuldigung, die verantwortungsbewußte Genossen nur dann erheben dürfen, wenn sie sie beweisen können. Aber in den Dokumenten der Versöhnler finden wir nicht die Spur eines solchen Beweises.

Genosse Ewert hat sich auf dem VI. Weltkongreß die allgemeine Bemerkung erlaubt, daß auch die Mehrheit einer Partei zur Gruppe entarten kann. Genosse Ulbricht hat mit Recht darauf erwidert, daß dies die Auffassung von der Partei ist, die der Trotzkismus vertritt, während für die bolschewistische Partei immer der Grundsatz galt, daß die Partei, d. h. die Parteimehrheit, keine Fraktion sein kann. Das Dokument der Versöhnler aber erlaubt sich bereits die Behauptung, daß die innerparteiliche Politik, hinter der mindestens 90 Prozent der Parteimitgliedschaft stehen, eine „die Parteiinteressen unberücksichtigende (!) verantwortungsloses Fraktionspolitik“ sei. Die Versöhnler konnten bis zum 9.

Plenum des EKKI die rechte Fraktion nicht entdecken. Aber sie werfen der überwältigenden Mehrheit der Partei „Fraktionspolitik“ vor!

Die Versöhnler behaupten, daß die Partei keinerlei Selbstkritik übt. Die Beschlüsse des ZK zum Volksbegehren und zum Ruhrkampf beweisen das Gegenteil. Hingegen muß man feststellen, daß der Genosse Ewert, der besonders das Fehlen der Selbstkritik beim Volksbegehren behauptet, in der ZK-Sitzung, die über diese Frage verhandelte, kein Wort dazu zu sagen wußte.

Die Versöhnler behaupten in voller Uebereinstimmung mit den Rechten, daß die Mehrheit die „wichtigsten Grundsätze der Parteidemokratie aufgehoben habe“. Es sei festgestellt, daß überall dort, wo die Versöhnler Anhang in der Mitgliedschaft haben, sie ungehindert in der Diskussion sprechen konnten, wie z. B. im Halleschen Bezirk. Auch stimmt es nicht, daß die politischen Dokumente der Versöhnler nicht veröffentlicht wurden. Allerdings hat das ZK, wie das in einer bolschewistischen Partei üblich ist, sich immer die Entscheidung vorbehalten, welche Dokumente, in welchem Zeitpunkt, in welchem Organ zu veröffentlichen sind. Das Berliner Funktionärorgan „Der Funke“ hat sogar die schändliche Erklärung Ewerts im ZK vom 1. November veröffentlicht, obwohl dieses Dokument im „Sauherdenton“ die Partei angreift und sich in dieser Beziehung nicht wesentlich von den Fraktionsdokumenten der Rechten unterscheidet. Den Genossen, die solche Polemiken verfassen, steht es sehr schlecht an, sich über die Artikel zu beschweren, in denen ihre Auffassungen sachlich kritisiert wurden.

Die Versöhnler haben bis zur letzten Sitzung des ZK und auch nachher noch durch einen Protest gegen diese Beschlüsse des ZK an das EKKI den Kampf der Partei gegen die rechten Liquidatoren nicht unterstützt, sondern mit allen Mitteln zu verhindern gesucht. Sie proklamieren einen Zweifrontenkrieg, sowohl „gegen dies Rechten, wie gegen den innerparteilichen Kurs des ZK“. Das ZK aber vertritt die Linie der Komintern und die Auffassung der Massen der deutschen Parteimitgliedschaft. Dieser „Zweifrontenkrieg“ richtet sich in Wirklichkeit gegen die Partei und die Komintern, während die Front nach rechts in leeren Erklärungen, nichtssagenden Redensarten und in faktischen Entschuldigungen der rechten Liquidatoren besteht. Der Offene Brief der Exekutive hat die Frage klar gestellt:

„Für das Versöhnlertum ist in der KPD gegenwärtig kein Platz mehr. Es ist die Zeit gekommen, wo man die Wahl treffen muß zwischen der Partei und der rechten Fraktion. Entweder die Partei oder die rechte Fraktion – so steht jetzt die Frage.“

Die Partei fordert auf dieses Frage eine klares unzweideutiges Antwort. [54]

*

Seit dem Erscheinen des vorigen Heftes der „Internationale“, in dem wir den ersten Teil der Plattform der Versöhnler abdruckten (dessen Schluß nachstehend folgt), ist der Offene Brief des Präsidiums des EKKI vom 19. Dezember 1928 erschienen. Die höchste Instanz der Kommunistischen Internationale nach dem Weltkongreß fällt in diesem Dokument über die Plattform der Versöhnler folgendes Urteil:

„Wir sehen in der Tat, daß die Versöhnler in den letzten zwei Monaten immer duldsamer gegenüber den Rechten und immer unduldsamer gegenüber der Partei werden. Sie üben keinerlei konkrete Kritik an den Anschauungen und Handlungen der rechten Fraktion. Gleichzeitig aber werden ihre Ausfälle gegen die Partei immer schärfer und nähern sich der aus den Reihen der Rechten kommenden Kritik. Kennzeichnend ist in dieser Hinsicht die von den Versöhnlern dem Polbüro der KPD unterbreitete politische Plattform, die von Ewert, Eberlein, Dietrich, Karl Becker, H. Schröter, G. Schumann, Kurt unterzeichnet ist („Ueber die Meinungsverschiedenheiten bei der Durchführung der Beschlüsse des VI. Kongresses“), und in der die Losung des VI. Weltkongresses: „Kampf nach zwei Fronten, gegen die Rechten und gegen die ‚Linken‘!, ersetzt wird durch eine neue Losung: ‚Kampf nach zwei Fronten, sowohl gegen die Rechten als auch gegen den innerparteilichen Kurs des ZK der KPD!‘ Der vom VI. Kongreß proklamierten Konzentration gegen rechte und linke Abweichungen vom Leninismus, wird somit durch die Versöhnler eine Konzentration gegen die Rechten (in Worten) und gegen die leninistische Partei, die KPD (in der Tat) unterschoben.

Es ist klar, daß die KPD unter den eingetretenen Verhältnissen die Spaltungsarbeit der Rechten weiterhin nicht mehr dulden kann und daß sie von den Versöhnlern den vollständigen Bruch mit den Rechten sowie den konsequenten Kampf gegen sie unter Führung des ZK der KPD fordern muß."

Die Redaktion.

*

## Ueber die Meinungsverschiedenheiten bei der Durchführung der Beschlüsse des VI. Weltkongresses

(Schluß)

### 4. *Die Massenpolitik der Partei*

### *a*) *Der Kampf um die Gewinnung der reformistischen Arbeiter*

In allen Beschlüssen, Reden, Thesen der Mehrheit des ZK über den VI. Weltkongreß wird zweifelsohne noch nicht systematisch, aber als logisches Ergebnis der ganzen Einschätzung der Lage, die zu einer Unterschätzung des Reformismus führt, das Problem der Eroberung der SPD-Arbeiter in den Hintergrund gerückt. Dies steht in Widerspruch mit der diesbezüglichen Aufgabenstellung des Kongresses. In den Thesen heißt es (Punkt 37):

„... In gleicher Weise wird die Losung des Kampfes um die Massen (auch der Massen, die noch den bürgerlichen Parteien und der SPD Gefolgschaft leisten) nicht nur nicht von der Tagesordnung abgesetzt, sondern rückt erst recht in den Mittelpunkt der ganzen Arbeit der Komintern."

Genosse Bucharin unterstützte in seiner Rede auf dem Moskauer Parteiaktiv dieses mit folgenden Worten (Inprekorr, Nr. 108, Seite 2067):

„Wir dürfen keinesfalls aufhören, um diese sozialdemokratischen Arbeiter zu kämpfen (nämlich um die Millionen, die für die Sozialdemokratie gestimmt haben – d. V.). Im Gegenteil, je schärfer wir die Frage der schändlichen und verräterischen Rolle der SP stellen, um so höher müssen wir das Banner der Klasseneinheit der Arbeiterschaft halten, um so energischer müssen wir die Kräfte der Arbeiterschaft gegen die Spitzen der SP mobilisieren, mit um so größerem Geschick müssen wir in jeder Teil- und Tagesfrage, bei jedem Streik, bei jedem Konflikt mit Unternehmern um die SP-Arbeiter kämpfen."

In der Sprache der Mehrheit des ZK wird diese Aufgabe folgendermaßen formuliert: „Diese taktische Wendung (gegen den Reformismus – d. V.) bedeutet keinesfalls den Verzicht für den Kampf um die SP-Arbeiter" usw. (Thesen des ZK.) Das [55] Problem der Gewinnung der SP-Arbeiter wird als eine Art Nebenprodukt des revolutionären Kampfes hingestellt und ist nicht, wie dies die Kongreßbeschlüsse fordern, der Zentralpunkt unseres Kampfes um die Massen. Die praktische Auswirkung dieser Auffassungen zeigt sich bereits heute in allen Wendungen der Partei an die Massen.

### *b*) *Das Problem des Kampfes um die Unorganisierten*

Am III. Weltkongreß erklärte Lenin gerade im Zusammenhang mit seiner Analyse der Lage, die darin gipfelte (wie Genosse Bucharin am VI. Weltkongreß erinnerte), daß die Stabilisierung des Kapitalismus beginne, und daß seine These vom II. Kongreß, daß es für die Bourgeoisie keine ausweglose Lage gibt, daß in dieser Frage nur der Kampf entscheidet, folgendes:

„Je organisierter das Proletariat in einem entwickelten Lande ist, um so mehr Gründlichkeit in der Vorbereitung der Revolution fordert der Kampf von uns, und mit um so mehr Gründlichkeit müssen wir die Mehrheit des organisierten Arbeiter erobern. Andererseits ist die Hauptstütze des Kapitalismus in den industriell entwickelten kapitalistischen Ländern gerade der Teil der Arbeiterschaft, der in der II. und III. Internationale organisiert ist."

Dies gilt heute um so mehr, als wir uns, geschichtlich gesehen, dem revolutionären Machtkämpfe nähern. Gerade der Offene Brief hat die Frage des Kampfes um die organisierten, reformistisch gesinnten Arbeiter in den Vordergrund der Aufmerksamkeit der KPD gerückt. Ebenso der Essener Parteitag. Die ganze Politik der Partei in den letzten zwei Jahren (Fürstenenteignungskampagne, Kongreß der Werktätigen, Taktik bei den Betriebs- und Gewerkschaftswahlen usw.) war auf diese Hauptaufgabe eingestellt. Nach dem VI. Weltkongreß beginnen sich im Gegensatz zu seinen Beschlüssen

in allen Kundgebungen der Partei gegenteilige Tendenzen festzusetzen. Man appelliert fast nicht mehr an die sozialdemokratischen und die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. In den Streiks bildet sich immer mehr eine Taktik heraus, die es unberücksichtigt läßt, daß man die Masse der Unorganisierten in die Kampffront nur dann einbeziehen kann, wenn man festen Fuß in den Reihen der Organisierten gefaßt hat. Man versteht es nicht, die Stoßkraft der Aktion der Partei so zu verteilen, daß ihr Schwergewicht in die Reihen der organisierten Arbeiter dringt. Man überschätzt außerordentlich die Kampfkraft der Unorganisierten und vernachlässigt dementsprechend die Entwicklung der Kampfkraft der organisierten Arbeiter. Dies steht im Widerspruch zu den Beschlüssen des IV. RGI-Kongresses, die die These in den Vordergrund stellen, daß gerade in den Massenkämpfen die Hauptaufgabe der Partei ist, Einfluß auf die organisierten Arbeiter zu gewinnen, um dadurch die verräterische Streikstrategie der Reformisten zu durchkreuzen.

So beginnt sich langsam wieder die alte, hundertfach widerlegte Theorie zu entwickeln und in die Praxis umzusetzen, daß der vollkommen unorganisierte, in „normalen“ Zeiten praktisch indifferente Arbeiter „revolutionärer“ und deshalb für die Durchführung von Kämpfen von größerer Bedeutung sei, als der organisierte, reformistische Arbeiter. Beweise dafür liegen in den zahlreichen Aeußerungen führender Genossen, wie Thälmann, Ulbricht, Heckert, vor. Es belebt auch die entgegengesetzte Gefahr: die Unterschätzung der Unorganisierten und die Bedeutung, die ihre Mobilisierung für die Tageskämpfe, die Gewinnung ihres Vertrauens für die Revolution haben.

Einen klaren Beweis für die fehlerhafte Taktik der ZK-Mehrheit bilden die Hamburger Hafenarbeiterbewegung, als auch der Ruhrkampf. Schon beim Ausbruch des Werftarbeiterkampfes schlug der durch seinen Opportunismus bekannte Gewerkschaftssekretär Maddalena vor, Streikleitungen der Unorganisierten zu bilden. Aber Maddalena ließ sich von „Versöhnlern“ vergewaltigen und so wurde dieser Vorschlag abgelehnt und an Stelle dessen ein „Unterstützungskomitee der Unorganisierten“ beschlossen, das drei Aufgaben durchzuführen hatte: 1. Herstellung der einheitlichen Kampffront der organisierten und unorganisierten Arbeiter und Propaganda für den Eintritt in die Gewerkschaft. 2. Einleitung und Durchführung der Unterstützungsaktion und 3. Unterstützung des Volksbegehrens. Dieses Komitee stand nicht im Gegensatz zu der Gewerkschaftslinie der Partei und war geeignet, die Verbindung zwischen unorganisierten und organisierten Arbeitern während des Kampfes herzustellen.

Im Ruhrgebiet war infolge einer anderen Lage, des anderen Organisationsverhältnisses der Massen, der besonderen Schwäche der Partei im Betrieb und in den Gewerkschaften eine kompliziertere Taktik notwendig. Gerade im Ruhrgebiet war die Anwendung der Beschlüsse des IV. RGI-Kongresses notwendig. Es galt Kampfleitungen zu schaffen, die mit den Kräften der revolutionären Gewerkschaftsopposition in den Betrieben und Gewerkschaften einen dichten Kreis von organisierten und unorganisierten Arbeitern um sich scharen konnten. Die Ablehnung einer solchen Taktik in den gegenwärtigen Massenkämpfen, wie dies von den Rechten gefordert wird, bedeutet faktisch den Verzicht auf die Geltendmachung der Rolle der Partei in den Wirtschaftskämpfen. Aber wenn man Kampfleitungen einfach auf dem Wege der geringsten Widerstände bildet, wenn man im Ruhrkampf einen Teil der Kampfleitungen einfach aus unorganisierten Arbeitern in öffentlichen Versammlungen wählen ließ, so diskreditiert man den Gedanken der Kampfleitungen, man nimmt ihnen ihre gewerkschaftsoppositionelle Wirksamkeit und verhindert, daß ihre Mitglieder auch nach Abbruch des Kampfes zu Stützpunkten unserer Aktion gegen die reformistische Bürokratie werden. Es wäre falsch, sich bei der Bildung von Kampfleitungen von dem Grundsatz leiten zu lassen, als ob die revolutionäre Gewerkschaftsopposition nur dann Kampfleitungen bilden darf, wenn sie die Mehrheit des Betriebes oder einer lokalen Gewerkschaft hinter sich hat. Im Flusse von so großen Massenbewegungen, wie dies der Ruhrkampf war, können selbst Kampfleitungen, die am Anfang der Bewegung bloß eine Minderheit der Arbeiterschaft ihres Betriebes oder der Gewerkschaft vertreten, zu Organen großen Masseneinflusses werden. Unter allen Umständen muß bei der Bildung von Kampfleitungen beachtet werden, daß sie Organe der proletarischen Einheitsfront gegen die reformistische Strategie des Verrates sind. Sie dürfen nicht, wie dies im Ruhrgebiet der Fall war, z. T. nur aus Unorganisierten und zum anderen Teil fast aus [56] schließlich aus kommunistischen Arbeitern bestehen (die „Zentralstreikleitung“ bestand zu fast drei Vierteln aus Kommunisten).

Eine solche unzulängliche und falsche Taktik bei der Bildung von Streikleitungen muß natürlich ein falsches Verhältnis zwischen dem Einfluß der Partei auf die organisierten und unorganisierten Arbeiter zur Folge haben und damit schwere Schäden für die revolutionäre Gewerkschaftsarbeit zeitigen.

Schon diese wenigen Tatsachen beweisen, daß die Mehrheit des ZK die Linie des VI. Weltkongresses und des IV. RGI-Kongresses gegenüber den breiten Massen des Proletariats mit großen Fehlern durchführt.

### 5. *Die Einschätzung der Stärke des Reformismus*

Unbeschadet der Tatsache, daß weder in den Thesen des Kongresses, noch im Schlußwort des Genossen Bucharin sich eine derartige Behauptung findet, wirft die Mehrheit des ZK den „Versöhnlern" vor, daß sie es sind, die den Einfluß des Reformismus überschätzen. Es ist klar, daß diese Behauptung im Zusammenhang steht mit der falschen Analyse der Lage durch die Mehrheit des ZK. Die Auswirkung der III. Periode der relativen Stabilisierung auf die Arbeiterbewegung sind zwei Prozesse: 1. die Radikalisierung des Proletariats, der wachsende kommunistische Einfluß und im gegenwärtigen Abschnitt noch parallel damit der große Einfluß des Reformismus, wobei in den Industriezentren sich das Verhältnis zugunsten der Kommunisten verschiebt.

Genosse Bucharin formulierte diesen doppelten, dialektischen Prozeß der Wirkung des Imperialismus in der III. Periode auf die Arbeiterklasse in seinem Schlußwort zur Programmdiskussion folgendermaßen (Inprekorr, Nr. 91, Seite 1714):

„Man muß zwei Sphären und zweierlei soziale Wurzeln des Reformismus unterscheiden ... Die soziale Basis des Reformismus – ich betone das – war in der Vergangenheit der kapitalistischen Entwicklung eine absolut spezifische. Ganz anders ist die Basis des Reformismus unserer Epoche. In unserer Epoche hängt der Reformismus in erster Linie mit der imperialistischen Entwicklung zusammen. ... Darin besteht ja gerade das Wesen des Imperialismus, daß er einerseits auch im Proletariat die Voraussetzungen für die verschiedenen sozialimperialistischen Ideologien schafft, während er andererseits die Gegensätze zwischen den verschiedenen imperialistischen Mächten verschärft und dem Proletariat gigantische Kriege aufzwingt usw. ... und dabei die sozialimperialistische Ideologie mit Stumpf und Stiel vernichtet."

Wenn man aber, wie es das ZK tut, diese richtige Theorie so auslegt, daß man die Auswirkungen des deutschen Imperialismus auf die Arbeiterklasse sozusagen nur für den innerparteilichen Gebrauch anerkennt, so kommt man zu einer systematischen Unterschätzung des Sozialimperialismus und beschuldigt die Genossen, die für die Anwendung der Kongreßbeschlüsse eintreten, der Ueberschätzung des Reformismus. Genosse Bucharin sagte in seinem Schlußwort zur Programmdebatte (Inprekorr, Nr. 91, Seite 1714) über die Stärke der deutschen Sozialdemokratie folgendes:

„Unter diesem Gesichtspunkt ist es auch durchaus verständlich, warum die SP in Deutschland noch stark ist. Deutschland hat keine Kolonien, in technischer Hinsicht aber hat Deutschland in einigen Produktionssphären den Weltrekord geschlagen. ... Die Perspektive der weiteren Entwicklung der siegreichen deutschen Bourgeoisie auf dem Weltmarkt ist imstande, einen Teil des deutschen Proletariats zu verlocken. Dadurch erklärt sich in gewissem Grade die Festigkeit ihrer Positionen."

Es ist natürlich klar, daß auch der deutsche Sozialimperialismus auf die Schranken der revolutionären Entwicklung stoßen wird und sein Untergang unvermeidlich ist. Aber für die Partei handelt es sich vor allem um seine Einschätzung in der gegenwärtigen Situation. Aber in den Beschlüssen, Reden, Thesen der Mehrheit des ZK findet man keine Spur von einer Anwendung der leninistischen Einschätzung des Kongresses über die Wurzeln des Masseneinflusses des Sozialimperialismus. Ebenso findet die Erkenntnis des Kongresses einen nur sehr mangelhaften Ausdruck in der Massentaktik, die in den offiziellen Parteikundgebungen zum Ausdruck kommt. Ebenso hat es die Mehrheit des ZK scheinbar für überflüssig gehalten, eine Analyse der ökonomischen Lage zu geben, obwohl dies einer der Ausgangspunkte der wirklich marxistischen Einschätzung der Stärke der Bourgeoisie und des Reformismus hätte sein müssen.

Aus denselben oben angeführten Gründen unterschätzt die Mehrheit des ZK die Manövrierfähigkeit des Reformismus in der gegenwärtigen Situation. Nach der Auffassung der Mehrheit des

ZK über die Taktik des Reformismus lassen sich solche Manöver wie der Panzerkreuzerantrag und selbst die Haltung der reformistischen Führer in der Frage der Unterstützung der Ausgesperrten einfach nicht erklären. Für die außerordentliche Manövrierfähigkeit des Reformismus zeugt der Umstand, daß dieselbe Bürokratie, die beim mitteldeutschen Metallarbeiterstreik die Kommunisten aus den Gewerkschaften ausschloß, weil sie in den Kommunalparlamenten die Unterstützung der Streikenden verlangten, sich gegenwärtig selbst für dieselbe Form der Unterstützung einsetzen.

Mit der Taktik der Mehrheit des ZK kann man diese Manöver nicht durchkreuzen oder nur falsch. Ein fast klassisches Beispiel liefert dafür die Ablehnung des an sich natürlich verräterischen Beschlusses des Reichstages in der Frage der Unterstützung der Ruhrausgesperrten. Welcher durchschnittliche Ruhrarbeiter wird die Taktik unserer Reichstagsfraktion verstehen? Ist es nicht eine fast banale Selbstverständlichkeit, daß unsere Reichstagsfraktion nach Ablehnung ihrer weitergehenden Anträge mit entsprechenden Erklärungen und Reden, die in der Propaganda unter den Ruhrarbeitern in den Vordergrund zu stellen waren und in denen das verräterische Verhalten der Bürokratie gebrandmarkt werden mußte, für den Antrag des Ausschusses zu stimmen hatte. Die Ablehnung dieses Antrages wird den Einfluß der Partei im Ruhrgebiet, [57] insbesondere auf die Unorganisierten, nicht steigern. Mit einer solchen Taktik kann man die reformistischen Manöver nicht durchkreuzen. So arbeitet man den Reformisten geradezu in die Hände.

### 6. *Anstatt Einheitsfronttaktik eine neue Offensivphilosophie*

Der VI. Weltkongreß zog aus seiner ganzen Analyse der Lage den taktischen Schluß der Verschärfung des Kampfes gegen den Reformismus.

Das entscheidende Ziel dieses Kampfes ist die Loslösung breitester Massen von der reformistischen Bürokratie und das Mittel dazu eine Einheitsfronttaktik der unmittelbaren Mobilisierung der Arbeiter, die in den gegenwärtigen Abwehrbewegungen des Proletariats die offensiven Elemente der Bewegung entwickelt, die radikalisierten Massen einige Schritte näher zur kommunistischen Avantgarde führt. Eine solche Taktik allein schafft die Voraussetzungen dafür, daß in zugespitzteren revolutionären Situationen durch die Aktion der Partei die Abwehrbewegungen in revolutionäre Kämpfe umschlagen. An Stelle dieser Taktik, die allein dem Geiste der Beschlüsse der Kongresse entspricht, entwickelt die Mehrheit des ZK immer deutlicher eine neue und keineswegs verbesserte Auflage der Offensivtheorie des Jahres 1921, deren Gefahren für die Bewegung außerordentlich groß sind. Im Schatten dieser neuen Offensivphilosophie wurde der Charakter des Ruhrkampfes vollkommen falsch eingeschätzt. Nicht nur die Entstehung des Kampfes, die ganze Lage in Deutschland charakterisiert diesen Kampf eindeutig als einen Abwehrkampf des Proletariats mit bestimmten offensiven Elementen, die durch eine richtige Taktik entwickelt und gesteigert werden konnten. Sein ganzer Verlauf bestätigte dies hundertfach. Aber die Mehrheit des ZK schrieb („Die Beschlüsse des Weltkongresses und die heutige Lage“ von Ernst Thälmann, „Rote Fahne“, 11. November 1928):

„Das Unternehmertum geht zum Generalangriff über. Aber die Arbeiterschaft antwortet auf diese Herausforderungen nicht mehr wie in früheren Jahren mit der einfachen Abwehr, sondern sie eröffnet die Gegenoffensive gegen den Klassenfeind, sie geht bereits zum Angriff auf die Positionen des Trustkapitals über und schlägt ihre ersten Durchbruchsschlachten.“

Die Parteipresse überschlug sich fast in falschen Losungen. „Aufmarsch zur Gegenoffensive“, „Durchbruchskampf“, „Durchbruchssturm“ usw. Wenn die Kommunistische Partei in einer Situation, in der die breiten Massen des Ruhrgebiets trotz unserer größten Anstrengungen noch nicht bereit sind, in ihrer Masse Kämpfe über die Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen hinauszuführen, eine solche Sprache führt, dann entfernt sich die Partei von den Massen, anstatt die Massen an sich heranzuziehen.

In seiner Rede vor dem Moskauer Parteiaktiv über die Ergebnisse des VI. Weltkongresses sagte Genosse Bucharin (Inprekorr, Nr. 108, Seite 2065):

„Der Kernpunkt des ganzen Problems liegt in der Einschätzung der besonderen Form der allgemeinen Krise des Kapitalismus, derjenigen Form, die mit der sogenannten Stabilisierung des Kapitalismus in Verbindung

steht. ... Bereits auf dem III. Kongreß der KI sagte Genosse Lenin in aller Deutlichkeit – das ist jetzt vollkommen klar –, daß in der Weltlage ein ziemlich bedeutender Umschwung zu verzeichnen ist ... Gerade im Zusammenhang damit erklärte Genosse Lenin damals der sogenannten Offensivtheorie einen so entschiedenen Kampf und gerade deswegen fordert er die Anwendung der Einheitsfronttaktik usw.“

Die Lage ist gegenwärtig ganz anders als im Jahre 1921. Aber auch heute ist eine Offensivphilosophie nicht weniger falsch wie damals. Aber es scheint, als ob die Mehrheit des ZK – ebenso wie die Mehrheit der Delegation der KPD am III. Kongreß unter Führung des Genossen Thalheimer (der übrigens, wie jetzt bekannt wird, auch die dritte Periode als Opportunismus ablehnt!), die die beginnende Stabilisierung des Kapitalismus nicht anerkennen wollte – aus ihrer Ablehnung der dritten Periode eine neue Offensivtheorie zu entwickeln beginnt. Wenn man in einer Situation, die nicht akut revolutionär ist, eine Sprache führt, als ob man vor einer unmittelbar akut revolutionären Situation stände, dann desorganisiert man die Partei und das Proletariat. Ein krasses Beispiel dafür bietet die Propaganda der Partei während des Ruhrkampfes, in dem man zwar verabsäumte, eine konkrete Propaganda für das sozialistische Endziel, für die Enteignung zu betreiben, dafür aber jede Kundgebung ohne jegliche konkrete propagandistische Verbindung seit den Losungen „Kampf für eine revolutionäre Arbeiterregierung“ (eine „neue“ Losung!), „Diktatur des Proletariats“ oder „Alle Macht den Räten“ unterließ. Das war keine Propaganda für die Diktatur des Proletariats, sondern die übliche revolutionäre Phrase, vor der der Weltkongreß in seinen Thesen warnte.

Es ist kein Wunder, daß auf Grund einer solchen Propaganda ein leitender Parteifunktionär auf der Berliner Parteiarbeiterversammlung erklären konnte, „die gegenwärtige entscheidende Aufgabe der Partei sei die Vorbereitung zum bewaffneten Kampf“. Das dies nichts mit einer wirklichen revolutionären Propaganda gegen den imperialistischen Krieg und ernsthaften organisatorischen Vorbereitungen gemein hat, versteht sich von selbst.

Zusammengefaßt: Ausgehend von der durch die Ablehnung des Unterschieds zwischen der zweiten und dritten Phase der relativen Stabilisierung entstandenen falschen Analyse der Lage in Deutschland, der falschen Einschätzung der Klassenkräfte, der Unterschätzung des Sozialimperialismus, der Verkennung der spezifischen Rolle der Partei in der gegenwärtigen Situation, entwickelt die Mehrheit des ZK immer sichtbarer eine falsche Taktik im Kampf um die Eroberung der Mehrheit des Proletariats. Genosse Bucharin hatte unbedingt recht, als er in seiner Polemik gegen den chinesischen Genossen Strachow erklärte, daß gerade die Anerkennung der dritten Periode den Parteien helfen soll, eine richtige Taktik in den täglichen Kämpfen [58] herauszufinden. Die wenigen Wochen, die nach dem VI. Weltkongreß verstrichen sind, beweisen, daß die Mehrheit des ZK es nicht versteht, die Linie des VI. Weltkongresses durchzuführen.

In seiner Rededisposition für die Hamburger Angelegenheit schreibt das ZK: Die Aenderung des innerparteilichen Kurses führt unbedingt zur Aenderung des politischen Kurses. In diesem Punkt kann man dem ZK voll und ganz zustimmen, denn die Wirkungen der Aenderung des innerparteilichen Kurses sind zum Schaden der Partei bereits deutlich sichtbar.

### 7. *Der Kampf gegen die rechte Gefahr und der innerparteiliche Kurs*

In den Erklärungen der Minderheit des ZK und den beiden letzten Plenarsitzungen des ZK wurde bereits dargelegt, daß der falsche, dem Geist der Beschlüsse und der Richtlinien des VI. Weltkongresses widersprechende innerparteiliche Kurs der Mehrheit des ZK die Basis des Kampfes gegen rechts gespalten und die Richtung dieses Kampfes zum Schaden der Partei verdreht hat. Von einem systematischen, ideologischen, in bolschewistischem Sinne unversöhnlichen Kampf gegen die rechte Gefahr und Fraktion, wie es die Beschlüsse des Kongresses fordern, ist außerordentlich wenig zu merken.

Die Parteipresse und die Referenten der Mehrheit des ZK wiederholen unaufhörlich die abgedroschenen, ideologisch völlig wirkungslosen Phrasen über „Liquidatorentum“ „Renegatentum“, „Verbrechertum“, „Parteiverrat“ usw. Sie führen den Kampf gegen die rechte Fraktion überwiegend mit einer Kritik deren Parteivergangenheit (Oktober 1923, Produktionskontrolle, Aktionsprogramm), obwohl

das Auftreten der rechten Fraktion gerade in aktuellen Fragen immer deutlicher liquidatorische Züge zeigt (siehe den Bericht des ZK über die Berliner Konferenz der Rechten). Die in der ganzen Komintern bekannten opportunistischen und ultralinken Abweichungen solcher Genossen, wie Heinz Neumann, Remmele, Lenz usw., machen sie am allerungeeignetsten, die Rechten wegen deren Vergangenheit wirksam zu bekämpfen. Ein ernster Versuch eines ideologischen Kampfes gegen die rechte Fraktion auf Grund ihrer gegenwärtigen falschen, zum Teil liquidatorischen Ansichten über die Rolle, die Aufgaben und die Taktik der Partei wird nicht gemacht. Das ZK begnügt sich vollkommen damit, die Angehörigen der rechten Fraktion mechanisch aus ihren Funktionen zu entfernen, führt aber tatsächlich den Kampf nicht mit den vom Kongreß vorgezeichneten Methoden und nicht auf der von ihm beschlossenen Linie gegen die rechte Hauptgefahr, vielmehr werden im Auftreten der Mehrheit des ZK zur innerparteilichen Frage immer mehr die sogenannten „Versöhnler“, die hundertfach bewiesen haben, daß sie den Kampf gegen rechts ernster, bolschewistischer und im Sinne des VI. Weltkongresses führen, als die Mehrheit des ZK, zur Hauptgefahr gestempelt.

Gleichzeitig macht man nicht den geringsten ernsthaften Versuch, wertvolle Arbeiter und Funktionäre, die heute noch den Liquidatoren folgen, die aber zum Teil ihnen durch die falschen innerparteilichen Methoden des ZK zugetrieben wurden, zu gewinnen. Wenn man so gegen rechts kämpft, wie die Mehrheit des ZK, dann erreicht man nicht die notwendige politische Vernichtung der rechten Fraktion, sondern diskreditiert die nach den Vorstößen von Galm (Verwendung eines Mitteilungsblattes der Partei zum Vertreten seiner Auffassungen, Beitragssperre usw.). von Hausen, von Melcher und anderen rechten Vorstößen gegen die Partei unerläßliche organisatorische Maßnahmen in den Augen zahlreicher Arbeiter. Eine der wichtigsten Ursachen dafür, daß die Mehrheit des ZK sich unfähig zu einem ideologisch wirksamen Kampf gegen die Rechten zeigt, liegt darin, daß sie ebenso wie die Rechten das Vorhandensein der dritten Periode leugnen und infolgedessen zu einer falschen Analyse der Lage kommen.

Außerhalb der rechten Fraktion und der versöhnlerischen Strömung, die zu vertreten fälschlicherweise die Genossen Ewert, Gerhard und andere bewährte, parteitreue, disziplinierte, auf dem Boden aller Beschlüsse des Kongresses stehende Genossen bezichtigt werden, existiert für die Mehrheit des ZK überhaupt keine Rechtsgefahr. Es gibt in den letzten Monaten weder in den Parteibeschlüssen, noch in den Referaten über den VI. Weltkongreß, noch in der Parteipresse hierzu ein einziges Beispiel, wo die Mehrheit des ZK versucht hätte, die Parteimasse darauf aufmerksam zu machen, daß auch außerhalb der rechten Fraktion durch die ganze objektive Lage die Gefahren des Opportunismus in unserer Partei wachsen. So unterließ beispielsweise das ZK vollständig, die bolschewistischen Lehren des Volksbegehrens, die die Gefahren des Opportunismus beweisen, vor der Partei zu ziehen.

Solange die Mehrheit des ZK noch auf dem Boden der Konzentration stand, wurde, wenn auch unzulänglich, der Versuch unternommen, jede Aktion der Partei, die Tätigkeit der Bezirksleitungen – unbeschadet früherer Gruppenzugehörigkeit kameradschaftlich zu kritisieren und, wenn nötig, opportunistische (oder „linke“) Fehler abzustellen.

Unter dem neuen innerparteilichen Kurs des ZK ist dies anders geworden. Die größten opportunistischen Schweinereien finden milde Beurteilung, oder werden gar nicht beachtet, wenn ihre Träger sich nur möglichst lärmend zum Kampf gegen die „Versöhnler“ bekennen. Das ZK legte insbesondere bei der Diskussion über die Hamburger Angelegenheit das Hauptgewicht auf formelle „Zustimmungen“. Dabei schuf die Mehrheit des ZK den höchst gefährlichen Präzedenzfall, daß sympathisierende Organisationen wie der RFB im innerparteilichen Kampfe verwendet wurden.

Daß ein so gearteter Kampf gegen die rechten Gefahren diesen geradezu Vorschub leistet und in striktem Widerspruch zu den Beschlüssen des VI. Weltkongresses steht, muß gar nicht bewiesen werden.

Aehnlich faßt die Mehrheit des ZK die vom VI. Kongreß beschlossene Durchführung der Selbstkritik in der Partei auf. Sie hat sie stellenweise in ihr direktes Gegenteil verkehrt: Während die Beschlüsse des VI. Weltkongresses die Förderung der Selbstkritik als eine Parteierziehungsmethode zur Belebung

der Parteidiskussion, der Herausbildung kollektiv arbeitender Körperschaften und Leitungen, der Verwurzelung der Partei in den Arbeitermassen, der Korrektur unvermeidlicher Fehler des Parteilehens charakterisiert und ihre dementsprechende Anwendung fordert, macht die Mehrheit des ZK die „Selbstkritik“ einfach mit einer Methode der mechanischen Säuberung der unteren Parteileitungen von Genossen die toll der gegenwärtigen innerparteilichen Linie nicht [59] einverstanden sind (siehe die Aufsätze des Genossen Ulbricht im „Parteiarbeiter“, siehe die angekündigte und in der Durchführung begonnene Absägung aller, auch der kleinen Funktionäre der Partei, die zwar vollkommen auf dem Boden aller Beschlüsse des VI. Weltkongresses stehen, aber nur zu berechtigte Vorbehalte gegenüber ihrer fehlerhaften Durchführung von seiten des ZK erheben). Jede Kritik dieses Kurses wird als „parteifeindlich“ erklärt.

Die Aufhebung der wichtigsten Grundsätze der Parteidemokratie durch die Mehrheit charakterisiert sich am schärfsten in den Informationsmethoden des ZK. Trotz Versprechungen über freie Diskussion in der Parteipresse darf keine Darstellung des Standpunktes der „Versöhnler“ weder im Funktionär- noch im Parteiorgan erscheinen. Dagegen führt die Parteipresse die Kampagne zum Teil im „Sauherden-Ton“, wie der Offene Brief formulierte. Ueber die verschiedensten Genossen werden vollkommen unwahre Behauptungen verbreitet, ohne daß ihnen Gelegenheit zu einer Antwort gegeben wird. Berichtigungen werden grundsätzlich nicht gebracht. Das politische Niveau der Diskussionsmethoden der Mehrheit des ZK, wie beispielsweise des Artikels „Die politische Plattform des Versöhnlertums“ von H. Remmele in der „Roten Fahne“, steht Rekordleistungen eines sektiererischen Querulantentums dar, das selbst in den besten Zeiten der Ruth-Fischer-Periode keine solchen Blüten trieb. (Siehe auch Artikel Remmeles in der „Internationale“ Nr. 22.)

Mit den gleichen Methoden wird die Personalpolitik der Mehrheit des ZK im führenden Kader der Partei gehandhabt. Obwohl die Kongreßbeschlüsse als eine der wichtigsten innerparteilichen Aufgaben die Verbesserung des Parteiapparates fordern, fährt die Mehrheit des ZK fort, den Parteiapparat von qualifizierten Kräften zu reinigen und an ihre Stelle zum größten Teil Genossen zu setzen, die, was Parteierfahrung und Qualität ihrer Arbeit anbetrifft, keinesfalls den Anforderungen, die an sie durch die komplizierten Aufgaben der Partei gestellt werden, befriedigen können.

Es gibt nur einen Weg, die Schäden dieses innerparteilichen Kurses zu überwinden: den Kampf gegen zwei Fronten in der Partei, sowohl gegen die Rechten, als gegen den innerparteilichen Kurs des ZK.

Dieser Kampf muß auf dem Boden aller Beschlüsse des VI. Weltkongresses, gegen die rechte Gefahr und gegen alle, die diesem Kampf gegenüberstehen, durchgeführt werden. Ebenso müssen alle Möglichkeiten, die auf Grund der Beschlüsse der Partei, ihrer Statuten, der Kominternbeschlüsse über Diskussionen, Parteidemokratie und demokratischen Zentralismus bestehen, ausgenutzt werden zur positiven Kritik unter strenger Einhaltung der Parteidisziplin mit dem Ziel, die Partei über den falschen, vom VI. Weltkongreß abweichenden Kurs aufzuklären.

gez. A. Ewert, H. Eberlein, P. Dietrich, K. Becker, H. Schroeter, G. Schumann, Kurt.

## LITERATUR

### *Thalheimers Revision des dialektischen Materialismus*

„Einführung in den dialektischen Materialismus – (Die moderne Weltanschauung)“ – unter diesem anspruchsvollen Titel veröffentlichte August Thalheimer 16 Vorträge, die im Jahre 1927 an der Moskauer Sun-Yat-Sen-Universität für chinesische Studenten gehalten wurden. Eine kritische Besprechung des Buches, das in der vorliegenden Form für deutsche Leser bestimmt ist, muß von zwei Gesichtspunkten ausgehen. Der erste Gesichtspunkt: inwieweit das Buch geeignet ist, dem proletarischen Leser in Deutschsand bzw. in europäischen Ländern als Einführung in den dialektischen Materialismus zu dienen. Der zweite Gesichtspunkt, nämlich der der sachlichen Kritik, ergeht sich aus dem Hinweis des Vorworts, in dem der marxistisch gebildete Leser besonders aufmerksam gemacht wird, „daß hier, wenn auch in knappster Form, eine Reihe Gegenstände vom marxistischen Standpunkte aus zum ersten Male behandelt wurden oder versucht wurde, sie weiter zu fördern“ (Vorwort S. 6).

1.

Da bis heute außer dem umfangreichen und zur Zeit vergriffenen „Lehrbuch des historischen Materialismus“ vom Genossen Bucharin in deutscher Sprache keine Einführung in den dialektischen Materialismus vorliegt, die den revolutionären Arbeitern die Grundlehren des dialektischen Materialismus in allgemein verständlicher Form zugänglich machen würde, ist die Publikation solcher Versuche allgemein zu begrüßen. Indessen ist als erste Forderung an solche Veröffentlichungen zu stellen, daß die Auswahl des Stoffes der Aufbau und die Darstellung den tatsächlichen Bedürfnissen der revolutionären Arbeiter entsprechen. Dies ist bei der vorliegenden Publikation nur in bezug auf die Sprache der Fall, die sich durch klare, einfache Ausdrucksweise auszeichnet. Was die Auswahl der behandelten Fragen betrifft, so genügt ein erster Blick, um ihre Willkür und Planlosigkeit zu erkennen. Die Behandlung der Religion, die an die Spitze des Buches gestellt wird, erfordert zwei Kapitel, die der griechischen Philosophie drei Kapitel, der indischen Philosophie ein Kapitel, dagegen wird die gesamte Entwicklung der Reformation in etwa zehn Zeilen, die der modernen Philosophie einschließlich des französischen Materialismus, der Aufklärung auf anderthalb Seiten abgetan. Kant und Fichte werden nicht einmal mit dem Namen genannt. Eine so offensichtlich grundfalsche Disposition kann weder mit dem Hinweis auf Zeitmangel noch mit dem besonderen Interessenkress der chinesischen Studenten entschuldigt wer-[60]den. Wollen wir, wie dies in einer Einführung in den dialektischen Materialismus unbedingt erforderlich ist, die historischen Wurzeln desselben aufzeigen, so ist es viel wichtiger, Descartes, Spinoza, Hobbes, vor allem aber den französischen Materialismus eingehender zu behandeln als z. B. den indischen Materialismus, dem der Verfasser ein besonderes Kapitel widmet, um dann zu erklären: „Wir machen jetzt einen Riesensprung vom alten Indien zu Marx und Engels, vom 6. Jahrhundert v. Chr. zum 19. Jahrhundert n. Chr., also über 25 Jahrhunderte hinweg.“ Die Lust zu kühnen Riesensprüngen in allen Ehren – aber eine solche Methode der Darstellung erinnert vielmehr an die geschichtsphilosophischen Konstruktionen der Spengler, Breysig usw. als an die streng entwicklungsgeschichtliche Darstellung des historischen Materialismus.

In der weiteren Darstellung füllt der Mangel an Systematik besonders auf, der mit sachlichen Fehlern im Zusammenhange steht. So behandelt Thalheimer im neunten Vortrag „die materialistische Erkenntnistheorie“, im zehnten und elften Vortrag die „Dialektik“. Diese Einteilung ist falsch, sie entspricht durchaus der traditionellen bürgerlichen Philosophie, nicht aber dem dialektischen Materialismus. „Die Dialektik ist eben die Erkenntnistheorie (Hegels und) des Marxismus“, sagt Lenin. (Ges. Werke, Bd. 13. S. 378, deutsche Ausgabe.)

Die Darstellung der „Geschichtstheorie des dialektischen Materialismus“, d. h. des historischen Materialismus, zeichnet sich ebenfalls durch willkürliche Auswahl einzelner Probleme aus. Das Buch schließt mit der Darstellung der altchinesischen Philosophie und des Pragmatismus, in dem der Verfasser den charakteristischen Typus der modernen bürgerlichen Philosophie erblickt. Diese Abschnitte können als Versuche der Anwendung des historischen Materialismus auf spezielle Probleme angesehen werden. Dafür fehlt vollkommen die Darstellung zentraler Probleme des dialektischen Materialismus, z. B. seines Verhältnisses zur Naturwissenschaft, sowie die Darstellung und nicht nur die Behauptung der dialektischen Einheit der Theorie und Praxis.

Zusammenfassend muß gesagt werden: Wollte Th. eine Einführung in den dialektischen Materialismus den deutschen und europäischen Arbeitern bieten, so hätten die Vorlesungen für chinesische Studenten gründlich umgearbeitet werden müssen. Die Veröffentlichung einer Einführung in den dialektischen Materialismus hätte unbedingt auch eine Auseinandersetzung mit der reformistischen Verfälschung des Marxismus auch auf diesem Gebiete erfordert, entsprechend der zentralen politischen Aufgabe der revolutionären Marxisten, für die doch nach ausdrücklicher Versicherung des Verfassers das Buch bestimmt sein soll. Nur durch Entfremdung, durch Unverständnis für die lebendigen Probleme der revolutionären Arbeiterbewegung ist es zu erklären, daß der Verfasser diese Vorlesungen als Einführung in den dialektischen Materialismus für die deutschen Arbeiter glaubt vorlegen zu können. In der Form, wie die Vorlesungen vorliegen, ist der anspruchsvolle Titel als ein direkter Mißbrauch zu bezeichnen.

Indessen ist jede Form die Form eines bestimmten Inhalts und von diesem nicht zu trennen. Daß die falsche Form auch in vieler Beziehung dem Inhalt entspricht, zeigt schon die falsche Bezeichnung

des Inhalts durch den Titel „Die moderne Weltanschauung“. Berechtigt ist es, den dialektischen Materialismus als eine Weltanschauung zu bezeichnen. Falsch ist, von moderner Weltanschauung zu reden, weil diese Bezeichnung den Klassencharakter der kommunistischen Weltanschauung verwischt. „Modern“ ist auch die bürgerliche Modephilosophie, modern auch der amerikanische Pragmatismus usw. Indem Th. auf Seite 11 selbst von zwei Grundrichtungen der modernen Weltanschauung, der proletarischen und der bürgerlichen, spricht, gibt er damit selber diesen Fehler in der Bezeichnung des Büchleins zu.

2.

Wir gehen nun über zum Inhalt, um einige charakteristische Momente der Methode und der „Entdeckungen“ des Verfassers festzuhalten. Nach der Darstellung der Religion (Vortrag 1 bis 2), die die marxistische Auffassung im allgemeinen richtig entwickelt, jedoch den entscheidenden Satz von Marx „Religion ist Opium für das Volk“[1], durch farblos-abstrakte und dadurch abgeschwächte Formulierungen ersetzt, kommt Th. zur griechischen Philosophie, um „eine Reihe von Gegenständen vom marxistischen Standpunkte aus zum ersten Male zu behandeln“.

Th. versucht insbesondere, die Philosophie Heraklits aus den Klassenverhältnissen seiner Zeit zu erklären. Das geschieht so:

„Heraklit, der zur Aristokratie gehörte, gegen die der Tyrann (von Ephesus) auftrat und gegen die er die Volksmassen ausspielte, war dadurch naturgemäß revolutionär gestimmt. Der bestehende Zustand gefiel ihm nicht. Er war bestrebt, ihn umzustürzen. Daraus entwickelte sich bei ihm der Gedanke, daß es ein allgemeines Gesetz aller bestehenden Dinge sei, daß sie nicht so bleiben, wie sie sind, sondern sich verändern müssen, und zwar so, daß sie in ihr Gegenteil umschlagen. Aus den Verhältnissen, die in der Stadt bestanden, kam er zu dem Gedanken, daß der Kampf der Antrieb aller Veränderung sei. Er zog daraus den Schluß, daß das nicht nur für die politischen und sozialen Verhältnisse der Stadt zutreffe, sondern im Weltmaßstabe richtig sei.“ (S. 47/48.)

Th. ist mit dieser „Erklärung“ der heraklitischen Dialektik offenbar sehr zufrieden. Denn er hält es noch für nötig, selbstgefällig hinzuzufügen: „Ich glaube, so wird Ihnen der Gedanke der Dialektik zugänglich sein.“ (Seite 48.)

Wir glauben es nicht. Was der Verfasser hier gibt, ist keine historisch-materialistische Erklärung der Dialektik, sondern eine K a r i k a t u r derselben. Der historische Materialismus erblickt in der Philosophie eine gesellschaftliche Bewußtseinsform, die durch die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt ist, er erklärt die ideologischen Formen aus den ökonomischen Produktionsbedingungen. Thalheimer erklärt die griechische Philosophie nicht aus den tieferen materiellen Gründen, sondern aus dem p o l i t i s c h e n Ueberbau und setzt an Stelle des objektiv gesetzmäßigen Prozesses einen psychologisch-individuellen: „Der bestehende Zustand gefiel ihm nicht.“ Das tiefsinnige Grundprinzip für die Erklärung der heraklitischen Philosophie ist bei Thalheimer: der Wunsch ist des Gedankens Vater. Der Kern der ersten Gestalt der Dialektik – ein psychologischer Prozeß im Kopfe Heraklits, der die politischen Verhältnisse im kosmischen [61] Maßstabe verallgemeinert. Und diese seichte, plumpe Erklärung wird allen Ernstes als historischer Materialismus vorgetragen.

Erst bei der Darstellung des Ueberganges vom Materialismus zum griechischen Idealismus besinnt sich Th. auf die realen Widersprüche, die durch die Sklavenwirtschaft in der griechischen Gesellschaft hervorgerufen wurden. Der Fehler seiner Darstellung ist hier ein starrer Gegensatz zwischen Idealismus und Materialismus: „Nach Plato besteht das andere Wesen der Dinge nicht in einem Stoff, wie die Naturphilosophen gesagt hatten, sondern das Prinzip der Welt ist ein geistiges, unstoffliches.“ Diese Darstellung ist falsch. Thalheimer hätte schon unter den „vergilbten Blättern“ von Engels zur Dialektik die richtige Auflassung von der Kontinuität zwischen der griechischen Naturphilosophie und dem Idealismus Platos finden können.[*)] Wird bei Thalheimer die Erklärung der heraklitischen Philosophie

[1] Falsche Wiedergabe von Marx’ Satz. Korrekt lautet er: „Sie ist das *Opium* des Volks.“ (MEW Bd. 1, S. 378)

[*)] „Bei aller naiv-materialistischen Gesamtauffassung der Kern der späteren Spaltung bereits bei den älteren Griechen. Die Seele ist schon bei Thales etwas besonderes, vom Körper Verschiedenes (wie er auch dem Magnet eine Seele zuschreibt), bei Anaximenes ist sie Luft (wie in der Genesis), bei den Pythagoräern ist sie bereits unsterblich und wandernd, der Körper für sie rein zufällig.“ (Engels, Notizen 1881 bis 1882. Marx-Engels-Archiv. Band II, Seite 260.)

durch ein idealistisch-psychologisches Beharren an der Oberfläche charakterisiert, so die Darstellung des Idealismus bei vielen richtigen Einzelgesichtspunkten durch einen starren Schematismus.

Die ausgesprochene Neigung Thalheimers, die materialistische Erklärung durch psychologische zu ersetzen oder zu vermischen, kommt immer wieder zum Ausdruck. Dieser Neigung verdanken wir 0. a. die sonderbare altväterlich anmutende, naiv-rationalistische Entwicklungsgeschichte der griechischen Logik: Die Sklavenproduktion war hauptsächlich keine Warenproduktion, sondern Produktion von Gebrauchswerten. Th. fährt fort:

„Daraus folgte, daß die herrschende Klasse nicht aufging in Geschäftsbetrieb, im Erwerb, sondern daß sie ihr Ideal erblickte in der Entwicklung der Kunst und der Wissenschaft. Daraus entstand das große und einzigartige Interesse für die Untersuchung der menschlichen Vernunft, für die Entdeckung der Gesetze des Denkens."

Der wahre Grund war vielmehr die Entwicklung der Mathematik, der Geometrie, der Schiffahrt, der Technik und der Ockonomie, die eine Untersuchung der wissenschaftlichen Formen des Denkens selbst erforderten.

Die Darstellung der antiken, formalen Logik, des Satzes der Identität und des Satzes vom Widerspruch, die Aufzeigung des Unterschiedes zwischen formaler Logik und dialektischer Logik ist, von einzelnen schiefen Formulierungen abgesehen, im allgemeinen eine korrekte, klare und leicht verständliche Wiedergabe der für marxistisch gebildete Leser bekannten Analysen von Fr. Engels, insbesondere im Antidühring, sowie in den von Rjasanow publizierten Manuskripten zur „Naturdialektik". Eine Reihe von Ausführungen im Kapitel über antike Logik und Dialektik beziehen sich schon auf die moderne Dialektik. Auf diese werden wir noch später zurückkommen.

*

Nach dem Intermezzo über den indischen Materialismus – die Ausführungen sind allzu dürftig, als daß sie auf eine ernsthafte historisch-materialistische Darstellung des Gegenstandes Anspruch erheben könnten – macht der Verfasser den schon erwähnten „Riesensprung" vom alten Indien zu Marx und Engels. Aus den „vorgeschobenen Bemerkungen", in denen Mittelalter, Reformation und neuzeitliche Philosophie kurzerhand erledigt werden, sei nur als Beispiel die durchaus oberflächliche Einschätzung des Mittelalters hervorgehoben. Thalheimer sagt: „Bei dieser scholastischen Philosophie, die keine selbständige Rolle spielt und bei der kein nennenswerter wissenschaftlicher Fortschritt stattfindet, brauchen wir uns nicht aufzuhalten. Gleichzeitig müssen wir bemerken, daß die Entwicklung der Naturwissenschaften während des feudalen Mittelalters auch sehr schwach und kümmerlich war." Das ist die althergebrachte bürgerlich-materialistische Einstellung zum Mittelalter, nicht aber die von Marx und Engels. Bei der Charakteristik Hegels wird sein Idealismus oft hervorgehoben, aber nicht im geringsten Maße erklärt, warum die deutsche bürgerliche Philosophie idealistisch werden mußte, und wieviel materialistische Elemente der Idealismus Hegels trotzdem enthielt. Ueber Feuerbach sagt Th.:

„Man kann ihn als einen linken Kuomintang-Mann bezeichnen." (Seite 90.) Ein Vergleich, der auf beiden Füßen hinkt. Philosophisch und politisch. Philosophisch, weil die linke Kuomintang eine reaktionär-bürgerliche Ideologie vertritt, während Feuerbach eine revolutionär-bürgerliche Ideologie vertrat; politisch, weil ein solcher Vergleich das Verhältnis von Feuerbach zu Marx, bzw. das heutige Verhältnis der linken Kuomintang zum dialektischen Materialismus in ein ganz falsches Licht setzt.

*

Nach einer allgemeinen historischen Orientierung über die Entwicklung von Feuerbach zu Marx und Engels, die dieselben Vorzüge der sprachlichen Darstellung und Nachteile (Schematismus, Vergröberung) aufweist, wie die historische Darstellung bei Th. im allgemeinen, kommt der Verfasser zur Behandlung der materialistischen und idealistischen Erkenntnistheorie, die er von der Dialektik getrennt behandelt.

Es ist nötig, bei dieser Darstellung, in der es um gewichtige Probleme des dialektischen Materialismus geht, etwas eingehender zu verweilen. Th. gibt nämlich eine eigene besondere Widerlegung

des Idealismus, die von der Kritik am Idealismus, wie sie von Marx, Engels und Lenin geübt wurde, durchaus abweicht. Und zwar nicht zum Vorteil, sondern zum Nachteil der Thalheimerschen Darstellung.

Th. stellt an die Hörer seiner Vorlesungen die große Vexierfrage: „Wie kann man die Vorstellung oder die Idee widerlegen, daß alles, was existiert, nur in der Vorstellung der Menschen existiert?“ (S. 95.) Und gibt folgende Lösung:

„Ist das, was in meinem Kopf, in meinem Bewußtsein existiert, alles? Da [62] hat sich ergeben, als Resultat der fortgesetzten Untersuchung des menschlichen Bewußtseins, daß dieses Bewußtsein selbst schon im untersten Grunde das Wissen davon enthält, daß mein Bewußtsein nicht alles ist, sondern nur ein Teil der Welt. Dieses Bewußtsein macht erst jedes Denken möglich. Davon geht jedes Denken aus. Im Selbstbewußtsein finden wir die Lösung. Sie besteht in dem Wissen davon, daß mein Bewußtsein nicht alles ist, sondern daß mir eine Welt gegenübersteht, die von meinem Bewußtsein verschieden ist.“ (Seite 96. – Die Unterstreichungen von mir. A. F.)

Diese Erklärung ist glatter Idealismus. Wenn man im Bewußtsein dessen, daß das Bewußtsein ein Bewußtsein der Welt, der Gegenstände ist, den Beweis für die objektive Außenwelt finden will, ist man nach der gesamten Beweisführung am Anfang, nämlich bei der These des Idealismus, angelangt, daß nur die Analyse des Selbstbewußtseins die einzig sichere Quelle unserer Erkenntnis ist, und daß die Frage der objektiven Außenwelt nur als Frage nach dem Bewußtsein von der Außenwelt gestellt werden kann. Thalheimer hat mit dieser Erklärung, die gar nicht neu ist, den Boden des dialektischen Materialismus verlassen und den der idealistischen Phänomenologie betreten, die das Bewußtsein als „Bewußtsein von Gegenständen“ definiert.

In der Darstellung der materialistischen Lehre vom Zusammenhang zwischen Denken und Hirn schreibt Th.:

„Wir beobachten, daß das Denken selbst an eine materielle Substanz gebunden ist, an das menschliche Hirn; es ist eine Funktion, so wie es eine Funktion der Muskeln gibt, oder so wie es eine Funktion der Drüsen ist, Flüssigkeiten auszuscheiden usw., zweitens aber funktioniert dieses Denken auch nur in Verbindung mit materiellen Stoffen, mit Sinneswahrnehmungen ...“ (Seite 98.)

Die materiellen Stoffe sind keine Sinneswahrnehmungen. Sie werden von Mach, Bogdanow identifiziert, nicht aber vom dialektischen Materialismus. Auch dieser gelegentliche Rückfall in den durch Lenin schonungslos bekämpften idealistischen Sensualismus kann nicht etwa durch die „populäre Darstellung“ entschuldigt werden. Gerade in einer Einführung müssen solche verworrenen Redewendungen vermieden werden.

Der tiefere Grund für die idealistischen Abweichungen Ths. ist darin zu suchen, daß Th. die Frage von der Praxis isoliert stellt. Auf seine Fragestellung, die von der üblichen Fragestellung der bürgerlichen Philosophie nicht verschieden ist, paßt genau der Marx’sche Satz: „Der Streit über die Wirklichkeit oder Nichtwirklichkeit des Denkens – das von der Praxis isoliert ist – ist eine rein scholastische Frage.“ (Aphorismen über Feuerbach.) Erst in späteren Zusammenhängen, in sekundärem Zusammenhange kommt Th. zum Kriterium der Praxis (Seite 106), für ihn ist also die Analyse des Selbstbewußtseins der primäre, die Praxis erst der sekundäre Prüfstein, während für Marx, Engels sind Lenin die Praxis „die Grundlage der materialistischen Erkenntnistheorie[*)] ist und die Bewußtseinsanalyse überhaupt nicht zur Erkenntnistheorie gehört bzw. nur als Hilfswissenschaft der Erkenntnistheorie als Psychologie oder als „Phänomenologie“ in Frage kommt.

*

Die Darstellung der drei Grundsätze der Dialektik ist, von verschiedenen psychologistischen Fehlern, die die Struktur der oben gezeigten Fehler aufweisen, abgesehen, als der gelungenste Teil des Buches

[*)] Lenin, „Materialismus und Empiriokritizismus“, Seite 126: „Leben und Praxis müssen der erste und grundlegende Gesichtspunkt der Theorie sein.“ (Seite 131.)

zu bezeichnen, soweit es sich um die abstrakte logische Entwicklung handelt. Ein Beispiel für das ständige Hinübergleiten des Verfassers vom Objektiv-Materiellen ins Subjektiv-Psychologische ist u. a. die Erklärung der Negation. Thalheimer schreibt:

„Die wirkliche Bewegung der Dinge erscheint begrifflich im Kopfe als Verneinung oder Negation, oder anders ausgedrückt: Die Verneinung oder Negation ist die allgemeinste Art und Weise, wie die Bewegung oder Veränderung der Dinge im Kopf abgebildet wird." (S. 120.)

Die Konfusion liegt hier darin, daß Th. die Negation als bloße begriffliche Abbildung im Kopfe faßt, während bei Marx und Engels die Negation und die Negation der Negation sowohl einen objektiven Prozeß in den Dingen, als den subjektiven Denkprozeß im Bewußtsein bedeuten.

Th. widmet in den Kapiteln über Dialektik einen breiten Raum der Pseudodialektik des französischen Modephilosophen Bergson. Der größte Mangel der Darstellung der Grundgesetze der Dialektik ist, daß sie mit den lebendigen Problemen der proletarischen Revolution bei Th. in keinen Zusammenhang gebracht werden.*) Eine Darstellung der Dialektik, die für revolutionäre Arbeiter geschrieben wird, kann sich aber mit der Wiederholung der Engels'schen Darstellung und deren Ergänzung durch andere Beispiele sowie einige andere (schlechtere) Formulierungen nicht begnügen. Daß Thalheimer diese Aufgabe seiner Einführung in den dialektischen Materialismus nicht gesehen hat, daß er über die sophistische Verfälschung der Dialektik durch die Reformisten, über den Fehler der formal-logischen Scholastik im politischen Denken nichts zu sagen hat, dagegen Raum und Zeit in überflüssigem Maße für die Widerlegung Bergsons verbraucht, ist ein Zeichen dafür, daß bei ihm das Verständnis für die konkreten ideologischen Bedürfnisse der revolutionären Arbeiterbewegung nicht vorhanden ist.

Dieser fundamentale Mangel wird auch durch die zwei Kapitel über „Geschichtstheorie des dialektischen Materialismus" nicht beseitigt. Thalheimer spricht hier wohl von der Verbindung mit revolutionärer Praxis, stellt sie aber nicht her. Die Darstellung des historischen Materialismus ist unsystematisch, unzulänglich, die Auswahl und Reihenfolge der behandelten Probleme ist oft willkürlich. Ueber die Entstehung der Partei hat Thalheimer folgendes zu sagen:

[63] „Allmählich prägt sich dieses Klassenbewußtsein schärfer aus. Es entsteht das Bedürfnis, besondere Organe zu haben, in denen sich das klarste oder hellste Bewußtsein einer Klasse verkörpert. Aus diesen Interessen entsteht das, was wir Parteien kennen." (Seite 147.)

Eine solche verschwommene Formulierung gebt am entscheidenden Merkmal der revolutionären Arbeiterpartei, am Moment der Organisierung vorbei und verwischt den prinzipiellen Unterschied im Aufbau der politischen Partei der Bourgeoisie und der revolutionären Arbeiterpartei.

Wenn Thalheimer sich vor und nach 1923 in der Rolle des Gralshüters des orthodoxen dialektischen Materialismus gefiel, so liefert sein Buch dem aufmerksamen Leser den Beweis dafür, daß weder die Kenntnis der marxistischen Literatur, noch die lärmende Versicherung, ständig auf dem Boden des Materialismus zu stehen, Garantien gegen idealistische Abweichungen krasser oder unauffälliger Art bieten.

Die Wurzeln dieser Abweichungen, die den Keim einer revisionistischen Einstellung zum Marxismus-Leninismus selbst enthalten, liegen bei Thalheimer in der Praxis. Nicht umsonst wird in dem vorliegenden Buche die Einheit der Theorie und Praxis als eine untergeordnete Frage in einigen Sätzen erledigt. Der Praxis der Entfremdung von der revolutionären Arbeiterbewegung, einer linkssozialdemokratischen Einstellung zu der Partei, entspricht die psychologisch-subjektivistische Entstellung des historischen Materialismus, die – im vorliegenden Buche – allerdings erst als Tendenz zum Ausdruck kommt. Diese Gefahren aufzuzeigen ist um so notwendiger, als das Buch infolge des Fehlens einer speziellen Einführung in den dialektischen Materialismus viele revolutionäre Arbeiter als Leser finden dürfte. In diesem Zusammenhange sei unser dringender Wunsch noch einmal ausgesprochen, die Hebung des theoretischen Niveaus der Partei – die uns als Pflicht der VI.

*) Siehe meinen Aufsatz „Der Kampf gegen den philosophischen Revisionismus", „Dies Internationale", 1928, Heft 1. – A. F.

Weltkongreß auferlegt – nicht nur durch Kurse, sondern auch durch Organisierung der theoretischen Forschungsarbeit, sowie durch Ausarbeitung wirklicher einwandfreier Einführungen in die theoretischen Problemgebiete des Marxismus zu fördern. A. Fried.

*

## Aus dem Lager des Gegners

***„Die Gesellschaft" und „Sozialistische Monatshefte" Juni – September***

(Schluß)

Steigert man bewußt die Ausbeutung der Arbeiter, um den Produktionsapparat erweitern sind verbessern zu können, so ist es nicht mehr als billig, daß man dem imperialistischen Staate auch die Mittel bewilligt, mit denen er dereinst neue Absatzmärkte für die gesteigerte Produktion erobern soll. Schließlich dient man auch dabei der „Volksgesamtheit" und steigert das „Sozialprodukt" zu deutsch den Profit), wovon die Arbeiter angeblich Vorteil haben. So haben denn die SPD-Minister durchaus konsequent gehandelt, als sie den Panzerkreuzer bewilligten und damit die von Decker und ähnlichen Leuten genährten Illusionen auf eine „konsequente Klassenpolitik in der Koalition" Lügen straften. Aber die Arbeiter, die die „Sozialistischen Monatshefte" nicht lesen und darum die schönen Theorien Severings und Wissells nicht kennen lernen, wurden, als sie die entsprechenden Taten sahen, rebellisch, und nun saß die Partei in der Patsche.

Die „Sozialistischen Monatshefte" aber wußten eine Antwort: im Septemberheft verkündet Max Cohen in seinem Artikel „Agitation gegen Politik", daß der Unsinn in der Wahlagitation lag, bei der man den Wählern Dinge versprochen hat (wie die Verhinderung des Panzerschiffbaus), von denen man wußte, daß man sie in der unvermeidlichen Koalitionsregierung nicht erfüllen könne. Hildebrand (auf dessen Artikel wir in unserer letzten Besprechung der „Sozialistischen Monatshefte" eingegangen sind) und Kampfmeyer haben recht behalten:

„Daß die Führer im Wahlkampfe nichts getan haben, um solche törichte Agitationsweise zu verhindern, rächt sich nun an der Führung selbst."

Aber der unter dem Schlagwort: „Nieder mit dem Panzerkreuzer" geführte Wahlkampf war nicht nur taktisch (weil er die künftige Rebellion der irregeführten Wähler und Parteimitglieder vorbereitete), sondern auch prinzipiell falsch: die Partei müsse vom „Antimarinismus" loskommen und Deutschland helfen, die vom Versailler Vertrage freigegebenen Rüstungsmöglichkeiten auszunutzen. Cohen bekennt sich offen und ehrlich zur Wiederaufrüstung des deutschen Imperialismus: wenn die Flotte heute noch klein und schwach sei, so habe sie (und darum auch jedes moderne Panzerschiff) Wert als Schulungsgelegenheit für deutsche Marinemannschaften (nämlich einer künftigen größeren Flotte), und im übrigen dürfe man sie ja nicht isoliert betrachten, sondern müsse daran denken, daß sie vielleicht einst in einem größeren Bündnis „zur Verteidigung der Küsten des europäischen Kontinents" operieren werde. Und, nochmals zur Taktik übergebend, warnt C. die Partei (die sich ja auch entsprechend verhalten hat) davor, aus demagogischen Gründen, an die sie selbst nicht glaube, sich die Möglichkeit künftiger sachlicher Koalitionspolitik zu verbauen. Der Hamburger ADGB-Kongreß habe gezeigt, daß die „Arbeiterschaft" (bzw. das, was die „Sozialistischen Monatshefte" darunter verstehen) reif sei, die volle Wahrheit der sozialimperialistischen Politik zu verstehen, und daß man, wie Kampfmeyer sagen würde, den „aus der Mitte des 19. Jahrhunderts stammenden Gedanken" entsagen könne:

„Sachliche Auseinandersetzungen über die Notwendigkeit einer immer engeren Verknüpfung der Arbeiterklasse mit der nationalen Produktion wirken auch propagandistisch am besten." [64]

III.

Von allen theoretischen Fragen, die in letzter Zeit im Vordergrund standen, war die der „Wirtschaftsdemokratie" für die SPD zweifellos die wichtige, aber ihre theoretische Bearbeitung war in beiden Zeitschriften auf Einzelfragen verzettelt. Naphtali hat im Juniheft der „Gesellschaft in einem Artikel über „Kapitalmarktpolitik" die Forderung nach einer über die Reichspolitik hinausgehenden Kontrolle des Kapitalzustroms in die verschiedenen Produktionssphären erhoben, wobei er aber jede Beschränkung der Kapitaleinfuhr (wie sie durch die Beratungsstelle für öffentliche Anleihen – also

Schacht – aus irrigen reparationspolitischen Erwägungen erfolge) ablehnt und nur eine richtige Regulierung des Kapitalzustroms wünscht. Diese Regulierung müsse ergänzt werden durch die Monopolkontrolle, die die Entstehung von besonderen Ueberprofiten in den monopolistisch hochorganisierten Produktionszweigen verhindert und es so unmöglich macht, daß diese Produktionszweige durch Selbstfinanzierung – die der öffentlichen Kapitalmarktkontrolle entzogen ist – sich in einer die Proportionalität störenden Weise aufblähen. N. sieht also in der Macht des bei seiner Finanzierungstätigkeit der „Staatskontrolle" zu unterwerfenden Bankkapitals die Hauptgarantie der „Planwirtschaft" (eine für den ganzen Hilferding'schen Kreis bezeichnende Auffassung) während Kaliski in einem Artikel „Wilde oder organisierte Wirtschaft" im Juniheft der „Sozialistischen Monatshefte" zwar ebenfalls eine Planlosigkeit feststellt, aber in Gestalt einer Ueberindustrialisierung zum Schaden der Landwirtschaft und deshalb an einen Block der „vernünftigen" Arbeiter mit den Junkern appelliert, im übrigen aber zu einer „über" den verschiedenen Wirtschaftszweigen stehenden regulierenden Kraft kein rechtes Vertrauen hat. Darum sollen Unternehmer und Arbeiter jedes Industriezweiges paritätisch zusammengesetzte Syndikatsleitungen bilden und gemeinsam gegen die übrige Welt die Interessen ihres „Gewerbes" vertreten, womit natürlich die Atomisierung der Arbeiterschaft als Klasse besiegelt wäre.

Die von Naphtali in seinem Referat auf dem ADGB-Kongreß scharf formulierte Stellung des Gesamtproblems der „Wirtschaftsdemokratie" wird angedeutet in einem Artikel von Decker im Augustheft der Gesellschaft „Der Kapitalismus von heute". Die Tatsache der Rekonstruktion des Kapitalismus nach dem Kriege wird festgestellt und daran die Konsequenz einer grundsätzlichen Revision des Marxismus geknüpft: die Produktivkräfte der Gesellschaft gerieten bisher in Widerspruch

„noch nicht mit der kapitalistischen Form des Produktionsprozesses überhaupt, sondern mit einer bestimmten Form des Kapitalismus, nämlich mit dem Kapitalismus der freien Konkurrenz."

Ohne Monopolisierung hätte der Kapitalismus an der zeitweisen Massenvernichtung von Produktivkräften durch die Krisen zugrundegehen müssen, aber aus dem Dilemma „Organisation oder Tod" habe er den Ausweg der Organisation gefunden. Da D. gar nicht daran denkt, etwa im „organisierten" Kapitalismus neue Widersprüche aufzuzeigen, wäre damit eigentlich der ganze Sozialismus erledigt, aber nun kommt die beglückende Feststellung, daß parallel zur Macht des monopolistischen Kapitals im nationalen (Koalitionsregierungen) wie im internationalen Maßstabe (Völkerbund) die politische Macht der Arbeiterklasse wachse. Die letzte Konsequenz: Wirtschaftsdemokratie (bezw. gar Sozialismus) ist Staatskapitalismus plus Koalitionsregierung", spricht er nicht aus, aber sie liegt nahe genug, wenn er von einem „Sozialismus im Werden" spricht. Freilich bekommen die spießbürgerlichen Illusionen, die sich daran knüpfen, im gleichen Hefte der „Gesellschaft" einen (vermutlich unbeabsichtigten) Nasenstüber, wenn Charlotte Lüttkens in einem Artikel über das Kleinaktiensystem in den Vereinigten Staaten ausführlich darstellt, wie sie diese (von der SPD-Presse bekanntlich über den Klee gelobten) Methoden nichts weiter bewirken, als die Loslösung einer kleinen Minderheit von „Arbeiteraktionären" von ihren Klassengenossen, die Steigerung der Illusionen über einen möglichen Aufstieg innerhalb des Kapitalismus und die Mobilisierung von Spargeldern für kapitalistische Spekulationszwecke. Und nüchtern spricht L. aus, daß sich die Kleinaktionäre zu „unfreiwilligen" (sehr schön gesagt! R. G.) „Hilfstruppen des amerikanischen Imperialismus" entwickeln. Als ob das von ihr selbst und ihrer Partei, die der Arbeiterklasse als ganzer die Illusion eines „wirtschaftsdemokratischen" Aufstieges im monopolistischen Kapitalismus vorgaukeln wollen, nicht ebenso gelten würde und als ob ein zweiter vierter August (wie er bei der „Wirtschaftsdemokratie" herauskommt) etwas besseres sei, als der einfache und ehrliche Streikbruch eines „Arbeiteraktionärs".

Die andere Konsequenz der wirtschaftsdemokratischen Einstellung wird entwickelt in einem Artikel von W. Pahl im Juniheft der „Sozialistischen Monatshefte" über den italienischen Faschismus. Die faschistische Terrorherrschaft könne nur beurteilt werden unter dem Gesichtspunkt des Wertes oder Unwertes der unter ihrem Schutz geschaffenen politischen Systeme – und hier erweist sich P. als Lobpreiser Mussolinis. Der Faschismus ist keine einseitige Vertretung bürgerlicher Klasseninteressen, sondern eine Organisation des Zusammenwirkens von Kapital und Arbeit – und sichert zugleich die wirtschaftliche Demokratie:

„Dafür, daß den Arbeitnehmern die Pflicht erwächst, mit den Arbeitgebern zusammenzuarbeiten, erhalten sie das Recht unmittelbarer Einwirkung auf die Wirtschaftsführung. Der private Unternehmer ist nicht mehr alleiniger Träger der Produktion.“

Und zudem hat der Faschismus durch seine Parlamentsreform die von den „Sozialistischen Monatsheften“ stets ersehnte Ersetzung der politisch parlamentarischen durch eine wirtschaftlich-berufsständische Vertretung vollzogen, den Staat auf die Arbeitsgemeinschalt begründet. Ehe man dies auf dem demokratischen Wege getroffen habe, habe man kein Recht, über die mit dem faschistischen Wege verbundenen Terrorakte herzuziehen: Thomas hatte Recht, als er nach Rom ging, um vom Faschismus zu lernen. Wir unsererseits meinen, daß der Wunsch der „Sozialistischen Monatshefte“ in Erfüllung gehen und die SPD. als Ganze vom Faschismus sehr viel lernen wird. R. Gerber.

[65]

**Die Internationale**
**Jahrgang 12 ∗ Berlin, den 1. Februar 1929 ∗ Heft 3**

# Franz Mehring

## Zum zehnten Todestage des Mitbegründers der „Internationale“

Von Paul Braun

Vor zehn Jahren, am 29. Januar 1919, wenige Tage nach dem Meuchelmord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, folgte Franz Mehring seinen tapferen Kampfgefährten in den Tod. Hatte die Schutzhaft, die der deutsche Imperialismus über den 71jährigen verhängte, den vom Alter geschwächten Körper zermürbt, so brach die Kunde von jenem bestialischen Verbrechen den jugendlich stürmenden Feuergeist, den weder die Stürme des Lebens, noch der körperliche Zerfallsprozeß zu knicken vermochten.

Mit Mehring ging dahin einer der universellsten Köpfe der internationalen Arbeiterbewegung nach Marx und Engels, der bedeutendste marxistische Historiker, in dem sich umfassendes Wissen, methodologische Sicherheit und kühne Sprachgewalt zu einer harmonischen Einheit zusammenfanden, der unerschrockene Verfechter des unverfälschten Marxismus, der zielbewußte Mitbegründer des Spartakusbundes und der Kommunistischen Partei.

Franz Mehrings Leben erstreckte sich über drei Generationen der modernen Arbeiterbewegung, wenn er auch nur die letzten 30 Jahre in Reih und Glied mit der Arbeiterschaft marschierte. Seine früheste Jugend reicht zurück bis in die Jahre des Sturmes und Dranges, als in den Köpfen von Marx und Engels die Grundgedanken des Kommunistischen Manifestes erst heranreiften, und in fast biblischem Alter trat er noch zielklar und bewußt in die Arena des Kampfes um die Diktatur des Proletariats.

In Franz Mehring und seinem verschlungenen Entwicklungsweg, der ihn aus den Reihen des Bürgertums an die Seite des Proletariats und in die vorderste Phalanx des revolutionären Klassenkampfes führte, spiegelt sich zugleich die ganze Geschichte Deutschlands vom Siege der Konterrevolution nach der Erdrosselung der Revolution von 1848 bis in die Gegenwart. Waren Marx und Engels, getragen von den revolutionären Wogen des Vormärzes und des „tollen Jahres“ 1848, als Wortführer der revolutionären bürgerlichen Demokratie und zugleich deren revolutionäre Schranken durchbrechend, zum Proletariat und zum Sozialismus gestoßen, so mußte sich Mehring mühsam und tastend, unter schweren Kämpfen mit überkommenen Vorurteilen und zähen Hoffnungen aus dem Bankrott der bürgerlichen Demokratie und dem [66] Zusammenbruch von 1848 diesen Weg bahnen. Ihn schmiedete der unerbittliche Hammer der bismärckischen Reaktion zum stählernen Rebellen und bewußten Revolutionär.

*

Franz Mehring wurde am 27. Februar 1846 in Schlawe (Pommern) geboren. Er absolvierte das Gymnasium, studierte Geschichte in Berlin, erwarb in Jena den Doktorgrad und stürzte sich dann mit jugendlicher Kampfesfrische auf die Journalistik. Ueber seine frühe Jugend schreibt er selbst in der Vorrede zur zweiten Auflage der „Lessinglegende“: „Aufgewachsen in dem engen geistigen Bannkreise hinterpommerscher Kleinstädte, mußte ich mich allzulange von der lauteren Milch preußischer Vaterlandsliebe nähren, und noch in meinem Abiturientenaufsatz habe ich das famose Thema: Preußens Verdienste um Deutschland so gläubig behandelt, daß ich die erste Note erhielt“.

Schon die ersten literarischen Arbeiten des jungen Mehring verrieten die Tatze des Löwen. Sein Lehrer und Mentor war in dieser Zeit der demokratische Journalist Guido Weiß, dem er bei dessen Tode in der „Neuen Zeit“ in einem Nachruf ein würdiges Denkmal setzte. Guido Weiß, der „letzte Demokrat“, gehörte mit den Jacoby und Lange, Waldeck und Ziegler, Rodbertus und Treitschke zu den letzten Mohikanern der steckengebliebenen 48er Demokratie. Er sah seine Aufgabe darin, „das deutsche Kleinbürgertum zu bürgerlichem Selbstbewußtsein zu erziehen“, ohne zu begreifen, daß er erstrebte, „was historisch nicht mehr möglich war“. Etwa sieben Jahre lang war Mehring der engste Mitarbeiter Guido Weiß’: von 1869 bis 1871 als Mitredakteur an der „Zukunft“ und von 1873 bis 1876 an der „Wage“. Außerdem war er, zusammen mit Jacoby, Mitarbeiter des Oldenbergschen

Reichs- und Landtagsberichts und erregte besonders Aufsehen durch die kritische Schärfe seiner Stimmungsbilder aus dem Herrenhaus.

Inzwischen machte der Zersetzungsprozeß im bürgerlichen Lager rapide Fortschritte. Die konservativen Schichten des respektablen Bürgertums hatten unter dem Damoklesschwert der Handelskrise von 1857, in schaudernder Erinnerung an das Grollen des Revolutionsorkans von 1848, längst zu den Junkerparteien heimgefunden. Die „Nachtwächter mit den langen Fortschrittsbeinen“, die sich um Eugen Richters Banner scharten, tanzten wacker nach Bismarcks Peitsche, da ihnen der Stiefelabsatz des Kanzlers von „Blut und Eisen“ immerhin lieber war als die Faust des Proletariats. Nun geriet auch die bürgerliche Demokratie 48er Observanz zwischen die Mühlsteine der bismärckischen „Revolution von oben“ und der erstarkenden Macht der Arbeiterschaft – und zerstob in alle Winde. Jacoby und Lange beschritten verspätet und zögernd den Weg, den Lassalle ihnen vorangeschritten war, und scheiterten in derselben Sackgasse, in der sich dieser den Kopf eingerannt. Ziegler und Waldeck blieben im Sumpfe der kleinbürgerlichen Hoffnungen stecken. Rodbertus aber und Treitschke landeten am Busen ihres Abgotts Bismarck.

*

Unter diesen Umständen nahte die historische Situation, die den jungen Herkules Mehring, der damals unentschieden und unklar den Lassalleanern nahestand, vor den Scheideweg stellte. Schon in seiner [67] ersten selbständigen Schrift „Treitschke als Sozialistentöter“, die im Jahre 1875 in Artikeln in der „Wage“ erschien und dann als Broschüre nachgedruckt wurde, zeigte er, welchen Weg er n i c h t zu gehen gedachte. Mit unbarmherziger Schärfe und vernichtender Ironie rechnete er ab mit dem Fanfaron des „fortschrittlichen“ Ueberläufers, Treitschke, der „sich zum Echo der ordinären Philistervorurteile gegen die moderne Arbeiterbewegung gemacht hatte“. Zwar stand Mehrings Schrift gegen Treitschke, wie er in seiner „Rechtfertigung“ nach dem Dresdener Parteitag selbst ehrlich eingesteht, „der wissenschaftlichen Gedankenwelt des Sozialismus noch vollkommen fern“. Gleichwohl war sie für seine spätere Entwicklung als erster Schritt zur „Selbstverständigung“ von nicht geringer Bedeutung.

Aber Mehring sollte noch „manche Irrfahrt“ bestehen, bis er sich „in den Hafen der Sozialdemokratie rettete“. Als Bismarck im Jahre 1878 zum ersten vernichtenden Schlage gegen die Sozialdemokratie ausholte, befand sich Mehring im Lager der Sozialistenfeinde. Er schrieb unter dem Titel „Zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“ ein bissiges Pamphlet gegen die Partei, das in kurzer Zeit drei Auflagen erlebte, und veröffentlichte in der „Gartenlaube“, dem verbreitetsten Unterhaltungsblatt, in den Jahren 1879 und 1880 Aufsätze, die „gewissermaßen ein Auszug aus dieser Schrift waren“. Trotz der in ihr enthaltenen heftigen Angriffe gegen die Sozialdemokratie ist auch diese Schrift Mehrings, nach seiner Polemik gegen Treitschke, ein weiterer Schritt in seiner Entwicklung zum Marxismus, insofern, als er sich hier zum ersten Male, wenn auch noch keineswegs mit genügender Schärfe, mit dem Lassalleanismus kritisch auseinandersetzt.

Ueber die Gründe, die ihn zu seiner feindlichen Haltung bewogen haben, schrieb Mehring in der schon einmal erwähnten „Rechtfertigung“ (1903): „Kayser und Most erklärten mich damals in der Berliner Freien Presse für ein bewußtes, Liebknecht im Leipziger Volksstaat wenigstens für ein unbewußtes Werkzeug der Reaktion, weil ich bei dem Kriege, der in jener Zeit von andern und mir gegen die Gründerpresse geführt wurde, auch gegen ein demokratisches Blatt vorgegangen war. Ich bin heute längst dem Irrtum entwachsen, als wenn man der kapitalistischen Korruption an den Leib kommen könne, wenn man ihre konkreten Auswüchse auszurotten sucht, aber in den konkreten Fällen habe ich recht gehabt. Das erste Unrecht ist mir damals durch die Partei zugefügt worden, so wenig ich damit das größere Unrecht verteidigen oder auch nur beschönigen will, das ich ihr zugefügt habe.“

Wir haben heute keinen Grund, bei dieser letzten „Irrfahrt“ des bürgerlichen Demokraten Mehring länger zu verweilen; dieser Schatten ist längst zerflossen vor den leuchtenden Taten des proletarischen Revolutionärs.

*

Unter dem Druck des Sozialistengesetzes, dessen rigorose Durchführung seine letzten demokratischen Illusionen zertrümmerte, entwickelte sich Mehring konsequent zu einem revolutionären Marxisten. Schon in den Jahren 1881 und 1882 verteidigte er in den Berliner Korrespondenzen der „Weserzeitung“ mit unerschrockener Kühnheit die verfolgte Partei und setzte von 1884 ab in der „Berliner Volkszeitung“, deren Chefredaktion er im Jahre 1885 übernahm, den Kampf gegen das Bismarcksche Gewaltregime mit einer beispiellosen Schärfe [68] fort, bis das Blatt im Jährt 1889 vorübergehend verboten wurde. Die „Volkszeitung“ war für Mehring die letzte Etappe, bevor er die Schwelle zur Sozialdemokratie überschritt. Kurz nach dem Fall des Sozialistengesetzes setzten ihn die „liberalen“ Besitzer des Blattes, die ihn während des Sozialistengesetzes hatten schalten und walten lassen, da sie infolge des reißenden Absatzes fette Profite ernteten, kurzerhand vor die Tür, weil er anläßlich des „Falles Lindau“ „einen Akt sozialer Unterdrückung bekämpft hatte, den ein damaliger Literatursultan (Paul Lindau – P. B.) an einer wehrlosen Schauspielerin verübte“.

Als Mehring in die Reihen der Sozialdemokratie eintrat, erschien er auf dem Schauplatz des Klassenkampfes in glänzender Rüstung, ausgestattet mit dem wertvollen Erbe der bürgerlichen Kultur und Wissenschaft, bewaffnet mit dem schneidenden Schwerte des Marxismus, das er mit genialer Sicherheit zu führen verstand. Die erste Tat, mit der Mehring seine eigene feindliche Haltung in den ersten Jahren des Sozialistengesetzes zu sühnen gedachte, war eine vernichtende Kampfschrift gegen Eugen Richter, den Führer der Fortschrittspartei, „der als gewiegter Hausknecht des Kapitalismus die kleinbürgerlichen Klassen unbedenklich im Interesse der ‚patriotischen Geldmächte‘ einseifte“. Die Fortschrittspartei hätte sich vor und nach den Wahlen von 1877 an die Spitze der bürgerlichen Sozialistenhetze gestellt. Richter verfluchte die Sozialdemokratie als „Nachgeburt des Polizeistaats“ und schrie nach einem Ausnahmegesetz.

Nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes widmete sich Herr Eugen Richter der „geistigen Bekämpfung“ der Sozialdemokratie. Er veröffentlichte ein dummdreistes Pamphlet „Sozialdemokratische Zukunftsbilder“, das vom gesamten Bürgertum mit rauschendem Beifall aufgenommen wurde. Mehring antwortete mit einer Entgegnung, die hinter dem „papiernen Schaukelpferd“ der „Sozialistischen Zukunftsbilder“ „Herrn Eugen Richters Bilder aus der Gegenwart“ enthüllte oder vielmehr Herrn Richter selbst, der „einzig und allein aus den abgedroschensten Schlagworten ein dürftiges Feigenblatt für die rücksichtsloseste Ausbeutung der arbeitenden Klassen durch das große Kapital zurechtzuschneidern bemüht ist“.

Um die Zeit dieses ersten Waffenganges mit einem der reaktionärsten Vertreter der „liberal“ verbrämten Fortschrittspartei, einem der Väter des Sozialistengesetzes, trat Mehring 1891 in die Redaktion der „Neuen Zeit“, des theoretischen Organs der deutschen Sozialdemokratie, ein. Seitdem entwickelte sich die „Neue Zeit“ zur internationalen Tribüne des revolutionären Marxismus.

*

Dank seiner sicheren historischen Orientierung, seiner meisterhaften Beherrschung des historischen Materialismus und seiner universalen Kenntnisse wurde Mehring in hervorragender Weise der treue und wachsame Hüter des Erbes von Marx und Engels und der unermüdliche Lehrer mehrerer Generationen der deutschen Sozialdemokratie. Im Kampf gegen den Revisionismus, der um die Jahrhundertwende mit dem fieberhaften Aufstieg des deutschen Imperialismus und der Entstehung einer Arbeiteraristokratie auf den Plan trat, stand Mehring in vorderster Reihe. Sein lebendiger historischer Sinn befähigte ihn, politische Situationen und ihre Tragweite im allgemeinen [69] früher und schärfer zu erkennen, als seine orthodoxen Kampfgefährten, zu denen damals auch noch Kautsky gehörte.

Schon am 12. April 1893 beschäftigte sich Mehring in einem Aufsatz der „Neuen Zeit“ mit dem „hypothetischen“ Gedankengang des „Vorwärts“, daß „bürgerliche und soziale Demokratie ein Stück Weges zusammengehen könnten“. Er antwortete darauf mit einer tiefen historischen Analyse der Entwicklung des Kapitalismus und der Entwicklungsperspektiven einer bürgerlichen Demokratie in Deutschland und kam zu einem Schluß, der allen revisionistischen „Theorien“ und der heutigen Praxis und „Theorie“ der Hermann Müller, Hilferding, Severing, Wissell ins Gesicht schlägt:

„So weit Deutschland von der Mitte des sechzehnten bis zur Mitte des neunzehnten Jahrhunderts ökonomisch hinter England und Frankreich zurückgeblieben ist, mit so schnellen Schritten hat es seit fünfzig Jahren diesen Vorsprung eingeholt, und es ist dabei mit Siebenmeilenstiefeln über die Epoche der bürgerlichen Demokratie weggeschritten, die in England und Frankreich bestanden hat oder noch besteht.

Die bürgerliche Demokratie als solche hat ihre Stütze in den kleinbürgerlichen Elementen; ein freier Bauernstand, ein kräftig entwickeltes Städtewesen sind ihre Voraussetzungen. Aber in Deutschland gab es bis tief in dies Jahrhundert hinein weder den einen, noch das andere, namentlich nicht in Norddeutschland.

... Im allgemeinen waren ihre sozialen Elemente erst kümmerlich ausgewachsen, als ihr die Revolution von 1848 den politischen Boden bereitete, und was noch entscheidender war: kaum schickten sich die Kleinbürger an, auf dem politischen Schauplatz zu erscheinen, als hinter ihnen auch schon die Großbürger erschienen. Die innere Geschichte des deutschen und namentlich des preußischen Liberalismus ist denn auch seit 1848 ein fortwährender Kampf der groß- und kleinbürgerlichen Elemente gewesen. Aber in diesem Kampfe siegten die Großbürger immer über die Kleinbürger, mit anderen Worten: alle Ansätze zu einer bürgerlichen Demokratie werden vom konstitutionellen Liberalismus erstickt, verschlungen, verwischt. ...

... Denn wie die Großbürger hinter den Kleinbürgern erschienen waren, so erschienen nunmehr hinter den Großbürgern die Proletarier. ...

Damit ist aber nicht sowohl die letzte Möglichkeit – denn die hat es längst nicht mehr gegeben –, als vielmehr der letzte Schein einer Möglichkeit erloschen, daß wir in Deutschland noch eine Epoche der bürgerlichen Demokratie erleben. ... Es gibt nur noch ein Vorwärts in die soziale, aber kein Rückwärts in die bürgerliche Demokratie.“

In einem anderen Aufsatz brandmarkt er die „deutsche Spielart“ des bürgerlichen Parlamentarismus, die „immer eine verkrüppelte Zwerggestalt“ war, „duckmäuserig gegen den Absolutismus, Feudalismus, Militarismus, großmäulig gegen das Volk“, und schließt mit den prophetischen Worten:

„... Nur die Arbeiterpartei nimmt die Dinge wie sie sind, und sie kann es nur als einen erfreulichen Fortschritt betrachten, wenn der bürgerliche Parlamentarismus, mit dem sie selbst längst abgerechnet hat, nun auch in der kleinbürgerlichen Welt allen Kredit zu verlieren beginnt. ...“

Noch schärfer formuliert er denselben Gedanken in einem anderen Artikel, wo er die Aussicht, daß einmal eine sozialdemokratische Mehrheit eines bürgerlichen Parlaments „der sozialistischen Gesellschaft die Bahn brechen könnte“, „jenes Messer“ nennt, „dem der Griff, wie die Klinge fehlt“.

[70] Wie kläglich nimmt sich gegenüber dieser kristallklaren und harten marxistischen Folgerichtigkeit Mehrings das Gewäsch des „linken“ Kautsky aus, der um dieselbe Zeit in einem Brief an Mehring (veröffentlicht in der Einleitung von P. Frölich zu: Rosa Luxemburg, „Gegen den Reformismus“) das Abc des Revisionismus herbetete: „... ein parlamentarisches Regime bedeutet in Deutschland den politischen Sieg des Proletariats, aber auch umgekehrt“. Es bedurfte nicht einmal der Geschichte der letzten zehn Jahre, um Kautsky ad absurdum zu führen.

*

Das ganze erste Jahrzehnt seiner Wirksamkeit im Sinne des Sozialismus stand Mehring mit Rosa Luxemburg an der Spitze des marxistischen Vortrupps, der den Revisionismus schonungslos und konsequent bekämpfte. Auf ihn konzentrierten die von ihm so benannten „Konzessionsschutzes“, die Bernstein, Heinrich Braun, Göhre, Edmund Fischer, Bernhard usw. ihren giftigsten Haß. Und daher war es auch keineswegs ein Blitz aus heiterm Himmel, als sie auf dem Dresdener Parteitag 1903 zu einem großen Schlage ausholten. Zu diesem Zweck hatten sie auf mehr als 25 Jahre zurück „Material“ zusammengeschleppt, alte Ladenhüter, mit denen man keinen Hund vom Ofen lockte, Dinge aus Mehrings bürgerlicher Vergangenheit, die, soweit sie den Tatsachen entsprachen – und das war erbärmlich nichtig –, längst abgetan waren. Dieses bunte Gemisch von Dichtung und Wahrheit, umwickelt mit einem schier unentwirrbaren Gewebe von Lügen und Verleumdungen, sollte den gefürchteten Gegner erschlagen. „Dieser Coup hat sich enthüllt“, erklärte Mehring in seiner Erwiderung auf dem Parteitag, „als einer jener Ueberfälle, die bisher ein unbeneidetes Vorrecht literarischer Bourgeoiscliquen waren.“

Der Bubenstreich zerschellte an der Unantastbarkeit des politischen Charakters Mehrings und mehr noch an der Tatsache, daß die fortgeschrittensten Schichten der sozialdemokratischen Arbeiter hinter den Linken standen. Den politischen Sinn dieses revisionistischen Dolchstoßmanövers enthüllte Ignaz Auer, einer der Hauptwortführer der Rechten, als er auf dem Parteitag jammerte, Mehring habe sich durch seinen Einfluß auf die „Neue Zeit“ und die „Leipziger Volkszeitung“ eine „geradezu leitende Stellung“ erobert. Mehring aber erklärte dazu in seiner Rechtfertigungsschrift mit vollem Recht: wenn die „Leipziger Volkszeitung“ eine „geradezu leitende Stellung“ in der Partei eingenommen habe, so verdanke sie das „ihrer prinzipienfesten und prinzipienklaren Politik“.

*

In den folgenden Jahren gesellte sich zu den offenen Gegnern des revolutionären Marxismus eine neue Schar von Feinden, die vorher noch mit Mehring und Rosa Luxemburg mehr oder weniger konsequent in einem Block gekämpft hatten. Der gewaltige Aufschwung, den der deutsche Imperialismus nach der Jahrhundertwende nahm, und die dadurch bedingte Verbreiterung und Festigung der sozialen Basis des Opportunismus brachte den Parteivorstand, die schwankenden Gestalten um Kautsky, Haase, Bebel, in eine Lage, in der es nur eine klare Scheidung geben konnte. Kautsky und seine Gesinnungsfreunde zogen es vor, die Kröten des Sumpfes zu spielen. [71] Sie bezogen die Position des Zentrismus, die sich kaum noch durch den revolutionären Anstrich von den Anschauungen der Vollmar, Auer und Bernstein unterschied, und je mehr der Opportunismus an Boden gewann, um so schamloser brachen sie mit dem Marxismus.

Mehring war auch hier der erste, der mit untrüglichem Instinkt die historische Rolle des Zentrismus begriff und das Feuer gegen ihn eröffnete. Er hielt es in dieser Frage mit dem von ihm bewunderten Lessing, der den „verfeinerten Irrtum“ für ein noch gefährlicheres Uebel hielt als den „groben“, der sein Brandmal auf der Stirn trägt, und die „Kuppler“ der Wahrheit für ihre gefährlichsten Gegner.

Kautskys Entwicklung zum Opportunismus vollzog sich nicht von heute auf morgen. Die Spuren zeigen sich bereits in seinen ersten größeren Arbeiten in dem entscheidenden Mangel jeglichen Verständnisses für die revolutionäre Dialektik und in dem Hang zur Verflachung und Simplifizierung, der sämtliche Schriften Kautskys „auszeichnet“. Alle diese Grundmängel traten bereits drastisch in die Erscheinung im Jahre 1898 in der Auseinandersetzung mit Bernstein und dem Revisionismus. Mehring hatte seinen Kautsky schon im Jahre 1893 durchschaut. Ihre „private“ Auseinandersetzung über den bürgerlichen Parlamentarismus, die wir an anderer Stelle zu erwähnen Gelegenheit hatten, zerstörte für Mehring schon damals die „Larven und Schminke“ – um wieder einmal mit Lessing zu reden – der revolutionären Phrase, hinter die sich der echte, opportunistische Kautsky verschanzte. In allen entscheidenden Fragen, die in dem Jahrzehnt nach dem Dresdener Parteitag auf die Tagesordnung traten, besonders in der Frage der Massenaktionen und des Imperialismus, entpuppte sich Kautsky immer mehr als ordinärer Handlanger des plattesten Opportunismus, während nur das kleine Häuflein der Aufrechten um Franz Mehring und Rosa Luxemburg das Banner des revolutionären Marxismus hochhielt und dem deutschen Proletariat unbeirrt den Weg der selbständigen Klassenpolitik voranging.

Der Ausbruch des Krieges bestätigte schließlich die Richtigkeit der Einschätzung des Kautskyanertums durch Mehring und Rosa Luxemburg: Kämpften die Linken zäh und unerschrocken „gegen den Strom“, so verteidigte Kautsky mit der platten Philosophie, die Internationale sei „im wesentlichen ein Friedensinstrument“, aber „kein wirksames Werkzeug im Kriege“, alle Schandtaten der Kaisersozialisten.

Freilich blieb auch Mehring ebensowenig wie Rosa Luxemburg unberührt von den historischen Schwächen des deutschen Sozialismus. Das zeigte sich z. B. im Wahlrechtskampf von 1910, als er in der Frage des Massenstreiks gegen Rosa Luxemburg richtige Ansicht schließlich den „Bedenken“ der „Instanzen“ nachgab, und in der Schärfe, mit der er zur Zeit des Dresdener Parteitages den Gedanken der Spaltung ablehnte. Aber letzten Endes bewährte sich immer Mehrings historisch-politischer Weitblick.

*

In den Jahren des Krieges und der Revolution erhoben sich die Linken auf die Höhe ihrer geschichtlichen Aufgaben. Am 4. August war Franz Mehring einer der wenigen, die keinen Augenblick die Orientierung verloren. Mit seinem geschärften historisch-kritischen Blick hatte er der von ihm so benannten „Instanzenpolitik“ längst zu [72] gründlich in die Karten geblickt, als daß ihn das Jena der II. Internationale überraschen konnte. Darum war er auch der erste von den Linken, der in einer persönlichen öffentlichen Erklärung, die schon am 13. September 1914 im „Vorwärts“ abgedruckt wurde, gegen die Politik des 4. August Protest erhob. In dieser Erklärung wendet er sich mit Abscheu gegen die gegenseitige Verhetzung innerhalb der Internationale und gegen die heuchlerische Demagogie, die sich auf willkürlich zusammengesuchte und interpretierte Sätze von Friedrich Engels berief, um „die Taktik der Sozialdemokratie in dem gegenwärtigen Weltkriege vollkommen zu rechtfertigen“.

Es heißt darin u. a.:

„Gegen diese Beweisführung muß der entschiedenste Protest erhoben werden. Was Engels für den Fall eines gleichzeitigen französischen und russischen Krieges mit Deutschland erwartete und wünschte, hat er seit dem Jahre 1859 wiederholt in unzweideutigster Weise ausgesprochen. Heute läßt es sich aus den bekannten Gründen nicht einmal andeutungsweise wiederholen. Man kann nur soviel sagen, daß die Voraussetzung, aus der Engels seine Schlußfolgerungen zog, heute nicht nur nicht bis auf die letzte, sondern nicht einmal bis auf die erste Silbe zutrifft, vielmehr das gerade Gegenteil des Zustandes ist, wie er gegenwärtig besteht.“

Ein bedeutsamer Wendepunkt im Prozeß der Sammlung und theoretischen Klärung der kleinen marxistischen Gruppe war die Gründung der Zeitschrift „Die Internationale“ (April 1915), an deren Zustandekommen Mehring führenden Anteil hatte, wenn er auch in der „Einführung“ zur ersten und einzigen Nummer der Zeitschrift, die, wie ihre Gründer Rosa Luxemburg und bald auch Mehring selbst, sofort nach Erscheinen „ein Opfer des berühmten Burgfriedens“ wurde, mit selbstloser Bescheidenheit Rosa Luxemburg allein das Verdienst zuschreibt. „Selbstverständigung über die Kämpfe der Zeit“ und entschlossenes „Bekenntnis zur Theorie und Praxis des Marxismus“ war das einfache und klare Programm der „Internationale“, und diesem Vermächtnis Franz Mehrings und Rosa Luxemburgs ist sie treu geblieben, als sie vier Jahre später (Mai 1919) wieder ins Leben trat.

Hatte Mehring in seiner ersten öffentlichen Erklärung noch von einem „vorläufigen“ Zusammenbruch der Internationale gesprochen, so vertrat er in der „Internationale“ in seinem glänzenden Aufsatz „Unsere Altmeister und die Instanzenpolitik“ bereits konsequent den Gedanken der Trennung nicht nur von den offenen Sozialchauvinisten, sondern auch und vor allem von denen, deren „Prinzip“ das von Marx gebrandmarkte „Sich-selbst-Verfälschen“ ist.

Fast prophetisch klingen seine Worte:

„... Die Instanzenpolitik ist der vollständige Bruch mit dem geistigen Erbe unserer Altmeister, mit der ganzen Geschichte und allen bisherigen Grundsätzen der deutschen Sozialdemokratie. Ihre logische Folge wäre eine nationalsoziale Arbeiterpartei, die sich mit dem Militarismus und der Monarchie versöhnt und sich mit demjenigen Maße von Reformen begnügt, das auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft für das Proletariat zu erreichen ist. Diejenigen Vertreter der Instanzenpolitik, die diese unabweisliche Schlußfolgerung ziehen, sind ihre klareren und zugleich ungefährlicheren Köpfe.

Dagegen wäre es gleichbedeutend mit einer Vergiftung der Arbeiterbewegung auf unabsehbare Zeit, [73] wenn der klaffende Riß, der die Gegenwart von der Vergangenheit trennt, mit tönenden Schlagworten verkleistert und vertuscht, wenn die Arbeitermassen in eine Selbsttäuschung gejagt werden könnten, die ihnen das Blut aus den Adern und das Mark aus den Knochen saugen mußte.“ (Sperrungen von uns. P. B.)

Nach alledem war es nur konsequent, wenn Mehring im April 1917 anläßlich der Gründung der USP sich entschieden gegen den Anschluß der Spartakusgruppe an die neue Partei aussprach und am 3. Juni 1918 in einem Brief an die Bolschewiki den Anschluß für einen Fehler erklärte und die Notwendigkeit eines „völligen Neuaufbaues der Internationale“ betonte.

Lenin macht in seiner Kritik von Rosa Luxemburgs Junius-Broschüre gelegentlich die Bemerkung, daß die Junius-Broschüre in gewissem Sinne ein Schritt rückwärts sei gegenüber der „Internationale“,

auf deren allgemeine Haltung Mehring entscheidenden Einfluß hatte. Das trifft nicht nur zu auf die von Lenin in diesem Zusammenhang angeschnittene Frage des Zusammenhangs des Sozialchauvinismus mit dem Opportunismus, sondern ebenso auf die Frage des Krieges überhaupt. Bemängelte Lenin mit Recht Rosa Luxemburgs schablonenhafte Auffassung, nach der nationale Kriege in der Gegenwart undenkbar sind, so vertrat Mehring in der „Internationale“ eindeutig den richtigen marxistischen Standpunkt:

„Unsere Altmeister waren historische Köpfe und standen deshalb nicht auf dem unhistorischen Standpunkt: Krieg ist Krieg, und jeder Krieg ist nach derselben Schablone zu messen. Für sie hatte jeder Krieg seine bestimmten Voraussetzungen, von denen es abhing, wie sich die Arbeiterklasse zu ihm zu stellen habe.“

In den wenigen sozialdemokratischen Blättern, die sich nicht mit Haut und Haaren der offiziellen Instanzenpolitik verschrieben hatten, vor allem im Stuttgarter „Sozialdemokrat“, im Minsterschen „Kampf“ und in der von ihm selbst herausgegebenen Korrespondenz „Sozialdemokratische Blätter“ setzte Mehring den Kampf gegen die Burgfriedenspolitik und um die Integrität des Marxismus fort. Er begründete mit Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg den Spartakusbund, schrieb mehrere aufpeitschende Kampfaufrufe und arbeitete eifrig mit an den Spartakusbriefen. Anfang August 1916 verhängte der deutsche Imperialismus über den Siebzigjährigen, in dem er mit Recht das Rückgrat der marxistischen „Vaterlandsverräter“ erkannte, die „Schutzhaft“, aus der ihn 1917 die Wahl in den Preußischen Landtag befreite.

Im Januar 1918, als die Berliner Metallarbeiter in den Streik traten, hielt Mehring im Preußenparlament seine erste öffentliche Rede, die bei Rosa Luxemburg begeisterte Anerkennung fand – eine scharfe Anklagerede gegen den Militarismus, wie man sie in dieser „Quasselbude“ noch nie vernommen hatte.

*

Um diese Zeit vollzog sich in Rußland ein Ereignis von weltgeschichtlicher Bedeutung. Die längst innerlich morsche und verfaulte zaristische Knutenherrschaft brach unter dem Ansturm der Revolution [74] wie ein Kartenhaus zusammen, und wenige Monate später stürzte das russische Proletariat die Bourgeoisie, die sich bereits im vollen, gesicherten Besitz der Macht wähnte, und errichtete seine Diktatur.

In dieser auch für die deutsche Revolution entscheidenden Situation war es wiederum Franz Mehring, der mit seinem klaren, historisch geschulten Blick den Sinn und die Tragweite der Ereignisse in Rußland voll und ganz begriff. Während Rosa Luxemburg teils infolge mangelnder Information, vor allem aber gehemmt durch ihre theoretischen Auffassungen, die sie später um so gründlicher revidiert hat, eine schwankende Haltung einnahm, hat Mehring und mit ihm die Mehrheit der Spartakusgruppe die Entwicklung in Rußland, insbesondere auch die Bedeutung des Friedens von Brest-Litowsk, richtig beurteilt und seine Auffassung in der „Leipziger Volkszeitung“ und im Stuttgarter „Sozialdemokrat“ in einer Reihe von Aufsätzen niedergelegt, die zu den glänzendsten Erzeugnissen seiner Feder gehören.

In dem bereits erwähnten Brief an die Bolschewiki vom 3. Juni 1918 brachte Mehring seine tiefe historische Einschätzung und zugleich seine begeisterte revolutionäre Bejahung der Oktoberrevolution auf die klassische revolutionäre Formel:

„Ich schreibe diesen Brief, indem ich einem Wunsche nachkomme, der wiederholt aus den Kreisen der Gruppe Internationale geäußert worden ist: um unseren russischen Freunden und Gesinnungsgenossen zu sagen, daß wir mit ihnen allen durch die Bande leidenschaftlicher und tiefster Sympathie verbunden sind, und daß wir in ihnen und nicht in den Gespenstern der ‚alten erprobten Taktik‘ die stärksten Vorkämpfer der neuen Internationale erblicken.“ (Entnommen aus Ernst Meyers Einleitung zu „Spartakus im Kriege“.)

Dieses Dokument, das zugleich über den Sozialpatriotismus und seine mit linker „Schminke“ maskierten Apologeten endgültig das Todesurteil ausspricht, enthält im wahrsten Sinne des Wortes Franz Mehrings, des großen revolutionären Führers politisches Testament.

*

Wenn Franz Mehring ein revolutionärer Politiker von Format war, so vor allem darum, weil er über ein gewaltiges historisches Wissen verfügte und dank der Methode des historischen Materialismus, die er mit souveräner Selbständigkeit beherrschte, die Gesetze der geschichtlichen Entwicklung tief erfaßt hatte. Der Historiker Mehring wiederum konnte nur darum der bedeutendste Historiker Deutschlands sein, weil er ein revolutionärer Marxist war und der aktive Wille zur revolutionären Umgestaltung der Welt seine Forscherarbeit ebenso durchtränkte wie seine politische Wirksamkeit.

Als marxistischer Historiker, dem der historische Materialismus der zuverlässige Leitfaden durch das Labyrinth des geschichtlichen Rohstoffes war, erhob sich Mehring turmhoch über die zeitgenössischen bürgerlichen Historiker, die, wie Treitschke und Sybel, „den Heroenkultus in preußischer Talmifassung betreiben", oder wie Lamprecht „den historischen Materialismus wohl annehmen möchten, vorausgesetzt, daß sie ihm alle Spitzen und Stacheln ausziehen könnten". Von den „Eingängern" wie Delbrück, der sich in seinen historischen Arbeiten vielfach wider Willen der historisch-materialisti-[75]schen Auffassung der Geschichte nähert, aber jedesmal, wenn er sich dessen bewußt wird, „mit einem wilden Seitensprung davonrennt", unterscheidet er sich durch die eiserne Konsequenz des Denkens und der Methode.

Aber auch von einem marxistischen Historiker wie Kautsky unterscheidet sich Mehring zutiefst durch die kämpferische Aktualität seiner historischen Forschungsarbeit. Versuchte sich Kautsky vorwiegend in entlegenen historischen Stoffen, die zudem im allgemeinen bereits durch Marx und Engels in den Grundzügen verarbeitet worden waren, wie das Urchristentum und die sozialen Bewegungen des Mittelalters, so griff Mehring immer hinein „ins volle Menschenleben". In der „Lessing-Legende", die zunächst in den Jahren 1891 und 1892 in der „Neuen Zeit" in fortlaufenden Artikeln erschien und 1893 in Buchform nachgedruckt wurde, packte er das preußische Junkertum, die Hauptstütze der deutschen Reaktion, und die Hohenzollerndynastie bei der Wurzel und zerfetzte auf Grund umfangreicher Quellenstudien erbarmungslos den Nebelschleier, den byzantinische Geschichtsschreibung und dynastische Legende um sie gewoben.

Später hat er dieses Thema in vielen Aufsätzen und Abhandlungen wieder aufgenommen, zuletzt im Jahre 1915, als er in der „Neuen Zeit" anläßlich einer kritischen Auseinandersetzung mit der damals in fünfter Auflage erschienenen Propagandaschrift des Berliner Historikers Otto Hintze: „Die Hohenzollern und ihr Werk – Fünfhundert Jahre vaterländischer Geschichte", noch einmal aus dem undurchsichtigen Knäuel der offiziellen Geschichtsfälschung den „Roten Faden der preußischen Geschichte" entwirrte.

*

In der monumentalen „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie", der klassischen Marx-Biographie, die er ein Jahr vor seinem Tode beendete, und den wertvollen historisch-literarischen Erläuterungen zu dem von ihm herausgegebenen Nachlaß von Marx und Engels legte er das sichere Fundament zum Verständnis der deutschen Arbeiterbewegung, ihrer spezifischen Entwicklungsbedingungen und historischen Aufgaben.

Daß Mehring in seiner Darstellung der Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung in verschiedenen Punkten historisch falsche und sachlich unhaltbare Auffassungen vertreten hat, ist heute keine Streitfrage mehr. So täuschte er sich z. B. in der Bewertung der Rolle und der Persönlichkeit von Lassalle, Schweitzer, Bakunin, ferner unterschätzte er die selbständige revolutionäre Bewegung der deutschen Arbeiterschaft im Jahre 1848 und verwischte dadurch bis zu einem gewissen Grade den Sinn und Inhalt der Marxschen Taktik in der damaligen rheinischen Revolutionsbewegung.

In dem Streit um Lassalle hat Mehring gegenüber Kautsky und anderen ohne Zweifel recht insofern, als er die positive Leistung Lassalles: die Schaffung einer selbständigen deutschen Arbeiterbewegung und die historische Bedingtheit des Lassalleanismus unterstreicht. Diesen Gedankengang formulierte er in einem Aufsatz „Ferdinand Lassalle", der im XII. Jahrgang (1893/94) der „Neuen Zeit" erschien, mit aller Schärfe:

„Dabei handelt es sich keineswegs um irgendeinen Personenkultus, ja nicht einmal bloß um eine Frage der historischen Pietät. Vielmehr würde [76] die Auffassung des ehemaligen Lassalleanismus als einer Sektenbewegung

zu schweren Irrtümern über die Geschichte der Sozialdemokratie führen zu verhängnisvollen Irrtümern über die Triebkräfte, welche die Partei zu dem gemacht haben, was sie heute ist. Lassalle organisierte den Klassenkampf des deutschen Proletariats; das scheidet ihn von den sozialistischen Sektierern und stellt ihn zu den sozialistischen Revolutionären. Damit vollbrachte er eine revolutionäre Tat, welche die Mängel seiner theoretischen Erkenntnis weit aufwog und sie gewissermaßen unschädlich machte. Unseres Erachtens ist es eine etwas ideologische Auffassung, diesen Mängeln die alleinige oder die hauptsächliche, ja auch nur eine wesentliche Schuld an den inneren Wirren zuzuschreiben, welche die ersten zwölf Jahre der Parteigeschichte erfüllen.

... Die hauptsächlichen Ursachen jener Spaltungen lagen in den ökonomisch-politischen Verhältnissen Deutschlands."

In dieser Darstellung, die im ersten Teil im großen und ganzen zutrifft, tritt zugleich Mehrings entscheidender Irrtum zutage. Indem er den opportunistischen Kerngehalt des Lassalleanismus ausschließlich aus der Rückständigkeit der deutschen Verhältnisse erklärt, was nur bis zu einem gewissen Grade richtig ist, verkennt er die Bedeutung des Lassalleanismus als der spezifischen Form des Opportunismus in Deutschland für die sechziger, siebziger und achtziger Jahre und seinen inneren Zusammenhang mit dem späteren Revisionismus.

Hier hat die Geschichte Marx und Engels, die über Lassalle das harte Urteil sprachen, er habe objektiv die Arbeiterbewegung an Bismarck verraten, voll und ganz recht gegeben. Der berühmte Briefwechsel Lassalles mit Bismarck, der im vorigen Jahr aus einem verstaubten Aktenschrank im preußischen Staatsministerium ans Tageslicht gekommen ist, hat die Lassalle-Legende endgültig zerstört. Mehrings Irrtum aber erweist sich bei näherem Zusehen letzten Endes als eine subjektive Voreingenommenheit zugunsten Lassalles, die nichts anderes ist als der letzte schwache Widerschein seiner eigenen, längst überwundenen lassalleanisch-demokratischen Vergangenheit, und kann seiner gewaltigen historischen Leistung ebensowenig Abbruch tun wie seine bürgerlich-liberale Vergangenheit selbst seinem unvergänglichen revolutionären Kämpferleben im Dienste des Proletariats.

*

Ein besonderes Verdienst des Historikers Mehring ist es, daß er der deutschen Arbeiterschaft mehrere Gebiete erschloß, die bis dahin kaum mit der kritischen Sonde des historischen Materialismus durchleuchtet waren: die Kriegswissenschaft und die Literaturgeschichte. Mit der marxistischen Untersuchung der Kriegswissenschaft hatte bereits Friedrich Engels einen bedeutsamen Anfang gemacht. Mehring nahm den Faden wieder auf. In der „Lessing-Legende" untersucht er die ökonomischen Voraussetzungen der friderizianischen Kriegführung und beweist mit zwingenden Argumenten, daß Friedrich „der Große", entgegen der übrigens nur von dem Historiker Delbrück (dessen Beweisführung jedoch inkonsequent und lückenhaft ist) bekämpften Auffassung der offiziellen Kriegswissenschaft, an die Ermattungsstrategie gebunden war.

Als im Jahre 1908 der dritte Band von Delbrücks „Geschichte der Kriegskunst" erschien, unterzog Mehring das Werk einer ausführlichen Kritik, die als Ergänzungsheft zur „Neuen Zeit" in Broschürenform [77] veröffentlicht wurde. Auch in dieser Schrift hat Mehring die Gedankengänge des bürgerlichen Historikers in vielen Punkten aus den Angeln gehoben und auf Grund einer marxistischen Analyse der ökonomischen Voraussetzungen der behandelten Ereignisse selbständig weitergeführt.

Hatte Engels bereits etwa zwei Jahrzehnte früher den unvermeidlichen imperialistischen Krieg und seine wahrscheinlichen Folgen vorausgesagt, so entwickelte Mehring in seiner Delbrück-Kritik schon die Formen, die dieser Krieg unter den gegebenen ökonomischen und technischen Bedingungen annehmen mußte:

„Insoweit haben die Bewunderer des modernen Militarismus ganz recht, wenn sie sagen, ein mit scharfen und schnellen Schlägen geführter Krieg sei leichter zu tragen als ein Krieg, der sich ohne durchgreifende Entscheidung hinschleppe; ihre Torheit beginnt erst, wenn sie behaupten, die gewaltigen Rüstungen zu Lande und zu Wasser, in denen heute alle großen Staaten wetteifern, seien die sicherste Bürgschaft einer Niederwerfungsstrategie. Sie sind vielmehr die sicherste Bürgschaft der Ermattungsstrategie. Bei dem heutigen Zustand der internationalem Rüstungen kann keine Macht oder keine Koalition von Mächten darauf rechnen, eine andere Macht oder eine andere Koalition von Mächten mit überlegener Kraft niederzuwerfen. Sie sind alle darauf angewiesen, sich gegenseitig abzumatten, freilich mit Mitteln der Zerstörung, die über die gesamte gesittete

Welt noch ganz anders dahinfahren werden, wie der Peloponnesische Krieg über Griechenland oder der Dreißigjährige Krieg über Deutschland dahingefahren ist.“

Der vierjährige Schützengrabenkrieg an allen Fronten Europas mit Flugzeugbomben und Giftgasen hat Mehrings Voraussage in noch grauenhafterer Form bestätigt, als er selbst es damals ahnen konnte.

Das Studium der sogenannten Befreiungskriege, das sich ja schon aus seinen Forschungen über preußische Geschichte ergab, hat Mehring besonders intensiv beschäftigt. Er schrieb darüber zwei klassische Büchlein „Von Tilsit nach Tauroggen“ und „Von Kalisch nach Karlsbad“, die das Tiefste und Reifste enthalten, was je über diese Fragen geschrieben worden ist. Und wenn heute ein Valeriu Marcu, freilich ohne die Quellen seiner Weisheit anzugeben, ein Buch über Scharnhorst („Das große Kommando Scharnhorsts“) veröffentlicht, so kann er das nur, weil, abgesehen von dem bürgerlichen Historiker Max Lehmann, dessen hervorragende Scharnhorst-Biographie ein unerläßliches Quellenwerk darstellt, Mehring denselben Gegenstand vor 15 Jahren schon unvergleichlich gründlicher und umfassender, klarer und konsequenter behandelt hat – allerdings vom Standpunkt des Marxismus und nicht mit dem allzu aufdringlich hervortretenden Zweck, den Rüstungsplänen des neuen deutschen Imperialismus ein für die Gegenwart zurechtgestutztes „Ideal“ zu liefern, dessen anachronistischer Zug trotz alledem nicht wegzutilgen ist.

Noch in seinen letzten Lebensjahren befaßte sich Mehring, durch den Weltkrieg angeregt, mit kriegswissenschaftlichen Fragen und schrieb für die „Neue Zeit“ (1914/15) einige Aufsatzreihen „Kriegsgeschichtliche Streifzüge“, „Kriegsgeschichtliche Probleme“ und „Vom Wesen des Krieges“. Das waren seine letzten Beiträge in der einst international führenden marxistischen Zeitschrift.

*

[78] Auf dem Gebiet der marxistischen Literaturgeschichte und Kritik hat Mehring vor allem zwei Werke von bleibendem Wert hinterlassen: die „Lessing-Legende“ und eine kleine Schiller-Biographie, die 1905 zum hundertsten Todestage Schillers erschien. Eine Fülle von literaturgeschichtlichen und kritischen Aufsätzen und Abhandlungen, die in ihrer Gesamtheit einen lebendigen Durchschnitt durch die Entwicklung der deutschen Literatur seit den 70er Jahren geben, harren, versteckt in den dickleibigen Bänden der „Neuen Zeit“, des Tages, wo sie wieder ans Licht gezogen werden, um einen unerschöpflichen Schatz von geistreichen Anregungen und tiefdurchdachten Gedanken auszustreuen.

Franz Mehring faßte den Marxismus nie, wie etwa Kautsky, bestenfalls als ein methodologisches Prinzip auf, sondern in seiner Totalität als eine geschlossene „Weltanschauung“, die sein ganzes Leben und Kämpfen beherrschte und lenkte. So war er auch auf dem Gebiete der Philosophie ein orthodoxer Marxist, der alle Versuche, den Marxismus mit Kant, Mach oder Dietzgen zu verkuppeln oder zu „ergänzen“, stets mit unversöhnlicher Schärfe bekämpfte und in zahlreichen formvollendeten sind tiefschürfenden Aufsätzen die Geschichte der Philosophie vom Standpunkt des dialektischen Materialismus beleuchtete.

Wenn die deutsche Sozialdemokratie vor dem Kriege in theoretischer Hinsicht die führende Partei der Internationale war, so hat sie das in erster Linie Franz Mehring zu verdanken. Er war der unermüdliche Pionier und Propagandist des revolutionären Marxismus. Er enträtselte den deutschen Arbeitern durch die mustergültige praktische Anwendung das Geheimnis des historischen Materialismus und vertiefte das Studium des Marxismus in der gesamten Internationale durch seine Ausgabe des Nachlasses von Marx und Engels, die heute zwar durch wichtige Arbeiten unserer Altmeister zu ergänzen wäre, aber darum ihren unersetzlichen Wert nicht im geringsten verliert.

Wie der Kämpfer und Lehrer, Forscher und Propagandist Mehring aus einem Guß war, so auch seine Sprache, die ihn zum ersten deutschen Schriftsteller seiner Zeit machte, obwohl die bürgerliche Literaturgeschichte seinen Namen nicht kennt. Seine Sprache ist die Sprache eines Kämpfers: kraftvoll, bestimmt, klar, von einem stürmischen, lebendigen Schwung. An ihm selbst schien sich bereits zu bewahrheiten, was er einmal über die deutsche Sprache gesagt hat:

„Die deutsche Sprache hat keine andere Zuflucht mehr als das deutsche Proletariat, und sie wird in demselben Maße genesen, in dem die proletarische Bewegung fortschreitet. Vom Kapitalismus hat sie nichts zu erwarten

als wachsende Zerstörung. Solange er lebt, wird er fortfahren, sie zu zerrütten, und dagegen ist kein Kraut gewachsen."

*

Am Tage nach Franz Mehrings Tode brachte der „Vorwärts" einen infamen, von blindwütigem Haß überschäumenden „Nachruf". Es hieß darin u. a.:

„(Mehring) hat eigentlich nie zu den führenden Persönlichkeiten der Partei gehört. Dazu fehlte ihm die Stetigkeit der Ziele, der Blick für politische Situationen, die intuitive Erkenntnis des augenblicklich Notwendigen. Dieser Revolutionär war zu sehr historisch gebunden, zu sehr darauf eingestellt, in der Vergangenheit Parallelen zu suchen, als daß er den stürmenden Pulsschlag seiner Zeit erfassen konnte."

[79] Gerade das, was das Zentralorgan der Noske-Partei Franz Mehring abspricht, besaß er in hervorragendem Maße, und was es ihm als Mangel anrechnet, war seine besondere Stärke. Freilich verstand er unter „Stetigkeit der Ziele" nicht den Kurs auf das Hineinwachsen in den Kapitalismus, sein „Blick für politische Situationen" bewährte sich nicht in der Suche nach Gelegenheiten zu parlamentarischen Kulissengeschäften mit der Bourgeoisie auf Kosten der Arbeiterschaft; was er mit intuitiver Sicherheit als das „augenblicklich Notwendige" erkannte, war niemals Burgfrieden und Koalition, sondern stets der unerbittliche proletarische Klassenkampf gegen die Bourgeoisie, gegen den Opportunismus und gegen die Giftblüten des zentristischen Sumpfes.

Dieser konsequente marxistische Standpunkt und die gründliche Kenntnis der Geschichte, die ihn in allen Situationen sicher leitete und aus deren reichhaltigem Material er die wuchtigsten Waffen schmiedete – das machte die Größe und Kraft des revolutionären Führers Mehring aus.

Und das ist zugleich das Vermächtnis, das er der deutschen Arbeiterklasse und uns Kommunisten hinterließ: der tiefe und lebendige historische Sinn, der feurige Kampfgeist, der nie erlahmt, das treue, harte, unerbittliche Festhalten an den Grundsätzen des revolutionären Marxismus und der schonungslose und unversöhnliche Kampf gegen jeden Versuch, diese Grundsätze zu verwässern oder zu verfälschen, den revolutionären Klassenkampf durch Koalitionspolitik und Reformismus zu ersetzen, vor allem aber gegen jeden Versuch, durch die revolutionäre Phrase dem Opportunismus den Rücken zu decken.

*

## Über den Staat

Von W. I. Lenin.

Der Vortrag W. I. Lenins, den wir nachstehend veröffentlichen, ein Muster populärer Darstellung der sehr schwierigen und komplizierten Frage des Staates, wurde am 11. Juli 1919 in der Zentralschule für Sowjetfunktionäre (so hieß damals die Swerdlow-Universität) gehalten. Lenin hatte, wie aus seinen eigenen Worten hervorgeht, die Absicht, sich nicht auf einen Vortrag zu beschränken. Dieser erste Vortrag blieb jedoch der einzige und wurde nicht fortgesetzt.

Die Ueberschrift, die dem Vortrag hier gegeben ist, entspricht durchaus seinem Inhalt, auf dem Original des Stenogramms steht jedoch die Ueberschrift: Staatsrecht. Anscheinend war dies das Thema des vorgesehenen Vortragszyklus. In Anbetracht dessen, daß Lenin in diesem ersten Vortrag nur über den Staat spricht und Fragen des Rechts gar nicht berührt, hielten wir es für angezeigt, die Ueberschrift entsprechend zu ändern.

Wir geben hier vollständig den auf einer Schreibmaschine geschriebenen Stenogrammtext wieder. Das Stenogramm wurde vom Autor nicht korrigiert. Es ist sorgfältig gemacht und enthält, wie es scheint, keine ernsten Irrtümer. Zu korrigieren gab es lediglich einige offenkundige Schreibfehler. Nur ganz am Schluß des Vortrages scheint bei der Aufzeichnung eine Ungenauigkeit unterlaufen zu sein. Dort heißt es nämlich, „diese Maschine (des Staates) werden wir in die Hand jener Klasse nehmen, die die Macht des Kapitals stürzen muß". Hierzu muß der sehr wichtige Hinweis hinzugefügt werden, daß das Proletariat den Apparat des bürgerlichen [80] Staates nicht einfach in Besitz nimmt, sondern es muß ihn zerbrechen und an seiner Stelle einen neuen Apparat schaffen. In seinem Buch „Staat und Revolution" hat dies Lenin eingehend auseinandergesetzt.

Das Lenin-Institut.

Genossen, Gegenstand unserer heutigen Unterhaltung nach dem gefaßten und mir mitgeteilten Plan ist die Frage des Staates. Ich weiß nicht, inwieweit Sie mit dieser Frage schon vertraut sind. Wenn ich nicht irre, haben Ihre Kurse erst begonnen, und Sie haben das erstemal Gelegenheit, systematisch an diese Frage heranzutreten. Wenn dies der Fall ist, so ist es sehr wohl möglich, daß mir im ersten Vortrag über diese schwierige Frage nicht gelingen wird, für viele Zuhörer die genügende Klarheit und Verständlichkeit der Darstellung zu erzielen. Sollte dies der Fall sein, so bitte ich Sie, sich dadurch nicht beirren zu lassen, da die Frage des Staates eine der kompliziertesten, der schwierigsten ist, und sie ist von den bürgerlichen Gelehrten, Schriftstellern und Philosophen wohl am meisten verwirrt worden. Man soll deshalb niemals erwarten, daß es möglich sei, in einer kurzen Unterhaltung, mit einem Male die völlige Klärung dieser Frage zu erreichen. Nach der ersten Unterhaltung darüber soll man sich die unverständlichen oder unklaren Stellen notieren, um ein zweites, drittes und viertes Mal zu ihnen zurückzukehren, um das, was unverständlich blieb, später zu ergänzen und weiter zu klären, durch Lektüre sowohl wie durch besondere Vorträge und Unterhaltungen.

Ich hoffe, daß es uns gelingen wird, noch einmal zusammenzukommen, und dann könnte man über alle ergänzenden Fragen die Meinungen austauschen und, was noch unklar geblieben sein sollte, überprüfen. Ich hoffe auch, daß Sie in Ergänzung zu den Unterhaltungen und Vorträgen eine gewisse Zeit der Lektüre wenigstens einiger der wichtigsten Werke von Marx und Engels widmen werden. Sicher werden Sie im Literaturverzeichnis und in den Lehrbüchern, die den Teilnehmern der Sowjet- und Parteischule in der Bibliothek, die Sie haben, zur Verfügung stehen, diese Hauptwerke finden, und wenn auch die Schwierigkeit der Darstellung vielleicht den einen oder anderen abschrecken wird, so muß wiederum gesagt werden, daß man sich dadurch nicht beirren lassen soll, daß das, was einem das erstemal beim Lesen unverständlich ist, beim zweitenmal oder wenn Sie später an die Frage von einer etwas anderen Seite herantreten werden, verständlich sein wird, denn, ich wiederhole nochmals, die Frage ist so kompliziert und von den bürgerlichen Gelehrten und Schriftstellern so verwirrt worden, daß jeder Mensch, der sie ernsthaft durchdenken und selbständig aneignen will, an diese Frage mehrere Male herangehen muß, daß er immer wieder zu ihr zurückkehren und die Frage von verschiedenen Seiten überlegen muß, um eine klare und feste Auffassung zu erlangen. Und die Rückkehr zu dieser Frage wird um so leichter sein, als es sich um eine so fundamentale, so grundlegende Frage der ganzen Politik handelt, daß Sie nicht nur in einer so stürmischen revolutionären Zeit, wie die jetzt von uns durchlebte, sondern selbst in den friedlichsten Zeiten tagtäglich in einer beliebigen Zeitung bei Behandlung irgendeiner ökonomischen oder politischen Frage stets auf die Frage stoßen: was ist der Staat, worin besteht sein Wesen, worin liegt seine Bedeutung, und wie ist die Stellung unserer Partei, der Partei, die für den Sturz des Kapitalismus kämpft, der Partei der Kommunisten – wie ist ihre Stellung zum Staat –, Sie werden jeden Tag aus dem einen oder anderen Anlaß auf diese Frage zurückkommen. Und das wichtigste ist, daß Sie aus Ihrer ganzen Lektüre, aus all den Unterhaltungen und Vorträgen. die Sie über den Staat hören werden, daß Sie daraus die Fähigkeit gewinnen, selbständig an diese Frage heranzu-[81]gehen, da diese Frage Ihnen aus den verschiedenartigsten Anlässen, aus jeder kleinen Frage, in so unerwarteten Kombinationen, in Unterhaltungen und Diskussionen mit den Gegnern entgegentreten wird – erst dann, wenn Sie gelernt haben, sich selbständig in dieser Frage zurechtzufinden, erst dann können Sie sich in Ihren Ueberzeugungen für genügend gefeit halten und sie mit genügendem Erfolg, wann und gegen wen es auch sei, verteidigen.

Nach diesen kurzen Bemerkungen will ich zur Frage selbst übergehen, was der Staat ist, wie er entstanden ist und wie im wesentlichen die Stellung der Partei der Arbeiterklasse, die für die vollständige Niederwerfung des Kapitalismus kämpft, der Partei der Kommunisten, zum Staat sein muß.

Ich habe bereits davon gesprochen, daß kaum eine andere Frage zu finden ist, die von den Vertretern der bürgerlichen Wissenschaft, der bürgerlichen Philosophie, Juristerei, der politischen Wissenschaft, der Publizistik, mit und ohne Absicht so sehr verwirrt worden ist. Sehr oft wird bis auf den heutigen Tag diese Frage mit den religiösen Fragen vermengt, nicht nur die Vertreter religiöser Lehren (von diesen ist natürlich nichts anderes zu erwarten), sondern selbst Leute, die sich für frei von religiösen Vorurteilen halten, vermengen sehr oft die spezielle Frage des Staates mit den Fragen der Religion und versuchen sehr oft mit einer ideologischen philosophischen Begründung eine komplizierte Lehre

zu konstruieren, daß der Staat etwas Göttliches, etwas Uebernatürliches sei, daß er eine gewisse Kraft sei, mit der die Menschheit gelebt habe, und die den Menschen etwas gebe oder zu geben habe, etwas nicht vom Menschen, sondern ihm von außen her Gegebenes mit sich trage – daß dies eine Kraft göttlichen Ursprungs sei. Und man muß sagen, diese Lehre ist so eng mit den Interessen der ausbeutenden Klassen, der Grundbesitzer und Kapitalisten, verbunden, sie dient so sehr ihren Interessen, hat so tief alle Gewohnheiten, alle Ansichten, die gesamte Wissenschaft der Herren bürgerlichen Vertreter durchdrungen, daß Reste dieser Lehre Ihnen auf Schritt und Tritt entgegentreten, bis zur Auffassung des Staates bei den Menschewiki und den Sozialrevolutionären, die mit Entrüstung den Gedanken von sich weisen, daß sie in religiösen Vorurteilen befangen seien, und überzeugt sind, daß sie den Staat nüchtern betrachten können. Diese Frage ist deshalb so verworren und kompliziert, weil sie (darin nur den Grundlagen der ökonomischen Wissenschaft nachstehend) die Interessen der Klassen mehr berühren als irgendeine andere Frage. Die Staatslehre dient als Rechtfertigung der gesellschaftlichen Vorrechte, als Rechtfertigung für das Bestehen der Ausbeutung, als Rechtfertigung für das Bestehen des Kapitalismus – aus diesem Grunde ist es der größte Fehler, in dieser Frage Unparteilichkeit zu erwarten, in dieser Frage an die Sache so heranzugehen, als ob die Leute, die auf Wissenschaftlichkeit Anspruch erheben, hierbei den Standpunkt der reinen Wissenschaft bieten könnten. In der Frage des Staates, in der Staatslehre, in der Staatstheorie werden Sie stets sehen, wenn Sie sich mit der Frage vertraut machen und genügend in sie eindringen, Sie werden da stets den Kampf der verschiedenen Klassen untereinander sehen, einen Kampf, der sich widerspiegelt oder Ausdruck findet im Kampfe der Auffassungen über den Staat, in der Einschätzung der Rolle und der Bedeutung des Staates.

Um an diese Frage möglichst wissenschaftlich heranzutreten, muß man wenigstens einen flüchtigen Blick darauf werfen, wie der Staat entstanden ist und wie er sich entwickelt hat. Das Zuverlässigste in einer Frage der Gesellschaftswissenschaft, das notwendig ist, um wirklich die Fertigkeit zu erlangen, an diese Frage richtig heranzugehen und sich nicht in der Masse von Kleinigkeiten oder in der ungeheuren Mannigfaltigkeit der [82] widerstreitenden Meinungen zu verlieren – das wichtigste, um an diese Frage vom wissenschaftlichen Standpunkt heranzutreten –, ist, den grundlegenden historischen Zusammenhang nicht zu vergessen, jede Frage von dem Standpunkt aus zu betrachten, wie eine gewisse Erscheinung in der Geschichte entstanden ist, welche Hauptetappen in ihrer Entwicklung diese Erscheinung durchgemacht hat, und vom Standpunkt dieser Entwicklung zu sehen, was das betreffende Ding jetzt geworden ist.

Ueber die Frage des Staates hoffe ich, daß Sie sich mit der Schrift von Engels „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“ vertraut machen werden. Es ist eines der grundlegenden Werke des modernen Sozialismus, in dem man zu jedem Satz Vertrauen haben kann, Vertrauen, daß jeder Satz nicht aufs Geratewohl ausgesprochen, sondern auf Grund eines ungeheuren geschichtlichen und politischen Materials niedergeschrieben ist. Es besteht kein Zweifel, daß in diesem Werke nicht alle Teile gleichmäßig zugänglich, verständlich dargelegt sind: manche setzen schon einen Menschen voraus, der über gewisse historische und ökonomische Kenntnisse verfügt. Aber wiederum muß ich sagen: man soll sich nicht beirren lassen, daß dieses Werk beim Durchlesen nicht sogleich verstanden wird. Das gibt es fast bei keinem Menschen. Aber beim späteren Zurückgreifen darauf, wenn das Interesse erwacht sein wird, werden Sie erreichen, daß Sie es, wenn auch nicht alles vollständig, zum überwiegenden Teil verstehen werden. Ich erwähne diese Geschichte deshalb, weil sie zeigt, wie man an die Frage richtig heranzugehen hat. Diese Schrift beginnt mit einem geschichtlichen Abriß, wie der Staat entstanden ist.

Um richtig an diese Frage heranzugehen, wie an jede Frage, wie z. B. au die Frage der Entstehung des Kapitalismus, der Ausbeutung unter den Menschen, an den Sozialismus, daran, wie der Sozialismus entstanden ist, welche Bedingungen ihn erzeugt haben – an jede solche Frage kann man solide, mit Sicherheit erst herangehen, wenn man einen historischen Blick auf ihre Entwicklung im ganzen geworfen hat. In dieser Frage muß vor allem die Aufmerksamkeit darauf gelenkt werden, daß es nicht immer einen Staat gegeben hat. Es gab eine Zeit, wo kein Staat vorhanden war. Der Staat erscheint dort und dann, wo die Teilung der Gesellschaft in Klassen erscheint, wo Ausbeuter und Ausgebeutete erscheinen.

Bis zu der Zeit, wo die erste Form der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die erste Form der Teilung in Klassen – Sklavenhalter und Sklaven – entstanden ist, bis zu jener Zeit existierte noch die patriarchalische, oder wie man sie mitunter nennt, die Klanfamilie (Klan – Geschlecht, Stamm, wo die Menschen in Stämmen, Geschlechtern lebten), und die Spuren dieser Urzeiten in der Lebensart vieler Urvölker sind deutlich genug zurückgeblieben, und wenn Sie irgendein Werk über die Urkultur in die Hand nehmen – stets werden Sie auf eine mehr oder weniger bestimmte Beschreibung und auf Hinweise, Erwähnungen stoßen, daß es eine Zeit gegeben habe, die mehr oder weniger dem Urkommunismus ähnlich war, wo es eine Teilung der Gesellschaft in Sklavenhalter und Sklaven nicht gab. Und dann gab es auch keinen Staat, es gab keinen besonderen Apparat zur systematischen Gewaltanwendung und Unterordnung der Menschen unter die Gewalt. Ein solcher Apparat nennt sich eben Staat.

In der Urgesellschaft, als die Menschen in kleinen Stämmen lebten, als sie sich noch auf den niedrigsten Stufen der Entwicklung befanden, in einem Zustand, der der Wildheit nahe war, in der Epoche, von der die heutige zivilisierte Menschheit durch mehrere Jahrtausende getrennt ist – in jener Zeit sind keine Anzeichen für das Bestehen des Staates zu sehen. Wir sehen [83] die Herrschaft der Sitte, die Autorität, Achtung, Macht, deren sich die Stammesältesten erfreuten, wir sehen, daß diese Macht mitunter Frauen innehatten – die Lage der Frau sah damals anders aus als die rechtlose, unterdrückte Lage von heute –, aber wir sehen nirgends eine besondere Kategorie von Menschen, die sich aussondern, um die anderen zu regieren und im Interesse und zwecks des Regierens systematisch, dauernd einen gewissen Zwangsapparat besitzen, einen Apparat der Gewalt, wie ihn heute, das verstehen alle, die bewaffneten Formationen des Militärs, die Gefängnisse und andere Mittel der Unterwerfung des fremden Willens unter die Gewalt darstellen – das, was das Wesen des Staates ausmacht.

Wenn wir von den sogenannten religiösen Lehren, Pfiffigkeiten, philosophischen Konstruktionen, von jenen mannigfachen Meinungen, die die bürgerlichen Gelehrten konstruieren, absehen und nach dem wahren Wesen der Sache forschen, so werden wir sehen, daß der Staat sich gerade auf einen solchen aus der menschlichen Gesellschaft ausgesonderten Regierungsapparat reduziert. Wenn eine solche besondere Gruppe von Menschen erscheint, die nur damit beschäftigt ist, zu regieren und die zum Regieren einen besonderen Apparat des Zwanges, der Unterwerfung des fremden Willens unter die Gewalt benötigt – Gefängnisse, besondere Formationen von Menschen, Militär usw. –, dann haben wir den Staat.

Es gab jedoch eine Zeit, wo kein Staat vorhanden war, wo der allgemeine Zusammenhang, die Gesellschaft selbst, die Disziplin, die Arbeitsordnung aufrechterhalten wurde durch die Macht der Gewohnheit, der Traditionen, durch die Autorität oder die Achtung, die die Aeltesten des Stammes oder die Frauen genossen haben, die zu jener Zeit oft nicht nur mit den Männern gleichberechtigt waren, sondern nicht selten sogar eine höhere Stellung einnahmen, und wo es eine besondere Kategorie von Menschen – Spezialisten, um zu regieren – nicht gab. Die Geschichte zeigt, daß der Staat als besonderer Zwangsapparat der Menschen nur dort und dann entstand, wo die Teilung der Gesellschaft in Klassen in Erscheinung trat – also eine Teilung in solche Gruppen von Menschen, von denen die einen ständig die Arbeit der anderen sich aneignen können, wo der eine den andern ausbeutet.

Und diese geschichtliche Teilung der Gesellschaft in Klassen müssen wir als grundlegende Tatsache stets klar vor Augen haben; die Tatsachen der Entwicklung aller menschlichen Gesellschaften im Verlaufe von Jahrtausenden in allen Ländern ohne Ausnahme zeigen uns die allgemeine Gesetzmäßigkeit, Regelmäßigkeit, die Aufeinanderfolge dieser Entwicklung derart, daß wir zuerst eine klassenlose Gesellschaft haben – die ursprüngliche patriarchalische Urgesellschaft, in der es keine Aristokraten gab; dann haben wir eine Gesellschaft, die auf Sklaverei beruht, eine Gesellschaft der Sklavenhalter. Das ganze moderne zivilisierte Europa hat es durchgemacht – vor zehntausend Jahren war die Sklaverei durchaus herrschend. Auch die übergroße Mehrzahl der Völker der übrigen Weltteile hat es durchgemacht. Bei den am wenigsten entwickelten Völkern sind Spuren der Sklaverei auch jetzt noch vorhanden, und man wird Institutionen der Sklaverei, z. B. in Afrika, auch heute finden. Sklavenhalter und Sklaven – das ist die erste große Klassenteilung. Erstere Gruppe besaß nicht nur alle Produktionsmittel, den Grund und Boden, die Werkzeuge, mögen diese damals noch so schwach und primitiv gewesen sein – sie besaß auch die Menschen. Diese Gruppe nannte sich Sklavenhalter, jene aber, die arbeiteten und Arbeit für die anderen verrichteten, nannten sich Sklaven.

Auf diese Form folgte geschichtlich eine andere Form – der Feudalismus. Die Sklaverei verwandelte sich in der übergroßen Mehrzahl der Länder [84] in ihrer Entwicklung in die Leibeigenschaft. Die grundlegende Teilung der Gesellschaft ist – feudale Grundherren und leibeigene Bauern. Die Form der Beziehungen zwischen ihnen änderte sich. Die Sklavenhalter betrachteten die Sklaven als ihr Eigentum, das Gesetz bekräftigte diese Auffassung und betrachtete die Sklaven als Sache, die sich vollkommen im Besitz des Sklavenhalters befand. Gegenüber dem leibeigenen Bauern blieb die Klassenunterdrückung, die Abhängigkeit bestehen, aber der feudale Grundherr galt nicht als Besitzer des Bauern als Sache, er hatte lediglich ein Anrecht auf seine Arbeit und konnte ihn zur Leistung einer bestimmten Dienstpflicht zwingen. In der Praxis unterschied sich, wie Sie alle wissen, die Leibeigenschaft, besonders in Rußland, wo sie sich am längsten gehalten und die rohesten Formen angenommen hatte, in nichts von der Sklaverei.

Ferner, in der feudalen Gesellschaft entstand in dem Maße, wie sich der Handel entwickelte, wie ein Weltmarkt entstand, in dem Maße, wie die Geldzirkulation sich entwickelte, eine neue Klasse – die Klasse der Kapitalisten. Mit der Ware, mit dem Warenaustausch, mit dem Entstehen der Macht des Geldes entstand die Macht des Kapitals. Während des 18. Jahrhunderts, seit Ende des 18. Jahrhunderts, während des 19. Jahrhunderts vollzogen sich Revolutionen in der ganzen Welt. Der Feudalismus wurde aus allen Ländern Westeuropas verdrängt. Später als in allen Ländern geschah dies in Rußland. In Rußland erfolgte 1861 gleichfalls eine Umwälzung, deren Folge die Ablösung der einen Gesellschaftsform durch eine andere war – an Stelle der Leibeigenschaft trat der Kapitalismus, wobei die Teilung in Klassen bestehen blieb, verschiedene Spuren und Ueberbleibsel der Leibeigenschaft bestehen blieben, aber im wesentlichen die Klassenteilung eine andere Form erhielt.

Die Kapitalbesitzer, die Grundbesitzer, die Fabrikbesitzer stellten und stellen in allen kapitalistischen Staaten eine verschwindende Minderheit der Bevölkerung dar, die über die gesamte Arbeit des Volkes vollständig verfügt und somit die ganze Masse der Arbeiter, von denen die meisten Proletarier. Lohnarbeiter sind, die im Produktionsprozeß den Lebensunterhalt nur durch den Verkauf ihrer Arbeitshände erwerben, in ihrer Verfügungsgewalt, in Unterdrückung hält und sie ausbeutet. Die Arbeitskräfte, die in den meisten Fällen – und die Bauernschaft stets – schon zur Zeit des Feudalismus, zersplittert und niedergedrückt waren, verwandelten sich mit dem Uebergang zum Kapitalismus teils – die Mehrzahl – in Proletarier, teils – die Minderheit – in wohlhabende Bauern, die selbst Arbeiter mieteten und die Dorfbourgeoisie darstellten.

Diese grundlegende Tatsache des Uebergangs der Gesellschaft von den Urformen der Sklaverei zum Feudalismus und schließlich zum Kapitalismus müssen Sie stets im Auge behalten, denn nur wenn man in diesen grundlegenden Rahmen alle politischen Lehren hineinstellt, ist man imstande, diese Lehren richtig einzuschätzen und zu verstehen, worauf sie sich beziehen, denn jede dieser großen Perioden der menschlichen Geschichte – die der Sklaverei, des Feudalismus und des Kapitalismus – umfaßt Tausende und Zehntausende von Jahren und bietet eine Masse politischer Formen, verschiedenartiger politischer Lehren, Meinungen, Revolutionen – und man kann sich in all dieser außerordentlichen Buntheit und ungeheuren Mannigfaltigkeit, die besonders mit den politischen, philosophischen und anderen Lehren der bürgerliehen Gelehrten und Politiker verbunden ist, nur in dem Falle zurechtfinden, wenn man sich fest an die Formveränderungen der Klassenherrschaft als leitender Richtschnur dieser Teilung der Gesellschaft in Klassen hält, und von [85] diesem Standpunkt aus alle gesellschaftlichen Fragen, die ökonomischen, politischen, geistigen, religiösen usw., untersucht.

Wenn Sie vom Standpunkt dieser grundlegenden Teilung den Staat betrachten, so werden Sie sehen, daß vor der Spaltung der Gesellschaft in Klassen es auch, wie ich schon sagte, keinen Staat gab. In dem Maße, wie die gesellschaftliche Spaltung in Klassen entsteht und sich befestigt, im selben Maße entsteht und befestigt sich der Staat. Wir haben in der Geschichte der Menschheit Dutzende und Hunderte von Ländern, die Sklaverei, Feudalismus und Kapitalismus durchgemacht haben und durchmachen. In jedem von ihnen sehen Sie trotz der gewaltigen historischen Veränderungen, die vorgekommen sind, trotz aller politischen Peripetien und aller Revolutionen, die mit dieser Entwicklung der Menschheit verbunden waren, mit dem Uebergang von der Sklaverei über den Feudalismus zum Kapitalismus und zum jetzigen Weltkampf gegen den Kapitalismus – Sie sehen stets die Entwicklung

des Staates. Der Staat war immer ein gewisser Apparat, der sich aus der Gesellschaft absonderte und aus Gruppen von Menschen bestand, die sich nur damit oder fast nur damit oder hauptsächlich damit beschäftigten, zu regieren. Die Menschen teilen sich in Spezialisten des Regierens und in Regierte. In solche, die sich über die Gesellschaft erheben und die man Regierende, Vertreter des Staates nennt. Dieser Apparat – diese Menschengruppe, die die andern regiert, reißt an sich einen gewissen Apparat des Zwanges, der physischen Gewalt – gleichviel, ob sich diese Gewalt über die Menschen wie in der Urzeit im Knüttel oder wie in der Epoche der Sklaverei in einer mehr vervollkommneten Art der Bewaffnung oder in der Feuerwaffe, die im Mittelalter aufkam, oder schließlich in der modernen Bewaffnung, die im 20. Jahrhundert technische Wunder erzielt und ganz auf den letzten Wundern der modernen Technik beruht, äußert. Die Methoden der Gewalt haben sich geändert, aber immer, seitdem der Staat besteht, existierte in jeder Gesellschaft eine Gruppe von Personen, die regierten, die kommandierten, die herrschten und zur Aufrechterhaltung der Macht einen Apparat des physischen Zwanges, einen Apparat der Gewalt in Händen hatten, einen Apparat jener Bewaffnung, die dem technischen Stand jeder Epoche entsprach. Und erst wenn wir diese allgemeinen Erscheinungen näher betrachten, wenn wir uns die Frage vorlegen, warum es keinen Staat gegeben hat, als es keine Klassen gab, als es keine Ausbeuter und Ausgebeuteten gab, und warum er mit dem Entstehen der Klassen entstanden ist – erst so finden wir eine bestimmte Antwort auf die Frage nach dem Wesen des Staates und seiner Bedeutung.

Der Staat ist eine Maschine zur Aufrechterhaltung der Herrschaft einer Klasse über eine andere. Als es in der Gesellschaft keine Klassen gab, als die Menschen bis zur Epoche der Sklaverei unter den urzeitlichen Bedingungen einer größeren Gleichheit, einer noch ganz niedrigen Arbeitsproduktivität arbeiteten, als der urzeitliche Mensch sich mühselig die zur primitivsten urzeitlichen Existenz notwendigen Mittel verschaffte, entstand keine und konnte auch keine besondere Gruppe von Menschen entstehen, die sich zur Leitung aussonderten und über die ganze übrige Gesellschaft herrschten. Erst als die erste Form der Teilung der Gesellschaft in Klassen, als die Sklaverei aufkam, als es einer gewissen Klasse von Menschen, die sich auf die gröbsten Formen der landwirtschaftlichen Arbeit konzentrierten, möglich wurde, einen gewissen Ueberschuß zu produzieren, als dieser Ueberschuß für die notdürftigste Existenz des Sklaven nicht mehr absolut notwendig war und in die Hände des Sklavenhalters fiel, als sich so das Bestehen dieser [86] Klasse von Sklavenhaltern festigte – und um es zu festigen –, wurde das Erscheinen des Staates eine Notwendigkeit.

Und er erschien – der Staat der Sklavenhalter –, der Apparat, der dem Sklavenhalter die Macht und die Möglichkeit in die Hand gab, alle Sklaven zu beherrschen. Sowohl die Gesellschaft als auch der Staat waren damals bedeutend kleiner als jetzt, verfügten über einen unvergleichlich schwächeren Verbindungsapparat, denn es gab damals die heutigen Verkehrsmittel noch nicht. Berge, Flüsse und Meere waren ungleich größere Hindernisse als jetzt, und die Bildung des Staates vollzog sich in viel engeren geographischen Grenzen. Der technisch schwache Staatsapparat diente einem Staate, der sich auf verhältnismäßig enge Grenzen und einen engen Wirkungskreis erstreckte. Es fehlte der Apparat, der die Sklaven gezwungen hätte, in der Sklaverei zu bleiben, der einen Teil der Gesellschaft im Zwange, in der Unterdrückung des anderen gehalten hätte. Man kann nicht den überwiegenden Teil der Gesellschaft zur systematischen Arbeit für den anderen Teil zwingen ohne einen ständigen Apparat des Zwanges. Solange es keine Klassen gab, gab es keinen solchen Apparat. Als die Klassen erschienen, erschien mit dem Wachstum und der Festigung dieser Teilung stets und überall eine besondere Institution – der Staat. Die Staatsformen waren außerordentlich verschiedenartig. Zur Zeit der Sklaverei in den damals fortgeschrittensten, kulturellsten und zivilisiertesten Ländern, z. B. im antiken Griechenland und in Rom, die beide ganz auf der Sklaverei beruhten, sehen wir schon verschiedene Staatsformen. Schon damals entsteht der Unterschied zwischen Monarchie und Republik, zwischen Aristokratie und Demokratie. Die Monarchie als Herrschaft eines Einzelnen, die Republik mit dem Fehlen jedweder nicht gewählten Macht; die Aristokratie als Herrschaft einer verhältnismäßig kleinen Minderheit, die Demokratie als Volksherrschaft (Demokratie heißt aus dem Griechischen wörtlich übersetzt: Volksherrschaft). Diese Unterschiede entstanden in der Epoche der Sklaverei. Trotz dieser Unterschiede war der Staat in der Epoche der Sklaverei ein Sklavenhalterstaat, ganz gleich, ob er eine Monarchie, ob er eine aristokratische oder demokratische Republik war.

In jedem Kursus über die Geschichte des Altertums, wenn Sie einen Vortrag über diesen Gegenstand anhören, werden Sie von dem Kampf hören, der zwischen den monarchischen und republikanischen Staaten geführt wurde; das Grundlegende aber war, daß die Sklaven nicht als Menschen betrachtet wurden; nicht nur nicht als Bürger, sie galten auch nicht als Menschen. Das römische Recht betrachtete sie als Sache. Das Mordgesetz, um gar nicht erst von anderen Gesetzen zum Schutze der menschlichen Person zu sprechen, galt nicht für Sklaven, es schützte nur die Sklavenhalter, die allein als vollberechtigte Bürger anerkannt wurden. Wurde nun eine Monarchie geschaffen, so war es eine Monarchie der Sklavenhalter; entstand eine Republik, so war es eine Republik der Sklavenhalter, in der diese sich aller Rechte erfreuten, während die Sklaven laut Gesetz Sachen waren, so daß nicht allein jede beliebige Mißhandlung, sondern selbst die Ermordung eines Sklaven nicht als Verbrechen galt.

Die Republiken der Sklavenhalter unterschieden sich ihrer inneren Organisation nach in aristokratische und demokratische Republiken. In der aristokratischen Republik nahm eine kleine Zahl von Privilegierten an den Wahlen teil, in der demokratischen nahmen alle daran teil, aber wiederum alle Sklavenhalter, alle, außer den Sklaven. Diesen grundlegenden Umstand muß man im Auge behalten, da er die Frage des Staates am meisten erhellt und das Wesen des Staates deutlich zeigt.

[87] Der Staat ist eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere, eine Maschine, mit der eine Klasse die übrigen unterworfenen Klassen in Gehorsam hält. Die Form der Maschine kann verschieden sein: im Sklavenhalterstaat haben wir die aristokratische Republik oder sogar die demokratische Republik, und in der Tat waren die Regierungsformen überaus mannigfaltig, während das Wesen der Sache das gleiche blieb: die Sklaven hatten keine Rechte und blieben eine unterdrückte Klasse, sie galten nicht als Menschen. Das gleiche sehen wir im Feudalstaat.

Der Wechsel in den Formen der Ausbeutung verwandelte den Sklavenhalterstaat in den Feudalstaat. Das war von ungeheurer Bedeutung. In der Gesellschaft der Sklaverei herrscht völlige Rechtlosigkeit des Sklaven, er gilt nicht als Mensch; in der feudalen Gesellschaft herrscht das Gebundensein des Bauern an die Scholle. Das Hauptmerkmal der Leibeigenschaft (Hörigkeit) ist, daß die Bauernschaft (und damals bildeten die Bauern die Mehrheit, die Stadtbevölkerung war äußerst schwach entwickelt) an den Boden gefesselt war, woraus auch der Begriff selbst – Leibeigenschaft oder Hörigkeit – hervorging[*)]. Der Bauer durfte eine bestimmte Zahl von Tagen für sich selbst auf dem Acker arbeiten, den ihm der Grundherr überließ; die übrige Zeit arbeitete der leibeigene Bauer für den Grundherrn. Das Wesen der Klassengesellschaft blieb bestehen: die Gesellschaft beruhte auf Klassenausbeutung. Vollberechtigt konnten nur die Grundherren sein, die Bauern galten als rechtlos. In der Praxis unterschied sich ihre Lage nur sehr wenig von der der Sklaven im Sklavenhalterstaat. Immerhin öffnete sich ihrer Befreiung, der Befreiung der Bauern, ein breiterer Weg, da der leibeigene Bauer nicht als unmittelbares Eigentum des Grundherrn galt. Er konnte einen Teil seiner Zeit auf seinem Acker zubringen, er konnte sozusagen bis zu einem gewissen Grade sich selbst gehören, und bei der größeren Entwicklungsmöglichkeit des Austausches und der Handelsbeziehungen zersetzte sich die Leibeigenschaft immer mehr und der Kreis der Befreiung der Bauernschaft erweiterte sich immer mehr. Die feudale Gesellschaft war stets komplizierter als die der Sklavenhalter. Es gab in ihr ein großes Element der Entwicklung des Handels, der Industrie, was schon damals zum Kapitalismus führte. Im Mittelalter herrschte die Leibeigenschaft vor. Auch hier waren die Staatsformen verschiedenartig. Auch hier gab es sowohl Monarchie wie Republik, wenn auch weniger ausgeprägt, aber immer galten einzig und allein die feudalen Grundherren als Herrschende. Die leibeigenen Bauern waren von allen politischen Rechten absolut ausgeschlossen.

Sowohl unter der Sklaverei wie unter dem Feudalismus kann die Herrschaft einer kleinen Minderheit über die ungeheure Mehrheit nicht ohne Zwang auskommen. Die ganze Geschichte ist voll vor, ununterbrochenen Versuchen der unterdrückten Klassen, die Knechtschaft abzuschütteln. Die Geschichte der Sklaverei kennt Kriege um die Befreiung von der Sklaverei, die viele Jahrzehnte dauerten. Nebenbei, den Namen „Spartakus“, den die deutschen Kommunisten jetzt angenommen haben –

[*)] Die russische Bezeichnung für Leibeigenschaft oder Hörigkeit – krepostnoje prawo – ist vom Wortstamm „krep“ abgeleitet, was Fesselung, festmachen bedeutet. *Die Redaktion*.

diese einzige große Partei, die wirklich gegen das Joch des Kapitalismus kämpft –, diesen Namen haben sie angenommen, weil Spartakus einer der hervorragendsten Helden eines der größten Sklavenaufstände vor ungefähr 2000 Jahren war, als das anscheinend allmächtige Römische Reich, das ganz auf Sklaverei beruhte, eine lange Reihe von Jahren hindurch erschüttert wurde durch die Schläge eines ungeheuren Aufstandes der Sklaven, die sich bewaffneten und unter der [88] Führung von Spartakus eine riesige Armee bildeten. Letzten Endes wurden sie aber niedergeschlagen, ergriffen und von den Sklavenhaltern gemartert. Diese Bürgerkriege ziehen sich durch die ganze Geschichte des Bestehens der Klassengesellschaft. Ich habe eben das Beispiel des größten solcher Bürgerkriege in der Epoche der Sklaverei angeführt. Die ganze Epoche des Feudalismus ist hauptsächlich erfüllt von ununterbrochenen Bauernaufständen. In Deutschland z. B. nahm dieser Kampf zwischen den beiden Klassen: Grundherren und Bauern im Mittelalter große Ausmaße an und verwandelte sich in den Bürgerkrieg der Bauern gegen die Grundherren. Sie alte kennen Beispiele ähnlicher wiederholter Aufstände des Bauern gegen die feudalen Grundherren auch in Rußland.

Zur Erhaltung seiner Herrschaft, zur Aufrechterhaltung der Macht, mußte der Grundherr einen Apparat haben, der ihm die ungeheure Zahl von Menschen in Botmäßigkeit zusammenfaßte, sie gewissen Gesetzen, Regeln unterwarf, und alle diese Gesetze liefen im Grunde auf das eine hinaus – die Macht der Grundherren über die leibeigenen Bauern aufrechtzuerhalten. Das war der Feudalstaat, der z. B. in Rußland oder in den ganz rückständigen asiatischen Ländern, wo der Feudalismus heute noch herrscht – in der Form verschieden – entweder republikanisch oder monarchisch war. War der Staat monarchisch, so wurde die Macht eines Einzelnen anerkannt; war er republikanisch, so wurde mehr oder weniger die Mitwirkung von Gewählten der Grundherrengesellschaft zugestanden – das in der feudalen Gesellschaft. Die feudale Gesellschaft stellte eine solche Teilung der Klassen dar, wo die ungeheure Mehrheit – die leibeigene Bauernschaft – sich in völliger Abhängigkeit von einer verschwindenden Minderheit – den Grundherren – befand, die den Grund und Boden besaßen.

Die Entwicklung des Handels, die Entwicklung des Warenaustausches führte zur Aussonderung einer neuen Klasse – der Kapitalisten. Das Kapital entstand gegen Ende des Mittelalters, als nach der Entdeckung Amerikas der Welthandel eine riesige Entwicklung erreichte, als die Menge der Edelmetalle zunahm, als Gold und Silber zu Gegenständen des Austausches wurden, als der Geldumlauf die Möglichkeit gab, ungeheure Reichtümer in einer Hand anzuhäufen. Silber und Gold wurde in der ganzen Welt als Reichtum anerkannt. Die wirtschaftlichen Kräfte der Grundherrenklasse sanken, und es entwickelte sich die Kraft der neuen Klasse – des Kapitals. Die Umgestaltung der Gesellschaft vollzog sich so, daß alle Bürger gewissermaßen gleichgestellt wurden, die frühere Teilung in Sklavenhalter und Sklaven fiel fort, alle galten vor dem Gesetz gleich, unabhängig davon, über welches Kapital der einzelne verfügte – ob er Grund und Boden als Privateigentum besaß oder ob er ein Habenichts war, der nichts als seine Arbeitshände hatte – alle sind vor dem Gesetz gleich. Das Gesetz schützt alle in der gleichen Weise, schützt das Eigentum, so einer solches besitzt, vor den Anschlägen gegen das Eigentum seitens jener Masse, die, ohne Eigentum zu haben, ohne etwas anderes zu haben als ihre Arbeitshände, allmählich verarmt, verelendet und sich in Proletarier verwandelt. Das ist die kapitalistische Gesellschaft.

Ich kann hierauf nicht ausführlich eingehen. Sie werden auf diese Frage noch zurückkommen, wenn Sie sich über das Programm der Partei unterhalten werden – dort werden Sie eine Charakteristik der kapitalistischen Gesellschaft hören. Diese Gesellschaft wandte sich gegen die Leibeigenschaft, gegen den Feudalismus, gegen das alte feudale Recht mit der Losung der F r e i h e i t. Es war dies aber eine Freiheit für den Besitzer von Eigentum. Und als der Feudalstaat zerstört wurde, was Ende des 18. und im 19. Jahrhundert geschah – in Rußland erfolgte es später als in anderen Ländern, im Jahre [89] 1861 –, da trat an die Stelle des Feudalstaates der kapitalistische Staat, der die Freiheit des ganzen Volkes als seine Losung verkündet, der sagt, er drücke den Willen des ganzen Volkes aus, der leugnet, daß er eine Klassengesellschaft sei, – und hier entwickelt sich zwischen den Sozialisten, die für die Freiheit des ganzen Volkes kämpfen, und dem kapitalistischen Staat ein Kampf, der jetzt zur Schaffung der Sozialistischen Sowjetrepublik geführt hat und die ganze Welt ergreift.

Um den Kampf, der gegen das Weltkapital begonnen hat, zu begreifen, um das Wesen des kapitalistischen Staates zu verstehen, muß man sich vergegenwärtigen, daß der kapitalistische Staat, als er

gegen den Feudalismus zu Felde zog, den Kampf unter der Losung der Freiheit führte. Die Abschaffung des Feudalismus bedeutete für die Vertreter des kapitalistischen Staates die Freiheit und leistete insoweit einen Dienst, als die Leibeigenschaft vernichtet wurde und die Bauern die Möglichkeit erhielten, als unbeschränktes Eigentum über jenen Boden zu verfügen, den sie erworben haben, sei es durchs Loskauf oder durch den Obrok[*)] – den Staat kümmerte das nicht: er schützte das Eigentum, in welcher Weise es auch immer entstanden sein mochte. Da er auf dem Privateigentum beruhte, verwandelten sich die Bauern in allen modernen zivilisierten Staaten in Privateigentümer. Der Staat schützt das Privateigentum auch dort, wo der Grundherr einen Teil des Landes den Bauern abgab, entschädigte ihn mittels der Ablösung, des Verkaufes für Geld. Der Staat erklärte gewissermaßen, wir werden das volle Privateigentum beibehalten, und ließ ihm jede Unterstützung und jeden Beistand angedeihen. Der Staat gestand jedem Kaufmann, jedem Industriellen und Fabrikanten dieses Eigentum zu. Und diese Gesellschaft, die auf dem Privateigentum beruhte, auf der Macht des Kapitals, auf der Unterwerfung aller besitzlosem, Arbeiter und der werktätigen Bauernmassen, diese Gesellschaft verkündete ihre Herrschaft auf Grund der Freiheit, kämpfte gegen die Leibeigenschaft, sie erklärte das Eigentum für frei und war besonders stolz darauf, daß der Staat aufgehört habe, ein Klassenstaat zu sein.

Indessen blieb der Staat nach wie vor eine Maschine, die den Kapitalisten hilft, die arme Bauernschaft und die Arbeiterklasse in Botmäßigkeit zu halten, äußerlich aber war er frei. Er verkündet das allgemeine Wahlrecht, erklärt durch den Mund seiner Verteidiger, Prediger, Gelehrten und Philosophen, dieser Staat sei kein Klassenstaat. Sogar jetzt, wo der Kampf der sozialistischen Sowjetrepubliken gegen ihn begonnen hat, beschuldigen sie uns, wir seien die Störer der Freiheit, wir errichteten einen Staat, der auf Zwang, Unterdrückung der einen durch die andern aufgebaut sei, während sie den Staat des ganzen Volkes, den demokratischen Staat darstellten. Diese Frage nun, die Frage des heutigen Staates, in der Zeit der in der ganzen Welt beginnenden sozialistischen Revolution, und gerade während des Sieges der Revolution in einigen Ländern, wo der Kampf gegen das Weltkapital sich besonders verschärft hat, – die Frage des Staates gewann die allergrößte Bedeutung und wurde sozusagen zur wundesten Frage, zum Brennpunkt aller politischen Fragen und aller politischen Diskussionen der Gegenwart.

Welche Partei immer, sei es in Rußland oder in irgendeinem zivilisierteren Lande, wir auch herausgreifen mögen, fast alle politischen Diskussionen, Meinungsverschiedenheiten und Auffassungen drehen sich jetzt um den Begriff des Staates, ob der Staat in einem kapitalistischen Lande, in einer demo-[90]kratischen Republik – besonders in einer, wie die Schweiz oder Amerika in den allerfreiesten demokratischen Republiken –, ob der Staat der Ausdruck des Volkswillens, die Zusammenfassung der Entscheidung des ganzen Volkes, der Ausdruck des nationalen Willens usw. sei, oder ob der Staat eine Maschine sei, damit die dortigen Kapitalisten ihre Macht über die Arbeiterklasse und die Bauernschaft aufrechterhalten können. Das ist die Grundfrage, um die sich jetzt in der ganzen Welt die politischen Debatten drehen. Was wird über den Bolschewismus gesagt? Die bürgerliche Presse schimpft auf die Bolschewiki; man wird keine Zeitung finden, die nicht die landläufige Beschuldigung gegen die Bolschewiki wiederholte, sie vergingen sich gegen die Volksherrschaft. Wenn unsere Menschewiki und Sozialrevolutionäre in ihrer Naivität (und vielleicht nicht in Naivität, vielleicht ist es eine Naivität, von der es heißt, daß sie schlimmer als Betrügerei sei) glauben, daß sie die Entdecker und Erfinder der Beschuldigung seien, daß die Bolschewiki sich gegen die Freiheit und Volksherrschaft vergangen hätten, so täuschen sie sich in lächerlicher Weise. Gegenwärtig gibt es unter den reichsten Zeitungen der reichsten Länder, die Dutzende von Millionen aufwenden, um die bürgerliche Lüge und die imperialistische Politik in Dutzenden Millionen Exemplaren zu verbreiten, nicht eine einzige, die diese grundlegenden Argumente und Anschuldigungen gegen den Bolschewismus nicht wiederholte: daß Amerika, England und die Schweiz fortschrittliche Staaten seien, die auf der Volksherrschaft beruhten; die bolschewistische Republik dagegen sei ein Räuberstaat, der keine Freiheit kenne, die Bolschewiki hätten sich gegen die Idee der Volksherrschaft vergangen und hätten sich

[*)] Obrok nannte sich im alten Rußland der Zustand, wo der Leibeigene selbständig auf eigene Rechnung arbeitete und dem Herrn nur einen Teil seines Erwerbs in Geld abgab. Dem Wesen nach war also der Obrok ein Pachtverhältnis, und zwar eine Geldpacht. *Die Redaktion*.

sogar soweit verstiegen, die Konstituante auseinanderzujagen. Diese schrecklichen Anschuldigungen gegen die Bolschewiki werden in der ganzen Welt wiederholt. Diese Beschuldigungen führen uns direkt zu der Frage, was der Staat ist. Um diese Beschuldigungen zu verstehen, um uns in ihnen zurechtzufinden, ganz bewußt zu ihnen Stellung zu nehmen, und zwar nicht nur auf Grund von Gerüchten, sondern um eine feste Meinung zu haben, muß man klar verstehen, was der Staat ist. Es gibt alle möglichen kapitalistischen Staaten und viele Lehrsysteme zu ihrer Verteidigung, die vor dem Kriege entstanden. Um an die Lösung dieser Frage richtig heranzugehen, müssen wir uns allen diesen Lehren und Anschauungen gegenüber kritisch einstellen.

Ich nannte ihnen schon Engels' Werk: „Der Ursprung des Staates ..." Gerade hier wird ausgesprochen, daß jeder Staat, in dem das Privateigentum am Grund und Boden und an den Produktionsmitteln besteht, wo das Kapital herrscht, wie demokratisch er auch sei, ein kapitalistischer Staat ist; er ist eine Maschine in den Händen der Kapitalisten, um die Arbeiterklasse und die arme Bauernschaft in Botmäßigkeit zu halten. Das allgemeine Wahlrecht, die konstituierende Versammlung, das Parlament – das ist nur die Form, das ist eine Art Wechsel, der am Wesen der Sache nicht das mindeste ändert.

Die Form der Herrschaft des Staates kann verschieden sein: das Kapital äußert seine Kraft in der einen Weise dort, wo die eine Form, und in einer andern, wo eine andere Form besteht, aber im Wesen bleibt die Macht in den Händen des Kapitals: ob ein Zensusrecht oder ein anderes, ob eine demokratische Republik, ja, je demokratischer sie ist, um so brutaler, zynischer ist die Herrschaft des Kapitals. Eine der demokratischsten Republiken der Welt sind die Vereinigten Staaten von Nordamerika – und nirgends so wie in diesem Lande (wer dort nach 1905 gewesen ist, hat sicherlich eine Vorstellung davon), nirgends äußert sich die Macht des Kapitals, die Macht eines Häufleins von Milliardären über die ganze Gesellschaft so brutal, mit so unverhüllter Korruption, wie in Amerika. Das Kapital, wenn es einmal be-[91]steht, herrscht über die ganze Gesellschaft, und keine demokratische Republik, kein Wahlrecht ändert etwas am Wesen der Sache.

Die demokratische Republik und das allgemeine Wahlrecht waren im Vergleich zur feudalen Ordnung ein ungeheurer Fortschritt: sie gaben dem Proletariat die Möglichkeit, jene Vereinigung, jenen Zusammenschluß zu erreichen, die es besitzt, jene geschlossenen, disziplinierten Reihen zu bilden, die den systematischen Kampf gegen das Kapital führen. Nichts dergleichen gab es bei den leibeigenen Bauern, um gar nicht erst einmal von den Sklaven zu sprechen. Die Sklaven machten, wie wir wissen, Aufstände, veranstalteten Revolten, leiteten Bürgerkriege ein. Aber sie konnten niemals eine bewußte Mehrheit, Parteien, die den Kampf leiteten, schaffen, sie konnten nicht klar verstehen, welchem Ziele sie zustreben, und erwiesen sich sogar in den revolutionärsten Momenten der Geschichte stets als Schachfiguren in den Händen der herrschenden Klassen. Die bürgerliche Republik, das Parlament, das allgemeine Wahlrecht – alles dies stellt vom Standpunkt der Weltentwicklung der Gesellschaft einen riesigen Fortschritt dar. Die Menschheit marschierte zum Kapitalismus, und erst der Kapitalismus brachte, dank der städtischen Kultur, die unterdrückte Klasse der Proletarier zum Bewußtsein ihrer selbst und ließ jene internationale Arbeiterbewegung entstehen, jene Millionen der in der ganzen Welt in sozialistischen Parteien organisierten Arbeiter, die bewußt den Kampf der Massen leiten. Ohne Parlamentarismus, ohne Wahlrecht wäre diese Entwicklung der Arbeiterklasse unmöglich, deshalb hat das alles in den Augen der breitesten Massen selbst eine so große Bedeutung. Deshalb erscheint der Umschwung so schwierig.

Nicht nur die bewußten Heuchler, Gelehrten und Pfaffen unterstützen und verteidigen diesen bürgerlichen Schwindel, daß der Staat frei und berufen sei, die Interessen aller zu vertreten, sondern es gibt auch Massen von Menschen, die aufrichtig die alten Vorurteile wiederholen, die den Uebergang von der kapitalistischen Gesellschaft zum Sozialismus nicht begreifen können. Nicht nur Leute, die sich in direkter Abhängigkeit von der Bourgeoisie befinden, nicht nur jene, die sich unter dem Druck des Kapitals befinden oder von diesem Kapital bestochen sind, nicht nur jener Umstand, daß eine Menge von Gelehrten aller Art, Künstlern, Pfaffen usw. im Dienste des Kapitals steht, sondern ganz einfach unter dem Einfluß der Vorurteile der bürgerlichen Freiheit hat sich all das in der ganzen Welt gegen den Bolschewismus verschworen, weil die Sowjetrepublik bei ihrer Gründung diesen bürgerlichen Schwindel beiseite warf und offen erklärte: Ihr nennt euern Staat frei, in Wirklichkeit aber ist er,

solange das Privateigentum besteht – mag euer Staat eine demokratische Republik sein – nichts anderes als eine Maschine in den Händen der Kapitalisten zur Unterdrückung der Arbeiter, und je freier der Staat ist, um so deutlicher kommt das zum Ausdruck. Beispiele dafür sind in Europa die Schweiz, in Amerika die Vereinigten Staaten.

Nirgends herrscht das Kapital so zynisch und rücksichtslos, wie gerade ist diesen Ländern, und nirgends kann man dies mit solcher Klarheit sehen, obwohl es demokratische Republiken sind – wie schön auch immer die Fassade aussehen mag –, nirgends, trotz allen Geredes über werktätige Demokratie, über die Gleichheit aller Bürger. In Wirklichkeit herrscht in der Schweiz und in Amerika das Kapital, und alle Versuche der Arbeiter, einigermaßen ernst eine Verbesserung ihrer Lage zu erreichen, stoßen sofort auf den Bürgerkrieg. In diesen Ländern gibt es weniger Soldaten und ein geringeres stehendes Heer. In der Schweiz gibt es eine Miliz – jeder Schweizer hat das Gewehr bei sich zu Hause. In Amerika gab es bis vor kurzem kein stehendes Heer – wenn daher ein Streik ausbricht, bewaffnet sich die Bourgeoisie, [92] mietet Söldlinge und unterdrückt den Streik, und nirgends geht die Unterdrückung der Arbeiterbewegung mit so erbarmungsloser Grausamkeit vor sich, wie in der Schweiz und in Amerika, und nirgends zeigt sich im Parlament der Einfluß des Kapitals so stark, wie gerade hier. Die Macht des Kapitals ist alles, die Börse ist alles, das Parlament, die Wahlen aber sind Marionetten, Puppen ... Doch je weiter, desto mehr gehen den Arbeitern die Augen auf, breitet sich die Idee der Sowjetmacht immer mehr aus, besonders nach dem blutigen Morden, das wir eben erst durchlebten. Immer klarer wird für die Arbeiterklasse die Notwendigkeit des schonungslosen Kampfes gegen die Kapitalisten.

In welche Formen immer sie sich hüllen mag, – mag sie die allerdemokratischste Republik sein, wenn sie aber eine bürgerliche ist, wenn in ihr das Privateigentum an Grund und Boden, an den Fabriken und Werken geblieben ist und das Privatkapital die ganze Gesellschaft in Lohnsklaverei hält, d. h. wenn in ihr nicht das erfüllt wird, was das Programm unserer Partei und die Sowjetverfassung verkündet, so ist dieser Staat eine Maschine, um die einen durch die andern zu unterdrücken. Und diese Maschine werden wir in die Hand jener Klasse nehmen, die die Macht des Kapitals stürzen muß. Wir werden alle alten Vorurteile, daß der Staat allgemeine Gleichheit bedeute, über Bord werfen. Das ist ein Schwindel: solange es Ausbeutung gibt, kann es keine Gleichheit geben. Der Gutsherr kann dem Arbeiter nicht gleich sein, der Hungrige nicht dem Satten. Eine solche Maschine, die sich Staat nennt, vor der die Menschen mit abergläubischer Verehrung Halt machen und alten Märchen glauben, daß sie die Macht des ganzen Volkes sei, – das Proletariat wirft diese Maschine beiseite und sagt: das ist ein bürgerlicher Schwindel. Wir haben diese Maschine den Kapitalisten weggenommen, haben sie für uns genommen. Mit dieser Maschine oder mit diesem Knüttel werden wir jede Ausbeutung vernichten, und wenn auf der Welt keine Möglichkeit der Ausbeutung mehr bleiben, wenn es keine Grundbesitzer, keine Fabrikbesitzer mehr geben wird, wenn es nicht mehr so sein wird, daß die einen übersättigt sind, während die andern hungern, – erst dann, wenn keine Möglichkeit dafür mehr bestehen wird, erst dann werden wir diese Maschine zum alten Eisen werfen. Dann wird es keinen Staat, keine Ausbeutung mehr geben. Das ist der Standpunkt unserer Kommunistischen Partei. Ich hoffe, daß wir in den folgenden Vorträgen auf diese Frage noch des öfteren zurückkommen werden.

*

## Zu Hilferdings Steuerplänen

Von Th. Neubauer

Das Charakteristikum der Finanzwirtschaft des Deutschen Reiches der Nachkriegszeit ist die ungeheure Steigerung des Finanzbedarfs sowohl beim Reich als auch bei den Ländern und Gemeinden.

Der Finanzbedarf des Reiches und der Länder betrug im Jahre 1913: 7252 Millionen; dagegen im Jahre 1925/26: 14.477 Millionen. Das ist eine Steigerung um 100 Prozent. Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet ergibt sich eine Steigerung von 125,50 Mark im Jahre 1913 auf 232 Mark im Jahre 1925, oder um 85 Prozent. („Wirtschaft und Statistik“ 1928, Heft 10.) Diese Steigerung des Finanzbedarfs erhöhte sich bis zum Jahre 1927 auf rund 19 Milliarden! Und sie geist weiter!

Die Tendenz zur fortgesetzten Steigerung des Finanzbedarfs ist eine feststehende Tatsache – gleichgültig, was für eine Regierung am Ruder ist. Wir [93] hatten zuerst einen volksparteilichen Reichsfinanzminister, Dr. Luther, der den Etat in seinen Grundzügen festlegte (1924), dann einen deutschnationalen, den Junker v. Schlieben, der unter der Leitung des damaligen Reichskanzlers Luther den Etat ausgestaltete (1924/25), dann den Demokraten Dr. Reinhold, darauf den Zentrumsmann Dr. Köhler und endlich den Sozialdemokraten Hilferding, welch letztere drei auf der durch Luther und Schlieben gegebenen Grundlage des Etats weiterwurstelten. Die Entwicklung der Finanzen des Reiches unter diesen Ministern ergibt sich am deutlichsten aus den Steuereinnahmen:

(in Milliarden)

| 1913/14 | 1924/25 | 1925/26 | 1926/27 | 1927/28 | 1928/29 | 1929/30 Voranschlag |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 4,051 | 7,340 | 6,856 | 7,173 | 8,490 | 8,667 | 9,921 |

Das erste Jahr der Stabilisierung (1924/25) brachte infolge der sehr brutalen Lutherschen Steuerverordnungen mit 7,3 Milliarden einen Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben von rund 2 Milliarden; darauf gestützt wurden die Senkungen der Besitzsteuern vorgenommen, als deren Folge sich zunächst ein Absinken der Steuereinnahmen 1925/26 ergab; bis zum Jahre 1928/29 waren die Ueberschüsse bis auf eine Restsumme von 162 Millionen aufgezehrt, gleichzeitig aber auch die Steuereinnahmen auf 8,6 Milliarden hinaufgeschraubt.

Wie ist diese außerordentlich starke Tendenz des steigenden Finanzbedarfs zu erklären? Wir finden eine Erklärung bei Karl Marx in seiner Besprechung des Buches von Girardin „Le Socialisme et l'impôt", wo es heißt:

„Der bürgerliche Staat ist weiter nichts als eine wechselseitige Assekuranz der Bourgeoisklasse gegen ihre einzelnen Mitglieder wie gegen die exploitierte Klasse, eine Assekuranz, die immer kostspieliger und scheinbar selbständiger gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft werden muß, weil die Niederhaltung der exploitierten Klasse immer schwieriger wird ..."

Marx erklärt also das Steigen des Finanzbedarfs des Staates mit der Zuspitzung der inneren Klassengegensätze. Daß dies der Hauptgrund ist für das Steigen des deutschen Finanzbedarfs in den Jahren 1924/29, werden wir an Hand der amtlichen Statistik feststellen können. Dazu aber ist noch ein zweiter Grund getreten: das Anwachsen der Ausgaben für die von Jahr zu Jahr sich mehr entfaltende neue imperialistische Weltpolitik des Reiches.

Das Statistische Reichsamt hat (Heft 10 des Jahrgangs 1928) den Finanzbedarf des Jahres 1913 dem des Jahres 1925/26 gegenübergestellt.

| Verwaltungszweig | | 1913/14 | 1925/26 | Mehr absolut | in % |
|---|---|---|---|---|---|
| I. Allgemeine Verwaltung (Oberste Staatsorgane, Auswärtiges, innere Verwaltung) | | 483,6 | 789,4 | + 305,8 | + 63,2 |
| II. Der eigentliche Unterdrückungsapparat | | | | | |
| 1. Wehrmacht | | 1821,8 | 633,3 | – 1188,5 | – 65,2 |
| 2. Polizei | | 221,9 | 723,0 | + 501,1 | + 225,8 |
| 3. Rechtspflege | | 340,5 | 552,3 | + 211,8 | + 62,2 |
| | Insgesamt | 2384,2 | 1908,6 | – 475,6 | – 20,0 |
| III. Wohlfahrtswesen | | | | | |
| 1. Fürsorge, Gesundheit | | 666,1 | 1924,2 | + 1258,1 | + 188,9 |
| 2. Erwerbslosen, Arbeitsnachweis | | 2,7 | 489,8 | + 487,1 | – |
| 3. Wohnungswesen | | 33,9 | 1084,7 | + 1050,8 | – |
| 4. Gemeinnützige Anstalten u. Einrichtungen | | 418,3 | 488,9 | + 70,6 | + 16,9 |
| | Insgesamt | 1121,0 | 3987,6 | + 2866,6 | + 255,7 |
| [94] IV. Bildungswesen | | | | | |
| 1. Volks. und Fortbildungsschulen | | 780,2 | 1266,2 | + 486,0 | + 62,3 |
| 2. Höhere, mittlere, Fach- und sonstige Schulen | | 370,1 | 570,4 | + 200,3 | + 54,1 |
| 3. Wissenschaft, Kunst, Kirche | | 245,5 | 552,3 | + 306,8 | + 125,0 |
| | Insgesamt | 1395,8 | 2388,9 | + 993,1 | + 71,2 |

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| V. Wirtschaft, Verkehr | | | | | |
| 1. Landwirtschaft, Gewerbe, Industrie, Handel | | 158,3 | 302,8 | + 144,5 | + 91,3 |
| 2. Verkehr | | 848,0 | 1117,2 | + 269,2 | + 31,8 |
| | Insgesamt | 1006,3 | 1420,0 | + 413,7 | + 41,1 |
| VI. Kriegslasten | | | | | |
| 1. Innere | | 62,5 | 1877,9 | + 1815,4 | – |
| 2. Aeußere | | – | 1217,0 | + 1217,0 | – |
| | Insgesamt | 62,5 | 3094,9 | + 3032,4 | – |
| VII. Kolonien | | 33,1 | – | – 33,1 | – |
| VIII. Finanz- und Schuldenwesen | | | | | |
| 1. Finanz- u. Steuerverwaltung | | 259,6 | 668,8 | + 409,2 | + 157,6 |
| 2. Schuldendienst | | 500,1 | 196,1 | – 304,0 | – 60,8 |
| | Insgesamt | 759,7 | 864,9 | + 105,2 | + 13,9 |
| IX. Sonstiges | | 6,4 | 23,6 | + 17,2 | – |
| Summe I bis IX | | 7252,6 | 14.477,9 | 7225,3 | + 99,6 |

Diese Statistik bedarf einer Reihe Erläuterungen und Ergänzungen. Unter I ist der Etat des Auswärtigen Amtes enthalten. Seine Ausgaben stiegen folgendermaßen:

(in Millionen)

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 1913: 20,5 | 1925: 32,5 | 1920: 54,3 | 1927: 58,8 | 1928: 60,7 |

Während die auswärtige Politik unter Wilhelm II. ihre große imperialistische Rolle mit einer Ausgabe von 20,5 Millionen Mark spielte, verbraucht sie unter Stresemann, Hindenburg und Hermann Müller 60,7! Also eine Steigerung auf fast das Dreifache!

Die Gruppe II enthält den eigentlichen Macht- und Unterdrückungsapparat des Bourgeoisstaates. Hier springen die gewaltig gestiegenen Ausgaben für Polizei am meisten ins Auge: eine Erhöhung um 225 Prozent! Statt 3,84 Mark pro Kopf (1913) betrugen die Ausgaben für die Polizei 1925 – 11,58 Mark pro Kopf der Bevölkerung! Das ist eine Steigerung um 201,6 Prozent! Aber diese Steigerung ging auch nach 1925 immer weiter. Der preußische Polizeietat belief sich auf

(in Millionen)

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| 1924: 244,7 | 1925: 343,5 | 1926: 388,2 | 1927: 380,4 | 1928: 371,8 | 1929: 399,9 |

Die vorübergehende Senkung im Jahre 1927 ist auch nur scheinbar; denn der Etat von 380 Millionen wurde um 12,6 Millionen überschritten, und für 1928 dürfte sich ähnliches ergeben.

Die Aufgaben von Reichswehr und Polizei gehen stark ineinander über. Für die Niederhaltung der proletarischen Massen ist das Eingreifen der Reichswehr im Herbst 1923 Beispiel genug. Obwohl die Reichswehr nur 100.000 Mann zählen darf und aller schweren Bewaffnung entbehrt, und obwohl die Kriegsmarine durch den Versailler Vertrag stark eingeschränkt ist, betrugen dennoch die Unkosten schon 1925 mehr als ein Drittel der Ausgaben von 1913; sie sind seitdem weiter gestiegen und erreichten im Etat 1928/29 die Höhe von 705 Mil-[95]lionen; diese Summe muß jedoch noch ergänzt werden durch die in anderen Etatpositionen versteckten Rüstungsausgaben, zum Beispiel die Luftrüstungen, die mit rund 30 Millionen im Verkehrsetat eingestellt sind, und die Pensionen der Reichswehrangehörigen mit rund 38 Millionen.

Zugleich ist eine Verstärkung der Klassenjustiz festzustellen, deren Ausgaben von 1913 bis 1925 um 221 Millionen stiegen. Der preußische Etat zum Beispiel weist eine Steigerung von 184 Millionen 1924 auf 391,5 Millionen 1928 und 409,8 Millionen 1929 auf!

In Verbindung mit den Ausgaben für den Wehrapparat betrachten wir die Gruppe der Kriegslasten. Hier unterscheiden wir die innere Kriegslast (Kriegsbeschädigtenrenten, Pensionen u. ä., welche 1928 rund 1800 Millionen ausmachten, sowie Entschädigungen und Aufwendungen für die besetzten Gebiete mit 210 Millionen 1928) und die äußere Kriegslast der Reparationen.

Nach dem Dawes-Plan steigern sich die Reparationslasten wie folgt:

| | 1925 | 1926 | 1927 | 1928 |
|---|---|---|---|---|
| | | Millionen | | |
| 1. Aus dem Reichshaushalt | 250 | 110 | 500 | 1250 |
| 2. Beförderungssteuer | 250 | 290 | 290 | 290 |
| 3. Industrieobligationen | 125 | 250 | 300 | 300 |
| 4. Eisenbahnobligationen | 595 | 550 | 660 | 660 |
| Jahressumme | 1220 | 1200 | 1750 | 2500 |

Wir können hier davon absehen, daß auf Grund der gestiegenen Einkünfte aus den verpfändeten Steuern vom Jahre 1926 ab die Zahlungen aus dem Reichshaushalt (gemäß dem sogenannten „kleinen Besserungsschein“) höher waren, als oben angegeben. Es genügt hier festzustellen, daß mit dem Jahre 1928/29 (das Reparationsjahr beginnt mit dem 1. September) die Summe von 2500 Millionen Jahresleistung erreicht ist.

Wir wollen auch von einer näheren Untersuchung der Gruppe „Wirtschaft und Verkehr“ Abstand nehmen, obwohl in dieser Summe die sehr beträchtlichen Subventionen des Reichs und der Länder an das Privatkapital enthalten sind; wir wollen ferner auf die Gruppe „Bildungswesen“ nicht näher eingehen, obwohl hier der Vergleich für die Volksschulausgaben (für mehr als 95 Prozent des Volkes) und die der höheren Schulen nahe liegt.

Wir wollen nur noch die eine Gruppe des „Wohlfahrtswesens“ untersuchen, weil gerade diese Ausgaben den Charakter des gegenwärtigen Staates beleuchten. P. Lapinski hat („Unter dem Banner des Marxismus“, II, 4) nachgewiesen, daß diese „Sozialausgaben“ eines der wichtigsten Mittel zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Klassenherrschaft und zur Beschwichtigung der Arbeiterklasse sind. Der deutsche „Sozialetat“ bestätigt seine Beweisführung.

Für Wohnungswesen sind im Jahre 1925 1084 Millionen ausgegeben worden, unvermeidliche Ausgaben, wenn nicht das Wohnungselend zu einer Katastrophe und zu einer revolutionären Bewegung führen soll. Aber diese Sozialausgaben wurden gemacht auf Kosten der arbeitenden Klassen selbst, nämlich aus den Erträgnissen der Hauszinssteuer, die in demselben Jahre 1256 Millionen erbrachte. Mit anderen Worten: um 1081 Millionen für Wohnungsbau, angeblich für das Proletariat, auszugeben, hat man das Proletariat um 1256 Millionen ausgeplündert!

Auf solche Weise wird nicht nur der ganze „Sozialetat“ wieder in Form von Massensteuern auf die Arbeiterklasse abgewälzt, sondern der Ausbeuterstaat erhält dadurch sogar noch Mittel für andere Zwecke des „allgemeinen Finanzbedarfs“ und kann zugleich die Massen mit dem Hinweis auf die 4 Milliarden Wohlfahrtsausgaben betrügen!

Was ergibt nun unsere Analyse des öffentlichen Etats von Reich, Ländern und Gemeinden? [96]

1. Gewaltige Steigerung der Kriegslasten, die jedoch nunmehr nicht weiter geht.

2. Riesige Steigerung der Ausgaben für den staatlichen Macht- und Unterdrückungsapparat, die von Jahr zu Jahr fortgesetzt wächst.

3. Starkes prozentuales Anwachsen der Ausgaben für die Durchführung der neuen imperialistischen Politik der deutschen Bourgeoisie.

4. Starkes Hervortreten der „Sozialausgaben“ zur Dämpfung der revolutionären Klassenenergien des Proletariats.

Von hier aus gewinnt auch das Schlagwort von der „Rationalisierung“ des Staates eine besondere Beleuchtung. Angeblich will man sie durchführen zum Zweck größerer „Sparsamkeit“. Unser Ueberblick über den Gesamtetat zeigt jedoch, daß die Steigerung der Verwaltungsausgaben von 483,6 auf 789,4 Millionen nur einen sehr geringen Teil der ungeheuren Steigerung des Gesamtetats ausmacht. An den wichtigsten Ausgabengruppen aber kann man nicht sparen (wie z. B. bei den Kriegslasten) oder will man nicht sparen (z. B. Wehrmacht, Polizei, Justiz). Gewiß haben die Regierungen immer wieder versucht, den Sozialetat abzubauen; doch stets waren sie durch neue Massenbewegungen gezwungen, neue Konzessionen zu machen, so daß hier die Möglichkeiten einer „Ersparung“, zumal im

Zeichen zunehmender Schärfe der Klassenkämpfe, sehr gering sind. Die Tatsache, daß sich die Propaganda der „Rationalisierung des Staates“ auf die Zentralisation der Verwaltung beschränkt, beweist, daß es sich hierbei um viel mehr handelt als eine Beschneidung unnötiger Ausgaben, nämlich um die Konzentration des Verwaltungs- und Unterdrückungsapparats der Bourgeoisie zu größerer Macht und Schlagkraft!

Nach alledem ist es verständlich, warum die deutsche Bourgeoisie, um den von Jahr zu Jahr wachsenden Finanzbedarf zu decken, die Steuereinnahmen von Jahr zu Jahr steigern mußte.

Das Statistische Reichsamt hat („Wirtschaft und Statistik“, 1928, Heft 10) folgende vergleichende Uebersicht der Steuereinnahmen von 1913 und 1925 gegeben:

| | Steuerart | Rechnungsjahr 1913 | 1925 |
|---|---|---|---|
| 1. | Einkommen- und Körperschaftssteuer | 1391,3 | 2455,1 |
| 2. | Vermögenssteuer | 78,8 | 270,4 |
| 3. | Erbschaftssteuer | 61,1 | 27,2 |
| 4. | Einmalige Abgaben vom Einkommen oder Vermögen | 0,7 | 60,7 |
| 5. | Grund- und Gebäudesteuer | 437,3 | 870,3 |
| 6. | Gewerbesteuer | 178,9 | 572,6 |
| 7. | Naturaldienste usw. | 51,9 | 70,7 |
| 8. | Hauszinssteuer | – | 1256,9 |
| 9. | Umsatzsteuer | – | 1403,2 |
| 10. | Grunderwerbsteuer (Wertzuwachssteuer) | 145,0 | 193,3 |
| 11. | Vermögensverkehrssteuern | 249,3 | 321,7 |
| 12. | Beförderungssteuer | 39,5 | 318,3 |
| 13. | Kraftfahrzeugsteuer | 4,4 | 57,7 |
| 14. | Sonstige Steuern vom Verkehr | 1,5 | 8,1 |
| 15. | Getränkesteuern | 427,8 | 563,1 |
| 16. | Tabaksteuer | 50,3 | 615,6 |
| 17. | Zuckersteuer | 161,1 | 236,2 |
| 18. | Sonstige Verbrauchssteuern | 97,8 | 40,1 |
| 19. | Vergnügungssteuer | 17,3 | 83,4 |
| 20. | Hundesteuer | 18,6 | 60,0 |
| 21. | Sonstige Aufwandsteuern | 2,5 | 13,0 |
| 22. | Zölle | 640,5 | 590,4 |
| 23. | Steuerreste bzw. -rückzahlung | 4.2 | 32.6 |
| | Summe 1 bis 23 | 4051,4 | 10.120,6 |

[97] Das Kennzeichen dieser Entwicklung ist die geradezu ungeheuerliche Steigerung der Massensteuern, zu der die Erhöhung der Besitzsteuern in gar keinem Verhältnis steht.

Neu eingeführt waren folgende Massensteuern:

| | |
|---|---|
| 1. Umsatzsteuer | 1,41 Milliarden |
| 2. Hauszinssteuer | 1,25 Milliarden |
| 3. Lohnsteuer (in der Einkommensteuer enthalten) | 1,36 Milliarden |
| Völlig neue Belastung | 4,02. Milliarden |

Allein diese nach der Revolution neu eingeführten Massensteuern erreichen die Höhe der gesamten Vorkriegssteuern! Zugleich aber hat eine gewaltige Steigerung fast aller anderen Massensteuern stattgefunden, z. B. der Getränkesteuern, der Tabaksteuern, der auf die Massen abgewälzten Grund- und Gewerbesteuern! Und diese Steigerung hat sich von Jahr zu Jahr fortgesetzt.

Die Lohnsteuer erbrachte (bei einer Senkung 1926):

| | | | |
|---|---|---|---|
| 1924/25 | 1329,1 Millionen | 1925/26 | 1367,1 Millionen |
| 1926/27 | 1094,7 Millionen | 1927/28 | 1 1348,0 Millionen |

Sie wird auch im Jahre 1928/29 den Voranschlag von 1300 Millionen überschreiten.

Die Hauszinssteuer erbrachte 1925 1,25 Milliarden, 1926 1,45 Milliarden, 1927 1,61 Milliarden, die Umsatzsteuer 1925 1415 Millionen, 1926 875,5 Millionen, 1927 877,7 Millionen; wobei zu beachten ist, daß die dreimalige Senkung der Steuer sich in keiner Weise preisverbilligend auswirkte, sondern nur die Gewinne der Kapitalisten erhöhte!

Die Zölle erhöhten sich von 1925 590,46 Millionen auf 1926 940,37 Millionen, auf 1927 1250,8 Millionen und erreichten damit das Doppelte der Vorkriegszeit!

Die Tabaksteuer stieg von 615,35 Millionen 1925 auf 712,37 Millionen im Jahre 1926 und 793,9 Millionen 1927!

Die Biersteuer betrug 1925 255,96 Millionen, 1926 240,76, 1927 360,2 Millionen!

Die Grund- und Gebäudesteuer stieg von 778,3 Millionen 1925 auf 862,8 Millionen 1927.

Die Gewerbesteuer stieg in derselben Zeit von 572,1 Millionen auf 723,3 Millionen!

Diese Angaben haben zur Genüge bewiesen, aus welchen Quellen die deutsche Bourgeoisie ihren ungeheuerlich steigenden Finanzbedarf gedeckt hat: aus den Steuern der arbeitenden Klasse!

Gewiß sind auch in diesen Jahren die Besitzsteuern gestiegen, und zwar, obwohl in den Jahren 1925 und 1926 starke Senkungen der Steuertarife vorgenommen wurden, z. T. Ermäßigungen auf 50 Prozent! Das ließ sich beim besten Willen und mit allen Künsten der Steuerdrückebergerei nicht vermeiden. So stieg die Steuer aus den veranlagten Einkommen von 803,35 Millionen 1925 auf 1064 Millionen im Jahre 1926 und 1301,5 im Jahre 1927. Dagegen brachte die Körperschaftssteuer der Aktiengesellschaften nur eine geringe Steigerung von 186 auf 381, bzw. 478 Millionen; die Vermögenssteuer von 270,44 auf 359, bzw. 441 Millionen.

Es gehört zu den Spezialitäten solcher sozialdemokratischen „Linken“ wie Heinrich Ströbel, daß sie die Besitzsteuereinnahmen und die Einnahmen aus den Massensteuern miteinander vergleichen, um dann zu der Forderung zu kommen: „Mehr Gerechtigkeit.“ Er rechnet aus: im Jahre 1927/28 erbrachten die Besitzsteuern 2846 Millionen Mark oder 33,5 Prozent des [98] Gesamtaufkommens, die Massensteuern jedoch 6644 Millionen oder 66,6 Prozent der Gesamtsumme, und schließt daraus: „Aus alledem ergibt sich, daß jeder künftige Steuerabbau unbedingt den Massensteuern zugute kommen muß. Jeder Besitzsteuerabbau würde, wie in der Vergangenheit, auch künftig wieder jede wirkliche Steuererleichterung der Massen vereiteln.“ (Juni 1928.)

Eine solche Haltung ist echt sozialdemokratisch. Sie geht davon aus, daß der Etat balanciert werden muß („Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem Staat“) und daß die proletarischen Massen dazu „auch ihr Teil“ beizutragen haben, und fordert nur „gerechtere Verteilung der Lasten“. Von wem? Vom kapitalistischen Staat!

Der Klassenstandpunkt des Proletariats kann nur der sein: dem Staat des Klassenfeindes jede Steuer zu verweigern, die unmittelbar oder mittelbar die Massen trifft; in keinem Fall und unter gar keinen Umständen darf sich das Proletariat eine Steuer auferlegen lassen, deren Erträge doch nur dazu dienen, den Machtapparat des kapitalistischen Klassenstaates aufrechtzuerhalten und den Interessen der Bourgeoisie und ihrer Politik zu dienen. Deshalb erheben die Kommunisten die Kampfforderung: Beseitigung aller Massensteuern! Sie stellen die Anträge auf Verschärfung der Besitzsteuern, nicht weil sie vom Kapitalistenstaat eine Durchführung dieser Forderungen für möglich halten, sondern um den proletarischen Massen vor Augen zu führen, daß die Politik der Bourgeoisie gerade darin besteht, durch Ausplünderung der proletarischen Massen sich die Mittel zur Deckung ihres Finanzbedarfs zu beschaffen. Der Kampf gegen die reaktionäre Steuerpolitik des Bourgeoisstaates ist eine Aufgabe der revolutionären Massenmobilisierung, nicht ein Appell an irgendeine „Gerechtigkeit“ der herrschenden Klasse.

Ueberall dort, wo die Sozialdemokraten in der Regierung selbst die Steuern zu beschließen haben, beweisen sie, daß ihre Forderung nach „gerechter Lastenverteilung“ nur ein demagogisches Mittel zur Täuschung der Massen ist. Jetzt z. B. hätten die Sozialdemokraten durch ihre Stellung in der Reichsregierung die beste Gelegenheit, ihre eigene Parole anzuwenden. Was aber tut Hilferding? Was tut die SPD?

Der sozialdemokratische Reichsfinanzminister Dr. Hilferding hat für den Etat 1929/30 ein Defizit von rund 700 Millionen zu decken. Wie soll das geschehen?

Für die Entstehung dieses Fehlbetrages werden drei Ursachen angegeben, erstens der Fortfall einmaliger Einnahmen, nämlich der auf das Etatjahr 1928/29 übertragenen Ueberschüsse von 162 Millionen und des Münzgewinnes für 1928/29, der mit 265,5 Millionen eingesetzt war; zweitens die erhöhten Reparationslasten, die im Etatsjahr 1929/30 zum ersten Male die Höhe von 2,5 Milliarden erreichen; drittens die Mindererträge gewisser Steuern, nämlich der Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, Obligationssteuer und der Zölle. Diese Mindererträge freilich werden durch das Mehraufkommen anderer Steuern wieder wettgemacht, so daß eigentlich nur die beiden ersten Ursachen bestehen bleiben.

Seit August 1928 spätestens wußte man, daß man für 1929/30 mit dem Ausfall von rund 600 Millionen Einnahmen zu rechnen hatte. Am 11. August jedoch verteidigte der „Vorwärts“ die Zustimmung Hilferdings und der anderen sozialdemokratischen Reichsminister zum Bau des Panzerkreuzers A noch mit der Begründung, daß sie keine Möglichkeit des Einspruchs gehabt hätten ... weil die Einnahmen aus gewissen Steuern, vor allem der Lohnsteuer, den Voranschlag weit überträfen! Am 26. August veröffentlichte derselbe „Vorwärts“ einen (wahrscheinlich von Hilferding selbst geschriebenen) alarmierenden Artikel über die „prekäre Lage“ der Reichsfinanzen, in dem festgestellt wurde, daß für das kommende Etatjahr mit einem Defizit von mehreren hundert Millionen gerechnet werden müsse. Der Verfasser dieses Artikels schlug vor, daß dieser Fehlbetrag gedeckt werden könne durch Verschärfung der Bier-, Schnaps- und Weinsteuer, Erhöhung der [99] Reichspostabgabe und Erhöhung derjenigen Besitzsteuern (Vermögens- und Erbschaftssteuer), welche Mindererträge gebracht haben.

Der Vorschlag, den Hilferding dem Kabinett Hermann Müller jetzt gemacht hat, entspricht vollkommen den Vorschlägen des „Vorwärts“-Artikels vom 26. August. Er sieht vor: Erhöhung der Biersteuer um 165 Millionen, der Abgabe aus dem Spiritusmonopol (Branntweinsteuer) um 90 Millionen und der Reichspostabgabe um 26 Millionen. Außerdem rechnet Hilferding mit einer Mehreinnahme von 90 Millionen aus der Tabak- und Zuckersteuer. Insgesamt sind das 371 Millionen Mehrbelastung der Massen!

Allerdings will Hilferding auch die Vermögenssteuer um 104 Millionen und die Erbschaftssteuer um 20 Millionen erhöhen. Aber hierbei stößt er auf die geschlossene Front aller bürgerlichen Koalitionsparteien, welche statt dessen eine Erhöhung der Umsatzsteuer von 0,75 Prozent auf 1 Prozent fordern, was einen Mehrertrag von etwa 500 Millionen bringen soll.

Den Rest des Defizits will Hilferding dadurch decken, daß er die Steuerüberweisungen an die Länder und Gemeinden um 120 Millionen kürzt.

Eine so provozierende Mehrbelastung der breiten Massen kann sich die deutsche Trustdiktatur nur unter einem sozialdemokratischen Finanzminister erlauben. Eine Bürgerblockregierung könnte der deutschen Arbeiterklasse eine so freche Herausforderung nicht bieten. Und die Sozialdemokraten Müller und Hilferding lassen für ihre „Teilnahme an der Macht“ nicht nur den Hilferdingschen Aushungerungsplan durch Hunger und Not der deutschen Arbeiter bezahlen, sondern sie schlucken auch noch das Diktat der Trustherren auf restlose Abwälzung des Mehrbedarfs auf den Massenkonsum. Die Trustbourgeoisie weiß, was sie an ihren sozialdemokratischen Lakaien hat, und was sie von ihnen verlangen kann. Die „Macht“ der Sozialdemokratie kommt der deutschen Arbeiterklasse teuer zu stehen.

Die gegenwärtige Lage der Reichsfinanzen ist – wie wir gesehen haben – heraufbeschworen durch die ungeheuer gewachsenen Aufwendungen für den kapitalistischen Machtapparat, die imperialistische Politik der deutschen Bourgeoisie und die ungeheuren Kriegslasten, für welche die Bourgeoisie die volle Verantwortung zu tragen hat. Das Proletariat kann nicht die Verpflichtung anerkennen, daß es die Lasten für die Politik seines kapitalistischen Klassenfeindes übernehmen soll. Es muß sich auf den Standpunkt stellen: Ablehnung jeglicher Mehrbelastung! Darüber hinaus Kampf für die Beseitigung aller Massensteuern, verbunden mit dem Kampf gegen die imperialistische Macht- und Wehrpolitik der deutschen Bourgeoisie!

*

## Verstärkte Schulungsarbeit zur Sicherung der Einheit der Partei

Schl. Im Zusammenhang mit dem unversöhnlichen Kampf, den die Partei unter Führung und mit Hilfe der Komintern gegen das rechte Liquidatorentum und die Gruppe der Versöhnler führt, wird das Problem der Schulungsarbeit verstärkt und in viel breiterem Ausmaße als konkrete Aufgabe vor die Partei gestellt. Bereits in den Propagandathesen des V. Weltkongresses wurde dargelegt, daß die innerparteilichen Kämpfe Auswirkungen der Ueberreste sozialdemokratischer und kleinbürgerlicher Anschauungen sind, die noch in den kommunistischen Parteien existieren. Auf dem Boden dieser vom Marxismus-Leninismus abweichenden Theorien bilden sich die rechten und ultralinken Strömungen, die im Verlaufe der Zeit zu Gruppen und Fraktionen auswachsen und in immer größeren Gegensatz zur Partei geraten.

Das zeigte sich sowohl in der Vergangenheit bei der ultralinken, trotzkistischen Opposition, als auch in der Gegenwart bei den rechten [100] Liquidatoren und in etwas verhüllterer Form („Versöhnlertum ist feiger Opportunismus!“) bei dem Versöhnlertum. Die ideologische Grundlage der Liquidatoren sind sozialdemokratische Anschauungen, ihre politische Plattform, das „Aktionsprogramm“ Brandlers, ist – wie im „Offenen Brief des EKKI über die rechte Gefahr in der deutschen Partei“ festgestellt wird – ein „durchaus typisches Produkt menschewistischer Denkweise“. Allen wichtigen und prinzipiellen Fragen des Leninismus setzen die Liquidatoren ihre offen sozialdemokratische Auffassung entgegen. Ideologisch und organisatorisch sind sie heute bereits ein Bestandteil der antikommunistischen, gegenrevolutionären Front. Diese Tatsache ist sehr schnell von den breiten Mitgliedermassen erkannt worden, und deswegen war es auch den Brandler, Thalheimer, Böttcher u. Co. nur in ganz geringem Maße möglich, Arbeiterelemente irrezuführen. Anders mit der Gruppe der Versöhnler, die sich mit überlauter Stimme zum Verteidiger der Beschlüsse des VI. Weltkongresses aufwirft. In Wirklichkeit stehen die Versöhnler den Liquidatoren und offenen Parteifeinden näher als der Partei. Das beweist sowohl ihre Stellung zu dem Kampf, der von der Partei gegen die Liquidatoren geführt wird, als auch ihre in Nr. 24 und Nr. 1/2 der „Internationale“ abgedruckte Plattform. Die Verteidigung der Beschlüsse des VI. Weltkongresses hält das Versöhnlertum nicht davon ab, eine opportunistische Analyse der gegenwärtigen Lage („feste und starke Stabilisierung“) zu geben, die Taktik der Partei in den Wirtschaftskämpfen, die auf dem IV. RGI- und VI. Weltkongreß festgelegt wurde, in der Tendenz als ultralinks und den innerparteilichen Kurs als Ruth-Fischer-Maslow-Kurs zu bezeichnen, gegen den man ebenso kämpfen müsse, wie – „gegen rechts“. Diese Doppelzüngigkeit der Versöhnler ist um so gefährlicher, als sie von der Parteimitgliedschaft nicht so schnell erkannt wird wie die offene sozialdemokratische Sprache der Liquidatoren. In seinem Wesen ist aber das Versöhnlertum eine opportunistische Gruppierung.

Mit dem unbedingt notwendigen Ausschluß der Liquidatoren aus der Partei und den organisatorischen Maßnahmen gegen die Versöhnler ist die Ueberwindung ihrer Ideologie, die Ausmerzung der Ueberreste sozialdemokratischer und kleinbürgerlicher Anschauungen noch nicht erledigt. Das kann nur geschehen auf der Grundlage einer wirklichen Aneignung des Marxismus-Leninismus durch die gesamte Mitgliedschaft der Partei. Trotz der fortschreitenden Bolschewisierung der Partei im allgemeinen zeigte sich gerade in den letzten Jahren, daß ein Teil unserer Mitgliedschaft dem Druck des Reformismus nicht standhielt und eine ganze Reihe von einfachen Parteimitgliedern und Funktionären in den Betrieben, Gewerkschaften, Gemeindeparlamenten usw. eine Menge opportunistischer Fehler beging. Auf diese schwankenden und mit einem leninistischen Elementarwissen nicht ausgestatteten Mitglieder versuchten sich auch die Liquidatoren und Versöhnler zu stützen. Der organisatorische Reinigungsprozeß muß deshalb eng verbunden werden mit einer starken ideologischen Durcharbeitung der Partei, um die noch vorhandenen Ueberreste und Elemente sozialdemokratischer und kleinbürgerlicher Anschauungen restlos zu beseitigen, jedem Parteimitglied ein Elementarwissen zu geben, die alten Funktionärkaders zu schulen und neue Kaders zu erziehen. Die Notwendigkeit der Durchführung dieser Aufgaben, besonders in der jetzigen Situation, ist sowohl in den Beschlüssen des VI. Weltkongresses als auch in dem „Offenen Brief“ festgelegt. Im Anschluß an die Ankündigung der Ausschlußmaßnahmen gegen die Führer der rechten Fraktion und des Beschlusses über den Ausschluß von Hausen und Galm heißt es im Offenen Brief:

„Zur weiteren Aktivisierung der Parteimassen, zur Verbesserung der Parteikaders und zur Stärkung der Parteiführung ist es notwendig:

1. eine breit angelegte systematisch-ideologische Kampagne zur Ueberwindung der opportunistischen Gefahr in der KPD, zur bedingungslosen Sicherstellung der bolschewistischen Parteieinheit und zur Gewinnung jener Arbeiter, die noch unter dem Einfluß der rechten Fraktion stehen, durchzuführen; [101]

2. einen systematischen Kampf zur Ueberwindung des Versöhnlertums gegenüber den Rechten, das den Kampf gegen die Rechten hemmt, zu führen."

Die Diskussion über die innerparteilichen Probleme, die auf der Grundlage des „Offenen Briefes" geführt wird, kann nur fest fundiert werden durch bedeutende Verstärkung unserer Schulungsarbeit, die viel planmäßiger und systematischer als bisher durchgeführt werden muß. Unsere Elementar- und Fortgeschrittenenkurse, die im Rahmen des Winterschulungsplanes in allen Bezirken laufen und das Thema „Was wollen die Kommunisten", bzw. aktuelle Probleme des Programms der KI behandeln, sind, mehr als bisher zuzuspitzen auf die innerparteilichen Probleme und die Fragen des Marxismus-Leninismus, die durch das Auftreten des Liquidatoren- und Versöhnlertums in den Mittelpunkt der Diskussion gestellt wurden. Bei allen diesen Fragen ist der leninistische Standpunkt gegenüber den sozialdemokratischen Anschauungen der Rechten und Versöhnler scharf herauszuarbeiten. Durch die Elementarkurse wird es uns möglich sein, in der nächsten Zeit einem großen Teil der Parteimitgliedschaft und im weiteren Verlauf der ganzen Mitgliedschaft die Grundprobleme des Marxismus-Leninismus zu vermitteln. In den Fortgeschrittenenkursen sollen in erster Linie unsere Funktionäre geschult und neue Funktionärkaders ausgebildet werden. Ueber die Teilnahme an diesen Kursen wird eine Kontrolle durch Eintragung eines Vermerks in das Mitgliedsbuch ausgeübt. Neben den Elementar- und Fortgeschrittenenkursen sollen spezielle Kurse zur Behandlung der Gewerkschafts- und Kriegsfragen zur Durchführung kommen, die eine besondere aktuelle Bedeutung haben und mit denen sich alle Genossen vertraut machen müssen. Die weitere Stufe unserer Schulungsarbeit sind die Bezirksparteischulen und die unterbezirks- oder ortsgruppenweise durchzuführenden Wochenendkurse, in denen das Programm der KI und seine theoretischen Grundlagen behandelt werden. Diese Schulen erfüllen allerdings nur dann ihren Zweck, wenn auf sie aktive Parteiarbeiter entsandt werden, die sich bereits durch den Besuch niederer Kurse oder durch Selbstbildung ein bestimmtes theoretisches Wissen angeeignet haben. Auch auf den Bezirksparteischulen und Wochenendkursen, die in allen Bezirken, in denen seit dem VI. Weltkongreß keine Bezirksschulen stattgefunden haben, organisiert werden sollen, sind die innerparteilichen Probleme und die politischen Streitfragen sehr eingehend zum behandeln.

Mit der Durchführung dieses für die nächste Zeit berechneten Schulungsprogrammes, in das auch die Anfang Februar beginnende Reichsparteischule gehört, muß Hand in Hand gehen die Beseitigung der großen Mängel, die noch auf dem Gebiete der Organisation unserer Schulungsarbeit, der Erfassung und Schulung der Lehrkräfte, der Herausgabe von Lehrmaterialien und der Bekämpfung der gegnerischen Schulungsarbeit liegen. Für die planmäßige und systematische Organisierung, Durchführung und Weiterführung unserer Schulungsarbeit wurde bisher sehr wenig getan. Nur in einzelnen Bezirken bestehen im Rahmen des Agitprop-Apparates besondere Propagandaorgane, die das organisatorische Rückgrat dieser Arbeit bilden sollen. Deshalb verläuft auch die Schulungsarbeit im allgemeinen anarchisch, zusammenhanglos und unkontrolliert. Gerade jetzt, wo sich die Notwendigkeit einer planmäßigen, systematischen und ausdauernden Schulungsarbeit mit aller Deutlichkeit zeigt, muß der Aufbau arbeitsfähiger Propagandaorgane bei den Bezirks- und Unterbezirks-Agitprop-Abteilungen, sowie in den wichtigsten Orten in Angriff genommen und überall durchgeführt werden. Von der Schaffung dieser Organe wird abhängig sein die systematische Durchführung, Ausgestaltung und Kontrolle der Schulungsarbeit, sowie die Zusammenfassung und Auswertung aller Erfahrungen, die dabei gemacht werden.

Die Erfassung und Schulung unserer Lehrkräfte ist ebenfalls eine Frage, die jetzt eine große aktuelle Bedeutung bekommen hat, und ohne deren Lösung eine tiefgehende und umfassende Schulungsarbeit nicht geleistet werden kann. Sowohl quantitativ als auch qualitativ betrachtet besteht in [102] der Partei ein großer Mangel, an Lehrkräften, der noch dadurch verstärkt wurde, daß ein Teil der bisher verwandten Genossen sich als Anhänger des Liquidatoren- und Versöhnlertums entpuppte, die

natürlich nicht als Lehrer für die Fragen des Leninismus verwendet werden können. Deshalb ist es notwendig, in der nächsten Zeit eine Registrierung sowohl der zentralen als auch bezirklichen Lehrkräfte durchzuführen, sie durch regelmäßige Besprechungen, Kurse und Schulen im Marxismus-Leninismus gut auszubilden und mit erprobten Erziehungs- und Lehrmethoden vertraut zu machen. Die Frage der Herausgabe von Lehrmaterialien, Lehrbüchern, Kursusdispositionen usw. sowie des Vertriebs unserer theoretischen Zeitschriften muß im Zusammenhang mit der Verstärkung der Schulungsarbeit im allgemeinen ebenfalls auf eine viel breitere Grundlage gestellt werden. Nur wenn wir verstehen, auf allen Gebieten der Schulungsarbeit eine systematische und planmäßige Tätigkeit zu entfalten, wird es uns gelingen, die Theorie des Marxismus-Leninismus zum Gemeingut aller Mitglieder zu machen, alle Ueberreste sozialdemokratischer und kleinbürgerlicher Anschauungen aus der Partei auszumerzen, die ideologische und organisatorische Einheit der Partei zu sichern und die Möglichkeit politischer, taktischer und organisatorischer Fehler auf ein Minimum zu beschränken. [103]

*

### *Zur Parteidiskussion*

## Die innerparteiliche Lage im Lichte der Versöhnler

*(Antwort auf die Erklärung der Genossen Ewert-Meyer in der Plenarsitzung des ZK vom 13./14. Dezember* 1928)

Wir bringen nachstehend eine der zu Dutzenden produzierten Erklärungen der versöhnlerischen Gruppe Ewert-Meyer zum Abdruck, die die rechte opportunistische Tendenz dieser Gruppe klar aufzeigt. Interessant ist schon die Gestaltung dieser Erklärung. Nachdem der Versöhnlergruppe wochenlang nachgewiesen wurde, daß sie nichts anderes als ein Flügel der rechten Liquidatorengruppe ist, der die Aufgabe hat, das Abzugmanöver der Rechten aus der kommunistischen Bewegung zu decken, nachdem nachgewiesen wurde, daß die Versöhnler bei allen Parteiauseinandersetzungen lediglich einen Kampf gegen das ZK und die Parteimehrheit führen, dagegen aber kein Wort der Kritik und Verurteilung des Verrats der rechten Liquidatoren finden, fühlen sie sich endlich genötigt, zum erstenmal in der Geschichte des Parteikampfes, sich in einem Absatz gegen die rechte Fraktion zu wenden.

Aber man betrachte die ganze Erklärung, wie hier der Proporz eingehalten ist: ein Drittel zahmer Bemerkungen gegen die Rechten und zwei Drittel Wutanfälle gegen die Parteimehrheit. Der lächerliche Versuch der Versöhnler, einige Randbemerkungen gegen das rechte Liquidatorentum zu übernehmen, just zu einem Zeitpunkt, wo diese schon außerhalb der Partei standen, ändert natürlich absolut gar nichts an dem versöhnlerischen Kurs der Gruppe Ewert-Meyer. Sie sind nach wie vor die linke Flankendeckung des rechten Liquidatorentums. Je rascher dieses geschlagen die Partei verläßt, desto rascher wird die versöhnlerische Gruppe um Meyer, Schumann und Genossen der Sammelpunkt aller rechten Strömungen und Tendenzen in der Partei, und desto näher rückt der Zeitpunkt, wo die Versöhnler faktisch die Rolle des rechten Liquidatorentums innerhalb der Partei übernehmen. Dieser Prozeß hat sich zum Teil schon vollzogen. Nach dem Erscheinen des Offenen Briefes des Präsidiums des EKKI und nachdem die Partei die ersten Maßnahmen gegen das Liquidatorentum unternahm, hat sich bereits ein Teil aus der Gefolgschaft der Versöhnler ganz offen ins Lager des Liquidatorentums und außerhalb der Partei begeben (die Leipziger Gruppe Engert, Tittel usw.) und ein anderer Teil bereits endgültig alle Argumente und die sozialdemokratische Politik der Liquidatoren übernommen (Karl Richter, Möller u. a.).

Sehen wir uns aber die „Erklärung“ ihrem Inhalt nach an. Im ersten Abschnitt „Die opportunistische rechte Fraktion“, in dem so eine Art Polemik gegen die Rechten gemacht wird, aber noch nicht einmal der Versuch unternommen wird, die Grundlinie aufzuzeigen, in der sich die Liquidatoren in ihren sozialdemokratischen Anschauungen vom Kommunismus trennen, geht es nicht ab ohne die notwendigen Seitenhiebe gegen das ZK und die Mehrheit der Partei. So wird, trotz der Abfuhr, die die Versöhnler von der höchsten Instanz der Weltpartei erfahren haben, weiter verleumderisch behauptet: „... während die Mehrheit des ZK die ökonomischen und politischen Voraussetzungen der revolutionären kriegerischen Zuspitzungen ungenügend beachtet und auf diese Weise die ‚dritte Periode‘ aus der Analyse der Lage auslöscht ...“. Dabei hat das EKKI unzweideutig festgestellt, daß es gerade die Wortführer der Versöhnler, Humbert-Droz, Serra, Ernst Meyer, [104] Ewert und andere sind, die die

ökonomische und politische Grundlage der dritten Periode verfälschen, verwässern und in ihr Gegenteil umkehren, also gerade die wichtigsten Elemente, in denen sich die dritte Periode von der zweiten unterscheidet, leugnen, daß sie, die Versöhnler, die dritte Periode liquidieren, und daß dies nicht, wie sie behaupten, „von der Mehrheit des ZK“ geschieht.

Auf ihre falsche und oberflächliche Einstellung zum rechten Liquidatorentum wollen wir nicht näher eingehen. Jeder, der unsere Kritik und unseren Kampf gegen das Liquidatorentum kennt, wird ohne weiteres den gewaltigen Unterschied unserer Stellungnahme gegen das Liquidatorentum im Gegensatz zum Versöhnlertum herausfinden. Der „Kampf“ der Versöhnler gegen die rechten Liquidatoren bedeutet keine Unterstützung zur entschlossenen Niederschlagung des Liquidatorentums, sondern nur eine Förderung des Kampfes der Rechten gegen die Partei und Komintern. Auch nach dieser Leistung bleiben die von uns aufgestellten Thesen über das Versöhnlertum bestehen: „Die Versöhnler sind die Schrittmacher und die Verteidiger des rechten Liquidatorentums.“

Nun zum zweiten Teil: „Die „linken“ sektiererischen Abweichungen“, jenem Teil, in dem die Versöhnler die Polemik gegen das ZK und die Parteimehrheit fortsetzen. Hier steht abermals an der Spitze die falsche Behauptung, daß das ZK eine Analyse über die gegenwärtige Lage gebe, die die „dritte Periode“ ablehne. Aber gerade das, was die Versöhnler als „Analyse“ der dritten Periode der Auslegung des ZK entgegenstellen, die Hervorhebung der Kraft der deutschen Bourgeoisie, die Leugnung der revolutionären Perspektive und der Radikalisierung der Arbeitermassen, alles das sind gerade Kennzeichen und Merkmale der zweiten und nicht der dritten Periode. Die dritte Periode wurde vom Weltkongreß im Gegensatz zur zweiten Periode, die eine relative Festigung der kapitalistischen Stabilisierung war, gerade durch die Anhäufung der Explosivstoffe, das gewaltsame Hindrängen zum imperialistischen Krieg, zur Verschärfung der Klassenkämpfe und damit durch die stärkere revolutionäre Perspektive charakterisiert. Daraus ergibt sich ganz klar, daß die Versöhnler es sind, die die Analyse der dritten Periode auf die der zweiten Periode reduzieren und damit Inhalt und Charakter der dritten Periode liquidieren. Um ihre liquidatorische Tendenz zu maskieren, schreien sie „Haltet den Dieb!“. Ihre absolut sozialdemokratische Verteidigung der Festigkeit und Standhaftigkeit der Stabilisierung verdecken sie durch Verdrehung der Tatsachen gegenüber der richtigen Anwendung und Auslegung der Beschlüsse des VI. Weltkongresses durch das ZK und die Mehrheit der Partei, wie dies auch in den Reden der Genossen Stalin, Molotow, Gussew, Kuusinen u. a. im Präsidium des EKKI festgestellt wurde.

Wie sehr das Versöhnlertum in die Lügenargumentation der SPD gegen die KPD verstrickt ist und sich diese zu eigen macht, beweist die unerhörte Verleumdung, die die Ewert und Meyer gegen die Partei zustandebringen, die nicht anders als bewußt parteifeindlich genannt werden kann. Dies zeigt sich bei der Stellung der „Unterstützungsfrage im Ruhrkampf“. Hier heißt es in der Erklärung der Versöhnler:

„Zwei charakteristische Beispiele, wie rechte und ‚linke‘ opportunistische Fehler einander ergänzen: Die Reichstagsabstimmung über die Unterstützung der Ausgesperrten, ein typisch ultralinker Fehler – der ohne Massenvorbereitung mit der Forderung des Generalstreiks erlassene Offene Brief an den ADGB Düsseldorf am Ende des Ruhrkampfes, ein typisch opportunistischer Fehler.“

Noch deutlicher in der Unterstützungsfrage werden Ewert und Meyer in einer Resolution, die sie gleichfalls in der ZK-Sitzung vom 14. Dezember über den Ruhrkampf eingebracht haben, in der es folgendermaßen heißt:

„e) Zur Unterstützungsfrage. Auch bei der Frage der Ausgesperrten unterliefen der Partei einige Fehler. Es war ein Fehler, daß unsere Vertreter im Reichstagsausschuß nach Ablehnung unserer Anträge den Antrag ablehnten, die Regierung zu ermächtigen, Mittel zur Unterstützung der Ausgesperrten zur Verfügung zu stellen. Das Polbüro hat zu dieser Frage nicht Stellung genommen. Die Reichstagsfraktion war durch die Stellungnahme ihrer Vertreter im Ausschuß festgelegt. Durch die Ablehnung erleichterten wir den Reformisten, sich als diejenigen aufzuspielen, die den [105] Arbeitern die 20 Millionen Unterstützungsgelder gegen die Stimmen der KPD erwirkten. Richtig wäre es gewesen, dem absichtlich unbestimmt gehaltenen Antrag der Regierungsparteien mit einer Erklärung zuzustimmen und den Kampf für eine ausreichende Unterstützung aller Ausgesperrten und der durch die Aussperrung indirekt betroffenen Arbeiter weiterzuführen. Für die Sozialdemokratie und alle Regierungsparteien waren die 20 Millionen der Preis, um eine gefährliche Zuspitzung im gegenwärtigen Moment zu vermeiden, die Revolutionierung der Massen und damit das Schwinden der Massenbasis der SPD und des

Zentrums möglichst einzudämmen. Insofern war die Bewilligung dieser Mittel und ihre Auszahlung an alle Arbeiter ohne Rückzahlungspflicht ein indirekter Erfolg des Druckes der Massen, aber auch ein Beweis für die noch vorhandene Manövrierfähigkeit der Sozialdemokratie und der Bourgeoisie."

Diese Darstellung bringt der Genosse Ewert fertig zu unterzeichnen, derselbe Genosse Ewert, der im Reichstag, als diese Frage zur Diskussion und zur Abstimmung stand, absolut mit der Gesamtfraktion und dem Politbüro einig war, daß die Fraktion gegen den Regierungs- und Koalitionsantrag stimmen muß, der selbst gegen den Antrag der Regierung und der Kommission gestimmt hat. Kein Wort des Einwandes wußte damals der Genosse Ewert zu erheben. Und warum? Weil es gar keinen Zweifel geben konnte, daß die kommunistische Fraktion gegen den Kommissionsantrag stimmen mußte. Alles, was nachträglich von Ewert und Meyer behauptet wird, ist die unerhörteste Verdrehung der Tatsachen, die sich im Reichstag wirklich abgespielt haben und die in dieser verlogenen Weise noch nicht einmal von der Sozialdemokratie gewagt wurde. Niemals ist im Reichstag von der Regierung oder irgendeiner anderen Seite der Antrag gestellt worden, 20 Millionen Unterstützungsgelder für die Ruhrarbeiter zur Verfügung zu stellen. Die Kommunisten hatten niemals die Gelegenheit, über einen solchen Antrag abzustimmen, da er nie gestellt wurde. Wenn das jetzt Ewert in seiner Erklärung behauptet, beweist er nur, daß er wider besseres Wissen zum Zwecke der Stimmungsmache gegen das ZK die Unwahrheit sagt.

Der Sachverhalt war in Wirklichkeit folgender: Dem Reichstag lagen drei Anträge zur Unterstützung der Ausgesperrten an der Ruhr vor, ein Antrag der kommunistischen Fraktion, ein Antrag der Sozialdemokraten und ein Antrag des Zentrums. Alle drei Anträge wurden der Kommission oder, wie Ewert sagt, dem Reichstagsausschuß überwiesen. In dieser Kommission erklärte die Regierung (Reichsarbeitsminister Wissell), daß sie keinen dieser Anträge annehmen könne, da dies ein verfassungsänderndes Gesetz voraussetze, und sie, die Regierung, beantrage, den Ausgesperrten die Wohlfahrtsunterstützung nach dem Gesetz zuteil werden zu lassen. Die Wohlfahrtsunterstützung (Armenunterstützung) nach dem Gesetz bedingt, 1. daß die Gemeindebehörden, die diese Unterstützung zu gewähren haben, die Bedürftigkeit des zu Unterstützenden prüfen, 2. daß die ausgezahlten Unterstützungen, nachdem die Betreffenden dazu in der Lage sind (d. h. also, wenn sie wieder arbeiten), an die Gemeindekassen zurückzuzahlen sind. In demselben Ausschuß, in dem diese Anträge behandelt wurden, stellte die kommunistische Fraktion den Antrag, aus Reichsmitteln 30 Millionen bereitzustellen für Unterstützung der ausgesperrten Ruhrarbeiter. Nun ereignete sich in diesem Ausschuß folgendes: Die bürgerlichen Parteien, von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen, stimmten sämtliche Anträge d. h. also: 1. den kommunistischen Antrag, 2. den Antrag der Sozialdemokraten, 3. den Antrag des Zentrums, 4. den Antrag der Kommunisten zur Bereitstellung von 30 Millionen, gemeinsam nieder und faßten gegen die Stimmen der Kommunisten einen Beschluß, entsprechend dem Antrag der Regierung, der da lautete: „die Preußenregierung zu ersuchen, zur Behebung der Notlage der Ausgesperrten an der Ruhr die Wohlfahrtsunterstützung nach den Regeln des Gesetzes zu gewähren". Die Vertreter unserer Partei in dem Ausschuß verhielten sich folgendermaßen: Da der Antrag der Kommunisten der weitestgehende war, wurde er zuerst abgestimmt und gegen die Stimme der Kommunisten abgelehnt. Dann wurde der Antrag der Sozialdemokraten abgestimmt und mit den Stimmen der Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Das heißt also, die Kommunisten stimmten, nachdem ihr eigener Antrag abgelehnt war, für den Antrag der Sozialdemokraten, die Sozialdemo-[106]kraten aber lehnten ihren eigenen Antrag ab. Dann wurde der Antrag des Zentrums abgestimmt. Nachdem die Anträge der Kommunisten und der Sozialdemokraten abgelehnt waren, stimmten die Kommunisten für den Zentrumsantrag, während die Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen, also inklusive Zentrum, auch den Zentrumsantrag ablehnten. Ebenso wurde der kommunistische Antrag auf Bewilligung von 30 Millionen gegen die Kommunisten abgelehnt. Hierauf stellten die Kommunisten dem Antrag der Regierung auf Gewährung der Wohlfahrtsunterstützung den Antrag gegenüber: 1. daß die Wohlfahrtsunterstützung allen Ausgesperrten gezahlt werden muß, ohne Rücksicht auf die Bedürftigkeit, d. h. also: Aufhebung der Bedürftigkeitsklausel, 2. daß die ausgezahlten Wohlfahrtsunterstützungen nicht mehr zurückzuzahlen sind, das heißt also: Aufhebung der Rückzahlungsklausel. Auch dieser Antrag wurde von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen abgelehnt und alsdann der Regierungsantrag „Die preußische Regierung zu ersuchen usw." gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

War das Verhalten unserer Vertreter richtig? Wer auch nur einen Funken von Verständnis für die parlamentarischen Täuschungsmanöver der Bourgeoisie und des Reformismus besitzt, wird zugeben müssen, daß unsere Fraktion gar nicht anders handeln konnte. Ein solcher Beschluß des Reichstags, „die preußische Regierung zu ersuchen", verpflichtet die Reichsregierung erstens zu gar nichts. Zweitens: ein solcher Antrag auf Gewährung von Armenunterstützung brauchte im Parlament gar nicht beschlossen zu werden, da jeder Staatsbürger, wenn er in Notlage gerät, die Forderung auf Armenunterstützung erheben kann. Wenn nichts anderes als die gesetzlichen Bestimmungen in Anwendung kommen sollten – und so lautet der Beschluß des Reichstags –, dann brauchte das nicht beschlossen zu werden; das konnten die Gemeinden von sich aus tun, und der Druck der Arbeiter auf die Gemeinden war weit stärker als der Beschluß des Reichstags. Die ganze Geschichte war eine elende Komödie, die zu nichts verpflichtete, und die in keiner Weise eine Hilfe für die kämpfenden Ruhrarbeiter bedeutete. Und diese erbärmliche parlamentarische Komödie sollte die KPD mitmachen? Nur parlamentarische Kretins können hinter dem verlogenen Manöver der Trustbourgeoisie, die sie im Parlament aufführte (der Beschluß wurde gefaßt von sämtlichen bürgerlichen Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten), eine ernsthafte Unterstützung der kämpfenden Arbeiter an der Ruhr herausfinden. Hätten die Kommunisten diesen Manövern zugestimmt, dann hätten sie sich vor der gesamten Arbeiteröffentlichkeit als Helfer der Trustbourgeoisie erwiesen. Nur die unwahre Darstellung durch Ewert und Meyer, die sie aus der sozialdemokratischen Presse abschreiben, obwohl gerade Ewert wußte, daß es sich um Verleumdungen handelt, geben ihnen die Möglichkeit, solche erbärmliche Manöver gegen die Politik der Partei in Szene zu setzen.

Ebenso verleumdet die Versöhnlergruppe weiter und phantasiert über eine „pseudolinke Gruppierung, die bewußt und systematisch die Beschlüsse des VI. Weltkongresses durchkreuzt", ohne auch nur ein einziges Beispiel für diese Behauptung anzuführen. Diese Methode der Polemik richtet sich von selbst. Weiter entdeckt das Versöhnlertum die „vollkommene Ausschaltung der Selbstkritik", und hierzu wird auch die unwahre Behauptung aufgestellt, daß das ZK „nicht einmal nach dem Hafen- und Ruhrarbeiterkampf Selbstkritik geübt habe" u. a. m. Wer die Resolution des ZK vom 14. Dezember gelesen hat, findet, daß hier vielleicht mehr, als es nottat, schärfste Selbstkritik geübt wurde. Dagegen hatten Ewert und Meyer zuerst eine Resolution vorbereitet, in der sie in keiner Hinsicht an wirklichen Fehlern Kritik geübt hatten. Nachdem sie die Resolution des ZK zu Gesicht bekamen, zogen sie ihre ursprüngliche Resolution wieder zurück, um alle die in der ZK-Resolution enthaltenen Punkte der Selbstkritik sich zu eigen zu machen, wobei ihnen allerdings ein Malheur passierte, daß z. B., hinsichtlich der Forderung des Generalstreiks im Offenen Brief an den ADGB Düsseldorf, bei ihnen eine absolut opportunistische Kritik zustande kam, während das ZK die Forderung des Generalstreiks aus ganz anderen Ursachen [107] als die Versöhnler abgelehnt und verworfen hat. Dem ZK oder dem Polbüro den Vorwurf zu machen, daß die höchste Parteiinstanz die Losung des Generalstreiks ausgegeben hätte, wie das die Versöhnler tun, ist ein bewußter Schwindel; denn auf die Falschheit dieser Losung sind sie erst durch die Kritik in der Resolution des ZK aufmerksam geworden.

Was soll man zu solchen „Kritikern" sagen, die jammern über die „Verfälschung der Parteidemokratie", wenn man weiß, daß diese Genossen, die dem Polbüro angehören, an keiner aktiven Arbeit in der leitenden Körperschaft teilnehmen? Parteidemokratie? Jawohl! Parteidemokratie aber verpflichtet! Verpflichtet zur Einhaltung der Regeln und Grundsätze der Partei und läßt keineswegs ein fraktionelles Treiben zur Schädigung und Behinderung der Parteiarbeit zu.

In diesem Absatz wird ein weiterer Schwindel in die Welt gesetzt. Hier heißt es:

„Die Mehrheit des ZK hat in Widerspruch zum VI. Weltkongreß beschlossen, alle Genossen, die mit der fehlerhaften Auslegung der Kongreßbeschlüsse durch die Mehrheit des ZK nicht einverstanden sind, bis zum 31. Dezember aus ihren Funktionen zu entfernen."

Die Genossen Ewert und Meyer wissen, daß sie hier schwindeln. Wer von ihnen, die selbst „mit der fehlerhaften Auslegung der Kongreßbeschlüsse" nicht einverstanden sind, wurde aus der Funktion entfernt? Wir fordern diese Genossen auf, nachzuweisen, wo und wann ein solcher Beschluß gefaßt worden ist. Niemals wurde in einer Sitzung des Polbüros oder des ZK auch nur ein ähnlicher Antrag gestellt oder eine diesbezügliche Redewendung von irgendeinem Genossen des ZK gebraucht. Es

kann sich also nicht um einen Irrtum oder um ein Versehen dieser beiden Genossen handeln, sondern lediglich um eine unerhörte verleumderische Behauptung.

Auf das einzugehen, was die Ewert und Meyer zusammenphantasieren über das theoretische Organ der Partei „Die Internationale“, das angeblich „zum Abladeplatz seichten Agitationsmaterials und hemmungslosen Fraktionsklatsches“ geworden sei, erübrigt sich wohl.

So offenkundige Feinde des ZK, der Parteimehrheit und damit der Partei, wie es die Genossen Ewert und Meyer sind, können wohl keinen Anspruch darauf erheben, als einwandfreie Autoritäten zur Beurteilung unserer Tätigkeit angesehen zu werden.

Was die Genossen Ewert und Meyer über das „ideologische Niveau der Partei“ sich zusammenreimen, wird am besten dadurch illustriert, daß man sich das „ideologische Niveau“ ihrer eigenen Dokumente ansieht. Auch hierzu sprechen wir diesen Genossen das Recht ab, als autoritative Sachverständige auftreten zu können.

Die Wiederholungen der opportunistischen halbsozialdemokratischen Auffassungen aus ihrer Plattform, die wir in den vorigen Nummern der „Internationale“ abgedruckt und besprochen haben, ändern nicht das geringste an dem Urteil, das wir über dieses Pamphlet bereits geäußert haben. Was sie also hier im dritten Abschnitt ihrer Resolution sagen, ist nicht mehr neu. Wir haben darauf schon früher die Antwort gegeben.

Nur der letzte Absatz des dritten Abschnittes ist so charakteristisch für das, was das Versöhnlertum ist, und lüftet so gründlich die Maske, die sich der feige Opportunismus vorgebunden hat („Das Versöhnlertum ist feiger Opportunismus!“), daß wir nicht umhin können, den wahren Kern des Versöhnlertums in seiner ganzen Glorie aufzuzeigen:

„Wir erklären, daß es auch die Schuld der Mehrheit des ZK und seiner den Beschlüssen des VI. Weltkongresses widersprechenden Methoden des Kampfes gegen den Opportunismus ist, wenn es den Rechten gelingt, in einer Reihe von Bezirken nicht unbedeutende Teile der Partei zurückzugewinnen. Wir werden keinen Maßnahmen der Mehrheit des ZK zustimmen, die dies begünstigen. Im Augenblick der Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit der Trennung der Partei von einer ganzen Reihe von Genossen, wie Brandler, Thalheimer, Walcher, Frölich, Enderle, Schreiner, die zu den Gründern des Spartakusbundes gehören, die am 4. August 1914 bei Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg standen, halten wir es für unsere Pflicht, vor der Partei zu erklären: [108] diese Genossen können nicht mit Verrätern à la Levi, Friesland oder Kleinbürgern à la Maslow und Ruth Fischer auf eine Stufe gestellt werden. Wir verbinden unsere Ueberzeugung, daß gegenwärtig der schärfste Kampf gegen sie unerläßlich und im Interesse der Partei und der Revolution ist, mit der Aufforderung an diese Genossen, ihre schweren Fehler einzusehen und unsere Partei nicht zu verlassen.“

Dieser eine Abschnitt, der das Kernstück der ganzen Resolution von Ewert und Meyer bildet, entlarvt rücksichtslos, in welcher Front sie stehen. Welche Einstellung zeigen diese wenigen Zeilen:

„Im Augenblick der Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit der Trennung der Partei von einer ganzen Reihe von Genossen, wie Brandler usw., die zu den Gründern des Spartakusbundes gehören ...“

Ist das etwa ein falscher Zungenschlag? Ach, nein! Man lese nochmals:

„Die Partei entfernt sich von den Gründern des Spartakusbundes!“

Was heißt das? Wir, Ernst Meyer, wir, „die Gründer“ des Spartakusbundes, wir sind der Kommunismus. Wir sind die Weltrevolution, wir sind der Mittelpunkt der Erde, um uns dreht sich die Welt. Was sagten Brandler und Thalheimer?“

„Als wir mit Lenin zusammen diese für die Kommunistische Internationale grundlegenden Prinzipien ausgearbeitet haben ...“

(Brief Brandler-Thalheimers an die ZKK der KPdSU)

Ist die Sprache des Genossen Ernst Meyer nicht genau dieselbe wie die von Brandler und Thalheimer? Brandler und Thalheimer behaupten von sich, die Grundlagen der kommunistischen Internationale (und so nebenbei mit Lenin gemeinsam) geschaffen zu haben. Ernst Meyer behauptet, die Partei ist es, die sich von „den Gründern“ des Spartakusbundes entfernt. Außerhalb des Spartakusbundes gibt

es also für Ernst Meyer keine Entwicklung der kommunistischen Weltbewegung. Bei allem Verdienst und bei aller hervorragenden historischen Bedeutung für die revolutionäre Bewegung nicht nur in Deutschland, sondern für die ganze Welt, die der Spartakusbund für alle Zeiten haben wird, weiß aber heute jeder Genosse in der Partei, wie weit entfernt der Spartakusbund vom wirklichen Leninismus, von der einzig revolutionären Ideologie im Zeitalter des Imperialismus war. Und das Verhängnis der Brandler und Thalheimer bestand gerade darin, daß sie sich von ihren Spartakusanschauungen nicht freimachen konnten und dadurch wieder in ihre augenblickliche Lage zurücksinken mußten. Alles das stört Ernst Meyer nicht. Er solidarisiert sich auch bei diesem scharfen Gegensatz in den Grundauffassungen über das Wesen und den Charakter unserer Partei restlos mit Brandler und Thalheimer.

„Sie, die Gründer des Spartakusbundes, (Brandler, Thalheimer, Welcher, Fröhlich usw.), die bei Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg standen ... können nicht mit Verrätern à la Levi und Friesland ... auf eine Stufe gestellt werden.“ Ei, schau! Waren etwa Levi und Friesland nicht ebenfalls „Gründer“ des Spartakusbundes, und haben sich Levi und Friesland nicht ebenso auf ihre Qualität als „Gründer des Spartakusbundes“ berufen, wie heute Brandler und Thalheimer? Und besonders gefährlich ist es für den Genossen Ernst Meyer, solche Prophezeiungen zu machen, wenn das nicht gar wie eine eigene Rechtfertigung klingen soll. Oder war nicht Rehbein ebenso ein Mitbegründer des Spartakusbundes, der gestern noch bei Brandler und Thalheimer stand und heute bereits bei der SPD gelandet ist? Eine solche Prophezeiung macht Ernst Meyer zur selben Zeit, wo bereits die Anhänger Brandlers unter dessen persönlicher Anleitung im Sächsischen Landtag ganz offensichtlich zur SPD übergehen, und wo im Leipziger Stadtparlament bei der Wahl der Vorsteher die Brandleristen gemeinsam mit den Sozialdemokraten gegen die Kandidaten der KPD und für die Kandidaten der Sozialdemokraten und der bürgerlichen Parteien stimmten. „Brandler und Thalheimer sind keine Verräter.“ Ach, nein! Ihre verleumderischen Pamphlete, Zeitungen und Flugblätter geben sie nur aus Liebe zur Partei, zur Komintern und nicht aus Feindschaft gegen diese heraus. Alles, was Ernst Meyer und Ewert in diesem kleinen [109] Absatz aussprechen, offenbart vollständig ihre wirkliche Einstellung, die zeigt, in welchem Verhältnis zur Partei und welchem Verhältnis zum Liquidatorentum sie stehen.

Im letzten Kapitel IV tritt die Versöhnlergruppe mit derselben Auffassung auf wie die Liquidatoren. Hier erklären sie, daß sie gnädigst „bereit sind, alles zu tun, ... um die Einheitlichkeit der Partei wieder herzustellen“. Wenn das wirklich ihre ehrliche Auffassung wäre, hätten sie das sehr leicht; sie brauchten sich nur den Beschlüssen der Komintern und der Gesamtpartei unterzuordnen, wie das für jeden Parteigenossen, der Anspruch darauf erhebt, als solcher anerkannt zu werden, selbstverständlich ist.

Aber eben das wollen sie nicht; sie wollen eine andere Partei oder wenigstens eine andere Politik, als das die Partei will. Deswegen fordern sie „Voraussetzungen“. Sie stellen also ein Ultimatum und führen in fünf Punkten auf, wie sie sich die „Parteiarbeit“ vorstellen.

Nicht Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit, nicht Anerkennung der Beschlüsse der Partei, sondern „Gleichberechtigung“ der Minderheit mit der Mehrheit. Das Versöhnlertum, das aus einigen anmaßenden Generalen ohne Truppen besteht, unternimmt hier also den Versuch, als eine selbständige „Macht“ aufzutreten, die der Partei ihren Willen diktiert. Die Partei hat sich dem Versöhnlertum, das vom VI. Weltkongreß und vom Präsidium der Komintern wiederholt und vernichtend geschlagen wurde, unterzuordnen. Die Partei hat diesem Versöhnlertum, das der VI. Weltkongreß verurteilte, zu parieren. So fassen die Ernst Meyer und Ewert ihre Rolle in der Partei auf, und so sehen sie die Rolle der Partei an.

Die Partei kann solche Anschauungen und Ansprüche, wie sie das Versöhnlertum stellt, nicht anerkennen. Die Partei ist mit der Feststellung des Offenen Briefes vollkommen einverstanden, die da lautet:

„Für das Versöhnlertum ist in der KPD gegenwärtig kein Platz mehr. Est ist die Zeit gekommen, wo man die Wahl treffen muß zwischen der Partei und der rechten Fraktion – so steht jetzt die Frage!“

Die Versöhnler haben zu wählen, nicht die Partei!

*

## Erklärung der Genossen Ewert und E. Meyer zur innerparteilichen Lage

(Abgegeben auf der Plenarsitzung des ZK der KPD vom 13/14. Dezember 1928)

Unter Aufrechterhaltung unserer Erklärungen zur innerparteilichen Lage, die wir in den beiden letzten Plenarsitzungen des Zentralkomitees abgegeben haben, sowie unserer Bemerkungen „Ueber die Meinungsverschiedenheiten bei der Durchführung der Beschlüsse des VI. Weltkongresses“ erklären wir:

Das Charakteristische an der Entwicklung der innerparteilichen Lage seit der letzten Plenarsitzung des ZK und der Reichsparteiarbeiterkonferenz ist:

Erstens, die Entwicklung der liquidatorischen Auffassungen und parteifeindlichen Kampfmethoden der rechten Fraktion, die objektiv (zum Teil auch subjektiv) aus der Partei herausstrebt.

Zweitens, gefährliche „linke“ Schwankungen in der Politik der Mehrheit des ZK.

### I.

### *Die opportunistische rechte Fraktion*

entfernt sich immer mehr von der Grundlinie der Partei und der Internationale. wie sie in den Beschlüssen des VI. Weltkongresses niedergelegt hat. Sie entwickelt in ihren Organen eine selbständige Ideologie, die auf einer falschen Beurteilung der Lage und der Aufgaben der revolutionären Partei heraus zwischen dem Leninismus und dem revolutionären Radikalismus der Vorkriegszeit hin und her schwankt. Die prinzipielle Fehlerquelle der opportunistischen Auffassung ist eine außerordentliche Verkennung der gegenwärtigen Situation, des geschichtlichen Milieus, in dem das Proletariat kämpft und aus dem die Bedingungen und die Taktik seines Kampfes erwachsen.

Brandler und Thalheimer bestreiten die Existenz jener besonderen Phase der Stabilisierung, die der Kongreß als „dritte Periode“ gekennzeichnet. In ihrer Zeitschrift „Gegen den Strom“ heißt es:

[110] „Diese dritte Periode ist offenbar nur zu dem Zweck erfunden worden, weil die Exekutive die Erscheinung der Stabilisierung früher nicht richtig beurteilt und nicht gründlich analysiert hat. In der Tat ist zwischen der zweiten Periode der relativen Stabilisierung und der dritten Periode der Rekonstruktion kein scharfes Trennungsglied möglich.“

Es ist kein Zufall, sondern die logische Konsequenz dieser Kritik der Beschlüsse des Kongresses, daß sie die Unvermeidlichkeit des imperialistischen Krieges bei ihrer Analyse und ihren taktischen Erwägungen nicht genügend beachten. Während die Mehrheit des ZK die ökonomischen und politischen Voraussetzungen der revolutionären und kriegerischen Zuspitzungen ungenügend beachten und auf diese Weise die „dritte Periode“ aus der Analyse der Lage auslöschen, anerkennt die Rechte die Erstarkung, die Rekonstruktion des Kapitalismus und seines politischen Ueberbaues in den letzten Jahren, schwächt aber die unvermeidlichen revolutionären Konsequenzen dieser Aenderungen in der Struktur des Kapitalismus ab. Wenn die Rechten ihre Kritik des VI. Weltkongresses bis zu Ende führen, so müssen sie zu einer Revision der Leninschen Theorie des Imperialismus kommen. Aus solchen Auffassungen muß sich eine falsche Einschätzung des Reformismus in der gegenwärtigen Situation und des Verhältnisses der revolutionären Partei zum Sozialimperialismus ergeben. Um ihre Ablehnung der vom VI. Weltkongreß beschlossenen taktischen Wendung der Verschärfung des Kampfes gegenüber dem Reformismus zu begründen, erklären die Rechten: „Der Klasseninhalt der reformistischen Politik hat sich seit dem 4. August nicht geändert.“ („Gegen den Strom“.) Sie beachten nicht genügend die Tatsache, daß sich die funktionelle Rolle der Sozialdemokratie in den zehn Jahren der Nachkriegszeit wesentlich geändert hat. Die Koalitionspolitik ist keine mechanische Fortsetzung der Burgfriedenspolitik, sondern das Bündnis, die Vereinigung der reformistischen Bürokratie, der Arbeiteraristokratie mit dem Imperialismus. Brachte die Burgfriedenspolitik die Lakaienrolle des Reformismus gegenüber dem Imperialismus zum historischen Aufbruch, so verkörpert die Koalitionspolitik, insbesondere die gegenwärtige, die unter der Hegemonie der Bourgeoisie führende Rolle des Sozialimperialismus bei der Niederschlagung der Revolution, bei der Einreihung Deutschlands zum Krieg gegen die Sowjetunion. Indem die rechten Opportunisten diese Analyse der Funktion ablehnen, müssen sie

auch zu falschen Schlußfolgerungen bezüglich der Einheitsfronttaktik, insbesondere des Verhältnisses zu den linken SPD-Führern gelangen.

Daraus ergibt sich die opportunistische Einschätzung der Partei, der einzigen revolutionären Führung des Proletariats, die ihren konkreten Ausdruck gegenwärtig vor allem in der Ablehnung der durch den IV. RGI-Kongreß beschlossenen Streiktaktik finden.

Die rechte Gruppe kämpft gegen die organisatorischen Grundprinzipien des Bolschewismus: die Einheit der Partei und ihre revolutionäre Disziplin gegenüber dem Klassenfeind (die Herausgabe eigener Organe, die Proklamierung des Bruches der Parteidisziplin, als angebliches revolutionäres Recht, die Ausnutzung der Fehler und der Schwächen der Partei und des falschen innerparteilichen Kurses zum Kampfe gegen die Beschlüsse und die prinzipielle Linie des VI. Weltkongresses ist unvereinbar mit leninistischen Auffassungen). Deshalb ist der Inhalt ihres Kampfes um die Parteidemokratie objektiv parteifeindlich. Für die Verwirklichung der Parteidemokratie, gegen einen falschen innerparteilichen Kurs kann man nur auf dem Boden leninistischer Anschauungen kämpfen. Aus all dem ergibt sich, daß die opportunistischen Auffassungen und die innerparteilichen Kampfmethoden der Brandler-Thalheimer-Fraktion objektiv in offenes Liquidatorentum umschlagen müsse“. Die Opportunisten schwimmen gegen den Strom des Kommunismus. Die rechte Gefahr ist die Hauptgefahr.

## II.

### *Die „linken“ sektiererischen Abweichungen*

der Mehrheit des ZK ergeben sich einerseits aus jener falschen Analyse der gegenwärtigen Lage, die auf der Unterschätzung der Kraft der deutschen Bourgeoisie und des Einflusses des Sozialimperialismus auf die Arbeiterklasse und die Ersetzung der revolutionären Perspektive des VI. Weltkongresses durch die radikale Phrase beruhen (Ablehnung der „dritten Periode“ oder ihre verständnislose und demagogische Auslegung) und andererseits aus dem Versagen der Mehrheit des ZK bzw. des Polbüros, den Kampf gegen Opportunismus und Liquidatorentum zu führen. Es erweist sich, daß die Politik der Mehrheit des ZK in vollem Umfang die Warnung des VI. Weltkongresses bestätigt, „daneben (neben der rechten Hauptgefahr) bestehen auch ‚linke‘ Abweichungen, die ihren Ausdruck finden in einer gewissen Tendenz zur Ablehnung der Einheitsfronttaktik, in dem Nichtverstehen der ganz ungeheuren Bedeutung der Gewerkschaftsarbeit, in der Politik der revolutionären Phrase“. (Thesen des VI. Weltkongresses.)

Zwei charakteristische Beispiele, wie rechte und „linke“ opportunistische Fehler einander ergänzen: die Reichstagabstimmung über die Unterstützung der Ausgesperrten ein typisch ultralinker Fehler – der ohne Massenvorbereitung mit der Forderung des Generalstreiks erlassene Offene Brief an den ADGB Düsseldorf am Ende des Ruhrkampfes ein typisch opportunistischer Fehler.

In der Parteileitung und in den Spitzenfunktionären bildet sich immer deutlicher eine pseudolinke Gruppierung heraus, die bewußt und systematisch die Beschlüsse des VI. Weltkongresses durchkreuzt (Remmele, Neumann, Lenz, Grube, Opitz usw.). Ebenso wie den „linken“ Abweichungen setzt das Polbüro des ZK dieser Gruppe keinen Widerstand entgegen. Es erweist sich immer deutlicher, daß nicht nur die Gefahr der Versöhnlichkeit gegenüber dem Opportunismus besteht, sondern auch die der Versöhnlichkeit gegenüber den „linken“ Abweichungen. Dieser Versöhnlichkeit macht sich deutlich und unwiderlegbar das Polbüro des ZK schuldig.

Eine nicht minder gefährliche Abweichung von der Linie des VI. Weltkongresses, die in den letzten Wochen immer stärker hervortritt, ist die vollkommene Ausschal-[111]tung der Selbstkritik der leitenden Organe der Partei und ihrer Förderung in den Organisationen. Jede Meinung, die mit der der Mehrheit des ZK nicht bedingungslos übereinstimmt, wird unterschiedslos als rechts oder versöhnlerisch abgestempelt. Nicht einmal nach dem Hafen- und Ruhrarbeiterkampf hat das ZK es für nötig befunden, Selbstkritik zu üben, obwohl es klar ist, daß ohne diese die Wiederholung zahlreicher schwerer Fehler fast unvermeidlich ist. An Stelle der bolschewistischen Kritik tritt eine kleinbürgerliche Selbstbeweihräucherung (insbesondere in der „Roten Fahne“), die die Autorität des ZK alles eher als fördert.

Die Verfälschung der Parteidemokratie nimmt ihren Fortgang. Das ZK beruft sich gegenüber den Kritikern des Parteikurses darauf, daß alle Renegaten des Kommunismus ihren Weg des Verrats mit dem Kampf gegen den demokratischen Leninismus begonnen beben. Jeder, der den demokratischen Zentralismus und die Disziplin der Partei angreift, setzt sich in Widerspruch zu den Grundprinzipien des Kommunismus. Aber das ZK versteht nicht, daß der demokratische Zentralismus kein totes Organisationsprinzip, kein innerparteiliches Exerzierreglement ist (wie Genosse Remmele es in seiner die Partei und das ZK kompromittierenden Artikelserie in der „Internationale“ auffaßt), sondern die revolutionäre Methode der Parteiführung und des Parteilebens, die vor allem auf einer richtigen Politik, auf einer durch die Kraft der Ueberzeugung und des ideologischen Kampfes gegründeten Autorität der Parteileitung beruht. Die Mehrheit des ZK hätte es wirklich nicht nötig, zu vergessen, daß nicht nur Renegaten à la Levi und Friesland aus dem Kampf gegen den demokratischen Zentralismus auf den Weg des Verrats gekommen sind, sondern daß auch Renegaten à la Ruth Fischer und Maslow aus Methoden der Anwendung des demokratischen Zentralismus, die sehr stark den vom Genossen Remmele „theoretisch“ begründeten und vom ZK praktizierten Methoden ähneln, im kleinbürgerlichen Sumpf gelandet sind. Die Mehrheit des ZK hat im Widerspruch zum VI. Weltkongreß beschlossen, alle Genossen, die mit der fehlerhaften Auslegung der Kongreßbeschlüsse durch die Mehrheit des ZK nicht einverstanden sind, bis zum 31. Dezember aus ihren Funktionen zu entfernen. Die Durchführung dieses, die Partei schädigenden Beschlusses führt zur Ausschaltung zahlreicher Arbeiter aus ihrer früheren Parteiarbeit, aus den Zellen und Fraktionen. Wir sind überzeugt, daß diese Anweisung des ZK undurchführbar ist und an dem gesunden revolutionären Parteigefühl der Parteimassen scheitern wird. Die Kongreßbeschlüsse fordern „eine breitere innere Demokratie“ und eine „eiserne Disziplin“ der Partei (§ 61). Das ZK will eine eiserne Disziplin ohne breitere innere Demokratie verwirklichen. Dies muß und wird an den revolutionären Lebensbedürfnissen unserer Partei scheitern.

Nicht minder die Personalpolitik des ZK, die Auswahl der beruflichen Parteifunktionäre. In den vergangenen Wochen wurde wiederum eine ganze Anzahl der besten Parteifunktionäre sinnlos gemaßregelt. Wir nennen nur zwei charakteristische Fälle: mitten aus dem Ruhrkampf heraus wurde Genosse Breuer, der seit 3½ Jahren in dem Industriegebiet arbeitet, seiner Funktion als Bezirkssekretär in Niederrhein enthoben. In Hamburg wurde mit dem Genossen Otto Unger einer der besten Funktionäre der Partei, der letzte Genosse aus dem Sekretariat der BL Wasserkante entfernt, der von den Unterschlagungen Wittorfs keine Kenntnis hatte. Gleichzeitig wurden alle Funktionäre, die diese Unterschlagungen der Parteileitung monatesang verheimlichten, mit vollen Rechten in ihre Funktion wieder eingesetzt.

Als fast katastrophal muß die Entwicklung des ideologischen Lebens in der Partei angesehen werden. Das theoretische Organ der Partei, „Die Internationale“, ist unter der Leitung des Genossen Remmele zu einem Abladeplatz seichtester Agitationsartikel und hemmungslosen Fraktionsklatsches geworden. (Die nicht überbietbare Unverschämtheit Remmeles, der die innerparteiliche Haltung von Genossen Ewert, Gerhart usw. mit der „Linken“ aus der SPD vergleicht, ist kennzeichnend für die Verhunzung durch diesen ehemaligen Propagandachef der Person und der Ideen Maslows.)

Noch drückender offenbart sich die Unfähigkeit der Mehrheit des ZK, das ideologische Niveau der Partei entsprechend den sehr komplizierten Aufgaben zu entwickeln, in der Kongreßberichterstattung. Abgesehen von der Verdrehung und Verfälschung der Kongreßthesen abstrahiert die Mehrheit des ZK bei ihrer Propaganda fast völlig von einer Analyse der gegenwärtigen ökonomischen und politischen Lage in Deutschland, so daß es schon jetzt klar ist, daß bei der Fortsetzung dieser Berichterstattung an eine politische Mobilisierung der Partei nicht zu denken ist und die von den Thesen des VI. Weltkongresses aufgezeigten Mängel (Tendenzen der Bürokratisierung, Mitgliederrückgang, politische Untätigkeit der unteren Organisationen, § 61) sich noch verstärken.

III.

Der Kampf gegen die rechte Hauptgefahr und gegen die „linken“ Abweichungen ist voneinander nicht zu trennen. (Wo es eine rechte Abweichung gibt, dort muß es auch eine linke Abweichung

geben. Genosse Stalin auf dem November-Plenum des ZK der KPSU.) Beide sind aber gerade in der gegenwärtigen Situation um so gefährlicher, als die Mehrheit des ZK einen falschen innerparteilichen Kurs führt, den Opportunismus prinzipienlos und mechanisch und die „linken" Tendenzen überhaupt nicht bekämpft oder selbst ihr Träger ist. Deshalb ist der Kampf gegen beide Abweichungen unerläßlich: sowohl gegen die rechte Hauptgefahr und die Versöhnlichkeit ihr gegenüber als auch gegen den falschen innerparteilichen Kurs und die „linken" Schwankungen von den Beschlüssen des Kongresses. Aus den Disziplinbrüchen der rechten Gruppe ergibt sich zwangsläufig, daß die Partei in der Verteidigung ihrer Einheit auch zu organisatorischen Maßnahmen, selbst bis zum Ausschluß von Führern der rechten Gruppe greifen muß, wenn diese ihre Fraktionsarbeit fortsetzen. Wir stellen nochmals wie in unseren Erklärungen in den letzten Plenarsitzungen des ZK als in unseren „Bemerkungen über die Meinungsverschiedenheiten bei der Durchführung der Beschlüsse des VI. Weltkongresses" fest, daß die Mehrheit des ZK durch ihre falschen innerparteilichen Methoden und ihre ideologische Passivität und Abweichungen die Spaltungstendenzen der rechten Fraktion geradezu unterstützt (die Frak-[112]tionszeitschriften der Rechten, die in der Partei massenhaft verbreitet werden und die darin vertretenen politischen Auffassungen finden durch die Mehrheit des ZK weder in der Parteipresse, noch in der Propaganda auch nur die geringste Beantwortung). Die Mehrheit des ZK handelt nach dem falschen Rezept des Genossen Ulbricht in der Sitzung des Sekretariats des EKKI: „Die erste Phase des Kampfes gegen die Rechten sind die organisatorischen Maßnahmen, die zweite der ideologische Kampf gegen sie." Wir hingegen sind der Meinung des Genossen Stalin: „Natürlich ist es leichter, jemand seines Postens zu entheben, als eine breite und durchdachte, erläuternde Kampagne über die rechte Abweichung, über die rechte Gefahr und über den Kampf gegen sie zu führen. Nicht das Leichteste ist das Beste." (Rede am November-Plenum des ZK der KPSU.)

Dieser ernste ideologische Kampf ist als Voraussetzung jeder organisatorischen Maßnahme um so notwendiger, als es sich neben einer alten Führergruppe auch um die Erhaltung wichtiger Gewerkschaftspositionen in solchen nicht unwichtigen Industriestädten, wie Offenbach, Hanau, Stuttgart, Solingen usw. handelt. Darum müssen vor den Ausschlüssen dieser Funktionäre alle Mittel angewandt werden, um solche notwendigen Maßnahmen mit dem geringsten Schaden für die Partei durchzuführen. (Ideologische Aufklärung der Mitglieder, Diskussionen mit den Anhängern der Rechten, Forderung an die Führer dieser Gruppe, die Herausgabe eigener Organe und die Erhebung eigener Beiträge dazu teilen unter gleichzeitiger Auseinandersetzung mit ihnen in der Organisation. Presse usw.)

Wir erklären, daß es auch die Schuld der Mehrheit des ZK und seiner den Beschlüssen des VI. Weltkongresses widersprechenden Methoden des Kampfes gegen den Opportunismus ist, wenn es den Rechten gelingt, in einer Reihe von Bezirken nicht unbedeutende Teile der Partei zu gewinnen. Wir werden keinen Maßnahmen der Mehrheit des ZK zustimmen, die dies begünstigen. Im Augenblick der Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit der Trennung der Partei von einer ganzen Reihe von Genossen wie Brandler, Thalheimer, Walcher, Frölich, Enderle, Schreiner, die zu den Gründern des Spartakusbundes gehören, die am 4. August 1914 bei Karl ‚Liebknecht und Rosa Luxemburg standen, halten wir es für unsere Pflicht, vor der Partei zu erklären: diese Genossen können nicht mit Verrätern à la Levi, Friesland oder Kleinbürgern à la Maslow und Ruth Fischer auf eine Stufe gestellt werden. Wir verbinden unsere Ueberzeugung, daß gegenwärtig der schärfste Kampf gegen sie unerläßlich und im Interesse der Partei und der Revolution ist, mit der Aufforderung an diese Genossen, ihre schweren Fehler einzusehen und unsere Partei nicht zu verlassen.

## IV.

Angesichts der schweren Lage der Partei, der komplizierten Aufgaben, die vor ihr stehen, der großen Kämpfe, die sie zu führen hat, der Zuspitzung der internationalen Lage, der in den Referaten der Genossen Stalin und Rykow auf der Plenar-Tagung des ZK der KPSU aufgezeigten ernsten Schwierigkeiten der Sowjetunion im kommenden Jahre, die von der Komintern und der revolutionären Arbeiterschaft fordern, daß sie sich als ein eiserner Ring um ihr revolutionäres Vaterland legen, angesichts der Tatsache, daß die Imperialisten von der finanziellen Blockade zur Vorbereitung der militärischen Intervention übergehen, angesichts der durch den Ruhrkampf demonstrierten Notwendigkeit, alle Kräfte der Partei gegen den Klassenfeind zu richten, erklären wir:

Ungeachtet der Tatsache, daß die Mehrheit des ZK uns systematisch vor der Parteiöffentlichkeit zu diskreditieren versucht, daß sie fast alle, die sich mit uns solidarisieren, ihrer Funktion enthoben und gemaßregelt hat, daß sie nicht nur einen falschen innerparteilichen Kurs führt, sondern sich die Beschlüsse des VI. Weltkongresses mit großen Schwankungen und Fehlern durchführt, sind wir bereit, alles zu tun, was in unserer Kraft steht, um die Einheitlichkeit der Partei wiederherzustellen. Als Voraussetzung dafür sehen wir an:

1. Die gemeinsame Festlegung einer richtigen Durchführung der Beschlüsse des VI. Weltkongresses.

2. Die gemeinsame Analyse der konkreten Lage in Deutschland, sowie Herausarbeitung der Taktik der Partei.

3. Die gemeinsame Durchführung der Selbstkritik der Partei an den letzten großen Bewegungen (Antirüstungskampagne und Wirtschaftskämpfe).

4. Die Wiederherstellung aller Rechte aller gemaßregelten Funktionäre der Partei, die auf dem Boden der Beschlüsse des VI. Weltkongresses stehen und diese aktiv durchführen.

5. Die kollektive Durchführung der Parteiarbeit im Sinne der Beschlüsse des VI. Weltkongresses: „Nur durch gemeinsame Arbeit, durch Ueberwindung der Meinungsverschiedenheiten, durch die Methode der innerparteilichen Demokratie ist die Ueberwindung der ungeheuren Schwierigkeiten der Gegenwart und die Lösung der Aufgaben der allernächsten Zukunft möglich.“ (§ 61.)

Aber ebenso wie unversöhnlichen Kampf gegen die rechten Abweichungen und die rechte Fraktion, so auch unversöhnlichen Kampf gegen die Verfälschungen der Beschlüsse des VI. Weltkongresses und gegen den innerparteilichen Kurs der Mehrheit des ZK.

[113]

**Die Internationale**
**Jahrgang 12 * Berlin, den 15. Februar 1929 * Heft 4**

## Neue Methoden der Arbeit unter den proletarischen Massen

Von Paul Merker.

I.

Die zunehmenden Widersprüche innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft, die wachsende Gefahr bewaffneter Angriffe auf die Sowjetunion und neuer imperialistischer Auseinandersetzungen zwischen den kapitalistischen Staaten, die Verschärfung der Gegensätze zwischen den Klassen erfordert eine Konkretisierung der Taktik und der Methoden unserer Arbeit unter den proletarischen Massen. Die ansteigende revolutionäre Entwicklung, die reaktionäre Wandlung der sozialimperialistischen Gewerkschaftsbürokratie, deren soziale Basis sich in der kapitalistischen Wirtschaft gefestigt und verbreitert hat, stellt vor die Partei die wichtige unmittelbare Aufgabe der Mobilisierung der Massen und der Organisierung ihrer ökonomischen und politischen Kämpfe. Die Kommunistische Partei und die von ihr geführte revolutionäre Gewerkschaftsopposition muß sich die Führung in den Arbeiterkämpfen erobern. Sie muß immer mehr dazu übergehen, über ihre revolutionäre Propagandaarbeit hinaus unmittelbare Aktionen gegen die imperialistische Bourgeoisie und ihre sozialimperialistischen Agenten einzuleiten und durchzuführen.

Das führt gleichzeitig zu schärfsten Auseinandersetzungen mit den sozialimperialistischen Führern der Gewerkschaften und der anderen proletarischen Massenorganisationen, deren Politik der brutalen Verhinderung und Abwürgung der Arbeiterkämpfe und der Bindung der Arbeitermassen an die Bourgeoisie damit wirksam durchkreuzt wird.

Die wichtigsten Fragen in diesem Zusammenhang sind:

a) Die Lösung des Problems der Mobilisierung und Erfassung der unorganisierten Arbeitermassen, die zu Hunderttausenden in den für den revolutionären Klassenkampf entscheidenden Industriezweigen vorhanden sind.

b) Die Herausbildung einer von den Arbeitermassen selbst gewählten und von der revolutionären Gewerkschaftsopposition entscheidend beeinflußten Führung der ökonomischen Kämpfe durch die Wahl von Streikleitungen, Kampfleitungen oder Ausschüssen zur Abwehr von Aussperrungen.

c) Die Anwendung einer richtigen mobilisierenden Taktik bei der Wahl der Betriebsräte, Eroberung der Betriebsratsfunktionen durch [114] Anhänger des revolutionären Klassenkampfes und Durchbrechung der Diktatur der reformistischen Gewerkschaftsführer bei der Aufstellung der Listen.

Die Voraussetzung für die Organisierung und Führung der ökonomischen und politischen Kämpfe der proletarischen Massen besteht in der Errichtung einer einheitlichen breiten Kampfesfront in den Betrieben und in der Durchführung geeigneter organisatorischer Maßnahmen, um den großen politischen Einfluß der Kommunistischen Partei in den Betrieben organisatorisch zu fundieren.

Wie diese einheitliche Front herbeigeführt werden muß, darüber bestand in der Vergangenheit auch in den Kreisen der Anhänger der revolutionären Opposition keine genügende Klarheit. Im allgemeinen herrschte die Auffassung vor, daß die einheitliche Kampfesfront der Arbeiter nur auf dem Wege über die Stärkung der freien Gewerkschaften und über die Eroberung führender Gewerkschaftspositionen geschaffen werden kann. Diese Auffassung beeinflußte auch die Stellung der revolutionären Opposition zu den Massen der unorganisierten Arbeiter sowie zu den Mitgliedern der Hirsch-Dunckerschen und christlichen Verbände. Die Arbeit unter diesen wurde nur von dem Gesichtspunkt der Stärkung der freien Gewerkschaften aus geleistet, ohne daß in genügendem Maße – selbst wenn diese Linie in der Zeit der absteigenden revolutionären Entwicklung nach 1923 im allgemeinen richtig war, wo es galt, die von den Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter isolierten Anhänger der revolutionären Opposition wieder in die Verbände zurückzuführen – die Notwendigkeit der Stärkung der revolutionären Opposition betont worden wäre.

Nachdem die allgemeine Depression unter den Arbeitermassen, die nach der großen Niederlage im Jahre 1923 einsetzte, überwunden ist, nachdem die Aktivität wächst und gleichfalls die Unternehmeroffensive große Dimensionen annimmt, ist es notwendig, die gesamte Arbeit in den Gewerkschaftsverbänden der verschiedenen Richtungen und unter den unorganisierten Massen von dem Gesichtspunkt der Herausbildung der einheitlichen Kampfesfront, der Entwicklung einer revolutionären Führung in den ökonomischen Kämpfen, der Vorbereitung und Durchführung der Kämpfe unter Leitung der revolutionären Opposition durchzuführen, die Arbeitermassen um das Banner der revolutionären Gewerkschaftsopposition zu scharen.

Das erfordert eine revolutionäre Mobilisierungsarbeit unter den unorganisierten Massen, ihre Heranziehung zur aktiven Arbeit bei der Vorbereitung und Führung der Bewegungen, die Entfesselung ihrer Energie im Kampfe gegen die Bourgeoisie und ihre sozialimperialistischen Agenten.

Das erfordert ferner das Hinwegräumen der Schranken zwischen den freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern, den christlichen, Hirsch-Dunckerschen und den Unorganisierten, die von den sozialimperialistischen Führern mit allen Mitteln errichtet und ausgebaut werden.

Das erfordert die Herbeiführung der einheitlichen Kampfesfront in der Tat. Daß diese Politik große Erfolge für die Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Führung sichert, zeigen die Erfahrungen in den letzten großen Kämpfen.

Die Gruppe Brandler-Thalheimer-Walcher bezeichnete eine solche Politik als verbrecherisch und objektiv konterrevolutionär. Sie for-[115]dert, daß sich die revolutionäre Gewerkschaftsopposition auf die propagandistische Arbeit und auf die Kritik der sozialimperialistischen Gewerkschaftsführer in den Gewerkschaftsverbänden beschränken muß. Sie lehnt das aktive Eingreifen der Kommunistischen Partei in die ökonomischen Kämpfe der Arbeiter ab und bezeichnet es als Maßnahmen, die die Gewerkschaften in den Augen der Arbeitermassen überhaupt als überflüssig erscheinen lassen. Sie erklärt, daß eine solche Politik die revolutionäre Opposition und die Kommunistische Partei von den Massen der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter isoliere. Erst müsse man die Mehrheit der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter gewonnen haben und die leitenden Funktionen in den Verbänden, dann könne man auch eine aktive Politik unter den unorganisierten Arbeitern durchführen. Sie fordert Uebertritt der christlichen Arbeiter in die freigewerkschaftlichen Verbände statt der Errichtung einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung auf dem Boden des Klassenkampfes unter revolutionärer Führung.

Die Versöhnler in der Partei unterstützen die Rechten durch eine ähnliche Stellungnahme zu diesen entscheidenden Fragen.

Einige Beispiele über die Ergebnisse der Ruhrbewegung zeigen das Unhaltbare dieser Anschauung. Während des Ruhrkampfes traten über 4000 Arbeiter der Internationalen Arbeiter-Hilfe bei und ermöglichten damit der revolutionären Opposition eine systematische Bearbeitung dieser Massen in der Linie der Stärkung der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Darüber hinaus schlossen sich 1817 Arbeiter und Arbeiterinnen aus der Metallindustrie der Kommunistischen Partei an. Von diesen neuen Parteimitgliedern ist der größere Teil gewerkschaftlich organisiert. Es gehören an:

| | |
|---|---|
| 826 | dem DMV |
| 432 | dem BAV |
| 32 | dem Heizer- und Maschinisten-Verband |
| 20 | anderen Verbänden. |

Unter ihnen befinden sich außerdem 217 Frauen, so daß nur 290 Arbeiter, die der Partei während und nach dem Kampfe beitraten, noch nicht gewerkschaftlich organisiert sind. Das beweist, daß die von der Partei durchgeführte Linie sowohl die unorganisierten als auch die organisierten Arbeiter erfaßte.

Es wäre ein großer Fehler, wenn die Anhänger der revolutionären Opposition der Illusion nachjagten, daß es möglich sei, bei Bestehen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung eine hundertprozentige

gewerkschaftliche Organisierung in den Betrieben herbeizuführen, wie das im Lande der Diktatur des Proletariats, der Sowjetunion, annähernd der Fall ist. In den kapitalistischen Ländern und besonders in den wichtigsten Industrien dieser Länder, wo große Arbeitermassen zusammengeballt sind, wird der Prozentsatz der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nie die Mehrheit darstellen. In der imperialistischen Periode der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung wird das noch weniger der Fall sein, weil in dieser Periode die unter der Führung sozialimperialistischer Führer stehenden Verbände eine Entwicklung durchmachen, die man mit einer fortschreitenden Amerikanisierung bezeichnen kann und die die Erfassung breiter, schlecht bezahlter Arbeiterschichten immer mehr erschwert. Infolge der arbeiterfeindlichen sozialimperialistischen Politik dieser Führer verrin-[116]gert sich die Werbekraft der Verbände, infolge der Einrichtung von verschiedensten Unterstützungskassen (Alters- und Invalidenunterstützung usw.) werden die Beiträge auf eine Höhe geschraubt, die eine große Anzahl Arbeiter kaum aufzubringen in der Lage sind. Nur der aktivste Teil der unorganisierten Massen wird sich darum bei einer entsprechenden Propaganda der revolutionären Gewerkschaftsopposition, und wenn ihnen durch deren Handlungen bewiesen wird, daß innerhalb der Gewerkschaften eine Kraft vorhanden ist, die rücksichtslos und entschieden für die Interessen der Massen und gegen die sozialimperialistischen Führer arbeitet, zur Stärkung dieser revolutionären Kräfte den Verbänden anschließen, nicht aber, wie es früher der Fall war, große Massen in der Hoffnung, durch die Gewerkschaftsverbände größere Vorteile zu erzielen.

Darum ist es die Pflicht der Partei und der von ihr geführten revolutionären Gewerkschaftsopposition, in ihrer gesamten Tätigkeit und mit der größten Energie den Gedanken in den Vordergrund zu stellen: die revolutionären Kräfte innerhalb der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen müssen gestärkt werden.

Durch die Tätigkeit der revolutionären Opposition unter den Arbeitermassen muß dieses Ziel gefördert werden, denn die Kampfeskraft der Arbeitermassen wächst nicht schlechthin durch die Vergrößerung der freigewerkschaftlichen Mitgliederzahl, sondern durch die Stärkung der revolutionären Opposition, durch die Verbreiterung des revolutionären Teiles der Arbeiterklasse, durch die Vertiefung der Erkenntnis unter den organisierten und unorganisierten Massen über die Notwendigkeit des organisierten Kampfes gegen die Bourgeoisie und ihre Agenten im Lager der Arbeiterklasse. Schon im Jahre 1916 schrieb Lenin über dieses Problem in seinem Artikel „Imperialismus und Spaltung des Sozialismus“ („Gegen den Strom“, Seite 515) – und die Rechten wie auch die Versöhnler sollten das sehr genau durchlesen – folgendes:

„Zu den verbreitetsten Sophismen des Kautskytums gehört der Hinweis auf die ‚Massen‘. Sie möchten sich halt von den Massen in den Massenorganisationen nicht trennen! Doch man bedenke diese Fragestellung durch Kautsky. Die ‚Massenorganisationen‘ der englischen Trade Union standen im 19. Jahrhundert auf der Seite der bürgerlichen Arbeiterpartei. Marx und Engels söhnten sich mit ihnen deswegen nicht aus, sondern entlarvten sie. Sie vergaßen nicht, erstens, daß die Organisationen der Trade Union unmittelbar die Minorität des Proletariats umfassen. In England war damals, wie jetzt in Deutschland, nicht mehr als ein Fünftel des Proletariats organisiert. Ernst daran denken, daß man unter dem Kapitalismus die Majorität der Arbeiter Organisationen zuführen könne, ist unmöglich. Zweitens, und das ist die Hauptsache, handelt es sich nicht so sehr um die Mitgliederzahl der Organisation, wie um die reale objektive Bedeutung ihrer Politik; ob diese Politik die Massen vertritt, ob sie den Massen, d. h. der Befreiung der Massen vom Kapitalismus dient, oder die Interessen der Minorität. ... Gerade das letztere traf in England im 19. Jahrhundert zu und trifft jetzt für Deutschland usw. zu. Von der ‚bürgerlichen Arbeiterpartei‘, der alten Trade Union, von der privilegierten Minderheit unterscheidet Engels die untere Klasse, die tatsächliche Mehrheit, und wendet sich an sie, die von ‚bürgerlichen Ehrbegriffen‘ unberührt ist. Das ist der Sinn der marxistischen Taktik.“

Darum ist es die weitere Pflicht der revolutionären Gewerkschaftsopposition, ihren politischen Einfluß unter den proletarischen Massen durch Anwendung aller geeigneten Methoden organisatorisch zu fundieren. [117]

II.

Wir sagten, die Anwendung dieser Politik fördert die Erkenntnis unter den Massen über die Notwendigkeit der Herausbildung eigener Kampfesorgane, die im Gegensatz stehen zu dem sozialimperialistischen

Gewerkschaftsapparat, die von den Massen in den Betrieben selbst gewählt werden, und die die Arbeiterkämpfe unter Anwendung einer revolutionären Strategie und Taktik führen.

Die Propaganda dafür und die praktische Bildung der Kampfleitungen sowie deren Auseinandersetzungen mit den sozialimperialistischen Führern erwecken und fördern die Erkenntnis unter den proletarischen Massen von der Notwendigkeit einer revolutionären Führung. Das ist von besonderer Bedeutung für die kommenden großen politischen Auseinandersetzungen zwischen den Klassen. Die Kampfleitungen, die der Ausdruck der einheitlichen Arbeiterfront in ihren Kämpfen sind, werden mit der allgemeinen Zuspitzung der Gegensätze zwischen dem Proletariat und der kapitalistischen Klasse immer mehr auch zu Trägern des politischen Kampfes. Es gilt, der Wahl, der Organisierung und der Tätigkeit dieser Kampfleitungen die größte Beachtung zu schenken. Durch die Kampfleitungen ist es auch möglich, zahlreiche geeignete neue Kräfte zur Führung der Arbeiter aus den proletarischen Massen herauszuziehen. Nach dem Ruhrkampf traten fast alle parteilosen Mitglieder der Kampfleitungen der Kommunistischen Partei bei. Eine größere Anzahl von ihnen erwies sich als durchaus entwicklungsfähig für die Arbeit an führender Stelle der revolutionären Bewegung. Die Tätigkeit der Kampfleitungen fördert gleichzeitig durch ihre ungeheure mobilisierende Wirkung unter den Arbeitermassen die revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaftsorganisationen. Die von uns gebrachte Statistik über die neugewonnenen Parteimitglieder im Ruhrgebiet ist ein Beweis dafür. Aber auch die Veranstaltungen des DMV im Ruhrgebiet zeigen nach dem Kampfe eine größere Belebung. Neue Massen werden an den Auseinandersetzungen zwischen revolutionärer Opposition und sozialimperialistischen Führern interessiert. An die Stelle der etwa 80 mit dem Ausschluß bedrohten oppositionellen Funktionäre werden Hunderte neue revolutionäre Kräfte treten und im Metallarbeiterverband für die Anschauungen der revolutionären Opposition kämpfen. Auch die Demonstrationen der Arbeitermassen vor den Gewerkschaftshäusern und den Veranstaltungen der Gewerkschaften während der Bewegung waren sehr wirkungsvoll. Die Propaganda: „Kein Vertrauen den sozialimperialistischen Gewerkschaftsführern! Sie verraten euch! Keine Unterwerfung unter Vereinbarungen, die diese Agenten der Unternehmer abschließen! Steht geschlossen hinter eurer selbstgewählten Kampfleitung, nur sie ist berechtigt, in eurem Auftrag, wenn die Notwendigkeit besteht, Vereinbarungen mit den Unternehmern abzuschließen“, ist auf das beste geeignet, die ganze Verräterrolle der sozial imperialistischen Gewerkschaftsführer vor den Massen zu enthüllen!

Noch immer sind unter der Parteimitgliedschaft und auch unter einem Teil der Funktionäre Bedenken gegen diese Linie vorhanden. Aber schon heute zeigt es sich, daß diese sich immer mehr unter den Massen durchsetzt. In verschiedenen Textilbetrieben im Erzgebirge-Vogtland, im Straßenbahnbetrieb der Stadt Leipzig, in zahlreichen einzelnen Bewegungen wählten sich die Arbeiter auf Veranlassung der [118] revolutionären Opposition bei Beginn der Bewegung unverzüglich ihrer Kampfleitungen. In der Schnellpressenfabrik A.-G., Heidelberg, setzte die Belegschaft unter Führung einer selbstgewählten Streikleitung und trotz der Sabotage der sozialimperialistischen Gewerkschaftsführer, die den Streik für wild erklärten, ihre Forderungen durch. Die Direktion war gezwungen, der „wilden“ Streikleitung gegenüber zu erklären, daß sie die Forderungen der Belegschaft anerkennt und alle Anordnungen von Maßregelungen zurückzieht. Wir sind überzeugt, wenn die revolutionäre Opposition die genügende Energie aufbringt, so wird es bald keinen Kampf mehr in Deutschland geben, in dem sich die Arbeiter nicht von vornherein ihre Führung in den Betrieben wählen und geschlossen hinter dieser stehen werden.

## III.

Die Voraussetzung zur Organisierung und Führung großer Arbeiterkämpfe ist eine systematische organisatorische Festigung des Einflusses der Kommunistischen Partei unter den Arbeitermassen. Immer wieder ermahnte Lenin schon vor dem Kriege die sozialdemokratischen Parteien, nicht die Spontaneität der Massen zu überschätzen, sondern die Klassenkämpfe des Proletariats, ihre Streiks usw. müßten bewußt und systematisch organisiert werden. Schon im Jahre 1903 trat er deshalb auch für eine eiserne Disziplin gegen das Eindringen bürgerlicher und kleinbürgerlicher Einflüsse in die Partei ein und schrieb:

„Je stärker unsere Parteiorganisationen sein werden, die wirkliche Sozialdemokraten umfassen, um so weniger Unbeständigkeit und Erschütterungen wird es innerhalb der Partei geben, um so ausgedehnter, vielseitiger, reicher und fruchtbarer wird der Einfluß der Partei auf die sie umgebenden, von ihr geführten Elemente der Arbeitermassen sein."

Lenin arbeitete also an dem Aufbau einer proletarischen Klassenpartei, der Führerin der proletarischen Massen in ihren Kämpfen, die die gesamte Bewegung der Arbeiter systematisch und vorwärtstreibend beeinflußt und stets an der Spitze derselben steht. Ueber die Verbindung zwischen dieser Klassenpartei und den parteilosen Arbeiterorganisationen sowie den Arbeitermassen im allgemeinen schrieb Lenin zu derselben Zeit, daß zugleich mit der Parteiorganisation existieren müßten:

„eine Organisation von Arbeitern, die der Partei angehören, Organisationen von Arbeitern, die nicht der Partei angehören, sich faktisch aber ihrer Kontrolle und ihrer Führung unterstellen; ferner unorganisierte Elemente der Arbeiterklasse, die, zumindest bei großen Klassenkämpfen, sich der Führung der Sozialdemokraten unterordnen."

Es ist sehr wichtig, diese Gedankengänge Lenins jetzt unter die Massen unserer Parteimitglieder zu tragen, denn sie ermahnen uns, unsere Betriebszellen in den wichtigsten industriellen Betrieben auszubauen, die Partei zu stärken, die überparteilichen Organisationen – RFB, RFMB, RH und IAH – in ihrer Entwicklung zu fördern, Betriebsgruppen dieser Organisationen zu bilden, einen engen Kontakt zwischen der Betriebszelle und den Mitgliedern dieser Organisationen herbeizuführen und sie in die aktive Arbeit zur Organisierung und Durchführung der Arbeiterkämpfe einzubeziehen. Sie ermahnen uns, den entschiedensten Kampf um die Besetzung der betrieblichen Ge-[119]werkschaftsfunktionen und der Betriebsräte zu führen und durch diese gesamte Tätigkeit die organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen für die Auslösung und Führung der proletarischen Massenkämpfe. Lenins Worte bedeuten: Kein Betrieb, keine Betriebsabteilung darf ohne ein weitverzweigtes Netz revolutionärer Vertrauensleute sein. Keinen Betrieb von einigermaßen Bedeutung darf es geben, in dem nicht regelmäßig die Partei durch Betriebszeitungen und anderes Propagandamaterial zu den Arbeitermassen spricht. Keine Arbeiterorganisation darf es geben, in der nicht eine aktive Fraktion revolutionäre Arbeit leistet. Der Aufbau einer solchen Organisation ist die wichtigste Arbeit, die während der ganzen nächsten Periode im Mittelpunkt der Tätigkeit der Kommunistischen Partei steht.

Indem wir die Notwendigkeit der bewußten Organisierung der revolutionären Massenkämpfe betonen, unterscheiden wir uns gleichzeitig von denjenigen Auffassungen der Genossin Rosa Luxemburg, die heute die Grundlage für die von der Gruppe Brandler-Thalheimer-Walcher vertretene politische Linie darstellen. Diese Gruppe lehnt die systematische Organisierung der Arbeiterkämpfe durch die Kommunistische Partei ab. Das heißt, sie ist wohl dafür, daß die Partei den politischen Kampf der Arbeiter führt, sie ist auch dafür, daß sich die Partei in kommenden akut revolutionären Situationen an die Spitze der revolutionären Kämpfe stellt, aber sie lehnt es ab, schon heute die dazu notwendigen Voraussetzungen zu schaffen durch die Anwendung einer Strategie und Taktik, wie sie im Vorstehenden aufgezeigt ist. Damit wird aber ihr radikales Gerede zur leeren Phrase. Sie ignorieren die richtigen Auffassungen von Rosa Luxemburg, die sie in ihrer Auseinandersetzung mit Kautsky über die Frage der Stellung der Sozialdemokratischen Partei zu den unorganisierten Massen, über die Frage des politischen Massenstreiks usw. vertreten hat. Sie übernehmen das, was Rosa Luxemburg von Lenin unterschied: die Unterschätzung einer bewußten Organisierung der Arbeiterkämpfe, die Unterschätzung der führenden Rolle der Klassenpartei des Proletariats[*)].

Rosa Luxemburg erwartete alles von der spontanen Erhebung der Massen. Sie machte sich lustig darüber, daß Lenin versuche, die Massenbewegungen der Arbeiter zu kommandieren und Massenbewegungen herbeizuführen. Sie empfahl der Sozialdemokratie, „sich nicht mit der technischen Seite, mit dem Mechanismus des Massenstreiks den Kopf zu zerbrechen, denn die Sozialdemokratie sei berufen, die politische Leitung auch mitten in der Revolutionsperiode zu übernehmen". Sie schrieb über die Aufgaben der Sozialdemokratie:

[*)] Ausführlich behandelt diese Frage Genosse A. Martynow in „Die Kommunistische Internationale" Heft 3 (1929) („Von Rosa Luxemburg zu Lenin oder von Luxemburg zu Kautsky").

„Die Pflicht der Partei ist nur, jederzeit unerschrocken auszusprechen, was ist, den Massen klar und deutlich ihre Aufgaben im gegebenen geschichtlichen Moment vorzuhalten, das politische Aktionsprogramm und die Losungen zu proklamieren, die sich aus der Situation ergeben. Die Sorge dafür, ob und wann die revolutionäre Massenerhebung sich daran knüpft, muß der Sozialismus getrost der Geschichte selbst überlassen."

Die Entwicklung des Herausgebers der Werke Rosa Luxemburgs, Paul Frölich, der zu den führenden Mitgliedern der Gruppe [120] Brandler-Thalheimer-Walcher gehört, macht es verständlich, daß er in dem Vorwort zu dem Band 4 der Gesammelten Werke Rosa Luxemburgs versuchte, die Geschichte der revolutionären Bewegung zu fälschen, indem er die Behauptung aufstellte, daß zwischen Rosa Luxemburg und Lenin in dieser Frage kein Gegensatz bestanden habe. Er hatte diese Fälschung nötig, um der Gruppe Brandler-Thalheimer-Walcher die Möglichkeit zu geben, unter der Flagge Lenins diese falschen Anschauungen der Genossin Rosa Luxemburg (und zwar in vergröberter, karikierter Form, nach den Erfahrungen von zehn Jahren Parteigeschichte) in die Partei hineinzutragen.

Die revolutionäre Opposition muß sich darüber im klaren sein, daß sie als Feind den Dreibund – Regierung, Unternehmer und sozialimperialistische Gewerkschaftsführer – hat. Gegen die Kämpfe, die sie organisiert und führt, wird der gesamte Gewaltapparat des Staates, der Unternehmer und der Gewerkschaften mobilisiert. Desto gewissenhafter und entschiedener müssen die Kämpfe von ihr sowohl politisch als auch organisatorisch vorbereitet werden.

IV.

Bei der Vorbereitung der in nächster Zeit stattfindenden Betriebsrätewahlen wird die Wendung in der Politik der Partei erneut klar zum Ausdruck kommen. Die am 26. und 27. Januar stattgefundene Reichs-Parteiarbeiterkonferenz hat gegen zwei Stimmen bei vier Stimmenthaltungen den vom ZK vorgelegten Richtlinien zu den Betriebsrätewahlen zugestimmt. In diesen Richtlinien wird festgelegt, daß die revolutionäre Gewerkschaftsopposition auch weiterhin den Kampf für die Eroberung der freigewerkschaftlichen Kandidatenliste führt. Darüber hinaus fordert sie aber den Ausbau dieser Liste zum Kandidatenvorschlag der gesamten Belegschaft. Das soll geschehen, indem aktive Arbeiter, gleichgültig ob freigewerkschaftlich, christlich oder Hirsch-Dunckerisch organisiert, und auch Unorganisierte auf die Liste übernommen werden, wenn diese durch die Tat bewiesen haben, daß sie bereit sind, energisch für die Interessen der Arbeiter einzutreten, und wenn sie sich vor den Massen der Belegschaft für die Unterstützung des Kampfes um die Durchsetzung der in dem Wahlprogramm zusammengefaßten proletarischen Forderungen verpflichten.

Die revolutionäre Opposition fordert des weiteren, daß die Aufstellung solcher freigewerkschaftlichen Listen in den allgemeinen Belegschaftsversammlungen erfolgt. Sie führt den entschiedenen Kampf um eine wirkliche Arbeiterdemokratie in den Gewerkschaften und unter den Betriebsbelegschatten. Sie stellt ihre Vorschläge darum auch in von der revolutionären Opposition einberufenen Belegschaftsversammlungen auf und wird sich den diktatorischen Maßnahmen der sozialimperialistischen Gewerkschaftsführer nicht fügen, wenn diese versuchen, die Kandidatur der oppositionellen Kandidaten zu verhindern, sondern wird in solchen Fällen in Uebereinstimmung mit den Arbeitern ihren Vorschlag unter der Bezeichnung „Für betriebliche und Gewerkschaftseinheit" zur Wahl stellen. Die konkrete Anwendung dieser Linie ergibt sich aus der sozialen und gewerkschaftlichen Struktur der einzelnen Belegschaft.

[121] Wie vorauszusehen, hat dieser Beschluß des Zentralkomitees und der Reichs-Parteiarbeiterkonferenz die sozialdemokratischen Führer in nicht geringe Verwirrung gebracht. Das um so mehr, als der Beschluß gerade zur selben Zeit bekannt wurde, wo die sozialimperialistische Führerclique mit allen Mitteln versucht, die sozialdemokratischen Arbeiter von der Notwendigkeit der „Vaterlandsverteidigung" im Kriegsfalle zu überzeugen. Die jetzt im Gang befindliche Diskussion über das Wehrprogramm, die sich in der Sozialdemokratischen Partei abspielt, und die von dem Parteivorstand vertretene Auffassung ist ein weiterer Schritt zur Vertiefung der Spaltung innerhalb der Arbeiterklasse und innerhalb des organisierten Teils derselben. Denn die Spaltung der Arbeiterklasse ist die Voraussetzung für die erfolgreiche Durchführung der sozialimperialistischen Politik. Die Beschlüsse des ZK und der Reichs-Parteiarbeiterkonferenz sind dagegen ein weiterer ernster Schritt in der

Herausbildung der einheitlichen Arbeiterfront in den Betrieben und bedeuten eine wirksame Entlarvung aller Feinde des proletarischen Klassenkampfes.

Auf der einen Seite steht die einheitliche Front der freigewerkschaftlichen, christlichen und Hirsch-Dunckerschen Führer, die in engster Gemeinschaft mit Regierung und Unternehmertum gegen die Kämpfe der Arbeiter auftreten und alles tun, um sie zu verhindern.

Auf der anderen Seite wird durch die Politik der Partei in den Betriebsrätewahlen die Herbeiführung der Einheit auf dem Boden eines proletarischen Kampfprogramms gefördert zur gemeinschaftlichen Durchsetzung von Arbeiterforderungen mit den christlichen, Hirsch-Dunckerschen und unorganisierten Arbeitern, die in zahlreichen Kämpfen der letzten Zeit fest und geschlossen in einheitlicher Front mit den freigewerkschaftlichen Arbeitern standen.

Die Tatsache, daß es gelang, im Kampfe der Werftarbeiter, der Textilarbeiter und anderer Arbeitergruppen fast jeden Streikbruch zu verhindern, die unorganisierten Massen fest in die Kampfesfront einzufügen, die erwerbslosen Arbeiter zur Solidarität zu veranlassen, gehört zu den wichtigsten Erfolgen dieser Politik. Daran sollen auch alle diejenigen Kommunisten denken, die der vom ZK beschlossenen Taktik zur Vorbereitung der Betriebsrätewahl noch ohne genügendes Verständnis gegenüberstehen.

Gegen das Geschrei der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer: „Die Kommunisten im Bunde mit den Christen und Unorganisierten!“ werden sich sehr bald die Massen selbst wenden. Die Handlungen dieser Führer, ihr festes Bündnis mit der Bourgeoisie zeigen das Demagogische ihrer Polemik gegen die Politik und Taktik der Partei in den Wirtschaftskämpfen und zu den Betriebsrätewahlen. Täglich begehen diese Führer neue Verrätereien an den proletarischen Klasseninteressen, täglich erneuern sie ihren Pakt mit der Bourgeoisie. Alle Unterschiede zwischen ihrer Politik und der Politik der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaftsführer sind verschwunden. Die vom ADGB-Kongreß in Hamburg beschlossene wirtschaftsfriedliche Linie für die Tätigkeit der freien Gewerkschaften hat die Zustimmung und Billigung auch der Führer der anderen Gewerkschaftsrichtungen gefunden. Die sozialimperialistischen Führer der freien Gewerkschaften sind immer mehr in das Lager der Bourgeoisie marschiert.

Dagegen bedeutet die vom ZK vorgeschlagene Politik und Taktik [122] in den Betriebsrätewahlen weder ein Kompromiß mit den sozialdemokratischen, noch mit den christlichen, Hirsch-Dunckerschen und unorganisierten Arbeitern, sondern ihre Handlungen in den Kämpfen der Arbeiter sind entscheidend dafür, ob sie auf den Vorschlag der revolutionären Opposition zur Betriebsrätewahl kandidieren werden. Die Massen sollen darüber entscheiden, und sie werden sehr kritisch in der Beurteilung der einzelnen Kandidaten sein. Vor ihnen müssen sich alle Kandidaten über ihre Politik erklären und ihre weitere Tätigkeit verantworten.

Darum erfordert es die Durchführung dieser Politik und Taktik, den Kurs auf die Massen zu nehmen. Die Voraussetzung für eine richtige Durchführung ist eine wirkliche Massenmobilisierung. Das ist gleichzeitig die beste Gewähr für die wirksame Abwehr der Repressalien, die die sozialimperialistischen Gewerkschaftsführer gegen die revolutionären Arbeiter ergreifen werden. Ihre verbrecherische Politik hat fast alles politische Leben in den Gewerkschaftsorganisationen und auch in vielen Betrieben getötet. Nur ein geringer Bruchteil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter beteiligt sich aktiv an der Gewerkschaftsarbeit und an den Verbandsveranstaltungen. Kaum 10 Prozent beträgt im Durchschnitt die Wahlbeteiligung zu den Verbandskörperschaften. Die Basis für die Tätigkeit der Fraktionen in den Verbänden ist infolgedessen schmal. Sie muß erweitert werden. Das ist nur möglich durch eine die Massen mobilisierende und aufwühlende Politik der revolutionären Opposition in den Betrieben. Eine solche Politik gibt der revolutionären Opposition die Möglichkeit, sich fester mit den Massen in den Betrieben zu verbinden, und sie wird sich gleichzeitig auch in den Gewerkschaftsorganisationen vorwärtstreibend auswirken.

Wie das Beispiel im Ruhrgebiet bewiesen hat, wird durch eine solche Politik die vielfache Anzahl revolutionärer Kräfte in die Front der revolutionären Opposition neu eingereiht, wo sie durch

Ausschlußmaßnahmen der Reformisten durchbrochen wird. Aber auch die ausgeschlossenen Genossen werden nicht von den Massen isoliert. Als Betriebsräte, als Mitglieder der Kampfleitungen in Kampfsituationen, als revolutionäre Vertrauensleute der Belegschaft haben sie jederzeit die Möglichkeit, ihre führende Position unter den Arbeitermassen zu behaupten und auszubauen.

*

## Einige Fragen der Leninschen Strategie und Taktik

Von Besso Lominadse (Nishnij-Nowgorod)..

Wir stellen uns im nachstehenden Artikel die Aufgabe, einige allgemeine Probleme der Leninschen Strategie und Taktik des politischen Kampfes zu erläutern. Wir erheben dabei keinen Anspruch auf Originalität, auf die selbständige Lösung irgendwelcher neuer Fragen. Es ist begreiflich, daß wir – ist doch die Darstellung der Anschauungen Lenins unsere Aufgabe – die Anführung einer großen Anzahl von Zitaten aus den Werken Lenins nicht vermeiden konnten. Das ist im allgemeinen nicht die beste literarische Me-[123]thode, ist aber vollständig gerechtfertigt in einem Artikel, der ein solches Ziel verfolgt wie der vorliegende. Besser als Lenin selbst kann niemand dessen Anschauungen wiedergeben. Unsere Arbeit beschränkt sich vorwiegend auf die Sammlung und Systematisierung der Aussprüche Lenins über den uns interessierenden Fragenkreis. Wir wollen nicht jenen unserer Theoretiker oder Politiker folgen, die für die Methode der „Zitatenklauberei“ nur Worte giftigen Hohnes übrig haben, gleichzeitig aber als eigene theoretische Entdeckungen auftischen, was Lenin schon längst einfach, vollständig und gut gesagt hat.

### I.

In seiner vortrefflichen Arbeit über Marx (die für das Granatsche Enzyklopädische Wörterbuch im Jahre 1913 geschrieben, aber vollständig erst im Jahre 1925 im Band XX/1 der Sämtlichen Werke Lenins veröffentlicht wurde) formuliert Lenin – kurz in der Form, aber ungewöhnlich reich und vollständig im Inhalt – jene Anforderungen, die der Marxismus an die Taktik des proletarischen Klassenkampfes stellt:

„Die Grundaufgabe der Taktik des Proletariats bestimmte Marx in strengem Einklang mit allen Voraussetzungen seiner materialistisch-dialektischen Weltanschauung. Erst die objektive Berechnung der Gesamtheit der gegenseitigen Beziehungen aller Klassen der gegebenen Gesellschaft ohne Ausnahme, und folglich auch die Berechnung des objektiven Entwicklungsgrades dieser Gesellschaft, und die Berechnung der Beziehungen zwischen ihr und den anderen Gesellschaften kann für eine richtige Taktik der vorgeschrittenen Klasse als Stützpunkt dienen. Dabei werden alle Klassen nicht statisch, sondern dialektisch betrachtet, d. h. nicht in unbeweglichem Zustande, sondern in der Bewegung (das Gesetz dieser Bewegung entspringt den ökonomischen Existenzbedingungen einer jeden Klasse). Diese Bewegung wird nicht nur vom Standpunkte ihrer Vergangenheit betrachtet, sondern auch vom Standpunkte der Zukunft und dabei nicht in der faulen Auffassung der ‚Evolutionisten‘, die nur die langsame Veränderung sehen, sondern dialektisch:

‚Nur die kleinen deutschen Spießgesellen ... können sich einbilden – schreibt Marx an Engels –, daß in der gleichen großen Entwicklung 20 Jahre mehr als ein Tag sind, obgleich nachher Tage kommen können, worin sich 20 Jahre zusammenfassen.‘ (Briefwechsel, Band III, Seite 127.)

Auf jeder Stufe der Entwicklung, in jedem einzelnen Moment, muß die Taktik des Proletariats diese objektiv unvermeidliche Dialektik der menschlichen Geschichte in Betracht ziehen, sie muß einerseits zur Entwicklung des Bewußtseins, der Kraft und der Kampffähigkeit der vorgeschrittenen Klasse die Epochen des politischen Stillstandes oder der sich in Schneckentempo vorwärtsbewegenden sogenannten ‚friedlichen‘ Entwicklung ausnützen, andererseits die ganze Arbeit dieser Ausnützung in der Richtung des ‚Endziels‘ der Bewegung der betreffenden Klasse führen und in dieser Klasse Fähigkeiten erzeugen, mit deren Hilfe sie die großen Aufgaben in. den großen Tagen, ‚in denen sich 20 Jahre zusammenfassen‘, wird lösen können.“

Diese kurze „algebraische“ Formel, die eine der tiefsten Schlußfolgerungen aus der revolutionären Lehre von Marx darstellt, ist zugleich das beste Kriterium des Verstehens und der richtigen Einschätzung der Strategie und Taktik des Bolschewismus in allen Etappen seiner historischen Entwicklung, d. h. der Strategie und Taktik Lenins. Wir werden zunächst bei der einen Seite der zitierten Erwägungen verweilen, bei der Marxschen und Leninschen Einschätzung der revolutionären Perioden im Prozeß der gesellschaftlichen Entwicklung. Diese Seite der Frage bildet im revolutionären Marxismus

einen besonderen Trennungsstrich, der ihn scharf von allen übrigen gesellschaftlich-politischen Gedankenrichtungen trennt. Marx betrachtete die Revo-[124]lution als „die Lokomotive der Geschichte“, die Perioden der „friedlichen“ Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft (wie auch der Klassengesellschaft überhaupt) als Perioden des politischen Stillstandes und der schneckenartigen Bewegung der Geschichte. Die großen historischen Aufgaben können radikal nur in revolutionären Perioden gelöst werden, in denen jeder Tag 20 Jahren gewöhnlicher Entwicklung gleich ist. Diese These von Marx ist zum organischen Bestandteil des Gesamtsystems der Leninschen Anschauungen geworden. Lenin prüft sie sorgfältig bei jedem Wendepunkt in der Geschichte, kehrt zu ihr wiederholt zurück und entwickelt sie weiter. Sie ist auch der Ausgangspunkt der gesamten Praxis des Leninismus, der Grundpfeiler der Leninschen Strategie und Taktik.

„Der Marxismus – schrieb Lenin im Jahre 1907 – unterscheidet sich von allen anderen sozialistischen Theorien durch die wunderbare Vereinigung der wissenschaftlichen Nüchternheit in der Analyse der objektiven Sachlage und des objektiven Verlaufes der Entwicklung mit der entschiedensten Anerkennung der Bedeutung der revolutionären Energie, der revolutionären Schöpfungskraft, der revolutionären Initiative der Massen, und natürlich auch einzelner Persönlichkeiten, Gruppen, Organisationen, Parteien, die eine Verbindung mit diesen oder jenen Klassen anbahnen und realisieren können. Die hohe Einschätzung der revolutionären Perioden in der Entwicklung der Menschheit entspringt der Gesamtheit der historischen Anschauungen Marx’: Gerade in solchen Perioden werden jene zahlreichen Widersprüche gelöst, die sich allmählich in den Perioden der sogenannten friedlichen Entwicklung ansammeln; gerade in solchen Perioden zeigt sich mit der größten Kraft die unmittelbare Rolle der verschiedenen Klassen in der Bestimmung der Formen des sozialen Lebens und werden die Grundlagen des politischen ‚Ueberbaus‘ geschaffen, der dann auf der Basis der erneuerten Produktionsverhältnisse lange fortbesteht. Und Marx sieht – im Gegensatz zu den Theoretikern der liberalen Bourgeoisie – in solchen Perioden keineswegs eine Abweichung vom ‚normalen‘ Wege, keineswegs Symptome einer ‚sozialen Krankheit‘, keineswegs bedauerliche Folgen von Uebertreibungen und Fehlern, sondern die lebendigsten, die wichtigsten, die wesentlichsten, die entscheidendsten Momente in der Geschichte der menschlichen Gesellschaft. In der Tätigkeit von Marx und Engels selbst kristallisiert sich ihre Teilnahme an dem revolutionären Kampf der Jahre 1848/48 als zentraler Punkt heraus. Von diesem Punkte gehen sie bei der Feststellung der Geschicke der Arbeiterbewegung und der Demokratien in den verschiedenen Ländern aus. Zu diesem Punkte kehren sie immer wieder zurück, wenn sie das innere Wesen der verschiedenen Klassen und ihrer Tendenzen in der klarsten und reinsten Gestalt definieren. Die späteren kleineren politischen Gebilde, Organisationen, politische Aufgaben und politische Konflikte beurteilen sie immer vom Standpunkte der damaligen revolutionären Epoche. Die ideologischen Führer des Liberalismus vom Schlage eines Sombart hassen nicht umsonst aus voller Seele diesen Charakterzug in der Tätigkeit und in den literarischen Werken von Marx; sie suchen seine Ursache in der Verärgerung eines Emigranten. Man kann von den Wanzen der polizeilich bürgerlichen Universitätswissenschaft nichts anderes erwarten, als daß sie auf die persönliche Verärgerung, auf die persönlichen Härten des Emigrantenzustandes zurückführen, was (teil wesentlichsten Bestandteil der gesamten revolutionären Weltanschauung von Marx und Engels darstellt.“ (Lenin, Band VIII, S. 450.)

Ebenso wie Marx schätzte auch Lenin die revolutionären Perioden sehr hoch ein. Nicht nur, oder richtiger, nicht einfach, weil alle großen historischen Fragen gerade in diesen Perioden entschieden werden. Von diesem Standpunkt allein könnte man die (manchmal weltgeschichtliche) Bedeutung einer ganzen Reihe von Revolutionen nicht begreifen, die mit Niederlagen endeten und nicht imstande waren, die historischen Aufgaben, vor denen sie standen, zu lösen. Das, was Marx und Engels am höchsten schätzten, war die histori-[125]sche Initiative der Massen, die mit besonderer Kraft in den revolutionären Perioden hervortrat. Wenn Marx und Lenin sich vor irgend etwas in Ehrfurcht verbeugten, so war es nur diese historische Initiative der Massen. (Es ist überflüssig, zu erklären, daß diese Verbeugung nichts gemeinsames mit der Kapitulation vor der Spontaneität hat. Zu diesem Thema werden wir aber noch zurückkehren.) Es war für Lenin immer ein großer Feiertag, ‚wenn die Volksmassen selbst mit ihrer jungfräulichen Primitivität, mit ihrer einfachen groben Entschlossenheit beginnen, Geschichte zu machen und die ‚Prinzipien und Theorien‘ direkt zu verwirklichen“.

„Tritt denn nicht gerade in solchen Momenten der Geschichte – fragt Lenin – die Vernunft der Massen und nicht die Vernunft von einzelnen Persönlichkeiten hervor, wird denn nicht gerade in solchen Momenten die Massenvernunft zu einer lebendigen, wirksamen Kraft, die nicht von den vier Wänden eines Studierzimmers begrenzt ist?“

In solchen Momenten wird die Theorie, die die Massen erfaßt, zu einer materiellen Gewalt. Dem schneckenartigen Gang der Geschichte, den Perioden des „spießbürgerlichen reformistischen Fortschrittes“ stellte Lenin die revolutionären Perioden entgegen, und zwar vor allem, weil diese sich „durch eine größere Breite, durch größeren Reichtum, durch größeres Bewußtsein, durch einen viel systematischeren Charakter. durch größeren Mut und größere Klarheit der historischen schöpferischen Tätigkeit“ der Massen auszeichnen. (Lenin, Band VII/1, S. 130/131.) Und Lenin forderte die revolutionären Marxisten immer wieder auf, von den Massen, aus der Praxis der Massen zu lernen, und zwar besonders die neuen Formen und Methoden des Kampfes zu erlernen, die die Massen selbst in jeder Revolution herausarbeiten. Lenin verhöhnte die Ansprüche der „Stubengelehrten“, den Massen zur Zeit der Revolution ausgeklügelte Kampfformen aufzudrängen. Als eine äußerst wichtige Aufgabe der Partei des revolutionären Proletariats in den Perioden des grauen Alltags, des spießbürgerlichen Fortschritts betrachtete Lenin zugleich die Bewahrung, die Kultivierung des Andenkens und der Traditionen der revolutionären Epoche, „ihre Säuberung von den liberalen und opportunistischen Parasiten“.

„Aufgabe der Reaktion ist es – schrieb Lenin – diese Traditionen auszutilgen. ... Aufgabe der Reaktion ist es, die Bevölkerung zu zwingen, jene Formen des Kampfes, jene Organisationsformen, jene Ideen, jene Losungen, die die revolutionäre Epoche mit einem solchen Reichtum und Ueberfluß erzeugte, zu vergessen.“

Um so größer ist die Pflicht der revolutionären Marxisten, „unsere Revolution in der sorgfältigsten Weise und von allen Seiten zu studieren, die Erfahrungen ihrer Kampfformen, Organisationsformen usw. in die Massen zu tragen, die revolutionären Traditionen im Volke zu stärken“ usw. (Lenin, Band VIII, Seite 452.) Hier, wie auch in allem, was Lenin tat und sprach, kommt nicht einfach der Vorzug zum Ausdruck, den Lenin den revolutionären Perioden gegenüber den Perioden des Stillstandes gab („davon, was wir subjektiv vorziehen – sagte Lenin – hängt die Wechselfolge der historischen Perioden nicht ab“), sondern die Grundeinstellung der Leninschen Strategie und Taktik, die Einstellung auf die revolutionäre Lösung, (und zwar auf die Lösung durch die Massen selbst) aller historischen Aufgaben, vor denen das Proletariat steht.

## II.

Die hohe Einschätzung der revolutionären Perioden und folglich auch der revolutionären Kampfmethoden der Arbeiterklasse verwandelte sich bei Lenin nie in ein revolutionäres Doktrinärtum, in eine „Fetischisierung“ der [126] revolutionären Kampfmittel und Kampfmethoden. Lenin erkannte und verteidigte mit aller Entschiedenheit die Notwendigkeit der Ausnützung aller (nicht nur der revolutionären) Mittel und Methoden des Klassenkampfes, die Notwendigkeit dessen, daß der Kampf, wenn die Reaktion einen entscheidenden Sieg erringt oder die Tendenz des „spießbürgerlichen reformistischen Fortschrittes“ die Oberhand gewinnt, auf dem Boden dieser Reaktion oder auf dem Boden dieses „Fortschritts“ geführt werden soll. In der Leninschen Taktik sind nicht nur die direkten Wege, sondern – unbedingt – auch die Umwege des Kampfes inbegriffen, nicht nur der Angriff, sondern auch die Fähigkeit, sich zurückzuziehen, zu lavieren, auf Kompromisse einzugehen, nicht nur der rückhaltlose heldenhafte revolutionäre Kampf um die „Endziele“ oder um die größten historischen Aufgaben der Arbeiterbewegung, sondern auch die graue „kleine“ Alltagsarbeit an der Organisierung der Massen im Kampfe um Teilforderungen.

„Die größte, ja vielleicht die einzige Gefahr für einen wirklichen Revolutionär – schrieb Lenin im Jahre 1921 – ist die Uebertreibung des Revolutionären, das Uebersehen der Grenzen und der Bedingungen der passenden und erfolgreichen Anwendung revolutionärer Methoden. Wirkliche Revolutionäre haben sich am meisten daran das Genick gebrochen, daß sie begonnen haben, die ‚Revolution‘ mit großen Buchstaben zu schreiben, die Revolution beinahe als etwas Göttliches zu betrachten, den Kopf zu verlieren und unfähig zu werden, kaltblütig und nüchtern zu erwägen, zu prüfen und nachzuprüfen, in welchem Augenblick, unter welchen Umständen, auf welchem Tätigkeitsgebiet man revolutionär handeln und in welchem Augenblick, unter welchen Umständen und auf welchem Tätigkeitsgebiet man es verstehen müsse, zur reformistischen Handlungsweise überzugehen. Wirkliche Revolutionäre erleiden nur dann Schiffbruch (nicht im Sinne einer äußeren Niederlage, sondern eines inneren Zusammenbruches ihrer Sache) aber dann bestimmt, wenn sie die Nüchternheit verlieren und sich einbilden, daß ‚die große, siegreiche, internationale‘ Revolution alle Aufgaben ohne Ausnahme unter allen Umständen und auf allen Tätigkeitsgebieten in revolutionärer Weise lösen kann und muß.

Wer sich solche Sachen ‚einbildet', der muß untergehen, da er in einer Grundfrage eine Dummheit begangen hat, und in Zeiten des erbitterten Krieges (die Revolution ist der erbittertste Krieg) ist Niederlage die Strafe für Dummheit. Woraus folgt denn, daß die ‚große siegreiche internationale' Revolution nur revolutionäre Methoden anwenden kann und muß? Aus nichts folgt das. Das ist unbedingt ganz unrichtig. Diese Unrichtigkeit geht an und für sich schon aus rein theoretischen Erwägungen klar hervor, wenn man den Boden des Marxismus nicht verläßt. Theoretisch ist die Sache so: In einer revolutionären Zeit, wie in jeder anderen Zeit, werden Dummheiten begangen – sagt Engels, und er sagt die Wahrheit. Man muß bestrebt sein, weniger Dummheiten zu begehen und die begangenen Dummheiten zu korrigieren, indem man möglichst nüchtern erwägt, wann und welche Aufgaben man durch revolutionäre Methoden lösen kann und umgekehrt. Unsere eigene Erfahrung zeigt: Der Frieden von Brest-Litowsk war das Musterbeispiel einer ganz und gar unrevolutionären, reformistischen oder sogar noch schlimmeren als reformistischen Handlung, da es eine rückwärtsführende Handlung war, während die reformistischen Handlungen in der Regel langsam und vorsichtig vorwärtsschreiten, sich aber nicht rückwärts bewegen." (Lenin, Band XVIII, S. 410.)

Lenin hielt die Parteien der Arbeiterklasse für verpflichtet, alle Methoden, auch die nicht revolutionären, selbst unter den Verhältnissen einer unmittelbaren revolutionären Situation anzuwenden, nicht nur weil manche Aufgaben in gewissen Momenten nicht revolutionär gelöst werden können, sondern weil er für das Proletariat die Beherrschung a l l e r Kampfmittel überhaupt als außerordentlich wichtig erachtete.

[127] „Ein jeder wird zugeben – schrieb Lenin in den „Kinderkrankheiten" – daß das Verhalten einer Armee, die sich nicht dazu vorbereitet, alle Waffengattungen, alle Kampfmittel und Kampfmethoden zu beherrschen, die der Feind besitzt oder besitzen kann, unvernünftig, ja verbrecherisch ist. In noch höherem Grade als für das Militärwesen gilt das aber für die Politik. In der Politik kann man es noch weniger im voraus wissen, was für ein Kampfmittel unter diesen oder jenen Umständen in der Zukunft anwendbar und vorteilhaft für uns sein wird. Beherrschen wir nicht alle Kampfmittel, dann können wir eine gewaltige, zuweilen sogar eine entscheidende Niederlage erleiden, wenn von unserem Willen unabhängige Veränderungen in der Lage der übrigen Klassen eine solche Form der Aktivität auf die Tagesordnung bringen, in der wir besonders schwach sind. Beherrschen wir alle Kampfmittel, dann werden wir bestimmt siegen, da wir doch die Interessen einer wirklich vorgeschrittenen, wirklich revolutionären Klasse vertreten, selbst, wenn die Umstände uns nicht erlauben, die für den Feind gefährlichste Waffe anzuwenden, die Waffe, die dem Feinde am schnellsten den Todesstoß versetzt."

Daraus folgt jene Bedeutung, die Lenin der Ausnützung aller, selbst der geringsten legalen Möglichkeiten unter den Verhältnissen der schwärzesten Reaktion beilegte, daraus folgt der schonungslose Kampf gegen die „prinzipielle" Begründung der Nichtteilnahme der Kommunisten am Parlament oder gegen die grundsätzliche Verherrlichung der Boykott-Taktik. (Lenin hat des öfteren erklärt, daß der Boykott des Parlaments keine taktische Linie, sondern nur ein Kampfmittel ist, dessen Anwendung durch ganz bestimmte objektive Bedingungen streng begrenzt ist.)

Daraus folgt ferner die unbedingte Pflicht für die Kommunisten, selbst in den reaktionärsten Gewerkschaften zu arbeiten, in alle, selbst in die „Subatowschen" Organisationen einzudringen, in denen es wirkliche Arbeitermassen gibt. Als besonders wichtig betrachtete Lenin für die Kommunisten die Fähigkeit, den Klassenfeind zu überlisten, zu betrügen, „hinters Licht zu führen". Diese Fähigkeit kann aber nur dann erreicht werden, wenn die Kommunisten wirklich alle Formen, Mittel und Methoden des Klassenkampfes beherrschen, sowohl diejenigen, deren sich der Klassenfeind gewöhnlich bedient, als auch diejenigen, die das Monopol unserer Klasse bilden.

Einer der Typen jener nicht revolutionären (im engeren und direkten Sinne des Wortes) Kampfmittel, deren Gebrauch die Partei des Proletariats unbedingt erlernen muß, ist der R ü c k z u g. „Man muß verstehen – sagt Lenin – und die Arbeiterklasse lernt es aus den eigenen bitteren Erfahrungen verstehen – daß man nicht siegen kann, wenn man es nicht gelernt hat, richtig anzugreifen und sich richtig zurückzuziehen." („Kinderkrankheiten")

Als ein besonderes Verdienst der Bolschewiki betrachtete Lenin, daß sie nach der Niederlage der Revolution von 1905 in der organisiertesten Weise, in der größten Ordnung, am geringsten demoralisiert, den Rückzug angetreten haben – „sie waren am meisten imstande, die Arbeit im breiten Umfang richtig und energisch wieder aufzunehmen". Die Notwendigkeit, zu erlernen, wie man sich richtig zurückzieht, bewies Lenin den westeuropäischen Kommunisten sowohl in den Augenblicken des

größten Aufstieges der revolutionären Bewegungen in Europa (die „Kinderkrankheiten“ schrieb Lenin im Frühjahr 1920), als auch zur Zeit des III. und IV. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, als sich bereits eine gewisse Wendung in der Richtung des Abstiegs der revolutionären Welle zu zeigen begann. Wir haben oben gezeigt, wie hoch Lenin die revolutionären Traditionen einschätzte. Zu den besten, ruhmreichsten Traditionen jeder Revolution gehört immer der rückhaltlos mutige Angriff, die entscheidende Attacke der Massen, „die den [128] Himmel stürmen“. Lenin hat sich aber selbst von dieser heldenhaften Tradition nicht gefangen nehmen lassen.

„Marx“, schrieb Lenin, „der die revolutionären Traditionen so hoch schätzte und das renegaten- oder philisterhafte Verhalten ihnen gegenüber unerbittlich geißelte, verlangte zugleich von den Revolutionären die Fähigkeit, die Bedingungen der Anwendung der alten Kampfmethoden durchzudenken und zu analysieren und nicht bekannte Losungen einfach zu wiederholen.“

Als im Jahre 1907 ein Teil der Bolschewiki, der später die „otsowistische“ Strömung begründet hat, die Losung des Boykotts der III. Duma herausgab und diese Losung durch Hinweise auf die revolutionären Traditionen von 1905 begründete, wies Lenin diese Argumentation entschieden zurück.

„Gerade weil uns die sorgsame Behandlung der revolutionären Traditionen teuer ist, müssen wir entschieden gegen die Anschauung protestieren, als könne man durch die Anwendung einer Losung einer besonderen historischen Epoche die Wiedergeburt der wesentlichen Bedingungen dieser Epoche fördern. Die Behütung der revolutionären Traditionen, die Fähigkeit, sie in der ständigen Propaganda und Agitation zu verwenden, um die Massen über die Bedingungen des unmittelbaren Angriffskrieges zu belehren, ist e i n e Sache. Eine andere Sache ist die Wiederholung einer Losung, herausgerissen aus der Gesamtheit der Bedingungen, die sie erzeugt und die ihr zum Erfolg verholfen haben, und ihre Anwendung unter ganz verschiedenen Bedingungen.“

Als die geänderte objektive Situation, deren allseitige Berechnung die Hauptbedingung für eine richtige Taktik darstellt, eine rasche Umstellung der Kampfformen und Kampfmethoden verlangte, ließ Lenin sich keinen Augenblick durch Losungen hinreißen, die der neuen Situation nicht entsprachen, selbst wenn diese Losungen noch so revolutionär gewesen sind. Der Sieg der Reaktion in den Jahren 1907 bis 1912 hat das Tätigkeitsfeld der Bolschewiki äußerst eingeengt. Es gab aber keinen einzigen Tag, an dem die Partei auf die Arbeit auf diesem erbärmlichen, beschränkten (besonders nach der großen Schwungkraft in den Jahren 1905 bis 1906), unerträglich engen, reaktionären Boden verzichtet hätte.

„Wir verkünden die Unvermeidlichkeit der Revolution, wir bereiten systematisch und ununterbrochen die Anhäufung der Brennstoffe vor“, sagt Lenin, „wir verzichten aber auch keineswegs auf die Kleinarbeit an dem Alltag des monarchistisch-konstitutionellen Umsturzes.“

Den gleichen Gedanken spricht Lenin aus, als er seinen Standpunkt zur Teilnahme der Bolschewiki an der Duma vom 3. Juni formuliert:

„Wenn die verfluchte Konterrevolution uns in diesen verfluchten Stall trieb, dann werden wir auch dort für die Revolution arbeiten, ohne zu jammern, aber auch ohne zu prahlen.“

Und Lenin hat nie gezögert, anzuerkennen, daß

„gerade die große Niederlage den revolutionären Parteien und der revolutionären Klasse eine wirkliche und nützliche Lehre gibt, die Lehre der historischen Dialektik; sie lehrt sie die Fähigkeit, sie lehrt sie auch die Kunst, einen politischen Kampf zu führen. Man erkennt den Freund im Unglück. Geschlagene Armeen lernen gut.“ (Schluß folgt.) [129]

*

## Vom Spartakusbund zur bolschewistischen Partei

Von W e r n e r H i r s c h

Wir veröffentlichen die kritisch-historischen Untersuchungen des Genossen Werner Hirsch als Material zur Parteigeschichte.

Die Redaktion der „Internationale“.

### I.

Wir betrachteten in einem vorhergehenden Artikel („Die Internationale“, Jahrgang 12, Heft 1/2) die G r ü n d u n g s g e s c h i c h t e unserer Partei. Die nachfolgenden Artikel sollen die w e i t e r e E n t w i c k l u n g der Partei, wenigstens in ihren wesentlichsten Etappen, auf ihrem Weg von der lockeren

Gruppe revolutionärer Sozialisten, die der Spartakusbund darstellte, zur bolschewistischen Partei behandeln. Gewiß ist der Weg dieser Entwicklung vom Spartakusbund zur leninistischen Partei noch keineswegs abgeschlossen. Aber andererseits darf die KPD nach zehnjährigem Bestehen voller Genugtuung auf die großen Erfolge zurückblicken, die sie im Prozeß der Bolschewisierung errungen, sich erkämpft hat.

Noch einmal wollen wir es in diesem Zusammenhang aussprechen: Diejenigen, die gegen den Weg der deutschen Partei zum Bolschewismus rebellieren – außerhalb wie innerhalb unserer Partei –, verkörpern nicht irgendwelche wertvollen Traditionen der Vergangenheit unserer Partei, sondern bestenfalls das, was aus den Schlacken der damaligen Anfänge der revolutionären Arbeiterbewegung Deutschlands erwachsen ist. Aus jenen Schlacken, die die Partei überwunden und ausgeschieden hat. Diejenigen, die gegen den bolschewistischen Weg der KPD rebellieren, haben alles, was revolutionär und groß an Karl, Rosa, Mehring, Jogiches und den anderen war, der Partei überlassen, die es fortentwickelte. Die Schwächen und Fehler der Spartakusbewegung aber haben sie für sich behalten. Deren Konservierung, Vergröberung und – gemessen an den allgemeinen Fortschritten der Bewegung – Karikierung: das ist das einzige, was die rechten Liquidatoren und jenes Grüppchen trauriger Genossen, die es wagen, die Renegaten als „Parteigründer“ zu glorifizieren, mit der heroischen Vergangenheit unserer Partei verbindet. Die lebendige proletarische Bewegung geht mit eisernem Schritt über dieses Epigonentum hinweg.

Soviel zu etlichen Personen. Und nun zur Sache.

*Die Frage der Wahlbeteiligung auf dem Gründungsparteitag*

Auf dem Gründungsparteitag der KPD in den letzten Dezembertagen von 1918 gab es, wie bekannt, scharfe Auseinandersetzungen über die Frage der Teilnahme der neugegründeten Partei an den seitens der sozialdemokratisch-konterrevolutionären Regierung ausgeschriebenen Parlamentswahlen zur Nationalversammlung. In dem Kampf, der sich um die Teilnahme oder Nichtteilnahme an den Wahlen entspann, verbarg sich aber noch eine andere, fast entscheidendere Auseinandersetzung: zwischen dem Putschismus gewisser Teile der revolutionären Bewegung einerseits, und der langen Perspektive bezüglich des Weges der deutschen Revolution andererseits, wie sie den Auffassungen der Spartakus-Zentrale, vor allem Rosa Luxemburgs und Leo Jogiches’, entsprach.

Wörtlich erklärte einer der Sprecher des Gründungsparteitages gegen die Wahlbeteiligung, der damalige Genosse Rühle:

„Wenn man aus Angst vor den Massen die Nationalversammlung nach Schilda verlege, so würden wir eben eine neue Regierung in Berlin zu bilden haben.“

Ihm antwortete unter anderen Genossin Rosa Luxemburg:

„Der Optimismus des Genossen Rühle ist ja ganz schön, aber soweit sind wir noch nicht. Was ich bisher sehe, ist die Unreife der Massen, die zum Sturz der [130] Nationalversammlung berufen sind ... Auf der einen Seite glauben Sie, wir könnten schon in 14 Tagen die Nationalversammlung auseinanderjagen, und auf der anderen Seite befürchten Sie die Folgen des Wählens ... Ihre Tatkraft ist zwar die einfachere und bequemere, unsere Taktik rechnet aber mit einem längeren Weg.“

Tatsächlich ließ nun auch die Situation zur Zeit des Gründungsparteitages, d. h. unmittelbar vor den Nationalversammlungswahlen, für die Kommunistische Partei nur zwei Möglichkeiten gegenüber diesen Wahlen bestehen: entweder auf Grund der Ueberzeugung, daß der Moment für die Machtergreifung durch das von der Kommunistischen Partei geführte Proletariat noch nicht gegeben war, die Teilnahme an den Wahlen, um im Wahlkampf wie auf der Parlamentstribüne den Prozeß der Selbstverständigung der Arbeiterklasse beschleunigen und unterstützen zu können. Oder aber, bei einer anderen Einschätzung der revolutionären Kampfesmöglichkeiten, die Niederwerfung der konterrevolutionären Ebert-Scheidemann-Regierung und unmittelbare Errichtung der proletarischen Diktatur, wodurch die Wahlen zum bürgerlichen Parlament faktisch von der Tagesordnung abgesetzt und damit die „Nichtbeteiligung“ zur Selbstverständlichkeit geworden wäre.

Der Gründungsparteitag entschied sich weder für das eine noch für das andere. Er erkannte einerseits mit Rosa, daß der Aufstand noch hinausgeschoben werden mußte, was zweifellos richtig war. Aber er entschied sich andererseits mit Rühle gegen die Teilnahme an den Wahlen.

Eine solche Zwischenlösung aber, wie sie sich aus dem Beschluß des Gründungsparteitages ergab, war für die revolutionäre Praxis unmöglich. Legte man die auf längere Sicht eingestellte Perspektive der Spartakus-Zentrale zugrunde, und das geschah ja im allgemeinen auch seitens der Mehrheit des Gründungsparteitages, dann war die Wahlenthaltung, für die sich diese Mehrheit entschied, ein völlig unmöglicher Beschluß. Im anderen Fall wäre es die logische Konsequenz des Beschlusses gegen die Wahlbeteiligung gewesen, nunmehr den Weg zum bewaffneten Aufstand, zur baldigen Machtergreifung zu beschreiten und die entsprechenden Beschlüsse zu fassen. Das aber geschah erst recht nicht.

Nun wäre es müßige Spielerei, heute untersuchen und entscheiden zu wollen, ob eine andere, richtigere Beschlußfassung des Gründungsparteitages (für die Wahlbeteiligung) der jungen Partei die Möglichkeit eines, wenn auch vorübergehenden legalen Aufstiegs wenigstens für Wochen verschafft hätte. Die Januarkämpfe wurden von den Ebert-Noske ja völlig planmäßig der Berliner Arbeiterschaft aufgezwungen. Aller Wahrscheinlichkeit nach hätte daran eine richtigere Entscheidung des Gründungsparteitages in der Parlamentsfrage nichts zu ändern vermocht.

Viel wesentlicher aber als solche Kombinationen erscheint für die historische Betrachtung und Auswertung von unserem heutigen Gesichtspunkt die Nachprüfung, ob und inwieweit die allgemeine Perspektive des Spartakusbundes und die Taktik, die er aus dieser Perspektive herleitete, richtig war. Nun erscheint es notwendig, mit allem Nachdruck festzustellen, daß jener Kampf gegen putschistische Tendenzen nach der Art des Rühleschen Auftretens auf dem Gründungsparteitag, jener Kampf, wie ihn Rosa Luxemburg und Leo Jogiches mit besonderer Zähigkeit führten, vollauf berechtigt war. Ein Sieg der Revolution ohne führende revolutionäre Partei war ausgeschlossen. Die eben gegründete KPD war eine solche Partei noch nicht, sondern mußte sie erst werden. Es bedurfte also tatsächlich neuer Erfahrungen für die proletarischen Massen und vor allem der Herausbildung der Kommunistischen Partei, ihrer Festigung und Verankerung im Proletariat, ehe die Voraussetzungen für die Machtergreifung gegeben waren.

Bis zu diesem Punkt war die Politik Rosa Luxemburgs einwandfrei und richtig. Hier aber setzt gleich eine gewisse Schwäche ihrer Position ein. Die Führer des Spartakusbundes, vor allem Rosa, erwarteten noch immer den [131] Prozeß zur Schaffung jener Voraussetzungen für den Sieg der Revolution fast ausschließlich aus dem spontanen Erlebnis, den eigenen Erfahrungen der Masse selber. Sie unterschätzten noch immer die Rolle der Partei. Sie rechneten damit, daß sich die „Ebert-Scheidemann-Regierung abwirtschaften“ werde. Sie begriffen nicht, oder doch nur ungenügend, daß die Partei als aktiver, organisierender Faktor diesen Prozeß der Zerstörung aller Illusionen in den Massen über die Ebert-Scheidemann-Regierung und über den bürgerlichen Parlamentarismus durch ihre – nicht nur propagandistische, sondern aktive – Kampfpolitik auslösen, vorantreiben und lenken müsse.

Es wäre natürlich eine schematische Uebertreibung, wenn man diese Feststellung als hundertprozentig zutreffend auffassen wollte. Natürlich gab es schon damals bei den Führern und Begründern unserer Partei in wachsendem Maße Klärung auch über das Problem der Rolle der Partei. Natürlich verschloß sich ein so lebendiger Geist wie Rosa Luxemburg nicht hermetisch vor den geschichtlichen Anforderungen der Revolution, die gerade die Frage der Herausbildung der revolutionären, führenden Partei immer unzweideutiger auf die Tagesordnung stellten. Aber dieser Prozeß der Selbstverständigung Rosa Luxemburgs in den Fragen, in denen die deutschen Linksradikalen den Bolschewiki weit unterlegen waren, – dieser Prozeß, den der Mord der sozialdemokratischen Regierung und ihrer Banditen abbrach, war in jenen Tagen des Gründungsparteitags noch keineswegs so weit gediehen, daß sie der jungen Partei die aktive revolutionäre Taktik, wie sie notwendig gewesen wäre, hätte entwickeln und vorschlagen können.

Dieser Mangel erklärt auch zum Teil die Tatsache, daß sich die Spartakus-Zentrale und Rosa in der Frage der Wahlbeteiligung auf dem Gründungsparteitag nicht durchzusetzen vermochten. Die fast

ausschließlich propagandistische Rolle, die der jungen Partei von ihnen zugedacht wurde, entsprach in der Tat nicht den historischen Notwendigkeiten und konnte die vorwärtsstürmenden revolutionären Elemente, die im Spartakusbund vereinigt waren, nicht befriedigen. Wie stets, entsprangen auch hier die gewissen putschistischen Stimmungen der ungenügenden revolutionären Aktivität jener Politik, wie sie von der Führung der neugegründeten. Partei befürwortet wurde. Es kam noch hinzu, daß die „längere Perspektive“ Rosas und der Spartakus-Zentrale der Tatsache nicht gerecht wurde, daß sich in der stürmischen Entwicklung der revolutionären Hochflut der Prozeß der Reifung der Massen und der Entwicklung der revolutionären Partei viel rapider vollziehen konnte und mußte, als unter irgendwelchen anderen Bedingungen. So hatte, im ganzen gesehen, die Politik der KPD und ihrer Führung im Augenblick der Gründung eine etwas zu „abwartende“ Note, durch die gerade der berechtigte und notwendige Kampf Rosas und Leos gegen den Putschismus erschwert wurde.

### *Die Januarkämpfe* 1919

Wir können es uns ersparen, die historischen Daten der Januarkämpfe und ihrer Entstehung hier zu verzeichnen. Es steht längst fest, daß diese Januarkämpfe in brutalster Form von der sozialdemokratischen Regierung und der Konterrevolution heraufbeschworen wurden, um die Arbeiterschaft und die gerade gegründete KPD möglichst vorzeitig zum Kampf zu zwingen. Nun ist es, ganz allgemein gesprochen, gewiß ein richtiger Grundsatz, daß sich die revolutionäre Partei das Gesetz ihres Handelns nicht vom Klassengegner vorschreiben lassen darf. Daß sie vielmehr den Zeitpunkt, wo sie zu den Waffen greift und den Aufstand auf die Tagesordnung setzt, ausschließlich von dem Gesichtspunkt abhängig machen darf, wann die Situation für sie am günstigsten ist. Das alles sind Binsenweisheiten. Fügt man noch hinzu, daß mit Recht schon auf dem Gründungsparteitag und danach die Führung der jungen KPD ein vorzeitiges Losschlagen bekämpfte und alles Interesse hatte, es nicht schon im Januar zum bewaffneten Kampf kommen zu lassen, so ist die weitere – sehr beliebte – Schlußfolgerung recht billig, daß der Spartakusbund und die Zentrale unter Führung von Rosa und Leo [132] sich während der Januarkämpfe mit Recht gegen die Kampflosung des Sturzes der Ebert-Scheidemann-Regierung gewandt habe.

Aus ganz ähnlichen Erwägungen heraus entwickelte ja ein halbes Jahr später Paul Levi seinen opportunistischen Standpunkt zur bayerischen Räterepublik. Wir glauben jedoch, daß mit einer so schematischen und billigen Betrachtungsweise der Geschichtsschreibung der Partei und den lebendigen Bedürfnissen der Bewegung auch hinsichtlich der heutigen historischen Auswertung der Januarkämpfe von 1919 nicht gedient ist, so wenig ihr mit der Beurteilung der bayerischen Räterepublik durch Levis Opportunistenbrille gedient war.

Wir sprechen mit aller Offenheit aus, daß uns die allgemeine Methode der Betrachtung der Januarkämpfe und der damaligen Differenzen zwischen Rosa und Karl, wie sie sich in der Partei eingebürgert hatte, nicht als ausreichend für die Geschichtsschreibung unserer Partei erscheint. Daß wir vielmehr eine gewisse Revision in der Bewertung jener Differenzen gegenüber den eingebürgerten Urteilen für notwendig erachten.

Worin bestanden die Meinungsverschiedenheiten zwischen Karl und Rosa? Unmittelbar nach der Provokation der Regierung, die die Absetzung Eichhorns, des von der Revolution und ihren Organen eingesetzten Berliner Polizeipräsidenten, anordnete, traten die zumeist der USP angehörigen revolutionären Obleute, die bei der Vorbereitung der Novemberrevolution eine Rolle gespielt hatten und aus denen der Berliner Vollzugsrat sich rekrutierte, zusammen. An ihrer Beratung nahmen für den Spartakusbund Karl Liebknecht und Wilhelm Pieck teil. Es wurde, was selbstverständlich richtig war, beschlossen, daß Eichhorn nicht von seinem Posten weichen dürfe, daß gegen den Gewaltakt der konterrevolutionären Regierung mit der Bewaffnung der Berliner Arbeiterschaft und der Aufnahme des Kampfes zum Sturz der Regierung geantwortet werden müsse. Es wurde dann die Gründung eines Aktionsausschusses vorgenommen, dem die Vertreter der Obleute unter Führung Ledebours, sowie Karl Liebknecht und Wilhelm Pieck als Vertreter des Spartakusbundes angehörten. In den folgenden Tagen ergab sich das völlige Versagen dieses Aktionsausschusses durch Schuld der USPD, die unter Zuhilfenahme des unabhängig-sozialdemokratischen Parteivorstandes

mit den Ebert und Noske verhandelte, statt zu handeln. Durch technische Schwierigkeiten war in diesen Tagen jede Verbindung zwischen der Spartakus-Zentrale und den beiden Genossen im Aktionsausschuß unterbrochen. Als sie endlich wieder hergestellt wurde, verlangten Rosa und Leo Jogiches dringend von Karl Liebknecht den Austritt aus dem Aktionsausschuß der revolutionären Obleute, weil der Spartakusbund unmöglich die Mitverantwortung für die Art, wie die Januarkämpfe zur Niederlage geführt wurden, mit übernehmen konnte. Mit Recht erkannte Rosa, daß die gesamte Last dieser Niederlage, so sehr sie durch die schwankenden unabhängigen Führer verschuldet war, auf die junge KPD abgebürdet werden würde. Und davor wünschte Rosa die Partei nach Möglichkeit zu bewahren. Das war der eine Differenzpunkt, in dem Rosa Luxemburg ohne Zweifel in vollem Recht war. Karl Liebknecht überschätzte die Möglichkeit, durch persönliche Initiative im Kreise der revolutionären Obleute, die allerdings über einen beträchtlichen Einfluß in den Berliner Großbetrieben verfügten, revolutionierend und vorantreibend wirken zu können. Er unterschätzte die Notwendigkeit des eindeutigen selbständigen Auftretens der Kommunisten im Verlaufe dieses Kampfes. Er trug jedoch dem Verlangen der Zentrale Rechnung, und der Austritt der beiden Spartakus Genossen aus dem Aktionsausschuß mit einer entsprechenden Erklärung erfolgte.

Doch gab es noch einen zweiten Punkt, in dem Meinungsverschiedenheiten wenigstens im ersten Stadium der Kämpfe bestanden hatten. Und das war die entscheidungsschwere Frage des Inhalts der Januarkämpfe, der Generallosung, des Kampfziels, das für die kämpfende Arbeiterschaft aufgestellt werden sollte. In dieser Frage vertraten Rosa Luxemburg, Leo Jogiches [133] und andere Mitglieder der Zentrale die Auffassung, daß die Situation für die Kampflosung „Sturz der Ebert-Scheidemann-Regierung!“ noch nicht reif sei.

Wie steht es hiermit? Bei der späteren Beurteilung dieses Problems ist es vielfach beliebt gewesen, die Frage des Juliaufstandes der russischen Arbeiter im Jahre 1917 und der damaligen Stellungnahme Lenins und der Bolschewiki gegen den bewaffneten Aufstand zum Vergleich heranzuziehen. Dieser Vergleich ist jedoch völlig abwegig. Die Stellungnahme Lenins gegen den Kampf im Juli 1917 basierte unter anderem auf drei entscheidenden Voraussetzungen:

1. Die Kerenski-Regierung versuchte den Krieg fortzuführen. Die Bolschewiki kämpften mit der Losung des Friedens. Ihre Position mußte sich deshalb von Monat zu Monat bessern.

2. Die Bourgeoisie und ihre Regierung befand sich infolge der Fortsetzung des Krieges im Zustande einer dauernd wachsenden Schwächung ihrer Machtmittel.

3. Die militärischen Möglichkeiten auf seiten des revolutionären Proletariats veränderten sich in aufsteigender Linie. Das heißt: die Truppen, die noch für die Regierung einstanden, orientierten sich in zunehmendem Maße zugunsten der Revolution.

In einer solchen Situation war das Abwarten vom Juli bis zum Oktober eine selbstverständlich richtige Strategie.

Wie stand es in Deutschland mit allen diesen Punkten? Genau umgekehrt. Der Krieg war beendet. Die Bourgeoisie befand sich auf dem Punkt ihrer größten Schwäche und der stärksten Zersetzung aller ihrer militärischen Machtmittel. Das Proletariat hatte die Waffen zu seiner Verfügung und befand sich militärisch in einer denkbar günstigen Lage.

Zusammenfassend ergibt sich bei der Analyse der damaligen Kräfteverhältnisse, daß hinsichtlich der objektiven Voraussetzungen für den bewaffneten Aufstand alle jene Punkte erfüllt waren, wie sie Lenin einmal als die Vorbedingungen des Sieges der proletarischen Revolution formuliert hat. Was die subjektiven Voraussetzungen, den Reifegrad der Massen für den Aufstand anbelangt, so fehlte die revolutionäre proletarische Partei, die genügend in den Massen verankert gewesen wäre, um die Führung zu übernehmen. Doch war unzweifelhaft der Wille zum Aufstand, der Wille zum Sturz der Ebert-Scheidemann-Noske-Regierung in den breiten Massen der Berliner Arbeiterschaft vorhanden. Die objektive Möglichkeit für einen Sturz der Regierung war nach alledem gegeben.

Es wäre in den entscheidenden Januartagen auch nach den eigenen Eingeständnissen Noskes möglich gewesen, die Regierung auszuheben, ihre anfangs sehr schwachen militärischen Kräfte niederzuschlagen,

die Aufstellung weiterer konterrevolutionärer Truppen zu verhindern oder doch zu erschweren und die Räterepublik zu errichten. Es hätte sich auch keineswegs um ein hoffnungslos isoliertes Gebilde gehandelt, wie das bei der Gründung der bayerischen Räterepublik der Fall war. Zu jener Zeit war es möglich, in einer Reihe ausschlaggebender Punkte Deutschlands gleichfalls den Aufstand durchzuführen. In Bremen wurde tatsächlich – und mit vollem Recht – unter dem Eindruck der Berliner Januarkämpfe die Räterepublik errichtet. In Hamburg war ein, zwar von Laufenberg außerordentlich opportunistisch geleiteter, A- und S-Rat am Ruder, und es wäre möglich gewesen, die Bewaffnung der Arbeiterschaft und die Ausschaltung der SPD durchzuführen. In Sachsen lagen die Verhältnisse gleichfalls außerordentlich günstig. Im Ruhrgebiet und in Oberschlesien war die Machtergreifung und Entwaffnung der Konterrevolution gleichfalls möglich. In München bestand keine „Ordnungszelle", sondern eine aufsteigende revolutionäre Bewegung.

Die damals seitens der USP-Führer beliebte, von den Ebert-Scheidemann übernommene Phrase vom Einmarsch der Franzosen im Falle des Weitertreibens der Revolution in Deutschland hatte keine tatsächliche Unterlage. So gewaltig die Schwierigkeiten infolge des Fehlens einer revolutionären Massen-[134]partei, so groß waren andererseits die in den objektiven Verhältnissen begründeten revolutionären Möglichkeiten der damaligen Situation.

In dieser Situation erfolgte der Angriff der Konterrevolution. Wie sollte das Proletariat, wie sollte die – wenn auch kleine – Kommunistische Partei darauf antworten? Militärisch konnte die Position der Arbeiterklasse nur ungünstiger, die der Bourgeoisie nur günstiger werden. Es war klar, daß der Angriff auf das Polizeipräsidium seitens der Ebert-Noske-Regierung die Einleitung einer solchen Kette von Maßnahmen war, mit der die bürgerlich-sozialdemokratische Konterrevolution die objektiven Machtverhältnisse zu ihren Gunsten und zuungunsten des Proletariats umstürzen wollte. Sollte die Arbeiterklasse zurückweichen? Das kam nicht in Frage. Sollte sie die Waffen freiwillig der Bourgeoisie ausliefern, von denen feststand, daß sie sie früher oder später wieder erobern müsse – und zwar dann zu einer Zeit, wo die Bourgeoisie militärisch erstarkt sein würde? Auch das kam nicht in Frage. Die Antwort auf die Ebert-Noske-Provokation mit der Bewaffnung der Arbeiterschaft war eine Selbstverständlichkeit, über die es nie Meinungsverschiedenheiten gab.

Aber konnte man in diesem Kampf die Losung des Sturzes der Ebert-Scheidemann-Regierung „zurückstehen", konnte man sie „verschweigen"? Gerade die Massen, die zu den Waffen drängten, die kämpfen wollten, obwohl sie noch nicht über klare kommunistische Auffassungen verfügten, sondern noch an die USP glaubten, – sie hätten eine solche Taktik der KPD nicht verstanden. Gerade eine solche Taktik hätte eine Isolierung von den Massen – nämlich durch Zurückbleiben hinter ihnen – bedeutet.

Man mußte am Kampf teilnehmen. Das war selbstverständlich, und es gab nicht einen Augenblick, wo Rosa Luxemburg in dieser Frage auch nur sekundenlang gezögert hätte. Man mußte die Losung des Sturzes der Ebert-Scheidemann-Regierung aufstellen, weil sie dem Willen und Reifegrad der kämpfenden Arbeitermassen und den Notwendigkeiten der historischen Situation entsprach. In dieser Frage bewährte sich Karl Liebknechts revolutionärer Instinkt, der ihn im Kriege zu dem Sprachrohr der Massen im Weltmaßstabe gemacht hatte.

Freilich: Die Folgerung aus einer solchen Kampflosung mußte die wirkliche offensive Führung des Kampfes sein. Mit Recht schrieb Karl Marx 1871 über die Pariser Kommune, das Zentralkomitee habe sich „eines entscheidenden Fehlers dadurch schuldig gemacht, daß es nicht sofort auf das damals vollständig hilflose Versailles marschierte und damit den Verschwörungen des Thiers und seiner Krautjunker ein Ziel setzte". Diese Lehre, die der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus aus den Erfahrungen der Pariser Kommune ableitete, blieb in den Januarkämpfen 1919 völlig unberücksichtigt. Statt zum Angriff gegen die Regierung der Konterrevolution überzugehen, verbarrikadierten sich die revolutionären Arbeiter in einzelnen Zeitungsgebäuden, in der Bötzow-Brauerei, im Polizeipräsidium usw. Der Fehler des Zentralkomitees der Pariser Kommunarden wurde in riesigem Maßstab wiederholt. In diesem Punkt ist eine der entscheidendsten Ursachen der Niederlage der Berliner Arbeiter in den Januar kämpfen zu suchen.

Alle diese Erwägungen ändern nichts daran, daß an und für sich die Spartakuszentrale recht hatte, die von sich aus den bewaffneten Aufstand nach Möglichkeit noch um Monate vertagt haben würde. Die geschichtliche Wirklichkeit richtet sich oft nicht nach den Wünschen der revolutionären Partei. Diese aber muß sich auf dem Boden der geschichtlichen Tatsachen – auch der unbequemen – bewähren!

Wenn wir uns in der Frage des Kampfziels hinsichtlich der vorübergehenden Meinungsverschiedenheiten für Karl Liebknecht und in diese in Punkt gegen Rosa Luxemburg entscheiden, so enthebt uns das nicht der Pflicht, die Rolle Rosa Luxemburgs in den Januarkämpfen zu verteidigen gegen jene Entstellungen ihres damaligen Wirkens, wie sie in den letzten Jahren verbreitet wurden. Anläßlich des zehnjährigen Todestages Rosas am 15. Januar d. J. veröffentlichte Paul Levi in „linken" SPD-[135]Zeitungen einen Nachruf-Artikel, der mit breitem Behagen die angeblich tiefgründigen Konflikte zwischen Rosa und Karl während der Januarkämpfe ausmalt und bis zu einem gewissen Grade aus Rosa Luxemburg eine Gegnerin des bewaffneten Aufstandes überhaupt zu machen versucht. Diese Geschichtsfälschung war in der Tat notwendig, damit Rosa Luxemburg, das Opfer der Noske-Partei und ihrer gedungenen Mörder, durch die zentristischen Handlanger der Noske-Partei in die Ahnengalerie ihrer Mörder überführt werden konnte. Mit Paul Levi, der seit Jahren aus der Leichenschändung Rosas ein Gewerbe macht, brauchen wir freilich nicht zu rechten. Die Klärung der Rolle, die Rosa während der Januarkämpfe spielte, ist aber trotzdem notwendig. Denn in unseren Reihen selbst besteht nicht vollkommene Klarheit darüber[*)].

Rosa Luxemburg, die anfangs gegen das Kampfziel eingestellt war, das dem Abwehrkampf gegen die konterrevolutionäre Provokation offensiven Charakter geben mußte, erhob sich im lebendigen Prozeß der Teilnahme am Kampfe, der Teilnahme an jeder Etappe, die dieser Kampf durchlief, restlos auf die historische Höhe dieser Auseinandersetzung zwischen Revolution und Konterrevolution. Mit wahrhaft dialektischem Geist beleuchtete sie die Schwäche der Bewegung, ohne auch nur sekundenlang zu vergessen, daß es revolutionäre kommunistische Pflicht sei, an der Spitze der kämpfenden Masse zu stehen und nicht die Kritik im Sinne der Lähmung, sondern vielmehr zur Stärkung, zur feurigen Belebung des Kampfwillens der Massen anzuwenden. So ist es kein Wunder, daß Rosa Luxemburg selbst uns die historischen Waffen geschmiedet hat zur Verteidigung derjenigen Beurteilung der Januarkämpfe, wie wir sie eingangs gaben.

In ihrem letzten Artikel, in dem sie das Fazit der Januarkämpfe zieht, bekennt sich Rosa Luxemburg selbst zur historischen Notwendigkeit jener Kampflosung: „Sturz der Ebert-Scheidemann-Regierung!", die ihr anfangs den Kräfteverhältnissen und dem Reifegrad der Massen voranzueilen schien.

*Die Gründung der Kommunistischen Internationale*

Im März 1919 wurde die Gründung der Komintern in Moskau vollzogen. In der Sitzung des Gründungskongresses, die den konstituierenden Beschluß für die Schaffung der III. Internationale faßte, enthielt sich der Vertreter der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) der Stimme. Diese Tatsache darf gewiß nicht unterschätzt werden. In ihr drückt sich zum letzten Male jene ideologische Schwäche der Spartakusbewegung in den Fragen der internationalen Beziehungen des Sozialismus aus, die es während des Krieges verschuldete, daß der Spartakusbund, obwohl er gewiß die besten revolutionären Elemente des deutschen Proletariats umfaßte, dennoch auf den internationalen Tagungen von Zimmerwald und Kienthal eine schwankende Stellung zwischen dem linken Zimmerwalder Flügel, den Bolschewiki, und den Zentristen einnahm. Die „Rote Fahne" veröffentlichte vor einiger Zeit einen unbekannten Brief Rosa Luxemburgs aus dem Gefängnis

[*)] Der Genosse Hugo Eberlein veröffentlichte zum Beispiel am 11. Januar d. J. in der Parteipresse einen Gedenkartikel, in dem er seine Rolle während der Januarkämpfe schildert. Er beschreibt dort u. a., wie in der Friedrichstraße die Noskiten die Büroräume der Partei verwüsteten:
„Mit einigen Genossen kaufte ich sechs unserer Schreibmaschinen, das Stück zu 20 Mark, von diesen Bluthunden zurück."
Das geschah an einem Tage, wo die Kämpfe der Berliner Arbeiterschaft noch im Gange waren. Von dieser Banalisierung der Januarkämpfe unterscheidet sich Rosas Rolle in der Tat wie Tag und Nacht.

über Zimmerwald, in dem sie ihre heftigen Bedenken gegen die Art der Zimmerwalder Konferenz, den zu breiten Rahmen, in dem sie einberufen worden sei, äußerte. Mit Recht kam die „Rote Fahne“ auf Grund dieses Dokuments zu der Schlußfolgerung, daß die Stellungnahme des Spartakusbundes in Zimmerwald wahrscheinlich klarer gewesen, die Selbstklärung der deutschen revolutionären Bewegung in den Fragen der Internationale wahrscheinlich rascher erfolgt wäre, wenn die eigentlichen Führer des [136] Spartakusbundes, Karl und Rosa, selbst auf diesen internationalen Tagungen anwesend gewesen wären.

Die allgemeinen Auflassungen, wie sie noch bis zum November 1918, bis unmittelbar zur Gründung unserer Partei in der Spartakusbewegung überwogen, standen jedoch, wie wir in dem Artikel über die Vorgeschichte unserer Partei nachwiesen, stark unter dem Bann einer gewissen Zurückhaltung in den Fragen des Bruchs mit der Sozialdemokratie, mit der II. Internationale. Es wäre völlig falsch, hinter diesen Hemmungen auch nur die mindeste politische Konzession an die Auffassungen der Sozialdemokratie oder des Zentrismus zu sehen. Es drückte sich vielmehr darin das Erbübel der ganzen linksradikalen Bewegung des deutschen Sozialismus und vor allem Rosa Luxemburgs aus: das Unverständnis für die Rolle der Partei und damit die Unterschätzung der Notwendigkeit, eine selbständige Partei, also erst recht eine selbständige Internationale zu begründen.

In der Frage der III. Internationale nahm der Gründungsparteitag der KPD eine Stellung ein, die weit unter dem sonstigen revolutionären Niveau dieser historischen Tagung zurückblieb. Der Parteitag hielt es für notwendig, sich überhaupt noch mit dem Problem einer Wiederherstellung der bankrotten II. Internationale auseinanderzusetzen. Damals stand die erste Nachkriegskonferenz der II. Internationale in Bern bevor, die von der englischen Labour Party einberufen wurde und alle Sozialpatrioten, einschließlich der deutschen Scheidemänner, samt den traurigen Helden des Zentrismus, wie Fritz Adler, Kurt Eisner u. a. vereinigen sollte. Der Gründungsparteitag unserer Partei bewies seine Schwäche und Rückständigkeit in den Fragen der III. Internationale allein schon durch die Tatsache, daß er auf seiner Tagesordnung dieser Berner Konferenz einen besonderen Punkt „Die internationale Konferenz“ einräumte.

Es kam auch in dieser Tatsache zum Vorschein, daß der Spartakusbund gegenüber der Sozialdemokratie und dem Zentrismus, der USPD, – trotz der Gründung der selbständigen Partei –, noch immer bis zu einem gewissen Grade in der Einstellung des rein fraktionellen Kampfes einer besonderen Richtung innerhalb der Gesamtbewegung verharrte. Diese Ideologie von der „großen Familie“, in der der kleinere revolutionäre Bruder gleichsam eine vorwiegend erzieherische Rolle zu spielen habe, um auf den „großen Bruder“ günstig einzuwirken, steckte mehr oder weniger bewußt nach wie vor in den Köpfen der deutschen Kommunisten. Auch hierin äußerte sich das Erbteil der „verspäteten Spaltung“ der deutschen Arbeiterbewegung. Es ist deshalb kein Wunder, wenn eine solche falsche Einstellung zur Sozialdemokratie und zur selbständigen Rolle der revolutionären Partei in der KPD noch im Jahre 1923 durch den Brandlerismus eine verhängnisvolle Wiedergeburt erleben konnte.

Die Kritik, die wir an der unvollkommenen und unklaren Stellung des Gründungsparteitages zu den Fragen der Internationale zu üben haben, wird dadurch nicht beeinträchtigt, daß im Referat zur „Internationalen Konferenz“ auf dem Gründungsparteitag gegen die II. Internationale und für die Schaffung einer III. Internationale mit den Bolschewiki Stellung genommen wurde.*) Denn die Art, wie sich die Gründer unserer Partei die Schaffung der III. Internationale vorstellten, war in der Tat völlig unzulänglich. Wir halten dieses Problem besonders deshalb für historisch wichtig, weil sich in ihm der Kern für manche späteren Schwierigkeiten der Parteientwicklung in Deutschland enthüllt. Wir wollen deshalb nachstehend die Resolution des Gründungsparteitages zu diesem Punkt der Tagesordnung zum Abdruck bringen:

„Der Parteitag weist es ab, in einer internationalen Konferenz der Sozialpatrioten wie sie jetzt von der britischen Arbeiterpartei einberufen und von den Scheidemännern mit tiefer Genugtuung begrüßt worden ist, eine Körperschaft des internationalen Sozialismus zu sehen.

*) Das sehr unvollkommene gedruckte Protokoll des Gründungsparteitages verschweigt diese Tatsache. die wir deshalb um so nachdrücklicher festhalten müssen.

Diese Konferenz zum Zweck des gegenseitigen Verzeihens des millionenfachen Brudermordens und des Versuchs der Aussöhnung der gegensätzlichen kapitalistischen Inter-[137]essen kann den tatsächlichen Zusammenbruch der II. Internationale nicht verschleiern. Die Verräter vom 4. August 1914, die in den vier Kriegsjahren als Zuhälter des nationalen Kapitals den Klassenkampf erdrosselt und die sozialistische Idee geschändet haben, haben das Recht verwirkt, im Namen der Arbeiterinternationale zu sprechen und zu handeln. Die Kommunistische Partei fordert alle sozialistischen und revolutionären Elemente auf, in ihren Ländern für die rascheste Abrechnung mit dem Imperialismus und für die Bildung von A- und S-Räten zu wirken, damit der Weltfriede unter dem Banner des internationalen Sozialismus durch die Aktion des Weltproletariats herbeigeführt werde.

Der Parteitag erblickt darin den einzigen wirksamen Weg zum Ausbau einer neuen Internationale, in der von nun an der Schwerpunkt der Klassenorganisation des Proletariats liegen muß, und die nicht eine Internationale der Konferenzen und Resolutionen, sondern der revolutionären Tat sein muß."

So sehr in dieser Resolution die richtige Erkenntnis vom Bankrott der II. Internationale und von dem notwendigen veränderten Charakter der neuen internationale als einer Internationale der Tat ausgesprochen wird, so sehr diese Resolution anerkennt, daß zukünftig der Schwerpunkt der proletarischen Bewegung in der Internationale liegen müsse, – so sehr also die Gedankengänge dieser Resolution in der Richtung des wirklichen Geistes der Kommunistischen Internationale tendieren, so unvollkommen ist die Einstellung der Resolution zum Tempo, in dem die Gründung der III. Internationale erfolgen mußte. Nach der Auffassung des Spartakusbundes, der in dieser Frage eine sehr lange Perspektive hatte, sollte ja die neue Internationale erst ganz allmählich aus den Kämpfen des Proletariats erwachsen.

Die Tatsache der siegreichen russischen Revolution, der Machtergreifung des russischen Proletariats sowie des Beginns der Revolution in Mitteleuropa, erschien den Verfassern dieser Resolution des deutschen Gründungsparteitages noch nicht als genügende Basis, auf der die Gründung der III. Internationale erfolgen könne. Falsche Hoffnungen auf gewisse zentristische Teile der II. Internationale – so die englische ILP, mit der der Spartakusbund während des Krieges eine allzu starke Bindung unterhielt, – und die Nachwirkungen der Fehler der Spartakusvertreter auf den internationalen Konferenzen der Kriegszeit bildeten die Grundlage dieser unrichtigen Auffassungen. Wieviel weitsichtiger und wie überlegen war dem gegenüber die Stellungnahme Lenins und der Bolschewiki, die vom ersten Tage des Weltkriegs und des Zusammenbruchs der II. Internationale am 4. August 1914 an den Kampf für die III. Internationale aufnahmen und in Zimmerwald die ersten Vorbedingungen und organisatorischen Ansätze für die Komintern schufen.

In Moskau selbst folgte dann seitens des Vertreters der KPD jener Widerstand gegen die sofortige Gründung der III. Internationale, den wir eingangs verzeichneten. Genosse Sinowjew gab darüber in seinem Bericht auf dem 8. Parteitag unserer russischen Bruderpartei am 20. März 1919 folgende Darstellung, die sich naturgemäß jeder kritischen Schärfe gegenüber den deutschen Kommunisten enthält:

„Im Anfang lag die Sache so: der Vertreter der deutschen Kommunisten bestand fast mit der Drohung eines Ultimatums (!1 W. H.) darauf. daß wir nur als Konferenz tagen sollten und uns nicht als Kongreß konstituieren dürften. In diesem Augenblick waren die österreichischen Genossen noch nicht angekommen, auch die Vertreter vom Balkan waren noch nicht da. Nach einer Besprechung der Lage beschloß die Zentrale unserer Partei, daß es unumgänglich notwendig sei, sofort die III. Internationale zu gründen. Aber wir sagten zugleich: da die deutschen Kommunisten sich dem widersetzen, da sie uns ein Ultimatum stellen, so wollen wir nicht in heikle Beziehungen zu dem Spartakusbund (! W. H.) kommen. Es waren erst wenige Wochen nach den schrecklichen Verlusten vergangen, die sie erlitten hatten, und wir sagten uns: wir müssen in dieser Frage nachgeben, selbst wenn sie Unrecht haben. Und wir gaben im Namen der Zentrale unserer Partei eine entsprechende Erklärung ab. Aber in dem Maße, als die Delegierten ankamen und ihre Berichte verlasen, wurden die deutschen Kommunisten immer weniger entschieden in dieser Frage, und es wurde immer klarer für uns, daß der Verzicht auf die sofortige Proklamierung der III. Internationale ein Verbrechen an der Arbeiterklasse und zudem einen ungeheuren Fehler bedeuten würde. Die Frage wurde auf die Tagesordnung des Kongresses gestellt. Der deutsche Vertreter enthielt sich der Stimme. Aber als einstimmig beschlossen worden war, daß die III. Internationale

proklamiert werden soll, erhob er sich und sagte unter dem Beifall der Konferenz: ‚Da die Konferenz entschieden hat, so werden die deutschen Kommunisten als erste sich der III. Internationale an-[138]schließen (Beifall). Ich glaube, Genossen, daß die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands in diesem Sinne beschließen wird, sobald sie genügend Informationen erhalten hat‘.“

Es gibt heute wohl keinen Kommunisten mehr, der nicht begreift, welch ein schwerer Schlag für die internationale revolutionäre Bewegung es gewesen wäre, wenn damals die falsche Stellung der deutschen Kommunisten seitens der Bolschewiki und der anderen kommunistischen Vertreter geduldet oder gar übernommen worden wäre.

Der Nachdruck, den wir auf diesen schweren historischen Fehler der damaligen Führer und Vertreter unserer Partei legen, findet seine Begründung in folgendem: so wie die Kommunistische Internationale im Ringen mit den Rückständigkeiten und ideologischen Hemmungen des deutschen Kommunismus geschaffen werden mußte, und wie der Bolschewistischen Partei die Führerrolle bei der Gründung der Komintern keineswegs bloß auf Grund des Sieges der russischen Revolution, sondern vor allem auf Grund ihrer ideologischen Ueberlegenheit und größeren Klarheit zufiel, so stand der ganze Entwicklungsweg der Komintern und auch der Kommunistischen Partei Deutschlands im Zeichen des mühevollen und langwierigen Weges zum internationalen Bolschewismus.

Die Stellung zur russischen Revolution und zu den Bolschewiki, die Stellung zur leninistischen Politik der Führung unserer russischen Bruderpartei und des proletarischen Staates, – das war und blieb während der ganzen bisherigen zehn Jahre unserer Parteigeschichte das oberste Kriterium für alle Gruppierungen und Richtungen der kommunistischen Bewegung in Deutschland wie auf der gesamten Welt. In der Stellungnahme zu diesen Problemen enthüllte sich stets am klarsten, ob eine Gruppe sich auch im übrigen auf dem Wege der richtigen revolutionären Politik befand, oder ob sie von diesem Weg ins Lager des Opportunismus rechter oder linker Färbung abzuweichen drohte. Das blieb so bis zu den heutigen Auseinandersetzungen in der KPD, in denen sich der parteifeindliche und antirevolutionäre Charakter der Liquidatoren besonders unverkennbar in ihrer Stellungnahme zur Bolschewistischen Partei und deren Führung äußert.

Nur gehirnlose Schwätzer oder böswillige Konterrevolutionäre und Renegaten vermögen deshalb den Willen aller wirklich revolutionären Elemente der Kommunistischen Internationale, die führende Rolle der Bolschewistischen Partei in der Komintern um jeden Preis zu verteidigen, als einen Ausdruck mangelnder Selbständigkeit, wenn nicht gar – um das Schimpflexikon der Antibolschewisten zu gebrauchen – des „Mamelukentums“ zu verleumden. Nein: es drückt sich hierin die revolutionäre Erfahrung aus, die sich die kommunistischen Arbeiter aller Länder in manchen bitteren und schweren Auseinandersetzungen errungen haben, und die durch jegliches Studium unserer Parteigeschichte stets von neuem bekräftigt und bestätigt werden muß.

### *Die bayerische Räterepublik*

Wir haben zuvor die Januarkämpfe 1919 ausführlich behandelt, weil über das Problem gerade dieser Etappe der revolutionären Geschichte irrige Auffassungen vorherrschten. Wir können uns bei der Behandlung der bayerischen Räterepublik um so kürzer fassen, als das Problem dieser Etappe des revolutionären Klassenkampfes in Deutschland in der parteigeschichtlichen Wertung durch die Auseinandersetzung mit Paul Levi und seinen opportunistischen Angriffen auf die Münchener Kommunisten hinreichend geklärt wurde[*)].

[139] Die bayerische Räterepublik wurde Anfang April 1919 auf Betreiben der rechten Sozialdemokratie begründet. Die Ermordung Kurt Eisners, des Führers der bayerischen USP und damaligen Ministerpräsidenten, hatte eine ungeheure Empörung in der Münchener Arbeiterschaft ausgelöst. Die

[*)] Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die Abfertigung Levis durch Paul Werner, die 1919 in einer Artikelreihe der „Internationale“ erfolgte. Paul Werner gehört heute nicht mehr zu den Mitgliedern unserer Partei. sondern beschäftigt sich vorwiegend damit, die Partei und einzelne Genossen aufs schmutzigste zu verleumden. Das wird uns nicht abhalten, das zutreffende Material zu verwerten, das er bei der Verteidigung der bayerischen Räterepublik gegen Levi in seinen besseren Tagen veröffentlichte. W. H.

Rechtssozialisten verloren täglich mehr Boden unter den Füßen. Ihr letzter Coup war die Ausrufung der Räterepublik, auf die die Unabhängigen unter Führung Tollers und Anarchisten wie Landauer und Erich Mühsam voller Ahnungslosigkeit hineinfielen. Der Zweck dieses sozialdemokratischen Manövers, das die ehrlich linken, aber unklaren Köpfe der USP und der Anarchisten nicht durchschauten, war ein doppelter: einmal sollte die gefährlich ansteigende revolutionäre Welle innerhalb der proletarischen und übrigen werktätigen Massen Bayerns durch das Scheingebilde einer Räterepublik zum Stillstand gebracht werden. Um die Entwicklung dieser Massen zum Kommunismus abzubremsen, gab man ihnen eine Art von Ersatzkommunismus in der Form dieser Räterepublik, die in Wahrheit eine Karikatur der proletarischen Diktatur und der Sowjetmacht darstellte. Zum anderen spekulierten die sozialdemokratischen Führer darauf, die revolutionäre Avantgarde des Proletariats in eine ausweglose Situation hineinzumanövrieren. In dieser Beziehung ähnelte die Gründung der bayerischen Räterepublik dem Beginn der Januarkämpfe, die durch die Ebert, Scheidemann, Noske provoziert wurden. Nur war die Methode des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Hoffmann und seiner Handlanger weitaus raffinierter. Auf eine kurze Formel gebracht, lautete sie: man gründet eine Räterepublik, um sie und mit ihr die revolutionäre Arbeiterschaft niederschlagen zu können.

Das entscheidende Problem, das sich für die Kommunisten gegenüber dieser bayerischen Räterepublik ergab, war jedoch keineswegs die Bewertung dieses Scheingebildes selbst. Hier gab es nie Meinungsverschiedenheiten in der Partei. Mit Recht enthüllten die Kommunisten unter Levinés Führung die Komödie, die hier auf dem Rücken der Arbeiterklasse teils von bewußtes, teils von nichtsahnenden Werkzeugen der bürgerlich-sozialdemokratischen Konterrevolution gespielt wurde. Aber die Schwierigkeit für die Taktik der Kommunisten lag darin, daß mit dem vorübergehenden Abtreten der Regierung Hoffmann, mit der freiwilligen Außerkraftsetzung des kapitalistischen Staatsapparates der Weg für die unmittelbare revolutionäre Aktion der Massen gleichsam von jeglichem Hindernis befreit wurde, während andererseits die Voraussetzungen für eine nicht bloß vorübergehende Machtergreifung fehlten. In einer solchen Situation konnte sich die Kommunistische Partei nicht auf eine rein propagandistische Rolle beschränken, konnte sie nicht sich mit der Kritik an der räterepublikanischen Komödie der Unabhängigen und Anarchisten begnügen. Sie mußte – und das war hier, wie überall, der entscheidende Punkt für die Herausbildung einer selbständigen revolutionären Politik der selbständigen Kommunistischen Partei überhaupt – ihrerseits diejenigen Aktionen der Masse auslösen und führen, die dem Reifegrade des Proletariats und den objektiven Möglichkeiten der Situation entsprachen.

Die Münchener Kommunisten lösten diese Aufgabe, sie bewaffneten die Arbeiterschaft, sie schufen militärische Organisationen der Großbetriebe und eine feste Betriebsorganisation der Partei. Zugleich warnten sie die Arbeiterschaft vor jeder Illusion über den Charakter der sogenannten Räterepublik. Da erfolgte am 13. April 1919 der gegenrevolutionäre Putsch der republikanischen Schutztruppen. Ein Teil der bisherigen Mitglieder der Räteregierung wurde verhaftet und aus München entführt. In München selbst entspann sich zwischen der Arbeiterschaft und den gegenrevolutionären Truppen der Kampf. lii diesem Kampf mußte die Kommunistische Partei die Führung der Massen zur Abwehr der Konterrevolution übernehmen, nicht, um die Scheinräterepublik zu verteidigen, sondern um die Arbeiterklasse und ihre realen Machtpositionen, die bewaffneten Großbetriebe usw., zu sichern.

[140] Der Putsch der Konterrevolution wurde abgeschlagen. Aber nunmehr war die Masse in Bewegung. Ihr Wille zur Auswertung des Sieges über die Gegenrevolution war gegeben. Die Kommunistische Partei konnte sich diesem revolutionären Willen der Arbeiterklasse unmöglich entgegenstellen. Sie mußte, während die erste Räteregierung abtrat, die Macht übernehmen. Die zweite Räterepublik, unter der Führung der Kommunisten, mit Eugen Leviné an der Spitze, war kein Scheingebilde irgendeines Konventikels mehr, sondern war das geschichtliche Produkt des revolutionären Kampfes der Arbeiterschaft von München, die sich gegen den Putsch der sozialdemokratisch-bürgerlichen Konterrevolution verteidigt, diesen Angriff auf ihre Machtpositionen abgeschlagen, die Konterrevolution zum Teufel gejagt und somit die proletarische Macht mit der Waffe in der Hand konstituiert hatte.

Hier nun setzte Paul Levi, der damalige Führer der KPD, mit seiner Kritik gegen die Münchener Genossen ein. In einem Artikel in der Nr. 9/10 dieser Zeitschrift vom 4. August 1919 schrieb er:

„Schreitet die Masse zu Aktionen, die nur scheinbar revolutionär sind, in Wirklichkeit nur zu Rückschlägen führen, dann haben wir die Pflicht, warnend aufzutreten, Kritik anzusetzen, so wie die Münchener taten."

Bis dahin hatte Paul Levi unzweifelhaft recht. Diesem Prinzip entsprach die Haltung der Münchener Kommunisten. Dieses Prinzip fand seine größte historische Rechtfertigung in der Stellungnahme der Bolschewiki gegen den verfrühten Juliaufstand der Petersburger Arbeiter im Jahre 1917. Aber Paul Levi fuhr fort:

„Uns aber, wenn die Massen dessen ungeachtet sich in Bewegung setzen, an die Spitze zu setzen, obgleich es ins Unheil führt, die Verpflichtung haben wir nicht. Nicht nur um unserer selbst willen, sondern um dessentwillen, daß die Massen nachher, wenn der Rückschlag kommt, wenn sie die Enttäuschung sehen, sich aufrichten können an den verlachten Kritikern von gestern."

Hier war ohne Zweifel jene Kapitulation vor allen Schwierigkeiten des proletarischen Freiheitskampfes, die Paul Levi zwei Jahre später in die Reihen der Noske-Partei zurückführte, und die noch im Oktober 1923 die Niederlage des deutschen Proletariats und die schmähliche Politik des Brandlerismus verschuldete, auf eine klare „theoretische" Formel gebracht. Paul Levis Theorie annehmen, hätte bedeutet: brechen mit allen revolutionären Traditionen des Marxismus, brechen mit dem Vermächtnis der Pariser Kommune, mit dem Erbe der russischen Revolution von 1905/07, mit dem Erbe Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs vom Januar 1919.

Aber Paul Levi, obwohl er der damalige Führer der Kommunistischen Partei Deutschlands war, vermochte sich gegenüber dem gesunden revolutionären Instinkt der Partei und der Avantgarde des deutschen Proletariats doch nicht durchzusetzen. Die damalige Zentrale der KPD und die „Rote Fahne" als Zentralorgan hatten während der bayerischen Räterepublik selbst einen weitaus klareren und revolutionäreren Standpunkt vertreten. In der „Roten Fahne" wurden für den Eintritt der Kommunisten in die Räteregierung und für die Taktik der Partei überhaupt folgende Grundsätze aufgestellt:

„Erstens ist notwendig die schärfste Kritik an den Schwächen, Unzulänglichkeiten und Unklarheiten der Bewegung und ihrer augenblicklichen Träger.

Zweitens aber ist es die Aufgabe der Kommunisten, der Bewegung die positiven Ziele zu zeigen, die Losungen zu geben, die der Lage entsprechen, kurz: alle Kraft daran zu setzen, die Schwächen der Bewegung zu überwinden. Wenn die Bewegung nicht auf der Höhe der Plattform des Kommunismus ist, so erhebe man sie auf diese Höhe."

Diesen richtigen Grundsatz befolgten die Münchener Kommunisten. Eugen Leviné besiegelte ihn mit seinem Blut. Paul Levis opportunistische Kritik vermochte in der Bewertung der bayerischen Vorgänge in der deutschen Partei dem Heldentum eines Leviné keinen Abbruch zu tun. Trotzdem also die politische Einstellung gegenüber der bayerischen Räterepublik, wie das obige Zitat des Zentralorgans zeigt, nicht den opportunistischen Gedankengängen Levis entsprach, war die Praxis der Partei im übrigen Deutschland [141] dennoch allzusehr auf die allgemeine unzulängliche Politik der rein propagandistischen Betätigung und des „Abwartens", „Abwirtschaftenlassens" beschränkt. Wirkliche aktive revolutionäre Solidarität mit der von der Konterrevolution bedrohten bayerischen Räterepublik gab es nicht.

Diese Tatsache zeigt, wie weit jene levitische Ideologie, die jeder revolutionären Aktion mehr oder minder abhold war und sie am liebsten als „putschistisch" auf den St. Nimmerleinstag verschoben hätte, in den Reihen der deutschen Partei zu jener Zeit noch verankert war. Zwei Jahre später feierte sie ihre Auferstehung beim Verleumdungsfeldzug Paul Levis gegen den Märzaufstand in Mitteldeutschland von 1921, zwei weitere Jahre darauf bei den platten opportunistischen Tiraden des Brandlerismus zum Hamburger Barrikadenaufstand von 1923, und in der jüngsten Vergangenheit bei der Bewertung des Wiener Juliaufstandes und des Kantoner Aufstandes von 1927 durch gewisse, mit schwachen Nerven ausgerüstete Grüppchen der kommunistischen Bewegung.

Die Verteidigung des revolutionären Vermächtnisses von Eugen Leviné und den übrigen Münchener Helden von 1919 gegen opportunistische Geschichtsklitterung wird für jeden revolutionären Kommunisten

stets eine Ehrenpflicht sein. Und mehr als das: sie ist und bleibt eine Notwendigkeit der Verteidigung der besten revolutionären Traditionen unserer Bewegung!

(Weitere Artikel folgen.)

## LITERATUR

### *Generaloberst von Seeckt „Gedanken eines Soldaten"*

Verlag für Kulturpolitik, Berlin

Das Buch des Generals von Seeckt will dem neudeutschen Militarismus eine Ideologie, ein politisches Programm und die militärischen Gesichtspunkte für den Aufbau einer neuen Kriegsrüstung geben. Ueber diesen allgemeinen Zweck des Buches hat unsere Tagespresse bereits geschrieben. Im folgenden wollen wir uns nur soll dem im engeren Sinn militärischen Teil des Buches beschäftigen, wo Seeckt dem deutschen Imperialismus ein Rüstungsprogramm entwirft. Das ist vor allem der Aufsatz „Moderne Heere", zweifellos der weitaus wichtigste Teil dieses Buches (der übrigens bloß eine Bearbeitung eines schon früher in der Zeitschrift „Nord und Süd" und im Auszug auch in der Tagespresse erschienenen Artikels darstellt). Eine ernste Analyse dieser „Gedanken" Seeckts ist unerläßlich, nicht nur, weil man aus ihnen auf den Plan der deutschen Aufrüstung, sondern auch auf den konkreten Krieg schließen kann, für den der deutsche Imperialismus rüstet.

I.

Obwohl sich Seeckt scharf gegen Schlagworte ausspricht, hat er mit seinem Buche selbst entscheidend mitgeholfen, eines der in jüngster Zeit verbreitetsten militärpolitischen Schlagworte in die Welt zu setzen, das Schlagwort von dem „kleinen hochqualifizierten Söldnerheer" an Stelle des Massenheeres. Man findet es – von bürgerlichen Kreisen zu schweigen – nicht nur bei den Sozialdemokraten, die daraus weitgehende Schlüsse ziehen zur Begründung ihrer Politik der pazifistischen Einschläferung der Arbeiter, des Verzichts auf einen Kampf gegen den Militarismus und der Stärkung des Militarismus (siehe zum Beispiel die jüngste Broschüre von Paul Levi „Wehrhaftigkeit und Sozialdemokratie"), sondern auch bei Kommunisten weit verbreitet. Meist werden darunter sehr verschwommene Gedanken zusammengefaßt: von der bloßen Konstatierung der Existenz von Söldnerheeren (die freilich Tatsache ist), der Ansicht der Entbehrlichkeit der „veralteten" Massenheere in Friedenszeiten, gelangt man zur Behauptung der Ersetzung dieser Massenheere durch die kleine mechanisierte und motorisierte Berufsarmee auch im Kriege; daher im kommenden Krieg Massenverwendung bloß industriell, d. h. im Hinterlande, nicht militärisch, d. h. an der Front; daher Ende der seit etwa 1870 immer weiter getriebenen Militarisierung der Massen durch den bürgerlichen Staat; daher in Deutschland speziell: vollste Zufriedenheit der Bourgeoisie mit der ihr wider Wissen „aufgezwungenen" besten Militärverfassung der Welt, der Reichswehr; keine Absicht auf Einführung neuer Militarisierung der Massen, der allgemeinen Wehrpflicht usw. ... Wie man sieht, werden da aus einer Tatsache zuerst einige Halbwahrheiten und schließlich ganz gefährliche Fehlschlüsse gefolgert.

Sehen wir zuerst zu, was General von Seeckt in seinem Buche zu der Sache sagt. Er entwickelt seine Gedanken über die zweckmäßigste Heeresorganisation auf Grund von zwei Reihen von Ueberlegungen, erstens vom Standpunkt des Friedensheeres und seiner Mobilisierung, zweitens von Erwägungen über den Charakter [142] des zukünftigen Krieges aus. Wir bleiben vorläufig bei der ersten Reihe. Ihre Argumente sind: 1. die allgemeine wirtschaftliche Lage zwingt alle Staaten, an die Beschränkung ihrer Rüstungsausgaben zu denken; 2. es besteht das Bedürfnis, gegen einen feindlichen Ueberfall durch ein jederzeit bereites Friedensheer gesichert zu sein; 3. es sind Vorbereitungen zur Organisierung des Einsatzes des gesamten Volkes im Kriege notwendig.

Aus diesen drei „neuen Gesichtspunkten" leitet er als zweckmäßigste moderne Heeresorganisation ab:

1. die Schaffung eines kleinen hochqualifizierten Friedensheeres aus Berufssoldaten (Söldnern), das als Deckungs- und Operationsheer bezeichnet wird. Dieses Heer bedarf keiner Mobilmachung und hat die Aufgabe, im Kriegsfalle die Mobilisierung der breiten Massen und der Wirtschaft zu „decken".

2. „Neben und in engster Verbindung mit diesem Heer steht ein aus Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften zusammengesetzter Ausbildungsstamm, durch dessen Uebungsformationen und

Schulen die gesamte waffenfähige Jugend des Landes hindurchläuft; mit kurzer erster Ausbildungszeit und den erforderlichen Wiederholungskursen.“ Seeckt verlangt zu diesem Zweck militärische Jugendausbildung unter staatlichem Zwang.

Wir wollen gleich hier feststellen, daß es also unrichtig ist, sich bei dem Gerede von einem Verzicht der deutschen Bourgeoisie auf die Militarisierung der Massen, von einer bloß industriellen Verwendung der Massen im Hinterlande usw. auf die Autorität des Generals von Seeckt zu berufen. Seeckt schlägt nichts derartiges vor, im Gegenteil, er hält eine noch weitergehende Militarisierung der Massen als vor 1914 für nötig. Seine konkreten Vorschläge laufen nicht auf einen Ersatz des Massenheeres durch das Berufsheer, sondern auf eine Kombinierung beider hinaus.

Was auf dem Gebiete der Heeresorganisation vorgeschlagen wird, findet seine äußerst interessante Ergänzung und Unterstreichung durch die Vorschläge Seeckts für die Bewaffnung dieses „modernen Heeres“. Er verlangt:

1. Eine vollkommene Bereitstellung der Bewaffnung und der nötigen Ersatzvorräte für das „Deckungsheer“. Je kleiner diese Armee sein werde, um so leichter werde es sein, sie modern zu bewaffnen.

2. Vorbereitungen für die Massenbewaffnung. Dauernde Bereithaltung moderner Bewaffnung für Millionenheere sei eine Unmöglichkeit. Daher sei „diese Volksbewaffnung auf eine ganz neue Basis zu stellen“: dauerndes Studium in Versuchsanstalten und Uebungsplätzen zur Feststellung des besten Typs der Waffe und Vereinbarungen mit der Industrie auf gesetzlicher Basis, um die Massenherstellung im Bedarfsfall sofort vornehmen zu können; Vorbereitungen für die Umstellung der Fabriken vom Friedens- zum Kriegsbetrieb, staatliche Subventionierung usw. Die Zeitspanne, die zur Massenherstellung der Waffen und damit zur Aufstellung der Millionenarmee benötigt wird, soll durch den Kampf der Deckungsarmee gewonnen werden.

Alles in allem: ein Programm der Heeresorganisation und Aufrüstung, das nicht nur im Einklang steht mit den ökonomisches Tatsachen, den Lehren des letzten Krieges und den Tendenzen der militärischen Entwicklung, sondern auch in der Tat schon die Grundlage der Rüstungen des neuen deutschen Imperialismus darstellt.

II.

Aber wie schon oben angedeutet: Seeckt beschränkt sich nicht auf die Erwägungen über die zweckmäßigste Organisation des Friedensheeres und seine Mobilisierung zum Massenheer im Kriegsfalle, er zieht auch Erwägungen über den Charakter des kommenden Krieges heran. Dabei will er beweisen, daß auch im Kriege selbst das „kleine Berufsheer“ mehr oder weniger an die Stelle der Massenaufgebote tritt, d. h. er lebt das Wesen des kommenden Krieges in der Verwendung kleiner beweglicher Berufsheere als eigentlich kämpfender Truppen, dem Massenheer „Volksaufgebot“ aber teilt er bloß die Aufgabe der „Nährung des Angriffs“, d. h. der Ergänzung des Kampfheeres und der „Verteidigung der Heimst“ zu. (Siehe S. 93). Daß zur Zeit der Mobilisierung, d. h. bis zur Aufstellung des Volksaufgebotes, die Deckungsarmee allein im Kampfe steht (und mit ihr die Fliegerkräfte) ist plausibel. Daß dies aber auch im ganzen Verlauf des Krieges so bleiben soll, widerspricht allen Erfahrungen des letzten imperialistischen Krieges, den Gesetzen der „Konkurrenz“ der militärischen Rüstungen und ihres Zwanges, im Kriege durch Aufbietung immer größerer Massen den Gegner niederzuwerfen. Auch vom strategischen Standpunkt ist diese Theorie nicht einzusehen.

Welche Argumente führt nun Seeckt für seine Behauptung an? Wir wollen uns hier auf eine kurze Zusammenfassung der hauptsächlichen Gesichtspunkte beschränken.

Sein erstes Argument ist, daß der letzte Weltkrieg durch sein „Erstarren“ im Stellungskrieg eigentlich kein „wahrer“ Krieg mehr gewesen sei, daß die Riesenheere „im Sinne entscheidungssuchender Strategie nicht mehr führbar“ sind, daß jeder Krieg zwischen solchen Massen wieder „erstarren“ müsse:

„Vielleicht hat sich das Prinzip des Massenheeres, des Volksaufgebots, schon heute überschlagen, die fureur du nombre steht am Ende. Die Masse wird unbeweglich; sie kann nicht mehr manövrieren, also nicht siegen; sie kann nur erdrücken.“

Es liegt auf der Hand, daß diese Gedanken keine sachlichen Argumente, sondern bloß Wünsche darstellen, die aber gerade den Erfahrungen des letzten Krieges widersprechen, übrigens (wie wir sehen werden, scheinbar) auch dem eben entworfenen Seecktschen Rüstungsprogramm. Was ist übrigens der Unterschied zwischen „siegen“ und „erdrücken“? War der Sieg der Entente über Deutschland nicht vollständig, obwohl er kein Sieg „im Sinne entscheidungssuchender Strategie“, d. h. kein rein militärischer Sieg war“? Außerdem ist es falsch, den Massenheeren die Manövrierfähigkeit abzusprechen. Diese ist eine Frage der Transportmittel und gerade die militärischen Transportmittel haben ja – siehe die Motorisierung – seit 1918 gewaltig zugenommen.

[143] Ein zweites Argument ist die Wiedergeburt des Bewegungskrieges, die „hohe Beweglichkeit, zu erreichen durch eine zahlreiche und vorzügliche Kavallerie, durch Ausnutzung des motorisierten Zuges und Marschleistungsfähigkeit der Infanterie, wirksamste Bewaffnung und dauernden Kräfteersatz“ (S. 96). Während also die großen Massen unbeweglich werden, soll die neuere Militärtechnik den kleinen Operationsheeren wiederum den Uebergang zum Bewegungskrieg gestatten. Auch dieses Argument ist mehr oder weniger ein Wunsch und widerspricht nicht nur den Erfahrungen des letzten Krieges, sondern sogar den Lehren, die Seeckt selbst aus diesem Kriege zieht. Er selbst hat es (S. 83) als einen Hauptfehler der deutschen Vorbereitung auf den Weltkrieg bezeichnet, daß alles „auf den starken, ersten und schnellen Schlag“ bzw. auf den Bewegungskrieg eingestellt war. Auch die bisherigen Manövererfahrungen mit motorisierten Truppen sagen etwas anderes. Gerade die Verwendung rascher, schwerbewaffneter und geländegängiger Panzerwagen zwingt den Gegner zu einer rascheren und weitgehenderen Anwendung des Grabens, der Drahthindernisse usw., d. h. die größere Beweglichkeit einzelner Teile der Armeen führt zur rascheren „Erstarrung“ des Krieges. Im „Militär-Wochenblatt“ vom 4. Dezember 1928 wird mit Recht der Gedanke vertreten, daß „durch unliebsame Ueberraschungen der Einleitungskämpfe gewitzigt, die Parteien zur größten Vorsicht gebracht werden ..., daß bei vorsichtiger Führung auf der einen Seite die Beweglichkeit der Streitkräfte auf der anderen geradezu zu einer Verlangsamung der Operationen führen kann“.

Ein drittes Argument sucht Seeckt im Verhältnis von Mensch und Material. Je mehr die Massen der Kämpfer gesteigert würden, um so sicherer sei der „Sieg des Materials“ (Seite 90). An anderer Stelle bemerkt er ziemlich naiv, daß „alle großen Truppenansammlungen wertvolle und leichte Angriffsziele“ für Flieger seien (als ob man alle großen Truppen „ansammeln“ müßte!) und wirft den Gedanken auf:

„Wie aber, wenn sie (d. h. die Masse, K. S.) gar nicht da ist? Wenn sie dem durch Wissenschaft gelenkten Material kein Ziel bietet?“

Wir haben hier dieselbe Utopie, die manche Phantasten auch in der Industrie verwirklichen möchten: eine Industrie ohne Proletariat. Wir werden sehen, daß auch bei Seeckt dieselben klassenmäßigen Wurzeln für diese „Wünsche“ vorhanden sind: die Angst vor der aus Proletariern bestehenden Masse der Soldaten.

Auch hier handelt es sich also um kein sachliches Argument, sondern bloß um einen Wunsch, der nebenbei mit dem oben entwickelten Rüstungsprogramm in offenbarem Widerspruch steht. Dort will Seeckt die Massen des Volkes zur „Verteidigung der Heimat“ aufbieten. Hier aber hört man, daß der Sieg des mit gutem Material ausgerüsteten Gegners desto leichter sei, je größere Massen der Verteidiger aufbiete ...

Ein letztes Argument ist die Kompliziertheit der modernen Kriegsmaschinen. Ein modernes Heer verlange geübte Techniker, sorgfältig ausgebildete Fachmänner zur Bedienung der Waffen und Instrumente. Diese Ausbildung aber könne nicht den großen Massen mitgegeben werden. Auch dieses Argument ist falsch. Mit Recht führt Lotharingus im „Militär-Wochenblatt“ vom 11.1.1929 aus, daß wohl die industrielle wissenschaftliche Vorbereitung des Krieges schwerer geworden ist, nicht aber die Durchführung des Kriegshandwerks für die große Masse.

„Wer als Artillerist z. B. ans Gerät 73 und am neuzeitlichen Gerät ausgebildet hat, wird mir zugeben, daß der Mann früher viel mehr lernen mußte. Der Verschluß ist heute zum großen Teil bereits automatisch, das Abziehen erfolgt durch Druck auf einen Knopf und dergleichen. – Früher war die Bedienung des Verschlusses sowie das Abziehen mit Schlagrühren und der aufzuwickelnden Abzugsschnur eine schwierige Kunst.“

Diesem einen Beispiel sind beliebig viele andere an die Seite zu setzen. Auch in der militärischen Technik hat sich das allgemeine Gesetz der industriellen Entwicklung bestätigt, daß trotz des Wachsens der Masse und Kompliziertheit der Maschinen ihre Bedienung immer einfacher, daher wachsende Verwendung unqualifizierter Arbeitskräfte möglich wird.

Dieses letzte Argument von Seeckt zeigt aber seine Ideen über den Zukunftskrieg im vollsten Widerspruch zu seinem oben entwickelten Rüstungsprogramm: Wie soll denn das „Volksaufgebot“ die „Heimat“ verteidigen, wenn es unfähig ist, den Gebrauch moderner Waffen zu lernen? Etwa mit der Heugabel?

Seeckt selbst ist sich der Inkonsequenz seiner Argumente vom rein militärischen Standpunkt bewußt, in dem er auf Seite 93 erklärt: Freilich könne der nächste Krieg „einen ganz anderen Verlauf nehmen, als den hier vom militärischen Standpunkt aus als sachgemäß (!) zu bezeichnenden“.

So sehr wir also das Rüstungsprogramm Seeckts hervorheben mußten als für den deutschen Imperialismus zweckmäßig und von ihm schon in Anwendung gebracht, so unlogisch und vom sein militärischen Standpunkt unrichtig erscheinen seine „Phantasien“ (wie er sie selbst nennt) über den Zukunftskrieg. Es kann nicht bezweifelt werden, daß auch ein kommender imperialistischer Krieg notwendig zu Massenheeren als den in vorderster Front kämpfenden Truppen führen wird (wenn auch vielleicht spezielle Elitetruppen eine besondere operative und nicht nur – wie die Stoßtrupps im letzten Kriege – taktische Rolle spielen werden), daß der Krieg rasch in großen Materialfronten zum Stellungskrieg „erstarren“ wird, und daß seine Entscheidung nicht durch kühne strategische Operationen, sondern durch „Erdrücken“, d. h. die Verbindung des militärischen mit ökonomischem Druck erfolgen wird.

III.

Diese Widersprüche in den Gedanken Seeckts, die Verwendung offenbar nicht stichhaltiger Argumente, das Setzen von Wünschen an die Stelle sachlicher Gründe – all dies ist höchst auffällig. Nicht nur in dem Sinn, daß der preußisch-deutsche Militarismus, der ein Jahrhundert lang als Vorkämpfer des „Volksheeres“ galt, jetzt durch einen seiner prominentesten Vertreter zum Verherrlicher des Söldnerheeres wird. Darin zeigt sich natürlich, daß den bürgerlichen Militärs noch heute der Schreck in [144] den Gliedern steckt, in den die Auflösung und revolutionäre Zersetzung der großen „Volksheere“ des imperialistischen Weltkrieges sie versetzt hat. Die Bourgeoisie und ihre Militärfachleute bemühen sich krampfhaft, militärische Organisationsformen zu entdecken, die eine Einbeziehung der großen „unzuverlässigen“ Massen des Proletariats in die Armeen vermeidbar machen. Ihr Streben gilt der Schaffung eines möglichst nur aus ganz zuverlässigen Prätorianer-Elementen gebildeten Söldnerheeres. Dabei aber befinden sie sich in Widerspruch mit der objektiven Entwicklung, die im militärischen Rüstungskampf der imperialistischen Großmächte untereinander zu immer neuen Massenaufgeboten zwingt. Daher ist bei den bürgerlichen Theorien über den Zukunftskrieg vielfach der Wunsch Vater des Gedankens. So auch bei Seeckt.

Aber uns scheint diese Erklärung der Widersprüche in den „Gedanken eines Soldaten“ nicht zu genügen. Es ist nötig, die Frage noch konkreter zu stellen. Seeckt ist kein Phantast, auch wenn er seine Gedanken Phantasien nennt. Und sein Buch ist keine theoretische Untersuchung, sondern ein praktisches Programm, bei dem es auf ein paar falsche Theorien nicht ankommt, wenn es seinen praktischen Zweck erreicht. Welcher Zweck aber ist dies?

Wir werden die Beantwortung dieser Frage finden, wenn wir unter dem Zukunftskrieg nicht den abstrakten Krieg „an sich“, sondern den bestimmten Krieg sehen, auf den sich der deutsche Imperialismus vorbereitet, und dessen Vorbereitung Seeckt durch seine „Gedanken“ fördern will. Warum hat Preußen-Deutschland ein Jahrhundert lang sein „Volksheer“ aufrechterhalten? Weil seine militärgeographische Lage, seine weiten offenen Grenzen es dazu zwangen. Ist heute Deutschlands militärgeographische Lage besser als 1911? Keineswegs! Das Verhältnis der Heeresstärken Frankreichs, Polens und der Tschechoslowakei zur Stärke der deutschen Reichswehr übertrifft um ein Vielfaches auch das schlechteste Verhältnis, das je in den letzten hundert Jahren bestanden hat. Zur selben Zeit

aber sprechen führende deutsche Militärpolitiker von der bloß defensiven Rolle von Massenheeren. ihrer Abschaffung in Friedenszeit, ja sie werfen sogar die Idee ihrer Ersetzung in Kriegszeiten durch die kleine Berufsarmee auf! Bei der besonderen militär-geographischen Lage Deutschlands, seiner Umzingelung durch Staaten mit stehenden Massenarmeen erscheint sogar der Seecktsche Plan der Deckung der Massenmobilisierung durch ein in der ersten Zeit allein kämpfenden kleines „Deckungsheer“ als ein sehr zweifelhaftes Manöver.

Was bedeuten nun alle diese Pläne? Etwa den Verzicht auf eine aktive Rolle Deutschlands im kommenden Krieg, den Verzicht auf militärische Mittel der imperialistischen Politik? Keineswegs! Sie folgen auch nicht aus einer Anpassung an den Buchstaben von Versailles, sondern aus der konkreten „Kriegsdoktrine“ des deutschen Imperialismus, aus dem bestimmten Kriege, auf den er sich vorbereitet. Wäre dieser Krieg ein imperialistischer Krieg gegen die Entente und ihre Vasallenstaaten, dann müßte das Militärprogramm des deutschen Imperialismus ganz anders aussehen, es müßte vor allem die schnellste Mobilisierung der Massen, ein starkes stehendes Friedensheer und große Materialvorräte fordern. Daß dies nicht geschieht, daß dieses Programm die Gestalt der Seecktschen „Gedanken“ annimmt, ist ein Beweis dafür, daß der konkrete Krieg, auf den es berechnet ist, ein ganz anderer Krieg ist: nämlich der Krieg der europäischen Mächte gegen die Sowjetunion.

In diesem Lichte muß man das Programm Seeckts betrachten. Dann wird vieles klar: das kleine, bewegliche „Operationsheer“ wird zur – Expeditionsarmee, das „Volksaufgebot zum Schutze der Heimat“, das nicht direkt am Kriege beteiligt ist, wird jene militärische Kraft, die bei einem Durchmarsch fremder Truppen durch Deutschland die Interessen des deutschen Imperialismus im Notfalle gegen Uebergriffe der „Bundesgenossen“ verteidigt, und das vor allem bei einem nachfolgenden Kampf um die Verteilung der Beute (in der Art des zweiten Balkankrieges 1913) dem deutschen Imperialismus ein tüchtiges Stück sichern soll. In einem Kriege gegen die Sowjetunion, der verbunden sein wird mit dem Bürgerkrieg der breiten Massen des russischen Proletariats gegen die Invasionsarmeen, ist nur eine sehr zuverlässige Armee verwendbar, am zweckmäßigsten eine Berufsarmee (die übrigens, wenn jeder der beteiligten Völkerbundsstaaten ein paar Divisionen stellt, eine ausgewachsene Massenarmee sein wird). Die großen russischen Ebenen brauchen einerseits hohe Beweglichkeit der Truppe, sie geben andererseits – was für West- und Mitteleuropa nicht gilt – die Gelegenheit zu einem großzügigen Bewegungskrieg und zur Verwendung jener „neuzeitlichen Kavallerie“, die Seeckt so sehr ins Herz geschlossen hat. Schließlich müßten die imperialistischen Mächte in einem solchen Krieg „alles auf den starken ersten und schnellen Schlag“ einstellen. d. h. auf die „entscheidungssuchende Strategie“, die militärische Niederwerfung, nicht aber die ökonomische Ermattung, die der proletarischen Diktatur Zeit ließe zur Verbesserung der militärischen Verteidigung und dem europäischen Proletariat zur Organisierung revolutionärer Massenaktionen gegen die imperialistischen Regierungen.

Von diesem Standpunkt aus lösen sich auch die theoretischen Ungereimtheiten und logischen Widersprüche der „Gedanken eines Soldaten“ (was freilich keineswegs bedeutet, daß alle diese Theorien richtig sind). Seeckt hat „für den Feldherrn den Fingerzeig“ verlangt, „in welcher Richtung an der Vervollständigung seiner Rüstung er zu arbeiten hat“.

Er hat diesen Wink erhalten. Er weiß, was er tut, wenn er schreibt:

„Gegen die großen welthistorischen Umwälzungen wird kein Locarno helfen, und einen Sturm von Osten wird, wie einst bei Liegnitz, westeuropäische Ritterschaft mit dem Schwert aufhalten müssen.“

Dieser Satz ist kein poetischer Zierrat, sondern das Motto des ganzen Buches. K. S.

[145]

**Die Internationale**
**Jahrgang 12 * Berlin, den 1. März 1929 * Heft 5**

***Zum 10. Jahrestag der Komintern***

## Die Kommunistische Internationale und die Massen

Von D. Manuilski (Moskau)

Die Ereignisse der Weltgeschichte werden von den Vertretern der verschiedenen Klassen mit verschiedenen Maßstäben gemessen. Vor einem Jahrzehnt loderte die gesamte kapitalistische Welt im Brand des Weltkrieges. Die Schlacht an der Marne, die ungeheuerlichen Gemetzel bei Verdun, die das Geschick des deutschen Imperialismus auf eine Reihe von Jahren entschieden, die Friedensverhandlungen zu Versailles, bei denen die Karte des Erdballs umgefärbt wurde, sie alle stellten sich allen bürgerlichen Politikern als die Hauptknotenpunkte der Weltgeschichte dar. Die Namen Clemenceau, Lloyd-George, Wilson verschwanden nicht aus den Spalten der kapitalistischen Presse. Die blutbesudelten Figuren der Foch, Ludendorff, Pershing und der ganzen Plejade von Kriegsgeneralen warfen einen düsteren Schatten auf die gesamte folgende Entwicklung der Menschheit. Das Rad der Weltgeschichte drehte sich mit rasender, schwindelerregender Schnelligkeit um die Heerführer, die Dutzende Millionen auf den Schlachtfeldern ins Gras hatten beißen lassen, um die Diplomaten, die das geraubt hatten, was noch geplündert werden konnte und nach den Verwüstungen des Krieges noch zur Plünderung verblieben war, um die Kriegsspekulanten vom Schlage eines Stinnes und eines Loucheur. Allen vertierten „Helden des Hinterlandes“ waren diese Ereignisse und diese Episodenfiguren zu des Pudels Kern der gesamten Weltgeschichte geworden.

Und als auf dem Hintergrunde des von Brand und Mord rauchenden Europa im ersten Lande der proletarischen Diktatur die Gründungstagung der Dritten, der Kommunistischen Internationale zusammentrat, eine Tagung, die zu mehr als der Hälfte aus Emigranten bestand, verstanden nur die Kommunisten, die mit der Theorie des Marxismus bewaffnet waren, die sich um den gewaltigen Führer der Werktätigen, um Lenin, dessen adlerscharfer Blick in die Tiefe von Jahrhunderten der Zukunft eindrang, eng zusammengeschlossen hatten, begriffen nur sie, daß dieses Ereignis auf der Filmwand der Weltgeschichte durch seine Bedeutung die Bewegungen der Heere des Krieges von 1914-1918, die internationalen Verträge, die napoleonischen Kriege der Vergangenheit und das Tageslärmen der „großen“ Politik der kapitalistischen Mächte verdunkeln werde. Der damalige [146] Vertreter der kleinen Kommunistischen Partei Finnlands, die im Kampfe um die Diktatur des Proletariats eine furchtbare Niederlage erlitten hatte, Genosse Kuusinen, brachte in einer Polemik mit dem Vertreter des deutschen Spartakusbundes, der an der Zweckmäßigkeit der sofortigen Organisierung der neuen Internationale Zweifel geäußert hatte, in einer Sitzung des I. Kongresses dieses Empfinden in folgenden prächtigen Worten zum Ausdruck:

„Die Kraft der neuen Internationale wird identisch sein mit der Kraft des revolutionären Proletariats und nicht mit der Kraft dieser kleinen Versammlung.“ (Protokoll des I. Kongresses, S. 99.)

Die verflossenen zehn Jahre seit dem Gründungstage der Dritten internationale haben die Richtigkeit dieser Prophezeiung erhärtet. Wer legt jetzt dem Frieden von Brest-Litowsk, mit dessen Hilfe der deutsche Imperialismus bestrebt war, die Nachkriegsentwicklung nach dem Gutachten des Generals Hoffmann zu lenken, Bedeutung bei? Vor unseren Augen zerbröckelt der Friedensvertrag von Versailles. Die unerbittliche Logik der Wirtschaftskräfte hat sich als stärker erwiesen denn der Wille der Diplomaten von Versailles. „Geschichtliche“ Figuren sind vom Schauplatz abgegangen, gleich einem Schauspieler, der seine Rolle heruntergespielt hat und ganz in Vergessenheit geraten ist. Die kleine Versammlung aber, die im März 1919 in Moskau zusammengetreten war, hat sich in die Organisation der vorgeschrittenen Avantgarde der Ausgebeuteten der gesamten Welt verwandelt. Die Fäden dieser Organisation haben sich über Europa hinweg nach Nord- und Südamerika erstreckt und die werktätigen Massen Chinas erfaßt. Die Kraft der Dritten Internationale ist zur Kraft von Millionen Proletariern der kapitalistischen Länder, gewaltiger Zusammenballungen von Ausgebeuteten der Kolonien geworden, die in allen Teilen des Erdballs um ihre Befreiung kämpfen. Die Kommunistische

Internationale kann man von keiner einzigen revolutionären Bewegung trennen, die in den verflossenen zehn Jahren in den verschiedensten Ländern entstanden ist. Die Kommunistische Internationale ist vor allem die siegreiche Oktoberrevolution und deren Ausdruck, die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion. In Gestalt der proletarischen Diktatur in der Sowjetunion hat das internationale Proletariat die größte Festung auf dem Wege der Weltrevolution erobert. Die Zweite Internationale war bis zum Kriege gleichfalls eine Massenorganisation, sie hatte aber in keinem einzigen Lande eine siegreiche proletarische Diktatur hinter sich. Durch dieses Kennzeichen unterscheidet sich die Bedeutung der Dritten, der Kommunistischen Internationale, auf das gründlichste von der Rolle und Bedeutung der Zweiten Internationale der Vorkriegszeit.

Der tragische Kampf der vorgeschrittenen Avantgarde des deutschen Proletariats in den revolutionären Bewegungen der Jahre 1918, 1919 bis 1923 bildet das grundlegende Element der Bolschewisierung der internationalen Arbeiterklasse. Die tiefreichenden proletarischen Bewegungen, die mit der Beendigung des Weltkrieges in allen Ländern verbunden waren, die chinesische Revolution mit ihren blutigen Erfahrungen, der Generalstreik in Großbritannien trotz seiner Niederlage, der Aufstand des Wiener Proletariats, die gegenwärtige Welle von Wirtschaftskämpfen im Zeitalter der Rationalisierung, die Bewegung der Kolonien, all dies bildet den Feuergeist der internationalen Organisation des Proletariats in Gestalt der Kommunistischen [147] Internationale. Wer es unternähme, die Geschichte dieser Organisation zu schreiben, ohne diese Bewegungen, diese Etappen in ihrer Entwicklung zu beachten, würde die Kommunistische Internationale von ihren Grundlagen trennen, würde ihre Geschichte in einen Archivsammelband von Beschlüssen, in zeitlicher Aufeinanderfolge angeordnet, verwandeln. Jetzt kann es keine revolutionäre Bewegung geben, die ohne den ideologischen Einfluß der Kommunistischen Internationale verliefe. Und die grundlegende Aufgabe, vor der die jetzige Generation ihrer Kämpfer steht, besteht darin, eine Lage zu erzielen, bei der keine einzige revolutionäre Bewegung ohne unsere organisatorische Einwirkung verläuft. Mit der Lösung dieser grundlegenden Aufgabe wird jener ganze Zeitabschnitt erfüllt sein, der uns von der zweiten Welle der Weltrevolution trennt.

Die Kommunistische Internationale ist nicht nur unter dem Dröhnen der revolutionären Ereignisse im Osten Europas zur Welt gekommen. Sie ist als Protest der werktätigen Massen gegen den Krieg entstanden. Die ersten kleinen Gruppen ihrer künftigen Anhänger mußten im Kampfe gegen den Krieg den Aufstand gegen die alten sozialdemokratischen Parteien entfachen, die die Kriegspolitik der kapitalistischen Regierungen unterstützten. Der Kampf gegen den Krieg war der erste Kristallisationspunkt der kommunistischen Elemente der Arbeiterbewegung. Auf dem Boden der Lossagung von der niederträchtigen und verfälschten Ideologie der „Verteidigung des (kapitalistischen) Vaterlandes“ vereinte sich all das, was ehrlich und kampffähig war, was im verwirrenden Nebel des Krieges nicht den Kopf verloren hatte. Die Kommunistische Internationale war vom allerersten Tage ihres Bestehens angefangen die einzige Kraft, die gegen den Krieg, gegen die Raubverträge, durch die die werktätigen Massen versklavt wurden, kämpfte. Jetzt gibt es keine andere Kraft in der Welt, die imstande wäre, einen wirklichen Kampf gegen die nahende Aera neuer ungeheuerlicher Kriege zu führen. Gerade, da sich am Horizont neue Kriegswolken zusammenballen, da die kapitalistische Welt systematisch mit Unterstützung der Sozialdemokratie den Angriff auf die Sowjetunion vorbereitet, wenden sich die Blicke der Werktätigen der ganzen Welt der Kommunistischen Internationale zu.

Die Prozesse der Linksschwenkung, die gegenwärtig innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung vor sich gehen, besitzen nicht den stürmischen Charakter der Jahre 1918-1919. Sie gehen langsamer vor sich, wie denn auch das Heranreifen der neuen Widersprüche in der dritten Periode langsamer stattfindet. Aber sie sind tiefergehend. Sie führen in die Reihen der Kämpfer der Kommunistischen Internationale breitere Massen, als dies die erste revolutionäre Welle der Nachkriegszeit getan hat. Je näher die Kriegsgefahr heranrücken wird, um so schärfer wird der Abfall neuer Schichten der Arbeiterklasse von der Sozialdemokratie auf die Tagesordnung gesetzt werden. Symptome dieser Erscheinungen sind in fast allen Ländern vorhanden.

Gerade unter den Verhältnissen der dritten Periode kann der wahre Kampf um die Massen nicht außerhalb der Kommunistischen internationale vor sich gehen. Die gesamten bisherigen Erfahrungen

des verstrichenen Jahrzehnts haben bewiesen, daß jedes Grüppchen, das rechts oder „links“ von dem Hauptmassiv der kommunistischen Bewegung unter der Flagge des Kampfes um den „Massen“-Charakter [148] der kommunistischen Bewegung abgefallen war, entweder zu einer verfaulenden Sekte geworden ist oder als verlorener, aber reuiger Sohn im Schoße der Sozialdemokratie geendet hat. Wir leben in einer Uebergangsperiode, wir sind noch nicht imstande, uns jene gewaltige Bedeutung vorzustellen, die die kommunistische Bewegung in den bevorstehenden großen Massenbewegungen besitzen wird. Diese Rolle würden wir Kommunisten nie und nimmer spielen, brächten wir nicht schon jetzt die ureigensten Bestrebungen, Hoffnungen und Wünsche der breitesten Massen der Werktätigen und Ausgebeuteten zum Ausdruck. Ohne die Massen nähme die Kommunistische Internationale nicht jene geschichtliche Stelle ein, die sie in der Epoche des Imperialismus, in der Epoche der Kriege und der Revolutionen einnimmt und einnehmen wird. Ohne die Massen wäre die Kommunistische Internationale eine Gruppe von Helden, von Märtyrern für eine Idee, deren Verwirklichung erst in der Dämmerung von Jahrhunderten aufleuchtet. Der auf dem Scheiterhaufen verbrannte Galilei[1] sprach eine Wahrheit aus und trat für eine Wahrheit ein, die erst später Anerkennung gefunden hat. Wir Kommunisten verfechten die Richtigkeit der größten, gerechtesten und ehrlichsten Sache, einer Sache, die schon die heutige ist.

Die internationale proletarische Revolution ist kein sozialer Mythos, sondern Wirklichkeit unseres Zeitabschnittes. Gerade deshalb stehen die Kommunisten nicht über den Massen, sie arbeiten in ihrer Mitte, gerade deshalb können keinerlei rasender Haß, keinerlei Verfolgungen ihren Einfluß auf die Massen vernichten. Mit den Massen zusammen zu sein, mit ihnen zusammen zu kämpfen und mit ihnen zusammen zu siegen, – in diesem Zeichen wird die Kommunistische Internationale die gewaltigen Heere der Werktätigen aller Länder zur Erstürmung der kapitalistischen Zwingburg führen.

*

## Einige Fragen der Leninschen Strategie und Taktik

Von Besso Lominadse (Nishnij-Nowgorod)

(Schluß)[*)]

### III.

Es ist ganz klar, daß die im vorigen Abschnitt behandelten beiden Seiten der Leninschen Strategie und Taktik unlösbar miteinander verbunden sind und nur zusammen ein Ganzes bilden. Die hohe Einschätzung der revolutionären Perioden schließt die gewaltige Bedeutung der Vorbereitung und der Kräftesammlung in der Periode der Reaktion oder des reformistischen Fortschritts nicht aus, sondern setzt sie voraus; die revolutionären Methoden und Kampfmittel müssen unbedingt kombiniert werden mit nicht revolutionären Methoden und Mitteln des Kampfes, die illegale Arbeit mit der Ausnutzung der legalen Möglichkeiten (selbst unter den Verhältnissen der wildesten Reaktion), die außerparlamentarische Massenarbeit in der Regel mit der Ausnutzung der parlamentarischen Tribüne, die selbständige Organisierung der revolutionären [149] Vorhut des Proletariats mit der Arbeit selbst in den reaktionärsten Gewerkschaften, mit dem Eindringen in jede, selbst offen konterrevolutionäre Organisation, wenn sie nur wirkliche Arbeitermassen vereinigt, der rückhaltlos mutige Angriff mit der Fähigkeit, sich richtig und rechtzeitig zurückzuziehen, der Kampf um die revolutionären Traditionen und Losungen mit der nüchternen, objektiven Berechnung jeder gegebenen Situation und der ihr entsprechenden Mittel des Klassenkampfes, der größte Schwung des revolutionären Kampfes mit der alltäglichen engen, beschränkten Kleinarbeit auf dem Boden der Reaktion oder des „spießbürgerlichen Fortschrittes“, der Kampf um das „Endziel“ oder um die großen historischen Aufgaben der Arbeiterklasse, ihre ständige Propaganda, die unermüdliche Agitation für sie unter den Massen mit dem Kampf um die täglichen Teilforderungen der Arbeiter usw. usw. Die dialektische Einheit dieser beiden Seiten stellt eben das Wesen der Leninschen Strategie und Taktik dar.

Es wäre jedoch (sowohl theoretisch als politisch) der größte Fehler, es wäre der volle Bruch mit der revolutionären Dialektik, würde man die besonderen, spezifischen Formen des Zusammenhanges

[1] Der Autor verwechselt Galilei, der nicht auf dem Scheiterhaufen starb, wahrscheinlich mit Giordano Bruno. *KWF*

[*)] S. „Die Internationale“ Heft 4 (1929).

dieser beiden Seiten der Leninschen Strategie und Taktik nicht begreifen oder außer acht lassen. Die eine Seite hat in diesem Zusammenhang die entscheidende, bestimmende oder – wenn man sich so ausdrücken kann – führende Bedeutung; der anderen kommt nur eine untergeordnete Bedeutung zu. Das Nichtbegreifen oder die Unterschätzung dieser Tatsache ist der Wesenszug eines jeden Opportunismus, – auch jeder Abart des Opportunismus innerhalb der kommunistischen Bewegung.

Die höhere Bedeutung des einen Typs der Kampfformen und die untergeordnete Bedeutung des anderen Typs folgt aus der ganzen Lehre von Marx und Lenin und folglich auch aus den objektiven Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung, da „die theoretischen Sätze der Kommunisten nur allgemeine Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse eines existierenden Klassenkampfes, einer unter unseren Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung sind".

Schon das „Kommunistische Manifest", dem wir dieses letzte Zitat entnehmen, formulierte den Grundsatz des Marxismus über die Taktik des Klassenkampfes:

„Sie (die Kommunisten) kämpfen für die Erreichung der unmittelbar vorliegenden Zwecke und Interessen der Arbeiterklasse, aber sie verteidigen in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung ..."

„In den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, vertreten die Kommunisten stets das Interesse der Gesamtbewegung."

Das Verhältnis zwischen den Endzielen der Bewegung und den Teilforderungen ist hier genügend vollständig und klar definiert, so daß es sich erübrigt, uns mit dieser Frage noch ausführlicher zu beschäftigen.

Ferner: wir haben oben bereits die Einschätzung der revolutionären Perioden und der Perioden der Reaktion oder des „spießbürgerlich-reformistischen Fortschrittes" durch Lenin gekennzeichnet. Wir haben uns ziemlich ausführlich mit dieser Seite des Marxismus und Leninismus beschäftigt.

Es ist klar, daß die höhere Einschätzung der revolutionären Epochen und folglich auch der revolutionären Formen des Klassenkampfes (diese höhere Einschätzung folgt aus der ganzen Marxschen Lehre, zu deren Hauptschlußfolgerungen die Anerkennung der historischen Unvermeidlichkeit des revolutionären Sturzes und der Zerstörung der kapitalistischen Ordnung gehört) an sich schon voraussetzt, daß den anderen, nicht revolutionären [150] Formen der Bewegung und den nicht revolutionären Kampfmitteln sowohl in der objektiven historischen Entwicklung, wie auch in der Taktik der Kommunisten eine untergeordnete Rolle zukommt. Das wird aber auch durch zahlreiche direkte Hinweise von Lenin selbst bestätigt. Allgemein bekannt sind die häufigen Erklärungen Lenins darüber, daß „eine Massenaktion, z. B. ein großer Streik, immer, also keineswegs nur in der Zeit der Revolution oder in einer revolutionären Situation, wichtiger ist als die parlamentarische Tätigkeit", daß die parlamentarische Arbeit der Kommunisten im Vergleich mit der außerparlamentarischen Arbeit unter den Massen immer nur ein Hilfsmittel ist und eine untergeordnete Bedeutung hat, daß unter den Verhältnissen der Reaktion die gesamte legale Tätigkeit der Partei unbedingt den Interessen des Ausbaus und der Entwicklung der illegalen Organisation untergeordnet werden muß usw. usw. Der Bolschewismus hat zwischen höheren und niederen Formen des Klassenkampfes immer einen Unterschied gemacht; das Hauptkriterium dieses Unterschiedes ist der Grad der Teilnahme der Massen am Kampfe. Höhere Formen des Kampfes ohne einen unmittelbaren Massensturm gab es nirgends und nie in der Welt – sagte Lenin. (Band XII. S. 303, russ. Ausgabe.) Der unmittelbare Massenkampf, der den Boden der bürgerlichen Gesetzlichkeit unterwühlt, die „gesetzlichen" Schranken zerbricht, die rückständigsten, die am wenigsten beweglichen Schichten der Werktätigen in die aktive Bewegung hineinzieht und im „wirklichen Beginn des Aufstandes" mündet, die direkte Aktion, – das ist der charakteristischste Wesenszug der höheren Formen des Klassenkampfes. Zu den niederen Formen gehören: „die Ausnutzung der durch die alte Macht geschaffenen Wege der Propaganda und Agitation (und nicht der unmittelbare Ansturm der Massen gegen diese Macht selbst)", die parlamentarische Tätigkeit ohne eine direkte Bewegung, der „gesetzlich" – im Rahmen der bürgerlichen „Ordnung" – vor sich gehende Kampf usw.

Daß diese Unterscheidung zwischen höheren und niederen Kampfformen nicht darauf beruht, daß man die eine Form subjektiv der anderen vorzieht, sondern auf der Berechnung ihrer objektiven

Bedeutung vom Standpunkt der Interessen der Arbeiterklasse, das geht schon daraus hervor, daß Lenin es für eine Pflicht der Partei des Proletariats hielt, auch die niederen Formen des Kampfes zu beherrschen und sie in bestimmten, manchmal ziemlich langen historischen Perioden vorwiegend anzuwenden.

„Für einen Marxisten" – schrieb Lenin besonders über die Frage der parlamentarischen Tätigkeit – „ist in dieser Verwandlung einer der niedrigsten Formen des Kampfes in ein spezifisches Kampfinstrument in einem besonderen historischen Moment nichts Verwunderliches." (Band XII. S. 305, russ. Ausgabe.)

Endlich darf man bei der Prüfung der Frage nach dem Verhältnis der verschiedenen Kampfformen in der Leninschen Strategie und Taktik auf keinen Augenblick den äußerst wichtigen, wenn nicht entscheidenden Umstand außer acht lassen, daß der Leninismus selbst „eine lebendige und wirkende historische Kraft" ist, daß die Taktik der Arbeiterklasse nicht nur bestimmt wird durch die objektiven Bedingungen, sondern auch selbst auf die Bedingungen der historischen Entwicklung bestimmend einwirkt, daß die revolutionäre Praxis der vorgeschrittenen Klasse selbst einen der größten Faktoren der Geschichte darstellt. Die aktive Seite des Materialismus von Marx, der seine Aufgabe nicht nur in der Erklärung, sondern auch in der Veränderung der Welt sah, ist genügend bekannt. Diese Eigenschaft besitzt aber nicht nur die philosophische Lehre von Marx, sondern auch der Marxismus als gesellschaftlich-politische Richtung in seiner [151] Gesamtheit. Am vollständigsten und anschaulichsten kam diese Seite – infolge der besonderen historischen Bedingungen der historischen Epoche – im Leninismus zur Entfaltung. Nichts war Lenin so fremd wie die passiv-beschauliche oder fatalistische Einstellung zur objektiven Wirklichkeit. Das Höchste für Lenin wie auch für Marx ist, „wenn die Arbeiterklasse heldenhaft, aufopfernd, mit Initiative Weltgeschichte macht". Lenin wie auch Marx „betrachteten diese Geschichte vom Standpunkt derjenigen, die sie machen". Von diesem Gesichtspunkt aus muß auch das gegenseitige Verhältnis der verschiedenen Elemente, aus denen sich die Taktik des proletarischen Klassenkampfes zusammensetzt, beurteilt werden. Das revolutionäre Zielstreben (wenn man diesen etwas gekünstelten Ausdruck gebrauchen kann), – das ist der Grundzug der gesamten Leninschen Strategie und Taktik.

Zur Bestätigung des Gesagten führen wir eine Erklärung Lenins selbst an. Im Jahre 1907 schrieb Lenin:

„Durch die ganze menschewistische Literatur, besonders des Jahres 1905 (bis zum Oktober), zieht sich wie ein roter Faden die Beschuldigung der ‚Gradlinigkeit' gegen die Bolschewiki, die Predigt an die Adresse der Bolschewiki darüber, daß man mit dem zickzackartigen Weg der Geschichte rechnen müsse. Auch dieser Charakterzug der menschewistischen Literatur ist ein Beispiel für Erwägungen von der Art, daß Pferde Hafer fressen und daß die Wolga ins Kaspische Meer fließt, – Erwägungen, die durch Wiederkauen von unbestrittenen Tatsachen das Wesen dessen, was strittig ist, verschleiern. Aber dieses Wiederkauen von unbestreitbaren Dingen bezieht sich keineswegs auf die Frage, wie sich ein Marxist verhalten soll, wenn die Geschichte selbst den kämpfenden Parteien die Wahl zwischen dem geraden oder einem zickzackartigen Wege überläßt. In solchen Momenten oder in solchen Perioden sich mit Erwägungen über die gewöhnliche Zickzackartigkeit der Geschichte zu begnügen, heißt, daß man sich in einen wirklichkeitsfremden Sonderling verwandelt und sich in Betrachtungen über die Wahrheit vertieft, daß die Pferde Hafer fressen. Die revolutionären Perioden sind aber vorwiegend gerade solche Perioden der Geschichte, in denen der Zusammenstoß der kämpfenden gesellschaftlichen Kräfte in verhältnismäßig kurzer Frist die Frage entscheidet, ob das Land den geraden oder zickzackartigen Weg der Entwicklung für eine verhältnismäßig sehr lange Zeit betritt. Die Notwendigkeit, mit dem zickzackartigen Weg zu rechnen, schließt keineswegs aus, daß die Marxisten es verstehen müssen, den Massen zu erklären, daß in den entscheidenden Momenten ihrer Geschichte der gerade Weg vorzuziehen ist; die Marxisten müssen den Massen im Kampf um den geraden Weg helfen, Losungen für einen solchen Kampf herausgeben usw. Nur hoffnungslose Philister und ganz stumpfsinnige Pedanten können nach dem Abschluß entscheidender historischer Schlachten, die dem zickzackartigen Weg zum Siege über den geraden Weg verhalfen, über jene Leute lachen, die bis ans Ende für den geraden Weg kämpften. Das wäre dem ähnlich, wie die deutschen offiziellen Polizeihistoriker vom Schlage eines Treitschke die revolutionären Losungen und die revolutionäre Gradlinigkeit von Marx im Jahre 1848 verhöhnt haben."

Wir bemerken bei dieser Gelegenheit, daß die letzten Sätze des von uns zitierten Abschnittes ein Schlag ins Gesicht jener opportunistischen Philister sind – leider gibt es noch solche innerhalb der

kommunistischen Bewegung –‚die eine Zeitlang sich nur damit beschäftigten, daß sie über den Mißerfolg des Kantoner Aufstandes frohlockten und – dazu noch auf niedriger Stufenleiter – die ganze Plechanowsche Argumentation nach dem Moskauer Aufstand im Dezember 1905 („man hätte es voraussehen sollen“, „man hätte nicht zu den Waffen greifen sollen“ usw.) wiederholten. Dies aber nur nebenbei.

„Die Einstellung des Marxismus“ – fährt Lenin fort – „zum Zickzackweg der Geschichte ist im wesentlichen ähnlich seiner Einstellung zu den Kompromissen. Jede Zickzackwendung der Geschichte ist ein Kompromiß; [152] ein Kompromiß zwischen dem Alten, das nicht mehr genügend stark ist, um das Neue vollkommen abzulehnen, und dem Neuen, das noch nicht genug stark ist, um das Alte vollständig niederzuwerfen. Der Marxismus lehnt Kompromisse nicht ab, der Marxismus hält ihre Ausnutzung für notwendig, dies schließt aber keineswegs aus, daß der Marxismus als lebendige und wirkende historische Kraft mit aller Energie gegen die Kompromisse kämpft. Wer diesen scheinbaren Widerspruch nicht begreifen kann, der versteht das Abc des Marxismus nicht.“

Ganz klar wird von diesem Gesichtspunkt aus jene Dialektik des Kampfes, die immer, unter allen Bedingungen, in jeder Situation die charakteristischste Eigenschaft der Leninschen Praxis ist. Die Leninsche Taktik begnügt sich nie mit der Lösung dieser oder jener Teilaufgabe, sondern stellt sich immer das Ziel: den Rahmen eines jeden Kampfes zu erweitern, bis dieser einen revolutionären Massencharakter erhält; den Kampf von niedrigeren zu höheren Formen zu entwickeln; dem Kampf, wenn nicht für den heutigen Tag, dann für morgen, ein möglichst breites Aufmarschgebiet zu sichern. Daraus folgt jene Eigenart der Leninschen Praxis, die die Opportunisten aller Schattierungen als „revolutionäre Ungeduld“, „Sichhinreißenlassen“, „Hitzigkeit“ usw. bezeichnen. So haben sich auch die Menschewiki über Lenin „lustig gemacht“, indem sie die Worte von Blanqui folgenderweise umkehrten: „Er hat ein eiskaltes Herz und einen flammend heißen Kopf.“ Indessen ist diese „Ungeduld“. dieses „Sichhinreißenlassen“ ein solcher Wesenszug des Bolschewismus, der sich unvermeidlich aus seiner ganzen Weltanschauung ergibt.

„Ein Marxist – schrieb Lenin – entsagt nicht dem legalen Kampf, dem friedlichen Parlamentarismus, dem ‚planmäßigen‘ Sichfügen dem von den Bismarck, Bennigsen, Stolypin und Miljukow bestimmten Rahmen. Aber ein Marxist, der jeden, auch den reaktionären Boden für den Kampf um die Revolution ausnützt, läßt sich nicht zu einer Apotheose der Reaktion hinreißen, er vergißt nie den Kampf um das bestmögliche Tätigkeitsfeld. Deshalb sieht der Marxist als erster das Heranrücken einer revolutionären Epoche und beginnt schon das Volk zu wecken und die Alarmglocke zu ziehen, wenn der Philister noch in der sklavenhaften Ruhe des treuen Untertans schläft. Deshalb betritt der Marxist als erster den Weg des direkten revolutionären Kampfes und stürzt sich in die unmittelbare Schlacht; er entlarvt die versöhnlerischen Illusionen aller sozialen und politischen Vermittlergeister. Deshalb verläßt der Marxist als letzter den Weg des unmittelbaren revolutionären Kampfes; er verläßt ihn nur, wenn alle Möglichkeiten erschöpft sind, wenn es nicht einmal den Schatten eines kürzeren Weges mehr gibt, wenn der Ruf zum Massenstreik, zum Aufstand offenkundig jeden Boden verloren hat. Deshalb hat der Marxist für jene zahlreichen Renegaten der Revolution, die ihm zurufen: ‚Wir sind ›fortschrittlicher‹ als du, wir haben die Revolution früher aufgegeben, nur Verachtung übrig.“ (Lenin, Band VIII./I. S. 41.)

Der Kampf um den geraden revolutionären Weg der Entwicklung zieht sich wie ein roter Faden durch die ganze Geschichte der Theorie und Praxis des Bolschewismus. In dieser Beziehung hat der Bolschewismus nicht nur die besten Traditionen der gesamten internationalen revolutionären Bewegung vollständig übernommen, sondern das Uebernommene auch ergänzt, bereichert entwickelt.

Wer die historischen und politischen Arbeiten von Marx und Engels und besonders ihren Briefwechsel gelesen hat, der weiß, mit welcher Ungeduld die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus den Aufstieg der revolutionären Bewegung in Europa nach 1848 erwarteten, mit welcher außerordentlichen Aufmerksamkeit sie jedes Auftauchen einer revolutionären Tendenz [153] an jedem historischen Wendepunkte verfolgten, mit welcher Begeisterung Marx den heldenhaften Kampf der Pariser Arbeiter im Jahre 1871 begrüßte und endlich, wie oft er sich im Voraussagen einer unvermeidlichen Revolution oder in der Hoffnung auf einen revolutionären Sieg irrte. Lenin sagte über Marx: „Marx verstand es, auch in den friedlichsten, in scheinbar ‚idyllischen‘ Sumpfperioden das Herannahen der Revolution zu fühlen und das Proletariat zur Erkenntnis seiner vorgeschrittensten

revolutionären Aufgaben emporzuheben.“ Und über die berühmten „irrtümlichen“ Prophezeiungen von Marx und Engels schrieb Lenin:

„Solche Irrtümer der Riesen des revolutionären Gedankens, die das Proletariat der ganzen Welt über das Niveau der kleinen alltäglichen Groschenaufgaben emporhoben und emporheben, sind tausendmal edler, großartiger, historisch wertvoller und wahrer, als die fade Weisheit des Regierungsliberalismus, der über die Eitelkeit des revolutionären Wahns, über die Nutzlosigkeit des revolutionären Kampfes, über die Reife des konterrevolutionären ‚konstitutionellen‘ Alltags singt, heult, schreit und stammelt.“

Auch Lenin hat sich geirrt und nicht weniger als Marx und Engels – in der Annahme, daß die Revolution nahe sei, in der Hoffnung auf den Sieg der Revolution usw. Aber die Fehler Lenins können und müssen vom Standpunkte der Arbeiterklasse ebenso beurteilt werden, wie Lenin die ähnlichen Fehler von Marx und Engels beurteilte. Jetzt ist sich jeder Teilnehmer eines Elementarkurses darüber klar, daß der Moskauer bewaffnete Aufstand vom Dezember 1905 das letzte mächtige Aufflammen der ersten russischen Revolution, daß die Unterdrückung des Moskauer Aufstandes der Ausgangs punkt des Abstiegs der revolutionären Welle und der Befestigung der Reaktion gewesen ist. Aber Lenin kämpfte fast eineinhalb Jahre lang mit der nur ihm eigenen Leidenschaft gegen die menschewistische Einschätzung dieses Dezember-Aufstandes, eine Einschätzung, die die revolutionäre Periode als beendet ansah und den Beginn einer „konstitutionellen“ Periode verkündete. Die Bolschewiki haben nach der Dezember-Niederlage die Losung des bewaffneten Aufstandes nicht nur nicht zurückgenommen, wie es die Menschewiki verlangten, sondern sie forderten die energischste, breit angelegte Arbeit an der praktischen Vorbereitung und Organisierung des Aufstandes. Lenin verfolgte mit angestrengter Aufmerksamkeit jede Erscheinung des Wachstums der Massenbewegung, jedes Symptom ihres Aufstiegs, er konzentrierte die ganze Energie der Partei und der Arbeiterklasse auf die Forcierung des Aufstieges, auf dessen Verwandlung in eine entscheidende revolutionäre Schlacht. Im Mai 1906 schreibt Lenin:

„Die politische Lage klärt sich mit einer Geschwindigkeit, die die Seele erstrahlen läßt. Es ist eine Freude, in einer solchen Zeit zu leben, da die Volksmassen zum politischen Leben erwachen.“

Und Ende August des gleichen Jahres:

„Wir werden daran erinnern, daß der große Massenkampf heranrückt; das wird ein bewaffneter Aufstand sein. Er wird nach Möglichkeit gleichzeitig vor sich gehen müssen. Die Massen müssen wissen, daß sie einem bewaffneten, blutigen und verzweifelten Kampf entgegengehen. Die Todesverachtung muß unter den Massen verbreitet werden und den Sieg sichern. Der Angriff auf den Feind muß der energischste sein: Angriff und nicht Verteidigung muß zur Losung der Massen werden. Die schonungslose Ausrottung des Feindes wird ihre Aufgabe werden, die Organisierung des Kampfes wird elastisch und beweglich sein. Die schwankenden Elemente des Heeres werden in den aktiven Kampf hineingezogen.“ (Band VIII/2, S. 53.)

[154] Im Februar 1907 signalisiert Lenin von neuem den Beginn eines Aufstiegs:

„Ja, jämmerliche Helden einer jämmerlichen Zeitlosigkeit! Wieder Revolution! Wir begrüßen begeistert die herannahende Welle eines elementaren Ausbruchs des Volkszornes. Die Lage ist unbestreitbar revolutionär. Der Kampf in den allerschärfsten Formen ist zweifellos unabwendbar.“

Und die Schlußfolgerung:

„Man muß die Waffen vorbereiten, sowohl im wörtlichen als auch im übertragenen Sinne des Wortes.“

Jetzt ist es jedem klar, daß Lenin sich sowohl im Jahre 1906 als auch im Jahre 1907 in der Einschätzung der Kraft des Aufstiegs geirrt hat, daß es ein kurzfristiger, episodenhafter Aufstieg auf dem Hintergrund einer allgemeinen Verstärkung der Reaktion gewesen ist. Lenin hat sich also „geirrt“.

Man könnte die Aufzählung der „Fehler“ dieser Art durch zahlreiche Beispiele aus anderen Perioden der Tätigkeit Lenins ergänzen. Würden aber diese Fehler nicht begangen worden sein, dann gäbe es auch keinen Bolschewismus! Niemand hat seine eigenen Fehler strenger, ehrlicher und gewissenhafter behandelt als Lenin. Lenin erkannte seine Fehler sowohl in der Frage der „Otreska“ (so hieß jener Teil des Grund und Bodens, der den Bauern anläßlich der Bodenreform von 1861 geraubt wurde. D. Red.), als auch in der Frage des Boykotts der ersten Duma, sowie auch in anderen Fragen. Aber Lenin

war immer stolz darauf – und mit Recht –, daß die Bolschewiki, die den Weg des direkten revolutionären Kampfes als erste betreten haben, diesen Weg als letzte verließen. Anders konnten proletarische Revolutionäre auch nicht handeln. Und es kann für uns nicht der geringste Zweifel darüber bestehen, daß Fehler von der oben angeführten Art wirklich „tausendmal edler, großartiger, historisch wertvoller und wahrer" sind, als die fade Weisheit des Opportunismus, der zur Kapitulation und zur Umstellung des Kampfes auf das Gebiet der kleinlichen Aufgaben aufruft, in einer Zeit, da die Mittel des Kampfes um den geraden, revolutionären Weg noch nicht sämtlich erschöpft sind. Im Jahre 1907 druckte Lenin in einem seiner Werke den vollen Wortlaut eines Artikel von Franz Mehring ab, in dem dieser u. a. folgendes schrieb:

„Wenn die französische Bauernbefreiung durch die Nationalversammlung in einer einzigen Sommernacht des Jahres 1789 vollbracht wurde, so war das nach dem geflügelten Worte des gefeiertsten Helden, den die konstitutionelle Demokratie je gehabt hat, des genial-feilen Abenteurers. Mirabeau, eine ‚widerliche Orgie', während, es nach unserer Auffassung ‚positive Arbeit' war. Umgekehrt, wenn sich die preußische Bauernbefreiung 60 Jahre hinschleppte, von 1807 bis 1865, unter unsäglichem Hängen und Würgen und grausam ruchlosem Erschlagen unzähliger Bauernexistenzen, so war das nach der Ansicht unserer Liberalen ‚positive Arbeit', über die sie nicht genug in die Posaune blasen können, während es nach unserer Auffassung eine ‚widerliche Orgie' war."

Lenin wußte besser als jeder andere, daß die ganze Geschichte des Kapitalismus (bis zu dem Moment, da endlich seine allgemeine Krise beginnt) lange Jahrzehnte, ja, Jahrhunderte einer „widerlichen Orgie" darstellt, die nur selten durch Jahre oder Monate einer revolutionären „positiven Arbeit" unterbrochen werden. Aber gerade, weil Lenin das wußte, war das Ziel und die innere Triebkraft der ganzen Strategie und Taktik der von ihm geführten Partei: sich nicht den Bedingungen der „widerlichen Orgie" anzupassen, sondern „positive", revolutionäre Arbeit zu leisten und diese sobald als möglich zu vollenden. Darin besteht übrigens eine der tiefsten Grundlagen der Leninschen Theorie des Hinüberwachsens der bürgerlich-demokratischen in die [155] sozialistische Revolution, sowie der Leninschen Linie der „permanenten Revolution" im Jahre 1905.

„Wir überlassen es den Opportunisten – schrieb Lenin – ... aus Angst vor der Revolution und aus Angst vor dem geraden Wege: Umwege, Seitenwege, Kompromißwege einzuschlagen. Wenn man uns mit Gewalt zwingt, uns auf solchen Wegen vorwärts zu schleppen, dann werden wir unsere Pflicht auch in der alltäglichen Kleinarbeit zu erfüllen verstehen. Aber zuerst möge der schonungslose Kampf die Frage lösen, welchen Weg wir zu betreten haben."

Mit diesen Worten Lenins, die in den drei russischen Revolutionen in die größte historische Tat umgesetzt wurden, wollen wir diese Betrachtung schließen.

*

## Über die internationale Lage

Von G. Sinowjew (Moskau)

### I.

Seitdem Lenin unsere Weltlage zum letztenmal geschildert hat, veränderte sie sich langsam und zuerst gleichsam unmerklich. Heute aber ist sie nach vielen Richtungen hin bedeutend schwieriger und komplizierter geworden.

In einem Aufsatz „Lieber weniger, aber besser", schrieb Lenin:

„So stehen wir im gegenwärtigen Moment vor der Frage: Gelingt es uns bei unserer kleinen und kleinsten bäuerlichen Produktion, bei unserer zerstörten Wirtschaft, uns zu halten, bis die westeuropäischen kapitalistischen Länder ihre Entwicklung zum Sozialismus beenden? Doch vollenden diese ihre Entwicklung nicht so, wie wir es vorher erwartet haben. Sie vollenden sie nicht in gleichmäßigem ‚Heranreifen' zum Sozialismus, sondern auf dem Wege der Ausbeutung der einen Staaten durch die anderen, auf dem Wege der Ausbeutung des ersten der im imperialistischen Krieg besiegten Staaten, verbunden mit der Ausbeutung des ganzen Ostens. Der Osten andererseits ist dank diesem ersten imperialistischen Krieg endgültig in revolutionäre Bewegung geraten und ist endgültig in den allgemeinen Kreislauf der internationalen revolutionären Bewegung miteinbezogen."

„... Wir haben dieses Plus für uns, daß die ganze Welt schon zu einer Bewegung übergeht, die zur internationalen sozialistischen Revolution führen muß. Andererseits aber haben wir mit dem Minus zu rechnen, daß es

dem Imperialismus gelungen ist, die ganze Welt in zwei Lager zu spalten, wobei diese Situation noch dadurch komplizierter wird, daß es für Deutschland, einem Lande mit wirklich führender kultureller, kapitalistischer Entwicklung, jetzt außerordentlich schwer ist, sich wieder zu erheben. Alle kapitalistischen Mächte des sogenannten ‚Westens' rupfen es und lassen es nicht aufkommen. Auf der anderen Seite aber ist der ganze Osten mit Hunderten von Millionen seiner auf das äußerste Maß des Menschenmöglichen ausgebeuteten werktätigen Bevölkerung jetzt in solche Verhältnisse versetzt, daß seine physischen und materiellen Kräfte gar keinen Vergleich mit den physischen, materiellen und militärischen Kräften eines beliebigen viel kleineren westeuropäischen Staates wagen dürfen.

Können wir uns vor dem drohenden Zusammenstoß mit diesen imperialistischen Staaten retten? Besteht für uns die Hoffnung, daß die inneren Widersprüche und Konflikte zwischen den sich fortentwickelnden imperialistischen Staaten des Westens und den sich ebenfalls fortentwickelnden imperialistischen Staaten des Ostens uns noch ein zweites Mal eine Atempause geben, wie sie eine solche uns schon einmal gestatteten, als der Feldzug der westeuropäischen Konterrevolution zur Unterstützung der russischen Konterrevolution zusammenbrach infolge der Gegensätze im Lager [156] der östlichen und westlichen Ausbeuter, im Lager Japans und Amerikas? Diese Frage, glaube ich, muß dahin beantwortet werden, daß die Entscheidung hier von allzu vielen Umständen abhängt und daß der Ausgang des Kampfes im großen und ganzen nur soweit vorausgesehen werden kann, als die gigantische Mehrheit der Bevölkerung der Erde schließlich und endlich zu diesem Kampfe vom Kapitalismus selbst angelernt und erzogen wird.

Aber nicht diese Unausbleiblichkeit des endgültigen Sieges des Sozialismus interessiert uns jetzt. Uns interessiert die Taktik, welche wir, die Kommunistische Partei Rußlands, wir, die russische Sowjetmacht, einhalten müssen, um zu verhindern, daß die westeuropäischen konterrevolutionären Staaten uns niederschlagen. Damit unsere Existenz gesichert sei bis zu dem nächsten bewaffneten Zusammenstoß zwischen dem konterrevolutionären und imperialistischen Westen und dem revolutionären und nationalistischen Osten, zwischen den zivilisiertesten Staaten der Welt und den orientalisch rückständigen Reichen des Ostens, die jedoch die Mehrheit bilden – muß es dieser Mehrheit gelingen, sich zu zivilisieren." (Lenin, russ. Ausgabe der Gesammelten Werke, Band XVIII, Teil 2, Seite 126-128.)

Es war keine bloße Konjunkturbeurteilung der „gegenwärtigen Lage" der internationalen Politik, es war eine fundamentale Einschätzung der Weltlage, die uns in diesen Worten von Lenin, zum letztenmal vor seinem Hinscheiden, gegeben wurde.

Seit Lenin diese Zeilen geschrieben, haben sich zwei große Aenderungen vollzogen: 1. Es hat sich die Rolle Deutschlands geändert. 2. Es hat sich – vorübergehend – auch das Kräfteverhältnis zwischen dem „konterrevolutionären und imperialistischen Westen und dem revolutionären und nationalistischen Osten" verschoben. Beide Wandlungen sind im gegenwärtigen Stadium der Geschichtsentwicklung nicht zu unseren Gunsten.

Der veränderten Rolle Deutschlands wird bei uns sehr wenig Aufmerksamkeit zugewandt – obwohl dieses Problem uns geradezu „vor der Nase" liegt. Gerade das deutsche Problem kann aber in der Zukunft ausschlaggebende Bedeutung erlangen.

Anfang 1923 schrieb Lenin, es sei für Deutschland „jetzt außerordentlich schwer, sich wieder zu erheben." Das Schwierige hat sich trotzdem als möglich erwiesen. Das bürgerliche Deutschland hat sich wieder erhoben. Begünstigt wurde sein Aufstieg: a) durch das amerikanische Kapital, b) durch die Gegensätze im Lager seiner Gegner, der ehemaligen Ententeverbündeten, im speziellen durch den Gegensatz zwischen England und Frankreich; c) durch den hohen Entwicklungsgrad des deutschen Kapitalismus, durch jene Dinge, die durch keine Versailler Verträge aus der Welt geschafft werden können – Anpassungsfähigkeit und äußerste Elastizität des deutschen Kapitalismus, deutsche Technik, Erfolge der technischen Umwälzung, hoher Organisationsgrad der Kapitalisten, bürgerliche Kultur; d) durch die starke Sozialdemokratie, die im speziellen der Bourgeoisie geholfen hat, die Arbeiterklasse vor den Wagen der kapitalistischen Rationalisierung zu spannen usw. e) durch die Befreiung auf gewisse Zeit hinaus von den übermäßigen unproduktiven Ausgaben für Militärzwecke (auch im Unglück muß man Glück haben; jetzt, wo die deutsche Bourgeoisie erstarkt ist und mit allen Mitteln versucht, sich das legale Recht auf „geziemende" Armee und Flotte zurückzuerobern, wird sie auch darin von der deutschen Sozialdemokratie unterstützt).

Dies bedeutet nicht, daß das moderne bürgerliche Deutschland sich seine alte Macht wiedererrungen hat, daß es nicht mehr von den Kapitalisten anderer Länder abhängt usw. Nein, das moderne Deutschland ist ein Land der Kapitaleinfuhr – hauptsächlich aus Amerika. Selbstverständlich tun es die amerikanischen Kapitalisten nicht aus Wohltätigkeitsgründen. Der Dawes-Plan spricht davon deutlich genug. Selbstverständlich fühlt Deutschland heute noch die Folgen seiner Niederlage im Weltkrieg: Einbuße an Territorium, teilweise Okkupation, ausländische Kontrolle, Repa-[157]rationen, größte Abhängigkeit von Auslandsanleihen, die Notwendigkeit versteckter Rüstungen usw. schmerzlich genug. Und trotzdem wächst das heutige Deutschland allmählich wieder zu einem imperialistischen Land heran.

Das bürgerliche Deutschland hat sich wieder erhoben. Es ist dies eine Tatsache von größter historischer Bedeutung. Einige bedeutende Zweige der deutschen Industrie holen nicht nur England ein, sondern haben auch die Tendenz, Amerika zu überholen. Der technische Fortschritt Deutschlands ist demjenigen Englands zweifellos überlegen. Die nächsten fünf Ziele des bürgerlichen Deutschland sind folgende: 1. Es will in bezug auf Reparationszahlungen und überhaupt in bezug auf die „Produktionskosten“ des Krieges möglichst leichten Kaufes davonkommen. 2. Es will sich möglichst rasch von den Resten der Okkupation befreien. 3. Es will den im Krieg verlorenen Kolonialbesitz wiedererlangen (oder ihn durch anderen ersetzen). 4. Es will sich neue Märkte sichern oder die alten zurückerobern, und 5. heute schon das Recht legaler Wiederherstellung der Armee und Flotte in einem Umfang erlangen, wie er einer „Großmacht“ entspricht. Alle diese Ziele – von dem Hauptziel, dem Kampf gegen die proletarische Revolution, ganz zu schweigen – drängen die deutsche Bourgeoisie zu einer Westorientierung, d. h. zu einer Stellungnahme gegen die USSR. Die deutsche Bourgeoisie hat nicht die geringste Absicht, sich im Ernst und dauernd gegen die Westorientierung zu sträuben, und was die USSR anbetrifft, so ist sie nur darauf bedacht, sich mit Rücksicht auf ihre gewisse Interessiertheit „Sicherheiten“ zu verschaffen.

Welchen Faktoren hat die deutsche Bourgeoisie im Jahre 1918/19 ihre Rettung vor der proletarischen Revolution zu verdanken? Der Verbindung zweier Faktoren: 1. Die Ententebourgeoisie hat dem von proletarischen Aufständen erschütterten Deutschland schließlich doch Frieden – sei es auch nur den Versailler Frieden – gewährt. 2. Die starke konterrevolutionäre deutsche Sozialdemokratie „setzte ihr Spiel“ ebenfalls auf die Westorientierung, die Deutschland angeblich schier ewigen Frieden sichern sollte, gegen die Sowjetorientierung, die ihm angeblich schier ewige Kriege bescheren würde. Im großen und ganzen ist diese Verbindung, ungeachtet der erheblich geänderten Situation, auch heute noch wirksam.

Die nach dem Versailler Frieden eingetretene gewisse Annäherung des besiegten Deutschlands an die USSR war trotzdem kein Zufall. Sie entsprang der Tatsache, daß das besiegte, unter den Versailler Frieden gebeugte, von den imperialistischen Mächten ausgeplünderte, in Unterdrückung geratene Deutschland nicht anders konnte, als eine Annäherung an Rußland zu suchen, an das einzige Land, das sich eine wahre Selbständigkeit erobert und mit der imperialistischen Politik gebrochen hat. Die Zeit blieb aber nicht stehen. Die Lage Deutschlands änderte sich allmählich, und nun denkt die deutsche Bourgeoisie schon ungefähr seit zwei Jahren nicht mehr so sehr an eine wirkliche Annäherung an die USSR, sondern daran, wie sie die Abschwenkung zur Westorientierung am vorteilhaftesten ausnutzen, wie sie zwischen den kapitalistischen Großmächten, die für jeden Schritt gegen die USSR ein „feines Gefühl“ haben, gegenüber jedem USSR-freundlichen Schritt aber sehr „empfindlich“ sind, am besten lavieren könne.

Geschlagene Armeen lernen aus ihren Niederlagen – das wird durch das Beispiel Deutschlands bestätigt. Die Auslandspolitik der deutschen Bourgeoisie in den letzten Jahren ist ein Musterbeispiel geschickten Lavierens. Wir müssen uns aber ganz klar darüber sein, daß in dieses Lavieren möglicherweise auch der Plan hineingehört – im entscheidenden Augenblick die USSR zu verraten, uns einen Dolchstoß zu versetzen, für den vom internationalen Kapital besonders freigebige Belohnung zu erwarten ist. Ein Teil der deutschen Bourgeoisie rechnet heute schon damit, daß gerade die Beteiligung Deutschlands an einem offenen Vorstoß gegen die USSR ihm zur Wiederaufnahme in die „Familie“

der „großen“ imperialistischen Räubermächte verhelfen kann. Langsam, aber stetig entwickeln sich die Dinge in [158] der Richtung einer Annäherung zwischen Deutschland und den imperialistischen Siegermächten. Der Beitritt Deutschlands zum Völkerbund ist eine Etappe auf diesem Wege. Die innerpolitische Entwicklung Deutschlands – besonders die Machtbeteiligung der chauvinistischen Sozialdemokratie (bei ernstlichem Wachstum ihres Konkurrenten, der Kommunistischen Partei, in der Arbeiterklasse) – kann unter bestimmten Bedingungen ebenfalls dazu beitragen.

Die führende Rolle im systematischen Feldzug gegen die USSR hat gegenwärtig natürlich England. Mit unerhörter Beharrlichkeit, mit teuflischer Zähigkeit führt die englische Bourgeoisie ihre Kampagne gegen die USSR und nutzt dabei alle erdenklichen Mittel aus, ohne ihr Ziel auch nur einen Augenblick aus dem Auge zu verlieren.

Das ist Tatsache. Doch ist diese Tatsache so offenkundig, daß es sich wohl kaum verlohnt, dabei länger zu verweilen. Viel weniger offenkundig ist vorläufig jene Rolle, die die aufsteigende deutsche Bourgeoisie zu spielen beabsichtigt, die mit immer größerem Haß auf die „Nachbarschaft“ des Sowjetlandes blickt und immer nervöser darauf bedacht ist, den günstigen Augenblick zu erhaschen, um ihre „Freundschaft“ mit der USSR zu einem möglichst hohen Preis zu verraten.

Stünde Deutschland durch den Krieg mit der Entente im Jahre 1918 nicht erheblich geschwächt und wirtschaftlich entkräftet da, wäre es 1918/19 nicht zur Revolution gekommen (auch wenn sie sich nicht zur siegreichen proletarischen Revolution ausgewachsen hat) – so wäre unsere Lage im Bürgerkrieg in den Jahren 1918 bis 1921 eine ungleich schwerere gewesen. Deutschland hätte uns viel größeren direkten Schaden zufügen können, als jeder andere bürgerliche Staat. Der Oktoberrevolution war zuerst der Brest-Frieden günstig, dann aber die deutsche Revolution – obgleich sie eine bürgerliche geblieben ist. Die Neutralität Deutschlands während unseres Krieges gegen Polen und überhaupt die relative Neutralität Deutschlands nach 1919 war von außerordentlicher Bedeutung für den Ausfall unseres Bürgerkrieges. Heute erklärt schon ein einflußreicher Teil der deutschen Bourgeoisie, in dem großen Krieg der Zukunft würde das bürgerliche Deutschland nicht mehr – oder doch nur äußerlich – neutral bleiben, und auch das nur anfangs. Der Anschluß der deutschen Bankiers an das Internationale Gläubigerkomitee, das von der USSR die Bezahlung alter Schulden erzwingen will, ist ebenfalls ein bedeutsames Symptom.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß das kürzliche Abkommen zwischen England und Frankreich (Juli 1928) – dessen Reichweite nicht in ihrem vollen Umfang bekanntgeworden, aber dessen künftige Rolle zweifelsohne gewaltig ist – zum Teil das Ziel verfolgt, Deutschland zur „Eile“ in der Richtung der „Westorientierung“ zu bewegen. Der Antagonismus zwischen England und Frankreich machte es Deutschland bisher noch möglich, einen Schein von Unabhängigkeit und freier Wahl zwischen der Ost- und der Westorientierung zu wahren. Ein gemeinsames Vorgehen Englands und Frankreichs kann aber den ohnehin heranreifenden Beschluß der deutschen Bourgeoisie in ungeahntem Maße beschleunigen, und zwar nicht nur als „Orientierung“, sondern auch als praktisches Handeln.

Die Gefahr, die uns seitens des bürgerlichen Polen droht, ist ebenfalls deutlich genug. Jedoch haben wir uns dermaßen daran „gewöhnt“, daß wir sie nicht mehr merken. Geht aber diese „Gewöhnung“ zu weit, so besteht die Gefahr, daß es uns so ergeht wie dem Hirtenbuben, als der Wolf nun richtig gekommen war. Das ganze Verhalten Piłsudskis in letzter Zeit (seine Behandlung des Sejms, seine ganze litauische Politik, seine sonderbare „Demission“, sein Liebäugeln mit Lewitzki, seine Gastfreundschaft gegenüber den Vertretern des rumänischen Generalstabs, sein „Spiel“ mit dem jüngsten Vorschlag unseres Volkskommissariats für auswärtige Politik usw. usw.) ist der Vorbereitung eines Kriegsabenteuers schon für die nächste Zeit verteufelt ähnlich.

[159] Wird Piłsudski Litauen hinunterschlucken, so wird es bedeuten, daß er zu einem Schlag gegen die Sowjetukraine ausholt (was ihm die großen Räuber auch erlauben). Polen und die hinter seinem Rücken steckenden USSR-feindlichen Kräfte sind nur darauf bedacht, diese „Mahlzeit“ so zu „arrangieren“, daß ihre aggressiven Absichten nicht zu sehr in die Augen springen. Die Okkupation Litauens würde nur dem Schein nach und nur auf kurze Zeit hinaus ein Zwischenfall von lokaler Bedeutung sein, in Wirklichkeit aber einen Schritt gegen die USSR bedeuten und die internationale

Lage in höchstem Maße verschärfen. In diesem Sinne können die Gegensätze zwischen dem „kleinen“ Polen und dem noch kleineren Litauen in der heutigen Periode für die USSR, infolgedessen auch für das ganze internationale Proletariat, größere unmittelbare Bedeutung erlangen als die heranreifenden gewaltigen, für die Zukunft entscheidenden Gegensätze zwischen den Riesen Amerika und England. Darüber müssen wir uns klar sein.

Die polnische Gefahr steht in einigem Zusammenhang auch mit der deutschen Gefahr. Wir sind es zu sehr gewöhnt, daß Polen und Deutschland einander längere Zeit die Wage gehalten, innerhalb bestimmter Grenzen einander „neutralisiert“ haben. Der neue Moment innerhalb der internationalen Lage besteht jedoch darin, daß unter Führung des nunmehr mit Frankreich befreundeten England der Gegensatz zwischen Polen und Deutschland für eine bestimmte kürzere Zeit lokalisiert und soweit „überwunden“ werden könnte, daß er für einen Augenblick kein Hindernis mehr für die Offensive gegen die USSR ist. An dieser Aufgabe „arbeiten“ die bedeutsamsten Kräfte der uns feindlichen Welt.

Das für uns aktuellste Neue in der internationalen Situation ist heute – die veränderte Rolle Deutschlands.

Dies ist die erste Aenderung der Weltlage, die sich nach dem Tode Lenins vollzogen hat. Angesichts der zentralen Lage Deutschlands in Europa ist diese Aenderung von kardinaler Bedeutung.

(Fortsetzung folgt.)

*

## Die Lage des britischen Imperialismus

Von R. Page-Arnot (London)

Wo befindet sich der britische Imperialismus Anfang 1929, vor den Parlamentswahlen im Sommer? Die Antwort hängt ab von der richtigen Einschätzung der ganzen Periode voll mannigfacher Widersprüche, in die Großbritannien als Bestandteil des Weltimperialismus eingetreten ist. Und das Begreifen dieser Widersprüche steht im Zusammenhang einerseits mit dem richtigen Verständnis der jüngsten Geschichte des Klassenkampfes in Großbritannien, einschließlich des Wendepunktes des Generalstreiks mit der sich daraus ergebenden tiefreichenden Radikalisierung der werktätigen Massen, und andererseits mit dem Verständnis dessen, was die Rationalisierung in Großbritannien bedeutet. In diesem kurzen Artikel, der nicht das Gesamtgebiet dieser Fragen umfassen kann, seien nur ein oder zwei Punkte behandelt, über die es an klarem Verständnis gebricht.

In bezug auf die Rationalisierung wurde zur Zeit des IX. Plenums des EKKI vor einem Jahre behauptet, daß die Rationalisierung in Großbritannien auf besondere Schwierigkeiten stoßen würde. Es ist klar, daß die Rationalisierung keineswegs mit dem allgemeinen Prozeß der Konzentration des Kapitals, der Verschmelzung von Firmen usw. verglichen werden darf, wie er beispielsweise in den Resolutionen von Stuttgart vor 29 Jahren beschrieben wurde, und daß durch diesen Vergleich keineswegs die Vorstellung erweckt werden darf, daß der britische Kapitalismus nichts anderes tue, als den früheren allgemeinen Prozeß der kapitalistischen Entwicklung fortzusetzen. [160] Nicht nur zeigt der gewaltige Umfang der Veränderungen, sondern auch der gesamte Zeitraum, in dem die Veränderungen innerhalb des britischen Kapitalismus stattfinden, daß die Rationalisierung die vorherrschende Tendenz in Großbritannien geworden ist. Diejenigen, welche Beispiele von Tatsachen und Ereignissen anführen, die gegen diese Tendenz gerichtet sind, widerlegen keineswegs die Tatsache der Rationalisierung, noch die Tatsache, daß sie jetzt in Großbritannien vorherrschend ist.

Zwei Standpunkte sind vor kurzem in den Diskussionen des Kongresses und auch in bezug auf die Lage des britischen Kapitalismus aufgetaucht. Der erste Standpunkt besagt, daß einerseits der allgemeine Niedergang des britischen Imperialismus nicht so groß sei, wie man denke, daß er sich im wesentlichen auf die Schlüsselindustrien beschränke, und daß die Aufwärtsbewegung in anderen Industrien bemerkenswert schnell sei; daraus wird die Schlußfolgerung gezogen, daß der britische Kapitalismus eine teilweise Erholung durchmache. Dies führt natürlich letzten Endes in die Richtung vieler bürgerlicher Schriftsteller Großbritanniens, von denen wohl der größte Optimist Professor Edwin Cannan ist, der in einer Rückschau in der Zeitschrift „Economic World“ im Jahre 1928 sagte:

„Zehn Jahre nach der Beendigung des größten und vernichtendsten Krieges, der je bekannt war, sehen wir unsere Lohnempfänger, die größte Volksklasse, besser ernährt, besser bekleidet, besser dorthin befördert, wohin immer sie zu gelangen wünschen, besser unterhalten, in der Kindheit, in Krankheitszeiten und im Alter, besser gepflegt, als sie es waren, ehe der Krieg vor vierzehn Jahren begann, als sie besser daran waren als zu jedem früheren Zeitabschnitt. Das bürgerliche Element hat weniger gewonnen als das Proletariat."

Der zweite Standpunkt besagt, daß der allgemeine Niedergang sehr groß sei, und daß die Aufwärtsbewegung sowohl äußerst schwierig, wie auch derart sei, daß sie den Niedergang nicht wettmache. Daraus wird die Schlußfolgerung gezogen, daß die Radikalisierung der werktätigen Massen nur von diesem wirtschaftlichen Verfall des englischen Kapitalismus abhängig sei. Bei einer Umkehrung würde sich aus dieser Art der Beweisführung ergeben, daß, gäbe es diesen allgemeinen Niedergang nicht, es keine Radikalisierung gäbe.

Nun ist es klar, daß der eine wie der andere Standpunkt einen Fehler gemein haben, nämlich das Bestreben, nichts mehr zu tun, als die Zahlen und Statistiken der bürgerlichen Produktion zusammenzuzählen. Die Tatsache, daß sie sie mit verschiedenen Ergebnissen zusammenzählen können, ergibt sich besonders aus den sehr voneinander abweichenden Feststellungen, die nicht nur von den bürgerlichen Wirtschaftern, sondern auch von den Statistikern gegeben werden. (Das britische Handelsamt hat jetzt seine Feststellung der Zahlen, die die Handelsbilanz aktiv oder passiv erscheinen lassen, dreimal berichtigt.) Aber davon abgesehen, liegt der Fehler in der Tendenz zu einer einfachen Zusammenzählung. Ein wahres Bild wird nur dadurch erzielt, daß man die Tatsachen des Niedergangs der Schlüssel- und der Stapelindustrien nimmt und damit die Widersprüche, die sich aus dieser Lage ergeben; daß man weiter die Tendenz einer Aufwärtsbewegung gewisser anderer Industrien nimmt und den Widerspruch feststellt, der als Ergebnis dieser Aufwärtstendenz entsteht. Wenn diese Dinge in Zusammenhang gebracht werden, dann kann man bemerken, daß die Widersprüche einander nicht in irgendwie erheblichem Maße aufheben, und weiter, daß die wirkliche Krise vor allem in der Vielfältigkeit dieser Widersprüche besteht.

Bisher haben wir keine Zahlen oder Tatsachen angeführt, sondern nur gewisse Auslegungen behandelt. Um jedoch jedem Zweifel über die tatsächliche Lage vorzubeugen, kann man gewisse Grundtatsachen sowohl in bezug auf den Niedergang wie auch in bezug auf das Anwachsen der Rationalisierung anführen.

Der beste Gradmesser der Wirtschaftslage sind die Erwerbslosenzahlen. Es gibt gegenwärtig in Großbritannien ungefähr 12 Millionen versicherte Arbeiter. In keinem einzigen Vierteljahr der letzten acht Jahre ist die Anzahl [161] der Erwerbslosen unter eine Million gesunken. In den letzten drei Vierteljahren von 1928 ist die Erwerbslosigkeit wie folgt gestiegen:

| | |
|---|---|
| April 1928 | 9,5 % |
| Mai 1928 | 9,8 % |
| Juni 1928 | 10,7 % |
| Juli 1928 | 11,6 % |
| August 1928 | 11,6 % |
| September 1928 | 11,4 % |
| Oktober 1928 | 11,8 % |
| November 1928 | 12,2 % |
| Dezember 1928 | 11,7 % |

(Der geringfügige Rückgang der Arbeitslosigkeit im Dezember war auch im Vorjahre eingetreten und ist auf eine saisonmäßige Fluktuation zurückzuführen.)

Es ist also aus diesem, dem wichtigsten, Teilgradmesser der Wirtschaftslage klar, daß der Niedergang nicht nur fortdauert, sondern ständig schlimmer geworden ist. Außerdem ist die Vergrößerung des Heeres der Erwerbslosen um eine Viertelmillion im Jahre 1928 nicht nur aus den in besonderer Krise befindlichen Industrien, wie Kohlenbergbau, Eisenindustrie, Stahlindustrie, Maschinenbau, Schiffbau, Baumwollindustrie, Wollindustrie usw., her erfolgt, sondern auch von den anderen Industrien her in gleichem Grade.

Andererseits sind die Tatsachen der Rationalisierungstendenz unleugbar. Ganz abgesehen von der Bedeutung der gewaltigen Propaganda in Wort und Tat seitens des Staates und gewisser Unternehmergruppen, der Presse und der politischen Parteien, besteht auch eine ganze Reihe von kürzlich erfolgten Zusammenschlüssen. Nach der Vickers-Armstrong folgt jetzt die weitere Verschmelzung der Zweigstellen von Cammell, Laird. Der Vorsitzende der Bolckow, Vaughan, hat ein Abkommen zwischen dieser und einer anderen Firma angekündigt, hinter der man den großen Stahlkonzern Dorman, Long vermutet. Das Endergebnis ist, daß alle Riesenunternehmungen der Eisen- und der Stahlindustrie viel enger miteinander verknüpft worden sind als je zuvor. In ähnlicher Weise sind die drei größten elektrotechnischen Firmen im letzten Jahre vereinigt worden, und innerhalb des Kohlenbergbaus ist die Bildung von Trusts vorwärtsgeschritten, wenn auch nicht schnell, so doch jedenfalls beträchtlich. In der letzten Zeit scheint es, daß der Plan der Zehnmillionen-Spindel-Baumwollgarn-Vereinigung spruchreif zu werden beginnt.

Diese Tatsachen zeigen klarer sowohl die Fortsetzung des Niedergangs in den Schlüsselindustrien wie auch die tatsächlichen Erfolge der Rationalisierungstendenzen.

Die Lage ist also, richtig verstanden, für die britische Bourgeoisie verzweifelt. Sie steht vor zunehmenden Widersprüchen und muß ohne Atempause versuchen, das doppelte Problem ihrer Beziehungen mit den anderen imperialistischen Mächten und des Kampfes gegen die Radikalisierung, nämlich gegen die Sowjetunion, gegen die Kolonialrevolution und gegen die britische Arbeiterklasse, zu lösen. Das Ausmaß der verzweifelten Lage ist in dem Heilmittel zu sehen, das die Bourgeoisie sucht: der fortschreitende Zusammenschluß aller Elemente des Kapitalismus, die größeren Vollmachten, die dem imperialistischen Staate zuwachsen, die immer engere Verbindung des Staates mit dem vertrusteten Kapital, der Zusammenschluß der Gewerkschaften mit dem Staate einerseits und den Unternehmern andererseits, und schließlich die Tendenz der Koalierung der politischen Parteien.

Ueber das letztere sei noch folgendes gesagt: Mit dieser Tendenz zur Koalition meinen wir nicht die vielbesprochene, vielverleugnete und dennoch höchst wahrscheinliche Koalition zwischen der Liberalen Partei und der Arbeiterpartei im. Unterhause, sondern die viel tiefergehende und realere Koalition aller drei Parteien, der Konservativen Partei, der Liberalen Partei und der Arbeiterpartei, zur Verteidigung des Imperialismus. Diese Koalition ist zu ersehen aus MacDonalds Botschaft, die den Imperialismus der Vereinigten Staaten wegen der von ihm vorgenommenen Erhöhung der Anzahl seiner [162] Kreuzer tadelt, in MacDonalds Solidarität mit Joynson Hicks bei den Angriffen gegen die Antiimperialistische Liga und gegen jegliche andere Propaganda der Befreiung der Kolonien, sowie natürlich in der ganz festgefügten Front (wobei völlige Parteidisziplin angewendet wird) MacDonalds, Lloyd Georges und Baldwins für die Simon-Kommission, in der prinzipiellen Haltung aller Parteien gegenüber der Sowjetunion und schließlich in ihrer gemeinsamen Haltung gegenüber der britischen Arbeiterklasse. Diese Haltung wird durch die gemeinsame Unterstützung der Rationalisierung ergänzt, wobei die Arbeiterpartei von der Rechten bis zur Linken mit den Konservativen einig ist, und durch die gemeinsame Unterstützung des Mondismus. Als Mondismus werden die konkreten Schritte bezeichnet, die gegenwärtig von der Gewerkschaftsbürokratie für die Zusammenarbeit der Gewerkschaften und der Unternehmerverbände zur Durchführung der Rationalisierung, der Offensive gegen die Arbeiterklasse, der Vorbereitungen zum Kriege und Unterdrückung kolonialer Aufstände und des Ausschlusses aller aktiven Elemente und aller Kommunisten aus den Gewerkschaften eingeleitet worden sind.

Es gibt also keine einzige wichtige Frage der imperialistischen Politik, in der nicht eine vollständige Koalition der Konservativen, der Liberalen und der Arbeiterpartei besteht.

Warum haben sie sich so verzweifelt zusammengeschlossen? Weil gegenwärtig der britische Imperialismus (abgesehen von imperialistischen Rivalitäten) vor dem Erwachen der Massen des Proletariats und der Bauern in Indien, der Säule des britischen Weltreiches, steht, wie sich dies in dem Massenaufstand in Bombay im Februar 1929 gezeigt hat, der dem großen heldenmütigen Textilarbeiterstreik des letzten Jahres folgte und noch größeren Kämpfen in den nächsten Monaten vorangeht.

Die Aufgabe der Kommunistischen Partei Großbritanniens ist es, die Schranken zu durchbrechen, die von den vereinigten Kräften des Imperialismus aufgebaut worden sind, die Arbeiter Großbritanniens

und Indiens zusammenzuschließen und gemeinsam zur Niederringung des britischen Imperialismus vorwärtszuschreiten. Der Aufstand in Indien, die kommenden Wirtschaftskämpfe in Großbritannien und zugleich damit die Arbeit gegen den imperialistischen Krieg müssen die wesentlichen Bestandteile der politischen Kampagne der nächsten Monate unter der britischen Arbeiterklasse bilden.

*

## Zu den Ergebnissen des 10. Parteitages der KP. Englands

Von Bennet (Moskau)

Die kleine Kommunistische Partei Englands hat soeben eine große und äußerst gespannte Diskussion durchgemacht („die erste breite Diskussion, die jemals in der Partei stattgefunden hat“ – „Kommunistische Internationale“ 1929, Heft 1, S. 16). Je näher der Parteitag heranrückte, desto mehr wuchs die Diskussion heran und gewann immer mehr an Intensität. Auf dem Parteitag waren wir Zeugen eines scharfen Kampfes zwischen den verschiedenen Richtungen in der Frage der taktischen Aufgaben der KP Englands überhaupt, ihrer Aufgaben gegenüber der Labour Party und ihrem linken Flügel im besonderen.

Wenn wir die Abstimmungsergebnisse über die umstrittensten Fragen betrachten, so können wir uns leicht überzeugen, daß sich auf dem Parteitag keine festen, für bestimmte Plattformen kämpfende Gruppen gegenüberstanden. Die Ergebnisse der Abstimmung über die zwei strittigsten Fragen – über politische Beiträge und über die Haltung der Partei gegenüber der „Reichsbewegung des linken Flügels“ – sind ganz verschiedene, In der ersten Frage [163] wurde der Antrag des ZK, der politische Beitrag sei weiter zu leisten, aber es sei für das Verfügungsrecht der Ortsorganisationen über diesen Beitrag zu kämpfen, von der übergroßen Mehrheit des Parteitags angenommen (mit 100 Stimmen gegen 22). Die Resolution des ZK aber über aktive Beteiligung an der „Reichsbewegung des linken Flügels“ wunde mit 55 Stimmen gegen 52 abgelehnt. Statt dessen wurde eine gegenteilige Resolution angenommen, die in der Praxis einen völligen Bruch mit der „Reichsbewegung des linken Flügels“ bedeutet und aktive Unterstützung der linken Ortsgruppen unter Anleitung der Orts- und Bezirksleitungen der Partei empfiehlt. In diesen zwei Fragen wurde folglich von den einzelnen Parteitagsdelegierten verschieden abgestimmt. Betrachten wir aber die Diskussion in der periodischen Presse der KP Englands, so sehen wir noch größere Verschiedenheit der Auffassung. Neben dem Vorschlag der Ablehnung der vom 9. EKKI-Plenum formulierten neuen Taktik (siehe „Workers Life“ vom 19. Oktober 1928, Brief von Low und Martin) finden wir auch einen Vorschlag, auf, jede Beteiligung an den Parlamentswahlen zu verzichten und die einzige Partei zu sein, die der Arbeiterklasse sagen kann: „Wir betteln nicht um Eure Stimmen“ (siehe Brief von Hobsborn in „Workers Life“ vom 26. Oktober 1928).

Diese Diskussion zeigt uns, daß die Partei mit größter Zähigkeit an der Auffindung des richtigen Weges zur erfolgreichen Bekämpfung der mächtigen Koalition der herrschenden Klassen mit ihren reformistischen Lakaien gearbeitet hat, gegen jene Koalition, die schon seit zwei Jahren systematisch für die Festigung und Stabilisierung des englischen Kapitalismus auf Kosten verstärkter Ausbeutung des englischen Proletariats wirkt. Zugleich zeigte aber die Diskussion, daß sowohl in allgemein taktischen Fragen als auch in den Fragen des laufenden Kampfes in den Gewerkschaften und im linken Flügel ziemlich ernste Uneinigkeit in der Partei herrscht.

Um den inneren Sinn dieser Diskussion zu verstehen, müssen wir auf jenen Augenblick zurückgreifen, als die neue Taktik auf Grund der gewaltigen Verschiebungen sowohl zwischen den einzelnen Klassen in England, als auch zwischen den verschiedenen Schichten innerhalb der Arbeiterklasse selbst erst ausgearbeitet wurde.

Die Resolution des 9. Plenums schließt mit folgenden Worten:

„Angesichts der hohen Bedeutung der in Großbritannien stattgefundenen Veränderungen sowie der Wichtigkeit der Durchführung der neuen Taktik in einer gut organisierten Art und Weise hat das ZK der KP Großbritanniens eine breite Diskussion über alle mit dieser Taktik zusammenhängenden Fragen und Probleme einzuleiten.“

Leider war sich das ZK der KP Englands, das sich der Resolution des 9. Plenums in vollem Umfang angeschlossen hatte, über die Bedeutung dieses letzten Punktes nicht klar. Dem 9. Plenum folgte

keine Diskussion, trotzdem das Bedürfnis daran so dringend war, daß der VI. Kongreß der KI es für notwendig befunden hatte, in seinen Thesen zum Bericht des EKKI (angenommen am 29. August 1928) zu betonen:

„Der Kongreß der Kommunistischen Internationale verpflichtet (unterstrichen vom Verfasser) die Partei, über die taktische Schwenkung in der Politik der Partei und die Durchführungsmethoden der neuen Taktik eine breite Diskussion zu entfalten."

Heute erübrigt sich der Beweis dafür, daß diese scharfe Formulierung des VI. Kongresses durch den Charakter der Diskussion, die vor dem 10. Parteitag der KP Englands stattfand, vollkommen gerechtfertigt ist. Die Diskussion hatte gezeigt, daß sie für den Zusammenschluß der Parteireihen, für eine wirksame Sicherung der Aktionseinheit der Partei eine Lebensnotwendigkeit war.

Die Hauptaufgabe der Resolution des 9. Plenums war es, der Verwirrung und Uneinigkeit in der KPE ein Ende zu machen und eine der neuen Situation entsprechende neue taktische Linie auszuarbeiten, um der Kommunistischen Partei ein Erstarken ihres Einflusses im Kampf um die Führung der proletarischen Massen zu sichern.

[164] Der Punkt 11 dieser Resolution lautet:

„Auf keinen Fall darf man die gegenwärtige Lage mit jener vergleichen. die 1918-1920 bestand, als Lenin verlangte, daß die Labour Party unterstützt und zur Macht getrieben wird. In den Jahren 1918-1920 konnte eine Regierung der Labour Party die Rolle einer Kerenski-Regierung mit allen ihren Schwankungen spielen. Ebensowenig kann die gegenwärtige Lage verglichen werden mit jener von 1922/23, wo die Labour Party in ihrem Programm Forderungen hatte, die den schärfsten Widerstand der Kapitalistenklasse fanden (die Kapitalsteuer, Arbeitslosigkeit und Rußland). Es läßt sich kein Vergleich anstellen mit der Lage 1924, wo die Regierung gezwungen war, aus Anlaß von zwei objektiv revolutionären Fragen zurückzutreten. Eine Labour-Regierung im gegenwärtigen Zeitpunkt wird von ihrem Anbeginn an ein objektives Werkzeug zum Angriff auf die Arbeiter sein. Die mit der Regierung MacDonald gemachte Erfahrung, der Verrat des Generalstreiks und des Kampfes der Bergarbeiter, die geänderte Haltung der Führer der Labour Party und der Gewerkschaften gegenüber der Frage des Krieges und der Beziehungen zur Sowjetunion, zu China, zu Indien und zu Aegypten, ihre geänderte Haltung in den hauptsächlichsten inneren Fragen (Rationalisierung, Antigewerkschaftsgesetz und Wirtschaftsfrieden in der Industrie) – all das macht es notwendig, daß die Kommunistische Partei Englands kühner und klarer als eine selbständige politische Partei auftritt, daß sie ihre Haltung gegenüber der Labour Party und der Labour-Regierung ändert und infolgedessen die Parole der Labour-Regierung durch die Parole der revolutionären Arbeiterregierung ersetzt."

Dieser ganze Punkt, der die neue Hauptdirektive in der Frage der Labour Party und der Labour-Regierung enthält, ist polemisch abgefaßt. Diese Polemik richtet sich gegen die Resolutionen des 9. (Oktober-)Parteitags der KP Englands und gegen die diesem Parteitag folgenden Beschlüsse.

Am 24. Februar veröffentlichte die KP Englands in den Spalten ihrer Wochenschrift „Workers Life" die Resolutionen des 9. Plenums. In einem kurzen Leitartikel wurde zugleich die Hoffnung ausgesprochen, daß diejenigen, die die Politik des ZK vor dem 9. Plenum unterstützt haben, auch der Resolution ihre Unterstützung nicht versagen werden. Mit anderen Worten, es wurde versucht, bei den Lesern den Eindruck zu erwecken, die Resolution des 9. Plenums sei eine Fortsetzung und Entwicklung jener Gedanken, die vom ZK in seinen wichtigsten politischen Dokumenten, gegen die aber die Plenum-Resolution gerichtet war, vertreten wurden. In demselben Geiste verfuhr auch die Parteikonferenz von Glasgow, die sowohl die Thesen des ZK als auch die Thesen des 9. Plenums guthieß. Dies bedeutet, daß die Partei den neuen, prinzipiell neuen Kurs, wie er in den Beschlüssen des 9. Plenums enthalten ist, sich nicht zu eigen gemacht hat – wenigstens nicht in der ersten Zeit. Noch schlimmer stand es mit der praktischen Verwirklichung der Beschlüsse des 9. Plenums. Selbstverständlich war das ZK ehrlich und aufrichtig um deren konsequente Durchführung bemüht. Es ist aber sicher, daß es die Schwierigkeiten der Umstellung auf neue Bahnen nicht genügend in Betracht gezogen und daher nicht alle erforderlichen Maßnahmen ergriffen hat, um die Partei sowohl auf ideologischem als auch auf taktischem Gebiet richtig zu orientieren und zu lenken. Eine Folge davon waren Schwankungen und Fehler sowohl auf dem Gebiet der Gewerkschaftsarbeit als auch in bezug auf den linken Flügel.

Es ist kein Zufall, daß die dem Parteitag vorangegangene Diskussion sich auf die Fragen des politischen Beitrags und des linken Flügels zugespitzt hatte. Das Fehlen einer festen Linie im Kampf gegen die Gewerkschaftsbürokratie, besonders im Bergarbeiterverband, einerseits, die deutlich unkonsequente Politik gegenüber dem sogenannten linken Flügel andererseits führten zu einer ständig wachsenden ernsten Unzufriedenheit mit der ganzen Politik des ZK.

Im Laufe der Diskussion formulierte Genosse Murphy folgende Punkte, die er als „Antwort der Opposition“ bezeichnete (siehe „Communist Review“ Januar 1929): 1. Verzicht auf den Kampf um Aufnahme in die Labour Party. [165] 2. Kampf um den Austritt der Gewerkschaften – im lokalen und im Landesmaßstab – aus der Labour Party. 3. Nichtleistung des politischen Beitrags, der mit der Mitgliedschaft in der Labour Party gleichbedeutend ist. 4. Direkte Mitgliederwerbung für die Partei, finanzielle und moralische Unterstützung der Gewerkschaften und ihrer kommunistischen Mitglieder. 5. Einheitsfront der Partei mit Gewerkschaften oder Ortsorganisationen, die sich gegen die Labour Party erheben. 6. Aufnahme von Verbänden und Ortsorganisationen in die von der Kommunistischen Partei geleitete Minderheitsbewegung. 7. Bildung kommunistischer Arbeiter-Wahlausschüsse zur Unterstützung kommunistischer Kandidaten.

In seiner Polemik gegen dieses Programm schrieb Genosse Campbell im Namen des ZK-Sekretariats („Workers Life“ vom 18. Januar): „Die Punkte 1, 2, 4, 5 und 7 sind die Politik des ZK. Punkt 6 war die Politik der Partei seit der Entstehung der Minderheitsbewegung.“ Hieraus schloß Genosse Campbell, daß die Diskussion sich eigentlich auf zwei Fragen bezieht: Nichtleistung des politischen Beitrags und Austritt aus dem linken Flügel. Wenn wir die Diskussion betrachten, so sehen wir, daß Genosse Campbell in der Tat recht hatte: der ganze Kampf sowohl vor dem Parteitag als auch auf dem Parteitag selbst drehte sich um diese zwei Fragen. Ehe wir zur Analyse der Differenzen in diesen Punkten übergehen, verweisen wir nur darauf, daß der Vorschlag über Austritt der Gewerkschaften aus der Labour Party ein ganz neuer Punkt ist, der vom ZK ohne vorherige Diskussion angenommen wurde. und ohne jeden Versuch, die Art und Weise der Verwirklichung dieser Losung zu begründen. Es ist richtig, daß der 10. Parteitag die Formel des ZK in einer etwas gemilderten Gestalt angenommen hat; laut seinem Beschluß ist der Gedanke des Austritts der Gewerkschaften aus der Labour Party nur als Propaganda-, nicht aber als unmittelbare Aktionslosung aufzufassen. Wir sehen von der Erörterung dieses Vorschlags vorläufig, bis zum Eintreffen eines vollständigen stenographischen Berichts der Parteitagsverhandlungen, ab.

Wir beginnen mit der Frage der Reichsbewegung des linken Flügels. Für dessen Liquidierung trat nicht nur Genosse Murphy ein, sondern auch Genosse Pollit. In den Spalten der „Workers Life“ vom 11. Januar sprach er sich für sofortige Liquidierung dieser Organisation aus.

„Ich glaube,“ – so schrieb er – „daß die Bewegung in ihrer jetzigen Gestalt liquidiert werden muß. Sie ist 1925 nach dem Liverpooler Kongreß organisiert worden, um gegen einen bestimmten Beschluß zu kämpfen (es handelt sich um den Ausschluß von Kommunisten aus der Labour Party). Diese Entwicklungsbasis liegt bereits hinter uns. Es besteht jetzt die Gefahr, daß wir versuchen werden, eine Reichsorganisation mit einem besonderen Apparat und ihrem eigenen Programm gegen das Programm der Labour Party zu unterstützen. Damit kann die Grundlage einer neuen Partei entstehen, die sich zwischen uns und die Massen stellen wird.“

Ueber diese Gefahr schreibt auch Genosse Dutt in den Spalten der ‚Communist Review“, Januar 1929. Doch sowohl Pollit als auch Dutt drücken sich in der Frage des linken Flügels vorsichtiger aus als Genosse Murphy. Sie machen nicht den Vorschlag, den linken Flügel durch Wahlausschüsse zu ersetzen. Dutt schreibt nur, daß „die Reichsbewegung des linken Flügels in ihrer jetzigen Gestalt ... den Charakter einer zwischen der KP und der Labour Party stehenden politischen Reichsorganisation mit eigenem Programm angenommen hat“. Es besteht kein Zweifel daran, daß beide, Genosse Pollit und Genosse Dutt, in ihrer Kritik der Parteitaktik gegenüber dem linken Flügel überhaupt und der Reichsbewegung des linken Flügels insbesondere recht haben, sie haben es aber nicht vermocht, aus ihrer kritischen Betrachtung die erforderlichen Schlüsse zu ziehen.

Die Reichsbewegung des linken Flügels wurde organisiert nicht nur im Gegensatz zur Labour Party, sondern auch im Gegensatz zu den sogenannten Linken, Lansbury und Co., die sich als Linke

produzieren, zugleich aber Mac Donald treu bleiben wollten. Die Reichsbewegung des linken Flügels betrat von Anfang an den Weg eines scharfen und entschlossenen Kampfes [166] nicht nur gegen die offenen Reformisten, sondern auch gegen die sogenannten Linken. Das war ihr Vorzug gegen die englischen Zentristen mit Maxton, Lansbury u. a. an der Spitze. Zugleich kann aber auch nicht bestritten werden, daß die allgemeine falsche Haltung gegenüber Maxton und Cook, sowie blinde Unterstützung einiger Elemente innerhalb der Reichsbewegeng des linken Flügels zu einer mißtrauischen Haltung zahlreicher Parteimitglieder gegenüber der Taktik des ZK in bezug auf linke Elemente überhaupt zur Folge hatte.

„Besonders lächerlich" – schrieb Campbell („Workers Life" vom 18. Januar) – „ist der Versuch, der Partei das Schreckgespenst an die Wand zu malen, der linke Flügel könne zu einer neuen zentristischen Partei werden."

In seiner Polemik gegen dieses „Schreckgespenst" schrieb Genosse Campbell: „Jedes Parteimitglied weiß, daß es unter 50 Mitgliedern des linken Flügels nicht einmal e i n e n Anhänger einer neuen Partei gibt." Genosse Campbell hat die Gefahr, vor der die Genossen Dutt und Pollit ausdrücklich warnen, offenbar nicht begriffen. Es handelt sich nicht darum, ob einzelne Mitglieder des linken Flügels eine neue Partei bilden wollen oder nicht, sondern die Gefahr ist die, daß eine Zwischenorganisation, die sich einen eigenen Apparat, ein eigenes Organisationsnetz und Programm beilegt, sich objektiv in eine Barriere zwischen der Kommunistischen Partei und den sich immer mehr nach links entwickelnden Arbeitermassen verwandeln kann. Der richtige Ausweg aus dieser Lage würde darin bestehen, die Taktik der Kommunistischen Partei gegenüber dem linken Flügel überhaupt, der Reichsbewegung des linken Flügels insbesondere kritisch zu revidieren. Die ungeschickte Verteidigung der Parteipolitik gegenüber dem linken Flügel hatte einen, wenn auch mit geringer Mehrheit angenommenen Beschluß des Parteitags zur Folge, den linken Flügel ganz zu liquidieren, der aber unter den heutigen Bedingungen und in der heutigen Situation, bei einer normalen Taktik ein Hebel im Kampfe gegen die immer offener sich zur bürgerlichen Partei durchmausernde Partei der Mac Donald und Tompson sein könnte.

R e c h t e u n d l i n k e A b w e i c h u n g e n i n d e r K P E n g l a n d s. Wir wollen hier nicht ausführlich auf die eigenartigen Schwierigkeiten eingehen, auf die die Tätigkeit der Kommunistischen Partei in England stößt. Uns dünkt, daß die vom 9. Plenum gegebene Charakteristik der allgemeinen Wirtschaftslage Englands wie auch der Rolle des verräterischen Reformismus ihre Geltung voll behält. Versuchen wir, die gegenwärtige Lage in England im Lichte der Resolution des 9. Plenums zu prüfen, so werden wir unvermeidlich zur Schlußfolgerung gelangen, daß die Engländer ihre bisher unabänderliche Tradition der „Allmählichkeit und Kontinuität" in einem gewissen Grade geändert und eine gewisse Neigung zu schnelleren Aenderungen sowohl hinsichtlich der Durchführung der Nationalisierung, wie auch in bezug auf Verflechtung der Apparate der Arbeiterbewegung mit den Apparaten des bürgerlichen Staats an den Tag gelegt haben. Gleichzeitig wäre es zweifellos der gröbste Fehler, alle Prüfungen, die die Kommunistische Partei in den letzten Jahren durchmachte, allein aus den objektiven Schwierigkeiten heraus erklären zu wollen. Besonders falsch wäre es, wollte man den Rückgang in der Mitgliederzahl wie auch die Abnahme der Auflagezahl der kommunistischen Presse der Depression zuschreiben, die auf die zerschmetternde Niederlage der Bergarbeiter folgte. Im Prozeß der dem Parteitag vorausgehenden Diskussion wurde genügend überzeugend aufgezeigt und dargelegt, daß auch subjektive Faktoren – Schwankungen und Fehler der Leitung – eine nicht geringe Rolle spielten und sich ungünstig auf die Entwicklung der kommunistischen Bewegung in England auswirkten. Es ist daher unsere Pflicht, Inhalt und Wesen der Fehler, auf die im Prozeß der Diskussion hingewiesen worden ist, einer tieferen Analyse zu unterziehen und auf diese Weise Natur und Charakter der Meinungsverschiedenheiten zu erfassen, die in den Reihen der KP Englands zutage getreten sind.

Es versteht sich von selbst, daß im Prozeß der Diskussion Versuche gemacht wurden, klarzulegen, in welchem Maße in der KP Englands jene [167] Gefahr rechter Abweichungen zutage trat, die der VI. Kongreß der KI als die wichtigste Gefahr in der gegenwärtigen Periode bezeichnete. Genosse Campbell hat als Erwiderung an seine Opponenten in der schon von uns angeführten, im Namen des Sekretariats des ZK abgegebenen Erklärung folgendes gesagt:

„Im Verlauf der Diskussion sprachen einige Genossen die Meinung aus, die Mehrheit des ZK hätte, was die restlose Anwendung der neuen Linie anbelangt, bedeutende Schwankungen an den Tag gelegt. Diese Beschuldigung beruht darauf, daß das ZK sich nach wie vor für die Zahlung des politischen Beitrags und – im Rahmen beschränkter Aufgaben und auf beschränkten Gebieten – für die Beteiligung an der Reichsbewegung des linken Flügels ausspricht.

Man sagt uns, dies sei eine ‚rechte Gefahr' und eine liquidatorische Tendenz. Man muß aber zur Erläuterung feststellen, daß das ZK, wenn es von einer neuen Linie spricht, an die Resolution des IX. Plenums denkt, die die Notwendigkeit anerkannte, den politischen Beitrag gegenwärtig zu zahlen und unsere weitere Beteiligung am linken Flügel voraussetzte.

Die klassische rechte Abweichung von dieser neuen Linie (abgesehen von der Weigerung, diese restlos zur Anwendung zu bringen) besteht in dem Vorschlag, eine politische Arbeiterföderation zu organisieren. (Genosse Campbell meint die antikapitalistische Arbeiterpartei, deren Gründung Genosse Murphy vorschlug.) Die ‚linke' Auffassung dagegen besteht in der Verkündung der Auffassung, daß die politischen Beiträge nicht gezahlt werden sollen, und daß wir aus dem linken Flügel austreten müssen."

Uns dünkt, daß Genosse Campbell die Frage der rechten und linken Tendenzen in der KP Englands übermäßig vereinfacht hat. Vor allem liegt gar kein Grund vor, den Genossen Murphy als die einzige Verkörperung der rechten Abweichungen in der KP Englands zu bezeichnen. Man muß berücksichtigen, daß der Vorschlag des Genossen Murphy, eine zweite Arbeiterpartei zu organisieren, zeitlich mit dem Moment zusammenfiel, als die Mehrheit des ZK den Vorschlag vertrat, die alte Linie gegenüber der jetzt bestehenden Labour Party fortzusetzen. In der kommunistischen Presse wurde richtig hervorgehoben, daß diese beiden Extreme verschiedene Seiten derselben pessimistischen Stellung zur Kommunistischen Partei sind. Aber ganz unabhängig von der Einschätzung des Vorschlags des Genossen Murphy (auf den er bei der Erörterung dieser Frage in der englischen Delegation des YI. Kongresses der KI verzichtete) muß mit aller Klarheit gesagt werden, daß rechte Fehler in der KP Englands sowohl vor wie nach dem 9. Plenum festgestellt wurden. Niemand wird wohl jetzt in Abrede stellen wollen, daß der Widerstand, den die Mehrheit des ZK der neuen taktischen Linie bis zum 9. Plenum entgegensetzte, der Ausdruck rechter opportunistischer Stimmungen war. Aber auch nach dem 9. Plenum sind alle jene Fehler, auf die im Prozeß der Diskussion hingewiesen wurde, im Wesen der Sache rechte Fehler.

Das gilt sowohl für die Diskussion selbst, für den Umstand, daß das Zentralkomitee es nicht für notwendig erachtete, rechtzeitig eine breitest angelegte Selbstkritik einzuleiten, als auch für die unmittelbaren taktischen Fehler der KP Englands. Diese Fehler waren Folgeerscheinungen der alten Taktik und mußten folglich unter den gegenwärtigen Umständen als opportunistische Fehler eingeschätzt werden. Wir wollen nur die in bezug auf die Gewerkschaftstaktik und den linken Flügel begangenen Fehler erwähnen.

Die gesamte Tätigkeit der Gewerkschaftsbürokraten, die offene Lakaien Monds geworden sind, konzentriert sich darauf, dem englischen Kapital die Möglichkeit einer schmerzlosen Stabilisierung des verrottenden englischen Kapitalismus zu sichern. Alle kleinen Streiks, die in letzter Zeit stattfanden, stießen auf rücksichtsloseste Verfolgung von seiten der gesamten Gewerkschaftsbürokratie. Es ist klar, daß unter den gegenwärtigen Umständen die wichtigste Aufgabe der Kommunistischen Partei darin besteht, die Arbeiterklasse auf die unvermeidlichen Kämpfe vorzubereiten, in erster Reihe die unbedingt notwendige Kampfleitung zu schaffen, [168] der ein Zusammenstoß nicht nur mit den Arbeitgebern, sondern auch mit der gesamten Gewerkschaftsbürokratie bevorsteht. Hierfür sind die „linken" Gewerkschaftsbürokraten sehr schwache und sehr unzuverlässige Bundesgenossen.

Die energische Vorbereitung zu den bevorstehenden Kämpfen kann und darf natürlich nicht in dem Sinne ausgelegt werden, daß es auf der gegenwärtigen Entwicklungsstufe notwendig sei, die Organisierung neuer Gewerkschaften in Angriff zu nehmen. Im Gegenteil, die Hauptaufgabe der Kommunistischen Partei besteht darin, mit aller Anstrengung für jede Stellung zu kämpfen, die sie in der Gewerkschaftsbewegung innehat, diese Stellungen zu stärken und neue Stellungen zu erobern. Der Kampf muß aber mit entfalteten Fahnen geführt werden. Die Entlarvung der Verräter soll Hand in

Hand gehen mit der Organisierung eines Widerstandes gegen die Offensive und der Vorbereitung zur Gegenoffensive.

Der Referent des ZK auf dem X. Parteitag zur Gewerkschaftsfrage hebt drei Gefahren hervor: 1. die Unfähigkeit, die Taktik der gegen die Arbeiter gerichteten Offensive der Kapitalisten und Bürokraten anzupassen; 2. Nachlassen der der Gewerkschaftsarbeit zugewandten Aufmerksamkeit und 3. das Gerede über die Bildung neuer Gewerkschaften. Bedauerlicherweise hebt diese Resolution nicht hervor, daß die dritte Gefahr (das Gerede über die Bildung neuer Gewerkschaften) in erster Reihe das Resultat der in jenen Gewerkschaften befolgten unkonsequenten Taktik ist, in denen die Kommunisten führende Stellungen innehaben. Mit anderen Worten, dieses Gerede ist eine Reaktion gegen die falsche Politik, die die Partei in der Gewerkschaftsfrage trieb. Etwa das gleiche Bild beobachten wir auch bei einem Studium der von der Partei gegenüber dem linken Flügel befolgten Taktik. Gegenwärtig schätzt die gesamte Partei das Hervortreten von Maxton und Cook mit einem Programm der „sozialistischen Renaissance“ einmütig als einen Versuch ein, die Bewegung der zum aktiven Kampf erwachenden proletarischen Massen zu erfassen. Diese ganze Kampagne endete mit einer Farce. Schlimm ist aber, daß die Kommunistische Partei anfänglich nicht nur darauf verzichtete. diese linken Schwätzer zu entlarven, sondern auch versuchte, ihnen mit klugen Ratschlägen zur Seite zu stehen. Diese Taktik kluger Ratschläge wurde auch dann fortgesetzt, als die Helden der „sozialistischen Renaissance“, die sich der Ratschläge der Kommunisten bedienten, offen von den Kommunisten abnickten, um MacDonald keinen Anlaß zu geben, Repressivmaßnahmen gegen sie zu ergreifen. In allerletzter Zeit hat einer der Helden dieser „sozialistischen Renaissance“, Whitley, seine Versammlung unter dem Schutz der Polizei veranstaltet; die Polizei schützte ihn vor kommunistischen „Ruhestörern“, und unter den auf dieser Versammlung Verhafteten befand sich niemand anders als William Gallacher, zu dem Whitley, Maxton und Cook, als sie ihren ‚linken Feldzug“ begannen, immerfort um Rat liefen.

Eine solche Stellung zu den linken Reformisten ist die typischste Offenbarung rechter opportunistischer Politik. Eine Reaktion gegen diese rechten Fehler ist das sektiererische Gerede über einen vollen Bruch nicht nur mit den Helden der linken Phrase vom Schlage Maxtons und Whitleys, sondern auch mit den linken Arbeitern, die mühevoll und mit aller Anstrengung daran arbeiten, sich von dem Einfluß der Reformisten verschiedener Farben und Schattierungen zu befreien.

Wir sind daher der Ansicht, daß die wichtigste Gefahr in der KP Englands die rechte Gefahr ist.

Die im obigen hervorgehobenen Fehler sind entweder gutgemacht oder überwunden. Schlimm ist aber, daß das Zentralkomitee es in den dem X. Parteitag vorgelegten Thesen nicht für notwendig erachtete, seine eigenen Fehler einer mutigen Kritik zu unterziehen. Allerdings hat Genosse Bell ganz zu Ende des Kongresses im Namen der Politischen Kommission erklärt, daß „eine der ersten Aufgaben des neuen Zentralkomitees darin bestehen wird, eine Kommission einzusetzen, die die Geschichte der Partei seit ihrer Gründung einer kritischen Analyse unterziehen wird. Auch die in der Vergangenheit begangenen Fehler sollen untersucht werden.“ Dieser Erklärung ist [169] hinzuzufügen, daß es gut wäre, wenn alle jene Parteimitglieder, die energischen Anteil an der dem Parteitag vorausgehenden Diskussion nahmen, automatisch Mitglieder der Kommission würden.

„Wir sind aus dem Parteitag vereint und gestärkt hervorgegangen, als Partei, die bereit ist, die folgenden Aufgaben zu erfüllen: 1. energisch für eine neue Linie zu kämpfen, die nicht nur eine neue Wahlpolitik, sondern auch ein Kampf für die Führung der englischen Arbeiterklasse auf allen Arbeitsgebieten sein soll; 2. die Partei als Führer und Organisator der Arbeiterklasse in den herannahenden großen Wirtschaftskämpfen auf den Plan zu bringen; 3. unsere Betriebszellen zu entwickeln und den Einfluß unserer Partei in den Betrieben mit allen möglichen Mitteln zu festigen; 4. die Taktik der Einheitsfront von unten mit aller Energie zur Anwendung zu bringen.“

So resümiert das Zentralorgan der KP Englands, „Workers Life“ (25. Januar), die Ergebnisse des Parteitages. Zu dem hier Gesagten kann man nur noch hinzufügen, daß alle diese Aufgaben nur erfüllt werden können, wenn die vor dem Parteitag begonnene Selbstkritik auch nach dem Parteitag fortgesetzt werden wird.

# Die Wehrdiskussion in der SPD.

Von A. Fried

*1. Die Krise des Sozialimperialismus und die Wehrdiskussion.*

Die gegenwärtige Diskussion km der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands über die Wehrprogrammentwürfe, die dem Magdeburger Parteitag vorliegen, ist von der Parteiführung der SPD ursprünglich zur Liquidierung der Panzerkreuzerkrise beschlossen worden. Der 2. Bundesvorsitzende des Reichsbanners, Höltermann, gab in den Tagen, als die Wogen des Empörungssturms über den Panzerkreuzerverrat in der SPD am höchsten schlugen, die Losung „Schafft ein positives Wehrprogramm“ heraus, die in den Kreisen des Parteivorstandes ein begeistertes Echo fand.

Der bisherige Verlauf der Diskussion zeigt, daß das Wehrprogramm statt einer Liquidierung der Panzerkreuzerkrise vielmehr zu ihrem Wiederaufleben, freilich in veränderter Form, geführt hat. Die Panzerkreuzerkrise entwickelt sich zu einer Krise des Sozialimperialismus. Näher und genauer bestimmt stellt die Wehrdiskussion in der SPD eine bestimmte Phase dieser Krise, die ideologische Krise des Sozialimperialismus dar, der die organisatorische Krise des Sozialimperialismus folgen muß. (Die Ueberschätzung der ersten Ansätze der organisatorischen Krise nach dem Panzerkreuzerverrat der SPD-Minister konnte bei einigen Genossen dazu führen, daß man die ideologische Krise „überspringen“ könnte, und diese falsche Einschätzung der Lage fand ihren praktischen Ausdruck in dem Drängen auf eine verfrühte Durchführung des Volksbegehrens.) Statt der versprochenen und erhofften „Klärung“ der Meinungen wird der Kampf gegen das offizielle Wehrprogramm immer schärfer, die Manöver der „Linken“ immer zahlreicher (4 „linke“ Entwürfe zum Wehrprogramm), die Sprache immer „revolutionärer“. Der journalistische Klopffechter des Parteivorstandes, Stampfer, muß ein allgemeines Durcheinander, den „Wehrwirrwarr“ statt der „Klärung“ feststellen: das ist das Bild der ideologischen Krise des Sozialimperialismus, wie es äußerlich, in den Pressepolemiken und Resolutionen zum Ausdruck kommt.

Die wirkliche, tiefere ideologische Krise besteht aber nicht in den Auseinandersetzungen zwischen Stampfer und Paul Levi; diese sind nur ein schwacher, äußerlicher und verworrener Ausdruck der Krise, die in der dritten Periode der kapitalistischen Nachkriegskrise aus der allgemeinen Verschärfung der Klassengegensätze, aus der gewaltigen Verschärfung der imperialistischen Kriegsgefahr und aus der Revolutionierung [170] der arbeitenden Massen sich unvermeidlich ergeben mußte. Von diesem Gesichtspunkte aus gesehen stellt die Wehrdiskussion und das Wehrprogramm nicht eine zufällige, sondern eine zwangsläufige Entwicklung dar.

Das Verwachsen des Reformismus mit dem imperialistischen Staat zwingt ihn zu einer programmatischen Festlegung seiner Wehrpolitik. Es ist also kein Zufall, daß die SPD früher kein Wehrprogramm haben mußte und mit der praktischen Unterstützung der bürgerlichen Reichswehr auskam, dagegen jetzt sich programmatisch zur Bejahung der imperialistischen Armee, Rüstungen und Kriegspolitik bekennen muß. Auch ohne die Panzerkreuzerkrise wäre das Wehrprogramm, das von Höltermann und anderen unter dem Druck der kommunistischen Volksbegehrenkampagne als Ablenkungsmanöver verlangt wurde, für die Sozialimperialisten zu einer politischen Notwendigkeit geworden. So schreibt z. B. Julius Leber in der „Gesellschaft“, Februar 1929:

„Dieser Riß klafft seit Jahren in der Partei. Er mußte eines Tages zu der allgemeinen Verwirrung führen, die wir im letzten Sommer erlebt haben. Und diese Verwirrung ist es eben, was jetzt, viel zu spät, uns zu einer Klarstellung der Wehrfrage zwingt.“

Diese Notwendigkeit offenbart aber den sozialdemokratischen Arbeitern den Widerspruch zwischen der „pazifistischen“ Ideologie und der imperialistischen Praxis der Reformisten. Die pazifistische Sprache wird zwar in dem offiziellen Wehrprogramm nach wie vor beibehalten. Aber die programmatische Bejahung der bürgerlichen „Verteidigungsmittel“ reduziert die Wirkung der pazifistischen Parolen auf ein Minimum. Den Beweis dafür, wie stark die Manövrierfähigkeit des Parteivorstandes durch das Wehrprogramm verringert wurde, liefern die Tatsachen: das Wehrprogramm der offiziellen Wehrkommission wurde in einer Reihe von bisherigen rechten Hochburgen – Stuttgart, Karlsruhe, aber auch in Bochum, Herne, Harburg – abgelehnt, in anderen rechten SPD-

Organisationen wie Hamburg, Köln, Braunschweig trat zum ersten Male eine starke Opposition gegen das offizielle Wehrprogramm auf.

So zeigt sich eine Verschärfung des Widerspruchs zwischen der Klassenideologie der sozialdemokratischen Arbeiter und der Ideologie der sozialimperialistischen Führung. Die Arbeiter sind, von der korrumpierten Arbeiteraristokratie abgesehen, antiimperialistisch eingestellt:

sie sind ehrliche Gegner des imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion und aller imperialistischen Kriege. Sie sind vom tiefsten Mißtrauen gegenüber den Argumenten des Wehrprogramms zugunsten der Landesverteidigung erfüllt. Es zeigt sich in der Diskussion, daß es der SPD zwar gelungen ist, in den Köpfen der sozialdemokratischen Arbeiter pazifistische Illusionen zu erzeugen, sie vom revolutionären Kampfe gegen den imperialistischen Krieg bisher abzuhalten, daß es ihr aber in der dritten Periode nicht gelungen ist und nicht gelingen kann, für eine positiv imperialistische Ideologie (selbst in der pazifistisch verschleierten Form, wie im offiziellen Wehrprogramm) eine breite Massenbasis zu sichern.

Indessen vollziehen sich die Auseinandersetzungen über die Wehrfrage nicht in der direkten Form zwischen dem offenen Sozialimperialismus der Hermann Müller-Severing-Stampfer und den proletarischen, klassenmäßig antikapitalistisch und antiimperialistisch eingestellten Schichten. Wäre dem so, dann würde das Umschlagen der ideologischen Krise in eine scharfe organisatorische Krise des Reformismus nur eine Frage von sehr kurzer Zeit sein. Der reale Verlauf der Diskussion zeigt vielmehr, daß die „linke“ Sozialdemokratie sich der ideologischen Führung der anwachsenden Opposition bemächtigt hat. Sie würgt durch mehr oder weniger geschickte Manöver die immer wieder einsetzende Rebellion ab, erklärt sich bereit, die unklar ausgedrückten Auffassungen der oppositionellen Arbeiter „richtig zu formulieren“, um ihre klassenmäßige Spitze abzubiegen. Das ist der typische Verlauf vieler SPD-Versammlungen [171] zur Wehrdiskussion. Daraus entsteht auch der Schein, daß erstens die „linken“ Führer die linken SPD-Arbeiter fest unter ihrem Einfluß halten, daß zweitens dieser Einfluß im Wachsen begriffen ist. Die ideologische Unbeholfenheit und Unklarheit der oppositionellen SPD-Arbeiter, eine Folge der systematischen Entpolitisierung und systematischen Verseuchung mit bürgerlicher Ideologie, führt dazu, daß diese Arbeiter auch in der Wehrdiskussion die ideologische Formulierung ihres proletarischen Standpunktes in vielen Fällen noch den „Linken“ überlassen.

Das Ergebnis ist jedenfalls, daß die Wehrdiskussion in der Oeffentlichkeit zwischen den rechten und „linken“ sozialdemokratischen Abgeordneten, Parteisekretären und Redakteuren geführt wird. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft nimmt an ihr insofern Teil, als bestimmte Manöver der „linken“ SPD, bestimmte Formulierungen, eine bestimmte Verschärfung des „Kampfes“ gegen die Stampfer-Müller zweifellos unter dem Druck der wachsenden Opposition der linken Arbeiter erfolgen.

Die „linke“ SPD ist in der Wehrdiskussion außerordentlich aktiv aufgetreten. Ein Gegenentwurf zum offiziellen Wehrprogramm, eine Broschüre, die Kommentar-Artikel zu diesem Gegenentwurf enthält, sind von der Redaktion des „Klassenkampf“ herausgegeben worden; dazu die modifizierten Entwürfe in Leipzig, Chemnitz, Plauen und eine Flut von Presseartikeln – das ist die bisherige literarische Produktion der „Linken“ zur Wehrdiskussion. Es ist an dieser Stelle nicht nötig, das „linke“ Wehrprogramm seinem Inhalte nach referierend zu besprechen. Hier sei vielmehr der Versuch gemacht, die Wehrpolitik der „Linken“ als Ganzes, ihre ideologische Generallinie aufzuzeigen.

Um was geht der „Kampf“ zwischen dem offen sozialimperialistischen Flügel und den „Linken“?

Auf welcher theoretischen, ideologischen Basis wird die Auseinandersetzung geführt? Was ist das Neue bei Stampfer bzw. bei Seydewitz-Böchel-Bieligk-Zweiling? Welche Differenzierungen bildeten sich in der Wehrdiskussion innerhalb der „linken“ Fraktion heraus? Wie hat sich ihre Stellung zu den Grundfragen des Imperialismus verändert?

Eine gründliche Untersuchung dieser Fragen ist im Interesse unseres erfolgreichen Kampfes gegen die „linke“ SPD notwendig. Es genügt nicht, die Generallinie richtig aufzuzeigen, es gilt sie

durch die allseitige Analyse der Zusammenhänge, der gegenwärtigen ökonomischen objektiven Klassenbeziehungen, aber auch der ideologischen Richtungen zu konkretisieren. Aus dieser Analyse ergeben sich die besonderen Methoden zur schärfsten Bekämpfung der sozialimperialistischen Ideologie und ihrer „linken“ Erscheinungsform durch unsere proletarisch-revolutionäre Wehrpolitik.

*

Die Linie des offiziellen Wehrprogramms und der Kommentare, die aus der Feder von Stampfer, Furtwängler, Schöpflin erschienen sind, ist homogen. Hier gibt es keine oder nur sehr unwesentliche Differenzierungen. Grundsätzliche „Verurteilung“ des Krieges, Zustimmung zur „Abrüstung“, Völkerbund, Schiedsgericht, Anerkennung der Notwendigkeit der Landesverteidigung

„Noch droht aber die Machtpolitik imperialistischer und faschistischer Staaten mit konterrevolutionären Interventionen und neuen Kriegen. Deutschland kann als Aufmarschgebiet mißbraucht und wider Willen in blutige Verwicklungen hineingerissen werden. Solange diese Gefahren bestehen, und solange sie nicht durch sozialistische Regierungen wenigstens in den wichtigsten Ländern zum Verschwinden gebracht werden können, ist die deutsche Republik genötigt, zum Schutze der Selbstbestimmung Ihres Volkes eine Wehrmacht aufrechtzuerhalten.“ (Wehrprogramm-Entwurf der SPD. § 3.)

Daraus folgt die positive Wehrpolitik. Wer den Staat bejaht, muß auch die Machtmittel des Staates bejahen. „Wehrhafter Sozialismus“ tut not! (Furtwängler.) Der Staat ist kein bürgerlicher Staat. Demokratisierung des Heeres – das sind die bekannten Grundgedanken der Sozial-[172]imperialisten. Ihre Hauptsorge galt im ersten Stadium der Wehrdiskussion der Bekämpfung der „traditionellen“ Abneigung der sozialdemokratischen Arbeiter gegen jede Bewilligung einer Wehrmacht, eine Einstellung, die einer veralteten Epoche entspreche. In diesem Stadium hat die Wehrdiskussion auch von „linker“ Seite Heinrich Ströbel auf rein pazifistischer Grundlage eingeleitet.

Der Parteivorstand hat offenbar darauf spekuliert, daß die Opposition der sozialdemokratischen Arbeiter gegen das Wehrprogramm mehr ihrer „traditionellen“ Abneigung gegen Heer und Rüstungen als ihrer klassenmäßigen Einstellung zum imperialistischen Krieg, zum bürgerlichen Staat entspringen würde, und unterschätzte deshalb auch den Grad der Auflehnung gegen das Wehrprogramm.

*

Ungleich verschiedenartiger sind die Strömungen in der „linken“ Fraktion der SPD. Auch hier fand eine Entwicklung während der kurzen Dauer der Wehrdiskussion statt, die unter dem Druck der Arbeiter in den linken Bezirken erfolgte. Während der Beratungen der offiziellen Wehrkommission der SPD haben die „linken“ Mitglieder keinen einzigen Vorschlag oder Antrag auf Ablehnung jeder Wehrmacht im bürgerlichen Staate oder Ablehnung der Landesverteidigung gestellt. Später. als die Empörung der Arbeiter über das Wehrprogramm sich bemerkbar machte, wendete sich das Blatt.

Werfen wir nun einen Blick auf die jüngste theoretische Mauserung der „Linken“.

Die Kerngruppe der Theoretiker besteht aus den Mitarbeitern des „Klassenkampf“, die als Mitarbeiter der Broschüre „Sozialdemokratie und Wehrproblem“ (Sonderheft des „Klassenkampf“) je ein Kapitel Kommentar zu den Punkten des „linken“ Wehrprogramms verfaßten. Zu dieser „marxistischen Linken“ gehören A. Gurland, Eduard Weckerle, Paul Levi, Max Seydewitz, Ernst Eckstein, Franz Petrich, Heinrich Ströbel, G. Engelbert Graf, Bernhard Kuhnt, Fritz Bieligk.

Außerhalb der „Klassenkampf“-Gruppe stehen in der Wehrdiskussion Toni Sender, Aufhäuser, Franz Künstler, die das offizielle Wehrprogramm eigentlich gar nicht ablehnen, sondern die Entscheidung bis zum – übernächsten Parteitag vertagen wollen. Nachdem Künstler auf dem Berliner Bezirksparteitag der SPD einen Antrag in diesem Sinne durchgedrückt hat, begründet Toni Sender diese „linke“ Linie in Hilferdings „Gesellschaft“!

Eine nähere Betrachtung der „Klassenkampf“-Gruppe ergibt aber, daß es sich hier auch um alles andere als eine einheitliche Ideologie handelt. Was diese Gruppe zusammenhält, ist keine

positive ideologische Einheitlichkeit, sondern nur die taktische Einheit, die in der Scheinopposition gegen die offizielle Wehrpolitik besteht. Zu dieser taktischen Einheit wurde versucht, eine ideologische Plattform zu konstruieren. Das Machwerk, das daraus entstanden ist, ist der Wehrprogramm-Entwurf des „Klassenkampf" samt Kommentar. Ein Sammelsurium von theoretischer Konfusion und praktischer Kapitulationsbereitschaft vor dem offenen Stampfer-Kurs, eine Verballhornung des Marxismus, prinzipienloser Eklektizismus, in marxistische Ausdrücke gekleideter Reformismus, das ist das Wesen der „linken" Phrase, die in der Wehrdiskussion eine neue Gestalt gewonnen hat.

Indessen sind auch Phrasen eine bestimmte Wirklichkeit, eben ein Teil der reformistischen Ideologie, und es ist nötig, den Charakter der „linken" Wehrideologie näher aufzuzeigen. (Schluß folgt.) [173]

*

## Der deutsch-polnische Zollkrieg

Von Nemo

Für die wirtschaftliche und politische Stabilisierung des heutigen Kapitalismus ist es recht bezeichnend, daß zwischen zwei ökonomisch sich gegenseitig ergänzenden Nachbarländern schon 3½ Jahre lang ein Wirtschaftskrieg geführt wird, wie er in der Geschichte der modernen Handelskriege wohl einzig dasteht. Allerdings, die Heftigkeit und Langwierigkeit dieses Handelskrieges wären unerklärlich, wenn seine eigentliche Ursache nicht in tiefen politischen Differenzen zu suchen und zu finden wäre. Obwohl Polen und Deutschland als gleichberechtigte Mitglieder im Völkerbund und seinem Rat sitzen und darüber hinaus durch Locarno-Vertrag und Kellogg-Pakt verbunden sind, herrscht zwischen ihnen ein politischer Gegensatz, dessen Austragung durch Waffengewalt lediglich im Interesse einer einheitlichen Antisowjetfront verhindert wird. Durch den „friedlichen" Handelskrieg versuchte Deutschland den neuen polnischen „Erbfeind" wenigstens wirtschaftlich ernsthaft zu schädigen, wobei es natürlich voraussehen mußte, daß der Zollkrieg auch der deutschen Wirtschaft schwere Opfer kostet.

Es wäre ein großer Irrtum, anzunehmen, daß die Arbeiterklasse an diesem „unblutigen" Handelskrieg keinerlei Interesse habe, daß er nur eine Sache der herrschenden Klasse sei. Genau das Gegenteil ist der Fall. Wie in einem jeden imperialistischen Krieg nur die werktätigen Massen auf die Schlachtbank getrieben und geopfert werden, so versteht die herrschende Klasse auch ihre „friedlichen" Handelskriege nur auf Kosten der breiten werktätigen Schichten zu führen. Die arbeitenden Massen Deutschlands sind es, die ostelbischen Profitinteressen zuliebe höhere Preise für Fleisch und landwirtschaftliche Erzeugnisse bezahlen müssen. Und die arbeitenden Massen Polens sind es, die im Profitinteresse polnischer Industriebarone auf billigere und ausreichendere Befriedigung ihrer Lebensbedürfnisse verzichten müssen. Der Ausbruch des Zollkrieges brachte eine schwere Schädigung der polnisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen mit sich. Man hat berechnet, daß durch den Verlust des polnischen Marktes 100.000 Arbeiter allein in Deutschland brotlos wurden.

Der Kampf um den Abschluß eines deutsch-polnischen Handelsvertrages bildet zugleich die Geschichte des deutsch-polnischen Zollkrieges. Die Verhandlungen über den Abschluß des Vertrages begannen bereits Anfang 1925, wobei sich sofort derartig große Meinungsverschiedenheiten zeigten, daß der Wirtschaftskrieg zwischen den beiden Partnern einsetzte und immer schärfere Farmen annahm. Die mehrmals unterbrochenen .und immer wieder aufgenommenen Verhandlungen scheiterten sämtlich an den grundsätzlich verschiedenen Auffassungen beider Delegationen. Der Wunsch Deutschlands, gute Absatzmöglichkeiten für den Export seiner industriellen Erzeugnisse zu gewinnen, scheiterte an dem hartnäckigen Bestreben Polens, die eigene Industrie durch hohe Zölle zu schützen und zu entwickeln. Während Deutschland um prohibitive Zölle kämpfte, wollte Polen Position um Position des Zolltarifs behandeln, um für jede einzelne eine entsprechende Gegenleistung vom Gegner einzutauschen. Noch weniger konnten die Verhandlungen über das Niederlassungsrecht, welches von den Unterhändlern Deutschlands für noch wichtiger als die Zollfrage erklärt wurde, zu einer Einigung führen. Trotzdem hat die Reichsregierung sowohl hier als auch in der Ausweisungsfrage völlig nachgegeben. Immer neue Differenzen traten im Verlauf der Verhandlungen auf: Chorzow, die Liquidationsfrage, das Problem der Minderheitenschule in Oberschlesien, die Frage des Grenzschutzes – all dies waren die wirklichen oder gesuchten Differenzen, die die Verhandlungen erschwerten.

Die letzten deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen begannen Anfang Oktober 1928 in Berlin: Aber schon nach drei Wochen kamen auch diese Verhandlungen zum Stillstand.

[174] Die größten Schwierigkeiten in den deutsch-polnischen Wirtschafsverhandlungen bildeten vier Fragen: die Fragen des Niederlassungsrechtes und des Zolltarifes sowie die Fragen des Kohlen- und Schweinekontingents Deutschland hat die Frage des Niederlassungsrechtes stets als ein rein wirtschaftliches Problem darzustellen versucht, das mit dem Handelsvertrag eng verbunden sei. Hierbei verlangte Deutschland das unbegrenzte Niederlassungsrecht in den polnischen Grenzgebieten – hauptsächlich in den ehemals deutschen – für Bauern, Kaufleute, Angestellte, Lehrer usw. Polen vertrat den Standpunkt, daß die deutsche Forderung in die innere polnische Gesetzgebung eingreife, und es hat sich faktisch durch keine deutsche Drohung bewegen lassen, die diesbezüglichen gesetzlichen Verordnungen, wie zum Beispiel die Grenzschutzverordnung, grundsätzlich aufzuheben.

An dem Kampf um den Zolltarif war vor allem die gesamte deutsche Fertigindustrie interessiert, für die der polnische Absatzmarkt unentbehrlich ist. Polen führt nur wenige Warengattungen aus, ist aber gezwungen, fast seinen gesamten Bedarf an Halb- und Fertigfabrikaten zu importieren. Die Sperrung der deutschen Grenze für polnische Agrarprodukte konnte Polen daher nur mit der Einführung von Kampfzöllen auf industrielle Erzeugnisse Deutschlands beantworten. Nach der letzten polnischen Zollvalorisierung steht Polen nach der Höhe seiner Zollsätze an zweiter Stelle aller Staaten der Welt. Die polnischen Zollsätze betragen heute durchschnittlich 43 Prozent des Warenwertes. Bei Maschinen stellt sich dieser Satz sogar auf 70 Prozent. Die Forderung der deutschen Delegation auf Herabsetzung der Zölle um ein volles Drittel wurde von Polen entschieden abgelehnt. Weder Deutschland noch Polen halten sich an die Beschlüsse der Genfer Weltwirtschaftskonferenz, die den Grundsatz der gegenseitigen freien Einfuhr aufstellte. Polen beruft sich zwar auf die Genfer Konvention und verlangt die freie Ausfuhr von Kohlen, Schweinen und Fleisch, gleichzeitig aber will es seine Industrie schützen und denkt nicht daran, wesentliche Zollzugeständnisse einzuräumen. Und Deutschland? Nun, auch der „Vorwärts“ erklärt offen (24.10.28): „Selbst wenn Polen seine zahlreichen Einfuhrreglementierungen auch abschaffen würde, kann Deutschland seine beiden wesentlichen Einfuhrverbote nicht vorbehaltlos aufgeben“.

Der Kampf um das Kohlenkontingent bildete den unmittelbaren Anlaß zum Ausbruch des deutsch-polnischen Zollkrieges. Bekanntlich war Deutschland durch das Genfer Abkommen drei Jahre lang verpflichtet, jährlich 500.000 Tonnen polnische Kohle zollfrei einzuführen. Mit dem Ablauf dieser Verpflichtung im Juni 1925 wurde die deutsche Grenze für polnische Kohle sofort und lückenlos gesperrt. Schon im Jahre 1925 konnte der deutsch-oberschlesische Steinkohlenbergbau Förderung und Inlandsabsatz um 500.000 Tonnen steigern. Welch gewaltige Bedeutung das zollfreie Kohlenkontingent für Polen hatte, ist daraus ersichtlich, daß Deutschland noch im ersten Halbjahr 1925 über 57 Prozent der gesamten polnischen Kohlenausfuhr aufnahm. Das Interesse der deutschen Grubenbarone am Zollkrieg war daher verständlich. Heute besteht kein Zweifel darüber, daß Deutschland zur Aufhebung der Sperre für polnische Kohle gezwungen wird. Die polnische Forderung belief sich seinerzeit auf 350.000 Tonnen, während Deutschland nur 200.000 Tonnen bewilligen wollte, ein Kontingent, das noch erheblich heraufgesetzt werden dürfte.

Die Hauptschwierigkeit für den Abschluß eines Handelsvertrages, an der in erster Linie auch die letzten Verhandlungen scheiterten, bildet der Kampf um das Schweinekontingent. An der Spitze dieses Kampfes steht die deutsche Landwirtschaft mit ihrem Führer Dr. Hermes, der als deutscher Verhandlungsleiter nichts unversucht ließ, um die Interessen der Großagrarier zu vertreten, d. h. den Abschluß des Vertrages zu verhindern. Nicht nur die gesamte polnische Presse, sondern auch die deutsche Industrie- und Handelspresse hat aus durchsichtigen Gründen die Abberufung Hermes’ als Delegationsführer gefordert.

Es ist hier unmöglich, den langwierigen „Kampf um das polnische Schwein“ zu schildern. In jedem Fall hat Deutschland auch in dieser Frage, in der es [175] den hartnäckigsten Widerstand leistete, wiederholt nachgeben müssen. Die Grundlage für die letzten Septemberverhandlungen bildete das Stresemann-Jackewski-Protokoll, laut dem Deutschland Polen ein Jahreskontingent von 200.000

Doppelzentnern frischen Schweinefleisches mit der Einschränkung bewilligte, daß dieses Fleisch nicht auf den freien Markt kommen, sondern an Fleischfabriken geliefert werden solle. Außerdem wurde die uneingeschränkte Einfuhr verarbeiteten Schweinefleisches zugestanden. Demgegenüber bestand Polen auf ein Einfuhrkontingent bis zu 600.000 lebenden Schweinen, auf unbeschränkte Einfuhr von Schweinefleisch sowie auf Beseitigung des Verwendungskontingentes. Der polnische Standpunkt ist klar: Polen will als Agrarland hauptsächlich seinen landwirtschaftlichen Export fördern. Und da es imstande ist, jährlich etwa 1,5 Millionen Schweine zu exportieren, kämpft es vor allem um Absatzmärkte für sein Vieh. Polen glaubt seinen Willen Deutschland um so mehr aufzwingen zu können, als die deutsche Fertigindustrie auf den Export nach Polen keineswegs verzichten kann.

Ebenso klar ist der Standpunkt der deutschen Landwirtschaft, die daran interessiert ist, die Einfuhr billiger polnischer Schweine zu verhindern, um die Preise für ihre eigenen „nationalen" Erzeugnisse immer höher schrauben zu können. Das Argument der Landwirtschaft, die polnischen Schweine würden den deutschen Markt überfluten, ist eine bewußte Täuschung der Oeffentlichkeit, denn das von Deutschland bewilligte Kontingent von 200.000 Schweinen stellt gerade ein Prozent des gesamten deutschen Schweineverbrauches dar. Tatsache ist, daß die Einfuhrsperre für die billigen polnischen Schweine zu einer ununterbrochenen Steigerung der Schweinefleischpreise in Deutschland geführt hat, so daß die breite Konsumentenmasse die Manöver der deutschen Landwirtschaft schwer bezahlen mußte.

Noch plumper ist das zweite Argument, mit dem die deutsche Landwirtschaft, Hermes und seine Delegation, die völlige Sperre für lebende polnische Schweine begründen. Man hat auf einmal herausgefunden, daß die polnischen Schweine den gesamten deutschen Viehbestand verseuchen würden und man aus diesem Grunde lediglich die Einfuhr geschlachteter Schweine gestatten könne. In Wirklichkeit handelt es sich hier um einfache Schikane, um die schwache Verteidigung einer bereits als verloren erkannten Position. Ein jeder Laie weiß, daß ein einfaches Veterinärabkommen genügt, um einer Seuchengefahr wirksam begegnen zu können. Tatsächlich sind die Genfer Verhandlungen über eine internationale Veterinärkonvention bereits so weit fortgeschritten, daß man damit rechnet, ein deutsch-polnisches Abkommen nur noch als bloße Ausführungsbestimmung dieses allgemein verbindlichen internationalen Vertrages formulieren zu müssen. Diese Tatsache wurde von der gesamten deutschen Presse (mit einer einzigen Ausnahme) verheimlicht.

Im gesamten bisherigen Verlauf des Zollkrieges spiegelten sich die tieferen politischen Gegensätze nicht nur Deutschlands und Polens, sondern auch die ganz Osteuropas wider. Der deutsche Imperialismus hätte z. B. für den Kampf um das Niederlassungsrecht nie derartige gewaltige Opfer gebracht, wenn es sich hier nicht um die für Deutschland eminent wichtige Frage der Grenzregulierung handelte. Aus diesem Grunde hat Deutschland auch alle ernsten Vorgänge im Osten, insbesondere den polnisch-litauischen Konflikt auszunutzen versucht, um seine Ziele zu erreichen. Als im Winter 1927 der polnisch-litauische Konflikt besonders gefährliche Formen annahm, waren in Deutschland starke Tendenzen vorhanden, den Danziger Korridor auf Kosten Litauens zurückzugewinnen.

Der „Berliner Börsen-Courier" (4.12.27.) empfahl anläßlich der seinerzeit wieder angeknüpften Handelsvertragsverhandlungen, ganze Arbeit zu tun und die Verhandlungen zu benutzen, um „schon jetzt auch politisch für die Zukunft vorzusorgen". Angesichts der polnisch-litauischen Kriegsgefahr hatte Deutschland die wirtschaftliche Verständigung mit Polen anzubahnen versucht, um, nach dem „Berliner Börsen-Courier", gerade jetzt eine Ueberprüfung des gesamten osteuropäischen Komplexes zu erreichen. Gleich-[176]zeitig schrieb das Wilnaer „Slowo": „Deutschland würde, wenn es Woldemaras unterstützen wollte, die einleitenden Rahmenabkommen zum Handelsvertrag mit Polen nicht an dem Tage unterzeichnet haben, da Piłsudski mit den Ministern über die litauische Frage konfereriert".

Auch heute noch ist Deutschland bereit, den Abschluß des Handelsvertrages als Einleitung normaler politischer Beziehungen auszunutzen, worunter man die Regelung der Ostgrenzen versteht. „Was zu erstreben wäre", schreibt Georg Bernhard, „ist eine möglichst enge wirtschaftliche Verbindung, aus deren Wirksamkeit schließlich auch eine Festigung der politischen Beziehung herauswachsen könnte". Nach Bernhard bergen die Beziehungen Deutschlands zu den Westmächten keinerlei

Gefahren in sich. „Die Gefahren schlummern im Osten ... ein Zukunftskrieg, in den Polen verwickelt sein wird, könnte nur ein europäischer Gesamtkrieg sein“. Nach Bernhard „bedeutet der deutsch-polnische Handelsvertrag doch mehr als sonst wirtschaftliche Verträge zu bedeuten pflegen. Ein solcher Handelsvertrag ist die Voraussetzung für eine langsame wirkliche Befriedung der deutsch-polnischen Beziehungen“. Hier kommt die aktive Rolle des deutschen Imperialismus in der Antisowjetpolitik deutlich zum Ausdruck.

Es ist keineswegs zu bestreiten, daß die polnische Verständigungsbereitschaft zum Abschluß des Handelsvertrages zugenommen hat. Die von England und Frankreich vorläufig abgelehnte Garantie eines Ost-Locarno, die Beschränkung der Rheinland-Debatte auf die Besatzungsmächte hat in Polen stark enttäuscht. „Muß es da nicht für Polen naheliegen“, meldet der Warschauer Berichterstatter der „Vossischen Zeitung“, „die Entlastung an der polnischen Westgrenze, die man durch alle Bemühungen in Paris, London und Genf nicht erreichte, durch eine direkte Entspannung mit Berlin zu versuchen, für die der Handelsvertrag der gegebene Anfang und die notwendige Voraussetzung wäre?“ Im selben Moment schreibt der polnische Mitarbeiter des „Matin“, Korab-Kucharski, Polen erwarte nach dem Sieg über den Bolschewismus und nach dem Wirtschaftsaufbau sein drittes Wunder, „die volle Einigung mit dem Westen und vor allem mit dem nächsten Nachbarn, Deutschland“.

Wenn man zuletzt erfährt, daß niemand anders als Piłsudski eifrigster Befürworter des deutsch-polnischen Handelsvertrages ist, so wird man erst den wahren Grund der polnischen Verständigungsbereitschaft verstehen: Freie Hand im Westen bedeutet für Piłsudski freie Hand im Osten! Erst nach der Einigung mit Deutschland hat Piłsudski den Rücken frei, um sich ungehindert in sein geplantes Abenteuer gegen die Sowjetukraine stürzen zu können. Allerdings, noch ist es bis zum einer deutsch-polnischen Einigung über Oberschlesien, Danzig und den Korridor nicht gekommen. Und die Luganer Rede Zaleskis sowie der ihr folgende Faustschlag Stresemanns auf den Ratstisch erinnerten daran, daß die Lösung des deutsch-polnischen Problems ein noch immer fehlendes Glied in dem antibolschewistischen Ring dem imperialistischen Großmächte ist.

Aber diese Lösung wird gefunden werden. Es handelt sich nicht nur darum, daß Polen im Westen entlastet wird, um freie Hand für einen Einfall in die Sowjetukraine zu bekommen, sondern vor allen Dingen auch darum, daß durch Bereinigung des deutsch-polnischen Konflikts und auch durch dessen Ausnutzung der deutsche Imperialismus in die Antisowjetfront völlig hineinmanövriert wird. Ebenso wie die Reparationsfrage, wie der polnisch-litauische Konflikt usw. ist auch der deutsch-polnische Gegensatz eine Frage, die auf das engste mit dem Problem des imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion verbunden ist. Mit dem Aufmarsch der europäischen Imperialisten gegen den Sowjetstaat werden alle diese Fragen „gelöst“ sein. d. h. von der Tagesordnung verschwinden.

[177]

**Die Internationale**
**Jahrgang 12 ∗ Berlin, den 15. März 1929 ∗ Heft 6**

***Zum Jahrestage der Pariser Kommune am 18. März***

## Die Bewaffnung des Proletariats

Von Alexander Emel

Auf der niedrigsten Stufe seines Klassenkampfes, auf der das Proletariat noch unorganisiert, zerstreut, gegen die „Feinde seiner eigenen Feinde“ kämpft, weiß es noch nicht, was es mit der Waffe anfangen soll, auch dann nicht, wenn es die Waffe in die Hand bekommt. Es richtet die Waffe noch nicht gegen seinen eigentlichen Feind: gegen die Bourgeoisie. Wenn es sich aber spontan erhebt, instinktiv gegen den Feind auftritt und ihn verfolgt, ist seine „Waffe“ der Knüttel, die Axt oder auch der Stein und das Holz, das es von der Straße nimmt, um damit die Möbel des Ausbeuters zu demolieren, die Scheiben einzuschlagen und – die Maschinen zu zertrümmern. So hat diese Bewaffnung des Proletariats kein revolutionäres Programm – das Elend von heute soll durch das Elend von gestern abgelöst werden, das nun im hellen Licht erscheint. Jedoch die Erkenntnis von der Bedeutung der Waffe für die Befreiung des Proletariats wächst parallel mit der Entwicklung der arbeitenden Klasse überhaupt, mit ihrer Verwandlung von einer Klasse „an sich“ in eine Klasse „für sich“.

*

Als auf dieser Stufe der Entwicklung das Proletariat sich die Frage stellte: „Was ist die Armee? Wie müssen wir sie, die doch aus unseren Klassenbrüdern zusammengesetzt ist, gewinnen oder wenigstens neutralisieren?“ – war dies von großer, ja enormer geschichtlicher Bedeutung.

„Brüder, Soldaten! Eure Eltern, eure Brüder, eure Freunde sind es, welche ihren jammervollen Zustand den Regierenden vorstellen wollen. Wir wollen euch nicht bekriegen, wir wollen nur Arbeit und Brot verlangen, um nicht Hungers zu sterben. Seid also nicht gegen uns! Denn, Soldaten, auch ihr seid ja Söhne des Volkes, und wenn ihr auf das Volk schießen müßtet, so würden eure Kugeln eure eigenen Eltern, eure Brüder, eure teuersten Freunde treffen. Ihr würdet euch des abscheulichsten Verbrechens schuldig machen. Schießt also nicht auf das Volk, sondern sagt: Wir Soldaten, wir gehören auch dem Volke an, wir wollen nicht unsere eigenen Henker sein.“

Dieser Aufruf, der – anläßlich der geplanten und später vereitelten großen Volksdemonstration am 14. April 1846 in Brüssel – von der hungernden belgischen Masse im April 1846 an die Armee gerichtet wurde, ist schon kein bloßes Tasten mehr. Die Frage nach der Bedeutung der Bewaffnung des Proletariats und nach der Kunst, diese durchzuführen, nähert sich zum Teil ihrer Lösung. Dieser für die Ge-[178]schichte der Revolution äußerst wichtige Aufruf der belgischen revolutionären Arbeiter (der bis jetzt verschollen war) erklärt uns auch Engels’ Satz (in der Einleitung zum „Bürgerkrieg in Frankreich“), daß die Arbeiter „seit 1830 sich weit mehr politische Selbständigkeit angeeignet hatten, als die Bourgeoisie und selbst die Republikaner ahnten“. Was aber die belgischen Arbeiter 1846 taten, das wiederholten die russischen 1905, die chinesischen 1927 usw.

Doch soll man die politische Selbständigkeit des Proletariats am Vorabend von 1848 nicht überschätzen. Der Verlauf unserer Geschichte wäre für uns sonst unverständlich, der Ausgang der verschiedenen Revolutionen des 19, Jahrhunderts widerspruchsvoll.

In der bürgerlichen Revolution ist zunächst die Bourgeoisie selbst, wenn auch wider ihren Willen, gezwungen, dem Proletariat Waffen in die Hand zu geben, um die Aristokratie zu schlagen. Damit aber verschärft sie auf erhöhter Stufenleiter den Widerspruch, der mit der Erzeugung des eigenen Totengräbers für den Kapitalismus entstanden ist. Die Aufgabe heißt nun für die Bourgeoisie: Entwaffnung des Proletariats. Dieses Programm, das die französische Bourgeoisie – unterstützt von Louis Blanc, dem Vorläufer von Hermann Müller, dem Vater der Koalition – in den Junitagen 1848 aufstellte, als Antwort auf die Forderung des Proletariats nach der „sozialen Republik“, ist seitdem zum Programm der internationalen Konterrevolution geworden. Aber die Pariser Arbeiter erkannten, daß die Flinte in der Hand die beste Erläuterung war zum unklaren Programm der „sozialen Republik“, und sie waren nicht gewillt, diesen „Kommentar“ freiwillig aus den Händen zu geben. Sie waren bereit, zu sterben für das neue Leben, bereit, auf die Barrikade zu gehen – um der Flinte willen!

Dieses Bestreben, Waffen zu erlangen, und zwar nicht mehr, um im Interesse der Bourgeoisie zu kämpfen, erfüllte auch die Arbeiter von Berlin. Die Erstürmung des Zeughauses, um Waffen zu holen, war die Antwort auf die Ausschaltung der Proletarier von der Bürgerwehr – wie der Juniaufstand der Arbeiter von Paris die Antwort auf die Provokation der Regierung war: die in den Nationalwerkstätten registrierten Arbeiter sollten sich in die weiße Mobilgarde einreihen, um ihre Klassengenossen niederzumetzeln.

*

Cavaignacs Programm – durch Thiers und Noske später bis zur Konsequenz durchgeführt – hatte seine „Schattenseiten“: den Schatten des auf den Fersen ihm nachfolgenden „Totengräbers“. Sein ursprünglich instinktives Verlangen, Waffen zu haben, formuliert das Proletariat nun in einem Programm: „Entwaffnung der bürgerlichen Garden; Bewaffnung aller Arbeiter ... !“ Und zur Erläuterung:

„... Die Waffen, die Organisation, das ist das entscheidende Element des Fortschritts, das wirkliche Mittel, um das Elend auszutilgen. Wer Eisen hat, hat Brot! Vor Bajonetten beugt man sich, unbewaffnete Haufen fegt man weg. Ein Frankreich, das von Waffen starrt, die in den Händen der Arbeiter sind, das ist der Anfang des Sozialismus ...“

So lautete das Manifest des „Totengräbers“ Cavaignacs, erlassen im Jahre 1851.

*

Die erste Verwirklichung dieses Manifestes geschah am 18. März 1871. Dieses Datum wird von der bürgerlichen Geschichtsschreibung [179] „übersehen“. Um so mehr Grund für das Proletariat, die Ereignisse dieses und der darauffolgenden 71 Tage in das Gedächtnis der arbeitenden Klassen einzuhämmern. Was war geschehen?

Der „Kaiser wurde gefangen“. Auf der Wilhelmshöhe bei Kassel schloß Napoleon der Kleine seine auch sonst nicht sehr ruhmreiche Geschichte ab. Frankreich wird Republik, zwar keine eroberte, sondern durch Preußens Truppen geschenkte. Immerhin, das Proletariat erklärt sich bereit, die Republik zu schützen und damit zugleich den Kampf gegen die Regierung (die sich „Regierung der nationalen Verteidigung“ nannte) nicht aufzunehmen.

Die „Regierung der nationalen Verteidigung“ hat aber eine andere Aufgabe: nicht die Republik gegen die preußischen Husaren zu verteidigen, nicht Paris zu schützen, sondern die Entwaffnung des Pariser Proletariats, das sich inzwischen bewaffnet hat, durchzuführen. Verhandlungen über Kapitulation werden mit Bismarck geführt. Die Pariser Arbeiter erkennen nun den wahren Charakter der Regierung Thiers. Es beginnt die Kontrolle der Regierung durch das bewaffnete Pariser Proletariat. Die Doppelherrschaft, das Ringen des Proletariats und der Bourgeoisie um die Macht, tritt so scharf auf der geschichtlichen Arena zutage wie noch nie zuvor. Einer muß nun den Weg räumen, einer muß Paris verlassen. Wer sollte es sein?

Der schmähliche Waffenstillstand vom 28. Januar 1871. Bismarcks Diktat hat nur eins nicht gewagt: die Entwaffnung der Nationalgarde, die in ihrer Mehrheit aus Pariser Arbeitern bestand, zu diktieren. Damit wird zugleich der 18. März zur Tatsache. Die Nationalgarde, die Truppe des Pariser Proletariats, hat die Weiße Garde von Versailles geschlagen. Das Proletariat hat seine Armee bekommen. Es konnte nun den „Himmel stürmen“. Thiers mußte den Weg räumen, Paris sollte den revolutionären Arbeitern gehören!

Das erste Regierungsdekret der gestrigen Maschinenstürmer, der gestrigen Partisanenkämpfer von kleinen losen Trupps schaffte das stehende Heer ab, proklamierte die Nationalgarde als die einzige bewaffnete Macht der Kommune „... Die Sicherheit der Bürger ist geschützt durch die Nationalgarde“, lautete einer der Aufrufe. Das erste und wichtigste Kapitel in der Geschichte der Bewaffnung des Proletariats und damit zugleich in der Geschichte der proletarischen Revolution überhaupt war abgeschlossen

*

Die Kommune lange leben zu lassen, war gefährlich. Nicht minder für den „Sieger“ Bismarck und das geeinte Deutschland, als für den geschlagenen Thiers und das zerbröckelnde Frankreich. „Paris in Waffen, das war die Revolution in Waffen.“

Nachdem mit den Mitrailleusen auf dem Mont Martre die weißen Thiers-Banden geschlagen sind, proklamiert sich die proletarische Klasse zur Nation. Sie übernimmt die nationale Verteidigung, die einen ganz anderen Charakter trägt. Und Thiers, die Regierung der längst manifestierten „nationalen Verteidigung“ – wie schützt sie die Republik vor dem feindlichen monarchischen Angriff? Die „nationale“ Regierung“ von Versailles fleht Bismarck an, keine Kommunardenflüchtlinge durchzulassen, wenigstens dies zu tun, wenn er, Bismarck, es schon nicht wagt, gemeinsam gegen Paris vorzugehen und Paris zu vernichten. Es wird sofort Frieden geschlossen, um freie Hand gegen [180] die „Verräter“ zu haben, die die Republik nicht verraten wollten. „Nation!“, „nationale Interessen!“ heucheln die Thiers, heucheln die Cuno, heucheln die Tschankeischek, solange das Proletariat noch keine Waffen hat oder diese im Interesse der Bourgeoisie führt. Macht es aber von der Waffe im Interesse der ganzen Nation, d. h. im Interesse der Werktätigen Gebrauch, dann heulen die Thiers, dann heulen die Cuno und die Tschankeischek „Nationale Verräter!“

*

Die Barrikaden spielten bei den Kämpfen der Kommunarden eine ausschlaggebende Rolle. Louis Bonaparte, der ein Königtum „über den Parteien“ etablieren wollte, hatte auch um die Sympathie der Pariser Arbeiter gebuhlt. Vor allem sollte die Arbeitslosigkeit durch öffentliche Arbeiten gemildert werden: die engen Straßen von Paris sollten umgebaut werden, Paris sollte „mehr Luft“ haben. Und diese Luft haben die Kommunarden in den Maitagen 1871 zu atmen bekommen; die breiten Straßen des Pariser Westens waren für den Barrikadenbau viel ungünstiger als die schmalen Gassen im Juniaufstand 1848. Die Versailler Garden konnten daher viel besser ihren Angriff gegen die Kommune unternehmen.

Die seit 1848 veränderte Situation im Barrikadenkampf wurde von Engels in der berühmten Einleitung zu den „Klassenkämpfen in Frankreich“ deshalb hervorgehoben, damit das Proletariat auf breiterer Grundlage die bevorstehenden Barrikadenkampfe vorbereitet und organisiert.

„Heißt das, daß in Zukunft der Straßenkampf keine Rolle mehr spielen wird? Durchaus nicht. Es heißt nur, daß die Bedingungen seit 1848 weit ungünstiger für die Zivilkämpfer, weit günstiger für das Militär geworden sind. Ein künftiger Straßenkampf kann also nur siegen, wenn diese Ungunst der Lage durch andere Momente aufgewogen wird. Er wird daher seltener im Anfang einer großen Revolution vorkommen als im weiteren Verlauf einem solchen und wird mit größeren Kräften unternommen werden müssen. Diese aber werden dann wohl, wie in der ganzen französischen Revolution, den offenen Angriff der passiven Barrikadentaktik vorziehen.“

Dreißig Jahre „beriefen sich“ die deutschen und internationalen Revisionisten auf die (von Bernstein und dem Parteivorstand) gefälschte Einleitung Engels’ zu den „Klassenkämpfen in Frankreich“. Die Oktoberrevolution von 1917 war notwendig, damit diese (bis dahin unterschlagenen) Worte von Engels der Arbeiterklasse bekannt wurden.

*

Umzingelt von allen vier Seiten: vom Norden und Osten durch Bismarcks preußische Husaren, vom Süden und Westen durch Thiers’ weiße Garden, nahmen die Kommunarden den Kampf auf, um die Revolution, um die neue Welt zu verteidigen und zu schützen. Die letzten fanden den Heldentod auf dem Friedhof von Pêre Lachaise, wohin sie – abgesperrt durch Bismarck – von Thiers wie in eine Falle getrieben worden waren.

Die Pariser Kommunarden mit ihrer Nationalgarde zeigten den Reifegrad des Proletariats in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts an. Die Kommunarden der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken mit ihrer Roten Armee verkörpern den ungeheuren Fortschritt auf dem Wege der Befreiung der arbeitenden Klasse.

[181]

# Der Kantoner Aufstand und die Taktik der Kommunistischen Partei Chinas

Von Dunn Chun-Shia

## *1. Die Entscheidung für den Kantone, Aufstand*

Auf der Konferenz vom 7. August 1927 beschloß die KP Chinas, als Grundlinie des Vorgehens der Partei den bewaffneten Aufstand anzuwenden. Endgültig wurde der Kantoner Aufstand erst am 17. November beschlossen. Die Lage war damals folgende:

Im Lager der Reaktion war die Kuo Min Tang infolge der inneren Zersetzung durch den offenen Kampf der Fraktionen bereits außerordentlich stark in Mitleidenschaft gezogen worden. In nationalem Maßstabe herrschte größte Konfusion; der Kampf zwischen Tang Shen Chi und der Nanking-Regierung war in vollem Gange. In Kwangtung konnte die militaristische Clique (Chang Fa Kuai, Huang Chi Hsiang) den Staatsstreich und den Kampf für den Sturz der militaristischen Kwangsi-Clique (Li Chi Sen, Huang Shao Hsung) vorbereiten, der jeden Augenblick auszubrechen drohte. In den verschiedenen Bezirken von Kwangtung hatten bereits zahlreiche kleine Scharmützel stattgefunden; die Situation war aufs äußerste gespannt.

Im Lager der revolutionären Massen hatten sich die gewöhnlichen Streiks und Demonstrationen zu bewaffneten Kämpfen erweitert – Ermordung von Arbeiterverrätern und Widerstand gegen die Verfolgungsmaßnahmen der Polizei; die Massen gingen regelmäßig auf die Straße. Drei Bauernaufstände flammten auf: der demonstrativ politische Aufstand, der ausbrach, als im April Li Chi Sens Verrat in Kwangtung bekannt wurde; der Herbstaufstand für die Verweigerung der Pachtzahlung, als im September die Armeen von Ho Lung und Yeh-ting Swatau besetzt hatten, und schließlich der Oktoberaufstand, der schon um den Boden selbst geführt wurde, bei dem die Bauern von Hai Lu Feng einen vollen Sieg errangen, die Sowjetmacht errichteten und eine konsequent revolutionäre Agrarpolitik durchführten.

Unter dem Druck der ungeheuren Steuern und anderer finanzieller Lasten, die die ständige Kriegführung ihm aufbürdete, war das Kleinbürgertum endgültig in eine gewisse Gegnerschaft zur Kuo Min Tang geraten und begann zu wanken. Einige vorgeschrittene Elemente dieser Klasse stellten sich tatkräftig auf die Seite des Proletariats. Ein großer Teil der in Kanton stationierten Truppen sympathisierte völlig mit den Arbeitern.

Das Ansehen der Kwangtunger Organisation der KP Chinas hatte zugenommen. Die Partei hatte zu den Massen Verbindungen „auf Leben und Tod“ hergestellt und war imstande, die Massen zu mobilisieren.

Es war genau am Tage des Staatsstreiches Chang Fa Kuais und Huang Chi Hsiangs, als das Zentralkomitee der Partei den Kantoner Aufstand beschloß. Das ZK befand sich damals in Schanghai. Noch bevor die Nachricht von dem Staatsstreich in Schanghai eingetroffen war, hatte das ZK diesen Staatsstreich bereits als in den nächsten Tagen unvermeidlich vorausgesagt. Es hatte die Leitung des Bezirks Kwangtung der Partei nachdrücklich instruiert und dabei ausgeführt, daß in dieser Krise der einzige Ausweg für die Arbeiter und Bauern von Kwangtung darin bestehe, die Gelegenheit der anhaltenden inneren Streitigkeiten in der Kuo Min Tang für die entscheidende Erweiterung der Aufstandsbewegung der Arbeiter und Bauern in Stadt und Land, für die Agitation unter den Soldaten mit der Parole der Gehorsamsverweigerung und der Revolte während des Kampfes selbst, für die schnellste Befestigung dieser Aufstandsbewegungen und deren Erweiterung zu einem allgemeinen Aufstand für die Machtergreifung in der ganzen Kwangtung-Provinz und für die Errichtung der Macht der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte auszunützen. Für die Erreichung dieses Zieles machte die Parteizentrale [182] folgende konkreten Vorschläge und beauftragte die Bezirksleitung von Kwangtung mit deren schnellster Durchführung:

„1. Die Bezirksleitung von Kwangtung soll einen Aufruf herausgeben, der die Arbeiter und Bauern der ganzen Provinz auffordert, sich zu erheben und die politische Macht der Arbeiter-, Bauern-, Soldaten- und Armenräte-Konferenz aufzurichten als Antwort auf die persönlichen Streitigkeiten der militaristischen Cliquen von Kwangtung und Kwangsi.

2. Die Arbeiter von Kanton müssen die Interessen ihrer eigenen Klasse vertreten, bei der offenen Leitung der Tätigkeit der revolutionären Gewerkschaften ihre eigene Initiative entfalten, nach industriellen, kommerziellen und geographischen Merkmalen Konferenzen einberufen (die Anfänge des Sowjetsystems), alle Arten von Kämpfen aufs neue aufnehmen, alle Forderungen durchsetzen, alle reaktionären Organisationen an ihrer Tätigkeit hindern und zerschlagen und die reaktionären Führer töten, um schließlich zur Eroberung der Macht den politischen Generalstreik in der ganzen Stadt zu erklären. Während der Kampfperiode müssen jedoch die geheimen Organisationen unbedingt intakt gehalten werden. Die Gelegenheiten, die der Streik bietet, müssen dazu ausgenutzt werden, um zum mindesten die Ansätze für Betriebsräte zu bilden.

3. Die revolutionäre Armee der Arbeiter und Bauern von Hai Lu Feng muß die Bauernmassen mobilisieren, um die Zahl der Freiwilligen nach Möglichkeit zu vermehren. Die Gelegenheit, die der Kampf zwischen Chen Chi Tangs und Huang Chi Hsiangs Truppen am Ostfluß oder ihre Konzentrierung im Ostflußgebiet an die Hand gibt, muß ausgenutzt werden, um die Pläne für den Angriff auf Huichau und Kanton auszuarbeiten. Während der Durchführung dieses Planes muß die Bauern- und Arbeiterarmee jedoch bei ihrem Vorrücken die Bauern dazu bringen, den Landadel (Gentry) zu töten, das Land zu verteilen und so die Agrarrevolution zu verbreitern.

4. Während des Staatsstreiches Chang Fa Kuala und Huang Chi Hsiangs müssen die Arbeiter der drei Kwangtunger Eisenbahnen dazu gebracht werden, die reaktionären Führer des Lokomotivführerverbandes zu vernichten und als Antwort auf den Streik der Kantoner Arbeiter die Verwaltung der Eisenbahnen zu übernehmen.

5. Bei der Leitung der Bauernbewegung in den verschiedenen Bezirken der Provinz Kwangtung und In den Kantoner Vororten müssen unsere Genossen der Konzentrierung unserer Kräfte auf Kanton, der Sperrung der Verbindungen auf den Land- sowie auf den Wasserwegen und zugleich der Ausdehnung des revolutionären Aufstandes auf die Dörfer ihre Aufmerksamkeit zuwenden.

6. Die Bauern der südlichen Teile von Kwangtung sowie die Bauern der Insel Hainan sind bereits in den Aufstand getreten. Unsere Aufmerksamkeit muß vor allem darauf gerichtet sein, die breiten Massen der Bauernschaft zu bewegen, sich dem Aufstand anzuschließen, die politische Macht der Arbeiter und Bauern auf einem großen Gebiet zu errichten und so die Einheit der reaktionären Herrschaft zu zerstören, wobei wir gleichzeitig alle Klassenbeziehungen auf dem Dorfe ändern müssen.

7. In den nördlichen und westlichen Gebieten von Kwangtung, wo der Kampf zwischen den Militärcliquen von Kwangtung und Kwangsi ausgetragen wurde, muß die Bauernbewegung versuchen, durch die Verweigerung von Trägerdiensten für die Armee, Einstellung des Verkaufs von Lebensmitteln an die Militaristen, Störung des Eisenbahn- und Schiffsverkehrs, Abfangen von Spionen beider Seiten, Agitation unter den Soldaten beider Heere, Wegnahme von Waffen dieser Armeen und Ueberredung der Soldaten, ihre Truppe zu verlassen und zur revolutionären Armee der Arbeiter und Bauern überzugehen, den Sieg des Bauernaufstandes in dem betreffenden Gebiet zu erweitern und zu befestigen, die Hauptkräfte der Militaristen zu vernichten.

8. Die erste Division der revolutionären Arbeiter- und Bauernarmee, die sich nach Hsinfong in der Provinz Kiangsi zurückgezogen hat, soll beauftragt werden, sofort in das Gebiet von Laoiung, Hsinnin und Wuhua abzumarschieren, um zu den Bauern zu stoßen und den Bauernaufstand in den Bezirken Wuhua und Chiking weiterzutreiben.

9. Bei der Führung des Aufstandes der Arbeiter und Bauern müssen wir die Arbeiterbewegung in den wichtigsten Städten in Betracht ziehen und ebenso die Bewegung der Handwerker in den verschiedenen Bezirken. Wir müssen ihnen helfen, den Kampf selber weiterzutreiben und von wirtschaftlichen Kämpfen oder vom politischen Generalstreik zum bewaffneten Aufstand in der ganzen Stadt überzugehen.

10. Entsprechend unserer neuen Taktik für die Arbeit in der Armee muß das Kwangtunger Komitee alle in der Armee arbeitenden Genossen anweisen, an die Massen der einfachen Soldaten heranzugehen und zu versuchen, unter den Soldaten Agitation zu treiben, sie zum Aufstand, zur Rückkehr in ihre Dörfer und zum Eintritt in die Armee der Arbeiter und Bauern zu überreden. Hat ein Truppenteil eine Niederlage erlitten, so müssen wir die Bauern dazu bewegen, den zurückweichenden Truppen die Waffen abzunehmen, um uns selbst mit den so erhaltenen Waffen auszurüsten.

11. Zusammenfassend ist festzustellen, daß die gegenwärtige Lage in Kwangtung günstige Aussichten für das Vordringen der Arbeiter und Bauern bietet. Das gesamte Kwangtunger Komitee ist für diese Arbeit zu mobilisieren, muß bei jeder Entscheidung den Resolutionen dieser Konferenz Rechnung tragen und hat alles aufzubieten, um diese Resolutionen in die Tat umzusetzen.“

Einige Genossen haben bezweifelt, daß die Parteizentrale am Kantoner Aufstand überhaupt teilnahm. Das ist offensichtlich ein Mißverständnis. Die Parteizentrale war an dem Beschluß über das genaue Datum des Aufstandes nicht beteiligt, was hauptsächlich auf die Schwierigkeiten bei der Verbindung und die mangelnde Zeit zurückzuführen ist. [183]

*II. Die Vorbereitungen zum Kantoner Aufstand*

Das Kwangtunger Komitee (Bezirksleitung) erhielt die Instruktionen des Zentralkomitees der Partei am 26. November. Das Problem des in Vorschlag gebrachten Aufstandes wurde diskutiert, und das Kwangtunger Komitee stimmte dem Vorschlag des ZK einstimmig zu. Es wurde gleichfalls beschlossen, ein Manifest, das zum Aufstand aufrief, sowie Parolen für den Aufstand herauszugeben. Eine Militärkommission zur Leitung der militärischen Organisation und zur technischen Vorbereitung sollte organisiert werden. Wie die Komintern feststellte, waren die Vorbereitungen unzureichend. Obschon aber die Vorbereitung in ihrer Gesamtheit nicht als vollkommen bezeichnet werden konnte, obschon viele Mängel und Lücken zu verzeichnen waren, hat das Kwangtunger Komitee dennoch alles getan, was in seinen Kräften stand, und eine umfangreiche vorbereitende Arbeit geleistet. Wir wollen dafür einige gewichtige Belege geben:

1. Das Kwangtunger Komitee hat die Fehler der Politik des Abwartens beseitigt. Man kann sagen, daß das Kwangtunger Komitee die politische Vorbereitung zum Aufstand sofort in Angriff nahm und durchführte, nachdem die Parteizentrale beschloß, daß „der bewaffnete Aufstand die allgemeine Aktionspolitik der Partei sein soll". Damals marschierten Holung und Yehting nach Süden; das Kwantunger Komitee bereitete damals zum Empfang dieser Expedition den Aufstand in Swatau vor, der bei dem Eintreffen der Expeditionen vor diesen Städten beginnen sollte. Das Kwantunger Komitee hat zu diesem Zwecke eine umfassende Propagandaarbeit geleistet. Natürlich war diese Taktik der Verlegung des gesamten Schwergewichtes auf die zwei Expeditionen von Holung und Yehting, bei gleichzeitiger Behandlung der Arbeiter- und Bauernaufstände nur als ergänzende Momente, ein schwerer Fehler. Aber sogleich nach der Niederlage dieser beiden Expeditionen ging das Kwantunger Komitee unmittelbar dazu über, die Bauernaufstände und die Agrarrevolution zu fördern. So kam es in Hailufong sogar schon vor dem Kantoner Aufstand zum Sieg.

2. Das Kwangtunger Komitee hat die Massen in den politischen Kampf geführt. Nach dem Verrat Li Chi Sens im April führte das Kwangtunger Komitee wiederholt Massenkämpfe, so den politischen Streik vom 23. April und die zwei großen Demonstrationen – am Jahrestage des Kanton-Hongkonger Streiks (19. Juni) und am dritten Jahrestage der Shakee-Ereignisse (23. Juni). Zwar waren die Parolen damals nur „Kampf dem weißen Terror!", „Verlangt die Freilassung der politischen Gefangenen!" Die wichtigen Losungen „Nieder mit der Kuo Min Tang!" und „Kämpft für die Sowjetmacht!" wurden noch nicht ausgegeben. Aber die angeführten Tatsachen reichen hin, um zu zeigen, daß das Kwangtunger Komitee der Leitung der Massenkämpfe ständig seine Aufmerksamkeit zuwandte.

Die Expeditionen von Holung und Yehting erlitten im Oktober ihre Niederlage. Das Kwangtunger Komitee traf weitere Vorbereitungen und führte den Massenkampf unter der neuen Losung „Nieder mit der Kuo Min Tang". Der größte Kampf war die Demonstration der Seeleute am 14. Oktober. Zuerst traten die Seeleute von Kiangmeng und Swatau in einen wirtschaftlichen Streik. Sie konnten jedoch von dem Zentralvorstand des Seeleuteverbandes in Kanton keine Unterstützung erwarten, da dieser von dem „Reorganisationsausschuß", den Li Chi Sen eingesetzt hatte, besetzt worden war. Am 14. Oktober versammelten sich die Seeleute von Kanton, Hongkong, Swatau, Kiangmeng und Macao, mehr als 40.000 an der Zahl, in Kanton und veranstalteten eine riesige Demonstration. Als beim Abmarsch von einer Massenversammlung die Seeleute an dem Haupteingang des Gebäudes vorbeikamen, in dem der Zentralvorstand des Seeleuteverbandes untergebracht war, drangen die Massen in das Gebäude ein, erschlugen zwei Mitglieder des „Reorganisationsausschusses", besetzten das Gebäude und setzten ihre eigenen Funktionäre ein. Dieser kühne Streich der Seeleute löste eine überaus starke Wirkung aus. Andere Kantoner Gewerkschaften folgten diesem Beispiel und [184] besetzten die Räumlichkeiten ihrer Zentralvorstände, die von Regierungsagenten eingenommen worden waren.

Bei dem Kampf um die Besetzung des Hauptquartiers der Delegiertenkonferenz der Kantoner Arbeiter gerieten die Arbeiter in blutigen Konflikt mit der Polizei; auf beiden Seiten waren mehrere Tote zu verzeichnen. Am 19. Oktober ergriff die reaktionäre Regierung erneut scharfe Maßnahmen und die Arbeiter erlitten abermals eine Niederlage. Außer diesen bedeutenden Ereignissen muß die Teilnahme der Arbeiter an der Feier des 10. Jahrestages der Oktoberrevolution, zu deren Ehren eine große Demonstration stattfand, sowie an der Feier des 10. Oktober erwähnt werden. Bei diesen Demonstrationen riefen die Arbeiter: „Reißt die Sun-Flagge des weißen Terrors nieder und zieht die rote Fahne mit Hammer und Sichel auf!“, „Nieder mit der Kuo Min Tang !“, „Es lebe die Kommunistische Partei!“.

Inzwischen zwangen Wang Chin Wei und Chang Fa Kuai die Streikenden des Kanton–Hongkonger Hafenstreiks, auseinanderzugehen, die öffentliche Speisehalle und die Schlafsäle der Streikenden zu schließen. (Obschon der Kanton-Hongkonger Streikausschuß die Blockade Hongkongs am 10. Oktober aufhob, war der Streik faktisch noch nicht völlig liquidiert. Etwa 30.000 Arbeiter hielten sich noch in Kanton auf.) Die Streikenden veranstalteten eine große Demonstration und legten Feuer an die Häuser der Bourgeoisie und der reaktionären Cliquen.

Am 17. November gab das Kwangtunger Komitee nach dem Staatsstreich Chang Fa Kuais und Huang Chi Hsiangs die Parole der Sowjetmacht aus. Darauf berief Chang Fa Kuai eine Massenversammlung „Für den Schutz der Partei“ (d. h. der Kuo Min Tang) ein, die aber nichts anderes als eine Parade seiner Truppen war. Die Arbeiter drangen plötzlich ein, erhoben die rote Fahne und riefen den Soldaten zu: „Nieder mit der Kuo Min Tang!“, „Es lebe der Kantoner Sowjet !“, „Es lebe die politische Macht der Arbeiter, Bauern und Soldaten!“, „Brüder, Soldaten, kommt auf unsere Seite, kommt auf die Seite der Arbeiter!“ Die Soldaten legten Sympathien für die Arbeiter an den Tag. Chang Fa Kuai war wütend und ordnete die Verhaftung der Arbeiter an, – die Soldaten aber weigerten sich, seinem Befehl nachzukommen. Schließlich verhaftete die Leibgarde Chang Fa Kuais einige Arbeiter.

Am 26. November veröffentlichte das Kwangtunger Komitee einen Aufruf, in dem es zum bewaffneten Aufstand für den Sturz der politischen Macht der Kuo Min Tang aufforderte und die Errichtung der Sowjetmacht auf die Tagesordnung stellte. Folgende Parolen waren dazu ausgegeben:

„Sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen; Bewaffnung der Arbeiter und Bauern; für die unbeschränkte Freiheit der Versammlung, der Organisierung, der Rede und der Presse im Interesse der werktätigen Massen; Rückgabe aller Gewerkschaftsgebäude an die Arbeiter, Tötung aller Arbeiter, Verräter, Spitzel und Mitglieder des ‚Reorganisationskomitees‘; sofortige Wiedereinsetzung der Teilnehmer am Kanton-Hongkonger Streik in ihre Rechte; Unterstützung der Arbeitslosen in Höhe ihrer Normallöhne; allgemeine Erhöhung der Löhne; für die Arbeiterkontrolle der Industrie; Konfiszierung aller der Bourgeoisie gehörenden Häuser und Gebäude für die Unterbringung der Arbeiter; Expropriierung der Großkapitalisten zur Erleichterung der Lage der Armen; alles Land den Bauern und Soldaten; tötet den ganzen Landadel (Gentry) und die Großgrundbesitzer; für die Besserung der Lebenshaltung der Soldaten; Heraufsetzung der Entlohnung der Soldaten auf 20 (mexikanische) Dollar monatlich; organisiert revolutionäre Soldatenräte gegen die Militaristen; Kontrolle aller militärischen Ausgaben durch die Soldatenräte; nieder mit der Kuo Min Tang; nieder mit Chang Fa Kuai, Huang Chi Hsiang, Li Chi Sen und Huang Shao Hsiang; erschießt alle weißen Henker; es lebe da~ Bündnis der Arbeiter, Bauern und Soldaten; es lebe die politische Macht der Arbeiter, Bauern und Soldatenräte; nieder mit dem Imperialismus; es lebe das Bündnis des chinesischen Volkes mit der Sowjetunion; Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“

Diese Parolen wurden folgendermaßen zusammengefaßt: „Brot den [185] Arbeitern; Land den Bauern; alle Macht den Sowjets; alle Macht den Arbeitern, Bauern und Soldaten!“

3. Das Kwangtunger Komitee hat die Tendenzen zu einem verfrühten Aufstand im Schach gehalten. Nach der Demonstration der Seeleute am 14. Oktober ging die revolutionäre Stimmung der Massen sehr hoch. Die Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung vom 19. Oktober riefen eine große Entrüstung unter den Arbeitern hervor. Manche waren sogar für den sofortigen Aufstand. Das Kwangtunger Komitee hielt den Zeitpunkt für verfrüht und wies, da es wußte, daß wir noch nicht die genügenden Vorbereitungen getroffen hatten, darauf hin, „daß unsere Hauptaufgabe“

gegenwärtig darin besteht, die Organisierung der Kräfte der Arbeiterklasse zu stärken, die Forderungen des wirtschaftlichen und politischen Tageskampfes der Massen zu erweitern und die Notwendigkeit des Aufstandes zu propagieren". Das beweist, daß das Kwangtunger Komitee nicht putschistisch eingestellt war.

4. Das Kwangtunger Komitee hat die Illusionen einer „linken Kuo Min Tang" zerstört. Wang Chin Wei, Chang Fa Kuai und Huang Chi Hsiang betrachteten sich damals immer noch als „linke Kuo-Min-Tang-Leute". Sie gebrauchten viele radikale Phrasen, um die Massen auf ihre Seite zu ziehen und so ihren Angriff auf ihren politischen Feind, Li Chi Sen, zu stärken. Natürlich ließen sich die Massen von ihnen nicht irreleiten. Das Kwangtunger Komitee hat, abgesehen davon, daß es den Massen die Tatsache von Wang Chin Weis Verrat in Wuhan zur Kenntnis brachte, die arbeitslosen Eisenbahner, die Li Chi Sen nach dem 15. April entließ – sie zählten nach Tausenden –, dazu veranlaßt, von Wang Chin Wei die Wiederaufnahme zur Arbeit zu verlangen. Einige Genossen wandten sich gegen diese Politik mit der Begründung, daß man sich in einen Widerspruch verwickle, wenn man gegen Wang Chin Wei kämpfe und gleichzeitig Bittgesuche an ihn richte; dies müsse dazu führen, die Massen in Verwirrung zu bringen. Aber das Kwangtunger Komitee blieb fest. Was waren die Folgen davon? Wang Chiu Wei weigerte sich nicht allein, den Arbeitern ihre Forderungen zu bewilligen, sondern setzte Polizei und Truppen ein, um die Führer dieser Arbeiter zu verhaften. So überzeugten sich die Massen durch ihre eigene politische Erfahrung, welches das eigentliche Gesicht der sogenannten „linken Kuo Min Tang" war. Sie wandten sich deshalb von friedlichen Bittgesuchen zu demonstrativen Drohungen und gaben die Losung aus: „Nieder mit Wang Chin Weil" Chang Fa Kuai versuchte zu wiederholten Malen, mit der Kommunistischen Partei ins Einvernehmen zu kommen. Aber das Kwangtunger Komitee lehnte, ohne zu zögern, ab und brachte diese Tatsachen vor die Massen. Von da an begann die sogenannte „linke Regierung" Chang Fa Kuais sofort mit einer Terrorherrschaft.

5. Die Organisierung der Roten Garde. Sogleich nach dem 26. November nahm das Kwangtunger Komitee die Organisierung einer Roten Garde von 2000 Mann in Angriff. Diese Arbeit wurde sehr konspirativ betrieben. Die Arbeiter wurden in Kompagnien organisiert. Ebenso wurden zwei besonders zuverlässige Kompagnien der am besten geschulten, zu allem entschlossenen Kämpfer formiert (eine Kompagnie aus den Streikposten des Kanton-Hongkonger Streiks und eine Kompagnie von Seeleuten und Rikscha-Fahrern). In ähnlicher Weise wurden die Transportarbeiter und Chauffeure organisiert und die Transportmittel vorbereitet. Eine große Menge von eisernen Stangen, Stäben, Schwertern, Handgranaten, Bomben und Dynamit und eine kleine Zahl von Pistolen und anderen Handfeuerwaffen wurden geheim für den Gebrauch der Arbeiter vorbereitet. Auch ein Nachrichtendienst wurde eingerichtet. In fast allen Generalstäben der reaktionären Armeen und in allen Regierungsgebäuden gab es Beauftragte des kommunistischen Nachrichtendienstes.

6. Die Organisierung des Sowjets. In Anbetracht der absolut erforderlichen größten Konspiration bei unserer gesamten Tätigkeit war die Errichtung des Sowjets erst zu der Zeit möglich, als der Beschluß für den [186] Aufstand gefaßt wurde. Eine gemeinsame Sitzung von ungefähr 60 Abgeordneten der Kantoner Arbeiterdelegiertenkonferenz wählte 10 Mitglieder in das Exekutivkomitee des Sowjets. Die Konferenz der revolutionären Soldaten wählte drei Vertreter, die gleiche Zahl wählte auch der Bauernverband der Kantoner Vororte (von denen jedoch nur ein Delegierter an der Arbeit des Sowjets teilnahm). An dem Sowjet nahmen gleichfalls Vertreter der Kommunistischen Partei teil. Zwei Drittel der Mitglieder des Sowjets waren Arbeiter. Nicht allein der endgültige Beschluß zum Aufstand, sondern auch der Aktionsplan für den Aufstand wurde auf Sitzungen des Sowjets gefaßt und ausgearbeitet. Es ist hieraus ersichtlich, daß die Behauptung, der Kantoner Sowjet sei nicht gewählt worden, offensichtlich eine Entstellung der Tatsachen ist.

7. Die Gewinnung des Ausbildungsregiments. Bei seiner Tätigkeit in der Armee beschränkte das Kwangtunger Komitee seine Tätigkeit auf die in Kanton selbst stationierten Truppen. Zu den außerhalb der Stadt stationierten Truppen und zu den Regimentern in den verschiedenen Bezirken wurden keine Verbindungen aufgenommen. Das „militärische Ausbildungsregiment", das sich aus zwölf Kompagnien von Schülern der Militärschule von Wuhan zusammensetzte, war nach dem

Verrat von Wuhan nach Kanton gekommen. Das Kwangtunger Komitee leistete eine große Arbeit unter diesen Militärschülern. Die Mehrheit stand unter dem Einfluß der Kommunistischen Partei und war für die Sowjetrevolution. Außerdem sympathisierte ein bedeutender Teil der Soldaten des „Verteidigungsregimentes“ (Chin Pee Twan), des Artilleriebataillons und ein großer Teil der Soldaten der Wampooh-Militärschule gleichfalls mit der Kommunistischen Partei. Eine Soldatenkonferenz, die eine Woche vor dem Aufstand zusammentrat und an der sich 200 Soldaten beteiligten, nahm einstimmig eine Resolution an, in der sie ihre Bereitschaft erklärte, bis zum letzten Blutstropfen für die Revolution der Arbeiter und Bauern zu kämpfen. Die von der Kommunistischen Partei ausgegebenen Parolen, vor allem die Parole: „Das Land den Bauern und Soldaten!“, wurden von den Massen auf das wärmste unterstützt.

Zum Schluß: Wir müssen zugeben, daß die vorbereitende Arbeit des Kwangtunger Komitees unzureichend war. Dieser Mangel ist zweifellos eine der wichtigsten Ursachen der Niederschlagung des Aufstandes. Aber die Arbeit, die das Kwangtunger Komitee geleistet hat, bildet einen Teil unserer wertvollsten Erfahrungen und darf nicht vergessen werden. Um es offen zu sagen: Die vorbereitende Arbeit, wie sie oben dargestellt ist, verdient unser Lob und unsere Bewunderung und hätte ohne großes Geschick nicht geleistet werden können.

### *III. Die Ursachen der Niederlage des Kantoner Aufstandes*

Nach dreitägigem Bestehen wurde die erste Sowjetmacht, die in dem Gebiet der Kolonial- und Halbkolonialländer des Ostens errichtet worden ist, durch den von allen Seiten gegen sie gerichteten Angriff der vereinten Kräfte der imperialistischen Armeen und Flotten, der Söldnertruppen der Kuomintang-Militaristen, der Bourgeoisie sowie der „Volksmiliz“ des Landadels (Gentry) niedergeschlagen. Der Kantoner Aufstand hatte den Imperialisten einen großen Schreck eingejagt und die Kuomintang-Militaristen, den Landadel und die Bourgeoisie ganz von Sinnen gebracht. Es war deshalb nicht überraschend, daß die Imperialisten alles aufboten, um den Kuomintang-Militaristen bei der Niederschlagung des Aufstandes zu helfen. Die japanischen Marinetruppen gingen an Land und eröffneten das Feuer auf die Streitkräfte der Roten, wodurch die konterrevolutionären Truppen in Tschang Ti faktisch geschützt wurden. Englische Kriegsschiffe und Handelsschiffe retteten zahlreiche reaktionäre Kapitalisten und zahlreiche Angehörige des Landadels, die sie nach Honan oder Hongkong brachten, wo es diesen möglich war, ihre Kräfte für den Angriff auf Sowjet-Kanton in aller Ruhe vorzubereiten. Seeleute und Marinetruppen von dem englischen Kriegsschiff „Moreon“ und dem amerikanischen Kriegsschiff „Sacramento“ [187] wurden an Land gesetzt. So konnten Li Fa Lin und die konterrevolutionäre chinesische Marine, unter dem Schutz der englischen, amerikanischen, französischen und japanischen Imperialisten und weiterhin auch durch Truppentransporte unterstützt, Kanton bombardieren. Die verschiedenen militaristischen Cliquen der Kuomintang, die der Sieg des Kantoner Aufstandes zur Besinnung brachte, stellten die Streitigkeiten untereinander vorläufig ein und vereinigten ihre Anstrengungen zur Vernichtung des bestgehaßten Feindes. Was nun die objektiven Ursachen der Niederlage angeht, so waren die Kräfte unserer Feinde zweifellos den unseren überlegen und der Sturz der Sowjetmacht fast unvermeidlich. Was wir jedoch zu untersuchen haben, sind die subjektiven Ursachen der Niederlage, aus deren Studium wir viel lernen können. Es ist deshalb von Nutzen, bei dieser Untersuchung auch auf Einzelheiten einzugehen.

#### A. Die soziale Grundlage des Aufstandes und das Problem der Mobilisierung der Massen

Es ist eine Tatsache, daß die soziale Basis des Aufstandes nicht breit genug war. Wer aber behauptet, nur 5000 Menschen hätten am Kantoner Aufstand teilgenommen, kann zu Recht der bewußten Verleumdung beschuldigt werden. Es steht fest, daß über 20.000 Menschen aktiv am Aufstand teilnahmen.

Um es jedoch offen zu sagen: obschon 20.000 Menschen teilnahmen, kann die soziale Basis des Aufstandes nicht als hinreichend breit bezeichnet werden. Sogar die Konferenz der Kantoner Arbeiterdelegierten, die vor dem Verrat der Kuomintang unter der Führung der Kommunistischen Partei ins Leben gerufen wurde, hatte einen starken Einfluß auf beinahe 200.000 Menschen. Die wiederholten Angriffe Li Chi Sens, Wang Chin Weis und Tschang Fa Kuais setzten unseren Truppen natürlich hart

zu, aber 20.000 Mann ist eine zu geringe Zahl für einen Aufstand. Das wird von allen anerkannt. Die Beschuldigung jedoch, das Kwangtunger Komitee sei nicht in der Lage gewesen, die Massen zu mobilisieren, ist gleichfalls unbegründet. Sowohl vor als auch nach dem Aufstand hat das Kwangtunger Komitee in dieser Richtung große Anstrengungen unternommen, für die die Beweise hier kurz aufgezählt werden sollen.

1. Eine Woche vor dem Aufstand berief das Kwangtunger Komitee zwei Konferenzen der Sekretäre der Parteizellen ein. Auf der ersten Konferenz wurde die Frage eines Generalstreiks diskutiert; die Mehrzahl der anwesenden Genossen hielt einen solchen für möglich. Kurze Zeit nach der Konferenz sandten jedoch zahlreiche Zellensekretäre, einer nach dem anderen, Berichte ein, in denen die Schwierigkeiten eines Generalstreiks betont wurden. Die Aufmerksamkeit der zweiten Konferenz richtete sich deshalb vornehmlich auf die Diskussion des politischen Programms des Aufstandes und der Möglichkeiten, den Aufstand durch militärische Massenaktionen zum Ausbruch zu bringen. Die Partei berief ferner eine besondere Konferenz aller Zellenfunktionäre ein, um die Methoden des Aufstandes, den Beginn von Streiks und die Erweiterung der Organisation der Roten Garde zu besprechen.

2. Eine Woche vor dem Aufstand hielt die Kantoner Arbeiterdelegiertenkonferenz gleichfalls zwei Konferenzen ab. Auf der ersten Konferenz wurde die Frage des Generalstreiks diskutiert; die Mehrheit der vierzig anwesenden Delegierten hielt den Streik für möglich. Auf der zweiten Konferenz wurden Vertreter zur Bildung der Sowjets gewählt.

3. Ferner wurde eine Konferenz der Gruppenführer der Roten Garde einberufen. Die Konferenz beschäftigte sich ausführlich mit dem politischen Bericht und der Diskussion der Methoden zur Erweiterung der Organisation.

4. Das leitende Organ der Partei, die Sonderkommission der Kantoner Arbeiterdelegiertenkonferenz und das Komitee der Roten Garde traten täglich zusammen. Der Beschluß zum Aufstand wurde erst nach einer heißen Diskussion gefaßt. Es wurde allgemein beschlossen, unter den gegebenen [188] Umständen die Taktik anzuwenden, den Aufstand durch eine militärische Massenaktion zu beginnen.

5. Während des Aufstandes wurde die Rote Garde gruppenweise in verschiedenen Stadtteilen zusammengerufen. Fast alle Gruppen setzten sich nur aus unbewaffneten Arbeitern zusammen; diesen Gruppen organisierter Roter Garden folgten zahlreiche, gleichfalls unbewaffnete Leute.

6. Vor dem Beginn des Aufstandes wurde beschlossen, nach dem siegreichen Aufstand eine Massenversammlung zu organisieren, wofür jedoch kein ausführlicher Plan ausgearbeitet wurde. Gleichfalls wurde beschlossen, nach dem Beginn der militärischen Massenaktion durch die Kantoner Arbeiterdelegiertenkonferenz die Parole zum Generalstreik auszugeben und eine Massenversammlung zur Unterstützung der Sowjetmacht einzuberufen.

7. Vor dem Aufstand waren die Parteizellen über ihre Aufgaben folgendermaßen instruiert worden: 1. Propaganda für den Aufstand zu betreiben, 2. den Generalstreik vorzubereiten, 3. die Massen für den Beitritt zur Roten Garde zu mobilisieren.

8. Nach dem Aufstand am 11. und 12. waren die Versuche, Massenversammlungen einzuberufen, fehlgeschlagen; eine Versammlung von Delegierten wurde einberufen, an der über 300 Personen teilnahmen. Die Partei versuchte zweimal, Konferenzen der Zellensekretäre einzuberufen, was jedoch beide Male mißlang. Aber mehr als 1000 unbewaffnete, aktive Arbeiter und sogar Führer versammelten sich vor dem Hauptquartier der Roten Garde, wo sie darauf warteten, für den Kampf organisiert zu werden. Ein ständiger Strom von Arbeitern kam zum Hauptquartier des Aufstandes, wo sie Waffen verlangten; sobald sie eine Flinte oder eine Pistole erhielten, warfen sie sich in den Kampf. In jeder Straße und jeder Gasse waren Arbeiter mit roten Armbinden zu sehen. Dennoch erhoben sich die Massen nicht wie ein vulkanischer Ausbruch. Weshalb?

Die objektiven Gründe dafür waren folgende:

Die Kantoner Arbeiterklasse war gespalten. Die selbständige Haltung des Maschinistenverbandes durchbrach nicht nur die Einheit der Betriebsarbeiter; auch unter den Handwerkern und Angestellten

gab es die neuorganisierte sogenannte „Allianz der linken revolutionären Arbeiter“ und dies noch neben älteren Organisationen, die dem Kwangtunger Gewerkschaftsbund direkt angeschlossen waren. Somit waren nur etwas mehr als 60 Gewerkschaften unter der unmittelbaren Führung der Kantoner Arbeiterdelegiertenkonferenz. Obschon die drei reaktionären Organisationen keine starke Unterstützung unter den Massen fanden, konnten die reaktionären Führer dennoch den Namen dieser drei Organisationen dazu mißbrauchen, die ihnen angeschlossenen Gewerkschaften davon abzuhalten, sich dem Aufstand anzuschließen, was die Kräfte schwächte, die sonst der Kantoner Arbeiterdelegiertenkonferenz zur Verfügung gestanden hätten. Die streikenden Arbeiter der Kanton-Hongkong-Bewegung hatten während zweier Jahre die Führung der Arbeiterbewegung in Händen gehabt. Sogar nach der Aufhebung der Hongkonger Blockade, die von dem Streikausschuß im Oktober 1927 erklärt wurde, waren noch über 30.000 streikende Arbeiter in Kanton geblieben. Alle Kämpfe, die in Kanton geführt wurden, vor allem die politischen Kämpfe, waren von diesen Streikenden geleitet worden. Einen Monat vor dem Aufstand war es Wang Chin Wei gelungen, die Streikenden auseinanderzujagen. Es blieben von diesen Streikenden nur etwa 500 Mitglieder der illegalen Roten Garde übrig. Somit stellte die Auseinanderjagung der Streikenden der Kanton-Hongkong-Bewegung einen der entscheidendsten und schwersten Schläge der Reaktion gegen unsere Arbeit zur Mobilisierung der Massen dar.

Die subjektiven Ursachen waren folgende:

Es war vor dem Aufstand nicht zum Generalstreik gekommen. Obschon die Parteizentrale und auch das Kwangtunger Komitee beschlossen hatten, den Generalstreik zu erklären, mißlang dieser Versuch infolge der [189] Schwierigkeiten der objektiven Lage. Der Grund für die Einschlagung der Taktik, den Aufstand statt mit dem Generalstreik durch die militärische Massenaktion zu beginnen, lag in der Annahme, die reaktionäre Regierung würde sich den Umstand zunutze machen, daß der Belagerungszustand schon erklärt war, um militärische Kräfte gegen die Arbeiter einzusetzen, was zu einem vorzeitigen Ausbruch des Aufstandes hätte führen müssen. Man kam so zu der Annahme, es sei besser, einige Tage zu warten und den Aufstand gleichzeitig mit dem Generalstreik zu beginnen. Da es eine allgemeine Regel der Kunst des Aufstandes ist, den Generalstreik vor dem Aufstand zu beginnen, lag hier zweifellos mit dem gleichzeitigen Beginn beider Aktionen ein Sonderfall vor. Da vor dem Aufstand kein Generalstreik bestand, waren die Massen nicht durchweg über den Aufstand informiert. Sobald der Aufstand begann, entstand sofort eine Kampfsituation, und die Verbindungen wurden außerordentlich schwierig. Deshalb war es ziemlich erschwert, die Massen während des Kantoner Aufstandes zu konzentrieren.

Es fehlte an einer Organisation, die fähig gewesen wäre, der Sonderaufgabe der Mobilisierung der Massen während des Aufstandes gerecht zu werden. Die numerische Stärke der Kantoner Industriearbeiter war gering. Mit der Abspaltung der Maschinistengewerkschaft war ein bedeutender Teil der Betriebsarbeiter der Führung der Kantoner Arbeiterdelegiertenkonferenz, die damals hauptsächlich durch Handwerker und Angestellte unterstützt wurde, entzogen. Zudem war die Mitgliedschaft aller Verbände über die ganze Stadt zerstreut. Es war nur möglich, diejenigen zu Demonstrationen und Versammlungen zusammenzufassen, die in der Nähe der Hauptquartiere der verschiedenen Gewerkschaften wohnten. Die Parteiorganisation unter den Handwerkern und Angestellten richtete sich gleichfalls nach dem Aufbau der Gewerkschaftsorganisationen, und die Parteimitglieder der Zellen waren somit in der Regel über die ganze Stadt verstreut. Die Partei wandte die Straßenzelle als Organisationsform für Handwerker und Angestellte nicht an. Dadurch kam es, daß die Parteizellen unter den Seeleuten, Chauffeuren, Postangestellten, Druckern, arbeitslosen Eisenbahnern usw. beim Aufstand eine sehr geringfügige Rolle spielten. Außerdem waren die meisten aktiven Funktionäre der Gewerkschaften sowie die verantwortlichen Genossen der Parteizellen in die Rote Garde eingetreten und, sobald der Aufstand begann, im Straßenkampf festgelegt. Dadurch wurde die Mobilisierung der Massen einer ungenügenden Zahl von Funktionären überlassen.

Die Verbindung zwischen der Führung des Aufstandes und den Massen wurde in folgender Weise vernachlässigt: Wir hatten vor dem Aufstand an diese Schwierigkeit nicht gedacht, und es waren keine entsprechenden organisatorischen Maßnahmen getroffen worden. Objektiv hat dies die Mobilisierung der Massen verhindert.

Außer den hier angeführten Ursachen, die für die unzureichend breite soziale Basis des Aufstandes verantwortlich sind, lagen auch noch andere vor:

1. Unsere Politik den gelben Gewerkschaften gegenüber war unrichtig. Die Kwangtunger Parteiorganisation hat den gelben Gewerkschaften gegenüber niemals eine bestimmte und konsequente Politik befolgt, diese schwankte vielmehr zwischen äußerster Feindseligkeit oder Nichtbeachtung und der Einheitsfronttaktik, die aber leider nur mit den Führern, nicht aber mit den Massen gemacht wurde. Manchmal hielten wir mit unserer Aktivität unter den Massen sogar planmäßig zurück aus Angst, den Verdacht und die Eifersucht der Führer der gelben Gewerkschaften zu erregen. Die historischen Wurzeln dieses Fehlers lagen tief und konnten nicht im Handumdrehen beseitigt werden. Die Behauptung einiger Leute, daß die Mitglieder der gelben Gewerkschaften ausnahmslos gegen die Sowjetmacht eingestellt waren, widerspricht den Tatsachen. Einerseits ist es eine feststehende Tatsache, daß die Führer der Maschinistengewerkschaft ihre bewaffnete Sporttruppe (etwa 1000 Mann stark) zur Unterstützung der weißen Armee bei dem Angriff auf die Sowjetmacht aufboten. Andererseits aber ist es ebenfalls wahr, daß der größere Teil der [190] Mitglieder des Kwangtunger Arbeiterbundes und der sögenannten „Allianz der revolutionären Arbeiter“ freiwillig auf die Seite der Sowjetmacht trat, und daß sogar eine gewisse Anzahl von Mitgliedern der Maschinistengewerkschaft eine neutrale Stellung einnahmen (so die Arbeiter des Elektrizitätswerkes, der Telephongesellschaft und der Wasserwerke, die gegen die Sowjetmacht weder den Streik erklärten noch Sabotage betrieben). Die Kantoner Arbeiterbewegung war im allgemeinen gespalten, aber die revolutionären Arbeiterorganisationen hatten bei diesem Aufstand tatsächlich die führende Rolle. Nach der Niederlage des Aufstandes beschwerten sich manche Mitglieder der gelben Gewerkschaften, von dem Aufstand nicht rechtzeitig vorher in Kenntnis gesetzt worden zu sein. Bei einiger Anstrengung in der Arbeit unter diesen waren große Möglichkeiten gegeben, breite Massen ihrer Mitgliedschaft für die Teilnahme am Aufstand zu gewinnen oder sie dazu zu bringen, der sowjetfeindlichen Tätigkeit ihrer Führer ein Ende zu machen.

2. Unsere Arbeit unter den Bauern in den Dörfern wurde nicht richtig geleistet. Obschon die Arbeit der Partei unter den Arbeitern der verschiedenen benachbarten Bezirke bereits zur Schaffung einer soliden Grundlage geführt hatte, vor allem in Hai Lu Feng, war unsere Arbeit unter den Bauern der Kantoner Vororte und im Innern der Provinz nicht befriedigend. In den Kantoner Vororten gab es keine kommunistischen Zellen, unter den Bauern keine politisch geschulten Führer. Während des Aufstandes besetzten einige hundert Bauern aus den Vororten den Bahnhof der Kwang-Shan-Eisenbahn, und in der Nähe des Arsenals erhoben sich ebenfalls einige hundert Bauern. Aber die nach Hunderttausenden zählenden Bauern der Kantoner Vororte, die von den weißen Kräften hätten abgeschnitten werden können, wurden nicht mobilisiert. Die Bauernbewegung in Hai Lu Feng war gut entwickelt, lag aber zu weit ab. So war der Kantoner Aufstand isoliert.

3. Unsere Arbeit unter den Soldaten war unzureichend. Vor dem Verrat der Kuomintang hatte die Partei unter den Soldaten so gut wie nichts getan. Nur unter den Offizieren hatte man manövriert. Nach dem Verrat der Kuomintang blieb nicht genügend Zeit für die Arbeit unter den Soldaten übrig. Um es offen heraus zu sagen:

Wir hatten auf diesem Arbeitsgebiet keine Erfahrungen. Die chinesische Armee rekrutiert sich aus Söldlingen, unter denen die Arbeit besonders schwierig war. Während der Vorbereitungsperiode leistete die Partei nur unter den in Kanton stationierten Soldaten eine gewisse Arbeit. Das gesamte Ausbildungsregiment nahm an dem Aufstand teil. Aber unter den weißen Soldaten außerhalb der Stadt betrieben wir absolut keine Propaganda, so daß nur einige tausend Soldaten an dem Aufstand teilnahmen. Alles dies sind Ursachen, die für die beschränkte soziale Basis des Aufstandes verantwortlich zu machen sind.

## B. Die Frage der Wahl des Zeitpunktes für den Aufstand

In dieser Frage gab es unter den Genossen große Meinungsverschiedenheiten. Die Genossen, die die Ansicht vertraten, der Zeitpunkt sei nicht glücklich gewählt, argumentierten mit Lenins Ansicht über die Juli-Krise (3. bis 5. Juli 1917 in Rußland). Lenin sagte dazu:

„Ueber den 3. und 4. Juli kann man zu Recht folgendermaßen argumentieren: Es wäre vorzuziehen, die Macht zu ergreifen, denn wenn wir das ablehnen, so wird das unsere Feinde nicht davon abhalten, uns als Verführer zu bezeichnen und als Rebellen zu behandeln. Aus dieser Betrachtung kann man jedoch logisch keine Verpflichtung für die Machtergreifung ableiten, weil die objektiven Voraussetzungen für das Gelingen des Aufstandes fehlten."

Ob das obige Zitat zu Recht auf den Kantoner Aufstand angewandt werden kann, hängt davon ab, ob die damalige Lage in Petrograd der Lage in Kanton während des Aufstandes ähnlich oder mit ihr identisch war.

[191] Wir führen dazu folgende Tatsachen an:

Es ist gesagt worden, daß „es ein Fehler war, den Streik der Eisenbahner nicht auszurufen, was zur Folge hatte, daß es Li Fu Lin möglich war, die Eisenbahnen zum Transport der Truppen von Schao Kuan für den Angriff auf Kanton zu befördern". Nun, darauf ist zu erwidern, daß, obschon die Arbeiter der drei Eisenbahnen ursprünglich unter dem Einfluß der Kommunisten standen, wir unseren Einfluß verloren, und zwar seit dem 15. April, als nämlich Li Chi Sen uns zuvorkam und über tausend revolutionäre Arbeiter entließ, an deren Stelle er Mitglieder der gelben Gewerkschaften einstellte. Wie kann man unter diesen Umständen von Streik sprechen?

Wir haben alle anerkannt, daß die soziale Basis des Kantoner Aufstandes nicht breit genug war. Aber man muß daran denken, daß die dreißigtausend Streikenden der Kanton-Hongkong-Bewegung zwei Jahre lang die wirklichen Führer des politischen Kampfes der Kantoner Arbeiter gewesen waren, Wang Chin Wei und Tschang Fa Kuai jedoch schneller handelten als wir und sie im November mit Gewalt auseinandertrieben, wodurch wir eine sehr starke Kraft für den Aufstand verloren.

Man sagt, daß „der Zeitpunkt für den Aufstand etwas hätte hinausgeschoben werden müssen, wenigstens bis Tschang Fa Kuai und Li Chi Sen den Kampf offen begonnen hätten". Nun, dazu ist zu sagen, daß Wang Chin Wei schon am 9. Dezember aus Kanton an Tschang Fa Kuai telegraphiert und auch seine Frau in aller Eile nach Kanton geschickt hatte, wobei er Tschang Fa Kuai die Anweisung gab, das Ausbildungsregiment, das unter kommunistischem Einfluß stand, mit aller Entschiedenheit auseinanderzujagen, Mitglieder der Kommunistischen Partei und aktive Arbeiterführer zu verhaften und hinzurichten, die Gewerkschaften zu schließen, den Arbeitern jede Betätigung politischer oder gewerkschaftlicher Art zu verbieten, das Sowjetkonsulat in Kanton zu durchsuchen und den Sowjetkonsul aus China zu vertreiben. Das ist eine feststehende Tatsache, und Tschang Fa Kuai war fest entschlossen, diesen Anweisungen Folge zu leisten.

Die Frage, vor der wir standen, war sehr klar. Sollten wir die reaktionäre Clique als erste handeln lassen und eine völlige Vernichtung unserer Kräfte riskieren oder vor ihr zu Taten übergehen und sie vernichten? Weiter kam noch hinzu, daß die Massen sehr aufgebracht und erregt waren. Die Wellen der revolutionären Stimmung gingen sehr hoch. Würde die Reaktion irgendwelche Unterdrückungsmaßnahmen anwenden, so stand es fest, daß die Massen sich sofort erheben und ein unorganisierter Aufstand ausbrechen würde. Sollten wir unter diesen Umständen die Massen eine unorganisierte Revolte veranstalten und sich so der Niederschlagung durch die Feinde aussetzen lassen oder vielmehr einen planmäßigen und organisierten Aufstand durchführen, den Kräften der Reaktion somit einen schweren Schlag versetzen und für den Endsieg kämpfen? Der ursprüngliche Beschluß des Kwangtunger Komitees lautete, den Aufstand zu beginnen, nachdem die zwei einander bekämpfenden militärischen Cliquen den Kampf gegeneinander angefangen hätten. Zwingende Umstände nötigten jedoch, den Aufstand bereits am 11. Dezember zu beginnen. In der Tat waren wir zuerst zur Tat geschritten und hatten gesiegt, wenn auch nur für drei Tage. Hätten wir eine andere Taktik angewandt, so hätte dies unseren Feinden erlaubt, uns einen fürchterlichen Schlag zu versetzen, und die Sowjets hätten nicht einmal für drei Tage gesiegt.

Kann man nun die Lage in Petrograd im Juli 1917 als mit der Lage in Kanton im Dezember 1927 ähnlich oder identisch betrachten? Ich glaube nein; weder ähnlich noch identisch.

Die Ursachen für die Niederlage des Kantoner Aufstandes sind zahlreich, wie wir gezeigt haben, aber keine dieser Ursachen bezieht sich auf die Wahl des Zeitpunktes für den Aufstand. Wir sind der Ansicht, daß der Zeitpunkt für den Kantoner Aufstand nicht anders hätte gewählt werden können.

Ich möchte hier auf eine andere scheinbar berechtigte Kritik an der Taktik des Kantoner Aufstandes eingehen, die besagt, daß „eine der Ur-[192]sachen der Niederlage des Aufstandes in der Unterlassung der Konfiszierung der Bankguthaben bestand." Das stimmt mit Marx' Kritik an der Pariser Kommune überein. Aber es ist eine Tatsache, daß gerade, weil wir zuviel Zeit auf die Eroberung der Bank verwandten, unser Vormarsch auf Honan und gegen die weißen Truppen in anderen Orten verzögert wurde. Hätte die Kantoner Sowjetregierung wie die Pariser Kommune die Beschlagnahme der Banken als unangebracht betrachtet, so verdiente sie die gleiche Kritik. Aber das Manifest der Kantoner Sowjetregierung enthält die klare Feststellung, daß die Banken konfisziert werden sollten. Ich glaube, daß nur Stubenhocker, die nicht imstande sind, zu verdauen, was sie lesen, zur Kritik einzelner Umstände Zitate aus Marx und Lenin anführen.

### C. Fehler der militärischen Technik

China hat kein Dienstpflichtgesetz eingeführt, so daß die Arbeiterschaft praktisch über keine militärischen Erfahrungen verfügt. Die meisten Arbeiter hatten zum erstenmal ein Gewehr in der Hand. Nur wenige der während des Aufstandes eroberten Maschinengewehre wurden später von uns verwandt. Von den 25 Geschützen konnten wir nur vier oder fünf bedienen. All dies verminderte die militärische Schlagkraft der Revolutionäre. Aber auch die Leitung hat nicht wenige militärische Fehler begangen:

1. Der Aufstand begann nicht überall zur gleichen Zeit. Es ist anzuerkennen, daß der Kantoner Aufstand entschlossen, mutig, angriffslustig geführt wurde. Aber der Aufstand begann nicht überall gleichzeitig. So hätte z. B. der Aufstand in Honan, Wampooh (wo wir sogar einige militärische Kräfte hatten), Chilung usw. gleichzeitig mit der Bewegung in Kanton beginnen können. Das war jedoch nicht der Fall. Wäre dem so gewesen, so hätten wir nicht nur größere Kräfte zu unserer Verfügung gehabt, ganz abgesehen von der Ermutigung, die das für die Kämpfenden bedeutet hätte, sondern es wäre uns auch möglich gewesen, die Etappe des Feindes in Verwirrung zu bringen.

2. Wir schritten nicht sofort zur Verhaftung der reaktionären militärischen Führer. Die Verhaftung und Hinrichtung der feindlichen militärischen Führer hätte die feindlichen Truppen zumindest zeitweilig ihrer Führung beraubt, Verwirrung unter ihnen angerichtet und ihren Angriff verzögert. Wir dachten während des Kantoner Aufstandes nicht daran. So waren z. B. Tschang Fa Kuai und Kuang Chi Hsiang beide in Tangshan, wo sie von wenigen unserer Soldaten hätten gefangen genommen werden können. Aber wir versäumten das zur rechten Zeit. Es gelang ihnen, nach Honan zu entfliehen, von wo aus sie Truppen aus dem Gebiet des Westflusses gegen Kanton dirigierten.

3. Das Arsenal wurde nicht besetzt. Das Schetschin-Arsenal war nicht nur voller Waffen, sondern auch an einem für die Verteidigung Kantons strategisch äußerst wichtigen Punkt gelegen. Wir begingen einen Fehler, indem wir es unterließen, mit einer Abteilung der Roten Armee den aufständischen Bauern bei der Besetzung des Arsenals zu helfen.

4. Wir errichteten keine Straßenbarrikaden. Dieser Fehler erleichterte unseren Feinden das Vorgehen.

Da beim Kantoner Aufstand so zahlreiche militärische Fehler begangen wurden, überrascht es nicht, daß man zwölf Stunden nach Beginn des Aufstandes von der Offensive zur Defensive überging. Nachdem die Aufständischen einmal gezwungen waren, Defensivstellungen zu beziehen, statt anzugreifen, konnte der Aufstand als schon halb erledigt betrachtet werden. Dies ist eine der wichtigsten Ursachen für die Niederlage des Kantoner Aufstandes.

Wir müssen hier völlig eindeutig unsere Ablehnung der Theorie zum Ausdruck bringen, laut der die ausschlaggebende Ursache der Niederlage des Kantoner Aufstandes in der Ueberschätzung der militärischen Betrachtungsweise des Aufstandes lag, woraus dann gefolgert wird, daß wir einem [193]

„militärischen Opportunismus“ oder „militärisch-opportunistischen Methoden“ verfallen seien. Diese Auffassung ist äußerst schädlich. Was ist militärischer Opportunismus? Genau genommen bedeutet militärischer Opportunismus die Politik der Ersetzung des freiwilligen Kampfes der Massen durch Manöver der Führer. Etwas weiter aufgefaßt, bedeutet dies eine Politik, die die Massen nicht organisierte, die es unterließ, sie zu mobilisieren oder dem Massenkampf sogar Hindernisse in den Weg legte, ja schließlich sogar eine Politik, die die Massen übersieht und den Kampf auf außerhalb der Massen stehende militärische Kräfte basiert. Das trifft auf den Kantoner Aufstand nicht zu. Bezeichnet man den Drang der Massen nach Waffen und den Nachdruck, den die führenden Organe auf die militärische Aktion legten, als militärischen Opportunismus, so heißt das, die Bedeutung und die Rolle der militärischen Aktion der bewaffneten Massen beim Aufstand völlig verkennen. Der Ausdruck „militärischer Opportunismus“ wurde in der chinesischen Partei zu oft gebraucht und hat große Verwirrung angerichtet.

*

Subjektiv war die soziale Basis der Teilnehmer des Aufstandes nicht breit genug, und es wurden viele Fehler in der militärischen Technik begangen. Alles dies gemeinsam hatte die Niederlage der Kantoner Arbeiter im Dezember 1927 zur Folge.

Wir müssen hier jedoch eines völlig klar aussprechen. Selbst wenn keine subjektiven Fehler gemacht worden wären, war der Sieg nicht sicher. Die vereinten Kräfte der Imperialisten, der Kuomintang-Militaristen, der Bourgeoisie und des Landadels (Gentry) waren um ein Vielfaches stärker als die uns damals zur Verfügung stehenden Truppen. Selbst wenn die militärischen Kräfte der Kuomintang geschwächt oder durch den Krieg untereinander völlig aufgerieben worden wären, so blieben immer noch die Imperialisten übrig. Die Imperialisten blockierten Wuhan, bombardierten Nanking, sogar zu einer Zeit, als nur die Flagge der Kuomintang über diesen Städten wehte. Wer will dafür garantieren, daß die Imperialisten nicht gezögert hätten, Kanton, über dem die rote Flagge der Sowjetmacht wehte, zu beschießen? Wir müssen nachdrücklich feststellen, daß nur durch die Mobilisierung breiter Massen der Arbeiter, Bauern und Soldaten und nur, wenn unser Kampf wirksam und blutig ist, die Imperialisten, Militaristen und alle konterrevolutionären Kräfte von uns geschlagen werden können. Der Schluß, den wir daraus ziehen müssen, ist nicht, den Kampf aufzugeben, sondern alle revolutionären Kräfte zu mobilisieren, unsere Organisationen hundertfach zu stärken, unsere Fähigkeit, die Bewegung zu führen, und unsere Aufmerksamkeit zu vermehren, unseren Mut hundertfach zu steigern, um so die internationale Bourgeoisie und alle konterrevolutionären Kräfte in China zu schlagen.

Wenn auch der Feind uns vielfach überlegen war, wäre es feiger Opportunismus gewesen, den Arbeitern zuzurufen (wie Plechanow einmal sagte): „Ihr hättet nicht zu den Waffen greifen sollen!“

Natürlich können wir den Sieg nicht garantieren. Die Komintern hatte recht, als sie sagte: „Der Kantoner Aufstand ist ein tapferer und notwendiger Versuch der chinesischen Arbeiterklasse.“

Wir rufen alle Revolutionäre auf, die bewußte Verleumdung und die gemeinen Absichten jener zu bekämpfen, die den Kantoner Aufstand als eine voreilige Aktion, als Putsch, als militärischen Opportunismus, als „Spielen mit dem Aufstand“ bezeichnen.

### *IV. Der Kantoner Aufstand bedeutet den Anfang der Sowjetrevolution in China*

Die chinesische Revolution machte schnelle Fortschritte, während die Kommunistische Partei Chinas noch sehr jung war (sie ist erst vor acht Jahren gegründet worden). Unter diesen Umständen war mit Fehlern in der Taktik der revolutionären Bewegung zu rechnen. Wir wollen unsere Fehler nicht verbergen. Wir sollen aus unseren Fehlern lernen. Der Kan-[194]toner Aufstand gibt uns reiche Erfahrungen und wertvolle Lehren an die Hand. Obschon die Kantoner Sowjetmacht nur drei Tage dauerte, nimmt sie in der Erinnerung der chinesischen Arbeiter und Bauern einen wichtigen Platz ein. Die Kuomintang-Revolution ist abgeschlossen. Der Kantoner Aufstand war der Beginn einer neuen Periode der revolutionären Weltgeschichte. Die chinesische Sowjetrevolution hat begonnen! Ihre Parole ist:

Hißt die rote Flagge der Sowjets in China, in ganz Asien, in der ganzen Welt!

# Über die internationale Lage

Von G. Sinowjew (Moskau)

(Fortsetzung)[*)]

## II.

Die zweite Aenderung ist folgende: Lenin suchte nach Mitteln und Wegen, „unsere Existenz zu sichern bis zu dem nächsten bewaffneten Zusammenstoß zwischen dem konterrevolutionären imperialistischen Westen und dem revolutionären und nationalistischen Osten“. Mittlerweile ist es bereits zu einem solchen Zusammenstoß gekommen: wir sprechen von den Ereignissen in und um China. Der „konterrevolutionäre imperialistische Westen“ ließ seine Truppen in China einmarschieren, bombardierte Nanking und dann auch die chinesische Revolution an der ganzen Front. Nur mit Hilfe des konterrevolutionären imperialistischen Westens hat es Tschang-Kai-Schek vermocht, die chinesische Revolution vorübergehend niederzuwerfen.

Der Ausgang dieses Zusammenstoßes steht natürlich noch nicht endgültig fest. Die objektiven Aufgaben der chinesischen Revolution sind ungelöst und können „von oben“ überhaupt nicht gelöst werden. Das Urteil des 9. Erweiterten EKKI-Plenums in der chinesischen Frage hat sich bewährt. Dieser „Zusammenstoß“ ist nur einer der ersten. Es wird dort noch mehr Zusammenstöße geben und letzten Endes wird die chinesische Revolution Siegerin bleiben. Doch wie bedeutungsvoll das chinesische Problem auch sein mag, damit ist die ganze „Ostfrage“ noch nicht erschöpft: morgen schon können in Indien die Flammen emporschlagen und kann der englische Imperialismus in ihnen ein rasches Ende finden.

„Uns interessiert aber jetzt nicht diese Unausbleiblichkeit des endgültigen Sieges des Sozialismus. Uns interessiert die Taktik, die wir, die RKP, wir, die Sowjetmacht in Rußland, einhalten müssen, um zu verhindern, daß die westeuropäischen konterrevolutionären Staaten uns niederschlagen.“ (Lenin, „Gesammelte Werke“, russische Ausgabe, Band 18, Teil 2, Seite 127.)

Von diesem Standpunkt aus sind die Ereignisse in und um China 1927/28 von gewaltiger Bedeutung. Auf eine bestimmte Zeit hinaus – es ist heute schon klar, daß es sich um eine ganze Etappe handelt, die unter ungünstigen Bedingungen noch einige Jahre dauern kann[**)], – hat die chinesische Revolution eine Niederlage erlitten. Ihre vorübergehende Niederlage ist aber unvermeidlicher- und notwendigerweise unsere, der USSR, vorübergehende Niederlage – nicht anders, wie ihr Sieg unser Sieg gewesen wäre.

Wir haben es vermocht, unsere „Existenz zu sichern“ bis zum ersten großen bewaffneten Zusammenstoß zwischen dem konterrevolutionären imperialistischen Westen und dem revolutionären und nationalistischen Osten. Dieser Zusammenstoß endete mit einer Niederlage (einer vorübergehenden, keinesfalls endgültigen, aber doch ernsten Niederlage) des „revolutionären nationalistischen Ostens“. Dies ist eine ernstliche Aenderung des Kräftever-[195]hältnisses auf dem weltpolitischen Schauplatz, eine Veränderung, die nicht zu unseren Gunsten ist.

Lenin hat uns gelehrt: der größte Fehler, den Revolutionäre begehen können, ist, eine Niederlage der Revolution vor sich selbst zu verheimlichen; eine Niederlage zugeben, ihren Umfang und ihre Ursachen begreifen, ist schon der Anfang zu ihrer Ueberwindung.

Der „Rahm“ der imperialistischen Siege in China wird jetzt abgeschöpft: 1. Von den amerikanischen Imperialisten, die in China ein besonders großes Spiel spielen. 2. Von den englischen Konservativen, die die Lage zur „Einkreisung“ der USSR ausnützen und 3. vom japanischen Imperialismus. Am unklarsten war dabei bisher die Rolle des japanischen Imperialismus, denn die japanische Bourgeoisie lavierte außerordentlich geschickt, wandte äußerlich „sanfte“ „Katzenpfoten“-Methoden an. Nun duckt sich die japanische Raubkatze zum Sprung und sucht nur noch nach günstigen Ausgangspositionen. Eine gewisse Unterstützung Englands ist ihr sicher. Amerika ist unzufrieden. Doch diese Unzufriedenheit ist vorläufig eine passive; Amerika macht der Nanking-Regierung schöne Augen. Aber

[*)] Siehe „Die Internationale“, Heft 5 (1929).

[**)] Zwischen 1905 und 1917 liegt eine Etappe von zwölf Jahren. Doch heute ist der „Lauf der Geschichte“ viel rascher.

auch England war es nicht schwer, Nanking gegenüber fast die gleichen schönen Gesten zu machen wie Amerika. Für uns, folglich auch. für das ganze internationale Proletariat, besteht aber des Pudels Kern heute darin, daß um des Vorstoßes gegen die USSR willen selbst die amerikanischen Imperialisten Japan manches „verzeihen“ werden.

Die jüngsten Ereignisse im Afghanistan bedeuten ebenfalls einen gewissen Erfolg der „konterrevolutionären Imperialisten des Westens“. Höchstwahrscheinlich werden in nächster Zeit in der einen oder anderen Form Vorstöße des englischen Imperialismus gegen die kemalistische Türkei folgen. Hier wirken die afghanischen Ereignisse anreizend auf den imperialistischen Appetit. Der Vorstoß kann äußerlich „gutmütig“ sein – England wird sicherlich eine friedliche Variante vorziehen –, jedoch ist es höchstwahrscheinlich, daß es gerade in der allernächsten Zeit energische Versuche machen wird, die Türkei in ein ihm genehmes Fahrwasser zu drängen.

Letzten Endes werden die nationalen Freiheitsbewegungen der unterdrückten Völker zweifellos wieder aufflammen und sich mit der siegreichen proletarischen Revolution vereinigen. Doch Depressionsperioden sind möglich. Im großen und ganzen ist die Weltrevolution im Vormarsch. Doch innerhalb dieses Zeitalters sind „konterrevolutionäre Konvulsionen“ (Lenin) unvermeidlich.

III.

Die Völkerbund-Frage wird bei uns nur allzuoft rein „agitatorisch“ behandelt: der Völkerbund sei ohnmächtig, das Problem von Krieg und Frieden zu lösen, er tue nichts weiter, als zahllose Konferenzen einzuberufen, er komme nicht von der Stelle usw. Vor kurzem wurde der Völkerbund in der „Prawda“ (Nr. 196) vom Genossen Lapinski in seinem interessanten Artikel „Das Völkerbundsbüro und der Himalaya der Heuchelei“ als „schwindsüchtige Mißgeburt“ charakterisiert. Selbstverständlich kann und will der Völkerbund nicht dem Krieg ein für allemal ein Ende machen und überhaupt die bestehenden Widersprüche in der Weise lösen, wie es die Interessen der werktätigen Massen verlangen. Es ist keineswegs nutzlos, dafür Beweise zu bringen, den Völkerbund wegen seiner Ohnmacht, seiner hohltönenden Phrasen und verlogenen Deklarationen zu verhöhnen. Die Niederträchtigkeit der heutigen sozialdemokratischen Führer, die sich immer enger mit dem Völkerbund verbünden, muß entlarvt werden. Wenn die sozialdemokratischen Führer auf ihrem letzten Brüsseler Kongreß beschließen, mit der Abrüstung sei der Völkerbund zu betrauen, die Kontrolle über den Suezkanal sei in die Hände des Völkerbundes zu legen, jede Mobilisierung, selbst die „wirtschaftliche“, sei ohne Gutachten des Völkerbundes zu verbieten usw. usw., so müssen die Sozialchauvinisten dafür natürlich an den Schandpfahl gestellt werden. [196] Man muß sich jedoch darüber klar sein, daß die Führer der II. Internationale sich dem Völkerbund eben deshalb an die Brust werfen, weil er keine „schwindsüchtige Mißgeburt“, sondern ein ziemlich wichtiger Bestandteil des gegenwärtigen imperialistischen Systems ist. Der Völkerbund ist immerhin ein ziemlich geschickter Diener der Imperialisten: wo es sein muß, bringt er ein – vorübergehendes – Kompromiß zustande, schleift die scharfen Ecken der einen Frage ab, schiebt die andere hinaus, geht nochmals auf die Suche nach einem Kompromiß usw. An der Lösung einer der Hauptaufgaben der Imperialisten: der systematischen Isolierung der USSR, ihrer allmählichen Einkreisung, dem stillen unermüdlichen Unterminieren der Sowjetunion, arbeitet der Völkerbund nicht ohne Erfolg. Auch die „mustergültige Arbeit“ des Völkerbundes zur Hineinziehung Deutschlands in seine Reihen war für die Imperialisten von nicht unwesentlicher Bedeutung. Dieses Unternehmen ist ihm glänzend gelungen.

Was den Beitritt unseres Staates in den Völkerbund anbetrifft, so steht es damit nicht anders, als wenn eine Arbeitergewerkschaft einem Unternehmerverband oder Streikende einer Streikbrecherorganisation beitreten wollten. Davon ist und kann keine Rede sein. In diesem Punkte ist unsere Partei einmütig. Doch die praktische, reale, reaktionäre Bedeutung dieses Völkerbundes sehen, uns über einen bestimmten Erfolg seiner politischen Arbeit gegen uns klar sein, ist unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit.

Lenin wußte sehr wohl, von welchen inneren Widersprüchen und Konflikten das imperialistische Lager zerfressen wird. Nichtsdestoweniger ist sein letzter Aufsatz über die internationale Lage voll Unruhe und Sorge, es könnte „ihnen“, den Imperialisten, doch noch gelingen, sei es auch nur für

kurze Zeit, eine Einheitsfront gegen die Sowjetunion zu bilden. Diese Gefahr ist in letzter Zeit zweifellos gewachsen.

IV.

Wir haben uns in erster Linie mit den zwei wichtigsten Veränderungen der Weltsituation beschäftigt, doch damit sind die Veränderungen der Weltlage der USSR bei weitem nicht erschöpft.

Wenn wir von der wachsenden Gefahr des Zusammenschlusses einiger bedeutender kapitalistischer Staaten zu einem direkten Angriff gegen die USSR sprechen, so vergessen wir dabei keineswegs, daß es innerhalb des imperialistischen Lagers Widersprüche, Kampf, Rivalität, Feindschaft, Zwist gibt, die der Bildung der Einheitsfront gegen uns hinderlich sind.

Die Widersprüche innerhalb der kapitalistischen Welt sind zahllos und in der Zeit der Teilstabilisierung des Kapitalismus nehmen sie nicht ab, sondern im Gegenteil zu.

Nach dem Krieg und nach der russischen Revolution sind auf dem Weltschauplatz vier imperialistische Großmächte verblieben: die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Japan, Frankreich. Mit einigen Beschränkungen (siehe Abschn. I) kann ihnen noch eine fünfte Macht zugesellt werden – das im Aufstieg begriffene und bereits erheblich erstarkte Deutschland. Eine bedeutende, und zwar erzreaktionäre internationale Rolle kann das moderne faschistische Italien spielen. Jede der vier imperialistischen Großmächte rivalisiert in gewissem Maße mit den anderen. Die übrigen, kleineren Staaten gruppieren sich in verschiedenen, manchmal nur kurzlebigen Kombinationen um diese Riesenmächte.

Versuchen wir, die grundlegenden Widersprüche zwischen den einzelnen kapitalistischen Staaten und ganzen Staatengruppen aufzuzählen. Dies wird uns das Verständnis für die Hauptzüge des kommenden Krieges erleichtern.

1. Englisch-amerikanische Rivalität. Die Interessen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens kollidieren in Südamerika, Kanada, Australien, China, zum Teil auch in Deutschland. Beide Staaten wetteifern fieberhaft in Marinerüstungen. Amerika rüstet nicht nur gegen Japan, sondern auch gegen England. Die Vereinigten Staaten beabsichtigen, in den [197] nächsten 20 Jahren rund 3 Milliarden Dollar für den Bau neuer Kriegsschiffe auszugeben. Um Petroleum, Kautschuk usw. wird heftiger Krieg geführt. Es genügt, sich zu vergegenwärtigen, was für ein gigantischer Kampf zwischen den Vereinigten Staaten und dem britischen Imperialismus sich allein in Südamerika abspielt. Zu Beginn des Weltkrieges belief sich das in Lateinamerika investierte englische Kapital auf 5 Milliarden Dollar, das Kapital der Vereinigten Staaten auf 1,5 Milliarden Dollar. In einer Zeitspanne von nur 15 Jahren hat sich das Verhältnis von Grund aus geändert: das in Südamerika investierte englische Kapital hat um 15 bis 20 Prozent, das von den Vereinigten Staaten investierte aber um 300 Prozent zugenommen. Das von den Vereinigten Staaten in Lateinamerika investierte Kapital beträgt das 40 fache ihrer Kapitalanlagen in Europa. Es ist klar, was für eine erbitterte Konkurrenz zwischen den nordamerikanischen und den englischen Imperialisten sich schon allein um dieser leckeren Beute willen abspielen muß. Für die Zukunft ist die Rivalität zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien die bedeutendste und absolut ausschlaggebende. Doch heute ist der Konflikt zwischen ihnen noch nicht so weit gediehen, daß er eine direkte Erleichterung der Lage des einzigen proletarischen Staates auf der weltpolitischen Arena bringen, uns direkte Sicherheit gegen die Angriffe des englischen Imperialismus bieten könnte. Wäre der latente Konflikt dieser zwei größten Sklavenhalter schon zur Aktualität gediehen, so wäre die internationale Lage der USSR eine ganz andere. Soweit sind aber die Dinge noch nicht.

Das heutige bürgerliche Deutschland kann die Gegensätze zwischen den Vereinigten Staaten und England selbst in ihrer gegenwärtigen Gestalt ausnützen und tut es auch. Der Sozialistischen Union der Sowjetrepubliken stehen diese Möglichkeiten in viel geringerem Maße offen, denn beide bürgerlichen Gegner verbünden sich leicht gegen die Diktatur des Proletariats und sind beide bereit, ihr das Messer an die Kehle zu setzen. Die Zeit wird kommen – und sie ist nicht mehr fern –, wo gerade die englisch-amerikanische Rivalität, ohne jede Uebertreibung, die Welt erschüttern wird. Ihre Tendenzen verdienen die größte Aufmerksamkeit und sorgfältiges Studium seitens des internationalen

Proletariats, insbesondere aber des Proletariats der USSR. Doch Tendenzen, selbst wenn sie rasch wachsen, dürfen nicht mit einer vollendeten Tatsache verwechselt werden.

2. Amerikanisch-japanische Rivalität. Amerika liebäugelt mit China, das von Japan als seine „Domäne“ betrachtet wird. Amerika verlangt für China die Politik der „offenen Türen“, was von Japan als die Forderung aufgefaßt wird, Amerika die Türen zu den Märkten zu öffnen, die bereits von den Japanern besetzt sind oder doch morgen besetzt sein werden. China als Markt ist in der Zukunft eine gewaltige Rolle beschieden und ein munterer Krieg darum verlohnt sich. Außerdem fühlen sich die Vereinigten Staaten und Großbritannien als Rivalen auf dem Pazifik. Auf der Washingtoner Konferenz haben die Vereinigten Staaten Japan einigermaßen in die Enge getrieben, haben zwischen England und Japan eine gewisse Erkaltung herbeigeführt. Eine Zeitlang konnte man meinen, England und Japan stünden einander feindlicher gegenüber als Japan und Amerika. Doch 1927 kam es zu einer neuen Annäherung zwischen England und Japan – gegen die chinesische Revolution. Durch die Ereignisse von 1928 (Schantung usw.) treten die Gegensätze zwischen den Vereinigten Staaten und Japan, wenigstens in der Tendenz, besonders klar zutage.

Doch die militärischen und diplomatischen Vorbereitungen des einflußreichen Teils der japanischen Bourgeoisie richten sich in erster Linie gegen die USSR.

Für die nächste Zeit kann sich Japan gegen einen direkten Angriff der Vereinigten Staaten als gesichert betrachten, schon aus dem einen Grunde, weil die Marine Japans vorläufig noch stärker als die amerikanische ist, wenigstens dort, wo es heute schon zum Zusammenstoß kommen könnte. [198] Zugleich aber sind die Mandschurei und unser Küstengebiet allzu „verlockend“, und ein Ueberfall auf die USSR „im günstigen Augenblick“ scheint Japan das leichteste zu sein.

Auch hier muß man sich aber davor hüten, Tendenzen als etwas fix und fertiges zu betrachten. Japan wird sich mit den Vereinigten Staaten schlagen, doch ehe es dazu kommt, ist ein Ueberfall des japanischen Imperialismus auf die USSR durchaus möglich.

3. Englisch-französische Rivalität, die auch mit der Frage der französisch-italienischen Rivalität in engstem Zusammenhang steht. Durch die Entwicklung der Kriegstechnik ist England in erheblichem Maße der Vorzüge seiner Insellage beraubt. Französische Geschütze bedrohen die englische Küste, die Luftflotte kann London bombardieren, die französischen U-Boote gefährden ernstlich die englische Flotte usw. Dadurch wird England gezwungen, entweder in Europa nach zuverlässigen Kriegsverbündeten gegen Frankreich Umschau zu halten oder aber eine Verständigung mit Frankreich zu suchen.

England übernimmt in letzter Zeit die Schiedsrichterrolle zwischen Frankreich und Italien (diese beiden zanken sich, weil Italien sich vom Versailler Frieden „benachteiligt“ fühlt). Italien gegenüber legt England „Wohlwollen“ an den Tag, da es in ihm einen Faktor gegen die militärische Uebermacht Frankreichs in Europa erblickt.

In seinem Bestreben zur Isolierung der USSR bequemt sich England bisweilen zu einigen Zugeständnissen an Frankreich. Andererseits aber will es in die Kreise seiner sowjetfeindlichen Politik auch Deutschland hineinziehen, welches in letzter Zeit erneut mit England auf wirtschaftlichem Gebiet zu konkurrieren beginnt. In diesem Sinne kann man von französisch-englisch-deutscher Rivalität sprechen.

Die neueste Tatsache aber, die eine wesentliche Aenderung der ganzen europäischen und sogar der Weltlage herbeigeführt hat, ist das Abkommen zwischen England und Frankreich (Sommer 1928). Es wird vorläufig erklärt, dieses Abkommen erstrecke sich nur auf Marinerüstungen, es ist jedoch aller Grund zur Annahme vorhanden, daß es sich um mehr handelt. In erster Linie ist es Deutschland. das dieses englisch-französische Abkommen zu fühlen haben wird – in dem Sinne, daß in den mit dem Dawes-Plan zusammenhängenden Fragen, in Fragen der beschleunigten Rheinlandräumung ein stärkerer Druck ausgeübt werden wird, um Deutschland endgültig von der USSR „loszulösen“. Und das bürgerliche Deutschland wird zweifellos diesen Preis gerne zahlen, sich eine Erleichterung im Westen durch mehr oder minder demonstrativen Verzicht auf die „Ostorientierung“

erkaufen. Auf lange Sicht ist jedoch das Abkommen zwischen England und Frankreich zweifellos auch gegen die USSR gerichtet. Man hat den Eindruck, daß die Entente (unseligen Angedenkens) im Begriff ist, wiederzuerstehen, jedoch mit dem Unterschiede, daß ihr damals auch das zaristische Rußland angehörte, während sie sich jetzt vor allem gegen die USSR richtet.

Die letzten Tagungen des Völkerbundes bilden eine Bestätigung unserer Ausführungen über die Rolle Deutschlands. Briand runzelt drohend die Stirn, er schnauzt den deutschen Kanzler Müller förmlich an. England, das sich bisher als Vertreter und „Verteidiger" Deutschlands aufgespielt hat, trägt auf einmal größte Zurückhaltung und Zugeknöpftheit zur Schau. Dem rücksichtslosen Druck folgt irgendeine kleine Konzession und mit Vermittlung der französischen und deutschen Sozialdemokraten – bessere Makler als die „Genossen" Paul Boncour und Breitscheid kann man sich ja gar nicht wünschen – wird eifrig gekuhhandelt. Einer der wichtigsten Punkte dieser „Verständigung" wird die Einheitsfront gegen die USSR sein. Die neuesten Vorstöße der französischen Diplomatie lassen an Deutlichkeit ebenfalls nichts zu wünschen übrig. [199]

4. Französisch-deutsche Rivalität. Sie ist und bleibt Tatsache. Das bürgerliche Deutschland hat den Revanchegedanken keineswegs aufgegeben; er liegt in seinem tiefsten Herzensgrunde verborgen. England nutzt diesen Gegensatz geschickt zu seinem Vorteil aus, im Bestreben, sowohl Frankreich als auch Deutschland zu schwächen und zugleich diese beiden Staaten in seine sowjetfeindlichen Kreise hineinzuziehen.

5. Gegensatz zwischen den Vereinigten Staaten und ihren europäischen Schuldnerstaaten. Eine bestimmte Tendenz zur gegenseitigen Annäherung der europäischen Staaten, wobei die Spitze dieser Annäherung sich gegen den amerikanischen Gläubiger richtet, ist zweifellos vorhanden, doch auch sie darf nicht als vollendete Tatsache aufgefaßt werden, ihr arbeiten andere Tendenzen entgegen. Das Getue mit dem Kellog-Pakt[*)] hat dies zur Genüge gezeigt. Doch in der Perspektive ist dieser Gegensatz ebenfalls von Bedeutung.

Es kommen noch folgende Gegensätze hinzu: 6. Zwischen Deutschland und Polen; 7. zwischen England und Rumänien, Jugoslawien und der Tschechoslowakei; 8. zwischen Polen und Litauen; 9. zwischen Bulgarien und Jugoslawien; 10. zwischen Italien und Jugoslawien usw.

Alle diese Gegensätze sind mehr als genügend, damit aus ihnen allein ein neuer, viel verheerenderer Krieg als 1914/1918 entstehen kann. Der Kampf um Märkte, um Rohstoffquellen und infolgedessen um die Neuaufteilung der Welt (jedenfalls aber der Kolonien, Halbkolonien und Einflußsphären) verschärft sich immer mehr. Die Rüstungsausgaben wachsen ins Ungeheure: sie betrugen für die vier Großmächte und Italien im Jahre 1927/28 2100 Millionen Dollar gegen 1100 Millionen Dollar 1913. Die Kriegstechnik ist so „vervollkommnet", daß im Laufe weniger Minuten ganze Städte dem Erdboden gleich gemacht werden können.

Diese Gegensätze zwischen Amerika und England, Amerika und Japan usw. müssen studiert werden. Die breitesten Schichten des Proletariats müssen in die Mysterien der auswärtigen Politik eingeweiht werden. Man muß den Zusammenhang zwischen dem grundlegenden Gegensatz Washington-London und den „laufenden" Gegensätzen, z. B. Warschau-Wilna begreifen. Wir dürfen wegen der ersteren die letzteren nicht übersehen – was aber bei uns manchmal vorkommt. Die Ereignisse Warschau-Wilna können morgen schon für Moskau schmerzliche Auswirkungen haben, während der entscheidende Zusammenstoß zwischen Washington und London jedenfalls erst übermorgen

[*)] Die Unterzeichnung des Kellogg-Paktes durch unsere Regierung war vollkommen richtig. Ausschlaggebend hierbei ist die Erwägung, wie der imperialistischen Agitation und ihrem Hauptwerkzeug in den Massen, der Sozialdemokratie, am besten das Handwerk gelegt werden kann. Eine Ablehnung der Unterzeichnung dieses rühmlichen Paktes seitens unserer Regierung wäre von der Sozialdemokratie zu einer wütenden Hetze gegen uns in den breitesten Massen der Werktätigen ausgenutzt worden. Der Kellogg-Pakt war – abgesehen von anderen Punkten. worüber ein anderes Mal mehr – eine Art „Einheitsfronttaktik" der Bourgeoisie und Sozialdemokratie. Gerade im Interesse der Aufdeckung dieses Manövers war die (selbstverständlich motivierte) Unterzeichnung des Kellogg-Paktes unsererseits geboten – unter gleichzeitiger breitester bolschewistischer Aufklärungskampagne. Die Unterzeichnung des Paktes bietet uns an und für sich natürlich keinerlei Garantien gegen bewaffnete Ueberfälle. Irgendwelche Illusionen nach dieser Richtung hin wären verderblich.

zum Austrag kommen wird. Der Sieg des Faschismus in Jugoslawien und das in Entstehung begriffene Bündnis der ausgesprochen faschistischen Staaten können in einer verhältnismäßig nahen Zukunft gegen uns ausgenutzt werden.

Das ist der Grund, warum wie die zwei oben skizzierten wichtigsten Veränderungen in der Weltlage der USSR in den Vordergrund stellen: 1. veränderte Rolle Deutschlands, 2. vorübergehende Niederlage der chinesischen Revolution.

Es ist die Natur des Kapitalismus, daß in seinem Innern Gegensätze sich anhäufen, aus denen Kriege und Revolutionen entstehen. Um so mehr gilt dies für den Kapitalismus in seiner imperialistischen Entwicklungsphase, [200] besonders, wenn der Imperialismus nach ungeheuren Erschütterungen, die ihm nahezu den Kopf gekostet haben, eine Teil„stabilisierung“ durchmacht.

Neue Zusammenstöße und neue Kriege zwischen den imperialistischen Staaten sind unvermeidlich. Es handelt sich nur darum, ob es die Herren Imperialisten vorziehen, zuerst die USSR zu bekriegen und erst nachher einander in die Haare zu fahren. Die Imperialisten sind der Auffassung, daß, wenn sie nicht gegen die USSR zu Felde ziehen, sie um so eher gegeneinander losgehen werden. Den Imperialisten fällt es schwer, ja es ist ihnen unmöglich, sich auf längere Zeit hinaus zu verständigen und eine einigermaßen feste Einheitsfront zu bilden. Das ist schon richtig. Doch eine relative und vorübergehende Einheitsfront gegen den gemeinsamen Feind, gegen die USSR, ist für sie erreichbar.

(Schluß folgt.)

*

## Die Wehrdiskussion in der SPD.

Von A. Fried

Schluß

### *2. Die „linke“ Form des Sozialimperialismus*

Das „linke“ Wehrprogramm, das in der ersten Fassung von der Redaktion des „Klassenkampf“ veröffentlicht und im Verlauf der Diskussion in den Bezirks- bzw. Unterbezirkskonferenzen der SPD in Zwickau, Plauen und in Leipzig zurechtgestutzt wurde, ist der zusammenfassende Ausdruck für die „linke“ Form der sozialimperialistischen Ideologie. Der besondere Charakter dieser Ideologie wird bestimmt 1. durch den fundamentalen Widerspruch zwischen dem „grundsätzlichen“ Teil des Programms und dem „Aktionsprogramm“, das die praktische Bewilligung der Mittel für die im ersten Teil abgelehnte bürgerliche Wehrmacht enthält, 2. durch die nicht weniger krassen Widersprüche innerhalb des „grundsätzlichen“ Teils selbst, die sich aus dem Versuch ergeben müssen, den Sozialimperialismus mit revolutionären Phrasen zu maskieren.

Der Widerspruch zwischen der grundsätzlichen Ablehnung jeder Wehrmacht im kapitalistischen Staate und den beiden ersten Punkten des Aktionsprogramms („Keinerlei Mobilisierung ohne Parlamentsbeschluß – Parlamentarische Kontrolle der Reichswehr – Herabsetzung der Ausgaben für den Wehretat“) ist so offenkundig, daß er keiner weiteren Erläuterung bedarf. Die ganze Verlogenheit der „linken“ Phrasen kam in diesem Fall so unverhüllt zum Ausdruck, daß die Leipziger sozialdemokratischen Führer selbst eine Korrektur dieser Selbstentlarvung als nötig empfanden. So wurde der Punkt 2 des Aktionsprogramms („Herabsetzung der Ausgaben für den Wehretat“) im Leipziger Programm in folgenden Satz umgewandelt: „Dauernder Kampf um die Herabsetzung der Ausgaben für den Wehretat, bis zur völligen Beseitigung aller Rüstungsausgaben.“ Womit am Sinn der Zustimmung zum Reichswehretat nichts geändert, nur die nüchterne Wirklichkeit der sozialimperialistischen Ideologie utopisch verklärt wird.

Die Widersprüche innerhalb des grundsätzlichen Teils selbst konzentrieren sich um die Probleme des imperialistischen Krieges. Die Stellungnahme zum imperialistischen Krieg wird im § 2 des grundsätzlichen Teils formuliert:

„In der kapitalistischen Epoche trägt jeder Krieg stets den Charakter des herrschenden Imperialismus. Deshalb lehnt die Sozialdemokratie jeden Krieg ab, mag er auch bei seinem Beginn als Verteidigungskrieg oder als Krieg zum Schutz der Neutralität bezeichnet werden.“

Diese Formulierungen sind auch in den „verbesserten“ Auflagen des „linken“ Programms (Leipzig, Plauen) beibehalten worden. Sie enthalten die Leugnung und die Ablehnung der revolutionären Kriege [201] im Zeitalter des Imperialismus, sie vertuschen den Gegensatz zwischen diesen und den reaktionären Kriegen und stempeln jeden Krieg ohne Rücksicht auf den Klassencharakter des Krieges zum imperialistischen Krieg. Damit wird der „grundsätzliche“ Teil dieses Programms zu einer Begründung aller konterrevolutionären Handlungen gegenüber den Verteidigungskriegen der Sowjetunion, der unterdrückten Kolonialvölker und der proletarischen Staaten, die in der Zukunft nach Sturz der kapitalistischen Staaten in Deutschland, Frankreich usw. errichtet werden. Im Widerspruch zu diesem entscheidenden Absatz des „linken“ Wehrprogramms steht der Absatz IV, in dem es heißt,

„daß es zugleich notwendig ist, diejenigen proletarischen Machtmittel zu schaffen, deren die werdende sozialistische Gesellschaft zu ihrer Verteidigung bedarf“.

Die Verfasser sind sich der Konsequenzen ihrer Formulierungen bewußt gewesen und haben versucht, diese Widersprüche auf ihre Weise zu „lösen“. Im Sonderheft des „Klassenkampf“ zum Wehrprogramm, in dem jeder Satz des linken Programmentwurfs nach der Art von Bibelversen in besonderen Artikeln kommentiert wird, begründet Max Seydewitz, weshalb die Formulierungen der Brüsseler Abrüstungsresolution übernommen wurden, und weshalb sie nicht wenigstens durch eine Anerkennung der Notwendigkeit von revolutionären Verteidigungskriegen und Befreiungskriegen ergänzt worden sind:

„Berücksichtigen können wir bei den Formulierungen für ein Programm der deutschen Partei auch nicht die Möglichkeit revolutionärer Kriege aufstrebender Nationen in Asien usw. ... Alle diese Möglichkeiten, die in Deutschland wie in jedem anderen europäischen Lande zur Begründung einer unklaren Stellung dem Kriege gegenüber benützt werden (!), gehören in das Programm der Internationale.“

(Sonderheft des „Klassenkampf“, S. 17.)

Diese Sätze enthalten die Ablehnung der Möglichkeit, revolutionäre Kriege auch für Deutschland überhaupt nur in Betracht zu ziehen. Ebenso wenig wird zur Frage der Verteidigung der Sowjetunion Stellung genommen, während in der praktischen Diskussion in den Bezirken die Engelbert Graf, Zweiling und andere unter dem Druck der sozialdemokratischen Arbeiter das Recht der Sowjetunion auf Rüstungen nicht in Abrede zu stellen wagten.

Dasselbe Spiel bei der Frage der proletarischen Wehrhaftigkeit. Während der ursprüngliche Entwurf im „Klassenkampf“ selbst vor diesem Ausdruck zurückschreckt, wird im Leipziger und im Plauener Entwurf von der proletarischen Wehrhaftigkeit gesprochen, wobei die Leipziger Fassung die Wehrhaftmachung des Proletariats „zu den wichtigsten sozialpädagogischen Aufgaben (!) der proletarischen Klasse“ zählt. Die Wehrhaftmachung des Proletariats als eine sozialpädagogische Aufgabe zu bezeichnen, bedeutet praktisch, die Bewaffnung des Proletariats durch Vorträge in den Volkshochschulen zu ersetzen.

So führt der Versuch der „linken“ Wehrprogrammatiker, die sozialimperialistische Ideologie durch allgemeine radikal und revolutionär klingende Redensarten zu umhüllen, zu immer neuen Widersprüchen zwischen Theorie und Praxis, aber auch innerhalb ihrer Theorie zu immer neuen Widersprüchen, die sich aus der „Ablehnung der Wehrmacht“ und der praktischen Bejahung der gesamten reformistischen Staatsauffassung ergeben. In diesen Widersprüchen offenbart sich aber die Verringerung der Manövrierfähigkeit der „linken“ Sozialdemokratie. Die Reformisten rechter und linker Couleur haben ganz gut begriffen, daß die Verbindung der Wehrfrage mit der Staatsfrage in ihrer konkreten Gestalt als Frage des praktischen Klassenkampfes jene Gefahrenzone ist, von der aus die Diskussion zu einer Erschütterung der gesamten reformistischen Politik führen muß.

*

Aus dieser Erkenntnis der gemeinsamen Gefahr für die rechte und „linke“ Fraktion der SPD. erklärt sich der besondere Charakter der [202] gesamten Wehrdiskussion. Die „linke“ Ablehnung des offiziellen imperialistischen Wehrprogramms gebärdete sich zuweilen sehr radikal und ging – in den abstrakten Feststellungen über den Klassencharakter des bürgerlichen Staates, der bürgerlichen

Wehrmacht – weiter denn jemals in den Diskussionen seit dem Kieler Parteitag. Aber diese abstrakte Polemik gegen das Wehrprogramm des Parteivorstandes, die zuweilen die Form einer Polemik gegen die reformistische Staatstheorie überhaupt annahm (namentlich in der „Plauener Volkszeitung"), hatte einen sehr konkreten Zweck: es galt, die Diskussion auf die abstrakte Wehrdiskussion zu beschränken, um zu verhindern, daß die Rebellion der sozialdemokratischen Arbeiter die Basis der reformistischen Politik überhaupt erschüttert. Es galt, die reformistische Theorie der Bejahung des bürgerlichen Staates zu „bekämpfen", damit die Praxis der Staatsbejahung, die Koalitionspolitik, gerettet werden kann. Es galt, einen „Kampf" gegen das Wehrprogramm, losgelöst von allen brennenden Tagesfragen des proletarischen Klassenkampfes zu führen, damit die staatsbejahende arbeiterfeindliche Sozialpolitik der Reformisten durchgeführt werde. Die vorgetäuschte Entrüstung über Stampfers allzu offene Bekenntnisse zum bürgerlich-imperialistischen Staat ging Hand in Hand mit der Unterstützung der Spaltungsaktion der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, die einen wesentlichen Teil der imperialistischen Kriegsvorbereitungen bildet.

Das ist die Klassenrolle der „linken" Sozialdemokraten und ihrer Wehrdiskussion in der gegenwärtigen politischen Lage. Der Plan einer Beschwichtigung der Arbeiterrebellion im sozialdemokratischen Lager durch einen „Kampf" gegen das offizielle Wehrprogramm, der Plan, die Diskussion zu einer Ablenkung von den großen Tagestragen des Klassenkampfes, der Kriegsvorbereitungen, der Koalition zu benützen, war nicht ungeschickt ausgedacht. Aber ein noch so raffiniert ausgeklügeltes Manöver der „linken" SPD. kann an den grundlegenden Tatsachen der dritten Periode des Nachkriegsimperialismus nichts ändern. Und diese Tatsachen sind es, die den Charakter der tieferen Krise der SPD. bestimmen, die zur Verringerung der Manövrierfähigkeit der gesamten SPD. einschließlich des „linken" Flügels führen und zur unvermeidlichen Umwandlung ihrer ideologischen Krise in eine organisatorische Krise treiben.

*3. Die Etappen der Wehrdiskussion in der SPD.*

In diesem Zusammenhang muß die Verschiebung des Magdeburger SPD-Parteitages in ihren Ursachen und in ihrer Bedeutung begriffen werden.

Die Verschiebung des Parteitages der SPD signalisiert unzweifelhaft eine neue Etappe in der Wehrdiskussion, aber auch eine neue Etappe in der Krise des Sozialimperialismus überhaupt. Der Plan, den Parteitag nach dem Wunsch des Parteivorstandes (und auch der „linken" Führer) durch eine friedliche Annahme des – eventuell stilistisch modifizierten – offiziellen Wehrprogramms zu beenden und damit die ganze Wehrdiskussion aus der Welt zu schaffen, drohte durch die Rebellion der sozialdemokratischen Arbeiter über den Haufen geworfen zu werden. Der Magdeburger Parteitag, der ein Ausweg aus der Panzerkreuzerkrise sein sollte, erwies sich als eine neue Gefahr nicht nur für die Durchführung der imperialistischen Wehrpolitik, sondern für die Durchführung der Koalitionspolitik überhaupt. Dieselbe Zuspitzung der Klassengegensätze, die die mehr oder minder latente Krise der bürgerlichen Demokratie und des Parlamentarismus in Deutschland in eine scharfe akute Krise umwandelte, führt auf dem Wege der Wehrdiskussion zu einer Krise der Koalitionspolitik der SPD. Dieselbe Radikalisierung der Arbeiterschaft, die sich an der Wirtschaftsfront des Klassenkampfes im wachsenden Kampfwillen, im Uebergang zur Gegenoffensive gegen die Unternehmeroffensive ausdrückt, tritt innerhalb der Sozialdemokratie als empörte Opposition gegen den imperialistischen Kurs der SPD auf.

[203] In dieser Situation hat der Parteivorstand die Verschiebung des Parteitages beschlossen. Der plumpe und lächerliche Versuch einer Begründung der Verschiebung mit der Kälte und dem drohenden Hochwasser, der nicht minder lächerliche Versuch der „politischen" Begründung zeigen in drastischer Form die Hilflosigkeit der Sozialimperialisten angesichts der wachsenden Krisenwelle. Der Parteitag ist verschoben, die Krise geht weiter. In welcher Richtung?

Die Antwort ergibt sich aus der weiteren Entwicklung der Klassengegensätze, die die nächste Etappe der Wehrdiskussion in der SPD bestimmen wird. Um ihren Charakter zu bestimmen, muß die dialektische Entwicklung der Wehrdiskussion von Anfang an ins Auge gefaßt werden. Der Ausgangspunkt war die konkrete Wirklichkeit, der Panzerkreuzerbeschluß vom 10. August, die

sinnfällige Demonstration der Koalitionspolitik. Dieser konkreten Wirklichkeit entsprach der leidenschaftliche Empörungssturm, der die ersten Ansätze zur organisatorischen Krise der SPD mit sich brachte.

Die zweite Etappe der Wehrdiskussion zeigt die tiefere Zuspitzung der Gegensätze zwischen der antiimperialistischen klassenmäßigen Einstellung der sozialdemokratischen Arbeiter und den Sozialimperialisten. In dieser Etappe gelingt es der „linken" Fraktion, diesen Prozeß der Vertiefung der Klassengegensätze innerhalb der SPD durch die künstliche Einengung und Lokalisierung der Diskussion auf eine abstrakte, von der lebendigen Wirklichkeit losgelöste Polemik teilweise zu hemmen und zu verlangsamen, in dieser Etappe der Diskussion zeigt sich gleichzeitig, daß die sozialdemokratischen Arbeiter die Notwendigkeit des organisatorischen Bruches mit der SPD und des Anschlusses an die KPD noch nicht erkennen und vielfach die Illusion haben, ihre Auffassung noch innerhalb der SPD. durchsetzen zu können. Die Opposition wächst jedoch an Tiefe und Breite, sie kommt an die Schwelle des organisatorischen Bruches heran. Die wachsende ideologische Klarheit zeigt sich in der Anerkennung des Rechts der Sowjetunion auf Rüstungen, in der Erkenntnis des grundlegenden Gegensatzes zwischen dem bürgerlichen Deutschland und dem proletarischen Sowjetstaat, einer Erkenntnis, der sich die „linken" Führer nicht mehr offen entgegenzustellen wagen wie noch vor einem halben Jahr zur Zeit der Panzerkreuzerkampagne. Andererseits wird die Erkenntnis vom offenen imperialistischen Charakter des offiziellen Wehrprogramms noch von keiner klaren Erkenntnis des Charakters der „linken" Betrugsmanöver begleitet, wenn auch die Ansätze dazu sich mehren. Dementsprechend ist das charakteristische Resultat dieser Etappe die erstmalige Herausbildung einer Opposition in den bisherigen rechten Hochburgen der SPD. (Hamburg, Württemberg, Köln, Ruhrgebiet) und der anwachsende Druck der oppositionellen Arbeiter auf die „linken" Führer in Sachsen, Berlin usw.

Die dritte Etappe der dialektischen Entwicklung führt auf dem Wege der „Negation" der zweiten Etappe zur lebendigen konkreten Klassenwirklichkeit zurück: aber diese Wirklichkeit wird nicht mehr an der Hand einer einzelnen Tatsache, des Panzerkreuzerverrats, sondern in der Gesamtheit der Klassenbeziehungen, als Klasse gegen Klasse erfaßt. Die Wehrfrage wird immer mehr als ein Teil der gesamten imperialistischen Politik des Reformismus, in ihrem Zusammenhang mit der Koalitionspolitik, mit der Abwürgung der Streiks und Lohnkämpfe, mit den Schiedssprüchen und dem Spaltungskurs der reformistischen Bürokratie erkannt. In dieser Etappe erkennen breite Schichten der sozialdemokratischen Arbeiter die Notwendigkeit des organisatorischen Bruches mit der SPD und des Anschlusses an die revolutionäre Partei des Proletariats, an die KPD.

Diese nächste Etappe der Wehrdiskussion ist nicht mehr eine Etappe der – Wehrdiskussion. Sie wird über den Rahmen eines abstrakten Kampfes gegen das imperialistische Wehrprogramm hinausgehen und über eine Krise der Koalitionspolitik in der SPD zur Krise des Reformismus überhaupt führen.

[204] Wir wiederholen, daß diese Richtung der Entwicklung durch die gesamte Entwicklung der Klassengegensätze in Deutschland, durch das Wesen der dritten Periode selbst bestimmt wird. Das Tempo, die Tiefe und Breite der Entwicklung werden aber wesentlich durch die Rolle der Kommunistischen Partei bestimmt. Auch hier sehen wir dieselbe eigentümliche Natur der dialektischen Entwicklung. Die führende Rolle unserer Partei in der Beeinflussung der Krise der SPD tritt in der ersten Etappe nicht nur in ideologischer, sondern auch in organisatorischer Form hervor (Volksbegehren). Diese organisierende Form der Beeinflussung der Krise tritt in der zweiten, abstrakten Etappe der Wehrdiskussion mehr in den Hintergrund. In der dritten Etappe gilt es, sie auf einer höheren Stufe, in gewaltig verstärktem Maße als den entscheidenden Faktor in der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung in die Waagschale der Klassenkräfte zu werfen. Nicht nur die theoretische, auch die organisatorische Aktivität der Partei bei der Anwendung einer zähen und energischen Einheitsfronttaktik von unten muß sich selbstverständlich auf einer höheren Stufe bewegen als in der ersten Etappe zur Zeit der Panzerkreuzerkampagne. In theoretischer Hinsicht bedeutet dies, daß der Kampf sich gegen die Gesamtheit der reformistisch-sozialimperialistischen Ideologie richtet, daß die sozialfaschistischen Tendenzen des Reformismus mit aller Klarheit herausgearbeitet und mit den Problemen der Wirtschaftskämpfe, der sozialen Verschiebungen innerhalb der Arbeiterklasse usw. im engsten

Zusammenhang aufgezeigt werden. In organisatorischer Hinsicht muß unser Hauptbestreben in der aktivsten Förderung und Beschleunigung des organisatorischen Bruches der sozialdemokratischen Arbeiter mit der SPD und ihrer Eingliederung in die KPD bestehen. Die Generalauseinandersetzung mit dem Sozialimperialismus ist im Gange. Die in der Panzerkreuzerkampagne angeblich „geschlagenen" Kommunisten werden aus ihr als die Sieger hervorgehen.

*

## Die Arbeiterklasse und die Steuerfrage

*Die Debatte auf dem Jenaer Parteitag 1913 und die Praxis der Sozialdemokratie von heute*

Von Th. Neubauer

Ein einziges Mal hat sich die Sozialdemokratie in der Vorkriegszeit auf einem ihrer Parteitage mit der Steuerfrage beschäftigt; das war auf dem Jenaer Parteitag von 1913. Der besondere Anlaß zu jener großen Debatte war die Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu dem einmaligen Wehrbeitrag, der als Besitzsteuer zur Deckung der Rüstungsausgaben von der Regierung Bethmann-Hollweg vorgeschlagen war. Diese Abstimmung im Reichstag hatte eine heftige Debatte innerhalb der Partei ausgelöst; insbesondere hatte Rosa Luxemburg die Haltung der Reichstagsfraktion heftig angegriffen. Die Frage, um die es ging, hieß: darf die Partei irgendwelchen den Besitz treffenden Steuern zustimmen, wenn sie zu arbeiterfeindlichen (hier militärischen, imperialistischen) Ausgaben erhoben werden?

Die Partei war in drei Lager gespalten. Die von Rosa Luxemburg und Klara Zetkin geführte linke Opposition gab auf diese Frage eine klare Antwort: nein! Der offen opportunistische rechte Flügel mit Südekum an der Spitze hieß die Haltung der Reichstagsfraktion gut und erklärte, die Frage sei überhaupt falsch gestellt; die Reichstagsfraktion habe dem Wehrbeitrag als dem „kleineren Uebel" zustimmen müssen. Der zentristische Sumpf, vom Parteivorstand selber angeführt, erkannte zwar die grundsätzliche Richtigkeit jener Fragestellung an, behauptete aber, daß aus taktischen Erwägungen her-[205]aus die Haltung der Reichstagsfraktion zu rechtfertigen sei; denn wenn eine Militärvorlage angenommen sei oder auf jeden Fall angenommen werde, bleibe der Fraktion nichts anderes übrig als für solche Steuern einzutreten, die die Arbeiterklasse nicht auch noch bedrückten; eine Stellungnahme, die also gleichfalls auf die Lehre von dem „kleineren Uebel" hinauslief.

Es wäre ein Irrtum, zu glauben, jene Debatte von 1913 hätte nur noch historisches Interesse. Abgesehen davon, daß es sehr aufschlußreich ist, die offizielle Stellung der Sozialdemokratie von damals mit ihrer heutigen Steuerpolitik zu vergleichen, ist doch auch die grundsätzliche Fragestellung heute keine andere als damals und ihre Beantwortung für die praktische Politik von nicht geringerer Bedeutung.

E. Wurm, der auf dem Jenaer Parteitag von 1913 den Standpunkt des Hauptvorstandes darlegte, ging mit wenigen Sätzen über die politische Bedeutung der Steuerfrage hinweg; sein Korreferent, der Opportunist Südekum, begriff die Bedeutung der Steuerverweigerung als eines politischen Kampfmittels nicht als einer Waffe im Klassenkampf, sondern als einer Handhabe für die Politik der Kompromisse und Konzessionen, des politischen Schachers. Um so eingehender äußerten sich die beiden Referenten über all die steuertechnischen und finanzpolitischen Einzelfragen. Insbesondere Südekum pries den Uebergang von reinen indirekten Steuern auf Besitzsteuern als den Anbruch einer neuen Epoche und stellte kühn das „politische Urteil" auf, „daß die Zeit der indirekten Steuern vorüber ist".

Rosa Luxemburg wandte sich aufs schärfste gegen eine solche absolut falsche Einschätzung. Mit den letzten Besitzsteuern sei ein solcher Sums in der Partei erhoben worden über eine neue Epoche, die damit anheben solle, daß ein schlichter Arbeiter denken müsse, es beginne schon die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft. Demgegenüber stellte sie, unter Berufung auf die Darlegungen von Marx in seiner Besprechung des Buches von Girardin „Le Socialisme et l'Impôt", fest:

„An der kapitalistischen Ausbeutung ändert auch die beste Steuer nicht das geringste."

Dieser Gedanke wurde in der Entschließung der Opposition nochmals ausführlicher ausgesprochen, wo es hieß:

„Alle öffentlichen Steuern im heutigen Klassenstaat, ob formell auf den Besitz oder auf den Arbeitsverdienst gelegt, ob als sogenannte direkte oder als indirekte Steuern erhoben, werden in letzter Linie von den arbeitenden Klassen aufgebracht, da diese es sind, die in der heutigen Gesellschaftsordnung allen gesellschaftlichen Reichtum schaffen. Wie immer das Steuerwesen heute ausgestaltet ist, auch in dem für die Arbeiterklasse günstigsten Falle, wenn die Besitzsteuern den überwiegenden Teil der Staatshaushaltskosten decken, ändert das nichts an den Grundlagen der kapitalistischen Produktion, die auf Ausbeutung und Klassenherrschaft beruht."

Wurm wußte gegenüber dieser vollkommen marxistischen Auffassung nur zu erwidern:

„Gerade sie (Rosa Luxemburg) weiß doch, daß der Marx von 1850 noch nicht der Marx von 1863 ist, der das ‚Kapital' geschrieben hat. Auch ein Marx hat sich erst entwickelt."

Leider vergaß Wurm, irgendeine Stelle des „Kapital" oder der späteren Schriften von Marx zu zitieren, die die 1850 niedergeschriebene Auffassung revidieren könnte.

Wenn aber der Charakter der kapitalistischen Gesellschaft (und damit auch des kapitalistischen Staates) durch die Form seines Steuersystems in keiner Weise geändert wird, so kann für die Haltung des Proletariats nicht die Form der Steuern maßgebend sein, sondern die politische Stellung zur kapitalistischen Gesellschaft und ihrem Klassenstaat; wenn, wie Marx gesagt hat, die Steuern, Zölle und Abgaben das finanzielle Rückgrat dieses Staates sind, so muß die proletarische Klasse diesem Staat jegliche Mittel verweigern. Diesen Standpunkt bezeichnete Wurm als eine „Riesendummheit".

Rosa Luxemburg polemisierte gegen die opportunistische Auffassung des Hauptvorstandes und seines Referenten Wurm, daß das „kleinere Uebel" zu [206] wählen sei, nachdem die Annahme der Militärvorlage gesichert sei, indem sie die Konsequenz dieser Haltung aufzeigte:

„Wenn Sie sich nun auf den Boden des Mehrheitsbeschlusses unserer Fraktion stellen, dann kommen Sie in die Lage, wenn ein Krieg ausbricht, und wir an dieser Tatsache nichts mehr ändern können, und wenn dann die Frage kommt, ob die Kosten durch indirekte oder direkte Steuern zu decken sind, daß Sie dann folgerichtig für die Bewilligung der Kriegskosten eintreten." (Sehr richtig und Widerspruch.)

Im August 1914, also knappe elf Monate nach dieser Rede, war die von Rosa Luxemburg vorausgesagte Konsequenz bereits eingetreten!

In der von Rosa Luxemburg, Klara Zetkin und anderen eingebrachten Entschließung hieß es zum Schluß:

„Alle Gesetzesvorlagen, die zur Stärkung des Militarismus dem Reichstage vorgelegt werden, also auch die Steuervorlagen, die zur Deckung der Kosten des Militarismus eingebracht werden, sind, ob sie direkte oder indirekte Steuern fordern, abzulehnen."

Mit 338 gegen 140 Stimmen lehnte der Parteitag diese Entschließung ab. Das war gewissermaßen eine Vorwegnahme der Zustimmung zu den späteren Kriegsanleihen. Interessant ist dabei, daß zu den Anhängern der damaligen linken Opposition und ihrer Entschließung, die den grundsätzlichen marxistischen Standpunkt gewahrt wissen wollte, auch die heutigen Koalitionssozialisten Crispien, Dittmann, Henke, Lore Agnes, Hoch, Ludwig-Hagen, Kunert, P. Berten gehören, welche heute alle Steuern, ob direkte oder indirekte und ganz gleich für welchen Zweck, dem Kapitalistenstaat bewilligen.

*

Wurm stellte für die Bewilligung von Steuern durch die Sozialdemokraten zwei „Grundforderungen" auf, von denen er sagte: „Das ist die Grundlage für unser Steuerprogramm", nämlich:

„1. Verwendung der Steuern im Interesse der Arbeiterklasse;

2. Belastung der wirtschaftlich Stärkeren."

Für den ersten Punkt gab er eine Erläuterung, die für die zentristische Stellung des Hauptvorstandes charakteristisch ist; sie lautete:

„Wir dürfen die Steuern nur dann bewilligen, wenn sie verwendet werden zur Entwickelung der gesellschaftlichen Produktivkräfte oder zur Hebung der für die Gemeinsamkeit erforderlichen Arbeitskräfte, nicht aber, wenn sie für entgegengesetzte Zwecke, besonders nicht, wenn sie für arbeiterfeindliche Zwecke verwendet werden."

Das Protokoll des Parteitags verzeichnet an dieser Stelle den Zwischenruf „Sehr richtig!“ Aber diente der Wehrbeitrag nicht solchen arbeiterfeindlichen Zwecken? War etwa die Militärvorlage „im Interesse der Arbeiterklasse“?

Besonders der erste Halbsatz von Wurms Erläuterung ist ein Muster von Opportunismus; ergänzend fügte Wurm noch hinzu: die Sozialdemokratie als „die Partei der Kultur“ stelle riesige kulturelle Ansprüche an die Gesellschaft und sei deshalb auch der Ansicht, „daß wir der Gemeinschaft in reichlichster Weise alle Mittel zu bewilligen haben, wenn die Steuern in unserem Sinne volkswirtschaftlich verwendet werden“. Er unterließ es leider, offen auszusprechen, daß die „Gemeinschaft“, der die Sozialdemokratische Partei in reichlichster Weise Steuern bewilligen sollte, damit sie im proletarischen Sinne volkswirtschaftlich verwendet würden, keine andere war als die Gesellschaft der kapitalistischen Ausbeuter, die ihre eigenen Begriffe von „volkswirtschaftlicher Verwendung“ hat.

So hatte denn Wurm glücklich durch eine zweifache Interpretation den eigentlichen Sinn seiner ersten „Grundforderung“ vollständig aufgehoben. Jetzt blieb noch die zweite Grundforderung, die „Belastung der wirtschaftlich Stärkeren.“

Wurm führte dazu aus:

„Die Steuerbelastung bildet einen Teil der Ausbeutung, die die politisch und wirtschaftlich herrschenden Klassen auf die beherrschte, die Arbeiterklasse, legen.

Demgegenüber fordern wir als diejenige Partei, die gleiche Rechte und gleiche Pflichten für alle erstrebt; nicht die Unterdrückung durch die anderen, sondern gleiches [207] Recht auch im Steuerwesen. Und da die heutige Gesellschaft wirtschaftlich ungleiche Klassen enthält, so kann die Gleichheit nur dadurch geschaffen werden, daß die Steuern sich nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Besteuerten richten.“

Die Lehre von der „steuerlichen Gerechtigkeit“ ist bekanntlich heute die äußerste „radikale“ Spitze der sozialdemokratischen Demagogie in Steuerfragen. Gewiß solle und wolle auch die Arbeiterschaft ihren Teil Steuern tragen, aber ihre Belastung sei ungerecht und müsse gerechter geregelt werden. Wie wir sehen, lag diese wunderbare „Theorie“ im Keime bereits in den Sitzen von Wurm vor, und es bedurfte nur solcher „sachkundiger“ Opportunisten wie Hilferding, Hertz und Keil, um sie herauszuschälen und in ihrer ganzen Schönheit darzubieten.

Freilich lag es 1913 E. Wurm noch fern, solchen reinen Opportunismus zu entwickeln. Im Gegenteil. Er stellte ausdrücklich fest:

„Daß wir gegen jede Steuer auf das Arbeitseinkommen in der kapitalistischen Gesellschaft sind, daß wir nicht den Konsumtionsfonds der Arbeiter belasten wollen, ist selbstverständlich, denn in der kapitalistischen Gesellschaft ist das Einkommen der Arbeiter stets unterhalb der Grenze. die zu einer menschenwürdigen Lebensführung im weiteren Sinne als Kulturmensch notwendig ist.“

In Wurms Leitsätzen zur Steuerfrage, die er dem Parteitag als Diskussionsgrundlage unterbreitete, hieß es überdies:

„Ausschließlich der Mehrwert (Grundrente, Leihzins, Unternehmergewinn) darf besteuert werden.“

Wenn man aber schon, wie es vom Standpunkt des Marxismus absolut richtig war, das Arbeitseinkommen, d. h. die proletarische Klasse, die aus dem Arbeitseinkommen ihren Lebensunterhalt bestreiten muß, von jeder Besteuerung befreit wissen wollte, warum dann das Geschwätz über das „gleiche Recht im Steuerwesen“? Die Agitation mit der „steuerlichen Ungerechtigkeit“ mochte gewiß ganz bequem sein; aber wenn man diese Phrase zur Grundlage der Steuerpolitik machte, so bedeutete dies, den Opportunismus rächten.

Wurm verwarf die landesübliche Unterscheidung zwischen direkten und indirekten Steuern. „Jede Steuer ist nach ihrer Art der Wirkung zu prüfen. Bei jeder ist zu fragen: wer trägt die Last? Kann sie überwälzt werden oder nicht?“

Ueber die sogenannten indirekten Steuern faßte Wurm den Standpunkt der Partei wie folgt zusammen:

„Seit Lassalles Zeiten sind wir uns einig, daß die Verbrauchsabgaben. die Aufwandsteuern auf Salz, Bier, Branntwein, Zucker usw. unweigerlich vom Konsumenten getragen werden müssen, weil er ihnen wehrlos gegenübersteht. ... Die indirekten Steuern bedrücken nicht allein die Armen am schwersten, sondern sie lassen das Volk auch im unklaren über die Höhe seiner Steuern. ... Wie die Verbrauchsabgaben wirken auch die Zölle auf Nahrungs- und Genußmittel und auf Verbrauchsgegenstände als indirekte Steuern, welche die ärmsten Konsumenten verhältnismäßig am schwersten belasten. Wie eine indirekte Besteuerung wirken auch Staats- oder Gemeindemonopole, sofern sie auf ihre Waren mehr als den üblichen Gewinn aufschlagen, also in verkappter Form Steuern erheben."

Ueber die Besteuerung des Arbeitseinkommens (Lohnes) führte Wurm aus:

„Soweit diese (Einkommen und Vermögen) nur aus Arbeitslohn stammen, müssen sie steuerfrei bleiben, und zwar weit über das von der heutigen Steuergesetzgebung freigelassene Existenzminimum hinaus."

Ueber die Hauszinssteuer (Wohnungs- und Mietsteuer) sagte Wurm:

„Die Wohnungssteuer oder Mietsteuer kann auf den Vermieter zurückfallen, wenn das Angebot von Wohnungen größer ist als die Nachfrage. Zumeist aber muß sie der Mieter tragen, dem dadurch ein notwendiges Bedürfnis besteuert wird ohne Berücksichtigung seines allgemeinen Einkommens und Vermögens, da gerade die ärmere Bevölkerung verhältnismäßig mehr Miete zahlen muß als die wohlhabende, und kinderreiche Familien eine größere Wohnung brauchen als kinderlose."

In bezug auf die Gewerbesteuer konstatierte Wurm, daß die Partei an ihrer Ablehnung einig sei. Dagegen wollte er die Grundsteuer nicht mehr ablehnen, weil sie unter den obwaltenden Verhältnissen nicht abgewälzt [208] werden könne, da ja das Getreide in seinem Preis durch den Weltmarktpreis bestimmt werde; er schränkte jedoch in weiteren Ausführungen diese Behauptung wieder ein, indem er zugab, daß bei Bestehen von Zollmauern die Grundsteuer abgewälzt wird. Die Gebäudesteuer wird auf die Mieter abgewälzt, wenn die Nachfrage nach Wohnungen größer ist als das Angebot.

Im wesentlichen hielt sich also Wurm an den bekannten Punkt 10 des Erfurter Programms, der die Steuerforderungen der Sozialdemokratie enthielt.

Dasselbe gilt auch hinsichtlich seiner Ausführungen über die Besitzsteuern. Er verlangte progressive Besteuerung der Einkommen und Vermögen mit einer Ergänzungssteuer für fundiertes Einkommen, Kapitalrentensteuer, Dividenden- und Kuponsteuer, Besteuerung der Aufsichtsratstantiemen, Vermögenszuwachssteuer und Erbschaftssteuer.

In seine Resolution übernahm Wurm den Wortlaut des Erfurter Programms. In seinem Referat aber zeigte er sich sehr besorgt darum, daß durch die Besitzsteuern nur der Konsumtionsfonds der Kapitalisten getroffen, nicht aber ihr Produktions- und Akkumulationsfonds angerührt werde. Marx habe gelehrt, daß zur Verwirklichung des Sozialismus eine gewisse Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte nötig sei; alles, was diese Entwicklung hindere, könne die Sozialdemokratie nicht billigen, auch nicht die Besteuerung der Kapitalisten, soweit sie ihren Akkumulationsfonds treffe.

Herr Dr. Hilferding, der heute die Vermögenszuwachssteuer ablehnt, um ja nicht die Akkumulation des deutschen Trustkapitals zu stören, kann sich also schon auf Wurm als geistigen Vorfahren berufen. Um die „Entwicklung der Produktivkräfte" zu fördern, hat die SPD die Rationalisierung auf Kosten der Arbeiterklasse durchgeführt; um die „Entwicklung der Produktivkräfte" nicht zu hemmen, hat die SPD die Konzentration des Kapitals durch die Senkung der Fusionssteuer, d. h. ein Geschenk von vielen Millionen, gefördert; um den Akkumulationsfonds der Kapitalistenklasse nicht zu schmälern, verzichtet die sozialdemokratische Führerschaft großmütig auf die Erhöhung des Einkommens ... der Arbeiter.

*

Es sollte gezeigt werden: Wie war die wirkliche Stellung der Sozialdemokratie der Vorkriegszeit in den Steuerfragen? Wir fanden: Zwar wurde das Erfurter Programm in seinem Punkt 10 noch allseitig anerkannt, aber der Standpunkt der Parteimehrheit und des Hauptvorstandes wies bereits außerordentlich starke opportunistische Bestandteile auf, Anfänge der Entwicklung, die jetzt in der SPD voll ausgereift ist.

Die nächsten Monate werden uns wahrscheinlich heftige Kämpfe bringen im Zusammenhang mit Hilferdings Etat und Steuerprogramm. Wir müssen diesen Kampf vom Boden des Marxismus aus führen und neuen Schichten von Arbeitern an diesen Fragen das Verständnis eröffnen für das Wesen der kapitalistischen Gesellschaft und ihres Klassenstaates, um sie für die Klassenfront des Proletariats zu gewinnen.

[209]

**Die Internationale**
**Jahrgang 12 * Berlin, den 1. April 1929 * Heft 7**

## Herr Grzesinski!

R. Grzesinski, der preußische Minister des Innern, glaubt den Ausweg gefunden zu haben: Verbot der radikalen Organisationen, womit er die Kommunistische Partei meint, den Roten Frontkämpferbund und die anderen Massenorganisationen des revolutionären Proletariats Deutschlands. Diese Androhung beleuchtet völlig klar die politische Situation in Deutschland. Seit den Maiwahlen des vorigen Jahres besteht eine Regierungskrise und seit einigen Wochen nicht mehr eine einfache Regierungskrise, sondern die tiefstgehende Krise des bürgerlichen Parteiensystems seit den Revolutionstagen von 1918 überhaupt. Krise und Bankrott des Parlamentarismus, Krise in jeder einzelnen bürgerlichen Partei, die am schärfsten und tiefsten in der die Geschäfte des Trustkapitals führenden Partei, der Sozialdemokratischen Partei, zum Ausdruck kommt.

Was geht vor? Das bürgerliche Politikantentum der deutschen Trustbourgeoisie sucht nach dem Ausweg. Das Beste, was ihnen einfällt, ist der Ruf nach der Diktatur. Herr Stresemann fordert eine einheitliche Partei, in der alle bürgerlichen Parteien von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen aufgehen sollen, d. h. die faschistische Partei. Alle Parteiführer rufen nach der Unabhängigkeit der Regierung vom Parteiwesen und vom Parlament. Das heißt diktatorische Allmacht, niemandem verantwortlich: Faschismus. Und die ganz Schlauen rufen offen nach dem Diktator, der alles weiß und alles kann. Und siehe da! Der kleine, bescheidene Metallarbeiter Severing, seines Zeichens Reichsinnenminister, bietet sich dem Trustkapital offen als starken Mann an. Daß er das Zeug dazu besitzt, hat er in Bielefeld bewiesen.

Und warum das alles? Die Antwort hierauf geben einige scheinbar ganz nebensächliche Erscheinungen. Die Wahlen zum Betriebsrat der Verkehrs-A.-G. von Groß-Berlin z. B. brachten für die KPD einen großen Erfolg. Schrecken im ganzen bürgerlichen Lager. Grzesinski verkündet „eine letzte Warnung“. Die fromme „Kreuzzeitung“ spricht vom Bürgerkrieg „mit Haubitzen und Bajonetten“. Alles ist sich einig, daß es „so nicht mehr weitergeht“. Der Kommunistenschreck geht um, und jeder, der an den schmutzigen Geschäften der monopolistischen Ausplünderung des deutschen werktätigen Volkes beteiligt ist, versucht die Methoden des Kampfes gegen den Kommunismus und die Kommunistische Partei nach seiner Art. Die Journaille der Berliner Boulevardkokottenpresse, wie der nur zur Befriedigung des Nachtbetriebes am Sonntagabend erscheinende „M. M.“, spricht voller Entsetzen von der „moralischen Verwahrlosung“ der Kommunisten, denen sich so anständige Menschen zuwenden wie die Berliner Hochbahner. Stampfer, [210] der die schwierige Aufgabe hat, die auseinanderstrebenden Teile seiner Partei in ihrem Zerfall aufzuhalten, entdeckt den „Wahlfrühling“, indem er zum Trost für den eigenen Zusammenbruch mit „dem Vormarsch der internationalen Sozialisten“ bei den kommenden Wahlen – in England, Belgien und Dänemark – aufwartet und melancholisch feststellt:

> Manchem von uns geht es da wie dem berühmten alten Schlachtroß, das die Ohren spitzt, wenn die Trompete ertönt.“

Eine Selbstcharakterisierung, mit der man zufrieden sein kann.

Wie es in Wirklichkeit in diesem Lager aussieht, zeigt die „Chemnitzer Volksstimme“:

> „Es kann sein, daß nichts übrig bleibt als Reichstagsauflösung oder irgendeine Form der unparlamentarischen Regierung, die Diktatur. Eine Reichstagsneuwahl nach solchen Dingen, wie wir sie erlebt haben, nach der Bewilligung des Panzerkreuzers durch sozialdemokratische Minister, nach einem solchen Wehrprogramm, nach derartigen Steuervorlagen – würde schwerlich mit einer solchen Stärkung der Sozialdemokratie enden, daß man nun vor einer geklärten Situation stände. Wir könnten kopfüber in ein wirtschaftliches und politisches Chaos gestürzt werden, viel grauenhafter noch als in der Zeit der höchsten Inflation und des Putschismus! ... Was haben wir denn um alles in der Welt nun erreicht durch den Eintritt in die Regierung? ... Das Kabinett Hermann Müller ist doch nur eine baufällige Notbaracke, die über Nacht zusammenstürzen kann.“

Diese Zeilen zeigen die ganze Trost- und Hoffnungslosigkeit, die in die Reihen „der stärksten Partei“ eingezogen ist.

Aber die anderen, denen es kein Jota besser geht als der Sozialdemokratie, trösten sich mit deren Zusammenbruch. So äußert sich die „Berliner Börsenzeitung“ über den Gedanken der Auflösung des Reichstages und der Neuwahl auf Hermann Müllers Andeutung folgendermaßen:

„Aber sollte dieser Kinderschreck (Neuwahl – D. Red.) nicht etwa die Kulisse sein, hinter der sich der viel größere, bedeutsamere Schreck für die Partei verbirgt, der anzugehören Herr Müller das Vergnügen hat? Denn: Hand aufs Herz, was droht der Sozialdemokratischen Partei bei einer Reichstagsauflösung und Neuwahl? Die Niederlage! Die Niederlage, die in den eigenen Reihen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sorgfältig vorbereitet wird, die große Abrechnung des linken radikalen Flügels mit den Ministern ihrer Partei, die die ‚Verwegenheit‘ besaßen, verantwortungsvolle Politik zu treiben. ...“

Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen.

Auch die Bourgeoisie versteht natürlich, daß die „große Abrechnung“ nicht von den „linken“ Sozialdemokraten zu befürchten ist, sondern daß diese ebenso treue Ekkeharde des Trustkapitals sind wie die Hermann Müller, Wels und Konsorten. Die Abrechnung, vor der das gesamte bürgerliche Pack von Hermann Müller bis Westarp zittert, naht durch die unaufhaltsame und entschiedene Linksentwicklung breitester Arbeiterschichten in Deutschland, durch das gewaltige Anwachsen der revolutionären Kampffront des deutschen Proletariats.

Und dies ist das alles überragende Merkmal der augenblicklichen politischen Situation: der Vormarsch der Kolonnen des revolutionären Proletariats, die aufwärts steigende neue Welle revolutionärer Energien, die Sammlung breitester proletarischer Schichten in der revolutionären Klassenfront. Die Ausweglosigkeit, die Hilflosigkeit und die Verzweiflung, die im Lager der bürgerlichen Parteien herrscht, hat [211] ihre Ursache in der Tatsache des Aufstieges der revolutionären Kräfte. Wenn in unseren eigenen Reihen das noch nicht vollkommen erkannt ist, – die Sprache der Bourgeoisie ist beweiskräftiger als alle Wahlresultate.

Ist es nicht heute belustigend, wenn wir uns erinnern, wie vor wenigen Wochen noch, als wir uns mit den Liquidatoren auseinandersetzten, aus jenen Reihen die lächerliche Behauptung kam, daß in der Kennzeichnung der Weltlage durch den VI. Weltkongreß die „dritte Periode“ eine Erfindung der Komintern sei, um sie, die Liquidatoren, zu bekämpfen? Dieselben „besseren Kenner der deutschen Verhältnisse“ verkünden als „marxistische Theoretiker“ sogar noch am 23. März, d. h. zur selben Stunde, als Grzesinski sein Verbot der Kommunistischen Partei ankündigte, durch August Thalheimer: „Wir werden die Partei erobern!“ Herr Grzesinski will die Partei „verbieten“, August Thalheimer will sie „erobern“. Jeder auf seine Art. Noch nie hat es in der politischen Geschichte schlechtere Witze gegeben als diese.

Und nicht minder heiter wirken die Theorien unserer Versöhnler, die das „Charakteristische“ in der politischen Situation so sehen:

„Das Charakteristische in der gegenwärtigen Situation besteht darin, daß die Bourgeoisie ihre imperialistische Politik vorderhand weder mit faschistischen, noch mit ‚diktatorischen‘ Methoden, sondern in engster Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie auf dem Boden der kapitalistischen Demokratie durchzusetzen bestrebt ist.“

Das entdecken unsere Versöhnler just zur selben Stunde, in der alle bürgerlichen Parteien den Bankrott des bürgerlichen Parteiensystems eingestehen, in einer Zeit, wo die Krise des Parlamentarismus und des parlamentarischen Systems ganz offenkundig liegt und wo die Sozialdemokratie ganz offen sowohl innerhalb ihrer eigenen Reihen als auch in den Gewerkschafts-, Sportorganisationen usw. wie auch im Staatsapparat zu faschistischen Methoden übergeht. Wir wollen uns hier nicht über die für Marxisten vollkommen unzulässige Einschätzung des Reformismus durch die Versöhnler auslassen. Worauf es ankommt, ist, zu konstatieren, wie die zweite Garnitur der „Retter der Partei“, die Versöhnler, die politische Situation ganz im Gegensatz zur realen Wirklichkeit sehen.

Oder ist es nicht ebenso absurd, daß just in derselben Stunde, in der die Führer der deutschen Bourgeoisie zynisch und offen über die Diktatur reden, die Versöhnler die Losung der Sozialisierung der Schwerindustrie usw. ausgeben, ohne den Mut zu haben, vor dem Proletariat über die proletarische Diktatur zu sprechen? Die Propaganda für die Diktatur ist nach Auffassung unserer Versöhnler das

Monopolrecht der Bourgeoisie. Vor dem Proletariat über die proletarische Diktatur zu sprechen, halten diese „Retter der Partei“ für eine ultralinke, putschistische „Entgleisung“. Das zeigt, wie wenig auch die zweite Garnitur des bankrotten Opportunismus in unseren Reihen die Sprache der Gegenwart und die Erfordernisse des Augenblicks begriffen hat.

*

Herr Grzesinski, der sozialdemokratische Innenminister in Preußen, schickt sich an, die Kommunistische Partei zu verbieten. Ja, er verbietet noch mehr: er verbietet Versammlungen und Demonstrationen auf den Straßen, auf den öffentlichen Plätzen; er kündet [212] sogar an, Versammlungen in geschlossenen Räumen zu verbieten, und das alles im Namen der Demokratie und zur Sicherung des Vereins- und Versammlungsrechtes. Doch ihm sei im voraus gesagt: schon andere haben sich im Diktatorenwahn in diesem Metier versucht, und die Begründung, die sie dazu gaben, war um nichts geschickter und um nichts dümmer als die seinige – aber weder damals ist die KPD daran zugrunde gegangen, noch viel weniger wird sie es heute tun.

Herr Grzesinski, merken Sie sich! Die KPD als legale Partei können Sie verbieten, nicht aber die KPD als illegale Partei, nicht die revolutionäre Massenbewegung. Dazu sind weder Sie noch andere imstande. Die Kommunistische Partei wird nach dem „Verbot“ stärker sein als je zuvor. Wenn Sie die KPD verbieten wollen, dann müssen Sie vorher allerlei anderes „verbieten“, z. B. die Fabriken und Arbeitsplätze, die heute mehr als je die Festungen und Hochburgen der Kommunisten sind.

Nachdem die Hochbahner in Berlin zu 75 Prozent sich für die Kommunisten entschieden, glaubt Herr Grzesinski, mit dem Verbot der Kommunistischen Partei den Bankrott seiner eigenen Partei, der Sozialdemokratie, aufhalten zu können. Er sollte wirksamer vorgehen und gleich auch die Hochbahn verbieten.

Herr Grzesinski verbietet Demonstrationen in den Straßen und auf öffentlichen Plätzen. Herr Grzesinski verbietet das angesichts des 1. Mai. Aber er muß sich merken: stärker als je zuvor wird an diesem 1. Mai das deutsche Proletariat die Straßen und öffentlichen Plätze füllen. Gerade das Verbot Grzesinskis wird die Arbeitermassen noch mehr als zuvor aus ihren Wohnlöchern auf die Straße, aus den Fabriken auf die öffentlichen Plätze treiben. Die Zeiten, in denen die Polizeiminister den 1. Mai unterdrücken konnten, sind vorbei. Herr Grzesinski kann sich diesen Tag aus seinem Kalender streichen. Aber damit ist der 1. Mai im Herzen der deutschen Arbeiter nicht ausgelöscht. Der revolutionäre Elan und der Kampfeswille der deutschen Arbeiter wird dem sozialdemokratischen Polizeiminister der Trustbourgeoisie zeigen: Das Proletariat pfeift auf Ihre Verbote! Die Kommunistische Partei wird dafür Sorge tragen, daß der 2. Mai vom Hohngelächter über Ihr Verbot widerhallt.

Der sozialdemokratische Minister Grzesinski weist seine Polizeikreaturen, die sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Preußens, an, die Versammlungen der Kommunisten zu verbieten. Mag sein, daß hier und dort Versammlungen in öffentlichen Lokalen behindert und erschwert werden. Die Kommunisten sind aber aus anderem Holz geschnitzt, als daß sie sich durch diese Polizeischikanen ihre Zusammenkünfte verbieten lassen. Die Zukunft wird beweisen, wie diese Zwirnsfäden polizeilicher Schikanen zum Gespött der gesamten Arbeiterschaft werden.

„Eine letzte Warnung“, Herr Grzesinski! Nach all den Lächerlichkeiten, denen sich Ihre Partei in den letzten Monaten preisgegeben hat, – in der Wahlkampagne gegen die Rüstungen – in der Regierung für Panzerkreuzer, in der Wahlkampagne für Besteuerung der Besitzenden und Hilfe den Besitzlosen – in der Regierung für Besteuerung der Besitzlosen und Steuerfreiheit der Besitzenden, und dann die Riesenblamage ihrer parlamentarischen Roßtäuschereien: für Verlängerung der Erwerbslosenunterstützung – und Zurückziehung und Niederstimmung des eigenen Antrages, für Erhöhung der unteren Beamten-[213]gehälter – und Zurückziehung des Antrages durch den Antragsteller selbst, als Schrittmacher der Reaktion für Zensur gegen freiheitliche Literatur und Kunst und gleichzeitig Spiegelfechterei des Zensors „gegen die Zensur“, – dazu fehlten gerade Sie noch, Herr Grzesinski! Im Namen der Versammlungsfreiheit Versammlungsverbote. Im Namen der Demokratie Beseitigung der Demokratie!

Ihre Konkurrenz mit Ihrem Parteifreund Severing, Mussolini zu spielen, ist zu grotesk. Der Kommunismus, der sich auf dem Vormarsch befindet, wird mit festem und sicherem Schritt über die lächerlichen faschistischen Gesten auch eines Grzesinski hinwegschreiten.

*

## Tempoverlust

### Vor oder hinter den Massen?

Von Hermann Remmele.

Die Androhung Grzesinskis, die Kommunistische Partei und die revolutionären Massenorganisationen zu verbieten, seine Anweisungen an die Polizeipräsidenten Preußens, Demonstrationen und öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel generell zu verbieten und auch Versammlungen in geschlossenen Räumen für die KPD unmöglich zu machen, haben der Gesamtpartei signalisiert, wo wir stehen. Viele unserer Genossen werden sich fragen, was los ist. Solche Maßnahmen war man doch nur in akut revolutionären Situationen gewohnt. Diese Fragestellung erheischt eine andere.

Haben wir eine akut revolutionäre Situation? Es wäre Wahnwitz, der Partei das vortäuschen zu wollen. Aber die Situation ist zweifellos anders, als sie noch vor einem Jahr oder noch vor einigen Monaten war. Sie ist insbesondere anders, als sie noch während des VI. Weltkongresses war. Trotzdem hat bereits der VI. Weltkongreß scharf die Situation umrissen, um die es sich heute handelt, indem er feststellte, daß die in der Periode der kapitalistischen Stabilisierung wirkenden Kräfte immer mehr „zur weiteren Erschütterung der kapitalistischen Stabilisierung“ führen.

Der VI. Weltkongreß kennzeichnete diese Periode als die dritte Nachkriegsperiode. Die besonderen Merkmale der drei von ihm konstatierten Perioden sind folgende:

Für die erste Periode (1917 bis 1923) ist charakteristisch die Bedrohung des kapitalistischen Systems in Europa durch die proletarische Revolution, die ökonomische Erschütterung durch Inflation und Deflation in den meisten kapitalistischen Ländern. Die II. Internationale besorgt die Regierungsgeschäfte der Bourgeoisie, da diese nicht mehr die Kraft hat, im eigenen Namen zu regieren.

Die zweite Periode ist gekennzeichnet durch eine großangelegte Stützungsaktion besonders des amerikanischen Finanzkapitals für das europäische, die den Valutazerfall aufhält und wieder „geordnete“ ökonomische Verhältnisse schafft. Das Proletariat, das am Ende der ersten Periode geschlagen ist, befindet sich auf dem Rückzug, in der Defensive; die Bourgeoisie ist im Vormarsch und imstande, mit Hilfe des Reformismus durch Rationalisierung, erhöhte Ausbeutung usw. eine neue kurzlebige Periode des kapitalistischen Aufstiegs zu ermöglichen (relative Stabilisierung). Die Bourgeoisie übt unmittelbar die Regierungsgeschäfte aus (Bürgerblock in Deutschland). Das sind die besonderen Kennzeichen der zweiten Periode.

Gewaltige Wirtschaftskämpfe, erneuter Vormarsch der kommunistischen Bewegung in allen kapitalistischen Ländern (Märzwahlen in Polen, Aprilwahlen in Frankreich, Maiwahlen in Deutschland, Augustwahlen in Schweden [214] usw.) verkünden eine neue Erschütterung des kapitalistischen Systems, den Beginn der dritten Periode.

Das ist in großen Umrissen die Einschätzung der Entwicklungstendenzen und der Perspektive für die nächste Periode durch den VI. Weltkongreß. Wenn wir die Ereignisse seit dem VI. Weltkongreß (Juli 1928) bis heute überblicken, finden wir die volle Bestätigung seiner Analyse der Entwicklung.

Bereits auf dem VI. Weltkongreß und noch stärker nach dem Kongreß zeigte eine Gruppe in der Internationale, daß sie, im schärfsten Gegensatz zu den Auffassungen der Weltpartei, eine direkt entgegengesetzte politische Analyse gab und damit eine entgegengesetzte Schlußfolgerung für die taktischen Methoden des Kampfes der revolutionären Partei zu ziehen versuchte.

Auf dem Kongreß war es der Vertreter der deutschen Opposition, Artur Ewert, der in bezug auf die Stabilisierung im Gegensatz zur Mehrheit der deutschen Delegation betonte, daß sie fester und stärker werde, was er noch besonders, durch einen Zwischenruf des Genossen Thälmann provoziert, unterstrich. (Siehe Kongreßprotokoll.) Nach dem Kongreß waren es neben dem Genossen Ewert die

Genossen Humbert-Droz, Ernst Meyer, Serra u. a., die trotz aller das Gegenteil beweisenden Erscheinungen versuchten, diese den Beschlüssen des VI. Weltkongresses entgegengesetzte These der festeren Stabilisierung des Kapitalismus weiter zu verfechten und den Kampf gegen die Thesen des VI. Weltkongresses zu organisieren. Die gesamte Einstellung dieser Gruppe zur Taktik und Strategie des Kampfes gegen die Bourgeoisie ließ sie notwendigerweise zu einer solchen Theorie kommen; ihre Strategie war die des Rückzuges der kommunistischen Bewegung, und die Begründung dafür konnte nur die „feste Stabilisierung" sein. Die Versöhnler, wie diese Richtung innerhalb der Kommunistischen Partei genannt wurde, folgten hier vollständig dem rechten Liquidatorentum, das die dritte Periode, die Periode des Aufstiegs der revolutionären Kräfte, überhaupt leugnete und sie als eine Erfindung des EKKI verdächtigte, die nur dem Zweck diene, die Rechten in der kommunistischen Weltbewegung erledigen zu können. Wie sehr die Versöhnler die politische Situation und die Entwicklungstendenzen verkannt haben bzw. gegen alle Erfahrungen und gegen jede Realität verfälschten, geht aus der Plattform der Resolution „Zur Lage und zu den Aufgaben der Partei", die die Genossen Eberlein, Kurt und Ernst Meyer zum kommenden Reichsparteitag vorlegten, eindeutig hervor. In dieser Resolution kommen sie zu der erstaunlichen Auffassung:

„Das Charakteristische in der gegenwärtigen Situation besteht darin, daß die Bourgeoisie ihre imperialistische Politik vorderhand weder mit faschistischen noch mit diktatorischen Methoden, sondern in engster Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie auf dem Boden der kapitalistischen Demokratie durchzusetzen bestrebt ist." (Gesperrt von uns. D. V.)

Das schreiben die Versöhnler in der gleichen Stunde, wo die Bourgeoisie sowohl in den Reichs- wie in den Länderparlamenten sich anschickt, den „Boden der kapitalistischen Demokratie" so gründlich zu zerstören wie nie zuvor. Verschärfung des Strafgesetzbuches mit neuen Hoch- und Landesverratsparagraphen, Entfaltung der wütendsten pfäffisch-reaktionären Maßnahmen gegen jede freiheitliche Literatur und Kunst, ein Wiederaufleben von Gotteslästerungsprozessen und Verboten freigeistiger Literatur (Schmutz- und Schundgesetzgebung), kurzum, die Entwicklung der ganzen imperialistischen Innenpolitik zu terroristischer, mittelalterlicher, pfäffischer Reaktion.

Und hieran sind die sogenannten demokratischen Parteien in viel höherem Maße beteiligt als etwa die alten Reaktionäre vom Schlage der Deutschnationalen (Konservative). Das besondere Kennzeichen der Situation ist gerade, daß ausgerechnet die Demokraten vom Schlage der alten „Liberalen", der Dr. Haas, Dietrich und die Sozialdemokraten es sind, die die Träger der neudeutschen reaktionär-imperialistischen Welle darstellen.

Die Tinte war noch nicht trocken, mit der Ernst Meyer seine Thesen von der „demokratischen" Entwicklung in Deutschland niedergeschrieben hatte, als in der gesamten politischen Arena der deutschen Bourgeoisie plötzlich die Frage der Diktatur auf der Tagesordnung stand. Es [215] zeigte sich, daß sich das ganze bürgerliche Parteiensystem in einer kaum überwindlichen Krise befindet: die Verfechter des Parlamentarismus, des parlamentarischen Herrschaftssystems verkünden offen dessen Bankrott! In allen bürgerlichen Parteien ist eine akute Krise ausgebrochen, die am schärfsten und tiefgehendsten in der die Geschäfte des Trustkapitals führenden Partei wurde, in der Sozialdemokratie. Stresemann forderte die Beseitigung des gesamten bürgerlichen Parteiensystems und seine Ersetzung durch die einheitliche Klassenpartei der Trustbourgeoisie, wobei er sich ganz offen mit dem faschistischen Parteiwesen solidarisierte. Im Zentrum, in der Demokratischen Partei, in der Sozialdemokratischen Partei verlangte man die Unabhängigkeit der Regierung vom Parteiwesen und vom Parlament, das heißt die offene Anerkennung der faschistischen Diktatur. In allen Parteien beginnt der Wettlauf mit Angeboten und Versicherungen, daß jede von ihnen bereit sei, den starken Mann, den deutschen Mussolini, zu präsentieren. Das ist die Situation, die wenige Monate nach dem VI. Weltkongreß in Deutschland entstand. Die Entwicklung zum faschistischen System, zur gründlichsten Beseitigung des demokratisch-parlamentarischen Systems in Deutschland ist so offenkundig, daß schon eine unglaubliche Portion Illusionen dazu gehört, um zu der These zu kommen, die die Versöhnler auch heute noch für den Reichsparteitag aufrechterhalten.

Und nun erst die letzte Entwicklungsphase: Ankündigung des Verbots der KPD und des RFB, Aufforderung Grzesinskis an die Polizeipräsidenten in Preußen, Demonstrationen und öffentliche

Versammlungen unter freiem Himmel generell zu verbieten, und Aufforderung an die Polizeibehörden, Versammlungen der Kommunisten, selbst in geschlossenen Räumen, unmöglich zu machen. Und das alles im Namen der Demokratie, der Vereins- und Versammlungsfreiheit; Maßnahmen, wie man sie in der Vergangenheit nur in akut revolutionärer Situation unter Anwendung des § 48 der Reichsverfassung (Belagerungszustand) gewohnt war.

Die Versöhnler in unseren Reihen werden nach ihrer Analyse der Lage zweifellos behaupten, daß alle diese Maßnahmen der gewaltsamen Niederknüppelung der revolutionären Bewegung eben die Stärke der Bourgeoisie, das heißt die Festigkeit der kapitalistischen Stabilisierung beweisen. Ist dem wirklich so? Wir glauben, die Tatsachen, die zu den faschistischen Gewaltmethoden der imperialistischen Staatsmacht führten, beweisen das Gegenteil. Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse spricht offen aus, daß die Maßnahmen Grzesinskis, die Ankündigung der Diktatur durch Severing veranlaßt und bestimmt sind durch das gewaltige Anwachsen der revolutionären Bewegung und die großen Sympathien, die immer breitere Schichten des Proletariats der Kommunistischen Partei entgegenbringen. Der Wahlsieg der Kommunisten bei den Betriebsrätewahlen in der Verkehrs-A.-G. Groß-Berlin wird beantwortet durch die „Letzte Warnung“ des Herrn Grzesinski. Das Demonstrations- und Versammlungsverbot steht im engsten Zusammenhang mit den Vorbereitungen des Proletariats zum 1. Mai, der nach dem Willen der sozialdemokratischen Zuhälter der Trustbourgeoisie unter allen Umständen verhindert werden soll, um die Stubenreinheit sozialdemokratischer Minister zu beweisen.

Die Bourgeoisie und ihre Lakaien wissen, was die Glocke geschlagen hat. Nach dem Bankrott des bürgerlichen Parteiensystems und des Parlamentarismus kann die Bourgeoisie ihre Herrschaft nur mit den Mitteln der faschistischen Diktatur aufrechterhalten. Die Notwendigkeit des Ueberganges zur faschistischen Diktatur ist aber gerade bedingt durch die aufsteigende und immer stärker werdende neue revolutionäre Welle, mit der die bürgerliche Demokratie nicht mehr fertig wird. Diese geht daher über in den Faschismus, dessen Aufgabe die wirksamere Niederhaltung des Proletariats ist. Was Wahlen und Abstimmungen nicht mehr schaffen, soll der Belagerungszustand Grzesinskis und der § 48 in der Hand Severings vollbringen. Auf Bajonetten läßt sich aber nicht schlafen. Und die Polizeitruppen treibt nicht weniger der Hunger als die Hochbahner. Bajonette werden den Vormarsch des Kommunismus in der deutschen Arbeiterklasse nicht aufhalten, [216] sondern beschleunigen, besonders, wenn diese Bajonette von den Helden der II. Internationale kommandiert werden. Und so wird letzten Endes die Diktatur des deutschen Sozialfaschismus nur eine Episode im Vormarsch des deutschen Proletariats zur proletarischen Diktatur sein.

Der Strom der Geschichte führt unabwendbar zum Sieg der Arbeiterklasse. zum Triumph des Kommunismus in Deutschland. Die Angst vor dem Unabwendlichen treibt die Bourgeoisie und ihre Lakaien in die Arme des Faschismus.

Das ist der Sinn der Rüstungen, der Maßnahmen der sozialdemokratischen Polizeiminister. Der einzige Ausweg, den die Bourgeoisie für ihre Lage sieht, ist der Kampf mit dem Gummiknüppel, „Haubitzen und Bajonetten“ („Kreuz-Zeitung“) zur Rettung vor der proletarischen Diktatur.

„Die Kommunisten warten nur auf eine neue Gelegenheit, loszuschlagen ... Werden die Naumburger Jäger diesmal auf die Arbeiter und ihre Frauen und Kinder schießen? Und wenn sie es tun, werden das die deutschen Arbeiter nicht falsch verstehen? Wir hören schon den Ruf in den Straßen gellen: ‚Die Reichswehr schießt auf die Arbeiter!‘ ... Wer wollte angesichts einer solchen Perspektive die Verantwortung auf sich laden, der Republik die Befugnis zu nehmen, einmal die militärische Organisation der deutschen Kommunisten zu unterdrücken?“

(Aus einem Leitartikel der demokratischen „Vossischen Zeitung“ vom 9. März.)

So stellt selbst die „liberale“, die „demokratische“, die „pazifistische“ Bourgeoisie vom Schlage der deutschen Demokraten die Perspektive für die augenblickliche politische Situation in Deutschland. „Bürgerkrieg!“ ist die Losung der deutschen Bourgeoisie. Die deutsche Trustbourgeoisie stellt die Frage der Diktatur auf die Tagesordnung mit den Methoden des weißen Terrors, der faschistischen Gewaltmaßnahmen, mit allen Mitteln des Bürgerkrieges. Die Konterrevolution treibt zur Revolution. Das ist die heutige Situation, und darauf hat sich das deutsche Proletariat einzustellen.

Die Frage, ob wir uns in einer akut revolutionären Situation befinden, ist damit beantwortet: Nein, noch nicht in einer akut revolutionären Situation! Dazu gehören noch eine Reihe Erscheinungen und Elemente, die Lenin klar aufgezeichnet hat, und die heute schon als bestehend anzunehmen, falsch wäre und zu vollkommen falschen Schlüssen führen müßte. Aber alles, was sich in der politischen Arena in Deutschland abspielt, alle Erscheinungen weisen darauf hin, daß Deutschland in zunehmender Geschwindigkeit neuen revolutionären Erschütterungen entgegentreibt. Das ist das Besondere und Eigenartige der augenblicklichen Situation.

*

Das charakteristische Merkmal im Prozeß der Entwicklung zur erneuten revolutionären Erschütterung in Deutschland ist das starke Anwachsen der revolutionären Klassenfront des deutschen Proletariats. Die kommunistische Bewegung befindet sich in beschleunigtem Tempo auf dem Vormarsch.

Die Taktik und Strategie jeder kämpfenden Klasse, besonders der auf marxistisch-wissenschaftlicher Grundlage handelnden revolutionären Vorhut des Proletariats richtet sich nach den jeweiligen Bewegungstendenzen, die für einen bestimmten Zeitabschnitt maßgebend sind. Die Strategie und Taktik der revolutionären Vorhut muß in einer Periode, in der sich das Proletariat auf dem Rückmarsch befindet, nachdem es geschlagen und niedergeworfen wurde und sich aus dem Kampffelde zurückzieht, eine andere sein als in der Periode, in der sich die Arbeiterbataillone auf dem Vormarsch befinden. Das war das Entscheidende bei den Beschlüssen des IV. RGI-Kongresses wie auch des VI. Weltkongresses, daß sie für die beginnende dritte Periode die Strategie des Vormarsches den kommunistischen Parteien zur Richtlinie gemacht haben. Das Proletariat kann seine politischen und sozialen Positionen nur vorwärts tragen und verbessern, wenn es entsprechend der allgemeinen politischen Lage sich der offensiven Kampfmethoden und Kampfstrategie bedient.

In der zweiten Periode mußte das Proletariat gegenüber der Offensive [217] des Kapitals notgedrungen weitgehende Konzessionen machen. Kompromisse und Preisgabe vorher eroberter Errungenschaften (Achtstundentag, Rechte der Betriebsräte, Löhne usw.) in dieser Periode waren die Merkmale dafür. In der dritten Periode, der Periode seines Vormarsches, versucht das Proletariat Positionen, die es in der zweiten Periode preisgeben mußte, wieder zu erlangen. In diesem Kampfe schiebt es entschlossen die künstlichen Barrieren, die der Reformismus zur Niederhaltung und Zersplitterung des Proletariats gezogen hat, beiseite und nimmt den Kampf entschieden gegen den Reformismus auf. Zugeständnisse, die die Arbeiter in der zweiten Periode an den Reformismus, besonders in der Gewerkschaftsfrage, in der Frage der Streiks und der Lohnbewegungen machten, werden jetzt, in der dritten Periode, zurückgenommen und offen und entschieden wird der Kampf gegen den Reformismus geführt.

Der äußere Ausdruck dafür ist das lebhafte Echo, das die kommunistische Taktik bei den Wirtschaftskämpfen gefunden hat mit ihrer Forderung nach selbständigen, von der Gewerkschaftsbürokratie unabhängigen Streikleitungen. Der starke Drang breitester Arbeitermassen, die Fesseln, die die Gewerkschaftsbürokratie durch Tarif- und Schiedsgerichtsverfahren geschmiedet hat, zu sprengen, bei den Betriebsratswahlen den von den Gewerkschaftsbürokraten praktizierten arbeitsgemeinschaftlichen Gewerkschaftslisten revolutionäre Oppositionslisten entgegenzustellen und die breiteste Klassenfront um diese revolutionären Listen zu scharen – das sind die Vorgänge, die im allgemeinen großen Rahmen in den letzten Monaten im deutschen Proletariat beobachtet werden konnten und die die Grundlage der offensiven Strategie unter kommunistischer Führung bilden.

Wie reagierte auf diese Ereignisse und Vorgänge die Kommunistische Partei in ihrer Gesamtheit? Die Parteileitung hat alle Methoden und Mittel der intensivsten Propaganda angewandt, um die Partei von der Notwendigkeit der Offensiv-Strategie, wie sie vom VI. Weltkongreß bestimmt wurde, zu überzeugen und alle Parteikaders darauf einzustellen. Ein monatelanger Kampf wurde geführt gegen die oppositionellen Strömungen der Liquidatoren und Versöhnler, die entsprechend ihrer entgegengesetzten, den Beschlüssen des VI. Weltkongresses feindlichen Einstellung der Durchführung der notwendigen Taktik, der Erfüllung der Aufgaben in der gegenwärtigen Periode die größten Hindernisse in den Weg legten. Trotz dieser Widerstände ist es gelungen, die große Mehrheit der Kommunistischen Partei grundsätzlich auf die vom VI. Weltkongreß bestimmte Strategie einzustellen.

Damit war der erste Schritt getan. Aber das genügte noch nicht. Die schwierigste Aufgabe war und ist, nicht nur die grundsätzliche Einstellung der Parteikaders zu erlangen, sondern zu erreichen, daß entsprechend der grundsätzlichen Einstellung bei jeder Aeußerung und Maßnahme der Partei die Strategie auch ihre praktische Anwendung findet. Und hier beginnen die Schwierigkeiten.

Die Erfahrungen in den letzten Wochen haben uns fast in allen Bezirken ein so ungeheures Material von der Unzulänglichkeit, den Schwächen und Mängeln, die in den Parteikaders vorhanden sind, geliefert, daß wir von einem erheblichen Tempoverlust in der strategischen Umstellung gegenüber dem raschen Tempo des Vormarsches der getarnten revolutionären Bewegung sprechen müssen. Man muß feststellen, daß breiteste Parteikaders hinter der revolutionären Entwicklung der vorwärtsdrängenden Arbeitermassen zurückbleiben und mit dieser Entwicklung nicht Schritt halten. Die These, daß die Partei als revolutionäre Vorhut den Massen einen Schritt voraus sein muß, verwandelt sich unter diesem Tempoverlust, der in den meisten Bezirken festzustellen ist, in das für eine revolutionäre Partei ganz unzulässige Faktum, daß führende Parteikaders einen, oft zwei Schritte hinter der revolutionären Entwicklung des Proletariats zurückbleiben. Das ist die große Gefahr, in der sich heute die Partei befindet und die jetzt in den Mittelpunkt unserer innerparteilichen Diskussion gerückt werden muß.

Wie kommt dieser Tempoverlust zum Ausdruck? Zunächst in den Wirt-[218]schaftskämpfen. Während es der Partei gelungen ist, im Ruhrkampf bei den Hüttenarbeitern die offensive revolutionäre Strategie anzuwenden und damit eine breite Massenbewegung zum verschärften Kampf gegen die Trustbourgeoisie zu mobilisieren, zeigte sich bereits bei den Textilarbeiterbewegungen in den verschiedensten Gebieten (Sachsen, Thüringen, Lausitz), daß unsere Parteifunktionäre, gehemmt durch ihren Gewerkschaftslegalismus, auf die an der Ruhr angewandte Taktik verzichteten; es kam an verschiedenen Orten dazu, daß Parteilose im Gegensatz zu kommunistischen Funktionären die Forderungen nach eigenen Streikleitungen erhoben. Dutzende von anderen Beispielen (Metallarbeiter in Halle z. B.) kann man aus den Wirtschaftskämpfen in den letzten Monaten konstatieren.

Noch schärfer trat dies bei den Betriebsrätewahlen hervor. Bei den Betriebsrätewahlen haben wir solche Erscheinungen, daß sich kommunistische Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre gegen die Massenmobilisierung in den Betrieben wendeten, während selbst die politisch Nichtorganisierten entschieden die Durchführung der Richtlinien der KPD zu den Betriebsrätewahlen forderten.

Was bedeuten solche Erscheinungen? Sie zeigen, daß innerhalb der Partei Schichten von Kommunisten vorhanden sind, die entweder noch mit starken sozialdemokratischen Traditionen behaftet sind oder denen die Taktik der Partei in der zweiten Periode der Nachkriegszeit als die Taktik der Kommunisten überhaupt erscheint, und die nicht erkennen, daß die ganz anders gelagerten Verhältnisse in der gegenwärtigen Periode eine andere politische Gesamtstrategie erfordern – Genossen, die zwar den Beschlüssen des VI. Weltkongresses zugestimmt, sie aber noch nicht begriffen haben und ihre Bedeutung nicht zu würdigen verstehen.

Die Partei muß gegen solche Strömungen ebenso entschieden ankämpfen wie gegen die traditionellen Träger des rechten Liquidatoren- und des Versöhnlertums. Die Partei kann ihre Aufgaben nicht erfüllen, wenn sie diesen rückständigen, jede revolutionäre Strategie in der Gegenwart hemmenden Elementen die Durchführung ihrer Aufgaben anvertraut. Bei der Neuwahl der Organe der Partei dürfen darum nur die fortgeschrittensten Genossen, die das Wesen der offensiven Strategie erfaßt haben und sie in der Praxis anwenden, zu Trägern der Parteiaufgaben gemacht werden. Im „Gegen den Strom“ Nr. 12 behauptet das Thalheimer-Organ, daß der Genosse Deter in der Delegiertenkonferenz des 6. Bezirks von Groß-Berlin ironisch bemerkt habe:

„... daß die Unorganisierten revolutionärer sind als die Organisierten, haben wir schon öfter gehört; daß sie nun aber auch revolutionärer sind als ein Parteigenosse, das ist mir neu“ ...

Sollte der Genosse Deter wirklich diesen Standpunkt vertreten haben, so dürfte er sich durch die Erfahrungen, die die Partei besonders bei den Betriebsrätewahlen zu verzeichnen hatte, doch um

einiges belehren lassen. Der Arbeiteraristokratendünkel, der in diesen und ähnlichen Aeußerungen, wie sie hier dem Genossen Deter in den Mund gelegt werden, zum Ausdruck kommt, würde bedeuten, daß wir als revolutionäre Vorhut des deutschen Proletariats vor den wichtigsten Erscheinungen die Augen verschließen. Nicht gespreizte Selbstgefälligkeit und Prunken mit der Anzahl der geklebten Beitragsmarken kann uns die richtige revolutionäre Orientierung geben, sondern lediglich die marxistische Einschätzung aller Faktoren im revolutionären Vormarsch des deutschen Proletariats. Wenn die Partei nicht versteht, auf diesem Gebiet die unbarmherzigste und rücksichtsloseste Selbstkritik zur Ausmerzung hindernder und rückständiger Erscheinungen in ihren Reihen auszuüben, wenn sie nicht versteht, den Tempoverlust, mit dem die Gesamtpartei durch solche Erscheinungen belastet wird, durch radikale Ueberwindung dieser Rückständigkeiten wieder wett zu machen, wird sie nicht die führende Kraft der deutschen Arbeiterklasse sein und das ansteigende Vertrauen, die Sympathien des vorwärtsdrängenden Proletariats ebenso rasch verlieren, wie sie sie gewonnen hat.

[219] Beseitigung des Tempoverlustes durch Ueberwindung der hemmenden und rückständigen Elemente in unseren Reihen, – das ist das Gebot der Stunde, das die revolutionäre Entwicklung in der augenblicklichen Situation erfordert. Ehe die Partei nicht vollkommen klar zum Gefecht gerüstet ist, kann sie Ihre großen Aufgaben, die unaufschiebbar in der Gegenwart zu leisten sind, nicht erfüllen.

*

## Über die internationale Lage

Von G. S i n o w j e w (Moskau)
(Schluß)

### V.

Die Außenpolitik jedes Staates hängt selbstverständlich mit seiner Innenpolitik zusammen. Auch die Außenpolitik des Sowjetstaates stand bisher in engstem Zusammenhang mit seiner Innenpolitik. Doch jetzt erlangt diese Abhängigkeit einen besonderen Charakter.

Die „Brester“ Zeit der internationalen Politik der Sowjetmacht war nur deshalb möglich, weil damals zwei imperialistische Koalitionen einander erbittert bekämpften. Andererseits aber war sie nur möglich unter der Voraussetzung eines Bruches der KPR mit der Partei der linken Sozialrevolutionäre und einer rücksichtslosen Unterdrückung aller antibolschewistischen Kräfte jener Zeit unter Anwendung revolutionärer Terrormethoden, kurz nur unter der Voraussetzung der damaligen Innenpolitik unserer Partei.

Unsere Innenpolitik im Jahrfünft 1920 bis 1924 war ebenfalls eine Politik des Lavierens und „Manövrierens“ – jedoch in einer bedeutend veränderten Situation, denn der Weltkrieg war zu Ende. Unsere Außenpolitik dieser Jahre, zu Lebzeiten Lenins und unmittelbar nach seinem Tode, stützte sich in bedeutendem Maße auf die Ausnützung der Gegensätze zwischen Siegern und Besiegten des Weltkrieges, der Gegensätze zwischen Kleinstaaten und imperialistischen Riesen, zwischen den national abhängigen (und halb abhängigen) und den unterdrückenden imperialistischen Staaten. Eine solche Politik ist für den proletarischen Staat durchaus zulässig.

Daher die verhältnismäßig enge Fühlung unseres Staates mit Deutschland, unser erster Friedensvertrag mit Estland, unsere gewisse Freundschaft mit der kemalistischen Türkei usw. Dies trug auch zu unserer Anerkennung durch England und Frankreich bei.

Dieser Außenpolitik entsprach eine auf festem wirtschaftlichen (nicht nur Kriegs-) Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Mittelbauernschaft aufgebaute Innenpolitik, die uns im Jahre 1921 die NEP brachte und die niemals dem Leninschen Grundsatz untreu wurde, der da lautet: „Man muß es verstehen, sich mit den Mittelbauern zu verständigen, fest gestützt einzig auf die armen Bauern, und ohne auch nur einen Augenblick lang auf den Kampf gegen den Kulaken zu verzichten.“ Dieser Periode der auswärtigen Politik entsprach auf innenpolitischem Gebiet die Politik der revolutionären Gesetzlichkeit, die Verwandlung der Tscheka in die GPU, die Losung „das Gesicht dem Dorfe zu“ usw.

Mit dem Jahre 1925/26 beginnt für uns auf außenpolitischem Gebiet eine Zeit neuen Drucks auf die USSR und späteren Abbruchs der Beziehungen. In den nächsten Jahren haben wir seitens der internationalen Bourgeoisie neue Ausfälle zu erwarten.

Die Offensive der internationalen Bourgeoisie geht Hand in Hand mit einer bestimmten Offensive ländlicher und städtischer bürgerlicher Elemente in der USSR. Sie nähren einander; es liegt eine gewisse gegenseitige Abhängigkeit vor.

[220] Für die allernächste Zeit beabsichtigen die Imperialisten augenscheinlich, sich vorläufig auf wirtschaftliche Einkreisung und Versuche zu „friedlicher" Abwürgung des Sowjetstaates zu „beschränken". Der Kulak im Lande ist geneigt, sich vorläufig auf Versuche des Getreidestreiks zu „beschränken". Doch keineswegs ausgeschlossen, sondern im Gegenteil unvermeidlich ist ein Versuch der Weltbourgeoisie, wirtschaftliche Einkreisung mit einem offenen Krieg gegen uns zu verbinden. Würde dies eintreten, so würde die neue Bourgeoisie in unserem Lande eine „Aktivisierung" nicht unversucht lassen und würde selbst den Aufstand wagen.

Die Gegensätze zwischen den verschiedenen imperialistischen Staaten, die Gegensätze innerhalb der bürgerlichen Welt bleiben überhaupt nicht nur in Kraft, sondern sie werden unabwendbar neue Kriege zwischen den Imperialisten zur Folge haben. Es liegt eben in der Natur des Kapitalismus, daß er letzten Endes die inneren Widersprüche der bürgerlichen Welt erweitert und vertieft. In dem Maße, wie es uns die Situation und die Grundsätze der Komintern ermöglichen, müssen und können wir diese Widersprüche ausnützen, zwischen den bürgerlichen Staaten „lavieren und manövrieren". Wir müssen uns jedoch darüber Rechenschaft geben, daß auf bestimmte Zeit hinaus unter den bürgerlichen Staaten ein gewisser Friede herrscht, der es ihnen möglich macht, gegenüber ihrem „gemeinsamen Feind", der Sowjetunion, einmütiger vorzugehen, als es in den Jahren 1917/18 (vor der deutschen Revolution) und 1919/24 (Periode einzelner Verträge mit Sowjetrußland, der Anerkennungen dc jure usw.) der Fall war. Der Antagonismus zwischen Siegern und Besiegten, d. h. in erster Linie zwischen den ehemaligen Ententemächten und Deutschland, ist relativ und vorübergehend abgestumpft, trotzdem die Imperialisten es gerade jetzt versuchen, in konkreten Fragen auf Deutschland einen Druck auszuüben.

Ist in der nächsten Zukunft ein offener Krieg zwischen imperialistischen Staaten möglich? Er ist nicht nur möglich, sondern auch unvermeidlich. Läßt sich aber annehmen, daß die imperialistischen Großmächte es vorziehen werden, ehe sie es auf eine Prügelei untereinander ankommen lassen, mit der USSR „fertig" zu werden? Das ist in hohem Grade wahrscheinlich.

Werden sie dieses Manöver ausführen können? Darum handelt es sich.

Am wahrscheinlichsten – wie es in der Weltgeschichte oft vorkommt – wird sich die Situation „schlauer" gestalten, als beide Parteien erwarten. So z. B. „müssen" die imperialistischen Mächte heute schon gegen koloniale und halbkoloniale Länder Krieg (eigentlich eine Reihe von Kriegen) führen, obwohl es ihnen wahrscheinlich bequemer wäre, auch diese Zusammenstöße bis zur Abrechnung mit der USSR „hinauszuschieben". Die Imperialisten spannen alle Kräfte an, um die Revolution in China „endgültig" zu bannen. Zur selben Zeit wächst aber in Indien, Aegypten, Korea, Syrien, Marokko, Südamerika usw. die revolutionäre Bewegung heran. Auch aus Kriegen der Imperialisten gegen koloniale und halbkoloniale Länder kann ein direkter Krieg gegen die USSR erwachsen.

Jedenfalls müssen wir zu der ungünstigsten Variante gerüstet sein. Lenin war der Auffassung, daß die zweite Serie der Kriege gegen uns, gegen die Sowjetmacht, nunmehr an die Reihe kommt.

Gegen die Sowjetunion ist eine Einheitsfront mehrerer bürgerlicher Staaten in Bildung begriffen. Das ist Tatsache. Diesem Zeitabschnitt der internationalen Lage muß eine bestimmte Linie unserer internationalen Politik, dieser aber ein System der Innenpolitik entsprechen.

Wenn die Räubermächte sich zusammenschließen, so ist es unsere Aufgabe, jeden Gegensatz unter ihnen auszunützen und zugleich 1. unsere Kräfte in ihren eigenen Staaten zu organisieren, 2. uns den Rücken durch eine richtige, d. h. strenge Klassenpolitik im Innern des Landes zu sichern.

Die Imperialisten würden es vorziehen, mit der USSR ohne offenen Krieg, ohne Intervention, nur mit Hilfe innerer Verschwörungen, wirtschaftlichen Drucks, der Unterstützung unserer Bourgeoisie in Stadt und Land, durch [221] Zersetzung unserer eigenen Reihen fertig zu werden. Nicht ohne Grund erklärt sich auch die aus der USSR emigrierte Bourgeoisie (Miljukow und Konsorten). erklären sich die Menschewiki und Sozialrevolutionäre vorläufig gegen Intervention. Sie geben sich noch der Illusion hin, die Sowjetmacht sei den Widersprüchen der NEP nicht gewachsen und würde ihnen zum Opfer fallen. Andererseits aber fürchtet die Bourgeoisie und ihre „sozialistische" Leibgarde den Krieg, und diese Furcht wird um so mehr wachsen, je mehr der Kommunismus in den kapitalistischen Ländern zunehmen wird.

Die unter der bürgerlichen Ordnung dahinlebenden Völker haben die Schrecken des Weltkrieges noch zu gut im Gedächtnis. Nur aus diesem Grunde können sich die Imperialisten nicht so leicht zum offenen Krieg gegen die USSR entschließen. Werden sie sich davon überzeugen, daß jeder offene Ueberfall auf die Sowjetunion, jede Intervention, jede Unterstützung der Verschwörer, jeder Versuch, unsere Reihen zu zersetzen, auf unbeugsamen Widerstand der Arbeiter und Bauern, auf Geschlossenheit und Stärke unserer Partei stößt, so werden sie es sich hundertmal überlegen, ehe sie diesen Versuch wiederholen.

Wir müssen es geradeheraus sagen: 1. Unsere Möglichkeiten, die Gegensätze und den Kampf unter unseren Gegnern auszunützen, sind heute auf einige Zeit hinaus verhältnismäßig unbedeutend. 2. Unsere Möglichkeiten, einzig durch Waffengewalt die offenen Ueberfälle der Imperialisten zurückzuschlagen, werden noch lange ungenügend sein. 3. Unsere Hauptmacht gegen „sie" ist heute: Wachstum des Kommunismus in ihren eigenen Ländern und konsequente klare, leninistische Klassenpolitik innerhalb der USSR, als das einzige Mittel, das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft im obigen leninistischen Sinne zu sichern.

Dies bedeutet keinesfalls, daß wir die NEP aufgeben, auf den Kriegskommunismus zurückgreifen müssen, es bedeutet nur: 1. Anspannung jeder Muskel, um die Industrialisierung der USSR in gebührendem Tempo weiterzuführen, 2. strengere Beschränkung der Ausbeutungsbestrebungen des Kulaken, aufmerksamere Ueberwachung der neuen Bourgeoisie mit Rücksicht darauf, daß sie es versuchen wird, unsere Politik zu durchbrechen und die Imperialisten zu unterstützen.

Aus der Leninschen Beurteilung der Gefahren unserer internationalen Lage, im speziellen aus seiner Auffassung der Unvermeidlichkeit einer zweiten Kriegsserie, folgt unter anderem auch der Standpunkt unserer Partei in bezug auf die Notwendigkeit eines möglichst raschen Industrialisierungstempos der USSR.

Der Industrialisierungskurs folgt natürlich aus den Grundzielen der proletarischen Partei. Die Industrialisierung des ganzen Landes, auch der Landwirtschaft, ist nach der Machteroberung durch das Proletariat die Aufgabe, ist der Mittelpunkt unserer ganzen Arbeit. Doch die Notwendigkeit eines maximalen Tempos der Industrialisierung unseres Landes wird außerdem auch davon diktiert, daß wir jeden Augenblick unserer „Atempause" für die bessere Vorbereitung unseres sozialistischen Vaterlandes im Falle der Kriegsnot ausnützen müssen. Der kommende Krieg wird zum guten Teil ein Krieg der Industrien sein, und Rückständigkeit auf diesem Gebiet kann dem proletarischen Staat teuer zu stehen kommen. Damit unsere Innenpolitik der richtigen leninistischen Linie der Außenpolitik entsprechen soll, muß ihr A und O sein: rascheste Industrialisierung der USSR.

Je größer unsere Schwierigkeiten auf internationalem Gebiet, desto mehr Mut schöpfen die Vertreter der heranwachsenden neuen Bourgeoisie. Sie sind sich dessen bewußt, ein Teil der Weltbourgeoisie zu sein. Die Arbeiterklasse der USSR ist stark genug, die bürgerlichen Intellektuellen auszunutzen, jedoch nur unter der Bedingung, daß wir unseren Feinden auch nicht das kleinste Loch zum Durchschlüpfen offen lassen, daß wir rücksichtslos alle Fäden durchschneiden, die von unserem Klassenfeind einerseits zum Kulaken und der neuen Bourgeoisie in der USSR, andererseits zur internationalen Bourgeoisie jenseits unserer Grenzen laufen. Wenn die Miljukow und Konsorten schon 1916 bereit waren, eher den „nationalen" Krieg an Wilhelm II. zu ver-[222]tieren, als der russischen bürgerlich-demokratischen Revolution entgegenzukommen, so werden jetzt nach zehn Jahren proletarischer

Diktatur nicht nur die Miljukow, Ustrjalow, Kondratjew usw., sondern auch die Tschernow, Kerenski, Dan und Co. zehnmal bereit sein, dem englischen Imperialismus um den Hals zu fallen.

Der verstärkte Druck der Weltbourgeoisie, dem wir in den letzten Jahren ausgesetzt sind, ist ebenfalls ein Faktor, der dazu beiträgt, daß der Kulak heute immer frecher sein Haupt erhebt. Je mehr die Dinge sich in der Richtung eines neuen Krieges entwickeln, desto aktiver wird der Kulak (selbst wenn wir alle anderen Bedingungen als gleich annehmen), und seine Feindschaft gegen die proletarische Diktatur wird ständig wachsen. Und wenn einmal der Krieg vor der Tür steht, so werden wir in dieser Situation zweifellos einen erbitterten politischen Kampf mit dem Kulaken um die Beeinflussung breiter Schichten der Bauernschaft durchzufechten haben. Ein Krieg ist natürlich kein Spaß, und das Kriegselend wird auch einige Schichten der Mittelbauern schrecken. Der Kulak wird diese gespannte Situation sicherlich ausnutzen und den Mittelbauern auf seine Seite zu ziehen versuchen. Systematischer Kampf gegen die Kulaken ist heute schon ein Teil unserer politischen Vorbereitung für den Krieg.

VI.

Der Weltkrieg von 1914 bis 1918 war ein imperialistischer. Im allgemeinsten Sinne des Wortes wird der kommende Krieg ebenfalls ein imperialistischer sein – der imperialistische Kapitalismus wird den ersten Arbeiterstaat der Welt, die USSR, überfallen. Ueber den Weltkrieg 1914/18 heißt es schon in der ersten Leninschen Broschüre „Sozialismus und Krieg“:

„Dieser Krieg ist im dreifachen Sinne ein Krieg der Sklavenhalter für die Festigung einer noch schlimmeren Sklaverei. Dies ist erstens ein Krieg für die Festigung der Versklavung der Kolonien durch ihre ‚gerechtere‘ Verteilung und weitere ‚einträchtige‘ Ausbeutung; zweitens ein Krieg für die Festigung der Unterdrückung anderer Nationen innerhalb der ‚Groß‘mächte selbst ...; drittens ein Krieg um die Festigung und Verlängerung der Lohnsklaverei.“ (Band XIII, Seite 97.)

Der erste Beweggrund wird auch im kommenden Krieg vorhanden sein. Mit den Kolonien wird Schacher getrieben werden, z. B. um sich die deutsche Bourgeoisie zu erkaufen. Die Geschicke der kolonialen und halbkolonialen Länder, z. B. Chinas, Indiens usw., werden in diesem Krieg aufs neue entschieden werden.

Auch der zweite Beweggrund wird im kommenden Krieg in dem einen oder anderen Grade vorzufinden sein. Auch mit den nationalen Minderheiten werden die bürgerlichen Staaten Schacher treiben, sie werden mit der Wiederherstellung der nationalen Unterdrückung Rußlands spekulieren.

Der dritte Beweggrund – Festigung und Verlängerung der Lohnsklaverei – wird im kommenden Krieg der Hauptgrund sein. In diesem Zusammenstoß zwischen den imperialistischen Mächten und unserem Arbeiterstaat wird vor allem in der Frage die Entscheidung fallen, ob die Welt in der Festigung und Verlängerung der Lohnsklaverei einen gewaltigen Schritt rückwärts oder im Gegenteil einen gewaltigen Schritt vorwärts in der Richtung ihres Sturzes machen wird.

Die bolschewistische Partei darf sich durch den äußeren Schein, durch Frieden und Ruhe an der Oberfläche, nicht täuschen lassen. Sie muß sich darüber klar sein und gibt sich auch Rechenschaft darüber, daß eine zweite Kriegsserie kommt, in der die Geschicke der Sowjetmacht erneut zur Entscheidung stehen werden. Von diesem Gedanken muß unsere ganze Agitation unter den Massen der USSR und unter dem internationalen Proletariat getragen werden.

Mehr denn je steht unsere Weltlage im engsten Zusammenhang mit unserer inneren Lage, mit unserer Innenpolitik, im speziellen mit der siegreichen bolschewistischen Politik gegen den Kulaken. Mehr denn je muß unsere Außenpolitik eine Friedenspolitik sein.

[223] Unsere Politik ist Friedenspolitik. Die Politik der englischen Imperialisten ist Kriegspolitik. Unser ganzes Tun und Lassen muß den Arbeitern und Bauern, allen Werktätigen nicht nur der USSR, sondern auch der ganzen Welt diese Wahrheit klar vor Augen führen, auf daß bei keinem ehrlichen Werktätigen auch nur der leiseste Schatten eines Zweifels daran aufkommen könne, auf daß es für das ganze internationale Proletariat ein Axiom, eine unwiderlegliche Wahrheit sei.

Systematischer, wohldurchdachter, zäher, unermüdlicher planmäßiger Kampf um Frieden! Im Jahre 1917 hat der Bolschewismus unser Land aus der Hölle des imperialistischen Krieges gerettet. In diesem und den folgenden Jahren muß der Bolschewismus unserem Lande sowie den anderen Ländern helfen, den Schrecken eines neuen Krieges zu entgehen. Wenn es überhaupt jemand kann, so nur der Bolschewismus.

Eure Politik, ihr Herren Imperialisten, ist Kriegspolitik.

Unsere Politik, Genossen Arbeiter, ist Friedenspolitik.

Und wenn man uns den Krieg trotzdem aufzwingt, so wird er eine „konterrevolutionäre Konvulsion" sein (Lenin), die aber sehr rasch von einer gewaltigen revolutionären Flut abgelöst werden kann. Die KPSU und die ganze Komintern werden alsdann beweisen, daß sie es verstehen, die Losung Lenins über Verwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg zu verwirklichen.

*

## Koalition, Faschismus und linke Sozialdemokratie

Von Hermann Jacobs

> „Die Sozialdemokratie hat während der ganzen verflossenen Periode als bürgerliche ‚Arbeiterpartei' die Rolle der letzten Reserve der Bourgeoisie gespielt. Man muß jedoch Im Auge behalten, daß die neuen Koalitionsregierungen unter direkter Beteiligung der Sozialdemokratie keine einfache Wiederholung der früheren Kombinationen sein können und auch nicht sein werden ... Die sozialdemokratische Führung wird hier eine viel verräterischere Rolle spielen als in allen vorhergegangenen Etappen ihrer Entwicklung."
> (Aus der Resolution des 6. Weltkongresses der Komintern über die internationale Lage und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale.)
> „So grotesk es vielleicht klingen mag, so ist es doch heute historische Wirklichkeit: Koalition ist der Weg in den Faschismus!"
> („Plauener Volkszeitung" vom 2. März 1929.)

Die Verschärfung der inneren und äußeren Widersprüche des Kapitalismus hat in den letzten Wochen in Deutschland zu einer neuen Entwicklung geführt, die von grundlegender Bedeutung für die ganze nächste Zeit sein wird. Zur Durchsetzung des imperialistischen Programms des deutschen Trustkapitals, das eine Niederschlagung des neuerwachenden Kampfwillens der deutschen Arbeiterklasse zur Voraussetzung hat, genügen die Mittel der parlamentarischen Demokratie nicht mehr. Die Bourgeoisie ist, wie in allen wichtigen Ländern, auch in Deutschland gezwungen, mehr und mehr zu faschistischen Methoden überzugehen. Der bereits weit fortgeschrittene Prozeß der Radikalisierung der deutschen Arbeiterklasse oder zum mindesten entscheidender Massen des deutschen Proletariats läßt andererseits einen offenen Staatsstreich und die Errichtung der unverhüllten Diktatur nach italienischem Muster nicht ratsam erscheinen. Hier aber gibt die Rechtsentwicklung der deutschen Sozialdemokratie zum Sozialfaschismus und Sozialimperialismus eine Handhabe, in ganz neuen Formen, auf kaltem Wege zum Faschismus, und zwar zum legalen Faschismus zu gelangen, mit dem man unter geringeren Widerständen seitens des Proletariats das innen- und außenpolitische Programm des neudeutschen Imperialismus durchzusetzen hofft. Die Führung der Sozialdemokratie, die sich auf eine neugebildete Schicht der Arbeiter-[224]aristokratie stützt, hat seit der Uebernahme der Regierung die Politik des Trustkapitals nicht nur in der Regierung selbst, sondern auch außerhalb auf allen von ihr beeinflußten Gebieten hundertprozentig durchgeführt. Ihr immer engeres Verwachsen mit dem Staatsapparat, wie es sich nicht nur in der Besetzung der Ministerien und hohen Beamtenstellen, in der Zahl der sozialdemokratischen Polizeipräsidenten und der sozialdemokratischen Schlichter, sondern auch in der bedingungslosen Bejahung des kapitalistischen Staates durch SPD- und Gewerkschaftsbürokratie zeigt, hat die SPD reif gemacht, um auch bei einer Entwicklung zum legalen Faschismus die Durchführung einer solchen Politik, getragen vom Vertrauen des Bürgertums, garantieren zu können.

Der große Umschichtungsprozeß, der sich in sozialer Hinsicht heute in Deutschland vollrieht, und der in den Krisen sämtlicher bürgerlichen Parteien (bei den Deutschnationalen in der Opposition des Lambach-Flügels, in der Volkspartei in den Auseinandersetzungen zwischen Scholz und Stresemann,

beim Zentrum in den Differenzen Stegerwalds und Wirths mit dem schwerindustriellen Flügel unter Führung von Kaas und schließlich im Zerfall der Demokratischen Partei) zum Ausdruck kommt, hat naturgemäß seine krisenhafteste Auswirkung in der bürgerlichen „Arbeiterpartei", in der SPD gefunden. Die Opposition entscheidender Schichten der SPD-Arbeiterschaft gegen den staatserhaltenden Kurs der Parteiführung geht heute viel tiefer als jemals seit Bestehen dieser Partei. Es wäre freilich eine gefährliche Illusion, anzunehmen, daß es der SPD-Führung nicht gelingen könne, erhebliche Teile nicht nur ihrer kleinbürgerlichen, sondern auch ihrer Arbeitermitglieder (eben jener neuen Schicht der Arbeiteraristokratie) zur Anerkennung und Durchführung des sozialfaschistischen Kurses zu bewegen.

Um jenen anderen Teil aber, der in einer täglich wachsenden Radikalisierung dieser Politik der bedingungslosen Staatserhaltung zunächst noch rein gefühlsmäßig aus einem durch die Verschärfung des Klassenkampfes neu erwachenden Klassenbewußtsein heraus den Kampf ansagt – um diese Massen der sozialdemokratischen Arbeiter, um ihre Gewinnung für den Gedanken des revolutionären Klassenkampfes und damit für den Kommunismus geht heute der Kampf. Die Stellungnahme zur Wehrfrage ist zum Scheidewasser innerhalb der SPD-Mitgliedschaft geworden. Das Wehrprogramm, das der Parteivorstand in der Absicht vorlegte, durch seine Annahme auf dem (inzwischen wegen der politischen Hochwassergefahr vertagten) Magdeburger Parteitag eine grundsätzliche Klärung der Stellung der Partei zum Staate überhaupt herbeizuführen und durch rückhaltlose Staatsbejahung den Prozeß der Revision der marxistischen Klassenkampftheorie abzuschließen, hat eine neue Diskussion ausgelöst, die viel tiefer geist als die Auseinandersetzung anläßlich der Bewilligung der ersten Panzerkreuzerrate.

Um wie viel tiefer diese Diskussion die SPD als Gesamtpartei aufwühlt, das zeigt nichts klarer als die Haltung der Presse der „linken" Sozialdemokratie insbesondere in Sachsen. Und hier tritt ein zweites neues Moment in Erscheinung. Die Rolle der „linken" Führer als derjenigen, die durch einen Damm scheinradikaler Phrasen die Welle der nach links zum Kommunismus strömenden klassenbewußten SPD-Arbeitermassen zum Stillstand und zum Zurückfluten in das Bett des Reformismus bringen sollten, gerät zum ersten Male ernstlich in Gefahr. Jede auch noch so zahme Scheinopposition gegen den sozialfaschistischen Kurs des Parteivorstandes muß heute die Grundfrage: Revisionismus oder Marxismus, Reformismus oder Leninismus aufrollen. Mit unverwischbarer Klarheit stellen sich die Probleme, und immer unhaltbarer wird die Position von Leuten, deren ganze Aufgabe bisher in der Verkleisterung dieser Gegensätze bestand.

Eine Opposition, wie sie die „linke" sozialdemokratische Presse („Plauener Volkszeitung" und „Zwickauer Volksblatt") in den letzten Wochen vertreten hat, droht den Rahmen der Partei zu sprengen. Feststellungen, wie die an der Spitze dieses Artikels wiedergegebene Aeußerung der „Plauener Volkszeitung": [225] „Koalition ist der Weg in den Faschismus", sind ein mehr als zweischneidiges Schwert in den Händen derer, die es führen mit der Absicht, der empörten Massenstimmung ein ungefährliches Ventil zu öffnen. Wenn die Koalitionspolitik der SPD zum Faschismus führt (sie ist heute schon Faschismus), dann enthüllt diese Feststellung zugleich die gefährliche Verlogenheit der bis heute fast ohne Ausnahme von der gesamten linken SPD-Presse, insbesondere von der „Leipziger Volkszeitung" immer und immer wieder verteidigten Auffassung, daß die Koalitionspolitik nicht grundsätzlich, sondern nur „in der gegebenen Situation" und nur deshalb abzulehnen sei, weil „heute die Vorbedingungen für eine erfolgreiche Koalitionspolitik, wie sie der Kieler Parteitag formuliert hat, nicht gegeben sind" („Leipziger Volkszeitung"). Die völlige Verworrenheit im Lager der Linken, die noch bis vor kurzem mit den Austromarxisten in geschlossener Front ihre Scheinopposition gegen die Politik des Parteivorstandes der SPD führen konnten, zeigen die Angriffe, die der Wehrartikel Otto Bauers, des bisher vergötterten Führers der „Linken" im internationalen Maßstabe, bei einem Teil der sächsischen „Linken" ausgelöst hat. Wenn Paul Levi in einem Gegenartikel gegen Otto Bauer im „Klassenkampf" erklärt:

„Die Gründe, die er (Otto Bauer, der sich für das Wehrprogramm der Kommission des Parteivorstandes einsetzt. D. Verf.) für das Programm geltend macht, sind noch etwas dürftiger als das, was uns durchschnittlich in Deutschland geboten wird",

dann bedeutet das immerhin eine Zersetzung im Lager der „Linken“, deren Auswirkungen noch gar nicht abzusehen sind. Die „Linkesten“ unter ihnen spüren, daß das Aufgeben ihrer Opposition in dieser Phase der Entwicklung zum Sozialfaschismus eine entscheidende Gefahr für ihren Einfluß als „Linke“ bedeutet. Wenn Lipinski (der freilich auf dem rechten Flügel der „Linken“ steht) auf dem Leipziger Bezirksparteitag der SPD gezwungen war, Hermann Müller gegen den Ausschlußantrag eines Arbeiterdelegierten zu verteidigen, der die gut gespielte Entrüstung seiner „linken“ Führer gegen die Koalitionsminister ernst genommen hatte, dann ist das schon eine ernstere Gefährdung seiner Autorität als alle Umfälle der „Linken“ vor dem Parteivorstand in der letzten Zeit zusammengenommen. Das spüren die Levi und Seydewitz, die „einzelnen Herren“, die Severing im Reichstag vor den Angriffen der Deutschnationalen wegen ihrer Wehrbroschüre demonstrativ fallen ließ, und weil sie es spüren, kämpfen sie einen verzweifelten Kampf nicht gegen den Panzerkreuzerkurs, sondern um ihre eigene Position.

Nichts wäre verhängnisvoller, als in diesem Kampf eine grundsätzliche Opposition gegen die Koalitionspolitik sehen zu wollen; aber es ist heute schon eine Frage, ob eine solche Sprache, wie sie die „Plauener Volkszeitung“ und das „Zwickauer Volksblatt“ in der letzten Zeit gegen die Parteiminister geführt haben, vom Parteivorstand der SPD unter dem Druck der bürgerlichen Koalitionspartner im Rahmen der Partei lange geduldet werden kann.

Es sind Tendenzen, wenn auch noch sehr zögernde und unklare, in der Richtung auf eine Bildung einer zentristischen Partei, nicht nur in Deutschland, bemerkbar. Die ausgeschlossene Rechtsopposition der Kommunisten, aber auch die neu belebte trotzkistische Bewegung könnten zeitweilig eine solche zentristische Partei stärken. In diesem Zusammenhang verdient festgehalten zu werden, daß in Nummer 6 des „Klassenkampf“ (3. Jahrgang) Theodor Dan in einem Artikel „Trotzkis Schicksal“ davon schreibt, daß Trotzki bei einer konsequenten Weiterentwicklung seines „politisch freiheitlichen Aktionsprogramms“ zur Sozialdemokratie zurückkommen und „auf diesem Wege die größte geschichtliche Rolle spielen könnte, die einem Arbeiterführer unserer Epoche überhaupt zufallen kann – die Rolle des Wiederherstellers der Einheit der sozialistischen und der kommunistischen Arbeiterbewegung“. (!)

Daß auch nur ein kleiner Teil der „Linken“ diesen Weg der Bildung einer zentristischen Partei gehen wird, die nur die Rolle einer Puffergruppe zwischen Sozialfaschismus und Kommunismus und auch diese Rolle nur vorübergehend spielen könnte, ist aber mehr als unwahrscheinlich.

[226] Die Erfahrungen zeigen vielmehr die andere Perspektive, die Perspektive einer Kapitulation der gesamten „Linken“, einschließlich ihres linkesten Flügels, vor dem Ministersozialismus. Diese Perspektive aber eröffnet noch klarer der Kommunistischen Partei zum ersten Male seit ihrem Bestehen eine solche Einbruchsstelle in die bisher geschlossenen Kaders der sozialdemokratischen Arbeiter und der mit sympathisierenden Massen, daß wir unsere Kräfte verzehnfachen müssen, um diese ungeheure historische Aufgabe der Loslösung entscheidender Teile der SPD-Arbeiterschaft von der reformistischen Führung und ihrer Gewinnung für den Kommunismus zu erfüllen und damit die Voraussetzung für den endlichen Sieg in den herannahenden Entscheidungskämpfen zwischen Bourgeoisie und Proletariat zu schaffen. Die bürgerlich-parlamentarische Demokratie ist diskreditiert bis weit in die Kreise ihrer treuesten Anhänger hinein. Das Kapital ruft nach der Diktatur. In diesem Augenblick muß die Kommunistische Partei verstehen, die Endlosung der Diktatur des Proletariats zur Losung der Arbeiterklasse zu machen. Wenn der kommende Parteitag in diesem Sinne die politische Linie des 6. Weltkongresses konkret auf die Lage in Deutschland anzuwenden versteht, wenn es uns gelingt, in kürzester Frist die Gesamtmitgliedschaft auf diese zentrale Aufgabe einzustellen, dann wird die neue Etappe in der Entwicklung des Reformismus zugleich der Anfang vom Ende der Herrschaft des Systems sein, das er heute mit allen Mitteln, auch mit den Mitteln der Gewerkschaftsspaltung, verteidigt.

*

# Die Perspektiven der Lage in China

Von Manabendra Nath Roy

Anm. d. Red.: Der Artikel ist noch vor den letzten Ereignissen in China geschrieben worden, die eine weitere Verschärfung der Lage anzeigen.

Die Anerkennung der Nanking-Regierung durch die imperialistischen Großmächte und die Einigung in der lange diskutierten Frage der Berechtigung Chinas, höhere Zölle zu erheben, wurden in der bürgerlichen Weit als Zeichen einer neuen Aera in China gedeutet. In den interessierten Kreisen hegte man die größten Hoffnungen: endlich erwuchs aus dem Chaos in China eine „Ordnung". Man glaubte, daß China unter der Führung der nationalistischen Bourgeoisie, die mit den revolutionären Arbeitern und Bauern so gründlich abgerechnet hatte, in das Paradies der kapitalistischen „Gesetzlichkeit und Ordnung" eintrete. Nicht allein die Bourgeoisie, sondern auch ihre Verbündeten, die internationale Sozialdemokratie, bejubelten die Geburt des kapitalistischen China. So begrüßte z. B. die „Wiener Arbeiterzeitung" vom 27./28. Dezember den Eintritt Chinas in den „Wirbelstrom der kapitalistischen Wirtschaft" mit der weisen Bemerkung, „die Lehren der Niederlage Moskaus in China liegen darin, daß kein Stadium in der Geschichte der sozialen Evolution übersprungen werden kann". Wie das Organ des Austromarxismus schreibt, konnte der „barbarische asiatische Bolschewismus" vom englischen Imperialismus „an den Ufern des Jang Tse" geschlagen werden, weil der erstere versuchte, den Lauf der Geschichte zu ändern. Mit anderen Worten: In China ist die kapitalistische Entwicklung in einem zentralisierten bürgerlichen Staat unvermeidlich und als ein Stadium des menschlichen Fortschritts zu begrüßen, selbst wenn sie unter der Hegemonie des imperialistischen Finanzkapitals vor sich geht.

Sogar unter den Kommunisten fanden sich einige[*)], die für China eine Periode der kapitalistischen Stabilisierung voraussagten. Sie dachten, daß die [227] zeitweilige Niederlage der Revolution zu einer Konzentrierung der Kräfte der Bourgeoisie in einem kapitalistischen Staat führen würde.

Die Nanking-Regierung zeigte ihre Unstabilität jedoch schon vom ersten Tage ihrer Bildung an. Heute liegt es offener als je zuvor zutage, daß die nationalistische Bourgeoisie nicht fähig ist, die Probleme zu lösen, vor denen China steht. Trotz des Segens der imperialistischen Mächte ist die Lage der Nanking-Regierung heute prekärer als bei ihrer Geburt. Sie hat bei der Erfüllung der Aufgaben, die ihr gestellt waren, in bezeichnender Weise versagt. Diese Aufgaben waren: das Land unter einer obersten politischen Macht zu zentralisieren; die militärischen Ausgaben durch die Zentralisierung und Beschränkung der Armeen herabzusetzen und wirtschaftlich das Land auf der Grundlage eines zentralisierten Finanzsystems wieder aufzubauen. Nicht eine dieser Aufgaben ist auch nur in Angriff genommen worden. Die Ursache dieser völligen Unfähigkeit, China wieder aufzubauen, ist einfach. Sie liegt darin, daß die bürgerlich-demokratische Revolution in China noch nicht vollendet wurde. Die Schaffung eines zentralisierten bürgerlichen Staates setzt die Vollendung der bürgerlichen demokratischen Revolution voraus. Die chinesische Bourgeoisie versucht einen kapitalistischen Staat zu errichten, ohne die Voraussetzungen für die Existenz eines solchen Staates geschaffen zu haben. Sie will die süßen Früchte der Revolution, die sie schamlos verraten hat, einheimsen. Sie erntet aber keine süßen Früchte, sondern vielmehr eine bittere Enttäuschung.

Die Anzeichen einer Konzentrierung der Kräfte der Konterrevolution sind in zwei Tatsachen zu erblicken. Die erste dieser Tatsachen ist die Entwicklung der Mißstimmigkeiten und Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Kuo-Min-Tang, was zur Stärkung der Position der sogenannten Mittelgruppe um Tschang-Kai-Schek herum führte; die zweite Tatsache war die Zusammenkunft aller Generale in Nanking, um die dornige Frage der Zentralisierung und der Beschränkung der militärischen Kräfte zu diskutieren. In der ersten Frage hatte man scheinbar bessere Erfolge zu verzeichnen. Nicht Frieden, sondern bewaffneter Waffenstillstand war es, wenn die gegnerischen konterrevolutionären Gruppierungen um die führende Rolle schacherten. Die Kardinalfrage, die Abschaffung der politischen Räte in den Provinzen, deren Fortbestehen die Spaltung der Partei in eine Reihe unabhängiger und einander bekämpfender Gruppen bedeutete, konnte nicht gelöst wurden. Man vertagte diese Frage bis zum dritten Parteitag, der Mitte März zusammengetreten ist. Die herrschende Clique hat alle Vorsichtsmaßregeln

[*)] Die chinesischen Liquidatoren, John Pepper u. a. D. Red.

getroffen, um diesen Parteitag nach ihren Wünschen zusammenzuschieben. Aber ganz plötzlich ertönt von völlig unerwarteter Seite hier ein neuer Mißklang. Am Vorabend des Parteitages fordert die Provinzialorganisation von Kiangsu, die bisher immer eine der Hauptstützen Tschang-Kai-Scheks war, die Rückkehr seines Rivalen Wang-Ching-Wei, der von der konterrevolutionären Bourgeoisie gezwungen worden war, ins Ausland zu fliehen, nachdem er in ihrem Auftrage die nationale Revolution verraten hatte. Die scheinbare Einheit der Partei wurde durch die Entfernung Wangs aus der Führung hergestellt. Es scheint nunmehr, als ob Wang und der kleinbürgerliche linke Flügel, die in „Opposition" zur „Nanking"-Clique der Schanghaier Bankiers stehen, nicht ausgeschaltet sind. Andererseits zeigt die Kwangsi-Gruppe feudaler Militaristen, die außer ihrem ursprünglichen Gebiet die wichtigen Provinzen Kwangtung, Hunan und Hupei in ihrer Hand hat und weiter auch in Peking über eine starke Garnison verfügt, ihre häßlichen Zähne. Der politische Provinzialrat von Wuhan, der die Machtvollkommenheiten des Nankinger Zentrums usurpierte, hat gewisse Truppenbewegungen angeordnet und den von Nanking eingesetzten Gouverneur von Hunan entfernt. Die Lage ist so gespannt, daß der ganze Flußverkehr auf dem mittleren Jang Tse zum Stillstand kam. Die Atmosphäre ist mit der Möglichkeit eines neuen Krieges zwischen Wuhan und Nanking geladen[*)].

Die Zusammenkunft der Generale in Nanking war ein wichtigeres Phänomen. Sie war der Vorbote des Bankrotts des Militarismus und ging mit [228] noch weiter reichenden Konsequenzen schwanger als der bewaffnete Waffenstillstand zwischen den einander bekämpfenden Gruppierungen innerhalb der Kuo Min Tang. Von zwei Seiten her wurde die Fortführung des Militarismus unhaltbar. Die revolutionäre Gärung unter den bäuerlichen Massen ist für den Militarismus, der durch Bauernaufstände in der Etappe, in der Flanke und auf allen Seiten ständig bedroht ist, eine akute Gefahr. Andererseits hat sich der Imperialismus entschlossen, als soziale Basis in China von den feudalen Militaristen zur Bourgeoisie überzugehen. Diese neue Orientierung in China ist zum großen Teil durch die Vereinigten Staaten diktiert worden. Die Ausdehnung des Handels und die Investierung von Kapital verlangen einigermaßen friedliche Zustände in China. In dieser Hinsicht war der Militarismus der am stärksten störende Faktor. Er hat seine Nützlichkeit überlebt. Als Waffe der imperialistischen Herrschaft über China muß er nunmehr aufgegeben werden. Die imperialistischen Mächte, vor allem Amerika, erteilten deshalb der Nanking-Regierung ihren Segen. Die Bedrohung von beiden Seiten, die ständige Gefährdung durch Bauernaufstände und die immer mehr verschwindenden Aussichten der imperialistischen Unterstützung erweckten bei den Generalen konstitutionelle Skrupel; sie begaben sich alle nach Nanking mit dem Wunsche. lieber an der vereinigten Leitung des gesamten Landes teilzunehmen, als ihre mühseligen Bestrebungen fortzusetzen, die absolute Herrschaft über einige Gebiete zu gewinnen. Diese Bereitschaft, sich einem nationalen Oberkommando unterzuordnen und einen Teil ihrer eigenen Kräfte aufzulösen, war in der Geschichte der chinesischen Republik etwas noch nicht Dagewesenes, wenngleich diese Bereitschaft nur auf dem Papier bestand.

Die Leistungen der Nanking-Regierung auf dem Gebiet der militärischen Konzentration waren schließlich nicht erfolgreicher als auf dem Gebiet der Parteieinheit. Das Wiedererscheinen des bekannten Tschang Tschung Tschang beweist, daß der Militarismus stärker denn je ist. Es beweist, daß der Imperialismus als solcher auf seine erprobte und traditionelle Waffe zur Beherrschung Chinas nicht verzichten kann, sogar wenn er es möchte. Es kann kaum ein Zweifel daran bestehen, daß hinter Tschang Tschung Tschang Japan steht, und es ist sehr wahrscheinlich, daß Japan auf Anregung Englands die neue imperialistische Orientierung in China durchbricht. Somit trifft die kapitalistische Rekonstruktion Chinas durch einen zentralisierten bürgerlichen Staat, wie der Imperialismus das wünscht, auf gigantische Hindernisse, nachdem sie gerade erst versucht worden Ist. Diese Hindernisse sind das Produkt der Klassengegensätze in China und der Widersprüche des Imperialismus.

Die Gegensätze innerhalb des Landes ergeben sich aus den einander widersprechenden Interessen der zwei Klassen, auf denen die Nanking-Regierung zu basieren versucht. Das ist einmal die städtische Großbourgeoisie; auf der anderen Seite stehen die feudalen Grundbesitzer. Der Heilige Geist des Imperialismus, der ziemlich deutlich im Hintergrund lauert, vollendet die Dreieinigkeit im politischen

[*)] Der neue Generalskrieg ist inzwischen entbrannt. D. Red.

Glaubensbekenntnis der Nanking-Regierung. Der Kampf innerhalb der Kuo Min Tang ist der Kampf um die Macht zwischen den großen Bankiers der Küstenprovinzen und den feudalen Baronen des Inlandes, nachdem der Ballast des kleinbürgerlichen Radikalismus über Bord geworfen wurde. Aber dieser geschlagene und diskreditierte dritte Faktor versucht, sich durch die Hintertür auf den politischen Kampfplatz einzuschmuggeln. Er verbündet sich mit den feudalen Militaristen der Kwangsi-Gruppe und wird damit zu einem neuen Zersetzungsfaktor.

Die Nanking-Regierung, die an der „Spitze" einer so prekären Klassenkombination steht, begann ihre Karriere mit einem utopischen Plan für den „Wiederaufbau". Gleich die ersten Schritte zur Verwirklichung dieses Planes drohten das lose Klassenbündnis zu sprengen, das die soziale Grundlage der Nanking-Regierung bildet. Obschon die Nanking-Clique den hochfahrenden Namen der Nationalen Regierung führt, herrscht sie in Wirklichkeit nur über zweiundeinhalbe Provinz: über Kiangsu, Tschekiang und die südliche Hälfte von An Huai. Die Herrschaft Nankings über andere Provinzen ist nur nominell, da die wirkliche Macht noch in den Händen der lokalen, weitgehend von den feudalen Militaristen beherrschten Behörden liegt. So versucht eine [229] Regierung, die auf der Unterstützung der Kaufleute zweier Küstenprovinzen und der Schanghaier Bankiers beruht, ihre Herrschaft auf das Innere des Landes auszudehnen, wo der Feudalismus noch die volle Macht in der Hand hat. Die Schanghaier Bankiers erklärten sich bereit, die Nanking-Regierung unter der Bedingung zu unterstützen, daß diese den Plan zur finanziellen Reorganisierung annimmt, den eben jene Bankiers ausgearbeitet hatten. Die Kardinalforderung dieses Plans ist die Beschneidung der militärischen Ausgaben durch die Demobilisierung großer Teile der bestehenden Heere. Dadurch sollen die Einkünfte, die heute von den großen Armeen aufgezehrt werden und in die Taschen der Generale wandern, dem zentralen Reichsschatzamt zur Verfügung gestellt werden. Nach dem berühmten Memorandum des Nankinger Finanzministers T. V. Soong könnten auf diese Weise 200 Millionen Silberdollar für das zentrale Schatzamt mobilisiert werden, wenn die vorgeschlagenen revolutionären Maßnahmen erzwungen würden.

Schöne Pläne ausarbeiten ist eine gute Sache; diese Pläne in die Tat umsetzen, ist aber etwas ganz anderes. Der Erfolg des Plans der Bankierkonferenz, der der Nanking-Regierung zu ihrer gegenwärtigen unsicheren Existenz verhalf, hängt von der Fähigkeit der Regierung ab, eine Beschäftigung für die entlassenen Soldaten zu finden. Das ist ein sehr schweres Problem, an dem die Nanking-Regierung sich mehr als einen Zahn ausgebissen hat. Wirklich oder nominell stehen etwa 1.600.000 Soldaten unter der Kontrolle der Nanking-Regierung. Es ist geplant, ihre Zahl auf die Hälfte zurückzuführen. Somit sollen über eine Million Menschen – Soldaten nebst dem Troß – entlassen werden. Die Unkosten für nichts weiter als die Demobilisierung dieser Soldaten werden auf mindestens 40 Millionen Dollar geschätzt. Wo kann dieses Geld aufgetrieben werden? Das ist das Problem.

Das nächste und noch schwierigere Problem besteht darin, eine ständige Beschäftigung für die entlassenen Soldaten zu finden. Dieses Problem könnte in zweierlei Weise gelöst werden, nämlich entweder durch die Versorgung der Soldaten mit Boden und Kapital zu dessen Bearbeitung oder durch umfangreiche öffentliche Arbeiten (Straßenbau, Eisenbahnbau usw.). Die erste Alternative bedeutet einen Angriff auf den Feudalismus, den die nationale Bourgeoisie zu unternehmen ebenso nicht gewillt wie unfähig ist. Die zweite Möglichkeit setzt einen großen Kapitalaufwand voraus, den die chinesische Bourgeoisie selber nicht aufbringen kann. Somit bleibt der Plan der Demobilisierung eines Teiles der Truppen, der die Voraussetzung sine qua non der Reorganisierung des Finanzwesens ist, ungelöst.

Die Nanking-Regierung ist dazu noch in großen finanziellen Schwierigkeiten. Obschon die gesamten Einkünfte des Landes auf 450 Millionen Dollar geschätzt werden und die Kontrolle über diese Gelder theoretisch der Nanking-Regierung zusteht, beträgt das gegenwärtige faktische Einkommen nur 5 Millionen Dollar monatlich, die in den Provinzen Kiangsu und Tschekiang aufgebracht werden. Die monatlichen Ausgaben der Nanking-Regierung belaufen sich auf 9 Millionen Dollar. Seit die Nanking-Regierung geschaffen wurde, ist dieses große Defizit immer durch Anleihen gedeckt worden. Bisher haben die Schanghaier chinesischen Bankiers der Nanking-Regierung insgesamt 126 Millionen Dollar zu einem Zinssatz von durchschnittlich 9,5 Prozent geborgt. Man kann deshalb ohne

Uebertreibung sagen, daß die Nanking-Regierung den Schanghaier chinesischen Bankiers verpfändet ist, hinter denen die internationale imperialistische Finanz steht. Die neuen Zollsätze, die am 1. Februar in Kraft gesetzt wurden, werden monatlich 234 Millionen Dollar ergeben, von welcher Summe jedoch nur 50 Prozent in die Kasse des Zentralen Schatzamtes fließen werden, da die Eingänge in Kanton und in einer Reihe anderer Häfen von den lokalen Behörden mit Beschlag belegt werden. Am ganzen Horizont ist kein heller Fleck zu sehen.

Der Versuch, einen modernen bürgerlichen Staat in China zu schaffen, hat mit einem Fiasko geendet. Die chinesische nationalistische Bourgeoisie ist völlig unfähig, mit diesem Problem fertig zu werden. Es gibt nur einen Weg für sie: sich selbst und das Land der imperialistischen Finanz zu verkaufen. Der unbeschränkte Kredit, mit dessen Hilfe das so überaus schwierige [230] Problem der Demobilisierung und finanziellen Reorganisierung mit einer größeren Aussicht auf Erfolg unternommen werden kann, muß aus dem Ausland kommen. Es gibt nur eine imperialistische Macht, die in der Lage ist, solche unbeschränkten Kredite zu geben. Das sind die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Aber Onkel Sam würde auch nicht einen Cent geben, ohne entsprechende Sicherungen des Schuldners zu erhalten. So erscheinen in China haufenweise amerikanische „Ratgeber“. Nach ihrer Zahl zu urteilen, sind sie eine richtige Besatzungsarmee.

Die neue Orientierung der imperialistischen Politik in China wirkt sich also zugunsten der Vereinigten Staaten aus, wenn sie sich überhaupt auswirkt. Die anderen bleiben im Hintertreffen. Aber England, Japan und Frankreich mit ihren „Sonderinteressen“ in China – kann man von ihnen erwarten, daß sie sich bei diesem profitbringenden Geschäft ausschalten lassen, ohne einen Gegenschlag zu führen? Sie holen zum Gegenschlag aus. Die Erneuerung des englisch-japanischen Vertrages, den Amerika 1921 sprengte, war ein Teil dieses Manövers, das die Form einer Unterstützung und Ermutigung aller Bewegungen annimmt, die sich gegen die Oberherrschaft von Nanking richten. So muß die unversöhnliche Rivalität der imperialistischen Mächte den zentrifugalen Tendenzen in China einen Anstoß geben, was sich gegen ihre eigenen Wünsche wendet, eine konterrevolutionäre bürgerliche Regierung in diesem Lande errichtet zu sehen. Weder die nationalistische Bourgeoisie noch der fremde Imperialismus kann das chinesische Problem in einer für den Kapitalismus günstigen Weise lösen.

Die Vollendung der bürgerlich-demokratischen nationalen Revolution ist die erste Voraussetzung für die Lösung all der verwickelten wirtschaftlichen und politischen Probleme Chinas. Der Feudalismus muß erst völlig zerstört werden, ehe der Militarismus, der einer seiner abscheulichsten Nebenprodukte ist, liquidiert werden kann. Da die Bourgeoisie hierin versagte, geht diese historische Aufgabe auf das Proletariat über. Wenn das Proletariat die bürgerlich-demokratische Revolution zum Abschluß gebracht hat, so wird sich diese in der heutigen Periode des kapitalistischen Verfalls direkt in die sozialistische Revolution verwandeln. Der Bankrott der Nanking-Regierung und die neue Periode von Generalskriegen, die zweifellos die Folge dieses Bankerotts sein muß, wird der Arbeiterklasse die Gelegenheit geben, aufs neue zur Offensive überzugehen. Die Situation zusammenfassend, schrieb der Korrespondent der Londoner „Times“ in Nanking bereits zu Anfang des neuen Jahres: „Dies (der Ausbruch neuer Feindseligkeiten) würde den Kommunisten die Möglichkeit gehen, eine Führung zu schaffen, die schwer zerstört werden könnte.“

*

Der Inhalt des Streites zwischen Nanking und Hankau ist nur zeitweilig. Die Ursachen der Streitigkeiten liegen tief. Die feudal-militaristische Kwangsi-Gruppe opponiert gegen die Wiederaufbaupläne der Schanghaier Bankiers, die hinter der Nanking-Clique stehen. Die Bourgeoisie hatte nicht den Mut und nicht die Absicht, die feudale Reaktion zu zerstören, und man kann von dieser nicht erwarten, daß sie sich der Herrschaft der Bourgeoisie unterordnet. Die inneren Klassengegensätze haben die Unstabilität der Konterrevolution zur Folge. Die letzten Meldungen lassen erkennen, daß das Vorgehen der Kwangsi-Gruppe nur ein Merkmal der gesamten Situation ist. Die Generale nehmen den Demobilisierungsplan der Nankinger Konferenz nicht ernst. Feng Ju Hsiang spielt in Schantung sein eigenes Spiel. Die Rückkehr Tschang Tschung Tschangs gibt ihm die Möglichkeit, Truppen nach Schantung zu bringen, ehe Nanking irgend etwas unternehmen kann. Tscheng Hsu Liang

weigert sich, gegen Tschang Tschung Tschang vorzugehen, wie Nanking das von ihm verlangt. So haben all die bombastischen Pläne der Nanking-Regierung mit einem großen Fiasko geendet, nachdem gerade der erste Versuch gemacht wurde, diese Pläne durchzusetzen. Aber in der Nanking-Gruppe selbst ist ebenfalls keine Einigkeit. Die nationalistische Bourgeoisie ist in zwei feindliche Gruppen gespalten, die eine mit amerikanischer, die andere mit englischer Orientierung. Die endgültige Bestallung Frederik Whytes als ober-[231]sten Ratgebers der Nanking-Regierung zeigt, daß die anglophile Gruppe, an deren Spitze Honkonger Compradoren wie Hu Han Ming stehen, von der Gruppe mit amerikanischer Orientierung nicht überwältigt wurde. Die Perspektive ist somit eindeutig eine Perspektive erneuter Generalskriege, die die Voraussetzungen für eine revolutionäre Offensive mit der Parole der „demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“ schaffen werden.

*

## Klassenkämpfe in Indien

Von A. B.

Die jüngsten Ereignisse in Bombay werden vielfach und mit Recht als ein Markstein auf dem Wege der Entwicklung des Kampfes sowohl gegen den britischen Imperialismus, wie auch gegen den heimischen Kapitalismus bezeichnet. Dieser Kampf gewann in den letzten Monaten an Breite wie an Tiefe; seine Ziele wurden konkreter, seine Strategie und Taktik klarer durchdacht, und die treibende Kraft dieser Kämpfe wird in immer höherem Grade das revolutionäre Proletariat. Dieses bestimmt aber nunmehr nicht allein die Richtung seiner eigenen Klassenbewegung, sondern wird in immer steigendem Maße zum Führer der armen Bauernschaft; es beeinflußt entscheidend die Haltung des Kleinbürgertums und der nationalrevolutionären Bourgeoisie überhaupt. An diesem Wendepunkte der Klassenbewegungen in Indien erscheint es äußerst lehrreich, die Gesamtlage der nationalen und sozialen Revolution ins Auge zu fassen, gleichsam eine Bilanz des bereits Erreichten zu ziehen und mit einigen Strichen das unmittelbar Bevorstehende zu kennzeichnen.

### I.

Was nun in erster Reihe die nationale Revolution selbst betrifft, so ist zunächst bemerkenswert, wie die indische Großbourgeoisie dieser Bewegung immer mehr und mehr den Rücken kehrt und mit dem britischen Imperialismus und dessen Organen in Indien gemeinsame Sache macht. Die Entwicklung der Klassengegensätze im eigenen Lande stellte sie vor die Alternative, mit dem revolutionären Proletariat zusammen den Kampf gegen Großbritannien aufzunehmen, oder aber die Hilfe des letzteren gegen die rapid erstarkende proletarische Klassenbewegung anzurufen. Der Klasseninstinkt der indischen Bourgeoisie siegte über ihre nationalen Interessen in dem Maße, in welchem die indische Arbeiterschaft neben der antiimperialistischen, antibritischen, nationalen Bewegung auch die Bekämpfung der eigenen, heimischen Bourgeoisie in ihr Programm aufzunehmen gezwungen war. Die doppelte Aufgabe der nationalen und sozialen Revolution, die der Gang der Ereignisse dem indischen Proletariat gleichzeitig auferlegte, führte einerseits zur Abstoßung des Klassenfeindes, andererseits zu einer Koordinierung der nationalen und der sozialen Interessen dieser Revolution.

Freilich wäre es ebenso übereilt, zu erklären, daß durch diese Entwicklung die indische Bourgeoisie sich in allen Teilen und restlos dem britischen Imperialismus ausgeliefert habe, wie anzunehmen, daß die Beziehungen dieser beiden in wirtschaftlicher Hinsicht dieselben geblieben sind, wie sie zu jener Zeit waren, als die indische Industrie sich unter englischem Protektorate eben erst zu entwickeln begann. Die Abkühlung dieses Verhältnisses erhellt am deutlichsten aus den Zahlen der Kapitalausfuhr Englands nach Indien, während das allmählich schärfer werdende Konkurrenzverhältnis zwischen den alten englischen und den neuen indischen Industrien sich gleichfalls zahlenmäßig aus der Außenhandelsstatistik feststellen läßt. Auf der einen Seite stellt die Statistik der Kapitalausfuhr fest, daß sie im Jahre 1921 29,3, 1922 36,1, 1923 25,3, in den nachfolgenden Jahren hingegen nur Bruchteile dieser Summen, d. h. 1924 2,6, 1925 3,4, 1926 2,0 und 1927 sogar nur 0,8 Millionen Pfund betrug. Auf der anderen Seite zeigt die Außen-[232]handelsstatistik die Veränderung der Beziehungen von einer anderen Seite: Sie zeigt eine stetige Abnahme des Prozentanteils Großbritanniens an der Gesamteinfuhr Indiens. Betrug diese in den Jahren 1909-1914 durchschnittlich 62,8 Prozent, in

den Jahren 1914-1919 durchschnittlich 56,5 Prozent, 1919-1924 durchschnittlich 57,6 Prozent, so verringerte sich dieser Anteil in den Jahren 1925-26 auf 51,4 Prozent, 1926-27 auf 47,8 Prozent, 1927-28 auf 47,7 Prozent. Der indische Professor Narain, der diese Statistik zusammenstellte[*)], fügt hinzu, daß selbst diejenigen, die die Zukunft der britischen Industrie sehr optimistisch beurteilen, nicht die Hoffnung hegen, daß Großbritannien seine Vorkriegsstellung im indischen Einfuhrhandel bald wieder erringen wird. Das Anwachsen der heimischen Produktion Indiens und dessen Folgen insbesondere für die Einfuhr der so bedeutsamen Textilwaren ist ersichtlich aus den Daten, die aufzeigen, daß der Anteil Großbritanniens von 97,4 Prozent in den Jahren 1909-14, im Jahre 1927-28 auf 78,1 Prozent gefallen, während derjenige Japans im gleichen Zeitraume von 0,01 auf 16,3 Prozent gestiegen ist. Allem Anschein nach hat also Indien in der letzten Zeit sowohl als Kunde wie als Lieferant für Großbritannien an Wichtigkeit verloren. Wenn aber das gegenseitige wirtschaftliche Interesse sich auf diese Weise auf beiden Seiten gelockert zu haben scheint, so wird mit Recht die Frage aufgeworfen, wodurch sich nun die obenerwähnte neuerliche Annäherung der indischen Bourgeoisie an die englische erklären lasse. Für England besteht dieser Anreiz darin, daß die Wettbewerbsfähigkeit britischer Waren außerhalb seiner Dominien, Kronkolonien und Indiens noch viel stärker gesunken ist und daß Indien als Kunde trotz allem immer noch an weitaus erster Stelle steht. Nach wie vor bleibt die Beherrschung Indiens eine Lebensfrage des britischen Kapitalismus. Für die Bourgeoisie Indiens hingegen ist das noch immer mächtige Großbritannien der gegebene Beschützer gegen die sozialen Bewegungen, die seinen jungen Kapitalismus bedrohen. Diesen Schutz dem vorläufig noch ungefährlichen Rivalen, der indischen Bourgeoisie, angedeihen zu lassen, liegt aber nebst dem erwähnten lebenswichtigen Moment auch schon deshalb in Englands Interesse, als die von ihm in Indien angelegten tausend Millionen Pfund Sterling nur in dem Falle sichergestellt erscheinen, wenn es neben seinem eigenen Machtapparal in Indien auch die einheimischen Elemente der Ordnung: die Vertreter der feudalen Ueberreste, die moderne Bourgeoisie und deren ideologische Stütze, die sogenannte Intelligenz, vor den Mächten der Revolution in Schutz nimmt.

## II.

Diese ideologische Stütze ist aber ein Kapitel für sich. Immer wieder und auch zuletzt im Zusammenhange mit den Ereignissen in Bombay wurden vielfach die geistigen Kräfte genannt, die einerseits den Gang der Revolution aufhalten, andererseits die imperialistischen und konservativen Mächte fördern, und unter denen die Religion an erster Stelle steht. Auch diesmal wurde der Versuch unternommen, die Straßenkämpfe, die Barrikaden, den Aufmarsch bewußt revolutionärer proletarischer Kämpfer unter der roten Fahne in einen Gegensatz von Mohammedanern und Hindus umzudeuten. Sicherlich fehlte es auch diesmal nicht an Bemühungen seitens der englisch-indischen Machthaber, diesen alten Trick der religiösen und Rassenverhetzung wieder einmal spielen zu lassen. Allein auch religiös verbrämte Schlagworte erhalten in einer fortgeschrittenen revolutionären Situation einen klaren sozialen Sinn. So bemühte man sich vergeblich schon vor einigen Jahren, die großen Massenarbeitseinstellungen im Zusammenhange mit der politischen Bewegung im Interesse der nationalen Befreiung in Unruhen religiöser Natur umzufälschen, und ebensowenig gelang es diesmal, die Streikbrecherbanden, die zur Abwürgung des großen Textilarbeiterstreiks von den fernen mohammedanischen Bergländern hergeholt worden sind, als „besonders fleißige und arbeitsame Stämme“ anzupreisen, die dem religiösen [233] Fanatismus der Hindus zum Opfer fielen. Die Darstellungen von Klassenkämpfen als religiöse und Rassenzusammenstöße sind im Laufe der Zeit derart fadenscheinig und abgenutzt geworden, daß selbst bürgerliche und reformistische Zeitungen nicht mehr darauf hineinfallen. Wenn schon die „Times“ die soziale und nationalrevolutionäre Bewegung in Indien als die eigentliche Ursache des Aufstandes bezeichnet, so darf wohl auch der „Vorwärts“ feststellen, daß „der religiöse Fanatismus der beiden Konfessionen, der oft Zusammenstöße herbeiführt, mit den blutigen Revolten in Bombay so gut wie gar nichts zu tun habe, vielmehr sei es die Hungersnot, die unter den Massen der seit 8 Monaten ausgesperrten Textilarbeiter Bombays herrsche, die die Menschen zur Verzweiflung getrieben habe.“ Nun ist „Verzweiflung“ gewiß nicht die richtige Bezeichnung für die äußerst klassenbewußte und zielklare, wohlüberlegte und hervorragend organisierte Revolte der

[*)] Vgl. Wirtschaftsdienst, Heft 35 vom 31. August 1928, Seite 1435.

Bombayer Arbeiterschaft. Die Bombayer Revolte war vielmehr die natürliche Folge und äußerste Zuspitzung einer seit langem vorbereiteten Etappe von mächtigen Kämpfen mit bedeutenden Massenaktionen und wichtigen organisatorischen Erfolgen, mit einer Verselbständigung der proletarischen Klassenziele und Erprobung proletarischer Klassenmittel, unter denen von größter Bedeutung die Arbeiterstoßtrupps sind, die in den kritischen Tagen Bombays entscheidende Bedeutung gewannen. Diese Entwicklung zeigt gleichzeitig, in wie hohem Grade kommunistische Gedankengänge und Organisationsmethoden in dem Klassenkampfe des indischen Proletariats Platz gegriffen haben. Diese Methoden kamen hier zunächst in territorialer Hinsicht in engem Rahmen zur praktischen Anwendung, zeigen aber den Weg, den das indische Proletariat zu gehen hat, wenn es im Reichsmaßstabe zum Bürgerkrieg kommen soll. Die Ereignisse in Bombay zeigten zugleich blitzlichtartig auf, wo die Mängel der bisherigen national-revolutionären Praxis bestehen, und gab gleichzeitig die beste Kritik der pazifistischen und reformistischen kleinbürgerlichen Politik, namentlich auch derjenigen Gandhis.

III.

Inmitten der Zuspitzung der Klassengegensätze in Indien mußte auch die nationale Revolution einen konkreteren Inhalt gewinnen. Vermochte der Nationalkongreß noch im vorigen Jahre innerhalb allgemeiner Formeln herumzulavieren und mit dem schwächlichen Boykottbeschluß gegen die Simons-Kommission den Anschein zu erwecken suchen, als ob er tatsächlich gegen den englischen Imperialismus aktiv auftreten wollte, so ist dies jetzt, nach dem Auftreten der Arbeiterschaft als der Führerin sowohl der sozialen wie der nationalen Revolution unmöglich geworden. Nachdem sich die indische Großbourgeoisie wieder mehr ihrem englischen Schutzengel zuwandte, mußte auch innerhalb der kleinbürgerlichen Nationalbewegung die Lage geklärt, rechter und linker Flügel hinsichtlich seiner politischen Ziele zu einer offenen Stellungnahme gezwungen werden. Die politischen Losungen, die hierbei von vornherein gegeben waren, um den revolutionären oder zumindest radikalen Flügel von dem konservativen, opportunistischen zu trennen, waren: hie völlige Unabhängigkeit Indiens von Großbritannien – hie Selbstverwaltung, Dominionstatus. Die Wertlosigkeit des letzteren Schlagwortes ist nicht bloß von wirklichen revolutionären, sondern vielfach auch von bürgerlichen Kennern der Machtlage klar erkannt worden. Es muß ja auch von vornherein einleuchten, daß, selbst wenn Großbritannien Indien die Selbstverwaltung zugestehen würde (was durchaus unwahrscheinlich ist, da Großbritannien sich nur unter stärkstem Druck einer weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Zwangslage entschließen würde, auch noch diese Prestigeeinbuße auf sich zu nehmen) – dieses Selbstbestimmungsrecht Indiens so begrenzt wäre, daß es in Wirklichkeit nur eine Scheinerrungenschaft wäre, irgendeine schönklingende juristische Formel, hinter der sich die Ausbeutung und Unterdrückung nur noch hemmungsloser entfalten könnte. [234] Der entschlossene Teil der Nationalrevolutionäre, der begriffen hat, daß ohne zähen Kampf nichts zu erreichen sei, setzt diesem das Ziel der völligen Unabhängigkeit Indiens. Also kein Freistaat – etwa im Sinne Irlands, sondern eine völlig selbständige Macht, die dann mit England auf gleichem Fuße über das weitere gegenseitige Verhältnis verhandeln könne.

Ganz abgesehen von den augenblicklichen Möglichkeiten der Verwirklichung dieses Programms auf indischer und seiner katastrophalen Folgen auf englischer Seite, ist jedenfalls in der konkreten Lage der Klassengegensätze die Frage, wie man sich zu den zukünftigen Zielsetzungen und zu den Kämpfen, die deren Durchführung erfordert, stellen müsse, durch diese zwei Parolen am treffendsten charakterisiert.

Der diesjährige Antrag Gandhis, England für die Verwirklichung der Forderung des Dominion Status noch die Frist von einem Jahre zu gewähren, offenbarte den jämmerlichen Bankrott des Gandhismus und des nationalreformistischen Flügels der indischen Bourgeoisie. Der eigene geistige Einfluß des Gandhismus ist durch diese Haltung des Führers derart geschwächt, daß nach seinem Anfrage in der Nationalversammlung dem unantastbaren Mahatma das Wort „Verräter“ zugerufen worden ist. Diese scharfe Kritik und Zurückweisung des Gandhismus – nunmehr nicht bloß von kommunistischer, sondern auch von national-revolutionärer Seite – zeigt, daß sein Einfluß mit der Erstarkung des proletarischen Klassenkampfes ebenso selbstverständlich dem Untergange geweiht ist, wie die

englischen Bestrebungen, die überaus verschärften Klassengegensätze durch religiöse und Rassenfeindlichkeiten aufzuhalten.

IV.

Während die Bewegung Gandhis an Bedeutung und Kraft abnimmt, einer immer schärferen Kritik der revolutionären Massen begegnet und infolgedessen auch für die indische Bourgeoisie und den britischen Imperialismus an Wert verliert, ergreift die Revolution immer größere neue Massen Indiens, unter denen ganz besonders die Bauernschaft und die Jugend hervorzuheben sind. Im Zusammenhang mit den Ereignissen in Bombay wurde bereits vielfach darauf hingewiesen, daß die Pathans, der mohammedanische Streikbrecherstamm, nicht nur in dieser Eigenschaft das Proletariat, sondern als Wucherer, die mit Zinsen bis zu 20 Prozent die Zwergpächter und Parzellenbauern der Umgegend von Bombay ausplündern, auch die arme Landbevölkerung provozierten und so eine natürliche Verbindung zwischen Arbeitern und Bauern, eine gemeinschaftliche Front der beiden ausgebeuteten Klassen zur Bekämpfung dieser kapitalistischen Werkzeuge herzustellen halfen.

Der heldenhafte Aufstand des Bombayer Proletariats und seine aktive Unterstützung durch die Bauernmassen stellen zum erstenmal in der Geschichte Indiens die Verwirklichung der Hegemonie des Proletariats im nationalrevolutionären Kampf und damit zugleich die proletarische soziale Revolution als Gegenwartsaufgabe auf die Tagesordnung.

Aber nur eine starke kommunistische Partei kann diese Hegemonie verwirklichen und sichern.

Die Zuspitzung aller inneren und äußeren Widersprüche in Indien, die Verschärfung des Klassenkampfes, das Erwachen der breiten Massen der Arbeiterschaft und des Bauerntums zu revolutionärer Aktivität schafft die günstigsten Bedingungen für den Zusammenschluß der kleinen, zerstreuten kommunistischen Gruppen zu einer einheitlichen, geschlossenen und starken kommunistischen Partei.

Wenn diese Partei die geschichtliche Bühne betritt, dann wird die neue Epoche der indischen Revolution in ihre entscheidende Phase eintreten. [235]

*

## Vom Spartakusbund zur bolschewistischen Partei

Von Werner Hirsch

II.

Wir haben in zwei vorhergehenden Artikeln („Die Internationale“, Jahrgang 12, Heft 1/2 und Heft 4) die Gründungsgeschichte unserer Partei und einige der ersten wesentlichen Etappen ihrer Entwicklung betrachtet. Die zögernde, fast hemmende Rolle, die die damalige Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands bei der Gründung der Kommunistischen Internationale spielte, brachte noch einmal in klassischer Form jene ideologischen Schwächen der revolutionären Bewegung Deutschlands und ihre Rückständigkeit gegenüber dem Bolschewismus zum Ausdruck, durch die die gesamte Vorgeschichte unserer Partei und die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung in der Vorkriegszeit beeinflußt waren. Unsere Analyse der Januarkämpfe des Jahres 1919 sowie des Verhaltens der Partei im Reichsmaßstabe gegenüber der bayerischen Räterepublik zeigte uns als die entscheidende Frage in der Entwicklung der KPD während jener Periode der ersten Revolutionsjahre das Problem, aus der rein propagandistischen Politik, wie sie den Spartakus-Traditionen entsprach, zur aktiven revolutionären Politik einer wirklichen kommunistischen Partei vorzustoßen.

*Die Auseinandersetzung mit den KAPDisten*

Die erste schwere ideologische Auseinandersetzung unserer Partei war die Auseinandersetzung mit den syndikalistischen Elementen der sogenannten „Hamburger Richtung“, von denen die Partei sich auf ihrem Zweiten Parteitag, dem Heidelberger Parteitag, trennte. Jene KAPD-Krise bedeutete für die junge Partei eine furchtbare Erschütterung. Nach den ungeheuren Verlusten, die die Partei in den revolutionären Kämpfen des Jahres 1919 erlitten hatte, erfolgte nun die

Parteispaltung, wobei zunächst mehr als die Hälfte der mühselig aufgebauten Organisationen zerschlagen wurde, resp. zur KAPD überging.

Und trotzdem war diese Auseinandersetzung um den Heidelberger Parteitag bei allen Fehlern, die die Partei dabei beging, doch ein entscheidender Schritt vorwärts. Denn die Tatsache, daß seitens der „Hamburger", der späteren Begründer der KAPD, ein konsequent negativer Standpunkt zur Frage der Partei aufgerollt wurde, zwang die Partei selbst, das Problem der Rolle der Partei zum erstenmal grundsätzlich zu stellen und sich damit zu befassen. In der Stellungnahme der damaligen Opposition gab es naturgemäß eine Fülle ziemlich verworrener und widerspruchsvoller Meinungen. Das Grundelement der gesamten Position der späteren KAPisten bildete jedoch die syndikalistische Tendenz des Verzichts auf den politischen Kampf des Proletariats, an dessen Stelle die wirtschaftliche Durchsetzung des Sozialismus treten sollte. Aus dieser Grundeinstellung ergaben sich die weiteren Gegensätze schroffster Natur: die bewußte Leugnung der Führerrolle der Partei, der Wille, die Partei überhaupt aufgehen zu lassen in einer allgemeinen Klassenorganisation des Gesamtproletariats. Damit verbunden die Ablehnung des zentralistischen Charakters der Partei und der Schrei nach dem Föderalismus. Schließlich die Einstellung nur rein ökonomische Kämpfe, auf den Generalstreik als das alleinseligmachende Mittel des Klassenkampfes, und – daraus hergeleitet – die Tendenz, den Bürgerkrieg zu „vermeiden", den bewaffneten Aufstand für überflüssig zu erklären.

Man sieht: in der praktischen politischen Bedeutung für das deutsche Proletariat und die Bedürfnisse der proletarischen Revolution war die gesamte Position der Hamburger alles andere als revolutionär. Sie bedeutete im Gegen-[236]teil die Lähmung der revolutionären Bewegung, die Erziehung zur Passivität, den Rückschritt von der Stufe der Entwicklung, die mit der Gründung der selbständigen revolutionären Partei und mit ihren Erfahrungen in den ersten revolutionären Kämpfen bereits erreicht war. Trotzdem also die Hamburger Plattform im schlimmsten Sinne opportunistisch und liquidatorisch war, stützte sie sich innerhalb der Partei auf gute und revolutionäre Arbeiterschichten, zum Teil auf die radikalsten und kampfentschlossensten Teile der Parteimitgliedschaft. Dieser Widerspruchs erklärt sich dadurch, daß in zwei Fragen die Hamburger den Stimmungen dieser radikalen Arbeiterelemente entsprachen: einmal in ihrer grundsätzlichen Ablehnung der Parlamentsbeteiligung, zum anderen in der Art, wie ihr Kampf gegen den Zentralismus der Partei an die – nach den Erfahrungen mit der Sozialdemokratie und USP außerordentlich starken – Antibonzenstimmungen im deutschen Proletariat anknüpfte. Hinter diesen beiden Momenten trat das andere in der praktischen Auseinandersetzung innerhalb der Partei vorerst zurück. Nur so ist es zu erklären, daß die Partei die Ueberwindung des Hamburger Syndikalismus mit so schweren Opfern erkaufte (obwohl bei einer bolschewistischen Taktik der Zentrale diese Opfer nicht unvermeidlich gewesen wären).

Wir wollen nachstehend die oben kurz skizzierten Auffassungen der „Hamburger" mit einigen dokumentarischen Aeußerungen der späteren KAPDisten belegen. Zunächst die allgemeine Bewertung der Aufgaben des Proletariats, die Ablehnung des politischen Machtkampfes, an dessen Stelle ein rein ökonomischer Vorgang treten soll. Einer der Führer der Hamburger, Fritz Wolfheim, sagte darüber in einer Broschüre „Betriebsorganisation oder Gewerkschaft":

„Wenn die politische Revolution sich vollzog auf der Straße, so konnte das die ökonomische Revolution nicht. Sie konnte sich nicht durch bewaffnete Aktion vollziehen, sondern sie hatte sich dort zu vollziehen, wo der wirtschaftliche Prozeß wurzelt – in den Betrieben."

Um diese „ökonomische Revolution" zu vollziehen, gründeten die Hamburger ihre „Allgemeine Arbeiter-Union". Ihre Aufgabe erblickten sie darin,

„die kapitalistische Wirtschaft zu zerstören ... durch eine fortgesetzte Kette weiter und weiter um sich greifender revolutionärer Massenstreiks, die einen Industriezweig nach dem anderen erfassen, die die Wirtschaft des ganzen Landes erschüttern und endlich die kapitalistische Klasse zwingen zum Eingeständnis ihres Bankrotts".

Schon in diesen Worten Wolfheims zeigt sich deutlich die vollständige Abkehr von jeder marxistischen und revolutionären Betrachtungsweise. Kein Wunder daß Wolfheim in noch schrofferer Form als in dem oben zitierten Satz das Ende der Revolution, der „bewaffneten Aktion", verkündete. So schrieb er:

„Die deutsche Revolution, die sich in ihren politischen Formen am 9. November des vorigen Jahres vollendet hat ...“

Und Laufenberg, der andere Führer der Hamburger, verkündete sogar mit Stolz auf dem Heidelberger Parteitag:

„Wenn wir über die Politik des Bürgerkrieges hinweggekommen sind, so ist das das Verdienst Hamburgs.“

Bis zu welchem Grade opportunistischer Plattheit diese syndikalistische Revision des Marxismus gediehs, zeigen Vorschläge, die Laufenberg in einer Rede im Dezember 1918 machte und die er in einer Broschüre über die Hamburger Revolution zitiert.*) Laufenberg führt dort aus:

[237] „Wolle man die Revolution in geordneter Weise (!) fortführen und doch die politische Macht der Arbeiterklasse sichern, wolle man der Verschärfung der Klassengegensätze und vielleicht gar (!) dem Bürgerkrieg vorbeugen, so biete sich dazu nur ein Weg ... Um dem Bürgerkrieg vorzubeugen, müsse einerseits an der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse in vollem Umfange festgehalten werden, um die Sozialisierung zu sichern. Auf der anderen Seite aber müsse dem Bürgertum die Möglichkeit gewährt werden, entsprechend seiner zahlenmäßigen Bedeutung, Gang, Art und Form der Sozialisierung mit zu beeinflussen ... Zur Konstituante, nach der die Bourgeoisie förmlich schreie, dürfe daher nicht greifen, wer an der politischen Macht der Arbeiterklasse festhalte, wohl aber könne man neben das Herrschaftsorgan der Arbeiterklasse, neben einen Zentralrat der Räte ein aus allgemeinen Wahlen hervorgehendes Parlament (!) stellen, das unter der Kontrolle der Arbeiterregierung und mit fest umrissenen Befugnissen dem Bürgertum einen gewissen Spielraum (!) gewährt und es ihm ermöglicht, beim Fortgang der Sozialisierung sein Interesse zur Geltung zu bringen.“

Wie sah nun das geheimnisvolle Rezept jener „Betriebsorganisation“ aus, mit dessen Hilfe die Hamburger ihre „friedfertige“ Sozialisierung „ohne Bürgerkrieg“ und „ohne politischen Kampf“ zuwege bringen wollten? In der Hamburger „Kommunistischen Arbeiterzeitung“ vom 31. Juli 1919 stand darüber zu lesen:

„Alle in einem Betriebe beschäftigten Arbeiter und die ganz oder fast proletarischen Angestellten haben sich zusammenzuschließen in einer Betriebsorganisation, die mit den Betriebsorganisationen aller Betriebe der gleichen Industrie auf föderalistischer Grundlage nach Industriegebieten über das ganze Land zusammengeschlossen ist. Alle föderalistisch zusammengeschlossenen Organisationen aller Industrien vereinigen sich auf föderalistischer Grundlage zu der großen einheitlichen proletarischen Klassenorganisation, die in ihren föderalistischen Sektionen den wirtschaftlichen Teilkampf, als Ganzes den politischen Endkampf führt.“

In dem Augenblick also, in dem sich das deutsche Proletariat endlich die selbständige revolutionäre Partei geschaffen hatte und in dem die historische Aufgabe vor der revolutionären Bewegung stand, diese Partei zur Höhe ihrer geschichtlichen Mission zu entwickeln, schlugen die Hamburger vor, die Partei wiederum in dem allgemeinen Mischmasch einer Gesamtorganisation aller Proletarier aufgehen zu lassen. Die Partei sollte nicht sofort verschwinden. Aber welche Rolle konnte ihr bei den oben skizzierten Auffassungen der Hamburger noch verbleiben? Der erwähnte Artikel der „KAZ“ gibt darauf folgende Antwort:

„Die proletarische Klassenorganisation kann erst wirtschaftliche und politische Einheitsorganisation sein, wenn ihr Aufbau vollendet ist. Bis zu diesem Zeitpunkt (!) bedarf sie einer besonderen politischen Partei, die ihren Hauptzweck sieht in der Propaganda (!) der Einheitsorganisation und des Rätesystems. Die Kommunistische Partei propagiert (!) die proletarische Einheitsorganisation und das Rätesystem, um

*) Laufenberg, der in der Hamburger Sozialdemokratie vor dem Kriege eine bedeutende Rolle gespielt und sich während des Krieges durch seine tapfere Haltung außerordentliche Sympathien unter der Hamburger Arbeiterschaft erworben hatte, kam einige Tage nach Ausbruch der Revolution in Hamburg an und wurde, als an Stelle des ersten revolutionären A- und S-Rates ein von der Mehrheitssozialdemokratie und USP beherrschter neuer A- und S-Rat trat, zu dessen Vorsitzenden gewählt, obwohl er der kommunistischen Fraktion – also der Minderheit – angehörte. Er betrieb in der Folge als Vorsitzender dieses A- und S-Rates eine geradezu verheerende opportunistische Politik der Kompromisse und der Kuhhandelei, durch die die Entwicklung der revolutionären Bewegung in Hamburg außerordentlich gehemmt wurde.

sich mit der Verwirklichung ihrer Forderung selbst als politische Partei aufzuheben (!). Die Kommunistische Partei wird mit der Verwirklichung der proletarischen Klassenorganisation aufhören, neben ihr als Partei zu bestehen."

Fritz Wolfheim führte u. a. in seinem Korreferat auf dem Heidelberger Parteitag wörtlich aus:

„Wenn man uns sagt, wir wünschen die Partei zu einer Propagandaabteilung zu machen, so sagen wir, daß wir es allerdings für die Aufgabe der Partei halten, zu informieren, aber wir wollen nicht die Inszenierung putschistischer Bewegungen. Es ist nicht die Aufgabe der Partei, die Massen auf die Straße zu rufen. Nach unserer Auffassung entstehen Massenbewegungen."

Die unmarxistische und unkommunistische Stellung der „Hamburger" zur Frage der proletarischen Partei bedingte naturgemäß auch eine völlig abwegige Stellung zur proletarischen Diktatur. Wolfheim selbst erklärte in seinem Korreferat in Heidelberg:

„Das Proletariat stellt heute keine einheitliche Partei dar, wohl aber eine einheitliche Klasse. Diktatur des Proletariats ist daher keine Parteidiktatur, Diktatur des Proletariats ist Klassendiktatur. Wir wünschen keine Parteiherrschaft etabliert zu sehen, sondern Klassendiktatur."

Auch einer der Diskussionsredner führte aus:

„Es handelt sich darum, ob wir eine kommunistische Parteidiktatur oder proletarische Klassendiktatur ausüben wollen. Die Zentrale will eine Parteidiktatur wie in Rußland. Wir müssen versuchen, die Einigung des Proletariats vor dem Kampf herbeizuführen."

[238] Diese Zitate über die Auffassungen der „Hamburger" zur Rolle und zu den Aufgaben der Partei ließen sich beliebig vermehren. Ganz offensichtlich zeigen sich hier alle die Tendenzen, die der Entwicklung der Partei zur selbständigen kommunistischen Politik hinderlich waren, und die schon in der Vorkriegszeit den linken Flügel der deutschen Sozialdemokratie dazu gebracht hatten, den Schritt der Spaltung vom Opportunismus nach Lenins Worten erst „verspätet" zu vollziehen. Alle diese Tendenzen der Unterschätzung der Rolle der Partei, der Auffassung, die KPD sei nur eine „Fraktion" der gesamten Arbeiterbewegung und nicht vielmehr die einzige Klassenpartei des Proletariats, die Tendenzen, die Partei als ein bloßes Propagandainstrument verkümmern zu lassen und die Durchführung des proletarischen Freiheitskampfes der Spontaneität der Massen zu überantworten, – all dies kam in den Plattformen der Hamburger noch einmal in geradezu klassischer und nahezu überspitzter Form zum Ausdruck. Wenn die Hamburger dieses opportunistische Liquidatorentum verbanden mit der Theorie des Herauslaufens aus den Gewerkschaften, wenn sie sich als die Ultraradikalen aufspielten, so änderte das nichts an der Tatsache, daß in ihrer Richtung der ganze Ballast schlechter sozialdemokratischer Traditionen in der Frage des bewaffneten Aufstandes, sowie das schlechte ideologische Erbe der Sozialdemokratie in der Einschätzung der Rolle der Partei erneut seinen politischen Ausdruck fand. Diese, von der sozialdemokratischen Vergangenheit überkommenen Krankheitsstoffe, gepaart mit dem scheuen Aufblick zur „großen Nachbarpartei", mit der kleinbürgerlichen Angst vor der Größe der historischen Aufgabe und vor der „Unordnung" des Bürgerkrieges, waren die Wurzeln der Hamburger Richtung, die Wurzeln der späteren KAPD.

Die revolutionäre Avantgarde des deutschen Proletariats, die sich im Dezember 1918 ihre kommunistische Partei der Form, dem Namen und der allgemeinen politischen Orientierung nach geschaffen hatte, bedurfte erst des massiven Angriffs all jener verfehlten und die Herausbildung einer bolschewistischen Partei hindernden Tendenzen, wie sie sich im Sammelbecken der „Hamburger" vereinten, um im Kampf mit diesen Hamburgern die erste ideologische Klarheit über die Rolle der Partei zu erzielen.

Diese Bedeutung der Auseinandersetzung mit den KAPDistischen Tendenzen im allgemeinen dialektischen Prozeß unserer Parteientwicklung ist es, weshalb wir dem ganzen Fragenkomplex des Heidelberger Parteitages und der KAP-Krise eine so breite Behandlung einräumen.

Es ist natürlich klar, daß die Partei nicht imstande gewesen wäre, mit den „antiparteilichen" Kräften der Hamburger fertig zu werden, wenn nicht dieser theoretischen Auseinandersetzung und

Selbstverständigung über die Rolle der Partei die praktischen Erfahrungen des deutschen Proletariats im ersten Jahre der Revolution und des Bürgerkrieges vorangegangen wären. Aber es war für diesen Selbstverständigungsprozeß der Partei eine unerläßliche geschichtliche Notwendigkeit, daß die Irrtümer über die Rolle der Partei erneut in einer Gruppierung Fuß faßten, mit der die Gesamtpartei sich auseinandersetzen und damit ihre eigenen Lebensfragen durchkämpfen mußte.

Das groteske Spiel der parteigeschichtlichen Entwicklung will es, daß an der Spitze derer, die den Kampf gegen die Hamburger führten und der Partei dabei die ersten Erkenntnisse über die Rolle der Partei erfochten, gerade Paul Levi stand, der durch seine opportunistische Grundeinstellung (wie sie im Fall der bayerischen Räterepublik besonders kraß schon vor dem Heidelberger Parteitag in Erscheinung getreten war) am wenigsten dazu berufen schien, den Vorkämpfer einer aktiven und bolschewistischen Politik der Kommunistischen Partei abzugeben. Doch die Geschichte fragt nicht viel nach ihren Werkzeugen, nach dem Woher und Wohin der Menschen, die in bestimmten Situationen zu Trägern bestimmter geschichtlich notwendiger Prozesse werden. Tatsache ist jedenfalls, daß Paul Levi mit [239] seinem theoretischen Kampf gegen die „Hamburger" der Partei zugleich wohl oder übel die Waffen schmieden half, mit denen sie sich später des Paul Levi selber und, bis auf den heutigen Tag, all seiner opportunistischen und liquidatorischen Nachfahren zu entledigen vermochte.

Wörtlich führte Levi auf dem Heidelberger Parteitag zur Frage „Propaganda- oder Aktionspartei" aus:

„Wenn auch die Hamburger Syndikalisten sagen, daß die Partei nicht von heute zu morgen zerstört sein soll, so sind sie doch heute schon daran, den Lebensnerv dieser unserer Partei zu ertöten. Einmal dadurch, daß sie versuchen, die Partei herauszudrücken von ihrem eigentlichen Felde der revolutionären Aktion und sie hervorzudrücken zu einer losen Propagandagesellschaft ... Das also soll jetzt die Aufgabe der Kommunistischen Partei sein, Flugblätter liefern, Artikel liefern, Schlagwörter liefern, kurzum die Propaganda liefern ...? Wir Kommunisten aber sehen, weil wir den politischen Kampf voranstellen, in der politischen Partei das Lebensprinzip der Revolution und in der Kommunistischen Partei die Führerin des revolutionären Kampfes."

Es ist für Paul Levis heutige Erben, die Brandler, Walcher und ihre versöhnlerischen Anhängsel, einigermaßen beschämend, daß das, was Levi zur Charakteristik der KAPDistischen Liquidatoren des Jahres 1919 ausführte, ziemlich haargenau auf die traurige Rolle paßt, die die Rechten und Versöhnler heute, 1929, der KPD zumuten.

Paul Levi, der nachmalige Ritter des westeuropäischen Kommunismus, der Kämpfer gegen „Moskauer Diktatur" und für die sogenannte „Meinungsfreiheit" in der Kommunistischen Partei, äußerte sich auf dem Heidelberger Parteitag auch zur Frage des Zentralismus der Partei:

„Das also ist die Lehre, die die Hamburger aus zwölf Monaten deutscher Revolution, aus Tausenden von Leichen und aus einer Reihe von Niederlagen der deutschen Revolution gelernt haben, die darauf beruhen, daß das Proletariat zu einer einheitlichen Aktion noch nicht sich aufschwang: daß man in föderalistische, unzusammenhängende Gebilde das Proletariat zerschlagen müsse ... Weil wir Kommunisten in der Revolution den gesamten politischen Kampf des Proletariats sehen, suchen wir die Zusammenfassung zu erreichen, durch straffste Zentralisation der Kommunistischen Partei, die die Kämpfe führen soll ... So sind wir Kommunisten zentralistisch, die Syndikalisten aber sind föderalistisch."

Und auch in der Diskussion auf dem Heidelberger Parteitag zeigte sich die wachsende Klarheit über die Rolle der Partei. Ein Stuttgarter Diskussionsredner erklärte u. a.:

„Der Schaden, der entsteht, wenn eine starke kommunistische Partei fehlt, wurde besonders in Ungarn offenbar ... Wir machen aber der Zentrale den Vorwurf, daß sie zu propagandistisch tätig gewesen ist."

Ein anderer Diskussionsredner aus Essen führte aus:

„Hamburg schleuderte die Parole von der Einigung des Proletariats unter die Massen, in einem Augenblick, als Rosa Luxemburg ermordet wurde und als wir uns im Kampf mit der USP befanden – in diesem Augenblick mußte die Parole nur verwirrend wirken."

Ein Mitglied der Zentrale führte aus:

„Unsere Existenz als straff organisierte und zentralisierte politische Partei ist die Vorbedingung für eine umfassende und kraftvolle revolutionäre Politik des proletarischen Klassenkampfes ... Hie Partei, hie Propagandagesellschaft, das ist die Frage."

All diese Zitate klingen heute wie Selbstverständlichkeiten, obschon das Beispiel des Brandlerismus und des Versöhnlertums lehrt, daß sie auch im Jahre 1929 noch nicht vollkommen selbstverständlich sind. In der damaligen Situation des Oktobers 1919 aber stellten solche Aussprüche den deutlichen und sichtbaren Beweis für die Fortschritte im Klärungs- und Entwicklungsprozeß der revolutionären Partei des deutschen Proletariats dar. Die Selbstverständigung über die Rolle der Partei, die Ueberwindung all jener Unklarheiten und ideologischen Rückständigkeiten, wie sie noch auf dem Gründungsparteitag vorherrschten, kam in diesen Auseinandersetzungen des Heidelberger Parteitages zum Ausdruck.

So bedeutungsvoll aber die ideologische Ueberwindung der „Hamburger" für den Weg der Partei war, so sehr erfolgte die Methode der Aus-[240]einandersetzung in organisatorischer Hinsicht durch Paul Levis Schuld zum Schaden der revolutionären Bewegung. Eine bolschewistische Durchkämpfung der KAPD-Krise hätte es ermöglicht, die Träger des syndikalistischen Liquidatorentums in der Partei zu isolieren und den überwiegenden Teil der guten revolutionären Arbeiterelemente in den Reihen der Partei zu erhalten. Durch Paul Levis Taktik wurden sie abgespalten und fast mutwillig in die KAPD gedrängt. Auf dem Heidelberger Parteitag vollzog sich der Bruch in der Form, daß zunächst nach zweitägiger Verhandlung über die prinzipiellen Leitsätze der Zentrale abgestimmt wurde,. deren letzter Passus die Zugehörigkeit zur Partei von der Zustimmung zu diesen Grundsätzen abhängig machte. Nach der Annahme dieser Leitsätze wurden diejenigen Parteitagsdelegierten, die dagegen gestimmt hatten, als ausgeschlossen behandelt.

Die Spaltung von den Laufenberg und Wolfheim war selbstverständlich eine Notwendigkeit. Als dann aber nach diesem zweiten Verhandlungstag abends eine Konferenz der Opposition getagt halte, in der Laufenberg, Wolfheim und Rühle die Bildung einer neuen Partei beantragten, und als die drei nach der Ablehnung dieses Antrages abgereist waren, während die übrigen oppositionellen Delegierten weiter am Parteitag teilzunehmen versuchten, war es völlig sinnlos und schädlich, daß man dies verhinderte und die Spaltung künstlich vertiefte.

In dieser Methode der Abstoßung auch breiter Arbeiterschichten, die man für die Linie der Partei hätte gewinnen können, kam der opportunistische Eselsfuß Paul Levis zum Vorschein. Es kam ihm durchaus nicht darauf an, lediglich die grundsätzlichen Fragen zu klären, sondern er wollte diesen Prozeß mit der Abspaltung auch all jener vorwärtsdrängenden und ungeduldigen proletarischen Elemente verbinden, die nur aus Unklarheit mit den Hamburgern gegangen waren, deren ehrlicher Radikalismus aber dem praktischen Opportunismus Paul Levis unbequem war. Was diese falsche Methode Levis für die Partei bedeutete, kann man ermessen, wenn man bedenkt, daß die Delegierten der Opposition die Organisationen von Berlin, Hamburg, Bremen, dem Rheinland usw. vertraten, und daß auch in den anderen Organisationen starke Strömungen für die Opposition bestanden.

Die Partei rechnete vor dem Heidelberger Parteitag bereits 106.656 Mitglieder ab. Diese Zahl muß naturgemäß entsprechend den damaligen Verhältnissen bewertet werden. Es ist klar, daß in einer akut revolutionären Periode der Andrang der Arbeitermassen zu den proletarischen Organisationen und die Ziffern der Organisationsverhältnisse viel höhere sind als in sogenannten „ruhigen" Zeiten. Immerhin stellte die Partei vor Heidelberg organisatorisch einen beachtlichen Faktor dar. Durch die Art, wie der notwendige Bruch mit den Laufenberg und Wolfheim von Levi durchgeführt wurde, war die Partei in ihrer Entwicklung organisatorisch wieder völlig zurückgeworfen.

Auch diese Kehrseite der Heidelberger Medaille ist für die heutige Betrachtung der Parteigeschichte von ernstem Interesse. Schuf doch der Hinauswurf von tausenden guten proletarischen Elementen mit den Laufenberg und Wolfheim, statt sie von ihnen loszulösen, in gewissem Sinne die Voraussetzung dafür, daß die Partei unter der Führung der Levi-Thalheimer-Zentrale in ihrer Praxis die Lehren aus dem ideologischen Kampf mit dem syndikalistischen Liquidatorentum, die Lehren von

der Rolle der Partei und der Notwendigkeit einer aktiven revolutionären Politik ungenützt ließ. Nach wie vor blieb die praktische Politik der Partei auf eine vorwiegend propagandistische Rolle beschränkt, deren nächste Auswirkung das Versagen der Partei anläßlich des Kapp-Putsches bildete. (Fortsetzung folgt.)

[241]

**Die Internationale**
**Jahrgang 12 * Berlin, den 1. Mai 1929 * Heft 8-9**

## 1. Mai 1929

Der 1. Mai 1929 steht im Zeichen des verschärften Klassenkampfes, des Aufstiegs der revolutionären Kräfte. Der 1. Mai ist zugleich ein grundsätzlicher Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Das, was der 4. August 1914 für die Vorkriegssozialdemokratie war, der Bankrott und Zusammenbruch der Zweiten Internationale, das ist der 1. Mai 1929 für die deutsche Nachkriegssozialdemokratie, für die reformistische Burgfriedens- und scheindemokratische Illusionspolitik.

Seit 40 Jahren begeht die deutsche Arbeiterklasse den 1. Mai unter revolutionären Losungen zum Kampf für den Sozialismus. Der wilhelminische Klassenstaat wagte es nicht, den 1. Mai zu verbieten. Selbst eingefleischte monarchistische Reaktionäre wie Jagow, der bei jeder Gelegenheit mit dem Polizeisäbel zur Hand war, haben nicht gewagt, die Kundgebung der Berliner Arbeiterschaft am 1. Mai zu verbieten. Im ganzen Reich, in allen Orten konnte in der Vorkriegszeit die Arbeiterklasse ungestört für ihre Forderungen auf den Straßen und Plätzen demonstrieren. Erst mußte die Sozialdemokratie die Ministerposten im Reich und in Preußen beziehen, erst mußten an Stelle der kaiserlichen Jagows sozialdemokratische Polizeipräsidenten vom Schlage Zörgiebels treten, damit am 40. Jahrestag der Maidemonstrationen die Maikundgebungen der Berliner Arbeiterschaft unterdrückt werden konnten.

Den reaktionären, konterrevolutionären sozialdemokratischen Ministern und Polizeipräsidenten schließt sich die Gewerkschaftsbürokratie an, indem sie offen auf die Tradition des 1. Mai verzichtet und es ablehnt, wie in den früheren Jahren für die Forderungen der Arbeiter am 1. Mai zu demonstrieren.

Diese Wandlung des Reformismus ist der Bankrott und der Zusammenbruch der scheindemokratischen Illusionsperiode des Reformismus. Mit dem 1. Mai 1929 demonstriert der Reformismus den Beginn der Periode des Sozialfaschismus: den Uebergang des Reformismus von der Scheindemokratie zu faschistischen Gewaltmethoden als der prinzipiellen Generallinie ihrer heutigen Politik. Die kämpfende Arbeiterklasse, die für den Reformismus das Objekt der Irreführung und des Betruges war, wird für ihn nunmehr das Objekt der polizeiministerlichen Unterdrückung und Niederknüppelung. An die Stelle der Phrasen vom [242] Burgfrieden und von der Wirtschaftsdemokratie, vom „friedlichen Zusammenarbeiten“ der Klassen treten der Polizeiknüppel, die Bajonette und Maschinengewehre, Drahtverhaue und Belagerungszustand. An die Stelle des Betruges tritt die Gewalt. Unter diesem Zeichen und an diesem Wendepunkt begeht der Reformismus den 40. Jahrestag des 1. Mai.

Der 1. Mai unter dem Belagerungszustand ist aber zugleich der 1. Mai einer neuen aufsteigenden revolutionären Welle. Der Belagerungszustand, als Ausdruck der Furcht der Bourgeoisie vor der Sturmflut der revolutionären Bataillone, beweist das mächtige Wachstum der revolutionären Kräfte im deutschen Proletariat. Die Severing, Grzesinski, Zörgiebel und Genossen, die durch Belagerungszustand, Demonstrations- und Versammlungsverbote glauben den revolutionären Aufschwung aufhalten zu können, demonstrieren stärker als alle Kundgebungen den tiefgehenden Krisenzustand und die Schwäche des kapitalistischen Herrschaftssystems und zeigen dem Proletariat um so eindeutiger die Notwendigkeit des geschlossenen Kampfwillens und den Reifegrad des revolutionären Machtzuwachses in Deutschland.

Diese Tatsachen geben dem 1. Mai 1929 das besondere Kampfgepräge. Keine „Maifeier“, kein Verbrüderungs- und Familienfest“, sondern ein Kampfesmai, wie er in der internationalen Geschichte des Maitages noch nie vorhanden war! Damit wird der Maitag zum wahrhaft revolutionären Tag, zur beredtesten Demonstration des verschärften Klassenkampfes, zur Kraftprobe, die das Verhältnis der Klassenkräfte im Kampf der proletarischen Massen gegen die herrschende weiße kapitalistische Diktatur demonstriert.

Bis zum 1. Mai 1928 wurde in Deutschland die Maikundgebung fast durchweg auf dem „neutralen“ Boden der Gewerkschaften von Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam begangen. Die

Zuspitzung der Klassengegensätze, der von sozialdemokratischen Minister angedrohte Belagerungszustand und die Drohung des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten, mit Tanks und Maschinengewehren die Maidemonstration zu unterdrücken, zerstören den „idyllischen“ Zustand der gemeinsamen „Feier“ des 1. Mai. So arbeitet die Konterrevolution für die Revolution.

Mit dieser Wendung in der Entwicklung des Maitages geht die seit 40 Jahren in den Händen der Sozialdemokratie befindliche Führung der Maidemonstrationen endgültig über in die Hände der Kommunisten. So demonstriert der 40. Jahrestag der Maikundgebungen den Uebergang der Hegemonie über die proletarische Weltbewegung vom Reformismus zum Kommunismus. Der Reformismus bescheinigt seinen Bankrott, den Zusammenbruch seines Einflusses in der Arbeiterklasse, der übergeht auf die Kommunistische Partei.

Damit wird der 1. Mai der Tag des revolutionären Proletariats, der Tag der proletarischen Revolution damit wird der 1. Mai zur Demonstration für die proletarische Diktatur, zur Demonstration für den Weltkommunismus. [243]

*

## Zum XII. Parteitag

Der XII. Parteitag der KPD tritt in einem Augenblick zusammen, der zweifellos als ein wichtiger Wendepunkt in der dritten Periode der Nachkriegsentwicklung des Kapitalismus bezeichnet werden kann. Dies gilt nicht nur für die Lage in Deutschland, sondern für die internationale Entwicklung. Die wenigen Monate. die seit dem VI. Weltkongreß verflossen sind, geben uns die Möglichkeit, die Richtigkeit der von ihm gegebenen Analyse der allgemeinen weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Situation zu überprüfen.

Was war das Kernstück dieser Analyse? Was war das die geschichtliche Tendenz der Gegenwart signalisierende Moment in den Beschlüssen des VI. Weltkongresses über die dritte Periode? Die Versöhnler gefallen sich darin, aus dieser Analyse n u r d i e e i n e S e i t e, die naturgemäß ihnen naheliegt, herauszuheben: das Ueberschreiten des Vorkriegsniveaus in der Produktion und im Handel der kapitalistischen Länder. Es ist die ungeheure Entwicklung der Produktivkräfte, das riesige Wachstum der Technik, der fortschreitende Prozeß der Rationalisierung usw., die ihnen besonders imponieren. Sie sehen nicht die andere Seite der Medaille. Sie wollen nicht zugeben, daß auf der Grundlage der weiteren Entwicklung der kapitalistischen Stabilisierung naturnotwendig zugleich eine Entwicklung der Widersprüche des Kapitalismus, das heißt aber eine weitere Erschütterung und eine scharfe Zuspitzung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, eintreten muß.

Wie sehr sich aber auch die Versöhnler jetzt anstrengen, die abgrundtiefe Kluft, die sie von der leninistischen Auffassung des VI. Kongresses trennt, zu verwischen, es wird ihnen nicht gelingen. Ewert und Meyer haben in ihren Ausführungen auf dem Kongreß im EKKI, im Plenum des ZK und in allen sogenannten „Erklärungen“ und „Denkschriften“, die sie seitdem fabriziert haben, unwiderlegbar bestätigt, daß sie im unversöhnlichen Widerspruche zu der Linie der Partei und der Komintern stehen. Ist es aber vielleicht bloß eine „theoretische Abweichung“ der Versöhnler, sozusagen ein Denkfehler des versöhnlerischen Gehirns, daß sie stets bloß die für den Kapitalismus positiven Seiten sehen und hervorheben, nicht aber die negative Seite, die Widersprüche und Gegensätze der relativen Stabilisierung?

Es verlohnt sich vielleicht der Mühe, dieser Sache etwas weiter nachzugehen. In der Tat, wir haben in der Geschichte der marxistischen Bewegung und Theorie Beispiele genug gehabt, daß sogenannte „Auch-Marxisten“ nur die eine, für den Kapitalismus günstige Tendenz des technischen Fortschrittes, der Entwicklung der Produktivkräfte, der industriellen „Revolution“, die der Kapitalismus auf seinem Triumphzuge durch die ganze Welt vollführt, in allen Tonarten besungen haben. Es genügt hier, auf die „legalen Marxisten“ der neunziger Jahre in Rußland hinzuweisen, auf die Struwe und Tugan-Baranowski, an denen Lenin das Musterbeispiel des „bürgerlichen Sozialismus“ aufgezeigt hat, es genügt, die Ideologen und Klopffechter der imperialistischen Entwicklung, die Hildebrandt, Cunow, Lensch zu nennen (die sich bekanntlich auch als Marxisten und Sozialisten anpriesen), um eine

typische Richtung der opportunistischen Verflachung des Marxismus nachzuweisen: die Richtung der Anpassung an den Kapitalismus, die Tendenz zur Verwischung seiner Widersprüche, was [244] mit Notwendigkeit nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis zum Uebergange ins Lager der Bourgeoisie führen muß. Wohl werden die Versöhnler Zeter und Mordio schreien, wenn wir auch ihnen dieses Horoskop stellen, sofern sie auf ihrem, mit dem revolutionären Marxismus nicht vereinbaren Standpunkt verharren werden. Aber wir wollen ihnen nochmals die entscheidende und ausschlaggebende Frage vorlegen, auf die es auch nur eine entscheidende Antwort geben kann: Was halten sie in der vom VI. Kongreß gegebenen Analyse der dritten Periode für das, für den proletarischen Revolutionär Wesentliche und Ausschlaggebende? Etwa bloß die Entwicklung der Produktivkräfte, das Ueberschreiten des Vorkriegsniveaus, die Ausweitung der kapitalistischen Weltwirtschaft und derartiges mehr? Nun, eines solchen flachen Oekonomismus halten wir auch die Versöhnler nicht für fähig. Sie versuchen, ihre „nüchterne und realistische“ Auffassung etwas raffinierter an den Mann zu bringen. Sie werden mit der Miene der Ueberlegenheit sagen: „Sowohl ‚Entwicklung der Produktivkräfte des Kapitalismus“, als auch „Entwicklung der Widersprüche der kapitalistischen Stabilisierung“, und sie glauben, hiermit ihrer revolutionären Auffassung, ihrem Kampfwillen ebenso Genüge getan zu haben wie der nüchternen Analyse der Wirklichkeit, die die erste Voraussetzung des revolutionären Handelns ist.

Es läßt sich nicht ableugnen, daß diese Auffassung der Versöhnler, die freilich erst in der allerletzten Zeit von ihnen vertreten und beteuert wird, einen gewissen Fortschritt bedeutet gegenüber den Ausführungen von Ewert auf dem VI. Weltkongreß, der wie hypnotisiert auf die Entwicklung der kapitalistischen Stabilisierung, auf ihre „Festigkeit“ und ihr „Erstarken“ hinstarrte. Aber selbst wenn die Versöhnler sich jetzt zu dieser höchsten Leistung, die die kleinbürgerliche Ideologie fertigbringen kann, zu dem bekannten „Sowohl – als auch“ aufgerafft haben, so sind sie noch lange nicht zu dem Standpunkt des revolutionären Marxismus vorgedrungen. Und das ist es gerade, was sie von der revolutionär-kritischen und revolutionär-praktischen Einstellung trennt, die die Kommunistische Internationale und die Partei hat. Das Einerseits und Andrerseits der Versöhnler ist bloß der Ausdruck ihrer vollständigen Unfähigkeit, die Entwicklung der Dinge in ihrem Zusammenhang zu erfassen, um sie praktisch beeinflussen zu können. Die Versöhnler bleiben gerade an dem Punkte stehen, wo das kleinbürgerliche „Nachsinnen“ über die eine „gute Seite“ der kapitalistischen Entwicklung und über die andere „schlechte Seite“ aufhören und wo die revolutionäre Praxis der Partei beginnen mit muß. Deshalb können sie auch niemals den wirklichen Sinn der Thesen des VI. Weltkongresses erfassen, der in die bekannte Schlußfolgerung ausläuft – „die dritte Periode führt unvermeidlich über eine weitere Entwicklung der Widersprüche der kapitalistischen Stabilisierung zur weiteren Erschütterung der kapitalistischen Stabilisierung und zur äußersten Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus.“ Das ist die Schlußfolgerung, die der VI. Kongreß aus der Tatsache der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft über das Vorkriegsniveau, bei gleichzeitigem Wachstum der sozialistischen Wirtschaftsformen in der USSR und der Entwicklung der Widersprüche der imperialistischen Weltwirtschaft gezogen hat.

Es ist eine Schlußfolgerung, die das Proletariat und seine kommu-[245]nistische Avantgarde zu einem bestimmten Handeln anleiten soll, um die objektiv gegebenen Tendenzen der Entwicklung auf ein Ziel hinzuwenden: auf die weitere Erschütterung der kapitalistischen Stabilisierung und die äußerste Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Das ist der entscheidende Punkt, worin sich die revolutionäre Stellungnahme der Kommunistischen Partei von der passiven Kapitulantenstellung der Versöhnler unterscheidet. Das Versöhnlertum ist die Theorie und Praxis des feigen Opportunismus nicht nur aus dem Grunde, weil es das Liquidatorentum der Brandler-Renegaten vertuscht und schönfärbt, weil es nicht offen mit der Sprache heraus will, sondern deshalb, weil es das revolutionäre Proletariat von dem revolutionären Handeln abhalten will und hoffnungslos, verzweifelt und passiv der Entwicklung gegenüber dasteht. Wie Buridans Esel nickt es bald nach der einen, bald nach der anderen Seite. Bald nach der Seite der kapitalistischen Stabilisierung, bald nach der Seite der Entwicklung ihrer Widersprüche. Zu entschlossenem Zupacken reicht es bei den Versöhnlern nicht mehr aus. Das ist das Kennzeichen der altersschwachen und haltlosen Meyeriade.

*

Wir haben gesagt, daß die Entwicklung der letzten Monate als ein Wendepunkt in der dritten Periode des Nachkriegskapitalismus bezeichnet werden muß. Das soll nichts anderes besagen, als daß die erste Phase dieser Periode, die ihre charakteristischen Züge nur latent und verborgen zeigte, abgeschlossen ist. Anders ausgedrückt: Wenn wir den Beginn der dritten Periode ungefähr in die Jahre 1927/28 setzen können, so hat die Entwicklung seither immer klarer und deutlicher die charakteristischen Merkmale der dritten Periode herausgestellt, die eben in der Verschärfung aller inneren und äußeren Widersprüche der kapitalistischen Weltwirtschaft liegen. Ein Musterbeispiel hierfür liefert die Entwicklung in Deutschland seit dem Essener Parteitag. Fassen wir ihre wesentlichen Momente kurz zusammen.

In der Wirtschaftsentwicklung ein rasches Auf und Ab der Konjunktur, seit Herbst 1927 das Abbröckeln der Konjunktur, der Umschlag der kurzen Prosperitätsphase in eine sich immer mehr vertiefende Stagnation, die Anfang 1929 klare Anzeichen einer Krise aufweist. Es steht fest, daß die deutsche Bourgeoisie in dieser Zeit bedeutende Erfolge erzielt hat, daß sie die durch die zweite Periode vorbereitete Stabilisierung, dank der Rationalisierung, der allgemeinen Aenderung der organisatorischen Struktur der deutschen Wirtschaft und namentlich infolge der gewaltigen Steigerung der Arbeitsleistung bis zu einem gewissen Abschluß gebracht hat. Dieser Abschluß in der Phase der Stabilisierung, die den unmittelbaren Uebergang bildet von der zweiten zur dritten Periode, wird in besonderer Weise auch gekennzeichnet durch das immer mehr verstärkte Hineinpumpen der amerikanischen Kredite nach Deutschland und das dadurch bedingte scheinbar ungestörte Funktionieren des Dawes-Plans. Gleichzeitig ist die Tatsache festzustellen, daß wieder ein Kapitalexport aus Deutschland einsetzt, sowie daß eine gewisse innere Akkumulation zu verzeichnen ist. Aber diese Entwicklung zeigt zugleich in der krassesten Form den Grundwiderspruch der kapitalistischen Stabilisierung [246] Deutschlands, den Widerspruch zwischen der ungeheuer entwickelten Produktionskapazität und den fehlenden Absatzmärkten. Typisch für den Beginn der dritten Periode ist es, daß einerseits das Marktproblem in seiner ganzen Größe gestellt wird, andererseits die dadurch bedingte Krise immer mehr die Durchführung des Dawes-Plans in Frage stellt.

Die Reparationsverhandlungen in Paris bilden nur den äußeren Anlaß, um den faulenden und morschen Charakter der relativen Stabilisierung als einen wesentlichen Bestandteil der allgemeinen Krise des Weltkapitalismus zum erweisen. Sie spiegeln nicht nur die Tatsache des erstarkten neudeutschen Imperialismus wider, sie zeigen sonnenklar, daß es sich nicht bloß darum handelt, welchem imperialistischen Staat die weltwirtschaftliche und politische Hegemonie gehört, und daß der Gegensatz Amerika-England sich in den mannigfaltigen Teilgegensätzen (England-Frankreich) fortsetzen und verstärken muß, – sie geben auch die Probe aufs Exempel, daß es sich um eine Ausweglosigkeit des kapitalistischen Weltsystems als Ganzes handelt, die daher auf eine gewaltsame Lösung hinsteuern muß.

Die Reparationskrise, wie sie zum ersten Male in der dritten Periode unter ganz anderen Bedingungen als 1921 oder 1923 in Erscheinung tritt, zeugt davon, daß das Problem des sogenannten „Völkerfriedens“ nichts anderes ist als das Problem der Neuverteilung der Welt, und daß alle sozialdemokratischen Märchen von der Möglichkeit einer friedlichen Lösung des Reparationsproblems ebenso utopisch sind wie jede Quacksalberei der Wirtschaftsdemokratie. Es gibt nur eine Lösung dieses Problems für die Imperialisten – die Lösung durch den imperialistischen Krieg. Daß ein solcher Krieg der wirkliche Knotenpunkt aller Entwicklungstendenzen der dritten Periode ist, das wird durch die Krise des Dawes-Plans unwiderlegbar bewiesen. Damit aber wird zugleich auch die Richtigkeit der Feststellung des VI. Kongresses erhärtet, daß der imperialistische Kampf um die Neuverteilung der Welt, der imperialistische Krieg im Mittelpunkt der jetzigen Entwicklung steht.

*

Die Gefahr des unmittelbar drohenden imperialistischen Krieges wird daher auch im Vordergrund der Verhandlungen des Parteitages stehen müssen. Auch hier gilt es, gegenüber den abweichenden Meinungen der Versöhnler volle Klarheit zu schaffen. Bekanntlich läuft ihre Auffassung darauf hinaus, daß ein Krieg zwischen den imperialistischen Mächten in der jetzigen Periode, d. h. in der dritten Periode, für die sie eine stets größer werdende Festigkeit der Stabilisierung behaupten, wahrscheinlicher sei als

der Krieg des Weltimperialismus gegen Sowjetrußland. Auch diese „originelle“ Stellungnahme der Versöhnler ist beileibe nicht zufällig. Auch sie hat ihre Wurzeln in der vollständigen Verkennung des Charakters der dritten Periode, die nicht. nur eine Verschärfung der zwischenstaatlichen Gegensätze der Imperialisten zueinander zeigt, sondern namentlich die schärfste Zuspitzung der Klassengegensätze, der Gegensätze zwischen den Ausgebeuteten und den Ausbeutern im Weltmaßstabe.

Indem die opportunistische Auffassung eigentlich nur einen quantitativen Unterschied zwischen der zweiten und dritten Periode zugibt, indem sie für die jetzige Periode das übermäßige Anwachsen der kapitalistischen Produktivkräfte, zum Unterschied von der vorhergegangenen Periode, hervorhebt, kann und wird sie niemals den neuen [247] revolutionären Aufschwung der nationalrevolutionären Bewegungen in den Kolonien gelten lassen. Aber gerade diese Entwicklung des nationalen Befreiungskampfes der Kolonien gegen die Imperialisten ist einer der wesentlichsten Gründe dafür, daß die Imperialisten ihren Kampf um die Neuverteilung der Welt vor allem durchführen müssen als einen Kampf gegen Sowjetrußland, den natürlichen Stützpunkt aller unterdrückten Länder.

Und daß die neue Welle der kolonialen Revolutionen mit dem Aufschwung des proletarischen Klassenkampfes in den Mutterländern zusammenfällt, muß dem neuen imperialistischen Krieg von vornherein das Gepräge eines Klassenkrieges der Weltbourgeoisie gegen das Weltproletariat geben. Die notwendige Folge hiervon ist, daß alle Kräfte der Reaktion unmittelbar hingelenkt werden auf den zentralen Vorposten der internationalen Revolution, daß, je mehr der Klassenkampf sich verschärft und neue Formen annimmt, desto mehr die imperialistischen Gegensätze untereinander ausgerichtet und ihre Kräfte gleichgerichtet werden auf den Hauptgegner des Kapitals, auf die Sowjetunion. Lenin hat im Kampf gegen den Zentrismus mit besonderer Schärfe betont, daß der imperialistische Krieg nicht bloß seinem Inhalt nach, sondern auch nach seinen Formen eine Fortsetzung und eine Beschleunigung des Klassenkampfes darstellt. Wer in der jetzigen Zeit dieses Grundgesetz der marxistischen Analyse des Krieges leugnet, wer nicht zugibt, daß der Krieg der Imperialisten gegen Sowjetrußland wahrscheinlicher ist als der Krieg der Imperialisten untereinander, der sieht wahrhaftig nicht, daß der Klassenkampf in der jetzigen Periode seine schärfsten und klarsten Formen annehmen muß.

Sowohl der Aufschwung der proletarischen Bewegung in der ganzen Welt als auch die Revolutionierung der Kolonialvölker, wie sie gegenwärtig in besonders prägnanter Form in dem Entwicklungstempo der indischen Revolution zum Ausdruck kommt, diktieren den Imperialisten gebieterisch die Notwendigkeit, ihrem Kriege die konzentrische Form des Angriffs gegen die Sowjetunion zu geben. Wer diese Tatsache leugnet, muß auch folgerichtig den vollständigen Uebergang Deutschlands in die imperialistische Antisowjetfront verneinen.

Die Versöhnler, die gegen die Partei den Vorwurf erheben, daß sie nicht genügend das Reparationsproblem und die sich daraus ergebenden Folgen diskutiert hat, haben aber, gelinde ausgedrückt, das wichtigste Moment dieses Reparationsproblems übersehen. Das Schachern der Schacht und Voegler um den Reparationspreis ist nichts anderes als ein Schachern um den Kaufpreis für die Beteiligung Deutschlands am imperialistischen Krieg gegen die Sowjetunion. Auch in dieser Hinsicht sind die Versöhnler sich treu geblieben. Sie leiern die Fabel der Brandleristen und der „linken“ Sozialdemokratie von der Gefahr eines imperialistischen Krieges überhaupt nach. Aber die konkrete Spitze dieser Kriegsgefahr, die gegen Sowjetrußland gerichtet ist, zu sehen und anzupacken, dazu sind sie unfähig – eben weil sie Opportunisten sind. Es steht jetzt schon felsenfest, daß der Parteitag diesem theoretischen Gejammer der Versöhnler nicht die mindeste Beachtung schenken wird.

*

Für die Analyse der jetzigen Lage, die der Parteitag wird geben müssen, ist die klare und unzweideutige Erkenntnis des Charak-[248]ters der Arbeiterbewegung in der jetzigen Zeit und die Klarheit über die Tendenz der Entwicklung der proletarischen Kämpfe von ausschlaggebender Bedeutung. Daß dieser Charakter sich wesentlich von dem Charakter der Arbeitskämpfe in den Jahren 1924-1927 unterscheidet, werden auch die eingefleischtesten Opportunisten vom Schlage Ewert-Meyer nicht verkennen. Daß der Aufstieg einer neuen mächtigen Streikwelle in der ganzen Welt, wie er im Jahre 1927 begonnen hat – der nordfranzösische Textilarbeiterstreik, die Streiks in Polen, in den

Vereinigten Staaten, in Bombay, in Australien usw. – nicht als bloße Rückzugskämpfe zu bewerten sind, das liegt doch auf der platten Hand. Aber wozu es die versöhnlerische Theorie im besten Falle bringt, das ist die Behauptung, daß das Proletariat vom „Bewußtsein der Notwendigkeit einer verstärkten Abwehr gegen die Offensive der Bourgeoisie erfüllt wird, daß es zu Abwehraktionen schreitet". Das freilich sagen die Versöhnler erst heute, um ihren vollständigen Bankrott zu verbergen. Sie ereifern sich hierbei über alle Maßen über die Auffassung der Partei, daß das Proletariat von der Verteidigung zum Gegenangriff übergegangen ist und nunmehr einen direkten allgemeinen Offensivkampf gegen die Bourgeoisie führt. Welches Geschrei erhoben die Versöhnler, als wir zur markanten Charakterisierung der Wendung der Wirtschaftskämpfe zur proletarischen Offensive die Bezeichnung „Durchbruchskämpfe" gebrauchten! Wie leugneten sie vor wenigen Wochen noch jede offensive Rolle der Arbeiterschaft in den gegenwärtigen Wirtschaftskämpfen!

Man braucht nicht viele Worte darüber zu verlieren, daß auch in dieser Hinsicht, in der Bewertung des Charakters der Kämpfe der Arbeiterschaft, wie sie sich seit 1927 bis auf den heutigen Tag entwickelt haben, die Versöhnler sich als ausgemachte Opportunisten erweisen. In der Tat, was ist der Unterschied zwischen der bolschewistischen und menschewistischen Taktik? Lenin charakterisierte die menschewistische Taktik in prägnanter Weise damit, daß „sie sich den Verhältnissen passiv anpaßt und die geringste Wendung im Gange der Ereignisse mitmacht, daß sie sich den Augenblicksinteressen, den Bedingungen oder den (scheinbaren) Bedingungen des Moments unterordnet und die grundlegende und wesentliche Aufgabe des Proletariats, als des Vorkämpfers der Revolution, herabsetzt". Dies und nichts anderes ist auch der „Chwostismus" der Versöhnler, ihre Schwanzpolitik. Indem sie jetzt unmöglich den neuen Charakter der Wirtschaftskämpfe leugnen können, wollen sie die Partei mit aller Kraft vom Jahre 1929 auf das Jahr 1927 zurückschleppen oder gar noch weiter zurück in die zweite Periode, wie es die Brandleristen tun. Sie setzen hiermit die Vorkämpferrolle des Proletariats, die Vorkämpferrolle der Partei in echt menschewistischer Weise herab.

Aber diese ihre Auffassung hängt aufs engste zusammen mit der allgemeinen Einschätzung der Lage und der Aufgaben der Kommunistischen Partei als eines der wichtigsten revolutionären Faktoren der Entwicklung. Die Partei geht von der Auffassung aus, daß die herrschende Klasse infolge der Zuspitzung aller inneren und äußeren Widersprüche des deutschen Kapitalismus wie auch des Weltkapitalismus immer häufiger und immer stärker in der jetzigen dritten Periode in allgemeine politische und ökonomische Krisen geraten wird. Ein Ausdruck dieser Entwicklungstendenz ist namentlich der Prozeß [249] der faschistischen Umwandlung des bürgerlichen Staates sowie die Faschisierung der Sozialdemokratie. Die Versöhnler und ihresgleichen opponieren gegen diese Auffassung, indem sie als den jetzigen Hauptfeind der revolutionären Bewegung in der jetzigen Phase die bürgerliche Demokratie, die demokratische Republik erklären. Ein beliebter Roßtäuschertrick, den sie hierbei anwenden, ist, daß sie der Partei vorwerfen, angeblich „die bürgerliche Demokratie zu überschätzen". „Warum", erklären die Versöhnler mit dem Brustton der Ueberzeugung, „soll man der Gummiknüppeldemokratie Grzesinskis nicht dieselben brutalen Unterdrückungsmethoden zumessen dürfen wie dem Noske-Kurs von 1919/20, oder bedeutete schon der Noske-Kurs ein faschistisches Regime?" Bekanntlich wenden die Brandleristen die gleichen Kniffe an, wenn sie behaupten, daß die Partei die Rolle der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie in der ersten und zweiten Periode des Nachkriegskapitalismus „überschätzt", wenn sie jetzt von der Faschisierung der Gewerkschaften spreche. Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm und Meyer und Ewert nicht weit von Brandler. Aber diese Auffassung des offenen und versteckten Liquidatorentums ist an sich nicht nur vollständig verlogen, sondern in ihren Auswirkungen für die revolutionäre Politik der Kommunistischen Partei und des Proletariats geradezu konterrevolutionär.

Indem die Meyer-Ewert-Gruppe die demokratische Republik als den Hauptfeind und das Angriffsobjekt der revolutionären Arbeiterklasse bezeichnet, verschweigt sie die ungeheure faschistische Gefahr, die jetzt in Deutschland ebenso wie in den anderen Ländern in den Vordergrund tritt – als Ausdruck der ungeheuren Zuspitzung des Klassenkampfes, als Kennzeichen dessen, daß die Bourgeoisie in der jetzigen Zeit nicht mehr imstande ist, mit den alten Methoden der Scheindemokratie zu regieren und daher zu den Methoden der offenen faschistischen Diktatur übergeht. Die Versöhnler, die sich

allzu gern damit brüsten, daß sie das Proletariat mit dem „Bewußtsein“ des geschlossenen, einheitlichen Abwehrkampfes gegen die Offensive der Bourgeoisie erfüllen, entwaffnen gerade sein revolutionäres Bewußtsein, seine Wachsamkeit gegenüber der riesig anwachsenden faschistischen Gefahr. Indem sie gleichzeitig die Sozialdemokratie als den Garanten gegen die faschistische Entwicklung anpreisen, verrichten sie in treuem Einvernehmen mit den brandleristischen Renegaten das schändliche Handwerk der Schönfärbung der konterrevolutionären, sozialfaschistischen Rolle der Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbürokratie und entwaffnen ideologisch und organisatorisch das revolutionäre Proletariat. Der Parteitag wird mit diesen bewußten oder unbewußten Handlangern der linkssozialdemokratischen Ideologie innerhalb der Partei gründlich abrechnen und zugleich alle ideologischen und organisatorischem Voraussetzungen dafür treffen müssen, alle Ableger der pazifistischen Ideologie aus den Reihen der Partei zu entfernen.

*

Seit dem VI. Kongreß und namentlich nach dem Offenem Brief hat die Partei trotz großer Schwierigkeiten objektiver und organisatorischer Natur die neue Taktik der Einheitsfront, in der der Schwerpunkt auf die Vorbereitung, Entfesselung und Zusammenfassung der selbständigen Aktionen des Proletariats unter Führung der Kommunistischen Partei verlegt wird, mit großem Erfolg angewandt. Es er-[250]übrigt sich, die einzelnen Tatsachen die davon zeugen, hier anzuführen. Als Hauptlehre aus all diesen Kämpfen (Werft- und Hafenarbeiterstreik in Hamburg, Metallarbeiteraussperrung an der Ruhr, Betriebsrätewahlen, Kampf gegen die Spaltungsoffensive der Reformisten usw.) muß die allgemeine Regel festgestellt werden, daß der Erfolg der Partei dort am größten war, wo die Anwendung der neuen Taktik von der größten Entschlossenheit im selbständigen Auftreten der Partei und der proletarischen Kampforgane begleitet war.

Der Parteitag wird diesem Umstand ebenso Rechnung tragen müssen, wie auch den nicht zu unterschätzenden Erscheinungen des inneren Widerstandes oder gar der passiven Sabotage seitens einzelner Funktionärschichten der Partei, wie sie zutage getreten sind. Daher wird man auch bei der Bewertung der Erfahrungen der neuen Taktik nicht umhin können, die Sabotagerolle der Versöhnler, die als Agenten der Rechten zu wahren Hemmschuhen der Durchführung der revolutionären Politik der Partei geworden sind, schonungslos aufzuzeigen. All die Verleumdungen, die die Ewert-Meyer-Anhänger gegen die Anwendung der neuen Taktik durch die Partei ausstreuen, hier zu wiederholen, ist unmöglich. Man muß zwei ihrer Steckenpferde hier herausgreifen: 1. daß die Partei die Taktik der Einheitsfront ganz a u f g e g e b e n h a b e, 2. daß sie sich dadurch von den Massen isoliert. Im Grunde genommen wiederholen die Versöhnler hier auch nichts anderes, als was die Brandleristen und sogar die „linken“ Sozialdemokraten sagen. Die „linken“ Sozialdemokraten behaupten nämlich, daß die Kommunistische Partei deshalb die Taktik „Klasse gegen Klasse“ anwendet, weil sie sonst infolge der allgemeinen Stabilisierung des Kapitalismus sich in den Arbeitermassen „auflösen“ würde und weil sie gegenüber den sozialdemokratischen Parteien keine Existenzberechtigung mehr habe. Die Kommunistische Partei, sagen die Levi, Seydewitz usw., müsse sich von den Massen „isolieren“ und ein sektiererisches Dasein führen, weil sie sonst untergehen würde.

Dieselben Beschuldigungen der Isolierung von den Massen, der sektiererischen Entartung, des Ruth-Fischer-Kurses usw. erheben auch die Brandleristen und die Versöhnler gegen die Partei. Für sie beide läuft nämlich die Auffassung von der Einheitsfront auf nichts anderes hinaus als auf die „ideologische Entlarvung“ der sozialdemokratischen Führer und bestenfalls auf ein Zusammengehen mit den sozialdemokratischen Arbeitern im Kampf um solche Forderungen, die für den Reformismus prinzipiell annehmbar sind. In organisatorischer Hinsicht haben die Brandlerianer nicht anders als die Ewert-Anhänger die Verwirklichung der Einheitsfront nur in der Form der Verhandlungen in den Spitzen, der „Einheitsfront von oben“ sich vorgestellt und die Verwirklichung der Einheit von unten nur zugelassen, insofern sie nicht den Legalismus der reformistischen Bürokratie durchbricht. Weiter ging ihre Theorie nicht. Aber in der Praxis führte das zum sächsischen Experiment von 1923 und dem Vorschlag der Listenverbindung bei den Wahlen 1929. Ideologische Entlarvung der sozialverräterischen Führer, Zusammengehen mit sozialdemokratischen Arbeitern für die Tagesforderungen des Proletariats, sofern sie ihren Führern die Gefolgschaft versagen, in allen Ehren. Die Partei hat und wird

auf diese Formen der Einheitsfront niemals verzichten. Aber wer nicht sieht, daß der wirkliche Sinn der Einheitsfronttaktik damit nicht erschöpft ist, daß die Verwirklichung der Einheitsfront in vollem [251] Ausmaß neue organisatorische Formen braucht, und daß diese neuen organisatorischen Formen im revolutionären Sinne nur verwirklicht werden können unter der Leitung der Kommunistischen Partei im Kampf gegen die Bourgeoisie und den Reformismus, der verkennt den Kerngehalt der Einheitsfronttaktik, der verkennt das Wesen des Kampfes der Kommunistischen Partei um die Hegemonie.

Zweifellos ist, daß die frühere Form der Einheitsfronttaktik, die hauptsächlich im gelegentlichen Zusammengehen der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter im Kampf um bestimmte Forderungen bestand, in der jetzigen Periode notwendigerweise in eine höhere Form der organisatorischen Zusammenfassung der Kräfte unter selbständiger Leitung der Kommunistischen Partei und der kämpfenden Massen selbst sich fortentwickeln und einen neuen Charakter annehmen muß: den Charakter der schärfsten Abgrenzung des kommunistischen, revolutionären Lagers von dem reformistischen konterrevolutionären Lager der sozialdemokratischen Führer und der Gewerkschaftsbürokratie; den Charakter der Ueberleitung der ökonomischen Kämpfe in politische Kämpfe gegen den Dreibund von Unternehmertum, Staat und reformistischer Gewerkschaftsbürokratie; den Charakter der Einbeziehung der am meisten ausgebeuteten und unterdrückten Schichten des Proletariats, der unorganisierten Arbeiter-, Frauen- und Jugendmassen in die einheitliche rote Kampffront.

Mit der Steigerung der Einheitsfronttaktik zu höheren Kampfformen müssen neue Kampforgane der proletarischen Einheitsfront geschaffen werden. Mit der Intensität der Kampfentwicklung muß ihre Ausbreitung Schritt halten. Hier genügt es schon nicht mehr, den Begriff „organisiert“ und „unorganisiert“ in abstrakter und plumper Weise gegenüberzustellen. Hier gilt es, hinter der Organisationsform gleichzeitig auch den Inhalt, ob revolutionär oder reformistisch, herauszuschälen. Ohne das Moment der Organisiertheit der Bewegung gegenüber allen Spontaneitätstheorien auch nur um ein Jota herabzusetzen, führt die Kommunistische Partei in der Anwendung der neuen Taktik die Organisiertheit des Kampfes zur höchsten Form, indem sie klar und entschieden alles reformistische Beiwerk von dem organisierten Vortrupp abtrennt, um auf diese Weise mit dem vorwärtsstürmenden Elan der sich immer mehr radikalisierenden Massen der unorganisierten Arbeiter den engsten Kontakt herzustellen.

Die Kommunistische Partei und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition sind die wirklichen organisatorischen Hebel der Bewegung der unorganisierten Massen, um sie in den einheitlichen Strom des Kampfes des Proletariats gegen den imperialistischen Staat und seine reformistischen Lakaien hineinzureißen. Indem die Versöhnler mit dem Hochmut und der Unverfrorenheit der Arbeiteraristokratie, wie es auch die Reformisten tun, über die revolutionären Bestrebungen und den Kampfwillen der Unorganisierten, der am meisten ausgebeuteten und unterdrückten Massen sich lustig machen, verraten sie nur, daß sie von der Leninschen Auffassung der Organisierung der roten Front keinen blauen Dunst haben.

Die Kommunistische Partei Deutschlands hat sich in schweren Kämpfen, nach schweren, unausbleiblichen Niederlagen während dem zweiten Periode des Nachkriegskapitalismus die Voraussetzungen erstritten, immer höhere, d. h. aber auch breitere Formen der Herausbildung der revolutionären Einheitsfront des Proletariats zu verwirk-[252]lichen; das bedeutet aber: die Mehrheit des Proletariats für die Organisierung der Revolution unter der Führung der Kommunistischen Partei und der von den Massen selbst geschaffenen selbständigen Kampforgane zu schulen. Auf die Verleumdungen der Versöhnler, daß die Partei die Arbeit in den Gewerkschaften aufgeben, daß sie auf den Ausbau der revolutionären Gewerkschaftspositionen verzichten will, wird der Parteitag mit der Aufforderung an die gesamte Mitgliedschaft antworten, die wirklich revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften gegen die reformistische Gewerkschaftsbürokratie mit allen Kräften zu verstärken, die Voraussetzungen aber für die Durchführung der wirklich revolutionären Gewerkschaftsarbeit durch rücksichtslose Ueberwindung aller versöhnlerischen und arbeiteraristokratischen Auffassungen zu schaffen. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition wird ihrer Aufgabe der Niederringung der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie erst gerecht werden, wenn sie sich auf die breite Bewegung der unorganisierten Massen stützen wird.

*

Die jetzige Lage in Deutschland wird charakterisiert nicht bloß durch die erhöhte Aktivität der Arbeiterklasse und ihre Linksentwicklung überhaupt, sondern insbesondere durch den Umstand, daß dieser Revolutionierungsprozeß unmittelbar auch spezifische Organisationsformen des Kampfes zeitigt, die Kampfformen des Zusammenschlusses der Massen in der Gefolgschaft und unter Führung der Kommunistischen Partei, des steigenden Vertrauens zur Taktik der Kommunistischen Partei und der Gewerkschaftsopposition, ihrer Entschlossenheit, neue selbständige Methoden des Uebergangs zur Offensive anzuwenden. Es ergibt sich von selbst, daß alle diese neuen Prozesse der Arbeiterkämpfe, wie sie sich in letzter Zeit immer klarer bei den verschiedensten Anlässen (Aussperrung und Streiks, Kampf gegen die Demonstrationsverbote, Betriebsrätewahlen, Kampf gegen die Spaltungspolitik der Reformisten usw.) zeigen, nicht bloß die ständig wachsende Loslösung der Arbeiterschaft von dem Reformismus offenbaren, sondern zugleich ihre aktive und offensive Kampfstellung gegenüber dem Dreibund von Unternehmertum, Staatsgewalt und reformistischer Gewerkschaftsbürokratie demonstrieren.

Zweifellos ist, daß die Arbeiterklasse jetzt von der Verteidigung zum Angriff schreitet, und daß diese Offensivbewegung sowohl in der Tatsache begründet ist, daß die proletarischen Massen sich von den großen Schlappen und Niederlagen, die sie in der zweiten Periode erlitten, erholt haben und mit neuer Entschlossenheit, mit klarem Bewußtsein in den Kampf gehen, als auch in der allgemeinen Tatsache der veränderten Struktur der deutschen Arbeiterklasse, der Einbeziehung neuer Schichten der ungelernten Arbeiter, der Arbeiterinnen und der Jugendlichen in den Produktionsprozeß, der permanenten Erwerbslosigkeit von Millionen usw. Damit hängt auch die neue Rolle der nach Millionen zählenden Massen der Unorganisierten in den sich immer mehr verbreiternden Kämpfen zusammen, was freilich für die Versöhnler ein Buch mit sieben Siegeln bleibt.

Die kapitalistische Rationalisierung, die schändliche konterrevolutionäre Koalitionspolitik der Sozialdemokratie, der faschistische Kurs der bürgerlichen Staatsgewalt, die Kriegsrüstungen haben ihr Werk getan – die Revolutionierung der verelendeten, verarmten Proletarier-[253]massen in ungeheurem Ausmaß beschleunigt. In diesen Kämpfen hat sich allein die Kommunistische Partei als die wirkliche Führerin der Massen erwiesen. Sie hat ihre Hegemonie im tagtäglichen praktischen Kampf demonstriert und das Vertrauen gerade der am meisten ausgebeuteten Schichten des Proletariats erworben. Das haben namentlich die letzten Betriebsrätewahlen klar erwiesen. Die besondere Aufgabe des Parteitages wird es sein, der ideologischen Hegemonie, die sich die Partei in den Großbetrieben erstritten hat, die notwendige organisatorische Form zu geben und sie namentlich im Hinblick auf die noch bevorstehenden größeren revolutionären Aktionen fest zu verankern. Es ist klar, daß diese Aufgabe nicht gelöst werden kann ohne einen noch schärferen Kampf gegen die korrupte konterrevolutionäre Gewerkschaftsbürokratie, ohne eine noch klarere Abgrenzung der Front des Kommunismus von der Front des Reformismus, ohne die höchste Steigerung der Initiative der Massen bei gleichzeitiger Befestigung der führenden Rolle der KP und der Gewerkschaftsopposition, ohne den Ausbau aller revolutionären Kampfpositionen und Kampforgane des Proletariats (rote Betriebsräte, Kampfleitungen usw.) zu solchen Organen, die die ökonomischen Kämpfe zu politischen umwandeln und ihnen einen revolutionären Charakter des Kampfes gegen die Kapitalsoffensive, den imperialistischen Krieg, den faschistischen Kurs, das Verbot der revolutionären Organisationen usw., geben können.

Der Kampf um die Hegemonie der Kommunistischen Partei im Proletariat, um die Eroberung der überwältigenden Mehrheit der Arbeiterklasse und aller Werktätigen für den Kommunismus ist in den jetzigen Verhältnissen weder ein Schlagwort noch auch eine allgemeine propagandistische Aufgabe, sondern gerade die zentrale taktische und organisatorische Aufgabe der Kommunistischen Partei, die die zentrale Achse ihrer revolutionären Politik bildet. Von der Lösung dieser Aufgaben werden die Erfolge der Partei, die Erfolge der proletarischen Revolution in der allernächsten Zeit hauptsächlich abhängig sein.

*

Schon die verflossene Phase der dritten Periode des Nachkriegskapitalismus hat uns die Richtigkeit der vom VI. Weltkongreß gegebenen Analyse der Lage sowie der revolutionären Taktik der KI

erwiesen. Das gilt, wie gesagt, nicht nur für Deutschland, sondern für die gesamte weltwirtschaftliche und weltpolitische Lage.

In allen kapitalistischen Ländern wächst eine neue Welle von revolutionären Massenkämpfen heran, die ihre Widerspiegelung und Verstärkung in dem Anschwellen der revolutionären Erhebungen in den Kolonien finden. Schritt für Schritt mit dieser objektiven Entwicklung der revolutionären Elemente vollzieht sich der siegreiche Vormarsch der Kommunistischen Internationale und ihrer Sektionen in allen Ländern. Der Konzentrierung der Kräfte der Revolution steht auf der anderen Seite die Konzentrierung der Kräfte der Reaktion gegenüber. Das Finanzkapital rüstet zur brutalen Niederwerfung der proletarischen Revolution und ihrer Zitadelle, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Der Vorbereitung des imperialistischen Krieges entspricht der verstärkte und immer mehr beschleunigte Kurs auf die Liquidierung der bürgerlichen Scheindemokratie und auf die Errichtung [254] der faschistischen Diktatur. Man braucht nach Beispielen hier nicht lange zu suchen. Die letzten Ereignisse in Jugoslawien, Polen, Oesterreich, der Tschechoslowakei und auch in Deutschland bringen diese Entwicklung unverhüllt zum Ausdruck, unabhängig davon, ob sie sich in der Form eines offenen Staatsstreichs oder in der einer Koalitionsregierung mit der Sozialdemokratie als der Antreiberin eines „trockenen“ Putsches, einer „kalten“ Aenderung der Regierungsform. der Ausnahmegesetze und Ermächtigungsparagraphen, vollzieht.

Aber ist es nicht gerade dieses Moment, die Unmöglichkeit für die herrschende Klasse, ihre Herrschaft in unveränderter Form zu behaupten, eine Krise der Politik der herrschenden Klasse, die in einem gewissen Grade jetzt ein Hauptzeichen, einen charakteristischen Zug der objektiv revolutionären Situation bildet, und das leider noch in unserer Analyse zu wenig beachtet wird? Ist es nicht vielleicht daher notwendig, in diesem Zusammenhang an die Worte von Lenin zu erinnern, die die allgemeinen Symptome einer revolutionären Situation festzustellen versuchen:

„Für den Ausbruch der Revolution ist es gewöhnlich nicht genügend, daß die ‚Unterschichten nicht gewillt‘, sondern auch erforderlich, daß ‚die Spitzen nicht imstande waren‘, in der alten Weise weiterzuleben.“

Und weiterhin:

„Eine außergewöhnliche Verschärfung der Not und des Elends der unterdrückten Klassen; eine bedeutende Erhöhung (kraft der angeführten Gründe) der Aktivität der Massen, die sich in einer friedlichen Epoche ruhig ausrauben hassen, in stürmischen Zeiten aber sowohl durch die ganze Krisenlage, wie auch durch die ‚Spitzen‘ selbst zu selbständigem historischen Vorgehen angetrieben werden.“

Wir wollen gleich betonen, daß diese Worte von Lenin nicht etwa für das Vorhandensein einer akut revolutionären Situation gelten, sondern gerade für den Uebergang der objektiv revolutionären Situation in revolutionäre Massenaktionen. Mag sein, daß diese Zeichen einer objektiven revolutionären Situation in Deutschland noch nicht voll entwickelt sind. Unbestreitbar ist jedoch, daß in vielen europäischen Ländern sowohl die Tatsache festzustellen ist, „daß die Spitzen nicht gewillt sind, in der alten Weise weiterzuleben“, wie auch andererseits der Umstand, daß die Massen immer mehr aktivisiert und radikalisiert werden, „immer mehr auch durch die Spitzen selbst zu selbständigem historischen Vorgehen angetrieben werden“. Die Kommunistische Partei, die wirklich den Massen vorangehen will, sie zu revolutionären Aktionen zusammenfassen muß, weil es ihre Pflicht als Führerin fordert, muß sich auf diese Tendenz der Entwicklung unbedingt einstellen, sonst verliert sie ihr Daseinsrecht als ein Hebel der revolutionären Beeinflussung des objektiven Laufes der Ereignisse.

In diesem Zusammenhange wollen wir auch die weiteren Erwägungen Lenins über die Rolle der Kommunistischen Partei in einer objektiv revolutionären Situation in Erinnerung bringen:

„Wird diese Situation lange anhalten und wie weit wird sie sich zuspitzen? Wird sie zur Revolution führen? Das wissen wir nicht, und niemand kann das wissen. Das wird nur die Erfahrung der Entwicklung der revolutionären Stimmung und des Ueberganges zur revolutionären Aktion der fortgeschrittensten Klasse, des Proletariats zeigen.“

Was ist die Aufgabe der Kommunistischen Partei beim Vorhanden-[255]sein bestimmter Anzeichen einer revolutionären Situation oder auch unter der Voraussetzung, daß die objektive Entwicklung zu

einer solchen revolutionären Situation notwendig führen muß? Gerade diese letztere Entwicklungsphase hat Lenin im Auge, wenn er darauf hinweist, daß in den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts in Deutschland, 1859/61 und 1878/80 in Rußland „die Gesamtheit der objektiven Veränderung als revolutionäre Situation bezeichnet werden kann, obwohl es zu Revolutionen in diesen Fällen nicht gekommen ist“. Und er fragt weiter: „Warum ist es in diesen Fällen nicht zur Revolution gekommen?“ Die leninistische Antwort darauf lautet:

„Weil nicht aus jeder revolutionären Situation eine Revolution entsteht, sondern nur aus einer solchen Situation, wo zu den oben aufgezählten objektiven Bedingungen eine subjektive hinzutritt, nämlich die Fähigkeit der revolutionären Klasse zu revolutionären Massenaktionen, die von genügender Stärke sind, man die alte Regierung zu brechen (oder zu erschüttern), die niemals, auch in der Krisenepoche nicht ‚stürzt‘, wenn man sie nicht ‚wirft‘.“

Es braucht nicht besonders gesagt zu werden, daß diese Leninsche Analyse der Notwendigkeit, daß die Kommunistische Partei und die proletarische Klasse revolutionär den objektiven Gang der Verhältnisse beeinflußt; nichts, auch gar nichts zu tun hat mit der famosen Thalheimerschen Offensivtheorie von 1920/21. In ihr ist auch nicht eine Spur von ultralinken Kindereien und übermenschlichen Sprüngen des kleinbürgerlichen Revolutionarismus ins Ungewisse zu finden. Sie geht von der nüchternen Analyse der objektiven Veränderung aus, sie sucht diese Veränderung in revolutionärem Sinne zu beeinflussen, sie will die an sich objektiv gegebene Krisenlage der Bourgeoisie in revolutionäre Massenaktionen des Proletariats verwandeln.

Müssen nicht diese Worte von Lenin gerade jetzt für die Bestimmung der revolutionären Politik der Partei eine besondere Bedeutung erlangen? **Zweifellos**! Das ergibt sich von selbst aus der allgemeinen Charakteristik der dritten Periode, die „über eine weitere Entwicklung der Widersprüche der kapitalistischen Stabilisierung zu weiteren Erschütterungen der kapitalistischen Stabilisierung und zu einer scharfen Zuspitzung der allgemeinen Krise des Kapitalismus führt“. Dies ist eine Charakteristik der Tatsachen, die schon durch die bisherige Entwicklung namentlich der letzten Monate in prägnanter Weise bestätigt wurde, aber auch insbesondere die Charakteristik der Tendenz der Entwicklung.

Die Partei muß sich auf diese revolutionäre Tendenz der Entwicklung unbedingt einstellen. Ohne leichtfertig darüber zu entscheiden, daß wir bereits im jetzigen Augenblick, im Augenblick der beginnenden Krise der Politik der herrschenden Klasse eine allseitig revolutionäre Situation haben (was, wie gesagt, nur zu ultralinken opportunistischen Seitensprüngen führen kann), wird der Parteitag doch als die Tendenz der Entwicklung die unausbleibliche Wiederholung der Krisenlagen der deutschen Bourgeoisie, eine Beschleunigung dieser Krise und ihre Vertiefung in bestimmter Weise unterstreichen und analysieren müssen. Er wird diese seine Analyse mit gutem Recht auf Grund der bisherigen Entwicklung, der Zuspitzung der allgemeinen wirtschaftlichen und politische“ Lage, der [256] Verschärfung der imperialistischen Gegensätze, des Herannahens des imperialistischen Krieges gegen Sowjetrußland, des Faschisierungskurses der Bourgeoisie, der Radikalisierung und Revolutionierung der Massen geben können.

Die Hauptlinie der revolutionären Politik der Partei, die sich aus dieser Tendenz der Entwicklung ergibt, ist klar umschrieben:

„Hier handelt es sich um die unzweifelhafteste und grundlegendste Verpflichtung aller Sozialisten, die Verpflichtung vor den Massen, das Vorhandensein der revolutionären Situation zu enthüllen, ihre Breite und Tiefe zu untersuchen, das revolutionäre Bewußtsein und die revolutionäre Entschlossenheit anzuregen, ihm zum Uebergang zu revolutionären Aktionen zu verhelfen und der revolutionären Situation entsprechende revolutionäre Organisationen zu schaffen für die weitere Arbeit in dieser Richtung.“ (Lenin.)

Die taktische Generallinie der Partei muß jetzt darauf gerichtet sein, den Haß und den Widerstand der Arbeitermassen gegen den deutschen Imperialismus, gegen seine Kriegs- und Wehrpolitik zu entfachen, Millionen gegen die reaktionäre Koalitionspolitik aufzurütteln, vom Reformismus in allen seinen Spielarten, namentlich von der „linken“ Sozialdemokratie, loszureißen und über alle Formen und Stufen der Bewegung hinweg den Kampf für die Diktatur des Proletariats aufzunehmen. Dies ist die

Generallinie der Partei, die der XII. Parteitag wird insbesondere im Hinblick auf die Breite und Tiefe der revolutionären Entwicklung festlegen und ganz konkret bestimmen müssen.

In dieser Hinsicht muß vor allem gegen die opportunistische, offen liquidatorische Unterschätzung der revolutionären Möglichkeiten der jetzigen Lage angekämpft werden, zugleich aber der Fehler einer Ueberschätzung des Tempos der Entwicklung vermieden werden, – was jedoch im jetzigen Augenblick nur eine geringe Gefahr darstellt. Denn gerade die Massenaktionen der letzten Monate haben bewiesen, daß einige Teile der Partei noch allzu sehr hinter den Ereignissen zurückbleiben, sich von ihnen ins Schlepptau nehmen lassen und auch dem revolutionären Elan der Massen vielfach nachhinken. Die Gefahr eines Tempoverlustes ist unter den jetzigen Bedingungen viel größer als die Gefahr einer Uebertreibung des Tempos. Das muß der XII. Parteitag klar aussprechen, um von vornherein den offen liquidatorischen, den versöhnlerischen Tendenzen der direkten Sabotage, der Lähmung der schöpferischen Initiative der Massen, der Miesmacherei und der pessimistischen Schwankungen allemal ein Ende zu setzen.

*

Deshalb ist der Kampf gegen den Reformismus, gegen die Ideologen der menschewistischen Taktik innerhalb der Partei die wichtigste politische Aufgabe, die der Parteitag wird lösen müssen. Wenn der Reformismus überhaupt die Hauptstütze der kapitalistischen Herrschaft, wenn seine gefährlichste Spielart, die „linke“ Sozialdemokratie, der gefährlichste Feind des Kommunismus innerhalb der Arbeiterbewegung ist, so ist der Reformismus innerhalb der Kommunistischen Partei nur eine Widerspiegelung des Reformismus überhaupt und somit der größte Hemmschuh der revolutionären Tätigkeit der Partei. Das rechte offene Renegatentum der Brandler-Gruppe ist von der gesamten Partei vollständig zerschlagen sind überwunden. Der Kampf [257] gegen das Versöhnlertum hat ungeheure Fortschritte gemacht und die Bolschewisierung der Partei in gewaltigem Ausmaß gefördert. Die Versöhnlergruppe Ewert-Meyer ist als das entlarvt worden, was sie ist, als Platzhalter und Agent der Brandleristen innerhalb der Partei, ein Häuflein „verkannter“ Generale ohne Mannschaften. So werden sich die versöhnlerischen Führer dem Parteitag präsentieren! Der Parteitag wird den Schlußstrich ziehen auch unter diese Abart des Reformismus in der Kommunistischen Partei. Aber damit soll nicht gesagt werden, daß der Kampf gegen das Versöhnlertum nicht weiter fortgeführt und zu Ende gebracht werden muß – in organisatorischer wie ideologischer Hinsicht. Das wird besonders notwendig sein, nicht nur im Hinblick auf die Entwicklung unserer Kommunistischen Partei Deutschlands, sondern auch mit Rücksicht auf den Kampf gegen die Rechtsgefahr und das Versöhnlertum in der gesamten Kommunistischen Internationale.

Unsere Partei war neben der KP der Sowjetunion mit die erste der Sektionen der Kommunistischen Internationale, die bereits auf dem VI. Weltkongreß und seither den unversöhnlichen Kampf gegen das offene und versteckte Liquidatorentum aufgenommen und rücksichtslos durchgeführt hat. Es gilt jetzt, diese Arbeit auch weiter fortzusetzen unter der Führung der Kommunistischen Internationale, nach dem leuchtenden Beispiel der russischen Bruderpartei alles aufzubieten, um auch durch unsere Partei die Liquidierung des Liquidatorentums in allen Sektionen der Kommunistischen Internationale zu fördern, zu beschleunigen und zu vollenden. Diese internationale Verpflichtung des rücksichtslosen Kampfes gegen die Rechten und die Versöhnler wird die Kommunistische Partei Deutschlands unter der Führung ihres Zentralkomitees gemäß den klaren Beschlüssen des Dresdner Parteitages erfüllen.

*

## Der Kampf um die leninistische Linie in der Partei

### 1. Von Essen bis Dresden.

Der Essener (XI.) Parteitag (März 1927) bildete den Abschluß des Kampfes der Partei gegen das linke Liquidatorentum, das nach dem Verlassen der Partei in ein halbes Dutzend Grüppchen und Renegatensekten zerfallen ist. Die Katz und Schwarz, die Korsch und Urbahns, die Maslow, Ruth Fischer und Weber – jeder machte für sich und gegen die andern einen eigenen Laden auf, während die Rosenberg und Bartels, die Heym und Hesse es vorzogen, direkt zurückzukehren ins Stammquartier

aller kleinbürgerlichen Renegaten, in die SPD. Der Essener Parteitag hatte nur die Aufgabe, die Partei scharf von dem kleinbürgerlichen Liquidatorentum der Ultralinken abzugrenzen.

Der Dresdener (XII.) Parteitag bildet den Abschluß des Kampfes der Partei gegen das rechte Liquidatorentum, die ebenso wie die Ultra-[258]linken die revolutionäre Klassenfront verlassen haben und sich gleichfalls als eine Agentur zur Verleumdung der kommunistischen Weltbewegung, als Hilfskolonne für die antibolschewistische Liga „selbständig gemacht haben". Das rechte Renegatentum hat innerhalb der Partei noch einige Helfer und Hilfstruppen, die Versöhnler, die die Versuche der Brandlerianer von außen zur Zersetzung sind zur Verwirrung der Partei von innen unterstützen und diesen in die Hände arbeiten. Der Parteitag wird in dieser Frage noch ein entschiedenes und endgültiges Schlußwort sprechen müssen.

Essen bedeutete den Sieg des Leninismus über die „linken", „radikalen" Drapierungen des kleinbürgerlichen „westeuropäischen Kommunismus". Dresden ist der Sieg des Leninismus über den in chauvinistisch-sozialdemokratischen Eierschalen stecken gebliebenen spießbürgerlichen Opportunismus des rechten Liquidatorentums. Essen und Dresden haben mit bolschewistischer Entschlossenheit und mit unzweideutiger Klarheit mit den Abarten des kleinbürgerlichen Opportunismus in den Reihen der KPD nach beiden Seiten hin gründlich aufgeräumt – das ist das Urteil, das die Parteigeschichte auf ihren ehernen Blättern nach dem Dresdener Parteitag verzeichnen wird. Das Ausscheiden sind Ueberbordwerfen des opportunistischen Ballastes, sowohl der verkalkten Ueberreste in sozialdemokratischen Traditionen verstrickter Elemente und Gruppen des rechten Liquidatorentums als auch des in den verzweiflungsvollen letzten Kriegsjahren und ersten Revolutionstagen angeschwemmten Treibholzes des wildgewordenen Kleinbürgertums vom Professor Dr. Korsch über den Studienrat Dr. Schwarz bis zu Maslow-Ruth Fischer, war der zwangsläufige und notwendige Weg zur Bolschewisierung der Partei, der notwendige Entwicklungsprozeß zur leninistischen Klarheit und Sicherheit des Weges der Partei. Der Weg des Partei von Essen bis Dresden hat den Entwicklungsprozeß der KPD zu einer reiferen und vervollkommneteren leninistisch-bolschewistischen Partei erheblich beschleunigt. Essen und Dresden sind Meilensteine auf dem Wege zur Bolschewisierung der Partei.

## 2. Hemmnisse und Schwankungen.

Dieser Weg von Essen bis Dresden war kein gradliniger und eindeutiger. Der im Offenen Brief des EKKI vom September 1925 der Partei empfohlene Kurs auf Konzentration der besten Kräfte, die auf dem Boden der Beschlüsse der Komintern und der Partei stehen, wurde gar zu oft als ein Bündnisvertrag ausgelegt für Koalitionen der verschiedensten Strömungen und Richtungen innerhalb der Partei. In einer Reihe der wichtigsten Parteibezirke wurden die Kommandohöhen an die fraktionell gebundenen Anhänger der Brandler-Gruppe ausgeliefert. Ganze Abteilungen des Zentralkomitees (Gewerkschaftsabteilung usw.) befanden sich in Händen der Brandleristen. Dies brachte fortwährende Schwankungen und Rückschläge in der Politik der Partei. Indem die rechte Brandler-Gruppe auf dem Essener Parteitag ganz offen gegen die Linie der Partei auftrat (Walcher, Böttcher, Enderle usw.), zwangen sie die Partei, Stellung zu nehmen und gegenüber den Bestrebungen der Brandleristen mißtrauischer zu werden als zuvor.

Die „Konzentration der besten Kräfte", die nach bolschewistischen Grundsätzen selbstverständlich nicht auf Kosten der politischen Linie [259] der Komintern und der Partei vor sich gehen durfte, die kein prinzipienloser Block zwischen Bolschewismus und kleinbürgerlichem Opportunismus sein konnte, wurde leider nur zu oft als organisatorisches Bündnis zwischen den verschiedensten politischen Strömungen in der Partei auf Kosten der ideologischen Klarheit und Uebereinstimmung durchgeführt. Für diese sogenannte Konzentrationsperiode war häufig der Wille zum „Burgfrieden" stärker als die Pflicht, eine bolschewistische Parteiführung zu schaffen, die nur auf Einheitlichkeit und politischer Klarheit gegründet sein kann. Die inneren politischen Gegensätze und taktischen Differenzen in der Parteiführung wurden vor der Partei nicht ausgetragen und sammelten sich daher als Explosivstoff in immer größeren Dimensionen an, der an einem bestimmten Wendepunkt der Partei zur Explosion kommen mußte.

Der Weg der Bolschewisierung der Partei war ganz besonders bis zum IX. Plenum der Exekutive (Februar 1928) ein schwankender, unsicherer, „mit vielen Irrungen und Fehlern in der Durchführung des innerparteilichen Kurses verbunden. Hierher gehört vor allem der Beschluß des Plenums des Zentralkomitees im Juli 1927, die Opportunisten Brandler und Thalheimer ohne die Erfüllung der Bedingungen, die der Essener Parteitag beschlossen hatte, wieder zur Parteiarbeit in der deutschen Partei zurückzuberufen. Gegen diesen Beschluß haben einige wenige führende Genossen protestiert, und die russische Delegation bei der Komintern beantragte die Aufhebung dieses Beschlusses, was auch alsdann von der Komintern beschlossen wurde.

Nach dieser Stellungnahme des EKKI war es in der Führung der Partei klar, daß mehr als zuvor gegen den zunehmenden Einfluß der fraktionell gebundenen Anhänger der Brandler-Gruppe unternommen werden mußte. Die Duldung dieser Fraktionen brachte in einer Reihe von Bezirken einen starken Anhang für die Brandleristen. Dieses wurde noch dadurch verstärkt, daß man glaubte, gegen die alten führenden Parteikaders, die noch mit starken sozialdemokratischen Traditionen behaftet waren, wie z. B. fast die ganze Gewerkschaftsabteilung des Zentralkomitees und die Sekretariate in einer Reihe von Parteibezirken, nicht vorgehen zu dürfen.

Die Fehler und Irrungen im innerparteilichen Kurs wurden in der Hauptsache noch dadurch bedingt, daß die Versöhnler, die eine Pufferstellung zwischen den Brandleristen und der Parteimehrheit einnahmen, eine betrügerische Doppelrolle spielten. Die Ernst Meyer, Ewert, Gerhart usw. gaben gegenüber der Komintern alle Versicherungen des loyalen Zusammenarbeitens mit der Parteimehrheit ab, schriftlich und mündlich, wie man das nur haben wollte, gebärdeten sich in der Mitgliedschaft der Partei als die entschiedensten Kämpfer gegen den Brandlerismus (Ewert auf dem Essener Parteitag, Ewert und Gerhart in der Berliner Parteiorganisation usw.), während sie in Wirklichkeit in den Sitzungen des Zentralkomitees die eifrigsten Schrittmacher und Förderer der Brandleristen waren. So hatte z. B. Ewert, von einer Reise nach Moskau zurückgekehrt, den Mitgliedern des Zentralkomitees einen angeblichen Wunsch der „maßgebenden russischen Genossen“ auf Rückkehr von Brandler und Thalheimer zur Parteiarbeit vorgeschwindelt, um den oben genannten Beschluß des Plenums des ZK durchzusetzen. Lügen und Betrugsmanöver, Heuchelei und Demagogie, die Methode des doppelten Gesichts (im Zentralkomitee brandleristisch, [260] in den Mitgliederversammlungen gegen den Brandlerismus), das waren die Mittel und Methoden des feigen Opportunismus der Versöhnler, ihre doppelzüngige Politik in der Partei zu verwirklichen, die zu den fortgesetzten Fehlern, Irrungen und Schwankungen im innerparteilichen Kurs führen mußten. Die vollkommene Erledigung des Versöhnlertums, die gründlichste Ausrottung auch der letzten Infektionsherde dieser opportunistischen Seuche ist die entscheidende Sicherung und Garantie für einen klaren und festen bolschewistischen innerparteilichen Kurs.

### 3. Die Offensive des Blocks der Versöhnler und des rechten Liquidatorentums

Die historische Rechte in der KPD, die Brandler, Thalheimer, Walcher, Enderle usw., die den Offenen Brief des EKKI vom 1. September 1925 zur Liquidierung des ultralinken Liquidatorentums als einen Freibrief zur Eroberung der Partei angesehen haben, setzten zunächst ihre Hoffnungen auf baldige Rückeroberung ihrer alten Positionen auf den Essener Parteitag. Der Essener Parteitag hat aber diese Hoffnungen gründlich zerstört. Der Vorstoß der Walcher, Böttcher und Enderle auf dem Essener Parteitag gegen die politische Linie der Partei bewirkte nur eine scharfe Abgrenzung gegen den rechten Opportunismus. Brandler hatte sich durch sein Aktionsprogramm, das er als seine Doktordissertation zur Einreihung in die Führung der Partei ansah, gründlich entlarvt, so daß kein Zweifel mehr bestehen konnte, daß er seit 1923 nichts gelernt, aber auch nichts vergessen hatte. All das führte zu dem Beschluß der scharfen Bedingungen für eine eventuelle Rückkehr von Brandler und Thalheimer, wie sie der Essener Parteitag beschlossen hat.

Dieser Mißerfolg auf dem Essener Parteitag hat die Brandleristen aber keineswegs um das Geringste belehrt. Sie setzten nach wie vor ihre Hoffnung auf die zähe Ausdauer und geschickte Maulwurfsarbeit ihrer Schrittmacher, der verkappten Rechten Ernst Meyer, Ewert und Gerhart. Diese arbeiteten trotz der Beschlüsse des Essener Parteitages unentwegt in der alten Richtung weiter: Diskreditierung

der bolschewistischen Parteiführung vor den Mitgliedern und systematische Wühlarbeit zur Stärkung des Einflusses der Brandlerianer. Zu den Maiwahlen 1928 beabsichtigten sie, dem ganzen Schwarm der Brandlerianer auf Jahre hinaus die Parlamentsmandate im Reichstag und Preußischen Landtag zu überliefern. Selbst Brandler und Thalheimer sollten mit Parlamentsmandaten bedacht werden. Das veranlaßte die bolschewistische Gruppe in der Parteiführung, diese ganze innere Wühl- und Zersetzungsarbeit des Versöhnlertums anläßlich des IX. Plenums des EKKI vor der Führung der Komintern aufzurollen. Es kam zu jener Vereinbarung zwischen der russischen und deutschen Delegation, bei der die Versöhnler unterschriftlich versicherten, ihre parteifeindlichen Pläne und Absichten aufzugeben und mit der bolschewistischen Führung der Partei gemeinsam einen bolschewistischen innerparteilichen Kurs zu steuern.

Nach dieser Niederlage setzten die Rechten und Versöhnler ihre Hoffnung auf den VI. Weltkongreß. In der deutschen Delegation bildeten die Rechten Tittel und Klara Zetkin mit den Versöhnlern Ewert, Schröter, Schumann, Dietrich usw. einen gemeinsamen Block zum offenen Kampf gegen die Mehrheit der Partei. Jetzt entschlossen [261] sich die Versöhnler, alle Reserve aufzugeben und zum ersten Male vor dem Forum des Kongresses öffentlich die Politik der Partei anzugreifen (Rede Ewerts zur politischen Lage, Rede Tittels). Dieser Vorstoß veranlaßte die Mehrheit der Delegation auf dem Kongreß, in einem Artikel „Zur Lage in der Partei“, der in der gesamten Parteipresse während des Kongresses erschienen ist, die tiefgehenden politischen Differenzen in der obersten Parteileitung der gesamten Mitgliedschaft der Partei zu signalisieren.

Der VI. Weltkongreß erfüllte aber in keiner Hinsicht die von den Rechten auf ihn gesetzten Hoffnungen, sondern er entschied im Gegenteil, daß „die rechten Gefahren die Hauptgefahren sind und daß jede versöhnlerische Stellung zu diesen Gefahren auf das Entschiedenste bekämpft und abgelehnt werden müsse“ (Abschnitt 59 der Thesen über „Die internationale Lage und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale“).

Die politische Niederlage der Rechte“ und Versöhnler auf dem VI. Weltkongreß beantworteten diese unmittelbar nach dem Kongreß mit einem von langer Hand vorbereiteten und wohlorganisierten Parteiputsch, dem der politische Führer der bolschewistischen Parteilinie, der Genosse Thälmann, zum Opfer fallen sollte. Die Putschisten glaubten damit, die Bahn für den rechten Führerkader in der Partei freizubekommen. Unter Anwendung von Intriguen und politischen Erpressermethoden und Entfachung der niedrigsten kleinbürgerlichen Instinkte erzwang die Gruppe der Versöhnler die Beschlüsse des Plenums des Zentralkomitees vom 26. September. Diese Beschlüsse offenbarten vor der ganzen Partei die großen inneren Schwächen und die geringe Widerstandskraft des Zentralkomitees gegenüber dem fraktionellen, auf persönliche Diskreditierung angelegten Schandstreich des Versöhnlertums. Aus dieser Affäre, einer der traurigsten unserer Parteigeschichte, aus dieser Kapitulation der Plenarzentrale vor dem feigen Opportunismus und dem rechten Liquidatorentum muß der Parteitag die wichtigste Konsequenz ziehen: Sicherung der obersten Parteiführung durch Zusammensetzung des Zentralkomitees aus den zuverlässigsten und widerstandsfähigsten Kräften der Partei, um so eine bolschewistische Führung der Partei in ihrer Spitze zu garantieren.

Der schwarze Tag (28. September) der obersten Parteiführung hat jedoch rasch gezeigt, daß die KPD über genügend starke bolschewistische Parteikaders verfügt, an denen alle noch so gut ausgedachten heimtückischen Putschanschläge des Opportunismus scheitern. Die bolschewistische Festigkeit der Partei zeigte sich sofort in den lebhaften Protesten und in der scharfen Opposition einer Reihe von Bezirksleitungen und ganz besonders in dem entrüsteten Proteststurm der unteren Mitgliedschaften. Die Bezirksleitungen Wasserkante, Ruhrgebiet, Niederrhein, Mittelrhein, Ostsachsen, Erzgebirge-Vogtland, Oberschlesien, Magdeburg, Pfalz usw., also die wichtigsten und bedeutendsten Bezirke der Partei, lehnten unter entschiedenstem Protest die Beschlüsse des ZK vom 26. September ab, ein Ereignis, wie wir es seit Oktober 1923 nicht mehr zu verzeichnen hatten. Ebenso nahmen die unteren Parteimitgliedschaften, die Zellen, Stadtteilorganisationen und Ortsgruppen in fast allen Bezirken Stellung gegen das Zentralkomitee. Besonders beachtenswert war die einmütige Stellungnahme des Roten Frontkämpferbundes von der Reichsleitung, sämtlichen Gau-[262]leitungen bis zu den Abteilungen und Zügen des Bundes gegen die Beschlüsse des Zentralkomitees.

Dieser elementare Proteststurm in der ganzen revolutionären Bewegung gegen den schwarzen Tag des Zentralkomitees zwang die Mehrheit des Zentralkomitees in einer Erklärung vom 1. Oktober, ihren falschen Standpunkt vom 26. September aufzugeben und ihre Zustimmung zu den gefaßten Beschlüssen zurückzuziehen.

Der in der Parteigeschichte einzig dastehende skrupellose Putschversuch der Opportunisten gegen die bolschewistische Führung der Partei, der objektiv offener Verrat der Partei an den Klassenfeind war, veranlaßte das Präsidium der Komintern zum raschen Eingreifen, um die bolschewistische Einheit und Geschlossenheit der Partei und damit ihre Kampffähigkeit sicherzustellen. Die unübertreffliche Skrupellosigkeit der Putschisten ergibt sich aus der Tatsache, daß die Partei sich inmitten einer ihrer ernstesten Kampagnen befand (Panzerkreuzer-Volksbegehren), die Putschisten also den Kriegszustand gegen den Klassenfeind dazu ausnutzten, um ihr Ziel des innerparteilichen Umsturzes zu erreichen. Die Versöhnler und Rechten nahmen lieber die Niederlage und selbst die Zerschlagung der Partei in Kauf als den Verzicht auf ihre verbrecherischen innerparteilichen Ziele. Die Komintern hat in richtiger politischer Würdigung dieser Vorgänge in ihrer Entscheidung (Beschluß des Präsidiums des EKKI vom 6. Oktober 1928) diese erschwerenden Umstände berücksichtigt und durch ihren Beschluß zunächst die notwendigsten Garantien geschaffen, um die Einheitlichkeit und Festigkeit der obersten Parteiführung herzustellen. Damit war der Partei die Kampffähigkeit zurückgegeben, um das rechte Liquidatorentum, das nunmehr alle Masken fallen ließ und sich offen als eine sozialdemokratische Agentur in den Reihen der KPD erwies, niederschlagen zu können. Der Weg des rechten Liquidatorentums zum offenen Renegatentum, der Weg von der Kommunistischen Weltpartei zum opportunistischen Sumpf des Reformismus war ein Weg von wenigen Tagen und Wochen. Der Ansturm des rechten Liquidatorentums mit dem Ziele der Eroberung der Partei endete mit ihrem Uebergang zur Sozialdemokratie. Die rechten Liquidatoren sind im Handumdrehen dort gelandet, wohin sie die ganze Partei auf langen Umwegen führen wollten.

Das Präsidium der Komintern hat in seinem Beschluß vom 6. Oktober die Durchführung der ersten Notmaßnahmen für die bolschewistische Einheit der Partei nur als vorläufige betrachtet und zugleich offen ausgesprochen, daß es die Aufgabe des kommenden Parteitages sein muß, diese Notmaßnahmen so umfassend auszubauen, daß hierdurch der bolschewistische Weg der Partei für die nächste Zukunft gesichert ist.

### 4. Die internationalen Wurzeln des Opportunismus.

Die Offensive des rechten Opportunismus in der KPD und der entschiedene, rücksichtslose Kampf der Komintern und unserer Partei gegen ihn, die unerbittliche Liquidierung des rechten Renegatentums brachte sofort einen versteckten und feigen Opportunismus in der gesamten Weltpartei zum Vorschein.

Die rechte, opportunistische Gruppe in der KP der Sowjetunion versuchte jetzt, der Offensive der Opportunisten in der deutschen [263] Partei durch ihre eigene Offensive eine internationale Basis zu geben. Gleichzeitig ging das rechte Liquidatorentum in der KP der Tschechoslowakei zur Generaloffensive gegen die Partei über. Schwache, unentwickelte, in sozialdemokratischen Traditionen verwurzelte Parteileitungen, wie die der KP der Schweiz, solidarisierten sich mit dem opportunistischen Liquidatorentum. Die rechten Opportunisten in der KP Oesterreichs und selbst einige führende Genossen der Komintern, wie die Genossen Humbert-Droz, Serra und Klara Zetkin, bekundeten ihre Solidarität und Uebereinstimmung mit dem Opportunismus.

Der internationale Charakter des Opportunismus in der kommunistischen Weltpartei findet seine sozialpsychologische Erklärung in dem Uebergang der politisch-ökonomischen Entwicklung von der zweiten zur dritten Nachkriegsperiode. Die stärkeren Erschütterungen der kapitalistischen Stabilisierung, der schnell anwachsende Radikalisierungsprozeß der Arbeiterklasse in allen kapitalistischen Ländern, die erneut ansteigende revolutionäre Welle bei gleichzeitig verstärkter Offensive der Bourgeoisie, die zu verschärften Gewaltmethoden und zu einem offenen reaktionär-faschistischen Unterdrückungskurs übergeht, die ständig stärkere Einkreisung der Sowjetunion sind der verschärfte Kurs auf Kriegsvorbereitungen gegen den ersten Arbeiterstaat, all die Elemente und Erscheinungen, die in

steigendem Maße zum Bürgerkrieg drängen, erfüllen den Opportunismus in den Reihen der Kommunistischen Internationale mit Zweifel an der Kraft des Proletariats und mit abergläubischer Ueberschätzung der Stärke sind Macht des Weltimperialismus.

Aus dieser Grundeinstellung des Opportunismus in unseren Reihen ergibt sich die Absicht zu einer Politik, die der von der Kommunistischen Internationale eingeschlagenen Politik entgegengesetzt ist. Der Opportunismus in unseren Reihen ist feige Kapitulationsstrategie vor dem Klassenfeind. Den Gefahren und den Opfern des Krieges und des Bürgerkrieges glauben die Opportunisten zu entrinnen durch Unterordnung unter die weiße Diktatur des Weltimperialismus. Die Strategie des Opportunismus ist nicht die Politik des revolutionären Marxismus, sondern die Politik des feigen Reformismus. Die gemeinsamen ideologischen Wurzeln des rechten Liquidatoren- und Renegatentums (Brandler, Thalheimer, Hais und Konsorten) und des Versöhnlertums (Humbert-Droz, Serra, Ewert, Jilek, Wieser usw.) sind unverkennbar und unzertrennlich miteinander verbunden. Der Unterschied zwischen beiden opportunistischen Strömungen ist nur ein gradueller, nach der Seite der formalen Disziplin der KI gegenüber.

### 5. In der KPD ist kein Platz mehr für das Versöhnlertum

Nachdem das rechte Liquidatorentum die Partei verlassen hat und der Kampf der Partei gegen diese Richtung mit vollem Erfolge beendet ist, bildet diese Frage kein Problem mehr für die Partei. Hier und da wird es in einzelnen Fällen noch notwendig sein, etwa bestehende Verbindungen oder Beziehungen einzelner Parteigenossen, vielleicht auch einzelner Gruppen, zum rechten Liquidatorentum nach dem Parteitag endgültig zu liquidieren. Die Duldung und Loyalität, die in der Absicht, die Arbeiterelemente vom rechten Liquidatorentum zu lösen, bis zum Parteitag geübt worden ist, kann nach dem Parteitag keinen Platz mehr in der Partei finden. Die monatelange ideologische Kampagne und das endgültige Uebergehen des rechten Liquidatoren-[264]tums in offenen Antibolschewismus muß auch dem letzten Mitgliede die Augen geöffnet haben, daß es für den Brandlerismus in der KPD keinen Platz mehr geben kann. Wer auch nach dem Parteitag noch innerhalb der Partei den Brandlerismus propagieren will, wer auch nach dem Parteitag seine Beziehungen und Verbindungen zum Brandlerismus weiter aufrecht erhalten will, muß rücksichtslos aus der Partei entfernt werden.

Anders verhält es sich mit dem Versöhnlertum. Dieses ist nach wie vor ein Bestandteil der Partei. Will das Versöhnlertum aber fernerhin seine Parteizugehörigkeit aufrechterhalten, so kann das nur unter den Bedingungen geschehen, die in einer bolschewistischen Partei bei weitestgehender Loyalität möglich sind. Es ist daher notwendig, vollkommene Klarheit über die Rolle des Versöhnlertums in der KPD auch in der gegenwärtigen Zeit zu schaffen.

Nachdem das rechte Liquidatorentum die Partei verlassen hatte, wurde das Versöhnlertum zum Sammelbecken aller rechten Strömungen und Tendenzen in der KPD. Das Versöhnlertum konnte organisatorisch keinen großen Einfluß gewinnen. Und dennoch bildet es einen ständigen Beunruhigungsherd in der Partei, der objektiv die gleiche Aufgabe hat wie das rechte Liquidatorentum, das außerhalb der Partei steht: Zersetzung und Verwirrung in die Reihen der Parteikaders zu tragen.

Die Versöhnler sind daher nach wie vor eine Hilfstruppe der ausgeschlossenen Renegaten in den Reihen der Partei. Formell stimmen sie den Beschlüssen und der Politik der Komintern und der Partei zu, um im gleichen Augenblick zu beginnen, diese Beschlüsse zu verdrehen und zu verleumden und unter Anwendung der raffiniertesten Methoden durch allerlei Auslegungskünste in ihr Gegenteil zu verwandeln. Der klaren Analyse des VI. Weltkongresses über den Charakter der dritten Periode setzen sie die Losung der festen und starken Stabilisierung des Kapitalismus entgegen. Im Gegensatz zum verschärften Kampf der Partei gegen Bourgeoisie und Reformismus predigen sie die Notwendigkeit der Unterordnung unter die arbeiterfeindliche Politik der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie; anstelle des verschärften Kampfes gegen die faschistischen Gewaltmethoden der Sozialdemokraten im Staatsapparat und in den Gewerkschaften setzen sie zur Einschläferung der Massen die Illusion von einer neuen demokratisch-parlamentarischen Entwicklung unter Führung der Sozialdemokratie in die Welt; statt breitester Massenmobilisierung und wirklicher Einheitsfront der Organisierten und Unorganisierten bei den Wirtschaftskämpfen und Betriebsrätewahlen verteidigen sie den

Gewerkschaftslegalismus; statt eines entschiedenen Kampfes und Widerstandes gegen die verbrecherische Spaltungsoffensive der Reformisten predigen sie feige Kapitulation vor dem Reformismus: auf allen Gebieten eine Politik der Kapitulation, des Verzichtes auf Kampf, der Unterordnung und des Nachgebens vor der verstärkten Offensive des Imperialismus und Reformismus.

Es ist kein Wunder, daß das Versöhnlertum mit seiner Kapitulationspolitik auf die rückständigsten und schwankendsten Schichten in unserer Partei spekuliert. Im Versöhnlertum haben die sabotierenden Schichten in der Partei, die aus Furcht vor Opfern und Nachteilen durch die taktische Wendung, wie sie vom 9. Plenum, vom IV. RGI-Kongreß sind vom VI. Weltkongreß der KI beschlossen wurde, die [265] Beschlüsse nicht durchzuführen wagen, ihre beredtesten Wortführer und Verteidiger. Die Versöhnler sind daher mit ihrer feindseligen Politik gegen die Beschlüsse der Komintern und der Partei der stärkste Hebel zur Sabotage und Verhinderung der Durchführung der Beschlüsse. Wenn die Partei die vom VI. Weltkongreß beschlossene Wendung in der Strategie gegen den Klassenfeind nicht restlos in allen ihren Teilen durchführen konnte, wenn die Partei angesichts der rapiden Linksentwicklung des deutschen Proletariats bei vielen Anlässen, wie Wirtschaftskämpfe, Betriebsrätewahlen, Kampagne gegen den Reformismus usw., in vielen Teilen sind an den verschiedensten Orten hinter dem Radikalisierungsprozeß der Massen herhinkte und nicht die Führung erlangen konnte, so war das im wesentlichen auf die fraktionelle Gruppenarbeit des Versöhnlertums zurückzuführen.

Der Parteitag muß mit aller Schärfe und bolschewistischer Rücksichtslosigkeit aussprechen und beschließen, daß es für die Partei ein unhaltbarer Zustand ist, daß sie in der Durchführung einer zielklaren bolschewistischen Politik durch eine fraktionell gebundene Gruppe bei jeder Gelegenheit gehindert wird. Dieser Zustand ist auf die Dauer unerträglich. Der Parteitag muß diesem Zustand ein entschiedenes Ende bereiten. Der Parteitag muß wahr machen, was der Offene Brief des EKKI bestimmte:

„Für das Versöhnlertum ist in der KPD kein Platz mehr vorhanden."

Entweder die Versöhnler geben ihren gruppenmäßigen und fraktionsmäßigen Widerstand gegen die Politik der Partei auf, oder aber: es kann auch organisatorisch kein Platz mehr für das Versöhnlertum in den Reihen der Partei sein. Das muß die klare Entscheidung des Parteitages sein.

### 6. Die Konzentration der Kräfte der Partei

Nach jahrelangem harten Kampfe hat die Partei bei linken und rechten Opportunismus aus ihren Reihen vertrieben. Durch ein Labyrinth von Fehlern und Irrungen, von Abweichungen und Gefahren hat sich die Partei in zähem und ernstem Ringen, oft langsamer, mit Rückschlägen, oft rasch und sprungweise, zu einer klaren, bolschewistisch-leninistischen Avantgarde des deutschen Proletariats entwickelt. In allen diesen Kämpfen hat sich immer wieder gezeigt, wie verhängnisvoll und gefährlich besonders Gruppen- und Fraktionsbildungen in einer bolschewistischen Partei sind, und in keinem Entwicklungsprozeß der kommunistischen Parteien hat es sich so wie gerade in der deutschen Partei erwiesen, wie richtig der leninistische Grundsatz ist, daß in einer bolschewistischen Partei Fraktionsbildungen unzulässig sind. Der Parteitag muß dies daher mit aller Deutlichkeit aussprechen; er muß alle Parteiinstanzen verpflichten, alle Mitglieder aufrufen, allen Versuchen zur Fraktions- und Blockbildung als parteifeindlichen Unternehmungen mit aller Entschiedenheit und bolschewistischer Rücksichtslosigkeit entgegenzutreten.

Die Partei muß lernen und verstehen, daß eine gesunde und günstige Fortentwicklung auf dem Wege der Bolschewisierung die rascheste und unversöhnlichste Ueberwindung aller Gruppierungen und Strömungen bedingt. Nur so kann die Partei an die Erfüllung ihrer großen revolutionären Aufgaben, die mit jedem Tage erneut vor [266] die Partei gestellt werden, herantreten. Der Parteitag muß alle Versuche, die Parteileitung auf der Grundlage einzelner Gruppierungen und Strömungen zu bilden, auf das entschiedenste zurückweisen. Eine solche „Konzentration" hat mit bolschewistischer Kräftekonzentrierung nichts zu tun.

Die bolschewistische Konzentration der führenden Parteikaders kann sich nur vollziehen in der Zusammenfassung der besten Kräfte, der aktivsten und energischsten Verteidiger der Komintern- und

Parteilinie sowohl im Kampfe für die Durchführung der Beschlüsse der Komintern und der Partei als auch im Kampfe gegen alle Außenseiter und die die Parteibeschlüsse sabotierenden Stimmungen und Strömungen innerhalb der Partei. Die bolschewistische Konzentration der Parteikräfte kann nur durchgeführt werden unter Heranziehung der entschiedensten und aktivsten Kämpfer gegen den Opportunismus von rechts sind „links", auf dem Boden der Beschlüsse der Komintern und der Partei. Die führenden Kaders der Partei müssen gebildet werden auf Grund der bolschewistischen Auslese der theoretisch und praktisch geschulten Kräfte, die im Kampfe gegen das ultralinke und rechte Liquidatorentum sich in den letzten Jahren eine feste leninistische Weltanschauung, eine bolschewistische Politik und Strategie selbständig erarbeitet und die sich als standhafteste revolutionäre Massenkämpfer erwiesen haben.

Aber nicht nur die Ersetzung der aus der Partei vertriebenen opportunistischen Führerkaders kann die Konzentration der Partei befriedigend durchführen, sondern darüber hinaus rascheste und umfassendste Herausbildung neuer Führerkaders, Verdoppelung und Verdreifachung der Anzahl der Funktionäre, um so die ungeheure Last von den Schultern weniger auf eine breite Funktionärschicht zu stellen. Zur organisatorischen Erfassung der Peripherie der Sympathisierenden und der breiten Massen, die sich immer mehr nach der Seite des Kommunismus hin orientieren, zur Erfüllung der ungeheuren Aufgaben, die vor der Partei stehen, ist die weitestgehende Verbreiterung des Funktionärkörpers und der Parteikaders die wichtigste Voraussetzung.

Nachdem der Parteitag die opportunistischen Fraktionen liquidiert hat, muß sich die Partei den großen vorgesteckten Aufgaben zu wenden. Sie muß an der innerparteilichen Front ein solches Fundament errichten, an dem sich die Sturmwellen der feindlichen Welt gegen den Kommunismus brechen. Der proletarische Charakter der Partei, ihre Orientierung auf die Hauptschichten des Proletariats, auf die wichtigsten Betriebe muß auch im innerparteilichen Aufbau in schärfster Form zum Ausdruck kommen. An der Spitze der Massen marschierend, von ihrem Vertrauen getragen, wird die KPD das deutsche Proletariat auf dem Wege des Bolschewismus zum Siege führen.

### 7. Der Kampf um die bolschewistische Linie

Die Aufforderung des VI. Weltkongresses zur Bekämpfung der rechten Gefahren gilt aber nicht nur der Kampf gegen die rechten Gruppierungen, gegen Versöhnler und rechte Liquidatoren. Die Beschlüsse des VI. Weltkongresses sprechen gleichfalls von jenen bewußten und unbewußten rechten Abweichungen, die bei der Durchführung der Parteiarbeit, bei der Stellung der Aufgaben infolge falscher [267] Auffassungen einzelner Funktionäre oder ganzer Funktionärkörper als Ueberreste und Gewohnheiten der Taktik und Arbeitsmethoden einer vergangenen Periode in die gegenwärtige Periode der Verschärfung der Klassengegensätze mit herübergeschleppt werden. Mit der Liquidierung der rechten Renegatengruppe und der Zerschlagung des Einflusses der Versöhnler muß sich die Partei in ihrer Gesamtheit jetzt um so stärker der Bekämpfung der Tendenz, die die frühere Strategie und Taktik beibehalten möchte, als einer rechten Tendenz zuwenden, um die Wendung in der Politik der Partei zur Offensive, wie sie vom VI. Weltkongreß beschlossen wurde, endgültig und vollständig durchzuführen.

Diese Wendung darf keine halbe und keine Viertelwendung sein, wie das heute noch zum großen Teil der Fall ist. Die fraktionellen Widerstände, die die Rechten und Versöhnler in der Partei darstellten, wirken heute nicht mehr in dem Ausmaß wie vor einigen Monaten noch als Hindernis und Sabotage der Wendung der Parteitaktik. Die Hindernisse und Hemmungen gegen eine vollkommene Wendung des Kurses im Sinne des VI. Weltkongresses, die jetzt noch vorhanden sind, liegen im wesentlichen bei einem großen Teil der Funktionäre und Mitglieder (Zellen, Zellenleitungen, Stadtteilleitungen, Bezirksleitungen usw.), auch solchen, die allen Beschlüssen zugestimmt haben. Diese Hindernisse aus dem Weg zum räumen, ist eine Aufgabe, der sich die Partei jetzt mit aller Kraft zuwenden muß.

Hierbei zeigt sich vor allem folgender großer Mangel: die Parteiorganisationen, die Funktionäre und Mitglieder, stimmen zwar den Beschlüssen der oberen Parteiinstanzen, den Beschlüssen des EKKI, der Reichskonferenzen und des ZK zu. Wenn es aber an die konkrete Durchführung dieser Beschlüsse geht, finden breite Schichten unserer Mitglieder nicht die Kraft und den Mut, diese Beschlüsse

wirklich anzuwenden. Diese Erscheinung ist gegenwärtig die Hauptgefahr an der inneren Parteifront, gegen die die Leitungen sowohl wie alle Mitglieder auf das schärfste ankämpfen müssen.

Die Nichtdurchführung der Beschlüsse der Komintern sind der Partei trat besonders stark in folgenden drei Kampagnen hervor: 1. Bei den Wirtschaftskämpfen nach dem Ruhrkampf, besonders bei den Tarifbewegungen in der Textilindustrie. 2. Bei den Betriebsrätewahlen, wo im Reichsdurchschnitt die Beschlüsse der Reichskonferenz im besten Falle in einem Drittel oder gar nur in einen Viertel aller Betriebe durchgeführt wurden. 3. Im Kampf gegen die Spaltungstaktik der Reformisten in den Gewerkschaften, Sportorganisationen, der Freidenkerbewegung u. a.

Bei allen diesen Bewegungen zeigte sich nur in einzelnen Teilen der Partei, meist nur in den wichtigsten Bezirken (wie in Berlin, Wasserkante, Ruhrgebiet und einigen anderen) jener Offensivgeist bei der Durchführung der Parteiaufgaben, wie er den Beschlüssen des IV. RGI- und VI. Weltkongresses entspricht. Dagegen ist in den meisten Bezirken und in breiten Mitgliederkreisen noch eine völlige Kapitulationsstimmung gegenüber der Bourgeoisie und dem Reformismus vorhanden. Diese kam freilich nicht in allen Bezirken gleichmäßig und gleich stark zum Ausdruck. In allen Bezirken hat ein Teil der Funktionäre und Mitglieder es gut verstanden, die neuen Kampfmethoden im Sinne der Beschlüsse praktisch anzuwenden. Die Partei muß aber klar erkennen, daß alle Mängel, Unzulänglichkeiten und [268] Halbheiten oder gar völliges Versagen bei der Durchführung der Kongreßbeschlüsse heute die unzulässigsten Rechtsabweichungen sind. Das sind jene Rechtsgefahren, die der Weltkongreß bei der Festlegung der neuen Strategie und Taktik bereits vorausgesehen hat, und vor denen er warnte.

Wie notwendig und richtig die Warnung des VI. Weltkongresses war, zeigte sich bereits in den wenigen Monaten, in denen unsere Partei an der Durchführung der Beschlüsse des Kongresses arbeitete. In den Bezirken, Orten, Betrieben und Massenorganisationen, in denen die Funktionäre und Mitglieder die taktische Wendung der Komintern und der Partei durchgeführt haben, dort, wo durch die Aktivität unserer Genossen die verschärften Kampfmethoden gegen die Bourgeoisie und den Reformismus Anwendung fanden (Wirtschaftskämpfe, Betriebsrätewahlen, Kampf gegen die Spaltungsoffensive der Reformisten), ist es der Partei gelungen, die breitesten Massen für den revolutionären Klassenkampf zu mobilisieren, den Einfluß der Reformisten in der Arbeiterklasse an vielen Orten und bei verschiedenen Gelegenheiten ganz erheblich zurückzudrängen und sich in der Arbeiterklasse großes Vertrauen und wachsende Gefolgschaft zu sichern. Ueberall dort, wo unsere Funktionäre und Mitglieder die Beschlüsse des VI. Weltkongresses und der Partei verwirklicht haben, schritt unsere Partei den Massen als Führerin im Klassenkampf voran, und die Arbeiterschaft erkannte in zunehmendem Maße die Führerschaft der Kommunistischen Partei an. Das erwies sich besonders im Hüttenarbeiterkampf an der Ruhr, bei den Betriebsrätewahlen, bei zahlreichen Ortsverwaltungswahlen in den Gewerkschaften und bei verschiedenen Erfolgen in der Arbeitersportbewegung und anderen Massenorganisationen.

Dagegen haben wir überall dort, wo unsere Funktionäre und Mitglieder auf die Anwendung der neuen Kampfmethoden und -taktik verzichteten, Niederlagen und Mißerfolge zu verzeichnen und der Reformismus konnte trotz des schwindenden Vertrauens in den Arbeitermassen im allgemeinen seine Positionen halten und sie zum großen Teil noch weiter ausbauen. In diesen Bezirken, Orten, Betrieben, Gewerkschaften und sonstigen Organisationen war meistens der Kampfwille der Arbeitermassen weiter entwickelt, als die Bereitschaft unserer Funktionäre und Mitglieder, die Massen zu führen, den verschärften Kampf gegen den Reformismus aufzunehmen. Ueberall dort hat die Partei an Vertrauen und Einfluß unter den Massen eingebüßt, was zwangsläufig zu Niederlagen und Mißerfolgen führen mußte. Diese Erscheinung ist die Hauptgefahr, die gegenwärtig vor der Partei steht, und die die Partei mit allen Kräften und unter Anwendung aller hierzu tauglichen Mittel in kürzester Frist überwinden muß.

Die Ursache der Passivität und oft des offenen Widerstandes breiter Parteischichten bei der Durchführung der Beschlüsse des VI. Weltkongresses und der Partei sind natürlich unterschiedlicher Art. Die Hauptursachen sind:

1. Mangelndes Vertrauen oder Unglauben an die Kampfbereitschaft und Kampfkraft der Arbeiterklasse, mangelndes Vertrauen zur Partei und Verkennung der Rolle der Partei, Ueberschätzung der Kraft der Bourgeoisie, Ueberschätzung des Einflusses des Reformismus auf die Arbeiterklasse.

2. Uebertriebener Gewerkschaftslegalismus, Kapitulationsstimmun-[269]gen vor den faschistischen Terrormethoden der Reformisten, arbeiteraristokratische Ueberheblichkeit gegenüber den Unorganisierten, Verkennung der Bedeutung der Eroberung der Hauptmassen des Proletariats (Unorganisierte) für den revolutionären Klassenkampf.

3. Inaktivität von Funktionären und Parteimitgliedern, Gleichgültigkeit und Bequemlichkeit gegenüber den Aufgaben und Pflichten der Partei, Ueberlastung der aktiven Parteifunktionäre mit Funktionen bei gleichzeitiger Inaktivität breiter Schichten von Parteimitgliedern ohne Funktionen, mangelhafte Disposition der Parteileitungen und Parteiorganisationen bei der Uebertragung von Funktionen an Parteigenossen.

4. Unverständnis und oft vollkommenes Fehlen einer planmäßig strategischen Arbeit, eingestellt auf die Hauptschichten der in den Bezirken und Orten vorhandenen Arbeitermassen, Planlosigkeit in der Bearbeitung der Betriebe und Betriebszellen und der Fraktionen in den Massenorganisationen ohne genügende Berücksichtigung des Umfangs und der Bedeutung der Betriebe durch die örtlichen und bezirklichen Parteileitungen.

5. Mangelnde Schulung und Durchbildung der Funktionäre und Mitglieder und teilweiser oder völliger Verzicht auf gründliche und umfassende Zellenarbeit, die sich die Aufgabe stellt, alle Probleme und Fragen der Partei vorwiegend in den Betriebszellen zu beraten, zu beschließen und durchzuführen.

Der Parteitag und die Parteidiskussion nach dem Parteitag muß schärfsten Kurs nehmen auf die gründlichste und ausgiebigste Besprechung aller dieser Mangel, Halbheiten und Unzulänglichkeiten der Parteiarbeit, um sie gründlich und endgültig aus der Partei auszurotten.

Zugleich muß aber auch die Gesamtpartei sich die Korrektur und Beseitigung alter, in der Partei eingewurzelter Fehler und Mängel zum Ziel setzen. Neue Arbeitsmethoden, die sich in der praktischen Betätigung der Funktionäre und Organisationen in den einzelnen Bezirken als gut herausstellten, müssen an das ZK berichtet werden, um solche neuen Arbeitsmethoden der ganzen Partei zugänglich zu machen. Vor allem müssen hier die fortgeschrittensten Bezirke der Partei helfen vorwärtszukommen.

Die Gewerkschaftsabteilung, Org- und andere Abteilungen werden in ihren Berichten zum Reichsparteitag eine ganze Reihe solcher Fehler und Mängel, die auch zum Kapitel Rechtsgefahren gehören, aufzeigen. Wir wollen an dieser Stelle nur einige Probleme andeuten:

1. Das Problem der Zellendisziplin. Die Umstellung der Partei auf Betriebszellen ist bei weitem noch nicht in dem Maße durchgeführt; wie das bei den Verhältnissen in dem größten Industrieland Europas erforderlich ist. Immer wieder setzen sich Versuche durch, aus den Betriebszellen zu fliehen und sich den Straßenzellen anzugliedern. Dies ist die feigste Methode, sich vor der verantwortlichen Parteiarbeit an dem wichtigsten Frontabschnitt im revolutionären Klassenkampf zu drücken. Ebenso werden immer wieder Versuche gemacht, die Parteiaufgaben, anstatt in fortschreitendem Maße durch die Betriebszellen, durch die Straßenzellen erledigen zu lassen. Dieser Fehler, der eine der gefährlichsten Abweichungen in der gegenwärtigen Periode darstellt, steht in schärfstem Widerspruch zum Radikalisierungsprozeß der Arbeitermassen in den Betrieben. Das Kennzeich-[270]nende an dem neuen revolutionären Aufstieg ist die Tatsache, daß nicht ein gleichmäßiges Anwachsen der Radikalisierung aller Bevölkerungsschichten vor sich geht, sondern daß diese sich im wesentlichen auf die Hauptmassen des Proletariats, auf das Industrieproletariat, konzentriert. Das gibt den günstigsten Boden für die Betriebszellenarbeit ab. Es ist der größte Fehler der Parteileitungen, wenn sie es nicht verstehen, diese Entwicklung auszunutzen und die Vorherrschaft der Betriebszellen und das Zurückdrängen, ja teilweise Aufgehen der Straßenzellen in die Betriebszellen zu verwirklichen. Wenn es der Partei nicht gelingt, die Parteiarbeit vorwiegend oder – was das zu erreichende Ziel wäre – vollständig auf die Betriebszellen einzustellen, werden die großen Erfolge in den letzten Monaten hauptsächlich

nur stimmungsmäßige bleiben und keine organisatorische Festigkeit erlangen. Der starke Radikalisierungsprozeß kann nur dann fest gebunden und organisatorisch verankert werden, wenn wir immer stärker die Parteiarbeit als Betriebszellenarbeit leisten. Alle politischen und organisatorischen Maßnahmen müssen von Betriebszellen aus vorgenommen werden und dürfen sich nur auf die Betriebe stützen. Nur so bietet unsere Politik eine Garantie für die Uebereinstimmung mit den Hauptschichten des deutschen Proletariats.

2. Ein weiteres Problem ist die bis jetzt noch bestehende Planlosigkeit in der Eroberung der Hauptschichten der Arbeiterklasse. Fast in keinem Bezirk besteht eine planmäßige und systematische Uebersicht und Richtung der Parteiarbeit für die Gewinnung der Massen, eingestellt auf die Hauptschichten der Arbeiter im Bezirk oder am Ort und nach dem Gesichtspunkt der Lebenswichtigkeit, der Größe und Bedeutung der Betriebe. So kommt es, daß unsere Erfolge in der Arbeiterschaft nur gelegentlicher Natur und Teilerfolge sind, neben denen in anderen Betrieben Mißerfolge und Niederlagen bestehen. Unsere Erfolge entsprechen erst dann der Bedeutung des Radikalisierungsprozesses, des revolutionären Aufschwungs, wenn es uns gelingt, die größten und lebenswichtigsten Betriebe zu erobern und in diese Arbeit System und Planmäßigkeit hineinzubringen, – eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Führerrolle unserer Partei. Jedes unsystematische, unkontrollierte und planlose Arbeiten in der gegenwärtigen Periode bedeutet eine gefährliche rechte Abweichung. Diesem Problem muß die Gesamtpartei ihre Aufmerksamkeit widmen.

3. Die Parteiarbeit unter den proletarischen Frauen. Obwohl seit zwei Jahren die Losung ausgegeben wird: „Kurs auf die Arbeiterin im Betrieb!“ finden wir, daß diese Losung bisher durchaus nicht so durchgeführt wurde, wie das notwendig ist. Wenn z. B. in einem Bezirk, in dem 300.000 Arbeiterinnen in der Fabrik stehen und mehr Arbeiterinnen als Arbeiter vorhanden sind, bei der Auswahl der Parteitagsdelegierten die Bezirksleitung eingestehen mußte, daß sie im ganzen Bezirk noch nicht einmal drei Arbeiterinnen unter 17 Delegierten vorschlagen konnte, so beweist das, daß dieser Bezirk nichts unternommen hat, die Arbeiterinnen für die Partei zu gewinnen. Wenn in dem gleichen und in anderen Bezirken in Betrieben, wo 2000 bis 3000 Arbeiterinnen beschäftigt sind, noch nicht einmal eine Betriebszelle existiert. ja noch nicht einmal sich ein Parteimitglied befindet, so zeugt das dafür, daß weder die Parteileitung noch die betreffende Stadtteilleitung die Aufgaben, die durch Beschlüsse schon in früheren Jahren gestellt wurden, in Angriff genommen haben.

[271] Und so, wie es in diesen Bezirken aussieht, sieht es in der gesamten Partei aus. Auch die Arbeit unter den Arbeiterinnen, unsere Literatur, Zeitungen usw., alles ist unterschiedslos und abstrakt eingestellt auf die „proletarischen Frauen“ – ein Begriff, unter dem man alles verstehen kann. Das beweist, wie mangelhaft der Kurs auf diesem Gebiet ist; sonst würde man nicht schlechtweg von der proletarischen Frau, sondern konkret von der Arbeiterin (die im Betrieb steht) und von Arbeiterfrauen (Frauen der Arbeiter) sprechen.

Dieselben Halbheiten und Mängel sind bei der Organisation der Frauen-Delegiertenversammlungen festzustellen. In den meisten Bezirken werden diese Frauenversammlungen wahllos als öffentliche politische Versammlungen einberufen, und es wird nicht mit dem begonnen, was die einzelnen Schichten der Frauen direkt berührt. Dieses Frauen-Delegiertensystem bekommt erst dann feste Fundamente, wenn es in ein Arbeiterinnen-Delegiertensystem verwandelt wird, wenn an Stelle der öffentlichen Frauenversammlungen die Belegschaftsversammlungen der Betriebe treten, in denen vorwiegend Arbeiterinnen beschäftigt werden. Die Arbeiterinnen, industrieweise zusammengefaßt zu Konferenzen, in denen die Probleme der Betriebsarbeit, ihre Alltagsnöte, Wohnungsverhältnisse usw. zur Sprache kommen, werden uns auf diesem Gebiet mehr vorwärtsbringen als die allgemeinen Frauen-Delegiertenversammlungen mit allgemein politischem Einschlag.

Wir wollen uns auf diese drei Fragen beschränken, obgleich noch Dutzende von Mängeln und Fehlern ähnlicher Natur in unserer Partei festzustellen sind. Der Parteitag und vor allem die Parteidiskussion über die Beschlüsse des Parteitags muß eine systematische, ausgedehnte und zähe innerparteiliche Kampagne entwickeln, um zunächst objektiv die Fehler und Mängel, Schwächen und Halbheiten unserer gesamten Parteiarbeit festzustellen und dann aber auch subjektiv festzustellen, wo personell die

Hindernisse liegen, um diese planmäßig und entschieden zu beseitigen. Es ist zweifellos, daß in der Partei ein wenn auch nur geringer Teil von Funktionären und Mitgliedern vorhanden ist, die teils arbeitsmüde, teils phlegmatisch und teils noch mit einer ganz rückständigen Einstellung zur Parteiarbeit ihre Aufgaben nur ungenügend durchführen. Hier müssen die aktivsten und arbeitsfreudigsten Elemente eingesetzt werden. Der ganze Parteiapparat muß von den Schultern weniger auf die Schultern vieler übertragen werden. Verbesserung des Funktionärkörpers und Verbreiterung des Funktionärkörpers – das ist das Gebot, das die gegenwärtige Entwicklung in der Arbeiterklasse mit aller Kraft von uns fordert, und hier muß in allen Bezirken rücksichtslos durchgegriffen werden. Das ZK muß verpflichtet werden, sämtliche Parteibezirke zu überprüfen und allen Parteileitungen zu helfen, an dieser wichtigsten Front alle Kräfte zu mobilisieren. In der Partei muß eine breite innerparteiliche Kampagne in diesem Sinne durchgeführt werden, um die Aktivisierung der Gesamtpartei herbeizuführen und damit die Voraussetzung für die Durchführung ihrer Aufgaben zu schaffen. Wenn der Parteitag und die dem Parteitag folgende innerparteiliche Kampagne diese Arbeit erfolgreich leistet, wird die Partei in Zukunft leichter in der Lage sein, ihre Aufgaben im Dienst des deutschen Proletariats zu erfüllen. [272]

*

## Die 16. Reichsparteikonferenz der KPSU

Von M. J. (Moskau).

Die 16. Reichsparteikonferenz der KPSU, die unmittelbar vor dem Parteitag der KPD ihre Arbeiten abgeschlossen haben wird, wird sicherlich eine überragende Bedeutung erlangen, nicht nur für die Festlegung der politischen und wirtschaftlichen Generallinie der Partei, des siegreichen proletarischen Staates, sondern darüber hinaus für alle Sektionen der Kommunistischen Internationale. Denn die Fragen, die auf dieser Konferenz ihre leninistische Lösung finden werden, spiegeln in sich wider nicht bloß die Wege des sozialistischen Aufbaus Sowjetrußlands, sondern die neue strategische Wendung des proletarischen Klassenkampfes in der ganzen Welt. Sie bringen besonders klar den offensiven Charakter der Strategie der Kommunistischen Internationale, wie sie vom VI. Kongreß festgelegt wurde, zum Ausdruck. Daher müssen die Probleme, die die KPSU auf ihrer Konferenz behandeln wird, mit größter Aufmerksamkeit auch von der Mitgliedschaft der KPD verfolgt werden. Hierbei kommt es besonders darauf an, den engsten Zusammenhang, der zwischen der Lösung der wirtschaftlichen Aufgaben des sozialistischen Aufbauwerkes und dem Kampf gegen die Rechtsgefahr und das Versöhnlertum besteht, klar zu erkennen.

Um es von vornherein zu sagen: Die Entscheidung darüber, wie die wirtschaftliche Generallinie der bolschewistischen Partei in der nächsten Zeit sich gestalten wird, kann und wird niemals vom Standpunkt rein statistischer und sozusagen „ökonomistischer“ Betrachtungen gefällt werden. Ein solcher Standpunkt würde unmittelbar ein Abweichen von der einzig marxistischen Methode der Stellung und Lösung ökonomischer Probleme bedeuten; er würde das für jeden Revolutionär entscheidende Moment des Klassenkampfes „vergessen“ und somit auf eine utopistische Stellungnahme hinauslaufen. In Wirklichkeit können die entscheidenden Fragen der Industrialisierung Sowjetrußlands, der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft, der Zurückdrängung aller kapitalistischen Elemente in Stadt und Land und der Rekonstruktion der gesamten Volkswirtschaft auf der neuen sozialistischen Grundlage einzig und allein vom Standpunkte des Klassenkampfes gelöst werden. Dies ist auch die Grundeinstellung, die sich wie ein roter Faden durch die Resolutionsentwürfe über den Fünfjahresplan, die Thesen über die Entwicklung der Landwirtschaft und auch über die Parteisäuberung zieht.

In diesen Thesenentwürfen, die der Parteikonferenz zur Annahme vorgelegt werden, kommt der scharfe Gegensatz, der zwischen der bolschewistischen Linie der Partei und ihres ZK auf der einen Seite und der rechten und versöhnlerischen Richtung andererseits besteht, kraß zum Ausdruck. Während die überwältigende Mehrheit der Parteimitgliedschaft, namentlich in ihren proletarischen Zentren, im vollsten Einvernehmen mit den Prinzipien und der Methode des Leninismus in der Diskussion der entscheidenden wirtschaftlichen Probleme das Moment des Klassenkampfes zwischen dem seine Diktatur ausübenden Proletariat und den kapitalistischen Elementen des Landes in den

Vordergrund stellt und auch die Frage der Gewinnung der Millionenmassen der werktätigen Mittel- und Kleinbauern für den Sozialismus von diesem Standpunkte aus betrachtet, versuchen die opportunistischen Elemente das politische Moment, die Klassenkampffrage, als unwesentlich für die Festlegung des Kurses der Partei abzutun. Es ist daher auch nicht zufällig, daß sie in ihrer kleinbürgerlichen und dem Liberalismus sich nähernden Auffassung soweit gehen, daß sie sogar von der Notwendigkeit des „freien Spiels der Kräfte“ und des „Hineinwachsens des Kulaken in den Sozialismus“ sprechen. Eben hierdurch verraten sie ihre Rolle als Ideologen der der proletarischen Diktatur feindlich gegenüberstehenden Klassenelemente, als Ideologen der Nepbourgeoisie in der Stadt und des Kulaken im Dorfe, die, ohne [273] offen gegen die Sowjetmacht aufzutreten, gegen die „übermäßige Einmischung des Staates in alle gesellschaftlichen Lebensfunktionen“ sich ereifern.

In der Tat, es ist für die jetzige Lage in Sowjetrußland eine Verschärfung der Klassengegensätze und eine Neugruppierung der Klassenkräfte nicht zu verkennen. Aber diese Zuspitzung des Klassenkampfes ist in erster Reihe bedingt durch die systematische und beschleunigte Offensive des Proletariats gegen die kapitalistischen Elemente des Landes, wie sie durch die Beschlüsse des XV. Parteitages Ende 1927 eingeleitet und seitdem trotz des verstärkten Widerstandes der Kulaken konsequent fortgesetzt wurde. Uebersehen wir die Entwicklung im Jahre 1928, die infolge der gestörten Getreidebeschaffung ungeheure Schwierigkeiten für die Durchführung des von der Partei angenommenen Kurses auf den Ausbau und die Entwicklung aller sozialistischen Positionen gezeitigt hat, so können wir doch ohne Uebertreibung die großen Erfolge in der Industrie und Landwirtschaft feststellen.

Die Rechten und Versöhnler in der KPSU verfielen in kleinbürgerliche Panik und Kapitulationsstimmungen vor diesen Schwierigkeiten; sie faselten von der wirtschaftlichen Krise, von dem Verfall der Landwirtschaft, von dem politischen Bruchs zwischen dem Proletariat und dem werktätigen Bauerntum und von der drohenden Katastrophe des gesamten Sowjetsystems. Die wichtigsten Fehler der Rechten und Versöhnler in der Bauernfrage, wie auch in der Frage der Industrialisierung der Volkswirtschaft Sowjetrußlands, werden in den Thesenentwürfen ausführlich besprochen. Hier wollen wir nur die charakteristischen Züge der rechten Einstellung und Ideologie, die von der offenen Kapitulation der Vertreter dieser Richtung gegenüber den kapitalistischen und kleinbürgerlichen Elementen Sowjetrußlands zeugen, hervorheben.

Die Hauptfrage, die über die gesamte politische und wirtschaftliche Generallinie der Partei entscheidet, ist die Frage des Verhältnisses des Proletariats als alleinherrschender Klasse zum Bauerntum. Alle Abweichungen vom Leninismus, sei es die trotzkistische Abweichung, sei es die Abweichung der Rechten und der ihnen gegenüber versöhnlerischen Elemente, entsprangen aus der unrichtigen Beantwortung dieser Frage. Während die Trotzkisten die Notwendigkeit des festen politischen und ökonomischen Bündnisses zwischen der die Diktatur ausübenden Arbeiterklasse und der überwiegenden Mehrheit der werktätigen Bauernschaft leugnen (Theorie der permanenten Revolution), vertreten die Rechten, die offenen Opportunisten die Theorie der permanenten Zugeständnisse des Proletariats an die Bauernschaft und verzerren so ins Ungeheuerliche die Leninsche Auffassung von der Hegemonie des Proletariats im Sowjetstaate. Die Leninsche Auffassung gipfelt in dem bekannten Satz, daß „das höchste Prinzip der Diktatur die Wahrung des Bündnisses des Proletariats mit der Bauernschaft ist, damit das Proletariat die führende Rolle und die Staatsmacht erhalten kann“. Wie man sieht, ist diese Formulierung Lenins „doppelseitig“. Sie richtet sich sowohl gegen die Ultralinken, als auch gegen die rechten Opportunisten. Was die letzteren anbelangt, so würde die Annahme ihrer Einstellung durch die Partei zur Stärkung der kapitalistischen Elemente des Landes, zur Schwächung der Positionen des Sozialismus, d. h. aber letzten Endes zu einer Restauration des Kapitalismus führen.

Das kommt besonders deutlich zum Ausdruck, wie gesagt, in der Fragestellung, wer die Entwicklung der Landwirtschaft führen soll, der Kulak oder der sozialistische Staat. Bekanntlich haben die Rechten und Versöhnler die Auffassung der Partei von der Notwendigkeit der beschleunigten Entwicklung der sozialistischen Elemente der Landwirtschaft, der Kollektivwirtschaften und Sowjetgüter bekämpft und diese Entwicklung als unvereinbar mit dem Leninschen Genossenschaftsplan bezeichnet. Damit haben sie nur gezeigt, daß sie sich selbst im Schlepptau der Kulakenideologie befinden und

nicht die neuen umwälzenden Aufgaben des sozialistischen Aufbaues verstehen. Die bolschewistische Partei und ihr ZK haben sich gegen diese chwostistische (Schwanzpolitik-)Ideologie, die gleichsam den Ereignissen nachhinkt, mit aller Schärfe gewandt, weil von der Entscheidung über diese Frage in dem einen oder anderen Sinne die allgemeine sozialistische Entwicklung Sowjetrußlands [274] unmittelbar abhängt. Denn es ist nicht bloß eine Frage der Entwicklung der Landwirtschaft, nicht bloß eine Frage der Entwicklung der sozialistischen Industrie, die durch das Zurückbleiben der Landwirtschaft beeinträchtigt wird, sondern es ist das Gesamtproblem der sozialistischen Rekonstruktion der Volkswirtschaft, die hier auf dem Spiele steht.

Obwohl die Behauptungen der Rechten und Versöhnler von einem Verfall der Landwirtschaft eine bloße Verleumdung der Partei darstellen, so läßt sich doch die Tatsache, daß die Zersplitterung der Bauernwirtschaft nach Vollendung der Wiederaufbauperiode ein rasches und gleichmäßiges Tempo der Hebung der Landwirtschaft und ihre Anpassung an die Bedürfnisse des sozialistischen Sektors der Industrie unmöglich macht, keineswegs leugnen. Greifen wir hier als ein besonderes Moment die Getreideproduktion heraus, so müssen wir feststellen, daß bei gleichbleibender Höhe der Getreideproduktion und der Getreidebeschaffung in den letzten Jahren ihr Zurückbleiben hinter den Anforderungen der Industrie ein gewaltiges Hindernis bildet. Im engsten Zusammenhang damit stehen die Schwierigkeiten der Brotversorgung der Städte, was sich im letzten Jahre besonders geltend machte und jetzt zu der bekannten Rationierung des Konsums geführt hat. Die Notwendigkeit der Versorgung der Industrie mit Lebensmitteln und technischen Kulturen, wie auch die Notwendigkeit der gesteigerten Hebung der landwirtschaftlichen Produktion im Interesse der überwiegenden Mehrheit der Mittel- und Kleinbauern selbst machen die radikale Aenderung der Produktionsweise der Landwirtschaft zu der wesentlichsten, historischen Aufgabe des Tages. In dieser Hinsicht sind die Auffassungen der bolschewistischen Partei diametral entgegengesetzt den Auffassungen der Rechten und Versöhnler. Während die letzteren den Schwerpunkt der Entwicklung auf die Individualwirtschaft setzen und somit bewußt oder unbewußt den kapitalistischen Weg der Schaffung der individuellen Kulakenwirtschaften vertreten, tritt die Partei mit allem Nachdruck für die Schaffung großer vergesellschafteter Wirtschuften ein, d. h. aber für die Einschränkung des Wachstums der kapitalistischen Elemente im Dorfe und ihre Verdrängung durch die großen staatlichen und genossenschaftlichen Kollektivgüter. Wenn die Rechten und Versöhnler darin eine Gefahr für das Bündnis zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft erblicken und gegen die Partei die Anklage erheben, die unmittelbaren Interessen der armen und Mittelbauern und die wirtschaftlichen Motive der Hebung der Arbeitswirtschaften der Mittel- und Kleinbauern zu vernachlässigen, so vollziehen sie damit ihren direkten Uebergang zum Standpunkt der Kulaken. Denn sie leugnen bewußt hierbei den entscheidenden Gesichtspunkt, daß die Vergesellschaftung der Großwirtschaft im Dorfe den armen und mittelbäuerlichen Wirtschaften nicht als eine feindliche Kraft gegenübertritt, sondern als eine Hilfsquelle, als ein Beispiel der Vorzüge der Großwirtschaft, als Organisator und Förderer der kollektivistischen Tendenzen unter den Mittelbauern.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Massen des werktätigen Bauerntums in dem Bestreben, ihre Produktion auf kollektivistischer Grundlage zu organisieren, weit voran ist den opportunistischen Elementen in der Partei. Davon legt die Tatsache der spontan anwachsenden und namentlich im letzten Jahre ungeheuer gesteigerten Bestrebungen nicht bloß der Kleinbauern, sondern auch der Mittelbauern zur Schaffung kollektiver Wirtschaftsformen, die ganze Dörfer umfassen, beredtes Zeugnis ab.

Wir wollen hier nicht weiter eingehen auf die direkten Maßnahmen, die die Partei zur Stärkung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Mittelbauernschaft durch Steuererleichterungen, durch das System der Kontraktationen (Anbau- und Lieferverträge mit staatlicher Vorschußzahlung) usw. usw. durchführt. Sie sind in den Thesen des Genossen Kalinin über die Entwicklung der Landwirtschaft ausführlich aufgezählt. Hier kommt es besonders darauf an, nachzuweisen, daß das Bündnis zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft jetzt ganz neue Formen annimmt, die in besonders markanter Weise einerseits den Entwicklungsstand der sozialistischen Aufbauarbeit, andererseits die führende Rolle der Industrie und des Proletariats als [275] des Haupthebels der Reorganisierung und der Rekonstruktion der gesamten sozialistischen Volkswirtschaft kennzeichnet.

Es ist die neue Form des industriellen Zusammenschlusses zwischen Stadt und Land, es ist die Produktionsgrundlage, auf der sich das Bündnis des Proletariats mit dem werktätigen Bauerntum in der dritten, der Rekonstruktionsperiode der Entwicklung des Sowjetstaates aufbaut. Darüber sagen die Thesen des Genossen Kaum folgendes:

„In der Frage der Möglichkeit der tatsächlichen Einführung neuer Formen des Zusammenschlusses (Smytschka) spielt die weitere Entwicklung der Industrie eine entscheidende Rolle ...

Wenn die Industrie in der kapitalistischen Gesellschaft sich schon in den ersten Stadien ihrer Entwicklung der Belieferung von Auslandsmärkten und Kolonien zuwendet und auf ihrer höchsten Entwicklungsstufe den militärisch-imperialistischen Zielen dient, so dient die Industrie im Sowjetstaate, je mehr sie sich befestigt, um so mehr dem Ziele einer technischen und agrikulturellen Hebung der Hauptmassen der Bauernwirtschaften und der Schaffung einer großen staatlichen und kollektiven Landwirtschaft. Die Erfahrung der letzten Jahre bestätigt das vollständig. Die Hauptmethode der Beschleunigung des landwirtschaftlichen Aufstieges und der Befestigung des Zusammenschlusses in den Formen, die der neuen Etappe seiner Entwicklung entsprechen, besteht in einer weiteren Entfaltung der Industrie. Das ist die Hauptbedingung des Aufstieges der Landwirtschaft selbst, der Befreiung der Bauern vom Elend und der Vereinigung ihrer zersplitterten Wirtschaften zu einer gesellschaftlichen Wirtschaft.“

Wir haben das wichtigste Kettenglied der jetzigen wirtschaftlichen Entwicklung Sowjetrußlands, die Umgestaltung der landwirtschaftlichen Produktion im Sinne des Sozialismus, als ein Beispiel der neuen Etappe der Rekonstruktionsperiode gezeigt. Daraus ergibt sich auch von selbst, daß die Industrialisierungspolitik des proletarischen Staates jetzt ganz anders aufgefaßt werden muß als beim Abschluß der Wiederaufbauperiode, als es sich noch um die spezifische Hebung der Schwerindustrie, uns die möglichst rasche Entfaltung der Produktionsmittelindustrie handelte. Seitdem hat die russische Wirtschaft einen riesigen Schritt vorwärts gemacht. Dies wurde bereits in den Beschlüssen des XV. Parteitages der KPSU fixiert, und das wird mit noch größerem Nachdruck in dem Fünfjahresplan der Entwicklung der Volkswirtschaft, der auf der XVI. Parteikonferenz zur Annahme gelangen wird, zum Ausdruck kommen. Denn dieser Fünfjahresplan enthält nicht bloß als Grundfaktor die Entwicklung des Schwerindustrie wie des Industrie überhaupt, sondern auch die klar ausgedrückte Industrialisierung und Vergesellschaftung der gesamten Produktion, einschließlich der Landwirtschaft.

Die Richtlinien, die der XV. Parteitag für das rasche Tempo der Industrialisierung, für die systematische und beschleunigte Entwicklung der sozialistischen Elemente der Landwirtschaft, für den allgemeinen Generalangriff auf die kapitalistischen Elemente im ganzen Lande gegeben hat, finden im Fünfjahresplan ihren umfassenderen und zusammenhängenderen Ausdruck. Die Aufstellung eines solchen Planes der Gesamtentwicklung der Volkswirtschaft in allen ihren Produktionszweigen, in der Produktion und Verteilung der Güter, in der Feststellung des Staatsbudgets, in der Bestimmung des Verhältnisses der sozialistischen Elemente zu den privatwirtschaftlichen bedeutet an sich schon den Triumph des sozialistischen Prinzips einer planmäßigen Regulierung und Vorausbestimmung der ökonomischen Entwicklung. Allein schon vom Standpunkt der Theorie betrachtet, zeigt er, wie weit die auf marxistischer Grundlage arbeitende Theorie die ökonomischen Zusammenhänge zu durchdringen und nach einem bestimmten Plan der sozialistischen Umgestaltung auf das durch die revolutionäre Praxis vorausbestimmte Ziel hinlenken kann. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die im Fünfjahresplan aufgestellten Richtlinien ebenso in der Praxis ihre Verwirklichung finden werden wie die Kontrollziffern der einzelnen Jahresabschnitte, die die elementaren Baustücke des Landes bilden.

Der Hauptgedanke, der dem Plan zugrunde liegt, das Leitmotiv ist: das Einholen und Ueberholen der fortgeschrittenen Länder des Kapitalismus. Inwieweit diese wahrhaft riesengroße Aufgabe konkret verwirklicht werden [276] soll, das ergibt sich aus den einzelnen Wirtschaftsdaten, die hier nur auszugsweise gebracht werden können. Wir wollen uns hier wörtlich an den Text des Thesenentwurfes über den Fünfjahresplan, der vom Politbüro des ZK bestätigt wurde, halten.

„Während die industriellen Kapitalsinvestierungen im vergangenen Jahrfünft 4,4 Milliarden Rubel betrugen, sind sie für das nächste Jahrfünft mit 16,4 Milliarden Rubel projektiert. Die entsprechenden Zahlen der beiden Jahrfünfte betragen für die Landwirtschaft: 15 Milliarden und 23,2 Milliarden Rubel.“

Was die Produktionszahlen anbelangt, so wird eine Verdreifachung der industriellen Produktion und ein Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion um 50 Prozent im Vergleich zur Vorkriegszeit geplant. Die industrielle Produktion „wird von 18,3 Milliarden Rubel im Jahre 1927/28 auf 43,2 Milliarden Rubel im Jahre 1932/33 steigen“. Die entsprechenden Zahlen sind für die Landwirtschaft 16,6 Milliarden und 25,8 Milliarden Rubel.

Die wichtigsten Zweige der Schwerindustrie sollen folgende Entwicklung aufweisen: Die jährliche Förderung von Steinkohle soll von 35 Millionen Tonnen ins vergangenen Jahre auf 75 Millionen Tonnen im Jahre 1932/33 gesteigert werden. Ebenso soll die Roheisenproduktion am Ende des Jahrfünfts die ansehnliche Höhe von 10 Millionen Tonnen erreichen, was gegenüber dem jetzigen Produktionsstande mehr als Verdreifachung bedeutet.

Ein wesentlicher Zug der allgemeinen Industrialisierung soll die Entwicklung ganz neuer Industriezweige, namentlich der Automobil- und Traktorindustrie wie des Maschinenbaues überhaupt und der chemischen Industrie bilden. Die Entwicklung dieser Industriezweige veranschaulicht besonders klar den Gesamtplan der Rekonstruktion, die einerseits die ständig zunehmende Unabhängigkeit für das Land des sozialistischen Aufbaues von der kapitalistischen Umgehung gewährleistet und auch seine Verteidigungsmöglichkeiten gegen den Weltimperialismus verstärken, andererseits den historischen Gegensatz zwischen Stadt und Land aufheben und die Entwicklung der Industrie den Zwecken der allgemeinen sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft dienstbar machen soll.

Der Fünfjahresplan bestimmt das Anwachsen der Aussaatfläche des vergesellschafteten Sektors auf 27 Millionen Hektar, das heißt 18 Prozent der gesamten Aussaatfläche, welche 16 Prozent der Bruttoproduktion und 43 Prozent der Warenproduktion an Getreidearten liefern werden. In absoluten Zahlen gerechnet werden die Kollektivwirtschaften und Sowjetgüter am Ende des Jahrfünfts 6.560.000 Tonnen Getreide liefern, was die größte Manövrierfähigkeit des Sowjetstaates gegenüber dem „freien Markte“ ermöglichen wird.

Ein besonders wichtiger Abschnitt des Fünfjahresplanes befaßt sich mit der sozialen Struktur des Nationaleinkommens. Hier wird eine Erhöhung des Reallohnes der Industriearbeiter am Ende des Jahrfünfts um 71 Prozent vorausbestimmt. Die Arbeiterzahl soll nach der niedrigsten Einschätzung um 28,4 Prozent, nach der optimalen Einschätzung um 34,1 Prozent wachsen, in der gleichen Zeit die Zahl der Arbeitslosen von etwa 1½ Millionen des jetzigen Standes auf 500.000 zurückgehen.

Inwieweit der Anteil Sowjetrußlands an der Weltproduktion sich nach dem Fünfjahresplan verändern soll, ergibt sich aus folgenden Vergleichsangaben:

„In der Roheisenproduktion wird die Sowjetunion von der 6. auf die 3. Stelle rücken (nach Deutschland und den Vereinigten Staaten), in der Steinkohlenproduktion von der 5. auf die 1. Stelle (nach den Vereinigten Staaten, England, Deutschland).“

Die Thesen über den Fünfjahresplan ziehen die wichtige politische Schlußfolgerung, daß die Verwirklichung des „Programms der entwickelten sozialistischen Offensive“ mit der Ueberwindung gewaltiger Schwierigkeiten verbunden ist und unvermeidlich Schwankungen unter den kleinbürgerlichen Schichten der Bevölkerung sowie eine Zuspitzung des Klassenkampfes in Stadt und Land hervorruft. Diese sozialpolitischen Begleiterscheinungen, die sich während der Periode der Rekonstruktion geltend machen, bedingen auch die Entstehung rechter Abweichungen innerhalb der Partei, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen die größte Gefahr darstellen.

[277] Diese rechte Abweichung „ist der Ausdruck eines direkten Verzichts auf die leninistische Politik der Partei, eines offenen opportunistischen Aufgebens leninistischer Positionen unter dem Ansturm des Klassenfeindes“. „Nur eine rücksichtslose Abwehr aller Schwankungen bei der Durchführung der bolschewistischen Generallinie, deren Verwirklichung die Festigung des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft bedeutet, bei einer weiteren Festigung der führenden Rolle der Arbeiterklasse – kann die Lösung der vom Fünfjahresplan gestellten Aufgaben des sozialistischen Aufbaues sichern.“

Es kann ohne Uebertreibung gesagt werden, daß das sozialistische Programm der Rekonstruktion, das der Fünfjahresplan festlegt, den Ausdruck einer neuen „großen Initiative“, einen Ausdruck der

gewaltigen schöpferischen Kräfte der Volksmassen, die die proletarische Diktatur entfesselt und organisiert, darstellt. Die jetzige Phase der Entwicklung wird ein neues Blatt in der Geschichte des proletarischen Befreiungskampfes in der ganzen Welt aufschlagen. Mögen die Panikmacher, mögen die Kapitulanten aus den Reihen der Rechten und Versöhnler vor den gewaltigen Schwierigkeiten, die die Verwirklichung des großartigen, gigantischen Planes der sozialistischen Rekonstruktion unvermeidlich hervorruft, zurückschrecken und angesichts des sich verschärfenden Klassenkampfes Vogel-Strauß-Politik betreiben, – die große Initiative der Massen in Stadt und Land, das stahlharte Gefüge des sowjetrussischen Proletariats und seiner Partei wird über sie zur Tagesordnung hinwegschreiten, zu der Tagesordnung des noch stärkeren und beschleunigteren Tempos des Aufbaus des Sozialismus in der USSR und der Vorbereitung auf die nahenden Kämpfe um die Errichtung der proletarischen Weltdiktatur.

Die KPSU wird aber auch alle notwendigen ideologischen und organisatorischen Maßnahmen des Kampfes gegen jene Abweichungen zu treffen wissen und allen schwankenden Elementen der Rechten und Versöhnler klipp und klar die Frage stellen: entweder Anerkennung der unversöhnlichen scharfen Linie der proletarischen Diktatur, der Generallinie des Leninismus – oder Kapitulieren vor dem Nepmann und dem Kulaken; ein Drittes gibt es nicht. Die Kommunistische Partei der USSR wird im engsten Zusammenhang hiermit auch alle Mittel der Parteisäuberung ergreifen, wie sie im Entwurf des Genossen Jaroslawski festgelegt sind, um alle unsicheren Kantonisten von rechts und ultralinks schonungslos aus den eigenen Reihen zu entfernen. Im Hinblick darauf, daß die ultralinke Gefahr, der Trotzkismus, sich schon selbst als vollständig konterrevolutionäre Richtung entlarvt hat, wird die KPSU namentlich der rechten als der größten Gefahr in der jetzigen Zeit mit allen Kräften zu Leibe gehen und sie vollständig schlagen. Wie sie bisher allen anderen Sektionen ein leuchtendes Beispiel der rücksichtslosen Entlarvung und schonungslosen Vernichtung aller vom Leninismus abweichenden kleinbürgerlichen Richtungen gegeben hat, so wird sie auch diesmal auf der XVI. Reichskonferenz der KPSU den Rechten und Versöhnlern in Sowjetrußland, die eine Einheitsfront mit dem Versöhnlertum in allen Sektionen der KI bilden, ein für allemal das Handwerk legen und unter dem Banner des Leninismus auch weiterhin wie bis jetzt dem revolutionären Proletariat allem Länder und allen kommunistischen Sektionen den Weg zur Erkämpfung der Weltdiktatur des Proletariats weisen. [278]

*

## Die internationale Lage, der drohende Krieg und die Perspektive der deutschen Revolution

Von K. Schmidt

Die Partei steht zur Zeit ihres 12. Parteitages an der Spitze einer aufsteigenden revolutionären Massenbewegung, sie bereitet sich im verstärkten Feuer des Klassenfeindes auf Kämpfe von weitreichender Bedeutung vor. Das Wellental der deutschen Revolution nach der Niederlage des Jahres 1923 ist längst durchschritten, eine neue Welle ist im Anstieg. Gerade in diesem Moment, der alle Kräfte in den unmittelbaren Aufgaben der revolutionären Arbeit bindet, ist es zugleich notwendig, mehr als bisher die großen Zusammenhänge zu sehen und die Perspektive der revolutionären Kämpfe der nächsten Zeit aufzurollen. Das Heranreifen einer neuen unmittelbar revolutionären Situation macht es nötig, nicht nur in unserer praktischen Arbeit neue, verschärfte Methoden anzuwenden, sondern auch die Partei auf rasche Wendungen der allgemeinen Lage und eine kühnere Perspektive vorzubereiten.

### I. Die ökonomischen Merkmale der „dritten Periode“

Die Tatsachen des halben Jahres, das seit den grundlegenden Formulierungen des VI. Weltkongresses über die „dritte Periode“ der allgemeinen Krise des Kapitalismus verflossen ist, haben ihre Richtigkeit vollauf bestätigt. Gegenwärtig ist es notwendig, nicht nur die falschen Auslegungen, die die entsprechenden Teile der Thesen gefunden haben, zurückzuweisen, sondern auch darüber hinaus die ökonomischen Merkmale der dritten Periode bestimmter und schärfer herauszuarbeiten, als dies zur Zeit des VI. Kongresses möglich war.

Die Stellung der einzelnen rechten Gruppen ist bekannt. Während die offenen Liquidatoren einfach das Bestehen einer dritten Periode zugunsten der sozialdemokratischen Perspektive eines „neuen Zeitalters des Hochkapitalismus“ (Hilferding auf der Tagung des Vereins für Sozialpolitik, Wien

1926) leugneten, vertraten die Versöhnler denselben Standpunkt auf geschicktere Weise: sie „anerkannten“ diese Periode, bezeichneten sie aber als eine Zeit nicht der Erschütterung, sondern der Verstärkung der Stabilisierung des Kapitalismus. Diese in der Tat liquidatorische Einschätzung der Lage kam in verschiedenen wirtschaftlichen Analysen bzw. in verschiedener Charakterisierung der ökonomischen Merkmale der dritten Periode zum Ausdruck, denen allen gemeinsam war, daß sie die konkreten ökonomischen Merkmale und Widersprüche dieser Periode durch die allgemeinen Merkmale und Widersprüche der „allgemeinen Krise“ (seit 1917), der Epoche des Imperialismus (seit 1900) oder gar des Kapitalismus „überhaupt“ ersetzten. Ein Beispiel: es wurde behauptet, die gewaltige Steigerung der Produktivkräfte und der Produktion sei das ökonomische Grundmerkmal der dritten Periode und bedeute an sich schon jene für sie charakteristische Steigerung der Widersprüche. In der Tat bedeutet natürlich jede Produktionssteigerung im Kapitalismus eine Verschärfung der Widersprüche, auch im aufsteigenden Kapitalismus. In gewissem Sinne war gerade dieses Verhältnis (Steigerung der Widersprüche bei gleichzeitiger Steigerung der Festigkeit des Kapitalismus) typisch für die „zweite Periode“, die Zeit der fortschreitenden Stabilisierung. Die dritte Periode aber als die Periode der erschütterten und schwankenden Stabilisierung ist im Gegensatz dazu gekennzeichnet – und dies kann im monopolistischen Kapitalismus nicht anders sein – durch eine verschärfte Stagnation der Produktion, Erschütterung der Konjunktur, Uebergang zur Depression.

Dies war Vor einem halben Jahr noch nicht klar. Heute ist es durch eine Fülle von Tatsachen bewiesen: die Roheisenerzeugung des Jahres 1928 [279] sowohl in Deutschland als auch in England ist gegenüber 1927 gefallen; in USA wurde zwar die Ziffer des Depressionsjahres 1927 überschritten, nicht aber die von 1926. Wir können hier aus Raumgründen nicht Ziffern und weitere Tatsachen anführen. Jedenfalls schreiben die „Vierteljahreshefte für Konjunkturforschung“ (Heft 4, 1928) mit Recht, daß das Jahr 1928 „weltwirtschaftlich gesehen als ein Jahr einer gewissen Stagnation betrachtet werden muß“.

Kurz, das letzte Halbjahr hat die Beweise geliefert für die Richtigkeit der scharfen und zum Teil schon über die Formulierung des VI. Weltkongresses hinausgehenden Charakterisierung der dritten Periode als der Zeit der „faulenden und schwankenden Stabilisierung“, wie sie die Parteiarbeiterkonferenz der KPD vom 4. November 1928 gegeben hat. Die ökonomischen Merkmale der dritten Periode zum Unterschied von der zweiten sind scharf zutage getreten: War die Periode der Stabilisierung des Kapitalismus gekennzeichnet durch einen starken Aufschwung der Produktion auf der Basis der Rationalisierung und teilweise technischer Umwälzungen, so ist das Kennzeichen der dritten Periode eine verstärkte Stagnation der Produktion und eine gewisse Erschöpfung der Rationalisierung. Erschöpfung der Rationalisierung – dies heißt keineswegs, daß die Rationalisierung als Methode der Verstärkung der Ausbeutung vom Kapital aufgegeben wird, wohl aber, daß sie erstens in entscheidenden Teilen der Industrie der entwickeltsten Länder (Deutschland, Amerika) eine gewisse Grenze erreicht hat, über die hinaus bei der gegenwärtigen Lage der Dinge keine derartig sprungweisen Fortschritte mehr möglich sind wie in den vergangenen Jahren; zweitens, daß das Kapital neben dem Mittel der Intensivierung der Arbeit mehr und mehr gezwungen ist, zu dem Mittel des direkten Angriffs auf Lohn und Arbeitszeit, der polizeilichen und faschistischen Knebelung der Arbeiter, der Zerschlagung und Unterdrückung der Arbeiterorganisationen zu greifen, als deren wichtigstes Werkzeug neben den faschistischen Verbänden die Sozialdemokratie auftritt (Sozialfaschismus).

Auch was die Stellung der einzelnen imperialistischen Länder in der Weltwirtschaft anbelangt, sind die Konturen der dritten Periode deutlich sichtbar: War das Kennzeichen der Stabilisierungsperiode die rasch wachsende Oberherrschaft Amerikas auf allen Gebieten der Weltwirtschaft, so ist das Kennzeichen der dritten Periode bei Fortsetzung des amerikanischen Eindringens ein neuerliches Auftreten Europas als Kapitalexporteur, im Kampf um die Rohstoffe und Märkte und eine Verschärfung dieser Konkurrenz. Die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der einzelnen Länder, die in der Periode der Stabilisierung vor allem in der verschiedenen Entwicklung Amerikas und Europas zum Ausdruck kam, tritt nun auch in der verschärften Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der europäischen Staaten kraß zutage: der rapide wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands in den Jahren 1926/27 weicht der Depression, während andererseits Frankreich in einen starken industriellen

Aufschwung eintritt. Gleichzeitig macht der unaufhaltsam niedergehende englische Imperialismus krampfhafte Versuche, seine ökonomische Stellung gegen Amerika zu verstärken (Zollpolitik, Goldpolitik, Verstärkung der Kapitalausfuhr, Kampf um Rohstoffe usw.). In Amerika andererseits treten mit dem gewaltig angewachsenen Kapitalexport besonders klar im Lande selbst die Anzeichen der parasitären und stagnierenden Phase des Kapitalismus in Erscheinung, die sich zweifellos in den nächsten Jahren stark verstärken werden.

Gleichzeitig mit dieser verschärften Stagnation, der verstärkten Anarchie und der Erschütterung der teilweisen Stabilisierung in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern (in den Kolonien und Halbkolonien war eine Stabilisierung gar nicht vorhanden), setzt sich der Aufschwung der Wirtschaft in der USSR fort (Produktionsvermehrung 1927/28 um 22,5 Prozent statt der in Aussicht genommenen 16 Prozent) und werden, wenn auch unter großen Schwierigkeiten, die Grundlagen des Sozialismus aufgebaut. Daß dieser Aufbau ökonomisch eine entscheidende Tatsache für die Krise des Kapitalismus, die Grenzen und die Erschütterung seiner Stabilisierung darstellt, tritt immer [280] klarer in Erscheinung und führt zur Verschärfung der Kriegsvorbereitungen der Imperialisten und zur Verbreiterung der Möglichkeiten des solidarischen Kampfes des Weltimperialismus gegen die proletarische Diktatur.

Diese konkrete ökonomische Charakterisierung der „dritten Periode“ macht es nötig, die Frage nach dem Ende der relativen und teilweisen Stabilisierung aufzuwerfen. Daß „die proletarische Revolution“ der Stabilisierung ein Ende bereiten wird, ist nicht nur eine Phrase, sondern eine falsche Antwort. Denn die Stabilisierung wird (und muß, wenn sie nur eine vorübergehende Erscheinung der allgemeinen Krise darstellt), schon vor dem „Ende des Kapitalismus“, schon vor der proletarischen Revolution zusammenbrechen. Ihr Ende ist zweifellos zum Teil eine Frage der Kampfkraft des Proletariats, dessen Vormarsch die Stabilisierung sprengt. Aber keineswegs ausschließlich. Gerade die unvermeidliche, auf Grund der Gesetze des Imperialismus und der besonderen ökonomischen Tatsachen der dritten Periode vor sich gehende ökonomische Zersetzung der Stabilisierung und Verschärfung der Krise ist die objektive Basis der wachsenden revolutionären Massenaktionen des Proletariats.

## II. Die internationale Lage

Die Thesen des VI. Weltkongresses haben die allgemeinen Züge der internationalen Politik der dritten Periode herausgearbeitet: die Verschärfung des Klassenkampfes, die unmittelbare Kriegsgefahr, Wettrüsten und Massenmilitarisierung in den bürgerlichen Staaten, akuter Bankrott des Parlamentarismus, Zunahme der faschistischen Tendenzen, der Entwicklung in der Richtung der offenen Diktatur des Finanzkapitals, Verwachsen des Reformismus mit dem bürgerlichen Staat, Hinüberwachsen der sozialdemokratischen Parteien zum Faschismus (Sozialfaschismus) usw. Die Ereignisse seither haben diese Charakterisierung schlagend bestätigt.

Gegenwärtig ist es nötig, darüber hinaus eine konkrete Darstellung der imperialistischen Weltpolitik der dritten Periode, ihres Unterschiedes von den beiden vorhergehenden, zu geben.

Die erste Periode ist die Periode von Versailles: für sie ist charakteristisch die Vorherrschaft Frankreichs auf dem Kontinent, die Rolle Deutschlands als unterdrücktes Land, die Interventionskriege Englands und Frankreichs gegen die Sowjetunion, die Kriege des griechischen Vasallen Englands gegen die Türkei usw. Frankreich ist der Führer der europäischen Konterrevolution, auch im Kampf gegen Sowjetrußland. Es hält England, bei ständigem Wachsen der imperialistischen Gegensätze innerhalb der Entente, militärisch in Schach. Der Ruhrkrieg ist die Wende: der Bankrott des Ruhreinmarschs ist zugleich ein Bankrott der französischen Methode der Konterrevolution, der Führung Frankreichs im Kampf gegen Sowjetrußland und seiner Oberherrschaft auf dem Kontinent.

Die zweite Periode, die von 1924 beginnt, wird eingeleitet durch die „demokratisch-pazifistische“ Episode des Linkskabinetts in Frankreich und der Macdonald-Regierung, den Dawes-Plan. Sie ist gekennzeichnet durch die Vorherrschaft Englands in Europa, die Zurückdrängung des durch innere ökonomische und finanzielle Krise geschwächten Frankreich, das zeitweilige Zusammengehen von

England und Amerika bei der Sanierung Deutschlands (Dawes-Plan). Der drohende Brand der deutschen Revolution wird durch diese Zusammenarbeit vorläufig gelöscht. Mit der ökonomischen Stabilisierung wird Deutschland als Sprungbrett im Kampf gegen die USSR „betoniert". Locarno regelt Englands Vorherrschaft in Europa als Schiedsrichter zwischen Frankreich und Deutschland, aber es führt zugleich mit der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zu einer Abkehr Deutschlands von der „Ostorientierung", seiner Orientierung nach „Westen" und schrittweisen Einbeziehung in das politische System der Westmächte gegen die Sowjetmacht, dem Neuaufleben des deutschen Imperialismus. Damit hat zugleich die englische (schlauere [281] und im Weltmaßstab kombinierende) Methode des Kampfes gegen die proletarische Diktatur über die französische (engstirnige und beschränkt europäische) gesiegt. England wird der Führer des Kampfes gegen die USSR und beginnt, seine Einkreisungspolitik im Weltmaßstabe durchzuführen. Während in Europa die proletarische Revolution niedergeworfen, beginnen die revolutionären Bewegungen in den Kolonien: Marokko, Syrien, China; das Bündnis der Kolonialvölker mit der proletarischen Diktatur wird verwirklicht. Dieser Axthieb an die Wurzel des englischen Imperiums treibt dieses zur Beschleunigung kriegerischer Maßnahmen gegen die USSR. Um so mehr, als nach dem englischen Generalstreik, nach seiner Niederwerfung durch die vereinten Kräfte des rechten und linken Reformismus, die englische Bourgeoisie die Hände frei bekommt.

Die dritte Periode (etwa seit 1927) wird eröffnet durch den Kriegsvorstoß Englands gegen die USSR im Frühjahr und Sommer 1927, die gewaltigen Massendemonstrationen und Straßenkämpfe in der ganzen Welt anläßlich der Hinrichtung Saccos und Vanzettis, den Wiener Aufstand (Juli 1927), das Neuerwachen ökonomischer Massenkämpfe des Proletariats in Europa. Sie steht im Zeichen der Kriegspolitik Englands gegen die USSR, der scharfen Zuspitzung des englisch-amerikanischen Gegensatzes, des neuen Wettrüstens zur See, der Verschärfung aller übrigen imperialistischen Gegensätze, der neuen Massenmilitarisierung in allen bürgerlichen Staaten und bringt den Bankrott der Abrüstungsmanöver des Völkerbundes, den weltpolitischen Vorstoß des amerikanischen Imperialismus (Kellogg-Pakt usw.), die Erneuerung der englisch-französischen Entente. Das englisch-französische Bündnis bedeutet aufs neue die französische Hegemonie in Europa, aber ihre Eingliederung in den allgemeinen weltpolitischen Plan der englischen Einkreisungspolitik gegen die Sowjetunion. Die dritte Periode ist so im Kampf gegen die USSR in gewissem Sinne die „Synthese" der ersten und der zweiten. Damit aber bringt die dritte Periode die Isolierung Deutschlands in Europa, das Ende seines Lavierens, die Notwendigkeit seines definitiven Anschlusses an den Kriegsbund gegen die USSR, die Rüstungspolitik des deutschen Imperialismus, um sich zu einem „wertvollen Bundesgenossen" zu machen, und die neuen Reparationsverhandlungen, die in der Tat nur die konkreten Bedingungen (den „Preis") der vollkommenen Eingliederung des deutschen Imperialismus in die europäische Front gegen die proletarische Diktatur fixieren sollen.

Was sind die wesentlichen und für unsere politische Perspektive entscheidenden Tatsachen der Weltpolitik in der dritten Periode?

1. Die unmittelbare Kriegsgefahr gegen die USSR. Es ist heute auf Grund der Tatsachen der letzten Zeit (neue Entente, Aktivität des französischen Generalstabs in den Randstaaten, Enthüllungen über den Aufmarschplan usw.) und in Abwehr der falschen Einstellung der Versöhnlerelemente („englisch-amerikanischer Gegensatz und die aus ihm folgende Kriegsgefahr als entscheidende weltpolitische Tatsache") notwendig, schärfer und konkreter, als dies noch in den Thesen des VI. Weltkongresses möglich war, das Verhältnis der englisch-amerikanischen Rivalität zu den Kriegsvorbereitungen der Imperialisten gegen die USSR zu formulieren. Die Stellung: „der eine wie der andere Krieg ist möglich" oder gar die „Gleichsetzung" beider „Gefahren" ist vollkommen unrichtig. In der Tat ist die Kriegsvorbereitung der Imperialisten gegen die USSR schon unmittelbar im Stadium der Festlegung des militärischen Aufmarsches, der Munitionsversorgung und der Operationspläne. Die Kriegsfront ist politisch bis auf die Einfügung Deutschlands relativ fertig. Der Konflikt zwischen Amerika und England aber befindet sich relativ erst in einem frühen Stadium der politischen Vorbereitung. Obwohl er sich verschärft und weiter verschärfen wird, wäre es lächerlich, die Kriegsgefahr hier wie dort auf eine Stufe zu stellen.

2. Die Umgruppierung der imperialistischen Mächte. Einerseits schafft die Bildung der neuen Entente, die neue Rolle Deutschlands als aktiver Faktor des Kampfes gegen die Sowjetunion und seine bevor-[282]stehende Eingliederung in das Kriegsbündnis mehr und mehr einen relativ geschlossenen konterrevolutionären Block in Europa; andererseits verschärft sich der Gegensatz zwischen Europa, vor allem England, und Amerika, und wachsen auch die Möglichkeiten seiner Ausnutzung durch die USSR. Aber nur für eine gewisse Zeitspanne: Amerika, als der größte Kapitalexporteur, ist notwendig der erbittertste Feind aller revolutionären Bewegungen und damit auch der gefährlichste zukünftige Feind der USSR.

3. Das Heranreifen der zweiten Phase der Weltrevolution. Die aufsteigende Welle der proletarischen Massenkämpfe in Europa und USA trifft zusammen mit einer gleichzeitig aufsteigenden Welle der kolonialen Revolutionen (Indien, Ansätze zu einer neuen Welle in China), die – eine neue Tatsache von historischer Bedeutung – unter der Führung des jungen kolonialen Proletariats steht (während die Bourgeoisie zum Imperialismus übergelaufen ist).

## III. Die Rolle des deutschen Imperialismus und der Krieg gegen die USSR

Das Entstehen des neuen deutschen Imperialismus fällt schon in die Stabilisierungsperiode („zweite Periode“). Welche neuen Tatsachen treten nun in der dritten Periode bestimmend auf? Gibt es solche? Zweifellos. Die ökonomische Macht des deutschen Finanzkapitals ist gewachsen, es versucht, eine imperialistische Machtpolitik zu führen, sich eine Rüstung zu schaffen usw. Aber nicht dies ist das Entscheidende, sondern daß gerade jetzt der deutsche Imperialismus nach einer gewissen Atempause des ökonomischen Wachstums mit aller Wucht in die Widersprüche gerät, an Schranken stößt, die ihm durch die allgemeine Krise des Kapitalismus und durch die enge Grundlage seiner Existenz (Versailles, Dawes-Plan usw.) gezogen sind. War es in der vorhergehenden Periode wichtig, vor allem auf die Tatsache des deutschen Imperialismus hinzuweisen, so wird jetzt ein Uebersehen seiner Schranken, eine Uebertreibung seiner Macht und Möglichkeiten zu selbständiger Politik (wie sie z. B. die Versöhnler in der der ZK-Sitzung vom 24.1.29 vorgelegten Plattform vertreten) zu einem schweren opportunistischen Fehler, der zu einer Verwischung der revolutionären Perspektive und damit der Aufgaben der Partei führt und das Proletariat von der entscheidenden Frage, der Kriegsgefahr gegen die USSR, ablenkt.

Der deutsche Imperialismus ist an einem Wendepunkt angelangt. Die Auslandsverschuldung von über 12 Milliarden Mark, die in den letzten vier Jahren eingegangen wurde und eine jährliche Zinsenlast von über einer Milliarde bedeutet, die „normale“ Belastung aus den Reparationsverpflichtungen mit 2,5, die Passivität der Handelsbilanz von etwa 1,9 Milliarden, die wachsende Tendenz der Auslandsverschuldung und die damit in doppelter Progression wachsende Zinsenlast – sie stellen ins Verein mit den allgemein verschärften ökonomischen Widersprüchen, der Verschärfung der Konkurrenz auf dem Weltmarkt seitens der kapitalkräftigeren Staaten, der Einholung des Vorsprungs dem deutschen Rationalisierung durch die anderen, eine würgende Fessel für die Entwicklung des deutschen Imperialismus dar. Die Akkumulation des deutschen Kapitals hat gegenwärtig die Vorkriegshöhe noch nicht erreicht. Die Aufbringung der Tribute und Zinsen an das ausländische Kapital durch eine gewaltige Ausdehnung der Akkumulation ist unmöglich. Die relative Aufnahmefähigkeit des Innenmarktes in den letzten Jahren ist in raschem Schwinden, und der forcierte Export[*)] stößt nach einigen Anfangserfolgen im letzten Jahr auf unüberwindliche Hindernisse. Auch wenn der auswärtige Anleihestrom andauert, [283] müssen sich unter diesen Bedingungen die Widersprüche des deutschen Imperialismus sprungweise verschärfen, steht das deutsche Finanzkapital vor Schwierigkeiten, die nur durch eine verschärfte Offensive gegen die Arbeiterklasse und verzweifelte imperialistische Vorstöße nach außen überwunden werden könnten. In der Tat aber hat – wie gerade das letzte Drittel des Jahres 1928 beweist – der Strom der amerikanischen Anleihen nachgelassen und muß mit der

[*)] Nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts beträgt das Loch der Zahlungsbilanz, das nur durch auswärtige Anleihen gestopft werden kann, etwa 4 bis 4½ Milliarden im Jahr. Ein Ausgleich der Zahlungsbilanz würde eine Steigerung des Exports um 8 Milliarden, also fast das Doppelte nötig machen (bei 35-40 Prozent dadurch verursachter Importsteigerung).

Verschärfung der Weltkrise des Kapitalismus, der verschärften Kriegsgefahr und dem Aufstieg revolutionärer Massenbewegungen in Europa unvermeidlich zum Versiegen kommen.

Damit steht vor der deutschen Bourgeoisie das drohende Gespenst der Sprengung der Stabilisierung des Kapitalismus und der proletarischen Revolution in greifbarer Nähe. Sie ist gezwungen, um jeden Preis aus der gegenwärtigen Lage herauszukommen. Welche Wege hat sie? Vor allem natürlich die rücksichtslose Offensive gegen das Proletariat, die geführt wird von der Sozialdemokratie und sich mehr und mehr faschistischer Methoden bedient. Aber sie allein genügt nicht. Welche Wege bleiben ihr außenpolitisch? Die Pariser Reparationskonferenz war für die Beurteilung dieser Möglichkeiten des deutschen Imperialismus sehr lehrreich. Sie hat jene falschen Prophezeiungen schlagend widerlegt, die eine selbständige imperialistische Rolle Deutschlands unter Ausnutzung des englisch-amerikanischen Gegensatzes voraussagten: Deutschland spielte nur die Rolle eines Objekts. Aber die Reparationskonferenz war auch nicht – wie Genosse Varga prophezeite (siehe „KI“ Nr. 4 vom 23. Januar 1929, Seite 165) – ein Kampf zwischen England und Amerika um Deutschland: die Taktik der USA bezweckte vor allem eine Sprengung der Entente durch Konzessionen an Frankreich, Konzessionen vorwiegend auf Kosten Deutschlands[*)]. Schon heute läßt sich mit Bestimmtheit sagen: Paris wird dem deutschen Imperialismus keine Atempause verschaffen, sondern den Druck auf Deutschland verstärken, die Notwendigkeit des entscheidenden Schrittes, des Anschlusses an die Entente und des Bruchs mit der USSR verschärfen.

Es wäre aber falsch, sich den Anschluß Deutschlands an den Kriegsbund gegen die USSR als einen Akt der Vergewaltigung des wehrlosen Deutschlands vorzustellen. Zweifellos spielen die Machtlosigkeit des deutschen Imperialismus, seine militärpolitische Lage und der Versailler Vertrag (der sich keineswegs „selbst liquidiert“ hat, sondern gerade jetzt zu einem entscheidenden Moment der internationalen Lage wird) eine große Rolle[**)]. Aber zugleich ist das eigene Interesse des deutschen Finanzkapitals an einem Krieg gegen die USSR rasch gewachsen. Die Handelspolitik des deutschen Imperialismus gegenüber der USSR hat sich von Jahr zu Jahr mehr auf einen Kampf gegen das Außenhandelsmonopol und damit auf eine gewaltsame „Erschließung“ des russischen Marktes orientiert, trotz des Scheins der „freundschaftlichen“ Abmachungen und Verträge. Besonders das Jahr 1928 steht im Zeichen dieser aggressiven [284] Politik (Abbruch der Wirtschaftsverhandlungen anläßlich der Schachty-Verhaftungen, Bildung des Rußlandausschusses der deutschen Wirtschaft, Beitritt der deutschen Großbanken zum Internationalen Komitee der Rußlandgläubiger usw.), die mit jedem Schritt der Verschärfung der Schwierigkeiten und der revolutionären Massenbewegung des Proletariats der offenen Entscheidung näherkommt. Zweifellos ist der Bruch mit der USSR und die Beteiligung an der englisch-französischen Kriegspolitik selbst vom Standpunkt großer Teile der deutschen Kapitalistenklasse ein „Aufgeben des Spatzen in der Hand um der Taube auf dem Dache willen“, ein Hasard. Aber seine Lage zwingt eben das deutsche Finanzkapital, zu hasardieren. Es ist lächerlich, dagegen mit der bürgerlichen Durchschnittsvernunft zu argumentieren. Der deutsche Imperialismus steht unmittelbar vor seiner Eingliederung in das Kriegsbündnis der Entente. Seine

[*)] Dies wurde Anfang April geschrieben. Die Ereignisse seither, vor allem das Auftreten der USA auf der Genfer Abrüstungstagung (Annahme der französischen These der Nichteinrechnung der ausgebildeten Reserven) haben es schlagend bestätigt.

[**)] In den Jahren bis 1924 war der Versauter Vertrag ein Mittel der Herabdrückung Deutschlands in die Rolle einer Halbkolonie. Gegenwärtig hat er seine Funktion geändert. In Deutschland ist ein neuer Imperialismus entstanden, die Frage des Versailler Vertrags ist ein Konflikt zwischen zwei Imperialisten. Diese Tatsache hat natürlich auch eine entscheidende Bedeutung für die Stellung der KPD zum Versailler Vertrag und seinen einzelnen Bestimmungen. War es ihre Aufgabe, in den Jahren 1919 bis 1921, in Befolgung der Leninschen Taktik der Organisierung der national unterdrückten werktätigen Massen zum Kampf gegen den Imperialismus, gegen den Versailler Vertrag zu kämpfen, so kann sie dies gegenwärtig nicht mehr tun, ohne damit den deutschen Imperialismus zu unterstützen. Daher sind die Parolen des Kampfes gegen den Versailler Vertrag gegenwärtig falsch. Hatten die Kommunisten früher gegen die Rheinlandbesatzung, gegen den Ruhreinmarsch, für den Anschluß Oesterreichs, gegen den Dawes-Plan gekämpft, so lehnen sie gegenwärtig einen solchen Kampf ab und sagen den Arbeitermassen, daß gegenwärtig alle diese Losungen reaktionäre, imperialistische Losungen in den Händen der deutschen Bourgeoisie und der Sozialdemokratie geworden sind, daß der Kampf zum Sturz der deutschen Bourgeoisie heute nicht mehr mit diesen Losungen verbunden werden kann.

Anstrengungen sind heute nur noch darauf gerichtet, gleichzeitig auch die USA in dieses Bündnis miteinzubeziehen (Weltbankprojekt, Schachts Reparationsmemorandum, „Erschließung des russischen Marktes“ mit amerikanischem Kapital, nun Reparationen zahlen zu können usw.). Sie sind aber gescheitert.

## IV. Die Perspektive der deutschen Revolution

Wenn Deutschland der Schlußstein des britischen Kriegsplans und das zentrale Glied der imperialistischen Kette ist, die die proletarische Diktatur erwürgen soll, so ist sie zugleich ihr schwächstes Glied. Alle Widersprüche der schwankenden Stabilisierung finden ihren Brennpunkt in diesem Bourgeoisstaat, der erst vor fünf Jahren mit Not der proletarischen Revolution entronnen ist. Die besondere äußere und innere Lage Deutschlands, die Stärke, Organisiertheit und revolutionäre Erfahrung seines Proletariats und der Kommunistischen Partei lassen den Schluß zu, daß im Falle des konterrevolutionären Krieges die Kette des Imperialismus zuerst in Deutschland gesprengt werden wird. Diese Perspektive ist kein müßiges Prophezeien, sie folgt zwingend aus der Beurteilung der objektiven Lage und der Rolle der revolutionären Kräfte der übrigen Länder in dem kommenden Krieg. Sie ist von weittragender Bedeutung für die Politik unserer Partei.

Die deutsche Finanzoligarchie kennt diese Schwäche ihrer Position, daher einerseits die Vorsicht, mit der sie außenpolitisch manövriert, andererseits das Heranziehen der Sozialdemokratie zur Durchführung des rücksichtslosen innenpolitischen Kurses auf die offene Diktatur, der faschistischen Knebelung der Arbeiterklasse, der Unterdrückung der KP und der revolutionären Massenorganisationen.

Nur in diesem allseitigen Zusammenhang mit den inneren und äußeren Schwierigkeiten des neuen Imperialismus ist die Frage des Faschismus in Deutschland richtig zu beantworten. Thalheimer hat vor einem Jahr (siehe seine Einleitung zur russischen Ausgabe des Buches von Sonter „Der neue deutsche Imperialismus“, abgedruckt in der „Roten Fahne“ vom 28. Februar 1928) diese Perspektive vollkommen abgewiesen, ja sogar bezweifelt, daß es in Deutschland überhaupt so etwas wie Faschismus gebe. Die Versöhnler sind erst vor kurzem (wie in allen anderen Fragen so auch hier) in die Fußtapfen der Liquidatoren gestiegen (siehe ihre der ZK-Sitzung vom 24. Januar 1929 vorgelegte „Plattform“).

Aber auch sonst trifft man gelegentlich bei Funktionären der Partei ein ungläubiges Lächeln über die Perspektive der faschistischen Diktatur in Deutschland: „Die deutsche Arbeiterklasse ist viel zu stark, hier ist nicht Italien.“ Darauf ist zu sagen, daß der Faschismus – wie schon der V. Weltkongreß definiert hat – eine Waffe der bürgerlichen Konterrevolution gegen das Proletariat ist. Gerade die Stärke und Revolutionierung des Proletariats aber treibt die Bourgeoisie zum Faschismus. Dies ist ein allgemeines Gesetz des Klassenkampfes der Nachkriegsepoche und trifft besonders zu auf die konkrete Lage der deutschen [285] Bourgeoisie im gegenwärtigen Moment. Das Besondere ist nur, daß hier die Sozialdemokratische Partei als ganze die Rolle übernimmt, die in Italien nur einzelne Ueberläufer (Mussolini usw.) gespielt haben, nämlich zu einem entscheidenden Teil der Führung der faschistischen Konterrevolution wird.

Aehnlich steht die Frage der Illegalität der Partei. „Man kann uns nicht verbieten, wir sind zu stark“ – dies ist, offen gesagt, eine sozialdemokratische Phrase. Gerade unsere Stärke zwingt die Bourgeoisie, zur offenen Unterdrückung zu greifen, so lange ihr Unterdrückungsapparat noch funktioniert. Natürlich bedeutet das nicht, daß in jedem konkreten Fall die Bourgeoisie auch in der Lage ist, uns sofort zu unterdrücken, daß nicht im Gegenteil das machtvolle Auftreten der Partei und der Massen sie zwingen kann, mit den Repressionsmaßnahmen vorsichtig umzugehen, zu zögern, zurückzuweichen (dies ist im einzelnen sehr wohl möglich). Wohl aber bedeutet es, daß die Herabdrückung der Partei in die Illegalität schon in mehr oder minder kurzer Zeit unvermeidlich ist, daß daher die Losung „Kampf um die Legalität der Partei“ (siehe z. B. den Artikel zum Betriebszellentag in der „Roten Fahne“ vom 7. April 1929) unrichtig ist. Nicht für ihre bürgerliche Legalität kämpft die Partei, sondern für die proletarische Revolution und im Rahmen dieses Kampfes natürlich auch gegen die unvermeidlichen Repressionsmaßnahmen, die Illegalität usw. (Im Wesen dasselbe Verhältnis: die Partei kämpft gegen den unvermeidlichen imperialistischen

Krieg, aber sie gibt nicht die Losung „Frieden“ aus.) Es ist heute noch nicht möglich, vorauszusagen, wie lange die deutsche Bourgeoisie stark genug sein wird, die Illegalität der Kommunistischen Partei oder eine faschistische Diktatur aufrechtzuerhalten. Zweifellos so lange, bis ihr Machtapparat selbst zermürbt ist. Zweifellos nicht lange. Das darauf folgende Zwischenspiel einer „reinen Demokratie“ und neuen „Legalität“ zur Täuschung der revolutionären Massen (und ein solches wird unbedingt inszeniert werden, wenn auch nur für ein paar Tage) wird rasch von der proletarischen Revolution hinweggefegt werden. Vorbedingung ist aber, daß die Partei gegen die Unterdrückung unter richtigen Parolen kämpft (nicht „für Legalität“).

Ist es nicht müßige Spekulation, diese Perspektiven aufzurollen? Natürlich wäre es lächerlich, jetzt über Fristen zu streiten. Aber notwendig ist, daß die Partei die allgemeine Perspektive klar vor Augen hat, die die Ereignisse der letzten Monate öffnen: die verschärfte Unternehmeroffensive und die brutale Unterdrückungspolitik, durch die der deutsche Imperialismus seine Schwierigkeiten überwinden will, rollen vor unserer Partei die Perspektive der deutschen proletarischen Revolution auf – nicht nur rasch nach, sondern schon vor dem Ausbruch des konterrevolutionären Krieges. Natürlich ist diese Perspektive keine hundertprozentige Gewißheit. Noch haben wir keine unmittelbare revolutionäre Situation. Aber sie reift heran. Und in revolutionären Situationen – sagt Lenin – erweitern sich die Grenzen des Möglichen ungeheuer. [286]

*

## Die Führerrolle der Partei und unsere Organisationsaufgaben

Von W. Kaasch.

Die politische Hauptaufgabe der Partei auf dem 12. Parteitag besteht in der Herausarbeitung der Führerrolle der Partei auf allen Teilgebieten des Klassenkampfes. Unter Anwendung der Einheitsfronttaktik muß die Partei die proletarische revolutionäre Klassenfront aller Werktätigen in Stadt und Land unter besonderer Berücksichtigung des Industrieproletariats im Prozeß des Kampfes zusammenschweißen, verbreitern, stärken und festigen.

Der politisch organisierende Charakter der Partei muß also vom 12. Parteitag stark in den Vordergrund gerückt werden. Die objektive Lage erleichtert der Partei nicht nur diese Aufgabe, sondern die Zunahme der Klassengegensätze zwingt sie direkt dazu, dieses organisierende, führende Zentrum zu werden, da sie sonst zwangsläufig in den opportunistischen Sumpf hinabgleiten muß.

Das Charakteristische der gegenwärtigen Klassenkämpfe ist der gegenseitige sich verschärfende Offensivcharakter auf beiden Seiten der Klassenfronten.

Die ungeheure, noch zunehmende Konzentration des Kapitals in mächtigen Trosts und Kartellen ermöglicht es der Bourgeoisie, die Offensive gegen die Arbeiterklasse auf breitester Front, oft unter Anwendung riesiger Aussperrungsmaßnahmen durchzuführen. Der Dreibund Trustkapital, Staat und Reformismus greift, infolge der verstärkten imperialistischen Politik der Bourgeoisie, das Proletariat immer geschlossener und massiver an. Andererseits bedingt die immer größer werdende Unsicherheit der sozialen Lage der Werktätigen und ihre Verelendung eine schnelle Zunahme der Radikalisierung der Werktätigen.

Die wachsenden Angriffe des Kapitals auf allen Gebieten zeigen dem Proletariat die vollkommene Unfruchtbarkeit einer bloßen Abwehrtaktik und nötigen die Arbeiterschaft, zum Gegenangriff auf die Kapitalistenklasse überzugehen. Die Ausdehnung und Schärfe der Klassenkämpfe macht diese immer mehr zu revolutionären politischen Kämpfen.

Diese Verbreiterung der Kampffronten und die zunehmende Verschärfung der Klassenkämpfe bedingt aber auch eine Umgruppierung innerhalb der Klassen. Die Kampfstellungen entwickeln sich in der gegenwärtigen Periode in allerbreitester Front, die Kampfformen ändern sich, immer klarer formiert sich Klasse gegen Klasse.

Besonders bei der Ruhraussperrung im Frühjahr dieses Jahres konnten wir diese Veränderung innerhalb der kapitalistischen Front sehr klar erkennen. Die einzelnen Teile der Bourgeoisie schlossen sich immer mehr unter der Diktatur des monopolistischen Kapitals zusammen. Das zeigte sich auch in bezug auf die Wirtschaftsorganisationen der einzelnen Kapitalistengruppen. Der Ruhrkampf erwies aber auch, daß die Gegensätze zwischen den politischen Parteien der Bourgeoisie einschließlich der Sozialdemokratie sich immer mehr ausgleichen, soweit es sich um die Bildung einer geschlossenen Kampffront gegen die Werktätigen in Stadt und Land handelt. Dasselbe trat bei den letzten Koalitionsverhandlungen zutage.

Aber auch im Proletariat verstärkt sich die Tendenz zur Herausbildung einer einheitlichen geschlossenen Klassenfront – freilich langsamer als bei der Bourgeoisie. Dies hat seinen hauptsächlichen Grund in den vielen Schranken und Barrieren, die die Bourgeoisie und der Reformismus im Proletariat errichtet haben. Diese Schranken zeigten sich bei den letzten Wirtschaftskämpfen besonders in dem Gegensatz zwischen den Organisierten und [287] Unorganisierten, in der reformistischen Einstellung der arbeiteraristokratischen Schichten.

In der gegenwärtigen Periode ist die wichtigste Voraussetzung zur Herstellung einer einheitlichen proletarischen Klassenfront die Zerstörung dieser Barrieren innerhalb des Proletariats, ohne die es dem Druck der Kapitalistenklasse nicht widerstehen und keinen energischen Gegenangriff führen kann.

Diese Erkenntnis fängt langsam aus ins Bewußtsein der Arbeiterschaft einzudringen. Gerade der Ruhrkampf und später die Erfahrungen der diesjährigen Betriebsratswahlen sowie die Vorbereitungen der Maidemonstration zeigten die zunehmenden Versuche zur Schaffung einer einheitlichen proletarischen Klassenfront durch Bildung einheitlicher Kampf- und Streikleitungen, durch Bildung von Ausschüssen zur Vorbereitung und Durchführung der Betriebsrätewahlen, Maidemonstrationen usw. Wenn auch diese Organe bisher nur vorübergehende Funktionen hatten, so bedeutet dieser, wenn auch nur zeitweilige Zusammenschluß während der Kämpfe und Aktionen den Beginn der politischen Loslösung breiter Arbeiterschichten vom Einfluß der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie, die diesen bisher Gefolgschaft leisteten. Das muß sich mit der Zeit, bei der Zuspitzung der Klassengegensätze und infolge der verstärkten Aktivität der Partei auch zu einem organisatorischen Bruch mit diesen Parteien auswirken.

Diese Perspektive stellt die Partei vor große politische und organisatorische Aufgaben.

Eine der Hauptaufgaben besteht darin, bei den Klassenkämpfen die Unorganisierten mit den organisierten Arbeitern zusammenzuschließen. Das Proletariat beginnt immer mehr, gefördert durch die Initiative unserer Partei, mit neuen Kampfesformen in Aktionen zu treten. Es bilden sich provisorische, große, lose geformte Organe, die zwecks Informierung dem Kämpfenden und Schaffung ihrer leitenden Organe Delegierte wählen. Solche neuen Kampfesformen sind außer den einheitlichen Streik- und Antiaussperrungskomitees und den einheitlichen Kampfleitungen noch die Komitees zur Durchführung der Betriebsrätewahlen, zur Vorbereitung der Maidemonstration, zur Mobilisierung der Arbeiter gegen die Spaltungsmaßnahmen der reformistischen Bürokratie, Antikriegs- und Antifaschistenkomitees und Komitees der Freunde der Sowjetunion. Hierher gehört auch das Delegiertensystem, das bisher zur Mobilisierung der Betriebsarbeiterinnen angewandt wurde, das sich aber im Prozeß der Kämpfe immer mehr zur Erfassung und Mobilisierung anderer Arbeiterschichten ausbaut. Die Ergebnisse der diesjährigen Betriebsrätewahlen, die Siege der revolutionären Opposition stellen die Partei im Zusammenhang mit der Zuspitzung der Klassenkämpfe außerdem vor die Aufgabe, mit Hilfe der revolutionären Gewerkschaftsopposition eine breite oppositionelle Betriebsrätebewegung zu organisieren, ähnlich wie 1923.

Die Kampferfahrungen der letzten Zeit lehren aber noch, daß sich die Arbeiterschaft nicht nur neue Kampfesorgane schafft, sondern daß diese dazu übergehen, außer den wirtschaftlichen auch politische Forderungen aufzustellen, so daß der ökonomische und der politische Kampf sich immer mehr vereinigt. Auch diese Tatsache ist von großer politischer Bedeutung für die Bildung der revolutionären proletarischen Klassenfront und zeigt der Partei, daß im Bewußtsein der Arbeiter ein ungeheurer

Umschwung einzutreten beginnt, der die eingenisteten parlamentarischen legalistischen Traditionen zerstört.

Diese Perspektive des neun revolutionären Aufschwungs zwingt die Partei, auch auf organisatorischem Gebiet eine scharfe Wendung durchzuführen.

Die taktische Wendung unserer Parteipolitik entsprechend den Beschlüssen des 6. Weltkongresses hat eine große strategische Bedeutung. Die diesjährigen Betriebsrätewahlen haben der Gesamtpartei und der revolutionären Arbeiterschaft gezeigt, welche neuen wichtigen Stützpunkte gerade in [288] den kriegswichtigen Großbetrieben die revolutionäre Opposition bei einer festen und kühnen Durchführung dieser Linie erobern kann. Dieselben Erfahrungen sammelten wir beim Ruhrkampf und anderen Wirtschaftskämpfen der letzten Zeit. Aber auf der anderen Seite haben wir die großen Schwierigkeiten, die innerhalb unserer Partei bei der Durchführung dieser Linie noch vorhanden sind, gesehen. Vor allen Dingen weigern sich viele Genossen auf Grund schlechter sozialdemokratischer Traditionen, die revolutionäre Klassenfront durch Einbeziehung klassenbewußter unorganisierter Arbeiter zu erweitern.

Es muß Aufgabe der Partei sein, besonders die Erfahrungen der Betriebsrätewahlen auf dem Reichsparteitag und in der darauffolgenden Diskussion, verbunden mit einer planmäßigen Schulungsarbeit auszuwerten, mit dem Ziele, in allen Parteileitungen vom Zentralkomitee bis zur Betriebszelle solche Genossen in die Leitungen zu wählen, die fest und entschlossen bereit sind, die politische Linie der Partei auch in der Praxis durchzuführen. Das bedingt eine viel energischere Wendung der Parteiorganisation in der Richtung der Heranziehung junger revolutionärer Elemente aus den Großbetrieben zur Leitung der Parteiarbeit. Man muß dabei auch beachten, daß sich als Begleiterscheinung der relativen Stabilisierung und der Legalität der Partei ein gewisser Bürokratismus in unseren Leitungen breit gemacht hat. Dieser kommt zum Ausdruck in einer schematischen Durchführung der Parteiarbeit, die nicht immer den politischen Zweckmäßigkeiten angepaßt ist. Bei den Betriebsrätewahlen hat sich gezeigt, daß eine ganze Reihe Parteileitungen nicht ihre ganze Kraft auf die Mobilisierung und politische Unterstützung der Betriebszellen gelegt haben, so daß in diesen Betrieben es der Partei nicht gelang, mit Hilfe unserer politischen Linie strategisch den Durchbruch durch die Front des Reformismus mit größerem Erfolge zu erringen. Der Bildung von Betriebsausschüssen zur Mobilisierung der Belegschaften gegen das Kapital und den Reformismus wurde fast durchweg keine Beachtung geschenkt.

Bei den Wirtschaftskämpfen hat sich ebenfalls die Schwerfälligkeit vieler Parteileitungen herausgestellt, die politisch wichtige Gebiete mit schwachen Parteiorganisationen nicht genügend unterstützten und nicht ihre ganze Kraft auf die kriegswichtigen Großbetriebe konzentrieren. Sie verstehen es nicht, entsprechend der Lage des Klassenkampfes die Parteikräfte in den wichtigsten proletarischen Massenorganisationen zu aktivisieren. Noch heute haben wir Parteileitungen, die sich zu wenig um die Arbeitersport- und Freidenkerbewegung bemühen, obwohl diese proletarischen Massenorganisationen gegenwärtig an vorgeschobener Stelle der Klassenfront sich befinden.

Aber auch in der Gesamtmitgliedschaft haben wir viele Mängel und Schwächen, die politisch und organisatorisch beseitigt werden müssen. Hierher gehören diejenigen schlechten sozialdemokratischen Traditionen, die sich in einer politischen und organisatorischen Passivität bestimmter Mitgliedsschichten ausdrücken. Eine bolschewistische Partei muß auf die tätige Mitarbeit eines jeden einzelnen Parteigenossen unbedingt bestehen. Wir müssen die Kluft zwischen gewissen passiven Schichten der Partei und dem tätigen Funktionärkörper durch die Weckung der Gesamtaktivität beseitigen. Ein wichtiges Mittel hierzu ist die Selbstkritik. Wir müssen ferner mit größter Rücksichtslosigkeit darauf achten, daß alle betriebstätigen Parteigenossen sich ihrer Betriebszelle anschließen, oder, wo solche nicht vorhanden ist, sie gründen. Unsere letzte Reichskontrolle ergibt, daß die Betriebszellen zurückgegangen sind. Außerdem ist aus der Reichskontrolle ersichtlich, daß der organisatorische Einfluß der Partei in den kriegswichtigen Großbetrieben zurückgegangen ist, während auf der anderen Seite der p o l i t i s c h e Einfluß der Partei in diesen Betrieben stark zugenommen hat, wie das die Erfolge der Opposition bei den Betriebsrätewahlen beweisen.

Eine andere große Schwäche der Partei besteht in der mangelnden Durchführung einer systematischen Werbung für Partei und Presse, in Verbindung mit den großen politischen Aktionen und Kämpfen des Proletariats. [289] Die Werbungen wurden bisher noch zu schematisch losgetrennt von den politischen Kampagnen der Partei durchgeführt und ergaben deshalb meistens nur einen geringen Erfolg. Diese Tatsache und die ungenügende Verteilung der Parteiarbeit auf die einzelnen Mitglieder der Organisationen sowie die ungenügende Verbindung der oberen Parteileitungen mit unseren Genossen in den Betriebs- und Straßenzellen sind auch die Hauptursachen der ziemlich großen Fluktuation und der Stagnation der Parteiorganisation.

Die Zuspitzung der Klassengegensätze, die wachsende imperialistische Kriegsgefahr stellt die Partei immer mehr vor das Problem der Vorbereitung auf die halbe und ganze Illegalität. Der Grzesinski-Erlaß muß der Partei eine Warnung sein. Die Partei wird in der Illegalität ihre revolutionären Aufgaben nur dann lösen können, wenn wir heute schon unter Ausnutzung der Kampferfahrungen mit Entschiedenheit dafür sorgen, daß feste Leitungen in allen Parteiorganisationen vorhanden sind, die in jeder Situation an der Spitze des Kampfes stehen, der Partei absolut treu ergeben sind, so daß sich der Parteiapparat aus einem festen Kader von Berufsrevolutionären zusammensetzt. Die zweite Voraussetzung für die Einstellung der Partei auf die Illegalität ist die Aktivisierung jedes einzelnen Parteigenossen zum tätigen Mitarbeiter. Außerdem ist die Konzentration der Gesamtpartei auf die politisch-strategisch wichtigen Großbetriebe und der Ausbau unserer Betriebszellen notwendig. Die Schaffung eines legalen Funktionärapparates unter Auswertung unserer bisherigen Erfolge bei den Betriebsrätewahlen in allen Großbetrieben und proletarischen Massenorganisationen ist das Gebot der Stunde. Daneben stehst die Frage des Ausbaus des technischen organisatorischen Apparates im Hinblick auf die kommende Illegalität, wie z. B. die Schaffung von einfachen Druckmöglichkeiten in jeder Betriebszelle, bei jeder Parteileitung, die Herstellung guter Verbindungen der oberen Organisationen mit den unteren durch Ausbau eines Kurierapparates usw. Solange jedoch die politischen Voraussetzungen zur Aktivisierung der Partei nicht gegeben sind, wird es auch nicht möglich sein, diese organisatorisch-technischen Maßnahmen durchzuführen.

Die revolutionäre Perspektive, die Zuspitzung der Klassengegensätze, das Verwachsen des Reformismus mit der Bourgeoisie und auf der anderen Seite die zunehmende Radikalisierung der Werktätigen in Stadt und Land zwingt die Partei aber auch, nicht nur bei den Wirtschaftskämpfen um die Führung zu kämpfen, sondern die Front des Reformismus auf der ganzen Linie, auf allen Gebieten des Klassenkampfes, auf politischen, sozialen, kulturellen und sozialpolitischen Gebieten zu durchbrechen und zurückzuschlagen. Das bedingt die politische Aktivisierung der Opposition in den Massenorganisationen, ihre größere Beweglichkeit und Initiative im Kampf gegen den Reformismus, Ausbau unserer Fraktionen und Organisierung von Bezirksfraktionen zur systematischen Leitung aller dieser Spezialkörperschaften der Partei. Aehnlich wie wir für die Zusammenfassung der revolutionären Opposition in die sozialpolitischen Organisationen als Dachorganisationen die „Arso“ geschaffen haben, müssen wir auch auf dem Gebiet der Kulturpolitik vorgehen. Die Erfahrungen in der Arbeitersportbewegung in Berlin, Halle und Rheinland müssen allgemein ausgewertet werden.

Die Verbreiterung der Klassenkämpfe und ihre Verschärfung zwingt die Partei, bestimmte Schichten der Werktätigen, die bisher von uns wenig Beachtung gefunden haben, stärker in die revolutionäre proletarische Klassenfront einzugliedern. Das trifft besonders für die proletarischen Frauenmassen und hier in erster Linie auf die Betriebsarbeiterinnen, die infolge der Rationalisierung eine immer größere soziale und politische Bedeutung erhalten, zu. In unseren Betriebszellen sind Frauenorganisatoren zu bestimmen, die dafür verantwortlich sind, daß die Gesamtzelle eine systematische, beharrliche, politische und organisatorische Arbeit unter den weiblichen Belegschaftsmitgliedern durchführt. In unserer Parteiorganisation selbst müssen mehr Betriebsarbeiterinnen organisatorisch erfaßt werden. Das weibliche Proletariat muß nicht nur mit Hilfe des Delegiertensystems, sondern [290] auch durch andere Einheitsfrontorgane, wie die Kampf- und Streikleitungen usw., mehr als bisher mobilisiert werden. Das bedingt, daß in diesen Einheitsfrontorganen das weibliche Proletariat stärker als bisher vertreten sein muß. Dasselbe trifft auch auf die Mobilisierung und organisatorische Erfassung der jugendlichen Arbeiter zu.

Die wachsende Kriegsgefahr und die damit verbundene wachsende Bedeutung des Faschismus muß uns veranlassen, die engste Verbindung zwischen Stadt und Land herzustellen. Auch das wird hauptsächlich im Prozeß der Kämpfe möglich sein. Organisatorisch muß das System der Patenschaften viel stärker als bisher ausgebaut werden. Jede Parteiortsgruppe, auch in den Industriegebieten, jeder Stadtteil und jede Großbetriebszelle muß ein bestimmtes ländliches Gebiet zur ständigen Bearbeitung zugeteilt bekommen. Das organisatorische Netz der Partei ist durch Schaffung von Landvertrauensleuten und Gründung neuer Ortsgruppen zu erweitern.

Die wachsende imperialistische Kriegsgefahr und die Aufgabe der Verteidigung der Sowjetunion machst es ferner notwendig, daß die Gesamtpartei die östlichen Parteibezirke weit mehr als bisher unterstützt.

Schließlich ist es noch erforderlich, die Aufmerksamkeit der Partei auf die Eisenbahnknotenpunkte, die Luft- und Seehäfen und auf die Orte zu lenken, in denen Schupo und Reichswehr stationiert ist. Hier müssen wir sofort und energisch gute, politisch aktive Parteiortsgruppen und Zellen schaffen, indem wir die Interessen dieser wichtigen Berufsgruppen und unteren Beamten vertreten, um sie dadurch von der Bourgeoisie zu lösen oder sie wenigstens zu neutralisieren. Die Verschärfung der Klassengegensätze zwingt uns, diese Schichten der proletarischen Kampffront einzugliedern oder wenigstens näherzubringen.

Das sind einige der wichtigsten politisch-organisatorischen Aufgaben, die der Parteitag in aller Schärfe stellen muß.

Ihre Durchführung erfordert revolutionäre Geschlossenheit der Partei, Kühnheit und zähe Energie, Aktivisierung aller Parteimitglieder und engste Verbindung der Partei mit den Werktätigen, besonders mit dem Industrieproletariat.

*

## Die Rolle der Arbeiterinnen im kommenden Kriege und die Aufgaben der KPD.

Von Lene Overlach

I.

Die KPD hat seit dem Essener Parteitag ihre Arbeit unter den Arbeiterinnen wesentlich verstärkt. Es bedarf jedoch außerordentlicher Anstrengungen, um die Gesamtpartei von der großen, in den letzten Jahren rasch wachsenden Bedeutung dieser Arbeit zu überzeugen. Wenn in einen Bezirk mit 300.000 Arbeiterinnen (meist Textilarbeiterinnen), wo mehr Frauen als Männer in den Betrieben stehen, bei Auswahl der Delegierten zum Reichsparteitag die BL erklärt, keine Arbeiterinnen als Delegierte aufstellen zu können, da keine Arbeiterinnen der Partei angehören, so ist das ein erschreckender Beweis, wie hier noch alles im argen liegt. Im Proletariat, und selbst bei einem Teil unserer Kommunisten, ist noch immer jene auf der untergeordneten Stellung der Frau in der bürgerlichen Gesellschaft beruhende, von der Bourgeoisie bewußt genährte rückständige Auffassung von der Minderwertigkeit der Frau und damit von ihrer geringeren Rolle und Bedeutung als revolutionäre Klassenkämpferin vorhanden.

Es muß der Partei und dem gesamten Proletariat eingehämmert werden: [291] eine erfolgreiche Massenmobilisation gegen den imperialistischen Krieg ist nicht möglich, ohne praktische Mobilisierung der Millionenmassen der Arbeiterinnen.

Der imperialistische Krieg und seine Vorbereitungen umfassen Millionenmassen beiderlei Geschlechts. Man spricht mit Recht davon, daß das Boncoursche Militärdienstgesetz die gesamte Bevölkerung „von der Wiege bis zum Grabe“ mobilisiert. Der General v. Seeckt führte in einer Rede im vorigen Jahre in München aus:

„Das ganze Volk muß zur direkten Beteiligung am Kriege gerüstet sein. Unsere Aufgabe muß sein, die militärische Ausbildung der gesamten Jugend und die Umstellung der gesamten Industrie auf Munitionslieferung im Falle eines Krieges.“

Je umfassender die Mobilisierung der Bevölkerung, je vollkommener die Eingliederung aller Wirtschaftszweige in die Kriegsproduktion, um so aussichtsreicher der Raubkrieg für die imperialistischen Staaten. Dies bedingt die umfassende Mobilisierung besonders der Arbeiterinnen für den Krieg.

Indem sich der Schwerpunkt des kommenden Krieges auf die wichtigsten Industrie- und Verkehrszentren, auf die volkreichen Städte verschiebt, zieht er die gesamte Bevölkerung, auch Kinder, Jugendlichen und Frauen, nicht nur in Mitleidenschaft, sondern fast automatisch auch in die Kriegshandlungen hinein.

Wenn auch Chemie-, Metall- und Bekleidungsindustrie als besonders kriegswichtige Industrien hervorzuheben sind, so wird es doch im Kriege keinen Industriezweig geben, der nicht zur Kriegsindustrie, zur Massenproduktion für den Massenmord umgewandelt wird. Ausschlaggebend für die Kriegsführung werden darum nicht, wie im letzten Kriege, nur die „Soldaten“ sein, sondern das Industrieproletariat, und in diesem spielen eine ungeheuer bedeutungsvolle Rolle die Arbeiterinnen und die Jugendlichen, die zu Millionen und aber Millionen vom Großkapital als billigstes Ausbeutungsobjekt und als willigstes Kriegsinstrument in die Produktion hineingezogen werden.

Je unwissender und indifferenter, je politisch unaufgeklärter und je weniger organisiert in den Klassenkampforganisationen des Proletariats diese Massen von Arbeiterinnen sein werden, um so leichteres Spiel wird die Bourgeoisie bei ihrer Verwendung für den Krieg haben, um so eher wird sie auch heute der Gegenoffensive des Proletariats erfolgreich begegnen können.

Die Bourgeoisie will ihr gefügigstes Werkzeug fest in der Hand behalten, will den unvermeidlichen Radikalisierungsprozeß der Arbeiterinnen zu verhindern versuchen, will der Gefahr des Erwachens der Arbeiterinnen zum Klassenbewußtsein vorbeugen – an Händen und Füßen der erwachenden Proletarierinnen sollen schwere, unzerreißbare Ketten klirren.

Deshalb verstärkte Werbungen der Bourgeoisie um die Arbeiterinnen, deshalb die großen Geldaufwendungen der bürgerlichen Frauenvereine, die unentgeltliche Einrichtung von Kinderkrippen an den Betrieben, die Einstellung von Fabrikpflegerinnen als Betriebsspitzel und Fürsorgerinnen, die massenhafte Einrichtung von Wohlfahrtsstellen usw.

Diese bürgerlichen Frauenorganisationen in Deutschland, voran die christlichen Vereine, und nicht zuletzt auch die Deutsche Turnerschaft, umfassen heute insgesamt etwa 6 Millionen Frauen und Mädchen, von denen eine große Anzahl zum Proletariat zu zählen ist.

Die Millionenaufwendungen des Staates für die Kirche, das geplante Konkordat und das Reichsschulgesetz, die bürgerliche Presse mit Millionen Frauenlesern, alles das dient dazu, die proletarischen Frauenmassen in Fesseln zum schlagen.

Die SPD benutzt selbstverständlich ihren noch starken Einfluß unter den Frauenmassen, um diese vom Klassenkampf abzulenken und sie durch verstärkte pazifistische Illusionen vom ernsthaften Kampf gegen den Krieg abzuhalten. Die SPD steigert ihre Anstrengungen zur Vergrößerung ihres [292] Einflusses auf die Arbeiterinnenmassen – die Frage der verstärkten Arbeit unter den Frauen steht als ein Hauptpunkt auf der Tagesordnung ihres Parteitages.

Die Gewerkschaftsbürokratie macht verzweifelte Anstrengungen, die Arbeiterinnen unter ihrem Einfluß zu halten. Mit Hilfe des Schwindels von der Wirtschaftsdemokratie und durch das Schlichtungssystem wollen die reformistischen Gewerkschaftsführer die Arbeiterinnen völlig der Ausbeutung durch die Unternehmer ausliefern.

Die Erziehung mit Beeinflussung der Frauenmassen dient nicht nur ihrer Ablenkung vom Klassenkampf, sondern ganz positiv der planmäßigen Vorbereitung und Befähigung der Frauen für den Kriegsdienst. Die Bourgeoisie stellt die Aufgabe der Wehrhaftmachung der Frauen und fördert sie bewußt durch körperliche Ertüchtigung der Frauen in den bürgerlichen Sportverbänden, durch Einführung des Werksports für die Arbeiterinnen, durch Abhaltung von Kursen für Mütter und Hausfrauen durch die deutsche Hochschule für Leibesübungen. Einen Schritt weiter gehen jene

faschistischen Frauenverbände, die mit Schieß- und Geländeübungen sich direkt für den Kriegsdienst und für den Bürgerkrieg vorbereiten.

Hand in Hand mit der praktischen technischen Vorbereitung geht die ideologische Erziehung zur Wehrhaftigkeit, von der der Demokrat Hellpach in der „Frankfurter Zeitung“, Nr. 239, schreibt, ihre Krönung sei, „daß der einzelne sittlich bereit sein müsse, fürs Ganze, also namentlich für seinen Staat, sich, d. h. auch sein physisches Leben hinzugeben.“

So bereitet die Bourgeoisie planmäßig ihren Raubkrieg vor.

II.

Der Kapitalismus schafft selbst die Vorbedingungen für seinen Sturz, er schaufelt sich selbst das Grab. Der ungeheuerliche Druck des Kapitals auf die Arbeiterinnen erzeugt den Gegendruck. Die Proletarierinnen, in den Produktionsprozeß hineingezogen, der ungeheuerlichen Ausbeutung preisgegeben durch das wahnwitzige Antreibersystem zur Steigerung ihrer Arbeitsintensität aufs äußerste gereizt und erbittert, werden rasch radikalisiert. Die Arbeiterin, herausgerissen aus der Enge des Haushalts, hineingestellt in den Großbetrieb Seite an Seite mit den Arbeitskollegen, wird im täglichen Kleinkrieg im Betrieb, in den sich zuspitzenden und verbreiternden Kämpfen um Lohn und Brot rascher und immer rascher zur Klassenkämpferin herangeschult.

Die wachsende Notlage der Proletarierfamilien treibt auch die proletarischen Hausfrauen an die Front des Klassenkampfes.

Der fortgeschrittenste Teil des Proletariats beginnt bereits zu begreifen, daß ohne die Arbeiterinnen an der Maschine und auch ohne die proletarischen Hausfrauen der revolutionäre Klassenkampf nicht siegreich geführt werden kann.

Vor der Partei steht die historische Aufgabe, den Radikalisierungsprozeß der Arbeiterinnen zu beschleunigen, sie auf den Weg des zielbewußten revolutionären Klassenkampfes zum führen, ihnen den Weg des Sturzes des Kapitalismus und der Errichtung der Diktatur des Proletariats als den einzigen Weg zu ihrer Befreiung und Gleichberechtigung zu zeigen. Die Partei muß die große Masse der Arbeiterinnen und proletarischen Frauen praktisch für den Kampf gegen die drohende Kriegsgefahr und für den Schutz der Sowjetunion mobilisieren, sie in die Wirtschaftskämpfe und alle politischen Tageskämpfe einbeziehen.

Die Generallinie der Partei in ihrer Arbeit unter den Frauen muß sein: Eroberung der Großbetriebe mit vorwiegend weiblicher Belegschaft, Entwicklung der eigenen Initiative und Aktivität der Arbeiterinnenmassen, Weckung ihrer unerschöpflichen revolutionären Kräfte, Dienstbarmachung dieser Kräfte für den revolutionären Klassenkampf. Der Verrat der Gewerkschaftsbürokratie an den Arbeiterinneninteressen muß aufs [293] schärfste gebrandmarkt werden. Die Opposition muß vorbildlich für die Arbeiterinnen eintreten.

Die neue Wendung in der Taktik der Partei auf die Gewinnung der Unorganisierten bedeutet zugleich eine entschiedene Wendung der Partei auf die Mobilisierung und Organisierung der unorganisierten Betriebsarbeiterinnen, wie sie am erfolgreichsten zum Ausdruck kam bei den Betriebsrätewahlen und bei den Wirtschaftskämpfen der letzten Monate. Zum ersten Male beteiligten sich Hunderttausende von Arbeiterinnen an den Wahlen, denen sie als Unorganisierte bisher völlig passiv ferngestanden hatten. Unorganisierte Arbeiterinnen, die das Vertrauen ihrer Belegschaft genossen, wurden zu Betriebsräten gewählt. Arbeiterinnen und proletarische Hausfrauen wurden für die Wirtschaftskämpfe mobilisiert, in die Streikleitungen gewählt. Seite an Seite mit den Arbeitskollegen standen die Arbeiterinnen Streikposten vor den Fabriktoren, mobilisierten sie breitere Frauenschichten für den Kampf um Lohn und Brot unter der Führung der Partei.

Tiefer hinein in die Frauenbetriebe griff der Arm der Partei, als sie die Frauendelegiertenversammlungen planmäßig unterstützte, als sie die Organisierung von sieben außerparteilichen Konferenzen werktätiger Frauen förderte. Die parteilosen Delegierten der Betriebe arbeiteten auf den Konferenzen aktiv mit an der Schaffung eines Kampfprogrammes und trugen die revolutionären Kampfesparolen und Beschlüsse der Konferenzen in ihre Betriebe.

Der Parteitag stellt die Gesamtpartei vor die dringende Aufgabe, die erfolgreich begonnene Massenmobilisation der Arbeiterinnen und werktätiger Frauen viel tatkräftiger, viel umfassender als eine Arbeit der gesamten Parteiorganisation durchzuführen. Zur Verbreiterung des organisierten Einflusses der Partei in den Betrieben sollen die Delegiertenversammlungen fortgesetzt und ausgebaut, sollen Konferenzen der Arbeiterinnen auf breiterer Basis in allen Bezirken durchgeführt werden. Vor allem muß jetzt eine scharfe Wendung auf Arbeiterinnenbelegschaftsversammlungen in Betrieben und Industrien mit vorwiegender Frauenarbeit, Arbeiterinnenbetriebsdelegationen und Betriebs- und Industriekonferenzen der Arbeiterinnen erfolgen.

Zur praktischen Massenmobilisation der werktätigen Frauen gegen den imperialistischen Krieg werden in allen Bezirken zum 4. August Antikriegskonferenzen der werktätigen Frauen stattfinden. Sie werden die Basis bilden für einen Anfang Oktober stattfindenden Reichskongreß werktätiger Frauen, der in einem Kampfprogramm die Forderungen des weiblichen Proletariats zusammenfaßt, die Losungen für die vor dem Proletariat stehenden großen revolutionären Kämpfe ausgibt.

Zur Mobilisierung der proletarischen Hausfrauen ist ebenfalls die Hauptparole die Beteiligung am Kampfe ihrer Männer um Lohn und Brot. Alle Fragen der sozialen Fürsorge, die von besonderem Interesse gerade für die Frauen sind, alle Kämpfe um sozialpolitische Forderungen sind in Verbindung zu bringen mit dem Kampfe um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitszeitbedingungen. Die Partei wird alle Versuche rechter und versöhnlerischer Elemente, an Stelle der wichtigsten Arbeit unter den Betriebsarbeiterinnen erneut die Arbeit unter den Hausfrauen in den Vordergrund zu rücken und sie mit sozialpolitischen und kulturellen Aufgaben, losgelöst von den Hauptaufgaben, zu beschäftigen, entschieden zurückweisen.

III.

Zur Massenarbeit gehört die verstärkte Arbeit in den sympathisierenden Organisationen, die Förderung des Roten Frauen- und Mädchenbundes, eine zielklare Fraktionsarbeit zur stärkeren Konzentration des RFMB auf seine Hauptaufgabe, den Kampf gegen des imperialistischen Krieg, eine stärkere Propagierung der Erziehung der proletarischen Frauenmassen zur proletarischen Wehrhaftigkeit, sowohl ideologische wie praktische Erziehung durchs körperliche Ertüchtigung [294] der Frauen im vollen Bewußtsein der Notwendigkeit, den Körper für die großen Aufgaben des revolutionären Kampfes zu stählen. Bei der Durchführung dieser Aufgabe gilt es, rückständige, kleinbürgerliche Auffassungen über die mindere Rolle der Frauen in der Revolution zu überwinden, politische Abweichungen in der Organisation selbst auszumerzen, die darauf hinauslaufen, das revolutionäre Gesicht des RFMB zu verstecken, in der gefährlichen Illusion, mit einem „neutralen Gesicht“ größere Frauenmassen anlocken zu können.

Durch praktische Mobilisierung der Mitglieder des RFMB für die politischen Tageskämpfe und durch fortgesetzte grundsätzliche Schulung muß die Aktivität, die Schlagkraft und die politische Klarheit des RFMB wesentlich gesteigert werden.

Die ernste Wendung der Kommunistisches Partei auf die Gewinnung der Millionenmassen der Arbeiterinnen in den Betrieben hat begonnen. Der 12. Parteitag in Dresden wird den weiteren Weg weisen zur erfolgreichen Massenmobilisation der Arbeiterinnen. Das letzte Mitglied der Partei muß die Bedeutung dieser Aufgabe begreifen und sie aktiv durchführen helfen. Die zunehmende Radikalisierung der Arbeiterinnenmassen signalisiert den weitgehenden Radikalisierungsprozeß im gesamten Proletariat, kündigt neue, große Kämpfe des Proletariats an, die die Partei erfolgreich führen wird.

*

## Der Kampf um die arbeitende Jugend und der Kommunistische Jugendverband

Von Kurt Müller

Die Verschärfung des Klassenkampfes, die Einbeziehung neuer Schichten des Proletariats – zu denen besonders auch das Jungproletariat gehört – in die revolutionäre Klassenfront, der Vormarsch der revolutionären Arbeiterkolonnen und ihre Erfolge im Kampf gegen den Reformismus führen zu einer Verschärfung des Kampfes um die arbeitende Jugend zwischen der revolutionären Vorhut des

Proletariats auf der einen Seite und der Bourgeoisie und ihren sozialdemokratischen Agenten auf der anderen Seite. Die Bourgeoisie und Sozialdemokratie erkennen sehr genau, daß die junge Arbeiterschaft, deren Rolle sich in der Produktion und Gesellschaft erhöht hat, ein wesentlicher Bestandteil der revolutionären Klassenfront ist. Sie sehen sehr deutlich, daß das Jungproletariat im Prozeß der Radikalisierung und Aktivisierung der Arbeiterschaft und des wachsenden Aufstiegs der revolutionären Kräfte in seinem evolutionären Elan mit voranmarschiert. Ihre Politik erfordert aber die Ausnutzung der Jugend zur Vorbereitung und Durchführung des imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion sowie den Mißbrauch der Jugend in den wirtschaftlichen und politischen Kämpfen gegen die Arbeiterschaft.

Offen verrät diesen Zweck des Kampfes um die Jugend die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“, eines der führenden Organe der deutschen Trustbourgeoisie. In einer „Würdigung“ des gewaltigen Kampfaufmarsches des deutschen Jungproletariats zum 4. Reichsjugendtag des KJVD in Düsseldorf schreibt dieses Blatt:

„Da hat also Herr Grzesinski die Quittung über seinen Erlaß und seine Warnung ... Hier haben wir also ein sehr ernstem Problem vor uns, ja wir stehen nicht an zu sagen: Das ernsteste Problem Deutschlands. Hier ist eine Partei, die an Anhängerschaft und Erfolg fast Tag für Tag zunimmt, eine Partei, die sich bewußt und stolz außerhalb des Vaterlandes, außerhalb der Mitwirkung an seinen Belangen und an dem Wiederaufbau stellt, eine Partei, die sich bewußt und stolz als Dienerin, als Werkzeug einer auswärtigen Macht bezeichnet, und deren Ziel der Umsturz der Staatsordnung zugunsten dieser auswärtigen Macht ist ... Der deutsche Staat ist durch Moskau in eine Verteidigungsstellung zur Ab-[295]wehr dieser ihm drohenden furchtbaren Gefahr hineinmanövriert worden. Dieses Problem muß er anpacken und lösen ... Wäre es nicht bald Zeit, daß die Regierungen in Deutschland und daß alle Parteien sich endlich einmal ernstlich, sehr ernstlich mit diesen Problem befaßten?“

Das ist die Sprache, die mit aller Entschiedenheit den Krieg gegen die Sowjetunion fordert, mit aller Deutlichkeit ausspricht, daß die sozialfaschistischen Polizeimaßnahmen der Grzesinski und Zörgiebel Kriegsvorbereitungen dienen, und daß die arbeitende Jugend für diese Kriegsfront mit allen Mittel gewonnen werden muß.

So läßt es die Herren des Trustkapitals nicht ruhen, daß die arbeitende Jugend nicht ihnen willfährig zur Verfügung steht, sondern in steigenden Maße sich um die „Partei, die an Anhängerschaft und Erfolg fast Tag für Tag zunimmt“, sammelt. Das ist vom Gesichtspunkt der Bourgeoisie und ihrer Kriegsvorbereitungen das „schlimmste Verbrechen“ Es heißt in diesen Blatt:

„Das ist das schlimmste Verbrechen, das durch diese Partei an den Kindern, an der Jugendseele begangen wird. Mit einer Roheit sondergleichen wird in ihnen alles vernichtet und mit Füßen getreten, was von Natur aus dem Kinde, der Jugendseele heilig ist ... haben die für Deutschland und die deutsche Volksseele Verantwortlichen einmal ernstlich darüber nachgedacht, was das für ein Nachwuchs werden wird?“

Hinter diesem heuchlerischen Geschrei über „Verbrechen an den Kindern“ und „an der Jugendseele“ steckt nur eine Sorge der Bourgeoisie, „was das für ein Nachwuchs werden wird“, der sich nicht zum Kriege gegen die Sowjetunion mißbrauchen läßt, sondern mit revolutionären Mitteln das Arbeitervaterland verteidigen wird.

Steht die Jugend auf der Seite des revolutionären Proletariats, so nennen das die Bourgeoisie und ihre sozialdemokratischen Helfershelfer „Verbrechen an Kindern und Jugendseele“. Dagegen die Verwendung der Jugend als Kanonenfutter zum Krieg gegen die Sowjetunion, die geistige Verdummung der Jugend, die Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen vom frühesten Kindesalter an, zehn bis zwölf Stunden täglich bis zum Zusammenbrechen, ist ihre „Jugenderziehung“ – die kapitalistische Erziehung der Jugend.

Den Kampf um die Jugend führen Bourgeoisie und Sozialdemokratie einerseits mit faschistischen und sozialfaschistischen Maßnahmen der Unterdrückung und des Verbots der revolutionären Jugendorganisationen, andererseits durch verstärkten ideologischen Angriff auf die Jugend. Beide Maßnahmen sind eng miteinander verbunden.

Solche faschistischen Maßnahmen des Kampfes gegen die revolutionären Jugendorganisationen zu ihrer Unterdrückung sind die im Auftrage der Bourgeoisie eingeleiteten sozialfaschistischen Verbotsmaßnahmen gegen den KJV und Junkspartakusbund. Die Beschlüsse des V. KJI-Kongresses wurden verboten, weil sie zur Verstärkung der antimilitaristischen Arbeit, zur verstärkten Arbeit in Betrieb und Gewerkschaften und zur Verschärfung des Kampfes gegen die reformistische Gewerkschaftsbürokratie auffordern. Schon vor dem Erlaß der „letzten Warnung“ Grzesinskis wurden die Unterdrückungsmaßnahmen gegen den Kommunistischen Jugendverband verstärkt angewandt. Es seien nur genannt die Maßnahmen der Unterdrückung des KJVD und JSB in Bayern, Württemberg und Thüringen. In den Berufsschulen wird den revolutionären Jungarbeitern das Tragen ihrer revolutionären Abzeichen und die Propagandaarbeit für ihre revolutionäre Idee untersagt. Zur Isolierung der revolutionären Jungarbeiter in den Berufsschulen von der Messe der Berufsschüler sollen Zuchthausklassen geschaffen werden unter dem Namen „Sonderklassen für schwer Erziehbare“. Die Trustbourgeoisie fordert in dem genannten Artikel der „Bergwerks-Zeitung“ die Schaffung eines Notgesetzes, „durch das das Mitschleppen von Kindern unter 16 Jahren“ bei Demonstrationen „unmöglich gemacht“ werden soll. Zur Zurückdrängung, Eindämmung und Zerschlagung des kommunistischen Einflusses unter der Jungarbeiterschaft liegen in den Parlamenten eine Reihe von Jugendgesetzentwürfen vor.

[296] In der Linie der Verstärkung des ideologischen Angriffs auf die Arbeiterjugend erfährt das ganze System der bürgerlichen und sozialdemokratischen Jugendorganisationen zum Teil eine Umgruppierung, zum Teil eine Vereinheitlichung. Es sind ernsthafte Schritte zur engeren Verbindung zwischen staatlicher Jugendpflege und den bürgerlich-sozialdemokratischen Jugendorganisationen, die von den Deutschnationalen bis zur SAJ und den Gewerkschaftsjugendsektionen im „Reichsausschuß deutscher Jugendverbände“ zusammengeschlossen sind, im Gange. Die Sozialdemokratie arbeitet in dieser Linie an der „Vereinheitlichung der sozialistischen Jugendarbeit“, d. h. sie ist bestrebt, alle die Massenorganisationen wie die gewerkschaftlichen Jugendsektionen und Sportorganisationen, die zum Teil mit Diktatur-, Ausschluß- und Spaltungsmaßnahmen gegen den Willen der Mitglieder unter sozialdemokratischer Leitung gehalten werden, voll und ganz der Politik der Sozialdemokratie nutzbar zu machen.

Angesichts der im Zeichen der Verschärfung der Klassengegensätze stehenden Krise des bürgerlichen Parlamentarismus und des bürgerlichen Parteiensystems werben die bürgerlichen Parteien um die „junge Frontgeneration“. Der Jungdeutsche Orden, der im wesentlichen mit den Zielen Stresemanns konform geht, entwickelt ein neues Programm einer „volksnationalen Aktion“, die den Zweck hat, die jüngeren Schichten zu neuen faschistischen Parteigruppierungen zusammenzufassen. Aus dem Programm dieser „volksnationalen Aktion“, das bereits zum Teil von Mussolini praktiziert ist, sind solche Forderungen wie: Fachkammern neben dem Parlament, Wahlrechtsänderung, Stabilisierung der Regierung gegenüber dem Parlament, Stärkung der Position des Reichswirtschaftsrates zu nennen. Hinter dieser „volksnationalen Aktion“ stehen bereits 300 Industrielle, die materiell diese Aktion unterstützen.

Die Zentrumspartei, die sich neuerdings viel stärker um die Jugend bemüht und einen „Reichsjugendausschuß der deutschen Zentrumspartei“ geschaffen hat, geht mit ihrer von der letzten Vorstandssitzung dieser Partei geforderten Wahlrechtsreform mit den Forderungen des Jungdo konform.

Auf dem Gebiete der Militarisierung und Faschisierung der Jugend arbeiten nicht nur alle offen militärischen Jugendorganisationen der Bourgeoisie und Sozialdemokratie in verstärktem Maße, sondern gehen auch solche Organisationen wie die christlichen zur Schaffung von Schutz-Sportabteilungen über. Auch die neuen Jugendgesetzentwürfe liegen in dieser Linie der Militarisierung der Jugend. So ist es nicht verwunderlich, wenn gerade jetzt der Ruf nach einer Arbeitsdienstpflicht im Preußischen Landtag wie im Reichstag und in den Zeitungen der Trustbourgeoisie wieder laut wird. Im Reichstag liegt der Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes vor, das nicht nur den Lehrling, sondern auch den jugendlichen ungelernten Arbeiter „zu Gehorsam und Treue, zu Fleiß und anständigen Betragen“ dem Unternehmertum gegenüber verpflichtet. Den Unternehmern wird die Pflicht auferlegt, alle im Betrieb beschäftigten Jugendlichen unter 18 Jahren „zu denjenigen Eigenschaften des

Geistes und Charakters, ohne die eine für den einzelnen und die Gesamtheit erforderliche Berufsausbildung sieht möglich ist“, zu erziehen. Hier wird mit aller Deutlichkeit gefordert, daß alle Jungarbeiter fortan nach den Plänen des Trustkapitals und den Aufgaben seiner Kriegsvorbereitungen entsprechend von Unternehmertum im Betrieb beeinflußt unterzogen werden sollen. Das ist eine Ergänzung zu den Methoden der „Dinta“ und des Werksportvereins.

Die Führer der SAJ und Jugendführer der Gewerkschaften arbeiten bei allen Maßnahmen des ideologischen Angriffes auf die Jugend sowohl wie zur sozialfaschistischen Unterdrückung der revolutionären Jugendorganisationen mit den bürgerlich-faschistischen Jugendorganisationen klassenversöhnlerisch Hand in Hand. Das zeigte sich sehr deutlich schon in der Zusammenarbeit im „Reichsausschuß deutscher Jugendverbände“.

[297] In den sozialdemokratischen Jugendorganisationen selbst muß diese mit den anderen bürgerlichen Jugendführern verbundene Jugendbürokratie der Sozialdemokratie den Kampf gegen die wachsende Radikalisierung in der eigenen Organisation führen. Die proletarischen Jugendlichen, die heute noch Mitglieder der SAJ sind, beginnen bereits gegen die imperialistische Kriegs- und Wehrpolitik der Sozialdemokratie zu rebellieren. Eine proletarische Front gegen die Front der sozialimperialistischen, kriegsvorbereitenden Sozialdemokratie ist auch in der SAJ im Entstehen begriffen. Dagegen können auch die Phrasen der „Linken“ unter der proletarischen Mitgliedschaft der SAJ sehr wenig ausrichten. Die letzte Reichsausschußsitzung der SAJ hofft, mit einer „Beschränkung der politischen Tätigkeit der Jugendorganisationen aus wichtigen pädagogischen (?!) Erwägungen“, d. h. mit einem Diskussionsverbot über die Frage der Kriegs- und Wehrpolitik, die wachsende Rebellion der proletarischen Mitglieder der SAJ gegen den Sozialimperialismus einzudämmen. Aber weder mit dieser „Beschränkung der politischen Tätigkeit“, noch mit dem Aufstellen von Scheinforderungen für die Jugend wird es den Agenten des Imperialismus gelingen, die proletarischen Mitglieder der SAJ vom Kampfe fernzuhalten.

Weder die Bourgeoisie noch die Sozialdemokratie kann die arbeitende Jugend gewinnen, wenn der KJVD seine Aufgaben der Mobilisierung sind Führung der Jungarbeitermassen erfüllt.

*

Angesichts dieser Verschärfung des Kampfes um die Jugend, der Zuspitzung des Klassenkampfes, der wachsenden Radikalisierung und Aktivisierung der arbeitenden Jugend ist die Frage von größter Bedeutung: Wie reagiert der KJVD auf diese Ereignisse; hat er die Aufgaben, die ihm die Situation stellt und die der VI. Weltkongreß der KI und der V. KJI-Kongreß zur Eroberung und Führung der werktätigen Jugend in seinen Beschlüssen festlegte, erfüllt?

Bei der Untersuchung dieser Frage muß die rücksichtsloseste Selbstkritik an unserer gesamten Tätigkeit, unserer Arbeit auf alles Gebieten, an den Methoden und dem System der Arbeit geübt werden. Gerade jetzt, in der Zeit der ansteigenden revolutionären Welle, in der der Kampfwille der Jungarbeiterschaft rapide wächst, besteht die große Gefahr, daß der Jugendverband seine Aufgaben der Führung und Organisierung der kampfgewillten Jungarbeitermassen nicht richtig erfüllt und in seiner praktischen Tätigkeit hinter den vorwärts drängenden Jungarbeitermassen nachhinkt.

In der grundsätzlichen Zustimmung zu den Beschlüssen des VI. KI- und des V. KJI-Kongresses ist im gesamten Jugendverband eine vollständige Einheitlichkeit festzustellen. Die Abweichungen und Schwankungen, die im Büro des ZK des KJVD anläßlich des Vorstoßes der rechten Liquidatoren und Versöhnler gegen die Partei im September/Oktober 1928 und auch noch nach dem EKKI-Beschluß vom 6. Oktober vorhanden waren, wurden durch das Eingreifen der Mitgliedschaft und des EK der KJI entschieden verurteilt und liquidiert. Die rechten und versöhnlerischen Gruppierungen wurden auf allen Bezirkskonferenzen des Verbandes vernichtend geschlagen. In wichtigen Bezirken wie Westsachsen und Halle-Merseburg war der KJV eine zuverlässige Stütze der Parteimehrheit im Kampfe gegen alle liquidatorischen Gruppierungen.

Obwohl im KJVD eine grundsätzliche Zustimmung zu den Beschlüssen der Weltkongresse festgestellt werden kann, zeigten sich aber bei der praktischen Durchführung der Beschlüsse, bei der Anwendung der neuen offensiven Strategie durch den Verband noch Abweichungen, starke Mängel, Schwächen und Unzulänglichkeiten, die bei der Eroberung der Jungarbeitermassen stark hemmend und hindernd wirken.

[298] So mußte der 17. Berliner Bezirksparteitag in seiner politischen Resolution politische Fehler und Abweichungen in der Spitze der Berliner BL des KJVD trotz formeller Zustimmung zu den Beschlüssen der Weltkongresse feststellen. Solche Fehler und Abweichungen äußerten sich in Bedenken gegen die neue Gewerkschaftstaktik der Partei, falsche, pessimistische Einschätzung der Situation, ungenügendes Reagieren auf politische Ereignisse. Diese aufs schärfste zu verurteilenden Fehler und Abweichungen in der Spitze der BL des KJVD Berlin wurden vom Büro des ZK des KJVD schwach, unzulänglich und sehr verspätet bekämpft und sind vom ZK des KJV schriftlich erstmalig in dem Jugendresolutionsentwurf zum Reichsparteitag festgestellt und verurteilt worden.

Im Ruhrgebiet gab es während des Ruhrkampfes und bei der Organisierung des Jungarbeiterkongresses eine Reihe von Genossen, die wohl den Beschlüssen zustimmten, aber durch eine falsche, pessimistische Einschätzung der Lage, Unterschätzung der Kraft des Jugendverbandes, teilweise Ablehnung der offensiven Taktik Pessimismus und Passivität in einigen Gruppen erzeugten und teilweise die Arbeit lahmlegten. Diese Abweichungen wurden im Ruhrgebiet von der Bezirkskonferenz selbst festgestellt, aufs schärfste in der politischen Resolution verurteilt, und ihre Korrektur wurde eingeleitet.

Aber auch in der täglichen praktischen Arbeit zeigen sich im Jugendverband noch starke Momente des Zurückweichens vor der Anwendung der verschärften Kampftaktik. Das findet seinen Ausdruck darin, daß der Verband nicht an der Spitze aller Bewegungen der aktiver werdenden Jungarbeiterschaft steht. So kommen heute noch zahlreiche Kampfaktionen der Jugend spontan, ohne Führung des KJV zustande. Als Beispiel sind die spontanen Jugendstreiks und die spontanen Erwerbslosendemonstrationen unter Führung jugendlicher Arbeiter oder das Eintreten der Jungarbeiterschaft in die Wirtschaftskämpfe vor der erwachsenen Arbeiterschaft, wie es z. B. beim Hamburger Werftarbeiterstreik in einem Fall geschah, zu nennen.

Breite Funktionärkaders des Verbandes bleiben noch weit hinter der Entwicklung der vorwärtsdrängenden Jungarbeitermassen zurück. Vor allem in den Wirtschaftskämpfen, bei der Jugendarbeit zu den Betriebsrätewahlen und der Organisierung einer Bewegung der Jugendbetriebsvertrauensleute in den Betrieben und der Schülerrätebewegung in den Berufsschulen zeigt sich noch starkes Zurückweichen vor der praktischen Anwendung der verschärften Kampftaktik. Solche Erscheinungen sind: der Verzicht auf die Schaffung von Jugendkampfleitungen in den Wirtschaftskämpfen, wie es z. B. in der Thüringer Textilarbeiterbewegung in Gera erfolgte; die Ablehnung oder ungenügende Veranstaltung von Jugendbelegschaftsversammlungen in den verschiedenen Kämpfen. So war während des Hamburger Werftarbeiterkampfes die gesamte untere Organisation vollständig passiv und wurden Jugendbelegschaftsversammlungen während des Kampfes nicht veranstaltet. Im Ruhrkampf stieß man auf starke Ablehnung des Vorschlags zur Organisierung einer Jugendbelegschaftsversammlung in einem der größten Betriebe (Krupp). In allen Wirtschaftskämpfen wurde die Einheitsfronttaktik von unten gegenüber den sozialdemokratischen und christlichen Jungarbeitern sehr ungenügend angewandt. Die Verschärfung des Kampfes gegen die reformistische Jugendbürokratie in den Gewerkschaften wird überall noch stark vernachlässigt. Auf die gesetzgeberischen Maßnahmen und Angriffe der Bourgeoisie und des Sozialfaschismus auf die Jugend reagiert der Verband noch ungenügend.

Auf dem Gebiet der Parlamentsarbeit zur Mobilisierung und Gewinnung der Jugend leistet auch die Partei noch eine äußerst ungenügende und unsystematische Arbeit für die Jugend – ganz abgesehen davon, daß hier solche schwerwiegenden politischen Fehler vorkamen wie z. B. die Zustimmung zu einen Berufsschulgesetz der Bourgeoisie und Sozialdemokratie in Braunschweig.

Die Beseitigung aller dieser Schwierigkeiten, Schwächen, Fehler und Unzulänglichkeiten kann nur erfolgen im schärfsten Kampf gegen alle Träger pessimistischer Anschauungen, gegen alle rückständigen

Elemente, gegen die [299] noch vorhandenen sozialdemokratischen Ueberreste im Jugendverband. Das kann nur geschehen, wenn der Jugendverband versteht, Selbstkritik und selbstkritische Kontrolle der Durchführung seiner Beschlüsse und des Reagierens auf alle Ereignisse von oben nach unten und umgekehrt anzuwenden. Auch im System der Arbeit des Jugendverbandes muß eine ernsthafte Wendung entsprechend der verschärften Kampfsituation erfolgen. Hierbei ist besonders auch eine Systematisierung der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit in der Linie des offensiven Auftretens gegen die Jugendbürokratie in den Gewerkschaften notwendig. Im Prozeß der Fortführung der von V. KJI-Kongreß beschlossenen Wendung zur Massenarbeit muß der Verband dazu übergehen, sich einen neuen Funktionärkader für die Massenarbeit zu schaffen. An die Stelle der rückständigen, oftmals mit sozialdemokratischen Traditionen der Wohnbezirksorganisation behafteten Genossen müssen die Elemente treten, die sich in der praktischen Massenarbeit, in den Wirtschaftskämpfen, bei der Schaffung der Jugendbetriebsvertrauensleutebewegung als gute Massenarbeiter zeigten, die in der Praxis das Wesen der offensiven Strategie erfaßt laben und somit die fortgeschrittensten und besten Funktionäre des Verbandes sind. Nur wenn der KJV unter Führung der KPD versteht, die Verluste, die er in der Führung der Massen der Jungarbeiter erlitten hat, schnellstens zu beseitigen, nur wenn der KJVD versteht, den gesamten Verband, jeden einzelnen Funktionär und jedes einzelne Mitglied, das ganze System seiner Arbeit auf die Sammlung, Erfassung und Führung der Massen der sich radikalisierenden und aktivisierenden Jungarbeiter einzustellen, nur dann wird er die Jungarbeiterbataillone in den Kampf gegen Bourgeoisie sind Sozialdemokratie führen können.

*

## Partei und Roter Frontkämpferbund

Von Willy Leow.

Der sozialfaschistische Polizeipräsident Berlins, Zörgiebel, kündigte den Vertretern der Partei und des RFB, die Anfang Dezember vorigen Jahres mit ihm über die Aufhebung des Demonstrationsverbotes verhandelten, das Verbot des Roten Frontkämpferbundes mit folgender Bemerkung an:

„Wenn der RFB, der jeden Tag demonstriert, die Straßen unsicher macht und den ganzen Polizeiapparat zum Schutz der Passanten in Atem hält, mit dem Demonstration-Unwesen nicht abbaut, wenn die Provokationen und Belästigungen politisch Andersdenkender durch den Roten Frontkämpferbund fortgesetzt werden, dann wird der Rote Frontkämpferbund hochfliegen und die Kommunistische Partei wird durch das Verbot des RFB ihrer stärksten Kampftruppe beraubt sein. Durch Auflösung des RFB wird ihr das Rückgrat gebrochen werden.“

Besser als dieser sozialfaschistische Lakai der deutschen Trustbourgeoisie in seinem fanatischen Haß gegen die rote Wehrorganisation und die revolutionäre Arbeiterbewegung die Rolle und die Bedeutung des RFB für die Partei bei dieser Verhandlung zum Ausdruck brachte, kann das Verhältnis des RFB zur Partei nicht gekennzeichnet werden. Der 12. Parteitag, der im Zeichen des siegreichen Vormarsches des Kommunismus und der Eroberung breiter Arbeitermassen für die Partei, aber auch im Zeichen eines konzentrierten Angriffes aller Feinde der proletarischen Revolution auf die Partei und seine leninistische Führung steht, muß gerade in Berücksichtigung dieser Tatsachen mehr als die früheren Parteitage zur Frage der außerparteilichen Massenorganisationen Stellung nehmen. Auf den letzten Tagungen der Kommunistischen Internationale wurde wiederholt auf die revolutionäre Tätigkeit des RFB im Kampf gegen imperialistischen Krieg und Faschismus hingewiesen und zur Bildung roter Wehrorganisationen in allen kapitalistischen Ländern aufgefordert.

Der Rote Frontkämpferbund, der heute die stärkste, disziplinierteste sind [300] geschlossenste Massenorganisation neben und für die Partei ist, hat schon in einer Anzahl kapitalistischer Länder Bruderorganisationen, die in ihrem organisatorischen Aufbau nach dem Vorbild des RFB geschaffen wurden und die mit den gleichen politischen Losungen: Kampf dem imperialistischen Kriege und Faschismus, Verteidigung der Sowjetunion, an den Ausbau der roten Klassenfront herangehen.

Wie in Deutschland, so zeigt die Entwicklung und die Tätigkeit dieser Organisationen auch in den anderen Ländern, besonders augenfällig in Oesterreich, daß mit der Entwicklung der revolutionären Arbeit derartige Wehrorganisationen in noch viel schnellerem Tempo wachsen als die kommunistischen

Parteien. Daß die Partei gegenüber dem RFB in allen Fragen die führende Rolle hat, ist unbestritten. In der Parteimitgliedschaft muß jedoch über die Notwendigkeit und Bedeutung des RFB für die Partei ebenso absolute Klarheit bestehen. wie die Mitglieder des RFB und der Roten Jungfront die führende Rolle der Partei anerkennen müssen.

Der RFB ist weder Partei noch Gewerkschaft. Er hat nicht die Aufgaben, die Partei und Gewerkschaften im politischen und wirtschaftlichen Kampf zu erfüllen haben.

Der RFB als Rote Wehrorganisation des klassenbewußten Proletariats steht an einem besonderen Frontabschnitt des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit und hat an diesem Frontabschnitt spezielle Aufgaben zu erfüllen, die er mit seinen besonderen Methoden und Mitteln durchführen muß. Die Aufgaben des RFB: Kampf gegen imperialistischen Krieg und Faschismus und Verteidigung der Sowjetunion, sind auch Aufgaben der Partei; aber dadurch, daß der RFB seine gesamte organisatorische und politische Arbeit besonders auf diese Aufgaben konzentriert, die Mitglieder des Bundes auch einheitlich uniformiert, tritt der Charakter des RFB als Wehrorganisation sowohl in der politischen Tätigkeit wie in seinem einheitlichen Auftreten nach außen besonders in Erscheinung. Die einheitlichen uniformierten Abteilungen des RFB, die disziplinierten und kraftvollen Demonstrationen des Bundes, der aktive und unversöhnliche Kampf, den der Rote Frontkämpferbund gegen Faschismus und imperialistischen Krieg führt, hat große Massen in Deutschland mobilisiert und der Partei näher gebracht, an die sie sonst nicht so schnell herangekommen wäre.

Von diesem Gesichtspunkt betrachtet, ist der RFB die Brücke von den sympathisierenden Arbeiterschichten zur Partei, die die proletarischen Schichten erfaßt, die die Partei noch nicht erreichen, noch nicht in Bewegung setzen kann.

Der RFB ist eine wichtige Hilfsorganisation für die Partei. Aber ebensowenig wie die Partei die Hilfe und die Unterstützung des RFB in ihrem Kampf entbehren kann, kann der RFB ohne die Hilfe der Partei und ohne die Führung der Organisation durch die Partei existieren.

Die Entwicklung des RFB seit der Gründung der ersten Ortsgruppe bis zur 1. Reichskonferenz, die ohne Unterstützung der Partei, ja oft im Kampf gegen Parteifunktionäre, die dem RFB ablehnend gegenüberstanden, vor sich ging, beweist diese Feststellung. Die verhängnisvolle unleninistische Einstellung einer großen Anzahl Parteifunktionäre dem RFB gegenüber unter dem Einfluß von Ruth Fischer hat sich katastrophal für den RFB ausgewirkt. Das damalige Zentralkomitee stand in der Zeit, wo die Partei verboten, die Presse unterdrückt war, dem Suchen des deutschen Proletariats nach neuen Organisationsformen ganz verständnislos gegenüber. Bereits vor Gründung des RFB wurden als Vorläufer des Roten Frontkämpferbundes Ortsgruppen des „Roten Stahlhelm“, „Roter Schützen“ usw. gebildet, die bald nach ihrer Geburt zusammenbrachen, weil sie weder politische Aufgaben und Ziele noch eine revolutionäre Führung hatten. Auch nach Gründung der ersten Ortsgruppe des RFB in Halle (der sofort 400 Arbeiter beitraten) und weiterer Ortsgruppen in allen Teilen Deutschlands wurde die Stellung [301] der Partei zum RFB wenig geändert. „Der RFB ist nur eine Konkurrenzorganisation gegen die Partei, die Mitglieder der Partei werden zum RFB abwandern, die Parteigenossen spielen lieber Soldat und flüchten von den Aufgaben des Alltagslebens und den Pflichten des revolutionären Kampfes“ – solche Auffassungen, wie sie früher von Ruth Fischer vertreten wurden, mußten die Entwicklung des RFB zur Massenorganisation hindern. Das äußerte sich darin, daß von den in allen Gauen Deutschlands gegründeten Ortsgruppen des RFB ein großer Teil nach kurzer Zeit wieder zusammenbrach.

Die Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes erkannten selbst, daß ohne zuverlässige revolutionäre, politisch feste Führung die Organisation nicht entwicklungsfähig war und forderten in zahlreichen Briefen an die Führung, daß das Zentralkomitee der Partei Genossen für die Führung des RFB abgeben sollte. Als dann am 8. Februar 1925 die erste Reichskonferenz einstimmig die jetzige Führung wählte, änderte sich mit einem Schlage die Situation für den RFB. Bis zur ersten Reichskonferenz war der RFB den Arbeitermassen Deutschlands nur wenig bekannt und wurde von der Bourgeoisie gar nicht beachtet. Doch bereits 8 Tage nach der ersten Reichskonferenz wurden das Bundesbüro und einzelne Sekretariate in den Gauen durch Besuche der sozialdemokratischen

Polizeiorgane beehrt. Der RFB durchbrach die Isolierung, in der er sich befand. Unter der Führung der Partei, unter revolutionären Parolen bei der Durchführung der politischen Aufgaben wurde der Weg zur Massenorganisation freigemacht.

Die in jedem Jahr stattfindenden Reichstreffen des Bundes, bei denen von Jahr zu Jahr mehr Mitglieder aufmarschierten, die immer größere Schichten Arbeiter erfaßten, waren für Freund und Feind ein Gradmesser für das organisatorische Wachstum und den steigenden politischen Einfluß der roten Wehrorganisation.

In gleichem Maße wie der politische Einfluß des RFB wuchs auch seine innere Festigkeit. Alle Spekulationen und Hoffnungen der Klassenfeinde, den RFB in einen Gegensatz zur Partei zu bringen, alle Verleumdungs- und Diskreditierungsversuche der Bourgeoisie und Reformisten gegen den RFB und seine Führung sind gescheitert. Ebenso sind die Zersetzungsmanöver der „linken“ und rechten Renegaten und Liquidatoren elendiglich zusammengebrochen.

Die Geschichte des RFB von der 1. Reichskonferenz bis zum 12. Parteitag zeigt, daß die Organisation von der Bundesführung bis zur Gruppe eine geschlossene, von einem revolutionären Willen beseelte und um ein revolutionäres Ziel kämpfende Massenorganisation ist. Revolutionärer Tatendrang, unerschütterliches Vertrauen zur Führung, unverbrüchliche Treue zur Partei, zur proletarischen Revolution und zur Sowjetunion sind die Eigenschaften, die den RFB besonders auszeichnen.

Der RFB ist die aktivste, zuverlässigste und revolutionärste Massenorganisation neben der Partei und für die Partei. Der 12. Parteitag muß dazu beitragen, daß das Verhältnis der Partei zum RFB noch fester, die Zusammenarbeit bei der Organisationen noch besser wird.

Der politische Einfluß der Partei ist, wie die Betriebsrätewahlen zeigen, ungeheuer gewachsen. Um so größer ist aber noch das Mißverhältnis zwischen diesem gestiegenen politischen Einfluß und der organisatorischen Stärke der Partei. Dieses Mißverhältnis kann nur durch planmäßige Arbeit der Partei und des RFB beseitigt werden. Unsere Klassenfeinde schätzen die Bedeutung des RFB für die Partei meist besser ein, als leider zum großen Teil die Parteigenossen selbst. Nicht umsonst eröffnete vor einem Jahre der Faschist Keudell die Offensive gegen den RFB, die von den Zörgiebel und Grzesinski in verschärfter Form fortgeführt wurde. Wenn heute Grzesinski seine „letzte Warnung“ gegen die Partei und den RFB losläßt, dann ist der Zweck dieser Drohung klar: Mit dem Verbot der Partei soll die revolutionäre Arbeiterschaft ihres Kopfes, ihrer Führung und mit dem Verbot des RFB der proletarischen Faust beraubt werden.

[302] Die Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges, die Verstärkung der imperialistischen Rüstungen und Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion hat in den Vordergrund der Aufgaben des RFB, den Kampf gegen imperialistischen Krieg gestellt. Der RFB ist von einer mehr antifaschistischen zu einer antiimperialistischen Wehrorganisation des klassenbewußten Proletariats Deutschlands geworden. Dadurch ist der Kampf gegen Faschismus im RFB keineswegs abgeschwächt, sondern im Gegenteil noch mehr verschärft worden. Die Parole des RFB lautet:

Gegen den Reformismus als Wegbereiter des Faschismus, gegen Reformismus und Faschismus als Träger und Einpeitscher des neuen imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion.

Die Partei steht vor ernsten Kämpfen, vor der Durchführung großer und gewaltiger Aufgaben. Die Partei wird in dem Roten Frontkämpferbund auch in der schwierigsten Situation ihren treuesten Bundes- und Kampfgenossen finden, der den entschlossensten Kampf gegen alle Feinde der leninistischen Führung der Partei führen wird. Der RFB hat mit Hilfe der Partei den Schandstreich Keudells zurückgeschlagen. Der RFB hat zu dem Erfolg der Partei am 20. Mai mit beigetragen. Der RFB hat in der Panzerkreuzerkampagne ungehindert durch schwankende Elemente der Partei wichtige Dienste geleistet. Der RFB wird am 1. Mai gemeinsam mit der Partei gegen Grzesinski und Zörgiebel demonstrieren. Der RFB versichert der Partei zu ihrem 12. Parteitag seine unverbrüchliche Treue zur Partei und zur proletarischen Revolution.

In wenigen Wochen findet das V. Reichstreffen des Bundes, das Internationale Treffen der Roten Wehrorganisation, statt. Die Vorbereitungen zum Reichstreffen stehen im Zeichen eines siegreichen Vormarsches der Roten Front (in wenigen Wochen wurden über 5000 neue Mitglieder gewonnen), so daß das V. Reichstreffen der gewaltigste Kampfaufmarsch seit Bestehen des Bundes werden wird. Bis jetzt sind 43 Sonderzüge nach Hamburg festgelegt. Ueber 150 Delegationen aus allen Teilen Deutschlands und aus anderen Ländern sind bereits gemeldet. Der Höhepunkt des internationalen Kampfaufmarsches wird die Uebergabe von 3 Lastautos, das Geschenk des Roten Frontkämpferbundes für den sozialistischen Aufbau des proletarischen Vaterlandes, werden.

Die gesamte Partei und die arbeitenden Massen müssen zur Teilnahme am Reichstreffen mobilisiert werden.

In der neuen aufsteigenden Welle der proletarischen Revolution muß die deutsche Partei das Höchstmaß an Geschlossenheit und Kampfkraft aufbieten und ohne Schwankungen und Hemmungen mit größtem Mut und Siegeszuversicht in die bevorstehenden Kämpfe schreiten. In diesen Kämpfen marschieren die Soldaten des Roten Frontkämpferbundes Schulter an Schulter mit der Partei unter den Fahnen Karl Liebknechts und Lenins. [303]

*

## Wo sie stehen

Der Genosse Ernst Meyer widmet dem Dresdener Parteitag einen Artikel unter der Ueberschrift: „Wo stehen wir?“ Wir brauchen uns mit diesem Artikel nicht ausgiebig zu beschäftigen, da die seitherige Diskussion in der Partei genügenden Beweis dafür geliefert hat, wo Ernst Meyer und seine Freunde stehen. Die Methoden und Praktiken, die auch hier wieder Ernst Meyer anwendet, sind uns nicht unbekannt. Es sind die Methoden und Praktiken des feigen Opportunismus: Zunächst eine Schwenkung der Auflassungen, die sie noch vor wenigen Wochen in Dutzenden von Dokumenten zum Ausdruck gebracht hoben, nachdem die Entwicklung und die Ereignisse in Deutschland ihre Prophezeiungen Lügen gestraft haben, – um nach dieser Wendung die lächerliche Behauptung aufzustellen. daß es die Mehrheit der Partei sei, die sich ihrem Standpunkt genähert habe.

Das Einerseits und Andererseits in der versöhnlerischen Analyse der dritten Periode sind der relativen Stabilisierung haben wir in den einleitenden Artikeln dieses Heftes zum Reichsparteitag schon genügend charakterisiert und die feige opportunistische Haltung der Versöhnler in dieser Frage deutlich genug nachgewiesen, so daß die Wiederholung ihrer Theorie durch Ernst Meyer nur eine glatte Bestätigung unserer Beurteilung bedeutet.

Und ebenso deutlich wurden bereits die emsigen Hilfsdienste dargestellt, die die Versöhnler für die Sozialdemokratie leisten, und bei denen sich auch hier wieder Ernst Meyer betätigt, wenn er das Problem der faschistischen Unterdrückungsmethoden des Reformismus auf seine Weise behandelt. Doch zeigt sich auch hierbei die Wandlung, die in wenigen Wochen bei den Versöhnlern vor sich gegangen ist. Ihre Resolution vom 24./25. Januar, die heute noch als ihre Plattform gilt, enthält, wie alle Genossen wissen, jene bekannte Charakterisierung der gegenwärtigen Lage in Deutschland, – die jetzt Ernst Meyer selbst aufgeben muß; er unternimmt einen mißglückten Versuch, sich den Anschauungen der Parteimehrheit zu nähern. Wiederholen wir nochmals die Charakterisierung, die die Resolution der Versöhnler vom Januar gab:

„Das Charakteristische in der gegenwärtigen Lage besteht darin, daß die Bourgeoisie ihre imperialistische Politik vorderhand weder mit faschistischen, noch mit ‚diktatorischen‘ Methoden, sondern in engster Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie auf dem Boden der kapitalistischen Demokratie durchzusetzen bestrebt ist.“

Wenn man die jetzige Stellungnahme des Genossen Ernst Meyer, wie sie ins nachfolgenden Artikel zum Ausdruck kommt, jener Resolution der Versöhnler gegenübersteht. ist die Wandlung der Versöhnler in diesen wenigen Wochen augenfällig. Und dennoch feiger Opportunismus! Behauptet Ernst Meyer doch, daß nicht er sich gewandelt, sondern die Parteimehrheit sich ihm „angepaßt“ habe!

Ebenso toll sind seine Angriffe auf die Parteimehrheit in bezug auf den Kampf gegen die rechten Liquidatoren. Plötzlich sind Ernst Meyer und seine Getreuen die wahren und entschiedensten

Kämpfer gegen das rechte Liquidatorentum! Aber erinnern wir uns doch an die Resolution der Genossen Ewert, Meyer usw. zur innerparteilichen Lage, abgegeben in der Plenarsitzung des ZK am 13./14. Dezember 1928! In dieser Resolution heißt es:

„Im Augenblick der Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit der Trennung der Partei von einer ganzen Reihe von Genossen, wie Brandler, Thalheimer, Walcher, Fröhlich, Enderle, Schreiner, die zu den Gründern des Spartakusbundes gehören, die am 4. August 1914 bei Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg standen, halten wir es für unsere Pflicht, vor der Partei zu erklären:

Diese Genossen können nicht mit Verrätern à la Levi, Friesland oder Kleinbürgern à la Maslow und Ruth Fischer auf eine Stufe gestellt werden. Wir verbinden unsere Ueberzeugung, daß gegenwärtig der schärfste Kampf gegen sie unerläßlich und im Interesse der Partei und der Revolution ist, mit der Aufforderung an diese Genossen, ihre schweren Fehler einzusehen und unsere Partei nicht zu verlassen."

Dies schrieben Ewert, Ernst Meyer, Schumann, Schröter, Kurt, Dietrich, Karl Becker usw. zu einem Zeitpunkt, wo die rechten Liquidatoren längst offen die Reihen der Partei verlassen hatten, zu einem Zeitpunkt, wo Brandler und seine Getreuen bereits in Offenbach, in Breslau und in anderen Orten eigene Zeitungen herausgaben, wo sie sich schon von der Partei gelöst hatten und in der gesamten Oeffentlichkeit, mit Vorliebe in der sozialdemokratischen Presse, als Renegaten à la Paul Levi aufgetreten waren. Wir erinnern daran, daß bereits Ende September und erst recht im Oktober über das Renegatentum der Brandler und Genossen gar kein Zweifel mehr bestehen konnte, da sie bereits in Flugschriften, Flugblättern und durch Massenverbreitung von Pamphleten sich als Parteifeinde erwiesen. Und ein Vierteljahr später, im Dezember, haben sich die Versöhnler, die Ernst Meyer und Genossen, wie obiges Zitat zeigt, noch immer ganz klar und unzweideutig mit dem Renegatentum solidarisiert und offen ihre parteifeindliche Stellung zum Ausdruck gebracht. Wir müssen die Anmaßung eines Ernst Meyer, als bolschewistischen Strategen des Kampfes gegen das Renegatentum der Partei gegenüber sich aufzuspielen, entschieden zurückweisen.

Der Artikel des Genossen Ernst Meyer zeigt, daß sich trotz der Versuche, sich den veränderten Verhältnissen in der Partei anzupassen, an dem Charakter der Versöhnler nichts ändert: er ist feiger Opportunismus. Die letzten Artikel der Versöhnler zeigen deutlich, daß sie in keiner Weise gewillt sind, sich auch nur einen Schritt der Partei zu nähern, im Gegenteil: ihre neuen Dokumente beweisen, daß sie der Politik der Parteimehrheit ebenso feindlich gegenüberstehen wie früher.

Der kommende Parteitag wird sie dementsprechend behandeln. Er wird Beschlüsse fassen, die dem offenen Treiben des feigen Opportunismus innerhalb der Partei ein Ziel setzen werden. [304]

*

## Wo stehen wir?

Von Ernst Meyer.

Wenn der Parteitag in Dresden seine Aufgaben im Interesse der revolutionären Bewegung erfüllen soll, dann muß er die Streitfragen, die seit einem halben Jahr die Partei beschäftigen, unter Beiseiteschiebung alles unwichtigen Beiwerks und unter Vermeidung jeder demagogischen Uebertreibung auf möglichst klare Grundfragen zurückführen.

Der Parteitag in Dresden steht im Zeichen eines allgemeinen Aufschwungs der Massenbewegung. Dieser Aufschwung stellt eine neue Etappe der seit 1926 bestehenden Linksbewegung dar. Die Illusionen, die große Massen vor der letzten Reichstagswahl an eine politische Stärkung der SPD knüpften und die in den 9 Millionen für die SPD abgegebenen Stimmen zum Ausdruck kamen, sind zum Teil zerstört. Die Praxis der Regierung der Großen Koalition, in der die Reformisten maßgebend vertreten sind, ist für die breiten Massen der lebendigste und beste Anschauungsunterricht. Die Panzerkreuzeraffäre entlarvte die Reformisten als aktive Agenten der imperialistischen Politik und brachte den Massen die Nähe der Kriegsgefahr zum Bewußtsein. Das brutale Polizeisystem in Deutschland zeigt die Reformisten als Vortrupp der bürgerlichen Diktatur. Die Reformisten leisten in jeder Weise (Brauns Konkordat in Preußen) der kulturellen Reaktion Vorschub. Die Reformisten sind die Träger der sozialen und sozialpolitischen Reaktion. Finanzminister Hilferding bringt die neue

Massenbelastung, Arbeitsminister Wissell würgt zusammen mit der Gewerkschaftsbürokratie die Wirtschaftskämpfe ab. Die Wirtschaftskrise mit der ungeheuer angeschwollenen Arbeitslosigkeit straft alle entgegengesetzten Prophezeiungen der reformistischen Strategen, der Herolde der „Wirtschaftsdemokratie“ und des friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus Lügen, zeigt den Massen die Widersprüche und die innere Krise des kapitalistischen Systems und beweist die historische und aktuelle Unfähigkeit dieses Systems, den Massen auch nur kümmerliches Brot und Arbeitsgelegenheit zu geben.

Diese objektiven Faktoren haben die revolutionäre Stimmung in den Massen fortentwickelt und bewegen die Massen zum entschlossenen Klassenkampf. Das drückt sich aus in unseren Erfolgen bei den Betriebsrätewahlen. Das zeigt sich in dem Willen breiter Arbeiterschichten, entgegen den Versuchen der Gewerkschaftsbürokratie die ablaufenden Lohntarife zu ändern. Das kommt auch in der Empörung großer Arbeitermassen gegen die Demonstrationsverbote der reformistischen Polizeiminister zum Ausdruck.

Die Partei will und muß angesichts der günstigen objektiven Lage, angesichts der Initiative und Energie der Massen bewußt und planmäßig arbeiten, um das Maximum an Erfolgen für die revolutionäre Entwicklung herauszuschlagen. Welche Strategie dabei konkret anzuwenden ist, das ist die entscheidende Frage, wobei die Erfahrungen vergangener Perioden verwertet, die Erfolge und Fehler gewissenhaft überprüft werden müssen, um das nächste Glied in der Kette der revolutionären Entwicklung richtig zu erfassen. Um diese entscheidende Frage sind die Auseinandersetzungen in der Partei entbrannt. Im folgenden sollen ganz kurz ein paar der Hauptpunkte der bisherigen Diskussion klargestellt werden.

Als bei Beginn der Diskussion auf dem 6. Weltkongreß die heutige ZK-Mehrheit nur das Faulende der Stabilisierung sehen wollte, wurde sie mit Recht auf die Basis der sich neu entwickelnden Widersprüche, nämlich auf eine gewisse Festigung und Ausdehnung der kapitalistischen Produktion, die technischen Fortschritte usw. hingewiesen. Weil wir die von der ZK-Mehrheit vernachlässigten Gegenmomente (Steigerung der Produktion usw.) betonen mußten, da diese erst den besonderen Charakter der neuartigen Widersprüche erklären, versucht die ZK-Mehrheit uns der Leugnung der Widersprüche und der Krise des Kapitalismus zu beschuldigen. Die Mehrheit des ZK hat inzwischen ihre Terminologie über die dritte Periode geändert; auch sie spricht jetzt von den Stabilisierungsmomenten, aus denen heraus sich erst die Widersprüche entwickeln und weiter entwickeln müssen. Die Mehrheit des ZK hat in diesem Punkte einen vollen Rückzug angetreten. An Stelle des einzigen Stempels „die Stabilisierung ist in den letzten zwei Jahren faulender und schwankender geworden“ (Genosse Thälmann), bemüht sie sich jetzt unter dem Druck unserer Kritik um eine etwas genauere Analyse. Die Worte von der „kurzen feurigen Perspektive“, die die Genossen Thälmann und Neumann auf der Reichsparteiarbeiterkonferenz im November vergangenen Jahres gebrauchten, sind ganz preisgegeben worden. Einzelne Genossen, wie Heinz Neumann, versuchen zwar in ihren Reden, die Analyse mit Agitation verwechseln, noch die Anschauung einzuschmuggeln, als ob wir bereits in den nächsten Monaten vor einer akut revolutionären Situation stehen werden. Das trägt zwar weiter erheblich zur Verwirrung der Parteigenossen bei; aber die offiziellen Dokumente werden in der Beurteilung der Situation von Monat zu Monat zurückhaltender, „versöhnlerischer“.

Bei den Auseinandersetzungen über die Formen, in denen die dritte Periode in Erscheinung tritt, ist eine scheinbare Spezialfrage herausgehoben worden, über die sich Differenzen mit der Mehrheit ergaben. Es handelt sich um die Frage der deutschen Akkumulation. Vielen Genossen mag die Auseinandersetzung darüber, ob die Akkumulation in der Rationalisierungsperiode eine große war, das heißt, weit über den von der Mehrheit angegebenen 7,5 Milliarden Reichsmark lag, oder ob sie tatsächlich so niedrig war, wie die ZK-Mehrheit annimmt, so niedrig, daß selbst eine Reihe bürgerlicher Schätzungen über die von der ZK-Mehrheit angegebene Summe hinausgehen, als eine rein akademische Frage erscheinen. Aber in dieser Frage ein richtiges Urteil haben, heißt gerade die charakteristischen Momente der gegenwärtigen Situation richtig erkennen und auf dieser Grundlage eine für die aktuellen Massenkämpfe richtige Strategie entwickeln.

[305] War nämlich die Akkumulation in der Rationalisierungsperiode so niedrig, wie die ZK-Mehrheit behauptet, dann ist die rasche Erweiterung der Reproduktion in der vergangenen Periode nur durch ein Wunder erklärbar und nicht vor allem durch eine riesenhaft gesteigerte Ausbeutung der Arbeitskraft. Diese ungeheure Ausbeutung und das parallele Anschwellen des deutschen Reichtums erkläre“ allein die Eigenart der Linksbewegung schon in der Periode der Rationalisierung sowie ihre Fortentwicklung in der gegenwärtigen Periode.

War die Akkumulation eine niedrige, wie es das ZK-Dokument annimmt, sind das erzeugte Gesamtprodukt, wie es die Ziffern der Produktion zeigen, andererseits ein hohes, dann ergibt sich als logische Schlußfolgerung, daß die werktätigen Massen im allgemeinen den größten Anteil an den „Rationalisierungsfrüchten“ hatten, wie es in der Tat die Unternehmer zusammen mit der Gewerkschaftsbürokratie behaupten.

Wir dagegen meinen: gerade wegen der hohen Akkumulation, und weil auch weiterhin ein Zwang zu hoher Akkumulation besteht, ergibt sich die Eigenart der Konjunkturentwicklung, ergeben sich die hohen Profitraten in den immer kürzeren Spannen der Hochkonjunktur. Aus der Dynamik der Widersprüche infolge der Notwendigkeit einer außerordentlichen Akkumulation entstehen die kurzen, fieberhaften Konjunkturwehlen, steht die Ueberproduktionskrise dauernd drohend vor der Tür, erfolgt der rasche Umschlag von den Reproduktionsbedingungen mit niedrigster Profitrate, verschärft sich der Zwang zum Kapitalexport sowie schließlich der Drang und die Rüstung des deutschen Kapitals zu imperialistischer Kriegspolitik.

Aus diesen Erscheinungen ist auch die Eigenart der politischen Radikalisierung wie der ihr entgegenwirkenden Tendenzen zu erklären. Die Arbeitslosenmasse fristet ein kümmerliches Dasein, wobei ihre Empörung über ihr Hungerschicksal noch mehr angestachelt wird durch den riesig angeschwollenen Reichtum der besitzenden Klassen. Dieselbe gesteigerte Empörung ergreift die Schichten, die im Arbeitsprozeß stehen, zumal sie ungeheuer ausgebeutet werden und ständig durch die größere Existenzunsicherheit bedroht sind. 1924/25 war der Lebensstandard, in realen Konsum gemessen, niedriger als heute, der Einfluß der Partei bewegte sich eine zeitlang rückläufig. Heute wächst die Radikalisierung dieser Schichten sowie der Einfluß der Partei unter ihnen, und da diese Radikalisierung nicht allein ideologisch erklärbar ist, sondern materielle Wurzeln hat, so muß man ihren Grund neben den Momenten der absoluten Verelendung und dem bedrückenden Gefühl der wachsenden Existenzunsicherheit auch in den Faktoren der relativen Verelendung sehen. Andererseits ist eine verstärkte Korrumpierung bestimmter, aus der Arbeiterklasse hervorgegangener Schichten und selbst von Spitzengruppen der Arbeiterschaft erfolgt, was ebenfalls nur im Zusammenhang mit den stark erweiterten Reichtum dir herrschenden Klasse erklärbar ist.

Dieser Zwang zu noch größerer Akkumulation und nicht etwa ihr absoluter Verfall erklärt das Spezifische der heutigen und der kommenden Lage; daß trotz erweiterter Akkumulation der Druck auf die Lebensbedingungen der Masse bestehen bleiben wird, daß auch bei einer Hochkonjunktur die Radikalisierung der Massen anhalten wird, daß die Konjunkturzyklen aus diesem Umstande und aus einer Reihe anderer Gründe ihren labilen Charakter nicht nur beibehalten, sondern daß die Widersprüche auf einem immer höheren Niveau sich reproduzieren werden, daß diese Widersprüche das deutsche Kapital zu imperialistischen Konflikten treiben müssen, daß auf der anderen Seite die Partei bei einer richtigen Strategie immer wieder vor neuen Kampfsituationen stehen wird – wie überhaupt die gesamte Lage nur aus der von uns gegebenen, in Uebereinstimmung mit der Perspektive des 6. Weltkongresses sich befindenden Analyse zu verstehen und strategisch richtig auszunutzen ist.

Schon infolge dieser Analyse tritt die ganze Unstimmigkeit der Vorwürfe klar zutage, die gegen uns im Zusammenhang mit der Frage der Einschätzung der Stabilisierung und der Kriegsgefahr erhoben werden.

Umgekehrt fehlt der ZK-Mehrheit bei der Einschätzung der Kriegsgefahr die reale ökonomische Basis und deshalb unterlaufen ihr grobe Fehler. Genau so wie die ZK-Mehrheit anfänglich die höchste Entfaltung der Widersprüche des Kapitalismus bereits an den Beginn der dritten Periode verlegte, so hat sie in völliger Verkennung der Beschlüsse des 6. Kongresses ihre Agitation so angelegt, als ob der

Krieg unbedingt schon heute vor der Tür stände und eine weitere Verschärfung der Kriegsgefahr nicht mehr möglich sei. Außerdem hat die ZK-Mehrheit das Problem der imperialistischen Widersprüche in ganz primitiver Weise vereinfacht und fast ausschließlich auf die Formel gebracht: Kampf der vereinigten europäischen Imperialisten gegen die Sowjetunion. In Wirklichkeit liegen die Dinge in jeder Beziehung verwickelter, was auch durch die Reden verantwortlicher russischer Parteigenossen bestätigt wird (vergl. z. B. die Rede des Genossen Molotow, „Rote Fahne“ vom 27. Februar).

Heute beherrschen zwei Hauptgegensätze die Weltpolitik: Einerseits der Gegensatz aller kapitalistischen Staaten gegen die Sowjetunion und andererseits der Gegensatz der Vereinigten Staaten Nordamerika zu England, wobei die noch bestehenden Gegensätze zwischen verschiedenen Mächten und Mächtegruppierungen keineswegs verschwinden. Allein die Tatsache dieser Konflikte zwischen den imperialistischen Mächten erklärt ja auch, weshalb es bisher noch zu keiner neuen bewaffneten Intervention gegen die Sowjetamnion gekommen ist. Genosse Molotow z. B. sagte:

„Die Versuche, eine imperialistische Einheitsfront gegen die Sowjetunion zu schaffen, können jedoch bis jetzt nicht als gelungen betrachtet werden ...

In der verflossenen Periode hat der Druck der imperialistischen Mächte auf die Sowjetunion auf dem Gebiet der auswärtigen Wirtschaftsbeziehungen keinen einzigen Augenblick lang nachgelassen.“

[306] Nur die Erkenntnis der imperialistischen Gegensätze vermag uns eine richtige Orientierung über die Nähe der Gefahr eines Interventionskrieges gegen Sowjetrußland zu geben. Wenn, wie die ZK-Mehrheit es darstellt, zwischen den imperialistischen Mächten schon in allen Einzelheiten alles abgekartet wäre und der Interventionskrieg nur eine Sache der zwischenimperialistischen Vereinbarung wäre, dann bliebe es unverständlich, weshalb die imperialistischen Mächte nicht schon heute den Ueberfall auf Sowjetrußland unternehmen, da es ja unzweifelhaft ist, daß die Sowjetunion sich im weiteren Verlauf der Entwicklung stärkt, sich auf die Abwehr einer bewaffneten Intervention mehr und mehr vorbereitet, und daß auch der Abwehrwille des internationalen Proletariats gegen einen Ueberfall auf die Sowjetunion bei erfolgreicher, planmäßiger Antikriegsarbeit der Kommunisten aller Länder steigen wird.

Wie sehr die ZK-Mehrheit sich bei der Einschätzung der imperialistischen Gegensätze irrt, beweist der Verlauf der Reparationskonferenz. Die ZK-Mehrheit sah in dieser Konferenz allein einen Aufmarsch der Entente und Deutschlands gegen die Sowjetunion, wobei die Gegensätze zwischen den an der Konferenz beteiligten Mächten verschwanden. Des Verlauf der Konferenz hat diese Analyse als unzureichend erwiesen und unsere These vollauf bestätigt, daß neben dem Hauptgegensatz zwischen der kapitalistischen Welt und der Sowjetunion die Politik der Großstaaten auch durch die Gegensätze zwischen den imperialistischen Mächten bestimmt wird.

Wenn die Mehrheit des ZK der Resolution Eberlein-Kurt-Meyer vorwirft, daß wir die Kriegsgefahr unterschätzen und sogar die Aktion der Kommunistischen Partei zur Verteidigung der Sowjetunion „hemmen und stören“, so ist das zwar eine der schwersten, aber zugleich auch unwahrsten Behauptungen. Unsere verschiedenen positiven Vorschläge zur Verstärkung des Kampfes gegen die Kriegsgefahr beweisen, wie sehr wir uns bemüht haben, unsere revolutionäre Pflicht im Kampfe gegen die Kriegsgefahr zu erfüllen. Wir machten schon im Januar den Vorschlag eines deutschen und eines internationalen Antikriegskongresses, einer Konferenz der Betriebsräte der Chemieindustrie und einer breiten Massenmobilisierung einschließlich der sozialdemokratischen Arbeiter anläßlich der Wehrprogrammdebatten in der SPD. Die ZK-Mehrheit hat diese Vorschläge zunächst stillschweigend übergangen und dann stillschweigend einige davon (die Kongresse) übernommen. Aber von einer ernsten Vorbereitung der Durchführung merkt man wenig. Sie ist auch bei der rein agitatorischen Einschätzung der Kriegsgefahr und der Nichtanwendung der Einheitsfronttaktik durch die ZK-Mehrheit gar nicht möglich.

Weitere Differenzen haben sich ergeben bei der Frage, ob man den politischen Zustand von heute, die Diktatur des Finanzkapitals mit Hilfe der Großen Koalition, als Faschismus bezeichnen soll. Natürlich ist es für die Bourgeoisie eine reine Zweckmäßigkeitsfrage, ob sie mit faschistisch-unverhüllten oder mehr verhüllt parlamentarisch-demokratische Methoden ihre Diktatur ausübt. Die Differenz

beginnt bei der Frage, in welchen Formen und mit welchen Mitteln die deutsche Bourgeoisie in der nächsten Zeit das Proletariat niederzuhalten versuchen wird. Genosse Heckert behauptet:

„Der Faschismus, das ist die Herrschaftsmethode der Ausbeuterklasse, eine dem gegenwärtigen Stand ihrer Gesellschaftsordnung entspricht." („Rote Fahne" v. 18. April.)

Augenblicklich haben wir in Deutschland die Herrschaft des Finanzkapitals, das nach innen eine Politik der verschärften ökonomischen Ausbeutung und der politischen Reaktion, nach außen eine offen imperialistische Politik betreibt. Genosse Heckert behauptet nun nichts weniger, als daß der Faschismus die Herrschaftsmethode des Finanzkapitals darstellt. Mit der gleichen Logik hat Maslow im Jahre 1925 behauptet, daß ein Imperialismus in Deutschland nur bei Wiederherstellung der Monarchie möglich sei. Genosse Heckert hat genau so unrecht wie Maslow.

Heute erscheint in Deutschland für die Bourgeoisie noch immer die Sozialdemokratie und der Reformismus als der beste Schutzwall gegenrüber revolutionären Strömungen. Die Abwürgung der Wirtschaftskämpfe durch die Gewerkschaftsbürokratie, der Ausfall der Parlamentswahlen (Auffangen eines Teils der Linksbewegung durch die Sozialdemokratie) zeigen der Bourgeoisie, daß sie sich auf ihre Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbürokratie verlassen kann. Wird der Ansturm der Arbeiterklasse bedrohlicher, so verlangt die Bourgeoisie von der Sozialdemokratie, daß die „Demokratie" die ihr in die Hand gegebenen Polizei-, Reichswehr- und sonstige Unterdrückungsmittel schärfer anwendet. Die Verbote von Demonstrationen, die Worte Severings, daß auch er mit dem § 48 regieren könne, beweisen zur Genüge, daß die Sozialdemokratie genau so wie 1919 unter Noske so 1929 unter Severing bereit ist, die Diktatur der Bourgeoisie mit allen Mitteln zu verteidigen. Nur wenn man die „Demokratie" in reformistischen Sinne überschätzt und sich nicht ständig vor Augen hält, daß die Demokratie nichts anderes als Diktatur der Bourgeoisie bedeutet, dann kann man zu der Meinung kommen, daß die „Demokratie" diktatorische Zwangsmittel gegenüber einer rebellierenden Arbeiterschaft ausschließt und nicht einschließt. Man kann Severings Methoden, die in einzelnen Punkten denen Mussolinis ähnlich sind, als „faschistische" brandmarken; aber gefährlicher ist es, seine Analyse der Situation auf eine Verwechslung faschistischer und „demokratischer" Herrschaftsmethoden aufzubauen.

Das Hinlenken der proletarischen Wachsamkeit allein auf die faschistische Gefahr bedeutet ein Ablenken von der in „demokratische" Formen sich hüllenden Reaktion, von der Großen Koalition, von der sozialdemokratischen Koalitionspolitik. Wie schädlich eine Ueberschätzung der faschistischen Gefahr sein kann, zeigt die Erfahrung der französischen Bruderpartei, die im Jahre 1924/25 auch nichts als Faschismus sah und die reale Gefahr zuerst des „Linksblocks" und dann des nationalen Blocks sträflich unterschätzte.

[307] In diesem Rahmen sehen wir auch die spezifische Rolle des Reformismus. Nicht dadurch schlägt man den Reformismus, daß man ihn als Faschismus bezeichnet, sondern dadurch, daß man den Arbeitern seine spezifische Rolle enthüllt. Der Reformismus stellt zwar die Polizeiminister, die Polizeipräsidenten, die Leibgarde des Kapitals. Aber das ist für das Bürgertum an sich nicht so wichtig, da die Ehrhardt, Roßbachs usw. nicht schlechtere Polizeiwächter wären. Die Bedeutung der Sozialdemokraten aller Schattierungen liegt für das Bürgertum viel mehr in ihrer unmittelbaren Verbindung mit der Arbeiterklasse, in den vom Reformismus innerhalb der Reihen der Arbeiterklasse ausgebauten Stützpunkten für eine rein bürgerliche Politik. Erst diese Stützpunkte machen die Reformisten unter den gegenwärtigen Verhältnissen geeignet für ihre Rolle als Polizeifunktionäre und Noskes jeder Art. Der Reformismus ist die stärkste Kraft, die das Proletariat planmäßig für die Interessen der Bourgeoisie organisiert. Diese Verbindungen des Reformismus mit der Arbeiterklasse sind, wenn sie sich auch zum Teil zu lösen beginnen, noch immer stark, und darin besonders beruht der Wert des Reformismus für die Bourgeoisie.

Der Kampf gegen das herrschende Trustkapital und gegen das bestehende Regierungssystem bedeutet daher in erster Linie Loslösung der Massen vom Reformismus und ihre Gewinnung für die Revolution. Die Strategie der Partei muß den von den objektiven Verhältnissen genährten Prozeß der Loslösung der Massen von dem Reformismus beschleunigen und die Mauer, die von den Reformisten zwischen unserer Partei und den sozialdemokratischen Arbeitern errichtet wird, durchbrechen.

Hundertfältige Erfahrung lehrt, daß nur die Taktik der Einheitsfront diese Aufgabe erfüllen kann. Daraus folgt die Notwendigkeit der revolutionären Arbeit in den Gewerkschaften. Erfolge auf diesem Gebiet sind die sicherste Garantie für die dauernde Beeinflussung der Massen.

Die Mehrheit des ZK begann die Grundlagen des Leninismus in dieser Frage zu gefährden. Die richtige Aufgabe, sich mehr als bisher um die Gewinnung der Unorganisierten zu bemühen, verwandelte sich bei der ZK-Mehrheit in eine Unterschätzung der Organisierten, die als Arbeiteraristokratie abgetan wurden. Daraus erwuchs auch der Gedanke, neue Formen der gewerkschaftlichen Organisation zu suchen und Teilaufgaben der Gewerkschaften anderen Massenorganisationen (IAH, RH und RFB) zuzuweisen. Die Illusionen über die Möglichkeit eines Gewerkschaftsersatzes mußten zu einer Lockerung der Aufgabe führen, nach Lenins Gebot mit allen Mitteln und unter allen Umständen in den Gewerkschaften als Revolutionäre zu arbeiten. Ebenso falsch war die Anweisung der ZK-Mehrheit, die Unterschriften unter die Reverse der Gewerkschaftsbürokratie starr abzulehnen.

Am 12. März d. J. schrieb ich zusammen mit dem Genossen Becker über diese wichtigen Fragen an das Polbüro folgendes:

„Das Ergebnis der Betriebsrätewahlen wird beweisen, daß die neue Betriebsrätetaktik (Aufstellung von Unorganisierten und Christen. E. M.) nur in einem kleinen Teil der unter kommunistischem Einfluß stehenden Betriebe durchgeführt wurde, daß zahlreiche Zellen, die mit der Politik des Polbüros im allgemeinen einverstanden sind, es abgelehnt haben, Unorganisierte auf ihre Listen zu nehmen. (Wir haben uns schon zur Zeit des 6. Weltkongresses von vornherein für die Taktik der eigenen Listen erklärt, wir waren nur gegen die generelle Aufstellung von Unorganisierten. Der Ausfall der Betriebsrätewahlen bestätigt die Richtigkeit unserer Auffassung. E. M.)

Wir sind dafür, daß die von der Bürokratie Ausgeschlossenen, sofern es sich um eine größere Anzahl handelt, zusammengeschlossen werden (so wie die oppositionellen ausgeschlossenen Eisenbahner in Königsberg), mit dem Ziele des aktiven Kampfes gegen den Spaltungskurs der Bürokratie, mit dem Ziele der Wiederaufnahme in die freien Gewerkschaften durch den Druck der Solidaritätsaktion der Masse der Gewerkschaftsmitglieder. Wir sind aber dagegen, daß man aus der Zusammenfassung der Ausgeschlossenen Keimzellen für selbständige revolutionäre Verbände oder parallele Massenorganisationen macht.

Wir sind nach wie vor für Organisierung von Kampfleitungen für alle Wirtschaftskämpfe, so wie dieses in der Resolution Eberlein, Kurt, Meyer bereits ausführlich dargestellt wurde. Aber wir sind gegen Bildung von Gesellschaften zum Kampfe gegen die Aussperrung usw. Wir sind dagegen, daß man den Kampfleitungen solche Aufgaben stellt, die notwendigerweise aus ihnen Ausgangspunkte zur Bildung selbständiger Gewerkschaften machen müßten.

Wir stehen nach wie vor auf dem Boden sämtlicher Beschlüsse des 4. RGI-Kongresses und des 6. Weltkongresses, stellen jedoch fest, daß von seiten maßgebender Funktionäre des Polbüros von einer notwendigen Ergänzung angeblich „unzulänglicher“ Beschlüsse des 4. RGI-Kongresses gesprochen wird. Gerade diese Ergänzungen sind es, die die Beschlüsse des 4. RGI-Kongresses und 6. Weltkongresses in der Gewerkschaftsfrage durch den Kurs auf parallele Massenorganisationen aufheben.“

Neue Anweisungen der ZK-Mehrheit, die einen teilweisen Rückzug (Ablehnung der neuen Organisation für die Ausgeschlossenen) bedeuten, haben die Verwirrung in der Mitgliedschaft nur gesteigert. Aber ohne offene Preisgabe der Spielereien mit den parallelen Massenorganisationen, ohne entschiedene Zurückweisung der Linie des Genossen Losowski, ohne konsequente Abwehr der Spaltungsoffensive der Reformisten, ohne zähe, unermüdliche Gewerkschaftsarbeit, auch wenn sie nicht gleich sichtbare Erfolge bringt, ist eine Festigung unseres Einflusses in den Massen nicht zu erwarten.

[308] Nichts ist charakteristischer für das innerparteiliche Leben einer revolutionären Partei als die Vorbereitung und Durchführung eines Parteitages. Was machte zum Beispiel den Berliner Parteitag 1925 unter der Führung Ruth Fischers so tot? Fehlte es etwa auf dem Berliner Parteitag an

Diskussion? Nein. Rosenberg, Scholem und Weber hielten lebhafte oppositionelle Reden, und Ruth Fischer war sogar so gnädig, dem als Gast anwesenden Genossen Ernst Meyer 10 oder 15 Minuten Redezeit zu gewähren.

Fehlte es etwa an jeder schriftlichen Diskussion zum Berliner Parteitag? Nein. Es erschien genau so gut wie diesmal ein Sonderheft der „Internationale“ zum Parteitag mit einem oppositionellen Artikel von mir und gleich zwei zerschmetternden Antworten des Genossen Remmele, der damals ein eifriger Anhänger Maslows war.

Aber es fehlte das wichtigste: Eine gründliche, von demagogischen Schlagworten befreite Diskussion in der Mitgliedschaft, die Veröffentlichung von Diskussionsartikeln nicht nur der Mehrheit in der Tagespresse – mit anderen Worten: die Durchführung der innerparteilichen Demokratie, aus der heraus allein eine tiefgehende und fruchtbringende Entwicklung aller Seiten der Probleme und eine wirkliche ideologische Einigkeit und Festigkeit der Mitgliedschaft erwachsen kann.

Die Unmöglichkeit für die Genossen, sich frei und kameradschaftlich auszusprechen, ohne daß sofort organisatorische Maßnahmen ergriffen werden, muß zur Passivität und selbst zur Abwehr von eher Partei seitens vieler Genossen führen. Gefährlich ist auch der „Ausweg“, den viele Genossen der Mehrheit gewählt haben, daß sie für Resolutionen stimmen, auch wo sie mit ihnen nicht oder nicht ganz einverstanden sind, und dann praktisch die Durchführung der Resolution unter irgendwelchen Vorwänden sabotieren.

Der falsche unleninistische Kurs der Mehrheit des ZK wirkte sich nicht nur auf die Politik der Partei gegenüber den Massen aus, sondern besonders deutlich in dem Kampfe um die Liquidation des opportunistischen Liquidatorentums.

Wir haben die innerparteiliche Feststellung des 6. Weltkongresses, daß die Hauptgefahr in der kommunistischen Bewegung die Gefahr des Opportunismus ist, von Anfang an anerkannt. Von der Analyse des 6. Weltkongresses ausgehend, daß die Ursachen dieser Gefahr vor allem in der objektiven Situation zu suchen sind, verlangten wir eine breit angelegte ideologische Kampagne, die das Ziel haben mußte, die Mitgliedschaft im Betrieb und in der Gewerkschaft zu aktivisieren, die Parteikaders auf der Linie des 6. Weltkongresses zusammenzuschließen, das ideologische Niveau der Partei zu erhöhen und bei der Durchführung der Kongreßbeschlüsse die opportunistischen Widerstände zu beseitigen. Eine solche Politik – ohne die ultralinken Schwankungen des ZK – hätte die Möglichkeit gegeben, den Ausschluß der Führer der Liquidatorengruppe ohne Verlust revolutionärer Arbeiter durchzuführen.

Die Politik der ZK-Mehrheit war eine entgegengesetzte: keine ernsthafte Diskussion mit den revolutionären Arbeitern, die hinter den Opportunisten stehen, sondern Massenausschlüsse. Weil man die Forderung des Offenen Briefes nach Durchführung der innerparteilichen Demokratie unbeachtet ließ, konnte man auch die Aufgabe, die der Offene Brief unserer Partei stellte, die Arbeiter, die hinter der Brandlergruppe stehen, von dieser loszulösen, nicht durchführen.

Die Behauptung Brandlers und Thalheimers, daß auch die Aufstellung eigener Listen bei den sächsischen Wahlen nicht die Bildung einer neuen Partei bezweckt, stellt ein diplomatisches Manöver gegenüber der kommunistischen Mitgliedschaft dar, die mit Recht die Gründer der Brandler-Partei als Feinde der KPD bekämpft. Die Parteigründung ist die logische Folge der Verneinung des Prinzips der Einheit der bolschewistischen Partei, der Ablehnung der Parteidisziplin, der Entwicklung der opportunistischen Fehler zu einem System. Wenn Thalheimer die führende Rolle der siegreichen Partei der russischen Revolution in der Komintern als schädlich bezeichnet, wenn man es als Aufgabe des sächsischen Wahlkampfes bezeichnet, Breschen in den Masseneinfluß der KPD zu schlagen, dann bricht man unvermeidlich mit der kommunistischen Bewegung. Infolgedessen ist es Pflicht jedes Kommunisten, unbeschadet seiner Differenzen mit der Mehrheit der Partei, im sächsischen Wahlkampf bedingungslos in den Parteireihen gegen die opportunistische Liste zu kämpfen und den Wahlsieg der KPD sichern zu helfen.

Aber enthebt uns eine solche Auffassung der Pflicht, die Bilanz aus dem bisherigen Kampf der Parteimehrheit gegen die Opportunisten zu ziehen? Ist es nicht geradezu eine Demonstration gegen die ultralinken Methoden der ZK-Mehrheit in der Bekämpfung des Opportunismus, wenn die Brandlergruppe bei den DMV-Wahlen ins Stuttgart 77 Prozent und das ZK 6 Prozent der Stimmen erhielt? Ist es nicht eine Tatsache, daß die Brandler-Gruppe zur Zeit des 6. Weltkongresses eine unbedeutende Gruppe darstellte und heute eine Presse hat, deren Auflage 10,000 überschreitet?

Die Bilanz lautet: der schwankende, ultralinke Kurs, die bürokratischen innerparteilichen Methoden haben den Opportunismus gestärkt. Wenn der Parteitag diese Bilanz zugunsten unserer Partei ändern will, dann muß der innerparteiliche Kurs ebenfalls geändert werden.

Anstatt die Reihen eng zu schließen, um die opportunistische Gruppe zu liquidieren, hat die Partei seit dem 6. Weltkongreß ein ganzes Kader von parteitreuen Funktionären einfach aus der aktiven Parteiarbeit entfernt. Niemals in der Parteigeschichte, weder nach der Oktoberniederlage noch nach dem Zusammenbruch des Ruth-Fischer-Maslow-Kurses, ist das System der Funktionsenthebung wegen oppositioneller Gesinnung derartigen Umfang angenommen wie gegenwärtig. Dies ist keine persönliche, sondern eine politische Frage.

Die „Versöhnler“ werden ihrerseits wie bisher alles tun, um als prinzipientreue und disziplinierte Kommunisten ihre Pflicht gegenüber der Partei und der Komintern zu erfüllen.

[309]

**Die Internationale**
**Jahrgang 12 * Berlin, den 1. Juni 1929 * Heft 10-11**

# Die Lehren des Berliner Blutmai und das drohende Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands

Von Hermann Remmele

Nachstehend veröffentlichen wir auszugsweise einige Kapitel aus einer größeren Arbeit über die Berliner Mai-Ereignisse. D. Red.

## Die internationale Bedeutung der Berliner Maikämpfe

Die blutigen Maikämpfe in Berlin bedeuten einen Wendepunkt in der politischen Entwicklung in Deutschland und darüber hinaus in Europa. Der sozialfaschistische Generalstab, die Hermann Müller, Severing, Braun, Grzesinski u. Co. haben den Bürgerkrieg begonnen und im Dienste des Weltimperialismus dem deutschen und internationalen Proletariat die erste Schlacht geliefert. Neben dem dreitägigen mörderischen Kampf Zörgiebels gegen das Berliner Proletariat verblassen alle faschistischen Staatsaktionen der letzten Monate in Europa, der Staatsstreich von Jugoslawien, der faschistische Vormarsch in Oesterreich und in der Tschechoslowakei, die Massenverhaftungen von Kommunisten vor dem 1. Mai in Paris, das militärische Aufgebot und der Belagerungszustand gegen Arbeiterdemonstrationen in der Schweiz sowie andere ähnliche Erscheinungen in der jüngsten Zeit in ganz Europa, die die rasche Zuspitzung der gegenwärtigen politischen Lage charakterisieren.

Es unterliegt keinem Zweifel: wir befinden uns am Beginn – teilweise schon innerhalb – einer neuen Phase der dritten Periode der Nachkriegsentwicklung. Schneller, als es angenommen wurde, sind die Genossen gerechtfertigt, die, wie die Mehrheit der deutschen Delegation auf dem VI. Weltkongreß, eine prägnante Kennzeichnung der dritten Periode als Periode des Faulerwerdens der kapitalistischen Stabilisierung und des Heranwachsens einer neuen revolutionären Welle in den alten kapitalistischen Ländern forderten.

Heute bereits sieht man klar, daß die schon vor Monaten von uns vorausgesagte und von den Rechten und Versöhnlern noch bis in die letzten Tage bestrittene revolutionäre Erschütterung der kapitalistischen Welt sich nicht nur auf die alten kapitalistischen Länder beschränkt, sondern daß gleichzeitig mit der Erschütterung der kapitalistischen Metropolen die kolonialen Auf-[310]stände anwachsen und der Klassenkampf in den Kolonien sich verschärft. In derselben Stunde, als der Telegraph über die Barrikadenkämpfe im Herzen Europas berichtet, meldet er blutige Straßenkämpfe gegen die englischen Söldnertruppen im Zentrum der kolonialen Welt, in Bombay und anderen Industriegebieten Indiens. Und gleichzeitig bringt der Telegraph die Nachricht von mächtigen Riesenstreiks im „Lande der sozialen Fürsorge“, in Australien, von großen Massenstreiks in Japan, von neuen revolutionären Kämpfen in China, von Negeraufständen in Afrika. Die Sklaven der kapitalistischen Weltausplünderung beginnen an ihren Ketten zu rütteln. Eine gewaltige Welle der Rebellion erhebt sich gegen das System des internationalen Imperialismus. Das ist die Physiognomie der historischen Phase, die wir gegenwärtig durchleben und in der die Barrikadenkämpfe in Berlin einen Ausschnitt des großen Weltgeschehens bilden.

Die Berliner Mai-Ereignisse müssen in ihrem großen weltpolitischen Zusammenhang gesehen und gewertet werden. Nur ihre gründliche Analyse kann den objektiven Maßstab für die richtige Einschätzung der Klassenkämpfe in Deutschland geben.

## Die innenpolitischen Ursachen des Berliner Blut-Mai

Der Sozialfaschismus hat sich mit der Entfesselung des Bürgerkrieges eine Reihe wichtiger Ziele gesteckt, die einen Ausweg aus der Krise der kapitalistischen Herrschaft in Deutschland öffnen sollten. In der Gewitteratmosphäre der politischen Verhältnisse in Deutschland sind es zwei Pole, deren Spannung immer näher zur Entladung drängt: krisenhafter Zustand der politischen Herrschaft des monopolistischen Finanzkapitals (andauernde Regierungskrisen, schwere, tiefgehende Krise des gesamten bürgerlichen Parteiensystems und des Parlamentarismus, zunehmende Krisen innerhalb aller bürgerlichen Parteien), andererseits rascher Radikalisierungsprozeß der breitesten

Arbeiterschichten, Orientierung der Hauptmassen der deutschen Industriearbeiterschaft zum Kommunismus. Der Kampf um die Hegemonie im deutschen Proletariat, der ein Jahrzehnt lang zwischen Kommunismus und Sozialfaschismus mit der grüßten Erbitterung ausgefochten wurde, wendet sich dem Stadium der Entscheidung zugunsten der Partei der Revolution zu.

Dabei ist der Charakter der Radikalisierung in der jetzigen Periode der neuaufsteigenden revolutionären Welle ein anderer, als er es in der ersten Periode der Nachkriegszeit war. Während in jener Zeit der Jahre 1918 bis 1923 Kriegs- und Inflationsnot neben breiten Schichten der Arbeiterschaft breite Schichten des Mittelstandes und des Kleinbürgertums angesichts des Verlustes ihres Besitzes an die Peripherie der revolutionären Vorhut trieb, während gleichzeitig die Sozialdemokratie ihre entscheidenden Positionen in den Industriezentren und Groß- und Riesenbetrieben halten konnte, ist heute die Ursache der Radikalisierung die in der verflossenen Periode unter Mitwirkung des Reformismus vollzogene Ratio-[311]nalisierung der Industrie, die grenzenlose Ausbeutung, Entrechtung und Unterdrückung der industriellen Arbeiterschaft. Aus diesem Grunde vollzieht sich die Radikalisierung vor allem in den Hauptschichten des deutschen Proletariats. Die großen Wirtschaftskämpfe, die Betriebsrätewahlen waren und sind Ausdruck dieses Prozesses. Die Klassengegensätze erweitern und verschärfen sich, die Klassenkämpfe wurden erbitterter und steigerten sich bis zu den höchsten Kampfformen, zu den Berliner Straßenkämpfen vom 1. bis 3. Mai und zum politischen Massenstreik in einer Reihe von Industriezentren Deutschlands: seit dem Cuno-Streik 1923 die erste große politische Massenaktion des deutschen Proletariats und zum erstenmal in der Geschichte gerichtet gegen die Sozialdemokratie.

Dieser Radikalisierungsprozeß im Industrieproletariat ist kein einfacher, gleichmäßiger Prozeß, sondern ebenso wie die Konzentration und die Rationalisierung kompliziert und widerspruchsvoll verliefen, in vielen Gebieten Deutschlands ganze Großbetriebe und Industrien zum Aussterben brachten (besonders in der Fertigindustrie) – entwickelt sich die Radikalisierung, der Kampfwille des Proletariats gegenwärtig noch ungleichmäßig; widerspruchsvoll, kompliziert. Die entscheidende Richtung dieser Entwicklung aber ist die zunehmende Orientierung der Massen auf die revolutionäre Vorhut, die Abkehr der Hauptmassen des industriellen Proletariats vom Reformismus.

Dieser Prozeß ist eine der Hauptursachen der Entwicklung dem Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie zum Sozialfaschismus.

Die Sozialdemokratie, als führende Partei der Politik des Finanzkapitals, huldigt solange der bürgerlichen Demokratie und benutzt diese als Methode zur Unterdrückung und Niederhaltung der Arbeiterklasse, solange ihr diese „Demokratie“ für ihre arbeiterfeindlichen Zwecke, für die Zwecke der Rettung der kapitalistischen Wirtschaft tauglich erscheint. Dort, wo diese Methoden nicht mehr ausreichen, greift sie zu den Mitteln des Faschismus, zu Bürgerkriegsmethoden, die in jahrzehntelanger Uebung auf den Polizeischulen, in der Reichswehr, in den bürgerlichen Wehrorganisationen herausgebildet und großgezüchtet wurden. Die Sozialdemokratie wirft ihre demokratisch-pazifistische Hülle ab und zeigt sich in ihrer wahren Gestalt als Sozialfaschismus. Das ist für das deutsche Proletariat die große Erfahrung der blutigen Mai-Ereignisse im Jahre 1929.

Bürgerlich-radikale Zeitschriften („Weltbühne“ u. a.) haben vor dem 1. Mai bereits ganz richtig das Demonstrationsverbot der Sozialfaschisten dahin gedeutet, daß sich die Sozialdemokratie mit diesem Verbot „eine unliebsame Konkurrenz“ vom Halse halten wollte. Diese Blätter sprachen freimütig aus, daß nach den Resultaten der Betriebsratswahlen in Berlin die Massen des Proletariats nicht bei den Gewerkschaften und Sozialdemokraten standen, sondern bei den Kommunisten. Dieses Argument für das Verbot war freilich nur eines und nicht einmal das wichtigste.

[312] Die innenpolitischen Ziele des Sozialfaschismus werden bestimmt durch die Wirtschaftspolitik des monopolistischen Trustkapitals, die ihrerseits stark beeinflußt ist durch die außenpolitische Lage, durch die Zwangslage, in der sich das deutsche Finanzkapital infolge des Versailler Vertrages und des Reparationsdruckes befindet.

Hierfür vor allem folgende wichtige Beispiele: Im engsten Zusammenhang mit dem blutigen Gemetzel, mit dem der Sozialfaschismus gegen die Berliner Arbeiterschaft vorging, standen drei bedeutsame

Ereignisse. 1. Auf der Jahreshauptversammlung des Verbandes der Eisenhüttenwerke, also der stärksten und maßgebenden Gruppe des deutschen Trustkapitals, wird in der Programmschrift erklärt, daß die deutsche Industrie nur existenz- und konkurrenzfähig bleiben könne, wenn die Arbeitszeit um zwei Stunden verlängert und die Löhne wesentlich herabgesetzt werden. 2. Der Generaldirektor der Reichsbahnverwaltung, Dorpmüller, erklärt, daß die Hungerlöhne der Eisenbahner bestehen bleiben und sogar die minimalen Forderungen der Eisenbahner-Gewerkschaften abgelehnt werden müssen, selbst wenn es zum allgemeinen Eisenbahnerstreik kommen würde. 3. Im Hauptausschuß des Reichstags wird unter Führung der Sozialfaschisten Hilferding und Wissell der Arbeitslosenunterstützung zu Leibe gerückt, die Reichszuschüsse werden ganz erheblich gekürzt bzw. beseitigt.

Diese drei Tatsachen zeigen in Verbindung mit den Berliner Kämpfen, mit der Auflösung des RFB, mit der Vorbereitung der Auflösung der KPD und dem Verbot der kommunistischen Presse deutlich, wie sich die Offensive des Sozialfaschismus gegen die ganze deutsche Arbeiterklasse richtet, um diese noch tiefer in Elend und Knechtschaft zu drücken. Das Trustkapital und sein Werkzeug, der Sozialfaschismus, wissen sehr wohl, daß einzig die revolutionären Massenorganisationen des Proletariats den Widerstand der Arbeiter gegen die Kapitalsoffensive erfolgreich organisieren können. Die Widerstandskraft des Proletariats zu brechen, seine revolutionäre Vorhut zu vernichten, die deutsche Arbeiterklasse wehr- und schutzlos der Unternehmerwillkür, der schrankenlosen Ausbeutung des Trustkapitals auszuliefern – das ist das Ziel und der Zweck der sozialfaschistischen Offensive gegen die revolutionäre Bewegung und die Kommunistische Partei Deutschlands. Die revolutionäre Klassenbewegung muß vernichtet werden, soll das deutsche Trustkapital triumphieren und das deutsche Proletariat noch weiter im Elend versinken.

**Die außenpolitischen Ursachen der. sozialfaschistischen Offensive**

Nicht minder wichtig als die innenpolitischen Ursachen der blutigen Offensive des Sozialfaschismus sind die außenpolitischen Motive. Die Außenpolitik der Hermann-Müller-Regierung war eine einzige Kette von Mißerfolgen und Nieder-[313]lagen. Trotz aller großen Gesten und ruhmvollen Redereien stieß die sozialfaschistische Außenpolitik auf immer stärkere Widerstände der großen imperialistischen Mächte und führte zu einer immer stärkeren Bedrängung des deutschen Trustkapitals. Von all den großen Hoffnungen und Verheißungen der deutschen Bourgeoisie (Räumung der besetzten Gebiete, Regulierung der Ostgrenzen, Kolonialmandate, Revision der Reparationsverpflichtungen und Aenderung des Versailler Friedensvertrages mit dem Ziel der Aufhebung der Rüstungsbeschränkungen) ging nichts in Erfüllung, und alle Verhandlungen hierüber brachten weitere Erschwerungen.

Auf die Pariser Reparationsverhandlungen hatte die deutsche Bourgeoisie ihre größten Erwartungen gesetzt. Der englisch-französische Rüstungspakt, die Verständigung der beiden stärksten imperialistischen Mächte Europas in den wichtigsten europäischen Fragen, die eine der Ursachen der diplomatischen Isolierung Deutschlands bildete, hatte den englisch-amerikanischen Gegensatz bedeutend verschärft. Die deutsche Bourgeoisie hoffte, durch Ausnutzung dieses Gegensatzes und mit Unterstützung der amerikanischen Finanzoligarchie wesentliche Erleichterungen ihrer Reparationslasten zu erlangen.

Die Pariser Verhandlungen erwiesen aber bald, wie trügerisch diese Hoffnungen waren. Die Yankee-Finanz zeigte gar kein Verlangen, der deutschen Bourgeoisie zu helfen. Ihr Ziel war, das englisch-französische Bündnis durch ein Entgegenkommen gegenüber Frankreich zu zerschlagen, und das konnte nur auf Kosten Deutschlands geschehen. Die Reparationsverhandlungen kamen ins Stocken, und die deutschen Unterhändler griffen wegen ihres Mißerfolges zu offener Sabotage. Die Forderungen, die die geschlossene Front der Siegerstaaten mit Einschluß Amerikas an Deutschland stellte, werden keineswegs die früheren Bedingungen des Dawes-Plans erleichtern. Die sozialfaschistische Niederlagenstrategie in der deutschen Außenpolitik konnte keine anderen Resultate zeitigen.

In dieser Sackgasse erinnerte sich die sozialfaschistische „Diplomatie“ an das Manöver Rathenaus, das zum Rapallo-Vertrag führte. Aber sie machte die umgestülpte Operation Rathenaus: sie schloß

keinen Vertrag mit der Sowjetunion, um den russischen Absatzmarkt für die Ausfuhr deutscher Waren zu gewinnen, sondern sie malte der Pariser Konferenz die bolschewistische Gefahr in Deutschland an die Wand, um damit den Ententeimperialismus den Bitten der deutschen Kapitalisten zugänglicher zu machen. Die 200 Toten Künstlers, die Lüge, daß Moskau den deutschen Kommunisten blutige Zusammenstöße am 1. Mai befohlen habe, die mörderische Pogromhetze gegen die Sowjetunion und die Kommunistische Partei Deutschlands, die verschiedenen Drohnoten Stresemanns an die Sowjetregierung, die unverschämte Forderung der deutschen Regierung nach einem Verbot von Demonstrationen der Leningrader und Moskauer Arbeiterschaft durch die Sowjetregierung – diese frechen und [314] zynischen Manöver und das schmutzige Sich-anbiedern als Prellblock gegen den barbarischen Bolschewismus für ganz Europa sollten die in Paris versammelten Welträuber günstiger stimmen und Deutschland Erleichterungen in den Reparationsbedingungen verschaffen. Das ist der eigentliche Hauptpunkt im strategischen Plan des Sozialfaschismus gewesen, der zum Berliner Blut-Mai führte. Die deutsche Bourgeoisie erbrachte in den Berliner Maitagen den Reparationsgläubigern mit Arbeiterleichen den Beweis ihrer Kreditwürdigkeit. Die deutsche Bourgeoisie schrieb ein neues Memorandum zur Reparationsfrage. Dieses Memorandum, unterzeichnet von der Sozialdemokratie, trägt die blutigen Schriftzüge des Arbeitermordes.

Die mörderischen Ueberfälle der sozialfaschistischen Bürgerkriegsmeute waren planmäßig organisiert und vorbereitet und hatten zunächst im Laufe des 1. Mai mit Barrikadenkämpfen gar nichts zu tun. Bereits vormittags um 11 und 11½ Uhr fielen die ersten Opfer am Senefelderplatz und am Hackeschen Markt, wo die Polizei ohne alle Veranlassung und Warnung auf die Straßenpassanten das Feuer eröffnete. Eines der ersten Todesopfer war ein Reichsbannermann, der an kommunistischen Straßendemonstrationen überhaupt nicht beteiligt war. Um 12 Uhr beschoß ein Polizeikommando die in geschlossenem Saal stattfindende Gewerkschaftsversammlung der Rohrleger. Zu diesem Zweck drang die Zörgiebelsche Meute in den Saal ein, in dem die Versammlung ihren ruhigen Verlauf genommen hatte. Hier fielen die nächsten Opfer. Um 12½ bis 13 Uhr beschoß ein Polizeikommando unter persönlicher Leitung des Chefs der Berliner Polizei, des Obersten Heimannsberg, das Haus des Zentralkomitees der KPD. Diese drei Fälle, die sich in den Mittagsstunden des 1. Mai ereigneten (die Barrikadenkämpfe begannen erst abends um 20 Uhr im Wedding und um 22 Uhr in Neukölln), zeigen deutlich, worauf der Plan der Sozialfaschisten aufgebaut war. Der Sozialfaschismus, die Hermann Müller, Severing, Hilferding, brauchten Leichen, brauchten blutige Straßenkämpfe, um in Paris mit der Bolschewistengefahr Eindruck zu machen. Aus dieser „staatspolitischen Notwendigkeit“ heraus wird auch sehr verständlich das Geschrei der Stampfer-Presse, das in der gesamten bürgerlichen Presse Beifall fand: „Moskau braucht Leichen!“

Warum sollte ausgerechnet Moskau „Leichen brauchen“? Und dazu Arbeiterleichen? Dafür gibt es auch nicht einen einzigen plausiblen Grund. Moskau hatte keine Pariser Diktate zu schlucken – das hatte nur Berlin. Und in der Tat, welch dreiste Dummheit: wenn Moskau „Leichen braucht“, dann muß sie Hermann Müller und Zörgiebel liefern? Seit wann sind die deutschen Sozialdemokraten so dienstbeflissen im Ausführen der „Befehle Stalins“? Bisher gehörte es doch zum Evangelium des Sozialfaschismus, daß die deutschen Kommunisten „Lakaien“ und „Dienstknechte“ von Moskau sind. Aber nach amtlichem Nachweis haben die Kommunisten nicht einen einzigen Toten „geliefert“, die „lieferte“ nur der Sozialfaschist Zörgiebel.

[315] Es steht fest: von den vom sozialfaschistischen Generalstab geforderten 200 Leichen für die Pariser Verhandlungen hat Zörgiebel 28 „geliefert“; bei etlichen hundert, die heute verwundet liegen, hat er wenigstens den guten Willen gezeigt, sie gleichfalls für das „hohe, hehre“ nationale Ziel, für die Interessen des deutschen Trustkapitals zu opfern.

In Bekanntmachungen in der Tagespresse hat Zörgiebel unter anderen Gründen auch angegeben, daß man wegen der fortgesetzten Regierungskrisen im Reich das Demonstrationsverbot nicht habe aufheben können. Am 1. Mai oder in den unmittelbar vorhergehenden Tagen bestand nun gerade zufällig und ausnahmsweise keine Regierungskrise, aber der angegebene Grund bestätigt immerhin unsere Feststellung, daß die Reichspolitik es ist, die die Ursache des Berliner Blutbades bildete.

In diesem Zusammenhang sei auch an die innerparteiliche Meinungsdifferenz erinnert, die zwischen den Versöhnlern und der Parteimehrheit um die Jahreswende diskutiert wurde. Als die deutsche Bourgeoisie das Reparationsproblem im Zusammenhang mit der Pariser Konferenz zu erörtern begann, stellten die Versöhnler diese Frage als die Kardinalfrage in den Mittelpunkt ihrer politischen Orientierung und versuchten, den englisch-amerikanischen Gegensatz als den Brennpunkt der imperialistischen Kriegsgefahr zu analysieren, hinter dem die Gegensätze des Imperialismus gegen die Sowjetunion zurücktreten (siehe Thesen der Versöhnler zum Reichsparteitag, vorgelegt und abgelehnt im Januarplenum des Zentralkomitees, veröffentlicht in Nr. 2 der „Materialien zum Reichsparteitag“). Die Parteimehrheit antwortete damals sofort (siehe Vorwort zu den Thesen der Versöhnler, vom Sekretariat des ZK veröffentlicht in Nr. 2 der genannten „Materialien“) in folgendem Sinne: Erstens werden die Pariser Verhandlungen keine Erleichterungen für Deutschland bringen, da Amerika das Bestreben hat, den französisch-englischen Block zu lockern, was nur auf Kosten Deutschlands geschehen kann; zweitens wird Deutschland in Paris lediglich um den Kaufpreis schachern, um den es in die von England geführte Antisowjetfront einschwenkt; und drittens wird das Resultat dieser Verhandlungen nicht die Zurückdrängung der Kriegsvorbereitungen und Verminderung der Kriegsgefahr gegen die USSR bedeuten, sondern im Gegenteil eine entscheidende Beschleunigung und Steigerung der Kriegsgefahr gegen die Sowjetunion. Alles, was damals (las Zentralkomitee in der Abwehr gegen die opportunistischen Theorien Ernst Meyers und seiner Freunde vorausgesagt hat, ist genau eingetroffen. Seit 1918 bis 1921 hatten wir keine so starke Antisowjethetze, unmittelbare Kriegspropaganda und freche Provokationen von seiten Deutschlands gegen die Sowjetunion wie gegenwärtig.

Wer das imperialistisch-sozialfaschistische Hermann Müller-Regime in Deutschland auch nur einigermaßen objektiv einzuschätzen vermochte, könnte unmöglich zu solchen Illusionen gelangen wie unsere Versöhnler. Der unüberbrückbare Grundgegensatz zwischen Sozial-[316]chauvinismus und bolschewistischem Internationalismus läßt bei Strafe seines Unterganges für den Sozialchauvinismus gar keine andere Lösung zu als die endgültige Vernichtung des Weltbolschewismus. Nur wer in bezug auf die Rolle und den Charakter der Sozialdemokratie und der sozialfaschistischen Regierungspolitik eine illusionäre, opportunistische Auffassung hatte (was bei unseren Versöhnlern in der Tat der Fall ist – siehe ihre Januarresolution, in der sie behaupten, daß die deutsche Bourgeoisie ihre imperialistische Politik „vorderhand weder mit faschistischen noch mit diktatorischen Methoden, sondern (!), in engster Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie, auf dem Boden der kapitalistischen Demokratie“ durchführe), konnte in bezug auf die Veränderung der Weltlage Illusionen haben (Vorwiegen des amerikanisch-englischen Gegensatzes und Zurücktreten des imperialistischen Weltgegensatzes gegen die Sowjetmacht nach Auffassung der Versöhnler).

Aber der Grundgegensatz zwischen Sozialchauvinismus und Bolschewismus ist untrennbar verbunden mit der zentralen Achse der Weltgegensätze, dem Gegensatz zwischen kapitalistischer Profitwirtschaft und der Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft der Sowjetunion. Je mehr die sozialistische Industrialisierung in der Sowjetunion fortschreitet, je weiter sich der sozialistische Aufbau der Sowjetmacht entwickelt und damit die Sowjetwirtschaft immer unabhängiger von der kapitalistischen Weltwirtschaft wird, desto rapider wächst der Gegensatz zwischen den imperialistischen Weltmächten und dem proletarischen Staate. Die Tatsache, daß ein Sechstel der Erdoberfläche der kapitalistischen Ausbeutung entzogen ist und unzugänglich bleibt, erschüttert das kapitalistische Weltsystem. Gewiß wachsen alle Gegensätze der imperialistischen Mächte untereinander immer stärker, gewiß wachsen imperialistische Gegensätze bestimmter Großmächte zeitweise rascher und stärker (England und Amerika), während gleichzeitig bei anderen Mächten alte Gegensätze zeitweilig gedämpft werden oder zurücktreten (England – Frankreich), – aber gegenüber allen diesen imperialistischen Gegensätzen, die den ständigen Kampf um die Vormacht, um die Hegemonie der Weltbeherrschung entfesseln und ein bleibender Ausdruck des kapitalistischen Profitsystems sind, wächst relativ der Gegensatz zwischen sozialistischer und kapitalistischer Wirtschaft viel rascher, da diese letztere sich in ihrer Existenz gefährdet sieht. Dieser fundamentale Gegensatz zweier Gesellschaftssysteme ist die Ursache der imperialistischen Raubkriegspläne gegen die Sowjetunion,

die in der deutschen sozialfaschistischen Staatspolitik ihren prominentesten Schrittmacher und Förderern haben.

Mit der offenen Antisowjethetze, im Zusammenhange mit den Berliner Ereignissen, ließ das imperialistisch-sozialfaschistische Regime in Deutschland alle Masken fallen und drohte mit dem offenen Bruche mit der Sowjetunion. Zweifellos gehört das völlige Einschwenken Deutschlands in die Antisowjet-[317]front zu den unmittelbaren Ursachen, die zu dem blutigen Aderlaß in Berlin führten.

Alles in allein: Aus außen- und innenpolitischen Gründen, zur Ueberwindung außen- und innenpolitischer Krisen hat der Sozialfaschismus den Bürgerkrieg gegen das Proletariat entfesselt, um freiere Ausbeutungsmöglichkeiten zu erlangen und den imperialistischen Krieg gegen die Sowjetunion in die Wege zu leiten.

## Vor dem Verbot der KPD.

Wie die Berliner Ereignisse jeden deutschen Arbeiter gelehrt haben, ist die Tatsache, daß wir uns heute in einem anderen Entwicklungsstadium des proletarischen Klassenkampfes befinden als noch vor einigen Monaten. Während sich noch vor Monaten der Sozialfaschismus, die sozialfaschistische Staatsgewalt, die Klassenjustiz, die Polizei, der staatliche Schlichter und das Arbeitsschiedsgericht, die reformistische Gewerkschaftsbürokratie und die sozialfaschistische Parteibürokratie in den Massenorganisationen (Genossenschaften, Sport- und Kulturorganisationen), mit der Sabotage, mit der Erschwerung, Verhinderung und Abwürgung des proletarischen Klassenkampfes begnügte und dem Unternehmertum half, höheren Profit aus den Arbeitern herauszuquetschen, geht heute der Sozialfaschismus, im Besitz der Staatsgewalt, der Kommandohöhen der Gewerkschaften und anderer Arbeiterorganisationen, zur offenen Gewaltanwendung gegen das klassenbewußte Proletariat über, zur brutalen Niederschlagung seiner revolutionären Organisationen. Er bekennt sich offen zur Diktatur gegen das Proletariat im Interesse des neuen deutschen Imperialismus, wie es Wels mit aller Deutlichkeit in seiner Eröffnungsrede auf dem Magdeburger Parteitag gemacht hat. An die Stelle der Abwürgung des proletarischen Klassenkampfes tritt die aktive militärische gewaltsame Unterdrückung der Arbeiterklasse. An die Stelle des bisherigen Verrats der Arbeiterklasse tritt die physische Vernichtung der entschiedensten und besten Kampfesschicht der Klasse. Das sind die augenscheinlichen Veränderungen in der Strategie und Taktik der sozialfaschistischen Politik.

Das Ziel dieses Vorgehens liegt klar auf der Hand: vollkommene Wehrlosmachung des deutschen Proletariats, um völlig ungehindert die imperialistische Politik des deutschen Trustkapitals durchzuführen.

Sehen wir uns von dieser veränderten Lage aus den Klassenkampf der deutschen Arbeiter an. Die Waffen, die das deutsche – und nicht nur das deutsche, sondern das Proletariat in allen kapitalistischen Ländern – in seinem Kampf anwendet, sind Versammlungsrecht, Koalitionsfreiheit, Pressefreiheit, Freiheit der Rede und des gedruckten Wortes, Demonstrationsrecht, das Recht der Arbeitsverweigerung (Streikfreiheit). Der Sozialfaschismus stellt gern diese „staatsbürgerlichen Grundrechte und Freiheiten“ als ein Gnadengeschenk der deutschen Bourgeoisie oder auch ihrer Landsknechte, der Sozialfaschisten, an die Arbeiterklasse hin, wofür diese voller Dankbarkeit [318] dem Sozialfaschismus huldigen müsse. Und in bezug auf diese christliche Gnadenbezeugung halten die Severing und Co. das Proletariat für naive Kinder, die des Morgens und Abends beten: „Der Herr hat’s gegeben, der Herr hat’s genommen, der Name des Herrn sei hoch gelobt, Amen!“ So und nicht anders hat sich Zörgiebel die Dinge gedacht, als er sein Demonstrationsverbot erließ, und Wels, als er seine Offenbarungen über die sozialfaschistische Diktatur vor den gläubigen Sollmännern verkündete.

Aber die deutschen Arbeiter sind nicht alle wegen Mangels an Intelligenz aus der vierten Elementarklasse entlassen worden, wie es Herrn Zörgiebel passiert ist; sie wissen noch etliches mehr als naive Bibelsprüche. So wissen sie zum Beispiel, daß ihre Kampfwaffen keine Gnadengeschenke der Bourgeoisie an ihre Klasse sind, sondern daß ihre Klasse diese Rechte und Freiheiten in ununterbrochenem, nahezu ein Jahrhundert altem zähen und opferreichen Klassenkampfe erkämpft hat; und daß sich die deutschen Arbeiter nicht nur die alten Kampfpositionen nicht rauben

lassen, sondern in deren Verteidigung auch (die Kampfmittel erproben werden, die sie befähigen, noch „etwas mehr“ zu erobern als in der Vergangenheit. Die klassenbewußten Proletarier wissen, daß jenseits der bürgerlichen Demokratie für die Reichen die proletarische Demokratie für die Armen liegt, und daß der Weg zu ihr nicht die sozialfaschistische Diktatur von Wels ist, sondern die proletarische Revolution, die die Diktatur gegen die Bourgeoisie, die wahre Demokratie für die Werktätigen bringt.

Die Berliner Ereignisse und die damit verbundene verstärkte Bolschewistenhetze und fanatische Pogromhetze gegen das Proletariat, wie sie unter Führung der Sozialfaschisten im gesamten bürgerlichen Lager, in den Parlamenten und Regierungen, in der Tagespresse von den großen Weltzeitungen bis zum kleinsten Winkelblättchen seit Wochen betrieben wird, haben natürlich in raschem Tempo grundlegende Aenderungen auf allen Gebieten des sozialen Lebens nach der reaktionär-konterrevolutionären Seite hin im Gefolge. Eine ganze Reihe von reaktionären arbeiterfeindlichen Plänen, die die Bourgeoisie und der Sozialfaschismus aus Angst vor dem Protest der Arbeiterschaft nicht durchzuführen wagten, glauben jetzt die Drahtzieher der Konterrevolution im allgemeinen Tumult der Pogromhetze gegen die kommunistische Bewegung verwirklichen zu können. Hierher gehören vor allen Dingen die vielen neuen Paragraphen für die „Reform“ des Strafgesetzbuches und des Strafvollzuges. Neue Landes- und Hochverratsparagraphen, nach denen jede politische Anschauung, die angeblich im „Dienst einer fremden Macht“ vertreten wird, wegen Landesverrats mit „Isolierung“ bestraft wird! Gegen wen solcherlei Gesetzgebung geschaffen wird, braucht man nicht erst zu raten; man braucht nur einen Blick in die Tagespresse zu werfen. Der Strafvollzug, der zu einem erstklassigen faschistischen Instrument der [319] Klassendiktatur gegen die Arbeiterklasse „reformiert“ wird, soll der jetzt schon skandalösen Klassenjustiz die Handhabe zu legalisierten „gesetzmäßigen“ Justizverbrechen gegen die Arbeiterklasse geben.

Das Gleiche wie auf dem Gebiete des Strafrechtes und Strafvollzuges tritt ein auf dem Gebiete des Zivilrechtes. Zur Unterdrückung und vollkommenen Knebelung der revolutionären Arbeiterbewegung werden Paragraphen geschaffen, die den offenen Raub am Eigentum der Arbeiter legalisieren. Wir erinnern hier nur an den Raub des Vermögens des RFB. Hier mußten Paragraphen des Republikschutzgesetzes von den sozialfaschistischen Ministern angezogen werden, die 1921 nach dem Rathenau-Mord angeblich gegen die geheimen Mörderorganisationen und ihre millionenreichen Geldgeber, die abgehalfterten Landesfürsten, geschaffen wurden. Solange diese Gesetze existieren, ist noch nie ein Vermögen dieser nationalfaschistischen Geheimorganisationen oder der Geldgeber dieser Organisationen beschlagnahmt worden. Ja, noch mehr: jetzt erst wurde durch die Presse bekannt, daß die Mörder Erzbergers und Rathenaus – gegen die also angeblich jene Gesetze geschaffen wurden – von den Regierungen des Reichs und von Preußen Riesensummen sogar in die Gefängnisse und andere ins Ausland, wohin sie geflüchtet waren, nachgeschickt erhielten. Einer der eifrigsten Organisatoren der Mordorganisationen, Pabst, erhielt regelmäßig seit acht Jahren eine monatliche Pension vom Reiche ins Ausland nachgeschickt. Und obendrein wurde bekannt, daß die so splendide Reichsstelle das Innenministerium Severings ist, woraus sich die interessante Tatsache ergab, daß der Polizei- und Ordnungsminister Severing die Adresse des flüchtigen Mordorganisators und Kapp-Putschisten nicht ermitteln und ihn nicht dem „geordneten Strafverfahren“ zuführen konnte, daß hingegen der Wohlfahrtsminister Severing für „in Not geratene“ Mordorganisatoren und Kapp-Putschisten eine monatliche Rente prompt an die „nicht festzustellende“ Auslandsadresse auszahlte. Dabei weiß die bürgerliche Presse zu berichten, daß die Aufdeckung dieses Skandals „hinter dem Rücken“ des Ministers Severing geführt werden mußte.

Als Drittes wird die Kulturreaktion noch mehr in die Halme schießen, als dies in den letzten Jahren im Konkubinat von Sozialfaschismus und Zentrum der Fall war. Film-, Theater-, Literatur- und Kunstzensur, Gotteslästerungsprozesse, Religionszwang in den Schulen – mit einem Wort: Zurück zum dunklen Mittelalter der Menschheitsverpfaffung und -verdummung! Nicht nur die kulturfeindliche Kirche und das profithungrige Unternehmertum, sondern auch die terrorlüsterne „Staatsautorität“ des Sozialfaschismus, die „freigeistige“ Sozialdemokratie von heute hat begriffen, daß das religiös erzogene fromme Volk das dümmste, knechtseligste und gefügigste ist und keinerlei

revolutionären Ideen huldigt. Mancher sozialdemokratische Minister, der durch seinen Kirchenaustritt in der Arbeiterbewegung und in der Sozialdemokratischen Partei von ehemals erst zu dem geworden ist, was er heute ist, hat wieder den „Segen des Herrn“ und „den Leib und das Blut Christi“ mitsamt „dem Kreuz“ [320] auf sich genommen, um in der Creme der Gesellschaft, in der er sich heute bewegt, als voll zu gelten. Diese „neugeborenen“ Christen sind die eifrigsten Fanatiker der Kulturreaktion: „Dem Volke muß die Religion erhalten bleiben“.

In voller Uebereinstimmung mit dem sozialfaschistischen Kurs der Staatsgewalt wird sich die Verschärfung der Gegensätze infolge der Berliner Ereignisse in den Klassenorganisationen des Proletariats auswirken, wenngleich hier eine Steigerung der Ausschluß- und Spaltungswillkür, der willkürlichen Entrechtung der Mitglieder und der Vergewaltigung der Organisationsdemokratie gegenüber den letzten zwei Jahren schlechterdings kaum mehr möglich ist. Eine Steigerung des Terrors der sozialfaschistischen Bürokratie kann nur weitere Zerschlagung und Auflösung der alten Formen der Klassenorganisationen des Proletariats bedeuten. Dieser Entwicklung muß die Kommunistische Partei ihre allergrößte Aufmerksamkeit zuwenden. Die Partei darf sich unter keinen Umständen von den den Arbeiterorganisationen angehörenden Arbeitern trennen, sie muß trotz aller Terrormaßnahmen der Sozialfaschisten ihren Einfluß bei den Mitgliedern unter den verschiedensten Formen des Kampfes gegen den Sozialfaschismus aufrechterhalten und mit aller Energie steigern. Aus alter Erfahrung wissen wir, daß es sich hierbei nur in den wenigsten Fällen darum handeln kann, den gesamten Apparat der Arbeiterorganisationen zum „erobern“ – die sozialfaschistischen Monopolverwaltungen dieser Organisationen verstehen es, sich durch bürokratischen Terror mit Unterstützung der Staatsgewalt und Klassenjustiz trotz Mehrheitsbeschlüssen der Mitglieder an der Macht zu halten. Die Illusionen über die Möglichkeit der „Eroberung“ des sozialfaschistischen Bürokratenapparates bestehen heute kaum mehr. Im Kampfe gegen den Sozialfaschismus in den Arbeiterorganisationen kann es sich nur um die „Eroberung“, d. h. Gewinnung der Mitglieder für die Ideologie des revolutionären Klassenkampfes handeln.

Hand in Hand mit diesen Verschärfungen des reaktionären konterrevolutionären Kurses auf allen Gebieten des sozialen Lebens, die tief einschneidende Veränderungen im Leben der gesamten Arbeiterklasse wie im Leben des einzelnen Arbeiters, jeder Arbeiterin und jeder Arbeiterfrau, der Arbeiterjugend und Arbeiterkinder bringen werden, geht die Verschärfung der Klassenkämpfe. Die reaktionär-konterrevolutionäre Welle, deren entscheidender Träger heute die sozialfaschistische Bürokratie in Staat, Gemeinde und Arbeiterbewegung ist, dient vor allem der stärkeren Entrechtung der Arbeiterklasse zu dem Zweck, diese als um so gefügigeres und geduldigeres Ausbeutungsobjekt wehr- und schutzlos dem Trustkapital auszuliefern: Herabdrückung des gesamten Lebensstandards der Arbeiterklasse, intensivere Produktionsleistung bei niedrigeren Löhnen, Verlängerung der Arbeitszeit (um zwei Stunden, sagen die Trustkönige), alles, um die Profitrate gewaltig zu steigern, erstens für das Wohlleben der besitzenden Klasse, zweitens für den immer riesiger anwachsenden Staatsapparat, drittens für Rüstungen zum Krieg und Bürgerkrieg (worauf [321] besonders die Sozialfaschisten so stolz sind), viertens für die Reparationszahlungen, fünftens für die Zins- und Amortisationszahlungen für die in- und ausländischen Milliardenanleihen und sechstens für die Akkumulation von Kapital zur Schaffung von neuen großen Profitquellen; das ist das Programm des Sozialfaschismus für alle Gebiete der Staats-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, dem sich die gesamte Partei- und Gewerkschaftspolitik des Sozialfaschismus unterzuordnen hat.

Diese wahnwitzige imperialistisch-reaktionäre Politik, die ungeheuren ökonomischen und sozialen Lasten, die den deutschen Arbeitern aufgebürdet werden, rufen eine ununterbrochene Kette von Angriffen des Trustkapitals auf den Lebensstandard der Arbeiter und auf der anderen Seite eine steigende Welle der Abwehr- und Angriffskämpfe der Arbeiter hervor. Die Wirtschaftskämpfe werden ständige Erscheinungen der Entwicklung in Deutschland und werden mit immer größerer Erbitterung durchgefochten werden. Staatsmacht und Gewerkschaftsbürokratie werden noch mehr als bisher mit immer schärferen Gewaltmitteln gegen die kämpfenden Arbeiter vorgehen, so daß es auch bei den einfachsten Lohnkämpfen zu solchen Ereignissen kommen kann wie am 1. Mai in Berlin. Das Eingreifen der Staatsgewalt, die Mobilisierung

der Severingschen Bürgerkriegsarmee gegen streikende Arbeiter macht die Wirtschaftskämpfe immer mehr zu politischen Ereignissen ersten Ranges. Ständig wird den Arbeitern die Frage des endgültigen Machtkampfes durch die konterrevolutionär-reaktionäre Staatsmacht zum Bewußtsein gebracht. So erhalten die Kämpfe der Arbeiter einen immer stärkeren revolutionären Charakter.

Je mehr sich der eiserne imperialistische Ring um die Sowjetunion schließt, je näher die letzten Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion ihrem Abschluß entgegengehen, desto brutaler und rücksichtsloser werden die Unterdrückungsmaßnahmen und die rigorose Gewaltanwendung gegen die Arbeiterklasse durchgeführt werden. Der koalierte Weltimperialismus braucht für seinen Raubzug gegen die Sowjetunion, besonders im zentralen Aufmarsch- und Etappengebiet, vor allem eine vollkommen „ruhige“ und willfährige Arbeiterschaft. Streiks, Sabotage und Arbeitsverweigerung werden auf das grausamste verfolgt und unterdrückt werden. Alle die jetzigen Maßnahmen und Unterdrückungsmethoden, Demonstrations- und Versammlungsverbote, Auflösung der revolutionären Organisationen, Verbote der kommunistischen Zeitungen und Literatur, die die Arbeiter über die Lage und die Ursachen aller dieser Erscheinungen aufklären, sind nichts anderes als Vorboten und Uebungen für die vollkommene Entrechtung und Mundtotmachung. die der ganzen Klasse wahrscheinlich noch vor, bestimmt aber bei Ausbruch des imperialistischen Krieges droht. Der Arbeiter soll und darf nicht wissen, was mit ihm und seiner Klasse vorgeht, er soll mit verbundenen Augen, mit dem [322] Kopf voller Illusionen auf die Schlachtbank des neuen imperialistischen Krieges geschleppt werden.

Der Rote Frontkämpferbund ist bereits aufgelöst, eine ganze Anzahl kommunistischer Zeitungen und Broschüren verboten und beschlagnahmt; in einem Staatsgebiet wurden sogar alle Versammlungen und die Herausgabe von Flugblättern der KPD verboten. Das Verbot der KPD wurde wiederholt angedroht und im Hauptausschuß des Reichstages vom sozialfaschistischen Innenminister in Aussicht gestellt, sobald das Verbot „genügend vorbereitet“ ist. Das Verbot unserer Partei, der Raub des Parteieigentums, die Unterdrückung der kommunistischen Presse und Literatur ist also in Kürze zu erwarten. Der Reichsinnenminister Severing hat in seiner Rede dargelegt, daß das Verbot der Kommunistischen Partei „keine so einfache Sache sei und gut vorbereitet werden müsse“. Herr Severing hat damit natürlich nicht gemeint, daß die „Begründung“ für das Verbot „eine nicht so einfache Sache sei“. „Begründungen“ sind billiger als Brombeeren. Sehen wir uns nur eine der vielen „Begründungen“ für das Verbot des RFB an. In der offiziellen „Begründung“ des preußischen Innenministers Grzesinski heißt es, daß der Bund nach den §§ 177 und 178 des Versailler Friedensvertrages verboten werden müsse, da nach diesen Paragraphen keine „militärischen Organisationen“, außer den im Vertrag zugestandenen Militärformationen, im deutschen Reichsgebiet zugelassen werden dürfen. Diese Paragraphen stammen aus dem Jahre 1919. Der Bund bestand seit 1925. Jetzt, nach vier Jahren seines Bestehens, entdeckt man plötzlich, daß der Bund eine „militärische Formation“ nach dem Versailler Friedensvertrag sei. Dagegen sind alle jene zahllosen militärischen Organisationen und Formationen, die sich nach ihrer eigenen Auffassung und öffentlichen Propaganda als Hilfs- und Reserveformationen der staatlichen Militärformationen ansehen, wie Schwarze Reichswehr, Stahlhelm, Reichsbanner und andere faschistische Wehrverbände, Krieger- und Militärvereine usw. nach Ansicht desselben Ministers keine „militärischen Organisationen“ nach den Paragraphen des Versailler Vertrages. Das ist eben sozialfaschistische Logik.

Eine solche „Begründung“, wie sie der preußische Innenminister Grzesinski gab, war seinem „höheren“ und vorgesetzten Ministerkollegen im Reiche, seinem Parteifreunde Severing, doch zu dummdreist, und dieser gab daher einen anderen Grund an. Er meinte: „Ja, wenn die Faschisten ebenso wie die Roten Frontkämpfer Barrikaden bauen, dann werden die faschistischen Organisationen ebenso verboten wie die Roten Frontkämpfer.“ Und dann machte er geheimnisvolle Andeutungen über Untersuchungen, die „überraschende“ Tatsachen bringen würden. Natürlich waren Severings Gründe noch fauler als die Grzesinskis. Der RFB hatte weder die Absicht, Frankreich oder England „anzugreifen“, um damit gegen den Versailler „Frieden“ zu verstoßen, noch hat er „Barrikaden“ gebaut, für welche [323] Behauptung der Sozialfaschist Severing noch nicht den Schatten eines Beweises vorbringen konnte.

Das „Verbot der KPD muß gut vorbereitet werden“ – ja, wir verstehen und wissen selbst aus der Vergangenheit, daß das nicht eine so „einfache Sache“ ist. Die sozialfaschistischen Minister erinnern sich noch gut an die Kriegszeit und besonders an das Verbot unserer Partei im Jahre 1923/24. Wenn man nur an das letzte Verbot denkt, dann versteht man schon die Bauchschmerzen Severings, warum das eine „nicht so einfache Sache“ ist. Das Verbot bestand damals nahezu ein halbes Jahr. In diesem halben Jahr der Illegalität haben wir eine unserer größten Parteidiskussionen durchgeführt, die wir je hatten. Die Partei wurde in tausenden Mitgliederversammlungen und Funktionärkonferenzen von unten bis oben durchgeknetet. Es fanden einige hundert Unterbezirkskonferenzen, etwa 30 Bezirkskonferenzen und ein Parteitag mit etwa 300 Teilnehmern sechs Tage lang statt, ohne daß die doch auf Kommunistenfang so vorzüglich gedrillte Severing-Garde auch nur etwas merkte. Wir tanzten der Polizei auf der Nase herum, daß es ihr grün vor den Augen wurde. Trotz Verbot haben wir alle Vorbereitungen zu den Maiwahlen 1924 durchgeführt, und als wir statt mit 15, die wir zuvor hatten, mit 64 Abgeordneten in den Reichstag einzogen, da war die Blamage der „Staatsautorität“ riesengroß. So hat die Welt noch nicht gelacht! Das Verbot hatte man wieder aufheben müssen. Nach solchen blamablen Erfahrungen ist allerdings ein Verbot der KPD eine „nicht so einfache Sache“. Wir verstehen den Schmerz.

Freilich wissen wir: Ein Verbot unserer Partei wird heute etwas anders ausschauen als etwa das 12jährige Sozialistengesetz, das aus den gleichen Gründen gefallen ist wie das Verbot 1923/24. Ein Verbot der KPD, das jetzt verhängt wird, ist die unmittelbare Kriegsvorbereitung Deutschlands gegen die Sowjetunion. Dieses Verbot ist die Reinigung und Sicherung der Etappe vom „inneren Feind“. Für diese Phase der Kriegsbereitschaft wird es keine Ventile durch Parlamentswahlen geben wie unter dem Sozialistengesetz und 1924. Selbst wenn Wahlen (zum Reichs-, Landes- oder Kommunalparlament) noch unerläßlich sind, werden die Ventile gestopft, indem die Wahlrechte geändert werden, was jetzt schon geplant ist. Die „Wahlreformen“ werden wieder aussehen wie im alten preußischen „Obrigkeitsstaat“ – wie überhaupt alle „Reformen“, die jetzt kommen, in der imperialistisch-kriegerischen Periode nicht dem sozialen, kulturellen und politischen Fortschritt dienen, sondern der sozialen, kulturellen und politischen Reaktion und Konterrevolution.

Wir haben keine Illusionen darüber, was ein kommendes Verbot unserer Partei bedeutet. Die Verfolgungen werden grausamer und niederträchtiger sein als je zuvor. Nicht nur materielle Vernichtung des Parteiapparats, sondern auch physische Vernichtung der einzelnen Personen, die als Kommunisten bekannt sind. Die Ausweisungen am Weihnachtsabend unter dem Sozialistengesetz, die Einkerkerung der [324] Achttausend in den Jahren 1923/24 werden verblassen vor dem, wozu sich Severing „gut vorbereiten“ muß. Und dennoch und trotz alledem: Bei allen Unterdrückungs- und Vernichtungsfeldzügen der alten, morschen Klassen, die sich damit an der Herrschaft halten wollten, haben die unterdrückten, verfolgten und aufsteigenden Klassen und Bewegungen sich immer noch schlauer und geschickter gezeigt als ihre Verfolger. Letzten Endes hat stets noch die neue Welt, die Revolution, über die alte Welt, über die Konterrevolution, gesiegt.

Der Sozialfaschismus „bereitet sich gut vor“ zu dem Schlag, den er gegen unsere Partei, die Partei des Proletariats, zu führen gedenkt. Auch wir müssen uns gilt vorbereiten auf die Dinge, die da kommen. Gewiß hat Severing mehr Machtmittel, er hat eine gut dressierte Armee, er hat ungezählte Millionen Mark Steuergelder, die er Arbeitern abnimmt, um sie im Zaume zu halten, er hat Gefängnisse und Zuchthäuser, in denen er uns gut verwahren kann, er hat Henker und Massenmörder, bei denen Menschenleben billig wie ein Butterbrot sind, er hat Kanonen und Maschinengewehre, Panzerwagen und Ueberfallkommandos, Flammenwerfer und Handgranaten, alles „gute“ Sachen, die wir nicht haben und mit denen man sich tüchtig „vorbereiten“ kann. Er hat Nachrichten und Pressebüros, die können lügen! Sowas hat die Welt noch nicht gesehen! Severing hat also hunderterlei Dinge, die für den Bürgerkrieg, für die Bolschewistenvernichtung ausgezeichnete Dienste leisten und wie sie Wilhelm der Letzte und Nikolaus der Letzte auch nicht besser gehabt haben. Das sind alles gute und so „schlagkräftige“ Argumente, denen wir nichts Gleichartiges entgegensetzen können. Die einzige Waffe, die wir haben, ist die Rede und die Schrift – die Waffe der Kritik. Aber dies gefällt Ihnen nicht, Herr Minister? Das sind doch ganz demokratische Mittel,

und Sie sind doch ein guter Demokrat?! Ach so, Sie meinen, die Waffe der Kritik könnte umschlagen in die Kritik der Waffen? Ja, so etwas soll es schon in der Weltgeschichte gegeben haben, und nach guten Kennern der Geschichte, der Oekonomie und der sonstigen Gesellschaftswissenschaften soll es so etwas immer wieder geben, solange eine Klassengesellschaft besteht.

Auf unserer Seite aber stehen zwei Mächte, mit denen wir trotz allem über Severing und sein kriegerisches System siegen werden: Wir haben und bekommen mit jedem Tag mehr die Arbeiter, die Severing immer mehr verliert, die Träger und Former der kommenden Gesellschaft, der sozialistischen Weltordnung; und zweitens, für uns arbeitet die Zeit, die gegenwärtige Epoche des Imperialismus die zugleich die Epoche (her proletarischen der Weltrevolution ist.

**Der Ausweg**

Drei Dinge sind es, die das deutsche Proletariat in dieser krisenschwangeren und ernsten Periode der Entwicklung stets vor Augen haben und nach denen es sein Handeln einrichten muß.

[325] Erstens: Wir befinden uns in der Periode eines neuen revolutionären Aufstiegs, die heute noch keine akutrevolutionäre Situation darstellt, in der aber heute schon Anzeichen und Merkmale der herannahenden revolutionären Auseinandersetzungen sichtbar werden, in deren Verlauf die Hauptfrage des Klassenkampfes, die Frage der Macht, auf die Tagesordnung gestellt wird. Solche Zeiten, die stets akut-revolutionären Situationen vorausgehen und die wie heute noch mit Kriegsvorbereitungen und Kriegsgefahren kompliziert und verschärft werden, sind stets Zeiten jäher Wendungen, sprunghafter Entwicklung und oft schneller Ueberraschungen.

In solcher Zeit ist elastische, schnell reagierende und bewegliche Kampfestaktik und die Fähigkeit der raschen Umstellung von einer Aufgabe zur anderer die erste Voraussetzung für ein erfolgreiches Arbeiten. Die revolutionäre Vorhut, die KPD, darf sich von keinem Ereignis überraschen lassen, wenn die Entwicklung der Dinge noch so stürmisch sich vollzieht. Die Partei, ob legal oder illegal, muß auf alle Ereignisse reagieren und bei allen Ereignissen und Wendungen der politischen und ökonomischen Lage dem Proletariat den Weg zeigen.

In der nicht akut-revolutionären Situation, in der wir uns heute befinden, kann das Proletariat nur die Kampfeswaffen anwenden, die auf die Mobilisierung und Organisierung der Massen zur entscheidenden Schlacht gerichtet sind. Diese Kampfeswaffen sind: Versammlungen, Konferenzen, unbewaffnete friedliche Demonstrationen, Kundgebungen, Streiks, befristeter Demonstrationsstreik, politischer Massenstreik, Boykott u. dgl. Die höchsten Formen des proletarischen Befreiungskampfes, die nur in akut-revolutionären Situationen Anwendung finden dürfen – Bewaffnung des Proletariats, Aufstand, Bildung von Sowjets usw. – würden daher dem gegenwärtigen Stadium der Entwicklung nicht entsprechen.

Da uns aber die täglichen Ereignisse zeigen, daß wir uns in einer Zeit des Ueberganges von einer Periode zur anderen befinden, der Sozialfaschismus und die kapitalistische Gesellschaft jeden Tag erneut mit aggressiven reaktionären, konterrevolutionären Maßnahmen vorstößt, wird täglich immer wieder vor dem gesamten Proletariat die Machtfrage in vollem Umfange aufgerollt. Es ist daher die augenblickliche Tagesaufgabe unserer Partei, vor dem Proletariat alle Probleme des bürgerlichen und des proletarischen Staates zu diskutieren und die Fragen von „Staat und Revolution“, d. h. der Erringung und Behauptung der proletarischen Diktatur an Hand der Lehrer von Marx und Lenin zu erörtern, um so größtmögliche Klarheit in allen Kreisen des Proletariats über den voraussichtlichen weiteren Verlauf der Entwicklung in Deutschland zu schaffen.

Dabei darf unsere Partei nicht vergessen, daß ihre wichtigste Aufgabe es ist, die ökonomischen, sozialen und [326] politischen Tageskämpfe des Proletariats selbständig zu organisieren, zu beeinflussen und zu führen, daß unsere Partei in allen Tagesnöten und Kämpfen dem Proletariat stets zur Seite zu stehen, seine Kampffront zu stählen, die Klassensolidarität und das Klassenbewußtsein zu fördern hat. Ohne die aktive Führung der Klassenkämpfe durch unsere Partei sind revolutionäre Kämpfe des Proletariats in der gegenwärtigen Periode unmöglich und undenkbar.

Unsere Partei muß in den gegenwärtigen Kämpfen der Arbeiter die aktive organisierende, führende Kraft dieser Kämpfe sein, die sie konzentriert auf die kommenden Entscheidungen.

Zweitens: Die Kampfestaktik des Proletariats muß bei aller Beweglichkeit und Anpassung an die Kräfteverhältnisse und jeweiligen Situationen eine offensive sein, die sich mit zäher Ausdauer wappnet. In einer Periode, in der das Proletariat den andauernden Verstößen des Trustkapitals zur Herabdrückung seines Lebensstandards ausgesetzt ist, in der der Sozialfaschismus in der Staatsmacht gemeinsam mit Unternehmertum und Gewerkschaftsbürokratie die politische und soziale Entrechtung mit allen Gewaltmitteln durchzusetzen versucht, gibt es für das Proletariat nur einen Ausweg: ständige Kampfbereitschaft und aktivste Abwehr aller Angriffe auf die elementarsten Klassenrechte, die sich die deutsche Arbeiterklasse in jahrzehntelangen. opferreichen Kämpfen errungen hat! Keinen Fußbreit Boden ohne kämpfende Abwehr preisgeben! Jedes verlorene Terrain immer von neuem berennen, um es wiederzugewinnen! Ueber das zu Verteidigende hinaus vorstoßen, um neues Gelände, neue Positionen und neue Vorteile im Klassenkampf zu gewinnen! In dieser offensiven revolutionären Kampfesstellung muß das Proletariat sein nacktes Leben, den Lebensstandard seiner Klasse, seine primitiven, wenigen Klassenrechte auf das äußerste, in voller Opferbereitschaft verteidigen und sich neue Positionen erkämpfen.

In diesem Kampfe wird das deutsche Proletariat in der Kommunistischen Partei seinen zuverlässigsten Vortrupp, seine stärkste und entschlossenste Führung finden. In der KPD wird die Arbeiterschaft wie in der Vergangenheit auch heute und, nachdem sie sich von den Verrätern am revolutionären Klassenkampf gereinigt hat, noch mehr als früher ihre opferbereitesten und tapfersten Kampfestruppen besitzen. „Erlaubt“ oder „verboten“, legal oder illegal – die KPD wird ihren Dienst am deutschen Proletariat im Interesse der proletarischen Revolution unter allen Bedingungen, die ihr der Klassenfeind heute noch diktieren kann, erfüllen.

Drittens: Das Letzte, aber Wichtigste: Organisation, Organisation und nochmals Organisation! Nicht die Frage der Organisation im landläufigen, üblichen Sinne, daß sich jeder Arbeiter und jede Arbeiterin organisieren muß, daß man nur organisiert erfolgreich kämpfen kann – das ist ganz selbstverständlich. Auch nicht über „Organisation“ in dem Sinne, daß man eine [327] starke Kommunistische Partei braucht, daß die Arbeiter von der konterrevolutionären Sozialdemokratie sich loslösen müssen und zur einzigen Klassenkampfpartei, zur KPD kommen müssen, soll hier geredet werden; auch das ist natürlich wichtig und richtig, und dennoch ist es jetzt nicht die Kardinalfrage.

Jetzt ist die Frage aller Fragen des proletarischen Klassenkampfes dieser Etappe der Verschiebung aller sozialen Kräfte die Frage der Organisation und der Organisiertheit als politische Frage, als politisch-strategisches Problem gestellt. So konnte sie freilich nur in diesem Augenblick gestellt werden, entsprechend der besonderen Situation.

Wie muß die Frage der Organisation politisch gestellt werden?

1. In der Uebergangsperiode, wo die Mehrheit des Proletariats, die Hauptschichten der deutschen Arbeiterklasse sich in Bewegung zu setzen beginnen, um aus der Gefolgschaft des Reformismus zur revolutionären Position überzugehen und unter die Führung der KPD zu treten, in der Uebergangsperiode, in der die Sozialdemokratie ihre Wandlung zum Sozialfaschismus vollzieht, in der die Gewerkschaftsbürokratie die reformistischen Gewerkschaften immer mehr zu zuverlässigen Werkzeugen für die imperialistische Kriegsführung verwandelt, wo die reformistische Bürokratie in den Arbeitersport- und -kulturorganisationen vom kleinbürgerlichen Pazifismus zur imperialistischen Kriegsbegeisterung und Kriegsbereitschaft übergeht, in diesem Uebergangsstadium, in dem der gesamte Reformismus immer konterrevolutionärer und reaktionärer wird – in diesem Uebergangsstadium ist es ganz selbstverständlich, daß diejenigen alten historischen Organisationen des Proletariats, die der Sozialfaschismus mit allen Mitteln der Gewalt und des Terrors in seiner Herrschaft und Dienstbarkeit hält, zum Schauplatz eines erbitterten Klassenkampfes zwischen der Arbeiteraristokratie und -bürokratie einerseits und den auf dem Klassenstandpunkt unter der Führung der Opposition stehenden Arbeitermassen andererseits werden. Die einstmaligen Organisationen des Klassenkampfes werden durch den Reformismus zu Organisationen der Klassenversöhnung gemacht,

wie das zum weitaus größten Teil heute schon der Fall ist, um endlich in der dritten und letzten Etappe, die jetzt kommen wird, Organe zum aktiven Kampfe gegen den proletarischen Klassenkampf zu werden. Diese Wandlung der proletarischen Organisationen darf uns selbstverständlich nicht veranlassen, diesen Organisationen den Rücken zu kehren und die Fahnenflucht zu ergreifen vor den Schwierigkeiten, die die Durchführung unserer Aufgaben in diesen Organisationen mit sich bringt. Unsere Aufgaben in jenen Organisationen können wir aber nur erfüllen, wenn wir das Klassenmäßige, das vom Klassenstandpunkt aus Charakteristische und Entscheidende klar und ohne alle Illusionen richtig erkennen. Unsere Aufgabe in diesen Organisationen ist es, die konterrevolutionär cmi Bestrebungen und Handlungen der Sozialfaschisten zu bekämpfen, ihren [328] Einfluß zurückzudrängen, die Massen der Mitglieder dieser Organisationen für den revolutionären Klassenkampf zu gewinnen.

2. Der wirtschaftliche Kampf der Arbeiter wird teilweise heute schon nicht mehr geführt und organisiert von den alten gewerkschaftlichen Klassenorganisationen des Proletariats wie ehemals. Ja, immer mehr müssen die Kämpfe der Arbeiter um ein Stück Brot, um den Achtstundentag und andere Forderungen gegen die alten historischen Organisationen geführt werden. Trifft das schon bei den Wirtschaftskämpfen des Proletariats zu, so erst recht bei allen, politischen Kämpfen der deutschen Arbeiter, mag es sich auch nur um die Verteidigung der elementaren politischen Rechte der Arbeiter handeln. Heute wissen wir, daß es die „Führer der deutschen proletarischen Klassenorganisationen“ waren, die dem Berliner Proletariat die elementarsten Rechte, das Recht der Maidemonstration raubten. Daraus ergibt sich, daß die Klassenkämpfe des Proletariats, vom einfachen Lohnkampf bis zum politischen Kampf um die Rechte und Freiheiten des Proletariats, auf eine neue Basis gestellt werden müssen.

Die Arbeiterschaft hat sich bisher damit geholfen, daß sie von Fall zu Fall besondere Kampforgane geschaffen hat, zu neuen Kampfesformen übergegangen ist (Streikleitungen im Ruhrkampf, Maikomitees in Berlin usw.). Diese neuen Kampfesformen und Kampfesorgane zeigen deutlich die veränderte Situation und die Wandlungen der Organisationsformen im Klassenkampf der gegenwärtigen Periode auf. Diese zeitweiligen Kampfesorgane haben natürlich alle Mängel und Schwächen des Vorübergehenden und Provisorischen; es fehlt die Beständigkeit, die innere politische und taktische Sicherheit und das starke, feste Selbstbewußtsein, die Kühnheit und Entschlossenheit des Handelns, die Selbstsicherheit im Auftreten – alles Eigenschaften, die im revolutionären Klassenkampf und besonders in kritischen Situationen erste Voraussetzung für eine sichere und starke Führung der Kämpfe sind.

3. Wir befinden uns aber nicht nur in der Uebergangsperiode des Wandels aller alten Organisationsformen und -verhältnisse, des Charakters der alten Klassenorganisationen, sondern zugleich in der Uebergangsperiode, in der der Klassenkampf sich vom einfachen Kampf um Reformen und Klassen- und Gruppenvorteile immer mehr zum politischen Machtkampf auswächst. Je höhere Stufen der politische Inhalt der Klassenkämpfe erreicht, desto mehr erfordert dieser neue Kampfesformen, größere Schlagfertigkeit, bessere Strategie. Die Klasse kann immer weniger als lose, unorganisierte Masse kämpfen, ohne festes inneres, organisatorisches Gerippe. Gerade die höhere Form des Klassenkampfes erfordert immer stärkere und mächtigere Organisiertheit und Geschlossenheit.

4. Schließlich steht das Proletariat einem immer stärker organisierten Klassenfeind gegenüber. Das monopolistische Trustkapital ist in Unternehmerorganisationen mit schärfster Disziplin zusammen gefaßt, der kapitalistische Staatsapparat ist eine ungeheure Organi-[329]sationsmaschine in den Händen des Trustkapitals, dem die Arbeiterklasse auch nicht im entferntesten vor der Eroberung der politischen Macht Gleichartiges gegenüberstellen kann; der sozialfaschistische Parteiapparat in Staat, Gemeinden, Gewerkschaften, Genossenschaften und sonstigen Organisationen stellt Machtpositionen im Dienste des Klassenfeindes dar, wie sie das klassenbewußte, revolutionäre Proletariat noch nicht besitzt. Je organisierter aber der Klassenfeind ist, desto organisierter muß das Proletariat seine Positionen verteidigen und ausbauen.

5. Die gewonnenen oder verteidigten Positionen des Proletariats, seien sie gewonnen mit dem Stimmzettel, bei Streiks oder im Straßenkampf, zerrinnen in ein Nichts, sind eine hohle Nuß, wenn sie nicht organisatorisch gefestigt und gebunden werden, wenn sie nicht dazu führen und ausgenutzt werden,

mit den einzelnen Erfolgen das gesamte System des proletarischen Klassenkampfes zu stützen und zu verbinden. Das kann immer wieder nur durch Organisation geschehen. Alle einzelnen Erfolge gehen verloren, wenn sie nicht mit den Gesamtpositionen der Arbeiterklasse verschmolzen werden.

Aus allen diesen Gründen ist die Hauptlosung der Gegenwart, das Gebot der Stunde: Organisation! Organisation! und nochmals Organisation!

Die Losung der gesamten Arbeiterklasse muß werden: Organisierung des revolutionären Klassenkampfes! Schaffung von Kampforganen der gesamten Klasse zur Führung der revolutionären Klassenkämpfe! Schaffung von Einheitsfrontorganen, die die Arbeitermassen in allen Betrieben, in den Gewerkschaften, in den Arbeitersport- und Kulturorganisationen in Stadt und Land miteinander verbinden und ihnen eine feste organisatorische Basis geben! Nicht gelegentliche und vorübergehende Kampfausschüsse, sondern dauernde, feste, die sich durch ihre dauernden Funktionen das Vertrauen der Arbeiter erwerben und Autorität in der Arbeiterschaft erlangen! Führungen und Führer des revolutionären Klassenkampfes müssen von unten aus den Betrieben und in den Massenorganisationen des Proletariats erwachsen.

Das Gerippe dieser revolutionären Kampforgane müssen die revolutionären Betriebsräte und die Zusammenfassung der Gewerkschaftsopposition in den Betrieben werden. Vor allem aber müssen die revolutionären Betriebsräte in Gemeinschaft mit der Gewerkschaftsopposition in allen Betrieben ein revolutionäres Vertrauensmännersystem aufbauen, das alle Arbeiterkategorien, alle Betriebsabteilungen, alle Arbeitskolonnen restlos erfaßt. In jedem Betrieb, besonders aber in jedem Groß- und Riesenbetrieb, muß in jeder Betriebsabteilung, in jeder Arbeitskolonne, in jedem Bau, in jedem Büro je ein revolutionärer Vertrauensmann [330] und Stellvertreter vorhanden sein. Die revolutionären Vertrauensleute gruppieren sich um den roten Betriebsrat, um die Gewerkschaftsopposition und die Betriebszelle der Partei und bilden so das feste Gerippe für die Organisierung des revolutionären Klassenkampfes.

Regelmäßige Versammlungen und Konferenzen der revolutionären Vertrauensleute unterrichten den roten Betriebsrat, die Gewerkschaftsopposition und die Parteizelle am sichersten und zuverlässigsten über die Stimmungen und Vorgänge in allen Abteilungen und Belegschaften. Und ebenso werden auf diesem Wege alle politischen und sonstigen Fragen am sichersten von den Betriebszellen, dem roten Betriebsrat und der Gewerkschaftsopposition an alle Abteilungen und einzelnen Arbeiter herangebracht.

Die Organisierung des revolutionären Klassenkampfes heißt zugleich die Organisierung der Revolution. Das „Geheimnis“ der Organisierung der Revolution ist das „Geheimnis“ der höchsten Form und des Grades der Organisiertheit der Arbeiterklasse. Wenn die Grundformen der Organisierung des revolutionären Klassenkampfes heute geschaffen sind, regeln sich alle Organisations- und Kampfesformen in Zukunft „spielend“ leicht. Aber ohne diese Grundformen wird der Weg des revolutionären Befreiungskampfes schmerzvoller und mit Enttäuschungen und Rückschlägen gepflastert sein.

Severing und der Kapitalistenstaat können die KPD, die kommunistischen Zeitungen und noch vieles andere „verbieten“, sie können aber nicht das revolutionäre Proletariat und den bolschewistischen Kampf verbieten. Revolutionäre Organisierung des Proletariats heißt daher: das Proletariat unbesiegbar, unüberwindlich machen. Die KPD wird unter allen Umständen und allen Bedingungen die Führerin des revolutionär organisierten Proletariats sein und bleiben.

Und unter Führung der KPD wird das deutsche Proletariat seinen Weg der Befreiung aus der Kapitalsknechtschaft fortsetzen und trotz aller Blutgerichte den Sieg erringen. (Weitere Kapitel folgen im nächsten Heft.)

[331]

# Revolutionäre Massenaktionen

Von Paul Merker

## I.

Die Ereignisse am 1. Mai und an den folgenden Tagen haben blitzartig die allgemeine Situation beleuchtet. Sie zeigen die Zuspitzung der Gegensätze zwischen den Klassen, die schärfste Offensive aller Feinde der werktätigen Massen und die wachsende Gegenoffensive der Arbeiter in den wichtigsten Industriegebieten. Die Versuche der Trustbourgeoisie, im Interesse der imperialistischen Entwicklung das Lebensniveau der Massen zu drücken und die proletarische Kampfesfront zu demoralisieren, stoßen auf den heftigsten Widerstand.

Das Charakteristische des Maikampfes besteht darin, daß zum ersten Male seit 1923 die ökonomische Bewegung der Arbeiter in den politischen Massenstreik umschlug – mehr als 70.000 Arbeiter beteiligten sich in Berlin, Hamburg, Ruhrgebiet, Chemnitz und Halle unter unmittelbarer Führung der Partei an dem politischen Massenstreik gegen den Polizeiterror und damit gegen das ganze kapitalistische Ausbeutersystem –, daß ferner die Massen spontan neue Kampfesmethoden gegen den brutalen Polizeiterror (Barrikadenbau usw.) während der Maidemonstration in Berlin herausbildeten, worin die bisher erreichte höchste Form des Klassenkampfes zum Ausdruck kam.

Die territoriale Verteilung, die Ausdehnung und die Kraft der politischen Streikbewegung ist ein Spiegelbild der Entwicklungstendenz und ein Gradmesser für das bisher erreichte Stadium der Arbeiterkämpfe. In erster Linie traten die Arbeitermassen unter Führung der Partei in solchen Gebieten und Industriegruppen in den Kampf, wo es der revolutionären Opposition im Laufe des letzten Jahres gelungen ist, die ökonomischen Kämpfe der Massen sehr stark zu beeinflussen, oder selbst solche Kämpfe trotz des Widerstandes der sozialimperialistischen Gewerkschaftsbürokratie zu organisieren und zu führen. Das war der Fall bei den Berliner Bau- und Tabakarbeitern, bei den Bergarbeitern des Ruhrgebietes, bei den Bau-, Metall- und Textilarbeitern in Chemnitz und bei den Werftarbeitern in Hamburg. Zwischen diesen ökonomischen Streiks und der politischen Bewegung als Protestaktion gegen den Polizeiterror bestehen somit unmittelbare innere Beziehungen.

Die in der imperialistischen Phase der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung entfesselten ökonomischen Bewegungen haben starke politische Wirkungen. Sie führen unmittelbar zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Staatsgewalt, wie es deutlich im Kampfe der Belegschaften einiger Kohlengruben des Ruhrgebietes, im Streik der Hamburger Hafenarbeiter usw. zum Ausdruck kam. Sie sind der Nährboden für die großen politischen Machtkämpfe des Proletariats. Indem die revolutionäre Opposition solche ökonomischen Kämpfe der Arbeiter, die von den sozialimperialistischen Gewerkschaftsführern auf das heftigste sabotiert werden und die auf den entschiedensten Widerstand des Unternehmertums und der Staatsgewalt stoßen, organisiert und auf diesem Wege eine revolutionäre Führung der Arbeiterkämpfe herausbildet, werden die Massen vorbereitet und reifgemacht für große gewaltsame politische Auseinandersetzungen zwischen den Klassen. Ohne diese engste Verbindung des ökonomischen mit dem politischen Kampfe ist es unmöglich, die Massen für den endgültigen Befreiungskampf zu gewinnen.

Auf die selbständige Organisierung und Führung des ökonomischen Kampfes durch die Partei und durch die revolutionäre Opposition zu verzichten, wie es in den Jahren 1922-23 die Brandler-Zentrale getan hat, heißt die Organisierung des proletarischen Machtkampfes preiszugeben und auf die Führung der Arbeiter durch die Kommunistische Partei in den entscheidenden revolutionären Situationen zu verzichten. In ihrer Tätigkeit zur Organisierung der ökonomischen Arbeiterkämpfe und zur Herausbildung einer von den Massen selbst gewählten revolutionären Führung durch die Wahl von Kampf-[332]leitungen, von revolutionären Betriebsdelegierten und Vertrauensleuten verbindet sich die kommunistische Avantgarde fest politisch und organisatorisch mit den Massen und schafft die wichtigsten Voraussetzungen für den Sieg der proletarischen Klasse.

Das Ziel der Koalitionsregierung, der Trustbourgeoisie und ihrer sozialimperialistischen Agenten ist die Sicherung des „Wirtschaftsfriedens“, der Ruhe im Kampfe zwischen den Klassen für lange Zeit. Die allgemeine Verschärfung der Lage bringt es mit sich, daß diese „Kirchhofsruhe“ nur durch die

Niederschlagung der proletarischen Massen herbeigeführt werden kann. In richtiger Voraussicht der sich für die deutsche Bourgeoisie verschlechternden Bedingungen des internationalen Konkurrenzkampfes, der für die imperialistische Entwicklung notwendigen fortgesetzt steigenden Ausgaben für militärische Rüstungen, der Gefahren einer offenen Wendung der deutschen Bourgeoisie gegen die Sowjetunion gemeinsam mit der Entente begann die Großbourgeoisie schon frühzeitig ihre aggressiven Angriffe auf die Arbeiterklasse. Die Aussperrung der 213.000 Ruhr-Metallarbeiter war der eigentliche Auftakt einer langen Kette fortgesetzt sich verschärfender offensiver Kämpfe der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse, die immer mehr faschistische Formen annehmen.

Der Polizeiangriff auf die demonstrierenden Massen in Berlin, die polizeiliche Besetzung von Schächten des Kohlenbergbaus im Ruhrgebiet, in denen die Arbeiter unter Führung der revolutionären Opposition als Protest gegen den schändlichen Schiedsspruch und gegen den Polizeiterror die Arbeit niederlegten, die Polizeiaktion gegen die streikenden Hennigsdorfer Metallarbeiter sind die ersten deutlichen Anzeichen für die außerordentliche Schärfe, die in der kommenden Zeit der Kampf zwischen den Klassen annimmt. In diesem Kampf steht die sozialimperialistische Gewerkschaftsbürokratie auf der Seite der Bourgeoisie als deren aktivste, sozialfaschistische Werkzeuge gegen die Arbeitermassen. Die unter ihrer Führung befindlichen Gewerkschaftsorganisationen sind nicht ein vorwärtstreibender, sondern ein hemmender Faktor in der Herausbildung der einheitlichen revolutionären proletarischen Kampfesfront.

Zu warten mit der selbständigen Organisierung und Führung der Arbeiterkämpfe bis zur Verjagung der sozialimperialistischen Führer aus den Gewerkschaften heißt ebenfalls nichts anderes, als auf die Organisierung der Revolution zu verzichten. Die Reaktionäre in den leitenden Organen der Verbände sind Teile des Herrschaftsapparates der Bourgeoisie geworden. Sie stützen sich auf den Gewaltapparat der Bourgeoisie, den sie zu ihrem Schutze gegen die vorwärtsdrängenden Arbeiter restlos ausnützen. Gerade das ist eine der typischsten Erscheinungen der faschistischen Entwicklung der Gewerkschaftsbürokratie. Ihre endgültige Beseitigung ist nur auf gewaltseinem Wege möglich. Sie ist ein Teil des allgemeinen Kampfes zum Sturze der Bourgeoisie und zur Zerschlagung des kapitalistischen Staatsapparates. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die verschärften Angriffe der vereinigten reaktionären Kräfte – Staatsapparat, Unternehmertum und sozialimperialistische Gewerkschaftsbürokratie – zu beantworten mit der intensivsten Tätigkeit zur Herausbildung neuer Kampfesorgane, die Vorstufen der Arbeiterräte in einer kommenden akut revolutionären Situation darstellen, die die Massen einheitlich zusammenschließen, die der Beeinflussung der sozialimperialistischen Gewerkschaftsbürokratie nicht unterliegen und die von den Massen selbst gewählt werden.

In zahlreichen Kämpfen bildeten sich die Massen bereits solche neuen Kampfesorgane. Im Ruhrkampf, im Werftarbeiterkampf und in der Textilarbeiterbewegung gelang es, größere Erfolge im Kampf um die Führung der Bewegungen zu erringen, die teils von den Unternehmern (bei der Aussperrung der Ruhr-Metallarbeiter), teils von den reformistischen Gewerkschaftsführern (beim Werftarbeiterstreik, bei Streiks der Textilarbeiter usw. unter dem Druck der Massen unmittelbar ausgelöst wurden. Der sozialimperialistische Einfluß wurde in diesen Kämpfen durch die Tätigkeit der revolutionären Opposition [333] zurückgedrängt und neue große Arbeiterschichten in die revolutionäre Kampfesfront einbezogen. Das war die erste Phase nach der großen Wendung, die ihren Ausgang in der Politik der Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition durch die Beschlüsse des IV. RGI-Kongresses und des VI. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale genommen hat. Mit dem Kampf der Hennigsdorfer Metallarbeiter und dem Proteststreik gegen den Polizeiterror wurde ein neuer außerordentlich bedeutungsvoller Schritt in der Entwicklung des revolutionären Kampfes der deutschen Arbeitermassen gemacht. Diese Kämpfe wurden von der revolutionären Opposition unter Führung der Partei unmittelbar organisiert und durchgeführt. Sie sind die ersten offensiven Bewegungen der deutschen Arbeiterklasse, die die revolutionäre Opposition seit dem Eintritt in die dritte Periode auslöste und im heftigsten Kampfe mit der reformistischen Bürokratie und dem Staatsapparat durchführte.

Diese Kämpfe sind infolgedessen die eigentliche Basis für den weiteren Kampf zur Durchbrechung des Gewerkschaftslegalismus, des Schlichtungs- und Tarifwesens, der bürgerlichen Gesetzlichkeit

und gegen den Polizeiterror, der nicht ein defensiver, sondern ein offensiver Kampf sein muß und wird. Deshalb sind diese Kämpfe von der größten historischen Bedeutung für die ganze kommende Periode des revolutionären Klassenkampfes in Deutschland. Bei Führung einer richtigen Politik und bei der Anwendung zweckentsprechender Organisationsmethoden, bei der Aufrechterhaltung eines richtigen Verhältnisses der revolutionären Opposition zu den Massen der unorganisierten und organisierten Arbeiter, werden sich diese Bewegungen in der vorhandenen aufsteigenden Entwicklung des revolutionären Klassenkampfes zu riesenhaften Massenkämpfen entfalten.

II.

Die Betriebsrätewahlen haben erneut gezeigt, daß der Einfluß der Kommunistischen Partei in den wichtigsten Industriegebieten fortgesetzt wächst. Immer größere Massen formieren sich hinter der Partei. Ihr Radikalisierungsprozeß vollzieht sich vielfach in einem schnelleren Tempo, als Teile der Parteikader das Neue in der Situation begreifen und ihre Politik und Taktik darauf einstellen, um den Massen führend voranzugehen. Eine gewisse Erstarrung dieser Teile der Parteikader, ihr Festhalten an überholten oder falschen Methoden der revolutionären Tätigkeit unter den Massen hindert eine volle Ausnutzung der Situation. Darum besteht die wichtigste Aufgabe für die ganze nächste Periode nach wie vor darin, den Gewerkschaftslegalismus, die Unterordnung gegenüber den sozialimperialistischen Gewerkschaftsführern und unter die bürgerliche Gesetzlichkeit zu durchbrechen, in der Hebung des Selbstbewußtseins der Massen und in der Organisierung notwendiger Formen zu ihrer Mobilisierung und Führung.

Eine der wichtigsten Ursachen dieser Erscheinung besteht in der noch nicht genügenden Erkenntnis der sozialfaschistischen Entwicklung des Gewerkschaftsapparats und der daraus resultierenden unbedingten Notwendigkeit der Herausbildung neuer Organe zur Organisierung und Führung der Arbeiterkämpfe.

Die stattgefundenen Streikkämpfe haben bewiesen, daß der wachsende Einfluß der Partei infolgedessen unter den Massen noch längst nicht genügend organisatorisch gefestigt ist und deshalb bei der Vorbereitung und Durchführung der Bewegungen nicht vollständig zum Ausdruck kam.

Die Hilfsorgane der Partei zur Organisierung und Führung der ökonomischen Kämpfe sind die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, die von den Massen selbstgewählten einheitlichen Kampfleitungen (Streikleitungen, Komitees zur Bekämpfung der Aussperrung und zur Vorbereitung von ökonomischen Kämpfen) in Zeiten des Kampfes, die revolutionären Betriebsräte als ständige Organe zur Beeinflussung und Mobilisierung der Massen sowie die Zusammenkünfte der Betriebsdelegierten und der revolutionäre Vertrauensmännerapparat.

[334] Das Fehlen solcher Kampfesorgane in dem größten Teil der Betriebe ist neben Mängeln in der Einstellung eine der wichtigsten Ursachen für die Unfähigkeit der revolutionären Opposition, in wirklicher Uebereinstimmung mit dem Revolutionierungstempo der Massen die Arbeiterkämpfe zu organisieren, und demzufolge auch für die vielfach in Erscheinung tretende Unsicherheit von leitenden revolutionären Betriebsfunktionären.

Es ist notwendig, einige Erfahrungen aus den Kämpfen der letzten Zeit als Begründung für diese Erscheinung klarzulegen. Im Ruhrkampf, wo zum ersten Male in größerem Umfange revolutionäre Kampfleitungen gewählt wurden, war es noch nicht möglich, ein solches System von revolutionären Betriebsdelegierten und Vertrauensleuten herauszubilden. Den Kampfleitungen gelang es demzufolge nicht, die Massen so fest an sich zu binden, um der Abbruchparole der Reformisten auf längere Zeit Widerstand zu leisten. In zahlreichen Kohlengruben des Ruhrgebiets scheiterte die Organisierung des Kampfes zum 1. Mai an der ungenügenden Verbindung der gewählten Kampfleitungen zu der Gesamtheit der Belegschaft. Die Proteststreiks gegen den Polizeiterror kamen vor allem in solchen Betrieben zustande, wo ein gut ausgebauter und von der revolutionären Opposition beherrschter Betriebsfunktionärapparat vorhanden ist. In Berlin waren das die Betriebe der Tabakindustrie (der Tabakarbeiterverband befindet sich in Berlin in den Händen der revolutionären Opposition), die Baustellen, auf denen die Opposition ebenfalls über großen Einfluß verfügt, eine Schuhfabrik (auch der

Berliner Schuhmacherverband wird von der revolutionären Opposition beherrscht) u. a. In Chemnitz streikten in erster Linie die Metallarbeiter und Bauarbeiter. Dort befindet sich in der Metallindustrie ein stark von der revolutionären Opposition durchsetzter betrieblicher Funktionärapparat. Im Ruhrbergbau kämpften etwa zehn Belegschaften. Die Auslösung dieses Kampfes war weniger auf das Bestehen eines solchen Apparats, sondern in erster Linie auf das Zusammenfallen zweier stark mobilisierender Faktoren, und zwar eines schändlichen Schiedsspruches, der die Lohnforderungen der Bergarbeiter ablehnte, und der Ereignisse in Berlin, zurückzuführen. In Hamburg streikten Teile der Werftarbeiter und Bauarbeiter, für die im allgemeinen dieselben Bedingungen wie in Berlin und Chemnitz in Frage kommen.

In den Riesenbetrieben der Berliner Metallindustrie und im Verkehrsgewerbe gelang es dagegen nicht, wesentliche Kämpfe auszulösen. Die Ursachen dafür sind sehr leicht zu ergründen. Besonders in der Metallindustrie wirkte sich aus, daß seit Jahren keine einheitlichen größeren Kämpfe geführt wurden. Sämtliche Lohn- und Arbeitszeitbewegungen wurden durch Schiedsspruch erledigt. Die Politik der revolutionären Opposition unter Führung von Frenzel, Enderle, Schäde, die die Zersplitterung unter den Metallarbeitern vertiefte, die in keiner Hinsicht die veränderte soziale Struktur der Berliner Metallarbeiterschaft berücksichtigte, förderte diese schlechte Entwicklung. Die Tätigkeit der Betriebsräte, die in der Mehrheit Agenten der sozialimperialistischen Ortsverwaltung des DMV waren, mobilisierte die Massen keineswegs zum Kampf, sondern sie war eine durchaus wirtschaftsfriedliche und unterdrückte die hier und dort erwachende Aktivität. Diese seit Jahren in der Metallindustrie vorhandene Kirchhofsruhe zerstörte auch die organisatorischen Einrichtungen im Betrieb zur Massenmobilisation oder engte dieselben zumindestens außerordentlich ein. So zeigte sich, daß z. B. im Siemens-Wernerwerk mit etwa 24.000 Arbeitern und rund 340 Betriebsabteilungen nur 100 gewerkschaftliche Vertrauensleute vorhanden sind, von denen die Mehrheit von den Reformisten beherrscht wird. Die revolutionären Betriebsräte dieses Werks – und das ist eine allgemeine Erscheinung – sind infolgedessen von dem übergroßen Teil der Belegschaft isoliert und haben keine ernste Möglichkeit, den zweifellos vorhandenen Kampfeswillen der Massen zu organisieren und zum Durchbruch zu bringen. Die wichtigste Tätigkeit besteht infolgedessen für die nächste Zeit in der Organisierung dieser Beziehungen zwischen den revolutionären Betriebsräten und den verschiedenen Betriebsabteilungen. Es muß ein revolutionärer Vertrauensmännerapparat aufgebaut werden, durch den es möglich wird, alle Informationen und Losun-[335]gen der revolutionären Betriebsräte, in Kampfessituationen der gewählten Kampfleitungen, an die Massen der Belegschaft heranzubringen.

Die Herausbildung eines solchen Apparats ist keine schematische organisatorische Aufgabe, sondern in erster Linie eine wichtige politische Frage. Sie kann nur gelöst werden, indem durch die Betriebszelle unter restloser Ausnutzung der revolutionären Betriebsräte das gesamte gewerkschaftliche und politische Leben im Betrieb um ein vielfaches gehoben wird. Nur wenn die revolutionären Betriebsräte nach den Grundsätzen der Arbeiterdemokratie ihre Tätigkeit ausüben, in jeder Frage von einiger Bedeutung die Vertreter der Belegschaft und durch sie die Gesamtheit der Arbeitskollegen informieren und mitentscheiden lassen, wenn in jeder geeigneten Situation die Arbeiter der einzelnen Werkstätten und Betriebsabteilungen zusammentreten, die Berichte ihres Vertrauensmannes entgegennehmen und die Entscheidung fällen, ist es möglich, die Grundlage für ein System solcher revolutionären Vertrauensleute zu schaffen.

Die Frage der Bildung revolutionärer Vertrauensleute aufzurollen, heißt gleichzeitig – wir unterstreichen es nochmals – alles zu tun, um das politische Leben im Betrieb und die Aktivität der Belegschaft um das vielfache zu steigern. Die Bildung revolutionärer Vertrauensleute als Organe des Kampfes um die täglichen Interessen der Arbeiter und als Instrumente der Massenmobilisation ist nur möglich in Verbindung mit einer aufsteigenden revolutionären Entwicklung der Massen. Im selben Verhältnis, wie sich die Tätigkeit der revolutionären Vertrauensleute steigert, muß die Kampfeskraft und der Offensivgeist der Massen wachsen. Revolutionäre Vertrauensleute können sich nur gestützt auf die zum Kampf bereite Belegschaft im Betrieb halten, denn sie haben nicht nur das reaktionäre Unternehmertum, sondern auch die sozialimperialistische Führerclique der Gewerkschaften gegen sich, die den schonungslosesten Kampf gegen sie führen werden. Der Aufbau eines Apparats der Betriebsdelegierten

und revolutionären Vertrauensleute in den Großbetrieben heißt darum den Betrieb für den revolutionären Klassenkampf zu erobern.

Der Kampf um die Herausbildung eines solchen Apparats ist vielgestaltet. Er spielt sich ab einerseits als der Kampf um die Eroberung der gewerkschaftlichen Betriebsfunktionäre. Den Stützen der Koalitionspolitik, der Zörgiebel-Methoden im Betrieb muß der schärfste Kampf angesagt und gegen sie bis zu Ende geführt werden. Die Losung heißt: „Nieder mit den Werkzeugen der sozialimperialistischen Gewerkschaftsbürokratie, der Zörgiebel und Konsorten im Betrieb. Wer sich für Zörgiebel entscheidet, kann nicht die Interessen der Arbeiter vertreten.“ Er spielt sich andererseits ab in einer revolutionären Politik gegenüber den Massen der unorganisierten Arbeiter, die es in die bewußte Tätigkeit zur Organisierung des revolutionären Kampfes einzubeziehen gilt. Je mehr mit den Kommunisten sympathisierende Elemente bereits im Betrieb vorhanden sind, insbesondere die den Betriebsgruppen der IAH, des RFMB usw. angehörenden Mitglieder, desto erfolgreicher wird es möglich sein, das System eines revolutionären Vertrauensmännerapparats herauszubilden.

Die Durchführung dieser Maßnahme führt gleichzeitig zu den heftigsten Kämpfen mit den Vertretern des Sozialimperialismus im Betrieb, denn mit dem Wachsen des revolutionären Vertrauensmännerapparats entsteht gleichzeitig die Frage der Veranstaltung einheitlicher Vertrauensmännersitzungen in den Betrieben. Es ist selbstverständlich, daß die revolutionären Vertrauensleute, die teils die offiziellen Vertrauensleute der Gewerkschaft, teils solche ohne diese Bindung sind, und die revolutionären Betriebsräte an den Zusammenkünften der Betriebsvertrauensleute, auch wenn sie von den Reformisten einberufen werden und sich nach deren Willen nur auf die offiziellen Gewerkschaftsfunktionäre erstrecken sollen, teilnehmen und sich nicht zurückweisen lassen.

Ein solches System revolutionärer Vertrauensleute ermöglicht es, bei Vorbereitung und Ausbruch der Kämpfe auch die Kampfleitungen auf breitester Basis zu wählen.

[336] In diesem Zusammenhang ist es wichtig, darauf hinzuweisen, daß die revolutionären Betriebsräte die Kampfleitungen nicht ersetzen.

Auch in solchen Betrieben, wo der gesamte Betriebsrat von revolutionären Arbeitern besetzt ist, ist es erforderlich, zur Durchführung der Kämpfe eine einheitliche Kampfleitung zu wählen. Die Mitglieder des Betriebsrats werden dann in der Regel von der Belegschaft mit in diese Kampfleitung gewählt, wenn sie ihre Pflichten erfüllt haben.

Die Betriebsräte können die Kampfleitungen deshalb nicht ersetzen, weil in der Regel in den Betriebsräten die verschiedensten politischen Richtungen vertreten sind, zwischen denen sich normalerweise der heftigste Kampf abspielt, und weil von einer einheitlichen Führung der Bewegung nach revolutionärem Gesichtspunkt durch solche Betriebsräte niemals gesprochen werden kann. Ferner sind die Betriebsräte, je größere Ausdehnung der Betrieb hat, viel zu schmal, um den Streikkampf der Belegschaft führen zu können. Die Kampfleitung muß viel breiter und unmittelbar mit den Massen der Belegschaft verbunden sein. Durch die Wahl der Kampfleitung bei Eintritt in die Streikbewegung wird gleichzeitig dokumentiert, daß die Belegschaft zu den gewählten Arbeitern Vertrauen hat, was bei der schematischen Uebernahme der Leitung eines Kampfes durch die Betriebsräte nicht ohne weiteres festgestellt werden kann, da die Betriebsräte Organe sind, die ständig existieren und denen gegenüber das Vertrauensverhältnis der Massen sehr oft wechselt.

Auf der Grundlage der Betriebe und Gewerkschaften wird sich im weiteren Verlauf der Entwicklung die revolutionäre Opposition im Rahmen der einzelnen Tarif- und Wirtschaftsbezirke organisieren. Die ersten losen Anfänge dafür sind die Delegiertenkonferenzen der Bergarbeiter im Ruhrgebiet, der Berliner Metallarbeiter, der im Proteststreik befindlichen Betriebe. Solche Delegiertenkonferenzen, zu denen die Vertreter in den Betrieben zu wählen sind und an denen die oppositionellen Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre teilnehmen, müssen bei Vorbereitung von ökonomischen Kämpfen rechtzeitig stattfinden, um der Bewegung die Richtung zu geben und sie auf breiteste Basis zu stellen. Bei Ausbruch der Bewegung werden diese Delegiertenkonferenzen in der Regel von den Zusammenkünften der Betriebskampfleitungen, die ihrerseits die zentrale Kampfleitung wählen, abgelöst.

Zur systematischen Schulung und gegenseitigen Information sind darüber hinaus die revolutionären Betriebsräte örtlich, im Rahmen der einzelnen Industrien und Trusts, zusammenzufassen.

Die wichtigste Voraussetzung für die Durchführung dieser gesamten Maßnahmen ist die Steigerung sowie die politische und organisatorische Verbesserung der Betriebszellentätigkeit. Die Betriebszelle bzw. die Partei muß die Arbeit aller dieser Organe leiten und ihnen ständig die notwendigen politischen und organisatorischen Direktiven geben. Von ihrer propagandistischen und agitatorischen sowie organisatorischen Tätigkeit hängt es ab, ob die Belegschaft in bewußt revolutionärem Sinne aktivisiert wird und sich zu der Erkenntnis der Notwendigkeit dieser neuen Kampfesorgane aufschwingt.

III.

Bedeutet die aufgezeigte Einschätzung des sozialimperialistischen Apparats und die daraus resultierenden taktischen und organisatorischen Maßnahmen die Abwendung von der Tätigkeit der revolutionären Opposition in den Gewerkschaften? Diese Frage muß restlos klargestellt werden, da das aktive selbständige Vorgehen der revolutionären Opposition zur Organisierung und Führung der ökonomischen Kämpfe zahlreiche Ausschluß- und Spaltungsmaßnahmen der Gewerkschaftsbürokratie nach sich zieht. Gleichzeitig gilt es die Frage zu klären: Wie müssen die Ausschluß- und Spaltungsmaßnahmen von der revolutionären Opposition und den von ihr zu mobilisierenden Arbeitermassen bekämpft werden?

Die Tätigkeit der revolutionären Opposition in der Linie des IV. RGI-Kongresses wird um so erfolgreicher sein, als es ihr gelingt, ihre Maßnahmen zur Herausbildung der neuen notwendigen Organe zur Führung der Arbeiter-[337]kämpfe, ihre Tätigkeit unter den unorganisierten Massen zu verbinden mit einer gesteigerten Tätigkeit in den Gewerkschaftsverbänden zur Gewinnung der organisierten Arbeitermassen. Diese Tätigkeit vollzieht sich in erster Linie im Betrieb. Der Betrieb ist die Stätte, wo die revolutionäre Opposition an die Massen auch der gewerkschaftlich unorganisierten Arbeiter herankommt. Im Betrieb besteht für die revolutionäre Agitation und Propaganda die beste Voraussetzung. Die konsequente Durchführung des Kurses des IV. RGI-Kongresses mobilisiert die Massen und bindet immer breitere Schichten auch der organisierten Arbeiter an die Politik der revolutionären Opposition. Aber auch in den Gewerkschaftsveranstaltungen, die außerhalb des Betriebes stattfinden, muß die Tätigkeit gesteigert werden. Die Voraussetzung dafür ist, daß die Angehörigen der revolutionären Opposition alle Schwächen und Schwankungen gegenüber der reformistischen Bürokratie überwinden, in den Versammlungen und Konferenzen der Gewerkschaftsverbände klar und entschieden auftreten im Interesse der rücksichtslosen Durchsetzung der revolutionären politischen Linie in den proletarischen Massen. Gegenüber den Angriffen der sozialimperialistischen Führer zu schweigen oder nur ausweichend und schwächlich entgegenzutreten, stärkt nicht die revolutionären Kräfte, sondern zersetzt und zerstört sie. Die kommunistischen Fraktionen in den einzelnen Verbänden müssen sich deshalb festigen, den Kontakt mit den übrigen oppositionellen Arbeitern herbeiführen. Die in der Hand von revolutionären Arbeitern befindlichen Gewerkschaftspositionen müssen rückhaltlos ausgenutzt werden im Interesse der revolutionären Bewegung, ohne Furcht vor den Ausschluß- und Spaltungsmaßnahmen der Reformisten.

Gegenüber den Ausschluß- und Spaltungsmaßnahmen der Reformisten darf es kein Zurückweichen geben. In den wichtigsten Organisationen – Bergarbeiter, Metallarbeiter, Chemiearbeiter usw. – hat die Zuspitzung der Auseinandersetzungen zwischen den sozialimperialistischen und revolutionären Kräften einen solchen Grad erreicht, daß der Versuch zum „Manövrieren“ gleichbedeutend mit der Zerschlagung der revolutionären Positionen und mit der Isolierung von zahlreichen organisierten Arbeitern ist. Die Ausschluß- und Spaltungsmaßnahmen der sozialimperialistischen Führer sind deshalb mit der entschiedensten Offensive aller revolutionären Kräfte, gestützt auf die Arbeitermassen, zu beantworten.

Für die unrichtige Führung des Kampfes gegen die Spaltungs- und Ausschlußmaßnahmen ist der Fall der Königsberger Eisenbahner ein Beispiel, während die Fälle der Berliner Metallarbeiter und der Ruhrbergarbeiter zeigen, wie die revolutionäre Opposition vorgehen muß.

In Königsberg gab die revolutionäre Opposition bei Auflösung der Ortsgruppe des Einheitsverbandes der Eisenbahner die richtige Losung an die Arbeiter, den schändlichen, von der Gewerkschaftsbürokratie vorgelegten Revers, der zu einer aktiven Tätigkeit gegen die Kommunistische Partei aufforderte, nicht zum unterschreiben. Aus Bedenken gegenüber dem Entstehen einer ausgeschlossenen Ortsgruppe der Eisenbahner unterließ jedoch die revolutionäre Opposition, diese richtige Losung durch die Aufforderung zu ergänzen, daß die oppositionelle Ortsverwaltung im Amt zu bleiben hat, daß jedes Verbandsmitglied der gewählten Leitung die Treue zu wahren hat, die Beiträge nur an die rechtmäßig gewählte Ortsverwaltung zahlt und sich unter keinen Umständen der Diktatur des Hauptvorstandes und der Bezirksleitung unterordnet. Die Folge dieser halben Maßnahme war die Zerreißung der von der revolutionären Opposition vollständig beherrschten Ortsgruppe des Einheitsverbandes, so daß heute ein Teil der Eisenbahner der reformistischen Splittergruppe und der andere Teil der oppositionellen Gruppe angehört.

Den Versuch, den Branchenleiter der Berliner Rohrleger, Gen. Niederkirchner, auszuschließen, beantwortete dagegen die revolutionäre Opposition im Berliner DMV mit einer allgemeinen Mobilisierung aller vorhandenen revolutionären Kräfte. Es fand zu diesem Zweck eine Konferenz leitender oppositioneller Funktionäre des Verbandes statt, die ein Komitee zur Abwehr der Spaltung wählten. Das Komitee hatte die Aufgabe, unter der Berliner Metall-[338]arbeiterschaft eine breite Propaganda gegen die Spaltungsmaßnahmen der Ortsverwaltung durchzuführen und alle organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen, um eine Zerreißung der einzelnen Branchen und die Spaltung des Verbandes zu verhindern. Die Rohrleger beschlossen in einer überfüllten Mitgliederversammlung, daß Niederkirchner und seine Mitarbeiter weiterhin die leitenden Funktionen in der Branche ausüben. Die Branchenleitung wird mit dem Willen der Rohrleger und der revolutionären Metallarbeiterschaft diesen Auftrag erfüllen, trotz aller Sabotage und Angriffe der Ortsverwaltung.

Im Ruhrgebiet schloß der Vorstand des Bergarbeiterverbandes über 300 revolutionäre Verbandsfunktionäre aus. Die revolutionäre Opposition beantwortete diese Maßnahme mit der Einberufung einer Konferenz und der Bildung eines Antispaltungskomitees Die revolutionäre Opposition betrachtete die ausgeschlossenen Kameraden nach wie vor als Mitglieder des Verbandes, stellte ihnen Mitgliedskarten aus und kassierte ihre Beiträge. Sie gewährte ihnen auch alle Rechte, die einem Verbandsmitglied zukommen und ließ sie an allen Veranstaltungen teilnehmen. Bedeutungsvoll ist, daß der Vorstand des Bergarbeiterverbandes in einigen Fällen von sich aus bereits organisatorische Vorbereitungen zur Spaltung des Verbandes trifft. Er schaffte sich neben der offiziellen, aber oppositionellen Leitung verschiedener Zahlstellen neue reformistische Leitungen und versucht, gestützt auf diese, die Verbandsmitglieder für sich zu gewinnen. Hier gilt es alles daran zu setzen, den entschiedensten Kampf um die Einheit der örtlichen Organisationen zu führen und die Spaltungsmanöver des Hauptvorstandes zurückzuschlagen.

Ausgeschlossene Ortsgruppen oder Bezirke der einzelnen Verbände bleiben natürlich bestehen. Sie haben die Pflicht, die Interessen der Arbeitermassen zu vertreten, ihre Kämpfe mit Hilfe der Kampfleitungen zu organisieren und zu führen und einen entschiedenen Kampf um die Mehrheit der Arbeitermassen in der betreffenden Industrie oder in dem in Frage kommenden Beruf und im Rahmen ihres bisherigen territorialen Arbeitsbereichs zu führen.

Der Kampf gegen die Ausschluß- und Spaltungsmaßnahmen zur Verjagung der sozialimperialistischen Führer aus den Gewerkschaften ist unter den Losungen zu führen:

Verjagt die reaktionäre Gewerkschaftsbürokratie

Schärfsten Kampf gegen ihre Agenten in den Betrieben.

Für Verhältniswahl zu allen Gewerkschaftsinstanzen und der Konferenzdelegierten.

Für die Erweiterung der Selbständigkeit der örtlichen Gewerkschaftsorganisationen.

Gegen die reaktionären Statuten, gegen die Privilegien der reaktionären Funktionäre

Für eine wirkliche Arbeiterdemokratie in den Verbänden und Betriebsbelegschaften.

Zusammenfassend stellen wir fest: im Mittelpunkt steht die Sammlung der Massen hinter der revolutionären Opposition, die Herausbildung der notwendigen neuen Formen zur Organisierung und Führung der Kämpfe die Stärkung der revolutionären Kräfte inner- und außerhalb der Gewerkschaften. Um dieses Ziel zu erreichen, muß eine entschiedene Politik unter den Massen der Betriebsbelegschaften, den unorganisierten sowie den organisierten Arbeitern und der schärfste Kampf durch die revolutionäre Opposition in den Gewerkschaften geführt werden. Die Auseinandersetzungen zwischen den Sozialimperialisten und den Revolutionären werden die Massen schulen und auf ein höheres Niveau des Klassenbewußtseins heben. Dieser Kampf schafft die Voraussetzungen für die einheitliche Kampffront der proletarischen Massen auf dem Boden des Klassenkampfes und für die Erkenntnis der notwendigen Methoden und Taktik zur Durchführung der kommenden großen politischen Massenkämpfe, die das Schicksal der Bourgeoisie und ihrer sozialimperialistischen Agenten besiegeln werden. [339]

*

## Der XII. Parteitag der KPD und die Kriegsfrage

Von K. S.

Der VI. Weltkongreß der Komintern hat den Kampf gegen den imperialistischen Krieg, für die Verteidigung der Sowjetunion zur zentralen politischen Aufgabe aller Sektionen der Komintern gemacht. Es muß offen ausgesprochen werden, daß unsere Partei nicht nur bei der Durcharbeitung der Beschlüsse des Weltkongresses, sondern auch bei ihrer praktischen Durchführung die Kriegsfrage noch nicht in den Mittelpunkt gestellt hat. Es war vielmehr die Reinigung der Partei von den Liquidatoren und Versöhnlern und die praktische Anwendung der neuen Taktik bei den Wirtschaftskämpfen und Betriebsrätewahlen, die die Hauptaufmerksamkeit der Partei seit dem VI. Weltkongreß in Anspruch nahm. Waren diese Arbeiten zweifellos unerläßliche Vorbedingungen des Kampfes gegen den konterrevolutionären Krieg, so standen sie doch noch nicht bewußt im Dienst dieses Kampfes. Die ganze Arbeit der Partei war noch nicht durchdrungen von diesem Kampf. Wesentliche Punkte der Beschlüsse des VI. Weltkongresses sind noch nicht durchgeführt.

Der XII. Parteitag der KPD findet statt kurz nach den Berliner Maikämpfen, die die revolutionäre Massenbewegung des deutschen Proletariats auf eine neue, höhere Stufe gehoben haben, im Moment der Einigung der imperialistischen Mächte über die Reparationsfrage in Paris, die in der Tat eine Einigung gegen die Sowjetunion bedeutet, am Vorabend neuer, unvermeidlicher revolutionärer Massenbewegungen. Seine allgemeine Aufgabe ist es, die Konkretisierung und Durchführung der Beschlüsse des VI. Weltkongresses mit einem energischen Ruck in den Mittelpunkt der gesamten Parteiarbeit zu stellen.

### I.

Eine unerläßliche Voraussetzung für die Konkretisierung und Durchführung der Beschlüsse des VI. Weltkongresses in der Kriegsfrage ist ihr klares politisches Verständnis. Der VI. Weltkongreß hat sowohl in der Beurteilung der internationalen Lage als auch in seinen Beschlüssen zur Gewerkschaftstaktik und zur innerparteilichen Linie auf Grund neuer Tatsachen eine scharfe Wendung vollzogen zu offensiver Kampfführung, kühnerer Taktik und Anwendung neuer Kampfmethoden. War dies auch der Fall in der Kriegsfrage? Jawohl. Aber diese Tatsache wurde bei der Auswertung des Kongresses in Artikeln und Referaten bisher fast vollkommen ignoriert, meist begnügte man sich mit Aufzählung allgemeiner Fragen der Stellung des Leninismus zum Krieg (Typen der Kriege, Unvermeidlichkeit des imperialistischen Krieges, Generalstreik, Kriegsdienstverweigerung usw.), Betrachtungen, die drei oder auch zehn Jahre vorher geschrieben sein konnten. Demgegenüber ist es notwendig, die konkrete politische Bedeutung der Beschlüsse des Kongresses zur Kriegsfrage aufzuzeigen, ihre besondere Bedeutung zum Unterschied von früheren Kongressen und Tagungen der Komintern. Nur so wird die taktische Wendung der Komintern auch in der Kriegsfrage zum Allgemeingut der Partei werden.

### II.

Die Beschlüsse des VI. Weltkongresses werden die Grundlage für die Arbeit des XII. Parteitages der KPD in der Kriegsfrage bilden. Das heißt aber keineswegs, daß dieser sich auf eine einfache

Wiederholung oder Konkretisierung dieser Beschlüsse beschränken muß. Er wird vielmehr auf Grund der allgemeinen Verschärfung der internationalen Lage, der Kriegsgefahr und der Klassengegensätze, vor allem in Deutschland, in einer Reihe von Punkten über diese Beschlüsse hinausgehen müssen.

Die internationale Lage hat sich nicht nur verschärft, sondern sie hat ein völlig eindeutiges Gepräge erhalten. Die Voraussage des Welt-[340]kongresses, daß der Gegensatz des gesamten Imperialismus zur Sowjetunion rascher wächst als die Gegensätze der Imperialisten untereinander, ist eingetroffen. Die Kriegsvorbereitungen gegen die USSR haben schon unmittelbar militärischen und operativen Charakter angenommen. Anläßlich der Pariser Reparationskonferenz zeigen sich die Konturen einer künftigen Hineinziehung auch Amerikas in die Antisowjetfront.*)

Die Rolle Deutschlands hat sich entscheidend geändert. Konnte man noch zur Zeit des VI. Weltkongresses von der „Westorientierung" Deutschlands, der „Tendenz" zu einer Teilnahme an dem Kriegsbündnis sprechen, so haben wir heute die Tatsache, daß der deutsche Imperialismus durch die ganze Logik seiner weltpolitischen und inneren Lage zu einem aktiven und treibenden Faktor des Krieges gegen die USSR geworden ist (siehe seine Rolle hinter den Kulissen in Paris) und daß er mit dem Pariser Pakt den entscheidenden Schritt zur Eingliederung in das europäische Kriegsbündnis getan hat. Daher kann der XII. Parteitag die Kriegsfrage nicht, wie es die Versöhnler verhangen, „allgemein" stellen, ohne sich direkt an der Täuschung der Massen und der Verschleierung der Kriegsgefahr zu beteiligen. Er muß sie vielmehr ausschließlich und konkret stellen als die Frage des Kampfes gegen den Antisowjetkrieg, der Verteidigung der Sowjetunion.

Die Rolle der Sozialdemokratie ist vom VI. Weltkongreß unter Hinweis auf sozialfaschistische Elemente im wesentlichen als Sozialimperialismus definiert worden. Der XII. Parteitag der KPD wird sie für Deutschland auf Grund der sozialdemokratischen Politik des letzten Jahres, die in den blutigen Maitagen und im Bekenntnis zur Diktatur in Magdeburg gipfelt, kennzeichnen müssen als eine neue Stufe in der Entwicklung des Reformismus, seinen Uebergang vom Sozialimperialismus zum Sozialfaschismus. Der Parteitag wird gleichzeitig darauf hinweisen müssen, daß auch im internationalen Maßstabe die Sozialdemokratie immer mehr eine sozialfaschistische Rolle spielt als Organisator des Krieges gegen die Sowjetmacht (die Rolle der kommenden englischen Labour-Regierung!) und des damit verbundenen Bürgerkrieges gegen das eigene Proletariat.

Der XII. Parteitag der KPD findet statt wenige Tage nach dem Magdeburger Parteitag der SPD, der auch ideologisch den Uebergang dieser reformistischen Partei zu einer sozialfaschistischen dokumentiert hat. Die entscheidende politische Aufgabe des Kampfes gegen den Krieg und für die Verteidigung der Sowjetunion ist daher die Organisierung des Vernichtungskampfes gegen die Sozialdemokratie.

Die besondere Verschärfung des außenpolitischen Kurses und der inneren Gegensätze des deutschen Imperialismus im letzten halben Jahr hat in der Perspektive unseres Kampfes gegen den Krieg die Einstellung auf revolutionäre Entscheidungskämpfe nicht nur rasch nach, sondern schon vor Ausbruch des konterrevolutionären Krieges auf die Tagesordnung gestellt. Die deutsche Delegation hatte schon auf dem VI. Weltkongreß diese Möglichkeit betont. Heute ist diese, wenn auch noch keineswegs zur Gewißheit, so doch soweit herangereift, daß sie als Perspektive unseres Kampfes gegen den Krieg – natürlich ohne die Unvermeidlichkeit des Krieges irgendwie abzuschwächen, und ohne das Tempo der Entwicklung zu übertreiben – zur Grundlage der praktischen Aktionen der Partei gemacht werden muß. Die innere und äußere Lage Deutschlands zeigt zugleich mit aller Deutlichkeit die zentrale Rolle der KPD unter den anderen Sektionen der Komintern bei der Verteidigung der Sowjetunion. Die KPD wird neben den allgemeinen Aufgaben im Kampfe gegen den konterrevolutionären Krieg als erste Partei vor der Aufgabe der Organisierung der Revolution stehen, der Vorbereitung des entscheidenden Schlages zur Sprengung der imperialistischen Kette.

*) Die plötzliche Einigung deutet darauf hin. daß schon gewisse Verabredungen getroffen wurden, speziell in der Frage der russischen Vorkriegsschulden.

Der VI. Weltkongreß hat die Kriegsfrage theoretisch und praktisch allseitig gestellt. Die Aufgabe des XII. Parteitages ist es wohl, in Thesen die [341] theoretischen und praktischen Fragen dieses Kampfes zu konkretisieren. Im Mittelpunkt seiner Arbeit aber können nicht diese Thesen stehen, sondern ihre Durchführung. Die Partei braucht nicht nur Thesen und Resolutionen, sondern konkrete Arbeitspläne und die Kontrolle ihrer Durchführung. Solche Arbeitspläne für die Gesamtpartei und die Bezirke zu schaffen, ist die Hauptaufgabe des Parteitages in der Kriegsfrage.

III.

Die Partei hat in den letzten Jahren, vor allem seit dem VI. Weltkongreß, gewisse Erfolge in der Organisierung und Führung des Kampfes für die Verteidigung der Sowjetunion zu buchen. Der Sieg über die liquidatorischen und versöhnlerischen Elemente innerhalb der Partei, die entschlossene Umstellung der leitenden Organe auf die verschärfte Situation, die erfolgreiche Anwendung der neuen Methoden der Führung des Streikkampfes und des Kampfes gegen die Sozialdemokratie, das rasche Steigen des Einflusses der Partei in den wichtigsten Industriegebieten (Betriebsrätewahlen) – all dies bedeutet eine starke Steigerung der Kampfkraft der Partei im Kampfe gegen den konterrevolutionären Krieg. Die Betriebszellenorganisation der Partei hat sich bewährt, hat erfreuliche Fortschritte gemacht und sieht eigentlich erst jetzt ein sich gigantisch erweiterndes Arbeitsfeld vor sich. Aber gerade auf dem Hintergrund dieses allgemeinen Vormarsches der Partei und des Wachsens der revolutionären Möglichkeiten zeigen sich besonders stark die großen Mängel und Schwächen, besonders das Zurückbleiben der Partei in ihrer entscheidenden Aufgabe, der Verteidigung der Sowjetunion.

Die wichtigsten Mängel und Schwächen der Parteiarbeit im Kampfe gegen den konterrevolutionären Krieg sind: erstens die ungenügende, passive, ja zum Teil opportunistische politische Einstellung breiter Teile der Mitgliedschaft und der Funktionäre zur Frage der Kriegsgefahr (Unterschätzung) und des Kampfes gegen sie; zweitens die relative Schwäche der Betriebszellen und der Arbeit in den Betrieben; drittens die besondere Schwäche der Partei und ihrer Arbeit in den Großbetrieben und entscheidenden Rüstungsbetrieben; viertens die ungenügende Verbindung der Tagesfragen und Wirtschaftskämpfe (Gewerkschaftsarbeit, Betriebsrätewahlen usw.) mit der Kriegsfrage und das völlige Fehlen ihrer Durchdringung mit den leitenden Aufgaben des Kampfes gegen den Krieg; fünftens die völlige Vernachlässigung der Propaganda unter den bewaffneten Kräften; sechstens die ungenügende Beachtung und Unterstützung der Arbeit unter der Jugend und unter den Frauen. Schließlich die schlechte Vorbereitung auf das Verbot und die ungenügende Anwendung dementsprechender Arbeitsmethoden. Der 1. Mai hat neben dem großen Erfolg der Partei gleichzeitig kraß eben diese Mängel ihrer Arbeit aufgezeigt. Der Parteitag wird daher mit besonderer Schärfe Selbstkritik üben und die unverzügliche Beseitigung der Mängel zur Pflicht der gesamten Partei machen.

Die Durchführung dieses konsequenten Kurses in der praktischen Parteiarbeit und in den gegenwärtigen politischen und ökonomischen Kämpfen des deutschen Proletariats stellt folgende Aufgaben:

Erstens: Durchdringung der gesamten Arbeit aller Parteiorganisationen von oben bis unten, ihrer Organe, Agitation, Propaganda und Presse mit dem Gedanken des revolutionären Internationalismus, der bedingungslosen Hingabe an die Interessen der proletarischen Weltrevolution und die Verteidigung der Sowjetunion. Die Losung der Verteidigung der Sowjetunion steht im Mittelpunkt des Kampfes der Partei. Doch diese Losung ist keine bloß defensive. Sie verlangt von der Partei die Organisierung revolutionärer Massenaktionen gegen den deutschen Imperialismus, deren Steigerung zum schärfsten Angriff gegen den bürgerlichen Staat unter den Losungen des Sturzes der Bourgeoisie und der Errichtung der proletarischen Diktatur. Schon heute muß die Partei die Losung der Verteidigung verbinden mit einer breiten positiven Kampagne für die Sowjetunion über die Errungenschaften des sozialistischen Aufbaus, für die Rote Armee als die internationale Armee [342] des Proletariats, für den Sieg der Sowjetmacht über ihre imperialistischen Gegner, vor allem über die „eigene“ deutsche Bourgeoisie. Die Gedanken des revolutionären Defaitismus, des Hasses gegen den deutschen Imperialismus, der Ablehnung der „Vaterlandsverteidigung“ des bürgerlichen Deutschland, der Herbeiführung seiner Niederlage und des Sieges der Roten Armee müssen schon heute die gesamte politische Arbeit der Partei durchdringen.

Zweitens: Emporhebung der Partei zum wirklichen Führer und Organisator der Massen im Kampfe gegen den konterrevolutionären Krieg; Aktivierung und politische Festigung der gesamten Partei, Ausrottung der liquidatorischen Elemente und des Versöhnlertum, rücksichtslose Ueberwindung aller Abweichungen, pazifistischen Illusionen, sozialdemokratischen Traditionen und passiven Widerstände gegen die neuen revolutionären Arbeitsmethoden in den eigenen Reihen, Ergänzung der führenden Kaders der oberen und unteren Organisationen durch bewährte Arbeiter aus den Betrieben, Aussonderung der hemmenden sozialdemokratisch beeinflußten Elemente; Kampf gegen den Legalismus, die Beschränkung auf „legale“ Arbeitsmethoden, das Zurückweichen vor Unterdrückungsmaßnahmen, vor dem Reformismus usw.; Entwicklung der Selbstkritik und der Initiative von unten, Hereinziehung neuer revolutionärer Arbeiterschichten in die Partei; Verlegung des Schwergewichts der Partei in die Betriebe, Stärkung der Betriebszellen, organisatorischer Ausbau des Einflusses der Gewerkschaftsopposition, Verstärkung der Fraktionsarbeit in den Massenorganisationen; politische, organisatorische und technische Vorbereitung der Partei auf das drohende Verbot.

Drittens: Offensive Kampfführung, vor allem Verschärfung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbürokratie, kühnere Taktik, Anwendung der neuen Kampfmethoden der revolutionären Einheitsfront von unten, der politischen und organisatorischen Hereinziehung der breiten unorganisierten Arbeitermassen, vor allem der Frauen und Jugend in den Kampf gegen den Krieg (Kampfleitungen, rote Betriebsräte, Delegiertenkonferenzen, politisches Vertrauensmännersystem). Nicht nur enge Verbindung der täglichen Arbeit der Partei in Betrieb und Gewerkschaft, bei Wirtschaftskämpfen, Betriebsrätewahlen usw. mit der Kriegsfrage, sondern diese Tagesarbeit bewußt in den Dienst der Verteidigung der Sowjetunion stellen; Führung aller Tageskämpfe in der Richtung der revolutionären Massenaktion gegen die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus und für die Verteidigung des proletarischen Staates.

Viertens: Entscheidende Maßnahmen zur Verstärkung der Stellung der Partei in den Großbetrieben und ausgesprochenen Kriegsbetrieben (Chemie, Metall, Verkehr). Zu diesem Zweck nicht nur stärkere Berücksichtigung dieser Betriebe, sondern eine grundlegende Verlegung des Schwerpunktes der gesamten Arbeit (Umorganisierung und Verlegung der leitenden Kräfte, Ausarbeitung von konkreten terminmäßigen Arbeitsplänen bei allen Leitungen für diese Umstellung und die Kontrolle ihrer Durchführung).

Fünftens: Politische Durcharbeitung der gesamten Partei und ihre Einstellung auf den unvermeidlichen, rücksichtslosen und kühnen Kampf gegen den imperialistischen Krieg unter den schwersten Bedingungen, Bekämpfung aller Depressionsstimmungen und Utopien von der Möglichkeit anderer „angenehmerer“ Wege dieses Kampfes. Diese politische Durcharbeitung der gesamten Partei darf nicht nur den Charakter von Kursen über die Stellung des Leninismus zur Kriegsfrage tragen. Sie ist vor allem eine politische und praktische Aufgabe der Organisierung und Führung von Massenaktionen, sie muß alle Zellen und jeden einzelnen Genossen anleiten zur Entwicklung der eigenen Initiative, muß jedem zeigen, was zu tun ist und was er selbst tun kann. Ebenso muß die gesamte Arbeit der Partei in den breiten Massen gerichtet sein auf die Weckung der eigenen Aktivität der Massen, natürlich ohne dadurch die Organisierung und Leitung durch die Partei abzuschwächen.

[343] Sechstens: Propagandistische Klärung der Fragen des Aufstandes als höchster Form des proletarischen Klassenkampfes und seiner Voraussetzungen, nicht nur innerhalb der Partei, sondern auch in den breiten Massen, vor allem unter konkreter Aufzeigung ihres Zusammenhangs mit den gegenwärtigen Kämpfen des Proletariats und der Arbeit der Partei in der noch nicht akut revolutionären Situation, der Wege und objektiven Voraussetzungen des Uebergangs der heutigen in die akut revolutionäre Situation. In diesem Zusammenhang ist eine konkrete theoretische Stellung der Frage der Wehrhaftigkeit des Proletariats unsere Aufgabe, nicht bloß als Frage der „Erziehung“ zum „Gedanken“ der „proletarischen Wehrhaftigkeit“, sondern als Frage der Vorbereitung und Organisation der Massen (Organisierung des Selbstschutzes und Streikschutzes, Aufklärung über die Fragen der militärischen Organisation und Taktik).

IV.

Aber die Aufgabe des Parteitages ist es nicht nur, die allgemeine Vorbereitung und Arbeit der Partei im Kampfe gegen den konterrevolutionären Krieg und zur Verteidigung der Sowjetunion zu verstärken, sondern unmittelbar die nächste große Massenaktion des internationalen Proletariats bzw. seines deutschen Teils zu organisieren. Diese Aktion ist der Internationale Rote Tag des Kampfes gegen den Krieg und der Verteidigung der Sowjetunion, der am 1. August stattfindet.

Es darf nicht verschwiegen werden, daß diese Kampagne die Partei vor schwere Aufgaben stellt, Aufgaben, in deren Mittelpunkt neben der Vorbereitung der Partei selbst vor allem die Mobilisierung der Massen steht. Die Partei hat nicht Zeit, in wochenlangen Diskussionen die Beschlüsse des Parteitages zu verarbeiten, sondern sie muß zugleich mit dieser Durcharbeitung unmittelbar zur praktischen Organisierung der Kampagne übergehen. Auswertung der Lehren der Betriebsrätewahlen, Verstärkung der Betriebszellen, Verlegung des gesamten Schwergewichts auf die Betriebe, höchste Forcierung der Wirtschaftskämpfe, Teilstreiks usw., bessere Verbindung der Partei mit den Massen durch Schaffung der revolutionären Vertrauensleute in den Betrieben, Organisierung von Selbstschutzorganen und Kampfleitungen der Arbeiterschaft –, alle diese allgemeinen Aufgaben der Organisierung der revolutionären Massenaktionen müssen konkret als Teile dieser Kampagne gestellt und sofort verbunden werden mit der Schaffung der besonderen Organe zur Führung der Antikriegskampagne zum 1. August, der Antikriegskomitees in den Betrieben. Dabei werden unter allen Umständen die Fehler vermieden werden müssen, die bei der Maikampagne gemacht wurden; diese Komitees dürfen keine überstürzt zusammengestellten Ausschüsse der Betriebszellen sein, sondern müssen wirklich aus den Vertretern der breiten Massen der Betriebe gebildet, mit diesen Massen verbunden sein.

Die Mobilisierung der Massen zum 1. August ist aber vor allem eine politische Frage, sie verlangt einen richtigen Einsatz, richtige Entfaltung und Steigerung der Kampagne der Partei, ausgehend von den Losungen der Verteidigung der Sowjetunion, der Verteidigung der Partei und der revolutionären Organisationen gegen den Unterdrückungsfeldzug der Bourgeoisie bis zu der rücksichtslosen Offensive des revolutionären Proletariats gegen die Politik des Hungers und des Krieges der sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalition, den Losungen des politischen Massenstreiks, des Sturzes der Regierung usw. Die Partei muß dabei den Gegenaktionen der organisierten Macht des Klassenfeindes und der bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien rechtzeitig begegnen: den Versuchen, sie von den Massen zu isolieren, wird die Partei eine noch stärkere Mobilisierung der Massen entgegensetzen als zum 1. Mai, den brutalen Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Partei und ihre Presse nicht nur die Vorbereitung, sondern die breiteste Entfaltung der damit notwendigen neuen Arbeitsmethoden. [344]

*

## Das Ergebnis der Landtagswahl in Sachsen

Von Rudolf Renner, Dresden

Die Wahlen in Sachsen haben das bisher bestehende Kräfteverhältnis nicht wesentlich verschoben. Im bürgerlichen Lager ist aber eine wesentliche Umgruppierung der Kräfte eingetreten. Das Bürgertum führte einen scharfen Generalangriff gegen den „Linksradikalismus“. Die Partei stand im schärfsten Trommelfeuer aller Gegner der revolutionären Bewegung. Sie führte den ersten Wahlkampf nach den Beschlüssen des VI. Weltkongresses mit ihrer schärferen Wendung gegen die Sozialdemokratie. Zum ersten Male führte die Partei den Kampf mit einer scharf ausgeprägten Grundsätzlichkeit gegen jede parlamentarische Illusion und die Illusionen, die die sächsischen Arbeiter zum großen Teil noch an die äußerlich radikalere Haltung der sächsischen sozialdemokratischen Führer knüpften. Die Sozialdemokraten führten ihren Wahlkampf, gestutzt auf diese Illusionen, „für ein ‚rotes Sachsen‘, für eine sozialdemokratische Regierung“. Hierbei wurden sie unterstützt durch die Brandlerianer, die eine gleiche Parole aufstellten und eine kommunistisch-sozialdemokratische Mehrheit propagierten. Die Kommunistische Partei stand gegen diese Manöver in schärfster Kampfstellung. Sie ließ keinen Zweifel darüber, daß die sozialdemokratische Regierung auch nichts anderes sein könne und werde als ein Instrument des Trustkapitals, daß die Partei einen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten nicht wählen

werde. Diese Haltung der Partei lenkte das ganze Geheul der SPD gegen uns. Sie trug aber auch dazu bei, daß der Wahlkampf, als ein wirklich grundsätzlicher Kampf geführt, die Erkenntnis über den Charakter des Staates, die Bedeutung des Staatsapparats in den breiten Massen vertiefte. Die KPD führte ihren Kampf unter schärfster Klarstellung der Reichspolitik der SPD, der Rolle der Sozialdemokraten für die Bourgeoisie und der nationalen sowie internationalen Ziele der deutschen Kapitalisten.

Die Sozialdemokraten antworteten auf das Auftreten der Partei mit den wüstesten Beschimpfungen, Verdrehungen und Verleumdungen. Schon kurz vor dem 1. Mai und sofort nach diesem entfaltete die gesamte bürgerliche und sozialdemokratische Presse eine wüste Bluthetze gegen die KPD. Die Renegaten leisteten dabei den Sozialdemokraten und Bürgerlichen die tatkräftigste Hilfe. Die vereinte Hetze aller Gegner der Partei hat es aber keineswegs vermocht, die KPD von den Massen der Arbeiter zu trennen, den festen Bestand der Partei in der sächsischen Industriearbeiterschaft zu erschüttern. Die Partei hat zwar die Stimmen der Reichstagswahl von 1928 nicht ganz erreicht, doch dies ist im wesentlichen auf Schwankungen in der Peripherie zurückzuführen. Hier wirkte sich einesteils, wie wir später zeigen werden, das Treiben der rechten Renegaten aus, andererseits zeigte sich bei einem Teil kleinbürgerlicher Elemente ein Erschrecken vor den Maivorgängen in Berlin. Der Bolschewistenschreck, der von Bürgerlichen und Sozialdemokraten in allen Formen aufgezogen wurde, hatte daneben noch die Wirkung, das Lager der Bürger zu alarmieren. Es zeigte sich hier ganz deutlich, daß die Bolschewistenhetze der SPD den Kapitalisten Hilfsdienste leistete, wie die sozialfaschistische Politik der SPD auch das Anwachsen des „reinen“ Faschismus fördert.

Das Gesamtergebnis für Sachsen war folgendes:

| SPD | Deutschnat. | Dtsch. Vp. | Wirtsch. P. | KPD | Dem. | „KPD (Opp.)“ |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 922.117 | 217.363 | 363.421 | 304.403 | 345.817 | 115.097 | 22.594 |

| Volksrechtsp. | Altsozialisten | Nationalsoz. | Zentrum | Sächs. Landv. |
|---|---|---|---|---|
| 70.092 | 39.625 | 133.792 | 25.440 | 140.522 |

Der bisherige Heldt-Bürgerblock gewinnt damit – einschließlich der Nationalsozialisten (die offiziell nicht zum Regierungsblock gehörten) – rund 111.000 Stimmen, während die Kommunisten und Sozialdemokraten zusammen 103.000 Stimmen verlieren.

[345] Bei der Reichstagswahl 1928 hatten Stimmen erhalten:

| SPD | Deutschnat. | Dtsch. Vp. | Wirtsch. P. | KPD | Dem. | „KPD (Opp.)“ |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 999.421 | 254.488 | 316.017 | 232.052 | 381.568 | 147.356 | – |

| Volksrechtsp. | Altsozialisten | Nationalsoz. | Zentrum | Sächs. Landv. |
|---|---|---|---|---|
| 87.545 | 34.869 | 82.519 | 23.519 | 127.575 |

Innerhalb der bürgerlichen Parteien ist damit eine starke Verschiebung eingetreten. Die bisherige Mehrheit des Bürgerblocks ist bedeutend geringer geworden. Der ausschlaggebende Faktor sind die Nationalsozialisten. Die Zahl der Mandate der Bürgerblockparteien ging von 49 auf 46 zurück. Die Nationalsozialisten erhielten anstatt zwei jetzt fünf Mandate. Die Mandatszahl der Kommunisten und Sozialdemokraten blieb auf 45 bestehen. Dabei verringerte sich die Zahl der kommunistischen Mandate um zwei, während die SPD zwei neue erhielt.

Die Zusammensetzung des neuen Sächsischen Landtags ist auf Grund dc< Wahlergebnisses vom 12. Mai wie folgt:

| | | |
|---|---|---|
| Nationalsozialisten | 5 | (2) |
| Deutschnationale | 8 | (14) |
| Sächsisches Landvolk | 5 | (0) |
| Deutsche Volkspartei | 13 | (12) |
| Wirtschaftspartei | 11 | (10) |
| Demokraten | 4 | (5) |
| Volksrechtspartei | 3 | (4) |
| Altsozialisten | 2 | (4) |
| Sozialdemokraten | 33 | (31) |
| Kommunisten | 12 | (9) |
| „Kommunistische Opposition“ | 0 | (5) |

Innerhalb des Bürgerblocks zeigt sich die Verschiebung wie folgt: Die Deutsche Volkspartei gewinnt 47.000, die Wirtschaftspartei 72.000, die Landvolkliste 13.000, die Altsozialisten 5000 Stimmen. Dazu kommt ein Gewinn der Nationalsozialisten mit 60.000 Stimmen. Verloren haben die Deutschnationalen 37.000 Stimmen, die Demokraten 32.000, die Aufwertler und Volksrechtler 17.000 Stimmen. Diese Verschiebung im bürgerlichen Lager zeigt keineswegs eine Verringerung der Gegensätze, sondern eher eine Verschärfung derselben. Bedeutend und beachtlich ist, daß die Herausbildung der Volkspartei zur führenden Partei des Bürgertums sich auch bei den Sachsenwahlen gezeigt hat. Besonders bedeutungsvoll ist dies deswegen, weil diese Partei überall die Koalitionspartnerin ist, mit der die Sozialdemokraten zusammenarbeitend durch dick und dünn den Aufbau des Kapitalismus vollziehen, die gesteigerte Ausbeutung durchführen und den neuen Krieg vorbereiten.

Die Sozialdemokraten verloren rund 77.000 Stimmen, während unser Rückgang sich auf rund 36.009 Stimmen stellt.

Die vorübergehende Zurückschreckung einiger Schichten von der KPD darf jedoch nicht als eine Dauererscheinung bewertet werden. Vielmehr muß man sehen, daß die Zuspitzung der Verhältnisse bald wieder breitere Massen als die schmale Schicht, die jetzt der Bluthetze und dem Treiben der Brandlerianer erlag, zur KPD führen wird.

## Die Entwicklung in den Bezirken

Um eine bessere Beurteilung zu erhalten, muß man sich die Entwicklung der letzten Jahre vergegenwärtigen. Diese ist in den einzelnen Bezirken außerordentlich verschiedenartig.

Einen ganz besonders starken Anstieg erreichte die Partei bei den Reichstagswahlen im Mai 1924. Bei der dann im Dezember nochmals erfolgenden Wahl des Reichstages zeigte sich ein allgemeiner starker Rückgang. Nachher trat wieder ein Anwachsen der Stimmen ein. Dabei stiegen in den Bezirken [346] Ostsachsen und Leipzig die Stimmen und blieben auch bei dem neuerlichen Rückgang dieses Jahres über dem Zuwachs vom 4. Mai 1924 liegen, während im Bezirk Chemnitz der Einfluß vom Mai 1924 nicht erreicht wurde.

So bewegten sich die Stimmen im Verhältnis

abgegebene Stimmen

| | | Ostsachsen | Leipzig | Chemnitz | Gesamt-Sachsen |
|---|---|---|---|---|---|
| vom | 4.5.1924 | 80.925 | 109.646 | 182.532 | 373.103 |
| zum | 7.12.1924 | – 16.256 | – 18816 | – 43.303 | – 78.655 |
| " | 31.10.1926 | + 2698 | – 2469 | – 30.582 | – 30.950 |
| " | 20.5.1928 | +24.949 | + 11.683 | – 28.170 | + 8565 |
| " | 12.5.1929 | +12.681 | + 1447 | – 41.417 | – 27.286 |

Vergleichen wir jetzt die Ergebnisse der Landtagswahl vom 12. Mai 1929 mit der Landtagswahl vom 31. Oktober 1926 und den Reichstagswahlen, so ergibt sich folgendes Bild:

vom 20.5.1928

| | | Ostsachsen | Leipzig | Chemnitz | Gesamt-Sachsen |
|---|---|---|---|---|---|
| zum | 31.10.1926 | + 9983 | + 3916 | – 10.464 | + 3435 |
| " | 12.5.1929 | – 12.271 | | – 13.244 | – 35.751 |

Dieses Bild zeigt einen ständigen Rückgang im Bezirk Chemnitz, der mit Ausnahme der Maiwahlen von 1928 so stark ist, daß der Vormarsch in den anderen Bezirken ihn für Gesamtsachsen nicht auszugleichen vermag. Auch zu 1928 zeigt sich ein Zurückbleiben im Chemnitzer Bezirk, der zwar für Gesamtsachsen um ein geringes ausgeglichen wird durch die beiden anderen Bezirke. Neben der ernsthaftesten Untersuchung der Ursachen des jetzigen Rückganges und der Feststellung der Aufgaben zu seiner Behebung steht damit vor der Partei die Aufgabe, dem wichtigsten Industriebezirk Chemnitz besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

## Die Brandlerianer – Zutreiber der Reaktion

Wir sprachen oben schon von zwei Ursachen, die den Rückgang mitverschuldet haben: dem Erschrecken und Zurückweichen vor der Bluthetze und der verwirrenden Tätigkeit der Brandlerianer. Die

besondere Betrachtung einiger Einzelergebnisse kennzeichnet die Liquidatoren als offensichtliebe Zutreiber der Reaktion. Ein wesentlicher Rückgang zeigt sich vor allem in den Großstädten. Am schlechtesten ist auch hier Chemnitz-Stadt. Dort verlor die Partei rund 9000 Stimmen, während es der SPD gelang, 1000 Stimmen zu gewinnen. Die KPD erhielt 28.204 gegen 36.973 bei der Reichstagswahl; die SPD 57084 gegen 56.007 bei der Reichstagswahl. Die Brandlerianer bekamen 1651 Stimmen. In Leipzig ging die KPD um rund 7000, die SPD um 11.000 Stimmen zurück. Die KPD erhielt 63.025 (70.088) Stimmen, die SPD 142.009 (153.978), die Opposition bekam 4497 Stimmen. In Dresden zeigt sich ein Rückgang von rund 4000 Stimmen für die KPD und 10 000 Stimmen für die SPD. Die Partei erhielt 38571 (42.642), die SPD 134.782 (144.068) Stimmen, die Brandlerianer 1060 Stimmen.

Dieser Rückgang in den Großstädten ist zum wesentlichen mit darauf zurückzuführen, daß hier die Bluthetze der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse ihre stärkste Auswirkung fand. Hier aber auch machte sich die konterrevolutionäre Tätigkeit der Rechten am meisten bemerkbar.

Welche Hilfsdienste die Brandleristen der Konterrevolution geleistet haben, sollen noch einige Beispiele aus den drei Bezirken zeigen. Wir nehmen zuerst – und zwar bezirksweise – solche Orte heraus, in denen die Brandlerianer einen stärkeren Einfluß haben, wo entweder die Ortsgruppe zu ihnen steht, die Führung zu ihnen überging oder die Stadtverordneten sich ihnen anschlossen. Dann stellen wir dem Orte entgegen, in welchen die Rechten [347] nicht Fuß fassen konnten oder wo sie schnellstens und entschieden restlos erledigt wurden.

Zuerst nehmen wir wieder den Bezirk Chemnitz. (Die in Klammern angegebenen Zahlen beziehen sich immer auf die letzte Reichstagswahl.)

Es erhielten Stimmen in:

| | KPD | | Brandl. | SPD | |
|---|---|---|---|---|---|
| Wüstenbrand | 305 | (350) | 31 | 310 | (289) |
| Grüna | 523 | (964) | 284 | 1063 | (957) |
| Siegmar | 899 | (1134) | 126 | 1825 | (1871) |
| Harthau | 1058 | (1431) | 173 | 1070 | (944) |
| Reichenbach | 1857 | (2450) | 424 | 6883 | (7423) |
| Oelsnitz | 1341 | (2534) | 827 | 2817 | (2549) |
| (Hier trat der Bürgermeister zur Opposition über.) | | | | | |

Stellen wir dem jetzt gegenüber Orte mit starker Arbeiterbevölkerung, in denen die Brandlerianer nicht aufkamen:

| | KPD | | Brandl. | SPD | |
|---|---|---|---|---|---|
| Bräunsdorf | 233 | (203) | – | 126 | (168) |
| Limbach | 3269 | (3110) | 64 | 1012 | (1229) |
| Pleika | 576 | (558) | 11 | 159 | (213) |
| Oberfrohna | 824 | (800) | 28 | 684 | (727) |
| Crimmitschau | 1329 | (1310) | 88 | 8789 | (7279) |
| Schwarzenberg | 1321 | (1151) | 32 | 976 | (1036) |

Ein besonders lehrreiches Bild gibt aber die Entwicklung in Glauchau und Meerane. In diesen beiden Orten entwickelte die Partei ihre aktive Tätigkeit nach der neuen Taktik am entschiedensten. Hier bildeten die Arbeiter bei den letzten Streikbewegungen Kampfausschüsse. Das Wahlergebnis spiegelt das Auftreten der Partei wider wie folgt:

| | KPD | | Brandl. | SPD | |
|---|---|---|---|---|---|
| Glauchau | 1726 | (821) | 123 | 5311 | (6539) |
| Meerane | 1948 | (1549) | 68 | 5146 | (5843) |

Lassen wir jetzt einige Beispiele aus Westsachsen folgen. Zuerst wieder Orte mit starkem Einfluß der Rechten:

| | KPD | | Brandl. | SPD | |
|---|---|---|---|---|---|
| Grimma | 409 | (786) | 268 | 1537 | (1704) |
| Oschatz | 238 | (514) | 219 | 2330 | (2448) |
| Strehla | 219 | (311) | 58 | 740 | (783) |

Dem stellen wir gegenüber Orte, in denen die Brandleristen keinen Boden haben. Wir nehmen nur zwei Orte heraus:

| | KPD | | Brandl. | SPD | |
|---|---|---|---|---|---|
| Borna | 738 | (695) | 16 | 1786 | (1919) |
| Wurzen | 1448 | (1219) | 42 | 4176 | (4729) |

Dasselbe Bild haben wir in Ostsachsen. Erstens geben wir wieder die Orte an mit Einfluß der Brandlerianer:

| | KPD | | Brandl. | SPD | |
|---|---|---|---|---|---|
| Zschachwitz | 705 | (1267) | 356 | 1428 | (1359) |
| Freital | 3470 | (4429) | 180 | 11.080 | (11.040) |
| Meißen | 1292 | (1602) | 111 | 13.941 | (14.676) |
| Radeberg | 769 | (1303) | 223 | 4145 | (4369) |
| Tharandt | 164 | (299) | 115 | 590 | (666) |

[348] Dem gegenüber stellen wir einige wenige andere Beispiele:

| | KPD | | Brandl. | SPD | |
|---|---|---|---|---|---|
| Freiberg | 1091 | (1050) | 39 | 5627 | (6699) |
| Coßmannsdorf | 321 | (318) | 3 | 750 | (792) |
| Eisenberg | 47 | (37) | 10 | 303 | (288) |
| Königstein | 286 | (279) | 9 | 674 | (769) |
| Wehlen | 65 | (55) | 4 | 165 | (204) |

Diese Beispiele ließen sich beliebig erweitern; sie zeigen die Richtigkeit unserer obigen Feststellungen, daß die Rechten die Arbeiter der SPD zu- oder in den Indifferentismus treiben. Die Auswirkung ihrer Hetze gegen die KPD zeigt sich ohne Zweifel bei dem gesamten Wahlergebnis. Wo die Arbeiter aber begannen, sich von der SPD loszulösen, wurden sie durch das Auftreten der Brandleristen davon abgehalten, zu uns zu kommen.

Wo die Partei ihre Linie am stärksten vertrat, stießen neue Arbeiterschichten zu uns. Der große Gewinn, den die Partei in diesem Wahlkampf zu buchen vermag, ist die vernichtende Niederlage der Brandleristen. Die Liquidierung der Liquidatoren macht die Bahn frei für die weitere Arbeit. Diese Barriere, die sich dem Uebergang der Arbeiter von der SPD ins Lager des Kommunismus in den Weg stellte, wurde niedergerissen, und bald werden ihre letzten Reste beseitigt sein. Wie restlos die Niederlage ist, geht daraus hervor, daß sie selbst auf zwei, manche von ihnen aber sogar auf vier Mandate gerechnet hatten. Diese Gruppe, die sich anschicken wollte, unter den zugespitzten Verhältnissen die Rolle der „linken“ SPD zu übernehmen, hat ihre historische Aufgabe in diesem Kampf erfüllt, sie ist damit aber auch erledigt.

## Die Lage der sächsischen Sozialdemokratie

Die Sozialdemokraten haben ohne Zweifel den schwersten Verlust erlitten. Ein Teil ihrer Wähler ist zu den Nationalsozialisten und zur Wirtschaftspartei abgewandert. Zwar hat sich die SPD von der Niederlage von 1926 etwas erholt, aber gegen 1928 zeigt sie sich schon wieder in einer rückläufigen Bewegung. Auch gelang es der SPD keineswegs, ihre rechte Gruppierung, die Altsozialdemokraten, zu liquidieren; im Gegenteil ist diese Gruppe stärker geworden. Innerhalb der SPD ist gleichzeitig die Stimmung für die Koalitionspolitik auch in Sachsen bedeutend angewachsen.

Es gelang der Partei in diesem Wahlkampf noch nicht, in die Reihen der SPD-Anhängerschaft einzudringen und die jahrelange Scheinopposition genügend zu enthüllen. Man darf sich aber auch keineswegs der Illusion hingeben, daß diese Demaskierung allein theoretisch oder mit Hinweisen auf die Reichspolitik erfolgen könne. Solange es der sächsischen SPD noch gelang, den Arbeitern vorzutäuschen, ihre Richtung sei eine andere wie die der Reichspolitik, solange sie in ihren Handlungen noch die Konsequenzen der Reichspolitik zu umgehen vermochte, konnte es ihr noch gelingen, die Arbeiter zu täuschen. Schon die Entwicklung der nächsten Monate wird sie zu einer anderen Stellungnahme zwingen. Heute geht auch der Weg der sächsischen Sozialdemokraten in die Große Koalition. Die bisher vorliegenden Pressestimmen zeigen das deutlich genug an.

Die „Dresdener Volkszeitung“ vom Montag, den 13. Mai, druckt kommentarlos einen Artikel des SPD-Pressedienstes nach, in dem es heißt:

„Rein rechnerisch gesehen liegt in diesem Wahlergebnis der Zwang zu einer Koalition mit den Sozialdemokraten. Dagegen aber bestehen sehr starke psychologische Widerstände innerhalb der sächsischen Sozialdemokratie und bei den bürgerlichen Parteien. Namentlich nach diesem Wahlkampf, der von der bürgerlichen Einheitsfront mit besonderer Gehässigkeit gegen die Sozialdemokratie geführt worden ist. Indessen werden wohl die politisch-parlamentarischen Vorgänge nach der Wahl den rein rechnerischen Zwang unterstützen.“

[349] Noch deutlicher wird die „Volkszeitung für die Oberlausitz“. Sie schreibt zu dem Artikel des Pressedienstes:

„Die bisherige Landesregierung hat von der politischen Bühne abzutreten. Das ist ein Erfolg, den die sächsische Sozialdemokratie auf ihrer Haben-Seite buchen darf. Neu Spiel hebt an! Die Regie, wenn auch nicht die Mehrheitsregierung, ist in unseren Händen. Die sächsische Sozialdemokratie hat die Kraft und den Willen, sie zu nutzen.“

In der „Chemnitzer Volksstimme“ vom 14. Mai schreibt Böchel:

„Wir haben ... uns von der kritiklosen Koalitionsbegeisterung ebenso ferngehalten wie von der bedingungslosen Ablehnung der Koalition. Wir stellen die Frage überhaupt nicht so: Wer soll regieren? Sondern das Höchste und Wichtigste ist uns: Wie soll regiert werden? Das ist nämlich das Entscheidende, ob wir in der Koalition mit irgendeiner bürgerlichen Partei einen Schritt vorwärts kommen, ob wir Boden gewinnen, nicht ob wir .Ministerposten besetzen. Ja, wir sind schon zufrieden, wenn wir in gefährlichen Zeitläuften durch unsere Regierungsteilnahme auch nur den Waagebalken des Kräfteverhältnisses im Gleichgewicht zu halten vermögen.“

Das ist die klarste Bereitschaftserklärung zur Koalition, die die Bourgeoisie nur wünschen kann. Böchel beruft sich dabei auf Rosa Luxemburg, die auch eine Verteidigung der demokratischen Freiheiten immer vertreten habe. Mit anderen Worten: die Sozialdemokraten vollführen ihren neuesten Wählerbetrug unter der Parole der „Rettung vor dem Faschismus“.

Am 13. Mai fand in Dresden schon eine Landestagung der SPD statt. In der Presse wurde darüber gemeldet, daß Beschlüsse nicht gefaßt seien, aber ein Ministerpräsident vorgeschlagen werden solle. Ein kleines Manöverchen, das noch durchgeführt werden soll, um den Marsch in die Koalition vorzubereiten.

Die Rolle der sächsischen SPD wird damit auch für ihre Arbeiteranhänger bald klarer werden.

## Die Mängel und Fehler unserer Arbeit

Wenn wir über die Mängel und Fehler unserer Arbeit reden, dann müssen wir in erstes Linie zu dem Gewinn der Nationalsozialisten Stellung nehmen. Die Nationalsozialisten haben den beachtlichen Gewinn von 60.000 Stimmen sicherlich zu einem großen Teil aus dem Lager proletarisierter Kleinbürger, Händler, Handwerker und Bauern erhalten. Gerade in Sachsen, in dem die Konzentration der Fertigindustrie und des Handels in letzter Zeit große Fortschritte gemacht hat, in dem die Lage der arbeitenden Bauern sich ständig verschlechtert hat, zeigten sich die wirtschaftlichen Ursachen, die diese Schichten nun Faschismus trieben. Aber auch aus dem Lager der Arbeiter hat der Faschismus gewonnen. Hier zeigt sich, daß die sozialfaschistische Politik der SPD den Vormarsch des Faschismus fördert. Gerade aber diese Seite hat die Partei im Wahlkampf zu wenig beachtet. Die Propaganda gegen die Faschisten wurde auf das schwerste vernachlässigt. Ebenso versäumte es die Partei, den schwankenden Mittelschichten, den Händlern, Handwerkern, Bauern usw. genügend zum Bewußtsein zu bringen, daß nur die KPD den Kampf gegen das räuberische Finanzkapital, den Bürgerblock und die Reaktion führt. Die Partei versäumte, diesen Schichten zu beweisen, daß sie nur durch ihren Kampf gemeinsam mit der KPD ihre Lage verbessern können. Hier liegen ohne Zweifel die schwersten Versäumnisse.

Zum Kampf gegen die SPD muß gesagt werden: die Argumente gegen die Scheinopposition der sächsischen Sozialdemokraten, die wir oben anführten, sind absolut richtig. Ein Mangel ergab sich aber in der Agitation. Bei der grundsätzlich richtigen Führung des Kampfes, seiner Verbindung mit den Unternehmerangriffen, dem Terror des Staatsapparats, der Spaltungstaktik auch der sächsischen

SPD-Führer in den Gewerkschaften, wurde zu sehr versäumt, die praktische Haltung der SPD in Sachsen zu den Fragen des Arbeiter-[350]schutzes, der Erwerbslosenversicherung, der Verbesserung der Invalidenversicherung auszunutzen und daran die Schwenkung zur Koalition und die Hilfsstellung für die Unternehmer aufzuzeigen. Des weiteren gelang es nicht, die Bluthetze der vereinigten SPD und Bürgerlichen genügend abzuwehren. Die Partei reagierte zu schwerfällig. Anstatt sofort mit einer entschiedenen und ernsthaften Enthüllung der Verleumdungskampagne zu beginnen, machte man einige entscheidende Fehler. So verbreitete eine Bezirksleitung ein Flugblatt, das zur Bildung von Aktionsausschüssen zum Kampf um die Diktatur des Proletariats aufforderte. Teilweise reichte aber auch die Kraft unseres Apparats nicht aus, um die Gegenwehr und die Gegenangriffe gegen die Bluthetze genügend zu führen.

Als allerernsteste Erscheinung zeigte sich aber, daß der Organisationsapparat der Partei keineswegs ausreichte, um die Arbeit zu bewältigen. Gewiß ist der Apparat in einigen Bezirken durch die zerstörende Tätigkeit der Rechten geschwächt worden. In Westsachsen mußte kurz vorher eine vollständige Umstellung erfolgen. Fast in sämtlichen Zellen und Gruppen wurden andere Leitungen gebildet. Bis auf ein Ressort erfolgte eine vollständige Neubesetzung des Sekretariats. Dazu stand vor allen Bezirken die Durchführung von Bezirkskonferenzen – Leipzig hatte in kürzester Zeit zwei durchzuführen – und die Vorbereitung des Reichsparteitags. Hier lastete die Arbeit der organisatorischen Vorbereitung wesentlich auf dem Bezirk Ostsachsen. Auch im Chemnitzer Bezirk nahm der Kampf gegen die Brandlerianer sehr viel Kraft in Anspruch.

Alle diese Arbeit entschuldigt aber keineswegs, daß dieser Wahlkampf organisatorisch schlechter geführt wurde als jeder andere vorher. Hier muß die Partei die Spanne zwischen Sympathie der Massen, agitatorischer Wirksamkeit und organisatorischer Verankerung schnellstens und mit aller Energie beseitigen. Eine Erfahrung, die – wie wir glauben – nicht nur für Sachsen. sondern für das ganze Reich Geltung hat.

Bei aller nüchternen Betrachtung der Verhältnisse, der Lage und des Ausgangs der Wahl muß festgestellt werden: Trotz der Bluthetze, des sozialfaschistischen Terrors und des konterrevolutionären Auftretens der Brandlerianer stehen die Massen zur Partei. Die 350.000, die am 12. Mai ihr Bekenntnis für den Kommunismus ablegten, stehen als eine gefestigte Anhängerschaft zur revolutionären Bewegung. Die abgegebenen Stimmen haben ein größeres Gewicht als bisher. Die Partei muß daran gehen, alle festgestellten Mängel sofort zu beseitigen, die Fehler zu beheben und ihre Wiederholung möglichst auszuschließen.

Die Linie der Partei ist auch in diesem Wahlkampf bestätigt. Wie aus der Partei eine Anzahl opportunistischer Elemente abgestoßen wurde, so auch aus der Peripherie der Anhänger. Zu lange schon hatte die Partei mit der Erledigung der liquidatorischen Elemente gezögert. Die Zeit bis zur Wahl war zu kurz, die ineinanderfallenden Aufgaben zu mannigfach, um auch in den Massen eine restlose Erledigung zu erreichen.

Unter Ausmerzung der Fehler wird jetzt die Partei in der Vorbereitung der Augustkundgebungen und der Gemeindewahlen in breiterer Front und mit größerer Initiative an die Gewinnung neuer Arbeitermassen, in den schärfsten Kampf gegen den „reinen“ Faschismus, aber auch dessen Schrittmacher, den Sozialfaschismus, die Koalitionsregierungen, ziehen. Festeres Auftreten, Vertiefung der Linie des VI. Weltkongresses, ihre konkretere Anwendung in den Tagesfragen, organisatorische Verankerung und Ausdehnung der Organisation werden die Hebel zu neuen Erfolgen werden.

*

Vorstehender Artikel wurde unmittelbar nach den sächsischen Wahlen geschrieben. Inzwischen werden im Lager der sächsischen Sozialdemokratie die Stimmen immer stärker, die für die Koalitionspolitik und das offene Einschwenken in die Gesamtfront des Sozialfaschismus eintreten. Wir werden demnächst einen besonderen Artikel über den Magdeburger Parteitag, die Rolle der „Linken“ und die sächsische Regierungsbildung veröffentlichen. Die Redaktion.

[351]

## Resolution des Sekretariats des ZK zu den sächsischen Wahlen und Ihren Lehren

Die Partei hat den Wahlkampf mit aller grundsätzlichen Klarheit geführt. Sie verband den Kampf mit der Aufklärung über die internationale und nationale Lage, der Verschärfung der Klassengegensätze und dem offenen sozialfaschistischen Auftreten der SPD. Erstmalig zeigte die Partei ohne Schwankungen und ohne Einschränkungen die Rolle einer, aus einem bürgerlichen Parlament hervorgegangenen, auch einer sogenannten sozialdemokratischen Minderheitsregierung als einer Vertretung der Interessen des Trustkapitals.

Das grundsätzlich entschiedene Auftreten stellte die Partei in ein gegnerisches Trommelfeuer, wie bei keinem bisherigen Kampf. Die vereinigte bürgerliche und sozialdemokratische Presse führte gegen die Kommunisten eine wüste Verleumdungs- und Lügenkampagne von bisher noch bei keiner Parlamentswahl dagewesenem Ausmaß. Diese Hetze wurde unterstützt und gefördert durch das Auftreten der Brandlerianer, die den Sozialdemokraten ihre Waffen gegen die Partei lieferten.

Die Partei verlor gegenüber der Reichstagswahl 1928 35.000 Stimmen, die SPD 77.000 Stimmen, das Bürgertum gewann 140.000 Stimmen, darunter die Nationalsozialisten 60.000. Die offen kapitalistischen Parteien behalten ihre Mehrheit in dem zum größten Teil mit Arbeitern bevölkerten Sachsen.

Innerhalb der bürgerlichen Parteien hat sich das Schwergewicht erheblich nach rechts verschoben. Deutschnationale plus Landvolk haben ihre Stimmen behauptet. Deutsche Volkspartei und Wirtschaftspartei sind erheblich gestärkt Bei den Nationalsozialisten ist ein außerordentliches Anwachsen der Stimmen zu verzeichnen. Die Partei muß aus dem Resultat mit rücksichtsloser Konsequenz alle notwendigen Lehren ziehen. Das Resultat des Wahlausganges erklärt sich aus einer Reihe allgemein politischer Ursachen und aus bestimmten Mängeln und Fehlern unserer Parteiarbeit.

Die Bluthetze, die Verleumdungen und Verdächtigungen der sozialdemokratischen und bürgerlichen Parteien, denen die Renegaten der Brandler-Gruppe tatkräftige Hilfe leisteten, nach den Berliner Barrikadenkämpfen, und denen die Partei nicht genügend schnell und umfangreich entgegentrat, führte zu einem Schwanken der Peripherie unserer Anhänger und zu einer gleichzeitigen Steigerung der bürgerlichen Gefolgschaft, die durch den Bolschewistenschreck aufgerüttelt wurden.

Die „linke“ Sozialdemokratie hatte durch ihre Scheinopposition gegen die sächsische Bürgerblockregierung und die Koalitionsregierung im Reiche eine besonders günstige Stellung. Sie entfaltete eine außerordentlich geschickte, scheinradikale Demagogie und übertrumpfte mit ihrer Bluthetze und ihren Verleumdungen sogar die Sozialdemokraten in den anderen Teilen des Reiches. Der Partei gelang es jedoch noch nicht, der Sozialdemokratischen Partei größere Massen zu entreißen. Es gelang noch nicht, in breiterem Umfange die Illusionen über die scheinbare radikale Haltung der sächsischen Sozialdemokraten gegenüber der Koalitionspolitik im Reiche zu überwinden.

Das Auftreten der Brandleristen, ihre skrupellose kommunistenfeindliche Agitation wirkte verwirrend auf einen Teil der Arbeiter. Die Argumente und Denunziationen der Böttcher, Sievert, Lieberasch und Co. wurden das Hauptarsenal des bürgerlich-sozialdemokratischen Reaktionsblocks in seinem Kampfe gegen unsere Partei.

Die Liquidatoren, die prahlerisch einen Gewinn von 100.000 bis 150.000 Stimmen ankündigten, konnten in Sachsen nicht die nötigen Stimmen für ein einziges Mandat aufbringen. Durch ihre Verwirrungs- und Zersetzungsmanöver gelang es ihnen aber an mehreren ausschlaggebenden Orten, den Uebergang der sozialdemokratischen Arbeiter zur KPD aufzuhalten. Sie wurden in einer Reihe von Orten Wahlagenten und Zutreiber für die SPD und sogar für die [352] Faschisten. Trotzdem hätte das Ergebnis der Wahl auf Grund der objektiven Situation und der Radikalisierung der Massen ein besseres sein können.

Die Mängel und Fehler der Parteiorganisation bestanden im wesentlichen in Folgendem:

a) Die taktische Wendung, die in vielen großindustriellen Gebieten des Reiches der Partei einen neuen Massenzustrom brachte, wurde in vielen bedeutenden Orten Sachsens nur schwach oder gar nicht durchgeführt.

b) Selbständiges Auftreten auf der Grundlage der breitesten Einheitsfront in den Betrieben ist sowohl bei den Lohnbewegungen als auch bei den Betriebsrätewahlen vielfach nur mangelhaft zum Ausdruck gekommen.

c) Die Rolle der „linken" sächsischen Sozialdemokratischen Partei, insbesondere ihre Aufgabe, die konterrevolutionäre Politik der SPD vor den radikaler eingestellten sächsischen Arbeitern zu verschleiern, diese Arbeiter an die SPD zu binden und den Sozialfaschisten zuzutreiben, wurde von der Parteiorganisation den Massen nicht genügend klargestellt und an Hand konkreter Tatsachen entlarvt. Die Konflikte innerhalb der sächsischen Sozialdemokratie wurden fast gar nicht ausgenutzt, um die gesamte SPD zu schlagen. Insbesondere wurde versäumt, die verräterische Haltung der sächsischen Sozialdemokratie gegenüber den elementarsten Arbeiterforderungen genügend auszunutzen.

d) Unter den Mittelschichten, Beamten, Angestellten, Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden wurde versäumt, eine genügende breite, diese Schichten gegen das Finanzkapital und seine Lakaien aufrüttelnde Propaganda zu treiben.

e) Es wurde weiter vollständig versäumt, in den Massen eine Kampagne gegen den offenen Faschismus (Nationalsozialisten und Stahlhelm) zu führen, was diesem sogar erleichterte, in gewissen Arbeiterschichten Einfluß zu gewinnen.

f) Krasse Mängel in der Organisation, die Nichtmobilisierung der gesamten Mitgliedschaft für den Wahlkampf, Passivität ganzer Ortsgruppen, ungenügende und oft gänzlich mangelnde Tätigkeit der Betriebszellen, schwächliche Gegenoffensive auf die verleumderischen Angriffe unserer Gegner, schlechte Technik des Wahlkampfes.

g) Ideologische Schwäche der sächsischen Parteiorganisationen im allgemeinen, auch in der sächsischen Parteipresse. Nicht genügende Durchführung einer selbständigen, den örtlichen und bezirklichen Verhältnissen angepaßten, aufklärenden, überzeugenden Arbeit gegen die scheinmarxistischen Argumente der „linken" Sozialdemokratie (der konkrete ideologische politische Kampf gegen die konterrevolutionäre Sozialdemokratie wurde häufig ersetzt durch abstrakte Formeln).

Diese allgemeinen Fehler und Mängel der sächsischen Organisation zeigten sich besonders scharf im Bezirk Erzgebirge-Vogtland, wo die Verluste der Partei seit längerer Zeit, besonders aber bei den Wahlen am 12. Mai zahlenmäßig am höchsten und qualitativ am bedeutendsten (Erzgebirge-Vogtland ist nicht nur der am meisten proletarische Bezirk Sachsens, sondern auch die älteste und schon in der Zeit des Spartakusbundes stärkste Parteiorganisation der KPD) sind. Dieser besondere Mißerfolg im Bezirk Erzgebirge-Vogtland (Stimmenverlust im Industriegebiet Chemnitz von 12.000 bei gleichzeitigem Wachsen der sozialdemokratischen Stimmen in der Stadt Chemnitz um 1000) erklärt sich aus ernsthaften Mängeln und Fehlern in der politischen und organisatorischen Arbeit. (Ungenügende Tätigkeit unter den ausschlaggebenden Arbeiterkategorien, besonders den Textilarbeitern, mangelhafte Abgrenzung von der „linken" Sozialdemokratie innerhalb der Gewerkschaften, teilweise nur mangelhafte Durchführung der Betriebsrätewahlen; nicht genügend rasche ideologische und organisatorische Liquidierung des Brandlerismus in einigen Orten. Die Bezirksleitung verstand es bei grundsätzlich richtiger Einstellung noch nicht, durch systematische Schulungsarbeit eine Vertiefung der Erkenntnis [353] über die Linie und Aufgaben der Partei im Funktionärapparat und der Gesamtmitgliedschaft durchzuführen, im Zusammenhang damit eine Erneuerung und Proletarisierung des führenden Parteikaders herbeizuführen und eine festere Bindung zwischen Parteimitgliedschaft und Bezirksleitung herzustellen, trotzdem das ZK mehrfach gerade auf die Notwendigkeit dieser Maßnahmen hingewiesen hat. In der Parteizeitung („Kämpfer") zeigten sich im ideologischen Kampf gegen die „linken" Sozialdemokraten ernsthafte Schwächen, das ungenügende Durchführen einer ernsthaften tiefgehenden Ueberzeugungsarbeit zur Gewinnung sozialdemokratischer und parteiloser Arbeitermassen für die kommunistische Politik.)

Trotz aller Fehler und Mängel hat die Partei in allen Orten, wo sie aktiv auftrat, wo sie entschlossen die Linie der Partei anwandte, wo sie die Brandleristen ideologisch und organisatorisch niedergerungen hat, nicht nur ihren Bestand erhalten, sondern erhebliche Fortschritte gemacht. Sie hat zehntausende Stimmen in einer großen Anzahl typischer Arbeiterorte gewonnen, besonders dort, wo sie

bei den Wirtschaftskämpfen, in der Erwerbslosenbewegung und bei den Betriebsrätewahlen, durch die Offensive gegen die SPD und einen aktiven Kampf gegen den Faschismus die Massen zu mobilisieren verstand. Diese Tatsachen bestätigen auch in diesem Wahlkampf die Richtigkeit der Linie der Partei. Als ein besonders positives Resultat des Wahlkampfes ist zu vermerken, daß die Partei auf der ganzen Linie mit einer konsequenten revolutionären Plattform im Wahlkampf auftrat. Aus dem Wahlkampf ergeben sich eine Reihe wichtiger Aufgaben:

1. Ernsthafte Selbstkritik. Erkennung und Anerkennung aller Fehler.

2. Sofortige Ueberprüfung und evtl. notwendige Reorganisation des gesamten Funktionärkaders der Partei unter Einstellung auf die sich zuspitzenden Verhältnisse und die Verschärfung der Klassenkämpfe, wobei der Polsekretär die Verantwortung für die Gesamtarbeit trägt.

Bildung von arbeitenden Orgabteilungen, sowohl beim Sitz der BL, wie in allen Unterbezirken und Ortsgruppen, Entwicklung einer stärkeren selbständigen Tätigkeit aller Glieder der Partei.

3. Bildung von selbständig und praktisch arbeitenden Agitpropabteilungen. Stärkere Entfaltung der Arbeit in den Genossenschaften und Betrieben, Ausbau und Aufbau von Gewerkschafts- und Genossenschaftsfraktionen, Aktivisierung der Arbeit und Bildung von Fraktionen in den sozialen Organisationen, Aktivisierung der Arbeit der Betriebsräte, Verstärkung der Arbeit in den überparteilichen proletarischen Massenorganisationen.

4. Stärkere Durchführung der Aufgaben auf sozialem Gebiet, Entwicklung der ARSO in den Unterbezirken, verstärkte Arbeit unter den Erwerbslosen.

5. Systematische Schulungsarbeit für die Gesamtpartei. Vertiefung der Erkenntnis über die Linie und Aufgaben der Partei. Aktivisierung der Gesamtpartei.

6. Verstärkung der Arbeit unter den proletarischen Frauen. Einstellung der Gesamtpartei auf diese Arbeit. Schaffung von Arbeitsfunktionen zur Bearbeitung der Betriebe mit starker weiblicher Belegschaft, speziell solcher Betriebe, in denen wir noch keine Verbindungen haben oder in denen noch keine Zellen bestehen. Stärkste Einstellung auf die Betriebsarbeiterinnen, ohne jedoch die Arbeit unter den proletarischen Hausfrauen zu vernachlässigen.

7. Einstellung der Partei auf die gründliche Vorbereitung der Wirtschaftskämpfe, Augustkundgebungen und die bevorstehenden Gemeinderatswahlen.

Verstärkung der politischen Linie in den Gemeinden. Schärfere Kampfsteilung und Abgrenzung von gegnerischen Parteien, insbesondere gegen die Sozialdemokraten. Schnellste Ueberwindung aller Schwankungen, insbesondere unter den Gemeindevertretern. Entschiedene Reinigung von opportunistischen Elementen. Völlige Liquidierung der brandleristischen Renegaten und ihres Anhangs in den Massen. [354]

8. Planmäßige Kampagne und schärfste Kampfstellung gegen den Nationalismus, stärkere Arbeit unter den proletarischen, kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Schichten. Systematisierung der Arbeit auf dem Lande.

9. Schärfste Kampfstellung und ernsthafte und konkrete Aufklärung über die Rolle der „linken“ SPD, die jetzt auch in Sachsen den Uebergang in die Koalitionspolitik vollzieht.

10. Verbreiterung der organisatorischen Verankerung durch planmäßige, über längere Zeit geführte Werbekampagnen für Partei und Presse mit dem Ziel, insbesondere in den Orten, wo wir Stimmen erhielten, aber noch keine Ortsgruppen oder Zeitungsleser haben, Leser für die Parteizeitung zu gewinnen und Ortsgruppen zu errichten.

*

## Der Parteitag des Sozialfaschismus

Von J. L e n z

Während wir diese Zeilen schreiben, verhandeln in Magdeburg noch die Minister, Regierungspräsidenten und Gewerkschaftsbeamten über die Politik der Partei, die der „Vorwärts“ scherzhaft „die

Allarbeiterpartei Deutschlands“ nannte. Aber nach den Reden, die bisher gehalten wurden, und den Beschlüssen, die gefaßt wurden, kann man schon sagen, daß dieser Parteitag kraß und eindeutig die neue Etappe kennzeichnet, in die der sozialdemokratische Reformismus eingetreten ist: die Etappe des Sozialfaschismus. Keineswegs verzichten die sozialdemokratischen Führer auf die demokratisch-pazifistische Phraseologie, mit der sie jahrelang die Arbeiter betörten. Aber neben diesen demokratischen und pazifistischen Phrasen treten immer schärfer jene offenherzigen Bekenntnisse hervor, die die deutsche Sozialdemokratie als eine Partei des Sozialimperialismus und Sozialfaschismus kennzeichnen.

Nach dem 4. August 1914 stellte Lenin fest, daß der Opportunismus in der zweiten Internationale ausgereift war zum •Sozialimperialismus. Was in der vorangegangenen Periode sich als Tendenz der Entartung innerhalb der sozialdemokratischen Parteien zeigte, erwies sich im Zeitpunkt der Krise, die der imperialistische Weltkrieg heraufbeschwor, als das beherrschende Gesetz. Eine ähnliche Bedeutung kommt der Entwicklungsetappe zu, die die Sozialdemokratie in Deutschland – und ähnliche Erscheinungen zeigen sich international – seit den blutigen Maitagen durchmacht. Nicht allein, daß ein sozialdemokratischer Polizeipräsident die Maidemonstration niederknüppeln und niederschießen ließ, nicht allein, daß der sozialdemokratische Innenminister Preußens der Mordpolizei Lob und Anerkennung aussprach, nicht allein, daß der sozialdemokratische Innenminister des deutschen Reichs die Polizeibestialitäten gegen die Arbeiter und die Gegenwehr des Proletariats zum Anlaß nahm, die einzige proletarische Wehrorganisation zu verbieten, entscheidend für die Einschätzung des politischen Charakters der SPD ist die Tatsache, daß ihre Berliner Funktionärkonferenz die Politik des Arbeitermordes ausdrücklich billigte, und daß auf dem Magdeburger Parteitag keine Stimme gegen diesen Kurs zum Faschismus laut wurde.

Im Gegenteil; in seiner Eröffnungsrede kündigte der Parteivorsitzende Wels offen die kommende sozialfaschistische Diktatur an. Er erklärte:

„Es ist unsere Aufgabe, die Demokratie zu sichern, die Republik zu schützen. Gelänge es aber den Feinden der Republik, der Demokratie in Deutschland so schweren Schaden zuzufügen, daß kein anderer Ausweg bliebe als die Diktatur, dann sollen Stahlhelm, Nationalsozialisten und ihre kommunistischen Brüder von Moskau wissen: Die Sozialdemokratie und Gewerkschaften, als die Vertreter der großen Masse des deutschen Volkes, fest gefügt in ihren Organisationen, in verantwortungsbewußtem [355] Handeln und unzerbrechlicher Disziplin, würden auch sie zu handhaben wissen. Das Recht der Diktatur fiele ihnen zu und niemand anderen. Bei ihnen wäre allein auch die Garantie für eine Rückkehr zur Demokratie nach Ueberwindung von Schwierigkeiten, die wir nicht wünschen.“

Dieses neue Rezept der Partei, die unter den Losungen der reinen Demokratie den Kampf für die proletarische Diktatur niedergeschlagen hat, fand auf dem Parteitag stürmischen Beifall. Hieß es früher: Durch Demokratie zum Sozialismus!, so verkündet die neue Lehre: Durch Diktatur zur Demokratie!

Die Praxis der regierenden Sozialfaschisten zeigt mit hinreichender Deutlichkeit, daß die Worte von Wels keine leeren Drohungen sind. Wels, der als Stadtkommandant von Berlin in den Noske-Tagen seinen Befähigungsnachweis für den Arbeitermord erbracht hat, weiß, was er sagt, wenn er die Hilfe seiner Partei und der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie für die Errichtung der faschistischen Diktatur gegen das Proletariat ankündet. Es ist freilich eine lächerliche Illusionspolitik dieser „Realpolitiker“, die immer nur die Realität sehen, die ihnen unmittelbar vor der Nase liegt, wenn sie sich einbilden, daß die sozialfaschistische Diktatur nur ein Zwischenspiel sein könne, auf das die Rückkehr zu normalen bürgerlich-demokratischen Regierungsformen folgen würde. In Wahrheit wird die Diktatur des Sozialfaschismus die schärfste Form der offen faschistischen konterrevolutionären Diktatur einleiten, bis sie durch die Diktatur des Proletariats gestürzt wird.

Das Schicksal des Kapitalismus, der bürgerlichen Gesellschaft vollzieht sich zuerst an der bürgerlichen Arbeiterpartei. Je mehr sie sich gegen die Kräfte wehrt, die sie zu zerstören berufen sind, desto mehr entwickelt und stärkt sie diese Kräfte. Je vollkommener sie die ihr innewohnenden Tendenzen entwickelt, desto mehr beschleunigt sie die Stunde ihrer revolutionären Ueberwindung. Die

Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, die Offensive des Kapitals, die politische und ökonomische Vorbereitung des imperialistischen Krieges veranlaßte die Bourgeoisie, die Sozialdemokraten als wirksamsten Bremsblock gegen die ansteigende revolutionäre Welle vorzuschieben. Aber je mehr die Sozialdemokratie in dieser Rolle als Regierungspartei gebraucht wird, desto rascher wird sie abgebraucht. Je brutaler der Reformismus gegen das revolutionäre Proletariat vorgeht, desto mehr untergräbt er seine Stellung innerhalb der Arbeiterbewegung.

Darum ist es verständlich, daß der Sozialfaschismus die Rolle des Wegbereiters und Vorläufers der faschistischen Diktatur spielt. Ehe noch die revolutionäre Welle soweit gestiegen ist, daß sie die Existenz des bürgerlichen Staates unmittelbar bedroht, untergräbt sie bereits die Vorwerke, die die Bourgeoisie zum Schutze ihrer Festung ins Lager des Feindes, der Arbeiterklasse vorgeschoben hat. Die Positionen der reformistischen Bürokratie in den Betrieben, in den Massenorganisationen, sind heute schon durch die Radikalisierung der Massen bedroht. Sie können weniger als jemals allein mit „geistigen Waffen“ verteidigt werden. Polizeigewalt wird immer mehr zu der Methode, mit der die reformistische Bürokratie der revolutionären Bewegung Herr zu werden versucht.

Aber wenn der Reformismus nicht mehr mit „demokratischen“ Gewaltmitteln, sondern nur noch mit offen faschistischen Gewaltmitteln der proletarischen Bewegung Herr werden kann, dann macht er sich selbst überflüssig. Denn diese Funktion können die faschistischen Bürgerkriegsgarden mindestens ebensogut erfüllen. Je dienstwilliger die Sozialdemokratie sich gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung erweist, desto weniger wird sie von der Bourgeoisie für ihre Dienste honoriert, desto brutaler wird sie an ihre Lakaienrolle erinnert.

Die ganze Entwicklung der Koalitionsverhandlungen und der Koalitionspolitik seit einem Jahr zeigt, wie die Bourgeoisie rücksichtslos alle ihre Forderungen durchsetzt und der Sozialdemokratie kaum die bescheidensten Ablenkungsmanöver gestattet. Auf dem Parteitag herrschte daher auch, wie Stampfer sagte, ein wahrer „Koalitionskatzenjammer“. Selbst solche [356] ausgekochten Reformisten, wie Stampfer und Landsberg, hielten es für zweckmäßig, über das Verhalten der Koalitionsminister Klage zu führen. Die Vertreter der Koalitions- und Regierungspolitik, Müller, Hilferding, Breitscheid, befanden sich völlig auf der Linie der Verteidigung. Alle versicherten, daß die Koalitionsregierung kein Vergnügen sei, sondern eine schwere Pflichterfüllung. Wels sprach vom „Mut zur Unpopularität“. Alle diese Helden dieser Koalitionspolitik waren sich dessen bewußt, wie die Arbeitermassen gegen ihre Politik reagieren. Obwohl während des ganzen Verlaufs des Parteitages kein einziger Delegierter die verantwortlichen Männer wegen des Massenmordes am 1. Mai in Berlin zur Rechenschaft zog, hielt es Wels schon bei der Eröffnungsrede für notwendig, die Schuld an den Blutopfern von sich zu weisen. Bei aller Pogromhetze gegen die KPD und gegen Moskau war deutlich zu merken, daß sich diese Demagogen bei aller ihrer Frechheit in der Defensive fühlen.

Und sie vermochten auch nicht, bei allem Schwindel über die „werdende sozialistische Gesellschaft“, ihren Anhängern irgendwelche positiven Erfolge in Aussicht zu stellen. Hilferding versuchte etwas in Optimismus zu machen. Er sprach davon, daß das schwerste überwunden sei, und daß man jetzt auf raschere Fortschritte hoffen könne. Aber Landsberg erwiderte:

„Bei der Besprechung der Politik der jetzigen Koalitionsregierung hat sich ein allgemeiner Pessimismus gezeigt. Selbst bei Hilferdings Ausführungen! Ich weiß nicht, ob die von ihm geäußerte Hoffnung auf Besserung sich nur auf kommende bessere Zeiten bezog, oder auch auf seine eigene Besserung. ... In uns lebt das Gefühl der Unsicherheit: Was werden wir noch alles erleben müssen?“

In der Tat konnten die Männer, die mit dem Rufe „Mehr Macht!“ in die Regierung gezogen waren, nicht mehr versprechen, als daß sie eine weitere Verschlechterung der Sozialpolitik, insbesondere der Arbeitslosenversicherung nicht dulden würden.

Obwohl noch niemals in der Geschichte eine negativere Bilanz der Koalitionspolitik gezogen werden konnte, war doch noch niemals die Opposition gegen die Koalitionspolitik so schwach. Alle Redner der „Linken“ betonten, daß es keine grundsätzlichen Gegner der Koalitionspolitik gebe. Aufhäuser und Toni Sender beantragten, die Fortführung der Koalitionspolitik von der Erfüllung bestimmter sozialpolitischer Forderungen abhängig zu machen, ein Antrag, der durch Verweisung an

den Parteivorstand das übliche Begräbnis fand. Daß die sächsischen Seydewitze in dieser Frage diesmal besonders sanftmütig auftraten, erklärte Landsberg unter verständnisinnigem Lächeln der Auguren mit der besonderen Lage in Sachsen. Da die sächsische SPD drauf und dran ist, in die Koalitionsregierung hineinzusteuern, muß sie ihre Opposition in dieser Frage noch mehr als sonst dämpfen.

Als die Radikalsten gebärdeten sich bei diesem Tagesordnungspunkt die Berliner Häupter des Sozialfaschismus, Künstler und Litke. Sie brachten einen Antrag ein, die Minister zu verpflichten, gegen die zweite Panzer. kreuzerrate zu stimmen, was, wie Hermann Müller versicherte, den sofortigen Bruch der Koalition bedeuten würde.

Offenkundig hatte man den Berlinern dieses billige Oppositionstheater deshalb gestattet, weil sie nach ihrem schamlosen Eintreten für Zörgiebel ein Ablenkungsmanöver besonders notwendig brauchten.

Auf den Vorschlag des Parteivorstandes wurde beschlossen, über diesen Antrag, wie über alle anderen Anträge zur Koalitionspolitik und zur Panzerkreuzerfrage zur Tagesordnung überzugehen. Dieser Antrag wurde mit 266 gegen 138 Stimmen angenommen. Damit wurde bereits am zweiten Verhandlungstage öffentlich dokumentiert, daß die SPD nicht daran denkt, ihren reaktionären imperialistischen Kurs zu ändern oder auch nur abzuschwächen. Trotz aller Mißerfolge, trotz des von den Rednern festgestellten Katzenjammers und Pessimismus, trotz des schwindenden Vertrauens der proletari-[357]schen Anhänger kann diese Partei auf ihrem Weg nicht umkehren. Der kapitalistische Staat geht in der gegenwärtigen Epoche notwendig den Weg zur verschärften Reaktion und zum imperialistischen Kriege. Die Sozialdemokratie als Staatspartei muß diesen Weg mitmachen, mögen auch die Arbeiter in der Partei dagegen rebellieren.

Nach der Ablehnung aller Anträge zur Panzerkreuzerfrage erwies sich die Debatte zum Wehrprogramm als das, was sie immer gewesen ist. als ein leeres Scheingefecht. Die Staatspartei des imperialistischen Staates muß für die imperialistischen Kriegsrüstungen sein. Welche Phrasen zur Beschönigung dieser Tatsache gebraucht werden, das ist für den Inhalt der Politik von sehr geringer Bedeutung. Die Wehrkommission hatte auf den Vorschlag Bauers beschlossen, die Notwendigkeit der Wehrmacht statt mit der Verteidigung der „Selbstbestimmung“ mit dem Schutze der Neutralität und „der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse“ zu begründen. Die neue Begründung macht nur noch offenkundiger, was der Sinn und Zweck dieser Wehr-Richtlinien ist. „Schutz der Neutralität“ gegen wen? Daß die Reichswehr mit den Panzerkreuzern gegen Frankreich, England, Polen ausrücken wird, um den Durchmarsch gegen die Sowjetunion zu verhindern, das wird man nach der Einigung auf der Pariser Konferenz und der Hetze in den Maitagen gegen die Sowjetunion schwerlich einem denkenden Arbeiter einreden können. Als ein oppositioneller Delegierter fragte, ob man die Reichswehr zum Schutze der Errungenschaften der Arbeiter gegen aussperrende Unternehmer einsetzen würde, da entrüstete sich die Mehrheit über den „schlechten Witz“. Gegen wen also sollen die berühmten Errungenschaften der deutschen Arbeiter verteidigt werden? Die Antwort darauf wurde mehrfach gegeben.

Der Wehrfachmann Dittmann, derselbe Held, der 1920 nach Moskau pilgerte, um im Namen der USPD der proletarischen Diktatur Treue zu geloben, erklärte:

„Wir leben nicht mehr im reinen Kapitalismus, sondern bereits im Uebergang zum Sozialismus. Die sozialistischen Elemente sind in ständigem Wachstum, bis einmal die Quantität in Qualität umschlägt. ... Jetzt hat in Preußen die Sozialdemokratie die Führung, ist heute Subjekt der Gesetzgebung und Verwaltung. Einst war Preußen Hort der Reaktion, jetzt ist es Hort der demokratischen Republik. Der Besitz der politischen Macht bedeutet noch nicht den Sozialismus und noch nicht einmal die Möglichkeit, ihn einzuführen. Das zeigt das russische Beispiel. ... Wir haben heute schon sozialistische Errungenschaften zu verzeichnen. Wer Rußland das Recht auf eine Wehrmacht zugesteht, weil dort angeblich ein sozialistisches Gemeinwesen zu verteidigen sei, der muß es auch Deutschland zugestehen. denn wir haben heute bereits zehnmal mehr sozialistische Errungenschaften zu verzeichnen als die Russen.“

Also Verteidigung der „Errungenschaften“ der preußischen und deutschen Demokratie, der Errungenschaften des sozialdemokratischen Gummiknüppel und Polizeikarabiners gegen das proletarische Rußland, das noch nicht so weit ist, das ist der Zweck der Wehrmacht!

Im Chor der Hetze gegen Sowjetrußland durfte natürlich nicht der Spezialist für Völkerbund und Stresemann-Politik, Breitscheid, fehlen. Er sagte:

„Verständigung mit dem Westen, trotzdem aber ein stetes Bemühen, die Fäden nach dem Osten und nach Sowjetrußland nicht zerreißen zu lassen. ... Was wir nicht wollen, ist eine militärpolitische Gemeinschaft mit Rußland. Von der russischen Regierung verlangen wir, daß sie sich zu Deutschland wie einem Kulturstaat benimmt, was sie am 1. Mai nicht getan hat."

Die Sowjetregierung hat bekanntlich den russischen Arbeitern nicht verboten, am 1. Mai gegen die Weltreaktion zu demonstrieren und nach dem 1. Mai gegen die Arbeitermorde in Berlin zu protestieren. Breitscheid fordert [358] offenbar von der Sowjetregierung die „Errungenschaften", die in dem Kulturstaat Deutschland erreicht wurden: die Niederknüppelung von Maidemonstrationen, das Verbot internationaler Solidaritätskundgebungen.

Noch offenherziger wurde Crispien, der Berichterstatter über die „Internationale". Er begnügte sich nicht damit, gegen die bolschewistische Putschtaktik zu vettern, sondern er rief die Proletarier in Rußland auf, „sich politische Rechte zu erringen, im Kampf um die Freiheit nicht zu erlahmen".

Diese Reden zeigen deutlich, daß die SPD die Wehrmacht nicht nur ausbauen will, um die Demokratie des Gummiknüppels und Polizeikarabiners gegen die deutschen Arbeiter zu schützen, sondern auch um der internationalen Bourgeoisie zu helfen, wenn sie den Versuch macht, ähnliche Segnungen der Demokratie nach dem proletarischen Rußland einzuführen.

Die „Linke" trat bei diesem Tagesordnungspunkt ebenso kläglich auf wie bei der Koalitionsfrage. Das feigste Geschwätz lieferte Levi, der mit allgemeinen Phrasen über die „soziologische Bedeutung des Krieges" den Parteivorstand mit seiner Theorie der revolutionären Landesverteidigung unterstützte. Einige Verkünder des reinen Pazifismus wurden in dieser Gesellschaft der Panzerkreuzerbauer und Militäretatbewilliger mit gebührendem Hohn begrüßt. Der radikalste von allen Oppositionsrednern, Eckstein, erregte die größte Entrüstung, als er sich zum Antimilitarismus Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs bekannte und erklärte, die Bezeichnung „Landesverräter" sei ein Ehrentitel. Aber auch dieser „Linke" erklärte, er wohle es dahingestellt sein lassen, wie weit man vom Sozialismus in der Sowjetunion reden könne. So drückte auch er sich um die entscheidende Frage der Stellung des Proletariats nicht in einem beliebigen, sondern in dem aktuellen, gegenwärtig vorbereiteten Kriege.

Severing räumte mit allen linken Phrasen kurzerhand auf durch die Erklärung, die Demokratisierung der Reichswehr sei unmöglich, man müsse sich mit der Republikanisierung begnügen. Die Wehrrichtlinien des Sozialimperialismus wurden schließlich mit 244 gegen 147 Stimmen angenommen, nachdem ein Antrag auf Vertagung der Entscheidung mit 225 gegen 166 Stimmen abgelehnt worden war.

Die „linke" SPD-Presse bucht diese Stimmenzahl als einen Erfolg der Opposition und verkündet die Aufgabe, „mit der Sozialdemokratie eine Mehrhielt zu schaffen, die der herrschenden Klasse im kapitalistischen Staat die Mittel zur Führung eines Krieges verweigert".

Das zahlenmäßige Anwachsen der Opposition ebenso wie die radikalsten Phrasen, die von der Presse der Linken in dem Wehrdiskussion gebraucht wurden, zeigen allerdings an, daß auch in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft die Strömung wächst, die in dem kommenden imperialistischen Krieg der Bourgeoisie die Mittel zur Kriegsführung nicht nur verweigern, sondern entreißen wird. Zugleich aber hat der Parteitag in Magdeburg klarer als jemals zuvor gezeigt, wie sinnlos die Hoffnung ist, einer solchen proletarischen Richtung innerhalb einer Partei Geltung zu verschaffen, deren politisches Gesicht nicht mehr in erster Linie durch die Arbeiteraristokratie, sondern in erster Linie von der staatlichen Bürokratie, von den Ministern, Regierungs- und Polizeipräsidenten bestimmt wird. Mögen die „Linken" auch jetzt noch sich in radikalen Phrasen ergehen, ihre Manövrierfähigkeit wird immer geringer.

Der Magdeburger Parteitag bedeutet darum einen Wendepunkt in doppeltem Sinne: eine entschlossene Wendung der Sozialdemokratie zum Imperialismus und Faschismus, aber zugleich den Beginn der Abwendung der proletarischen Kaders, die noch in der Partei sind, von dieser Partei, die mit den letzten Resten sozialistischer Tradition nunmehr nicht nur in der Praxis, sondern auch in der Theorie gebrochen hat. [359]

# Bankbilanzen 1928

## Die Forderungen des deutschen Finanzkapitals

Von G. Reimann

Ein gutes Dutzend Bankdirektoren hat jüngst seine Geschäftsberichte veröffentlicht. Darin wird weniger über gelungene oder auch mißlungene Geschäfte gesprochen –, um so mehr dafür über das, was Regierung und Staat zu tun und zu unterlassen haben. Nun ist ja die freie Meinungsäußerung eine Errungenschaft der „Demokratie". In den Bankberichten spricht aber nicht jemand, der Ratschläge erteilt, sondern der befiehlt, teils drohend, teil väterlich mahnend.

„Jetzt ist der Augenblick gekommen, in dem unser arbeitsfreudiges, wirtschaftstüchtiges Volk die Macht der Tatsachen erkennen sollte ... Die Wirtschaft muß deshalb über das Einzelinteresse und die Tagesarbeit hinaus ... eine Propaganda entschlossenen Handelns herleiten, zu dem sich Regierung, Arbeit und Kapital zusammenfinden müssen." (Darmstädter und Nationalbank.)

„Pfleglichste Behandlung jeder Eigenkapitalbildung und das Streben, neue Kapitalquellen zu erschließen, sollten daher heute in Deutschland allen staatlichen Eingriffen in das Wirtschaftsleben die Richtung weisen. (Diskonto-Gesellschaft.)

Ohne Umschweife, ohne allzu viel nationale Verbrämung wird festgestellt welches gegenwärtig die zentrale Aufgabe der gesamten Staats- und Regierungspolitik zu sein hat: Milderung der „Kapitalsnot" durch beschleunigte Kapitalsbildung. Dies ist das dringendste Bedürfnis des neuen deutschen Imperialismus.

Nun, das ist nicht neu, sondern ein schon seit Jahren gesungenes Lied. Dennoch schlagen die Großbanken besonderen Alarm. Sie sind nicht zufrieden mit den alten Methoden, weil unter ihnen die Kapitalsbildung zu langsam vorwärtsschreitet. Die „Not der Zeit" verlangt aber für das deutsche Finanzkapital kategorisch: Beschleunigtes Tempo der Kapitalsbildung.

„In ruhiger Abwägung unseres Wollens gegen unser Können und im Bewußtsein dessen, daß die Zeit unbezwinglich Tempo und Ausmaß unserer Leistungen bestimmt, müssen wir alle Kräfte systematisch konzentrieren auf die Erreichung von Rentabilität und Kapitalbildung, diesen beiden kraftspendenden Elementen jeglicher Wirtschaft." (Danat-Bank.)

Das ist also gegenwärtig allgemein das zentrale Problem des deutschen Kapitalismus. Dasselbe wurde bereits vorher voll den maßgebenden Verbänden des Industrie- und Handelskapitals festgestellt. Nunmehr treten auch die Beherrscher des Finanzkapitals offen mit einem politischen Programm hervor.

Es ist für die Zugespitztheit der kapitalistischen Widersprüche charakteristisch, daß die Finanzmagnaten, die Beherrscher des Geld- und Finanzkapitals, die sonst im Hintergrunde, versteckt vor den Augen der Oeffentlichkeit den Gang der Entwicklung zu meistern verstehen, es für nötig halten, ihre politischen Forderungen und ihre wirtschaftlichen Interessen persönlich zu vertreten. Das ist zum Ausdruck gekommen u. a. in der persönlichen Teilnahme Morgans an der Reparationskonferenz. Auch in Deutschland beteiligen sich die Bankmagnaten unmittelbarer als vorher an der Bestimmung der Regierungspolitik. Die Bankiers scheinen ja dazu auf Grund ihrer Tätigkeit besonders berufen. Sie üben zwar keine Unternehmerfunktionen in den Betrieben aus. Aber sie sind diejenigen, durch deren Hände Milliardenwerte als Geldkapital gehen, das von den Unternehmern zur Erzeugung von Profit verwendet werden soll. Die daraus resultierende Verbundenheit der Bankmagnaten mit fast sämtlichen Großunternehmungen der verschiedensten Geschäftszweige bewirkt, daß sie ganz besonders das zentrale Interesse des [360] Gesamtkapitals im Auge behalten und eine Führerstellung innerhalb des Gesamtkapitals einzunehmen vermögen.

Der gewachsene Einfluß der Großbanken ist ebenfalls ein Merkmal der relativen Stabilisierung. Denn die Abhängigkeit des Industriekapitals von der Kredit- und Finanzhilfe der Großbanken ist heute weitaus größer als in der Vorkriegszeit. Der verschärfte Konkurrenzkampf und die rapide Entwicklung der Technik zwingen die Großindustriellen ein beschleunigtes Tempo der Kapitalsakkumulation einzuhalten, um nicht von der Inlands- und Auslandskonkurrenz überflügelt zu werden.

Vor dem Kriege schrumpften die Kapitalsansprüche der Industrieunternehmungen in der Zeit der Depression, nach einer Krise, zunächst rapide zusammen und nahmen dann allmählich wieder zu,

was in Kapitalserhöhungen und Anleiheaufnahmen zum Ausdruck kam. Dazu reizten auch die vorher in dem Depression gesunkenen Zinssätze an.

Im vergangenen Jahre sind nun trotz des Konjunkturrückganges die Zinssätze für langfristiges Leihkapital fast unverändert hoch geblieben. Der trotz des Konjunkturrückganges unvermindert starke Kapitalsbedarf des Industriekapitals spiegelt sich auch in den Bankbilanzen wider. „Die Ziffern aller Banken werden trotz der konjunkturellen Entwicklung des Jahres 1928 unverändert maßgeblich beeinflußt durch eine Erweiterung der Kreditansprüche.“ (Danat-Bank.)

Während ehemals die Konjunkturverschlechterung die Industriellen veranlaßte, ihre Bankkredite einzuschränken, haben im letzten Jahre die Debitoren (Kontokorrentkredite) und Wechselkredite der Großbanken nach dem Jahre der Hochkonjunktur 1927 erneut erheblich zugenommen.

Kredite der fünf Berliner Großbanken

(in Millionen Mark)

| Wechsel und unverzinsl. Schatzanweisungen | Debitoren | Vorschüsse auf Waren u. Warenverschiff. | Reports und Lombards geg. Börsenwerte |
|---|---|---|---|
| 31.12.1913 | 1776 | 2949 | 510 |
| 31.12.1926 | 1555 | 2848 | 457 |
| 31.12.1927 | 1857 | 3796 | 775 |
| 31.12.1928 | 2482 | 4289 | 1397 |

Zahlreiche „Debitoren“ – Kontokorrentkredite der Banken – sind „eingefroren“. Sie sind deswegen zum Teil in Wechselkredite umgewandelt worden. Darauf ist zum Teil das Anwachsen der Wechselkredite zurückzuführen. Hinzu kommt noch, daß die Großbanken in erheblichem Maße Schatzanweisungen des Reiches aufgenommen haben.

Die relativ stärkste Steigerung weisen die Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen auf. Es handelt sich hier um Warenkredite an das Ausland, also um „Exportfinanzierung“ und Kapitalausfuhr. Warum das besondere Interesse der Großbanken au der Exportfinanzierung? Es sind dies ebenfalls zumeist relativ kurzfristige Kredite. Bei ihrer Fälligkeit kommen aber Devisen herein, wenn nämlich der deutsche Exporteur von dem ausländischen Importeur bzw. Abnehmer die Waren bezahlt erhält. An dieser Deviseneinfuhr sind die Großbanken aufs stärkste unmittelbar interessiert; denn sie selber haben in erheblichem Maße Zahlungen an das Auslandskapital zu leisten, was stets vermehrte Nachfrage nach Devisen bedeutet. Es fällt hier das Privatinteresse der Banken mit den Interessen des deutschen Gesamtkapitalismus zusammen.

Die Banken konnten im vergangenen Jahre nur deswegen ihre Kreditausleihungen vermehren oder deren Einschränkung vermeiden, weil ihnen selber mehr Auslandskredite als im Vorjahre zur Verfügung standen. Die gesamten Kreditoren der Großbanken sind im vergangenen Jahre uns 28 Prozent gewachsen, aber relativ noch stärker ist die Zunahme der Auslandskredite der Großbanken gewesen. [361]

Das Kapital der fünf Berliner Großbanken
(in Millionen Mark)

| | Kreditoren | Akzepte und Schecks | Aktienkapital und Reserven |
|---|---|---|---|
| 31.12.1913 | 4852 | 1330 | 1491 |
| 31.12.1926 | 5969 | 324 | 721 |
| 31.12.1927 | 7608 | 394 | 770 |
| 31.12.1928 | 9444 | 404 | 757 |

Während Aktienkapital plus offene Reserven kaum die Hälfte der Vorkriegszahlen erreicht haben, sind die Kreditoren fast auf das Doppelte der Vorkriegshöhe gewachsen. Die entscheidende Machtstellung der Großbanken liegt nicht in ihrem Eigenkapital, sondern in der Verfügung über das bei ihnen angesammelte Leihkapital; dieses ist fast zwanzigmal so groß wie das Aktienkapital plus Reserven.

*Gewachsene Auslandsverschuldung der Großbanken*

Ins vergangenen Jahre sind also die Einlagen bei den Banken oder die Kreditoren um 2,3 Milliarden Mark gewachsen. Davon stammt aber der größere Teil, nach Schätzung der „Frankfurter Zeitung“ 1,75 Milliarden Mark, vom Auslande. Soweit von den Großbanken der Anteil des Auslandskapitals an den Bankeinlagen mitgeteilt wurde, zeigt sich im Vorjahre trotz der allgemeinen Zunahme der Bankeinlagen ein neues Wachsen der Anteile des Auslandskapitals, bei der Danat-Bank von 32,6 Prozent auf 33 Prozent, bei der Diskontogesellschaft auf 49 Prozent, bei der Commerz- und Privatbank auf 47,5 Prozent (einschließlich der Dollaranleihe sogar 50 Prozent) und bei der Berliner Handelsgesellschaft gar auf 60 Prozent. Allerdings nimmt die Berliner Handelsgesellschaft eine Sonderstellung ein, weil sie über kein Filialsystem verfügt, sondern nur mit Großkunden verkehrt. Allein bei der Deutschen Bank ist der Anteil des Auslandskapitals etwas zurückgegangen, von 35 Prozent auf 32,8 Prozent.

Die gesamte Auslandsverschuldung der fünf Großbanken beläuft sich nach Schätzung der „Frankfurter Zeitung“ auf 4,5 Milliarden Mark (im Vorjahre 2,75 Milliarden Mark) oder durchschnittlich 43 Prozent der Bankeinlagen. Dies ist der größte Teil der kurzfristigen Verschuldung des deutschen Kapitalismus, die von der Deutschen Bank auf insgesamt 6 Milliarden Mark geschätzt wird. Sie hat sich im Jahre 1927 um 1,25 Milliarden Mark, im Jahre 1928 aber um 1,75 Milliarden Mark erhöht. Die gesamte Kapitaleinfuhr Deutschlands ist natürlich noch erheblich größer. Es sind z. B. auch zahlreiche Aktien und Inlandsanleihen vom Auslandskapital gekauft worden.

Zweifellos haben aber auch die Inlandsguthaben bei den Großbanken etwas zugenommen. Es handelt sich hierbei im wesentlichen nur um Geldkapital, das infolge des Konjunkturrückganges frei geworden ist, zum geringsten Teil dagegen um Sparkapital. Deswegen sind vor allem die sofort oder nach sieben Tagen kündbaren Bankeinlagen, weniger die erst nach vier Wochen kündbaren gestiegen.

Gerade bei einem Vergleich mit der Vorkriegszeit sind die von den Banken veröffentlichten neuen Bilanzzahlen besonders kritisch zu betrachten. Auch die Großbanken haben bei den „Debitoren“ und Wechselkrediten erhebliche Abschreibungen vorgenommen, teils um hierdurch Gewinne zu verschleiern, teils weil Kredite eingefroren sind. Dadurch wird aber nicht das allgemeine Bilanzbild und sein Verhältnis zur Vorkriegszeit verwischt: Absolut und auch im Verhältnis zum Eigenkapital starke Zunahme des Leihkapitals, innerhalb des Leihkapitals wiederum, im Gegensatz zur Vorkriegszeit, maßgebende Beteiligung des Auslandskapitals.

Die Bank muß dem Kapitalisten, der ihr Geld leiht, Zinsen bezahlen, ob er im Inlande oder im Auslande wohnt. Es könnte also den Großbanken vielleicht gleichgültig sein, ob sie aus inländischer oder aus ausländischer [362] Quelle Leihkapital, das sie selber wieder als Leihkapital verwerten könnten, erhalten? Sichert doch die hohe Spanne zwischen dem Zinssatz, den die Banken bezahlen müssen und den sie selber erhalten, sehr hohe Gewinne. Nach Schätzung der Zeitschrift „Die Bank“ hat diese Zinsspanne durchschnittlich 3 Prozent betragen. Dann hätten die Großbanken allein aus dem Zinsensaldo einen Profit von über 250 Millionen Mark erzielt. Der ausgewiesene Reingewinn aus Zinseneinnahmen beläuft sich aber nur auf 187 Millionen Mark, während der Rest in den Bilanzen versteckt wurde.

So hoch aber auch die Spanne zwischen den Zinssätzen für die Auslandskredite der Banken und die von ihnen selber gewährten Inlandskredite ist, so ist die Zinsspanne zweifellos noch weit größer, wenn die Banken im Inlande aufgesammeltes Geldkapital verwerten. In diesem Falle sind die Gläubiger der Banken Einzelkapitalisten, während bei jenen Auslandskrediten die Geldgeher zumeist ebenfalls Großbanken sind. Diese verwerten ihr Geldkapital nicht in ihrem eigenen Lande, sondern bei einer deutschen Bank, weil die Zinsrate in Deutschland viel höher als im Auslande ist. Dasselbe Leihkapital wird mehrmals weiterverliehen. Der damit erzielte Profit wird nicht nur einmal zwischen Unternehmer und Leihkapitalist aufgeteilt, sondern zwischen einer längeren Reihe von Leihkapitalisten, die alle Zinsansprüche stellen. Hierin kommt ebenfalls das Wachsen der parasitären Erscheinungen im Niedergangskapitalismus zum Ausdruck.

*Krisengefahr wegen kurzfristiger Auslandsverschuldung*

Diese Auslandskredite von Großbanken haben nun aber für die deutschen Banken die unangenehme Eigenschaft, daß sie bei einer Verminderung der Zinsspanne, insbesondere bei steigenden Zinssätzen im Auslande, sofort gekündigt werden. Dann sehen sich die deutschen Großbanken plötzlich gezwungen, einen großen Teil ihrer Leihgelder zurückzuzahlen; sie sind deswegen ständig von dem Wohlwollen und den Wünschen des ausländischen Finanzkapitals und der von ihnen selber nicht beeinflußten Entwicklung des ausländischen Geldmarktes abhängig.

Die Steigerung der Zinssätze in USA hatte um die Jahreswende herum den deutschen Großbanken erhebliche Schwierigkeiten bereitet. Sie mußten plötzlich einen großen Teil ihrer Auslandskredite zurückzahlen. Die Kündigung eines größeren Teiles der kurzfristigen Inlandskredite war aber nicht möglich, ohne zahlreiche Industrieunternehmungen vor Zusammenbrüchen und damit auch die Großbanken vor Kreditverlusten zu bewahren.

„Die Banken haben um die Jahreswende tatsächlich vor einer Liquiditätsprobe allerersten Ranges gestanden ... Eingeklemmt zwischen dem Zwang, zugesagte Kredite auszuzahlen, und dem anderen Zwang, eigene Passivkredite zu tilgen, haben die Banken es zunächst mit dem Inkasso älterer Forderungen versucht, und eine Reihe aufsehenerregender Insolvenzen (Zahlungsunfähigkeiten) ist die Folge gewesen. Die Vorschüsse der Banken waren in einem erschreckenden Umfange eingefroren ... Durch geschickte Ausnützung ihrer Auslandsbeziehungen, insbesondere der holländischen, durch Entlastungsverkäufe größerer Aktienpakete nach Uebersee – kommissionsweise und für eigene Rechnung – und durch Abdeckung von Auslandsschulden aus Auslandsguthaben konnten sie den Rückgriff auf den Schuldner wenn auch nicht ganz vermeiden, so doch in milde Formen kleiden.“ („Die Berliner Großbanken im Jahre 1928“, von A. L., „Die Bank“, April 1929.)

Der Entzug amerikanischer kurzfristiger Kredite konnte zum großen Teil durch kurzfristige Kredite aus England und Frankreich, teils über Holland, ausgeglichen werden.

*Anhaltende Kapitalsnot – Eingeschränkte Gründergewinne*

Somit ist auch der weitere Aufstieg der Großbanken im Jahre 1928 nur auf den Krücken des Auslandskapitals möglich gewesen. Das bezieht sieht auch auf einen großen Teil der Neuemissionen, an denen die Großbanken [363] beteiligt waren und an denen sie wegen der hohen Gründergewinne besonders interessiert sind. Die von den Banken getätigte Emission von Wertpapieren war im abgelaufenen Jahre etwa ebenso groß wie im Vorjahre (3 Milliarden Mark festverzinsliche Werte und 1,3 Milliarden Mark Aktien). Aber die Gründergewinne aus diesen Inlandsemissionen konnten die Großbanken nur mit größten Schwierigkeiten und zum geringsten Teile im Inlande selber realisieren. „Der unsere Industrie speisende Anlagemarkt zeigt jetzt schon über ein Jahr keine Aufnahmefähigkeit“ (Dresdner Bank). Deswegen war auch im Vorjahre die Emissionstätigkeit der deutschen Großbanken stark beschränkt. Gerade dieses Geschäft ist aber für die Banken besonders lohnend angesichts der riesigen Gründergewinne. War deswegen in früheren Zeiten die Depression eine Periode relativer Kapitalsfülle und niedriger Zinssätze, so auch eine Zeit um so größerer Gründergewinne für die Banken. Sie konnten dann ihre eingefrorenen Industriekredite durch „Sanierungen“ und Kapitalserhöhungen bzw. Anleiheemissionen flüssig machen und gleichzeitig hohe Gründergewinne realisieren.

Zwar verzeichnet die Liste der Kapitalserhöhungen und Inlandsanleihen des vergangenen Jahres neben einer größeren Reihe von Kommunen und Ländern auch zahlreiche Industriegesellschaften. Bereits diese, relativ nicht allzu zahlreichen Emissionen haben die Großbanken nur zum geringeren Teil auf dem inländischen Kapitalsmarkt unterbringen und so die Gründergewinne realisieren können.

„In engem Zusammenhang mit der Lage am Kapitalsmarkt steht auch die Tatsache, daß die Effektenbestände der Banken sich gegenüber dem Vorjahre erhöht haben. Obwohl die Staatsanleihen und reichsbankfähigen Papiere abgenommen haben, manche Posten in Auslande untergebracht werden konnten und auf die Gesamtbestände starke Abschreibungen vorgenommen worden sind, zeigt die Bilanzziffer eine Zunahme um 10 Prozent.“ („Die Bank“)

Die geringe Aufnahmefähigkeit des inländischen Kapitalsmarktes beschränkt hiermit für die Großbanken die Möglichkeit, Gründergewinne zu realisieren und ihre festgefahrenen Kredite wieder flott zu machen. Deswegen vor allem ihr Lamento über Kapilalsnot und zu geringe Kapitalsbildung,

deswegen ihr Ruf nach einer Politik, die Verhältnisse schafft, unter denen das Tempo der Kapitalsbildung beschleunigt werden kann. Die dann realisierbaren Gründergewinne würden für die deutschen Banken angesichts ihrer Konzentration und Monopolisierung besonders hoch sein.

Es ist äußerst charakteristisch für die vollständige Monopolisierung des Bankkapitals in Deutschland, daß die großen Emissionsgeschäfte der Banken durchweg „Gemeinschaftsgeschäfte“ sind, an denen sämtliche Großbanken sich beteiligt haben. Sie haben untereinander den Konkurrenzkampf ausgeschaltet, um nicht den Anteil am Gründergewinn, der den Banken zufällt, herabzudrücken und nun gleichzeitig das Risiko der Illiquidität untereinander zu verteilen, falls nämlich die neuen Aktien und Obligationen nicht verkauft werden können.

Somit hat Kapitalsnot und eingeschränkte Möglichkeit der Realisierung von Gründergewinnen keineswegs zu verschärften Konkurrenzkämpfen der Großbanken geführt. Diese haben lediglich durch Angliederung kleinerer Banken, zum Teil auch durch Verschmelzung größerer Banken (Commerz- und Privatbank – Mitteldeutsche Kreditbank) ihren Einflußkreis und ihre Machtpositionen zu erweitern versucht.

*Auslandsverschuldung verstärkt imperialistischen Betätigungsdrang des deutschen Finanzkapitals*

Steht nicht die Tatsache, daß die deutschen Großbanken im vergangenen Jahre erstmalig wieder in nennenswertem Umfange sich an Kapitalserhöhungen und Anleihen ausländischer Industrieunternehmungen beteiligt haben, in schroffem Widerspruch zu der Kapitalsnot in Deutschland? Es handelt sich hierbei um Industrieunternehmungen, denen besonders hohe monopolistische [364] Sonderprofite zufallen und bei denen damit auch Gründergewinne besonders ansehnlich sein werden, wie den Internationalen Kunstseidekonzern Sofina, den italienischen Chemietrust „Montecatini“, den schwedischen Zündholztrust Svenska Tändsticks Aktiebolaget, Kröger und Toll, und eine Reihe von ausländischen Elektrounternehmungen.

Hinzu kommt, daß die hohe Auslandsverschuldung der Banken gerade zum Kauf von ausländischen Wertpapieren anreizt. Denn diese sind für die deutschen Banken eine liquidere Anlage als deutsche Wertpapiere und können im Fahle der Kündigung von Auslandskrediten eher flüssig gemacht werden.

Hier offenbart sich bereits der zwiespältige Charakter der Auslandsverschuldung der deutschen Großbanken. Ihre Auslandsschulden, die sie zu Zins- oder Tributzahlungen an das Auslandskapital verpflichten, verstärken unmittelbar den imperialistischen Betätigungsdrang der auslandsverschuldeten Großbanken. Sie sind deswegen ganz besonders erpicht auf Erhalt profitabelster Kapitalsanlagen im Auslande, privilegierte koloniale Ausbeutungsmöglichkeiten und kapitalistische „Erschließung“ Sowjetrußlands; denn der aus den Auslandsanlagen ihnen zuströmende Profit muß mit dem ausländischen Finanzkapital entsprechend den Zinsverpflichtungen geteilt werden.

*Zinsen* = „*Unkosten*“?

In diesem Zusammenhang sei kurz auf das Gejammer der deutschen Bourgeoisie über die hohen Zinssätze eingegangen. Sind die hohen Zinssätze nicht ein Kennzeichen für die „Notlage“ der Industrieunternehmungen? Sind nicht deren „Unkosten“ infolge der gesteigerten Zinssätze ebenfalls gestiegen?

Den Arbeitern wird vorgerechnet, daß die Rationalisierung auch bei schnellerer und billigerer Arbeitsleistung nichts eingebracht habe, wenn gleichzeitig die „Ueberschüsse“ aus den erweiterten Kapitalsanlagen kaum oder gar nicht die Zinsen decken. Abgesehen davon, daß dies in der Regel Schwindel ist, ist es für die Arbeiterschaft gleichgültig, in welchem Verhältnis der Profit in Zins- und Unternehmergewinn aufgeteilt wird. Beides ist Profit, Mehrwert, geschaffen durch die Arbeiter. Umgekehrt können diese erwidern, daß gerade die hohen Zinssätze ein Beweis für die besonders hohe Rentabilität des Kapitals und die gesteigerte Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft sind. Denn welcher Kapitalist wird mit Krediten seine Kapitalsakkumulation beschleunigen, wenn die Zinsrate höher als die Profitrate ist? Gerade anhaltend hohe Zinssätze sind ein Beweis für eine hohe Rentabilität des Gesamtkapitals oder hohe Profitrate, obwohl der technische Fortschritt zu weiterer Verdrängung menschlicher Arbeitskraft fährt. Die Industriekapitalisten sagen bei ihrem Gejammer über die hohen Zinssätze praktisch nichts anderes, als daß die hohe Zinsrate zu einer Steigerung der Profitrate

zwinge. Nun, tatsächlich besteht schon ein natürlicher Zusammenhang zwischen Zinsrate und Profitrate. Dabei hängt die erstere von der letzteren ab, obwohl die Zinsrate eine eigene Wellenbewegung, entsprechend der Konjunkturentwicklung, unabhängig von der Profitrate, aufweist.

Es wurde bereits festgestellt, daß die Zinssätze für Leihkapital im Deutschland der relativen Stabilisierung trotz Depression und Absatznot hoch geblieben sind und nur in geringem Maße einen Konjunkturzyklus widerspiegeln. Um so enger ist die Bindung der Zinsrate an die Profitrate. Nur scheinbar hat sich das Abhängigkeitsverhältnis umgekehrt, indem nämlich die hohe Zinsrate den Drang nach Steigerung der Profitrate verstärkt hat.

Bei gestiegener Rentabilität des Gesamtkapitals ist auch die Kapitalsakkumulation beträchtlich gewachsen. Dennoch hält die Kapitalsnot an? Ist die Kapitalsbildung zu gering?

Nun, nicht nur die Profite sind gestiegen, sondern auch die Verluste des Konkurrenzkampfes, der zu beschleunigtem technischen Fortschritt zwingt, gleichzeitig aber auch angesichts der Beschränktheit des Absatzmarktes zu vielfach größerem moralischem Verschleiß des Anlagekapitals und massenhafter Kapitalsvernichtung führt. Gerade deswegen hat die „Eigenfinanzierung“ in den großen monopolistischen Trustgesellschaften zugenommen. Die [365] Kapitalsverluste entstehen infolge Veraltung und Vernichtung von Kapital, wovor sich auch die großen Industrietrusts, die in nationalem Rahmen eine Monopolstellung, aber zumeist nur innerhalb ihres Industriezweiges, genießen, nicht schützen können. Diese Kapitalsverluste haben aber in den wenigsten Fällen zu Zusammenbrüchen oder „Sanierungen“ geführt; denn die hohen monopolistischen Sonderprofite haben ausgereicht, um aus eigenen Mitteln wieder Neuanlagen zu errichten, Kapital zu akkumulieren.

Die Industriekapitalisten sind mit der Verschärfung des Konkurrenzkampfes bei Einschrumpfen der kolonialen Absatzmärkte in internationalem Maßstabe zu beschleunigtem technischen Fortschritt und beschleunigter Kapitalsakkumulation gezwungen. Sie alle müssen gleichzeitig vermehrte Kapitalsverluste in Kauf nehmen; sie versuchen, die Kapitalsverschwendung durch um so reichlichere Kapitalsakkumulation wettzumachen. Jede imperialistische Macht versucht, durch schnellere Kapitalsakkumulation und größere Kapitalsausfuhr das internationale Kräfteverhältnis zu seinen Gunsten zu verändern. Der neue deutsche Imperialismus gehört in internationalem Maßstabe zu den benachteiligsten Mächten. Ihm fehlen nicht nur Kolonien und ausländische Kapitalsanlagen mit Tributverpflichtungen des Auslandes. Er selber muß Tribute an das Auslandskapital, 2 Milliarden Mark Reparationstribute und über 1 Milliarde Mark Zinstribute, zahlen. Um diese Beträge wird die Kapitalsakkumulation in Deutschland geschmälert, falls die Ueberfremdung des deutschen Kapitalismus nicht weiter fortschreiten sollte. Dazu ist vor allem erforderlich eine Aktivisierung der Handelsbilanz durch Ueberschwemmung des Weltmarktes mit deutschen Waren.

*Inlandsoffensive des deutschen Finanzkapitals*

Der deutsche Kapitalismus gibt trotz der für ihn ungünstigen Verhältnisse das Rennen keineswegs auf. Im Gegenteil, nach Endregelung der Reparationsfrage, insoweit hier überhaupt eine Endregelung möglich ist, wird der deutsche Kapitalismus erst mit der vollen Entfaltung seiner imperialistischen Kräfte und Tendenzen beginnen. Gerade die beschränkte Möglichkeit der Kapitaleinfuhr zwingt ihn, seine Kapitalsbildung aus eigenen Kräften zu beschleunigen und so den Kapitalshunger des deutschen Finanzkapitals zu stillen, die Möglichkeit zu beschleunigter Kapitalsakkumulation, großzügiger Aufrüstung und weiteren technischen Fortschritt zu erhalten. Deswegen soll die Mehrwertproduktion oder Ausbeutung der Arbeiterschaft weit mehr als in den übrigen imperialistischen Ländern gesteigert, damit auch die internationale Konkurrenzfähigkeit gehoben werden, über den bisherigen Stand noch hinaus. Das kann am einfachsten erreicht werden durch Lohnsenkung, Arbeitszeitverlängerung und Arbeitsintensivierung. Nachdem diese zum Teil aber bereits ihre Höchstgrenze überschritten hat, wird um so mehr die Forderung nach Lohnabbau oder „Lohnstabilisierung“ bei fortschreitendem Preiswucher gestellt.

Deswegen wird von den Großbanken ausgerechnet in Deutschland, wo durch Rationalisierung und Massenarbeitslosigkeit eine fortschreitende Verelendung der Arbeiterschaft eingetreten ist, die Lage der Arbeiter noch als viel zu günstig im Verhältnis zur „Notlage“ der Kapitalisten hingestellt.

„Es hat sich (in Deutschland) von Jahr zu Jahr in steigendem Maße ein System herausgebildet, das den Wünschen des Konsums mehr Rechnung trägt als den Erfordernissen der produktiven Wirtschaft. Dieses System, das Deutschland mehr und mehr den Charakter eines sogenannten Wohlfahrtsstaates (!) gegeben hat, zeigt sich vor allem in den starken Aufwendungen für Sozialpolitik und in den in Deutschland eingeführten Steuergrundsätzen.“ (Dresdner Bank.)

Der Staat soll mehr noch als bisher für beschleunigte Kapitalsbildung sorgen. Er soll den Schlichtungsapparat zwecks völliger Abwürgung der Lohnforderungen ausbauen und die Steuern für die Kapitalisten einschränken, um so die Realisierung noch größerer monopolistischer Wucherprofite zu ermöglichen.

[366] „Pfleglichste Behandlung jeder Eigenkapitalbildung und das Streben, neue Kapitalquellen zu erschließen, sollten daher heute in Deutschland allen staatlichen Eingriffen in das Wirtschaftsleben die Richtung weisen.“ (Diskontogesellschaft.)

Der Staat soll nicht nur für die Verweigerung von Lohnerhöhungen, für die Abwürgung der Lohnkämpfe sorgen, sondern auch die Organisierung der Wuchermonopole aktiv unterstützen, besonders für die großagrarische Produktion, woran das Finanzkapital mit seiner zunehmenden Beherrschung des großagrarischen Kapitals unmittelbar interessiert wird.

Ohne Umschweife stellen die Großbanken fest, daß diese „Aufbaupolitik“ ein offenes und rücksichtsloses Eingreifen des kapitalistischen Staates für das Finanzkapital notwendig macht. Die demokratische Republik reißt sich selber ihre soziale Maske herunter. Der Weg des neuen deutschen Imperialismus läßt für das Finanzkapital keine Scheinkompromisse mehr zu.

„Unsere Wirtschaftslage verlangt in steigendem Maße eine Abänderung jener gefährlichen Verhältnisse ... Eine verständnisvolle Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft ... Die Wirtschaft muß deshalb über das Einzelinteresse und die Tagesarbeit hinaus nunmehr den Gefahren der bisherigen Gestaltung unserer Verhältnisse ernstlich entgegentreten und daraus eine Propaganda entschlossenen Handelns herleiten, zu dem sich Regierung, Arbeit und Kapital zusammenfinden müssen. (Danat-Bank.)

Derselbe Staat, der die Erwerbslosenunterstützungen zum größten Teil bereits abgeschafft hat und noch weiter einschränken will, soll gleichzeitig die aufbegehrenden Arbeitslosen und Arbeiter rücksichtslos mit den gut organisierten, erweiterten Machtmitteln des Staates niederschlagen. Sollen die Arbeitslosen sich doch als Streikbrecher und Lohndrücker dingen lassen!

Kein Hitler oder Goebbels propagiert hier offene Diktaturmethoden, sondern die ernsthaftesten und gerissensten Repräsentanten des Finanzkapitals. Sie sind alle „grundsätzlich“ gute „Demokraten“. Aber in der gegenwärtigen Periode der wachsenden Zuspitzung der Klassengegensätze und der imperialistischen Kriegsgefahr müssen sie Diktatur und faschistische Kampfmethoden gegen die Arbeiterschaft fordern, die sich nicht freiwillig in ein noch schwereres Sklavenjoch finden will. Und als Sachverständiger für diese „Geschäfte“ des Trustkapitals fungiert der Sozialfaschismus.

*

## Imperialistische Kriegsgefahr und Militarisierung der Arbeiterjugend

Von R. Leibbrand

Der Kampf gegen den imperialistischen Krieg wird in den Beratungen des 12. Parteitages einen breiten Raum einnehmen. Er ist die zentrale Aufgabe der Partei, in die alle anderen Arbeiten einmünden. Die Partei wird die Aufgabe einer breiten Massenmobilisierung gegen die imperialistische Kriegsgefahr und zur Verteidigung der Sowjetunion nur dann erfolgreich erfüllen können, wenn sie es versteht, nicht nur eine allgemeine Propaganda zu führen, sondern konkret und in allen Einzelheiten die imperialistische Politik der deutschen Bourgeoisie und ihre Kriegsvorbereitungen vor den Massen aufzuzeigen. Ein wichtiges und von uns noch lange nicht genügend beachtetes Gebiet dieser Kriegsvorbereitungen ist die Militarisierung der Jugend.

Angesichts der sich zuspitzenden Kriegsvorbereitungen betreibt die deutsche Bourgeoisie die militärische Erziehung der Jugend in verstärktem Maße. Aber sie versteht es gleichzeitig vortrefflich, diese zu „tarnen“; einmal vor dem englischen und französischen Imperialismus – der durch den Versailler

Friedensvertrag Deutschland das Verbot der militärischen Jugendausbildung auferlegte –, vor allem aber vor der Arbeiterschaft im eigenen [367] Lande. Diese Verschleierung wird dadurch erleichtert, daß auch die revolutionäre Arbeiterschaft sich meist die militärische Ausbildung nur im Stil des altpreußischen Kommißdrills, mit Exerzierreglement, Gewehrgriffklopfen usw., vorstellt. In Wirklichkeit hat aber mit der raschen Entwicklung und den fortwährenden Umwälzungen in der Kriegstechnik heute die militärische Vorbereitung einen ganz anderen Charakter angenommen. Sehr klar wird das von den „Fachleuten", von der führenden bürgerlichen Wehrorganisation in Deutschland, dem „Stahlhelm", ausgesprochen:

„Man kann über den Wert militärischer Jugendausbildung verschiedener Ansicht sein, die immer weiter fortschreitende Entwicklung der technischen Kriegswaffen macht sie unmöglich, wenigstens ist sie in der Form wertlos, wie wir sie in den vom Staate bei Kriegsausbruch 1914 ins Leben gerufenen Kompagnien betrieben haben.

Man kann gerade vom Feinde viel leinen. Sehen wir hinüber zu unseren ‚Vettern' jenseits des Kanals. England hat im Kriege aus dem Nichts vollwertige Armeen geschaffen. Der Soldat wurde dort drüben vor dem Kriege über die Schulter angesehen; sich auf dem Kasernenhofe drillen zu lassen, war eines ‚freien Briten' unwürdig. Nur wer im bürgerlichen Leben nicht vorwärtskam, trat in das Heer ein. Englands Jugend wuchs auf den Sportplätzen heran und führte in den Lagern der Boy Scouts ein Leben, das unseren Pfadfindern als Vorbild diente. Eine militärische Ausbildung im engsten Sinne des Wortes fand sowohl da als hier nicht statt, und doch hat die Erziehung auf dem Sportplatz und in der Freiheit des Lagers den Engländer befähigt, nach einer kurzen militärischen Ausbildung dem deutschen Soldaten als fast ebenbürtiger Gegner gegenüberzutreten. Hier haben wir das Beispiel und hier haben wir auch das Ziel, das erreichbar ist und darum auch unter Einsatz aller Mittel erreicht werden muß."

Die republikanische Wehrorganisation, das „Reichsbanner Schwarzrotgold", äußert sich im selben Sinne:

„Die allgemeine Wehrpflicht ist ein Gewaltmittel für außergewöhnliche Zeiten und Umstände. Sie wird ganz von selber kommen, wenn wieder einmal das ganze Volk ‚wie eine Pulvermine aufbrennt'. ‚Erziehung zu allgemeiner Wehrhaftigkeit' braucht noch lange nicht zu bedeuten eine Dauererstarrung der ganzen Nation in stehenden Regimentern. Nicht einmal Milizausbildung braucht darunter verstanden zu sein. Erreichbare und notwendige Voraussetzungen sind heute nur körperliche Ertüchtigung der gesamten Jugend, geistig-politische Erweckung, technisch-naturwissenschaftliche Schulung, also die Kräftigung alles dessen, was man heute den ‚Potentialis' einer Nation heißt. Daneben ein kleines Heer Berufssoldaten."

Militärische Jugenderziehung bedeutet also heute allgemeine „körperliche Ertüchtigung", Erziehung zur militärischen Disziplin und ideologische Beeinflussung der Jugend. Alle Maßnahmen der Bourgeoisie zur Gewinnung und Beeinflussung der Arbeiterjugend, die Unterstützung der bürgerlichen Jugendorganisationen, die staatliche Jugendpflege, die Verfolgung der revolutionären Jugendorganisationen dienen heute der Militarisierung der Jugend und sind ein Teil der Kriegsvorbereitungen des deutschen Imperialismus.

Es würde zu weit führen, das ganze weit verzweigte System zur bürgerlich-imperialistischen Beeinflussung und Organisierung der Jugend aufzuzeigen. Hier soll nur eine Reihe von Beispielen beweisen, daß die gesteigerte Aufmerksamkeit der Bourgeoisie für die Jugend und die wachsende Aktivität ihrer Jugendorganisationen der Militarisierung der Jugend dienen. Dabei [368] soll besonders auf neue Erscheinungen und Formen der Militarisierung hingewiesen werden.

Wir wollen nicht lange verweilen bei der Tätigkeit der Wehrorganisationen, die sich offen die „Erziehung zur Wehrhaftigkeit" zur Aufgabe stellen. Die Jugendabteilungen des „Stahlhelm", des „Wehrwolf" und „Jungdo" haben ein besonderes System des Wehrsportes herausgearbeitet: Gepäckmarsch, Geländeübungen, Kleinkaliberschießen, Hindernislauf (z. B. das Passieren von Drahtverhauen), mit dem Ziel, „eine feldmarschmäßige Mannschaft geschlossen über Hindernisse an ein Ziel zu bringen, um sie dort sofort wieder verwendungsfähig in guter Form zur Verfügung zu haben". Auch das Reichsbanner, das erst unlängst wieder seine Mitglieder zum Eintritt in die

Reichswehr aufforderte, widmet dem Schutzsport in den letzten Jahren bedeutend größere Beachtung. Die Schutzsportabteilungen, die heute schon planmäßig durch Ueberfälle auf Kommunisten, Schutz von Streikbrechern (Hamburger Hafenarbeiterstreik) und Niederknüppeln der Opposition in den Gewerkschaften zum Bürgerkrieg geschult werden, bestehen größtenteils aus jugendlichen Arbeitern und Angestellten.

Auch die bürgerlichen Sportorganisationen, die heute rund zwei Millionen Jugendliche erfassen, erklären offen, daß sie die körperliche Erziehung der Jugend vor allem als einen Ersatz der „leider abgeschafften" Militärdienstpflicht betrachten.

Viel weniger bekannt als diese mehr oder minder offene militärische Ausbildung in den Sportvereinen und Wehrverbänden ist jedoch die Tatsache, daß auch die angeblich unpolitischen Jugendorganisationen eine versteckte militärische Ausbildung ihrer Mitglieder durchführen. Die evangelischen Jugendorganisationen haben ihre eigenen Sportabteilungen zusammengefaßt im „Eichenkranzverband", der in den letzten zwei Jahren sehr stark ausgebaut wurde. Besonders wird im Eichenkranzverband auch der Schießsport gepflegt. Neben ihren Sportabteilungen betreiben die evangelischen Jugendorganisationen auch noch in den christlichen Pfadfinderabteilungen die militärische Ausbildung ihrer Mitglieder. Mit den Wandervogelbünden und den Wehrorganisationen stehen sie in enger Verbindung.

Die katholischen Jugendorganisationen haben ebenfalls eine besondere Sportorganisation, die „Deutsche Jugendkraft", die insgesamt 700.000 Mitglieder zählt. Der letzte Verbandskongreß des Katholischen Jungmännerverbandes faßte zu dem Tagesordnungspunkt „Die Deutsche Jugendkraft und ihre vaterländischen Aufgaben" einen Beschluß, in dem folgendes über die Aufgaben dieser Sportorganisation gesagt wird:

„Die DJK. muß in der Erziehung der Jungmannen zum einem an Körper und Geist gesunden, kraftvollen Menschen, in der Erziehung ihrer Mitglieder zur Pflichttreue gegen Beruf, Familie, Vaterland und Kirche, in der Förderung eines vom katholischen Geist getragenen Deutschtums ihre wichtigste Aufgabe erblicken."

Eine direkte militärische Ausbildung wird schließlich auch von den zahlreichen Pfadfinder- und Wandervogelbünden, hauptsächlich in Gestalt von Geländeübungen, Erkundungs- und Meldedienst usw. durchgeführt. Vor einigen Wochen meldete die Presse, daß die bündische Jugend Berlins ihr alljährliches Frühjahrs-Geländespiel in der Gegend von Potsdam abgehalten habe, an dem sich rund 2000 Jugendliche beteiligten. Alle diese Bünde sind mit den Jugendabteilungen der Wehrorganisationen zum Jungdeutschlandbund zusammengeschlossen, der schon in der Vorkriegszeit der militärischen Jugendausbildung diente.

Die militärische Jugendausbildung ist teilweise bereits nach Waffengattungen spezialisiert. Namentlich in den Küstengebieten bestehen Marinejugendvereine, teilweise auch in den Schulen. Auch in Berlin bestehen drei militärisch organisierte Marineschuhen mit 1500 Mitgliedern. In den ländlichen Gebieten bilden Reitervereine des Land-[369]bundes durch Reit- und Fahrturniere die reichen Bauernsöhne zu Kavalleristen und Geschütz- und Munitionsführern aus. Auch die modernste Waffe hat die Bourgeoisie nicht vergessen. Das preußische Ministerium für Handel und Gewerbe forderte im Frühjahr 1928 durch eine Verfügung auf, an den Berufsschulen Schülervereine zur Pflege der Luftfahrt zu bilden. Aufgabe dieser Vereine soll sein „eine wissenschaftliche Fortbildung, eine praktische Betätigung im Arbeitsunterricht sowie eine körperliche Ertüchtigung im Gleitflug". Die Schüler höherer Lehranstalten sollen gemeinsam mit den Schülern der Fach- und Berufsschulen an diesen Lehrgängen teilnehmen. Naive Gemüter werden darin vielleicht einen Sieg des demokratischen Prinzips finden. Aber praktisch erfordert die Ausübung des Segelflugsportes für einen Jungarbeiter meist unerschwingliche Mittel und ist also nur einer kleinen arbeiteraristokratischen Schicht möglich.

Noch viel breiter als diese direkte militärische Ausbildung wird die ideologische Vorbereitung der Jugend auf den Krieg, ihre militaristisch-nationalistische Verhetzung betrieben. Die kriegsvorbereitende Rolle der reaktionären Jugendgesetze wie das Schmutz- und Schundgesetz und das

Lustbarkeitsgesetz ist bereits öfter gekennzeichnet worden. Hier soll an einigen Beispielen nachgewiesen werden, wie alle bürgerlichen Jugendorganisationen diese ideologische Kriegsvorbereitung aktiv fördern und unterstützen.

Ausschließlich der imperialistischen Propaganda dienen die Schulgruppen des Vereins für das Deutschtum im Ausland. Diese bereits seit der Vorkriegszeit bestehende Organisation zählt heute rund 2.000.000 Mitglieder. Sie stehst unter der Führung von kaiserlichen Admiralen und Adligen und betreibt imperialistische Propaganda für die Wiedererlangung von Kolonien, für den Anschluß Deutsch-Oesterreichs und des abgetrennten Gebiets und für die Neueroberung von „Siedlungsgebieten ins Osten“. Der größte Teil ihrer Mitglieder sind Schüler; in einem Jahr (1926-27) stieg die Zahl der Schulgruppen von 2300 auf 4000. Dabei konzentriert sich der VDA immer mehr auf die Gewinnung der Volks- und Berufsschüler. So sollen nach seinen Angaben in Dortmund bereits 2000 Berufsschüler in VDA-Gruppen erfaßt sein. Durch eine Anfrage der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion wurde bekannt, daß auch in Berliner Berufsschulen solche Schulgruppen des VDA gegründet werden. Ebenso besteht in einer anderen Berliner Berufsschule eine Gesellschaft für Siedlung und Kolonialpolitik. Es ist, bezeichnend, daß der sozialdemokratische Berliner Stadtschulrat diese Zustände verteidigte, wie ja auch schon an der letzten Jahresversammlung des VDA Sozialdemokraten – z. B. der Merseburger Regierungspräsident Grützner – teilnahmen.

Eine „Auslandsarbeit“, ähnlich wie der VDA, betreibt auch die sogenannte bündische Jugend durch Verbindung mit deutschen Minderheitsorganisationen in Polen und den baltischen Staaten, der Tschechoslowakei und auf dem Balkan, durch Grenzlandfahrten usw. Der imperialistische Sinn dieser „Auslandsarbeit“ wird dadurch illustriert, daß der geplante Anschluß der deutschen Pfadfinderorganisationen an das – vom englischen Imperialismus beeinflußte – internationale Pfadfinderbüro daran scheiterte, daß diese Organisationen ihre Auslandsarbeit nicht aufgeben wollten.

In enger Verbindung mit der ideologischen Kriegsvorbereitung steht auch die wachsende Politisierung der angeblich „parteineutralen“, „rein kulturellen“ Jugendorganisationen. Gewiß waren diese Organisationen tatsächlich nie unpolitisch, sondern haben ihre Mitglieder stets im Geiste der bürgerlichen Ordnung erzogen; aber sie hielten sich fern von der Stellungnahme zu politischen Tagesfragen. Mit der Zuspitzung des Klassenkampfes und der Kriegsvorbereitungen können sie sich mit dieser Politik der Ablenkung der jungen Arbeiter vom Klassenkampf jedoch nicht mehr begnügen. Sie werden gezwungen, immer mehr auch zu politischen Tagesfragen Stellung zu nehmen und müssen versuchen, ihre Mitglieder zur aktiven Beteiligung ans Klassenkampf auf der Seite der Bourgeoisie zu gewinnen.

[370] Besonders stark treten in der allerletzten Zeit faschistische Tendenzen in den bürgerlichen Jugendorganisationen auf. Die Bourgeoisie, die angesichts der wachsenden Radikalisierung der Arbeitermassen nicht mehr mit den bürgerlich-demokratischen Methoden ihre Herrschaft aufrechterhalten und die Kriegsvorbereitungen durchführen kann und immer mehr zu faschistisch-diktatorischen Methoden greift, sucht sich dabei vor allem auf die Jugend zu stützen. Sie versucht sehr geschickt, die Abneigung der bürgerlichen Jugend gegen die bürgerliche Parteienwirtschaft und gegen den bankrotten Parlamentarismus, aber auch die Enttäuschung breiter proletarischer und kleinbürgerlicher Jugendmassen über die bürgerliche Demokratie auszunutzen, um mit Hilfe dieser Schichten den faschistischen Kurs durchzuführen. Es haben sich in den letzten Monaten mehrere lose Gruppen und Klubs aus Angehörigen der verschiedensten bürgerlichen Jugendorganisationen und Parteien gebildet. Am meisten ist davon die „Volksnationale Aktion“ des Jungdo in die Oeffentlichkeit getreten, die – wie auch alle anderen Gruppenbildungen – unverkennbar faschistische Züge trägt. Am Beispiel dieser faschistischen Tendenzen wird ersichtlich, wie die Vorbereitung zum imperialistischen Krieg zugleich Vorbereitung zum Bürgerkrieg ist.

Eine kriegsvorbereitende Maßnahme der Bourgeoisie ist auch die zunehmende Verstaatlichung der gesamten bürgerlichen Jugendorganisationen. Einerseits erfolgt diese durch den „Reichsausschuß der Deutschen Jugendverbände“, dem alle Jugendorganisationen von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen angehören. Diese Spitzenorganisation besitzt für

die ihr angeschlossenen Jugendverbände das Monopol der staatlichen Anerkennung und Unterstützung und übernimmt immer mehr behördliche Funktionen. Andererseits erfüllt die staatliche Jugendpflege nur zum geringen Teil die sogenannten Fürsorgeaufgaben, sondern entwickelt sich immer mehr zu einem groß ausgebauten Apparat zur ideologischen Beeinflussung der arbeitenden Jugend und aller Jugendorganisationen. Durch die Gewährung von finanzieller Unterstützung und Fahrpreisermäßigungen, von Jugendheimen und Sportplätzen kontrolliert sie die bürgerlichen Jugendorganisationen. Sie nimmt aber auch schon direkten Einfluß auf ihre Tätigkeit durch die Veranstaltung von Lehrgängen und -tagungen für die Jugendleiter, so daß sogar schon bürgerliche Organisationen über die staatliche „Bevormundung" zetern. Das ganz deutlich erkennbare Ziel dieser Bestrebungen besteht darin, nach dem Vorbild des faschistischen Italien alle Jugendorganisationen unter staatlicher Leitung zusammenzufassen, um sie jederzeit für imperialistischen Krieg und Bürgerkrieg mobilisieren zu können.

Die sozialdemokratisch-reformistischen Jugendorganisationen unterstützen aktiv alle diese kriegsvorbereitenden Maßnahmen der Bourgeoisie und der bürgerlichen Jugendorganisationen. Während die bürgerlichen Jugendorganisationen politisch aktiver werden, wird in der SAJ noch eine stärkere Entpolitisierung durchgeführt und neuerdings ihren Mitgliedern eine Stellungnahme zu dem sozialdemokratischen Wehrprogramm verboten. Die SAJ-Mitglieder sollen widerspruchs- und willenlos die sozialimperialistische Politik des Reformismus durchführen. In dem „Reichsausschuß deutscher Jugendverbände", dieser ganz großen Koalition aller Jugendorganisationen, steht die SAJ an führender Stelle, arbeitet aktiv an allen gemeinsamen Veranstaltungen mit und verwächst immer mehr mit den bürgerlichen Organisationen und der staatlichen Jugendpflege. Unter dem Schlagwort der „Vereinheitlichung der sozialistischen Jugendarbeit" betreibt die SAJ die Kartellierung mit den Jugendabteilungen der Gewerkschaften und Arbeitersportorganisationen. Diese Massenorganisationen der Arbeiterjugend sollen der SAJ politisch und organisatorisch untergeordnet und von kommunistischen und oppositionellen Jungarbeitern gesäubert werden, damit sie widerstandslos für den imperialistischen Krieg, gegen die Sowjetunion und gegen die revolutionäre Arbeiterschaft mobilisiert werden können.

[371] Die reformistischen Leiter der Arbeitersportorganisationen charakterisieren diese Pläne selbst am treffendsten in einer Erklärung des Bundesvorstandes des „Arbeiter-Radfahrerbundes Solidarität" gegen die Opposition.

„Sämtliche deutschen Sportverbände haben sich gegen die kommunistische Gefahr im Interesse des deutschen Sportes zusammengeschlossen, um den deutschen Sport und damit die Ertüchtigung des deutschen Nachwuchses nicht einer fremden Interessensphäre auszuliefern.

Wie gesagt, bezweckt dieser Beschluß (die Spaltung in Berlin und Halle. Anm. d. Verf.), fremde, international gerichtete Bestrebungen von der deutschen Kultur, insbesondere der körperlichen Ausbildung des deutschen Volkes, fernzuhalten."

Mit einer kaum mehr zu überbietenden Frechheit und Schamlosigkeit empfehlen hier die Reformisten die Arbeitersportorganisationen als zuverlässige antibolschewistische und nationalistische Institutionen zur Vorbereitung der Arbeiterjugend für den neuen imperialistischen Krieg.

wir müssen zugeben, daß wir diese verschiedenen Formen der Militarisierung der Jugend bisher nicht genügend beachtet haben. Wir haben es noch nicht verstanden, den breiten Massen der Arbeiterschaft und insbesondere der arbeitenden Jugend den kriegsvorbereitenden Charakter dieser Organisationen und Maßnahmen aufzuzeigen und eine breite Massenmobilisierung gegen diese versteckte Militarisierung durchzuführen. Die Verantwortung für diese Unterlassung trifft in erster Linie den Kommunistischen Jugendverband. Aber auch die Partei hat z. B. in ihrer Parteipresse nicht genügend auf diese Dinge hingewiesen. Partei und Kommunistischer Jugendverband gemeinsam müssen in der nächsten Zeit die Arbeit auf diesem Gebiete bedeutend verstärken.

Zuerst gilt es, die breite Arbeiteröffentlichkeit, insbesondere die Jungarbeiterschaft, mit diesen Tatsachen bekanntzumachen, die verschleierten Kriegsvorbereitungen in ihren verschiedenartigen Formen zu entlarven. Neben der Parteipresse müssen dabei auch besonders die kommunistischen

Parlamentsfraktionen in den Gemeinden und Ländern den KJV unterstützen und die imperialistische Propaganda an den Volks- und Berufsschulen und den kriegsvorbereitenden Charakter der staatlichen Jugendpflege aufzeigen.

Der KJV muß seinen Kampf gegen die bürgerlichen Jugendorganisationen um ein Vielfaches verstärken. Er muß besonders in den Betrieben und in den Berufsschulen anläßlich der Wirtschaftskämpfe die Aufklärungsarbeit unter den in den christlichen und faschistischen Jugendorganisationen organisierten Jungarbeitern fuhren.

Wir müssen ferner die Arbeit in den Arbeitersportorganisationen verstärken und die jungen Arbeitersportler gegen jeden Versuch der Spaltung und der antibolschewistischen, sozialimperialistischen Verhetzung mobilisieren. In den Jugendabteilungen der Sportorganisationen und der Gewerkschaften müssen wir jede Beteiligung am Reichsausschuß deutscher Jugendverbände, ebenso jede Zusammenarbeit mit der SAJ aufs schärfste bekämpfen. Der reformistischen „Vereinheitlichung der sozialistischen Jugendarbeit“ stellen wir die Einheitsfront der Arbeiterjugend im Kampf gegen imperialistischen Krieg und Reformismus gegenüber.

Die Vorbereitung des Roten Antikriegstages am 1. August gibt uns Gelegenheit, unsere bisherigen Versäumnisse im Kampf gegen die Militarisierung der Jugend nachzuholen. Zur Durchführung der Antikriegskampagne müssen antimilitaristische Jugendkomitees aus Vertretern des KJV, der revolutionären Jungsportler und Junggewerkschaftler, der Jugendvertrauensleute der Betriebe und Berufsschulen gebildet und mit ihrer Hilfe vor allem in den Betrieben und Berufsschulen eine breite Aufklärung und Mobilisierung der Arbeiterjugend gegen Militarisierung und imperialistischen Krieg durchgeführt werden. [372]

**Die Zeitschriften der Kommunistischen Partei Deutschlands**

**Die Internationale**
Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus
erscheint monatlich zweimal, Preis der Einzelnummer 30 Pfennig

**Der Parteiarbeiter**
erscheint monatlich einmal, Preis der Einzelnummer 20 Pfennig

**Die Kämpferin**
**Organ der Gesamtinteressen der arbeitenden Frauen**
erscheint monatlich einmal, Preis der Einzelnummer 10 Pfennig

**Die Kommune**
**Zeitschrift für kommunistische Kommunalpolitik**
erscheint zweimal monatlich. Einzelnummer 20 Pfennig

**Der Kampf**
**Organ für Gewerkschaftsbewegung und soziale Fragern**
erscheint monatlich einmal. Einzelnummer 20 Pfennig

**muß jeder Parteigenosse lesen und verbreiten!**

Durch die Post zu beziehen oder direkt vom Verlage

**Zentrale für Zeitungsverlage G. m. b. N. Berlin C 25**
**Kleine Alexanderstraße 28**

[373]

**Die Internationale**
**Jahrgang 12 * Berlin, den 15. Juni 1929 * Heft 12**

## Nach dem XII. Parteitag

Der XII. Parteitag hat mehr gebracht, als man erwarten konnte. Erinnern wir uns daran, wie schwierig es für die Partei war, die große Wendung, die auf dem IV. RGI- und VI. Weltkongreß beschlossen wurde, bis in die letzte Parteizelle hinab, bis zum letzten Funktionär durchzuführen! Ist es nicht Tatsache, daß heute noch in breiten Schichten der Partei Hemmungen und Schwierigkeiten vorhanden sind, diese strategische Wendung der Partei restlos zur Anwendung zu bringen? Ist es nicht Tatsache, daß es noch unmittelbar vor dem Parteitag Meinungsverschiedenheiten über das Wesen und den Charakter der gegenwärtigen Klassenkämpfe, über die Form und den Inhalt des proletarischen Klassenkampfes gab?

Gewiß, die Versöhnler bildeten in der Partei einen so geringfügigen Faktor, daß sie für den Weddinger Parteitag keine Gefahr bedeuten konnten. Sie hatten einen einzigen Delegierten auf dieser Tagung. Die Führer der Versöhnlergruppe, die Genossen Ernst Meyer, Ewert, Eberlein, Schumann, Schröter, Kurt und Karl Becker, waren ja nur infolge ihrer Zugehörigkeit zum Zentralkomitee Teilnehmer am Parteitag. Aber bestand nicht die Gefahr, daß die ideologischen Schwankungen in der Beurteilung der letzten Ereignisse im revolutionären Klassenkampf, besonders in Verbindung mit den Ereignissen des Berliner Blutmai, eine günstige Position für die Versöhnler auf dem Parteitag geben konnten? Selbstverständlich war das ganz naheliegend. Und dennoch: eine solche Einheitlichkeit und Entschiedenheit, mit der alle Parteitagsdelegationen die Linie der Komintern und der Partei, die große politische Wendung des letzten Halbjahres verfochten haben, steht in der Parteigeschichte einzigartig da. Hieraus ergaben sich denn auch die Resultate des Parteitages. Bei allen Tagesordnungspunkten und insbesondere bei der Schaffung der neuen Parteiführung, die zum erstenmal in der Geschichte unserer Partei ohne jede Konzession an irgendeine Seite, an irgendwelche Strömungen, ohne jedes Kompromiß mit besonderen Schattierungen innerhalb der Partei und auch ohne Gebundenheit an Provinzialismus, Berücksichtigung der einzelnen Parteibezirke usw. gebildet wurde, kam die vollkommene Homogenität, die die Partei jetzt erfüllt, zum Ausdruck. Der Internationalismus der KPD ist eine ihrer festesten Säulen geworden.

*

Selten hat ein Ereignis im Leben unserer Partei die Verbundenheit des revolutionären Vortrupps mit den Gesamtmassen und den Hauptschichten des Proletariats so stark in Erscheinung treten lassen wie der Weddinger [374] Parteitag vom 8. bis 16. Juni 1929. Das lag nicht nur an der Lage des Tagungslokals mitten im Herzen des roten Wedding, unmittelbar an der Stelle, wo wenige Tage zuvor die Barrikadenkämpfe stattgefunden hatten – das zeigte sich vor allem in den unzähligen Delegationen, Telegrammen, Briefen usw. aus allen Teilen des Reiches.

Es gab kaum einen nennenswerten Groß- oder Riesenbetrieb in Deutschland, dessen Belegschaft nicht zu unserem Parteitag gesprochen hätte. Und nicht nur einfache „lakonische Begrüßungen“: die ausgebeuteten und unterdrückten Lohnsklaven sagten vielmehr der obersten Parteiinstanz oft in ganz drastischer Weise, was sie von der Tagung ihrer Vertreter und Abgesandten verlangten. Die kühne revolutionäre Sprache, mit der sich die Betriebsbelegschaften an den Parteitag wandten, zeigte das große, in stetem Steigen begriffene Vertrauen, das die Partei in den Massen des deutschen Proletariats besitzt.

Seit Bestehen der Partei hatten wir noch keinen Parteitag, der so wie der Weddinger aus Betriebsarbeitern zusammengesetzt war. Unter den 217 Delegierten, die die Parteimitgliedschaft zum Parteitag entsandte, befanden sich nur 28 Parteiangestellte, dagegen 132 Arbeiter aus Großbetrieben (darunter 76 Betriebsräte gegen 8 und 91 Gewerkschaftsfunktionäre gegen 66 auf dem Essener Parteitag). Von den 26 weiblichen Delegierten (in Essen 5) waren 16 Arbeiterinnen aus Betrieben (in Essen keine), unter den „sonstigen“ Delegierten befanden sich 10 Frauen (nicht Arbeiterinnen), Kleinbauern, Landarbeiter und Arbeitslose, die nicht zu den Betriebsdelegierten zählten.

Diese Zusammensetzung des Weddinger Parteitages gab ihm das starke proletarisch-revolutionäre Gepräge. Noch niemals (selbst in Perioden revolutionärer Hochflut nicht) hatten wir einen Parteitag, auf dem die Delegierten mit so lebendiger Teilnahme und Ausdauer den Verhandlungen gefolgt sind.

Der Weddinger Parteitag war eine Versammlung der besten Vertreter des deutschen Proletariats, die alle ihre Kräfte einsetzten, um die Waffen der deutschen Arbeiterklasse zu schärfen und unüberwindlich zu machen. Dieser Charakter des Weddinger Parteitages war ohne Zweifel bedingt durch seine soziale Zusammensetzung. Die starke Vertretung der Arbeiter aus den Betrieben, der proletarischen Funktionäre aus Gewerkschaft und Werkstatt, die Vertretung der Arbeiterinnen, der Landarbeiter und der proletarischen Jugend – diese Zusammensetzung gab der Arbeit des Parteitages ihren Stempel. „Der Parteitag im Wedding war kein Parteitag der Minister und Exzellenzen, keine Tagung der Polizeipräsidenten und Arbeitermörder, der Gewerkschaftsbürokratie und kapitalistischen Staatsfunktionäre. Nicht Nutznießer der kapitalistischen Ausbeuterrepublik, nicht Pfründner und Postenjäger, die es nach der Staatskrippe gelüstet, traten hier zusammen, wie es auf dem Magdeburger SPD-Parteitag der Fall war – nein, der Weddinger Parteitag war eine Tagung der deutschen Proletarier selbst.“ (Manifest des Parteitages.)

Die starke Verbundenheit unserer Partei besonders mit dem Berliner Proletariat äußerte sich in den zwei großen Kundgebungen anläßlich der Eröffnung des Parteitages im Sportpalast und noch stärker bei der Donnerstag-Demonstration auf dem Wedding. Das [375] ganze revolutionäre Arbeiterviertel Wedding war auf den Beinen; eine so unerhörte Anteilnahme der Bevölkerung, wie sie diese Demonstration aufwies, ging über alle die Aufmärsche hinaus, die wir in der Vergangenheit hatten. Die große revolutionäre Stimmung, die hier herrschte, der tapfere Aufmarsch der verbotenen Roten Frontkämpfer in der „neuen“ Uniform, die bewußte revolutionäre Standhaftigkeit der Demonstranten gegenüber den erbärmlichsten Provokationen der Polizei, die abermals schoß – alles das zeigte, wie eng die Partei in ihrem revolutionären Willen mit den Massen der Werktätigen verbunden ist.

*

Der Weddinger Parteitag stand seinem ganzen inneren Gehalt nach unter dem starken Eindruck des verschärften Klassenkampfes, der großen internationalen Zuspitzungen in der Vorbereitung der imperialistischen Weltmächte zum Kriege gegen die Sowjetunion und der neu aufsteigenden revolutionären Welle. Das beschleunigte Tempo der außen- und innenpolitischen Verschärfung, die scharfen Kurven der Politik des deutschen Trustkapitals unter sozialimperialistischer Führung, die Entwicklung zum faschistischen Terrorregime gegen die Arbeiterklasse und das Einschwenken Deutschlands in die Antisowjetfront, in der der Sozialfaschismus die führende Rolle zu übernehmen beginnt, und der aus dieser Gestaltung des sozialen, ökonomischen, politischen Lebens in Deutschland immer stärker sich entwickelnde Radikalisierungsprozeß des Proletariats, die zunehmende Revolutionierung des Kampfwillens der Arbeiterklasse – diese Merkmale der allgemeinen Situation drückten dem Weddinger Parteitag ihren Stempel auf. So hat die äußere Umgebung, der Tagungsort, die Teilnahme des revolutionären Proletariats und die Begeisterung der Massen, die den Parteitag begleitete, im Einklang mit dem Inhalt der Verhandlungen dem Weddinger Parteitag seinen besonderen Charakter verliehen.

Den Mittelpunkt der achttägigen Verhandlungen bildete das große politische Referat des Genossen Ernst Thälmann, der es in meisterhafter Weise verstand, den Gesamtkomplex der Probleme, aller der komplizierten Fragen auf den verschiedenen Gebieten in ihrem ganzen Umfang aufzubauen und die notwendigen Lehren für die Politik der Partei abzuleiten. In gespannter Aufmerksamkeit und lebendigster Zustimmung, mit impulsiven Beifallskundgebungen den Redner oft unterbrechend, verfolgten die Delegierten des Parteitages die anschaulichen Beweisführungen des Genossen Thälmann. Hier kam die große Wendung, die die Partei seit einem halben Jahre begonnen hat, am sichtbarsten zum Ausdruck. Was noch vor Wochen oder Monaten in den meisten Parteiorganisationen auf Hindernisse und Hemmungen bei der Durchführung stieß, ist heute Gemeingut der gesamten Partei.

Die zentrale Frage in den Betrachtungen des Genossen Thälmann, die damit zum Konzentrationspunkt des gesamten Parteitages wurde, bildete das Problem des Kampfes zwischen

Reformismus und Kommunismus um die Hegemonie in der deutschen Arbeiterklasse. Diese Frage beherrscht alle innenpolitischen Probleme in Deutschland; sie entscheidet über das Schicksal der kapitalistischen und die Aufrichtung der proletarischen Diktatur. Auf der einen Seite dieser Frontlinie stößt das [376] Trustkapital und der Sozialfaschismus zur Offensive gegen das Proletariat vor und versucht mit den Machtmitteln der Staatsgewalt die deutsche Arbeiterklasse niederzuhalten. Auf der anderen Seite entwickelt sich die Front des Kampfes des Proletariats um seine Existenz, um seine politischen Rechte, um jede Teilforderung im revolutionären Klassenkampf bis zum entscheidenden Kampf um die Befreiung von jeder Kapitalsknechtschaft. In diesem Kampf erlangen die Beschlüsse des IV. RGI- und VI. Weltkongresses ganz besonders in Deutschland die allergrößte Bedeutung.

Dem Kampf der Kommunistischen Partei um die Hegemonie im Proletariat stellt der Klassengegner seine Politik des Terrorregimes gegenüber. Der Entwicklung der Sozialdemokratie vom Sozialchauvinismus der Kriegszeit zum Sozialimperialismus folgt nunmehr in der dritten Periode die Etappe der Entwicklung zum Sozialfaschismus, d. h. die Anwendung faschistischer Unterdrückungsmethoden gegenüber der revolutionären Klasse durch die von der Sozialdemokratie geleitete Staatsgewalt. Die engste Verflechtung der reformistisch-sozialdemokratischen Bürokratie in den Gewerkschaften und Massenorganisationen mit der trustkapitalistischen Staatsmacht und den Unternehmerverbänden, ihre Versippung und Verschmelzung mit der bürgerlichen Gesellschaft, das vollkommene Preisgeben jedes selbständigen proletarischen Charakters der Arbeiterbewegung steht in wechselseitigem Zusammenhang mit dem immer stärkeren Schwinden des Einflusses des Reformismus in den Hauptschichten des deutschen Proletariats. Die blutigen Maitage in Berlin, das Verbot des RFB, das siebenwöchige Verbot der „Roten Fahne“, die zahlreichen Verbote der kommunistischen Provinzpresse, die wiederholten Androhungen des Verbots der Kommunistischen Partei, die alles übertreffende Lügenhetze gegen die USSR usw. bezeichnen auf das deutlichste den konterrevolutionären, faschistischen Kurs der Politik der gesamten Bourgeoisie unter aktiver und führender Beteiligung des Sozialfaschismus. Auf diesem Wege geht es weiter. Eine Unmenge von Gesetzesvorlagen, die die Kriegsgesetze, die Gesetze des Belagerungszustandes in „normales Recht“ verwandeln, Gesetze der Kulturreaktion, die Verpfaffung der Schulen und andere mittelalterliche, reaktionäre und konterrevolutionäre „Reformen“, die in den Parlamenten beschlossen werden sollen, bedeuten die Wiedergeburt der dunkelsten Zeiten der Vergangenheit. „Politisch ist Imperialismus Drang nach Gewalt und Reaktion.“ (Lenin.)

Der Hauptreferent des Parteitages, Genosse Thälmann, beleuchtete den ökonomischen Untergrund dieses Entwicklungsprozesses des deutschen Imperialismus, an dessen Ausgangspunkt große revolutionäre Erschütterungen und gleichzeitig die Organisierung und Vorbereitung auch des deutschen Imperialismus zum Kriege gegen die Sowjetunion stehen, und wies nach, wie zwangsläufig hier die sozialfaschistische Entwicklung der gesamtpolitischen Entwicklung vorangeht. Das Referat ließ keinen Zweifel darüber, worin an diesen großen historischen Wendepunkten der kapitalistischen Entwicklung die Aufgaben der Kommunisten bestehen. Gestützt auf die Beschlüsse des VI. Weltkongresses und des IV. RGI-Kongresses wies es dem Parteitag den Weg, den das revolutionäre Proletariat in dieser schwierigen und ernsten Situation zu gehen hat. Die Beschlüsse des Weddinger Parteitages, die Resolutionen, die als propagandistische Leitsätze für die [377] Parteiarbeit der nächsten Zukunft geschaffen wurden, geben der Partei die Waffen für ihr politisches Handeln in allen Wechselfällen des komplizierten revolutionären Klassenkampfes.

*

Das Referat des Genossen Remmele „Der Kampf gegen den imperialistischen Krieg, die Verteidigung der Sowjetunion und das Wehrprogramm der SPD“ – wie der Referent selbst betonte, eine Fortsetzung der Diskussion auf dem VI. Weltkongreß über das Kriegsproblem – zeigte sehr eindringlich, daß der Krieg der koalierten imperialistischen Mächte gegen die Sowjetunion längst über die bloßen diplomatischen Verhandlungen hinaus gediehen ist, sich bereits im Stadium der unmittelbaren militärisch-organisatorischen Vorbereitung befindet und so die alles beherrschende internationale Fragestellung der Weltpolitik des Imperialismus bildet. An zahlreichen Beispielen wies der Referent nach, daß die „friedlichen, völkerrechtlichen Beziehungen“, wie sie

zwischen den kapitalistischen Weltmächten und der Sowjetunion angeblich bestehen, seit der Errichtung der proletarischen Diktatur nie vorhanden gewesen sind. In Wirklichkeit haben die kapitalistischen Mächte auch „mitten im Frieden“, während sie gleichzeitig diplomatische und Handelsbeziehungen mit der USSR aufrechterhielten, den Krieg mit anderen Methoden gegen die Sowjetunion fortgesetzt. Dies erläuterte der Redner an Hand der verschiedenen provokatorischen Exzesse der kapitalistischen Regierungen gegen die Sowjetunion, z. B. Ermordung von diplomatischen Kurieren, Botschaftern, Ueberfälle auf Botschaften, Konsulate und Handelsvertretungen der USSR, Sabotage, Spionage und andere konterrevolutionäre Unternehmungen in der Sowjetunion nach den Feststellungen einer Reihe von Prozessen.

Die Grundlage des imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion ist, wie das Referat ausführlich erläuterte, der große Weltantagonismus, der zwischen der kapitalistischen Profitwirtschaft und der sozialistischen Bedarfswirtschaft besteht. Die sozialistische Industrialisierung der Sowjetunion ist die stärkste Triebkraft zur Erhaltung des Friedens, während die Weltausplünderung des Imperialismus den stärksten Antrieb zum Kriege bedeutet. Gründlich wurde mit den pazifistischen Verlogenheiten über Abrüstung als Garantie für den „Völkerfrieden“ abgerechnet. Von diesem Standpunkt aus wurde die Politik des Sozialfaschismus in der Wehrfrage, Panzerkreuzerbau usw. beleuchtet. Der zweite Teil des Referats behandelte in umfassender Methodik, auf zahlreiche Belege gestützt, das Problem „Krieg und Revolution“, die revolutionären Methoden des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg und der Ueberwindung des Krieges durch den Bürgerkrieg. Im Mittelpunkt dieser Betrachtungen stand die Frage der Illegalität der revolutionären Bewegung, die Lenin als einziges Kampfmittel gegen den imperialistischen Krieg gekennzeichnet hat. Sie wurde aber nicht als Frage der Geheimbündelei gestellt, sondern als Frage des Kampfes der Klasse gegen den imperialistischen Krieg, wobei die illegalen Methoden der Eroberung der Hauptschichten des Proletariats für den revolutionären Klassenkampf behandelt wurden, deren Ziel es ist, durch die Massenbewegung der Arbeiterklasse, durch den Massenwillen der Werktätigen gleichzeitig mit dem Kampf gegen den imperialistischen Krieg den Sturz der kapitalistischen Herrschaft [378] herbeizuführen. So bildete das Referat über die Kriegsgefahr nur eine logische Ergänzung zur Rede des Genossen Thälmann: das Hauptproblem beider Referate (die Hegemonie des Kommunismus im Proletariat) wurde durch die Behandlung des Problems der illegalen Massenarbeit in einer für die kommunistische Bewegung schwierigeren Periode sinngemäß ergänzt.

*

Der dritte Tagesordnungspunkt brachte im Referat des Genossen Merker über die Gewerkschaftstaktik und die Strategie in den Wirtschaftskämpfen die Konkretisierung der Arbeit, die die ersten beiden Referate für die gegenwärtige Periode richtunggebend dargestellt hatten. Die lebhafte Aussprache zeigte, wie stark die große Wendung, die die Politik der Komintern gerade auf diesem Gebiet genommen hat, zum lebendigen Element der Politik ihrer deutschen Sektion geworden ist. Gerade in den ökonomischen Kämpfen des Proletariats kam die Verschärfung des Klassenkampfes stärker als auf anderen Gebieten zum Ausdruck. Der Kurs der Partei auf die Hauptschichten des Proletariats, die Heranziehung der Unorganisierten zur aktiven Anteilnahme an den Wirtschaftskämpfen, die Sprengung der durch den Reformismus eng gezogenen Fesseln des Gewerkschaftslegalismus zur Entfachung des proletarischen Klassenkampfes, der verschärfte Kurs der Reformnisten auf die Zerschlagung der Massenorganisationen des deutschen Proletariats, um die Eroberung dieser Organisationen für den Kommunismus und den revolutionären Klassenkampf zu verhindern, alle diese Probleme, die die täglichen Aufgaben unserer Parteipolitik am meisten berühren, fanden ganz naturgemäß das größte Interesse des Parteitages. Die Darlegungen des Genossen Merker wiesen klar auf die Tendenzen der Veränderung des Charakters der von den Reformisten beherrschten Massenorganisationen hin, gleichzeitig aber auch auf den starken Antrieb der Wirtschaftskämpfe durch die revolutionäre Mobilisierung der gesamten Arbeiterklasse, die auf die Gewerkschaftsbewegung entscheidenden Einfluß gewinnt. Im Zusammenhang damit steht unsere geränderte Taktik gegenüber der Spaltungspraxis der reformistischen Bürokratie; die revolutionären Kaders in den Massenorganisationen gehen zum Kampf gegen den Reformismus ohne Kompromisse und Konzessionen

über und befestigen und erweitern die revolutionären Positionen im Proletariat ohne Kapitulation vor dem Reformismus. Besonders zeigten die großen Erfolge bei den Betriebsrätewahlen – ohne daß es gelungen war, die gesamte Partei genügend rasch auf den neuen Kurs einzustellen –, wie erfolgreich die Strategie der Kommunisten wird, wenn die Partei rascher und vollkommener auf die Wendungen im proletarischen Klassenkampf reagiert. Der Parteitag war ein lebendiges Zeugnis dafür, wie stark die revolutionäre Taktik und Strategie bereits heute schon im Gesamtproletariat zum Ausdruck kommt.

*

Durch alle Verhandlungen auf dem Weddinger Parteitag klangen die polemischen Angriffe gegen die opportunistischen Strömungen, besonders gegen die Versöhnler, hindurch. Obwohl die Versöhnler auf dem Parteitag nur mit einem Delegierten vertreten waren (gewählt wurde er in Halle-Merseburg), stellten die noch dem alten ZK angehörenden Versöhnler zu jedem Tagesordnungspunkt [379] ihren Diskussionsredner, zum ersten Tagesordnungspunkt sogar mit verlängerter Redezeit. Die allgemeine Tendenz der Versöhnlergruppe war die des beschleunigten Rückmarsches, der am Ende der Tagung mit einer Kapitulationserklärung endete. Bereits der Hauptvertreter der Versöhnler, Genosse Ewert, gab in seiner ersten Rede eine ihrer entscheidenden Positionen, die sie in verschiedenen Resolutionen eingenommen hatten, auf. Gleichzeitig überreichten sie aber dem Präsidium des Parteitags eine neue Plattform, in der der Versuch unternommen wird, ihre alten Fehler mit neuen Redewendungen weiter aufrechtzuerhalten.

Diese Auseinandersetzungen waren eine klare Illustration dessen, was der Unterschied zwischen bolschewistischer und menschewistischer Taktik ist. Wie richtig hat doch Lenin die menschewistische Taktik charakterisiert, als er sagte, daß „sie sich den Verhältnissen passiv anpaßt und die geringste Wendung im Gange der Ereignisse macht, daß sie sich den Augenblicksinteressen, den scheinbaren Bedingungen des Moments unterordnet und die grundlegenden und wesentlichen Aufgaben des Proletariats als des Vorkämpfers herabsetzt“. Dieser Charakterisierung haben sich die Versöhnler auf dem Parteitag in vollem Umfange würdig gezeigt. Nur unter dem Druck des Beweismaterials, das von den Delegierten aus allen Teilen des Reiches vorgebracht wurde, bequemten sie sich, schrittweise, von Position zu Position zurückzuweichen, um nun Schluß der Tagung ihre disziplinierte Unterordnung unter die Beschlüsse des Parteitages zu bekunden.

Der Parteitag hat in einer entschiedenen und eindeutigen Resolution seine Forderungen an die Versöhnlergruppe gerichtet, die ihre „Richtung“, wie sie sich selbst bezeichneten, vor die Entscheidung stellt, die Wahl zu treffen zwischen der Partei und den aus der Partei ausgeschiedenen Liquidatoren. In der Replik zur Erklärung der Versöhnler wies Genosse Thälmann nach, daß die abgegebene Erklärung der Loyalität und Disziplin durchaus nicht den Erfordernissen der von dem Parteitag angenommenen Resolution vollkommen entspricht, und stellte in Aussicht, daß das ZK den Willen des Parteitages durchführen wird. Es wird Sache der Bezirks- und Ortsgruppenorganisationen sein, überall in ihren Reihen die rascheste Ueberwindung der Versöhnlergruppen soweit dort solche Gruppierungen auftauchen, zu verwirklichen.

Die völlige Ueberwindung des Versöhnlertums kann nur geschehen durch die scharfe leninistische Klärung aller Probleme, die der Klassenkampf in seinem Auf und Ab der Bewegung bringt, in der genauesten Analyse der Ereignisse, in der Ueberwindung aller ideologischen Schwankungen und in der tatkräftigen Beseitigung aller Mängel und Fehler. die es in der praktischen Arbeit geben wird; aus jedem ökonomischen und politischen Kampf die für die Weiterentwicklung notwendigen Lehren ziehen, die Partei in ihrer Gesamtheit zu einem bewußten und führenden Faktor des revolutionären Klassenkampfes machen – nur durch diese ständige Arbeit der Partei werden alle abweichenden opportunistischen Strömungen und „Richtungen“ in der Partei überwunden werden.

*

Will die Partei bis in ihre letzten Glieder diese ständigen Aufgaben, die besonders in revolutionären Zeiten die wichtigsten Erforder-[380]nisse zur Bolschewisierung sind, erfüllen, dann muß sie das Instrument der Selbstkritik in jeder Weise, die der Partei förderlich ist, zu handhaben verstehen. Auf

diesem Gebiet war der Parteitag, wie keine andere Tagung zuvor, bahnbrechend. Sowohl in den Referaten als auch besonders in den Diskussionsreden ist auf dem Parteitag die notwendige Selbstkritik an der Arbeit der Partei in der Vergangenheit und dem augenblicklichen ideologischen und organisatorischen Stand der Bewegung nach jeder Seite hin auf das freimütigste geübt worden. Der Parteitag hat die Selbstkritik in schärfster Form zur Anwendung gebracht, aber immer in einer Form, die deutlich erkennen ließ, daß sie lediglich der Aufgabe dient, der Partei zu helfen und ihre Mängel zu überwinden, bestehende Fehler zu beseitigen und die Partei zu einem festen, einheitlichen, bolschewistischen Kader zu machen. Die Lösung dieser Aufgabe auf dem Parteitag wird die Partei auch auf diesem Gebiete ein großes Stück vorwärtsbringen.

*

Dem ganzen Ernst der Situation entsprechend, in Erwartung der schwersten, härtesten Klassenkämpfe, unter dem Eindruck der unmittelbaren Vorbereitungen zu neuen kriegerischen Weltereignissen, in der Atmosphäre einer neuen aufsteigenden revolutionären Welle sah der Parteitag als eine sehr wichtige Aufgabe die Herausbildung eines festen, homogenen, nach keiner Seite hin schwankenden Blocks, besonders der obersten Parteiführung, an. Diese ernste Situation war es, die den Parteitag zwang, ohne alle Kompromisse und Verkleisterungen, ohne Zugeständnisse an oppositionelle Strömungen und Gruppierungen, ohne Berücksichtigung der versöhnlerischen „Richtung“, eine Parteiführung zu schaffen, die von vornherein die Gewähr für einen solchen einheitlichen bolschewistischen Block bietet. Zum ersten Male in der Geschichte der Partei geht der Parteitag dazu über, eine absolut homogene Parteiführung an die Spitze der Partei zu stellen. Ebenso ernst und scharf wurden alle jene Maßnahmen besprochen, die erforderlich sind, um die gesamte Partei bis in die untersten Parteikaders gegenüber den Verleumdungen und Lügen der Bourgeoisie, der Sozialfaschisten und ihrer Presse, vor allem den panikartigen Stimmungen, wie sie am 26. September 1928 bis in die oberste Parteiführung zum Ausdruck kamen, gefeit zu machen. Immer wieder drang durch alle Reden die Forderung hindurch, daß die Partei angesichts der immer schärfer werdenden Belagerung durch den Klassenfeind, der alle Mittel und Methoden zur Zersetzung und Beunruhigung der Parteikaders anwendet, eine solidarische und festentschlossene Abwehr gegenüber allen Versuchen, Panikstimmung in der Partei hervorzurufen, organisieren und sich gegenüber solchen Schwankungen festigen muß. Erst eine revolutionäre Partei, die sich durch keinerlei Schachzüge und Manöver des Klassenfeindes beunruhigen läßt, nur eine solche Partei, in der strengste Disziplin und vollstes Vertrauen zur bolschewistischen Führung und zur Kraft des Proletariats herrschen, kann die großen revolutionären Aufgaben, die der Klassenkampf dem revolutionären Proletariat in Deutschland stellt, erfüllen.

*

Diese großen zentralen Probleme gaben gleichzeitig dem Parteitag seinen bedeutsamen internationalen Charakter. Das äußerte sich besonders in der starken Anteilnahme von 13 Sektionen der Kommu-[381]nistischen Internationale an den Verhandlungen unseres Parteitages. Mit Recht wies der Vertreter des EKKI der Komintern, Genosse Sémard (Frankreich), darauf hin, daß heute der revolutionäre Klassenkampf in Deutschland und damit die Politik und Taktik der KPD das lebendigste Schulbeispiel für die kommunistischen Parteien in allen Ländern ist und daher der deutsche Parteitag die größte internationale Bedeutung für die gesamte revolutionäre Bewegung in den kapitalistischen Ländern erlangt.

So hat der XII. Parteitag die Waffen für die bevorstehenden Kämpfe geschmiedet, den Weg für den Befreiungskampf der deutschen Arbeiterklasse geebnet, in den Mittelpunkt der Aufgaben die Eroberung der Mehrheit und der Hauptschichten des deutschen Proletariats gestellt, die Partei und das revolutionäre Proletariat zur Verteidigung der Sowjetunion, zur Errichtung der proletarischen Diktatur in Deutschland ideologisch vorbereitet und organisatorisch mobilisiert.

*

# Die Lehren des Berliner Blutmai und das drohende Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands

Von Hermann Remmele

(Fortsetzung)

Wir hatten im vorigen Heft auszugsweise einige Kapitel aus einer größeren Arbeit über die Berliner Maiereignisse veröffentlicht. Nachstehend folgen weitere Kapitel. Die Red.

## Die Taktik des Sozialfaschismus

Die Hauptursache der dreitägigen mörderischen Polizeischlacht, deren innen- und außenpolitische Seite wir bereits in den vorigen Kapiteln dargelegt haben, war jedoch durch ein wichtiges strategisches Ziel der sozialfaschistischen Staats- und Parteipolitik gegeben. Das politische Leben in Deutschland wird heute beherrscht von zwei Polen: auf der einen Seite die sozialfaschistische Politik, die offizielle „Staatspolitik" der Sozialdemokratie in Koalition mit den Parteien des Trustkapitals, die die Politik des deutschen Finanz- und Trustkapitals ist, auf der anderen Seite die kommunistische Politik im Interesse der deutschen Arbeiterklasse, die immer mehr der revolutionären Vorhut ihrer Klasse folgt.

Der Klassenkampf in Deutschland ist seit dem 4. August 1914 nicht mehr der einfache Kampf zwischen zwei Gesellschaftsklassen – hie Kapitalisten, hie Arbeiterklasse –, sondern er wird gleichzeitig geführt als Kampf auf Leben und Tod um die Hegemonie im Proletariat zwischen Reformismus und Kommunismus. Heute nähert sich dieser Kampf, der nach den Gesetzen der revolutionären Entwicklung mit dem Uebergang der Führung des Proletariats an die Kommunisten, an die KPD enden muß, [382] seiner endgültigen Entscheidung. Die Schärfe des Klassenkampfes, die Erbitterung, mit der auf beiden Seiten heute auch der einfachste Lohnkampf und noch stärker jeder politische Kampf durchgefochten wird, hat nicht allein in den immanenten Gegensätzen zwischen Kapital und Arbeit seine Ursache, sondern der Kampf um die Führung in der Arbeiterklasse zwischen dem Reformismus, der zum Sozialfaschismus ausgewachsen ist und alle Machtmittel des Staates einsetzt, und dem Kommunismus, der an die Aufgabe der Eroberung der Mehrheit herangeht, ist ein weiteres Moment der Verschärfung dieses Klassenkampfes. Der Kampf um die Hegemonie in der Arbeiterklasse zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus ist nicht eine einfache Rivalität zweier Bewegungen, die beide der Arbeiterklasse entwachsen sind, sondern dieser scheinbare „Rivalitätskampf" ist überhaupt die spezifische Uebergangsform zur Entscheidungsschlacht aller Klassenkämpfe, der letzten Schlacht zwischen Kapital und Arbeit. In dem Stadium, wo die Mehrheit oder die Hauptschichten des Proletariats nicht mehr dem Reformismus, sondern dem Kommunismus folgen, ist es um die Herrschaft der Bourgeoisie geschehen. Der Kampf zwischen Reformismus und revolutionärem Marxismus entscheidet zugleich den Kampf zwischen Kapital und Arbeit.

Natürlich vollzieht sich dieser Entscheidungskampf zwischen Kapital und Arbeit, der ausgefochten wird zwischen Reformismus und Kommunismus, nicht in „freundschaftlichem Einvernehmen" und Kompromissen zwischen Reformisten und Kommunisten auf dem „neutralen" Boden der Gewerkschaften und anderer Klassenorganisationen des Proletariats, wie es uns die Liquidatoren und Versöhnler einreden möchten, sondern im schärfsten und unerbittlichen Kampf bis zur Vernichtung des Gegners. Je mehr sich im Kampf um die Hegemonie die Waagschale zugunsten des Kommunismus neigt, desto unerbittlicher führt der Reformismus, der über alle Machtmittel des Staates und den Apparat der Massenorganisationen verfügt, diesen Vernichtungskampf gegen den Kommunismus. Wo die Mittel der Agitation und Propaganda nicht mehr verfangen, greift der Reformismus zu Mitteln der Gewalt und schreckt auch vor dem Versuch der physischen Vernichtung der Kommunisten nicht zurück, wie die Berliner Ereignisse es gezeigt haben. Verbot des RFB, Verbot der kommunistischen Zeitungen und Literatur, Verbot der KPD, alles das ist nichts anderes als die krampfhaften Anstrengungen des Reformismus, die Eroberung der Hegemonie im Proletariat durch den Kommunismus aufzuhalten und abzuwehren.

Der Reformismus handelt in seiner letzten, in seiner sozialfaschistischen Phase nach der Devise aller untergehenden Klassen und Gesellschaften: „Nach uns die Sintflut". Lieber vernichtet und zerstört er

alle Klassenorganisationen und Klassenorgane des Proletariats, eher vernichtet und liquidiert er alle Rechte und Bewegungsfreiheiten der Arbeiterklasse, als daß er sie dem Einfluß seines Todfeindes, des Kommunismus, überlassen würde.

[383] So wie der reaktionäre imperialistische Krieg sich auf die Frage: „Wer eignet sich die Profite an, wie wird die Profitrate gesteigert?“ reduziert, so reduziert sich der Klassenkrieg auf die Frage: „Wer herrscht?“, auf die Frage der Macht zwischen Kapital und Arbeit, auf die Frage: „Wer führt, wem folgt das Proletariat dem Reformismus oder dem Kommunismus?“ So wird der Ausgang des Kampfes um die Hegemonie im Proletariat zwischen Reformismus und Kommunismus zum wichtigsten Moment, das über die letzte Schlacht zwischen Kapital und Arbeit entscheidet. So wird die Eroberung der Hegemonie durch die Kommunistische Partei die entscheidende Voraussetzung für die Aufrichtung der proletarischen Diktatur.

Die Dauer der Arbeitszeit, Höhe des Lohns, Rechte der Arbeiter in den Betrieben und im Staat, Streik-, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit, Koalitionsrecht, Sicherung der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen durch Klassensolidarität und Selbstschutz, Pressefreiheit, Redefreiheit, alles das, was die Arbeiterklasse sich in langem, opferreichem Kampfe von zwei Menschenaltern erkämpft, der Bourgeoisie abgetrotzt hat, muß sie heute gegen die sozialfaschistische Politik der Sozialdemokratie verteidigen, deren geschichtliche Mission es geworden ist, die Herrschaft der Bourgeoisie gegen den Ansturm des klassenbewußten Proletariats zu schützen. Diese sozialreaktionäre Aufgabe, die sich die Zörgiebel-Sozialdemokratie stellt, zwingt sie, die Rechte der Arbeiter, um die sie früher einmal gegen die Bourgeoisie gekämpft hat, jetzt selbst zu beseitigen. Die blutigen Maitage in Berlin waren das deutlichste Beispiel dafür.

Daß heute die Sozialdemokratie abermals die Rolle des Henkers für die deutsche Bourgeoisie übernehmen mußte, beweist nur die äußerst krisenhafte Lage, in der sich Deutschland befindet. Wenn auch die in der deutschen Bourgeoisie viel beachtete Baldwinsche Theorie über die gegenwärtige „Kerenski-Periode“ Deutschlands von verschiedenen Gesichtspunkten aus gesehen unzutreffend ist, so zeigen aber dennoch solche Aeußerungen, wie selbst die kühl urteilenden Politiker des Weltimperialismus die gegenwärtige Lage Deutschlands einschätzen. Aber immer und überall in der Geschichte war es so, daß die Konterrevolution zur Abwehr oder Niederschlagung der Revolution sich des Renegatentums, das erst im Stadium der objektiv revolutionären Situation von der Seite der Revolution zur Konterrevolution übergeht, bedient. Und immer in der Geschichte war es so, daß Renegaten sich als eifrigere und brutalere Henker der Revolution bewährt haben wie die alten, „erbeingesessenen“ Konterrevolutionäre. Das ist ein gesellschaftliches Gesetz. Der Renegat, der beim „eingesessenen“ Teil der alten konservativen Gesellschaft nicht als „voll“ gilt, will durch sein Wüten gegen die Revolution seine „Zuverlässigkeit“ und „Vollwertigkeit“ erweisen, um sich das „Bürgerrecht auf Gleichheit und Gleichberechtigung zu erwerben“. So war es in der Junischlacht 1848 in Paris, wo der linke Republikaner und Feind der [384] Monarchisten, Cavaignac, die Februarrevolution niederschlug; so war es 1871, wo der Republikaner und Feind Napoleons III., Gallifet, die Pariser Kommune im Blut erstickte –, auch Thiers war Republikaner, Gegner des Monarchisten MacMahon; so war es am Anfang und am Ende der bürgerlichen Revolution, und so ist es am Anfang und am Ende der proletarischen Revolution. Die Schlächter der Juli-Demonstration der russischen Revolution 1917 waren die radikalen Republikaner und Menschewisten Kerenski und Zeretelli, die sich in der Bolschewistenverfolgung nicht minder auszeichneten als unsere Noske, Hörsing, Severing und Zörgiebel. In China wurde der radikale Kuomintang-Mann Tschian-Kai-Schek, der Gegner Tschang-Tso-Lins, zum Henker der Revolution.

Es ist ein altes Gesetz der Revolutionsgeschichte, daß die untergehende Gesellschaft als letzten Schutzwall die Renegaten der Revolution ausnutzt, wie es auch durch die deutsche proletarische Revolution bestätigt wird. Und damit dieses Gesetz bis zum Tüpfelchen über dem „i“ Erfüllung findet, beeilt sich das jüngste Renegatentum, rasch in die erste Reihe der Konterrevolution zu gelangen. Paul Frölich, der gestern noch „Geschichte der deutschen Revolution“ schrieb, macht heute schon Geschichte der deutschen Konterrevolution. Man lese sein neues „Geschichtswerk“ „Der Berliner Blut-Mai“ (S. 30):

„Was soll am 1. August geschehen? Putsche!!“

Des weiteren denunziert er in seiner Schrift die Parteizeitungen an Grzesinski, um sie, wie die „Rote Fahne“, dem Verbot auszuliefern, was ihm, wie das Verbot des „Klassenkampf“ in Halle beim zweiten Verbot der „Roten Fahne“ zeigt, gelungen ist.

Wenn wir von sozialfaschistischer Politik (Innenpolitik, Außenpolitik usw.) reden, so ist darunter nicht zu verstehen, daß die Sozialdemokratie als führende Partei in den Regierungen eine von der Bourgeoisie unterschiedliche und anders geartete Politik verfolgt. Im Gegenteil: die Sozialdemokratie macht wie jede bürgerlich-kapitalistische Regierung keine andere Politik als die der maßgebenden Trustbourgeoisie. Eine selbständige sozialdemokratische Politik gibt es heute nicht mehr. Auf keinem Gebiet hat die Sozialdemokratie grundsätzlich eine andere Stellung als alle anderen bürgerlichen Parteien. Das bedingt schon die Koalitionspolitik, die keine 24 Stunden ohne restlose prinzipielle Uebereinstimmung mit der Politik der kapitalistisch-imperialistischen Großbourgeoisie denkbar wäre. Die Meinungsverschiedenheiten über alle möglichen Fragen der Staatspolitik sind in den einzelnen bürgerlichen Parteien viel tiefer als in der Regierung, wo doch alle diese Parteien der Großbourgeoisie neben der Sozialdemokratie vertreten sind. Deswegen auch die wehleidigen Klagen der Regierungsmänner bei jeder Regierungskrise über das „unsinnige, verderbliche und nutzlose Parteigezänk“ und der „vernünftige“ Vorschlag Stresemanns, der „unzeitgemäßen Parteienzersplitterung“ ein Ende zu machen und nur noch eine „deutsche Partei“ zu haben.

[385] Gewiß gibt es unter den bürgerlichen Parteien Unterschiede. Jede Partei hat ihre besondere geschichtliche Mission, auf die gestützt sich ihre Existenzberechtigung „erweist“. Wäre dem nicht so, dann wäre das bürgerliche Parteiensystem, die sogenannte bürgerliche Demokratie längst zusammengebrochen. Es findet in dieser Hinsicht eine gewisse Arbeitsteilung bei der Durchführung der kapitalistisch-imperialistischen Staats- und Wirtschaftspolitik statt. Die Rollen sind nach besonderen Eignungen der Parteien verteilt. Die Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, die Henkersrolle gegenüber dem Proletariat, gegenüber der proletarischen Revolution auszuüben. In allen Fragen des Klassenkampfes sind die Sozialdemokraten schärfere und unerbittlichere Feinde der Arbeiterklasse als die Bourgeoisie selbst. Die Bourgeoisie selbst hat natürlich das größte Interesse, die unangenehme Arbeit des Henkers am Proletariat der Sozialdemokratie zu überlassen. Man erinnere sich nur der Katzbalgerei bei der Bildung der Reichsregierung, als das Zentrum darauf bestand, die „undankbare“ Funktion des Reichsarbeitsministers der Sozialdemokratie aufzuhalsen.

Die Arbeiterklasse kann ihre Rechte nur im ständigen, unerbittlichen Klassenkampf verteidigen und erweitern. In diesem Kampf des deutschen Proletariats steht heute nur die Kommunistische Partei auf der Seite der Arbeiterklasse, und nur unter der Führung der Kommunistischen Partei kann heute die Arbeiterklasse ihre Rechte und ihr nacktes Leben verteidigen.

Die Veränderung der Taktik der Kommunistischen Partei im Sinne der Beschlüsse des VI. Weltkongresses auf allen Gebieten des Klassenkampfes bedeutete eine tiefe Veränderung im Verhältnis der Kommunisten zum Reformismus im allgemeinen und zur Sozialdemokratie im besonderen. Der Uebergang der Kommunisten zur selbständigen Organisierung der Wirtschaftskämpfe, die Heranziehung der Unorganisierten als aktive, handelnde Kraft im Klassenkampf, das selbständige und offensive Auftreten der Partei bei den Betriebsrätewahlen, der aktive Widerstand der gegen den Reformismus gerichteten Opposition in den Gewerkschaften, Sport- und Kulturorganisationen des Proletariats gegen die Spaltungs- und Absplitterungstaktik der Reformisten, diese auf alle Gebiete des Arbeiterlebens sich erstreckende Veränderung der revolutionären Kampfestaktik brachte für die betrügerische und arbeiterfeindliche Politik des Reformismus und der Sozialdemokratie die schwerste Belastungsprobe. Durch die offensive, selbständige Politik der Kommunisten mußten sich die Reformisten nunmehr offen und für jeden Arbeiter sichtbar für das Trustkapital gegen die Kommunisten, d. h. gegen die Arbeiterklasse entscheiden.

Solange die Kommunisten mit ihrer Gewerkschaftspolitik im Rahmen der reformistischen Gewerkschaften operierten, streng die Satzungen und Drahtverhaue der bürokratischen Verordnungen

beachteten und [386] sich nicht direkt an die Klasse wendeten, konnte die Illusion der parteipolitischen Neutralität der Reformisten erhalten bleiben. Solange die Kommunisten bei der Verbürgerlichung und dem Hinüberziehen der Arbeiter-Sport- und Kulturbewegung in die bürgerliche, konterrevolutionäre Bewegung keinen aktiven Widerstand leisteten, „um den Kontakt mit den Massen nicht zu verlieren“, konnten die Reformisten ungestraft ihr konterrevolutionäres Gewerbe der Zerschlagung der proletarischen Massenorganisationen und ihrer „Säuberung“ von revolutionären Einflüssen fortsetzen. Aber mit der Aenderung der revolutionären Kampfesstrategie waren den Manövern und der Manövrierfähigkeit der Reformisten unüberwindliche Schranken gesetzt; sie mußten sich vor ihren eigenen Anhängern als Lakaien, als Hilfstruppen des Trustkapitals entlarven.

Anfänglich glaubten und predigten die Reformisten, daß sich die Kommunisten durch ihre neue Taktik von den Arbeitermassen isolieren würden. Die rechten Renegaten des Kommunismus, die Brandleristen, sowie die Versöhnler beteten es den Reformisten nach: „Ultralinker Ruth-Fischer-Kurs – die Partei isoliert sich von den Massen“. Bald aber zeigte sich etwas anderes: Nicht die Kommunistische Partei isolierte sich von den Massen, sondern die Reformisten und Sozialdemokraten erlebten eine immer stärkere Isolierung von den Massen. Die Hauptschichten der Industriearbeiterschaft orientierten sich in dem Maße nach der Kommunistischen Partei, wie diese es verstand, in den Klassenkämpfen und in den Tagesnöten des Proletariats als selbständig handelnde Kraft aufzutreten. Ueberall dort, wo die Kommunistische Partei mit einer selbständigen proletarischen Politik, mit proletarisch-demokratischen Methoden zur Weckung der schöpferischen Kraft der Massen aufgetreten ist, sind die Arbeiter der Partei gefolgt. Ueberall dort dagegen, wo die Partei es nicht verstand, die lebendige Initiative der Massen zu wecken, verharrten die Arbeiter in der Gefolgschaft des Reformismus.

Die verschärfte Kampfestaktik der Kommunisten gegen den Reformismus brachte diesem erhebliche Niederlagen bei, die um so empfindlicher wurden, je mehr sich die Klassenkämpfe verschärften und verbreiterten. Das trieb die Sozialdemokratie in den Gewerkschaften, im Staatsapparat und überall dort, wo sie beherrschend war, zur Anwendung faschistischer Unterdrückungsmethoden gegen die Arbeiterschaft. Die faschistischen Kampfesmethoden wurden die Hauptwaffe der sozialdemokratischen Politik zur Erhaltung ihrer Machtpositionen in der Arbeiterklasse. Der Sozialchauvinismus nahm gleichzeitig auch den Charakter des Sozialfaschismus an. Demonstrationsverbote der sozialdemokratischen Polizeipräsidenten im ganzen Reiche, die Auflösung von RFB-Ortsgruppen durch Sozialdemokraten, Gründung von Rollkommandos beim Reichsbanner, brutale Vergewaltigung der durch demokratische Wahlen gewählten Verbandsdelegationen (Berliner Metallarbeiter u. a.), deren Mandate gegen alle statutarischen Rechte geraubt und der reformisti-[387]schen Minderheit zuerkannt wurden, willkürliche Absetzung der statutarisch von den Mitgliedern gewählten revolutionären Gewerkschaftsleitungen und kommissarische Einsetzung neuer Leitungen durch die obere Gewerkschaftsbürokratie. Die gleichen Vorgänge in den Arbeiter-Sport- und Kulturverbänden; Spaltung der Arbeitermassenorganisationen und Gründung von neuen, rein reformistischen Organisationen, wo die Reformisten in die Minderheit kamen. Der preußische Innenminister, der Sozialdemokrat Grzesinski, erläßt seine „Letzte Warnung“, in der er die Auflösung des RFB, der KPD und aller revolutionären Organisationen ankündigt und das Verbot der kommunistischen Presse ansagt. Der Reichsinnenminister, der Sozialdemokrat Severing, verkündet, daß er bereit ist, mit dem § 48 der Reichsverfassung zu regieren, d. h. mit der offenen Diktatur, mit dem Belagerungszustand. Alle diese Ereignisse, die sich in wenigen Wochen und Monaten abspielten, zeigten die grundlegende Aenderung, die sich in der Sozialdemokratie nach der reaktionär-faschistischen Seite hin vollzog. Und je stärker die Sozialdemokratie nach dieser Seite hin trieb, desto stärker wurde sie von den Rechten, den Deutschnationalen nach rechts gezogen. Die nächsten Etappen auf diesem Wege werden sein: reaktionäre Veränderung des Wahlrechts, Beseitigung der verfassungsmäßigen Rechte des Parlaments, unumschränkte Vollmachten für den Reichspräsidenten, Aufhebung der Ministerverantwortlichkeit vor dem Parlament, Abschaffung des Budgetrechtes des Parlaments und unumschränkte Souveränität des Finanzministers über die Finanzen (Finanzdiktatur) und viele andere solche „Reformen“ nach der Seite des offenen Faschismus.

Nach dieser Entwicklung, die sich in der Sozialdemokratie vollzieht, war es nicht allzu schwer vorauszusehen, daß der Sozialfaschismus zu einem großen Schlage gegen die revolutionäre Vorhut des deutschen Proletariats ausholen würde. Wir haben aus diesem Grunde in einem Artikel „Herr Grzesinski“ (Nr. 7 der „Internationale“) und im Artikel zum Reichsparteitag (Heft 8/9 der „Internationale“) die gegenwärtige Lage eingehend analysiert und auf die Möglichkeiten von Provokationen des Sozialfaschismus hingewiesen.

Die Maikundgebungen sollten nun dem Sozialfaschismus die Gelegenheit zur Provokation des revolutionären Proletariats bieten, um dieses blutig niederzuschlagen und den Einfluß der Kommunisten in den Arbeitermassen zu brechen. Der strategische Plan der Sozialfaschisten bestand darin, durch eine Reihe von Polizeiprovokationen, durch systematische Quälereien, durch ein Blutbad die Arbeiter so aufzureizen, daß sie zum Aeußersten getrieben werden; er war aufgebaut auf der Hoffnung, daß in einer solchen Atmosphäre die Kommunistische Partei zu den äußersten Kampfmethoden provoziert würde, worauf man sie mit allen Bürgerkriegsmitteln blutig niederschlagen, die Partei auflösen, die kommunistischen Zeitungen und Literatur verbieten, die Einrichtungen und das Eigentum der Partei beschlagnahmen und zerstören, die Führung, die Organisationsleitungen verhaften und unter Anklage stellen könnte. Mit dem Be-[388]lagerungszustand, mit Ausnahmegesetzen und -gerichten glaubten die Sozialfaschisten jede revolutionäre Regung des deutschen Proletariats auf lange Zeit hinaus radikal unterdrücken zu können.

Der Sozialfaschismus versuchte eine blutige Provokation des revolutionären Vortrupps des Berliner Proletariats, um so die Kommunistische Partei von den Hauptmassen der Arbeiter zu trennen, besonders im Hinblick auf die Berliner Stadtverordnetenwahlen im Herbst dieses Jahres, wo sein verschwindendes Vertrauen in der Berliner Arbeiterschaft ganz offenkundig werden mußte. Der Sozialfaschist Severing hat das auch ganz offen im Hauptausschuß des Reichstags ausgesprochen, indem er erklärte: „Die Aufgabe des Staates ist es, die Kommunisten von der Arbeiterschaft zu isolieren!“ Der Bankrott der sozialfaschistischen Parteipolitik sollte durch Gummiknüppel, Maschinengewehre und Arbeitermorde aufgehalten und liquidiert werden.

Die Sozialfaschisten arbeiten hier nach bekanntem Muster. Das, was dem Noskiten Hörsing im März 1921 in Mitteldeutschland gelungen ist, glaubten jetzt die Severing, Grzesinski, Zörgiebel in Berlin, wo der kommunistische Einfluß aufs stärkste stieg, wiederholen zu können. War schon das Verbot der Maidemonstration eine unerhörte Herausforderung und Provokation des klassenbewußten Proletariats, so zeigten aber noch mehr die ersten Stunden des 1. Mai, worauf es abgesehen war. wir haben vorstehend geschildert, daß die Bürgerkriegshorden Zörgiebels von allem Anfang an die von den Sozialfaschisten geforderte Zahl von 200 Toten zu erreichen suchten. Schon in den Vormittagsstunden des 1. Mai wurden harmlose Straßenpassanten von den Polizeibestien niedergeschossen. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die Polizei bei diesem Vorgehen nach strikten Anweisungen von oben handelte. So hemmungslos können die verhetztesten Landsknechte nicht morden, wenn sie nicht ausdrücklichen Befehl hierzu gehabt hätten.

Daß dieser vom Sozialfaschismus befohlene Massenmord sich vor allem gegen die Kommunisten richten sollte, geht aus einer Reihe von Tatsachen hervor. Eine der ersten Revolverattacken war die gegen die Rohrlegerversammlung. In Berlin fanden am 1. Mai etwa 30 Gewerkschaftsversammlungen statt. Zörgiebel gab bekannt, daß die Gewerkschaftsversammlungen besonders geschützt seien und die Polizei Anweisung habe, daß niemand beim Besuch oder auf dem Heimwege behindert werde. Alle 30 Versammlungen konnten auch ruhig tagen. Nur in die Rohrlegerversammlung in Kliems Festsälen drang plötzlich ein Polizeikommando ein und eröffnete sofort vom Saaleingang aus ein rasendes Schnellfeuer. Die Erklärung dafür ist einfach die, daß die Rohrleger, die eine Branche des Metallarbeiterverbandes bilden, geschlossen zur Opposition des DMV zählen.

Der größere zweite Feuerüberfall ereignete sich um 13 Uhr auf das Parteihaus der KPD, das etwa 10 Minuten unter Feuer genommen wurde, wobei neben reichlichem Munitionsverbrauch und [389] einer Reihe zertrümmerter Fensterscheiben kein weiterer Schaden entstand. Der dritte große Feuerüberfall geschah dann um 14,20 Uhr in der Kösliner Straße am Wedding, wo man die 24 Häuser, die

diese Straße zählt, unter Trommelfeuer nahm. Ursache? In den 24 Häusern hingen 90 rote Fahnen heraus –, ein ganz besonderer Anreiz für die Mordlust der sozialfaschistischen Kosaken. Diese drei Beispiele genügen wohl, um die unausgesprochenen Absichten der sozialfaschistischen Strafexpeditionen zu charakterisieren. Es ist notwendig, alle diese Einzelheiten festzuhalten, da die Sozialfaschisten jetzt von den Ministerbänken herab behaupten, die Polizei habe erst von der Schußwaffe Gebrauch gemacht, als die Kommunisten Barrikaden gebaut und die Polizei beschossen hätten. Dabei müssen die Sozialfaschisten eingestehen, daß die ersten Barrikaden erst abends um 20 Uhr im Wedding und um 22 Uhr in Neukölln begonnen wurden, nachdem in den Straßen und Wohnungen jener Stadtteile bereits zahlreiche Bewohner getötet und verwundet worden waren. Die Barrikaden, die die Arbeiter zur Abwehr gegen den mörderischen Polizeiterror dann errichteten, sollen nun in die Ursache des blutigen Gemetzels umgelogen werden. Das wird nicht gelingen.

Es ist notwendig, daß die vielen Schilderungen, die in allen möglichen Zeitungen von Augenzeugen der Blutbäder gegeben werden, von der Partei gesammelt und in billigen Massenbroschüren in die breiteste Oeffentlichkeit getragen werden. Je weiter wir die Wahrheit über den sozialfaschistischen Arbeitermord verbreiten, desto kürzere Beine werden die ministeriellen Lügen haben. Zu diesen amtlichen Lügen gehört auch die „Feststellung“ der Severing, Grzesinski und Zörgiebel, daß die Polizei in vier Tagen Arbeitermord 39 mal vom Gummiknüppel und 12 mal von der Schußwaffe Gebrauch machte. Mit 12 Schuß tötete die Zörgiebel-Polizei 23 Menschen und verwundete 150 schwer und einige Hundert leicht. Wahre Kunstschützen, diese Zörgiebel-Garde! Man braucht nur diese einfachen Tatsachen über die Berliner Ereignisse den Massen vor Augen zu führen –, das wird den weiteren Bürgerkriegsplänen des Sozialfaschismus eine Wirkung sichern, die sie nicht erwarten, und besonders auch die starke Waffe der amtlichen, vom Ministertisch aus vorgetragenen Lüge zerstören.

Der Sozialfaschismus entwickelt aber nicht nur die Bürgerkriegsmethoden zur militärischen Niederschlagung der revolutionären Vorhut des Proletariats, sondern kultivierte auch das alte wilhelminische Polizeisystem der agents provocateurs zu einer nie geahnten Blüte. Die Stiebers der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts sind harmlose Waisenknaben gegenüber dem Massenaufgebot der heutigen Polizeistieber, wie sie Zörgiebel am 1. Mai auf die Berliner Arbeiterschaft losgelassen hatte. Ueber 1000 Polizeispitzel in Zivil waren über das ganze Stadtgebiet verteilt. Daß diese übelste aller Polizeieinrichtungen kein größeres Unheil anrichten konnte, war nur der vorzüglich funktionierenden Spitzelabwehr [390] der Partei zu verdanken, die in allen Demonstrationen und Polizeiattacken die Provokateure rasch stellte und häufig mit einer kurzen Abreibung aus den Reihen der demonstrierenden Arbeiter entfernte.

Die politische Taktik und die militärische Strategie, die der Sozialfaschismus in seiner ersten Bürgerkriegsschlacht angewendet hat, erlitt eine erstklassige Niederlage. Das politische Ziel, das sich die sozialfaschistischen Minister und Polizeipräsidenten, die Gewerkschaftsbürokraten und Parteiführer gestellt hatten – die Leitung der KPD zu Kampfesmaßnahmen zu provozieren, die nicht der gegenwärtigen politischen Situation entsprechen –, ist nicht erreicht worden. Ebenso wurde auch die militärische Operation zu einem einzigen politischen Skandal, der beispiellos in der Geschichte ist. Die Kommunisten sollten zur Ader gelassen werden. Die Gelegenheiten hierzu waren gut vorbereitet: Rohrlegerversammlung, Parteihaus der KPD, „Kommunistenquartiere“ in der Kösliner Straße usw. Aber die Kommunisten taten Zörgiebel nicht den Gefallen, ihre Parteibücher an die Mütze zu stecken, und so kam, was kommen mußte: Sozialdemokraten, Reichsbannerleute, alte Frauen, Kinder, wohlgesinnte Bürger, Feinde der Kommunisten wurden die Opfer des sozialfaschistischen Blutgerichts. Daß sogar die charakterlosesten bürgerlichen Zeitungen, die vor dem 1. Mai und am 1., 2. und 3. Mai die blutrünstigste Hetze gegen die Kommunisten und die Berliner Arbeiterschaft betrieben, dann hinterher, als die Massenstimmung auch im „wohlgesinnten“ Kleinbürgertum immer stärker gegen die Methoden der Polizei sich wandte, gegen diese Stellung nahm, ist ein weiterer Beweis für die politische Niederlage, die sich der Sozialfaschismus in seiner ersten Bürgerkriegsschlacht geholt hat. Der Sozialfaschismus, Zörgiebel, hat „gesiegt“ über wehrlose Frauen, Kinder und Bürger. Die Polizei hat den „Feind“ niedergekämpft, der noch voller Illusionen über die gottgewollte Sendung des Sozialfaschismus erfüllt

war. Die Kugeln der Polizeikarabiner zerschossen die Illusionen über die himmlische Wohltat der bürgerlichen Demokratie. Die Maschinengewehre Severings zerschossen in breiten Schichten der Arbeiterklasse die noch vorherrschende Passivität. Das mörderische Feuer der Polizeitruppen richtete sich gegen die politische Basis der Sozialdemokratie. Zu diesem „Siege" gratulieren wir.

Entscheidend aber für den militärischen Mißerfolg des Sozialfaschismus ist die Tatsache, daß trotz des ungeheuren Polizeiaufgebots die Losung des revolutionären Proletariats: „Die Straße gehört der Arbeiterschaft" in vollem Umfange verwirklicht wurde. Die militärischen Bürgerkriegsoperationen der Sozialfaschisten konnten nicht verhindern, daß die Berliner Arbeiterschaft die Straße am 1., 2. und 3. Mai eroberte und in ständig wiederholten großen Massendemonstrationen behauptete. Noch nicht einmal die Straßenzüge, die die Zörgiebel-Garde zu Hauptkampfplätzen der dreitägigen Straßenschlacht machte, konnte sie dauernd behaupten. Immer wieder wurde sie an [391] diesen Stellen durch die Gegenwehr der verzweifelten Arbeiter zurückgeworfen oder .mit Rücksicht auf die eigene Gefährdung zurückgezogen. Die große sozialfaschistische Aktion gegen das Berliner Proletariat und die Kommunistische Partei endete mit einer schweren politischen, moralischen und militärischen Niederlage. Diese Niederlage zu einer tödlichen und endgültigen zu machen, ist jetzt die Aufgabe des deutschen Proletariats, die dieses unter Führung seiner einzigen Partei, der KPD, lösen muß.

## Die Taktik der KPD

Die Taktik der revolutionären Vorhut der deutschen Arbeiterklasse, die Taktik der KPD bis zur Machtergreifung dient der Aufgabe, das Proletariat in seinem wechselvollen Kampfe für die Befreiung aus der Kapitalsknechtschaft zum Siege zu führen. Der revolutionäre Klassenkampf kann erfolgreich nur geführt werden auf dem Boden des revolutionären Marxismus, der die Gesamtentwicklung der Weltlage wissenschaftlich analysiert, die Besonderheiten der ökonomischen, politischen, sozialen Verhältnisse des gegebenen Landes feststellt und entsprechend diesen objektiven Faktoren sowie dem Reifegrad der Massenbewegung jeweils die Kampfesmethoden wählt, die am zweckmäßigsten die Weiterführung der Massenbewegung in der Richtung der proletarischen Revolution ermöglichen.

Die Bedingtheit der Taktik durch die jeweiligen Verhältnisse, unter denen der proletarische Klassenkampf sich abspielt, besagt schon, daß die Taktik der Partei nicht immer die gleiche ist, nicht immer die gleiche sein kann. Sie muß ebenso wie jede Taktik einer operierenden Kriegsarmee beweglich und elastisch sein, sie muß verstehen, die verschiedensten Kampfesformen anzuwenden.

Die Taktik der Kommunistischen Partei kann gut oder schlecht, richtig oder fehlerhaft sein; aber das bolschewistische System des organisatorischen Aufbaus der kommunistischen Parteien, der demokratische Zentralismus, der die Taktik der Partei unter doppelte Kontrolle stellt – Kontrolle durch die Mitglieder und die Arbeitermassen von unten, Kontrolle durch die Weltpartei von oben –, läßt nur vorübergehend fehlerhafte und mangelhafte Taktik in der Partei zu. Die Geschichte, das praktische Resultat korrigiert die Taktik der Partei.

Die Hauptaufgabe der Partei in der gegenwärtigen Periode ist es, die Führung des deutschen Proletariats zu erobern, die Mehrheit und die Hauptschichten des Proletariats für die revolutionären Kampfesmethoden, für die marxistische Strategie auf allen Gebieten des Klassenkampfes zu gewinnen, den Kampf um die kommunistische Hegemonie in der Arbeiterklasse zum endgültigen Abschluß zu bringen. Wir haben im vorigen Kapitel das Wesentliche über diesen Kampf gesagt, so daß an dieser Stelle nur der Abschnitt in diesem Kampfe zu überprüfen ist, der unsere beson-[392]deren taktischen Maßnahmen während der Berliner Ereignisse bestimmte.

Die Berliner Ereignisse kamen für die Partei keineswegs überraschend. In Artikeln, Resolutionen, Richtlinien usw. hatte die Partei die krisenhafte Entwicklung in Deutschland aufgezeigt, die Entwicklung des Reformismus zum Sozialfaschismus dargelegt und festgestellt, was die Entwicklung des Sozialfaschismus. der im Besitze des Staatsapparates ist, für die deutsche Arbeiterklasse im allgemeinen und für die KPD und die revolutionäre Massenbewegung im besonderen bedeutet. Als Severing

im Februar an der Ruhr sein Bekenntnis zur Diktatur ablegte und Grzesinski seine „letzte Warnung“ erließ, sagten wir bereits, daß wir wissen, was wir als Kommunisten vom Sozialfaschismus zu erwarten haben.

Auf die Drohungen des sozialfaschistischen Ministers Grzesinski haben wir in Heft 7 der „Internationale“ nicht nur eine Antwort vom kommunistischen Standpunkte aus gegeben, sondern zugleich auch die augenblickliche politische Lage in Deutschland eingehend analysiert, um die Mitgliedschaft auf die der gegenwärtigen Lage entsprechenden Abwehr- und Kampfmaßnahmen vorzubereiten und einzustellen. Es wurde damals ganz besonders die Frage der akut-revolutionären Situation untersucht und diese Frage für den jetzigen Moment verneint. Danach mußten sich auch unsere Entscheidungen bei den zu erwartenden Zusammenstößen orientieren. Von dieser Grundeinstellung aus haben wir uns bei unserem taktischen Vorgehen in jeder einzelnen Phase des Kampfes leiten lassen, obwohl der Klassenfeind zu Maßnahmen überging, die in der Geschichte nur in akut-revolutionären Situationen auf der Tagesordnung standen.

Die Entscheidung „Was tun?“ gegenüber dem Demonstrationsverbot am 1. Mai konnte nicht zweifelhaft sein, und hier gab es nur eine Antwort – die Antwort, die seit 40 Jahren die Berliner Arbeiterschaft auf alle Verbote der kaiserlichen Polizeipräsidenten gegeben hatte: Demonstrieren trotz Verbot.

Die Partei folgte hier den alten revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung. Rosa Luxemburg schrieb zum 1. Mai 1907:

„Die Maifeier ist ein lebendiges historisches Stück des internationalen proletarischen Klassenkampfes, und deshalb spiegelt sie getreu alle Phasen, alle Momente dieses Kampfes wider.“

Und wie es mit Demonstrationsverboten, Parteiverboten, Polizeiverfügungen und der sogenannten Gesetzlichkeit der herrschenden Klasse gegenüber der Arbeiterklasse in der Vorkriegszeit in der Sozialdemokratie gehalten wurde, dafür gibt es hunderte und tausende Belege, von denen hier nur einige angeführt seien. Bebel erklärte auf dem Mannheimer Parteitag 1908 folgendes:

„Rechte, die wir besitzen, lassen wir uns nicht nehmen, sonst wären wir erbärmliche elende Kerle. (Lebhafte Zustimmung.) Hier ist der Punkt, wo es kein Feilschen und kein Besinnen mehr gibt. Alsdann haben wir [393] allesamt ins Feuer zu gehen und wenn wir auf der Strecke bleiben. (Erneute lebhafte Zustimmung.) ... Wenn die Gegner das versuchen, dann haben sie auch die Konsequenzen zu tragen. Dann sind wir als Männer und Frauen, die ihre Menschenrechte verteidigen, Rechte, ohne die kein Volk mehr existieren kann, gezwungen, alles aufzubieten, um ein solches Attentat zurückzuweisen, koste es, was es wolle.“

Das Protokoll über den Jenaer Parteitag 1905 verzeichnet in der Debatte über den Massenstreik folgende Stelle:

Bebel: „Und schließlich gibt es auch einen Punkt, wo man nicht mehr nach dem Schaden fragen darf. Schiller sagt: ‚Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles freudig setzt an ihre Ehre.‘ Ja, nichtswürdig, erbärmlich ist aber auch die Arbeiterklasse, die sich wie Hundsfötter behandeln ließe, die ihren Bedrängern nicht die Spitze zu bieten wagte. (Stürmischer Beifall.) ... Da kennt ihr die deutschen Arbeiter schlecht, wenn man ihnen das nicht zutraut. (Erneuter Beifall.) Was hätte denn Wolfgang Heine 1880 in Wyden gesagt, als ich den Antrag stellte, das Wort ‚gesetzlich‘ aus unserem Programm zu streichen? Das ist damals einstimmig und ohne Debatte beschlossen worden. (Heine: Mit Recht!) Dann handeln auch wir mit Recht, wenn wir es das nächstemal ähnlich machen. (Sehr gut!) Wir provozieren nicht, wir verteidigen uns ... Sollen wir uns etwa ruhigen Blutes die Haut über die Ohren ziehen lassen? (Lebhafter Beifall.)“

Zur Demonstration trotz Demonstrationsverbot führte der offizielle Referent des Parteivorstandes, Borgmann, auf dem Parteitag in Magdeburg 1910 folgendes aus:

„Was sollte das Volk da tun? Es mußte auf die Straße gehen, es mußte öffentlich demonstrieren (Zustimmung), da es sich ferner nicht als Heloten behandeln lassen will, und wenn dabei die Polizei mit rücksichtsloser Brutalität die Arbeiter in die Enge treiben und von hinten und von vorn attackieren ließ, dann wird das dabei vergossene Blut, dann wird die Blutschuld, dann wird dieses verwerfliche Beginnen ewig auf den Machthabern lasten bleiben. (Lebhafte Zustimmung.) ... Immer ist es (hei den Demonstrationen) ruhig und glatt vonstatten gegangen, wenn nur die Polizei ihre Nase aus dem Spiel ließ. (Sehr richtig!)“

Und endlich zur Frage der „Gesetzlichkeit“, d. h. der Partei- und Zeitungsverbote usw., sagte ein Wahlaufruf 1881:

„Nicht wir haben uns außerhalb des Gesetzes gestellt, sondern das Sozialistengesetz hat dies getan. Keine Partei hat das Recht, eine andere außerhalb des Gesetzes zu stellen, ihr die gesetzliche Existenzbasis zu entziehen. Geschieht das dennoch – und es ist ja schon häufig geschehen –, so hat die geächtete Partei die Wahl zwischen Selbstmord aus Feigheit oder Fortleben dem Gesetz zum Trotz. Natürlich konnte die erstere Alternative nicht in Frage kommen. Und so wählten wir, wie das für jede lebensfähige Partei unter gleichen Umständen selbstverständlich, die zweite Alternative: Wir pfiffen auf das Gesetz. Das ist alles. Weniger wäre unmännlich, unwürdig gewesen.“

Wir glauben, diese wenigen Hinweise genügen, um zu zeigen, daß wir uns mit unserer Politik und Strategie in vollem Einklang mit der besten Tradition der revolutionären Arbeiterbewegung Deutschlands befinden. So wie einst die Sozialdemokratie der Bourgeoisie, so antworten wir heute den Sozialfaschisten: Wir pfeifen auf das bürgerliche Gesetz, wir pfeifen auf eure Verbote! Wir haben es von euch gelernt. Mehr von euch zu lernen, ist nicht zuträglich. Wir erkennen nur eine [394] Gesetzlichkeit an: die revolutionäre Klassengesetzlichkeit, deren unbedingte Diener und Vollstrecker wir sind. Die eisernen Barrikaden der sozialen Entwicklungsgesetze sind stärker und dauerhafter als die Papierkulissen der bürgerlichen Gesetzlichkeit.

Die Losung der Partei: „Straße frei am 1. Mai!“ fand in der gesamten Berliner Arbeiterschaft einmütiges Echo. Zum ersten Male seit 1923 fanden wieder voll besuchte Belegschaftsversammlungen in mehr als 600 Betrieben Groß-Berlins und teilweise wieder direkt in den Betrieben statt, in denen meist einstimmig die vollkommene Arbeitsruhe und die Beteiligung an den von den Kommunisten angekündigten Demonstrationen beschlossen wurde. Die Kommunistische Partei rief zur Wahl von Betriebsdelegationen auf, die in einer Betriebsdelegiertenversammlung ein Mai-Komitee wählten, das die Durchführung der Maidemonstration zu organisieren hatte.

Die immer stärker ansteigende Protestbewegung in den Betrieben glaubten die Sozialfaschisten durch Drohungen mit der schießenden Polizei am 1. Mai dämpfen zu können. Man wollte die Arbeiterschaft einschüchtern. Künstler verkündete seine „200 Toten“, mit denen er die Protestbewegung gegen seine Partei in eine Pogrombewegung gegen die Kommunisten umwandeln zu können glaubte. Der Proteststurm wuchs aber in den Betrieben um so stärker, je mehr der „Vorwärts“ und die bürgerliche Presse Drohungen erließen. Das Maikomitee beschloß, bei einem Blutbad am 1. Mai am 2. Mai mit dem politischen Massenstreik zu antworten. Eine Betriebsdelegiertenversammlung hat diese Losung aufgenommen und beschlossen, sie in erneuten Belegschaftsversammlungen zu diskutieren und zur Abstimmung zu bringen. Hunderte Betriebsbelegschaften haben sich die Losung des politischen Massenstreiks für den Fall eines Blutbades am 1. Mai zu eigen gemacht.

Auf die Bluthetze des „Vorwärts“ und der deutschnationalen Rechtspresse, die eine zynische und offene Aufforderung zum Arbeitermord am 1. Mai betrieb, antworteten unmittelbar vor dem 1. Mai das Mai-Komitee und die Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg mit einem Aufruf an das Berliner Proletariat, in dem ausdrücklich auf den friedlichen, unbewaffneten Charakter der Maidemonstration hingewiesen und die Arbeiterschaft zur Wahrung der proletarischen Disziplin aufgerufen wurde. Da das Stampfer-Papier fortgesetzt über die „Verantwortlichen“ für das von den Sozialfaschisten selbst organisierte Blutbad schrie, haben wir noch einen Tag vor dem 1. Mai in einem Artikel „Unsere Verantwortung“ in der „Roten Fahne“ die Verantwortung auf beiden Seiten scharf abgegrenzt: Dem Sozialfaschismus die Verantwortung für ein Blutbad – uns, den Kommunisten, die Verantwortung dafür, daß die revolutionären Traditionen und Rechte der Arbeiter gewahrt bleiben.

Das Prügeln und das wilde Niederschießen von Straßenpassanten durch die Horden der Polizeibestien den ganzen 1. Mai hindurch in allen Gegenden der Stadt (mit Ausnahme des Westens, der vornehmen [395] Bourgeoisieviertel), in den Arbeitervierteln, aber auch im Zentrum, rief einen ungeheuren Sturm der Erregung und der grenzenlosen Erbitterung der großen Massen der Bevölkerung ohne Unterschied der Parteirichtung und des Standes hervor. Die „wohlgesinnten“, „staatserhaltenden“ Kleinbürger, Handwerker, Kaufleute, freien Berufe usw. räsonierten und schimpften weit mehr als die

Arbeiter. Ueberall, wo sich nur vier bis fünf Menschen auf den Straßen zeigten, rasten die schnellfahrenden Autos der Ueberfallkommandos heran, die Kosaken sprangen ab, prügelten oder schossen. Oft schossen sie auch im Vorbeifahren auf die Straßenpassanten, und nachdem die Menschen weinend und schreiend davongelaufen waren, sprangen die Bestien wieder auf das Auto, fort ging es nach einem andern Ort, wo die wilde Menschenjagd wieder von neuem begann. Noch nie hat die „Staatsautorität", aber auch die Sozialdemokratie, sich selbst so viel Prügel gegeben wie an diesem ersten Maitag.

Diese wilden Menschenmetzeleien haben denn auch gebracht, was sie bringen mußten: die erste ernsthafte Abwehr der drangsalierten und gehetzten Arbeiterschaft. Kaum senkte sich der Abend auf Berlin herab, da entstanden in den Straßen der Arbeiterquartiere Barrikaden. Um 8 Uhr abends wachsen im Wedding, dem Stadtteil Berlins, der das revolutionärste Proletariat beherbergt, die ersten Barrikaden aus der Erde. Um 10 Uhr folgen die Straßen der Arbeiterquartiere von Neukölln nach. Im Norden und im Süden der Stadt, getrennt durch die City, greift das Proletariat zur schärfsten Kampfesform: zur spontanen Erhebung. Dem braven Bürger gruselte es – da gab es keinen Zweifel mehr, das konnte nur das Werk Moskaus sein.

Der dreitägige heroische Straßen- und Barrikadenkampf der Arbeiter im Wedding und in Neukölln soll hier nicht geschildert werden, obwohl die Vorgänge und Erfahrungen bei diesem Kampf von nicht geringer Bedeutung für die Strategie und Taktik des proletarischen Kampfes gegen die Bürgerkriegshorden der Bourgeoisie sind.

Mit dem Beginn der Straßenkämpfe im Norden und Süden der Stadt veränderte sich das Straßenbild in ganz Berlin. Die bestialisch prügelnden und provozierenden Polizisten waren mit einemmal verschwunden, die rasenden Ueberfallautos waren nirgends mehr zu sehen. Vor den abgesperrten Häuser- und Straßenblocks, in denen gekämpft wurde, stauten sich ungeheure Menschenmassen, und keine „Ordnungshüter" fanden sich, um die „Ansammlungen" zu „zerstreuen". Ueber dem gesamten Berliner Proletariat, das mit Erbitterung die Straßen füllte, lag eine große Spannung, die sich immer wieder in lauten Rufen und Forderungen nach Waffen Luft machte. Die Losungen: „Bewaffnung des Proletariats!", „Bewaffneter Aufstand!" lagen in der Luft, lagen auf den Lippen der Berliner Arbeiter!

In dieser Situation hatte sich in der Nacht vom 1. zum 2. Mai die Parteileitung zu entscheiden, welche Losung sie der Berliner und darüber hinaus der deutschen Arbeiterschaft zu sagen hatte. Am Morgen [396] des 2. Mai erscheint das erste Flugblatt der Partei nach Beginn der Straßenkämpfe. In diesem Flugblatt wird das bestialische Arbeitermorden, aber auch die tapfere Gegenwehr der Arbeiter im Wedding und in Neukölln geschildert. Es wird gesagt, wie die Sozialfaschisten das Blutbad von langer Hand vorbereitet und organisiert haben, und dann heißt es:

„Darum, Arbeiter, sofort zusammentreten in den Betrieben und Beschlüsse fassen! Beschließt unverzüglich die Arbeitsruhe! Legt die Betriebe still! Handelt organisiert und geschlossen! Laßt euch nicht auseinandertreiben! Keiner gehe aus der Reihe! Schließt eine eiserne rote Klassenfront!"

Die Partei rief also sofort, zur Unterstützung und zur Entlastung der Arbeiter im Wedding und in Neukölln, die Arbeiterschaft zum politischen Massenstreik auf. Die Partei konnte aber auch an dem nun einmal entfesselten Straßenkampf nicht vorübergehen, ohne den Arbeitern zu sagen, wie weit das revolutionäre Proletariat in diesem Stadium des Klassenkampfes gehen kann und darf. Die Partei stand abermals vor der Entscheidung wie im März 1921. Sollte sie es angesichts der blutigen Provokation der Sozialfaschisten auf den bewaffneten Aufstand, der in keiner Weise vorbereitet und organisiert war, ankommen lassen und die Vorhut blindlings und ohne genügende technische Führung und Organisation handeln lassen wie damals, um von einer gut organisierten und bewaffneten Bürgerkriegsarmee der Sozialfaschisten abgeschlachtet zu werden? Es unterliegt keinem Zweifel: wenn in diesem Augenblick die Parteileitung für den gänzlich unvorbereiteten, spontan aus den Massen heraus wachsenden bewaffneten Aufstand sich entschieden hätte, wären viele tausende, ja einige zehntausende Berliner Arbeiter sofort zum Barrikadenbau und zum entschlossensten Kampf gegen die Polizei in den meisten Stadtvierteln Berlins übergegangen. Statt zehn oder zwölf Barrikaden

wären hunderte entstanden, es wäre ein Kampf entbrannt, den die Polizeitruppen nicht mehr hätten meistern können. Die Folge dieses Kampfes wäre die Wiederholung der Januartage 1919, der Märzkämpfe 1921 gewesen: Reichswehrartillerie, Minenwerfer, Reichsexekution, teilweise physische Vernichtung der revolutionären Vorhut. Vernichtung der Vorhut – gerade in dem Zeitpunkt, wo die proletarischen Hauptmassen eben erst beginnen, noch zaghaft, noch mit vielen Schwankungen und Rückschlägen, der Vorhut zu folgen. Aufstand – ohne das unerläßliche Fundament der bewußten Beteiligung der ganzen Klasse, der Hauptschichten des Proletariats, der Arbeiterschaft der Groß. und Riesenbetriebe, des Verkehrs usw., Aufstand ohne Vorbereitung, ohne Organisation, ohne oder mit nur primitiver Bewaffnung.

Es gab für uns keinen Zweifel, daß der Gegner, der Sozialfaschismus, gerade das haben wollte: uns zum Aufstand zu provozieren. Ja, er hatte alles so eingerichtet und organisiert, daß der Aufstand für die Arbeiter unausweichlich würde. Er hoffte, daß er der Partei, nachdem er an zwei Plätzen die Arbeiter zum Aufstand gezwungen hatte, den Aufruf zum Aufstand gleichfalls aufzwingen [397] könne. Die Parteileitung stand vor einer schweren, verantwortungsvollen Entscheidung. Sie entschied sich für die Massenaktion des politischen Massenstreiks, als Solidaritätsaktion für die Arbeiter im Wedding und in Neukölln, ohne sich zum bewaffneten Aufstand provozieren zu lassen. Das Flugblatt sagte darüber folgendes:

„Die Bourgeoisie und ihre Polizeisozialisten wollten euch zu einer mörderischen Schlacht, zum bewaffneten Aufstand in diesem Moment provozieren. Sie haben diesen Mordplan kaltblütig und seit langen Monaten vorbereitet. Sie wollen euch vor die Maschinengewehrläufe der Panzerautos zwingen, um abermals Hunderte niederzumetzeln und so die proletarische Front niederzuschlagen. Das revolutionäre Proletariat läßt sich durch diese Provokationen nicht überrumpeln. Das Proletariat wählt sich selbst den Augenblick. den es für richtig hält, um den Kampf um die Macht, die bewaffnete Abrechnung mit den Mördern zu vollziehen. Die Losungen der gegenwärtigen Stunde sind: Politischer Massenstreik! Sofortige Stilllegung der Betriebe! Wahl von revolutionären Kampfausschüssen in allen Betrieben zur Durchführung des Streiks! ... Volle Solidarität mit den kämpfenden Arbeitern im Wedding und in Neukölln! Straße frei für die revolutionäre Arbeiterschaft! Es lebe der Kampf um die proletarische Diktatur!“ ...

Dieser Aufruf zeigte klar die politisch-taktische Linie, die die Partei angesichts der ausgebrochenen Kämpfe eingenommen hat.

Trotz der großen Erregung, die in der gesamten Arbeiterschaft vorhanden war, und die über der ganzen Stadt lagerte, trotzdem Zörgiebel am 2. Mai den Kriegszustand über den Wedding und Neukölln verhängte und die „Rote Fahne“ verbot, trotz alledem wurde die Losung des politischen Massenstreiks nur von einer kleinen Schicht von Arbeitern befolgt. In der Hauptsache waren es die Bauarbeiter, die Arbeiterinnen in der Zigaretten-, Schuh- und Textilindustrie, einige kleine Maschinenfabriken. Insgesamt streikten 130 Betriebe mit 25.000 Arbeitern. Aber gerade die Hauptmassen der Arbeiter, die Arbeiter der Metallindustrie, die Groß- und Riesenbetriebe und die Arbeiter in den Verkehrs- und Gemeindebetrieben, die Betriebe also, die dem Streik erst den Massencharakter geben, streikten nicht.

Hierzu müssen wir vor allem erklären, daß es ganz falsch ist, was die Opportunisten verbreiten, daß das „Versagen“ der breiten Arbeiterschichten einen hohen Grad von Passivität der Berliner Arbeiterschaft darstellte, während die Sozialfaschisten jubelnd verkünden, „daß die Arbeitermassen hinter den Gewerkschaftsleitungen und der SPD stehen“. Das eine ist so unwahr, wie das andere verlogen ist. Die seit 1923 nicht mehr vorhandene Versammlungstätigkeit bewies das Gegenteil. Drei, vier und fünf Versammlungen in einer Woche fast in jedem Betrieb, und immer vollzählig besucht, – das bewies die ungeheuer gesteigerte Aktivität der Massen der Berliner Arbeiter auch in den Betrieben, die nicht streikten. Und in allen diesen Versammlungen vollste Sympathie für unsere Partei, – und nur Kommunisten konnten als Redner sprechen. Von den sozialdemokratischen Funktionären in den Betrieben wagte keiner ein Wort zu sagen oder gar die Zörgiebelei und den „Vorwärts“ zu verteidigen. Die mangelnde [398] Streikbewegung zeigte nur, daß der Radikalisierungsprozeß noch nicht jenes stürmische Tempo erreicht hatte, wie es akut revolutionären Situationen eigen ist.

Die Bewegung des politischen Massenstreiks stand im Reich besser als in Berlin, obwohl die Losung zum politischen Massenstreik zunächst nur für Berlin ausgegeben wurde. Bereits in der Frühe des 2. Mai traten in Hamburg Werftarbeiter spontan in den Sympathiestreik für das Berliner Proletariat als Protest gegen die sozialfaschistischen Verbrechen am Proletariat. Diese Werftarbeiter waren (neben den Bergarbeitern an der Ruhr) die ersten im politischen Massenstreik, trotzdem (oder vielleicht gerade weil) diese Arbeiter einen 14 Wochen dauernden Lohnkampf hinter sich hatten. Gleichzeitig traten die Belegschaften einer großen Anzahl von Zechen im Ruhrgebiet in den Sympathiestreik für Berlin. Am 3. Mai folgten eine Anzahl Belegschaften von Betrieben in Chemnitz auf die Losung unserer Partei zu einem halbtägigen politischen Streik. In Halle a. d. S., in Leipzig, in Dresden usw., überall folgten zahlreiche Betriebe der von der Partei herausgegebenen Losung eines befristeten Streiks. Im Reich beteiligten sich daran am 2., 3. und 4. Mai etwa 50.000 Arbeiter, so daß die Gesamtzahl der Streikenden aus Anlaß der Berliner Ereignisse etwa 75.000 betrug. Das ist, gemessen an den Millionenmassen des Proletariats, keine sehr erhebliche Beteiligung, und dennoch war dieser politische Streik seit dem Cuno-Streik 1923 die erste Streikbewegung aus politischen Motiven und als solche immerhin ein günstiges Anzeichen dafür, daß das Proletariat auch für seine politischen Klassenziele zum Streik greift.

Die Partei gab für die Berliner Arbeiterschaft die Losung heraus: Politischer Massenstreik bis zur Einstellung der Polizeiaktionen und des Belagerungszustandes im Wedding und in Neukölln. Die Losung lautete: „Arbeiter, arbeitet nicht unter dem Belagerungszustand und dem Polizeiterror!“

Die Parteileitung stützte sich bei ihrer Beschlußfassung über die Wahl des Kampfmittels erstens auf die politische Notwendigkeit und zweitens auf die Beschlüsse der Betriebsdelegiertenkonferenzen und zahlreicher Betriebe, die bereits vor dem 1. Mai beschlossen hatten, wenn es am 1. Mai zum Blutvergießen komme, am 2. Mai in den politischen Massenstreik einzutreten. Die Losung des politischen Massenstreiks trat also nicht unverhofft und überraschend an die Arbeiter heran. Hier und dort mangelte es an der organisatorischen Vorbereitung, hier und da versagten teilweise die Betriebszellen der Partei, die immer stark unter dem schweren Druck der jahrelangen Verfolgungen, Maßregelungen und schwerster Opfer stehen, was begreiflicherweise in vielen Zellen ein passives Verhalten zur Folge hatte. Die Zermürbungs- und Verfolgungsmethoden gegen die tapfersten und widerstandsfähigsten Arbeiter durch das Unternehmertum, den Staatsapparat und die Gewerkschaftsbürokratie, die aufs engste Hand in [399] Hand arbeiten, sind ein so raffiniertes System des Terrors, daß ihm oft die Stärksten erliegen. Das wirkt sich häufig in unseren Betriebszellen aus und überträgt sich von hier auf die Belegschaften. Unter solchen Verhältnissen und Umständen ist es daher auch erklärlich, daß Fälle vorkommen, wo unorganisierte und sympathisierende Arbeiter in den Belegschaften viel offensiver und entschiedener die Losung der Partei aufnehmen und vertreten als unsere eigenen Genossen.

Aber nicht die Fragen der propagandistischen und organisatorischen Vorbereitung und Durchführung unserer Losungen sollen hier erörtert werden, sondern lediglich die Frage der Rolle der Losungen der Partei im Kampfe des Proletariats. Im entfachten revolutionären Machtkampf, dessen erste Voraussetzung ja ist, daß die Mehrheit des Proletariats oder wenigstens die Hauptschichten, die wichtigsten Teile der Arbeiterschaft der revolutionären Vorhut und deren Beschlüssen und Ratschlägen folgen, erlangen die Losungen der Partei ganz andere Bedeutung als in der Periode, wo die Partei noch um die Mehrheit der Arbeiterklasse ringen muß. In dieser vorbereitenden, mehr propagandistischen Periode haben die Losungen mehr propagandistische, werbende Bedeutung. Niemand erwartet, daß sie unmittelbar von den Arbeitern oder der Partei in die Tat umgesetzt werden. Jeder begreift, daß es sich nur um Werbung, um die Eroberung der Massen handelt. Anders ist es aber, wenn die Massen sich bereits in Bewegung, in Aktion befinden und schon beginnen, als Klasse der Partei zu folgen. In diesem Stadium spielen die Losungen der Partei eine ganz andere Rolle. In den Vordergrund treten jetzt die unmittelbaren Aktionslosungen, sie werden Anleitung und Anweisung für das Handeln der Massen, für das Handeln der ganzen Klasse.

Diese Veränderung des Charakters und der Bedeutung der Losungen stellt aber eine ganze Reihe von Erfordernissen und Voraussetzungen an die Losungen der Partei, die in der früheren Periode der

Propaganda gar keine oder nur untergeordnete Bedeutung hatten. Wohl die wichtigsten der Voraussetzungen für solche Losungen, die der Arbeiterklasse als Richtlinien zum Handeln, also als Aktionslosungen dienen sollen, sind: 1. Die Aufgabe und das Ziel, das die Losung aufstellt, muß im gegebenen Zeitpunkt wirklich lösbar sein und verwirklicht werden können, d. h. also, die Losung muß in den ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnissen, in der objektiven Lage begründet liegen. 2. Die Losung für das Handeln der Arbeiter muß gewissenhaft dem jeweiligen Stande des Kräfteverhältnisses der Klassen und dem Grade der Kampfmöglichkeit und Kampfkraft der Massen angepaßt sein. 3. Die Partei muß genauestens die Stimmungen der Arbeiterschaft berücksichtigen. 4. Die Losungen zum Handeln müssen in ihrer Fassung trotz schlagwortartiger Kürze Ziel, Zweck und Richtung des Handelns angeben und genau so wenig wie der militärische Befehl verschiedenartige Deutungsmöglichkeiten zulassen.

Das Gebot der Stunde heißt jetzt: Organisation! Kurs auf die revolutionäre Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse, [400] Kurs auf die Hauptschichten der Arbeiterklasse, Kurs auf die organisatorische Erfassung dieser Mehrheit und Hauptschichten des Proletariats, Kurs auf Organisierung des revolutionären Vertrauensmännersystems in allen Betrieben, das das Gerippe der Organisation der ganzen Klasse bildet, – das ist das Gebot der Stunde, das ist die große, wichtige Wendung der Partei in der neuen Phase der dritten Periode, das bedeutet die Wendung der deutschen Arbeiterklasse zur proletarischen Revolution!

Diesem Kurs und dieser Wendung hat die ganze Taktik und Strategie unserer Partei in der nächsten Zukunft zu entsprechen. Das ist die große, eindringliche Lehre, die der Sozialfaschismus mit blutiger Schrift durch die Berliner Ereignisse in die Blätter der Geschichte des proletarischen Klassenkampfes in Deutschland eingeschrieben hat. Unsere Taktik muß als Hauptziel die Ueberschrift tragen:

Die ganze Klasse muß es sein!

Die KPD, die Vorhut und Führerin der Arbeiterklasse!

Die Arbeiterklasse die Armee der Revolution!

(Schluß folgt im nächsten Heft.) [401]

## LITERATUR

### *Zum 10. Jahrestag der Kommunistischen internationale*

J. Komor, „10 Jahre KI“. 31 Seiten. 30 Pf.

Christo Kabaktschieff, „Entstehung und Entwicklung der Komintern. – Kurzer Abriß der Geschichte der Komintern“. 173 Seiten. 2,– M. Hoym-Verlag.

Die kleine Broschüre von Komor enthält nur eine kurze Skizze, die die weltgeschichtliche Bedeutung der Komintern, die historischen Bedingungen ihrer Entstehung und die Lage und Aufgaben, wie sie durch den 6. Weltkongreß gekennzeichnet wurden, darstellt. Der dokumentarische Wert der Schrift wird erhöht durch einige interessante Bilder von verschiedenen Weltkongressen.

Ausführlicher und gründlicher ist die Arbeit des Genossen Kabaktschieff. Genosse Bennet schickt „statt eines Vorworts“ einen sehr instruktiven Artikel über die „Lehren des ersten Jahrzehnts der Komintern“ voraus. Die wichtigste Lehre dieses Jahrzehnts, die Notwendigkeit einer bolschewistischen Partei zur siegreichen Durchführung der proletarischen Revolution, wird besonders in den Erfahrungen von 1918/19 und 1923 erläutert. In diesem Zusammenhang werden die opportunistischen Auffassungen, die die Rechten und Versöhnler seit dem 6. Weltkongreß entwickelten, besonders in den Fragen der Stabilisierung und der Rolle des Reformismus treffend kritisiert.

Die Darstellung Kabaktschieffs beginnt mit dem Kommunistenbund und der Ersten Internationale und schildert kurz sowohl die positive Leistung, als such die opportunistische Entartung und den Bankrott der II. Internationale, die Sammlung der Internationalisten während des Krieges in den Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal und die Abgrenzung der Zimmerwalder Linken von den Zentristen. Die Irrtümer Rosa Luxemburgs in den Fragen, in denen sie dem Bolschewismus

entgegentrat, werden nur nebenbei erwähnt, aber nicht näher erläutert, was vom Standpunkt des deutschen Lesers zu bedauern ist.

Die Oktoberrevolution und die in ihrem Gefolge einsetzende revolutionäre Welle in Europa schufen erst die Voraussetzungen für die Massengrundlage der III. Internationale. Genosse K. schildert die Entwicklung der KI vom ersten bis sechsten Kongreß an Hand einer Darstellung der Beschlüsse dieser Kongresse, deren wichtigste Stellen zitiert werden. Eine knappe Analyse der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung und der Kämpfe des Proletariats, aus deren Lehren die Beschlüsse der Weltkongresse resultieren, gibt den historischen Hintergrund, der die Geschichte der kommunistischen Weltpartei erst verständlich macht. In diesem Zusammenhang werden auch mit Recht ohne Beschönigung die Fehler der jungen kommunistischen Parteien dargestellt, die Fehler der ungarischen Partei 1919, der deutschen, bulgarischen und polnischen 1923, der chinesischen 1926. Uns scheinen dabei einige wichtige Kämpfe der jüngsten Zeit zu kurz gekommen zu sein, so der General- und Bergarbeiterstreik 1926 in England, der Aufstand in Wien 1927 und der mißglückte Rote Tag in der Tschechoslowakei 1928. Doch mag das darin begründet sein, daß das 8. und 9. Plenum und der 6. Weltkongreß nicht in den Rahmen der Darstellung einbezogen wurden. Etwas ungenügend ist auch die Darstellung der ultralinken Abweichungen, des Trotzkismus, der objektiven Ursachen ihres Auftretens und des ideologischen Gehalts dieser Richtungen. Auch wäre es zweckmäßig gewesen, die Organisationsprinzipien der Komintern und ihren Gegensatz zu den „Prinzipien“ der II. Internationale schärfer hervorzuheben. Die Klarheit als Voraussetzung der Einheit, die internationale Disziplin, die allein die Einheit der internationalen Aktion ermöglichen, die führende Rolle der russischen Partei, als der im revolutionären Kampf erfahrensten Sektion, die leninistische Theorie als Grundlage der gesamten Praxis der Komintern, all dies sollte man ausführlicher entwickeln, weil diese Punkte, die die Stärke unserer Weltpartei ausmachen, von den Demagogen des Reformismus und den Renegaten des Kommunismus zu verlogenen Angriffen gegen uns ausgenutzt werden. Trotz dieser Lücken, die wohl durch den Umfang der Broschüre bestimmt sind, bietet die Schrift von K. einen guten Leitfaden für das Studium der Geschichte der Komintern und wird der Partei auch bei ihrer Schulungsarbeit wertvolle Dienste leisten. Lz.

### *Sozialdemokratische Geschichtsschreibung*

Die heutige Sozialdemokratie zeigt in allem, was sie tut und treibt, ihre politische Verkommenheit ob es sich nun um die Bewilligung von Panzerkreuzern handelt oder um das Verbot von Maidemonstrationen – immer sind die Epigonen Wilhelm Liebknechts und August Bebels die Verteidiger des neudeutschen Imperialismus. Dieser Praxis entspricht auch ihre Theorie, die mit Sozialismus, mit Marxismus auch nicht das geringste mehr zu tun hat. Besonders kraß zeigt sich die theoretische Verbürgerlichung der heutigen Sozialdemokratie auch in ihrer Geschichtsschreibung.

Die gutbürgerliche Linie der Herren Vollmar und Bernstein, dieser Väter des Revisionismus, wird hier mit aller Konsequenz fortgeführt. Eduard Bernstein zeigte seine politische Verkommenheit, seine Verbürgerlichung zuerst an der Schändung der Junikämpfer von Paris. Georg von Vollmar, den man einst den ungekrönten König von Bayern nannte, schämte sich nicht, auf dem Stuttgarter Parteitag von 1898 zu erklären, die Kommunekämpfer von 1871 würden besser getan haben, wenn sie, anstatt zu kämpfen, geschlafen hätten. Diese Linie wurde dann durch Kautsky in seinem [402] „Terrorismus und Kommunismus“ und durch Conradis „Reichsgründung und Kommune“ zu einer gewissen Vollendung gebracht. Conradi bekam es hier fertig, nicht nur (bei der Wiederherausgabe) Engels’ „Gewalt und Oekonomie bei der Herstellung des neuen deutschen Reiches“, sondern auch Marxens glänzendste Streitschrift zur Verteidigung der von aller Welt beschimpften Kommunekämpfer, „Der Bürgerkrieg in Frankreich“, ins Plattbürgerliche umzufälschen.

Conradi ist der Meinung, die Marxsche Verteidigung halte heute keiner – will sagen bürgerlichen – Kritik mehr stand, so z. B. ist dem Herrn Conradi die Empörung der Pariser Arbeiter vor der Kommune über den Verrat des Krautjunkerparlaments in Bordeaux „unvernünftig“, die Befürchtungen der Bevölkerung von Paris um den Bestand der eben errichteten Republik übertrieben. Die Pariser Arbeiter, denen Thiers, der Präsident der Krautjunkerrepublik, ihre selbst angeschafften Geschütze

nehmen wollte, hatten nach Conradi an diesen Geschützen „kein Eigentumsrecht“. Thiers, der damalige Noske, erhält bei Conradi in allem recht: es konnte eben „die augenblickliche Anarchie nicht länger geduldet werden“. Die Erschießung der Generale Thomas und Lecomte durch ihre eigenen Leute nennt Conradi „einen sehr üblen Blutfleck“.

Wie Vollmar schon 1898 in Stuttgart, so fragt Conradi 1920, ob die Kämpfer der Kommune nicht besser getan hätten, „sich ihrer Sache zu erhalten“, d. h. nicht zu kämpfen.

In diesem Geiste sind auch die neueren Geschichtswerke der Sozialdemokratie gehalten. Da schreibt z. B. der „linke“ Sozialdemokrat Lipinski ein zweibändiges Werk über: „Die Sozialdemokratie von ihren ersten Anfängen bis zur Gegenwart.“ Der erste Band schildert die Entwicklung der Sozialdemokratie bis zum Einigungskongreß in Gotha. Man muß sagen: eine Neuauflage von Mehrings Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, ja auch eine unverbesserte, wäre sehr viel besser gewesen als dies Machwerk des Herrn Lipinski, wo dem Leser nicht nur ein schamloses Plagiat aus Mehrings Werk geboten wird – das wäre noch das Harmloseste gewesen –, es ist obendrein noch ein gefälschter Auszug aus Mehrings Werk. Außerdem gibt Herr Lipinski nirgends an, daß er Mehring einfach abgeschrieben hat. Gewiß, L. hat auch sozusagen aus Eigenem etwas beigetragen, aber das ist denn auch danach. So behauptet L., „Das Elend der Philosophie“ sei von Marx und Engels gemeinsam verfaßt worden und zeigt damit einmal, daß er das Werk nicht in der Hand gehabt haben kann, und zum andern, daß er Mehrings Marx-Biographie ganz oberflächlich durchgeblättert hat. Mehring spricht im 4. Kapitel davon, daß Marx in dieser Schrift die entscheidenden Gesichtspunkte des historischen Materialismus zuerst entwickelt habe und weiter, daß Engels an der Herausarbeitung des historischen Materialismus seinen Anteil habe. Das hat Herrn Lipinski dazu verführt, von Engels' Mitarbeit am „Elend der Philosophie“ zu schwätzen und sich so zu blamieren.

Das aber ist noch nicht das Schlimmste an der Sache. Wesentlicher ist schon, daß dieser „linke“ Sozialdemokrat sich in seiner politischen Auffassung keineswegs von den anderen Reformisten unterscheidet. Das ist schon im ersten Band festzustellen, zeigt sich aber noch deutlicher beim zweiten.

U. a. sagt L. an einer anderen Stelle: Wilhelm von Doorn läßt sich „vom preußischen Volk durchfüttern“. Hier verschweigt L., daß eben die Sozialdemokratie dieses Durchfüttern auf Kosten der arbeitenden Massen durch ihre Politik überhaupt erst möglich macht.

Bernstein ist nicht nur deshalb, weil er in London lebte, „fern von den Tageskämpfen in Deutschland“, zum Revisionisten geworden, wie es uns L. glauben machen will. Er wurde es vielmehr deshalb, weil er eben nie ein wirklicher Marxist war und nur mit Hilfe von Engels einigermaßen bei der Stange gehalten werden konnte, wenn es nur sein Aufenthalt in England gewesen wäre, der ihn zum Reformisten machte – warum sind dann Marx und Engels keine geworden?

Auch die Art und Weise, wie L. davon spricht, daß Brentano einmal erklärt habe, Bernstein „habe in der glänzendsten Weise alles bestätigt, was die bürgerlichen Oekonomen gegen den Marxismus einwandten“, ist darauf berechnet, den Leser irrezuführen. Denn daß Bernstein nur die bürgerlichen Oekonomen nachbetete, war ja nicht nur eine Behauptung Brentanos, sondern eine offenkundige Tatsache, die die schwankenden Gestalten der „linken“ Sozialdemokraten vertuschen wollen. Ja, der Nationalsoziale Friedrich Naumann bezeichnete einmal den Bernstein als seinen vorgeschobenen Posten in der sozialistischen Arbeiterbewegung.

Bei der Schilderung der Auswirkungen der ersten russischen Revolution von 1905 vergißt L. ganz, die Stellung der Revisionisten zur russischen Revolution zu schildern, und das ist natürlich kein Zufall. Er erwähnt kein Wort davon, daß diese es ablehnten, aus ihr etwas für die deutsche Arbeiterbewegung zu lernen, und daß sie ganz unverhohlen ihre Freude darüber ausdrückten, als die russische Revolution Ende 1906 niedergeschlagen war.

Was L. dann über die Maifeier sagt, läuft einmal auf eine offene Verteidigung der reformistischen Saboteure der Maifeier hinaus, so wenn er von den Störungen der gewerkschaftlichen Lohnbewegungen durch die Maifeier spricht. Der Züricher Beschluß von 1893, der es den sozialdemokratischen Parteien zur Pflicht machte, für Arbeitsruhe am 1. Mai zu sorgen, macht dem tapferen Lipinski noch

heute Sorgen, denn er „hätte die Parteien in die schwierigste Situation bringen können“. Auch die schmähliche Haltung der Gewerkschaftsführer in der Generalstreikdebatte auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß von 1905 wird von L. liebevoll entschuldigt. Das Protokoll der Geheimkonferenz vom 16. Februar 1906, auf dem Parteivorstand und Generalkommission hinter dem Rücken der Arbeiterschaft den Massenstreik als Waffe in den Wahlrechtskämpfen ablehnten, hätte nicht veröffentlicht werden dürfen, denn es war ja nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt – von den Instanzen nämlich, vergißt L. hinzuzufügen. Daß Rosa Luxemburg und viele andere wirkliche Linke damals dagegen protestierten, darüber braucht Herr L. seine [403] Leser nicht aufzuklären; sonst könnten sie am Ende merken, was für ein „Linker“ er ist.

Die wirkliche Bedeutung des Mannheimer Beschlusses von 1906, der eine Kapitulation des Parteivorstandes vor der Generalkommission enthält, sieht L. nicht, oder er will sie vielmehr als Reformist nicht sehen. Kein Wunder daher auch, wenn L. an der damaligen zweideutigen Politik des sozialdemokratischen Parteivorstandes in der Kolonialfrage nichts auszusetzen findet.

Die vom Parteivorstand und der Generalkommission gemeinsam betriebene Unterdrückung der selbständigen Jugendorganisationen wird gleichfalls dem Leser unterschlagen. Das schändliche Stichwahlabkommen mit den Liberalen von 1912, die bewußte Sabotage der Wahlrechtsdemonstrationen von 1910 sind ebenfalls Dinge, die ein sächsischer „Linker“ seinen Lesern nicht zu schildern braucht.

Alles in allem ist das Werk von L. lediglich ein Beweis dafür, bis zu welchem Grade politischer Verkommenheit sich die heutige Sozialdemokratie in ihren „linkesten“ Führern entwickelt hat.

Ein anderes Machwerk von Lipinski ist die Broschüre „Dokumente zum Sozialistengesetz“. Auch hier das Bestreben, Wichtiges zu vertuschen und die Erste Internationale in ihrer wirklichen Bedeutung herabzusetzen. In der Gegenüberstellung des „alten Polizeistaates“ zum heutigen „Volksstaat“ zeigt sich wieder, wie in allen grundsätzlichen Fragen rechte und „linke“ Sozialdemokraten auf demselben Boden stehen.

Ein anderer „linker“ Sozialdemokrat, Wilhelm Bock, hat sich, wie er im Vorwort sagt, von seinen Freunden breitschlagen lassen, eine kleine Schrift „Im Dienste der Freiheit, Freud und Leid aus sechs Jahrzehnten Kampf und Aufstieg“ herauszubringen. wenn ein alter Gewerkschaftsführer, der sechzig Jahre lang im Dienste der Arbeiterbewegung stand, in seinen Erinnerungen kramt, so könnte wohl etwas Gutes für die jüngere Generation dabei herauskommen – falls nämlich ein solcher Mann auf dem Boden des Marxismus geblieben wäre. Das aber ist auch bei Bock nicht der Fall. Als Bock noch ein revolutionärer Arbeiter war, wußte er den Polizeibrutalitäten oft recht wirkungsvoll zu begegnen. Geheime Organisationen, unter der Flagge von Kegelklubs, Gesangvereinen oder sogar Tanzkränzchen wurden gegründet und für die Zwecke der Sozialdemokratie ausgenützt. Der alte Bock aber, der keinen Hauch marxistischen Geistes sich gerettet hat, beschwert sich bitter darüber, daß man in der Revolutionszeit ihm zugemutet hat, daß er „für Karl Liebknecht Landestrauer anordnen sollte. Ich sollte Ebert energisch entgegentreten“. Wie konnte man vom alten Bock solche Sachen verlangen wie, daß er „die Räterepublik nach besten Kräften fördern, für die Weltrevolution eintreten sollte“. Dafür aber versichert Bock seinen gläubigen Lesern: „Es wäre noch viel mehr erreicht worden, wenn nicht die Kommunisten das organisierte Proletariat gesprengt und geschwächt hätten.“

Kampfmeyer und Altmann zeichnen verantwortlich für das Werk: „Vor dem Sozialistengesetz, Krisenjahre des Obrigkeitsstaates.“ Hier stoßen wir wieder auf die Linie Vollmar-Bernstein. Die Verfasser können, so gern sie es möchten, nicht gut leugnen, daß der junge Bebel rückhaltlos die Pariser „Kommunards“ verteidigt hat, ganz im Sinne von Karl Marx. Wenn das auch nicht gut geht, so wissen die Herren andern Rat. Man höre nur: „Er (Bebel) meinte nicht etwa, die durch ganz bestimmte geschichtliche Ursachen bedingte Pariser Rebellion des Proletariats und des Kleinbürgertums sei die typische Form der sozialistischen Arbeiterklassenbewegung überhaupt, er sah in ihr nur (!) eine historische Phase des allgemeinen proletarischen Klassenkampfes ...“ „Verleumder der Sozialdemokratie“ sind die Leute, die etwa anderer Meinung sind. Heute, zwölf Jahre nach der Errichtung der proletarischen Diktatur in Rußland, der die Pariser Kommune als Vorbild

diente, darf ein Sozialdemokrat die wirkliche Bedeutung der Kommune, die ein Marx sofort klar erkannte, nicht zugeben. Das würde ihn in Widerspruch bringen zur sozialdemokratischen Staatsauffassung, diesem Sumpfboden der heutigen sozialdemokratischen Politik.

Wenn die Reaktion im damaligen deutschen Reich von 1878 die Sozialdemokratie als eine staatsgefährliche Partei behandelt, reden die Verfasser von „einem wahrhaft erschreckenden Zerrbild von der sozialdemokratischen Bewegung". Die deutsche Sozialdemokratie habe „die schwerste Krise im preußisch-deutschen Reiche hervorgerufen, eine Krise, die erst in unsern Tagen zur Lösung führte". Die Arbeiter in den Betrieben werden darüber allerdings eine andere Meinung haben, wie die Betriebsratswahlen und das Verhalten der Arbeiter zur Maifeier sehr deutlich zeigt.

Um kein Haar besser ist das Werk, das P. Kampfmeyer zur alljährigen Wiederkehr des Inkrafttretens des Sozialistengesetzes erscheinen ließ: „Unter dem Sozialistengesetz." In einem Punkte hat der Verfasser allerdings nur allzu sehr recht: daß nämlich dem Leser des Buches „der eigenartige Charakter der Sozialdemokratie aufgehen" werde. Jede Spur einer revolutionären Gesinnung wird mit flinken, aber unsauberen Fingern entweder gefälscht oder einfach geleugnet. So auch das Braunschweiger Manifest, von dem K. sagt: „Man brauchst selbstverständlich nicht auf den Text ... zu schwören."

Auch in diesem Buche ist von dem entstellten Bilde der Sozialdemokratie die Rede, womit gemeint ist, daß die damalige Sozialdemokratie dem Staate gar nicht gefährlich gewesen sei. Die Regierung hat nur den eigenartigen Charakter der SPD nicht verstanden: „der Sinn der sozialdemokratischen Bewegung ... ist der Regierung nicht aufgegangen", sagt Herr Kampfmeyer; es war eben alles nur ein Irrtum. K. verleugnet damit natürlich den wahren Charakter der alten Sozialdemokratie und muß das vom Standpunkt der heutigen SPD auch tun. Schamlos ist auch die Kapitelüberschrift: „Gegen die ‚revolutionäre' Sozialdemokratie". Das, was bei der alten SPD trotz alledem noch revolutionär war, ist dem ehemaligen „Jungen" von 1890 einfach blanquistisch, wobei der heutige Reformist unter Blanquismus natürlich nur Putschismus verstehst.

Daß die SPD in längst verklungenen Tagen sogar für die russischen „Zarenmörder" eingetreten ist, kann zwar auch [404] nicht geleugnet werden, aber man kann das dann immerhin mit der Jugendlichkeit der damaligen Partei erklären: „Der ‚Sozialdemokrat' brachte seine Genugtuung über die ‚Hinrichtung' des Zaren gar zu stürmisch zum Ausdruck." Wenn etwa gar zur Begrüßung russischer Terroristen eine Resolution beschlossen wird wie 1881 in Chur, dann kommt ihr „keine bindende Kraft" zu.

Wie können Leute, denen heute jeder Streik unangenehm ist, sich damit abfinden, daß 1884 ein Polizeiminister Puttkamer die sozialdemokratischen Führer als „gewissenlose Streikhetzer" „ganz wahrheitswidrig" beschuldigte?

Darüber, daß Eduard Bernstein in seinem neuesten Buche „Sozialdemokratische Lehrjahre" kein Wort von der Marxschen Kritik am Gothaer Programm von 1875 erwähnt, wird man sich nicht weiter wundern. Die in der ganzen Arbeiterbewegung der achtziger Jahre herrschenden Ansichten von dem nahen Zusammenbruch des Kapitalismus stellt B. hin als Ansichten, die nur Bebel vertreten habe. Freilich, dem Fälscher von Engels' Vorwort zu Marx' „Klassenkämpfen in Frankreich" mag es nicht leicht fallen, zuzugeben, daß auch Engels und viele andere diese Ansichten damals durchaus teilten.

Das Tollste der neusten sozialdemokratischen „Geschichtsschreibung" ist aber „Die Geschichte des deutschen Volkes vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis zur Gegenwart" von Fritz Wuessing, das von den Gewerkschaften und vom ADGB als das „Weihnachtsbuch des deutschen Gewerkschafters" angepriesen wurde. Gewiß, wer sich daran erinnert, daß der ADGB seinerzeit ganz offiziell die Bibel vertrieben hat, den kann auch die Empfehlung des Wuessingschen Werkes nicht überraschen, das sich nicht im mindesten von dem Erguß irgendeines liberalen Professors unterscheidet. Wenn nun gar solche Leuchten bürgerlicher Dichtung wie Th. Mann, W. v. Molo das Werk Wuessings warm empfehlen, wie kann der ADGB da zurückstehen?

Greifen wir ein paar Stellen aus dem Buche Wuessings heraus, um zu zeigen, wie der „überzeugte Republikaner und Sozialist“ Wuessing Geschichte schreibt. An wohl einem Dutzend Stellen wird die staatsmännische Begabung der Hohenzollern beim „Aufbau ihres Staates“ über den grünen Klee gelobt. Wenn wir so etwas lesen, dann verstehen wir „die warme Zustimmung, die die Arbeit in allen Lagern der Parteien gefunden hat“, schon besser. Wie irgendein Treitschke, so spricht auch Wuessing von den Verschwendungen und dem Despotismus der „anderen deutschen Territorialstaaten“, als wenn er von den Schandtaten der Hohenzollern nie etwas gehört hätte. Der Mann, von dem die deutschen Gewerkschaftsführer behaupten, daß er „das Volk als Träger der Geschichte“ aufmarschieren lasse, redet immerfort von den genialen Staatsmännern, die die Geschichte gemacht hätten. Nach Wuessing zeigten die Marxisten „einen sicheren politischen Instinkt, wenn sie den Klassenkampfgedanken in der Jugendzeit der sozialistischen Bewegung so überscharf herausarbeiteten. Freilich trieben sie damit die Entwicklung oft hart bis zur Zersetzung des Volksganzen vor“. Das ist der Standpunkt, wie er allen liberalen Historikern eigen ist, und ein solches Werk wird offiziell den Gewerkschaftsmitgliedern als Weihnachtsgeschenk empfohlen! Aber hören wir weiter.

Man vergleiche einmal den folgenden Satz mit dem, was Marx und Engels über denselben Gegenstand schreiben: „In der Paulskirche war der geistige Adel deutscher Nation versammelt. Nie wieder war ein Parlament von so feinem Kulturwillen und solch seelischer Beschwingtheit erfüllt.“ Dieser Herr Wuessing schämt sich nicht einmal, irgendeinen bürgerlichen Geschichtsschreiber wie E. Brandenburg gegen Karl Marx ins Feld zu führen.

Das Bürgertum hatte 1848 versagt, aber: „Einer war da, der Genie genug besaß, diese neuen preußischen und europäischen Machtverhältnisse richtig abschätzen zu können: Otto von Bismarck“, sagt Herr Wuessing, der Republikaner und Sozialist.

Herr Wuessing nimmt auch das Kommunistische Manifest aufs Korn: „Es überrascht durch seine genialischen Konzeptionen die gebildete (!) Welt trotz seiner Einseitigkeit und seines Dogmatismus.“ Das könnte ganz so auch ein Werner Sombart geschrieben haben. Nach der Ansicht dieser Leute ist das Kommunistische Manifest eine Speise für Feinschmecker, für das Volk aber – Kaviar, wovon es doch nichts versteht.

Der „überzeugte Sozialist und Republikaner“ Wuessing schreibt vom Erfurter Programm, daß es „im Sinne des Marxismus fanatisch (!) die Forderung des Klassenkampfes und der internationalen Solidarität bekannt ...“ habe. Die Führer der damaligen Sozialdemokratie waren „Fanatiker und Dogmatiker“, aber „verachten wir die Blinden nicht, die Dogmatiker, die Fanatiker ... Wer wäre den sozialdemokratischen Führern gefolgt, wenn sie nicht ... hätten ‚beweisen‘ können, die bürgerliche Ordnung ... sei an allem schuld, und sie hätten Balsam für alle Wunden.“

Wenn in Bayern 1870 die Klerikalen gegen die Kriegskredite stimmten, so war das genau dasselbe wie Bebels und Liebknechts Abstimmung – sagt wenigstens Herr Wuessing.

Auch über die Revolution hat uns Herr Wuessing etwas zu sagen. So zum Beispiel: Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, „von fanatischer Blindheit aufgestachelt, waren als Führer des Spartakusbundes der Schrecken von Groß-Berlin“, womit also ihre Ermordung von neuem von sozialdemokratischer Stelle als gerechtfertigt hingestellt wurde und das in einem Werke, das vom ADGB offiziell empfohlen wurde!

Es ist nicht möglich, im Rahmen einer kurzen Besprechung auch nur den gröbsten Unsinn dieses „sozialistischen“ Historikers zu beleuchten. Diese wenigen Beispiele mögen genügen. Sie zeigen jedenfalls ebenso wie die aus den vorher genannten Werken, daß die heutige Sozialdemokratie nicht nur in ihren Handlungen, sondern auch in ihrer Theorie und Geschichtsbetrachtung völlig verbürgerlicht ist und mit ihrer revolutionären Vergangenheit nichts mehr gemein hat. H. Farwig.

[405]

**Die Internationale**
**Jahrgang 12 ∗ Berlin, den 1. Juli 1929 ∗ Heft 13**

## Von Dawes zu Owen Young

Von Paul Braun

Wie der Dawes-Plan im Jahre 1924 nach den ökonomischen und politischen Konvulsionen der ersten Nachkriegsjahre eine neue Phase der internationalen Beziehungen in der Weltpolitik einleitete, so steht auch der von den „Sachverständigen" des Finanzkapitals in Paris nach mehr als viermonatigen Verhandlungen vereinbarte Young-Plan an einem markanten geschichtlichen Wendepunkt.

Der Dawes-Plan war seinem politischen Inhalt nach ein zeitweiliges Kompromiß, das die imperialistischen Sieger des Weltkrieges auf dem Rücken des deutschen Proletariats abgeschlossen hatten, um den Aufschwung der proletarischen Revolution in Deutschland einzudämmen und niederzuschlagen. Seine Grundlage war eine gewisse relative Kooperation des amerikanischen und britischen Finanzkapitals, sein unmittelbarer Zweck die ökonomische und politische Konsolidierung Europas, um auf diese Weise der sozialen Revolution einen Riegel vorzuschieben und die Voraussetzung zu schaffen für eine größtmöglichen Profit bringende, vorwiegend amerikanische Kapitalinvasion nach Deutschland.

Die amerikanisch-englische Zusammenarbeit wurde dadurch ermöglicht, daß die heute mehr oder weniger ausgereiften Gegensätze der beiden anglosächsischen Rivalen damals noch unentwickelt waren, die englisch-französischen Gegensätze dagegen infolge der imperialistischen Husarenritte des französischen „Verbündeten" in jener Zeit sich fast zu einer akuten Kriegsgefahr zuzuspitzen drohten. Die gemeinsame Aktion der amerikanischen und britischen Imperialisten legte dem expansionslüsternen und beutegierigen französischen Störenfried, der durch seine Raubzüge das ganze kapitalistische Europa an den Rand des Untergangs brachte, Zügel an und schuf so die Voraussetzung für einen ökonomischen und politischen Wiederaufstieg Deutschlands innerhalb der durch die Interessen der „Sieger" gezogenen Schranken.

Inzwischen hat sich das Weltbild gründlich geändert. Infolge der allgemeinen Verschärfung des Kampfes um den Weltmarkt und der durch den Dawes-Plan in ihren Auswirkungen noch vertieften Ungleichmäßigkeit der kapitalistischen Entwicklung in den führenden imperialistischen Ländern sind die zentralen, entscheidenden Antagonismen ausgereift und in den Vordergrund getreten und haben allen untergeordneten, vorübergehenden, mehr oder weniger lokalen Gegensätzen ihre Stellung angewiesen und die eigene Entwicklungsrichtung aufgezwungen.

[406] Mit der immer schärfere Formen annehmenden Zuspitzung des englisch-amerikanischen Gegensatzes ist eines der wichtigsten Dogmen des reformistischen Glaubensbekenntnisses, dessen Kernpunkt: das Zusammengehen Englands mit Amerika, der „pazifistischen Aera" von 1924 das Gepräge gab, hoffnungslos zusammengebrochen.

Die Rivalität zwischen dem alten imperialistischen England und dem jungen kapitalistischen Koloß jenseits des Ozeans, die in den ersten Nachkriegsjahren unter den durch den Ausgang des Weltkrieges selbst geschaffenen spezifischen Bedingungen (zunehmende Verschärfung des englisch-französischen Kampfes um die Hegemonie in Europa und äußerste Zuspitzung des deutsch-französischen Gegensatzes bis zum elementaren Ausbruch des Ruhrkrieges) und angesichts der revolutionären Krise, die das ganze kapitalistische Europa bedrohte, vor den allgemeinen Interessen des Kapitalismus zurücktrat, wuchs sich in den folgenden Jahren zu einem universalen Kampf um die Beherrschung der Welt aus.

Die ökonomische Grundlage dieses Kampfes der Titanen ist die fortschreitende Verengung des Weltmarktes, der unter den Bedingungen des monopolistischen Kapitalismus ins Maßlose gesteigerte Konkurrenzkampf um Beteiligungsquoten und Absatzmärkte, die wachsende Diskrepanz zwischen der Produktionskapazität der kapitalistischen Länder und der Aufnahmefähigkeit der Märkte und die durch die Ungleichmäßigkeit der kapitalistischen Entwicklung bedingten Widersprüche.

In dem Maße, wie der Kampf um den Weltmarkt an Intensität und Umfang wächst, erhebt sich vor den Imperialisten immer dringlicher die Frage der „Erschließung" neuer Absatzmärkte, Rohstoffquellen

und Kapitalanlagemöglichkeiten, um einen, wenn auch nur provisorischen, Ausweg aus den Schwierigkeiten zu finden. Aber hier stößt der Kapitalismus auf von ihm selbst errichtete Schranken. Die ganze Welt außerhalb der Sowjetunion ist bereits unter die kapitalistischen Großmächte aufgeteilt. In den „Einflußsphären" der einzelnen Mächte prallen die Interessen der ursprünglichen Beherrscher und ihrer Konkurrenten immer heftiger aufeinander. Der Kampf um die Neuaufteilung der Welt ist in vollem Gange.

Die gegenwärtige Weltlage unterscheidet sich jedoch von der Lage vor 1914 dadurch, daß ein gewaltiges Gebiet, das etwa ein Sechstel der Erdoberfläche umfaßt, aus dem Ring der kapitalistischen „Weltwirtschaft" ausgebrochen ist und einen noch nie dagewesenen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt – allerdings in Bahnen, die den Interessen des Kapitalismus diametral entgegengesetzt sind.

Die Sowjetunion bedeutet nicht nur durch ihre Existenz selbst eine Verengerung der Basis der kapitalistischen Ausbeutung, sie bedroht den Kapitalismus gleichzeitig, indem sie, unter teilweiser, begrenzter Ausnutzung kapitalistischer Kräfte, auf dem Wege des sozialistischen Aufbaus und der allmählichen Beseitigung der Disproportion zwischen Industrie- und Agrarproduktion schrittweise sich einer wirtschaftlichen Autarkie nähert, die sie völlig unabhängig macht von ihrer kapitalistischen Umgebung.

Der beschleunigte allseitige Industrialisierungsprozeß, der sich gegenwärtig in der Sowjetunion unter der Losung: „Die kapitalistische Weltwirtschaft einholen und überholen!" vollzieht, rollt angesichts der zunehmenden Verengerung des Weltmarktes für den Kapitalismus das [407] Marktproblem als das zentrale Problem der kapitalistischen Wirtschaft in seiner ganzen Schärfe auf.

Auf diesem ökonomischen Hintergrund schürzt sich der allgemeine historische Antagonismus zwischen der gesamten kapitalistischen Welt und der Sowjetunion, der in dem Gegensatz zwischen dem von England geführten europäischen Mächteblock und der Sowjetunion seinen konkreten Ausdruck findet, mit allen entscheidenden Gegensätzen und Widersprüchen des Kapitalismus zum Knoten.

*

Diese Situation mit ihren Entwicklungstendenzen und Widersprüchen bestimmte den Verlauf der Pariser Reparationskonferenz und den Grundcharakter und allgemeinen Inhalt des Young-Plans.

Als im Jahre 1924 der Dollarkönig Pierpont Morgan seinen jungen Mann, den Präsidenten der Central Trust Company, Charles G. Dawes, nach Europa schickte, um „ein neues Zeitalter des vom Kriege nicht bedrohten Glückes und Gedeihens" zu „organisieren", trat Amerika zum ersten Male offen mit der Waffe seiner ungeheuren ökonomischen Uebermacht auf der Arena des Kampfes um die Beherrschung der Welt seinem britischen Rivalen entgegen. Es leitete einen Teil seines überfließenden Goldstroms in das ausgedörrte Bett der industriell hochentwickelten europäischen Nachkriegswirtschaft, wo ihm fette Profite winkten, und versuchte zugleich unter Ausnutzung der englisch-französischen Rivalität auch politisch in Europa Fuß zu fassen.

In Paris setzte sich Morgan in eigener Person an den Konferenztisch. War schon die Entsendung dieser Personifikation des elementaren Expansionsdranges des amerikanischen Imperialismus nach Paris eine programmatische Geste, so entsprach auch das Auftreten der amerikanischen „Sachverständigen" im Verlaufe der Verhandlungen der neuen historischen Wendung in der Aktivität der Vereinigten Staaten auf dem Terrain ihrer internationalen Beziehungen. Amerika, dessen Kapitalmacht und Produktivkräfte angesichts der Sättigung des inneren Marktes nach verstärkter Betätigung in internationalem Maßstabe drängen, nimmt den Anlauf zum Panthersprung auf den Weltmarkt, und der Young-Plan soll ihm dazu als Sprungbrett dienen.

Der Dawes-Plan war nicht nur ein Damm gegen die revolutionäre Sturmflut, die aus Deutschland über das kapitalistische Europa hereinzubrechen drohte, er schuf gleichzeitig die Voraussetzungen für den Zusammenschluß der internationalen Konterrevolution gegen die Sowjetunion.

Der Young-Plan wurde geboren in einem Augenblick, wo die Berliner Maitage und der Aufstand in Bombay den elementaren Aufschwung einer neuen revolutionären Welle ankündigen. Seine

Voraussetzung war die Tatsache, daß der ökonomisch erstarkte deutsche Imperialismus einen entscheidenden Schritt auf dem Wege der Eingliederung in den englisch-französischen Antisowjetblock vollzog. Sein unmittelbarer Zweck soll darin bestehen, das ökonomische Fundament für den Interventionskrieg gegen die Sowjetunion zu schaffen.

Der Dawes-Plan enthielt bereits im Keim die Elemente seines eigenen Untergangs. Er beschleunigte, unbeschadet der zeitweisen relativen Zusammenarbeit Amerikas mit England, die Zuspitzung des [408] englisch-amerikanischen Gegensatzes. Er machte der isolierten Stellung Englands in Europa ein Ende und schuf damit die ökonomische und politische Grundlage für die englische kontinentale Bündnispolitik, die, abgesehen von den inneren ökonomischen Widersprüchen des Dawes-Plans, auf einer bestimmten Entwicklungsstufe das Dawes-System selbst aus den Angeln heben mußte.

Mit dem Locarnopakt, der zu dem Werk des Dawes-Komitees den politischen „Ueberbau" lieferte, versetzte England gleichzeitig dem Dawes-System selbst den ersten gefährlichen Schlag. Es festigte seine führende Stellung im europäischen Mächtekonzert und krönte diese Politik durch das Rüstungsabkommen mit Frankreich vom Juli 1928, das praktisch die Erneuerung der Entente bedeutet. Damit nahm nicht nur der englisch-amerikanische Gegensatz bestimmte, scharfe Konturen und einen umfassenden, universalen Charakter an, es verschärfte sich gleichzeitig in noch stärkerem Maße der alles beherrschende entscheidende Gegensatz zwischen der Sowjetunion und der kapitalistischen Welt. Die neue Entente erwies sich als der feste Kern und das Organisationszentrum für den Zusammenschluß aller konterrevolutionären Kräfte gegen die Sowjetunion.

Der Young-Plan reproduziert die Widersprüche des Dawes-Plans und der gesamten seitherigen Entwicklung auf höherer Stufenleiter, schürzt sie zum Knoten und setzt ihre gewaltsame „Lösung" durch den imperialistischen Krieg unwiderruflich auf die Tagesordnung.

Dawes-Plan – Locarnopakt – Young-Plan: These, Antithese, Synthese. Hier tritt, unbeschadet der beispiellosen Labilität des gesamten schwankenden Systems der internationalen, insbesondere der europäischen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen, die Grundlinie der dialektischen Entwicklung der jüngsten geschichtlichen Phase deutlich zutage.

*

Die Analyse der Weltlage und der sie beherrschenden Entwicklungstendenzen gibt erst die Antwort auf die Frage, warum die Revision des Dawes-Plans als aktuelles Problem auf die Tagesordnung trat, ohne daß eine akute ökonomische Krise des Dawes-Systems zu verzeichnen war.

Angesichts der beispiellosen Verschärfung des Konkurrenzkampfes um die Absatzmärkte und des beginnenden Versiegens der Anleihequellen ist eine akute Krise des Dawes-Plans im Gefolge der Zuspitzung der allgemeinen Krise des Kapitalismus über kurz oder lang unvermeidlich. Aber solange Deutschland in der Lage ist, den Transfer mit Hilfe des einströmenden Anleihekapitals fortzusetzen, ist eine akute Transferkrise zumindest unwahrscheinlich.

Die Ursachen, die zur Revision des Dawes-Plans im gegenwärtigen Zeitpunkt geführt haben, waren also in erster Linie politischer Natur. Das Dawes-System war in Widerspruch geraten mit der seit 1924 grundlegend veränderten internationalen Situation. Es hatte sich aus einem Entwicklungsfaktor in eine Fessel verwandelt, welche die freie Entfaltung der Widersprüche und Gegensätze hemmte. Die Aufgabe der Pariser Konferenz bestand darin, das Reparationssystem den veränderten politischen und ökonomischen Bedingungen anzupassen. Daraus ergaben sich zugleich die spezifischen Ziele und die taktische Haltung der auf der Konferenz vertretenen Mächte.

[409] Den entscheidenden Anstoß zur Revision des Dawes-Plans gab Amerika. Bereits im Dezember 1927 setzte der Reparationsagent Parker Gilbert in seinem Jahresbericht die Frage der „Endregelung" der Reparationsfrage auf die Tagesordnung. Ursache und Zweck liegen auf der Hand. Im Laufe der langen Prosperitätsperiode, die seit Kriegsende ununterbrochen mit nur geringen Schwankungen andauert, hat das amerikanische Kapital die bisher fast unbeschränkten Anlagemöglichkeiten im

eigenen Lande ausgeschöpft. Der innere Markt beginnt zusammenzuschrumpfen. In dem Maße, wie dieser Prozeß fortschreitet, verstärkt sich die Tendenz des amerikanischen Kapitalismus, die Formen seines Kapitalexports zu wechseln, die Form der Anleihen immer mehr durch die Form der direkten Beteiligung an ausländischen Unternehmungen und der Verpflanzung eigener Betriebe nach industriell hochentwickelten Ländern mit hoher Profitrate zu ersetzen und auf diese Weise seinen Kapitalexport ungeheuer zu steigern.

Auf Deutschland aber, das in erster Linie als Kapitalanlagegebiet für das amerikanische Finanzkapital in Betracht kommt, lastet nicht nur der Druck des jährlichen Reparationstributs, der durch den Wohlstandsindex praktisch fast unbegrenzt ausdehnungsfähig ist, über ihm hängt auch das Damoklesschwert der praktisch nicht fixierten Gesamtreparationsschuld, die auf Grund der Londoner Vereinbarung von 1921 theoretisch immer noch die phantastische Summe von 132 Milliarden Goldmark betragen soll. Dieser doppelte Druck bedeutete eine beträchtliche Hemmung für die „freie“ Entwicklung der deutschen Wirtschaft und ein großes Risiko für die Betätigung des amerikanischen Finanzkapitals in Deutschland.

Ein weiteres Hindernis bildet die Transferklausel. Ursprünglich war die Transferklausel in den Dawes-Mechanismus eingebaut worden, um die Priorität der Interessen der amerikanischen privaten Anleihegläubiger vor den Ansprüchen der europäischen Reparationsgläubiger sicherzustellen. Sie brachte aber zugleich große Nachteile mit sich, die erst jetzt an der Schwelle einer neuen Aera des amerikanischen Kapitalexports voll in die Waagschale fallen.

Die Transferklausel, die im Falle von Währungsschwierigkeiten dem amerikanischen Reparationsagenten die Handhabe bot, um die jährlichen Reparationszahlungen an die Reparationsgläubiger automatisch abzustoppen, befreite die deutsche Bourgeoisie bis zu einem gewissen Grade von der Verantwortung für den Transfer, von dem Zwang, eine Wirtschaftspolitik zu betreiben, die unter allen Umständen den Transfer garantiert. Sie verschaffte der deutschen Bourgeoisie den „moralischen“ Spielraum für eine großzügige Reorganisation und Erweiterung ihres Produktionsapparats und für die Festigung ihrer ökonomischen Macht. Der Fortfall der Transferklausel, im Rahmen einer den veränderten ökonomischen Bedingungen, insbesondere der Verschärfung des Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt, entsprechenden Revision des Dawes-Plans, zwingt die deutsche Bourgeoisie nicht nur zu einer verstärkten Ausfuhr, sondern zu einer radikalen Aenderung ihrer gesamten Wirtschafts- und Sozialpolitik und erweitert dadurch zugleich die gegenwärtigen und zukünftigen Profitmöglichkeiten für das in Deutschland investierte und in der nächsten Zukunft hereinströmende amerikanische Kapital.

Aus diesen Gründen ist Amerika sowohl an der Festsetzung der Gesamtsumme der Reparationsschuld wie an der Beseitigung der [410] Transferklausel interessiert. Zu diesen ökonomischen Beweggründen gesellt sich noch ein politisches Ziel: Amerika hoffte durch seine Taktik bei den Reparationsverhandlungen Frankreich gegen England und Deutschland, Deutschland gegen Frankreich ausspielen und so die europäische Bündnispolitik Englands, deren Spitze sowohl gegen die Sowjetunion wie auch gegen Amerika gerichtet ist, stören zu können.

Neben Amerika hatte Frankreich das größte Interesse an der Revision des Dawes-Plans. Die französische Wirtschaft hat nicht zuletzt mit Hilfe der deutschen Reparationen ihren Rekonstruktionsprozeß erfolgreich überwunden. Sie steht heute gefestigter da als je und schickt sich an zu einer gewaltigen Steigerung ihres Kapitalexports. Auf der französischen Bourgeoisie lastet neben dem Druck der Kriegsschuld an Amerika vor allem die nicht unbeträchtliche innere Schuld, die durch die Inflation nur teilweise liquidiert werden konnte. Daher geht ihr Ziel in der Reparationsfrage vor allem dahin, durch die Kommerzialisierung eines Teils der deutschen Reparationsschuld sich die Mittel für die Abtragung der inneren Schuld zu verschaffen und gleichzeitig durch die Verkoppelung der Reparationen mit den Schulden an den amerikanischen Gläubiger den amerikanischen Druck von sich auf Deutschland abzuwälzen.

Die Ziele Englands sind wesentlich politischer Natur. Es ist an den deutschen Reparationen ökonomisch nur soweit interessiert, als sie seine eigenen Schulden an Amerika decken. Für den englischen

Imperialismus ist die Reparationsfrage einer der wichtigsten Hebel, um die historisch unvermeidliche endgültige Eingliederung Deutschlands in die Front gegen die Sowjetunion zu beschleunigen und seine europäische Kriegsfront fester zusammenzuschweißen.

Zu diesem Zwecke unterstützte er die französischen Bestrebungen, die Schulden der Alliierten an Amerika in das Reparationszahlungssystem einzuschalten mit dem unmittelbaren Ziel, Deutschland zum Generalschuldner gegenüber den Vereinigten Staaten zu machen und es so in die europäische Schuldnerfront gegen Amerika hineinzumanövrieren. Auf diesem Wege hoffte man, gleichzeitig das übergeordnete Ziel: die Eingliederung Deutschlands in die Front gegen die Sowjetunion, die das bestimmende Leitmotiv der gesamten europäischen Reparationspolitik bildet, zu fördern.

Die deutsche Bourgeoisie hatte ihre Ziele ursprünglich sehr weit gesteckt. Sie hoffte, nicht nur die Fesseln des Reparationssystems zu lockern und eine ihrer gestärkten ökonomischen Macht entsprechende Ellbogenfreiheit zu erringen, sondern auch ihre imperialistischen Expansionsträume wenigstens teilweise zu verwirklichen. Diese Ziele dachte sie unter Ausnutzung des englisch-amerikanischen Gegensatzes, gestützt auf Amerika, zu erreichen. Natürlich waren keine Konzessionen zu erwarten ohne eine Gegenleistung. Und die Gegenleistung, welche die deutsche Bourgeoisie anzubieten hatte, war der Anschluß an den Kriegsblock gegen die Sowjetunion.

Im Verlaufe der Pariser Verhandlungen erwiesen sich die Spekulationen der deutschen Bourgeoisie auf die uneigennützige Hilfe Amerikas als trügerisch. Der amerikanische Imperialismus „unterstützte“ die deutschen Wünsche nur soweit, als es seinen besonderen finanzkapitalistischen und politischen Interessen entsprach. In dem Augenblick, als diese Tatsache brutal in die Erscheinung trat, pfiff die [411] Reichsregierung die deutschen Vertreter in Paris zurück und öffnete damit den Weg, der zum Young-Kompromiß führte.

Der ganze Verlauf und das Ergebnis der Pariser Konferenz bestätigen erneut, daß für den deutschen Imperialismus die Reparationsfrage ebenso wie alle anderen schwebenden Fragen (Rheinlandräumung, Ueberwachungsausschuß, Kolonialforderungen usw.) nichts anderes ist als eine Gelegenheit zu einem „nationalen“ Schacher um den Preis für den Anschluß an den Antisowjetblock, für die Beteiligung an dem kommenden Interventionskrieg gegen die Sowjetunion.

*

Das Ergebnis der viermonatigen Verhandlungen in Paris konnte nur ein ebenso provisorisches Kompromiß sein wie der Dawes-Plan. Die divergierenden Interessen wurden keineswegs auf einen Generalnenner gebracht, die Widersprüche keineswegs aufgehoben, sondern „aufbewahrt“ und vertieft.

Die einzelnen Bestimmungen des Young-Plans wurden bereits in unserer Tagespresse ausführlich dargestellt und bewertet. Hier wollen wir uns darauf beschränken, die entscheidenden Punkte herauszugreifen.

Zweifellos bringt der Young-Plan dem deutschen Kapitalismus gewisse Erleichterungen gegenüber dem Dawes-Plan. Die jährlichen Reparationszahlungen, die nach dem Dawes-Plan vom ersten „Normal“jahr ab 2,5 Milliarden Mark betragen sollen, werden auf durchschnittlich 2050,6 Millionen Mark herabgesetzt. Der „Wohlstands“index, der eine automatische Steigerung der jährlichen Reparationssumme um einen nicht fixierbaren Betrag ermöglicht, soll wegfallen. Die Annuitäten sind so gestaffelt, daß sie mit 1707,9 Millionen Mark im ersten regulären Young-Jahre (1. April 1930 bis 31. März 1931) beginnen und bis zum Jahre 1960 mit geringen Schwankungen stetig wachsend auf 2428,8 Millionen Mark ansteigen. Für die letzten 21 Jahre 1966 bis 1988) schwankt die jährliche Reparationsschuld zwischen 1606,9 und 1711,3 Millionen Mark und beträgt in den letzten drei Jahren 925,1, 931,4 und 897,8 Millionen Mark. Die Gesamtreparationsschuld und die Zahl der Annuitäten für ihre Tilgung werden „endgültig“ festgesetzt. Außer den verpfändeten Einnahmen aus dem Reichshaushalt fallen sämtliche Pfänder, Sicherheiten, besondere Belastungen und Kontrollen fort.

Alle diese unbestreitbaren Vorteile – die aber, wie wir noch sehen werden, lediglich der deutschen Bourgeoisie zugute kommen, – verlieren wieder nicht unerheblich an Wert, wenn man ihnen die Nachteile gegenüberstellt, die der Young-Plan vorsieht. Das wichtigste Zugeständnis, zu dem sich

die deutsche Delegation in Paris bereit finden mußte, ist die Aufhebung des Transferschutzes, der bisher zwar praktisch noch nicht in Aktion getreten ist, aber nichtsdestoweniger der deutschen Bourgeoisie bei der Rekonstruktion und dem Ausbau ihres Produktionsapparats einen gewissen Rückhalt bot und insbesondere in der Zukunft Bedeutung hätte gewinnen können. Der Young-Plan teilt die deutschen Reparationszahlungen in zwei Teile: einen „ungeschützten" Teil, der für die ganze Dauer der Reparationszahlungen auf 660 Millionen Mark festgelegt wird und unter allen Umständen ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche und finanzielle Lage aufgebracht und transferiert werden soll, und einen „geschützten" Teil.

Das neue „Schutz"system hat aber nur einen sehr problematischen [412] Wert. An die Stelle des bisherigen Transferschutzes tritt, entsprechend den Bestimmungen der Schuldenabkommen Englands und Frankreichs mit Amerika, ein zweijähriges Moratorium, das nicht automatisch wie jener, sondern erst auf Grund eingehender Untersuchungen durch einen besonderen Ausschuß in Kraft tritt und lediglich aufschiebende Wirkung hat.

Der „ungeschützte" Teil kann „mobilisiert", d. h. in eine Kapitalschuld umgewandelt werden, sei es auf dem Wege einer Anleiheemission, sei es durch eine Emission in einem einzelnen Lande durch die Konvertierung von Staatsschulden. Das letztere erstrebt bekanntlich die französische Bourgeoisie.

Der „geschützte" Teil dagegen soll in erster Linie als Deckung für die Kriegsschulden der Alliierten an Amerika verwandt werden. Auf diese Weise haben England und Frankreich die Verkoppelung der Reparationen mit den interalliierten Schulden durchgesetzt, was auch in der Festsetzung der Laufzeit der Annuitäten auf 58 Jahre entsprechend der Laufzeit der Schuldenabkommen mit Amerika zum Ausdruck kommt. Das bedeutet praktisch, daß Deutschland neben seinen eigenen Verpflichtungen gegenüber den Reparationsgläubigern die Schulden der Alliierten an Amerika auf sich nimmt.

Schließlich sieht der Young-Plan noch die Beseitigung des Systems der Sachlieferungen vor, was angesichts der zunehmenden Verschärfung des Wettkampfes um die Absatzmärkte einen schweren Schlag für die deutsche Industrie bedeutet. Bisher wurde ein beträchtlicher Teil der Reparationszahlungen (über 40 Prozent) in Form von Sachlieferungen entrichtet. Auf diese Weise stand der deutschen Industrie für eine bedeutende Wertsumme ein gesicherter Absatzmarkt zur Verfügung. Der Young-Plan setzt die Summe der Sachlieferungen für das erste Jahr auf 750 Millionen Mark fest, in den folgenden Jahren verringert sich diese Summe jährlich um 50 Millionen, und nach zehn Jahren sollen die Sachlieferungen vollständig aufhören.

*

Abgesehen von den Bestimmungen, die den Veränderungen in den internationalen Beziehungen und auf dem Weltmarkt Rechnung tragen, erweist sich der Young-Plan im Hinblick auf seine Auswirkungen in Deutschland in erster Linie als ein „Problem der inneren deutschen Wirtschaftspolitik", wie es die „Börsenzeitung" mit aller Offenheit formuliert – d. h. als ein Instrument zur völligen Entlastung der deutschen Bourgeoisie auf Kosten der werktätigen Massen, zur brutalsten Verstärkung des ökonomischen und politischen Drucks auf die Arbeiterschaft. Der Young-Plan selbst enthält bereits die allgemeinen Richtlinien für die neue Generaloffensive gegen die Arbeiterschaft.

Im Gegensatz zum Dawes-Plan kennt der Young-Plan nur noch zwei Quellen, aus denen die Annuitäten fließen sollen: Die Reichsbahn-Gesellschaft und den Reichshaushalt. Die Sonderbelastung der Industrie auf Grund des Industriebelastungsgesetzes durch die Verzinsung und Amortisation der fünf Milliarden Mark Industrie-Obligationen fällt fort, d. h. die Schwerindustrie erhält ein Steuergeschenk von jährlich 300 Millionen Mark. Die Reichsbahn-Gesellschaft soll in Zukunft 37 Jahre lang nur noch 660 Millionen Mark für die Reparationen aufbringen, von der Sonderbelastung durch die Beförderungssteuer (bisher 290 Millionen Mark) wird sie befreit. Außerdem fordert der Young-Plan einen radikalen Steuerabbau, der „die not-[413]wendige innere Kapitalbildung fördern" soll, d. h. also eine systematische Herabsetzung der Steuern, die das Unternehmertum belasten.

Auf der anderen Seite erfährt der Reparationsbeitrag, den der Reichshaushalt zu entrichten hat, nicht nur keine Senkung, sondern sogar eine beträchtliche Steigerung. Der Haushaltsbeitrag soll im ersten

Jahre 1136,4 Millionen Mark, also nur einen Bruchteil weniger als die „Normal“leistung auf Grund des Dawes-Plans (1250 Millionen Mark) betragen, um dann von Jahr zu Jahr um 24 Millionen bis zum Höchstbetrage von 1767,5 Millionen Mark bis zum Jahre 1966 anzuschwellen.

Mit anderen Worten: die Herabsetzung der „normalen“ Dawes-Annuität um durchschnittlich 500 Millionen Mark entpuppt sich als ein raffinierter Taschenspielertrick, um eben dieselben 500 Millionen Mark Reparationslasten von dem deutschen Finanzkapital auf die Schultern des Proletariats abzuwälzen.

Die deutsche Bourgeoisie hat diese wunderwirkende Kraft des Young-Plans sehr wohl begriffen. „Die Sachverständigen – schreibt die „Kölnische Zeitung“ (Nr. 310 a vom 9. Juni) – „haben für die innerdeutsche Aufbringung sehr beachtliche Ratschläge gegeben, die nicht unbeachtet bleiben dürfen ... Die kleine Erleichterung, die uns die Pariser Verhandlungen gebracht haben, muß jetzt multipliziert werden durch eine zweckmäßige innerdeutsche Wirtschaftspolitik“.

Die führenden Blätter des deutschen Finanzkapitals haben nicht gezögert, das Offensivprogramm der Bourgeoisie in allen Einzelheiten konkret zu entwickeln. Die Verwirklichung, die etappenweise erfolgen soll, ist bereits in Angriff genommen. Die Annahme der ungeheuerlichen Agrarzölle im Reichstag und die Diktaturdrohungen der Wels und Severing sind der erste Meilenstein auf diesem Wege.

Die unmittelbaren Auswirkungen des Young-Plans beschränken sich aber nicht auf Deutschland. Der Mechanismus der von den Sachverständigen vorgeschlagenen Reparationsbank reißt die Arbeiterschaft aller Länder erbarmungslos in den vernichtenden Strudel des in Paris ausgeheckten Reparationssystems.

*

Die Reparationsbank ist das Kernstück des Young-Plans. Sie entspricht mit ihren gigantischen Ausmaßen der unerhörten Stoßkraft ihres Initiators, des amerikanischen Imperialismus, wenn sie auch in der in Paris schließlich vereinbarten Form nur noch eine Karikatur des ursprünglichen amerikanischen Entwurfs darstellt.

Im Young-Plan werden der Reparationsbank („Bank für internationale Zahlungen“) außer der Entgegennahme und Verteilung der deutschen Reparationszahlungen an die Gläubiger und der Finanzierung der Sachlieferungen die folgenden „zusätzlichen“ Aufgaben gestellt: neue Handelsgebiete zu erschließen, durch Gewährung von Zwischenkrediten den Welthandel zu fördern, der internationalen Handels- und Finanzwelt „wichtige, bisher fehlende (!) Möglichkeiten“ zu schaffen.

Die Reparationsbank kann sich in kurzer Zeit eine nahezu monopolistische Stellung auf dem Kreditmarkt erobern, den kapitalschwachen, kreditsuchenden Ländern die Bedingungen diktieren, über jedes schwächere Land die Finanzblockade verhängen. Sie hat die Macht, in den wirtschaftlich schwächeren Ländern ganze Industriezweige abzudrosseln, andere treibhausmäßig zu entwickeln. Die Folgen [414] werden sein: äußerste Verschärfung des internationalen Wettbewerbs, beispiellose Zuspitzung der sozialen Gegensätze im Weltmaßstabe.

Der amerikanische Imperialismus, der dank seiner ungeheuren ökonomischen Uebermacht bestimmenden Einfluß auf die Operationen der Bank ausüben kann, wird diesen monopolistischen Bankkoloß als mächtigen Kanal benutzen, um in alle Poren der europäischen und der internationalen Wirtschaft einzudringen. Auf der anderen Seite aber werden unter dem Zwang der Abwehr gegen den amerikanischen Imperialismus die monopolistischen Konzerne und Trustgebilde Europas ins Riesenhafte anwachsen.

Das europäische Finanzkapital wird unter englischer Führung die Reparationsbank benutzen, um die industrielle Entwicklung in den wirtschaftlich schwächeren Ländern und in den Kolonien zu verhindern oder aufzuhalten und diese Länder im Zustand „agrarischer Anhängsel“ der europäischen Industrieländer zu erhalten oder in diesem Zustand zurückzuschleudern. Die Reparationsbank soll vor allem die Verwirklichung des gigantischen Fünfjahresplans in der Sowjetunion vereiteln, den

gewaltigen, industriellen Aufschwung der sozialistischen Wirtschaft zunichte machen, den Interventionskrieg gegen die Sowjetunion durch wirtschaftspolitische Maßnahmen und finanzielle Unterstützung der militärischen Rüstungen vorbereiten und beschleunigen.

Schließlich werden sowohl Amerika als auch die westeuropäischen Mächte durch den Mechanismus der Reparationsbank zu verhindern suchen, daß die deutsche Industrie ihren eigenen Industrien im Konkurrenzkampf entgegentritt. Sie werden immer neue, immer unüberwindlichere Schutzzollbarrikaden errichten und den Expansionsdrang des deutschen Imperialismus mit vereinten Kräften zwangsläufig und immer entschiedener in die Richtung drängen, die den allgemeinen Interessen der gesamten kapitalistischen Welt entspricht – in die Richtung des Krieges gegen die Sowjetunion.

Hier liegt nicht nur der Schlüssel zur – kapitalistischen –"Lösung des besonderen deutschen Problems", wie sie den Pariser Sachverständigen vorschwebte. Hier eröffnet sich zugleich dem gesamten kapitalistischen System der einzige provisorische Ausweg aus dem circulus vitiosus seiner widerspruchsvollen Entwicklung.

Der deutsche Imperialismus hat in Paris die ihm vorgezeichnete historische Wendung endgültig vollzogen, was natürlich nicht ausschließt, daß er seine durch die Gunst der Umstände begünstigte Politik des Lavierens zwischen Amerika und der Entente – allerdings innerhalb eines stetig enger werdenden Spielraums – vorläufig fortsetzt. Der Widerspruch zwischen seinem imperialistischen Expansionsdrang und der durch die Zuspitzung des englisch-amerikanischen Gegensatzes bedingten Steigerung seiner Abhängigkeit treibt ihn immer hemmungsloser auf den Weg kriegerischer Abenteuer.

„Die Operationsbasis hierfür im Innern zu schaffen" („Börsenzeitung Nr. 245 vom 30. Mai 1929), das ist das nächste Etappenziel, das die deutsche Bourgeoisie, gestützt auf den Pariser Pakt, verwirklichen will, – oder, wie es die „Kölnische Zeitung" am 19. Dezember 1928 in einem sensationellen Bericht über die Geheimnisse der Außenministerkonferenz in Lugano ebenso zynisch wie klassisch formulierte, „aus der Haut Deutschlands (d. h. der deutschen Arbeiterschaft – P. B.) Riemen zu schneiden, mit denen Rußland gezüchtigt werden soll". [415]

*

## Krieg und Revolution

Vortrag von W. I. Lenin, gehalten am 27. Mai 1917

> Das Lenin-Institut in Moskau veröffentlichte kürzlich die vor einiger Zeit wieder aufgefundene Niederschrift eines Vortrages, den Genosse Lenin am 27. (14.) Mai 1917 in einem Petrograder Bezirk hielt. Wir bringen nachstehend einige Teile dieses Vortrages zum Abdruck. Sein Thema ist die heute wiederum aktuellste Frage, die Lösung heute die gleiche wie 1917. ... Die Red.

„Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln." Jeder Krieg ist unlöslich mit der politischen Ordnung verknüpft, aus der er sich ergibt. Die gleiche Politik, die eine gegebene Macht, eine bestimmte Klasse innerhalb dieser Macht während eines langen Zeitabschnittes vor dem Kriege betrieb – eben diese Politik wird auch während des Krieges unweigerlich und unvermeidlich von derselben Klasse fortgesetzt, die nur die Formen ihres Vorgehens ändert.

„Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln." Wenn die revolutionären Städter und Bauern Frankreichs gegen Ende des 18. Jahrhunderts in ihrem Lande die Monarchie auf revolutionärem Wege stürzten, die demokratische Republik errichteten und, nachdem sie mit ihrem Monarchen abgerechnet hatten, in revolutionärer Weise mit ihren Gutsbesitzern abrechneten, so mußte diese Politik einer revolutionären Klasse zwangsläufig das ganze übrige königliche, halb feudale, zaristische Europa bis in seine Grundfesten erschüttern. Eine unvermeidliche Fortsetzung dieser Politik der in Frankreich siegreichen revolutionären Klasse waren die Kriege – als alle monarchistischen Staaten Europas gegen das revolutionäre Frankreich vorgingen, ihre berühmte Koalition bildeten und Frankreich mit einem konterrevolutionären Krieg überzogen. Wie das revolutionäre französische Volk innerhalb des Landes selbst damals zum erstenmal ein Maximum an revolutionärer Energie an den Tag legte – während ganzer Jahrhunderte hatte man etwas Aehnliches nicht gesehen –, so zeigte das

revolutionäre Volk Frankreichs gegen Ende des 18. Jahrhunderts auch im Kriege eine gigantische schöpferische revolutionäre Kraft, schuf ein völlig neues strategisches System, brach mit allen militärischen Gesetzen und Gewohnheiten und schuf an Stelle des alten Heeres das neue, revolutionäre Volksheer und eine neue Art der Kriegsführung. Ich glaube, daß dieses Beispiel besondere Aufmerksamkeit verdient, weil es uns anschaulich zeigt, was die Publizisten der bürgerlichen Zeitungen jetzt bei jedem Schritt vergessen, wobei sie auf die Vorurteile und auf die kleinbürgerliche Unwissenheit völlig unentwickelter Volksmassen spekulieren, die die untrennbaren wirtschaftlichen und historischen Zusammenhänge jedes Krieges mit der ihm vorangehenden Politik jedes Landes, jeder Klasse nicht verstehen, die vor dem Kriege herrschte und ihre Ziele durch sogenannte friedliche Mittel sicherte. „Sogenannte", denn die Mittel, die zur „friedlichen" Herrschaft über die Kolonien manchmal notwendig sind, können kaum als friedlich bezeichnet werden.

[416] In Europa herrschte Frieden, der sich jedoch nur hielt, weil die Herrschaft der europäischen Völker über Hunderte Millionen Einwohner der Kolonien einzig durch ständige, ununterbrochene, niemals aufhörende Kriege ausgeübt wurde, die „wir Europäer" nicht als Kriege bezeichnen, da sie allzu oft nicht einem Krieg, sondern vielmehr tierischer Mißhandlung, Vernichtung unbewaffneter Völker ähnlich waren. Die Dinge liegen jedoch gerade so, daß wir zum Verständnis des heutigen Krieges vor allem einen allgemeinen Blick auf die Politik der europäischen Mächte in ihrer Gesamtheit werfen müssen. Wir dürfen nicht einzelne Beispiele, einzelne Fälle herausgreifen, die man immer leicht aus dem Zusammenhang der gesellschaftlichen Erscheinungen herausreißen kann, und die nicht den geringsten Wert haben, weil man auch leicht gegenteilige Beispiele anführen kann. Nein, man muß die ganze Politik des gesamten Systems der europäischen Staaten in ihrer wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeit voneinander zusammennehmen, um zu verstehen, in welcher Weise der heutige Krieg aus diesem System unweigerlich und unvermeidlich hervorging.

Wir können ständig Versuche beobachten, vor allem seitens der kapitalistischen Zeitungen – ganz gleich, ob monarchistisch oder republikanisch –, diesem Krieg einen ihm fremden historischen Inhalt zu unterschieben. So ist zum Beispiel in der französischen Republik nichts geläufiger als der Versuch, diesen Krieg, was Frankreich betrifft, als Fortsetzung und Seitenstück zu den Kriegen der großen französischen Revolution von 1792 darzustellen. Nichts ist so gebräuchlich wie der Betrug der französischen Volksmassen, der französischen Arbeiter und der Arbeiter aller Länder durch die Uebertragung des Jargons, einzelner Parolen dieser Epoche, wie der Versuch, die Sache so darzustellen, als ob auch dieses Mal das republikanische Frankreich seine Freiheit gegen die Monarchie verteidige. Man vergißt dabei den kleinen Umstand, daß damals, 1792, die revolutionäre Klasse Frankreichs den Krieg führte, die eine unerhörte Revolution vollbrachte, die mit beispiellosem Heroismus der Massen die französische Monarchie bis auf den Grund zerstörte und die sich gegen das vereinigte monarchistische Europa mit keinem anderen Ziele als dem der Fortsetzung ihres revolutionären Kampfes erhob.

In Frankreich war der Krieg damals die Fortsetzung der Politik jener revolutionären Klasse, die die Revolution vollbrachte und die Republik erkämpfte, mit den französischen Kapitalisten und Gutsbesitzern mit einer bis dahin unerhörten Energie abrechnete und im Namen dieser Politik und ihrer Weiterführung den revolutionären Krieg gegen das vereinigte monarchistische Europa führte.

Jetzt aber haben wir vor allem das Bündnis zweier Gruppen kapitalistischer Klassen vor uns. Wir haben sämtliche großen kapitalistischen Weltmächte vor uns – England, Frankreich, Amerika, Deutschland –, deren gesamte Politik jahrzehntelang in einem ununterbrochenen wirtschaftlichen Wettkampf um die Herrschaft über [417] die ganze Erde, um die Unterwerfung kleiner Völker, um die Sicherung dreifacher und zehnfacher Profite für das Bankkapital bestand, das die ganze Welt in die Ketten seines Einflusses geschlagen hatte. Darin besteht die wirkliche Politik Englands. Ich unterstreiche das. Man darf niemals müde werden, das zu unterstreichen, weil, wenn wir dies einmal vergessen, wir von dem gegenwärtigen Krieg nichts verstehen können und hilflos den betrügerischen Phrasen jedes beliebigen bürgerlichen Publizisten ausgeliefert sind ...

Und diese Politik zeigt uns überall das eine: den ununterbrochenen wirtschaftlichen Machtkampf der zwei größten Weltgiganten, kapitalistischer Wirtschaften. Auf der einen Seite England, ein Staat, der

über den größten Teil des Erdballs herrscht, ein Staat, der seinem Reichtum nach an erster Stelle steht, der diesen Reichtum nicht allein durch die Arbeit seiner Arbeiter schuf – er schuf ihn vor allem durch die Ausbeutung des unermeßlichen Umfanges seiner Kolonien, schuf diesen Reichtum durch die unermeßliche Kraft der englischen Banken, die sich, an der Spitze aller übrigen Banken, zu einer an Zahl verschwindend geringen (einige drei, vier, fünf) Gruppe von Großbanken zusammenschlossen, die nun über Hunderte Milliarden von Rubeln verfügen, und zwar so verfügen, daß man ohne Uebertreibung sagen kann: Es gibt auf der Erde kein noch so kleines Stück Boden, auf das dieses Kapital nicht seine schwere Hand gelegt hätte, kein Stück Boden, das nicht von den zahllosen Fäden des englischen Kapitals umstrickt wäre. Dieses Kapital wuchs gegen Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts so sehr an, daß es seine Tätigkeit weit über die Grenzen einzelner Staaten hinaustrug, daß es eine Gruppe von Großbanken mit unerhörtem Reichtum bildete. Es hat eine verschwindend geringe Zahl von Banken an die Spitze gestellt und mit Hilfe dieses Netzes die ganze Erde durch Hunderte Milliarden in seine Maschen verstrickt. Das ist das Grundlegende in der wirtschaftlichen Politik Englands, das Grundlegende auch in der wirtschaftlichen Politik Frankreichs .

Aber gegen diese überwiegend englisch-französische Gruppe erhob sich eine andere Gruppe von Kapitalisten, noch räuberischer, noch mordbrennerischer – eine Gruppe, die an den Tisch der kapitalistischen Genüsse kam, als die Plätze schon besetzt waren, die aber neue Methoden der Entwicklung der kapitalistischen Produktion in den Kampf hineintrug, eine bessere Technik, eine unvergleichliche Organisation, die den alten Kapitalismus, den Kapitalismus der Epoche der freien Konkurrenz in den Kapitalismus gigantischer Trusts, Syndikate, Kartelle verwandelte, die Verstaatlichung dieser Produktion begann – die Vereinigung der gigantischen Kraft des Kapitalismus mit der gigantischen Kraft des Staates zu einem Mechanismus, Dutzende Millionen von Menschen zu einer Organisation des Staatskapitalismus zusammenfassend. Das ist die wirtschaftliche Geschichte, das ist jene diplomatische Geschichte im Laufe einer Reihe von Jahrzehnten, der sich niemand entziehen kann, die euch allein den Weg [418] zur richtigen Lösung der Frage des Krieges weist und die euch zu dem Schlusse führt, daß auch der gegebene Krieg das Produkt der Politik jener Klassen ist, die in diesem Kriege aneinander gerieten, das Produkt der Politik jener kapitalistischen Klassen der zwei allergrößten Giganten, die lange schon vor dem Kriege das Netz ihrer Finanzausbeutung über die ganze Erde, über alle Länder auswarfen, die vor dem Kriege die ganze Welt als Wirtschaftsgebiet unter sich aufteilten und die aufeinander stoßen mußten, weil die Neuaufteilung dieser Herrschaft vom Standpunkte des Kapitalismus aus unvermeidlich wurde ...

Wenn wir über die Frage der Annexionen streiten – das ist doch eine Frage, die in dem einbegriffen ist, was ich versuchte, euch kurz als Geschichte der wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen darzulegen, die den heutigen Krieg hervorriefen – wenn wir über die Annexionen streiten, so wird immer vergessen, daß gewöhnlich dies es gerade ist, worum der Krieg geführt wird: um die Teilung des Geraubten oder, was populärer ist, um die Teilung des Eroberten, um die Teilung der von zwei Gruppen von Räubern an sich gerissenen Beute ...

Es ist deshalb verständlich, daß die Frage, welcher der beiden Räuber als erster das Messer zog, für uns keinerlei Bedeutung hat. Nehmt die Geschichte der Ausgaben für Flotten- und Heeresrüstungen beider Gruppen während mehrerer Jahrzehnte, betrachtet die Geschichte jener kleinen Kriege, die sie vor dem großen führten – „kleiner Kriege“, weil dabei wenig Europäer ums Leben kamen, aber Hunderttausende jener Völker untergingen, die unterdruckt wurden, solcher Völker, die vom Standpunkte dieser Gruppen überhaupt nicht als Völker betrachtet wurden (irgendwelche Asiaten, Afrikaner – sind das etwa Völker?), mit denen sie solche Kriege führten, mit denen auf der einen Seite Unbewaffnete standen, die mit Maschinengewehren niedergemäht wurden. Sind das etwa Kriege? Eigentlich sind das keine Kriege. Man kann das vergessen ...

Aus diesen Quellen kam der heutige Krieg. Er ist nicht das Resultat des schlechten Willens der Kapitalisten, nicht irgendeiner falschen Politik irgendwelcher Monarchen. Dies so zu betrachten, wäre unrichtig. Nein, dieser Krieg wurde unvermeidlich durch jene Entwicklung des gigantischen Großkapitals hervorgerufen, vor allem des Bankkapitals, die dazu führte, daß einige vier Banken in Berlin und fünf oder sechs in London die ganze Erde beherrschen, alle Mittel aufsaugen, ihre Finanzpolitik

mit der ganzen bewaffneten Kraft unterstützen und in einem unerhört grausamen Kampf zusammenstießen, da für einfache Aneignung nichts mehr übrig war. Entweder mußte der eine auf die Herrschaft über seine Kolonien verzichten, oder aber der andere. In dieser Welt der Kapitalisten werden solche Fragen nicht freiwillig entschieden. Nur durch Krieg können sie entschieden werden ... [419]

Die russische Revolution beseitigte die Kriege nicht, aber sie schuf Organisationen, wie es sie in keinem Lande gibt, und wie es sie in der Mehrzahl der Revolutionen im Westen nicht gab. Die meisten Revolutionen ließen es dabei bewenden, daß eine neue Regierung in der Art unserer Tereschtschenko und Konowalow erschien, während das Land in Passivität und Desorganisation verblieb.

Die russische Revolution ging weiter. In dieser Tatsache liegt der Keim ihrer Fähigkeit, den Krieg zu besiegen. Diese Tatsache besteht darin, daß wir außer der Regierung pseudosozialistischer Minister, der Regierung des imperialistischen Krieges, der Regierung der Offensive, der mit dem englisch-französischen Kapital verbundenen Regierung, außer ihr, unabhängig von ihr, in ganz Rußland ein Netz von Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten haben. Das ist sie, diese Revolution, die ihr letztes Wort noch nicht gesprochen hat. Das ist die Revolution, wie es sie unter solchen Bedingungen in Westeuropa nicht gab. Das ist die Organisation jener Klassen, die wirklich keine Annexionen brauchen, die keine Millionen in den Banken hinterlegt haben, die es auch nicht interessiert, ob der russische Oberst Ljachow und der liberale englische Gesandte Persien richtig aufgeteilt haben. Darin liegt das Unterpfand dafür, daß diese Revolution weiterschreiten kann:

Darin, daß die Klassen, die wirklich nicht an Annexionen interessiert sind, trotz ihrer allzu großen Vertrauensseligkeit zu der Regierung der Kapitalisten, trotz dieser furchtbaren Verwirrung, trotz des fürchterlichen Betruges, der allein schon in dem Begriff „revolutionäre Vaterlandsverteidigung“ liegt, trotzdem sie die Anleihen unterstützen, trotzdem sie die Regierung des imperialistischen Krieges unterstützen – darin, daß sie es trotz alledem verstanden, Organisationen zum schaffen, in denen diese Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten die Massen der unterdrückten Klassen vertreten, die in sehr vielen Orten Rußlands in ihrer revolutionären Arbeit viel weiter gehen als in Petrograd. Das ist ganz verständlich, denn in Petrograd haben wir das Zentralorgan der Kapitalisten ...

Wie ist der Krieg zu beenden? Wenn der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten die Macht ergriffe, die Deutschen aber den Krieg fortsetzten – was werden wir dann machen? Wer sich für die Auffassung unserer Partei interessiert, könnte heute in unserer Zeitung „Prawda“ lesen, wie wir ein genaues Zitat aus dem anführten, was wir schon 1915 im Auslande sagten[*]. „Wenn die revolutionäre Klasse Rußlands, wenn die Arbeiterklasse Rußlands an der Macht sein wird, so muß sie den Frieden vorschlagen. Und wenn die deutschen Kapitalisten oder die Kapitalisten irgendeines beliebigen [420] Landes auf unsere Bedingungen mit deren Ablehnung antworten, so wird sie ganz und gar für den Krieg sein.“ Wir schlagen nicht vor, den Krieg mit einem Schlage zu beenden. Wir versprechen so etwas nicht. Wir prophezeien solche unmöglichen und nicht erfüllbaren Sachen nicht wie die Beendigung des Krieges durch den Willen der einen Seite. Solche Versprechen sind leicht zu geben, können aber nicht erfüllt werden.

Es ist nicht leicht, aus diesem furchtbaren Kriege herauszukommen. Drei Jahre wird gekämpft. Ihr werdet neun Jahre kämpfen, wenn ihr nicht die schwere, schwierige Revolution durchführt. Es gibt keinen anderen Ausweg. Wir sagen: Der Krieg, den die Regierungen der Kapitalisten begonnen haben, kann nur durch die Arbeiterrevolution beendet werden. Wer sich für die sozialistische Bewegung interessiert, möge das Baseler Manifest vom Jahre 1912 durchlesen, das von allen sozialistischen Parteien der ganzen Welt einstimmig angenommen wurde, das Manifest, das wir in unserer „Prawda“ abdruckten, das Manifest, das jetzt in keinem der kriegführenden Länder veröffentlicht werden darf, weder in dem „freien“ England noch in dem republikanischen Frankreich, weil in ihm die Wahrheit über den Krieg schon vor dem Kriege gesagt wurde, weil es dort heißt: „Der Krieg droht als Folge des Wettkampfes der Kapitalisten“, weil es dort heißt, daß zwischen England und

[*] Lenin spricht von seinem Artikel, der in Nr. 56 der „Prawda“ vom 26. Mai (3. Mai) 1917 veröffentlicht wurde. „Welche Erklärungen gab unsere Partei vor der Revolution über den Krieg ab?“, in dem ein Zitat aus „Einigen Thesen“ angeführt wird, die in Nr. 57 des „Sozialdemokrat“ vom 13. Oktober 1915 veröffentlicht wurden.

Deutschland infolge des Wettkampfes der Kapitalisten es zum Krieg kommen wird. Es heißt dort: „Es ist soviel Pulver angehäuft worden, daß die Waffen von selber schießen werden.“ Dort steht geschrieben, weshalb es zum Kriege kommen wird. Dort wird gesagt, daß der Krieg zur proletarischen Revolution führt. Deshalb sagen wir jenen Sozialisten, die, nachdem sie dieses Manifest unterschrieben, auf die Seite ihrer kapitalistischen Regierungen übergegangen sind, daß sie den Sozialismus verraten haben.

Auf der ganzen Erde hat sich der Sozialismus gespalten. Die einen sind Minister, die anderen sitzen im Gefängnis. Auf der ganzen Erde predigt ein Teil der Sozialisten die Kriegsrüstung, während der andere Teil – wie der amerikanische Bebel, Eugen Debs, der unter den amerikanischen Arbeitern riesige Achtung genießt – sagt: „Eher möge man mich erschießen, als daß ich einen Cent für den Krieg gäbe. Ich bin nur bereit, für den Krieg des Proletariats gegen die Kapitalisten der ganzen Erde zu kämpfen.“ Das ist die Spaltung der Sozialisten der ganzen Erde. Die Sozialpatrioten der ganzen Erde glauben, ihr Vaterland zu verteidigen. Sie irren sich – sie verteidigen die Interessen eines Häufleins von Kapitalisten gegen andere Kapitalisten. Wir propagieren die proletarische Revolution, die einzig wahre Sache, für die Dutzende aufs Schafott gingen, Hunderte und Tausende in den Gefängnissen sitzen. Diese Sozialisten in den Gefängnissen sind eine Minderheit, aber die Arbeiterklasse, die ganze wirtschaftliche Entwicklung ist für sie.

[421] Alles das zeigt uns, daß es keinen anderen Ausweg gibt. Nur durch die Arbeiterrevolution in einigen Ländern kann dieser Krieg beendet werden. Und vorläufig müssen wir diese Revolution vorbereiten, sie fördern ...

Die Revolution beginnt den Krieg auf der Seite Rußlands zu verändern. Solange die Kapitalisten den Krieg fortsetzen, sagen auch wir: Solange die Arbeiterrevolution nicht in einigen Ländern ihren Anfang nimmt, kann der Krieg nicht aufhören, weil jene Leute an der Macht bleiben, die diesen Krieg wünschen. Man sagt uns: „In einer Reihe von Ländern scheint alles zu schlafen, in Deutschland sind durchweg alle Sozialisten für den Krieg, nur Liebknecht ist dagegen.“ Ich antworte darauf: Dieser einzige Liebknecht stellt die Arbeiterklasse dar, auf ihn als einzigen, auf seine Anhänger, auf das deutsche Proletariat sind die Hoffnungen aller gebaut. Ihr glaubt das nicht? Setzt den Krieg fort! Es gibt keinen anderen Weg. Wenn man nicht an Liebknecht glaubt, wenn man nicht an die Revolution der Arbeiter glaubt, an die Revolution, die heranreift, wenn ihr daran nicht glaubt, so glaubt den Kapitalisten!

Außer der Arbeiterrevolution in einigen Ländern wird in diesem Kriege niemand siegen. Der Krieg ist kein Spielzeug, der Krieg ist eine furchtbare Sache, der Krieg kostet Millionen Opfer, und es ist nicht so leicht, ihm ein Ende zu machen.

Die Soldaten an der Front können die Front nicht von der Regierung trennen und nach ihrem eigenen Gutdünken entscheiden. Die Soldaten an der Front sind ein Teil des Landes. Solange der Staat Krieg führt, wird auch die Front bleiben. Da ist nichts zu machen. Der Krieg ist von den herrschenden Klassen hervorgerufen, beenden kann ihn nur die Revolution der Arbeiterklasse. Ob ihr schnell zum Frieden gelangt, hängt davon ab, wie die Entwicklung der Revolution verläuft. Was für gefühlvolle Dinge auch gesagt werden mögen, was man euch auch sagen mag: macht dem Krieg sofort ein Ende; dieses Ende kann ohne die Entfaltung der Revolution nicht herbeigeführt werden. Wenn die Macht in die Hände der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten übergeht, werden sich die Kapitalisten gegen uns aussprechen: Japan gegen uns, Frankreich gegen uns, England gegen uns – die Regierungen aller Länder werden sich gegen uns aussprechen. Gegen uns werden die Kapitalisten sein, – für uns werden die Arbeiter sein! Dann findet der Krieg ein Ende, den die Kapitalisten begonnen haben. Das ist die Antwort darauf, wie der Krieg zu beenden ist.[422]

*

## Die mecklenburgischen Landtagswahlen und ihre politische Bedeutung

Von Horst Fröhlich

Mecklenburg ist der Vorreiter der deutschen Konterrevolution. Die erste Regierung der Großen Koalition entstand in Mecklenburg 112. 4. 1921 bis 15. 6. 1922). Der Görlitzer Parteitag der

Sozialdemokratie, der die Politik der Großen Koalition guthieß, legte damit nur das programmatisch fest, was die Mecklenburger Sozialdemokratie bereits praktisch durchgeführt hatte. Die Mecklenburger Sozialdemokraten waren die energischsten Verteidiger der Politik der Großen Koalition auf dem Görlitzer Parteitag. Die erste Bürgerblockregierung wurde ebenfalls in Mecklenburg gebildet (28.7.1920 bis 18.1.1921). Das erste Mal in zehn Jahren deutscher Revolution stellten 1929 bei den Parlamentswahlen eines Landes fünf große bürgerliche Parteien eine gemeinsame Kandidatenliste auf und führten den Wahlkampf einheitlich, unter Zurückstellung aller trennenden Momente. Und wiederum ist es Mecklenburg, in dem die Bourgeoisie zu diesen neuen Formen des Angriffes auf die Arbeiterklasse übergeht.

Welche Faktoren geben Mecklenburg diese politische Bedeutung, die im Gegensatz zu seiner schwachen Position im Rahmen der deutschen Volkswirtschaft sieht?

Die Schwäche der mecklenburgischen Industrie, die durch den Prozeß der Rationalisierung und Vertrustung 1924 bis 1920 noch mehr zusammenschrumpfte (es gibt keine Betriebe mit über 1000 Arbeitern und nur acht Betriebe mit über 300 Mann Belegschaft), bedingt die Schwäche des Industrieproletariats und erschwert die Führung revolutionärer Kämpfe in den Betrieben. Diese soziale Schichtung ist die objektive Grundlage für die zahlenmäßige Stärke der Sozialdemokratie und die Schwäche der KPD. Der großagrarische Charakter der mecklenburgischen Landwirtschaft (neun Zehntel der landwirtschaftlichen Fläche des Landes gehören den Großgrundbesitzern und Großbauern, obwohl diese nur ein Fünftel der landwirtschaftlichen Betriebe besitzen), ist die Grundlage für die starke Position der Junker gegenüber den Kleinbauern und Landarbeitern. Infolge der Schwäche des Industrieproletariats, des natürlichen Führers und Organisators der Landarbeiter, unterliegen die Landarbeiter leichter dem Einfluß der Sozialdemokratie und der reformistischen Bürokratie des DLV und dem Terror der Junker und ihrer beiden stärksten Organisationen, des Stahlhelms und des Landbundes.

Hinzu kommt die Rückständigkeit Mecklenburgs, in dem noch zahlreiche Reste des Mittelalters lebendig sind, die die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter und Kleinbauern verschärfen und die Position der Junker verstärken.

Diese objektiven Faktoren machen Mecklenburg zu dem vorbildlichen Manövrierfeld des Faschismus. Sie bestimmten sowohl die neuen Formen des Wahlkampfes als auch das Wahlresultat.

*Der bürgerliche Einheitsblock*

Fünf große bürgerliche Parteien, die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei, die Völkischen und das Landvolk, ein Abkömmling der Deutschnationalen, schlossen sich im Wahlkampf zu einem Einheitsblock „nationaler Mecklenburger“ zusammen. Dieser Zusammenschluß ist nicht nur das Ergebnis eines parlamentarischen Kuhhandels zur Ergatterung möglichst vieler Wahlstimmen, sondern der Ausdruck außerparlamentarischer Vorgänge, der Veränderung der Klassenverhältnisse, des Zusammenschlusses der bürgerlichen Konterrevolution zu einem Einheitsblock gegen das werktätige Volk. Die Schaffung der Einheitsliste wird rückwirkend diese Tendenz verstärken.

Der Zusammenschluß ist kein Zeichen der Beseitigung der Gegensätze im bürgerlichen Lager, die sich im Kampfe der bürgerlichen Parteien wider-[423]spiegelten, sondern der Unmöglichkeit, diese Gegensätze wie bisher in den alten parlamentarischen Formen des bürgerlichen Parteikampfes auszutragen. Der Zusammenschluß ist ein Zeichen der Schwäche der Bourgeoisie, der – wenn auch noch ungenügenden – Radikalisierung der Arbeiter und Kleinbauern; die die Bourgeoisie zwingt, die inneren Gegensätze zu rückzustellen, um den Hauptstoß gegen die Arbeiterfront zu führen. Daß der Wortkampf bei den Wahlen von der bürgerlichen Einheitsliste in erster Reihe gegen die Sozialdemokratie geführt wurde, wobei man uns Kommunisten totzuschweigen versuchte, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß das wahre, entscheidende Ziel des Kampfes nicht die Vernichtung der Sozialdemokratie war und ist, sondern der KPD. Die KPD von den enttäuschten bisherigen Anhängern der Sozialdemokratie zu isolieren, deren Uebergang ins Lager des Kommunismus zu verhindern, ins Lager des Faschismus sicherzustellen, das war das Ziel des Einheitsblockes. Der Einheitsblock

verschwieg den Gegensatz zwischen KPD und SPD, den grundsätzlichen Kampf der KPD gegen die SPD, um mit der Diskreditierung der SPD gleichzeitig die KPD zu treffen.

Der faschistische Charakter des Einheitsblockes erhellt aus der Art seiner Bildung und aus der Zusammensetzung seiner Kandidatenliste. Der Stahlhelm und der Landbund, die größte wirtschaftliche Organisation des Landes, waren die Organisatoren der Einheitsliste. Die Einheitsliste selbst enthält ein sehr starkes Uebergewicht der deutschnationalen und völkischen Kandidaten.

Als 1920 in Italien als Antwort auf die gewaltsame Besitzergreifung der Ländereien durch die Kleinbauern und die Betriebsbesetzung durch die Arbeiter die italienischen Großgrundbesitzer sich im „Fascio“ zusammenschlossen, war es der italienische Landbund, der diesen Zusammenschluß organisierte und es erreichte, daß die bürgerlichen Schichten die politische Zersplitterung in Parteien zugunsten des Fascio aufgaben. Wir sehen hier eine gewisse Parallelität der Erscheinungen in Deutschland und in Italien.

*Der Angriff von „links“!*

Der Uebergang der Sozialdemokratie zum Sozialfaschismus ermöglichte es der Bourgeoisie, die Formen ihres Angriffes zu ändern. Die sozialdemokratische Politik des kleineren Uebels hat aufgehört. Heute stellt die Sozialdemokratie in den Parlamenten nicht mehr radikale Anträge, „Agitationsanträge“, läßt sich überstimmen und nimmt schließlich die Forderungen der bürgerlichen Parteien als „das kleinere Uebel“ an. Umgekehrt! Bürgerliche Parteien stellen heute gelegentlich radikale Anträge, in der Gewißheit, daß ihr Sklave, die Sozialdemokratie, die Anträge ablehnen wird. Dieses System halten sie in doppelter Weise für vorteilhaft: erstens entlarvt sich die Sozialdemokratie vom den breitesten Massen der werktätigen als eine arbeiterfeindliche Partei, zweitens können sich die bürgerlichen Parteien, die Auftraggeber der Sozialdemokratie, als die wahren „Volksfreunde“ ausgehen.

So kam es, daß der Block der schlimmsten Arbeiterschinder und Arbeitermörder, der Block der Junker und der Kapitalisten, der Block des Stahlhelms und des Landhundes, die Sozialdemokratie in demagogischer Weise von „links“ her angriff! Er schrieb gegen den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Zörgiebel, der am 1. Mai „auf die Arbeiter schießen ließ, was im alten Deutschland niemals vorkam“. Er prangerte die „Panzerkreuzermethoden der SPD“, ihre reaktionäre Schulpolitik in Mecklenburg, ihre Politik der Schaffung lebensunfähiger Siedlungen usw. an. In seinem letzten Aufruf am Sonnabend vor der Wahl schrieb der Einheitsblock:

„Weg mit den gehässigen Sozialfaschisten, den Cäsaren in schwammiger Volksausgabe, den mussolinierten Sozialisten.“

Auch diese Art des Angriffes gegen die Sozialdemokratie erinnert an das Vorgehen der Faschisten in Italien v o r der Machteroberung. In seinem offiziellen Parteiprogramm vom Oktober 1920 griff der italienische Faschismus nicht nur die italienische Sozialdemokratie als eine arbeiter- und klein-[424]bauernfeindliche Partei an, sondern stellte zugleich eine Reihe radikaler, demagogischer Forderungen auf, wie z. B.:

Konfiskation eines bedeutenden Teiles des Kapitals, Kontrolle der Arbeiter über die Industrie, Beseitigung des Senats als einer reaktionären Institution, das Land den Bauern usw.

Die Parallele wird noch deutlicher, wenn wir das Vorgehen der Nationalsozialisten betrachten, die diese Demagogie linker Phrasen und Versprechungen noch krasser entwickelt haben.

*Die Kampfmethoden der Nationalsozialisten*

Das dritte bedeutsame Merkmal der mecklenburgischen Landtagswahlen war die Aktivität, das Wachstum und die Demagogie der Nationalsozialisten In ihrer gesamten Agitation unterließen sie fast jeden Angriff auf die KPD, auf den Roten Frontkämpfer-Bund, auf die Sowjetunion. Sie tadelten das Verbot des RFB. Sie sprachen radikal vom Kampf gegen das Kapital. Besonders geschickt war ihre Agitation auf dem Lande, wo sie die Aufhebung des Kanons verlangten (eine ständige, an den Besitz geknüpfte Last, die in natura oder Geld alljährlich zu zahlen ist und eine Abgeltung der Rechte aus der Leibeigenschaft ist), gegen den Wucher des Bankkapitals sprachen, der besonders die Bauern

bedrückt, und die Aufhebung der Dawes-Tribute verlangten. Sie sind am stärksten auf dem Lande, wo sie besonders im südlichen Mecklenburg wichtige Positionen besitzen. Aber auch in den Städten entfalteten sie eine wirksame Agitation unter der Arbeiterschaft, wobei sie bei ihrem Kampfe gegen die Sozialdemokratie die „Marxisten", also nach ihrer Terminologie Sozialdemokratie und Kommunistische Partei, in einen Topf warfen. Natürlich endete die Agitation der Nationalsozialisten immer mit der bekannten Judenhetze.

Die Nationalsozialisten hatten sich der Einheitsliste nicht angeschlossen. Es war ein Spiel mit verteilten Rollen. Denn dadurch war es der Bourgeoisie möglich, alle jene unzufriedenen Arbeiter- und kleinbäuerlichen Stimmen einzufangen, die gegen die Einheitsliste als eine offen arbeiter- und kleinbauernfeindliche Liste waren, die aber, infolge der Unaufgeklärtheit dieser Schichten, sich durch antikapitalistische Phrasen und Versprechungen leicht täuschen lassen. Deshalb muß man den großen Stimmengewinn der Nationalsozialisten, der gegenüber den Reichstagswahlen über 70 Prozent beträgt, zwar objektiv als Zeichen des Vormarsches des Faschismus werten, wenn auch die Stimmen subjektiv als Zeichen der Unzufriedenheit mit der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung abgegeben wurden und so ein eigenartiges Merkmal des in sich widerspruchsvollen Prozesses der Radikalisierung der Arbeiter und Mittelschichten sind.

*Verteidigung und Angriff der Sozialfaschisten*

Die Sozialdemokratie war durch diese demagogische Art des bürgerlichen Angriffes vollkommen verwirrt. Sie berief sich auf die Zustimmung der Deutschnationalen zum Arbeitermord Zörgiebels. Sie erinnerte an die zahllosen Geschenke der SPD an den Großgrundbesitz und bettelte um Dankbarkeit. Sie zitierte die früheren Lobsprüche der Deutschnationalen, Volksparteiler und Wirtschaftsparteiler für die angebliche „Linksregierung". Sie wies nach, daß die „Linksregierung" nur von der Gnade der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Bauernpartei gelebt habe. Denn sie hätte nie eine Mehrheit im Landtag gehabt und hätte bei jeder Etatberatung von diesen Parteien gestürzt werden können.

Der einzige „Angriff" der Sozialdemokratie gegen den Einheitsblock bestand in geistlosen Witzen auf den „Einheits-Pott", in Zitaten der früheren Reden bürgerlicher Abgeordneter gegeneinander. Die SPD untersuchte nicht, wieso heute die bürgerlichen Parteien den Kampf gegeneinander einstellen. Mit ihren faulen Witzen verdeckte die Sozialdemokratie bewußt die ernste Bedeutung des Zusammenschlusses der bürgerlichen Parteien zu einem faschistischen Einheitsblock, schläferte die Wachsamkeit der Arbeiter ein und half auf diese Weise den Faschisten bei ihrem Vormarsch.

[425] Je hündischer die Rolle der Sozialdemokratie gegenüber dem Einheitsblock war, um so brutaler ging sie gegen die Kommunisten vor. Mit beispiellosem Terror organisierten die Sozialdemokraten die Sprengung unserer Versammlungen, tätliche Angriffe auf unsere Redner, stellten Rollkommandos zusammen, verhängten, ebenso wie die Bürgerlichen, Saalsperre über uns, besonders durch die Verwalter der Gewerkschaftshäuser, so daß die KPD neun Zehntel ihrer Versammlungen im Freien abhalten mußte. Die Sozialdemokratie forderte auf, lieber Stahlhelm als Kommunisten zu wählen (Puls-Lübeck). Sie machte offen für die Wahl von Demokraten Agitation. Auf den sozialdemokratischen Wahltransparenten stand: „Wählt Sozialdemokraten oder Demokraten!" – wobei sie es dem Wähler überließ, wem er den Vorrang geben wolle.

*

Wir fassen zusammen:

Ins mecklenburgischen Wahlkampf zeigen sich vier neue Formen des Vormarsches des Faschismus:

1. Der Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien.

2. Die Diskreditierung der Sozialdemokratie von „links" her.

3. Die demagogischen antikapitalistischen Phrasen der Nationalsozialisten.

4. Die Defensivstellung der Sozialdemokratie gegenüber dem Einheitsblock, ihr sozialfaschistisches Vorgehen gegen die KPD.

Die mecklenburgischen Wahlen sind ein Signal für die gesamte deutsche Arbeiterschaft, ein Signal des Vormarsches des Faschismus.

Der Uebergang zum Faschismus ist ein Beweis der Schwierigkeit der Lage für die Bourgeoisie, der Unmöglichkeit, mit den alten Methoden der bürgerlichen Demokratie, des Parlamentarismus, des Parteiensystems die Krise zu überwinden.

Deshalb stehen diesen Faktoren faschistischer Entwicklung auf der anderen Seite die Radikalisierung der Arbeiter, die wachsende Unzufriedenheit der Kleinbauern, der steigende Einfluß der Kommunistischen Partei gegenüber.

*Das Wahlresultat*

Wir gehen nunmehr zur Analyse des Wahlresultates über, das diese Entwicklung nur bestätigt. Angesichts der gegenüber den Reichstagswahlen von 1928 um über 16.000 geringeren Wählerzahl geben wir die Wahlziffern der einzelnen Parteien im Prozentverhältnis wieder:

| *Gesamtergebnis* | *KPD* | *SPD* | *Einheitsliste* | *Mieter* | *Demokraten* | *National-sozialisten* | *Bauern-partei* |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Landtagswahl 1927 | 5,1 | 40,8 | (46,0) | 3,2 | 2,9 | 1,8 | – |
| Reichstagswahl 1928 | 4,9 | 41,0 | (47,6) | – | 3,5 | 2,3 | 0,7 |
| Landtagswahl 1929 | 5,2 | 38,4 | 44,5 | 2,4 | 2,8 | 4,1 | 2,5 |
| *In den Städten* | | | | | | | |
| Landtagswahl 1927 | 6,2 | 37,5 | (46,5) | 4,9 | 3,0 | 1,6 | – |
| Reichstagswahl 1928 | 5,9 | 40,0 | (47,3) | – | 3,9 | 2,5 | 0,1 |
| Landtagswahl 1929 | 6,1 | 36,6 | 45,6 | 3,5 | 3,2 | 4,3 | 0,4 |
| *Auf dem Lande* | | | | | | | |
| Landtagswahl 1927 | 3,7 | 43,6 | (46,0) | 1,0 | 1,3 | 2,1 | 2,0 |
| Reichstagswahl 1928 | 3,6 | 42,1 | (49,0) | – | 1,9 | 2,0 | 1,4 |
| Landtagswahl 1929 | 3,9 | 41,1 | 43,3 | 0,8 | 1,4 | 3,8 | 5,6 |

In absoluten Wahlziffern hatten die Sozialdemokraten 1927: 126.844, 1928: 134.133, 1929: 119.555; die Kommunisten 1927: 15.718, 1928: 16.188, 1929: 16.313; die Nationalsozialisten 1927: 5589, 1928: 7456, 1929: 12.705.

Was lehren die Zahlen?

1. Die Arbeiter- und zum Teil die Kleinbauernmassen verlassen die Sozialdemokratie. Aber dieser Prozeß ist erst in seinen Anfängen. Die Wähler [426] gehen erst zum geringen Teil von der SPD zur KPD, in der Mehrzahl werden sie von den Nationalsozialisten aufgefangen oder verfallen der Indifferenz, deren parlamentarischer Ausdruck die Stimmenthaltung ist.

2. Der Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen ist in den Städten größer als auf dem Lande.

3. Die der Sozialdemokratie nahestehenden kleineren Parteien, wie die Volkswohlfahrtler (frühere Mieter) und die Demokraten, haben prozentual einen noch stärkeren Stimmenverlust als die SPD.

4. Die KPD tritt ihren, wenn auch noch langsamen Vormarsch an. Die Zeit der Stagnation und des Rückschrittes ist endgültig überwunden.

5. Die KPD gewinnt stärker in den Städten als auf dem Lande. Das heißt – bei der Führerrolle der Stadt gegenüber dem Land – sie dringt gerade in den ausschlaggebenden Teilen der Bevölkerung am stärksten vor.

6. Die Nationalsozialisten sind gegenüber den Reichstagswahlen um über 70 Prozent gewachsen, gegenüber den Landtagswahlen 1927 sogar um über 100 Prozent. In den Städten fand dieser Vormarsch in allen bis auf zwei statt. In den Städten sind die Nationalsozialisten prozentual stärker als auf dem Lande.

7. Wo die KPD über 10 Prozent Stimmen verlor, und zwar sind das 19 von 51 Städten und größeren Flecken Mecklenburgs (mit über 1000 Einwohnern), haben die Nationalsozialisten mit nur zwei Ausnahmen einen Stimmengewinn von über 30 Prozent bis zu 100 und 200 Prozent erzielt.

8. Dort, wo unsere Genossen sich schwere opportunistische Entgleisungen zuschulden kommen ließen, wie in den Städten Wismar, Waren, Warin, Schwaan, Malchin und Boizenburg, wo sie sich nicht oder nur ungenügend von den Sozialdemokraten in ihrer Politik abgrenzten, hatte die KPD schwere Stimmverluste, was jedoch die Stimmverluste der Sozialdemokratie nicht aufhob.

9. Der Einheitsblock verlor, trotz der Anziehungskraft, die der Zusammenschluß der Parteien und das nationale mecklenburgische Firmenschild der Einheitsliste auf die Mittelständler und Bauern ausübt, etwa 8000 Stimmen – ein weiteres Zeichen der Radikalisierung der Massen.

*Zusammenfassung*

Die Wahlen bestätigen, die allgemeine Analyse der Partei. Die KPD ist im Vormarsch gegen den Reformismus, gegen den Sozialfaschismus. Der Uebergang zum Faschismus bzw. zum Sozialfaschismus ist die Antwort der Bourgeoisie und ihrer Sozialdemokratie auf diesen Prozeß der Linksentwicklung der Arbeiterklasse. Daß selbst im rückständigen Mecklenburg dieser Radikalisierungsprozeß deutlich zutage tritt, bestätigt die Richtigkeit der allgemeinen Analyse der Partei und widerlegt die Versuche der Versöhnler, aus dem sächsischen Wahlresultat falsche verallgemeinernde Schlüsse zu ziehen, dergestalt, daß der Prozeß der Radikalisierung zum Stillstand gekommen sei und ein rückläufiger Prozeß begonnen habe.

Die Schwierigkeiten der Regierungsbildung in Mecklenburg haben sich durch diese Wahl vermehrt. Vergeblich rechnet das demokratische „Berliner Tageblatt“ aus, „daß sich auch in Mecklenburg-Schwerin praktisch nur mit der Großen Koalition regieren läßt“. Die Frage der Regierungsbildung ist jedoch keine Frage der Rechenkunst, sondern des Verhältnisses der Klassenkräfte und ihrer Veränderung im Kampfe der Klassen. Vergeblich jubelt die sozialdemokratische mecklenburgische Presse: „Der Angriff der Stahlhelmparteien abgewiesen“, um den eigenen Katzenjammer zu verdecken. Der bürgerliche Einheitsblock in Mecklenburg wird den Weg gehen, den ihm der Sozialfaschismus selbst gebahnt hat, den Weg über die Bildung einer Regierung des bürgerlichen Einheitsblockes zur faschistischen Diktatur.

Es gibt nur e i n e Kraft, die die Bourgeoisie fürchtet und von der sie geschlagen werden kann und wird: Das Proletariat, geführt von der KPD, gefolgt von den Millionenmassen der Werktätigen. [427]

*

## Das letzte Wort des Versöhnlertums

Lz. Nach ihrer vernichtenden Niederlage in der Partei standen der Gruppe der Versöhnler z w e i W e g e offen: ehrlich und freimütig ihre Fehler einzugestehen, ihre durch die Tatsachen jedes Tages widerlegten Plattformen preiszugeben, vorbehaltlos den Beschlüssen des Parteitages zuzustimmen und damit das traurige Kapitel der Versöhnlerei abzuschließen, o d e r, wenn sie von der Richtigkeit der Linie der Komintern und der Partei nicht überzeugt sind, wenn sie eine eigene Richtung weiter verkörpern wollen, die Konsequenz des Bruches mit der Partei zu tragen und den Weg der Brandleristen zu gehen.

Die Versöhnler wollten weder das eine noch das andere. Sie bewiesen aufs neue, daß ihr Wesensmerkmal der f e i g e Opportunismus ist, der vor jeder Konsequenz zurückschreckt. Weder ja noch nein, weder Krieg noch Frieden, mit dem einem Salz zugeben, was man mit dem nächsten aufhebt, nach allen Seiten alle Türen offenlassen, diese Weisheit der versöhnlerischen Diplomatie wurde auf dem 12. Parteitag noch einmal ausprobiert. Diese Gruppe ist unfähig, zu irgendeiner prinzipiellen Frage eine klare, unzweideutige Stellung einzunehmen. Sie versucht zugleich, sich mit den Argumenten der Brandleristen gegen die Partei und mit den Argumenten der Partei gegen den Brandlerismus abzugrenzen. Was dabei herauskommt, das zeigt das traurige Produkt, das als „E r k l ä r u n g d e r M i n d e r h e i t d e s Z K“ dem Parteitag vorgelegt wurde.

Diese „Erklärung“ zu widerlegen, ist kaum mehr notwendig, da sie sich genügend selbst widerlegt. Wird man doch zu jedem Argument das Gegenargument in dieser Plattform selbst finden. Wir begnügen uns damit, auf einige Beispiele dieser „Einheit der Gegensätze“ hinzuweisen und ihren politischen Sinn aufzuzeigen.

Nach einem monatelangen Kampf, in dem die Versöhnler vor den wüstesten Beschuldigungen gegen die Partei nicht zurückschreckten, wollen sie nunmehr die Meinungsverschiedenheiten als „ausschließlich taktischer Natur“ bagatellisieren.

„Wir haben eine andere Einschätzung der gegenwärtigen Lage.“ Eine Kleinigkeit! Als ob nicht die Hilferding und Otto Bauer auch gerade in diesen Punkten eine etwas andere Meinung als die Kommunisten hätten! Daß einmal eine revolutionäre Zeit kommen wird, in der das Proletariat revolutionäre Aufgaben zu lösen hat, das sind alle Reformisten jederzeit bereit zuzugeben. Nur von den aktuellen revolutionären Aufgaben wollen sie nichts wissen. Darum haben die Auseinandersetzungen mit den Opportunisten in der Arbeiterpartei immer mit dem Streit um die Einschätzung der Lage begonnen. Die Versöhnler haben „nur“ die Momente der Erschütterung der kapitalistischen Stabilisierung und der Verschärfung der Klassenkämpfe anerkannt. Das, was sie gesehen und als Kennzeichen der dritten Periode der Nachkriegszeit hervorgehoben haben, die Ueberschreitung des Vorkriegsniveaus der Produktion, die gewaltige Entwicklung der kapitalistischen Monopole, die Herausbildung staatskapitalistischer Tendenzen usw., alles das haben auch die Sozialdemokraten festgestellt.

Obwohl es sich also nur um kleine, untergeordnete „taktische“ Meinungsverschiedenheiten handeln soll, erklärt die „Minderheit“, sie seien zwar keine Fraktion, aber „eine im Verlauf der Diskussionen entstandene Richtung.“ Der feine Unterschied der Begriffe ist einem gewöhnlichen Parteimitglied unverständlich. Wir waren bisher der Meinung, daß es in der Kommunistischen Partei nur eine Richtung geben kann, die bolschewistische Richtung. Auf dem 6. Weltkongreß tat Genosse Ewert sehr entrüstet, als Genosse Ulbricht in der Diskussion feststellte, die innerparteilichen Auffassungen Ewerts müßten zum Trotzkismus führen. Die Partei als ein Sammelsurium von Richtungen – das ist gerade die trotzkistische Auffassung.

Und diese „Richtung“, die nur „taktische“ Meinungsverschiedenheiten haben will, erhebt zugleich gegen die Partei dem bescheidenen Vorwurf:

[428] „Die Politik der Partei ... bricht so mit wichtigen taktischen Lehren des Leninismus.“

Die „taktischen“ Meinungsverschiedenheiten erweisen sich also als Meinungsverschiedenheiten über die Grundsätze der Taktik. Das ist ein typisches Beispiel für die Politik mit doppeltem Boden, die das Versöhnlertum kennzeichnet. „Nur taktische Meinungsverschiedenheiten“ – so heißt es, wenn begründet werden soll, warum man dieser „Richtung“ unbeschränkte Bewegungsfreiheit in der Partei geben muß. „Die Partei bricht mit wichtigen taktischen Lehren des Leninismus“ – so heißt es, wenn die Partei diskreditiert werden soll.

Dieselbe Zweideutigkeit zeigt sich in der Stellung der Versöhnler zur Frage der Disziplin. Einerseits stellt die Erklärung fest, daß die Parteiführung die von Lenin aufgestellten Bedingungen für die Disziplin einer revolutionären Partei nicht erfülle, andererseits wollen sich die Versöhnler doch gütigst zur Einhaltung der Disziplin verpflichten, aber sie stellen zugleich Gegenforderungen der „innerparteilichen Demokratie“, des „Rechts auf Kritik“ usw. Es ist klar, daß ein solches Versprechen, Disziplin zu üben, obwohl man im Grunde keine Verpflichtung dazu anerkennt, nur bedeutet, daß man sich Zeitpunkt und Form des Disziplinbruches vorbehält. So haben die Genossen Thälmann und Remmele dieses Manöver auf dem Parteitag gekennzeichnet.

Die Erklärung selbst verrät, wie die Versöhnler die Einhaltung der Disziplin auffassen. Da wird nämlich behauptet, daß die Richtlinien der Partei zur Betriebsrätewahl die bekanntlich im Einvernehmen mit dem EKKI und der RGI aufgestellt wurden, falsch waren.

„Die Funktionäre in den Betrieben haben dann auch diese in Widerspruch zum 6. Weltkongreß stehenden Richtlinien im allgemeinen nicht durchgeführt. (Teilweise führte die falsche und unverstandene Taktik auch zur Passivität und Zurückweichen vor den Reformisten).“

Was ist das anderes als eine Rechtfertigung des Disziplinbruches, eine Ermunterung zur Mißachtung der Parteibeschlüsse in der Praxis. „Teilweise“ war die Nichtdurchführung der Parteibeschlüsse Passivität und Zurückweichen vor den Reformisten. Das geben die Ewert, Meyer und Co. gütigst zu. Aber auch in diesen Fällen war die falsche Taktik der Partei schuld. Teilweise aber, und

das gilt sogar „im allgemeinen“ haben die Funktionäre der Partei richtig gehandelt, wenn sie die Beschlüsse der Partei nicht durchführten.

Wollte die Partei solche Auffassungen in ihren Reihen dulden, wollte sie einer Gruppe, die sich bescheiden eine „Richtung“ nennt, gestatten, in dieser Weise die Sabotage der Parteibeschlüsse zu propagieren, dann würde sie sich zum Gespött ihrer Feinde machen. Eine revolutionäre Partei, die Theorien zur Rechtfertigung des Disziplinbruches duldet, ist unfähig, ihre Aufgaben zu erfüllen.

Sich über die Einschätzung der Lage mit den Versöhnlern und einmal auseinanderzusetzen, ist überflüssig, da sie über diese Grundfrage nichts Neues zu sagen haben. Man kann das ganze Ergebnis ihrer „Analyse“ in dem Satz zusammenfassen: „In Deutschland nichts Neues.“ Genosse Ewert brachte es fertig, in seiner Diskussionsrede des langen und breiten die Neuigkeit zu entwickeln, daß wir in einer demokratischen Republik leben. Im zehnten Jahre des Bestehens dieser Institution war das immerhin nicht schwer zu entdecken. Daß sich aber an dem Charakter, an den Herrschaftsmethoden dieser Republik in der jetzigen Periode etwas ändert, das können unsere Weisen nicht begreifen. Ewert zog die berüchtigte, in unserer Zeitschrift schon mehrfach zitierte Formulierung, daß die Bourgeoisie „weder mit faschistischen noch mit diktatorischen Methoden, sondern in engster Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie“ regiert, formell zurück. Aber die „Erklärung“ wiederholt den gleichen Unsinn mit anderen Worten:

„Die Kennzeichnung der gegenwärtigen Lage jedoch als Diktatur des Faschismus oder des Sozialfaschismus ist opportunistisch (!), da sie geeignet ist, die Massen von der Tatsache abzulenken, daß das gefährlichste Werkzeug der Diktatur des Finanzkapitals gegenwärtig die Sozialdemokratie und ihre sozialimperialistische [429] Koalitionspolitik ist. Es ist unmarxistisch (!), alle Unterdrückungsmallnahmen des bürgerlichen Staates gegenüber dem Proletariat als Faschismus und jede Beteiligung der Sozialdemokratie an solchen Unterdrückungsmaßnahmen als Sozialfaschismus zu bezeichnen.“

Weder in den Reden, noch in den Beschlüssen des Parteitages ist davon die Rede, daß in Deutschland bereits eine sozialfaschistische oder faschistische Diktatur herrscht. Dem Gegner Behauptungen unterstellen, die er nie aufgestellt hat, das ist eine üble Methode unsachlicher Demagogie. Was wir behaupten, ist, daß gegenwärtig die Bourgeoisie die demokratisch-parlamentarischen Herrschaftsformen immer mehr mit faschistischen Methoden durchsetzt und auf diese Weise den Uebergang zum Faschismus vorbereitet. Bei diesem Entwicklungsprozeß spielt die Sozialdemokratie als regierende Partei eine aktive Rolle und wandelt dabei auch ihren eigenen Charakter, indem sie gleichfalls die Methoden der reformistischen Demagogie immer mehr durch die Methoden der faschistischen Terrorisierung der Arbeiterschaft, die Ideologie der „reinen Demokratie“ durch die Ideologie der Diktatur des Reichsbanners, der Gewerkschaften usw. ersetzt.

Von alledem merken die Versöhnler nichts. Sie entdecken Opportunismus in unserer Analyse, weil sie ihrer Auffassung nach vom Kampf gegen die Sozialdemokratie ablenke. Die Sozialdemokraten selbst sind anderer Meinung. Im „Vorwärts“ vom 30. Juni ist ein ganzer Leitartikel der Verteidigung gegen den Ausdruck „Sozialfaschismus“ gewidmet. Die sozialfaschistischen Führer fühlen sich durch unsere Kennzeichnung getroffen. Sie verstehen sehr gut, daß die Arbeiter von Kampf gegen die SPD nicht abgelenkt werden, wenn man den Reformismus als aktive Kraft der Vorbereitung und Durchführung des Ueberganges zum Faschismus kennzeichnet. Die Versöhnler verraten nur ihre eigene opportunistische Einschätzung des Reformismus, wenn sie glauben, der Kampf gegen den Faschismus mußte vom Kampf gegen die Sozialdemokratie ablenken.

Auch hier sind übrigens die Versöhnler nur Nachbeter der Weisheit von Brandler und Thalheimer. Das Brandler-Blättchen zitiert zustimmend eine Aeußerung der Nationalsozialisten, in der sie sich gegen die Bezeichnung der Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten“ verwahren. Es ist leicht zu verstehen, warum die Brandlerianer von Sozialfaschismus nichts hören wollen. Sie werden doch nicht das Nest beschmutzen lassen, in dem sie sich behaglich einrichten wollen. Die Versöhnler, die als Stellvertreter der Rechtem innerhalb der Partei gleichfalls den Kurs der Annäherung an den Reformismus vertreten, haben im Wesen den gleichen Grund, sich gegen die richtige Kennzeichnung des Reformismus in der gegenwärtigen Entwicklungsphase zur Wehr zu setzen.

Sie jammern des langen und breiten über die „Nichtanwendung der Einheitsfronttaktik“. Sie schien nicht, wie wir auf einer höheren Stufe im offenen Kampf gegen den Reformismus die Einheitsfront von unten in den Massen verwirklichen. Nachdem sie während des Ruhrkampfes im abgeschwächter Form die Hetze der Brandleristen gegen die Kampfleitungen wiedergaben, werfen sie jetzt der Partei vor, sie habe es nicht verstanden, „aus den Kampfleitungen revolutionäre Einheitsfrontorgane zum Kampf gegen die verräterische Streikstrategie der Reformisten zu machen“.

Man wird ebenso vergeblich nach einen Beweis für diese Behauptung, wie nach praktischen Vorschlägen zur besseren Organisierung der Einheitsfrontorgane in der „Erklärung“ und in den Reden der Versöhnler suchen. In Wirklichkeit sind diese „Leninisten“ mit Einheitsfrontorganen so lange nicht zufrieden, als in ihnen nicht Vertreter der sozialdemokratischen Politik enthalten sind. Darauf lief ihre Kritik in der Praxis immer hinaus.

Das Unverständnis für die Formen der Einheitsfront in der gegenwärtigen Periode des verschärften Kampfes gegen den Reformismus zeigt auch die Stellung der Versöhnler zum den Maikämpfen. Nachdem diese Helden einen Monat lang nicht den Mut gefunden haben, in den führenden Körperschaften der Partei irgend etwas über ihre Einschätzung dieses großen historischen Ereignisses zu sagen, wiederholen sie in ihrer Erklärung die Weisheit, die sie von den Brandlerianern und den Urbahnsleuten übernommen haben: die Kom-[430]munisten hätten sich an den gewerkschaftlichen Saalveranstaltungen beteiligen sollen. Diese bewährten Taktiker haben uns nur nicht verraten, ob die kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder in diesen Versammlungen brav und diszipliniert die Festrede des Gewerkschaftsbonzen hätten über sich ergehen lassen oder die Maifeier mit einer Prügelei zwischen KPD- und SPD-Arbeitern eröffnen sollen. Denn selbst Ewert und Meyer werden doch wissen, daß in diesen Veranstaltungen nicht etwa eine kameradschaftliche Diskussion über Form und Inhalt der Maifeier durchgeführt werden konnte.

In Wahrheit kommt in diesem „taktischen“ Vorschlag nur wiederum zum Ausdruck, daß die Versöhnler sowenig wie die Rechten die Veränderung im Lager des Reformismus sehen. 1928 veranstalteten die Gewerkschaften noch die übliche Maidemonstration, der die Kommunisten durch ihre Transparente und Losungen einem revolutionären Charakter geben konnten. 1929 wirkten die Gewerkschaftsführer auf den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten ein, um die Maidemonstrationen verbieten und niederknüppeln zu lassen. In dieser Situation konnte kein klassenbewußter Arbeiter gemeinsam mit den Verrätern und Henkern der Maidemonstration gemütlich in die Säle maifeiern gehen, während bei einer solchen Taktik die unorganisierten Arbeiter isoliert von den organisierten auf den Straßen dem Polizeiterror getrotzt hätten.

In ihrer Erklärung bemühen sich die Versöhnler krampfhaft, die Grenzlinie zu den Brandlerianern zu finden. Sie bringen damit vor allen zum Ausdruck, daß sie trotz ihrer formellen Zustimmung zum Offenen Brief des EKKI von 1928 die Einschätzung dieser Gruppe als linkssozialdemokratische Gruppe, wie sie in diesen Dokument gegeben ist, ablehnen. Soweit sie Kritik aus der Brandler-Gruppe üben, richtet sie sich im wesentlichen nicht gegen den menschewistischen Charakter der gesamten Politik dieser Renegaten, sondern gegen ihr taktisches oder –, nach der Meinung der Versöhnler untaktisches – Vorgehen gegenüber der Partei. Nicht dem Opportunismus machen sie ihren Gesinnungsfreunden zur Rechten zum Vorwurf, sondern ihren Verzicht auf jene Diplomatie, die das Wesen des feigen Opportunismus ausmacht. Sie erinnern ihre Brüder im Geiste daran, daß sie ihre Meinungsverschiedenheiten doch auch nur als „taktische“ erklärt haben. Sie nehmen diese Erklärung für bare Münze, da zwischen den Versöhnlern und den Rechten in der Tat immer nur „taktische“ Meinungsverschiedenheiten bestanden.

Offenkundig wollen sich die Versöhnler den Weg zur Brandlergruppe offen lassen. Sie sehen in dieser Filiale des Menschewismus eine Gruppe, die nur ein wenig vom Bolschewismus abgewichen ist:

„Gleichzeitig entwickelt die Brandler-Organisation ... eine Reihe von opportunistischen Abweichungen von der bolschewistischen Linie zur Eroberung der Massen ... In der Tendenz zur Herausbildung einer selbständigen Partei erstarren diese Abweichungen unvermeidlich zu einem opportunistischem System.“

Das also ist die Stellung der Versöhnler zwischen der Partei und den menschewistischen Familienklub Brandlers! Der Partei werfen sie vor, daß sie mit wichtigen Lehren des Leninismus gebrochen habe, der Brandlergruppe aber nur, daß sie vom Bolschewismus im einigen Punkten abweichen und zum einem opportunistischen System kommen müßte, wenn sie ihre Gruppe formell in eine Partei verwandeln wollte.

Es ist selbstverständlich, daß die Kommunistische Partei eine solche Gruppe zweideutigen Opportunisten, die sich den Weg nach beiden Seiten. zum Reformismus wie zum Bolschewismus, offenhalten will, nicht dulden kann. Der Parteitag hat durch den Genossen Thälmann an die Führer der Gruppe die Forderung nach vollkommener ideologischer und organisatorischer Abrüstung gerichtet. Die Erklärungen, die Ewert abgab, daß sie die Disziplin einhalten und ihre Plattform in der Partei nicht mehr verteidigen wollen, kann nicht genügen. Es ist zu wenig, in einer bolschewistischen Partei auf die Propaganda menschewistischer Anschauungen zu verzichten. Der mangelnde [431] Mut, seine Ueberzeugung zu vertreten, macht die Anhänger menschewistischer Auffassungen noch nicht zu Kämpfern für die bolschewistische Auffassung.

Die weitgehende, wenn auch nicht vollständige Kapitulation der Führer der Versöhnlergruppe hat den völligen Zerfall ihrer Gruppe eingeleitet. Ein Teil geht direkt ins Lager der Brandlerianer über, wie jener Karl Frank, der die Versöhnler offen für bankerott erklärt, seit die diplomatische Vertretung des Opportunismus in der Partei nicht mehr geduldet wird. Ein Teil der proletarischen Anhänger der Gruppe hat nach dem Parteitag vorbehaltlos den Beschlüssen der Partei zugestimmt. Was die paar Offiziere ohne Mannschaft, die immer noch nicht wissen, wohin sie gehören, tun werden, das ist für die Entwicklung der Partei von sehr geringer Bedeutung.

*

## Die Plattform der Versöhnler auf dem 12. Parteitag

„Erklärung der Minderheit des ZK zum Parteitag“

1. Die gesamte Reaktion, an ihrer Spitze die Regierung des Trustkapitals, versucht in einem konzentrischen Angriff die KPD zu zerstören und von den breitem Massen zu isolieren. Die KPD ist die einzige revolutionäre Partei des deutschen Proletariats. Die Frage der Einhaltung der Disziplin ist deshalb für uns nicht nur eine formelle Frage des Parteistatuts, sondern die Voraussetzung für die Erfüllung der revolutionären Aufgaben der proletarischen Avantgarde. Wir unterstreichen dies besonders in der gegenwärtigen Situation.

Die Differenzen, die wir mit der Führung der Partei und teilsweise auch mit der Exekutive der KI haben, sind ausschließlich taktischer Natur. Wir haben eine andere Einschätzung der gegenwärtigen Lage, als die, wie sie von der Mehrheit insbesondere nach dem VI. Weltkongreß entwickelt worden ist, gerade weil wir auf dem Boden des VI. Weltkongresses stehen. Wir sind mit der Taktik der Partei auf dem Gebiet der Massenpolitik nicht einverstanden. Wir sind Gegner des gegenwärtigen innerparteilichen Kurses. Die Partei hat gegen uns entschieden. Wir sind überzeugt, daß diese Entscheidung falsch ist. Wir wissen, und die Geschichte der Partei beweist dies, daß im Laufe der Entwicklung die Bedingungen des revolutionären Kampfes eine Korrektur den gegenwärtigen falschen Politik herbeiführen werden.

Obgleich die Methoden der Parteiführung die Herstellung einer wirklichen kommunistischen Disziplin erschweren, werden wir uns nicht auf den Weg eines fraktionellen Kampfes begeben. Wir erinnern tun das Wort Lenins, daß „die kommunistische Disziplin nur hergestellt werden kann durch die Richtigkeit der politischem Leitung, die von der Avantgarde verwirklicht wird, durch die Richtigkeit ihrer politischen Strategie und Taktik unter der Bedingung, daß die breitesten Massen sich von dieser Richtigkeit durch eigene Erfahrung überzeugen. Ohne diese Bedingungen ist die Disziplin einer revolutionären Partei, die tatsächlich fähig ist, die Partei der revolutionären Klasse zu sein, welche die Bourgeoisie zu stürzen und die ganze Gesellschaft umzugestalten hat, nicht zu verwirklichen. Die Führung der Partei erfüllt diese Bedingungen nicht. Dennoch erklären wir, insbesondere auch gegenüber den in der innerparteilichen Resolution aufgezählten „elementaren Voraussetzungen für das Verbleiben der Versöhnler in der Partei“:

a) Wir verpflichten uns, die Beschlüsse der KI und der KPD durchzuführen. Wir halten es zugleich für notwendig, daß die Parteiführung alle grundlegenden Beschlüsse auf der Basis innerparteilicher Demokratie vorbereitet.

b) Wir verpflichten uns zur Einhaltung dem Disziplin, d. h. Unterordnung unter die Mehrheit. Diese Pflicht schließt gleichzeitig ein das Recht jedes Mitgliedes. Vorschläge zu machen, an den Diskussionen teilzunehmen, abweichende Meinungen im Rahmen des Programms und der Statuten zu äußern und Kritik zu üben.

c) Wir waren und sind keine Fraktion, sondern eine im Verlauf der Diskussionen entstandene Richtung. Wir haben keine der Partei entgegengesetzte Disziplin.

2. Einzelne von uns haben in den letzten Monaten zu Einzelfragen der Taktik und der Lage dem ZK bzw. dem Politbüro, Resolutionsentwürfe eingereicht. Wir vollen jetzt auf dem Parteitag unsere Auffassung über einige der wichtigsten politischen Fragen nochmals skizzieren.

Sowohl die internationale Lage, wie auch die in Deutschland, weisen eine Reihe von Verschärfungen auf. Die Pariser Reparationsverhandlungen zeigen nicht nur die großen Gegensätze im imperialistischen Lager, ihr Abschluß rückt auch den Zeitpunkt neuer Zuspitzungen in der Richtung einer aktiven imperialistischen Politik der wichtigsten Mächte, einschließlich Deutschland, gegen die Sowjetunion näher. Der Wahlsieg der Arbeiterpartei im England bedeutet keine Aenderung der Generallinie des britischen Imperialismus, der nach wie vor auf eine kriegerische Auseinandersetzung mit der Sowjetunion hinarbeitet. In England, ebenso wie in Deutschland, setzt die Bourgeoisie ihre außen- und innenpolitischen Ziele mit Hilfe der Sozialdemokratie durch.

Die Weltlage wird gespannter, der Kampf um die Absatzmärkte schärfer, die Rebellion der Kolonialvölker größer, der Kampf des Proletariats in den Industriestaaten reifer und mächtiger. Der Radikalisierungsprozeß der Massen wird breiter und tiefer und äußert sich in einer differenzierten Linksentwicklung, in der verschiedene Schichten der Arbeiterklasse verschiedene Reifegrade dieser Linksentwicklung erreichen. Der sozialistische Auf-[432]bau in der Sowjetunion schreitet vorwärts. Durch alle diese Faktoren wächst auch die Gefahr neuer Kriege, insbesondere des Krieges gegen die Sowjetunion, und es verschärft sich der Druck des Trust- und Finanzkapitals auf das Proletariat.

In Deutschland herrscht die Diktatur des Finanz- und Trustkapitals in der Form der bürgerlichen Demokratie, die die raffiniertesten Methoden des Arbeiterbetrugs mit denen des brutalsten Terrors vereinigt. Diese „Demokratie“ im vollen Umfange zu entlarven, ist besonders gegenüber den Millionen sozialdemokratischer Arbeiter eine unseren wichtigsten Aufgaben. So richtig es ist, daß der Sozialimperialismus dem Faschismus oder einem anderen bürgerlichen Terrorregime den Weg ebnet, so schädlich ist aber die dauernde Verwechslung einer drohenden Gefahr mit einer bereits vorhandenen Tatsache. Wir verkennen keineswegs vorhandene Tendenzen zum Abbau den demokratisch-parlamentarischen Einrichtungen und für Vorbereitung eines Diktaturregimes. Die Kennzeichnung der gegenwärtigen Lage jedoch als Diktatur des Faschismus oder des Sozialfaschismus ist opportunistisch, da sie geeignet ist, die Massen von der Tatsache abzulenken. daß das gefährlichste Werkzeug der Diktatur des Finanzkapitals gegenwärtig die Sozialdemokratie und ihre sozialimperialistische Koalitionspolitik ist. Es ist unmarxistisch, alle Unterdrückungsmaßnahmen des bürgerlichen Staates gegenüber dem Proletariat als Faschismus und jede Beteiligung der Sozialdemokratie an solchem Unterdrückungsmaßnahmen als Sozialfaschismus zu bezeichnen.

Wir stehen auch in dieser Frage auf dem Boden des Programms der KI, worin es heißt: „Faschismus und Koalition mit der Sozialdemokratie sind beides für den normalem Kapitalismus ungewöhnliche Methoden. Sie sind Anzeichen für das Bestehen einer allgemeinen Krise des Kapitalismus und werden von der Bourgeoisie benutzt, um den Vormarsch der Revolution zu hemmen.“

Wir befinden uns gegenwärtig nicht in einer akut revolutionären Situation. Wir stehen auch nicht u n m i t t e l b a r davor, wie es das ZK in den Thesen über die Berliner Maikämpfe behauptet. Das Proletariat kämpft unten den Bedingungen der „dritten Periode“ des Nachkriegskapitalismus, in der die wachsenden Widersprüche und die Radikalisierung der Massen erst eine akut revolutionäre Situation heranreifen lassen.

3. In dieser Vorbereitungszeit für den revolutionären Endkampf steht vor der Partei in aller Schärfe das entscheidende Problem: Die Herausarbeitung und Durchführung einer Massenpolitik, die die vorhandenen revolutionären Kader schult, neue Massen gewinnt und die Festigung der Partei, die die Kämpfe mit dem Mut und der Ausdauer von Revolutionären und der Gründlichkeit von Marxisten führen muß. Die Methode zur Gewinnung und Mobilisierung der Massen mit dem strategischen Ziel der Gewinnung der Mehrheit der entscheidenden Teile der deutschen Arbeiterklasse für die Revolution ist die Anwendung der Einheitsfronttaktik, wie sie in den Beschlüssen der Weltkongresse, auch in denen des VI. Weltkongresses festgelegt ist. Nur so lernt die Arbeitermasse, nur so lernt auch ihre Avantgarde die Führung des kompliziertesten aller Kriege, des revolutionären Klassenkampfes.

Auf diesem Gebiet ist die Parteileitung in schwere Fehler der Vergangenheit verfallen, die die Partei schon einmal auf den Weg der Isolierung von den Massen gebracht haben. Der Offene Brief des EKKI 1925 stellte zwei Aufgaben vor die Partei: den Bruch mit der falschen Massenpolitik, der ultralinken Führung und – um eine richtige Politik durchzuführen – die Normalisierung des inneren Parteilebens, die Durchführung einer breiten Konzentration den Kräfte innerhalb der Partei auf dem Boden der Kominternbeschlüsse. Obgleich diese Politik mit Mängeln, Schwankungen und Hemmnissen durchgeführt wurde, war ein stetiger Aufstieg der Partei auf allen Gebieten unverkennbar. Die Mitgliederzahl stieg. Die Zahl der Presseleser wuchs. Es erfolgte eine festere Verwurzelung der Partei mit den Gewerkschaften, den anderen Massenorganisationen und den Betrieben, eine rasch steigende Zunahme der Wahlstimmen, die Führung breiter Kampagnen, die die Millionenmassen beeinflußten. Die innere Konsolidierung in der Partei machte Fortschritte. Wir waren die letzten, die diese Erfolge überschätzten. Sie waren erst ein Anfang.

Diese Entwicklung ist aber heute unterbunden. Die Partei befindet sich in einem krisenhaften Zustand, der durch einstimmige Beschlüsse nur schlecht verschleiert wird. Auf den meisten Gebieten ist eine rückläufige Entwicklung eingetreten. Dabei sind die objektiven Voraussetzungen für die Erfolge einer kommunistischen Politik unzweifelhaft günstiger geworden.

4. Die Reformisten setzen gegenüber dem Radikalisierungsprozeß in der Arbeiterschaft und unserem in den letzten Jahren eingetretenen Vormarsch in den Gewerkschaften die Ausschlußoffensive verstärkt fort.

Ihr Ziel ist die Isolierung der aktiven Elemente der Gewerkschaftsopposition von den organisierten Arbeitermassen, um diese Massen für ihre offene sozialimperialistische Politik, für die Unterstützung des Krieges gegen die Sowjetunion zu gewinnen. Der Verlauf dieses Kampfes zwischen Reformismus und Kommunismus um die Führung der gewerkschaftlich organisierten Arbeitermassen ist von entscheidender historischen Bedeutung. Die Anschläge der Reformisten können nur durch eine klare, ohne Schwankungen durchgeführte leninistische Gewerkschaftspolitik mit Erfolg abgewehrt werden.

Aus einer falschen Einschätzung der innerhalb der Arbeiterschaft durch die Rationalisierung vor sich gegangenen sozialen Umschichtung gibt die Parteileitung die von Lenin begründete Strategie zur Gewinnung der entscheidenden Schichten den organisierten und unorganisierten Arbeiterschaft teilweise preis. Statt die Gewinnung der organisierten und unorganisierten Arbeiterschaft im Zusammenhang zu stellen, trennt sie diese gemeinsame Aufgabe schematisch, erklärt die Arbeit unter den Unorganisierten zur Hauptaufgabe. Die Eroberung der entscheidenden Schichten des Proletariats wird von Lenin an dem bestimmten Bedingungen des betreffenden Landes konkretisiert, wobei insbesondere in den Ländern, in denen die Organisiertheit des Proletariats besonders stank ist, die Gewinnung der unorganisierten Arbeiten im Zusammenhang und engster Abhängigkeit von der Arbeit innerhalb des organisierten Proletariat gestellt wird. Die Politik der Partei innerhalb den [433] Gewerkschaften, ihre Behandlung der Frage der Unorganisierten, kehrt diese Strategie um und bricht so mit wichtigen taktischen Lehren des Leninismus.

Die Erfahrungen der letzten Zeit beweisen die Richtigkeit unserer Auffassungen. Bei den Ausschlußmaßnahmen und der erpresserischen Reverspolitik der Reformisten mußte versucht werden, durch eine organisierte Massenkampagne zur Verteidigung der Einheit der Gewerkschaften auf dem Boden dc Klassenkampfes und durch bolschewistische Taktik auch des Manövrieren die Absichten der

Reformisten zu durchkreuzen. Durch die falsche Politik der Partei wurde die Aktionskraft der Opposition in den Gewerkschaften geschwächt (wachsende Passivität, teilweise defaitistische Stimmungen und ebenso ultralinke Stimmungen zur Schaffung neuer Gewerkschaften), die Zerschlagung örtlicher und betrieblichen Gewerkschaftspositionen wurde erleichtert. (Berliner Verkehrsbetriebe, Berliner DMV usw.).

Die Erfahrungen bei den Betriebsrätewahlen zeigen, daß die von uns vertretenen Richtlinien der Gewerkschaftskommission des 6. Weltkongresses richtig sind, während die späteren Anweisungen, in denen die Aufstellung selbständiger Listen der Opposition mit gewerkschaftlich unorganisierten Kandidaten als R e g e l gefordert wird, falsch waren. Die Funktionäre in den Betrieben haben dann auch diese im Widerspruch zum 6. Weltkongreß stehenden Richtlinien im allgemeinen nicht durchgeführt. (Teilweise führte die falsche und unverstandene Taktik auch zur Passivität und zum Zurückweichen vor den Reformisten.)

Die notwendige und richtige stärkere Anwendung des Mittels der Aufstellung eigener Listen der Opposition und der aggressivste Kampf gegen alle diktatorischen Maßnahmen der Reformisten bei der Aufstellung der Betriebsrätelisten erforderten keine Aenderung der auf dem 6. Weltkongreß erneuerten Generallinie der Partei bei den Betriebsrätewahlen, bei der die Eroberung der Liste der freien Gewerkschaften durch die Opposition in erster Linie gestellt wurde.

Die beherrschende Aufgabe der revolutionären Gewerkschaftspolitik ist die Eroberung der Führung der Massen in den Lohn- und Arbeitszeitbewegungen, die Auslösung und Führung von Kämpfen gegen das Kapital, gegen die reformistischen Führer und das Schlichtungswesen. Trotz der günstigen Lage hatte die revolutionäre Opposition in den großen Lohn- und Arbeitszeitbewegungen dieses Frühjahrs weniger Einfluß als in früheren Jahren. (Bergbau, Berliner Metallindustrie, Eisenbahnen, chemische Industrie, Textilindustrie, Holzindustrie usw. Durch die falsche Gewerkschaftspolitik hat es die Partei nicht verstanden, die Initiative und Kampfbereitschaft der Massen in organisierter Form zum Kampf gegen die Gewerkschaftsbürokratie umzusetzen. Besonders hat die Partei es nicht verstanden, aus den Kampfleitungen revolutionäre Einheitsfrontorgane zum Kampf gegen die verräterische Streikstrategie der Reformisten zu machen.

Der Versuch, diese Erscheinungen nur mit organisatorischen Mängeln und Unerfahrenheit der Genossen bei der Anwendung der neuen Kampfmethode zu erklären, geht an der Hauptursache vorbei. Diese liegt in der Nichtanwendung der Einheitsfronttaktik als Methode zur Mobilisierung der Massen gegen die reformistischen Führer und für die Taktik und Forderungen der Opposition. Alle Schritte, die notwendig sind, um den Massen den Widerspruch zwischen den Forderungen der Arbeiter und den Handlungen der Reformisten, zwischen den notwendigen Kampfmaßnahmen und der Taktik der reformistischen Führung zum Bewußtsein zu bringen (z. B. Delegationen an die reformistischen Leitungen usw.), wurden nicht nur nicht durchgeführt, sondern als Opportunismus verurteilt. Bei diesem Verzicht auf die Anwendung der Einheitsfronttaktik – mit der Wahl von Kampfleitungen ist die Anwendung der Einheitsfronttaktik nicht erschöpft – ist die verhältnismäßige Einflußlosigkeit der Opposition in den großen Bewegungen unvermeidlich.

Alle diese Fehler haben dazu geführt, daß in der Gewerkschaftsfrage in der Partei große Unklarheit herrscht. Bei Fortbestehen dieser Verwirrung und Fortsetzung dieser unklaren Taktik ist die Entstehung von „Parallel-Organisationen“ nur eine Frage der Zeit. Denn Problem der Arbeit und des Kampfes in den historisch entstandenen Massenorganisationen kann man ebensowenig aus dem Wege gehen, wie dem Kampf gegen den Reformismus selbst. Diese Frage ist in Deutschland nicht zu lösen mit den Ideen des Genossen Losowsky über Unterstützungsverbände, Gesellschaften zur Bekämpfung der Aussperrungen usw. Sie ist auch nicht zu lösen mit solchen lächerlichen Vorschlägen, wie den aus den Gewerkschaften Ausgeschlossenen die Möglichkeit der Einzahlung ihrer bisherigem Gewerkschaftsbeiträge als Spareinlage zu geben. Dieser Vorschlag, der „Schaffung einer individuellen Sparmöglichkeit“ (Genosse Ulbricht in der „KI“ Nr. 6) wie auch die Vorschläge des Genossen Losowsky sind ein sektiererisches Spintisieren, ein Spielen mit längst überholten Organisationsformen und Hilfsmitteln und entspringen im Grunde einer kleinbürgerlichen Ideologie. Das Wichtigste aber ist, daß sie kein Kampfmittel gegen den Reformismus sind. Ohne Wiederherstellung der

leninistischen Gewerkschaftstaktik ist eine Eroberung der entscheidenden Schichten des Proletariats für den Kommunismus unmöglich.

5. Die Maikämpfe ließen erkennen, in welchem Maße die Klassengegensätze in Deutschland ausgereift sind, wie weit die Voraussetzungen zum Uebergang zu gesteigerten Kampfesformen gegeben waren, wie die verschiedenen Teile des Proletariats auf die zugespitzteste Form der Offensive des Kapitals gegenwärtig zu reagieren entschlossen sind und wie die Parteileitung derartigen Situationen begegnet.

Die Barrikadenkämpfe erbrachten den Beweis, daß Arbeiter auch in der gegenwärtigen Periode bereit sind, auf bürgerkriegsartige Angriffe des Klassenfeindes mit Kampfesmethoden des Bürgerkrieges zu antworten. Die Barrikaden waren in diesen Maitagen die stärkste Demonstration für die Revolution.

Wir erinnern nach den Erfahrungen der Maikämpfe an folgende Worte Lenins („Was tun?“):

„Wenn die Aufgaben richtig gestellt waren, wenn die Energie vorhanden war, die Versuche der Verwirklichung dieser Aufgabe zu wiederholen, so konnten die vorübergehenden Mißerfolge nur ein halbes Uebel sein. Revolutionäre Erfahrung und organisatorische Geschicklichkeit sind Dinge, die man erwerben kann. Wenn nur der Wille vorhanden ist, sich die erforderlichen Eigenschaften anzueignen! Wenn man nur zu der [434] Erkenntnis seiner Fehler gelangt, die in revolutionären Dingen schon mehr bedeutet, als die halbe Besserung.“

Die Parteileitung hat diese Bedingungen nicht erfüllt. Die Fehler der Parteileitung lagen in der im ganzen angewandten Taktik vor und während der Maiaktion, die Parteileitung hat nicht „die Aufgaben richtig gestellt“. Die Fehler der Parteileitung bestehen weiter darin, daß sie trotz offenkundiger Mißerfolge auch nach der Maiaktion nicht die entsprechenden politischen Lehren gezogen hat, noch heute ziehen will.

Die Parteileitung hat in Verkennung des Kräfteverhältnisses eine Taktik eingeschlagen, welche die Partei trotz objektiv günstigster Situation zur Zeit der Aktion zu immer stärkerer Isolierung geführt hat. Infolge der verfehltem Taktik wurden die Maiereignisse nicht zu einer umfassend vorbereiteten und vorwärtsgetriebenen Aktion der gesamten Masse. Sie blieben nur eine Aktion der Vorhut.

Die Parteileitung hat die einfachsten Voraussetzungen der Einheitsfronttaktik nicht beachtet. Sie hat in einer sich zuspitzenden Situation sozialdemokratische Arbeiter, ja selbst Teile der kommunistischen Arbeiter auf Grund einer falschen Gesamttaktik nicht zu mobilisieren vermocht. Die Aktion zum 1. Mai war von der Parteileitung gegen alle Erfahrungen und Lehren leninistischer Taktik von vornherein auf einer Ueberschätzung der Bedeutung des objektiven und spontanen Elements aufgebaut. Während der Maiereignisse hat die Parteileitung auf planmäßige Einwirkungsmöglichkeiten auf breiteste Massen von vornherein verzichtet und so die Steigerung der Aktion der Vorhut zu einer Aktion breiterer Massen vom vornherein versperrt. Die Fehler begannen in der Vorbereitungsperiode zum 1. Mai. Die Parteileitung verzichtete auf eine breite Massenmobilisierung für die Aufhebung des Demonstrationsverbots. Ebenso war ein taktischer Fehler der Maiaktion der Boykott der Gewerkschaftsversammlungen. Neben dem Demonstrationsaufruf zu bestimmten Sammelplätzen mußte gerade der Versuch gemacht werden, die in den Gewerkschaftsversammlungen anwesenden Arbeiter zur Teilnahme an der Demonstration nach Schluß der Versammlungen zu gewinnen. Dies hätte in jedem Falle die Verstärkung der Straßendemonstration herbeigeführt. Der Verzicht aber, mit diesen Arbeitern unmittelbaren Kontakt aufrechtzuerhalten, war kein Zufall, sondern eben die Folge einer falschen Taktik. Hand in Hand mit diesen Fehlern ging ein anderer: die ungenügende Auswertung der vorhandenen sozialem Konflikte (die DMV-Bewegung, Eisenbahnerbewegung, Angriffe auf die Sozialpolitik, neue Massensteuern usw.). Die Parteileitung verstand es weiter nicht, die politischen Demonstrationslosungen mit den Tagesforderungen der Arbeiter richtig zu verbinden. Die fast ausschließliche Organisierung der Demonstration unter der Losung: „Straße frei am 1. Mai!“ konnte allein nicht massenmobilisierend wirken.

Von der Parteileitung werden in ihren schwachen Versuchen zu einer Selbstkritik Fehler in organisatorischer Beziehung zugegeben. In diesen Fehlern wird die Wurzel der Unzulänglichkeiten und des

Mißerfolges der Maiaktion gesucht. Doch der Kern dieser Selbstkritik ist falsch. Denn die Beschränkung der Kritik auf das organisatorische Gebiet ist in der Tat eine Flucht vor dem Eingeständnis der politischen Mängel der Aktion in ihrer Anlage.

Dieser entscheidende Fehler hat zur Isolierung der Vorhut von breiten Massen geführt. Die Abwehrkämpfe in den Straßen vom Wedding und Neukölln sind spontan erfolgt, die Organisation hat diese Bewegung nicht geführt. Die verfehlte Strategie, das organisatorische Versagen machten dem ZK die Ueberleitung der spontanen Aktionen in eine planmäßige politische Aktion, in eine Massenbewegung unmöglich, was am klarsten aus der Nichtbefolgung der Massenstreiklosung in Berlin und im Reiche hervorging.

Die Parteileitung hat aus den Maiereignissen nicht die notwendigen revolutionären Lehren gezogen. In den Thesen des ZK wird die Fortsetzung der falschen Politik angekündigt, die zu dem Mißerfolg der Maiaktion geführt hat. Die Selbstkritik läuft darauf hinaus, politische Fehler zu einer Theorie zu erheben und das Versagen der Partei ausschließlich auf organisatorische Mängel und die Passivität der unteren Funktionäre zurückzuführen. Die wirklichen positiven Lehren des 1. Mai sind andere, als sie die Parteileitung zieht. Die Maikämpfe waren ein Ausdruck der objektiv günstigen Situation für die kommunistische Bewegung in Deutschland und ein Ausdruck dafür, daß außerordentliche revolutionäre Energien in der Arbeiterbewegung angesammelt sind, die nur ihrer richtigen Auslösung harren. Die Maikämpfe zeigen an, daß bei einer nichtigen Politik der Kampf zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus in viel schärferem Tempo als bisher sich zugunsten des Kommunismus entscheiden kann. Die Durchführung der verbotenen Demonstration gegen den gewaltigen Polizeiapparat beweist, daß der entscheidende Teil der Partei sowie ein Teil der Sympathisierenden kampfentschlossen sind, und daß es nur einer richtigen Politik und Taktik bedarf, um aus der KPD eine viel größere revolutionäre Aktionskraft zu entwickeln, als es am 1. Mai der Fall war.

6. Wir halten an unserer unversöhnlichen Kampfstellung gegenüber dem Opportunismus fest. Weder die wahrheitswidrigen Behauptungen der Parteitagsresolution, noch die Angriffe der Brandler-Gruppe können uns veranlassen, unsere bisherige Stellung zu ändern. Denn sowohl die Entwicklung der Parteimehrheit als auch die der ausgeschlossenen Brandler-Gruppe bestätigt nur die Richtigkeit unserer innerparteilichen Linie.

Während der Kurs des ZK die Partei immer mehr unfähig macht, eine erfolgreiche Massenpolitik und einen erfolgreichen Kampf gegen den Opportunismus zu führen, hat die Aufstellung eigener Listen bei den sächsischen Wahlen erneut bewiesen, daß die Führer den Brandler-Organisation die bolschewistischen Prinzipien der Einheit und Disziplin der Partei verneinen. Diese Taktik der Brandler-Organisation bestätigt auch nachträglich die Richtigkeit unseres Standpunktes anläßlich des Ausschlusses führender Rechter aus der Partei.

Die politischen Methoden der Brandler-Organisation müssen trotz aller diplomatischer Manöver zur Bildung einer neuen Partei führen. Wenn man wie Thalheimer, die führende Rolle der siegreichen Partei der russischen Revolution in der KI als schädlich bezeichnet und sich das Ziel stellt, Breschen in den Masseneinfluß der KPR zu schlagen, dann bricht man unvermeidlich mit der kommunistischen Parteibewegung. Wir lehnen auf das ent-[435]schiedenste die Haltung der Brandler-Gruppe zur Parteivergangenheit ab, ihren jüngst wieder begonnenen Versuch, der ultralinken Oktoberlegende eine opportunistische Oktoberlegende entgegenzustellen, die darin gipfelt, daß im Jahre 1923 keine akut revolutionäre Situation vorhanden war (Artikelserie Walchers in „Gegen den Strom“). Die Behauptung, daß der entscheidende Fehler im Jahre 1923 in der Uebertragung des russischen revolutionären Schemas von 1917 auf die ganz anders gelagerten Klassenverhältnisse und die ganz anders verlaufenen Klassenkämpfe in Deutschland war („Gegen den Strom“ Nr. 7), ihre gefährlichen Rückfälle in Fehler Rosa Luxemburg aus dem Jahre 1919 über die „verfrühte Gründung der Komintern (Thalheimer: „Die Krise der Komintern“, „Gegen den Strom“ Nr. 12) hat nichts mit Leninismus gemeinsam. Ebenso unleninistisch wie ihr Verhältnis zur Komintern ist ihre Einschätzung der Rolle und des Charakters der KPD, der – trotz aller Felder und Irrtümer – einzigen revolutionären Partei des deutschen Proletariats. Die Behauptung Thalheimers, daß die Einheit der KPD in den letzten zehn Jahren mehr

scheinbar als wirklich gewesen sei, der Vergleich der gegenwärtigen innerparteilichen Auseinandersetzung um die revolutionäre Linie mit den Differenzen in den Geburtsjahren der KPD (Thalheimer: „Um was es geht“), beweist die Rückentwicklung den Brandler-Gruppe zu überwundenen Stadien der Parteiorganisation. Nichts mit Leninismus zu tun hat die „Theorie“ Thalheimers des Rechts auf Spaltung als einer Notwehrmaßnahme gegen den falschen Kurs der gegenwärtigen Führung.

Der Bruch mit dem Grundsatz der Einheit der Partei und der KI führt Brandler zu einer liquidatonischen Organisation. Das Festhalten an den Prinzip der Einheit der Partei, das nach der Spaltung der Zweiten Internationale und der SPD den objektiven Bedingungen des Klassenkampfes entspricht, ist eine der Garantien für die Ueberwindung des gegenwärtigen falschen Kurses. Während Brandler und Thalheimer einerseits behaupten, daß „die Differenzen zwischen ihnen und dem ZK sich nur auf einen Punkt beziehen, nämlich die Frage, wie der Kampf gegen die Kapitalsherrschaft und den Reformismus, der diese Herrschaft unterstützt, zu führen ist“ („Gegen den Strom“ Nr. 4), also taktischer Natur ist, erklären sie in ihrem sächsischen Wahlaufruf, daß ein Verzicht auf selbständiges Auftreten unmöglich sei, weil die Politik der Partei „mit dem Kommunismus nichts mehr gemein hat“. („Gegen dem Strom“ Nr. 4.) Daraus leitet sie das Recht für den Aufbau einer eigenen Organisation ab, die jedoch unvermeidlich im Laufe der Entwicklung liquidiert werden wird.

Gleichzeitig entwickelt hie Brandler-Organisation infolge der systematischen Nichtanerkennung der opportunistischen Fehler der Vergangenheit (insbesondere 1923), infolge ihrer fehlerhaften Analyse der Lage (Ablehnung der Einschätzung durch den 6. Weltkongreß) eine Reihe von opportunistischen Abweichungen von der bolschewistischen Linie der Eroberung der Massen (Fragen der revolutionären Gewerkschaftsarbeit, der Methoden zur Beeinflussung und Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter usw.). Diese opportunistischen Abweichungen finden vor allen ihren Ausdruck in der Ablehnung der Beschlüsse des 4. RGI-Kongresses, in der starrem Ablehnung jeder neuen Kampfesform der revolutionären gewerkschaftlichen Opposition, trotz der unbestreitbar veränderten Situation. In der Tendenz zur Herausbildung einer selbständigen Partei erstarren diese Abweichungen unvermeidlich zu einem opportunistischen System.

Viele Anhänger Brandlers erkennen bereits trotz des Druckes einer falschen Politik des ZK die inneren Widersprüche der Brandler-Organisation. Nur gegen einen starken Widerstand in den eigenen Reihen wurde die Aufstellung eigener Listen bei den sächsischen Wahlen durchgesetzt. Dieser Widerstand wird sich noch verstärken und eine der Kräfte sein, die die Rückkehr aller wirklichen Kommunisten zur KPD fördern wird. Eine zielbewußte Politik der Partei müßte diese Entwicklung unterstützen.

Die Bilanz des Kampfes des ZK gegen den Opportunismus besteht aus Mißerfolgen. Der falsche Kurs des ZK besonders in der Gewerkschaftsarbeit und die falschen bürokratischen innerparteilichen Methoden haben den Opportunismus und die Brandler-Organisation gestärkt. Die Gesamtentwicklung unsrer Partei hat bewiesen, daß man für die Aenderung eines falschen politischen Kurses der Partei nur innerhalb ihrer Reihen auf dem Boden innerparteilicher Demokratie durch Anerkennung der bolschewistischen Disziplin, durch Treue zur Komintern wirkten kann. Daraus folgt, daß der Bruch jedes revolutionären Arbeiters mit der Brandler-Organisation und die Rückkehr in die Partei bei Anerkennung der Parteidisziplin, des Programms der KI und der Beschlüsse des 6. Weltkongresses revolutionäre Pflicht ist.

7. Die ganze Lage der Partei fordert und wird in Zukunft noch kategorischer fordern die Konzentration der kommunistischen Kräfte auf dem Bodden des Programms der KI und der Beschlüsse des 6. Weltkongresses. Eine richtige und erfolgreiche Massenpolitik der Partei ist nur möglich auf der Grundlage eines richtigen innerparteilichen Kurses. Die vor dem Essener Parteitag und unmittelbar nach ihm durchgeführte Konzentration der Kräfte, die auch zu einer Wiedergewinnung des größten Teiles der ultralinken Arbeiter führte, ist durch die Mehrheit des ZK zerschlagen worden. Sehr rasch sind die Auswirkungen dieses falschen Kurses auf fast allen Gebieten der Politik und der Organisation der Partei eingetreten.

Auf Grund einer falschen Einschätzung der Lage betreibt die Mehrheit des ZK eine Politik, die unseren Masseneinfluß geschwächt und dem Brandler-Einfluß gestärkt hat. In den Gewerkschaften hat

die Partei viele Positionen verloren und wenig neue gewonnen. Bei den Sachsenwahlen büßte die Partei innerhalb eines Jahres 36.000 Stimmen ein. Unsere Gewinne bei den Betriebsrätewahlen vermochte die Partei, wie die Erfahrungen am und nach dem 1. Mai zeigen, nicht auszunutzen. Unser Einfluß in den Wirtschaftskämpfen ist schwächer als vor einem Jahr. Die Lohnbewegungen in diesem Frühjahr, an denen mehr als fünf Millionen Arbeiter beteiligt waren, sind vorübergegangen, ohne daß unser Einfluß dazu ausreicht, Streiks zu entfesseln oder aber eine Mobilisierung der Gewerkschaftsmitglieder gegen die verräterische Bürokratie herbeizuführen. In die Mauer zwischen der Partei und den sozialdemokratischen Arbeitern wurden keine Breschen geschlagen, die bisher guten Ansätze zum Teil liquidiert, trotzdem unter den SPD-Mitgliedern eine starke Empörung gegen die Koalitionspolitik ihrer Führer herrschte. In den Reihen der [436] Partei wächst die Passivität, weil die Mitglieder die Politik der Parteimehrheit nicht begreifen.

Die zahlreichen Ausschlüsse von proletarischen Anhängern Brandlers, die Entfernung der sogenannten Versöhnler aus allen Funktionen, die Androhung des Ausschlusses gegen sie können die Krise der Partei nur verschärfen. Dieser Zustand hemmt auch die Heranbildung neuer Kader und führt zur Ausscheidung von erfahrenen Parteiarbeitern. Ein solcher Zustand muß die Partei in ihrer Aktionskraft schwächen. Für die Gesundung der Partei stehen nur zwei Wege offen: der erste, eine bewußte Aenderung in der Politik der Leitung, die von dem jetzt eingeschlagenen politischen und innerparteilichen Kurs ablassen muß, oder der zweite, der Weg der bitteren Erfahrungen mit neuen und großen Kosten für die Partei, mit Verlust von wichtigen Positionen in den Massenorganisationen, der Unmöglichkeit der Ausnutzung der günstigen Situation.

Berlin, den 10. Juni 1929.

Arthur Ewert. Ernst Meyer. Eberlein. Georg Schumann. Karl Becker. Joh. Schröter. Kurt.

*

## Erklärungen der Genossen Thälmann und Ewert zur Plattform der Versöhnler

*Aus dem Protokoll der Sitzung des Parteitages vom 1,5. Juni 1929*:

Vorsitzender Heckert: Das Wort zu einer Erklärung hat Genosse Ewert.

Gen. Ewert: Genossinnen und Genossen, auf die von der politischen Kommission des Parteitages gestellten Forderungen, die zum Beschluß des Parteitages erhoben sind, erkläre ich:

Wir verpflichten uns, keine Fraktions- und gruppenmäßigen Verbindungen einzugehen, zu der Taktik der Partei nur im Rahmen der für jedes Mitglied bestehenden Rechte und Pflichten Stellung zu nehmen und die Parteitagsbeschlüsse sowie die des ZK diszipliniert durchzuführen.

Ich habe gleichzeitig zu erklären, daß sich dieser Erklärung auch die übrigen Genossen anschließen, die die andere Erklärung unterschrieben hatten.

Gen. Thälmann: Genossen, wir haben die Erklärung der Versöhnler gehört und müssen feststellen, daß sie nach ihrem Dokument und ihren Ausführungen vor dem Plenum in zwei Fragen bereits vor dem Parteitag kapituliert haben, in dem Sinne, wie es das revolutionäre Gesetz der Partei verlangt und wie es in den Beschlüssen des Parteitages entschieden wurde. Aber zu der dritten Frage, zu der Frage, ob sie dieses Dokument als ein fraktionelles Dokument anerkennen, haben die Versöhnler nicht ein einziges Wort gesagt.

Ich glaube im Auftrage des Parteitages sagen zu können, daß sich das neue ZK verpflichtet fühlt, auf Grund des Beschlusses des Parteitages auch in diesem Punkt mit den Versöhnlern die Klarheit zu schaffen, die die Partei verlangt und die die Beschlüsse des Parteitages von uns fordern.

Gen. Ewert: Genossen, wir haben von dem uns zustehenden Recht Gebrauch gemacht, unsere Meinung dem Parteitag zu unterbreiten. Mit der Diskussion auf diesem Parteitag, mit den Entscheidungen des Parteitages ist diese Stellungnahme erledigt.

Ich möchte ferner erklären, daß wir von uns aus dieses Dokument nicht als Fraktionsplattform benutzen werden und nicht zur Diskussion in der Partei stellen werden.

Gen. Thälmann: Genossen, meine wenigen Bemerkungen haben den Genossen Ewert veranlaßt, auch eine Antwort auf den dritten Punkt zu geben. Auch diese Erklärung des Genossen Ewert ist wieder ein Fortschritt in der Richtung der gefaßten Punkte. Es bleibt trotz alledem die Tatsache bestehen, daß Genosse Ewert nur erklärt hat, daß er mit dem Beschluß des Parteitages das Dokument als erledigt betrachtet. Es ist aber nicht die Angelegenheit des Parteitages, nur eine solche Antwort entgegenzunehmen, sondern es war die Aufgabe des Parteitages, an den Genossen Ewert die Frage zu richten, ob er dieses Dokument als ein Fraktionsdokument zurückzieht oder nicht. Diese Frage ist von dem Genossen Ewert nicht klar beantwortet worden. Es wird trotzdem bestehen bleiben, daß das neue ZK im Einverständnis mit der Exekutive mit den Versöhnlern an Hand des Parteitagsbeschlüssen noch sprechen wird.

[437]

**Die Internationale**
**Jahrgang 12 * Berlin, den 15. Juli 1929 * Heft 14**

# Der drohende Krieg und einige aktuelle Aufgaben der deutschen Arbeiterklasse

Von Paul Merkel.

I.

Drei Erscheinungen sind es, die die Organisierung des Kampfes gegen den imperialistischen Angriff auf die Sowjetunion erschweren. Die erste Erscheinung besteht in dem Unglauben großer Teile der Arbeiterschaft und auch eines Teils der Kommunisten gegenüber den Feststellungen der Kommunistischen Internationale über die akute Kriegsgefahr. Die zweite Erscheinung ist die noch starke Passivität vieler revolutionärer Arbeiter, die sich in der bekannten Phrase verhüllt: „Wenn sie, die Imperialisten, es wagen sollten, den Angriff auf die Sowjetunion zu beginnen, dann werden wir bereit sein und uns in den heroischen Kampf zur Verteidigung der Sowjetunion stürzen“. Gleichzeitig aber verzichtet man auf jede Anstrengung, eine wirkliche Arbeit gegen den Krieg unter den Massen zu fuhren. Die dritte Erscheinung ist, daß nicht unwesentliche Teile der Arbeiter den lügnerischen, teils pazifistischen Friedensschalmeien der Opportunisten und Sozialimperialisten unterliegen, die sich in der Zeit der Gefahr des unmittelbaren Ausbruchs des Krieges in eine hinterhältige, demagogische Pogromhetze gegen die Sowjetunion verwandelt.

Der Unglaube gegenüber den Feststellungen der Kommunistischen Internationale über die akute Kriegsgefahr erhielt in der letzten Zeit durch die Enthüllungen des georgischen Weißgardisten Karumidze über die Aktion Deterdings gegen die Sowjetunion, durch die Enthüllungen über die systematischen und umfassenden Rüstungen der imperialistischen Großmächte in Polen, Rumänien, in Afghanistan, Indien und anderen asiatischen Ländern zum Angriff auf die Sowjetunion und durch die offene Kriegsprovokation der chinesischen Bourgeoisie [einen en][1]ergischen Stoß. Die Tatsache, daß die imperialistischen Räuber in Polen 24 neue Rüstungsbetriebe einrichteten, daß Frankreich 1000 Geschütze, 1000 Militärflugzeuge, 250 Tanks und 5000 Maschinengewehre in der letzten Zeit nach Polen und Rumänien lieferte, daß in diesen Ländern 2.500.000 Mann gut ausgerüsteter Soldaten marschbereit stehen, daß insgesamt der Armeebestand in diesen Ländern wesentlich gesteigert wurde, ist geeignet, viele Illusionen über eine lange friedliche Entwicklung zu zerschlagen. Am deutlichsten trat die ungeheure Gefahr des unmittelbaren Angriffs auf die Sowjetunion durch die Provokationen der chinesischen Bourgeoisie zutage. Es wäre lächerlich, zu glauben, daß die mit den Imperialisten auf das engste verbundene chinesische Regierung einen solchen bedeutsamen Schritt, wie es die Schließung der Sowjetunternehmungen und die Verhaftung der Sowjetbürger in Charbin darstellt, ohne Verständigung mit ihren Auftraggebern durchführt. Oder daß „untergeordnete“ Instanzen einen solchen Vorstoß ohne Wissen der sogenannten chinesischen Nationalregierung unternehmen, wie es die bürgerliche Presse in Deutschland allgemein darstellt. Das Vorgehen der chinesischen Regierung ist eine gut vorbereitete, bewußte Provokation, die, gleichgültig, ob sie schon jetzt zu einer bewaffneten Auseinandersetzung führt, doch eine Maßnahme zur Stärkung der Machtpositionen des Imperialis-[438]mus gegen die Sowjetunion (Beherrschung der ostchinesischen Eisenbahn durch den Imperialismus) darstellt, eine Maßnahme, um die erfolgreiche Durchführung des Fünfjahresplanes zum Aufbau der sozialistischen Industrie in der Sowjetunion zu durchkreuzen und um eine Uebersicht zu schaffen, wie weit die internationale Arbeiterklasse auf einen kriegerischen Angriff der Imperialisten auf die Sowjetunion reagiert.

Durch diese Ereignisse wurden mit einem Schlage alle Feststellungen und Hinweise in den Beschlüssen der Kommunistischen Internationale, in den Reden und Beschlüssen zur Kriegsfrage auf dem Weddinger Parteitag vollständig bestätigt. Erneut sind die falschen und für die Entwicklung des Kampfes gegen den Krieg äußerst gefährlichen Einstellungen der Brandler- und Urbahns-Gruppen, die das Akute der Kriegsgefahr bewußt verhüllen und so die Bourgeoisie und ihre sozialimperialistischen Agenten unterstützen, durch lebendige Tatsachen widerlegt.

[1] Unleserliche Stelle. Wir vermuten, daß die in Klammern gesetzte Ergänzung korrekt sein müßte. *KWF*

Gleichzeitig aber bringen die Ereignisse der letzten Zeit und das Reagieren der Bourgeoisie und der Sozialimperialisten bedeutsame Lehren für die Kommunistische Partei und die Arbeiterklasse. Sie zwingen die deutsche Bourgeoisie und die Sozialimperialisten, schon viel deutlicher ihre Stellung zum bewaffneten Angriff auf die Sowjetunion vor den Massen zu enthüllen, sie ermöglichen einen Einblick in die Strategie und Taktik der klassenverräterischen Sozialimperialisten, die sie zur Verwirrung der Arbeitermassen anwendet, um sie gegen die Sowjetunion zu hetzen. Diese Erscheinungen müssen von den Kommunisten ernstlich studiert werden, da sie ein wichtiger Wegweiser sind für die von der revolutionären Arbeiterschaft zu lösenden Aufgaben zur Mobilisierung der Massen zum Kampf gegen dcii imperialistischen Angriff auf die Sowjetunion.

II.

Die wichtigste Erscheinung in denn Reagieren der deutschen Bourgeoisie und der Sozialimperialisten auf die chinesischen Provokationen gegenüber der Sowjetunion besteht in der vollständigen politischen Uebereinstimmung und in der geschickten Verteilung der Rollen zur Düpierung und zur Irreführung der Proletariermassen. Das offizielle Organ des deutschen Außenministers Stresemann, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, bemüht sich ernstlich, die chinesische „Nationalregierung“ zu entlasten, indem sie die Initiative für das Vorgehen der chinesischen Soldateska gegen die Sowjetbürger in Charbin und gegen die sowjetrussischem Eisenbahner „untergeordneten chinesischen Regierungsinstanzen zuschiebt. Gleichzeitig hebt sie hervor, daß ein solches Vorgehen, von dem die Zentralregierung in Nanking angeblich nicht unterrichtet war, doch „in China sehr populär“ sei, „angesichts der großen Schwierigkeiten, die durch die russische kommunistische Propaganda in China bei dem Wiederaufbau des neuen Staats hiervorgerufen worden sind“. Ziemlich unzweideutig erklärt dieses Organ des deutschen Außenministers, daß im Fall einer kriegerischen Auseinandersetzung der Konflikt nicht auf die Sowjetunion und China beschränkt bleiben könne, denn es würden auch „die vielen Feinde des Kommunismus eine kriegerische Auseinandersetzung, in die die Sowjetunion verwickelt wird, als eine günstige Gelegenheit betrachten, den Kampf gegen den Kommunismus durch eine gemeinsame Aktion mit erneuter Schärfe aufzunehmen, unterstützt jedenfalls von denjenigen Mächten, die am einer friedlichen Entwicklung in China ein großes Interesse haben“.

Diese halboffiziösen Darlegungen der „DAZ“ beweisen die engste Verbundenheit der deutschen Koalitionsregierung mit den imperialistischen Regierungen der anderen Länder im Kampfe gegen die Sowjetunion. Sie zeigen die reale Tatsache, daß es sich bei dem Vorstoß der chinesischen „Nationalregierung“ um die Durchführung eines Teils des umfassenden Offensivplanes des Weltimperialismus gegen die Sowjetunion handelt. Den Sozialimperialisten ist die Aufgabe gestellt, diese von der Bourgeoisie aufgezeigte Linie in den Massen zu popularisieren, die Sowjetunion unter ihnen als den „Kriegstreiber“ zu denunzieren, den Charakter der bluttriefenden [439] chinesischen Bourgeoisie und ihr Bündnis mit den Imperialisten zu verhüllen.

Es ist darum nicht verwunderlich, daß der „Vorwärts“ und die übrige sozialdemokratische Presse sofort die „Schuldfrage“ auf ihre Art aufrollen. Das gesamte gekaufte rechte wie „linke“ Lumpengesindel in den Instanzen der Sozialdemokratischen Partei schreit wie aus einer Kehle: „Die imperialistischen Bestrebungen der Sowjetunion, ihre Unterdrückungsmaßnahmen gegenüber China sind schuld an dem Konflikt.“ Die Sowjetunion habe ihren Einfluß in China durch ihre „verbrecherische“ Politik eingebüßt. Die Sowjetunion habe, anstatt die Nationalregierung zu unterstützen, deren Schwierigkeiten verschärft. Schon die Existenz der Sowjetunion und ihre gegen die Imperialisten der ganzen Welt, gegen die chinesische Bourgeoisie gerichtete Politik, ihre engen Beziehungen zu den unterdrückten Arbeitern, Bauern und Kolonialsklaven „gefährden den Frieden“. Darum ist es notwendig, geschlossen im Namen der Demokratie gegen die Sowjetunion aufzutreten.

Derselbe „Vorwärts“ und dieselbe „linke“ „Leipziger Volkszeitung“, die nie ein Wort der Kritik gegen die ungeheuerliche Unterdrückung des chinesischen Volkes durch den englischen, japanischen, französischen und amerikanischen Imperialismus fanden, die die nationalrevolutionäre Bewegung in China auf das schärfste bekämpfen, sie erkläre heute, daß die – nach dem Verzicht der Sowjetunion auf alle durch den Zarismus erzwungenen Sonderrechte – auf der Grundlage der Gleichberechtigung

zwischen China und der Sowjetunion abgeschlossenen Verträge der Beweis für das Bestehen eines räuberischen roten Imperialismus seien, und daß durch ihn der Weltfriede gefährdet werde. Erneut zeigt sich die Richtigkeit der Einschätzung der Sozialimperialisten durch den 6. Kongreß der Kommunistischen Internationale und durch den Weddinger Parteitag: sie sind die gefährlichsten, hinterhältigsten Kriegstreiber, unter denen die sogenannten linken Sozialdemokraten die schändlichste Rolle spielen. Darum ist es keineswegs verwunderlich, daß die linke „Leipziger Volkszeitung“ in ihrer hinterhältigen Hetze gegenüber der Sowjetunion den „Vorwärts“ fast noch überflügelt. Sie gibt das Schlagwort vom rotem Imperialismus, indem sie schreibt:

„Nirgendwo ist das Schicksal dessen, was man ‚rotem Imperialismus‘ zu nennen beliebt, so verhängnisvoll, wie hier in der Mandschurei.“

Was ist imperialistische Expansionspolitik? Es ist die Tendenz zur Unterjochung fremder Völker durch Kapitalexport und die damit verbundenen politischen Gewaltmethoden zu dem Zweck, Extraprofite durch verschärfte Ausbeutung billiger Arbeitskräfte, durch Sicherung von Rohstoffquellen und Absatzmärkten zu erzielen. Die Arbeiterklasse, wenn sie ihre eigene Bourgeoisie überwunden und die Staatsmacht erobert hat, kann nicht imperialistisch sein. Sie hat kein Interesse an der Ausbeutung der werktätigen Massen anderer Länder. Sie steht im Klassengegensatz zur Bourgeoisie aller Länder und ist der natürliche Verbündete der Werktätigen aller Länder.

Die „linken“ sozialdemokratischen Kriegstreiber ignorieren die Tatsache, daß die Sowjetunion bereits im Jahre 1919 die ostchinesische Eisenbahnlinie an die damalige chinesische Regierung zurückgegeben hat, daß sie auf alle Sonderrechte, die unter dem Zarismus den Chinesen aufgezwungen wurden, freiwillig verzichtete. Ueber die Vereinbarungen zwischen Sowjetrußland und China über die gemeinsame Leitung der ostchinesischen Eisenbahn, die auf der Grundlage der vollständigen Gleichberechtigung abgeschlossen wurden, schreibt die „Leipziger Volkszeitung“:

„Aber es bleibt doch die Tatsache bestehen, daß dieser ganze Gefahrenherd durch die bloßen Besitzrechte der Sowjetunion in einem fremdem Lande immer neue Nahrung erhält. Mit einer Eisenbahn hat schon ernste Geschichte begonnen. Bagdadbahn, Schantungbahn usw. Es ist nicht von ungefähr, daß für die Position des roten Imperialismus in der Mandschurei selbst unter den Kommunisten eine Ideologie gebildet wurde, die auf die gleiche Melodie gestimmt ist, welche von den Imperialisten aller Länder gesungen wird.“

Sie bezeichnet die vertraglichen Rechte der Sowjetunion als einen Beweis für imperialistische Bestrebungen der Sowjetregierung und kommt infolgedessen bei der Behandlung des ostchinesischen Konflikts im vollständige [440] Uebereinstimmung mit den Darlegungen der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“. In dem Schlußabsatz des Artikels wird ebenfalls offen zum Kriege gegen die Sowjetunion aufgefordert:

„Vielleicht kann die Sowjetregierung von Glück sagen“, heißt es dort, „daß in England die ‚Verräterregierung‘ MacDonald am Ruder ist. Herr Chamberlain hätte ein sehr nachhaltiges Interesse daran gehabt, daß die mandschurische Krise ‚weitergetrieben‘ würde. Aber auch, wenn die Gefahr eines Krieges unter diesen Umständen nicht so unmittelbar ist, bestehen bleibt sie leider und verschwindet auch um dessentwillen nicht, weil der eine Partner der imperialistischen Gegensätzlichkeit ein rotes Gewand trägt.“

Diese wenigen Beispiele sind eine Kostprobe für die Skrupellosigkeit, mit der diese ganze, von der Trustbourgeoisie bestochene, führende Clique in der Sozialdemokratischen Partei und in den Gewerkschaften ihre Arbeit zur Unterstützung des bewaffneten Angriffs auf die Sowjetunion durchführen wird.

Darum gilt es, immer wieder die These des 6. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale und des Weddinger Parteitags auf das entschiedenste zu unterstreichen, daß es mit diesen Verrätern keine Gemeinschaft geben kann, sondern daß gegen sie der Kampf um ein Vielfaches verschärft werden muß. Jedes Paktieren, ja auch jede Inkonsequenz im Kampf gegen die sozialfaschistische Clique in der Sozialdemokratie und in den Gewerkschaften bedeutet nichts anderes, als die Bourgeoisie in ihrem Kampf gegen die Sowjetunion zu unterstützen und ihr zu helfen, die Arbeiterklasse zu spalten.

Daraus ergibt sich auch das Gefährliche und die Ziele der Bourgeoisie Fördernde der Anschauungen von Brandler-Thalheimer-Walcher, ihrer versöhnlerischen Einstellung zu den SPD-Führern,

insbesondere zu den „linken“. Durch die Verhüllung der ökonomisch-sozial bedingten Gegensätze zwischen den proletarischen Massen und den Agenten der Bourgeoisie in den Reihen der Arbeiterklasse werden sie zu Feinden des revolutionären Proletariats.

III.

Die allgemeine Aufgabe der Kommunisten im Kampf gegen den Krieg besteht in der Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Krieg gegen die eigene Bourgeoisie. Die wichtigsten konkretem Maßnahmen in diesem Kampf bestehen im jetzigem Entwicklungsstadium in der energischsten Organisierung der Arbeitskämpfe, um das Lebensniveau der Massen zu verteidigen und maximal zu heben, in einer umfassenden revolutionären Propaganda zur Förderung der Erkenntnis unter den Massen über alle Widersprüche der kapitalistischen Welt, die zwangsläufig zu dem bewaffneten Angriff auf die Sowjetunion hintreiben, und in dem Aufbau aller notwendigen Organe zur Durchführung der illegalen Arbeit, um die Tätigkeit der Partei in jeder Situation zu sichern.

Mancher Genosse wird fragen: Was hat der Kampf zur Erhöhung des Löhne, zur Verkürzung der Arbeitszeit, zur Sicherung und Verbesserung der Erwerbslosenversorgung mit dem Kampf gegen den Krieg zu tun? Ist das nicht eine höchst nebensächliche und aussichtslose Arbeit, die sehr bedenklich nach Reformismus ausschaut? Ist es nicht viel richtiger, diese Arbeit den reformistischen Gewerkschaftsführern zu überlassen und dafür alle revolutionären Kräfte in den Dienst der Propaganda gegen den Krieg zu stellen? Eine solche Einstellung ist gleichbedeutend mit dem Verzicht auf einen wirklichen Kampf gegen den Krieg.

Wir wissen, daß die ökonomischen Kämpfe im Nachkriegsimperialismus unter Führung der Kommunisten sich zu revolutionären Kämpfen entwickeln; wir wissen, daß heute in Deutschland die Kämpfe um ökonomische Forderungen immer mehr zu politischen Kämpfen werden, in denen die proletarischem Massen sich für die großen gewaltigen Auseinandersetzungen [441] schulen und die sich auf einer bestimmten Entwicklungsstufe zu Massenkämpfen zur Durchsetzung politischer Ziele steigern, wenn sich die Avantgarde des Proletariats, die Kommunistische Partei, in diesen Kämpfen politisch und organisatorisch fest mit den Massen verbindet, wenn sie kühn und entschlossen an die selbständige Organisierung derselben herangeht und die dazu notwendigen revolutionären organisatorischen Formen herausbildet.

Aber nicht nur das ist der Grund, warum es unerläßlich ist, die Organisierung des Kampfes um höheren Lohn und Verkürzung der Arbeitszeit mit aller Entschiedenheit in den Mittelpunkt der kommenden Arbeit zu stellen. Der Bourgeoisie ist es gemeinsam mit den sozialfaschistischen, wirtschaftsfriedlichen Führern der Gewerkschaften gelungen, das Lebensniveau der deutschen Arbeiterklasse außerordentlich niedrig zu halten. Jetzt sind diese Kräfte am Werk, die Lasten des Young-Planes, die Kosten der weiteren Rationalisierungsmaßnahmen, der imperialistischen Kriegsrüstungen usw. restlos auf die Schultern der werktätigen Massen zu wälzen. Sich dagegen nicht mit allen Mitteln zur Wehr setzen, heißt, der deutschen Bourgeoisie ihre Kriegsvorbereitungen zu erleichtern und auf den Kampf zur Verteidigung der Sowjetunion zu verzichten.

Und weiter: Die Gefahr des imperialistischen Angriffs auf die Sowjetunion ist in unmittelbare Nähe gerückt. Jeden Tag kann mit dem Vormarsch der kapitalistischen Armeen gerechnet werden. Alle Voraussetzungen dafür sind vorhanden. Der Krieg ist aber gleichzeitig ein lohnendes Geschäft für die Herren der Trusts und Monopole. Der Krieg frißt nicht nur Menschen, sondern auch Material in ungeheuren Mengen. In der englischen Rüstungsindustrie wurden während des letzten Weltkriegs allein 25.000 Geschütze, 240.000 Maschinengewehre, 4 Millionen Gewehre, 258 Millionen Granaten und Schrapnells, 10 Milliarden Patronen, 5500 Flugzeuge und anderes Kriegsmaterial hergestellt. Im kommenden Krieg wird auch die deutsche Industrie wiederum Riesenprofite einheimsen. Fast die gesamte deutsche Industrie wird durch Kriegslieferungen eine Belebung erfahren und Uebergewinne in riesenhaftem Ausmaße ermöglichen. Der Krieg wird darum eine Steigerung der Konjunktur bringen. Das Interesse der Kapitalisten, die Arbeitermassen zur restlosen Ausnutzung der Konjunktur und

zur Sicherung des Sieges für die Bourgeoisie im Kampf gegen die Sowjetunion in den Rüstungsbetrieben zu halten, wird ganz eminent sein.

Sie werden den reaktionären Kurs bis zur blutigen Unterdrückung der revolutionären Arbeiter und ihrer Organisationen steigern, sie werden gleichzeitig nicht sparen mit Korruptionsgeldern für die verlumpten und gekauften sozialfaschistischen Verräter in der SPD und in den Gewerkschaften, sie werden darüber hinaus auch bereit sein zu kleinen Konzessionen, teils ökonomischer, teils politischer Art für breitere Arbeiterschichten in den wichtigsten Industrien.

Es ist notwendig, daß jeder Kommunist diese Entwicklung rechtzeitig erkennt und daraus die notwendigen Schlüsse zieht. Wenn heute die Gewerkschaftsbürokratie jede Bewegung abwürgt, jeden Streik der Arbeiter sabotiert, sich mit der „Stabilisierung des Lohnes“ und somit mit der Senkung des Lohnes einverstanden erklärt, so ist damit nicht gesagt, daß sie nicht – und besonders in Zeiten einer Kriegs-Hochkonjunktur – zur Unterstützung der Massenkorrumpierung für die Zwecke der Bourgeoisie sich den Anschein eines Kampfes für die Interessen breiterer Massen geben wird. Die Gewerkschaftsbürokratie wird die gute Rüstungskonjunktur zu schützen verstehen. Sie wird, um dem Weltimperialismus den Sieg über die Sowjetunion und um der eigenen Bourgeoisie die restlose Ausnutzung der Rüstungskonjunktur zu ermöglichen, sich an dem blutigen Unterdrückungsfeldzug gegen die revolutionären Arbeiter rücksichtslos beteiligen, aber gleichzeitig den „Kampf“ um kleine Reformen führen, um damit die Massen desto fester an den Karren der Bourgeoisie zu schmieden. Sie wird versuchten, vor den Massen als die [442] ehrlichen Führer aufzutreten, die, ohne daß die Arbeiter Opfer bringen, Erfolge für sie der Bourgeoisie abtrotzen, und sie wird so versuchen, die Massen zur Unterstützung des Krieges gegen die Sowjetunion zu verleiten.

Je niedriger das Lebensniveau der Arbeiter ist, desto leichter wird es der Bourgeoisie sein, dieses Manöver durchzuführen. Deshalb gilt es, alle Kräfte dafür einzusetzen, die Löhne hochzutreiben.

Jede Tätigkeit der Kommunisten zur Vertretung der ökonomischen und politischen Interessen der Arbeiter, zur Mobilisierung der Massen für den ökonomischen Kampf muß verbunden werden mit einer zähen, klaren leninistischen Propaganda, um diese Bewegungen zu revolutionären Kämpfen zu entwickeln, die sich gegen das ganze kapitalistische Raubsystem richten. Auf eine solche Tätigkeit in den ökonomischen Bewegungen zu verzichten, bedeutet, auf den Kampf gegen den imperialistischen Krieg zu verzichten und die Feinde der Sowjetunion zu unterstützen. Denn die Beschränkung auf den Kampf um Reformen führt angesichts der akuten Kriegsgefahr zur Uebereinstimmung mit den Opportunisten.

Lenin sagte: „Reformen sind Nebenprodukte des Klassenkampfes.“ Reformen, Konzessionen der Bourgeoisie müssen sich konterrevolutionär auswirken, wenn die revolutionären Arbeiter auch nur einen Augenblick die Propagierung und Organisierung des Kampfes gegen das ganze kapitalistische Raubsystem einstellen. Das ganz besonders in der Zeit der Vorbereitung und der Durchführung von imperialistischen Kriegen, wo es auch für die Bourgeoisie um Sein oder Nichtsein geht. Den Kampf der revolutionärem Massen in solchen Perioden auch nur für wenige Augenblicke allein auf Reformen zu beschränken, bedeutet objektiv, sich mit den Sozialfaschisten gegen die Sowjetunion verbünden. Denn die Sozialfaschisten werden unter Anwendung der brutalsten faschistischen Mittel den Kampf zur Unterdrückung der revolutionären Arbeiter führen, um die revolutionäre Bewegung gegen den Krieg niederzuschlagen, sie werden aber gleichzeitig bereit sein, für kleine Konzessionen der Bourgeoisie zugunsten der Arbeitermassen einzutreten, weil solche Konzessionen es ihnen viel besser ermöglichen, die Arbeiterklasse zu spalten.

Es gilt darum jederzeit und überall die umfassendste Gegenpropaganda gegen den imperialistischen Krieg durchzuführen und dazu jede Gelegenheit auszunutzen. Ein revolutionärer Kämpfer gegen den Krieg zu sein, heißt, energischer Agitator und Propagandist, Redakteur, Setzer, Drucker und zielbewußter Konspirateur zu sein. In der Ausnutzung jeder Möglichkeit zur Herausgabe von Propagandamaterial gegen den Krieg, in der Schaffung der engsten Verbindung eines jeden Kommunisten zu 10, 15, 20 Angehörigen der werktätigen Klasse, die durch ihn regelmäßig und systematisch beeinflußt werden, besteht darum eine weitere wichtige Aufgabe.

Genosse Lenin hebt immer wieder hervor, daß es im Kampf gegen den Krieg gilt, jede, auch die geringste legale Möglichkeit auszunutzen, gleichzeitig aber auch jeden Kommunisten zu verpflichten, mitzuhelfen an der Herbeiführung aller notwendigen organisatorischen Voraussetzungen und Möglichkeiten, auch in der Zeit der schärfsten Unterdrückung die revolutionäre Arbeit unter den Massen durchzuführen.

Gegen den imperialistischen Krieg zu kämpfen bedeutet darum weiter: den Aufbau der notwendigen illegalen Organisationen durchzuführen, die die Voraussetzung sind für eine zielbewußte Führung des Kampfes gegen die Bourgeoisie, allen Repressalien der imperialistischen Kriegstreiber und ihrer sozialfaschistischen Agenten gegen die revolutionären Arbeiter zum Trotz.

Dabei ist es notwendig, ganz klar zu erkennen, daß eine umfassende Arbeit unter den Massen in den Betrieben in der Zeit der Unterdrückung nur möglich ist, wenn jetzt, in der Zeit der Legalität, die Schaffung des Systems der revolutionären Vertrauensleute in den Betrieben, die Eroberung der Betriebsräte für die revolutionäre Opposition, die Erziehung der Massen zur Wahl vom Kampfleitungen und anderen revolutionären Organen in weitgehendem Maße gelingt. [443]

*

## Die Arbeit der Bolschewiki in der Armee während des imperialistischen Krieges

Von L. Shigur (Moskau), Arbeiterkorrespondent der „Prawda“

„Die Kommunisten müssen an jedem reaktionären Kriege teilnehmen.“ (Lenin.)
Die nachstehenden Erinnerungen. die uns der Arbeiterkorrespondent der „Prawda“, Genosse Shigur, zur Verfügung stellt, zeigen anschaulich, in welcher Weise die Bolschewiki am imperialistischen Kriege „teilgenommen“ haben. Die Redaktion.

### Die Ratschläge meiner älteren Parteifreunde

Als zwanzigjähriger Bursche und junges Parteimitglied wurde ich im Mai 1915 in die Zarenarmee eingezogen. Meine älteren Parteifreunde, die mich als großen Enthusiasten und Kriegsgegner kannten, von revolutionärer Romantik erfüllt und zur Selbstaufopferung im Kampfe zum Sturz des Zarenregimes und gegen den Krieg stets bereit, gaben mir Ratschläge, wie ich mich bei der Arbeit in der Armee zu benehmen hätte. Sie kannten meine Eigenschaft, bei einer jeden Situation mich in den Kampf zu stürzen, und fürchteten, daß durch mein Temperament meine Parteiarbeit in der Armee leiden könnte, daß ich nicht vorsichtig genug vorgehen und mir dadurch allzu leicht ein Todesurteil durch das militärische Feldgericht zuziehen könnte.

Indem sie meine persönlichem Eigenschaften und die allgemeine politische und militärische Situation in Betracht zogen, arbeiteten sie für mich folgende Anhaltspunkte für meine zukünftige revolutionäre Tätigkeit in der Armee aus:

1. Immer in der Soldatenmasse bleiben und nie durch meine Arbeit mich aus dieser Masse heraus auffällig machen.

2. Eine geduldige und hartnäckige Aufklärungsarbeit gegen den Krieg und gegen den Zarismus unter den enwickeltsten und ihrer sozialen Lage und Gesinnung nach sympathisierenden Soldaten führen. Mir wurde folgende Arbeitsmethode angewiesen: individuelle Rücksprachen und „Bearbeitung“ der Soldaten, die wiederum dieselben Methoden einer individuellen Bearbeitung mit ihren Freunden weiterführen.

3. Jede Gelegenheit geschickt ausnützen, um das Bewußtsein und die Solidarität der Soldaten im Kampf gegen die reaktionären Offiziere und Unteroffiziere zu wecken.

4. Jede Unzufriedenheit der Soldaten allmählich mit der Notwendigkeit der Kriegsbeendigung in Verbindung bringen und diese letztere wiederum mit der Notwendigkeit des Sturzes des Zarismus und der Errichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung.

5. Durch mein Betragen und meine Arbeit mir die Autorität unter den Soldatenmassen, besonders den revolutionär gesinnten Soldaten, den sogenannten „Aktivisten“, verschaffen, damit im entscheidenden revolutionären Moment diese Massen mir folgen.

6. In meiner Arbeit sehr vorsichtig sein, um nicht als alleinstehender Revolutionär umzukommen; unbedingt immer mit den Massen gehen und nie vergessen, daß eine frühzeitige Selbstaufopferung, welche nicht eng mit dem revolutionären Auftreten der Massen in Einklang gebracht wird, keine revolutionäre Heldentat ist, sondern zu einer Aktion wird, die der Revolution nur schadet.

Mit diesen Richtlinien für meine Arbeit trat ich in die Armee ein.

## Im Reservebataillon

Im Frühjahr 1915 ließ bereits allmählich der patriotische Rummel auch bei der kleinbürgerlichen Intelligenz, geschweige denn in den Arbeiter- und Bauernmassen, nach. Die zum Kriegsdienst Eingezogenen wurden vom ihren Verwandten und Freunden nicht mehr als zukünftige „Sieger", sondern als [444] Kriegsopfer begleitet. Eine tiefe Unzufriedenheit mit dem Krieg bemächtigte sich der breiten Volksmassen. In einer solchen Situation begann meine revolutionäre Arbeit in der Armee.

Als Sammelpunkt der Kriegseinberufenen diente die Kreisstadt Wenden. Ich erschien dort mit einer entsprechenden Zahl von Flugblättern, welche von der Rigaer Parteiorganisation aus Anlaß dieser Mobilisierung herausgegeben wurden. Diese Flugblätter enthielten eine allgemeine Beurteilung der politischen Lage, erklärten den Standpunkt der Bolschewiki zum Kriege und zeigten die Aufgaben des Militärs und der Mobilisierten zur Beendigung des Krieges und zum Sturz des Zarismus auf. Ganze Pakete dieser Flugblätter legten wir in die Aborte und andere stille Orte, sowie auch in die Gasthöfe, wo die Mobilisierten untergebracht wurden. Ich fand schon Flugblätter vor, welche von anderen Leuten ausgelegt worden waren.

Diese Flugblätter machten auf die Einberufenen einen großen Eindruck, nicht nur durch ihren Inhalt, sondern dadurch, daß sich diese Leute überzeugten, daß es trotz dem grausamsten Regierungsterror eine Organisation gab, die während des Krieges für die Beendigung dieses Krieges, für den Sturz des Zarismus arbeitete und für diesen Zweck die bewaffneten Arbeiter und Bauern, welche jetzt in der Armee waren, heranziehen wollte.

Im 172. Reserve-Infanterie-Regiment, wohin ich kam, war das Militärleben sehr streng. Die kurze Frist für die Ausbildung der Einberufenen erforderte ein sehr strenges Militärregime. Galt es doch, während dieser kurzen Zeit die „Persönlichkeit" der Soldaten zu töten und sie in wortlose und gefügige graue Tiere zu verwandeln. Dies wurde durch schwere Disziplinarstrafen, durch Drohungen mit dem Feldgericht, durch Faustschläge ins Gesicht erreicht. Auch die Verpflegung der Soldaten ließ viel zu wünschen übrig, die Baracken waren eng und überfüllt. Alle diese Umstände vermehrte täglich die Unzufriedenheit unter den Soldaten, die sich manchmal in lauten Worten äußerte. Die Antwort darauf bildeten schwere Disziplinarstrafen, manchmal auch Stockschläge; immer waren solche Soldaten den Schikanen der Unteroffiziere ausgesetzt.

Indem ich diese konkreten Fälle der Beleidigung und der Schikane auszunutzen suchte, fing ich meine Arbeit bei den einzelnen Soldaten an. Bei solchen Unterhaltungen konnte man sehr leicht die Sympathie der Soldaten gewinnen und konnte zur gleichen Zeit auch den Grad des Klassenbewußtseins und die Gesinnung der Soldaten erkennen. Die intelligentesten, mit dem besten Klasseninstinkt, suchte ich dann eben zu bearbeiten. Schon nach zwei bis drei Wochen hatte ich in meiner Abteilung fünf Kameraden, welche für eine weitere individuelle Bearbeitung anderer Soldaten verwendet werden konnten. Ich benutzte sie in erster Reihe für die Arbeit unter ihren Bekannten in den anderen Abteilungen und im benachbarten Regiment, um die Arbeit auf unser ganzes Garnisonlager (wir lagen damals in Krasnoje Selo bei Petrograd) auszudehnen.

Nach sechswöchigem Exerzieren wurden wir allmählich an die Front geschickt. Indem ich in Betracht zog, daß an der Front die Möglichkeiten für die revolutionäre Arbeit ungünstiger sind, gab ich meinen nächsten Freunden den Rat, alles mögliche daranzusetzen, um im Reservebataillon zu bleiben. Manchen gelang dies, und sie blieben sogar bis zum Herbst. Da wir während unserer Dienstzeit im Reservebataillon das Militärleben einigermaßen kennengelernt hatten, fiel uns die Arbeit unter den später Einberufenen schon leichter.

Im September 1915 wurde der Landsturm einberufen. In das Reserveheer unseres Lagers kam jetzt die Masse der Petrograder Arbeiter. Dadurch wurden günstige Bedingungen für uns geschaffen, besonders aber dadurch, daß unter dem mobilisierten Landsturm auch eine bedeutende Anzahl von Bolschewiki waren, die sofort eine intensive Agitation gegen den Krieg und den Zarismus entwickelten. Wir stellten sogleich eine Verbindung mit den [445] einzelnen Bolschewiki unserer Garnison her, aber eine feste Parteiorganisation zu gründen gelang uns nicht, infolge der Fluktuation in der Garnison und aus Furcht vor Entdeckung. Im Herbst 1915 waren unsere Reserveabteilungen äußerst überfüllt. In den Baracken konnten nicht alle Mobilisierten untergebracht werden, und ein Teil von ihnen lag in Zelten, wo sie sehr stark unter dem Frost zu leiden hatten. Auch mit Lebensmitteln war es schlecht bestellt, und die Verpflegung verschlechterte sich. Durch all diese Umstände nahm die Unzufriedenheit unter den Mobilisierten stark zu. Schließlich wurden uns auch die Beurlaubungen aus dem Lager entzogen. Dies erregte die Soldaten noch mehr. Wir Bolschewiki suchten diese Unzufriedenheit zu schüren und begannen die Forderungen der Soldaten zu formulieren, um sie dem Garnisonkommando der Reserveregimenter vorzulegen:

1. Verbesserung der Qualität und Quantität der Nahrung.

2. In Anbetracht des eingebrochenen Frostes Beurlaubung aller in Zelten wohnenden Soldaten.

3. Wiedereinführung der Beurlaubung aus dem Lager.

4. Abschaffung der Prügelstrafe; gerichtliche Bestrafung der prügelnden Offiziere und Unteroffiziere.

Wir forderten die Soldaten auf, nicht zum Exerzieren zu erscheinen, bevor unsere Forderungen erfüllt wurden.

Dank der Anwesenheit eines großem Teiles von Bolschewiki und Sympathisierenden gelang es uns, in allem Abteilungen unsere Forderungen gleichzeitig den Vorgesetzten vorzulegen und einen dreitägigen Streik (Nichterscheinen zu den Uebungen) durchzuführen.

Als wir diese Forderungen aufstellten, traten wir schon offen bei den Soldaten mit unserer Agitation gegen den Krieg, für den Sturz des Zarismus auf, wobei wir besonders betonten, daß nur eine Arbeiter- und Bauernregierung imstande ist, den Krieg zu beendigen und den Leiden der Soldaten und Volksmassen ein Ende zu machen.

Trotz allen Ueberredungsversuchen und Drohungen der Offiziere gelang es uns doch, einen dreitägigen Militärstreik durchzuführen. Auch mit Schlauheit konnten die Offiziere nichts ausrichten. Einige Kompagnieführer wollten um jeden Preis ihre Kompagnien auf den Exerzierplatz bringen, und zu diesem Zweck gaben sie jedem einzelnen den Befehl, sich vor dem Hause aufzustellen. Für Nichtbefolgung dieses Befehls drohte man mit dem Feldgericht. Dies übte eine bestimmte Wirkung auf die Soldaten aus. Manchen Offizieren gelang es schon, sogar die Hälfte ihrer Abteilung aufzustellen. Aber in solchen Augenblicken fanden sich unsere Genossen oder die übrigen klügeren Soldaten ein, die dann Zeichen zum Auseinandergelen gaben, und die Soldaten kehrten stets in die Baracken zurück. Die Stimmung der Soldaten war dermaßen, daß die kleinste Ungeschicklichkeit der Offiziere leicht zur Militärrevolte führen konnte. Wie ernst die Lage war, konnte man daraus ersehen, daß die Offiziere nicht mehr in ihren Baracken zu schlafen wagten, sondern abends in die Stadt fuhren. Nach einer engeren Beratung der aktivsten Bolschewiki beschlossen wir, unseren Streik nicht bis zur Revolte heranreifen zu lassen; denn erstens konnten wir noch nicht auf eine aktive Unterstützung aus Petrograd hoffen, zweitens gab es bei unseren Reserveformationen bei einer Gesamtzahl von 10.000 Soldaten nur 300 bist 400 Gewehre und eine ganz geringe Zahl von Patronen. (Im Jahre 1915 war die Munitionslage an der Front direkt katastrophal.)

Der Militärstreik wurde organisiert beigelegt, nachdem das Kommando unsere Forderungen mit Ausnahme von zwei, und zwar 1. gerichtliche Bestrafung der prügelnden Offiziere (es wurde ein strenges Verbot des Prügelns ausgesprochen), und 2. Beurlaubung in Zelten wohnenden Soldaten (man hatte sie inzwischen in Baracken untergebracht), erfüllten.

Dieser gewonnene Militärstreik hinterließ einen starken revolutionierenden Eindruck bei den

Soldatenmassen und wies gute Disziplinliertheit und Organisation auf. Nach diesen Ereignissen wurden unsere Reserveabteilungen [446] schleunigst an die Front geschickt. Fünf Genossen wurden dem Feldgericht übergeben; von diesen wurde einer erschossen und vier zu Zuchtlaus verurteilt.

### An der Front

An die Front kam ich im Juli 1916, schon während des Stellungskrieges. Die Zarenarmee, die im Jahre 1915 schwere Verluste erlitten hatte, wurde zu dieser Zeit äußerlich wieder in Ordnung gebracht und fing dann und wann schon zum Angriff überzugehen an. Unter den Soldaten an der Front herrschte eine ungewisse Stimmung. Es gingen Gerüchte umher über den Verrat von Generälen und des Oberkommandos, über die verräterische Rolle der Zarin.

Die revolutionäre Arbeit mußte man unter sehr schweren Bedingungen beginnen. Das 196. Regiment, in welches ich kam, befand sich die ganze Zeit an der Front; in kleinen Gruppen lagen die Soldaten in den Schützengräben verteilt. Deshalb konnte man schwer die Stimmung dieser Soldaten kennenlernen. Ich mußte mich für den Anfang auf meine Abteilung beschränken. Meine Abteilung und die Kompagnie bestand aus Bauern der verschiedensten Gouvernements. Nur zwei Soldaten, Kleinbauern aus Zentralrußland, waren früher mal auf Arbeit in einer Stadt. Mit diesen habe ich begonnen. Die Verbindung mit den anderen Kompagnien war äußerst erschwert. Erst nach einer drei- bis viermonatigen geduldigen alltäglichen Aufklärungsarbeit gelang es mir mit Hilfe meiner beiden Freunde, sieben bis acht Personen in der Kompagnie zu finden, mit denen ich von Zeit zu Zeit bei Gelegenheit mich individuell unterhielt.

Nach einigen mißlungenen Angriffen wurde unser Regiment Ende 1916 nach Rumänien versetzt; hier änderte sich kraß die Stimmung unserer Soldaten. Häufiger fing man über den Verrat der Generäle zu sprechen an, über die Niederträchtigkeiten und Gewalttaten der Oberen in der Etappe, über das Prasserleben der Reichen in der Etappe und den Städten. Unmittelbar an der Front gelang es uns nicht, eine feindselige Stimmung gegen die Offiziere hervorzurufen, denn das Feldleben schweißte in gewissem Grade die Soldaten und die Offiziere zusammen: die letzteren führten sich „demokratisch“ auf und teilten mit den Soldaten alle Leiden des Kampfes. Einzelne Offiziere aber, welche brutal und hochnäsig gegen ihre Untergebenen waren, fielen in den ersten Kämpfen, denn die erste Kugel ihrer Soldaten galt ihnen.

Die Soldaten waren kriegsmüde. Das Kriegsleben in den Bergen wurde noch durch den regnerischen Herbst und Winter äußerst erschwert und verursachte uns ungeheure Qualen.

Bei einer solchen Situation ging ich mit meinen neuen politischen Freunden im Winter 1916/17 zur aktiven Arbeit über. Wir fingen unter den Soldaten verschiedene Gerüchte über die Niederträchtigkeiten und Ausschweifungen in der Etappe zu verbreiten an. Wir unterstützten auch eifrig alle Gerüchte über den „Verrat“ der höheren Beamten in Petrograd und den Verrat der Zarin. Wir brachten aber alle diese Gerüchte mit der Notwendigkeit des Sturzes des Zarismus in Verbindung. Besonders spitzten wir die Gespräche auf die Notwendigkeit der Kriegsbeendigung zu. In dieser Frage begegneten wir der größten Sympathie der einzelnen Soldaten. Manche von ihnen machten zwar ihre Bemerkungen über die Notwendigkeit des „Sieges“ über die Deutschen, aber im Grunde genommen waren auch sie mit uns einverstanden. Die Kriegsmüdigkeit war so stark, daß die Frage der Kriegsbeendigung zu einer Kernfrage wurde, um die wir unsere Anhänger werben und sammeln konnten. Die Möglichkeit der Kriegsbeendigung verbanden wir aber in unserer Aufklärungsarbeit eng mit der Notwendigkeit des Sturzes des Zarismus und der Errichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung.

Wir entwarfen folgendem Plan: Aufstand des Militärs in der Etappe in enger Verbindung mit den Aktionen der Arbeiter, Unterstützung des Umsturzes von der Front aus; die Aufgabe eines jeden einigermaßen bewußten Soldaten und Unteroffiziers nach [447] seiner Rückkehr vom Felde (nach Verwundung, bei Krankheitsfällen oder dergl.) ist, in den Reserveregimentern zu bleiben, um dort den Aufstand vorzubereiten und eine Verbindung mit den dortigen Arbeitern zu schaffen. Wir waren der Ansicht, daß der

Sturz der Regierung und die Errichtung einer Arbeiter- und Bauernmacht nur mit Hilfe der Etappe (Arbeiter und Reservemilitär) geschehen kann. Die Front muß den Umsturz unterstützen, indem sie auf die Seite der neuen Regierung übergeht. Nach diesem Plan leiteten wir unsere ganze Arbeit bis zur Februarrevolution.

Unsere Tätigkeit an der Front übten wir nun offen aus, und nicht einer meiner Kameraden wurde bestraft, da die Offiziere selbst unter dem Krieg sehr litten; außerdem wagten sie nicht, gegen uns Repressalien anzuwenden, denn sie fürchteten, daß bei der ersten Schlacht sie als erstes Opfer unserer Kugeln fallen könnten. Außerdem nützten auch die Zuchthausurteile unseres Feldgerichts nichts, denn jedes Zuchthaus war viel leichter ertragbar als das Leben an der Front, wo man doch obendrein jeden Augenblick sein Leben einbüßen konnte.

Die schweren Lebensverhältnisse an der Front haben mich oftmals vor die Frage des Ueberlaufens oder der Desertion gestellt. Jede Verbindung mit der Parteiorganisation war seit der Abreise zur Front abgebrochen. Ich fühlte mich furchtbar einsam und verlassen in meiner revolutionären Arbeit. Zu schwer waren alle die Qualen und Schrecken des Krieges, wo man doch klar die Sinnlosigkeit des Krieges und der Opfer erkannte. Nicht nur einmal kam mir in schwachen Stunden der Gedanke, mich gefangen nehmen zu lassen. Jedoch hielt mich in solchen Momenten immer das revolutionäre Bewußtsein der Notwendigkeit, in der Armee unsere Kräfte für den Aufstand vorzubereiten, von der Durchführung meines Vorhabens zurück; dieses Bewußtsein gab mir auch die Kraft, alles zu ertragen. Ich glaubte fest daran, daß noch viele solcher unbekannten Bolschewiki ebenso wie ich zähe und mit Ausdauer die gleiche Arbeit im der Armee leisten, die bei günstiger Gelegenheit doch bald gute Früchte bringen müsse.

## Die Februarrevolution

Die Februarrevolution gab uns die Aussicht, breit angelegte politische Arbeit in der Armee leisten zu können. Die in graue Soldatenmäntel gekleideten Bauernmassen, die seit Jahrhunderten den Mund nicht auftun durften, fingen plötzlich zu reden an, ihre Wünsche, ihre Forderungen zu äußern. Ich ging sofort zur Bearbeitung meiner Kompagnie über, um hier eine feste bewaffnete Stütze für die weitere Arbeit zu schaffen. Durch die weiter vorgeschrittenen Kameraden dehnten wir unsere bolschewistische Arbeit auf das Bataillon, Regiment und sogar die Division aus. Mit größter Geschwindigkeit stellten wir unsere Verbindung an der Front mit den benachbarten Truppenteilen hier. Sehr oft kamen zu mir illegale Delegationen und einzelne Genossen, um Anweisungen und Ratschläge für ihr weitere Arbeit zu erhalten. Dadurch erhielt ich auch Informationen über die Lage und die Stimmung in den benachbarten Regimentern.

Die wichtigsten Parolen, die uns große Erfolge bei unserer Agitation einbrachten und viele Anhänger schufen, waren: Frieden und Landaufteilung. Die Agitation gegen die provisorische Regierung gab in der ersten Zeit kein besonderes Ergebnis, da die Illusionen über Kerenski und die übrigen „Sozialisten“ noch groß waren.

Die Agitation für die Kriegsbeendigung aber gab ein glänzendes Resultat. Auf unserem Frontabschnitt gelang es uns, für die Forderung der Kriegsbeendigung schon Ende März die Verbrüderung mit dem „feindlichen“ Heer herzustellen. Diese Verbrüderung wurde bald von den benachbarten Truppenteilen fortgesetzt. Die Soldaten überzeugten sich, daß auf der anderen Seite des Schützengrabens nicht der „furchtbare und gefürchtete deutsche Feind“ steht, sondern eben solch ein Arbeiter und Bauer, dem der Krieg in gleichem Maße zum Ueberdruß war.

[448] Nach einem Monat reger politischer Tätigkeit war meine Autorität im Regiment so hoch gestiegen, daß ein Versuch der Provisorischen Regierung, mich wegen Agitation gegen die Regierung und gegen den Krieg, für die Verbrüderung („Hochverrat“) zu verhaften, auf den bewaffneten Widerstand des Regiments stieß.

Im Mai wurde ich von den Soldaten der Division nach Petrograd zum Sowjetkongreß delegiert. Dies half mir bei meinen weiteren Arbeiten sehr. Ich setzte mich in Petrograd mit der Parteiorganisation in Verbindung, erhielt die Instruktionen für die weitere Fortsetzung der Arbeit und leitete nach meiner

Rückkehr die Parteiarbeit an unserem ganzen Frontabschnitt. Die Februarrevolution gab uns Bolschewiki die Möglichkeit, in der Armee eine feste Parteiorganisation zu bilden, wodurch sich unsere organisatorische und politische Arbeit unter den Soldatenmassen verbreiterte, die Vorbereitungsarbeit in der Armee zum Oktoberumsturz.

## Oktober 1917

Es nahten der Oktober und die entscheidenden Klassenkämpfe. Petrograd bereitete sich zum bewaffnetem Aufstand vor. In den wichtigsten Etappengarnisonen hatten wir Bolschewiki die übergroße Mehrheit der Arbeiter und Soldaten hinter uns. Die Front bereitete sich ebenfalls zum Umsturz vor. Das Oberkommando und die provisorische Regierung trafen Maßnahmen zur Zerstörung der bolschewistischen Organisation an der Front, indem sie die aktivsten und führenden Bolschewiki verhafteten. Besonders heftig waren diese Unterdrückungsversuche an der rumänischen Front. Mitte Oktober wurde ich verhaftet und befand mich im Arrest an der Front, auf dem Territorium unserer Division. Ich sollte wegen Hochverrats verurteilt werden, wofür die Todesstrafe mit Entziehung aller „Ehrenrechte“ vorgesehen war. Jedoch gelang dies nicht. Während meiner Verhaftung unterhielt ich eine Verbindung mit meinen Genossen und in erster Linie mit dem Regimentskomitee des 196. Infanterieregiments.

Unmittelbar nach dem Oktoberumsturz in Petrograd, von den wir an der Front noch nichts wußten, hatten die Menschewiki und Sozialrevolutionäre zusammen mit unseren Offizieren eine Divisionsvertrauensmännerversammlung einberufen, auf der sie die Unterstützung der Provisorischen Regierung gegen die Bolschewiki vorschlugen. (Die Division lag in den Schützengräben, und in solchen Fällen war es bei uns üblich, Vertrauensmännerversammlungen einzuberufen.) Unser Regimentskomitee teilte mir dies sofort mit, und auf meinen Rat befreitem sie mich, und wir begaben uns zusammen in die Divisionsvertrauensmännerversammlung, wo alle wichtigsten „Führer“ der Menschewiki und Sozialrevolutionäre versammelt waren. Mein Erscheinen erregte großes Aufsehen. Unsere Gegner priesen im langen Reden die Verdienste und das zukünftige Programm der Provisorischen Regierung und malten alle „Schrecken“ der „abenteuerlichen Bolschewiki“ aus. Die Menschewiki schreckten sogar vor einem offenen Betrug nicht zurück. Während der heißesten Diskussion wurde ein Telegramm verlesen, welches angeblich aus Petrograd soeben eingetroffen war und mitteilte, daß die Bolschewiki in Petrograd einen bewaffnetem Aufstand unternommen hätten, der aber durch das Militär der Provisorischen Regierung niedergeschlagen worden sei. Die Provisorische Regierung wurde vom Militär der gesamten Front unterstützt.

Dieses Telegramm brachte eine gewisse Verwirrung in die Reihen nicht nur der noch nicht fest entschlossenen Delegierten, sondern auch in die Reihen der jungen Mitglieder der bolschewistischen Organisation. Abends gelangten zur Abstimmung 1. die Resolution der Menschewiki und Sozialrevolutionäre über die Unterstützung der Provisorischen Regierung und 2. die der Bolschewiki über die sofortige Unterstützung der Aufständischen Petrograds und die Uebernahme der Macht durch die Räte. Die Resolution unserer Gegner wurde mit Mehrheit angenommen. Zwei Infanterieregimenter, die ganze Artillerie und ein Teil der Sapeure waren für die sofortige Unterstützung der Provisorischen Regierung. Für die Resolution der Bolschewiki stimmten zwei Infanterieregimenter und ein Teil der Sapeure.

[449] Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre waren sehr zufrieden mit dem Ausgang der Versammlung. Ich war mir bewußt, daß dieser Augenblick außerordentlich wichtig war, daß in der Etappe und an der Front die wichtigsten Ereignisse vor sich gingen, welche für das Schicksal der proletarischen Revolution ausschlaggebend sein konnten. Deshalb konnte für mich der Beschluß der Vertrauensmännerversammlung nicht obligatorisch sein, denn in diesen Tagen fielen die Entscheidungen nicht mehr durch Abstimmungen und Resolutionen, sondern durch den bewaffneten Aufstand und im offenen Kampf. Aus diesem Grunde forderte ich meine Anhänger auf, nicht auseinanderzugehen, sondern zurückzubleiben, um die geschaffene Lage ohne die Anhänger der Menschewiki und Sozialrevolutionäre zu besprechen. Nachdem die Anhänger der Provisorischen Regierung nach Hause gegangen waren, beschlossen wir, die Minderheit, die Führung der Division in unsere Hand

zu nehmen. Wir nahmen sofort Verhaftungen beim Divisionsstab vor und verhafteten die Menschewiki und Sozialrevolutionäre vom Divisionsausschuß. Es wurde ein revolutionärer Divisionsausschuß unter meinem Vorsitz und ausschließlich aus Anhängern der Sowjets gebildet. Auch in der Maschinengewehrabteilung wurden Verhaftungen vom 195. Regiment, das vollständig auf unserer Seite stand, vorgenommen. Auf diese Weise haben wir, obwohl formell in der Minderheit, den Oktoberumsturz durchgeführt, als erste in der vierten Armee an der rumänischen Front.

Zur Heranziehung der anderen Teile unserer Division haben wir sofort unsere besten Agitationskräfte dorthin geworfen. Am nächsten Tage schlossen sich auch diese Truppenteile, die schon vor einer vollzogenen Tatsache standen, uns an. Am Tage darauf verhafteten wir, gestützt auf eine bewaffnete Macht, das aus Menschewiki und Sozialrevolutionärem bestehende Korpskomitee. Wir sandten unsere Delegierten in die benachbarten Divisionen, um auch dort den Umsturz durchzuführen. Zwei Regimenter luden wir auf Kraftwagen auf und begaben uns zum Armeestab. Die wichtigsten Offiziere waren schon verhaftet, und das uns feindliche Armeekomitee wurde aufgelöst. An seiner Stelle schufen wir ein revolutionäres Komitee, das aus Bolschewiki und linken Sozialrevolutionären bestand. Das revolutionäre Kriegskomitee der Division setzte Divisionskommandeure und einen Befehlshaber der Armee ein. Indem wir energisch vorgingen und keine Zeit vergeudeten, haben wir den Oktoberumsturz in der ganzen vierten Armee im Laufe von sechs Tagen durchgeführt.

Die Bolschewiki siegten.

Unter der Führung der Bolschewiki vollzog das Proletariat Rußlands die Oktoberrevolution.

Der Bolschewismus wurde die Kampfesfahne des internationalen Proletariats.

*

## Vom Opportunismus zum Sozialfaschismus
### Zum 40. Jahrestag der II. Internationale

Von J. Lenz

Fünfzehn Jahre nach dem schmählichen Zusammenbruch der II. Internationale, vierzig Jahre mach ihrer Gründung ist es notwendig, die Entwicklungsgeschichte dieser Arbeiterorganisation, die einmal der Stolz und die Hoffnung der fortgeschrittensten Arbeiter aller Länder gewesen ist, zu betrachten, um aus den Ursachen ihres Zusammenbruchs die Lehren für die gegenwärtigen Kämpfe der Arbeiterklasse zu ziehen. Die opportunistische Entartung der Zweiten Internationale ist geradezu ein Schulbeispiel für das dialektische Gesetz des Umschlagens der Quantität in die Qualität. In Jahrzehnten reifte der Keim der opportunistischen Entartung, breitete sich in [450] dem Organismus der proletarischen Internationale aus, bis sich im Augenblick der entscheidenden Krise erwies, daß der Opportunismus nicht mehr bloß eine Tendenz, eine Richtung innerhalb der Internationale, sondern ihr beherrschendes Gesetz, ihr wesentlicher Charakterzug geworden war.

Gleich unrichtig ist es darum, wenn man in der ganzen Geschichte der Zweiten Internationale nichts sieht als die reformistische Entartung und den Verrat von 1914, wie wenn man die revolutionäre Vergangenheit dem reformistischen Zusammenbruch von 1914 unvermittelt gegenüberstellt. Andere Zeiten erfordern andere Formen der Organisation und des Kampfes der Arbeiterklasse. Es wäre eine lächerliche, unhistorische Betrachtungsweise, wenn man den Gründern der II. Internationale vorwerfen wollte, daß sie im Jahre 1889 die Arbeiterinternationale nicht auf den Grundsätzen aufbauten, die im Jahre 1919 zur Grundlage der Kommunistischen Internationale gemacht wurden. Nur von einem solchen unhistorischen, metaphysischen Standpunkt aus kann man die positive Rolle bestreiten, die die Zweite Internationale zeitweilig gespielt hat. Auf diese positive Rolle hat Lenin auch noch im Jahre 1914 hingewiesen, als er bereits die Notwendigkeit der Gründung der Dritten Internationale proklamierte.

1889, als sich die Vertreter der sozialistischen Parteien und Gewerkschaften in Paris auf dem Gründungskongreß versammelten, stand vor der Arbeiterklasse nicht unmittelbar die Aufgabe der einheitlichen internationalen revolutionären Aktion zum Sturz des Kapitalismus. Nach der schweren Depression, die die internationale Arbeiterbewegung infolge der Niederlage der Kommune in den

siebziger Jahren niederdrückte und die faktische Auflösung der Ersten Internationale herbeiführte, begann sich die Arbeiterschaft wieder zu sammeln, um mit größerer Kraft und Geschlossenheit ihren Kampf wieder aufzunehmen. So war die starke Vertretung des deutschen Proletariats, die noch unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes gewählt wurde, ein imponierendes Zeichen der Kraft der deutschen Arbeiterbewegung. Auch die Tatsache, daß eine größere Zahl englischer Gewerkschaftsvertreter es vorzog, zum Kongreß der „Marxisten“ zu kommen, statt zu dem Gegenkongreß, den die französischen Possibilisten gleichzeitig in Paris organisiert hatten, zeigte die Radikalisierung der Arbeiterklasse an. Aber das war erst der Anfang der Sammlung der Arbeiterschaft auf dem Boden des Klassenkampfes, und die Sammlung der Arbeiter in politischen und wirtschaftlichen Klassenkampforganisationen, die Erkämpfung politischer Rechte für die Arbeiterschaft und ihre Ausnutzung, die Entfaltung des gewerkschaftlichen Kampfes, das waren die praktischen Aufgaben, die damals im Vordergrund standen.

Wilhelm Liebknecht erklärte in seiner Eröffnungsrede, in der er sich zu dem Werk der Internationalen Arbeiterassoziation, der I. Internationale und zu den großen Traditionen der Pariser Kommune bekannte: „Die internationale Arbeiterbewegung ist zu groß geworden für den Rahmen einer einzigen, einheitlichen Organisation.“ Die Führer der Zweiten Internationale faßten von vornherein eine Organisationsform ins Auge, die zugleich breiter und loser sein sollte als die der Ersten Internationale. Eine völlige Uebereinstimmung in den marxistischen Prinzipien von allen angeschlossenen Organisationen zu fordern, war schon deshalb unmöglich, weil die Internationale sowohl Parteien als auch Gewerkschaften umfaßte. Für die englischen Gewerkschafter bedeutete es damals schon einen großen Schritt nach vorwärts, wenn sie ihren bürgerlich-liberalen Standpunkt soweit aufgaben, daß sie sich der internationalen sozialistischen Bewegung anschlossen und zum selbständigem politischen Auftreten übergingen. In dieser Zeit wäre es Sektiererei gewesen, wenn man versucht hätte, eine politisch völlig einheitliche, zentralistisch aufgebaute Internationale zu schaffen. Das war auch die Meinung von Friedrichs Engels, der auf dem Züricher Kongreß 1893 in seiner Begrüßungsansprache sagte:

„Wir müssen die Diskussion zulassen, um nicht zur Sekte zu werden. Aber der gemeinsame Standpunkt muß gewahrt bleiben. Die lose Verbindung, der freiwillige Zusammenhalt, der durch Kongresse unterstützt wird, er ist hinreichend, um uns den Sieg zu verschaffen, den keine Macht der Welt uns mehr entreißen kann.“

[451] Engels war jedoch damals so wenig wie in seinem ganzen Leben ein Anhänger der Duldsamkeit gegenüber dem Opportunismus. Während des Gründungskongresses, als die Frage der Vereinigung mit dem Kongreß der Possibilisten zur Diskussion stand, schrieb er in einem Brief an Sorge:

„Der Verschmelzungsschwindel bei beiden Kongressen ist natürlich sehr stark. – Die Fremden wollen Verschmelzung, die Franzosen in beiden Fällen halten zurück. Die Verschmelzung unter rationellen Bedingungen ist ganz gut, aber der Schwindel besteht im Geschrei nach Verschmelzung à tout prix von seiten der Unsrigen.“[*)]

Ebenso skeptisch stand Engels dem „Verschmelzungsschwindel“ gegenüber, als sich 1894 in Frankreich die Gruppe Jaurès-Millerand mit der französischen sozialistischen Partei vereinigte. Damals schrieb er an Victor Adler, eine Alliance wäre besser, als eine Verschmelzung, jedenfalls müßten die Sozialisten die Möglichkeit im Auge behalten, daß es sich um bürgerliche Elemente handelte, mit denen es zu einem prinzipiellen Konflikt kommen müsse. Vor allem müsse man sich die Freiheit der Kritik im Parlament und in der Presse gegenüber diesen zweifelhaftem Elementen vorbehalten[**)].

Engels glaubte also in diesem Zeitpunkt nicht, das Eindringen opportunistischer Elemente in die Internationale direkt unterbinden zu können, doch betonte er die Notwendigkeit der Sicherung der politischen Selbständigkeit des revolutionären Flügels gegenüber solchen Elementen, um ihre Abspaltung durchführen zu können, sobald es die Verhältnisse erforderten. In der Tat wurde nicht die zeitweilige Duldung opportunistischer Elemente zum Verhängnis der II. Internationale – diese war bei einer gewissen Unreife der Bewegung ein unvermeidliches Entwicklungsstadium –, sondern die

[*)] Briefe an Sorge, S. 317. – Die Verschmelzung kam nicht zustande, weil die Possibilisten unannehmbare Bedingungen stellten. Der „Vorwärts“ fälscht in seinem Gedächtnisartikel für die II. Internationale die Geschichte, indem er behauptet, daß die Verschmelzung zustande kam. Offenbar ist es den Reformisten peinlich, daran zu erinnern, daß die Spaltung der Arbeiterbewegung schon vor 40 Jahren durch die Reformisten herbeigeführt wurde.

[**)] Viktor Adler, Aufsätze und Reden, 1. Heft, Viktor Adler und Friedrich Engels, S. 104.

dauernde Duldung auch in einer Periode, als der Bruch mit dem Opportunismus zur Lebensnotwendigkeit für die proletarische Bewegung geworden war.

In den ersten Jahren des Bestehens der II. Internationale gab es auf jedem Kongreß heftige Auseinandersetzungen mit den Anarchisten, die auf dem Züricher Kongreß durch die Annahme scharfer, direkt gegen die Anarchisten gerichteter Zulassungsbedingungen zu künftigen Kongressen abgeschlossen wurden. In der verhältnismäßig „friedlichen" Periode der Arbeiterbewegung von 1889 bis 1904, wo die Schaffung von Massenorganisationen, der Kampf um politische Rechte, die parlamentarische und gewerkschaftliche Arbeit die Praxis der Arbeiterparteien im wesentlichen bestimmte, war der Bruch mit den Anarchisten die dringendste Notwendigkeit, weil sie gerade die Arbeit, die damals auf der Tagesordnung stand, ablehnten. Der Bruch mit dem Opportunismus wurde aktuell, als eine neue Periode neue revolutionäre Kampfmethoden von der Arbeiterklasse forderte.

*

Das Zeitalter des Imperialismus, das um die Jahrhundertwende begann, offenbarte seinen Charakter als das Zeitalter der Kriege und Revolutionen in den Jahren 1904/05, als der russisch-japanische Krieg und die russische Revolution der verhältnismäßig friedlichen Entwicklung in Europa ein jähes Ende setzten. Es ist daher kein Zufall, daß das Jahr 1903 für die internationale Arbeiterbewegung im Kampfe gegen den Opportunismus eine entscheidende Bedeutung erlangte. In der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei vollzog sich am Vorabend der Revolution auf dem Londoner Kongreß die Spaltung zwischen Bolschewiki und Menschewiki. Der revolutionäre Flügel unter der Führung Lenins, der sich bewußt die Aufgabe der Organisierung der Revolution setzte, schuf eine [452] solche Organisationsform, die die opportunistischen Elemente, die kleinbürgerlichen Mitläufer, aus den Reihen der revolutionären Arbeiterpartei ausschloß. Der Bruch mit dem Opportunismus war die Voraussetzung dafür, daß die Bolschewiki schon in der ersten russischen Revolution die führende Rolle des Proletariats verwirklichen konnten.

Auch in der deutschen Sozialdemokratie, der führenden Partei dem II. Internationale, bedeutete das Jahr 1903 einen Höhepunkt im Kampfe gegen den Opportunismus. Der Dresdener Parteitag nahm zu den Fragen der Taktik Stellung nach dem gewaltigen Wahlsieg, in dem die Sozialdemokratie ihre Stimmenzahl um nahezu eine Million auf drei Millionen gesteigert hatte. Das mächtige Anwachsen der sozialistischen Bewegung zeigte, daß die Zeit der Vorbereitung, der Sammlung der Massen sich ihrem Ende näherte, daß die neue Periode der großen Massenkämpfe begann. Bebel sah ganz richtig, daß gerade die großen Erfolge der Sozialdemokratie die Klassengegensätze ungeheuer verschärften, einen festeren Zusammenschluß aller Kräfte der Bourgeoisie zu einer reaktionären Front gegen das Proletariat herbeiführen mußten.

Der revisionistische Flügel aber, der bei seinem ersten Auftreten in den 90er Jahren für die Praxis der Partei als bedeutungslos erschien, gewann jetzt entscheidende praktische Bedeutung. Das Programm des friedlichen „Hineinwachsens in den Sozialismus" hatte jetzt den realen Sinn, daß die Partei ihre gesteigerte Mandatszahl, ihren parlamentarischen Einfluß zur Gewinnung von Positionen innerhalb des bürgerlichen Staates ausnutzen konnte, wenn sie sich der bürgerlichen Gesellschaft anpassen, nach dem Vorschlag Bernsteins in eine demokratisch-soziale Reformpartei verwandeln wollte. Bebel brandmarkte mit den schärfsten Worten das Auftreten der Bernstein-Vollmar und Co. Der Dresdener Parteitag verurteilte entschieden die revisionistischen Bestrebungen, „die bewährte, sieggekrönte, auf dem Klassenkampf beruhende Taktik durch eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung" zu ersetzen. Aber trotz starker Worte und starker Drohungen – „wer nicht pariert, der fliegt," sagte Bebel an die Adresse von Wolfgang Heine – unterschätzte die Führung der deutschen Partei und ihre große Mehrheit die Gefahr des Revisionismus.

Plechanow hatte bei dem ersten Auftreten Bernsteins geschrieben: „Entweder wird die Sozialdemokratie Bernstein oder Bernstein die Sozialdemokratie begraben." Rosa Luxemburg forderte in der ersten Auflage ihrer Schrift „Sozialreform oder Revolution" den Ausschluß Bernsteins aus der Partei. Auf dem Dresdener Parteitag aber wies die Mehrheit mit Entrüstung den Vorwurf zurück, die Resolution gegen die Revisionisten sei mit Absicht so scharf formuliert worden, um einen

Vorwand für ihren Ausschluß zu schaffen. Die Mehrzahl des rechten Flügels brachte es in der Tat fertig, die feige Diplomatie, die für den Opportunismus immer kennzeichnend war, so weit zu treiben, daß sie für die Resolution stimmte, die ihre Bestrebungen verurteilte. Gerade dieses Verhalten hätte der Mehrheit zeigen müssen, daß bloße Beschlüsse gegen diese tückischen Feinde des revolutionären Proletariats nichts nützen.

Der Internationale Sozialistenkongreß zu Amsterdam 1904 nahm nach scharfen Auseinandersetzungen die Dresdener Resolution an, um damit zugleich den vom Jaurès verteidigten Millerandismus, die Praxis zu Bernsteins Theorie, zu verurteilen. Aber dieser Kongreß zeigte bereits zugleich die Entwicklung jener Richtung, deren führende Rolle in der Zweitem Internationale zu ihrem Verhängnis werden sollte, des Zentrums. Eine starke Gruppe um Adler und Vandervelde, die bei der Schlußabstimmung für die Dresdener Resolution stimmte, suchte in der Kommission mit allen Mitteln dieser Resolution „die Zähne auszubrechen", wie Adler selbst sich ausdrückte. Man wollte das Bekenntnis zur „bewährten, sieggekrönten Taktik des Klassenkampfes" beibehalten, aber jede Verurteilung des Revisionismus vermeiden. Ein Abänderungsantrag in diesem Sinne wurde bei Stimmengleichheit (!) abgelehnt. Bebel, der in Amsterdam wie in Dresden [453] als entschiedener Vertreter der Resolution auftrat, war schon geneigt, die Abänderungsanträge Adlers zu akzeptieren und ließ sich nur dadurch von einem solchen Schritt zurückhalten, daß sich die anderen, auf dem linken Flügel stehenden Parteien bereits auf den Wortlaut der Dresdener Resolution festgelegt hatten.

Der Uebergang Bebels, der Gruppe des deutschen Parteivorstandes, zur Position des Zentrums, durch den der Sieg des Opportunismus in der deutschen Partei und in der Internationale entschieden wurde, erfolgte in der Massenstreikdebatte. Für das Zentrum war es immer charakteristisch, daß es von den zwei möglichen Wegen, dem Weg der Revolution und dem Weg der reformistischen Anpassung an die bestehende Ordnung, keinen gehen wollte und in dem Versuch, die mittlere Linie zu finden, praktisch in die Gefolgschaft des rechten Flügels geriet. Auf dem Jenaer Parteitag 1905 trat Bebel entschieden für den Gedanken des politischen Massenstreiks zur Verteidigung gegen Angriffe auf das allgemeine Wahlrecht und eventuell auch zur Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts in Preußen ein. Aber während der linke Flügel unter der Führung Rosa Luxemburgs im Massenstreik nur eine Waffe im revolutionären Kampfe sah, das Schwergewicht darauf legte, daß durch die russische Revolution eine neue Periode angebrochen war, „wo die Evolution in die Revolution umschlägt", unterstrich Bebel den friedlichen Charakter des Generalstreiks, die Vermeidbarkeit der Revolution bei „vernünftigem" Verhalten der herrschenden Klasse, die Ablehnung der „Barrikadentaktik".

Der Massenstreikbeschluß des Jenaer Parteitages war gegen den kurz zuvor gefaßten Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses gerichtet, der sogar die Diskussion über den Massenstreik verbieten wollte. In den Gewerkschaften hatte sich der Reformismus früher durchgesetzt als in der Partei. Das ist verständlich. Die Gewerkschaften waren noch mehr als die Partei durch das Ueberwiegen der qualifizierte Oberschicht des Proletariats gekennzeichnet, hier mußte sich unter den Bedingungen des „friedlichen Aufschwunges des deutschen Imperialismus, der tatsächlichen, wenn auch geringfügigen allmählichen Besserung der materiellen Lage dieser qualifizierten Schichten, der Trade-Unionismus, die reformistische Nur-Gewerkschaftlerei, entwickeln, die nach Lenin „die bürgerliche Politik innerhalb der Arbeiterbewegung" ist. Der Organisationsfetischismus, die Angst um die Kassen, um dem materiellen Besitz der großen Organisationen, wurde immer mehr bestimmend für die Taktik der Gewerkschaftsführer. Die materiellen Interessen, die die reformistische Gewerkschaftsbürokratie auf dem rechten Flügel trieben, mußten sich gegenüber der schwankenden, inkonsequenten, zentristischen Haltung des Parteivorstandes durchsetzen. So kam es wenige Monate nach dem Jenaer Parteitag zu der Vereinbarung zwischen dem Parteivorstand und der Generalkommission der Gewerkschaften, durch die der Parteivorstand völlig vor der Gewerkschaft kapitulierte und sich verpflichtete, keine Agitation für den Massenstreik zu entfalten und sich vor der Proklamierung eines solchen Streiks mit der Generalkommission ins Einvernehmen zu setzen.

Der Amsterdamer Kongreß war der letzte internationale Kongreß, auf dem die Vertreter der deutschen Partei als Führer des linken Flügels auftreten konnten. Der internationale Kongreß in Stuttgart 1907 zeigte bereits deutlich die Vorherrschaft des Reformismus in der deutschen Partei und in

der Internationale. In der Kolonialkommission erklärte sich die Mehrheit für eine Resolution von Van Kol, die sich für eine „sozialistische“ Kolonialpolitik aussprach, die Zivilisationsphrasen, die die Imperialisten zur Rechtfertigung ihres Kolonialraubes vorbringen, ins „sozialistische“ übersetzte. Ledebour und Wurm, die gegen diese Resolution ankämpften, waren in der deutschen Delegation in der Minderheit, während David als Vertreter der Mehrheit die „koloniale Idee“ als einen Bestandteil des „sozialistischen Kulturzieles“ feierte. Im Plenum wurde die sozialimperialistische [454] Resolution allerdings abgelehnt, die Stimmenverteilung aber zeigte, daß die Mehrheit der Sozialdemokraten der großen imperialistischen Länder Englands, Frankreichs, Deutschlands, Oesterreichs in dieser Frage bereits auf den Standpunkt des Revisionismus übergegangen war.

In der Kriegskommission vertrat Bebel genau so wie Jaurès die Vaterlandsverteidigung im Falle eines Angriffs. In der angenommenen Resolution ist von der Verteidigung des imperialistischen Vaterlandes allerdings nicht die Rede. Im Gegenteil, es fand der berühmte Zusatzantrag Lenin-Luxemburg Annahme, der den Kampf gegen den Krieg mit allen Mitteln und die Ausnützung der durch den Krieg geschaffenen Krise zur Beschleunigung des Sturzes des Kapitalismus, also die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg forderte. Die Resolution, die im Widerspruch zu der Auffassung der großen Mehrheit der Internationale stand, fand nach dem diplomatischen Brauch der II. Internationale einstimmige Annahme. Der linke Flügel, der zahlenmäßig eine kleine Minderheit war, konnte sich durchsetzen, weil er einen einheitlichen, klaren, konsequenten internationalen Standpunkt hatte gegenüber den Opportunisten der verschiedenen Richtungen und der verschiedenen Länder, die sich untereinander nicht auf eine klare Linie einigen konnten.

Auf dem Kongreß zu Kopenhagen 1910 trat der reformistische Einfluß noch stärker in Erscheinung. Hier fand in der Genossenschaftsfrage eine Resolution Annahme, die die Genossenschaften als Mittel zur „Demokratisierung und Sozialisierung der Produktion und des Austausches“ empfahl. Ein Abänderungsantrag Lenins, diese Wirksamkeit der Genossenschaften erst für die Zeit anzuerkennen, wo die Kapitalisten expropriiert sein würden, wurde in der Kommission abgelehnt, worauf Lenin gegen den Antrag stimmte. Lenin versuchte vergeblich, die Unterstützung der deutschen Linken für das Plenum zu gewinnen. Wurm versicherte, daß er anderer Meinung sei als die deutsche Mehrheit, aber die Linke fügte sich der Mehrheit, in der die reformistische Gewerkschaftsbürokratie den Ausschlag gab. Die Linke war auf diesem Kongreß so schwach, daß auch Lenin darauf verzichtete, den Kampf im Plenum des Kongresses fortzuführen.

Lenin schrieb nach dem Kongreß, die Machtlosigkeit der deutschen Linken gegenüber den Rechten sei „eine neuerliche Illustration der Krise in der deutschen Sozialdemokratie, die immer weiteren Umfang annimmt und dazu drängt, daß endlich mit den Opportunisten reiner Tisch gemacht wird“.

*

Mit den Opportunisten wurde nicht reiner Tisch gemacht, und der linke Flügel in den sozialistischen Massenparteien des Westens, vor allem der linke Flügel der deutschen Sozialdemokratie, faßte diese Aufgabe auch gar nicht klar ins Auge. Allerdings hat Lenin vor 1914 auch nicht direkt die Frage der Spaltung der II. Internationale gestellt. Noch im Jahre 1908 stimmte er im Internationalen Sozialistischen Büro für die Aufnahme der englischen Arbeiterpartei. Er verwahrte sich nur gegen Kautskys Begründung, daß die Arbeiterpartei auf dem Boden des Klassenkampfes stehe. Da sie auf gewerkschaftlichen Massenorganisationen aufgebaut war und diese in der II. Internationale vertreten waren, konnte man den englischen Gewerkschaftsreformisten nicht abschlagen, was denen der anderen Länder gewährt wurde.

Nicht darin lag der Fehler der deutschen Linken oder der Linken in den westeuropäischen Parteien im allgemeinen, daß sie die organisatorische Trennung von den Reformisten nicht vollzogen. So kann man die Frage nicht stellen. Wenn die objektiven Bedingungen für einen solchen Schritt noch nicht herangereift sind, ist es Sektiererei, organisatorische Maßnahmen zu vollziehen, für die noch nicht die politischen Voraussetzungen geschaffen sind. Auch die Bolschewiki hielten es 1906 zeitweilig für notwendig, eine formale Einigung mit den Menschewiki in einer Partei einzugehen.

Worauf es jedoch ankam, das war die prinzipielle Klarheit [455] über die Unvermeidlichkeit der Spaltung, über die Unversöhnlichkeit des Marxismus mit dem Reformismus, die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für ein politisch und organisatorisch selbständiges Auftreten des linken Flügels, das die Spaltung ermöglichte, sobald die objektiven Bedingungen dafür gegeben waren. So haben die Bolschewiki auch in der formell einheitlichen Partei ständig ihre festgefügte Fraktion aufrecht erhalten und sich dadurch die Möglichkeit geschaffen, jederzeit mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für ihre politischen Anschauungen zu kämpfen.

Die deutschen Linksradikalen aber stellten sich nicht praktisch die Aufgabe der Organisierung der Revolution, sie hatten keinen klaren Begriff von der Notwendigkeit der revolutionären Organisation, wie das vor allem in Rosa Luxemburgs Spontanitätstheorie zum Ausdruck kommt*). Darum mußte die revolutionäre Arbeiterschaft in Deutschland die ersten Grundlagen einer revolutionären Partei unter den schwersten Bedingungen während des Krieges, unter dem Druck der Militärdiktatur schaffen. Die verspätete Gründung der revolutionären Partei war eine der Hauptursachen der Niederlagen der deutschen Revolution in der Periode von 1918 bis 1923.

*

Der schmähliche Zusammenbruch der II. Internationale im August 1914, gerade an jenem Wendepunkt der Geschichte, als die Frage des Bürgerkrieges, der Eroberung der Macht zur Lebensfrage für die internationale Arbeiterklasse wurde, hat die Notwendigkeit der Schaffung einer neuen Internationale auf neuen prinzipiellen Grundlagen auf die Tagesordnung gestellt. Lenin hat diese Konsequenz sofort gezogen, schon im November 1914 die Parole der III. Internationale aufgestellt. In der Schrift „Sozialismus und Krieg“, die Anfang 1915 in deutscher Sprache erschien, ließ er noch die Möglichkeit eines zeitweiligen Weiterwirkens in der II. Internationale offen**):

„Es ist vollkommen klar, daß für die Verwirklichung einer internationalen marxistischen Organisation die Bereitschaft zur Schaffung von selbständigen marxistischen Parteien in verschiedenen Ländern wirklich vorhanden sein muß. Deutschland als das Land der ältesten und stärksten Arbeiterbewegung ist von entscheidender Bedeutung. Die nächste Zukunft wird lehren, ob die Bedingungen für die Schaffung einer neuen marxistischen Internationale bereits herangereift sind. Wenn ja, so wird unsere Partei mit Freuden in eine solche, vom Opportunismus und Chauvinismus gesäuberte III. Internationale eintreten. Wenn nicht, so wird das nur beweisen, daß zu einer solchen Säuberung noch eine mehr oder minder lange Evolution erforderlich ist, und dann wird unsere Partei innerhalb der alten Internationale den äußersten oppositionellen Flügel bilden – solange nicht in den verschiedenen Ländern die Basis für eine auf den Boden des revolutionären Marxismus stehende internationale Arbeiterassoziation geschaffen sein wird.“

Mit dieser klaren Linie auf die Kommunistische Internationale wirkten die Bolschewiki als die Führer der Zimmerwalder Linken, bis der Sieg der russischen Revolution und die Entwicklung der revolutionären Bewegung in [456] Westeuropa im Jahre 1919 die Voraussetzungen für die Gründung einer einheitlichen, zentralistisch nach dem Muster der bolschewistischen Partei aufgebauten kommunistischen Weltpartei geschaffen hatte. Auch dann noch blieb die Herausbildung einer solchen

*) Paul Frölich glaubt in seiner Einleitung zu Band IV der Gesammelten Werke Rosa Luxemburgs (S. 75) gegen die Kritik an der Spontanitätstheorie polemisieren zu müssen. Aber die Stellen, die er zu diesem Zwecke zitiert, beweisen keineswegs, daß Rosa die Rolle der Partei in der Vorkriegszeit richtig gestellt hat. Die Zitierkunststücke beweisen nur, daß Frölich diese Frage auch heute noch nicht begriffen hat. Er stellt die Frage, ob die Luxemburgschen Auffassungen der Leninschen Lehre von der Partei widersprechen oder ob sie ihr nur „nicht entsprächen“, als wäre nicht bekannt, daß Rosa Luxemburg in der schärfsten Form die Leninschen Organisationsprinzipien angegriffen hat. Ihr Artikel über die „Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie“ in der „Neuen Zeit“ 1904 schließt mit dem lapidaren Satz:

> „Fehltritte, die eine wirklich revolutionäre Arbeiterbewegung begeht, sind geschichtlich unermeßlich fruchtbarer und wertvoller als die Unfehlbarkeit des allerbesten ‚Zentralkomitees‘.“

Deutlicher kann man das völlige Unverständnis für das Verhältnis von Partei und Klasse kaum aussprechen. Die Gegenüberstellung der „Fehltritte“ der revolutionären Bewegung und der Herausbildung des „unfehlbaren“ Zentrahkomitees ist absolut sinnlos. Dir Fehltritte“ der revolutionären Bewegung sind nur dann fruchtbar, wenn sie der Herausbildung einer revolutionären Partei und einer fähigen Führung dieser Partei dienen. die die unvermeidlichen „Fehltritte“ der Bewegung auf ein Mindestmaß herabsetzt.

**) Lenin, Werke, Bd. XVIII, S. 285.

Internationale die Frage einer „mehr oder minder langen Evolution“, die aber durch die führende Rolle der Leninschen Partei gewaltig beschleunigt wurde.

Die Kapitulation des Zentrums vor dem rechten Flügel in den Augusttages 1914 war eine Wiederholung ihrer Kapitulation in der Massenstreikdebatte, der gleiche Prozeß auf höherer Stufe. Wiederum wollten die Zentristen zwischen dem Bündnis mit den Imperialisten und dem revolutionären Kampf gegen sie lavieren, wiederum wollten sie in einer neuen Periode die Kampf- und Organisationsformen der früheren Periode beibehalten.

Bis zum Jahre 1923, solange die Zentristen eine gewisse organisatorische Selbstständigkeit in ihrer 2½. Internationale hatten, jagten sie dem Phantome nach, die alte Internationale, wie sie vor dem Kriege bestand, wieder herzustellen. Aus den zwei Richtungen, die sich in der Vorkriegszeit innerhalb einer Organisation mit der Waffe der Kritik bekämpft hatten, waren in der Zeit des Krieges und der Revolution Vorkämpfer feindlicher Klassen geworden, die in einem Kampf auf Tod und Leben zur Kritik der Waffen übergegangen waren. Aber die Zentristen predigten unentwegt weiter die Einheit von proletarischer Revolution und bürgerlicher Konterrevolution.

Nach dem Ausscheiden aller revolutionären Elemente aus den sozialdemokratischen Parteien, nach der Gründung einer einheitlichen kommunistischen Weltpartei, die, gestützt auf das erste Land der proletarischen Diktatur, für den Sieg der proletarischen Weltrevolution in allen Ländern kämpft, konnte die internationale Organisation des Reformismus nichts anderes sein als ein Werkzeug der imperialistischen Bourgeoisie zum Kampfe gegen die proletarische Revolution. Welches andere Band vereinigt Parteien, die in jedem Lande im Dienste ihrer imperialistischen Bourgeoisie stehen, als das gemeinsame Interesse aller Imperialisten, das in ihrer heiligen Allianz, im Völkerbund, verkörpert ist, das Interesse an der Niederhaltung der revolutionären Bewegung des Proletariats und der Kolonialsklaven, an der Zerstörung des ersten Staates der proletarischen Diktatur!

Die „sozialistischen“ Parteien, die den ersten imperialistischen Weltkrieg unterstützten, bei seinem Umschlagen in den Bürgerkrieg die Rettung der Bourgeoisie durch den weißen Terror gegen das Proletariat organisieren halfen, die in der Zeit der revolutionären Welle nach dem Krieg durch den demokratisch-pazifistischen Schwindel die Arbeitermassen vom revolutionären Kampfe abhielten, sie mußten nach dem Wiedererstarken des internationalen Kapitalismus und mit dem Eintreten der neuen Periode verschärfter Gegensätze innerhalb des Kapitalismus, der neu ansteigenden revolutionären Welle, der unmittelbaren Vorbereitung des neuen imperialistischen Krieges die Rolle der Kriegstreiber gegen den proletarischen Staat und der Wegbereiter der faschistischen Diktatur übernehmen.

Boncour, der Vater des französischen Gesetzes zur Massenmilitarisierung, Hermann Müller, der Panzerkreuzerbauer, Macdonald, der Organisator des Bündnisses des amerikanischen und englischen Imperialismus gegen die Sowjetunion, das sind die markanten Vertreter der Außenpolitik des „internationalen“ Sozialimperialismus unserer Tage, des Sozialimperialismus, der die Propagierung und Organisierung des Weltkrieges des Imperialismus gegen das Weltproletariat in die Hand nimmt.

Sakassow, der Minister der Mörderregierung Zankoffs, Moraczewski, der Lakai Piłsudskis in der faschistischen Regierung Polens, Payer, der Horthy-„Sozialist“, der mit Bethlen einen Friedenspakt abschloß. Thomas, der die Erfolge der faschistischen Gewerkschaften in seiner Begrüßungsrede in Rom feierte, und Zörgiebel, der „im engsten Einvernehmen mit Partei und Gewerkschaften“ 32 Berliner Proletarier zur Feier des 1. Mai abschlachten ließ, das sind die repräsentativen Männer der „Internationale“ des Sozialfaschismus in der Zeit der Vorbereitung des [457] faschistischen Terrors, der innenpolitischen Sicherung des konterrevolutionären Krieges.

In einem Kriege zwischen den imperialistischen Mächten würde die „Internationale“ des Sozialimperialismus womöglich noch rascher und schmählicher zusammenfallen als 1914. In dem konterrevolutionären Kriege gegen den Proletarierstaat wird sie im Dienste der. internationalen Bourgeoisie zum letzten Male ihr Schandhandwerk gegen das Proletariat ausüben. Die siegreiche Revolution, in die das Proletariat unter der Führung der Kommunistischen Internationale den konterrevolutionären

Krieg umwandeln wird, wird mit dem Kapitalismus auch seine gefälligsten und nichtswürdigsten Werkzeuge, die reformistischen Parteien, zerschmettern.

*

## Zum preußischen Konkordat

Von Peter Maslowski

Die Richtschnur aller Konkordate ist für die päpstliche Diplomatie gegeben im Codex juris canonici, jenem Gesetzbuch der Papstkirche, das 1917 erschienen ist und den erfolgreichen Abschluß der Jahrhunderte alten Bestrebungen auf absolute Machtkonzentration des internationalen Katholizismus allein in der Hand des römischen Papstes bedeutet. Demnach müßten eigentlich alle Konkordate dem Inhalt nach gleichartig sein. Jedoch versteht es die päpstliche Diplomatie sehr geschickt, jeweils nach den besonderen Verhältnissen zu variieren, ohne dabei ihre entscheidenden Grundsätze zu verletzen. Das zeigt mit aller Deutlichkeit das Preußenkonkordat.

Während beispielsweise das polnische Konkordat von 1925 klerikale Standesvorrechte, wie die Unabhängigkeit der Geistlichen von weltlichen Gerichten, oder das litauische Konkordat von 1927 die kanonische Eherechtsbestimmung der zivilrechtlichen Gültigkeit der kirchlich vollzogenen Trauung, oder etwa das bayerische Konkordat von 1925 die offene geistliche Schulaufsicht enthält, vermeidet der preußische Konkordatswortlaut alle allzu provokatorisch wirkenden Bestimmungen auf diesen Gebieten. Die päpstliche Diplomatie war klug genug, bei der Eroberung des historischen Landes der Ketzer, als welches gerade Preußen dem Vatikan von jeher gegolten hat, eine gewisse taktische Rücksicht zu nehmen darauf, daß Preußen immerhin zu zwei Dritteln protestantisch ist und, abgesehen von der Sowjetunion, die stärkste Freidenkerbewegung aller europäischen Länder aufweist. Vor allem aber verstand es die schwarze Diplomatie, sich auf den sozialdemokratischen Vertragspartner glänzend einzuspielen. Sie kannte die Gefahr, die nicht aus Führerkreisen, aber aus Mitgliederkreisen der SPD hätte drohen können, und gab den Otto Braun und Genossen, z. B. durch die nicht direkte Festlegung ganz konkreter Schulbestimmungen, Gelegenheit, die erwartete Opposition niederzuringen und kaltzustellen.

Selbstverständlich, daß, trotz oder gerade wegen dieser klugen Beschränkung, eben weil diese nur taktischer Natur ist, der Vatikan alles erreicht hat, was ihm zur Zeit in Preußen wichtig und entscheidend ist.

*

Auf dem Schulgebiet werden nur die katholischen Theologie- und Philosophieprofessoren der geistlichen Aufsicht durch den Bischof unterworfen in der Weise, daß nicht nur irgendeine Ketzerei, sondern auch der „unchristliche Lebenswandel“ eines solchen Hochschullehrers dem Bischof das Recht gibt, vom preußischen Staat die Maßregelung des Betreffenden zu verlangen. Sonst handelt von Schulangelegenheiten, für den Nichtfachmann vollständig unkenntlich, nur der Artikel 1 des Konkordats, wonach „der preußische Staat der Ausübung der katholischen Religion den gesetzlichen [458] Schutz gewähren wird. Denn nach dem Codex juris canonici gehört zur „Religionsausübung“ ausdrücklich die geistliche Schulaufsicht. Wenn Nuntius Pacelli sich mit dieser ganz allgemein gehaltenen, aber dennoch grundsätzlichen Stabilisierung des kanonischen Schulrechts zufrieden gab, so sicher im Hinblick auf das kommende Reichsschulgesetz, das im schwarz-rot-goldenen Koalitionsgewande genau so sicher die klerikalen Wünsche erfüllen wird, wie ja auch das schwarz-rot-goldene Preußenkonkordat viel leichter durchzusetzen war als etwa ein Reichskonkordat unter dem schwarzen Bürgerblockkanzler Marx.

Die gesteigerte Machtkonzentration um die Person des Papstes, um „Seine Heiligkeit“, wie natürlich auch der preußische Konkordatswortlaut respektvoll Pius XI. nennt, kommt dann in den Bestimmungen über die Bischofswahl und die Vorbildung der Geistlichkeit zum Ausdruck. Die Wahl des Bischofs durch das Domkapitel und das direkte Bestätigungsrecht des Staates fallen fort. Der Schwerpunkt rückt nach Rom. Das Domkapitel darf nur noch eine Kandidatenliste dem Papst überreichen und dann erst von den mindestens drei Kandidaten, die der Vatikan auf der Liste stehen läßt, einen wählen. Und erst nach vollzogener Wahl darf gnädigst der Staat, der dafür ja auch das Recht hat, die Bischöfe mit

Ministergehältern um 40.000 Mark herum zu bezahlen, mitteilen, ob gegen den Gewählten politische Bedenken bestehen. Neu sind auch die Konkordatsbestimmungen, daß in Zukunft auch Zöglinge päpstlicher Hochschulen Bischöfe in Preußen werden dürfen. Und einige, wohl mit Absicht etwas unklar gehaltene Klauseln lassen durchaus die Möglichkeit zu, daß auch Ausländer, etwa römische Jesuiten, zum Amt eines deutschen Bischofs gelangen werden. Das Ganze heißt dann, um in sozialdemokratischer Sprache zu reden: „Nichteinmischung in die innerkirchlichen Verhältnisse."

Diese „Nichteinmischung" besteht weiter darin, daß die katholische Kirche in Zukunft ihren gewaltigen Apparat der Agitation und Propaganda nach Belieben wird weiter ausbauen können. Propagandabischöfe, sogenannte Weihbischöfe, dürfen überall eingesetzt werden, sofern keine besonderen Geldmittel vom Staat angefordert werden. Darüber hinaus werden zwei regelrechte Bistümer, nämlich in Berlin und Aachen, neugegründet und zwei bisherige Bistümer, nämlich Breslau und Paderborn, zu Erzbistümern erhoben. Dafür erhöht der preußische Staat die sogenannten Dotationen, d. h. die Bischofsgehälter und die unmittelbaren Kosten der Diözesenverwaltung, von 1,4 auf 2,8 Millionen Mark.

Die Tatsache, daß nur diese Summe im Konkordat überhaupt genannt wird, veranlaßte die sozialdemokratische Presse, das plumpe Beschwichtigungs- und Betrugsmanöver zu unternehmen, als ob das Konkordat überhaupt „nur 2,8 Millionen Mark" kostet. In Wirklichkeit werden dazu noch Dienstwohnungen und Diözesanzwecken dienende oder irgendwelchen kirchlichen Zwecken gewidmete Gebäude, auch wenn sie bisher Staatsbesitz waren, der Kirche überlassen. Ausdrücklich wird bestimmt, daß sich die Kirche all das durch Eintragung in das Grundbuch sichern soll. Schließlich werden auch „das Eigentum und andere Rechte (!) der öffentlich-rechtlichen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen der katholischen Kirche aus ihrem Vermögen gewährleistet." Damit sind ausdrücklich alle Finanzquellen der Kirche garantiert: die noch aus der Feudalzeit stammenden Kirchenrenten, der riesige Besitz der Klöster und Orden, das ungeheure Vermögen der sogenannten Caritas, der durch Staatszuschüsse ständig gespeisten Wohltätigkeitseinrichtungen der Kirche, das Recht der Erhebung von Kirchensteuern, die Anwartschaft auf ständige besondere Staatsleistungen für die Gehälter des schwarzen Heeres, der etwa 25.000 Geistlichen usw., Summen, die natürlich in die Milliarden gehen, den eigentlichen Ausgangs- und Kernpunkt der Einheit von Kirche und Staat ausmachen und die es erst der Kirche ermöglichen, ihre Massenpropaganda zur Sicherung des kapitalistischen Systems zu entfalten.

[459] Die Folgen dieser konkordären Vereinbarungen müssen um so schwerwiegender sein, als der Vertrag weder an eine Frist gebunden ist, noch auch nur eine Kündigungsklausel enthält. Er soll also, um in der Kirchensprache zu sprechen, laufen: auf Ewigkeit, Amen. Das wäre vielleicht noch nicht einmal so markant, wenn nicht im Schlußprotokoll des Konkordats eine Bestimmung stände, die man nicht anders als „gleitende Dotationsskala" bezeichnen muß. Da heißt es nämlich sinngemäß, daß in Zukunft eintretende Aenderungen im Organisationsapparat der Kirche automatisch entsprechende Berücksichtigung bei den Dotationszahlungen finden sollen. Das ist natürlich eine der päpstlich-sozialdemokratischen Geheimdiplomatie wahrhaftig würdige Klausel, die der Papstkirche die allerfreieste Bahn schafft, immer wieder neue Forderungen mit Erfolg anzumelden.

Zu den unmittelbaren Folgen des Konkordats muß man aber auch rechnen das Martin-Luther-Konkordat für die protestantische Kirche, dessen baldiger Abschluß antraggemäß im Preußischen Landtag beschlossen wurde, ferner das sogenannte öffentliche Körperschaftsrecht für die Freidenker, das als Beruhigungspille gemäß sozialdemokratischem, auch vom Zentrum (!) angenommenen Antrag verabreicht werden soll, und schließlich die jetzt in schnellem Tempo folgenden übrigen Länderkonkordate, auf die alle die kleineren Otto Brauns der SPD in den vielen anderen Vaterländern der kapitalistischen Republik so sehnlich warten, nachdem der preußische Hort der Republik mit so gutem Beispiel vorangegangen ist.

*

Nur eine Presse der SPD, die um jeden Preis rebellierenden Arbeitern die Koalitionspolitik mit der katholischen Konkordatspartei, dem Zentrum, schmackhaft machen muß, kann es fertig bekommen, dieses ganze Drum und Dran des Konkordats als völlig harmlos darzustellen. Allerdings genügt es auch

nicht, die Gefahren des Konkordats mit dem bloßen Wort „Kulturreaktion“ abzutun. Zu solch einer Feststellung schwingt sich eventuell auch mal ein sogenanntes linkes SPD-Organ auf. Man muß das Konkrete, das politisch Entscheidende im Konkordat und in seinen Folgen sehen, in das richtige Verhältnis zu der Gesamtsituation bringen und so erst den nächstliegenden Angriffspunkt feststellen.

Das Konkordat ist keine für sich abgekapselte „Kulturangelegenheit“ oder gar rein religiöse Frage, sondern eine Begleiterscheinung und logische Ergänzung zur gesamten imperialistischen Politik der deutschen Bourgeoisie. Nicht etwa nur Gotteslästerungsprozesse, Schund- und Schmutzgesetze, Film- und Theaterzensur, pfäffisches Unwesen im Radio, der Skandal der christlichen Fürsorgeerziehung usw., nicht nur diese kulturellen Fragen stehen im innersten Zusammenhang mit der ganzen Konkordatsatmosphäre, sondern das Konkordat steht gleichermaßen im Zusammenhang mit den besonderen Herrschaftsmethoden der imperialistischen Bourgeoisie gegen das Proletariat, besonders aber mit dem Grundzug des über die sozialdemokratische Wirtschaftsdemokratie, die Koalitionspolitik, die kapitalistische Staatsbejahung hinweg sich entwickelnden Sozialfaschismus.

Das Konkordat ist in diesem Sinne nicht nur der Beweis für die Leninsche These, daß im Zeitalter des Imperialismus die Reaktion auf allen Gebieten, also auch dem kulturellen Gebiet, sich gewaltig verstärkt, und daß dementsprechend auch die imperialistische Bourgeoisie noch unter ihre eigene liberale Vergangenheit sinken und die bürgerliche Kultur regelrecht verfaulen muß, sondern das Konkordat läßt auch in geradezu klassischer Klarheit die imperialistische Rolle der Sozialdemokratie sogar auf dem Weltanschauungsgebiet erkennen. Denn was ist der politische Hauptzweck des Konkordats, das ohne die Sozialdemokratie nicht zustandegekommen wäre?

Es stellt die bisher stärkste Bindung und gegenseitige Unterstützung zwischen Kirche und kapitalistischem [460] Staat dar, zu dem besonderen Zweck, stärker denn je die ideologischen konterrevolutionären und besonders antibolschewistischen Beeinflussungsmöglichkeiten der Kirche gegenüber den proletarischen Massen auszunutzen. Es widerlegt mit aller Kraßheit den verlogenen Satz aus der Weimarer Verfassung, wonach es keine Staatskirche gibt. Es zieht endgültig den Schlußstrich unter das sozialdemokratische Erfurter Programm von 1891, nach dem die Religion Privatsache für den Staat – nicht für den Sozialdemokraten! – sei, wonach also die Trennung von Kirche und Staat durch Ablehnung der Verwendung öffentlicher Gelder zu kirchlichen Zwecken erfolgen sollte.

*

Gegenüber dem Konkordat entspricht es jetzt der dialektischen Methode, mit dem Kampf an diesem Kernproblem anzusetzen. Hier ist die schärfste Gegensätzlichkeit zwischen dem Bewußtsein sozialdemokratischer proletarischer Freidenker mit der Konkordatspolitik ihrer Führer vorhanden. Von hier aus ist es notwendig, die Grundprobleme der proletarischen Revolution überhaupt aufzurollen und darzustellen, wie sich Opportunismus, religiöser „Sozialismus“, Koalitionspolitik, Sozialfaschismus entwickelt haben, und wie es keinen Kampf gegen Kulturreaktion und Konkordat ohne grundsätzliche Bekämpfung der Koalitionspolitik geben kann.

Nur in Verbindung mit der marxistisch-leninistischen Staatstheorie ist auch den Betrugsmanövern der sozialdemokratischen Führer bei Durchführung des Konkordats beizukommen. Wenn z. B. jetzt zur Ablenkung vom Vertrag zwischen dem Papst und Otto Braun den Freidenkerorganisationen die staatliche Konzessionierung in der Form des öffentlichen Körperschaftsrechtes versprochen wird, so ist auch das nur eine Parallelerscheinung auf weltanschaulichem Gebiet zu der sozialdemokratischen Staatsbejahung auf allen anderen Gebieten, auf dem wirtschaftlichen sowohl wie auf dem politischen.

Wie die Wirtschaftsdemokratie und gesamte Tarifpolitik der Gewerkschaftsreformisten nur zum Bestandteil des kapitalistischen Staatsapparates geworden ist, wie die „Eroberung des Staates durch die Arbeiter“ sozialdemokratisch sich in den Gummiknüppeln Zörgiebels gegen das revolutionäre Proletariat im Interesse kapitalistischer Staatsräson auswirkt, so soll das öffentliche Körperschaftsrecht

eine Parität und Demokratie vortäuschen, die es im System der Einheit von Kirche und Staat für proletarische Freidenker nie geben kann, und darüber hinaus die Freidenkerorganisationen so bestechen und entmannen, daß sie sich aus antireligiösen Kampforganisationen gegen die Kirche zu freireligiösen Sekten entwickeln müssen, die nur neben den völlig unbehelligten Kirchengesellschaften dahinvegetieren. Aehnliches sehen wir ja in der sozialdemokratischen Schultheorie der schiedlich-friedlichen Trennung der konfessionellen Kinder von den Freidenkerkindern in der Isolierbaracke der sogenannten weltlichen Schule. So zieht sich, wie durch die Gesamtpolitik der SPD, so auch, wie das Konkordat enthüllt, durch ihre Kulturpolitik der rote Faden der kapitalistischen Staatsbejahung. Diese wächst naturgemäß im Freidenkerverband in dem Maße, wie sich die reformistische Spaltungsarbeit gegen die Opposition verstärkt.

Diese Entwicklung wird und muß weitergehen. Wie die imperialistische Haupttendenz zum Krieg gegen die Sowjetunion treibt, so wird die durch das Konkordat dem Staat zum besonderen Dank verpflichtete Kirche mit heiligem Eifer die Mordwerkzeuge gegen die russischen Arbeiter und Bauern segnen, zumal es sich um ein „gottloses Land“ handelt, wo die Kirche vom Staate getrennt ist. Auch diese Seite des Konkordats, die auch durch einen regelrechten Konkordatsgürtel um die Sowjetunion – Konkordate von Litauen, Lettland, Polen, Rumänien – ihre Illustration findet, muß in unserem grundsätzlichen Kampf gegen das Konkordat berücksichtigt werden.

[461] Mag auch die Tatsache, daß eine wirklich nennenswerte Antikonkordatsbewegung aus den Mitgliederkreisen der SPD als Rebellion von unten her nicht zustandegekommen ist, zu einem weitgehenden Optimismus nicht berechtigen, dennoch steht fest: noch zu keiner Zeit hatte die Kommunistische Partei so die Möglichkeit, auch von der weltanschaulichen Seite in der Politik der SPD die imperialistische Politik der Bourgeoisie aufzudecken, wie jetzt nach der Annahme des Preußenkonkordats durch eine geschlossene sozialdemokratische Landtagsfraktion von rechts bis „links“.

Aber nur, wenn das nicht mit allgemeinen Phrasen von Kulturreaktion, sondern in wirklich konkreter Form, in Verbindung mit allen anderen akuten Fragen, politischen und wirtschaftlichen, des proletarischen Klassenkampfes, in Verbindung besonders mit den imperialistischen Kriegsrüstungen geschieht, wird unsere günstige kommunistische Position zu einem Dauererfolg im Interesse der proletarischen Revolution ausgenutzt werden können.

*

## Arbeitsmarkt und Arbeitslosenunterstützung

Von E.

Die folgenden Ausführungen werden sich zunächst nur mit einer Darstellung des einschlägigen Materials zur Frage der Arbeitslosenunterstützung befassen. Als Ausgangsmaterial werden Zahlen über Arbeitslosigkeit genommen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil Umfang, Charakter der Arbeitslosigkeit, ebenso die Perspektiven ihrer weiteren Entwicklung das wichtigste Material für alle Fragen, die mit dem Arbeitslosenproblem zusammenhängen, abgeben.

### *I. Umfang und Charakter der Arbeitslosigkeit.*

Zu einer Erläuterung des angeschnittenen Problems genügt es zunächst, Zahlen über Arbeitslosigkeit der Monate Januar, Februar und März anzuführen. Diese Monate brachten im Jahre 1929 ein außerordentliches Anschwellen der Arbeitslosigkeit, die selbst über den Stand Januar-März des Krisenjahres 1926 hinausging. Das zeigt folgender Vergleich:

| | *Januar* | *Februar* | *März* |
|---|---|---|---|
| | *Verfügbare Arbeitsuchende*[*)] *in 1000* | | |
| 1929 | 3003 | 3230 | 2671 |
| 1926 | 2495 | 2549 | 2520 |
| Differenz 1929/1926 | 508 | 681 | 151 |

[*)] Monatsschluß.

| | *Januar* | *Februar* | *März* |
|---|---|---|---|
| | *Hauptunterstützungsempfänger in 1000* | | |
| 1929[*)] | 2391 | 2622 | 2091 |
| 1926[**)] | 2031 | 2056 | 1942 |
| Differenz 1929/1926 | 360 | 566 | 149 |

Januar, Februar, März 1929 wiesen stärkere Arbeitslosigkeit auf als die entsprechenden Monate 1926, obwohl im ersten Vierteljahr 1929 weit stärker produziert worden war als im ersten Vierteljahr 1926. Dies zeigt ein Vergleich folgender Meßzahlen: [462]

*Indexziffer der Produktion*[***)]
Juli 1924 bis Juni 1926 = 100.

| *1. Vierteljahr* 1929 | | *1. Vierteljahr* 1926 |
|---|---|---|
| 120,6 | | 94,4 |
| | 1. Vierteljahr 1926 = 100 | |
| 127,8 | | 100 |

Demnach war der Produktionsumfang im ersten Vierteljahr 1929 um rund 28 Prozent größer als in der entsprechenden Periode 1926.

Selbst der Beschäftigungsgrad (laut Angaben der Krankenkassen) war im ersten Vierteljahr 1929 höher als im ersten Vierteljahr 1926. Die Meßziffern d. Januar 1925 = 100) betrugen im Vierteljahresdurchschnitt

1929 : 99 1926 : 94

Alle diese Vergleichsziffern besagen, daß die enorme Arbeitslosigkeit Winter 1928/29 nicht allein auf die außerordentliche Kälteperiode zurückzuführen war, sondern zum großen Teil von den sogenannten strukturellen Veränderungen des Arbeitsmarktes mit verursacht war. Diese strukturellen Veränderungen hängen unter anderem mit Rationalisierungseinwirkungen und der Bevölkerungsvermehrung zusammen.

Ueber die Rationalisierung und ihren Einfluß auf den Arbeitsmarkt schrieb Dr. Georg Schneider im Reichsarbeitsblatt vom 25. Mai 1929 („Die Messung des Beschäftigungsgrades“). Schneider führte zu den Möglichkeiten der verschiedenartigen Industrien, Arbeitskraft aufzusaugen, aus:

„Beschäftigungsgrad und Arbeitslosigkeit sind aber keineswegs Spiegelbegriffe, so daß die Arbeitslosigkeit unter allen Umständen etwa als ‚reziproke Größe‘ des Beschäftigungsgrades aufgefaßt werden kann. In gewissen Industriegruppen, wie z. B. in der Elektrizitätsindustrie, der Gas- und Wasserwerksindustrie, kann der Beschäftigungsgrad beträchtliche Veränderungen erleiden, ohne daß die Zahl der beschäftigten Arbeiter und damit die Zahl der in diesen Berufsgruppen vorhandenen Arbeitslosen eine deutliche Aenderung aufweist. Dies beruht auf dem Gegensatz zwischen kapitalintensiven und lohnarbeitsintensiven Industriegruppen. Ueberwiegend kapitalintensiv sind beispielsweise die Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerksindustrie, während die Maschinenindustrie, gewisse Zweige der Textilindustrie sowie das Baugewerbe überwiegend lohnarbeitsintensiv sind. Die eisenerzeugende Industrie dürfte eine Stellung zwischen den beiden Industriegruppen einnehmen, da sie sowohl kapital- wie lohnarbeitsintensiv ist.“

Nun dürften in der nächsten Periode, wenn überhaupt, so wahrscheinlich die Industrien, die Schneider die „kapitalintensiven“ nennt, d. h. die Industrien mit hoher organischer Zusammensetzung, eher erweiterungsfähig sein als die anderen, oder es müßte ein allgemeiner, merkbarer Konjunkturumschwung (gesteigerte Bautätigkeit usw.) eintreten. Solche Aussichten bestehen nicht, sind als eines der Zeichen dafür kann auch der Angriff auf die Arbeitslosenunterstützung angesehen werden Gerade weil die Unternehmer auch für die Zukunft mit fortdauernder starker Arbeitslosigkeit rechnen, forcieren sie diesen Angriff.

Müßte also ein Produktionsfortschritt, wenn er überhaupt eintritt, bei der Lage der Dinge sich wesentlich auf die Industrien mit höherer organischer Zusammensetzung beschränken, so würde sein

[*)] Arbeitslosenversicherung einschließlich der Sonderfürsorge bei berufsüblicher Arbeitslosigkeit und Krisenunterstützung.
[**)] Erwerbslosenfürsorge.
[***)] Nach Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung.

Einfluß auf die Arbeitsmarktlage nicht entscheidend sein. Hinzu kommt, daß die Industrien mit niedrigerer organischer Zusammensetzung und dementsprechend proportionell weit stärkerer Absorptionsfähigkeit für Arbeitskraft in der Rationalisierung zurückgeblieben sind und wie beispielsweise die Textilindustrie alle Anstrengungen in dieser Richtung entwickeln. Das heißt, daß in Zukunft diese Zweige proportionell weniger Arbeitskraft aufnehmen werden, daß hier zusätzliche, die strukturelle Arbeitslosigkeit steigernde Faktoren entstehen.

Schneider schrieb an einer Stelle seines bereits zitierten Artikels über die Einwirkungen der Rationalisierung auf den Arbeitsmarkt:

„Die fortschreitende Rationalisierung der Industrie bedingt – zumal in gewissen Gebieten – ein zunehmendes Anwachsen der Zahl der verfügbaren Arbeitsuchenden, ein Vorgang, der bisher nur im geringen Maße Beachtung gefunden hat, [463] und der zu einem der wichtigsten Umstellungsprobleme der Gegenwart gehört. Bisher waren u. a. die besonderen Verhältnisse der industriellen Zusammenballung, z. B. in Rheinland-Westfalen, so günstig, daß dieser Vorgang nicht so sehr in Erscheinung getreten ist. In verschiedenen anderen Gebieten, wie z.B. in Mitteldeutschland und Sachsen, dürfte er aber demnächst in aller Schärfe zutage treten.“

Neben den Einflüssen der Rationalisierung auf die Arbeitsmarktentwicklung muß man noch das Problem der Bevölkerungsvermehrung in Betracht ziehen. Die „Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung“, 1928, Heft 1, beschäftigten sich mit dem Problem der Bevölkerungsentwicklung und deren Wirkungen auf die Wirtschaft. Die Grundtatsachen der gegenwärtigen Bevölkerungsentwicklung, die sich auch auf die Gestaltung des Arbeitsmarktes auswirken, sind danach:

1. Die Menschenverluste durch den Krieg;
2. die niedrige Geburtenziffer in der Nachkriegszeit;
3. der Geburtenausfall während des Krieges;
4. verminderte Sterblichkeit.

Die Verluste an Menschenleben während des Krieges haben den bereits früher vorhandenen Frauenüberschuß vergrößert. Das weibliche Geschlecht wird auch weiterhin einen größeren Teil der Gesamtbevölkerung und auch der erwachsenen Bevölkerung stellen als vor dem Kriege. Der Frauenüberschuß wird sich, wie schon in den letzten Jahren, besonders auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar machen, da ein großer Teil der Frauen eine Erwerbsmöglichkeit suchen muß.

Die niedrige Geburtenziffer in Verbindung mit der geringen Sterblichkeit führt wesentliche Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung herbei. Die Zahl der im erwerbstätigen Alter stehenden Personen wird verhältnismäßig steigen. Die Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung kommen auf dem Arbeitsmarkt in einer Vergrößerung des Angebots an Arbeitskräften zum Ausdruck. Legt man die aus der gegenwärtigen Entwicklung abzuleitenden Sterblichkeitsverhältnisse und die Geburtenhäufigkeit zu grunde und baut man auf den Ergebnissen der Volks- und Berufszählung von 1925 auf, so läßt sich die Zahl der auf Erwerb Angewiesenen bzw. Erwerbsuchenden wie folgt schätzen:

| | *Millionen* | *Zu- od. Abnahme gegenüber dem Vorjahre* | | *Millionen* | *Zu- od. Abnahme gegenüber dem Vorjahre* |
|---|---|---|---|---|---|
| 1925 | 31,9 | | 1930 | 33,9 | +369.000 |
| 1926 | 32,3 | +421.000 | 1931 | 34,0 | +107.000 |
| 1927 | 32,7 | +401.000 | 1932 | 33,9 | – 820.00 |
| 1928 | 33,1 | +432.000 | 1933 | 33,8 | –121.000 |
| 1929 | 33,5 | +376.000 | 1934 | 33,7 | –117.000 |

Von 1925 bis 1928 sind, an dem Maßstab der Zählung von 1925 gemessen, 1.254.000 Erwerbsuchende mehr als 1925 auf den Arbeitsmarkt gekommen. Bis 1931 wird sich diese Zahl noch um 852.000 vermehren.

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ vom 27. Juni 1929 beschäftigte sich in dem Artikel „Arbeitsmarkt und Bevölkerungsproblem“ mit den Fragen der Bevölkerungsvermehrung und kam zu folgenden Feststellungen:

„Dieser überaus starke Gegensatz zwischen der Zunahme der Bevölkerung und der Wirtschaftsentwicklung wird noch einige Zeit anhalten. Noch bis 1930/31 wird sich die Zahl der Erwerbsfähigen um mehr als eine Million erhöhen; die Kerngruppe der Erwerbstätigen (d. h. insbesondere die Altersstufen von 25-45 Jahren) wird sich bis 1935 um mehr als eine Million auf insgesamt zehn Millionen steigern und dadurch die voraussichtliche Abnahme in der Zahl der Jugendlichen mehr als ausgleichen. Deutschland muß unter Berücksichtigung aller dieser Umstände noch für Jahre hinaus 5 Millionen Erwerbstätige (mit Familienangehörigen 15-20 Millionen Menschen) mehr unterhalten als im Jahre 1907. Normaler Wirtschaftsverlauf vorausgesetzt erscheint die Möglichkeit einer derartigen Mehrbeschäftigung ganz ausgeschlossen.“

[464] Wird demnach der künftige Produktionsumfang den Höchststand der bisherigen Produktionsleistungen nicht weit überschreiten, so wird Deutschland allein auf Grund des jährlichen Zuwachses an Erwerbsuchenden im Jahresdurchschnitt riesige Arbeitslosigkeit zu verzeichnen haben. Ein Produktionsumfang auf dem Niveau des Jahresdurchschnitts 1928 würde in den kommenden Jahren mit einer weit höheren Arbeitslosigkeit verbunden sein, als es 1928 der Fall war. Vor allem würde in den Winterperioden die Arbeitslosigkeit bei solchen Produktionsbedingungen ungeheuer anschwellen. Jede Rationalisierungssteigerung müßte diese Tendenzen nur verstärken. Die Unternehmer rechnen mit solchen Verhältnissen, und angesichts einer solchen Situation arbeiten sie mit Hochdruck, um das Problem der tendenziell wachsenden Arbeitslosigkeit in ihrem Sinne zu „lösen“: durch einen radikalen Abbau der Arbeitslosenunterstützung.

Schon auf Grundlage des noch jetzt in Geltung stehenden Unterstützungswesens kommt ein Teil der Arbeitslosen um jede Unterstützung. Die Zahl der nicht unterstützten Erwerbslosen ergibt die Differenz zwischen der Zahl der verfügbaren Arbeitsuchenden und der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenunterstützung. Die Zahl der auf diese Weise errechneten nichtunterstützten Arbeitslosen betrug in 1000:

| | *Januar* | *Februar* | *März* | *April* |
|---|---|---|---|---|
| 1929 | 612 | 608 | 580 | 626 |
| 1926 | 464 | 493 | 578 | 593 |

Gegenüber anderen Jahren zeigt diese Kategorie die Tendenz, sich zu vergrößern, was auf die Unterstützungsbedingungen (begrenzte Unterstützungsdauer, Bestimmungen über die Anwartschaftszeit usw.) zurückzuführen ist. Im Augenblick (Ende Juni) ist durch die Verschlechterung der Bedingungen für Unterstützungsberechtigung in der Krisenfürsorge eine neue Maßnahme getroffen worden, welche die Zahl der nichtunterstützten Arbeitslosen steigern wird. Der .Arbeitsminister Wissell hat durch Erlaß vom 29. Juni wesentlich folgende Verschlechterungen durchgesetzt:

1. Die Dauer der Unterstützung wurde eingeschränkt. Der Erlaß vom 22. Februar 1929 hatte vorgesehen, daß Arbeitslose, welche die sogenannte normale Bezugsdauer von 39 bzw. bei über 40 Jahre alten von 52 Wochen erreicht hatten, deswegen bis auf weiteres aus der Unterstützung nicht ausgeschlossen werden dürften. Diese Regelung galt bis zum 6. Juli 1929. Der neue Erlaß vom 29. Juni bestimmt, daß in Zukunft die Unterstützung wie vor der Winterregelung grundsätzlich nur bis zur Dauer von 39 Wochen, für Arbeitslose über 40 Jahre bis zur Dauer von 52 Wochen gewährt werden darf.

2. Arbeitslose unter 21 Jahren wurden von der Krisenunterstützung grundsätzlich ausgeschlossen. Sie scheiden mit Ablauf des 28. Juli 1929 aus der Fürsorge aus.

3. Die Verwaltungspraxis, die im einzelnen über die Zulassung eines Arbeitslosen zur Krisenfürsorge zu entscheiden hat (Bedürftigkeitsprüfung), wird schärfer gehandhabt. Dieser Erlaß gilt „bis auf weiteres“. D. h. er läßt neue Verschlechterungen durch neue Regelungen offen, und da der Kurs auf einen generellen Abbau der Arbeitslosenunterstützung ausgeht, werden auch neue Verschlechterungen noch durchgesetzt werden, wird die Zahl der nichtunterstützten Arbeitslosen steigen.

*II. Die Saisonarbeitslosigkeit.*

Das Hauptstück der kommenden „Reform“ der Arbeitslosenunterstützung soll die Neuregelung der Unterstützungsbedingungen für Saisonarbeiter werden. Saisonarbeitslosigkeit ist jene regelmäßig wiederkehrende, durch den Ablauf der Jahreszeiten auftretende Arbeitslosigkeit, die rein ziffernmäßig eine der bedeutendsten Arten von Arbeitslosigkeit darstellt. Die Voraussetzungen der Jahreszeiten schaffen sogenannte saisonbedingte Berufsgruppen bzw. Betriebe mit schwankender Arbeitsmöglichkeit, deren Ausmaß und Dauer von dem Grade der jahreszeitlichen Voraussetzungen und von ihrem zeitlichen Eintreten abhängig ist.

[465] Das Reichsarbeitsblatt vom 5. Mai 1929 brachte eine Statistik, aus der ersichtlich wird, wieviel Saisonarbeiter im letzten Winter Unterstützung erhielten und wie groß der Anteil der unterstützten Saisonarbeiter an der Gesamtzahl der Unterstützungsempfänger war.

*Berufsüblich arbeitslose Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und in der Sonderfürsorge zusammen.*

| *Stichtag* | *Absolute Zahl* | *Prozent der Gesamtzahl der in der Arbeitslosenversicherung u. Sonderfürsorge befindlichen Hauptunterstützungsempfänger* |
|---|---|---|
| 31.12.1928 | 857.990 | 50,4 |
| 15.1.1929 | 1.008.401 | 49,2 |
| 31.1.1929 | 1.155.671 | 50,5 |
| 15.2.1929 | 1268.507 | 53,8 |
| 28.2.1929 | 1.299.798 | 52,8 |
| 15.3.1929 | 1.095.283 | 47,1 |
| 31.3.1929 | 761.846 | 40,1 |

In den Wintermonaten entfiel demnach von sämtlichen Unterstützungsempfängern in der Arbeitslosenversicherung und in der Sonderfürsorge rund die Hälfte auf berufsüblich Arbeitslose. Diese sollen bei dem kommenden Unterstützungsabbau auf das stärkste betroffen werden, und zwar mit der Begründung, daß ihr Einkommen während ihrer Beschäftigungszeit besonders hoch sei und ihnen daher Rücklagen für die Periode ihrer Beschäftigungslosigkeit leicht ermögliche. Wie es aber mit den Löhnen der Saisonarbeiter in der Tat bestellt ist, wird aus folgender Statistik ersichtlich. Sie gibt eine Einteilung der Hauptunterstützungsempfänger in der Sonderfürsorge nach Lohnklassen (Stand vom 15. Februar 1929) wieder:

| *Lohnklassen* | | | | *Hauptunterstützungsempfänger in der Sonderfürsorge Prozent* | *Lohnklassen* | | | | *Hauptunterstützungsempfänger in der Sonderfürsorge Prozent* |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| I | bis | 10 | RM. | 0,9 | VII | über | 36–42 | RM | 17,0 |
| II | über | 10–14 | " | 2,1 | VIII | über | 42–48 | " | 14,9 |
| III | " | 14–18 | " | 3,7 | IX | " | 48–54 | " | 9,9 |
| IV | " | 18–24 | " | 6,6 | X | " | 54–60 | " | 8,2 |
| V | " | 24–30 | " | 9,6 | XI | " | 60 | " | 9,9 |
| VI | " | 30–36 | " | 17,2 | | | | | |

Einen Monatslohn von unter 120 RM. (bis etwa 40 RM. abgestuft) bezogen 22,9 v. H. der Unterstützungsempfänger in der Sonderfürsorge, einen Monatslohn von rund 120 bis 200 RM. erhielten 49,1 v. H., einen Monatslohn von 200 bis 240 RM. insgesamt 18,1 v. H. und einen Monatslohn über 240 RM. schließlich 9,9 v. H. Unter 200 RM. Monatslohn, abgestuft bis zu 40 RM., erhielten 72 Prozent der Unterstützungsempfänger in der Sonderfürsorge! Das bleibt auch dann ein sehr bescheidener Lohn, wenn ihn ein Arbeiter ununterbrochen Monat für Monat im Jahr erhält. Mit einem solchen Lohn kann ein Arbeiter nur den kümmerlichsten Lebensunterhalt bestreiten, für keinen Fall besondere Rücklagen machen. Auch die anderen höheren Löhne der Saisonarbeiter sind armselig, und auf die Arbeitslosenunterstützung eingerechnet ergeben sie, auf das ganze Jahr gestreckt, einen sehr bescheidenen Monatsdurchschnittslohn. Laut „Der Deutsche“ vom 23. Juni erhält ein Kölner Bauarbeiter, den Lohn auf das ganze Jahr berechnet, einen Netto-Monatsdurchschnittsverdienst von 162 RM., der

Bauhilfsarbeiter 133 RM. und der Tiefbauarbeiter 115 RM. Bauarbeiter gehören aber zu den besserentlohnten Saisonarbeitern. Um so ungünstiger liegen die Verhältnisse für andere Gruppen der Saisonarbeiter, und ein Abbau der Unterstützungen für Saisonarbeiter während ihrer Beschäftigungslosigkeit wird eine Verschärfung des Saisonarbeiterelends zur Folge haben. [466]

## LITERATUR

### *Theodor Rothstein*: *„Beitrüge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in England“*[*)]

Als 11. Band der „Marxistischen Bibliothek“ bringt Theodor Rothstein ein Buch heraus, das sicher in den weitesten Kreisen unserer Genossen, ganz besonders der gewerkschaftlich tätigen, lebhaft begrüßt wird. Der Verfasser war vor dem letzten Weltkriege einer der bekannteren Mitarbeiter der theoretischen Zeitschrift der Sozialdemokratie, der „Neuen Zeit“, lebte jahrelang in England und studierte hier. wie einst Karl Marx, die englische Arbeiterbewegung an der Quelle.

Das Buch ist in zwei Hauptteile gegliedert, und zwar erstens „Die Epoche des Chartismus“ mit den Unterabschnitten: „Die Charistenbewegung“, „Verkünder des Klassenkampfes vor Marx“, „Aus der Vorgeschichte der Internationale“. Der zweite Hauptteil, „Die Periode des Trade-Unionismus“, behandelt lediglich deren nachchartistische Entwicklungsperiode, die Zeit des Nurreformismus.

Wie der Verfasser im Vorwort bemerkt, erschien die Abhandlung über die Chartistenbewegung zuerst in der russischen Wochenschrift „Prawda“, im Jahre 1905. Später wurde sie erweitert und als Broschüre gedruckt, die aber sofort beschlagnahmt wurde. Die vorliegende Abhandlung ist der Neudruck eines wieder aufgefundenen Exemplares und war damals der erste Originalbericht über die Chartistenbewegung. Man muß sagen, daß dieser Teil des Buches auch heute noch weit entfernt davon ist, überholt zu sein. Weder ist er das durch M. Beers Geschichte des Sozialismus in England, der zur Zeit der Niederschrift des Buches doch wohl etwas reformistisch angekränkelt war. Da aber Beer sehr viel Material bietet und vor allem doch den Versuch macht, die gesamte Geschichte der englischen Arbeiterbewegung zu schildern, wird man sein Buch als Ergänzung zu Rothsteins Arbeit noch auf lange hinaus verwenden müssen.

Das Buch Rothsteins ist auch nicht einmal überholt durch Hermann Schlüters Werk über die Chartistenbewegung, der der marxistischen Auffassung des Wesens der Chartistenkämpfe sehr viel näher kommt als z. B. Beer. Rothsteins Arbeit über die Chartisten bietet in der Tat die erste streng marxistische Analyse dieser ersten sozial-revolutionären Bewegung des Proletariats überhaupt auf Grund sorgfältiger Quellenstudien. Die Chartistenbewegung war es. die schon 1833 den Generalstreik zur Erkämpfung des Achtstundentages proklamierte, der freilich damals noch nicht durchgeführt wurde. Viel klarer, als es bei Beer und sogar bei Schlüter zum Ausdruck kommt, zeigt R., daß In der Chartistenbewegung alle Probleme der modernen Arbeiterbewegung auftauchen, der Achtstundentag nicht nur, sondern auch die Probleme des Radikalismus und des Reformismus. Die Chartistenbewegung ist in der Tat die Vorwegnahme der gesamten späteren Arbeiterbewegung mit allen ihren Streitfragen.

Schade nur, daß die Rolle der Trade Unions in den Chartistenkämpfen in der Arbeit Rothsteins gar nicht geschildert wird; die Leser des letzten Teiles hätten dann ein noch deutlicheres Bild von dem Wandel der Trade Unions in der auf die Chartistenkämpfe folgenden Periode erhalten.

Die Abhandlung „Verkünder des Klassenkampfes vor Marx“ erschien ursprünglich in drei Heften der „Neuen Zeit“ des Jahrgangs 1908. Die Abhandlung „Aus der Vorgeschichte der Internationale“ erschien als Ergänzungsheft der „Neuen Zeit“ von 1913. Alle Teile aber hängen sehr eng mit der Chartistenbewegung zusammen und waren auch, wie der Verfasser bemerkt, als Teile eines größeren Werkes gedacht. Diese drei Abschnitte geben zusammen im großen und ganzen eine Geschichte der Chartistenbewegung, wie eine solche bis jetzt in deutscher Sprache noch nicht vorhanden war.

Der zweite Hauptabschnitt: „Die Periode des Trade-Unionismus“ will weniger eine Schilderung der geschichtlichen Entwicklung der Trade Unions geben als vielmehr eine Untersuchung der

[*)] Verlag für Literatur und Politik, Wien– Berlin, 464 Seiten, geb. 5,50 M.

Struktur, der Theorie und der Praxis der Trade Unions einer bestimmten, scharf umgrenzten Periode. Und zwar der Periode, die mit der Niederlage der Chartisten 1848 beginnt und mit den Ansätzen einer neuen Radikalisierung der englischen Arbeiterschaft, etwa um 1910, endet. Wir haben es also hier mit einer Zeit zu tun, in der die englischen Gewerkschaften sich von aller Politik, wie sie meinten, fernhielten und eben deswegen bürgerliche Politik betrieben. Der Verfasser schildert die Ideologie des Paktierens und ihre Praxis. Die riesigen Demonstrationen und erbitterten Kämpfe der Chartistenzeit verschwinden; die englischen Arbeiterführer werden als „ruhige, vernünftige Leute" das Ideal der Bourgeoisie der ganzen Welt. Sogar Lohnkämpfe werden immer seltener. Immer stärker tritt die Tendenz hervor, allen Kämpfen aus dem Wege zu gehen und die Entscheidung über Lohnfragen Schlichtungsinstanzen zu über lassen.

Aber der Verfasser schildert auch die Früchte des Paktierens, die Folgen dieser wirtschaftsdemokratischen Einstellung der englischen Gewerkschaften dieser Zeit. Die Löhne steigen nur noch sehr langsam: im Durchschnitt der ganzen englischen Arbeiterklasse um ganze 9 Prozent in 34 Jahren. Die englischen Gewerkschaften, einst von den Unternehmern gefürchtet, sind trotz ihrer Millionen Mitglieder machtlos, in mehr als 1300 Verbände zersplittert. Die Mitgliederzahlen stagnieren wie ihre Löhne. Die Trade Unions verstehen nicht und wollen auch nicht verstehen, die Massen der Unorganisierten heranzuziehen, In derselben Zeit, in der die damals noch auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden deutschen Gewerkschaf-[467]ten jährlich 90.000 Mitglieder neu aufnahmen, können die Trade Unions nur knapp 50.000 neugewonnene Mitglieder aufweisen. Wenn man bedenkt, daß die Trade Unions bei Beginn dieser Periode, 1892, schon 1½ Millionen Mitglieder zählen und die deutschen zur selben Zeit erst 237.000, gewinnt dieser Vergleich erst die richtige Bedeutung.

Die englischen Gewerkschaften dieser Periode bilden, wie selbst ihre Geschichtsschreiber, das Fabierehepaar Webb zugeben, „einen Staudamm gegen den Sozialismus", und es bedurfte erst einer Veränderung der gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse in England, etwa von 1910 ab, um eine erneute Radikalisierung der Arbeitermassen herbeizuführen. Das Buch kann jedem Arbeiter zur Anschaffung nur dringend empfohlen werden. Abgesehen von dem ausgezeichneten Inhalt ist auch die Darstellungsweise so, daß es, sich leicht und flott liest. Es ist wahrlich nicht nur ein trockenes Geschichtswerk. sondern ein Handbuch besonders für den gewerkschaftlich tätigen Genossen. H. Fg.

*

### *Paul Merker*: „*Revolutionäre Gewerkschaftsstrategie und die rechten Liquidatoren in Deutschland*"[*)]

Dieses Buch ist eine prinzipielle Auseinandersetzung mit den rechten Renegaten und eine umfassende Erklärung des Weges der Gewerkschaftsopposition.

Es zeigt zunächst die Veränderungen, die reaktionäre Entwicklung im Lager des Reformismus. Sodann folgt eine wertvolle Sammlung von Zitaten und Reden der Rechten, die ihre völlig falsche Einschätzung der Sozialdemokratie zum Ausdruck bringen, Dem wird gegenübergestellt die Einschätzung des Reformismus durch Marx, Engels und Lenin.

Ausgebend von dieser allgemeinen Beurteilung des Reformismus und seiner Entwicklung wird die revolutionäre Kampfstrategie der Opposition aufgezeigt.

Von besonderem Interesse ist auch die grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Losung der rechten Renegaten – der Produktionskontrolle –, die sie als Uebergangslosung für die heutige Situation in ihrem Aktionsprogramm empfehlen.

Die in dem Büchlein behandelten Fragen sind das Fundament für das Verständnis der Politik und Taktik der Partei in Betrieb und Gewerkschaft, Das jetzt gedruckt erschienene Referat des Genossen Paul Merker auf dem Parteitag, das einen Ueberblick über sämtliche Fragen der Theorie und Praxis der Gewerkschaftsopposition gibt, ist eine logische Ergänzung dieses Buches. E. A.

[*)] Erschienen im Verlag Carl Hoym Nachf., Hamburg–Berlin, Preis 60 Pf.

### *Paul Merker*: „*Schlichtungswesen in der Praxis*“[*)]

Dieses Büchlein, das in die Hand eines jeden Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionärs gehört, hat eine viel zu geringe Beachtung gefunden. Auch die Form, in der es herausgegeben wurde – es erschien in der Reihe der Wahlbroschüren zum Maiwahlkampf 1928 – entspricht nicht im mindesten der prinzipiellen Bedeutung und dem praktischen Zweck und Wert, den diese Broschüre hat.

Gerade gegenwärtig findet innerhalb der Gewerkschaften eine breite Diskussion statt über das Schlichtungswesen. Der Uebergang von der staatlichen Zwangsschlichtung zur freien tariflichen Vereinbarung der Arbeitsbedingungen wird in der gesamten Gewerkschaftspresse behandelt. Unsere Funktionäre in Betrieb und Gewerkschaft müssen auf diese Fragen antworten. Aus all diesen Gründen gewinnt diese Broschüre gerade im gegenwärtigen Moment höchste Aktualität.

Das Büchlein enthält eine gedrängte, umfassende Darstellung des Schlichtungswesens, seiner Entwicklung und politischen Bedeutung. Vor allem die Rolle der SPD- und Gewerkschaftsführer bei der Einführung der Schlichtung wird klar herausgearbeitet Auf Grund der Aussperrungen und Streikkämpfe, die zahlenmäßig dargestellt werden, wird ein Ueberblick gegeben über die verschiedenen Kampfperioden des deutschen Proletariats. Es ergibt sich daraus, daß seit 1927 ein neuer revolutionärer Aufstieg in der deutschen Arbeiterklasse vor sich geht, der auch nicht widerlegt worden ist durch den stimmungsmäßigen vorübergehenden Wahlerfolg der SPD bei den Maiwahlen 1928. Hieraus werden dann die richtigen Schlußfolgerungen gezogen in bezug auf die Taktik und Stellungnahme der Opposition gegenüber der Schlichtung.

Es wird dann eingegangen auf Umfang und Ergebnisse der Zwangsschlichtung und an Hand von interessantem Zahlenmaterial und zahlreichen Zitaten nachgewiesen, wie die Schlichtungsguillotine im Interesse der kapitalistischen Wirtschaft funktioniert.

Die Frage: staatliche oder tarifliche Schlichtung, die heute im Mittelpunkt der Diskussionen in den Gewerkschaften steht, ist in der Broschüre prinzipiell schon vollkommen richtig beantwortet worden. Es heißt über diese Frage auf Seite 42 der Broschüre folgendermaßen:

„In einer solchen Situation (der Verschärfung der Klassengegensätze) ist es für die Bourgeoisie gefährlich, durch weitere, unmittelbare Zwangseingriffe der Regierung in die Wirtschaftskämpfe der Arbeiter, die nur zugunsten der Kapitalisten sein können, die Staatsautorität unter den Massen weiter zu erschüttern. Darum rufen sie wiederum nach einer engeren Zusammenarbeit mit den reformistischen Führern der Gewerkschaftsverbände, um desto besser die Arbeiter niederhalten zu können, ohne den Staat zu kompromittieren,“

[468] Das ist die völlig richtige Erklärung, warum beute die Gewerkschaftsbürokratie mit aller Energie dazu übergeht, die Tarife vorwiegend in freier Vereinbarung zustandezubringen. Sie ist aus der alten Stellung der Zwangsschlichtung, mit der sie jahrelang die Kämpfe der Arbeiter verhinderte, durch den steigenden Kampfwillen der Arbeiter hinausgeworfen worden. Die freie Vereinbarung der Tante bedeutet ein offenes Uebergehen der Gewerkschaftsführer auf die Seite der Bourgeoisie. An Hand der festgelegten Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie, bei den Buchdruckern usw., die in freier Vereinbarung zustandekamen, kann das festgestellt werden.

Zum Schluß wird die Stellungnahme der Opposition zum Schlichtungswesen dargelegt und die Methoden seiner Bekämpfung. Hierbei stellt die Broschüre die Frage, die auch heute noch eine große Bedeutung hat; ob die Opposition, so wie es z. B. auch die Brandlerianer tun, eine Ausnutzung und Mitarbeit am Schlichtungswesen für möglich hält. Klar wird darauf geantwortet:

„Die revolutionäre Opposition in den Gewerkschaftsverbänden lehnt auch entschieden die von ‚linken‘ sozialdemokratischen Elementen als möglich hingestellte ‚Ausnützung‘ des Schlichtungswesens im Interesse der Arbeiterschaft ab. Es besteht keine Möglichkeit einer solchen Ausnützung.“

Es wäre dringend zu wünschen, daß diese wichtige Broschüre baldigst durch Berücksichtigung der neuen Ereignisse ergänzt würde. Nochmals muß betont werden: Das Büchlein ist unentbehrlich gerade für den heutigen Kampf in Betrieb und Gewerkschaft. E. A.

[*)] „Schlichtungswesen in der Praxis“ von Paul Merker, mit einem Vorwort von W. Ulbricht, erschienen im Internationalen Arbeiter-Verlag, Berlin C 25, Kleine Alexanderstraße 28.

## *Heinrich Farwig*: „*Der Kampf um die Gewerkschaften*“[*)]

Das unter diesem Titel ins Führer-Verlag erschienene Buch von H. Farwig verdient die größte Beachtung der Parteigenossen.

Das Buch ist nicht nur wertvoll, weil es eine Uebersicht des Kampfes der revolutionären Minderheit gegen den Reformismus, der zum Sozialimperialismus führte, seit Bestehen der Gewerkschaftsbewegung bringt, sondern das Buch hat eine große aktuelle Bedeutung durch seinen Nachweis, daß die Argumente, die heute die sozialimperialistischen Führer gegen die Opposition in den Gewerkschaften ins Feld führen, nichts Neues sind, sondern früher der alten Sozialdemokratie zum Vorwurf gemacht wurden, als sie noch nicht im Opportunismus versumpft war. Die alten revolutionären Traditionen der Sozialdemokratie, die restlos auf die Kommunistische Partei übergegangen sind, werden in der geschichtlichen Darstellung von H. Farwig wieder lebendig und bieten aktuelles Material für unsere Genossen, die täglich im Kampfe mit des opportunistisch versumpften Führern der Gewerkschaften stehen. In dem Buch wird der Beweis geführt, daß seit Bestehen der Gewerkschaften der Kampf um ihre Linie geführt wird.

Besonders das Kapitel „Der Parteitag in Köln und die Gewerkschaften“ im dritten Teil des Buches bringt wichtiges Material für diesen Kampf in Deutschland. Dort wurde um die Hegemonie der Führung des Proletariats gekämpft zwischen Parteivorstand und Generalkommission der Gewerkschaften. Diese Auseinandersetzungen beherrschten eine ganze Periode hindurch die Diskussion auf den Parteitagen und Gewerkschaftskongressen.

Die reformistische bornierte Stellungnahme der damaligen Gewerkschaftsführer, die Rosa Luxemburg mit Spott und Hohn charakterisierte, hat sich heute bis zum Sozialimperialismus und Sozialfaschismus entwickelt.

Die Geschichte der Gewerkschaften wird in diesem Buch behandelt unter dem Gesichtspunkt des Kampfes um den richtunggebenden Einfluß in den Gewerkschaften. Den Höhepunkt der Auseinandersetzungen zwischen Generalkommission und Parteivorstand bildet die Frage des politischen Massenstreikes, die im Jahre 1905/06 infolge der russischen Revolution auf die Tagesordnung in Deutschland gesetzt wurde. Hier äußerte sich der abgrundtiefe Opportunismus der Bernstein und der mit ihm verbündeten Gewerkschaftsführer. Wenn auch Bebel auf die Frechheiten der Gewerkschaftsführer, die sie auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß 1905 sich leisteten, mit einer radikalen Rede auf dem Parteitag in Jena im selben Jahre antwortete, die ein gewaltiges Echo in der Arbeiterschaft auslöste, so strich doch schon auf dem nächsten Parteitag in Mannheim der Parteivorstand die Segel vor der Generalkommission. Der Kampf endete mit einem Sieg der Generalkommission, damit, daß die Partei sich im Sumpfe des Reformismus mit der Generalkommission einigte. Nur eine kleine Minderheit um Rosa Luxemburg blieb aufrecht und setzte ihren Kampf fort, freilich ohne die organisatorischen Konsequenzen aus ihrer Erkenntnis zu ziehen.

Das Ergebnis dieser Politik der Instanzen war der August 1914. Damit schließt das Buch ab.

Besonders die Kapitel 6 und 7 im dritten Teil des Buches sind wertvoll, bringen eine Menge Material und sind gut durchgearbeitet. Sie behandeln den Imperialismus, den Revisionismus, sein Wesen und seine Wurzeln.

Das Buch bleibt in seiner jetzigen Form unvollständig, weil die ganze Kriegs- und Nachkriegszeit fehlt. Vielleicht findet sich bald ein Genosse, der sich an diese Arbeit heranmacht. Auch die Probleme unserer aktuellen Gewerkschaftsarbeit und Taktik bleiben unbehandelt. Auch das muß bald nachgeholt werden. „Der Ton und die Polemik gegenüber den Gewerkschaftsführern macht vielfach einen sehr kameradschaftlichen Eindruck. der keineswegs den tatsächlichen Verhältnissen zwischen revolutionärer Opposition und Gewerkschaftsführern entspricht.“ Dies stellt Genosse Merker in der Einleitung fest.

Des reichen, für jeden Parteigenossen interessanten Materials wegen kann die Anschaffung dieses Buches, dessen Preis sehr niedrig ist, nur empfohlen werden. E. A. [469]

[*)] „Der Kampf um die Gewerkschaften“ von Heinrich Farwig. Verlag Rote Gewerkschafts-Internationale, Moskau. Zu beziehen durch: Führer-Verlag, Berlin SW 48, Wilhelmstraße 131/32. Preis 2,00 M.

**Die Internationale**
**Jahrgang 12 * Berlin, den 1. August 1929 * Heft 15**

## Das 10. Plenum des EKKI

R. Das 10. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, das fast ein Jahr nach dem 6. Weltkongreß tagte, konnte nach den Erfahrungen der Entwicklung sowohl in den kapitalistischen Ländern wie in der Sowjetunion die vom 6. Weltkongreß gegebene Analyse und die daraus abgeleitete Strategie und Taktik im revolutionären Klassenkampf nicht nur bestätigen, sondern, im Hinblick auf den anwachsenden revolutionären Aufstieg in einer Reihe von kapitalistischen und kolonialen Ländern, noch stark unterstreichen und erweitern. Was zur Zeit des 6. Weltkongresses auf vielen Gebieten der kapitalistischen Weltwirtschaft, in der Politik der Bourgeoisie, in der Entwicklung der II. Internationale und im Prozeß der Radikalisierung der Arbeiterklasse sich teilweise erst noch schattenhaft abhob, hatte inzwischen scharfe Umrisse und feste Gestalt angenommen.

Zwischen dem 6. Weltkongreß und dem 10. Plenum des EKKI lagen die großen Streikbewegungen in fast allen kapitalistischen Ländern, besonders der Streik im Ruhrgebiet, die zahlreichen Textilarbeiterstreiks in Deutschland, ferner der Generalstreik in Lodz und in den Bergwerkrevieren Polens, die zahlreichen Streikbewegungen der französischen Arbeiterschaft, besonders in Nordfrankreich, die großen Massenstreiks der Tabakarbeiter in Bulgarien, jenem Lande des weißen Terrors, wo jede Streikbewegung revolutionären Kampf gegen die faschistische Staatsgewalt bedeutet, der Generalstreik der Tabakarbeiter, Eisenbahner und Seeleute in Griechenland u. a., dann die ungeheuren Massenstreiks in Indien mit ausgesprochen revolutionärem Charakter, große Streikbewegungen in Japan (Textilarbeiterstreik), in Australien usw. Gleichzeitig sehen wir in fast allen Ländern in dieser Periode einen starken Aufschwung der kommunistischen Bewegung, der sich in Deutschland z. B. bei den Betriebsrätewahlen äußerte. Der völlig veränderte Charakter aller dieser Massenbewegungen gegenüber der Periode vor dem 6. Weltkongreß zeigte sich insbesondere in den blutigen Maitagen in Berlin. Diese Ereignisse waren der Ausdruck des Aufstiegs des Klassenkampfes, der Beginn des Kampfes des Proletariats, den bürgerlichen Legalismus (Gesetzlichkeit) zu durchbrechen. Die Barrikaden vom Wedding und Neukölln sind Anzeichen der Entschlossenheit des Proletariats, die Fesseln der bürgerlichen „Ordnung“ zu sprengen. Die Maiereignisse, die in der ganzen Welt ein starkes Echo fanden, waren mit ein Ausgangspunkt für einen neuen revolutionären Aufschwung der Arbeiterbewegung in allen kapitalistischen Ländern.

Aber ebenso, wie sich in der Periode seit dem 6. Weltkongreß bis zum 10. Plenum die Offensive der proletarischen Massen stärker [470] entfaltete, entwickelte sich auf der anderen Seite der Klassenfront die Offensive des sich immer mehr vertrustenden monopolistischen Finanzkapitals und seiner politischen Interessenvertretung in den bürgerlichen Parteien und Regierungen, in denen die II. Internationale eine bedeutsamere Rolle als zuvor zu übernehmen begann. Das äußerte sich vor allem in der rasch zunehmenden Faschisierung der kapitalistischen Staatsmacht fast in allen Ländern, in den zunehmenden Terrormaßnahmen gegen die Arbeiterklasse, im raschen Zerfall und Niedergang der bürgerlichen Demokratie und der parlamentarischen Regierungsmethoden, im Verwachsen des Trustkapitals und des Reformismus mit der Staatsmacht. Hierher gehört in der Periode zwischen dem 6. Weltkongreß und dem 10. Plenum vor allem die Beseitigung des parlamentarischen Systems und der Uebergang zur Militärherrschaft in Jugoslawien, die Ausschaltung des Parlaments durch Pilsudski in Polen, die zunehmenden Kommunistenverfolgungen und Steigerung der Terrormaßnahmen bis zum Meuchelmord in Jugoslawien, Bulgarien, Rumänien, Ungarn usw., die Massenverhaftungen von Kommunisten und die Unterdrückung der kommunistischen Presse in der Tschechoslowakei, Frankreich usw., und endlich das ungeheure Wüten des weißen Terrors gegen die revolutionäre Bewegung in China, Indien, Japan, Südamerika und anderen außereuropäischen Ländern. Besonders in Frankreich, in der Tschechoslowakei und in Polen löst der weiße Terror die bürgerliche Legalität selbst auf, indem er ohne jede gesetzliche Grundlage und im Gegensatz zum verfassungsmäßigen „Recht“ des kapitalistischen Staates selbst die Kommunisten „außerhalb der Verfassung und Gesetze“ stellt. Dies trat kraß in Erscheinung in den Massenverhaftungen vor dem 1. Mai in Paris, in Prag und in

Warschau, in der vollständigen Unterdrückung der kommunistischen Presse in der Tschechoslowakei, in der Verhaftung sämtlicher Redakteure der „Humanité“, in dem siebenwöchigen Verbot der „Roten Fahne“ und den mehrwöchigen Verboten anderer Parteizeitungen der KPD., in der weitgehenden Beschlagnahme kommunistischer Literatur in fast allen genannten Ländern. Gerade in der Periode zwischen dem 6. Weltkongreß und dem 10. Plenum ging die bürgerliche Gesellschaft in Europa in so starkem Tempo den Weg von der Demokratie zum Faschismus, wie das zuvor in keiner Periode so sichtbar in Erscheinung trat.

Die Komintern und alle ihre Sektionen mußten entscheiden, wie sie sich in dieser neuen Lage gegenüber den faschistischen Terrormaßnahmen taktisch und strategisch einzustellen hatten. Die Taktik und Strategie der kommunistischen Weltpartei als der Partei der proletarischen Revolution kann nur die des verschärften Klassenkampfes und der Beantwortung des weißen Terrors durch die Massenmobilisierung des Proletariats zum Durchbrechen der bürgerlichen Legalität sein. Unter diesen Bedingungen mobilisierten die Komintern und ihre Sektionen das gesamte Proletariat zum revolutionären Roten Tag gegen den imperialistischen Krieg am 1. August. Die Bourgeoisie und ihre Lakaien, die Sozialfaschisten, beantworteten die Kampagne der Komintern mit dem Wutgeheul der entfesselten weißen Meute, das sich bis zum Pogrom gegen die kommunistische Bewegung steigerte. In dieser Atmosphäre tagte das 10. Plenum und erhielt dadurch einen besonderen revolutionären Charakter.

In der Periode zwischen dem 6. Weltkongreß und dem 10. Plenum [471] spitzten sich die kapitalistischen Widersprüche und Gegensätze sichtbar schärfer zu. Sie fanden. speziellen Ausdruck in den monatelangen Verhandlungen der Pariser Reparationskonferenz. Das Resultat der Konferenzen der imperialistischen Welträuber bedeutete nicht Ueberbrückung der immanenten Gegensätze im Weltimperialismus, wie das auch von einigen Theoretikern in unseren eigenen Reihen darzulegen versucht wurde, sondern im Gegenteil Verschärfung der Gegensätze sowohl der Imperialisten untereinander wie insbesondere der Klassengegensätze – in ganz hervorragendem Maße in Deutschland. Ausgehend von dem Resultat der Reparationsverhandlungen, erhielt die Offensive des deutschen Trustkapitals in der Unterdrückung und erhöhten Ausbeutung des deutschen Proletariats einen neuen starken Impuls. „Mehr arbeiten und weniger essen!“, das ist das Programm der imperialistischen Räuber und ihrer Lakaien, der Sozialfaschisten, als Resultat der Pariser Verhandlungen.

Bei aller Verschärfung der Gegensätze in den imperialistischen Ländern zeigten aber sowohl die Pariser Konferenz wie alle anderen Tatsachen der unmittelbaren Kriegsvorbereitungen, besonders in den letzten Monaten, wie die Organisierung und Mobilisierung der Kräfte der imperialistischen Staaten auf ein einziges Ziel gerichtet ist: den Krieg gegen die Sowjetunion. Die Gegensätze zwischen der imperialistischen Welt und der Sowjetunion sind durch die rapide Entwicklung des sozialistischen Aufbaus, besonders die starke Entwicklung der Schwerindustrie in der Sowjetunion, schärfer geworden, der Block der Imperialisten zum gemeinsamen Vorgehen gegen die Sowjetmacht dadurch wesentlich gestärkt worden. Das tritt deutlich in Erscheinung in der scharfen Orientierung der Hermann-Müller-Regierung auf ein Bündnis mit den europäischen Großmächten im Kampf gegen die Sowjets.

Diese Tendenz der Einkreisung und Isolierung der Sowjetunion wird vor allem durch die großen Erfolge verstärkt, die bereits nach Jahresfrist der Fünfjahresplan aufzuweisen hatte. Durch den sozialistischen Wettbewerb der Betriebe in der Sowjetunion untereinander, die sich anstrengen, den Fünfjahresplan nicht nur einzuhalten, sondern zu übertreffen, ergab es sich, daß die Ziffern des Fünfjahresplans wiederholt geändert und höhere Ziele der Entwicklung gestellt werden konnten. Auch in der Landwirtschaft der Sowjetunion zeigen sich durch die Orientierung auf die Kollektivwirtschaft der Genossenschaften und der Sowjetgüter überraschende Resultate.

Alle diese günstigen Tatsachen im sozialistischen Aufbau der Sowjetunion schrecken die imperialistischen Mächte nicht weniger auf als die sich verschärfenden Klassenkämpfe in ihren eigenen Ländern. Die Herausbildung und das Vorrücken der imperialistischen Antisowjetfront hat bereits bis zu unmittelbar kriegerischen Handlungen geführt durch den Raub der Ostchinesischen Eisenbahn durch die

Henker der chinesischen Arbeiter und Bauern, hinter denen die imperialistischen Räuber als Antreiber standen. Dieses Ereignis, das die unmittelbare Gefahr des Kriegsausbruchs anzeigte, platzte mitten in die Verhandlungen des 10. Plenums hinein und trug wesentlich dazu bei, daß in der Kampfesstellung der revolutionären Vorhut gegenüber der Bourgeoisie und dem Sozialfaschismus schärfste Klarheit und Eindeutigkeit durch die Entscheidungen und Beschlüsse des Plenums herbeigeführt wurde.

*

[472] In einer drei Wochen dauernden Beratung, vom 3. bis 20. Juli 1929, erledigte das 10. Plenum des EKKI sein Arbeitspensum. Brachte der 6. Weltkongreß entsprechend der Veränderung der ökonomischen und politischen Weltlage aus dem Uebergang von der zweiten zur dritten Periode der Nachkriegszeit die ideologische Einstellung der kommunistischen Weltpartei zur großen Wendung in der Strategie und Taktik für alle kommunistischen Sektionen, so übte das 10. Plenum Kontrolle aus und scharfe Selbstkritik an den einzelnen Sektionen in bezug auf die Durchführung der vom 6. Weltkongreß beschlossenen Wendung. Was das 10. Plenum besonders auszeichnete, war die harte und unerbittliche Sprache, mit der die Fehler und Mängel, die Abweichungen und Unzulänglichkeiten der Sektionen der KI kritisiert wurden wie noch auf keiner früheren Tagung der Internationale. Das war ein Zeichen der rapiden inneren Entwicklung der Weltpartei, des Willens und der Kraft, angesichts der dem Weltproletariat drohenden Gefahren, der verschärften Ausbeutung und der akuten Kriegsgefahr, die größten Anstrengungen zu machen, um die Parteien zu vervollkommnen, zu bolschewisieren. Das war das wichtigste und hervorstechendste Merkmal des 10. Plenums.

Die scharfe Selbstkritik, die das Plenum an der Gesamtarbeit im Zentrum der Komintern wie an der Arbeit der einzelnen Sektionen übte, fand ihre Ergänzung in einer Reihe von Beschlüssen, Vorschlägen und Maßnahmen sowohl für die Instanzen der Komintern, als auch für die kritisierten Sektionen zur Beseitigung der festgestellten Mängel. So sehr es richtig ist, daß die Entwicklung der besonderen Erscheinungen der dritten Periode in den verschiedenen Ländern eine ungleichmäßige ist und allgemein gesprochen in den hochentwickelten industriellen Ländern die imperialistischen Gegensätze und Schwierigkeiten in erhöhtem Maße vorhanden sind, daher in diesen Ländern der Klassenkampf schärfere Formen annimmt; so sehr es richtig ist, daß in einer Reihe von imperialistischen Ländern zweiter und dritter Ordnung die Klassengegensätze noch nicht die scharfe Zuspitzung erfahren haben wie etwa in Deutschland und darum der Klassenkampf auf einer niedrigeren Stufe sich abspielt, was von selbst gewisse Unterschiede in der Taktik und Strategie der kommunistischen Parteien erzeugt, – so unrichtig ist aber die Einstellung, die tatsächlich zum Ausdruck gekommen ist, daß die Grundlinie der marxistisch-leninistischen Theorie und der bolschewistischen Strategie und Taktik in den verschiedenen Ländern unterschiedlich sein könne. Und dennoch wurde auf dem 10. Plenum die Tatsache konstatiert, daß in der Ideologie der Parteien, wie auch in den daraus folgenden strategischen und taktischen Maßnahmen weit größere Unterschiede bestehen, als sich durch die ungleichmäßige Entwicklung der Oekonomik der kapitalistischen Gesellschaft, der Klassengegensätze und Klassenkämpfe rechtfertigen läßt.

Diese Unterschiede traten besonders hervor: 1. in der Anschauung vom Wesen und Charakter der imperialistischen Entwicklung in den einzelnen Ländern; 2. in der Stellung der Sektionen der KI zu den bürgerlichen Parteien, besonders zur Sozialdemokratie; 3. in der Strategie der Wirtschaftskämpfe und der Taktik der Gewerkschaftsarbeit; 4. in der Stellung der kommunistischen Parteien zum bürgerlichen Legalismus bzw. bürgerlichen Parlamentarismus und zur bürgerlichen Staatsgewalt. Eine große Anzahl von Dokumenten der ein-[473]zelnen Sektionen, der politischen Einstellung der Parteipresse in den Sektionen, der Stellungnahme von parlamentarischen Fraktionen in den einzelnen Ländern, wichtige Beschlüsse zu einer Reihe von internationalen und nationalen Aktionen der Sektionen zeigten ein starkes auseinandergehen in der politischen Stellungnahme der einzelnen Sektionen auf. Alle diese großen Minuserscheinungen in unserer Weltpartei haben letzten Endes ihre Ursache in der teilweise fehlerhaften, meistens aber sehr ungenügenden Durchführung der Beschlüsse der höchsten Instanz der Weltpartei, besonders des 6. Weltkongresses.

Allgemein wurde anerkannt, daß die vom 6. Weltkongreß beschlossene große strategische und taktische Wendung am stärksten und entschiedensten von der deutschen Sektion der

Komintern durchgeführt wurde. Aber auch für die deutsche Sektion wurde die Tatsache des Zurückbleibens der Parteikader hinter der Entwicklung der Radikalisierung der Arbeitermassen bei den verschiedensten Anlässen festgestellt. Die stärkere und umfassendere Durcharbeitung der gesamten Partei, die Gewinnung neuer unverbrauchter Kräfte zur Verbreiterung und Stärkung der Parteikader, die festere Verankerung der Partei besonders in den Großbetrieben wurde für die KPD als Hauptaufgabe gestellt. Dies gab unserer Delegation Veranlassung, trotz der erzielten Erfolge schärfste Selbstkritik zu üben. Diese offene Selbstkritik berechtigte dann auch, was von allen Sektionen anerkannt wurde, unsere Vertretung zur Kritik an jenen Sektionen, in denen ein Widerstand gegen die Durchführung der beschlossenen Wendung vorhanden war.

Neben der deutschen Sektion wurden in der französischen Bruderpartei die größten Anstrengungen zur Durchführung der Wendung mit gleichfalls guten Resultaten gemacht. Doch reichte die Kraft der Führung und der festen Parteikader der KPF nicht aus, gegenüber der kapitalistischen Offensive und besonders dem aggressiven Vorgehen der Staatsgewalt gegen die revolutionäre Bewegung die Massen des Proletariats so stark zum mobilisieren, daß die terroristischen Maßnahmen der Staatsgewalt in genügender Weise zurückgeschlagen oder abgewehrt werden konnten. Hier zeigte sich vor allem die unzulängliche Verankerung der kommunistischen Bewegung in den Betrieben der Großindustrie, die die Basis für eine Massenmobilisierung gegen die konterrevolutionäre Politik bilden.

An dritter Stelle ist die KP der Tschechoslowakei zu nennen, in der sich der größte und sichtbarste Ruck zur Bolschewisierung dieser noch in hohem Maße mit sozialdemokratischen Traditionen behafteten Partei vollzog, eine vollkommene Veränderung sowohl in der Spitze wie in den unteren Gliedern der Partei. Wenn in der KPTsch die Erfolge noch nicht so stark waren wie in der KPF oder gar in der KPD, so hat das seine Ursachen in dem alten konservativen Bann der sozialdemokratischen Traditionen. (Aehnlich wie in der KPTsch wurde in der amerikanischen Bruderpartei unter Führung Lovestones der Versuch unternommen, eine nationale „bolschewistische“ Linie auf amerikanischem Boden zu züchten.) Das Bedeutsame in der Entwicklung der KPTsch liegt darin, daß zum ersten Male eine energische Anstrengung in der Entwicklung zum Bolschewismus gemacht worden ist.

Neben der KPD wurde die vom 6. Weltkongreß beschlossene Wendung am stärksten und sichtbarsten vollzogen durch die KP Polens.

[474] Auch diese Partei hat in stets wachsendem Maße Erfolge zu verzeichnen: Mobilisierung und steigendes Vertrauen der proletarischen Massen zum Kommunismus. Zum Unterschied jedoch von der KPD ist es der KP Polens gelungen, auch die armen Bauernmassen für die kommunistische Politik zu gewinnen. Zu dieser Gruppe von Parteien, in denen mit Unterschieden, aber am sichtbarsten Anstrengungen gemacht und Erfolge erzielt wurden in der Durchführung der Beschlüsse des 6. Weltkongresses, gehören noch eine Reihe kleinerer Parteien, die mit größerem oder geringerem Erfolg die Wendung vollzogen haben, so z. B. die kommunistischen Parteien Norwegens, Oesterreichs und einiger Balkanländer.

Die kommunistische Weltpartei und die Rote Gewerkschaftsinternationale haben aber auch über den Rahmen der europäischen Länder hinaus ungeheure Erfolge erzielt, besonders in den südamerikanischen Staaten, in denen kurz vor dem 10. Plenum ein Kongreß aller südamerikanischen Gewerkschaften sich für den Anschluß an die RGI entschlossen hat.

Der gewaltige Aufschwung des revolutionären Klassenkampfes in Indien, die ersten festen organisatorischen Formen der kommunistischen Bewegung in Indien, trotz aller Verfolgungen und Unterdrückungsmaßnahmen durch den englischen Imperialismus und die indische Bourgeoisie, zeigen gleichfalls die große Wendung, die die kommunistische Bewegung in diesem Lande vollzogen hat. Wenn auch nicht in demselben Ausmaß wird in China an dem erneuten Aufschwung der revolutionären Bewegung die starke Einwirkung der Beschlüsse des 6. Weltkongresses sichtbar.

Neben den objektiven Ursachen des Radikalisierungsprozesses der Arbeitermassen bildet die offensive Taktik der genannten Sektionen der Komintern den vorwärtstreibenden Faktor in dem neuen revolutionären Aufschwung.

Eine härtere Sprache mußte geführt werden gegen eine Reihe von Sektionen, in denen die Durchführung der Linie des 6. Weltkongresses zum Teil mangelhaft war und zum Teil auf Widerstand stieß. Man muß hier zwei Gruppen unterscheiden: Erstens solche Parteien, in denen die Durchführung versucht, aber nicht energisch genug unternommen wurde. Hierher gehören vor allem die KP Englands, die KP Italiens und eine Reihe kleinerer Sektionen. Zweitens die Parteien, die am wenigsten auf die Beschlüsse des 6. Weltkongresses reagierten, wie z. B. die KP Schwedens, und solche Sektionen, die der Wendung des 6. Weltkongresses Widerstand entgegensetzten. Hierher gehört die KP der Schweiz.

Der Zeitabschnitt, über den das 10. Plenum zu urteilen hatte, war fast in allen Sektionen erfüllt durch den Kampf um die Durchführung der Beschlüsse des 6. Weltkongresses. Mit der vom 6. Weltkongreß beschlossenen Wendung vollzog der Opportunismus innerhalb der Weltpartei seine Wendung zum Revisionismus, und je stärker die Wendung in den einzelnen Sektionen zur Geltung kam, desto schärfer wurden die Kämpfe gegen die opportunistischen Strömungen. Das führte in einer Reihe von Sektionen zur Ausscheidung der opportunistischen Fraktionen, die sich überall rasch zum Liquidatoren- und Renegatentum entwickelten – so die Gruppe Brandler-Thalheimer-Walcher in der KPD, Jilek-Hais-Neurath in der KPTsch, [475] die Gruppe Lovestone in der KP Amerikas. Der gleiche Kampf führte zur „Beurlaubung“ der „zentristischen“ Opportunisten, der Versöhnler, so z. B. in der KPSU der Gruppe Bucharin-Rykow-Tomski, in der KPD der Gruppe Ewert-Meyer-Gerhard, in der KP Italiens Serra, in der KP der Schweiz Humbert-Droz-Wieser u. a. Interessant war, daß auf dem Plenum die Gruppe der „Beurlaubten“, von denen eine Reihe dem EKKI angehören, mit Ausnahme des Genossen Humbert-Droz überhaupt nicht erschienen waren, und auch dieser sich um jede Stellungnahme bei den Beratungen drückte. Das Plenum beschloß, diese Gruppe aller Funktionen im Präsidium und im Politsekretariat des EKKI zu entheben.

*

Trotz der großen Bedeutung des Kampfes gegen den Opportunismus, der zwischen dem 6. Weltkongreß und dem 10. Plenum durchgeführt wurde, und dessen Ergebnis die völlige ideologische Klarheit und Einstimmigkeit in der Weltpartei war, beschränkten sich die Verhandlungen über diese Frage auf ein Minimum, um desto mehr der Behandlung der praktischen Aufgaben, der bolschewistischen Einstellung der Sektionen auf ihre Arbeit, weitesten Raum zu gewähren.

In den beiden Referaten der Genossen Kuusinen und Manuilski zum ersten Tagesordnungspunkt: „Die internationale Lage und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale“ wurde nachgewiesen, wie die Linie des 6. Weltkongresses in einer großen Anzahl von Ereignissen in allen kapitalistischen Ländern und speziell in den Kolonien ihre praktische Bestätigung fand. Bei der Herausarbeitung der Grundtendenzen der Entwicklung in den kapitalistischen Ländern auf der einen Seite und der sozialistischen Entwicklung in der Sowjetunion auf der anderen Seite waren die Ausführungen des Genossen Kuusinen in theoretischer Hinsicht und die des Genossen Manuilski in praktischer Hinsicht hervorragende Leistungen. Eine starke Unterstützung der Referate bedeutete die Rede des Genossen Molotow, die für alle Teilnehmer des Plenums bedeutsame theoretische und praktische Ergänzungen brachte.

Die in den Thesen des 6. Weltkongresses niedergelegte Beurteilung der imperialistischen Entwicklung in der dritten Periode, der kapitalistischen Stabilisierung, der kapitalistischen Rationalisierung, der Klassengegensätze und Klassenkämpfe, des Radikalisierungsprozesses der Arbeiterklasse der ganzen Welt, der Faschisierung der kapitalistischen Staatsmacht, der Entwicklung der II. Internationale zum Sozialfaschismus usw. erhielt eine interessante und äußerst bedeutsame Bereicherung und Ergänzung in dem Referat des Genossen Kuusinen. Seine großangelegte politische Problemstellung stand in starkem Gegensatz zu der von rein ökonomischer Betrachtung ausgehenden Anschauung, die von dem Genossen Varga vertreten wurde. Die von der Komintern-Linie abweichenden Auffassungen des Genossen Varga zeigten sich in der Einschätzung der Wirkung der Rationalisierung auf die Lebenshaltung des Proletariats (Theorie der stabilen Reallöhne), in einer besonderen Theorie der Reservearmee (Arbeitslosen) in den kapitalistischen Ländern, in einer opportunistischen Auffassung von der Ueberwindung der Gegensätze zwischen der rapiden Entwicklung der Produktivkräfte und dem zurückbleibenden und enger werdenden [476] Absatzmarkt in der kapitalistischen Welt und in

einer ebenso abweichenden Auffassung von der Ueberbrückung der imperialistischen Gegensätze aus Anlaß der Pariser Reparationsverhandlungen. Die. Auffassungen des Genossen Varga wurden von fast allen Diskussionsrednern, die zu diesem Tagesordnungspunkt Stellung nahmen, von den verschiedensten Seiten der Problemstellung aus aufs schärfste bekämpft.

Die theoretischen Ausführungen im Referat über diese Fragen wurden durch die praktische Beweisführung der Diskussionsredner auf den verschiedensten Gebieten unterstützt und ergänzt. Die Diskussion erlangte neben starker Belebung durch unerbittliche Selbstkritik, Kritik an der gesamten Komintern-Arbeit und der Arbeit der einzelnen Sektionen, ein außerordentlich hohes theoretisches Niveau. Die Beteiligung fast aller Sektionen an dieser Diskussion, obwohl schwierige und komplizierte Fragen erörtert wurden, zeigte das gewaltige ideologische Wachstum der gesamten Weltpartei an. Die Zeiten, in denen einst nur einer kleinen Gruppe von äußerst geschulten bolschewistischen Kräften innerhalb der Weltpartei die Führung der Diskussionen auf den Tagungen der Komintern überlassen war, sind heute vorbei. Fast alle Sektionen haben in ihrer zehnjährigen Entwicklung einen kleineren oder größeren Stab von gut geschulten theoretischen Kräften in die Führung gebracht. Das gab gerade dem 10. Plenum das starke und selbstbewußte Gepräge.

*

Während wir den ersten Punkt der Tagesordnung: „Die internationale Lage und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale“ als die Arbeit des Plenums in der Hauptsache an der inneren Parteifront bezeichnen müssen, galt der zweite Tagesordnungspunkt: „Die wirtschaftlichen Kämpfe und die Aufgaben der Kommunistischen Parteien“, zu dem die Genossen Thälmann und Losowski die Referate übernommen hatten, der Aufgabe des Kampfes nach außen, gegen das kapitalistische Profitsystem, gegen den Reformismus in der Gewerkschaftsbewegung. Der 4. RGI-Kongreß und der 6. Weltkongreß haben die Richtlinien für den Kampf des Weltkommunismus auf dem Gebiet der Wirtschaftskämpfe und der Gewerkschaftstaktik als dem wichtigsten Aufgabengebiet in der gegenwärtigen Periode theoretisch gestellt. In der Zeit seit der Tagung jener Kongresse bis zum 10. Plenum mußte die Probe aufs Exempel gemacht werden, ob die auf jenen Kongressen beschlossene strategische und taktische Wendung auf diesen Gebieten richtig war. Auch hier galt es, wie beim ersten Tagesordnungspunkt, Kritik an der Durchführung der wichtigsten Aufgaben zu üben. Während sich das Referat des Genossen Thälmann in der Hauptsache auf die Probleme in den europäischen Ländern und auf die Gewerkschaftsstrategie gegenüber der Amsterdamer Internationale konzentrierte, war es Aufgabe des Gen. Losowski, die neuen Erscheinungsformen im Klassenkampf in den Kolonien, die Erfolge in der gesamten revolutionären Weltbewegung auf diesem Gebiet zu zeigen. Eine Reihe von Unklarheiten über Wesen, Charakter und Formen der Organe und Organisationen des Klassenkampfes, die in einzelnen Sektionen in der praktischen Betätigung entstanden waren, mußten überwunden werden. Da die Strategie in den Wirtschaftskämpfen und die Taktik der Gewerkschaftsbewegung gerade [477] jener Teil der praktischen Arbeit in allen kapitalistischen Ländern und in den Kolonien ist, der heute die kommunistischen Sektionen am stärksten im Klassenkampf beschäftigt, war es klar, daß besonders auf diesem praktischen Gebiet der lebhafteste Meinungsaustausch und die regste Diskussion ausgelöst wurde. Das Resultat der Verhandlungen über diesen Punkt bildete eine Resolution, die in ganz konkreter und ausführlicher Weise über die hier entstandenen Streitfragen Klarheit schafft.

*

Der dritte Tagesordnungspunkt wurde durch ein Referat des Genossen Barbé über den Internationalen Roten Tag des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg (1. August) eingeleitet. Referat und Diskussion, die ihren Ausgangspunkt in den Beschlüssen des 6. Weltkongresses hatten, waren in der Hauptsache auf das Praktische eingestellt und sollten die größtmögliche Aktivität in der Kampagne des 1. August herbeiführen. Die Berichte, die die einzelnen Sektionen der KI über ihre Vorarbeiten zur Mobilisierung der breitesten Arbeitermassen zum 1. August gaben, bildeten die Grundlage zu den Beschlüssen, die auf diesem Gebiet vom 10. Plenum gefaßt wurden.

*

Alles in allem war das 10. Plenum eine der fruchtbarsten und die Sektionen der KI bis ins Tiefste aufrüttelnden Tagungen, deren Auswirkung in allen Sektionen von stärkstem Einfluß auf die bolschewistische Wendung der kommunistischen Parteien zum verschärften Klassenkampf gegen die kapitalistische Herrschaft und gegen den Reformismus im Weltmaßstabe sein wird. Das 10. Plenum kann mit seiner gründlichen Durcharbeitung aller Sektionen als ein großer Schritt vorwärts in der revolutionären Mobilisierung des internationalen Proletariats verzeichnet werden.

Wir werden über die wichtigsten Probleme, die das 10. Plenum des EKKI behandelt hat, und seine Beschlüsse noch in weiteren Artikeln berichten. Die Redaktion.

*

## Zur Lage in China

Von Chiu Witu (China)

Rede auf dem II. Weltkongreß der Liga gegen Imperialismus, Frankfurt a. M., Juli 1929.

Die chinesischen Arbeiter und Bauern stehen jetzt in einem schwierigen Kampf mit ihrer Bourgeoisie, die vor den Imperialisten kapituliert hat. Durch ihre Solidarität werden sie trotz alledem siegen. Die Erfahrungen der chinesischen Revolution zeigen, daß die Führung der Revolution durch das Proletariat allein den Sieg des antiimperialistischen Kampfes garantieren kann. Die proletarische Hegemonie ist allein imstande, die breitesten werktätigen Bauernmassen zur Agrarrevolution zu führen, – nicht nur für China allein, sondern für alle kolonialen Völker.

[478] Die Generale Tschangkaischek, Fengyuhsiang und andere Kuomintangführer, die auf dem ersten Kongreß der Liga in Brüssel vertreten waren und für die Revolution stimmten, befinden sich jetzt auf seiten der Konterrevolution. Diese Agenten des Imperialismus droschen damals Phrasen, auch gegen den Imperialismus und die Grundbesitzerherrschaft kämpfen zu wollen, was aber ohne Klassenkampf geschehen sollte. Diese ihre Auffassung ließ bereits erkennen, daß sie unbedingt dorthin kommen würden, wo sie sich jetzt befinden.

Wie kommt es, daß die Bourgeoisie, die Kuomintang und die Nanking-Regierung, jetzt an der Macht sind? Sie sind es deshalb, weil der internationale Imperialismus ihre konterrevolutionären Umstürze organisierte und ihre Herrschaft unterstützt, und zwar vor allem der amerikanische Imperialismus.

Die chinesische Kuomintangregierung unterdrückt die Arbeiter und Bauern, unterdrückt jede revolutionäre Aktion. Hierfür sucht die Kuomintang Hilfe auch bei ihren ausländischen Gesinnungsgenossen. Die Sozialdemokratie hat zu Beginn der chinesischen Revolution so davon gesprochen, als ob es sich um eine barbarische, ausländerfeindliche Boxerbewegung handelte. Als die Kuomintang aber offen zur Partei der Arbeiter- und Bauernmörder geworden wäre wurde sie als Ehrengast zum Kongreß der II. Internationale eingeladen. Wie verhalten sich die sogenannten „Linken“ zur verräterischen Politik der Sozialdemokratie? Der einzige Unterschied ist, daß sie versteckter und geschickter sich für die Kuomintang einsetzen, während ihre rechten Parteifreunde dies offen und schamlos tun. Wir haben hier Gupta gehört, der für den indischen Nationalkongreß gesprochen hat. Den Klassenkampf ablehnend und den Gandhi-Pazifismus als das einzige Kampfmittel empfehlend, erklärte er, daß der Nationalkongreß für die Freiheit, für die nationale Unabhängigkeit und nationale Einheit Indiens eintritt, aber zu gleicher Zeit gibt er zu, daß es innerhalb und außerhalb des Nationalkongresses Inder gibt, die die nationale Unabhängigkeit verwerfen und nur für ein indisches Dominion „kämpfen“. Diese Elemente haben noch offener vor dem Imperialismus kapituliert und haben mittels der britischen Truppen den Bombayer Streik unterdrückt. Jeder, der im Namen der Nation den Klassenkampf verurteilt, geht unvermeidlich auf demselben Wege. Die chinesische Kuomintang ist dafür ein Vorbild.

In welche Unterdrückung und Ausbeutung die konterrevolutionäre Kuomintang die chinesischen werktätigen Massen gestoßen hat, darüber liefert sogar die bürgerliche Presse, wie z. B. die „Frankfurter Zeitung“ in ihren zwei veröffentlichten Berichten aus Schanghai, uns einiges Material.

In der chinesischen Industrie sind die Löhne so herabgesetzt worden und die Arbeitslosigkeit wurde so groß, daß heute direkt von einer Hungersnot unter der Arbeiterschaft gesprochen werden kann.

Wie katastrophal die landwirtschaftliche Krise ist, zeigt sogar die tendenziöse Statistik der Nanking-Regierung, die feststellt, daß 57 Millionen Bauern buchstäblich verhungern. Wir können sagen, die Bourgeoisie tut alles, um diese Hungersnot noch zu verstärken und die Not der Arbeiter und Bauern noch zu vergrößern.

Indem sie die nationale Unabhängigkeit über Bord wirft, benutzt die Kuomintang die nationale und soziale Demagogie, um gleichzeitig Massenhinrichtungen unter den Arbeiter- und Bauernmassen durchzuführen. Gewerkschaften und Bauernbünde werden aufgelöst und verboten, Regierungs- und Parteibürokraten als Körperschaften der Massen ausgegeben. Das ist der Entwicklungsprozeß des chinesischen Nationalreformismus zum Nationalfaschismus.

Unter dem nationalfaschistischem Regime, unter einer solchen Terrorherrschaft, die z. B. nach dem Niederschlagen des Kantoner Aufstandes in drei Tagen 5700 Arbeiter abgeschlachtet hat, wurde der Kampf der Arbeiter und Bauern noch heftiger. Es verging kein Tag, wo [479] keine Streiks stattfanden, insbesondere in Schanghai. In Schanghai wurde am 30. Mai d. J. eine Demonstration von 50.000 Arbeitern in der internationalen Niederlassung durchgeführt und das Gebäude des Zentralorgans der Kuomintang demoliert. 70 Arbeiter wurden von der britischen Stadtverwaltung in Schanghai verhaftet und davon 50 mit Zustimmung der Macdonald-Regierung an die chinesische Henkerregierung ausgeliefert und hingerichtet.

Die Agrarrevolution vertieft und erweitert sich. In den Bauernkämpfen wurden kampfkräftige Partisanentruppen organisiert, die große Territorien, sieben bis acht „Sowjetgebiete“ besetzten, auf denen sie eine eigene Sowjetmacht errichteten, die praktisch den gesamten Grund und Boden der Gutsbesitzer konfiszierte usw.

Die nationale Bourgeoisie verkündete, daß in der Gesellschaftsordnung, die sie zu bauen beabsichtigt, kein Grundbesitz existieren solle. Aber in der Tat setzt sie die grausamsten und blutigsten Maßnahmen in Bewegung, um die Agrarrevolution aufzuhalten. Die Tatsachen der letzten zweieinhalb Jahre zeigen, daß die Kuomintangregierung ohnmächtig gewesen ist und ohnmächtig bleiben wird, selbst die winzigsten Reformen in der Agrarfrage zu verwirklichen.

In der gesamten kolonialen Welt, in China, Indien usw., wie die chinesischen Erfahrungen zeigen, müssen alle antiimperialistischen Elemente, alle antiimperialistischen Organisationen gegen die imperialistischen Agenten, die bürgerlich-nationalen Reformisten kämpfen, die um jeden Preis die Agrarrevolution und den Klassenkampf im Keime zu ersticken versuchen. Im Bombayer Streik, der den Aufschwung der revolutionären Bewegung in Indien einleitet, sehen wir, wie die indische Bourgeoisie mit Hilfe der britischen Truppen die Arbeiterbewegung zu zertrümmern versucht. Es ist darum nicht verwunderlich, daß der indische Nationalkongreß, dessen Führung hauptsächlich aus kompromißlerischen bürgerlichen Elementen besteht, die den Bombayer Arbeitern in den Rücken gefallen sind, im letzten Dezember in der Versammlung in Kalkutta ein Huldigungstelegramm an die Kuomintang-Henkerregierung angenommen hat.

Die Nankingregierung, die durch ihre Verrätereien sich dessen würdig erwiesen hat, wurde von allen imperialistischen Mächten anerkannt. Leere Versprechungen der Revision der alten Verträge wurden seitens der Imperialisten gemacht. Zolltarife wurden erhöht, die dazu verwandt wurden, Kriegsrüstungen zu betreiben und die revolutionäre Bewegung niederzuhalten. Diese Einnahmen reichen nicht einmal aus, um die kritische Lage der nationalen Industrie einigermaßen zu verbessern. Was aber die imperialistischen Mächte in den letzten anderthalb Jahren von der Nankingregierung bekommen haben, das sind reale, unschätzbare Rechte.

Japan hat in Schantung neue Privilegien erlangt, fünf neue Eisenbahnlinien in der Mandschurei erworben. Antijapanische Bewegungen wurden im Lanzen Lande verboten. Die Nankingregierung ging in ihrem Verrat und ihrer Unverschämtheit so weit, daß sie um die weitere Besetzung Schantungs durch die japanischen Truppen gebeten hat.

Der britische Imperialismus hat inzwischen nicht nur die von den Arbeitern eroberten englischen Settlements in Hankau und Kiukiang wieder zurückbekommen, nicht nur seine Positionen in China

wiederhergestellt und befestigt, sondern ihm wurde sogar das Recht auf den weiteren Bau der Hankau-Kantoner Eisenbahnlinie und auf den Zusammenschluß dieser Bahnlinie mit der Kanton-Kolung-Linie durch ein geheimes Abkommen mit der Nankingregierung zugesprochen.

Der stärkste Imperialismus der Welt, der amerikanische, der die chinesische Bourgeoisie, die Nankingregierung, mit allen Mitteln für sich zu gewinnen suchte, hat das Radio-Monopol, das Monopol (Ford) auf den Absatz von Automobilen in China erhalten. Und er ist dabei, mittels einer Anleihe von 50 Millionen Dollar an die chinesische Regierung das gesamte Eisenbahn-[480]netz in China zu amerikanisieren, d. h. unter die amerikanische Kontrolle zu stellen.

Die verräterische Politik der Kuomintang führt, wie wir sehen, dazu, daß China noch mehr kolonisiert wird.

Das Ziel der ausländischen Anleihen besteht hauptsächlich darin, nicht nur den Krieg unter den Kuomintang-Generalen (Tschangkaischek, Fengyuhsiang, Litsitschen), sondern auch den künftigen Krieg um den Stillen Ozean vorzubereiten. In diesem Zusammenhang haben die „Linken“ der Kuomintang (Wangdjingwei), mit denen die „linkeste“ Deng Janda-Gruppe in engster Verbindung steht, ihre wahre „revolutionäre“ Physiognomie enthüllt, indem Wangdjingwei selbst aus Deutschland Waffen für Fengyuhsiang bestellte.

Und diese ganze imperialistische Politik in China und die konterrevolutionäre Politik der Kuomintang hat die II. Internationale mit dem größten Eifer unterstützt. Und was tun die „linken“ Sozialdemokraten, was tut die britische Unabhängige Arbeiterpartei? Sie haben entweder geschwiegen oder ebenso offen diese ganze Reaktion mitgemacht.

Alle Eisenbahnen hat die Nankingregierung an die Imperialisten verkauft. Und die einzige, die man nicht ohne weiteres verkaufen kann, die Ostchinesische Eisenbahn, die unter der gemeinsamen Verwaltung der Sowjetunion und Chinas stand, wurde von den chinesischen Räubern überfallen. Die Besetzung der Ostchinesischen Eisenbahn durch die Nankingregierung, die durch die internationalen Imperialisten vorgeschickt wurde, ist keine Streitfrage ausschließlich zwischen China und der Sowjetunion. Die Nanking-Henker wollten durch diese freche Aktion nicht nur die Freiheit für den Verkauf der Bahn an die Imperialisten erlangen, nicht nur durch das Verbot der Demonstrationen, Streiks usw., das bei dieser Gelegenheit von ihnen erlassen wurde (in Nanking wurde die Erwähnung der Frage der Ostchinesischen Bahn auf der Straße bei Todesstrafe verboten), die chinesischen und die in der Mandschurei lebenden russischen Arbeiter terrorisieren, – man wollte vor allem das große an die Sowjetunion angrenzende Gebiet der Mandschurei und der äußeren Mongolei in einen strategischen Stützpunkt der Imperialisten gegen das proletarische Vaterland verwandeln.

In London wird bereits eine internationale Kontrolle der Ostchinesischen Eisenbahn besprochen. Die französischen Bankiers in Paris, die während der Zarenzeit die Hauptaktionäre der Bahn waren, erheben ihren Anspruch. Die amerikanischen bemühten sich durch Stimson um eine internationale Kontrolle. Die Japaner machten Andeutungen über ihre „Vorrechte“ auch in der Nordmandschurei. Man sieht, die Frage der Ostchinabahn ist keinesfalls eine russisch-chinesische Frage. Es ist ein Kampf zwischen zwei Lagern, in die unsere Welt gespalten ist: einerseits die internationalen Imperialisten und deren Helfershelfer: die Sozialdemokratie und die Nationalreformisten; auf der anderen Seite die Sowjetunion, das internationale Proletariat und die werktätigen Massen aller unterdrückten Länder. Wahre antiimperialistische Elemente und Organisationen dürfen nicht nur den Kampf gegen die Imperialisten, sondern müssen auch den unversöhnlichen Kampf gegen die sozialdemokratischen Führer und die Kuomintang aufnehmen. Wer hier Neutralität bewahren will, der kämpft faktisch gegen die Sowjetunion, gegen das internationale Proletariat und die unterdrückten Völker und für den Imperialismus. Wir alle, die den Imperialismus ernst und energisch bekämpfen, müssen klar bekennen, daß wir entschlossen hinter der Sowjetunion, der größten antiimperialistischen Macht der Welt stehen.

*

[481]

# Das Gesicht des deutschen Sozialfaschismus

Von Rudolf Gerber.

## I.

Die Entwicklung der letzten Monate hat der von der Komintern schon auf dem VI. Weltkongreß signalisierten Entwicklung des Reformismus zum Sozialfaschismus ein sehr konkretes Gesicht gegeben. Die blutigen Maitage in Berlin, der unter sozialdemokratischer Führung und sozialdemokratischen Parolen entfesselte weiße Terror gegen die traditionelle Massenkundgebung des Proletariats; der Magdeburger SPD-Parteitag, der das sozialchauvinistische Wehrprogramm annahm und Wels' Bekenntnis zur offenen Diktatur brachte – alle diese Ereignisse zeigen zweifellos einen bestimmten Ausbildungsgrad der sozialfaschistischen Tendenzen in Deutschland an und berechtigen uns, nicht mehr bloß von einer Entwicklung wichtiger reformistischer Schichten in der Richtung zum Faschismus, sondern schon von der Ausbildung bestimmter faschistischer Merkmale im deutschen Reformismus zu sprechen. Andererseits sehen wir manchmal die – grundfalsche – Tendenz, das Anwachsen der faschistischen Welle ausschließlich in der Ausbildung des Sozialfaschismus zu sehen – wir haben gleichzeitig Ereignisse, die in den verschiedensten Gebieten (zunächst allerdings wesentlich innerhalb des städtischen und ländlichen Kleinbürgertums) gewaltige und für das Proletariat bedrohliche Fortschritte der Nationalsozialisten zeigen: Landtagswahlen im industriellen Sachsen und im großagrarischen Mecklenburg, sowie Kommunalwahlen in Koburg-Bayern, die samt und sonders den Nationalsozialisten Stimmgewinne von 120 bis 150 Prozent gegenüber den Wahlen von 1928 brachten, vor allem aber die mächtige, durch eine terroristische Aktion unterstützte faschistische Bauernbewegung in fast ganz Nordwestdeutschland. Und wir haben endlich gleichzeitig (im Zusammenhang mit den chronischen Schwierigkeiten der Koalitionsregierung, in denen sich die allgemeine Krise des Parlamentarismus äußert) eine deutliche Belebung der Tätigkeit der verschiedenen Wehrverbände, vom Werwolf bis zum Reichsbanner. In drei voneinander teilweise getrennten, auf verschiedenen Arbeitsgebieten tätigen Heersäulen rückt der deutsche Faschismus vorwärts; da wäre es falsch zu erwarten, in einer von ihnen (der sozialfaschistischen) alle Merkmale des Faschismus gleichzeitig ausgebildet zu finden. Wir haben uns hier nicht mit dem deutschen Faschismus im allgemeinen, sondern mit dem Sozialfaschismus im besonderen zu beschäftigen, – aber wir müssen hier auf diesen allgemeinen Zusammenhang hinweisen, weil er uns einen Anhaltspunkt für die Grenzen gibt. innerhalb deren wir Analogien etwa zum italienischen Faschismus zu erwarten haben.

Man könnte hier einwerfen, daß bei einer so breiten Begriffsbestimmung des Faschismus dieser überhaupt seinen spezifischen Inhalt verliert, daß die Gesamtheit dieser „drei Heersäulen" nichts weiter sei als die bürgerliche Reaktion, und daß es sich nicht lohne, in jeder von ihnen faschistische Elemente zu suchen. Aber diese von den Opportunisten aufgestellte Alternative: Leugnung des Sozialfaschismus – oder aber Verwischung aller Unterschiede innerhalb der bürgerlichen Reaktion ist falsch. Es gibt eine ganze Reihe von Momenten, die allen Formen des deutschen Faschismus gemeinsam sind und die gemeinsam den Faschismus von anderen Formen der bürgerlichen Diktatur unterscheiden. Gegenüber der reinen Militärdiktatur (die freilich in letzter Zeit – meist allerdings mit mäßigen Erfolgen – ihre Festigung durch Schaffung faschistischer Fundamente versucht) ist allen Erscheinungsformen des Faschismus gemeinsam ihre Stützung auf breite Massenorganisationen, deren Selbsttätigkeit dem Versagen des bürgerlichen Parlamentarismus gegenübergestellt wird, und die wiederum (da sonst keine Massen für den Faschismus zu gewinnen wären) eine bestimmte „antikapitalistische" Phraseologie pflegen, nicht offen als Vertreter des Kapitals auftreten dürfen. Von dem durch eine parlamentarische Demo-[482]kratie geübten Terror gegen die Arbeiterschaft (der in seinen äußeren Formen sehr wohl gelegentlich brutaler sein kann als der faschistische) unterscheidet sich der Faschismus dadurch, daß er seine terroristischen Handlungen durchaus nicht mit dem formalen Gesichtspunkt des „Mehrheitswillens", sondern mit dem besonderen Gewicht der durch ihn vertretenen Interessen rechtfertigt; er stellt die „organische Gliederung der Gesellschaft" durch Zusammenarbeit verschiedener Gruppenorganisationen (der Faschismus leugnet deshalb die Klassengegensätze gar nicht, sondern behauptet nur, daß sie im Rahmen des „Gemeininteresses" überbrückbar seien) der versagenden bürgerlichen Demokratie gegenüber und sucht auf diese Weise die Empörung breiter

Massen über den Bankrott des Parlamentarismus in einer für das herrschende Finanzkapital ungefährlichen Weise aufzufangen und – in dem Augenblick, wo die bürgerliche Demokratie versagt – der Aufrechterhaltung der bürgerlichen Klassenherrschaft unter anderen Formen dienstbar zu machen. Die besondere Gefährlichkeit des Faschismus für die Arbeiterbewegung liegt eben darin, daß er nicht bloß Terror, sondern auch Demagogie ist, daß er in den werktätigen Massen die Illusion erweckt, als stehe die von ihm angestrebte oder aufgerichtete Diktatur ihnen nicht als Herrschaft des Klassenfeindes gegenüber, sondern sei mit ihr eigenes Werk.

Freilich ist der Faschismus in diesem Sinne in der Niedergangsperiode des Kapitalismus eine allgemeine Entwicklungstendenz der bürgerlichen Demokratie. Die wachsenden inneren und äußeren Widersprüche zwingen zu einer Verschärfung des weißen Terrors gegen das Proletariat, machen gleichzeitig die parlamentarisch-„demokratische“ Form der bürgerlichen Klassenherrschaft zu einem immer untauglicheren Instrument des Finanzkapitals. Andererseits zwingen gerade die wachsenden Schwierigkeiten, die Rebellion immer breiterer Massen zur Schaffung von bürgerlichen Stützpunkten innerhalb der Arbeiterschaft vermittels Korruption einer Arbeiteraristokratie. Je schmäler angesichts der wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten diese Arbeiteraristokratie sein muß, desto enger wird zum Ausgleich ihre Bindung an das herrschende Finanzkapital. Damit diese schmale Schicht ihre Aufgabe erfüllen, möglichst breite Massen an die Politik des Finanzkapitals binden kann, muß sie ihnen die Entwicklungstendenzen des Imperialismus – fortschreitende Monopolisierung und Vertrustung, Staatskapitalismus, Heranziehung der Arbeiteraristokratie zu den Exekutivorganen der bürgerlichen Klassenherrschaft – als Ueberwindung der „schlechten Seiten des Kapitalismus“ darstellen, und mit diesen Feststellungen haben wir das faschistische Ideal des „organischen Staates“, der „strukturellen Demokratie“ schon umschrieben. Die organisatorische Zusammenfassung der Wirtschaft durch den Staatskapitalismus im Interesse des Finanzkapitals erscheint als „Ueberwindung des Privatkapitalismus“ – die Heranziehung entarteter Elemente der Arbeiterschaft zur Unterdrückung ihrer Klassengenossen als „Beteiligung der Arbeiterschaft an der Wirtschaftsführung“. Diese Grundelemente der faschistischen Ideologie müssen unter den Bedingungen der dritten Periode sich in der ganzen imperialistischen Welt mehr oder minder entwickeln – aber darum ist es doch von größter Bedeutung, die Ausbildung der allgemeinen faschistischen Tendenzen gerade bei solchen Organisationen festzustellen, wo diese Entwicklung in offensichtlichem Gegensatz zu der Vergangenheit der Organisation steht, und wo deshalb gerade das Neue am schärfsten ausgebildet ist.

## II.

Die objektiv-soziale Basis des Reformismus überhaupt ist die Korruption einer Arbeiteraristokratie auf Grund der von der Bourgeoisie erzielten imperialistischen Extraprofite. Es entsteht sogleich die Frage, ob der Weiterentwicklung des Reformismus zum Sozialfaschismus auch eine Weiterentwicklung seiner sozialen Basis, eine Veränderung des Typus der Korruption entspricht. Dies ist tatsächlich für Länder wie Deutschland festzustellen. Waren vor dem Kriege und auch während des ersten Aufschwungs nach der Inflationsperiode die qualifizierten Arbeitergruppen als solche bessergestellt, ruhte die Basis des Reformismus wesentlich auf der [483] Besserstellung bestimmter, meist hochqualifizierter Berufe, so ist dies in der Periode der kapitalistischen Rationalisierung anders geworden. Die Sonderstellung der beruflich hochqualifizierten Arbeiter wurde infolge der fortschreitenden Mechanisierung der Arbeit weitgehend zerstört – und tatsächlich zeigen alle Statistiken ein Zurückgehen der Lohnspanne zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern, trotz wachsender Lohndifferenzierung innerhalb der Gesamtarbeiterschaft (vgl. dazu die Ausführungen auf Seite 167 ff. im Bericht des ZK der KPD an den 12. Parteitag). Die Erklärung dieses scheinbaren Widerspruches ist nicht schwierig: die kapitalistische Rationalisierung zieht breite Massen schlechtbezahlter Arbeitskräfte (vor allem Frauen und Jugendliche) in den Produktionsprozeß, drückt die Löhne der breiten Arbeitermassen, während sie andererseits für eine schmale Gruppe, die aber durchaus nicht mit der der gelernten Arbeiter im alten Sinne zusammenfällt, gutbezahlte Stellungen schafft. Denn einzelne Arbeiter, die die Schlüsselstellungen im Arbeitsprozeß einnehmen, müssen gerade innerhalb der rationalisierten, auf Fließarbeit eingestellten Betriebes durch höhere Löhne, bzw. Prämien usw. zu erhöhter Tätigkeit im Interesse des Kapitals angespornt werden.

Daraus ergibt sich aber eine Veränderung in der Einstellung der Arbeiteraristokratie, und zwar in besonders antiproletarischem Sinne. Auch die Besserstellung einer Arbeiteraristokratie auf Grund ihrer beruflichen Qualifikation wirkt sich in einer Abschwächung des Klassenbewußtseins und des grundsätzlichen Gegensatzes zur bürgerlichen Gesellschaft, in einer prinzipiell reformistischen Einstellung aus. Bernstein, der das friedliche Hineinwachsen des Kapitalismus in den Sozialismus verkündete, war der Theoretiker des alten Typus der Arbeiteraristokratie. Aber die Angehörigen des bessergestellten Berufes sind doch durch ein – sei es auch zünftlerisches – Standesbewußtsein untereinander verbunden und dem Unternehmer, von dem sie neue Konzessionen zu erlangen suchen, in einem gewissen Gegensatz gegenübergestellt. Die Heraushebung einzelner – besonders „betriebswichtiger" – Arbeiter aus den Reihen ihrer Kollegen stellt ein besonders enges Verhältnis dieser Arbeiter zum Unternehmer und einen verschärften Gegensatz zur Gesamtarbeiterschaft her, sie drängt diese Arbeiter immer mehr in die Richtung des Strebens nach individuellem Aufstieg ins Kleinbürgertum, untergräbt jede Solidarität. In derselben Richtung wirkt die Entwicklung einer „Arbeiterbürokratie sowohl innerhalb der reformistischen Organisationen, wie durch die Einbeziehung des Reformismus in den Staatsapparat: Je mehr sich (was natürlich nicht mit einem Schlage, sondern im Verlaufe eines langwierigen Prozesses erfolgt) die Strukturwandlung innerhalb der Arbeiteraristokratie vollzieht, desto mehr verschwindet der – sei es auch nur zünftlerische – Gegensatz zur Bourgeoisie, desto mehr wird der Drang zur Flucht aus der Klasse Richtschnur des Verhaltens des Arbeiteraristokraten. Und nicht nur seiner selbst, sondern auch aller jener, die ihm folgend eine Stufe nach der anderen im Dienste des Finanzkapitals erklimmen wollen. So entwickelt sich in den reformistischen Organisationen eine förmliche Transmission, die den Willen des Finanzkapitals und der ihm gehorchenden reformistischen Spitzen auf breite, nach hunderttausenden zählende Massen überträgt.

Durch den neuen Typus der korrumpierten Arbeiteraristokratie ist das Gesicht des deutschen Sozialfaschismus bestimmt. Weil die wirtschaftliche Lage des deutschen Kapitalismus nicht mehr die Korruption von ganzen Berufsgruppen; in größerem oder geringerem Grade insgesamt von Millionen deutscher Arbeiter zuläßt, kann aus den verminderten Extraprofiten nur eine beschränkte Zahl bestochen werden – zum Ausgleich aber um so gründlicher. Jene „Transmission" entwickelt zwangsläufig eine Ideologie, in der sie ihren eigenen „Aufstieg" ins Kleinbürgertum und ihren gehofften Aufstieg in die Bourgeoisie als Aufstieg der Gesamtklasse darstellt und so breite Massen an die Bourgeoisie zu fesseln sucht. Angesichts ihrer besonderen Stellung im rationalisierten Produktionsprozeß und angesichts der Tatsache, daß die allgemeine Lage des deutschen Kapitalismus Konzessionen selbst an Berufsgruppen kaum [484] zuläßt, liquidiert sie bewußt alle Rudimente des Klassenkampfes selbst in seinen zünftlerischen Formen und ersetzt sie durch die bewußte Verherrlichung der Arbeitsgemeinschaft (wirtschaftlich wie politisch). Aber etwas anderes tut der Faschismus auch nicht. Und je weiter der Prozeß fortschreitet, desto mehr nehmen die der „Transmission" eingegliederten Organisationen den typisch faschistischen Charakter an.

III.

Wie schon eingangs ausgeführt, können wir nicht erwarten, bei der deutschen Sozialdemokratie alle Elemente der faschistischen Ideologie in gleichem Maße ausgebildet zu finden – wenn wir heute, nach dem Magdeburger Parteitag, sie sämtlich feststellen können, so doch in verschiedenem Grade und verschiedener Klarheit. Zweifellos am weitesten ausgebildet ist innerhalb der deutschen Sozialdemokratie das faschistische Wirtschaftsprogramm – klarer und fester als bei den offen faschistischen Gruppen, deren wirtschaftspolitische Vorstellungen sich in höchst verschwommenen Gedankengängen über „Enteignung der Bank- und Börsenfürsten" erschöpfen. Die Sozialdemokratie hat vor den übrigen faschistischen Richtungen in Deutschland in bezug auf die Ausbildung der antikapitalistischen Demagogie, mit der der Faschismus Massen zu fangen sucht, das eine voraus, daß sie ja ihrem Ursprung nach eine wirklich antikapitalistische Organisation war. Es kam nicht darauf an, eine neue Form der sozialen Demagogie zu konstruieren, sondern nur die alte Ideologie (wobei zur Täuschung der Arbeiterschaft sogar der Schein der Kontinuität nach Möglichkeit gewahrt werden mußte) in einer solchen Weise fortzuentwickeln, daß sie sich als zur Massentäuschung brauchbar erwies. Zu jeder faschistischen Ideologie (das gilt international) gehört nun auf dem Gebiete des

Wirtschaftsprogramms zweierlei: die Führung eines „Kampfes“ gegen einen Teil der Kapitalisten (der eben deshalb, weil er bewußt nur gegen einen Teil geführt wird, stets ein Scheinkampf ist) – und die Aufstellung von Forderungen, die – scheinbar gegen den Kapitalismus gerichtet – in Wirklichkeit seiner Fortentwicklung in der Linie der Bedürfnisse des Finanzkapitals dienen.

Die erste Bedingung wird in Deutschland am mustergültigsten von den Nationalsozialisten usw. durch ihre antisemitischen Parolen, ihre Unterscheidung des „schaffenden“ (d. h. Industrie-) und des „raffenden“ d. h. Bank- und Handels-) Kapitals, von denen bloß das zweite für die Mißstände des Kapitalismus verantwortlich sei, erfüllt. Für die Fesselung des Kleinbürgertums – die spezifische Aufgabe der offenen Faschisten –, das sich praktisch ja gewöhnlich vom Bank- und Handelskapital bedrückt fühlt, genügt diese primitive Unterscheidung. Die Sozialdemokratie, die sich an die durch Jahrzehnte in sozialistischem Sinne geschulte Arbeiterschaft zu wenden hat, könnte mit solchen Parolen wenig anfangen, empfindet doch der Proletarier gerade den Industriekapitalisten als seinen natürlichen Feind. Aber auch der alte Appell der sozialdemokratischen Koalitionspolitik an das Bank- und Handelskapital, dessen Inhaber als „vernünftige“ Kapitalisten den „Scharfmachern“ gegenübergestellt wurden, und die (bzw. deren Demokratische Partei) zeitweise das Hauptobjekt der sozialdemokratischen Koalitionspolitik waren, ist durch die monopolistische Entwicklung des deutschen Kapitalismus, durch das praktisch vollständige Verwachsen von Industrie- und Bankkapital gegenstandslos geworden. So unterscheidet der Reformismus in seiner Agitation einfach – ohne sich sehr an bestimmte Gruppen zu binden – zwischen „vernünftigen“ und „unvernünftigen“ Kapitalisten, je nach ihrer Bereitschaft zur Koalition mit der Sozialdemokratie, zur Unterstützung der „demokratisch-pazifistischen“ Regierungspolitik und zur Anwendung der verfeinerten Methoden des Schlichtungswesens bei der Steigerung der Ausbeutung der Arbeitskraft. Die besondere Regierungsfähigkeit der Sozialdemokratie, ihre Eignung zur Durchführung einer faschistischen Wirtschaftspolitik in Deutschland liegt gerade in der Vermeidung einer Diskriminierung bestimmter mitausschlaggebender Teile der Bourgeoisie: selbst die Großagrarier, die noch am längsten in der sozialdemokratischen Agitation die Rolle des „bösen Kapitalisten“ [485] spielten und wegen ihrer geringen Koalitionsneigung bis heute keine gute Note erhalten haben, sind doch durch das Agrarprogramm des Kieler Parteitages 1927 als lebenswichtiger Bestandteil der „Volkswirtschaft“, für dessen „Lebensfähigkeit“ die „Volksgemeinschaft“ sorgen muß, anerkannt worden, und gerade in den letzten Wochen (Juni 1929) haben sich die parlamentarischen Vertreter der Sozialdemokratie sehr aktiv bemüht, eine Zusammenarbeit mit den deutschnationalen Junkervertretern zwecks gemeinsamer Durchsetzung eines staatlichen Getreidehandelsmonopols zu erzielen. Vom Standpunkt der „Volksgemeinschaft“ zu bekämpfen ist heute für die sozialdemokratische Ideologie der Kapitalist nur dann, wenn er sich nicht dem „Gemeininteresse“, d. h. dem Willen des herrschenden Finanzkapitals, unterordnet. Naphtali stellte in seinem Referat auf dem Hamburger ADGB-Kongreß wie in seiner dort eingebrachten Denkschrift offen die Ueberwindung der freien Konkurrenz durch die monopolistischen Organisationen als einen Beweis dafür dar, „daß der Kapitalismus gebogen werden kann, lange ehe er reif ist, gebrochen zu werden“, daß also der Prozeß des Vordringens des monopolistischen Kapitalismus einen Sieg der sozialistischen Tendenz über den – immerhin „gebogenen“ Kapitalismus darstelle.

Aber hier sind wir schon mitten in der positiven – und wie gesagt, im Gegensatz zur negativen von der SPD am klarsten herausgearbeiteten Seite des faschistischen Wirtschaftsprogramms, bei der Wirtschaftsdemokratie. Die entscheidenden Formulierungen auf diesem Gebiet sind durch den Hamburger ADGB-Kongreß vom September 1928 abgeschlossen worden. Die grundlegende Linie hat Nölting in einem Referat auf der Frankfurter Delegiertenkonferenz des ADGB am 1. November 1928 ganz einfach formuliert:

„Der Arbeiter muß dort eingegliedert werden, wo die Wirtschaft gemacht wird, also in den Monopolverwaltungen. Die Einschaltung des Arbeiters in die Kontrolle der Monopolverwaltungen ist der Sinn der Wirtschaftsdemokratie. Diese Einschaltung erfolgt einmal über den Staat hinweg, der sich ein Kontroll- und Aufsichtsrecht aneignet. Weil in der Demokratie Volkswille entscheidet, ist der Arbeiter an dieser Kontrolle mitbeteiligt. Die andere Einschaltung ist die, daß Vertreter der Arbeiterorganisationen zur Mitbestimmung in die Monopolorganisationen vom Staate eingesetzt werden.“

In beiden Fällen geht also der Weg zur „Mitbestimmung des Arbeiters in der Wirtschaft“ über den bürgerlichen Staat, und logischerweise hat Tarnow auf dem Hamburger ADGB-Kongreß es ausgesprochen, daß durch die Aufstellung der Wirtschaftsdemokratie als zentrale Parole die Gewerkschaften „noch enger als bisher mit dem demokratischen Staate verbunden“ seien. Die andere Seite dieser Ideologie ist der Verzicht auf die „veraltete“ Methode des Klassenkampfes gegen das Unternehmertum, an dessen Stelle eben die vom bürgerlichen Staate gewährleistete „Mitbestimmung“ innerhalb des Aufsichtsrats treten soll. Primitiv, aber sachlich konsequent hat ein Delegierter des Hamburger ADGB-Kongresses das ausgesprochen mit den Worten: „Der Klassenkampf wird von der Straße ins Verhandlungszimmer verlegt“.

Die sozialfaschistische Theorie der „Wirtschaftsdemokratie“ ist die den heutigen Bedingungen des entwickelten Finanzkapitals entsprechende Form der alten revisionistischen These vom „Hineinwachsen in den Sozialismus“. Mit großer Zähigkeit wird, um den Vorwurf der Preisgabe des sozialistischen Endziels zurückzuweisen, von den Reformisten betont, daß ihre „Wirtschaftsdemokratie“ nicht im Gegensatz zum Sozialismus stehe, sondern „werdender Sozialismus“ sei. Mit diesem von den „Linken“ immer gerne aufgegriffenen Argument wird aber der Verrat am Sozialismus nur noch klarer; denn die Wirtschaftsdemokratie, wie sie von den Reformisten propagiert wird, ist nichts anderes als fortschreitender Monopolisierungsprozeß der Wirtschaft plus wachsende Rolle des Staatskapitalismus im Monopolkapitalismus plus Heranziehung der Arbeiteraristokratie zur Mitarbeit im bürgerlichen Ausbeutungs- und Unterdrückungsapparat. Das sind durchaus keine illusionären Hirngespinste sondern reale Entwicklungstendenzen des deutschen wie jedes anderen Imperialismus: das was der Reformismus unter „Wirtschaftsdemokratie“ versteht, ist durchaus eine Realität (der Betrug liegt nur [486] darin, daß die Verstärkung des bürgerlichen Unterdrückungsapparates und die wachsende Heranziehung ihrer Klasse entfremdeter Arbeiter zur Bekämpfung ihrer Klassengenossen der Gesamtarbeiterschaft als Errungenschaft vorgespiegelt wird). Das „Festhalten am sozialistischen Endziel“ sieht also so aus, daß man den heutigen Kapitalismus als werdenden und seine eigenen Entwicklungstendenzen als vollendeten Sozialismus deklariert. Diese Gedanken sind schon ausgesprochen in der vom Hamburg ADGB-Kongreß angenommenen Resolution, wo es heißt:

„Die Demokratisierung der Wirtschaft führt zum Sozialismus ... Nicht als fernes Zukunftsziel, sondern als täglich fortschreitender Entwicklungsprozeß stellt sich die Umwandlung des Wirtschaftssystems dar.

Die Demokratisierung der Wirtschaft bedeutet die schrittweise Beseitigung der Herrschaft, die sich auf den Kapitalbesitz aufbaut, und die Umwandlung der leitenden Organe der Wirtschaft aus Organen der kapitalistischen Interessen in solche der Allgemeinheit. Die Demokratisierung der Wirtschaft erfolgt schrittweise mit der immer deutlicher werdenden Strukturwandlung des Kapitalismus. Deutlich führt die Entwicklung vom kapitalistischen Ei genbetrieb zum organisierten Monopolkapitalismus.“

Von einer beliebigen faschistischen Kundgebung unterscheidet sich dieses Programm nur durch die Terminologie, nur dadurch, daß man – im Interesse der Irreführung einer in sozialistischen Traditionen erzogenen Arbeiterschaft – ein bestimmtes „sozialistisches“ Etikett auf eine Flasche klebt. Der Inhalt ist unverfälschter Faschismus: auf dem Wege der fortschreitenden Organisiertheit Ueberwindung des Einzelinteresses (das bei den Reformisten wie bei den Faschisten „kapitalistisches Interesse“ genannt wird, weil der Gesamtkapitalismus für sie eben kein Kapitalismus ist) durch das „Interesse der Allgemeinheit“, führende Funktion des Staates bei dieser Umwandlung. Mehr kann man von der Sozialdemokratie nicht verlangen, und es wäre kindisch, die Anerkennung des Vorhandenseins eines Sozialfaschismus an die Preisgabe des Wortes „Sozialismus“ zu knüpfen: der spezifische Wert des Sozialfaschismus für die Bourgeoisie besteht gerade darin, daß das faschistische Programm in einer „sozialistischen“ Phraseologie propagiert wird, genau so wie der spezifische Wert der Hakenkreuzler für die Bourgeoisie (einschließlich der jüdischen) in der Propagierung des faschistischen Programms unter einer antisemitischen Terminologie besteht. Mit der Formel der „Wirtschaftsdemokratie“ hat der deutsche Reformismus, der in diesem Prozesse Sozialfaschismus wurde, die seinem Wesen angemessene theoretische Begriffsbestimmung gefunden, unter der er möglichst breite Arbeiterschichten zur Unterstützung seines Ueberganges ins andere Klassenlager und des Aufstieges einzelner korrumpierter Arbeiterelemente ins Kleinbürgertum zu gewinnen und dadurch an die Bourgeoisie zu

ketten sucht. Die letzte Konsequenz hat Dittmann auf dem Magdeburger Parteitag in seinem Referat über die Wehrfrage (wo diese Gedanken auch hingehören, da sie die theoretische Basis des Sozialchauvinismus bilden) gezogen, indem er sagte:

„Wir leben nicht mehr im reinen Kapitalismus, sondern bereits im Uebergange zum Sozialismus: wirtschaftlich, politisch, sozial."

Und:

„Wir haben in Deutschland bereits zehnmal soviel sozialistische Errungenschaften zu verteidigen wie die Bussen."

Woraus sich natürlich die Konsequenz ihrer Verteidigung, insbesondere auch gegen die im Sozialismus rückständigen Russen, ergibt. Ob man die gegenüber der proletarischen Diktatur und dem wirklichen Sozialismus zu verteidigende Gesellschaftsform „Sozialismus" oder „korporative Wirtschaft" nennt (wie es der italienische Faschismus tut), ist ein reiner Formunterschied der Agitation.

IV.

Ist das Verwachsen der reformistischen Organisationen mit dem Unterdrückungsapparat ebenso wie die dieses Verwachsen ausdrückende „wirtschaftsdemokratische" Ideologie schon im Verlaufe der letzten Jahre aus gebildet worden, so gab es doch scheinbar ein wichtiges – und für den internationalen Faschismus durchaus charakteristisches – Gebiet, auf dem grundlegende Differenzen zwischen faschistischer und reformistischer Ideo-[487]logie festzustellen waren: nämlich die Konzeption des Staatsbegriffes, der als Ordner der Wirtschaft und Erzwinger der Arbeitsgemeinschaft zwischen den Klassen angerufen wurde. Hier Verherrlichung der bürgerlichen Demokratie, – dort Konstatierung ihres Bankrotts und bewußte Propagierung der Diktatur als der höheren Staatsform. Und in engem Zusammenhange damit beim Faschismus die offene Proklamation des „heiligen Egoismus" der eigenen Nation als höchste Richtschnur der internationalen Beziehungen – bei der Sozialdemokratie eine ausgebildete pazifistische Phraseologie. So kraß, wie sie scheinen, waren die Unterschiede niemals: der polnische Faschismus wie sogar die jugoslawische Militärdiktatur haben ihre Tätigkeit unter der Parole des Schutzes und der Verteidigung der Demokratie, bzw. ihrer bloß vorübergehenden Suspension zwecks späterer um so gründlicherer Wiederherstellung begonnen und sind erst im Verlaufe der Ausübung der Diktatur dazu gelangt, sie mehr oder minder offen als höchste Form der staatlichen Organisation zu proklamieren. Selbst in Italien hat es bis zur Erreichung des heutigen Zustandes verschiedene verfassungsrechtliche Stadien und verschiedenartige dazugehörige Ideologien über den „idealen" Typus des nationalen Staates gegeben, deren erste von den Forderungen deutscher Demokraten und Sozialdemokraten nach „einer starken Führung in der Demokratie" durchaus nicht grundsätzlich verschieden und nichts weniger als antiparlamentarisch waren. Das Säbelrasseln ist – wie sich in der Praxis der letzten Jahre zeigte – bei faschistischen Diktaturen ebenso wie bei „demokratischen" Staaten ein gelegentliches taktisches Manöver – aber durchaus nicht die Norm, die hier wie dort in einer Rechtfertigung der eigenen Kriegsrüstungen mit Bedürfnissen nach „Schutz des Friedens", „Verteidigung der Landesgrenzen" usw. besteht.

Hat der Faschismus selbst dort, wo er zu wesentlichen Teilen auf der Mobilisierung radikalisierter Kleinbürgerelemente gegen das Proletariat beruhte, die ausgesprochene antiparlamentarische und antipazifistische Ideologie nur sehr allmählich (und teilweise bis heute noch nicht vollständig) entwickelt (und zwar im wesentlichen in den späteren Phasen nach Eroberung der Macht), so ist es ganz unsinnig, vom deutschen Sozialfaschismus zu verlangen, daß er seine Aufgabe der Gewinnung von demokratisch-pazifistisch erzogenen Massen für Krieg und Diktatur durch eine öffentliche Absage an die demokratisch-pazifistische Ideologie erfüllt. Seine Aufgabe im Interesse der Bourgeoisie besteht ja gerade darin, diese Ideologien in einer solchen Weise zu transformieren, daß sie zur Propagierung der faschistischen Diktatur mitausgenützt werden können, und da wäre jene Absage der denkbar unzweckmäßigste Weg. Dies ist der tiefere Grund dafür, daß die Gruppe der „Sozialistischen Monatshefte" (die seit Jahren den Bankrott der parlamentarischen Demokratie feststellt, eine „strukturelle Demokratie", gestützt auf Wirtschaftskörper nach Art der faschistischen Syndikate fordert, über die pazifistische Ideologie bösartige Witze macht und offen mit dem italienischen

Faschismus sympathisiert), daß diese Gruppe, obwohl ihr führende Gewerkschaftler und Leute wie die Minister Severing und Wissell angehören, obwohl sie in allen innerpolitischen Fragen ziemlich richtig die Taktik der Sozialdemokratie vorausgesagt hat, dennoch die Entwicklung der sozialfaschistischen Theorie nicht führen, sondern nur von außen beeinflussen konnte. Es ist Aufgabe der Sozialdemokratie in einem Industrielande wie Deutschland, die faschistische Diktatur vorzubereiten und zu organisieren, aber mit einer zur Irreführung möglichst breiter Massen geeigneten Phraseologie, womöglich mit einer „marxistischen", und keineswegs mit einem offenen und ehrlichen Aussprechen des Verrats an den alten Grundsätzen. Und die besondere Bedeutung des Magdeburger Parteitages liegt eben darin, daß er den entscheidenden Schritt zur Transformation der demokratisch-pazifistischen Ideologie ins faschistische Geleise gebracht hat. Nachdem die deutsche Sozialdemokratie die Herrschaft der Bourgeoisie als „werdenden Sozialismus" deklariert hat, war es nur recht und billig, daß sie sich feierlich verpflichtete, diese Herrschaft gegen alle inneren und äußeren Feinde zu verteidigen.

[488] Der Grundgedanke der Ersetzung der bürgerlichen Demokratie durch die faschistische Diktatur ist von Wels in seiner bekannten Rede offen ausgesprochen worden, wobei es nach dem Gesagten nur natürlich ist, daß diese Diktatur zunächst gerade mit dem Interesse der späteren „Wiederherstellung der Demokratie" begründet wird, und daß vorläufig die Krise des Parlamentarismus nur als eine vorübergehende anerkannt wird:

„Es ist nicht zu leugnen, daß das parlamentarische Regime eine schwere Krise durchmacht. In manchen der grollen Länder ist es durch ein System der Diktatur ersetzt, sei es faschistisch oder bolschewistisch. Da gilt es für uns, besonders verantwortungsbewußt zu handeln.

Es ist unsere Aufgabe, die Demokratie zu sichern, die Republik zu schützen. Gelänge es aber den Feinden der Republik, der Demokratie in Deutschland so schweren Schaden zuzufügen, daß kein anderer Ausweg bliebe als die Diktatur, dann sollen Stahlhelm, Nationalsozialisten und ihre kommunistischen Brüder von Moskau wissen:

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften als die Vertreter der großen Masse des deutschen Volkes, fest gefügt in ihren Organisationen, in verantwortungsbewußtem Handeln, würden auch sie zu handhaben wissen. (Stürmischer Beifall.) Das Recht der Diktatur fiele ihnen zu und niemand anderem. (Stürmischer Beifall.)

Bei ihnen wäre allein auch die Garantie für die Rückkehr zur Demokratie nach Ueberwindung von Schwierigkeiten, die wir nicht wünschen, gegeben."

In Wirklichkeit ist es klar, daß, je länger die sozialfaschistische Diktatur andauert, desto klarer ihr selbst wie allen anderen die Unmöglichkeit der Rückkehr zur „Demokratie" werden wird. Wenn man sich erst im Flusse der „Handhabung der Diktatur" (die bekanntlich ihre innere Logik hat, und bei der eine Maßnahme die andere nach sich zieht) befindet, wird sich auch zur Rechtfertigung dieser „Handhabung" die Theorie einfinden und „marxistisch" (falls dieses Wort dann noch nicht gänzlich in die Ecke geworfen sein wird, wie es sein Geist schon längst ist) begründen, daß die sozialfaschistische Diktatur eben die höchste Form der Demokratie darstelle, von der aus zu niedrigeren Formen zurückkehren sinnlos wäre. Für den wirklichen Geist der gesamten Sozialdemokratie ist es bezeichnend, daß die „Linken" jene Kundgebung Wels nicht etwa kritisch, sondern im Gegenteil als Zeichen des gewachsenen Kampfwillens der Partei aufgenommen haben.

Wenn sich die sozialfaschistische Diktatur in Deutschland (ihre Vollendung und nicht den vorherigen Sieg des revolutionären Proletariats vorausgesetzt) in etwas von der italienischen unterscheiden wird, dann nur durch ein Streben nach sorgfältigerer Begründung der außerordentlichen Gewaltanwendung, die zu jeder faschistischen Diktatur gehört und die sich sowohl in Form von „Notstandsmaßnahmen" des Staatsapparates (der, angeblich „vorübergehend", sich über seine gesetzlichen „Spielregeln" hinwegsetzt) als auch in Form „privater", „unverantwortlicher" Gewaltanwendung formal nicht staatlicher Organisationen auswirken kann. Da der deutsche Faschismus seine Hauptstütze (wie bei der Struktur des Landes unvermeidlich) in der Sozialdemokratie haben und diese an bestimmte Ideologien anknüpfen muß, wird die „Notstandsmaßnahme" des Staates die entscheidende Rolle spielen.

Charakteristisch ist dafür z. B. die Reichstagsrede Severings vom 27. Juni, in der er – nach dem Falle des Republikschutzgesetzes – die Bereitschaft der Regierung zur Anwendung des Ausnahmeparagraphen 48 der Reichsverfassung (noch vor einem Jahre hatte die Sozialdemokratie gegen die Anwendung dieses Paragraphen zur Ausfüllung von Gesetzeslücken protestiert!) ankündigte. Die Praxis der Koalitionsregierung beschleunigt eben die ideologische Entwicklung in einem bisher ungeahnten Tempo. Wir haben aber auch für die Anwendung offen außerlegaler Gewalt schon genügende Vorbereitung in der Tätigkeit der Reichsbannerrollkommandos, die mit einer Zuspitzung der allgemeinen Schwierigkeiten der deutschen Bourgeoisie zweifellos weiter ausgebaut werden wird. Der vorherrschende Zug ist – wie bei der besonderen Funktion der Sozialdemokratie unvermeidlich – die Tendenz zur Eingliederung der sozialfaschistischen Organisationen und ihrer Terrorakte in den Mechanismus des Staatsapparates. Auf den Führertagungen des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold" im Mai-Juni dieses Jahres haben – anknüpfend an die Erfahrungen der Berliner Maikämpfe – die Fragen des Einsatzes dieser Organisation in Verbindung mit [489] Reichswehr und Schutzpolizei die entscheidende Rolle gespielt. Wenn dort gesagt wurde, daß man nur um Haaresbreite vom Einsatze des Reichsbanners entfernt gewesen sei, so mag das im konkreten Falle übertrieben sein – aber es wurde nur übertrieben, um den wirklichen Einsatz sozialfaschistischer Terrorgruppen bei kommenden Klassenzusammenstößen ideologisch und organisatorisch vorzubereiten.

Wels hat – was wörtlich von jedem offenen Faschisten genau so ausgesprochen werden konnte – die Stärke der reformistischen Organisationen als besondere Rechtfertigung des Anspruches des Reformismus auf Ausübung der faschistischen Diktatur in Deutschland angeführt. In der Tat gehört die Stützung auf breite Massenorganisationen außerhalb des Staatsapparates zum Wesen jeder faschistischen Diktatur und macht sie ja gerade vom Standpunkt der Bourgeoisie aus gesehen) den althergebrachten Formen der Militärdiktatur überlegen. Ideologische und organisatorische Geschlossenheit, Ausschaltung jeder antifaschistischen Strömung bzw. deren gewaltsame Ausrottung sind die Voraussetzung für die Verwendbarkeit einer Organisation als Stützpunkt der faschistischen Diktatur. In den „Fortschritten" der Gewerkschaften wie der anderen von den Reformisten beherrschten Massenorganisationen auf diesem Wege liegen vielleicht gegenwärtig die größten praktischen Fortschritte des deutschen Sozialfaschismus. Unmöglich ist es, hier auf die Einzelheiten der reformistischen Spaltungsoffensive, von der keine Organisation verschont bleibt, einzugehen: hier, wo wir uns im wesentlichen mit der Ideologie des deutschen Sozialfaschismus beschäftigen, muß der Hinweis darauf genügen, daß die Begründung der Ausschluß- und Spaltungsmaßnahmen im Verlaufe der letzten ein bis zwei Jahre eine andere geworden ist, als sie es vordem war: hatte man früher Kommunisten ausgeschlossen, weil sie durch Vertretung ihrer Auffassungen „die Politik in die Gewerkschaften hineintragen", die „Neutralität" der angeblich unpolitischen Massenorganisationen verletzten, so ist diese „Neutralität" auch in den offiziellen Kundgebungen des letzten Jahres so ziemlich verschwunden; man verkündet offen die Bindung der Organisationen an die „Gewerkschaftspartei" und schließt Kommunisten aus, nicht weil sie Politik machen, sondern weil sie eine bestimmte antisozialdemokratische Politik machen, gegen die „Gewerkschaftspartei" ankämpfen. Tarnow hat in Hamburg schon betont, daß durch das Programm der „Wirtschaftsdemokratie" die Bindung der Gewerkschaften an die im Staate für ihr Programm arbeitende Partei zwangsläufig enger werden müsse als je zuvor. Objektiv sind diese Zusammenhänge nichts Neues – aber es bedeutet einen großen Fortschritt in der Faschisierung der Organisationen, wenn sie offen ausgesprochen werden, weil dadurch die Organisation im Bewußtsein ihrer Mitglieder für die Rolle vorbereitet wird, die sie nach Wels in der kommenden Diktatur spielen soll. Nachdem das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold" ja eigentlich schon seit seiner Gründung typisch faschistische Züge herausgearbeitet hat, sind in den blutigen Maitagen zum ersten Male nach vielen Jahren die Gewerkschaften als Träger und Förderer (sie hatten das Demonstrationsverbot mit dem notwendigen „Schutze ihrer Versammlungen" gerechtfertigt) sowie schließlich auch als offene Verteidiger („das Interesse der Allgemeinheit muß gegen eine Minderheit von Ruhestörern geschützt werden") des weißen Terrors gegen die Arbeiterschaft aufgetreten – und diese Tatsache bedeutet eine innere wie äußere Festlegung des sozialfaschistischen Typus ihres Auftretens.

Der politische Zielpunkt der sozialfaschistischen Rüstung und der Hauptzweck, für den die Bourgeoisie die sozialfaschistische Entwicklung beansprucht, ist der kommende imperialistische Krieg,

und auch auf diesem Gebiete (und gerade auf ihm) hat Magdeburg entscheidende Fortschritte der Faschisierung gebracht. Ueber das sozialdemokratische Wehrprogramm ist so viel schon gesagt und geschrieben worden, daß es langer Ausführungen (die auch der Rahmen dieses Artikels sprengen würden) nicht bedarf. Es braucht nach dem Obengesagten auch nicht breit ausgeführt zu werden, warum die Verkoppelung pazifistischer Phrasen (allgemeine Hoffnung auf Abrüstung als [490] „Endziel“) mit der imperialistischen Realität, gerade vom Standpunkt der besonderen Funktion des Sozialfaschismus aus gesehen, notwendig ist und den faschistischen Charakter des Programms nicht beeinträchtigt. Im Gegenteil ist dieser geradezu gesteigert worden durch die „Konzessionen“, die knapp vor dem Parteitage der Kritik innerhalb der Partei gemacht wurden. Hieß es in der Begründung der Notwendigkeit eines Heeres (und also auch des kommenden Krieges) ursprünglich, daß die Wehrmacht angesichts der die deutsche Republik „mit konterrevolutionären Interventionen und neuen Kriegen“ bedrohenden „faschistischen und imperialistischen Mächte“ (einen deutschen Imperialismus gibt es nach der von Hermann Müller auf dem Magdeburger Parteitag offen vertretenen These ja nicht) „zum Schutze der Selbstbestimmung ihres (der deutschen Republik) Volkes“ notwendig sei, so heißt es im endgültigen angenommenen Text:

„... zum Schutze ihrer Neutralität sowie der politisch-wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse.“

Aeußerlich erscheint dies als Abschwächung der offen nationalistischen Ideologie („Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes“) – tatsächlich ist es eine weitere Herausarbeitung der typisch sozialfaschistischen Ideologie, die sich nicht durch einfache Uebernahme deutschnationaler Phrasen entwickeln kann, sondern gerade dadurch, daß Diktatur und Krieg mit „besonderen Interessen der Arbeiterklasse“ begründet und gerechtfertigt werden. Im kommenden Kriege wird es nicht nur darauf ankommen, irgendwie Propaganda für den Krieg zu machen, sondern vor allem darauf, Organisationen zur Niederwerfung des revolutionären Proletariats und zur Aufrechterhaltung der Kriegsindustrie zur Verfügung zu haben. (Wir verweisen hier darauf, daß der „linke“ Paul Levi in seiner Wehrbroschüre ausführlich die besondere Fähigkeit der Arbeiterklasse zur Förderung eines „in ihrem Interesse liegenden“ Krieges kraft ihrer Verfügung über das „Kriegspotential“ und gerade kraft ihrer Organisiertheit betont.) Und gerade die Herausarbeitung dieser zukünftigen Rolle der Organisationen (bei welcher Arbeit sich „Rechte“ und „Linke“ ihre Funktionen teilen) ist Hauptzweck und Hauptkraft der Entwicklung des deutschen Sozialfaschismus. Um die Organisationen schlagkräftig zu halten, muß ihnen ihre faschistische Aufgabe „vom Standpunkte der Arbeiterinteressen“ aus begründet werden. Der Begriff der „Nation“ wird nicht preisgegeben, sondern im Gegenteil schärfer herausgearbeitet, wenn man das besondere Interesse der Arbeiterklasse an dem von der und für die Bourgeoisie geführten Kriege betont, – und gerade durch diese Herausarbeitung sichert man der Bourgeoisie organisatorische Stützpunkte innerhalb ihres einzig ernsten Feindes, der Arbeiterklasse.

Magdeburg hat die ideologische Entwicklung des deutschen Sozialfaschismus zu einem gewissen vorläufigen Abschluß gebracht. In ihrer konterrevolutionären Praxis wird die Sozialdemokratie die letzten „Schlacken“ ihrer Vergangenheit – und damit freilich auch tausende bisher irregeführter Arbeiter – von sich abwerfen, kraft ihrer Stellung zur stärksten konterrevolutionären Macht des Landes, zum Sammelpunkt nicht nur der arbeiteraristokratischen, sondern auch zahlreicher Kleinbürger- und ähnlicher Elemente werden. Jeder Schritt auf dem Wege des Sozialfaschismus bedeutet eine Beschleunigung und Vergrößerung des nächsten Schrittes, indem er sich auf die soziale Struktur der Partei auswirkt: Arbeiter abstößt, Kleinbürger anzieht. Der deutsche Sozialfaschismus konnte und kann sich nur von einer „proletarischen“ Ideologie aus entwickeln, wenn er für die Bourgeoisie nützlich sein soll, – aber mit jedem Schritt entfernt er sich von seinem Ausgangspunkt. „Demokratie“ und „Pazifismus“, noch vor zwei Jahren das A und O der reformistischen Propaganda, sind in Magdeburg bereits aus Aktionslosungen (bzw. unbedingt zu verteidigenden Gütern) zu schönen „Endzielen“ geworden, zu deren Sicherung „vorläufig“ Krieg und Diktatur mit in Kauf genommen werden müssen. Die neuen Schichten, die in die Partei kommen, werden von der „vorläufigen“ Rechtfertigung von Krieg und Diktatur ausgehen und (was die Führer im Inneren schon längst getan haben) in der konterrevolutionären [491] Praxis zu ihrer ideologischen Rechtfertigung, zum hundertprozentigen

Faschismus gelangen. Magdeburg hat die Beteiligung der deutschen Sozialdemokratie am Antisowjetkriege deutlich genug angekündigt: als Breitscheid die „unzulässige Einmischung“ der Sowjetregierung in die deutsche Innenpolitik anläßlich der Maikämpfe feststellte, hat Crispien deutlich genug auf die endgültige Notwendigkeit der Intervention verwiesen. Die Stellungnahme der SPD und der II. Internationale im russisch-chinesischen Konflikt bedeutet weitere Fortschritte auf dieser Bahn. Die Kampagne für den imperialistischen Interventionskrieg gegen die Sowjetunion wird – neben dem verstärkten Einsatz des Staatsapparates gegen die im Herbst und Winter nahenden großen Klassenkämpfe – die nächsten großen Fortschritte der sozialfaschistischen Entwicklung bringen.

*

## Agitation und Propaganda

Was Lenin zu diesen Fragen zu sagen hat

G. Im Verlag für Literatur und Politik ist – endlich – ein Sammelband erschienen mit dem Titel: „N. Lenin: Agitation und Propaganda.“

Wenn wir hier Alarm schlagen, um die gesamte Parteiöffentlichkeit auf diese Tatsache aufmerksam zu machen, so aus drei Gründen:

Erstens, weil dieses Buch einen erneuten Beweis für die geniale Größe unseres toten Führers ablegt und dank der Schärfe, Eindringlichkeit und Einfachheit seiner Sprache bis in die untersten Parteikaders den Drang nach dem Studium der Theorie und Praxis des Leninismus gewaltig verstärken wird.

Zweitens, weil hier von der berufensten Feder nachgeholt wird, was analog für die anderen Teilgebiete der revolutionären Arbeit, für die Gewerkschaftsarbeit, für die Organisationsarbeit usw. längst geschehen ist: die ausführliche theoretische Klarlegung dessen, was Agitation und Propaganda eigentlich ist, und wie man diese Arbeit praktisch anfassen muß – oder besser ausgedrückt: was im Rahmen der allgemeinen Parteiarbeit das Agitprop-Ressort bedeutet.

Drittens, weil in diesem Buche aus der Praxis der Bolschewiki Beispiele der Agitation und Propaganda gegeben werden, die der Kommunistischen Partei Deutschlands bei richtiger Nutzanwendung den Weg in den kommenden schweren Kämpfen beleuchten und die Arbeit erleichtern werden. Insofern ist das Buch von allergrößter Aktualität und gehört in die Hand eines jeden Parteiarbeiters, dem es mit unserer revolutionären Sache ernst ist.

*

Propaganda bedeutet, einem kleineren oder größeren Kreis von Menschen – je nach Wahl der Mittel und Methoden – die Theorie des Marxismus-Leninismus in möglichster Tiefe und Breite zu vermitteln und unter Anwendung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus die Gesamtheit der Kampfbedingungen und Kampfziele des Proletariats in einer bestimmten Situation darzulegen. Lenin formulierte das bereits 1897 folgendermaßen:

„Die sozialistische Arbeit der russischen Sozialdemokraten besteht darin, die Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus zu propagieren, d. h. unter der Arbeiterschaft richtige Begriffe zu verbreiten über die gegenwärtige gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung, über ihre Grundlagen und ihre Entwicklung, über die verschiedenen Klassen der russischen Gesellschaft und deren Wechselbeziehungen, über den Kampf dieser Klassems miteinander, über die Rolle der Arbeiterklasse in diesem Kampf, über das Verhältnis der Arbeiterklasse zu den untergehenden und zu den aufsteigenden Klassen, zur Vergangenheit und Zukunft des Kapitalismus, über die geschichtliche Aufgabe der internationalen Sozialdemokratie und der russischen Arbeiterklasse.“

[492] Und schon damals trennte Lenin theoretisch und praktisch von der Propaganda sehr scharf die Agitation.

Agitation hat die Aufgabe, aus den allgemeinen, auf den Prinzipien des Marxismus-Leninismus beruhenden Richtlinien jene entscheidenden Knotenpunkte herauszusuchen, die zu Aktionslosungen umgeschmiedet werden müssen.

Während die Agitation sich auf einige wenige Leitgedanken konzentrieren muß, die zum Hebel der Aktion der Massen werden sollen und somit im tagtäglichen Kampf unermüdlich im Bewußtsein des

kämpfenden Proletariats eingeprägt werden müssen, hat die Propaganda die Aufgabe, die Aktionsparolen, diese Schlagworte der Taktik, in Einklang zu bringen mit dem allgemeinen strategischen Plan der Partei, sie zu begründen durch eine erschöpfende Analyse der Gesamtlage und der sich daraus ergebenden Entwicklungstendenzen. Lenin formuliert das so:

„In untrennbarem Zusammenhang mit der Propaganda steht die Agitation unter den Arbeitern, die sich unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen in Rußland und bei der gegebenen Entwicklungsstufe der Arbeitermassen naturgemäß in den Vordergrund drängt.

Die Agitation unter den Arbeitern besteht darin, daß sich die Sozialdemokraten an allen spontanen Aeußerungen des Kampfes der Arbeiterklasse, an allen Zusammenstößen der Arbeiter mit den Kapitalisten wegen Arbeitszeit, Arbeitslohn, Arbeitsbedingungen usw. beteiligen. Unsere Aufgabe ist es, unsere Tätigkeit mit den praktischen Alltagsfragen des Arbeiterlebens zu verbinden, den Arbeitern beizustehen, damit sie sich in diesen Fragen zurechtfinden, ihre Aufmerksamkeit auf die gröbsten Mißbräuche zu lenken, ihnen zu helfen, ihre Forderungen an die Unternehmer genauer und zweckmäßiger zu formulieren, in den Arbeitern das Solidaritätsgefühl zu entwickeln, das Bewußtsein der gemeinsamen Interessen und der gemeinsamen Sache aller russischen Arbeiter als einheitliche Arbeiterklasse, die ein Teil der Weltarmee des Proletariats ist.

Die Organisierung von Arbeiterzirkeln, die Schaffung regelmäßiger konspirativer Verbindungen zwischen diesen und der zentralen Gruppe der Sozialdemokraten, die Ausgabe und Verbreitung von Arbeiterliteratur, die Organisierung einer Berichterstattung in allen Mittelpunkten der Arbeiterbewegung, die Ausgabe und Verbreitung von Flugblättern und Aufrufen zu Agitationszwecken, die Ausbildung eines Stammes erfahrener Agitatoren – dies wären in allgemeinen Umrissen die Aeußerungsformen der sozialistischen Tätigkeit der russischen Sozialdemokratie.“

Aber man darf dabei nicht in den Oekonomismus abgleiten und sich auf die wirtschaftlichen Fragen und die Vorgänge im Betrieb beschränken. Lenin erkannte sehr früh diese Gefahren, die der Massenagitation drohten, und hämmerte mit der ihm eigenen Klarheit folgende Sätze in das Bewußtsein der russischen Sozialdemokraten:

„Mit ihrer Agitation unter den Arbeitern auf der Grundlage der unmittelbaren wirtschaftlichen Forderungen verbinden die Sozialdemokraten untrennbar auch die Agitation auf der Grundlage der unmittelbaren politischen Bedürfnisse, Nöte und Forderungen der Arbeiterklasse – die Agitation gegen den polizeilichen Druck, der bei jedem Streik, bei jedem Zusammenstoß zwischen Arbeiterschaft und Kapitalisten fühlbar wird; die Agitation gegen die Einschränkung der Rechte der Arbeiter als russische Staatsbürger im allgemeinen und als die am meisten unterdrückte und rechtlose Klasse im besonderen; die Agitation gegen jeden prominenten Vertreter und Lakaien des Absolutismus, der, mit den Arbeitern in nähere Fühlung kommend, der Arbeiterklasse ihre politische Versklavung anschaulich macht.

Ebenso wie es im Leben der Arbeiter keine einzige wirtschaftliche Frage gibt, die nicht für die wirtschaftliche Agitation ausgenutzt werden sollte, [493] gibt es auch auf dem politischen Gebiet keine Frage, die nicht zum Gegenstand der politischen Agitation dienen müßte.

Diese zwei Arten der Agitation sind so untrennbar verbunden wie die beiden Seiten einer Medaille. Die wirtschaftliche wie die politische Agitation sind für die Entwicklung des Klassenbewußtseins des Proletariats gleich unentbehrlich als Leitfaden des Klassenkampfes der russischen Arbeiter, denn jeder Klassenkampf ist ein politischer Kampf.“

So finden wir bereits vor mehr als 30 Jahren bei Lenin sehr scharfe Definitionen und anschauliche Darstellungen dessen, was unter Agitation und Propaganda zu verstehen ist. Und einige Jahre später in der Broschüre „Was tun?“ im Jahre 1902 konkretisierte Lenin in seinem Kampfe gegen die Oekonomisten unermüdlich den Unterschied zwischen Propaganda und Agitation.

Als Martynow eine Formulierung Plechanows angriff, in der Plechanow sagte:

„Der Propagandist gibt viele Ideen einer oder mehreren Personen, der Agitator dagegen gibt nur eine oder wenige Ideen, dafür aber gibt er sie einer ganzen Masse von Menschen“,

da stellte sich Lenin auf die Seite von Plechanow und griff die verschwommene Formulierung von Martynow an, der die Agitation nur gelten ließ als direkte Aktionslosung der Partei für das Proletariat. Lenin legte klar, daß der Propagandist sich in der Hauptsache des gedruckten, der Agitator aber des

lebendigen Wortes bedient. Er bezeichnete z. B. Kautsky als einen Propagandisten, Bebel dagegen als einen Agitatoren. Er zeigte auf, daß natürlich die Agitation den Kurs auf die Aktion nehmen muß, daß aber darin nicht das Wesen der Agitation bestehen kann, denn eine Propaganda des Sozialismus, die in den Massen nicht das Bedürfnis nach Kampf, nach Aktionen gegen den Kapitalismus weckt und diese Aktionen vorbereiten hilft, wäre eine unzulässige, passive, beschreibende oder erzählende Bücherschreiberei, die mit dem revolutionären Sozialismus nichts gemein hat. Sowohl Propaganda als auch Agitation dienen der Aktion des Proletariats. Der Marxismus strebt die Einheit von Wissenschaft und Tat, von Theorie und Praxis an.

Lenin gab sich deshalb auch niemals zufrieden mit der Beschränkung auf die in den Betrieben einsetzenden „wirtschaftlichen Enthüllungen", die die Massen zu den ökonomischen Kämpfen mobilisieren sollen.

Er betont zwar mit aller Schärfe, daß die Geißelung der Zustände in den Betrieben, solange der Kapitalismus bestehen wird, ein wichtiger Hebel für den ökonomischen Kampf und eine Vorstufe für den politischen Kampf bleiben wird, aber das genügt nicht.

„Die Sozialdemokratie leitet nicht nur den Kampf der Arbeiterklasse um günstige Bedingungen für den Verkauf ihrer Arbeitskraft, sondern auch den Kampf um die Beseitigung jener Gesellschaftsordnung, die die Besitzlosen zwingt, sich an die Reichen zu verkaufen."

Deshalb genügt die betriebliche Enthüllungsarbeit keineswegs und darf nicht zur hauptsächlichen Tätigkeit der Partei werden. Die Partei muß aktiv an die politische Erziehung der Arbeiterklasse, an die Entwicklung des politischen Bewußtseins herangehen und den Kampf gegen die politische Unterdrückung der werktätigen Massen aufnehmen.

„Da unter dieser Unterdrückung die verschiedensten Gesellschaftsklassen zu leiden haben, da sie (die Unterdrückung) auf den verschiedensten Lebens- und Tätigkeitsgebieten auf dem gewerkschaftlichen sowohl wie auf dem allgemein staatsbürgerlichen, dem persönlichen wie dem der Familie, dem religiösen, dem wissenschaftlichen usw. usw. in Erscheinung tritt – ist es da nicht klar, daß wir unsere Aufgabe, das politische Bewußtsein der Arbeiter zu entwickeln, nicht erfüllen werden, wenn wir nicht an die Organisierung einer allseitigen politischen Entlarvung des Absolutismus herangehen?"

Und so arbeitet er scharf heraus, daß die politische Agitation nicht [494] nur eine notwendige, sondern grundlegende Bedingung für die Erziehung der Massen ist, daß die Partei nicht nur die Arbeiterklasse mobilisiert, sondern gleichzeitig auch klarstellen muß, daß „der Student und der Sektierer, der Bauer und der Schriftsteller von der gleichen finsteren Kraft verhöhnt und getreten werden", und daß alle unterdrückten und geknebelten Schichten politisiert werden, in ihnen ein unwiderstehliches Verlangen geweckt wird, selbst zu regieren, nicht nur ökonomisch zu streiken, sondern „heute den Zensoren ein Katzenkonzert zu veranstalten, morgen vor dem Hause des Gouverneurs zu demonstrieren, der eine Bauernrevolte unterdrückt hat, übermorgen jenen Gendarmen im Priesterrock, die die Arbeit der heiligen Inquisition verrichten, eine Lektion zu erteilen usw.". Und in seiner endgültigen Auseinandersetzung mit den Oekonomisten, in seinem Kampfe gegen die tradeunionistischen Tendenzen formuliert Lenin dann messerscharf:

„Das politische Klassenbewußtsein kann dem Arbeiter nur von außen beigebracht werden, d. h. außerhalb des ökonomischen Kampfes, außerhalb der Sphäre der Beziehungen der Arbeiter zu den Unternehmern. Das Gebiet, aus dem allein dieses Wissen geschöpft werden kann, ist das Gebiet der Beziehungen aller Klassen und Schichten zum Staate und zur Regierung, das Gebiet der Wechselbeziehungen zwischen sämtlichen Klassen. Deshalb darf man auf die Frage: Was tun, um den Arbeitern politisches Wissen beizubringen?, nicht nur jene Antwort geben, mit der sich in den meisten Fällen die Praktiker begnügen, ganz zu schweigen von jenen Praktikern, die zum Oekonomismus neigen, nämlich die Antwort: ‚Man gehe unter die Arbeiter.'

Um den Arbeitern politisches Wissen beizubringen, müssen die Sozialdemokraten in alle Klassen der Bevölkerung gehen, müssen sie Abteilungen ihrer Armee nach allen Seiten hin aussenden."

Wir haben hier die Frage der Agitation und Propaganda und die Frage des Zusammenhanges zwischen wirtschaftlicher und politischer Agitation (und der entsprechenden Propaganda) herausgegriffen. Diese Fragen wurden von Lenin vor 1905 gestellt. Sie schaffen Klarheit über das, was Agitation und Propaganda eigentlich ist, über die Bedeutung des Agitprop-Ressorts. Daraus ergibt sich auch,

daß Agitprop eine wichtige Funktion gegenüber allen anderen Parteiressorts, der Parteipresse und den Referenten hat, das ist die wirkliche Kontrolle darüber, daß auf allen Arbeitsgebieten die Praxis und Alltagsarbeit der Partei in Einklang steht mit der gesamten Strategie und Taktik und den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus.

*

## Wir und die Kulturreaktion

W. G. Die Partei muß aufmerksam verfolgen, was da am kulturpolitischen Horizont an Reaktion heraufzieht. Eine faulende parasitäre Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, die von den inneren Widersprüchen des kapitalistischen Produktionsprozesses hin- und hergeschüttelt wird, der kein Ausweg in der Richtung fortschrittlicher Entwicklung, Hebung des wirtschaftlichen und kulturellen Lebensniveaus der werktätigen Massen offensteht, mobilisiert jetzt in Deutschland in gigantischem Ausmaß alle reaktionären Gewalten gegen das Proletariat.

Der Zweck ist klar: die gegen die wachsende wirtschaftliche Verelendung und politische Unterdrückung rebellierenden und nach links marschierenden Massen sollen geistig verwirrt, geknechtet und an diese stinkende bürgerliche Gesellschaft gefesselt werden. Die deutsche imperialistische Bourgeoisie will sich innenpolitisch zu faschistischen Diktaturmethoden und außenpolitisch zu neuen imperialistischen Raubkriegen gegen die Sowjetunion möglichst günstige Vorbedingungen mit Hilfe der Kulturreaktion schaffen.

[495] Und die Sozialdemokratie? – Deren soziale Basis besteht aus jener Gesellschaft von staatlichen Gehalts- und Pensionsschluckern, von verbürgerlichten Bürokraten, die Wohnungslosigkeit, Erwerbslosigkeit und Streiken längst vergessen haben, die als höchstes Heiligtum den Millionenbestand ihrer Organisationskassen, aus denen sie ihre Gehälter schlucken, vor dem Leerwerden durch Massenkämpfe behüten, die die in den Organisationskassen angesammelten Arbeitergroschen nach kapitalistischen Geschäftsmethoden zu profitabler Mehrwertheckerei mißbrauchen, als „Arbeiterkapitalist“ durch „Arbeiterbanken“ und andere industrielle Betriebe, in denen Proleten ausgebeutet werden, ihren politischen Einfluß zu steigern suchen. Die SPD stützt sich weiter auf die breite Garde jener Pressekanaillen in den staatlich subventionierten sozialdemokratischen und bürgerlichen oder „neutralen“ Zeitungen, die der Hindenburg-Republik ihr täglich Loblied singen. Sie stützt sich auf jene Schicht von Betriebsräten, Vorarbeitern und Antreibern in den Betrieben, die feste mitrationalisieren auf Kosten der Arbeiter, Streiks abwürgen, Revolutionäre bei den Betriebsleitungen denunzieren, die unorganisierten Arbeiter bespucken und verleumden, mit Anzügen, Fahrrädern oder Lebensmitteln schachern und dabei ihre Prozente einsacken und für diese arbeiterfeindliche Tätigkeit nicht nur mal einen Tag blau machen oder betrunken im Betrieb herumtorkeln dürfen, sondern einen etwas höheren Durchschnittslohn anschreiben, an bevorzugten Arbeitsplätzen stehen, wochen- und monatelangen Urlaub zu den „Wirtschaftsschulen“ des ADGB und Parteischulen der SPD erhalten. Wenn sie sich dort das Gehirn mit wirtschaftsdemokratischen und sozialfaschistischen Theorien vollgepumpt haben, werden sie mit freudiger Zustimmung des Unternehmertums wieder auf die Belegschaften losgelassen, um mit ihren „geistigen Waffen“, mit der antikommunistischen Hetze, Denunziationen und Streikabwürgerei gegen die Klasseninteressen der Belegschaft anzukämpfen.

Diese ganze sozialfaschistische Gesellschaft ist mit dem kapitalistischen Staats- und Wirtschaftsapparat so eng zusammengewachsen, daß sie heute schon fast bürgerlicher als die Bourgeoisie, rationalisierungswütiger als der schlimmste Unternehmer, kriegshetzerischer als die reaktionärsten Militärs, päpstlicher als der Papst denkt und handelt.

Was Wunder also, daß diese wahrhaften Kettenhunde des Imperialismus nicht nur auf Gewerkschaftskongressen dem Klassenkampf und ökonomischen Streik abschwören, daß sie auf ihrem Magdeburger Parteitag nicht nur nach der faschistischen Diktatur gegen das Proletariat riefen und täglich versuchen, ihren Willen in die Tat umzusetzen – auch auf kulturpolitischem Gebiet vollbringt die Sozialdemokratie jede Schandtat gegen das Proletariat. Wo nur Kulturreaktion sich zeigt: die Sozialdemokratie macht mit, marschiert an der Spitze.

Man reihe unmißverständliche Tatsachen aneinander:

Braun schließt in Preußen ein Konkordat ab mit Pacelli. Noch war die Feder zur Unterschrift nicht eingetunkt, da erklärt Herr Adam Remmele, Sozialdemokrat und badischer Ministerpräsident, daß Preußen jetzt das Vorbild für ein Konkordat zwischen Baden und dem Papst schaffe. Die Verhandlungen mit den Katholischen waren noch nicht zu Ende geführt, da begann schon Konkordatskuhhandel mit den Evangelischen in Preußen. Und Sachsen, Thüringen und Württemberg sowie noch andere Länder stehen gleichfalls vor Konkordatsverhandlungen!

Oder ein anderes Beispiel: Die Gruppe Junger Schauspieler in Berlin bringt ein packendes, antimilitaristisches Stück „Giftgas über Berlin“ heraus, und der Held des Bürgerkrieges gegen wehrlose Frauen und unbewaffnete Arbeiter, Herr Zörgiebel, in trautem Verein mit Grzesinski, Severing und Groener führt eine unerhörte Vorzensur durch und verbietet die ganze Aufführung!

Oder: in den sogenannten Ueberwachungsausschüssen, Programmkommissionen oder künstlerischen Beiräten der Rundfunksende-[496]gesellschaften räkeln sich neben den nach Abstammung und Vergangenheit hundertprozentigen Bourgeois auch sozialdemokratische Redakteure, Sekretäre und Parlamentarier herum, grunzen vergnügt über diesen Brei von Nationalismus, Militarismus, Kitsch und Schund. Andere Sozialdemokraten und Gewerkschaftsbonzen lassen dort die schamlosesten arbeiterfeindlichen Tiraden vom Stapel – für das Geld der Millionenmasse proletarischer Rundfunkhörer, an denen außer den Sendegesellschaften auch noch die Reichspost schwere Millionen verdient.

Man sehe sich die Filmkritik des „Vorwärts“ und ähnlicher Arbeiteraristokratenreptile an: Hugenberg, Scherl, Mosse, Ullstein und Girardet kommen da gar nicht mit in Lobhudelei der sentimentalen Hollywooder Rührseligkeit, der Geschichtsklitterei im Sinne des Bürgertums, in der Hetze gegen jeden wahrhaft proletarischen Film, der in Rußland vom Standpunkt des klassenbewußten Proletariats aus gedreht wurde.

Erinnern wir noch daran, daß es Sozialdemokraten sind, die unter Beifall von Faschisten und Deutschnationalen den klassenbewußten Arbeitersportorganisationen jede kommunale Zuwendung und Benutzung städtischer Geräte, Spiel- und Sportplätze entziehen wollen. Das Gehirn eines Sozialdemokraten hat auch den famosen Plan ausgeheckt, die roten Sportvereine einfach als „politisch“ zu erklären und bei gegebenem Anlaß aufzulösen. Dazu plant Herr Severing, Deutsche Turnerschaft, Arbeiter-Turn- und Sportverbände, faschistischen Werksport und Reichsbannersportabteilungen, vielleicht auch noch Deutschen Automobilklub und ehemaligen Kaiserlichen Yachtklub, in einen Topf zu rühren, in dem „Deutschlands Zukunft“ liegt und der sich im geplanten Krieg gegen die Sowjetunion als Reservoir für imperialistisches Kanonenfutter bewähren soll.

Man kann die Reihe nach Belieben verlängern. Aber zwei Dinge ergeben sich bereits aus dem Gesagten.

Die Sozialdemokratie, die noch auf große Massen deshalb Einfluß hatte, weil sie in den kulturpolitischen Massenorganisationen unter der Phrase der „politischen Neutralität“ verstand, ihre arbeiterfeindliche Politik zu verschleiern, ist jetzt gezwungen, Farbe zu bekennen: Spaltungsoffensive im Arbeitersport, bei den Freidenkern, im Arbeiterradiobund, Hetze gegen den Volksfilmverband und die Opposition in den mehr und mehr verstaatlichten Volksbühnenorganisationen reden eine deutliche Sprache. Die Sozialdemokratie ist durch die Logik der innen- und außenpolitischen Entwicklung gezwungen, alle marxistischen und sozialistischen Traditionen, die unter den Mitgliedern und Anhängern der proletarischen, gegen die Kulturreaktion gerichteten Massenorganisationen noch lebendig geblieben ist, rücksichtslos auszurotten und niederzutrampeln. Ueberall dort, wo die Kommunistische Partei die alten revolutionären Traditionen hochhält und der sozialdemokratischen Politik durch geeignete Form der Mobilisierung der Mitgliedermassen Widerstand zu leisten versteht, zeigt sich, daß wir stürmisch vorwärtsmarschieren, daß wir hier Hunderttausende von Proletariern, an die wir in Betrieb und Gewerkschaft schlecht herankommen, von der Sozialdemokratie loslösen und um unsere Fahne sammeln können.

Das zweite, was sich zeigt, ist noch negativ: unsere Partei proklamiert zwar energisch die Losung „Tiefer hinein in die Massen“ – aber im großen und ganzen treibt sie eine Politik der Beschränkung.

Sie konzentriert sich auf den Kampf gegen den bürgerlichen Staat und Sozialfaschismus und auf die Organisierung ökonomischer Kämpfe, ohne mit dieser politisch-wirtschaftlichen Kampftätigkeit gleichzeitig den Kampf gegen die Kulturreaktion zu verbinden.

Unsere Parteileitungen übersehen oft, daß wir die einzige Arbeiterpartei sind, die marxistisch-leninistisch auch den Kampf gegen die Kulturreaktion zu führen verpflichtet ist, daß es vom Standpunkt der leninistischen Agitation und Propaganda für eine Kommunistische Partei einfach nicht erlaubt ist, an wichtigen Ereignissen, wie Konkordat, [497] Zensurgesetze für Presse, Literatur und Film usw. vorüberzugehen, daß es noch unmöglicher ist, tatenlos zuzusehen, wie die Sozialdemokratie sich bemüht, alle kulturpolitischen Arbeiterorganisationen unter ihrer Leitung an die Trustbourgeoisie und ihren Staat auszuliefern und, wo sie auf den Widerstand der Arbeiterschaft stößt, diese Organisationen einfach dezimiert, spaltet oder ganz zerschlägt.

Es ist für eine revolutionäre Massenpartei auch unmöglich, interesselos dem bürgerlichen Kinobetrieb zuzuschauen, in dem täglich Millionen Proleten gegen die Revolution beeinflußt werden, dem Radiobetrieb mit Gleichgültigkeit gegenüberzustehen, der Millionen Arbeiterhirne vom Klassenkampf ablenkt und für die bürgerliche Politik zu begeistern versucht.

Die Bourgeoisie und Sozialdemokratie hat die Bedeutung der reaktionären Möglichkeiten, die durch Kirche, Radio, Kino, Literatur und Sport gegeben sind, längst erkannt. Die frechen Vorstöße der Kulturreaktion sind Signale, die alle Kommunisten aus der bisherigen Gleichgültigkeit aufrütteln sollten, die uns veranlassen müssen, wirklich zu den Massen zu gehen, eine bessere Fraktionsarbeit in den kulturpolitischen Massenorganisationen au organisieren, die Proletarier über die Bedeutung der Kulturreaktion im Zusammenhang mit der politischen und wirtschaftlichen Reaktion aufzuklären. So werden wir Hunderttausende von Arbeitern, die dem aktiven politischen Klassenkampf noch fernstehen, in unsere revolutionären Aktionen hineinreißen und den Millionenmassen klarmachen können, daß wir heute unseren revolutionären Kampf auch durch den Kampf gegen die Kulturreaktion verbreitern müssen, und daß die proletarische Kultur erst herauswachsen wird aus der siegreichen proletarischen Revolution, aus der Diktatur des Proletariats und dem Aufbau des Sozialismus.

*

## Erklärung des 12. Parteitages der KPD zur Fraktionsplattform der Versöhnler

> In Heft 13 wurden die Plattform der Versöhnler auf dem 12. Parteitag sowie die Erklärungen der Genossen Thälmann und Ewert zu dieser Plattform abgedruckt. Durch ein Versehen ist dabei die vom Parteitag angenommene Erklärung, auf die sich die genannten Ausführungen der beiden Genossen beziehen, nicht mit abgedruckt worden. Wir tragen dies hiermit nach und veröffentlichen gleichzeitig den innerparteilichen Teil der Thesen des inzwischen stattgefundenen 10. EKKI-Plenums. Die Redaktion.

Der Parteitag stellt fest, daß die vom Genossen Ewert im Auftrage seiner opportunistischen Fraktion vorgelegte Plattform eine Systematisierung und Fortentwicklung in der Richtung des Liquidatorentums darstellt.

Diese Politik wurde bereits vom IV. RGI-Kongreß, vom VI. Weltkongreß und den folgenden Tagungen des Präsidiums des EKKI und des ZK der KPD abgelehnt. Diese Plattform ist zugleich ein Versuch, die leninistische Auffassung über das Wesen, die Strategie, Taktik und Organisation der Partei zu revidieren. Die Behauptung der Versöhnler, daß ihre Differenzen mit der Partei und Komintern nur taktischer Natur sind, stimmt überein mit den Methoden der Liquidatoren, die auch versuchten, vor der Partei und der Arbeiterschaft durch solche Manöver ihre grundsätzlichen Auffassungen zu verschleiern.

Die Versöhnler stellen in allen entscheidenden Punkten der Taktik des VI. Weltkongresses und der Partei ihre eigene, opportunistische Taktik gegenüber. (Ruhrkampf, Betriebsrätewahl, Maikämpfe, Stellung zur Sozialdemokratie.) Die Partei wird alles tun, um jene wenigen Genossen, die mit bestimmten Auffassungen der versöhnlerischen Gruppe sympathisieren, von der [498] Richtigkeit der Parteibeschlüsse zu überzeugen und für die disziplinierte Durchführung der Beschlüsse zu gewinnen.

Die Tiefe der politischen Differenzen unserer Partei mit dieser halb menschewistischen Gruppe findet ihren Ausdruck in dem fraktionellen Charakter des Kampfes der Versöhnler. Unter der Forderung nach „Diskussionsfreiheit“ versuchen sie, das „Recht“ auf Fraktions- und Zersetzungsarbeit durchzusetzen. In der Frage der Parteidisziplin legen die Versöhnler ein rein formales Bekenntnis ab und erklären zugleich, daß die wirkliche Durchführung der Disziplin unter den gegenwärtigen Bedingungen unmöglich sei. Damit bringen sie zum Ausdruck, daß sie lediglich einen günstigeren Zeitpunkt für den offenen Fraktionskampf und den offenen Bruch mit dem Bolschewismus wählen wollen.

Die Versöhnler haben bereits die Rolle der Rechten in der Partei übernommen. Ebenso wie die Liquidatoren und die Sozialdemokraten führen sie eine Verleumdungskampagne über die „Isolierung der KPD“, ihren „krisenhaften Zustand“, die Durchführung des Rut-Fischer-Kurses“, die „Mißerfolge der neuen Taktik“, die „verfehlte Taktik während der Maiereignisse“ usw. Damit liefern sie nicht nur Verleumdungsmaterial für den Klassenfeind, sondern betätigen sich als eine parteizersetzende Fraktion.

Wenn die Versöhnler diese opportunistische Politik nicht aufgeben. werden sie unvermeidlich den Weg der Liquidatoren gehen.

Die Plattform der Versöhnler bedeutet zugleich den Versuch, alle versöhnlerischen Elemente in der Kommunistischen Internationale auf einer ideologischen und organisatorischen Grundlage zusammenzufassen und gegen die Beschlüsse der Komintern zu mobilisieren.

Der Parteitag stellt an die Unterzeichner der Plattform und an alle Anhänger dieser Fraktion folgende Forderungen:

1. Aufgeben des halbmenschewistischen Standpunktes und Anerkennung des fraktionellen Charakters ihrer dem Parteitag vorgelegten Plattform.

2. Sofortige Auflösung der Fraktion und aller gruppenmäßigen Verbindungen.

3. Disziplinierte Durchführung und Verteidigung der Parteitagsbeschlüsse und aller Anweisungen der Parteiführung.

Dem Parteitag beauftragt das neugewählte Zentralkomitee, es soll gemeinsam mit der Exekutive der Komintern die notwendigen organisatorischen Maßnahmen der Sicherung der Einheit der Partei und der disziplinierten Durchführung der Parteitagsbeschlüsse treffen.

*

## Das 10. Plenum des EKKI gegen Rechte und Versöhnler

*Aus den Thesen des 10. EKKI-Plenums über „Die internationale Lage und die nächsten Aufgaben der Kommunistischen Internationale“.*

9. Das Plenum des EKKI konstatiert mit Befriedigung das Wachstum des Einflusses der Komintern in der letzten Zeit, die organisatorische und ideologische Festigung ihrer Sektionen, sowie ihre Säuberung von den opportunistischen Elementen (Brandler, Hais, Lovestone). Das Geschrei der rechten Renegaten über die Zersetzung der Komintern, das von den spießbürgerlichen Versöhnlern mit aufgegriffen wird, bestätigt nur, wie sehr diese Säuberung der kommunistischen Bewegung notwendig war, um die zersetzende Arbeit der opportunistischen Elemente zu verhindern und eine wirkliche Bolsche-[499]wisierung dem kommunistischen Parteien zu gewährleisten. Es liegen bereits höchst wichtige Erfolge dieser Bolschewisierung in einem Reihe kommunistischer Parteien vor, in erster Linie Deutschlands, Frankreichs und Polens: die Säuberung von den Opportunisten, die die Kampffähigkeit der kommunistischen Parteien steigerte und diese auf dem Wege zur Ausübung der vollen Führung im wirtschaftlichen und politischen Kampf vorwärts machte; das Aufrücken neuer Kräfte, die sich unter den Verhältnissen der gesteigerten Aktivität der Arbeiterklasse und im Kampf gegen den Opportunismus politisch herausgebildet haben und gewachsen sind; die Zunahme der bolschewistischen Disziplin unter voller Entfaltung der innerparteilichen Demokratie, die erhöhte Heranziehung von Arbeitern in die führenden Kader der kommunistischen Parteien. Das Plenum vermerkt die

Konsolidierung der kommunistischen Parteien auf der Grundlage der politischen und taktischen Linie des VI. Kongresses. Ferner konstatiert das Plenum des EKKI, daß die leitenden Organe der Komintern, das heißt das Politsekretariat und das Präsidium in richtiger Weise die Linie dem Beschlüsse des VI. Kongresses durchführten, rechtzeitig auf die wichtigsten politischen Ereignisse reagierten und mit Erfolg den Kampf gegen die rechte Abweichung und das Versöhnlertum führten. Um stärkere Garantien für die Durchführung der Beschlüsse dem Komintern zu schaffen, beauftragt das Plenum das Präsidium, Maßnahmen zu treffen, um den Apparat des EKKI durch Heranziehung entwicklungsfähiger Parteiarbeiter aus den Sektionen zu stärken und von opportunistischen Elementen zu säubern.

Unter Führung des EKKI und auf der Grundlage seines Offenen Briefes hat die KPD die Renegaten-Gruppe Brandler-Thalheimer ideologisch und politisch zerschlagen und ihren Einfluß unter den Arbeitern vollständig untergraben. Die KPTsch hat sich unter aktiver Beteiligung des EKKI rasch des schuftigen Versuches der Hais und Konsorten zur Spaltung der roten Gewerkschaftsbewegung in der Tschechoslowakei zu wehren verstanden und ist ideologisch und politisch gekräftigt aus dem Kampf gegen das Liquidatorentum hervorgegangen. Unter Führung des EKKI liquidiert die Amerikanische Kommunistische Partei erfolgreich das prinzipienlose Fraktionswesen und den zersetzenden Einfluß der opportunistischen Fraktionsführer Lovestone und Pepper) auf die Parteikaders.

Das Plenum des EKKI, das voll und ganz die Beschlüsse des Präsidiums des EKKI in der amerikanischen Frage, die Beschlüsse in der deutschen Frage, den Offenen Brief an die KPD und die Beschlüsse des Präsidiums des EKKI in der tschechoslowakischen Frage billigt, hält eine Verteidigung der Anschauungen der von der Komintern als antiparteiliche und den Interessen der proletarischen revolutionären Bewegung höchst feindselige Strömung verurteilten rechten Abweichungen durch einzelne Mitglieder dem Kommunistischen Partei als unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei.

*Gleichzeitig konstatiert das Plenum, daß das Versöhnlertum, das als feiger Opportunismus aufgetreten ist und das offene Liquidatorentum in Schutz nimmt, in der letzten Zeit in allen ausschlaggebenden Fragen der kommunistischen Bewegung bei den Stellungen der Rechten gelandet ist und innerhalb der Komintern die Rolle der Rechten übernommen hat. Nach dem Ausschluß der rechten Liquidatoren ist es zum Zentralanziehungspunkt aller rechten Elemente in den Reihen der Kommunistischen Partei, zum Sprachrohr aller defaitistischen Stimmungen und zum Träger aller opportunistischen Anschauungen geworden. Angesichts dessen fordert das EKKl, a) daß die Versöhnler offen und energisch abrücken von den Trägern der rechten Abweichung; b) daß sie einen aktiven Kampf nicht nur in Worten, sondern durch die Tat gegen die rechte Abweichung führen und c) daß sie sich bedingungslos allen Beschlüssen der Komintern und ihre Sektionen unterwerfen und sie aktiv in die Praxis umsetzen. Die Nichterfüllung einer dieser Bedingungen stellt jeden, der sie verletzt, außerhalb der Reihen der Kommunistischen Internationale.*

[500] Das Plenum des EKKI ist der Anschauung, daß ohne die Durchführung dieser Beschlüsse, ohne die Zerschlagung der rechten und „linken“ (trotzkistischen) Liquidatoren, und ohne die entschiedene Ueberwindung des Versöhnlertums es nicht möglich ist, die Aufgaben der Komintern und ihrer Sektionen unter den Verhältnissen des neuen Aufschwungs zu erfüllen; die Aufgaben der Bekämpfung der Kriegsgefahr und der Verteidigung der Sowjetunion, der Bekämpfung der Sozialdemokratie und besonders ihres „linken“ Flügels, der Vorbereitung der kommunistischen Parteien und der Arbeiterklasse auf die kommenden revolutionären Kämpfe, der Auslese der wirklich revolutionären Führer der Arbeiterklasse, die fähig sind, kühn und ohne Schwankungen das Proletariat zum Kampf um den Sturz des Kapitalismus und die Errichtung der Diktatur des Proletariats zu führen.

10. Besonders wichtige Bedeutung gewinnt der Kampf gegen das Liquidatorentum und die versöhnlerische Haltung ihm gegenüber auf dem Gebiet der Durchführung der Aufgaben der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse durch die kommunistischen Parteien. Durch die Abschwächung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie, durch die Ueberschätzung ihrer Kräfte und die Geringschätzung der Rolle der Kommunistischen Partei durchkreuzen diese Elemente den Kampf der Partei um die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse und hindern die auf dem Wege von der

Sozialdemokratie zur kommunistischen Bewegung befindlichen Arbeiter daran, den letzten Schritt auf die Seite des Kommunismus zu machen. Das Plenum des EKKI, das diese streikbrecherische Rolle der rechten opportunistischen Elemente hervorhebt, ruft alle Sektionen der Kommunistischen Internationale auf, alle ihre Kräfte auf die Aufgabe der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse zu konzentrieren.

[501]

**Die Internationale**
**Jahrgang 12 * Berlin, den 15. August 1929 * Heft 16**

## Der 11. August

R. G. Die bürgerliche Republik hat ihren zehnten Geburtstag gefeiert. 25.000 Reichsbannermannen wurden mit Ach und Krach zusammengetrommelt und marschierten an den Herren Hörsing, Severing und Zörgiebel vorbei. Das war recht und billig: Noske war der Vater dieser Republik und Lehrer aller Arbeitermörder und so ziemt es sich auch, daß seine gelehrigen Schüler im Mittelpunkt des zehnten Jubelfestes der wiederaufgerichteten bürgerlichen Diktatur stehen. Der Arbeitermord stand an der Wiege der Weimarer Verfassung, der Arbeitermord hat sie auf all ihren (mitunter recht krummen) Wegen begleitet – und der Arbeitermord wird auch den Rest ihrer Tage verschönen. Hörsing hat das feierlich als die Parole des Reichsbanners verkündet: wenn der Staat mit den bolschewistischen Hetzern nicht bald fertig werde, dann wolle das Reichsbanner die Mühe auf sich nehmen. Und ganze Kolonnen marschierten unter dem Gesang: „Wir stürzen die Sowjetunion." Die schwarzrotgoldene Republik, die mit vielen Phrasen von Freiheit, sozialer Gerechtigkeit und ewigem Frieden begonnen hat, steht nun ziemlich ungeniert und unbekleidet in ihrer wahren Gestalt: weißer Terror und Interventionskrieg sind an die Stelle des Oelzweigs getreten.

Weimar ist nun endlich hoffähig geworden: in allen Kirchen, Schulen und Aemtern wurde seiner ehrend gedacht, an manchen Orten haben deutschnationale Politiker die Verfassungsrede gehalten, ja, sogar ein richtiggehender früherer Landesvater, der Fürst von Waldeck, ist in Bad Pyrmont zur Verfassungsfeier erschienen. Und in Berlin wurden die Schulkinder mit schwarzrotgoldenen Fähnchen ausgerüstet und zur „vaterländischen" Feier zusammengetrieben. Und die Vorderhäuser in den kleinbürgerlichen Vierteln waren beflaggt – alles ganz richtig, wie einst unter dem seligen Wilhelm. Findet dieser Staat nicht die Begeisterung der Massen, so ist er doch Staat genug, um das festliche Aeußere zu produzieren, – und blieben die Arbeiterviertel stumm, standen längs der Linden Neugierige und Gegner, so haben sich doch in den Kaffeehäusern einige Hundert elegante Damen eingefunden, die den vorbeimarschierenden Reichsbannerleuten ihr vermutlich vom Herzen kommendes „Frei Heil!" zuriefen. Die Bourgeoisie hat sich mit beiden Beinen auf den Boden von Weimar gestellt; sie ist zu der Erkenntnis gekommen, daß sich unter der republikanischen Flagge die bestmöglichen Profite machen lassen – und in dieser Grunderkenntnis sind alle Fraktionen der Bourgeoisie, städtische und ländliche Kapitalisten, einig. Nur die Sozialdemokratie (einschließlich ihres neuesten Zuwachses, der Brandlerianer, die in ihrem Blättchen vom 17. August die gleiche These aufstellen) behauptet noch, daß die Weimarer Re-[502]publik von rechts her bedroht sei, und sie tut dies zu sehr durchsichtigen Zwecken: Den Arbeitern, die unter der schwarzrotgoldenen Flagge zum Kampf gegen ihre Klassenbrüder gesammelt werden sollen, traut man sich doch nicht die ganze Wahrheit zu sagen, und so erfindet man die „monarchistische" und „faschistische" Gefahr, die angeblich ebenso wie die „Gefahr von links", die Gefahr der proletarischen Revolution, bekämpft werden soll. Sind es auch in der Hauptsache arbeiteraristokratische, ihrer Klasse entfremdete Elemente, an die sich die bürgerliche Republik wendet – der Faschismus läßt sich am besten unter der demokratischen Flagge organisieren und Worte kosten nichts.

Denn der Faschismus ist in dieser Stunde die aktuellste Frage – nur daß er nicht im Kampf gegen Weimar kommt, sondern mit und durch Weimar, daß diejenigen, die (sei es selbst unter antifaschistischen Phrasen) für Weimar gewonnen wurden, zu Schildknappen des Faschismus werden. An ihrem zehnten Jahrestage steht die Republik, die in ihren Anfängen Millionen von Arbeitern irreführen und nur kraft dieser Irreführung einer Mehrheit von Arbeitern die proletarischen Vortruppen niederschlagen konnte, verlassen von den Massen da. Mit Hohn oder stillschweigender Verachtung wurde das Reichsbanner in den Arbeitervierteln empfangen und dieser Empfang ist nur der äußere Ausdruck jener moralischen Isolierung, in die die Ausbeuterrepublik geraten ist, und der sie in den blutigen Maitagen einen Schlußstein aufgesetzt hat. Ist sie „hoffähig" geworden, so war die andere Seite dieses Prozesses die „Krise des Parlamentarismus", die fortschreitende Erkenntnis immer breiterer Massen über den Klasseninhalt des „demokratischen" Apparats, die Massenflucht aus dem

künstlichen demagogischen Bau der Parteien – so chaotische, unklare Formen diese Flucht heute auch annehmen mag. Selbst Weimars Ideologen müssen das mehr oder minder anerkennen. In der Sondernummer zum zehnten Verfassungstage der Zeitschrift „Deutsche Republik“ schreibt Ludwig Haas, ein bürgerlicher Demokrat:

„Bis weit in die Reihen der Republikaner hinein regt sich der Widerwillen gegen gewisse unverkennbare plutokratische Entwicklungslinien der deutschen Republik. Für eine plutokratische Republik setzt keiner sein Leben ein ... Sind alle, die von der Republik sprechen, noch frei und unabhängig? So fragt das Volk! ... Die ernsten Republikaner, denen die Demokratie Herzenssache ist, sollen hier sehen, daß die Republik sich in einer Vertrauenskrise befindet.“

Aber wenn die bürgerliche Demokratie ihre spezifische Aufgabe der Irreführung der breiten werktätigen Massen nicht mehr erfüllt, dann muß die Bourgeoisie zum unmittelbaren Terror greifen. Doch auch der Terror bedarf in einem großen Industrielande einer gewissen Massenbasis. Und so übernimmt der Reformismus, der – als einziger – vor zehn Jahren imstande war, unter der demokratischen Phraseologie und unter dem Geschwätz von der „marschierenden Sozialisierung“, die proletarische Revolution niederzuwerfen, unter veränderten Verhältnissen und in verändertem Gewande die Aufgabe der Ueberführung der bankrotten Demokratie in die faschistische Diktatur. Wels hat das in Magdeburg sehr klar ausgesprochen, hat die „Krise der Demokratie“ rückhaltlos anerkannt, zu ihrer Rettung die Diktatur der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften angekündigt, die allein die nötige Massenbasis für die Errichtung und Aufrechterhaltung der Diktatur besäßen. Das ist der Faschismus unter demo-[503]kratischen Phrasen. Und die „linken“ Schwätzer feiern das Bekenntnis ihrer Partei zum Faschismus als einen Fortschritt zum entschiedeneren proletarischen Klassenkampf!

„Indem wir zur zehnjährigen Feier der Verfassung aufmarschieren, müssen wir gleichzeitig in Rechnung stellen, diese gefeierte Verfassung zeitweise außer Kraft zu setzen.“

So schreibt Böchel in der Chemnitzer „Volksstimme“ vom 10. November. Kann noch krasser die schwere Krisis beleuchtet werden, in der sich die bürgerliche Demokratie befindet? Demagogie ist es, wenn rechte und „linke“ Sozialdemokraten so tun, als ob ihre Diktatur die Antwort auf einen Angriff von rechts darstellen würde: gegen „rechts“ werden sie schwätzen, während sie gegen links handeln. Aber eines ist klar: die zehn Jahre Weimar sind nicht nur eine runde Zahl – sie sind eine bestimmte geschichtliche Periode. Die deutsche Republik tritt aus der demokratischen in die faschistische Phase.

Aber die zehn Jahre Weimar sind auch zehn Jahre Entwicklung der KPD, zehn Jahre der Herausbildung einer festen bolschewistischen Vorhut. Der Faschismus marschiert – aber die proletarische Revolution marschiert auch. Sie wird marschieren über die „demokratischen“ wie über die faschistischen Wälle, sie wird marschieren über die Körper der Sozialverräter, die sich ihr entgegenwerfen. Sie wird marschieren bis zum Siege, sie wird die wahre, proletarische Demokratie, die Diktatur des Proletariats und den Sieg des Sozialismus verwirklichen.

*

## Engels über Demokratie, Kommunismus und demokratische Republik

Von Alexander Emel

Was ist Demokratie und was verstanden darunter die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Marx und Engels? Die Antwort auf diese Frage ist besonders in der gegenwärtigen Periode keine „akademische“ Angelegenheit. Die Fälscher des Marxismus – die früheren Opportunisten aller Schattierungen und gegenwärtigen Sozialfaschisten – berufen sich entweder nicht mehr auf Engels oder behaupten, daß „die Staatenwelt, in der Karl Marx zu leben und zu schaffen verurteilt war, der heutigen einfach unvergleichbar ist“ (Renner, Gesellschaft, 1928, Nr. 10, Seite 293.) Die Schlußfolgerungen, die hieraus gezogen werden, sind die von Tarnow auf dem ADGB-Kongreß, daß, wenn Marx heute noch lebte, er an Stelle von Naphtali das Referat über Wirtschaftsdemokratie gehalten hätte. Denn „was Marx über den Staat sagt, gilt für den Staat, den allein er gesehen und gekannt hat“. (Renner, ebenda. Von mir unterstrichen – A. E.)

Wir wollen nun sehen, was Engels (und Marx) unter Demokratie verstanden haben. Hierfür wollen wir eine wenig bekannte Arbeit von Engels anführen, nämlich seinen Artikel: „Das Fest der Nationen in London“. (Rheinische Jahrbücher zur gesellschaftlichen Reform, herausgegeben unter Mitwirkung mehrerer von Hermann Püttmann, 1846.) Diesen Artikel schrieb Engels anläßlich eines großen Meetings, das am 10. August 1845 in London zur Erinnerung an die französische Republik (namentlich an die Revolution von 1792 und die Konstitution von 1793) und außerdem zur Ehrung „der Stiftung der ‚Demokratischen Assoziation‘ durch die radikale Fraktion der englischen Bewegungspartei von 1838/39“ stattgefunden hat. [504] Präsident dieses Meetings war der bekannte Chartist Thomas Cooper, der 1842 wegen Teilnahme an einer Insurrektion zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt war. Als Hauptredner figurierten unter anderen Julian Harney (England), Berrier-Fontaine (Frankreich) und Weitling (Deutschland). Sie alle feierten in ihren Reden die Bedeutung der großen französischen Revolution und im besonderen die jener Periode, wo die revolutionäre Masse den Verrat der Bourgeoisie erkannte und nicht gewillt war, die Weiterentwicklung der Revolution bremsen zu lassen.

„Die große wirkliche Frage, die die französische Revolution zu lösen hatte, war die Zerstörung der Ungleichheit und die Einführung von Institutionen, welche dem französischen Volke das Glück sichern würden, das die Massen zu allen Zeiten bis jetzt entbehrt haben ... Aber das Volk fand bald, daß mit der Zerstörung der Bastille und mit der Abschaffung der Feudalprivilegien, mit der Demütigung des Königs und der Aristokratie nichts erreicht war als die Vergrößerung der Macht der Bourgeoisie. Aber das Volk war hiermit nicht zufrieden (Beifall; es verlangte Freiheit und Rechte für sich, es verlangte, was wir verlangen, – eine wahre volle Gleichheit (lauter Beifall).“ (Seite 97.)

In diesen Worten kennzeichnet Harney die Ursachen, die die weitere Entwicklung der Revolution bedingten, die später zur „Verschwörung der Gleichen“ führten.

Diese Reden greift Engels auf, um seine These über das Wesen der Demokratie zu bekräftigen.

Demokratie im wahren Sinne bedingt Verbrüderung der Nationen. Engels geht von diesem Punkt aus. Wir lesen gleich am Eingang (S. 2) folgendes:

„Die Fraternisierung der Nationen unter der Fahne der modernen Demokratie, wie sie von der französischen Revolution ausgegangen, im französischen Kommunismus und englischen Chartismus sich entwickelt hat, zeigt, daß die Massen und ihre Repräsentanten besser wissen, was die Glocke geschlagen hat, als die deutsche Theorie.“

Zu betonen ist, daß der Ausdruck „moderne Demokratie“ von Engels gesperrt ist. Was bezweckte er damit? Es sollte hier zwischen moderner Demokratie, wie sie vom „französischen Kommunismus“ ausgegangen ist, und der „deutschen Theorie“, der Demokratie als solcher, ein Unterschied gemacht werden. Und um nicht mißverstanden zu werden, zitiert Engels selbst die eventuellen Einwendungen der Gegner:

„Aber davon ist ja gar nicht die Rede! Wer spricht denn von der Fraternisierung wie sie usw., von der Demokratie wie sie usw.? Wir sprechen von der Fraternisierung der Nationen an und für sich, von der Fraternisierung der Nationen, von der Demokratie, von der Demokratie schlechthin, von der Demokratie als solcher. Habt ihr denn euren Hegel ganz vergessen?“

Also! „Habt ihr denn euren Hegel ganz vergessen?“ Wir meinen ja: „Demokratie schlechthin“, „Demokratie als solche“. Und Engels antwortet mit einer beißenden Ironie:

„Wir sind keine Römer, wir rauchen Tabak. Wir sprechen nicht von der antinationalen Bewegung, die jetzt in der Welt vor sich geht, wir sprechen von der Aufhebung der Nationalitäten, die sich vermittelst des reinen Gedankens – mit Hilfe der Phantasie, in Ermangelung der Tatsachen – in unserem Kopfe vollzieht. Wir sprechen nicht von der wirklichen Demokratie, der ganz Europa in die Arme rennt und die eine ganz besondere Demokratie ist, unterschieden von allen früheren Demokratien, wir sprechen von einer ganz anderen Demokratie, die den Durchschnitt der griechischen, römischen, amerikanischen und französischen Demokratie bildet, kurz vom Begriff der Demokratie,

Welches ist nun diese „ganz andere Demokratie“, die sich von der althergebrachten so unterscheidet, und sich, nach Engels, unterscheiden muß? Zur Beantwortung dieser Frage knüpft Engels sofort an die große französische Revolution an, die die Frage der Volksherrschaft auf die Tagesordnung stellte oder richtiger: stellen wollte. Ohne Verständnis der Triebkräfte der großen französischen Revolution ist für Engels auch das Verständnis des Begriffs „Demokratie“ undenkbar. Revolution und [505] Demokratie sind für ihn eine Wesenseinheit. Indem nun Engels über Demokratie und Fraternisierung spricht, sagt er (auf Seite 3) folgendes:

„In der Wirklichkeit haben diese Worte (d. h. Demokratie und Fraternisierung jetzt einen sozialen Sinn, in dem die politische Bedeutung aufgeht. Schon die Revolution war etwas ganz anderes als der Kampf um diese und jene Staatsform, wie man sich in Deutschland noch häufig genug einbildet. Der Zusammenhang der meisten Insurrektionen jener Zeit mit einer Hungersnot, die Bedeutung, die die Verproviantierung der Hauptstadt und die Verteilung der Vorräte schon von 1789 an hat, das Maximum, die Gesetze gegen den Ankauf der Lebensmittel, der Schlachtruf der revolutionären Armeen: Guerre aux palais, paix aux chaumières[*)] – das Zeugnis der Carmagnole, nach der der Republikaner neben du fer und du coeur auch du pain[**)] haben muß – und hundert andere auf der Hand liegende Aeußerlichkeiten beweisen schon, abgesehen von aller genaueren Untersuchung der Tatsachen, wie sehr die damalige Demokratie etwas ganz anderes war als eine bloße politische Organisation. Ohnehin ist es bekannt, daß die Konstitution von 1793 und der Terrorismus von derjenigen Partei ausging, die sich auf das empörte Proletariat stützte, daß der Sturz Robespierres den Sieg der Bourgeoisie über das Proletariat bezeichnet, daß die Verschwörung Babeufs für die Gleichheit die letzten Konsequenzen der 93er Demokratie – soweit sie damals möglich waren – an den Tag brachte. Die französische Revolution war von Anfang bis zu Ende eine soziale Bewegung, und nach ihr ist eine rein politische Demokratie vollends ein Unding geworden.“

In knappen zwanzig Zeilen ist hier das Wesen der französischen Revolution, ist hier eine Erklärung gegeben, was Demokratie ist.

Demokratie ist keine politische Sache, sondern eine soziale;

Demokratie setzt Insurrektionen der breiten Volksmassen voraus, deren Triebkraft u. a. die Hungersnot ist;

Demokratie ist das Resultat des Schlachtrufs der revolutionären Armeen: Krieg den Palästen – Friede den Hütten!

Hat demnach Demokratie etwas mit Kommunismus zu tun?

Auf diese Frage gibt Engels gleich nach den Worten die Antwort, wo es heißt, daß nach der französischen Revolution „eine rein politische Demokratie vollends ein Unding“ geworden ist. Und die Antwort lautet:

„Die Demokratie, das ist heutzutage der Kommunismus. Eine andere Demokratie kann nur noch in den Köpfen theoretischer Visionäre existieren, die sich nicht um die wirklichen Ereignisse kümmern, bei denen nicht die Menschen und die Umstände die Prinzipien, sondern die Prinzipien sich selbst entwickeln. Die Demokratie ist proletarisches Prinzip, Prinzip der Massen geworden. Die Massen mögen über diese einzig richtige Bedeutung der Demokratie mehr oder weniger klar sein, aber für alle liegt wenigstens das dunkle Gefühl der sozialen gleichen Berechtigung in der Demokratie.“ (Ebenda.)

Diese Engelssche Formulierung des Begriffs Demokratie ist den Massen des kämpfenden Proletariats unbekannt. Und die Bedeutung dieser Formulierung gerade für die gegenwärtige Periode des proletarischen Klassenkampfes in Deutschland ist ungeheuer. „Demokratie – sagt Engels – das ist heutzutage der Kommunismus.“ Eine andere Demokratie als eine kommunistische gibt es nicht. Sie „kann nur noch in den Köpfen theoretischer Visionäre existieren“, in den Köpfen derjenigen, die von Demokratie „an sich“ sprechen. Der Aufstand von Babeuf, die proletarischen Massen, die von diesem Aufstand mitgerissen waren, haben den Begriff „Demokratie“ mit demjenigen von

*) Krieg den Palästen, Friede den Hütten.
**) Eisen, Mut und Brot.

„Proletariat“ eng verknüpft. Wie Demokratie und Revolution eine Wesenseinheit bilden, so Demokratie und Proletariat. Aus dieser Erkenntnis kommt Engels zu einer neuen Definition des Begriffs Demokratie: „Demokratie ist proletarisches Prinzip, Prinzip der Massen geworden“. Die Formel „proletarische Demokratie“ ist demnach in dem Moment geprägt [506] worden, wo Engels und Marx sich zu „Marxisten“ durchgekämpft haben. Aufgabe des Proletariats, sagt Engels, ist es, dies zu begreifen. „Die Massen mögen über diese einzig richtige Bedeutung der Demokratie mehr oder weniger klar sein“, aber für sie „alle liegt wenigstens das dunkle Gefühl der sozialen gleichen Berechtigung in der Demokratie“. Soziale gleiche Berechtigung ist mithin die Vorbedingung jedweder Demokratie.

Wir sprachen eben von kommunistischer Demokratie und nahmen diese weitere Formulierung von Engels vorweg. Und zu dieser Formulierung gelangt Engels auf dem Wege der Polemik gegen diejenigen, die von „Republik“ überhaupt, von „europäischer Republik“ sprechen. Wie sieht es damit aus?

„Die Hirngespinste von europäischer Republik, ewigem Frieden unter der politischen Organisation sind ebenso lächerlich geworden wie die Phrasen von der Vereinigung der Völker unter der Aegide allgemeiner Handelsfreiheit; und während so alle chimärischen Sentimentalitäten dieser Art ganz außer Kurs kommen, fangen die Proletarier aller Nationen, ohne viel Wesens davon zu machen, schon an, unter dem Banner der kommunistischen Demokratie wirklich zu fraternisieren. Die Proletarier sind auch die einzigen, die das wirklich können; denn die Bourgeoisie hat in jedem Lande ihre Spezialinteressen und kann, da ihr das Interesse das Höchste ist, nie über die Nationalität hinauskommen; und die paar Theoretiker bringen mit all ihren schönen ‚Prinzipien‘ nichts fertig, weil sie diese widersprechenden Interessen, wie überhaupt alles Bestehende ruhig fortbestehen lassen und nur Phrasen machen können. Die Proletarier aber haben in allen Ländern ein und dasselbe Interesse, einen und denselben Feind, einen und denselben Kampf vor sich; die Proletarier sind der großen Masse nach schon von Natur ohne Nationalvorurteile und ihre ganze Bildung und Bewegung ist wesentlich humanitarisch, antinational. Die Proletarier allein können die Nationalität vernichten, das erwachende Proletariat allein kann die verschiedenen Nationen fraternisieren lassen.“

„Die Hirngespinste von europäischer Republik“ – hier ist die Antwort an die Falscher, Opportunisten und Sozialfaschisten, nach deren Behauptung Marx und Engels nicht vom republikanischen Staat sprachen, sondern vom monarchistischen.

„Die Hirngespinste ... vom ewigen Frieden ... unter der Aegide allgemeiner Handelsfreiheit“ – eine prophetische Antwort an die Hilferdings und Renners, Kautskys und Naphtalis, auf „die Phrasen von der Vereinigung der Völker unter der Aegide allgemeiner Handelsfreiheit“ – oder modern gesprochen – der des Völkerbundes.

Diesem Hirngespinste steht die kommunistische Demokratie entgegen, die nur allein imstande ist, die Völker zu fraternisieren.

*

Demokratie, das ist Kommunismus, denn sie ist proletarisches Prinzip. So formulierte Engels das Wesen der Demokratie. Und erst diese Definition erklärt es, warum Engels in den „Grundsätzen des Kommunismus“ einer demokratischen Verfassung solche Aufgaben stellte wie die Abschaffung des Privateigentums an Grund und Boden, an der Großindustrie usw. Diese Formulierung erklärt darüber hinaus den Sinn des Satzes im Kommunistischen Manifest, daß das Resultat der Arbeiterrevolution die Eroberung der Demokratie sein wird. Und hierin ist auch der Schlüssel zu suchen für die Kritik des Gothaer und des Erfurter Programms durch Marx und Engels, ist die Antwort zu suchen auf alle Phrasen der Kautsky und Hilferding über das Wesen der Demokratie. [507]

*

## Unternehmer, Staat und Reformisten im Kampfe gegen die Erwerbslosen

Von Heinz Evers (Berlin)

Das jetzt geltende Gesetz für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung ist vor zwei Jahren unter der Herrschaft des Bürgerblocks beschlossen worden. Alle Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten, haben für dieses Gesetz gestimmt.

Das Gesetz war der erste Abschluß einer bestimmten Entwicklung seit der Revolutionszeit. Mit der Novemberrevolution hatte sich die deutsche Arbeiterschaft eine staatliche Erwerbslosenfürsorge erkämpft. Diese prinzipielle Errungenschaft wurde bereits nach der Oktoberniederlage 1923 unter der Aera der Ermächtigungsgesetze teilweise beseitigt. Im November 1923 und im Februar wurden auf dem Wege der Verordnung die Beitragsleistung, Pflichtarbeit und Bedürftigkeitsprüfung eingeführt.

Mit der weiteren Erstarkung der Bourgeoisie sind ständig durch neue Verordnungen Verschlechterungen der Erwerbslosenfürsorge vorgenommen worden. Diese Flickarbeit gefiel der Bürgerblockregierung auf die Dauer nicht, und da sie die Zustimmung der Gewerkschaftsführer zur Einführung einer Versicherung hatte, legte sie dem Reichstage einen Gesetzentwurf vor, der die Lasten der Erwerbslosenfürsorge abwälzen sollte auf die Schultern der Arbeiter.

Die Kommunistische Partei hat als einzigste gegen das Gesetz gekämpft und ständig versucht, die Arbeiterschaft für die Beseitigung dieser Zwangsparagraphen zu gewinnen.

Selbst mit dem Erfolg des AVAVG gab sich die deutsche Bourgeoisie nicht zufrieden. Immer wieder versuchte sie, neue Abbaumaßnahmen vorzunehmen. So wurde bereits im November 1928, als das AVAVG gerade ein Jahr in Kraft war, ein Vorstoß gegen die Saisonarbeiter unternommen. Auch hierbei leisteten die Gewerkschaftsführer und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion alle erdenkliche Hilfe. Bei der Schaffung des AVAVG erklärten die Sozialdemokraten, daß sie für dieses Gesetz stimmen, weil „es den Arbeitern einen Rechtsanspruch auf Unterstützung sichere“.

Die Sonderfürsorge für Saisonarbeiter beweist neben anderen Dingen, daß kein Rechtsanspruch auf Unterstützung durch das AVAVG garantiert wird. Wir können unsere Behauptung mit einigen Zahlen beweisen. Nach der amtlichen Erhebung vom 15. März 1929 waren am 28. Februar 1929 von 2.460.760 Hauptunterstützungsempfängern 1.292.798 = 52,8 v. H. Saisonarbeiter, die aus der Sonderfürsorge unterstützt wurden. Von diesen, über der Hälfte aller Unterstützungsempfänger, wurden rund 70.000 auf Grund der Bedürftigkeitsprüfung von jeder Unterstützung ausgeschaltet! Weiteren Zehntausenden wurde die Unterstützung erheblich gekürzt. Es gibt zahlreiche Fälle, in denen auf Grund dieser Kürzung eine Unterstützung bis herab auf 5 Pfennig pro Woche gezahlt wurde. Selbst der „Vorwärts“ mußte im Frühjahr in einem Artikel darauf eingehen, daß man einem Bauarbeiter sage und schreibe 12 Pfennig als Unterstützung angeboten hatte!

Neben der Bedürftigkeitsprüfung wurden die Unterstützungssätze nach den Bestimmungen der Krisenfürsorge herabgesetzt, und zwar erhielten die Arbeiter in den Lohnklassen 7 bis 9 nur die Unterstützung nach Klasse 7 und in den Lohnklassen 10 bis 11 die Unterstützung nach Klasse 8. Nach einem Bericht vom 5. Mai 1929 erhielten am 15. Februar von den Saisonarbeitern

| | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 40,09 % | eine | Grundunterstützung | in | der | Höhe | von | 6,00–13,20 M |
| 41,86 % | " | " | " | " | " | " | 14,65 M |
| 18,05 % | " | " | " | "" | " | " | 15,75 M |

pro Woche.

Fürwahr, ein ausgezeichneter Beweis für den „Rechtsanspruch“ der Unter-[508]stützungsempfänger, die vordem entsprechend ihren Löhnen die höheren Beiträge zahlen mußten.

Die gewaltige Arbeitslosigkeit des letzten Winters hat die Finanzen der Reichsanstalt stark erschüttert. Da die Unternehmer und Reformisten nicht gewillt sind, durch Reichszuschüsse die Weiterführung selbst der jetzt bestehenden kärglichen Erwerbslosenversorgung zu gewährleisten, wurde ein Vorstoß auf weiteren Abbau unternommen. Durch eine wütende, monatelang anhaltende Hetz- und Verleumdungskampagne in der bürgerlichen Presse wurde diese Abbauaktion eingeleitet.

Anträge der bürgerlichen Parteien wurden im Reichstage eingebracht. Am 1. Mai provozierten die Unternehmerverbände die Arbeiter mit der Veröffentlichung ihres Abbauprogramms.

Wissell und seine Gefolgschaft reihten sich in diese würdige Front ein. Am 5. Mai schrieb der „Vorwärts“:

„Die Ausrottung der Mißstände – tausendmal haben es die Gewerkschaften betont – soll und muß kommen. In diesem Punkt besteht kein Streit. Die Arbeitslosenversicherung soll kein Neppinstitut für besonders pfiffige Elemente sein.“

Und in dem Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 25. April fordert sie die Einsetzung eines Sachverständigenausschusses, die Weiterführung der Sonderfürsorge für Saisonarbeiter und eine Beitragserhöhung um 1 Prozent!

Auf dem Wege der Verwaltung wollten sie bis zur endgültigen Erledigung die, wie sie sich ausdrückten, „krassesten Mißbräuche“ beseitigen. Und so wurden am 4. Mai vom Präsidenten der Reichsanstalt, Dr. Syrup, unter Mitwirkung der ADGB-Vertreter Spliedt, Löhrke und Schröder Anweisungen herausgegeben, die offen zeigen, welche reaktionären Schlingen im AVAVG verankert sind, und mit welchen brutalen Methoden sozialdemokratische Beamte der Reichsanstalt die Erwerbslosen um ihren „Rechtsanspruch“ auf Unterstützung betrügen wollen.

Ganz besonders richten sich diese Anweisungen gegen verheiratete Frauen. Es heißt nämlich in einem Abschnitt der Anweisungen:

„Ein Arbeitsloser, der Unterstützung begehrt, muß dem Arbeitsmarkt ... tatsächlich zur Verfügung stehen. Danach steht eine Frau, die durch ihre häuslichen Pflichten den überwiegenden Teil des Arbeitstages in Anspruch genommen wird, dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung.“

Mit dieser Bestimmung war den Arbeitsamtsvorsitzenden eine Handhabe gegeben, womit sie fast restlos verheirateten Frauen die Unterstützung entziehen konnten.

Die Ausgesteuerten und Nichtbezugsberechtigten wurden zu einem Teil von den kommunalen Wohlfahrtsämtern unterstützt. Das traf auch auf diejenigen zu, die unterstützungsberechtigt waren, aber infolge der Anwendung von Straf- und Sperrbestimmungen keine Unterstützung erhielten. Hiergegen wendet sich eine Verordnung der Severing und Wissell vom 27. Juni d. J. an die Sozialministerien der Länder. Die Ministerien werden aufgefordert dafür zu sorgen, daß die Fürsorgeverbände die Strafmaßnahmen der Arbeitsämter nicht durchkreuzen. Des weiteren wird verlangt, besonders jugendlichen Erwerbslosen, keinerlei Unterstützung zu zahlen.

Am 29. Juni erließ Arbeitsminister Wissell die neue Krisenverordnung, wodurch eine Reihe von Berufsgruppen und sämtliche Jugendliche unter 21 Jahren aus der Krisenfürsorge ausgeschieden wurden. Die Unterstützungsdauer ist auf 39 Wochen für Arbeitslose bis zu 40 Jahren begrenzt und kann bei Arbeitslosen über 40 Jahre bis zu 52 Wochen verlängert werden.

Durch die Maßnahme sind allein im Monat Juli nach amtlichen Mitteilungen 53.000 Erwerbslose aus der Krisenfürsorge abgestoßen worden!

Alle diese Maßnahmen der Wissell, Severing und Konsorten waren nur ein Vorgeplänkel für den gewaltigen Abbau, der jetzt vor sich gehen soll. Der von den Sozialdemokraten geforderte Sachverständigenausschuß hat seine Vorschläge der Oeffentlichkeit in einem umfangreichen Bericht übermittelt. Rund 300 Millionen Mark sollen teils durch Beitragserhöhung, teils durch Abbau der Unterstützungsleistungen aus den Taschen der Arbeiter heraus-[509]geholt werden. Die Vorlage, die Wissell dem Sozialpolitischen Ausschuß unterbreitet hat, entspricht im wesentlichen den Vorschlägen des Sachverständigenausschusses. Sie enthält im einzelnen folgende Verschlechterungen:

Alle Arbeitenden werden belastet mit einer Beitragserhöhung auf 3½ (bisher 3) Prozent des Lohnes.

Die Anwartschaftsdauer, die bisher in allen Fällen 26 Wochen im letzten Jahre vor der Arbeitslosenmeldung betrug, wird verlängert. Es soll die Zeit der Krankheit während einer versicherungspflichtigen Beschäftigung nicht mehr in Anrechnung kommen. Bei Kurzarbeitern werden für zwei

Arbeitstage nur einer angerechnet, so daß bei dauernder Fortsetzung eines Arbeitsverhältnisses von drei Tagen pro Woche eine Anwartschaft erst nach 104 Wochen (2 Jahren) erreicht wird.

Die Karenzzeit wird von bisher 3 auf 14 Tage für ledige Arbeitslose verlängert. Verheiratete Arbeitslose müssen sieben Tage warten und erst verheiratete mit insgesamt vier Zuschlagsempfängern brauchen nur drei Tage Karenzzeit durchzumachen. Da die Unterstützung erst am Wochenende ausgezahlt wird, so sind faktisch ledige Arbeiter drei Wochen lang ohne Existenzmittel.

Die Sperrfrist wird auf acht Wochen verlängert, wenn ein eigenes Verschulden vorliegt, d. h. wenn der betr. Arbeitslose sein Arbeitsverhältnis selbst gelöst hat oder der Unternehmer eine Entlassung, ohne daß Arbeitsmangel vorliegt, vornimmt. Dasselbe tritt ein, wenn ein Arbeitsloser eine ihm angebotene Arbeit ablehnt. Dadurch sollen die Arbeiter gezwungen werden, sich mit dem schlechtesten Arbeitsverhältnis abzufinden, oder aber acht Wochen lang zu hungern! Diese Bestimmung wird noch weiter verschärft dadurch, daß die Sperrfrist erst nach sechs Monaten abläuft. Selbst wenn also ein Arbeitsloser, dem die Unterstützung gesperrt ist, Arbeit annimmt, ist die Sperrfrist nicht erloschen, bevor er mindestens 26 Wochen gearbeitet hat.

Heimarbeiter und unständig Beschäftigte werden nach einem Jahre vollkommen aus der Versicherung verschwinden.

Durch die neue Definierung des Begriffes „arbeitslos“ wird auf Umwegen die Bedürftigkeitsprüfung eingeführt. Zu diesem Zweck schafft man einen neuen Paragraphen 89 a, in dem es heißt:

„Ein Arbeitsloser, der berufsmäßig überwiegend als Arbeitnehmer tätig zu sein pflegt, aber vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis steht und auch nicht den erforderlichen Lebensunterhalt durch selbständige Arbeit erwerben kann oder im Betrieb des Ehegatten, der Eltern oder Voreltern, von Abkömmlingen oder Geschwistern den gemeinsamen Lebensunterhalt sich erwirbt oder mit erwerben kann, falls ihm dies unter Berücksichtigung der Ueblichkeit und seines Wohnortes zugemutet werden kann, erhält keine Unterstützung mehr.“

Neben den Warte- und Ruhegeldern werden künftig auch alle Sozialrenten, sofern sie 20 Mark betragen, bei dem Bezug der Arbeitslosenunterstützung in Anrechnung gebracht.

Die Höhe der Unterstützung wird nicht mehr nach dem Verdienst der letzten 13, sondern 26 Wochen berechnet. Hinzukommt, daß auch die Dauer der Beitragsleistung zur Errechnung der Unterstützung herangezogen wird.

Davon werden besonders die Saisonarbeiter betroffen, die nur dann die volle Unterstützung in den oberen Lohnklassen erhalten, wenn sie innerhalb der letzten zwei Jahre ununterbrochen 52 Wochen gearbeitet haben. Wer diese Bedingung nicht erfüllt, dem wird die Unterstützung in den Lohnklassen 7 bis 10 auf Lohnklasse 6 (anstatt 14,65 bis 19,95 M auf 13,20 M) und in der Lohnklasse 11 auf den Satz der Lohnklasse 7 (anstatt 22,05 M auf 14,65 M) gekürzt.

Saisonarbeitern, die außerhalb ihres Wohnortes beschäftigt sind, wird die Unterstützung nicht nach ihrer Beitragsleistung am Arbeitsort, sondern entsprechend der Lohnhöhe in ihrem Unterstützungsort berechnet.

Das sind nur einige der wichtigsten Abbaumaßnahmen, die wir hier besprechen konnten. Es würde zu weit führen, die gesamte Vorlage in einem einzigen Artikel genügend zu würdigen. Mit der Besprechung dieser Tatsachen wird aber dokumentarisch nachgewiesen daß es ein elendes Lügen-[510]gespinst ist, wenn die Gewerkschaftsführer und der sozialdemokratische Partei-vorstand erklären: „daß ein allgemeiner Abbau der Erwerbslosenversicherung nicht geplant ist“. Und wenn der ADGB in seiner Entschließung am 31. Juli ausspricht, daß die Vorschläge der Sachverständigen abgelehnt werden müssen, so ist auch das nur eine widerliche Heuchelei, um die unruhigen Gewerkschaftsmitglieder zur Räson zu bringen.

Schon die Beratungen im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages werden zeigen, daß die Sozialfaschisten restlos die Vorlage Wissells und auch die weiteren Verschlechterungsanträge der Unternehmerparteien annehmen.

Die Aufgabe unserer Partei ist es, in der Oeffentlichkeit aufzuzeigen, wie die Unternehmer, der kapitalistische Staat und die Sozialfaschisten in einer Front den Abbau der Erwerbslosenversorgung vornehmen und dadurch die Lebenshaltung der gesamten Arbeiterklasse herabsetzen. Denn der Abbau geschieht nicht nur zu dem Zweck, die 300 Millionen freizumachen für die Festigung des Machtapparates und der militärischen Aufrüstung, sondern mit dem Raub der Erwerbslosenunterstützung will man die Arbeitslosen zwingen, in den Wirtschaftskämpfen als Lohndrücker und Streikbrecher aufzutreten. Die gesamte Partei muß deshalb mobilisiert werden, um diesen Stoß, der gegen die ganze Arbeiterklasse gerichtet ist, entschlossen abzuwehren.

*

## St. Lorenzen

Von Rudolf Gerber

Die Entwicklung des Reformismus zum Sozialfaschismus ist eine durchaus internationale, durch die allgemeinen Bedingungen der dritten Periode der Nachkriegszeit bedingte Erscheinung. Aber die Formen und das Tempo, in dem sich diese Entwicklung vollzieht, sind durchaus nicht international einheitlich, sondern im Gegenteil sogar in hohem Maße verschieden. Dies zu verkennen bedeutet nichts anderes, als den Begriff des Sozialfaschismus seines konkreten Inhaltes zu berauben und zu einer neuartigen Bezeichnung für den objektiv konterrevolutionären Charakter des Reformismus herabzudrücken. Die wirklich vorhandene Internationalität der sozialfaschistischen Entwicklung kann man nur verstehen, wenn man ihren verschiedenen Ausbildungsgrad in den einzelnen Ländern konstatiert – und gerade in solchen Ländern, deren Sozialdemokratie in der sozialfaschistischen Entwicklung aus bestimmten Gründen weiter zurück ist und deshalb bei oberflächlicher Charakteristik sich nur dann als sozialfaschistisch kennzeichnen läßt, wenn man den Begriff des Sozialfaschismus zu einer Banalität macht. Geht man tiefer, so wird man auch in solchen Ländern die mehr oder minder weit ausgebildeten, aber überall klar feststellbaren Tendenzen zum wirklichen Sozialfaschismus finden.

Die österreichische Sozialdemokratie ist – nach den äußeren Formen ihres Auftretens betrachtet – neben der englischen und etwa noch der schweizerischen und italienischen diejenige Sektion der II. Internationale, bei der sich ein sozialfaschistischer Charakter am wenigsten feststellen läßt. Da die Zuspitzung der Klassengegensätze und damit die objektive Notwendigkeit der faschistischen Diktatur (vom Standpunkte der Bourgeoisie aus gesehen) in Oesterreich eher noch größer ist als in den meisten anderen Ländern, so ergibt sich für die schwache äußere Ausbildung des Sozialfaschismus nur eine zweifache Erklärung: erstens die überwiegend agrarische und selbst in Städten weitgehend kleinbürgerliche Struktur des Landes, die unter den verschiedenen Spielarten des Faschismus die offen auftretenden begünstigt, zweitens – was damit eng zusammenhängt – die formale Oppositionsstellung der Sozialdemokratie, die sie der Notwendigkeit zur offenen Ausübung des faschistischen Terrors enthebt und sie auf die Bahn der Lähmung der proletarischen Kampfkraft durch einen Scheinkampf „gegen den Faschismus“ drängt. Tatsächlich hat sich die SPOe in allen bisherigen Krisen als Wegbereiter des Faschismus erwiesen – aber ihrem äußeren Auftreten nach in jenen, nicht spezifisch sozial-[511]faschistischen Formen, die dem Reformismus immer eigen waren: durch Verhinderung der Arbeiter am Kampfe gegen den Faschismus bei gleichzeitiger formaler Betonung ihrer Gegensätzlichkeit zum Faschismus, wobei die „Bekämpfung“ des Faschismus mit dem Munde geradezu ein Hauptmittel zur Verhinderung eines wirklichen Kampfes gegen den Faschismus bildet. Diese Linie wurde von der SPOe bereits lange vor dem 15. Juli 1927 eingeschlagen, indem man die Arbeiter immer wieder aufforderte, „im Bewußtsein der eigenen Kraft das Häuflein der Faschisten unter sich zu lassen“, sie verhalf dem Faschismus zu einem ersten großen politischen Sieg, als die Seipel-Regierung im Frühjahr 1927 die Waffenlager des republikanischen Schutzbundes im Wiener Arsenal beschlagnahmte und die SPOe – mit Erfolg – vor „Unbesonnenheiten“ warnte, worauf die kampflos der Reaktion überlassenen Waffen den Weg über die Regierungsdepots zur Heimwehr fanden und bereits in den Julitagen gegen die Arbeiter in Aktion traten. Die Ereignisse des 15. Juli und der folgenden Tage brachten – neben konsequenter Weiterverfolgung dieser Linie – in dem Auftreten des Schutzbundes gegen die kämpfenden Arbeiter bereits offen sozialfaschistische Erscheinungen, die zweifellos das Bild des österreichischen Reformismus noch eindeutiger als das des deutschen beherrscht

hätten, wenn nicht die Bourgeoisie (wozu die Gründe eben in der Struktur des Landes liegen) das offene Koalitionsangebot der Reformisten (auf dem Herbstparteitag 1927) zurückgeschoben hätte. So blieben der österreichischen Sozialdemokratie bis heute die Lorbeeren der Severing und Zörgiebel versagt – sie mußte, ob sie wollte oder nicht, ihren Lakaiendienst am Kapital in der Weise erfüllen, daß sie sich den Arbeitern als einzig berufene Führerin im Kampfe gegen den Faschismus anbot – nur unter der einen Bedingung, daß dieser Kampf auf den St. Nimmerleinstag verschoben würde.

In den letzten Monaten des offenen faschistischen Aufmarsches ist diese Linie denn auch immer wieder eingehalten worden, bei dem provokatorischen Aufmarsch der Heimwehren im roten Wiener-Neustadt am 7. Oktober 1928 wie bei ihrem, nur infolge organisatorischer Schwäche kläglich verlaufenen Versuch zur „Eroberung Wiens“ am 24. Februar. Damals war die Sozialdemokratie ursprünglich entschlossen, die Arbeiter zur „Ignorierung“, d. h. stillschweigenden Duldung des Heimwehrterrors aufzufordern und mußte von dieser Linie nur deshalb abgehen, weil Seipel zehn Tage vorher die zum Schutz des sozialdemokratischen Parteihauses (vor dem die Heimwehren aufmarschieren wollten) angesammelten Waffen beschlagnahmte, den „Arbeiter-Schützen-Bund“ auflöste und dadurch die Wiener Arbeiterschaft in einen Erregungszustand versetzte, dem man – sollte er nicht in wirklichen Kampf gegen den Faschismus „ausarten“ – das Ventil einer legalen, nach Vereinbarung mit der Polizei vom Faschistenaufmarsch sorgsam abgegrenzten „Gegen“demonstration schaffen mußte. In dieser Situation, wo die SPOe mit radikalen Phrasen manövrieren mußte, fand Otto Bauer in der Wiener Vertrauensmännerkonferenz vom 22. Februar den klassischen Ausdruck für die traditionelle Methode der Begünstigung des faschistischen Vormarsches: jeder Vorstoß der Heimwehren ist ein Versuch zur Provokation des Entscheidungskampfes in einer für die Arbeiter ungünstigen Situation und deshalb „dürfen die Arbeiter nicht in die Falle der Heimwehren hineinlaufen“. Denn (und dies ist das A und O der austromarxistischen Phraseologie) von jenen Tagen an, wo man „im Prinzip“ für die Räterepublik war und „zu seinem großen Bedauern“ „für den Augenblick“ nicht gemeinsam mit den ungarischen Arbeitern kämpfen konnte (Resolution des Wiener Kreisarbeiterrates vom 25. März 1919) bis nach St. Lorenzen):

„Die richtige Strategie des Klassenkampfes ist es, seine Kräfte zusammenzuhalten und kampffähig zu erhalten, so lange, bis die Herren wirklich einen großen und entscheidenden Schlag zu führen versuchen, und dann den Gegenstoß führen, der sie niederwirft. (Otto Bauer in der Konferenz vom 22. Februar 1929.)

Zwar hat schon der selige Clausewitz die „reine Defensive“ als von vornherein aussichtslos und unbedingt zur Niederlage führend charakterisiert, aber wie kann dies eine Führung schrecken, die ihre einzige Aufgabe darin sieht, die (ihrer inneren Ueberzeugung nach unvermeidliche) Niederlage des Proletariats möglichst ohne „unnütze“ Gegenwirkungen und „fruchtlose [512] Opfer“ ablaufen zu lassen? Es ist kein Wunder, wenn angesichts des Bluttages von St. Lorenzen die fast wörtlich gleichen Formulierungen fielen:

„Wir müssen bereit stehen, damit wir jeden Tag unsere ganze Kraft entfalten können. Nichts wäre verfehlter, als jetzt irgendeine Dummheit zu machen. Einzelne Arbeitseinstellungen nützen gar nichts, den Heimwehren imponieren wir mit solcher Dummheit gar nicht, wir schaden nur den Arbeitern damit ... Wir müssen die ganze Kraft zusammenhalten.“
(Austerlitz auf der Wiener Vertrauensmännerkonferenz vom 19. August 1929.)

Konkret sieht das so aus, daß man Proteststreiks abwürgt, daß man die Arbeiter, wenn die Staatsgewalt ihnen die Waffen wegnimmt (um sie den Heimwehren zu geben), auffordert „Besonnenheit“ zu wahren und zum Ersatz des Verlorenen Geld zu spenden, daß man zusieht, wie in Obersteiermark sozialdemokratische Arbeiter für die Beteiligung am Leichenbegängnis der Opfer gemaßregelt werden, und den freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern, die in richtigem Klasseninstinkt die Zusammenarbeit mit Heimwehrleuten verweigern, dringend rät, doch „auch beim Andersgesinnten das Koalitionsrecht zu achten“ und niemanden „wegen seiner politischen Einstellung zu verfolgen“ (Seitz auf der Wiener Konferenz vom 18. August). Es wäre ein Wunder, wenn unter diesen Umständen die Heimwehren nicht imstande wären zahlreiche enttäuschte Arbeiter zu erfassen, Arbeiter, die dem Drucke des Klassenfeindes erliegen, nachdem man ihnen die Ausübung jeglichen Gegendrucks untersagt hat. In St. Lorenzen hat ein Arbeiterbataillon der Heimwehren zuerst das Feuer eröffnet (und auch die schweren Verluste auf sich nehmen müssen). ... Und so marschiert der Faschismus

weiter: kaum ist in Oberösterreich das private Waffenlager des Fürsten Starhemberg aufgeflogen, beruft dieser hohe Herr eine Heimwehrversammlung in die Hauptstadt Linz – und die Sozialdemokratie fordert die empörten Arbeiter auf, die Provokation zu „ignorieren“ und „auf die entscheidende Stunde zu warten“. Und wenn diese Stunde in der Form kommen sollte, wie sie immer vorausgesagt wird, wenn Steidle den Marsch auf Wien befiehlt, dann wird die „linke“ SPOe den Arbeitern verkünden, daß es unzweckmäßig sei, den Kampf „in der vom Gegner gewählten Stunde“ aufzunehmen, daß man lieber das faschistische Regime „für eine kurze Frist“ dulden und abwarten solle, ob es nicht an seinen inneren Hohlheiten zusammenbreche, daß es besser sei (wie die SPOe es schon heute tut), an die „demokratischen Kräfte des Auslandes“, vor allem die Genossen Macdonald und Snowden, zu appellieren, als an die eigene Kraft.

Soweit wäre alles in Ordnung. Der Faschismus marschiert – der Reformismus öffnet ihm die Tore, ohne gezwungen zu sein, selbst faschistisch aufzutreten – unter ständiger (für den faschistischen Vormarsch notwendiger) Wahrung des proletarischen, antifaschistischen Gesichtes. Scheinbar ergibt sich hier eine Insel der seligen zweieinhalbten Internationale, ein Land, wo man zwar so gut wie jede andere reformistische Partei dem Faschismus in die Hände arbeitet, aber doch die Unterschiede des „demokratischen“ vom faschistischen Typus des bürgerlichen Klassenstaates beachtet – ein Land ohne Sozialfaschismus – wenn – ja wenn die Arbeiter wirklich nichts weiter wären als Marionetten in Otto Bauers Hand.

Aber die Rechnung stimmt nicht. Anfang April dieses Jahres, als Seipel „zurücktrat“, um die „Verständigungspolitiker“ in seinem eigenen wie im sozialdemokratischen Lager ad absurdum zu führen und zu kompromittieren, standen die Wiener Metallarbeiter im Lohnkampf. Die Sozialdemokratie würgte den Streik sogleich ab, um der neuen christlich-sozialen „Verständigungsregierung“ das Leben nicht schwer zu machen – aber die Betriebe der Automobilindustrie, von denen der Streik ausgegangen war, blieben entgegen der Gewerkschaftsparole und gemäß der Parole der Kommunisten im Kampf – sei es auch nur für Tage. Das war ein Wetterleuchten – doch nicht mehr. In St. Lorenzen ist Schlimmeres geschehen (vom Standpunkte des Reformismus) – die Arbeiter haben sich in durchaus programmwidriger Weise gewehrt, nachdem sie von den Organen der „Verständigungsregierung“ entwaffnet waren. Lesen wir nur die Augenzeugenberichte aus der Wiener „Arbeiterzeitung“ vom 20. August:

[513] „Genosse, das war scheußlich. Unbewaffnet dastehen mit leeren Händen – und die anderen mit Revolver und Karabiner gegen uns. Und auf dem Platz unsere Frauen, unsere Kinder. Da wirds einem schwarz vor Augen und man geht los, da gibts nichts. In ein paar Sekunden haben wir uns mit Latten und Steinen bewaffnet gehabt. Der Trompeter hat geblasen, der Trommler hat getrommelt und wir sind in die Salven hinein ...“

Ein anderer Arbeiter:

„Wir haben fast geweint vor Wut, daß wir so waffenlos waren – und deshalb sind auch so viele Heimwehrleute verwundet, weil wir sinnlos waren vor Wut ... Es haben nur drei von uns Revolver gehabt, die haben später geschossen, das ist doch natürlich ...“

Soweit hat das pazifistische Gift doch gewirkt, daß junge Arbeiter sich vor dem Berichterstatter ihres Parteiblattes für ihre Heldentat noch fast entschuldigen und dann darüber philosophieren, daß es doch eigentlich auch „arme Teufel“ waren, gegen die es ging. Aber im Feuer des Klassenkampfes wird die Philosophie zu einer hohlen Floskel – als es hart auf hart ging, da „hat der Trompeter geblasen, der Trommler hat getrommelt und wir sind in die Salven hinein“. Und obwohl die Heimwehrleute in vierfacher Uebermacht und schwer bewaffnet waren, mußten sie dreimal so viel Verwundete lassen, wie die Arbeiter ...

Es geht daneben. Die österreichischen Arbeiter sind nicht Otto Bauers Puppen – sie sind zuguterletzt doch Proletarier und eine Maschinengewehrsalve macht als marxistischer Unterricht mehr aus, als 20 Broschüren und Referate verderben können. Das mit dem Vormarsch des Faschismus unter formaler Neutralität der Regierung und papierenem Protest des Reformismus ist nicht so einfach – die Arbeiter beginnen sich zu wehren, und aus dem Vormarsch kann leicht eine Flucht werden. Die „Arbeiterbataillone“ der Heimwehr, die in St. Lorenzen geschossen haben, kamen in voller Zersetzung heim: der Terror des Unternehmers wirkt nur so lange, bis er auf Gegenterror stößt ...

Ohne offene Unterstützung durch den bürgerlichen Staat und den Reformismus schaffen es die Heimwehren nicht – und so werden die Reserven der bürgerlichen Gesellschaft eingesetzt, nicht mit einem Schlag, aber schrittweise: „zur Vorbeugung gegen die Wiederholung der blutigen Zusammenstöße“ legt die „Verständigungsregierung“ Truppen in die Arbeiterzentren, rüstet die Landgendarmerie mit Kampfwagen aus, verbietet alle Gegenaufmärsche gegen angekündigte Demonstrationen. Und die Sozialdemokratie klatscht Beifall und hat an den Maßnahmen der Regierung nur das eine auszusetzen, daß sie zu wenig energisch sind, daß sie „nicht ausreichen“, um die „Demokratie“ zu schützen. Damit man sieht, daß die Sozialdemokratie es besser kann, hält sie in Wien das Demonstrationsverbot aufrecht, das sich ausschließlich gegen die antifaschistischen Arbeiter kehrt –, während die Bundesregierung sich wohl hütet, für das flache Land ein Aufmarschverbot zu erlassen, das den Heimwehren unbequem werden könnte. Seitz meint auf der Wiener Vertrauensmännerkonferenz, man habe mit dem Demonstrationsverbot „bis zu einem hohen Grade Wien befriedet.“

Das ist schon die Sprache eines – kaum mehr verhüllten – Sozialfaschismus. Der Bürgermeister von Wien ist stolz darauf, die ihm „vom Volke anvertraute“ Stadt „befriedet“, d. h. die bürgerliche Ordnung wohl geschützt zu haben. Die Entwaffnung des entscheidenden proletarischen Abwehrzentrums, die mit dieser „Befriedung“ verbunden ist, läßt ihn kalt. Der Appell an die Ordnung in dem Augenblick, wo der Faschismus den Marsch auf Wien ankündigt – das ist ein großer Schritt auf dem Wege zum Sozialfaschismus. Die österreichischen Faschisten diskutieren lebhaft darüber, ob man (wie es ihnen ihr Führer, der deutsche Faschist Pabst, wohl im Auftrage der deutschen Geldgeber, der Thyssen und Co. empfiehlt) den offenen „Marsch auf Wien“ antreten oder sich mit den entscheidenden Ministersesseln in einer legalen Seipel-Regierung „begnügen“ soll. Nun wirft die österreichische Sozialdemokratie eine neue Frage auf: Wie wäre es mit einer Koalitionsregierung auf rein demokratischer Grundlage? Vielleicht könnte sie das ganze [514] Land „befrieden Es ist klar: in dem Maße, als die Abwehrkraft der österreichischen Arbeiter über die Köpfe ihrer „linken“ Führer wächst, wird sich die SPOe zum offenen Sozialfaschismus entwickeln, wird sich ihre Arbeitsmethode, ihre Phraseologie, ihre soziale Zusammensetzung entsprechend ändern. Die Voraussetzungen für diese Entwicklung sind in der „linken“ Ideologie enthalten: haben die deutschen „Linken“ Wels’ Ankündigung der sozialfaschistischen Diktatur als eine Annäherung der offiziellen Partei an ihre Linie, ja als Bekenntnis der offiziellen Partei zur Diktatur des Proletariats begrüßt – warum soll nicht eine sozialfaschistische Entwicklung der SPOe gerade an die „radikalen“ Formulierungen des Linzer Programms über die „zum Schutze der Demokratie“ nötige Gewaltanwendung anknüpfen? Sind diese Phrasen in einer andersgearteten Situation (als Ueberleitung der „radikalen“, mit dem Gedanken der Rätediktatur spielenden Phraseologie von 1918/19 in die „normalen“ demokratischen Bahnen) entstanden, – warum sollen sie nicht unter veränderten Bedingungen auch eine neue Bedeutung gewinnen, den Uebergang des österreichischen Reformismus zur sozialfaschistischen Ideologie decken? Der „Feind von links“, gegen den die bürgerliche Demokratie geschützt werden müßte, ist heute schwach –, aber am 15. Juli 1927 war er für Stunden stark, und in diesen Stunden hat sich der „Republikanische Schutzbund“ bewaffnet gegen diesen „Feind von links“ gewandt. Und alles spricht dafür, daß mit dem Fortschreiten des faschistischen Angriffs der „Feind von links“, der Abwehrwille der Arbeiterschaft, stärker wird – und nicht bloß für Stunden. ... Am 27. August, angesichts des zweiten proletarischen Opfers von St. Lorenzen, schreibt die Wiener „Arbeiterzeitung“ noch ganz im alten Stil:

„An der Kraft des österreichischen Proletariats wird aller faschistischer Spuk zuschanden werden. Wir hüten diese Kraft und werden sie nicht in Einzelstreichen verzetteln. Wir rufen nicht nach Rache, unser Schwur heißt: Disziplin.“

Aber wenn die österreichischen Arbeiter den Phrasen nicht mehr glauben, dann wird die „Disziplin“ mit anderen Mitteln aufrechterhalten werden müssen: die eiserne Konsequenz der Dinge treibt zur Gewaltanwendung gegen das Proletariat. Wir können nicht sagen, ob das heute oder morgen der Fall sein wird –, aber die Dinge haben ihre Logik, das Juwel des „linken“ Flügels der II. Internationale geht vor die Säue, geht zu Zörgiebel.

Die äußeren Formen werden andere sein als in Deutschland. Die SPOe ist schon zu schwach geworden, um von der Bourgeoisie den Auftrag zur Ausübung der faschistischen Diktatur erhalten zu

können. Sie muß sich – bis auf weiteres – damit begnügen, die heutige „verfassungsmäßige Regierung“, unter deren Regime „eine ganze Reihe nützlicher Arbeiten im Parlament geleistet wurden“ („Arbeiter-Zeitung“ vom 27. August 1929), gegen den „putschistischen Seipel-Flügel“ und die „Heimwehrdiktatur“ zu unterstützen. Der „verfassungstreue“ Bundeskanzler Streeruwitz hat den ihm nahestehenden niederösterreichischen Bauernbund mit veranlaßt, der Heimwehr beizutreten, um dort „beruhigend“ zu wirken; sein Vizekanzler Schumy, der Führer des österreichischen Landbundes, forderte kürzlich in einer Rede (in Deutsch-Feistritz) eine „Verfassungsreform“ im Sinne der Stärkung der Macht „eines unabhängigen, durch Volksabstimmung zu wählenden Staatspräsidenten“, der „die Staats- und Verwaltungsgeschäfte bei Störungen der parlamentarischen Tätigkeit ohne Unterbrechung aufrechterhalten kann“, ferner „Ersetzung des politischen Parlaments durch ein Wirtschaftsparlament“ – kurz gesagt, den Faschismus vom reinsten Wasser. Die Differenzen mit dem „putschistischen“ Flügel des Faschismus bestehen nur darin, daß die „Verfassungstreuen“ (darunter auch Schumy) den Putsch erst für den Fall ankündigen, daß die SPOe im Parlament nicht gütlich einem Kompromiß zustimme. Und diese Leute werden von der „linken“ österreichischen Sozialdemokratie unter sanfter literarischer Kritik an ihren „Reformvorschlägen“ gegen den „Putschisten“ Seipel ausgespielt. Das Ergebnis kann nichts anderes sein als die Teilnahme der SPOe an der „friedlichen“ Einführung des Faschismus.

[515] Der Weg des österreichischen Proletariats ist schwer. Die angeblich so kostbare „Einheit der Arbeiterklasse“, die auf der Schwäche der Kommunistischen Partei gegenüber den radikalen Phrasen des Austromarxismus beruht, wird schon heute vom österreichischen Proletariat teuer bezahlt; sie wird noch viel teurer bezahlt werden müssen, vielleicht mit dem vorübergehenden Siege des Faschismus. Die internationale Solidarität der Arbeiterklasse wird alles tun, um den österreichischen Arbeitern zu helfen, diese letzte, schwerste Etappe zu ersparen –; ob es gelingt, hängt in letzter Linie vom österreichischen Proletariat und seiner Kommunistischen Partei ab. Aber sei dem, wie es komme: vielleicht wird die österreichische Arbeiterschaft vorübergehend geschlagen –: sie wird sich wieder erheben, so teuer sie ihre Illusionen vielleicht bezahlen muß. Wer sich nicht erheben wird, wer sich nicht erheben kann – gleichgültig, auf welchem Wege die österreichischen Arbeiter zum Siege gehen werden –, das ist die „linke“ Phrase des österreichischen Reformismus, das ist die gefährlichste Methode des Klassenfeindes, nicht nur in Oesterreich, sondern in der ganzen Welt, Wir werden alle Kraft darein setzen, um der österreichischen Arbeiterschaft den Umweg über das faschistische Regime zu ersparen – und wir werden die Erfahrungen ihres Kampfes ausnützen, um unseren eigenen „linken“ Reformisten die Maske vom Gesicht zu reißen. Auch die deutsche Arbeiterklasse hat schwere Opfer für die zu lange erhaltene „Einheit“ bringen müssen, aber diese Opfer liegen nun hinter uns: wenn der deutsche Faschismus, gestützt auf österreichische Erfolge, marschiert, dann trifft er auf eine starke Kommunistische Partei, die Millionen um ihre Fahnen sammelt, dann trifft er nicht auf die bedingungslose Defensive, sondern auf den entschlossenen Gegenangriff. Und der Sturm dieses Angriffs wird auch über die Donauebene und über die Alpen fegen ...

*

## Der Radikalisierungsprozeß in der Sozialistischen Arbeiterjugend und das „linke“ Phrasentum

Von Fritz Knittel

Die Linksentwicklung und Radikalisierung der arbeitenden Jugend hat in den letzten Monaten große Fortschritte gemacht. Dies zeigt sich vor allem in der hervorragenden Anteilnahme der Jugend an den verschiedensten Wirtschaftskämpfen der jüngsten Vergangenheit, von der Metallarbeiteraussperrung im Rhein-Ruhrgebiet bis zur schlesischen Textilarbeiteraussperrung. Die besondere Aktivität der proletarischen Jugend bei höheren Formen des proletarischen Klassenkampfes, wie Straßendemonstrationen, politischen Proteststreiks und Straßenkämpfen am 1. Mai sowie am 1. August ist ja sogar von der Bourgeoisie und ihren Agenten in entsprechender Form konstatiert und gewürdigt worden. Daß dieser Prozeß, vielleicht noch stärker als unter der erwachsenen Arbeiterschaft, seinen Fortgang nimmt, wird unterstrichen durch verschiedene selbständige Jugendstreiks oder Streiks Jugendlicher und Erwachsener, wo die Jugend oft die auslösende und vorwärtstreibende Rolle spielte. Als

wichtigste Beispiele hierfür aus den letzten Tagen sollen hier nur angeführt sein der Streik der jugendlichen Glashüttenarbeiter in Karnap im Ruhrgebiet, die Streiks bei „Fermasit“, Orenstein und Koppel sowie in der Bau- und Geldschrankschlosserbranche Berlin. In allen diesen Fällen finden wir eine Bestätigung der von uns oben aufgestellten Behauptung, nur mit der Begleiterscheinung – deren nähere Untersuchung hier nicht am Platze ist – des teilweisen Versagens des KJV. in der Führung und Organisierung solcher Bewegungen, des Hinterherhinkens hinter der Aktivität der Arbeiterjugend.

[516] Wie sich der Prozeß der Linksentwicklung der Arbeiterjugend widerspiegelt in allen bürgerlichen Parteien und Jugendorganisationen, in dem verschärften Kampfe der Bourgeoisie mit den raffiniertesten Mitteln um die Gewinnung dieser Jugend, so zeigt er sich auch in den verschiedensten Formen in der Sozialistischen Arbeiterjugend, der Jugendorganisation der SPD. Am 1. August marschierte in Berlin die SAJ in der Gegendemonstration der SPD in der – im Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl von 3000 – immerhin stattlichen Anzahl von 1800 Mitgliedern auf. Das Entscheidende ist jedoch nicht die Demonstration und die Beteiligung daran selbst, sondern der Charakter ihres Aufmarsches. So fällt zunächst auf das – im krassen Unterschied zur ganzen SPD-Demonstration – diszipliniertere, an Aufmärsche des KJV oder der Roten Jungfront erinnernde Auftreten der SAJ. Eine Reihe von Zügen marschierte unter revolutionären Liedern und Musikstücken ihrer eigenen Kapellen, die sonst von der SPD verhaßt und verpönt, nur vom KJV gesungen oder gespielt werden. Eine Anzahl von Transparenten mit – für SPD- und SAJ-Ideologie – verhältnismäßig radikalen Losungen wurden mitgeführt, wie: „Republik, das ist nicht viel, Sozialismus ist unser Ziel“,. „Heraus aus der Kirche“, und das schon auf dem mitteldeutschen Jugendtag in Magdeburg, anläßlich des SPD-Parteitages von der Bürokratie so heiß umkämpfte Transparent: „Karl Liebknecht mahnt, der Feind steht im eigenen Land.“

In den Gruppenahenden und Mitgliederversammlungen der Berliner SAJ ist kennzeichnend die gegenüber früher äußerst häufige Behandlung von Fragen des Marxismus und proletarischen Klassenkampfes, vor allem aber tagespolitischer die proletarische Jugend bewegen der, interessierender Fragen.

Nicht nur in Duisburg und anderen Orten des Reiches, auch in Berlin, wo der größte „Coup“ der Verfassungsfeier geschlagen werden sollte, weigerten sich die SAJ-Gruppen am 11. August zu demonstrieren, da man ihnen den Aufmarsch unter roten Fahnen verbot. Alle diese angeführten Tatsachen sind keine einzelnen, örtlich beschränkten Erscheinungen, sondern lassen sich täglich im ganzen Reiche in den verschiedensten Variationen feststellen. Sind das nicht Ausdrucksformen, Aeußerungen mehr oder weniger offenen Charakters der in der gesamten Arbeiterjugend vor sich gehenden Bewegung nach links? Zweifellos sind sie das! Nur in der Zulassung, loyalen Duldung und sogar bewußten Förderung dieses radikalen Auftretens der SAJ nach außen hin seitens ihrer leitenden Instanzen sowie der SPD-Bürokratie liegt System, liegt Methode.

Erinnern wir uns einige Monate zurück an die heftige Welle der Auseinandersetzungen in der SPD und SAJ über Panzerkreuzerbau und Wehrprogramm. Die Protestbewegung kam am stärksten zum Ausdruck gerade in der SAJ. Ganze Ortsgruppen (Berlin-Lankwitz, Linden-Ruhrgebiet usw.) sowie zahlreiche Einzelmitglieder vollzogen unter Abgabe von Protesterklärungen ihren Uebertritt zum KJVD. Einige Hundert wurden ausgeschlossen, die zum Teil dann ebenfalls den Weg zum KJV fanden. Die SAJ war aufgewühlt von unten bis oben, so daß der Hauptvorstand und Reichsausschuß in seiner Not in dem Beschluß vom März 1929 kurzerhand ein Diskussionsverbot erließ:

„In einigen Teilen des Verbandes ist man nun aber über eine derartige Bekundung der grundsätzlichen Einstellung der sozialistischen Jugend zu Krieg und Militarismus hinausgegangen. Einzelne Ortsgruppen und auch einige Bezirksverbände haben zum Entwurf eines Wehrprogramms selbst Stellung genommen. In diesen Beschlüssen wird entweder das Wehrprogramm als unvereinbar mit sozialistischen Grundsätzen bezeichnet (!), oder es wird behauptet, daß die Formulierung des Wehrprogramms über den Verteidigungskrieg einen neuen 4. August vorbereite.“

„... die Entscheidung über die politischen Maßnahmen zur Erreichung der sozialistischen Friedensziele ist Aufgabe der Parteiorganisation."

Zu diesen politischen Explosionen und Zersetzungserscheinungen kommt der organisatorische Zustand der SAJ. Nach ihren eigenen letzten Angaben betrug die Mitgliederzahl im Januar 1928 48.889 und im [517] Dezember 1928 53.373, demnach eine Zunahme von etwas über 4000. Das wäre im Verhältnis zur Stärke und zum Wachstum der SPD sehr wenig, ist in der Tat jedoch noch bei weitem übertrieben.

Der Bezirk Hessen-Nassau zählte z. B. im Jahre 1928 847 Mitglieder und im Juni 1929 nur noch 780. Groß-Hamburg hatte nach eigenem Bericht der SAJ im Januar 1929 1193 Mitglieder, im März 1929 791. Dieser Rückgang (wofür sich die Beispiele vermehren ließen) kann nicht kompensiert werden durch gewisse Fortschritte in anderen Bezirken wie Halle-Merseburg, Berlin u. a. Wo die SAJ eine gewisse Stabilität oder gar Fortschritte erzielen konnte, so nicht unter den schon in der Produktion stehenden, sich nach links entwickelnden Schichten des Jungproletariats, sondern vor allem durch intensive Werbetätigkeit unter den Schulentlassenen und die Anwendung neuer Arbeitsmethoden (Rote Falkengruppen). Daß es um die organisatorische Entwicklung der SAJ nicht so glänzend aussieht, geht auch aus dem Leitartikel des „Jugend-Vorwärts" vom 26. Mai, geschrieben zum Parteitag der SPD, hervor:

„... Die Partei ist im Aufstieg und wir wissen aus der Erfahrung der Vergangenheit: daß dieser Aufstieg auch für die Jugendorganisation die Möglichkeit eines neuen Vormarsches schafft."

Also man gibt hier ganz offen zu, daß kein Vormarsch da ist, sondern „vorläufig" nur die Möglichkeit eines solchen mit dem Aufstieg der Partei sich bietet. Von diesen aufgezeigten Gesichtspunkten aus stand denn auch der Magdeburger SPD-Parteitag im Zeichen des schärfsten Kampfes um die Jugend, ihre sozialfaschistische Erziehung und Vorbereitung auf den Krieg gegen die Sowjetunion.

Den Anfang bildete die rücksichtslose Zurückweisung jeglicher oppositionellen Regung durch den Berichterstatter des Hauptvorstandes, Vogel:

„Immer wieder wird versucht, die Jugend gegen die Entscheidung der Partei zu mobilisieren. Man braucht nur an die Panzerkreuzerfrage und an das Wehrprogramm zu erinnern. Anerkannt muß werden, daß sowohl der Hauptvorstand als such der Reichsausschuß der Arbeiterjugend sich scharf gegen den Mißbrauch ausgesprochen haben. Pädagogisch ist es durchaus verfehlt, junge Menschen zwischen 14 und 18 Jahren, über deren ehrliche Begeisterung für das sozialistische Ziel und deren tiefen Abscheu für Krieg und Militarismus wir uns alle aufrichtig freuen, soviel politische Erfahrung und Erkenntnis zuzuschreiben, wie sie so schwerwiegende Entscheidungen wie Panzerkreuzer und Wehrprogramm erfordern."

Ihm folgte der Hannoversche Delegierte Radloff:

„Wir wünschen die Werbewoche für die Presse im Herbst und für die Partei im Frühjahr, ferner eine Bildungszeitschrift für die Parteifunktionäre, aber nicht im Sinne des Bildungsorgans für die Jungsozialisten. Dort wird die Weimarer Verfassung als gegenrevolutionärer Akt bezeichnet und die Jugend aufgefordert, die Tendenzen zum Altsozialismus, die in der ganzen Partei lebten, niederzukämpfen. Dort wird von der ministeriellen Unzulänglichkeit Hermann Müllers gesprochen. Für diese Art kommunistischer Propaganda in der Jugend unserer Partei fehlt mir die parlamentarische Bezeichnung. Wir wundern uns nur, daß sich der Parteivorstand dieses seit Jahren gefallen läßt. Die Jugend wird nirgends unterdrückt. Ueberall freuen sich die Parteigenossen, wenn sie kommt und mitarbeitet. Aber die Jugend soll auch nicht von denen als Sturmblock mißbraucht werden, die in der Partei ihre Meinung nicht durchsetzen können."

Damit ist das Problem für die SPD noch nicht gelöst, der Einflußkreis unter der Arbeiterjugend für den Sozialfaschismus und Kriegsvorbereitung noch nicht erweitert. Ihre Erledigung fand auch diese Frage und zwar unter dem Tagesordnungspunkt: Sozialdemokratie und Arbeitersport. Vorbereitung und Behandlung dieses Punktes stand voll und ganz im Zeichen der „Vereinheitlichung der sozialistischen Jugendarbeit", der Bestrebung und schon viel mehr der Praxis der SPD-, SAJ-, Gewerkschafts- und Arbeitersportbürokratie, die organisatorische Schwäche und politische Einflußlosigkeit der SAJ zu beheben durch gewisse organisatorische und politische

Vereinbarungen zwischen den Jugendgruppen der genannten Organisationen. So sagt der Leitartikel des „Jugend-Vorwärts“ vom 26. Mai 1929 dazu:

[518] „Wenn auch hier in erster Linie von dem Verhältnis der Partei zur Gesamtsportbewegung die Rede sein wird, so ist doch nicht zu verkennen, daß hierin hohem Maße auch ein Jugendproblem vorliegt. Die Sportorganisationen haben eine große Zahl von jugendlichen Mitgliedern aufzuweisen, und wenn es gelingt, das kameradschaftliche Verhältnis zwischen Partei- und Arbeitersport weiter zu festigen, dann bieten sich auch neue Möglichkeiten sozialistischer Beeinflussung und Erziehung der in den Sportorganisationen zusammengefaßten jungen Menschen.“

Vor und auf dem Parteitag bewegten sich dann auch die Reden von Gellert, Wildung und Schreck in dieser Richtung.

*

Vom 12. bis 14. Juli veranstaltete die Sozialistische Jugendinternationale in Wien ihr 2. Internationales Jugendtreffen. Mit Unterstützung des gesamten Staats-, Partei- und Gewerkschaftsapparates gelang es der SJI, etwa 30.000 Jugendliche nach Wien zu bekommen. Nach der ganzen Vorbereitung und Durchführung dieses Jugendtages ist es klar, daß dieser lediglich die Aufgabe hatte, hinter prunkvoll aufgezogenen Veranstaltungen und allgemeinem Festrummel unter besonderer Anwendung von radikalen Phrasen das wirkliche Gesicht und wahre Wesen der SJI vor der Masse der Mitgliedschaft und des Jungproletariats überhaupt zu verbergen, ihren schon längst vollzogenen Uebergang in das Lager des Klassenfeindes, in den aktiven Dienst des Imperialismus zu verschleiern. Der im Anschluß an den Jugendtag stattgefundene 3. Kongreß der SJI faßte in dieser Richtung auch seine Beschlüsse, die eine bedingungslose Einreihung der von der SJI erfaßten Arbeiterjugend in die Front der imperialistischen Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion bedeuten. Der Kongreß fand völlig unter Ausschluß einer Anteilnahme der Mitgliedschaft an den zur Diskussion stehenden Problemen statt. Es war ihm keine Diskussion innerhalb der Mitgliedschaft vorausgegangen, so wie man auch sagen kann, daß die Tagung im eigentlichen Sinne des Wortes keine Jugendtagung war, sondern eine Zusammenkunft von schon weit über das Jugendalter hinaus entwachsenen, bezahlten und angestellten Funktionären der verschiedensten Organisationen der SJI. Es ist im Rahmen dieses Artikels nicht möglich, des näheren auf die dort behandelten Fragen einzugehen, diese brachten im wesentlichen auch nichts Neues, sondern waren lediglich eine Bestätigung und Vertiefung der schon vorher aufgestellten Theorie und Praxis. Hervorzuheben ist lediglich eine interessante Seite der Diskussion über den Tagesordnungspunkt: „Der Kampf um den Frieden“, wozu Richard Lindström, Stockholm, referierte und zwar ganz in der Linie der Beschlüsse und imperialistischen Politik des Brüsseler Kongresses der II. Internationale. Daß selbst bei einer solch gesiebten Zusammensetzung des SJI-Kongresses die Entwicklung der Widersprüche in den Reihen der Sozialistischen Arbeiterjugend noch zum Ausdruck kam, zeigte sich besonders in der Rede des Delegierten der Jugendorganisation der englischen unabhängigen Arbeiterpartei. Hallsall stellte zunächst fest, daß man nicht zuviel Hoffnung auf die Labourregierung setzen dürfe. Gegenüber der im Referat Lindströms aufgestellten Behauptung über die Militarisierung der Jugend in der Sowjetunion erklärte er, daß die Verteidigungsmaßnahmen der Sowjetunion zu verstehen seien, da diese überall von imperialistischen Staaten umgeben sei, die nur auf die Gelegenheit warten, um über sie herzufallen. Er sagte dann wörtlich folgendes: „Diese Staaten werden mindestens moralisch in diesen ihren Angriffsabsichten unterstützt durch die ständigen Bestrebungen der Sozialistischen Arbeiterinternationale, Schimpf, starke Verachtung und Haß gegen die Sowjetunion zu richten.“ Er schlug dann vor, einen entschlossenen und bestimmten Versuch zu machen, mit den russischen Arbeitern und auch mit den Kommunisten, die ja in Genf ihre Friedensliebe bewiesen hätten, zu einer Verständigung über den gemeinsamen Kampf gegen den Krieg zu kommen.

[519] Ueber diese Rede des englischen Jugenddelegierten entspann sich eine äußerst lebhafte Diskussion, in der insbesondere Crispien auf Vorschlag der Kongreßleitung eine Zurückweisung der Rede des Engländers vornahm, wobei er eine äußerst wüste Antisowjet- und Kommunistenhetze betrieb. Trotz aller Versuche, die Gegensätzlichkeiten zu überbrücken und der Beschwörung Crispiens

an den Engländer, seine Rede zurückzunehmen, konnte keine Einigung erzielt werden. Selbst die Schweizer Delegation stimmte in der politischen Kommission noch gegen die zu diesem Tagungsordnungspunkt vorgelegene Resolution.

Auch Dora Fabian, die Delegierte der deutschen Jungsozialisten, soll auf diesem Kongreß in einer die Engländer unterstützenden Form aufgetreten sein, und auch in der kommunistischen Presse ist im Verlaufe sowie nach dem Kongreß dieser Rede eine große Bedeutung beigemessen worden. Uns scheint, daß hier eine unrichtige Einschätzung der Rolle der „linken" Jungsozialisten sowie Führer der Sozialistischen Arbeiterjugend zu bemerken war. Das wird auch klar, wenn man den Artikel Dorn Fabians über den Kongreß der Sozialistischen Jugendinternationale, veröffentlicht in den „Jungsozialistischen Blättern" vom August d. J., nachliest. Sie sagt dort u. a. folgendes:

„Im Anschluß an Lindströms Referat wurde von den englischen Genossen die Frage Sowjetrußlands angeschnitten. In durchaus nicht glücklicher Form überspitzte einer der englischen Redner die allgemeine Auffassung der englischen Unabhängigen Arbeiterpartei, daß der Kampf zwischen der Zweiten und Dritten Internationale zu einer moralischen Unterstützung der gesamten Bourgeoisie in ihrem Kampfe gegen Sowjetrußland führe. Die Form, in der dieser Gedanke, der allein schon deshalb, weil eine der Internationale angeschlossene Partei ihn offiziell vertritt, einer Diskussion wert ist, vorgetragen wurde, wirkte als Angriff auf die Zweite Internationale und mußte deshalb zurückgewiesen werden."

Und weiter:

„Wenn die Internationale angegriffen wird, so müssen diese Angriffe, soweit sie unberechtigt sind, von ihren Vertretern zurückgewiesen werden. Aber die Jugendinternationale hat sicherlich ihre Kraft unterschätzt, wenn sie sich darüber hinaus nicht selbst die Fähigkeit der Auseinandersetzung zutraute."

Schon hierin wird klar, welche Rolle diese Frau Dr. Fabian auf dem Kongreß in Wirklichkeit spielte und was, wie wir weiter unten noch beweisen werden, der Zweck ihres Auftretens war. Sie sagt hier offen, daß die Ausführungen des englischen Delegierten ein offener Angriff auf die Internationale seien und deshalb zurückgewiesen werden müssen. Sie wandte sich nur dagegen, daß mit dieser Zurückweisung Crispien beauftragt wurde und nicht einer der anderen Schieber des SJI-Kongresses.

Auf die Notiz in der „Roten Fahne" vom 14. August 1929 unter dem Titel „Dora Fabian ist den Bonzen zu links", wo unter anderem auch behauptet wird, daß Dora Fabian in letzter Zeit sogar gegen die linken Phrasendrescher, wie Seydewitz und Co., entschieden Stellung genommen habe, und sie am Schluß der Notiz vor die Konsequenz gestellt wird, entweder weiter den Weg mit der SPD und dem Imperialismus oder aber zur Kommunistischen Partei (!) zu gehen, antwortete sie mit einer Erklärung im „Vorwärts" vom 15. August 1929:

„Die ‚Rote Fahne' behauptet in ihrer Nummer vom 14. d. M., ich hätte auf dem Wiener Internationalen Jugendkongreß die Angriffe eines englischen Genossen auf die 2. Internationale unterstützt. Dies ist unwahr. Wahr ist vielmehr, daß ich laut Protokoll ausdrücklich betont habe, daß die Ausführungen des englischen Genossen niemandes Zustimmung gefunden hätten, und daß ich mich lediglich gegen einige Argumente gewandt habe, die Genosse Crispien gegen den englischen Genossen angeführt hat."

Diese Erklärung Dora Fabians unterstreicht nur unsere Behauptung von ihrer wirklichen Rolle, wie wir sie auf Grund ihrer in den „Jungsozialistischen Blättern" getanen Aeußerungen nachgewiesen haben.

[520] Auf Grund dieser angeführten Tatsachen ist ersichtlich, daß man sich vor Ueberschätzungen oder falschen Einschätzungen der „linken" Führer der SAJ und Jungsozialisten hüten muß, da ihre Aufgabe unter der SAJ im Wesen derjenigen entspricht, die die „Linken" der SPD, wie Rosenfeld, Seydewitz, Eckstein, Levi und Konsorten unter der SPD-Arbeiterschaft durchführen. Für diese tatsächliche Rolle der „linken" SPD-Jugendführer gibt es auch schon frühere Beispiele. So reagierte z. B. der „linke" Berliner Jungsozialist Lepinski auf die Angriffe des sozialdemokratischen Hauptvorstandes und des Hannoverschen Delegierten Radloff auf dem Magdeburger Parteitag der SPD, gegen die „Jungsozialistischen Blätter", folgendermaßen:

„Radloff hat zweifellos das Recht, die ‚Jungsozialistischen Blätter' zu kritisieren. Es mag sein, daß manches Wort und manche Wendung in diesem oder jenem Artikel etwas milder hätte gesagt werden können."

Und weiter:

„Genosse Vogel bemerkte in seinem Schlußwort nur, daß der Parteivorstand volles Verständnis dafür habe, wenn die Jungsozialisten sich nicht ohne weiteres in die gleiche Linie mit den Alten bringen ließen. Aber die Bewegung dürfte nicht ein Sammelbecken für die Mißvergnügten und Unbefriedigten in der Partei werden. Sie müsse eine Bewegung der Jungsozialisten bleiben. Diese Auffassung des Genossen Vogel teilen wir im vollen Umfange."

*

Auf diese Weise und in diesen Formen spiegelt sich der Radikalisierungsprozeß auch in der Sozialistischen Arbeiterjugend wider. Die vom Hauptvorstand und der SPD-Bürokratie verhängten Diskussions- und Redeverbote bleiben wirkungslos. Die Opposition in der SAJ, die Austritts- und Ausschlußbewegung ist im Wachsen begriffen. Deshalb muß man den Stimmungen und den Bewegungen, die sich innerhalb der SAJ entwickeln, von seiten der leitenden Instanzen Rechnung tragen, muß den Schein- und Wortradikalismus nicht nur dulden, sondern fördern, muß auch stärker als je, genau wie In der SPD, einen solchen Bremsklotz der Linksentwicklung züchten, wie er jetzt besonders stark in Erscheinung tritt in der Führung der SAJ und der Jungsozialisten. Auf der anderen Seite muß man dann natürlich auch jegliche Regung irgendeiner Opposition unterdrücken, zu scharfen Sicherungs- und Abgrenzungsmaßnahmen der Mitglieder der SAJ von den Mitgliedern des KJV greifen, wie sie in der letzten Zeit immer offensichtlicher werden. In dieser Verbindung darf man auch nicht verkennen die Entwicklung des Prozesses der Faschisierung selbst bis in untere Funktionärschichten hinein, wie er in der SAJ vor sich geht. Es gibt viele solcher Elemente in der SAJ, die auf Gedeih und Verderb sich mit der sozialimperialistischen und sozialfaschistischen Politik der SPD und SAJ verbunden fühlen, diese nicht nur mit Diskussionsargumenten gegenüber den diskutierenden Jugendgenossen des KJV verteidigen, sondern sogar mit den Mitteln der brutalsten Gewaltanwendung, Schlägereien usw. Daß diese Tendenz bewußt von seiten des Hauptvorstandes gefördert wird, geht hervor aus einer Anweisung des Bezirksvorstandes der Sozialistischen Arbeiterjugend Groß-Berlins vom 10. August 1929, wo es folgendermaßen heißt:

„In der letzten Zeit mehren sich die Ueberfälle auf unsere Jugendgenossen durch kommunistische Rowdys, die den Eindruck auf eine planmäßige Hinarbeit auf Zusammenstöße mit Andersdenkenden machen. Wir haben nicht die Absicht, Kämpfe zwischen jungen Proletariern zu fördern, zumal wir nicht in das Wirkungsgebiet der Polizei eingreifen wollen ... Wir machen aber darauf aufmerksam, daß wir uns künftig mit allen zweckmäßigen Mitteln gegen diese Methoden politischer Verlumpung zur Wehr setzen werden."

*

Die Förderung des Radikalisierungsprozesses in der Sozialistischen Arbeiterjugend, die Gewinnung der besten proletarischen Elemente der SAJ [521] für den KJV ist somit eine des wichtigsten Aufgaben nicht nur des Kommunistischen Jugendverbandes, sondern auch der Kommunistischen Partei.

Neben der politischen Verlumpung und dem stellenweise organisatorischen Zerfall der SAJ darf man nicht der teilweisen Stabilisierungserfolge sowie sogar gewisser Fortschritte in einigen Gebieten vergessen. Der KJV und die Kommunistische Partei müssen sich dementsprechend in ihrer politischen und organisatorischen Aufgabenstellung auf die zielbewußte Schwächung und Zerschlagung des Einflusses der SAJ unter der Arbeiterjugend einstellen, die im Ergebnis eine allseitige Stärkung des Kommunistischen Jugendverbandes mit sich bringen muß.

*

# Die kleinbäuerliche Verschuldung in Deutschland

Von M. Kemper

Das Vordringen und die Aktivität der Nationalsozialisten in den agrarischen Gebieten macht die Frage der bäuerlichen Radikalisierung aktuell. Wir bringen daher zunächst eine kurze Darstellung einer der ökonomischen Ursachen dieser Erscheinung. Die Redaktion.

Die Regierungen der kapitalistischen Länder haben im Verein mit der bürgerlichen Agrarwirtschaft in den letzten Jahren bedeutende Anstrengungen gemacht, die schleichende Krise der gesunkenen landwirtschaftlichen Kaufkraft und andere Ursachen der fallenden Rentabilität des Landbaues zu ergründen und durch eine Reihe von Maßnahmen zu begegnen. Es entspricht ganz dem Charakter der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, wenn diese Versuche und Maßnahmen sich mehr oder weniger eindeutig in der Hauptsache auf die Belange der Großgrundbesitzer und Großbauern konzentrieren und auf Kosten der werktätigen Bevölkerung in Stadt und Land durchgeführt werden.

Seit ungefähr drei Jahren steht diese Frage der landwirtschaftlichen Verschuldung in Deutschland im Mittelpunkte zahlloser Aktionen sowohl der reaktionären junkerlichen und großbäuerlichen Organisationen, als auch der Landwirtschaftskammer und sonstiger landwirtschaftlicher Behörden. Landbund und Bauernvereine, Genossenschaftsverband, Landkammer und die offizielle Agrarwissenschaft, alle argumentieren mit der katastrophalen Verschuldung des Landbaues und fordern mit Erfolg von einer willfährigen Regierung neue Kredite, Zinsverbilligungen, Steuervergünstigungen und Erhöhung der Schutzzölle. Der werktätige Teil der Landbevölkerung wird bei der Verteilung dieser „Liebesgaben“ übergangen und muß als der beste landwirtschaftliche Steuerzahler dafür sorgen, daß die Quelle der Subventionen für die Großgrundbesitzer und Großbauern, die Regierungskassen nicht leer werden.

Die sozialdemokratischen agrarpolitischen „Sachverständigen“ und ihre Hintermänner in der Preußenkasse sorgen noch für den Spott und erklären, daß der Kleinbetrieb überhaupt nicht verschuldet ist und es eigentlich nur dem Großbetrieb durch seine eigene Schuld schlecht geht.

Es ist bezeichnend, daß man sich bei allen Untersuchungen und Erhebungen über die Verschuldung des deutschen wie des europäischen Landbaues immer wieder und ausschließlich auf die junkerlichen und großbäuerlichen Betriebe beschränkt hat. Die Arbeiten des Enqueteausschusses des Reichstages ebenso wie die Erhebungen der Preußenkasse und der einzelnen Landkammern beziehen sich nur auf Betriebe über 80 bis 100 ha und lassen die kleineren Betriebsgrößen völlig unberücksichtigt. Diese Untersuchungen kommen notwendigerweise alle zu dem Ergebnis, daß gerade die Not der Großbetriebe durch entsprechende Hilfsmaßnahmen schnellstens behoben werden muß. Es sollte doch zu denken geben, daß in keinem europäischen Lande irgendwelche Erhebungen zur Feststellung der kleinbäuerlichen Verschuldung gemacht [522] worden sind. Selbst in Deutschland, wo alles und jedes mit statistischer Genauigkeit erfaßt und registriert wird, sind weder von irgendeiner Behörde noch von irgendeiner landwirtschaftlichen Berufsorganisation irgendwelche ernsthaften Schritte in dieser Richtung unternommen worden.

Die obigen Verhältnisse haben Anfang dieses Jahres den Reichs-Bauernbund, die Organisation der werktätigen Bauern Deutschlands, veranlaßt, in allen vorwiegend kleinbäuerlichen Gebieten des Reiches eine Fragebogenerhebung über die bäuerliche Verschuldung durchzuführen. Die Methode der Fragebogenerhebung ist der einzig mögliche Weg, eine Uebersicht über die betriebswirtschaftliche Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe überhaupt zu erhalten. Sowohl der Enqueteausschuß wie die Landkammern haben sich auf Fragebogen beschränken müssen und selbst bei den überwiegend buchführenden Großbetrieben keine Gesamtstatistik der Verschuldung durchführen können. Die Methode der Fragebogenerhebung ist somit allgemein anerkannt, und wenn sie auch nicht restlos die Verhältnisse erfaßt, so ergibt sich doch ein objektives Spiegelbild der tatsächlichen Lage.

Die Erhebungen des Reichs-Bauernbundes erstrecken sich insgesamt auf 25 Kreise der verschiedenen Staaten des Reiches und berücksichtigen insbesondere die vorwiegend kleinbäuerlichen Gebiete. Die ausgefüllten Fragebogen, die die Bauern durch erschütternde Berichte über ihre verzweifelte wirtschaftliche Lage ergänzten, zeigen in ihren Ergebnissen die Not der Kleinbauernwirtschaft mit kaum

zu übertreffender Plastik. Sie haben ein für allemal das agrarrevisionistische Märchen vom „gesunden“ Kleinbetrieb widerlegt und erneut bewiesen, daß die kapitalistischen Kräfte im Landbau den Kleinbetrieb genau wie in der Industrie dem Untergang entgegentreiben und die arbeitenden Schichten der Landbevölkerung in steigendem Maße der Ausbeutung durch das Kapital ausgesetzt sind.

Eine Zusammenstellung der Ergebnisse der Fragebogenerhebung, bei der die Fehlerquellen sorgfältig ausgeschaltet und je vier in ihren betriebswirtschaftlichen Verhältnissen den Durchschnitt darstellende Bauernwirtschaften der verschiedenen Größenklassen eines Kreises eingesetzt wurden, ergibt folgendes Bild der kleinbäuerlichen Verschuldung:

| Betriebsgrößenklassen | Zahld. untersucht. Betr. | Anzahl der Hektar | Gesamtverschuldung | Durchschn. d. Zinsfußes | Verschuldung pro Hektar | Zinsbelastung pro ha | Aufgewertete Hypotheken | Neue Hypotheken | Schwimmkredite (Wechsel- u. Warenschulden) | Belastung m. Altenteil und Renten |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 0,5-2 ha | 18 | 27,25 | 43.404,– | 7,7% | 1593,– | 123,– | 5523,– | 10.701,– | 22.700,– | 4480,– |
| 2-5 ha | 30 | 101,1 | 106.128,– | 8% | 1050,– | 84,– | 21.345,– | 28.900,– | 48.938,– | 6945,– |
| 5-10 ha | 22 | 157 | 118.030,– | 8% | 752,– | 60,– | 23.750,– | 44.100,– | 39.900,– | 10.280,– |
| 10-20 ha | 32 | 457,5 | 417.623,– | 8% | 913,– | 73,– | 53.043,– | 264.550,– | 76.195,– | 23.835,– |
| Zusammen | 102 | 742,85 | 685.185,– | 8% | 1077,– | 86,– | 103.661,– | 348.251,– | 187.733,– | 45.540,– |

Die Zahlen charakterisieren die unhaltbare betriebswirtschaftliche Lage der Kleinbauernwirtschaften zu Genüge. Die Zinsbelastung des kleinbäuerlichen Morgens mit durchschnittlich 86 Mk. nehme bei einem Rohertrag des Morgens von 7,5 Zentner Roggen oder 65 Zentner Kartoffeln (Reichsdurchschnitt 1927) die gesamte Grundrente und darüber hinaus einen wesentlichen Teil des bäuerlichen Arbeitseinkommens in Anspruch. Die Grundrente sowie ein Teil des bäuerlichen Arbeitslohnes fällt mit anderen Worte den Geldgebern, d. h. bei der überwiegend hypothekarischen Verschuldung dem Bankkapital anheim. Das Agrar- und Bankkapital ist kein sozialistisches Schreckgespenst mehr für den Arbeitsbauern, sondern eine harte ökonomische Tatsache, die die kargen Früchte bäuerlichen Fleißes als Zinsen verschlingt und die Arbeitszeit des Bauern und seiner Familie bis an die Grenze der menschlichen Leistungsfähigkeit ausdehnt.

Die durchschnittliche Zinshöhe erscheint in der Statistik noch verhältnis-[523]mäßig günstig, wenn man berücksichtigt, daß der Baiser allgemein für Darlehen 12-16 Prozent bezahlen muß. Dieser Umstand erklärt sich aus der häufigen Inanspruchnahme der billigen Hauszinssteuerkredite, die anfänglich mit ein Prozent, nach vier Jahren jedoch mit vier Prozent zu verzinsen sind. Diese meist 1925/26 aufgenommenen Kredite werden mit Ablauf dieser Frist, also in den nächsten Jahren, die Zinsbelastung wesentlich steigern und das katastrophale Bild gerade der kleinbäuerlichen Verschuldung weiter vervollständigen.

Seit der Währungsstabilisierung sinkt die Rentabilität der kleinbäuerlichen Wirtschaft von Stufe zu Stufe. Die Neuverschuldung hat von Jahr zu Jahr zugenommen. Nach unseren Erhebungen verteilen sich die Arten der Verschuldung in folgender Weise:

| Art der Verschuldung | Summe | in Prozent der Gesamtverschuldung |
|---|---|---|
| Aufgewertete Ansprüche | 103.661 | 15% |
| Neue Ansprüche | 348.251 | 51% |
| Schwimmkredite | 187.733 | 27% |
| Altenteil und Renten | 45.540 | 7% |

In vier Jahren seit der Inflation hat sich die Verschuldung der untersuchten Betriebe verdoppelt, und zwar überwiegt die Realkreditverschuldung bei weitem die Verschuldung durch Wechsel- und Warenschulden: an Stelle des Dorfwucherers tritt immer mehr die Hypothekenbank. Die kleinbürgerliche

Wirtschaft wird durch die Hypothek dem Bankkapital tributpflichtig und läßt ihrem Besitzer nur noch einen kargen Arbeitslohn. Der Arbeitsbauer steht mit dem Industriearbeiter auf ein und derselben Stufe der Ausbeutung durch das Finanzkapital. Die Interessen beider müssen sich notwendigerweise in dem gemeinsamen Ziel ihrer wirtschaftlichen und politischen Befreiung treffen. [524]

## DISKUSSION

### Zur Stellungnahme der Partei zum Gasschutz

Die folgenden Schreiben der Genossen Reimann und K. S. waren ursprünglich nicht zur Veröffentlichung bestimmt; es kann an sie deshalb nicht der Anspruch auf vollständige Stellungnahme zu den aufgeworfenen Fragen gestellt werden und die Redaktion ist der Meinung, daß bei der Beurteilung der Kontroverse zwischen den beiden Genossen diese Tatsache wesentlich zu berücksichtigen ist. Wir haben die Schreiben veröffentlicht, weil uns die aufgeworfenen Fragen von großem Interesse für die Gesamtpartei erscheinen und bitten alle Genossen, die sich an der Diskussion beteiligen wollen, ihr Augenmerk diesen sachlichen Problemen – und nicht der formalen Kontroverse – zuzuwenden.

Redaktion der „Internationale".

Es besteht zweifellos kein grundsätzlicher Unterschied zwischen Angriffs- und Verteidigungsmitteln, also auch nicht zwischen Giftgasen und Abwehrmitteln, zu denen auch Gasschutzmasken gehören. Beides gehört zur imperialistischen Aufrüstung. Aber ebensowenig wie wir gegen die Bewaffnung der Arbeiterschaft sind, diese vielmehr fordern, können wir gegen den Gasschutz der Arbeiterschaft und auch des kleinen Mittelstandes sein. Diese Frage, die immer größere Bedeutung bekommt, muß stets klassenmäßig gestellt und beantwortet werden, wenn wir nicht eine völlig verschwommene pazifistische Haltung einnehmen wollen. Das ist für den Gasschutz gegenwärtig besonders dringend, weil er von der Bourgeoisie immer mehr propagiert wird. Bisher wurde er häufig in den Parteiorganen allgemein als imperialistische Aufrüstung abgelehnt, und diese Stellungnahme gleichzeitig mit radikalen Phrasen verbrämt, wie z. B.: „Es gibt nur einen wirklichen Schutz, das ist die Vernichtung des imperialistischen Krieges." (Aus einem Artikel „Gasschutz für die Zivilbevölkerung", Pressedienst Nr. 71, 1929.) Gerade bei der Frage des Gasschutzes wirkt aber die gefährliche pazifistische Ideologie nicht so hemmend wie bei der offenen Forderung der Bewaffnung. Die Notwendigkeit des Gasschutzes zeigt jedem Arbeiter aufs eindringlichste, daß der Krieg eine unmittelbare Gefahr ist und ihn direkt berührt. Natürlich muß der von der Polizei, der Reichswehr, allgemein vom kapitalistischen Staat organisierte Gasschutz bekämpft werden, aber deswegen sind wir doch keineswegs grundsätzlich gegen den Gasschutz, sondern für den Gasschutz, der von den Organen der Arbeiterschaft unter Hinzuziehung des kleinen Mittelstandes organisiert wird. Dieser Gasschutz muß sogar zu einer Forderung werden, die sehr schnell eine Tagesforderung breiter Massen werden kann. Es sei nur daran erinnert, daß im zukünftigen Bürgerkrieg die Gaswaffe ebenfalls erhöhte Bedeutung haben wird.

Häufig wird auch seitens vieler Parteigenossen überhaupt die Möglichkeit eines Gasschutzes verneint, weil die gefährlichsten Giftgase überall hin und durch jede Gasmaske hindurchdringen. Zweifellos gibt es einen absoluten Schutz vor Giftgasen nicht. Es gibt aber eine Reihe von Mitteln, die einen relativen Schutz vor Giftgasen ermöglichen. Dabei muß auch berücksichtigt werden, daß mit der Entwicklung der Gaswaffen auch die Gasabwehr und der Gasschutz Fortschritte machen, wenn auch gegenüber den gefährlichsten Giftgasen (vor allem Gelbkreuz und Senfgas) Gasschutzmasken überhaupt nichts nützen. Aber gerade diese Giftgase werden im Bürgerkrieg z. B. wahrscheinlich nicht in so starkem Maße wie andere Giftgase angewendet werden, weil das Senfgas längere Zeit liegen bleibt und auch dem Gegner den Zutritt in das vergaste Gelände verwehrt. Mit der falschen Feststellung, daß es gegenüber dem Giftgas überhaupt keinen Schutz gäbe, verstärkt man im Bürgerkrieg seitens der Arbeiterschaft die Gefahr der Panik, die bisher den größten Anteil an den Erfolgen bei Anwendung der Gaswaffe für den damit ausgerüsteten Gegner hatte. Es Ist lediglich richtig, zu betonen, daß es gegenüber den Giftgasen keinen so wirksamen Schutz wie bei anderen Kriegswaffen gibt.

Es gilt also, eine Reihe von konkreten Klassenlosungen zum Schutze der Arbeiterschaft und des kleinen Mittelstandes vor dem drohenden Gaskrieg in Zusammenhang mit den auch in Deutschland erfolgenden Gaskriegsrüstungen aufzustellen und zu propagieren.

G. Reimann.

Als Ausgangspunkte der Stellung der Partei zur Frage des Gasschutzes haben zu gelten:

a) daß für unsere Stellung zur imperialistischen Rüstungspolitik der Bourgeoisie prinzipiell kein Unterschied besteht, nicht nur zwischen Gaswaffe und Gasabwehr, sondern auch zwischen der Gaswaffe bzw. -abwehr und jeder anderen Waffe;

b) daß die ganze Frage nicht ins Blaue gestellt werden soll, sondern konkret im Hinblick auf den bestimmten Krieg, der gegenwärtig droht;

c) daß die Gasschutzfrage nicht für sich allein, sondern im Zusammenhang mit unserem gesamten Kampf für die Verteidigung der Sowjetunion, mit der Propaganda und Vorbereitung der proletarischen Wehrhaftigkeit zu stellen ist.

Auf Grund dieser drei Gesichtspunkte ist zu den Vorschlägen des Genossen Reimann zu sagen:

Es ist selbstverständlich, daß wir der bürgerlichen Gasschutzkampagne nicht mit den Argumenten der Pazifisten entgegentreten können: „Gasschutz ist unmöglich." Wir bekämpfen diese Kampagne politisch, d. h. als eine imperialistische Kampagne zur Vor-[525]bereitung des Krieges, und nicht deswegen, weil der Gasschutz nichts taugt. Ebenso: Wir bekämpfen den Panzerkreuzer nicht – wie die „linke" SPD –, weil er „zwecklos" sei, sondern als imperialistisches Kriegsinstrument. Es ist auch richtig, daß wir der bürgerlichen Gasschutzkampagne nicht bloß mit den Worten gegenübertreten können, daß man den „imperialistischen Krieg vernichten", d. h. die Bourgeoisie stürzen muß. Aber das ist keine „radikale Phrase", sondern mit Recht die Achse unserer Agitation. Was kann und soll man mehr tun? Erstens soll man als Antwort der Kampagne der Bourgeoisie eine großzügige Kampagne führen für Enthüllung der Gaskriegsvorbereitungen Deutschlands, den Arbeitern zeigen, daß der Feind im eigenen Lande sitzt, revolutionäre Massenaktionen gegen diese Kriegsvorbereitungen führen usw. Zweitens soll man im Rahmen einer konkreten Propaganda der Wehrhaftigkeit des Proletariats, die auch Aufklärung zugegeben hätte über die militärische Bedeutung der verschiedenen Waffen, auch die Frage des Gaskrieges und Gasschutzes stellen, vor allem des Schutzes gegen die Gaskampfmittel der Polizei.

„Mehr" zu tun, etwa in der Richtung der Forderung der Versorgung der proletarischen Bevölkerung mit Gasmasken durch den Staat, des Ausbaus gassicherer Unterstände durch die Gemeinden usw. ist nicht möglich, ohne die imperialistische Stimmungsmache der Bourgeoisie und ihre imperialistische Aufrüstung indirekt oder direkt zu unterstützen.

Die Vorschläge des Genossen Reimann aber laufen gerade auf solche „positiven" Forderungen hinaus. Er schreibt:

„Ebensowenig wie wir gegen die Bewaffnung der Arbeiterschaft sind, diese vielmehr fordern, können wir gegen den Gasschutz der Arbeiterschaft und auch des kleinen Mittelstandes sein. ... Dieser Gasschutz muß sogar zu einer Forderung werden, die sehr schnell eine Tagesforderung breiter Massen werden kann."

Hierzu ist zu sagen, daß wir die Bewaffnung der Arbeiterschaft nicht „fordern", d. h. vom bürgerlichen Staat oder irgendwelchen anderen Institutionen der Bourgeoisie verlangen. Dasselbe muß für den Gasschutz gelten. Die Bemerkung, daß man diese Frage „klassenmäßig" stellen müsse, etwa in der Auslegung, daß man den Gasschutz nur für die Arbeiter „fordern" solle, würde die Sache natürlich keineswegs verbessern, sondern bloß einer falschen Stellung eine „klassenmäßige" Verbrämung geben (nebenbei, eine solche Stellung der Gasschutzfrage wäre nur ein Gegenstück zur Brandlerschen Milizforderung).

Nun könnte Genosse R. anführen, daß er von einer Forderung an den bürgerlichen Staat nicht gesprochen hat. Das ist richtig, wenn er auch eine solche naheliegende Auslegung seiner nicht ganz klaren Formulierungen nicht ausdrücklich abgewehrt hat, was politisch von entscheidender Bedeutung war. Nehmen wir an, daß Genosse R. meinte den Vorschlag eines Gasschutzes, „der von den Organen der Arbeiterschaft unter Hinzuziehung des kleinen Mittelstandes organisiert wird". Also selbständige Organisierung des Gasschutzes durch das Proletariat! Aber dies macht den Vorschlag nicht besser. Im Gegenteil!

Das Proletariat will Waffen – gegen wen? Gasschutz – gegen wen? Gegen die eigene Bourgeoisie. Genosse R. aber schlägt vor, das Proletariat solle den Gasschutz, d. h. also Waffen schaffen – gegen den „Feind“. Die Frage des Bürgerkrieges wird nur nebenbei erwähnt. Diese Stellung der Frage ist politisch vollkommen falsch.

Das Urteil wird bestätigt durch eine richtige Antwort auf die Frage, was die ganze Gasschutzkampagne gegenwärtig für die deutsche Bourgeoisie bedeutet. Lassen wir es dahingestellt, ob ein ausreichender Schutz der Massen der Zivilbevölkerung möglich ist oder nicht. Er ist in der Tat unter den gegenwärtigen Verhältnissen unmöglich. Tatsächlich aber hat Deutschland bisher praktisch für diesen Schutz nichts getan, noch weniger, als möglich gewesen wäre. Das ist kein Zufall, sondern nur ein weiterer Beweis unseres allgemeinen Urteils über die Kriegsvorbereitungen des deutschen Imperialismus: sie richten sich nicht gegen die Entente oder Polen, in welchem Falle natürlich der Gasschutz eine entscheidende Frage wäre, sondern gegen die USSR. Die hauptsächliche Bedeutung der gegenwärtigen Gasschutzkampagne für den deutschen Imperialismus ist, daß sie ein ausgezeichnetes Mittel der ideologischen Beeinflussung zur Heranziehung der breiten Massen in die Organisierung des imperialistischen Krieges darstellt. Je „demokratischer und defensiver“ aufgemacht, desto schlimmer. Genosse R. schreibt:

„Die Notwendigkeit des Gasschutzes zeigt jedem Arbeiter aufs eindringlichste, daß der Krieg eine unmittelbare Gefahr ist und ihn direkt berührt.“

Das ist eine Plattheit. Es handelt sich darum, wie den Arbeitern der Krieg gezeigt wird. Die Notwendigkeit des Gasschutzes an sich „zeigt“ dem Arbeiter vor allen Dingen auch, daß er sich gegen den „Feind“ zu verteidigen hat. Sie lenkt ihn damit ab von der entscheidenden Frage, dem Kampfe gegen die eigene Bourgeoisie. Und wir wollen nun sogar die Initiative bei diesem Ablenkungsmanöver ergreifen durch die Organisierung des Gasschutzes „durch die Organe der Arbeiterschaft“? Dazu muß man bedenken, daß prinzipiell zwischen der passiven und aktiven Abwehr kein Unterschied und praktisch der Uebergang von der einen zur anderen sehr rasch und teilweise unmerklich ist. In der Tat wäre dies ein Schritt in der Richtung der „Kriegsindustriellen Komitees“, die während des imperialistischen Krieges in Rußland zur Unterstützung der Munitionsproduktion geschaffen wurden, ein Schritt auf dem Wege zum Sozialimperialismus, besonders gefährlich, weil er sich „rein defensiv“ maskiert. Es ist mit hundert Prozent Wahrscheinlichkeit zu erwarten, daß die SPD schon in nächster Zeit im Rahmen ihrer Politik der Militarisierung der Massen die Frage des Gasschutzes in ähnlichem Sinne stellen wird.

Nun bedenken wir schließlich, daß der Krieg, der droht, auf den wir die Massen vorbereiten, der Krieg Deutschlands gegen die USSR ist (und wie an anderer Stelle auf Grund der politischen Situation Deutschlands und des Charakters seines militärischen Rüstungsplanes bewiesen wurde, gegenwärtig allein sein kann). Wir müßten also einen [526] Gasschutz organisieren und „zur Tagesforderung breiter Massen“ machen – gegen die Gasbomben der Roten Armee!

Bei einem Ueberfall der Imperialisten auf die Sowjetunion wird die Rote Armee nur gegen die Bourgeoisie dieser Länder Krieg führen, das Proletariat ist im Gegenteil ihr Verbündeter.

Daß die proletarische Rote Armee nicht die barbarische Kriegsmethode der Vergasung der – doch hauptsächlich von Proletariern bewohnten – Städte in Anwendung bringen wird, ist selbstverständlich. Immerhin: Krieg ist Krieg. Schon Fr. Engels hat anläßlich der Möglichkeit des Krieges einer siegreichen proletarischen Revolution in Frankreich gegen eine neue „heilige Allianz“ im Jahre 1852 geschrieben: „Die Revolution wird mit den modernen Kriegsmitteln gegen moderne Kriegsmittel kämpfen müssen.“ Auch die Rote Armee muß die Gaswaffe in Anwendung bringen, weil es die Imperialisten tun; auch die Rote Armee wird selbstverständlich, besonders in Vergeltung der imperialistischen Luftangriffe, die dem Truppentransport dienenden Verkehrsmittel, die Rüstungsindustrie usw. der Imperialisten mit allen zweckdienlichen militärischen Mitteln (und die besten sind eben Fliegerbomben) lahmlegen, wenn es das Proletariat dieses Landes nicht selbst durch Streiks usw. tut. Wie an der Front selbst, so kann es auch dabei vorkommen, daß die Rote Armee, ohne es zu wollen, auch ihren verbündeten Proletariern dieses Landes Verluste beibringt. Dies ist unvermeidlich, solange dieses Proletariat sich von seiner Bourgeoisie als Werkzeug der militärischen Niederwerfung der

Sowjetunion mißbrauchen läßt. Aber die Frage des Schutzes gegen solche Fälle stellen oder gar zur Hauptfrage des Kampfes gegen den Krieg zu machen, würde unseren Kampf für die Verteidigung der Sowjetunion direkt ins Gegenteil zu verkehren, uns in der Tat in eine Einheitsfront mit dem Imperialismus, seinen Pazifisten und Sozialdemokraten g e g e n die USSR und gegen die Bote Armee hineinmanövrieren. Wir müssen im Gegenteil diesen Krieg bekämpfen, indem wir n i c h t die Gasgefahr f ü r B e r l i n (div nicht besteht), sondern f ü r M o s k a u u n d L e n i n g r a d den Massen aufzeigen, sowohl die pazifistischen Schauermärchen über das kommende Luftbombardement wie auch die Gasschutzkampagne politisch entlarven, um alle Aufmerksamkeit der Arbeiter auf die revolutionären Massenaktionen gegen die eigene Bourgeoisie, vor allem aber in dieser Verbindung gegen die Giftgasproduktion in Deutschland konzentrieren. Nicht auf Kombinationen über den kommenden Krieg, sondern auf den gegenwärtigen Klassenkampf soll man die Aufmerksamkeit der Massen konzentrieren, man muß ihnen schon heute offen sagen, daß die Rote Armee und die Roten Flieger nicht ihre Feinde, sondern ihre Verbündeten sind im Befreiungskampfe gegen die eigene Bourgeoisie und daß sie selbst durch Stillegung der Rüstungsbetriebe, Massenstreik usw. es in der Hand haben, jedes Fliegerbombardement seitens der Roten Flieger überflüssig zu machen. Man muß ihnen sagen, daß der Krieg gegen die Sowjetunion zugleich ein Bürgerkrieg gegen das Proletariat ist, daß gerade die „eigene“ Bourgeoisie, ihre Armee, Polizei und Faschisten es sein werden, die dann Streiks, Demonstrationen, ganze Proletarierviertel mit Gas bekämpfen werden. Der 1. Mai 1929 in Berlin hat schon einen Vorgeschmack eines solchen „Feldzuges“ gegeben. Die Gasausrüstung der Polizei und Faschisten (siehe österreichische Heimwehr!) wird mit allen Mitteln vorbereitet.

Genosse R. schreibt nebenbei, daß der vom kapitalistischen Staat organisierte Gasschutz „natürlich“ bekämpft werden müsse, schlägt aber in der Tat eine „positive“ Gasschutzpolitik vor, die diesen Kampf zur bloßen Phrase machen würde. Der Kampf gegen die Gasschutzkampagne der Bourgeoisie ist aber gegenwärtig die wichtigste Aufgabe der Partei auf diesem Gebiet, neben der im Rahmen der Propaganda der proletarischen Wehrhaftigkeit die Frage der Gaswallen der Polizei, ihrer Abwehr usw. zu stellen ist. Es ist dringend nötig, diesen Kampf zu verbessern. Daß er nicht so „natürlich“ ist, daß sich auch innerhalb der Partei und der Massen in dieser Frage Abweichungen ergehen werden, die es rechtzeitig zu signalisieren und zu bekämpfen gilt, zeigen gerade die besprochenen Vorschläge. K. S.

*

**Einige Bemerkungen zu dem Schreiben des Genossen K. S.**

Der Genosse K. S. unterschiebt mir, daß ich für die „Forderung der Versorgung der proletarischen Bevölkerung mit Gasmasken durch den Staat ... usw.“ eintrete. Tatsächlich hatte ich geschrieben: „Natürlich muß der von der Polizei, der Reichswehr, allgemein vom kapitalistischen Staat organisierte Gasschutz bekämpft werden.“ Der Genosse K. S. unterschiebt mir eine entgegengesetzte Stellungnahme, indem er in meinem Zitat obigen Satz unterschlägt. Damit erübrigt es sich, auf alle diesbezüglichen Schlußfolgerungen des Genossen K. S., wie z. B., daß ich „die Frage des Bürgerkrieges nur nebenbei erwähne“, weiter einzugehen. Mein Schreiben nahm vor allem auf die übertriebene und falsche Behauptung bürgerlicher Pazifisten, daß es gegenüber dem Giftgas überhaupt keinen Schutz gäbe, Bezug. Diese Frage, die auch von Parteigenossen häufig falsch beantwortet wird, läßt der Genosse K. S., obwohl er „konkret“ Stellung nehmen will, „dahingestellt“ sein. Diese Frage verliert im Hinblick auf die akuteste Kriegsgefahr, nämlich die des imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion, keineswegs an Bedeutung, denn dieser Krieg stellt sofort den Bürgerkrieg und den gemeinsamen Kampf des deutschen Proletariats mit der Roten Armee auf die Tagesordnung. Dann wird auch das deutsche Proletariat mit dem Giftgas Bekanntschaft machen; kein Zweifel, daß im Bürgerkrieg Giftgas in größten Mengen in der [527] Zukunft verwendet werden wird. Wenn der Genosse K. S. in seinem Schreiben für die Gegenwart die „Propaganda der proletarischen Bewaffnung“ bei dem Kampf gegen die Gasschutzkampagne der Bourgeoisie als „einzige und dabei sehr wichtige Aufgabe der Partei“ empfiehlt, so ist das eine ultrahinke Entgleisung.

Ich hoffe, daß eine Giftgasdiskussion nicht auf der Basis geführt wird, wie sie von dem Genossen K. S. eingeschlagen wurde, nämlich als Kampf gegen Windmühlen, gegen Behauptungen, die von

niemandem aufgestellt worden sind, während gleichzeitig die Betreffenden selber höchst oberflächlich und zum Teil völlig falsch an die zu klärenden Fragen heran gehen. G. Reimann.

## LITERATUR

### *Lenin*: *„Der imperialistische Krieg“. XVIII. Band der Sämtlichen Werke*

Wenige Tage vor der internationalen Massenaktion gegen den imperialistischen Krieg am 1. August d. J. ist die deutsche Ausgabe des XVIII. Bandes erschienen, der die Schriften Lenins vom Herbst 1914 bis Dezember 1915 umfaßt. Obwohl ein Teil dieser Schriften in deutscher Ausgabe schon bekannt ist, hat diese Veröffentlichung weit mehr als literarische Bedeutung. Mehr als jeder andere Band von Lenin ist dieser heute bei seinem Erscheinen ein politisches Ereignis.

Der Band enthält an erster Stelle den Aufsatz „Karl Marx“ für das russische Wörterbuch „Granat“, der schon vor Kriegsausbruch begonnen, aber erst im November 1914 abgeschlossen wurde. Dieser Aufsatz ist nicht nur aus chronologischen Gründen mit Recht an die Spitze dieses Bandes gesetzt worden und damit an die Spitze dieses Abschnitts des literarischen und politischen Lebenswerkes Lenins. Der Moment, da Lenin in klassischer Weise und mit unnachahmlicher Prägnanz die Grundlehren des Marxismus zusammenfaßte, war von weltgeschichtlicher Bedeutung: der Bolschewismus schickte sich an, die Aufgabe, die schon die Revolution von 1905 angekündigt hatte, durch seinen theoretischen und praktischen Kampf während des imperialistischen Krieges zu übernehmen. Das russische Proletariat trat an die Spitze des internationalen Proletariats, und der Leninismus entfaltete seine große theoretische Leistung über Marx hinaus.

Den zweiten Teil des Bandes bilden die Aufsätze und Reden Lenins im ersten Kriegsjahr. Zu den im Sammelhand „Gegen den Strom“ vorhandenen sind eine ganze Anzahl neuer Artikel und Dokumente hinzugetreten. Vor allem die erste Stellungnahme der Bolschewiki zum imperialistischen Krieg, die von Lenin geschriebene Resolution „einer Gruppe von Sozialdemokraten“: „Die Aufgaben der revolutionären Sozialdemokratie im europäischen Kriege“, in den ersten Tagen des September 1914 niedergeschrieben. Bemerkenswert ist die Schärfe und Klarheit, mit der schon in diesem Dokument alle grundlegenden Gedanken und taktischen Richtlinien entwickelt werden. Unter den Aufgaben der Sozialdemokratie setzt Lenin hier an erste Stelle:

„Im Heere und auf den Kriegsschauplätzen allseitig betriebene Propaganda für die sozialistische Revolution und für das Gebot, nicht gegen die eigenen Brüder, die Lohnsklaven der anderen Länder, die Waffe zu richten, sondern gegen die reaktionären und bürgerlichen Regierungen und Parteien in allen Ländern. Unbedingte Notwendigkeit, zum Zwecke einer derartigen Propaganda in allen Sprachen illegale Zellen und Gruppen in den Armeen aller Nationen zu organisieren.“

Neu sind ferner in diesem Band die Diskussionsrede zu Plechanows Referat über die Stellung zum Kriege, ferner das Referat Lenins: „Proletariat und Krieg“, die Briefe an Schljapnikow und Kollontai, in denen er die wesentlichsten Punkte seiner Stellung scharf und polemisch zusammenfaßt. Ferner findet sich hier das erstemal deutsch veröffentlicht die Resolution des ZK der Bolschewiki vom Oktober 1914: „Der Krieg und die russische Sozialdemokratie.“ Alle diese neu veröffentlichten Dokumente lassen ein viel eingehenderes Studium der Stellung Lenins zum Kriege zu, als dies bisher auf Grund des deutsch vorliegenden Materials möglich war. Z. B. wirft die zuletzt genannte Resolution ein Licht auf Lenins defaitistische Taktik. Es ist bekannt, daß Lenin vom Standpunkt des internationalen Proletariats es scharf ablehnte, den Sieg einer der beiden kriegführenden Parteien zu wünschen, und die Losung herausgab: Niederlage aller imperialistischen Regierungen. Auch ein Suchen nach dem „kleineren Uebel“ war vom Standpunkt des internationalen Proletariats unmöglich und falsch. Gleichzeitig aber sagt Lenin:

„Allein es kann für uns russische Sozialdemokraten keinem Zweifel unterliegen, daß die Niederlage der Zarenmonarchie ... vom Standpunkt der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen aller in Rußland lebenden Völker das geringste Uebel wäre.“

Liegt hier ein Widerspruch vor? Keineswegs. Auch dem deutschen Proletariat gab Lenin nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, vor allem die Niederlage der eigenen Regierung zu wünschen. Ein „Widerspruch“ ist dies nur für den, der im Defaitismus einen bloßen „Wunsch“ sieht und nicht

eine Direktive zu praktischer revolutionärer Arbeit gegen die eigene [528] Bourgeoisie mit dem Ziele der Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg in allen am Kriege beteiligten Ländern.

Eine gerade für die deutschen Kommunisten sehr wichtige Frage kann und muß an Hand des in diesem Bande veröffentlichten Materials studiert werden: Die Kritik Lenins an den Schwankungen und zentristischen Fehlern der deutschen Linken. Ein Beispiel: Vor einem Jahr noch wurde in einer Broschüre über den Kampf der Frauen gegen den imperialistischen Krieg der Versuch gemacht, die Taktik der Genossin Zetkin auf der Berner Internationalen Frauenkonferenz zu „retten", die Politik der bolschewistischen Delegation auf dieser Konferenz als falsch hinzustellen usw. Der vorliegende Band enthält nun neben dem vernichtenden Artikel „Ueber den Kampf gegen den Sozialchauvinismus" (S. 215) auch die in der ersten deutschen Ausgabe von „Sozialismus und Krieg" nicht enthaltenen Stellen. Hier sagt Lenin (S. 283) kurz und bündig: „Die deutsche Delegation, die die Auffassungen der Genossin Clara Zetkin unterstützte, spielte auf dieser Konferenz faktisch die Rolle des Zentrums."

Gerade gegenwärtig, da die Sozialdemokratie eine schamlose Verleumdungskampagne gegen den „Sowjet-Imperialismus führt, ist es äußerst lehrreich, die Worte zu lesen, mit denen Lenin die chauvinistischen Verdrehungen derselben Sozialdemokratie von 1914 verurteilte, die den imperialistischen Raubkrieg als „nationalen Befreiungskrieg" darstellte. Lenin sagte (gegen Kautsky):

„Wenn der europäische Krieg mit einem simplen ‚kleinen' Judenpogrom auch nicht viel Aehnlichkeit hat, so erinnern doch die ‚sozialistischen' Argumente für die Teilnahme an diesem Krieg vollkommen an die ‚demokratischen' Argumente zugunsten der Beteiligung an Judenpogromen. Argumente zugunsten von Pogromen analysiert man nicht: man verweist nur auf sie, um ihre Urheber vor allen klassenbewußten Arbeitern an den Schandpfahl zu stellen." (Seite 97.)

Lenin gibt in dieser Polemik eine klassische Definition der sophistischen Methode dieser sozialdemokratischen Kriegshetze, die die Taktik von Marx und Engels aus der Zeit der nationalen Kriege auf den imperialistischen Krieg 1914 übertrug: Sophistik ist „das Aufzeigen der äußeren Aehnlichkeit verschiedener Fälle außerhalb des Zusammenhangs der Ereignisse". Lenin stellt ihr die Dialektik gegenüber, d. h. „das Studium der gesamten konkreten Umstände des Ereignisses in seiner Entwicklung". (Seite 119.) Heute sind die Argumente der Sozialdemokratie schon mehr als sophistisch.

Von großem Interesse ist auch der deutsch zum ersten Male erschienene Artikel „Unter fremder Flagge", der sich ziemlich ausführlich mit der Taktik von Marx anläßlich des österreichisch-französischen Krieges von 1859 befaßt und gegen die von Mehring in der „Geschichte der Sozialdemokratie" vertretene Auffassung polemisiert, der Lassalle gegen Marx recht gegeben hatte. Lenin nennt Lassalles Haltung „national-liberale Arbeiterpolitik".

Der dritte Hauptteil des Buches ist das Werk „Sozialismus und Krieg", dessen wichtigste Kapitel Lenin geschrieben hat. Dieses Werk erscheint jetzt zum ersten Male vollständig in deutscher Sprache, denn auch die im Jahre 1915 deutsch erschienene illegale Ausgabe war an verschiedenen Stellen gekürzt. Das Buch enthält außer der zusammenfassenden Darlegung der Stellung des Bolschewismus zum imperialistischen Krieg eine kurze Analyse der Stellung der einzelnen Klassen und Parteien in Rußland und eine Uebersicht der Geschichte der Spaltung in der russischen Sozialdemokratie.

Im vierten Teil befinden sich die Artikel und Resolutionen von August bis Dezember 1915. Neu sind hier zwei Artikel zur Friedensfrage, ein Brief an die Liga für sozialistische Propaganda in Amerika, das Vorwort zu Bucharins Broschüre: „Weltwirtschaft und Imperialismus" usw.

Wir haben im vorliegenden Bande nur den ersten Teil der Leninschen Schriften aus der Kriegszeit. Aber schon Idee sind alle taktischen Grundgedanken und auch die wesentlichsten theoretischen Gedanken, die er in den folgenden Jahren in der Broschüre über den Imperialismus, in seiner Kritik des Kautskyanismus entwickelt hat, enthalten. So schreibt er z. B. an Schljapnikow:

„Die Opportunisten sind das offensichtlichste Uebel. Das Zentrum in Deutschland mit Kautsky an der Spitze ist das verkappte, das diplomatisch angestrichene Uebel, das Augen, Verstand und Gewissen der Arbeiter mit Dreck verschmiert; es ist gefährlicher als alles andere."

Es ist diese Stellung Lenins, die auch gegenwärtig ihren praktischen Ausdruck findet in dem besonders scharfen Kampf der Komintern gegen die „linke“ Sozialdemokratie. Lenin unterscheidet zwar zwischen den offenen Opportunisten und den versteckten, aber er bezeichnet sie beide als Sozialchauvinisten. Auch Kautsky wird von ihm vollkommen als Sozialchauvinist behandelt, nicht als eine vom Sozialchauvinismus verschiedene Richtung. Der Untertitel des Bandes „Der Kampf gegen Sozialchauvinismus“ ist daher nicht ganz exakt. Lenin hat erst später*), Anfang 1917, eine solche Unterscheidung gemacht, nämlich erst als das Friedensgeschwätz „einen gewissen objektiven Grund“ hatte, d. h. als der weitschauende Teil der Weltbourgeoisie selbst den (imperialistischen) Frieden wollte aus Angst vor der heranwachsenden proletarischen Revolution. In diesem Moment wurde das Zentrum (Kautsky, Turati usw.) als „Sozialpazifismus“ zum Vertreter der konsequentesten Bourgeoisinteressen und schuf die Plattform einer Wiedervereinigung mit den offenen Sozialimperialisten, die Zimmerwalder Mehrheit lief über usw.

Die Ausstattung des Bandes ist hervorragend. Außer Anmerkungen, die die wichtigsten geschichtlichen und bibliographischen Hinweise geben, finden wir ein Verzeichnis der von Lenin in diesem Bande zitierten Quellen, das ein selbständiges Weiterstudium ermöglicht. Wir finden ferner ein Namenregister mit kurzen Lebensbeachreibungen der in diesem Band genannten Personen. Ferner eine Chronologie der [529] geschichtlichen Ereignisse und eine Chronologie der Hauptdaten aus Lenins Leben in dem betreffenden Zeitabschnitt. Der Anhang enthält außerdem eine Reihe von Dokumenten, so die Resolutionen der Kongresse von Stuttgart und Basel, das Zimmerwalder Manifest, die Resolutionen der Zimmerwalder Linken usw.

Dieser Band ist damit das grundlegende Geschichtswerk über den imperialistischen Krieg und die Stellung des Proletariats. K. S.

*

***Othmar Spann*: „*Die Haupttheorien der Volkswirtschaftslehre*.“**
***17. Auflage. Leipzig, Quelle u. Meyer, 1928. 223 S.***

Othmar Spann ist der Begründer und das Oberhaupt der neuromantischen Schule der deutschen Nationalökonomie, die mit ihrer Geisterbeschwörung von längst vergessener Schattenbildern aus der feudal-romantischen Blüteepoche, mit ihrer Wiederbelebung der Ad. Müller, Fr. v. Baeder, Görres usw. einen überraschenden Erfolg hatte. Die bürgerliche „theoretische“ Oekonomie, stets vor den Konsequenzen theoretischer Analyse grausend, folgte nur allzu willig den „intuitiv“ gewonnenen Theorien Spanns, die in einem mystisch-romantischen grauen Nebel die wirklichen Bewegungsgesetze des Kapitalismus verhüllten. Das vorliegende Büchlein O. Spanns erlebt 1928 bereits die 17. Auflage und mit einer Verbreitung in 85.000 Exemplaren schlägt es in Deutschland den Rekord der gesamten ökonomischen Lehrbuchliteratur. Aus dem Buche Spanns schöpft vor allem die deutsche akademische Jugend ihre Kenntnisse der theoretischen Nationalökonomie, und wenn man sich ein Bild machen will, was sich die künftigen deutschen Oekonomen, Juristen, Mediziner, kurz, was sich die junge deutsche Intelligenz unter dem „Marxismus“ vorstellt, so muß man vor allem auf jenen Widerschein zurückgreifen, in dem sich die Marxsche Lehre in dem Büchlein Spanns abspiegelt.

Dem Marxismus sind in dem Buche Spanns 11 Seiten gewidmet; 4 entfallen davon auf die Darstellung und 7 auf die Spannsche „Kritik“. – Wie es in professoralen Polemiken oft üblich, fällt zunächst die Persönlichkeit des Gegners unter das Fallbeil des Kritikers, die sachliche Kritik braucht dann nur eine Angelegenheit sekundären Ranges zu sein. Deshalb zerstört Spann zunächst die große wissenschaftliche Autorität, die auch im bürgerlichen Lager trotz der endlosen Angriffe noch immer den Namen Marxens umstrahlt. Als eigentlicher Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus wird uns der pommersche Grundbesitzer K. Rodbertus vorgestellt, der im Vergleich mit Marx „der größere und schöpferische Forscher“ ist. Marx selber erweist sich letzten Endes als nichts anderes als ein Plagiator. Spann, der politisch den völkisch-faschistischen Kreisen nahesteht, die bekanntlich sehr

*) In den Artikeln „Bürgerlicher und sozialistischer Pazifismus“ (russ. Bd. XIX. S. 363) und „Eine Wendung in der Weltpolitik“ („Gegen den Strom“. S. 376).

scharf das gute „schaffende“ Kapital (das christliche Industriekapital) von dem bösen „raffenden“ Kapital (das jüdische Bankkapital) unterscheiden, wendet diese Theorie in abgewandelter Form auch auf Marx an. „Marx hat nicht einen einzigen Grundgedanken seiner Lehre selbst hervorgebracht, sondern alles zusammengerafft, was seine Vorgänger an Kritik des Bestehenden geleistet haben.“ (S. 141.) Diese lange Reihe der von Marx geplünderten Vorgänger fängt mit L. v. Stein und Ricardo an und geht hinunter bis zu den griechischen Sophisten, die bereits schon den Begriff des Klassenkampfes formulierten. Doch hätte natürlich Spann mit seiner „intuitiven“ Methode diese historische Ahnengalerie auch beliebig verlängern können; schon in den Büchern Moses hätte er vielleicht die Umrisse einiger Grundgedanken der Marxschen Lehre vorfinden können.

Marx, als stümpernder Abschreiber „entlarvt“, wird nun in concreto von Herrn Spann „widerlegt“. Die Spannsche Kritik beginnt mit einem mächtigen Fortissimo. Es wird erklärt, daß jede einzelne der Marxschen Theorien fehlerhaft sei. Doch glücklicherweise nimmt Spann dann nur einige dieser Theorien unter seine kritische Lupe. Das Schema, das er im allgemeinen bei seiner Kritik anwendet, ist folgendes: Jede Marxsche Theorie wird darauf hin untersucht, ob sie den von der romantischen Schule an ökonomische Theorien gestellten Bedingungen genügt (oberstes Kriterium der Spannschen Theorie ist die Einpressung aller Theorien in die Formel: Individualismus – Universalismus). Entspricht sie den Bedingungen nicht, so verliert sie sofort „ihre theoretische Unterlage“, wie aber in moralischen Kindererzählungen auf die böse Handlung bald das gute Vorbild folgt, so wird der falschen „individualistischen“ Theorie Marxens die leuchtende universalistisch-romantische „Wahrheit“ gegenübergestellt. Mit dieser Methode kritisiert Spann zunächst, daß Marxens Standpunkt atomistisch, individualistisch, ergo falsch sei, „wogegen der von Marx mißachtete Adam Müller die organische Zusammensetzung und das geistige Element im Reichtum hervorhebt“! (S. 136.) Die Wertlehre Marxens unterliege den gleichen vernichtenden Einwänden wie jene Ricardos, und mit der falschen Werttheorie stürzt natürlich auch die Marxsche Mehrwerttheorie zusammen. – Man sieht, mit wie wenig Worten Spann die grundlegenden Marxschen Theorien in blaue Luft auflöst. Doch es kommt noch besser. Zur Marxschen Lohntheorie erklärt Herr Spann folgendes: „Die Lohntheorie Marxens ist nichts anderes als Ricardos ehernes Lohngesetz, soweit aber der Druck der ‚industriellen Reservearmee‘ in Betracht kommt, wäre noch dauernd der Lohn unter (!) den Erhaltungskosten des Lebens möglich. Marx übertrumpft also noch das eherne Lohngesetz.“ Und Spann – muß man hinzufügen – übertrumpft noch die eherne Ignoranz aller bisherigen Marxkritik. Er weiß nicht, daß Marx in seinem Hauptwerke eben nachweist, daß unter Umständen auch eine reale Lohnsteigerung möglich ist, ohne daß aber die Grundtatsache des Kapitalismus, die Ausbeutung aufgehoben würde (bei Steigerung der Produktivität der Arbeit). Spann weiß nicht, daß gerade Marx durch seine Kritik am „Kapital“ und im „Gothaer Programmbrief“) das „eherne Lohngesetz“ ein für allemal erledigt hat.

Doch Spann versucht, selbst einem Marx [530] Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, dessen „haßerfüllter Geist der Welt nur gehässige Halbwahrheiten geben konnte“, dieweil nur „eine klare Seele, ein gottinniger Mensch, wie Novalis, den Schleier zu Sais lüften kann.“ (S. 209.) Spann stellt fest, daß Marx später doch noch seine Fehler in der Werttheorie erkannt habe, weshalb er auch im III. Bande des „Kapital“ seine Werttheorie über Bord geworfen habe. Leider scheitert diese Ausspielung des älteren und „gereiften“ Marx gegen den jüngeren, wohl etwas „voreiligen“ Marx an den Tatsachen, die nun einmal ein hartes Ding sind; Herr Spann weiß wiederum nicht, daß der Inhalt des 3. Bandes bereits konziptiert war, ehe der erste Band das Licht der Welt erblickte.

Als wichtigsten theoretischen Gedanken Marxens bezeichnet Spann das „Gesetz der Konzentration des Kapitals“. Dieses Gesetz beruhe aber auf einer falschen Verallgemeinerung, da der Großbetrieb wieder selbst einen neuen Mittelstand erzeuge! Eine Feststellung, die Spann bei einem Durchblättern Marxens schon bei Marx selbst gefunden hätte, allerdings im theoretischen Zusammenhang, und nicht nur als Feststellung einer statistischen Tatsache.

Zu den theoretischen Fehlern Marxens komme schließlich noch die „naturwidrige Losung“ der klassenlosen Gesellschaft und des „Rechtes auf den vollen Arbeitsertrag“ (wieder eine Verwechslung Marxens mit Lassalle!), „während echter Universalismus organische Vielfalt, Ungleichheit verlangt“. (S. 139.)

Zu wirkungsvollem Abschluß steigert Herr Spann seine kritische Stimme hierauf zur pathetisch-sentimentalen Deklamation: „Das wahre Genie erschaut das innerste Herz der Wirklichkeit und wird des Geistigen in Geschichte und Gesellschaft gewiß. Marx aber erklärte alle Geistigkeit für eine bloße Funktion des Wirtschaftlichen, für Klassenwahn, für ‚Ideologie'. Dagegen höre man Meister Eckehart ‚Zum ersten soll man wissen, daß der Weise und die Weisheit der Gute und die Gutheit ... Aug in Auge haften', d. h. Weisheit und Gutheit unabhängig von aller Wirtschaft ein eigenes Wesen haben. So spricht das wahre Genie, das der Ewigkeit geistiger und sittlicher Werte gewiß ist." (S. 141.) Schließlich wirft Spann noch die „hauptfrage" auf, wodurch eigentlich der unhaltbare Marxismus zu ersetzen sei, worauf er einfach erwidert: durch eine ständig organisierte Wirtschaftsordnung.

Die Spannsche Marx-Kritik haben wir nicht wegen ihres wissenschaftlichen Gehaltes hier so ausführlich behandelt, sondern wegen ihrer symptomatischen soziologischen Bedeutung, die ihr ohne Zweifel beizumessen ist. Keines der Argumente, die Spann gegen Marx anbringt, ist neu; sie befinden sich zum Teil schon in der „klassischen" Marx-Kritik Böhm-Bawerks. Und doch – welch großer Unterschied in der bürgerlichen Marx-Kritik einst und jetzt. Bei Böhm-Bawerk war die bürgerliche Oekonomie wieder zu einer einheitlichen geschlossenen ökonomischen Theorie gekommen, auf deren Boden sie sich sicher vor jedem kritischen Angriff auf ihre Gesellschaftsordnung fühlte; deshalb der selbstbewußte, sichere, aggressive Ton der Böhm-Bawerk-Kritik, die charakteristisch sich von der bald kläffenden, bald moralisch-pathetischen Kritik Spanns abhebt. Selbstverständlich, daß dieser letzte „Triumph" der bürgerlichen Theorie in der Gestalt der österreichischen Schule eine materielle Basis besaß: die stürmische Entwicklung der Produktivkräfte des Kapitalismus in den 90er Jahren. Nun ist es aber, um mit W. Sombart zu reden, Abend geworden für den Kapitalismus. Die als eitle Hirngespinste hingestellten Theorien Marxens haben sich zum Teil schon mit Fleisch und Blut gefüllt. Die Grenznutzentheorie ist in Europa nur noch ein Schutt- und Trümmerhaufen. Wie reagiert auf alles dies die bürgerliche Vulgärökonomie? Damit, daß sie mit einem Kopfsprung sich der lebenden Wirklichkeit entzieht und sich der Vergangenheit in den Schoß wirft, und zwar einer Vergangenheit, in der es noch keine entwickelten kapitalistischen Produktionsverhältnisse, noch keine zum Selbstbewußtsein erwachte Bourgeoisie, noch keine theoretische Oekonomie gab! Die bürgerliche Vulgärökonomie, wie sie in der Spannschen Schule ihren zeitgemäßen Ausdruck findet, verzichtet auf jede theoretische Analyse und kehrt letzten Endes zurück zum religiösen Offenbarungsglauben, sie gibt dem Kausalitätsgedanken den Laufpaß und mystifiziert auch die einfachsten, schon von Smith und Ricardo erkannten Verhältnisse und Charaktere der bürgerlichen Gesellschaft. Der homo economicus vulgaris, gestern noch im Schweiße seines Angesichts die primitiven Vorstellungen der kapitalistischen Produktionsagenten über den Wirtschaftsablauf in ein System bringend, verherrlicht heute, in der Pfaffenkutte, mit den „göttlichen Tröstungen" Meister Eckeharts sich beruhigend, eindeutig feudale und halbfeudale Verhältnisse und Ideen. Dabei will er selbstverständlich den Kapitalismus nicht durch das Feudalsystem ersetzen; sondern durch feudale Institutionen (Stände!) und Ideen (Kirche!) die für die Bourgeoisie unerträglich werdenden Widersprüche und „Schattenseiten" der kapitalistischen Entwicklung beseitigen, die im proletarischen Klassenkampf zur Auswirkung kommen. Die ökonomische Theorie Spanns ist ein Ausdruck der faschistischen Tendenzen in der heutigen Entwicklung der Bourgeoisie. *K. N.*

*

### *Das Urbild des Reformismus*

Die revolutionäre Arbeiterschaft ist sich über die Rolle, die der langjährige Vorsitzende des ADGB, Carl Legien, in für die Arbeiterschaft so verhängnisvoller Weise gespielt hat, klar. Trotzdem ist das Studium eines Buches, das soeben im Verlage des ADGB herauskommt: „Carl Legien – Ein Gedenkbuch von Th. Leipart" nicht überflüssig, Dies Buch gibt nämlich, obwohl das natürlich nicht sein Zweck ist, unseren Genossen recht brauchbare Waffen gegen den Reformismus an die Hand. Leipart versucht ein Bild von dem Werdegang Legiens zu geben. Schon früh, 1887 in Hamburg, kommt Legien zur Arbeiterbewegung, Bald entwickelte er sich zum typischen Vertreter des beschränkten Nur-Reformismus. Das ist das einzige, was mit einiger Klarheit aus dem sonst etwas reichlich verworrenen Buche von Leipart hervorgeht. Greifbar [531] deutlich zeigt es dem unvoreingenommenen

Leser, daß der traurige Held des Leipartschen Buches Zeit seines Lebens nicht aus dem Zunftgeist der ersten Handwerkergewerkschatten in Deutschland sich herauszuarbeiten vermochte. Fast jedes Wort, das er spricht und jeder Satz, den er schreibt, zeigen das klar und deutlich.

Leipart will dem Leser ein Bild des großen Führers der deutschen Gewerkschaften zeigen; er zeigt ihnen aber den Vater des konsequenten Verfechters des Gedankens der Arbeitsgemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit und der Wirtschaftsdemokratie. Legien ist es nämlich, der schon lange vor Eduard Bernstein den Gedanken vertrat, „daß die Gewerkschaftsbewegung ein Mittel sei, die Sozialisierung der Produktion vorzubereiten", wie Leipart uns mitteilt. Nach Leipart erkannte Legien schon 1900 „in den damaligen Erfolgen der Gewerkschaften die Anfänge der Wirtschaftsdemokratie". Die „konstitutionelle Fabrik" des Berliner Fabrikanten Freese war für Legien immer das wichtigste Ziel der Gewerkschaftsbewegung. Leipart kämpft also mit den Hirschen und Christen für Carl Legien um die Vaterschaft der Wirtschaftsdemokratie.

Die Konsequenz dieser Wirtschaftsdemokratie war 1914 die Verteidigung des kapitalistischen Vaterlandes. „Ich für meinen Teil habe mich für die Landesverteidigung erklärt. Konnten wir es verantworten, daß unsere Klassengenossen ... wehrlos den Waffen unserer Gegner preisgegeben würden? Zu welchen Konsequenzen die Wirtschaftsdemokratie führen muß, zeigt uns Leipart an der Rede Legiens, die dieser am 10. Mai 1916 im deutschen Reichstage hielt, wo er schamlos genug war, den offenen Sozialimperialismus für Sozialismus auszugeben: „Der Krieg hat gezeigt, daß es der sozialistische Geist ist, der die Arbeitermassen bei uns in Deutschland erfüllt, der die Volksgemeinschaft zustandegebracht hat, die Widerstand gegenüber so vielen Feinden zu leisten vermag." Dieser Legien war es auch, der die treibende Kraft war bei der Erwürgung der Munitionsarbeiterstreiks im Januar 1918 und vorher. In einem Schreiben an den damals schon zurückgetretenen Reichskanzler v. Bethmann Hollweg, das Leipart zum ersten Male veröffentlicht, rühmt sich Legien noch des Verrats: ,,Wie diese (die Gewerkschaftsführer nämlich – die Mitglieder waren hier so wenig gefragt wie im August 1914, H. Fg.) zu den Streiks stehen, wollen Ew. Exzellenz aus dem beiliegenden Beschluß der Konferenz der Verbandsvorstände ersehen, der bisher noch nicht veröffentlicht werden durfte." Kein Wunder, wenn Legien die Anerkennung und das Vertrauen Bethmann Hollweg und der Regierung fand: „Aus den Erfahrungen dieser gemeinsamen Arbeit schöpfte ich das Vertrauen, daß Ihr Wille, an der Politik vom 4. August festzuhalten, sich nicht beirren lassen wird", antwortete ihm der Ex-Reichskanzler am 25. Februar 1918. Die Erwartung, daß die Gewerkschaftsführer an der Politik des 4. August festhalten würden, wurde ausgesprochen in einem Moment, da die Ludendorff-Diktatur auf der Höhe ihrer Macht stand.

Schon vor der Abwürgung der Munitionsarbeiterstreiks ist Legien, wie Leipart uns schildert, seit Dezember 1917 gemeinsam mit Stinnes, Hilger, Vögler und anderen Führern der deutschen Industrie an der Arbeit, die Arbeitsgemeinschaft vorzubereiten, die in den schlimmsten Tagen dem Kapitalismus eine Stütze sein sollte. Dafür wurde unserem Legien auch die Freundschaft eines Stinnes zuteil, wie Leipart rühmend hervorhebt. Der finanzgewaltige Stinnes, der sich nach dem Kriege eine Handelsflotte zulegt, der eben zweien seiner neuen Dampfer die Namen Hindenburg und Ludendorff gegeben hatte, gibt einem weiteren seiner Dampfer den Namen „Carl Legien" und feiert diesen als einem Retter des (kapitalistischen) Vaterlandes. Legien als Retter des Kapitals in einer Reihe neben Hindenburg und Ludendorff – werde daraus die Arbeiter ernstlich lernen?

Legien hatte für das Kapital schon soviel getan, daß ihm fast nichts mehr zu tun übrig blieb und doch bekam er es fertig, noch ein übriges zu leisten und ihm im Kapp-Putsch, kurz vor seinem eigenen Ende, noch einmal allergetreueste Knechtesdienste zu leisten und doch den Schein zu erwecken, als habe er der Arbeiterschaft noch einen Dienst geleistet.

Rühmend verzeichnet Leipart die Tatsache, daß beim Tode Legiens „fast die ganze bürgerliche Presse ... mit ehrenden Worten von dem Todesfall Notiz genommen .... So rühmte die „Deutsche Tageszeitung", daß L. „immer den Standpunkt der politischen Neutralität" vertreten hätte. Der „Berliner Lokal-Anzeiger" hob wieder sein „maßvolles Auftreten" hervor. Das Bruderblatt des „Vorwärts", die

Berliner Morgenpost“ meinte: „Zu den größten Taten Legiens gehört, daß er die Gewerkschaften, deren Stellung kurz nach der Revolution durch den Ansturm vor links erschüttert (!) schien, durch alle Gefahren geschickt zu der imponierenden Stellung von heute führte ...“ Das Leibblatt der rheinischen Deutschen Volkspartei, die „Kölnische Zeitung“ bemerkte nicht mit Unrecht, daß Legien eigentlich seit langem die treibende Kraft der deutschen Arbeiterbewegung gewesen sei ... „und doch war er der Generalissimus.“ Noch viele andere Blätter, wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ rühmte Legiens Verdienste um die Erhaltung und Stärkung der kapitalistische Wirtschaft in kritischen Zeiten. Legien hat dieses Lob der Klassengegner gewiß verdient.

Man sollte dieses Buchs, das auf jeder Seite den Reformismus in seiner ganzen Nacktheit aufzeigt, jedem Arbeiter in die Hand geben. Sie werden das Urbild des Reformismus kennen lernen und diesen so noch besser als bisher bekämpfen können. *H. Farwig.* [532]

**WAFFEN FÜR DEN KLASSENKAMPF**

Referate und Beschlüsse des 12. (Weddinger) Parteitages der KPD.
**ERNST THÄLMANN**
**WEDDING GEGEN MAGDEBURG**
**Revolutionärer Befreiungskampf oder kapitalistische Sklaverei?**
56 Seiten, Preis 20 Pf.

Das Referat des Genossen Thälmann behandelt die internationale Lage, die Situation in Deutschland, die neueste Entwicklung der Sozialdemokratie, den Charakter der gegenwärtigen Klassenkämpfe und unsere neue Taktik, den Kampf um die bolschewistische Linie in der Partei, die Lehren des 1. Mai und den revolutionären Aufschwung der Arbeiterbewegung sowie die Aufgaben der KPD.

**HERMANN REMMELE**
**KRIEG UND REVOLUTION**
**Referat des Genossen Remmele auf dem Weddinger Parteitag der KPD.**
64 Seiten, Preis 20 Pf.

Das Referat deckt die internationalen, insbesondere aber die deutschen Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion auf, behandelt das Wehrprogramm der SPD, das Verhältnis von Krieg und Revolution sowie die grundsätzliche Stellung der Kommunisten zum Kriege, wobei es falsche Ansichten widerlegt und klar auf die konkreten Bedingungen unserer Arbeit während des imperialistischen Krieges hinweist

**PAUL MERKER**
**DIE SPALTUNG DER ARBEITERKLASSE UND DER WEG DER REVOLUTIONÄREN GEWERKSCHAFTSOPPOSITION**
56 Seiten, Preis 20 Pf.

Die Broschüre gibt eine zusammenhängende Darstellung über die ökonomische und politische Grundlage der Strategie und Taktik der revolutionären Gewerkschaftsopposition in den Wirtschaftskämpfen. Sie beleuchtet die sozialfaschistische Entwicklung der Gewerkschaftsbürokratie und beweist die Notwendigkeit der selbständigen Organisierung der Arbeiterkämpfe.

**WAFFEN FÜR DEN KLASSENKAMPF**
**Die Beschlüsse des 12. Parteitages der KPD.**
96 Seiten, Preis 10 Pf.

Der Parteitag zeigt in seinen Beschlüssen nicht nur der Kommunistischen Partei, sondern der gesamten deutschen Arbeiterklasse den Weg zum siegreichen Kampf gegen ihre Unterdrücker.

**Internationaler Arbeiter-Verlag GmbH. Berlin C 25**
**Kleine Alexanderstraße 28**

[533]

**Die Internationale**
**Jahrgang 12 ∗ Berlin, den 1. September 1929 ∗ Heft 17**

## Haag und das deutsche Proletariat

R. G. Die Haager Konferenz ist vorläufig zu Ende, das große Werk der „Liquidation des Krieges“ ist „glücklich“ eingeleitet. Aber es ist anders gekommen, als die Propheten von Locarno es erhofften: nicht stolz erhobenen Hauptes, nein, mit eingezogenem Schwanz ist die deutsche Delegation zurückgekehrt. Die „Liquidation des Krieges“, die ihr dort aufgetischt ward, ist alles andere als jene „große Geste“, die den Preis der deutschen Westorientierung bilden sollte, sie ist eine (buchstäblich) „wuchtige“ Demonstration der Machtlosigkeit des deutschen Imperialismus, der sich unter d e n Bedingungen, die ihm diktiert werden, der Antisowjetfront eingliedern und als gehorsamer Knecht auf die Brocken warten muß, die vom Tische der großen Herren abfallen. Und wie der außen-, so der innerpolitische „Erfolg“: die Leute, die an eine neue Aera demokratisch-pazifistischer Illusionen unter den Strahlen der Dollarsonne glaubten (und dazu gehörten weniger die – ziemlich nüchternen – Ideologen der Bourgeoisie, als unsere Opportunisten, die zur „Rechtfertigung“ ihrer Perspektive so etwas brauchten), haben eine kalte Dusche bekommen, kalt und unfreundlich, wie die Tage vom Haag lassen sich die Wochen nach der Heimkehr an. Zwischen Bombenattentaten, Unterstützungsabbau und neuem Republikschutzgesetz beginnt das zarte Pflänzlein vom Haag zu keimen, es ist noch nicht sehr alt, aber es sieht mehr nach einem Stacheldrahtverhau als nach einem Oelbaum aus ...

Was im Haag geschah, war ein schlimmer Schlag für alle Optimisten des neudeutschen Imperialismus, für alle Leute, die von dem Streit der großen westlichen Imperialismen Möglichkeiten einer selbständigen Rolle des deutschen Imperialismus erhofften. Als S n o w d e n seine Attacke gegen die französischen „Bundesgenossen“ begann, da jubelte ihm die ganze bürgerliche Meute zu, und die deutschen Reformisten, rechte wie „linke“, begeisterten sich für das „kraftvolle Auftreten der Arbeiterregierung“. In der Tat, kraftvoll war es, das fand die englische konservative Presse auch. Fragt sich nur, für wen und gegen wen. Die Tage der schönen Snowdenschen Versprechungen („wir werden keine Zugeständnisse unserer Mitgläubiger annehmen, wenn sie auf deutsche Kosten erfolgen“) gingen rasch dahin, kaum hatten die energischen und erfolgreichen Vertreter des britischen Imperialismus seine Hegemonie gegenüber Frankreich durchgesetzt, da pfiff es bald aus einem anderen Loch. Alle schönen Versprechungen wurden ungeniert verleugnet, gemeinsam mit den vor kurzem bekämpften Franzosen wurde den Deutschen ziemlich brüsk erklärt, daß man keine Lust habe, die Konferenz mit ihren Querelen noch lange [534] zu belasten. Nun fand der „Vorwärts“ manches Haar in der „sozialistischen“ Suppe seiner englischen Genossen, entdeckte allerlei Widersprüche zwischen ihrem Verhalten und den heiligen Resolutionen der II. Internationale, aber das alles konnte nichts helfen. Mit großer Geste hatte Stresemann seine „Aktion zur Rettung der Konferenz“ unternommen, die in Wirklichkeit nichts anderes war, als eine großsprecherische Formulierung für die völlige Abhängigkeit Deutschlands, für den Zwang, um j e d e n Preis den Young-Plan zu retten. Nun mußte man wohl oder übel den geforderten Preis für das teure Gut zahlen: mit ihrer widerstandslosen Unterwerfung unter den neugeschlossenen englisch-französischen Block hat die Koalitionsregierung den Strohhalm erkauft, an den sie sich klammert, und den ihre Schreiber als Lorbeerpreis aufzutakeln suchen ...

Aber das hilft nicht viel, die Dinge sind z u klar. Die finanziellen Opfer, die Deutschland zur Rettung des Young-Planes über seine ursprünglichen Bedingungen hinaus bringen mußte, sind angesichts der chronischen Finanzklemme peinlich, aber sie sind nicht entscheidend. Die „finanziellen“ Fragen, um die es angeblich im Haag ging, rechtfertigten „an sich“ aber überhaupt nicht den zähen und scharfen Kampf, der dort geführt wurde, für England bedeuten jährlich 42 Millionen mehr Reparationseingang immer noch weniger, als für die Deutschen, die insgesamt 150 Millionen einmaligen Verlustes plus verminderte Kohlenlieferungsmöglichkeiten nach Italien plus Erhöhung des praktisch unrevidierbaren Reparationsteiles um jährlich 40 Millionen. Aber hinter den finanziellen Fragen standen die zwischen-imperialistischen Machtverhältnisse, die in der „finanziellen“ Auseinandersetzung erprobt wurden. Nicht von wegen einer jährlichen Ersparnis von 42 Millionen, sondern wegen der Wiederherstellung des englischen Uebergewichtes gegenüber dem französischen Imperialismus ist Snowden zum Heros des britischen Imperialismus geworden, und Stresemann wurde nicht deshalb geschlagen,

weil Deutschland noch verschiedene zusätzliche Millionen blechen und eine verspätete Rheinlandsräumung in Kauf nehmen muß, sondern deshalb, weil die deutsche Delegation in beiden Fragen sich einem glatten Diktat unterwerfen, die ihr nach der englisch-französischen Verständigung gestellten Bedingungen schlucken mußte. Daß der Young-Plan irgendwie in Kraft gesetzt und das Rheinland irgendwann geräumt wird, das sind Dinge, die eigentlich seit 1924, seit jenen Monaten, wo der amerikanische Imperialismus Poincaré in die Arme fiel, feststanden. Es sind billige Lorbeeren, die aus diesen, bei der Ankunft im Haag schon gesicherten, „Erfolgen" geflochten werden, wenn in der Frage, die zur Entscheidung stand, in der Frage der künftigen Machtverhältnisse zwischen den „befriedeten" Imperialismen Westeuropas, Deutschland eine vernichtende Niederlage erlitt.

Im übrigen muß anerkannt werden, daß, von dem zu innerpolitischen Zwecken nötigen Pressegeschrei abgesehen, der geschlagene Hund sich sehr manierlich in die Rolle gefunden hat. Auf der Genfer Völkerbundstagung hat Stresemann, sehr im Gegensatz zu den früheren Gewohnheiten deutscher Vertreter, es sorgfältig vermieden, mit großen Ansprüchen aufzutreten, hat die dornige Minderheitsfrage sanft gestreift und im übrigen jede Einmischung in den Streit der Großen vermieden: Macdonald bekam die deutsche Verbeugung vor dem englisch-amerikanischen Flottenkompromiß, so wie Briand die vor [535] „Paneuropa". Mehr denn je zuvor ist der deutsche Imperialismus sich über seine Zwangslage, über die unbedingte Notwendigkeit des Lavierens zwischen den großen imperialistischen Gruppen, klargeworden. Und ebensogut hat die deutsche Bourgeoisie es verstanden, daß es in der entscheidenden Frage, der Frage des Antisowjetkrieges, kein Lavieren mehr gibt: die jüngste Zuspitzung an der russisch-chinesischen Grenze wurde von der „Deutschen Zeitung" bis zum „Berliner Tageblatt" mit einmütig sowjetfeindlichen Kommentaren begleitet, wobei dem „Vorwärts" zugestanden werden muß, daß er mit der Forderung nach Zurücklegung der russischen Interessenvertretung in China durch Deutschland sich in dieser Frage die Führung „erobert" hat, wenn das noch notwendig war. Die im Haag eröffnete „Friedensperiode" erweist sich als eine ganz ordinäre und nicht einmal verhüllte Kriegsmache, „friedlich" vollzieht sich nur die Durchdringung der deutschen Industrie mit amerikanischem Kapital und die Einordnung der deutschen Außenpolitik in die offene, immer mehr von Amerika geführte Kriegsfront gegen die Sowjetunion. Und wenn Severing in seinen letzten Reden so wie alle Vertreter der deutschen Bourgeoisie auf die Möglichkeit einer Revision des Young-Planes anspielt, so kennt er so gut wie seine Spießgesellen die geschichtlichen Bedingungen, unter denen diese Revision allein denkbar ist: nach glücklicher Niederwerfung des „Feindes der europäischen Zivilisation", wenn Deutschland den Preis für geleistete Landsknechtsdienste einheimsen darf. Sowohl in bezug auf den Antisowjetkrieg als auf das, was nachher kommt, ist das eine vage Spekulation, aber die deutsche Bourgeoisie ist in ihrer Gesamtheit nun entschlossen, auf diese Karte alles zu setzen. Es ist keine Kleinigkeit, auf der Karte stehen Köpfe, viele Köpfe ...

Aber selbst ehe es so weit ist, ehe die Ventile für den Feuerstrom geöffnet werden, in dem das bürgerliche Deutschland verbrennen kann, selbst heute ist ihm keine Stunde der Ruhe, keine Stunde der inneren Konsolidierung, der Schaffung der bestmöglichen Voraussetzungen für die (vom Standpunkte der Bourgeoisie) glückliche Ueberwindung der entscheidenden Krise gegönnt. Den Platz, den man im Haag bezogen hat, muß man nun ausfüllen: bis (unter den erwähnten geschichtlichen Bedingungen) die Reparationslast revidiert werden kann, muß sie, sei es auch in etwas vermindertem Umfange, bezahlt werden, mit den wenn man die vermutliche Auswirkung des nun aufgehobenen „Wohlstandsindex" bei Fortbestand des Dawes-Plan berücksichtigt) jährlich ersparten 700 Millionen wird der praktische Verzicht auf alle vorläufigen Möglichkeiten der dauernden Zahlungseinstellung, bis jener große Tag" schlägt, erkauft. Man kann die Reparationen nur zahlen, wenn man den Export steigert, und dazu muß man konkurrenzfähiger werden. Man kann konkurrenzfähiger nur werden, man kann die Industrie nur dann erfolgreich auf den kommenden Krieg einstellen, wenn man den Produktionsapparat noch weiter ausbaut. Das bedeutet erstens gesteigerte Ausbeutung der Arbeiterschaft, zweitens Beseitigung aller „unproduktiven Lasten", die heute die Akkumulationsquote der deutschen Bourgeoisie begrenzen. Die „Kölnische Zeitung", das Hauptorgan der deutschen Volkspartei, hat durchaus recht, wenn sie von einem „innerdeutschen Reparationsprogramm" spricht und den Abbau der Erwerbslosenunterstützung als seinen ersten Teil kennzeichnet.

Die Produktion [536] eines Riesenheeres von Streikbrechern als Voraussetzung der verstärkten Unternehmeroffensive gehört genau so zur Durchführung des Haager Programms wie die „Einsparung“ der Soziallasten und die Steuerbefreiung der Bourgeoisie.

Kühl und nüchtern hat die „Frankfurter Zeitung“ am 10. September erklärt, daß Hilferdings Programm, wonach die (von der Defizitdeckung abgesehen) durch den Young-Plan freiwerdenden 400 Millionen zu gleichen Teilen zur Verminderung der Einkommenssteuer (natürlich nur der Einkommenssteuer der Besitzenden die Lohnsteuer ist ja durch die Koalition unter Verschlechterung der Bürgerblockbeschlüsse endgültig festgelegt worden) und der Realsteuern dienen sollen, nicht genüge: dadurch könnten die hauptsächlichsten Besitzsteuern nur um zehn Prozent gesenkt werden.

„Um dennoch den Weg zu einer fühlbaren Steuerentlastung zu bereiten, muß ein Umbau des Systems in der Richtung hinzutreten, daß durch höhere Belastung von Genußmitteln Beträge zur Senkung der Einkommensteuer und Realsteuern frei werden.“

Es genügt also nicht, wenn die Erleichterungen des Young-Planes ausschließlich den Besitzenden zugute kommen, es müssen, damit die „Wirtschaft“ den Anforderungen seiner Durchführung (und seiner Revision) gewachsen sein kann, selbst die bestehenden indirekten Steuern erhöht, die arbeitenden Massen unter dem Titel der „Erleichterung der Belastung der Wirtschaft“ stärker belastet werden als heute. Es ist die eiserne Konsequenz des Young-Planes, der einzig möglichen bürgerlichen Politik in Deutschland. Wer A sagt, muß B sagen, und damit nicht die SPD etwa das von ihr bewußt gewollte B unter demagogischen Phrasen den Koalitionspartnern in die Schuhe schieben, mit dem „pazifistischen“ Young-Plan Reklame machen und seine schädlichen Auswirkungen auf Kosten der übrigen schwarzrotgoldenen Gesellschaft setzen könne, schrieb die „Kölnische Volkszeitung“ in ihrem Kommentar zur Freiburger Zentrumstagung:

„Die Zentrumsfraktion könnte es natürlich nicht zulassen, daß Parteien, die mit der Annahme des Young-Planes rechnen, diesem zustimmen würden, ohne die notwendigen Konsequenzen hieraus für die Gestaltung der deutschen Reichsfinanzen zu ziehen. Deshalb die Forderung einer sofortigen Erledigung dieser Frage.“

Nun, so gefährlich sind die Dinge nicht: die Bourgeoisie braucht ihren Reformisten nur den kleinen Tip zu geben, mit dem sie sich vor den Massen decken können; die Knechte des deutschen Kapitals haben volles Verständnis für seine Bedürfnisse. Im „Vorwärts“ vom 11. September schreibt Herr Naphtali über die Auswirkungen Haags für die Arbeiterschaft:

„Die Sozialdemokratie, die, weil sie marxistisch ist, gar nichts davon hält, die Arbeiter zu täuschen, macht es sich auch nicht so einfach, diesen Forderungen auf Besitzsteuerentlastung um 700 Millionen Mark die Forderungen auf Massensteuerentlastung um den gleichen Betrag entgegenzustellen. Denn wir wissen, daß zunächst einmal das von uns angeblich verschwiegene Defizit der Reichsfinanzen ausgeglichen werden muß, und daß die von uns angeblich verschwiegene dauernde Notlage der Reichskassenverwaltung beseitigt werden muß. Wir glauben, daß diese Ordnung der Reichsfinanzlage jeder Steuersenkung, also auch der steuerlichen Entlastung der Arbeiterschaft, vorangehen muß ...

[537[ Erst wenn diese Dinge auf der Ausgabenseite erfüllt sind, wird der Spielraum der möglichen Steuerentlastung zu übersehen sein, die sich aus dem Young-Plan ergibt. Diese Entlastung wird vielleicht mit mancherlei Umgruppierungen des herrschenden Steuersystems im ganzen zu verbinden sein. Wir glauben nicht, daß die Entlastung in voller Höhe der Arbeiterschaft zugutekommen wird. Wir glauben, daß auch andere Schichten der Bevölkerung davon profitieren werden, und daß vielleicht mittelbar die Arbeiterschaft sogar auch ein Interesse an der Beseitigung gewisser steuerlicher Härten für Unternehmungen haben kann.“

Man sieht, die reformistische Agentur des deutschen Imperialismus kennt ihren Weg, sie wird ihn, sei es auch unter einigem gelinden Sträuben, bis zum Ende gehen. Mit dem Young-Plan akzeptiert sie das „innerdeutsche Reparationsprogramm“, den Raub der Erwerbslosenunterstützung und die kapitalistische Steuerreform, so wie alle anderen Schritte, die auf diesem Wege liegen. Denn die Dinge haben ihre Logik: je mehr man die Arbeiter preßt, desto schärfer werden sie sich wehren, desto brutaler muß man sie unterdrücken, desto stärker muß der Unterdrückungsapparat ausgebaut werden, desto mehr muß er faschistischen Charakter annehmen, desto kostspieliger wird er, desto mehr muß man aus den Arbeitern herausholen usw. Es ist eine Schraube ohne Ende, wenn sie

nicht abgebrochen wird. Das deutsche Proletariat hat eine starke kommunistische Partei und hinter dem „innerdeutschen Reparationsprogramm“ steht die deutsche sozialistische Revolution. Wir wissen nicht, ob in dem Wettlauf der inneren und der äußeren Widersprüche des Kapitalismus die einen oder die anderen „siegen“, wir wissen nicht, ob die deutsche Revolution vor oder nach dem Ausbruch des imperialistischen Krieges ihren entscheidenden Schlag führen wird, aber wir sehen seine Stunde kommen und gehen ihr entschlossen, im vollen Bewußtsein unserer ungeheuren geschichtlichen Verantwortung, entgegen.

Die Hauptkraft, die zwischen uns und unserer großen Abrechnung mit der deutschen Bourgeoisie steht, das ist der Einfluß des Reformismus auf Millionen deutscher Arbeiter. Aber Haag war nicht nur der Bankrott der demokratisch-pazifistischen Illusionen in Deutschland, er war auch der jämmerliche Bankrott der II. Internationale. Wie es gerade momentan den Interessen der „eigenen“ Bourgeoisie entsprach, haben sich die „sozialistischen“ Herrschaften (wobei sie allseits mit den „sozialistischen Beschlüssen ihrer „Internationale“ argumentierten) in mehr oder minder höflichen Formen gegenseitig bekämpft. Resigniert mußte Paul Levi feststellen:

„Als Regierungsparteien stehen sich die der 2. Internationale angehörigen Parteien als Gegner, um nicht zum sagen als feindliche Parteien, gegenüber: gemeinschaftliche ‚internationale‘ Resolutionen können offenbar nur solange gefaßt werden, als die Parteien der Opposition angehören. Niemand aber wird verkennen, daß diese Situation verhängnisvoll ist. Es ist dieselbe verhängnisvolle Situation, die am 1. August 1914 die Internationale zerriß ...“

Vor dem offenen Gegeneinanderkämpfen werden die Parteien der II. Internationale wohl dadurch bewahrt bleiben, daß im nächsten Kriege, im Antisowjetkriege, „ihre“ Bourgeoisien zusammenstehen und auch den regierenden sozialdemokratischen Parteien internationale Beschlüsse erlauben werden. Aber es gibt verschiedene Internationalen, Internationalen der Ausbeuter und eine Internationale der Aus-[538]gebeuteten. Die II. Internationale, von der Paul Levi sagt, daß ihre Parteien aus den Regierungen herausgezogen werden sollten, „so lange sie objektiv oder subjektiv (!!! R. G.) nur kapitalistische Politik betreiben“ können, diese Internationale, die nur in der Scheinopposition radikal schwätzen darf, in der Regierung aber faschistisch handeln muß, sie ist eine Maskierung der Internationale der Ausbeuter. Und eine schlechte Maskierung zudem, der Mantel wird immer fadenscheiniger, immer mehr Arbeiter können hindurchsehen und ihr wahres Wesen erkennen. Im Haag hat die II. Internationale große Löcher in den Mantel bekommen, nach Haag muß die SPD die letzten Schleier von sich werfen. Die Voraussetzungen für die Eroberung der entscheidenden Mehrheit der Arbeiterklasse durch die KPD, die Voraussetzungen der Ueberschreitung der Schwelle zum entscheidenden Aufmarsch der Klassenkräfte sind gegeben. An uns liegt es, sie zu nutzen.

*

## Vor Krisen in den kapitalistischen Parteien

Von E. Kunik.

### I.

Die auf dem Boden des Kapitalismus stehenden politischen Parteien sind durchweg beherrscht von der immer stärker zur Einheit verschmelzenden Trust- und Finanzoligarchie. Diese finanzkapitalistische Verschmelzung ist natürlich ein Prozeß, der sich in Kämpfen abspielt. Sowohl zwischen den einzelnen finanzkapitalistischen Gruppen als auch zwischen dem Finanzkapital und den noch unter den Bedingungen des Kapitalismus der freien Konkurrenz existierenden Wirtschaftszweigen finden ununterbrochene Schichtenkämpfe statt. Ebenso vollzieht sich die Einbeziehung des Agrarkapitals in die finanzkapitalistische Einheit in Kämpfen, desgleichen die Aufsaugung des freien Handels, die Ausgleichung der Export- und der Binnenmarktinteressen, die Verflechtung der einzelnen Produktionszweige usw. Aber diese Kämpfe beeinflussen die zentrale politische Linienführung der Finanzoligarchie in den einzelnen Parteien nur in sehr geringem Grade. Die Sicherheit der Durchsetzung der Politik der Trust- und Finanzoligarchie in den kapitalistischen Parteien beruht keineswegs bloß auf den personellen oder finanziellen Einflüssen. Nicht die Tatsache, daß die „Ausschüsse“, „Beiräte“ oder sonstigen Organe der Finanzkapitalisten in den Parteileitungen personell herrschen und unter

der einheitlichen Leitung der Spitzenorganisationen stehen, ist das allein Entscheidende. Es sind noch materiellere und daher auch noch realere Gründe dafür vorhanden. Der wichtigste ist: bei dem erreichten Stand der finanzkapitalistischen Entwicklung, daß die Prosperität des Finanzkapitals absolut ausschlaggebend für die Prosperität der kapitalistischen Gesamtwirtschaft.

Die Existenzbedingungen der kapitalistischen Gesamtwirtschaft sind bei dem Grade der finanzkapitalistischen Konzentration identisch geworden mit den Existenzbedingungen des Finanzkapitals selbst, so sehr und so weitgehend auch dadurch gleichzeitig die individuellen Existenzinteressen der „freien" Kapitalisten beeinträchtigt oder verletzt werden. Nur ganz wenige, mehr periphere und unwesentliche Wirtschaftszweige sind davon noch ausgenommen.

Alle Parteien, die vom Boden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung aus ihre Politik betreiben, müssen notwendig die Gesetze kapitalistischer Prosperität einhalten, wenn sie nicht Wirtschaftskrisen erzeugen wollen. Sie müssen deshalb auch alle ihre politischen Handlungen einstellen auf die Erzielung [539] kapitalistischer Akkumulation. Das spezifische Gewicht des Finanzkapitals Innerhalb der Gesamtwirtschaft erfordert und erzwingt natürlich die Konzentration der Akkumulation zur Verfügung der Finanzkapitalisten im ungefähren Verhältnis dieses spezifischen Gewichtes zur Gesamtwirtschaft mit der Tendenz des Wachstums der finanzkapitalistischen Akkumulation auf Kosten derjenigen der anderen Wirtschaftszweige.

Da die SPD grundsätzlich vom Boden des Kapitalismus aus die Lebenslage der Arbeiter reformieren zu wollen behauptet, ist sie an die Bedingungen dieses gegebenen Kapitalismus gebunden. Deshalb muß die SPD, gleich ob sie in der Regierung sitzt oder nicht, ihre Politik auf die Erzielung einer gewissen Akkumulation einstellen, wie sie ja auch laut und deutlich erklärt. Das Vorhandensein einer bestimmten Akkumulation ist die Voraussetzung für die Befähigung der deutschen Kapitalisten, auf dem Weltmarkt zu konkurrieren, also überhaupt sich zu erhalten. Dadurch ist wiederum das Maß der Akkumulation bestimmt, und zwar auch für die einzelnen Wirtschaftszweige. Unter kapitalistischen Konkurrenzbedingungen darf diese Akkumulation bei den einzelnen Wirtschaftszweigen auf die Dauer nicht kleiner sein als die Akkumulation der entsprechenden Wirtschaftszweige in ihren entscheidenden Konkurrenzländern, weil ja sonst die Wettbewerbsfähigkeit verlorengehen würde und der betreffende Produktionszweig zum Erliegen käme. Deshalb ist die SPD genau den gleichen Grundlinien der Politik unterworfen wie die anderen Ausbeuterparteien auch. Da die Akkumulation nichts anderes ist als derjenige Teil des aus den Arbeitern erpreßten Mehrwertes, der von den Kapitalisten nicht verkonsumiert, sondern in der Produktion wieder angelegt wurde, muß die SPD also ein von den imperialistischen Konkurrenzverhältnissen bestimmtes Maß von Mehrwert aus den Arbeitern herauspressen helfen – laut ihrem eigenen Programm. Die allgemeinen Interessen der Trust- und Finanzoligarchie setzen sich deshalb auch in einer Partei durch, in der (wenigstens offen) überhaupt kein Mitglied der Trust- und Finanzoligarchie in der Parteileitung sitzt.

In den mehr „offenen" Ausbeuterparteien kommen noch mehr personelle und auch noch mehr finanzielle Einflüsse hinzu.

Selbstverständlich hebt auch in den Rechtsparteien diese Herrschaft des Finanzkapitals nicht die Streitereien der Gruppen, Schichten, Cliquen völlig auf. Aber sie sind mehr in die Details abgedrängt. In diesen Parteien sind, vom Handwerk und den Bauern angefangen, alle Schichten der Kapitalistenklasse eifrig mit dem Kampf um den Platz am Futtertrog, oder ökonomischer, aber nicht realer ausgedrückt, mit dem Kampf um ihre Akkumulationsquote beschäftigt. Außerdem sind in diesen offenen Ausbeuterparteien noch fast zehn Millionen Lohn- und Gehaltsempfänger politisch erfaßt, wenn man von den Wahlziffern von 1928 ausgeht.

Neben den Schichtengegensätzen muß notwendig in den Ausbeuterparteien also auch der Klassengegensatz stets latent wirksam sein. Je nach der Schärfe der sozialen Spannungen tritt er schärfer oder schwächer in Erscheinung.

Vor dem Kriege drückte sich der von diesen Gegensätzen bewirkte Gärungsprozeß in den Parteien hauptsächlich in zwei wichtigen politischen Bewegungen aus:

1. in der dauernden Zunahme der Sozialdemokratischen, Partei bei Stagnation der Stimmenzahl der anderen Parteien und

2. in der ständig zunehmenden Verbürgerlichung der Sozialdemokratischen Partei.

Heute ist dieser Prozeß unter dem Druck der allseitig gesteigerten Widersprüche der finanzkapitalistischen Entwicklung und dem zusätzlichen Kampf um die innere Ablastung der .‚Reparationen“ rascher, vielgestaltiger und in sich widerspruchsvoller. Seine äußere Geschichte ist die Geschichte der Parteikrisen, Spaltungen und Neugründungen. [540]

II.

In den kapitalistischen Parteien müssen die stets latenten Parteikrisen notwendig immer wieder aufflammen. In der sozialdemokratischen Presse wird vielfach a]s reales Krisenelement die Stellung zu den „außenpolitischen“ Fragen hingestellt. Aber diese „außenpolitische Opposition“ war und ist in den letzten Jahren nichts als ein Vorwand, nichts als taktisches Mittel zur Sammlung einer innerpolitischen Front. Auch die von Hugenberg aufgezogene „Front gegen den Young-Plan“ ist keine reale Kampffront um eine bestimmte Linie des außenpolitischen Verhaltens. Man könnte sagen, daß dieser oder jener Produktionszweig aus bestimmten Konkurrenzgründen diese oder jene imperialistische Kombination erstrebe. Aber von dieser Seite aus gäbe es einen ziemlich chaotischen Wirrwarr von Linien. Wenn Eisen und Kohle eine gewisse Tendenz zeigen, gegen englisches Eisen und englische Kohle eine Stütze in der wegen der Frachtpreise für die Deutschen relativ ungefährlicheren amerikanischen Konkurrenz zu finden, so gibt es das mit Frankreich verflochtene Kali, dann einen gewichtigen Teil der Zellstoff- und Papierindustrie von manchmal lebhafter „proenglischer Tendenz“. Dutzende von solchen Tendenzen und Gegentendenzen könnte man so konstruieren. Das sind alles Faktoren, welche keinen ausreichenden Einfluß auf die Prägung einer geschlossenen, einheitlichen Linie ausüben können. Die außenpolitische Haltung ist für die deutschen Imperialisten noch immer zwangsläufig. Sie müssen versuchen, so spät als irgend möglich sich für eine feste Kombination zu entscheiden, damit sie erstens sich auf die „richtige“ Seite schlagen und zweitens so viel als möglich für sich herausholen können. Herr Hugenberg würde keine andere Außenpolitik machen als Herr Breitscheid oder Herr Stresemann und die ganze ‚aktivistische“ Opposition ist nichts als taktisches Manöver.

Dieser „außenpolitische Aktivismus“, hinter dem große, aber immerhin nur Teile der auf die faschistische Diktatur des Finanzkapitals hinarbeitenden Reaktion stehen, ist außerdem weder auf die DNVP beschränkt, noch erstreckt er sich auf die ganze DNVP. Seit Herr Hugenberg, der Arm des Geheimrats Claß, die Parteipolitik leitet, ist es der DNVP nur gelungen, die formelle Verantwortung für die „Erfüllungspolitik“, die sie mit der Dawes-Abstimmung übernommen hatte, wieder loszuwerden, weil sie zufällig nicht in der Regierung sitzt. Deshalb ist sie in der „Anti-Young-Plankampagne“ sozusagen federführend. Aber zu den Intimen des Herrn Claß gehört ebenso wie Hugenberg der Herr Vögler, Mitglied der Deutschen Volkspartei. Herr Severing ließ ihn im Mai 1926 wegen der Putschvorbereitungen haussuchen. Der englische Streik mit seiner Konjunktur für die Ruhrleute bremste damals die Diktaturmacher ab, weil sie sich nicht durch Kämpfe die Ausschöpfung dieser Sonderprofite vermasseln wollten. Bei den Pariser Unterhandlungen versuchte man Rem Vögler festzulegen, indem man ihn als Verhändler in Paris schluckte und ihm sogar das Opfer brachte, den fälligen „Gewerkschaftsvertreter“ von diesen Verhandlungen auszuschließen. Aber er sprang ab und assistierte seinem Freunde Hugenberg. Auch im Zentrum sind sehr gewichtige Leute dieser angeblich aktivistischen Außenlinie vorhanden, nur müssen sie ihre Stellung viel mehr tarnen, weil sie eine zu breite „Arbeiterkonkurrenz“ mit der SPD haben. Deshalb scheuen sie die Verantwortung für die „Wendung“, bis diese Wendung zwangsläufig geworden ist. Das alles hat mit der Außenpolitik in Wahrheit wenig zu tun.

Realer als die Frage, ob man durch „taktisch geschicktes“ Lavieren schon jetzt diese oder jene Million von den „Reparations“lasten abhandeln könne, ob durch erschreckliches Geschrei oder gar durch „Aktionen“ à la Ruhr etwas zu holen sei, ist die Frage der inneren Ablastung.

Wir stehen im ersten „Normaljahr“ des Dawes-Planes mit einer Lastsumme von 2500 Millionen, während im vergangenen Reparationsjahr noch 1750 zu zahlen waren, also weniger als nach dem

Young-Plan. Aber nicht die Steigerung der Summe ist dabei das allein Entscheidende. Vielmehr wurde bisher die Zahlung von den deutschen Ausbeutern hauptsächlich im Wege des Pumpens bewirkt. Dies bedeutete sowohl [541] die Hinausschiebung der effektiven Zahlung als auch ein bedrohliches Anwachsen der Zinslasten, einen Weg, auf dem die Ausbeuter zwar durchkommen (weil sie mit dem Auslandskapital außer dem Zins noch Profite aus den deutschen Arbeitern herausholten), aber der auf die Dauer mit einer gefährlichen, zusätzlichen Verschuldung drohte, die nur in Perioden der Hochkonjunktur „erträglich" ist. Die Hochkonjunktur ist abgeebbt und außerdem hat sich die internationale Kreditlage so verschlechtert (hoher Zinssatz), daß bei sinkender Konjunktur die deutschen Imperialisten von diesem Wege abgedrängt werden. Sie sinnen also seit einem Jahr auf eine viel stärkere „innere Aufbringung" dieser Last – eine gewaltige Schröpfung des Proletariats und der Mittelschichten.

Dazu kommt die rückläufige Konjunktur. Ihr Absinken ist zwar uneinheitlich, aber trotz der Ernte und einiger sonstigen Gegentendenzen unzweifelhaft. Es droht von der Geldseite her beschleunigt zu werden. Zu der depressiven Wirkung eines hohen internationalen Zinsfußes kommt ja der Kapitalentzug per Reparation. Gleichzeitig verschärft sich die Konkurrenz auf allen Märkten gewaltig. Die Zollmauern wachsen und die USA drängen immer stärker auf die Märkte hinaus, drohen bei der nächsten Krise mit ganz gewaltiger und gewaltsamer Konkurrenz.

Außerdem steht der Saisonrückgang vor der Tür, der bei der Labilität der Lage einen starken Ausschlag nach unten androht.

Diese Elemente verstärken gewaltig das Bestreben der Ausbeuter, ihre Profite durch Einschränkung der Lebenshaltung der werktätigen Massen zu heben.

Daraus folgt der verstärkte frontale Angriff auf die Löhne, in dessen Mittelpunkt der Angriff auf die Erwerbslosenunterstützung steht. Das Ziel ist, den lohndrückenden Charakter der Reservearmee so weit als irgendmöglich zu verstärken und über die Senkung der Reallöhne hinaus möglichst bis zur Senkung der Nominallöhne durchzustoßen. Gleichzeitig wird von der Steuer- und Zollseite her ebenfalls angegriffen. Das Ziel wird mit allen innerpolitischen Konsequenzen verfolgt, daher die wütenden Angriffe auf die KPD, das Verbot des RFB, die Aufpäppelung des Faschismus und der breite Einsatz des Sozialfaschismus mit seiner Spaltungsoffensive, seiner Hetze gegen die Sowjetunion und seinem Polizei- und Reichsbannerterror. Die SPD betreibt den Abbau der Erwerbslosenunterstützung, indem sie „verteidigt", die DNVP und die DVP, indem sie übertriebene Forderungen aufstellen, damit die sozialdemokratischen Kollegen noch genügend „Verschlechterungen" „abwehren" können; das Zentrum hängt sich an die SPD.

Auf die Arbeiter und Angestellten in den kapitalistischen Parteien wirken diese Angriffe natürlich mobilisierend.

III.

Die erste Parteikrise mußte dort akut werden, wo die tollsten Forderungen gegen die Arbeiter erhoben wurden und gleichzeitig Arbeiter organisatorisch in der Partei gesammelt sind. Das ist die DNVP.

Nun darf man sich über den zweiseitigen Charakter dieser Krisen in kapitalistischen Parteien niemals täuschen. Einesteils beruhen sie auf dem Murren der Arbeiter und dem Drohen, der Partei davonzulaufen, auf der anderen Seite sind diese „Krisen" aber ebenso Manöver der Führer, um die Arbeiter bei der Partei zu halten, indem sie sich an die Spitze der Opposition stellen, ja, sie gelegentlich in weiser Voraussicht der Wirkungen ihrer Handlungen sogar selber erzeugen.

In der DNVP besteht, seit Herr Claß außer seinem Hugenberg auch noch seinen Finanzrat Bang in die Parteiexekutive dirigierte, eine sehr heftige Opposition der „Arbeitnehmervertreter" „gewerkschaftlicher Richtung" gegen die sozialpolitische Propaganda der Parteileitung. Der Finanzrat Bang ist einer der Gründer der völkischen Industriellenvereinigung und des „Bundes für Nationalwirtschaft und Werksgemeinschaft". Er vertritt solche sozialpolitische Auffassungen, daß der Vorsitzende des Deutschnationalen Hand-[542]lungsgehilfenverbandes in öffentlicher Versammlung von ihm sagte,

er sei entweder dämlich oder ein demagogischer Hanswurst. Dieser Bang ließ im Scherl-Verlag seine „Ideen“ in einem von Hartz verfaßten Buche „Irrwege der deutschen Sozialpolitik“ erscheinen, setzte Hartz als Referenten in den Veranstaltungen deutschnationaler „Arbeitnehmer“organisationen durch und ließ das Buch parteioffiziell empfehlen und vertreiben. Die Quintessenz dieser Sozialpolitik ist: Ersetzung aller sozialen Einrichtungen durch ein Zwangssparsystem.

Die Empörung darüber war so groß, daß sogar die beamteten Funktionäre des deutschnationalen „Arbeiterbundes“ sich in einem Flugblatt gegen die „Ideen“ des Herrn Bang wenden mußten. In dem Flugblatt wurde das Buch von Hartz als ein großes „Verbrechen am gesamten deutschen Volk“ bezeichnet. Verfasser dieses Flugblattes ist der deutschnationale Abgeordnete Meyer, zweiter Vorsitzender des Zentralverbandes der christlichen Landarbeiter, bei dem bekanntlich der Oberleutnant Schulz bis zu seiner Verhaftung Unterschlupf fand. Dieser erzreaktionäre Meyer operierte gegen die Claßschen Ideen, die in Hugenbergs Amerikabrief niedergelegt sind, auch mit den Argumenten der deutschnationalen Landbundführer, die sich gegen die Taktik des „Widerstands gegen die Erfüllungspolitik bis zum Zusammenbruch“ wehren, weil dabei die „deutsche Landwirtschaft“ inzwischen „vor die Hunde gehen würde“. Die Junker können keine Politik auf längere Sicht machen, weil sie die Eigentümlichkeit haben, das Geld stets sofort zu brauchen. Deshalb ist ihnen die Zollpolitik der Großen Koalition sympathischer. Wie so oft in der konservativ-deutschnationalen Parteigeschichte gibt es hier wieder einmal eine innerparteiliche Einheitsfront zwischen den Arbeiter- und Angestelltenorganisationen und den Landbundführern, welche gerade zu den sozialreaktionärsten Gruppen der Rechtsparteien geboren.

In der Sorge um die Erhaltung des reaktionären Einflusses auf die Angestellten und Arbeiter wenden die deutschnationalen „Arbeiterführer“ sehr scharfe Worte gegen Hugenberg an. Unter dem Schutze der derzeitigen Parteileitung suchen die Werksgemeinschafter und Werkvereinler in den Organisationen Positionen gegen diese Arbeiterführer „gewerkschaftlicher Richtung“ zu gewinnen (Partei, Fraktionen, Stahlhelm usw.), so daß die äußeren Gegensätze erheblich zunahmen.

Von den mehr deutschnational-evangelischen Arbeitnehmerorganisationen wurde im vergangenen Jahre eine Spitzenorganisation geschaffen, die sich christlich-soziale Reichsvereinigung nennt. Diese Reichsvereinigung ist zum Unterschied von der katholischen christlichen-sozialen Reichspartei eine bewußt reaktionäre, stockkonservative, nationalistische und antisemitische Organisation, vielfach verflochten mit den faschistischen Verbänden.

Die evangelischen Christlichsozialen geboren zum größten Teil den christlich-nationalen Gewerkschaften an. Viele dieser evangelischen „Arbeitervertreter“ sind gleichzeitig beamtete Funktionäre der christlichen Gewerkschaften, der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, des Jungdos, des Stahlhelms und verschiedener kleinerer faschistischer Organisationen, während die katholischen überwiegend im Zentrum funktionieren.

Es gibt bei dieser ganzen Sippschaft überhaupt keine festen Parteigrenzen. Vielmehr handelt es sich bei diesen christlich-nationalen und sozialen Gewerkschaften uni Organisationen der drei großen offenen Ausbeuterparteien, DNVP, Zentrum und DVP. Ein gutes Beispiel für diese Verflechtung ist der „Arbeiterführer“ Hülser, einer der Organisatoren der christlich-sozialen Reichsvereinigung. Er ist:

1. Reichstagsabgeordneter der DNVP.

2. Mitglied der Spitzenleitung der christlichen Gewerkschaften.

3. Funktionär des Jungdeutschen Ordens.

4. Funktionär der christlich-sozialen Reichsvereinigung.

[543] Aber auch die organisatorische Verbindung besagt ganz deutlich, daß praktisch eine Parteigrenze nicht existiert.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, die zahlenmäßig weitaus größte „Arbeitnehmer“organisation der Rechtsparteien, gehört den christlichen Gewerkschaften an. Die Leitung ist

paritätisch in den Händen eines Volksparteilers (Bechly), eines Deutschnationalen (Lambach) und eines Zentrumsmannes (Gerig), aber zahlenmäßig sind die meist evangelischen Deutschnationalen weit überwiegend. Der DHV hat nach den offiziellen Angaben des christlichen Deutschen Gewerkschaftsbundes ebensoviel Mitglieder, als die drei größten christlichen Arbeitergewerkschaften (Metall-, Berg-, Textilarbeiter) zusammengenommen. Ferner ist der Zentral verband der christlichen Landarbeiter völlig deutschnational. Seine Führer (Meyer und Behrens) sind deutschnationale Reichstagsabgeordnete. Bei all diesen, für die offenen Ausbeuterparteien arbeitenden „Gewerkschafts"führern gibt es in allen wesentlichen Fragen überhaupt keine politischen Differenzen und natürlich auch keine konfessionellen. Wie sehr sie ein Herz und eine Seele sind, zeigt die Tatsache, daß nach dem Rücktritt Stegerwalds Herr Imbusch, der angeblich „linke" Zentrumsführer, einstimmig zum ersten Vorsitzenden gewählt wurde. Alle deutschnationalen und volksparteilichen Vorstandsmitglieder haben also für ihn gestimmt!

In den offenen Ausbeuterparteien steht dieser gewerkschaftlichen Richtung gegenüber die werksgemeinschaftliche offen gelbe. Offen gelb deshalb, weil sie auch programmatisch den Streik ablehnt. Der Kampf in den Parteien und faschistischen Verbänden zwischen diesen beiden Richtungen ist taktischer Natur.

Die „Gewerkschafter" befürchten, daß mit diesen offenen Methoden die große Masse der Angestellten und Arbeiter nicht bei den Ausbeuterparteien zu halten sei und machen deshalb in allen Rechtsparteien eine, die wirkliche Politik wenig berührende Opposition. Aus den letzten Jahren sind die „Imbusch-Krise" im Zentrum, die „Thiel-Krise" in der DVP, die Opposition der „Arbeitervertreter" in der Bayerischen Volkspartei und die „Lambach-Krise" in der DNVP noch deutlich in Erinnerung. Alle diese Oppositionen haben den Erfolgt gehabt, die Arbeiter und Angestellten bei den Ausbeuterparteien zu halten. Es ist ein Irrtum, nach dem Muster der Sozialdemokraten sind Demokraten anzunehmen, daß diese Oppositionen sich als Rückgang der Wählerstimmen in den Parteien ausgewirkt hätten, vielmehr haben sie diesen Rückgang in seiner vollen Auswirkung gehemmt, weil sie in großen Massen unaufgeklärter Arbeiter und Angestellten die Illusion befestigten, ihre Interessen wären auch innerhalb dieser Parteien vertretbar.

Die ehemaligen, aus der antisemitischen Stöcker-Bewegung hervorgegangenen Christlichsozialen waren vor dem Kriege viele Jahre von der Konservativen Partei getrennt. Nach dem Zusammenbruch schlossen sich alle konservativen Gruppen: die Deutschkonservativen, die Freikonservativen und die Christichsozialen in der Deutschnationalen Volkspartei zusammen. Die Landesorganisationen (wie die preußischen Altkonservativen) und der „überparteiliche" alldeutsche Verband schlossen sich ebenfalls an. Mit Ausnahme der Christlichsozialen und der Freikonservativen behielten innerhalb der DNVP die einzelnen Gruppen ihre Organisationen aufrecht. Sie halten bis heute noch selbständige Parteitage ab. Der totale Bankrott der konservativen Politik führte dazu, daß die Christlichsozialen 1919 zunächst formell in der Führung in den Vordergrund traten, bis die Sozialdemokraten die Revolution wieder geschlagen hatten. Dann nickten die alten Konservativen wieder in die erste Reihe. Die DNVP nahm bei den Wahlen bis zu 1924 einen Aufschwung, wie ihn die Konservativen seit dem Jahre 1887 nicht mehr erlebt hatten, und noch 1928 brachten sie mehr Stimmen auf, als sie in den Vorkriegswahlen seit 1893 erhalten hatten. Natürlich waren unter ihren Wählern auch große Massen von Angestellten und sogar Arbeitern.

Für die organisatorische Erfassung der Angestellten wurde 1922 der Denabu (Deutschnationaler Angestelltenbund gegründet, als fraktionelle Zusammenfassung der im Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbund orga-[544]nisierten deutschnationalen Angestellten. Er ist 1929 umgegründet worden in die „Politische Vereinigung christlich-nationale Selbsthilfe" (Zentralorgan: „Politische Wochenschrift" des Herrn Ullmann, der vom Scherl-Verlag zum DHV ging). Die Umgründung erfolgte nach Lambachs Programm zu dem Zwecke, über die Angestellten hinauszudringen und auch über den Parteirahmen hinauszuschreiten, deshalb wird auch nicht mehr die Zugehörigkeit zur DNVP zur Bedingung gemacht. Für die Arbeiter gründete die DNVP den „Deutschnationalen Arbeiterbund", der hauptsächlich ebenfalls eine fraktionelle Zusammenfassung der deutschnationalen Organisationen und Mitglieder des „Reichsverbandes vaterländischer Arbeitervereine" darstellt. Außerdem

bestand die vom Landbund aufgezogene deutschnationale „Landarbeiterorganisation“ und eine Reihe lokaler und provinzieller evangelisch-deutschnationaler „Arbeitervereine“.

Die Alldeutschen zogen außerdem eine Reihe gelber Werkvereine auf, deren Zusammenfassung durch fortwährende Spaltungen mißlang. Die Werksgemeinschaften konnten ebensowenig Boden fassen wie die Werkvereinler (ohne s).

Im Jahre 1928 gründeten die oben geschilderten „Arbeitnehmer“organisationen zum Zwecke der Wiederherstellung der 1918 aufgegebenen selbständigen christlich-sozialen Organisation die Christlich-soziale Reichsvereinigung. Sie ist eine mehr evangelische Ausgabe der christlichen Gewerkschaften und enthält keine der antigewerkschaftlichen Werksgemeinschaftsorganisationen.

Die christlich-soziale Neugründung hat das Entzücken der sozialdemokratischen und der demokratischen Presse hervorgerufen, weil sie eine heftige „Kampagne“ gegen Hugenberg führte. Die sozialpolitischen „Streitpunkte“ sind schon erwähnt. Die sogenannten außenpolitischen „Meinungsverschiedenheiten“ zwischen den Christlichsozialen und der Parteileitung sind Zufallsprodukt. Weil Landbundführer eine solche Opposition gegen die Anti-Young-Plan-Kampagne machen, suchen die Christlichsozialen an ihnen innerparteiliche Bundesgenossen. Der dritte Differenzpunkt ist die Stellung zur Republik. Die Christlichsozialen wollen nämlich die Verfassung bloß „weiterentwickeln“ und vermeiden Injurien gegen den Parlamentarismus überhaupt, wollen nur seine „Auswüchse beschneiden“. Deshalb sind sie den Sozialdemokraten sympathisch und die DNVP zerfällt in „vernünftige“ und in „unvernünftige“ Elemente. Sie hat einen Flügel, der sich ausgezeichnet zum „kleineren Uebel“ machen läßt, eine Eselsbrücke zur „größten Koalition“.

In Wahrheit ist natürlich diese konterrevolutionäre Bande gefährlicher als der Hugenberg, der sein offenes Ausbeuterherz auf der Zunge trägt.

Diese Christlichsozialen tagten am 4. August 1929 in Bielefeld. Der Jungdo, der mit der ganzen „gewerkschaftlichen“ Richtung in den Ausbeuterparteien sowohl ideologisch als auch organisatorisch sehr stark verbunden ist, hatte Vertreter entsandt und auch der „Christliche Volksdienst“. (Das ist eine christlich-soziale Richtung, die schon von der DNVP abgesplittert ist und hauptsächlich in Gegenden auftritt, wo deutschnational-zentrümliche Koalitionspolitik eine Unzufriedenheit über die geringe „evangelische Energie“ der DNVP erzeugt hat.) Auf dieser Reichstagung, die von etwa 300 Delegierten beschickt war, hatten Lambach, Hülser und Mumm große Mühe, das Bestreben der Delegierten nach einer eigenen Parteigründung zu unterdrücken. Daraus geht hervor, daß man angesichts der zu erwartenden unerhörten Auspowerung der Arbeiter die letzte Weisheit der Spaltung in Reserve halten will. Die Tagung verlief ohne ein Ergebnis. Die unter dem direkten Drucke der Arbeiter stehenden Delegierten waren unbefriedigt, daß trotz ihres stürmischen und wütenden Angriffes gegen die DNVP nichts „geschah“, die Führer waren unbefriedigt, daß es so große Mühe kostete, ihre Leute zum Auf-der-Stelle-Treten zu bewegen. Daraus ist zu schließen, daß diese Opposition zersetzend weiterwirken muß, weil man sie nicht genügend beschäftigten kann.

Die Führer verzapften das blödsinnigste konterrevolutionäre Gewäsch. Hülser verlangte: Bekenntnisschule, konfessionelle Wohlfahrtspflege, allgemeines Wahlrecht, Sicherung der Sozialversicherung, Sicherung der [545] Regierung gegen Zufallsabstimmungen des Parlaments, stärkere Berücksichtigung des christlichen Standpunktes bei der Bodenreform und der Alkoholfrage usw.

Dänhardt verfocht den christlich-sozialen Standpunkt, den auch die katholischen Christen vertreten: Die Rechtsparteien sollen gezwungen werden, ihren Ausbeutercharakter vor den Arbeitern besser zu vertuschen.

Die kapitalistischen Parteien müssen jetzt mehr als je das Gegenteil davon tun. Die DNVP hat ihre Christlichsozialen, um diese Vertuschungspolitik zu betreiben. Die DVP hat keine Arbeiter und wenig Angestellte. Das Zentrum klammert sich an die SPD, um an ihr Deckung vor ihren Arbeitern zu finden, und der „linke“ Flügel braucht deshalb noch nicht in Aktion zu treten. Die SPD versucht, sich hinter dem „kleineren Uebel“ zu verstecken. Was dabei herauskommt, ist die von den Ausbeutern erstrebte Schröpfung der werktätigen Massen. Daraus werden sich in allen kapitalistischen Parteien wahrscheinlich Parteikrisen entwickeln.

Die sozialfaschistischen Gewerkschafter unterscheiden sich praktisch in nichts von ihren christlich-sozialen und christlich-nationalen Kollegen. Ihre Funktion gegenüber der Arbeiterklasse ist ganz die gleiche, weil sie von den gleichen Bedingungen aus ihre Politik betreiben. Innerhalb kapitalistischer Produktionsverhältnisse gibt es keinen Ausweg. Wer die proletarische Lösung, die revolutionäre Ueberwindung kapitalistischer Produktionsverhältnisse ablehnt, muß notwendig helfen, genügend Profite aus den Arbeiterknochen herauszuschinden, um der Notwendigkeit kapitalistischer „Kapitalbildung“ Rechnung zu tragen.

Die sozialfaschistische „Theorie“, wonach für die Arbeiterklasse auch unter kapitalistischen Bedingungen hohe Löhne herausholbar seien, ist auch die „theoretische“ Grundlage aller dieser „Gewerkschaften“ der offenen Ausbeuterparteien. Hier muß unsere Partei gründlicher, als es bisher geschah, neben der praktischen Aufklärungsarbeit in den Wirtschaftskämpfen den wissenschaftlichen Nachweis der ökonomischen Unmöglichkeit dieser „Theorie“ erbringen.

Es handelt sich ja dabei tun alle Grundfragen der Tagespolitik. Hohe Löhne einzelner Arbeiterkategorien auf Kosten der breiten Massen der Arbeiter (Problem der Arbeiteraristokratie) und das ständige und stete Steigen des prozentualen Anteils der hochbezahlten Arbeiter in den freien Gewerkschaften durch die bewußte klassenspalterische Politik der sozialfaschistischen Gewerkschaftsführer, bei gleichzeitiger Verelendung der breiten Massen und des gewaltig steigenden Heeres der Arbeitslosen – das sind sowohl die Grundlagen wie auch die Erfolge der Lohnpolitik der Sozialfaschisten. Daraus ergibt sich auch ihre Verschmelzung mit den „berufsständischen“ und „volksnationalen“ Ideologien, die in den „anderen“ „Gewerkschaften“ gepflegt werden und die Reichsbannereinheit gegen das revolutionäre Proletariat. Gegen den verlogenen Unfug vom „volkswirtschaftlichen Nutzen hoher Löhne“ muß der Marxsche Nachweis von der Unmöglichkeit ausreichender Löhne unter kapitalistischen Bedingungen lebendig und geläufig gemacht werden, aus dem die Notwendigkeit der revolutionären Ueberwindung des Lohnsystems folgt und die praktische konkrete Durchführung dieser revolutionären Ueberwindung nach den Lehren L e n i n s.

Das ist eine Aufgabe, die die Arbeit der Genossen in den Betrieben und Gewerkschaften z u g l e i c h gegen die Sozialfaschisten, Christen, Gelben und Nationalfaschisten erheblich fördern, vertiefen und erleichtern kann.

Im Kampfe um die Gewinnung der Arbeiter und Angestellten in den „christlichen“ Organisationen, die sich noch von religiösen und nationalistischen Phrasen blenden lassen, aber unter dem Druck der Ausbeutung zum Klassenkampf getrieben werden, muß die Einheit aller auf dem Boden kapitalistischer Produktionsverhältnisse stehenden Parteien und Gewerkschaften unermüdlich nachgewiesen werden, damit die von den offenen Rechtsparteien abströmenden Massen sich nicht unter den Wirkungen einer stimmungsmäßigen Radikalisierung in den sozialfaschistischen Irrweg verlieren. [546]

*

## Nach dem 6. Plenum des ZK der KP Polens

Von G u s t a v H e n r y k o w s k i

### I.

Unmittelbar vor dem 10. Plenum des EKKI tagte das 6. Plenum des ZK der KP Polens.

Die Probleme, die vor der polnischen Plenarzentrale standen, sind für die gesamte Kommunistische Internationale von außerordentlicher politischer Bedeutung.

Während der Tagung der polnischen Zentrale wurde die imperialistische Kriegsgefahr gegen die UdSSR besonders akut. Es mehrten sich Anzeichen einer ungeheuren Zuspitzung der internationalen Lage. Die Maiereignisse in Berlin, die Repressalien gegen die Kommunisten in Frankreich, der Umsturz in Jugoslawien illustrierten das beschleunigte Tempo der Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion auf der inneren Front der kapitalistischen Länder Europas. Die Barrikadenkämpfe in Berlin und der Ausgang der Pariser Sachverständigenkonferenz brachten auch die aktive Einreihung des neudeutschen Imperialismus in die Antisowjetfront zum Ausdruck. Die Vorgänge in Afghanistan und die Provokationen der Nanking-Regierung signalisierten den nahen Angriff der Imperialisten auf das

Vaterland des internationalen Proletariats. Auch die maßlosen Rüstungen des polnischen Faschismus bestätigten dies besonders als akute Kriegsgefahr. In derselben Zeit, als der faschistische Außenminister Zaleski den Kellogg-Pakt unterschrieb, beschleunigte Piłsudski seine Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion. In allen Randgebieten Polens, in Westukraine, Westweißrußland und Pommern wurden Probemobilisationen durchgeführt. Die faschistische Diktatur verstärkte ihre Tätigkeit in den Baltischen Staaten, noch enger wurde Polens Militärbündnis mit Rumänien. Ganz Polen ist in ein großes Heerlager verwandelt worden.

Das 6. Plenum des ZK der KPP hat mit vollem Recht festgestellt, daß „die Kriegsgefahr gegen die UdSSR immer mehr eine unmittelbare wird“. Der Ueberfall der chinesischen konterrevolutionären Generale auf die Ost-China-Bahn hat diese Einschätzung der Lage durch die polnische Zentrale vollständig bestätigt.

Angesichts dieser unmittelbaren Kriegsgefahr mußte das polnische Plenum endgültig mit den opportunistischen Theorien der rechten Gruppe, der Genossen Kostrzewa, Stefanski und Brand, Schluß machen, die den imperialistischen Charakter des polnischen kapitalistischen Staates unterschätzten und auf diese Weise die polnischen Kommunisten in ihrem Kampfe gegen die imperialistische Kriegsgefahr ideologisch entwaffneten.

Genosse Brand, der Oekonomist der rechten Gruppe, vertrat seit Jahren die Meinung, daß die polnische Bourgeoisie kein unmittelbares ökonomisches Interesse an einem Kriege gegen die UdSSR habe. Seiner Meinung nach lag der Feldzug von Pilsudski im Jahre 1920 nicht in den damaligen Interessen des polnischen Kapitalismus. Auch nach dem Piłsudski-Umsturz (Mai 1926) konnte er den polnischen Imperialismus noch nicht entdecken. Im Februar 1927 hat er die Behauptung aufgestellt, daß die Wirtschaftspolitik des polnischen Faschismus eine Konzentrierung der Bourgeoisie auf dem Innenmarkte und einen Verzicht auf die industrielle Expansion bedeute.

Nach dem 4. Parteitag der KPP (1927) hat Genosse Brand diese Theorie noch gründlicher ausgebaut und erweitert. Ende 1927 behauptet er in seiner Broschüre „Die ökonomischen Momente des Maiumsturzes“, daß die Frage der Außenmärkte deshalb in hohem Maße für die polnische Bourgeoisie au Aktualität verliert, weil angeblich die Wirtschaftspolitik Pilsudskis eine sehr große Ausdehnung des Innenmarktes herbeiführte.

Diese Broschüre war eine Antwort auf eine Broschüre des Genossen Fiedler über den Maiumsturz, der – wie das 6. Plenum betont – eine falsche Auffassung über die wirtschaftlichen Grundlagen des Faschismus als Vertreter [547] der Interessen der Großgrundbesitzer und der Schwerindustrie im Gegensatz zur verarbeitenden Industrie entwickelte. Die falschen Schlußfolgerungen, die daraus entsprangen, mußten den Genossen Fiedler zur Verkleinerung der eigenen Grundlagen des polnischen Imperialismus führen. Die Kritik des Genossen Brand an dieser Broschüre brachte seine opportunistische Ueberschätzung der kapitalistischen Stabilisierung in Polen und die von ihm seit längerer Zeit vertretene überaus gefährliche Unterschätzung der ökonomischen Grundlagen des polnischen Imperialismus zum Ausdruck.

Genosse Brand führte Piłsudskis Aggressivität gegenüber der Sowjetunion fast ausschließlich auf soziale Momente zurück, auf den Gegensatz zwischen dem kapitalistischen Gesellschaftssystem in Polen und dem Sowjetsystem. Angeblich seien es nur – seiner Meinung nach – die östlichen Großgrundbesitzer, welche früher in der Sowjetukraine und in Sowjetweißrußland ihre Besitztümer hatten, die ein direktes ökonomisches Interesse an einem Kriege gegen die Sowjetunion haben. Anders aber verhält sich, wie er glaubt, die Sachlage mit den polnischen Industriekreisen. Ihre Aufmerksamkeit sei gegenwärtig – das war im Jahre 1927 geschrieben – angeblich hauptsächlich auf die Erweiterung des Innenmarktes konzentriert. Erst nachdem diese Basis sich solide stabilisiert hätte, könne auch die industrielle Expansion des polnischen Faschismus zutage treten.

In der genannten Broschüre charakterisierte Brand folgendermaßen die faschistische Wirtschaft:

„Zum Programm des Blocks (des faschistischen, G. H.) wurde in der ersten Phase die Losung der Basierung der Existenz der Industrie auf dem Innenmarkt und in erster Reihe auf dem landwirtschaftlichen Markte. (S. 32.)“

Dann noch klarer:

„Das ökonomische Programm des faschistischen Blocks ist, kurz gesagt, die Förderung der kapitalistischen Landwirtschaft und ihres Exports, die Defensive (Verteidigung) auf der industriellen Front gegenüber Europa, die Konzentrierung auf dem Innenmarkte und die Sammlung der Kräfte für die künftige Expansion nach dem Osten."

Nach Brand befindet sich also jetzt der polnische Kapitalismus in einer „Defensive" gegenüber Europa und konzentriert sich auf seinen eigenen Innenmarkt. Die ökonomische Expansion der polnischen Bourgeoisie wird in die nebelhafte Ferne hinausgeschoben. Genosse Brand legt dabei ein außerordentliches Vertrauen gegenüber den Erklärungen der faschistischen Regierungen, ihren Plänen und überhaupt gegenüber der Fähigkeit des polnischen Faschismus, diese gepriesene Konzentrierung auf dem Innenmarkte durchführen zu können, an den Tag.

Ich glaube, daß in diesem Punkt zwischen dem Standpunkt des Genossen Brand und der Stellung des Genossen Varga zur Reparationsfrage, zum Young-Plan eine bestimmte Verwandtschaft vorhanden ist. Genosse Varga ist bekanntlich der Meinung, daß der Young-Plan „eine vorübergehende Versöhnung der kapitalistischen Widersprüche" bedeute. „Erst mit der weiteren Verschärfung der imperialistischen Widersprüche" – erklärt er in seinem Abänderungsantrag zu der Resolution des 10. Plenums – „wird das Reparationsproblem in verschärfter Form wieder auftreten." Genosse Molotow hat in seiner Rede auf dem 10. Plenum folgendermaßen diesen Standpunkt charakterisiert:

„Das ist schon ganz reformistisch: angeblich werden jetzt die imperialistischen Widersprüche ausgesöhnt, ihre Verschärfung wird erst in einer unbestimmten Zukunft auftreten, und erst dann wird sich das Reparationsproblem verschärfen."

Das Hinausschieben des aktuellen Interesses der polnischen Bourgeoisie für die Außenmärkte in eine unbestimmte Zukunft kommt beim Genossen Brand nochmals zum Ausdruck in der Erklärung:

[548] „So war im allgemeinen der Inhalt des notwendigen Umschwungs in der Wirtschaftspolitik: von der einseitigen Förderung der für den Export arbeitenden Industrie, zur Förderung der kapitalistischen Landwirtschaft, der Agrarindustrie, als Basis des Exports und der Erweiterung des Innenmarktes."

Diesen opportunistischen Gedanken wiederholt Genosse Brand in mehrfachen Variationen:

„... der unmittelbare Inhalt des in der Wirtschaftspolitik herbeigeführten Umsturz, war das gesteigerte Interesse der Industrie für den Innenmarkt. (S. 24.)"

Die damalige gesteigerte industrielle Expansion der polnischen Bourgeoisie existierte für den Genossen Brand und seine politischen Freunde einfach nicht. Genosse Brand beruhigte ganz offen die polnischen Proletarier, daß diese Expansion einstweilen keine aktuelle Gefahr darstelle:

„Dies sind die historischen Tendenzen, wenn auch die Wirklichkeit des heutigen Tages noch anders ist. (S. 27. Gesperrt von mir. G. H.)"

Der polnische Bourgeois hat also nach Meinung des Genossen Brand bestimmt kein direktes Interesse an der Ausdehnung seiner industriellen Expansion nach der Sowjetukraine, Sowjet-Weißrußland usw. Der polnische Bourgeois will angeblich nur, daß die Großen der Welt ihn in Ruhe lassen, damit er sich friedlich auf dem Innenmarkte konzentrieren könne. In dieser naiven opportunistischen Entstellung der polnischen Wirklichkeit wiederholte Genosse Brand im Grunde genommen die Loblieder der bürgerlichen Wirtschafter, welche Piłsudski 918 Retter der wirtschaftlichen Unabhängigkeit Polens hinstellten. Pilsudski habe sich – seiner Meinung nach – dem Stabilisierungsplan des internationalen Großkapitals angeblich widersetzt:

„... Piłsudski ging in der Praxis keineswegs auf der Linie dieses Planes, er war gar nicht genötigt, die polnische Industrie zu opfern. Es zeigt sich, daß Polen trotzdem davor steht, eine Auslandsanleihe von einer erstklassigen (?) amerikanischen Gruppe zu erhalten, trotz des Entgegenwirkens Deutschlands, trotz des Zollkrieges, und dies neben bedeutenden Exportkrediten und sonstigen ausländischen Investierungen (Ankauf von Aktien, von Industrieunternehmungen). (S. 51-52.)"

Welch eine herrliche Perspektive?

Die nächsten Monate nach dem Erscheinen der Broschüre des Genossen Brand – die der kommunistischen Bewegung Polens eine überaus gefährliche Unterschätzung des polnischen faschistischen Staates einpflanzen wollte – bewiesen aber, wie falsch diese Behauptungen waren.

Die Hoffnungen der rechten Gruppe auf eine sehr große Ausdehnung des polnischen Innenmarktes erwiesen sich als pure Illusionen. Der Innenmarkt ist stark zusammengeschrumpft. Wie das 6. Plenum der polnischen Zentrale richtig feststellt, fällt das jetzige vierte Jahr des Bestehens der faschistischen Diktatur in Polen mit einer tiefgehenden hartnäckigen Wirtschaftskrise zusammen. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß diese Krise, die durch die Verschlechterung der Weltkonjunktur, durch den verkleinerten Zufluß des ausländischen Kapitals, durch wachsende Absatzschwierigkeit und durch das bedeutende Einschrumpfen des Innenmarktes bedingt ist, immer tiefer in das Gebiet der Produktion eindringen wird, was jedoch teilweise Erleichterungen in einzelnen Industriezweigen nicht ausschließt.

Die gegenwärtige schlechte Wirtschaftslage Polens bringt diesen tiefgehenden und hartnäckigen Charakter der Krise sehr klar zum Ausdruck.

Die Passivität der Handelsbilanz (gegen 400 Millionen Złoty in den ersten fünf Monaten 1929) bei einer Stockung des Zuflusses ausländischen Kapitals führt zu einer starken Verringerung des Vorrates an ausländischer Valuta in der Staatsbank. Im Laufe der letzten fünf Monate hat sich dieser Vorrat um [549] 25 Prozent verringert. Gleichzeitig stockt auch die innere Ansammlung von Kapitalien. Die Lage der Staatsfinanzen führte bereits zur wesentlichen Kürzung der staatlichen Investierungen und hatte als unmittelbare Folge den Ratschlag des amerikanischen Kontrolleurs Mr. Dewey, auf solche selbst in der Schwerindustrie zu verzichten.

Die wachsende Verelendung der Arbeiter- und Bauernmassen hat eine weitere bedeutende Zusammenschrumpfung des Innenmarktes auch für Gegenstände des täglichen Gebrauchs zur Folge. Diese Zusammenschrumpfung tritt in der ersten Reihe in der Stockung im Handel und in der ungeheuren Anschwellung der zum Protest gegangenen Wechsel zutage. Die Höhe des privaten Diskontsatzes ist auf 4 Prozent pro Monat gestiegen. Der Krisenzustand der polnischen Industrie zeigt sich am deutlichsten in diesen Zweigen, die für den Massengebrauch produzieren (Textilindustrie, Leder-, Bekleidungsindustrie usw.). Der überwiegende Teil in der Textilindustrie arbeitet nur zwei bis vier Tage in der Woche. Eine verhältnismäßig gute Konjunktur war noch bis unlängst in der Schwerindustrie vorhanden. Diese Konjunktur war auf das Tempo der faschistischen Rüstungen und auf die bereits früher angefangenen stattlichen Investierungen zurückzuführen. Die durch Mr. Dewey eingeleiteten Kürzungen der Investierungsanlagen haben aber bereits auch in der Schwerindustrie, besonders in der Metallindustrie, eine bedeutende Verschlechterung der Lage herbeigeführt.

Infolge des großen Kriegsbudgets (eine Milliarde mehr als im Vorjahr) hat der Steuerdruck die höchsten Grenzen erreicht. Die Verelendung der Arbeiterschaft und des Bauerntums wächst in rasendem Tempo. Unter der ruinierten Landbevölkerung, besonders in den okkupierten Gebieten wütet der Hunger.

So sieht also die von Genossen Brand gepriesene große „Erweiterung des Innenmarktes“ aus. Diese nackten Tatsachen sind die Folgen der dreijährigen Herrschaft der faschistischen Diktatur. Wie armselig sieht im Lichte dieser Tatsachen die opportunistische Einschätzung der faschistischer Wirtschaftspolitik durch die Rechten aus. Die Legende von der Prosperität des polnischen Kapitalismus unter Pilsudskis Regime ist vom Leben gründlich zerstört worden.

Diese Folge der dreijährigen Herrschaft der faschistischen Diktatur haben der ganzen polnischen Partei klar bewiesen, wie falsch die seinerzeitigen Behauptungen der Genossen Brand und Kostrzewa nach dem Piłsudski-Umsturz 1926 waren, als sie in Piłsudski den Träger des Fortschrittes in der Entwicklung des kapitalistischen Polens sahen. Richtig bemerkte Genosse Manuilski in seinem Artikel

über die Diskussion in der KPD, daß die Genossin Kostrzewa „im Umsturz Piłsudskis nur den Versuch einer Stabilisierung des Kapitalismus erblickte, es aber nicht sah, daß dieser Umsturz das Faulen der kapitalistischen Wirtschaft signalisierte“.

Die für jeden Arbeiter und Bauern sichtbaren Folgen der dreijährigen Herrschaft des Faschismus haben auch gründlich die Brandsche Legende zerstört, daß Piłsudski sich dem Stabilisierungsplan des internationalen Großkapitals widersetzt. Genosse Brand glaubte im Ankauf von Aktien und von Industrieunternehmen den schlagenden Beweis dafür zu liefern, daß „Piłsudski nicht auf der Linie des Planes des internationalen Kapitalismus gegangen ist“. Die jetzige polnische Wirklichkeit widerspricht von A bis Z dieser Legende. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Gerade mit der aktiven Unterstützung der faschistischen Diktatur befestigt das ausländische Finanzkapital seine Positionen in Polen, indem es gleichzeitig eine weitere Zentralisierung der Produktion durchführt. Die größten Unternehmungen in Polen (Königshütte, Laurahütte, Bismarckhütte, Kattowitzer Gesellschaft, Silesia) gehen in die Hände der amerikanischen Harriman-Gruppe über und bilden zu beiden Seiten der deutsch-polnischen Grenze einen riesigen Trust. Gegenwärtig werden Verhandlungen mit dem [550] französischen Finanzkapital über die Gründung einer Agrarbank geführt. Der in zunehmendem Maße zentralisierte und monopolisierte Charakter des polnischen Kapitalismus und der scharfe Kampf um die Märkte steigern sein Bestreben nach imperialistischer Expansion. Immer klarer tritt der labile und faule Charakter der kapitalistischen Stabilisierung des faschistischen Polens hervor. Die inneren Widersprüche dieser Stabilisierung wachsen. Der polnische Faschismus will diese wachsenden Widersprüche mit Hilfe des fieberhaft vorbereiteten Krieges gegen die Sowjetunion überwinden.

Das faschistische Polen spielt heute die Rolle des Organisators der Antisowjetfront im Osten Europas unter englischer und französischer Führung. Die aggressive Politik Pilsudskis Litauen gegenüber, die emsige Tätigkeit seiner Agenten unter der Führung des Sozialfaschisten Pletschkaitis auf litauischem Gebiet, die Organisierung der ukrainischen Konterrevolution auf polnischem Boden, zeigen sehr einleuchtend die Richtung der faschistischen Expansionspolitik. Die Expansion richtet sich gegen die Sowjetunion, an deren Zerstörung der polnische Kapitalismus ein direktes und unmittelbares, ökonomisches und soziales Interesse hat.

Trotz der scharfen Kritik der Kommunistischen Internationale an der Brandschen Unterschätzung des imperialistischen Charakters des polnischen kapitalistischen Staates haben aber die Genossen Brand, Kostrzewa und Stefanski tatsächlich ihre früheren opportunistischen Auffassungen nicht geändert.

Die polnischen Rechten liefern ein klassisches Beispiel dafür, wie Opportunisten allgemeinen Formulierungen zustimmend, in konkreten Fragen das Gegenteil durchführen. Die Genossen Brandt, Kostrzewa und Stefanski haben bei jeder Gelegenheit ihre Uebereinstimmung mit der Einschätzung der kapitalistischen Stabilisierung durch den 6. Weltkongreß der KI beteuert. Das störte sie aber nicht, in aller Seelenruhe die kapitalistische Stabilisierung in Polen zu überschätzen und aus dieser Ueberschätzung die verhängnisvollsten Schlußfolgerungen für die praktische Tätigkeit der KP Polens zu ziehen.

## II.

Noch krasser als in der Frage des polnischen Imperialismus, ist die Ueberschätzung der kapitalistischen Stabilisierung in Polen durch die Rechten in ihrer Beziehung zur Frage der monopolistischen faschistischen Partei und in ihrer opportunistischen Einschätzung des Sozialfaschismus zum Ausdruck gekommen.

Genossin Kostrzewa hat die Auffassung vertreten, daß der polnische Faschismus „alle Parteien zerschlagen und mitreißen“ und seine eigene, über alle Klassen stehende, monopolistische Partei „als Rettungsgürtel für die ertrinkende Bourgeoisie“ bilden wird. Wie richtig das 6. Plenum unterstreicht, konnte eine solche Auffassung nur die Folge einer vollständigen Unterschätzung der besonderen Labilität, Verfaulung, der ungeheuren Zuspitzung der inneren Gegensätze der kapitalistischen Stabilisierung, einer vollständigen Unterschätzung der Radikalisierung der werktätigen Massen sein.

Die Genossin Kostrzewa unterschätzte diese wichtigsten Faktoren, welche die Verwirklichung des Bestrebens des Faschismus, eine monopolistische Partei zu schaffen, erschweren und hemmen. Die wachsende Radikalisierung der werktätigen Massen zwingt Piłsudski dazu und wird ihn auch weiter zwingen, neben den eifrigen Versuchen, eine eigene, „alle Klassen umfassende, monopolistische Partei“ auszubauen, sich gleichzeitig auf ein System von Parteien, besonders der reformistischen Parteien, zu stützen. Die Genossin Kostrzewa hat auch diese besonderen Bedingungen, unter denen der polnische Faschismus zur Macht gelangte, überhaupt nicht in Betracht gezogen.

Genosse Lenski weist in seinen Artikel in der KI (Nr. 29/30) sehr richtig darauf hin, daß diese Bedingungen in Polen ganz andere waren, als in Italien:

„Der faschistische Umsturz in Italien kennzeichnete die Ohnmacht der ‚demokratischen‘ und ‚sozialistischen‘ Parteien als Bollwerk gegen die [551] nahende Revolution. Die revolutionäre Welle hatte auch auf die Armee übergegriffen. Der italienische Faschismus schuf mit den Mitteln des Großkapitals eine verläßlichere Armee, drängte die revolutionäre Welle zurück, führte eine gründlichere Organisierung des Staatsapparats und des gesamten Parteisystems durch. Die faschistische Partei nahm die Kader der früheren Parteien in sich auf, stellte sich auf einen vollkommen monopolistischen Standpunkt, wobei der Zerfall der reformistischen Parteien nicht wegen ihrer Gefährlichkeit, sondern eher wegen ihrer Untauglichkeit für den Faschismus eintrat.

Unter anderen Bedingungen ging der faschistische Umsturz in Polens vor sich. Ihm ging nicht die Vernichtung der Avantgarde der proletarischen Revolution voraus. Im Augenblick des Umsturzes existierte nur ein Teil einer faschistischen Partei. Das Instrument des Umsturzes war vor allem die Armee unter Beihilfe von Arbeitern, Bauern und Kleinbürgermassen. Eine hervorragende Rolle spielten hierbei die reformistischen Parteien.

Daher die Schwächen des polnischen Faschismus, die die Entwicklung des faschistischen Systems behindern. Nach drei Jahren ihres Bestehens konnte die faschistische Diktatur keine einheitliche, weit verzweigte Massenorganisation schaffen. Deshalb muß sie die reformistischen Parteien im Kampfe gegen die sich ausbreitende revolutionäre Bewegung ausnutzen.“

Diese Bedeutung, diese Rolle der sozialfaschistischen Parteien, besonders der PPS, im allgemeinen faschistischen System wird gegenwärtig durch das beschleunigte Tempo der Radikalisierung der werktätigen Massen in hohem Maße noch gesteigert.

Mit der sich zuspitzenden Wirtschaftskrise und mit der wachsenden revolutionären Aktivität der Massen tritt die faschistische Diktatur in Polen in eine Periode der politischen Krise ein. Dies kommt zum Ausdruck im Rückgange der zahlenmäßigen Stärke der faschistischen Militärorganisation „Strzelec“ (Der Schütze) von 300.000 auf 150.000 Mitglieder, im wachsenden Widerstand des Proletariats, das zur Gegenoffensive übergeht, und in der starken Gärung unter den armen und Mittelbauern.

Nach dem großen Lodzer Streik, der den jetzigen revolutionären Aufschwung bereits signalisierte, rollte eine Welle von einzelnen, hartnäckigen Teilstreiks über das ganze Land. Diese Teilstreiks zeigen überall einen ausgesprochen politischen Charakter. In vielen Städten finden stürmische Demonstrationen von Arbeitslosen statt. Das beschleunigte Tempo der Radikalisierung tritt sehr deutlich zutage in den letzten überaus großen Erfolgen der Kommunisten bei den Betriebsräte- und Kommunalwahlen (Warschau, Dombrower Kohlenbecken, Lublin, Pabianice bei Lodz um. a.).

Auf dem flachen Lande verschwinden immer mehr die Illusionen, welche die armen und die Mittelbauern Pilsudski gegenüber hegten. Die ungeheuren Steuerlasten, die Liquidierung der Servitute, die durchgeführten Komassationen zugunsten der Großgrundbesitzer und Kulaken rufen eine tiefe Unzufriedenheit hervor. Steuerboykott der armen Bauernbevölkerung ist eine tägliche Erscheinung geworden, es kommt sehr oft zu blutigen Zusammenstößen zwischen der Polizei und der Bauernmasse. Diese Unruhen gehen Hand in Hand mit örtlichen Streiks von Landarbeitern.

Es wächst auch die Welle des revolutionären nationalen Freiheitskampfes in der Westukraine und in Westweißrußland.

Das Bestreben des Faschismus, durch eine Vervollkommnung des Unterdrückungsapparates und eine Steigerung des Terrors die wachsende revolutionäre Bewegung unter der Führung der KPP zu

brechen, führt zu einer weiteren Vertiefung der Feindseligkeit der breitesten Massen gegen den Faschismus, zur Erweiterung der revolutionären Gärung in Stadt und Land. Dies beweisen die Barrikaden in den Fabriken von Pabianice bei Lodz, wo die Arbeiter zum Schutz ihres entlassenen Vertrauensmannes der Polizei einen hartnäckigen Widerstand leisteten.

[552] Diese gespannte Situation schätzt sowohl der Faschismus, wie auch der Sozialfaschismus ganz genau ein. Der bekannte PFS-Mann, der 92jährige polnische Geschichtsschreiber, Boleslaw Limanowski, schreibt in einem offenen Briefe, der von der Zensur konfisziert wurde, an den Staatspräsidenten Moscicki:

„Die Arbeitermassen und die Bauernmassen verlangen ein einheitliches, alle gleich verpflichtendes Recht und den Schutz ihrer Existenz, und wenn man sie mit Gewalt ihres Rechtes beraubt, der freien Meinungsäußerung und des Kampfes um ihre Rechte, dann kommt der Augenblick der Auflehnung und die Wellen des Volkszornes erschüttern die Grundlagen des Staates. Dieser Augenblick naht, er nähert sich mit jedem Tag ... Wer wird das, was kommen kann, verantworten, und früher oder später muß es kommen."

Ungeachtet dieser starken Worte ist die „demokratische Opposition" des Sozialfaschismus im Grunde genommen für den Faschismus eine Art Sicherheitsventil gegen die revolutionäre Bewegung. Die PPS bildet für die faschistische Diktatur gewissermaßen einen Schutzwall gegen die herannahende proletarische Revolution. Indem die Sozialfaschisten sich der „oppositionellen", „demokratischen" Phrase bedienen, gelingt es ihnen in sehr gewandter Weise, in jene Kreise einzudringen, die für den Kommunismus noch nicht reif sind, aber bereits eine Feindseligkeit gegen den Faschismus zeigen. Deshalb ist die PPS sehr gerne in manchen Orten (Piotrkow), wo es ihr gelungen ist, die lokalen kommunistischen Organisationen dazu zu verleiten, auf eine Einheitsfront für einen scheinbaren Kampf gegen den Faschismus eingegangen. Diese Fehler einzelner Bezirke waren die praktischen Folgen der opportunistischen Auffassungen der Genossen Kostrzewa und Stefanski. Diese Fehler gaben aber den Sozialfaschisten mancherorts die Möglichkeit, auf unsere Kosten ihren Einfluß unter den sich radikalisierenden Massen zu erweitern.

Die Behauptung der Rechten, daß der Faschismus einen Ausrottungskampf gegen den Sozialfaschismus führt, weil er ihm angeblich in der Verwirklichung seiner Pläne hindert, hat – wie wir sehen – mit der polnischen Wirklichkeit nichts gemein und ist von Grund aus falsch. Die Auffassung des Genossen Stefanski, der den Sozialfaschismus als tatsächliche, dritte, demokratische Kraft darstellt, die unter dem Doppelfeuer des Faschismus und des Kommunismus steht, widerspricht den Beschlüssen des 6. Weltkongresses der KI und der Linie des Offenen Briefes des EKKI an die KPP. Im Januar dieses Jahres schrieb Genosse Stefanski anläßlich der Spaltung in der PPS:

„Dieser Prozeß (der Zertrümmerung aller Parteien durch den Faschismus – G. H.) konnte aber entgegen den Prahlereien der Führer die PPS nicht nur nicht umgehen, sondern mußte umgekehrt gerade in die PPS bis auf das Fundament ihrer kleinbürgerlichen Ideologie eindringen und hier keinen Stein auf dem anderen lassen."

Die polnischen Rechten vertreten also den Standpunkt, daß zwischen der Ideologie des Faschismus und des Sozialfaschismus ein so tiefer grundsätzlicher Gegensatz bestehe, daß es für Pilsudski notwendig sei, „keinen Stein auf dem anderen zu lassen".

„Als er die Parlamentsdemokratie liquidierte – sagt weiter Genosse Stefanski – liquidierte der Faschismus das, was in der PPS das Wesentlichste, das Programmatischste war. (Von mir gesperrt. G. H.)"

Noch ist das wesentlichste Merkmal der PPS nicht die Tatsache, daß sie alle Kämpfe des Proletariats bricht, den Arbeitermassen die Elemente der faschistischen Ideologie einimpft, den Haß gegen die Sowjetunion verbreitet und die Massen in den Kreis der imperialistischen Politik des polnischen

Faschismus einbezieht, sondern ihre Verteidigung der parlamentarischen Demokratie. Dieser scheinbare, prinzipielle Gegensatz zwischen der Ideologie [553] des Faschismus und der PPS bewirkt es weiter – nach der Meinung des Genossen Stefanski –, daß die sozialistisch-demokratischen Phrasen mit einer Schneide die Grundlagen des faschistischen Regimes treffen und daß im Maße des

Anwachsens der revolutionären Gärung diese Phrasen „immer deutlicher ihre Zweischneidigkeit zeigen werden". Mit anderen Worten bedeutet dies, daß die radikale demokratische Phrase angeblich eine objektiv revolutionäre Rolle spiele.

Auch auf organisatorischem Gebiet setzt der Sozialfaschismus nach der Meinung der polnischen Rechten dem Faschismus einen erbitterten Widerstand entgegen.

„Einen hartnäckigen Widerstand – versichert Genosse Stefanski – leistet die PPS zum Schutz ihrer Einheit, ihrer organisatorischen Selbständigkeit und ihres Monopols in der Gewerkschaftsbewegung und wird es auch weiter tun."

Die inneren Reibungen im faschistischen Lager erhebt Genosse Stefanski auf das Niveau des wirklichen Kampfes zweier angeblich entgegengesetzter Ideologien und Organisationssysteme.

Richtig unterstreicht die Resolution des 6. Plenums des polnischen ZK, daß diese Einstellung der Genossen Kostrzewa und Stefanski „über die Liquidierung der reformistischen Parteien durch den Faschismus als Träger der demokratischen Traditionen nicht zufällig war". Zweifellos besteht ein innerer Zusammenhang zwischen dieser Auffassung und der noch nicht überwundenen Ansicht der Genossin Kostrzewa über die selbständige Rolle des Kleinbürgertums, das vor dem faschistischen Umsturz angeblich versuchte, sein Programm „der demokratischen Entwicklung" zu realisieren.

Unser 4. Parteitag wies diese Anschauung der Genossin Kostrzewa zurück und deutete darauf hin, daß die Betonung der „Selbständigkeit" des Kleinbürgertums mit dessen praktischer Ueberschätzung verbunden ist, woraus ebenfalls unrichtige taktische Folgerungen entspringen können.

Die Entwicklung der Dinge hat gezeigt, daß die Genossin Kostrzewa diese überaus rechte Theorie nicht liquidiert hat. Im Gegenteil. Sie belebte diese Theorie aufs neue. In der Diskussion in der Polnischen Zentrale entwickelte sie, wie die Resolution des 6. Plenums berichtet – die opportunistische Auffassung „von drei Faktoren in der Revolution, von denen der erste das Proletariat ist, der zweite die Bauernschaft und die unterjochten Völker und der dritte die inneren Reibungen im bürgerlichen Läger". Diese Entstellung der leninistischen Theorie ist ungeheuer gefährlich und muß aufs entschiedenste bekämpft werden.

Die von uns charakterisierten Ansichten der rechten Gruppe über den Sozialfaschismus stehen in krassem Gegensatz zur Linie des 6. Weltkongresses und zum bereits genannten Brief des EKKI an die KPP. Der Offene Brief wies darauf hin, daß die „oppositionellen Führer der PPS" noch viel gefährlicher seien als die Schwarzhundertbanden der BBS unter Jaworowskis Führung. Der Brief warnte die polnischen Kommunisten, daß sie die Reibungen zwischen Zutawski (Führer der „linken" PPS) und Jaworowski keinesfalls als einen ernsthaften Kampf ansehen dürfen.

III.

Ich habe von dem vielseitigen Fragenkomplex, der auf der letzten polnischen Plenarzentrale zur Beratung stand, nur einige Probleme herausgegriffen. Das Zentralkomitee hat die taktische Linie der Partei sowohl in der Frage des Kampfes gegen die imperialistische Kriegsgefahr wie auch gegen den Faschismus und Sozialfaschismus genau konkretisiert. Auch die bisherigen Fehler der Partei in der Gewerkschaftsarbeit wurden gründlich korrigiert. Diese Korrektur entsprach voll und ganz den Beschlüssen des 10. Plenums des EKKI, das unmittelbar nach dem 6. Plenum des polnischen Zentralkomitees zusammengetreten ist. Das polnische ZK betonte in seinen Be-[554]schlüssen mit aller Schärfe, daß „nur die Ueberwindung der opportunistischen Auffassungen der Genossen Kostrzewa, Stefanski und Brand durch die ganze Partei von oben bis unten die Partei vor ihrer Wiederholung unter veränderten Verhältnissen und in veränderter Form schützen kann".

*

Das 6. Plenum des ZK der KPP hat für die kommunistische Bewegung Polens eine hervorragende Bedeutung. Es beweist, daß im Leben der Kommunistischen Partei ein Umschwung vor sich geht, der die weitere Bolschewisierung der Partei, die Hebung ihrer Kampfesfähigkeit in hohem Maße

fördern wird. Dieser Umschwung führt zur Beseitigung der bisherigen fraktionellen Schranken, zur Loslösung der „Mehrheit“ von der im Opportunismus steckenden Spitze und zur Stärkung und Festigung der Partei.

Es wäre aber eine Illusion, zu glauben, daß die klare bolschewistische Plattform des 6. Plenums auf keinen Widerstand seitens der rechten Gruppe und der versöhnlerischen Elemente in der Partei stoßen wird. Die Deklaration, die die Genossin Kostrzewa nach dem Plenum dem Zentralkomitee vorlegte, indem sie die von ihr begangenen Fehler bestreitet, der fraktionelle Angriff des Genossen Bartoszowicz auf die politische Linie des Zentralkomitees beweisen, daß in der KPP ein bedeutender Kampf gegen die Rechten und Versöhnler noch bevorsteht.

Dieser Kampf, der die alte heldenmütige KPP stählt und einigt, wird die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse Polens zur Erfüllung der vor ihr stehenden großen Aufgaben befähigen.

*

## Zum 11. Verbandstag des KJVD

Von Kurt Müller.

In wenigen Tagen wird in Berlin der 11. Verbandskongreß des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands seine Tagung beginnen. Diesem Kongreß ist für die Entwicklung der kommunistischen Jugendarbeit in Deutschland eine wichtige Bedeutung beizumessen. Er findet zwei Jahre nach dem Stattfinden des 10. Hamburger Verbandskongresses des KJVD statt. Zwei Jahre, in denen sich gerade wesentliche Veränderungen auf der politischen Arena vollzogen und der Prozeß der Umwandlung der Klassenkräfte beschleunigt wurde. Die Sozialdemokratie und ihre Jugendorganisation schlugen in diesen Jahren seit dem letzten Verbandskongreß des KJV einen verschärften Kurs ihrer Umwandlung in den Sozialfaschismus ein, während die Arbeiterschaft und die arbeitende Jugend in schnellen Schritten von der Defensive zur Gegenoffensive überging und in letzter Zeit ernste Maßnahmen zur Entfaltung der eigenen Offensive trifft. Dieser 11. Verbandskongreß des KJV kann sich bei seinen Arbeiten auf bedeutsame Beschlüsse des 6. Komintern- und 5. KJI-Kongresses, des 12. Parteitages, wie insbesondere des 10. Plenums der Komintern stützen. Gerade in Deutschland ist die Entwicklungsperspektive des 6. KI- und 5. KJI-Kongresses, insbesondere in bezug auf die Entwicklung der Kampfkraft der Arbeiterjugend, am treffendsten bekräftigt worden, wurden die rechten und versöhnlerischen Renegaten vernichtend geschlagen und in den immer zahlreicher und qualitativ wachsenden ökonomischen und politischen Kämpfen die offensive Strategie mit Erfolg angewandt.

Gerade vor dem deutschen Verbandskongreß steht als zentrale Problem, das der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterjugend durch den KJVD, das nur gelöst werden kann, wenn der Kommunistische Jugendverband versteht, in allen ökonomischen und politischen Kämpfen der Arbeiterjugend (in Streiks, bei Straßendemonstrationen, bei der Erwerbslosenbewegung usw.) die neue offensive Taktik rücksichtslos anzu-[555]wenden, und wenn er versteht, in allen Kämpfen der Jungarbeiterschaft die leitende Rolle zu erobern. In dieser Linie ist die entscheidende Frage der Jugendarbeit, die Frage der Wendung des KJVD zur bolschewistischen Massenarbeit.

### *Die Arbeiter Jugend im Prozeß des heranreifenden revolutionären Aufschwunges*

Die Feststellung der Beschleunigung des Ganges des proletarischen Klassenkampfes, die das 10. Plenum der Komintern machte, indem es vom Heranreifen eines neuen revolutionären Aufschwunges der Arbeiterbewegung sprach, kann ebenfalls sehr treffend bewiesen werden an den Tatsachen der wachsenden Kampfbewegungen der Jungarbeiterschaft in Deutschland. Trotz der sozialfaschistischen Maßnahmen der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie und Sozialdemokratie zur Isolierung der Arbeiterjugend von den Kämpfen der erwachsenen Arbeiterschaft nahm die Jungarbeiterschaft an den letzten Wirtschaftskämpfen in Deutschland hervorragenden Anteil. Diese starke Teilnahme fand ebenfalls in der Verstärkung der Rolle Jugendlicher in den führenden Organen des Kampfes – in den Kampfleitungen – ihren Ausdruck. Dieser stärksten Teilnahme der Jungarbeiterschaft an den ökonomischen Kämpfen der Gesamtarbeiterschaft wobei betont werden muß, daß die Jungarbeiterschaft neben den Frauen den größten Prozentsatz der unorganisierten Arbeiter stellt, und daß sie die

geringsten Kampferfahrungen besitzt – ging bereits im Jahre 1927/28 eine größere Welle von selbständigen Jugendstreiks voraus. Durch die stärkere Teilnahme der Jungarbeiterschaft an den allgemeinen Wirtschaftskämpfen der Arbeiterschaft ist zu erklären der Rückgang der Zahl der Wirtschaftskämpfe der Jungarbeiter am Ende des Jahres 1928 und Anfang 1929. Aber gerade in der letzten Zeit können wir wiederum eine wachsende Zahl selbständiger Jugendstreiks, ja sogar Lehrlingsstreiks feststellen.

Die starke Beteiligung der Jungarbeiterschaft an den politischen Kämpfen der Arbeiterschaft mußte selbst, wenn auch im verächtlichen Sinne, von der bürgerlich-sozialdemokratischen Pressejournaille festgestellt werden. Selbst nach den Berichten der sozialdemokratisch-bürgerlichen Presse spielten die „unreifen Burschen“ und „halbwüchsigen Elemente“ eine hervorragende Rolle bei der Anwendung der höchsten Formen des Klassenkampfes am 1. Mai. Der Aufmarsch des 1. August und insbesondere der Internationale Jugendtag legen Zeugnis ab von dem Eintritt ganz neuer junger Schichten des Jungproletariats, die bisher dem politischen Leben vollständig fernstanden.

Dieser schnellen politischen Formierung der arbeitenden Jugend, ihrer stärkeren Einreihung in die wachsende stürmisch vorwärtsdrängende revolutionäre Front entspricht auch der Prozeß der Rebellion proletarischer Mitglieder in der sozialdemokratischen Arbeiterjugend. Diese Rebellion in der sozialdemokratischen Arbeiterjugend ist heute noch nicht in bewußt politische Bahnen gelenkt. Aber solche Tatsachen wie die, daß Mitglieder der SAJ es ablehnten, am Tage des Verfassungsrummels gemeinsam mit dem Reichsbanner und unter schwarzrotgoldener Fahne zu marschieren, oder daß der sozialfaschistische Hauptvorstand der SAJ gezwungen wurde, die Wehrprogrammdebatten in der SAJ durch ein Verbot „jeglicher politischen Betätigung“ zu unterbinden, sprechen dafür, daß die proletarischen Mitglieder der SAJ, wenn auch noch unbewußt, gegen die sozialfaschistische Führerschaft rebellieren.

Wirklich führend ist die arbeitende Jugend im Kampfe gegen die wachsende Gefahr des Faschismus und Sozialfaschismus. Das Entstehen einer neuen Kampforganisation der arbeitenden Jugend, der antifaschistischen Jungen Garde in Berlin sind jetzt auch in anderen Orten liefert dafür den Beweis.

Kurz zusammengefaßt kann man feststellen, daß zur Zeit des Stattfindens des 11. Verbandskongresses des KJVD die arbeitende Jugend mit revolutionärem Elan [556] und revolutionärer Kampfentschlossenheit vorwärts schreitet im beschleunigten Prozesse der wachsenden Verschärfung des Klassenkampfes und des Wachsens der revolutionären Klassenfront.

### *Durch die Wendung zur bolschewistischen Massenarbeit des KJVD zur Eroberung der Mehrheit der Arbeiterjugend*

Die gewaltige Beschleunigung des Ganges des proletarischen Klassenkampfes, in welchem die arbeitende Jugend eine wachsende entscheidende Rolle spielt, schafft die objektiven Voraussetzungen zur Lösung der strategischen Aufgabe: der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterjugend. Zur Lösung dieser Aufgabe ist die rücksichtsloseste, entschlossenste und kühnste Anwendung der neuen offensiven Strategie in allen ökonomischen und politischen Kämpfen der Arbeiterjugend durch den KJVD notwendig.

In bezug auf die Durchsetzung dieser neuen Linie im KJVD gab es im Jugendverband – wie schon die Resolution des 12. Parteitages der KPD zur Jugendfrage feststellte –, im ZK wie in der Organisation überhaupt anläßlich des Falles Wittorf entscheidende politische Schwankungen und Abweichungen, die erst durch das Eingreifen der Mitgliedschaft des Verbandes liquidiert wurden. Auch nach der Liquidierung dieser Fehler im ZK des Verbandes gab es noch in entscheidenden Organisationen, wie in der Spitze der Berliner BL, politische Fehler, die in den Bedenken gegen die neue Gewerkschaftstaktik der Partei, in der falschen pessimistischen Einschätzung der Situation ihren Ausdruck fanden. Auch das ZK des Verbandes beging den politischen Fehler, nicht entschieden und entschlossen genug diese Abweichungen in der Spitze der Berliner BL zu bekämpfen. Im Prozeß der praktischen Arbeit konnten diese Abweichungen, die sich gegen die Beschlüsse des 6. Weltkongresses richteten, überwunden werden.

Trotzdem zeigten sich in der praktischen Arbeit des Verbandes noch entscheidende politische Schwächen und Unzulänglichkeiten. Die Kämpfe der arbeitenden Jugend, wie wirtschaftliche Jugendstreiks oder auch z. B. das Eintreten der Jugend vieler Betriebe in den politischen Massenstreik nach dem 1. Mai, kam oft ohne Zutun des Jugendverbandes spontan von Jungarbeiter selbst organisiert zustande. Wichtige Gebiete der Arbeit des Verbandes, wie die antimilitaristische Arbeit, wurden nicht vorwärts entwickelt. Bewegungen, die das Jungproletariat stark interessierten, gingen vorüber, ohne daß der Jugendverband zu diesen Bewegungen Stellung nahm, geschweige denn, daß er diese Bewegungen führte. Es kamen sogar Fälle vor, wo die leitenden Organe des Jugendverbandes erst lange nach Beendigung der Bewegung von dieser erfuhren.

Alle diese Mängel der ungenügenden Anwendung der neuen offensiven Taktik, des Nichtreagierens des Verbandes auf politische Ereignisse und des Hinterherhinkens hinter dem wachsenden Kampfwillen und der Kampfbewegung des Jungproletariats haben ihre Ursache in dem falschen System der Arbeit des Jugendverbandes, das ein zum Teil rückständiges und sozialdemokratisches ist. Dieses sozialdemokratische System der Arbeit findet seinen Ausdruck in der Abgeschlossenheit der Mitglieder des Verbandes von der Massenarbeit. Es hat vor allem seine Ursachen in dem sozialdemokratischen Organisationsaufbau des Verbandes, der sozialdemokratischen Arbeitsweise des Verbandes, die in der Praxis dazu führen, daß die Organisation zu einer Zeit, wo große und entscheidende Kämpfe der Jungarbeiterschaft zur Tagesordnung stehen, ihr stilles Wohnbezirksdasein führt. Dieses sozialdemokratische Arbeitssystem aufzuzeigen und ernsthafte Schritte zur ideologischen und praktischen Wendung zur bolschewistischen Massenarbeit einzuleiten, das war das Verdienst der Resolution des EK der KJI an den deutschen Verband, die im Mai dem Verbande vorgelegt wurde. Die wesentlichsten Bestandteile der Wendung – deren Durchführung erst nach Ueberwindung falscher Bedenken selbst im ZK des Verbandes – eingeleitet werden konnte, bestehen in folgendem: [557]

1. Die Aktivisierung der Gesamtmitgliedschaft des Verbands in dem Sinne, daß jedes Mitglied des Verbandes eine konkrete Aufgabe zur Leistung einer Massenarbeit erhält, Kontrolle eines jeden Mitgliedes und jeden Funktionärs auf die Durchführung der gestellten Aufgaben. 2. Politische Verstärkung des Funktionärkaders des Verbandes in der Linie der Erneuerung der Funktionärkader mit dem Ziele der Beseitigung aller alten verkalkten Elemente, die das Wesen und die Kampfaufgaben der jetzigen Situation ansteigender revolutionärer Aktivität nicht begriffen haben und ihrer Ersetzung durch junge, frische Elemente insbesondere aus den Betrieben, die das Wesen der neuen Situation und offensiven Taktik widerspiegeln. 3. Umbau der Organisation auf der Grundlage der Betriebszellen, Schaffung von Betriebszellen in allen wesentlichen und wichtigen Großbetrieben. 4. Aenderung des Systems der Leitung in dem Sinne, daß sie wirklich konkret der Lage entsprechend der unteren Organisation die Anweisungen und Aufgaben stellt, Kontrolle der gestellten Aufgabe in bezug auf ihre Durchführung; Durchführung dieser Maßnahmen mit Hilfe der Schaffung von Instrukteuren. 5. Einführung einer offenen, unerschrockenen Selbstkritik als dauernde Methode, die angewandt werden muß auf alle Arbeiten, auf die gesamte Tätigkeit des Verbandes und seiner Leitungen. 6. Aufbau eines Netzes von Hilfsorganen des Verbandes, die eine engere Verbindung mit den ‚Massen bringen und selbst die Kräfte der Massen fördern. Solche Organe sind vor allem die Betriebsvertrauensleute und die Schülerrätebewegung. 7. Jugendgemäße Behandlung aller politischen Ereignisse, Herausbildung und Aufrollung aller Jugendprobleme bei den vor der Arbeiterschaft stehenden politischen und wirtschaftlichen Fragen.

Seit Anfang Mai wurden die ersten Schritte des Kampfes gegen das sozialdemokratische Arbeitssystem um die Wendung zum bolschewistischen System der Massenarbeit eingeleitet, und wir gehen jetzt mit den ersten Anfängen in dieser Richtung zu unserem 11. Verbandskongreß.

*Die Gefahr des Chwostismus wächst, sie wird eine größere!*

Mit diesen ersten Ansätzen in der Wendung zur Massenarbeit ist das bestehende Mißverhältnis zwischen den Möglichkeiten, die die politische Situation bietet und der praktischen politischen Tätigkeit des Verbandes keineswegs geringer geworden. Im Gegenteil, dieses Mißverhältnis ist trotz der ersten Ansätze zur Wendung ein größeres. Die Gefahr des Chwostismus hinterherhinken hinter

dem Gang der Ereignisse) ist eine viel größere und viel ernstere. Denn in der Zeit, in der der Verband wohl die ersten Schritte der Wendung zur Massenarbeit einleitete, sind die objektiven Möglichkeiten, gegeben durch die Entwicklung des Klassenkampfes, schneller gewachsen, als sich der Prozeß der Wendung des Verbandes zur Massenarbeit vollzieht. Diese Tatsache birgt mit der weiteren revolutionären Entwicklung in Deutschland Gefahren in sich. Die Gefahr des Versagens des KJV in den politischen Ereignissen wird angesichts des Heranreifens einer revolutionären Krise in Deutschland die größte.

In dieser Linie muß jetzt verstärkt der Kampf gegen alle Tendenzen der unpolitischen und nicht genügend politischen Betrachtung der Wendung zur Massenarbeit geführt werden. Solche Gefahren sind zweifellos vorhanden. Wie wir feststellten und entwickelten, ist die Wendung zur Massenarbeit von zwei eng miteinander verbundenen Gesichtspunkten betrachtet worden: sie ist besonders begründet auf Grund der jetzigen Situation des sich verschärfenden Klassenkampfes, sie ist brennend notwendig auf Grund der schlechten innerverbandlichen Läge des KJVD Eine rein innerverbandlich einseitige organisatorische Betrachtung der Wendung, die die Notwendigkeit nur sieht auf Grund der innerverbandlichen Lage des Verbandes und nicht oder ungenügend die objektive Situation betrachtet, raubt uns den politischen Maßstab des Vergleiches unserer politischen Tätigkeit mit der Entwicklung des Klassenkampfes, führt zur politischen Inaktivität und trägt entpolitisierende Tendenzen in sich.

[558] Solche Erscheinungen der politischen Unterschätzung der Bedeutung und auch falsche politische Auffassungen der Wendung traten bei der Durchführung und Diskussion der Wendung vielfach in Erscheinung. Während der Antikriegskampagne zum 1. August wurden z. B. solche Stimmungen laut, die die Wendung als Kampagne betrachteten und der Meinung waren, „daß man jetzt den 1. August vorbereiten müsse und deshalb die Frage der Wendung zur Massenarbeit nicht diskutieren könne“.

Tendenzen der politischen Unterschätzung der Frage der Erneuerung der Funktionärkader, die zum politischen Fehler führen können, traten auch in der Berliner Bezirksleitung des KJVD zutage. Dort wurde die Frage der Erneuerung der Funktionärkader rein organisatorisch als eine Frage der Verjüngung an und für sich betrachtet. Es wurde nicht gesehen, daß die Verjüngung der Funktionärkader ein Prozeß ist und mit Durchführung dieses Prozesses gerade in der jetzigen Zeit die Notwendigkeit der politischen und ideologischen Verstärkung der Leitung verbunden sein muß.

Gegen alle Gefahren der politisch falschen und unpolitischen Betrachtung der Wendung, die entpolitisierende Tendenzen in sich birgt, muß der schärfste Kampf geführt werden. Bei der Führung der Diskussion über die Wendung müssen wir viel stärker wie bisher die Ergebnisse des 10. Plenums der Komintern auswerten und in die Diskussion einen großen Gesichtspunkt einschalten, nämlich den der Notwendigkeit der politisch ideologischen Verstärkung des Gesamtverbandes, insbesondere seiner Leitungen.

Die bisherige Diskussion über die Wendung zeigte noch eine ganze Reihe weiterer Fehler und Mängel der Organisation, förderte opportunistische Erscheinungen zutage. Mit der Einleitung der Wendung wurde eine ganze Reihe neuer Methoden angewandt. Doch über alle diese Fragen der „bisherigen Ergebnisse der Wendung des KJVD zur bolschewistischen Massenarbeit“ wollen wir in einem zweiten Artikel in der nächsten „Internationale“ schreiben.

## DISKUSSION

### Die proletarischen Frauen gehören in die Wehrorganisationen des Proletariats

Von Lisa Ullrich

Trotzdem es eine Selbstverständlichkeit sein müßte, das weibliche Proletariat in die proletarischen Abwehrorganisationen gegen Faschismus und Kriegsgefahr einzureihen, zeigen sich doch in der Praxis bei der Bildung der Arbeiterwehren und antifaschistischen Garden in Deutschland nicht nur bei einem Teil der klassenbewußten Arbeiter und Jungarbeiter, sondern auch bei der Parteimitgliedschaft Widerstände und Hemmungen gegen die Organisierung der Frauen in diesen neuen revolutionären Arbeiterwehren.

Welche Argumente werden gegen die Einbeziehung der Frauen vorgebracht? Es sind folgende:

Die Aufnahme der Frauen und Mädels sei eine Verletzung des Wehrgedankens. Die Arbeiterinnen könnten bei der Zurückschlagung der immer frecher werdenden Faschisten und Sozialfaschisten nicht die physische Kraft aufbringen und darum unmöglich in diese Organisationen als gleichwertig eingereiht werden; es sei „unweiblich", die Uniform und das Schwertzeichen zu tragen. Indem sie auf „das ewig Weibliche" hinweisen, begründen sie mit plötzlich erwachter Liebe und Begeisterung für den RFMB die Notwendigkeit [559] der Stärkung des RFMB und fordern die Aufnahme der sich bei den Abwehrorganisationen meidenden Frauen in diese Frauenorganisation.

Es gilt, diese Arbeiter, die noch eine kleinbürgerlich-reaktionäre Einstellung gegenüber den Frauen haben, zu überzeugen, daß die Organisierung der Frauen und Mädels in diesen Wehrorganisationen keineswegs eine Verletzung des Wehrgedankens bedeutet, vielmehr eine geschichtliche Notwendigkeit zur Herstellung einer geschlossenen Kampffront ist.

Das weibliche Proletariat spielt heute in der Industrie eine entscheidende Rolle. Die reaktionäre Einschätzung der Frauen als das „schwächere Geschlecht", als die Minderwertigen, die von der Bourgeoisie genährte Auffassung, daß die Frau ins Haus gehöre und nur Mutter- und Ehepflichten hätte, ist durch ihre immer stärkere Hineinziehung in die Industrie, durch die Ersetzung der Arbeitskraft des Mannes durch die der Frau und der Jugendlichen praktisch längst widerlegt.

Im Zeitalter der höchsten Entwicklung der Technik ist für die Durchführung der imperialistischen Kriege die Militarisierung der gesamten Bevölkerung Vorbedingung geworden, d. h. auch die jungen Arbeiterinnen und Frauen werden für die Vorbereitung des Krieges und für den Kriegsdienst genau so wie die Männer eingespannt. In Frankreich und Polen, in der Tschechoslowakei und anderen Staaten sind schon Kriegsdienstpflichtgesetze für die Frauen vorhanden und auch der deutsche Reichswehrminister hat die Mobilisierung der Frauen für die „Landesverteidigung" als erstrebenswertes Ziel hingestellt. In seiner Rede am 15. Juni 1929 im Reichstag erklärte er:

„Ich neige zu der Ansicht des französischen Sozialisten Boncour, der das System der Landesverteidigung am besten gelöst hat. Es wäre gut, wenn wir auch in Deutschland zu einer ähnlichen Lösung kommen könnten. Dieses System macht alle Kräfte des Landes für die Landesverteidigung verfügbar. Ich kann dieser großzügigen Organisation der Landesverteidigung meine Bewunderung nicht versagen."

Diese Theorie wird in Deutschland schon in die Praxis umgesetzt. Die Arbeiterinnen werden durch die bürgerlichen Frauenorganisationen mit Hilfe der Fabrikpflegerinnen, mit Singstunden und Pausenturnen für die faschistischen Werksportvereine geworben und dort durch Schießübungen usw. militärisch ausgebildet und gegen ihre eigene Klasse beeinflußt.

Während also von seiten der Bourgeoisie bereits offen die Frau als aktiver Soldat des imperialistischen Krieges bezeichnet wird und praktisch alle Vorbereitungen dazu getroffen werden, ist selbst ein Teil der Arbeiterschaft noch in der kleinbürgerlichen Ideologie der Unterschätzung der Bedeutung der Frauen im revolutionären Kampf befangen und glaubt, auf die Beteiligung des Millionenheeres des weiblichen Proletariats im revolutionären Kampfe verzichten zu können. Die Praxis selbst müßte sie schon widerlegen.

In den Wirtschaftskämpfen der letzten Jahre haben die Arbeiterinnen in immer größerer Zahl und mit steigendem Klassenbewußtsein Seite an Seite mit ihren männlichen Kollegen gekämpft. In den diesjährigen Maitagen waren sie in auffallender Stärke auf den Straßen Berlins vertreten und haben die Angriffe der Zörgiebelpolizei hervorragend abgewehrt. Beim Proteststreik sind es die Arbeiterinnen gewesen, die als erste aus den Betrieben gingen, deren revolutionärer Elan über alle drohenden Entlassungen triumphierte.

Die verräterische Politik der SPD und der Gewerkschaftsbürokratie steigerte sich in den letzten Monaten bis zur gewaltsamen Unterdrückung der Lohnkämpfe mit den Methoden des Sozialfaschismus. Die Ueberfälle auf die Streikenden, auf ihre Streikposten, die Hineinbringung von Streikbrechern unter Polizeischutz in die bestreikten Betriebe, die Auseinanderschlagung von Versammlungen der Opposition, die Ueberfälle der Reichsbanner-Rollkommandos auf Arbeiter, die in den Versammlungen der

Reformisten ihre Stimme zum Protest erhoben usw., trafen in gleichem Maße die kämpfenden Arbeiterinnen.

[560] Glauben die Arbeiter wirklich, den kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen die Zumutung stellen zu können, z. B. das Streikpostenstehen den Männern zu überlassen, sich hinter den Fäusten der Männer zu verkriechen – wie denn, wenn es sich gar um einen Arbeiterinnenbetrieb handelt? –, vor der angreifenden Schupo zurückzuweichen, bei Demonstrationen, wie z. B. am 1. Mai, zu Hause bleiben und in den Versammlungen den Mund zu halten? Können die Arbeiterinnen, die im Betriebe dieselbe schwere Arbeit wie die Männer verrichten, die aufs maßloseste ausgebeutet werden, ihren Kampf um höhere Löhne allein den Männern überlassen? Bei einer solchen Fragestellung muß jeder Proletarier das Widersinnige dieser Zumutung einsehen und die praktischen Konsequenzen daraus ziehen. Von diesen Wirtschaftskämpfen der Arbeiterinnen, die mehr und mehr auch zu Kämpfen gegen die Staatsgewalt werden, ist e i n Schritt zur organisierten Gegenwehr durch die Arbeiterwehren und Antifaschistischen Jungen Garden.

Die große Besorgnis der revolutionären Arbeiter, die Arbeiterin bringe in diese antifaschistischen Organisationen nicht die physische Kraft mit, ließe sich auch auf manchen Arbeiter und besonders auf die Jungarbeiter anwenden, die infolge der Kriegszeit und der elenden Lage der Arbeiterklasse bekanntlich sichtbare Spuren der Verelendung tragen. Die Aufgabe der Wehrhaftmachung und körperlichen Ertüchtigung gilt somit sowohl für das männliche, wie auch für das weibliche Proletariat, wenn es den Klassengegner erfolgreich schlagen will. Im übrigen ist die Zurückschlagung des Faschismus nicht nur eine Frage der physischen Kraft, es gehören Mut, Ausdauer, Geistesgegenwart und Disziplin dazu, die diese antifaschistischen Abwehrorganisationen ihren Mitgliedern anerziehen müssen, wenn sie ihren Aufgaben gewachsen sein sollen.

Das Entscheidende aber ist, daß der Kampf gegen den Faschismus und die imperialistische Kriegsgefahr in seinem Schwerpunkt in den Betrieben liegt. Hier gilt es, gegen die gesteigerte Ausbeutung, gegen die Steigerung der Arbeitsintensität, gegen die Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, gegen das Spitzelsystem zu kämpfen und so den Kapitalismus zu schwächen, seine Bestrebungen zunichte zu machen, die Betriebe von allen revolutionären Elementen zu säubern, ein williges und rechtloses Industriearbeitsheer zu schaffen, das im Falle eines Krieges nicht nur Kriegsmaterial herstellt, sondern auch die Verteidigung des kapitalistischen Staates übernimmt.

Die vorhandene falsche und gefährliche Einstellung, alle diesbezüglichen Hemmungen durch eine gründliche Diskussion und Aufklärung sowohl in der Partei, als auch im Kommunistischen Jugendverband und in den antifaschistischen Abwehrorganisationen rasch zu überwinden und mit einer großzügigen Werbung der erwachsenen und jugendlichen Arbeiterinnen in den Betrieben zu beginnen, stellt sich die Partei als eine der wichtigsten Tagesaufgaben. [561]

## LITERATUR

### *Rüstung und Abrüstung*

*Eine Umschau über das Heer- und Kriegswesen aller Länder*

Unter Mitwirkung zahlreicher Mitarbeiter herausgegeben von V. .Oertzen. Oberst a. D., Verlag E. S. Mittler & Sohn, Berlin 1929, 303 Seiten, Preis 18 Mark.

Das Studium der militärpolitischen und militärischen Fragen, die ständige Verfolgung der Entwicklung des Heerwesen ist eine Pflicht jedes Kommunisten. Aber dieser Grundsatz, der heute mehr gilt denn je, bleibt meist noch auf dem Papier. Unsere Presse, der hier die wichtigste Aufgabe zufällt, erfüllt sie leider noch nicht. Enthüllungen über Rüstungen, Ziffern über die Kriegsproduktion usw., so wertvoll sie für die Agitation sind, g e n ü g e n nicht. Wir brauchen darüber hinaus eine ständige Information über den Charakter, die Organisation, Stärke und Klassenzusammensetzung der wichtigsten der Sowjetunion feindlichen Armeen, über die Wirkungsweise und Abwehr der seit dem Weltkrieg neueingeführten Waffen, die dadurch hervorgerufenen Umwälzungen der Taktik, schließlich über die Rote Armee, über die Lehren der Bürgerkriege und Kriege, die sie bisher durchgefochten hat. usw.

Zu diesem Zweck ist es natürlich such notwendig, die bürgerliche Militärliteratur zu verfolgen und auszuwerten. Das vorliegende Werk bildet (neben einer ständigen Lektüre des „Militär-Wochenblattes“) eines der besten Hilfsmittel zum Studium der Entwicklung der bürgerlichen Armeen und des Kriegswesens. Es stellt den 44. Jahrgang der bekannten Löbellschen „Jahresberichte über das Heer- und Kriegswesen“ dar, dessen letzter Band Im Jahre 1926 erschienen ist. Wie der Herausgeber im Vorwort bemerkt. war es infolge dieser Unterbrechung nur möglich, den gegenwärtigen Stand der Armeen zu zeigen. Immerhin ist das gebotene Material von größter Reichhaltigkeit und erlaubt auch einen guten Ueberblick über die Entwicklung seit dem Kriege 1914-18. Im folgenden sollen einige Bemerkungen zu den einzelnen Abschnitten gemacht und einige wichtige Punkte hervorgehoben werden.

I.

Der erste Abschnitt gibt einen Ueberblick über „Verlauf und Ergebnis der bisherigen Abrüstungsberatungen“. Dieser Absatz ist scheinbar eingefügt worden, um dem ganzen Buch den gegenwärtig modernen „Abrüstungsanstrich“ zu geben. Die Verfasser lassen freilich keinen Zweifel daran, daß sie die Abrüstung sehr nüchtern als eine Frage des imperialistischen Machtkampfes, einen Vorwand zu neuer Aufrüstung betrachten. So heißt es z. B., daß die Abrüstung nichts anderes sei als „die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln“. Zweifellos eine sehr richtige Formulierung, die das ganze pazifistische Gerede der deutschen Staatsmänner als einen glatten Schwindel enthüllt. Die Generale, deren „Beruf“ der Krieg ist. erlauben es sich hier, etwas gegen das pazifistische Gerede aufzumucken, von dem sie eine Störung ihres „Geschäfts“ befürchten.

Dabei bestätigen sie das, was der Leninismus seit jeher über die Abrüstung im Kapitalismus gesagt hat.

Im übrigen enthält dieser erste Abschnitt eine sehr brauchbare Zusammenstellung der Entwicklung der Abrüstungsverhandlungen des Völkerbundes von Wilsons Ansprache im Senat am 22. Januar 1917 bis zur letzten Tagung der Vorbereitenden Abrüstungskommission. Ferner wird die Haltung der einzelnen Staaten zur Abrüstungsfrage, mit besonderer Ausführlichkeit die Stellung Frankreichs, dargestellt.

II.

Der zweite Abschnitt und zugleich Hauptteil des Buches enthält die „Berichte über das Heerwesen der einzelnen Staaten“. Die Angaben über jedes Land sind eingeteilt in die Abschnitte: Allgemeines, Wehrverfassung. Wehrbudget, Heer, Marine, Luftstreitkräfte, Ersatzwesen, Ausrüstung und Bekleidung, Offiziers- und Unteroffiziersfragen, Ausbildung, Disziplin und Geist des Heeres, Mobilmachung, Landesbefestigungen. Das Material, das hier geboten wird, kommt zweifellos der Wirklichkeit näher als das in dem jährlich erscheinenden militärischen Handbuch des Völkerbundes. das nur die von den Regierungen selbst offiziell angegebenen und natürlich gefälschten Ziffern enthält.

Dies gilt freilich nur von den Angaben über die fremden Mächte. Die Angaben über Deutschland sind selbstverständlich dichter Nebel. So wird z. B. erklärt, daß keinerlei Mobilmachungsvorkehrungen vorhanden seien, daher die Kriegsstärke des deutschen Heeres der Friedensstärke entspreche. Jeder weiß, wie solche Erklärungen einzuschätzen sind. Interessant sind die Ziffern über die soziale Zusammensetzung des Reichsheeres (Seite 31). Von sämtlichen Heeresangehörigen sind geboren auf dem Lande 53,7 Prozent, in der Stadt 46,3 Prozent; wohnten vor dem Diensteintritt: auf dem Lande 47 Prozent, in der Stadt 53 Prozent. Was die Berufe der Väter betrifft, so haben wir 32,6 Prozent Industrie und Gewerbe, 25 Prozent Landwirtschaft, die übrigen Handel, öffentlicher Dienst. Hausbedienstete usw. Die Berufe sämtlicher Heeresangehörigen vor dem Diensteintritt waren: Industrie und Gewerbe 40 Prozent, Landwirtschaft 23,5 Prozent, Handel und Verkehr 11 Prozent, häuslicher Dienst 1,5 Prozent, freie Berufe 10 Prozent, öffentlicher Dienst 3 Prozent, ohne Beruf 11 Prozent. In den einzelnen Divisionen schwankt die soziale Zusammensetzung ziemlich stark: während in der 1. Kavalleriedivision 24.5 Prozent aus Industrie und 42 Prozent aus Landwirtschaft stammen, sind in der 4. Infanteriedivision die entsprechenden Ziffern 49,2 Prozent und 14,2 Prozent. Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß es ganz falsch wäre, die Reichswehr als eine größtenteils aus Bauernsöhnen zusammengesetzte Truppe zu betrachten. Das proletarische Element ist vielmehr stärker als das bäuerliche.

Im Hinblick auf die englische Kriegspolitik gegen die Sowjetunion sind von besonderer Bedeutung die Angaben über die Stärke der [562] Militärmacht des britischen Imperialismus. Dieser besitzt gegenwärtig an stehenden Truppen 8362 Offiziere und 179.204 Mann, davon 2571 Offiziere und 57.765 Mann in Indien. Die Stärke der ausgebildeten Reserven beträgt über 100.000. Diese Ziffern zeigen natürlich noch wenig für den Fall der Mobilmachung. Sie werden wohl genügen im Falle des „small war", den das englische Militärgesetz vorsieht, d. h. von Expeditionen in die Kolonien, nach China usw. Im Falle eines „great war" aber kann England natürlich eine viel größere Armee ins Feld stellen. Im Weltkrieg hat England 67 Divisionen aufgestellt und fast 9 Millionen Mann mobilisiert. Es ist kein Zweifel, daß England bei einem Kriege gegen die Sowjetunion von Anfang an die größten militärischen Anstrengungen machen und, nach Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht, auch die Ziffern des letzten Krieges erreichen würde. Allein mit dem vorhandenen Kriegsgerät können 20 Divisionen ausgerüstet werden.

Von größtes Bedeutung sind die militärischen Vorbereitungen Englands in Asien. So hat in den letzten Jahren Indien eine „eigene" Flotte gebaut, die natürlich vollkommen dem englischen Imperialismus zur Verfügung steht. Die Flottenausgaben sind von 1926-27 an gewachsen von 410.000 Pfund auf 631.000. Die Masse der indischen Armee liegt an der afghanischen Grenze. Ueber die militärischen Rüstungen Englands im Irak berichtet das Buch nichts. England rechnet im Kriegsfalle mit einer raschen Verstärkung durch Truppen aus den Dominions, die in den letzten Jahren umfangreiche militärische Vorbereitungen getroffen haben durch Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und militärischen Jugendausbildung (Australien und Neuseeland).

Interessant sind ferner die Angaben über Polen, Rumänien und die Randstaaten[*)].

Aus all den Angaben über die bürgerlichen Armeen ist zu entnehmen, daß die Entwicklungstendenzen des modernen Militarismus, wie sie in der französischen Armeereform besonders deutlich in Erscheinung treten (einerseits ungeheure Verstärkung der Militarisierung der Massen durch militärische Jugendausbildung, Militarisierung der Frauen usw., andererseits die Schaffung von Söldnerheeren als verläßliche Kerne der Armeen und von bestimmten Bürgerkriegstruppen zur Niederwerfung der Arbeiterklasse), sich in allen Ländern geltend machen. Ein Mangel der „Berichte" ist, daß man aus ihnen so gut wie nichts über die Vorbereitungen und Formen der industriellen Mobilisierung, die Stärke der Kriegsproduktion usw. erfährt.

III.

Der letzte Abschnitt des Buches ist gewidmet den „Berichten über die einzelnen Zweige der Kriegswissenschaft und des Heereswesens". Hier werden konzentrierte Uebersichten über die Entwicklung der Taktik der verschiedenen Waffen, über die Waffentechnik usw. seit 1918 gegeben (Entwicklung der „Taktik der verbundenen Waffen", der Taktik der Infanterie, der Kavallerie, der Artillerie; Entwicklung der Flugwaffe, der Kampfwagen, des Kraftfahrwesens und der Heeresmotorisierung, des Pionier- und Festungswesens, des Nachrichtenwesens, schließlich die technische Entwicklung der Gaswaffe, der Infanteriewaffen, der Artilleriewaffen usw.).

Die einzelnen Abhandlungen sind sehr lehrreich für die Beurteilung des Charakters des kommenden Krieges und damit auch für unsere gegenwärtige revolutionäre Arbeit im Kampfe gegen den imperialistischen Krieg. Wir führen hier ein Zitat über die Frage der Motorisierung an, die ja auch in den Diskussionen unserer Kurse stets eine Rolle spielt. Es heißt auf Seite 206:

„Die Motorisierung der Armeen aller Länder schreitet fort. Zukunftsträume jedoch von ganz motorisierten (mechanischen) Armeen oder Divisionen kehren langsam zur Wirklichkeit und auf der Erde Verwendbarem zurück. Die Versuche im Auslande lassen erkennen, daß die Abhängigkeit vom Gelände und Nachschub in der militärischen Verwendung doch eine größere Rolle spielt, als manche Fanatiker der Motorisierung annehmen wollten. Wir finden z. B. in Frankreich keine motorisierte Division, lediglich motorisierte Aufklärungskörper ..."

[*)] Ueber diese Länder siehe auch das reichhaltige Material in dem kürzlich erschienenen Buch von S. Deszynski und J. Radopolski: „Imperialistischer Kreuzzug gegen den Kommunismus". Verlag Hoym (Preis 2 M.).

Gesunde Motorisierung von Einheiten oder Beförderung auf Lastkraftwagen geht in der Richtung der Verwendung von Kavalleriedivisionen, bestehend aus Reiterei und motorisierten Teilen oder motorisierten Einheiten vor der Front und auf den Flügeln der Armeen, sowie in deren Lücken, gegen Flügel und Rücken des Feindes, von Heeresreserven, bestehend aus motorisierten Einheiten oder solchen auf Lastkraftwagen, motorisierten Artilleriekampfwagen und Flak-Verbänden, schließlich mit motorisiertem Nachschub."

Eine große Rolle bei dieser Ernüchterung der bürgerlichen Militärfachleute über die Theorien der Motorisierungsfanatiker Fuller, Liddle-Hart, Soldan usw. hat der bestimmte Krieg gespielt, auf den sich heute die imperialistischen Mächte vor allem vorbereiten, nämlich der Krieg gegen die Sowjetunion. Es ist klar, daß bei dem Charakter der voraussichtlichen Kriegsschauplätze in Osteuropa und Asien (Mangel und schlechter Zustand der Straßen, geringe Bevölkerungsdichte, vielfach völliges Fehlen von Industrie usw.) eine durchgehende motorisierte Truppe unverwendbar ist. Dies wird stich in dem vorliegenden Buch ziemlich deutlich ausgesprochen im Bericht über die Entwicklung der englischen Kavallerie:

„Die Tatsache, daß Englands Truppen unter Umständen auf verschiedenartigen Kriegsschauplätzen kämpfen müssen, ... führte die übertriebenen Forderungen der Motorfreunde allmählich auf das richtige Maß zurück."

Interessant sind die Berichte über die Entwicklung der Taktik der Infanterie in den einzelnen Ländern. Wenn auch im allgemeinen die Taktik in allen Ländern dieselbe Entwicklung nimmt, so müssen sich doch die Folgen des Klassencharakters der Armeen, des sie zerreißenden Klassengegensatzes mit der Revolutionierung der Soldaten geltend machen. Praktisch wird eine Infanterie aus Arbeitern im Kampfe gegen die [563] Rote Armee nicht die hohen Qualitäten entwickeln können, die die moderne Infanterietaktik fordert (größte Initiative und stärkster Angriffsgeist des Einzelkämpfers und der kleinsten Einheiten), andererseits werden die Offiziere den Leuten und unteren Einheiten nicht die Selbständigkeit lassen können wegen der Gefahr der Untätigkeit, Widersetzlichkeit, des Ueberlaufens usw. Es ist bemerkenswert, daß diese Tendenz schon bei der Abfassung des neuen französischen Infanteriereglements eine gewisse, freilich keineswegs offen zugegebene Berücksichtigung gefunden hat. (Fortfall jeder selbständigen Taktik der Gruppen, was begründet wird mit der Vereinfachung der Ausbildung bei Einführung der einjährigen Dienstzeit; Ueberbetonung der technischen Mittel: „Technik geht vor Taktik"; Fortfall der Stoßtaktik zugunsten der Feuerwirkung, des Manövrierens, damit die Leute „fest in der Hand des Führers bleiben" usw.)

Einen anderen Charakter trägt die Taktik der Infanterie der Roten Armee, über die das Buch berichtet:

„Die russische Vorschrift bekennt sich im Gegensatz zur ‚Langsamkeit der Zarenarmee' mit voller Klarheit zu raschen taktischen Handeln, zum Streben nach Umfassung und besonders starker Dezentralisation. Aus der Auffassung heraus, daß das ‚moderne Gefecht sich in Einzelkämpfe auflöst', stellt sie bei allen Infanterieeinheiten hohe Anforderungen an das taktische Können der Führer, die Moral und Angriffskraft der Truppe ... Im allgemeinen wächst die rote Infanterie unzweifelhaft alljährlich mehr in die schwierigen Kampfaufgaben, die sie sich gestellt hat, hinein."

Es ist interessant, daß selbst die erbittertsten Feinde der Roten Armee, die deutschen Generale, hier anerkennen müssen, daß, im Gegensatz zu der innerlich morschen und auch militärisch minderwertigen Zarenarmee, in der neuen proletarischen Klassenarmee sich auch eine neue Taktik, hohe militärische Leistung und kühner Angriffsgeist entwickelt haben. Das internationale Proletariat hat das größte Interesse daran, daß die Rote Armee auf diesem Wege weiterarbeitet. K. S. [564]

**WAFFEN FÜR DEN KLASSENKAMPF**

Referate und Beschlüsse des 12. (Weddinger) Parteitages der KPD.
**ERNST THÄLMANN**
**WEDDING GEGEN MAGDEBURG**
**Revolutionärer Befreiungskampf oder kapitalistische Sklaverei?**
56 Seiten, Preis 20 Pf.

Das Referat des Genossen Thälmann behandelt die internationale Lage, die Situation in Deutschland, die neueste Entwicklung der Sozialdemokratie, den Charakter der gegenwärtigen

Klassenkämpfe und unsere neue Taktik, den Kampf um die bolschewistische Linie in der Partei, die Lehren des 1. Mai und den revolutionären Aufschwung der Arbeiterbewegung sowie die Aufgaben der KPD.

**HERMANN REMMELE**
**KRIEG UND REVOLUTION**
**Referat des Genossen Remmele auf dem Weddinger Parteitag der KPD.**
64 Seiten, Preis 20 Pf.

Das Referat deckt die internationalen, insbesondere aber die deutschen Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion auf, behandelt das Wehrprogramm der SPD, das Verhältnis von Krieg und Revolution sowie die grundsätzliche Stellung der Kommunisten zum Kriege, wobei es falsche Ansichten widerlegt und klar auf die konkreten Bedingungen unserer Arbeit während des imperialistischen Krieges hinweist

**PAUL MERKER**
**DIE SPALTUNG DER ARBEITERKLASSE UND DER WEG DER REVOLUTIONÄREN GEWERKSCHAFTSOPPOSITION**
56 Seiten, Preis 20 Pf.

Die Broschüre gibt eine zusammenhängende Darstellung über die ökonomische und politische Grundlage der Strategie und Taktik der revolutionären Gewerkschaftsopposition in den Wirtschaftskämpfen. Sie beleuchtet die sozialfaschistische Entwicklung der Gewerkschaftsbürokratie und beweist die Notwendigkeit der selbständigen Organisierung der Arbeiterkämpfe.

**WAFFEN FÜR DEN KLASSENKAMPF**
**Die Beschlüsse des 12. Parteitages der KPD.**
96 Seiten, Preis 10 Pf.

Verboten!

Der Parteitag zeigt in seinen Beschlüssen nicht nur der Kommunistischen Partei, sondern der gesamten deutschen Arbeiterklasse den Weg zum siegreichen Kampf gegen ihre Unterdrücker.

**Internationaler Arbeiter-Verlag GmbH. Berlin C 25**
**Kleine Alexanderstraße 28**

[565]

**Die Internationale**
**Jahrgang 12 * Berlin, den 15. September 1929 * Heft 18**

## Der Bürgerkrieg in Oesterreich

### Zur Konstanzer internationalen Konferenz der Kommunistischen Parteien

Von Hermann Remmele

Die Brandfackel des Bürgerkrieges ist in dem kleinen Oesterreich, das nur ein Staatenfragment darstellt, entbrannt. Blitzhell erleuchtet sie die Lage der bürgerlichen Gesellschaft in ganz Europa. Wer kann heute noch wagen, von der Stabilisierung und Festigkeit des kapitalistischen Systems zu sprechen? Wie rasch doch die Geschichte, die brutale Wirklichkeit die opportunistischen Theorien zerschlägt und die träumerischen Wünsche des Spießbürgers nach Wohlbehagen im warmen Nest der kapitalistischen „Ordnung“ zerstört! Das weithin leuchtende Flammenmeer des Wiener Justizpalastes, das tosende Geknatter der Maschinengewehre auf dem Republik- und Freiheitsplatz in Wien am 15. Juli 1927, die mehr als 100 Tote und tausende Verwundete des Wiener Aufstandes und die regelrechte Schlacht zwischen Faschisten und republikanischem Schutzbund in St. Lorenzen, der offen entfachte Bürgerkrieg, der heute Oesterreich durchtobt, und die offene Ankündigung der Fortsetzung des Bürgerkrieges mit verstärkten Mitteln durch die Bourgeoisie zeigen die wirkliche, katastrophenschwangere Lage in Europa.

Oesterreich ist kein isoliertes Land. Oesterreich zeigt nur mit schärferen Mitteln, mit Blut und Feuerschein, mit dem offenen Schlachtgetöse den Zusammenprall der Klassen, der in den übrigen Ländern Europas noch um einen Schritt zurück, im Vorstadium steht. Der Bürgerkrieg in Oesterreich ist der klassischste Beweis für die Richtigkeit der Einschätzung der Lage durch die Komintern auf ihren beiden letzten Tagungen und die Bestätigung des Kurses auf den verschärften Klassenkampf in seinen neuen Formen, die unmittelbar zu Entscheidungsschlachten zwischen Kapital und Arbeit sich herausbilden.

Die Konferenz der Kommunistischen Parteien Oesterreichs, Deutschlands, der Tschechoslowakei, Italiens, Jugoslawiens, Ungarns, der Schweiz, der Balkanföderation, der Kommunistischen Jugendinternationale, des Roten Frontkämpferbundes Deutschlands, der Roten Gewerkschaftsinternationale und der Vertreter einzelner Gewerkschaften und gewerkschaftlicher Landesorganisationen aus verschiedenen Ländern, die vom Westeuropäischen Büro der Komintern am 17. und 18. September in Konstanz abgehalten wurde, hat mit klarer Folgerichtigkeit die Abwehr der faschistischen Diktatur in Oesterreich [566] nicht als ein österreichisches Problem, als eine Aufgabe unserer österreichischen Bruderpartei gestellt, sondern als ein internationales, die gesamte Arbeiterklasse Europas angehendes Problem, denn diese faschistische Gefahr bedroht die gesamte Arbeiterschaft in allen kapitalistischen Ländern Europas. Man muß die internationale Bedeutung der Gefahr der faschistischen Diktatur in Oesterreich klar sehen. In seiner zentralen Lage, eingekeilt zwischen dem faschistischen Italien und den weißen Terrorländern Jugoslawien und Ungarn, bildet Oesterreich, in dem die Arbeiterklasse eine starke potentielle Kraft darstellt, eine natürliche Barriere gegen den Vormarsch des Faschismus über ganz Europa. Oesterreich bildet den Wall, an dem sich die Wellen der faschistischen Diktatur Italiens und der faschistischen Militärdiktatur Jugoslawiens, der faschistisch-feudalistischen Terrordiktatur in Ungarn brechen. Der Sieg des Faschismus in Oesterreich würde die Brücke, die unmittelbare Verbindung der faschistischen Macht in ganz Südeuropa herstellen; Oesterreich als Sprungbrett benutzend, wurde der Faschismus seinen weiteren Vormarsch besonders gegen die deutsche und tschechische Arbeiterklasse antreten. Die Abwehr des österreichischen Faschismus kann also nicht die Aufgabe nur des österreichischen Proletariats sein, sondern das gesamte europäische Proletariat muß in die Kampffront gegen den Faschismus einbezogen werden.

Der Vormarsch des Faschismus ist keine typische österreichische Erscheinung, sondern, von der Arbeiterklasse leider zu wenig beachtet und durch Gegenmaßnahmen zu wenig bekämpft, konnte der Faschismus in den letzten Jahren sich in den verschiedensten Formen fast in ganz Europa ganz bedeutende Positionen erobern. Die Aufrichtung der faschistischen Militärdiktatur in Jugoslawien, die „Verfassungsänderung“ in Griechenland, die Schaffung des Senats, in dem nur die Spitzen des

Finanzkapitals die Selbstherrschaft antreten, der Staatsstreich Pilsudskis in Polen, die sozialfaschistische Entwicklung aller reformistischen Parteien, besonders die immer stärker sich zeigenden Bestrebungen des Sozialfaschismus zur Diktatur, um mittels faschistischer Methoden die Arbeiterklasse niederzuwerfen – alles das zeigt das Fortschreiten der faschistischen Entwicklung.

Es wird immer deutlicher sichtbar: der Faschismus wird immer mehr die Herrschaftsform des Finanzkapitals, die die Phrasen der „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit", der „Demokratie" und des bürgerlichen Parlamentarismus liquidiert. Diese neuimperialistische Herrschaftsform setzt sich durch und wird verwirklicht unter den verschiedensten Formen: der „reine" Faschismus Mussolinis unter Zerschlagung des alten Parteiensystems, der Faschismus in Jugoslawien als ausgesprochene Militärdiktatur; in Oestereich vereinigen sich alle „bodenständigen" Parteien unter seiner Obhut, und der Austromarxismus beeilt sich, seine „Bodenständigkeit" zu beschwören: in Deutschland erklärt der Sozialfaschismus: wenn schon Diktatur (des Faschismus), dann wollen wir es sein, die sie praktizieren (Wels auf dem Magdeburger Parteitag). Nur Agenten des Sozialfaschismus, wie die Brandler und Thalheimer, können den faschistischen Charakter der imperialistischen Herrschaftsmethoden der gegenwärtigen Periode leugnen und den blutigen Terror der Severing und Zörgiebel, den Spaltungsterror in den Gewerkschaften durch die Leipart und Tarnow [567] dem Terror Mussolinis gegenüberstellen. Es ist durchaus kein Zufall, daß die Heroen und Götter des Faschismus ehemalige Helden der II. Internationale waren: Mussolini, Pilsudski usw.

Man darf sich durch die besondere Lage in Oesterreich nicht täuschen lassen. Wenn sich auch der faschistische Vormarsch in Oesterreich scheinbar gegen die klägliche Ruine des Austromarxismus wendet, so bedeutet das nicht, daß die Otto Bauer und Karl Renner in einem prinzipiellen Gegensatz zu den faschistischen Häuptlingen in der Frage der offenen Diktatur des Finanzkapitals, ausgeübt mit faschistischen Methoden, stehen. Wie die sozialfaschistische Presse mit großer Befriedigung meldete („Vorwärts"), haben sowohl die „Wiener Arbeiterzeitung" als auch Karl Seitz in einer Versammlung in Wien erklärt, daß die Sozialdemokratie absolut bereit sei zu einer Verfassungsänderung, wenn diese sich in „vernünftigem" Rahmen bewegt und auf „demokratischem Wege" durch das Parlament herbeigeführt wird. Aber der Appetit kommt beim Essen. Die Faschisten würden sich ihre eigene Basis entziehen, wenn sie den Kampf gegen den Popanz „Marxismus" der Otto Bauer und Genossen preisgeben würden. Es geht um die fetten Pfründen, die im Hauptbuch des Finanzkapitals für die Unterjochung und Ausplünderung der werktätigen Volksmassen als Betriebsunkosten eingetragen sind. Die Faschistenhäuptlinge und die Helden der II. Internationale sind die gegenseitig konkurrierenden Handelsbeflissenen der gleichen Firma. Ihre Befähigung zur Besorgung der Geschäfte des Finanzkapitals weist nur graduelle Unterschiede auf und auch das immer weniger, so daß es für den Auftraggeber eine reine Zweckmäßigkeitsfrage ist, welchen von den beiden Konkurrenten er in seine Dienste nimmt. Aber durch diese Besonderheit der neueren Entwicklung des imperialistischen Systems darf man sich durchaus nicht täuschen lassen. Obwohl scheinbar in Oesterreich die breitesten Arbeiterschichten dem Austromarxismus folgen, so ist doch der dort entfachte Bürgerkrieg die reinste Form des Klassenkampfes in der Periode der Herrschaft des Finanzkapitals.

Der Austromarxismus, der „Marxismus" der Phrase, kapitulierte und bankrottierte nicht vor dem feigen Faschismus, der sich am 15. Juli vor dem heldenhaft kämpfenden Proletariat in die Mauselöcher verkroch, sondern er kapitulierte vor dem revolutionären Proletariat, das in seinem kühnen Aufstand vom 15. Juli und jetzt wieder in St. Lorenzen zeigte, daß es sich nicht wehrlos füsilieren läßt. Aus Angst vor der entfesselten Kraft des Proletariats, aus Furcht, daß sich die bewaffnete Gegenwehr der Arbeiter zum Kampfe um die proletarische Diktatur auswachsen könnte, aus Furcht vor der proletarischen Revolution, aus schlotternder Angst vor dem Siege des Proletariats über seine Unterdrücker kapitulierten die Otto Bauer, Seitz u. Co, trachten sie nach einem Uebereinkommen mit dem Faschismus. Der Austromarxismus liquidierte sich selbst angesichts der Wirkung seiner eigenen Phrase. Der Schneider im Löwenfell bekam einen Schlaganfall aus Furcht davor, daß das Löwenfell zum Löwen werden könnte.

Der Bankrott des Austromarxismus war die Einleitung zur Offensive des Faschismus, der am 15. Juli seine Ohnmacht erkannt hatte. Die Uebergabe der Arsenalwaffen, die der Führer des Republikanischen Schutzbundes, Julius Deutsch, au die Faschistenhäuptlinge ausführte, [568] war nicht nur die

Uebergabe der Waffen der Arbeiter durch den Austromarxismus an die Faschisten, sondern war auch der erste Schritt des Ueberganges der austromarxistischen Sozialdemokratie auf den Weg des Sozialfaschismus, in die Bundesgemeinschaft mit dem Faschismus. Alle weiteren Schritte der österreichischen Sozialdemokratie gingen zwangsläufig in dieser Richtung. Der freiwillige Verzicht des Schutzbundes auf den Kampf gegen die Heimwehren, die Uebergabe der Straßen und der Plätze zur Demonstration an den Faschismus, die Preisgabe der Betriebe an die Heimwehrgewerkschaften, der Abschluß des Hüttenberger Paktes, der den faschistischen Gewerkschaften die „Gleichberechtigung“ mit den freien Gewerkschaften zusichert, die sogenannte „Parität“ und Zusammenarbeit mit den faschistischen Gewerkschaften in den Betrieben, die Zulassung der Entwaffnung der Arbeiterschaft und die ganz offene Bewaffnung der Heimwehren, das Verbot antifaschistischer Demonstrationen durch den Landeshauptmann von Wien, den Sozialdemokraten Seitz, die Verteidigung der faschistischen Arbeiter in den Wiener Gemeindebetrieben durch denselben Sozialdemokraten und vieles andere mehr zeigen, wie in dem gesamten Leben der österreichischen Arbeiterschaft die Sozialdemokratie als energischster Schrittmacher des offenen Faschismus sich betätigt. Die prahlerischen Reden der österreichischen Sozialdemokratie vom „Kampf gegen den Faschismus“ sind die Begleitmusik, uns die wirkliche Funktion dieser würdigen Sektion der II. Internationale zu maskieren.

Otto Bauer „droht“ sogar und spielt den starken Mann. Aber die „Drohungen“ Otto Bauers sind zugleich sein Damaskus. Er läßt durchs seine „Wiener Arbeiterzeitung“ ankündigen, daß bei einem Putsch der Faschisten Oesterreich ein zweites 1848 erleben würde. Warum nun gerade ein 1848? Otto Bauer stellt also die bürgerliche Revolution von 1848 im Jahre 1929 oder 1930 auf die Tagesordnung der Geschichte! Otto Bauer geht um 80 Jahre in der Geschichte zurück; er, der vor wenigen Monaten noch die proletarische Revolution verherrlichte, holt aus dem Museum der Altertümer das Schaustück der kleinbürgerlichen Kapitulation vor dem Feudalismus. Die Halbheit der bürgerlichen Revolution des vorigen Jahrhunderts ist zum Symbol des Austromarxismus geworden.

Und auf diesem Wege herrscht zwischen dem Faschismus und dem Austromarxismus von heute vollkommene Uebereinstimmung. Die Faschisten fordern Abschaffung des Parlaments, an dessen Stelle die selige Ständekammer von 1848 wieder erstehen soll. Die Sozialdemokraten beeilen sich, zu versichern, daß sie gegen eine Ständekammer als ein „Sachverständigenorgan“ nichts einzuwenden hätten, unter der Voraussetzung, daß das Parlament bleibt. Auch hier sind die Unterschiede nicht allzu groß, und hie reaktionäre, konterrevolutionäre Uebereinstimmung beider Gehilfen des Finanzkapitals ist unverkennbar.

Das österreichische Proletariat, die im Wiener Aufstand und in St. Lorenzen kämpfenden Arbeiter, bedanken sich heute aber für ein 1848, da sie wissen, daß die Geschichte Oesterreichs nicht ein Jahr 1848, sondern das Beispiel des Roten Oktobers 1917 auf die Tagesordnung gestellt hat.

Man darf sich nicht täuschen lassen durch die Eigenart der Verhältnisse, wie sie heute in Oesterreich liegen. Jeder zwölfte Oester-[569]reicher ist mittelbar oder unmittelbar, entweder direkt als Parteimitglied oder indirekt als Mitglied der freien Gewerkschaften, Genossenschaften usw. mit der Sozialdemokratie verbunden. Das ist ein Organisationsverhältnis, wie wir es in keinem anderen Lande der Erde haben. Die österreichische Sozialdemokratie ist neben der Labour Party die stärkste Partei mit Arbeiteranhang in allen kapitalistischen Ländern, und trotz der verräterischen Politik, die die Führung dieser Partei betreibt, und trotz des vorzüglichen Apparates zur Beherrschung der Arbeiter, über den die österreichische Sozialdemokratie verfügt (besonders ihr Wiener Vertrauensmännersystem), kann man in keiner Weise davon sprechen, daß diese Arbeiterschaft reformistisch verseucht, den Weg der faschistischen Entwicklung geht.

Der harte und zähe Widerstand gegen den Heimwehrfaschismus, die Bereitschaft zum bewaffneten Kampf gegen die drohende faschistische Gefahr, die meist selbsttätige Anwendung revolutionärer Kampfmethoden und Kampfmittel und die freudige Durchführung der Kampflosungen der Kommunisten zeigen, wie es bei keiner anderen Arbeiterschaft Europas der Fall ist, die tiefe Kluft, die die Arbeiter trotz ihrer Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei von der wahren Politik ihrer Partei trennt.

So auch jetzt; während die sozialdemokratischen Führer nicht müde werden, zu verkünden, daß sie trotz des vor sich gehenden Bürgerkrieges „gegen den Bürgerkrieg“ seien, während sie mitten im Bürgerkriege die Frage stellen: „Wer schützt die Heimat vor dem Bürgerkrieg?“, und darauf die Antwort geben: „Einzig und allein die Sozialdemokratie, die Partei des arbeitenden Volkes in Stadt und Land vertritt den Wunsch der Massen nach Frieden im Lande“, während sie so dem kämpfenden Proletariat in die Arme fallen und es zwingen wollen, sich wehrlos von den faschistischen Banden abschlachten zu lassen, wächst die Kampfkraft und die Kampfentschlossenheit der Arbeiterschaft im gleichen Maße, wie die Bereitschaft der sozialdemokratischen Führer zum Verrat und zur Arbeitsgemeinschaft mit dem Faschismus zunimmt. Im selben Augenblick, wo Arbeiter zum bewaffneten Kampf bereit dem Faschismus gegenüberstehen, sitzen die sozialdemokratischen Politikanten von Otto Bauer bis Karl Renner mit den Faschisten am grünen Tisch und schachern um den Bären, der erlegt werden soll, das österreichische Proletariat – darüber, welches die geeignetsten Methoden zur Entwaffnung, zur Niederwerfung und Unterdrückung des Klassenkampfes sind. Verfassungsänderungen diktieren die Faschisten – und die Sozialdemokraten erklären ihre Bereitschaft, bis zur Hindenburg-Verfassung zu gehen. Den Diktator fordern die Faschisten, den österreichischen Mussolini – und die Sozialdemokraten schachern um die Person; sie wollen statt Seipel den Bluthund Schober haben, den Arbeiterschlächter vom 15. Juli. Das parlamentarische Spiel der zur blutigen Knebelung der österreichischen Arbeiter bereiten Faschisten und Sozialdemokraten ist angeblich bestimmt, die knatternden Gewehre zur Ruhe zu bringen.

Verfassungsfragen sind Machtfragen. Die papierenen Paragraphen sind zerfetzt in dem Augenblick, wo die Klassenkämpfe fortfahren, die tiefgehende Krise einer lebensunfähigen Gesellschaftsordnung zu bekunden. Es ist kein Zufall, daß die bewaffneten Zusammenstöße in Oesterreich in einer Periode massenhaft auftretender Lohn- und Arbeitszeitkämpfe stattfinden. Trotz aller Fesseln, die die sozialdemo-[570]kratische Gewerkschaftsbürokratie durch Tarifverträge und Oktroyierung des „Arbeitsfriedens“ dem klassenbewußten Proletariat aufzwingt, kommt der rastlos kreisende Acheron des Klassenkampfes nicht zur Ruhe. Die maßlos gesteigerte Ausbeutung durch Rationalisierung, Beschleunigung des Arbeitstempos bei steigendem Lohndruck gibt der Radikalisierung und der Kampfentschlossenheit der Arbeiterschaft ständig neue Nahrung. Mag auch der 5-Schilling-Sold für faschistische Demonstrationen aus dem übermäßig großen Heer der Arbeitslosen Staffage für die Stärke und die Macht der Bourgeoisie liefern, um die Arbeiterschaft einzuschüchtern, mögen auch die Otto Bauer und Julius Deutsch „Vernunft“ und „Einsicht“ predigen und die Arbeiter auffordern, sich vor den faschistischen Demonstrationen in ihre elenden Wohnlöcher zu verkriechen, so wird dieses ganze Spiel der Faschisten und Sozialdemokraten mit verteilten Rollen zur Entwaffnung der Arbeiter seine Wirkung verfehlen. Mit der Zunahme der faschistischen Gefahr wächst die Erbitterung und die Bereitschaft der Arbeiterschaft zum bewaffneten Kampf. Immer breiter und stärker entwickelt sich der Bürgerkrieg.

Die bewaffneten Kämpfe, die hohe revolutionäre Form des Klassenkampfes haben ihre innere Logik. Traditionell Gewordenes. durch papierene Paragraphen Festgelegtes und zu „Gesellschaftsverträgen“ Geformtes zerbricht wie Glas unter dem durchschlagenden Argument der Mausergewehre. Im Maschinengewehrgeknatter geht die schimmernde Fassade der Demokratie in die Brüche. Das labile Gleichgewicht der bürgerlichen Gesellschaft tritt in das Stadium des Zusammenbruches. Der entfesselte Bürgerkrieg stellt mit zwingender Gewalt die Frage der Macht der Bourgeoisie oder der Macht des Proletariats auf die Tagesordnung. Und da darf man sich auch von der scheinbaren Eigenartigkeit der Front der kämpfenden Klassen nicht irritieren lassen. Obwohl der Faschismus in Oesterreich angeblich gegen den „Marxismus“ der Otto Bauer kämpft und die Otto Bauer und Julius Deutsch sich als die wahren Verteidiger der Arbeiter vor der faschistischen Gefahr aufspielen, bedeutet der Bürgerkrieg in Oesterreich die entwickeltste Form des Klassenkampfes zur Lösung der Machtfrage. Die ganze politische Tätigkeit der sozialdemokratischen Führer in Oesterreich zeigt offenkundig, daß sie jenseits der Barrikaden des kämpfenden Proletariats stehen. Sie sind nur ein Flügel in der Front der Bourgeoisie, die es für zweckmäßig hält, mit ihrem faschistischen Flügel ihre Macht in verstärkter, diktatorischer Form in der Hand zu behalten.

Die Entwicklung des Bürgerkrieges stellt das Proletariat vor die Notwendigkeit der Machteroberung. Dem Einfluß der verräterischen Sozialdemokratie entgleitend, muß die Arbeiterklasse immer mehr zum bewußten selbständigen Handeln, gestützt auf die eigenen revolutionären Organe, übergehen. Zwangsläufig wird ihr im weiteren Verlauf des Kampfes die Frage der Diktatur des Proletariats als unmittelbare akute Tagesaufgabe aufgezwungen werden. Entweder Sieg des Faschismus und die weiße Diktatur des Finanzkapitals oder Sieg der Arbeiterklasse und rote Diktatur des Proletariats. So ist heute die Frage in Oesterreich gestellt. Einen anderen Ausweg gibt es nicht.

In dieser Situation erlangt die Kommunistische Partei Oesterreichs ihre große politische Bedeutung, denn nur die Kommunistische Partei kann und muß zur Führerin dieses revolutionären Kampfes werden. [571] Mag auch ihr momentaner Einfluß unter dem kämpfenden Proletariat noch gering sein, so ist doch in jeder Aktion sichtbar, wie das Proletariat selbst immer mehr zu den Kampfmaßnahmen übergeht, die die Kommunistische Partei vorschlägt. Das verpflichtet die Partei, in kühner Erkenntnis der wirklichen Lage im Lande mutig die einzig mögliche Lösung der gegenwärtigen Krise zu finden und dem Proletariat den Ausweg im Augenblick der entscheidenden Wendung der Klassenorientierung zu zeigen. Heute besteht für die Kommunistische Partei Oesterreichs als konkrete Aufgabe nicht mehr die bloße Propagierung des Ziels der Machteroberung durch das Proletariat, heute ist ihre unmittelbare Aufgabe die Organisierung der proletarischen Macht. Die Kommunisten Oesterreichs müssen sofort die Organisierung des proletarischen Widerstandes gegen die Gefahr der faschistischen Diktatur durchführen und in den sich daraus ergebenden Kämpfen die Zielsetzung finden, indem sie unmittelbar zur Organisierung der proletarischen Diktatur schreiten.

Die Konstanzer Konferenz hat in ihren umfassenden Beschlüssen klar den Weg für die Kommunistische Partei Oesterreichs, der der Weg des unmittelbaren Befreiungskampfes des österreichischen Proletariats ist, vorgezeichnet. Diese Beschlüsse in die lebendige Tat umzusetzen, wird der österreichischen Partei mit Unterstützung des gesamten europäischen Proletariats gelingen, wenn sie mit kühner Entschlossenheit und ohne Schwankungen an die Lösung der großen historischen Aufgabe herangeht, die heute vor unserer Bruderpartei steht. Angelegenheit des europäischen Proletariats ist es, den revolutionären Kampf des österreichischen Proletariats nicht nur von außen her zu unterstützen, sondern zugleich die großen revolutionären Auswirkungen auf alle kapitalistischen Länder in Europa vorauszusehen und selbst die Vorbereitungen zu treffen, den Sieg des österreichischen Proletariats mit dem Sieg des Proletariats der übrigen europäischen Länder zu organisieren.

Der Bürgerkrieg in Oesterreich kennzeichnet in der dritten Nachkriegsperiode der kapitalistischen Entwicklung die Periode der gewaltsamen Zusammenstöße, des Austragens der Klassengegensätze mit der Waffe in der Hand, die die sichtbarsten Zeichen der neuen aufsteigenden revolutionären Welle sind. Die dreitägigen Barrikadenkämpfe im Wedding und in Neukölln, die blutigen Zusammenstöße in Warschau und Krakau, die Kämpfe in Bombay, die gewaltigen Demonstrationen und die Verfolgung der Kommunisten anläßlich des 1. August bilden den Rahmen, in dessen Mittelpunkt heute die österreichischen Ereignisse stehen. Täglich meldet der Telegraph neue Einzelheiten über die großen kriegerischen Rüstungen der österreichischen Faschisten zur „Entscheidungsschlacht“, wie sie es selbst bezeichnen. Wie nur in einer revolutionären Krise tritt heute der Faschismus in Oesterreich ganz offen mit der Propaganda der gewaltsamen konterrevolutionären Aenderung der Herrschaftsform auf. Auf offenen Märkten, auf den freien Plätzen der Hauptstadt werden die Gewehre verteilt, wird über die Maschinengewehre disponiert. Als Stichtag für die Entscheidungsschlacht verkünden die Faschisten den 29. September, den Tag der Parlamentseröffnung. Die bürgerlichen Parteien jubeln der Gewaltpolitik der Faschisten zu, die Sozialdemokraten erlassen „Warnungen“ und die Kommunisten rufen zum Kampf. Die kommunistische Presse wird verboten, die Unter-[572]drückung der Kommunistischen Partei steht bevor. Die sozialdemokratische Presse mit ihrer Millionenauflage hat Narrenfreiheit, da sie durch ihre Schreibweise das Proletariat entwaffnet und den Faschismus auf ihre Art nur fördert und ihm dient.

Die Lage in Oesterreich ist klar und eindeutig. Die bürgerlichen Zeitungen ganz Europas füllen ihre Spalten mit philosophischen Betrachtungen über die dortigen Ereignisse. Die faschistische Rechtspresse jubelt. Die pazifistische Presse der „Demokratie“ sucht zu beschwichtigen, und die sozialdemokratische

Presse aller Schattierungen, besonders Stampfers, unternimmt es, das europäische Proletariat zu täuschen, indem sie den österreichischen Faschismus als ein bedeutungsloses Häufchen von Narren hinzustellen versucht. Dieselbe Stampfer-Presse hofft auf die starke Macht der österreichischen Sozialdemokratie, wobei sie wohlweislich die verräterische Rolle der Otto Bauer und Konsorten verschweigt, die stündlich sich bemühen, die österreichischen Arbeiter an den Faschismus auszuliefern.

Das europäische Proletariat steht vor einem historischen Wendepunkt. Selten waren in den verflossenen Jahren die Gefahren für die Arbeiterklasse in allen kapitalistischen Ländern so groß wie zur gegenwärtigen Stunde der Entscheidungsschlacht zwischen österreichischem Faschismus und österreichischem Proletariat.

Der Bürgerkrieg in Oesterreich ist zur Stunde das alles überragende, bedeutsamste und wichtigste Problem, das vor dem europäischen Proletariat steht, eine Schicksalsfrage für die Arbeiterklasse in allen kapitalistischen Ländern, für ihre Kämpfe und Entwicklung in den nächsten Jahren. Eine internationale Aktion auf längere Zeit hinaus einzuleiten und zu organisieren mit dem Ziel, Seite an Seite mit dem österreichischen Proletariat den österreichischen Faschismus zu schlagen, niederzuwerfen und dem Vordringen des Faschismus in Europa ein Ziel zu setzen, das ist das Gebot der Stunde für das gesamte europäische Proletariat.

Heute ist allein die kommunistische Weltpartei die Kraft, die das europäische Proletariat zum Kampfe gegen die drohende Gefahr der Herrschaft des Faschismus in Oesterreich und in Europa zusammenschließen und zum Siege führen kann. Die KI hat durch ihre Konstanzer Konferenz die Initiative ergriffen, diesen Kampf zu organisieren. Sie wird damit dem kämpfenden Proletariat wegweisend und zielsetzend dienen.

*

## Oesterreich am Vorabend großer Kämpfe

Von I. K.

Zum erstenmal seit Jahren wird auch von der bürgerlichen Presse wenigstens für einen Winkel Europas fast einmütig das Vordringen des Faschismus signalisiert. Während in den großen europäischen Staaten die in gleicher Richtung gehenden Tendenzen noch mit allerlei neuartigen Zieraten verbrämt werden (vom „Schutz der bedrohten Demokratie“ bis zur vom Sozialfaschismus in seinem Sinne interpretierten „Diktatur des Proletariats“), zeigt sich in der österreichischen Heimwehroffensive der Faschismus in seiner ursprünglichen reinsten Gestalt. Nicht mehr bloß parlamentarischer [573] Ausnahmezustand ist hier die Losung des Tages, sondern – einerlei in welchem Tempo – Abschaffung des parlamentarischen Regierungssystems; nicht allein Beseitigung der Parteienherrschaft, sondern bereits auch klipp und klar Einführung der Ständeverfassung. Und wenn in diesem Zusammenhang überhaupt von einer Reform der Verfassung die Rede ist, so macht doch keine der Regierungsparteien (die sämtlich das Heimwehrprogramm bereits offiziell sich zu eigen gemacht haben; einer der gemäßigtesten Teile der Christlichsozialen Partei, der Niederösterreichische Bauernbund, ist in diesen Wochen sogar korporativ der Heimwehr beigetreten) ein Hehl daraus, da~ zu ihrer Durchführung im Notfall keinerlei „verfassungsmäßige“ Schranken als bindend anerkannt werden würden. Gelegentlich der Pressebesichtigung der land- und forstwirtschaftlichen Musterschau auf der Wiener internationalen Herbstmesse, also bei einem nicht sehr kriegerischen Anlaß, sagte der Präsident der Niederösterreichischen Landwirtschaftskammer, Reither:

„Die niederösterreichische Bauernschaft hat unzweifelhafte Beweise dafür geliefert, daß sie für unbesonnene Handlungen nicht zu haben ist, jedoch im Ernstfall bereit ist, alles daran zu setzen, wenn Heimat und Volk gefährdet sein sollen.“

Und Landeshauptmann Buresch, dieser traditionelle Vertreter des „Verständigungsgedankens“, den die Sozialdemokraten anläßlich der letzten Regierungskrise mit aller Gewalt zum Bundespräsidenten machen wollten, unterstrich:

„... Wir betonen ... in der stärksten Weise unseren festen Willen und unsere entschiedene Absicht, allen Bestrebungen entgegenzutreten, welche geeignet wären, unsere Intentionen zu durchkreuzen.“

Es ist natürlich kein Zufall, daß gerade in jenem Land, in dem 1927 das Heranreifen einer neuen Periode revolutionären Aufschwungs im Brand des 15. Juli den ersten gewaltigen Ausdruck gefunden haue, jetzt abermals die Zuspitzung der Gegensätze den äußersten Grad erreicht hat. Durch die Entwicklung der letzten Jahre erklärt es sich, daß gerade hier die für die Gegenwart charakteristischen Entwicklungszüge besonders markant hervortreten. In Oesterreich, dem Zentrum eines durch den Krieg zertrümmerten imperialistischen Reiches, war nach Kriegsende der Machtapparat der Bourgeoisie vollständiger über den Haufen geworfen als in den übrigen besiegten Staaten. Die neu sich bildenden Ersatzorgane, die Volkswehr und die längste Zeit sogar noch das Bundesheer, waren alles eher als zuverlässig. Hinzu kam, daß das Rückgrat der österreichischen Bourgeoisie, der Kern des Finanzkapitals, durch die neugezogenen Grenzen des größten Teiles seines Herrschaftsgebietes und damit seiner bisherigen wirtschaftlichen Basis beraubt war. Es versuchte zunächst natürlich, seine Position zumindest wirtschaftlich so gut es ging aufrechtzuerhalten, und hatte daher seine Operationsbasis lange Zeit noch zum großen Teil außerhalb des eigenen Landes. Das führte zu einer gewissen Isolierung, zu einer Zerklüftung innerhalb der Bourgeoisie und ermöglichte es der Sozialdemokratie, die sich von Anfang an auf den Boden des neuen Staates stellte, die Rolle des Führers im „Aufbau“ dieses Staates zu spielen. Die Sozialdemokratie verstand es demgemäß, in der Arbeiterschaft die Illusion zu erwecken, daß dieser Staat „ihr Staat“ sei. Dabei befolgte sie die Taktik, gleichzeitig mit diesem jeder Grundlage entbehrenden Machtbewußtsein das Gefühl der „Verantwortung“ für dieses Staatsganze in der Arbeiterschaft großzuziehen und, gestützt darauf, jeden Wirtschaftskampf soweit es ging im Keim zu ersticken. So erreichte das Lebenshaltungsniveau der österreichischen Arbeiterschaft einen Tiefstand, der in keinem europäischen Industrielande seinesgleichen hatte.

Mit dem Aufbau der nationalen Wirtschaft in den Nachfolgestaaten der österreichischen Monarchie in den Jahren der relativen Stabilisierung sah sich dann das österreichische Finanzkapital in immer größerem Ausmaß auf die eigenen Staatsgrenzen beschränkt. Die Machtfülle namentlich der Großbanken, in viel weiterem Rahmen emporgezüchtet, trat nunmehr in Oester-[574]reich selbst um so auffälliger in Erscheinung. Ihre Konzentration und ihr Verwachsen mit dem Staatsapparat, die Ausbeutung der gesamten Wirtschaft einschließlich Landwirtschaft und Kleingewerbe durch Industrie- und Bankmagnaten vollzog sich (trotz der verhältnismäßigen Kleinheit der österreichischen Industriebetriebe) noch viel sichtbarer und unmittelbarer als in den übrigen kapitalistischen Ländern. Um so mehr stieg die Erbitterung der Arbeiterschaft, die sich allerdings zunächst noch enger um die Sozialdemokratie zusammenschloß, da sie den Glauben hegte, diese werde ihr helfen, den Kampf gegen den in seinem Aussehen so merklich verwandelten Staat zu führen.

Diese Illusionen mußten die österreichischen Arbeiter im Aufstand des 15. Juli mit den ersten schweren Blutopfern bezahlen. Er war der Ausgangspunkt einer ununterbrochenen Offensive der Bourgeoisie und einer wachsenden Radikalisierung und Aktivisierung der Arbeiterschaft. Die Widersprüche der relativen Stabilisierung wuchsen natürlich ins Ungeheure in einem Lande, dessen Industrie im Ausland weitgehend konkurrenzunfähig war, ihre herkömmlichen Absatzgebiete in den übrigen Teilen der alten Monarchie zum großen Teil verloren hatte und daher auf die Ausbeutung eines durch die Verelendung der Massen aufs äußerste zusammengeschrumpften Binnenmarktes angewiesen war. Aus Berichten der Gewerbeinspektoren geht hervor, daß in Industriegebieten sogar die Broterzeugung eingeschränkt werden mußte, weil die Arbeiterschaft nicht mehr imstande war, ihren bisherigen Konsum beizubehalten.

Auch die österreichische Industrie machte während dieser Zeit eine Rationalisierungsperiode durch. Diese war sogar, da sie später einsetzte, auf einen kürzeren Zeitpunkt zusammengedrängt als die deutsche. Die Intensivierungsmaßnahmen, die mit der geschilderten Herabsetzung des Konsums parallel gingen, waren trotz der Kleinheit der Betriebe ungeheuer groß. Während die Produktion 1927 und 1928 stark zunahm (sie erreichte jedoch während dieser Zeit in Oesterreich keineswegs das Vorkriegsniveau), wuchs gleichzeitig die Arbeitslosigkeit ununterbrochen. Die Rationalisierung griff in Oesterreich unter dem Protektorat des Finanzkapitals auf das Kleingewerbe und sogar auf die Landwirtschaft über, deren Produktion durch Fernhaltung der ausländischen Zufuhr, durch geeignete Zollmaßnahmen vergrößert werden konnte. Aber gleichzeitig führte der Druck des Finanzkapitals zu einer

Pauperisierung breiter Massen auch unter der ländlichen Bevölkerung. Die Labilität der Absatzbedingungen in dem verarmten Lande setzte überdies der Produktionszunahme enge Grenzen und brachte krisenhafte Zustände auch in der Landwirtschaft mit sich.

Die Sozialdemokratie wurde während dieser Rationalisierungsoffensive von der Bourgeoisie zu immer offeneren Hilfsdiensten gezwungen, sie wurde um so weniger geschont, je öfter die Arbeiter über ihre Parolen im Kampfe hinweggingen. Daß die Kampfkraft der Arbeiterschaft im Steigen begriffen ist, zeigen nicht nur Vorfälle, wie jüngst der von St. Lorenzen, sondern auch die seit 1927 zunehmende Anzahl und die Politisierung der Wirtschaftskämpfe und die zunehmende Größe der in diese Kämpfe hineingezogenen Betriebe. Die Sozialdemokratie konnte zwar in der Vergangenheit ihre Position organisatorisch so festigen, daß heute noch ein großer Teil, sogar die zahlenmäßige Majorität der Arbeiter zu ihren Mitgliedern zählt. Aber nicht nur kommt auch bei diesen durch den Unterricht der Tatsachen die Autorität der Bürokraten immer mehr ins Wanken, sondern es treten in zunehmendem Maße auch frische Schichten auf den Kampfplan. Die Rationalisierung war und ist natürlich auch in Oesterreich von einer Veränderung der sozialen Struktur der Arbeiterschaft selbst begleitet. Die Bedeutung und Zahl der nicht qualifizierten und wenig qualifizierten Arbeiter nimmt zu, Frauen und Jugendliche werden immer stärker in den Produktionsprozeß hineingezogen. Daß die Sozialdemokratie sehr wenig Aussicht hat, diese frisch hinzugekommenen Schichten unter ihren Einfluß zu bringen, beweist z. B. die andauernde Schwäche und Zersetzung ihrer Jugendorganisation.

[575] Diese Umschichtung bildet neben der Agrarkrise allerdings auch die soziale Grundlage für die Heimwehrbewegung. Es wäre falsch, die Heimwehren heute noch zu bagatellisieren und nach Art der „Wiener Arbeiterzeitung“ als einen Haufen gekaufter Subjekte anzusehen. Die organisierende Kraft innerhalb der Heimwehrbewegung ist selbstverständlich die Großbourgeoisie, die angesichts der zunehmenden Brüchigkeit des sozialdemokratischen Schutzwalles neue Garden zum Krieg gegen die Arbeiterschaft benötigt. Aber die Möglichkeit zu ihrer Organisierung liefert der Umstand, daß Massen Ausgebeuteter an der sozialdemokratischen Führung verzweifeln, aber ideologisch noch zu stark mit dem herrschenden System verbunden sind, um sich entschlossen auf die Seite der Revolution hinter die Kommunistische Partei zu stellen. Am stärksten sind die Heimwehren in der Steiermark, die die größten und am besten durchrationalisierten Betriebe hat. Das Wachsen des kommunistischen Einflusses und das Emporkommen der Heimwehrbewegung sind zwei Teilerscheinungen ein und desselben Prozesses.

Daß die österreichische Sozialdemokratie heute nichts anderes anstrebt (und zur Aufrechterhaltung ihrer Position nichts anderes anstreben kann), als den primitiven Heimwehrfaschismus durch den – modernen – Sozialfaschismus zu ersetzen, ist kaum mehr zu verkennen. Sie kann dabei bereits auf gewisse Traditionen hinweisen. Eines der Kernstücke der faschistischen Ideologie, die „Beseitigung der Parteienherrschaft“, ist von niemand anders als dem sozialdemokratischen Führer Renner schon bald nach dem 15. Juli in bürgerlichen Zeitungen propagiert und die Zusammenarbeit der großen Wirtschaftsverbände (d. h. Industrielle, Großagrarier usw.), die Notwendigkeit ihrer Führung im Staate bei dieser Gelegenheit betont worden. Hinsichtlich des Wirtschaftsprogramms, das der Faschismus in Oesterreich durchführen soll, sind sich Sozialdemokraten und Regierungsparteien im wesentlichen einig. (Die zur Vorbereitung dieses Wirtschaftsprogramms vom Bundeskanzler Streeruwitz angekündigte Enquete ist darum von der Sozialdemokratie besonders warm begrüßt worden.) In dem vom Landbund formulierten faschistischen Memorandum, das der Aktion der Bourgeoisie in diesem Herbst zugrunde liegen dürfte, wird z. B. die Herabsetzung der staatlichen Steuern verlangt. Die Sozialdemokratie hat sich in der Gemeinde Wien darauf beeilt, in dieser Steuerherabsetzung für die Bourgeoisie initiativ voranzugehen. Die ausgesprochensten Besitzsteuern wurden besonders radikal abgebaut, die Besteuerung der Banken z. B. um mehr als ein Viertel. Es wird ferner in diesem Memorandum eine agrarpolitische Reform verlangt, und gerade über das Wesen dieser Reform sind sich die Sozialdemokraten und die Regierung bereits vollkommen einig. Es ist die Einführung des Getreidemonopols, die ja auch in Deutschland zu einer deutschnational-sozialdemokratischen Einheitsfront die Grundlage geliefert hat. Und auch in offenen Unterdrückungsmaßnahmen hat sich die österreichische Sozialdemokratie bereits hinreichend erprobt. Das gegen die Arbeiterschaft gerichtete

Demonstrationsverbot Zörgiebels wurde gerade in der Periode der Sammlung der faschistischen Kräfte von dem sozialdemokratischen Bürgermeister Seitz nachgeahmt, was natürlich die Parademärsche der Heimwehren keineswegs beeinträchtigte. Ferner wird auch eine Verfassungsreform von der Sozialdemokratie durchaus nicht abgelehnt. Sogar der linkssozialdemokratische „Abend“ erklärt auf Grund einer Information „aus Kreisen der Parteiführung“:

„Die Sozialdemokratische Partei hat es nie abgelehnt, über die Verfassungsänderung zu sprechen. Es kommt natürlich nicht darauf an, ob man über die Verfassungsänderung spricht oder nicht spricht. Es wäre falsch, wenn man die Besprechung von Verfassungsfragen glatt ablehnen würde.“

Und er deutet an, daß man insbesondere für ein starkes Staatsoberhaupt sehr wohl einzutreten gewillt wäre:

„Die Ausgestaltung der Rechte des Bundespräsidenten ist keine Sache, über die zu reden wir unter allen Umständen ablehnen.“

[576] Es gibt in der österreichischen Verfassung vorläufig noch keinen § 48, der es einem sozialdemokratischen Führer ermöglichen würde, nach dem Muster Severings ohne allzu auffälligen Durchbruch der eigenen Tradition für die eigene Person die Diktatur zu beanspruchen. Die Sozialdemokratie wird also wahrscheinlich bereit sein, diesem Uebelstand abzuhelfen. Trotz allen Gezänkes der verschiedenen Führercliquen wird es immer deutlicher sichtbar, daß die österreichische Arbeiterschaft einem einheitlichen Block von Steidle bis Otto Bauer gegenübersteht.

Oesterreich wird damit zu einem wichtigen Abschnitt der internationalen Klassenfront. Die Fiktion der Rechten, daß die besonderen Verhältnisse gerade in Oesterreich eine weitgehende Zuspitzung der Gegensätze verhindern werden, hat schmählich Schiffbruch erlitten. Vor unserer kleinen Bruderpartei steht die Aufgabe, die in diesem Jahr mit kühnem Elan begonnene Wendung mit aller Entschlossenheit durchzuführen und alle Arten des Defaitismus, neben dem offenen auch den versteckten, der in Worten eine Abgrenzung von der Parteilinie vermeidet, rücksichtslos auszumerzen. Es besteht kein Zweifel, daß sie bei konkretem Studium der durch die Entwicklung aufgeworfenen Fragen (soziale Umschichtung, Agrarfrage usw.) und bei energischer Konkretisierung der Generallinie in der Tagesarbeit in den bevorstehenden Kämpfen die ihr zukommende Rolle spielen wird.

*

## Die faschistische Bewegung in Deutschland

Von Rudolf Renner.

In seinem Referat auf dem X. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale behandelte Genosse Kuusinen auch die Frage der Faschisierung der bürgerlichen Klassenherrschaft. Genosse Kuusinen führte aus:

„Die Erfahrung zeigt, daß die bürgerliche Demokratie in ihren alten Formen der herrschenden Bourgeoisie in der jetzigen Periode immer weniger genügt. Es geht eine Wandlung in der bürgerlichen Klassenherrschaft vor sich, ein Uebergang zu den Methoden des offenen terroristischen Gewaltregimes, zu den Methoden des Bürgerkrieges.“

Die Methoden der Demokratie reichen nicht aus, um die neue Welle der Rationalisierung in Deutschland durchzuführen. Sie reichen nicht aus um die hunderttausende Erwerbslosen, denen man ihre Unterstützung raubt, in Ruhe zu halten. Die Methoden der Demokratie reichen auch nicht aus, um den Krieg vorzubereiten. Die Arbeiter wenden sich immer mehr zur revolutionären Bewegung. Die Situation spitzt sich zu. Deswegen wenden die Kapitalisten den Terror gegen die Arbeiter an. Die Bourgeoisie wendet schon permanent die Methoden des Bürgerkrieges an. In Berlin vergeht seit Monaten keine Kundgebung des revolutionären Proletariats, ohne daß die Arbeiter schwerbewaffnete Polizeikräfte gegen sich haben. Bei den meisten Kundgebungen kommt es zu von der Polizei provozierten Zusammenstößen, bei denen Arbeiter brutal niedergeknüppelt werden oder von Polizeibeamten erschossen werden. In der letzten Zeit wird dieses faschistische Terrorregime auch in allen größeren Orten des Reiches immer mehr angewendet.

Zu dem Ausbau des Heeres der staatlichen Macht betreiben die Kapitalisten in der letzten Zeit die Förderung der faschistischen Organisationen in viel stärkerem Maßstabe. Die durch die Zusammenballung der Industrie und der Handelshäuser in schwerste Notlage geratenen Mittelständler bilden dabei ein reiches Rekrutierungsgebiet für den Faschismus, ebenso wie die Kleinbauern, die durch die Industrialisierung der Landwirtschaft um ihren Besitz gebracht, ungeheuerlich verschuldet sind oder von Haus und Hof vertrieben werden.

Es ist aber leider auch zu verzeichnen, daß Arbeiter sich in letzter Zeit vielfach dem Faschismus zuwendeten. Die sozialfaschistische Politik der [577] SPD bedeutet die ideologische und praktische Entwicklung gewisser Arbeiterschichten zum Faschismus und treibt andere Schichten dem Nationalfaschismus in die Arme. Das von dem sozialdemokratischen Innenminister Severing verfügte Verbot des Roten Frontkämpferbundes, die Terrormaßnahmen gegen die KPD tragen besonders zur Förderung der faschistischen Bewegung bei. Die Entwicklung der faschistischen Methoden findet auch noch darin ihren Ausdruck, daß die Behörden der Republik, die noch vor einigen Jahren über die aktivsten faschistischen Organisationen, über die Nationalsozialisten ein Verbot verhängten, jetzt trotz dem terroristischen Auftreten und der wüstesten Ausfälle gegen den Staatsapparat die Nationalsozialisten schützen und fördern.

Unterstützt durch riesige Zuwendungen von seiten des Kapitals, gefördert von den Behörden der Republik, behütet gegen die Gegenaktionen der revolutionären Arbeiter durch sozialdemokratische Minister, Regierungs- und Polizeipräsidenten wächst die faschistische Bewegung auf dem Nährboden der kapitalistischen Konzentration rasch an. Noch stellt der Faschismus keine einheitliche Organisation dar. Noch bestehen, abgesehen vom Sozialfaschismus[*)], nebeneinander drei Verbände: Der „Jungdeutsche Orden“, der „Stahlhelm“ und die „Nationalsozialisten“. Neben diesen Organisationen, am engsten angelehnt an die nationalsozialistische Bewegung, tritt in letzter Zeit, insbesondere in Nordwestdeutschland, eine „Landvolk“organisation der Bauern auf. Die Methoden der Werbung sind vielgestaltig und bewegen sich von den Tendenzen der äußersten Reaktion bis zur radikal-revolutionären Phrase.

In den letzten Monaten sind unter Führung des Deutschnationalen Hugenberg Bestrebungen im Gange, die drei Organisationen möglichst auf einen Nenner zu bringen. Ein solcher Zusammenschluß wird die faschistische Gefahr gewaltig verstärken. Wenn diese Vereinigung bisher nicht erfolgte, so darf nicht verkannt werden, daß die ersten Schritte dazu getan sind. Ein eventuell einheitliches Zusammenwirken ist jetzt schon im wesentlichen gesichert. Die Form dieses Zusammenwirkens zeigt sich in der gemeinsamen Einleitung einer Volksbegehrensbewegung gegen die Verfassung durch Deutschnationale, Stahlhelm und Nationalsozialisten. (Der Jungdo ist nicht beteiligt.)

Die Parole, mit der die Massen für dieses Volksbegehren gewonnen werden sollen, die aber auch die Einheitsplattform darstellt, ist „der Kampf gegen den Young-Plan“. Aber schon vor dem Zustandekommen des Volksbegehrensausschusses war die Liquidierung der Kämpfe untereinander vollzogen. Hitler, der Führer der Nationalsozialisten, pfiff seine Mannen auf der Generalversammlung der Nationalsozialistischen Partei im September 1928 in München zurück, indem er die Einstellung des Kampfes gegen die anderen Verbände proklamierte:

„Die nationalen Verbände, die uns in der Bekämpfung des Marxismus nicht stören, werden von uns nicht angegriffen. Man darf nicht glauben, bei Stahlhelm oder Wehrwolf etwas erreichen zu können, wenn man sie Tag für Tag rücksichtslos angreift.“

Es erfolgte die Gründung eines gemeinsamen Verlagsunternehmens Hitler-Hugenberg. In der Nr. 7/29 des „Angriff“ erschien ein Artikel des Berliner nationalsozialistischen Gauleiters Dr. Goebbels, überschrieben „Warten können“, in dem es heißt:

„Ein Revolutionär muß alles können. Beweis für revolutionäre Gesinnung ist nicht allein das Schlagen, sondern das Schlagen zur rechten Zeit. Bereit sein ist alles.“

[*)] Ueber den Sozialfaschismus und sein Verhältnis zum Nationalfaschismus vergleiche, den Artikel von R. Gerber „Das Gesicht des deutschen Sozialfaschismus in Heft 15. D. Red.

Diese Annäherung der Organisationen erfolgte mit der Gemeinsamkeit der Richtung und Zielsetzung der Bewegung. Die bis dahin vielfach noch vertretene Kampfstellung gegen den Westen, gegen Frankreich oder gegen England wurde aufgegeben. Offen bezogen auch die Nationalsozialisten die Front gegen Sowjetrußland.

[578] Eine kurze Schilderung der Entwicklung der einzelnen Verbände der letzten Zeit zeigt folgendes Bild. Unter der Bürgerblockregierung stellte der Stahlhelm seinen Kampf gegen den Staat ein. Er übernahm die Parole der Kapitalisten „Heran an den Staat", „Eroberung des Staates von innen heraus". Die reaktionären Maßnahmen der Bürgerblockregierung brachten eine starke Abwanderung von Massen aus den bürgerlichen Parteien mit sich. Das veranlaßte den „Stahlhelm", eine Aenderung seiner Taktik vorzunehmen. Er verkündete wieder seinen „Kampf gegen den Staat". Diese Wendung liegt gleichzeitig im Zusammenhang mit den Bedürfnissen der Kapitalisten zur Verschärfung der diktatorischen Maßnahmen. Bei den Wahlen im Mai 1928 übte der „Stahlhelm" einen starken Druck auf die bürgerlichen Parteien zur Aufstellung von Stahlhelmkandidaten aus. Nach der Wahl erfolgte die Loslösung des Stahlhelms von der Deutschen Volkspartei, der Austritt der Parlamentarier aus dieser Partei. Seit Hugenberg die Führung der Deutschnationalen Volkspartei übernommen, vollzog der Stahlhelm seine feste Bindung an diese Partei.

Ueber die Mitgliederstärke der Stahlhelmorganisation wurden in der letzten Zeit keine besonderen Angaben gemacht. Die Stahlhelmführung gab die Mitgliederstärke ihrer Organisation im vorigen Jahre mit 620.000 Mann an. Nach einer von den Nationalsozialisten gemachten Veröffentlichung, die vom Stahlhelm nicht dementiert wurde, soll der Mitgliederbestand 150.000 Mann betragen haben. Eine einzige, in die Presse gelangte Mitteilung gibt für Groß-Berlin 75 Ortsgruppen an, teilt aber die Mitgliederstärke nicht mit.

Die Ziele der Stahlhelmbewegung wurden auf der Führertagung im Januar dieses Jahres in Magdeburg nochmals besonders umrissen. In einer dort angenommenen Entschließung wird der Kampf proklamiert für „Deutschlands innere und äußere Befreiung". Wie diese innere Befreiung aussehen soll, zeigen folgende Erklärungen. Als erstes Ziel des Kampfes wurde erklärt:

„... die schlechte Verfassung zu ändern, ... die Beseitigung der Alleinherrschaft des Parlamentes, ... die Aufrichtung einer starken Regierungsgewalt."

Am 6. Mai 1929 hielt der Führer der Organisation, Likörfabrikant Seldte, eine Rede in Königsberg, in der er das Programm des Stahlhelms darlegte: „In erster Linie eine Wehrorganisation, Ersatz für die 1918 zerschlagene Wehrmacht des Reiches."

Diese Wehrmacht soll die staatliche Unabhängigkeit erkämpfen und die Macht im Staate erobern. Vor allem soll der Zustand wieder hergestellt werden, „daß die gehobenen Schichten die Geschicke des Volkes bestimmen".

Das ist eine sehr offene konterrevolutionäre Sprache. Als Garde des Großkapitals führt der Stahlhelm einen scharfen Kampf gegen die Sozialfürsorge. Er fordert statt dieser ein Zwangssparsystem für die Arbeiter. Zur Gewinnung der Arbeiter gaukelt er ihnen vor, daß sie dabei besser wegkommen. Der Stahlhelm appelliert an die kleinbürgerlichen Instinkte der Arbeiterschaft und versucht damit eine Massenbasis zu gewinnen. So rechnet man den Arbeitern vor, daß, wenn sie die Versicherungsbeiträge sparen können, sie nach einer vierzigjährigen Tätigkeit ein Kapital von 34.000 Mark besitzen werden. Die positive Seite ist dabei, daß die Arbeiter nie in der Lage sein werden, diese Summe zu sparen, die Unternehmer aber von den Beitragsleistungen befreit werden.

Anknüpfend an die kleinbürgerlichen Instinkte in der Arbeiterschaft hat die Stahlhelmorganisation eine sogenannte „Stahlhelm-Selbsthilfe" aufgebaut. Diese ist besonders zur Gewinnung der Arbeiter errichtet. In einem Schreiben des Sozialreferenten Brauns-Hildesheim an die Bundesleitung wird darauf hingewiesen, daß durch die Propagierung der „Selbsthilfe" hunderttausende „heute noch fernstehender, aber innerlich kerndeutscher Arbeitnehmerkreise für die Bewegung zu gewinnen sind".

[579] In den Satzungen der Selbsthilfe wird über die Leistungen erklärt:

„Die Stahlhelm-Selbsthilfe verbindet die soziale Gemeinschaftshilfe mit dem sozialen Spargedanken.

Das soziale Ziel der Stahlhelm-Selbsthilfe ist die Entpolitisierung des deutschen Menschen ...

Ins bewußten Gegensatz zu dem System der Gewerkschaften, bei denen die Mitglieder das persönliche Anrecht an dem durch ihre Beiträge geschaffenen Gemeinschaftskapital verlieren, bleibt jedem Mitglied der Stahlhelm-Selbsthilfe das Privateigentum an den von ihm aufgebrachten Mitteln erhalten ...“

Die Verwaltungskosten werden von diesem Eigentumsrecht abgezogen. Auch erhält das Mitglied, das ausgeschlossen wird oder austritt, nichts zurück.

Die Selbsthilfe will Unterstützung bei Streiks; Maßregelungen, Aussperrungen, Krankheit und Erwerbslosigkeit zahlen. Auf die Einzelheiten dieser Organisation einzugehen ist hier nicht möglich. Doch hier liegt neben dem Nationalismus die Hauptwerbetätigkeit unter den breiten Massen. Durch die Stahlhelm-Selbsthilfe sollen die Arbeiter fester an die Organisation gebunden, enger mit der nationalistischen Idee verbunden werden. So schrieb das Bundesorgan „Der Stahlhelm“ am 2. Dezember 1928 einen Artikel, in dem es heißt:

„... nur wer eigenen Besitz zu verteidigen hat, kann auf die Dauer nationalistisch sein ..., die geschichtliche Erfahrung hat gelehrt, daß Privateigentum auf die Dauer für die Verbundenheit des einzelnen mit Volk und Vaterland unerläßlich ist.“

Eng angeschlossen an die Stahlhelm-Selbsthilfe arbeitet ein Arbeitsnachweis, der den Mitgliedern Arbeit nachweist. Dieser Nachweis steht im engsten Einvernehmen mit den Unternehmern, denn die Selbsthilfe soll den „Frontgeist“ auf die Wirtschaft übertragen und „im Gegensatz zum Klassenkampfgedanken bewußt den Gedanken der Werksverbundenheit, wobei sie sich gegen den Klassenkampf der Arbeitnehmer genau so wendet, wie gegen den Klassenkampf der Arbeitgeber“, vertreten. (Düsterberg am 14. April 1929 in Halle.)

In Wirklichkeit ist die Selbsthilfe eine organisierte Streikbrecherorganisation. So schickte sie in die Bremer Firma Havai Streikbrecher, verübte Streikbruch bei der Firma Terna in Berlin und anderen Betrieben. In letzter Zeit sind die sozialfaschistisch-reformistischen Gewerkschaften auch auf diesem Gebiet in eine lebhafte Idealkonkurrenz mit den Stahlhelmern eingetreten.

Die letzte große öffentliche Kundgebung des Stahlhelm war der Aufmarsch in München. Der Stahlhelm ist sicherlich im gegenwärtigen Moment nicht die aktivste Organisation. Er betreibt aber nichtsdestoweniger eifrig Bürgerkriegsvorbereitungen und verfügt auch über größeren Waffenbesitz.

Die am wenigsten Einfluß besitzende dieser Organisationen ist der Jungdeutsche Orden (Jungdo). Er geht in den letzten Jahren an Stärke zurück, bleibt politisch bedeutungslos. Der Jungdo lehnt sich an die bürgerlichen Mittelparteien, an die Demokraten an. Er steht in einem absolut loyalen Verhältnis zum Reichsbanner. Seit Anfang des Jahres entfaltete er eine lebhaftere Tätigkeit durch die Einleitung einer sogenannten „Volksnationalen Aktion“. Als Ziel dieser Aktion erklärte Mahraun:

„Die volksnationale Front als bewußt nationale Front will wegweisend sein für die Lösung der Frage: Wie wird der Volksstaat geschaffen?“

In der Zeitschrift „Der Meister“ schrieb Mahraun:

„Der Staat, wie er war, wird nicht wiederkommen. Die Republik, wie sie ist, kann auf die Dauer nicht bestehen.“

Die Vorschläge zur Aenderung der Republik bestehen in:

Reform des Wahlrechtes, Verkleinerung der Wahlkreise, Aufstellung von Einzelkandidaten unter Beibehaltung der Listenwahl.

[580] Entlastung des politischen Parlaments durch Umbau des Reichswirtschaftsrates. Stabilisierung der Regierung durch Beschränkung des Einflusses der Parteien auf die Minister.

Für dieses Programm, das noch umrahmt wird von einigen Gemeinschaftsphrasen, versucht der Jungdo eine Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zu den rechten Sozialdemokraten herzustellen.

Die Demokraten begrüßten die Bindung des Jungdo an die Mittelparteien sehr lebhaft. Im Organ des demokratisch geleiteten „Gewerkschaftsbundes der Angestellten“ schrieb damals dessen Vorsitzender Schneider-Dortmund:

„Man kann die Bünde überhaupt nach einem einfachen Prinzip klar gliedern in solche, in denen die Beweger stehen, die selber innerlich gepackt von der Kraft der Volksgemeinschaftsidee ihre Bewegung vorwärtstreiben, und in solche, an deren Spitze die Schieber stehen, bei denen sich alles erschöpft in taktischen Maßnahmen zur Wahrung von irgendwelchen Eigeninteressen. Nach der Entwicklung, die der Jungdeutsche Orden genommen hat, gehört er zur ersten Kategorie.“

Die Nationalsozialisten, die sich durch diese Bemerkung besonders getroffen fühlten, antworteten darauf im „Sächsischen Beobachter“ vom 28. Juli 1929: „Wir fanden allerdings die Jungdo-Entwicklung etwas barmatisch ...“

Am 1. September 1929 hatte der Jungdo in Dresden eine Tagung, in der das Programm des Ordens nochmals umrissen wurde. Die Tagung wurde durchgeführt unter der Parole: „Vom Bürgerstaat zum Volksstaat.“ Man hörte auf dieser Tagung eine Anzahl banaler Redensarten, wie man sie vor einiger Zeit von den Altsozialdemokraten gehört.

Mahraun proklamierte den „Kampf“ gegen „Weltplutokratie und Bolschewismus“. Die herausgegebene Proklamation ist ein Gemisch faschistischer Forderungen und sozialer Phrasen. So fordert man die „Neugliederung des Reiches“ durch die Zusammenfassung der einzelnen Gebiete unter „zentraler Reichsgewalt“. Eine Forderung, die sich absolut mit den Bestrebungen der Demokraten rund Sozialdemokraten nach dem „Einheitsstaat“ deckt. Auch die erhobene Forderung nach Aenderung des Wahlrechts ist die gleiche, die von den beiden Parteien erhoben wird. Das Wahlrecht soll so geändert werden, daß „die Wahl wieder zur persönlichen Vertrauenserklärung des Wählers gegenüber der Person des Gewählten wird“. Hinzu soll dann die „Stärkung der Staatsautorität“ kommen, die dadurch erreicht werden soll, daß der Reichspräsident mehr Machtbefugnisse erhält und die Regierung, die vom Reichspräsidenten berufen wird, nur einmal für die Dauer der Wahlperiode vom Parlament bestätigt wird. Die hauptpolitische Tätigkeit soll in den Reichswirtschaftsrat gelegt werden, der zu einer Ständekammer umgebaut werden soll.

Selbstverständlich fehlt in der Proklamation auch die Forderung der „Wehrhaftigkeit“ nicht. Wir beschäftigen uns hier trotz der relativen Bedeutungslosigkeit etwas eingehender mit dieser Tagung, einmal, weil gerade auf dieser Tagung Töne laut wurden, die wir immer von den Sozialfaschisten hörten, die von diesen den Arbeitern als Vorschläge für die Entwicklung zum Sozialismus gepriesen wurden – sodann wegen der Antwort, welche die demokratische Presse auf die Ausführungen Mahrauns gab, und schließlich wegen der Bemühungen, die Mahraun unternahm, um die Einheitsbewegung des Faschismus von Hitler bis Hörsing zu fördern.

Jeder, der die Forderungen: „Einheitsstaat“, „Verbesserung des Wahlrechts“, „Stärkung der Staatsautorität“ liest, erinnert sich, diese Worte oft genug von den sozialdemokratischen Führern gehört zu haben. Mahraun forderte die Unterordnung der Wirtschaft unter die Politik. Wirtschaften sei „nur ein Mittel zum Zweck: der besten Bedarfsdeckung des Volkes“. Er forderte: „Schaffen wir einen sauberen, auf der Idee der Volksgemeinschaft beruhenden Staat!“

Das alles sind schöne Phrasen, zu dem Zweck ausgesprochen, die faschistischen Ziele zu verschleiern. Wir hörten, wie schon gesagt, diese Töne von [581] den Altsozialdemokraten Heldt und Bethke in Sachsen bereits früher. Die Bourgeoisie hat aber an der altsozialdemokratischen Bewegung gesehen, daß sie mit diesen Phrasen nichts anzufangen vermag. Andererseits ist die Gesamtlage in Deutschland in ein derart vorgeschrittenes Stadium eingetreten, daß eine solche Haltung überholt und für die Bedürfnisse der Kapitalisten zwecklos ist. So lehnt denn auch selbst die demokratische Presse die Ausführungen von Mahraun ab. Die Lage in Deutschland erfordert ein brutaleres Vorgehen gegen die Arbeiter, die Linie des brutalsten Faschismus ist Trumpf. Die „Dresdener Neuesten Nachrichten“, das Blatt der Demokraten in Dresden, antwortete auf Mahrauns Ausführungen:

„Das ist ein Glaubensbekenntnis, aber noch kein wirtschaftspolitisches Programm ...

So sympathisch die Lehre ist, ... so ist sie doch zunächst nur ein Postulat und noch kein Weg. ‚Front der Arbeit gegen die Plutokratie' klingt sehr schön, aber die Realität allen wirtschaftlichen Handelns scheint noch wenig durchdacht. Es klingen noch sehr viele Sentiments mit, und man hat das Gefühl, daß der Struktur einer modernen Industriewirtschaft – daß es kein Zurück gibt, ist dem Jungdeutschen Orden wohl auch klar – noch zu wenig Rechnung getragen wird."

Das ist sehr deutlich. Wird doch mit diesen Ausführungen die Lage in Deutschland klar genug aufgezeigt. Keine nutzlosen Phrasen mehr, keine Halbheiten, ein Zurück gibt es nicht; Konzentration, Rationalisierung, schärferer faschistischer Kurs, das ist die Parole der Bourgeoisie. Die Aufforderung an Mahraun ist klar. Sie heißt: den Kurs verschärfen oder ausgeschaltet werden.

Auf der Dresdener Tagung blies Mahraun die Einheitsschalmei: „Wir müssen neu denken lernen", so trompetete er. „Ob ‚Schwarz-weiß-rot' oder ‚Schwarz-rot-gold' – wir können heute beiden die Hand reichen." Mahraun erklärte: Es komme nicht auf die Frage an, ob links oder rechts. Der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens mag ein sehr konkretes Ziel verfolgt haben. Er hält seine Organisation für die zwischen den Nationalfaschisten und den Sozialfaschisten stehende und mochte sich einbilden, durch seine Tätigkeit eine Annäherung zwischen beiden herbeiführen zu können. Die geschichtliche Entwicklung hat schon anders entschieden. Sie kann mit den verschwommenen Ideen Mahrauns nichts beginnen; diese stehen schon hinter der sozialfaschistischen Praxis der Severing, Zörgiebel und Konsorten zurück.

Bedeutet das, daß die Bourgeoisie den Faschisten nicht die Möglichkeit beläßt, genügend Agitationsphrasen anzuwenden? Keineswegs, sie würde ja eines der wesentlichsten Bedürfnisse des Bestandes des Faschismus verbauen, die Massenbasis. Aber die Agitationsphrase darf und soll von den Führern auch nur als solche gewertet werden; sie darf nicht Hindernis für die brutalste reaktionäre Praxis werden. Der Jungdeutsche Orden zeigt da noch Hemmungen, deren Beseitigung die Kapitalisten fordern. Die Rolle des Einigers der Bewegungen wird der Jungdo nicht spielen. Er wird sich der reaktionären Entwicklung anpassen. Er wird sich einordnen oder untergehen. Ob es dabei einige Absplitterungen geben wird, ob Differenzen zwischen den Führern entstehen werden, darüber zu philosophieren ist hier zwecklos, weil das für die Gesamtentwicklung des Faschismus bedeutungslos ist. Anfügen wollen wir hier aber noch, daß der Sozialfaschismus eine Vermittlerorganisation zum Faschismus nicht benötigt. Sein Uebergang in den Faschismus ist geschichtlich und mit der Entwicklung bedingt.

Die gefährlichste und aktivste Gruppe des Faschismus in Deutschland ist die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei (NSDAP) Hitlers. Diese Partei liefert ein Musterbeispiel dafür, wie man radikale Agitationsphrasen und reaktionäres brutales Auftreten als Prätorianergarde für die Kapitalisten miteinander verbindet. Neben den Sozialfaschisten wendet diese Partei beide Methoden am skrupellosesten an. Auf die Entwicklung der NSDAP haben wir eingangs schon hingewiesen. Sie entfaltete in der [582] letzten Zeit eine außerordentlich rührige Tätigkeit. Die Aufwendungen, die sie dabei machte, deuten darauf hin, daß sie große Zuwendungen von den Kapitalisten erhält. In den Monaten Januar und Februar gab die Partei im „Völkischen Beobachter", dem in München erscheinenden Zentralorgan, Mitteilungen über die Tätigkeit der Organisation und den angeblichen Gewinn an Mitgliedern bekannt. Die dort angegebenen Zahlen lassen sich bis auf die Wahlziffern nicht nachprüfen und müssen mit Vorsicht aufgenommen werden. Zwei Tatsachen aber stehen fest: daß die Nationalsozialisten sowohl an Stimmen wie auch an Mitgliedern gewonnen und daß sie eine überaus rege Tätigkeit entfaltet haben.

In Koburg gelang es den Nationalsozialisten die Mehrheit ins Stadtparlament zu erreichen. In Winterhingen (Oberfranken) stiegen ihre Stimmen bei der Gemeinderatswahl von 200 auf 1890. Bei der Landtagswahl in Lippe stieg ihre Stimmenzahl von 1671 auf 2708. Gegenüber 38.000 Stimmen bei der letzten Reichstagswahl erhielten sie bei der Landtagswahl im vergangenen Jahre in Sachsen 76.000 Stimmen. Die Nazis geben an, im Jahre 1928 rund 20.000 Versammlungen durchgeführt zu haben. Aus Mecklenburg-Lübeck teilen sie dabei mit, daß sie dort 20.000 „Völkische Beobachter", 60.000 Flugblätter, 5000 „Illustrierte Beobachter" und 150.000 „Niederdeutsche Beobachter" verteilt haben. Für Sachsen teilen die Nazis mit, daß dort 1000 Versammlungen stattgefunden hätten und zwei Millionen Flugblätter verteilt worden seien. Allein im Monat Januar haben im Bezirk

Leipzig 33 Versammlungen, in Weinböhla in einem Vierteljahr 15 Veranstaltungen, wobei einmal Hitler anwesend war, stattgefunden. In Oberfranken hatten sie 100 Versammlungen, in der Ostmark 700, 60 in Mittelfranken und so weiter im ganzen Reich.

Ihre Mitgliederzahl geben die Nationalsozialisten ins „Völkischen Beobachter“ vom 26. Januar 1929 mit 120.000 an.

Bemerkenswert sind noch die Zahlen, die über das Lebensalter der Mitglieder angegeben werden. Es liegen nur die Zahlen über Sachsen vor. Hiernach stehen 52 Prozent der Mitglieder im Alter von 18 bis 25 Jahren, 28 Prozent sind 26 bis 35 Jahre, 13 Prozent 36 bis 50 Jahre und 7 Prozent 51 bis 77 Jahre alt. Wenn man den Aufmarsch der jungen Scharen der Hitler-Jugend betrachtet, dann hat man keine Ursache, die Richtigkeit der Angaben zu bezweifeln. Es ist vielmehr anzunehmen, daß auch in anderen Teilen des Reiches die NSDAP sich zum großen Teil aus Jugendlichen zusammensetzt – eine ernste Warnung und Mahnung an unsere Jugendorganisation, ihre Arbeit zu verstärken.

Die stärksten Agitationsphrasen der Nazis sind ihr angeblicher Kampf gegen das Großkapital, gegen das Bankkapital, gegen das Judentum. Im Anfang ihrer Entwicklung proklamierten sie den Kampf gegen den „Erbfeind“ Frankreich. Die nationalistische Phrase ist ein unentbehrlicher Bestandteil ihrer Agitation. Gegen wen sich der Nationalismus wendet, das hängt von der Haltung der jeweiligen Geldgeber ab. Sehr stark mit dem deutschnationalen Flügel der Schwerindustrie verbunden, betreibt die NSDAP überall die Politik der gesamten Schwerindustrie, wie insbesondere ihr Verhalten in Sachsen beweist, wo sie die Regierung des Volksparteilers Bünger unterstützt. Diese parlamentarische Unterstützung einer kapitalistischen Regierung hindert die Führer der Nazis nicht im geringsten, gegen den Parlamentarismus aufzutreten und sogar die „Notwendigkeit der Revolution“ gegen das „Raffkapital“ zu proklamieren.

Ans 28. Juli veröffentlichte die NSDAP im „Sächsischen Beobachter“ 14 Thesen der Deutschen Revolution“. In diesen Thesen fordert man die .‚Vernichtung des Versauter Diktats“, die „Vereinigung mit Oesterreich“ (ein Zieh, für das auch Paul Löbe alle Kräfte einsetzt). In Punkt 5 der Thesen wird gleichzeitig betont, daß man „keine Beherrschung fremder Völker“ will, jedoch erklärt, daß die NSDAP für einen neuen Krieg ist, denn die „Deutsche Revolution“

„erkennt ... die Entscheidung des Krieges als den Willen des Schicksals an“.

[583] Im Punkt 5 wird hierzu die notwendige faschistische Zentralgewalt gefordert:

„Die schroffste Ausgestaltung einer zentralen Zwangsgewalt gegen alle einheitszerstörenden oder störenden Bildungen staatlicher oder politischer oder konfessioneller Art.“

Das ist in wenigen Zeilen sehr viel auf einmal. Vorbereitung des imperialistischen Krieges, Einführung einer faschistischen Staatsgewalt und Ankündigung der Zerstörung der Parteien, der Gewerkschaften, soweit sie nicht faschistisch sind, kurz aller revolutionären Arbeiterorganisationen. Bei soviel Verkündigung von Konterrevolution muß die radikale Phrase auf dem Fuße folgen. Der nächste Absatz der Thesen bringt denn auch den ersten Aufguß. Danach setzt die „Deutsche Revolution“ „die lebendige Gliederung in Berufs- und Ständekammern an die Stelle eines konstruktiven Parlamentarismus“, „die persönliche Verantwortung an die Stelle der anonymen Masse“. Nun wissen die deutschen Arbeiter aus den Erfahrungen von Italien, daß dieser ganze Faschismus im Interesse der Kapitalisten liegt; im Punkt 7 folgen deswegen auf einmal Töne von „Schicksalsgemeinschaft“, „Notgemeinschaft“ „Brotgemeinschaft“ und die Erklärung „Gemeinnutz vor Eigennutz“. Punkt 8, 9 und 10 überschlagen sich in Radikalismus, eingehüllt in einen Phrasennebel, der sowohl die Unklarheit „der Verfasser zeigt, wie das Bestreben, Konsequenzen auszuweichen und Verwirrung zu stiften:

„Die Deutsche Revolution verwirft daher das individuelle Wirtschaftssystem, dessen Sturz die Voraussetzung zum Gelingen der Deutschen Revolution ist. Sie bekennt sich mit gleicher Entschiedenheit zum korporativen Wirtschaftssystem des Sozialismus, ausgehend davon und darin endend, daß der Sinn der Wirtschaft einzig und allein die Deckung des Bedarfs für die Nation ist, nicht aber Reichtum und Gewinn.“ (Punkt 8.)

„Die Deutsche Revolution erklärt das Obereigentuns an Grund und Boden und Bodenschätzen, deren Eigentümer nur Lebensträger der Nation sind (Man merke auf, das Eigentumsrecht bleibt bestehen! D. V.), ihr bzw. ihrem Staate Rechenschaft und Leistung schuldig, wie die Nation Eigentum verteidigt.“ (Punkt 9.)

Die nächsten Punkte werden gespickt mit phrasenhafter Demagogie. „Anteil aller Schaffenden an Eigentum, Gewinn und Leistung der Wirtschaft“ wird proklamiert, für „erhöhte Leistung“ wird „größerer Anteil“ versprochen. Damit aber nicht einer auf den Gedanken komme, revolutionäre Schlußfolgerungen zu ziehen, wird gleich hinterher erklärt, daß das Wohl nicht „in der uferlosen Steigerung des Lebensstandards“ gesehen werde, sondern in „jenem gottgewollten Organismus der Nation“. Es folgen dann Phrasen über die „Erhaltung der völkischen Eigenart“, gegen die „rassische Entartung“, uns zu erklären, daß die „Deutsche Revolution“ „das Weltbild der großen französischen Revolution“ stürzt und daß sie „formt das Gesicht des 20. Jahrhunderts“. Pathetisch klingen die Thesen aus in folgendem Schlußpunkt:

„Sie (die Deutsche Revolution) ist nationalistisch – gegen die Versklavung des deutschen Volkes; sie ist sozialistisch – gegen die Tyrannei des Geldes; sie ist völkisch – gegen die Zerstörung der deutschen Seele – alles aber nur um der Nation willen.

Und um dieser Nation willen scheut die Deutsche Revolution vor keinem Kampf zurück, ist ihr kein Opfer zu groß, kein Krieg zu blutig:

Denn Deutschland muß leben.“

Aber der Nationalsozialismus macht gleichzeitig den Schichten, die sich mit diesen Redensarten doch nicht begnügen, noch besondere Versprechungen. In einem den Thesen beigefügten Leitartikel wird erklärt, daß dies nur die wesentlichsten Punkte seien, daß aber ganz selbstverständlich auch noch besondere Wünsche berücksichtigt werden. Vor dem Nürnberger Parteitag gab es bei den Nazis einige Differenzen. Damals gab [584] Otto Strasser ein Programm heraus, das in der radikalen Paarung noch weiter ging als die Thesen, die – neben den Drohungen über die Entziehung der Futterkrippe – die Einigungsbasis sein dürften. In dem Programm von Strasser heißt es:

„Die NSDAP ist eine sozialistische Partei. Sie weiß, daß die freie deutsche Nation erst durch die Befreiung der werktätigen Massen Deutschlands von jeder Form der Ausbeutung und Unterdrückung erstehen kann. Die NSDAP ist eine Arbeiterpartei. Sie bekennt sich zum Klassenkampf der Schaffenden gegen die Schmarotzer aller Rassen und Bekenntnisse.“

In einem anderen Programmpunkt wurde der „Volksrätestaat“ gefordert. Außenpolitisch grenzte sich der Entwurf absolut von dem jetzigen Programm Hitlers ab. Da hieß es:

„Erste Aufgabe der nationalen Außenpolitik ist deshalb die Organisation der revolutionären Verteidigung gegen die imperialistischen Mächte, Bündnis mit der Sowjetunion und Unterstützung der revolutionären Bewegungen in allen Ländern der Welt, die sich gegen das internationale Finanzkapital richten.“

Die Herausgabe dieses Programms konnte der Anfang von Zersetzungserscheinungen innerhalb der NSDAP sein. Sicherlich waren solche auch vorhanden. Der Ausgang des Nürnberger Parteitages zeigt aber, daß es Hitlers Einfluß und dem Geld der Industriellen vollständig gelungen ist, eine eventuell vorhandene Opposition zu binden. Der Elan und das Bedürfnis der Anhänger nach radikaler Betätigung wurde in vollem Maße gegen das Proletariat abgelenkt. Den Auftakt zu der verstärkten aktivistischen Offensive gaben die frechen Ueberfälle auf die Arbeiter in Nürnberg, denen die überall von den staatlichen Organen begünstigten Banditenüberfälle im ganzen Reich, besonders aber in Berlin – wo die KPD sich anschickt, bei den kommenden Gemeindewahlen die stärkste Partei zu werden – folgten.

Die Fiktion, man führe noch einen ernsten Kampf gegen den Staat und das Kapital, wurde in der Hauptsache durch die „Landvolkorganisation“ aufrechterhalten. Diese stark unter nationalsozialistischer Führung stehende Bewegung, die ihren Hauptsitz in Schleswig-Holstein hat, verübte in der Zeit vom 1. August bis Mitte September etwa 13 bis 14 Bombenattentate. Daß die Attentäter die ganze Zeit über nicht erwischt werden konnten, zeigt nur das enge Zusammenarbeiten der bestimmenden Gruppen des Kapitals mit den Faschisten. Die treibenden Kräfte der Kapitalisten benutzen

diese Attentate, uns einerseits in Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie die faschistischen Diktaturmaßnahmen gegen die Arbeiter zu verstärken, andererseits, um in den dafür zugänglichen Bauern-, Kleinbürger- und Arbeiterschichten die Basis für den Faschismus zu verbreitern. Das Zusammenwirken aller Kräfte der Reaktion ist ganz offensichtlich. Die Tatsachen beleuchten den Ernst der Situation in Deutschland und zeigen, daß der Faschismus sich zu einem Sprung anschickt. Das jetzige „Vorgehen" gegen die Attentäter, das von den Sozialdemokraten zur Entlastungsoffensive für ihre Minister und zur Verdeckung ihres Faschismus weidlich ausgenutzt wird, kennzeichnet sich schon durch seine ganze Art als ein Manöver, um die unruhig gewordenen Arbeiter, insbesondere die sozialdemokratischen Arbeiter, zu beruhigen. Die Verhaftung der Attentäter veranlaßte aber nicht nur die SPD, ein Manöver gegen die Arbeiter durchzuführen, sondern auch die Nationalsozialisten. Diese erklärten auf einmal, nichts mit den Bombenwerfern zu tun zu haben. Eine gleiche Erklärung gab auch der bekannte Führer der Organisation Consul, Kapitän Ehrhardt, ab. Was dazu sachlich zu sagen war, ist inzwischen in der Tagespresse geschehen. Die enge Verbundenheit der OC-Führer mit der NSDAP ist klargestellt. Aber diese Ableugnungen haben noch eine andere Bedeutung: auch die Faschisten spüren, daß sie sich ein wenig weit vorgewagt haben. Sie merken, daß die Attentate und ihre Aktivität nicht nur die eigenen Anhänger, sondern auch die Kräfte der Gegner, des revolutionären Proletariats, mobilisieren. Noch ist es dem Wirken der Sozialfaschisten trotz Polizeiterror, trotz RFB-Verbot, trotz der Spaltungs-[585]politik an den proletarischen Massenorganisationen nicht gelungen, die Kampfkraft der Arbeiter zu brechen, die Arbeiter ideologisch so zu korrumpieren, daß der Faschismus leichten Aufmarsch hätte.

Die jetzigen Tastversuche der Faschisten haben ihnen gezeigt: es ist noch zu früh. Diese Erkenntnis wird die Faschisten, insbesondere ihre Auftraggeber, anspornen, ihre Anstrengungen zu verschärfen. Gewaltig verschärfen werden ihre Anstrengungen auch die Sozialfaschisten, insbesondere werden sie in den Massenorganisationen noch brutaler auftreten. Für das revolutionäre Proletariat und seine Partei, die KPD, sind die Ereignisse der letzten Wochen ebenfalls ein Signal, die Kräfte zu vervielfachen, alle Energien anzuwenden, um den Kampf mit dem Faschismus, mit der Konterrevolution, siegreich bestehen zu können.

Hitler hat das Programm des Nationalsozialismus auf dem Nürnberger Parteitag klar umrissen: Kampf gegen den Bolschewismus. Er hetzte seine Banditen auf die Arbeiter, er lobte die Mordbuben von 1919 und 1920:

„Denn wenn in den Jahren 1919 und 1920 und auch später Deutschland nicht im Bolschewismus versank, dann ... weil nationale Idealisten existierten, die ... trotz allem noch einmal den Stahlhelm auf das Haupt setzten, Karabiner und Handgranaten nahmen und nun im blutigen Bürgerkrieg die bolschewistische Meute niederschlugen."

Das ist ein sehr klares Treubekenntnis zu den großkapitalistischen Auftraggebern, ein Lobgesang für die Ehrhardt-Leute, die Manfred von Killinger, Tillessen, Plaß, Klintzsch, Heinz, von Salomon und die anderen bewährten Mordgesellen, die jetzt alle in Hitlers Organisation führende Stellen einnehmen. Hitler verkündete in Nürnberg:

„Ablehnung des Internationalen, der Demokratie, des Parlamentarismus und des Pazifismus."

Er erklärt: „Das ist das Wunder, daß dem Zeichen des Sowjetsternes nur ein deutsches Kreuz gegenüber steht." Er verkündete gegen die Arbeiter den blutigen Terror:

„Der Terror ist das Gebot der nationalen Ehre, die kein Feilschen und kein Handeln duldet."

Und damit Klarheit besteht, daß der Terror sich gegen die Arbeiter wendet, unterstreicht er, daß er den Terror meint, wie er in Italien besteht:

„Die Nationalsozialisten sehen es als eine ihrer Aufgaben an, der Verhetzung der öffentlichen Meinung in Deutschland gegen Italien ... entgegenzutreten."

Betrachten wir die Bewegung des Faschismus im allgemeinen, beobachten wir die Entwicklung des Sozialfaschismus, dann sehen wir ein immer energischeres Zusammenströmen aller Gruppen und Richtungen. Jede Gruppe möchte dabei als erste an der Spitze stehen. Das ist der edle Wettstreit

zwischen Nationalfaschisten und Sozialfaschisten. Aber das ist kein gegenseitiger Vernichtungsstreit, sondern ein Ringen in Eifersüchtelei und Machtgier, wer den größten Anteil an dem Raub aus der Staatskrippe, an den Ergebnissen der blutigen Unterdrückung und Ausbeutung des Proletariats haben soll. Die beiden aktivsten Gruppen, die Nationalsozialisten und die Sozialfaschisten, versuchen sich dabei am meisten den Rang abzulaufen. Sie bemühen sich, die Forderungen ihrer Auftraggeber zu erfüllen. In der Anwendung brutaler Unterdrückungsmethoden gegen das Proletariat stehen sich beide in nichts nach. Die einen verwenden dabei ihre Stoßtruppen, die anderen mehr den staatlichen Machtapparat. Jedoch machen auch die Sozialfaschisten immer mehr den Versuch, die Rollkommandos des Reichsbanners gegen die revolutionären Arbeiter einzusetzen. Bei den Arbeitern, die noch etwas proletarisches Gefühl behalten haben, gelingt ihnen das aber nur sehr schwer und schleppend. Beim Einsatz von Streikbrechern zeigen beide Gruppen denselben Eifer. Die „freien“ Gewerkschaften vollführen das mit derselben Energie wie die [586] Faschisten. Das Wettrennen bei diesen beiden wesentlichsten faschistischen Flügeln geht nur darum, wer die größten Massen hinter sich bekommt. Die Nationalsozialisten bemühen sich, Massen zu gewinnen, die Sozialfaschisten, Massen zu behalten. Ueber die Aussichten beider wollen wir uns hier nicht verlieren. Wir sind ja keineswegs unbeteiligte Zuschauer wie bei einem interessanten Wettstreit, wir haben nicht die Aufgabe, darüber zu philosophieren, welche von diesen beiden Gruppen die Vorhand erhält oder behält. Für uns gilt es, mit aller Kraft gegen die Faschisten anzukämpfen.

Die Partei hat eine Zeitlang den Kampf gegen die Faschisten vernachlässigt, die faschistische Gefahr unterschätzt. Sie hat diesen Mangel in der letzten Zeit aufgeholt. Daß die Partei den Faschismus zu besiegen vermag, das haben die Tatsachen bewiesen. Bei der Prüfung der Ergebnisse der Sachsenwahl zeigte sich, daß die Partei dort den Faschismus schlug, wo sie am aktivsten auftrat und am entschiedensten ihre Linie durchführte. Die Vorgänge in Schwartbuck zeigen, daß die Partei den Faschismus auch auf dem Lande zu schlagen vermag, wenn sie entschlossen den Faschisten entgegentritt.

Die Erfahrungen lehren aber auch, daß die Ueberwindung des Faschismus keineswegs eine nur ideologische Angelegenheit, sondern eine Angelegenheit des aktiven Handelns ist. Führung von Wirtschaftskämpfen, entschlossenes Eintreten für die Klasseninteressen der irregeführten Nachläufer der Faschisten, Organisierung des proletarischen Selbstschutzes in den Betrieben, entschiedene Zurückweisung des Terrors des Staatsapparates – diese Aufgaben erfordern die stärkste Geschlossenheit der Partei, breiteste organisatorische Verbundenheit mit den Massen und richtige Durchführung der Linie der Partei, der Beschlüsse des 6. Weltkongresses, des 10. Plenums des EKKI und des Weddinger Parteitages.

Das Anwachsen des Faschismus ist ein Zeichen der Zuspitzung der revolutionären Situation. Pflicht der Kommunisten ist es, diese Zeichen zu verstehen und die Organisierung der proletarischen Revolution zu verstärken.

*

## Ueber proletarisch-revolutionäre Wirtschaftsforschung

Von A. Fried

Auf dem X. Plenum des EKKI hat Genosse Varga die Auffassung vertreten, daß die Lebenshaltung des Proletariats in den kapitalistischen Ländern innerhalb der letzten Jahre sich nicht verschlechtert habe, bezw. daß der Reallohn eine Steigerung aufzuweisen habe.

Was den sachlichen Inhalt der Ausführungen des Genossen Varga betrifft, so ist ihm auf dem X. Plenum die gebührende Antwort erteilt worden. Mit Recht haben Genosse Kuusinen und andere Redner auch darauf hingewiesen, daß Genosse Varga zu seinen völlig opportunistischen Folgerungen nur gelangen konnte, indem er sich von dem Material der bürgerlichen Statistik, das er für bare Münze nahm, täuschen ließ, bezw. auch in der methodologischen Auswertung des Tatsachenmaterials unter den Einfluß der bürgerlichen Oekonomik geraten ist.

Die Kritik, die vom X. Plenum an den Auffassungen des Genossen Varga geübt worden ist, gilt unserer Ansicht nach nicht nur den konkreten falschen Auffassungen, die Genosse Varga in seiner jüngsten Broschüre sowie in seinen Ausführungen auf dem X. Plenum, in seinen Verbesserungsanträgen zu den

Thesen usw. vertreten hat. Die Kritik ist vielmehr von grundsätzlicher Bedeutung und trifft außer diesen konkreten Ausführungen die Arbeitsmethoden des Genossen Varga, wie sie in der laufenden wirtschaftlichen Berichterstattung über die Wirtschaftslage in den kapitalistischen Ländern zutage traten, überhaupt. Diese Arbeitsmethoden bestimmen u. a. den Inhalt, die Auswahl des Materials und die Schlußfolgerungen in den be-[587]kannten Vierteljahrsberichten über die Weltwirtschaft, die vom Genossen Varga seit einer Reihe von Jahren in der „Inprekorr“ veröffentlicht werden und für einen großen Teil der Funktionäre der Kommunistischen Partei die wichtigste wirtschaftliche Informationsquelle bedeuten.

Wir wollen an dieser Stelle nicht auf einzelne fehlerhafte opportunistische Behauptungen und Folgerungen eingehen, die in mehr oder minder klarer Sprache vom Genossen Varga in seinen Vierteljahrsberichten zum Ausdruck gebracht werden. (Auf derartige Entgleisungen und Fehler wurde in früheren Jahren des öfteren schon in der „Internationale“ aufmerksam gemacht.) Entgleisungen und Fehler können jedem marxistischen Schriftsteller passieren. Zu einer Gefahr werden sie, wenn sie sich zu einer opportunistischen Linie entwickeln. Und diese Gefahr liegt gerade in den Arbeitsmethoden des Genossen Varga. Uns scheint es in diesem Zusammenhang nötig, zur Organisierung der kollektiven proletarisch-revolutionären Wirtschaftsforschung Anregungen zu geben, bezw. frühere von uns in der kommunistischen Presse schon zum Ausdruck gebrachte Vorschläge genauer zu präzisieren.

Wollen wir die Arbeitsmethode des Genossen Varga, aber auch anderer wirtschaftlicher Mitarbeiter der kommunistischen Presse (z. B. des Genossen E. Ludwig in der „Roten Fahne“ von den Jahren 1922 bis 1928) mit einem Wort charakterisieren, so bestand sie in folgendem:

Das gesamte Material wird den amtlichen bürgerlichen Statistiken und der bürgerlich-ökonomischen Literatur entnommen. Die bürgerliche Auswertung und die reformistische Auswertung dieses Materials werden dann zurückgewiesen und kritisiert. Zweifellos gibt es eine Reihe von Tatsachen, über die wir uns in den kapitalistischen Ländern nur durch bürgerliche Statistiken informieren können. Zweifellos gibt es unter diesen auch eine Fülle von solchen Tatsachen, etwa die Zahlen über die schwerindustrielle Produktion, die als verläßlich angenommen werden können. Der grundlegende Fehler des Genossen Varga besteht aber darin, daß er die Angaben der bürgerlichen Statistik weit über das äußerst begrenzte Gebiet ihrer relativen Verläßlichkeit hinaus als wahr unterstellt und als Grundlage für unsere proletarisch-revolutionäre Stellungnahme zur kapitalistischen Wirtschaft benutzt.

Das methodische Wesen dieses Verfahrens, das vom Genossen Varga (früher vom Genossen Ludwig und anderen) ausgeübt wird, bietet eine interessante Parallele zu der Fragestellung und der Methode, mit der die Versöhnler in der gesamten Kommunistischen Internationale an die Analyse der politischen Probleme herantreten. So wurde in der Parteidiskussion mit den Versöhnlern in der KPD, namentlich in der Diskussion über die Reparationsfrage, besonders klar, daß die Versöhnler (Dokument Meyer-Ewert-Kurt) nicht von einer selbständigen proletarisch-revolutionären Fragestellung, sondern von den Fragestellungen der bürgerlichen Ideologie ausgehen und die von der Bourgeoisie in den Mittelpunkt gestellten Probleme als die jeweils primären Probleme betrachten.

Zwei Probleme sind es, die hier geklärt werden müssen. Es handelt sich erstens um die Frage der Auswertung und Benutzung des bürgerlichen statistischen Materials für die marxistische Wirtschaftsforschung und Wirtschaftspolitik, und zweitens um die Frage der Organisierung der proletarisch-revolutionären kollektiven Wirtschaftsforschung einschließlich der Materialsammlung und der statistischen Bearbeitung.

In beiden Fragen nimmt Genosse Varga einen Standpunkt ein, der die marxistische Wirtschaftsforschung nicht fördert, sondern hemmt.

Marx sagt über den Wert der Statistik in einem bestimmten Zusammenhange:

„Die Statistik wird erst durch Verständnis der Verhältnisse, die die Profitrate bilden, befähigt, wirkliche Analysen über die Rate des Arbeitslohns in verschiedenen Epochen und Ländern vorzunehmen.“ („Das Kapital“ Bd. III, 1. Teil S. 221.)

[588] Diese wichtige Feststellung hat eine allgemeine Bedeutung für die Statistik überhaupt.

Eine besondere Bedeutung gewinnt diese Bemerkung von Marx, wenn es sich um solche Gebiete der Wirtschaft handelt, wo die Interessen des Kapitalismus bestimmte Fragestellungen überhaupt verbieten oder eine Fälschung nicht nur des Materials, sondern auch aller indirekten Zusammenhänge erfordern.

Ein solches Gebiet ist aber das Gesamtgebiet der Löhne und aller Relationen der Löhne zu dem konstanten Kapital, zum Profit, zu den Preisen, d. h. die Fragen des Anteils der Arbeiterklasse am Wertprodukt und der Lebenshaltung der Arbeiterklasse. Hier sind nicht nur kritische Vorsicht und Bedenken gegenüber dem bürgerlichen Material nötig. Auch die Fragestellungen des Marxismus sind hier grundsätzlich verschieden von den Fragestellungen der bürgerlichen Statistiken und Oekonomie. In der Tat bieten die marxistischen Gesetze über die Zusammensetzung des Kapitals die wirkliche Grundlage für die statistischen Fragestellungen. Es ist begreiflich, daß die Durchführung dieser Arbeiten auf ungeheure Schwierigkeiten stößt, von denen der Mangel an den zur Verfügung stehenden Kräften nicht der geringste ist. Der grundlegende Fehler des Genossen Varga besteht aber darin, daß er die Möglichkeit und die Notwendigkeit einer selbständigen, nach marxistischen Gesichtspunkten orientierten ökonomisch-statistischen Forschungsarbeit rundweg leugnet. In einem seiner Vierteljahresberichte glaubt er, diese Frage mit einigen spöttischen Bemerkungen über die Wünsche nach einer „proletarischen Statistik“ abtun zu können und stellt mit billiger Resignation fest, daß man sich wohl oder übel mit der bürgerlichen Statistik begnügen müsse, weil wir eben keine andere haben und weil die Bourgeoisie uns ihr Material nicht ausliefert.

Das X. Plenum des EKKI hat festgestellt, zu welcher Konfusion und zu welchen schwerwiegenden opportunistischen Folgerungen das Vertrauen zur bürgerlichen Statistik bei dem Genossen Varga geführt hat. Wir glauben, daß in konsequenter Weiterführung dieser Kritik auch die Frage der kollektiven proletarisch-revolutionären Wirtschaftsforschung neu aufgerollt werden muß.

Um was handelt es sich? Um den Genossen Varga und andere, die über diesen Ausdruck spöttisch lächeln, von vornherein zu beruhigen, sei hier die Selbstverständlichkeit festgestellt, daß wir die bürgerliche Statistik über Produktionszahlen, über Außenhandel, über Umsatzziffern im Innenhandel und der Geldzirkulation, Bankausweise und dergleichen benutzen müssen und nicht ersetzen können. Eine andere Frage ist, daß wir uns auch auf diesem Gebiete, wo uns gar keine Möglichkeit zur eigenen Zusammenstellung des Materials gegeben ist, nicht kritiklos auf das bürgerliche Material verlassen können. Die marxistische Methode, wenn sie wirklich angewendet wird und sich nicht im Gebrauch einer marxistischen Terminologie erschöpft, bietet uns sehr oft die Möglichkeit, die Widersprüche der bürgerlichen Statistik aufzuzeigen und bestimmte Fälschungen, etwa auf dem Gebiete des Außenhandels, zu entlarven. Ja, wir können auch weitergehen und sind auch weitergegangen. Ohne im geringsten den rechtsopportunistischen Illusionen über Produktionskontrolle ohne Machtkampf zu verfallen, haben wir mit Hilfe der Arbeiterkorrespondenten der kommunistischen Presse im Ruhrgebiet, in Halle, in Solingen schon des öfteren wichtiges statistisches Material über die Produktion eines Betriebes veröffentlicht, das unter Umständen für Schlußfolgerungen benutzt werden konnte, deren Bedeutung weit über den einzelnen Betrieb hinausgeht.

Das eigentliche Gebiet der proletarisch-revolutionären Wirtschaftsforschung betrifft aber in der gegenwärtigen Periode die Fragen der Rationalisierung und der Lebenshaltung der Arbeiterschaft.

Wer die Jahrgänge der kommunistischen Presse seit den Jahren der Rationalisierung im Ruhrgebiet, im mitteldeutschen Industriegebiet und in einigen anderen Gegenden verfolgt hat, der weiß, daß unsere Arbeiterkorre-[589]pondenten hier über die kapitalistische Rationalisierung schon ein ungeheuer wertvolles reichhaltiges Material zusammengetragen haben. Gewiß, dieses Material aus den Betrieben, aus den Gruben und Schächten ist unvollständig, die Sammlung ist unsystematisch, oft überhaupt nicht erfolgt. Gerade darin sollte aber die Organisierung der proletarisch-revolutionären Wirtschaftsforschung bestehen, daß unsere Arbeit jetzt unter einheitlichen systematischen Gesichtspunkten erfolgt, daß die Fragestellungen, die nach dem Wort von Marx die Statistik überhaupt bestimmen, unter marxistisch-leninistischen Gesichtspunkten ausgearbeitet werden. Ohne sich von den bekannten bürgerlich-

sozialdemokratischen Drohungen über „Veröffentlichung von Betriebsgeheimnissen“ einschüchtern zu lassen, müssen unsere roten Betriebsräte und revolutionären Vertrauensleute in den Betrieben jetzt in der zweiten Welle der kapitalistischen Rationalisierung wieder an diese Aufgabe herantreten.

Das andere große Gebiet der Arbeiten, wo wir die Möglichkeiten einer selbständigen Erfassung des Materials noch gar nicht erfaßt haben, bezieht sich auf die Fragen der proletarischen Lebenshaltung. Es genügt nicht, abstrakt festzustellen, daß das bürgerliche Material gefälscht ist. Es führt selbstverständlich auch zu den schlimmsten opportunistischen Folgerungen, wenn man nach der Methode, die Genosse Varga auf dem 10. EKKI-Plenum verteidigt hat, zwar alle bürgerlichen Angaben für eventuell gefälscht erklärt, aber in der Beständigkeit dieser gefälschten Angaben gleichsam einen Wahrheitskoeffizienten erblickt. Worauf es ankommt, das ist vielmehr die Beschaffung eines Materials, welches nicht von der bürgerlichen Statistik gefälscht, sondern aus der lebendigen Wirklichkeit geschöpft wird. Das ist bei der innigen Verbindung zwischen der Kommunistischen Partei und den proletarischen Massen wohl möglich. Wenn die Anfänge von proletarischen Lebenshaltungsstatistiken, wie sie in Berlin, im Ruhrgebiet, in Hamburg gemacht wurden, bis jetzt nicht über bescheidene Ansätze hinausgekommen sind, so liegt der Grund nicht in der Unmöglichkeit der Beschaffung und Verwertung des Materials, wie es Genosse Varga annimmt. Die Ursache liegt vielmehr darin, daß die ökonomische Arbeit der für diese Tätigkeit freigestellten Kräfte nicht nach den Gesichtspunkten der proletarisch-revolutionären Wirtschaftsforschung orientiert war, was zweifellos mit ihrer rechten Orientierung zusammenhängt. Ohne die tatkräftige Hilfe und Leitung einer marxistisch geschulten Zentralstelle mußten die vielversprechenden Versuche einiger Redaktionen und der Arbeiterkorrespondenten immer wieder zusammenbrechen.

Die Fragen der Lebenshaltung, die Frage der absoluten Verelendung der Lage der Arbeiterklasse spielt in den bevorstehenden Klassenkämpfen zwischen Bourgeoisie und Proletariat, im Kampf der revolutionären Gewerkschaftsopposition mit den Reformisten eine entscheidende Rolle. Es gilt außer dem schon auf dem 10. EKKI-Plenum geführten allgemeinen Beweis für die absolute Verschlechterung der Lebenshaltung, für das Sinken der Reallöhne, der dort entsprechend dem Charakter der Tagung im internationalen Maßstabe gegeben wurde, nun konkret in den einzelnen Ländern, in den einzelnen Industriegebieten und Berufszweigen Untersuchungen über die wirkliche Lage der Arbeiter durchzuführen. Mit einem Wort, eine Art proletarischer Wirtschaftsenquete durchzuführen, deren Ergebnisse sicher aufschlußreicher sein werden als jene der mit großer Reklame angekündigten und durch die ganze Anlage und Methode von vornherein zur Unfruchtbarkeit verurteilten Wirtschaftsenquete der bürgerlichen deutschen Republik.

Zweifellos stoßen solche Untersuchungen auf bedeutende Schwierigkeiten und werden zunächst nur im beschränkten Umfange durchgeführt werden können. Die genaue und gewissenhafte Feststellung des Reallohnes und seiner Bewegung erfordert außer einer genauen Berechnung der örtlichen Kleinhandelspreise die Berücksichtigung der komplizierten wechselnden Beziehungen zwischen den einzelnen Ausgaben, die die Gesamtheit der Ausgaben eines Arbeiterhaushaltes ausmachen. Gerade hier versagt die bürgerliche Statistik vollkommen. Dasselbe gilt für die sogenannten Untersuchungen [590] und Erhebungen der reformistischen Gewerkschaften, die die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausnützen, um Klarheit über die Lebensverhältnisse, den Lebensstandard des deutschen Arbeiters zu schaffen. Sie wissen warum. Diese Klarheit würde nur eine vernichtende Anklage gegen die Politik der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie sein.

Um so notwendiger ist es, daß die Arbeit unsererseits auf diesem Gebiete unter einheitlicher Leitung, aber bei breitester Heranziehung der Belegschaften in den Betrieben aufgenommen wird. Unsere Untersuchungen müssen sich außer auf die Löhne und Lebensverhältnisse der qualifizierten Arbeiter auch auf die der breiten Millionenschichten der ungelernten Arbeiter erstrecken. Die Lage der Erwerbslosen erfordert ganz neue und eingehende Untersuchungen, die das ganze Elend der Opfer der kapitalistischen Rationalisierung aufzeigen. An den Untersuchungen über die Fragen des Arbeiterbudgets müssen sich auch die betriebstätigen Arbeiterinnen und die Hausfrauen beteiligen. Nach Ueberwindung der ersten Schwierigkeiten wird es dadurch möglich sein, das Interesse der Arbeiterfrauen an den Wirtschaftskämpfen, ihre Einbeziehung in den revolutionären Massenkampf

zu steigern. So wird die Organisierung der proletarisch-revolutionären Wirtschaftsforschung einerseits eine Garantie gegen opportunistische Fehler bilden, wie sie in den Auffassungen des Genossen Varga zum Ausdruck kamen, andererseits als eine Waffe gegen die Lügen der bürgerlich-sozialdemokratischen Statistiken in den Wirtschaftskämpfen des Proletariats bedeutende Dienste leisten können.

*

### „Die Steigerung der Reallöhne" und „Die Nichtverschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiter" im Lichte des Bankrotts.

Eine praktische Illustration erhält die These des Genossen Varga über „die Steigerung der Reallöhne" und „die Steigerung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse" durch einige „nebensächliche" und „nicht zur Frage" gehörige Ereignisse in Berlin, die allerdings nicht in der Lohn-, wohl aber in der Konkursstatistik in Erscheinung treten werden. Nacheinander verkrachten die Hausvogteiplatzwölfe, Konfektionsfirmen, deren Entstehen, Blüte und Entwicklung zu Riesenunternehmungen auf das engste mit dem Entstehen und Werden der Riesenarmeen der Lohnarbeiterschaft verknüpft war. Die Konfektionsfirmen des Hausvogteiviertels stellten durchweg Anzüge, Kleider, Wäsche usw. her, die in den Warenhäusern, Kleidergeschäften usw. der Industrieorte und Arbeiterquartiere feilgeboten wurden – mittlere und billigere Waren, wie sie nur die schlecht bezahlte Arbeiterschaft trägt. Die Hausvogteiwölfe beschäftigten Zehntausende von Heimarbeitern und Heimarbeiterinnen, die durch den Konkurs der großen Unternehmungen jetzt brotlos wurden. Es handelt sich durchweg um Firmen, die seit 50 und mehr Jahren bestanden. Massenproduktion, Massenartikel waren die Grundlage des Geschäftes. Die Waren dieser Konfektionsfirmen dienten ausschließlich dem deutschen Innenmarkt, die Industriearbeiter waren die Abnehmer.

Die Ursachen des Konkurses dieser Hausvogteiplatzfirmen liegen klar auf der Hand. Schwindende Kaufkraft der Arbeiterschaft, wachsende Verengerung des Innenmarktes.

Natürlich werden unsere „Statistiker" versuchen, für die „Phänomene" der Konkursstatistik andere Ursachen zu ersinnen, als die unserer Schlußfolgerung. Vielleicht werden sie es sogar fertigbringen „uns nachzuweisen", daß die Arbeiter heute bei ihren „gestiegenen Reallöhnen" sich samt und sonders ihre Leib- und Hofschneider zugelegt haben und deshalb auf die billigere Konfektionsware verzichten. Danach würde der Konkurs der Konfektionsgeschäfte gerade die Besserstellung der Lebenshaltung der Arbeiter beweisen. Aber eine solche Deutung des „Phänomens" widerspricht gleichfalls der Statistik, die ausweist, daß die Zahl der Leib- und Hofschneider nicht zu-, sondern abnimmt. Wie man's macht mit der verfluchten Statistik, nie wills klappen. Der Setzer. [591]

## DISKUSSION

### Zur Gasschutz-Debatte

Von Erich Steffen (Berlin)

Zu der in Heft 16 von den Genossen G. Reimann und K. S. behandelten Frage unserer Stellung zum Gasschutz sind uns eine Reihe von Zuschriften zugegangen, die sich gegen die Auffassung des Genossen Reimann wenden. Um Wiederholungen zu vermeiden, veröffentlichen wir nachstehend nur den Artikel des Genossen Steffen. D. Red.

Die von der Partei geführte Kampagne gegen die imperialistische Kriegsgefahr führt auch zur Aufwerfung vieler Teilfragen, die sich auf die Agitation und die Taktik beziehen. Es ist nur natürlich, daß bei dem Versuch, die Arbeitermassen schneller in Bewegung zu setzen und aktionsfähiger zu gestalten, Vorschläge entstehen, die bei einer politischen Untersuchung nicht nur als wertlos abgelehnt werden müssen, sondern oft in ihrer Konsequenz direkt die Rüstungspläne der Bourgeoisie unterstützen.

Gewöhnlich ist das immer dann der Fall, wenn die Auffassung vertreten wird, daß die politischen Losungen nicht von den Massen aufgenommen werden und organisatorische Forderungen eine „bessere Wirkung" hätten.

Genau so falsch wie die Losungen der Produktionskontrolle, Volksmiliz, Abrüstung als Sprungbrett anzuwenden, ist es auch, eine „wirksamere Plattform" zum

Giftgaskrieg und zum Gasschutz zu erfinden. Diese „wirksamere Plattform“ wird vom Genossen G. Reimann in Heft 16 „Die Internationale“ und in der „Arbeiterstimme“ (Dresden) vom 19. September 1929 verlangt.

Seine Angriffe richten sich gegen meine Artikel „Gaskrieg und Gasschutz“ (Dezember-Heft „Der drohende Krieg“) und „Gasschutz für Zivilbevölkerung“ (Pressedienst Nr. 71/1929).

Ich hatte dort unter Beweis gestellt, daß die deutschnationale Forderung nach Gasschutz die Maskierung für die imperialistischen Kriegsrüstungen ist. Meine Forderung war, dieses Manöver zu entlarven und als zentrale Losung die „Vernichtung des imperialistischen Krieges“ auch weiter in den Mittelpunkt unserer Arbeit zu stellen.

Wenn ich jetzt erneut zu dem Problem Stellung nehme und bei den Darlegungen auf die Artikel des Genossen G. R. zurückgreife, so nicht um der Person willen, sondern nur deshalb, weil Genosse Reimann der Vertreter einer vorhandenen Anschauung ist und in seinen Formulierungen sich diese am deutlichsten zeigt.

Er fordert von der Partei, sie solle die Forderung nach Gasschutz erheben und sie zur Tageslosung der Massen machen. Ergänzend wird hinzugefügt, daß „selbstverständlich der von dem Staat propagierte und organisierte Gasschutz abzulehnen sei und nur der Schutz richtig ist, der von den Arbeiterorganisationen geschaffen werde“. Diese so von R. in der „Internationale“ gestellte organisatorische Forderung wird in ihren Grundzügen in der „Arbeiterstimme“ vom 10. September 1929 erneut aufgestellt, jedoch, angeregt durch die Kritik des *Ge*nossen K. S. in der „Internationale“ Nr. 16, mit einigen politischen Formulierungen maskiert.

Die vom Weddinger Parteitag für den „Krieg gegen den imperialistischen Krieg“ gegebene detaillierte Aufgabenstellung ist erschöpfend für die ganze Periode der Arbeit. Ist es ein Zufall oder ein Versehen, daß die Frage des Gasschutzes nicht besonders behandelt wird? Hat der Genosse R. recht, daß er diese „Lücke“ ausfüllen will und seine Forderung erhebt?

Ich verzichte darauf, den Teil dieser Fragestellung zu behandeln, den Genosse K. S. schon in Heft 16 richtig beantwortet hat.

[592] Der Gaskrieg ist „kein Ding an sich“, sondern die Anwendung von Kampfmitteln auf einer höheren technischen und wissenschaftlichen Stufe. Genau so wie die Einführung der Feuerwaffen, der Schnellfeuergeschütze, der Luftfahrzeuge, der U-Boot-Krieg und die Anwendung der Hungerblockade den Charakter der Kriege nicht verändert hat, ist es beim Gaskrieg der Fall.

Die Verbesserung der Technik zog größere Teile der Bevölkerung in die direkte Kriegswirkung hinein, wie schon der Weltkrieg gegenüber den Kriegen des vergangenen Jahrhunderts zeigte. Luftangriffe, Ferngeschütze, U-Boot-Krieg waren die Zeichen der „neuen“ Kriegsführung. Denken wir an die Hungerblockade und an die Massendeportationen der Bevölkerung! Sie waren praktisch Vorläufer jener Kriegswirkungen, die durch den Giftgaskrieg zu erwarten sind. Gewiß, die Wirkung wird unendlich größer sein, aber niemand kann voraussagen, ob nicht durch neue physikalische Entdeckungen, bakteriologische Forschungen und neue Erfindungen auf chemischem und technischem Gebiet die jetzige Gasgiftwirkung um das Vielfache überboten wird. Aber deswegen wird die Kriegsmethode zu keiner besonderen Frage, zu der wir eine andere Grundeinstellung einnehmen. Diese Methoden sind doch nur die Mittel zur Führung des imperialistischen Krieges.

Dieser Grundfehler des Genossen Reimann, den Giftgaskrieg als „eine besondere Frage“ zu sehen, hat Auswirkungen, die schon weit von der Parteilinie fortführen. Er behauptet, die Forderung des Gasschutzes sei eine „reale Basis“ zur Mobilisierung der Massen, die von der Partei gebrauchte Losung die „radikale Phrase“. Er glaubt, über eine passive Forderung, die praktisch die Anerkennung der Giftgasfabrikation bedeutet, die Arbeiter zur Abwehraktion zu bringen. Warum dann aber nur Gasschutz? Dann ist es nur logisch, auch zu fordern Schutzmaßnahmen gegen Kanonen, Maschinengewehre und ökonomische Vorkehrungen zu treffen, um Versorgung und

Verpflegung zu gewährleisten. Dann müssen wir beizeiten Lazarette bauen und genügend Sicherungen für den Gesundheitsschutz schaffen.

Die Wirkung der „Gasschutzpropaganda“ würde sein, daß die Bevölkerung wirklich glaubte, sie müsse sich schützen gegen einen Krieg, der von Sowjetrußland ausgeht. Anstatt die Kriegsrüstungen der Bourgeoisie zu entlarven und zu bekämpfen, würden wir damit die Propaganda gegen den „roten Imperialismus“ unterstützen. Die Arbeiter brauchen keinen Schutz vor der Sowjetunion, wenn sie verstehen, die imperialistischen Kriegsrüstungen ihrer Kapitalisten selbst zu zerstören.

Als Hauptbedingung, und das soll scheinbar das politische „Alibi“ sein, wird von R. erklärt, der Gasschutz, der vom Staat organisiert werde, müsse „selbstverständlich“ abgelehnt werden, und wir müßten einen Gasschutz durch die Arbeiterorganisationen schaffen. Diese Forderung ist wirklich eine radikale Phrase, denn sie läßt sowohl die chemisch-technischen Bedingungen wie auch die organisatorischen außer Betracht. Soll unsere Losung eine Wirkung haben, müssen wir also erstens beweisen, daß ein wirksamer Schutz vorhanden ist oder geschaffen werden kann, der die Millionen der Proletarier und des Mittelstandes vor dem Gaskrieg schützt. Zweitens dürfen wir diesen Schutz nicht nur propagieren, sondern müßten bei gleichzeitiger Abwehrorganisation gegen die staatliche „Hilfe“ den Gasschutz praktisch organisieren. Genosse R. schreibt in der „Internationale“ Nr. 16 ausdrücklich, wir müßten eintreten:

„für den Gasschutz, der von den Organen der Arbeiter unter Hinzuziehung des kleinen Mittelstandes organisiert wird.“

In der „Arbeiterstimme“ fährt er fort:

„Dieser Gasschutz soll die Massen nicht nur vor dem Giftgas der ausländischen, sondern auch der inländischen Imperialisten schützen.“

Es ist also die Periode vor einer siegreichen Revolution gemeint. Wenn er an einer anderen Stelle weiter begründet, daß wir für die Bewaffnung [593]des Proletariats sind und deswegen auch für „den“ Gasschutz eintreten müssen, so ist das eine politisch falsche Formulierung. Selbstverständlich werden wir in der Periode der Organisierung der Revolution auch weitmöglichst technische Vorbereitungen treffen, um die politische Aktion zu stützen und schneller durchzuführen. In diesem Rahmen nimmt der Gasschutz die Rolle ein, die ihm zukommt. Das ist aber nicht d a s Problem des Gasschutzes, wie ihn Reimann meint, denn er verlangt doch, „dieser Gasschutz müsse zur Tagesforderung breiter Massen werden“, um vor den Wirkungen der Kriegspolitik der Imperialisten und dem Bürgerkrieg geschützt zu sein. Rein organisatorisch fehlen uns für einen „solchen“ Schutz zwei „Kleinigkeiten“. Wir sind nicht die Besitzer der Produktionsmittel (darunter fallen nicht nur die Fabriken, sondern auch die Wissenschaft). Auch die Machtmittel des Staates, die uns „hindernd“ im Weg stehen, sind nicht zu unterschätzen. Wenn wir also den Gasschutz propagieren, ohne ihn zu realisieren, so werden die Massen sehr schnell ihn freudig aus der Hand der Bourgeoisie nehmen.

Dadurch, daß die Frage „Gasschutz an sich“ behandelt wird, gerät der Genosse G. R. immer tiefer in einen ideologischen Sumpf. Er will die Bevölkerung überzeugen, daß es einen „relativen“ Schutz gibt, der aber groß genug ist, um die Einführung eines allgemeinen Gasschutzes zu rechtfertigen. Diese Propaganda führt in eine Front mit den Deutschnationalen, die auch behaupten, der Gaskrieg sei „human“ und „gar nicht so schlimm“ wie ihn die Gegner darstellen. Genosse R. wandelt bereits auf diesen Spuren. Er schreibt:

„Das bekannteste Gasschutzmittel ist die Gasmaske. Sie hat bewirkt, daß im vergangenen Weltkriege die meisten Giftgase gegen Ende des Krieges für die kämpfenden Soldaten zu einer s e h r a b g e s t u m p f t e n, u n d w e n i g w i r k s a m e n W a f f e w u r d e n.“

Es fehlt nur noch, daß er behauptet, die Soldaten hätten sich über die Gasangriffe lustig gemacht. Er widerspricht sich aber im selben Artikel, wo er behauptet:

„Kein Zweifel, daß das Giftgas zu den grausamsten und mörderischsten Waffen gehört ... ganz besonders auch deswegen, weil durch das Flugzeug die gesamte Zivilbevölkerung, ganz besonders Kinder und Frauen mit dem Giftgas im Kriegsfalle Bekanntschaft machen. Wenn das im vergangenen Kriege erst im geringen Maße zutraf

und nach Ansicht der Militaristen nur relativ wenig daran gestorben sind, so ist das nicht nur auf die Harmlosigkeit des Giftgases an sich zurückzuführen, sondern lediglich auf die damals geringeren Vorbereitungen des Giftgaskrieges. Die gefährlichsten Giftgase wurden erst bei Ende des Krieges als verwendbar entdeckt und in größeren Mengen hergestellt."

Diese Erkenntnis hindert ihn nicht, die Bedrohung der Frauen und Kinder als abwendbar hinzustellen, indem er schreibt:

„Wird es aber möglich sein, bei einer Bedrohung der gesamten Bevölkerung alle mit Gasmasken auszurüsten? An der Produktion von Gasmasken würde dies sicherlich nicht scheitern. Bereits 1917/18 wurden in Deutschland viele Millionen Gasmasken hergestellt."

R. widerspricht heftig der Ansicht, daß diese Gasmasken keinen Schutz bieten und daß es bei Kohlenoxyd und Reizgasen, bei Gelbkreuz und Senfgas keine Hilfe gäbe. Er versucht zu beweisen, daß auch hier die Abwehrtechnik über die Angriffswaffe hinausgegangen ist. So schreibt er in Ergänzung seiner Behauptung:

„Ein wirksamerer und wichtigerer Massenschutz als die Gasmaske ist die Vernebelung. Die Treffsicherheit der Bombenflugzeuge ist, soweit sie in beträchtlicher Höhe fliegen, relativ gering. Durch die Vernebelung ganzer Geländeteile und Gebäudekomplexe kann die Treffsicherheit der Bomben entscheidend vermindert werden."

Eine ganz katastrophale Auffassung hat er bei der Frage der Gasverwendung im Bürgerkrieg. Er schreibt in der „Internationale" Nr. 16:

[594] „... wenn auch gegenüber den gefährlichsten Giftgasen (vor allem Gelbkreuz und Senfgas) Gasschutzmasken überhaupt nichts nützen. Aber gerade diese Giftgase werden im Bürgerkrieg z. B. wahrscheinlich in nicht so starkem Maße wie andere Giftgase angewendet werden, weil das Senfgas längere Zeit liegen bleibt und auch dem Gegner den Zutritt zum vergasten Gelände verwehrt."

Hier wird die Auffassung vertreten, daß die Bourgeoisie einen „humaneren" Krieg führen wird, obgleich gerade das Gegenteil der Fall sein wird. Aber R. setzt die Kette seiner Widersprüche fort, indem er schreibt:

„Außerdem kann durch Ausstreuung von Chlorkalk das im Gebäude befindliche Senfgas sehr schnell beseitigt werden."

Platzmangel verbietet es, weitere Proben solcher Widersprüche zu bringen. Solch eine Stellung, die R. dann als Linie der Partei ausgibt, schafft heillose Verwirrung.

Wenn in allen von der Internationale und der Partei gefaßten Beschlüssen zur Frage der Kriegsgefahr die Frage des Gasschutzes nicht besonders behandelt wurde, so deswegen, weil sie für uns nicht der Gegenstand spitzfindiger Untersuchungen darüber sein kann, wie wir die Wirkungen des Gaskrieges mit „praktischen organisatorischen" Mitteln paralysieren können.

Die Entwicklung des chemischen, physikalischen und bakteriologischen Krieges ist eine Rechnung mit unbekannten Größen. Weil wir die Frage nur politisch stellen, werden wir uns weder auf einen „relativen" Schutz noch auf sonstige Diskussionen über den Grad der Gefährlichkeit einlassen. Solange sich Wissenschaft und Technik in den Händen der Bourgeoisie befinden, werden sie zu Mordzwecken an Millionen Proletariern gestaltet und dienen dazu, Ausbeutung und Unterdrückung zu steigern. Der einzige Schutz besteht darin, den Trägern der kapitalistischen Gesellschaftsordnung die Produktionsmittel und die politische Macht zu entreißen. Der Hebel zu diesem Ziel liegt in den Aufgaben, wie sie in den Beschlüssen des Parteitages umrissen sind. Das Schwergewicht der Arbeit liegt in den Betrieben, die die Produktionsstätten für Kriegsmaterialien, ganz gleich, um was für eine Art es sich handelt, hergestellt werden. Daß die Chemieproleten in den gewaltigen Betrieben des Chemietrustes die besonders wichtige Aufgabe haben, im entscheidenden Moment die Giftgasproduktion zu verhindern, ist selbstverständlich.

Die Partei muß scharf alle Versuche zurückweisen, die darauf hinauslaufen, die bisherige Linie zu ändern, ihre Parole als „radikale Phrase" zu bezeichnen und sich durch „praktische Losungen" in den Sumpf des Opportunismus fuhren zu lassen.

### *Feststellung*

Genosse K. S. ersucht uns um Abdruck dieser Erklärung zu den Bemerkungen des Genossen Reimann in Heft 16 der „Internationale“. Die Redaktion.

Ich kann den „Bemerkungen“ des Genossen Reimann nicht antworten, da sie ja nichts Sachliches enthalten, muß aber feststellen:

1. Es ist dem Genossen R. nicht „unterschoben“ worden, daß er für die „Forderung der Versorgung der Zivilbevölkerung mit Gasmasken durch den Staat“ eintrete, sondern ausdrücklich angenommen worden, daß er dies nicht meine, obwohl er eine solche Auslegung seiner Formulierungen nicht ausgeschlossen hat.

2. Der Satz R.s über den Kampf gegen den vom bürgerlichen Staat organisierten Gasschutz ist nicht unterschlagen, sondern ausdrücklich erwähnt worden mit der Bemerkung, daß er freilich durch die Vorschläge R.s zu einer „bloßen Phrase“ werde.

3. Den Satz, den mir Genosse R. zuletzt als „ultralinke Entgleisung“ vorwirft, wird der Leser in meinem Artikel vergeblich suchen. Er ist in der Tat nicht geschrieben worden. Daß aber Genosse R. bei mir nach „ultrahinken Entgleisungen“ fahndet, um seine Vorschläge zu verteidigen, erscheint mir bezeichnend. K. S. [595]

## LITERATUR

### *Eine neue Engels-Fälschung*

Neudrucke marxistischer Seltenheiten Band IV
Verlag von Rudolf Liebing (E. Franz & Go,), Leipzig 1929

Der Band enthält: eine Einleitung von Herrn Rudolf Franz „Nicht Abrüstung, nicht Reichswehr, sondern Miliz!“, in seinem Hauptteil eine Schrift von Karl Radek aus der Vorkriegszeit „Kapitalistisches Wettrüsten, Volksheer und Sozialdemokratie“ und schließlich zwei Schriften von Engels „Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei“ (1865) und „Kann Europa abrüsten“ (1893).

Nach den ersten drei Bänden der „Seltenheiten“, den Neudrucken der deutsch-französischen Jahrbücher, des „Herrn Vogt“ und der Briefe an Nikolai-on, konnte man annehmen, daß diese Serie tatsächlich dem anerkennenswerten wissenschaftlichen Zweck diene, seltene Schriften von Marx und Engels dem Leser zugänglich zu machen. Nach dem neuesten Band scheint es, daß dies ein Irrtum war. Mit der dem Band vorausgeschickten Einleitung hat der Herausgeber den Weg der politischen Fälschung von Marx und Engels betreten, den vor ihm schon „Größere“ gewandelt sind, Kurz gesagt: Herr Franz versucht die bestimmte Taktik von Friedrich Engels in den Jahren 1865 bzw. 1893 als die grundsätzliche Stellung des Marxismus zur Militärfrage auszugeben und „verlangt“ ihre Uebertragung auf die Gegenwart; er gibt Neudrucke von Engels heraus. um damit für allgemeine Wehrpflicht und Miliz eine Lanze zu brechen, heute, im Deutschland von 1929. Dies ist trotz aller „orthodoxen Maskierung“ nichts anderes, als was Bernstein, Schippel, Heine Ende der neunziger Jahre, was Bernstein, Kautsky, Plechanow im imperialistischen Kriege getan, als sie den imperialistischen Chauvinismus mit der Taktik von Marx und Engels in der Zeit der nationalen Kriege rechtfertigten.

An sich ist natürlich diese Stellung des Herrn Franz politisch vollkommen bedeutungslos. Da sie aber mit den Parolen der rechten und ultralinken Renegaten des Kommunismus zusammentrifft, andererseits die Sozialdemokratie dann, wenn es ihr bzw. dem deutschen Imperialismus paßt, sich zweifellos dieser Argumente zur Rechtfertigung der Massenmilitarisierung zum Kriege gegen die Sowjetunion bedienen wird, ist es notwendig, diese Fälschung hier scharf zurückzuweisen,

Zuerst ein paar Worte über die in dem Band enthaltenen Schriften. Die Engelssche Broschüre „Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei“ ist 1865 geschrieben, während des sogenannten „Verfassungskonflikts“ der liberalen Bourgeoisie mit dem absolutistischen Ministerium in Preußen anläßlich der Frage der Reorganisierung der preußischen Armee. Sie setzt – dies ist ihr wesentlicher Inhalt – die Taktik der damals noch in den Kinderschuhen steckenden Arbeiterpartei in diesem Kampf zwischen Bourgeoisie und Feudalpartei auseinander. Dabei hegt Engels das

Hauptgewicht auf die völlig unabhängige Organisation und politische Aktion der Arbeiterklasse. Seine Hauptlehre ist: die Bourgeoisie vorwärtstreiben und unnachsichtlich züchtigen für ihre konterrevolutionäre Feigheit, die eigentliche Militärfrage „gehen lassen, wie sie geht“ mit dem Bewußtsein, daß das deutsche Proletariat „einmal seine eigene Armee-Reorganisation“ machen wird; der Reaktion schließlich auf ihre Lockungen antworten: „mit dem Speere soll man Gabe empfangen, Spitze gegen Spitze“. (Die Broschüre enthält übrigens eine sehr scharfe Polemik gegen die Lassalleaner, die auf den Köder der Reaktion angebissen hatten.)

Es ist selbstverständlich, daß diese taktischen Ratschläge von Engels in der Zeit der demokratischen Revolution und der nationalen Kriege nicht die geringste Bedeutung haben können beute für ein imperialistisches Land in der Epoche der proletarischen Revolution und der imperialistischen Kriege[*)], daß nur zynische Fälscher mit den damaligen Parolen von Engels ihre gegenwärtige konterrevolutionäre Politik rechtfertigen können. Dies hat Schippel 1898/99 getan, als er die Engelssche Polemik gegen die Milizutopien der demokratischen Kleinbürger der sechziger Jahre gegen die (damals noch objektiv revolutionäre) Milizforderung der Sozialdemokratie der neunziger Jahre ausspielte. Dies hat Heine getan, als er Engels' Rat an die Bourgeoisie von 1865, sich gegen die Bewilligung der Armee-Reorganisation demokratische Konzessionen zu kaufen, wenn sie schon zu feige sei zu kämpfen, in einen Rat an das Proletariat der neunziger Jahre verwandelte, „Kanonen gegen Volksrecht“ einzutauschen, Herr Franz sagt nichts gegen diese Fälschungen, was unbedingt notwendig gewesen wäre, sondern er beteiligt sich in der Tat an ihnen.

Die zweite Schrift sind die im März 1893 anläßlich der Militärvorlage im „Vorwärts“ erschienenen Artikel von Engels, die unter dem Titel „Kann Europa abrüsten? als Broschüre erschienen sind. In diesen Artikeln fordert Engels als einzig mögliche „Abrüstung“ die Umwandlung der stehenden Heere in eine „auf allgemeiner Volksbewaffnung beruhende Miliz“. Engels bezeichnet dies ausdrücklich als eine demokratische Minimalforderung, die „auch die heutigen Regierungen und unter der heutigen politischen Lage“ durchführen können. Er sagt, daß vom „rein militärischen Standpunkt der allmählichen Abschaffung der stehenden Heere absolut nichts im Wege stehst und daß, wenn trotzdem diese Heere aufrechterhalten werden, dies nicht aus militärischen, sondern aus politischen Gründen geschieht, daß also mit einem Wort die Armeen schützen sollen sieht so sehr gegen den äußerem, wie gegen den inneren Feind“.

[596] Welches aber war jene „politische Lage“, auf Grund deren Engels diese Milizforderung aufstellte und so die Bourgeoisie entlarvte? Es war die vorimperialistische Epoche, da noch nicht das heutige imperialistische Finanzkapital reif geworden war, da noch nicht der Kampf um die Neuaufteilung der Welt, sondern vor allem die Annexion Elsaß-Lothringens und die Eroberungspolitik des Zarismus, dieses „wichtigsten Teils der gesamteuropäischen Reaktion“, die Wurzel der Kriegsgefahr und des Wettrüstens war. Noch stand der Kampf gegen den Absolutismus in Deutschland auf der Tagesordnung, an dem sich damals sogar noch die Bourgeoisie (freilich zum letzten Male) beteiligte, noch war ein nationaler Verteidigungskrieg im Interesse der Demokratie gegen den Zarismus in Betracht zu ziehen. Daraus folgte die Notwendigkeit eines „Minimalprogramms“ und die Richtigkeit der Milizlosung. Aber diese Forderung auf die Gegenwart, d. h. auf ein imperialistisches Land in der Epoche des Imperialismus und der Weltrevolution übertragen, wo kein Absolutismus zu bekämpfen ist, sondern nur die Bourgeoisie, wo kein Zarismus in Rußland mehr besteht, sondern die Diktatur des Proletariats, wo jede bürgerliche Armee, und sei es die demokratischste Miliz, nur dem Kriege gegen das eigene Proletariat und die Sowjetunion dient und dienen kann, ist nicht nur eine unverschämte Fälschung des Marxismus, sondern eine direkte Unterstützung des konterrevolutionären bürgerlichen Militarismus. Vor dem Kriege (1911) hat Kautsky versucht, die Engelssche Schrift von 1893 im Sinne seiner damals begonnenen bürgerlich-pazifistischen „Abrüstungspolitik“ zu fälschen. Franz (und die Brandler-Urbahns und Co.) fälschen Engels nach der anderen Seite, aber um kein Haar besser.

[*)] Für die um ihre nationale Befreiung kämpfenden Kolonial- und Halbkolonialvölker enthält die Broschüre übrigens heute noch wichtige Lehren.

Die dritte der in dem Band enthaltenen Schriften, deren Verfasser der Herausgeber mit lächerlichem Getue „geheimhält“ (obwohl doch die Schrift in dem Sammelbuch K. Radek „In den Reihen der deutschen Revolution“ im Kurt Wolf-Verlag nach dem Kriege neu gedruckt wurde), ist 1913 erschienen und gibt eine „sozialistisch“ aufgeputzte Variation der vulgär-demokratischen Milizlosung. Radek schreibt z. B.:

„Wenn also die Sozialdemokratie für die konsequente Demokratisierung in der Armee eintritt – und nichts anderes bedeutet unsere Milizforderung –, so kann sie sich dabei auf die ganze Entwicklung des modernen Heerwesens stützen, denn sie ist die Verfechterin seiner bezeichnendsten Tendenz ...

Gut, wir wollen der Bourgeoisie glauben, daß eine fremde Bourgeoisie uns noch ärger ausbeuten würde. Wir wollen also alle Wehrkräfte des Volkes mobilisieren: deshalb her mit der Miliz, die allein imstande ist, das zu bewirken.“ (Seite 70.)

Also: die Sozialdemokratie als Verfechterin der „Tendenz“ – der Militarisierung der Massen! Die Miliz als bestes Mittel der Landesverteidigung! Das ist Jaurès. Es fehlt der Gedanke des K a m p f e s g e g e n den Militarismus, der Verneinung der Vaterlandsverteidigung. Kein Zweifel, daß diese Stellung damals schon vollkommen falsch war. Sie stand weit unter der Klarheit, zu der sich Karl Liebknecht in seiner Schrift „Militarismus und Antimilitarismus“ schon im Jahre 1907 durchgearbeitet, weit unter der der Kritik Franz Mehrings an der Milizlosung (1913). Auf sie trifft andererseits vollkommen die scharfe Kritik zu, die Lenin an dem demokratischen Milizprogramm Rosa Luxemburgs aus der Juniusbroschüre geübt hat. (Siehe darüber auch „Die Liquidatoren und der Kampf gegen den Militarismus“, Heft 1 der „Internationale“ d. J., ferner „Die alte II. Internationale und die Miliz“, KI 1928, Nr. 3.)

Auf die Einleitung des Herausgebers ausführlich einzugehen, erübrigt sich. Der Mann ist ein linker Sozialdemokrat ohne Fraktionsbindung, kritisiert mal die Rechten vom Standpunkt der Linken, mal die Linken vom Standpunkt der Rechten, bloß mit kleinen giftigen Bemerkungen, dienen vor allen beiden (z. B. vor dem „greisen Gelehrten“ Kautsky) und spricht von den Kommunisten als von „Hochstaplern und Hysterikern“. Die militärpolitische Stellung der Kommunisten aber ignoriert er auf den 26 Seiten dieser „wissenschaftlichen“ Einleitung v o l l k o m m e n.

Einige Blüten: Die Einsetzung der Kommission über die Wehrfrage zum Magdeburger Parteitag begrüßt er als eine seit 30 Jahren erwartete und endlich durchgeführte Maßnahme. Die Kriegspolitik der SPD, ihr Zusammenbruch, ihre konterrevolutionäre Rolle sind nur kleine Irrtümer, existieren nicht. Die Militärpolitik der Sowjetmacht stellt er auf eine Stufe mit der Noskeschen Militärpolitik und glaubt, sie als „Notstandsmaßnahme“ entschuldigen zu müssen vor dem Menschewiken Peter Garvy. Nebenbei: Die Schaffung der Roten Armee als einer s t e h e n d e n Armee (und nicht einer mehr oder weniger reinen Miliz, die konterrevolutionäre Kleinbürger ihr heuchlerisch vorschlagen) ist ebenso eine „Notstandsmaßnahme“ wie die Diktatur des Proletariats, d. h. wie die Beibehaltung eines Staates eine „Notstandsmaßnahme“ ist. Daß die heutige Sozialdemokratie in Deutschland die Milizlosung ablehnt, erklärt sich nicht, wie der Esel Franz meint, aus der Furcht vor der revolutionären Bedeutung einer solchen Miliz, sondern ganz einfach daraus, daß die SPD und der deutsche Imperialismus heute noch kein Interesse daran haben, bzw. es noch nicht wagen (Versailles!), mit einem offenen Programm der Massenmilitarisierung aufzutreten. Wir Kommunisten aber bekämpfen die Milizlosung „von links“ vom Standpunkt des revolutionären Proletariats. Unsere militärpolitischen Losungen sind: die Bewaffnung des Proletariats, die proletarische Miliz, die Rote Armee. K. S.

[597]

**Die Internationale**
**Jahrgang 12 * Berlin, den 1. Oktober 1929 * Heft 19**

## Unser Kampf gegen den Young-Plan

### Konzentration des revolutionären Klassenkampfes

Vor der Partei steht eine Fülle von Aufgaben auf den verschiedenartigsten Gebieten des Klassenkampfes: Politische, ökonomische, kulturelle Fragen, organisatorische Aufgaben, Arbeit in den Gewerkschaften, den Betrieben, in den Massenorganisationen der mannigfaltigsten Art, Kampf gegen Faschismus und Sozialfaschismus, Massenmobilisierung gegen Severings Kommunistengesetz, Vorbereitung, Entfesselung und Führung der Wirtschaftskämpfe, Organisierung dreier Kongresse, Werbearbeit für Partei und Presse – diese Liste ließe sich beliebig verlängern. Die Voraussetzungen für die Bewältigung aller dieser entscheidenden Aufgaben sind hinsichtlich der objektiven Lage unzweifelhaft gegeben. Die stürmische Entwicklung der Linksbewegung in den Massen, das rasche Tempo in der Verschärfung der Klassengegensätze, die allgemeine Zuspitzung der Lage schafft die Vorbedingungen dafür, daß die Partei, wenn sie alle ihre Kräfte aktiv zu machen, bei den richtigen, entscheidenden Punkten einzusetzen vermag, der Fülle ihrer Aufgaben gewachsen ist, die sich auf den gemeinsamen Generalnenner bringen lassen: Eroberung der Mehrheit, der entscheidenden Schichten des Proletariats im Sinne der Beschlüsse des Weddinger Parteitages der KPD und des X. Plenums des EKKI. Aber jene Vorbedingung des aktiven Einsatzes aller Kräfte und der richtigen Verteilung der Stoßkraft der Partei auf den verschiedenen Gebieten ist ja gerade das schwierige Problem, mit dem die Partei in der gegenwärtigen Etappe ringt. Zu seiner Lösung bedarf es aller jener wichtigen Veränderungen in den Methoden der Arbeit, wie sie auf Grund der Erfahrungen des letzten Jahres und der Veränderungen im Proletariat sich ergeben haben. Aber noch ein weiteres ist zur Lösung des umrissenen Problems unerläßlich. Das ist die Ueberwindung jenes Zustandes, wo für die Partei – für die Mitgliedschaft in den Zellen, wie die Kaders der Funktionäre – die verschiedenartigen Zweige der Parteiarbeit als eine unzusammenhängende und deshalb sinnverwirrende Fülle einzelner Kampagnen erscheinen, die mehr oder weniger ressortmäßig und voneinander getrennt geführt oder vernachlässigt werden, so daß eine die andere totschlägt. Daß ein solcher Zustand wenigstens teilweise besteht und die Stoßkraft der Partei erheblich schwächt, ja, bisweilen bewirkt, daß die Partei hinter der revolutionären Entwicklung des Proletariats zurückbleibt, darf nicht übersehen werden.

Für die Ueberwindung dieses Zustandes ist vor allem eines entscheidend: Selbstverständigung der Partei von unten bis oben über die [598] Zusammenhänge der verschiedenen Arbeitszweige und Kampfgebiete, Klarheit im gesamten Parteiorganismus über das große, zusammenfassende System, in das sich alle einzelnen Verzweigungen und Verästelungen der revolutionären Arbeit einfügen. Erst dann wird das Nebeneinander und Gegeneinander, der Unfug des ressortmäßigen Kampagnewesens schwinden und der planmäßigen Aufrollung und Formierung der revolutionären Kampffront Platz machen, die sich über alle Gebiete des proletarischen Lebens erstreckt, alle revolutionären Klassenkräfte weckt und zusammenschweißt und somit das Höchstmaß an Stoßkraft entwickelt.

Man muß klar erkennen, daß der revolutionäre Klassenkampf in Deutschland am stärksten beeinflußt und bestimmt wird durch die Gesamtpolitik der deutschen Trustbourgeoisie, die wiederum vom Diktat des internationalen Finanzkapitals, wie es der Versailler Raub-Friedensvertrag oktroyierte, abhängig ist. Gegenwärtig wird der Young-Plan, den die deutsche Regierung im Haag unterzeichnete, zum zentralen Problem der Politik der deutschen Trustbourgeoisie. Das Young-Plan-Abkommen bestimmt entscheidend die Außen- und Innenpolitik der deutschen Bourgeoisie und ihrer Regierung auf lange Sicht: Kriegsoffensive gegen die Sowjetunion zur „Erschließung des russischen Marktes“ in der Außenpolitik, Abwälzung der Reparationslasten auf das Proletariat und eiserne Diktatur zur Wehrlosmachung und Niederdrückung des Proletariats in der Innenpolitik. Damit wird der Kampf gegen den Young-Plan zur Achse des Klassenkampfes in Deutschland.

Das Polbüro des ZK der KPD hat beschlossen, diese Frage auf die Tagesordnung der nächsten Plenarsitzung des Zentralkomitees zu setzen. Dieses wird hierzu bedeutende Beschlüsse fassen, die die Stellung der Gesamtpartei festlegen. Der nachfolgende Artikel des Genossen Werner Hirsch gibt

ein anschauliches Bild von dem Gesamtproblem des Young-Planes und davon, was das deutsche Proletariat von ihm zu erwarten hat. Wir verweisen an dieser Stelle auch auf die in unserer Zeitschrift in diesem Jahr erschienenen Artikel „Von Dawes zu Owen Young“ („Die Internationale“, Heft 13) und „Haag und das deutsche Proletariat“ („Die Internationale“, Heft 17).

Die durch die Beschlüsse des ZK festgelegte Stellungnahme der Partei zum Young-Plan wird allen unseren gegenwärtigen und bevorstehenden Aktionen und Klassenkampfaufgaben den festen inneren Zusammenhang geben, der die Front des revolutionären Klassenkampfes in Deutschland in der entscheidenden Richtung konzentriert.

*

## Die Bedeutung des Young-Planes für das deutsche Proletariat

Von Werner Hirsch

### I.

### Die Vorgeschichte des Young-Plans

Das Reparationsproblem, dessen Behandlung in der gegenwärtigen Phase der Entwicklung durch den Young-Plan bestimmt wird, beherrscht seit dem Abbruch des vergangenen imperialistischen Weltkrieges die gesamte Weltpolitik. Ist doch in das Reparationsproblem alles eingeschlossen, was sich aus den veränderten Kräfte-[599]verhältnissen, der veränderten Aufteilung der Welt auf Grund des Kriegsausganges an politischen, ökonomischen und sozialen Konsequenzen ergab. Vom ersten Tage der Novemberrevolution 1918 stand auch in Deutschland die Frage der Liquidierung des Weltkrieges im Mittelpunkt aller Entscheidungen. Zwei Wege bestanden für diese Liquidierung resp. den Versuch dazu. Auf der einen Seite der Weg der proletarischen Revolution, den die Arbeiterklasse des ehemaligen zaristischen Rußland unter Führung der Bolschewiki beschritten hatte. Auf diesem Wege war es und ist es der Sowjetmacht gelungen, auf einem Sechstel der Erde den Schlußstrich unter die imperialistische Vergangenheit zu ziehen. Die Sowjetmacht als „Erbin“ des zaristischen Rußland hat allein keine Ansprüche an Deutschland gestellt. Die Sowjetmacht hat andererseits die zaristischen Schulden der Vergangenheit annulliert. Auf dem Boden dieser proletarischen Lösung des Reparationsproblems und des Problems der Liquidierung des vergangenen Weltkrieges hat die proletarische Diktatur ihre Unabhängigkeit gegenüber den imperialistischen Räubern erobert und damit die Grundlage für den sozialistischen Aufbau, dessen Vollendung nunmehr, in der Periode des Fünfjahrplanes und der sozialistischen Rekonstruktion, heranreift. Für diesen Weg zur Lösung des Reparationsproblems, die eben nur durch das siegreiche Proletariat nach der Machteroberung auf dem Boden des Sozialismus möglich ist, kämpfte in Deutschland vom ersten Tage nach Kriegsbeendigung die revolutionäre Avantgarde, die Kommunistische Partei. In diesem Kampf fielen Liebknecht und Rosa Luxemburg.

Der kommunistischen Politik, die die Machtergreifung des Proletariats, die gemeinsame Verteidigung der deutschen und russischen Revolution durch das engste Kampfbündnis des deutschen und russischen Proletariats und die Verständigung mit den Proletariern Frankreichs, Englands usw. zum gemeinsamen Kampf gegen ihre imperialistischen Regierungen aufzeigte, stellte die Sozialdemokratie und Bourgeoisie von Anfang an ihre Politik entgegen, die das Problem der Liquidierung des Krieges im Rahmen der kapitalistischen Ordnung durch „Verständigung mit den westlichen Demokratien“ lösen wollte. Es ist für jeden Marxisten selbstverständlich, daß eine solche Lösung unmöglich war, daß es auf diesem Wege nur immer von neuem die Reproduktion der imperialistischen Gegensätze und Konfliktstoffe geben konnte, bis zu dem Augenblick, wo die imperialistischen Widersprüche zu einer neuen explosiven Lösung, zur gewaltsamen Neuaufteilung der Weit durch den nächsten Weltkrieg drängen.

Die Sozialdemokratie, die mit ihrem „Weg“ dem deutschen Proletariat „Frieden, Freiheit, Brot“ zu bringen versprach, schritt von einem Bankrott zum anderen. Der „Frieden“, den sie präsentierte, war das Diktat von Versailles. Die „Freiheit“, die sie angekündigt hatte, verkörperte sich in Poincaré und seinen Bajonetten. Das „Brot“ sind die Milliarden, die die imperialistischen Räuber mit Hilfe der

deutschen Bourgeoisie und Sozialdemokratie als Kriegsbeute aus den Taschen der werktätigen Massen Deutschlands zusammenraffen.

In der ersten Periode der Nachkriegsentwicklung mit ihren rasch aufeinanderfolgenden revolutionären Erschütterungen konnte die deutsche Bourgeoisie die Politik der friedlichen Verständigung mit den imperialistischen Mächten der Entente auf der Basis der gemeinsamen [600] Ausplünderung des deutschen Proletariats noch nicht durchführen. Die Kampfkraft und der revolutionäre Elan der deutschen Arbeiter hätte solche Maßnahmen der Steuer- und Zollpolitik, wie sie später auf Grund des Dawes-Planes durchgeführt wurden, unmöglich hingenommen. Deshalb beschränkte sich die Reparationspolitik der Bourgeoisie in diesem geschichtlichen Abschnitt auf die wiederholten Versuche, die Durchführung des Versailler Friedens zu unterbinden, die Reparationszahlungen nicht zu leisten. Der Ruhrkampf mit dem passiven Widerstand des Cuno-Deutschland war der letzte und umfassendste dieser Versuche. Die Dialektik der geschichtlichen Entwicklung zwang jedoch die deutsche Bourgeoisie, gerade mit der Politik der Inflation, die sie gegenüber dem Ententeimperialismus nicht zuletzt mit Rücksicht auf die revolutionären Kräfte des deutschen Proletariats einschlug, erst recht diese revolutionären Kräfte zur höchsten Entfaltung zu treiben. Es kam der Oktober 1923. Jener Wendepunkt trat ein, an dem sowohl die imperialistischen Mächte, voran Amerika und England, aus Furcht vor einem Siege der proletarischen Revolution in Deutschland zu einem gewissen Einlenken gegenüber der deutschen Bourgeoisie gedrängt wurden, als auch die deutsche Bourgeoisie durch den Verlust des Ruhrkampfes wie durch die drohende proletarische Gefahr zu einem Stellungswechsel gegenüber der Entente. Die Aera Stresemann begann. Mit dem Versagen der KPD durch die Schuld des Brandlerismus und mit der Oktoberniederlage des deutschen Proletariats wurde der Weg frei für den Dawes-Plan, der die zweite Phase der kapitalistischen Reparationspolitik einleitete, die auf den Bedingungen der zweiten Periode der Nachkriegsentwicklung des Kapitalismus erwuchs und den geschichtlichen Verhältnissen dieser zweiten Periode entsprach.

Der Young-Plan, der die dritte Phase der kapitalistischen Versuche zur Lösung der Reparationsfrage und zur Liquidierung des vergangenen Weltkrieges einleitet, entspricht den veränderten Kräfteverhältnissen und der neuen Situation innerhalb der dritten Periode, wie sie durch den VI. Weltkongreß der Komintern, den Weddinger Parteitag der KPD, das X. Plenum des EKKI analysiert wurde.

II.

## Die internationalen Voraussetzungen

Die wesentlichsten Bedingungen, unter denen der Young-Plan zustandekam, sind folgende: In der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus hat die kapitalistische Wirtschaft in den entscheidenden Ländern das Vorkriegsniveau wieder erreicht oder überschritten. Die Konzentration der Produktion, die Herausbildung von Monopolen und Trusts, erfolgte in rapidem Tempo. Deutschland ist wirtschaftlich in außerordentlich starkem Maß, aber auch politisch beträchtlich erstarkt und strebt danach, als gleichberechtigter Faktor in der Weltpolitik mitwirken zu können. Die Radikalisierung des Proletariats im Weltmaßstabe hat jene Stufe erreicht und überschritten, auf der eine neue aufsteigende Welle der Revolution einsetzt. Das entscheidende Krisenmoment des Kapitalismus, die Schere zwischen der gewachsenen Produktionskapazität und den verengerten Absatzmärkten, bewirkt, daß der Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt einen ungeheuren Grad der Verschärfung erreicht hat und damit zugleich auch alle imperialistischen Gegensätze und Konfliktstoffe sich [601] zur höchsten Stufe entwickeln. Auf einem Sechstel der Erde hat das Proletariat seine Macht stabilisiert, ist in die Phase der sozialistischen Rekonstruktion eingetreten und steht im Begriff, durch die Durchführung und Ueberbietung des Fünfjahrplanes die Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft einzuholen und zu überholen. Die Gefahr des imperialistischen Weltkrieges gegen die Sowjetunion als des letzten „Auswegs“ für den Weltimperialismus ist in ein akutes, brennendes Stadium getreten.

In dieser Situation kommt der Young-Plan zustande. In ihm schürzen sich alle Konfliktstoffe und Widersprüche der dritten Periode in politischer wie ökonomischer Hinsicht zu einem Knoten, der jedoch die Gegensätze und Konflikte nicht unterbindet, sondern lediglich die Spannung vermehrt und die explosive Lösung herbeizwingt.

Das „Werk des Friedens“ ist in höchstem Grade ein Instrument des Krieges: des Klassenkrieges wie des Krieges der Imperialisten!

Worin unterscheidet sich der Young-Plan vom Dawes-Plan? Der Dawes-Plan kam zustande, als die deutsche Bourgeoisie, geschwächt von der doppelten Niederlage im Weltkrieg und im Ruhrkampf, kaum das Inflationschaos überwunden und den revolutionären Ansturm des Proletariats niedergeschlagen hatte. Weder als ökonomischer Konkurrent auf dem Weltmarkt, noch als imperialistischer Faktor in der Weltpolitik spielte das Deutschland von 1923/24 eine Rolle. Die imperialistischen Siegermächte unter englisch-amerikanischer Hegemonie trugen dieser Lage mit dem Dawes-Plan weitgehend Rechnung. Deutschland bekam für die Gesamtheit seiner Reparationszahlungen das teilweise Moratorium der sogenannten ersten vier Schonjahre, in denen es nicht die normale Rate der Reparationszahlungen zu entrichten hatte. Für die Gesamtheit der Reparationszahlungen auf Grund des Dawes-Planes wurde der sehr weitgehende Transferschutz zur Sicherung der deutschen Währung und Wirtschaft bewilligt. Ohne Begrenzung nach oben ließ der Dawes-Plan die Bezahlung der Reparationsschuld in Form von Sachleistungen Deutschlands auf Reparationskonto zu. Der provisorische Charakter des Dawes-Planes, im Zusammenhang mit dem bedingungslosen und uneingeschränkten Transferschutz, eröffnete von vornherein die Möglichkeit und Aussicht auf eine spätere Revision zugunsten Deutschlands.

Welche Auswirkungen haben sich auf Grund aller dieser Bestimmungen des Dawes-Planes nach fünf Dawes-Jahren ergeben? Wir wollen zunächst einen Punkt herausgreifen, in dem sich die Auswirkungen der Umwälzung durch den Young-Plan am raschesten und fühlbarsten bemerkbar machen werden: das Gebiet der Sachlieferungen.

III.

## Sachlieferungen, Kohlenkrise und Young-Plan

Während der fünf Jahre des Dawes-Planes stiegen die Verträge auf Sachleistungen von Jahr zu Jahr. Im zweiten Dawes-Jahr 1925/26 wurden Sachlieferungen für 667 Millionen Mark geleistet, im Jahre 1926/27 für 795 Millionen, im Jahre 1927/28 für 968 Millionen und im letzten abgelaufenen Dawes-Jahre 1928/29 für 1150 Millionen Mark. Die Haltung der einzelnen Gläubigermächte zu den Sachlieferungen ergab sich aus den verschiedenartigen ökonomischen Aus-[602]wirkungen, die diese Sachlieferungen für die einzelnen Mächte hervorriefen. In den ersten Jahren nach dem Versailler Friedensvertrag waren Sachlieferungen (Auslieferung von Eisenbahnen, Schiffen und dergleichen mehr) für die Entente das ausschließliche Mittel zur Sicherung der deutschen Leistungen. Dieses Moment trat in den Hintergrund, sobald durch den Dawes-Plan anderweitige Sicherungen für die deutschen Reparationszahlungen wirksam wurden. Nunmehr traten die rein ökonomischen Folgen des anwachsenden deutschen Reparationsexportes in Erscheinung.

Für Deutschland selbst wurden die Sachlieferungen auf Reparationskonto zu einem wichtigen Hilfsmittel für die Sicherung und Steigerung der Ausfuhr überhaupt. Die fast vier Milliarden Mark, für die Sachlieferungen in den vier letzten Dawes-Jahren geleistet wurden, stellen zum großen Teil Waren dar, die bei einfachen Exportbedingungen nur sehr schwer in die fraglichen Länder von Deutschland hätten exportiert werden können. Das trifft nicht zu für einen Teil der Kohlenlieferungen, für die Zuckerlieferungen und gewisse Maschinenaufträge. Dieser Export hätte sich auch außerhalb der Sachlieferungen bewerkstelligen lassen. Allerdings spielt schon beim deutschen Kohlenexport die Lieferung von Reparationskohle eine große Rolle. Auf Grund der Sachleistungen auf Reparationskonto konnte aber Deutschland Bestellungen für Gebäude, Maschinenausrüstungen, französische Schiffsbestellungen, Ausrüstung der französischen Eisenbahnen mit Kuntze-Knorr-Bremsen, Hafen- und Kanalbauten in Frankreich und den französischen Kolonien, Schienenbestellungen für französische Kolonialeisenbahnen usw. usw. erhalten. Alle diese Bestellungen erfolgten nur, weil es sich hier um Reparationssachleistungen handelte. Viele Anlagen, Gebäude, industrielle Neuschöpfungen usw. wurden überhaupt nur von öffentlichen Körperschaften in Frankreich in Auftrag gegeben, weil sie die Kosten nicht zu tragen brauchten, sondern diese vom Staat auf Reparationskonto verrechnet wurden. Aber auch der überwiegende Teil der französischen Industrie, mit Ausnahme

gewisser Schichten, war diesen deutschen Sachlieferungen nicht feindlich gestimmt, weil sich aus solchen, nur auf der Basis der Reparationsverrechnung erteilten Aufträgen meist auch zusätzliche Absatzmöglichkeiten für die französische Industrie ergaben. Andererseits profitierte naturgemäß auch auf deutscher Seite der allgemeine Export von den Reparationssachleistungen auf Grund der bisweilen erfolgenden zusätzlichen Nachbestellungen. Jedenfalls überwog in Frankreich im allgemeinen das positive Interesse an den deutschen Sachlieferungen die Widerstände gewisser industrieller Kreise. Hinzu kam, daß die Produktionskapazität der französischen Industrie noch nicht so entwickelt war, daß hier ähnliche Probleme hätten auftauchen können, wie sie sich auf Grund der deutschen Sachlieferungen für England ergaben.

England mußte in den deutschen Sachlieferungen in steigendem Maße eine unmittelbare Konkurrenz erblicken, die die eigene Wirtschaftskrise verschärfte. Die Situation Englands im Hinblick auf die Sachlieferungen zeichnet sich besonders markant in der Frage des englisch-deutschen Konkurrenzkampfes auf dem internationalen Kohlenmarkt ab. Die englische Kohlenproduktion betrug 1913, d. h. vor dem Kriege, 291 Millionen Tonnen, die damalige Kohlenausfuhr 77,91 Millionen Tonnen. Im Jahre 1928 ist die englische Kohlenpro-[603]duktion auf 241 Millionen Tonnen, die Ausfuhr auf 54,54 Millionen Tonnen gesunken. In der gleichen Zeit ist zwar die deutsche Steinkohlenausfuhr ebenfalls – wenn auch geringer – zurückgegangen, und zwar von 45,4 Millionen Tonnen auf 36,1 Millionen Tonnen. Gleichzeitig hat sich jedoch die deutsche Kohlenproduktion durch eine erhebliche Vermehrung des inneren Marktes nicht gesenkt, sondern ist gestiegen. Bei der Steinkohlenförderung geht der Aufstieg von 140,7 Millionen Tonnen im Jahre 1913 auf 150,8 Millionen Tonnen 1928; bei der Braunkohlenproduktion sogar von 87,2 Millionen Tonnen auf 166,2 Millionen Tonnen. Es fragt dich nun, wie weit hierbei die Reparations-Kohlenlieferungen Deutschlands ausschlaggebend mitgewirkt haben. Das ergibt sich schon aus der Tatsache, daß nahezu die Hälfte der von Deutschland exportierten Kohle als Reparationssachlieferung exportiert wurde. Im Jahre 1928 waren 43 Prozent der exportierten Steinkohle und 45 Prozent des exportierten Koks Reparationslieferungen. Diese Reparationskohle machte 52 Prozent der gesamten Reparationssachlieferungen aus. Nahezu die gesamte von Deutschland nach Italien und Frankreich exportierte Kohle wurde als Sachleistung auf Reparationskonto geliefert. In Italien ging in den 15 Jahren von 1913 bis 1928 der Import aus England von 9,8 Millionen Tonnen auf 6,7 Millionen Tonnen zurück, während gleichzeitig der Import aus Deutschland von etwa 1 Million Tonnen auf etwa 5 Millionen Tonnen stieg. In Frankreich stieg die eigene französische Kohlenproduktion durch die Einverleibung des Elsaß von 40,9 Millionen Tonnen 1913 auf 52,4 Millionen Tonnen 1928. Trotzdem ging dank der Reparationssachlieferungen Deutschlands Import von 9,2 Millionen Tonnen 1913 nur ganz geringfügig auf 9,1 Millionen Tonnen im Jahre 1928 zurück, während der Import aus England von 12,9 Millionen Tonnen auf 9,2 Millionen Tonnen sank.

Zieht man noch in Betracht, daß an und für sich die Situation auf dem internationalen Kohlenmarkt durch die Stärkung der eigenen Kohlenproduktion in Ländern, die früher Kohle importierten, wie Holland, sowie durch den neu aufgetretenen Kohlenexport anderer Länder, wie Polen, erheblich erschwert ist, so ergibt sich, welche Bedrohung der englische Kohlenbergbau in der mit Hilfe der Reparationssachlieferungen vordringenden deutschen Konkurrenz erblicken muß.

So setzte denn der stärkste Kampf des englischen Imperialismus bei der Neuaufrollung des Reparationsproblems gegen die weitere Durchführung von Sachlieferungen ein. Tatsächlich erwirkte England auch die Abschaffung der Sachlieferungen, die nur in den ersten zehn Jahren des Young-Plans noch in verringertem Umfang gestattet sind. Die Festsetzung erfolgte so, daß nach dem Young-Plan die Hohe der Sachlieferungen im ersten Jahre 750 Millionen Mark beträgt, dann jährlich um 50 Millionen Mark sinkt. Im zehnten Jahre erreichen sie den niedrigsten Stand von 300 Millionen Mark und verschwinden dann völlig. Aber auch diese Summe muß noch um 28 Prozent jährlich vermindert werden, die auf Grund des sogenannten Recovery-Akt-Systems von dem Ertrag der gesamten deutschen Ausfuhr zu Reparationszwecken abgezogen werden. England erhält dabei 23,05 Prozent und Frankreich 4,95 Prozent. Somit verbleibt im ersten Young-Plan-Jahr nur noch eine Summe von 540 Millionen Mark an reinen Sachleistungen. Gegenüber der in den letzten Jahren faktisch erreichten Höhe der Sachlieferungen stellt diese Neuregelung auf Grund des [604] Young-Plans eine

50prozentige Verminderung dar, die sich selbstverständlich in sehr erheblichem Maße für die deutsche Arbeiterschaft auswirken muß.

Der Exportausfall durch den Abgang an Sachlieferungen ist selbstverständlich ein noch größerer, als sich in der ausfallenden Summe an Reparationssachleistungen ausdrückt, weil mit den fehlenden Sachlieferungen gleichzeitig zusätzliche Nachbestellungen in Wegfall geraten. Die verschärfte Konkurrenz auf dem Weltmarkt, um die Exporthöhe zu halten oder zu steigern, wirkt sich naturgemäß in der unmittelbaren Tendenz der deutschen Industriellen zur Verbilligung der Gestehungskosten der Produktion auf Kosten der Arbeiterschaft durch neue Rationalisierung, Lohnabbau, Intensivierung der Arbeit, Vermehrung der Ausbeutung aus.

IV.

## Transferschutz und Kommerzialisierung

Wir haben die Frage der Sachleistungen ausführlicher behandelt, weil es sich hier um Vorgänge handelt, die sich für das deutsche Proletariat ganz unmittelbar mit dem Inkrafttreten des Young-Planes auswirken, ja, zum Teil schon heute ihre Schatten vorauswerfen. Bezüglich der anderen entscheidenden ökonomischen und finanziellen Probleme des Young-Planes können wir uns kürzer fassen. Es sei hierbei auf den im 1. Juli-Heft der „Internationale“ an dieser Stelle veröffentlichten Artikel des Genossen Paul Braun „Von Dawes zu Owen Young“ verwiesen, dessen Darstellung der einzelnen Fragen auch heute, nach der Haager Konferenz, gültig geblieben ist. In aller Kürze jedoch noch einige Feststellungen zu den weiteren Hauptproblemen.

Wir sahen bereits, welche Rolle bei der Schaffung des Dawes-Planes das Bestreben der imperialistischen Gläubigermächte gespielt hat, der deutschen Bourgeoisie, zur Sicherung der kapitalistischen Ordnung überhaupt, gewisse Schonungsbestimmungen zu bewilligen. Heute, nach der wirtschaftlichen Wiedererstarkung des deutschen Kapitalismus, entfällt eine solche Rücksicht. Das neue imperialistische Deutschland, das den Kampf um den „Platz an der Sonne“ aufnimmt, das versucht, wieder eine aktive Rolle in der imperialistischen Weltpolitik als gleichberechtigte Macht zu spielen, wird nicht mehr „geschont“.

Die Beseitigung des Transferschutzes, wie er im Dawes-Plan zur Sicherung der deutschen Währung und Wirtschaft vorgesehen war, kennzeichnet diese veränderte Situation am deutlichsten. Der Young-Plan teilt die gesamte deutsche Reparationsschuld in einen „geschützten“ und den ungeschützten Teil, dessen Jahresraten von 700,5 Millionen Mark unter allen Umständen gezahlt und transferiert, d. h. in ausländische Valuta überführt werden müssen. Diese Raten werden so aufgeteilt, daß Frankreich 500 Millionen, Italien 42 Millionen, England 60 Millionen, die kleinen Mächte 10 Millionen erhalten, während die restlichen 88,5 Millionen zur Verzinsung und Abdeckung der Dawes-Anleihe dienen. England, das bei der Pariser Sachverständigenkonferenz ursprünglich gar nicht für die Beteiligung an den ungeschützten Raten vorgesehen war, setzte im Haag die 60 Millionen durch, indem erstens die Höhe der ungeschützten Raten überhaupt um 40 Millionen gesteigert wurde, zweitens die [605] kleinen Mächte fast völlig auf die Teilnahme an den ungeschützten Zahlungen verzichteten. Darüber hinaus wurde noch eine weitere Summe von 36 Millionen jährlich, die England erhält, seitens der übrigen Gläubigermächte garantiert, so daß auch diese Summe den gleichen festen und unter allen Umständen gesicherten Charakter wie die ungeschützten Raten bekommt.

Was bedeutet nun, die Schaffung solcher ungeschützten Raten in der Praxis? Die Gläubigermächte erhalten für diesen Teil ihrer Ansprüche die Berechtigung zur Mobilisierung und Kommerzialisierung, d. h. sie können durch Ausgabe innerer oder äußerer Schuldverschreibungen unmittelbar ein Kapital in der Höhe mobil machen, die den jährlichen Raten als Zinsen und Amortisation entspricht. Für England, das jährlich 96 Millionen Mark teils ungeschützte, teils garantierte Zahlungen erhält, ergibt sich die Möglichkeit, eine Summe von 1,6 Milliarden Mark zu mobilisieren. Für Frankreich ergibt sich entsprechend die Möglichkeit der Mobilisierung von etwa 8 Milliarden Mark. Die außerordentlich bedeutsame Folge dieser Bestimmungen über die Mobilisierung der ungeschützten Zahlungen ist, daß sich dieser Teil der deutschen Reparationsschulden aus politischen Schulden

Deutschlands an die Gläubigerregierungen in kommerzielle Schulden gegenüber privaten Kapitalisten in der ganzen Welt, die als Käufer der Schuldverschreibungen auftreten, verwandelt. Solche kommerziellen Schulden sind naturgemäß von jeder Revisionsmöglichkeit definitiv ausgeschlossen.

Wie steht es nun mit dem anderen, dem „transfergeschützten" Teil der Reparationszahlungen? Die Bestimmungen über den Transferschutz für diesen Teil der Zahlungen sind im Young-Plan gegenüber dem Dawes-Plan gleichfalls entscheidend verschlechtert. Deutschland kann, mit dreimonatiger Anmeldefrist, für eine Jahresrate ein Transfermoratorium beanspruchen, wenn eine weitere Durchführung des Transfer eine unmittelbare Gefährdung der Währung bewirken würde. Schon für die zweite Jahresrate kann dieses Transfermoratorium nur noch bezüglich der halben Rate beansprucht werden. Bei der drittfolgenden Rate überhaupt nicht mehr, solange nicht die Transferierung der ersten Jahresrate erfolgt ist. Nimmt Deutschland ein solches Moratorium in Anspruch, so bedeutet das keineswegs etwa, daß während dieser Zeit seine Zahlungen eingestellt werden dürfen. Sie müssen vielmehr in deutscher Währung auf das Reichsbankkonto der Reparationsbank in voller Höhe geleistet werden und bleiben dort bis zu dem Zeitpunkt, wo die Transferierung erfolgen kann. Bis dahin muß Deutschland obendrein diese Summe, die ihm bis zum Augenblick der Transferierung nicht als Zahlung angerechnet wird, seinerseits verzinsen, wobei die Zinsen dem zu transferierenden Kapital zugeschlagen werden.

Einige weitere Bestimmungen, wonach unter Umständen die Reparationsbank ihrerseits einen gewissen Transferschutz in kritischen Augenblicken verhängen kann, sind durch einen solchen Drahtverhau von Erschwerungen eingeengt, daß sie jede praktische Bedeutung verlieren. Es versteht sich, daß diese Veränderung gegenüber dem Dawes-Plan von ungeheurer Bedeutung ist. Wird doch der Machtvollkommenheit des internationalen Finanzkapitals unter amerikanischer Hege-[606]monie und der Ueberfremdung der deutschen Wirtschaft durch eine solche Bedrohung der Währung Tür und Tor geöffnet.

## V.

## Die interalliierten Schulden

Die ursprüngliche Reparationsfrage, wie sie 1918 in Wilsons 14 Punkten aufgerollt, dann in Versailles erstmalig verändert und auch im Dawes-Plan noch mehr erweitert wurde, sah wenigstens formell vor, daß Deutschland nur die unmittelbaren Kriegsschäden wiedergutmachen, d. h. Reparationen im eigentlichen Sinne des Wortes leisten soll. Der Young-Plan legt dieses Prinzip ganz bewußt ad acta. Auf Grund des Young-Planes wird der deutschen Arbeiterklasse nicht nur die vollständige Abdeckung der Kriegsschäden, sondern darüber hinaus die restlose Bezahlung der interalliierten Schulden untereinander und an Amerika aufgebürdet. Mit Ausnahme der Sowjetunion, die keinerlei Ansprüche an Deutschland stellt, sich aber gleichzeitig durch Annullierung der Zarenschulden gegen Auspressung sichert, und einiger neutraler Länder werden die Schulden aller europäischen Staaten an Amerika auf die Schultern der deutschen Werktätigen abgewälzt. Der Young-Plan paßt dabei diesen Teil der deutschen Zahlungen genau den Verpflichtungen der Ententemächte an Amerika an. Damit entfällt für Deutschland jede Möglichkeit, zwischen Amerika und einzelnen Ententestaaten zu lavieren. Genau wie die Zahlungen Frankreichs, Englands usw. an die Vereinigten Staaten, laufen, auch die entsprechenden deutschen „Reparationszahlungen" 59 Jahre lang, d. h. bis 1987/88. Besonders ungeheuerlich ist die Bestimmung, daß im Falle einer weiteren Herabsetzung der alliierten Schulden seitens Amerikas ein solcher Schuldennachlaß nur in den letzten 22 Jahren Deutschland voll zugute kommt, während in den ersten 37 Jahren des Young-Planes, d. h. bis 1966, lediglich zwei Drittel bis drei Viertel eines eventuellen Schuldennachlasses Amerikas Deutschland angerechnet werden. Im einzelnen steigt der für die Deckung der interalliierten Schulden bestimmte Teil der Reparationszahlungen vom vierten Jahre des Young-Planes an von 1 Milliarde auf 1,7 Milliarden jährlich. Lediglich in den ersten drei sowie den letzten drei Jahren bleibt dieser Teil der deutschen Zahlungen unter einer Milliarde. Die Gesamtlast der Schulden der Ententestaaten an Amerika beträgt derzeit 86 Milliarden Mark die also völlig aus den Muskeln und Knochen der deutschen Arbeiter herausgeschunden werden sollen.

VI.

## Zahlungserleichterung?

Der Young-Plan soll, wenn man seinen Propheten Glauben schenkt, großzügige Erleichterungen in der Zahlungsweise gegenüber dem Dawes-Plan bringen und dadurch die geschilderte allgemeine Verschlechterung bis zu einem gewissen Grade wettmachen. Wie steht es damit?

Tatsächlich erfolgt eine gewisse vorübergehende Ermäßigung der einzelnen Jahresraten gegenüber den im Dawes-Plan vorgesehenen Normalraten von 2500 Millionen. In den ersten zehn Jahren des Young-Planes handelt es sich um eine Ermäßigung von ungefähr [607] 800 Millionen pro Jahr. Insgesamt steigt die Gesamtannuität während der ersten 37 Jahre von 1,7 bis 2,4 Milliarden und hält sich in den letzten 22 Jahren zwischen 1,6 bis 1,7 Milliarden Mark. Bei einer Kapitalisierung der gesamten Reparationszahlungen, d. h. bei einer Berechnung des Gegenwartswertes auf der Basis, eines Zinssatzes von 5 Prozent wird die kapitalisierte Gegenwartsschuld des Young-Planes auf 33,5 Milliarden für die ersten 37 Jahre und 3,5 Milliarden für die letzten 22 Jahre, d. h. zusammen 37 Milliarden berechnet, während bei der gleichen Berechnungsart sich aus der Kapitalisierung der Dawes-Annuitäten 40 Milliarden ergeben würden.

Diese abstrakte Rechnung gibt aber die wirkliche Belastung nicht im mindesten wieder. Verschiebt sich doch lediglich ein Teil der Lasten von der heutigen auf die nächste Generation, wobei die Entlastung in den ersten Jahren sich auch nur in Form von Geschenken an die deutsche Großbourgeoisie bei gleichzeitiger erhöhter Belastung der proletarischen Massen auswirkt. Bei einfacher Zusammenrechnung ergibt sich z. B. eine Summe von 113,9 Milliarden aus der Gesamtheit aller Young-Plan-Zahlungen, die sich, wenn man die bisherigen Zahlungen in den fünf Dawes-Jahren hinzurechnet, auf insgesamt 121,9 Milliarden erhöhen. Demgegenüber beträgt die einfache Summe aller Zahlungen des Dawes-Planes, sofern man, wie es deutscherseits stets geschah, eine 37jährige Laufzeit zugrunde legt, insgesamt nur 88 Milliarden.

Auch die berühmten „Verbesserungen“ des Young-Plans gegenüber dem Dawes-Plan durch die angebliche Freigabe der Pfänder stehen, wenigstens größtenteils, nur auf dem Papier. Im Dawes-Plan diente die Reichsbahn als Pfand für die deutschen Zahlungen bis zu einer jährlichen Höhe von 660 Millionen Mark. Der Young-Plan befreit die deutsche Reichsbahngesellschaft nicht von ihren Reparationslasten. Die Eisenbahnobligationen und die ausländischen Kontrollorgane verschwinden zwar, aber die Reichsbahngesellschaft wird für noch 37 Jahre mit einer Steuer von 660 Millionen belegt, d. h. der gleichen Summe, die bisher auf Grund des Systems der Verpfändungen gezahlt werden mußte. Obwohl die Reichsbahn von den 37 Tilgungsjahren für die Eisenbahnobligationen des Dawes-Planes bereits zwei geleistet hat, muß sie jetzt nach dem Young-Plan die 660 Millionen Mark nicht mehr nur 35, sondern volle 37 Jahre lang bezahlen. Während der Dauer dieser 37 Jahre darf die Bahn nicht wieder in Staatsregie übernommen werden, sondern muß ein privates unabhängiges Unternehmen „mit selbständiger Geschäftsführung“ bleiben. Die jährliche Steuer wird der Betriebseinnahme der Reichsbahn entnommen und steht „im Range hinter den Personalausgaben, aber im gleichen Hange wie die sachlichen Ausgaben“. Von den übrigen Pfändern des Dawes-Plans werden ausschließlich die 300 Millionen Mark jährlich, für die die deutsche Industrie als Pfand diente, freigegeben, was nach dem willen des Trustkapitals in Deutschland in ein direktes Geschenk an die deutschen Industriellen verwandelt wird, ohne daß die breiten Massen auch nur einen Pfennig dabei Nutzen haben.

Die Zölle und die übrigen verpfändeten Konsumausgaben, wie Bier, Tabak, Zucker, Branntwein usw., die im Dawes-Plan für 290 Millionen Mark jährlich als Pfand dienten, bleiben auch [608] nach dem Young-Plan weiterhin verpfändet, wobei die fadenscheinige Begründung gegeben wird, diese Einnahmen dienten zugleich als Nebensicherheit für die Dawes-Anleihe und könnten schon deshalb nicht ohne weiteres aufgegeben werden.

Schließlich muß vom Standpunkt des deutschen Proletariats aus vor allem auch die Tatsache ins Auge gefaßt werden, daß die Lasten, wie sie sich schon in den nächsten Jahren auf Grund des Young-Plans

ergeben, obwohl sie rein theoretisch niedriger sind als die vorgesehenen Annuitäten des Dawes-Planes, sich doch im Gegensatz zu den vergangenen Dawes-Jahren mit voller Wucht gegenüber dem deutschen Proletariat auswirken, während dies bei den Dawes-Plan-Raten der vergangenen fünf Jahre eben noch nicht restlos der Fall war. Standen doch den bisherigen Zahlungen Deutschlands erhebliche neue Schulden gegenüber, die Deutschland beim Ausland aufnahm. Insgesamt hat sich die deutsche Verschuldung an das Ausland seit 1924 um 7 Milliarden langfristige und 6 Milliarden kurzfristige Kredite erhöht. Die Dawes-Zahlungen in den gleichen fünf Jahren betrugen aber nur 8 Milliarden. Der Young-Plan mit seiner Beseitigung des Transferschutzes bewirkt, daß sich die Reparationslasten unmittelbar und vollständig in ihrer ganzen Härte auswirken: nicht gegen die deutsche Bourgeoisie, wohl aber gegen die werktätigen Massen.

VII.

## Die Reparationsbank

Wir kommen nun zu dem wichtigsten Punkt des Young-Plans, der sogenannten Reparationsbank. Diese Bank, die mit einem Stammkapital von rund hundert Millionen Dollar gegründet wird und deren Direktorium sich aus den Präsidenten der Notenbanken der sieben auf der Pariser Sachverständigenkonferenz vertretenen Länder sowie aus weiteren Mitgliedern, die sämtlich den „Kreisen der Finanz, der Industrie und des Handels“ angehören müssen, zusammensetzt, bildet die Achse des ganzen Young-Planes. Ihre Aufgaben bestehen neben der einfachen Uebermittlung der Reparationszahlungen an die einzelnen Gläubiger in der Anlage der Kapitalien, soweit sie von Deutschland eingehen, oder von den einzelnen Ländern eingezahlt werden, zu nutzbringender Verwertung. Und zwar ist vorgesehen, daß diese Gelder einmal zur Anlage in Deutschland, des weiteren zur Einräumung von Krediten an die Notenbanken der Länder zwecks Stützung bei Währungsschwierigkeiten, sowie drittens zu Zwecken der sogenannten Exportförderung, d. h. der Erschließung neuer entscheidender Absatzmärkte im Weltmaßstabe dienen soll. Es ist klar, daß es sich bei dieser Reparationsbank um die Schaffung eines gewaltigen Finanzinstrumentes handelt, mit dessen Hilfe das internationale Finanzkapital unter amerikanischer Hegemonie die Geld- und Wirtschaftsmärkte der ganzen Erde in Abhängigkeit versetzen und kontrollieren will. Darüber hinaus ist es die zwangsläufige Funktion dieser Reparationsbank, das ungeheure überschüssige Kapital der Vereinigten Staaten von Amerika unter Beteiligung der Gelder aller kapitalexportierenden Länder auf bestimmten Märkten unterzubringen. Dabei ergibt sich angesichts der Schwächung der deutschen Währung und Wirtschaft durch den Young-Plan sowie durch die Abschaffung des Transferschutzes die Gefahr einer [609] außerordentlichen Ueberfremdung der deutschen Produktion. So berichtet die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ vom 7. Oktober bereits, daß der amerikanische Handelsattaché in Berlin, Douglas Miller, der Washingtoner Regierung auseinandergesetzt habe, daß sich „die Kapitaleinfuhr Deutschlands aus den Vereinigten Staaten gegenwärtig auf amerikanische Investitionen in deutschen Fabrikanlagen, wobei die Fertigwarenindustrie bevorzugt werde,“ beschränke. Miller erklärt, es „habe den Anschein, daß amerikanische Unternehmungen in zunehmendem Maße bestrebt seien, sich Zweigfabriken in Deutschland zuzulegen“. Die „DAZ“ überschreibt diese Meldung bezeichnenderweise: „Beteiligung und Ueberfremdung statt Kredit – Amerikas Investitionspolitik in Deutschland.“

Aber selbstverständlich kann die Ueberfremdung der deutschen Wirtschaft allein für die Zwecke der Expansion des amerikanischen Kapitalismus nicht ausreichen. Bei dem Charakter der Reparationsbank als eines Organs, in dem die verschiedensten imperialistischen Mächte zwar formell gleichberechtigt sind, praktisch aber naturgemäß unter dem Druck des amerikanischen Imperialismus stehen, muß die Reparationsbank den Versuch machen, solche Absatzmärkte zu erschließen, auf denen ein Zusammenwirken der verschiedenen imperialistischen Mächte trotz ihrer sonst entgegengesetzten Interessen möglich erscheint. Dabei wird ganz offen ausgesprochen, daß die Herren Räuber aufs ganze gehen und die Sowjetunion und China ihren Zwecken erschließen wollen. Ein solches gigantisches Finanzinstrument wie die Reparationsbank ist selbstverständlich die geeignete Waffe der kapitalistischen Welt zum Kampf – sei es gegen das sozialistische Außenhandelsmonopol der Sowjetunion, sei es um die Anerkennung der Zarenschulden oder zur Durchführung

der Wirtschaftsblockade bzw. unmittelbar zur Vorbereitung und Finanzierung des imperialistischen Interventionskrieges. Schrieb doch die schwerindustrielle Berliner Börsenzeitung kurz nach der Aufstellung des Young-Planes, die internationale Reparationsbank sei eine „Zukunftsmöglichkeit“ insofern, als hinter ihr „ganz deutlich der Plan einer Wiedergewinnung Rußlands für die Weltwirtschaft und für das Weltkapital auftaucht“.

Diese Ausführungen des finanzkapitalistischen Organs treffen den Kern der Sache. Die Reparationsbank ist der großzügigste Versuch zur Zusammenballung aller Kräfte der imperialistischen Welt, zunächst auf ökonomisch-finanziellen Gebiet, mit der deutlichen kriegerischen Tendenz gegen die Sowjetunion, gegen jenes Sechstel der Erde, das den Ausplünderungsmöglichkeiten durch das Weltkapital verschlossen ist.

VIII.

**Deutsch-französisches Militärbündnis gegen die Sowjetunion**

Stellt die Gründung der Reparationsbank auf finanziellen Gebiet in konkretester Form die Frage nach der antisowjetistischen Einheit des Weltimperialismus, so ergeben die ver-[610]schiedenartigen Enthüllungen über die hinter den Kulissen der Pariser Sachverständigenkonferenz gepflogenen Geheimverhandlungen, daß auch im übrigen die Frage des Antisowjetblocks das zentrale Problem aller mit dem Young-Plan verknüpften Erörterungen bildete und bildet. Gerade die Einheitsfront der Gläubigermächte in der Frage der Ausplünderung der deutschen Massen wirkt sich als Hebel zur endgültigen Einbeziehung Deutschlands in die Antisowjetfront aus. Wir wollen hier nicht auf die Einzelheiten jener Vorgänge eingehen, die sich hinter den Kulissen der Pariser Konferenz abgespielt haben. Die Kommunistische Partei hat lange vor den Mitteilungen der volksparteilichen „Nationalliberalen Korrespondenz“ ihrerseits alle die später bestätigten Tatsachen über Rechbergs und des Generals v. d. Lippe Geheimverhandlungen mit Pariser Industriellen und Militärs festgenagelt. Was damals – vor etwa einem Vierteljahr – noch von Stresemann streng abgeleugnet wurde, ist heute durch den Rattenkönig von Dementis und Erklärungen, die auf die Veröffentlichung der „Nationalliberalen Korrespondenz“ folgten, definitiv klargestellt: Die Pariser Militärpaktverhandlungen waren keine Einzelaktion bestimmter Personen oder Cliquen, sondern wurden mit Wissen und unter dauernder Information sämtlicher entscheidender Amtsstellen der Hermann-Müller-Hindenburg-Republik durchgeführt. Nicht nur Stresemann und sein Staatssekretär v. Schubert, sondern auch der Pariser deutsche Botschafter v. Hoesch sowie der Reichsbankpräsident Schacht und der sozialdemokratische Außenpolitiker Breitscheid waren unterrichtet und wurden auf dem laufenden gehalten. Daß gerade in diese Zeit eine Rede Hilferdings im Reichstagsausschuß fällt, in der er die Parole ausgab, Deutschlands Wirtschaft dürfe nichts „in die verfaulende russische Wirtschaft“ hineinstecken, mit anderen Worten für die Blockade Stimmung machte, ist außerordentlich bezeichnend für das enge Zusammenspiel von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten.

Jedenfalls bestätigt sich auch durch die Zusammenhänge zwischen den Young-Plan-Verhandlungen und denen über das deutsch-französische Militärbündnis, dem England als weiterer Partner sich hinzugesellen sollte, der kriegerische und imperialistische Charakter des Young-Plans als einer Waffe gegen die Sowjetunion.

IX.

**Die Auswirkungen des Young-Plans in der deutschen Innenpolitik**

Wir haben in großen Umrissen den Young-Plan, seine wesentlichsten Bestandteile und die mit ihm verbundenen Tendenzen betrachtet. Welche praktischen Auswirkungen ergeben sich für die deutsche Innenpolitik? Diese Frage läßt sich naturgemäß nicht schematisch beantworten, da es sich hier um einen komplizierten Prozeß handelt, bei dem die allgemeine Verschärfung der Klassengegensätze einerseits, die Auswirkungen des Young-Planes hinsichtlich eines Vordringens des amerikanischen Kapitals in Deutschland andererseits, die Beseitigung des Transferschutzes und die damit verbundene Belastung der deutschen Währung zum dritten, schließlich die Verschärfung der imperialistischen

Gegensätze durch die wachsende Heftigkeit des Konkurrenzkampfes um die Absatzmärkte usw., zusammenwirken. Es ist [611] klar, daß dieser dialektische Prozeß, in dem die einzelnen Kräfte und Entwicklungsfaktoren sich gegenseitig entfesseln und steigern, die Krisenfaktoren für den deutschen Kapitalismus zu einer wesentlich rascheren Entfaltung bringen kann, als dies in ökonomischer Hinsicht während der vergangenen Jahre in Aussicht stand.

Aber wir können, ohne uns auf das Prophezeien zu verlegen, heute schon~ ein ziemlich klares Bild davon entwerfen, wie die unmittelbaren Auswirkungen des Young-Planes auf die deutsche Innenpolitik aussehen werden. Wir haben schon beim Problem des Ausfalls der Sachlieferungen und der damit einsetzenden erschwerten Exportsituation als wichtigste Tendenz der deutschen Bourgeoisie den Versuch zur Herabsetzung der Gestehungskosten der Produktion durch vermehrte Ausbeutung der Arbeiterschaft beleuchtet.

Aber das ist natürlich nicht alles. Die deutsche Bourgeoisie, die auf Grund ihrer größeren imperialistischen Aspiration bei der Neuregelung der Reparationsfragen durch den Young-Plan in Kauf nimmt, daß die imperialistischen Gläubigermächte die wesentlichsten Schutz- und Schonbestimmungen der Dawes-Aera dem erstarkten Deutschland gegenüber zu Fall brachten, muß zwangsläufig den Versuch machen, ihrerseits sowohl im Inlande den Kampf gegen die Ueberfremdungstendenzen aufzunehmen als auch sich am Kapitalexport in neu zu erschließende Wirtschaftsgebiete oder beim Wettkampf um die bereits erschlossenen Märkte zu beteiligen, um an einer neuen Aufteilung der Welt gleichfalls teilzunehmen. Die Voraussetzung dafür ist die verstärkte Kapitalsakkumulation durch Erhöhung der Profitrate. Zur vermehrten Ausbeutung der Lohnarbeiter, zur neuen Rationalisierungoffensive, bei der weitere Schichten der Arbeiterschaft freigesetzt und weitere neue proletarische Schichten von Frauen und Jugendlichen in den Produktionsprozeß hineingerissen werden, tritt die allgemeine Tendenz zur Senkung des Lebensniveaus der arbeitenden Massen.

In der Praxis ergibt sich das „innere Reformprogramm“, wie es auf der Düsseldorfer Industriellentagung Ende September angekündigt wurde und in großen Zügen seit den Tagen der Pariser Sachverständigenkonferenz feststeht. Lohnabbau, radikale Beseitigung oder Reduzierung der schon ohnehin minimalen Besitzsteuern, gleichzeitig Erhöhung aller Massen- und Verbrauchssteuern auf den täglichen Bedarf, Zollwucher zur Herabsetzung der Reallöhne durch Teuerung, radikaler Abbau der gesamten Sozialpolitik, Privatisierung oder weitgehende Besteuerung der kommunalen Betriebe, was sich wiederum in einer ungeheuren Erhöhung der Lebenshaltungskosten der Werktätigen durch Verteuerung von Gas, Elektrizität, Wasser usw. äußern muß –, das sind die Hauptzüge.

Hinzu tritt als politische Ergänzung dieser wirtschaftlichen Maßnahmen die Fülle der auf die Faschisierung der Herrschaftsmethoden hinzielenden Pläne. Zentralisation der Staatsgewalt, Abbau des Parlamentarismus, zunächst in der Form der Einschränkung der etatrechtlichen Befugnisse des Parlaments durch Uebertragung von diktatorischen Vollmachten an den Finanzminister (Vetorecht gegen Beschlüsse des Parlaments), gleichzeitig Feldzug gegen die Kommunen, die jeder Selbständigkeit entkleidet werden, schließlich verschärfte Gesetzgebung gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung in der Richtung ihrer völligen Illegalisierung, mit [612] andern Worten Severings Kommunistengesetz, ferner Kulturreaktion usw. usw.

Dieses ganze riesige Programm hat heute schon hinter sich eine nahezu völlig einige Front der Gesamtbourgeoisie. Das angeblich gegen den Young-Plan gerichtete verlogene Hugenberg-Begehren kann die Tatsachen nicht verschleiern, daß die Deutschnationalen – und selbstverständlich ebenso die in ihrem Schlepptau befindlichen Nationalsozialisten – ihrerseits ebenfalls auf dem Boden der kapitalistischen Reparationspolitik stehen. Da sie dem Young-Plan nicht irgendeine andere Lösung entgegenzustellen haben, mimen die Deutschnationalen und ihr Hitler-Anhang lediglich eine rein demagogische Scheinopposition, um bei dem Geschäft des Young-Planes eine möglichst hohe Beute für die deutsche Schwerindustrie – ihre Geldgeber – herauszupressen. Volkspartei und Demokraten – die letzteren mit einer immer krasseren Annäherung an die nach rechts abmarschierende Stresemann-Partei – stehen naturgemäß von vornherein auf dem Boden des „inneren Reformprogramms“ des deutschen Trustkapitals zur Durchführung des Young-Planes.

Wie steht es nun mit der Sozialdemokratie? In seinem Sonntags-Leitartikel vom 6. Oktober stellt der Chefredakteur der „Vossischen Zeitung“, Georg Bernhard, mit naiver Offenherzigkeit die ganze Rolle der Sozialdemokratie dar. Er wendet sich gegen alle Pläne zur Ausschaltung der SPD., wofür noch nicht der richtige Zeitpunkt gekommen sei. Bernhard schreibt:

„Wie stellt man sich eigentlich eine Finanzreform vor, in der ein Ausgleich zwischen Besitz und Arbeit gefunden werden muß, ohne verantwortliche Mitarbeit der Sozialdemokratie? Man sollte doch wirklich aus den Erfahrungen der letzten Jahre gelernt haben, daß jede Sozialpolitik und jede Finanzpolitik einer Rechtsregierung, die sich demagogisch die Gunst der Massen erkaufen muß, viel teurer wird als Reformen, die von der verantwortlichen Einsicht der Sozialdemokraten selbst gefördert werden können. Wenn die diesmalige Finanzreform wirklich diesen Namen verdienen soll, so muß, damit neues Kapital sich bildet, ... eine grundlegende Revision unter Mäßigung der direkten Steuern eintreten. Das wird nur dann möglich sein, wenn in den breiten Massen die Erkenntnis geweckt wird, daß gerade die hohen Einkommen zu einem Teil die Fundamente der Wirtschaftskraft und die Quellen ihrer dauernden Ergänzung bilden. Solche Erkenntnis zu wecken, setzt eine Erziehungsarbeit voraus, die ja nur die Sozialdemokratie selbst zu leisten vermag, ohne die ja doch im Grunde genommen auch die anderen Parteien ... es nie wagen würden, indirekte Steuern zur Ergänzung zu schaffen. Deshalb ist es ein frevles Spiel, wenn man gerade in diesem Augenblick versucht, die Sozialdemokratie aus der Verantwortung für die Sozial- und Wirtschaftspolitik zu lösen.“

Deutlicher läßt sich die Rolle der SPD als eines Sturmbockes zur Durchsetzung der trustkapitalistischen Pläne im Zusammenhang mit dem Young-Plan schwerlich charakterisieren. Und tatsächlich begnügt sich die SPD ja auch nicht damit, die Wünsche des Trustkapitals nur in der großen Linie in die Tat umzusetzen, wie das z. B. in Hilferdings Finanzreform durch den Abbau der höheren Einkommens- und der Besitzsteuer bei gleichzeitiger Vermehrung der Massensteuern geschieht, oder in der Frage des Abbaus der Sozialpolitik, der durch die Sozialdemokratie gerade bei den Erwerbslosen, also den Aermsten [613] der Armen, begonnen wurde. Die SPD geht darüber hinaus: sie leistet die von ihr seitens der Bourgeoisie erwartete und geforderte „Erziehungsarbeit“. Sie schafft die organisatorischen Voraussetzungen dafür, daß man wenigstens den Versuch macht, die Kommunisten von den Massen fernzuhalten. Sie erzieht die Massen im Geiste des offenen Sozialfaschismus, wobei die Spaltung der Gewerkschaften und aller Arbeiterorganisationen ebenso wie die Schaffung einer konterrevolutionären Bürgerkriegsatmosphäre im Reichsbanner und unter der sozialdemokratischen Arbeiteraristokratie von ausschlaggebender Bedeutung ist. Die ganz offene und zynisch provozierende Streikbrechertaktik der Berliner Ortsverwaltung des DMV gegenüber dem Rohrlegerstreik gibt ein anschauliches Bild davon, wie die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie teils mittels langfristiger Tarifverträge, teils durch Streikbrechertaktik und Hergabe der Gewerkschaftsgelder der Arbeiterschaft für Unternehmerzwecke alles daransetzt, um ihrerseits Lohnkämpfe, die der neuen kapitalistischen Rationalisierungswelle hinderlich sein würden, zu unterbinden.

X.

## Unsere Offensive gegen den Young-Plan

Die vorstehende Skizzierung des Young-Planes und seiner praktischen Auswirkung soll wenigstens andeutungsweise die Grundlinien des großen Zusammenhanges aufzeigen, der sich zwischen den verschiedenartigsten Gebieten des politischen, ökonomischen und kulturellen Lebens auf Grund des Young-Planes ergeben. Diese Linie gilt es mit aller Schärfe in der gesamten Partei und darüber hinaus vor der Arbeiterschaft zu entwickeln. Das Verständnis für die Tatsache muß geweckt werden, daß sich diese riesenhafte Front des Klassenfeindes der Arbeiterschaft über die verschiedenartigsten Schichten und Cliquen erstreckt, daß der amerikanische Multimillionär Morgan als Hauptdiktator des Young-Planes und der sozialfaschistische Gewerkschaftsbonze, der mit Streikbruch und Polizei irgendeine zwischentarifliche Lohnbewegung der Arbeiterschaft zu unterdrücken versucht, an einem Strang ziehen. Die Selbstverständigung der Partei in allen ihren Kaders über diese großen Zusammenhänge ist eine elementare Notwendigkeit. Die enge Verbundenheit der auf der Basis der imperialistischen Konfliktsstoffe und der wütenden Konkurrenz auf dem Weltmarkt sich ergebenden Kriegsvorbereitungen mit der gleichzeitigen Hungeroffensive gegen das doppelt versklavte

deutsche Proletariat, der Zusammenhang zwischen der „Inneren Reform“ der Schwerindustrie und der verschärften arbeiterfeindlichen Aktivität des Sozialfaschismus wie Nationalfaschismus – all das, was sich im Rahmen und als Folge des Young-Planes ergibt und kurz auf die Formel der verschärften Politik des Krieges und des Hungers bringen läßt, muß in eindeutiger Klarheit aufgezeigt werden.

Nur dann, wenn diese Aufgabe gelingt, wird die Partei imstande sein, den großen Ruck durchzuführen, der notwendig ist, um in raschen Tempo die revolutionäre Gegenoffensive gegen den Young-Plan zu eröffnen und die Massen für diese Offensive zu mobilisieren.

Wie soll dieser Kampf geführt werden? Es ist selbstverständlich, daß wir die Aufgabe haben, einen so umfassenden Kampf, wie ihn [614] die Bourgeoisie ihrerseits mit ihrer Politik des Krieges und des Hungers gegen die Klasseninteressen des Proletariats entfesselt, auch unsererseits mit dem Höchstaufgebot und mit der höchsten Vielseitigkeit unserer Kampfmethoden zu beantworten. Anknüpfend an alle wirtschaftlichen Tageskämpfe um ein Stück Brot wird es die Pflicht der Partei sein, solche Kämpfe über sich selbst hinaus zu steigern, durch die politischen Losungen des Kampfes gegen die tiefere Wurzel der allgemeinen Hungeroffensive, gegen den Young-Plan. Politische Massenstreiks sind die nächste Etappe einer solchen Politik, die von Anfang an auch jeden kleineren Wirtschaftskampf in den Gesamtrahmen des Kampfes gegen den Young-Plan einzufügen versteht und in jedem Tageskampf die Generallinie der Partei bis zur proletarischen Lösung: Machteroberung und Verwirklichung der proletarischen Diktatur – aufzeigt. Hier fügt sich in die allgemeine große Linie einer solchen organisierten Generaloffensive gegen den Young-Plan die notwendige Kampagne zur Popularisierung des Fünfjahrplans und des sozialistischen Aufbaus der Sowjetunion zwanglos ein. Und das ganze System einer solchen Politik ergibt eine vollkommene Einfachheit und Uebersichtlichkeit: Kampf gegen die imperialistischen Kriegsgefahren wie gegen die Hungeroffensive der Bourgeoisie und ihrer finanzkapitalistischen internationalen Hintermänner, d. h. Kampf gegen die außenpolitische wie innenpolitische Auswirkung des Young-Planes. Ein solcher Kampf muß erfolgen unter den zwei Hauptlosungen der aktiven und revolutionären Verteidigung der Sowjetunion im internationalen Maßstabe und der Entfesselung und Führung selbständiger Wirtschaftskämpfe gegen die Kapitalsoffensive im deutschen Maßstabe. Beide Hauptrichtungen, in denen die Stoßkraft der Partei eingesetzt wird, schließen in sich die Generallinie der proletarischen Revolution als des einzigen endgültigen Auswegs, den die fortschreitende Zuspitzung der Klassengegensätze wie der imperialistischen Kriegsgefahr früher oder später unmittelbar auf die Tagesordnung stellen muß.

*

## Perspektiven des deutschen Finanzkapitals

### Von der Kapitaleinfuhr zur Kapitalausfuhr

Von G. Reimann

Eine Fülle von innenpolitischen Neuregelungen werden innerhalb kürzester Frist in Deutschland getroffen. Die Zölle werden erhöht, die Kapitalsteuern abgebaut, die Erwerbslosenunterstützung radikal gekürzt oder gänzlich beseitigt, neue Wuchermonopole geschaffen oder vorbereitet, die Aufhebung der kommunalen Selbstverwaltung wird weitergeführt – alles Maßnahmen, die erst zum geringen Teil durchgeführt, zum größeren Teil erst Bestandteile eines großzügigen „Reformprogrammes“ sind. Die sozialdemokratisch-bürgerlichen Politiker müssen sich beeilen, die „Neuerungen“ in kürzester Frist durchzuführen, wenn sie ihre Posten behalten wollen. Die politisch aktivste und antreibende Partei innerhalb der Großen Koalition und der Regierung ist die Deutsche Volkspartei, die mit einer Regierungskrise droht, wenn jene Maßnahmen nicht sofort und ohne Kürzungen durchgeführt werden. Die parlamentarischen Vertreter der Deutschen Volkspartei stehen dabei [615] selber unter Druck, denn hinter ihnen stehen die entscheidenden Kräfte des deutschen Finanzkapitals, insbesondere die neue Riesenbank, die Deutsche Bank und Discontogesellschaft, die zwar zu sämtlichen bürgerlichen Parteien ihre Verbindungen hat, am engsten aber mit der Deutschen Volkspartei verbunden ist.

### Geheimabmachungen über das „Reformprogramm“

Die Deutsche Volkspartei hätte die Regierungskoalition schon längst gesprengt, wenn diese sich nicht zur Durchführung der konkreten, von den entscheidenden Gruppen des Finanz- und Industriekapitals aufgestellten Forderungen in besonderen Geheimbesprechungen verpflichtet hätte. Das bestätigte der Vorsitzende des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Dr. Duisberg, auf der Düsseldorfer Industriellentagung bei seiner Ankündigung der Veröffentlichung eines innenpolitischen „Reformprogrammes im November oder Dezember dieses Jahres:

„Es ist aber selbstverständlich, daß wir die Arbeiten für das Reformprogramm sogleich aufgenommen haben, und daß die verantwortlichen Regierungsstellen über den Stand dieser Arbeiten wie auch über unsere Forderungen dauernd unterrichtet werden. Aber mehr als das: als Mandant der deutschen Industrie und im Interesse einer lehensfähigen deutschen Gesamtwirtschaft müssen und werden wir mit aller Energie dafür eintreten und unaufhörlich und unerbittlich darauf dringen, daß diese Aenderungen in der Wirtschaftspolitik und der Sozialpolitik, vor allem aber in der Finanzpolitik auch durchgeführt werden.“

Daß bei den bisherigen Verhandlungen über jenes „Reformprogramm“ und seine Durchsetzung bereits die Deutsche Bank das führende Wort gehabt hat, ging daraus hervor, daß das Hauptreferat auf der Düsseldorfer Industriellentagung von Dr. Werner Kehl, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank (über „Die Bedeutung des internationalen Kapitalmarktes für Deutschland“) gehalten wurde. Er sagte u. a.:

„So steht außer Frage, daß auf dem Gebiet staatlicher Finanzpolitik, und zwar gerade auch zur Pflege der Kapitalbildung, etwas Durchgreifendes bald, sehr bald geschehen muß ...“

Bevor die Frage nach den Ursachen, die das Finanzkapital zu einer so ungestümen Offensive drängen, beantwortet werden soll, soll die Bedeutung der durch die neue Großbankenfusion geschaffenen neuen Machtgruppierung behandelt werden.

### Neue finanzkapitalistische Zusammenballung: Deutsche Bank & Discontogesellschaft

Die Deutsche Bank & Discontogesellschaft verfügt über ein Geldkapital von mehr als 5 Milliarden Mark, gleich 34 Prozent der Kreditmittel der 101 deutschen Kreditbanken oder 45 Prozent der Kreditmittel der deutschen Großbanken. Diese Zahlen geben jedoch eine unzulängliche und viel zu allgemeine Vorstellung von der tatsächlichen finanzkapitalistischen Machtzusammenballung: denn mit fünf Milliarden Mark Bankkapital wird ein viel größeres Industriekapital kontrolliert. Auf den verschiedensten Kapitalsanlagegebieten in Deutschland selber ist die Deutsche Bank & Discontogesellschaft die entscheidende kontrollierende Bankmacht. Das ergibt sich schon aus den bisherigen Beziehungen der alten Deutschen Bank und der Discontogesellschaft zum Industrie- und Agrarkapital.

In wichtigen Großindustrien, vor allem in der Kaliindustrie, im Schiffsbau und Schiffahrtsgewerbe sowie in der eisenverarbeitenden Industrie hatten die Deutsche Bank und die Discontogesellschaft vor ihrer Verschmelzung untereinander konkurrierende Machtinteressen, die sich zum Teil iii Unternehmungen konzentrierten, die ebenfalls in heftigem Konkurrenzkampf miteinander standen. In Zukunft wird dieser finanzkapitalistische [616] Konkurrenzkampf nicht mehr bestehen. Die „Deutsche Bank & Discontogesellschaft“ wird naturgemäß daran interessiert sein, daß verlustreiche Konkurrenzkämpfe zwischen den Unternehmungen, an denen sie interessiert ist, ausgeschaltet werden und durch neue industriekapitalistische Konzentration der Weg zu weiteren Rationalisierungsmaßnahmen, zur Steigerung der Rentabilität und zur Realisierung neuer Gründergewinne geebnet wird. Die Bankenkonzentration wird deswegen die neue Rationalisierungswelle, die nicht nur auf das Bankgewerbe selber sich erstreckt, fördern.

Auch die ausländischen Kapitalsanlagen der Deutschen Bank & Discontogesellschaft werden miteinander verschmolzen. Das neue Betätigungsfeld im Auslande, das das deutsche Finanzkapital in den letzten Jahren wieder aufgesucht hat, erstreckt sich vor allem auf Ost- und Südosteuropa (im Osteuropa lediglich die Randstaaten); aber auch nach Südamerika, der Türkei und Ostasien hat das deutsche Finanzkapital seine ersten Fühler ausgestreckt und zum Teil sich bereits Organisationen zur weiteren Expansion geschaffen.

Die vereinigte Bankmacht wird einen viel größeren Einfluß haben, als sich aus der einfachen Addition des bisherigen Einflusses der Deutschen Bank und des Einflusses der Discontogesellschaft ergibt. Die übrigen bisherigen Großbanken in Deutschland erscheinen jetzt nur noch als Mittelbanken gegenüber der neuen Riesenbank. Die nächstgrößere Bank, die Darmstädter & Nationalbank, verfügt nur über 47 Prozent der Geldmacht der Deutschen Bank & Discontogesellschaft, die Dresdener Bank über 44 Prozent, die Commerz- und Kreditbank über 34 Prozent und die Berliner Handelsgesellschaft über 9 Prozent.

Die Deutsche Bank & Discontogesellschaft ist am umfassendsten an fast sämtlichen wichtigen Kapitalsanlagen in Deutschland selber interessiert, auch an der Rentabilität des großagrarischen Kapitals. Deswegen wird die Deutsche Bank & Discontogesellschaft auch am vollständigsten ihre eigenen privatkapitalistischen Interessen mit den Gesamtinteressen des deutschen Kapitalismus identifizieren und daher wirklich eine einzigartige Führerstellung im deutschen Kapitalismus einnehmen können. Auf Grund der gegenwärtigen Machtverhältnisse scheint sie sogar eine unanfechtbare Hegemonie innerhalb des deutschen Finanzkapitals errungen zu haben. Diese wird aber keineswegs so weit gehen, daß nicht die Bank auch innerhalb Deutschlands selber – erst recht natürlich in internationalem Maßstabe – mit ernsthaften, ihre monopolistische Machtstellung bedrohenden Rivalen zu rechnen hätte. Zweifellos wird die Fusion der Deutschen Bank und der Discontogesellschaft eine weitere Konzentration innerhalb des deutschen Bank- und Finanzkapitals zur Folge haben. Verhandlungen über die Verschmelzung der bis vor zwei bis drei Jahren aktivsten deutschen Großbank, der Darmstädter & Nationalbank, mit der Berliner Handelsgesellschaft sind bereits geführt worden. Dann würde eine Bankmacht entstehen, die bereits 56 Prozent der Geldmittel, die der Deutschen Bank & Discontogesellschaft zur Verfügung stehen, besitzt.

### Der Konkurrenzkampf zwischen Chemietrust und Ruhrindustriellen

Bei diesem Wettkampf um die Führerstellung und Einflußsphäre innerhalb des Finanzkapitals ist von größter Bedeutung, daß die Position der Deutschen Bank & Discontogesellschaft am schwächsten in der alten Schwerindustrie ist, wo die Darmstädter & Nationalbank dominiert. Dafür ist allerdings die Deutsche Bank & Discontogesellschaft viel enger als irgendeine andere deutsche Großbank mit dem Chemietrust, der I. G. Farbenindustrie-A.-G., verbunden. In dem Konkurrenzkampf zwischen Chemietrust und Schwerindustrie wird dem Chemietrust die Machtstärkung seiner ihm nahestehenden Bankmacht, der Deutschen Bank & Discontogesellschaft, zugute kommen. Kein Zweifel aber, daß dies gerade für die Schwerindustrie ein [617] Antrieb sein wird, einem weiteren Zurückdrängen ihres Machteinflusses und einem Verdrängen aus zum Teil völlig neuen Produktionszweigen, die die Ruhrindustriellen für sich beanspruchen, verstärkt entgegenzutreten.

### Förderung der Kapitalsbildung – die Generallosung

In den letzten Jahren ist zweifellos in Auswirkung der kapitalistischen Rationalisierungserfolge und der Kapitaleinfuhr eine bedeutende Steigerung der Kapitalsakkumulation eingetreten. Wenn auf dem Düsseldorfer Industriellentag der Bankdirektor Kehl als Referent den Minimalbetrag der Kapitalsakkumulation in Deutschland auf zehn Milliarden Mark schätzte, so muß demgegenüber die in den letzten Jahren erfolgte Kapitalsakkumulation bereits auf über zehn Milliarden Mark im Jahresdurchschnitt geschätzt werden.

Die von der deutschen Arbeiterschaft produzierte Mehrwertmasse ist gegenwärtig sicherlich viel größer als in der Vorkriegszeit. Auch unter Berücksichtigung der Kapitaleinfuhr und des gestiegenen Luxuskonsums der Bourgeoisie ist der zur eigenen Kapitalsakkumulation zur Verfügung stehende Rest beträchtlich gewachsen. Aber noch vielmehr haben die Akkumulationsbedürfnisse des deutschen Kapitalismus zugenommen, 1. wegen der ungeheuer vermehrten Entwertung und Vernichtung von Anlagekapital, 2. wegen der Notwendigkeit der Steigerung der Warenausfuhr durch Kapitalausfuhr und umgekehrt. Der deutsche Kapitalismus wird seine Warenausfuhr ganz besonders steigern und deswegen auf dem Weltmarkte konkurrenzfähiger als die übrigen Konkurrenten auftreten müssen. Darum besteht für den deutschen Kapitalismus die Notwendigkeit, die Arbeiterschaft in Deutschland mehr noch als in den übrigen Ländern auszubeuten.

Um sich in den verschiedensten Produktionszweigen einen technischen Vorsprung und Extraprofite zu beschaffen, ist eine doppelte Beschleunigung der Kapitalsakkumulation erforderlich und muß auch ein besonders starker Kapitalsverschleiß. in Kauf genommen werden. Dieser Kapitalsverschleiß – nicht nur der materielle, sondern auch der durch den technischen Fortschritt und den Konkurrenzkampf bedingte – wird von den monopolistischen Trusts durch die „Selbstfinanzierung mehr als ausgeglichen. Der größte Teil der von ihnen erzielten Profite wird zur Anschaffung von Neuanlagen, zur Finanzierung von Erweiterungs- und Neubauten verwendet. Soweit dies ein Ausgleich für Kapitalsvernichtung und Entwertung infolge technischer Veraltung, Rationalisierungsstillegungen usw. ist, bestreiten die Kapitalisten, daß hier Kapital akkumuliert wurde. Wahrscheinlich wollte der Bankdirektor Kehl mit seiner Schätzung von zehn Milliarden Mark lediglich den seiner Meinung nach erforderlichen absoluten Kapitalszuwachs verstehen.

So verschwindet ein großer Teil der neuen Kapitalsakkumulation vor den Augen der Oeffentlichkeit durch die stark gewachsene „Selbstfinanzierung“ der großen monopolistischen Trustunternehmen.

Es wird aber darüber hinaus Kapital benötigt, um die „neuen“ Produktions- und Industriezweige unter Kontrolle des deutschen Finanzkapitals schneller als in den übrigen kapitalistischen Ländern ausbauen und die in diesen Kapitalsanlagesphären wegen der monopolistischen Machtstellung und des technischen Vorsprunges besonders hohen Profitmöglichkeiten ausschöpfen zu können.

## Verschärfung der „Kapitalnot“

Diese Akkumulationsbedürfnisse des deutschen Kapitalismus konnten gerade in der letzten Zeit nicht befriedigt werden. In diesem Jahre, vor allem in der ersten Jahreshälfte, war nicht nur ein Stocken der Kapitaleinfuhr und eine geringere Möglichkeit, deutsche Wertpapiere im Ausland unterzubringen (u. a. im Zusammenhang mit der Neuyorker Börsenhausse) , sondern auch eine fast vollständige „Erschöpfung“ des inländischen Kapitalmarktes zu verzeichnen. Die Inlandsemissionen von Wertpapieren haben in diesem Jahre bei weitem nicht die entsprechenden Beträge der Vorjahre erreicht. [618]

Emissionen von deutschen Wertpapieren
(in Millionen Mark)

| Monatlich | Auslandsanleihen | Inlandsemissionen | |
|---|---|---|---|
| | | Schuldverschr. | Aktien*) |
| 1927 | 117,6 | 236 | 120 |
| 1928 | 122 | 242 | 111 |
| 1929, 1. Quartal | 76,8 | 191 | 119 |
| 1929, 2. Quartal | 24,9 | 120 | 113 |
| 1929, Juli | 1,37 | 140 | 45 |

In dieser Tabelle kommt nicht zum Ausdruck, daß ein großer Teil der Inlandsemissionen ebenfalls vom Auslandskapital aufgenommen wurde.

Die letzten größeren Inlandsemissionen, besonders die der Kommunen und Hilferdings, sind eine vollständige Pleite gewesen; trotz hohem Zinsanreiz konnte ein großer Teil der Anleihen nicht untergebracht werden.

Diese Lage des deutschen Kapitalmarktes scheint im Widerspruch zu der Wirtschaftslage in Deutschland zu stehen. Der trotz der anhaltenden Depression hohe Produktionsstand in der chemischen Industrie, Elektroindustrie, im Maschinenbau und in der Schwerindustrie zeugt nicht von einer verschärften Kreditnot. Noch weniger trifft dies auf die Entwicklung der Lage der Reichsbahn zu.

Im Frühjahr dieses Jahres wiesen die Gold- und Devisenbestände einen Tiefstand auf, hervorgerufen vor allem durch das Stocken der Kapitaleinfuhr und massenhafte Devisenkäufe der Großbanken, weit über das Passivum der deutschen Handelsbilanz und die Reparationszahlungen hinaus. Nur zum geringen Teil wurden Auslandskredite gekündigt. Die deutschen Großbanken führten hier ein reparationspolitisches Manöver aus, das ihnen gleichzeitig die Möglichkeit gab, sich an der New Yorker Börsenhausse und den hier erzielbaren riesigen Spekulationsgewinnen, ebenso wie fast alle übrigen

*) Ohne Fusionen und Sacheinlagen, Ausgabekurs.

kapitalistischen Großbanken der ganzen Welt zu beteiligen. Seit Frühjahr dieses Jahres ist aber eine Rückentwicklung eingetreten. Die Gold- und Devisenbestände der Reichsbank haben sich wieder aufgefüllt. Ihre Goldbestände allein sind von 1,76 Milliarden Mark am 7. Juni dieses Jahres auf 2,18 Milliarden Mark am 14. September d. J. gestiegen. Die Deckung der umlaufenden Noten durch Gold und Devisen hat sich in derselben Zeit von 47,4 auf 56,9 Prozent (im September des Vorjahres 58,8 Prozent) erhöht. Das läßt auf neue Zufuhr von kurzfristigen Auslandskrediten schließen, zum Teil auch einfach auf Markkäufe der deutschen Großbanken mit Hilfe ihrer Auslandsguthaben.

Dennoch hat sich die „Kapitalnot“ in Deutschland verschärft. Unter dem Einfluß der amerikanischen Zinssteigerungen sind die Zinssätze auch in Deutschland gestiegen. Das deutsche Bankkapital kann die Auffüllung der Gold- und Devisenbestände nicht zu einer bedeutenden Erweiterung der Inlandskredite, besonders der Kapitalskredite, benutzen, weil die starke weiterwachsende kurzfristige Auslandsverschuldung (rund 7 Milliarden Mark) zu dem Halten einer bedeutenden Liquiditätsreserve zwingt[*]. Das Herannahen einer Krise in Amerika und die internationalen Diskonterhöhungen zwingen das deutsche Finanzkapital, trotz seiner engen Verbindung mit dem ausländischen Finanzkapital mit einem plötzlichen Abzug kurzfristiger Auslandskredite in größerem Umfange zu rechnen.

### Mangel an Kapitalskrediten – bei Ueberfluß an Waren.

Der weitere Verlauf der Konjunkturlage in Deutschland wird nun aber unmittelbar von einer Milderung der „Kapitalsnot“ abhängen. Darin kommt zum Ausdruck, daß im weiteren Verlauf der relativen Stabilisierung des Kapitalismus sich ihre ökonomischen Widersprüche verschärfen. Deswegen geht [619] das Großkapital zu neuen Angriffen auf die Lebens- und Arbeitslage der Arbeiterschaft über, und es verschärfen sich die Klassengegensätze. Warum kann trotz der gefüllten Gold- und Devisenbestände und des hohen Produktionsstandes das für die erweiterte Akkumulation benötigte Kapital nicht aufgebracht werden? Bei der „Kapitalnot“ handelt es sich zunächst nicht um einen Mangel an Warenkapital, sondern an Geldkapital oder Kapitalskrediten, was naive oder demagogische bürgerliche Theoretiker miteinander verwechseln. Es wird nicht an sich „zu wenig“ produziert. Trotz des relativ hohen Absatzstandes herrscht in fast allen Industriezweigen mit wenigen Ausnahmen weiterhin noch Absatznot, die zum Teil in den letzten Monaten zugenommen hat. Weiterhin wird in den meisten Industrien die Produktionskapazität bei weitem nicht ausgenutzt. Aber von dem in Geld realisierten Mehrwert, der in den Warenwerten steckt, ist der Teil, der für Akkumulationszwecke zur Verfügung steht, zu gering gegenüber den Akkumulations- und Kapitalexportnotwendigkeiten.

### „Ueberfremdung“ deutscher Industrieunternehmungen

Deswegen ist das deutsche Finanzkapital weiterhin auf Kapitaleinfuhr angewiesen, und zwar vor allem in Form von langfristigen Anleihen oder Auslandsbeteiligungen an deutschen Unternehmungen zwecks Konsolidierung der kurzfristigen Auslandsverschuldung:

„Nachdem die kurzfristige Verschuldung ein Maximum erreicht hat ..., werden wir uns darauf einzurichten haben, in größerem, viel größerem Umfang als bisher ausländisches Kapital in der Gestalt langfristiger und verantwortlicher Beteiligungen hereinzunehmen.“ (Kehl auf der Düsseldorfer Industriellentagung.)

Die Entwicklung des amerikanischen Kapitalmarktes läßt nun nicht für das deutsche Finanzkapital die Möglichkeit der Aufnahme von Auslandsanleihen in dem Umfange, wie es den Bedürfnissen des deutschen Kapitalismus entspricht, erwarten. Deswegen mußte Kehl auf der Düsseldorfer Industriellentagung feststellen, „daß Deutschlands Wirtschaft auf den internationalen Kapitalmärkten einer Situation gegenübersteht, die ebenso schwierig ist wie der internationale Wettbewerb selbst und durchaus nicht die Tendenz hat, hohen Anforderungen zu entsprechen und uns um unserer selbst willen zu helfen“. Daraus zog Kehl die Schlußfolgerung, daß der deutsche Kapitalismus auch eine Ueberfremdung von wichtigen Industrieunternehmungen in Kauf nehmen und sich so zum Teil unmittelbar in die Abhängigkeit des amerikanischen Finanzkapitals begeben müsse. Das deutsche

[*] „Die Auslandsguthaben, die wir Banken vor dem Kriege unterhielten, waren Kapitalsanlagen, heute (rund zwei Milliarden Mark) sind sie sehr kostspielige Liquiditätsanlagen.“ (Kehl auf der Düsseldorfer Industriellentagung.)

Finanz- und Industriekapital hat aber den unbedingten Willen, sich zu einem unabhängigen selbständigen Imperialismus zu entwickeln:

„Wir müssen uns hüten, an einen Punkt zu gelangen, wo unsere wirtschaftliche Unselbständigkeit droht, der politischen Handlungsfreiheit verhängnisvoll zu werden", verkündete Kehl in Düsseldorf. Und siegessicher sprach bereits der Vorsitzende Duisberg: „Noch sind wir lange nicht da, wo wir vor dem Kriege standen; aber wir werden es wieder erreichen."

Deswegen will der deutsche Kapitalismus seine eigene Kapitalsakkumulation und Kapitalausfuhr aus den Geldmitteln, die aus der Realisierung des Mehrwertes der deutschen Arbeiter entspringen, steigern. Aber auch dann wird der neue deutsche Imperialismus angesichts der grundlegend veränderten Markt- und Machtverhältnisse in internationalem Maßstabe nie mehr dorthin kommen können, wo er „vor dem Kriege stand".

Der Grundwiderspruch für den neuen deutschen Imperialismus besteht darin, daß er ein

Imperialismus ohne Kolonien und imperialistische Privilegien

ist. Er erhält so gut wie keine Tributzahlungen aus dem Auslande, muß aber selber an das Ausland zwei Milliarden Mark Reparationen und rund eine Mil-[620]liarde Mark für Zinsen und Rückzahlung der Auslandskredite (per Saldo) zahlen. Vor dem Kriege hatte der deutsche Imperialismus aus ausländischen Kapitalsanlagen von rund 20 Milliarden Mark Tributeinnahmen in Höhe von 2 bis 2,5 Milliarden Mark. Diese wurden zur Bezahlung des Einfuhrüberschusses von 1400 Millionen Mark (im Jahresdurchschnitt 1910 bis 1913) und zu neuer Kapitalausfuhr verwendet. Heute besitzt der deutsche Kapitalismus keine nennenswerten Kapitalsanlagen im Auslande. Die Zahlungsverpflichtungen an das Ausland müssen aber in Devisen oder Gold geleistet werden, die bei Aufrechterhaltung der deutschen Währungsstabilität durch Auslandskredite oder durch Warenausfuhrüberschüsse beschafft werden müssen. Die Warenausfuhr von Juni 1928 bis Mai 1929 (einschl. Sachlieferungen) belief sich aber auf 150 Prozent der Vorkriegsausfuhr (1910 bis 1913), die Einfuhr auf 135 Prozent. In den letzten Monaten hat sich die Handelsbilanz insoweit gebessert, daß Ein- und Ausfuhr sich ungefähr die Wage hielten. Bei Berücksichtigung einer 50prozentigen Preissteigerung hatte die Warenausfuhr knapp die Vorkriegshöhe erreicht, trotz der grundlegenden Verschlechterung der Zahlungsbilanz.

Der deutsche Kapitalismus muß also an das Auslandskapital weit mehr Geldkapital zahlen, als er selber aus den regulären Auslandseinnahmen (Warenausfuhr, Dienstleistungen usw.) erhält. Das entscheidende Problem des neuen deutschen Imperialismus ist deswegen: eine Verbesserung seiner Zahlungsbilanz, und zwar vor allem durch Schaffung neuer deutscher Kapitalsanlagen im Auslande:

„Von allen wirtschaftlichen Verlusten, die uns der Krieg gebracht hat, ist uns die Einbuße unserer Investitionen im Auslande vielleicht die nachhaltigste ... Es ist notwendig, daß die heutige deutsche Wirtschaft, deren Rohstoffbasis noch schmaler geworden ist und deren Bevölkerung noch immer zunimmt, in den Stand gesetzt wird, an der Erschließung von Rohstoffgebieten und an der Wiederherstellung alter Konsummärkte (!) sich ihren Anteil zu sichern. Wir müssen gerüstet sein, die Aufnahmefähigkeit solcher Märkte mit zu entwickeln und dazu gehören Investitionen, dazu gebrauchen wir große und langfristige Kapitalabgaben." (Kehl auf dem Düsseldorfer Industriellentag.)

Von der Kapitaleinfuhr zur Kapitalausfuhr war deswegen der Leitfaden von Kehls Ausführungen in Düsseldorf.

Neue Kapitalausfuhr kann das deutsche Finanzkapital aber nur insoweit tätigen, als entweder Auslandskredite oder Devisenfonds aus Exportüberschüssen zur Verfügung stehen.

Kapitalausfuhr aus eigenen Mitteln,

das heißt vorläufig Kapitalausfuhr durch Warenausfuhrüberschüsse. Das kann durch absolute Steigerung der Warenausfuhr und durch Beschränkung der Wareneinfuhr erreicht werden. Beides erstrebt der neue deutsche Imperialismus durch sein innerpolitisches Reformprogramm. Durch die Agrarmonopole sollen den werktätigen Massen in Deutschland die billigeren ausländischen Nahrungsmittel vorenthalten werden. Das Finanzkapital erhofft einen doppelten Gewinn für sich davon durch

Erschließung neuer Profitquellen bei gleichzeitiger Verbesserung der Zahlungsbilanz des deutschen Kapitalismus. Entscheidend bleibt aber trotzdem die Verbesserung der Zahlungsbilanz durch Steigerung der Warenausfuhr, so daß dadurch eine Kapitalausfuhr möglich wird. Diese Steigerung der Waren- und Kapitalausfuhr steht aber im Widerspruch zu der ständig wachsenden Verengerung des Weltmarktes und der gerade in der nächsten Zeit zu erwartenden Verschärfung der internationalen Absatzkämpfe der Kapitalisten. Die Rüstung zur Erschließung „neuer" Absatzmärkte, wie sie deswegen von dem Direktor der Deutschen Bank und Discontogesellschaft Kehl programmatisch verkündet wurde, ist praktisch die Rüstung zum Krieg gegen die Sowjetunion – die andere Seite des imperialistischen „Reform"- oder Diktaturprogramms. [621]

*

## Die Rolle der Technik im sozialistischen Umbau des Sowjetdorfes

Von Rudolf Arens (Moskau)

Die Zurückgebliebenheit der Landwirtschaft hinter der Industrie, des Landes hinter der Stadt, war im Zarenrußland am stärksten und mußte von dem Sowjets als eines der übelsten Teile des üblen Erbes des Zarenwirtschaft übernommen werden. In den Verhältnissen des sozialistischen Aufbaues ist diese Zurückgebliebenheit am fühlbarsten. Während die Stadt mit der riesenhaften Entwicklung der Industrie schnell vorwärtsschreitet, schnell neue Formen des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens entwickelt, wird dieser Entwicklungsprozeß auf dem Lande durch die Zersplitterung der Landwirtschaft in Millionen von kleinen individuellen Zwergwirtschaften, durch das fast völlige Fehlen einer technischen Basis für die Entfaltung neuer Produktionsformen und -kräfte sehr stark gehemmt. Eine der wichtigsten Aufgaben der proletarischen Revolution ist aber die Aufhebung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land, der Ausgleich der Verhältnisse in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Beziehung. Diese Aufgabe wird nur gelöst werden durch die Ueberführung der Landwirtschaft auf eine höhere technische Basis, durch Zusammenfassung der Millionen Kleinbetriebe zu Großwirtschaften, die die Möglichkeit hatten, im breitesten Maße die Errungenschaften der Technik anzuwenden und somit die Produktivkräfte der Landwirtschaft zu heben. Kurz, die Aufgabe, die zu lösen ist, heißt – Industrialisierung der Landwirtschaft.

Die Aufgabe ist schwierig, aber die Voraussetzungen ihrer Lösung sind gegeben – die Industrie ist in den Händen des Proletariats, das durch sein Bündnis mit den Grundmassen der Bauernschaft das Bündnis zwischen Industrie und Landwirtschaft herstellt. Die neue technische Basis kann der Landwirtschaft nur durch die Industrie gegeben werden. Die Entwicklung der Landwirtschaft ist also nicht zu trennen von der Entwicklung der Industrie. Diese enge Verbindung zwischen Industrie und Landwirtschaft wurde bisher aufrechterhalten durch die Entwicklung und Verstärkung des Warenumlaufes zwischen Industrie und Landwirtschaft. Auf dieser Warenaustauschverbindung zwischen Stadt und Land baute sich die „Smytschka" (Bündnis) zwischen dem Proletariat und den Grundmassen der Bauernschaft auf. Diese Form der „Smytschka" war in der Periode der Wiederherstellung der Industrie wie auch der Landwirtschaft ausreichend, ~sie diente gleichfalls der Wiederherstellung und zwar der Wiederherstellung einer geordneten Verbindung zwischen Industrie und Landwirtschaft. Aber nachdem die Industrie ihre Wiederherstellungsperiode abgeschlossen und in die Rekonstruktionsperiode eingetreten ist, hat auch für die Landwirtschaft die Periode der Rekonstruktion begonnen~ Nachdem der 15. Parteitag der KPSU diesen Moment bereits festgestellt und entsprechende Richtlinien und Methoden für die weitere Entwicklung der Landwirtschaft festgelegt hat, hat die 10. Parteikonferenz das noch stärker unterstrichen. Sie stellte in ihrer Resolution fest, daß die alte Form der „Smytschka" im heutigen Stadium der Entwicklung nicht mehr ausreichend ist und durch eine neue Form auf der Basis der Produktionsverbindung der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft ersetzt werden muß.

Die Produktionshilfe des proletarischen Staates oder die Produktionsverbindung der Arbeiterklasse mit dem Grundmassen der Bauernschaft besteht danach in der Hebung der Landwirtschaft auf eine höhere technische Basis und die Schaffung von Großwirtschaften auf der Grundlage der Kollektivisierung. Für die Verwirklichung dieser neuen Form der „Srnytschka" legte die Konferenz eine Reihe verschiedener Methoden fest, wie Schaffung von neuen großen Sowjetwirtschaften und weitere

Entwicklung schon [622] bestehender; Schaffung neuer und Entwicklung bereits bestehender großer Kollektivwirtschaften usw. Als dritte in der Reihe der aufgeführten Methoden wird die Schaffung staatlicher und genossenschaftlicher Maschinen- und Traktorenstationen gefordert. Von dieser letzten Methode soll hier im weiteren die Rede sein, weil sie wohl am augenscheinlichsten und am klarsten die Rolle der Technik im Prozeß der Sozialisierung des Dorfes erkennen läßt.

Die 18. Parteikonferenz bezeichnet die Maschinen- und Traktorenstationen als eine der Methoden der Vergesellschaftung der wichtigsten Produktionsprozesse der ganzen Masse der individuellen Wirtschaften. Was ist eine Maschinen- und Traktorenstation? Technisch-organisatorisch ergibt sich folgendes Bild: In einem Zentrum sind zusammengefaßt eine große Anzahl – einhundert bis zweihundert – Traktoren mit allen übrigen zur Landwirtschaft benötigten und dem Traktor anzukoppelnden Maschinen (Pflüge, Eggen, Sämaschinen, Mähmaschinen, Dreschmaschinen). Zur technischen Bedienung dieses Maschinen- und Traktorenparkes besteht eine technische Werkstatt ausgerüstet mit den modernsten Maschinen und Werkzeugen zur Ausführung der kompliziertesten Reparaturen. Diese Werkstatt verfügt über einen Stab technisch geschulter qualifizierter Arbeiter. In diesem Zentrum befindet sich gleichzeitig eine Leitung, die die Station administrativ-wirtschaftlich, technisch und agronomisch leitet. Die Stationen werden vom Staat oder von den landwirtschaftlichen Genossenschaften organisiert. Ihre Aufgabe ist es, der individuellen Zwergwirtschaft die Anwendung moderner Maschinen und wissenschaftlich-agronomischer Bearbeitungsmethoden zu ermöglichen.

Die Station tritt mit den umliegenden Bauernwirtschaften in Verbindung, um mit ihnen Verträge auf Bearbeitung ihrer Länder durch die Traktoren und Maschinen der Station abzuschließen. Diese Verträge werden aber nicht mit einzelnen Wirtschaften abgeschlossen, sondern nur mit einem ganzen Dorf oder einer größeren Gruppe von Bauernhöfen. Eine der Grundbedingungen des abzuschließenden Vertrages ist, daß die Bauern ihre Felder zu einem einzigen großen Landmassiv zusammenlegen, denn mit Maschinen und Traktoren kann man nicht kleine Fetzen Landes bearbeiten. In einem Vertrag, den Bauern des Dorfes Balaitschuk im Rayon Beresowka des Bezirks Odessa mit der Maschinen. und Traktorenstation des Sowjetgutes Schewtschenko abgeschlossen haben, heißt es:

„Die Bauern vereinigen ihren gesamten Boden im Ausmaße von 3000 Hektar, oder wieviel er sich nach der genauen Ausmessung erweist, zu einem Landmassiv für vollständig gesellschaftliche Traktorenbearbeitung. Alle Grenzen, die die individuellen Landteile der Bauern abteilen, werden vernichtet.“[*)]

Im ersten Absatz des Vertrages heißt es ausdrücklich, daß dieser Vertrag abgeschlossen wird

„mit dem Ziele des Umbaues der kleinen einzelnen Bauernwirtschaft in eine große, vergesellschaftete kulturelle Wirtschaft mit bester technischer Ausrüstung.“

Alle Bauern des Dorfes, die sich dem Vertrag nicht anschließen, bekommen ihr Landstück an der Grenze der großen vergesellschafteten Fläche zugewiesen, damit sie die Herstellung eines kompakten Massivs nicht stören. Eine Maßnahme, die nur in einem Lande möglich ist, wo kein Privateigentum an Grund und Boden besteht.

Laut Vertrag stellt die Station den Bauern sämtliche erforderlichen Traktoren und Maschinen zur Verfügung. Ihre Bedienung hat von den Bauern [623] selbst zu erfolgen. Zu diesem Zwecke finden in der Station Kurse statt, die die Bauern mit dem Umgang mit Maschinen vertraut machen.

Jeder Bauer muß einen entsprechend seinem Landanteil berechneten Arbeitsanteil leisten und bekommt einen auf gleiche Weise errechneten Ernteanteil zugewiesen.

[*)] Aus dem Buch von Markewitsch „Zwischengemeindliche Maschinen- und Traktorenstationen“ (russisch).

Die Station beeinflußt aber nicht nur technisch die Neugestaltung der Landwirtschaft, sondern übt auch einen agrar-wissenschaftlichen Einfluß auf die Bauernwirtschaften aus. Sie legt mit den Bauern den Fruchtwechsel fest, beeinflußt die Art und den Anteil der einzelnen Arten der Aussaat. Eine wichtige Rolle spielen die Stationen auch bei der Ablieferung des Getreides an den Staat, indem sie den Abschluß der Kontraktationen (Verträge über Erntelieferung fördern. Die Traktorenstationen sind somit ein wichtiger Faktor in der Einbeziehung der Bauernwirtschaften in die Planwirtschaft.

Die Einführung der neuen technischen Basis in der Landwirtschaft führt zu einer radikalen Umwälzung unter den kleinen individuellen Bauernwirtschaften. Durch die Aufhebung der Grenzen zwischen den Feldstreifen werden die Grenzen zwischen den einzelnen Bauernhöfen überhaupt ins Wanken gebracht. Das ganze Dorf ist auf dem Wege, sich zu einem einzigen großen Bauernhof zu vereinigen. Mit der Feldwirtschaft ist der Anfang gemacht. Die Vernichtung der Feldgrenzen ist noch nicht immer und nur in den seltensten Fällen mit einem Niederreißen des individuellen Viehstalles verbunden. Die Kollektivisierung bewegt sich vorerst meist nur auf dem Wege der gesellschaftlichen Bodenbearbeitung. Doch der Weg der Kollektivisierung ist beschritten. Noch macht der Traktor vor dem Dorfganzen halt, aber an einigen Stellen ist er auch schon über diese Grenzen hinausgefahren und hat mehrere Dörfer zu einem Landmassiv vereinigt. Das läßt die Perspektiven der weiteren Entwicklung erkennen. Nachdem der Feldrain unter den Pflug genommen ist, muß auch die Dorfgrenze bald fallen. Der Weg zum Wirtschaftsgiganten in der Landwirtschaft wird freigelegt – nach sozialistischer Methode, ohne Vernichtung der Millionen kleinen Existenzen, sondern unter ihrer aktivsten Teilnahme. Wo Feld- und Dorfgrenzen fallen und sich riesige Feldmassive bilden, muß auch bald der kleine Viehstall, die enge Küche dem allgemeinen Viehstall, der allgemeinen Küche und der allgemeinen Kinderstube Platz machen, wie es schon an einigen Stellen geschehen ist und im verstärkten Maße immer weiter geschieht Das sozialistische Dorf entsteht.

Die Produktionshilfe durch den Staat läßt den armen und Mittelbauern auf die wucherische „Produktionshilfe“ des Kulaken verzichten. Der Kulak wird isoliert, die Entwicklung geht an ihm vorbei. Das geht nicht kampflos ab. Der Kulak erkennt sehr gut, was sich entwickelt und setzt sich gegen die verstärkten Angriffe der sozialistischen Wirtschaft wütend zur Wehr. Aber den Siegeszug des Traktors, der hinter sich das Dorf in den Sozialismus hineinzieht, hält er nicht auf.

Kolossal ist die Bedeutung der neuen Technik auch für das soziale und kulturelle Bewußtsein des Bauern. Der Umgang mit Maschinen, die nicht Privateigentum sind, sondern der Gesellschaft gehören, die Arbeit nicht mehr auf eigenem winzigen Feld, sondern auf gesellschaftlichem Acker nähert den Bauer sozial dem Arbeiter. Nachdem in wirtschaftlich-technischer Beziehung ein gewaltiger Schritt zur Aufhebung des Unterschiedes zwischen Stadt und Land getan wurde, zieht er denselben Schritt in sozialer Hinsicht nach sich.

Der Schritt vorwärts auf kulturellem Gebiet ist dann nicht mehr schwer. Die Maschinen- und Traktorenstation schafft gewaltige Vorbedingungen dafür. Sie vereinigt um sich einen Stab qualifizierter Arbeiter, sie entwickelt aus der Bauernschaft heraus qualifizierte Kräfte. Das ergibt nicht nur einen festen politischen, sondern auch kulturellen Kern. Im Zentrum der Station entstehen Klubs, Kinos, Theater, Bildungszirkel, die nicht nur die Arbeiter, [624] sondern auch die Bauern in ihren Wirkungskreis ziehen. Die Aufhebung der Feldgrenzen, der Umgang mit Maschinen zerreißt auch die engen Geistesschranken der Bauernschaft. Sie wird empfänglicher für die neue Kultur. Der religiöse Kult erhält einen vernichtenden Schlag.

Eine weitere Perspektive eröffnet sich. Der Traktor hebt die Bindung des Bauern an sein Stückchen Erde auf. Traktor und Auto verringern die Entfernung. Die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit des weitauseinandergezogenen Dorfes hört auf. Nicht nur das. Auch die Notwendigkeit der kleinen, weit verstreuten Dörfer hört auf. Die Bauern können enger zusammenrücken, nicht nur in ihren einzelnen kleinen Dörfern, sondern selbst mit ihren Dörfern. Es entwickeln sich die Möglichkeiten zur Schaffung von starken Bevölkerungszentren auf dem Lande, die der Abgeschlossenheit des Dorfes ein Ende bereiten und das sanitäre, kulturelle und politische Niveau der Bevölkerung bedeutend heben.

Das sind noch keine konkreten Wirklichkeiten, aber es sind Perspektiven der Entwicklung, für die der augenblicklich sehr starke Prozeß der Vergrößerung der einzelnen Kollektivwirtschaften durch Zusammenlegung mehrerer kleiner zu Kollektivgiganten zeugt, ebenso wie die Schaffung und Entwicklung der großen Sowjetwirtschaftsgiganten mit über 100.000 Hektar Ackerland.

Eine Gefahr der Abweichung ins Mechanische ist hier gegeben. Das Mechanische besteht darin, daß ein Teil der auf diesem Gebiet tätigen Agrartechniker glaubt, daß mit der Einführung der Technik genug getan sei. Auf der neuen technischen Basis werde sich alles weitere von selbst entwickeln. Das ist auch ein Moment des opportunistischen Zurückweichens vor den Schwierigkeiten des sozialistischen Umbaues des Dorfes. Die Einführung der neuen technischen Basis allein genügt noch nicht, sie gibt die Grundlage für die Entfaltung der weiteren Tätigkeit zur Kollektivisierung des Dorfes. Noch ist die Kollektivisierung in der Masse der von den bereits bestehenden Maschinen- und Traktorenstationen erfaßten Wirtschaften nicht über den Rahmen der gesellschaftlichen Bodenbearbeitung hinausgegangen. Die bei den Bauern freigesetzten Geldmittel bilden noch keinen gesellschaftlichen Kapitalfonds, sondern werden in den meisten Fällen individuell verbraucht oder aufgeschatzt. Hier zeigen sich die zu leistenden Aufgaben, die nicht mechanisch mit der Einführung der Technik gelöst werden, sondern einer besonderen politischen Arbeit bedürfen.

Die Erfolge der bisher bestehenden Maschinen- und Traktorenstationen sind aber so groß und wichtig, daß sie vollauf die Richtigkeit des Beschlusses der 16. Parteikonferenz auf weitere Entwicklung dieser Methode des Produktionsbündnisses bestätigen und die noch in diesem Jahr erfolgende Organisierung von 100 neuen Stationen rechtfertigen. Eine Vorbedingung der erfolgreichen Erfüllung dieses Beschlusses ist die schnelle Entwicklung der Industrie.

Nicht umsonst befaßt sich die bürgerliche Presse in letzter Zeit eingehend mit dem Entwicklungsprozeß, den das russische Dorf durchmacht. Hier wird erneut die Richtigkeit der Politik der KPdSU und die Sieghaftigkeit des Sozialismus bewiesen. Das bedeutet aber gleichzeitig das Todesurteil über die kapitalistische Gesellschaft. Die Bourgeoisie verfolgt diese Entwicklung aus Verteidigungsinteressen gegen den vorstoßenden Sozialismus, um ihre Maßnahmen dagegen einzuleiten. Ein noch viel größeres Interesse müssen die Werktätigen der ganzen Welt dieser Entwicklung entgegenbringen. Einmal, um die Ueberzeugungskraft dieser sozialistischen Tat agitatorisch und organisierend auszunutzen, zweitens, um daraus zu lernen für in Kürze auch von ihnen zu lösende Aufgaben, und drittens, um die Front zur Verteidigung des sozialistischen Aufbaues fester zu schließen. [625]

*

## Rechte Niederlagenstrategie

Von Paul Peschke

Seit dem 4. RGI- und dem 6. Weltkongreß, deren Beschlüsse alle Anhänger der Roten Gewerkschafts-Internationale zur Anwendung einer Strategie und Taktik im Gewerkschaftskampf verpflichten, die lediglich diktiert ist von den Klasseninteressen der Arbeiter, kämpft die revolutionäre Gewerkschaftsopposition in ihren eigenen Reihen gegen alle offenen und versteckten opportunistischen Auffassungen von den gewerkschaftslegalen Möglichkeiten der Führung der ökonomischen Arbeiterkämpfe durch die Opposition. Es mußten die härtesten Kämpfe innerhalb der Reihen der Opposition durchgeführt werden, die dazu führten, daß langjährige Anhänger der Opposition zur SPD überliefern resp. noch auf dem Wege dahin begriffen sind.

Es sollen hier nicht alle Differenzen mit den Opportunisten aufgerollt werden. Wir wollen lediglich an einem Beispiel zeigen, wohin Kommunisten geraten, wenn sie die Taktik der revolutionären Gewerkschaftsopposition ablehnen.

Einen solchen Fall wollen wir hier am Beispiel des Streiks in der Suhler Waffenindustrie schildern. Wir haben uns schon einmal in der „Internationale“, Heft 14, vom 15. Juli 1927, in kameradschaftlicher Weise mit der Taktik der dortigen kommunistischen Ortsverwaltung anläßlich der damaligen Tarifbewegung auseinandergesetzt. Unsere damalige Kritik hatte den Erfolg, eine breite Diskussion der begangenen Fehler hervorzurufen. Sie hat aber bei den leitenden Genossen in der

Suhler Ortsverwaltung nichts genutzt. Jene Genossen haben aus der früheren Bewegung nichts gelernt und sind in ihrer Entwicklung zum rechten Liquidatorentum auf einem Punkt angelangt, wo die Partei die Konsequenzen ziehen muß, sollen die Suhler Arbeiter Vertrauen zur Partei gewinnen. Um so mehr, als es den Genossen Gehring und Anschütz als Geschäftsführer des DMV gelang, alle ehrlichen Arbeitergenossen, die Mitglieder der Ortsverwaltung sind und den Beschlüssen des 4. RGI- und 6. Weltkongresses zugestimmt haben, bei der Durchführung des Julistreiks für ihre Niederlagenstrategie zu gewinnen.

## Zur Vorgeschichte des Streiks

Am 31. Mai war der Lohntarif abgelaufen. Die Ortsverwaltung hatte eine Forderung von 12 Pf. Lohnerhöhung in der Spitze erhoben und als Vorbereitung dazu eine Reihe von Versammlungen abgehalten, in denen die Arbeiter dieser Forderung zustimmten. Im Ernst dachte die Ortsverwaltung aber gar nicht daran, die Metallarbeiter für den Kampf zu mobilisieren. Sie benutzte diese Versammlungen in der Hauptsache zur Vorbereitung der Wahlen zur örtlichen Vertreter-Generalversammlung. Sie glaubte nicht, daß es überhaupt möglich sei, die Suhler Metallarbeiter für einen Kampf um Lohnerhöhung zu gewinnen, obwohl ihr Tarif mit 73 Pf. in der Spitze 8 Pf. niedriger ist als im übrigen Bezirk. Sie stützte sich dabei auf die schlechten Konjunkturverhältnisse in Suhl, wo die Waffenindustrie seit Jahren eine Niedergangsperiode durchmacht. Tatsächlich sind die Belegschaften der vier ausschlaggebenden Betriebe im letzten Jahr erheblich verringert worden. Doch ist das um so mehr ein Grund, alle Kräfte für den Kampf zu mobilisieren. Die Unternehmer stellten der Scheinforderung der kommunistischen Ortsverwaltung eine Forderung auf 7 Pf. Lohnabbau gegenüber. Schlichtungsverhandlungen vor dem Gewerberat Forgmann scheiterten. In dieser Situation ließ die Ortsverwaltung, anstatt zum Kampf aufzurufen, ihre 12-Pfennig-Forderung praktisch fallen. Das geht aus einem DMV-Flugblatt hervor, wo die Forderungen überhaupt nicht mehr erwähnt werden, und in dem es am Schluß heißt:

„Nehmt sofort in Betriebsversammlungen und Vertrauensmännersitzungen Stellung. Bereitet euch zum Abwehrkampf vor. Die Ortsverwaltung ist der Meinung, daß jetzt gehandelt werden muß. Metallarbeiter! Ihr habt das Wort!“

[626] Also die kommunistische Ortsverwaltung schiebt genau so wie überall die Reformisten den Arbeitern die Verantwortung zu, anstatt selbst führend voranzugehen. Sie empfiehlt Abwehr des Lohnabbaues, statt Angriff für die berechtigten Arbeiterforderungen. Natürlich geschah nichts, und die Ortsverwaltung schlitterte mit dieser Taktik in einen tariflosen Zustand hinein.

## Und was machte die Partei?

Diese Niederlagenstrategie wurde durch die Passivität der Parteileitung am Orte direkt begünstigt. Nicht nur, daß in drei von den vier Großbetrieben trotz jahrelanger kommunistischer Ortsverwaltung sozialdemokratische Betriebsräte saßen, hatte die Partei zur Betriebsratswahl überhaupt nichts getan. Die Kandidaten dazu wurden vom alten Betriebsrat unter Duldung der kommunistischen Ortsverwaltung aufgestellt. Im größten Betrieb von Simson hatte selbst ein großer Teil der Zellengenossen keine Ahnung von der Zusammensetzung der Liste. Trotz kommunistischer Mehrheit aber wurde nach der Wahl ein Sozialdemokrat in diesem Betrieb zum Vor. sitzenden gewählt, obwohl fähige Genossen vorhanden sind. Die Parteileitung überließ die Führung der Bewegung völlig den Verbandsbeamten. Ihr war nicht einmal die Stärke der einzigen vorhandenen Betriebszelle (Simson) bekannt. Betriebszeitungen kannte die Partei in Suhl überhaupt nicht.

## Die Unternehmer stoßen vor

Nach fast vier Wochen tariflosem Zustand stießen nunmehr die Unternehmer vor. Simson, der größte Betrieb (1600 Belegschaft, davon 250 Frauen) ließ am 26. Juni bekanntmachen, daß er die Löhne um 4 Pfennig pro Stunde herabsetzt. Eine heftige Erregung bemächtigte sich der Arbeiter. Den Genossen der Zelle gelingt es, während der Arbeitszeit eine Betriebsversammlung im Werk zustandezubringen, wo einstimmig der sofortige Streik beschlossen wird. Um 2 Uhr nachmittags verlassen alle Arbeiter (zwei Drittel unorganisiert) in glänzender Kampfstimmung das Werk. Das hatten die Unternehmer nicht erwartet.

### Die „kommunistische“ Ortsverwaltung läuft zum Schlichter

Jetzt war für eine wirklich oppositionelle Verbandsleitung eine glänzende Gelegenheit gegeben, den Unternehmern einen Kampf zu liefern und die Forderungen der Arbeiter durchzusetzen. Doch das Gegenteil geschah. Die Genossen, die von der Kampf„unlust“ der Arbeiter überzeugt waren, hatten keine Vorbereitungen getroffen. Sie ließen es zu, daß der Betriebsrat mit dem SPD-Mann an der Spitze als Streikleitung gewählt wurde. Erst nachher besannen sie sich und ließen noch sechs Funktionäre hinzuwählen – beileibe aber keinen Unorganisierten, wie auch der Streik nachträglich noch in einer Organisiertenversammlung (immer fein säuberlich nach dem Statut) beschlossen wurde, obwohl über zwei Drittel der Belegschaft unorganisiert waren. Am 27. Juni fanden in drei anderen großen Suhler Betrieben Betriebsversammlungen statt, in denen die Ortsverwaltung für Kampfaufnahme eintrat und abstimmen ließ. Nach Angabe der Genossen war das Resultat zwar für den Streik, aber nicht so günstig, daß sie es wagten, den Streik zu erklären. Hier rächte sich die Tatsache, daß die Partei keine Anstrengungen gemacht hatte, die sozialdemokratischen Betriebsräte zu beseitigen. Erst fünf Tage später gelingt es den Genossen, drei kleine Betriebe mit 75 bis 80 Mann Belegschaft in den Kampf zu ziehen. Nochmalige unzulängliche Versuche, die beiden großen Betriebe Sauer und Kober in den Streik zu ziehen, scheitern, weil inzwischen die SPD-Betriebsräte zum Teil gemeinsam mit den Faschisten die Belegschaften gegen den Streik eingestellt halten. Hätte die Ortsverwaltung in beiden ausschlaggebenden Betrieben sofort den Streik proklamiert und einen starken Streikpostendienst organisiert, wären ohne Zweifel auch diese Belegschaften für den Kampf gewonnen worden. Der Ortsverwaltung dagegen war der Simsonstreik nur die willkommene Gelegenheit, den Landesschlichter anzurufen, von dem sie eine einigermaßen günstige Beilegung des [627] Kampfes erhoffte. Am 2. Juli erfolgte von diesem die Einladung zu Verhandlungen am 4. Juli, zu denen die Unternehmer in richtiger Erkenntnis der schlappen Taktik der Ortsverwaltung nicht erschienen.

### Falsche Einheitsfronttaktik

Besonders stolz waren die Genossen darauf, daß es ihnen „gelungen“ war, auch die SPD bei Simson mit in den Kampf zu ziehen. Zwar hatte die SPD bei Kober und Sauer die Kampfaufnahme sabotiert, zwar hatte ein SPD-Betriebsrat bei der Firma Keilbarth hinter dem Rücken der Streikleitung in einer Betriebsversammlung die Arbeitsaufnahme beschließen lassen. Doch sollte davon nach dem Willen der Ortsverwaltung während des Kampfes nicht geredet werden, weil sonst die schöne Einheitsfront bei Simson kaputt ginge, und weil die Arbeiter sich gegen die Hereintragung „parteipolitischer“ Auseinandersetzungen in ihren wirtschaftlichen Streik wehren würden. Der Streikbruch der SPD sollte fein säuberlich registriert werden, um dem Vorstand, wenn er wieder gegen die oppositionelle Ortsverwaltung vorstoßen sollte, unter die Nase gerieben zu werden. Die Arbeiter sollten davon nichts erfahren. Also Diplomatie statt Mobilisierung der Arbeiter gegen die sozialdemokratischen Verräter in den eigenen Reihen.

### Wie hätte der Kampf geführt werden müssen?

Nach Sabotage der Schlichtungsverhandlungen durch die Unternehmer wäre nochmals Gelegenheit gewesen, die Arbeiter zu entschlossenem Kampf um Lohnerhöhung zu mobilisieren. Den Genossen wurden dazu von der Reichsfraktionsleitung Metall folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

1. Sofortige Einberufung von Streikversammlungen zu einheitlichem Termin, von denen dann in wuchtiger Demonstration zu gleichzeitig durch Flugblätter vorbereiteten Betriebsversammlungen der Betriebe Sauer und Kober marschiert werden sollte, um jene Kollegen zur Solidarität aufzufordern. Delegationen der Streikenden sollten in den Betriebsversammlungen sprechen. Danach sollte offene Abstimmung vorgenommen werden, sofortige Organisierung eines starken Streikpostendienstes vor beiden Betrieben. Aufstellung von Transparenten und Sprechchören, die bis zu den Versammlungen morgens und abends an die Solidarität der Sauer- und Kober-Kollegen appellieren sollten.
2. Scharfe öffentliche Brandmarkung der Sabotage der SPD.
3. Anfertigung von Betriebszeitungen, Organisierung von Arbeiterkorrespondenzen.
4. Abhaltung von besonderen Arbeiterinnenversammlungen sowie Versammlungen von Frauen der Streikenden mit Frauenreferentinnen und unterhaltendem Teil.

5. Obligatorische Streikversammlungen mit möglichst unterhaltendem und belehrendem Teil.
6. Verstärkung der bestehenden Streikleitungen durch Hinzuwahl revolutionärer Arbeiter (Kampfleitungen wurden von der Ortsverwaltung abgelehnt), Absetzung der sozialdemokratischen Führer der Streikleitungen.
7. Bildung von Sammelkolonnen durch verstärkte Streikleitungen. Durchführung von Geld- und Lebensmittelsammlungen bei den Geschäftsleuten. Einrichtung von Küchen für Speisung der Unorganisierten. Hergabe von 500 bis 1000 Mark dazu durch die Ortsverwaltung für den Anfang.

Bei einer solchen Mobilisierung der Kräfte wäre es möglich gewesen, den Kampf Lange durchzuhalten und die Unternehmer zu Zugeständnissen trotz der objektiv ungünstigen Lage der Industrie zu zwingen.

## Die „kommunistische" Ortsverwaltung würgt den Streik ab

Von all diesen praktischen Vorschlägen, die die Zustimmung der meisten Arbeitergenossen fanden, akzeptierten die Genossen Gehring und Anschütz mit saurer Miene nur die Demonstration, die aber nicht stattfand, weil – es regnete! Die anderen Vorschläge taten .sie mit einem mitleidigen Lächeln als undurch-[628]führbar und für Suhl ungeeignet ab. Eine zu den späteren amtlichen Schlichtungsverhandlungen durch die Parteileitung vorgeschlagene Demonstration erledigten sie in der einfachen Weise, daß sie einigen Genossen sagten – sie mögen alle Arbeiter, deren sie bei der Auszahlung der Unterstützung habhaft werden könnten, vor das Verhandlungsgebäude schicken. Sie verhinderten so jede Maßnahme, die geeignet war, den Streik zu verschärfen und sprachen offen aus, daß sie auch einem Schiedsspruch zustimmen würden, der nur die alten Arbeitsbedingungen festlegt. Fraktionssitzungen wurden nur auf Drängen der Vertreter der Bezirksleitung einberufen und waren geradezu jämmerlich besucht. Dem am 11. Juli erfolgten Schiedsspruch, der den alten Tarif bis 30. Januar 1930 verlängerte, stimmten die Genossen der Ortsverwaltung unter dem Einfluß von Gehring zu. In der am 12. Juli stattgefundenen Streikversammlung des Simsonwerkes wies der sozialdemokratische Betriebsrats- und Streikleitungsvorsitzende die anwesenden Unorganisierten ohne Widerspruch unserer Genossen zum Saale hinaus, was die berechtigte Empörung unter jenen hervorrief. Schlimmer als der reformistischste Bonze trat der Kommunist Gehring für Annahme des Schiedsspruches und Streikabbruch ein, während die Sozialdemokraten aus Demagogie widersprachen. Trotzdem stimmten von den Organisierten noch 207 für Weiterstreiken, während 204 für Abbruch des Streiks waren. Da nach dem Statut (für diese Kommunisten ein ehernes Gesetz) die Zweidrittel-Mehrheit nicht erreicht war, erklärte Gehring den Streik für beendet. Dieses Resultat löste bei den Unorganisierten großen Unwillen aus, da man sie um ihre Meinung überhaupt nicht befragte, trotzdem sie in einmütiger Geschlossenheit mit den Organisierten im Kampfe ohne jede Unterstützung ausgeharrt hatten. Damit ist das Vertrauen der Arbeiter nicht nur zur Ortsverwaltung, sondern auch zur KPD schwer erschüttert worden, da für die Arbeiter die Partei durch die Ortsverwaltung repräsentiert wird.

Bei den nach dem Kampf stattgefundenen Diskussionen sah der größte Teil der Mitglieder der Ortsverwaltung die begangenen Fehler ein. Dagegen beharrten Anschütz und Gehring auf ihrem Standpunkt und versuchten sogar auf die Pressekritik der Partei ein Flugblatt gegen die Partei herauszubringen. Sie beriefen sich darauf, daß alle ihre Handlungen von dem Bestreben diktiert seien, die kommissarische Besetzung der Ortsverwaltung durch den Vorstand abzuwehren und sie der Partei als „Machtposition" zu erhalten. Dabei leuchtet es jedem klassenbewußten Arbeiter ein, daß durch eine solche Streikführung die Partei nicht gestärkt, sondern diskreditiert wird.

## Die Lehren von Suhl

Am 30. Januar 1930 läuft wiederum der Tarif ab. Die Sozialdemokraten haben dank der Gehringschen Streikabwürgungsmethode an Boden gewonnen. Unter einer solchen Führung muß die Januarbewegung noch elender versacken als der Julikampf. Darum ist es dringend notwendig, daß jene Genossen, die keine Garantie für die Durchführung der Beschlüsse der revolutionären Gewerkschaftsopposition geben, von der Führung der Suhler Metallarbeiterfraktion entfernt werden. Gleichzeitig muß die BL Thüringen für eine starke Parteileitung in Suhl Sorge tragen, damit die Partei und auch die Fraktion der Metallarbeiter von dem opportunistischen Einfluß der Gehring und Anschütz befreit werden.

Rechtzeitig müssen alle Vorbereitungen zum Januar zur Mobilisierung der Arbeiter für den Kampf unter Vermeidung der Mängel und Fehler der letzten Bewegung von der Gesamtpartei getroffen werden. Die Suhler Metallarbeiter werden erst dann erfolgreiche Kämpfe gegen ihre Verelendung führen können, wenn sie eine Führung haben, die der revolutionären Gewerkschaftsstrategie nicht nur zustimmt, sondern sie auch praktisch anwendet. Die Suhler Parteiorganisation wird erst dann wieder die ausschließliche Führung des Suhler Proletariats erobern, wenn sie ihre Reihen von dem lähmenden und zersetzenden Gift des Opportunismus befreit hat.

[629]

**Die Internationale**
**Jahrgang 12 * Berlin, den 15. Oktober 1929 * Heft 20**

## Die zweite Aera Hilferding

Von Th. Neubauer

„Akkumuliert! Akkumuliert! Das ist Moses und die Propheten!“
Marx, Kapital I, Kap. 22.

Die erste Aera des Reichsfinanzministers Dr. Rudolf Hilferding dauerte vom 13. August 1923 (Sturz Cunos) bis zum 2. Oktober 1923, also nur knappe 50 Tage. Sie ist gekennzeichnet durch den Sturz der deutschen Valuta in die Abgründe der Billionen. Der zum Retter der Reichsfinanzen auserkorene Verfasser des „Finanzkapitals“ (der sich vom radikalen „Linken“ bis zum Koalitionsbruder von Hugo Stinnes durchgemausert hatte) stand dem Zusammenbruch der Mark völlig hilflos gegenüber; getan hat er nichts, und welche „gigantischen Pläne“ in seinem erleuchteten Haupte geschlummert haben mochten, konnte niemand erraten. Erst einige Jahre später, als der Parlamentarier Hilferding durch allerhand Liebesdienste für die Bourgeoisie die Unfähigkeit des Finanzministers Hilferding in etwa hatte vergessen lassen, besann sich der „Finanzsachverständige“ der Sozialdemokratie darauf, daß ja eigentlich ihm und keinem anderen das Verdienst der Markstabilisierung gebühre. Damals, bei seiner Entlassung, freilich und noch einige Jahre danach ahnte es niemand, sondern die undankbare Bourgeoisie warf ihm Faulheit und Unfähigkeit vor und machte giftige Witze über den „Juden aus Wien“. Denn man brauchte zunächst weder die SPD noch Herrn Hilferding, sondern regierte mit dem Belagerungszustand des Generals von Seeckt und dann mit dem Bürgerblock.

Vom Herbst 1923 bis zum Sommer 1928 spielte Herr Hilferding die bescheidenere Rolle des ersten „Finanzsachverständigen“ der SPD und des „großen Theoretikers“ seiner Partei, dessen Rede auf dem Kieler Parteitag von 1927 zum offiziellen Glaubensbekenntnis der Sozialdemokratie erhoben wurde. Mit dem 28. Juni 1928 begann die zweite Aera Hilferding.

Am 20. April 1928 hatte der „Vorwärts“ in einem Artikel zu den bevorstehenden Reichstagswahlen das Finanz- und Steuerprogramm der SPD veröffentlicht, für das Herr Hilferding, wenn nicht sogar als Verfasser, so doch zum mindesten als der erste Verantwortliche betrachtet werden muß. Dort hieß es nach einer scharfen Kritik der Bürgerblockpolitik:

[630] „Der Ueberlastung der Massen muß ein Ende gemacht werden. Deshalb verlangt die Sozialdemokratie:

1. weitere Ermäßigung der Lohnsteuer, so daß alle kleinen Einkommen befreit werden;

2. völlige Beseitigung der Umsatzsteuer;

3. Abschaffung der Zuckersteuer und aller sonstigen Steuern auf den lebensnotwendigen Verbrauch;

4. Senkung der Zollbelastung durch Abkehr von der Hochschutzzollpolitik des Bürgerblocks.“

Dann stellte jener „Vorwärts“-Artikel die Frage, wie der durch solche Forderungen entstehende Ausfall des Reiches an Steuereinnahmen wettgemacht werden sollte, und beantwortete sie folgendermaßen:

„Für den Einnahmeausgleich bietet die Verschärfung der Besitzsteuerbelastung reichlichen Spielraum. Noch immer sind die für 1925 zu wenig gezahlten 41 Millionen Vermögenssteuer nicht nacherhoben. Noch immer bleibt der Vermögenszuwachs steuerfrei und bringt die Erbschaftssteuer lächerlich geringe Erträge. Noch immer erfolgt keine ausreichende Erfassung der Spekulationsgewinne und des verschwenderischen Verbrauchs bei der Einkommensteuer, und noch immer sind die Steuerlisten nicht offen gelegt.“

Das war zwar keineswegs ein radikales Programm; ein solches durfte ja auch niemand mehr von der SPD erwarten. Es enthielt kein Wort über die Hauszinssteuer, über die Bier-, Tabak- und Branntweinsteuer; es verlangte nur Ermäßigung, nicht etwa Beseitigung der Zölle; es schwieg sich schamhaft aus über die Frage einer schärferen Besteuerung der großen Einkommen und Vermögen, sagte kein Wort über die geringen Erträge der Körperschafts- und Kapitalverkehrssteuern; kurz, es war nicht

mehr als das Programm einer sehr zahmen kleinbürgerlichen „Reform“-Partei. Aber dennoch mußte dieses Wahlprogramm für Herrn Hilferding, den neuen Reichsfinanzminister, eine unerträgliche Belastung werden.

Das beste Kriterium für Hilferdings Finanzpolitik bietet ein Vergleich seines Finanzetats mit dem des Bürgerblocks.

| | *Hilferding-Etat 1929* | *Bürgerblock-Etat 1928* | *Zu- oder Abnahme 1929 zu 1928* |
|---|---|---|---|
| | *In Millionen Mark* | | |
| 1. Einkommensteuer aus Lohnabzügen, freiem Einkommen u. Kapitalertrag | 2930 | 2900 | + 30 |
| 2. Körperschaftssteuer | 600 | 550 | + 50 |
| 3. Vermögenssteuer | 560 | 520 | + 40 |
| 4. Vermögenszuwachssteuer | – | – | |
| 5. Erbschaftssteuer | 100 | 100 | |
| 6. Umsatzsteuer | 1120 | 1050 | + 70 |
| 7. Grunderwerbssteuer | 40 | 40 | |
| 8. Kapitalverkehrssteuer | 164 | 195 | – 31 |
| 9. Kraftfahrzeugsteuer | 205 | 160 | + 45 |
| 10. Versicherungssteuer | 59 | 50 | + 9 |
| 11. Rennwett- u. Lotteriesteuer | 86 | 80 | + 6 |
| [631] | | | |
| 12. Wechselsteuer | 50 | 50 | |
| 13. Beförderungssteuer | 380 | 340 | + 40 |
| 14. Obligationssteuer | 11 | 25 | – 14 |
| 15. Zölle | 1204 | 1200 | + 4 |
| 16. Tabaksteuer | 870 | 780 | + 50 |
| 17. Zuckersteuer | 160 | 140 | + 20 |
| 18. Biersteuer | 396 | 370 | + 26 |
| 19. Aus dem Spiritusmonopol | 340 | 270 | + 70 |
| 20. Kleine Verbrauchssteuern | 50 | 42 | + 8 |
| Insgesamt | 9325 | 8862 | +463 |

Hilferdings Steueretat übertrifft also den des Bürgerblocks noch um nahezu eine halbe Milliarde. Es darf jedoch nicht vergessen werden, darauf hinzuweisen, daß Hilferding in Wirklichkeit noch höhere Erträge aus den Massensteuern erwartet, als er angesetzt hat, so daß die steuerliche Verschärfung der Massenbelastung noch größer wird, als sie in den Etatziffern erscheint.

Was ist nun von den Wahlversprechungen übriggeblieben?

Die Lohnsteuersenkung verschwand zuerst in der Versenkung. Schon im Juli 1928 lehnte die SPD ihren eigenen, nunmehr von den Kommunisten aufgenommenen Antrag auf Hinaufsetzung des steuerfreien Existenzminimums von 1200 auf 1680 Mark ab; Hilferding, der Reichsfinanzminister, sprach selbst gegen den Antrag, den ein Jahr zuvor der sozialdemokratische Finanzsachverständige Hilferding gestellt hatte, indem er ihn als undurchführbar bezeichnete, weil er einen Ausfall von 500 Millionen Mark bringe. Ein Jahr zuvor hatte der Bürgerblock den Hilferdingschen Antrag mit derselben Begründung abgelehnt und statt dessen den Lohnsteuerbetrag um 15 Prozent ermäßigt, was von Herrn Hilferding und seinen Parteifreunden als eine „Bagatelle“ und „unsoziale Maßnahme“ bezeichnet worden war. Nachdem Herr Hilferding jetzt seinen eigenen früheren Antrag abgelehnt hatte, nahm er eine Senkung des Lohnsteuerbetrages vor, die noch um 5 Prozent hinter der des Bürgerblocks zurückblieb und für die Arbeiter etwa 15 Pfennig monatlich an Steuer erließ, also eine noch schlimmere Bagatelle als die des Bürgerblocks – und damit waren die Lohn- und Gehaltsempfänger um die von Herrn Hilferding und der Sozialdemokratie so feierlich versprochene Lohnsteuersenkung erbärmlich betrogen!

Wie die vor der Wahl versprochene „völlige Beseitigung“ der Umsatzsteuer aussieht, zeigt sich aus der obigen Finanzübersicht: sie hat sich in eine Erhöhung um 70 weitere Millionen verwandelt; die Zölle sind auf derselben Höhe geblieben; die Zuckersteuer wurde nicht abgeschafft, sondern

um 20 Millionen erhöht; nicht einmal die kleinen Verbrauchsabgaben auf den lebensnotwendigen Bedarf, wie Zündwaren-, Leuchtmittei- und Süßstoffsteuer, wurden beseitigt. Zugleich aber wurden auch alle übrigen Massensteuern erhöht. Das war also die „Realisierung“ des sozialdemokratischen Wahlversprechens!

Insgesamt stiegen die Massensteuern durch den Hilferding-Etat (gegenüber dem Bürgerblock-Etat) folgendermaßen: [632]

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 1. | Lohnsteuer | um | 30 | Millionen |
| 2. | Umsatzsteuer | " | 70 | " |
| 3. | Kraftfahrzeugsteuer | " | 45 | " |
| 4. | Versicherungssteuer | " | 9 | " |
| 5. | Rennwett- u. Lotteriesteuer | " | 6 | " |
| 6. | Beförderungssteuer | " | 40 | " |
| 7. | Zölle | " | 4 | " |
| 8. | Tabaksteuer | " | 50 | " |
| 9. | Zuckersteuer | " | 20 | " |
| 10. | Biersteuer | " | 26 | " |
| 11. | Spiritusabgabe | " | 70 | " |
| 12. | Kleine Verbrauchssteuern | " | 8 | " |
| | | | Insgesamt um | 378 Millionen |

Betrachten wir nun, wie Herr Hilferding die Besitzsteuern behandelte. Er hat kein einziges Gesetz zur Erfassung der Besitzsteuern verschärft; er hat zwar das Aufkommen aus der Körperschafts- und aus der Vermögenssteuer um insgesamt 90 Millionen höher heranschlagt, aber es ist höchst zweifelhaft, ob diese Erträge eingehen werden. Vor der Wahl hatte der jetzige Reichskanzler Hermann Müller geschrieben („Vorwärts“ vom 13. Mai 1928):

„Wer die englische Finanzpolitik kennt, weiß, was bei uns noch die Erbschaftssteuer in Zukunft einzubringen berufen ist.“

Herr Hilferding und seine Partei haben schnell diese Steuerquelle vergessen; die Erbschaftssteuer ist mit 100 Millionen wie unter dem Bürgerblock im Etat angesetzt, hat aber in den ersten fünf Monaten dieses Jahres nur 37 Millionen erbracht, so daß schon feststeht, daß sie nicht einmal die lächerlich geringe Summe von 100 Millionen aufbringen wird. (In England, auf das Herr Müller Bezug nahm, bringt sie immerhin über eine Milliarde!)

Aber Hilferding ist dem Kapital mit sehr erheblichen Steuergeschenken entgegengekommen. Er hat die Fusionssteuer auf weitere zwei Jahre aussetzen lassen – ein Geschenk von weit über 50 Millionen. (Man denke nur an die Riesenfusion zwischen der Deutschen und der Diskontobank!) Auf die Erhebung der Grunderwerbssteuer für die „tote Hand“ wurde verzichtet – ein Ausfall ton 150 Millionen zuungunsten der Länder, denen diese Steuer zufließt. Die Kapitalverkehrssteuern wurden um 31, die Obligationssteuer um 14 Millionen herabgesetzt. Die zu wenig gezahlten Vermögenssteuern von 1925 wurden den Besitzenden geschenkt. Die Vermögenszuwachssteuer bleibt außer Kraft. Die Spekulationsgewinne werden nicht besteuert; die Steuerlisten werden nicht offengelegt. Das sind Liebesgaben an das Kapital von insgesamt etwa einer Milliarde!

Vor der Wahl im Mai 1928 verteilte die SPD ein Flugblatt, in dem es hieß:

„Was kostet ein falscher Stimmzettel? Der Bürgerblock wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht im Dezember 1924 die Angehörigen des schaffenden Volkes einen falschen Stimmzettel abgegeben hätten. Wißt ihr, was er kostete? Er brachte euch die Zollbelastung, er brachte euch die Erhöhung der Massensteuern, er brachte den Bruch des Lohnsteuersenkungsversprechens, er brachte auch die Mietenerhöhung, alles in allem in diesen vier Jahren für eine vierköpfige Arbeiterfamilie eine wirkliche Belastung von 800 bis 1000 Mark.

[633] 1000 Mark – das war die Strafe dafür, daß im Dezember 1924. Millionen Angehörige des schaffenden Volkes deutschnational gewählt haben. 1000 Mark hättet ihr sparen können, wenn ihr schon damals den richtigen Stimmzettel abgegeben hättet. 1000 Mark – das sind 40 Wochenlöhne für die überwiegende Mehrheit

aller deutschen Arbeiter ... 1000 Mark, das heißt: 40 Wochen habt ihr für den Bürgerblock umsonst gearbeitet, damit die Schwerindustriellen ein Leben in Luxus und Bequemlichkeit führen können, damit die Putschistengenerale im Besitz ihrer Riesenpensionen bleiben. 40 Wochen umsonst gearbeitet! Wollt ihr das wirklich noch einmal?! Der 20. Mai ist der Tag der Abrechnung! Wählt sozialdemokratisch!“

Man darf solche infame Demagogie nicht in Vergessenheit geraten lassen, sondern muß ihr die Wirklichkeit der sozialdemokratischen Politik gegenüberstellen. Denn diese Finanzpolitik Hilferdings war kein zufälliges, sondern ein ganz bewußt angestrebtes Ergebnis. Hilferding vertritt so ausgeprägt wie nur irgendein Agent des Trustkapitals die Ansicht, daß die Kapitalakkumulation mit allen Kräften zu forcieren sei.

„Akkumuliert! Akkumuliert! Das ist Moses und die Propheten!“ – aber nicht nur für die deutschen Kapitalisten, sondern auch für ihre sozialdemokratischen Agenten wie Hilferding und seine Partei. In seiner Etatrede vom 14. März 1929 konnte Hilferding nicht genug über die ungenügende Kapitalakkumulation klagen, die seiner Meinung nach nicht weit über 5 Milliarden liegen könne[*)], und er bedauerte, daß von dieser Summe auch noch ein großer Teil (etwa 3 Milliarden) für Wohnungsbauten ausgegeben werde! Da außerdem etwa 3 Milliarden für Industrie-, Straßen- und ähnliche Bauten ausgeworfen würden, so bleibe für die eigentliche Akkumulation des Kapitals nichts übrig. Darum sei er, Hilferding, gegen eine zu starke Belastung des Besitzes, denn das bedeute

„eine Verringerung unseres für produktive Zwecke zur Verfügung stehenden Kapitals. (Zustimmung und Zuruf rechts: Späte Erkenntnis!) Das ist ein Schaden, der vor allem auch auf die Arbeiterschaft in letzter Linie zurückwirkt. (Hört! Hört! rechts.) Denn er bedeutet unter Umständen verlangsamte Kapitalsakkumulation. Diese verlangsamte Erweiterung der Produktion, die verlangsamte Investition neuer Produktionsmittel bedeutet natürlich verlangsamte Fähigkeit unserer Wirtschaft, Arbeitslose zu beschäftigen. (Sehr richtig! rechts.) Und deswegen ist das, sage ich, ein Gesamtinteresse aller in der Wirtschaft beteiligten Kreise und damit auch ein eminentes Interesse der Arbeiterschaft. (Sehr wahr! rechts.)“

Die begeisterte Zustimmung der Aufsichtsräte und Syndici bei der Volkspartei und den Deutschnationalen war nicht geheuchelt. Besser als dieser Sozialdemokrat konnte im Interesse des Trustkapitals der gerissenste Söldling der Ausbeuterklasse nicht reden! Die Arbeiterklasse soll nach Kräften zur Bereicherung der Ausbeuterklasse bei. tragen, – dies liege im Interesse der Arbeiter selbst, sagte Hilferding, denn dadurch schaffe das Kapital den Arbeitern Gelegenheit zur Arbeit. Man glaubt sich in die primitivsten Anfänge der kapitalistischen [634] Nationalökonomik zurückversetzt, wenn man diesen sozialdemokratischen Finanzminister hört, der doch einmal der Verfasser des „Finanzkapital“ war! Ein Blick in die Bilanzen der großen Trusts (Stahltrust, Klöckner, Mannesmann 1. G. Farben, Bemberg usw.) genügt, um zu zeigen, wie es in Wirklichkeit um die Kapitalbildung der großen Trusts steht; aber darauf kommt es ja nicht einmal so sehr an, wie auf die Argumentation dieses sozialdemokratischen Finanzsachverständigen.

Natürlich konnte es Herrn Hilferding bei solchen Anschauungen auch an der öffentlichen Anerkennung von seiten des Trustkapitals nicht fehlen. Wir wollen, statt vieler, nur eine Stimme anführen, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ vom 15. März, wo es heißt:

„... man muß schon zugeben, daß das, was er sagte, für einen Sozialdemokraten nicht übe! war. Hilferding stellte fest, daß Deutschlands Kapitalbildung kaum ausreicht, um allein die Ansprüche des Baumarktes in Höhe von insgesamt etwa 5 Milliarden für Wohnungen und andere Bauten zu decken, während für die Industrie, Landwirtschaft Elektroversorgung und mannigfaltige Bedürfnisse der öffentlichen Hand nichts übrig bleibt. Es sei also notwendig, im Laufe. der Zeit zu einer Minderung der Besitzsteuern und (das war wohl die Versüßung für die Parteifreunde) der Zuckersteuer zu kommen. Der Kapitalmangel sei nämlich eine sehr ernste Sache, die auch wegen der dadurch herbeigeführten Beeinträchtigung der Beschäftigungsmöglichkeiten auf die Arbeiterschaft zurückwirke. Bravo Herr Reichsfinanzminister! Ihre nationalökonomische Auffassung läßt sich durchaus hören!“

[*)] Die „Kölnische Zeitung“, das Organ des westdeutschen Trustkapitals, bemißt die Kapitalsinvestierungen durch eigene Akkumulation des deutschen Kapitalismus auf 6,5 bis 7 Milliarden, also erheblich höher als der Sozialdemokrat Hilferding, aber natürlich immer noch viel niedriger, als sie tatsächlich sind.

Hier, bei der Frage der Akkumulation liegt der Schlüssel für das Verständnis der ganzen sozialdemokratischen Finanz- und Steuerpolitik. Daraus leitet sich ohne weiteres die Tendenz ab, die Massensteuern noch unerträglicher zu steigern, um nur dem Besitz die gewünschten Liebesgaben zu schenken. Daraus leitet sich dann aber auch Hilferdings „Sparsamkeitstheorie“ ab.

Hilferding schloß jenen (oben zitierten) Passus seiner Etatrede über die Notwendigkeit der verstärkten Kapitalbildung damit ab, daß er „einen Weg“ zeigte:

„Deswegen muß der erste Weg – darin bin ich mit allen Teilen dieses Hauses einig – der Weg der Sparsamkeit, der Weg der Verringerung der Ausgaben sein, wo immer das möglich ist. (Sehr richtig! rechts.)“

Wo aber wollte Hilferding sparen? Die SPD hatte bekanntlich vor den Maiwahlen den verschwenderischen Bürgerblocketat scharf kritisiert. Der sozialdemokratische Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Heimann, schrieb darüber im „Vorwärts“ am 1. Mai:

„Dagegen hat der Bürgerblock es für seine Pflicht erachtet, neben anderem den verschwenderisch aufgestellten Wehretat ohne den geringsten Abstrich zu genehmigen, ja, die erste Rate für einen neuen Panzerkreuzer zu bewilligen, die nach dem von der Marineleitung selbst bekanntgegebenen Schiffbauprogramm Ausgaben von mindestens 400 Millionen Mark nach sich ziehen wird. So ist das Erbe, das der verflossene Reichstag auf finanziellem Gebiet dem neu zu wählenden hinterläßt fürchterlich.“

Doch Herr Hilferding und die Sozialdemokratie, sobald sie nur an der Regierung saßen, haben weder den Panzerkreuzer, noch das Marinebauprogramm noch den Wehretat zusammengestrichen; ihre ganze „Leistung“ erschöpfte sich darin, einige Kasernenneubauten die ursprünglich für das Jahr 1929 vorgesehen waren, um einige Zeit [635] hinauszuschieben. Ja, Hilferding schrieb zur Begründung des 700-Millionen-Etats des Wehrministeriums folgenden Satz:

„Hiermit dürfte diejenige untere Grenze der Ausgaben erreicht sein, die ohne Beeinträchtigung wesentlicher Belange der Landesverteidigung nicht wird überschritten werden können.“

Nein, nicht am Wehretat wollte Hilferding sparen, auch nicht an Stresemanns luxuriösem Außenetat oder sonstwelchen Ausgaben für den deutschen Imperialismus, sondern seine Sparsamkeitsabsichten richteten sich von vornherein auf ein anderes Gebiet: die Sozialausgaben. Er hatte im außerordentlichen Etat nur 150 Millionen für Reichszuschüsse zur Arbeitslosenversicherung eingesetzt und begründete dies folgendermaßen:

„Ich habe aber diesen Betrag eingesetzt in der Erwartung, daß es im Laufe dieses Jahres gelingen wird, zu einer Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes zu kommen, einer Revision, die aus verschiedenen Gründen notwendig ist (hört, hört! rechts), und die es ermöglichen soll, daß wir in der Tat mit einem solchen Betrag, wie ich ihn eingesetzt habe, auskommen werden.“

Auch in dieser Frage traf Hilferding natürlich auf die freudige Zustimmung der Kapitalisten; er brachte den Stein ins Rollen, der jetzt im Oktober zu einer ersten schweren Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung geführt hat, welcher in Kürze ein weiterer Abbau folgen soll. Dieser Abbau der Erwerbslosenunterstützung wird die schwersten Konsequenzen haben für die ganze Sozialpolitik der Länder und Gemeinden, die den durch die Verschlechterung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes auf sie gewälzten Folgen zu entgehen suchen, indem sie auch ihrerseits die Unterstützungssätze heruntersetzen und einen generellen Abbau der Sozialpolitik vornehmen. Hilferdings „Sparpolitik“ ist also keine andere als die des Trustkapitals, die man auf die einfache Formel bringen kann: Her mit den bisher für soziale Zwecke ausgegebenen Geldern für die Verstärkung der Kapitalsakkumulation!

Diesen Abbau der Sozialpolitik pflegt die Bourgeoisie zu begründen mit der „schlechten Finanzlage des Reiches“; auf sie berief sich auch die SPD stets, wenn von seiten der Kommunisten, vielfach unter Bezugnahme auf frühere sozialdemokratische Anträge oder Forderungen (z. B. Kinderspeisung), finanzielle Mittel für die Interessen der arbeitenden Klasse gefordert wurden. Die „schlechte Kassenlage des Reiches“ hat zwar die Sozialdemokratie nie gehindert, die Millionen für den Panzerkreuzer, für den ganzen Wehretat, für. die Subventionen an die Landwirtschaft und Industrie zu bewilligen; sie mußte nur dann zur Begründung herhalten, wenn es der Koalition darum zu tun war, Anträge zugunsten der werktätigen Massen abzulehnen. Diese „schlechte Finanzlage des Reiches“

ist zu einem unentbehrlichen Requisit der arbeiterfeindlichen Finanzpolitik geworden, das von den Sozialdemokraten genau so angewandt wird wie von den Deutschnationalen.

Zur „Sanierung der schlechten Kassenlage des Reiches“, legte Hilferding die 500-Millionen-Anleihe auf. Dieser Plan hatte er sich von Jakob Goldschmidt suggerieren lassen; die Großbanken selbst hatten ihm die Bedingungen dieser Anleihe vorgeschrieben, die für die Zeichner einen Gewinn von 15 bis 18 Prozent abwarf, Bedingungen also, wie sie sonst nur für Kolonialvölker in Frage kommen. [636] Trotzdem endete diese Anleihe mit einem eklatanten Fiasko: sie brachte nur 178 Millionen! Die Erwartung des Reichsfinanzministeriums, durch die günstigen Bedingungen und die gleichzeitige Zusicherung einer Amnestie für hinterzogenes steuerpflichtiges Kapital solche „schwarzen Kapitalien“ herauslocken zu können, erwies sich als eine absolute Fehlspekulation.

Nach diesem Scheitern seiner inneren Anleihe suchte Hilferding auf einem anderen Wege zu Geld zu kommen und knüpfte Verhandlungen mit Ivar Kreuger und dem Schwedentrust an. Der Schwedentrust sollte dem Reich eine Anleihe von 500 Millionen Reichsmark gewähren und dafür außer der (natürlich recht hohen) Verzinsung ein vollkommenes Monopol auf dem deutschen Zündholzmarkt erhalten. Man kennt die Anleihepraxis des Kreuger-Trusts aus anderen Ländern, z. B. Ungarn; es ist die ungeheuerlichste Form der Massenausplünderung. In aller Heimlichkeit hatte Herr Hilferding diese Verhandlungen geführt, als eines Tages die Ullsteinsche „B. Z. am Mittag“ das Geheimnis verriet. Hilferding tobte über diesen „Landesverrat“, der ihm die Weiterführung der Verhandlungen fast unmöglich mache. Aber wenige Tage später erfuhr die Oeffentlichkeit, daß Herr Kreuger zur Fortführung der Verhandlungen mit dem Reichsfinanzministerium in Berlin eingetroffen sei. Hilferding wird sich also durch die öffentliche Kritik in seinen Plänen nicht beirren lassen. Was aber eine solche Schwedenanleihe für die werktätigen Massen Deutschlands bedeutet, ist heute schon klar zu sehen: sie werden nicht nur die zweifellos sehr hohen Anleihezinsen, sondern auch noch die Wucherprofite des Zündholzmonopols tragen müssen, das die billigen sowjetrussischen Zündhölzer vom deutschen Markt ausschalten soll. Bei einem Konsum von 2½ Milliarden Schachteln Streichhölzer wird jeder Pfennig Preissteigerung pro Schachtel dem Schwedentrust einen Gewinn von 25 Millionen Mark einbringen – die die Massen bezahlen!

Die Schwedenanleihe gehört zu den Plänen des Herrn Hilferding, die schon in wenigen Wochen zur Entscheidung gelangen sollen. Gleichzeitig aber soll eine grundlegende „Finanzreform“ durchgeführt werden, über die der „Vorwärts“ vom 2. Oktober aus offizieller Quelle folgende Mitteilung verbreitet:

„Im Reichsfinanzministerium wird seit langer Zeit an einer umfassenden Finanzreform gearbeitet. Ueber den Stand dieser Arbeiten erfährt der „Sozialdemokratische Pressedienst“, daß es sich um einen sehr weitgehenden Umbau des ganzen Finanzsystems handelt. Vor allem scheint man an eine beträchtliche Ermäßigung der Einkommensteuer zu denken, und zwar sowohl nach unten (Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums) wie auch nach oben hin (Auseinanderziehung der Stufen, Ermäßigung der höchsten Sätze). Die Kapitalertragsteuer soll für festverzinsliche Emissionen, nicht aber für Aktien beseitigt werden. Die Industriebelastung will man in Etappen verschwinden lassen. Dafür soll die Vermögenssteuer erhöht werden. Um der Landwirtschaft gerecht zu werden, rechnet man mit der Aufhebung der Rentenbankbelastung der Landwirtschaft. Die geplante Senkung der Besitzsteuern wird auch auf die Realsteuern übergreifen. Als Entschädigung dafür soll den Kommunen zwar nicht das Recht auf Erhebung von Zuschlägen zu den Einkommensteuern gegeben werden, wohl aber entsprechende Einnahmen aus der Erhebung von Verwaltungskostenbeiträgen. Es handelt sich hier um eine Art Kopfsteuer, die freilich immer in sozialer Beziehung sehr bedenklich ist. Als Ausgleich für die Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums [637] wird an Mehreinnahmen aus den Genußmittelsteuern gedacht. Hier Urne nicht nur die Erhöhung der Biersteuer in Frage, sondern auch die Errichtung eines Tabakmonopols.“

Diese „Reformpläne“ Hilferdings, die ungeheuerlichsten, die je ein deutscher Finanzminister vorgeschlagen hat, stehen in engster Verbindung mit der Durchführung des Young-Plans. Man will die vorübergehende Minderung der Reparationszahlungen dazu benutzen, um der Kapitalistenklasse neue Liebesgaben in Höhe von vielen hundert Millionen zu schenken, während man die werktätigen Massen um neue hunderte Millionen belastet.

Betrachten wir im einzelnen, was Hilferdings große „Finanzreform“ den Besitzenden schenken will:

1. Senkung der Einkommensteuer für die großen Einkommen;

2. Verzicht zunächst auf die Hälfte, in der Perspektive aber auf die ganze Kapitalertragsteuer;

3. Verzicht auf die Industriebelastung in Höhe von jährlich 300 Millionen;

4. Streichung der Rentenbankbelastung der Landwirtschaft in Höhe eines Kapitals von 2 Milliarden, deren jährlicher Zinsfuß schwankt;

5. Ermäßigung der Realsteuern, die sich nur als eine Profitsteigerung für den Besitz auswirken wird.

Das alles dürfte zusammen weit mehr als eine Milliarde ausmachen! Die in Aussicht gestellte Erhöhung der Vermögenssteuer ist wohl nur genannt, um die Ungeheuerlichkeit dieser Liebesgabenpolitik etwas abzuschwächen; denn das Schicksal der letzten Hilferdingschen Vermögenssteuererhöhung, die er spurlos in der Versenkung verschwinden ließ, als seine großkapitalistischen Koalitionsbrüder protestierten, ist noch allzu frisch in Erinnerung.

Was bringt aber diese „Finanzreform“ den werktätigen Massen?

1. Erhöhung der Biersteuer;

2. Gesteigerte Ausplünderung durch das Tabakmonopol;

3. die neuen Kopfsteuern, die deswegen um so brutaler wirken, als sie ja die ärmsten und verelendetsten Existenzen am schwersten belasten!

Das sind insgesamt neue Massenbelastungen von mindestens einer Milliarde, denen nur die sehr frag. würdige Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums gegenübersteht!

Dies sind also die Zukunftsperspektiven der sozialdemokratischen Reichsfinanzpolitik! Was noch kein bürgerlicher Finanzminister, was noch kein Bürgerblock gewagt hat, will Hilferding und seine Partei durchführen![*)]

[638] Es genügt, diese Tatsachen und diese Perspektiven aufzuzeigen, um daraus die Konsequenzen zu ziehen:

Breiteste Mobilmachung der werktätigen Massen gegen eine solche Finanzpolitik, gegen die Koalition, gegen die SPD! Die Kommunistische Partei aber hat die Aufgabe, die Arbeitermassen zum Sturz der Regierung, zum Kampf gegen diese Ausbeuterpolitik zu organisieren und in den Kampf zu führen!

*

[*)] Wie die „Rote Fahne“ mitteilen konnte, hat der Steuersyndikus des Eisen- und Stahlwarenverbandes Elberfeld folgende konkreten Angaben über Hilferdings Steuerpläne gemacht:
Der besitzenden Klasse wird geschenkt: [638]

| | | | |
|---|---|---|---|
| Aufhebung der Industrieobligationen | 300 | Mill. | Mark |
| Fortfall der Kapitalertragssteuer | 171 | " | " |
| Senkung der Vermögenssteuer | 50 | " | " |
| Senkung der Gesellschaftssteuer | 35 | | " |
| Senkung der Gewerbesteuer | 100 | " | " |
| Senkung der Grund- und Hauszinssteuer (ohne Herabsetzung der Mieten, also nur zugunsten der Hausagrarier) | 240 | " | " |
| Senkung der Zuckersteuer (ohne Preissenkung) | 75 | " | " |
| Senkung der Einkommensteuer (für die großen Einkommen) | 200 | " | " |
| Insgesamt | 1171 | Mill. | Mark |
| Zugleich werden folgende Massensteuern erhöht: | | | |
| Biersteuer um | 163 | Mill. | Mark |
| Tabaksteuer um | 200 | Mill. | Mark |

Dazu kommen noch die Kopfsteuern, über deren Gesamthöhe noch keine Zahlen gegeben werden, die aber sicher mehrere hundert Millionen ausmachen werden.

## Ueber die besonderen Formen der Organisiertheit der Massenbewegung in der dritten Periode

Von Rudolf Gerber

Die grundlegende politische Aufgabe, die der Partei durch die Beschlüsse des Weddinger Parteitages und des 10. Plenums der Exekutive gestellt wurde, ist die Lösung der Frage der Organisiertheit der revolutionären Einheitsfront. Sie ist grundlegend. weil die vor uns gestellte praktische Hauptaufgabe, die Eroberung der Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse, keinesfalls statistisch als Frage von Wahlerfolgen betrachtet (wie es die Opportunisten tun), sondern nur gelöst werden kann im Zusammenhang der Verwirklichung der kommunistischen Führung in den von uns ideologisch beeinflußten Bewegungen. In dem Maße, als die Bewegungen der sich radikalisierenden Massen dem unmittelbaren führenden Einfluß der Partei unterstehen, werden sie sich verbreiten, werden sie zur Sache der Gesamtklasse werden. Man muß sehr klar betonen, was Lenin gesagt hat, daß die Spontaneität der Massen von sich aus keine Bewegung der Gesamtklasse, sondern nur eine Summe von – sei es noch so großen – Einzelbewegungen erzeugt.

In seiner Schrift „Was tun?“ schrieb Lenin 1902:

„Wir sagten, daß die Arbeiter ein sozialdemokratisches Bewußtsein auch nicht haben konnten. Dieses konnte nur von außen herangebracht werden. Die Geschichte aller Länder bekundet, daß die Arbeiterklasse mit ihren eigenen Kräften einzig und allein imstande ist, zu einem trade-unionistischen Bewußtsein zu gelangen, d. h. zu der Ueberzeugung der Notwendigkeit, sich gewerkschaftlich zusammenzuschließen, einen Kampf gegen die Unternehmer zu führen, von der Regierung diese oder jene arbeiterfreundliche Gesetze zu fordern usw.“

[639] Lenin weist also ausdrücklich den (bis heute in unserer Partei noch nicht ausgerotteten) Aberglauben zurück, daß Kämpfe „politisiert“ seien, sobald sie dazu führen, daß irgendwelche politischen Forderungen gestellt werden. Nicht jede Politisierung dient der Revolution. In einer Fußnote sagt Lenin dazu:

„Der Trade-Unionismus schließt keineswegs jedwede ‚Politik‘ aus, wie man manchmal annimmt. Die Trade-Unions führten stets eine gewisse (aber nicht sozialdemokratische) politische Agitation und einen gewissen politischen Kampf.“

Und weiterhin formuliert Lenin in der gleichen Schrift die Bedingungen, unter denen Kämpfe in revolutionärer Weise politisiert werden können und weist damit energisch die primitive Vorstellung großer Teile unserer Parteikaders zurück, als sei das Wesentliche getan, wenn man etwa betriebliche Mißstände enthüllt:

„Das politische Klassenbewußtsein kann dem Arbeiter nur von außen beigebracht werden, d. h. außerhalb des Wirtschaftskampfes, außerhalb der Sphäre der Beziehungen der Arbeiter zu den Unternehmern. Das Gebiet, aus dem allein dieses Wissen geschöpft werden kann, ist das Gebiet der Beziehungen aller Klassen und Schichten zu dem Staate und der Regierung, das Gebiet der Wechselbeziehung zwischen sämtlichen Klassen.“

Natürlich dachte Lenin nicht daran, die Bedeutung des Wirtschaftskampfes für die Erweckung des proletarischen Klassenbewußtseins zu leugnen (er hat sie an andern Stellen derselben Schrift ausgiebig betont) – aber worauf es ihm ankam, das war der Nachweis dafür, daß diese Bedeutung nur darin liegen kann, der wirklichen revolutionären Politisierung, die ihrerseits nicht „aus dem Wirtschaftskampfe herauswächst“, die Bahnen zu ebnen.

Trade-unionistisch ist eine Bewegung nicht dann, wenn sie eine beschränkte Zahl von Arbeitern umfaßt, so wenig, wie sie durch die bloße Quantität der an ihr beteiligten zur revolutionären politischen Bewegung wird. Der mitteldeutsche Metallarbeiterkampf im Frühjahr 1928 war keine revolutionäre Bewegung, der Hennigsdorfer Streik im Frühjahr 1929 war es zweifellos, obwohl der erstere 60.000, der zweite 1800 Teilnehmer zählte. Revolutionär ist eine Bewegung in dem Maße, in dem in ihr die Führung der Partei verwirklicht werden kann und in dem sie, kraft der Führung durch die Partei, in ihrem Inhalt alle jene Momente erzeugt, die für einen allgemeinen revolutionären Aufschwung der Gesamtklasse charakteristisch sind, womit sie geeignet wird, der Gesamtklasse Lehren zu geben, den Kampf der Gesamtklasse auf eine höhere Stufe zu heben. Stellen wir aber die Frage nach den Bedingungen, unter denen der führende Einfluß der Partei verwirklicht wird, nach den

Formen, in denen er sich auswirkt, so stoßen wir immer wieder auf die Frage der Organisiertheit der Bewegung, wobei wir unter Organisiertheit nicht irgendeine Art von Organisation (Angehörige der proletarischen Klasse können in faschistischer, kirchlicher, reformistischer und mancherlei anderer Art organisatorisch zusammengefaßt sein), sondern jenen konkreten Typ der Massenorganisation verstehen, der in der gegebenen Situation dem höchstmöglichen (und nicht in chwostistischer Art dem durchschnittlichen) Niveau der Klassenbewegung entspricht. Die Verwirklichung dieses Typus der Massenorganisation ist offenbar nur die andere Seite der Verwirklichung der politischen Losungen der Partei in der Praxis des Klassenkampfes – oder anders ausgedrückt: die Partei führt in dem Maße, in dem es ihr gelingt, den Klassencharakter der Bewegung in ihrer Organisiertheit zu verwirklichen (und nicht irgendwie, auf irgendeinem Niveau „bei den Massen zu sein , was ja schließlich, rein quantitativ, die Reformisten sehr lange fertiggebracht haben). So betrachtet, fällt die Frage der Organisiertheit der proletarischen Klassenkämpfe zusammen mit der nach der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse durch die Partei.

Um so dringlicher scheint es uns, die besonderen Formen der Organisiert-[640]heit der Massenbewegung in der heutigen Situation zu untersuchen. Nimmt man die Fragestellung der dritten Periode ernst (und sie ernst nehmen, heißt in ihr eine Fragestellung sehen und sich nicht mit der einfachen Aufzählung von Daten begnügen), dann muß man alles, was wir in der Arbeiterbewegung vorfinden, darauf untersuchen, inwieweit es den besonderen Bedingungen des Kampfes in der dritten Periode entspricht und inwieweit es etwa einen „Restbestand“ aus vorangegangenen, niederen Kampfstadien darstellt. Denn der Uebergang der Klassenbewegung aus einer Periode in die andere ist selbstverständlich ein Prozeß: unsere Aufgabe ist es nicht, alles, was wir vorfinden, heilig zu sprechen, „weil Massen da sind“, sondern den Prozeß vorwärtszutreiben, die Bewegung auf eine höhere Stufe zu beben, indem wir niedere Formen der Organisiertheit durch höhere ersetzen. Es ist undenkbar, die Fragen, die in diesem Zusammenhange auftauchen, in einem Artikel konkret zu beantworten, diese Aufgabe kann nur durch die kollektive Arbeit der Gesamtpartei gelöst werden, ihre Lösung kann nur in einer tiefgreifenden Umgestaltung unserer gesamten Arbeitsmethoden bestehen, von denen viele offensichtlich aus früheren Etappen der Klassenbewegung übernommen sind. Zweck dieser Zeilen ist es nur, eine Anregung zur Diskussion jener theoretischen Fragen zu geben, die mit unverkennbarer Schärfe an jeder Krümmung unseres Weges (und der Weg der Revolution ist kein geradliniger Weg) stehen.

## I.

Die ersten Schwierigkeiten unserer Untersuchung finden wir in dem Augenblick, wo wir die Besonderheit in den objektiven Bedingungen festzustellen suchen, unter denen sich die Massenbewegung in der dritten Periode vollzieht. Diese Schwierigkeit fasziniert eine große Zahl guter Genossen, die bei jeder konkreten Aufgabe, die ihnen durch die Partei auf Grund deren Analyse gestellt wird, die Frage aufwerfen, wo Wir den aktuellen Krieg, die Inflation oder andere ähnliche Symptome eines sichtbaren Zerfalls der kapitalistischen Ordnung hätten. Solche Aeußerlichkeiten zu finden, ist, kurz gesagt, unmöglich, und eine ganze Reihe von Schwierigkeiten, die wir bei der Durchführung unserer Linie haben, resultieren daraus, daß wir uns gerade in jener Entwicklungsphase befinden, wo eine beschleunigte Zersetzung der kapitalistischen Ordnung eingesetzt hat, ohne daß sie bereits zu unverkennbaren äußeren Symptomen geführt hätte. Zweifellos war die Wirtschaftskonjunktur 1926 schlechter als 1929, war die Gefahr des Antisowjetkrieges, äußerlich gesehen, 1927 (beim Abbruch der englisch-russischen Beziehungen) eher noch akuter als 1929 beim Ueberfall Tschangkaischeks. Und trotzdem haben wir unverkennbar neue Züge der Massenbewegung. Woraus ergeben sie sich?

Wir finden zunächst immer als Erklärung eine Verstärkung des Drucks des Klassenfeindes: Verwachsen des Reformismus und der reformistischen Organisationen mit dem Staat, Entwicklung des Staates samt seinem reformistischen Anhängsel zum Faschismus, Verbreiterung und Verstärkung des Druckes des ganzen bürgerlichen Apparates auf die Massen. Die Entfaltung der Front des Klassenfeindes aber läßt sich vernünftigerweise nur erklären aus der allgemeinen Zersetzung des kapitalistischen Systems, die sehr wohl entscheidend fortschreiten kann, ohne daß ihre Symptome gleich in die Augen fallen. Man kann die Frage der objektiven Bedingungen keinesfalls von den „subjektiven“, dem Zustande der Bewegung selbst, trennen: Druck und Gegendruck bedingen sich wechselweise, und die

Frage neuer, höherer Phasen der Klassenbewegung ist durchaus nicht nur eine Frage unserer Analyse, sondern ebenso auch unserer Aktion. Eine herannahende Krise im „Unterbau“, in den allgemeinen ökonomischen Bedingungen, wirkt sich schon, ehe sie akut wird, im „Oberbau“, in den Beziehungen der kämpfenden Klassen zueinander aus, da beide Teile ihr Verhalten nach der unvermeidlich nahenden Katastrophe einrichten, und selbst die Aktion einer Klasse genügt, die andere zu entsprechenden Abwehrformen zu zwingen. Aber es kann eine gewisse Zeit vergehen, bis die verschärften Klassenkämpfe im „Oberbau“ jenen Steigerungsgrad erreicht haben, wo sie den Zustand des „Unterbaus“ in unmittelbar sichtbarer Art beeinflussen und seine „Stabilisierung umwerfen“. Eine [641] revolutionäre Krise ist etwas anderes als eine „schlechte Konjunktur“: sie ist keine Summe von Preisfällen, Zahlungseinstellungen, Betriebseinschränkungen (obwohl solche Erscheinungen mit ihren höheren Steigerungsformen verbunden sind), sondern eine Steigerung der allgemeinen Widersprüche des Kapitalismus, unter denen der Klassenkampf zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten ein durchaus entscheidendes Moment ist.

Stellen wir die Besonderheiten der dritten Periode in den Massenbewegungen fest – also dort, wo sie am deutlichsten und eindeutigsten in die Augen fallen –, so werden wir ausgehen von der unverkennbaren Erweiterung der Basis der Bewegungen. Dies ist kein einfach quantitatives Moment –, wir haben dafür eingangs schon ein Beispiel gebracht –, sondern eine Frage der Qualität: Während die Dimensionen (zahlenmäßig betrachtet) bis heute die großer Kämpfe der zweiten Periode nicht überschritten haben, finden wir unter den Beteiligten neue Elemente, die in der zweiten Periode fast fehlten. Damals erfaßten die Bewegungen im wesentlichen jene Gruppen des Proletariats, die schon über gewisse Traditionen des Klassenkampfes verfügten (weshalb die männlichen erwachsenen Industriearbeiter und unter ihnen wiederum die qualifizierten die ausschlaggebende Rolle spielten); auch der Aufschwung der gewerkschaftlichen Organisationen innerhalb der zweiten Periode vollzog sich (im Gegensatz zu dem in der ersten, der ganz neue Gruppen, wie z. B. die Landarbeiter, rückständige Bergarbeitermassen usw., erfaßte) im wesentlichen innerhalb jener Kreise; ja, man kann sogar sagen, daß die rund zwei Millionen Arbeiter, die von dem Tiefstand 1923 bis zum Höhepunkt 1928 in die Gewerkschaften gingen, fast durchgehends schon einmal (während der ersten Periode) gewerkschaftlich erfaßt worden waren. Dagegen treten in der dritten Periode zwar nicht in den Gewerkschaften (die heute ja eine ganz andere Rolle spielen), aber in den proletarischen Massenbewegungen breite traditionslose Massen, insbesondere Frauen und Jugendliche, in den Vordergrund. Noch sind – seit 1924 – die ostelbischen Landarbeiter nicht in die Kämpfe getreten – aber zweifellos ist das eine Frage des Ueberganges, und der Hennigsdorfer Streik im Frühjahr 1929 hatte seine Hauptstütze in aus dem flachen Lande herangezogenen, bisher nur christlich und nationalistisch bearbeiteten Massen. Man darf auch hier nicht starr und nicht quantitativ sehen: wir haben den Berliner Rohrlegerstreik, die Bewegung einer relativ gutgestellten, stark organisierten Arbeitergruppe, wir haben den bedeutsamen Oppositionserfolg bei den Berliner Buchdruckern. Aber die politische Linie des Rohrlegerstreiks (die sich in diesem Streik selbst ja im übrigen nur unter Hemmungen durchsetzte) ist nicht bei den Rohrlegern und nicht bei den Buchdruckern, sondern im Ruhrkampf und in Hennigsdorf gewachsen; die ganze Kraft der Bourgeoisie und des Sozialfaschismus richtet sich gegen die Rohrleger nicht als solche (warum sollte man eine relativ schmale Gruppe qualifizierter Arbeiter nicht durch Zugeständnisse beruhigen), sondern gegen die unvermeidliche Rückwirkung eines gegen die reformistische Bürokratie erfochtenen Rohrlegersieges auf die breitesten Arbeitermassen. Das, was bei Arbeitergruppen mit starken organisatorischen Traditionen offen zum Ausdruck kommt, ist nur Symptom für die viel tiefergehenden und breiteren, aber infolge ungenügender Entwicklung des subjektiven Faktors (und das heißt heute in erster Linie infolge von Schwächen unserer Partei) nicht ausgelösten Prozesse in den breiten Massen. Schon gelingt es da und dort der Partei, die Mauer zu durchbrechen, die latente Bewegung offen auszulösen – und dann zeigt sich sogleich ihre höhere Form. Wir haben z. B. bei der Anwendung der Waffe des politischen Massenstreiks in Berlin in den Maitagen und am 1. August außer den Bauarbeitern vorwiegend Arbeiter kleinerer, stark organisierter Berufe mit kommunistischen Ortsverwaltungen (z. B. Schuhmacher) bzw. Klein- und Mittelbetriebe der Metallindustrie mit vielfach ähnlich liegenden Verhältnissen einsetzen können; die Bewegung lief – selbst, wenn im Einzelfall Maßregelungen vorkamen – ohne tiefgreifende Wirkung auf die

Arbeitermassen ab. Am 30. September stand zum erstenmal (ohne objektiv günstigere Bedingungen, bloß kraft stärkerer Aktivität der betreffenden Parteiorganisation) ein großer Metallbetrieb [642] (Lorenz) im Proteststreik – und sofort hatten wir alle Momente einet starken Aufschwunges: höchst aktive Rolle der parteilosen Frauen und Jugendlichen, Mitreißen von SPD-Arbeitern, die vereinzelt sogar zur Demonstration gingen., starker Zuwachs zur Parteizelle, Belebung der Lohnbewegungen im Werke. Offensichtlich stehen wir in einer Uebergangsperiode – aber der Uebergang ist äußerst labil und hängt in den entscheidenden Industriegebieten im wesentlichen vom subjektiven Faktor, von der Aktivität der Partei ab.

Die Breite der objektiven (wenn auch manchmal latenten) Basis der Bewegungen ist der Schlüssel für ihre anderen neuen Merkmale: für ihren vom ersten Tage an ausgeprägt politischen Charakter und für die den gewerkschaftlichen ebenso wie den politischen Legalismus durchbrechende Selbständigkeit der Massenaktion. Der Einsatz des politischen Apparates der Bourgeoisie und ebenso das unverhüllte Auftreten des Sozialfaschismus (Einsatz der Gewerkschaftskassen beim Rohrlegerstreik zur Organisierung des Streikbruchs, Warnung – im Falle Lorenz – der Reformisten an den Unternehmer, in Zukunft den Streikleitungen keine Zugeständnisse zu machen, da Lohnerhöhung Tarifbruch sei; Bedrohung von auf den Rohrlegerlisten zeichnenden Metallarbeitern mit dem Ausschluß aus dem Verband) – alle diese Dinge lassen sich (mit Ausnahme des Ruhrkampfes) bei den bisherigen Bewegungen der dritten Periode nicht erklären durch den (im Einzelfall meist schmalen) Rahmen des konkreten Streiks, sondern nur durch seine allgemeine Bedeutung angesichts der Gärung der breiten Massen – eine Bedeutung, die sowohl vom Klassenfeind verstanden wird, als auch von den Kämpfenden selbst, die sich (im Gegensatz zur zweiten Periode) auch im Anfangsstadium des Kampfes nicht vor einer „Verquickung mit der Politik“ scheuen. Bildete früher die Politisierung der Kämpfe und der Zusammenstoß mit der reformistischen Bürokratie das von uns angestrebte Ergebnis (und gleichzeitig auch meist den Endpunkt) der Bewegung, so steht es heute schon am Anfang – am ausgeprägtesten bei Bewegungen „traditionsloser“ und schlechtgestellter Schichten, wie in Hennigsdorf.

Politisierung der wirtschaftlichen Bewegungen, die die Fähigkeit zur Erfassung breitester Massen haben – das ist nur die andere Seite für die objektive Reife der politischen Kämpfe der Arbeiterschaft zur Durchbrechung der bürgerlichen Legalität und Anwendung des politischen Massenstreiks als der entscheidenden Waffe. Lenin sagte darüber im Jahre 1905:

„Die erste Schlußfolgerung hieraus ist die, daß die wirtschaftlichen und politischen Streiks im engsten Zusammenhang miteinander stehen. Die Kurve beider steigt zusammen, und sie fällt zusammen. Die Kraft der Bewegung in der Epoche der Offensive (1905) wird dadurch charakterisiert, daß die politischen Streiks gewissermaßen sich als Ueberbau erheben auf einer breiten Basis nicht minder starker wirtschaftlicher Streiks, die sogar einzeln genommen die Ziffer für das gesamte Jahrzehnt von 1895 bis 1904 weit hinter sich lassen.“

Es ist klar, daß quantitative Ansprüche auf Dimensionen der wirtschaftlichen und politischen Streiks nach dem Muster des Jahres 1905 erst dann gestellt werden können, wenn die allgemeine Offensivkraft der Arbeiterbewegung die Dimensionen von 1905 erreicht – d. h., wenn die gegenwärtige Uebergangsphase durchschritten sein wird. Aber es ist ebenso klar, daß der Uebergang von den heute noch vereinzelten politischen Streiks zu Massenstreiks nach dem Muster von 1919, 1920 und 1923 wesentlich davon abhängt, daß die Partei deren objektive Möglichkeit erkennt (ebenso wie die Unvermeidlichkeit und Bedeutung der partiellen politischen Streiks als Durchgangsstadium), daß sie die wechselseitige Bedingtheit von ökonomischer und politischer Bewegung versteht (der Ausbruch politischer Streiks in ökonomisch vorbereiteten Belegschaften ist der häufigere – aber durchaus nicht der einzig mögliche Fall, während die positive Rückwirkung politischer Streiks auf die Wirtschaftskämpfe allgemeine Regel ist). Ohne in Illusionen über das Allheilmittel des Massenstreiks nach Art von Rosa Luxemburg, die 1906 den Massenstreik „die Bewegungsform der Massen in der Revolution“ nannte, [643] zu verfallen, muß die Partei beherzigen, daß für die heutige Phrase das gilt, was Leni 1905 schrieb:

„Dieses Mittel ist der revolutionäre Streik, der zähe Streik, der von einem Ort auf den andern, aus dem einen Ende des Landes auf das andere überspringt, der wiederholte Streik – der Streik, der die Rückständigen zu einem neuen Leben des Kampfes um die wirtschaftlichen Verbesserungen emporhebt – der Streik, der jeden

auffallenden Akt der Gewaltherrschaft, der Willkür und des Verbrechertums des Zarismus brandmarkt und geißelt – der Demonstrationsstreik, der in den Straßen der Hauptstadt die rote Fahne entfaltet, der revolutionäre Reden und revolutionäre Losungen in die Menge, in die Volksmassen hineinträgt."

Man beachte wohl, wie Lenin davon spricht, daß der politische Demonstrationsstreik „revolutionäre Reden und revolutionäre Losungen in die Volksmassen hineinträgt". Man muß verstehen, daß die entscheidende Waffe der Arbeiterschaft heute nicht die politische Demonstration, sondern der politische Massenstreik ist, der erst (durch das Bewußtsein des Ernstes der Sache und der dafür gebrachten Opfer) die Demonstration zu einer wirklichen Massenaktion macht. Es kommt nicht auf die technische Frage an, an wieviele Tausende das Wort der Partei herankommt – es kommt darauf an, bei welchen Massen es reifen Boden findet, sich in politische Aktion ummünzt. Und man ‚braucht nur bei ein und demselben Anlaß Demonstrationen von Betrieben (die an sich gleiche Prozentsätze der Sympathisierenden z. B. bei Wahlen haben können) mit und ohne politischen Streik zu vergleichen, um zu verstehen, daß der politische Streik die Voraussetzung ernster Demonstrationen der entscheidenden Massen (d. h. der Betriebsarbeiter) ist, die nicht bloß vorüberziehen und verpuffen, sondern sich in tiefgreifender Weise auf die Weiterentwicklung der Bewegung auswirken.

II.

Hereinziehung neuer, breiter, „traditionsloser" Massen in die Kämpfe – politischer Charakter der Bewegungen, der seinen höchsten Ausdruck findet in der ausschlaggebenden Bedeutung des politischen Massenstreiks – ein Uebergangszustand, wo die Verbreiterung der Bewegung wesentlich von der Initiative der Partei abhängt –, das sind die Bedingungen, unter denen wir die Frage der Organisiertheit der Massenbewegung in der dritten Periode stellen. Genosse Thälmann sagte in seinem Referat auf dem Weddinger Parteitag richtig:

„Können wir jetzt unsere Aufgaben erfüllen nur mit einer richtigen Politik? Nein! Wir müssen dazu ein System der Organisationen haben, ein System von Kaders, mit denen wir die Kaders des Klassenfeindes, die uns in konzentrierter Form, gestützt vom bürgerlichen Staatsapparat, gegenüberstehen ... in den Betrieben bekämpfen und vernichten können. Diese ganze Front des Klassenfeindes erfordert von uns eine große systematische Umgruppierung und Konzentration unserer Kräfte auf dem organisatorischen Gebiete. Aus alledem ergibt sich, daß die Durchführung der Einheitsfronttaktik jetzt auf einer ganz anderen, viel höheren Stufe steht, als beispielsweise zur Zeit der Kampagne der Fürstenenteignung. Darüber sind sich auch in unseren eigenen Reihen noch viele Genossen im unklaren. Die Kampagne bei der Fürstenenteignung zeigte eine niedrigere Stufe der Taktik der Einheitsfront als heute, weil sie sich im Rahmen der Verfassung vollzog ...

Die damalige Kampagne hatte auch nicht den organisatorisch-revolutionären Charakter der Bewegung in den Betrieben, wie es die Bildung von Einheitsfrontorganen in den Betrieben jetzt erfordert. Heute ist die Etappe des Klassenkampfes eine ganz andere als damals."

Für uns steht hier nicht die Frage des – mit der Entwicklung des Reformismus zum Sozialfaschismus gegebenen – Ueberganges von der Taktik der Einheitsfront von oben und unten zur Einheitsfronttaktik nur von unten, sondern die andere Frage, die Genosse Thälmann stellte: die Frage der Unzu-[644]länglichkeit einer bloßen richtigen Politik (weil man mit bloßer Agitation nicht die latente Massenbewegung akut machen kann), die Frage der Notwendigkeit „eines Systems von Kaders" und der neue Charakter dieser Kaders, der Einheitsfrontorgane in den Betrieben im Zusammenhange mit dem von vornherein nicht gesetzmäßigen, sondern sich im schärfsten Zusammenstoß mit Staatsgewalt und Reformismus durchsetzenden Charakters der Bewegungen – der wiederum, wie wir sahen, wesentlich durch ihre Breite, durch die Hereinziehung neuer Arbeitermassen bedingt ist.

Welches waren die spezifischen Organisationsformen der Massen in der zweiten Periode? Im wesentlichen und in der Hauptsache solche vereinsmäßigen Typus. Das ergab sich aus der (relativ) geringen Breite der Bewegung, aus dem relativ hohen ideologischen und organisatorischen Niveau der erfaßten Massen, aus der führenden Rolle, die die bessergestellten Arbeiter unter ihnen spielten, aus dem nicht von Anfang an mit Staatsgewalt und Reformismus zusammenprallenden Charakter der Bewegungen, der die Frage der Legalität oder Illegalität nicht aktuell machte. Von vereinsmäßigem Typus waren nicht nur die reformistischen, sondern auch die revolutionären Arbeiterorganisationen – die Einheitsfrontorgane, die sich bei bestimmten Aktionen um die Partei gruppierten, waren ihrem

Wesen nach Vertreterkonferenzen der von der Partei geführten und mit ihr sympathisierenden Arbeiterorganisationen. Es ist klar, daß eine solche Basis der Bewegung – abgesehen davon, daß sie die Massen nicht in der für den Kampf ausschlaggebenden Gliederung, in den Betrieben, erfaßt – zwangsläufig einen engen und unter den neuen Bedingungen unzulänglichen Charakter tragen muß.

Die entscheidenden Formen der Organisiertheit der proletarischen Einheitsfront von unten sind in der dritten Periode Massenorgane neuen Typus (wobei es klar ist, daß auch die Organisationsformen der dritten Periode nicht das letzte Wort der Geschichte sind). Sie unterscheiden sich von den vereinsmäßigen Massenzusammenfassungen durch eine größere, prinzipiell alle Arbeiter des betreffenden Betriebes erfassende Breite – von den fallweise auch früher (etwa zu besonderen Kongressen) gewählten Delegierten durch eine größere Festigkeit und Stabilität. Man kann das System der revolutionären Vertrauensmänner in den Betrieben von dem der Delegiertenkonferenzen, Kampfleitungen und Selbstschutzorgane nicht trennen: die Bewegung kann in Zuspitzungen des Klassenkampfes sehr breit (und was damit untrennbar zusammengehört, in ihrer Peripherie sehr lose) sein, weil sie einen festen Kern hat, durch den die Partei die Massenorgane (deren Umfang mit den Wellenbewegungen des Klassenkampfes wechseln muß) ständig lenkt. Und ohne Führung durch die Partei, ohne ständige organisierende Führung durch die Partei ist die Einheitsfront von unten eine Agitationsparole.

Der breite und lose Charakter der Massenorgane (man kann in einem betrieblichen Selbstschutz zur Abwehr der Streikbrecher und Faschisten natürlich mehr Arbeiter erfassen als im RFB, der sich durch die Uniformierung abgrenzte und von allen Mitgliedern außerordentlich große Opfer an Freizeit und Energie verlangte; zur Kampfleitung wählen mehr Arbeiter, als vor der Machtergreifung organisiert werden können usw.) bedeutet nicht ein Verschwinden der Organisationen vereinsmäßigen Typus. Aber sie erhalten eine andere Bedeutung und damit einen anderen Charakter: sie sind nicht mehr die organisatorischen Träger der Einheitsfront von unten, sondern – teilweise sehr wichtige – Instrumente zur Propagierung dieser Einheitsfront und ihrer Organe. Antifaschistische Vereine in den Betrieben sind kein proletarischer Selbstschutz – aber sie ebnen ihm die Wege und fördern ihn. Und im Falle des RFB hat gerade das Weiterbehalten der festen, vereinsmäßigen Form nach dem Zusammenstoß mit der Staatsgewalt und das Weiterfunktionieren in der Illegalität gewaltig zur Festigung des Kampfwillens gegen den bürgerlichen Staat im Gesamtproletariat beigetragen.

Es ist also durchaus falsch, wenn aus der Feststellung der wirklichen Rolle der alten Organisationsformen in der dritten Periode (sei es zustimmenderweise, sei es – was häufiger geschieht – in Form eines Vorwurfs) die [645] Forderung nach Liquidierung dieser Organisationsformen erhoben wird. Im Gegenteil, wir müssen für unsere wichtigsten überparteilichen Massenorganisationen mit einem – sei es selbst illegalen – Weiterfunktionieren bis zu den entscheidenden Kämpfen rechnen, und selbst auf dem Gebiete der Wirtschaftskämpfe ist es durchaus möglich, daß die Bedürfnisse des Klassenkampfes trotz Bestehens von Kampfleitungen, Vertrauensmännern usw. die Schaffung neuer revolutionärer Gewerkschaften schon vor den entscheidenden Kämpfen fordern (was im wesentlichen eine Frage des Entwicklungstempos der neuen revolutionären Krise ist). Aber schon an diesem Beispiel sieht man das gegen früher grundlegend geänderte Verhältnis zwischen den vereinsmäßigen und den losen Massenorganen: die Kampfleitungen sind offenbar die Hauptsache, revolutionäre Gewerkschaften haben sie zu propagieren und zu fördern. Versteht man das nicht, so kommt man zu dem immer noch nicht völlig liquidierten Unsinn von dem „Zurücktreten der Kampfleitungen neben einer revolutionären Gewerkschaftsleitung“, kommt man zur Ablehnung der Führung von Kämpfen ohne gewerkschaftliche Organisationen und Streikkassen, zur praktischen Ablehnung von Kämpfen.

Das, worauf es ankommt, ist die Herausarbeitung des Wesentlichen, die Vermeidung jeder breiigen Vorstellung über die Eroberung der Massen durch die Kommunistische Partei, die Ausrottung jener unglücklichen Ideologie, die die proletarische Einheitsfront zu einer deutschen Vereinsmeierei erniedrigt. Die Losung des dritten Kongresses „Heran an die Massen“ heißt in der heutigen Phase im wesentlichen Organisierung von Massenkämpfen in den Betrieben unter Schaffung von Einheitsfrontorganen. In der gegenwärtigen Phase des Ueberganges hängt auch die Mobilisierung der nicht in den Betrieben erfaßbaren Werktätigen im wesentlichen von der Stoßkraft der entscheidenden Arbeitermassen in den Großbetrieben ab: bei diesen liegt der Hebelpunkt für die Mobilisierung aller

Werktätigen. Die Organisierung des politischen Massenstreiks ist heute nicht nur ein Mittel zur Aktivisierung dieses oder jenen Betriebes oder auch aller Betriebe, sondern das Hauptmittel zur Mobilisierung aller werktätigen Massen, zur wirksamsten Bekämpfung der suggestiven Wirkungen des Faschismus auf rückständige Schichten. Der beste Parteigenosse ist nicht der mit der größten Zahl von Vereinsmitgliedsbüchern (ein gemeingefährliches Vorurteil, das viele gute Arbeiter, insbesondere schlechtbezahlte, die die enormen Lasten der so verstandenen Parteimitgliedschaft nicht aufbringen können, von der Partei fernhält, die Partei in ihrer Hauptarbeit und obendrein auch – da niemand gleichzeitig acht bis neun Herren dienen kann – in ihrer Fraktionsarbeit in den Massenorganisationen hemmt), sondern der, der es am besten versteht, die Einheitsfront von unten zu organisieren. Im Gegensatz zu den Spezialorganisationen, die ein bestimmtes Sonderinteresse der Arbeiterschaft vertreten, sind die Einheitsfrontorgane mit breitestem politisch-ökonomischen Aufgabenkreis die höhere Form, verkörpern der herannahenden revolutionären Aufschwung, der die Arbeitermassen von begrenzten Spezialgesichtspunkten auf die großen Aufgaben der Klassen lenkt. Man muß das verstehen, gerade im Interesse einer revolutionären, die Entwicklung des Klassenkampfes fördernde und nicht proletarische Kräfte zersplitternde (womöglich noch in legalistischen Bahnen festhaltende und dadurch im Ernstfall der Partei entfremdende) Tätigkeit der Massenorganisationen.

Falsch wäre es offensichtlich, anzunehmen, daß der Uebergang von den niederen zu den höheren Formen der Organisiertheit der Einheitsfront ein ungefähr gleichzeitiger Akt ist, daß auf allen Gebieten des proletarischen Klassenkampfes dieselben Erscheinungen in einem bestimmten Moment zu beobachten sein müßten – oder die hier aufgestellte These falsch wäre. Der Uebergang von der zweiten zur dritten Periode ist überhaupt kein einmaliger Akt, sondern ein Prozeß. Der Uebergang zu den höheren Formen des Klassenkampfes vollzieht sich naturgemäß zuerst auf dem Gebiete der Wirtschaftskämpfe – und hier haben wir in der Massenbewegung und auch innerhalb der Partei schon eine ziemlich klare Herausarbeitung des gegenseitigen [646] Verhältnisses von Kampfleitungen und Gewerkschaften. Der bewaffnete Kampf der Arbeiterklasse gegen ihre Feinde ist die höchste – aber damit auch die zuletzt erreichte – Form des Klassenkampfes: er hat im bisherigen Verlauf des neuen Aufschwunges nur erst in den Maitagen aufgeleuchtet, während wir schon seit 1928 eine Herausarbeitung der neuen Formen der Wirtschaftskämpfe sehen und der politische Massenstreik seit den Maitagen in breitesten Massen ideologisch an Boden gewinnt. Dementsprechend sehen wir in der Wehrfrage (unser zeitweiliger „Wehrwirrwarr“ war alles andere als zufällig) die Erscheinungen des Ueberganges am ausgeprägtesten, sehen neben dem grandiosen Beispiel, das durch die illegale Weiterführung des RFB eine Minderheit der deutschen Arbeiterklasse gibt, erst relativ schwache Elemente der Massenorganisation wobei Organisationen vereinsmäßigen Typus (mit einer Hauptstütze im Wohngebiet) zunächst noch vorwiegen. Es wäre unsinnig, die organisatorischen Formen des Ueberganges zu negieren – aber man muß verstehen (und in der Praxis beachten), daß sie Uebergangsformen sind.

III.

Organisiertheit der proletarischen Einheitsfront von unten bedeutet in der dritten Periode Zusammenfassung breitester Massen, vor allem der am meisten ausgebeuteten Arbeiter, durch breite, lose, dem Zugriff der bürgerlichen Staatsgewalt relativ wenig ausgesetzte – aber in ihrem Kerne außerordentlich feste Massenorgane zwecks Führung von Kämpfen auf breitester Basis mit dem nächsten Ziele der Entfesselung des politischen Massenstreiks. Es ist klar, daß unter diesen Bedingungen die führende Rolle der Partei (die unter den Bedingungen der zweiten Periode vielfach nach außen hinter den verschiedenen Arbeiterorganisationen zurücktrat) im Vordergrunde steht, daß sie vor allen Arbeitern betont werden muß, weil nur die Autorität der Partei den Massenorganen den nötigen Rückhalt geben, ihre feste und zielklare Führung sicherstellen kann. Das ergibt sich ja an sich schon aus der von Anfang an gegebenen Politisierung der Kämpfe: Lächerlich wäre es, in einer Bewegung, die vom ersten Tage an Staat und Reformismus gegen sich hat, die führende politische Kraft hinter einem nebelhaften Begriff der Einheitsfront in den Hintergrund zu stellen; die Einheitsfront ist in ihrer Breite und Kraft wesentlich abhängig von dem Vertrauen der Arbeitermassen zu der sie führenden Partei. Und umgekehrt schützt die Peripherie der Einheitsfrontorgane die Partei vor dem Zugriff des

Klassenfeindes, erleichtert die Massenmobilisierung gegen Verbotsmaßnahmen wie die Arbeit in der Illegalität. Heute sind entscheidende Arbeitermassen in Deutschland durchaus reif, das zu verstehen, wenn die Partei es ihnen mit aller Klarheit sagt. Die Frage der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse steht nicht vor der KPD als die Gewinnung irgendwelcher statistisch erfaßbarer Sympathien einer Mehrheit der Arbeiter (in diesem Sinne wäre sie in einer Reihe wichtiger Industriegebiete, vor allem Berlin, schon gelöst), sondern als die Frage der Organisierung der Kämpfe der proletarischen Einheitsfront unter Führung der Partei.

Es ist klar, daß das für die Art der Organisierung der Parteiarbeit wichtige Konsequenzen hat, die wir hier nur andeuten können. Zweifellos ist die Wendung auf die Betriebsarbeit, ja die Reorganisation der Partei auf Betriebszellen heute noch lange nicht völlig durchgeführt: in „Kleinigkeiten" (Ansetzung des Zeitpunktes von Sitzungen, Belassung von Betriebsarbeitern in den Straßenzellen, wo sie angeblich für Massenarbeit gebraucht werden) finden wir immer noch vielfach die Tendenz, Schädigungen der Betriebsarbeit im Interesse des Wohngebiets in Kauf zu nehmen, statt (wenn sich vorübergehende Schädigungen des einen oder anderen nicht vermeiden lassen) in Erkenntnis der politischen Linie der Partei das Gegenteil zu tun. Die – zwangsläufige – Zersplitterung der Massenbewegung in der zweiten Periode spiegelt sich in unserer Partei immer noch in einer manchmal krankhaft gesteigerten gegenseitigen Abgrenzung von „Ressorts" wider, wo es doch klar sein müßte, daß die Partei dem Zusammen-[647]fließen der proletarischen Teilbewegungen in einen großen Strom auch in der Organisierung ihrer Arbeit v o r a n g e h e n muß. Ressortabgrenzung finden wir selbst dort, wo sich die Wendung vor allem vollzieht: bei der Erfassung der Massen der Frauen und Jugendlichen. Es ist klar, daß in der zweiten Periode, zu einer Zeit, wo die vorherrschenden Typen der proletarischen Massenorganisation die Frauen und Jugendlichen abseits liegen ließen, besondere – neben den allgemeinen einhergehende – Organisationsformen en ihrer Erfassung notwendig waren und ein bestimmtes Eigenleben führen mußten (das bei der Jugend natürlich auch durch andere Gründe bedingt ist und niemals liquidiert werden kann). Es ist aber offensichtlich falsch, die Wendung der Partei etwa zu den Frauenmassen als eine Verstärkung des Frauenressorts aufzufassen: die breite Basis der proletarischen Massenbewegungen, die vielfach sogar eine führende Rolle der Frauen aufweisen, ermöglicht und, erfordert offensichtlich keinen besonderen „Frauenladen", sondern eine verstärkte Heranziehung der Frauen zur Gesamtarbeit, die in der Partei ihr Vorbild in der Heranziehung von Genossinnen zu wichtigen politischen Funktionen an verantwortlicher Stelle finden muß. (Eine Frage, die wieder nicht statistisch, sondern nur p o l i t i s c h zu lösen ist.) Die „besondere" Frauenarbeit kann in ihrem Eigenleben in der Partei wie in den Betrieben sogar zu einer Ablenkung wertvoller Kräfte von den allgemeinen Aufgaben der Bewegung und damit zu einer Schwächung des Frauenelements am entscheidenden Punkte führen, wenn sie nicht von dem Gesichtspunkte der Hineinführung der Frauenkaders in die allgemeine Arbeit (und damit der Ueberwindung ihrer begrenzten Formen) getragen wird. Und ebenso ist es klar, daß die besonderen Bedingungen der dritten Periode eine stärkere Führung der Partei im Jugendverband sowie umgekehrt eine stärkere (nicht statistisch, sondern politisch stärkere) Heranziehung des jugendlichen Elements zur verantwortlichen Parteiarbeit erfordern.

Die Wendung der Partei auf die Organisierung der proletarischen Einheitsfront in den Betrieben bedeutet zwangsläufig eine größere Verselbständigung der unteren Organisationen, Bekämpfung aller bürokratischen Erscheinungen, die ihre Selbsttätigkeit hemmen – aber gleichzeitig Verstärkung der politischen Führungen der unteren Organisationen durch die Parteileitungen. Starke Leitungen und selbständige untere Organisationen bedeuten (wenn man „stark" nicht mit „bürokratisch" gleichsetzt, sondern versteht, daß Bürokratismus das Gegenteil von Stärke und Führung etwas anderes als Rundschreibenproduktion ist) keinen Widerspruch, sondern bedingen einander. Für die Führung der unteren Organisationen durch die Leitungen ist entscheidend die politische Stärke der letzteren: lieber wenige starke Leitungen, die eine große Zahl unterer Organisationen führen müssen, aber p o l i t i s c h führen und darum auch aktivisieren können, als viele schwache Leitungen, die „der Masse nahe sind" – aber nichts anderes machen können, als die Rundschreiben, die ihnen zugesandt werden (schwache mittlere Leitungen begünstigen den Bürokratismus von oben) mehr oder minder geschickt weiterzugeben. Und für die Stärke der Leitungen ist wiederum entscheidend ihre Verbindung mit den

Betrieben – die aber nicht dadurch geschaffen wird, daß man statistisch eine überwältigende Mehrheit von Betriebsarbeitern erzeugt, die sich nicht aktiv an der Arbeit beteiligen oder womöglich nicht die vorgeschrittensten Massen, sondern rückständigere Teile der Massenbewegung vertreten (Beispiele dafür ließen sich in Hülle und Fülle anführen). Man muß verstehen, daß in der heutigen Situation neue Arbeiterschichten in Fluß kommen, andere stehenbleiben (wobei die letzteren im Besitze von kommunistischen Funktionärkarten sein können) und die Partei versagen muß, wenn sie unkritisch auf jede „Stimme aus den Betrieben“ (die in einer Unzahl von Fällen hinter der Reife der Massen zurückbleibt) hört, statt auf Grund ihrer richtigen Analyse sich an die Spitze der Massenbewegung zu stellen. Am stärksten verbunden mit den Betriebsarbeitern ist jene Parteileitung, die die politische Lage, die objektive Gärung in den Massen am stärksten und klarsten erfaßt hat, die am zielklarsten und entschlossensten die Massenbewegungen organisiert und durch die Organisierung [648] der Massenbewegungen zugleich auch die Parteikader erneuert, verbrauchte Elemente (was keine Frage der Altersgliederung ist) ausscheidet, und das junge, kraftvolle Leben, das heute in den deutschen Betrieben pulsiert, der revolutionären Vorhut eingliedert. Und dazu muß man verstehen, daß eine klare Linie des Massenkampfes die Voraussetzung der Massenmobilisierung ist, daß aber diese Linie auch die Ueberwindung aller jener Hemmungen in der Partei ermöglicht, die sich aus der schwachen Organisiertheit der Bewegungen und dem daraus erwachsenden Mangel an Kraftbewußtsein der Genossen ergeben. Die latente Bewegung in den Betrieben ist stark, sehr stark: man muß sie nur organisieren, dann wird sie offen in Erscheinung treten und die Zweifelnden und Schwankenden überzeugen.

Ich möchte diese Betrachtungen schließen mit dem, was der Weddinger Parteitag in seiner politischen Resolution klar ausgesprochen hat:

„Am größten ist gegenwärtig für die Partei und das Proletariat die Gefahr, daß die Partei nicht den kämpfenden Arbeitermassen vorangeht, sondern hinter ihnen zurückbleibt, daß sie die Kampfkraft der Arbeiterklasse und ihre eigene Kraft unterschätzt.“

Diese Gefahr ergibt sich aus dem Charakter der Uebergangszeit, in der wir uns befinden, sie wird überwunden, je mehr wir aus dieser Zeit in die Periode der offenen breiten Massenkämpfe hinübertreten und die Situation für jeden klar wird. Aber das Tempo dieses Ueberganges und damit die Aussichten für den kommenden revolutionären Entscheidungskampf hängen entscheidend ab von der Aktion der Partei, die die Massenbewegungen zu organisieren und damit erst auszulösen hat.

*

## Der 11. Verbandskongreß des KJVD

Von Ruth Kahn

Der 11. Verbandskongreß des KJVD war nicht nur von entscheidender Bedeutung für das deutsche Jungproletariat und seinen revolutionärsten Teil, den KJVD, sondern auch für das gesamte deutsche Proletariat und vor allem für die KPD; stand doch im Mittelpunkt seiner Beratungen die Frage der Durchführung der Parteilinie im Jugendverband. Der Verbandskongreß stand im Zeichen des neuen revolutionären Aufschwunges der Arbeiterbewegung Er war ein Ausdruck der stärker als bisher in das politische Leben eindringenden Jungarbeitermassen. Seine enge Verbundenheit mit der Jungarbeiterschaft, die durch Begrüßungen und Delegationen der wichtigsten Großbetriebe ihren Ausdruck fand, gab ihm nicht nur das äußere Gepräge, sondern sicherte seinen Kurs auf die Betriebe, festigte die Linie seiner Beschlüsse, die die Waffen zum Kampfe um die Mehrheit der arbeitenden Jugend werden müssen.

Die Eroberung der Hauptschichten des Proletariats, das war die Losung, die der 12. Parteitag der Kommunistischen Partei aufstellte. Zu den Hauptschichten des Proletariats gehört die arbeitende Jugend. Das spezifische Gewicht der Jungarbeiterschaft in den Betrieben ist gewachsen. Die Jungarbeiter sind stärker in den Produktionsprozeß eingedrungen, sie bilden eine entscheidende Schicht in den kommenden Kämpfen. Daher muß die Kommunistische Partei stärker als bisher ihren Jugendverband bei der Gewinnung der Mehrheit der arbeitenden Jugend unterstützen. Sie muß selbst die Führung

des Jugend-Verbandes übernehmen. Vor und auf dem 11. Kongreß des KJVD traten die Vertreter der Partei als Führer des Jugendverbandes in Erscheinung, und es erwies sich, daß die politische Reife der deutschen Partei so groß ist, daß die Partei die Führung des KJVD zu übernehmen imstande ist. Nicht alle Parteien der Kommunistischen Internationale haben diese Reife. Wenn die Partei die Führung des KJVD übernimmt, so bedeutet dies keine [649] Bevormundung, keine Annäherung an sozialdemokratische Jugendpolitik, sondern es ergibt sich dies aus den Prinzipien der kommunistischen Weltbewegung, aus der Entwicklung der kommunistischen Parteien und Jugendverbände. Eine einheitliche Armee erfordert eine einheitliche politische Linie und politische Führung. Daher erklärte der Verbandskongreß mit aller Offenheit, daß das ZK der Partei, als es in die Tätigkeit der Führung des Jugendverbandes eingriff, um die Wendung zur bolschewistischen Massenarbeit zu beschleunigen, eine seiner wichtigsten Aufgaben löste.

Der Kongreß aber mußte die Aufgabe übernehmen, von sich aus die Linie festzulegen, die der Verband zur Gewinnung der Jungarbeitermassen einzuschlagen hat. Mit bolschewistischer Schärfe übte er Kritik an der Arbeit des Gesamtverbandes, an der Arbeit des alten Zentralkomitees. Der Kongreß brandmarkte vor allem die im Jugendverband auftretenden versteckten Opportunisten und stellte fest, daß der Jugendverband nicht nur im allgemeinen, sondern gerade auch auf dem Gebiete der innerparteilichen Diskussion einen Tempoverlust erlitten hat. In der Partei führten die Auseinandersetzungen mit den Opportunisten zur Reinigung der Kaders; die Diskussion über die abweichenden Auffassungen führte zur politischen Stärkung der Funktionäre, zur politischen Aktivität der Partei. im Jugend~ verband wurden die begangenen Fehler und Abweichungen an der Spitze des Verbandes in den verantwortlichen Leitungen nicht vor der Mitgliedschaft diskutiert. Der Jugendverband hat seine Reihen noch nicht von den offenen und versteckten Opportunisten geräumt, und daher tauchten diese Elemente immer wieder auf, um den Jugendverband in seiner Massenarbeit zu behindern. Vor allem an der Spitze des Jugendverbandes standen Genossen, die nicht mutig und kühn die Beschlüsse des VI. Weitkongresses der KI und des V. Kongresses der KJI in die Tat umzusetzen imstande waren. Der Verbandskongreß führte einen scharfen Kampf gegen diese Art des versteckten Opportunismus, der sich im Jugendverband breitmachte. Zum ersten Male sprach der Verbandskongreß offen aus, daß die an der Spitze des Verbandes begangenen Fehler und Mängel die Sicherung der Parteilinie im Jugendverband gefährdeten. Nicht daß das bisherige ZK offen gegen die Linie der Partei aufgetreten wäre, aber in der praktischen Arbeit des KJVD setzte es nicht die richtige politische Linie durch. Dies bewies, daß die bisherige Führung des KJVD nicht die besonderen Aufgaben der dritten Periode verstanden hat. Sie hat nicht verstanden, der wachsenden Radikalisierung der Jungarbeiter Richtung Zu geben. Daher konnte der große Widerspruch zwischen der politischen Tätigkeit des Verbandes und der politischen Aktivität der Jungarbeiter entstehen. Diese Tatsache beweist, daß Entpolitisierungsbestrebungen im Verbande vorhanden waren. Der Verbandskongreß hat mit aller Schärfe diese Bestrebungen als die rechte Gefahr im Jugendverband gebrandmarkt, Bestrebungen, die ihren Niederschlag auch in verschiedenen falschen Auffassungen über die Wendung der Arbeit des KJVD hatten.

Zum ersten Male wurde auf dem Verbandskongreß die Frage der Wendung mit aller Klarheit und Schärfe gestellt. Der Verbandskongreß brachte hier eine präzise und klare Definition der Wendung, die alle opportunistischen Anschauungen und Verdrehungen unterbindet.

Die Wendung im Jugendverband bedeutet erstens die Sicherung der Parteilinie im Jugendverband, d. h. die Entfernung und Ausmerzung aller Funktionäre, die sich der Wendung im Jugendverband widersetzen. Das bedeutet weiterhin entschlossenen Kampf gegen alle Versuche zur Entpolitisierung des Jugendverbandes. Denn diese entpolitisierenden Tendenzen sind die rechte Gefahr im Jugendverband. Die Sicherung der Parteilinie im Jugendverband heißt fernerhin Erneuerung der Funktionärkader aus den Schichten der in der Massenarbeit herangewachsenen Jugendgenossen, die das Wesen der neuen Strategie und Taktik der Partei nicht nur begriffen, sondern bereits in ihren Kämpfen angewandt haben. Politische Sicherung der Parteiknie bedeutet vor allem die Sicherung der Führerrolle der Partei über den Jugendverband.

[650] Die Wendung im Jugendverband bedeutet zweitens die grundsätzliche Aenderung des mit sozialdemokratischen Traditionen behafteten Arbeitssystems, bedeutet die Aktivisierung jedes Mitgliedes des Jugendverbandes, bedeutet die Reorganisation auf der Grundlage der Betriebszelle, bedeutet konkrete Leitung an Stelle bürokratischer Anweisungen.

Die Wendung besteht drittens in der Entfaltung und Führung einer breiten Jugendpolitik, in der Führung eines energischen Kampfes für die täglichen Forderungen der Jungarbeiter, in der Anwendung neuer Kampfesformen, die dem Wesen der dritten Periode entspringen, in der Entfaltung eines breiten Netzes von Hilfs- und Massenorganisationen und Entwicklung eines Systems von Betriebsvertrauensleuten und ähnlichen Kampforganen der arbeitenden Jugend in den Betrieben und Berufsschulen.

Nur die enge Verbindung dieser drei Bestandteile der Wendung sichern die Eroberung der Jungarbeitermassen. Deshalb mußte der Verbandskongreß die Auffassung, nur die Aenderung des Arbeitssystems bedeute die Wendung, als opportunistisch ablehnen und derartige, auch in der Kommunistischen Jugendinternationale und in leitenden Kaders der Kommunistischen Jugendinternationale auftauchenden Verzerrungen aufs schärfste bekämpfen. Der Verbandskongreß erhielt dadurch eine große internationale Bedeutung. Er bereitete dadurch die kommende Exekutivesitzung der KJI vor. Wie der Weddinger Parteitag zur Kampfansage gegen die Rechten, die Versöhnler und die versteckten Opportunisten in der gesamten Komintern wurde, so hat der XI. Verbandskongreß des KJVD nicht nur für Deutschland, sondern für alle Sektionen der KJI die Richtung im Kampfe gegen die Rechten und Opportunisten im Jugendverband angegeben.

Nach diesen Gesichtspunkten mußte der Verbandskongreß sich einsetzen für die Erneuerung der Führung des Jugendverbandes. Er mußte die an der Spitze des Verbandes stehenden, schwankenden, nicht energisch und klar für die Linie der Partei im Jugendverband kämpfenden Genossen beseitigen und ein Zentralkomitee wählen, das das Wesen der neuen Strategie und Taktik der Partei, das Wesen der Wendung richtig erkannte und den schärfsten Kampf gegen den feigen versteckten Opportunismus in den Reihen des Jugendverbandes führt. Wenn der Verbandskongreß auch nur kurz zu den praktischen Problemen der Verbandsarbeit, z. B. zu den Fragen der gewerkschaftlichen Arbeit, der antimilitaristischen Arbeit, des Umbaues seiner Organisation auf Betriebszellenbasis, der Arbeit unter den Kindermassen u. a. m. Stellung nehmen konnte, so hat er doch, indem er die bolschewistische Linie seiner Arbeit festlegte, indem er den Weg zur bolschewistischen Massenarbeit beschritt, die Durchführung der täglichen Arbeit gesichert. Der 11. Verbandskongreß zeigte den Weg, den der Jugendverband einschlagen muß, um den Tempoverlust, den er erlitten, aufzuholen. [651]

*

## Das Problem der Arbeitslosigkeit in der Epoche des Imperialismus

Von Fred Oelßner

### Vorbemerkung: Methodologisches

Die jüngste Entwicklungsetappe des Kapitalismus, besonders aber die Nachkriegsökonomik, hat uns eine ganze Reihe von Problemen gestellt, deren vorerst theoretische Lösung unerläßliche Bedingung für eine gut durchgearbeitete Taktik der kommunistischen Parteien ist. Je mehr diese Probleme unmittelbar Objekt unserer Tageskämpfe werden, um so dringender wird auch ihre theoretische Lösung.

Das wichtigste dieser Probleme ist die Frage der Arbeitslosigkeit. Mit ihr beschäftigte sich eingehend der VI. Weltkongreß und das X. Plenum des EKKI. Und auch in der ganzen Zwischenzeit ist diese Frage nicht verstummt. Ihre unmittelbar praktische Bedeutung erfordert eine besonders eingehende theoretische Untersuchung.

Das Problem besteht in folgendem: In allen kapitalistischen Ländern, besonders aber in den entwickeltsten und mächtigsten Ländern, wie USA, Deutschland, England, Japan, besteht eine permanente Massenarbeitslosigkeit, die sich zuweilen zu einer unmittelbaren sozialen Gefahr für die Bourgeoisie auswächst. (Daher die Gewährung von staatlicher Arbeitslosenunterstützung in einer Reihe von Ländern). Der Unterschied dieser Erwerbslosenmassen gegenüber der industriellen Reservearmee im

Sinne von Karl Marx springt so in die Augen, daß es ohne weiteres einleuchtend ist: wir haben es hier mit einem neuen Problem zu tun.

Zunächst beschäftigt uns nun die Frage, wie an die Lösung dieses Problems heranzugehen ist. Schon bei dieser rein methodologischen Seite stoßen wir auf diametral entgegengesetzte Meinungen der beiden Hauptexponenten der stattgefundenen Diskussion. Genosse Varga, der das Problem zuerst stellte und es im Sinne seiner Theorie der strukturellen Arbeitslosigkeit zu lösen versuchte, hält die folgende Methode für die richtige:

„Man muß das Problem sehr ernst untersuchen, und zwar so, daß man versucht, die großen Entwicklungslinien herauszubekommen, und nicht mit der Methode, daß man jedes Land einzeln untersuchen soll, jeden einzelnen Industriezweig besonders usw., da die Ursachen der strukturellen Arbeitslosigkeit in jedem Lande andere seien." („Kommunistische Internationale", 1929, Seite 1186/8.)

Ganz entgegengesetzter Meinung ist der Genosse Wurm:

„Dieses Problem, d. h. eine Arbeitslosigkeit, die aus den Veränderungen der Struktur der kapitalistischen Produktionsweise hervorgeht, müssen wir tanz konkret in allen Ländern untersuchen." („XI", 1929, Seite 1400.)

Und an anderer Stelle:

„Genosse Varga lehnt schließlich noch die Methode ab, das Problem der strukturellen Arbeitslosigkeit in jedem Lande einzeln zu untersuchen. Er glaubt, daß dadurch ein Berg von unzusammenhängenden Einzeltatsachen entstehe." („KI", 1929, Seite 1396.)

Genosse Wurm hält es für unter seiner Würde, gegen die vom Genossen Varga angewandte und empfohlene Methode zu polemisieren. Als bescheidener (und vorsichtiger) Mann begnügt er sich damit, den VI. Weltkongreß für sich reden zu lassen. Er fährt fort:

„Ich begnüge mich hier mit der Stellungnahme des VI. Weltkongresses, der sich ja auch mit diesem Fragenkomplex beschäftigte, sich aber allerdings nicht diesen Standpunkt des Genossen Varga zu eigen machte." (Ebenda.)

Leider ist Genosse Wurm allzu bescheiden. Er begnügt sich mit diesem andeutungsvollen Satz, ohne uns zu verraten, wo wir im Protokoll des [652] VI. Weltkongresses etwas über diesen „Fragenkomplex" (das Wort ist nicht gefährlich, Wurm meint damit nur die Methode der Untersuchung des Arbeitslosenproblems) nachlesen können. Wir müssen uns also selbst danach umsehen, und da finden wir z. B. in den Thesen des VI. Weltkongresses folgenden Satz:

„Der Fortschritt der Technik und der Organisation führte in den führenden Industrieländern zur Herausbildung einer chronischen Massenarbeitslosigkeit. Die Zahl der Arbeitslosen beträgt ein Vielfaches der industriellen Reservearmeen der Vorkriegszeit und wird auch in Zeiten der größten Konjunktur nicht ganz aufgesogen." (Protokoll des VI. Weltkongresses, IV. Band, Seite 16.)

Und im Programm der Kommunistischen Internationale, das gewiß ein glaubwürdigeres Dokument ist als die gedruckte Rede des Genossen Wurm, können wir lesen:

„Die Kehrseite des technischen Fortschrittes und der Rationalisierung der Industrie sind die Schließung und Liquidierung einer Reihe von Betrieben, die Einschränkung der Produktion, der rücksichtslose Raubbau an der Arbeitskraft, was alles zu einer gewaltigen, bisher noch nicht dagewesenen Dauererwerbslosigkeit führt." (Ebenda, Seite 59.)

Der VI. Kongreß tat also gerade das Gegenteil von dem, was Genosse Wurm ihm zuschreibt, er untersuchte nicht die Arbeitslosigkeit in jedem Lande einzeln, sondern war im Gegenteil bestrebt, die „großen Entwicklungslinien" aufzuzeigen.

Die vom Genossen Wurm empfohlene Methode ist vollkommen unfruchtbar. Den besten Beweis dafür liefert uns Genosse Wurm in seinem Artikel „Die Reservearmee" in Nr. 8 der „KI". Er bemüht sich dort, in jedem Lande für die gleiche Erscheinung, die von ihm anerkannte „strukturelle Arbeitslosigkeit", andere Ursachen zu entdecken. In Deutschland ein ganzes Bukett, angefangen mit der Rationalisierung, fortschreitend über die Wohnungszwangswirtschaft bis zur Höhe des Hypothekenzinsfußes. Bei England besinnt sich Genosse Wurm schon wieder seiner Genügsamkeit und erwähnt nur den Generalfaktor des Niederganges des englischen Kapitalismus, den er indes in einige

„wichtige Fakte“ zweiter Kategorie einteilt. Und bei den Vereinigten Staaten ist unser Autor die Bescheidenheit par excellence, er kommt hier ganz ohne Ursachen aus.

Der Einfluß der vom Genossen Wurm aufgezählten Faktoren auf die Arbeitslosigkeit steht natürlich außer Frage. Es ist hierbei jedoch zweierlei zu beachten: 1. Sind diese Faktoren zum Teil selbst die Wirkungen großer struktureller Aenderungen des Kapitalismus (und keinesfalls sind sie selbst die Strukturveränderungen), 2. kommt es gerade darauf an, die allgemeine Ursache der allgemeinen Arbeitslosigkeit in allen Ländern zu entdecken.

Die Untauglichkeit der Wurmschen Methode wird auch dadurch gekennzeichnet, daß Genosse Wurm selbst ihr nur halb huldigt und nebenbei mit der Methode des Genossen Varga kokettiert. Genosse Wurm erkennt die „strukturelle Arbeitslosigkeit“ an, d. h. „eine Arbeitslosigkeit, die aus Strukturveränderungen der kapitalistischen Wirtschaft hervorgeht“. Entweder steht Genosse Wurm hier auf dem Boden der von ihm bekämpften Methode, dann bleibt als psychologisches Rätsel die Frage bestehen, warum er sie bekämpft, oder aber – Genosse Wurm ist der Ansicht, daß der deutsche Kapitalismus eine andere Struktur aufweist, andere Strukturveränderungen durchgemacht hat als der amerikanische, der englische eine dritte, der japanische eine vierte usw.

Kehren wir zu unserer Aufgabe zurück. Wir haben eine qualitativ und quantitativ neue Arbeitslosigkeit vor uns, die wir – eben weil sie eine ständige und allgemeine Erscheinung ist – nicht aus irgendwelchen besonderen nationalen Ursachen (z. B. Niedergang des englischen Kapitalismus) und noch weniger aus politischen Maßnahmen (Wohnungszwangswirtschaft) erklären können. Unsere theoretische Aufgabe besteht im Gegenteil darin, die Gesetzmäßigkeit dieser Arbeitslosigkeit aus der jüngsten Entwicklung des Kapitalismus nachzuweisen. Genosse Varga fühlt sehr gut, daß wir das neue, über [653] Marx: Analyse hinausgehende Moment in dieser Frage nur von irgendwelchen strukturellen Aenderungen des Kapitalismus ableiten können. Er spricht darum von einer strukturellen oder organischen Arbeitslosigkeit und erklärt ganz richtig, daß es hier darauf ankommt, die allgemeine Entwicklungslinie aufzuzeigen. Konsequenterweise steht Genosse Varga daher bezüglich der Methode auf dem oben geschilderten Standpunkt. Trotzdem vermag er das Problem nicht zu lösen. Dies hat zwei Ursachen: 1. kennt Genosse Varga zwar die richtige Methode, versteht sie jedoch nicht konsequent anzuwenden, wie wir weiter sehen werden; 2. stellt er wohl die Frage der strukturellen Arbeitslosigkeit, wird sich aber nicht klar über die strukturellen Veränderungen des Kapitalismus die ihre Ursache sind. Dadurch gelingt es ihm nicht, den richtigen Ausgangspunkt zu finden. So gelangt er zu einer leeren theoretischen Abstraktion.

Ein eigenartiges Geschick ist also unseren Autoren passiert. Jeder kritisiert die Methode des anderen, und bei näherem Zuschauen erweist sich, daß jeder zum Teil die Methode des anderen anwendet.

## 1. Vargas Theorie der strukturellen Arbeitslosigkeit

Betrachten wir zuerst die Ansicht des Genossen Varga. Um ein vollständiges Bild zu bekommen, müssen wir alle Etappen der Entwicklung dieser Theorie passieren. Zum ersten Male stellte meines Wissens Genosse Varga das Problem in seiner für den VI. Weltkongreß verfaßten Broschüre: „Die Wirtschaft der Niedergangsperiode des Kapitalismus nach der Stabilisierung[*)]. Genosse Varga beginnt seine Theorie in dieser Broschüre mit einem kleinen Trick. Nachdem er den Widerspruch zwischen den Interessen des einzelnen Kapitalisten, durch Herabsetzung seiner individuellen Produktionskosten mittels Verminderung der Lohnkosten (Arbeiterentlassung) sich einen größeren Anteil am Gesamtprofit zu verschaffen, und dem Interesse der Kapitalistenklasse, eine möglichst große Anzahl Arbeiter auszubeuten, um den Gesamtprofit zu erhöhen – nachdem er diesen Widerspruch konstatiert hat, schlußfolgert Genosse Varga:

„Auf dieser Sachlage gründen sich drei Haupttendenzen des Kapitalismus:
1. Die Tendenz der Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals.
2. Die Tendenz der sinkenden Profitrate.
3. Die Tendenz der sinkenden Arbeiterzahl.“ (Seite 22/23.)

[*)] Verlag Carl Hoym Nachfolger, Hamburg-Berlin.

Diese Schlußfolgerungen entsprechen nicht ganz dem Sinne der Marxschen Analyse. Zunächst spricht Marx nicht von zwei verschiedenen Tendenzen, sondern vom Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate. Dieses Gesetz, das sich nach Marx eben auf die ständige Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals gründet, ist nichts anderes als „nur ein der kapitalistischen Produktionsweise eigentümlicher Ausdruck für die fortschreitende Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit“. („Kapital“, III, 1, Seite 193.) Marx betont jedoch ausdrücklich, daß der „kapitalistische Produktionsprozeß wesentlich zugleich Akkumulationsprozeß“ ist. Während die Profitrate die Tendenz zum Sinken hat, muß nach Marx die Profitmasse steigen, um eine fortwährende Akkumulation zu ermöglichen. „Im Fortschritt des Produktions- und Akkumulationsprozesses muß also die Masse der aneignungsfähigen und angeeigneten Mehrarbeit und daher die absolute Masse der vom Gesellschaftskapital angeeigneten Profite wachsen.“ (Ebenda, Seite 199.) Die Masse der angeeigneten Mehrarbeit muß wachsen, unterstreicht Marx. Sie kann auf zweierlei Art wachsen: entweder durch Erhöhung des Exploitationsgrades der Arbeit oder durch Vermehrung der verwendeten Arbeiter. Natürlich findet im Verlaufe der kapitalistischen Entwicklung eine ständige Erhöhung des Exploitationsgrades statt. Es liegt jedoch keineswegs im Marxschen Sinne, zu behaupten, daß dies die einzige [654] Ursache des Wachstums des Gesamtprofits sei. Marx sagt im Gegenteil, daß sich diese Entwicklung ausdrückt „in der steigenden Zunahme der Arbeitskraft“. (Seite 200.) Es könnten noch eine ganze Menge Zitate von Marx angeführt werden, besonders aus dem Kapitel über das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate, aus denen klar hervorgeht, daß nach Marx das variable Kapital der Gesellschaft absolut wachsen muß. Aber lassen wir das, Genosse Varga liebt nicht Zitate, sondern Argumente. Und uns dienen eben die angeführten Zitate als Argumente dafür, daß die dritte Haupttendenz des Kapitalismus, die Tendenz der sinkenden Arbeiterzahl, eine freie Erfindung des Genossen Varga Ist. Auch Genosse Varga kennt Bescheidenheit. Er will diese Entdeckung gar nicht für sich in Anspruch nehmen, sondern sucht den Eindruck zu erwecken, als sei dies eine von Marx festgestellte Tendenz. Wozu diese Bescheidenheit? Um der Theorie des Genossen Varga über die abnehmende Arbeiterzahl den Schein marxistischer Begründung zu geben!

Diese Theorie ist vom Genossen Varga in folgenden Sätzen zusammengefaßt:

„In der Nachkriegszeit, seit der Stabilisierung des Kapitalismus, hat nunmehr eine positive Abnahme der Zahl der vom industriellen Kapital – nicht bloß der Landwirtschaft – angewendeten Arbeitskräfte stattgefunden. Die Tendenz der Ueherzähligmachung der Arbeiter hat sich voll durchgesetzt. Die Freisetzung der Arbeiter durch die Maschinerie wird nicht mehr durch die Ausdehnung der Produktion kompensiert.“ („Wirtschaft der Niedergangsperiode“, Seite 24.)

Dies ist eine wichtige Tatsache, sagt Genosse Varga, die man durch Zahlen und Argumente beweisen muß. Und wie beweist er sie? Indem er einen kühnen Purzelbaum schießt und – mitten in die Methode des Genossen Wurm hineinspringt. Erst läßt Genosse Varga die Zahl der in den Vereinigten Staaten in Landwirtschaft, Bergbau, Industrie usw. beschäftigten Arbeiter aufmarschieren. Er konstatiert eine Abnahme in der Zeit von 1919 bis 1925. Dann führt er uns die in einzelnen Industriezweigen der USA beschäftigten Arbeiter auf und konstatiert ebenfalls eine Abnahme. Und endlich zeigt er, daß auch in England von 1923 bis 1928 die Arbeiterzahl abgenommen hat. Und „das Ergebnis dieser Entwicklung ist eine von Jahr zu Jahr steigende strukturelle Arbeitslosigkeit“. (Seite 27.) Hat Genosse Varga nicht glänzend die Methode des Genossen Wurm antizipiert? Kein Wort von den strukturellen Aenderungen des Kapitalismus, von der allgemeinen Entwicklungslinie, sondern nur einige statistische Daten aus einzelnen Ländern und Industriezweigen.

Die Richtigkeit der Vargaschen Daten ist – wahrscheinlich mit Recht – angezweifelt worden. Wir wollen diese Frage beiseite lassen und die Kritik an einer anderen Stelle ansetzen.

Der kapitalistische Produktionsprozeß, sagt Marx, ist wesentlich zugleich Akkumulationsprozeß. Ein ständig wachsender Teil des produzierten Mehrwertes muß also in produktives Kapital, in Arbeitsmittel, Rohstoffe und Arbeitskraft, oder in c–f–v verwandelt werden. Dies die Ursache, daß v trotz seiner relativen Abnahme absolut steigt. Veranschaulichen wir uns das an einem Beispiel:

Nehmen wir an das gesellschaftliche Gesamtkapital betrage 100.000, die organische Zusammensetzung sei 70 : 30, der Exploitationsgrad der Arbeit oder die Rate des Mehrwertes 150 Prozent. Von

dem produzierten Gesamtprofit werden zwei Drittel akkumuliert, gleichzeitig steige die organische Zusammensetzung auf 75 : 25, die Mehrwertrate bleibe unverändert. Wir haben dann folgende zwei Produktionsperioden (– Jahre):

| | c | v | m<br>*oder Gesamtprofit* | *Profitrate* |
|---|---|---|---|---|
| I | 70000 | 30000 | 45000 | 45,0% |
| II | 97. | 2.500 | 48.750 | 37,5 % |

Wir haben hier den typischen Fall des Sinkens der Profitrate vor uns, wie Marx ihn schildert. Die organische Zusammensetzung des Kapitals ist [655] gestiegen, die relative Größe des variablen Kapitals also gesunken, von 30 auf 25 Prozent. Die absolute Größe des variablen Kapitals ist dagegen von 30.000 auf 32.500 gestiegen. Die Profitrate ist ebenfalls gesunken, von 45 auf 37,5 Prozent, die absolute Masse des Profits ist dagegen von 45.000 auf 48.750 gestiegen.

Kehren wir nun zur Theorie des Genossen Varga zurück. Seine Behauptung, daß die Zahl der angewandten Arbeiter absolut gesunken sei, kann nur zweierlei bedeuten: entweder es hat dementsprechend eine Abnahme des variablen Kapitals stattgefunden, oder aber der Lohn ist in entsprechender Weise gestiegen. Genosse Varga spricht sich leider in diesem Zusammenhang nicht darüber aus, welcher Ansicht er ist. Nehmen wir zunächst den ersten Fall, daß mit der Abnahme der Arbeiterzahl auch die Masse des variablen Kapitals abnehme. Dies würde bedeuten, daß gleichzeitig die Summe des Gesamtprofites sich verringere, wenn es nicht gelänge, die Abnahme des variablen Kapitals durch gesteigerte Ausbeutung wettzumachen. Die Mehrwertsrate kann aber durchaus nicht nach dem Wunsche der Kapitalisten gesteigert werden, gewöhnlich ist sie schon auf einer bestimmten maximalen Höhe, so daß eine plötzliche wesentliche Steigerung nicht gut möglich ist. Es bleibt also dabei, daß durch die Verminderung der Arbeiterzahl die Masse des Gesamtprofits abnähme, der Akkumulationsprozeß käme ins Stocken.

Der zweite Fall setzt voraus, daß die Kapitalisten bei gleichzeitiger Entlassung von Arbeitern den Lohn der zurückbleibenden Arbeiter in dem Maße steigern würden, daß das variable Kapital dasselbe bliebe. Dieses Beginnen wäre ökonomisch ganz sinnlos, denn der Zweck der Uebung, Verringerung der Produktionskosten, würde dadurch nicht erreicht. Etwas anderes würde aber erreicht, was für den Kapitalisten viel schlimmer wäre: die Mehrwertsrate würde sinken und in ihrem Gefolge natürlich auch der Profit. Die Absurdität dieses zweiten Falles ist also ohne weiteres einleuchtend.

Es liegt mir fern, dem Genossen Varga diese Absurdität andichten zu wollen. Ich verstehe seine Theorie so, daß er die absolute Abnahme der Arbeiterzahl als gleichzeitige absolute Abnahme des variablen Kapitals, also auch des Gesamtprofites betrachtet. Wenn dem so ist, dann möge das Genosse Varga klar aussprechen und daraus auch die sich notwendigerweise ergebenden opportunistischen Konsequenzen ziehen!

Noch eine Frage muß hier behandelt werden, die Genosse Varga ganz übersieht. Nehmen wir an, wir hätten wirklich einen solchen Fall zu verzeichnen, daß die Zahl der Arbeiter und die Summe des variablen Kapitals in einem Lande absolut abnimmt. Ist ein solcher Fall möglich? Er ist nicht nur möglich, sondern er liegt sogar in der Linie der kapitalistischen Entwicklung.

Nehmen wir unser früheres Beispiel, nur mit der Modifizierung, daß es sich nicht um das gesellschaftliche Gesamtkapital, sondern um ein nationales Kapital handelt. Der im ersten Produktionsjahr zu akkumulierende Profit betrage also 30.000 (oder 30 Milliarden, das tut nichts zur Sache). Statt nun diese 30.000 im eigenen Lande zu akkumulieren, verwende sie die Bourgeoisie zum Kapitalexport und mache dabei vielleicht einen Profit von 50 Prozent. Gleichzeitig verwende sie das alte Kapital im eigenen Lande bei höherer organischer Zusammensetzung. Dann bekommen wir im zweiten Produktionsjahr folgendes Bild:

c 75.000 + v 25.000 + m 37.500 = p' 37½ %.

In diesem Falle wäre die Vargasche Theorie richtig: die Arbeiterzahl oder das variable Kapital wäre um ein Sechstel gefallen. Aber gleichzeitig wäre im selben Lande auch der Profit um ein Sechste!,

von 45.000 auf 37.500, gefallen. Allerdings würde die Bourgeoisie dazu noch einen Profit für das exportierte Kapital in Höhe von 15.000 bekommen, die Profitrate für das Gesamtkapital wäre nunmehr etwas über 40 %, ihr Fall wäre also, dank des Extraprofites, abgeschwächt. (Im ersten Beispiel fiel die Profitrate von 45 auf 37,5 Prozent.) Dies ist, ein Fall, in dem die vom Genossen Varga entwickelte Theorie zutrifft. Aber gerade diesen Fall erwähnt Genosse Varga überhaupt nicht. Und zwar [656] deshalb, weil sich hier klar zeigt, daß es unstatthaft ist, in der Periode des Imperialismus aus der möglichen Tatsache der absoluten Abnahme der Arbeiterzahl in einem Lande oder sogar in einigen Ländern allgemeine theoretische Schlußfolgerungen zu ziehen, wie dies Genosse Varga tut. Das exportierte Kapital verschwindet ja nicht, es wird in einem anderen Lande produktiv angewandt, also zum Teil auch in variables Kapital verwandelt. Wenn z. B. in England Textilarbeiter für dauernd aufs Pflaster fliegen, weil die Akkumulation sich infolge von Kapitalexport verlangsamt, so werden gleichzeitig in Indien hunderttausende neue Textilarbeiter geschaffen.

Ich sagte oben, daß dieser Fall der absoluten Abnahme der Arbeiterzahl in der Linie der ökonomischen Entwicklung liegt. Lenin gibt in dem Kapitel „Parasitismus und Zersetzung des Kapitalismus“ seines Buches über den Imperialismus eine treffliche Schilderung dieser Perspektiven. Keinesfalls aber darf diese Tendenz, wie dies Varga tut, für den gesamten Kapitalismus verallgemeinert werden. Dies muß, wie wir später sehen werden, zu opportunistischen Schlußfolgerungen führen.

Diese Theorie der abnehmenden Arbeiterzahl ist der Kern der Vargaschen Ansicht. Er hat sie auf dem VI. Weltkongreß wiederholt, wo er ausführte:

„Der neue Charakter (der Arbeitslosigkeit – F. O.) besteht darin, daß die Zahl der vom industriellen Kapital beschäftigten Arbeiter in den Vereinigten Staaten absolut gefallen ist.“ (Protokoll, Band 1, Seite 202. Hier brachte Genosse Varga die Verbesserung „vom industriellen Kapital“ an, hat damit jedoch nicht viel gerettet. Sehr richtig unterstrich Genosse Varga noch ein weiteres Moment von großer Bedeutung, daß „der Fortschritt in der Produktivität und Intensität der Arbeit die Möglichkeit der Ausweitung des Marktes überschritten hat“.

Dritte Etappe war die Diskussion in der politischen Kommission des EKKl (vergl. „XI“, 1929, Nr. 20). Hier führte Genosse Varga neu den Terminus „organische Arbeitslosigkeit“ ein und stellte folgendes fest:

1. daß die Arbeitslosigkeit parallel geht mit einer gewaltigen Erhöhung des Produktionsvolumens;

2. daß sie am größten ist in jenen Ländern, in denen die Rationalisierung am weitesten fortgeschritten ist;

3. daß in den hochkapitalistischen Ländern die Tendenz des Ueberganges von Arbeitskräften aus der Produktion in die Sphäre der Verteilung und der Konsumtion besteht.

Zur Genesis der organischen Arbeitslosigkeit bemühte sich Genosse Varga, erneut darzustellen, daß er nur von einer absoluten Abnahme der vom industriellen Kapital beschäftigten Arbeiter gesprochen habe. Erneut unterstrich er die Bedeutung des Marktproblems für unser Thema und meinte, vor dem Kriege habe der Kapitalismus noch die Möglichkeit gehabt, auf Kosten der Bauern und rückständigen Länder den Absatzmarkt auszudehnen, heute sei dies nicht mehr möglich. Abgesehen davon, daß Genosse Varga hierbei trotz allen Leugnens den Fehlern Rosa Luxemburgs sehr nahe kommt, will nicht recht einleuchten, warum denn gerade vor dem Kriege und heute ein solch großer Unterschied vorhanden ist, besteht doch die Mehrheit der Weltbevölkerung noch immer aus Bauern.

Die letzte Etappe endlich bildet die Rede des Genossen Varga auf dem X. Plenum des EKKI. Hier führte Genosse Varga fünf Merkmale an:

1. Arbeitslosigkeit bei starker Steigerung der Produktion.

2. Die Arbeitslosigkeit verschwindet nicht in Zeiten einer guten Konjunktur wie vor dem Kriege.

3. Sie ist am stärksten in höchstentwickelten Ländern.

4. Sie wird verdeckt zum Teil durch den Abgang breiter Arbeiterschichten aus der Produktions- in die Zirkulations- und Konsumtionssphäre.

5. In den Vereinigten Staaten ist die vom industriellen Kapital beschäftigte Zahl der Arbeiter absolut gefallen.

Im wesentlichen beschränkt sich Genosse Varga auch hier auf eine Aufzählung charakteristischer Merkmale, während seine Theorie über die Ursache [657] der strukturellen Arbeitslosigkeit hier schon ganz ins Zeichen des Rückzuges steht.

Die vielen Etappen, die wir durchliefen, haben uns also der Lösung nicht näher gebracht. Es waren Rückzugsgefechte des Genossen Varga. Als wesentliches bleibt seine ursprüngliche Theorie von der abnehmenden Arbeiterzahl übrig.

Genosse Varga hat den Versuch gemacht, die „strukturelle Arbeitslosigkeit“ aus der absoluten Abnahme der Arbeiterzahl zu erklären. Er sprach von einer „Tendenz der sinkenden Arbeiterzahl“. Nachdem er sie in England und in den Vereinigten Staaten angeblich nachgewiesen hatte, schrieb er:

„Für andere Länder genügt das vorhandene statistische Material nicht, um die Entstehung der strukturellen Arbeitslosigkeit zu beweisen (!), doch spricht die Tatsache der chronischen Massenarbeitslosigkeit in den meisten europäischen Ländern dafür, daß auch da dieselben Ursachen zumindest mitwirken.“ („Wirtschaft der Niedergangsperiode“, Seite 27.)

Hier spricht Genosse Varga ganz klar aus, daß die strukturelle Arbeitslosigkeit nur dort nachgewiesen werden kann, wo eine absolute Abnahme der Zahl der vom industriellen Kapital beschäftigten Arbeiter stattgefunden hat. Dies ist der Kern der Vargaschen Theorie.

Die falsche Theorie über die Ursache der „strukturellen Arbeitslosigkeit“ verleitete Genosse Varga auch zu einer falschen Einschätzung der Arbeitslosen vom Standpunkt unserer Taktik. Genosse Varga führte auf dem VI. Weltkongreß aus:

„Für den Gewerkschaftskampf im alten Sinne des Wortes, für den Kampf um Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Rahmen des kapitalistischen Systems bildet die Tatsache der chronischen Massenarbeitslosigkeit sicherlich ein Hindernis, eine sehr starke Erschwerung der Gewerkschaftskämpfe. Andererseits aber, wenn revolutionäre Situationen kommen werden (!), wenn es Kämpfe um die Macht geben wird, dann natürlich bedeutet die Tatsache dieser Massenarbeitslosigkeit einen starken Antrieb, eine Steigerung der Erbitterung der Arbeiterschaft, deren Existenz ständig bedroht ist, einen Zuwachs an revolutionärer Energie.“ (Protokoll des VI. Weltkongresses, Band I, Seite 205.)

Diese Ausführungen des Genossen Varga kennzeichnen treffend sein Unverständnis für das Problem der Arbeitslosigkeit auch vom Standpunkt der Taktik. Erst bekommt man den Eindruck, als ob Genosse Varga die Arbeitslosen alle für Streikbrecher hält. Fast glaubt man einen Gewerkschaftsbürokraten reden zu hören, der über die starke Erschwerung des „Gewerkschaftskampfes im alten Sinne des Wortes“ (am grünen Tisch nämlich) stöhnt. Hat Genosse Varga nichts gehört von dem revolutionären Kampf der Erwerbslosen um die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen im Rahmen des kapitalistischen Systems? Weiß er nichts von der sich bildenden Einheitsfront der beschäftigten Arbeiter und der Erwerbslosen? Dann möge er recht aufmerksam die erfolgreiche Kampagne der KPD gegen den sozialdemokratischen Unterstützungsraub in jüngster Zeit studieren, er kann in dieser Hinsicht sicher sehr viel daraus lernen.

Aber Genosse Varga ist auch Revolutionär. W e n n revolutionäre Situationen kommen werden, w e n n es Kämpfe um die Macht geben wird, dann, ja dann wird die Massenarbeitslosigkeit – etwa einen revolutionären Faktor darstellen? Beileibe nicht! Genosse Varga beschränkt sie nur auf die Rolle eines starken Antriebes, einer Steigerung der Erbitterung, eines Zuwachses an revolutionärer Energie.

Als selbständiger revolutionärer Faktor von größter Bedeutung besteht die Massenarbeitslosigkeit für den Genossen Varga offenbar überhaupt nicht. Dies zeigt, daß er trotz seiner Theorie der strukturellen oder organisches Arbeitslosigkeit nicht fähig ist, den Erwerbslosen ihren Platz in der Struktur des gegenwärtigen Kapitalismus anzuweisen, nämlich den Platz im sterbenden Kapitalismus oder im Kapitalismus in der Epoche der sozialen Revolution. (Fortsetzung folgt.)

[658]

# Kautskys „Marxismus“

Vortrag von M. Furtschik (Moskau)[*)]

Anläßlich seines 75. Geburtstages wird Kautsky von der Sozialdemokratie als „großer marxistischer Theoretiker“ gefeiert. Wie sehr Kautsky schon frühzeitig vom Marxismus entfernt war, zeigt der gerade für deutsche Leser interessante Vortrag, den Genosse M. Furtschik im Januar 1929 im Philosophischen Institut der Kommunistischen Akademie in Moskau gehalten hat. Der Vortrag enthält eine marxistisch-leninistische Kritik der Kautskyschen Theorie. D. Red.

## I.

## Kautsky und der Materialismus

Es sei mir zunächst ein kleiner historischer Rückblick gestattet. „Der Kampf“ veröffentlichte in seiner Januarnummer 1925 Kautskys Brief an Plechanow. Dieser Brief, datiert vom 22. Mai 1898, nimmt bezug auf Plechanows bekannte Erwiderung an Bernstein. Kautsky ist bestrebt, Plechanow zu trösten, zu beruhigen. Er erklärt, Bernsteins Neokantianismus sei nicht so schlimm, er mache ihm, Kautsky, noch „geringe Sorgen“ und dürfe auch Plechanow nicht „genieren“. „Freilich,“ – fügt er hinzu – „Philosophie war nie meine starke Seite, und wenn ich auch ganz auf dem Standpunkt des dialektischen Materialismus stehe, so glaube ich doch, daß der ökonomische und historische Standpunkt von Marx und Engels zur Not auch mit dem Neokantianismus vereinbar ist, wie auch der Darwinismus den Materialismus Büchners ebensogut verträgt wie den Monismus Häckels und den Kantianismus Langes“.

„Was mir Sorge macht“ – heißt es weiter – „sind die ökonomischen und historischen Auffassungen Bernsteins.“

Daraus geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß sich Kautsky 1898 gegenüber der Philosophie sozusagen sehr großzügig zeigte. Er ist der Auffassung, Marxismus und Philosophie seien verschiedene Dinge, Marxismus sei mit einer beliebigen Philosophie vereinbar.

Noch klarer tritt dieser Standpunkt von Kautsky in einem anderen Schreiben hervor, ebenfalls in „Der Kampf“ abgedruckt und vom 26. März 1909 datiert. Es handelt sich um die Antwort auf die Anfrage eines russischen Arbeiters, des Züricher Emigranten Bendianidze, wie Kautsky sich zu Mach stellt. Nachstehend ein Auszug aus diesem höchst bemerkenswerten Schreiben.

„Sie fragen: Ist Mach ein Marxist? Das kommt darauf an, was man unter Marxismus versteht. Ich verstehe darunter keine Philosophie, sondern eine Erfahrungswissenschaft, eine besondere Auffassung der Gesellschaft. Die Auffassung ist allerdings unvereinbar mit einer idealistischen Philosophie, nicht aber unvereinbar mit der Machschen Erkenntnistheorie. Mach selbst ist kein Marxist aus dem einfachen Grunde, weil er Physiker ist und einer wissenschaftlichen Erforschung der Gesellschaft fernsteht.“

Uns interessiert hier die entscheidende Tatsache, daß Kautsky Mach fast zum Marxisten erklärt. Zumindest stört ihn nichts, Mach und Marx zu vereinbaren. Er sieht keinen inneren Widerspruch darin, alles geht in Ordnung. Es ist eine eindeutige Machsche Stimmung, die hier deutlich zum Ausdruck kommt.

Hatte er in seinem Schreiben vom Jahre 1898 nichts gegen den Neokantianismus einzuwenden, so waren 1909 seine Anspielungen auf den Machismus insofern wesentlich bestimmter, als er eine Lösung zur Vereinbarung von Marxismus und Machismus fand. Die Fortsetzung des letzten Briefes ist auch noch deswegen sehr interessant, weil Kautsky seinem Bedauern darüber Aus-[659]druck gibt, daß die russischen Marxisten sich mit philosophischen Diskussionen befassen, was er für absolut müßig und schädlich hält.

Nach alledem ist die Frage wohl berechtigt, ob Kautskys Stimmung oder richtiger seine Stimmungen zufälliger oder tieferer Natur sind, in seiner Philosophie, in seiner Weltanschauung begründet sind. Sein letztes Werk zieht Schlußfolgerungen, klare Schlußfolgerungen. Das ist unbestreitbar. Ich werde

[*)] Uebersetzt aus dem Russischen.

darauf noch näher zu sprechen kommen. Hier ist für uns von Wichtigkeit: Haben die Stimmungen, die in den vorerwähnten Briefen zum Vorschein kommen, nicht noch eine Vergangenheit? Mit anderen Worten, muß man nicht Kautskys Vergangenheit noch mehr erforschen?

Man dürfte tatsächlich noch sehr viel Bemerkenswertes, zahlreiche lehrreiche historische Dokumente finden: Artikel, Rezensionen, Notizen, auf die alle einzugehen jedoch nicht möglich ist. Interessant wäre z. B. eine Analyse seines 1876 abgefaßten „Entwurfes einer Entwicklungsgeschichte der Menschheit", den er glaubte in sein letztes Werk aufnehmen zu müssen. In dieser Arbeit vertritt er den Standpunkt, daß die ganze Geschichte der Menschheit einen Kampf zwischen den kommunistischen und individualistischen Instinkten darstellt. Mit anderen Worten, die historische Konzeption Kautskys läuft auf eine Art von Kampf der angeborenen Instinkte hinaus.

Es wäre lohnend, die Dinge weiter zu verfolgen, seine bekannten, ins Russische übertragenen Artikel von 1883 und 1884 zu untersuchen, ich meine die Artikel „Die sozialen Triebe in der Tierwelt" und „Die sozialen Triebe in der Menschenwelt". Sie vermögen ebenfalls über vieles Aufschluß zu geben. Man vergegenwärtige sich z. B. den von Kautsky in „Die sozialen Triebe in der Menschenwelt" ziemlich klar aufgestellten Grundsatz, daß „der urwüchsige Kommunismus eine der Aeußerungen der sozialen Triebe ist". („Materialistische Geschichtsauffassung", Band I, Seite 451.) Kautsky war damals schon Redakteur der „Neuen Zeit". Und so begründete er – der Redakteur einer marxistischen Zeitschrift – den ursprünglichen Kommunismus. Er macht keinen ernsten Versuch zu einer tatsächlich ökonomischen, marxistischen Erläuterung. Im Gegenteil, es überwiegt die Tendenz, den Urkommunismus als Folge von der menschlichen Rasse von der Tierwelt vererbten sozialen Trieben zu erklären. Die historische Konzeption von 1876 bleibt auch 1884 grundsätzlich bestehen.

Wie gesagt, es wäre interessant, all diese Dinge im einzelnen zu untersuchen und den Ursprung des minderwertigen, eigenartigen Kautskyschen „Marxismus" aufzuzeigen.

Es gibt aber ein Dokument aus dem Jahre 1888, das noch lehrreicher ist, der Artikel über Schopenhauer, den Kautsky zum 100. Geburtstage Schopenhauers in der „Neuen Zeit" veröffentlichte. Er kritisiert Schopenhauer, über so, daß man merkt, er ist sein Anhänger, sein Verehrer, zumindest zur Hälfte. Uebrigens bekennt er selbst sich als solcher ziemlich offen.

Er ist mit Schopenhauer, mit dem ersten Teil seiner philosophischen Formel, mit dem Grundsatz „die Welt als Vorstellung" einverstanden. Es fällt ihm nur schwer, dem zweiten Teil „die Welt als Wille" zuzustimmen.

„Die Welt ist meine Vorstellung, das heißt, was mir als die Außenwelt erscheint, das sind in Wirklichkeit nur Vorstellungen in meinem Kopf. Raum, Zeit und Kausalität – die Aufeinanderfolge von Ursache und Wirkung – sind nur Formen meines Erkennens der Welt, sie kommen nicht den Dingen an sich zu. Diese selbst können auf dem Wege der objektiven Erkenntnis, der Vorstellung nicht erkannt werden. Das hatte schon Kant gelehrt und daraus geschlossen, daß das Ding an sich unerkennbar sei." „Schopenhauer würde dem zustimmen, wenn es keinen anderen Weg der Erkenntnis als den der Anschauung der Außenwelt gäbe ..." Bekanntlich ist dieser „andere Weg" bei Schopenhauer die unmittelbare Erkenntnis durch den Willen.

Kautsky spricht sich in diesem Artikel gegen Schopenhauers Metaphysik des Willens aus, aber äußerst schüchtern und unentschlossen. Er erklärt, daß es gewagt sei, sich auf den Standpunkt eines solchen Willens zu stellen, weil der Wille selbst letzten Endes auch eine Erscheinung sei. Wir kennen einzelne Willensakte auf einzelne Objekte gerichtet. Den Willen als solchen kennen wir nicht. Außerdem sei es auch noch gefährlich, weil das bedeute, Gott durch [660] eine Hintertür hineinzuschmuggeln. Wie ersichtlich, tritt Kautsky Schopenhauer ziemlich schüchtern und unentschlossen entgegen. Ich lasse noch ein Zitat folgen, das die Schüchternheit und Unentschlossenheit seiner Stellungnahme aufzeigt: „Wir sind wenigstens – sagt Kautsky von sich selbst – noch nicht jener inneren Erleuchtung zuteil geworden, die uns den ‚Willen' als etwas ‚ganz und gar Bekanntes gezeigt hätte."

Schopenhauer begründet seinen Willen mit der Intuition, damit, daß der Wille uns unmittelbar, intuitiv gegeben und folglich mehr bekannt sei, als alle Objekte der Vorstellung usw. Kautsky wagt es

nicht, einen solchen Standpunkt einzunehmen. Er weicht aus, macht Vorbehalte. Aus allem ist aber erkennbar, daß er mit diesem Standpunkt sympathisiert. In seinem letzten Werk streckt Kautsky in der Frage des Willens endgültig die Waffen vor Schopenhauer. Er überwindet seine Schüchternheit, seine frühere Unentschlossenheit und stellt sich entschieden auf den Standpunkt Schopenhauers, d. h. er stimmt einige Jahrzehnte später auch dem zweiten Teil der Schopenhauerschen Formel zu.

Daß dem tatsächlich so ist, zeigen einige Erwägungen Kautskys in seinem letzten Werk. Kautsky spricht sich energisch und temperamentvoll gegen Weltzwecke aus, jedoch für Endzwecke, für innere, die jedem Organismus innewohnen. Es ist klar, daß er sich damit schließlich auch auf den Standpunkt Schopenhauers stellt. Kautsky ist der Ansicht, daß jedem Organismus der Selbsterhaltungstrieb oder frei nach Schopenhauer der „Wille zum Leben“ eigen ist, ihm a priori gegeben ist. „Der Selbsterhaltungstrieb, der sich das Bewußtsein als sein eigenes Organ unterordnet, ist nichts anderes – erläutert Kautsky – als der ‚Lebenswille.“ Dieser Wille ist ganz überflüssig und wahrscheinlich gar nicht vorhanden (Kautsky ist davon nicht überzeugt) bei Organismen mit unbewußten Reflexbewegungen. Sobald dagegen die Fähigkeit bewußter Bewegung auftritt, ist der Lebenswille vorhanden, äußert er sich als ein die Bewegung bestimmendes Lebensprinzip. Wie hat sich der Wille gebildet – fragt Kautsky und antwortet: Darüber wissen wir zur Zeit ebensowenig zu sagen, wie über den Ursprung des Denkens und Empfindens, des Geistes, ja des Lebens überhaupt. Er ist uns zusammen mit dem Leben gegeben, ist sein ständiger Begleiter, äußert sich klar in der bewußten Bewegung und erreicht eine besonders große Intensität beim Menschen. (Band I, Seite 22/23.) Nicht nur Kausales, sondern auch teleologisches Denken ist eine Lebensnotwendigkeit für sie (Band I, Seite 36), sagt Kautsky vom Menschen und den höheren Tieren, bei denen der Lebenswille am deutlichsten und intensivsten auftritt. Hier wird auch noch die ‚Gleichberechtigung zwischen Wissen und Willen beachtet. Es ist noch unklar, wie Kautsky die Frage des Verhältnisses zwischen Willen und Wissen löst. Im zweiten Band, in der Polemik gegen de Man, formuliert er auf Seite 714 seinen Standpunkt in der denkbar deutlichsten Weise wie folgt: „Es ist nicht daran zu zweifeln, daß in letzter Linie unser Wollen nicht durch unser Erkennen bestimmt wird, sondern schon vor jeglicher Erkenntnis da ist und daß es auf diese selbst bestimmend einwirkt. Das Wollen ist also früher da als das Wissen.“

Klarer kann man sich nicht ausdrücken. Wille, Wollen – a priori. Diese Auffassung Kautskys, die ich kurz geschildert habe, ist im wesentlichen eine Wiederholung der Auffassung Schopenhauers mit dem einzigen Unterschied, daß Kautsky es nicht wagt, dieses an sich metaphysische Prinzip auf die unorganische Welt auszudehnen, mithin ihre Wirkungssphäre begrenzt. Der Ausgangspunkt ist aber der gleiche. Und weiter. Die Beziehungen zwischen Erkenntnis und Wille werden von Kautsky voll und ganz im Sinne Schopenhauers gelöst. Nach Schopenhauer ist die Erkenntnis das „Medium der Motive“, sie bedingt die Handlung unmittelbar, sie unterordnet sich aber dem Willen als dem Lenkenden. Das gleiche finden wir bei Kautsky. (Fortsetzung folgt.)

[661]

**Die Internationale**
**Jahrgang 12 * Berlin, den 1. November 1929 * Heft 21**

## Der sozialistische Aufbau in der Sowjetunion.

R. Es gibt in der kapitalistischen Weltpresse keine Zeitung von Bedeutung, die in der letzten Zeit nicht gezwungen war, zum fünfjährigen Entwicklungsplan der Volkswirtschaft der Sowjetunion Stellung zu nehmen. Mag diese Stellungnahme noch so verschiedenartig sein – in einem stimmen sie stets überein: „Ein Ereignis von unerhörter, weltumwälzender Bedeutung!“

Der gigantische Vormarsch des sozialistischen Aufbaues der Sowjetunion wird mit jedem Tage mehr eine scharfe Waffe im Vormarsch und in der Vertiefung der proletarischen Revolution in den kapitalistischen Ländern, Diese Waffe müssen wir Kommunisten außerhalb der Sowjetunion mit ebensolcher Kraft anwenden, mit der die russischen Arbeiter ihre Anstrengungen entfalten zur Durchführung, ja zur Ueberbietung der Leistungen, wie sie die Planwirtschaft des sozialistischen Aufbaues vorsieht. Wir müssen den Fünfjahrplan betrachten als stärksten Beweis dafür, daß die Arbeiterklasse allein regiert, daß sie imstande ist, allein zu regieren, daß die Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus regiert, daß sie imstande ist, gegen den Kapitalismus zu regieren, daß die Arbeiterklasse die Macht eines so gewaltigen Riesenlandes ausübt, das ein Sechstel der Erde umfaßt, daß die Arbeiterklasse imstande ist, eine Wirtschaftsordnung zu gestalten, planmäßig, nach einem bestimmten Programm zu regieren, zu verwalten, zu arbeiten, und daß sie neben dem Arbeitsinstrument die Waffe des Klassenkampfes handhabt und ein Kampfprogramm des Sozialismus gegen den Kapitalismus durchführt. Vor aller Augen wird jetzt ganz klar, daß das Sowjetsystem tauglicher, zweckmäßiger, förderlicher den Interessen und der Entwicklung des werktätigen Volkes ist als das kapitalistische System. Zum ersten Male in der Weltgeschichte wird der Beweis erbracht, daß das Ziel des hundertjährigen Kampfes der Arbeiterklasse, des Befreiungskampfes der Unterdrückten und Ausgebeuteten der ganzen Welt, daß der Glaube und die Hoffnung auf die eigene Kraft des Proletariats kein Traum, kein Phantom ist, das unerreichbar jenseits der Wirklichkeit und der realen Welt liegt, wie die Hohenpriester des räuberischen Kapitalismus und die erbärmlichen Verräter des Reformismus predigen, sondern daß diese Wirklichkeitswelt des sozialistischen Aufbaus bereits heute auf einem Sechstel der Erdoberfläche lebt und Tatsache geworden ist.

Ein weiteres ist festzustellen: Man darf nie vergessen, daß der Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus nur erfochten werden kann mit den Methoden, mit denen das russische Proletariat seine Kapitalistenklasse niederwarf, mit den Methoden der Oktoberrevolution, mit den Methoden der bolschewistischen Taktik und Strategie. Und diesen Methoden entspricht auch der Fünfjahrplan. Der Fünfjahrplan [662] ist eine scharfe Waffe gegen die kapitalistischen Ueberreste in den Grenzen der Sowjetunion und eine noch schärfere Waffe gegen die ganze kapitalistische Umwelt. Jetzt wird es ganz klar, daß die proletarische Diktatur nicht nur das kapitalistische System zerschmettert, sondern daß zugleich die proletarische Diktatur die einzige Kraft ist, die die gewaltigen Bodenschätze der Erde in Bewegung setzt, in gigantischen Reichtum verwandelt und einzig und allein die werktätigen Volksmassen diesen Reichtum nutznießen läßt und nicht, wie im Kapitalismus, die parasitären Ausbeuter des Volkes. Die proletarische Diktatur ist nicht nur ein Instrument zur Vernichtung des Klassenfeindes, sondern zugleich ein Instrument zum Aufbau der sozialistischen Wirtschaft. Für alle Zeiten ist damit das verlogene Märchen zerstört, daß ohne die Kapitalisten die Arbeiter zugrunde gehen und verhungern müßten. Millionen von Werktätigen, die bisher an dieses Märchen von der Notwendigkeit der Kapitalisten und ihres Parasitendaseins glaubten, fällt es wie Schuppen von den Augen. So wird der Fünfjahrplan des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion zum mächtigsten Faktor der Revolutionierung des Proletariats in den kapitalistischen Ländern.

Und das Wichtigste und Bedeutsamste für unseren Tageskampf: Es gibt in der kapitalistischen Welt keine Tagesfrage, kein Problem im Kampfe der Klassen, bei dem die Klasse der Unterdrückten und Ausgebeuteten nicht auf Beispiele aus dem sozialistischen Aufbau der Sowjetunion für die Lösung im proletarischen Sinne hinweisen könnte. Damit haben wir heute nicht nur die negative Waffe der Kritik, sondern zugleich die um so stärker wirkende Waffe der positiven Losung für alle Fragen des Tageskampfes.

Nehmen wir nur die brennendste Tagesfrage, die heute die kapitalistische Welt beschäftigt und ständig neue, verschärfte Gegensätze, neue Krisenherde schafft: Das Reparationsproblem, das weder der Dawes-Plan gelöst, noch der Young-Plan lösen kann, hat die proletarische Diktatur der Sowjetunion, der man 30 Milliarden Vorkriegsschulden aufzwingen wollte, durch die Macht ihrer Existenz liquidiert. Das deutsche Proletariat dagegen wird erdrückt unter der Lawine der jährlichen Dawes- oder Young-Milliarden, über die das letzte Wort noch nicht gesprochen ist.

Nehmen wir eine solche Tatsache wie die Agrarkrise in allen kapitalistischen Ländern, mit der die kapitalistischen Regierungen und Machthaber nie und nimmer fertig werden, das Bodenproblem, das mit der fortschreitenden Entwicklung des Finanzkapitals zu einer immer unüberwindlicheren Krise wird: seine einzige Lösung ist die der Sowjetunion, wo aus der niedrigsten barbarischen Bodensklaverei, wie sie im zaristischen Rußland bestand, unter der proletarischen Diktatur sich der höchste Aufstieg zu den Kollektivgütern vollzieht.

Oder nehmen wir eine solche Frage, die den Mechanismus der kapitalistischen Wirtschaft immer stärker stört: die Frage des Absatzmarktes, der Möglichkeit der Erweiterung der Produktion, mit der das kapitalistische System steht und fällt. In allen hochentwickelten kapitalistischen Ländern hat die Produktionskapazität längst die Grenzen der Absatzfähigkeit überschritten, sie wird nur teilweise, oft unter 50 Prozent ausgenutzt, und deutlich erweist sich die Fäulnis und der Niedergang des kapitalistischen Systems – während in der Sowjetunion die Produktionskapazität bis zum äußersten ausgenutzt wird, [663] das System der ununterbrochenen Produktion eingeführt werden mußte und hundertfältige Erweiterung sich notwendig macht, um die Bedürfnisse der werktätigen Massen zu befriedigen. In der kapitalistischen Welt eine durch die kapitalistische Konkurrenz stets von neuem erzwungene Erweiterung des Produktionsapparats bei gleichzeitiger Einschränkung seiner Ausnutzung – in der Sowjetunion restlose Ausnutzung des in unvergleichlich schnellerem Tempo ständig erweiterten Produktionsapparats. In diesem Zusammenhang steht auch das in der kapitalistischen Welt unlösbare Erwerbslosenproblem. Die heutige Entwicklung im Kapitalismus führt zur Ausscheidung immer neuer Massen von Arbeitskräften aus dem Produktionsprozeß, zur Bildung einer dauernden Riesenarmee von Erwerbslosen. Die kapitalistische Welt verfügt über die notwendigen Rohstoffe, über den erforderlichen Produktionsapparat, über die nötigen „Arbeitshände“, d. h. über alle Voraussetzungen für eine gigantische Erweiterung der Produktion – und dennoch sehen wir nicht Erweiterung, sondern Einschränkung, Vernichtung, Niedergang, mit einem Wort: der Kapitalismus bietet keine Aussicht mehr auf Wachstum und Höherentwicklung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens der Gesellschaft. In der Sowjetunion hingegen wird die wegen des noch ungenügend entwickelten Produktionsapparats bestehende Arbeitslosigkeit mit dem Fortschreiten des sozialistischen Aufbaus immer mehr liquidiert und beseitigt, sie wird in nicht allzu langer Zeit als übles kapitalistisches Erbe vollkommen überwunden sein.

Oder nehmen wir solche Probleme des gesellschaftlichen Lebens wie Schule und Erziehung, Frauen, Jugend, die Wehrfrage usw. In der kapitalistischen Welt zunehmende Reaktion, Schulverpfaffung, Polizeiwillkür, Unterdrückung jeder selbsttätigen proletarischen Bewegung auf der ganzen Linie; in der Sowjetunion freieste Entfaltung und größte Kraftanstrengung zur höchsten kulturellen Entwicklung der werktätigen Volksschichten in Stadt und Land.

Und nehmen wir endlich solche Probleme, die in allen kapitalistischen Ländern ständig als brennende Kampffragen auf der Tagesordnung stehen, wie Arbeitszeit, Lohnfrage, hygienische und sanitäre Einrichtungen in den Fabriken, Wohnungsfrage usw. Hier sehen wir fortwährende materielle und soziale Verschlechterung auf allen Gebieten, Verlängerung der Arbeitszeit von acht auf zehn, zwölf Stunden bei ständig sinkendem Reallohn, zunehmendes Wohnungselend – während in der Sowjetunion die arbeitenden Massen aus der materiellen und kulturellen Verelendung und Rückständigkeit der Vergangenheit rasch zu immer höherem Lebensniveau aufsteigen: vom Acht- zum Siebenstundentag, von der sechs- zur viertägigen Arbeitswoche, ständige Steigerung des Reallohns (um 71 Prozent in fünf Jahren).

In allen kapitalistischen Ländern besteht für die herrschende Klasse das Problem der besten und geeignetsten Methoden zur Unterdrückung der gegen das kapitalistische System rebellierenden Klassen

– und für die unterdrückten und ausgebeuteten Klassen das Problem der geeignetsten Methoden und Mittel des Kampfes um ihre Befreiung aus der Sklaverei und Ausbeutung. Charakteristisch für alle kapitalistischen Länder sind als Folge dieses Klassenkampfes ständige Regierungskrisen und Veränderungen; das sich immer mehr kompromittierende System der „Demokratie“ und des Parlamentarismus muß unter der zunehmenden unumschränkten Herrschaft des Finanz-[664]kapitals dem System des faschistischen Terrors und dem offenen Faschismus Platz machen. Diese Fragen halten in den kapitalistischen Ländern alle Klassen und Volksschichten in ständiger Spannung und Kampfesstellung, verursachen ständige Erschütterungen und Veränderungen im Herrschaftssystem. In der Sowjetunion gibt es weder Regierungskrisen noch Erschütterungen im Regierungssystem, Die proletarische Diktatur der Sowjetunion, des größten Staates der Erde, ist heute das gesichertste und festeste Herrschaftssystem. Der Klassenkampf wird hier von der herrschenden Arbeiterklasse gegen alle. Ueberreste der alten kapitalistischen Welt geführt, die mit der Vernichtung ihrer ökonomischen Basis immer mehr verdrängt und ausgerottet werden. Mit dem Fortschreiten des sozialistischen Aufbaues wird die Macht der proletarischen Diktatur ständig stärker und unüberwindlicher.

Es gibt heute in der kapitalistischen Welt keinen Frontabschnitt des Klassenkampfes, auf dem die Arbeiterklasse nicht, außer mit der Waffe der Kritik, zugleich auch mit der Waffe des positiven Hinweises auf die kulturelle und gesellschaftliche Entwicklung in der Sowjetunion den Nachweis für die Ueberlegenheit der proletarischen Diktatur über die kapitalistische Diktatur erbringen könnte. Und diese Ausnutzung des sozialistischen Aufbaues für den Klassenkampf der Unterdrückten und Ausgebeuteten dieser Erde muß für die Arbeitenden die schärfste Waffe im Tageskampf werden.

Der fünfjährige Entwicklungsplan der Volkswirtschaft der Sowjetunion, der noch vor einem Jahr, als er zum ersten Male in die weitere Oeffentlichkeit drang, von den Propheten des Kapitalismus mit Hohngelächter aufgenommen wurde, der in den eigenen Reihen der Partei, bei den Rechten und Versöhnlern, Zweifel und Ungläubigkeit hervorrief, aus der sich eine ganze liquidatorische Schule entwickelte – dieser Fünfjahrplan hat binnen Jahresfrist, nachdem die ersten Erfolge in realistischster Wirklichkeit vorliegen, die höchste Beachtung und den Schrecken der kapitalistischen Welt hervorgerufen. Die ökonomische Ueberlegenheit der sozialistischen Wirtschaft über die kapitalistische, bei gleichzeitigem Vordringen der revolutionären Bewegung in den kapitalistischen Ländern, bildet damit zugleich die Grundlage zur Verschärfung des Hauptweltgegensatzes: zwischen der kapitalistischen und der sozialistischen Welt. Das ist die wichtigste Ursache für die verstärkte Reaktion zur Unterdrückung der revolutionären Bewegung in allen kapitalistischen Ländern und für die gigantischen Rüstungen zum imperialistischen Kriege gegen die erste proletarische Macht. Mit verstärkter Kraft gilt es dafür zu wirken, daß in diesem Kampf die Möglichkeiten geschaffen werden, den sozialistischen Aufbau über die Grenzen der Sowjetunion hinauszutragen und zum System der gesamten Oekonomik der Welt, unter der Herrschaft der proletarischen Diktatur in allen Ländern zu machen.

*

## Das Wesen des Fünfjahrplans.

Von L. F. Winow

### Zur Rolle der Planwirtschaft in der Uebergangsperiode

Im Nachstehenden soll so kurz wie möglich das Wesentlichste vom Inhalt des großen Aufbauplanes dargestellt werden. Es müssen aber zunächst einige oft auch in unseren Reihen mißverstandene Begriffe über die Rolle der Planwirtschaft im heutigen Wirtschaftssystem [665] der Sowjetunion geklärt werden, ohne deren richtiges Verständnis man die Bedeutung des Kampfes um den Fünfjahrplan schwer verstehen kann. Es gibt zwei Arten von Fehlern, die man vermeiden muß, wenn man die heutige Rolle der Planwirtschaft in der Sowjetunion richtig einschätzen will.

Eine der beiden falschen Auffassungen hat scheinbar eine sehr logische Form. Sie stellt richtig fest, daß die Sowjetwirtschaft eine Uebergangswirtschaft vom Kapitalismus zum Sozialismus darstellt. Sie stellt ebenso richtig fest, daß in der heutigen Uebergangswirtschaft ein Kampf zwischen den bereits sozialistischen und den noch privatwirtschaftlichen Elementen der Sowjetökonomie vor sich

geht. Die Planwirtschaft als „Regulator“ der gesamten Wirtschaft ist Eigenschaft des Sozialismus, während die kapitalistische, anarchische Warenwirtschaft von den elementar wirkenden Gesetzen des Marktes, d. h. vom „Wertgesetz“ reguliert wird. Soweit ist alles richtig. Nun beginnt aber der Fehler, indem die Vertreter dieser Theorie behaupten, ebenso wie es innerhalb der Sowjetwirtschaft einen Kampf zwischen sozialistischen und kapitalistischen bzw. privatwirtschaftlichen Elementen gibt, gebe es auch einen Kampf zwischen zwei Wirtschaftsregulatoren: zwischen dem „Prinzip der Planwirtschaft“ und dem „Prinzip des Wertgesetzes“. Das eine Prinzip herrsche im sozialistischen, das andere im privatwirtschaftlichen Sektor. Diese Genossen sondern also die beiden Sektoren mechanisch voneinander ab.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß diese Theorie auf einer falschen, mechanischen Auffassung des Charakters der Uebergangsperiode beruht: „Hie sozialistischer, hie privatwirtschaftlicher Sektor“, die einfache Summe der beiden soll die Uebergangswirtschaft ergeben, sie sollen aber beide sämtliche Eigenschaften einer sozialistischen bzw. einer privaten Warenwirtschaft behalten. Es ergebe sich also – nach dieser Auffassung – in der Sowjetökonomie eine Art von Doppelherrschaft, etwa dem politischen Charakter der ersten Kerenski-Periode ähnlich. Die Planwirtschaft beherrsche ihren Sektor, das „Wertgesetz“ den seinen. Und es gebe zwischen den beiden ökonomischen Prinzipien einen Kampf um die Herrschaft. Theoretisch ist ein solcher Zustand nicht unmöglich. Mit einer gewissen Verallgemeinerung könnte man den Zustand im ersten Jahr der proletarischen Diktatur, also vor der eigentlichen Einführung des Kriegskommunismus, und vielleicht sogar, obwohl mit geringerer Sicherheit, auch die erste Periode der NEP als konkrete Beispiele für eine solche ökonomische Doppelherrschaft erwähnen. Aber die eigentliche Uebergangswirtschaft, wie sie heute in der Sowjetunion besteht, ist nicht eine Summe von zwei Wirtschaftssystemen, sondern ein einheitliches Wirtschaftssystem, in dem es wohl noch kapitalistische und überhaupt privatwirtschaftliche Elemente gibt, das aber trotzdem ein einheitliches und vor allem einheitlich reguliertes System ist. Und dieser einheitliche Regulator der Gesamtwirtschaft, einschließlich der privatwirtschaftlichen Elemente, ist eben die Planwirtschaft des proletarischen Staates. Es ist keine vollkommene, im Gegenteil, eine im Vergleich mit einer vollendeten sozialistischen Planwirtschaft noch äußerst primitive, mit vielen Fehlern, Schwächen und Mängeln behaftete Planwirtschaft; sie erstreckt sich aber auf die gesamte Wirtschaft der Sowjetunion, auf die sozialistische Industrie wie auf die 27 Millionen Bauernwirtschaften und teilt mit keinem anderen Wirt-[666]schaftsprinzip die Herrschaft. Vor allem ist auch der Reproduktionsprozeß dieser Wirtschaft einheitlich und nicht eine Summe von zwei parallelen Prozessen.

Dieses einheitliche Planprinzip setzt sich natürlich nicht ohne Widerstände durch. Die dem Sozialismus feindlich gegenüberstehen den Schichten führen einen Kampf auf Leben und Tod gegen die planwirtschaftlichen Maßnahmen des proletarischen Staates. Innerhalb des einheitlichen Wirtschaftssystems der Uebergangsperiode geht ein sehr scharfer Klassenkampf zwischen den sozialistischen und kapitalistischen Elementen dieser Wirtschaft vor sich. Dieser Klassenkampf beeinflußt bzw. beherrscht die Aufgaben, die sich die proletarische Planwirtschaft stellt. Er ändert aber ebensowenig an dem einheitlichen planwirtschaftlichen Charakter der Uebergangswirtschaft, wie etwa die Genossenschaften sich zu einem besonderen nichtkapitalistischen Wirtschaftssystem innerhalb des Kapitalismus herausbilden können.

Mit aller Schärfe muß aber nochmals betont werden, daß der konkrete Inhalt der Planwirtschaft in der Sowjetunion von den Aufgaben des proletarischen Klassenkampfes beherrscht wird und beherrscht werden muß. Damit berühren wir den anderen extremen Typus der falschen Auffassungen über das Wesen der Planwirtschaft in der Uebergangsperiode. Die Planwirtschaft in einer klassenlosen sozialistischen Gesellschaft mag in der Form, in der Technik und Organisation manche Aehnlichkeit mit der heutigen Sowjetplanwirtschaft besitzen, sie wird aber ganz andere Ziele und ganz anderen Inhalt haben. Der Hauptunterschied liegt eben darin, daß die Uebergangswirtschaft noch die Wirtschaft einer Klassengesellschaft mit schweren Klassenkämpfen ist. Den Unterschied kann man am besten begreifen, wenn man die proletarische Diktatur mit einer staatenlosen sozialistischen Gesellschaft vergleicht. Das Ziel der Planwirtschaft in einer sozialistischen Gesellschaft ist die Aufrechterhaltung des

ökonomischen Gleichgewichts in der Entwicklung der einzelnen Wirtschaftszweige. Dieses Gleichgewicht ist auch in der vollendeten sozialistischen Gesellschaft kein stabiles Gleichgewicht, sondern das Gleichgewicht einer in ständiger Höherentwicklung begriffenen Wirtschaft. Aber jedenfalls wird das Gleichgewicht der einzelnen Wirtschaftselemente d. h. die reibungslose Abwicklung des Reproduktionsprozesses, das entscheidende Ziel einer solchen Planwirtschaft sein.

Wenn man aber heute die Herstellung eines Gleichgewichts, die Frage der richtigen Proportionen als das grundlegende Ziel der Planwirtschaft betrachtet (wie es auch einige Genossen, zumeist aber die bürgerlichen Wirtschaftsfachleute in und außerhalb der Sowjetunion tun), dann verkennt man gleichfalls den Charakter der Uebergangsperiode; man verkennt aber auch vor allem das Wesen der Planwirtschaft in dieser Uebergangsperiode. Planwirtschaft in der Uebergangsperiode bedeutet nicht Streben nach Gleichgewicht, nach einer Harmonie der einzelnen Wirtschaftselemente – im Gegenteil: sie ist ein Werkzeug zur Zerstörung, zur Verschiebung des Gleichgewichts der Klassengesellschaft. Sie ist eine Waffe im Klassenkampf, ein Teil des proletarischen Gewaltapparats zur Niederhaltung und zur ökonomisch-politischen Vernichtung der Ausbeuterklasse und ihrer Ueberreste. Sie ist ein Werkzeug zur Vernichtung der kleinbürgerlich-privatwirtschaft-[667]lichen Wirtschaftselemente, ihrer Verdrängung durch sozialistisch-vergesellschaftete. Sie ist eine Waffe zur Verteidigung der proletarischen Macht gegen die wirtschaftlichen und auch politisch-militärischen Kampfmaßnahmen des kapitalistischen Auslandes usw. Sie zu einem bloßen wirtschaftsorganisierenden Faktor zu reduzieren, hieße ihren Klassenkampfcharakter verleugnen.

Es würde zu weit gehen, hier beweisen, zu wollen, daß die beiden erwähnten Fehler, die manche Theoretiker der Planwirtschaft begehen, mit ganz bestimmten politischen Fehlern zusammenhängen. Wir können daher nur andeutungsweise folgendes feststellen: Der erstgeschilderte Irrtum, der die Einheitlichkeit des Systems der Uebergangswirtschaft leugnet, d. h. die verschiedenen Klassensektoren innerhalb der Sowjetwirtschaft als mehr oder minder selbständige, von verschiedenen Gesetzmäßigkeiten beherrschte, nebeneinander existierende Wirtschaftssysteme betrachtet, entspricht politisch der Auffassung, daß zwischen den Massen der Bauernschaft und dem Proletariat ein unversöhnlicher Gegensatz vorhanden ist, der nur in internationalem Maßstabe, nur durch die Weltrevolution gelöst werden kann. Diese Theorie hat also einen trotzkistischen Charakter, und es ist nicht verwunderlich, daß sie in reinster Form gerade von Preobrashenski, dem bis vor kurzem leidenschaftlichsten Anhänger des Trotzkismus, ausgearbeitet wurde. Die raschen Erfolge der Kollektivisierung der Bauernwirtschaften und die durchaus gegebene materielle Möglichkeit, diese Kollektivisierung innerhalb 10–15 Jahren vollständig zu Ende zu führen, bedeutet einen entscheidenden Bankrott dieser Auffassung.

Die Gleichgewichtstheorie – es ist nicht schwer zu erraten – dient als theoretische Grundlage für eine Praxis, die sowohl „übermäßige Anstrengungen“ in der Industrialisierung als auch eine „übermäßige Zuspitzung“ des Klassenkampfes vermeiden möchte. Sie ist die theoretische Grundlage nicht für eine revolutionäre Realpolitik, sondern für den opportunistischen „Praktizismus“ der rechten Elemente (Bucharin u. a.).

### Die Grundeinstellung des Fünfjahrplans

Der Wirtschaftsplan in der Sowjetunion überhaupt, also vor allem auch der Fünfjahrplan, ist wie gesagt ein Kampfplan, ein Plan, der sich zur Aufgabe setzt, die bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Proportionen, das bestehende ökonomische Klassenverhältnis in der Richtung des Sozialismus zu verschieben. Er ist nicht ein Plan des langsamen Vorwärtstrottens zu einem Sozialismus, den erst unsere Urenkel erleben sollen, sondern ein strategischer Plan der verstärkten proletarischen Offensive, mit der klaren Perspektive, „die fortgeschrittensten kapitalistischen Länder in historisch kurzer Frist technisch und ökonomisch einzuholen und zu überholen“ und die privatwirtschaftlichen Elemente gleichfalls in möglichst kurzer Frist von der Bildfläche der Sowjetwirtschaft hinwegzuräumen. „Historisch kurze Frist“ ist kein vager, unbestimmter Ausdruck, sondern bedeutet, wie wir zum Schluß unserer Arbeit nachzuweisen versuchen werden, etwa 15–20 Jahre. Die Vollendung des Aufbaus einer völlig sozialistischen Wirtschaft ist also noch die Sache unserer Generation. Von dieser Perspektive aus muß der Fünfjahrplan betrachtet werden.

Die Verschiebungen, die in den bestehenden Proportionen der Sowjetwirtschaft erzielt werden sollen, bewegen sich vornehmlich iii drei Richtungen: [668]

1. Verwandlung der Sowjetunion aus einem Agrarland in ein Industrie-Agrarland.

2. Verdrängung der Privatwirtschaft aus weiteren Positionen.

3. Verwandlung der Sowjetunion aus einem vorwiegend kleinbürgerlichen in ein vorwiegend proletarisches Land.

## Die Industrialisierung

Die Industrialisierung der Sowjetunion ist gleichfalls nicht nur eine technisch-organisatorische Frage, sondern eine Frage des internationalen Klassenkampfes. Sie bezweckt unter anderem die ökonomische Befreiung der Sowjetunion aus der Abhängigkeit vom kapitalistischen Ausland und die industrielle Wehrhaftmachung des Proletariats für den Fall eines imperialistischen Ueberfalls. Das Problem der Industrialisierung ist natürlich verbunden mit einer Reihe von Problemen, dem Problem der Energiebilanz der Sowjetwirtschaft, mit Rohstoffproblemen, mit dem Problem der Erziehung qualifizierter Arbeitskräfte und dergleichen mehr. Auf diese Probleme können wir im beschränkten Rahmen dieses Aufsatzes nicht eingehen. Wir möchten nur noch an Hand einiger Zahlen zeigen, welchen Weg die Sowjetwirtschaft im Rahmen des Fünfjahrplans zurückzulegen hat. Allerdings müssen wir schon hier bemerken, daß die unten angeführten offiziellen Zahlen des Fünfjahrplans insoweit veraltet sind, als die Ergebnisse der letzten 13 Monate (die ersten 13 Monate des Jahrfünfts) eine Durchführung wesentlicher Teile des fünfjährigen Programms in dreieinhalb bis vier Jahren zu gewährleisten versprechen.

Die nachfolgenden Tabellen 1 und 2 geben ein Bild von der Entwicklung der Industrie im Fünfjahrplan im Vergleich zur Vorkriegszeit:

Tabelle 1.

### Die Entwicklung der wichtigsten Industriezweige auf Grund des Fünfjahrplanes im Vergleich mit der Vorkriegszeit

a) In absoluten Zahlen:

| *Produktionszweig* | *Jahresproduktion* 1913 | 1922/23 | 1927/28 | 1932/33 | *Maßeinheit* | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Gruppe A (vornehmlich Produktionsmittel erzeugende Industrie): | | | | | | |
| 1. Steinkohle | 28,9 | 11 | 35,4 | 75 | Millionen | Tonnen |
| 2. Naphtha | 9,3 | 5 | 11,7 | 22 | " | " |
| 3. Torf | 1,6 | 3 | 6,9 | 16 | " | " |
| 4. Eisenerze | 9,2 | – | 5,7 | 19 | " | " |
| 5. Roheisen | 4,2 | – | 3,3 | 10 | " | " |
| 6. Martinstahl | 4,2 | – | 3,9 | 10 | " | " |
| 7. Walzeisen | 3,5 | 0,4 | 3,2 | 8,0 | " | " |
| 8. Landwirtschaftlicher Maschinenbau | 67 | 14 | 125 | 498 | Millionen | Rubel*) |
| 9. Zement | 12,3 | 1 | 11,9 | 41 | Millionen | Fässer |
| 10. Ziegel | 2144 | 213 | 1785 | 9300 | Millionen | Stück |
| 11. Superphosphat | 55 | 5 | 150 | 3400 | Tausend | Tonnen |
| 12. Schwefelsäure | 150 | 35 | 208 | 1450 | " | " |

[669]

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Gruppe B (vornehmlich Verbrauchsmittel erzeugende Industrie): | | | | | | |
| 13. Baumwollstoffe | 271 | 75 | 328 | 620 | Millionen | Meter |
| 14. Wollstoffe | 95 | 22 | 96 | 270 | " | " |
| 15. Leinen | – | 93 | 165 | 500 | " | " |
| 16. Sandzucker | 1290 | 211 | 1340 | 2600 | Tausend | Tonnen |

*) In Vorkriegspreisen.

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 17. Salz | 1978 | 950 | 2300 | 3250 | " | " |
| 18. Galoschen | 28 | 10 | 37 | 75 | Millionen | Paar |
| Produktion der gesamten Zensusindustrie*) | 6,4 | 2 | 8,1 | 21 | Milliarden Vorkriegsrubel | |

Tabelle 2.

b) Das gleiche in Prozenten (1913 = 100):

| | *Jahresproduktion* | | |
|---|---|---|---|
| *Produktionszweig* | 1922/23 | 1927/28 | 1932/33 |
| Gruppe A (vornehmlich Produktionsmittel erzeugende Industrie): | | | |
| 1. Steinkohle | 38,1 | 122,5 | 259,5 |
| 2. Naphtha | 49,5 | 125,8 | 233,3 |
| 3. Torf | 162,5 | 450,0 | 1000,0 |
| 4. Eisenerze | 4,3 | 62,0 | 210,9 |
| 5. Roheisen | 7,1 | 78,6 | 238,1 |
| 6. Martinstahl | 11,9 | 95,2 | 247,6 |
| 7. Walzeisen | 14,3 | 91,4 | 228,6 |
| 8. Landwirtschaftlicher Maschinenbau | 20,9 | 186,6 | 743,3 |
| 9. Zement | 11,4 | 96,7 | 325,2 |
| 10. Ziegel | 9,9 | 83,3 | 433,8 |
| 11. Superphosphat | 9,1 | 272,7 | 6181,8 |
| 12. Schwefelsäure | 23,3 | 138,7 | 966,7 |
| Gruppe B (vornehmlich Verbrauchsartikel erzeugende Industrie): | | | |
| 13. Baumwollstoffe | 27,7 | 121,0 | 228,8 |
| 14. Wollstoffe | 23,2 | 101,0 | 284,2 |
| 15. Leinen | – | – | – |
| 16. Sandzucker | 16,4 | 103,9 | 201,6 |
| 17. Salz | 48,0 | 116,3 | 164,0 |
| 18. Galoschen | 35,7 | 132,1 | 267,9 |
| Produktion der gesamten Zensusindustrie | 32,8 | 126,6 | 331,5 |
| Reallohn der Industriearbeiter (einschließlich der kommunalen Begünstigungen) | 54,2 | 122,5 | 208,9 |

Schon aus diesen Tabellen ersehen wir, daß der Fünfjahrplan weit davon entfernt ist, die Vorkriegsproportionen, geschweige denn die heutigen, vom Krieg und Bürgerkrieg beeinflußten Proportionen wiederherzustellen. Vor allem sehen wir zwei wesentliche Veränderungen: Vervielfachung der Landmaschinen- und chemischen Produktion gegenüber der Vorkriegszeit und eine Angleichung der besonders rückständigen Metallurgie und Baustoffindustrie an das Niveau der übrigen Produktionszweige, während sie darin in den nächsten Jahrfünften letztere wesentlich überholen werden.

Ein noch klareres Bild gibt folgende Tabelle 3 über das Entwicklungstempo der einzelnen Industriezweige: [670]

Tabelle 3.

**Prozentuale Jährliche Zunahme der planwirtschaftlich kontrollierten Industrie:**

| | 1928/29 | 1929/30 | 1930/31 | 1931/32 | 1932/33 | Gesamtsteigerung in 5 Jahren |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Gruppe A (vornehmlich Produktionsmittel erzeugende Industrie) | 25,5 | 26,1 | 26,6 | 28,4 | 28,3 | 231,1 |
| Einzelne Zweige: | | | | | | |
| 1. Brennstoffindustrie | 18,8 | 17,1 | 17,1 | 18,1 | 17,1 | 126 |
| 2. Bergbau | 48 | 48,6 | 36,3 | 26,6 | 23,6 | 370 |
| 3. Metallindustrie | 23,1 | 23,6 | 23,9 | 28,3 | 28,6 | 211 |
| 4. Baustoffindustrie | 23,4 | 40,1 | 33,8 | 30,8 | 20 | 263,7 |
| 5. Elektrotechn. Ind. | 35,7 | 27,9 | 39,3 | 40,2 | 38,9 | 371,6 |
| 6. Holzindustrie | 40,9 | 33 | 28,6 | 26,8 | 31,7 | 303,7 |

*) Betriebe mit über 16 Arbeitern bei Maschinen- und 30 Arbeitern bei Handbetrieb.

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 7. Chemische Industrie der Gruppe A | 33,2 | 33,1 | 41,6 | 43,8 | 41,8 | 412,5 |
| Gruppe B (vornehmlich Verbrauchsartikel erzeugende Industrie) | 18,6 | 18,1 | 18,6 | 19,9 | 28,4 | 144 |
| Einzelne Zweige: | | | | | | |
| 1. Textilindustrie | 12,5 | 14,6 | 16,5 | 19 | 24 | 122,1 |
| 2. Konfektionsindustrie | 45,2 | 46,5 | 32,6 | 41,5 | 35,2 | 440,5 |
| 3. Leder- u. Schuhind. | 47,3 | 12,7 | 16,1 | 12 | 12,3 | 143,1 |
| 4. Steine und Erden | 6,8 | 14,8 | 20,3 | 20 | 25,6 | 122,7 |
| 5. Papierindustrie | 26,8 | 44 | 15,8 | 13,3 | 20,8 | 189,9 |
| 6. Graphische Industrie | 22,3 | 9,6 | 11,7 | 13,1 | 16,2 | 94,5 |
| 7. Chemische Industrie der Gruppe B | 25,8 | 18 | 19,7 | 17 | 20,1 | 150,2 |
| 8. Nahrungsmittelind. | 12,8 | 19,9 | 20,8 | 20,3 | 19,4 | 137,1 |
| 9. Salzindustrie | 5,8 | 11,1 | 5 | 9,5 | 8,6 | 47,1 |

Ueber die Fortschritte der Industrialisierungspolitik gibt folgende Tabelle Aufschluß (in Prozenten):

Tabelle 4.

a) Struktur des Nationaleinkommens:

| | 1927/28 | 1932/33 |
|---|---|---|
| Industrie | 31,6 | 342 |
| Bauwesen | 5,1 | 9,5 |
| Landwirtschaft | 45,8 | 38,7 |
| Sonstige Wirtschaftszweige | 17,5 | 17,6 |
| Zusammen | 100,0 | 100,0 |

b) Struktur des Grundvermögens der Sowjetwirtschaft:

| | | 1927/28 | 1932/33 |
|---|---|---|---|
| Industrie | | 14,0 | 22,8 |
| Elektrifizierung | | 1,4 | 4,3 |
| Landwirtschaft | | 41,0 | 30,4 |
| Verkehrswesen | | 16,6 | 17,3 |
| Wohnungswesen | | 9,8 | 13,3 |
| Sonstiges | | 7,2 | 11,9 |
| | Zusammen | 100,0 | 100,0 |

c) Struktur der Industrieproduktion:

| | | 1927/28 | 1932/33 |
|---|---|---|---|
| Produktionsmittel | | 40,3 | 47,8 |
| Verbrauchsartikel | | 59,7 | 52,2 |
| | Zusammen | 100,0 | 100,0 |

[671] Die Kennzeichnung der Entwicklung der Industrialisierung möchten wir mit folgender Tabelle abschließen, die die voraussichtliche Entwicklung einiger wichtiger Industriezweige in den führenden kapitalistischen Staaten und in der Sowjetunion kennzeichnet:

Tabelle 5.

| | | *USA* | *England* | *Deutschl.* | *Frankr.* | *UdSSR.* |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1. Kohlenförderung (Tausend Tonnen) | 1928 | 516.620 | 241.547 | 150.835 | 52.427 | 34.754 |
| | 1933 | 542.700 | 253.050 | 173.460 | 67.640 | 75.000 |
| | Zunahme | 26.080 | 11.503 | 22.625 | 15.213 | 40.426 |
| 2. Stahlerzeugung (Tausend Tonnen) | 1928 | 50.650 | 8727 | 14502 | 9398 | 4154 |
| | 1933 | 56.000 | 9163 | 18.450 | 13.157 | 10.400 |
| | Zunahme | 5350 | 436 | 3948 | 3759 | 6246 |
| | | | | zusammen | | |
| 3. Baumwollverbrauch (Tausend Tonnen) | 1928 | 6770 | 2904 | 2765 | | 374 |
| | 1933 | 7330 | 3014 | 3063 | | 706 |
| | Zunahme | 560 | 110 | 298 | | 332 |

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| 4. Elektr. Stromerzeugung (Milliarden Kilowattst.) | | | | | |
| 1928 | 83 | – | 13 | – | 3,4 |
| 1933 | 122 | – | 18 | – | 14,0 |
| Zunahme | 39 | – | 5 | – | 10,6 |
| 5. Lastverkehr auf den Eisenbahnen (Tausend Tonnen) | | | | | |
| 1928 | 1.274.767 | 310.672 | 437.280 | 234.314 | 150.600 |
| 1933 | 1.364.000 | 326.207 | 459.144 | 253.059 | 281.000 |
| Zunahme | 89.233 | 15.535 | 21.864 | 18.745 | 130.400 |

Was zeigt diese Tabelle? Das Tempo der Entwicklung in der Sowjetunion ist wesentlich schneller als in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern. Das wird in manchen Produktionszweigen – vor allem in der Kohlen-, Stahl- und in der hier nicht angeführten Landmaschinenindustrie – die Reihenfolge stark zugunsten der Sowjetunion verändern. (Schluß folgt.)

*

## Brighton und Wien.

### Zwei Tagungen des Sozialfaschismus.

Von I. K.

In den ersten Oktobertagen haben zwei bedeutsame sozialdemokratische Parteitage stattgefunden deren Verlauf die Entwicklungsrichtung der 2. Internationale überaus deutlich markierte. In Brighton ist die britische Labour Party, in Wien die sozialdemokratische Partei Oesterreichs zusammengetreten. Das sind diejenigen sozialdemokratischen Parteien, in denen (von einigen kleinen Sektionen abgesehen) der zahlenmäßig größte Teil der Arbeiterschaft ihres Landes organisiert ist. Das Vorhandensein einer noch relativ breiten Massenbasis könnte zu der Annahme verleiten, daß der Prozeß der Faschisierung, der in der deutschen Sozialdemokratie im vergangenen Jahr so rasche Fortschritte gemacht hat, in diesen Ländern gehemmt und verzögert werde. Und trotzdem haben sich beide Parteitage zu klaren Bekundungen des Sozialfaschismus gestaltet.

Der äußere Rahmen, in dem sich diese Entwicklung vollzog, ist in beiden Ländern reichlich verschieden. In England hat die Labour Party die gegenwärtig einzige sozialdemokratische Alleinregierung Europas installiert und übt diese Regierung unter dem öffentlichen Beifall der gesamten Bourgeoisie [672] aus. In Oesterreich ist die Sozialdemokratie in den beiden letzten Jahren durch die Nationalfaschisten in zunehmendem Maße aus ihrer Position verdrängt worden. Die Zuspitzung der Klassengegensätze, die Radikalisierung der Massen, die in Oesterreich bereits jetzt zum bewaffneten Zusammenstoß, zum Bürgerkrieg führt, hat in England, wo ausreichende nationalfaschistische Kader noch fehlen, vorläufig die Sozialdemokratie zur Durchführung des faschistischen Kurses unentbehrlich gemacht.

Aber diese Unterschiede können nicht über den gemeinsamen Hintergrund hinwegtäuschen. Otto Bauer äußerte darüber in seinem Referat auf dem Wiener Parteitag folgendes:

„Ich will ... nicht leugnen, daß die Stimmungen, die in der Partei überwiegen, sich mit den Verhältnissen verändern. Selbstverständlich, daß die Stimmungen anders waren in der Zeit des Sturmes der Revolution als in der Zeit eines wieder stabilisierten Kapitalismus, selbstverständlich anders in der Zeit, in der wir vorwärtsstürmten, in einer großen Offensive, als in einer Zeit, wo wir zu einem langen und zähen Schützengrabenkrieg gezwungen sind, anders in der Zeit, wo die Erlebnisse der großen russischen Revolution die Arbeiter faszinierten, als in unser Zeit, wo sich mit Recht alle Hoffnungen der Arbeiterklasse dem großen Beispiel und der großen Leistung der britischen Arbeiterpartei zuwenden. Gewiß sind diese Stimmungswandlungen etwas Selbstverständliches. Wir wären keine Marxisten, wenn wir nicht verstünden, daß die Ideologie einer Klasse sich wandelt mit den gesellschaftlichen Daseinsbedingungen.“

Der „Marxist“ Otto Bauer gibt hier also zu (was sonst auf diesem Parteitag sorgfältig verhüllt wurde), daß die Sozialdemokratie in den letzten Jahren sich zu einer Schwenkung veranlaßt sah. In Oesterreich datiert der Beginn dieser Schwenkung – das ist unbestreitbar – seit dem Aufstand des 15. Juli 1927. Die Stabilisierung des Kapitalismus, die Otto Bauer hier (er hat das mit allen Theoretikern des Sozialverrats von Thalheimer bis Hilferding gemeinsam) als das wesentliche Kennzeichen der

geänderten Verhältnisse betrachtet, wird in ihrer Festigkeit sehr gut charakterisiert durch den Brand des Justizpalastes. Der Uebergang von der „großen Offensive“, die selbstverständlich nie etwas anderes gewesen ist als eine Offensive in Worten, zum „langen und zähen Schützengrabenkrieg“, in dem die Sozialdemokratie, um ihre Anhänger und damit ihren Wert für die Bourgeoisie durch die Plötzlichkeit des Wechsels nicht zu verlieren, die Arbeiterschaft am liebsten ganz allmählich und unauffällig, gewissermaßen Schritt für Schritt zurückdrängen und weiter versklaven möchte, muß sich wohl oder übel in immer rascherem Tempo vollziehen, weil die fortschreitende Krise und die wachsende Erbitterung der Arbeiter den bürgerlichen Staat und daher auch die unmittelbare Existenz der sozialdemokratischen Führerclique bedrohen. Dazu ist es aber nötig, in den eigenen Anhängern so gut es geht die Bewunderung der russischen Revolution zu ertöten und sie zur Anerkennung jener Herrschaftsmethoden zu bewegen, welche die Sozialdemokratie als Regierungspartei im Interesse des Finanzkapitals anwendet. „Das große Beispiel“ und die „große Leistung“ der britischen Arbeiterpartei, der Sozialfaschismus an der Macht das soll die neue Hoffnung der Arbeiterklasse werden.

Auf dem Wiener Parteitag dieses Jahres sind Uneinigkeiten im sozialdemokratischen Führerkader auch zum Schein nicht mehr hervorgetreten. Zum Beginn der Wendung, auf jenem Wiener Parteitag, der vor zwei Jahren unmittelbar nach dem 15. Juli stattfand, mußten noch Referat und Korreferat gehalten werden; der damalige Stand der Entwicklung erlaubte noch ein Lavieren innerhalb der eigenen Partei. Diesmal konnte Karl Renner, der traditionelle Führer der offenen Rechten in der österreichischen Sozialdemokratie, befriedigt dem Referat Otto Bauers sich anschließen und dazu mitteilen: „Die Beschlüsse des Parteivorstandes sind einmütig gefaßt worden.“ In welcher Richtung die Diskussion, die späterhin noch monatelang in der Zeitschrift „Kampf“ zwischen Renner und Bauer geführt wurde, ihren Abschluß gefunden hat, geht aus dem Schlußwort Otto Bauers selbst hervor. [673] Otto Bauer spricht hier von der Forderung der inneren Abrüstung, d. h. der Entwaffnung der Arbeiterklasse, die der Parteitag als neues, für die revolutionäre Situation geeignetes Kampfziel der Arbeiterschaft präsentierte. Zwei Diskussionsredner, die im Prinzip zu dieser Forderung sich bekannten, sprachen sich immerhin dagegen aus, daß man auch in den Reden zuviel Gewicht darauf lege. Otto Bauer, der, wie er bekannte, selbst vor zwei Jahren in diesem Punkt radikalere Worte empfohlen hatte, bemerkt dazu: „Seit diesen zwei Jahren hat sich viel verändert. Heute, angesichts der akuten faschistischen Gefahr, angesichts der Tatsache, daß die bürgerlichen Parteien vollständig vor dem Faschismus kapituliert haben, angesichts der Tatsache, daß sie dem Faschismus gegenüber nicht mehr handlungsfähig sind, heute hin ich der Meinung, daß wir die Auflösung der Selbstschutzformationen, die Auflösung der Heimwehr fordern müssen, sie zu einem Gegenstand unseres Kampfes, zu einem Kampfziel machen müssen.“ Das wesentliche daran ist natürlich nicht die Forderung nach Auflösung der Heimwehr, wenn sie auch zur Täuschung besonders herausgehoben wird, sondern die in der Auflösung der Selbstschutzorganisationen mit enthaltene Zertrümmerung der revolutionären Arbeiterwehren. Die Sozialdemokratie ist um diesen Preis sogar bereit, ihren eigenen republikanischen „Schutzbund“, der eine dann nicht mehr in jedem Fall nötige Ergänzung des faschistischen Staatsapparates darstellt, zu opfern.

Diese Forderung nach „innerer Abrüstung“ wird sogar aus dem Linzer Programm begründet aus demselben Linzer Programm, das der Austromarxismus in der Zeit der Hochflut der revolutionären Phrase ein Jahr vor dem 15. Juli entworfen hatte. Dieses Programm besagt in dürren Worten noch, daß die Arbeiterschaft zur Diktatur greifen müsse, wenn die Bourgeoisie ihrerseits die Demokratie durchbreche. Es mußte jetzt durch Otto Bauer eine neue, den Verhältnissen angepaßte Interpretation erhalten. Denn es ist klar, daß die Durchbrechung der Demokratie von bürgerlicher Seite, wie sie im Linzer Programm behandelt wurde, nunmehr in Oesterreich überaus akut ist. Aus diesem Grunde wird jetzt die These verkündet, daß die Arbeiterschaft auf eine solche Durchbrechung beileibe nicht anders antworten dürfe als eben durch den „Schutz der bedrohten Demokratie“. An die Stelle der Formeln des Linzer Programms tritt jetzt der Satz, daß eine „sozialdemokratische Regierung“ sich „so wie auch jede andere Demokratie gegen Rebellion einer Minderheit, gegen Hochverrat“ „mit allen Mitteln wehren“ wolle, und daß „man Gewalt allerdings nicht anders abwehren könne als durch Gewalt“ („auf Geschosse aus Maschinengewehren kann freilich nicht der Stimmzettel antworten“).

Die Sozialdemokratie hofft mit Recht, daß der Verzicht auf jede Offensive in der gegenwärtigen Situation praktisch für die Arbeiterschaft dieselbe Wirkung haben muß wie widerstandsloses Zurückweichen. Was aber die „Anwendung aller Mittel“ gegen „Rebellion einer Minderheit und gegen Hochverrat“ durch eine sozialdemokratische Regierung zu bedeuten haben wird, das hat die Praxis der Severing und Zörgiebel in diesem Jahr sehr klar bewiesen.

Dieser ganze Parteitag stellt eine verzweifelte Anstrengung dar, von der Bourgeoisie die Möglichkeit eines derartigen Beweises auch in Oesterreich zugestanden zu erhalten. Die Heimwehren, so meinen Otto Bauer und Karl Renner übereinstimmend, sind zur Wahrung der Interessen des Finanzkapitals nicht fähig genug. Wenn der Kapitalismus nach Otto Bauer in Oesterreich stabilisiert ist, dann muß jedenfalls ein Grund dafür ausfindig gemacht werden, daß er dennoch so vernehmlich in allen Fugen kracht. Dieser Grund besteht darin, daß „die Politik es ist, die die im Gang befindliche Erholung immer wieder unterbricht“. Eine derartige „marxistische“ Argumentation führt zu der Ansicht, daß die Heimwehren mit ihrer Offensive „das Kapital in Oesterreich zufällig mit erschlagen könnten“. Aber auch die bürgerlichen Parteien werden nach Otto Bauer durch sie bedroht. Karl Renner, dessen Spezialität seit jeher das Lavieren zwischen verschiedene“ [674] bürgerlichen Gruppierungen gewesen ist, sieht hier die Möglichkeit eines Koalitionsstrebens nach verschiedenen Richtungen:

„Mit der Heimwehr haben sie gemeint, uns zu besiegen. Sie haben eine Clique aufgestellt mit eigenen Generalen und Offizieren, und siehe, diese Truppe hat gemerkt, daß die Sozialdemokraten nicht zu besiegen sind. Genossen! Es ist sehr wesentlich, daß wir ihnen überall und an allen Orten entschlossen beweisen: Uns werden sie nicht besiegen. Aber die Herrschaften sagen sich: Siegen müssen wir einmal irgendwo. Das ist beinahe eine Frage des Brotes. Also kehrt euch!, marschieren wir gegen das Bürgertum! Heute weiß das Bürgertum, soweit es parteipolitisch orientiert ist, daß die Heimwehr uns nichts anhaben wird, daß sie aber das politische Parteiensystem vollständig über den Haufen werfen kann.“

Wenn also die „politischen Parteien“ klug sind, dann werden sie mit der Sozialdemokratie gegen die Heimwehren zusammengehen. Aber – – wenn man der Heimwehr nur „entschlossen“ beweist, daß sie die Sozialdemokratie „nicht besiegen“ kann, dann, besteht auch noch eine andere Perspektive: „Eine organische Mehrheit, die so wie unsere Minderheit aus einer geschlossenen Weltauffassung hervorgeht, hätte das Recht, eine parlamentarisch zusammengekaufte oder zusammengefügte Mehrheit aber hat das moralische Recht nicht, uns zu verwehren, unsere Einwendungen mit allem Nachdruck zu machen“, meint Karl Renner, sobald er auf die parlamentarische Obstruktion der Sozialdemokratie zu sprechen kommt. Wer diese „organische“, aus einer geschlossenen Weltauffassung hervorgegangene Mehrheit darstellen könnte, führt Karl Renner nicht aus. Wer aber das Auftreten der Heimwehren kennt und ihre Struktur mit jener der „politischen Parteien“ vergleicht, der weiß, daß gerade sie diesen Anspruch in der Oeffentlichkeit geltend machen. Wenn sie also sich entschließen sollten, ein Parlament aus ihren eigenen Reihen zu bilden, dann können sie sich darauf verlassen, daß eine von ihnen etwa zugelassene „sozialdemokratische Minderheit“ sich demütig einfügen und nicht weiter obstruieren wird.

Dies alles sind Zukunftsperspektiven Für die Gegenwart aber wissen die sozialdemokratischen Führer, daß die Bourgeoisie, die eben nicht richtig „zu regieren versteht“ (Karl Renner) ihnen momentan nur eine untergeordnete Rolle in der Durchführung des Faschismus in Oesterreich zugestehen will. Welches also ist ihre Stellung zu der Offensive, die Schober mit seiner Heimwehrregierung, gestützt auf die gesamten legalen und illegalen Streitkräfte der Bourgeoisie, gegen die Arbeiterschaft durchführt, und die augenblicklich unter der Losung einer einheitlichen Verfassungsreform vor sich geht? Man kann sie in dem Satz zusammenfassen, daß der Parteitag das nationalfaschistische Reformprogramm durch selbständige eigene Forderungen ergänzt hat. Die wichtigste dieser Forderungen, die nach „innerer Abrüstung“ und Auflösung aller Selbstschutzformationen wurde bereits erwähnt. Eine zweite derartige Forderung, die Schober in den von ihm inzwischen im Nationalrat eingebrachten Verfassungsentwurf bereits aufgenommen hat, ist die Aenderung des Wahlrechtes durch Schaffung kleiner Wahlkreise und teilweise Beseitigung des Listenwahlsystems. Dadurch soll nicht nur die revolutionäre Avantgarde, deren Einfluß in der gegenwärtigen Lage bedrohlicher wachsen muß als jemals, getroffen werden, sondern es werden auch überall auf dem Lande, wo die industrielle

Arbeiterschaft zahlenmäßig schwach ist, den bürgerlichen Parteien und den Heimwehren die Wege geebnet. (Insbesondere den Heimwehren, deren Wirken zum Teil auf persönlicher Gefolgschaft sich aufbaut, wird durch Beseitigung des Listenwahlsystems ein Dienst erwiesen.) Andere sozialdemokratische Forderungen sind dadurch entstanden, daß nationalfaschistische Losungen in ihnen konkretisiert sind. Die von den Heimwehren verlangte Errichtung einer besonderen parlamentarischen Ständekammer z. B. wird von Otto Bauer in dem Sinn interpretiert, daß er „das Bedürfnis, daß ... die großen Klassen der Bevölkerung und ihre wirtschaftlichen Organisationen auf die Gesetzgebung einen gewissen Einfluß üben sollen", „für vollkommen berechtigt" erklärt [675] und meint, „wir selbst (die Sozialdemokraten) müßten wünschen, daß es befriedigt werde". Otto Bauer und mit ihm der sozialdemokratische Parteitag schlägt deshalb die Errichtung eines Reichswirtschaftsrates nach deutschem Muster vor. Wenn man damit die auf diesem Parteitag sehr reichlich geübte Kritik der bürgerlichen Parteien, die angeblich durch ihr Ungeschick das Wirtschaftsleben stören, vergleicht, dann wird man die Bedeutung eines derartigen Reichswirtschaftsrates als Mittel zur Faschisierung des Staates verstehen.

Die Phrasen der Abwehr, welche die Sozialdemokratie angesichts der zunehmenden Erbitterung ihrer eigenen Anhänger im übrigen den nationalfaschistischen Forderungen entgegenstellen muß, waren auf diesem Parteitag so gehalten, daß die Bourgeoisie ihre Nichtigkeit sehr wohl zu durchschauen in der Lage ist. „Abgelehnt" wird „jede Einschränkung des Wahlrechtes", die Forderung, den Bundespräsidenten mit dem Recht auszustatten, gesetzesabändernde Notverordnungen zu erlassen und den Ausnahmezustand zu verhängen, „jede Beeinträchtigung der Gleichberechtigung des Landes Wien" und jeder Versuch, „die Entscheidungsgewalt der vom ganzen Volke gewählten Volksvertretung durch die Einführung einer dem Nationalrat gleichberechtigten Ständekammer einzuschränken". Der Begriff der „Einschränkung" des Wahlrechtes ist allerdings ebenso dehnbar, wie der Begriff des „Ausnahmezustandes" und der „Gleichberechtigung". Wenn z. B. für die Einführung einer Ständekammer die Bedingung gemacht wird, daß sie dem Nationalrat nicht „gleichberechtigt" sein dürfe, dann ist bereits die Ausstattung dieser Ständekammer mit Sonderfunktionen ein Mittel, diese Bedingungen zu umgehen. Und das Land Wien, in dem der größte Teil der Arbeiterschaft Oesterreichs und ein Drittel seiner Gesamtbevölkerung zusammengeballt ist, wird auch dann als „gleichberechtigt" gelten können, wenn man ihm im Gesamtstaat dasselbe Gewicht zuteilt wie kleinen Ländern mit einer 30mal geringeren Einwohnerzahl. (Eine Aenderung des geltenden Verwaltungssystems wird nicht abgelehnt.)

Es besteht natürlich kein Zweifel, daß die Sozialdemokratie auch jeden dieser von ihr „unbedingt abgelehnten" Punkte im Ernstfalle annehmen und an seiner Durchführung mitarbeiten wird. Aber wichtig ist, daß sie eine Ablehnung auf diesem Parteitag nicht einmal bekundet hat gegenüber dem „Antiterrorgesetz", das Arbeiter, die sich gegen Streikbruch wehren oder Versammlungen und Aufmärsche der Faschisten in noch so harmloser Weise behindern, mit Zuchthaus bedroht. Und von den nicht ausdrücklich abgelehnten Verfassungsprojekten – also z. B. von der diktatorischen Ausgestaltung der Machtvollkommenheit des Bundespräsidenten (Recht, Minister zu ernennen und zu entlassen, den Nationalrat nach Gutdünken aufzulösen und einzuberufen), der Erweiterung der Polizeibefugnisse (die Polizei stellt nach dem nunmehrigen Verfassungsentwurf den vielleicht wichtigsten Machtfaktor im Staate dar), dem Ausbau und der Konsolidierung des legalen Gewaltapparates usw. – wird eigens hervorgehoben, daß sich darüber sprechen lasse.

Gestützt auf diese bewährte Loyalität haben die sozialdemokratischen Führer von der Tribüne dieses Parteitages die Bitte an die Regierung gerichtet, den neuen Kurs in „Ruhe und Ordnung" durchzuführen. (Schlußrede von Karl Seitz.) „Wenn die Regierenden", so meint Otto Bauer beschwörend, „den Rechtsboden in einem Lande selbst zerstören, dann befindet sich dieses Land im Zustand der Revolution." Wer aber wird in diesem Zustand siegen? Etwa die Arbeiterschaft? Darauf antwortet Karl Seitz: „Jeder ... muß wissen, daß es in diesem Bürgerkrieg keinen Sieger und keinen Besiegten geben wird, sondern am Ende höchstens einen armen Mann, der auf einem Trümmerhaufen sitzt und sich Sieger nennt." Der Sinn der neuen Formel vom „Zustand der Revolution" liegt also keineswegs darin, das Proletariat mit Kampfesenergie und Siegesbewußtsein zu erfüllen; sie soll vielmehr vor einer Entwicklung abschrecken, in der die Sozialdemokratie die Zügel aus der Hund verlieren muß.

Die Sozialdemo-[676]kratie bekennt hier freimütig, daß sie selbst von dieser Entwicklung nichts zu gewinnen und alles zu verlieren hat.

Die Sozialdemokratie tritt aber der nationalfaschistischen Konkurrenz nicht nur als Trägerin von Recht und Gesetz, von Ruhe und Ordnung, sondern auch als Hüten der nationalen Unabhängigkeit entgegen. Der Berichterstatter über die Bodenreform (Hareter) stellte in den Mittelpunkt seines, ins übrigen ziemlich inhaltslosen Referates „die Notwendigkeit der Verteidigung gegen den ausländischen Großgrundbesitz im Burgenland“. Wenn ihnen (den ungarischen Grundbesitzern) der Grund und Boden auf österreichischem Gebiet genommen ist, dann haben sie nichts mehr hier zu suchen und können unbetrauert nach Ungarn zurückkehren. Das burgenländische Volk weiß, daß, wenn der sozialdemokratische Entwurf Gesetz wird, Grund und Boden auch dem burgenländischen Volke gehört.“ Dieser landfremde Großgrundbesitz „aber bedient sich ... faschistischer Hilfskräfte. Sie wollen es wieder dahin bringen, daß das Burgenland zu Ungarn zurückkommt“.

Wenn auch die National- und Sozialfaschisten zwei völlig verschiedene Gruppen sind, die einander nach außen hin bekämpfen, so ist doch die Angleichung der Ideologien beider hier ziemlich weit gediehen. Gemeinsam ist beiden die soziale Demagogie, gemeinsam nunmehr auch die Verfechtung der nationalen Belange. Und wenn jemand die „Echtheit“, den imperialistischen Charakter dieses sozialdemokratischen Nationalismus bezweifeln will, dann können die Sozialfaschisten aller Länder mit Recht auf das „große Beispiel“ der Labour Party verweisen.

Auf dem Parteitag von Brighton konnten die Minister der Labour-Regierung die eine parlamentarische Minderheitsregierung ist, bereits über eine vier Monate lange Tätigkeitsdauer berichten. Ihre Stellung war unerschüttert. Die Labour-Regierung hatte durch ihre ungestüme, durch keinerlei Traditionen, keinerlei „Konservativismus“ gezügelte Aggressivität dem britischen Imperialismus bereits unschätzbare Dienste erwiesen. Sie hatte nicht nur die kapitalistische Rationalisierung mit allen Mitteln, durch Subventionierung der Industriellen, durch Kürzung den Löhne, durch verschärfte Handhabung der Arbeitslosenversicherung (insbesondere der Bestimmung, daß jeder Arbeitslose „sich ernstlich um neue Arbeit bemühen“ müsse, um die Voraussetzung für den Unterstützungsbezug zu schaffen) gefördert. Sie hatte nicht nur indische, noch unter Baldwin eingekerkerte Revolutionäre im Zuchthaus verhungern lassen, sie hatte nicht nur in Palästina die Führer der arabischen Freiheitsbewegung ins Gefängnis geworfen und durch Metzeleien, Strafexpeditionen und Besetzung des Landes die Schaffung eines neuen, keilförmig mitten in das arabische Unruhengebiet (zwischen Aegypten und den Irak) eingeschobenen strategischen Stützpunktes vorbereitet. Sie hatte bei der Haager Reparationskonferenz indem sie den von der konservativen Regierung ernannten Sachverständigen, der den Young-Plan mit unterschrieben hat, teilweise desavouierte, durch ihr resolutes Auftreten alle übrigen dort vertretenen Staaten zum Nachgeben gezwungen und in echt pazifistischer Weise den ökonomischen Druck auf das militärisch ohnmächtige Deutschland zu ihren Gunsten noch verschärft. Sie hatte sich aus dem nicht mehr recht tragfähigen Bündnis mit Frankreich losgelöst und zu neuen Mächtekombinationen und für England günstigen Rüstungsnormen (Abrüstung der Unterseeboote) die Initiative an sich gerissen. Sie hatte schließlich, durch den Zwang der Verhältnisse und unter dem Druck der Massen zu einem Abkommen mit der Sowjetregierung genötigt, die alte Forderung nach Aufwertung der Vorkriegsschulden zum mindesten versuchsweise wieder hervorgeholt und die militärischen Rüstungen gegen Rußland verstärkt. (Flottenmanöver in der Ostsee in noch nicht dagewesener Stärke, Luftflottenmanöver bei London mit dem Modell eines russischen Objektes als Angriffsziel.)

Der Brightoner Parteitag, auf dem die revolutionären Arbeiter nicht vertreten waren (Kommunisten, die sich zweimal den Zutritt erzwangen, wurden [677] mit Gewalt wieder hinausgedrängt und konnten natürlich auf den Gang der Verhandlungen keinen Einfluß ausüben, Isst diese Politik in allen Punkten bestätigt und gutgeheißen. Snowden, der innerhalb der Bourgeoisie beinahe schon den Ruf eines nationalen Heros genießt, wurde auch von diesem Parteitag mit derselben Begeisterung umjubelt. Der Parteitag unterstützte auch die Taktik der Labour-Regierung, die allgemeine Aufmerksamkeit auf ihre außenpolitischen „Erfolge“ zu konzentrieren, um von der im Innern ungemindert fortbestehenden Krise abzulenken. Diese außenpolitischen „Erfolge“ bildeten den am meisten in die Augen springenden Verhandlungsgegenstand. Das von der konservativen Mehrheit geschaffene Antigewerkschaftsgesetz und

das Arbeitszeitgesetz für den Bergbau, das in der Wahlpropaganda eine große Rolle gespielt hat, aber bis heute noch von der Labour-Mehrheit in Geltung gelassen worden ist, wurde nur andeutungsweise und ausweichend erwähnt. Das von der Independent Labour Party für den Fall des Zustandekommens einer Labour-Regierung bereitgehaltene Programm mit der Nationalisierung der Banken als Hauptpunkt fiel einfach unter den Tisch, ohne von jener auch nur propagiert zu werden.

Als wichtigste Maßnahme zur Linderung der Arbeitslosigkeit wurde von dem in der Labour-Regierung eigens dafür bestellten Minister Thomas die Expansion der britischen Industrie auf den ausländischen Märkten bezeichnet, die er durch Agitationsreisen in Kanada gefördert hat. Allerdings wurde nach seinen Ausführungen auf dieser Reise auch die Erstreckung des Machtbereichs des kanadischen Weizenkartells auf das englische Mutterland angebahnt, wodurch der englische Verbraucher dem Preisdiktat dieses Kartells vollständig ausgeliefert werden muß.

Die „Opposition“ auf diesem Kongreß, eine Opposition in Gänsefüßchen, die dennoch von der Mehrheit mit Beschimpfungen und Bedrohungen terrorisiert wurde, konnte immerhin in zwei Fragen eine große Zahl von Delegierten um sich sammeln. Die Exekutive hatte vorgeschlagen, eine neue Art von Mitgliedern zu schaffen, mit mindestens ein Pfund Sterling Mitgliedsbeitrag, die dafür keiner Gewerkschaft oder Lokalorganisation anzugehören brauchten und von der Exekutive direkt aufgenommen werden sollten. Damit sollte die Erweiterung des Mitgliederbestandes ans solchen Kreisen der Bourgeoisie, denen ein direktes Auftreten in lokalen Arbeiterorganisationen peinlich sein könnte, erleichtert werden. Diese allzu auffällige Betonung des veränderten Charakters der Labour Party wurde von der „Opposition“, die in diesem Falle die Mehrheit für sich gewann, zurückgewiesen. (Die Exekutive mußte ihren Antrag selbst zurückziehen.) Ferner wäre jener Teil des Berichtes, der sich mit der Verwaltung der Arbeitslosenversicherung unter der Labour-Regierung befaßte, beinahe abgelehnt worden. (1.027.000 Stimmen dagegen, 1.100.000 Stimmen dafür.) Das hätte sogar ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung, zumindest gegen den Arbeitsminister Miß Bondfield bedeutet.

In den übrigen Diskussionspunkten machte sich aber eine Opposition in viel geringerem Umfange geltend, als es die Erbitterung der Arbeiter hätte erwarten lassen. Hier zeigt sich im Keime dieselbe Entwicklung wie in Oesterreich. Nicht nur werden die Parteitage immer sorgfältiger gesiebt, sondern auch ein Spiel mit verteilten Rollen unter Bereitstellung von Reservekräften zur Sammlung der Unzufriedenen wird für den Sozialfaschismus immer schwieriger. Bei wachsender Zuspitzung der Klassengegensätze kann jede revolutionäre Phrase immer verhängnisvollere Konsequenzen nach sich ziehen, und ihre Anwendung wird daher immer gefährlicher. So wird dem Sozialfaschismus ein Ausweg nach dem anderen verrammelt, bis er sich selbst sein eigenes Grab gräbt. [678]

*

## Kautskys „Marxismus“.

Vortrag von M. Furtschik (Moskau).
(Fortsetzung)[*)]

Und nun gelange ich zur gegenwärtigen philosophischen Einstellung Kautskys, vor allem zur Frage des Idealismus und Materialismus, zum Problem Geist und Materie.

Daß Kautsky kein Materialist ist, offenbart sich schon in der Art, wie er Materialismus und Idealismus kennzeichnet. Materialismus und Idealismus werden von ihm wie folgt umschrieben: „Während der Materialismus ... den menschlichen Geist als Stück der Natur zu begreifen suchte, setzte sein Widerpart den Geist außerhalb der Natur.“ (Band I, Seite 43.)

Als entscheidendes Merkmal des Materialismus bezeichnet also Kautsky die Betrachtung aller Erscheinungen des Geistes ohne Ausnahme im Gesamtzusammenhang. Das ist alles. Die Frage des primären und sekundären, d. h. wer wen erzeugt, hält Kautsky für müßig und ihre Aufrollung für falsch, da sie „über die Grenzen der Erfahrung“ hinausführe.

[*)] S. Heft 20. – Uebersetzt aus dem Russischen.

„Wie verschiedenartig die Erscheinungsformen des Materialismus sein mögen – sagt Kautsky –, in einem stimmen sie überein. Sie fassen alle Erscheinungen dieser Welt in einem Gesamtzusammenhang auf.“ (Band I, S. 29.)

Unnötig zu sagen, daß dieses Merkmal, das dem Materialismus und Positivismus gemein ist, nicht charakteristisch für den Materialismus sein kann. Engels stellt in „Ludwig Feuerbach“ ein anderes tatsächlich entscheidendes Merkmal fest, das in der Anerkennung der Materie als primär besteht. Jede andere Auffassung vom Materialismus zum Unterschied vom Idealismus, der die Ursprünglichkeit des Geistes behauptet, stiftet nach Engels nur „Verwirrung“.

Und ist sicherlich so. Man vergegenwärtige sich, welche Verwirrung bei Kautsky durch Vernachlässigung der Engelsschen Formel entsteht. Kautsky klagt: „Trotzdem alle Erscheinungen, alle Gebiete des Wissens untereinander in engstem Zusammenhang stehen, finden wir in der Philosophie immer wieder Versuche, ein besonderes Gebiet der Erscheinungen aus dem Gesamtzusammenhang herauszuheben und diesem als eine Welt für sich gegenüberzustellen: die des menschlichen Geistes und seiner gesellschaftlichen Aeußerungen. Der Geist wird der ‚Materie‘, die Gesellschaft der ‚Natur‘ gegenübergestellt, die Wissenschaften werden getrennt in Natur- und Geisteswissenschaften.“ (Band I, Seite 29/30.)

Mithin bestände der Fehler des Idealismus nicht darin, daß er den Geist als primär und die Materie als sekundär betrachtet, sondern darin, daß er den Geist der Materie gegenüberstellt. Der Sündenfall des Idealismus ist die Gegenüberstellung des Geistes der Materie. Kurz und bündig. Geist und Materie, die miteinander im Gesamtzusammenhang der Welt, des Alls, untrennbar verknüpft sind, stellt sich der Idealismus als Gegensätze vor. Und dieser Gegensatz muß beseitigt werden. Das ist Kautskys Gedanke.

Der Materialismus verfällt seinerseits in denselben Fehler, wird von Kautsky weiter festgestellt. Er liefert „voreilige Hypothesen“, von denen die voreiligste ... das Atom ist. Ich bitte zu beachten:

„In der heutigen Physik und Chemie leben noch die kleinsten Körperchen fort, auf deren Bewegungen, Zusammenstöße Zusammenfassungen Demokrit, Epikur und Lukrez das ganze Weltgeschehen zurückführten und die sie Atome nannten.“ Und dies, beklagt sich Kautsky, wo die „neueste Forschung“ gezeigt hat, „daß das chemische Atom ein zusammengesetzter Körper ist, aus Elektronen bestehend, und daß auch diese ... vielleicht nicht die kleinsten Teile der Natur“ sind. „Das Atom der Materialisten liegt jenseits aller Erfahrung. Die materialistische Methode darf, streng genommen mit ihm nicht arbeiten.“ (Band I, Seite 30.)

[679] Kautsky möchte das Atom als voreilige Hypothese von Demokrit, Epikur und Lukrez aus der Welt schaffen. Ihr Atom hat sich als ein komplizierter Körper erwiesen. Folglich ist die „Hypothese“ von Demokrit, Epikur und Lukrez unhaltbar. Kautsky ruft aus diesem Grunde die Materialisten zur „Selbstbeschränkung“ auf. Kautsky formuliert schonend, trifft aber um so stärker den Materialismus. Kautsky braucht die „Selbstbeschränkung“ des Materialismus, um ihn mit dem Idealismus zu versöhnen. Der Idealismus, sagt er, indem er sich an die Idealisten wendet, hat „auch seine Atome“, Leibnitz Monaden. Der Materialismus hat ebenfalls sein Atom. Beide, der Idealismus und der Materialismus, irren. Und Kautsky versucht, ihren Irrtum historisch nachzuweisen.

Der Idealismus wird seines Erachtens hauptsächlich von den „geistigen Bedürfnissen“ genährt, wie der „Glaube an Gott“ und das Suchen nach dem „Sinn des Lebens“, und auch von der Unfähigkeit, die Moral zu begründen. Der Materialismus dagegen meint naiv und primitiv, man könne den Geist aus der Materie erklären. An die Mängel des Materialismus und an die Entstehung der „geistigen Bedürfnisse“, für die er, der Materialismus, angeblich keine ausreichende Erklärung finden kann, knüpft Kautsky längere Betrachtungen, die eine besondere Untersuchung notwendig machen.

Der Idealismus, der zu der Lehre führte, daß Körper und Seele trennbar sind, die Unsterblichkeit der Seele behauptete, entstand nicht aus der Notwendigkeit, die Frage des Verhältnisses zwischen Gedanke und Materie zu klären, sondern aus dem angeborenen „seelischen Bedürfnis“, den Zusammenhang der Erscheinungen zu erkennen. Und dies bewog ihn zur „voreiligen Hypothese“ von der Existenz eines Gottes.

Das Atom von Demokrit und Gott sind beide für Kautsky nur „voreilige Hypothesen“, ein prinzipieller Unterschied zwischen diesen beiden Hypothesen besteht für ihn nicht. Beide Hypothesen bestanden und kämpften, sie kämpfen, setzen den Kampf auch in unseren Tagen fort. Dem muß unbedingt ein Ende gemacht werden. Und Kautsky übernimmt diese Aufgabe.

Um die Idealisten zu überzeugen, daß sie einen Fehler begehen, indem sie den menschlichen Geist aus dem Gesamtzusammenhang herausheben, vergleicht Kautsky den Menschen mit dem Tier. Er sagt den Idealisten: Entweder ihr verzichtet auf die Unsterblichkeit der Seele oder ihr müßt sie auch bei der Kröte und dem Maikäfer anerkennen. Kautsky betrachtet anscheinend dieses Argument als „tödlich“. Kautsky versteht nicht, daß man mit einem solchen Argument die Idealisten, die den Standpunkt vertreten, daß der Welt eine geistige Substanz zugrundeliege, nicht überzeugen kann. Die Idealisten betrachten den Geist außerhalb und über der Natur, weil sie ihn gegenüber der Natur als Ursache erkennen. Dies sieht Kautsky nicht ein, oder richtiger, will er nicht einsehen, sonst müßte er direkt zum Angriff übergehen, auf die Kernfrage der Substanz eingehen und nicht seine Kräfte bei einer Frage erschöpfen, die gegenüber der ersten nebensächlich ist. Offenbar hat Kautsky in der entscheidenden Frage die Waffen gestreckt. So kommt es, daß nicht er den Idealismus, sondern im Gegenteil der Idealismus ihn besiegt. Kautsky muß vor dem Idealismus zurückweichen, in seine Gefangenschaft geraten. Dies ist unvermeidlich.

Und nun weiter. Im Bestreben, Geist und Materie zu versöhnen, ihren Gegensatz zu beseitigen, räumt Kautsky in seiner Argumentation gegen den Idealismus dem Kampfe gegen die Gottesidee einen großen Platz ein. Es entsteht ein übermäßiger Aufwand an Energie, an Papier, an Temperament – es ist aber schwer, sich beim Lesen jener Zeilen eines Lächelns zu erwehren, weil er uns in seinen Ausführungen zum 17. und 18. Jahrhundert zurückführt, als der Kampf gegen die Gottesvorstellung selbstverständlich eine große fortschrittliche Tat war. Er entschädigt sich, indem er gegen Gott mit einem Pappschwert kämpft, entschädigt sich dafür, daß er der entscheidenden Frage ausweicht, vor dem Materialismus flüchtet. Mit derselben Energie kämpft er auch gegen die Teleologie. Wir haben aber schon festgestellt, daß er die Teleologie zuläßt. Sie spielt bei ihm eine große [680] Rolle in der Dialektik. Er baut im wesentlichen die Dialektik auf dieser Theorie auf. Zur Frage der. Dialektik werden wir noch zurückkehren.

Kautsky, der kein Materialist ist, betont immer wieder, er sei Materialist. Sein „Materialismus“ ist die materialistische Methode, die er mit dem Materialismus als solchen identifiziert. Nachdem er die Substanz beseitigt, mit dieser Frage aufgeräumt, den Streit um die Substanz als untauglich, die Aufrollung der Frage als unrichtig erklärt hat, will er seinen Materialismus in der Methode sehen. Vom Materialismus, sagt er, ist nur die Methode geblieben. Alles andere ist bankrott. Alle Versuche, den Geist aus der Materie, als ein Produkt der Materie zu erklären, sind gescheitert. Geblieben ist nur die Methode, die „materialistische Methode“. Diese Methode nennt Kautsky häufig noch eine naturwissenschaftliche. Sein Standpunkt ist hier wiederum ein positivistischer. Es ist der Standpunkt, dessen Urheber Kant ist, der sich die Aufgabe stellte, die Erfahrung zu begründen, der Naturwissenschaft eine theoretische Grundlage zu geben, dabei aber so zu verfahren, daß auch dem Idealismus ein Plätzchen bleibt. Darin besteht das Wesen des Kantianismus. Da Kautsky, was den Kantianismus betrifft, mehr bei Albert Lange als bei Kant selbst in die Schule gegangen ist, so sei nachstehend eine Stelle aus der „Geschichte des Materialismus“ von A. Lange zitiert:

„Daß Kant über alle Gegenstände der Naturwissenschaft auch streng naturwissenschaftlich dachte, unterliegt keinem Zweifel ... Kant läßt ... den ganzen Inbegriff des naturwissenschaftlichen Denkens an seiner Stelle und in seiner Würde als das große und einzige Mittel, unsere Erfahrungen über die durch unsere Sinne gegebene Welt auszudehnen, in Zusammenhang zu bringen und so diese Welt uns im Kausalzusammenhang aller Erscheinungen verständlich zu machen.“ Aber – heißt es bei Lange – Kant „bleibt nicht ... bei der naturwissenschaftlichen und mechanischen Weltanschauung stehen, ... behauptet, daß die Sache damit nicht abgemacht ist, daß wir Grund haben, die Welt unserer Ideen auch zu berücksichtigen, und daß weder die Erscheinungswelt noch die Idealwelt schlechthin für die absolute Natur der Dinge genommen werden kann.“ (Seite 140, 141.)

Derselbe A. Lange weist auf Leibnitz als Beispiel dafür hin, daß man ein Mann der Wissenschaft, strenger Naturalist und gleichzeitig Idealist sein kann:

„Bei Leibnitz wird der Gedanke von der Welt als Vorstellung in der Lehre vom Vorstellen der Monaden auf die Spitze getrieben, und doch huldigt Leibnitz gleichzeitig in der Auffassung der Erscheinungswelt dem strengsten Mechanismus, und die Art, wie er ein Problem der Physik behandelt, unterscheidet sich nicht von dem Verfahren anderer Physiker.“ (Seite 140.)

Genau so Kautsky: Ich bin Positivist, meine Methode ist eine wissenschaftliche, eine naturwissenschaftliche, meine Forderung besteht darin, alles im Gesamtzusammenhang, ohne Einmischung eines Gottes zu erkennen, in allem der Erfahrung zu folgen. Aber wie bei Albert Lange findet man auch bei Kautsky ein dem Idealismus reserviertes Plätzchen. Daher erklärt Kautsky seine Methode als identisch mit dem Materialismus, daher nennt er seine positivistische eine materialistische Methode. Er braucht dies, um zu verschleiern, daß er in seinem philosophischen System dem Idealismus einen Platz einräumt.

Der vereidigte Kritiker der österreichisch-deutschen Sozialdemokratie, Adolf Brauntal, sagt mit Recht in seiner Besprechung des Buches von Kautsky zur Frage der Methode: „Kautsky stellt nämlich dem philosophischen Materialismus die materialistische Methode gegenüber, unter der er im Grunde genommen gar nichts anderes versteht als die wissenschaftliche Forschungsmethode, mit der jede Einzelwissenschaft operieren muß, also auch die materialistische Geschichtsauffassung die eine wissenschaftliche Methode der Geschichtsbetrachtung ist.“ („Gesellschaft“, Heft 3, 1928.) Im Bestreben, sich bei der Herabwürdigung des Materialismus zur Methode, die die Frage [681] der Substanz ganz außer acht läßt, auf Marx und Engels zu berufen, bringt Kautsky den traurigen Mut zur Erklärung auf, auch Engels verstehe unter dem Materialismus die Methode und unter der Materie die Anerkennung, daß die Welt, das All, außer uns wirklich besteht, nicht bloßer Schein, nicht Produkt des denkenden Kopfes ist. Nach Engels – meint er – ist die Materie „die Gesamtheit der Welt“. Eine konkrete Materie. eine bestimmte, eine für die Sinne existierende Materie gebe es nicht. Mit anderen Worten, Engels soll für einen Materialismus ohne Materie, für einen Materialismus sein, der nur in der einen Anerkennung besteht, daß irgendetwas außer uns existiert. Den Materialismus zeichnet die abstrakte Anerkennung des Bestehens einer Umwelt aus. Nach Kautskys Auffassung kennt Engels nicht die Materie als Substanz.

Um seinen „Materialismus“ zu „beweisen“, beruft sich Kautsky, so merkwürdig es auch scheinen mag, auf Kant. Kant, sagt er, war Materialist, weil er zum Unterschiede von George Berkeley die Körperwelt anerkannte. Und was den Kantschen Kritizismus betrifft, was ist denn schon dabei! Sind denn Kritizismus und Materialismus unvereinbar? – fragt Kautsky. Sein Kritizismus, meint er, „hätte sehr wohl der Ausgangspunkt zu einer höheren Form des Materialismus werden können“. (Band I, Seite 52.) Nach Kautsky widersprechen Kritizismus und Materialismus einander nicht nur nicht, sondern gehören zu einander. Echter Materialismus sei immer mit Kritizismus verbunden. Kautsky erkennt Kants Ding an sich, die Unerkennbarkeit der Dinge an sich nicht nur an, sondern erklärt es (das Ding an sich) als größtes Verdienst, als Entdeckung, als unsterbliche Leistung von Kant. Gemeinsam mit Kant erklärt Kautsky, treu seinem alten Standpunkt, die Welt sei Vorstellung. Gemeinsam mit Kant erklärt er, daß die Dinge an sich für uns unerkennbar sind. Er ist mit Kant nur insofern unzufrieden, als er über die Grenzen der Erfahrungen hinausgeht, als er, der die Dinge an sich als unerkennbar betrachtet, dennoch in einer anderen Welt, im Jenseits, in der Welt der Ideen einen Ausweg sucht. Er macht dies Kant zum Vorwurf.

Hier enthüllt sich der Sinn des Kautskyschen Erfahrungsbegriffes. Wer mit der empiriokritischen Literatur, mit der empiriokritischen Philosophie vertraut ist, sieht, daß der Begriff der Erfahrung, den Kautsky aufstellt, ein Machscher ist. Kautsky will bewußt auf dem Boden des Empirismus bleiben, die Grenzen der Vorstellungen, der unmittelbaren Empfindungen nicht verlassen.

Er fühlt sich aber nicht ganz wohl, und zwar aus folgendem Grunde. Wie soll man sich dazu stellen: ist die Welt nur Vorstellung, was soll dann der Materialismus. Irgendetwas stimmt nicht. Eines widerspricht irgendwie dem anderen. Kautsky versucht mit der bekannten Korrektur an Kant einen Ausweg zu finden. Er korrigiert Kants Ding an sich. Dieses und andere Momente des Kautskyschen „Materialismus“ sind in der Zeitschrift „Unter dem Banner des Marxismus“ ausführlich von mir behandelt

worden. Wir können uns also hier kurz fassen. Der Sinn der Korrektur ist der, daß Kautsky das nicht zu Beweisende beweisen will, und zwar, daß man, indem man in den Grenzen der Vorstellungen bleibt, die Welt als Vorstellung betrachtet, dennoch das objektive Ding an sich, dennoch die objektive Realität erkennen kann. Kant täusche sich eben: Man kann von den Dingen an sich mehr wissen, als er glaubte.

Kautsky stellt zu diesem Zweck eine interessante Theorie auf. Sie ist nicht neu, sie ist eine ziemlich alte Theorie: die Theorie der wirklichen Verhältnisse und Unterschiede. Diese Theorie finden wir bereits in der „Ethik“, wo Kautsky sich ebenfalls mit der Kritik an Kant beschäftigt. Dort erklärt er, Zeit und Raum seien subjektive Formen, Kant befände sich im Unrecht, wenn er meint, daß diesen a priori-Formen der Zeit und des Raumes in der Wirklichkeit nichts entspräche. Nach Kautskys, in der „Ethik“ niedergelegten Auffassung, also in einem 1906 entstandenen Werk, entsprechen den subjektiven Formen der Zeit und des Raumes gewisse Verhältnisse und Unterschiede, die in unserer Vorstellung [682] die Form von Zeit und Raum annehmen. Er beharrt darauf, daß es tatsächliche Verhältnisse gibt, die Kant nicht, er aber wohl anerkennt. Was das für Verhältnisse sind, sagt Kautsky nicht und vermag er auch nicht zu sagen, soweit er, wie schon darauf hingewiesen, noch 1888 und früher den Standpunkt der Subjektivität von Raum, Zeit und Kausalität vertrat. Diese seine Theorie der wirklichen Verhältnisse und Unterschiede versucht er zwar von neuem aufzustellen, aber wie nachstehend aufgezeigt werden soll, mit geringerer Ueberzeugungskraft und mit geringerem Erfolg.

Während in der „Ethik“ der Scheits einer Begründung dieser Theorie vorhanden ist, fehlt in seinem letzten Werk auch diese Quasibegründung In der „Ethik“ überlegt Kautsky wie folgt: wie die verschiedenen Farben tatsächlich eine durch eine bestimmte Länge charakterisierte Lichtwellensorte darstellen, SO kennzeichnen all unsere Vorstellungen gewisse Verhältnisse und Unterschiede.

„Wie mit dem Sehvermögen im besonderen verhält es sich mit dem Erkenntnisvermögen im allgemeinen Es vermag mir nur Raum- und Zeitvorstellungen zu vermitteln d. h. nur jene Verhältnisse der Dinge anzuzeigen, die Raum- und Zeitvorstellungen in meinem Gehirn hervorzurufen imstande sind. Auf Eindrücke anderer Art, wenn es solche geben sollte, reagiert es nicht. Und mein Erkenntnisvermögen bewirkt, daß mir diese Eindrücke in besonderer Art zum Bewußtsein kommen Insofern sind die Kategorien von Baum und Zeit in der Beschaffenheit meines Erkenntnis Vermögens begründet. Aber die Verhältnisse und Unterschiede der Dinge selbst, die mir durch die einzelnen Raum- und Zeitvorstellungen angezeigt werden, so daß die verschiedenen Dinge nur groß und klein, nah und entfernt, früher oder später erscheinen, sind wirkliche Verhältnisse und Unterschiede der Außenwett, sie werden nicht durch die Art meines Erkenntnisvermögens bedingt.

Können wir also ein vereinzeltes Ding an sich nicht erkennen, ist in Beziehung darauf unser Erkenntnisvermögen ein Vermögen der Nichterkenntnis, so können wir doch wirkliche Unterschiede der Dinge erkennen. Diese Unterschiede sind keine bloßen Erscheinungen, wenn auch ihre Anschauung uns durch Erscheinungen vermittelt wird; sie existieren außer uns und können von uns erkannt werden, allerdings nur in bestimmten Formen.“ („Ethik und materialistische Geschichtsauffassung“, Kap. III, Seite 25/26.)

Diese Theorie ist in der Beziehung bemerkenswert, daß Kautsky versucht, indem er von der Subjektivität unseres Erkenntnisvermögens ausgeht, sich wenn auch nur einige Elemente des Materialismus zu erhalten. Er beharrt darauf, daß objektiv Verhältnisse Unterschiede bestehen, ohne imstande zu sein, sie irgendwie konkreter zu schildern. Es existieren irgendwelche Verhältnisse und Unterschiede, die in uns Formen der Kausalität, der Zeit, des Raumes usw. hervorrufen – ist der eine Gedanke. Der zweite Gedanke, der hervorgehoben werden muß, ist seine Charakteristik des Erkenntnisvermögens in bezug auf vereinzelte Dinge. Er nennt unser Erkenntnisvermögen prinzipiell ein Vermögen der Nichterkenntnis. Vereinzelte Dinge, objektive, reale Dinge erkennen wir nicht. In Beziehung auf sie ist unser Erkenntnisvermögen ein Vermögen: nicht zu erkennen. Unser Erkenntnisvermögen ist ausschließlich für Verhältnisse und Unterschiede tauglich.

Das ist so seine, in der „Ethik“ niedergelegte Theorie. Einzelne Dinge erkennen wir nicht, wir erkennen nur Unterschiede. Und zum anderen: Kautsky vermag nicht die Verhältnisse und Unterschiede zu nennen. Er kennt sie nur als Raum- und Zeitvorstellungen, als Kausalität usw., als subjektive Formen. Kautsky gelangt von den subjektiven Formen zu den objektiven Unterschieden und Verhältnissen. Mithin fehlt schon in der „Ethik“ der Standpunkt des Materialismus, nach dem wir die

Welt so erkennen, wie sie tatsächlich ist. Immerhin findet man dort noch den Versuch, sich gewissermaßen einen Weg, eine Brücke von den subjektiven [683] Formen zur Außenwelt, zur objektiven Realität offen zu halten, so in der Theorie der wirklichen Verhältnisse und Unterschiede.

Betrachten wir nun, was eigentlich von dieser Theorie übrig bleibt. lese Theorie, dieser winzige Rest von Realismus, den Kautsky besaß, verflüchtet sich in seinem letzten Werk endgültig, obwohl er bemüht ist, die alte Terminologie anzuwenden. Die Argumentation ist nicht mehr wie in der „Ethik". Dafür nur ein Beispiel. Daß die Lichtstrahlen, die auf das Erdbeerblatt und auf die Erdbeerfrucht fallen, in dem einen Fall als grüne und im anderen als rote Farbe erscheinen, hängt von unserer Organisation ab, sagt Kautsky. („Materialistische Geschichtsauffassung", Band I, Seite 55/56.) Er erwähnt aber mit keinem Wort, daß dieser Erscheinung Lichtwellen verschiedener Längen entsprechen, worauf er in der „Ethik" beharrt. Sein ganzer Streit mit Kant über die Erkennbarkeit der Dinge an sich, über die Möglichkeit, die objektive Realität zu erkennen, läuft auf Spitzfindigkeiten hinaus. Je mehr er argumentiert, um so mehr verstrickt er sich im Machismus. Je mehr Argumente er daher anführt, daß wir das Ding an sich zumindest teilweise erkennen können, um so deutlicher wird, daß er dieses Ding an sich als objektive Realität längst verloren hat. In seinem letzten Werk wird das Schwergewicht der Argumentation auf den Vergleich der Vorstellungen miteinander verlegt. Ich – ein und dasselbe Subjekt – habe verschiedene Vorstellungen, ergo entsprechen diesen Vorstellungen gewisse Verhältnisse und Unterschiede. Um die Situation wenigstens etwas zu retten, erklärt Kautsky: „Das Ding an sich ist für uns eine Grenze des Erkennens, was etwas ganz anderes ist als die Unmöglichkeit ihres Erkennens." (Seite 80.) Vergleicht man diese Erklärung mit seiner anderen: „Freilich bleiben die Unterschiede, die wir erkennen können, Unterschiede vor Vorstellungen, nicht von Dingen an sich" (Seite 55) – so wird man feststellen müssen, daß Kautskys Grenzbegriff nichts als eine Phrase ist. Tatsächlich kennt er nur Vorstellungen und Unterschiede von Vorstellungen. Der Unterschied von Dingen an sich, die in der „Ethik" figurieren, sind durch Unterschiede von Vorstellungen ersetzt. Das objektive Ding an sich geht endgültig verloren.

In seinen Betrachtungen über die Möglichkeit eines Erkennens der Dinge an sich gerät Kautsky in den Bann eigener Illusionen. Jeder Subjektivist hat solche Illusionen. Zuerst liebt er die objektive Realität auf, dann bezeichnet er seine Fiktion, seine Vorstellung als objektive Realität. So sagt Mach an einer Stelle, das Uebersinnliche sei ihm unzugänglich, um an einer anderen zu erklären, weil ihn nur die funktionelle Abhängigkeit der Dinge voneinander interessieren könne, so seien sie schon nicht mehr unerkennbare Dinge. Mach schaltet die Dinge aus, wandelt sie in eine Fiktion, in „Elemente" um, um sie dann als erkennbar zu erklären. Was soll man eigentlich erkennen? Fiktionen! Kautsky ist in denselben Illusionen befangen, d. h. er legt denselben logischen Weg zurück wie Mach, wie Schopenhauer und die anderen subjektiven Idealisten.

Schlußfolgerung: Vergleicht man seine Theorie der Erkenntnis in der „Ethik" mit seinem jetzigen Standpunkt der Gnosis, so muß gesagt werden, daß, wenn er dort, in der „Ethik", noch bemüht war, sich zum Objektiven eine theoretische Brücke zu lassen, er sie jetzt selbst zerstört. Die teilweise Möglichkeit einer Erkenntnis der realen Welt kann er ebensowenig beweisen, wie es Mach vermochte. Die Ersetzung des Zusammenhanges der Dinge durch den Zusammenhang der Ideen, Vorstellungen hat Kautsky in das Lager des subjektiven Idealismus geführt.

Seine alte, subjektivistische Einstellung, wie sie im zitierten Artikel vom Jahre 1888 dargelegt ist, triumphierte 1927 voll und ganz. Seine Argumentation enthält auch nicht einen Hinweis auf die objektiven Unterschiede. Kautsky bleibt im Rahmen des Zusammenhanges der Ideen. Der von ihm seit den 80er Jahren zurückgelegte Weg ist etwa folgender: er begann beim Subjektivismus, entwickelte sich, ohne die entscheidende Position zu räumen, ein wenig in Richtung des Materialismus; den Höhepunkt seines „Materialismus erreicht er in der „Ethik", in der Theorie von den wirklichen Verhält-[684]nissen und Unterschieden. Es folgt eine rückläufige Evolution. In seinem letzten Werk kehrt er zu der alten Position zurück.

In der Frage der Kausalität nahm Kautsky, wie schon gesagt, 1888 einen subjektivistischen Standpunkt ein. Ich habe zählreiche andere Arbeiten von ihm aufmerksam studiert und keine Stelle

gefunden, an der Kautsky klar gesagt hätte, daß die Kategorie der Kausalität objektiver Art sei. Sein letztes Werk führt in der Frage von Kausalität und Notwendigkeit eine ganz klare Sprache, eine Sprache des kaum verhüllten Subjektivismus. Die Theorie der angeborenen Triebe, auf die er nie verzichtete, führt ihn unmittelbar zum Standpunkt von Hume.

Kausalität und Notwendigkeit sind nicht a priori – beginnt er seine Argumentation gegen Kant (er streitet die ganze Zeit gegen Kant) – sie ergehen sich aus der Erfahrung. Kant irrt, wenn er glaubt, daß der Begriff einer Ursache den Begriff einer Notwendigkeit der Verknüpfung mit einer Wirkung und einer strengen Allgemeinheit „enthält" (bei Kant heißt es: erfordert). Keineswegs, sagt Kautsky. Ursache und Notwendigkeit sind früher als tierischer Instinkt da wie als menschliche Vorstellungen. A priori sind die Instinkte, „Gefühle der Kausalität und Notwendigkeit", nicht aber Begriffe. Bei höheren Tieren und beim Menschen gesellen sich „bewußte Beobachtungen" hinzu. Sich wiederholende Erscheinungen faßt der Mensch als Regel, als „Gesetz" zusammen. (Kautsky bezeichnet den Ausdruck Gesetz als „nicht ganz glücklich". Er versteht darunter nur eine „Beschreibung".) Erscheinungen, die sich nicht wiederholen, bezeichnet der Mensch als zufällige. „Diese beobachtete Regelmäßigkeit oder Gesetzmäßigkeit – sagt Kautsky – erscheint uns leicht als Notwendigkeit, worunter wir nichts anderes verstehen als das Gegenteil des Zufalles." (Seite 83.) Mit anderen Worten, die Notwendigkeit ist ausschließlich eine menschliche Vorstellung, die auf dem tierischen Instinkt beruht und nur insofern wichtig ist, als sie den Gegensatz des Zufalles kennzeichnet.

Zur Frage des Zufalls werden wir noch zurückkehren. Wir wollen jetzt die weiteren Ausführungen Kautskys über die Notwendigkeit erörtern. Kautsky ist selbstverständlich nicht imstande, das Problem propter hoc zu lösen. Er ändert die Terminologie radikal, indem er anstatt mit der Notwendigkeit mit dem Begriff der Wahrscheinlichkeit operiert und dabei alle Anstrengungen darauf richtet, den Grad der Wahrscheinlichkeit zu steigern. Erweiterung der Zusammenhänge, der Beobachtungen erhöht den Grad der Wahrscheinlichkeit.

Man kann aber nicht sagen, daß Kautsky selbst mit einer solchen Lösung des Problems propter hoc zufrieden ist. Er fährt fort, die Notwendigkeit zu suchen, freilich umsonst.

Eine große Summe von Beobachtungen, erklärt er, kann immerhin mehr geben, als eine hohe Wahrscheinlichkeit. Dieses „Mehr" vermag er nicht zu nennen. Jedenfalls ist es nicht die Notwendigkeit. Es ist klar, daß Kautsky einfach der Frage ausweicht. Und weiter. Am Beispiel der Hypothese vom Verschwinden der Sonne, wenn der Wechsel von Tag und Nacht aufhört, beweist Kautsky die Relativität jeder Notwendigkeit. Indem er die Polemik gegen die absolute Notwendigkeit zuspitzt, schaltet er die Notwendigkeit überhaupt aus, ersetzt sie durch die Relativität. Er geht so weit, daß er unzweideutig vorschlägt, das Wort „Notwendigkeit" endlich durch „Regelmäßigkeit" zu ersetzen. Nur Gründe der Zweckmäßigkeit und das Bedürfnis nach einem dem Zufall entgegengesetzten Begriff halten ihn von der Verwirklichung seiner Idee zurück: „Praktisch bleibt für uns der Begriff der Notwendigkeit bestehen. Und wir müssen auch theoretisch an ihm festhalten, wenn man zwischen Notwendigkeit und Zufälligkeit nichts gelten lassen will." (Seite 88.) Im Grunde genommen ist er aber gegen diese Terminologie. Sie ist nicht erforderlich, sie verwirrt.

Kautsky formuliert aber dennoch seine Auffassung von der Notwendigkeit als a priori. Die Notwendigkeit ist a priori, soweit sie sich aus angeborenen geistigen Fähigkeiten und Trieben ergibt. Dieses a priori ist aber [685] etwas ganz anderes als das Kantsche a priori – sagt er. Das ist schon richtig. Das Kautskysche a priori ist zum Unterschied vom Kantschen transzendentalen ein physisch-psychisches, ein naturalistisches.

Sein Standpunkt in der Frage von Kausalität und Notwendigkeit ist außerordentlich charakteristisch. Er bedeutet ein vollständiges Abgleiten zum Standpunkt von Hume, Mach, d. h. zum reinen Subjektivismus.

Nun noch einige Worte über die Zufälligkeit. Kautsky, der die Zufälligkeit als absoluten Gegensatz der Notwendigkeit auffaßt, steht selbstverständlich auf dem metaphysischen Standpunkt. Es sei eine kurze, aber bemerkenswerte Stelle zitiert. Sie lautet: „Alles in der Welt vollzieht sich entweder

notwendig oder regellos.“ (Seite 88.) Zufälligkeit deckt sich mit Regellosigkeit, mit Chaos. Das ist an sich eine Rückkehr zur alten Metaphysik der Wolffschen Schule.

Vergegenwärtigen wir uns Kautskys Stellung in der Frage der Substanz. Er verneint die Substanz, die Materie. Die Verneinung der Substanz bedingt natürlich, bestimmt im voraus seine Stellungnahme in der Frage der Kausalität. Man kann nicht auf dem Standpunkt der Kausalität stehen, ohne die Substanz in unserem Sinne des Wortes anzuerkennen und umgekehrt. Doch das Ende krönt das Werk. Kautsky widerspricht nicht prinzipiell einer Ersetzung der Kausalität durch die Machsche Funktion, er „widerspricht nicht“. Unter Hinweis darauf, daß Physiker besser wissen, welche Begriffe sie brauchen, stimmt er der Machschen Theorie von der funktionellen Abhängigkeit zu.

Kautsky, der alle Positionen des Materialismus aufgibt, versucht die Kausalität zu retten, indem er sie formell in der Soziologie erhalten wissen will. In der Soziologie könne er, Kautsky, mit der Machschen Theorie nichts anfangen. Seinem Kollegen Fritz Adler, der Machist ist, sagt er, er würde gern seinem Rat gefolgt sein, hätte aber mit dem Funktionsbegriff in seiner theoretischen Arbeit über soziologische Fragen keinen Erfolg gehabt und ziehe daher in der Geschichtsforschung den Begriff der Kausalität vor. So äußert sich fast wörtlich Kautsky.

Die Kausalität, die er in der Soziologie bestehen läßt, faßt er als Zusammenstoß von Gegensätzen auf. Was der Zusammenstoß von Gegensätzen nach Kautskys Auffassung bedeutet, werde ich heute nicht erörtern können. Dies würde uns zum zweiten Teil des Themas, zum Thema der Dialektik führen.

Zusammenfassend ist zu sagen: Kautskys Stellungnahme war von Anfang an keine materialistische. Man kann das verfolgen und man muß es tun. Man muß darüber eine Untersuchung veröffentlichen. Kautsky hat aber eine Evolution durchgemacht. Er entwickelte sich philosophisch von Schopenhauer und gelangte eigentlich nie zu Marx. Er kam philosophisch nicht zu Marx und Engels. Er verzichtete nie auf seine „naturwissenschaftliche“, lies positivistische, Methode. Auf einer bestimmten Etappe stimmte er dem Neukantianismus zu, um sich dann dem Machismus zuzuwenden. Ihn, den Positivist und Subjektivist, hemmte in dieser Beziehung nichts bei dieser Umstellung. Lenin bemerkt in „Materialismus und Empiriokritizismus“ treffend, daß Mach mit Schopenhauer sympathisiert. Mach steht an sich auf dem Standpunkt Schopenhauers, nämlich seiner Lehre der Intuition, die er schamhaft in den Fußnoten mitfühlend erwähnt.

Kautskys Evolution von Schopenhauer zu Mach, zu den Machschen Gesichtspunkten in seinem letzten Werk ist nicht zufällig. Dieser Weg ist gesetzmäßig (nach dem Gesetz der Kausalität), es ist eine gesetzmäßige philosophische Evolution. Der ursprüngliche Anhänger Schopenhauers kehrt nach zahlreichen Schwankungen zwischen Neukantianismus, Materialismus und Machismus zu den alten Positionen zurück. (Fortsetzung folgt.) [686]

*

## Das Problem der Arbeitslosigkeit in der Periode des Imperialismus.

Von Fred Oelßner

(Fortsetzung)[*)]

### II. Eine wurmstichige Kritik der Vargaschen Theorie

Wir müssen uns jetzt noch mit einem Kritiker des Genossen Varga auseinandersetzen, mit dem Genossen Ch. Wurm, der Anfang dieses Jahres au unserem Thema in einem Artikel „Die Reservearmee“ Heft 8 der „Kommunistischen Internationale“) und später in einer Rede in der Politischen Kommission des EKKI (siehe „KI“, Heft 24) Stellung nahm. Diese Aufgabe ist bei weitem undankbarer. Denn wie von Marx-Zitaten, so strotzen Artikel und Rede des Genossen Wurm auch von Marx-Entstellungen und offenbaren Unsinnigkeiten. Es ist hier unmöglich, alle diese Schnitzer und Entstellungen aufzuzählen und dagegen zu polemisieren. Kann man es denn überhaupt wagen, in einer theoretischen marxistischen Zeitschrift gegen einen „Marxisten“ zu polemisieren, der sich die kühne Behauptung leistet: „Die Höhe der Profitrate ist bestimmt durch die Größe des variablen Kapitals?“

[*)] S. Heft 20.

(„KI“, 1929, Seite 408.) Wir können uns um so eher erlauben, über diese hanebüchenen Entstehungen des Genossen Wurm hier hinwegzugehen, als den Lesern der „Internationale“ noch in Erinnerung sein wird, daß Genosse Duncker schon vor zwei Jahren die Inkompetenz des Genossen Wurm in Fragen des theoretischen Marxismus festgestellt hat.

Bemühen wir uns, den wenigen Weizen von der vielen Spreu in den Arbeiten des Genossen Wurm zu sondern. Nehmen wir zuerst den Artikel „Die Reservearmee“ und fangen wir hier mit dem Ende an. Im „Ausblick“ versichert uns Genosse Wurm:

„Es handelt sich hier um eine Arbeitslosigkeit von dauernder Natur. Eine Arbeitslosigkeit, die aus Strukturveränderungen der kapitalistischen Wirtschaft hervorgeht. Bei diesen strukturellen Veränderungen kann es sich sowohl um kontinuierliche Ursachen, wie Wachstums-, Umbildungs- oder Niedergangsprozesse, als auch um diskontinuierliche, plötzliche und eruptive (revolutionäre) Ereignisse, wie Zusammenbrüche, Verlagerungen und Abtrennungen usw. handeln. Wir haben es somit mit einer strukturellen Arbeitslosigkeit zu tun.“ („KI“, Seite 415.)

Streichen wir zuerst den Unsinn von den kontinuierlichen und diskontinuierlichen Ursachen heraus. Es ist Unsinn, weil es sich um Ursachen von Strukturveränderungen handelt. Strukturveränderungen verändern bekanntlich die Struktur, und einmal verändert, ist die neue Struktur kontinuierlich, auch wenn sie diskontinuierliche Ursachen hat. Sie ist kontinuierlich solange, bis neue Veränderungen eintreten. Streichen wir also diesen Unsinn heraus, dann bekommen wir folgendes welterschütternde Resultat der „Analyse“ des Genossen Wurm: „Es handelt sich um eine Arbeitslosigkeit von dauernder Natur. Eine Arbeitslosigkeit, die aus Strukturveränderungen der kapitalistischen Wirtschaft hervorgeht. Wir haben es somit mit einer strukturellen Arbeitslosigkeit zu tun.“ Es handelt sich bei der Kuh um ein Vieh, das Hörner trägt. Wir haben es somit mit einem Hornvieh zu tun.

Versucht Genosse Wurm in seinem Artikel irgendwie die strukturellen Veränderungen des Kapitalismus aufzuzeigen, die die Ursache der „strukturellen Arbeitslosigkeit“ sind? Schauen wir nach. Er schreibt eine Menge äußerst gelahrtes Zeug zusammen, das sicher wenig Sterbliche verstehen. Er beginnt mit dem Gesetz (!) der organischen Zusammensetzung des Kapitals. (Dieses Gesetz gehört zu derselben Kategorie wie das Gesetz der chemischen Zusammensetzung des Wassers.) Weiter führt er die Gesetze der Zentralisation und Konzentration ins Feld (deren Vermischung wir ihm gern verzeihen), [687] dann kommt das Gesetz der Akkumulation an die Reihe und schließlich auch noch so nebenbei das Gesetz des tendenziellen „Fallens“ (!) der Profitrate. Seht, welch ein gesetzlicher Mensch! Die Frage ist nur, wie erklären alle diese Gesetze, die Marx für den klassischen Kapitalismus aufgestellt hat, die Strukturveränderungen dieses Kapitalismus? Doch schrecken wir nicht von vornherein zurück, sondern sehen wir uns die Wurmsche Theorie ein bißchen von der Nähe an.

Genosse Wurm stellt die Frage, ob ein absoluter Rückgang der Arbeiterzahl mit den Gesetzen des Kapitalismus einschließlich seiner monopolistischen Periode in Einklang gebracht werden kann. (Daß Arbeiterzahl und variables Kapital zwei verschiedene Dinge sind, bemerkt er dabei gar nicht.) Nach dieser Fragestellung beginnt Genosse Wurm mit einer langen „theoretischen“ Geschichte, die also beginnt:

„Gehen wir bei der Betrachtung dieser Frage von den zwei entscheidenden Tendenzen aus, die mit dem Gesetz der Akkumulation zusammenhängen. Diese beiden Tendenzen in der kapitalistischen Wirtschaft und: 1. Anwendung der geringsten Quantität Arbeit, um dieselbe oder eine größere Menge von Waren zu erzeugen, zwecks Erlangung des gleichen oder eines größeren Mehrwertes. d) 2. Anwendung einer möglichst großen Anzahl von Arbeitskräften, weil mit der Masse der angewandten Arbeit auf gegebener Stufe der Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit die Masse des Mehrwertes wächst. Diese beiden Tendenzen wirken gegeneinander, durchkreuzen sich. Die erste Tendenz führt zur ständigen Freisetzung von Arbeitern, die zweite zieht die Arbeiter wieder in den Produktionsprozeß und ‚erweitert die Lohnsklaverei absolut. (Marx.)“ („KI“, Seite 405/406.)

Uff! Betrachten wir zunächst das unter 1. Gesagte. Sicher würden alle Kapitalisten dem Genossen Wurm mit Gold dafür bezahlen, wenn er ihnen nachweisen würde, wie man mit geringerer Quantität Arbeit einen größeren Mehrwert erlangen kann. Die Kapitalisten wären mit Freuden bereit, die geringste Quantität Arbeit anzuwenden, wenn sie dabei einen größeren Mehrwert erlangen könnten.

Wahrscheinlich will Genosse Wurm sagen, daß die Kapitalisten bestrebt sind, durch Steigerung der Produktivität der Arbeit das Produkt zu verbilligen, also die Produktionskosten herabzusetzen, um dadurch einen Extraprofit realisieren zu können. Diesen Extraprofit bekommt sie aber auf Kosten anderer Kapitalisten, er stammt aus dem in anderen Betrieben geschaffenen Mehrwert. Es ist dies das Bestreben des einzelnen Kapitalisten, das nur solange wirksam ist, als es das Bestreben einzelner bleibt. In dem Augenblick, wo die Steigerung der Produktivkraft allgemein wird, setzt sich der Fall der Profitrate durch.

Zu 2. Der Kapitalist hat gar nicht die Absicht, eine möglichst große Anzahl von Arbeitskräften zu beschäftigen, sondern er beabsichtigt das Gegenteil, wie die alltägliche Praxis hundertfach beweist. Das Bestreben der Kapitalisten oder die Tendenz der kapitalistischen Wirtschaft ist darauf gerichtet, ein immer größeres Kapital bei möglichst kleiner Anzahl von Arbeitskräften anzuwenden. Daher ja die relative Abnahme des variablen Kapitals, der tendenzielle Fall der Profitrate. Und nur dank dessen, daß die Akkumulation, d. h. eine ständige Vermehrung des Gesamtkapitals nicht möglich ist ohne Vermehrung des variablen Kapitals, nur dank dessen ist die Abnahme desselben bloß eine relative. Genosse Wurm will im Punkt 2 wahrscheinlich andeuten, daß der ungestörte Prozeß der Akkumulation des Kapitals ein ständiges Wachsen des Gesamtprofites bedingt, und daß dies nur möglich ist bei einem Wachsen des variablen Kapitals. Daraus ergibt sich dann der Widerspruch der einen Tendenz, die zur Freisetzung von Arbeitern, mit der anderen, die zur Vermehrung der Arbeiterzahl führt. Genosse Wurm quält uns nun zwei Seiten lang mit der Frage, welche der beiden Tendenzen denn die stärkere sei, um plötzlich nach vielen Gaukelstückchen als deus ex machina ein Marx-Zitat aus den Kulissen hervorspringen zu lassen: „Marx beantwortet diese Frage [688] in jeder Hinsicht eindeutig Wachstum des variablen Kapitals und daher der beschäftigten Arbeiterzahl." („KI", Seite 408.)

Warum hat er uns das nicht gleich gesagt, statt uns „herauf, herab und grad und krumm" an der Nase herumzuziehen? Wir fragen uns, was hat das alles mit den Strukturveränderungen des Kapitalismus zu tun? Nichts! Absolut nichts! Genosse Wurm hat uns lediglich gezeigt, daß sein ganzer theoretischer Kraftaufwand die Theorie zum vollen Bankrott führte. Es wäre wahrlich übel um unseren theoretischen Kampf bestellt, wenn wir nur solche wurmstichigen Resultate zutage fördern wollten.

Nach dem mißglückten Streifzug in theoretische Auen kehrt Genosse Wurm schleunigst auf das gewohnte Pflaster der Empirie zurück. An Hand seiner geliebten Methode sucht er das Problem „in jedem Lande einzeln" zu untersuchen. Hier entdeckt er in Deutschland folgende Ursache der strukturellen Arbeitslosigkeit: Rationalisierung und die Stagnation im Baugewerbe, die hervorgerufen ist durch Wohnungszwangswirtschaft Kapitalmangel, außerordentliche Höhe des Zinsfußes, wesentliche Verteuerung des Bodens und „andere Fakte" ... Von England meint er, die Ursachen der Arbeitslosigkeit nicht behandeln zu können, doch versichert er, sie „sind beinhaltet im Niedergang des englischen Kapitalismus überhaupt. Als wichtigste Fakten wären zu buchen: Verlust seiner Weltstellung, industrielle Entwicklung der Kolonien und Dominions während des Krieges; Verlust wichtiger Außenhandelspositionen" usw. usw. („KI", Seite 414.) Die Vereinigten Staaten von Nordamerika tut er mit ganzen 18 Zeilen ab. Ohne uns die Ursachen der Arbeitslosigkeit dort zu verraten, meint er, „auch hier dürfte die Rationalisierung eine bedeutende Rolle spielen". Ueber andere Länder mit Riesenarbeitslosigkeit wie Japan, Tschechoslowakei, Polen usw. schweigt er mit bekannter Bescheidenheit.

In seiner Rede in der Politischen Kommission des EKKI führte Genosse Wurm gegen den Genossen Varga ein ganz sicheres Geschütz ins Feld: Er erbringt den statistischen Nachweis, daß die Arbeiterzahl in den Vereinigten Staaten sich absolut vermehrt hat. Zur Theorie sagt uns Genosse Wurm hier absolut nichts Neues, sondern führt erneut – mit Marx-Zitaten, versteht sich! – den Nachweis, daß die Tendenz des Wachstums des variablen Kapitals sich als die stärkere erweist. Und wiederum schließt er mit der Versicherung. daß wir „eine Arbeitslosigkeit, die aus der Veränderung der Struktur der kapitalistischen Produktionsweise hervorgeht, ganz konkret in allen Ländern untersuchen" müssen.

Ich habe mich oben ausführlich mit dem Fehler des Genossen Varga beschäftigt. Ich erkenne jedoch ohne weiteres das Verdienst des Genossen Varga an, die Aufmerksamkeit auf diese Frage gelenkt zu haben. Genosse Wurm dagegen kann für sich keinerlei Verdienste in Anspruch nehmen. Indem er in

seinem Artikel lang und breit die von Marx aufgestellten allgemeinen Gesetze des Kapitalismus verzerrt, kommt er – trotz dem Lamentieren über die Arbeitslosigkeit infolge struktureller Veränderungen – zu dem Schluß, daß überhaupt kein theoretisches Problem bestehe. Er geht wieder hinter Varga zurück.

Varga begeht mit seiner Theorie einen schweren Fehler, der zu schlimmen opportunistischen Schlußfolgerungen führt. Wurms Theorie dagegen bedeutet den vollen theoretischen Bankrott, was viel schlimmer ist.

Der Großpapa der II. Internationale, Karl Kautsky, hat im Vorwort zur Volksausgabe des zweiten Bandes des „Kapital" die fabelhafte Entdeckung gemacht, daß in der Nachkriegszeit die Krisen „zum weitaus größten Teil ein Produkt der Politik der Regierungen sind". Genosse Wurm wandelt in Großpapas Fußtapfen. Er hat seinerseits entdeckt, daß die strukturelle Arbeitslosigkeit zum Teil auf die Wohnungszwangswirtschaft zurückzuführen ist. Hebt nur die Wohnungszwangswirtschaft auf, veranlaßt nur die Regierungen, eine bessere Politik zu betreiben, und ihr sollt sehen, wie schön ihr die sozialen Probleme der Gegenwart lösen werdet.

Wahrlich, eine Weggenossenschaft, deren ein Kommunist sich schämen sollte! (Schluß folgt.) [689]

*

## Die Aufgaben der Arbeit unter den Arbeiterinnen.

### Zu den Ergebnissen des Reichskongresses der werktätigen Frauen.

Von W. (Moskau).

Der vor kurzem abgehaltene Reichskongreß der werktätigen Frauen hat in den Massen der Arbeiterinnen Deutschlands schlummernden revolutionären Energien und die Möglichkeiten ihrer Nutzbarmachung aufgezeigt. Vergegenwärtigt man sich die erbitterten Ausführungen der Arbeiterinnen auf dem Kongreß gegen die kapitalistische Rationalisierung, ihre grenzenlose Begeisterung und Liebe für die Sowjetunion, so versteht man es wirklich nicht, daß die Partei die Arbeit unter den Massen der Proletarierinnen bisher so sehr vernachlässigen konnte, daß noch immer die Unterschätzung dieser Arbeit nicht endgültig überwunden ist. Schon die allerersten Schritte der Partei zur Gewinnung der Arbeiterinnen für den gemeinsamen Kampf, schon die erste Anwendung der besonderen, in der Sowjetunion vielfach bewährten Methoden haben einwandfrei die Richtigkeit des von der KPD eingeschlagenen Kurses „Das Gesicht der Arbeiterin zu!" und die positive Bedeutung der angewandten Taktik bestätigt.

Der Kongreß hat praktisch zur Aufrollung verschiedener Fragen der Arbeit unter den Frauen geführt und gleichzeitig die Möglichkeit einiger Schlußfolgerungen gegeben.

Vor allem muß man auf die Stimmung der Massen selbst eingehen. Der Kongreß hat das außerordentliche Interesse der Arbeiterinnen an den allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Problemen gezeigt, die vor der gesamten Arbeiterklasse stehen. Die bis zum höchsten Grade der Ausbeutung und Entrechtung der Arbeiterklasse gesteigerte kapitalistische Rationalisierung, die immer offenere Faschisierung der sozialdemokratischen Regierung, die Verhaftung der Streikleitung der Rohrleger, die Entlassung der ehrlichsten, standhaftesten Kämpfer für die Forderungen der Arbeiter als allgemeine Erscheinung im Leben der Betriebe, all diese mit dem Kampf des Proletariats verknüpften großen Fragen überschatteten ein wenig die besonderen rein weiblichen Interessen und Anforderungen. Irgendwie von selbst kam den politisch bei weitem noch nicht reifen Arbeiterinnen die Erkenntnis, daß im gegenwärtigen Moment des verschärften Klassenkampfes gegen die Kapitalisten, gegen die sozialfaschistische Regierung in ihrer Gesamtheit ihre besonderen Nöte und Bedürfnisse gleichsam zurücktreten müßten.

Diese rasche Erfassung, die rasche Orientierung, die eine organische Eigenschaft des Proletariats in der Zeit zugespitzten Klassenkampfes ist, trägt in die Bewegung der proletarischen Frauenmassen einen betont politischen Inhalt hinein, ist die Voraussetzung der schnell wachsenden Radikalisierung, der Revolutionierung. Die revolutionäre Stimmung der Arbeiterinnen verpflichtet aber die Kommunistische Partei, verpflichtet sie in erster Linie, Stellung zu nehmen zur Rolle der Arbeiterin in den

gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Kämpfen, zur Steigerung der Arbeit unter den Frauen auf das Niveau der allgemeinen Massenarbeit, zur organisatorischen Verankerung der erzielten Ergebnisse, zur Sicherung des Eroberten und zur systematischen Auffüllung der Reihen der Partei durch Arbeiterinnen.

Leider zeigen sowohl die unmittelbaren Vorbereitungen zum Reichskongreß als auch die Vorkonferenzen in den Bezirken, daß in unseren Parteiorganisationen hinsichtlich der Arbeit unter den Frauen noch immer negative Erscheinungen vorhanden sind, die auf die Unterschätzung dieser Arbeit und auch auf die noch bestehenden alten sozialdemokratischen Arbeitsgewohnheiten zurückzuführen sind. Man muß ehrlich feststellen, daß die Bolschewisierung der Arbeit unter den Frauen noch nicht in allen Bezirken mit dem erforderlichen Ernst durchgeführt ist. Die Linie des Zentralkomitees der KPD in dieser Frage hat sich noch nicht in allen Organisationen durchgesetzt, was sich auf die Entwicklung der Arbeit unter den Proletarierinnen hemmend [690] auswirken muß. Bisher beschränkte sich die Arbeit auf die Hausfrauen und war sich selbst überlassen, sie befand sich außerhalb der Parteiführung. Die Wendung in der Form, daß die Partei die Aufmerksamkeit von der Hausfrau auf die Arbeiterin im Betriebe konzentrierte, die systematische Führung durch die Partei tritt aber in der Arbeit unter den Frauen immer deutlicher hervor.

Die Zusammensetzung des Reichskongresses der werktätigen Frauen zeigt z. B., daß die Bezirksleitung Berlin-Brandenburg und ihre Frauenabteilung den richtigen Kurs eingeschlagen hatte, indem sie vor allem die Arbeiterin im Betriebe, und zwar die parteilose Arbeiterin erfaßte, in der Vertretung der Organisierten und Unorganisierten ein richtiges Verhältnis herstellte. So war Berlin auf dem Kongreß durch 290 Delegierte vertreten, darunter 227 Arbeiterinnen aus dem Betriebe, 44 Hausfrauen und 87 Kommunistinnen. Gewerkschaftlich organisiert waren 122 und unorganisiert 101. Diese Zahlen bedürfen keines Kommentars. Man hat Verständnis für die Arbeit und führt sie richtig durch. Vergleicht man jedoch die klare Linie der Berliner Parteileitung mit jener anderer Bezirke, so erkennt man sofort die Rückständigkeit der letzteren. Ein Bezirk hatte z. B. bei 7 Delegierten nur eine parteilose Arbeiterin gesandt, was ein Beweis der ungenügenden Arbeit unter den parteilosen Massen ist und auf der anderen Seite vom Bedürfnis der einfachen Parteimitglieder nach Beteiligung, wenn auch nur an einem Frauenkongreß, zeugt.

Das zweite Moment verdient insofern besondere Aufmerksamkeit, als es die ungenügende Arbeit der Parteiorganisationen unter den Parteimitgliedern aufdeckt und anscheinend von einer gewissen Isolierung der weiblichen Parteimitglieder von der allgemeinen Parteiarbeit spricht.

In der gegenwärtigen Periode ist die organisatorische Stärkung der Betriebszellen, die Heranziehung aller Mitglieder der Zelle zur Zellenarbeit, die politische Schulung jedes einzelnen Parteimitgliedes, die Schaffung tatsächlicher Parteikollektivs, die die Aufgaben und die Taktik der Partei erläutern, ebenso notwendig wie die Luft zum Atmen.

Bei entsprechender Arbeit verschwindet der Unterschied zwischen dem männlichen und weiblichen Parteimitglied. Arbeiter und Arbeiterinnen werden für den Funktionärkörper der Partei gleichwertig, sie leisten die gleiche verantwortliche Arbeit für die Partei. Sie erhalten die volle Möglichkeit, ihre Energie in den Dienst der Partei zu steilen. Bei einer solchen Organisierung der Arbeit verschwindet auch der letzte Schein einer Isolierung der Kommunistinnen von der allgemeinen Parteiarbeit.

Gleichzeitig muß die Arbeit unter den Frauen zu einem untrennbaren Bestandteil der Parteiarbeit gemacht werden. Der Arbeitsplan muß nicht nur von den Frauenabteilungen, sondern von den Organisationen in ihrer Gesamtheit beraten werden. Dabei muß berücksichtigt werden, daß in einigen Organisationen die Auffassung von Funktionären, eine von der Zellenarbeit getrennte Tätigkeit unter den Frauen erleichtere ihre Durchführung, den Bolschewisierungsprozeß der Arbeit unter den Frauen hemmt. Diese Auffassung bürgert sich in jenen Organisationen ein, wo man froh ist, wenn man sie nicht mit „Kleinigkeiten“, mit „Weibergeschichten“ belästigt.

Der Reichskongreß muß alle für die Parteiarbeit, für die Organisations-, Agitprop- und Gewerkschaftsarbeit verantwortlichen Genossen, die bisher die Arbeit unter den Frauen unterschätzten, nicht

nur zur Erkenntnis der Wichtigkeit dieser Arbeit, sondern vor allem zu praktischen Schlußfolgerungen über die Methoden und Formen der systematischen Tätigkeit unter den Arbeiterinnen in den Betrieben anregen. Die vom Kongreß begonnene Massenarbeit muß in breiter Front, in allen Bezirken Deutschlands, durchgeführt werden. Die Voraussetzung dafür ist, daß man immer wieder die für die Arbeit unter den Frauen bestimmten Funktionäre kontrolliert, ihre Reihen auffüllt, sie starker heranzieht. Es müssen Maßnahmen getroffen werden, damit in jeder Betriebszelle ein Genosse zur Organisierung der Arbeit unter den parteilosen Arbeiterinnen bestimmt wird. Der Organisator muß aus der Mitte der Kommunistinnen in der betreffenden Industrie gewählt werden. Sollte in einer Betriebszelle keine Kommunistin zur Verfügung stehen, so kann die Arbeit [691] einem Genossen übertragen werden. Er muß aber den betreffenden Betrieb beschäftigt sein, mit der Lage sind den Forderungen der Arbeiterinnen in seinem Betriebe vertraut sein, es verstehen, die Fragen konkret zu stellen, sie mit dem Alltagsleben, den Arbeitsbedingungen und sozialen Verhältnissen der Arbeiterin zu verknüpfen.

Die erste Aufgabe eines solchen Organisators besteht darin, die parteilosen revolutionären aktiven Arbeiterinnen heranzuziehen, sie für die Kommunistische Partei zu gewinnen, Gruppen von Organisatoren nach Betriebsabteilungen zu schaffen. Der Frage eines Apparates, vor allem eines u n t e r e n, unmittelbar in den Betrieben für die Arbeit unter den Frauen, muß entsprechende Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Der Kongreß hat breiteste Massen der parteilosen Arbeiterinnen aufgerüttelt. Es wäre ein sehr großer Fehler, wollte man sich damit begnügen, und, wenn auch nur vorübergehend, die weitere Entwicklung der Arbeit einstellen. Die Lage der Dinge erfordert im Gegenteil, daß man unermüdlich vorwärtsschreitet, das Tempo beschleunigt, die mit den Arbeiterinnen angeknüpften Verbindungen festigt, die Reihen der Partei durch revolutionär gesinnte Arbeiterinnen auffüllt.

In Verbindung damit muß der Bericht über den Verlauf des Reichskongresses sofort auf die Tagesordnung der Parteiorganisationen gestellt werden. Auf Grund des Berichtes müssen die Parteiorganisationen bestimmte Schlußfolgerungen ziehen und die weiteren Maßnahmen für die Arbeit unter den Frauen beschließen.

Das vom Kongreß angenommene Kampfprogramm muß den Massen nicht nur als ein in tausenden Exemplaren verbreitetes gedrucktes Material, sondern auch als eine besondere Frage bekannt werden, die auf zahlreichen Versammlungen der parteilosen Arbeiterinnen gründlich beraten wird.

Die politische und wirtschaftliche Lage ist für eine umfassende Parteiarbeit unter den Massen sehr günstig. Die Radikalisierung der Massen ist eine Begleiterscheinung der wachsenden kapitalistischen Rationalisierung. Die Argumente der Sozialdemokratie dürften schon sehr bald endgültig widerlegt werden. Die Unzufriedenheit der Arbeitermassen wird aber von den Nationalsozialisten ausgenutzt, die in den verschiedensten Schichten eine geschickte Propaganda treiben. Ihr Auftreten unter den Arbeitern ist außerordentlich raffiniert: sie sind angeblich für die Sowjetunion und gegen die Ausbeutung, vor allem aber für das „Gedeihen“ des deutschen Vaterlandes. Sie können beim deutschen Arbeiter, besonders bei der Arbeiterin, einen Widerhall finden und, wenn auch nur vorübergehend, die Führung von werktätigen Massen gewinnen, die sich über die politische Lage nicht vollständig klar sind.

Um so entschlossener, beharrlicher und aktiver muß die Kommunistische Partei sowohl den Sozialfaschisten als auch den Nationalsozialisten die Maske vom Gesicht reißen. Diese Arbeit bildet den entscheidenden Inhalt des politischen Kampfes um die werktätigen Massen in der gegenwärtigen Periode. Wir müssen es verstehen, durch unsere Propaganda möglichst große Massen der Werktätigen zu erfassen. In Verbindung damit steht vor uns in ihrer ganzen Größe die Frage der Erfassung der Arbeiterinnen. Der Kampf gegen die Feinde des Proletariats im Betriebe, die Vertreibung der Faschisten aus den Betrieben erfordert den engen Zusammenschluß, die größte Solidarität aller Arbeiter und Arbeiterinnen. Wir dürfen nicht eine so bedeutende Schicht der Arbeiterklasse wie die Arbeiterinnen vergessen. Dies ist um so unzulässiger, als sich die Arbeiterin an den Kundgebungen des Proletariats sowohl am 1. Mai als auch am 1. August aktiv beteiligt hat.

Die systematische Arbeit :unter den Frauen setzt voraus eine ständige Verbindung mit den Arbeiterinnen, die Schaffung eines Reservoirs, aus dem die Partei in erster Linie die Kräfte für die Durchführung der Arbeit schöpfen kann. Das vom Kongreß beschlossene System von Delegiertenversammlungen ist die geeignetste Form einer ständigen Verbindung der Partei mit den parteilosen Arbeiterinnen, wenn die Partei die Delegiertenversammlungen nicht sich selbst überläßt, vielmehr ihre ständige Führung übernimmt und ihren [692] Arbeiten den richtigen Inhalt durch Fragen gibt, die das politische Niveau dieser ersten aktiven Gruppen der Arbeiterinnen heben.

Die Partei muß in allen ihren Organen von oben bis unten die Mittel und Wege der Arbeit unter den Frauen überprüfen, den Kurs fest auf die Führung der Massen einstellen, die Arbeiterinnen in allen Fällen entschlossen zum proletarischen Kampf heranziehen, die Tore den Arbeiterinnen aus dem Betrieb zur Auffüllung der Reihen der Partei weit öffnen.

Von besonderer Bedeutung ist die Frage eines einheitlichen Inhalts der verschiedenen Kampagnen durch ihre Verknüpfung miteinander. Die Ausrede der Parteiorganisationen, daß es ihnen an Zeit gemangelt habe, sich auch mit dieser Frage zu beschäftigen, ist nicht stichhaltig. Die Organisation der werktätigen Frauenmassen muß so beschaffen sein, daß auch in diesen Massen alle die Partei berührenden Fragen ihren Niederschlag finden. Die aktuellen allgemeinen Probleme müssen auch zu Problemen der Arbeit unter den Frauen gemacht werden, ändern man die Aufmerksamkeit der Arbeiterinnen auf sie lenkt, den Kommunisten bei der Verwirklichung dieser Frage die Unterstützung auch der Arbeiterinnenmassen sichert.

Die bevorstehenden Kommunalwahlen und der kommende Kongreß der Gewerkschaftsopposition sind die zwei Fragen, die den Inhalt der nächsten Arbeit unter den Frauen bilden müssen. Wenn es den Parteiorganisationen gelingt, diese beiden Fragen mit jenen zu verknüpfen, die auf dem Reichskongreß der werktätigen Frauen in den Vordergrund gerückt wurden, so kann man überzeugt sein, daß sich die Arbeit auf der richtigen bolschewistischen Bahn vorwärtsbewegt.

*

Eine Zuschrift des Genossen G. Reimann „Zur Gasschutzdebatte“ als Antwort auf den Artikel des Genossen Steffen im Heft 18 können wir aus Raummangel erst im nächsten Heft veröffentlichen, wobei wir gleichzeitig diese Diskussion durch eine Stellungnahme der Redaktion abschließen werden.

[693]

**Die Internationale**
**Jahrgang 12 * Berlin, den 15. November 1929 * Heft 22**

## Zum Reichskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Von Erich Auer

Die Einberufung des Kongresses der revolutionären Gewerkschaftsopposition (30. November bis 1. Dezember) ist mit einem Wutgeheul aller Gegner des revolutionären Klassenkampfes beantwortet worden. Von vornherein ist die Durchführung des Kongresses eine Kampffrage von größter Bedeutung für die revolutionäre Arbeiterschaft, da es um das Recht der freien Meinungsäußerung, um das Koalitionsrecht und die Arbeiterdemokratie in den Verbänden geht, die von Trustkapital und sozialfaschistischer Bürokratie beseitigt werden. Daß die reformistische Bürokratie alle Mittel anwenden würde, um die Einberufung des Kongresses zu verhindern oder seine Durchführung zu erschweren, war von Anfang an klar. Die von dieser Seite gegen den Kongreß angeführten Argumente sind nicht neu und werden nicht stichhaltiger oder glaubwürdiger durch noch häufigere Wiederholung. In allen reformistischen Zeitungen, vor allem in den offiziellen Verbandsorganen ist zu lesen, daß dieser Kongreß ein Spaltungskongreß, daß eine Teilnahme an ihm nicht mit der Zugehörigkeit zu einer freigewerkschaftlichen Organisation zu vereinbaren sei. So und ähnlich lauten die verlogenen Argumente der sozialfaschistischen Bürokraten gegen die revolutionäre Opposition und ihren Kongreß.

Es ist heute keine Frage für die Arbeiterklasse, wer die Spalier der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften sind und worin die Spaltung begründet ist. Wie die Gewerkschaften von den reformistischen Führern der Amsterdamer Internationale gespalten werden, dafür wurde jetzt in Finnland ein klassisches Beispiel geliefert. Dort liegt die Leitung des Gewerkschaftsbundes bekanntlich in den Händen der Linken. Die reformistischen Führer gingen jetzt im Auftrage von Amsterdam dazu über, am 30. September eine eigene Gewerkschaftskonferenz einzuberufen, der folgende Aufgabe gestellt wurde:

„Wenn die Konferenz beschließt, keinen neuen Gewerkschaftsbund zu gründen, so bedeutet das durchaus nicht, daß unsere Arbeit aufhören soll, im Gegenteil, sie muß vielmehr gesteigert werden. Es ist sehr wahrscheinlich, daß einige nichtkommunistisch geführte Verbände es für notwendig erachten, den Gewerkschaftsbund zu verlassen. Dem steht auch nichts im Wege, denn die Verbände haben ja bei einem Austritt nichts zu verlieren, sie können wieder eintreten, sobald die Umstände dies gestatten."

(Aus dem sozialdemokratischen Organ „Arbetarebladet" in Helsingfors.)

[694] Es wurde demgemäß beschlossen, „die Beziehungen zum Gewerkschaftsbund, in welchem die Kommunisten die ganze Macht an sich gerissen haben, abzubrechen".

Diese Beweise zeigen, wo die Spalter zu finden sind. Nimmt man die zahlreichen Ausschlüsse, Auflösung von Ortsverwaltungen, Abspaltung der Rohrleger und der Dreher hinzu, dann hat man ein Bild von der Praxis der sozialfaschistischen Spalter, die mit derartigen Mitteln ihren Machtapparat verteidigen. Die Spalter sind die sozialfaschistischen Führer, die übergelaufen sind zur Bourgeoisie, deren Interessen im Gegensatz stehen zur Masse des Proletariats, die an der Seite der Bourgeoisie kämpfen gegen die Mehrheit der Arbeiterklasse und sich an der Spitze der Gewerkschaften halten durch brutale Diktatur und durch Ausnutzung ihres gutbezahlten Beamtenapparates. Das erleben Tausende von Arbeitern in den Zahlstellen, Verbänden und Betrieben. Es ist notwendig, auch dem letzten Arbeiter diese Tatsachen bekannt zu machen.

Hinter der reformistischen Verbandsbürokratie, die den Kongreß wütend bekämpft, steht die ganze Klassenfront des Trustkapitals gegen den Kongreß. Gegenüber der Lüge der reformistischen Führer, daß der Kongreß der revolutionären Opposition den Interessen des Unternehmertums diene, steht die Tatsache fest, daß bereits eine Anzahl von Unternehmern den gewählten Delegierten die Entlassung angedroht haben, natürlich mit Unterstützung und Einwilligung der reformistischen Funktionäre im Betrieb. Ganz offen fordern die Unternehmerorganisationen und die mit ihnen verbundenen gelben und christlichen Gewerkschaften die reformistische Gewerkschaftsbürokratie auf, die Bestrebungen der Opposition mit allen Mitteln zu unterbinden, weil sie wissen, daß sich der Kampf der Opposition nicht nur gegen die sozialfaschistischen Helfer des

Trustkapitals richtet, sondern gegen das System der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft überhaupt. So schreibt die Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften „Der Deutsche“ in seiner Stellungnahme zum Kongreß am 19. Oktober:

„Es ist den Kommunisten diesmal verflucht ernst mit ihrem Kampf um die Festigung und Stärkung ihres Einflusses innerhalb und außerhalb der freien Gewerkschaften. Zuerst soll mit Hilfe der Millionen von Unorganisierten der reformistische Gewerkschaftsstab in den Betrieben gestäupt werden, dann soll die Säuberung auch innerhalb der freien Gewerkschaften erfolgen, um dann den entscheidenden Schlag auch gegen den demokratischen Staat zu führen, der das letzte Bollwerk darstellt gegen den Bolschewismus. Die reformistischen Gewerkschaftsführer werden ihren ganzen Einfluß geltend machen müssen, um eine solche, auch staatsgefährliche Entwicklung hintanzuhalten.“

Gegen die staatsgefährliche Entwicklung der Opposition bildet sich die Einheitsfront der sozialfaschistischen Führer mit den Christen und dem Trustkapital.

Von den rechten Renegaten und den schwankenden Genossen innerhalb der Reihen der Opposition wird die Behauptung aufgestellt, der Kongreß der revolutionären Opposition bedeute eine Schwächung unserer Positionen unter den organisierten Arbeitermassen. Das ist völlig falsch. Gewiß wird sich bei der Durchführung des Kongresses, der ein Kampfkongreß für die revolutionäre Strategie sind Taktik der Opposition ist, zeigen, mit welchen Positionen wir wirklich in einem [695] Kampf rechnen können. Denn nur solche Positionen können wir zählen, die im Kampfe errungen und gegen den Ansturm der Feinde gehalten werden können. Die Vorbereitung und Durchführung des Kongresses erfordert und ermöglicht die Gewinnung sind die Ueberzeugung neuer Arbeiterschichten für den einzig möglichen Weg des Kampfes, den die revolutionäre Opposition aufzeigt.

*

Die Notwendigkeit der Einberufung des Kongresses der revolutionären Opposition ist gegeben durch das brutale Unternehmerprogramm, das die Industriellen in Düsseldorf aufstellten, und das die sozialfaschistische Entwicklung der reformistischen Bürokratie und ihre Unterstützung in Rechnung stellt. Die Politik des Trustkapitals wird bestimmt durch den Willen, den Young-Plan anzunehmen und seine Durchführung auf Kosten der Arbeiterklasse zu organisieren. Nüchtern und brutal brachte der Bankdirektor Dr. Kehl von der Deutschen Bank zum Ausdruck. daß die deutschen Arbeiter nicht nur die Profite für das deutsche Kapital erarbeiten, sondern zu Kulis des Weltkapitals gemacht werden sollen. Nichts anderes kann es bedeuten, wenn dieser Finanzkapitän ausführte:

„Es wird nicht nur unsere Aufgabe sein, sondern es wird zwangsläufig dazu kommen – für diesen Umlagerungsprozeß die Voraussetzungen zu schaffen. Das will besagen, daß es damit zu einem allgemeinen ökonomischen Interesse wird, die Rentabilität der Unternehmungen zu steigern. so zu steigern, daß sie, mit internationalem Maßstab gemessen, einen Anreiz für den ausländischen Kapitalisten und Industriellen bieten.“

Die Durchführung dieser Versklavung der deutschen Arbeiterklasse erfordert die offene und brutale Herrschaft des Trustkapitals und seiner faschistischen Söldlinge. Aus diesem Grunde trat die faschistische Ideologie bei den Unternehmern in Düsseldorf stärker als jemals vorher zutage. Denn nichts anderes bedeutet es, wenn Dr. August Webers, ein Mitglied der Demokratischen Partei, in seinem Referat „Unternehmertum und Kapitalismus“ ausführte:

„Solange man in der Geschichte zurückblicken kann, vermag man festzustellen, daß die Schicksale der Völker von großen Persönlichkeiten geformt sind.“

Der gleiche Referent verlangte ferner „eine andere Sprache gegenüber dem Unternehmertum“. Dr. Kalle, von der I. G. Farben, erklärte, „unsinnig“ sei der konstruierte Gegensatz von Kapital und Arbeit; der Unternehmer sei gewissermaßen der Vorarbeiter seiner Arbeitnehmer. Diese Gedanken sind charakteristisch für die Bestrebungen des Trustkapitals, in der jetzigen Periode als politische Form seiner Herrschaft das faschistische Herrschaftssystem anzuwenden.

Das gegenwärtige Regierungssystem unter Leitung der sozialfaschistischen Minister ist die beste Grundlage für diese reaktionäre, faschistische Entwicklung. Deshalb fiel es den Industriellen nicht

schwer, in Düsseldorf ein Bekenntnis dafür abzulegen. Die reformistischen Minister, Polizeipräsidenten und auch die Gewerkschaftsbeamten sind die besten Wegbereiter und Büttel bei der Durchführung des Unternehmerprogramms.

[696] Was bedeutet es, wenn bei steigenden Preisen langfristige Tarife auf ein bis zwei Jahre von der sozialfaschistischen Bürokratie abgeschlossen werden und der Arbeiterschaft mit dem Hinweis auf die Einhaltung der abgeschlossenen Tarife, auf die Tariftreue verboten wird, Kämpfe zu führen, und wenn, sobald trotzdem außertarifliche Kämpfe ausbrechen, diese für „wild“ erklärt und mit allen Mitteln des schändlichsten Streikbruchs niedergeschlagen werden? Das ist direkte Unterstützung des Unternehmerprogramms das sind Aktionen des Sozialfaschismus gegen die Arbeiterschaft.

In wessen Interesse liegt die weitere Förderung der Rationalisierung und Konzentrierung der kapitalistischen Wirtschaft durch die reformistischen Gewerkschaftsbeamten die für stärkere Intensivierung der Arbeit sich einsetzen, aber keinen Kampf führen für den Siebenstundentag, für die Erhöhung der Löhne? Das heißt, dem Kapitalismus helfen, weitere Riesenprofite aus der Arbeiterschaft herauszuschinden das heißt, die Rentabilität der deutschen Wirtschaft und damit die Ausbeutung auf das Höchstmaß im internationalen Maßstab zu steigern.

Wenn man als weiteres Kernstück sozialfaschistischer Politik die Mithilfe beim Abbau der Sozialfürsorge betrachtet, wie sie zum Ausdruck kam bei der „Reform“ der Arbeitslosenversicherung, bei der rund 100 Millionen an den Arbeitslosen gespart wurden, wodurch ebenfalls die Lebenshaltung des Proletariats gesenkt wurde, so ist völlig klar, daß alle sozialen Phrasen dieser Führer, die das notwendige Beiwerk ihrer faschistischen Handlungen sind, nicht darüber hinwegtäuschen können, daß sie den Weg bereiten für die Durchführung des Programms des Trustkapitals.

Diese Politik des Sozialfaschismus für die Interessen des Trustkapitals muß sich auswirken im schärfsten Terror gegen die revolutionäre Arbeiterschaft. Die letzten Ausschlüsse revolutionärer Arbeiter aus den Gewerkschaften zeigen, in welchem Maße der Sozialfaschismus von der deutschen Gewerkschaftsbürokratie entwickelt wird. In der Baugewerkschaft Aschersleben wurden jetzt vier führende Genossen ausgeschlossen, weil sie in einer Sitzung des Ortsausschusses nach dem 1. Mai gegen die Arbeitermorde in den Straßen Berlins protestierten. Also, wer heute gegen die Erschießung von Arbeitern durch wildgewordene Polizeibestien protestiert, wird aus den sogenannten freien Gewerkschaften ausgeschlossen. Noch krasser liegt der Fall des Genossen Hirsch in Schweidnitz (Schlesien). Gegen den Genossen wurde ein Ausschlußverfahren eingeleitet, weil er eine Streikaktion der Arbeiterschaft gegen einen nationalsozialistischen Ueberfall, bei welchem 50 Arbeiter verletzt wurden, führte. Weil er als DMV-Sekretär diesen Kampf gegen die Nationalsozialisten unterstützte, wurde er für ausschlußreif befunden. Hier zeigt sich, in welcher Weise Sozial- und Nationalfaschismus gegen die Arbeiterschaft zusammenarbeiten.

Trotz dieses sozialfaschistischen Terrors gegen die revolutionäre Arbeiterschaft kann nicht verhindert werden, daß die Arbeiterklasse zum Gegenstoß gegen die dauernde Verschlechterung ihrer Lebenslage ansetzt, daß von breiten Schichten der Arbeiter erkannt wird, daß nur sie imstande sind, die Sklavenketten des Young-Plans zu zerreißen und den Angriff des Trustkapitals zurückzuschlagen. Ueberall flammen in letzter Zeit Teilkämpfe und [697] Vorpostengefechte der kampfbereiten Arbeitermassen auf. Ausgehend von Teilkämpfen, wird die gesamte Klassenfront des revolutionären Proletariats gegen das Trustkapital und seine sozialfaschistischen Helfer aufgerollt Bei diesen Teilkämpfen wurde von der Masse trotz der Hetze des Reformismus und Einsetzung seines ganzen Apparats eine große Solidarität bekundet. Es gelang jedoch noch nicht, die Teilkämpfe zu Massenkämpfen vorwärtszutreiben, obwohl die objektiven Voraussetzungen für den Kampf der Arbeitermassen gegeben sind und sich mehr und mehr entwickeln.

*

Es wird die Aufgabe des Kongresses der revolutionären Opposition sein, den subjektiven Faktor für den Kampf stärker zu entwickeln. Dazu ist es notwendig, den revolutionären Vortrupp fester zu

formieren, die leninistische Strategie besser in den Reihen der Opposition zu propagieren durch energische zielbewußte Arbeit der revolutionären Kaders den Kampfwillen der Massen zum aktiven Kampf zu steigern.

Aus den stattgefundenen Kämpfen gilt es die Lehren zu ziehen. Die Erfahrungen der Kämpfe der Vorposten der proletarischen Front sind von ausschlaggebender Bedeutung für die Kampfstrategie des proletarischen Massenheeres. Als besonderes Merkmal dieser Kämpfe muß hervorgehoben werden die außerordentliche Aktivität der Arbeiterinnen, Arbeiterfrauen und Jungarbeiter. Daraus gilt es wichtige Schlüsse für die Arbeit der revolutionären Opposition zu ziehen.

Es gilt ferner, die Gewerkschaftswahlen und Betriebsrätewahlen auf der breitesten Basis vorzubereiten. Die Tatsache, daß oft Fälle im täglichen revolutionären Kampf festzustellen sind, wo parteilose sympathisierende Arbeiter aktiver sind als Mitglieder der Partei und der revolutionären Opposition, muß berücksichtigt werden. Auf der Grundlage des Programms der revolutionären Opposition, das durch die Beschlüsse des Weddinger Parteitages und 4. RGI-Kongresses festgelegt ist, müssen auf breitester Basis durch Heranziehung der Betriebsbelegschaften und der erwerbslosen Massen die \Vahlen innerhalb der Gewerkschaften und für die Betriebsräte vorbereitet und durchgeführt werden.

Der Kongreß muß die unmittelbaren Kampfziele und Kampfforderungen der Arbeiterklasse und die Kampfmittel für deren Erreichung umreißen und der Arbeiterschaft verständlich machen. Die Organisierung der proletarischen Kampffront wird sich vollziehen gegen den Young-Plan und die Offensive des Frustkapitals mitsamt seiner sozialfaschistischen Knechte. Zur Zerreißung der Sklavenketten des deutschen und internationalen Kapitals durch das Proletariat als einzige Kraft, die dazu imstande ist, wird die revolutionäre Opposition alle ihre Kräfte mobilisieren und fester organisiert, entschlossener und kühner die revolutionäre Politik und Strategie der Roten Gewerkschaftsinternationale und der Komintern durchführen. [698]

*

## Das Wesen des Fünfjahrplans

Von L. F. Winow

(Schluß*).)

### Einige Bemerkungen über den Charakter der wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der Sowjetunion

Die Feststellung, daß das Hauptziel der Planwirtschaftspolitik der Sowjetmacht nicht in der Herstellung eines unmittelbaren ökonomischen Gleichgewichts sondern in einer revolutionären Umwälzung der ganzen Wirtschaft besteht, wird durch den Fünfjahrplan der Landwirtschaft noch mehr bestätigt als durch die Industrialisierungspolitik. Wohl spielt die Frage des Gleichgewichts auch eine gewisse und nicht geringe Rolle, aber die Erreichung eines wirtschaftlichen Gleichgewichts muß sozusagen das Nebenprodukt oder, richtiger, ein Teilprodukt der revolutionären Wirtschaftsumwälzung sein. Die Entwicklung der Sozialistischen Wirtschaft wie wir sie in der Sowjetunion in etwa 15 bis 20 Jahren haben werden, wird sich auf ein Gleichgewicht der einzelnen Wirtschaftselemente stützen können, wie es noch kein anderes Wirtschaftssystem auch nur vorübergehend erlebt hat. Der Weg jedoch, der zu diesem sozialistischen Gleichgewicht führt, erfordert oft bewußtes Eingehen auf Schwierigkeiten, ja auf manche große wirtschaftliche Opfer.

Sowohl die Industrialisierungspolitik als auch die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft erfordern ihre Opfer, wie jeder Klassenkampf seine Opfer verlangt, – und die Industrialisierungspolitik und die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft sind eben die Kampfformen des proletarischen Klassenkampfes in der Sowjetunion, – erstere vornehmlich gegen den ausländischen Imperialismus, letztere vornehmlich gegen die inländischen kapitalistischen Elemente gerichtet. Die wirtschaftlichen Opfer, die die Werktätigen der Sowjetunion auf beiden Gebieten bringen müssen, sind vor allem der industrielle Warenhunger und die Getreideschwierigkeiten.

*) Siehe Heft 21.

Nicht nur die offenen Feinde versuchten diese notwendigen Unkosten der sozialistischen Wirtschaftsrevolution als eine Krise der Planwirtschaft hinzustellen sondern auch innerhalb der Kommunistischen Partei ist das Verhalten gegenüber diesen Schwierigkeiten zum Prüfstein der bolschewistischen Prinzipienfestigkeit geworden. War der Warenhunger der unmittelbare Anlaß zur Attacke der Trotzkisten auf die bolschewistische Parteilinie, so förderten die Getreideschwierigkeiten die dem Bolschewismus fremden Elemente in der Ideologie der Frumkinisten und Bucharinisten an den Tag.

In Wirklichkeit ist der Warenhunger nur eine natürliche Folge der Industrialisierungspolitik. Um die Widerstandskraft der Sowjetunion gegen das kapitalistische Ausland, ihre Entwicklungsfähigkeit auch in einer vollständigen ökonomischen Isolierung zu ermöglichen, mußte der Hauptteil des verfügbaren Kapitals des Landes der Produktionsmittelindustrie zugewendet werden. Das bedeutete erstens, daß die Produktion der Verbrauchsartikel nur langsamer als notwendig entwickelt werden konnte, und zweitens, daß große, in der Schwerindustrie angelegte Kapitalien erst mehrere Jahre nach ihrer Verwendung ihre Früchte bringen können.

[699] Der Warenhunger hätte wohl vermieden werden können, a) durch Verzicht auf die Industrialisierungspolitik, d. h. durch Vergrößerung der Abhängigkeit vom kapitalistischen Ausland; b) durch Verzicht auf das Außenhandelsmonopol, d. h. ebenfalls Vergrößerung der Abhängigkeit vom Kapitalismus; c) durch Verstärkung der Einfuhr von Verbrauchsartikeln auf Kosten der Maschineneinfuhr, oder d) durch eine grausame Besteuerung der Bauernschaft, d. h. Auflösung des Bündnisses zwischen Proletariat und Bauernschaft, somit die Erschütterung der wichtigsten politischen Grundlage der proletarischen Diktatur.

Das sind aber Bedingungen, die eine bolschewistische Partei, die den Sozialismus in möglichst kurzer Frist aufbauen will, nicht annehmen konnte. Ihre Annahme hätte bedeutet, daß wir heute in der Sowjetunion nicht einen Fünfjahrplan, sondern bestenfalls einen Dawes- oder Young-Plan hätten. Und doch liefen die Vorschläge aus dem trotzkistischen Lager[*)] hinaus: auf eine Abschwächung des Außenhandelsmonopols (Sokolnikow u. a.); Verstärkung der Einfuhr von Verbrauchsartikeln auf Kosten der Maschineneinfuhr (Preobraschenski, Pjatakow, Smilga, Smirnow); grausame Besteuerung der Bauernschaft und Auspressung von „zwei Milliarden“ aus den nichtsozialistischen Wirtschaftselementen, d. h. aus den Mittelbauern (Trotzki, Sinowjew, Kamenew u. a.), – alles Vorschläge, die entweder eine Industrialisierungspolitik unmöglich machen oder den Bestand der proletarischen Diktatur gefährden.

Wenn man den Trotzkismus als Anhänger der „Ueberindustrialisierung“[**)] bezeichnet, so darf das nicht zu Mißverständnissen führen. Sie verlangten in Worten wohl eine „rücksichtslose Industrialisierung“ ohne Rücksicht auf die internationalen und inneren Klassenverhältnisse, vor allem ohne Rücksicht auf das Bündnis mit der Bauernschaft. Ihre konkreten Vorschläge liefen aber gerade darauf hinaus, jede Industrialisierungspolitik unmöglich zu machen. Wir müssen uns hier auf diese Feststellung beschränken und die ausführliche Widerlegung des bornierten Standpunktes, daß die Industrialisierungspolitik des Fünfjahrplans „von den Trotzkisten übernommen wurde“, bei einer anderen Gelegenheit vornehmen.

Der Warenhunger muß und wird überwunden werden, aber nicht auf Kosten, sondern gerade d u r c h d i e b o l s c h e w i s t i s c h e Industrialisierungspolitik. Die Ueberwindung des industriellen Warenhungers geht auf zwei parallelen Hauptwegen vor sich:

Der unmittelbare Weg besteht darin, daß auf der Basis der bisherigen Erfolge und der weiteren Entfaltung der Schwerindustrie auch eine starke Entwicklung der leichten, Verbrauchsartikel erzeugenden Industrie vor sich geht. Die vom Fünfjahrplan vorgesehene gewaltige Steigerung der Lebenshaltung der werktätigen Bevölkerung wird auch in einer wesentlichen Erhöhung des Verbrauchs von

[*)] Ein Teil der erwähnten Genossen hat bereits seinen Fehler eingesehen und sich der Politik der bolschewistischen Parteiführung angeschlossen.

[**)] Im übrigen ist die Frage der „Ueberindustrialisierung“ erst in einer späteren Periode des Trotzkismus aufgetaucht. Das ursprüngliche wirtschaftspolitische Gesicht des Trotzkismus war nicht „ultralinks“ verbrämt, sondern o f f e n opportunistisch.

industriellen Verbrauchsartikeln zum Ausdruck kommen. Die wichtigsten Daten dieser Entwicklung gehen aus folgender Tabelle hervor: [700]

Durchschnittlicher Jahresverbrauch je einer Person:

| | 1927/28 | 1932/33 | Einheit |
|---|---|---|---|
| Baumwollstoffe | 15,2 | 21,3 | Meter |
| Wollstoffe | 0,48 | 1,17 | Meter |
| Schuhe und Galoschen | 0,62 | 1,13 | Paar |
| Zucker | 7,7 | 13,9 | Kilogramm |
| Seife | 0,94 | 2,60 | Kilogramm |

Der andere, parallele Weg ist nicht, wie manche Trotzkisten verlangten, die Herabsetzung der bäuerlichen Kaufkraft durch übermäßige Besteuerung, sondern die Umleitung eines Teiles dieser Kaufkraft – teilweise in kollektivisierter Form – von den Verbrauchsartikeln auf Produktionsmittel, vor allem auf landwirtschaftliche Maschinen. Somit enthält die bolschewistische Art der Ueberwindung des industriellen Warenhungers zugleich bereits ein Element der Ueberwindung der Getreideschwierigkeiten in sich.

## Die Getreideschwierigkeiten und der Fünfjahrplan der Landwirtschaft

Ist der „Warenhunger“ die vorübergehende Begleiterscheinung der Industrialisierungspolitik als einer Klassenkampfmaßnahme gegen das Auslandskapital (eine „Industrialisierungspolitik“ im Einvernehmen mit dem Auslandskapital, d. h. Entwicklung der leichten Industrie bei wachsender Abhängigkeit von der ausländischen Schwerindustrie hätte nicht zum Warenhunger geführt, dafür aber zur Dawesierung), so stellen die Getreideschwierigkeiten eine vorübergehende Begleiterscheinung der Vergesellschaftung der Landwirtschaft, der Klassenkampfmaßnahmen gegen den Kulak dar. Und ebenso, wie die Panik vor dem Warenhunger der Kristallisierungspunkt des Trotzkismus gewesen ist, löste die Panik vor den Getreideschwierigkeiten den Frumkinismus und Bucharinismus, d. h. den offenen rechten Opportunismus aus. Durch Verzicht auf den Klassenkampf gegen den Kulak, durch Verzicht auf die baldige Verwirklichung des Sozialismus, durch Förderung der privatwirtschaftlichen Elemente in der Landwirtschaft hätten die Getreideschwierigkeiten vielleicht um ein oder zwei Jahre hinausgeschoben werden können, dann aber hätte das Proletariat einem wirtschaftlich und politisch verstärkten Kulakentum gegenübergestanden, das durch immer neue Forderungen und immer neue Drohungen die Vergesellschaftung der Landwirtschaft, ja sogar die Durchführung unserer sozialistischen Maßnahmen in den Städten immer mehr erschwert hätte. Allerdings besteht die Ursache der Getreideschwierigkeiten nicht allein in der Sabotage der Kulaken, sondern vor allem auch in der objektiven Lage: in der maßlosen Zersplitterung der Landwirtschaft der Sowjetunion in 27 Millionen Kleinwirtschaften. Einen sicheren Ausweg aus den Schwierigkeiten kann nur ein Kurs auf den landwirtschaftlichen Großbetrieb bringen. Hier aber entsteht die Schicksalsfrage für das Proletariat: kapitalistischer oder sozialistischer Großbetrieb? Die Politik Frumkins und Bucharins, die Politik ständiger Konzessionen an die wohlhabenden Elemente des Dorfes, die Politik des Verzichts auf die „forcierte“ Vergesellschaftung hätte objektiv zur Entwicklung einer kulakischen, d. h. kapitalistischen Landwirtschaft geführt, und die Perspektive Bucharins, daß diese [701] kulakische, d. h. kapitalistische Landwirtschaft friedlich in den Sozialismus hineinwächst, ist ein ebenso phantastischer, unernster Gedanke, wie die trotzkistische „Ueberindustrialisierung“ bei Lockerung des Außenhandelsmonopols, bei verstärkter Konsumeinfuhr usw.

Der Fünfjahrplan schlägt nicht den opportunistischen, sondern den revolutionären, klassenkämpferischen Weg zur Ueberwindung der Schwierigkeiten ein. Und dieser Weg besteht in der unlösbaren Verbindung der technischen Hebung und der mengenmäßigen Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion mit ihrer Vergesellschaftung. Worin besteht heute die Macht des Kulak? Darin, daß er zusammen mit der reichsten Schicht der Mittelbauern 40 Prozent der Getreidemarktproduktion in den Händen hält. Dadurch kann er einen empfindlichen Druck auf die gesamte Ernährungswirtschaft des Landes ausüben. Soll diese Macht um einer – dabei sehr zweifelhaften – momentanen Erleichterung willen noch mehr verstärkt werden, worauf doch eigentlich der Vorschlag Bucharins und seiner Anhänger hinausläuft?

Die Hauptbedeutung des Fünfjahrplanes der Landwirtschaft besteht eben darin, daß er dieser wirtschaftlichen Macht des Kulak einen entscheidenden Schlag zufügt, und zwar dadurch, daß die vergesellschafteten Elemente der Landwirtschaft, die Kollektivwirtschaften und die Sowjetgüter, von einem vor dem Fünfjahrplan noch ganz verschwindend kleinen zu dem entscheidenden Faktor der landwirtschaftlichen Warenproduktion entwickelt werden. Die nachstehenden Tabellen sollen diese Entwicklung veranschaulichen:

**Das Wachstum der Landwirtschaft nach sozialen Kategorien**[*)]

a) absolute Zahl, b) in Prozent zur Gesamtzahl

| | 1927-28 | | 1932-33 | | 1933-34 | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| *Landwirtschaftliche Bevölkerung in Millionen Personen* | a) | b) | a) | b) | a) | b) |
| Einzelwirtschaften | 122,0 | 98,9 | 121,0 | 89,6 | 117,4 | 85,5 |
| Kollektivwirtschaften | 1,09 | 0,9 | 12,9 | 9,5 | 18,6 | 13,6 |
| Sowjetgüter | 0,30 | 0,2 | 1,1 | 0,9 | 1,3 | 0,9 |
| Zusammen | 123,39 | 100,0 | 135,0 | 100,0 | 137,3 | 100,0 |
| *Gesamtsaatfläche in Millionen Hektar* | | | | | | |
| Einzelwirtschaften | 113,3 | 98,0 | 122,3 | 86,7 | 120,5 | 82,5 |
| Kollektivwirtschaften | 1,1 | 0,9 | 14,5 | 10,2 | 20,6 | 14,1 |
| Sowjetgüter | 1,2 | 1,1 | 4,4 | 3,1 | 5,0 | 34 |
| Zusammen | 115,6 | 100,0 | 141,2 | 100,0 | 146,1 | 100,0 |
| *Saatfläche für Getreide in Millionen Hektar* | | | | | | |
| Einzelwirtschaften | 95,6 | 98,0 | 97,3 | 87,7 | 94,2 | 83,3 |
| Kollektivwirtschaften | 0,86 | 0,9 | 10,6 | 9,2 | 15,0 | 13,3 |
| Sowjetgüter | 0,95 | 1,1 | 3,4 | 3,1 | 3,8 | 3,4 |
| Zusammen | 97,4 | 100,0 | 111,3 | 100,0 | 113,0 | 100,0 |

[702]

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| *Bruttoproduktion der Landwirtschaft in Millionen Rubeln* (nach Preisen von 1927) | | | | | | |
| Einzelwirtschaften | 13.722 | 98,0 | 18.459 | 85,4 | 19.298 | 80,7 |
| Kollektivwirtschaften | 88 | 0,6 | 2480 | 11,4 | 3800 | 15,9 |
| Sowjetgüter | 170 | 1,4 | 690 | 3,2 | 820 | 3,4 |
| Zusammen | 13.980 | 100,0 | 21.629 | 100,0 | 23.918 | 100,9 |
| *Getreideproduktion in Millionen dz* | | | | | | |
| Einzelwirtschaften | 727,3 | 97,9 | 895,8 | 84,7 | 919,2 | 78,9 |
| Kollektivwirtschaften | 7,2 | 1,0 | 119,5 | 11,3 | 190, | 6,9 |
| Sowjetgüter | 8,7 | 1,1 | 42,5 | 4,0 | 54,3 | 4,7 |
| Zusammen | 743,2 | 100,0 | 1057,8 | 100,0 | 1164,0 | 100,9 |
| *Ernteertrag in dz pro Hektar* | | | | | | |
| Einzelwirtschaften | 7,61 | – | 9, | 9,76 | – | 7,61 |
| Kollektivwirtschaften | 8,37 | – | 11,28 | 12,70 | – | 8,37 |
| Sowjetgüter | 9,15 | – | 12,50 | – | 14,30 | – |

Schon die obige Tabelle, die sich auf die gesamte Saatfläche, bzw. auf die gesamte Produktion bezieht, zeigt eine wesentliche Verschiebung der sozialen Produktionsverhältnisse in der Sowjetlandwirtschaft Für die Machtverhältnisse der einzelnen Klassen und sozialen Gruppierungen ist aber nicht so sehr die Bruttoproduktion, als vielmehr die Warenproduktion (also die Produktion nach Abzug des Eigenverbrauchs) maßgebend. Und in dieser Beziehung sieht der Fünfjahrplan – wie die nachfolgende Tabelle zeigt – eine noch gewaltigere Verschiebung zugunsten der vergesellschafteten Formen vor.

[*)] M. Wolf: „Wege der Rekonstruktion der Landwirtschaft im Fünfjahrplan“, Verlag „Planwirtschaft“, Moskau.

**Entwicklung der Warenproduktion der Landwirtschaft auf Grund des Fünfjahrplans**

a) absolute Zahl, b) in Prozent zur Gesamtzahl

| *Gesamte Warenproduktion der Landwirtschaft* | 1927-28 | | 1932-33 | |
|---|---|---|---|---|
| (in Millionen Rubeln nach Preisen von 1927) | a) | b) | a) | b) |
| Einzelwirtschaften | 2774 | 95,6 | 4754 | 74,7 |
| Kollektivwirtschaften | 24 | 0,8 | 1060 | 16,7 |
| Sowjetgüter | 104 | 3,6 | 550 | 8,6 |
| Zusammen | 2902 | 100,0 | 6364 | 100,0 |
| *Getreide Warenproduktion in Millionen dz* | | | | |
| Einzelwirtschaften | 75,6 | 92,6 | 112,5 | 57,4 |
| Kollektivwirtschaften | 3,0 | 3,7 | 49,6 | 25,3 |
| Sowjetgüter | 3,0 | 3,7 | 34,0 | 17,3 |
| Zusammen | 81,6 | 100,0 | 196,1 | 100,0 |

Die vergesellschafteten Elemente der Landwirtschaft sollen also am Ende des Fünfjahrplanes 4 3 Prozent der Warenproduktion in den Händen haben. Dieser Voranschlag ist aller-[703]dings durch die bisherige Entwicklung bereits wesentlich überholt. Ist schon im ersten Jahre des Fünfjahrplanes der Kollektivisierungsprozeß in mehr als doppelt so raschem Tempo vorwärtsgeschritten, wie im entsprechenden Abschnitt des Fünfjahrplanes vorgesehen war, so zeigt das bereits in Durchführung begriffene Jahresprogramm für das Wirtschaftsjahr 1929/30 eine noch raschere Ueberholung des Fünfjahrplanes:

**Die Landwirtschaft Im Wirtschaftsjahre 1929-30 nach dem Fünfjahrplan und nach den neuesten „Kontrollziffern“**[*)]

| | *Zweiter Jahresabschnitt des Fünfjahrplans* (1929/30) | „*Kontrollziffern*“ 1929/30 |
|---|---|---|
| Gesamte Saatfläche (in Mill Hektar) | 129,8 | 130,4 |
| Gesamte Getreidefläche (Mill Hekt.) | 105,3 | 105,4 |
| Getreidefläche | | |
| der Kollektivwirtschaften | 4,4 | 9,6 |
| der Sowjetgüter | 1,5 | 2,5 |
| Getreideproduktion (in Millionen dz) | | |
| Gesamte Landwirtschaft | 883,0 | 889,0 |
| Sowjetgüter | 16,3 | 28,2 |
| Kollektivwirtschaften | 42,2 | 90,2 |

Wenn man diese stürmische Entwicklung des Vergesellschaftungsprozesses in Betracht zieht, dann kann damit gerechnet werden, daß am Ende des Fünfjahrplanes nicht 43, sondern mehr als 60 Prozent der Warenproduktion vergesellschaftet sein werden. Und das bei einem mehr als doppeltem Wachstum der gesamten Getreide-Warenproduktion (von 81,6 auf 196,1 Millionen dz). Das bedeutet die vollständige Ausschaltung des Kulaks als Machtfaktor und zugleich die vollständige Beseitigung aller Getreideschwierigkeiten. Die obigen Tabellen sind in einer Beziehung wohl unvollständig: sie fassen die Einzelwirtschaft in eine einheitliche Kategorie zusammen. Sie kennzeichnen daher wohl den Vergesellschaftungsprozeß, aber nicht den Rückgang des Schwergewichtes der Kulakenwirtschaften. Bei einer genauen Ueberlegung wird jedoch ohne weiteres klar, daß die rasche Vergesellschaftung – die manchmal ganze Bezirke erfaßt –, die Förderung der Produktion und der Kollektivisierung der Klein- und Mittelbauernwirtschaften durch Maschinen- und Traktorenstationen, durch Steuer- und andere Staatsmaßnahmen, durch den Abschluß von Lieferungsvorverträgen (Kontraktation) die Kulaken nicht nur aus zahlreichen Positionen zurückdrängen, sondern sie teilweise auch der physischen Möglichkeit der Ausbeutung fremder Arbeitskräfte berauben.

[*)] „Ekonomitscheskaja Shisnj“, Nr. 225.

Der Fünfjahrplan wird natürlich nicht nur eine soziale, sondern auch eine technische Umwälzung in der Landwirtschaft mit sich bringen. Eine so stürmische Kollektivisierungsbewegung wäre auch unmöglich, wenn sie sich nicht auf eine ebenso stürmische Entwicklung der Maschinenversorgung der Landwirtschaft stützte. Es lohnt sich hier kaum, die darauf bezüglichen Zahlen des Fünfjahrplanes anzuführen, da die wirkliche Entwicklung sie noch viel mehr als auf [704] anderen Gebieten hinter sich zurückläßt. Als Einzelbeispiele erwähnen wir nur, daß die Zahl der Traktoren nach den neuesten Berechnungen von etwa 35-40.000 auf etwa 300.000 Stück steigen wird, daß die Kunstdüngerproduktion in den fünf Jahren verfünfzigfacht und die Elektrifizierung der Landwirtschaft gleichfalls gewaltige Fortschritte machen wird. Eine Anzahl der neuen Sowjetgüter ist bereits restlos auf Maschinenproduktion umgestellt. Diese Getreidefabriken“ werden nicht durch Bauern oder Landarbeiter, sondern durch Chauffeure, Traktorenführer, Mechaniker und Ingenieure bearbeitet. Durch die Maschinisierung und Chemisierung der Landwirtschaft, ferner durch ihre Vergesellschaftung und durch das Kontraktationssystem werden die technischen und gesellschaftlichen Unterschiede zwischen der Arbeit in der Industrie und in der Landwirtschaft wesentlich verringert. Wichtig ist noch in diesem Zusammenhange, daß nach den bisherigen Berechnungen die vollständige Vergesellschaftung der Wirtschaft, d. h. das vollständige Verschwinden des Einzelbauern in fünfzehn Jahren erreicht werden soll.

*

Wir haben im Obigen das Wesentliche im Produktionsprogramm des Fünfjahrplanes in der Industrie und in der Landwirtschaft dargestellt. Natürlich ist das Produktionsprogramm und das Vergesellschaftungsprogramm nicht das einzig Wesentliche im Fünfjahrplan.

Seine Durchführung hat zahlreiche Voraussetzungen. Dem Produktionsprogramm liegt das Elektrifizierungsprogramm, der grandiose Plan der Kapitalsanlagen, das Programm der Steigerung der Arbeitsproduktivität und Arbeitsdisziplin sowie der Senkung der Herstellungskosten, die Frage der Heranbildung der notwendigen technischen leitenden Kräfte usw. zugrunde.

Gleichzeitig damit sind die gewaltige Steigerung des Arbeiterwohlstandes und des Wohlstandes der übrigen Werktätigen, die 71prozentige Steigerung des Reallohnes, der voll durchgeführte Siebenstundentag, die Fünftagewoche, eine großzügige Entwicklung der Volksgesundheit und der Volkskultur, die Entwicklung des Arbeiterwohnbaus durch Kapitalsanlagen in der Höhe von 13 Milliarden Goldmark, gleichfalls wesentliche Bestandteile des Fünfjahrplanes.

Ebenso wichtig ist die Aufzeigung der weiteren Entwicklungsperspektiven nach der Durchführung des Fünfjahrplanes – eine Entwicklung, im Vergleich zu der die Entwicklung des Fünfjahrplanes ein Schneckengang ist!

Alle diese Fragen müssen aber in besonderen Artikeln behandelt werden. [705]

*

## Kautskys „Marxismus“

Vortrag von M. Furtschik (Moskau).
(Fortsetzung)[*)]

### II.

### Kautsky und die Dialektik

Ich komme nun zum zweiten Teil, zu Kautskys Dialektik. Ich beginne mit der allgemeinen Feststellung, daß wir in den alten Schriften Kautskys keine bestimmte unzweideutige Stellungnahme zur marxistisch-hegelschen Dialektik finden. So merkwürdig dies auch scheinen mag, es ist Tatsache. Es ist Tatsache, daß sich ein Marxist wie Kautsky im Verlaufe seiner jahrzehntelangen literarischen und politischen Tätigkeit zu einer solchen Frage wie Marx’ Dialektik, bekanntlich die Grundlage des Marxismus, an keiner Stelle, nie konkret geäußert hat. Ist das zufällig? Keineswegs.

[*)] Siehe Heft 20 und 21. – Uebersetzt aus dem Russischen.

Sogar sein Artikel „Bernstein und die Dialektik“ (Neue Zeit 1898/99), in dem Kautsky eigentlich der Bernsteinschen Kritik an der Dialektik die marxistische Auffassung von der Dialektik gegenüberstellen müßte, sogar dieser Artikel wird durch alles andere, nur nicht durch eine klare Stellungnahme zur Frage der Dialektik gekennzeichnet. Kautsky verteidigt die Marxsche und Engelssche Dialektik, aber höchst eigenartig. Er verteidigt sie, um sie unmittelbar darauf zu verraten. Durch den ganzen Artikel zieht sich wie ein roter Faden der Gedanke, daß an allen „Irrtümern“ von Marx und Engels, an allen ihren Fehlern, Mängeln usw. nicht die „Widerspruchsdialektik“ schuld sei, die Bernstein als „gefährlich“, als „Fallstrick“ bezeichnet. Bernstein macht es z. B. Marx und Engels zum Vorwurf, daß sie im „Kommunistischen Manifest“ die bürgerliche Revolution in Deutschland als „unmittelbares Vorspiel“ der proletarischen Revolution betrachten. Bernstein sieht darin ein Vorurteil, eine Tendenz und eine direkte Folge der Dialektik mit ihrer „Verneinung der Verneinung“.

Kautsky rechtfertigt Marx und Engels in folgender charakteristischer Weise: „Worauf sich Marx und Engels stützen, das ist das Beispiel der Revolutionen Englands und Frankreichs“, denen die Bewegungen z. B. der Babeufisten folgten. Die „Widerspruchsdialektik“ hat damit nichts zu tun. „Was hat diese Prophezeiung“ – fragt Kautsky – „mit der Hegelschen Widerspruchsdialektik zu tun?“ „Wo berufen sich Marx und Engels bei ihren Prophezeiungen im ‚Kommunistischen Manifest‘ auf die Widerspruchsdialektik?“ Nach Kautsky sind wissenschaftliche Prophezeiung und „Widerspruchsdialektik“ verschiedene Dinge.

Die Dialektik war, sagt Kautsky, indem er fortfährt, die Dialektik vor Bernstein zu verteidigen, bei Marx und Engels nach ihrem eigenen Bekenntnis eine mächtige Waffe der Forschung. Das reifste und glänzendste Produkt dieser Methode war das „Kapital“. Kautsky erwähnt aber mit keinem Wort, worin die K r a f t dieser Dialektik besteht, die mitgeholfen hat, ein solch hervorragendes wissenschaftliches Werk wie das „Kapital“ zu erzeugen. Es sei aus diesem Artikel eine Stelle zitiert, die eine gewisse Anspielung auf positive Stellungnahme enthält, wo Kautsky es wagt, die Dialektik zu „berühren. Er führt ein Zitat aus Engels’ „L. Feuerbach“ an, wo es heißt, der Unterschied zwischen Dialektik und Metaphysik bestehe darin, daß die Dialektik die Welt nicht als einen Komplex von fertigen Dingen, sondern als einen Komplex von Prozessen auffaßt, und fährt dann fort: „Die Triebkraft aller Entwicklung ist aber der Kampf der Gegensätze.“ Kautsky stimmt hier scheinbar Engels’ Formulierung der Dialektik und auch dem zu, daß die treibende Kraft der Entwicklung der Kampf der Gegensätze ist. Doch das dicke Ende kommt noch. Man lese folgende auf Bernstein zielende Stelle nach:

[706] „Erklärt Bernstein diese Auffassung oder die besonderen Formen, die sie bei Hegel bzw. Marx und Engels gefunden hat, für falsch? Er will die Revision der Theorie vornehmen, die Engels versäumt; er erklärt als deren Voraussetzung die Abrechnung mit der Dialektik, er wütet gegen diese – sagt uns aber kein Sterbenswörtchen darüber, worin nach seiner Auffassung ihr Irrtum besteht.“ (Neue Zeit 1898/99.)

Kautsky bezweifelt die „besonderen Formen“ der marxistisch-hegelschen Dialektik ohne Grund und Ursache. Bernstein kritisiert nicht die Dialektik überhaupt, sondern jene von Marx. Kautsky dagegen spielt mit seinem Hinweis auf die „besonderen Formen“ der marxistisch-hegelschen Dialektik „leise“ darauf an, daß man Dialektiker sein kann, ohne sich an die Dialektik von Marx zu halten. Ferner setzt er sich im ganzen Artikel mit keinem Wort f ü r Marx’ Dialektik ein. Kautsky w ä s c h t die Dialektik von Marx r e i n, verteidigt sie jedoch nicht. Bernstein „sagte kein Sterbenswörtchen darüber, worin nach seiner Auffassung ihr Irrtum besteht“, und Kautsky äußert sich seinerseits mit keinem Wort darüber, worin seines Erachtens die Kraft der Dialektik besteht. So kommt es, daß Kautsky mit Bernstein genau so abrechnet, wie Bernstein mit Marx. Seine Auseinandersetzung mit dem Antidialektiker Bernstein läuft darauf hinaus, daß er darauf anspielt, daß Bernstein selbst es nicht verstehe, sich mit der Dialektik auseinander zusetzen. Kautsky wählt Umwege, anstatt Bernsteins Behauptung vom „Fallstrick“ offen zu bekämpfen Der Artikel „Bernstein und die Dialektik“ hinterläßt einen ganz bestimmten Eindruck: man muß die Dialektik verteidigen, es ist dies die Pflicht des Redakteurs der „Neuen Zeit“, die Pflicht und Schuldigkeit des Führers der deutschen Sozialdemokratie man muß aber die Verteidigung so aufbauen, daß Kautskys eigene Stellungnahme in dieser Frage undurchsichtig bleibt.

Außer, diesem Artikel, von dem man eine positive Aeußerung Kautskys erwarten durfte, sind andere ausführliche Hinweise in der Frage der Dialektik nicht vorhanden. Man findet nur einzelne zerstreute

Bemerkungen. So gibt es einige Notizen, in denen Kautsky Hegel einschätzt. Ich beschränke mich auf zwei kurze Zitate, davon eins aus dem Jahre 1888. Es ist dies der bereits zitierte Artikel über Schopenhauer, wo Kautsky mit Schopenhauer, den er in der Jugend verehrte, „abrechnet" und ihm in der Frage der Entwicklung Hegel gegenüberstellt. Hegel wird hier von der positiven Seite geschildert. Er sagt wörtlich: „Hegel war der Philosoph der Entwicklung der Revolution, so konservativ er sich auch mitunter gebärdete." Er stellt ihm, Hegel, Schopenhauer entgegen als „Leugner der Entwicklung", als „Theoretiker des Konservativismus des verknöcherten Chinesentums". Also positives Verhalten gegenüber Hegel und negatives gegenüber Schopenhauer.

Man studiere jedoch sein Werk „Ethik" von 1906. Diese Arbeit charakterisiert, wie schon gesagt, jene Periode Kautskys, in der er sich am „orthodoxesten" gebärdete, sich dem orthodoxen Marxismus näherte. Ins dieser Periode ist sein Urteil über Hegel dem von 1888 direkt entgegengesetzt.

Ich zitiere nur einige Zeilen:

„Derselbe reaktionäre Zug geht durch jene Philosophie, die den Entwicklungsgedanken dieser Epoche zum Mittelpunkt ihres Systems machte, die Hegelsche. Auch sie sollte nur die Verhimmelung der bisherigen Entwicklung sein, die aber nun ihren endgültigen Abschluß zu finden habe in der Monarchie von Gottes Gnaden." („Ethik der materialistischen Geschichtsauffassung", Kap. V, S. 76.)

Hegels Philosophie wird hier als reaktionär eingeschätzt. Er macht keinen Unterschied zwischen der Methode und dem System Hagels, er unternimmt keinen Versuch zur Bewertung dessen, was Hegel zur Bereicherung der Theorie von der Entwicklung, der Dialektik geleistet hat. Wovon zeugen die beiden Zitate? Sie zeugen von einer bemerkenswerten Evolution Kautskys. In der Periode, als er sich von seinen alten Lehrern entfernte – und nach unserer Konzeption waren die alten Lehrer, die seiner Weltanschauung einen [707] unauslöschbaren Stempel aufdrückten, in erster Linie Schopenhauer, A. Lange, Malthus, Dühring und Gumplowicz –, in dieser Periode also, als er sich, wir wiederholen es, ein wenig von ihnen entfernte und sich dem Marxismus näherte, machte sich bei ihm eine gewisse Vorsicht und eine positive Stellungnahme zur Hegelschen Entwicklungsphilosophie bemerkbar. Die Periode dagegen, in der er an seinem eigenen „Marxismus", an seiner eigenen Theorie der Entwicklung arbeitete, in dieser Periode, die nach seinen Ausführungen im Vorwort zur russischen Ausgabe von „Vermehrung und Entwicklung in Natur und Gesellschaft" in den neunziger Jahren begann und unseres Erachtens etwa bis 1910-1911 dauerte, d. h. die Periode seiner Annäherung an den Marxismus, seiner Wandlung zur „Orthodoxie", wird durch ein organisches Nichtverstehen der marxistisch-hegelschen Dialektik gekennzeichnet.

Der Nachweis dürfte nicht schwer fallen, daß seine in der „Ethik" ziemlich ausführlich niedergelegte Theorie der Evolution eine Vulgärtheorie und nicht eine marxistische Lehre von der Entwicklung ist.

Im Vorwort zur russischen Ausgabe von „Vermehrung und Entwicklung in Natur und Gesellschaft" erzählt Kautsky u. a., daß sich in den neunziger Jahren sein Verhältnis zum Darwinismus änderte. Das ist freilich eine nicht unwichtige Tatsache. Kautsky war nach seinen eigenen Worten bis zu den neunziger Jahren ein Anhänger Darwins. Von den neunziger Jahren au änderte er jedoch seinen Standpunkt gegenüber dem Darwinismus. – In welcher Richtung? Das ergibt sich aus „Vermehrung und Entwicklung in Natur und Gesellschaft". Dieses Buch ist charakteristisch durch Kautskys eigene Entwicklungslehre, die nicht nur mit dem klassischen Darwinismus, sondern auch mit dem Marxismus radikal auseinandergeht, es ist insofern charakteristisch, als Kautsky, indem er von malthusianischer Seite gegen den klassischen Darwinismus angeht, damit den Darwinismus in seiner Gesamtheit verwirft, seine eigene Theorie des Gleichgewichts aufstellt, die eine vollständige Rückkehr zum Lamarckismus bedeutet. Da wir nicht die Möglichkeit haben, auf seine in „Vermehrung und Entwicklung in der Natur und Gesellschaft" niedergelegte Entwicklungslehre einzugehen, wollen wir uns mit seinem gegenwärtigen Standpunkt beschäftigen.

Beginnen wir mit seinem Verhältnis zum Darwinismus. Sein gegenwärtiger Standpunkt ist eine Fortsetzung des alten mit dem Unterschied, daß sein neues Werk eine umfassende prinzipielle Kritik des Darwinismus enthält.

Zunächst ist zu unterstreichen, daß Kautsky das Grundlegende bei Darwin, das Charakteristische an Darwins Lehre, den Begriff der individuellen Variation, nicht anerkennt. Der individuelle Unterschied, Darwins Variation, kann nach Kautsky nicht Ausgangspunkt der Entwicklung der Arten sein. Sie ist zu unbedeutend, um bei der natürlichen Auslese in Betracht zu kommen, weil diese nicht damit rechnet, was bei langwieriger Entwicklung unscheinbarer Abänderungen entstehen kann, sondern nur damit, was da ist. Kautsky beharrt streng auf dem Standpunkt der „Erfahrung“. Wie verhält es sich aber dann mit den Mutationen? Kautsky stellt die Frage, versucht ihr jedoch mit dem Hinweis auszuweichen, daß das Wesen der Mutationen schleierhaft ist, daß wir nichts wissen, wir wissen nicht, ob es neue Formen oder Atavismen sind. Mutationen seien eine unverständliche Ausnahme, die sich entweder durch Kreuzung oder eine Aenderung der Lebensbedingungen erklären lassen. Man sieht, Kautsky hat Amerika entdeckt, er hat entdeckt, daß Mutationen Ursachen haben müssen. Nach diesen Vorbehalten und Ausflüchten erklärt Kautsky, daß, wenn euch die Mutation vorhanden sei, sie als individuelle Abänderung nicht zur Neubildung einer Art führen könne. Einige Abweichungen müssen verschwinden. Alte sich zeigenden Abänderungen müssen letzten Endes verschwinden. Mit anderen Worten, in der Sprache der Dialektik, die Qualität muß in der Quantität aufgehen ..., weil – so fährt Kautsky fort – sonst die mannigfaltigen zahlreichen Variationen, die sich als nützlich erwiesen und vererbt wurden, zur Auflösung der bestehenden Arten in ein Chaos der verschiedensten Individuen führen müßte.

[708] Diesen Gedanken erläutert er am bekannten Beispiel von der Giraffe. Er polemisiert gegen Darwin und beruft sich auf Lamarck. Nach Darwin entstammt die Giraffe aus jenen Exemplaren der alten Huftiere, die eine individuelle Abweichung in Form eines verlängerten Halses aufwiesen und dadurch in Perioden der Dürre ihren anderen Kameraden der Art im Kampf um das Dasein oder in der natürlichen Zuchtwahl überlegen waren. Kautsky ist mit dieser Erklärung unzufrieden. Nach seiner Meinung ist es absolut unverständlich, warum gerade der Hals und nicht irgendein anderer Körperteil der Giraffe Gegenstand der natürlichen Auslese wurde. Fragen eines müßigen Philosophen! Tatsache bleibt, daß es im gegebenen Fall eben der Hals war. Kautsky grübelt aber, meint, daß mit demselben Erfolg auch irgend etwas anderes als der Hals Objekt der natürlichen Zuchtwahl hätte sein können. Daß es sich um Südafrika handelt, wo das Anpassen an das Abweiden hoher Zweige der Akazie und anderer Bäume eine große Rolle spielt, zieht Kautsky nicht in Betracht. Für ihn haben alle Möglichkeiten die gleiche Chance, da sie gleich denkbar sind. Kautsky operiert mit der abstrakten Möglichkeit.

Zur Charakteristik von Darwins Standpunkt führen wir unsererseits ein Zitat an. Darwin sagt:

„Mehrere Naturforscher haben behauptet, daß alle Abänderungen mit dem Akt sexueller Fortpflanzung zusammenhängen Dies ist aber sicher ein Irrtum; denn ich habe in einem anderen Werke eine lange Liste von ‚Spielpflanzen‘ (Sporting plants) mitgeteilt, so nennen Gärtner Pflanzen, die plötzlich eine (einzelne Knospe produzierten, welche einen neuen und von dem der übrigen Knospen derselben Pflanze oft sehr abweichenden Charakter annehmen. Solche Knospenvariationen, wie man sie nennen kann, kann man durch Pfropfen, Senker usw., zuweilen auch mittels Samens fortpflanzen. Sie kommen in der Natur selten, im Kulturzustande aber durchaus nicht selten vor. Eine einzelne Knospe unter den vielen Tausenden, die Jahr für Jahr unter gleichförmigen Bedingungen auf demselben Baume entstehen, nimmt plötzlich einen neuen Charakter an, und Knospen auf verschiedenen Bäumen, welche unter verschiedenen Bedingungen wachsen, bringen zuweilen beinahe die gleiche Varietät hervor, so z. B. Knospen auf Pfirsichbäumen welche Nektarinen erzeugen, und Knospen auf gewöhnlichen Rosen, welche Moosrosen hervorbringen. So offenbart sich, daß die Natur der Bedingungen für die Bestimmung der besonderen Form der Abänderung von völlig untergeordneter Bedeutung ist gegenüber der Natur des Organismus, vielleicht ebenso bedeutungslos, wie die Natur des Funkens für die Bestimmung der Art der Flamme ist, wenn er eine Masse brennbarer Stoffe entzündet.“ (Charles Darwin „Die Entstehung der Arten“, Seite 12.)

Darwin formuliert hier ganz eindeutig seine Auffassung von den Beziehungen zwischen Organismus und Umwelt. Kautsky erwidert Darwin: „Wenn veränderte Bedingungen auf einen Organismus wirken, hängt die Art des Ergebnisses sicher nicht bloß von der Beschaffenheit der Lebensbedingungen ab, sondern auch von der Beschaffenheit des Organismus.“ Kautsky handelt hier nach dem Grundsatz: Jedem das seine; Darwin hat recht, recht habe aber auch ich, Kautsky. „Aber – heißt es weiter – die Initiative zur Aenderung kann doch nur einzig und allein von jenem Faktor ausgehen, dessen

Aenderung den Beginn des Prozesses einleitet, und nicht von dem anderen, dessen Aenderung ihn abschließt. Also der bewegende Faktor kann dabei nur die Aenderung der Lebensbedingungen sein.“ (Seite 191.) Für Kautsky ist die zeitliche Initiative von Wichtigkeit, während es darum geht, welcher Faktor für die Aenderung, ihren Charakter der entscheidende und bestimmende ist. Seine Erwiderung ist rein formeller Natur, trifft nicht den Kern der Sache.

Kautskys dritte Entgegnung lautet: „Und sollte es wirklich Organe und Organismen geben, die auf bestimmte Einwirkungen der Umgebung nicht mit bestimmten, sondern mit unbestimmten Resultaten antworten, so darf man annehmen, daß derartige Variationen des „plastischen“ Zustandes sich nicht vererben, nicht artbildend werden.“ (Seite 191.) Sie bleiben individuell, vererben sich nur selten und zufällig und verschwinden im Laufe der Zeit.

[709] Kautsky läßt sich offensichtlich von der Ueberlegung leiten: sind die Tatsachen gegen meine Theorie, um so schlimmer für die Tatsachen. Darwin gelangt zu seinen Schlußfolgerungen durch das Studium von Millionen Tatsachen, Kautsky sagt jedoch: Wenn schon, immerhin muß man voraussetzen, daß nicht hier der artenbildende Faktor zu suchen ist. Warum muß man gerade so voraussetzen und nicht anders? Diese Frage ist um so begründeter, als Kautsky den Problemen der Vererbung ein ganzes Kapitel widmet und sich auf den Standpunkt einer Vererbung erworbener Merkmale stellt.

(Schluß folgt.)

*

## Am Ende der amerikanischen Hochkonjunktur

### Die ökonomische Weltoffensive des Dollarkapitals

Von G. R.

Eine neue ökonomische Weltoffensive des amerikanischen Kapitals hat eingesetzt. Auch in den vergangenen Jahren gab es eine beträchtliche Ausfuhr von Dollarkapital. Die nächste Zukunft wird aber eine gewaltige Steigerung der amerikanischen Kapitalausfuhr zeitigen, die den amerikanischen Imperialismus zu verstärkter imperialistischer Aktivität in der ganzen Welt veranlassen wird.

*Der Konjunkturverlauf in USA*

Gerade für den noch relativ jungen amerikanischen Imperialismus, der seine ausländischen Kapitalsanlagen sich erst durch Warenausfuhrüberschüsse schaffen muß, besteht ein besonders enger Zusammenhang zwischen Kapitalsausfuhr und Wirtschaftskonjunktur im imperialistischen Mutterlande. Während der Dawes-Periode herrschte in USA mit kurzen Unterbrechungen – Depressionen in den Jahren 1926/27 – fast ununterbrochen Hochkonjunktur und „Prosperität“.

Während die gesamte übrige kapitalistische Welt von Krisen und Depressionen erschüttert war, blieb der amerikanische Kapitalismus von größeren Absatzstockungen unberührt. Der amerikanische Binnenmarkt schien unerschöpflich zu sein. Fast acht Jahre dauerte der Konjunkturaufstieg, der das amerikanische Industriekapital zu immer weiterer Ausdehnung der Produktion und der Kapitalsakkumulation in USA selber antrieb.

Auf dem Reichtum Amerikas an Land und Rohstoffen – allein übertroffen von Rußland – baute sich die von der übrigen kapitalistischen Welt isolierte Hochkonjunktur auf (im Gegensatz z. B. zur deutschen Hochkonjunktur von 1927/28, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Kapitalseinfuhr stand). Nicht die Erweiterung der Schwerindustrie und der rapide Aufstieg der Elektro- und Automobilindustrie war das Charakteristische des letzten Konjunkturaufstiegs, sondern ihr Ausbau in Verbindung mit der Erschließung neuer Rohstofflager, ihrem verbilligten Abbau und der Motorisierung der Landwirtschaft durch Auto und Traktor. Die Motorisierung der Agrarproduktion in USA hatte zur Voraussetzung die Umwandlung des Autos von einer Luxusware zu einer allgemeinen Gebrauchsware. Deswegen stand die industrielle Entwicklung Amerikas während des letzten Jahrzehnts im Zeichen der sprunghaften Erweiterung der Automobilindustrie, aber auch der Elektroindustrie. Die Automobilproduktion stieg von 1,4 Millionen im Jahre 1921 auf schätzungsweise 5,5 Millionen Wagen im Jahre 1929.

Mit der kapitalistischen Industrialisierung der Landwirtschaft in USA, die mit einer Verarmung und Verelendung der kleinen Farmer und einem Sinken der Grundrente verbunden war, haben sich um so festere und gewaltigere finanzkapitalistische Agrarmonopole gebildet; die Elevatorengesell-[710]schaften und Pools halten das von den Farmern aufgekaufte Getreide, die in USA geerntete Baumwolle usw. zurück und treiben durch organisierte Warenverknappung die Weltmarktpreise in die Höhe. Diese finanzkapitalistischen Agrarmonopole Amerikas, an die die kapitalistischen Industriestaaten Europas alljährlich ihre Tribute entrichten müssen, werden aber in ihrer Wirksamkeit durch den eingeschränkten Konsum der werktätigen Massen des kapitalistischen Europa und die tendenzielle Entwicklung zur Autarkie seitens der imperialistischen Mächte beschränkt. Um weiterhin hochgetriebene Monopolpreise erzielen zu können, müssen die amerikanischen Elevatorgesellschaften und Pools riesige Mengen von Weizen, Baumwolle usw. aufspeichern. Sie werden eher dem Verderben ausgesetzt, als auf den Markt gebracht und verkauft, weil dadurch die Preise und damit auch die Monopolprofite gedrückt würden. Zu diesem Agrarüberschuß des imperialistischen Amerika tritt mit den Absatzstockungen in der Industrie der industrielle Ueberschuß hinzu.

*Der Charakter der Hochkonjunktur von 1929*

Bereits Ende 1928 schien die industrielle Absatzkrise auch in Amerika sich zu entwickeln Aber wider Erwarten trat im Frühjahr 1929 eine neue Hochkonjunktur ein, die sich vor allem auf die Absatz- und Produktionserweiterung der Automobil-, Elektro- und Schwerindustrie stützte. Hier wurde eine Rekordproduktion erreicht, die weit die Produktionszahlen der vorjährigen Hochkonjunktur übertraf.

Die neue Hochkonjunktur dieses Jahres war jedoch begleitet von zahlreichen Zusammenschlüssen des Industrie- und Bankkapitals zwecks Rationalisierung und Steigerung der Konkurrenzfähigkeit.

Sechs Kapitalsgruppen z. B. beherrschen heute rund zwei Drittel der amerikanischen Kraftversorgung.

In den letzten anderthalb Jahren haben sich sieben neue Riesenbanken durch Zusammenschlüsse von Groß- und Mittelbanken gebildet. Die kleinste von ihnen verfügt über ein Geldkapital von 528 Millionen Dollar, die größte (National City Bank und Corn Exchange Rank) über 2386 Millionen Dollar, 85 Millionen Dollar mehr als die größte Bank Englands.

Alles dies zeugte von einer außerordentlichen Verschärfung des Konkurrenzkampfes auch in Amerika selber, dem Lande der kapitalistischen Monopole.

Am klarsten kam dieser widerspruchsvolle Charakter der letzten Hochkonjunktur in dem letzten Aufschwung der Automobilindustrie zum Ausdruck. In der ersten Hälfte dieses Jahres war gegenüber dem ersten Halbjahr 1928 die Automobilproduktion um 48 Prozent, auf 3,41 Millionen Wagen, gestiegen. Die Mehrproduktion war jedoch ausschließlich durch das Wiederauftreten Fords nach der gelungenen Umstellung auf den neuen Ford-Typ hervorgerufen. Ohne Berücksichtigung der Ford-Produktion ergibt sich ein Rückgang der Automobilproduktion bereits in der ersten Jahreshälfte von 1,45 Millionen im Vorjahre auf 1,38 Millionen Wagen in diesem Jahre, trotz der unaufhörlichen Erweiterung der Produktionsanlagen auch in den Werken der Ford-Konkurrenz

Dies zeugt bereits von einer beträchtlichen Nichtausnutzung der Produktionskapazität in der Automobilindustrie während der Hochkonjunktur in der ersten Jahreshälfte, im Gegensatz zu der Lage in der Schwerindustrie, wo eine fast hundertprozentige Ausnützung der Produktionskapazität zu verzeichnen war, zum Teil sogar die theoretische Produktionskapazität überschritten wurde.

*Die ersten Absatznöte*

Im weiteren Verlaufe dieses Jahres hat sich die Absatzlage für die amerikanische Automobilindustrie absolut verschlechtert. Von April bis September d. J. ist der Automobilabsatz in USA um 33 Prozent oder 206.000 Wagen (gegenüber einem Rückgang von 0,1 Prozent in der gleichen Zeit des Vorjahres) zurückgegangen Während im April 211.000 Wagen mehr als im Vorjahre verkauft wurden, belief sich die Absatzsteigerung im September nur [711] noch auf 18 Wagen. Die Lager der amerikanischen Automobilhändler sind gefüllt. Dabei ist nach dem riesigen Spekulationsverlusten von Hundert tausenden oder gar Millionen von Kleinspekulanten ein weiterer Rückgang der Automobilproduktion und eine verschärfte Absatzkrise für die Automobilindustrie zu erwarten.

In der Flugzeugindustrie werden nur noch rund 50 Prozent der Produktionskapazität ausgenutzt. Unter dem Drucke des verschärften Konkurrenzkampfes haben sich acht große Flugzeugunternehmungen mit einem Kapital von 70 Millionen Dollar zur Curtiss-Wright-Corporation zusammengeschlossen.

Auch die Schwerindustrie mußte ihre Produktion einschränken; im September d. J. wurden nur noch 85 Prozent der Produktionskapazität ausgenutzt.

Mit der Börsenpleite wird die Absatzstockung gerade für die Automobilindustrie zunehmen, verschärft dadurch, daß infolge der riesigen Spekulationsverluste das Abzahlungssystem eine Krise oder gar einen Zusammenbruch durchmachen wird. Allgemein wird durch die riesigen fiktiven Kapitalsverluste die Finanz- und Absatzlage der Industrieunternehmungen sich verschlechtern.

Das amerikanische Trustkapital rüstet deswegen zu einem großzügigen

*Feldzug zur Eroberung des Weltmarktes*.

Das trifft die ausländische Industriekonkurrenz, die in den letzten Jahren mit wenigen Ausnahmen bereits unter Absatznöten zu leiden hatte, um so schwerer, als das amerikanische Industriekapital von vornherein einen Vorsprung hat, 1. durch die Fülle von Finanzkapital, das dem amerikanischen Trustkapital zur Verfügung steht, 2. durch die Möglichkeit viel stärkerer Dumping-Ausfuhr, als es die übrigen kapitalistischen Industriestaaten vermögen. Aus USA wurden im letzten Jahre nur etwa 10 Prozent der inländischen Warenproduktion exportiert, gegenüber 25 bis 50 Prozent in England.

Diesen Vorteil will das amerikanische Trustkapital bewußt zu einer überragenden Konkurrenzstellung ausbauen, wie die neue Schutzzollvorlage beweist. Nach seiner Annahme wird das Musterland der kapitalistischen Rationalisierung die höchsten Zollsätze der Welt haben und ebenfalls dieselben Waren, die im Inland zu Wucherpreisen verkauft werden, zu Schleuderpreisen exportieren.

Wohin wird sich der neue Warenstrom aus USA vor allem ergießen? Immer noch ist Europa der größte Auslandsabnehmer amerikanischer Waren. Aber gegenüber der Vorkriegszeit ist die Ausfuhr nach Lateinamerika, Kanada und Asien absolut und relativ beträchtlich gestiegen. Während im Durchschnitt der Jahre 1910 bis 1914 die amerikanische Warenausfuhr nach Lateinamerika rund halb so groß wie die nach England war, überstieg sie diese im Jahre 1928. Die Warenausfuhr nach Asien ist sogar um mehr als das Fünffache gestiegen, gegenüber einer rund 35prozentigen Steigerung der Warenausfuhr nach England (ohne Berücksichtigung der Preissteigerung). Der bedeutende Anteil Europas an der amerikanischen Warenausfuhr erklärt sich daraus, daß die Vereinigten Staaten auch heute noch zu den wichtigsten Rohstofflieferanten der Welt (vor allem Baumwolle und Getreide) gehören. Aber mit dem Aufstieg des amerikanischen Imperialismus geht die Rohstoffausfuhr relativ zurück, während die Ausfuhr von industriellen Fertigwaren in Konkurrenz mit dem europäischen Industriekapital um so mehr zunimmt.

*Neue Anlagesphären für das amerikanische Finanzkapital*

Die Steigerung der Warenausfuhr zwingt das amerikanische Finanzkapital ebenfalls zur Steigerung der Kapitalausfuhr, wobei gleichzeitig das Finanzkapital Wegbereiter der Warenausfuhr wird. Dazu ist das amerikanische Finanzkapital um so mehr in der Lage, als die Steigerung der Kapitalausfuhr die Steigerung der Warenausfuhr übertrifft.

Nach Schätzung des amerikanischen Handelsamtes hat der amerikanische Imperialismus aus seinen Auslandsanlagen im Jahre 1928 bereits Zinsein-[712]nahmen von insgesamt 676 Millionen Dollar gehabt, bei einem Ausfuhrüberschuß von 837 Millionen Dollar. Die Kapitalausfuhr per Saldo belief sich nach den Schätzungen des Handelsamts auf 962 Millionen Dollar. Für ihre Luxusreisen usw. im Auslande haben in demselben Jahre die amerikanischen Imperialisten den gewaltigen Betrag von 525 Millionen Dollar ausgegeben.[*)]

[*)] Nach der Schätzung der Zahlungsbilanz des Hoover-Komitees („Recent Economic Changes in the United Stetes“, Vol. 2, 1929, S. 738) belief sich die amerikanische Kapitalausfuhr im Jahre 1927 auf 1,7 Milliarden Dollar, die Ausgaben für Auslandsreisen per Saldo auf 617 Millionen Dollar. Die Investierungen von Ausländern in den Vereinigten Staaten beliefen sich auf 203 Millionen Dollar gegenüber 481 Millionen Dollar im Jahre 1928 (nach der Schätzung des Handelsamts).

Das Bild der amerikanischen Zahlungsbilanz wird sich gründlich verändern, wenn der amerikanische Imperialismus im eigenen Lande unter schweren Absatznöten zu leiden hat. Die Kapitalausfuhr wird sprunghaft zunehmen, weil 1. die Handelsbilanz sich verbessert, 2. die Luxusreisen in das Ausland usw. wenigstens zum Teil eingeschränkt werden, 3. mit dem Sinken der Zinssätze in Amerika die Goldausfuhr zunehmen wird. In den ersten 8 Monaten 1929 z. B. wurden für über 350 Millionen Dollar Gold importiert, während nach dem Börsenkrach bereits wieder die Ausfuhr von Gold eingesetzt hat.

*Börsenpanik als Fischzug der Großbanken und Wendepunkt in der Kapitalausfuhr*

Die New Yorker Börsenpanik war der sichtbare Wendepunkt für das amerikanische Finanzkapital: sein Interesse muß sich auf die Betätigung im Auslande und die Unterbringung gewaltiger Kapitalmassen viel mehr als bisher konzentrieren.

Während der Börsenhausse kauften sich die Großspekulanten und Banken aller kapitalistischen Länder amerikanische Wertpapiere. Mit der steigenden Nachfrage nach ihnen stiegen auch die Kurse. Die amerikanischen Großbanken nutzten die Börsenkonjunktur aus, indem sie die massenhafte Neuemission von Aktien durch Kapitalerhöhungen auf Grund der Rekordgewinne der Hochkonjunktur und anläßlich zahlreicher Zusammenschlüsse organisierten. Das Ende der industriellen Hochkonjunktur mußte aber schließlich auch die Börsenkonjunktur beeinträchtigen. Die amerikanischen Großbanken hatten die Börsenpanik vorbereitet, um dadurch das Heer der unwissenden Klein- und Auslandsspekulanten gründlich zu schröpfen. Die Spekulationskredite in New York (Maklerdarlehen) wurden von den Banken bis auf den gewaltigen Betrag von 6,8 Milliarden Dollar gesteigert und sind zwei Wochen nach dem Börsenkrach auf 5,5 Milliarden Dollar zurückgegangen. Diese Schröpfung der Spekulanten wurde vor allem von den Investmenttrusts organisiert; dies sind von den Großbanken beherrschte Kapitalsanlagegesellschaften, die ihre Geldmittel zu Spekulationen und Beteiligungen verwenden sollen. Dadurch erhielten die Großbanken die unmittelbare Verfügungsgewalt über die Gelder der Kleinspekulanten. Diese Investment-Trusts haben während der letzten Börsenhausse einen gewaltigen Aufschwung erlebt. Ihre Emissionen stiegen von 600 Millionen Dollar im Jahre 1928 auf 1,6 Milliarden Dollar in den ersten acht Monaten von 1929. Die Investmenttrusts haben unmittelbar vor dem Börsenkrach den größten Teil ihrer amerikanischen Aktien verkauft und werden in Zukunft vor allem Auslandsbeteiligungen erwerben.

Ueberall, wo eine hohe Profitrate gewährleistet ist, wird sich das amerikanische Finanzkapital niederzulassen versuchen. Deswegen wird es noch mehr als bisher in die relativ unerschlossenen Gebiete Südamerikas, Kanadas und Asiens eindringen, aber auch in das kapitalhungrige imperialistische Europa, insoweit es Anleihen zu Wucherzinsen gewähren und an den monopolistischen Trustprofiten teilnehmen kann. Das muß dem amerikanischen Finanzkapital [713] doppelt wertvoll erscheinen, insoweit dadurch das Dollarkapital auf eine dem einheimischen Industriekapital gefährliche Konkurrenz unmittelbaren Einfluß gewinnen kann[*)]. Ganz besonders gilt dies für die Industriezweige, die am stärksten unter der neuen Absatznot zu leiden haben, die Automobil- und Elektroindustrie.

*Der Kampf des Auto- und Elektrokapitals* um *den Weltmarkt*

Das amerikanische Auto- und Elektrokapital versucht systematisch sich ein Weltmonopol durch Beherrschung der Konkurrenzunternehmungen des kapitalistischen Europa zu verschaffen.

General Motors und Ford tragen ihren Konkurrenzkampf in der ganzen Welt aus bei gleichzeitiger Bekämpfung der unabhängigen Auslandskonkurrenz. General Motors hat die Opel-Werke in Deutschland aufgekauft, um mit einer Jahresproduktion von 200.000 Wagen ganz Mitteleuropa mit General Motors-Wagen zu überschwemmen. Ford hat in Cork (Irland) eine riesige Traktorenfabrik und bei London eine Automobilfabrik (geplante Jahresproduktion: 250.000 Wagen) errichtet und will

[*)] Im Jahre 1928 flossen von insgesamt 1191 Millionen Dollar Auslandsanleihen 597 Millionen nach Europa, 268 nach Lateinamerika, 188 nach Kanada und 131 in den Fernen Osten. (Angaben aus „Recent Economic Changes in the United States“, Vol. 2, 1929, Seite 730.) In Form von direkten Beteiligungen wird ein relativ größerer Teil der Kapitalausfuhr nach Südamerika, Kanada und in den Fernen Osten geflossen sein.

auch in Deutschland selber der General Motors-Konkurrenz durch Neubau einer Montagefabrik in Neuß a. Rhein mit einer Jahresleistung von über 200.000 Wagen entgegentreten.

Noch planmäßiger und einheitlicher hat das amerikanische Elektrokapital den Konkurrenzkampf gegen die europäische Elektrokonkurrenz aufgenommen. Die General Electric-Co. hat nicht nur sich maßgebend an der AEG. beteiligt, sondern vorher bereits sich die Kontrolle über den größten englischen Elektro-Trust angeeignet. Erst in jüngster Zeit hat die amerikanische international Telephon and Telegraph Co., die die Schuchardt-Gesellschaft beherrscht, dadurch auch die Kontrolle über den neuen deutschen Schwachstrom-Trust erhalten. Harriman wiederum ist es, der sich die maßgebende Kontrolle über die polnische Elektroindustrie und Kraftversorgung gesichert hat.

Dieses Eindringen des Dollarkapitals in die europäischen Industriemonopole ist ihm aber in größerem Umfange nur insoweit möglich, als der Kapitalshunger besonders groß und die politische Lage besonders geschwächt ist. Deswegen werden vor allem D e u t s c h l a n d und P o l e n zu den Domänen des Dollarkapitals in Europa. Der innerpolitische Young-Plan in Deutschland – Abbau der Kapitalssteuer und der sozialen Ausgaben, faschistische Diktaturmaßnahmen usw. – soll Wegbereiter des neuen Eindringens des Dollarkapitals sein.

*Folgen der Dollarinvasion*

So macht sich der amerikanische Imperialismus auch das industriekapitalistische Europa tributpflichtig. Welche Perspektive ergibt sich daraus für die Imperialisten Deutschlands? Wie sollen die Tribute letzten Endes bezahlt werden? Ebenso wie die Reparationstribute durch Warenausfuhr, und zwar vor allem von industriellen Fertigwaren. Nun ist aber die Ausfuhr der Vereinigten Staaten selber viel größer als ihre Einfuhr, und gerade gegenwärtig organisiert der amerikanische Kapitalismus neue Schranken gegen die Einfuhr europäischer Industriewaren. Dann würde also für den amerikanischen Imperialismus das umgekehrte Transferproblem wie für den deutschen entstehen. Verzweiflungsvoll fragt deswegen der schwedische bürgerliche Professor Cassel:

„Die Despoten des Altertums, die von unterjochten Ländern Tribute forderten, sind bekannt für weitgehendste Rücksichtslosigkeit. Aber sie haben doch in der Regel das vernünftige Prinzip aufrechterhalten, daß jedes [714] Land in den Waren und Dienstleistungen zahlen soll, die es zu liefern imstande ist. In der modernen Weltwirtschaft muß es als normal (?) betrachtet werden, daß ein Land, das sich zum Gläubiger der ganzen Welt entwickelt, ein Freihandelstand sein soll ... Gegenüber einem Darlehengeber aber, der systematisch danach strebt, alle fremden Produkte die er möglicherweise selbst herstellen kann, auszuschließen, kommt ein Darlehennehmer offenbar in eine äußerst unangenehme Situation ... Die Welt steht hier vor einem neuen großen Rechtsproblem (?), das seine Lösung fordert. Die europäischen Industrieländer halten es für ihr gutes Recht, wenn sie verlangen, unter normalen Bedingungen mit denjenigen Industrieprodukten bezahlen zu können, die sie faktisch zu verkaufen imstande sein würden, wenn sie nicht durch einen vollkommen unangemessenen amerikanischen Protektionismus daran gehindert würden."

Nun, der stille Wunsch unseres bürgerlichen Professors, daß der Dollarimperialismus zu dem Beherrscher der ganzen Welt werde und sein parasitärer Charakter sich so verstärke, daß er durch gesteigerten Luxus usw. die ihm gezahlten Tribute von kapitalistischen Industrieländern verzehren wird, wird sich nicht erfüllen. Dem steht die Tatsache der Verschärfung der imperialistischen Gegensätze und der internationalen Konkurrenzkämpfe des Kapitals, die jene Lösung des Transferwiderspruchs unmöglich macht, und die Tatsache des Bestehens der Sowjetunion gegenüber.

Indem der amerikanische Imperialismus an der Rationalisierung und Kapitalsakkumulation in Deutschland teilnimmt, fördert er das Streben des deutschen Imperialismus nach eigener Kapitalausfuhr durch Steigerung der Warenausfuhr. Der Dollarimperialismus versucht aber, diesen neuen deutschen Warenstrom in Bahnen zu lenken, die der amerikanischen Industriekonkurrenz nicht allzu gefährlich sind. Das soll eine der wichtigsten Aufgaben der Reparationsbank sein. Sie soll dem deutschen Imperialismus vor allem im „Osten", nämlich in dem reichen Rußland, nach einem blutigen Kriege gegen die Sowjetunion und nach Niederwerfung der proletarischen Diktatur die Erschließung neuer Absatzgebiete und Kapitalsanlagesphären ermöglichen.

*

## Die anglo-amerikanischen Flottenverhandlungen

Von Nemo.

> „Praktisch reproduziert die Politik Amerikas und Großbritanniens jene, die dem Weltkrieg voranging und ihn vorbereitete.“ (MacDonald in „The Nation“ v. 30.1 29.)

Obgleich der Kellogg-Pakt den Krieg als Mittel der nationalen Politik für ewig ausschalten sollte, hielten MacDonald und Hoover die Unterzeichnung einer neuen Erklärung für notwendig, die einen Krieg zwischen den angelsächsischen Mächten als „undenkbar“ bezeichnete. Die gesamte Weltpresse hat diese Erklärung als ein „Locarno des Atlantic“ und als ein „welthistorisches Ereignis ersten Ranges“ gefeiert und die Bildung einer angelsächsischen Entente angekündigt, die den Kampf um die Weltherrschaft auf friedliche Weise im Sinne brüderlicher Teilung entscheiden werde. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß vor allem die internationale Sozialdemokratie die englisch-amerikanischen Flottenverhandlungen zum Ausgangspunkt einer verstärkten pazifistischen Propaganda machen wird, um die breiten Massen von der Möglichkeit des ewigen Friedens im Rahmen des Kapitalismus zu überzeugen, insbesondere, wenn die Führer der II. Internationale die Geschicke der Menschheit in eigene Hände nehmen.

Die Reise MacDonalds nach Amerika war jedoch keineswegs der Ausdruck [715] ehrlichen Friedenswillens und tatsächlicher Völkerversöhnung, sondern Resultat einer derartigen wirtschaftlichen und politischen Schwächung Englands, die eine weitere Verschärfung des Gegensatzes zu Amerika, ein gesteigertes Wettrüsten zur See und einen bewaffneten Zusammenstoß für den Zusammenhalt des britischen Imperiums als untragbar erscheinen ließ. Die Furcht vor dem Verlust sämtlicher Dominions, das Gespenst der Kolonialrevolution, finanzielle und wirtschaftliche Gründe rieten England von einem bewaffneten Konflikt mit den Vereinigten Staaten von Amerika ab, einem Konflikt, dessen baldige Unvermeidlichkeit noch vor kurzer Zeit von den bekanntesten englischen und amerikanischen Politikern offen zugegeben wurde.

Die wachsenden inneren und äußeren Schwierigkeiten des britischen Imperialismus bei gleichzeitig unaufhörlicher Machtentfaltung der Vereinigten Staaten von Amerika hatten schon die Konservativen von der Notwendigkeit einer Atempause überzeugt. Es verdient festgehalten zu werden, daß bereits Chamberlain in seiner Birminghamer Festrede den Vereinigten Staaten von Amerika öffentlich Flottenparität angeboten hatte, „ein Angebot, das England bisher keiner anderen Macht unterbreitet hat“, und daß die Einladung, nach Amerika zu kommen, von Hoover noch an Baldwin gerichtet war. Von der Einleitung einer neuen „Friedensära“ durch die MacDonald-Regierung kann also keine Rede sein. Im Gegenteil, wie auf allen Gebieten der inneren und äußeren Politik zeigen die Führer der Labourpartei auch auf dem Gebiet der Marinepolitik, daß sie die Interessen des britischen Imperialismus weit besser als die Konservativen zu wahren verstehen. Bezeichnend hierfür ist nicht nur das Auftreten Snowdens im Haag, sondern auch das Auftreten MacDonalds in Newyork, über das der Londoner Berichterstatter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ meldet:

„MacDonald hat den Engländern aus dem Herzen gesprochen, als er im New Yorker Ritzhotel sein Bekenntnis zur See ablegte. Kein Admiral hätte das besser formulieren können als der sozialistische Premier: ‚Englands Marine ist England selbst. Wir sind ein Volk zur See und die See ist unsere Sicherheit.‘ Es klingt wie ein Kaiserwort und wird manchen Zweifler in England beruhigt haben.“

In der Tat, kein Konservativer hätte bei den gegebenen Kräfteverhältnissen den Waffenstillstand mit den Vereinigten Staaten von Amerika besser abschließen können, als MacDonald es vermochte.

Für die Vereinigten Staaten von Amerika bildet die „konsequente Friedenspolitik“ die billigste Methode zur Bekämpfung der augenblicklich starken Ueberlegenheit der englischen Flotte. Wie die Politik der „Offenen Tür“ dem jungen amerikanischen Imperialismus Eingang in bereits besetzte Rohstoffgebiete und Absatzmärkte sicherte, ebenso soll die Politik der „Freiheit der Meere“ die gleichberechtigte Teilnahme an einer bereits vergebenen Herrschaft über das Weltmeer ermöglichen. Das vollendete seestrategische System Englands, sein lückenloses Netz von Flottenstützpunkten, die starke Ueberlegenheit der englischen Kriegsflotte gegenüber der amerikanischen sowie schließlich

die jahrhundertealte Tradition britischer Seegeltung und Seemacht, all dies läßt den offenen Kampf mit England noch nicht für ratsam erscheinen. Lediglich die gewaltige weltwirtschaftliche Bedeutung des amerikanischen Imperialismus, seine unerschöpflichen finanziellen und wirtschaftlichen Möglichkeiten genügen, um die maritime Gleichberechtigung mit England zu erzwingen. Indem die Vereinigten Staaten von Amerika den Kampf um die Parität mit der englischen Kriegsflotte unter pazifistischen Losungen aufnehmen, schalten sie zugleich den Völkerbund als Vorkämpfer für die „Abrüstung“ aus und machen sich auch auf rüstungspolitischem Gebiet zum obersten Schiedsrichter der Welt. Die anglo-amerikanischen Flottenverhandlungen sind weit davon entfernt, ehrliche Friedensverhandlungen zu sein, sondern sie sind Waffenstillstandsverhandlungen zur besseren Vorbereitung eines blutigen Entscheidungskampfes, der durch die tiefen wachsenden wirtschaftlichen und politischen Gegensätze beider Weltmächte bedingt wird.

*

[716] Als einziges Ergebnis der von MacDonald und Hoover geführten Flottenverhandlungen muß ein Dokument bezeichnet werden sowie der Beschluß, im Januar 1930 eine Seekonferenz einzuberufen, an der sich neben den angelsächsischen Mächten Japan, Frankreich und Italien beteiligen sollen. Der Inhalt des Dokumentes selbst rechtfertigt keineswegs das Gerede von einer wirklichen und sofortigen Seeabrüstung. Auf Grund dieses Dokumentes wird festgestellt, a) daß die gegenwärtigen Verhandlungen das Ergebnis und die direkte Fortsetzung des Kellogg-Paktes sind, b) daß der Grundsatz der Parität für alle Kriegsschiffklassen akzeptiert wird, die nicht durch den Washingtoner Vertrag erfaßt werden, und daß diese Parität am 31. Januar 1936 erreicht werden soll, c) daß es wünschenswert wäre, auch die Frage einer Revision der Dienstzeit von Schlachtschiffen aufzuwerfen, um die Durchführung des vollen Ersatzbauprogramms zu vermeiden, das im Washingtoner Vertrag vorgesehen ist, d) daß die U-Boote, mit Zustimmung aller beteiligten Mächte völlig abgeschafft werden sollen.

Aus diesem Dokument geht hervor, daß England die völlige Flottenparität mit den Vereinigten Staaten von Amerika offiziell anerkennen will. Von der Vereinbarung irgendwelcher technischer Einzelheiten, von der Einstellung des Kriegsschiffbaues und Abrüstung der vorhandenen Seestreitkräfte kann keine Rede sein, wie auch dem etwaigen Verzicht auf Ersatz veralteter Schlachtkreuzer keinerlei Bedeutung beizumessen ist.

Mit allem Nachdruck wurde von der englischen Presse betont, daß MacDonald nicht nach Amerika gefahren sei, um die Verminderung der Seerüstungen durchzusetzen, und daß alle Vereinbarungen mit Hoover nur bei Zustimmung der Dominions und aller übrigen Seemächte Gültigkeit hätten. „Bis Japan, Frankreich und Italien ihre Wünsche vorgebracht haben, bleibt alles, was England und Amerika unter sich ausmachten, provisorisch und veränderungsfähig“, meldete der Londoner Korrespondent des „Berliner Tageblattes“.

Selbst in dem Fall, daß die anglo-amerikanische Flottenparität unabhängig von der Stellungnahme der übrigen Seemächte verwirklicht werden soll, würden die Vereinigten Staaten von Amerika bis zum Jahre 1936 berechtigt sein, umfangreiche Neubauten moderner Schiffsklassen durchzuführen, um die Stärke der englischen Kriegsflotte zu erreichen. Der Umfang dieser Neubauten wird von dem großen Mißverhältnis zwischen der englischen und amerikanischen Kriegsflotte bestimmt, welches besonders bei Kreuzern, den für die moderne Seekriegsführung ausschlaggebenden Typen, sehr erheblich ist. So standen Ende 1927 den 52 englischen Kreuzern mit insgesamt 307.960 Tonnen nur 21 amerikanische Kreuzer mit einer Wasserverdrängung von insgesamt 197.520 Tonnen gegenüber. Soweit bisher provisorische Einzelheiten bekannt wurden, soll England im Jahre 1936 über 15 Kreuzer der 10.000-Tonnenklasse mit 8-Zoll-Geschützen und 35 kleine Kreuzer (8000 bis 6000 Tonnen) mit 6-Zoll-Geschützen, insgesamt also über 50 Kreuzer mit 339.000 Tonnen verfügen. Trotz gleichbleibender Schiffszahl würde dennoch eine Erhöhung des Tonnagegehaltes um etwa 30.000 Tonnen erfolgen. Demgegenüber beanspruchen die Vereinigten Staaten von Amerika 21 große Kreuzer der 10.000-Tonnen-Klasse, 10 Kreuzer der Ohama-Klasse mit 7620 Tonnen sowie 5 kleine Kreuzer insgesamt 36 Kreuzer mit 315.000 Tonnen, während England vorläufig nur 18 große Kreuzer anerkennen will. Würden die augenblicklichen Bauprogramme

Englands und Amerikas in Kraft bleiben, so ständen im Jahre 1933 den 26 modernen englischen Kreuzern mit insgesamt 358.000 Tonnen bereits 33 moderne amerikanische Kreuzer mit insgesamt 405.000 Tonnen gegenüber.

Mit einem treffenden Ausdruck stellte die „Prawda“ kürzlich fest, daß „die Technik nur die Kehrseite der Politik“ sei, und daß der Streit um die Tonnage, das Kaliber der Geschütze und die Geschwindigkeit nur als technische Ausdrücke eines großen wirtschaftspolitischen Konfliktes wegen der Kontrolle über die Seewege, der Rohstoffquellen und Absatzmärkte betrachtet werden müsse. In der Tat, die „ehr-[717]lichen Friedensbemühungen“ MacDonalds und Hoovers nach Verminderung der Seerüstungen, ihr Verzieht auf den Bau schwerer Schlachtschiffe und Unterseeboote bei gleichzeitig hartnäckigem Kampf um jeden einzelnen Kreuzer widerspiegeln in Wirklichkeit die Bemühungen zweier Weltmächte, die Verteidigung und Sicherheit ihrer weltumspannenden Interessen unaufhörlichen Fortschritt der modernen Seekriegstechnik anzupassen. In jedem Fall zeigen die obigen Vereinbarungen, daß von einer Seeabrüstung keine Rede sein kann, und daß die kommende Flottenkonferenz nach dem Muster der Washingtoner Konferenz vom Jahre 1921 und der Genfer Konferenz vom Jahre 1927 nur der Auftakt für die Verstärkung und Modernisierung sämtlicher Kriegsflotten sein wird. Selbst das Organ der britischen Bourgeoisie, der „Economist“, schreibt über das Abkommen MacDonalds mit Hoover:

„Dieses provisorische Abkommen als einen wichtigen Schritt zur Herabsetzung der Flotten hinzustellen, muß als krasse Mystifizierung bezeichnet werden.“

So sehr die Anerkennung der allgemeinen Flottenparität mit den Vereinigten Staaten von Amerika für den Niedergang des britischen Imperiums auch kennzeichnend sein mag, die Tatsache jedoch, daß gleichzeitig eine ebenso starke amerikanische Kriegsflotte auf dem Weltmeer erscheint und solche Länder wie Japan, Frankreich und Italien samt ihren Vasallenstaaten starke Seestreitkräfte bauen, spricht für das gesteigerte Wettrüsten zur See im Weltmaßstabe.

*

In seiner Rede vor dem amerikanischen Senat erklärt MacDonald, daß er als nationaler Führer des englischen Parlamentes gekommen sei, um die zwischen England und Amerika bestehenden „kleinen Mißverständnisse“ zu beseitigen, da dies „schriftlich auf 3000 Seemeilen Entfernung unmöglich sei. Eine nähere Untersuchung dieser „kleinen Mißverständnisse“ ergibt jedoch eine Reihe anglo-amerikanischer Gegensätze, die ebenso tief wie unüberbrückbar erscheinen. Abgesehen davon, daß MacDonald es nicht wagen durfte, die für den britischen Imperialismus lebenswichtige“ Zoll- und Kriegsschuldenfragen auch nur zu erwähnen und damit zwei der stärksten Wurzeln des britisch-amerikanischen Gegensatzes unberührt blieben, stellt der amerikanische Imperialismus zu den bereits bestehenden Problemen noch zahlreiche neue auf die Tagesordnung, deren freiwillige Lösung dem britischen Imperialismus immer schwerer fallen dürfte. Hierzu gehören nicht nur die komplizierten technischen Einzelheiten bei Regelung der Flottenparität, die für den modernen Seekrieg weit wesentlicher als die Zahl der Schiffe selbst sind, sondern vor allem die Frage der Flottenstützpunkte, das alte Problem der Freiheit der Meere sowie das sogenannte Recht der Neutralen im Kriege.

Bedeutete die von Amerika erzwungene Schlachtschiff- und Kreuzerparität eine gleichberechtigte Teilung der Seeherrschaft, die der niedergehende britische Imperialismus für vorübergehend glaubte hinnehmen zu können, so handelt es sich bei der Frage der Freiheit der Meere und Flottenstützpunkte um die historischen Grundlagen britischer Seegeltung, auf deren Preisgabe der britische Imperialismus im Interesse der Selbsterhaltung keineswegs verzichten kann. Die Einfuhr Großbritanniens muß volle neun Monate im Jahre aus überseeischen Gebieten erfolgen, und das britische Imperium umfaßt eine Fläche von 13 Millionen Meilen, welches durch ein vollendetes Netz seestrategischer Kraftlinien und Flottenstützpunkte jahrhundertelang zusammengehalten wurde. Die Sicherung aller Handels- und Verbindungswege mit dem gewaltigen Kolonialreich, insbesondere der Schutz der Zufuhren nach dem „Mutterland“ bedeutete die Sicherung des Imperiums überhaupt. Darüber hinaus ermöglichte das weltumspannende Netz von Flottenstützpunkten den englischen Seestreitkräften den gefährlichen

Blockadekrieg, mit dessen Hilfe England drei Weltmächte, Spanien, Frankreich und Deutsch-[718]land, auf die Knie gezwungen hat. Im Verlauf von drei Jahrhunderten war britisches Blockaderecht und britische Seegeltung eins.

Für den jungen amerikanischen Imperialismus, der bei seiner unaufhörlichen Expansion auf Schritt und Tritt die alten Kraftlinien und Interessensphären des britischen Imperialismus berühren und durchkreuzen muß und dabei seinen Welthandel von einem feindlichen Flottenstützpunktsystem bedroht sieht, dem er nichts Gleichwertiges gegenüberzustellen hat, bedeutet das britische Blockaderecht das letzte Hindernis auf dem Wege zur alleinigen Herrschaft über das Weltmeer. Daß die gleichberechtigte Freiheit der Meere für den fest zusammenhängenden amerikanischen Wirtschaftsorganismus in Wirklichkeit eine entschiedene Ueberlegenheit gegen. über dem weit auseinandergerissenen britischen Weltreich bedeutet, liegt klar auf der Hand. Je energischer die Vereinigten Staaten von Amerika die Freiheit der Meere, d. h. die Preisgabe des alten britischen Blockaderechtes verlangen, je entschiedener sie die Demilitarisierung sämtlicher britischer Flottenstützpunkte fordern, je nachdrücklicher sie für die Neutralen das Recht fordern, einer sich im Kriege mit England befindlichen Macht Lebensmittel- und Munitionszufuhren zukommen zu lassen, desto eher stellen sie England vor die Entscheidung, auf Seeherrschaft und Welthegemonie zu verzichten oder die Waffen sprechen zu lassen. Mit großer Besorgnis sieht die englische Bourgeoisie dieser Entwicklung entgegen, wobei sie mit Hilfe der lavierenden „Friedenspolitik“ MacDonalds eine Verzögerung der Entscheidungsstunde zu gewinnen hofft. So schreibt William Steed, der bekannte Herausgeber der „Review of Reviews“:

„Der alte Streit um die Freiheit der Meere, ein Streit, der den anglo-amerikanischen Krieg im Jahre 1812, die Divergenz zwischen der britischen und amerikanischen Anschauung während der Pariser Konferenz 1856 nach dem Krimkrieg, die gefährliche Situation im Jahre 1916 verursachte und im November 1918 zur Ablehnung des zweiten Waffenstillstandspunktes Wilsons und endlich zum Abbruch der Flottenkonferenz 1921 und 1927 führte, erscheint aufs neue in seiner unheilvollen Macht.“

Die hier klassisch zum Ausdruck gebrachten Besorgnisse der englischen Bourgeoisie sind um so stärker begründet, als die Freiheit der Meere für England jahrhundertelang von keiner anderen Macht ernstlich bedroht werden konnte. Heute aber kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Vereinigten Staaten von Amerika die Erreichung der Flottenparität mit England nur als erste Etappe zum Endkampf um die völlige Niederzwingung der britischen Seehegemonie betrachten, während England trotz aller Friedensphrasen MacDonalds fest entschlossen ist, die Freiheit der Meere allein für Amerika unter allen Umständen zu verhindern. Hoover hat MacDonald klar zu verstehen gegeben, daß die amerikanische Seeabrüstung nicht nur abhängig sei von der Stärke und Zusammensetzung der englischen Flotte, sondern auch von der Verwirklichung des amerikanischen Ideals der Freiheit der Meere.

Die Vereinigten Staaten von Amerika scheuen sich nicht, schon heute mit verstärkten Seerüstungen zu drohen, falls England in dieser Machtfrage nicht nachgibt. Besonders Borah, einer der einflußreichsten amerikanischen Politiker und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, hat öffentlich die Ratifizierung eines Seeabkommens mit England abgelehnt, falls die Frage der Freiheit der Meere ungelöst bleibe. Für Borah gibt es nur zwei Wege: Entweder Schutz des amerikanischen Handels durch die Freiheit der Meere „oder aber Schutz des amerikanischen Handels mit Hilfe von Rüstungen, durch Macht!“ Auch der amerikanische Außenminister Stimson gab zu verstehen, daß ein Mißlingen der kommenden Flottenkonferenz die Vereinigten Staaten von Amerika zur Ausführung ihres Maximalprogramms zwingen würde, welches den Bau von 71 Hilfskreuzern und 12 Panzerkreuzern im Gesamtwerte von 1205 Millionen Dollar versehe. Und in demselben Moment, in dem MacDonald Hoover besuchte, schlug der demokratische Senator Mac Kellar im Weißen Haus [719] die Kündigung des Washingtoner Abkommens und eine Flottenpolitik vor, die darin bestehe, die größte Flotte zu bauen, ohne durch Verträge gehindert zu sein. Allein all diese Drohungen können nicht verhindern, daß für die englische Delegation auf der kommenden Flottenkonferenz dieselben Worte gelten werden, die Churchill den englischen Delegierten für die Seeabrüstungskonferenz im Jahre 1927 mitgab und die lauteten:

Nichts in der Welt, nichts, was Ihnen im Schlaf oder Wachen einfallen oder jemand Ihnen sagen könnte, keine Argumente, selbst die raffiniertesten, keine Appelle, wenn auch scheinbar die berechtigsten, nichts darf Sie zum Verzicht auf die Beherrschung der Meere bewegen, auf die sich das gesamte Leben unseres Landes stützt."

Erinnert man sich an die Ausführungen Kenworthys, daß in England noch keine Regierung gegen den Willen der britischen Admiralität regieren konnte, und berücksichtigt man, daß die Freunde Churchills nach wie vor die britische Admiralität beherrschen, so wird man keinen Zweifel über die unveränderte Gültigkeit der obigen Anweisungen haben können.

*

Als einziges positives Resultat der Besprechungen MacDonalds mit Hoover muß der Beschluß der Einberufung einer Fünfmächtekonferenz bezeichnet werden, deren Aufgabe es sein soll, die Seeabrüstung Japans, Frankreichs und Italiens – als Vorbedingung einer angelsächsischen Seeabrüstung durchzuführen. Nach den bösen Erfahrungen mit der Genfer Seeabrüstungskonferenz hat man die neue Konferenz erst für Januar 1930 einberufen, um in der Zwischenzeit die hauptsächlichsten Differenzen zu beseitigen. Sowohl zwischen England und Amerika, als auch zwischen England und Japan, Frankreich, Italien sowie zwischen den beiden letzteren Mächten hat bereits ein „lebhafter Meinungsaustausch" eingesetzt, damit die Seeabrüstungskonferenz nur zur Sanktionierung bereits gefaßter Beschlüsse zusammentreten soll. Das vom „Vorwärts" laut gefeierte Ende der Geheimdiplomatie durch MacDonald scheint demnach noch nicht gekommen zu sein.

Die bevorstehende Seeabrüstungskonferenz wird zeigen, daß die Abrüstung zur See seit der Washingtoner Konferenz alles andere als Fortschritte gemacht hat. Die führenden fünf Seemächte, die vom ‚Jahre 1921 bis Ende 1927, d. h. in der Periode zweier Abrüstungskonferenzen, etwa 26 Milliarden Goldmark für Seerüstungen verausgabten und ihre Flotten inzwischen erheblich verstärkten und völlig modernisierten, werden ihre Ansprüche dementsprechend weit energischer vertreten können.

Schon heute steht fest, daß die Hauptforderung der angelsächsischen Mächte nach restloser Abschaffung der U-Boote entschieden abgelehnt werden wird, da sie die wirksamste Waffe finanziell schwacher und seestrategisch zweitrangiger Mächte sind. Der japanische Marineminister hat die Abschaffung der U-Boote bereits als undiskutabel bezeichnet und darüber hinaus eine Erhöhung der allgemeinen japanischen Quote auf 70 Prozent verlangt. Gleichzeitig hat das japanische Kabinett eine Summe von 10 Millionen Yen für den weiteren Ausbau der U-Bootflotte bewilligt. Eine Herabsetzung des Bestandes an Zerstörern um ganze 17.000 Tonnen will Japan unter der kaum erfüllbaren Bedingung durchführen, daß der englische und amerikanische Bestand an Zerstörern um insgesamt 800.000 Tonnen beschränkt würde.

Nicht minder ablehnend zu den anglo-amerikanischen Vorschlägen verhalten sich Frankreich und Italien. Trotz der zwischen diesen beiden Mächten bestehenden tiefen Gegensätze haben sie zur Abwehr der englisch amerikanischen Forderungen eine Interessenfront gebildet, der sich auch Japan anschließen dürfte. Diese Interessengemeinschaft hindert Italien jedoch nicht, seine eigenen Interessen gegenüber dem verhaßten französischen Rivalen unbeirrbar zu verfechten. Die faschistische Presse hat bereits die Notwendigkeit der italienischen Flottenparität mit Frankreich betont und [720] den Ausgleich der französischen Ueberlegenheit um 40 Prozent durch weitere Neubauten verlangt.

Die englisch-amerikanische Vereinbarung über die Erhöhung des Kreuzerbestandes bis zum Jahre 1936, Japans verstärkte Ausgaben für die U-Boot-Waffe und Forderung nach Steigerung seiner Quote, Italiens Ansprüche auf Flottenparität mit Frankreich und Frankreichs unbeirrbar weitere Neubauten zeigen, daß auch die kommende Seeabrüstungskonferenz nur der Auftakt für ein verstärktes Wettrüsten zur See bilden wird.

Nur gegenüber einem Gegner treten die inneren Konflikte der imperialistischen Welt zurück. Der Krieg gegen die Sowjetunion rückt immer näher als der Versuch, aus den inneren Schwierigkeiten des Weltkapitals einen Ausweg zu finden.

## Zum Problem des Sozialfaschismus in Oesterreich

### Eine Antikritik zum Artikel des Genossen P. Reimann in der „Kommunistischen Internationale“

R. – Heft 37 der „Kommunistischen Internationale“ bringt einen Artikel des Genossen P. Reimann unter dem Titel „Ist die österreichische Sozialdemokratie eine sozialfaschistische Partei?“ in dem der Verfasser sich gegen den Artikel des Genossen Gerber „Sankt Lorenzen“ in Heft 16 der „Internationale“ wendet. Der Artikel des Genossen Reimann schließt:

„Es ist zu erwarten, daß diese groben Fehler (des Genossen Gerber – d. R.) die „Internationale“ veranlassen werden, zu dem Problem des Sozialfaschismus in Oesterreich und zu den falschen Ansichten des Genossen Gerber in gründlicher Weise Stellung zu nehmen.“

Die Redaktion der „Internationale“ hat nicht nur zum Problem des Sozialfaschismus, sondern zum Gesamtproblem der österreichischen Ereignisse wohl in so ausgiebiger Weise Stellung genommen, daß über unsere Auffassungen in allen diesen Fragen keinerlei Zweifel bestehen dürften. Und wir können wohl auch feststellen, daß der Artikel „Sankt Lorenzen“ des Genossen Gerber keine der schlechtesten Arbeiten in unserer gesamten Behandlung der österreichischen Fragen gewesen ist.

Uns dünkt, daß eine viel größere Notwendigkeit vorliegt, zu „den falschen Ansichten“ des Genossen – Reimann „Stellung zu nehmen“, als zu den angeblichen „groben Fehlern“ des Genossen Gerber.

Sehen wir zu:

Was will Genosse Reimann beweisen?

Daß Genosse Gerber den sozialfaschistischen Charakter und die sozialfaschistische Entwicklung der österreichischen Sozialdemokratie leugne. Trotz aller künstlichen und gekünstelten Zitierereien aus dem Artikel des Genossen Gerber gelingt ihm das nicht, und übrig bleibt nur eine unbewiesene Behauptung:

„In Wirklichkeit aber dienen ihm (Gerber – d. R.) ‚Formen und Tempo nur als ein Vorwand, um den Entwicklungsprozeß selbst, der auch die österreichische Sozialdemokratie in eine sozialfaschistische Partei verwandelt, in Abrede zu stellen.“

Genosse Reimann behauptet hier nichts geringeres, als daß Gerber den sozialfaschistischen Charakter der österreichischen Sozialdemokratie leugne. In Wirklichkeit aber ist es gerade das Verdienst des Genossen Gerber, den hinter scheinradikalen Redensarten versteckten sozialfaschistischen Charakter der Austromarxisten aufzuzeigen, was er durch mehrere Tatsachenbeispiele unternimmt – wozu etwas mehr gehört, als über Sozialfaschismus zu reden, ohne zu wissen, was darunter zu verstehen ist.

[721] Genosse Gerber unternahm es in seinem Artikel „Sankt Lorenzen“, den Nachweis zu erbringen, daß die „linke“ Sozialdemokratie, deren Hauptrichtung der „Austromarxismus darstellt, in der sozialfaschistischen Entwicklung keine Ausnahme darstellt, sondern daß diese sozialfaschistische Entwicklung eben nur „im Tempo und in den Formen“ sich vom offener entwickelten Sozialfaschismus in Deutschland unterscheidet. Diese für den aktuellen Tageskampf notwendige und unerläßliche Unterscheidung im Charakter des Austromarxismus, die Genosse Gerber mit Recht auch für die englische Labour Party und die schweizerische Sozialdemokratie gelten läßt, nimmt Genosse Reimann zum Anlaß, um dem Genossen Gerber den Vorwurf der Leugnung des Sozialfaschismus in der österreichischen Sozialdemokratie zu machen. Dabei beruft sich Reimann auf die „Auffassungen der KI“ Mit welchem Recht? Wir sind im Gegenteil der bescheidenen Auffassung, daß gerade der Standpunkt des Genossen Gerber in vollem Einklang mit den „Auffassungen der KI“ steht, und daß der Standpunkt des Genossen Reimann eine Meisterleistung der Scholastik ist, die nicht das geringste mit der marxistischen Methode, wie sie der revolutionäre Klassenkampf erfordert, zu tun hat. Nicht Genosse Reimann, sondern Genosse Gerber könnte in Anspruch nehmen, sich auf die Auffassungen der Komintern zu berufen. Genosse Gerber befindet sich mit der Methode, mit der er an das Problem des Sozialfaschismus in Oesterreich heranging, durchaus auf der Linie, wie sie auf dem 10. Plenum, des EKKI von den maßgebenden Genossen der KI angewendet wurde. So ist uns z. B. Genosse Molotow ein besserer Kronzeuge der Auffassungen der KI als der Genosse Reimann.

Genosse Molotow führte z. B. über den Sozialfaschismus der englischen Labour-Regierung auf dem 10. Plenum folgendes aus:

„Doch die faschistische Entartung der Sozialdemokratie schlägt nicht überall die gleichen Wege ein. Davon kann man sich am Beispiel der deutschen Sozialdemokratie einerseits, der englischen andererseits leicht überzeugen. Wir wissen, daß die MacDonald-Regierung vor den Arbeitermassen noch nicht entlarvt ist. Ihr sozialfaschistisches Gesicht wird sich nur allmählich zeigen ... usw."

Man sieht, Genosse Gerber befindet sich mit seiner Betrachtung über den österreichischen Sozialfaschismus in vollster Uebereinstimmung mit einem durchaus zuverlässigen Interpreten der Auffassungen der KI.

Was Genosse Reimann bewiesen hat.

Wir haben wohl klar und überzeugend genug gezeigt, daß der Beweis, den Genosse Reimann führen wollte, ihm nicht gelungen ist. Jedenfalls haben wir über Inhalt und Charakter des Artikels des Genossen Gerber gerade die entgegengesetzte Auffassung als Genosse Reimann. Wie kommt es nun, daß man aber ein und dieselbe Sache so verschiedener, ja entgegengesetzter Auffassung sein kann? Die Ursache dieses Widerspruches liegt bei dem Genossen Reimann selbst. So wenig es dem Kritiker des Gerberschen Artikels gelungen ist, die vermeintlichen „Fehler" und den „Opportunismus" zu beweisen, so meisterhaft ist es ihm gelungen, seine eigenen und wahrhaft großen Fehler offen zutagetreten zu lassen. Was Genosse Reimann wirklich vorzüglich bewiesen hat, ist 1. seine vollkommene Unkenntnis des gestellten Problems, nämlich des Sozialfaschismus, 2. seine jungfräuliche Unberührtheit durch die ersten und primitivsten Vorbedingungen, wie sie der Kampf gegen Faschismus und Sozialfaschismus erfordert, und 3. die Tatsache, daß nach über zehn Jahren Komintern noch mit Ungeniertheit Theorien vorgetragen werden können, die man seit Lenins „Kinderkrankheiten" wenigstens an der Spitze der Parteien erledigt zu haben glaubte, die aber im Artikel des Genossen Reimann enthalten sind.

Zum Punkt 1: Sozialfaschismus.

Was erzählt uns Genosse Reimann über diese Frage?

„Wesentlich für den Sozialfaschismus ist der Aufbau einer ganz neuen Ideologie der Klassenharmonie, des Wirtschaftsfriedens, oder, wie man es in Oesterreich nennt, der ‚inneren Befriedung. Von der Vertretung des Klassenkampfes in Worten zur offenen Verteidigung der Klassenharmonie, [722] welche bei Zuspitzung der Klassengegensätze unvermeidlich zu Gewaltmethoden gegenüber dem revolutionären Proletariat führt. Die Grundlage dieser ideologischen Wandlung ist die aktive Anteilnahme am Aufbau der kapitalistischen Staatsmacht, die offene Zusammenarbeit mit den Organen der Bourgeoisie und die Verwandlung der Sozialdemokratie in einen Bestandteil des bürgerlichen Staatsapparates."

Wir haben hier absichtlich ausführlich alles zitiert, was Genosse Reimann als „wesentlich für den Sozialfaschismus" ansieht. Und damit ja kein Irrtum darüber entstehen kann, worin er das Wesen des Sozialfaschismus der österreichischen Sozialdemokratie erblickt, bringt er ein langes Zitat aus der „Wiener Arbeiterzeitung" vom 8. September, in dem der Sozialdemokrat Breitner für Steuerermäßigung der Besitzenden eintritt. Es kann also gar kein Zweifel bestehen, wie Genosse Reimann den Sozialfaschismus auffaßt.

Auf den ersten Blick sieht man hier sofort, daß diese Auffassung des Genossen Reimann über den Begriff des Sozialfaschismus nicht das geringste damit zu tun hat, wie wir in der deutschen Partei – und wohl auch in der „Internationale", ohne uns anzumaßen, die berufenen Interpreten der KI zu sein – den Begriff Sozialfaschismus herausgebildet haben und anwenden. Wie recht hat doch Genosse Geber gehabt, als er in seinem Artikel „Sankt Lorenzen" davor warnte, den Begriff Sozialfaschismus zu einer Banalität zu machen. Daß just diese Warnung zu einer so horrenden Banalität Anlaß. gab, ist ein besonderer Witz der „Kritik" des Genossen Reimann.

Es ist nicht allzu schwer zu erkennen, wo die katastrophalen Fehler des Genossen Reimann liegen. Altes das, was er als das „Wesentliche" des Sozialfaschismus ansieht, ist nichts anderes als das „Wesentliche" des Reformismus überhaupt. Solange der Reformismus existiert, seit den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts, war alles das, was Genosse Reimann als „das Wesentliche für den

Sozialfaschismus“ aufzählt, das Wesentliche des Reformismus. Auch nicht einen einzigen Charakterzug, auch nicht ein einziges Kriterium hat Genosse Reimann genannt, das wir als die Voraussetzung faschistischer Entwicklung und Tendenzen in der Sozialdemokratie ansehen. Das beweist, daß unser „Kritiker“ nicht im geringsten begriffen hat, worauf es „wesentlich“ ankommt, daß er von dem Problem, über das er schulmeistert, keinen bloßen Dunst hat.

Oder ist Genosse Reimann der Auffassung, daß wir nur aus Laune oder nur der Abwechslung halber die Bezeichnung Sozialfaschismus an Stelle Reformismus „gewählt“ haben, weil es gar zu langweilig ist, immer das gleiche zu sagen? Sozialchauvinismus, Sozialimperialismus, Sozialfaschismus – sollen das alles nur Worte sein für ein und dieselbe Sache, für Reformismus? Nach Genossen Reimann ist dem so – und nach Brandler, Thalheimer, Ernst Meyer und Ewert ebenfalls –, wie sehr doch die „Kritik des Opportunismus“ und der wirkliche Opportunismus „zufällig“ miteinander übereinstimmen können!

Genosse Reimann wird einwenden: „Ja, ich habe aber doch die Hauptsache, ‚Gewaltanwendung‘ als Wesen des Sozialfaschismus angeführt!“ – Auch der Hinweis, „... bei Zuspitzung der Klassengegensätze unvermeidlich zu Gewaltmethoden gegenüber dem revolutionären Proletariat führt“, tut es nicht. Haben wir etwa den Massenmord Noskes am deutschen Proletariat als Faschismus bezeichnet? Genosse Reimann möge unsere diesbezüglichen Reden besonders auf dem Weddinger Parteitag, auf dem 10. Plenum und unsere reichliche Literatur auf diesem Gebiete lesen, um sich wenigstens die primitivsten Begriffe über unsere Terminologie anzueignen. Wir können uns nach einer mehr als jahrelangen Diskussion über diese Frage mit den Opportunisten und Liquidatoren unmöglich in eine Darlegung über längst geklärte Dinge einlassen.

Zu Punkt 2: Vorbedingungen für den Kampf gegen Faschismus und Sozialfaschismus.

Die erste Vorbedingung für den Kampf gegen Faschismus und Sozialfaschismus ist, die Tatsachen und Verhältnisse, Wechselbeziehungen usw. nüchtern, real und genau so zu sehen und zu beurteilen, wie sie sind. Je genauer und konkreter wir die einzelnen Wesenszüge, die äußere Schale [723] und den wirklichen Inhalt aufzeigen und erläutern, um so realer und daher erfolgreicher ist die Kampftaktik und die Anwendung der Kampfesmittel. Das ist für alle kommunistischen Parteien eine so unbestreitbare Binsenwahrheit, daß man glauben sollte, daß das nicht immer wieder festgestellt zu werden braucht.

Aber es scheint die Spezialkrankheit einiger tschechoslowakischer Parteigenossen zu sein, die primitivsten Gesetze marxistisch-leninistischer Kampfestaktik und Kampfesstrategie in Acht und Bann zu erklären, sonst könnte es sich doch nicht ereignen, daß zwei so prominente Führer dat KPTsch, wie die Genossen Reimann und Gottwald, an zwei ganz verschiedenen Orten die gleiche falsche, vom Bolschewismus entfernte Linie vertreten, wie das bei dem Genossen Gottwald auf der Konstanzer Konferenz und bei Genossen Reimann in seiner Kritik gegen Gerber geschehen ist. Genosse Reimann erhebt die Forderung, daß der Sozialfaschismus als in allen Ländern gleichermaßen bestehend und entwickelt angesehen werden müsse. Genosse Gottwald ging noch einen Schritt weiter und forderte, daß man zwischen Faschismus und Sozialfaschismus, zwischen Heimwehren und Schutzbund keinen Unterschied machen dürfe. Die Konstanzer Konferenz lehnte entschieden die Forderung des Genossen Gottwald ab. Und wir müssen die ähnlichen Theorien des Genossen Reimann ebenso entschieden ablehnen und bekämpfen.

Wohin das „Gleichheitsideal“ der Genossen Gottwald und Reimann führen muß, brauchen wir wohl nach zehnjähriger Kenntnis und Erfahrung der Richtigkeit der Lehre Lenins in seiner Schrift „Kinderkrankheiten“ nicht noch besonders zu erwähnen.

Und damit Lenin in seinem Urteil über die links-sein-sollenden Kinderkrankheiten ja recht behalte, macht Genosse Reimann sofort die Probe aufs Exempel. Man lese und staune:

„Nach Auffassung der KI ist es die außerordentliche Verschärfung des Klassenkampfes in der dritten Periode, die zur Entwicklung des Faschismus führt – nach Gerber ist es die Schwäche der österreichischen Partei. Diese

Schwäche ist freilich die Ursache dessen, daß bisher der Kampf des österreichischen Proletariats gegen den Faschismus noch in bedeutendem Maße spontanen Charakter trägt, aber keinesfalls die Erklärung für die Schärfe der faschistischen Gefahr in Oesterreich, die vielmehr daraus entspringt, daß die besondere Lage Oesterreichs (besonders scharfe Formen der Krise der Stabilisierung) trotz der Schwächen der KP zu einer äußersten Zuspitzung des Klassenkonflikts führt."

Da haben wir den blühendsten Opportunismus, der zu absoluter Passivität im Kampfe gegen den Faschismus zwingt. „Der Faschismus kommt von der außerordentlichen Verschärfung des Klassenkampfes." – „Da kannst halt nix machen" (sagt der Wiener), da spielt die Schwäche oder Stärke der Partei gar keine Rolle. Und das ist die „Auffassung der KI"?!

Sehen wir uns diese Theorie etwas genauer an: „Je stärker der Klassenkampf, desto größer die faschistische Bewegung!" Wohl gemerkt – der verschärfte Klassenkampf bringt nicht die Stärkung der revolutionären, der kommunistischen, sondern der konterrevolutionären, der faschistischen Bewegung. Jeder Kommunist weiß, daß es gerade umgekehrt ist, als es Genosse Reimann unter der Bezeichnung „Auffassung der KI" lehren möchte. Die faschistische Bewegung hat nur dort Erfolg und kann sich dort entwickeln, wo der Klassenkampf durch den starken Einfluß des Reformismus gedrosselt, unterdrückt und sabotiert wird. Nicht der verschärfte Klassenkampf erzeugt und fördert den Faschismus, sondern der Faschismus wird zur Massenbewegung dort, wo bei zunehmender Verelendung der Massen, bei Verschärfung der Krise der proletarische Klassenkampf sich nicht entwickelt, so daß die ausgeplünderten Massen das Vertrauen zu den Organisationen der Arbeiterklasse verlieren. Der 5. Weltkongreß formulierte gerade aus dieser, bis zur neuen Theorie Reimanns in unseren Reihen unbestrittenen Tatsache die These: „Der Faschismus ist die Strafe für die vom Proletariat versäumte soziale [724] Revolution!" Alle diese alten und heute noch so richtigen Wahrheiten, wie sie in der ersten Welle der europäischen Revolution festgestellt wurden, braucht man scheinbar heute nicht mehr zu wissen.

Wir betrachten eben diese Frage als die Kardinalfrage des ganzen Konfliktes, den Genosse Reimann aufgeworfen hat:

Genosse Reimann (das ist nicht die KI) behauptet, der Faschismus (gemeint ist doch wohl die faschistische Bewegung) komme vom verschärften Klassenkampf, und die Stärke oder Schwäche der Partei spiele gar keine Rolle. Wir sind der Auffassung, der Faschismus wird dort zur Massenbewegung, wo die reformistischen und opportunistischen Tendenzen und Strömungen in der Arbeiterbewegung überwiegen, der Klassenkampf gegenüber der Zuspitzung der Krisen und Verschärfung der Klassengegensätze zurückbleibt und daher die verzweifelten Massen sich dem Faschismus zuwenden, der diesen an der bürgerlichen Gesellschaft, aber auch am Sozialismus verzweifelnden Massen einen Ausweg aus ihrem Elend in Gestalt der faschistischen Diktatur vortäuscht. Der Faschismus entsteht also als Massenbewegung überall dort, wo der proletarische Klassenkampf nicht in ausreichendem Maße geführt wird. Das ist für uns deutsche Kommunisten eine so unbestrittene Wahrheit, die wir gerade jetzt wieder durch hunderte und tausende Erfahrungen in allen Großstädten, Industriezentren und überall auf dem flachen Lande bestätigt finden, daß für uns ein fester Parteigrundsatz besteht, der besagt: „Wo die Faschisten Anhang erhalten – hat unsere Partei versagt und gegenüber den Arbeitern, Kleinbauern und sonstigen Werktätigen ihre revolutionären Pflichten nicht erfüllt!" Das Vordringen der faschistischen Bewegung ist für uns in der Partei der beste Gradmesser des Tempoverlustes in der Durchführung der Wendung unserer revolutionären Strategie und Taktik. Die Hauptaufgabe, die das X. Plenum stellte, die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse, besteht nicht nur darin, den Einfluß des Reformismus in der Arbeiterklasse zu brechen, sondern vor allem in der Abwehr der großen Gefahr, daß die gegen den Reformismus rebellierenden Massen der sozialen Demagogie des Faschismus zum Opfer fallen.

Und gerade hierin liegt ein gutes Stück der innerparteilichen Orientierung gegen Opportunismus und sozialdemokratische Gewohnheiten und Ueberreste, wie sie auch in der Theorie des Genossen Reimann zum Ausdruck kommen: „Der Faschismus kommt vom Klassenkampf – die Schwäche der Partei hat damit gar nichts zu tun!" und damit basta. Das gleiche, aber auch wörtlich so, sagen auch die Reformisten, nur mit dem Unterschied, daß sie sich dabei nicht auf die „Auffassung der KI" berufen,

wie Genosse Reimann. Die Reformisten ziehen aus dieser Theorie auch die sich ergebende Konsequenz, die Genosse Reimann zu ziehen vergessen hat, nämlich: wenn das Resultat des Klassenkampfes der Faschismus und die faschistische Herrschaft ist – dann nieder mit dem Klassenkampf!

Wir sind der bescheidenen Auffassung, daß der Klassenkampf das einzige Mittel, die einzige Waffe ist, den Faschismus mit Erfolg zu bekämpfen, zu vernichten und ihn auszurotten. Genosse Reimann ist der maßgebenden „Auffassung der EI", daß es umgekehrt sei, daß die „außerordentliche Verschärfung des Klassenkampfes in der dritten Periode es ist, die zur Entwicklung des Faschismus führt".

Wir müssen gestehen, wir kommen da nicht mehr mit. Hier stehen sich die „Auffassungen" so diametral gegenüber, daß es keinen Ausgleich gibt – das ist in beiden Punkten, in denen wir dem Genossen Reimann entgegentreten müssen, der Gegensatz zwischen radikal-sein-sollendem Opportunismus und revolutionärem Marxismus. Den Genossen Gerber zu korrigieren, finden wir beim besten Willen keinen Anlaß, am allerwenigsten mit solchen faulen und zweifelhaften Theorien und Argumenten, wie sie Genosse Reimann in seiner „Kritik" entwickelte.

Wir glauben damit klar genug unseren Standpunkt dargelegt zu haben.

[725]

**Die Internationale**
**12. Jahrgang * Berlin, den 15. Dezember 1929 * Heft 23/24**

## Im Zeichen der Krise

(W. H.) Um die Zeit der Jahreswende stehen die Rückblicke und Bilanzen hoch im Kurs. Zur Jahreswende 1929/30 hat es den Anschein, als ob im Kampf der Klassen, in der Formierung der gesellschaftlichen Kräfte Deutschlands die Geschichte selber ihre Bilanz der bisherigen Entwicklung zu ziehen versucht. An allen Fronten des Klassenkampfes vollzieht sich die Zuspitzung und klare Herausarbeitung der beherrschenden Tendenzen, die Uebergangsformen, die Halbheiten schwinden und mit aller Schärfe kristallisiert sich der Klasseninhalt in seiner nackten, unverfälschten Form heraus. Bourgeoisie und Proletariat marschieren auf, Klasse gegen Klasse. Unversöhnlicher, schroffer, unzweideutiger als je in den vergangenen Jahren entwickelt sich eine klare Gruppierung des verschärften Klassenkampfes.

Einige Wochen vor Weihnachten setzte die Umgruppierung der Klassenkräfte innerhalb der politischen Parteien der Bourgeoisie, wie in der allgemeinen Konstellation dieser Parteien zueinander, die bis dahin nur undeutlich erkennbar war, in so verstärktem Tempo ein, daß unmittelbare und praktische Konsequenzen sich ergaben. Den Beginn machten die Deutschnationalen. Auf den Parteitag der Hugenberg-Partei folgte die Abspaltung des sogenannten gemäßigten Flügels. Der „Vorwärts“, die gesamte sozialdemokratische und demokratische Presse jubelte. Voller Begeisterung versicherten die Propheten der Koalitionspolitik, daß die Krise der Deutschnationalen einen Erfolg für die Sozialdemokratie bedeute. Das Gegenteil traf zu. Die Veränderungen in der Deutschnationalen Volkspartei bewirkten nicht eine Stabilisierung der heutigen Koalition zwischen Bourgeoisie und Sozialdemokratie, bewirkten nicht eine Festigung der Ministersitze für Hermann Müller, Hilferding, Severing, Wissell und ihre Kollegen in den Landesregierungen, sondern umgekehrt: sie lösten eher jene Krise der Koalition aus, die sich in den Tagen vor Weihnachten bis zu dem dramatischen Angriff Schachts auf die Reichsregierung der SPD steigerte und auch. nach dem mühselig zustande gebrachten Vertrauensvotum der Regierungsparteien latent weiter besteht,

Was verbirgt sich klassenmäßig hinter dem Krach in den Reihen der Deutschnationalen? Das Entscheidende an dieser ganzen Entwicklung ist die bedeutsame Tatsache, daß die stärkste bürgerliche Partei Deutschlands in ihrer überwältigenden Mehrheit klar und unbeirrt den Kurs von der reaktionären zur faschistischen Partei genommen hat. „Hugenberg geht zu Hitler“, stammelt der „Vorwärts“. [726] Tatsächlich aber bezeugt der Hugenberg-Kurs der Deutschnationalen Partei einen geschichtlichen Vorgang, dem das deutsche Proletariat stärkste Aufmerksamkeit widmen muß: die Konzentration der offen faschistischen Kräfte in einem Ausmaß, wie nie seit 1923, und auf einer Stufe der Klassenentwicklung, die diesen Vorgang über die Verhältnisse des Jahres 1923 hinaushebt.

Aber auch die andere Seite der deutschnationalen Parteiauseinandersetzung verbessert keineswegs die Atmosphäre für die sozialdemokratische Koalitionspolitik. Auch das Abwandern der gemäßigten deutschnationalen Gruppe stärkt nicht die Koalitionsfreudigkeit der bürgerlichen Mittelparteien gegenüber der SPD, sondern weckt das entgegengesetzte Echo. Die gleiche Rechtsentwicklung die bei den Deutschnationalen Hugenberg zum unumschränkten Sieger auf einem Schlachtfeld macht, auf dem ein reichliches Bäckerdutzend deutschnationaler Abgeordneter als Verlust gebucht werden müssen, hat in der Deutschen Volkspartei den rechten Flügel zur Herrschaft gebracht. Scholz ist Parteiführer an Stelle des toten Stresemann. Herr v. Kardorff beantwortet die deutschnationale Spaltung mit programmatischen Artikeln, in denen er eine neue Formierung der bürgerlichen Kräfte, offensichtlich unter Ausschaltung der Sozialdemokratie, eine Konzentration nach rechts propagiert. Im Zentrum ist der Mann des rechten Flügels, Prälat Kaas, zum Führer avanciert. Und auch die demokratische Presse – sonst dem Bündnis mit der SPD. treu ergeben – schlägt in die gleiche Kerbe, ohne auf die sozialdemokratische Mißstimmung Rücksicht zu nehmen. Langsam formiert sich die neue Bürgerblock front. Sie ist, gemessen am Lager des offenen Faschismus, am Lager der Hitler und Hugenberg, gleichsam der breite Schutzwall für die faschistische Entwicklung. Die Front, für die

Kardorff streitet, und in die die abgespaltenen Deutschnationalen eingereiht werden sollen, ist die Front des faschistischen Staatsstreichs auf kaltem Wege, der legalen Einführung der faschistischen Diktatur.

Die Sozialdemokratie hat die letzten Monate ihrer Regierungstätigkeit nahezu ausnahmslos dazu benutzt, sich immer wieder der Bourgeoisie möglichst vorteilhaft in Empfehlung zu bringen. Kaum eine Handlung irgendeines sozialfaschistischen Ministers, kaum ein ernsterer Leitartikel des sozialdemokratischen Zentralorgans, der nicht durch die Blume zu verstehen gab: Seht her, wer kämpft so rücksichtslos und erfolgreich für die kapitalistischen Klasseninteressen, wer bereitet so aktiv den faschistischen Kurs vor, wie wir Sozialdemokraten? Hat nicht Severing den RFB verboten? Legt er, der Massenschlächter des Wetter- und Watterwinkels der blutige Henker Mitteldeutschlands aus den Jahren der ersten revolutionären Hochflut, nicht das neue Kommunistengesetz vor, das die politischen Voraussetzungen für die Durchsetzung des Young-Plans gegen das deutsche Proletariat schaffen soll? Baut nicht Loebe, der linke sozialdemokratische Reichstagspräsident, den unzeitgemäß gewordenen Parlamentarismus auf kaltem Wege ab, indem er die lästige Einrichtung einer Opposition mit neuen Geschäftsordnungsmethoden „abschafft“? War es nicht Wissell, der den Erwerbslosen die Unterstützung raubte? Ist es nicht Hilferding, theoretische Leuchte der SPD., der bereit ist, auch die letzten Wünsche des Großkapitals zu realisieren?

[727] Die SPD führte einen wahrhaft heroischen Kampf gegen den Fußtritt, mit dem ihre Auftraggeber sie aus den Ministersesseln und Regierungspositionen zu entfernen drohen. Die SPD bekämpft die Deutschnationalen. Aber es ist der Kampf des ungeliebten Bruders, der alles daran setzt, den anderen für sich zu gewinnen. Die Agitation der Sozialdemokratie gegen Hugenberg läuft auf das einzige Bestreben heraus, die Deutschnationalen reif für die ganz große Koalition mit Einschluß der SPD zu machen. In dieser Richtung hatte die SPD schon vor Beginn der ganzen neuen Aera der Koalitionsregierung, d. h. noch ehe die Maiwahlen 1928 das Bürgerblockkabinett ablösten, die ersten Fühler ausgestreckt. Damals machte in der sozialdemokratischen Zeitschrift Hilferdings „Die Gesellschaft“ der SPD-Mann Decker den schüchternen Versuch, „theoretisch“ nachzuweisen, daß eigentlich die Deutschnationalen heute bereits ebenso wie die Stresemann-Partei der Schwerindustrie und das Zentrum der Pfaffen „koalitionswürdig“ vom Standpunkt der Sozialdemokratie geworden seien. Heute ist aus dem damaligen theoretischen Tasten praktische, handfeste Agitation der sozialdemokratischen Tagespresse geworden. Mit Feuer und wahrer Begeisterung versuchen der „Vorwärts“ und der größte Teil der übrigen sozialdemokratischen Zeitungen den Deutschnationalen den Wechselbalg der ganz großen Koalition in den Bauch zu reden. Laßt ab vom bösen Hugenberg, wendet euch von Hitler, findet endlich den Weg in die offenen Arme der koalitionswilligen SPD, der vor nichts mehr graust! Das ungefähr ist der Tenor des sozialdemokratischen „Kampfes“ gegen die Deutschnationalen.

Alles Liebeswerben der SPD blieb dennoch vergeblich. In der rauhen Klassenwirklichkeit Young-Deutschlands gibt es keine Sentimentalität. Die Bourgeoisie geht aufs ganze. Auf Kardorffs Proklamationen folgte Schachts Memorandum. Der Reichsbankpräsident, durch den Dawes-Plan mit umfassenden Machtvollkommenheiten ausgerüstet, durch den Young-Plan erneut in dieser Machtfülle bestätigt, ergreift plötzlich zur Bestürzung der Müller und Hilferding die Offensive gegen das „sozialdemokratisch geführte“ Kabinett. Sein Memorandum, das der Regierung völliges Versagen in der innenpolitischen Einlösung jener Versprechungen vorwirft, die das Kabinett und die SPD schon im ersten Stadium der Youngplan-Verhandlungen den kapitalistischen Gruppen abgeben mußte, zerfetzte mit einem Schlage die idyllische Harmonie der Koalition. Wochenlang hatte sich Hilferding dagegen gesträubt, sein Finanzprogramm zu veröffentlichen, solange der Young-Plan noch nicht in der bevorstehenden zweiten Haager Konferenz unter Dach und Fach gebracht sei. Zwei Tage vor dem Zusammentritt des Reichsverbandes der deutschen Industrie in der Berliner Scala schlägt Schacht los. Die Regierung, der Reichstag, die Staatsfinanzen – alles gerät ins Wanken. Das Kabinett rafft sich zu der schmollenden Geste auf, sein „Befremden“ über die brutalen Ohrfeigen des Reichsbankpräsidenten auszusprechen, zögert aber nicht, seinen Befehl, der der Befehl der deutschen Großkapitalisten und des Hauses Morgan zugleich ist, nachzukommen. Gehorsam tritt Hermann Müller mit seiner

Regierungserklärung vor [728] den Reichstag, die Hilferdings Finanzprogramm entsprechend den schwerindustriellen Wünschen der herrschenden Klasse unterbreitet.

Am gleichen Tage, an dem Müller den Kanossa-Gang vor dem Reichstag antritt, versammelt sich das Parlament der eigentlich Regierenden, das Parlament der Scharfmacher, Industriekapitäne, Ausbeuter. Stürmische Begeisterung antwortet in der Scala, als der Vorsitzende unter den Ehrengästen den Reichsbank Präsidenten Schacht begrüßt. Eisiges Schweigen ertränkt die Namen der anwesenden Koalitionsminister Dann aber, im Verlauf der Verhandlungen der Industriellentagung, bricht sich mit einer Frechheit, Offenherzigkeit und Angriffslust sondergleichen der entschlossene Wille der kapitalistischen Meute Bahn, mit den bisherigen Herrschaftsmethoden der bürgerlichen Demokratie Schluß zu machen, die faschistische Diktatur zu konstituieren Ermächtigungsgesetze, Verordnungen an Stelle der schwerfälligen Gesetzgebungsmaschinerie des Parlamentarismus – das ist es, was die Herren Unternehmer fordern und durchzuführen entschlossen sind.

Hilferdings Finanzprogramm? Der sozialdemokratische Reichsfinanzminister der vor zwei Jahrzehnten ein bemerkenswertes marxistisches Buch verfaßte, hat jetzt für die innenpolitische Durchführung des Young-Planes den kapitalistischen Fünfjahrplan entworfen. In den fünf Jahren, auf die er seine Finanzreform einteilen möchte, sollen alle Hindernisse für die kapitalistische Akkumulation, die letzten spärlichen Reste aller Besitzsteuern beseitigt und ein Uebermaß neuer Massensteuern und anderer Methoden zur Ausplünderung der breitesten werktätigen Volksschichten organisiert werden. Indirekte Steuern zur Exploitation der Konsumentenmassen Hungerzölle von groteskem Ausmaß und zugleich Steuergeschenke an die Bourgeoisie, die jeder Beschreibung spotten: der sozialdemokratische Reichsfinanzminister bewilligt alles! Hier aber offenbart sich der Grad, in dem die beiderseitigen Klassenkräfte der Gesellschaft sich zu entscheidenden Auseinandersetzungen formiert haben.

Die Geschichte leistet sich einen Witz: Während das siegreiche Proletariat in der Sowjetunion unter Führung der Bolschewiki darum ringt, den sozialistischen Fünfjahrplan schon in vier oder weniger Jahren durchzuführen, kritisiert die deutsche Bourgeoisie den sozialdemokratisch-kapitalistische Fünfjahrplan Hilferdings, weil das Tempo der Ausplünderung der Massen nicht genügend klassenbewußt vom Standpunkt der Bourgeoisie erscheint. Zwar ist das famose Finanzprogramm, der Hermann-Müller-Regierung nach dem Ausspruch des Vorsitzenden der Industriellentagung ein „Lichtblick in dieser schweren Zeit“, aber dennoch bleibt man unzufrieden. Auch die deutsche Bourgeoisie fordert, daß der kapitalistische Fünfjahrplan mit verkürzten Fristen schon in zwei Jahren durchgeführt werde. Und das herrschende Trustkapital begnügt sich nicht mit frommen Wünschen, sondern geht zur Tat über. Schacht läßt seinem ersten Memorandum eine zweite Erklärung folgen, die das Sofortprogramm der Müller-Hilferding erneut bemängelt, und Hindenburg, der Marschall der deutschen Bourgeoisie, empfängt den Reichsbankpräsidenten zur direkten Berichterstattung. Einige liberale Zeitungen erlauben sich für 24 Stunden das Mätzchen, Hindenburg die wohl-[729]wollende Absicht zu unterschieben, zwischen Schacht und der Regierung zu vermitteln. Kleinlaut folgt am nächsten Tage die Feststellung, daß der Reichspräsident nicht im mindesten daran denkt. Schacht setzt seine Offensive fort. Er diktiert der Stadt Berlin kurzerhand die ungeheuerlichen Tariferhöhungen, die in der Praxis eine sofortige Herabsetzung der Löhne und des proletarischen Lebensniveaus durch allgemeine Teuerung bedeuten. Ja, die sozialdemokratische Preußenregierung muß dem halbdeutschnationalen Reichsbankpräsidenten bei seinem Diktat assistieren.

Die Regierungskrise, mit der sich Minister und Parlamentarier die letzte Woche vor Weihnachten nutzbringend beschäftigen, wird noch einmal – was nicht anders zu erwarten war – mit einem Vertrauensvotum behoben. Aber die Zuspitzung der kapitalistischen Klassenkräfte in der Richtung zur faschistischen Diktatur als dem letzten Versuch des Kapitalismus, sich zu behaupten, wird dadurch weder abgeschwächt noch aufgehoben. Die Koalitionsregierung hat noch ein bescheidenes Maß von Aufgaben zu erfüllen: Annahme des Young-Planes und Durchführung der ersten Ausbeutergesetze, um das Sklavendiktat innenpolitisch zu realisieren. Dennoch bleiben die Tage der sozialdemokratischen Koalitionsfreuden offensichtlich gezählt.

In der zugespitzten Klassensituation der Gegenwart kann die Sozialdemokratie in der Regierung nur eine solche Politik betreiben, mit der sie selbst ihre Massenbasis untergräbt und sich dadurch des Anreizes beraubt, der sie für die Bourgeoisie koalitionswürdig machte. Denn mit dem gleichen Tempo und der gleichen Entschiedenheit, mit der sich im Lager der Bourgeoisie die Formierung der Klassenkräfte nach rechts vollzieht, konzentrieren sich die proletarischen Kräfte auf der anderen Seite der Barrikaden. Es ist keine Kleinigkeit, wenn in den Berliner Betrieben seit Wochen und Monaten die Kette der – wenn auch noch kleinen, auf einzelne Abteilungen einzelner Buden beschränkten – Kämpfe nicht mehr abreißt. Es ist ein Signal, wenn in diesen Vorweihnachtstagen des Jahres 1929 die Erwerbslosen in fast allen größeren Städten Deutschlands Kampfdemonstrationen durch führen und hier und da drohend genug auftreten, um sogar eine Annahme kommunistischer Erwerbslosenanträge in den Stadtparlamenten zu erzwingen (Frankfurt a. M.). Dergleichen riecht verdammt nach der Atmosphäre des Jahres 1923. Es ist eine mehr als charakteristische Erscheinung, wenn – zunächst in Berlin, dann im Reichsmaßstabe – die Kommunistische Partei mit einem jähen Ruck imstande ist, das durchzuführen, was bisher nur schwer und mangelhaft gelangt: politische Erfolge organisatorisch durch die Verbreiterung ihrer Kader auszuwerten. Und es ist nur eine Bestätigung des unaufhaltsamen Vormarsches der revolutionären Partei, wenn der sozialfaschistische Reichsinnenminister der Koalitionsregierung in dieser Situation alles daran setzt, sein neues „Republikschutzgesetz“ das Instrument zu Verbot der KPD, zustande zu bringen.

In dieser Situation um die Jahreswende 1929/30, die die Analyse der Kommunistischen Inter-[730]nationale über den neuen revolutionären Aufschwung vollauf bestätigt, gilt es für die Kommunistische Partei Deutschlands, die Beschlüsse des Reichskongresses der revolutionären Gewerkschaftsopposition mit allem Nachdruck unter die Massen zu tragen. Wenngleich zur Zeit der Tagung des Reichskongresses noch nicht das Diktaturprogramm der Industriellentagung in der Scala, noch nicht Hilferdings Fünfjahrplan, noch nicht Schachts Attacke, noch nicht die Teuerungsoffensive des Berliner Magistrats vorlag, wenngleich der Reichskongreß einige Wochen später vielleicht eine noch durchschlagendere Wirkung hätte erzielen können, so bestätigt die praktische Entwicklung doch vollkommen alles das, was die revolutionäre Gewerkschaftsopposition unter Führung der KPD dem deutschen Proletariat auf dem Reichskongreß signalisierte. Die tatsächlichen Vorgänge der letzten Wochen liefern das schlüssige Beweismaterial für die Notwendigkeit all jener Richtlinien des revolutionären Klassenkampfes und der Strategie, die der Reichskongreß für die proletarische Gegenoffensive gegen den Versklavungspakt des internationalen und deutschen Finanzkapitals, den Young-Plan, entwickelte.

Vor uns liegen Monate voller schwerer Kämpfe. Die Betriebsräte. und Gewerkschaftswahlen dieses Frühjahrs stehen in engster Verbindung mit der Notwendigkeit der Organisierung und Durchführung breiter, erfolgreicher Wirtschaftskämpfe des deutschen Proletariats zur Erhaltung und Verbesserung seines Lebensniveaus.

In diesen Kämpfen steht die deutsche Arbeiterklasse noch krasser, noch unverhüllter als bisher als Klasse gegen Klasse der vereinigten Front des Kapitals, des Reformismus und des kapitalistischen Staatsapparates gegenüber. Jeder Wirtschaftskampf wird zur politischen Entscheidung. Der politische Massenstreik, dessen überragende Bedeutung als Kampfmittel in der jetzigen Periode der Weddinger Parteitag und das 10. Plenum des EKKI feststellten, und den auch der Reichskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition in den Mittelpunkt der Strategie des revolutionären Klassenkampfes rückte, wird zur zwingenden Notwendigkeit, wenn das deutsche Proletariat sich gegen die Hungeroffensive seiner Unterdrücker und ihrer Soziallakaien erfolgreich wehren und zum Gegenangriff für die Ueberwindung der kapitalistischen Ordnung und die Errichtung der proletarischen Diktatur übergehen will. Der politische Massenstreik als hervorragendes Kampfmittel, im Jahre 1929 noch eine bloße Erfahrung, die sich die klassenbewußtesten und reifsten Teile der Arbeiterklasse aneigneten, muß und wird im Jahre 1930 in der Praxis des revolutionären Klassenkampfes der Massen zur unumstößlichen Tatsache werden! [731]

# Zehn Jahre Kommunistische Jugendinternationale

Von Willi Münzenberg

Vor zehn Jahren, vom 20. bis 26. November 1919, fand in einer Hinterstube eines Arbeiterlokals in der Ziethenstraße in Berlin-Neukölln der Gründungskongreß der KJI statt. Die Geschichte der KJI ist untrennbar verbunden mit der Geschichte der Komintern, wie die KJI nur ein Teil der KI ist.

Die ersten proletarischen Jugendvereine und Jugendorganisationen, die in den achtziger und neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts in Belgien, Frankreich, Italien, in den skandinavischen Ländern, in der Schweiz und in Deutsch-Böhmen entstanden, wurden geschaffen durch, die Initiative der Jugendlichen im Kampfe gegen die verbonzte Bürokratie in den alten sozialdemokratischen Parteien und den von ihnen beeinflußten Gewerkschaften.

Die ersten proletarischen Jugendorganisationen waren erfüllt von einem gesunden, rebellischen Geist, drängten zu revolutionären Aktionen und leisteten eine gute antimilitaristische Zersetzungsarbeit in den alten Armeen. Die antimilitaristische Propaganda der proletarischen Jugendorganisationen schlug selbst nach Deutschland Wellen, das vor dem Kriege sonst nie eine antimilitaristische Propaganda durch Arbeiterorganisationen sah, und führte zu einer ernsten und aktiven antimilitaristischen Propaganda in den süddeutschen Jugendorganisationen, die ihren politisch reifsten Ausdruck fand in der Zeitung „Junge Garde“, deren ständiger Mitarbeiter Karl Liebknecht war.

Die besten Gruppen und ein eiserner Kern dieser jungrebellischen band vorwärtsdrängenden linksradikal tendierenden Jugendorganisationen blieben trotz der Bekämpfung durch die Fritz-Ebert-Gruppe mit den 1909 geschaffenen sozialpatriotischen Jugendausschüssen erhalten.

Während der Weltkrieg zum Zusammenbruch der Sozialistischen internationale führte, der auch das Internationale Büro der Jugendinternationale in den Abgrund des sozialpatriotischen Verrates riß, erlebte die Sozialistische Jugendinternationale durch die Berner Konferenz 1915 eine revolutionäre Verjüngung. Die in Bern versammelte revolutionäre Jugend rief die Jugend aller Länder zum revolutionären Kampf gegen den Krieg und die den Krieg unterstützenden Sozialpatrioten Ebert, Scheidemann, Vandervelde, Thomas und Plechanow auf.

Während Karl Kautsky die Sozialistische Internationale als ein „Instrument für den Frieden, aber nicht für den Krieg“ deklarierte, schmiedete die revolutionäre Jugend gerade in den Tagen des Weltkrieges die lose Verbindung sozialistischer Jugendorganisationen zu einer festen einheitlichen und revolutionären Jugendinternationale um.

[732] Mit der Berner Konferenz beginnt eine neue Phase in der Geschichte der proletarischen Jugendbewegung. Eine Phase opferreicher und zäher Kämpfe gegen den Krieg und die Kriegsverbrecher Viele Tausende Jugendlicher trugen die Losungen der Berner Konferenz bis an die Kriegsfront und in die Schützengräben und warfen sich mit ihren jungen Leibern der chauvinistischen Welle und der Kriegsverhetzung entgegen. Tausende von Jugendlichen bezahlten ihre unerschütterliche Treue für die klassenkämpferische proletarische Internationale mit Gefängnis, Zuchthaus und viele selbst mit dem Leben. Die Jugendlichen zeigten sich reifer als die wissenschaftlichen Kapazitäten der zentristischen Gruppe Karl Kautskys und betrachteten mit Recht die proletarische Internationale als ein wertvolles Instrument gerade in den Zeiten des Krieges zur Umwandlung des Krieges in den Bürgerkrieg. Mit der Berner Konferenz 1915 beginnt die bolschewistische Phase der Sozialistischen Jugendinternationale. Wohl waren die mit einem Mandat von Lenin zur Berner Konferenz geschickten bolschewistischen Delegierten auf der Konferenz selbst noch in der Minderheit. Wohl nahm die Berner Konferenz noch die Resolutionen der zentristischen Führer Robert Grimm und Angelika Balabanowa an; aber es war der letzte Sieg der Zentristen in der Jugendinternationale Wenige Monate später war ihr Einfluß in der Jugendinternationale gebrochen, wurden die pazifistischen Losungen der Berner Konferenz (die Forderung nach Entwaffnung) durch die bolschewistischen Forderungen: Revolutionäre Propaganda in der Armee, Entwaffnung der Bourgeoisie, Bewaffnung des Proletariats abgeändert.

Die von der in Bern reorganisierten Jugendinternationale herausgegebene Zeitschrift „Die Jugendinternationale“ wurde das Organ der bolschewistischen Emigranten in der Schweiz. Jede Nummer brachte Artikel von Lenin, Sinowjew, Radek, Bronski, Kollontay u. a. Die bolschewistischen Emigranten bildeten mit dem revolutionären Vortrupp der Sozialistischen Jugend in der Schweiz eine politische Gruppe, die ein gemeinsames Aktions- und Militärprogramm aufstellte und in der schweizerischen Arbeiterbewegung propagierte. In zahlreichen Versammlungen, Demonstrationen. auf Bezirks- und schweizerischen Parteitagen kämpften die Vertreter der bolschewistischen Partei mit den Delegierten der Jugendorganisationen für die Revolutionierung der schweizerischen Jugendbewegung.

Nach Zimmerwald mußte die Kienthaler Konferenz über die Taktik entscheiden, die die kriegsfeindliche Gruppe in der alten Internationale zur Vernichtung des Sozialpatriotismus anzuwenden gedachte.

Die Entscheidung fiel: Die Mehrheit der Kienthaler Konferenz mit dem Schweizer Robert Grimm, dem Italiener Serrati, den deutschen Delegierten Ernst Meyer. Berta Thalheimer bekannten sich zu dem zentristischen Programm der Kautsky-Haase-Gruppe. Gegenüber dem zentristischen Programm stellte die in Kienthal anwesende bolschewistische Delegation – Lenin, Sinowjew, Radek – ein klares revolutionäres Aktionsprogramm auf mit der Forderung nach revolutionärer Propaganda in den Schützengräben, revolutionären Massen-[733]aktionen, mit der Losung des bewaffneten Aufstandes, der Umwandlung des Krieges in den Bürgerkrieg, des endgültigen politischen und auch organisatorischen Bruches mit dem Büro der II. Internationale. Nur drei oder vier nichtrussische Delegierte in Kienthal schlossen sich der bolschewistischen Deklaration an; darunter der Verfasser dieser Zeilen als Delegierter und Vertreter der Sozialistischen Jugendinternationale. Die Zustimmenden organisierten sich in der Gruppe der Zimmerwalder Linken“, aus der später die Kommunistische Internationale entstehen sollte.

Nach Kienthal beginnt die Aktion und der Kampf für die Durchsetzung des Programms der Zimmerwalder Linken. Die Jugendorganisation in Schweden, Norwegen, Dänemark, Spanien, Holland, in der Schweiz, freie Jugendgruppen in Deutschland schlossen sich als erste, feste Organisation der Zimmerwalder Linken an und stellten deren Programm als ihr Programm auf.

Es kam die Februarrevolution in Rußland 1917, die Rückkehr der bolschewistischen Emigranten nach Rußland. In einem Abschiedsbrief von Lenin, geschrieben im Auftrage des Zentralkomitees der bolschewistischen Partei an die schweizerische Arbeiterschaft, dankt Lenin der Gruppe um die „Freie Jugend“ für die aktive Unterstützung in dem Kampfe zur Revolutionierung der Schweizer Arbeiterschaft. In Schweden trennte sich im Sommer 1917 ein großer Teil, besonders Mitglieder der schwedischen Jugendorganisation, von der reformistischen Sozialistischen Partei und bildete eine linksgerichtete, kriegsfeindliche, mit den Bolschewiki sympathisierende neue „Jung-Sozialistische Partei“ Schwedens.

Es kam der Oktoberkampf und der Sieg der Bolschewiki. Begeistert begrüßten die in der Berner Jugendinternationale zusammengeschlossenen Jugendorganisationen den weltgeschichtlichen Erfolg ihrer bolschewistischen Verbündeten aus den ersten Kriegsjahren. Im Herbst 1918 brachen die Mittelmächte zusammen. Ein neues Blatt in der westeuropäischen Arbeiterbewegung wurde aufgeschlagen. In fast allen Ländern gründeten sich neue revolutionäre Parteien, unter Namen wie „Spartakusbund“ oder „Linkssozialistische Partei“ oder auch schon unter dem Namen „Kommunistische Partei“.

Wertvolles Menschenmaterial zum Bau dieser neuen revolutionären Arbeiterorganisationen lieferten die durch den Kampf in den Kriegsjahren geschulten revolutionären .Jugendorganisationen. Verschiedene sozialistische Jugendorganisationen formten sich in kommunistische Jugendorganisationen um. Neue kommunistische Jugendorganisationen wurden geschaffen so in Oesterreich, Rumänien, Polen, in Deutschland.

Im Frühjahr 1919 lud die bolschewistische Partei und Lenin die revolutionären Organisationen zur Gründungskonferenz der III. Internationale nach Moskau ein. Unter den eingeladenen 40 Organisationen sind mehr als zehn sozialistische Jugendorganisationen und die Sozialistische

Jugendinternationale. Gegen die Bedenken des Spartakusdelegierten unterstützen die Jugenddelegierten die bolschewistische Partei der USSR bei der sofortigen Proklamierung der III., der Kommunistischen Internationale.

Ein halbes Jahr später findet in Berlin während des Belagerungszustandes, der von Noske gegen die revolutionären Arbeiter verhängt ist, der Gründungskongreß der KJI statt. In Berlin [734] ist der Kern der durch den Krieg gereiften und erprobten proletarischen Jugend versammelt. Reiner, der nicht illegale Arbeit leistete. Keiner, der nicht mit Polizei und Gefängnis Bekanntschaft gemacht hatte.

Die Berliner Konferenz zieht die einzige mögliche Schlußfolgerung aus der Tradition der revolutionären Jugend in der Gründungsperiode vor dem Kriege, während des Krieges und beschließt die Umwandlung der Sozialistischen Jugendinternationale in die Kommunistische Jugendinternationale, den Anschluß an die III. Internationale, nimmt ein kommunistisches Kampfprogramm und den Namen „Kommunistische Jugendinternationale“ an.

Die KJI ist gegründet. Trotz dem Heer von Spitzeln auf den Straßen, die Konferenzen revolutionärer Arbeiter suchen, stimmen die Delegierten impulsiv und erschüttert die „Internationale“ an. Die hellen Stimmen der begeisterten Jugendlichen sind weit auf den Straßen zu hören.

Zehn Jahre sind seitdem vergangen. In diesen zehn Jahren hat die in Berlin gegründete KJI gehalten, was sie durch ihre Beschlüsse und das in Berlin angenommene Programm versprochen hat.

Die KJI hat in diesen zehn Jahren einen schweren und opferreichen Kampf in den imperialistischen Ländern führen müssen. In den faschistischen und vom weißen Terror regierten Ländern sind Hunderte der besten Funktionäre und Führer der KJI, wie Viktor Greifenberger in Litauen, von den weißen Henkern ermordet worden. Tausende schmachten heute noch in den Kerkern. Aber die kommunistische Jugendfront steht fest und verstärkt sich.

Getreu den Beschlüssen der Stuttgarter Konferenz 1907 führt die KJI. heute einen zähen und heftigen Kampf gegen die besonders in den letzten Jahren durch die Rationalisierung gesteigerte kapitalistische Ausbeutung der jugendlichen Arbeiter.

Die KJI führt den antimilitaristischen Kampf weiter, hat ihn verstärkt und sinngemäß unter Berücksichtigung der veränderten Verhältnisse durch neue Forderungen ideologisch ergänzt.

Die KJI hat in den zehn Jahren ihres Bestehens eine vorbildliche Arbeit geleistet bei der Durchsetzung der bolschewistisch-leninistischen Linie in der Komintern und in den kommunistischen Parteien. Bei verschiedenen schweren Auseinandersetzungen mit den offenen und versteckten Opportunisten in den verschiedenen kommunistischen Parteien hat sich die Jugend stets ohne Schwanken auf die Seite des Bolschewismus-Leninismus gestellt und der Komintern bei der Durchsetzung ihrer Linie wertvolle Hilfe geleistet. Zuletzt in Schweden, wo in der schlimmsten Krise der Partei der Kommunistische Jugendverband sich für die Komintern gegen die Renegaten Kilboom-Samuelsohn erklärte und der Komintern, die durch den Diebstahl der Parteizeitung „Politiken“ ohne Organ in Schweden war, das Jugendblatt zur Verfügung stellte.

Die KJI hat durch ihren Kampf in zehn Jahren bewiesen, daß sie untrennbar und auf immer verbunden ist mit der bolschewistischen Partei der USSR, daß sie sich als Vortrupp der revolutionären Jungarbeiterschaft fühlt und als solche handelt und kämpft. [735]

*

# Kurs auf bolschewistische Massenarbeit

## Das Plenum der Kommunistischen Jugendinternationale

Von Hermann Remmele

Der „Kommunistischen Internationale“ entnehmen wir nachfolgenden Artikel, den wir wegen seiner großen innerparteilichen Bedeutung nicht mir für die Sektionen der Kommunistischen Jugendinternationale, sondern auch für die Sektionen der Kommunistischen Internationale nachdrucken. Die Redaktion.

Vom 15. November bis zum 2. Dezember tagte in Moskau das Plenum der KJI, dem weit über die Kreise der kommunistischen Jugendverbände, für die gesamte kommunistische Bewegung große Bedeutung beizumessen ist. Die Probleme, die auf der Tagung der KJI zur Verhandlung standen, berühren alle kommunistischen Parteien. Die scharfe Kritik, die die Komintern an der Arbeit der KJI übte, treffen ebenso für viele kommunistische Parteien zu. Die Fehler, Mängel, Schwankungen und Versäumnisse in der praktischen Arbeit zur Eroberung der Massen der Jungarbeiter für den Kommunismus, spiegeln die gleichen Fehler, Mängel und Unzulänglichkeiten der Sektionen der Komintern gleichfalls wider. Aus diesem Grunde tut es not, daß sich die kommunistischen Parteien mit den Verhandlungen des Plenums der KJI eingehend beschäftigen, und was leider bisher häufig gar nicht oder nur mangelhaft vorhanden war, engste Beziehungen und Verbindungen mit den Jugendverbänden aufnehmen. Letzten Endes sind die kommunistischen Parteien jeweils für den Jugendverband ihres Landes verantwortlich, und die scharfe Kritik, die die Komintern an der KJI übte, ist Kritik an der Tätigkeit der kommunistischen Parteien.

Die Bedeutung der Verhandlungen auf dem Plenum der KJI wird besonders auch durch die Rolle, die die Jungarbeiterschaft im Verhältnis zur Gesamtarbeiterklasse heute spielt, unterstrichen. Das spezifische Gewicht der Jungarbeiter in der Gesamtarbeiterklasse ist relativ stark gewachsen, weil die Jungarbeiterschaft heute im Produktionsprozeß in höherem Maße beteiligt ist als früher. Der stark zunehmende Rationalisierungsprozeß in Industrie und Handel verbraucht die Arbeitskraft in viel rascherem Tempo als früher. Der Moloch Kapital fordert in steigendem Maße immer breitere Schichten jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen und vertreibt immer stärker die ältere Arbeitergeneration aus dem Betriebe. Die Folge dieses „Verjüngungsprozesses“ ist die, daß die Jungarbeiterschaft damit zugleich auch im Klassenkampf eine größere Rolle übernimmt.

Die Bourgeoisie hat sehr wohl die größere Bedeutung der Jugend im politischen und sozialen Leben erkannt. Der kapitalistische Staat, die bürgerlichen Parlamente, die bürgerlichen Rathausfraktionen, die keinen Pfennig für die Not der Erwerbslosen, für Wohnungsnot, zur Verhinderung des Sinkens des Lebensstandards der Arbeiterklasse übrig haben, geben Millionen für sogenannte vaterländische Jugenderziehung, für Sport, Spiel und Tanz für die Jugend und das, was mit Geld nicht zu erreichen ist, versucht man mit schwärzester Polizeireaktion zu erzwingen, mittels Zensur, Verbot revolutionärer Schriften und Zeitungen, Verpfaffung der Schulen, Unterstellung der Gesamtjugend unter Polizeiaufsicht und staatliche Dienstpflicht – alles Mittel [736] und Methoden, die Jungarbeiterschaft vom revolutionären Klassenkampf abzulenken und fernzuhalten und jedes Politische Interesse in der Masse der jugendlichen Arbeiter zu ertöten.

Dort, wo die reichlichen Mittel der Förderung der bürgerlichen „Jugendpflege“ nicht mehr ausreichend sind, dort, wo der Radikalisierungsprozeß in der Arbeiterjugend trotz allem Manövrierens der Bourgeoisie und ihrer Gehilfen, der Sozialdemokraten, dennoch sich Bahn bricht, versucht die Bourgeoisie den Drang der Jugend nach Politischer Betätigung in das faschistische Fahrwasser zu lenken. Die in den letzten Monaten wieder stärker auflebenden faschistischen Kampfverbände suchen ihr Hauptrekrutierungsgebiet in der Arbeiterjugend, so z. B. ist es in Deutschland die „Nationalsozialistische Arbeiterpartei“, die alle anderen faschistischen Organisationen überflügelte und aufsaugte, und die schon durch ihr Aushängeschild als „Arbeiterpartei“ zu verstehen gibt, daß es ihr hauptsächlich darauf ankommt, die Arbeiterschaft als Gefolgschaft zu gewinnen. Auf der Nürnberger Tagung der ‚Nationalsozialistischen Arbeiterpartei“ verkündete Hitler nicht ohne Stolz, daß 70 Prozent der Mitglieder der Wehrverbände Jugendliche unter 25 Jahren sind. Die Erfahrungen bei den letzten Wahlbewegungen zeigten gleichfalls den großen Anteil Jugendlichen besonders aus Angestellten und

Beamtenkreisen, aber auch aus Arbeiterkreisen, die sich in der Hitlerbewegung betätigten. Daß diese Bewegung wieder einen so erheblichen Umfang annehmen konnte, ja in einzelnen Ländern wie Oesterreich u. a., zur unmittelbarsten Gefahr für die Gesamtarbeiterbewegung wurde, ist nicht zuletzt auf die Schuld der kommunistischen Bewegung bzw. Parteien und Jugendverbände zurückzuführen. Der Faschismus ist neben dem Sozialfaschismus die konterrevolutionäre Kraft der Bourgeoisie gegen die revolutionäre Kraft des Proletariats. Daß der Faschismus in das Lager, in die eigene Front der Arbeiterklasse eindringen kann, beleuchtet stärker als alles andere die Unzulänglichkeit und die Mängel in der revolutionären Bewegung, in den kommunistischen Parteien und Jugendverbänden.

Das große Verdienst des Plenums der KJI war es, das starke Mißverhältnis zwischen dem ständig ansteigenden Radikalisierungsprozeß der Jungarbeiterschaft und deren zunehmenden Beteiligung an den revolutionären Kämpfen des Proletariats einerseits und der schwachen organisatorischen und erzieherischen Arbeit der Jugendverbände andererseits, ja, dem Stagnieren und dem Zurückgehen der Jugendverbände schonungslos aufzudecken und einer erbarmungslosen Selbstkritik zu unterwerfen Die Kommunistische Jugendinternationale ist in den letzten Jahren eine wirkliche Weltbewegung geworden, die ihre Sektionen auf alle Kontinente der Erde vorschieben konnte. Die Schaffung von Jugendverbänden im Fernen Asien, wie in China, Japan und Korea, sowie in Indien und Indonesien, das Vordringen der Jugendverbände in Afrika und Kleinasien, dann nach dem Fernen Australien und endlich die Eroberung fast aller Länder Lateinamerikas, zeigt die sichere Ausdehnung und Entwicklung zur wirklichen Weltbewegung Demgegenüber steht aber leider die Tatsache des Zurückbleibens der Jugendverbände in den alten kapitalistischen Ländern, die bereits auf eine zehnjährige Tätigkeit zurückblicken können. Man kann natürlich keine einfachen Vergleiche zwischen den kommunistischen Jugendverbänden und der sozialdemokratischen Jugend anstellen. Trotz der [737] zahlenmäßigen Stärke der sozialistischen Jugendorganisationen in einigen kapitalistischen Ländern schrumpft die sozialdemokratische Jugendinternationale immer mehr zusammen und löst sich als Anhängsel der nationalen Bewegungen der Bourgeoisie in den einzelnen Ländern auf. Aber daß der Reformismus in der Jungarbeiterschaft in einer Reihe kapitalistischer Länder noch starken Anhang, ja, oft stärkere Mitgliedschaft als die kommunistischen Jugendverbände, aufweisen kann, zeigt nicht minder als andere Erscheinungen, welch große, ungelöste Aufgaben vor den kommunistischen Jugendverbänden noch stehen. An Hand dieser Erscheinungen wurde in der Selbstkritik der KJI ganz unverhohlen von einer politischen und organisatorischen Krise in einer Reihe von Verbänden gesprochen, so u. a. der Verbände in der Tschechoslowakei, in England, Norwegen und Oesterreich. Hier wurde ein durchschnittliches Zurückgehen der Mitgliederzahl von 20 Prozent seit dem V. Kongreß der KJI, im September 1928, konstatiert.

Das Plenum stellte mit allem Nachdruck auf Grund der genannten Tatsachen fest, daß die Hauptursache des unbefriedigenden Zustandes der KJI in dem in den Organisationen der KJI herrschenden Sektierertum, in der Losgerissenheit der Verbände von der Grundmasse der Arbeiterjugend zu suchen ist. Trotz aller Beschlüsse des V. Kongresses waren die Verbände unfähig, eine breite Massenarbeit zu beginnen und die Linie auf die Eroberung der Massen zu nehmen. In fast allen Ländern sind unsere Jugendverbände nicht als die Führer der Arbeiterjugend aufgetreten, um ihnen wegweisend und zielsetzend bei ihren elementaren Bedürfnissen und unmittelbaren Interessen voranzugehen. In den meisten Verbänden konnte eine gewisse „Angst“ vor den Massen konstatiert werden. Die vorhandene organisatorische Unbeholfenheit, die politische Passivität und die Neigung zum leeren, inhaltslosen Sektierertum schuf häufig eine Ideologie, in der die kleinbürgerlichen radikalen Phrasen revolutionären Tatendrang vortäuschen sollen.

In vielen Ländern konnte festgestellt werden, daß große Jugendstreiks, die Beteiligung der Jungarbeiterschaft an den Massenkämpfen des Proletariats, die Beteiligung sogar der Lehrlinge an dem Streik der Erwachsenen ohne Teilnahme der kommunistischen Jugendverbände, ja oft ohne Kenntnis derselben vor sich gegangen sind. Während sich die Organisationen unserer Jugendverbände selbstzufrieden im engsten Kreise mit großen weltpolitischen Problemen abquälten und sich vom wirklich pulsierenden Leben der Massen des Proletariats isolierten und abschlossen, ging draußen in den breiten Massen der Jungarbeiterschaft das wirkliche revolutionäre Leben an den Organisationen der Jugendverbände unberührt vorüber.

Kennzeichnend für den wirklichen Zustand der meisten Jugendverbände ist die Tatsache, daß der Aufbau auf Betriebszellen äußerst schwach ist und es in der Hauptsache Klein- und Mittelbetriebe sind, in denen die Verbände Fuß faßten, während die Eroberung der Jungarbeiterschaft in den Großbetrieben nirgends befriedigend gelöst werden konnte. Nicht die Betriebs-, sondern die Straßenzellenorganisation ist heute noch die vorherrschende Organisationsform in den Verbänden der KJI. Dies führt unvermeidlich zu kleinbürgerlicher Vereinsmeierei, die losgelöst von jeder Massenbetätigung dem sektiererischen Geiste besonders in der politisch ungeschulten Jungarbeiterschaft die Wege ebnet. Die notwendige Folge hiervon ist, daß eine wirklich ernste, hartnäckige und alltägliche Arbeit in jenen [738] Organisationen, in denen sich die Jugend in Massen betätigt wie in den Gewerkschaften, besonders in den Sportorganisationen und in kulturellen und erzieherischen Organisationen kaum in Frage kommt. Ebenso hat die systematische Arbeit in den gegnerischen Massenorganisationen, in den sozialistischen, katholischen und anderen religiösen, in faschistischen, im Werksport und bürgerlichen Sportbewegungen gegenüber früheren Zeiten stark nachgelassen. Die guten Traditionen der kommunistischen Jugendverbände in der antimilitaristischen Arbeit, die hervorragenden Leistungen auf dem Gebiete der Zersetzung der imperialistischen Armeen, wie wir sie besonders vor Jahren in Frankreich zu verzeichnen hatten, drohen in Vergessenheit zu geraten und die Arbeit auf diesem Gebiete hat gegenwärtig einen unleugbaren Tiefstand erreicht.

Sofern in manchen Jugendverbänden die Massenarbeit geleistet wurde, trug sie meist nur einen sporadischen Charakter, der zwar Teile der Jungarbeiterschaft an den Jugendverband heranbrachte, die aber durch die mangelnde politische und organisatorische Arbeit bald wieder verloren gingen, so daß die Fluktuation, die in den meisten Verbänden großen Umfang annimmt, sich zu einem Uebel in der gesamten kommunistischen Jugendbewegung auswirkt. In anderen Fällen, wo wirkliche Massen in Bewegung gebracht wurden, trug diese Bewegung meistens einen äußerlichen Schaucharakter, der auf äußere Effekte berechnet war, aber keine dauernde Festigung und Anwachsen der Bewegung brachte. Fehler und Mängel der Verbandsleitungen, die in gleicher Weise wirkten, bestehen in einer Art von verknöchertem Bürokratismus, der sich eine gewisse Schablone aneignet und meist mechanisch die Parteilosungen, die Parteirundschreiben usw. ohne Berücksichtigung der ganz anders gearteten Verhältnisse der Jungarbeiterschaft gedankenlos kopiert. Statt lebendiger Verbindung zwischen Leitung und Mitgliedschaft und Jungarbeiterschaft herrscht vielerorts das Unwesen der Rundschreiben vor, das Herstellen von massenhaftem Material, ohne an die Massen zu gelangen, da ein wirklich aktives Leben durch vorherrschende schablonenhafte Arbeitsmethoden in den betreffenden Verbänden und unteren Organisationen nicht vorhanden sind.

Neben diesem allgemeinen Mangel an praktischer Betätigung und richtiger Arbeit, die erst die Durchführung der bolschewistischen Politik in der Tat ermöglichen, herrscht in vielen Verbänden eine Ideologie, die als besonderes Kennzeichen des sektiererischen Geistes angesehen werden muß. Hierher gehört vor allem der Avantgardismus, jene ideologische Einstellung, daß die kommunistischen Jugendverbände als „Eliteorganisation des Bolschewismus“ nur aus den „reinsten und klarsten Köpfen“ und „Aktivisten“ bestehen dürften, die entsprechend ihrer Eigenschaften als Schiedsrichter selbst über die Parteien berufen sind. Die Artikel der Genossen Schatzkin und Sten in der Moskauer „Komsomolskaja Prawda“, in denen diese Theorien mit all ihren kleinbürgerlichen Auswüchsen von individuellen Erfahrungen der Jugendgenossen enthalten sind, sind bekannt. Weniger bekannt sind ähnliche Einstellungen und Theorien, wie sie sich an der Spitze einer Reihe von Jugendverbänden gleichartig gezeigt haben. So u. a. in der Leitung der Jugendverbände in England, der Tschechoslowakei und teilweise auch in Polen.

Das Plenum der KJI mußte unter Führung der Komintern den schärfsten Kampf gegen diese kleinbürgerliche Einstellung, die für die [739] kommunistischen Jugendverbände zur größten Gefahr werden, aufnehmen. Das Plenum ließ keinen Zweifel darüber, daß diese ideologische Entartung, die mit die Hauptursache für die Isolierung der Verbinde von den Massen der Arbeiterjugend ist, die die Verbände zum Sektierertum verurteilt, „links“ von der leninistisch-bolschewistischen Politik der Komintern liegt.

Die Unfruchtbarkeit dieser wirklichkeitsabgewandten Ideologie offenbarte sich in ihrer ganzen Größe in der Diskussion der Verbände über die auf dem V. Weltkongreß der KJI vor mehr als 15 Monaten beschlossene Wendung zur Massenarbeit. Die ganze politische und organisatorische Unfähigkeit, diese Wendung in die Tat umzusetzen, unterstrich nochmals die Diskussion auf dem Plenum, die für das Eingreifen der Komintern wesentlich mitentscheidend war. Ueber diese Wendung. die in Wirklichkeit nichts anderes sein kann, als die praktische Politik der Komintern und der kommunistischen Parteien im Jugendverband in die Tat umzusetzen, wurde in den meisten Verbänden als ein geheimnisvolles Mysterium diskutiert, an dem sich die abstraktesten Theorien erprobten. Statt die Wendung, die verschärfte Form der Einheitsfronttaktik von unten, die breiteste Massenmobilisierung des Jungproletariats innerhalb und außerhalb der Massenorganisationen an allen Plätzen und allen Orten, wo sich das Jungproletariat befindet, in die Tat umzusetzen, hat man erst große phantastische Theorien gebaut, ohne die man glaubte keine praktische Arbeit durchführen zu können. So kam es, daß die Beschlüsse des V. Kongresses der KJI auf dem Papier blieben, ohne die erhofften Auswirkungen zu zeitigen, und die Verbinde abgeschlossen von den Massen des Jungproletariats ihre wirkliche Führerrolle versäumten.

Die ganze Unbeholfenheit, die Beschlüsse über die Wendung zu verwirklichen, zeigte sich nochmals auf dem Plenum selbst. Hier wurde mit wenigen Ausnahmen eine rein doktrinäre Diskussion über das Wesen und den Inhalt der Wendung geführt. Die Auseinandersetzungen gingen darüber, ob die Wendung organisatorischer, politischer, taktischer, prinzipieller, theoretischer, praktischer, philosophischer, ökonomischer oder aller möglichen anderen Natur sei oder sein könne. Denen, die wenigstens versuchten, die Dinge richtig zu erfassen und einfach und schlicht an die praktische Durchführung der Beschlüsse herangingen und sich gegen die Wendungsphilosophie wendeten, wie z. B. der KJV Deutschlands, wurde der Vorwurf des Opportunismus und aller anderen sieben Erbsünden gemacht, mit der Begründung, daß die Führung von selbständigen Jugendstreiks Oekonomismus sei und daß die Wendung erst dann verwirklicht werden könne, wenn sie von allen Mitgliedern restlos theoretisch begriffen und eingesehen wird. Bis diese „Reinheit und Klarheit“ in der Gesamtorganisation nicht erzielt sei, dürfte man an die praktische Verwirklichung der Wendung nicht herangehen. Die Kominterndelegation hat auf dem Plenum durchgesetzt, daß dieser fruchtlosen wirklichkeitsfremden Wendungphilosophie in den Verbänden ein Ende bereitet wird und diese zur sofortigen Durchführung der Beschlüsse des V. Kongresses übergehen.

Die scholastischen Diskussionen in den Jugendverbänden über die einfachen und selbstverständlichen Aufgaben zur Eroberung der Jungarbeiterschaft für den Kommunismus sind typische ultralinke Erscheinungen und Krankheiten. Natürlich bleibt neben ihnen die rechte opportunistische Abweichung, die unter starkem refor-[740]mistischen Druck ausgelöst wird, als Hauptgefahr bestehen. Hierher gehört vor allem der Opportunismus in der Praxis. Was ist der Opportunismus in der Praxis? Jene, die Arbeiterschaft betrügende Methode, vielversprechende Beschlüsse zu fassen, ohne auch nur ernsthaft daran zu denken, sie in die Tat umzusetzen oder auch den Beschlüssen höherer Instanzen „prinzipiell und grundsätzlich“ zuzustimmen, aber diesen Beschlüssen die stärksten Hindernisse bei deren Durchführung entgegenzustellen. Ebenso bekannt ist der ideologische Kampf der Rechten und Versöhnler gegen die taktische Wendung in der Anwendung der Einheitsfronttaktik von unten, die in der breiten Massenmobilisierung bei Wirtschaftskämpfen, Betriebsrätewahlen usw., in dem Hineinziehen breitester Arbeiterschichten der Organisierten und Unorganisierten in die Politik der kommunistischen Parteien besteht. Dieser Kampf der Rechten setzt einer wirklichen bolschewistischen Politik und Strategie die schwersten Hindernisse entgegen. So sehr auch diese Hindernisse rechter opportunistischer Art bei Durch Führung der bolschewistischen Politik der Komparteien in die Waagschale fallen, so sind sie dennoch in den Jugendverbänden nicht die ausschlaggebendsten und die maßgebenden Ursachen zur Durchführung einer bolschewistischen Politik und Strategie, sondern gerade wie die Diskussion über die Wendung es erwiesen hat, sind es ultralinke Tendenzen und Krankheiten, die die Hilflosigkeit und die Unfruchtbarkeit in der Arbeit und in den Arbeitsmethoden der Jugendverbände verursachen.

Wir müssen klar erkennen, in welcher Situation sich die Jugendverbände heute befinden. Charakteristisch ist doch gerade, daß es die Verbände sind, die auf ein jahrzehntelanges Bestehen zurückblicken

können, bei denen die Periode der reinen Propaganda längst zurückliegt und die in der Vergangenheit schon Beispiele wirklicher Massenbewegung und Massenmobilisierung gegeben haben. Würde es sich jetzt darum handeln, daß aus alten reformistischen Organisationen heraus sich Gruppen der Opposition zum Bolschewismus entwickelten, dann wäre unter Umständen das Zirkelwesen mit all seinen Schwächen von Sektiererei verständlich und sogar nützlich und notwendig, aber heute ist für alle Verbände in den alten kapitalistischen Ländern diese Periode längst vorüber, und die Verbände stehen vor der unmittelbaren Aufgabe, mit ihren besonderen Methoden der Arbeit unter den Jugendlichen ihren Anteil an der Organisierung und Vorbereitung der proletarischen Revolution zu verwirklichen. Für diese Situation sagt Lenin:

„Solange es sich darum handelte (und insofern noch die Rede davon ist), die Vorhut des Proletariats auf die Seite des Kommunismus zu ziehen, solange und insofern tritt die Propaganda an die erste Stelle; sogar politische Zirkel mit allen den Schwächen der Sektiererei und des Zirkelwesens sind hier nützlich und ergeben fruchtbare Resultate. Wenn es sich um die praktische Aktion der Massen handelt, um den Aufmarsch – wenn man diesen Ausdruck gebrauchen darf – von Millionenarmeen, um die Aufstellung alter Klassenkräfte der gegebenen Gesellschaft zum letzten und entscheidenden Kampf, so ist hier mit propagandistischen Gewohnheiten allein, mit bloßer Wiederholung der Wahrheiten des „reinen“ Kommunismus nichts zu erreichen. Hier muß man nicht bis zu Tausenden zählen, wie im wesentlichen der Propagandist, das Mitglied einer kleinen Gruppe, die noch keine Massen geführt hat, zählt; hier muß man mit Millionen und Dutzenden von Millionen rechnen.“

(Die Kinderkrankheit des „Radikalismus“ im Kommunismus.)

[741] Das X. Plenum der Komintern analysierte die gesamtpolitische Lage in allen europäischen Ländern in der dritten Periode als eine solche, die neuen revolutionären Erschütterungen der kapitalistischen Weltherrschaft entgegengeht. Auf diese besondere Lage ist die gesamte politische und taktische Betätigung der kommunistischen Parteien und damit auch der kommunistischen Jugendverbände einzustellen. „Hier muß man nicht mit Tausenden ..., hier muß man mit Millionen und Dutzenden von Millionen rechnen,“ sagt Lenin. In dieser Situation gilt es, die gesamte Klasse der Revolution zu erfassen und in Gefolgschaft der Vorhut zu bringen. Diese Aufgabe können die kommunistischen Organisationen aber nur dann erfüllen, wenn sie ihre Kräfte, ihre revolutionären Kaders in den Massen so verteilt haben, daß die Gesamtklasse in all ihren Teilen jederzeit über Weg und Ziel klare Sicht erlangt und sich in die allgemeine politische und strategische Linie des von der Vorhut entworfenen Kampfplanes einschaltet. Diese strategische Verteilung der Kräfte der Vorhut erfordert, daß die kommunistischen Organisationen nicht warten, bis die Massen an sie herankommen, sondern die Kolonnen des Vortrupps müssen hinein in die Massen, sie müssen dahin, wo die Massen sich befinden, sie müssen eindringen in alle Massenorganisationen, in denen die Jungarbeiterschaft aus eigenem Selbsttrieb sich organisiert hat, in die Gewerkschaften, in die Millionen umfassenden Sportorganisationen, in die Kultur- und andere Organisationen, in die Wandervereine, in die Betriebe und Fabriken, in die Schulen und auf die Spielplätze, in die Vergnügungslokale und an die Ausflugsorte, kurz überall hin, wo die jugendlichen Arbeiter und jugendlichen Proletarierschichten sich versammeln und betätigen. Ueberall dort muß der Kommunistische Jugendverband seine Propagandisten und Agitatoren haben, überall dort müssen die Stoßtrupps der revolutionären Avantgarde wirken.

Die Betriebe, besonders die Groß- und Riesenbetriebe, sind mit einem dichten Netz von revolutionären Vertrauensleuten der Jungarbeiterschaft zu überziehen, die alle Abteilungen, Arbeitskolonnen und Werkstätten erfassen. Jeder Stadtteil, alle Ortsgruppen, Unterbezirks- und Bezirksleitungen müssen genau wissen, wieviel und welche Betriebe in ihrem Gebiet liegen, wieviel Jungarbeiter und Lehrlinge dort beschäftigt sind, welches die wichtigsten Betriebe sind, die am stärksten bearbeitet werden müssen, welche sympathisierenden und welche feindlichen Organisationen der jugendlichen Arbeiter dem Betrieb angehören und was sonst Wissenswertes zu einer systemartigen Bearbeitung der Jungarbeiter erforderlich ist. Regelmäßige Belegschaftsversammlungen der Jugendlichen, Zellenversammlungen unter Hinzuziehung sympathisierender Jungarbeiter gehören zum ständigen Arbeitsplan der Zellen- und Stadtteilleitungen.

Diese Wirksamkeit darf keine sporadische und gelegentliche, sondern muß eine ständige und ausdauernde sein. Die Jugendgenossen müssen in den für den Kommunismus zugänglichen Massenorganisationen,

und das sind alle Organisationen. in denen sich Proletarierjugend betätigt, als die besten Elemente innerhalb dieser Organisationen wirken, sie müssen danach trachten, in die Leitungen der Massenorganisationen zu gelangen und dort als die besten Freunde ‚die die Solidarität und die Zusammengehörigkeit in der betreffenden Organisation gewährleisten sich erweisen. Nur auf diese weise können die Massenorganisationen der Jungarbeiterschaft und die [742] Organisationen, in denen das jugendliche Proletariat starken Einfluß hat, zu Hilfstruppen und sympathisierenden Organisationen für den revolutionären Klassenkampf und zur praktischen Lösung der revolutionären Aufgaben herangezogen werden.

Zur Erreichung dieses Zieles ist nicht immer notwendig, daß der Jugendverband seine Mitglieder restlos auf die verschiedensten Organisationen aufteilt. Oft genügt es, wenn eine Anzahl qualifizierter Jugendgenossen in die betreffenden Organisationen und Vereine entsendet werden, die dort wieder befähigte und opferbereite jugendliche Arbeiter für den Verband gewinnen, die innerhalb der Organisationen zu kommunistischen Fraktionen und Sektionen zusammengefaßt werden. Die regelmäßige Zusammenberufung der Pioniere des Kommunismus in den Massenorganisationen des Proletariats mit konkreter Aufgabenstellung und die Heranziehung der gesamten Organisationen zur Lösung der Massenaufgabe der Kommunistischen Partei und des Jugendverbandes müssen zum System der alltäglichen Arbeit des Jugendverbandes gemacht werden. Die Massenarbeit in den Organisationen des Jungproletariats und in den Organisationen mit zahlreicher jugendlicher Mitgliedschaft muß mit der Massenarbeit in den Betrieben und Fabriken, besonders in den Groß- und Riesenbetrieben, zweckentsprechend koordiniert und verschmolzen werden. Nur so, wenn der Jugendverband in allen Lebensfragen des Jungproletariats fühlbar und bemerkbar wegweisend und zielsetzend der Jungarbeiterschaft voranschreitet, kann die Vorhut ihre große revolutionäre Aufgabe als Führerin der gesamten Arbeiterklasse erfüllen.

Die vorbesprochenen Erscheinungen in der Kommunistischen Jugendinternationale zeigen, daß in der gegenwärtigen Periode nicht nur die Gefahr der rechten opportunistischen Abweichungen von der richtigen leninistisch-bolschewistischen Linie besteht, sondern gleichzeitig auch die Gefahr linker sektiererischer Entartung in kleinbürgerlichen Doktrinarismus, in die ultralinke Unfruchtbarkeit bei der praktischen Verwirklichung der revolutionären Aufgaben der Gegenwart. Diese Schwankungen und Tendenzen in der Richtung „links“ von der bolschewistischen Linie, die in der Kommunistischen Jugendinternationale in scharfer Form hervorgetreten sind, zeigen sich zweifellos auch in einer Reihe kommunistischer Parteien und selbst in einzelnen Organisationen auch der fortgeschrittensten Sektionen der Komintern. Die kommunistischen Parteien müssen daher nicht nur für ihre Jugendverbände, sondern auch zugleich in ihren eigenen Reihen ein System ständiger Ueberprüfung und Orientierung der eigenen Organisation und Parteikörperschaften im ständigen Kampf gegen rechte und versöhnlerische Tendenzen, die die Hauptgefahr bilden, aber auch gegen „linke“ Tendenzen mit dem Mittel der offensten Massen Selbstkritik durchführen um besonders in der gegenwärtigen Periode auf der wirklich bolschewistischen Linie die große Aufgabe der zweckdienlichsten Organisierung und Vorbereitung der Proletarischen Revolution zu sichern.

Die Komintern ließ bei ihrer Kritik an der Politik und an der Arbeit der KJI. keinen Zweifel darüber, daß auch in Zukunft die rechte Gefahr in der kommunistischen Weltbewegung und damit auch in den Jugendverbänden die größte Gefahr ist. Die rechte Gefahr nährt sich auch heute noch mit den Illusionen über den festen Charakter [743] der Stabilisierung des Kapitals. Die rechten opportunistischen Schwankungen, die auch noch in der Zukunft verstärkt auftreten werden, sind die Folgen des Drucks, den der Reformismus und die sozialdemokratischen Parteien in den Ländern, in denen sie noch stark sind, auf die Arbeiterschaft haben. Das gleiche gilt für die Länder des weißen Terrors, wo die scharfen Repressalien gegen die revolutionäre Bewegung opportunistisches Zurückweichen im Gefolge hat. Mit der zunehmenden Faschisierung der Staatsgewalt in allen Ländern werden sich gleichfalls weiterhin rechte opportunistische Schwankungen und Neigungen in den kommunistischen Parteien ergeben. In der dritten Periode sind selbst nach dem Siege des Bolschewismus über das offene Liquidatoren- und Versöhnlertum die rechte Gefahr und opportunistische Schwankungen nicht beseitigt, sondern sie werden sich nach wie vor aus den objektiven Verhältnissen heraus immer erneut in

unseren Reihen zeigen, was die Parteien und die Komintern zu ständiger Wachsamkeit, verschärfter Kontrolle und ständiger Selbstkritik über die Gesamtarbeit der kommunistischen Parteien verpflichtet. Die verschärften Klassenkämpfe und die immer näher heranrückende Kriegsgefahr bringen Schwankungen in Arbeiterschichten, die bisher noch einigermaßen glaubten, gesicherten Lebensstandard zu besitzen, die auch ihre Auswirkungen auf die Reihen der kommunistischen Parteien haben und hier neue Nahrung für opportunistische Strömungen geben. Der Kampf gegen die Rechtsgefahren innerhalb der kommunistischen Parteien bleibt nach wie vor an erster Stelle des innerparteilichen Kurses.

Die gegenwärtige Periode des Uebergangs von der relativen Stabilisierung zu steigenden Krisen des Kapitalismus und den sich daraus ergebenden größeren Erschütterungen des kapitalistischen Weltsystems, die auf der Seite des Proletariats die revolutionären Kräfte stärkt und entfacht, auf Seite der Bourgeoisie und des Sozialfaschismus die Methoden der Gewalt und der Reaktion verstärkt, die in den breiten Massen der Arbeiterklasse einen zunehmenden Umschichtungs- und Gärungsprozeß hervorruft, ist eine äußerst komplizierte. In dieser Periode, in der die revolutionären und konterrevolutionären Tendenzen ins Riesenhafte wachsen und aufeinanderprallen, ist für die Befolgung einer wirklich revolutionären und einwandfreien bolschewistischen Politik und Strategie eine gewissenhafte Prüfung aller Erfahrungen des revolutionären Klassenkampfes erforderlich. Aber der Internationalismus, die Tatsache, daß sich die kommunistische Weltbewegung auf die Erfahrung des gesamten Verlaufes der Geschichte der proletarischen Klassenkämpfe und insbesondere auf den Sieg der proletarischen Revolution in der Sowjetunion stützt, die Möglichkeit der Koordinierung der eigenen Erfahrungen der kommunistischen Parteien in ihren Ländern mit den Erfahrungen des sieghaften Proletariats der Sowjetunion gibt der revolutionären Avantgarde die Sicherheit für eine einwandfreie bolschewistische Politik und Strategie.

Es wäre natürlich falsch, wenn aus dem Vorstehenden die Schlußfolgerung gezogen wurde, daß die letzte Periode der Entwicklung der Sektionen der Kommunistischen Jugendinternationale nur Schattenseiten aufzuweisen hätte. Die stärkere Beteiligung jugendlicher Arbeiter an den Klassenkämpfen des Proletariats bringt auch in den Jugendverbänden verstärktes politisches Leben. Der Weg von der [744] vereinsmäßigen Betätigung wie wir sie noch vor etlichen Jahren zu verzeichnen hatten zu festgefügteren bolschewistischen Kader ist unzweifelhaft zu verzeichnen Erinnern wir nur daran, daß die ersten Versuche der Umstellung von der Wohngebietsorganisation zur Betriebszellenform noch in den Jahren 1925/26, selbst in Deutschland, wo die Organisation als eine der fortgeschrittensten bezeichnet werden darf, zu einem vollständigen Fiasko führte und – wenn der Verband nicht noch schwereren Schaden erleiden sollte – man wieder zur Wohngebietsorganisation zurückkehren mußte. Heute sind diese Schwächen vollständig überwunden, und der deutsche Verband ist einer derjenigen, wo sich die Betriebszellenorganisation mit am stärksten durchgesetzt hat. Aehnlich steht es mit der selbständigen Führung von Jugend- und Lehrlingsstreiks mit der selbständigen Beteiligung an den politischen Kämpfen des Proletariats und ganz besonders mit der Steigerung des revolutionären Elan und der Opferbereitschaft bei Führung revolutionärer Kämpfe, wie sich das in den blutigen Maitagen in Berlin, bei Straßenkämpfen in Polen und im Kampfe gegen den Faschismus auch in Oesterreich erwiesen hat. Oder nehmen wir eine solche Tatsache, wie das Verhalten des Jugendverbandes bei der Parteispaltung in Schweden, wo es dem Jugendverband gelungen ist, bei schwerster Erschütterung des gesamten Parteigefüges den Verband restlos diszipliniert zusammenzuhalten und mit den 12.000 Jungkommunisten zur stärksten Stütze der Komintern im Kampf gegen das Renegatentum zu werden. Hier erwies sich die jahrelange Arbeit im Jugendverband als weit bolschewistischere Arbeit als die in der Partei.

Bei aller notwendigen Kritik in der Arbeit der Kommunistischen Jugendinternationale in den organisatorischen und ideologischen Zuständen und Verhältnissen in ihr dürfen wir unter keinen Umständen die Aktivposten in der Jugendinternationale verkennen, um auf Grund dieses Fundaments bei Abstreitung der unerwünschten Erscheinungen die Bolschewisierung der Jugendverbände weiterzutreiben und soweit wie möglich zu vollenden.

Gleichzeitig müssen wir aber auch unsere Stimme gegen die mangelnde Tätigkeit fast aller Sektionen der Kommunistischen Internationale zur Unterstützung der kommunistischen Jugendverbände

erheben. Auf dem Plenum wurde festgestellt und kam immer wieder zum Durchbruch, daß die Parteien fast gar nicht oder nur mangelhaft sich um die Entwicklung, die Tätigkeit und die Politik der kommunistischen Jugendverbände kümmerten, und daß wir eingangs schon feststellen, müssen wir wiederholen:

Verantwortlich für die Schwächen und Mängel, für die Fehler und Unzulänglichkeiten in den kommunistischen Jugendverbänden sind letzten Endes die kommunistischen Parteien. Die kommunistischen Parteien haben dafür zu sorgen, daß ihre Politik in ihren Jugendverbänden verwirklicht und durchgeführt wird. Dort, wo das nicht geschieht, kann immer nur wieder die Partei verantwortlich gemacht werden.

Es wird notwendig sein, daß die Komintern in Zukunft auch nach der Seite hin der Ueberwachung der Tätigkeit der Parteien in den Jugendverbänden ein größeres Gewicht beimißt und über diese Tätigkeit von den einzelnen Parteien Rechenschaft fordert. Nur wenn ein solches Zusammenarbeiten zwischen kommunistischer Jugendinter-[745]nationale, zwischen den einzelnen Verbänden, zwischen der Komintern und den einzelnen Parteien in horizontaler und vertikaler Richtung herbeigeführt wird, kann eine wirklich bolschewistische Tätigkeit und Entwicklung der gesamtkommunistischen Bewegung erzielt werden.

Das Verdienst des Plenums der KJI ist es, neben der starken Unterstreichung der in der gegenwärtigen Periode bestehenden Hauptgefahr rechter liquidatorischer Tendenzen und versöhnlerischer Strömungen, gleichzeitig auf die Gefahr des unfruchtbaren, „linken“ Sektierertums hingewiesen zu haben. So wurde das Plenum, das die unbefriedigende Gesamtarbeit der KJI angesichts der großen vor uns stehenden Aufgaben feststellte, zu einem vorzüglichen Schulbeispiel für die Befolgung einer wirklich leninistisch-bolschewistischen Linie auch für die Sektionen der Komintern. Das ist das besondere Verdienst der abgeschlossenen Plenarsitzung der Exekutive der Kommunistischen Jugendinternationale.

*

## Die nationalfaschistische Welle in Deutschland

Von J. K.

Nach Oesterreich ist auch Deutschland in eine Phase der Sammlung der nationalfaschistischen Kräfte eingetreten. Die Notwendigkeit einer mit fortschreitender Zuspitzung der Klassengegensätze verstärkten Anwendung faschistischer Regierungsmethoden für die Bourgeoisie leuchtet unmittelbar ein. Je mehr das Finanzkapital in seiner nackten Existenz bedroht ist, mit um so größerer Energie muß es daran gehen, die durch die Entwicklung längst überholten Reste liberaler Herrschaftsformen endgültig abzustreifen und in möglichst reiner Gestalt die ihm am meisten adäquate Staatsform, die faschistische Diktatur aufzurichten.

Es ergibt sich aber die Frage, weshalb in Deutschland, wo der Sozialfaschismus in seiner Rolle als Regierungspartei seinen Fähigkeitsbeweis zum Büttel des Finanzkapitals im vergangenen Jahre wohl hinlänglich erbracht hat, mit solcher Wucht ein besonderes Lager des Nationalfaschismus sich herausbildet, das sich als „antimarxistisch“ bezeichnet und sich, oberflächlich gesehen, auch gegen die Sozialdemokratie zu richten scheint. Zwei Gründe liegen zunächst auf der Hand. Einmal macht die sich in raschem Tempo vollziehende Diskreditierung des Sozialfaschismus in den Augen der von ihnen betrogenen Arbeiter eine Entlastungsoffensive „von rechts“ notwendig. Es soll danach der Anschein erweckt werden, als ob der Sozialfaschismus auf Tod und Leben gegen den schlimmsten und brutalsten Feind der Arbeiterschaft, den offen auftretenden Faschismus kämpfte und als ob es gut wäre, angesichts der herannahenden Gefahr einstweilen mit dem kleineren Uebel der sozialfaschistischen Regierung vorlieb zu nehmen. Ein zweiter Grund liegt in der Rolle, die der „nationale Gedanke“ im Rahmen der faschistischen Kräftekonzentration notwendig spielt. Die Sozialdemokratie, welche die Fiktion einer international gerichteten Partei vor ihren eigenen Anhängern aufrechterhalten muß, solange sie nicht die II. Internationale formell liquidieren will, kann dabei nicht mit dem gleichen betonten Elan vorangehen, wie die nationalen Rechtsverbände. (In Wirklichkeit sind Sozialfaschismus wie Nationalfaschismus in gleicher Weise im Sinne einer imperialistischen „nationalen“

Expansion tätig und propagieren auch in gleicher Weise den „internationalen“ Zusammenschluß der Reaktion.)

Beide Momente haben ohne Zweifel in nicht zu unterscheidendem Grade mitgespielt. Aber der konkrete Verlauf der nationalsozialistischen Gruppierung in Deutschland lehrt uns, daß sie allein unmöglich maßgebend sein [746] können. Daß die Sammlung der faschistischen Kräfte einem unmittelbaren Bedürfnis des Finanzkapitals entsprach, ist schon daraus ersichtlich, daß aus den verschiedensten einander teilweise bekämpfenden Richtungen in diesem Sinn formulierte Parolen auftauchen. Die Blockpolitik Hugenbergs war z. B. von diesem Gesichtspunkt aus gesehen von der gleichen Art, wie die von seinen schärfsten Gegnern innerhalb der eigenen Partei (dem „Jungnationalen Ring“) proklamierte „Hindenburglinie“. Die vermehrten Anstrengungen und de gesteigerte Aggressivität aller rechtsradikalen Parteien und Verbände, die Bestrebungen zur Verschmelzung der Rechtsparteien oder zumindestens großer Teile von diesen haben denselben Inhalt. Man kann aber jetzt bereits sagen, daß, während die meisten übrigen Rechtsparteien und Verbände im großen und ganzen stagnieren oder zurückgehen, zumindest verhältnismäßig geringfügige Fortschritte machen, die Sammlung sich tatsächlich unter einem einzigen Banner vollzieht, unter dem des Nationalsozialismus. Nun propagiert der Nationalsozialismus tatsächlich den „Nationalismus“ in seiner reinsten Gestalt. „Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei,“ schreibt Adolf Hitler bei Besprechung des nationalsozialistischen Wahlerfolges bei den Gemeinderatswahlen, „wird zu allen Zeiten einen nationalistischen Fanatismus vertreten, der die bürgerlichen Parteien zwingen wird, entweder mit ihm Schritt zu halten, oder das Eisen und Metall aus ihren Reihen zu verlieren.“

Diese Worte sind zunächst an die Adresse der unentschlossenen Bundesgenossen der Nationalsozialisten in ihrem Kampf um den Volksentscheid gerichtet. Und wirklich haben die Nationalsozialisten durch ihr entschiedenes Auftreten diesen allenthalben Anhänger abgewonnen. Es gibt aber auch andere rechtsradikale Gruppen von der gleichen nationalen Aggressivität. Der Tannenberg-Bund Ludendorffs z. B. übertrumpft den Nationalsozialismus in dieser Hinsicht noch insofern, als er sich scharf auch gegen Mussolini wendet, während Hitler in devotem Werben um die Gunst seines Vorbildes gar nicht oft genug seine Bereitwilligkeit aussprechen kann, die Deutschen Südtirols aufzuopfern. Dennoch ist der Tannenberg-Bund nach wie vor eine winzige Splittergruppe ohne jede Bedeutung geblieben. Aehnlich steht es mit der deutschvölkischen Freiheitsbewegung. Sie war eine Zeitlang zahlenmäßig stärker als die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Ihr organisatorischer Aufbau ist jetzt ebenso geschlossen. Ihr Nationalismus ist zumindest ebenso betont. An der Agitation für das Volksbegehren hat sie sich, obwohl sie für ihre eigenen Mitglieder die Parole der Einzeichnung in die Listen herausgab, nur deshalb nicht beteiligt, weil „eine Front, in der überstaatliche Kräfte Einfluß haben, die Freiheit Deutschlands nicht herbeiführen kann“. (Beschluß der Rostocker Reichstagung.) Ihr schien also der Nationalismus der hier in Frage kommenden Organisationen noch zu wenig ausgeprägt, um sie als bündnisfähig erscheinen zu lassen. Aber die deutschvölkische Freiheitsbewegung hat nicht nur nicht ihre Anhängerschaft vergrößern können, sondern der Aufstieg der Nationalsozialisten war von ihrem ununterbrochenen Abstieg begleitet. (Beides datiert nicht erst aus der Zeit des Volksbegehrens, sondern hat schon viel früher begonnen.) Bei den Wahlen der letzten Zeit hat sie fast überall beträchtlich an Stimmen verloren. Bei den Stadtverordnetenwahlen in Berlin z. B. schmolz ihre Stimmenzahl fast auf ein Viertel zusammen.

Die Nationalsozialisten haben, schon von den sächsischen Landtagswahlen im Mai d. J. angefangen, fast überall ihre Stimmenzahl vervielfacht. Bei den Wahlen in den Preußischen Provinziallandtag haben sie allein 542.000 Stimmen erzielt, das ist mehr als bei den Reichstagswahlen von 1928 im ganzen Reiche. In Berlin, wo fast alle übrigen Parteien infolge der geringen Wahlbeteiligung gegenüber den Reichstagswahlen an Stimmen eingebüßt haben, haben sie ihre Stimmenzahl von 32.000 auf 134.000 gesteigert und mit einem Schlag 13 Mandate gewonnen. Während aber in Berlin ihr Vormarsch sich zum großen Teil auf kleinbürgerliche Wahlbezirke beschränkte, haben sie gerade in Sachsen in den Wohnsitzen des Industrieproletariats beträchtliche Erfolge erzielen können. In Städten wie Plauen und Zwickau erschienen sie bei diesen Wahlen sogar stärker als die Kommunistische Partei. Auch ihre [747] Versuche, die Zellentaktik der Kommunisten in den Betrieben nachzuahmen

dem Nürnberger Reichsparteitag vom August dieses Jahres wurde die Erstreckung dieser Zellentaktik über Berlin hinaus auf das ganze Reich beschlossen), waren an manchen Orten bereits von Erfolg begleitet. Jedenfalls haben die übrigen in den Betrieben arbeitenden faschistischen Organisationen (Stahlhelm, RVA, RDA) bereits zahlreiche Mitglieder an sie abgehen müssen. Die Nationalsozialisten wenden auch in solchen Organisationen ihre „Zellentaktik“ an.)

Wodurch erklärt sich diese verschiedenartige Entwicklung? Die Deutschvölkische Freiheitspartei verrät trotz allen Bemühens, die populären Agitationsmethoden der Nationalsozialisten möglichst vollständig nachzuahmen, in ihrem Auftreten sehr deutlich einen konservativen Grundzug. Das kommt z. B. darin zum Ausdruck, daß sie zum Unterschied nicht nur von den Nationalsozialisten, sondern auch vom Stahlhelm und den Deutschnationalen heute noch grundsätzlich an der „völkischen Monarchie“ festhält. Im Verlauf der zwei Jahre seit der Spaltung (Deutschvölkische und Nationalsozialisten bildeten ursprünglich eine einheitliche Organisation) hat sie die extremsten Verfechter sozialer Demagogie (Reventlow, Kube) an die Nationalsozialisten abgegeben. Soziologisch betrachtet steht sie in besonders engem Zusammenhang mit dem Grundbesitz, genauer mit jenen Teilen des Grundbesitzes, die sich dem Einfluß des Finanzkapitals noch widerstrebend fügen. Im großen und ganzen verfechten die Deutschvölkischen trotz ihrer Seitensprünge allzu deutlich die Umwandlung der bestehenden Zustände im Sinne einer Restauration, einer Wiederherstellung der durch die Umwälzungen der Nachkriegszeit veränderten Ordnung. Ein solches Ziel ist nicht nur utopisch, es gibt auch durchaus nicht die herrschende Willensrichtung des Finanzkapitals wieder. Der Faschismus, der die demokratischen Phrasen der Nachkriegszeit in einer immer größeren Anzahl von Ländern durch eine viel schlimmere Diktatur abzulösen versucht, als sie je zuvor bestanden hat, gibt sich durchaus nicht konservativ, sondern im Gegenteil als Träger neuer Zeitströmungen, ja sogar als revolutionär. Und wirklich kann die Reaktion, die das Vordringen der Arbeiterschaft zu hemmen sucht, unmöglich mehr mit einer Wiederaufnahme alter Methoden auskommen, sie kann in diesem Sinne gar nicht „konservativ“ sein.

Es hat nun den Anschein, als ob der Nationalfaschismus (sofern man die Nationalsozialisten als dessen Vertreter in Deutschland ansieht) im gegenwärtigen Augenblick zur Anwendung revolutionärer Phrasen sogar in höherem Maße fähig ist als der Sozialfaschismus. Das hat seinen Hauptgrund in dem verschiedenen historischen Ursprung. Die Sozialdemokratie hat sich aus einer Arbeiterpartei zu einer der Grundsäulen des bürgerlichen Staates in seiner gegenwärtigen Form entwickelt. Sie stützt sich heute in erster Linie auf die Herausbildung einer in ihrem Gefolge befindlichen Arbeiteraristokratie, die sie durch Bereitstellung einer beträchtlichen Anzahl von Pfründen in Staat, Land und Gemeinden und durch möglichste (teilweise nur subjektive) Differenzierung ihrer Interessen gefügig zu halten sucht, dann aber auf eine Anzahl ehrlicher Arbeiter, die sie durch ihre Aufbauphrasen gerade deshalb ideologisch zu korrumpieren vermochte, weil in ihrem Bewußtsein die Zeit, da die Sozialdemokratie ernsthaft die proletarischen Interessen verfocht, noch lebendig ist. Durch eine häufige Verwendung revolutionärer Phrasen würde sie nicht nur die Sonderinteressen der ersten Schicht preisgeben, sondern sie würde auch ihren Einfluß unter der zweiten zunichte machen. In einer Zeit, in der sie notwendig aktiv an der Niederringung der revolutionären Arbeiterschaft beteiligt ist, kann sie unmöglich unter ihren eigenen Anhängern die in gleicher Richtung gehenden Traditionen lebendig machen. Sie muß also in den Mittelpunkt ihrer Propaganda die Notwendigkeit des Aufbaus, Ausbaus und bestenfalls der Weiterentwicklung der Weimarer Republik stellen, die sie als eine Errungenschaft für die Arbeiter schildert. Das gilt nicht nur für die Zeit, in der sich die Sozialdemokratie in der Regierung befindet, da ja ihre soziale Zusammensetzung und damit ihre Stellung zum Staat dieselbe bleibt. (Immerhin ist die politische Unverbrauchtheit der Nationalsozialisten, die es bisher noch nicht in nennenswertem Grade nötig hatten, sich durch Teilnahme [748] an Regierungen oder durch führende Verwaltungspositionen zu demaskieren, ein zusätzliches Moment, das deren Entwicklung begünstigt.)

Zwar hat sich auch die sozialdemokratische Ideologie in der letzten Zeit in faschistischem Sinne umgestaltet. Das bedeutet, daß der Gedanke einer durch die Sozialdemokratie und ihre Organe ausgeübten faschistischen Diktatur immer häufiger ausdrücklich erörtert wird. Aber die Errichtung dieser Diktatur wird nicht etwa als das Ergebnis einer gegen die Weimarer Republik gerichteten revolutionären

Umwälzung dargestellt, sondern als eine Maßnahme der Verteidigung dieser Republik. Darüber sind sich rechte und „linke“ Führer im wesentlichen einig. Im Rahmen der Herausbildung dieser sozialfaschistischen Ideologie haben sich sogar die Scheingegensätze zwischen diesen beiden Führercliquen trotz der Teilnahme an der Regierung und trotz des immer offenkundiger werdenden Verrates der augenblicklichen Machthaber in Deutschland im vergangenen Jahre zusehends vermindert.

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hingegen hat ursprünglich ihre Anhänger in erster Linie aus den verschiedenen Schichten des städtischen Kleinbürgertums rekrutiert. (Auch wo es sich dabei um Angestellte, also ihrer sozialen Kategorie nach eigentlich um Proletarier handelt, waren es fast durchweg Elemente, die von kleinbürgerlicher Ideologie durchdrungen waren und mit klassenbewußten Arbeitern keinerlei Kontakt hatten.) Man darf sich über diesen Umstand nicht dadurch hinwegtäuschen lassen, daß die NSDAP sich von vornherein eine Arbeiterpartei nannte. Und die Einstellung der Partei zu den Arbeitern, die jetzt noch fortbesteht, kommt am klarsten in den Auseinandersetzungen mit dem Mittelstand zum Ausdruck, wenn diesem empfohlen wird, „eine radikale Führergruppe in der völkischen Bewegung“ zu werden. Die Ideologie, die sich die NSDAP zunächst schuf, trägt noch die Züge ihres Ursprungs. Da wird von dem im Verlauf des Krieges und der Inflation seines Besitzes beraubten Kleinbürger Einziehung der Kriegsgewinne verlangt. Da wendet sich der Zorn des unter dem Druck des Finanzkapitals schwer leidenden Kleinbürgers gegen diejenige Erscheinungsform, mit der er selbst es unmittelbar zu tun hat, gegen die „jüdischen“ Banken, gegen Schieber und Wucherer aller Art. Brechung der Zinsknechtschaft wird die wichtigste Parole. Da wettert der durch die Entwicklung der Syndikate und Trusts (namentlich der großen Warenhäuser) in seiner Existenz bedrohte kleine Ladenbesitzer gegen das „Privatmonopol“ und will dort, wo für die private Initiative des Einzelunternehmers infolge der fortgeschrittenen Konzentration ohnedies kein Wirkungsbereich mehr übrig gelassen ist, das Staatsmonopol an seine Stelle setzen. Da wehrt sich der durch die über ihn hinweggehende Entwicklung in das Proletariat herabgedrückte Kleinbürger gegen diese Vorstellung mit dem Traum, daß in einem neu zu errichtenden Staatswesen alle Arbeitenden zu Privateigentümern (selbständig Schaffenden) gemacht werden können. Da erscheint ihm in einem solchen Staatswesen die Interessengemeinschaft des Unternehmers mit seinen Arbeitern durch eine Gewinnbeteiligung an den Großbetrieben gesichert. Auch die im nationalsozialistischen Programm enthaltenen wirtschaftlichen Sozialforderungen – „großzügiger Ausbau der Altersversorgung“ (alle sonstigen sozialpolitischen Forderungen treten daneben zurück) und insbesondere „Schaffung eines gesunden Mittelstandes und seine Erhaltung, sofortige Kommunalisierung der Großwarenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende, schärfste Berücksichtigung aller kleinen Gewerbetreibenden bei Lieferung an den Staat, die Länder oder Gemeinden“ – tragen deutlich das Gepräge des um die Sicherung seiner Existenz besorgten Kleinbürgers. Aber alle diese Programmpunkte bilden .nur die Staffage für den Aufbau eines durch „den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Großdeutschland“ entstehenden imperialistischen Staatsgebildes, das Land und Boden (Kolonien „zur Ernährung unseres Volkes und Ansiedelung unseres Bevölkerungsüberschusses“ erwerben, Juden und Fremde und alle sonstigen unzuverlässigen Elemente von den politischen Rechten ausschließen und durch Schaffung einer starken Zentralgewalt auf Grund der Bildung von Stände- und Berufskammern durch die nationalsozialistischen Kaders regiert werden soll. [749] In der Errichtung eines solchen Staates, sei es im Wege einer noch so gewaltsamen Umwälzung, sehen die nationalsozialistischen Kleinbürger einen Ausweg aus ihrer gegenwärtigen ziemlich hoffnungslosen Situation. Die gegenwärtige Ordnung, in der sich ihnen keinerlei Aussicht auf eine wesentliche Besserung ihrer Lage eröffnet, wird von ihnen in Grund und Boden verdammt. Das Finanzkapital, das die Führung in dieser Bewegung selbstverständlich von Anfang gehabt und keinen Augenblick verloren hat (z. B. ist das von den Nationalsozialisten so geschmähte Bankkapital in Gestalt eines der Aufsichtsräte der soeben erstandenen D- und D-Bank, Kirdorf, mit Hitler eng verbunden) verfügt hier über eine Truppe, die es zur Unterstützung seiner Diktatur, zur Stärkung der Staatsautorität, aber auch zum bewaffneten Bürgerkrieg nach Beliehen einsetzen kann.

Es besteht keine Gefahr, daß diese kleinbürgerlichen Gruppen, die nach wie vor den Kern der nationalsozialistischen Bewegung bilden, durch revolutionäre Phrasen zu einem ernsthaften Kampf gegen

das kapitalistische System gebracht werden könnten, solange ihre Erbitterung noch die Angst vor dem Verlust der in diesem System ihnen vorbehaltenen Privilegien zum Ursprung und den Ausbau dieser Privilegien in Gestalt der Schaffung einer neuen Staatsbürokratie zum Ziel hat. Wohl haben sie auch eine Art Kampf gegen den Kapitalismus auf ihre Fahne geschrieben, aber dieser Kapitalismus bedeutet nicht etwa Besitz von Kapital, sondern dessen „Mißbrauch". (Vergleiche erst jüngst „Sozialismus und Eigentum" im „Angriff" vom 14. November d. J.) Sie treten wohl für eine Art „Sozialismus" ein, aber das Wesen dieses „Sozialismus" hat Göbbels in einer aus Anlaß der Volksbegehrens-Kampagne in Berlin gehaltenen Rede wie folgt definiert: „Unter Sozialismus verstehe ich zuerst Dienst – wenn Friedrich der Große sein eigenes Wohl des Preußischen Staates unterordnete und wenn er das stolze Wort schreiben konnte: ‚Ich bin der erste Diener am Staat', dann ist das für mich das herrlichste Bekenntnis zur sozialistischen Weltanschauung." Wohl hat die in sozialen Fragen sich besonders radikal gebärdende sächsische Gruppe mitunter sogar das Wort vom „Klassenkampf im Munde geführt, aber das ist nicht etwa ein Klassenkampf der Ausgebeuteten gegen ihre Ausbeuter, sondern ein Klassenkampf der „ehrlich Schaffenden aller Stände" gegen irgendwelche „Schmarotzer". Da aber die Nationalsozialistische Partei sehr straff organisiert ist und strenge Disziplin jedem einzelnen ihrer Mitglieder zur Pflicht gemacht wird, ist die Garantie dafür gegeben, daß die Führung dem kleinbürgerlichen Kern nicht aus den Händen gleitet.

Die Werbekraft der NSDAP unter einem großen Teil der städtischen Kleinbürger ist selbstverständlich in der letzten Zeit nicht geringer geworden; im Gegenteil, die fortschreitende Krise des deutschen Kapitalismus, der in der Aera des Young-Planes verschärfte Druck des Finanzkapitals hat diese Schichten für sie womöglich noch empfänglicher gemacht. Davon legen nicht nur die Wahlergebnisse in vielen Bezirken, sondern auch die Gründung gewerblicher Wirtschaftsorganisationen unter nationalsozialistischer Führung, der verstärkte Einfluß des nationalsozialistischen Flügels unter den Studenten (die infolge des ihnen anerzogenen Korpsgeistes ein ziemlich wertvolles Material für den Bürgerkrieg darstellen) usw. Zeugnis ab. Aber alle diese Momente treten heute an Bedeutung zurück hinter der verstärkten nationalsozialistischen Agitation unter den Arbeitern, namentlich unter den in verstärkten Maße frisch in die Produktion einbezogenen Schichten, den Jugendlichen und Frauen, den Ungelernten und Angelernten, in denen ihre besonders drückende Notlage den Geist der Rebellion gegen das herrschende System geweckt hat und die sich von der Sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaftsbürokratie ständig verkauft und verraten sehen. Die Nationalsozialisten haben sich, den Zug der Zeit erkennend, mit aller Energie auf dieses neue Gebiet gestürzt. Während natürlich der allgemeine Charakter ihrer Bewegung als einer vom Finanzkapital gekauften Söldnertruppe in der Praxis sie ständig dazu zwingt, Streikbrecherdienste zu leisten (genau so wie auch die sozialfaschistische Bürokratie es tut), versuchen sie neuerdings, auch an sozialer Demagogie den Arbeitern gegenüber mit den Reformisten [750] zu wetteifern und haben auf ihrem Nürnberger Parteitag ihren Mitgliedern die grundsätzliche Beteiligung an wirtschaftlichen Streiks bei Strafe des Ausschlusses aus der Partei zur Pflicht gemacht. Daß sie dabei sich ausdrücklich auf wirtschaftliche Streiks beschränken, zeigt, daß sie sich sehr wohl davor hüten, Aktionen der Arbeiterschaft selbst zum Ausgangspunkt ihrer Umsturzbestrebungen zu nehmen. Diese könnten einen anderen Verlauf nehmen, als ihnen lieb ist.

Der Umstand, daß dieselben Arbeiterschichten, die unter klassenbewußter Führung eine besondere Rolle in den gegenwärtigen Kämpfen zu führen berufen sind, in ihren unentwickelten Teilen der nationalsozialistischen Agitation in erster Linie ausgesetzt sind, zwingt die Partei zu erhöhter Aufmerksamkeit. Neben der Notwendigkeit der Anwendung entschlossener revolutionärer Kampfmethoden muß auch die Aufklärung über den Inhalt der proletarischen Revolution in den Mittelpunkt unserer Agitation gestellt werden.

*

## Zu den Ergebnissen der Landtags- und Gemeindewahlen

Von E. K.

Die Ergebnisse der letzten Landtags- und Kommunalwahlen in Baden, Preußen, Sachsen, Hessen, Thüringen, Bayern erfordern die ernsteste Beachtung der Gesamtpartei. Noch niemals wies der

Wahlausgang so viele durcheinanderlaufende Verschiedenheiten auf wie in diesem Herbst. Neben glänzenden Erfolgen in einzelnen Bezirken stehen ernste Schlappen in anderen, und selbst innerhalb der einzelnen Bezirke zeigen sich die größten Unterschiede. Das gilt nicht nur für uns, sondern für die meisten Parteien.

An der Spitze steht bei uns der große Wahlerfolg in Berlin, der in alten Bezirken mehr oder minder gleichmäßig erfolgte, obgleich für Kommunalwahlen gewöhnlich nicht die gleiche Aktivität der Arbeiterschaft erreicht werden kann wie für Reichstagswahlen.

Im Mai 1928 hatten wir zum ersten Male seit Bestehen der Partei in zwei Berliner Bezirken die SPD überflügelt. Im Wedding wurde am 17. November dieser Vorsprung von einigen tausend Stimmen auf 21.500 ausgebaut, im Friedrichshain von 500 auf 7500. Außerdem wurde in einem dritten Bezirk (Berlin-Mitte) die SPD überholt und in fünf weiteren, den hauptsächlich proletarischen, unsere Stimmenzahl ganz nahe an die SPD herangebracht. In diesen acht für die Berliner Arbeiterschaft entscheidenden Bezirken zusammengenommen haben wir auch zahlenmäßig die SPD überflügelt, die weiter von der Arbeiterschaft hinweg in die kleinbürgerlichen und bürgerliche Wählerschichten verdrängt wurde.

Damit ist unzweifelhaft entschieden, daß die Mehrheit der Berliner Arbeiterschaft zu ihrer Partei steht. Jeder vierte Berliner Wähler gab sein Votum für die KPD ab.

Das Gesamtergebnis für Preußen ist, verglichen mit den Landtagswahlen vom Mai 1928 (die zugleich mit den Reichstagswahlen stattfanden und einen relativ richtigeren Vergleichsmaßstab stellen als diese) durch folgende Zahlen gekennzeichnet:

Stimmen in Tausend:

| Partei | Mai 1928 | November 1929 | Zu- oder Abnahme |
|---|---|---|---|
| KPD | 2237 | 1920 | – 317 |
| SPD | 5465 | 4737 | – 728 |
| Nationalsozialisten | 347 | 889 | + 542 |
| Zentrum | 2738 | 2956 | + 218 |
| Bauern-, Landvolk. usw. | 464 | 473 | + 11 |
| DNVP | 3275 | 2920 | – 355 |
| DVP | 1602 | 1268 | – 334 |
| Wirtschaftspartei | 860 | 823 | – 27 |
| DDP | 840 | 619 | – 221 |

[751] Deutliche Erfolge haben wir in Ostpreußen, Pommern, Kassel und einer ganzen Reihe einzelner Städte. Insgesamt hat sich, verursacht durch die Verlustbezirke Halle-Merseburg und einzelner Orte und durch die besonderen Gewinnbezirke der SPD (Magdeburg, Hannover), das Verhältnis für die SPD nicht verschoben.

Eine ausgesprochene Schlappe dagegen erlitt die Partei in Sachsen und in Thüringen. In allen drei sächsischen Bezirken ist, wie in der Provinz Sechsen, ein Rückgang unserer Stimmenzahl vorhanden. In einer Reihe von Orten ist unzweifelhaft ein Vormarsch der SPD, in anderen der Nationalsozialisten auf unsere Kosten offenbar. In den entscheidenden Gebieten des Zentrums ist es nicht gelungen, dessen verhängnisvollen Einfluß auf die Arbeiterschaft zu brechen. In Thüringen, Bayern und im Saargebiet sind neben einzelnen, zum Teil glänzenden Erfolgen ähnliche Schlappen zu verzeichnen.

Bevor darauf eingegangen wird, gilt es noch, die Verschiebungen innerhalb der bürgerlichen Parteien zu kennzeichnen.

Die DNVP hat fast durchweg auf Kosten der Nationalsozialisten md des Zentrums bei allen Wahlen sehr starke Stimmenverluste.

Das Zentrum hat zweifellos von SPD, DNVP Stimmen zurückgewonnen. Die DVP erlitt keine nennenswerte Veränderung, und die DDP wurde weiter zerrieben.

So zeigt sich eine starke Gärung in den offenen Ausbeuterparteien, ein deutliches Absinken der bürgerlichen Linken (SPD und DDP) und ein ganz allgemeines, teilweise stürmisches Wachstum des nationalsozialistischen Faschismus.

Die Nationalsozialisten gewannen in Baden, Sachsen, Thüringen und den neu von ihnen eroberten Teilen Bayerns fast durchweg. In ihrem Wachstum spiegelt sich, von der anderen Seite her, ganz deutlich der Radikalisierungsprozeß der Massen wieder. Sie konnten überall diese Stimmen nur durch die skrupellos demagogische Anwendung scheinrevolutionärer Parolen erreichen, bei der sie bis zur wörtlichen Uebernahme kommunistischer Losungen gingen. Die Verblendung der Arbeiter wurde überall mit sozialdemagogischen Losungen erreicht, die geschickt mit nationalistischen Phrasen verbrämt sind und überall an die revolutionären Stimmungen anknüpften.

Der Stimmenzuwachs der Nationalsozialisten ist eine sehr ernste Mahnung an die Partei, die es noch nicht verstand, diese revolutionären Stimmungen in genügendem Maße von der Verirrung zum Klassenfeind zurückzuhalten und für die proletarische Front zu mobilisieren.

Das Zentrum konnte die Früchte der sozialdemokratischen Koalitions- und Schlichtungspolitik in Ruhe verzehren und sich vom sozialen Wahlkampf auf den kulturellen zurückziehen. Es gewann so einen großen Teil seiner Verluste an die SPD vom Mai 1928 zurück. Außerdem gewann es zweifellos auch von der DNVP, mit deren christlich-sozialem Flügel es völlig verquickt ist.

Die DDP setzte ihren Zerfallsprozeß fort, woran auch die ziemlich vollständige Preisgabe der Reste liberalistischer Traditionen (Mannheimer Parteitag) nichts ändern kann

*

Das Gesamtergebnis der Wahlen bestätigt durchaus die Richtigkeit der auf dem Weddinger Parteitag und dem 10. Plenum festgelegten Politik der Partei. Die Linksentwicklung der Massen ist ein zweifelsfrei sich immer stärker durchsetzender Prozeß.

Nur dort, wo die Wendung der Politik der Partei nicht oder nur unvollständig vollzogen und die Arbeit unter den proletarischen Massen fehlerhaft und ohne die notwendige revolutionäre Entschlossenheit, durchgeführt wurde, mißlang es, den National- und Sozialfaschismus zu schlagen. Berlin und eine ganze Reihe von Einzelergebnissen beweisen das ebenso wie die ausgesprochenen Niederlagen.

Eine richtige Politik allein genügt nicht, es müssen in den Betrieben und Massenorganisationen und unter den Erwerbslosen die organisatorischen [752] Faktoren zur aktiven Durchführung der proletarischen Kämpfe geschaffen werden, in denen die Massen uns praktisch von der Sozialdemokratie unterscheiden lernen. Der Kampf gegen die „linke“ SPD kann nicht nur mit Reden und Artikeln geführt werden, sondern dazu ist bolschewistisches Handeln in Betrieb und Gewerkschaft nötig. Es ist in der Kommunalpolitik wie in der Gewerkschafts- und Betriebspolitik jedes Zaudern in der Durchführung der Wendung mit einer Niederlage quittiert worden. In Sachsen, Halle-Merseburg, Thüringen und zahlreichen Einzelfällen im Reich wird das demonstriert und von der Parteipresse kritisiert.

Die nationalsozialistischen Erfolge sind von dem Terror der Unternehmer gegen die revolutionären Arbeiter in den Betrieben (Entlassungen von Kommunisten und Einstellung von Faschisten) und dem Terror der sozialfaschistischen Bürokratie (Verbot des RFB, der Demonstrationen, Versammlungen, Zeitungen, Flugschriften und Plakate bei gleichzeitigem Polizeischutz für die faschistische Agitation) begünstigt worden. Aber gleichzeitig hat sie auch die mangelhafte und zu späte Einstellung der Parteiarbeit gegen den Faschismus begünstigt. Auch hier handelt es sich um die unvollkommene und ungenügende Durchführung der Wendung der Partei: fehlende Initiative, ungenügende Aktivität und eine in der ersten Zeit deutliche Unterschätzung der nationalsozialistischen Sozialdemagogie. Die Gesamtpartei muß der skrupellos verlogenen, geschmeidigen Agitation der Faschisten einen weit größeren Teil ihrer Aufklärungsarbeit unter den Massen entgegenstellen, als es bis zu den Wahlen geschah. Wo den Nationalsozialisten mit genügender Energie und Klarheit entgegengetreten wurde, ist es ihnen nicht gelungen, breitere Teile der Arbeiterklasse auf den Weg der Konterrevolution zu täuschen.

In einzelnen Gebieten, besonders in Thüringen, Hessen, dem Saargebiet, hatte die Partei die zersetzende Arbeit der Renegaten als Hilfstruppen des Sozialfaschismus zu bekämpfen.

In Thüringen führte die Brandler-Gruppe mit sechs der Partei gestohlenen Mandaten und unter Einsetzung starker Kräfte aus dem Reich den Kampf gegen den Kommunismus: bezeichnenderweise hat sie nicht ein einziges Mandat erobern können. Im ganzen Reich ist ihr nur noch vereinzelt und lokal

gelungen, der Partei Schaden zuzufügen. Das ist ein Ergebnis von allgemeiner, ja internationaler Bedeutung.

In Bayern hat die Partei unter dem Druck des schärfsten Polizeiterrors sich verhältnismäßig, gehalten.

Die Wahlkampagne ermöglichte eine bolschewistische Durcharbeitung der Partei. Die Bestimmungen über die Kandidatenaufstellung räumten mit den Besten alter Traditionen gründlich auf und brachten eine große Anzahl von Arbeitern und Arbeiterinnen aus den Großbetrieben an die Stelle alter, ressortmäßig eingestellter „Routiniers“. Damit wurden viele verkalkte, opportunistische Elemente ausgemerzt, – für die Parteientwicklung von großem Nutzen.

Das Gesamtbild zeigt:

1. Der Radikalisierungsprozeß der Massen ist in weiterem Fortschreiten.

2. Die Basis der Sozialdemokratie wird zunehmend weiter vom Proletariat ins Kleinbürgertum verschoben.

3. Die Gärung in den bürgerlichen Parteien und ihre faschistischen Rettungsversuche zeigen die bröckelnde und verfaulende Basis der bürgerlichen Klassenherrschaft.

4. Auch innerhalb des Kleinbürgertums und der Massen der Angestellten, unteren Beamten usw. zeigt sich ein starker Radikalisierungsprozeß, – heute noch zu einem erheblichen Teil in der Zunahme der Nationalsozialisten.

6. Die objektiven Möglichkeiten für den proletarischen Befreiungskampf können nur ausgeschöpft werden, wenn die Gesamtpartei energisch, zielbewußt und zähe die Politik des Weddinger Parteitages und des 10. Plenums durchführt und mit aller Konsequenz die Hemmungen beseitigt, die sich in den Mängeln der Parteiarbeit erwiesen haben. [753]

*

## Der Wahlerfolg der Zentrumspartei

### Seine Gründe, seine Lehren

Von Peter Maslowski

Die letzten Wahlen zu den Provinziallandtagen, Kreistagen und Kommunen haben in bezug auf das Verhältnis des Proletariats zum Klerikalismus ein Ergebnis gebracht, das für uns als Warnungssignal gelten und sehr ernst untersucht werden muß.

Die Zentrumspartei hat gerade in den hochindustriellen Großstädten des Westens mit ihrem ausgeprägten Industrieproletariat beachtenswerte Erfolge errungen. Während die SPD und KPD, die SPD allerdings bei weitem mehr als die KPD, gegenüber den letzten Reichstagswahlen Einbußen zu verzeichnen hatten, konnte das Zentrum trotz schlechterer Wahlbeteiligung seine Wahlziffern vom Mai 1928 überflügeln und so seine Mai-Niederlage vom vorigen Jahre ausgleichen. Folgende Tabelle einiger wichtiger rheinisch-westfälischer Industriestädte mit den Verlusten der SPD und KPD und den Gewinnen der Zentrumspartei im Verhältnis zu den letzten Reichstagswahlen, immer in tausend abgerundet, gibt davon ein sehr ernst zu wertendes Bild:

| | *Verlust* | | *Gewinn* |
|---|---|---|---|
| *Stadt* | *der SPD* | *der KPD* | *des Zentrums* |
| Essen | 5000 | 3000 | 21.000 |
| Düsseldorf | 6000 | 12.000 | 1000 |
| Köln | 18.000 | 6000 | 7000 |
| Dortmund | 23.000 | 7000 | 4000 |
| Gelsenkirchen-Buer | 12.000 | 8000 | 3000 |
| Gladbeck | 4000 | 1000 | 1000 |
| Gladbach-Rheydt | 500 | 2000 | 6000 |
| Krefeld-Uerdingen | 3000 | 1000 | 5000 |

Bezeichnend ist, daß gerade diejenigen wenigen Orte, in denen das Zentrum ebenfalls Verluste erlitten hat, eine ausgeprägte proletarische Bevölkerung nicht aufweisen. Das gilt z. B. für Münster in Westfalen und für Bonn am Rhein, die beide mehr Beamten- als Proletarierstädte sind. Es ist

auffallend, daß gerade hier die KPD im Vergleich zu den letzten Reichstagswahlen sich zu halten bzw. ihre Stimmen noch zu vermehren vermochte. Selten ist der Fall, daß, wie etwa in Aachen, KPD und Zentrum auf Kosten der SPD gewinnen. Charakteristisch ist ferner, daß in Gebieten, in denen das Zentrum dominiert, die Nationalsozialisten fast durchweg keine Erfolge hatten.

Auch die Schwindsucht der bürgerlichen Mitte, so wie sie etwa bei den Demokraten handgreiflich vorliegt, vermag dem Zentrum nichts anzuhaben. Doch das sind Nebenerscheinungen. In unserem Zusammenhang ist das Entscheidende die Grundtendenz des Zentrumswahlerfolges, und die ist:

> An einem für die proletarische Revolution entscheidenden Punkte, nämlich im hochindustriellen rheinisch-westfälischen Gebiet, hat das Zentrum aus der Masse der proletarischen Wähler, von der SPD mehr, von der KPD weniger, beachtenswerte Teile nicht nur für sich zurückerobert, sondern darüber hinaus auch gewonnen.

Damit ist der Charakter der Zentrumspartei als derjenigen offen bürgerlichen Partei, die am besten und am meisten proletarische Massen aufzusaugen in der Lage ist, wieder besonders stark gekennzeichnet. Eine Partei, wie die KPD, deren Lebenselement die Gewinnung gerade der Massen des industriellen Proletariats ist, muß sich sehr ernst mit dieser Zugkraft der Zentrumspartei [754] gegenüber dem Proletariat, ausgerechnet in einer Zeit der Linksentwicklung der Massen, beschäftigen.

*

Wo liegen die Gründe für den auffallenden Wahlerfolg der klerikalen Zentrumspartei?

Eins liegt sofort auf der Hand: Die Koalitionspolitik mit der SPD ist geradezu der Humusboden, auf dem die Zentrumspflanze blüht und gedeiht. Das war bei den badischen Wahlen offensichtlich, und das gilt auch von dem neuen Wahlergebnis in Rheinland-Westfalen. Panzerkreuzer, Kinderspeisung und die soziale Reaktion Dr. Brauns waren zur Zeit des letzten Reichstagswahlkampfes wuchtige Waffen, die gegen das Zentrum in Anwendung gebracht werden konnten, und gegen die sich das Zentrum gezwungenermaßen in der breitesten Oeffentlichkeit wehren mußte. Diesmal konnte das Zentrum seine eigene Bürgerblockpraxis, Panzerkreuzer, Kinderspeisung und den Erwerbslosenversicherungsabbau Wissells, der SPD gründlich zurückgeben. Jedenfalls stand diesmal das Zentrum auf Grund seiner Koalitionspolitik mit der SPD viel weniger im Feuer eines konzentrischen Angriffes und hatte es auch nicht notwendig, sich in der breitesten Arbeiteröffentlichkeit solcher Angriffe von der sozialen und klassenmäßigen Seite her zu erwehren. Damit hatte diese klerikale Partei Ellenbogenfreiheit genug, um zu dem Boden ihrer Kraft zurückzukehren, nämlich zum „Weltanschaulichen“ und Kirchlichen. Nicht in der Panzerkreuzerverteidigungsstellung sondern in der kirchlichen Angriffsfront stand diesmal die Zentrumspartei. Kein Bischof, der diesmal nicht aufgerufen hätte, nur Zentrumsleuten die Stimme zu geben, keine Kanzel, von der herab nicht die Abgabe des Zentrumsstimmzettels als religiöse Pflicht gepriesen worden wäre.

Im Wahlkampf glaubten viele Genossen einen Mißerfolg der Zentrumspartei voraussagen zu dürfen, weil diese Partei wohl noch in keiner Wahlkampagne so wenig öffentliche Versammlungen veranstaltet hatte wie diesmal. Ganz falsch! Das Zentrum ist tatsächlich dann am stärksten, wenn es am wenigsten im Feuer der öffentlichen und politischen Kritik steht. Wozu sollte auch diese Partei das Risiko der öffentlichen Volksversammlungen mit ihrer Gefahr einer aufrüttelnden politischen Diskussion auf sich nehmen, wenn sie umsonst Kirchenversammlungen mit einer garantierten Millionenbesucherzahl und mit der Unmöglichkeit eines Widerspruches haben konnte! Nur eine erzwungene politische Diskussion auf Grund einer Gärung breitester Massen, wie es zur Zeit der Panzerkreuzeraffäre tatsächlich der Fall war, wird das Zentrum aus dieser Kirchenfestung herauszulocken vermögen.

Im günstigen Wahlausfall für das Zentrum äußert sich aber auch die infolge der sozialdemokratischen Konkordatspolitik günstige materielle Lage der Kirche und ihrer Organisationen.

Allgemein soll man nie vergessen, daß das Zentrum in der schwarzen Armee von ungefähr 30.000 Geistlichen die allerbilligsten Parteiorganisatoren und Parteiagitatoren besitzt, die sonst keine andere Partei aufweisen kann, denn diese Leute werden ja allesamt auf dem Umweg über die Staatsleistungen an die Kirche aus den Steuergeldern der gesamten werktätigen Massen bezahlt. Im besonderen aber muß man gerade auch bei mehr lokalen Wahlen zu den Provinz-, Kreis- und Stadtparlamenten die Rolle der katholischen Karitas berücksichtigen. Die gewaltigen Millionensummen, die vom Reich, den Ländern und Kommunen direkt oder indirekt dem gerade im Katholizismus stark ausgebildeten Wohltätigkeitswesen zufließen, werden in der Zentrumspropaganda sehr geschickt allein zu Wohltaten zentrümlicher Liebestätigkeit vor den sozial Bedrängten und Bedrückten zurechtgebogen. Jedenfalls soll man die Wirkung dieser karitativen Bettelpfennige auf die Wahlbeteiligung [755] gerade der allerärmsten Schichten der verschiedensten Arten der Sozialrentner zugunsten der Zentrumspartei nicht unterschätzen.

Bei dem Wahlerfolg der Zentrumspartei ist schließlich die schon bekannte Tatsache nicht zu vergessen, daß gewohnheitsmäßig etwa noch einmal soviel Frauen als Männer Zentrum wählen. Diese Tendenz muß sich naturgemäß gerade dann noch verstärken, wenn eine ausgeprägte kirchliche Wahlmobilmachung vorliegt. Ist doch leider heute noch immer für Millionen von Proletarierfrauen die Kirche der einzige Ort, wo sie etwas von Politik hören, und zwar in der besonders gefährlichen Form der religiösen Verschleierung. Was für die Frauen gilt, gilt auf diesem Gebiet leider auch zu einem großen Teil für die Jugend. Die Vereinsstatistik zeigt, daß von allen Parteien und Weltanschauungsgruppierungen es die katholische Kirche und das Zentrum sind, die den größten Organisationserfolg gegenüber der Jugend aufzuweisen haben. Läge über die Wahlstimmen der Jugend statistisches Material vor, dann würde sich bestimmt zeigen, daß in den katholischen Gegenden der größte Prozentsatz der jugendlichen Neuwähler beim Zentrum geblieben ist, und daß erst danach die Kommunistische Partei folgt.

*

All das könnte gewiß weitgehend paralysiert werden, wenn die Taktik der KPD eine solche wäre, daß sie auf die katholischen Proletarier wirklich zu wirken vermöchte. Die Kommunistische Partei im katholischen Westen beschäftigt sich zu 90 Prozent nur mit der SPD, sie müßte sich bei einem richtigen Verhältnis aber außer mit der Sozialdemokratie viel energischer auch mit dem Zentrum beschäftigen.

Wer z. B. unsere Zeitungen im Westen im letzten Wahlkampf verfolgt hat, der konnte sofort einen ungewöhnlichen Mangel an konkretem, kommunalpolitischem Material gegen die Zentrumspartei feststellen. Fast wie in Berlin spielten Sklarek und die SPD eine sehr wichtige Rolle, während die tausendfachen arbeiterfeindlichen Zentrumstaten in den Kommunen allzu wenig sichtbar wurden. Was haben eigentlich unsere Kommunalfraktionen getan, um dieses agitatorisch wirksame Material herbeizuschaffen, systematisch zu sichten und in der Massenarbeit auszunutzen? Das muß anders werden! Nur wenn jede arbeiterfeindliche Zentrumstat in den lokalen Parlamenten von uns als Diskussionsstoff in die Betriebe, wo Tausende von katholischen Arbeitern schuften, geworfen wird, kann überhaupt erst ein erfolgreicher Kampf gegen das Zentrum auf kommunalpolitischem Gebiet beginnen. Auf diesem Gebiet kann auch die Arbeit der „Arso“ im Kampf gegen die Karitas eine gute Unterstützung der Parteiarbeit sein.

Wer die Wahlversammlungen in den katholischen Gebieten kennt, der weiß, daß nicht etwa nur die indifferenten und mit uns sympathisierenden Arbeiter, sondern sogar mancher unserer eigenen Parteigenossen ihre Frauen zu Hause lassen. Diese, im wahrsten Sinne des Wortes katholische Tradition, daß die Frau an den Kochtopf gehört, muß sich natürlich dahin auswirken, daß die Proletarierfrauen ihren politischen Elementarunterricht in der Predigt und im Beichtstuhl erleben, statt in der politischen Form der proletarischen Klassenzugehörigkeit. Diese günstige Stellung des Zentrums gegenüber der Frau und die klerikalen Organisationserfolge auf dem Gebiete der Jugendbewegung müssen unsere Partei veranlassen, viel entschiedener als bisher den Kurs auf die Frauen und auf die Jugend zu nehmen.

Vor allem aber muß bei dem Wahlerfolg der Zentrumspartei auf den Krebsschaden hingewiesen werden, der bei der allgemeinen taktischen Einstellung der Kommunisten zu den Klerikalen vorhanden ist, Noch immer ist im politischen Bewußtsein der Mitgliedermassen der KPD die Antizentrums-[756]arbeit eine Art – Ressortangelegenheit der Freidenker. Das ist grundfalsch! Dort, wo die Mehrheit des Proletariats noch katholisch und kirchlich gebunden ist, dort ist die politische Gesamtarbeit der Partei Antizentrumsarbeit und zwar nicht zuerst vom weltanschaulichen Standpunkt, sondern von der klassenmäßigen Seite her, beginnend bei der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. Die sozialen Fragen, die den katholischen Proletariern ihre Klassentage zum Bewußtsein bringen und die konkreten politischen Taten der bürgerlichen Zentrumspartei, die die Klassendifferenzen aufreißen, sie bezeichnen das Gebiet, auf dem selbst die katholische Zentrumspartei trotz stärkster kirchlicher Bindungsmittel letzten Endes doch sterblich ist. Nur wenn die Kommunistische Partei in den katholischen Bezirken wirklich entschieden auf diese Generallinie umgestellt wird, werden Erfolge im Kampfe gegen das Zentrum möglich sein.

*

## Ein Kongreß der Arbeiterklasse

Von Erich Auer

Der 1. Kongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition ist zu einem wichtigen Ereignis für die gesamte Arbeiterklasse geworden. Er hat gegenüber der brutalen Unternehmeroffensive gegen den Young-Plan, gegen das Programm der deutschen Industriellen der Arbeiterklasse den einzig möglichen Weg des proletarischen Kampfes gewiesen. Während sich bereits der ADGB wie immer bemüht, die Forderungen des Trustkapitals in der Arbeiterklasse zu popularisieren, die Notwendigkeit der verstärkten Kapitalbildung und Kapitalakkumutation – also die wichtigste Forderung der Unternehmer – anerkennt, was für die Arbeiterklasse bedeutet, wie schon Karl Marx in dem Gesetz der Kapitalsakkumulation treffend bewiesen hat, gesteigertes Elend, größere Not, Verstärkung der Ausbeutung, hat die revolutionäre Opposition auf ihrem Kongreß die proletarische Antwort an! die Forderungen des Klassenfeindes gegeben.

Mit allen Mitteln haben die reformistischen Verbandsbürokraten versucht, den Kongreß zu verhindern. Nicht nur Ausschlußandrohungen gegen die Delegierten erschienen in fast allen Verbandszeitungen, die vom offiziellen Organ des ADGB, der „Gewerkschaftszeitung“, sorgfältig öffentlich registriert und kontrolliert wurden, nein, selbst die gewöhnlichsten Methoden von Straßenräubern wurden gegen gewählte Delegierte von der reformistischen Bürokratie angewandt. So wurde in Hamburg ein gewählter Delegierter in der Nacht vor der Abfahrt zum Kongreß von einem Rollkommando des Reichsbanners so zugerichtet, daß er nicht nach Berlin fahren konnte. Der Sozialdemokratische Polizeipräsident von Leipzig, Herr Fleißner, verhaftete auf dem Bahnhof einige Jungarbeiterdelegierte unter fadenscheinigen Vorwänden. Welche Blüten reformistischer Frechheit und Borniertheit in dem Bestreben, den Kongreß der revolutionären Opposition zu verhindern, hervorgebracht wurden, zeigen folgende Auszüge aus Briefen von Verbandsangestellten. Der Bonze Heßler vom Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter Mannheims schrieb an den Arbeiterrat der Firma W. Henzel in Weinheim (Baden) folgendes:

„Bildet euch nicht ein, daß eure Delegation verborgen bleibt. Ich bin als Funktionär unseres Verbandes gehalten, in Berlin entsprechende Mitteilung zu machen. ... Nebenbei soll bemerkt sein, daß die Vornahme von Geldsammlungen sowie die Bestellung von Delegierten zu solchen wilden Kongressen nicht zu den Aufgaben der gesetzlichen Betriebsvertretungen gehört ... Denkt daran, daß sich der oder die Delegierte vom Geschäft Urlaub geben lassen muß, der evtl. verweigert wird, denkt daran, daß, wenn ein Betriebsratsmitglied aus dem Verband ausgeschlossen wird, es im kommenden Jahre nicht mehr gewählt werden kann, dann den größten Teil des Kündigungsschutzes verliert.“

Der Angestellte Thomas vom Dachdecker-Verband Deutschlands [757] gab zum Kongreß der Opposition in einem Brief an die Zahlstelle Königsberg folgende Geistesblitze von sich:

„Wir hören, daß Du Dich zum oppositionellen Gewerkschaftskongreß nach Berlin hast delegieren lassen. Wie wir das erfahren haben, ist uns wirklich der Glaube an die Menschheit verloren gegangen.“

*

Trotz dieser Drohungen, Terrormaßnahmen und Denunziationen reformistischer Bürokraten waren auf dem Kongreß 1122 anerkannte Delegierte vertreten. Davon 825 Betriebsarbeiter, 191 Vertreter der Erwerbslosen und 5 Notstandsarbeiter. Gewerkschaftlich organisiert sind 842, ausgeschlossen 152 Delegierte.

Welch anderes Bild bot der Kongreß im Vergleich zu den offiziellen Tagungen des ADGB. Die „Gewerkschaftszeitung", das Organ des ADGB, nennt den Kongreß „langweilig". Für diese Herren sind die Reden der Betriebsarbeiter, ihre Anklagen gegen das Trustkapital, das durch die Rationalisierung das letzte und einzige Gut der Arbeiterklasse, ihre Arbeitskraft, rücksichtslos im Interesse des Profits vernichtet, die Beweise für das Zusammengehen der Gewerkschaftsbürokratie und reformistischen Betriebsräte mit den Unternehmern langweilig. Interessant ist für diese verbürgerlichten Herren, auf ihren Kongressen die Reden bzw. die Befehle der Lakaien des Finanzkapitals, genannt Minister, oder die Vergnügungsfahrten der Verbandstage auf Kosten der Mitgliederbeiträge. Solch. Attraktionen bürgerlicher Tagungen überläßt das revolutionäre Proletariat den korrumpierten bestochenen Führern. Das Urteil über ihre Kongresse ist gesprochen durch die Tatsache, daß sie die Arbeiterdemokratie mißachten und beseitigen. Ferner durch die Tatsache, daß z. B. auf dem letzten Kongreß des ADGB in Hamburg acht Arbeiter anwesend waren. Entsprechend der Einberufung, Zusammensetzung und dem Verlauf dieser Tagungen sind auch ihre Beschlüsse gegen die revolutionäre Arbeiterschaft gerichtet.

Der proletarische Charakter und revolutionäre Wille, der den Oppositionskongreß beherrschte, kam zum Ausdruck in der glänzenden Solidarität der Delegierten, die ihre letzten Groschen opferten für die beiden verunglückten Kameraden aus dem Erzgebirge-Vogtland und für das Organ der französischen Arbeiter, die „Humanité". Die Tatsache, daß über 60 parteilose Delegierte auf dem Kongreß ihren Eintritt in die Partei vollzogen, war ebenso kennzeichnend für die Linie des Kongresses, wie seine Beschlüsse über die wichtigsten Fragen des Klassenkampfes.

*

Der Kongreß der Opposition fand statt in einer entscheidenden Situation des proletarischen Klassenkampfes. Das Trustkapital schickt sich an, den Young-Plan auf Kosten der Arbeiterklasse zu verwirklichen. Die Folgen der kapitalistischen Rationalisierung machen sich für die Arbeiterklasse immer einschneidender bemerkbar durch mörderisches Arbeitstempo in den Betrieben und Massenentlassungen. Eine Riesenerwerbslosenarmee marschiert einem Hungerwinter entgegen und rüttelt an den Fundamenten der Ausbeuterherrschaft. Bereits flammen Kampfaktionen, betriebliche Streiks, passive Resistenz an vielen Stellen in den Betrieben auf. Durch neue Massensteuern, Zollerhöhungen, Erhöhung der Mieten will das Trutskapital einen neuen Raubzug auf die Taschen der Arbeiter ausführen, seine Profite erhöhen und seine Herrschaft mit Hilfe der Sozialfaschisten und Nationalsozialisten sichern. Die kleinen bürgerlichen Existenzen werden vom Trustkapital vernichtet und ins Proletariat hinabgestoßen. Die Zahl der Bankkrachs z. B. gibt darüber ein anschauliches Bild:

Im September waren in Deutschland 3 Bankzusammenbrüche, mi Oktober 10 Bankzusammenbrüche und im November 22 Bankzusammenbrüche.

Das zeigt, wie es im Gebälk der kapitalistischen Wirtschaft kracht, wie die Großen die Kleinen vernichten. Andererseits ist die herrschende Finanz-[758]oligarchie fest zum Kampe entschlossen, für die Durchsetzung des Unternehmerprogramm. Das beweist die Tagung der Industriellen. Die sozialfaschistischen Lakaien parieren und führen die Befehle ihrer Herren durch. Das hat Wissell durch seinen Schiedsspruch für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau, Severing durch das Kommunistengesetz und Hilferding durch sein Finanzprogramm bewiesen.

Die Generallinie der revolutionären Opposition, die auf dem Kongreß herausgearbeitet wurde, besteht in der Auslösung und Steigerung der Teilkämpfe zu Massenkämpfen unter revolutionärer Führung. Alle Vorfälle im Betrieb, Rationalisierungsmaßnahmen, Entlassungen, Lohnkalkulationen sowie die provokatorischen Gesetzesmaßnahman zur Verkleinerung des Brotes der Arbeiterklasse, neue Steuern, Zölle usw. müssen dazu benutzt werden, um Kämpfe, Demonstrationen,

Streiks der Arbeiter auszulösen. Als zentrale Frage steht gegenwärtig der Kampf gegen die Massenentlassungen für den Siebenstundentag. Die Berichterstattung über den Oppositionskongreß muß benutzt werden, um die Kämpfe der Arbeiter zu organisieren.

Im kommenden Frühjahr stehen große tarifliche Lohnkämpfe bevor. Zwei Millionen Arbeiter stehen im ersten halben Jahr 1930 in einer Tarifbewegung. An wichtigen Tarifen laufen ab:

| | | |
|---|---|---|
| Textilindustrie im ersten halben Jahr für | 450.000 | Arbeiter |
| Bekleidungsindustrie im ersten halben Jahr für | 90.000 | " |
| Metallindustrie im ersten halben Jahr für | 125.000 | " |
| Baugewerbe im ersten halben Jahr für | 1.250.000 | " |
| Steinkohlenbergbau im ersten halben Jahr für | 25.000 | " |

Weiter muß die Partei und die revolutionäre Opposition ihre Kräfte konzentrieren auf die Durchführung der Betriebsrätewahl, die in diesem Jahr mehr als je zu einer großen Auseinandersetzung zwischen der revolutionären Arbeiterschaft, dem Unternehmertum und seinen sozialfaschistischen und nationalsozialistischen Verbündeten wird.

Die Wahlen zu den Ortsverwaltungen und Generalversammlungen der Gewerkschaften sind ein Anlaß, um unsere Fraktionsarbeit innerhalb der Gewerkschaften zu überprüfen und zu aktivisieren. Tausende von organisierten Arbeitern müssen für den Kampf der revolutionären Opposition gewonnen werden. Eine Anzahl bereits vorliegender Resultate beweisen, daß auch hier gute Erfolge von der Opposition zu erringen sind und erreicht werden müssen.

Die Wendung zur stärkeren Beachtung der Frauen, Jungarbeiter, Landarbeiter und Angestellten, die der Kongreß stark unterstrichen hat, muß durchgeführt werden. Es gilt, alle entscheidenden Schichten der Arbeiterklasse zu sammeln und zu mobilisieren für den Kampf um die vom Oppositionskongreß aufgestellten Forderungen. Keine Zeit ist zu verlieren. Es muß unmittelbar an die Organisierung und Auslösung der Kämpfe und Streiks unter den Losungen der RGI und der Komintern herangegangen werden. Das ist die notwendige und beste Auswertung des 1. Reichskongresses der revolutionären Gewerkschaftsopposition. [759]

*

## Die Aufgaben der Weltreparationsbank

Das Ergebnis der Baden-Badener Reparationskonferenz

Von G. Reimann

Während in USA das Dollarkapital die ökonomischen Vorbereitungen für seine neue Weltoffensive getroffen hat, sind in monatelangen Verhandlungen in Baden-Baden zwischen den Leitern der Notenbanken Englands, Frankreichs, Belgiens, Italiens, Japans und der USA die Statuten der ins Young-Plan vorgesehenen Weltbank ausgearbeitet worden. Die lange Dauer dieser Verhandlungen zeugte von den hart aufeinanderprallenden imperialistischen Gegensätzen, die in der Gestaltung der Reparationsbank ihren Ausdruck finden mußten und gerade durch sie sich verschärfen werden.

Nach den Absichten des Dollarkapitals und den Beschlüssen der Baden-Badener Reparationskonferenz wird die im Young-Plan vorgesehene Bank weit mehr als eine speziell für die deutschen Reparationszahlungen gebildete Reparationsbank sein, wie schon ihr Name besagt: „Bank für Internationalen Zahlungsausgleich."

Entsprechend dem ursprünglichen Vorschlage Morgens ist der Aufgabenkreis der Bank so weit gefaßt, daß sie das Eintreiben und Einkassieren von allen möglichen bedeutenden internationalen Zahlungen an das internationale Finanzkapital übernehmen kann:

„Zweck der Bank ist: die Zusammenarbeit der Zentralbanken zu fördern, neue Möglichkeiten für internationale Finanzgeschäfte zu schaffen und als Treuhänder (Trustee) oder Agenten bei den ihr auf Grund von Verträgen mit den beteiligten Parteien übertragenen internationalen Zahlungsgeschäften zu wirken."

Wenn Polen, China oder irgendeine andere abhängige und tributpflichtige Macht Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen hat, so kann ihre Sicherung und Erfüllung ebensogut übernommen werden wie

die der deutschen Reparationszahlungen. Unmittelbar praktische Bedeutung hat diese Zweckbestimmung deswegen, weil der größte Teil der deutschen Reparationszahlungen dem amerikanischen Imperialismus auf Grund seiner Ansprüche aus den Kriegskrediten an die ehemaligen Ententemächte zufließen wird.

### „Bank der Banken?“

Aehnlich wie bei der Verbindung der Reparationszahlungen mit den .Kriegsschuldrückzahlungen der Ententemächte an das Dollarkapital soll auch sonst die Bank dadurch, daß bei ihr die internationalen Zahlungen konzentriert werden, als „Clearing-Bank“ wirken, das Hin- und Hersenden von Gold überflüssig machen. Auch insoweit internationale Zahlungsverpflichtungen und -forderungen nicht ausgeglichen werden, also in Gold oder Devisen gezahlt werden muß, soll das Hin- und Hersenden von Gold vermieden werden, indem sämtliche kapitalistischen zentralen Notenbanken bei der Bank Golddepots und Einlagen unterhalten, aus denen der Ausgleich erfolgen soll.

Das entspricht dem Morganschen Vorschlag auf der Pariser Reparationskonferenz, eine „Bank der Banken“ zu gründen. Dieser Gedanke ist keineswegs originell und bedeutet – in die Wirklichkeit umgesetzt – absolut nichts Neues. Er hat nichts mit den utopischen Erwartungen zu tun, daß eine „Bank der Banken“ für eine internationale Stabilität der Wechselkurse und der Diskontpolitik Sorge tragen könne. Denn ihre Schwankungen gibt es, solange es Welthandel und Warenwirtschaft gibt und die Zahlungsbilanzen durch Kapitaleinfuhr oder -ausfuhr ausgeglichen werden müssen. Nur zu einem Bruchteil kann dieser Ausgleich in Gold erfolgen, er wird zum größten Teil aber in Form von Wareneinfuhr oder -ausfuhr vor sich gehen müssen.

Der Morgansche Vorschlag, eine internationale Clearing-Bank oder „Bank der Banken“ zu gründen, wie er in den Statuten auch zum Ausdruck gekommen ist, ist praktisch eine

### schroffe Kampfansage an die Londoner Großbanken.

Denn sie hatten bisher als internationale Clearing-Banken im Sinne des inter-[760]nationalen Zahlungsausgleichs auf Grund ihrer monopolistischen Weltstellung fungiert. Gewiß wurde nach dem Kriege ihre internationale Monopolstellung durch das amerikanische Finanzkapital bereits erschüttert, aber noch nicht endgültig durchbrochen. Dies müßte aber geschehen, wenn die Bank die ihr von Morgan und den Statuten zugewiesenen Aufgaben erfüllen sollte.

Das englische Finanzkapital hat vergeblich versucht, diesen gewaltigen und großzügigen Vorstoß gegen eine seiner wichtigsten internationalen Monopolstellungen zu verhindern. Vergeblich bemühte sich der Labour-Minister Snowden im Haag, London zum Sitz der Bank zu machen und ihren Präsidentenposten einem englischen Imperialisten zu sichern. Nach den Baden-Badener Beschlüssen wird die Stadt Basel, wo der Einfluß des Dollarkapitals relativ am stärksten unabhängig von den Gegeneinflüssen des englischen und französischen Finanzkapitals sich auswirken kann, als Sitz der Bank in Frage kommen. Eine „neutrale“ Person, wenn nicht gar ein direkt Beauftragter des amerikanischen Finanzkapitals, soll den ersten Präsidentenposten übernehmen.

### Verschärfter Konkurrenzkampf um die Beherrschung des Goldes

Deswegen wird die Bank bei ihren Versuchen, auf die Diskont- und Kreditpolitik der europäischen Notenbanken Einfluß zu nehmen, zweifellos von dem englischen und französischen Finanzkapital sabotiert werden. Gerade das französische Finanzkapital macht gegenwärtig verstärkte Anstrengungen, sich sowohl von dem englischen, als auch dem amerikanischen Kapitalmarkt unabhängiger zu machen und Paris zu einem internationalen Finanzzentrum Europas zu gestalten – eine Ankündigung gegen Morgan, sich keineswegs unter die Kontrolle der „Weltbank“ zu stellen.

Wird die Bank nicht trotzdem ihren internationalen Einfluß gemäß den Aufträgen des amerikanischen Imperialismus auf Grund der überragenden Massen Geldkapitals, über die sie verfügen wird, geltend machen können?

### Das Kapital der Internationalen Bank

Insgesamt ergibt sich ein Betrag von 800 Millionen Mark[*)], der als Minimum (im Falle der Emission der Reparationsanleihe) der Bank zur Verfügung stehen würde. Hinzu kommen noch die nicht verteilten, sicher nicht unbeträchtlichen Gewinne aus den Emissionen, dem Zinsensaldo usw.

Das ergibt einen im Verhältnis zu den Milliardenziffern der übrigen Großbanken keineswegs besonders großen Betrag, der bei weitem nicht ausreichend wäre, um den Aufgaben als „Bank der Banken" zu genügen.

Die Finanzmacht der Bank wird aber in dem Maße sich erhöhen, wie sie über Einlagen oder fremde Gelder verfügen wird. Zum Beispiel soll die deutsche Regierung eine langfristige Einlage von 400 Millionen Mark unterhalten, wenn ein winziger Teil der Gewinne gemäß dem Young-Plan für die Abgeltung der Reparationszahlungen nach 1965/66 verwendet werden soll. Das ist für den deutschen Kapitalismus jedoch ein so unsicheres Geschäft, daß er wahrscheinlich auf den zweifelhaften Vorzug, eine 400-Millionen-Einlage zur Bank zu bringen, verzichten wird. Nun soll allerdings die Reparationsbank auch Einlagen „von Zentralbanken ..., auf Grund von Treuhandvereinbarungen, die zwischen der Bank und den Regierungen mit Bezug auf den internationalen Zahlungsausgleich getroffen werden können, und sonstige Einlagen ..." entgegennehmen. Praktisch wird es sich hier vor allem um eine Beteiligung des amerikanischen Finanzkapitals handeln, das durch die Reparationsbank eine besonders rentable und politisch bedeutsame Verwertung eines Teiles seiner aus dem Auslande ihm zufließenden Tribute erhofft.

Die Reparationsbank wird also vor allem mit amerikanischem Finanzkapital arbeiten und deswegen auch von ihm abhängig sein. [761]

### Die Reparationsaufgaben der Bank

Das Besondere an den Aufgeben der Reparationsbank ist nun, daß sie nicht nur die Abrechnungsstelle für die Reparationen, die Emissionsbank für die Reparationsanleihe und allgemein eine internationale Zahlungsausgleichstelle, sondern auch Garant für die regelmäßige Aufbringung der Reparationszahlungen sein soll und deswegen auch die Verantwortung dafür mit übernimmt, daß die für die Erfüllung der Reparationszahlungen notwendigen Voraussetzungen herbeigeführt werden. Nach dem Young-Plan hat zwar die Reichsregierung das Recht, im Falle von Transfer- oder Aufbringungsschwierigkeiten nach 90tägiger Ankündigung einen Aufschub der Reparationszahlungen bis auf zwei Jahre zu beantragen. Sie sollen bei Transferschwierigkeiten dann in Reichsmark an die Internationale Bank gezahlt werden. Diese hat die Möglichkeit, internationale „Trust-Zertifikate" oder Anleihestücke zu verkaufen, um aus ihren Devisenerlösen die Reparationsgläubiger auch für den Teil der ungeschützten Reparationszahlungen zu befriedigen. Damit würde praktisch auch ein Teil der geschützten Reparationszahlungen mobilisiert oder in eine Anleiheschuld verwandelt werden.

Die Reparationsbank soll nun jedoch vorbeugend bereits Transfer-Schwierigkeiten aus dem Wege räumen, indem sie „unter Umständen Deutschland, auch ohne daß es zu einem Transfer-Moratorium kommt, seine Zahlungen stundet und auf der anderen Seite ihren Kredit dafür einsetzt, daß die Gläubiger dennoch weiter in den Genuß der Devisenleistungen kommen" (aus dem Young-Plan). In den Statuten der Internationalen Bank ist allgemein festgelegt, daß sie „befugt ist ..., gegen Gold, Wechsel und sonstige kurzfristige, erstklassige Schuldtitel den Zentralbanken Darlehen zu gewähren oder solche bei ihnen aufzunehmen, Wechsel, Schecks ... einschließlich Staatsschatzwechsel zu kaufen ..., den Zentralbanken Wechsel zu diskontieren ..."

Das ist von unmittelbarer, praktischer Bedeutung für das deutsche Finanzkapital. Es hat bekanntlich gegenwärtig 7 bis 8 Milliarden Mark kurzfristige Auslandsschulden. Ihre Rückzahlung würde unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Finanzkrise in Deutschland hervorrufen und den Transfer der

[*)] Davon 100 Millionen Mark als zinslose Einlage der Reichsregierung, 200 Millionen Mark als „eiserner Bestand" aus den Reparationszahlungen, 500 Millionen Mark als französische Einlage aus dem Erlös der Reparationsanleihe zur Sicherstellung der übrigen Reparationsgläubiger.

Reparationen fast unmöglich machen. Durch das Eintreten der Internationalen Bank für den Reparationstransfer wird sie zu der

Zentrale für Kapitaleinfuhr nach Deutschland.

Insbesondere wird sich bei ihr ein großer Teil der kurzfristigen Auslandsforderungen an die deutschen Großbanken konzentrieren. Um so stärker wird ihr Einfluß auf die Innen- und Außenpolitik des deutschen Kapitalismus sein.

Da die Internationale Bank in ganz besonderem Maße für ihre eigene Liquidität und die Sicherheit der von ihr gewährten Kredite Sorge tragen muß, wird sie aufs unmittelbarste an der deutschen Innenpolitik interessiert sein. Kein bürgerlicher und sozialdemokratischer Minister in Deutschland wird es wagen dürfen, die Forderungen der Internationalen Bank abzulehnen. Sie verlangt Steuerfreiheit für sich selber, allgemeinen Abbau der Kapitalssteuern, staatlich organisierten Preiswucher, Lohndruck und all die faschistischen Diktaturmaßnahmen, die für die Sicherungen des Reparationstransfers notwendig sind. Ihre innen- und außenpolitischen Vorschläge oder Forderungen werden keiner parlamentarischen Scheinkontrolle unterworfen sein.

Finanzdiktatur ohne „Demokratie“

Die Finanzmagnaten und ihre direkten Beauftragten diktieren im Zeichen der unmittelbaren Verschmelzung zwischen Staatsapparat und Finanzkapital, das die bei einer „demokratischen“ Diktatur notwendigen Konzessionen an die Arbeiterschaft nicht mehr zu machen gedenkt. In der Internationalen Bank ist kein Platz für die offiziellen Vertreter der Regierungen oder Parlamente. Ihr Verwaltungsrat setzt sich vielmehr aus den unmittelbaren Vertretern des Finanzkapitals zusammen, den Präsidenten der Zentralbanken Belgiens, Frankreichs, Deutschlands, Großbritanniens, Italiens, Japans und der Vereinigten Staaten von Amerika. Diese allein ernennen sieben Weitere „Ver-[762]treter der Finanz, der Industrie oder des Handels“. Solange die deutsche Reparationsverpflichtung besteht, hat die Reichsbank und die französische Notenbank das Recht, noch einen weiteren Vertreter von „Industrie oder Handel“ in den Verwaltungsrat zu delegieren.

Somit steht die deutsche Arbeiterschaft zum ersten Male unmittelbar der Einheitsfront des internationalen Finanzkapitals, verkörpert in der Internationalen Bank, gegenüber. Zwischen den Finanzmagnaten und Bankpräsidenten Deutschlands, Frankreichs, Amerikas usw. wird keinerlei Meinungsverschiedenheit über die innerpolitischen Sicherungen der Reparationszahlungen bestehen, nämlich die verstärkte Ausbeutung der deutschen Arbeiterschaft unter Anwendung faschistischer Diktaturmaßnahmen, die gleichzeitig die Voraussetzungen für die Ausführung der dem deutschen Kapitalismus von der Internationalen Bank vorgeschriebenen außenpolitischen Aufgaben schaffen. So wenig die Finanzmagneten Amerikas, Englands usw. sonst zusammengehen werden, so sehr werden sie gegen die Sowjetunion und die deutsche Arbeiterschaft solidarisch auftreten, im engsten Einvernehmen mit dem deutschen Finanzkapital und seinem Repräsentanten in der Reparationsbank, dem deutschnationalen Reichsbankpräsidenten Schacht.

Die imperialistischen Aufgaben der Bank

Die Hoffnungen der deutschen Imperialisten bei der Internationalen Dank ergeben sich daraus, daß diese für die „Erschließung neuer Handelsgebiete“, die vor allem dem deutschen Kapitalismus die zur Erfüllung der Reparationszahlungen und des Transfers notwendige Exportsteigerung möglich macht, Sorge tragen soll und insoweit für die Behebung von Transferschwierigkeiten indirekt mitverantwortlich wird. Das wurde im Young-Plan bereits festgelegt und ist auf ausdrückliches Ersuchen Schachts in das Statut der Internationalen Bank übernommen worden.

Wie wird die „Förderung des deutschen Außenhandels“ durch die Internationale Bank praktisch vor sich gehen? Indem sie Exportkredite gewährt oder Kapitalsanlagen im Auslande finanziert, die aus deutschen Industrieerzeugnissen errichtet werden. Die Tätigkeit der Internationalen Bank würde dann darauf hinauslaufen, daß des amerikanische Finanzkapital seine Tributeinnahmen aus Deutschland zur Steigerung der deutschen Kapitalausführ und zu neuen Kapitalsanlagen, errichtet mit deutschen Industriewaren, verwenden würde. Ist dadurch eine

### Behebung der Transferschwierigkeiten gesichert?

Davon kann nicht im geringsten die Rede sein. Unter den gegenwärtigen Weltmachtverhältnissen wird vielmehr die Internationale Bank nicht in der Lage sein, neue Absatzmärkte in wesentlichem Umfange dem deutschen Kapitalismus zu erschließen. Die Konkurrenz des Dollarkapitals, vor allem das englische und französische Finanzkapital, hat nämlich befürchtet, daß die besonders privilegierte Internationale Bank als Vorkämpfer des Dollarkapitals die fettesten finanzkapitalistischen Geschäfte und Interessensphären dem englischen und französischen Imperialismus zugunsten des Dollarimperialismus wegschnappen könnte. Gerade dieser hat doch bekanntlich oft genug unter neutraler Maske eine Erweiterung seiner imperialistischen Basis betrieben. Deswegen ist das Betätigungsfeld der Bank durch die Statuten beschränkt worden:

„Die Geschäfte der Bank müssen mit der Politik der Zentralbanken der beteiligten Länder übereinstimmen ... Falls innerhalb einer angemessenen, von dem Verwaltungsrat zu bestimmenden Frist Einspruch erhoben wird, hat das beabsichtigte Geschäft zu unterbleiben."

Damit würde das gesamte Interessengebiet des englischen, französischen, italienischen usw. Imperialismus für die Internationale Bank fortfallen; denn das wird die betreffende Zentralbank und das nationale Finanzkapital nicht zulassen. Soll dann hier die Internationale Bank vielleicht sich an den besonders riskanten Finanzgeschäften beteiligen, die das einheimische Finanzkapital übrig läßt? Dafür wird sich das Dollarkapital höflichst bedanken, um so mehr, als gerade die Internationale Bank „ihre Geschäfte unter be-[763]sonderer Berücksichtigung der Aufrechterhaltung ihrer Liquidität zu führen hat". Damit ist allerdings der englische und französische Imperialismus vor einer unangenehmen Konkurrenz der Internationalen Bank bzw. des Dollarkapitals in seinem eigenen Herrschaftsbereiche keineswegs gesichert. Denn es gibt für jede Großbank genug indirekte Wege, zu einem Ziele, das auf direktem Wege nicht erreichbar ist, durch Finanzierung von Zwischengesellschaften usw. zu gelangen.

Trotzdem ist der Internationalen Bank durch jene einschränkenden Bestimmungen die Richtung ihrer Auslandspolitik gewiesen. Ihr Betätigungsfeld soll nach den Statuten dort liegen, wo „neue Möglichkeiten für internationale Finanzgeschäfte zu schaffen" sind. Das kann sich nur auf Osteuropa beziehen, dessen kapitalistische Erschließung angesichts des Bestehens der Sowjetunion für die Imperialisten nicht möglich ist. Seine kapitalistische „Erschließung" wird aber für den Dollarimperialismus eine zwingende Notwendigkeit, wenn er tatsächlich seine Reparationstribute aus Europa einkassieren und gleichzeitig eine Transferkrise verhindern will.

Diese Gefahr ist aber um so größer, als gerade gegenwärtig der amerikanische Imperialismus zu einer verschärften ökonomischen Offensive übergeht, sich selbst noch mehr als bisher vor der europäischen Warenausfuhr absperrt und mit allen Mitteln seine eigene Waren- und Kapitalausfuhr zu fördern bestrebt ist. Um so mehr ist der amerikanische Imperialismus daran interessiert, daß der deutsche Warenstrom, der zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen ungeheuer anschwellen müßte, nicht die Interessengebiete des amerikanischen Trustkapitals überschwemmt, sondern nach dem „unerschlossenen" Osteuropa fließt. Diese Aufgabe würde die Reparationsbank aber erst mit dem Sturz der proletarischen Diktatur erfüllen können.

### Der Plan einer Reparationsbank für ein konterrevolutionäres Rußland

Um zu diesem Ziel zu gelangen, wird die Internationale Bank als Kriegsbank gegen die Sowjetunion sich betätigen. In diesem Zusammenhang gewinnt die Aufgabe, allgemein für die Währungsstabilität durch Kredite an Notenbanken usw. zu sorgen, praktische Bedeutung. Der deutsche Kapitalismus, vor allem auch die kleinen Randstaaten, werden die für die Kriegsrüstungen und allgemeinen Kriegsausgaben gegen die Sowjetunion benötigten Finanzmittel nicht ohne übermäßige Anspannung des Kredits aufbringen können. Die dadurch heraufbeschworene Gefahr einer Inflation würde die imperialistische Kriegsfront erschüttern. Aufgabe der Reparationsbank wäre es dann, durch Kredite an die Notenbanken usw. die Aufrechterhaltung der Währungsstabilität zu sichern, praktisch also den Krieg gegen die Sowjetunion zu finanzieren.

Gerade der deutsche Reichsbankpräsident Schacht war es, der in Baden-Baden darauf gedrungen hat, daß in den Bankstatuten eine antisowjetistische Politik der Bank festgelegt wird. In diesem Zusammenhang müssen die Statuten der Bank besonderes Interesse erwecken. Es scheint sehr harmlos zu klingen, daß sie allgemein als Institut für den „Ausgleich internationaler Zahlungen", nicht nur der deutschen Reparationszahlungen zu gelten hat. Welche weiteren internationalen Zahlungen sollen vielleicht von ihr übernommen werden? Die Männer der „Praxis" haben hier bestimmt sehr konkrete Pläne gefaßt. Man muß sich in diesem Zusammenhang des in Paris von Rechberg gemachten und von Schacht aufgenommenen Vorschlages erinnern, eine eventuelle Rückzahlung der zaristischen Schulden mit den deutschen Reparationszahlungen in Verbindung zu bringen und diese (in Form eines „Dawes-Plans" für Rußland, wobei die Internationale Bank der Treuhänder der Imperialisten wäre) bei Anerkennung der zaristischen Schulden durch ein konterrevolutionäres Rußland zu senken. Denn würden die russischen Tributzahlungen gegen deutsche Reparationszahlungen (zum Teil wenigstens, als [764] Preis für die konterrevolutionären Kriegsdienste des deutschen Imperialismus) durch die Internationale Bank aufgerechnet wenden können. Das sind Pläne, die der siegreiche sozialistische Aufbau in der Sowjetunion auf der Grundlage des Fünfjahrplans und der revolutionäre Kampf des internationalen, insbesondere des doppelt unterdrückten deutschen Proletariats zunichte machen werden.

*

## Das Ende des Handels„pazifismus"

Von Edwin Hoernle

Der offizielle Handelspazifismus des Völkerbundes wurde 1927 in Genf geboren, als es galt, die werktätigen Massen über den Eintritt in risse neue Phase gesteigerter wirtschaftlicher und militärischer Kriegsrüstungen des Kapitalismus hinwegzutäuschen.

Der Bericht der Genfer Weltwirtschaftskonferenz vom Mai 1927 enthielt folgende von der SPD als Fanal gepriesene Worte:

„Die wichtigste Schlußfolgerung aus der Arbeit der Konferenz auf dem Gebiete der Handelspolitik ist die, daß die Zeit gekommen ist, um der Erhöhung der Zölle Einhalt zu tun und auf dreifachem Wege die entgegengesetzte Richtung einzuschlagen."

Es folgten die bekannten drei Vorschläge, wonach auf dem Wege a) autonomer Zollherabsetzungen, b) von Handelsverträgen, c) von kollektiven Untersuchungen zwecks Erzielung einer „gerechten Grundlage für die Entwicklung des internationalen Handels" ein allgemeiner Abbau der Zollmauern und Handelserschwernisse eingeleitet werden sollte.

In der Präambel zum Bericht hieß es:

„Die Empfehlungen sollen angenommen werden in der Ueberzeugung, daß die Rückkehr zu tatsächlicher Freiheit des internationalen Handels eine der wesentlichen Vorbedingungen für den Wohlstand der Welt ist."

Schon damals war es vor allem der deutsche Agrarsachverständige in Genf, der Führer der „Vereinigung deutscher Bauernvereine", der Zentrumsabgeordnete und Minister a. D. Hermes, der sich mit aller Energie gegen jeden Versuch des Abbaues von Agrarzöllen einsetzte und schließlich mit Befriedigung konstatieren konnte, daß die Konferenz nicht den Abbau, sondern ganz im Gegenteil die „Angleichung" der Agrarzölle an die Industriezölle, also praktisch ihren Aufbau befürwortete. Diese Tatsache allein schon kennzeichnet den wahren Charakter solcher Völkerbundskonferenzen.

Im Sinne von Hermes hat dann auch der damalige Wirtschaftsminister des Bürgerblocks, Curtius, in seiner berühmten Hamburger Rede die Genfer Empfehlungen gutgeheißen und eine Zollsenkungsaktion in Deutschland vorgeschlagen.

Die Parole der „Beseitigung der Handelshemmnisse" wurde in den folgenden Jahren wiederholt auf internationalen Konferenzen sowohl der Handelskammern wie des Wirtschaftsausschusses des Völkerbundes propagiert. Noch im September 1928 sang der deutsche Sozialdemokrat Breitscheid auf einer Genfer Tagung das hohe Lied dieser Zollabrüstungen, wobei er es fertig brachte, die Handelspolitik der bis Juni amtierenden Bürgerblockregierung als Muster hinzustellen. Noch am 28.

Dezember veröffentlichte der „Vorwärts“ eine Neujahrsbetrachtung: „Wirtschaftsfrieden der Völker, Bilanz der wirtschaftlichen Abrüstung“, in der er die Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz, die „Zollsenkungsaktion“ der deutschen Regierung und die „Konvention zur Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote“ als Symptome des kommenden großen Umschwungs pries.

Die Kommunistische Partei hat vom ersten Tage an die verlogene Demagogie dieses bürgerlichen Handelspazifismus und vor allem seiner sozialdemo-[765]kratischen Lobredner vom Schlage Breitscheids an den Pranger gestellt. Sie wies nach, daß wir nicht einer Periode des „Wirtschaftsfriedens“, sondern im Gegenteil einer Periode international verschärfter Zollrüstungen und Handelskriege entgegengehen, wobei sich ganz neue Formen des sogenannten indirekten oder administrativen Protektionismus herausbilden (Vgl. hierzu „Die Internationale“, Jahrg. 11, Heft 20/21).

Heute muß die offene Pleite aller zollpazifistischen Illusionen sogar von ihren berufenen Befürworters zugegeben werden. Am 4. Juni 1929 sah sich der Redner der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zum Wirtschaftsrat, Krätzig, gezwungen, den „krassen Gegensatz“ zwischen den Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz und dem „ohrenbetäubenden Geschrei nach der Erhöhung der Zollmauern“ festzustellen. Der volksparteiliche Minister Curtius aber konnte nicht umhin, seinem Koalitionsfreunde Krätzig zu bestätigen: „Die schutzzöllnerische Bewegung ist im Begriff, sich zu überschlagen.“

Den Großagrariern gegenüber freilich zeigte sich derselbe Minister von einer anderen Seite. Zu ihnen gewandt, meinte er: „Wir (die Hermann-Müller-Regierung) haben doch auch trotz der Weltwirtschaftskonferenz eine ganze Reihe von Zöllen erhöht.“ Dies ist eine lehrreiche Illustration für die Tatsache, wie sehr die großkapitalistischen Propagandisten des völkerbundlichen Handelspazifismus selber an den Zollaufrüstungen beteiligt sind.

Das Doppelspiel der Völkerbundspazifisten ist besonders deutlich in dem jetzt vorliegenden Bericht des Beratendes Wirtschaftsausschusses über seine zweite Tagung vom 6. bis 11. Mai d. J. in Genf. Dieser Bericht, zumal die einleitende Uebersicht ist ein geradezu klassisches Dokument jener Kunst der Völkerbundsdiplomaten, aus schwarz weiß zu machen, Widersprüche zu vertuschen und an Stelle von Realitäten schillernde Seifenblasen aufsteigen zu lassen.

Zuerst behauptet der Bericht, daß die Bewegung des Zollaufbaus „zum Stillstand gekommen“ sei, dann gibt er kleinlaut zu, man könne freilich „nicht sagen, daß sich jetzt eine Bewegung in entgegengesetzter Richtung zeigt“, um schließlich einzugestehen, daß die im Laufe des letzten Jahres eingetretenen Tarifänderungen „eine gewisse Zahl von Erhöhungen der Zollsätze umfassen“.

Um den Eindruck dieses widerliches Eiertanzes zu verwischen, betont man hierauf, es seien immerhin „einige Einfuhrverbote aufgehoben“ und einige Zollsätze ermäßigt worden. Freilich muß man im gleichen Atemzug zugeben, daß in Persien und China vollkommen neue Zolltarife eingeführt wurden und daß die Zollrevisionen in Spanien, Chile und Peru nur in dem letztgenanntes Lande einige Ermäßigungen brachten. Der Trost, daß die Zahl der im Berichtsjahr abgeschlossenes Handelsverträge 42 gegen 30 im Vorjahr beträgt, ist recht gering, denn „nur eine geringe Zahl von ihnen enthalten wirkliche Tarifabreden“. Eine Reihe von Abkommen aber, so klagt der Bericht,

„sind sogar im Laufe des Jahres abgeschlossen worden, uns die bestehende Bindung von Zollsätzen aufzuheben, wodurch der beteiligte Staat das Recht erhält, seinen Tarif, wenn er es für angebracht erachtet, weiter zu erhöhen“[*)].

Auch beklagt sich der Bericht darüber. ‚daß alle Verträge nur für sehr kürze Fristen abgeschlossen wurden und infolgedessen „häufige Gelegenheit, sie zu revidieren“, bieten. Mais befürchtet also neue denn über eine Revidierung im Sinne der Genfer Empfehlungen würde man sich ja nicht beschweren. Die Zahl und Dauer der in derselben Berichtszeit geführten Zollkriege wird nicht erwähnt.

Eine der sozialimperialistischen Illusionen besteht in der Erwartung, daß die internationale Kartellbildung automatisch mit Hilfe der [766] demokratischen Kontrolle des Völkerbundes in eine

[*)] Allein Deutschland hat in der ersten Hälfte 1929 drei Handelsverträge in diesem Sinne abgeändert und steht mit zwei weiteren Ländern in Verhandlungen, die keine Erhöhung bezwecken.

Aera des Wirtschaftsfriedens hinüberführen werde. Auch diese Illusion muß der Bericht des Völkerbundes zerstören, indem er betont:

„Die Kartelle haben mehr zur Stabilisierung als zu einer Aenderung der Tariflage beigetragen."

In Wirklichkeit sind die großen Industriekartelle natürlich die Träger nicht allein der Stabilisierung der Zölle, sondern der verschärften Zollkriege.

Eine andere Illusion mancher Völkerbundspazifisten bestand darin, daß sie von seiten der „Landwirtschaft", d. h. dem Agrarkapital, einen Druck auf die Industriezölle erwarteten. Kleinlaut erklärt jetzt der Bericht:

„In mehreren anderen Ländern (außer Schweden), in ‚denen die Landwirtschaft einen weiteren Schutz erlangte, hat der von den landwirtschaftlichen Interessen im Sinne des Abbaues des hohen Standes des Industrieschutzes ausgeübte Druck etwas nachgelassen."

Tatsächlich hat die „Landwirtschaft", d. h. die führenden Großagrarier und Großbauern, nie und nirgends eines Druck auf ‚die Industriezölle ausgeübt. Ihre Parole war in Amerika wie in Deutschland die „Angleichung" der Agrarzölle an die hohen Industriezölle.

Zum Schluß seiner Uebersicht erklärt der Bericht:

„Das Endergebnis aller dieser Einflüsse war, daß die Tariflage im ganzen etwa dieselbe geblieben ist wie vor einem Jahre, obgleich man in einigen Ländern Anzeichen für eine Neigung feststellen kann, die Höhe des Schutzes nicht zu verringern, sondern zu erhöhen."

Dieser Absatz ist ein Muster fertiger Bemäntelung der wirklichen Tatsachen, eines halben Geständnisses der Wahrheit. Tatsächlich ist die Tariflage keineswegs „etwa dieselbe geblieben", gerade in den wichtigsten Ländern wie Amerika, Frankreich, Spanien, Italien, Deutschland sind seit der Genfer Konferenz außerordentlich starke Erhöhungen durchgeführt worden. Andere Staaten, die bisher freihändlerisch waren, wie England und Holland, geben immer entschlossener zum Hochzollschutz über. Soweit Ein- und Ausfuhrverbote überhaupt bisher aufgehoben wurden, z. B. für Häute und Knochen, handelt es sich um untergeordnete Positionen. Soweit gemäß der Anfang Oktober auch von der deutschen Regierung ratifizierten internationalen Vereinbarung, die der „Vorwärts" als „einen wirklichen Erfolg" preist, ab 1. Januar 1930 eine generelle Aufhebung von Ein- und Ausfuhrverboten in Aussicht genommen ist, so hat man diese internationale Konvention fürsorglich mit soviel Ausnahmen versehen, daß praktisch jede Regierung tun und lassen kann, was sie will. Darüber hinaus hat das Deutschland der Hermann Müller und Co. Vorbehalte gemacht betreffs der Ausfuhr von Schrott (seit dem Kriege wichtig als Rohstoff für die Eisen- und Stahlindustrie, deren Haupterzlager von Frankreich annektiert wurden), für die Kohleneinfuhr aus Polen und England und sich ausdrücklich neue Schutzmaßnahmen vorbehalten für die Aluminiumindustrie und die Filmindustrie, die bisher zwar nicht durch Zölle, aber durch Einfuhrverbote bzw. -beschränkungen geschützt waren. Der jetzt nach jahrelangem Zollkrieg endlich bevorstehende Handelsvertrag mit Polen sieht Kontingentierungen vor sowohl für Kohle wie für Schweine. Wie Deutschland, so machen es die anderen Länder. England behält sich das Einfuhrverbot für Farbstoffe vor, Italien für Getreide, die USA für Heliumgas.

Der Bericht versucht, die zukünftige Zollpolitik der englischen Bourgeoisie als „noch vollkommen ungewiß" hinzustellen. Da aber die bisherige offizielle Freihandelspolitik Englands auf seiner hervorragenden Stellung als Kapitalexporteur und Weltgläubiger beruhte, diese Stellung aber seit dem Weltkriege untergraben ist, besteht kein Zweifel, daß die MacDonald-Regierung genau wie die Baldwin-Regierung den von den größten Industrien stürmisch verlangten Protektionismus auf Grund des „Industrieschutzgesetzes" weiterausbauen wird. Eine besonders günstige Situation hat die englische Industrie durch die von den Kolonien und Dominions gewährten Präferenz(Vorzugs-)zöllen. Neben den Zöllen gewinnen aber die administrativen Sperrmaßnahmen der imperialistischen Staaten immer größere Bedeutung.

[767] Den Protektionismus sowohl der Zölle als auch der administrativen Maßnahmen haben die USA auf die Spitze getrieben. Es entbehrt nicht der Komik, zu sehen, wie die europäischen Zollwucherer über das Raubsystem ihres großen Herrn und Meisters im Westen wehklagen. Die Rede, die

der Syndikus des Berliner Verbandes der Eisen- und Stahlindustriellen, der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Reichert, auf der Hauptversammlung des Vereins im Juni dieses Jahres hielt, war ein einziger mit eifersüchtigem Neid versetzter Wehschrei über die scharfen protektionistischen Maßnahmen des Auslandes, vor allem Amerikas. Das neue, vom amerikanischen Repräsentantenhaus bereits angenommene Zollgesetz erhöhe nicht nur eine Anzahl von Zöllen ganz erheblich, sondern verschärfe die allgemeinen Bewertungs- und Verwaltungsvorschriften „in unerhörter Weise“. Nach dem bisherigen Gesetz bedurfte es z. B. für die Wertverzollung genauer Ermittlung der Produktionskosten des Einfuhrlandes, nach dem neuen Gesetz genügt bloße Abschätzung. Bisher hatte der Präsident das Recht, aus eigener Machtvollkommenheit die bestehenden Zölle um 10 bis 50 Prozent zu erhoben, jetzt kann er alle Waren von der Einfuhr überhaupt ausschließen unter dem Vorwand, es seien sogenannte „unlautere Geschäfte“ beabsichtigt. Bisher waren Verbote nur möglich auf Grund des Antitrustgesetzes, wie es jahrelang die deutschen Walzeisen- und Roheisenfabrikanten am eigenen Leibe empfinden mußten. Reichert fragt voll Niedergeschlagenheit seine Kollegen: „Was ist angesichts solcher Bestimmungen des neuen amerikanischen Zollgesetzes noch die amerikanische Meistbegünstigung für uns wert?“ Mit der vom amerikanischen Trustkapital in Europa ausgeübten Fabrikkontrolle – angeblich zur Schaffung einer Berechnungsgrundlage für die Wertzölle – haben sich die deutschen Kapitalisten schon abgefunden.

Und diesen Tatsachen gegenüber wagt es der Bericht des Völkerbundes schönfärberisch zu sagen, in Amerika bestehe „die Möglichkeit der Einführung noch höherer Zölle“.

Ganz zum Schluß spricht der Bericht von einem „schutzzöllnerischen Druck“, der unter verschiedenen Formen auftrete. Hier also endlich ein Geständnis! Die Welt steht unter „schutzzöllnerischem Druck“.

Die großen imperialistischen Staaten sind dabei führend. Das schlagendste Beispiel dafür ist neben den USA das Deutschland der Hermann-Müller-Regierung.

*

## Das Problem der Arbeitslosigkeit in der Periode des Imperialismus

Von Fred Oelßner

(Schluß)[*)]

### III. Versuch einer positiven Lösung

Der Hauptfehler der kritisierten Genossen besteht darin, daß sie sich nicht über jene strukturellen Veränderungen des Kapitalismus klar wurden, die die „strukturelle Arbeitslosigkeit“ verursachten. Sie blieben hier mit ihrer Analyse an der Oberfläche haften, indem sie einfach die gestiegene Arbeitslosenzahl in der Nachkriegsperiode zum Ausgangspunkt ihrer Untersuchungen machten. Darum konnten sie zu keinem befriedigenden Resultat kommen.

Schon Marx hat gezeigt, daß es nicht die richtige Methode der politischen Oekonomie ist, von den Oberflächenerscheinungen auszugehen. (Siehe „Einleitung zu einer Kritik der politischen Oekonomie.“) Lassen wir also zunächst die Arbeitslosenstatistik beiseite und beginnen wir mit den Strukturveränderungen des Kapitalismus. Hier begehen beide kritisierten Genossen einen [768] Fehler, welcher der Nichtbeachtung eines der wichtigsten Grundsätze des Leninismus gleichkommt. Sie suchen die Strukturveränderungen der kapitalistischen Produktionsweise in der Kriegs- und Nachkriegszeit zu entdecken[**)]. Dies ist nicht Leninismus, sondern bürgerliche Apologetik. Professor Harms hat zwei dicke Bände über solche Strukturwandlungen herausgegeben, in denen er u. a. eine solche Tatsache wie die Verschiebung des ökonomischen Schwergewichts nach den Vereinigten Staaten als Strukturwandlung der Weltwirtschaft ausposaunt. Der Zweck der bürgerlichen Apologeten ist klar. Mit ihren harmlosen „Strukturwandlungen“ wollen sie die leninistische Feststellung widerlegen, daß mit ‚dem Weltkriege die allgemeine Krise des Kapitalismus und damit die Epoche der sozialen

[*)] Siehe Heft 20 und 21.

[**)] Man darf nicht aus dem Auge verlieren, daß hier von Veränderungen der Struktur des Kapitalismus die Rede ist, die bedeutend genug sind, wesentliche Marx’sche Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise zu modifizieren.

Revolution eingeleitet wurde. Die Genossen Varga und Wurm folgen dem Beispiel der bürgerlichen Professoren.

Der Marxismus-Leninismus kennt zwei große historische Strukturwandlungen des Kapitalismus. Die eine ist die Verwandlung des Handelskapitalismus in den Industriekapitalismus infolge Einführung der Maschinerie. Die zweite ist die Verwandlung des Industriekapitalismus in den Imperialismus infolge Konzentration der Produktion und des Kapitals.

Uns interessiert hier nur die zweite Strukturveränderung, deren hervorragender Theoretiker Lenin war. Lenin wies für den Imperialismus oder monopolistischen Kapitalismus folgende fünf entscheidenden Merkmale auf:

„1. Konzentration der Produktion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, daß sie die für das Wirtschaftsleben entscheidenden Monopole schafft;

2. Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und – auf der Basis dieses „Finanzkapitals“ – Entstehung einer Finanzoligarchie;

3. Der Kapitalexport, im Unterschied zum Warenexport gewinnt besonders wichtige Bedeutung;

4. Es bilden sich internationale monopolistische Kapitalistenverbände, die die Welt unter sich teilen;

5. Die territoriale Aufteilung der Erde unter den kapitalistischen Großmächten ist beendet.“ Lenin, „Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus“, Seite 18.)

Bemühen wir uns nun, den Einfluß dieser Merkmale auf den Charakter der Arbeitslosigkeit zu untersuchen.

1. Die freie Konkurrenz ist in das Monopol verwandelt worden. (Sie ist damit nicht aufgehoben, sondern besteht neben und über dem Monopol weiter.) Die Tatsache der Herausbildung kapitalistischer Monopole hat großen Einfluß auf den Konjunkturverlauf. Die monopolistischen Organisationen sind bestrebt, durch Marktbeherrschung und Produktionseinschränkung die Ueberproduktion, die im früheren Kapitalismus zu plötzlichen Krisen führte, zu vermeiden. Es gehört hier nicht zu meiner Aufgabe, zu untersuchen, wieweit dies gelingt, wie ich überhaupt von einer Erörterung des Krisenproblems an sich hier Abstand nehmen muß. Wichtig ist für uns hier nur die Tatsache, daß durch dieses Bestreben der monopolistischen Organisationen der eruptive Charakter der Krisen und gleichzeitig damit die Macht der Aufschwungsperioden abgeschwächt wird. Die permanente Depression wird eingeleitet. Permanente Depression bedeutet aber permanente Arbeitslosigkeit. An Stelle des brutalen, plötzlichen Hungerns der Massen in früheren Krisen tritt jetzt das „humane“, langsame, systematische Verhungern. Diesen Einfluß der monopolistischen Organisationen auf die Arbeitslosigkeit mußten bürgerliche Professoren schon lange vor dem Kriege zugeben. So führte z. B. der Professor Ludwig Pohle auf den Verhandlungen des 13. Evangelisch-Sozialen Kongresses in Göttingen 1902 (also unmittelbar nach der Krise von 1900) folgendes aus:

„Die Gefahr, daß die Depression von einer allgemeinen Ueberproduktion begleitet wird, kann durch Organisation der Produktion in Kartellen [769] und anderen Verbinden glücklich vermieden werden. Allein wenn man euch über die drohende Ueberproduktion herumkommt, der Rückgang des Beschäftigungsgrades und infolgedessen die Arbeitslosigkeit bleibt.“ (Protokoll der Verhandlungen, S. 12. Von mir gesperrt. F. O.)

Mit der Apologetik des Professors bezüglich der Krisentheorie können wir hier nicht beschäftigen. Wichtig ist uns das Eingeständnis, daß die dauernde Arbeitslosigkeit nicht vermieden werden kann.

In der Bildung monopolistischer Organisationen, der Verwandlung der freien Konkurrenz in das Monopol, haben wir also schon eine ökonomische Ursache, die die Arbeitslosigkeit permanent macht.

2. Das Verwachsen von Bank- und Industriekapital führt zur Bildung des Finanzkapitals. Soweit dies nicht zur Schaffung monopolistischer Organisationen führt und damit die unter 1. aufgezeichneten Wirkungen eintreten, ist hier keine unmittelbare Veränderung der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Jedoch führt die Bildung des Finanzkapitals eine gewisse soziale Umschichtung

herbei. Es entwickelt sich eine besonders breite proletarische Schicht von Bankangestellten, die in den Burgen des Finanzkapitals nicht weniger ausgebeutet werden als die Arbeiter in den Fabriken. Mit der Konzentration und Zentralisation des Bank- und Finanzkapitals werden diese Bankangestellten in ständig wachsendem Maße freigesetzt und in das Heer der Erwerbslosen gestoßen. Auf diese Weise trägt die Bildung des Finanzkapitals zur Vermehrung der Arbeitslosigkeit bei.

3. An Stelle des Exportes von Waren ist der Export von Kapital vorherrschend geworden. Solange Warenexport das kennzeichnende Merkmal des Kapitalismus war, bedeutete eine Steigerung des Exports unmittelbar eine Senkung der Arbeitslosigkeit. Je größer der Export, desto größer die im Exportland beschäftigte Arbeiterzahl. Ganz anders im Imperialismus. An Stelle von Waren wird überwiegend Kapital exportiert. Dies kann nur geschehen auf Kosten verringerter Akkumulation oder gar auf Kosten der Verringerung des Kapitals überhaupt. Dies bedeutet im besten Falle eine Verlangsamung des Wachstums der Arbeiterzahl, im schlimmsten Falle eine absolute Abnahme derselben – so oder so, aber eine Zunahme der Arbeitslosigkeit. Je größer der Export, desto größer die Arbeitslosigkeit. Daß das exportierte Kapital in einem anderen Lande in produktives Kapital verwandelt, also zum Teil zum Kauf von Arbeitskraft verwendet wird, tut nichts zur Sache. Im gegebenen Lande wirkt der Kapitalexport unmittelbar fördernd auf die Arbeitslosigkeit. Hieraus ist die Tatsache zu erklären, daß die Arbeitslosigkeit am größten in den stärksten imperialistischen Ländern (in ökonomischem Sinne) ist: Vereinigte Staaten, Deutschland, England, Japan.

Es ist jedoch eine Tendenz vorhanden, die der Steigerung der Arbeitslosigkeit infolge von Kapitalexport entgegenwirkt: die Tendenz der Abwanderung von Arbeitskräften aus der Produktions- in die Zirkulations- und Konsumtionssphäre. Genosse Varga unterstreicht diese Tendenz und führt dafür folgende interessante Tabelle („KI“ S. 1180) an:

*Zahl der Beschäftigten in England im Juli in Tausenden*

| | *Im Dienste des industr. Kapitals* | *Außerhalb des industr. Kapitals* | *Insgesamt* |
|---|---|---|---|
| 1923 | 7897 | 2281 | 10.178 |
| 1924 | 8206 | 2167 | 10.373 |
| 1925 | 7952 | 2613 | 10.5135 |
| 1926 | 7645 | 2658 | 10.304 |
| 1927 | 8214 | 2803 | 11.017 |
| 1928 | 7705 | 2799 | 10.504 |

Genosse Varga sieht jedoch nicht, daß ‚dieser Prozeß mit dem Kapitalexport eng zusammenhängt. Zunächst vergrößert der Kapitalexport die Zahl der Arbeitslosen. Die Verwaltung des exportierten Kapitals bleibt jedoch in [770] den Händen des Exportlandes. Außerdem entwickelt sich ein Handel mit den ausländischen Wertpapieren. Dies alles bedeutet eine Vermehrung der Arbeit der Banken. Die Zahl der Bankangestellten wächst absolut. (Was keineswegs die unter 2. geschilderte Tendenz aufhebt.) Das heißt aber, die Zahl der in der Zirkulationssphäre Beschäftigten wächst. Kapitalexport bedeutet Extraprofite. Extraprofite ermöglichen gesteigerte Konsumtion der Kapitalistenklasse. Es wächst damit die Zahl der in der Konsumptionssphäre Beschäftigten: Chauffeure (soweit sie nicht im Gütertransport beschäftigt sind), Lakaien usw. Im gegebenen Lande wächst gleichzeitig die Zahl der Rentner, die nur in der Konsumtionssphäre leben und eine größere Anzahl Arbeitskräfte zu ihrer Bedienung brauchen. Ich verweise hier weiter auf die Ausführungen Hobsons, die Lenin in dem Kapitel „Parasitismus und Zersetzung des Kapitalismus“ zitiert.

Noch einmal unterstreiche ich aber, daß, wenn der Kapitalexport auch die Tendenz hat, im gegebenen Lande die Arbeiterzahl zu verringern (und diese Tendenz setzt sich keineswegs absolut durch), dies nicht zu den Schlußfolgerungen des Genossen Varga berechtigt. Es besteht keine „Tendenz der sinkenden Arbeiterzahl“ für den Weltkapitalismus. im Gegenteil, gerade der Kapitalexport ist das wichtigste Mittel, Bauern und Kolonialvölker in Proletarier, d. h. in Lohnarbeiter zu verwandeln. Die Revolutionierung Rußlands bis 1917, Indien und China in jüngster Zeit sprechen Bände dafür.

4. Die internationalen monopolistischen Kapitalistenverbände verteilen die Welt unter sich. Die Auswirkung dieser Tatsache auf die Arbeitslosigkeit ist dieselbe wie die unter 1. geschilderte, nur im Weltmaßstabe. An Stelle des plötzlichen Auf und Nieder der Weltkonjunktur

tritt permanente Depression mit permanenter Arbeitslosigkeit. Hinzu kommt noch, daß diese Monopolistenverbände in größerem Maße die Wanderungsbewegungen beherrschen, so daß die Emigration nicht mehr in dem Maße wie früher die überschüssige Arbeiterbevölkerung absorbieren kann.

5. Die territoriale Aufteilung der Welt unter die Großmächte ist beendet. Hier haben wir es mit der wichtigsten Ursache der permanenten Massenarbeitslosigkeit zu tun. Der Weltmarkt hat für die imperialistischen Staaten seine Ausdehnungsfähigkeit verloren. Demzufolge ist eine umfassende Konjunkturperiode unmöglich. Produktionseinschränkungen, Betriebsstillegungen und Arbeiterentlassungen sind unbedingte Folgen. Dies Moment sieht auch Genosse Varga. Er führte in der Politischen Kommission des EKKI aus:

„Für den Kapitalismus der Vorkriegszeit gab es eine einmalige und sich heute nicht mehr wiederholende, nicht mehr wiederholbare Möglichkeit der Ausdehnung ‚des kapitalistischen Absatzmarktes durch Verwandlung der Bauern in Farmer ...

Es gab eine andere einmalige Ausdehnungsmöglichkeit des kapitalistischen Absatzmarktes auf Kosten der rückständigen Länder, also auf Kosten der Verwandlung nichtkapitalistischer Länder in kapitalistische Länder.“ („KI“, S. 1184.)

Auch hier ist Genosse Varga auf dem Holzwege, obwohl seine Ansicht auch ein Körnchen Wahrheit enthält. Die plötzliche Ausdehnung des Weltmarktes durch Verwandlung von nichtkapitalistischen Elementen in kapitalistische war ein Zeichen des reinen Industriekapitalismus. Mit dem Beginn der imperialistischen Epoche ist diese Möglichkeit bereits erschöpft, die Welt ist schon verteilt. Es war schon ein charakteristisches Merkmal der Aufschwungsperiode in den 1890er Jahren, daß – gegenüber früheren Aufstiegsperioden – bei ihrem Beginn nicht ein neues geographisches Gebiet dem Weltmarkte angegliedert wurde. Die Eroberung von Transvaal durch die Engländer in jener Zeit war ökonomisch ohne Bedeutung. Was Genosse Varga also für den Kapitalismus der Nachkriegszeit als charakteristisch betrachtet, ist ein Kennzeichen der ganzen imperialistischen Epoche. Das bedeutet jedoch keinesfalls, daß jetzt kein „nichtkapitalistischer Raum“ mehr vorhanden ist. [771] Es ist noch übergenug in allen Erdteilen vorhanden. Aber es ist kein freier Raum mehr vorhanden, kein solcher, auf den nicht schon irgendeine imperialistische Großmacht ihre Hand gelegt hätte. Das ist etwas wesentlich anderes.

*

Resümieren wir also das Entwickelte, so ergibt sich folgendes Resultat: Infolge der Verwandlung des „freien“ Industriekapitalismus in den Imperialismus hat sich die industrielle Reservearmee zur permanenten Arbeitslosenarmee entwickelt. Man kann sie auch strukturelle oder organische Arbeitslosigkeit nennen. Denn sie entspricht der Struktur des Imperialismus, ist ein organischer Bestandteil desselben. Doch die industrielle Reservearmee war nicht weniger ein organischer Bestandteil des Kapitalismus, entsprach nicht weniger dessen Struktur. Als besonders glücklich kann man also beide Vargasche Termini nicht bezeichnen. Ich würde doch in Ermangelung eines besseren den Terminus permanente Arbeitslosenarmee wählen, denn es handelt sich nicht mehr bloß um eine Reserve, sondern um eine Armee, die beständig unter dem Zeichen der Erwerbslosigkeit steht.

Ich höre schon von allen Seiten die Erwiderung: das ist ja alles ganz gut und schön, aber wie steht es denn mit der Wirklichkeit? Ist denn die permanente Arbeitslosenarmee nicht gerade eine Erscheinung der Nachkriegszeit? Darauf habe ich zweierlei zu erwidern:

Erstens verneine ich, daß die permanente Arbeitslosenarmee eine Erscheinung nur der Nachkriegszeit ist. Die qualitativen Veränderungen der Arbeitslosigkeit, die ich aufzeigte, waren schon in der Vorkriegszeit, seit Anfang dieses Jahrhunderts, entwickelt. Die Nachkriegszeit brachte lediglich quantitative Veränderungen.

Genosse Varga behauptete wiederholt in der Diskussion, daß die Reservearmee vor dem Kriege in Zeiten guter Konjunktur vollkommen aufgesogen wurde. Diese Behauptung ist unrichtig. Die industrielle Reservearmee verschwand nur in den Aufschwungsperioden der vorimperialistischen Epoche. Die Aufschwungsperioden dos 20. Jahrhunderts sind gerade dadurch gekennzeichnet, daß die

Arbeitslosigkeit auch bei gutem Geschäftsgang nicht verschwand. Ein bürgerlicher Krisenforscher, Mentor Bouniatian, schrieb im Jahre 1908 auf Grund der Erfahrungen der letzten Krise (1907), folgendes:

„Auch die verfügbaren Arbeitskräfte werden zu keiner Zeit, auch nicht auf dem Höhepunkt der Aufschwungsperiode, völlig in den Dienst der Produktion gestellt; ein mehr oder minder großes Kontingent der Arbeitslosen gehört zur ständigen Erscheinung des Wirtschaftslebens." („Wirtschaftskrisen und Ueberkapitalisation", München, 1908, Seite 145/46.)

Die ökonomischen Forscher des 19. Jahrhunderts konnten keine solchen Tatsachen aufzeigen. Diese waren erst in der Epoche ‚des monopolistischen Kapitalismus bekannt.

Einen weiteren Beweis dafür, daß die Arbeitslosigkeit ihre strukturelle Aenderung im Zeitalter des Imperialismus und nicht erst in ‚der Nachkriegsepoche erfahren hat, bieten die Verhandlungen des Kongresses der II. Internationale 1910 in Kopenhagen. Die permanente Arbeitslosenarmee hatte damals schon solchen Umfang angenommen, daß sich die II. Internationale gezwungen sah, dieses Problem besonders zu behandeln. Der Vertreter der deutschen Sozialdemokratie, Molkenbuhr, führte dort aus, daß bereits 1895, also zu Beginn der imperialistischen Epoche, in Deutschland 300.000 Arbeitslose gezählt wurden. 1895 war aber für Deutschland kein Krisenjahr, sondern ein Jahr sehr flotten Aufschwungs! Und im Krisenjahre 1908 gab es in Deutschland nach Molkenbuhrs Angaben 500.000 Arbeitslose mehr als 1907.

Ich glaube, daß diese Tatsachen zur Genüge beweisen, daß die „strukturelle Arbeitslosigkeit" nicht erst seit Kriegsende existiert. Leider bin ich nicht in der Lage, dies noch eingehender mit statistischen Angaben zu belegen. Aber dies ist bei dem Mangel einer brauchbaren Arbeitslosenstatistik in der Vorkriegszeit eine fast nicht zu bewältigende Aufgabe.

Zweitens bleibt uns aber noch die Aufgabe übrig, den großen quantitativen Unterschied der permanenten Arbeitslosenarmee vor und nach dem [772] Kriege zu erklären. Genosse Varga führte z. B. an („KI", S. 1174), daß die Arbeitslosigkeit in den Gewerkschaften betrug:

| | | | | | | | | *England* | *Deutschland* |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| In | den | letzten | 6 | Jahren | vor | dem | Kriege | 4,5 % | 2,4 % |
| " | " | " | 6 | " | nach | " | " | 11,0 % | 11,2 % |

Die Anführung der prozentualen Arbeitslosigkeit der Fachverbände ist jedoch irreführend. Man darf nicht vergessen, daß in der Vorkriegszeit gerade die Gewerkschaftsmitglieder viel weniger von der Arbeitslosigkeit betroffen wurden als die unorganisierten Arbeiter. Erst nach dem Kriege, als z. B. auch solche Schichten, wie die Bergarbeiter in Deutschland, in breitem Maße gewerkschaftlich erfaßt wurden, wirkte sich die Arbeitslosigkeit stärker auf die Gewerkschaften aus. Bei Betrachtung der absoluten Zahl der Arbeitslosen würde sich also das Verhältnis zuungunsten der Vorkriegszeit verschieben.

Dennoch, selbst bei Berücksichtigung dieser Tatsachen, bleibt ein großer quantitativer Unterschied bestehen. Wie ihn erklären? Die Erklärung dieser Tatsache ist leichter, als es scheint. Wir leben heute nicht nur im Zeitalter des Imperialismus, sondern wir sind mit dem Weltkriege in die Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus oder besser des Imperialismus eingetreten. Ist es ein Wunder, daß diese allgemeine Krise die permanente Arbeitslosenarmee in großem Umfange vermehrt? Ein Wunder wäre es, wenn dies nicht der Fall wäre. Millionen Arbeitsloser, auch in Zeiten guter Konjunktur – diese Tatsache ist doch gerade eines der wichtigsten Kennzeichen der allgemeinen Krise des Kapitalismus.

Diese Krise erstreckt sich auf die ganze kapitalistische Weltwirtschaft, sie ist die Krise der kapitalistischen Produktionsweise überhaupt. Daher in allen kapitalistischen Ländern diese riesenhafte permanente Arbeitslosenarmee. In den Ländern aber, die am stärksten imperialistische Tendenzen entwickeln, muß sie logischerweise am größten sein.

Dies sind meines Erachtens die wirklichen Ursachen der strukturellen Aenderungen der Arbeitslosigkeit. Die vom Genossen Wurm zusammengetragenen „Fakte" in den einzelnen Ländern sind nichts anderes als Faktoren, die die Arbeitslosigkeit in diesem oder jenem Lande modifizieren, niemals aber

die Existenz der permanenten Arbeitslosenarmee erklären können, die ein organischer Bestandteil des Imperialismus ist.

Partielle Aufschwungs- und Niedergangsperioden der Nachkriegsökonomik entwickeln sich auf der Grundlage der allgemeinen Krise. Diese Konjunkturschwankungen spiegeln sich wieder in Abnahme und Zunahme der permanenten Arbeitslosenarmee. Sie vermögen diese jedoch ebensowenig zu beseitigen, wie sie die allgemeine Krise des Kapitalismus aufheben können.

*

Zum Schluß noch ein paar allgemeine Schlußfolgerungen, die für die Begründung unserer Taktik in der Erwerbslosenfrage von einiger Bedeutung sind.

Wir sahen oben die Unfähigkeit des Genossen Varga, die Erwerbslosen in die Fronten der Klassenkräfte im Imperialismus einzureihen. Obwohl er den permanenten Charakter der Massenarbeitslosigkeit anerkennt, kann er sich doch nicht dazu entschließen, die Erwerbslosen als eine permanente revolutionäre Kraft anzuerkennen. Als revolutionäre Kraft will er sie nur an den Feiertagen revolutionärer Kämpfe um die Macht gelten lassen, im grauen Alltag sind sie ihm dagegen ein Hindernis für den Gewerkschaftskampf.

Demgegenüber habe ich den Versuch unternommen, die permanente Arbeitslosenarmee in die Klassenstruktur der imperialistischen Gesellschaft einzugliedern. Wie die ganze imperialistische Epoche, so ist auch diese permanente Arbeitslosenarmee ein Produkt der Konzentration der Produktion und des Kapitals, also der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte. Wir haben die Entwicklungsstufe erreicht, die Marx und Engels im „Kommunistischen Manifest“ genial vorausgesagt haben:

„Der moderne Arbeiter dagegen, statt sich mit dem Fortschritt der Industrie zu heben, sinkt immer tiefer unter die Bedingungen seiner eigenen [773] Klasse herab. Der Arbeiter wird zum Pauper, und der Pauperismus entwickelt sich noch schneller als Bevölkerung und Reichtum. Es tritt hiermit offen hervor, daß die Bourgeoisie unfähig ist, noch länger die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben und die Lebensbedingungen ihrer Klasse der Gesellschaft als regelndes Gesetz aufzuzwingen. Sie ist unfähig, zu herrschen, weil sie unfähig ist, ihren Sklaven die Existenz selbst innerhalb. seiner Sklaverei zu sichern, weil sie gezwungen ist, ihn in eine Lage herabsinken zu lassen, wo sie ihn ernähren muß, statt von ihm ernährt zu werden.“ („Das Kommunistische Manifest“, 4. Auflage, Seite 34.)

Die Bourgeoisie in Deutschland und England, wenn auch noch fähig zu herrschen, ist doch in der Zeit der allgemeinen Krise des Kapitalismus bereits gezwungen, Millionen ihrer Sklaven zu ernähren. Die Gewährung staatlicher Erwerbslosenunterstützung hat aber noch einen anderen Sinn. Erstens ist sie zugleich die Anerkennung der Tatsache, daß die permanente Arbeitslosenarmee eine ständige revolutionäre Kraft, eine permanente soziale Gefahr für die Bourgeoisie darstellt. Indem die Bourgeoisie Arbeitslosenunterstützung bezahlt (oder richtiger gesagt, einen Teil der den Arbeitern vom Lohne gestohlenen Werte für die Arbeitslosen opfert), macht sie den Versuch, sich von dieser Gefahr loszukaufen. Zweitens ist die Arbeitslosenunterstützung eine Anerkennung der revolutionären Macht des ganzen Proletariats. Mit der Erwerbslosenunterstützung bezahlt die Bourgeoisie den Arbeitslosen ihre Solidarität mit den beschäftigten Proletariern in Wirtschaftskämpfen. Sie tut dies gewiß nicht aus weitherziger Philanthropie, sondern weil sie durch das Kräfteverhältnis der Klassen dazu gezwungen ist. Diese Tatsache hat auch Genosse Heinz Ewers festgestellt, der in Heft 10 der „Internationale“ schreibt:

„... mit dem Raub der Erwerbslosenunterstützung will man die Erwerbslosen zwingen, in den Wirtschaftskämpfen als Lohndrücker und Streikbrecher aufzutreten.“

Die Frage der Erwerbslosenunterstützung ist also eine der grundlegendsten politischen Fragen unserer Zeit. Wenn sich in einzelnen Wirtschaftskämpfen noch Unternehmer und Arbeiter oder Unternehmerverband sind Arbeiterverband (Gewerkschaft) gegenüberstehen, so marschieren in dem Kampfe um die Erwerbslosenunterstützung die Klassen in ihrer Gesamtheit auf, das Proletariat gegen die gesamte bürgerliche Klasse (einschließlich der Sozialfaschisten). Genosse Varga kann das nicht begreifen. Wieviel besser es die deutschen Arbeiter begriffen haben, zeigt uns gerade die letzte Arbeitslosenkampagne der KPD.

Es ergibt sich also aus der theoretischen Analyse die praktische Schlußfolgerung, daß iii der Epoche des Imperialismus, d. h. in der Epoche der sozialen Revolution die permanente Arbeitslosenarmee eine permanente, aktive revolutionäre Kraft ist, deren unmittelbare Tagesinteressen zusammenfallen mit den allgemeinen Interessen der gesamten proletarischen Klasse. Diese Tatsache ist die objektive Grundlage für die Herstellung der einheitlichen Kampffront zwischen beschäftigten Arbeitern und Erwerbslosen, sie macht die Sache der Arbeitslosen zur Sache des gesamten Proletariats. Wer diese Lage nicht begreift, kann kein Revolutionär sein.

*

Berichtigung: Im ersten Teil des vorstehenden Aufsatzes (Heft 20) ist auf Seite 654, sehnte Zeile von unten, ein Druckfehler unterlaufen. Es muß dort 150 statt 15 Prozent heißen.[*] [774]

*

## Kautskys Marxismus“

**Vortrag von M. Furtschik (Moskau).**

(Fortsetzung[*)].)

Es ist vollständig klar, daß sich Kautsky durch Unterschätzung der Tatsachen individueller Variationen verstrickt hat. Ihr Vorhandensein kann er nicht leugnen, er kann sie aber auch nicht erklären, und er will nicht ihre Bedeutung richtig bewerten. So bleibt ihm nur der eine Ausweg, über sie den Bannfluch auszusprechen. Die deutsche Sprache ist reich an Ausdrücken und Begriffen, es fällt nicht schwer, das rettende Wort zu finden. Kautsky nennt die Darwinsche Variation eine „gelegentliche Ausnahme“, deren Ursachen „schleierhaft“ sind. Kautsky appelliert an die Zufälligkeit im schlimmsten metaphysischen Sinne des Wortes. Zufällig ergeben sich Abänderungen, nur zufällig und in sehr seltenen Fällen, nicht systematisch werden sie übertragen. Er ist überzeugt, daß sie verschwinden müssen. In diesen Erwägungen ist der Umstand bemerkenswert, daß er Darwins Prinzip der natürlichen Auslese, das Merkmal der Nützlichkeit, überhaupt nicht in Betracht zieht. Kautsky umgeht dies entscheidende Moment. Daher ist seine Lehre, daß keine solche Abweichungen von Generation zu Generation systematisch übertragen werden, absolut unbegründet.

Meines Erachtens erscheint jetzt Kautskys Einstellung vollständig klar. Sie ist reinste Metaphysik. Er tritt an die Frage der Arten formell, vom überlebten Standpunkt heran. Seine Arten erinnern letzten Endes an Linnés Arten ohne Unterschiede, ohne Abänderungen, an Arten, die keine Variationen dulden. Mehr noch, Bedingung des Bestehens von Arten als solche ist der Triumph der generalisierenden Tendenz über die Tendenz der Variation. Die Art besteht nur dank dem, daß sie alle auftauchenden Abänderungen rücksichtslos vernichtet. Seine Theorie, die er der Darwins gegenüberstellt, besteht darin, daß in den sogenannten beständigen, konservativen Perioden der Erde alles Alte, alle alten Arten erhalten bleiben. In diesen Perioden gibt es keine Entwicklung in der organischen Welt. In den sogenannten revolutionären Perioden erfolgt eine Massenanpassung unter dem unmittelbaren Einfluß neuer veränderter Bedingungen.

Noch ein Moment muß hervorgehoben werden. Worin besteht die Rolle der natürlichen Auslese nach Kautsky? Selbstverständlich besitzt sie nach seiner Theorie keine positive Funktion. Sie spielt bei ihm ausschließlich eine negative Rolle drastisch ausgedrückt, die Rolle eines Kehrbesens: ereignen sich Abänderungen, so ist es die Aufgabe der Zuchtwahl, sie zu vernichten, sie auszukehren. An Stelle der positiven revolutionären Rolle, die nach Darwin die natürliche Auslese spielt, entfällt nach Kautsky auf ihren Anteil eine ausschließlich negative Arbeit, ihre Rolle ist konservativ.

Daß Kautskys Standpunkt in dieser Frage der Standpunkt des Lamarckismus ist, dürfte unbestreitbar sein. Daß dieser Standpunkt ferner hinter der materialistischen Terminologie solche Dinge verbirgt, wie Anerkennung der Seele, seelische Spannung, Willenstrieb und ähnliches idealistisches albernes Zeug, unterliegt ebenfalls keinem Zweifel. Es liegt doch auf der Hand: damit die tierischen Organismen unter dem Einfluß einer plötzlich veränderten Umgebung ihre Organe im Massenmaßstab

[*] Der Druckfehler wurde beseitigt. *KWF*

[*)] Siehe Heft 20, 21, 22. – Uebersetzt aus dem Russischen.

zweckmäßig ändern können, müssen sie über eine Eigenschaft verfügen, die die Lamarckisten inneres, zielsicheres Streben nennen. Kautskys Lamarckismus steht in enger, ja in engster Verbindung mit seinem Schopenhauerianertum. Hier treffen sich zwei Linien: Lamarckismus in der Biologie und Schopenhauerianertum in der Philosophie. Schopenhauers „Wille zum Leben" und Lamarcks „Inneres Ziel" ist an sich das gleiche.

Und nun wird es notwendig sein, festzustellen, ob bei ihm die Lamarckistisch-Schopenhauersche Psyche vorhanden ist, figuriert, und welcher [775] Art sie ist. Auf diese Frage muß man im positiven Sinne antworten. Die Entwicklung in der organischen Welt einschließlich des Menschen, sagt Kautsky, erfolgt durch den Kampf von zwei Faktoren: auf der einen Seite das „Ich", auf der anderen Seite die „Umwelt".

Was ist das für ein „Ich"? Nicht ein Organismus als solcher, als Ganzes, sondern der „Geist" des Organismus. Geist anstatt Körper, Organismus als Ganzes. Dieses „Ich" ist rein psychisch, geistig, sind tritt in einen Widerspruch mit der Körperwelt. (Siehe Band I, 128.)

Wer diese und ähnliche Stellen bei Kautsky zum ersten Male liest, ist überrascht. Man glaubt kaum, daß es Kautsky ist, der das sagt. Und dennoch ist es so.

Wir sagten schon, daß Kautsky im Grunde genommen seine Dialektik der Teleologie aufbaut. Nur der „Lebenswille" als spezifische Eigenschaft des Organismus ermöglicht Kautsky, seine Dialektik zu konstruieren, die mit der materialistischen Dialektik nur die Benennung gemeinsam hat. Seine Dialektik muß eine dualistische genannt werden, da sie die Entwicklung als Resultat des Kampfes von zwei Kräften darstellt, von denen der eine der den Organismus vertretende Geist ist und die andere die Körperwelt, die in Beziehung zum Geist die „Materie" darstellt. Indem Kautsky die Hegelsche Terminologie seinen Bedürfnissen anpaßt, nennt er das „Ich" den Geist, die „These", die umgebende Welt oder das „Nichtich" die Verneinung des Organismus, seine „Negation", „Antithese". Kautsky betrachtet als Ausgangspunkt der Entwicklung das „Ich", den Geist, der mit der Umwelt kollidiert. „Das Schlußergebnis ist die Ueberwindung des Gegensatzes, die Verneinung der Verneinung, die erneute Bejahung des Organismus durch Anpassung, die ‚Synthese'. Damit kehrt der Prozeß zu seinem Ausgangspunkt, zum Individuum zurück, das sich behauptet." (Kautsky „Materialistische Geschichtsauffassung", I. Band, S. 130.) In der unorganischen Welt erkennt Kautsky keine Entwicklung an. In der organischen Welt beschränkt er, wie wir bereits gesehen haben, die Entwicklung auf die sogenannten revolutionären Perioden der Erde, als der Organismus sich behaupten mußte, wenn er nicht untergehen wollte. Hegels Kategorien des Gegensatzes, Negation, Negation der Negation, These, Antithese, Synthese, Bejahung, gebraucht er wohl, legt ihnen aber einen anderen Sinn bei. Die Synthese tritt nach Kautsky dann ein, wenn sich der Organismus selbst behauptet. Die Synthese bedeutet also nicht die höchste Stufe, nicht etwas Neues. Die Synthese bedeutet die Erhaltung des Individuums. Die Antithese wird bei Kautsky zu einer formellen Gegenüberstellung. Anders ist es auch nicht möglich, soweit Kautsky den Gegensatz dualistisch behandelt. Meine Dialektik, sagt er, ist „ganz anderer Art" als die Hegels. „Bei Hegel – erklärt er – sind These und Antithese nicht als Organismus und Umwelt zwei voneinander ganz verschiedene Dinge, die aufeinander wirken, bei ihm steckt in der These bereits der Widerspruch zu sich selbst, ihre Negation." (Kautsky, „Materialistische Gesichtsauffassung", I. Band, Seite 130.) Kautsky ist entschiedener Gegner der Dialektik des Gegensatzes, derselben Dialektik, die er einst vor Bernstein – allerdings, wie schon festgestellt, sehr schlecht – verteidigte.

Kautsky setzt an die Stelle des Gegensatzes die Kollision und dabei eine solche besonderer Art, die Kollision des Geistes und der Materie. Kautsky rückt damit nicht nur von der Hegelschen Dialektik ab, sondern auch von der mechanischen Newtons und Kants. Er stellt sich auf den Standpunkt Bouterweeks und Schopenhauers.

Ein helles Licht auf Kautskys Dialektik wirft seine Stellungnahme zur Frage des Widerspruches, auf die eingegangen werden muß. „Das Wort Widerspruch – sagt Kautsky – kann in doppelter Weise aufgefaßt werden. Einmal als Ausdruck eines Gegensatzes, dann als Ausdruck einer Unvereinbarkeit

zweier Erscheinungen oder Gedanken. Daß es Gegensätze in der Welt gibt, bestreitet niemand ... Nur das steht in Frage, ob auch ein Widerspruch als etwas Unvereinbares möglich sei. Die Feststellung, daß zwei Erscheinungen miteinander vereinbar oder nicht vereinbar seien, ist aber ein Urteil und Urteile existieren bloß in meinem Bewußtsein, das irren kann, [776] nicht in der Außenwelt.“ (Seite 147.) Diese Stelle ist der Polemik Kautskys gegen Engels in der Frage des Widerspruches der Bewegung entnommen. Nach seiner Meinung liegt der Widerspruch, auf den Engels hinweist, nicht in der Bewegung selbst, sondern in der Engelsschen Definition. Engels, sagt er, gab der Bewegung eine Definition, bei dem „ein Ding an zwei Orten gleichzeitig ist.“ (Seite 148.) Wer Engels gelesen hat, wird über Kautskys Auslegung erstaunt sein. Es handelt sich aber darum, daß Kautsky absichtlich den zweiten Teil der Definition Engels' wegfällt, in der es heißt, daß „ein Körper an einem und demselben Ort, und nicht an ihm ist“. (Dührings Umwälzung, Seite 120.) Er stützt sich auf die erste Hälfte, in der gesagt wird, daß ein Körper in einem und demselben Zeitmoment au einem Ort und zugleich an einem anderen Ort ist. (Daselbst.) Im gegebenen Augenblick an einem Ort und an ihm überhaupt nicht sein, bedeutet selbstverständlich nicht, daß man sich gleichzeitig an zwei Orten befindet. Kautsky braucht aber diese Entstellung, um über Engels zu „triumphieren“.

Was empfiehlt Kautsky an Stelle der von ihm verworfenen Engelsschen Formel? Etwas sehr Eigenartiges. Er sagt: „Aber auch bei der Bewegung hört der Widerspruch auf, sobald wir den Satz umdrehen, wenn wir die Bewegung nicht auffassen als gleichzeitiges Dasein eines Körpers an zwei Orten, zwischen denen die Bewegung stattfindet, sondern als gleichzeitiges Fernsein von diesen Orten. Er hat A verlassen, ehe er B erreicht hat. In dieser Vorstellung liegt durchaus nichts Widerspruchvolles.“ (Seite 147.)

So erstaunlich „leicht“ und „einfach“ löst Kautsky den Widerspruch der Bewegung. Er will die Bewegung durch die Ruhe erklären. Das ist sein eigentlicher Gedanke. Der Körper verließ A, bevor er B erreichte. Den Zustand des Körpers von dem Augenblick, wo er A verläßt, bis zu dem Augenblick, wo er B erreicht, nennen wir Bewegung. Bewegung ist der Gegensatz der Ruhe, nichts mehr. Kautsky verrichtet offensichtlich auf eine Erklärung der Bewegung, weil man ihm als erste Frage folgendes stellen konnte: Was ist die Ruhe, mit der er die Bewegung erklären will? Vom Standpunkt Kautskys muß die Ruhe als Gegenteil der Bewegung durch die Bewegung erklärt werden. Dann beginnen wir aber von neuem und fragen noch einmal: Und was ist die Bewegung? – worauf wir die schon bekannte Antwort erhalten dürften.

Die von Kautsky empfohlene Lösung ist keine Lösung. Sie ist nur ein Ausweichen der Frage. Ebenso offenbar ist, daß Kautsky vor der Frage flieht, weil er nicht dem entscheidenden Grundsatz der marxistisch-hegelschen Dialektik zustimmen will, nach der das Wesen der Bewegung der Gegensatz ist. Kautsky ist in seiner Art konsequent. Unser Erkennen ist durch die Welt der Vorstellungen begrenzt, sie kann nie bis zum Wesen der Dinge vordringen, sie kann folglich auch nicht das Wesen der Bewegung erfassen. Bewegung ist nur Vorstellung. Gegensatz ist ebenfalls nur Vorstellung. Das ist selbstverständlich eine „leichte“ Lösung der Frage. Sie ist aber überhaupt keine Lösung. Kautskys Ausführungen enthalten nur das Körnchen Wahrheit, daß Bewegung und Ruhe korrelative Begriffe sind. Er selbst zerstört aber dieses Körnchen, soweit er diese Korrelativität ausschließlich subjektiv auffaßt. Die subjektivistische Auffassung von der Relativität erklärt auch, warum er tatsächlich die Bewegung streicht.

Daß der Widerspruch nicht der Wirklichkeit eigen ist, sondern der reinen Vernunft, sagte bekanntlich vor Kautsky schon Kant. Kautsky folgt auch hier den Fußtapfen von Kant. Die unrichtige Voraussetzung einer Dualität der Welt – Welt der Erscheinungen und Welt der Dinge an sich – führt zu falschen Schlußfolgerungen Der Widerspruch wird aus der Wirklichkeit vertrieben, um bei reiner Vernunft zu bleiben, die in diesen Widersprüchen den Beweis dafür besitzt, daß sie die Grenzen der bedingten sinnlichen Welt der Erscheinungen überschreitet und zur Welt des Unbedingten, zur Welt der Dinge an sich gelangt. Von hier erfolgt Kants Uebergang zur Welt des Uebersinnlichen, wo nicht die Kategorien der Vernunft, sondern Ideen anwendbar sind, wo der Mensch aufhört zu erkennen und sich statt dessen Aufgaben stellt, es nicht mit dem Sein, sondern mit dem Sollen zu [777] tun hat. Hier findet bei Kant auch der kategorische Imperativ, Gott und Kausalität durch Freiheit usw., mit einem

Wort alles das seinen Platz, was in der Kantschen Philosophie am wenigsten wertvoll und am reaktionärsten ist.

Zu solchen Schlußfolgerungen müßte eigentlich auch Kautsky gelangen, wenn er konsequent wäre. Man höre: „Freilich, die Eindrücke, Empfindungen und Gedanken, die er (der Geist – F.) ordnet, sind hervorgerufen durch die Außenwelt. Aber sie sind geformt durch den Geist, und je umfangreicher der Bereich der Erfahrungen, je weiter vorgeschritten der Prozeß ihrer Ordnung, um so mehr entfernt man (wer? offenbar der Geist – M. F.) sich dabei von der Außenwelt durch die wachsende Pyramide von Abstraktionen, die sich auf der Basis der Gesamtheit der Erfahrungen aufbaut, so daß die gen Himmel ragende Spitze oft nichts mehr vom Erdboden weiß, auf dem sie ruht.“ (Seite 148/49.)

Kautsky ist aber bestrebt, den Geist, der seines Erachtens von Natur „rastlos“ ist, zu zügeln. In welcher Weise?

Kautsky unterscheidet zwischen dem „dialektischen Prozeß erster Ordnung“, der in der „Anpassung der Gedanken an Tatsachen“ besteht, und dem „dialektischen Prozeß zweiter Ordnung“, der in der „Anpassung der Gedanken aneinander“ besteht. Kautsky paßt also die Dialektik an Mach an. Dies aber nur nebenbei. „Der dialektische Prozeß erster Ordnung“ vollzieht sich zwischen „Geist und Materie“ und der „dialektische Prozeß zweiter Ordnung“ auf dem Gebiete des reinen Gedankens, im Geiste selbst. Die „Erfahrung“ ist ohnmächtig gegenüber dem „rastlosen“ Geist, den Kautsky so entfesselt hat, daß er ihn nicht mehr bannen kann. Der Geist überschreitet die Grenzen der „Erfahrung“, obwohl, wie erinnerlich, Kautsky die Kritik an Kant auf der Forderung aufbaute: die Grenzen der Erfahrungen nicht zu verlassen. Kautsky will den Geist mit dem Geiste bannen. Kann er damit Erfolg haben? Nein. Das ist keinem der Vertreter des Phänomenalismus vor Kautsky gelungen. Loslösung der Form vom Inhalt der Erfahrung führt unvermeidlich zum Primat des Geistes über die Materie, zum Idealismus. Dies kann nicht gelingen, dies gelingt auch nicht Kautsky. Kautskys dialektische Prozesse erster und zweiter Ordnung gewinnen in der Anwendung auf den historischen Prozeß folgendes tatsächliche Gesicht. „Der dialektische Prozeß zwischen Mensch und Umwelt nimmt – sagt Kautsky – soweit er zu einem historischen Prozeß wird, in erster Linie den Charakter einer Wechselwirkung zwischen Psyche und Umwelt an.“ (Band I, Seite 216.) In seinen abschließenden Ausführungen über die Dialektik erklärt Kautsky, indem er seine Dialektik mit der Hegels vergleicht: „Wir finden hier einen dialektischen Prozeß, der in vielem dem Hegelschen gleicht. Bei dem einen wie dem anderen dieser Prozesse ist es schließlich der Geist, der die Gesellschaft dadurch weiterentwickelt, daß er selbst seine eigene Antithese setzt, dann die Synthese zwischen These und Antithese sucht und, nachdem er sie gefunden, aus der Synthese eine neue Antithese bildet usw.“ (Band I, Seite 789.) Der Geist wird zum Demiurg der Geschichte. Der „dialektische Prozeß zweiter Ordnung“, der nach Kautsky berufen ist, den Geist zu bannen, ist nicht nur unfähig dazu, er wird auch zum Hebel selbständiger Schöpfungen des Geistes. Der Ausgang zum Unbedingten ist geschaffen, zwar nicht nach Kant, d. h. nicht zur Welt der transzendentalen Ideen, sondern nach Hegel, dem Idealisten und Reaktionär, der die Geschichte nur als Bedingung zur Entäußerung des an sich unbedingten Begriffes auffaßt. Kautsky entlehnt von Hegel nur das Reaktionäre. Den fortschrittlichen materialistischen Kern der Hegelschen Philosophie läßt Kautsky unbeachtet.

Würde Kautsky in derselben Frage des Widerspruches bei Hegel das Fortschrittliche und Materialistische entnehmen, so würde er nicht über Kant zum reaktionären Hegel, sondern über die materialistischen Elemente Hegels zu Marx und Engels gelangen.

Im Zusammenhang mit der Kritik an Kants Antinomien charakterisiert Hegel in seiner „Wissenschaft der Logik“ das Nichtanerkennen des Widerspruches in der Wirklichkeit als „eine zu große Zärtlichkeit für die Welt“. [778] (Hegel, „Wissenschaft der Logik“, herausgegeben von Georg Lassen, 1923, Erster Teil, Seite 236.) In der „Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften“ nennt Hegel solche Auffassung eine „demütige Behauptung“ und führt aus: „Ist die Vernunft nur leeres, unbestimmtes Denken, so denkt sie nichts.“ (Hegel, „Enzyklopädie der Wissenschaften“, § 48.) Diese Hegelsche Erwiderung trifft auch Kautsky, denn: entweder hat das Denken als Gegenstand das Sein, dann darf in ihm der Widerspruch keinen Platz haben, soweit ein solcher im Sein nicht besteht, oder das Denken ist leer und bestimmt.

„Zärtlichkeit“ und „Demut“ gegenüber der Wirklichkeit bedeutet sozialpolitisch die Kapitulation vor der gegebenen konkreten Wirklichkeit, vor der gegebenen „Umwelt“, in der die Bourgeoisie herrscht. Man kann bei Kautsky in konkreten Fragen sozialpolitischer Natur verfolgen, was diese Demut und diese Zärtlichkeit in der Praxis bedeutet. Die Philosophie der Demut ist nach den eisernen Gesetzen der Dialektik der Ausdruck eines gewissen Widerspruches der Wirklichkeit, der sozialen Wirklichkeit, ein Gegensatz zwischen der objektiven Notwendigkeit des revolutionären Klassenkampfes und dem Verzichte, der Unfähigkeit. diesen zu führen. Die Philosophie der Demut ist berufen, die soziale Trägheit der ehemals zentristischen und heute rechten Führer der Sozialdemokratie theoretisch zu begründen und der finsteren Reaktion als objektive Waffe zu dienen.

Zur Kennzeichnung der Dialektik Kautskys sei noch auf seine Auffassung von der Negation eingegangen. Gegenstand des Angriffes sind die bekannten Ausführungen Engels’ über Pflanzen und Schmetterling. Auch hier, wie an vielen anderen Stellen, geht es nicht ohne Entstellungen. Kautsky unterschiebt Engels, er betrachte das Keimen als Negation, während bei Engels tatsächlich die Negation auf die Pflanze angewandt wird. Nachdem Kautsky so Engels’ Behauptung verzerrt hat, setzt er seine Erwägungen wie folgt fort: Beim Keimen erfolgt keine Verneinung des Samens oder Eies; was erfolgt, ist eine Verneinung der Hülle des Samens oder Eies, nicht ihres Inhaltes; der Inhalt ändert sich durch den Prozeß des Keimens und Wachsens; jeder Organismus durchläuft aber während seiner Existenz verschiedene Stadien. Seine Formen wandeln sich unaufhörlich, so daß, wenn man die Wandlungen als Verneinung betrachten würde, der Organismus sich in einem ständigen Prozeß der Verneinung befinden müßte. Dies kann Kautsky unter keinen Umständen zulassen. Er stellt sich naiv und erklärt: „Es ist nicht ganz deutlich, wie Engels hier die Negation auffaßt. Im Grunde schwebt ihm doch wohl die eigentliche Negation vor, die Aufhebung, der Untergang des Individuums. Er spricht vom ‚Vergehen des Kornes‘ durch den Prozeß der Keimung. Aber ebenso gut könnte er vom Vergehen des Kindes sprechen, wenn daraus ein reifer Mann wird.“ (Seite 131.)

Es ist klar, daß Kautsky sein Manöver nur zu dem Zweck unternimmt, um Engels’ Standpunkt dem seinigen zu nähern. Wenn Engels im Keimprozeß, in dessen Verlauf der Samen tiefe Wandlungen durchmacht, ein Verschwinden des Samens und Verneinung sieht, so stellt er sich auf seinen (Kautskys) Standpunkt, der nur den Untergang des Individuums als Verneinung betrachtet! Ein raffiniertes Manöver, das trotzdem ein Manöver bleibt. Eben darauf kommt es an, daß Engels nicht das Keimen, sondern die Pflanze Verneinung des Samens nennt. Im Keimprozeß wird der Samen soweit verneint, als er zur Pflanze führt. Der Unterschied ist hier sehr bedeutend: Die Pflanze mit vollständig ausgebildeten und zu ihrer Bestimmung bereiten Organen erscheint nur am Schluß der Keimperiode. Nach Beendigung der Keimperiode findet in der Pflanze eine physiologische Arbeitsteilung statt. Es beginnt der Prozeß der Aufnahme von Stoffen aus der Umgebung. Engels betrachtet die Pflanze als Verneinung des Samens, weil er als Dialektiker nicht einseitig wie Kautsky an die Frage herantritt. Ihm genügt nicht das Verschwinden des Samens als solchen, für ihn ist von Wichtigkeit, daß an seine Stelle ein neuer Organismus, die Pflanze, erscheint. Im Keimprozeß sieht Engels den Uebergang zu einem neuen Organismus, beide Seiten des doppelseitigen Prozesses: Verschwinden des Samens und das damit verbundene Auftauchen eines neuen Organismus. Kautsky betrachtet den-[779]selben Keimprozeß einseitig, nur als Untergang des Samens. Kautsky ist formalistisch, Engels dialektisch. Kautsky steht auf dem Boden der formellen, abstrakten Identität und des abstrakten Widerspruches, Engels auf dem der dialektischen Identität, die die Unterscheidung einbegreift, die den Uebergang zu einer neuen Qualität bildet.

Kautskys Ausführungen sind noch von einer anderen Seite unrichtig. Es ist nicht richtig, daß sich der Inhalt des Samens im Prozeß des Keimens nicht wandelt. Damit der Samen zur Tätigkeit erwacht, sind Feuchtigkeit, Wärme und Luft erforderlich. Unter dem Einfluß dieser Faktoren vollziehen ich nicht nur mechanische, sondern auch chemische Prozesse (Anschwellen des Samens, Sprengen der Hülle usw. bzw. Auflösung der Fermente, Atmung). Die Keimperiode ist charakteristisch durch die Umwandlung des Stoffes. Nach Kautsky sind all diese Prozesse nur eine Veränderung der Hülle, nicht des Inhalts. Kautsky sieht offensichtlich die Veränderung des Inhalts nur dort, wo ein quantitatives Wachsen des Stoffes erfolgt.

Nachdem Kautsky in dieser Weise Engels' Begriff von der Negation „in Grund und Boden gestampft" hat, wendet er sich mit triumphierender Miene der Kritik der „Negation der Negation" zu. Hier liegen die Dinge seines Erachtens noch bedenklicher. Die Argumentation Kautskys rennt alles über den Haufen. Man höre:

„Hier (bei Engels – M. F.) ist von einer wirklichen Negation des Individuums die Rede. Die Pflanze stirbt ab, nachdem sie Samen getragen, der Schmetterling, nachdem er Eier gelegt. Der neuproduzierte Samen oder das neugelegte Ei bilden die Wiederkehr zum Ausgangspunkt des Prozesses, dem Samen oder Ei, woraus das Individuum entsprang. Aber das Produzieren von Samen und Eiern und das Absterben des sie produzierenden Organismus fallen zeitlich keineswegs zusammen. Jenes tritt stets früher ein als letzteres. Die Negation der Negation und die Synthese, die Wiederkehr zur These, sind also keineswegs identisch, wenn sie auch bei manchen Organismen aufeinander folgen mögen." (Seite 132.) Und tatsächlich! Versteht man unter Verneinung den Untergang des Organismus, dann bedeutet die Verneinung der Verneinung den Untergang des Unterganges oder die Wiedergeburt. Kann – fragt mit Recht Kautsky – der wiedergeborene Organismus, der seine Wiedergeburt dem Untergang des ihn produzierenden Organismus verdankt, gleichzeitig mit diesem untergegangenen Organismus bestehen? Die Pflanze produziert den Samen und stirbt ab, genau so der Schmetterling. Gemordete und Mörder – beide sind am Leben. Zu einem solchen Unsinn gelangt Engels oder genauer, wird Engels durch Kautsky in der Frage der Negation der Negation geführt. Schuld daran ist – meint Kautsky großmütig – die Vorstellung von der Bewegung und Entwicklung nicht „als Aufeinanderwirken von zwei Faktoren", sondern „bloß als Bewegung eines Faktors, des Individuums aus sich heraus". (Seite 132.) Engels, sagt Kautsky, „sucht die Antithese ebenso wie die These im gleichen Individuum". Die Hauptschuld trifft aber die Hegelsche Dialektik, der Marx und Engels folgten, und der nach Meinung des hier im Fahrwasser Bernsteins schwimmenden Kautsky eine „gewisse Willkür" innewohnt.

Und jetzt noch etwas Geduld. Kautsky empfiehlt anstatt des marxistisch-engelsschen folgendes Schema der gesellschaftlichen Entwicklung:

„1. These: Urkommunismus.

2. Negation des Urkommunismus: Privateigentum des einzelnen Arbeiters an seinen Produktionsmitteln.

3. Negation der Negation des Urkommunismus: Expropriation des Privateigentums der Arbeiter an ihren Produktionsmitteln durch das Kapital.

4. Negation der Negation der Negation des Urkommunismus: Aufhebung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln, Herstellung einer neuen Art Kommunismus." (Seite 134.)

Kautsky selbst schlägt vor, in diese Formel ein fünftes Zwischenglied, das feudale Eigentum, einzuschieben und spricht sich gleichzeitig für die Einschiebung noch anderer Zwischenglieder aus. Es liegt auf der Hand, daß dann die Formel entstehen muß: Verneinung der Verneinung der Verneinung der Verneinung und so fort bis zur Unendlichkeit.

[780] Man sieht, worin sich in den Händen Kautskys das Grundgesetz der Dialektik „Verneinung der Verneinung" verwandelt. Zu solchen Hirngespinsten gelangt Kautsky, indem er mit den Kategorien der Dialektik sein Spiel treibt. Der Wirrwarr kann nicht größer sein. Sein Ursprung ist die unrichtige Auffassung Kautskys von der Verneinung.

Im Antidühring sagt Engels, an die Metaphysiker gewandt, die die Verneinung à la Kautsky auffassen: „Negieren in der Dialektik heißt nicht einfach nein sagen, oder ein Ding für nicht bestehend erklären, oder es an beliebiger Weise zu zerstören." (Engels: „Dührings Umwälzung der Wissenschaft", Seite 145.) Bezüglich der Verneinung der Verneinung erklärt Engels daselbst, daß die erste Verneinung in einer solchen Weise erfolgen muß, daß die zweite Verneinung möglich ist oder wird. Für jede Kategorie der Gegenstände besteht eine besondere, ihr eigene Art der Verneinung, damit sich aus ihr die Entwicklung ergibt. Engels verspottet die Leute, die die Verneinung der Verneinung

à la Kautsky vornehmen. „Es ist aber klar – sagt er –, daß bei einer Negationsnegierung, die in der kindischen Beschäftigung besteht, abwechselnd zu setzen und wieder auszustreichen oder von einer Rose abwechselnd zu behaupten, sie sei eine Rose und sie sei keine Rose nichts herauskommt, als die Albernheit dessen, der solch langweilige Prozeduren vornimmt.“ (Daselbst Seite 145.) Diese treffende Bemerkung klingt so, als ob sie speziell für Kautsky niedergeschrieben sei.

Zum Schluß noch einige Bemerkungen zu Kautskys Vorwurf, Engels fasse Bewegung und Entwicklung als „Bewegung eines Faktors, des Individuums aus sich heraus“ auf. Es handelt sich um ein Manöver, mit dem einzigen Ziel, von dem Umstand abzulenken, daß Kautsky mit dem Grundgesetz der Dialektik über die Identität der Widersprüche nicht einverstanden ist. Kautsky muß wissen, daß auch nach Engels der Samen, um zu kernen, Feuchtigkeit und Wärme erfordert, daß folglich nach Engels das Individuum sich durchaus nicht „aus sich heraus“ entwickelt, daß ferner Marx und Engels sich auch nicht einen Augenblick die Entwicklung ohne Kampf der Gegensätze vorstellten. Marx und Engels verstehen eben anders als Kautsky den Kampf der Gegensätze. Der Streit zwischen Kautsky und Engels ist ein Streit zwischen der virtuellen oder voluntaristischen und der materialistischen Dialektik. Der Virtualismus oder Voluntarismus erkennt die Realität der Welt nur so weit, als Bewußtsein, Wünschen, Wollen vorhanden sind. Wir kennen das Subjekt, weil es etwas will, wir kennen das Objekt, soweit es dem Willen Widerstand leistet. Der Gegensatz zwischen Kraft und Widerstand dient unserem Wissen von der realen Welt der Dinge als Unterlage. Kautsky kennt nur Gegensätze in Form von Kraft und Widerstand.

Die dialektische Erkenntnis der Gegensätze reicht viel tiefer. Die materialistische Dialektik verzichtet auf den Begriff der Kraft (Widerstand ist ebenfalls Kraft) als anthropomorphischen Begriff. Engels faßt Repulsion und Attraktion als „einfache Formen der Bewegung“ auf. Trennung und Entgegensetzung der Pole, sagt Engels, bestehen nur innerhalb ihrer Zusammengehörigkeit und Vereinigung und umgekehrt, ihre Vereinigung existiert nur in ihrer Trennung, ihre Zusammengehörigkeit nur in ihrer Entgegensetzung. (Siehe Engels’ „Naturdialektik“, Abschnitt „Grundformen der Bewegung“.) Der Begriff Kraft, der Betätigung des menschlichen Organismus innerhalb seiner Umgebung entlehnt, dient nur dazu, um die Angabe der wirklichen Ursache zu ersparen. Es ist aber aus der Not (dem Mangel an Wissen keine Tugend zu machen.

Kautsky sieht im Organismus den Ausgangspunkt der Entwicklung. „Ich“ – Kraft, „Umwelt“, Widerstand leistende Kraft – „Nichtich“. Zwischen diesen beiden Kräften entspinnt sich ein „Kampf“, ein Kampf in anthropomorphischer Bedeutung des Wortes. Kautsky faßt „Kraft“ und „Kampf“ genau so auf, wie der Voluntarist Schopenhauer.

Damit könnte man schließen. Ich möchte aber auf noch ein Moment eingehen, darauf, daß der Kritiker Kautskys, Alfred Braunthal, Kautsky als einen neuen Reformator des Marxismus begrüßt, ihn einen jünglinghaften [781] Greis nennt, der es wagt, der Dialektik endlich den entscheidenden Stoß zu versetzen und sie durch die Theorie der Wechselwirkungen zu ersetzen. Braunthals Auffassung ist nur bedingt richtig. Tatsächlich bleibt Kautsky nicht bei der Theorie der gegenseitigen Wechselwirkung stehen, d. h. bei der Theorie vom Kampf der entgegengesetzten Kräfte – „Ich“ und Umwelt. Er geht weiter. Er anerkennt mit Hegel eine Entwicklung ausschließlich zu der Geschichte der Menschheit. Kautsky erklärt, indem er die entsprechenden Stellen aus Hegels „Philosophie der Geschichte“ zitiert, es sei dies die bemerkenswerteste Seite der Hegelschen Dialektik und er sei damit vollständig einverstanden. Richtige Dialektik, sagt Kautsky, findet man nur in der Geschichte der Menschheit, weil sich hier der Geist selbst eine eigene Antithese schafft, indem er sich zur Synthese bewegt, was man weder in der Entwicklung des einzelnen Organismus, noch in der Entwicklung der Arten feststellen kann. Kautsky schließt mit dem Idealismus, mit einer idealistischen Dialektik in neuhegelschem Geist.

Während seines langen Lebens hat Kautsky seinen Standpunkt dauernd gewechselt. Sein entscheidender Standpunkt blieb aber immer der gleiche. In zahlreichen Werken, sogar in der Schrift „Der Weg zur Macht“ sind klare Anhaltspunkte für seine spätere, für seine jetzige Einstellung vorhanden, Sogar in „Der Weg zur Macht“ spricht er davon, daß man die Ursache der wirtschaftlichen Prozesse im Lebenswillen der Individuen suchen müsse. Er hat nie die Gesellschaft marxistisch betrachtet.

Man findet bei ihm keine einzige marxistische Definition der Gesellschaft. Im Kampf gegen Spencer ließ er das Letzte ungesagt. Die Gesellschaft ist kein physiologischer Organismus, behauptet er, sondern ein Aggregat von Individuen. Er ist nie zur marxistischen Definition gelangt: die Gesellschaft als Gesamtheit der Produktionsverhältnisse. Ist es da erstaunlich, daß er in seinem letzten Buch einen Feldzug gegen alle Kategorien des historischen Materialismus unternimmt?

Wir haben bisher Kautskys Revision der Kategorien der materialistischen Philosophie, der materialistischen Dialektik untersucht. Die Untersuchung, wie er die Kategorien des historischen Materialismus zu revidieren versucht, muß in einem besonderen Referat erfolgen. Der Begriff der Produktionsverhältnisse läuft bei ihm auf geistige Beziehungen usw. hinaus. Er bedarf einer Revision der Kategorien, um schließlich der Geschichte den Geist zugrunde zu legen.

*

## Das kommunistische Bildungssystem in der Sowjetunion

Von A. E.

Auf dem II. Kongreß des Kommunistischen Jugendverbandes der Sowjetunion sagte Lenin in seiner Rede, daß, um eine proletarische Kultur zu schaffen, es notwendig sei, zunächst die bürgerliche Kultur zu beherrschen und zu verdauen. Das sollte selbstverständlich nicht heißen, daß jeder Arbeiter mit dem Studium der Gesetzgebung des alten babylonischen Königs Hamurabi beginnen müßte. Das heißt nur, daß das Proletariat die von der bürgerlichen Gesellschaft geschaffenen Kulturgüter nicht wahllos vernichtet, sondern prüft, welche dieser Güter es für seine eigenen Zwecke verwenden kann. Hat aber diese Leninsche These mit der menschewistischen Theorie, daß das Proletariat noch nicht kulturell reif sei, den Sozialismus aufzubauen, irgend etwas gemein? Selbstverständlich nicht!

Die bereits seit über zwölf Jahren bestehende Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion hat auch auf diesem Gebiet den Beweis erbracht, daß die Leninsche These vom Leben selbst gerechtfertigt wurde. Das internationale revolutionäre Proletariat muß gerade daraus die wichtigsten Schlußfolgerungen ziehen, um dem Menschewismus die „geistigen“ Waffen aus der Hand zu nehmen.

[782] Das Schwergewicht der proletarischen Ausbildung wurde in die Betriebe selbst verlegt. Es wurde dadurch begonnen, die Losung: Ein jeder Betrieb, eine jede Fabrik muß eine Hochburg des Kommunismus sein – zu verwirklichen. Das System der proletarischen Bildung ist von der Revolution selbst geschaffen worden. Die zaristische Regierung hat kein Muster dafür hinterlassen. So fand man hier nach dem Oktober ein weites aber wüstes Feld. Dies war jedoch auch das Positive dabei: Das revolutionäre Proletariat konnte sofort an den Aufbau herantreten, frei von hemmenden Ueberlieferungen.

Wie sieht nun heute das System der proletarischen Ausbildung in der USSR aus?

„Jede Köchin muß imstande sein, den Staat zu leiten.“ Um diese Leninsche Losung in die Tat umzusetzen, muß die „Köchin“ vor allem lesen und schreiben können. Der Zarismus hatte dafür gesorgt, daß sie es nicht kann. Der Menschewismus seinerseits folgerte: Da sie es nicht kann, darf sie es noch nicht wagen, den Kapitalismus zu stürzen. So war die „Arbeitsteilung“ durchgeführt. Die proletarische Revolution stürzte den Kapitalismus, und erst dadurch erhielt die „Köchin“ die materielle Möglichkeit, ihren Analphabetismus zu überwinden.

Die Diktatur des Proletariats hat bereits mehr als einem Drittel derjenigen, die früher wegen Analphabetismus aus dem politischen Leben ausgeschaltet waren, nun die Möglichkeit zu politischer Schulung und zum Anteil, an der Politik gegeben. Na sind vor allem die Resultate der Arbeit der Schulen bzw. Zirkel zur Liquidierung des Analphabetismus.

In jedem Betrieb, wo Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt sind, die noch nicht lesen und schreiben können, existiert ein Zirkel („Likbes“) zur Liquidierung des Analphabetismus. Außerdem werden hier auch die Grundbegriffe der Mathematik beigebracht. Haben die Arbeiter diesen Zirkel besucht, dessen Lehrplan meistens für einen ganzen Winter berechnet ist, so treten sie im nächsten Jahr in den Zirkel für Fortgeschrittene zur Liquidierung des Analphabetismus über. Meistens

arbeiten solche Zirkel parallel, da ein solcher für diejenigen Arbeiter, die schon ein wenig lesen und schreiben können, fast in jedem Betrieb vorhanden ist, außerdem finden sich aber noch solche Arbeiter, die vollständige Analphabeten sind, besonders unter denjenigen, die aus dem Dorfe hinzuströmen. Die weitere Stufe bilden die Zirkel für allgemeine Bildung. Diese drei Arten von Bildungszirkeln werden gemeinsam sowohl von den Parteimitgliedern als auch von den parteilosen Arbeitern besucht – ebenso wie die Delegierten-Zirkel die das Schwergewicht auf die gewerkschaftlichen Fragen legen, oder die Zirkel für Genossenschaftsfragen von den Parteimitgliedern und von den parteilosen Arbeitern gemeinsam besucht werden.

Die weitere Fortsetzung ist die Schule der zweiten Stufe. Wie in der ersten, so finden auch in der zweiten Stufe häufig parallele Kurse statt: allgemeine und spezielle für Parteimitglieder. Was aber mit aller Schärfe zu betonen ist: Auch die Parteischulen sowohl der ersten wie der zweiten Stufe sind keineswegs durch eine chinesische Mauer von den parteilosen Arbeitern abgegrenzt; in solchen Betrieben, wo es aus technischen Gründen unzweckmäßig oder unmöglich ist, parallele Kurse zu organisieren, veranstaltet man nur gemeinsame Kurse für Parteimitglieder und für Parteilose.

Die zweite Stufe ist der Grundstock der weiteren politischen oder technischen Ausbildung. Was geschieht mit den Teilnehmern, die die zweite Stufe mit Erfolg besucht haben? Ein Teil derselben wird in den Zirkel für Marxismus-Leninismus überfährt, ein anderer in solche für laufende politische Fragen. Ein anderer Teil wiederum wird den Propagandakursen oder solchen für Genossenschafts- und Gewerkschaftsfragen überwiesen. Hat der Schüler im Laufe des Lehrjahres ein besonderes Interesse für praktische und organisatorische Arbeit gezeigt, so wird dem Parteibüro empfohlen, ihn auch als Organisator zu verwenden.

[783] Die hauptsächliche Bedeutung der politischen Vorbildung in der ersten und zweiten Stufe, bzw. der Zirkel für Marxismus und Leninismus usw. liegt aber darin, daß die Teilnehmer dieser Zirkel das gesamte Kontingent für die Sowjetparteischulen, Arbeiterfakultäten und kommunistischen Universitäten stellen. Doch zunächst ganz kurz über das Programm der Zirkel der politischen Ausbildung der ersten und zweiten Stufe, bzw. der Zirkel für Marxismus-Leninismus. Was die Kommunistische Jugend anbetrifft, so hat sie bis zur zweiten Stufe fast dasselbe Bildungssystem wie die Partei. Eine große Rolle spielt aber gerade bei der Ausbildung der Jugend die Betriebsschule („Fabsawutsch“) mit einem zwei- bzw. dreijährigen Lehrprogramm. Das Ziel dieser Schule kann dahingehend zusammengefaßt werden: die theoretische Arbeit der Schüler mit ihrer praktischen Betätigung in Einklang zu bringen wie denn überhaupt die gesamten Fragen in allen Parteischulen und Parteizirkeln nicht abstrakt behandelt werden, sondern immer versucht wird. von den Verhältnissen im Betriebe auszugehen. In der Betriebsschule wird in folgenden Fächern unterrichtet: Sprache, Gesellschaftskunde, Wirtschaftsgeographie, Länderkunde, Mathematik, Physik, Materialien- und Maschinenkunde, Graphik, die Produktionsweise als Ganzes, die Theorie des Spezialberufes usw.

Für das System der kommunistischen Ausbildung spielen aber eine geradezu hervorragende Rolle die Arbeiterfakultäten, die fast durchweg in den Räumen der Staatsuniversitäten und anderer Hochschulen sich befinden Dies sind sozusagen proletarische Mittelschulen. In drei bzw. vier Jahren bekommen die erwachsenen Arbeiter in den Arbeiterfakultäten eine systematische mittlere Bildung, wobei ihre Kenntnisse in bezug auf gesellschaftliche Fragen selbstverständlich höher sind als die eines bürgerlichen Gymnasiasten. Freiwillig aus dem Betrieb zur Quelle des allgemeinen Wissens gekommen, leistet dieser „Gymnasiast“ manchmal Erstaunliches. Sehr häufig. ja, man kann sagen zu 90 Prozent, bleiben die Schüler der Arbeiterfakultäten an den Räumen der Universitäten nicht nur drei oder vier, sondern sieben bis acht Jahre. Nachdem ein Arbeiter die Arbeiterfakultät absolviert hat, will er meistens auch qualifizierter Ingenieur oder Techniker werden und bleibt in der Universität oder in der Technischen Hochschule, aber nunmehr schon als richtiger Student. Hindernisse für den Eintritt in die Universität bestehen für ihn nicht. Nach vier bis fünf Jahren kehrt er zurück in die Fabrik, wird roter Direktor, nicht nur dank den Fähigkeiten, die die meisten Arbeiter auf diesen Posten bringen, sondern auch dank seiner speziellen Ausbildung, die er in den sieben bis acht Jahren nun erworben hat. Die Schüler der Arbeiterfakultäten bilden auch dasjenige Kontingent, das die Staatsuniversitäten proletarisiert.

Wer wird in die kommunistischen Universitäten aufgenommen und welche Kenntnisse werden von den Neuaufgenommenen verlangt? Vorbedingung für die Aufnahme ist gewöhnlich mindestens drei Jahre Arbeit im Betrieb (d. h. aufgenommen werden überhaupt nur Arbeiter) und drei Jahre aktive Parteiarbeit. Der Neuaufgenommene muß selbstverständlich lesen und schreiben und schriftlich seine Gedanken formulieren können, die Grundbegriffe der Mathematik kennen, in der Parteigeschichte, in den Fragen des Sowjetaufbaus, der Sowjetverfassung und in den wichtigsten Fragen der internationalen Arbeiterbewegung orientiert sein. Es muß jedoch hervorgehoben werden, daß die Prüfungskommissionen das Schwergewicht nicht so sehr auf die faktischen Kenntnisse des Kandidaten, wie auf dessen Begabung überhaupt legen. Es kommt darauf an, was man aus dem Betreffenden noch machen kann.

Was wird in den kommunistischen Universitäten gelehrt und wie wird dort gelehrt? Das Programm ist in den meisten kommunistischen Universitäten für vier Jahre berechnet. Das erste Jahr ist als vorbereitendes Lehrjahr gedacht. Hatten doch die Schüler, die gestern noch Arbeiter und Rotarmisten waren, keine Möglichkeit, allgemeine Kenntnisse zu erwerben. So wird im ersten Lehrjahr gewöhnlich das Schwergewicht auf die allgemeinen Fächer [784] wie Naturwissenschaft, Mathematik, Geographie usw. gelegt. Das eigentliche Studium beginnt dann während des zweiten Lehrjahres. Die allgemeinen Fächer werden weiter behandelt, doch beginnt schon die Hauptaufmerksamkeit auf die gesellschaftlichen Fragen gelenkt zu werden. Folgende wichtigste Kurse außer Naturwissenschaften, Sprachen und Literatur finden während der nächsten drei Jahre statt:

1. Geschichte der Entwicklung der gesellschaftlichen Formen, ein soziologischer Kursus, der die wichtigsten Formen und Typen der gesellschaftlichen Entwicklung behandelt. Er beginnt mit dem Urkommunismus und führt bis zum Ausgang des Feudalismus. Besondere Aufmerksamkeit wird der revolutionären Bewegung im späten Mittelalter gewidmet.

2. An dieses Fach schließt der Kursus für nationale Geschichte an.

3. Die neuere Geschichte Westeuropas bildet ihrerseits die weitere Fortsetzung zum ersten Kursus; sie wird gewöhnlich mit der englischen Revolution im 17. Jahrhundert begonnen, wobei eine Brücke von den Bauernkriegen zu dieser Epoche des Handelskapitalismus geschlagen wird. Dieser Kursus dauert fast volle zwei Jahre.

4. Leninismus als Leitfaden nicht nur für die Geschichte der KPSU, sondern für alle Fragen, die mit diesem Kursus zusammenhängen.

5. Nationalökonomie (oder richtiger Marxismus, da hauptsächlich an Hand des „Kapitals“ gearbeitet wird).

6. Oekonomische Politik, insbesondere Fragen des Sowjetaufbaus.

7. Parteiaufbau.

Das sind die wichtigsten Fächer, die in den kommunistischen Universitäten gelehrt werden. Das Ausschlaggebende ist aber die Methode des Unterrichts. Wie wird z. B. allgemeine Geschichte Europas gelehrt? Daß man die Zeit nicht für die Liebesgeschichten der Dubarry oder selbst für die Heldensiege der verschiedenen Armeen verwendet, was doch den wichtigsten Teil der Vorlesungen der bürgerlichen Professoren ausmacht, ist klar. Es wird nicht Weltgeschichte „an sich“ gelehrt, sondern die Geschichte der sozialen Kämpfe, d. h. wirkliche Geschichte. Die wichtigsten Themen dieses Kursus sind: die zwei englischen Revolutionen des 17. Jahrhunderts, die große französische Revolution, die industrielle Umwälzung in England, der Chartismus, Entstehung des Marxismus, das Jahr 1848 in Frankreich und in Deutschland, der Bürgerkrieg in Amerika, Entstehung der I. Internationale, die Pariser Kommune, die II. Internationale, Imperialismus und Weltkrieg, Zusammenbruch der II. Internationale, Zimmerwald und Kienthal, die III. Internationale.

Eine völlige Neuheit auf dem Gebiet der kommunistischen Erziehung und Ausbildung bilden aber die Arbeiteruniversitäten. Erst vor zwei Jahren etwa ist die erste Arbeiteruniversität in Moskau eröffnet worden und heute gibt es deren allein in der RSFSR nicht weniger als 40 mit einer Zuhörerzahl

von über 12.000. Was sind das für Lehranstalten? In einem Lehrprogramm von zwei Jahren wird den Arbeitern aus dem Betrieb (die im Betrieb weiterarbeiten) die Möglichkeit gegeben, ihr theoretisches Wissen zu bereichern. Diese Arbeiteruniversitäten sind gewissermaßen Kinder der kommunistischen Universitäten und der allgemeinen Staatsuniversitäten. Denn die Abendkurse dieser Arbeiteruniversitäten finden nicht nur in den Räumen der kommunistischen oder allgemeinen Staatsuniversitäten statt, sondern auch die Lehrkräfte sind meistens dieselben. Ja, die parteilosen Professoren und Dozenten erachten es häufig als Ehre, wenn ihnen die Möglichkeit gegeben wird, in diesen Anstalten zu unterrichten. Sie verzichten sogar meistens auf Honorar.

Die höchste Stufe der kommunistischen Ausbildung bildet das Institut der Roten Professur und die Kommunistische Akademie. Die Vorbedingung für die Aufnahme ist: mindestens fünf Jahre aktive Parteimitgliedschaft und ausreichende wissenschaftliche Vorbildung. Um in den ersten Hauptkurs der Roten Professur aufgenommen zu werden, muß man ein ziemlich umfangreiches Programm bewältigt haben. (Das ganze „Kapital“ wird z. B. als selbstverständlich verlangt.) Jedoch werden die meisten nur in den Vorbereitungskursass aufgenommen, in dem die Studenten zwei Jahre [785] bleiben, worauf sie in den ersten Hauptkursus übergeführt werden. Für den Vorbereitungskursus genügt aber fast das Programm der Arbeiterfakultät, und selbstverständlich ist das Programm der kommunistischen Universitäten mehr als ausreichend.

Fassen wir nun das System der kommunistischen Ausbildung in der Sowjetunion zusammen, so ergibt sich ungefähr folgende Stufenleiter:

1. Zirkel zur Liquidierung des Analphabetismus,
2. Zirkel der ersten Stute,
3. Zirkel der zweiten Stufe,
4. Zirkel für Gewerkschaftsfragen oder Genossenschaftsfragen,
5. Zirkel für Marxismus und Leninismus,
6. Zirkel für Propagandisten,
7. Betriebsschulen,
8. Sowjetparteischulen (zur Ausbildung von Partei- und Sowjetfunktionären),
9. Gewerkschaftsschulen,
10. Arbeiterfakultät und Arbeiteruniversität,
11. Kommunistische Universität,
12. Staatsuniversität und, andere Hochschulen,
13. Rote Professur und Kommunistische Akademie (bzw. „Ranion“).

Die Diktatur des Proletariats in der UdSSR hat den Beweis erbracht, daß die Voraussetzungen zur Erreichung des „bestimmten Kulturgrades“ für das Proletariat auf revolutionärem Wege zu schaffen sind.

*

## Aufruf des Kantonter Provinzialkomitees der KP Chinas zum Aufstand

Der heldenmütige Kantoner Aufstand vom 11. Dezember 1927 schuf zum ersten Male in einem Kolonialland einen Arbeiter- und Bauernsowjet und zeigte damit für die Hunderte von Millionen der Unterdrückten des Ostens den Weg zur Befreiung. Der nachstehende Aufruf zur Mobilisierung der Arbeiter, Bauern und Soldaten in Kanton, in einer europäischen Sprache bisher noch nicht veröffentlicht, ist bereits Ende November 1927 herausgegeben worden, da die Lage zum Aufstand drängte. Die Redaktion.

Arbeiter, Bauern, Soldaten!

Angesichts der gegenwärtigen Lage in Kanton ruft Euch die Kommunistische Partei auf, den entscheidenden Schritt zu tun. Die neuesten Ereignisse haben nicht für Kanton, sondern für das ganze Reich eine große politische Bedeutung.

Die Tatsachen liegen klar und deutlich vor uns.

Am 17. d. Mts. (November 1927. D. Brd.) hat Chang-Fa-Kuai den militärischen Staatsstreich in Kanton ausgeführt. Es beginnt ein neuer blutiger Kampf in Kanton. Die neue politische Macht der Konterrevolution eröffnet gegen das Proletariat das Feuer. Gleichzeitig sehen wir aber, daß unsere revolutionären Bauernbrüder in Hailufung einen großen, bedeutenden Sieg errungen haben. Sie haben die ganze Reaktion vernichtet, den Grund und Boden der Hand der Besitzenden entrissen und die Sowjetmacht der Bauern errichtet. Dieser Sieg der revolutionären Bauern ist nicht aufzuhalten und die Macht der Sowjetbauern marschiert unaufhaltsam in die Kreisgebiete von Pulin, Tsilin und Huei-Chau ein.

Arbeiter! Klassengenossen!

Was bedeutet der militärische Staatsstreich von Chang-Fa-Kuai?

Während die Macht der Nanking-Regierung sich im Zerfall befindet, verbündet sich Chang-Chin-Wei, der Verräter der Revolution, wiederum mit dem [786] eben von Japan zurückgekehrten Arbeiter- und Bauernhenker Tschang-Kai-Schek, um eine neue reaktionäre, militärische Clique zu bilden. Chang-Fa-Kuai, Huang-Chi-Hsiang, Chen-Kun-Pu sind ihre Werkzeuge. Tschang-Kai-Schek ist der Henker der revolutionären Arbeiter am 13. April dieses Jahres in Schanghai gewesen und er ist auch dir Anstifter des militärischen Streiches am 17. d. Mts. in Kanton.

Klassengenossen!

Ist der militärische Staatsstreich von Chang-Fa-Kuai vom 17. eine gegen die Konterrevolution gerichtete Aktion?

Unsere Antwort lautet: Nein und abermals nein!

Diese militärische Aktion ist keine den Interessen der Volksmassen entsprechende Volksrevolte. Sie ist nur ein Machtkampf zwischen zwei militärischen Cliquen – der Clique Tschang-Kai-Schek, Chang-Fa-Kuai, Huang-Chi-Hsiang und der Clique Li-Chi-Sen, Huang-Sau-Hsung.

Arbeiter, Bauern!

Was habt Ihr von diesem Machtkampf der reaktionären Militaristen bekommen?

Nichts, gar nichts! Um Euren Hals sind neue Ketten gelegt. Den tiefsten Unterdrückungen und grausamsten Hinrichtungen seid Ihr preisgegeben.

Nach dem 15. April d. J. hat Li-Chi-Sen Tausende und aber Tausende revolutionäre Arbeiter, Bauern und Soldaten mit den grausamsten Methoden hinrichten lassen. Ueber 4000 sind im Gefängnis gefoltert worden. Die Büros der Gewerkschaften sind militärisch besetzt worden. Die Reaktion organisierte sogenannte „Komitees zur Reorganisierung der Gewerkschaften“, um die Arbeiterverräter in Schutz zu nehmen, damit sie ihr als Lakaien willig dienstbar sind. Zur Niederdrückung von Versammlungen und Demonstrationen waren die Polizisten immer in Bereitschaft. Der große Streik von Kanton und Hongkong ist mit Gewalt niedergedrückt worden und die revolutionären Massenbewegungen wurden mit dem Henkerbeil vernichtet.

Was will nun der „neue linke Flügel“ der Kuomintang mit seinen armseligen Helden Chang-Fa-Kuai, Wang-Chin-Wai, Chu-Hui-Sie, Chen-Kun-Pu, Huang-Chi-Hsiang tun?

Die neue Regierung von Urkommunismus Chang-Fa-Kuai hat ihre reaktionären Taten bewiesen. Sie schießt auf wehrlose Arbeiter und verhaftet unsere Vertreter. Sie organisiert wiederum das sogenannte „Komitee zur Reorganisierung der Gewerkschaften“. Die Gewerkschaften sind von der Regierung aus besetzt worden. Sie schützt und fährt ihre Lakaien in die Gewerkschaftsbüros ein unter dem Decknamen: „Vereinigung der revolutionären Arbeiter.“ Die Chang-Fa-Kuai-Regierung schickt dieselben Polizisten, die damals unter dem Regime Li-Chi-Sens standen, gegen Demonstranten vor. Die streikenden Arbeiter von Kanton und Hongkong sind aus ihren Quartieren vertrieben worden. Nicht einmal durch ein Mikroskop kann man das Regime von Chang-Fa-Kuai und Wang-Chin-Wai von dem des Li-Chi-Sen und Huang-Sau-Hsung unterscheiden, denn Wang-Chin-Wai und Chang-Fa-Kuai sind die Nachfolger des berüchtigten Arbeiter- und Bauernhenkers Tschang-Kai-Schek.

Arbeiter, Soldaten!

Seit einigen Tagen hat Chang-Fa-Kuai große Schwierigkeiten an der Front. Die Truppen seiner Gegner Li-Chi-Sen und Huang-Sau-Hsung sind am Ost-, West- und Nordflusse konzentriert. Sie haben auf ihn eine allseitige Gegenoffensive unternommen. Der Brennpunkt des Kampfes wird her Westfluß sein. Jetzt wird Tschang-Kai-Schek versuchen, Chang-Fa-Kuai zu verkaufen, denn er verhandelt bereits mit Li-Chi-Sen und seiner Nankinger militärischen Clique. Deshalb hat Tschang-Kai-Schek den Truppen unter Führung von Chen-Mi-Chu befohlen, nach dem Ostfluß zu marschieren, um Chang-Fa-Kuai hinterrücks zu überfallen. Chang-Fa-Kuai hat seine Schwierigkeiten eingesehen und versucht nun, um seine Truppen zu verstärken, von den Kaufleuten Geld zu erhalten mit dem Versprechen, gegen die Kommunisten zu kämpfen. Andererseits schickt er jedoch heimlich [787] einige Male Vertreter zu der Kommunistischen Partei, um mit ihr in Verhandlungen zu treten, mit dem Ziel, daß die Kommunisten gemeinsam mit ihm die Stadt Kanton schützen und gegen Li-Chi-Sen und Huang-Sau-Hsung kämpfen sollen.

Die Kommunistische Partei ist hie Partei der revolutionären Arbeiter- und Bauernmassen. Sie hat vor den revolutionären Massen nichts zu verheimlichen. Auf das geheime Angebot Chang-Fa-Kuais antworten wir offen vor den Augen der Arbeiter- und Bauernmassen folgendes: Die Kommunistische Partei hat nichts mit irgendwelchen Militaristen gemeinsam. Sie fordert jedoch die revolutionären Massen auf, die Macht aller Militaristen zu stürzen und zu vernichten.

Auch Ihr, Chang-Fa-Kuai, Huang-Sau-Hsung und Konsorten seid reaktionäre Militaristen und Feinde der Revolution! Ihr verhaftet revolutionäre Arbeiter und erschießt sie standrechtlich! Ihr löst mit Gewalt den Streik der Kantoner und Hongkonger revolutionären Arbeiter auf! Ihr entwaffnet und vernichtet die Arbeiterwehr! Dies alles beweist zur Genüge, daß Ihr genau so seid wie Li-Chi-Sen und Huang-Sau-Hsung.

Wir Kommunisten erklären hiermit eindeutig:

Wir wollen bis zum letzten kämpfen, um eine Wiederkehr Li-Chi-Sens nach Kanton zu verhindern. Wir verteidigen die Stadt Kanton mit allen Kräften und nehmen den Kampf gegen die Truppen von Li-Chi-Sen und Huang-Sau-Hsung auf.

Wir erklären gleichzeitig:

Chang-Fa-Kuai und Konsorten können die Stadt Kanton nicht von La-Chi-Sen befreien. Nur die unversöhnlichen Kämpfe der Arbeiter und Bauern können die Stadt von allen Reaktionären befreien.

Auf das Verhandlungsangebot Chang-Fa-Kuais stellen wir folgende Bedingungen:

1. Befreiung aller revolutionären politischen Gefangenen.

2. Sofortige Rückgabe der Büros der revolutionären Gewerkschaften, die von den konterrevolutionären „Komitees zur Reorganisierung der Gewerkschaften“ besetzt sind.

3. Wiederherstellung aller Rechte, wie die der Presse-, der Rede-, der Koalitionsfreiheit der Arbeiterklasse. Die Kommunistische Partei, die revolutionären Gewerkschaften, der Ausschuß der Kantoner Arbeiterdeputierten genießen alle Rechte der Legalität.

4. Verhaftung und Vernichtung aller Elemente, die die Interessen der Arbeiterklasse bedrohen.

5. Sofortige Bewaffnung aller Kantoner Arbeiter unter Führung des Ausschusses der Kantoner Arbeiterdeputierten.

Nach Erfüllung der vorstehenden fünf Punkte können wir in Verhandlungen treten und darüber sprechen, was wir zum Schutz der Stadt Kanton unternehmen werden.

Arbeiter und Klassengenossen!

Wir wissen genau, daß Chang-Fe-Kuai und Huang-Chi-Hsiang diesen Bedingungen nicht nachkommen können, da sie selbst reaktionäre Militaristen sind. Wir können nur mit eigener Kraft die Stadt Kanton verteidigen und schützen gegen Li-Chi-Sen sowie auch gegen Chang-Fa-Kuai.

Wir wissen, daß unter den Truppen Chang-Fa-Kuais viele revolutionäre Soldaten und Unteroffiziere sind, die mit uns gegen die Konterrevolution kämpfen wollen.

Wir sind jederzeit bereit, mit all denen, die gegen die Reaktion kämpfen wollen, eine Einheitsfront zu bilden, aber nur unter den obengenannten Bedingungen.

Arbeiter und Soldaten!

Wir sind jetzt zu der entscheidenden Frage gekommen: Entweder Bestehenbleiben des terroristischen Regimes Li-Chi-Sens in Kanton – oder Errichtung der Arbeiter-, Bauern- und Soldaten-Sowjetmacht in Kanton.

[788] Ihr sollt entscheiden!

Für die Sowjetmacht kämpfen die Kommunistische Partei und die breiten revolutionären Arbeitermassen in der Stadt.

Für die Sowjetmacht kämpfen die 30 Millionen revolutionären Bauernmassen auf dem Lande (gemeint sind die Bauern in der Provinz Kwantung. D. Red.).

Für die Sowjetmacht kämpft die Bauernrevolution, die in Hailufung hoch aufgeflammt ist. Sie hat alle reaktionären Truppen niedergeschlagen. Sie hat Tausende und aber Tausende Gewehre und Geschütze dem Feinde abgenommen. Sie hat die Kreisgebiete Heifung, Lufung, Tsijen, Swei-win und Jes erobert. Sie hat die Gentry, Grundbesitzer und Militaristen vernichtet und die Sowjetmacht aufgerichtet.

Für die Sowjetmacht kämpfen die revolutionären Soldaten und Unteroffiziere. Sie wollen nicht ihren reaktionären Befehlshabern folgen und weigern sich, das Gewehr auf die revolutionären Arbeiter- und Bauernmassen zu richten. Sie wollen gemeinsam mit den revolutionären Massen unter Führung der Kommunistischen Partei die Volksrevolution durchführen.

Revolutionäre Arbeiter und Bauern Kantons!

In unseren Kämpfen müssen wir eiserne Entschlossenheit besitzen. Die Augen der revolutionären Massen ganz Chinas und der ganzen Welt richten sich auf Euch! Der entscheidende Kampf ist da!

Revolutionäre Arbeiter, Bauern, Soldaten, Unteroffiziere, Studenten, alle städtischen Armen!

Vereinigt Euch zum Kampf!

Kämpft für alle Rechte der streikenden Kantoner und Hongkonger Arbeiter!

Kämpft für Erhöhung der Löhne aller Arbeiter!

Kämpft für Wiederherstellung aller revolutionären Gewerkschaften!

Kämpft für Wiedereinstellung der von der Reaktion verjagten Eisenbahner!

Mit Gewalt erobert Eure Gewerkschaften zurück!

Tötet alle Arbeiterverräter und die von der Regierung angestellten Gewerkschaftsbürokraten!

Tötet alle Lakaien und Spitzel Li-Chi-Sens!

Kämpft für Euer Demonstrations- und Versammlungsrecht!

Soldaten und Unteroffiziere, bildet überall Eure Soldatenräte!

Verweigert die Ausführung der Befehle gegen die Kommunisten und verhaftet die Feinde der Kommunisten! Bereitet Euch für die Diktatur der Arbeiter, Bauern und Soldaten vor!

Revolutionäre Bauern! Eröffnet die Revolution auf dem ganzen Land in

Kwantung! In allen Dörfern müssen nach dem Beispiel Eurer Brüder in

Hailufung alle Gutsbesitzer und ihre Schutztruppe vernichtet, ihr Grund und Boden enteignet werden!

Revolutionäre Arbeiter, organisiert Euch in der roten Arbeiterwehr und kämpft gegen die weißgardistische Polizei, gegen die gesamte Reaktion!

Sticht alle Waffen an Euch zu reißen!

Bereitet Euch zum Generalstreik gegen die Truppen vor!

Tod dem Li-Chi-Sen! Tod dem Tschang-Kai Schek! Tod dem Chang-Fa-Kuai! Tod dem Huang-Chi-Hsiang! Tod dem Chu-Hwei-Se!

Nieder mit der Henker-Kuomintang!

Arbeiter, Bauern und Soldaten, reißt die Macht an Euch!

Hinein in den Kampf für den Kantoner Sowjet!

Verwandelt die Generalskriege in die Kriege der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrevolution um!

Mit der Macht der revolutionären Massen, mit der Macht der Sowjets gegen den Imperialismus und gegen die Bourgeoisie!

Es lebe die Kommunistische Partei!

Es lebe die Kommunistische Internationale!

Es lebe die Sowjetrevolution!

*Das Provinzialkomitee der Kommunistischen Partei Chinas in Kanton*. 28. November 1927.

# Verzeichnis der Autoren

A., E. 467, 468
Arens, Rudolf 621
Auer, Erich 27, 693, 756

B., A. 231
Becker, K. 54, 431
Bennet 162
Braun, P. 65, 405

Dietrich, P. 54
Dunn, Chun-Shia 181

E. 461
E., A. 781
Eberlein, H. 54, 431
Emel, Alexander 177, 503
Evers, Heinz 507
Ewert, A. 54, 109, 431, 436
Farwig, H. 401, 430
Fg., H. 466
Fried, A. 59, 169, 200, 586
Fröhlich, Horst 422
Furtschik, M. 658, 678, 705, 774

G. 491
G., W. 494
G., R. 501
Gerber, Rudolf 31, 63, 481, 510, 638
H., W. 725
Henrykowski, Gustav 546
Hirsch, Werner 1, 129, 235, 598
Hörnle, Edwin 764

J., M. 272
Jacobs, Hermann 233
K., J. 572, 671, 745
Kaasch, W. 286
Kahn, Ruth 648
Kemper, M. 521
Knittel, Fritz 515
Kunik, E. 538
K., E. 750
Kurt 54, 431

Leibbrand, R. 366
Lenin 79, 415
Lenz, J. 354, 449
Leow, Willi 299
Lominadse, Besso 122, 148
Lz 46, 401, 427

Manuilski, D. 145
Maslowski, Peter 457, 753
Merker, Paul 113, 331, 437
Meyer, E. 109, 304, 431
Müller, Kurt 294, 554
Münzenberg, Willi 731

N., K. 529
Nath Roy, Manabendra 226
Nemo 173, 714
Neubauer, Th. 92, 204, 629
Neumann, Heinz 11

Oelßner, Fred 651, 686, 767
Overlach, Lene 290

Page-Arnot, R. 159
Peschke, Paul 625

R. 209, 469, 661, 720
R., G. 709
Reimann, G. 359, 524, 526, 614, 759
Remmele, Hermann 213, 309, 381, 565, 735
Renner, Rudolf 344, 576

S., K. 37, 141, 339, 524, 527, 561, 595
Sch. 99
Schmidt, Karl 40, 278
Schneller, Ernst 21

Schröter, H. 54, 431
Schumann, G. 64, 431
Sighur, L. 443
Sinowjew, G. 155, 194, 219
Steffen, Erich 591
Thälmann, E. 436
Ulrich, Lisa 558
Winow, L. F. 664, 698
Witis, Chiu 477
Zentralkomitee 531